**Kritik des Nationalsozialismus und des Sowjetkommunismus in der
Zeitschrift „Der Monat“**

Dissertation zur Erlangung des Doktorgrades
an der Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften,
Fachbereich Sozialwissenschaften
der Universität Hamburg
vorgelegt von Joachim Gmehling aus Bremen

Hamburg, September 2010

Tag der mündlichen Prüfung: 27. April 2011

Erstgutachter: Prof. Dr. Michael Th. Greven

Zweitgutachter: Prof. Dr. Olaf Asbach

„Der neue Feind, dem man sich mit Beginn des Kalten Krieges zu stellen hatte, war der Kommunismus.“

(Norberto Bobbio)

Einleitung	9
Zur Fragestellung, Aufbau und Methode der Arbeit	14
Forschungsstand	24
Die wechselvolle Geschichte des Totalitarismusbegriffs	38
I. Die Zeitschrift „Der Monat“ im Kontext des Kalten Krieges	70
I. 1. Die politische und ideologische Genese des Kalten Krieges. Der frühe intellektuelle und politische Antikommunismus in den Vereinigten Staaten	70
I. 1. 1. Der Zweite Weltkrieg und das schwierige Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion	70
I. 1. 2. Frühe Renegatenberichte und ihre Erkenntnisse über das totalitäre Herrschaftssystem für die Vereinigten Staaten	74
I. 1. 3. Die Auseinandersetzung mit der Sowjetunion und der Spaltungsprozess in der amerikanischen politischen Linken	85
I. 1. 4. Zum Antikommunismus der „Riga-Fraktion“	88
I. 1. 5. Die Konfrontation mit dem Nationalsozialismus und dem Sowjetkommunismus während des Zweiten Weltkrieges und die Rolle von Intellektuellen und Wissenschaftlern in der Abteilung „Research and Analysis“ des US-amerikanischen Geheimdienstes.....	94
I. 1. 6. Die „Kommunismusforschung“ in der US-Administration nach dem Sieg gegen den Nationalsozialismus	100
I. 1. 7. Der „realistische Blick“ auf die sowjetische Außenpolitik unter Truman nach dem Ende der Anti-Hitler-Koalition.....	104
I. 1. 8. Die Gründung der CIA und ihre verdeckten Operationen	110
I. 2. Die Deutschlandfrage im Schatten des Kalten Krieges.....	117
I. 2. 1. Grundzüge der Deutschlandpolitik bei den Alliierten während des Zweiten Weltkrieges.....	117
I. 2. 2. Zunehmende Eskalation zwischen den Supermächten.....	121
I. 2. 3. Unterschiedliche Vorstellungen der Besatzungsmächte bei der konkreten Deutschlandpolitik.....	125
I. 2. 4. Die Genese des „weichen“ Kurses in der amerikanischen Besatzungspolitik angesichts der sowjetischen Herausforderung und das endgültige Scheitern der diplomatischen Zusammenarbeit der ehemaligen Verbündeten.....	131
I. 3. Berlin als Schnittpunkt der feindlichen Systeme und die Krise 1948/49	145
I. 4. Die besondere Funktion des „Monat“ im Nachkriegsdeutschland und die Rolle der Totalitarismustheorie	153
I. 4. 1. Die Nürnberger Prozesse und die Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur	153
I. 4. 2. Die lange Vorgeschichte des „Monat“	161
I. 4. 3. Die Gründung und die Funktion des „Monat“	184

I. 4. 4. Die inhaltliche Ausrichtung des „Monat“ unter der Ägide Laskys.....	194
I. 4. 5. Die Rolle der Totalitarismustheorie in der frühen Bundesrepublik.....	207
I. 5. Der „Kongress für kulturelle Freiheit“ in Berlin.....	213
I. 6. Historische Zäsuren des „Monat“.....	230
I. 6. 1. Der Tod Stalins.....	232
I. 6. 2. Chruschtschows Geheimrede auf dem XX. Parteitag der KPdSU.....	235
II. Das Totalitarismusphänomen im Fokus des „Monat“	239
II. 1. Reflexionen von Hans Kohn und Hannah Arendt zu einer Archäologie totaler Herrschaft. Oder: Vom „glücklichen 19. Jahrhundert“ zum „Jahrhundert des Nationalismus“.....	241
II. 2. Totalitäre Erfahrungen im 20. Jahrhundert: Das Totalitarismusphänomen und die ehemaligen Kommunisten	259
II. 2. 1. Die Erfahrungen von Margarete Buber-Neumann als exemplarischer Fall.....	265
II. 3. Frühe Auseinandersetzung der Renegaten mit dem Totalitarismus vor dem Hintergrund ihrer Rolle im „Monat“.....	275
II. 3. 1. Die Auseinandersetzung mit dem Totalitarismus in den Zeitschriftenprojekten von Willi Münzenberg und Dwight Macdonald.....	275
II. 3. 2. Die Totalitarismusstudien von Franz Borkenau und James Burnham.....	285
II. 3. 3. Zur Bedeutung der Renegaten für die Totalitarismustheorie.....	297
II. 3. 4. Die Rolle der Renegaten im „Monat“	303
II. 4. Porträts einiger Exponenten des „Monat“.....	309
Vorbemerkung	309
II. 4. 1. Franz Borkenau	312
II. 4. 2. Richard Löwenthal.....	316
II. 4. 3. Arthur Koestler	325
II. 4. 4. George Orwell.....	331
II. 4. 5. François Bondy	335
II. 4. 6. Raymond Aron.....	338
II. 4. 7. Hans Kohn	343
II. 4. 8. Hannah Arendt	348
II. 4. 9. Peter de Mendelssohn	353
II. 4. 10. Herbert Lüthy.....	356
II. 5. Warum hat Franz Neumann nicht im „Monat“ geschrieben? Ein „Negativporträt“ ..	361

III. Exkurs: Die frühe Totalitarismuskonzeption in Frankreich. Der Kravchenko- und Rousset-Prozess, die sowjetischen Lager und die französische Linke..... 373

IV. Die qualitative und quantitative Analyse des Nationalsozialismus und des Sowjetkommunismus im „Monat“ 389

IV. 1. Analyse des Nationalsozialismus	390
IV. 1. 1. Vorbemerkung und Fragestellung	390
IV. 1. 2. Empirische Auswertung der Veröffentlichungen. Kategorisierungen der Beiträge und die Autoren.....	393
IV. 1. 3. Einführung zum Nationalsozialismus: „Dr. Goebbels privat“	396
IV. 1. 4. Die Genesis der nationalsozialistischen „Machtergreifung“. Oder: Das „Scheitern“ der Weimarer Republik.....	401
IV. 1. 5. Die nationalsozialistische Herrschaftspolitik bis 1938	414
IV. 1. 6. Der Zweite Weltkrieg und der deutsche Widerstand	425
IV. 1. 7. Die Memoirenliteratur und der deutsche Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Oder: Das „Erinnerungsbuch“ Ernst von Weizsäckers.....	448
IV. 1. 8. Die nationalsozialistischen Massenverbrechen und die „Endlösung der Judenfrage“	462
IV. 1. 9. Die NS-Experten des <i>Monat</i> : Hugh R. Trevor-Roper und Walther Hofer.....	484
IV. 1. 10. Kommentierende Zusammenfassung	521
IV. 1. 11. Analytisches Resümee (Thesen)	550
IV. 2. Analyse des Sowjetkommunismus	558
IV. 2. 1. Vorbemerkung und Fragestellung	558
IV. 2. 2. Die Russische Revolution als Genesis der kommunistischen Gewaltherrschaft.....	566
IV. 2. 3. Der Aufstieg Stalins und die „Zweite Revolution“ Ende der 1920 Jahre	580
IV. 2. 4. Das stalinistische Herrschaftssystem und der „Große Terror“ in den 1930er Jahren.....	590
IV. 2. 5. Der Stalinismus nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges.....	616
IV. 2. 6. Der Nachstalinismus: Das kommunistische Herrschaftssystem unter Chruschtschow.....	644
IV. 2. 7. Der XX. Parteitag der KPdSU und die Folgen. Oder: Das „Jenseits des Stalinismus“	673
IV. 2. 8. Von der Entstalinisierung in Polen und der ungarische Revolution 1956 bis zur „Alleinherrschaft“ Chruschtschows	691
IV. 2. 9. Analytisches Resümee	700

IV. 3. Vergleichende Analyse der totalitären Herrschaftssysteme des Nationalsozialismus und des Sowjetkommunismus.....	710
IV. 3. 1. Vorbemerkung und Fragestellung.....	710
IV. 3. 1. 1. Die Veröffentlichung der Totalitarismus-Studien Eric Voegelins 1938 und der 1950er Jahre sowie ihre analytischen Definitionsmerkmale.....	713
IV. 3. 2. Das Phänomen des nationalsozialistischen und sowjetkommunistischen Totalitarismus und der Terror-Vergleich.....	719
IV. 3. 3. Der Vergleich der nationalsozialistischen und stalinistischen Konzentrationslager.....	769
IV. 3. 4. Nationalsozialismus und Sowjetkommunismus als „politische Religion“.....	779
IV. 3. 5. Analytisches Resümee.....	786
V. Exkurse:	802
V. 1. Die Auseinandersetzung mit der Geschichte des „Dritten Reiches“ in den 1960er Jahren im „Monat“ im Kontrast zur empirischen NS-Forschung in West-Deutschland	802
V. 2. Die Infragestellung der Totalitarismustheorie in der Wissenschaft im Gegensatz zur Totalitarismuskonzeption im „Monat“ in den 1960er Jahren	811
VI. Zusammenfassung. Historisch-Politische Kontextualisierung und abschließende Bewertung.	820
Quellen- und Literaturverzeichnis	913

Einleitung

Die Zeitschrift „Der Monat“ wurde 1948 im Auftrag des US-amerikanischen Militärgouverneurs in Westdeutschland, General Lucius D. Clay, von dem Journalisten Melvin J. Lasky gegründet. Die zeitweilig europaweit meistgelesene Kulturzeitschrift besaß für die politische und geistige „Westernisierung“ (Anselm Doering-Manteuffel) der frühen Bundesrepublik eine kaum zu überschätzende Bedeutung. Sie gehörte in eine Reihe der zahlreichen politisch-kulturellen Zeitschriftenorgane (wie zum Beispiel „Der Ruf“, „Die Wandlung“, „Frankfurter Hefte“), die nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges unter der Ägide der westalliierten Besatzungsbehörden, zumal der US-amerikanischen, im Nachkriegsdeutschland mit dem Ziel ins Leben gerufen wurden, nationalsozialistisches Gedankengut durch demokratisches zu ersetzen; diese *reeducation* bezog sich sowohl auf den Bereich der Politik und politische Ideologien als auch auf den der Kultur und wurde neben den deutschen Bildungsinstitutionen insbesondere von den Medien getragen.

Gleichwohl steht „Der Monat“ gemeinhin im Ruf, ein Kind des Kalten Krieges und ein spezielles Instrument des US-amerikanischen Geheimdienstes CIA (Central Intelligence Agency) im Kampf gegen den Kommunismus gewesen zu sein. Insbesondere nach der Aufdeckung, dass die international bekannte linksliberal-antikommunistisch ausgerichtete Intellektuellenorganisation „Kongreß für kulturelle Freiheit“¹ jahrzehntelang finanzielle Unterstützung von der CIA erhalten hatte, bekam diese Kritik neue Nahrung. Da „Der Monat“ aber organisatorisch, personell, inhaltlich und funktional mit dem „Kongress für kulturelle Freiheit“ eng verbunden war, soll im Folgenden anlässlich der Aufdeckung der CIA-Finanzierung dieser Organisation *in nuce* auf die daraus resultierenden politischen Implikationen sowie auf dessen grundsätzliche Bedeutung für die Vereinigten Staaten im Kalten Krieg eingegangen werden.

Als die „New York Times“ in ihrer Ausgabe vom 27. April 1966 meldete, dass zwei renommierte Stiftungen vom US-amerikanischen Geheimdienst CIA finanziert würden und die einflussreiche Zeitschrift „Encounter“ ihre Gelder in erster Linie von diesen Institutionen bezöge, wurden endgültig Gerüchte bestätigt, die bereits seit Beginn des Kalten Krieges in der internationalen Öffentlichkeit grassierten. Wie in den Jahren zuvor unternahmen die Herausgeber der Zeitschrift „Encounter“, Melvin J. Lasky, Stephen Spender und Irving

¹ Während dieser in West-Deutschland von 1950 bis 1952 unter dem Namen „Kongreß für kulturelle Freiheit“ firmierte und danach unter dem Namen „Kongreß für die Freiheit der Kultur,“ war im internationalen Bereich zumeist die englische Bezeichnung „Congress for Cultural Freedom“ (CCF) üblich. In dieser Arbeit wird der deutsche Name aus den ersten beiden Jahren gebraucht, indes an die neue Rechtschreibung angepasst.

Kristol, sowie die prominenten Autoren John Kenneth Galbraith, George F. Kennan, J. Robert Oppenheimer und Arthur M. Schlesinger, einen erneuten Versuch, alle Vorwürfe abzustreiten und erklärten in zwei Leserbriefen mit Blick auf den im Fokus stehenden „Kongress für kulturelle Freiheit“, dass dieser zu jedem Zeitpunkt eine unabhängige Organisation gewesen sei und ausschließlich den „Wünschen ihrer Mitglieder und Mitarbeiter sowie den Entscheidungen ihres Exekutivkomitees verpflichtet“ war.² Indessen hatten dieses Mal die Gegendarstellungen keinen Erfolg und die Folge war, dass es zu einem handfesten Skandal kam. Insbesondere in der amerikanischen Öffentlichkeit setzt sich mehr und mehr die Erkenntnis durch, dass bei der überwiegenden Zahl dieser Dementis von den Personen bewusst die Unwahrheit gesagt wurde und eine große Anzahl der Autoren es seit langer Zeit viel besser wusste. So gab Galbraith im darauffolgenden Jahr zu, dass er seit Mitte der 1950er Jahre von den Beziehungen zwischen dem „Kongress für kulturelle Freiheit“ und der CIA Kenntnis besaß.³ Lasky wiederum musste Anfang Mai 1967 einräumen, dass er von der CIA-Finanzierung des „Encounter“ gewusst habe, allerdings seien weder seine Mitherausgeber darüber informiert gewesen, noch hätte der CIA mit seinem Engagement irgendwelche konkrete Absichten verfolgt. Gleichwohl verstummte die Kritik nicht, die in dem von Christopher Lasch geäußerten Vorwurf gipfelte, wonach der Kongress für Doppelmoral und Heuchelei stehe: „Während die Organisation philisowjetische ‚fellow-travellers‘ gnadenlos verfolgt habe, hätte sie keine Bedenken gehabt, selbst mit der CIA zusammenzuarbeiten.“⁴

Die bisherige defensive Position des „Kongresses für kulturelle Freiheit“ unter der Führung von Michael Josselson ließ sich nicht mehr aufrechterhalten, als sich dessen ehemaliger Vorgesetzter und früherer Leiter des „covert action“-Departments der CIA, Thomas Braden, zu Wort meldete. In der Ausgabe der „Saturday Evening Post“ vom 20. Mai 1967 teilte der Ex-Geheimdienstmitarbeiter mit, dass der Kongress „eine verdeckte Operation der CIA gewesen“ sei.⁵ Bereits eine Woche zuvor hatten Michael Josselson und John Hunt auf einer in der Pariser Zentrale stattgefundenen Generalversammlung des „Kongresses für kulturelle Freiheit“ erklärt, dass er seit der Gründung der Institution im Jahre 1950 von der CIA finanziell unterstützt wurde, anfangs direkt, später über sogenannte „dummy foundations“ (Scheinstiftungen), und traten daraufhin von ihren Leitungsposten zurück.

² Siehe Francis Stonor Saunders, *Wer die Zeche zahlt... Der CIA und die Kultur im Kalten Krieg*, Berlin 2001, S. 357 f. (Zitat S. 358).

³ Michael Hochgeschwender, *Freiheit in der Offensive? Der Kongreß für kulturelle Freiheit und die Deutschen*, München 1998, S. 562.

⁴ Ebenda, S. 565.

⁵ Ebenda, S. 566.

Damit waren nicht nur die Glaubwürdigkeit und die Reputation des „Kongresses für kulturelle Freiheit“ in den Grundfesten erschüttert, sondern auch die seiner zahlreichen Mitarbeiter sowie der von diesem Apparat herausgegebenen angesehenen Zeitschriften – darunter neben dem „Encounter“ (London) beispielsweise „Preuves“ (Paris), „Tempo Presente“ (Mailand) und „Der Monat“, der nicht zufällig in der „Frontstadt“ des Kalten Krieges, West-Berlin, herausgegeben wurde.

Die 1950 im Anschluss an den in West-Berlin veranstalteten legendären „Kongress für kulturelle Freiheit“ gegründete gleichnamige Institution war das wichtigste Instrument eines von der CIA unter ihrem langjährigen Chef Allen Dulles in der Hochphase des Kalten Krieges ins Leben gerufenen ambitionierten kulturpolitischen Projektes. Es stand ganz im Zeichen des antikommunistischen Grundkonsenses in der amerikanischen Führung, wonach angesichts der sowjetischen Herausforderung für die Vereinigten Staaten insbesondere in der Außenpolitik ein fundamentaler Paradigmenwechsel notwendig wäre, damit die auf der Basis des eigenen Wertesystems stehende Vision der neuen Weltordnung Gestalt annehmen könne. Angesichts der in den Regierungsapparaten vorherrschenden Überzeugung, dass die Vereinigten Staaten nach dem Sieg gegen den nationalsozialistischen Totalitarismus im Kampf der westlichen Demokratien gegen die Sowjetunion und ihre Satellitenstaaten eine Vorreiterrolle zu spielen hätten, investierte der CIA unter strengster Geheimhaltung schätzungsweise zehn Millionen Dollar in kulturelle Projekte, um die Werte des Westens gegenüber der kommunistischen Herausforderung öffentlichkeitswirksam vertreten zu können. Führende Regierungspolitiker hingen dem Glauben an die Überlegenheit des amerikanischen Wertesystems an und betrachteten es als ihre Aufgabe, eine *pax americana* der Nachkriegswelt zu entwickeln und zu rechtfertigen, deren wichtigster und einflussreichster Vordenker der damalige Direktor des Politischen Planungstabes im Außenministerium, George F. Kennan, war. In diesem Zusammenhang bestand der zentrale Auftrag des „Kongresses für kulturelle Freiheit“ in den Jahren von 1950 bis 1967 unter der Leitung des CIA-Mitarbeiters Michael Josselson darin, die westeuropäische Intelligenz, die in großem Ausmaß Sympathien für den Marxismus und (sowjetischen) Kommunismus zeigte, für die amerikanische „Sache“ zu gewinnen. Zu seinen engsten Mitarbeitern zählten neben Paradeintellektuellen wie Arthur M. Schlesinger, Irving Kristol oder der langjährige Herausgeber und Chefredakteur der Zeitschrift „Der Monat“, Melvin J. Lasky, eine Gruppe ehemaliger Radikaler und linker Intellektueller wie Sidney Hook, Arthur Koestler, Franz Borkenau, James Burnham, deren Glaube an Marxismus (respektive Trotzismus) und Kommunismus durch den Stalinismus tief erschüttert worden

war. Die Namen der angeworbenen Autoren gehörten zur Crème de la crème der intellektuellen Elite des Westens: unter anderem Hannah Arendt, Raymond Aron, Daniel Bell, Isaiah Berlin, Mary McCarthy, George Orwell, Ignazio Silone und Manès Sperber.

Der „Kongress“ veröffentlichte mehr als zwanzig angesehene Zeitschriften. Weltweit wurden Konzerte, Konferenzen und Kunstausstellungen, Opern, Sinfonien und Ballettvorstellungen organisiert, um explizit und implizit die Freiheitsphilosophie des Westens zu propagieren. Hierzu zählten Tourneen des international bekannten „Boston Symphony Orchestra“ ebenso wie Ausstellungen von Künstlern die zu den Vertretern des abstrakten Expressionismus zählten; hiermit sollte die Überlegenheit frei assoziierender westlicher Kunst über den „sozialistischen Realismus“ demonstriert werden. Darüber hinaus wurden knapp 1.000 Bücher veröffentlicht und zahlreichen Stipendiaten die Möglichkeit für Auslandsaufenthalte gegeben. Um den eigentlichen Auftraggeber zu verschleiern, wurden seitens der CIA vollkommen unverdächtige und aufgrund ihres öffentlichen Ansehens kaum angreifbare Institutionen eingeschaltet. Eine zentrale Rolle spielten hierbei die in den Vereinigten Staaten für den Wissenschafts- und Kulturbetrieb überaus bedeutenden gemeinnützigen Stiftungen. Rund 170 solcher Einrichtungen waren am Transfer der vom amerikanischen Geheimdienst zur Verfügung gestellten Gelder beteiligt: Wie zum Beispiel die „Farfield Foundation“, die „Kaplan-Foundation“, die „Rockefeller Foundation“ und nicht zuletzt die „Ford Foundation“, über die auch finanzielle Mittel in den für den europäischen Wiederaufbau bedeutsamen sogenannten Marshall-Plan hineingesteckt wurden.⁶

Der weltweit ausgerichtete „Kongress für kulturelle Freiheit“ bildete im Rahmen der verdeckten CIA-Operationen einen wichtigen Bestandteil eines Netzwerkes von Gruppen und Organisationen im Kalten Krieg, ein „Geflecht höchst unterschiedlicher Agenturen mit ebenso mannigfaltigen Aufgabenbereichen innerhalb des Gesamtzusammenhanges der Auseinandersetzung zwischen den liberaldemokratischen Staaten des Westens und der kommunistischen Welt.“⁷ Hierbei kam der Organisation sowie speziell den von der Pariser Zentrale herausgegebenen internationalen Zeitschriften eine wichtige Aufgabe zu: die aus den Ergebnissen des Zweiten Weltkrieges heraus notwendig gewordenen Versuche, das neu errichtete gleichermaßen liberaldemokratische wie kapitalistisch organisierte Hegemonialsystem der Vereinigten Staaten im Rahmen des Systemkonfliktes mit der Sowjetunion zu stabilisieren. In diesem Kontext verfolgten der „Kongress für kulturelle

⁶ Siehe Francis Stonor Saunders, Wer die Zeche zahlt... Der CIA und die Kultur im Kalten Krieg, a.a.O., S. 124-138.

⁷ So Michael Hochgeschwender, Freiheit in der Offensive? Der Kongreß für kulturelle Freiheit und die Deutschen, München 1998, S. 17.

Freiheit“ und die Zeitschrift „Der Monat“, wie zu zeigen sein wird, mit Blick auf den deutschen Sprach- und Kulturraum ganz spezifische Ziele, wobei die geistige Auseinandersetzung mit dem Totalitarismus sowie anderen Varianten antiliberalen und antidemokratischen Denkens auf der Ebene von Ideen besonders wichtig war. Darüber hinaus besaß speziell im „Monat“ aus politischen Gründen die Auseinandersetzung mit der Geschichte des Nationalsozialismus und des Sowjetkommunismus sowie vor dem Hintergrund der zeitgenössischen Totalitarismustheorien der Vergleich zwischen den beiden totalitären Herrschaftssystemen des Nationalsozialismus und des Sowjetkommunismus eine herausragende Bedeutung.

Abgesehen von der in dieser Arbeit nicht endgültig zu klärenden Frage nach den konkreten Querverbindungen zum amerikanischen Geheimdienst CIA, zumal der Abteilung für verdeckte Aktionen, kann hier gleichwohl einleitend festgehalten werden: sowohl der „Kongress für kulturelle Freiheit“ als auch die Zeitschrift „Der Monat“ waren von US-amerikanischen Finanzhilfen abhängig. Während der Kongress überwiegend von geheimen Geldern der CIA abhing, wurde „Der Monat“ vermutlich ausschließlich mit den Mitteln der amerikanischen Besatzungsbehörden eingeführt und im Laufe der Jahre auch von der CIA (mit-)finanziert.

Eine wichtige Gemeinsamkeit zwischen dem „Kongress für kulturelle Freiheit“ und dem „Monat“ bestand darin, dass den leitenden Akteuren der Agitations- und Propagandaapparat der Kommunistischen Internationalen (Komintern) unter Willy Münzenberg und ihre auf vielfältige Weise orchestrierte Medienkampagnen zur Beeinflussung der Diskussion an der „Intellektuellenfront“ aus den zwanziger und dreißiger Jahren in gewisser Weise als Vorbild diente, zumal in einigen Fällen eine direkte personelle Kontinuität bestand. Insofern verfügten die maßgeblichen Beteiligten der beiden Einrichtungen über genügend Erfahrungen, wie die globalen Aktivitäten und die Geschehnisse des Kongresses am besten gesteuert und wie die ideologische Ausrichtung sowie die angestrebten kulturellen und politischen Ziele des „Monat“ über die Themenauswahl und Berichterstattung sowie einer speziellen Autorenauswahl in ihrem Sinne gelenkt werden kann. Indes erklärte bereits das Impressum der ersten Ausgabe der Zeitschrift im Oktober 1948 ausdrücklich: „Die in seinen Spalten wiedergegebenen Gedanken entsprechen weder in jedem Fall der Ansicht der Redaktion, noch sind die Beiträge einzelner Autoren Ausdruck irgendeiner offiziellen Haltung.“ Für Melvin J. Lasky bestand nun als Herausgeber und Chefredakteur des „Monat“ die Kunst gerade darin, dass einerseits die Unabhängigkeit der

Autoren und Autorinnen auch tatsächlich gewahrt blieb, da die internationalen Wissenschaftler, Publizisten und Schriftsteller selbstverständlich in ihrer geistigen Arbeit völlige Freiheit besaßen, andererseits die Summe einer großen Bandbreite unterschiedlicher Ansichten und Meinungen so zu steuern, dass die beabsichtigten Ziele der finanziellen Auftraggeber in der politischen, kulturellen und ideologischen Auseinandersetzung mit dem Sowjetkommunismus erfüllt werden. Hierbei ist es schwer vorstellbar, dass sich die zum Teil überaus renommierten Intellektuellen in den Dienst der antikommunistischen Sache gestellt hätten, wenn ihnen irgendwelche Direktiven erteilt worden wären oder über die lenkende Hand des amerikanischen Geheimdienstes im Hintergrund informiert gewesen wären. Als Grundthese wird darum in der vorliegenden Untersuchung angenommen, dass mit Blick auf die Kritik des Nationalsozialismus und des Sowjetkommunismus eine Zeitschriften- bzw. Redaktionspolitik betrieben wurde, die unter anderem über die Auswahl der Themen und Autoren, die Festlegung von Grundlinien der Berichterstattung und Kommentierung und vor allem durch das Ausblenden von bestimmten Themen im Vorfeld wichtige Weichen stellte, außerdem die Instrumentalisierung von politischen und wissenschaftlichen Publikationen und Totalitarismusstudien prominenter Autoren einschloss. Angesichts der durch den Kalten Krieg ausgelösten Entscheidung der Vereinigten Staaten für die Westbindung und die Wiederaufrüstung des ehemaligen Kriegsgegners stand dahinter das politische Ziel, die Geschichte des Nationalsozialismus und seiner Massenverbrechen zu relativieren und zu neutralisieren, die Wehrmacht als Institution zu rehabilitieren sowie die Mitverantwortung und Mitwirkung der militärischen, bürokratischen, diplomatischen, medizinischen und wirtschaftlichen Eliten in das verbrecherische System zu kaschieren, was ihre Integration in die Nachkriegsgesellschaft erleichterte, und andererseits den sowjetischen Kommunismus zu delegitimieren.

Zur Fragestellung, Aufbau und Methode der Arbeit

Die Kritik des Nationalsozialismus und des Sowjetkommunismus in der Zeitschrift „Der Monat“ lässt sich von folgenden zentralen Fragestellungen leiten: Welches Bild zeichnete die Zeitschrift vom nationalsozialistischen und sowjetkommunistischen Herrschaftssystem? Wie wurden die beiden totalitären Herrschaftssysteme vergleichend analysiert? Wie ist der Vergleich zwischen der „braunen“ und der „roten“ Diktatur ausgefallen? Welche Rolle spielten in diesem Zusammenhang die zeitgenössischen Totalitarismustheorien? Auf welches

totalitarismustheoretische Modell stützte sich die Zeitschrift bei der Kritik der beiden totalitären Herrschaftssysteme in erster Linie? Gab es bei der (vergleichenden) Auseinandersetzung mit der Geschichte des „Dritten Reiches“ und dem aktuellen sowjetischen Kommunismus erkennbare Lücken der Berichterstattung und der kritischen Reflexion? Mit Blick auf die Geschichte der „Hitler-Diktatur“ heißt das insbesondere: wurden bestimmte Aspekte und Themenfelder der politisch-justitiellen Auseinandersetzung mit den Folgen des nationalsozialistischen Herrschaftssystems und seiner Verbrechen ausgeblendet? Erfüllte der „Monat“ hinsichtlich der Kritik des Nationalsozialismus und des Sowjetkommunismus den von der Redaktion propagierten Antitotalitarismus?

Vor dem Hintergrund des Kalten Krieges wird zudem danach gefragt, ob sich bei der Auseinandersetzung mit dem nationalsozialistischen Totalitarismus und seinen vergangenheitspolitischen Dimensionen in der inhaltlichen Ausrichtung zeigen lässt, dass sich die Imperative der US-amerikanischen Besatzungspolitik in Westdeutschland gewandelt hatten? Und lässt sich angesichts der CIA-Finanzierung des „Kongresses für kulturelle Freiheit“ beim „Monat“ eine Zeitschriften- bzw. Redaktionspolitik feststellen, die auf Direktiven des US-amerikanischen Geheimdienstes zur Steuerung des Publikationsorgans hindeuten?

Ausgehend von diesem Fragekomplex wurde für den Aufbau der Untersuchung ein nicht zu eng gefasster inhaltlicher Gesamtrahmen gewählt. Zuerst erfolgt noch im Einleitungsteil eine ausführliche Darstellung der wechselvollen Geschichte des Totalitarismusbegriffs, mit der nicht nur die politisch und/oder wissenschaftsgeschichtlich wichtigsten Totalitarismustheorien präsentiert werden, sondern auch gezeigt werden soll, wie die historische Genese des Terminus in einem starkem Maße von der jeweiligen politischen Situation beeinflusst worden ist und er zur Legitimation der westlichen Demokratien mittels der Markierung des totalitären Feindes diene.

Im ersten Teil der Untersuchung geht es darum die Zeitschrift „Der Monat“ mit Blick auf die Vereinigten Staaten in den politisch-historischen und ideologischen Kontext des Kalten Krieges zu stellen, wobei die Auseinandersetzung mit dem Totalitarismus nationalsozialistischer und sowjetkommunistischer Couleur im Mittelpunkt steht.

Im ersten Abschnitt „Die politische und ideologische Genese des Kalten Krieges. Der frühe intellektuelle und politische Antikommunismus in den Vereinigten Staaten“ werden im ersten Kapitel zuerst, ausgehend von den während des Zweiten Weltkrieges in Washington einsetzenden Überlegungen über die Nachkriegsordnung, die grundsätzlichen Prinzipien

dargelegt, mit denen die Vereinigten Staaten unter dem damaligen Präsidenten Roosevelt den Kampf gegen den Nationalsozialismus geführt haben. Der zum alles entscheidenden Kriegsziel erklärte Sieg über das „Hitler-Regime“ ließ auch ein Bündnis mit der Sowjetunion möglich werden, die seit der russischen Oktoberrevolution von 1917 ein feindliches Wertesystem verkörperte, das den amerikanischen Ordnungsprinzipien in der Innen- und Außenpolitik diametral entgegengesetzt war. Insofern wird in dieser Arbeit von einem frühen Antikommunismus in der politischen Elite der Vereinigten Staaten ausgegangen, der nicht an den Kalten Krieg gebunden war, sich freilich in der konkreten, existentiellen Auseinandersetzung mit der Sowjetunion unter Stalin zuspitzte. Dies soll insbesondere anhand der nach dem Sieg über den Nationalsozialismus die US-amerikanische Außenpolitik maßgeblich mitgestaltende sogenannte „Riga-Fraktion“ um George F. Kennan im State Department skizziert werden, die sich frühzeitig mit dem Wesen der sowjetkommunistischen Diktatur auseinandersetzten und speziell den Konnex zwischen der russischen Revolution und den danach in Gang gekommenen staatlichen Massenverbrechen beleuchteten (Kap. 1.4.); zur Sprache kommen soll hierbei auch, dass im Laufe der 1930er Jahre einerseits wichtige Erkenntnisse über das sowjetkommunistische Herrschaftssystem und den stalinistischen Terror auch durch verschiedene Publikationen ehemaliger Anhänger des Kommunismus, den sogenannten Renegaten,⁸ geliefert wurden, die zudem häufig einen Vergleich mit dem nationalsozialistischen Herrschaftssystem beinhalteten (Kap. 1.2.), sowie andererseits die Genesis des in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre einsetzenden Spaltungsprozesses innerhalb der amerikanischen politischen Linken, deren prominentesten Exponenten eine prinzipielle Kritik an den totalitären Diktaturen übten und später im „Monat“ und dem „Kongress für kulturelle Freiheit“ eine entscheidende Rolle spielten (Kap. 1.3.). Anhand des Antikommunismus der „Riga-Fraktion“ um Kennan soll gezeigt werden, dass im State Department zum einen eine (Forschungs-)Abteilung für russische Angelegenheiten ins Leben gerufen wurde und zum anderen nicht zuletzt gegenüber der Stalinschen Außenpolitik ein realistischer Blick eingenommen wurde und ein Bewusstsein vorhanden war, dass der Konflikt mit dem sowjetischen Totalitarismus während des Zweiten Weltkrieges nur vorübergehend stillgelegt war (Kap. 1.4.). Die daraus resultierenden Konsequenzen werden in den Kapiteln 1.5. bis 1.8. thematisiert. Vor dem Hintergrund der unmittelbar nach dem Kriegseintritt der Vereinigten Staaten gegen das nationalsozialistische Herrschaftssystem

⁸ Da der Begriff Renegat in der vorliegenden Untersuchung entgegen seiner ursprünglichen Verwendung, worauf ich noch eingehen werde, nicht als politischer Kampfbegriff und denunziatorische Vokabel verwendet wird, wird hier darauf verzichtet ihn in Anführungszeichen zu setzen.

einsetzenden Überlegungen, wie sich in Zukunft die außenpolitischen Beziehungen mit der Sowjetunion gestalten würden, soll zuerst auf die vom neugegründeten Geheimdienstapparat „Coordinator of Information“ (COI) – aus dem später das „Office of Strategic Services“ (OSS) hervorging – ins Leben gerufene berühmte Forschungsabteilung „Research and Analysis Branch“ (R&A) innerhalb der amerikanischen Kriegsadministration eingegangen werden, in der unter anderem deutsche Emigranten, Wissenschaftler und Intellektuelle einen aktiven Beitrag im Kampf gegen das nationalsozialistische Herrschaftssystem leisteten und auch für die konkreten Planungen über die Deutschlandpolitik nach Kriegsende (mit-)verantwortlich zeichneten; zudem wurde hier die Auseinandersetzung mit der Sowjetunion unter Stalin weiterbetrieben. In diesem Zusammenhang soll dann mit Blick auf die Abteilung R&A, zumal der „Sowjetabteilung“, zur Sprache kommen, welche Folgen die unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges erfolgte Auflösung des Geheimdienstapparates hatte und welche Rolle hierbei der sich besonders im State Department schnell ausbreitende militante Antikommunismus besaß. Kapitel 1.7. geht kurz auf den Verlauf des entstehenden Kalten Krieges ein und reicht bis zur „Truman-Doktrin“ im März 1947. Hier interessieren insbesondere die entscheidenden Etappenschritte und Stellungnahmen der aus der „Riga-Fraktion“ stammenden US-Politiker und Diplomaten (besonders von George F. Kennan), die zur Regierungsmannschaft des neuen Präsidenten Truman zählten und gegenüber der Sowjetunion eine Nachkriegspolitik vertraten, die in einem Gegensatz zu den Vorstellungen von Roosevelt und dessen einflussreichen Beratern standen. Um die Genesis der Gründung der CIA und ihre sogenannten verdeckten Operationen, die maßgeblich auf den politischen Vorstellungen des Direktors des Politischen Planungsstabes im State Department, George F. Kennan, beruhten, geht es im letzten Kapitel 1.8. des ersten Abschnittes dieser Arbeit.

Im zweiten Abschnitt „Die Deutschlandfrage im Schatten des Kalten Krieges“ geht es zuerst darum, die von den Alliierten während des Zweiten Weltkrieges auf den Konferenzen verhandelten Grundzüge der nach der bedingungslosen Kapitulation des „Dritten Reiches“ gültigen Deutschlandpolitik nachzuzeichnen, die bereits den Keim für zukünftige Auseinandersetzungen zwischen ihnen enthielten (Kap. 2.1.). Nachdem auf die sich Bahn brechenden Gegensätze insbesondere zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion eingegangen wird, die auf die Deutschlandfrage ausstrahlte (Kap. 2.2.), sollen die unterschiedlichen Vorstellungen der vier Besatzungsmächte bei der konkreten Deutschlandpolitik dargelegt werden (Kap. 2.3.), die zum langsamen Auseinanderentwickeln der Besatzungszonen führten. Gezeigt wird, wie die Spaltung Deutschlands mit der

Verschärfung des Ost-West-Gegensatzes koinzidierte, so dass an eine gemeinsame alliierte Deutschland- und Besatzungspolitik nicht mehr zu denken war. Das Kapitel 2.4. wiederum beschäftigt sich mit der Genesis einer inneramerikanischen Kontroverse, die angesichts der Frage in Gang kam, wie nach dem militärischen Sieg mit dem „deutschen Problem“ umzugehen sei und die in einem unmittelbaren Zusammenhang der amerikanischen Außenpolitik gegenüber der Sowjetunion stand. Hier standen sich Verfechter einer harten Bestrafung Deutschlands, die ihren Ausdruck in der im September 1944 entstandenen Direktive JCS 1067 fand und die dem künftigen amerikanischen Militärgouverneur die Richtlinien für die zu verfolgende Politik in seiner Besatzungszone in die Hand gab, sowie den Vertretern des War Department und insbesondere des State Department gegenüber, die angesichts der prinzipiellen Gegnerschaft zum Sowjetkommunismus für eine „weiche Linie“ in der Deutschlandfrage plädierten und frühzeitig die Westintegration des westlichen Teils Deutschlands favorisierten. Hier soll auch gezeigt werden, wie das endgültige Scheitern der diplomatischen Zusammenarbeit der ehemaligen Verbündeten im Frühjahr 1947 mit der von Truman verkündeten „Eindämmungs-Doktrin“ koinzidierte. Zudem veränderte sich dann im Zuge des Marshallplanes die amerikanische Deutschlandpolitik, was sich in der neuen Besatzungsdirektive JCS 1779 niederschlug, die im Juli 1947 die alte JCS 1067 ablöste und dadurch charakterisiert war, Westdeutschland zum Partner zu machen. Anhand der Berlin-Krise 1948/49 (Kap. I.3.), wird dann beschrieben, wie im Zentrum Europas der Konflikt zwischen dem westlichen System unter der Führung der Vereinigten Staaten und dem östlichen System unter der Führung der Sowjetunion eskalierte, worin die Bedeutung lag und welche politischen Implikationen die erste existentielle politische Krise zwischen den beiden Supermächten zeitigte.

Zum besseren Verständnis der besonderen Funktion des „Monat“ im Nachkriegsdeutschland und zur Rolle der Totalitarismustheorie (Kap. I.4.) wird zuerst auf die zentrale Bedeutung des von den Alliierten vereinbarten Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozesses sowie die im Anschluss daran unter der alleinigen Verantwortung der Vereinigten Staaten durchgeführten sogenannten zwölf Nachfolgeprozesse bei der politisch-justiziellen Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur eingegangen, die auch die historiographische Aufklärung über den kriminellen Charakter des Regimes und die deutschen Massenverbrechen beinhaltete. Außerdem soll in diesem Zusammenhang das Verhalten der deutschen Bevölkerung thematisiert werden: nach anfänglich eher zustimmender Haltung gegenüber dem Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher

sprach diese sich nicht nur größtenteils gegen die Nürnberger Nachfolgeprozesse aus, außerdem brach sich nämlich bei ihr auch angesichts der umfassenden Entnazifizierungspolitik eine zunehmend radikale Ablehnung hinsichtlich der angeblich von den Alliierten behaupteten „Kollektivschuld“ des deutschen Volkes Bahn, die bereits mit den Anfängen einer „Schlusstrichmentalität“ korrespondierte (Kap. I.4.1.). Insofern überschneiden sich diese Ausführungen mit denen zur langen Vorgeschichte des „Monat“ (Kap. I.4.2.), die insbesondere die Anfänge und den verändernden Charakter der konkreten amerikanischen Besatzungspolitik in Westdeutschland beleuchten und sowohl die allgemeinen als auch besonderen Hintergründe verständlich machen sollen, die zum Entschluss der amerikanischen Militärregierung führten, den „Monat“ zu gründen. Nachdem die facettenreichen Aspekte der unmittelbaren Gründung und der Funktion des „Monat“ (Kap. I.4.3.) sowie die inhaltliche Ausrichtung unter der Ägide Melvin J. Laskys (Kap. I.4.4.) geklärt werden, wird im Anschluss daran auf die Rolle der sogenannten klassischen Totalitarismustheorie in der frühen Bundesrepublik eingegangen (Kap. I.4.5.). Die beiden letzten Kapitel des ersten Teils dieser Untersuchung beschäftigen sich einerseits mit den „heißen Tagen“ des Berliner „Kongresses für kulturelle Freiheit“ im Juni 1950 (Kap. I.5.), andererseits mit historischen Zäsuren des „Monat“, die sich nicht zuletzt auf die inhaltliche Ausrichtung der Zeitschrift auswirkten (Kap. I.6.).

Im zweiten Teil der Untersuchung wird das Totalitarismusphänomen in den Fokus des „Monat“ gerückt. Anhand von einzelnen Veröffentlichungen im „Monat“ und speziell der beiden Studien „Das Zwanzigste Jahrhundert. Eine Zwischenbilanz des Westens“ (1950) von Hans Kohn und „Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft“ (1951) von Hannah Arendt soll einleitend die Vorgeschichte der nationalsozialistischen und bolschewistischen Massenbewegung sondiert und die Entstehungsbedingungen der totalitären Herrschaftssysteme in Deutschland und Russland beschrieben werden (Kap. II.1.). Danach soll hervorgehoben werden, dass ohne die sogenannten totalitären Erfahrungen zahlreicher Wissenschaftler und Intellektueller, zumal ehemaliger Kommunisten, die Auseinandersetzung mit dem Phänomen der totalitären Herrschaft und der Totalitarismustheorie kaum zu verstehen ist und eine zentrale Voraussetzung für die Mitarbeit im „Monat“ darstellte (Kap. II.2.); die Erfahrungen von Margarete Buber-Neumann stehen dafür exemplarisch (Kap. II.2.1.). Insofern gibt es einen thematischen Zusammenhang zum anschließenden Kapitel, in dem es um die frühe Auseinandersetzung der Renegaten mit dem Totalitarismus geht, wobei dies vor dem Hintergrund ihrer Rolle im „Monat“ erfolgt (Kap. II.3.). Im Anschluss daran

folgen zuerst Porträts von zehn prominenten Exponenten des „Monat“, die nicht nur für die (vergleichende) Beschreibung und Analyse des nationalsozialistischen und sowjetkommunistischen Herrschaftssystems in dem Zeitschriftenorgan eine herausragende Bedeutung besaßen. Danach folgt eine Art „Negativporträt“ von Franz Neumann, mit dem versucht wird eine vorläufige Antwort auf die Frage zu finden, warum der Autor der 1942 erschienenen bahnbrechenden Studie über den Nationalsozialismus („Behemoth“) und international bekannte Wissenschaftler und Intellektuelle nicht im „Monat“ geschrieben hat (Kap. II.5.).

Der Exkurs im dritten Teil beschäftigt sich mit der frühen Totalitarismuskonzeption in Frankreich. Dies erfolgt anhand der sogenannten Kravchenko- und Rousset-Prozesse im Nachkriegsfrankreich, mit denen sich neben dem „Kongress für kulturelle Freiheit“ besonders der „Monat“ intensiv auseinandergesetzt hatte. In den beiden ineinander verschachtelten Prozessen ging es im Kern um die Frage nach der Existenz des sowjetischen Lagersystems und sie besaßen primär für die französische Linke und die sie repräsentierenden Intellektuellen wichtige politische Implikationen.

Im vierten Teil der Untersuchung steht das konkrete Material des „Monat“ in den Jahren 1948 bis 1960 im Mittelpunkt. Er bildet das eigentliche Kernstück dieser Arbeit. Auf der Grundlage jeder einzelnen Ausgabe der monatlich erschienenen Zeitschrift sollen die oben formulierten zentralen Fragestellungen im Hinblick auf die (vergleichende) Analyse des Nationalsozialismus und des Sowjetkommunismus beantwortet werden, wobei sich hier der Untersuchungszeitraum auf die Jahre bezieht, in denen Melvin J. Lasky als Herausgeber und Chefredakteur verantwortlich zeichnete. In dem in drei Kapitel aufgegliederten empirischen Teil wird folgendermaßen vorgegangen. Die einzelnen Kapitel folgen jeweils spezifischen Fragestellungen, was sich vor allem durch den damaligen unterschiedlichen Erkenntnis- und Forschungsstand im Hinblick auf die Geschichte des „braunen“ und des „roten“ Totalitarismus begründet und worauf in den entsprechenden Vorbemerkungen eingegangen wird. Hier werden außerdem sowohl die unterschiedliche Vorgehensweise bei der qualitativen und quantitativen Analyse des Nationalsozialismus (Kap. IV.1.) und des Sowjetkommunismus (Kap. IV.2.) sowie bei der vergleichenden Analyse der beiden totalitären Herrschaftssysteme (Kap. IV.3.) im „Monat“ als auch ihre jeweils unterschiedlichen Darstellungsformen erläutert, was sich insbesondere durch die noch auszubreitenden konkreten Ergebnisse der systematischen empirischen Auswertung der einzelnen Hefte selbst erklärt und sich angesichts des unterschiedlichen Erkenntnis- und

Forschungsstandes auch in einem veränderten Gliederungsaufbau der beiden Kapitel zur Analyse des Nationalsozialismus bzw. des Sowjetkommunismus niederschlägt. Eine wichtige Gemeinsamkeit der drei Kapitel liegt indes darin, dass am Ende jeweils ein analytisches Resümee gezogen wird. Mit diesem wird das Ziel verfolgt vor dem Hintergrund der formulierten Fragestellungen vermittle der jeweils gewonnenen sehr detaillierten Informationen und Erkenntnisse zu einer Gesamteinschätzung der einzelnen drei Kapitel zu kommen, wobei dann im Schlussteil der vorliegenden Untersuchung eine Synthese dieser Teilergebnisse vollzogen wird. Als Grundlage dient hierbei ausschließlich der zum Zeitpunkt des Erscheinens der Zeitschrift „Der Monat“ vorhandene Erkenntnis- und Forschungsstand zur Geschichte des Nationalsozialismus und des Sowjetkommunismus sowie der zeitgenössischen Totalitarismustheorien. Hiermit soll vermieden werden, dass es bei der Einordnung und Einschätzung der hier herangezogenen Beiträge im Allgemeinen und des „Monat“ im Besonderen zu einer nachträglichen Beurteilung kommt, die dem damals zur Verfügung stehenden Wissen der Autoren und der Zeitschriftenredaktion nicht gerecht wird. Insofern wird hier nicht mit dem heutigen Wissen über die totalitären Diktaturen aus Deutschland und der bis 1991 existierenden Sowjetunion operiert, sondern mit den damals vorhandenen Erkenntnissen. Wenn man so will wird hier der wissenschaftliche Anspruch der historischen Methode auf „Verstehen“ als erkenntnisleitende Maxime genommen: Mit der verstehenden textnahen (vergleichenden) Analyse des Nationalsozialismus und des Sowjetkommunismus soll eine überhebliche Expost-Besserwisserei vermieden werden. Auch aus diesem Grund erfolgt in diesem vierten Teil häufig eine vielleicht ungewöhnlich umfangreiche Textwiedergabe, die sich aber auch dadurch begründen lässt, dass es sich in der Regel um Veröffentlichungen handelt, die bis heute gemeinhin kaum bekannt sind. Insofern kann sich jede(r) Leserin und Leser ein eigenes Urteil bilden.

Danach soll im fünften Teil in zwei Exkursen gezeigt werden, wie sich der „Monat“ in den 1960er Jahren einerseits mit der Geschichte des „Dritten Reiches“ auseinandergesetzt hat und inwiefern das hierbei gezeichnete Bild des nationalsozialistischen Herrschaftsregimes mit den durch die „neue“ empirische NS-Forschung in West-Deutschland gewonnenen Erkenntnissen kontrastierte, sowie andererseits, wie die Infragestellung der Totalitarismustheorie in der Wissenschaft im Gegensatz zur Totalitarismuskonzeption des „Monat“ stand. Hierbei können mit Blick auf die in der vorliegenden Untersuchung interessierende Kritik des Nationalsozialismus und des Sowjetkommunismus im „Monat“

zwischen den 1950er unter Melvin J. Lasky und den neuen Herausgebern in den 1960er Jahren bis 1971 aufschlussreiche Gemeinsamkeiten aufgezeigt werden.

Mit dem ausführlichen Schlussteil (Teil VI.) wird in erster Linie beabsichtigt, auf der Grundlage einer Zusammenfassung der zentralen Ergebnisse dieser Untersuchung eine systematische historisch-politische Kontextualisierung und abschließende Bewertung der Zeitschrift „Der Monat“ vorzunehmen. Dies erfolgt nicht zuletzt mit Blick auf die politischen Überlegungen, Interessen und Herausforderungen der Vereinigten Staaten im Kalten Krieg und der amerikanischen Deutschlandpolitik während und selbstverständlich besonders nach dem Zweiten Weltkrieg. Einen breiten Raum nimmt die bereits angesprochene Synthese der einzelnen Untersuchungsergebnisse der (vergleichenden) Analyse des Nationalsozialismus und des Sowjetkommunismus aus dem vierten Teil ein. Erst durch diese Synthese ist ein abschließendes Urteil darüber möglich, wie die Zeitschrift „Der Monat“ den Totalitarismus bzw. das Totalitarismusphänomen interpretierte, in die Geschichte der Moderne und speziell des 20. Jahrhunderts einordnete und auf welche zeitgenössischen Forschungsparadigmen man primär zurückgriff, um das Auftauchen der politischen Massenbewegungen nach dem Ersten Weltkrieg in Deutschland und der Sowjetunion (sowie in Italien) zu erklären. Auch aus diesem Grund folgt dann eine Zusammenfassung der zentralen Untersuchungsergebnisse der (vergleichenden) Analyse des Nationalsozialismus und des Sowjetkommunismus. Im Anschluss daran wird „Der Monat“ in zwei ausführlichen Abschnitten in den für die Geschichte des westdeutschen Teilstaates überaus bedeutenden Kontext der von Anfang an umkämpften, widersprüchlichen und hochkomplexen politisch-justiziellen Auseinandersetzung mit der unmittelbar zurückliegenden deutschen Vergangenheit gestellt. Ausgehend von der nach dem Kriegsende alsbald einsetzenden Debatte über die „Schuldfrage“ der deutschen Bevölkerung soll gezeigt werden, wie sich die Zeitschrift einerseits in die Vergangenheitsbewältigung in der frühen Bundesrepublik Deutschland einfügte und welche Themen und Aspekte der politisch-justiziellen Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur sowie seiner Gewaltverbrechen aufgegriffen und welche andererseits systematisch ausgeblendet wurden.

Sodann wird anhand der vorliegenden Untersuchungsergebnisse der von der Zeitschriftenredaktion formulierte antitotalitäre Anspruch geprüft und die Natur des propagierten Antitotalitarismus bestimmt. Dieser wird anschließend mit dem in der frühen Bundesrepublik von der Regierung und fast aller im Bundestag vertretenen Parteien immer wieder beschworenen antitotalitären Konsens in Beziehung gesetzt. Ausgehend von den bis

dahin vorliegenden Untersuchungsergebnissen kann dann bestimmt werden, was das eigentliche Schlüsselthema des „Monat“ war: es war die Auseinandersetzung mit dem Phänomen der Verführbarkeit von Intellektuellen durch den Nationalsozialismus und den Sowjetkommunismus und ihrer totalitären Ideologien, das in jenen politisch aufgeladenen Jahren tatsächlich eine nicht zu unterschätzende Bedeutung besaß, zumal für zahlreiche Autoren der Zeitschrift aufgrund ihrer individuellen politischen Vergangenheit. Außerdem dienen sie dazu, Gemeinsamkeiten zwischen Willi Münzenbergs legendärem Zeitschriftenprojekt „Die Zukunft“ und dem „Monat“ angesichts der Finanzierung durch staatliche Regierungsstellen hervorzuheben und eine abschließende Bewertung der besonderen Funktion und Rolle der ehemaligen Kommunisten im „Monat“ in den Jahren des Kalten Krieges vorzunehmen. Zudem soll angesichts der vom CIA in den „Kongress für kulturelle Freiheit“ eingespeisten Finanzmittel und dem mit Blick auf sämtliche Hintergründe informierten einzelnen Mitglieder anscheinend existierenden „gestaffelten Netzwerk“ (Michael Hochgeschwender) auf der Grundlage der vorliegenden Untersuchungsergebnisse eine entsprechende Kategorisierung der Autoren und Autorinnen des „Monat“ vorgenommen werden. Es folgt in diesem Zusammenhang mit Blick auf die Grundthese dieser Untersuchung eine abschließende Einschätzung über eine tendenziöse Zeitschriftenpolitik der Redaktion, die dem engagierten und ambitionierten doppelten Programm des „Monat“ Rechnung trug: durch das Konzept der *reorientation* die intellektuelle Entwicklung Westdeutschlands entscheidend zu beeinflussen sowie seine ideell-kulturelle Integration bzw. „Ankunft“ in den Westen mitzugestalten, und gleichzeitig einen anspruchsvollen, konsequenten und scharfen Antikommunismus zu verfolgen.

Ebendies zeigte sich auch in einem anderen Bereich. Im letzten Abschnitt soll kurz darauf eingegangen, dass der „Monat“ für die Vereinigten Staaten mit Blick auf die junge Bundesrepublik in den Jahren des Kalten Krieges und der drohenden Gefahr des Totalitarismus auch ein Instrument gegenüber England und Frankreich war. Zudem wird gezeigt, wie sich auf der Basis der Totalitarismusinterpretation des „Monat“ das sich erst auf den zweiten Blick erschließende eigentliche intellektuelle und politische Selbstverständnis der Zeitschriftenredaktion und eines bestimmten Teils der Autoren bestimmen lassen, dessen Spuren sich in dem Denken und Weltbild jener neuen konservativen politischen Strömung, den „Neokons“, wiederfinden lässt, das vornehmlich in den Vereinigten Staaten vertreten ist und zuletzt die US-amerikanische Regierungspolitik unter den Präsidenten George W. Bush sen. und im Anschluss daran von seinem Sohn maßgeblich beeinflusste. Und nicht zufällig

war der „Godfather“ der „Neocons“, Irving Kristol, nicht nur Autor des „Monat“, sondern spielte, wie auch sein Freund und langjähriger politischer Kampfgefährte Melvin J. Lasky, eine überragende Rolle beim „Kongress für kulturelle Freiheit“.

Forschungsstand

Während die Geschichte des „Kongresses für kulturelle Freiheit“ durch diverse Untersuchungen gründlich erforscht ist,⁹ stellt sich die Situation „beim Monat“ hingegen anders dar. Auch wenn sich die quellengesättigten Studien zum „Kongress für kulturelle Freiheit“ selbstverständlich mit den von der Pariser Zentrale herausgegebenen oder mit ihm organisatorisch eng verbundenen diversen Periodika auseinandersetzen und hierbei im Vergleich zu den anderen Kongresszeitschriften besonders auf den „Monat“ eingehen, ist die Forschungslage zum „Monat“ überschaubar. Während es bis zum heutigen Tage keine Gesamtdarstellung gibt, sind die wenigen Studien die sich mit dem „Monat“ auseinandersetzen und einen wissenschaftlichen Anspruch genügen außerdem im Hinblick auf wesentliche Gesichtspunkte zumeist unbefriedigend. Sie bleiben vor allem eine kritische Beantwortung auf einige der sich angesichts der CIA-Hintergründe des „Kongresses für kulturelle Freiheit“ und des „Monat“ sowie seiner zentralen Führungsfiguren aufdrängenden Fragen in der Regel schuldig, wenn sie denn überhaupt gestellt werden, weichen ihnen entweder aus oder nehmen eine affirmative Haltung ein, die sich aus ideologischen Quellen speist.

Während die beiden unveröffentlichten Arbeiten von Carl Wolfgang Müller und Margit Ketterle über den „Monat“ hier aus organisatorischen Gründen nicht als Primärquelle berücksichtigt werden konnten,¹⁰ gehen zwei themenverwandte Studien ebenfalls auf das

⁹ Vgl. besonders Peter Coleman, *The Liberal Conspiracy. The Congress for Cultural Freedom and the Struggle for the Mind of Postwar Europe*, New York/London 1989; Pierre Grémion, *Intelligence de l'Anticommunisme. Le Congrès pour la liberté de la culture à Paris 1950-1975*, Paris 1995; Michael Hochgeschwender, *Freiheit in der Offensive? Der Kongreß für kulturelle Freiheit und die Deutschen*, a.a.O.; Francis Stonor Saunders, *Wer die Zeche zahlt ... Der CIA und die Kultur im Kalten Krieg*, Berlin 2001; Giles Scott-Smith, *The Politics of Apolitical Culture Freedom, the CIA and Post-War American Hegemony*, London/New York 2002; Ulrike Ackermann, *Sündenfall der Intellektuellen. Ein deutsch-französischer Streit von 1945 bis heute*, Frankfurt a. M. 2000, S. 52-119.

¹⁰ Carl Wolfgang Müller, *Der Monat. Eine internationale Zeitschrift für Politik und geistiges Leben* (unveröffentl. Manuskript), Freie Universität Berlin 1951; Margit Ketterle, *Literatur und Politik im Nachkriegsdeutschland der Zeitschrift „Der Monat“ 1948-1955* (unveröffentl. Magisterarbeit), München 1984. Michael Hochgeschwender, *Freiheit in der Offensive? Der Kongreß für kulturelle Freiheit und die Deutschen*, a.a.O. bezieht sich allerdings in seiner Studie in seinen Ausführungen zum „Monat“ häufig auf die „ausgezeichnete Arbeit“ (Michael Hochgeschwender) von Margit Ketterle. Da sich meine Untersuchung wiederum, wie noch zu sehen sein wird, bei inhaltlichen, organisatorischen, institutionellen und personellen

Zeitschriftenorgan ein und rücken es in das anspruchsvolle und komplexe *reeducation*-Programm der US-amerikanischen Militärregierung. Hierbei heben sie zu Recht hervor, dass die ursprüngliche Absicht der US-amerikanischen Deutschlandpolitik, die ehemaligen Nationalsozialisten und Mitläufer des NS-Regimes auch mithilfe einer Medien- und Kulturpolitik zu liberalen Demokraten umzuerziehen, im Zuge des heraufziehenden Kalten Krieges von der Auseinandersetzung mit der Sowjetunion überlagert und mehr und mehr vom Primat des Antikommunismus bestimmt wurde. So schreibt Hansjörg Gehring in seiner besonders zum Aufbau und Funktionsweise des literaturpolitischen Apparates der US-Militärregierung sowie seinen sich im Laufe der Jahre immer wieder verändernden und alles andere als konfliktfreien institutionellen Zuständigkeiten sehr informativen Untersuchung „Amerikanische Literaturpolitik in Deutschland 1945-1953. Ein Aspekt des Re-Education-Programms“, dass die Entstehung des „Monat“ selbst „ein Resultat des Kalten Krieges“ war, was seines Erachtens natürlich „nach außen“ nicht eingestanden wurde. So wurde in diesem Zusammenhang die Literatur „als politische Waffe eingesetzt.“ Gehring weist hierbei daraufhin, dass bereits in einem Telegramm vom 1. November 1947 das State Departement seinem politischen Berater bei OMGUS empfohlen hatte, „verstärkte Propaganda gegen den Osten zu betreiben. Dies sollte speziell für die Informationsmedien gelten, zu der es selbst hieß, dass sie „jetzt im Zuge der neuen Kampagne gewichtige Änderungen erfahren müsse.“¹¹ Birgit Bödecker wiederum legt in ihrer Dissertation „Amerikanische Zeitschriften in deutscher Sprache 1945-1952. Ein Beitrag zur Literatur und Publizistik im Nachkriegsdeutschland“¹² den Schwerpunkt auf die deutsche Rezeption US-amerikanischer Schriftsteller. Die in vergleichender Perspektive geschriebene Studie über die von den US-amerikanischen Besatzungsbehörden in deutscher Sprache herausgegebenen vier politisch-kulturellen Zeitschriften („Amerikanische Rundschau“, „Heute“, „Neue Auslese aus dem Schriftum der Gegenwart“ und „Der Monat“) enthält dabei einige wichtige Informationen zum „Monat“ – wie zum Beispiel zur inhaltlichen Grundausrichtung, zur Auseinandersetzung mit dem nationalsozialistischen und stalinistischen Totalitarismus, wobei hier der Schwerpunkt, wie Bödecker zeigt, auf dem Sowjetkommunismus lag. Da sich aber die qualitative und

Aspekten zum „Monat“ vor allem auf die von Michael Hochgeschwender stützt, kommen beide Untersuchungen, besonders aber die von Ketterle, hier auf indirektem Weg zum Zug und werden, wenn man so will, als Sekundärquelle verwendet.

¹¹ Hansjörg Gehring, *Amerikanische Literaturpolitik in Deutschland 1945-1953. Ein Aspekt des Re-Education-Programms*, Stuttgart 1976, S. 75 und S. 74.

¹² Birgit Bödecker, *Amerikanische Zeitschriften in deutscher Sprache 1945-1952. Ein Beitrag zur Literatur und Publizistik im Nachkriegsdeutschland*, Frankfurt a. M. 1993, S. 157-189 und S. 279-302.

quantitative Auswertung ausschließlich auf die ersten drei Jahrgänge bezieht, besitzt sie für die vorstehende Untersuchung nur einen geringen Erkenntniswert.

Das gilt für Jost Hermands wichtige Untersuchung „Kultur im Wiederaufbau. Die Bundesrepublik Deutschland 1945-1965“ nicht. Auch wenn die Ausführungen zum „Monat“ insgesamt nur einen geringen Raum einnehmen, sind sie für die kultur- und ideengeschichtliche sowie politische Einordnung des Zeitschriftenorgans in die ersten Jahre der alliierten Besatzungsherrschaft und der sich allmählich formierenden Bundesrepublik sehr informativ. Vor dem Hintergrund der zeitgenössischen Totalitarismusinterpretation, die nach dem Zusammenbruch des „Dritten Reiches“, wie noch zu sehen sein wird, einem zentralen Wandel unterlag, hebt Jost Hermand ausdrücklich hervor, dass „Der Monat“ zum „wichtigsten Organ“ jener „Hauptideologie der drei Westzonen“ avancierte. Diese fand nicht mehr im Antifaschismus ihren eigentlichen Bezugspunkt, sondern im Antikommunismus, der sich für ihn wiederum mit dem auf einem manichäischen, häufig erkennbar christliche Züge aufweisenden, Weltbild beruhenden und älteste Affekte evozierenden Abendlandtopos vermischte.¹³

Zu einer gänzlich anderen Beurteilung des „Monat“ kommen in jüngster Zeit zwei aus einer jeweils unterschiedlichen Forschungsperspektive erschienenen Untersuchungen. Während sich das „schmale Buch“ (Michael Rohrwasser) *„Eine Zeitschrift gegen das Vergessen“*. Bundesrepublikanische Traditionen und Umbrüche im Spiegel der Kulturzeitschrift *Der Monat*“ von Marko Martin ausdrücklich mit dem Periodikum auseinandersetzt, geht Ulrike Ackermann in ihrer Dissertation „Sündenfall der Intellektuellen. Ein deutsch-französischer Streit von 1945 bis heute“ in einem ausführlichen Abschnitt über den „Kongress für kulturelle Freiheit“ auch auf den „Monat“ (sowie die Schwesterzeitschrift „Preuves“) ein. In seiner literaturwissenschaftlichen Untersuchung beabsichtigt Marko Martin

¹³ Jost Hermand, *Kultur im Wiederaufbau. Die Bundesrepublik Deutschland 1945-1965*, Frankfurt a. M./Berlin 1989, S. 85-88 (Zitate S. 86 und S. 85). Seine These beruht allerdings nur auf einige wenige Beiträge im „Monat“, die außerdem ausschließlich im ersten Jahrgang erschienen und insofern nicht als empirisch belastbare Quellenbasis taugen, um hier zu einer Gesamteinschätzung der Zeitschrift kommen zu können. Zu einem differenzierteren Bild kommt Hermann Glaser: *Kulturgeschichte der Bundesrepublik Deutschland*, Bd. 1. *Zwischen Kapitulation und Währungsreform 1945-1948*, München 1985, S. 194-196, der nicht nur darauf hinweist, dass „Der Monat“ „abendländisches Bewußtsein tradiert und problematisiert“ (S. 195) hat, sondern sich besonders in der Anfangsphase auf „urbane und kosmopolitische Weise“ an einer „Tour d’horizon der Weltkultur“ versuchte (S. 194) und die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus im Kalten Krieg stets auf „hohem Niveau“ (S. 196) führte. Vgl. in diesem Sinne auch bereits Hans Schwab-Felisch, „Der Monat“ – Ein Zeitdokument, in: *Merkur* 25 (1971), S. 405-409 sowie jüngst Axel Schildt/Detlef Siegfried, *Deutsche Kulturgeschichte. Die Bundesrepublik – 1945 bis zur Gegenwart*, Bonn 2009, S. 150 f., die hierbei auch den im Juni 1950 in Berlin erstmals tagenden „Kongress für kulturelle Freiheit“ mit einbeziehen und zu dem Urteil kommen, dass hier anstelle des Abendlandbegriffs der Begriff ‚freie Welt‘ trat, der indes „eine nicht minder radikale Kampfbereitschaft gegen den östlichen ‚Totalitarismus‘ ausdrückte.“ (S. 151).

den „Monat“, mit dem er sich bereits zuvor in zwei von ihm herausgegebenen Büchern auseinandersetzte,¹⁴ anhand der in dem Periodikum veröffentlichten Texte zu beschreiben und intellektuell zu verorten. Sein „Versuch einer analytischen Lektüre“ lässt seines Erachtens „Rückschlüsse auf das geistige Klima“ zu. Hierzu stellt Martin zu Recht fest, dass der „Monat“ nach dem Zweiten Weltkrieg und den katastrophalen Erfahrungen mit dem „Dritten Reich“ in den Anfangsjahren nicht zuletzt durch die 1933 aus Deutschland geflüchteten oder vertriebenen Intellektuellen zu einem Medium der ‚Westernisierung‘ wurde, „die einen radikalen Bruch mit dem bisherigen deutschen Politik- und Kultur-Begriff darstellte.“ Indes stellt bereits seine Behauptung, dass der „Monat“ als „wohl einziger Zeitschrift“ in Deutschland ebenjenes „Emigrantenschriftsteller(n)“ ein Podium bot „im Widerstand gegen post-nazistische Geschichtsklitterung und stalinistische Dogmen“, ein vereinfachendes und vor allem eindeutig falsches Urteil dar. Dies erklärt sich durch die Tatsache, dass der Autor sich mit seinem Untersuchungsgegenstand unkritisch auseinandersetzt und er „seiner“ Zeitschrift gegenüber eine völlig affirmative Einstellung besitzt. Dies kommt auch in seinem ebenfalls noch in der Einleitung zu lesendem Urteil zum Ausdruck, wonach „Der Monat“ nicht nur angesichts des oben angesprochen Gesichtspunktes während der „eher konservativ geprägten fünfziger Jahre in der Bundesrepublik eine Sonderstellung“ einnimmt, die für ihn bis zum heutigen Tage „nicht gewürdigt“ worden ist.¹⁵ Ein zentrales Problem der Studie, die natürlich auch informative und lesenswerte Passagen enthält, liegt darin, dass Martin zu Beginn seiner Untersuchung die Weichen falsch gestellt hat. Er benutzt sein empirisches Material nur einseitig und insofern es seinem subjektiv motivierten Bild des „Monat“ entgegenkommt und nimmt außerdem die Selbstauskünfte von einigen prominenten Herausgebern (Melvin J. Lasky, Klaus Harrprecht und Peter Härtling) und Autoren (Hans Sahl) für „bare Münze“ und die einzig denkbare Wahrheit. Zweifelsohne ist es richtig, dass vor dem Hintergrund der Bedeutung der Freiheit der Kunst als zentraler Baustein für ein „freiheitliches Gemeinwesen“ die Auseinandersetzung mit dem Totalitarismus zu der „wohl wichtigsten, wenn auch nicht einzigen Intention der Zeitschrift“ zählte. Wenn der Autor in diesem Zusammenhang allerdings zu dem Urteil kommt, dass mit Blick auf die

¹⁴ Vgl. Marko Martin, Orwell, Koestler und all die anderen. Melvin J. Lasky und „Der Monat“, Asendorf 1999 (besonders: Kalter Krieg? Eine Lektüre-Reise durch die ersten zehn Jahre von „Der Monat“, S. 9-89) sowie ders., Ein Fenster zur Welt. Die Zeitschrift „Der Monat“. Beiträge aus vier Jahrzehnten, Weinheim 2000 (besonders die Einführung, S. XI-XX). Der Band ist vor allem interessant, weil er zahlreiche Beiträge enthält, die im Laufe der Jahrzehnte im „Monat“ zu den unterschiedlichsten Themenkomplexen von zumeist prominenten Autoren veröffentlicht wurden.

¹⁵ Marko Martin, „Eine Zeitschrift gegen das Vergessen“. Bundesrepublikanische Traditionen und Umbrüche im Spiegel der Kulturzeitschrift *Der Monat*, Frankfurt a. M. 2003, S. 9 und S. 10.

Auseinandersetzung mit der Geschichte des „Dritten Reiches“ für die Gruppe der Emigranten keine Diskussion vonnöten war, weil, so Hans Sahl, wir „Hitler nicht erst aufarbeiten (mussten), wir waren ja schon vor 1933 gegen ihn gewesen“¹⁶ und dies auch unmittelbar auf den „Monat“ bezieht, wird hier ein sehr einseitiges Bild gezeichnet, das fast manichäische Züge trägt. Insofern passt es in dieses Bild, dass Martin sich zum Beispiel nicht mit der Frage beschäftigt, welche Themen und Aspekte bei der Auseinandersetzung mit der Geschichte des nationalsozialistischen Herrschaftssystems und den deutschen Gewaltverbrechen im „Monat“ nicht zur Sprache kamen oder sogar aus bestimmten Gründen von der Redaktion bewusst ausgeblendet wurden. Außerdem passt zu der unkritischen Auseinandersetzung mit dem „Monat“ von Seiten Marko Martins das der Studie beigesteuerte Vorwort von Michael Rohrwasser. So behauptet der Autor, der sich unter anderem mit seiner wichtigen Untersuchung „Der Stalinismus und die Renegaten. Die Literatur der Exkommunisten“ (1991) einen Namen machte, in Kenntnis des empirischen Materials des „Monat“, dass hier auch „über Totalitarismen und Totalitarismustheorien diskutiert und im Blick nach vorn Kritik an der Zensur im Osten geübt“ wurde.¹⁷ Während letzteres selbstverständlich den Tatsachen entsprach, gab es zwar, soviel sei an dieser Stelle bereits gesagt, eine Diskussion über die Totalitarismen deutscher und sowjetischer Couleur – wenn auch nicht im eigentlichen Sinne des Begriffs. Eine Diskussion über Totalitarismustheorien fand indes nicht statt.

In einem ähnlichen Fahrwasser schwimmt die Untersuchung der Frankfurter Politikwissenschaftlerin und Publizistin Ulrike Ackermann, auf die hier aus Raumgründen nicht in der gebotenen Ausführlichkeit eingegangen werden kann. Die zentrale These lässt sich indes kurz und bündig zusammenfassen: Während sich vor dem Hintergrund der Totalitarismusdebatten in Frankreich spätestens mit dem durch das Erscheinen von Solschenizyns „Achipel Gulag“ ausgelösten Schock 1974 auf Seiten der französischen Intellektuellen ein antitotalitärer Konsens etablierte, der den totalitären Charakter des Kommunismus illusionslos anerkannte, zerbrach für die Autorin hingegen in Westdeutschland im Zuge der Studentenunruhen Ende der 1960er Jahre der seit den Anfangsjahren existierende Antitotalitarismus, der gleichermaßen die Gegnerschaft gegenüber Nationalsozialismus und Sowjetkommunismus beinhaltete, und stattdessen trat ein regelrechter Paradigmenwechsel ein. Im Milieu der links-liberalen Intellektuellen kam es nämlich fast ohne Ausnahme zu einer Renaissance des Marxismus und zur Etablierung der „antifaschistischen Denkfigur“, der

¹⁶ Ebenda, S. 27.

¹⁷ Ebenda, S. 7.

Kapitalismus und Nationalsozialismus respektive Faschismus ineinsetzte und die Länder des „real existierenden Sozialismus“ zur Projektionsfläche von ideologisch motivierten utopischen Wunschvorstellungen machte. Der daraus resultierende „Anti-Anti-Kommunismus“ zeigte sich blind gegenüber den im Namen des Kommunismus begangenen staatlichen Massenverbrechen und dem Konzentrationslagersystem.

Auf die Geschichte des „Kongresses für kulturelle Freiheit“ sowie auf den „Monat“ und „Preuves“ (von der hier indes nicht die Rede sein soll) geht Ackermann in einem Kernkapitel ihrer Arbeit ein. Die überragende Bedeutung die der im Juni 1950 in West-Berlin gegründete, später in Paris arbeitende „Kongress“ und der „Monat“ für die frühe Bundesrepublik besaßen, sieht die Autorin darin, dass sie einen erheblichen Anteil an der Etablierung des quasi gesamtgesellschaftlich akzeptierten antitotalitären Konsenses hatten. Dieser prägte nämlich „die Anfangsjahre“ der Bundesrepublik und „kristallisierte sich geradezu paradigmatisch in der Eröffnungsveranstaltung“ des „Berliner Kongresses“ heraus.¹⁸ Auch wenn der Autorin in ihren Ausführungen zum „Kongress für kulturelle Freiheit“ und zum „Monat“ informative und lesenswerte Passagen gelingen, zeichnet sie insgesamt betrachtet ein eindimensionales und unzureichendes Bild ebendieser beiden Institutionen und geht von einigen falschen Grundannahmen aus. Hierbei kann ihr im Grunde genommen spiegelverkehrt der Vorwurf gemacht werden, den sie nicht zu unrecht den auf dem linken Auge blinden linksliberalen Intellektuellen der „Nach-68er-Linken“ macht: Ackermann ist wiederum auf dem rechten Augen blind. Abgesehen davon, dass sie sich für ihre gewagte These, wonach in der frühen Bundesrepublik ein antitotalitärer Konsens vorherrschte, in ganz abstrakte Sphären begeben muss, um sich nicht im realgeschichtlichen „Wald“ der Bonner Republik zu verlaufen (worauf noch einzugehen sein wird), geht sie mit keinem Wort auf die ins Auge stechenden Farbenblindheiten der angeblich per se antitotalitären Intellektuellen des „Kongresses für kulturelle Freiheit“ und des „Monat“ ein – insofern man allein das gesamte empirische Material des Doppelheftes (Nr. 22/23; Juli/August 1950) der Zeitschrift zur Grundlage nimmt, die eine verlässliche Dokumentation des gesamten Berliner „Kongresses für kulturelle Freiheit“ darstellt¹⁹ –, die zwar den stalinistischen Terror in den Blick nahmen, aber angesichts der Vernichtungsdimensionen des nationalsozialistischen Herrschaftssystems und speziell zur alles andere als konfliktarmen „zweiten Geschichte“ (Peter Reichel) des

¹⁸ Ulrike Ackermann, Sündenfall der Intellektuellen. Ein deutsch-französischer Streit von 1945 bis heute, a.a.O., S. 13 f.

¹⁹ Das Doppelheft enthält neben den zahlreichen Redebeiträgen der einzelnen Arbeitsgruppen die anschließenden Diskussionen, die Resolutionen und das internationale Presseecho sowie Einzelheiten zu den diversen Nebenveranstaltungen (vgl. Kap.5.).

„Führerstaates“, wie zu zeigen sein wird, nicht restlos verstummen, indes größtenteils von einer auffallenden und erklärungsbedürftigen partiellen Blindheit geschlagen waren. Dies muss Ackermann in ihrer Studie ausklammern, damit ihre zentrale These nicht ins Wanken gerät.

Andererseits sind die Ausführungen Ackermanns in Bezug auf grundlegende Gesichtspunkte nicht nur unscharf, sondern eindeutig falsch. So zum Beispiel ihr Hinweis, dass die Zeitschrift „Der Monat“ ihren Ausgang vom Berliner „Kongress für kulturelle Freiheit“ im Juni 1950 nahm (das Zeitschriftenorgan wurde bereits zwei Jahre zuvor auf dem Höhepunkt der Berlin-Blockade gegründet; J. G.) und Hannah Arendt sowie George F. Kennan zu den Teilnehmern der legendären Veranstaltung zählte (S. 14). Dies ist aber das kleinere Problem, zeigt gleichwohl einen wenig souveränen Umgang mit ihrem Untersuchungsgegenstand. Ärgerlich wird es allerdings, wenn sie schreibt, dass die „Väter und Mütter der Totalitarismustheorie“ am eigenen Leibe ihre Erfahrungen mit totalitären Herrschaftsregimen gemacht hatten, zeitweise waren sie „selbst der ‚totalitären Versuchung‘ (François Revel) erlegen.“ Was sicherlich nicht auf die prominenten „Miterfinder“ von klassischen totalitarismustheoretischen Studien wie Hannah Arendt, Carl J. Friedrich, Zbigniew Brzezinski, Norman Cohn oder Jacob L. Talmon zutrifft. Überhaupt ist es ein Grundzug von Ackermann, dass sie für ihre Auseinandersetzung mit dem „Kongress“ und dem „Monat“ nur das Material heranzieht, was ihren Ansichten zupass kommt und ihre zentrale These stützt. Hierbei scheut sie sich auch nicht mit der sehr fragwürdigen Methode der Zitatfälschung zu operieren – und zwar bei ihren Ausführungen über die CIA-Finanzierung des „Kongresses für kulturelle Freiheit“ und des „Monat“, der nachgewiesenermaßen ab 1954 über die „Ford Foundation“ auf indirektem Weg Gelder vom US-amerikanischen Geheimdienst erhielt. Nachdem sie bereits in einer Fußnote auf den angesichts der in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre aufgedeckten CIA-Finanzierung des „Kongresses“ ausgelösten öffentlichen Skandal eingeht,²⁰ setzt sie sich damit ausführlicher in dem Abschnitt über das „Ende des Kongresses“ auseinander.²¹ Ackermann zufolge geriet der jahrzehntelange Leiter der Pariser Zentrale des „Kongresses für kulturelle Freiheit“ und CIA-Mitarbeiter Michael Josselson, der bei der Autorin verharmlosend und fälschlicherweise als

²⁰ Ulrike Ackermann, Sündenfall der Intellektuellen. Ein deutsch-französischer Streit von 1945 bis heute, a.a.O., S. 61 (Fußnote 49). Hier schreibt sie, dass sowohl den Mitarbeitern des „Monat“ als auch den „Kongress“-Gründern nicht bekannt war, dass in die „Subventionierung auch CIA-Gelder einfließen.“ Aber: Lasky und die Organisatoren des „Kongresses“ betonten, dass aus der Richtung der CIA „keine inhaltlich-politische Einflußnahme erfolgte.“ Erst einige Zeit nach dem öffentlichen Skandal 1967 wurde bekannt, so Ackermann, dass Michael Josselson der „CIA-Beauftragte“ (sic!) war.

²¹ Ebenda, S. 109-119.

„CIA-Beauftragter“ firmiert, in den Mittelpunkt der Kritik. Angesichts der offensichtlichen Ent-Täuschung, die zahlreiche Mitarbeiter des „Kongresses“ und viele Intellektuelle empfanden, die sich mit ihm verbunden fühlten, übernimmt sie unwidersprochen die Ansichten von François Bondy und Melvin J. Lasky. Gegenüber der Autorin behaupteten beide Führungsfiguren des „Kongresses“ und Herausgeber der beiden einflussreichen „Kongress“-Zeitschriften, dass sie völlige Handlungsfreiheit besaßen und es zu keinem Zeitpunkt zu irgendwelchen Einmischungen in die redaktionelle Arbeit kam.²² Bondy, der außerdem von der gesamten CIA-Finanzierung des „Kongresses“ nichts gewusst haben will,²³ betonte ausdrücklich, dass „während ihrer jahrzehntelangen Arbeit im Kongreß keinerlei politisch-inhaltliche Einflussnahme der CIA oder der amerikanischen Regierung stattgefunden habe; die Redaktionen der Zeitschriften und der Kongreß hätten ihre Arbeit unabhängig und autonom gestaltet.“²⁴

Während Ackermann angesichts der CIA-Finanzierung des „Kongresses für kulturelle Freiheit“ ganz die Haltung von Bondy und Lasky übernimmt und folglich davon ausgeht, dass auch die redaktionelle Arbeit des „Monat“ frei und unabhängig von irgendwelchen Stellen gestaltet werden konnte, d. h. zu keinem Zeitpunkt auch nur der geringste Druck ausgeübt wurde oder es zu einem Versuch der Einflussnahme kam, insofern auch die Redaktion für die inhaltliche Ausrichtung des Zeitschriftenorgans allverantwortlich war – hier liegt sie ganz auf der Linie von Marko Martin²⁵ –, scheut sie sich wiederum nicht durch Auslassungen in einem Zitat von Raymond Aron den Sinn der ursprünglichen Aussage zu entstellen. Wie noch im Schlussteil der vorliegenden Untersuchung gezeigt wird, lässt Ackermann genau jene Passagen des renommierten antitotalitären liberalkonservativen Intellektuellen unter den Tisch fallen, in denen sich der einflussreiche Mitarbeiter des „Kongresses“ und seiner Zeitschriften angesichts der CIA-Finanzierung des „Kongresses“ in seiner 1985 erschienenen Autobiographie selbstkritisch mit seiner Rolle in der Intellektuellenorganisation

²² Resümierend sagte Lasky dazu: „Wir wurden im Laufe der Jahrzehnte von verschiedensten Mäzenen unterstützt – exzentrischen Millionären, Pressezaren, Geheimdiensten, kleinen alten Damen in Tennisschuhen. Aber niemand hat sich in unsere redaktionelle Arbeit eingemischt.“ Ebenda, S. 110.

²³ So sagte Bondy im Gespräch mit der Autorin: „Es hat mich mächtig irritiert. Wir gingen davon aus, das Geld käme von den amerikanischen Gewerkschaften, mittels ihres Sekretärs Irving Brown, der auch zu den Teilnehmern gehörte. Wir sind reingelegt worden, weil wir davon ausgingen, völlig unabhängig zu sein ...“ Zitiert nach ebenda, S. 110.

²⁴ Ebenda, S. 110.

²⁵ Vgl. Marko Martin, „Eine Zeitschrift gegen das Vergessen“. Bundesrepublikanische Traditionen und Umbrüche im Spiegel der Kulturzeitschrift *Der Monat*, a.a.O., S. 10 f., der außerdem mit Blick auf die späten 1960er Jahre zu der Auffassung kommt, dass angesichts der „Monat-Kritik gegenüber dem Vietnamkrieg und der dezidiert linksliberalen Haltung der Zeitschrift weder von einer offensiven noch subtilen Geheimdienststeuerung die Rede sein“ kann (ebenda S. 10).

auseinandersetzt.²⁶ Vor dem Hintergrund des Gesagten liegt die Absicht Ackermanns auf der Hand: Der „schöne Schein“ des „Kongresses für kulturelle Freiheit“ und seiner Zeitschriften sowie speziell des „Monat“ soll gewahrt bleiben.

Im Rahmen seiner Dissertation zum „Kongress für kulturelle Freiheit“ geht der Tübinger Historiker Michael Hochgeschwender auch ausführlich auf die Geschichte des „Monat“ ein.²⁷ Seine glänzende und quellengesättigte Studie überragt die bisher genannten Arbeiten, weil er nicht nur eine umfangreiche Forschungsliteratur einbezieht und die in den Vereinigten Staaten befindlichen Archive des „Kongresses“ und des „Monat“ sowie die Nachlässe wichtiger Mitarbeiter auswertet, sondern besonders aufgrund des differenzierten Urteils und der ideengeschichtlichen und politisch-historischen Einbettung der beiden Institutionen in die bundesrepublikanische Nachkriegsgesellschaft. Da im Verlauf der vorliegenden Untersuchung noch ausführlich auf die Arbeit von Hochgeschwender eingegangen wird, sei an dieser Stelle nur soviel gesagt: Er legt überzeugend dar, dass der „Kongress für kulturelle Freiheit“ und besonders „Der Monat“ den Anspruch verfolgten, im Interesse der Vereinigten Staaten in den Jahren des Kalten Krieges unter antitotalitären Vorzeichen zur „Verwestlichung“ West-Deutschlands beizutragen, und dabei gleichermaßen die in Gang gesetzten Bemühungen zur „Re-Education“ und nicht zuletzt zur „Vergangenheitsbewältigung“ fortzusetzen, sowie die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus und auch mit dem aufkommenden Neutralismus zu führen. Im Unterschied vor allem zu Marko Martin und Ulrike Ackermann nähert sich Hochgeschwender hierbei seinem Untersuchungsgegenstand, dem er durchaus mit Sympathie gegenübertritt, aus einer kritischen Forschungsperspektive. Weil bei ihm insofern nicht bereits im Vornhinein das Untersuchungsergebnis feststeht und sowohl die welt- und deutschlandpolitischen Interessen der Vereinigten Staaten als auch die erklärungsbedürftigen CIA-Hintergründe nicht ausgeklammert werden, ist er imstande zu einer ausgewogenen, gleichwohl noch zurückhaltenden Beurteilung des „Kongresses für kulturelle Freiheit“ und des „Monat“ zu gelangen. Das primäre Ziel seiner Arbeit sieht der Autor in einer Analyse der organisatorischen und weltanschaulichen Tätigkeiten des „Kongresses für kulturelle Freiheit“ in Deutschland und geht dabei von einem strukturbedingten Doppelansatz aus. Für

²⁶ Das nicht vollständige Aron-Zitat befindet sich bei Ulrike Ackermann, Sündenfall der Intellektuellen. Ein deutsch-französischer Streit von 1945 bis heute, a.a.O., auf S. 110 f. Vgl. auch Jürgen Ritte, Ein Sündenfall. Ulrike Ackermanns Studie über die Intellektuellen, in: Neue Zürcher Zeitung vom 7. März 2001, S. 35, wo er der Autorin mit Blick auf Thomas Mann sogar den Vorwurf macht, ein Zitat Manns gefälscht zu haben. Zur Methode der Zitatfälschung bei Ackermann, indes mit Blick auf ein Thomas Mann-Zitat,

²⁷ Michael Hochgeschwender, Freiheit in der Offensive? Der Kongreß für kulturelle Freiheit und die Deutschen, a.a.O.; vgl. zum „Monat“ besonders S. 139-203 und S. 548-558.

Hochgeschwender gilt es beim Studium des „Kongresses“ jeweils im Blick zu haben, dass die von den „nationalen Sektionen vor Ort durchgeführten Aktivitäten sich stets abgestimmt mit der Zentrale in Paris vollzogen.“²⁸ In der detaillierten Auseinandersetzung mit dem „Monat“ wiederum zeigt er nicht zuletzt, erstens, wie überaus komplex die Entstehung des „Monat“ war, zweitens, wie neben der inhaltlichen Grundausrichtung auch der sich im Laufe der Zeit immer wieder verändernde rechtliche und finanzielle Status des Zeitschriftenorgans mit beachtet werden muss, drittens, wie sich die alles andere als einfach zu analysierenden Querverbindungen zu den US-amerikanischen Besatzungsbehörden in Westdeutschland gestalteten. Vor diesem Hintergrund zeigt er dann, viertens, welche Funktion der „Monat“ als „Ideologieträger und -vermittler“ in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren des Kalten Krieges zukam.²⁹ Indes beabsichtigt der Tübinger Historiker mit seiner Arbeit nicht, eine umfassende Inhaltsanalyse des „Monat“ anzustreben.³⁰ An diesem Punkt knüpft die vorliegende Untersuchung an und füllt insofern eine Forschungslücke aus. Sie hat den Anspruch, auf der Basis des empirischen Materials des „Monat“ eine substantielle Inhaltsanalyse erstellen, in deren Mittelpunkt die vergleichende Kritik des Nationalsozialismus und des Sowjetkommunismus steht.

Außerdem ist die naheliegende Frage einer Steuerung des „Monat“ durch den US-amerikanischen Geheimdienst ein weiteres Forschungsdesiderat. Während Hochgeschwender hinsichtlich des „Kongresses für kulturelle Freiheit“ abschließend zu einem überzeugenden Urteil kommt, muss er angesichts seiner konzeptionellen Ausrichtung einer Beantwortung für den „Monat“ schuldig bleiben. Für ihn folgte aus dem Umstand, dass der „Chef“ des „Kongresses“, also Michael Josselson, ein CIA-Mitarbeiter war seine zentrale Bedeutung für diese Organisation, die sich außerdem auch auf die konzeptionelle Arbeit des Kulturkongresses niederschlug. Gleichwohl sollte aber Hochgeschwender zufolge aus seiner Art, den „Kongress“ „indirekt – oder bei Bedarf auch direkt – zu lenken“ nicht als Beweis dafür genommen werden, dass der CIA auch dessen Inhalte durchgehend bestimmte. „Im Gegenteil, Josselsons Wirken war so nur möglich, weil es im engeren Kreis“ des „Kongresses“ einen im Vorfeld feststehenden „weltanschaulichen Konsens“ gab. „Dieser wiederum“, so Hochgeschwender, war mit den Zielen der CIA weitgehend identisch und

²⁸ Ebenda, S. 19.

²⁹ Ebenda, S. 44.

³⁰ Ebenda, S. 52.

erforderte deswegen keine direkte Lenkung. Die intellektuelle Redlichkeit der Beteiligten wurde also auf der inhaltlichen Ebene nicht berührt.³¹

Im Gegensatz hierzu vertritt die britische Historikerin und Literaturwissenschaftlerin Frances Stonor Saunders in ihrem Buch „Wer die Zeche zahlt ... Der CIA und die Kultur im Kalten Krieg“ die gewagte, indes durch die Quellen nicht zu belegene These, dass vor dem institutionellen und finanziellen CIA-Hintergrund des „Kongresses für kulturelle Freiheit“ und der engen Verbindung einiger Mitarbeiter zum US-Geheimdienst, im Grunde genommen der gesamte „Kongress“ einschließlich seiner von der Pariser Zentrale herausgegebenen oder mit ihm eng verbundenen Zeitschriften einer Beeinflussung oder gar Steuerung unterlag, wobei der CIA die Intellektuellen „wie Schachfiguren in einem groß angelegten Turnier nach Belieben hin und her schob“.³²

Während die Geschichte der CIA nicht zuletzt mit Blick auf die Genese der „covert-action“, ihre für Außenstehende nicht zu durchschauenden und problematischen Finanzierungsmethoden (durch die Gründung von Scheinfirmen, Geld waschenden Stiftungen und das Einschalten von völlig unverdächtigen „dummy foundations“ wurde der eigentliche Geldgeber verschleiert) und deren herausragender Bedeutung in der vielschichtigen Auseinandersetzung mit dem (sowjetischen) Kommunismus zuletzt durch die brillante quellengesättigten Studie des amerikanischen Journalisten und Kenner des US-Geheimdienstes, Tim Weiner, auf den neuesten Forschungsstand gebracht wurde – neben der einschlägigen Literatur konnte der Autor unter anderem neben zahlreichen Gesprächen mit ehemaligen hochrangigen US-Geheimdienstmitarbeitern und Politikern auch über 50.000 bisher als geheim geltende, in den Archiven der CIA, des Weißen Hauses und des State Department liegende Dokumente einbeziehen –³³ beleuchtet der Berliner Historiker Bernd Stöver in diesem Zusammenhang in seiner voluminösen Untersuchung „Die Befreiung vom

³¹ Ebenda, S. 591.

³² Francis Stonor Saunders, *Wer die Zeche zahlt ... Der CIA und die Kultur im Kalten Krieg*, a.a.O., S. 15. Aufgrund dieser völlig überzogenen Sichtweise war es den Gegnern von Saunders ein leichtes, an der gesamten Studie eine radikale Kritik zu üben. So schreibt Ulrike Ackermann, *Sündenfall der Intellektuellen. Ein deutsch-französischer Streit von 1945 bis heute*, a.a.O., S. 114 (Fußnote 72), dass Saunders im „Stile einer Verschwörungstheorie“ den „Kongress“ einzig als „ideologisches Instrument amerikanischer Außenpolitik“ sieht. Vgl. auch in diesem Sinne Marko Martin, *„Eine Zeitschrift gegen das Vergessen“*. Bundesrepublikanische Traditionen und Umbrüche im Spiegel der Kulturzeitschrift *Der Monat*, a.a.O., S. 95 f. sowie die Rezension zu dem Saunders-Buch: Klaus Harpprecht, *Wir wollten Weltluft. Unzeitgemäße Anmerkungen über den CIA, den „Monat“ und den „Kongress für die Freiheit der Kultur“*, in: *Die Zeit* vom 21. Juni 2000, S. 42.

³³ Tim Weiner, *CIA. Die ganze Geschichte*, Frankfurt a. M., 2008. Zur Übersicht über verdeckte Aktionen der CIA in Amerikas geheimer Außenpolitik vgl. stellvertretend für viele den lesenswerten Beitrag von Lock K. Johnson, *Verdeckte Aktionen und die CIA: Amerikas geheime Außenpolitik*, in: Wolfgang Krieger (Hg.), *Geheimdienste in der Weltgeschichte. Spionage und verdeckte Aktionen von der Antike bis zur Gegenwart*, München 2003, S. 260-274.

Kommunismus. Amerikanische *Liberation Policy* im Kalten Krieg 1947-1991“ einen wichtigen Akzent. Er zeigt nicht nur detailliert auf, welche zentralen Regierungsinstitutionen und -stellen der Vereinigten Staaten bei dem offensiv verstandenen außenpolitischen Konzept der „Befreiungspolitik“ im weltweiten Kampf gegen den sowjetisch dominierten Kommunismus federführend waren und wie es „zur Entstehung der Idee, ihren ideologischen Grundlagen, der institutionellen und organisatorischen Verankerung, der Diskussion um die Entwicklung der Strategien und entsprechenden Planungen für die Praxis“ kam,³⁴ sondern auch welche bestehenden staatlichen Institutionen bei der praktischen Durchführung aktiv waren, welche neu gegründet und wie sukzessive halboffizielle und private Organisationen eingebunden wurden und in welcher Form die Kooperation mit ausländischen Organisationen, darunter zahlreiche militante antikommunistische und rechtsradikale Gruppierungen, stattfand. Im Fokus steht hierbei die zwischen dem State Department und der CIA eingeordnete Abteilung für Geheimoperationen hinter dem Eisernen Vorhang, die 1948 ins Leben gerufen wurde, den Namen „Office of Policy Coordination“ (Abteilung für Politische Koordination; OPC) trug und für die Durchführung von verdeckten Operationen in Friedenszeiten verantwortlich zeichnete. Ihr erster Leiter wurde der ehemalige OSS-Mitarbeiter und stellvertretende Leiter der Außenamtsabteilung für die besetzenden Gebiete, Frank G. Wisner.

Einen informativen Beitrag zu den von Frank G. Wisner in Gang gekommenen CIA-Geheimoperationen zur Beeinflussung der Massenmedien liefert der ehemalige US-Geheimdienstler Philip Agee ein.³⁵ Er skizziert, wie unter Wisners Leitung im Jahre 1948 eine weltweit ausgerichtete Medien-Operation zur Beeinflussung der politischen Meinungsbildung begann. Dabei hebt Agee nicht nur auf die herausragende Bedeutung des „Kongresses für kulturelle Freiheit“ und des „Monat“ (sowie weiterer „Kongress“-Zeitschriften) als Sprachrohr für den ‚Krieg der Ideen‘ in Westeuropa ab, mit denen der CIA bezweckte einen breiten antikommunistischen Konsens unter den Intellektuellen herzustellen. Er beschreibt nämlich außerdem, wie der CIA weltweit und besonders in Westdeutschland, wo die beiden von „Wisners-Abteilung“ gegründeten und finanzierten Rundfunksender „Radio Liberty“ und „Radio Free Europe“ frühzeitig in der Auseinandersetzung mit dem Sowjetkommunismus die westlichen Freiheitswerte im Sinne der Vereinigten Staaten propagierten, mit zahlreichen

³⁴ Bernd Stöver, *Die Befreiung vom Kommunismus. Amerikanische Liberation Policy im Kalten Krieg 1947-1991*, Köln 2002, S. 22.

³⁵ Philip Agee, *Central Intelligence Agency: Massenmedien als Transportmittel für US-Interessen*, in: Ekkehardt Jürgens/Eckart Spoo (Hg.), *Unheimlich zu Diensten. Medienmißbrauch durch Geheimdienste*, Göttingen 1986, S. 21-35.

Medienunternehmen in der einen oder anderen Weise zusammenarbeiteten.³⁶ „Über 50 Zeitungen, Nachrichtendienste, Zeitschriften, Rundfunksender und andere Arten von Massenkommunikationsmittel“, so Agee, „waren im Besitz der CIA oder wurden zu irgendeinem Zeitpunkt von der CIA finanziell unterstützt.“ Laut eines CIA-Mitarbeiters gab es zu jedem Zeitpunkt mindestens eine „CIA-Zeitung“ in jeder Hauptstadt und mehr als 400 US-amerikanische Journalisten hätten im Auftrag des US-Geheimdienstes gearbeitet.³⁷

An diesem Punkt knüpft der Geheimdienst-Experte Erich Schmidt-Eenboom mit seinem Kapitel über den CIA-Hintergrund des „Kongresses für kulturelle Freiheit“ und des „Monat“ in seinem Buch über das bis dahin kaum erforschte Beziehungsgeflecht zwischen Geheimdienst, Politik und Medien an.³⁸ Während die Ausführungen zum „Kongress“ und insbesondere zum „Monat“ keine grundsätzlich neuen Erkenntnisse vermitteln, ist der Beitrag neben näheren Hinweisen zur Finanzierung durch den US-Geheimdienst insgesamt jedoch für die vorliegende Untersuchung aus einem anderen Grund von elementarer Bedeutung. Eenboom hebt nämlich einerseits darauf ab, dass die inhaltliche Ausrichtung des „Monat“³⁹ im Sinne des Geldgebers war, weil sie mit den Zielen der US-amerikanischen Außenpolitik koinzidierte und folglich CIA-Einflusspolitik war,⁴⁰ andererseits, was das „Erfolgsrezept der PR-Arbeit“ der CIA-Zentrale ausmachte: Es bestand nämlich gerade darin, dass die Autorinnen und Autoren in ihrer „geistigen Arbeit völlige Freiheit“ besaßen, in ihrer „Summe eine große Bandbreite unterschiedlicher Meinungen“ repräsentierten, sich indes der „Absicht der Hintermänner“ nur in ganz wenigen Fällen bewusst waren. „Nur durch die Zwanglosigkeit der Bindungen, durch die getarnte Schaffung eines unverbindlichen Forums und durch leise Anstöße zur Bildung von Zirkeln und Diskussionsforen konnte sich das Potential der antikommunistischen Linken für die CIA mobilisieren lassen.“ Denn, so Eenboom: „Viele herausragende Individualisten hätten sich nicht in den Dienst der antikommunistischen Sache gestellt, wenn ihnen Direktiven erteilt worden wären oder wenn sie die lenkende Hand eines Geheimdienstes im Hintergrund gewusst hätten.“⁴¹

³⁶ Seiner Ansicht nach waren es Ende der sechziger Jahre mehr als 800 Medienunternehmen. Ebenda, S. 23.

³⁷ Ebenda S. 32.

³⁸ Erich Schmidt-Eenboom, Geheimdienst, Politik und Medien. Meinungsmache UNDERCOVER, Berlin 2004, S. 351-373. Der Band stellt eine aktualisierte überarbeitete Fassung seines zuerst im Jahre 1998 erschienenen Buches „UNDERCOVER. Der BND und die deutschen Journalisten“ dar, über dessen Bedeutung der Autor rückblickend schreibt, dass bis zu dem damaligen Zeitpunkt im Hinblick auf die „Methoden und Operationen des Bundesnachrichtendienstes auf dem Feld des Informationsmanagements“ keine Darstellung vorlag (S. 13).

³⁹ Der Autor belässt es bei der Auswertung der Inhaltsverzeichnisse des Zeitschriftenorgans für die erste Phase (Oktober 1948 bis März 1951), die Jahre von Oktober 1957 bis September 1959 und Januar 1960 bis Dezember 1966 sowie den Jahrgang 1970.

⁴⁰ Vgl. ebenda 355.

⁴¹ Ebenda S. 356.

Einen kritischen Blick auf die CIA-Verstrickung in den „Kongress für kulturelle Freiheit“ und auf die besondere Rolle von Lasky wirft auch Frank Tichy in seinem sehr informativen Aufsatz über das Ende des „Encounter“. Hierbei geht er auch näher auf den „Monat“ ein und hebt zu Recht hervor, dass mit diesem Periodikum das Schema für sämtliche „Kongress“-Zeitschriften vorgegeben wurde. Außerdem kommt Tichy unter anderem zu dem Schluss, dass ebendiese Zeitschriften zwar nicht von den Händen des CIA-Mannes Michael Josselson gelenkt wurden, indes von seinen Vorstellungen abhängig waren.⁴²

⁴² Frank Tichy, Das Ende des Encounter, in: Medien & Zeit, 6. Jg., Heft 3 (1991), S. 41-47.

Die wechselvolle Geschichte des Totalitarismusbegriffs

Um die im Oktober 1948 in Berlin erstmals erschienene internationale kulturpolitische Zeitschrift *Der Monat* im Hinblick auf die Totalitarismustheorie einordnen zu können, soll die keineswegs nur historische Diskussion um den Totalitarismusbegriff in der für den weiteren Verlauf dieser Untersuchung notwendigen Ausführlichkeit nachgezeichnet werden; zumal der Totalitarismusbegriff bzw. die verschiedenen Totalitarismus-Studien und -Konzeptionen auch für die Auseinandersetzung mit der Geschichte des „Dritten Reiches“ und des (zeitgenössischen) sowjetischen Kommunismus im „Monat“ von elementarer Bedeutung war. Beabsichtigt ist ein größeres Verständnis dafür, in welcher Phase der Theoriegeschichte der Totalitarismustheorie die Zeitschrift publizierte, also welchen historischen Platz das Periodikum hierbei einnahm. Auffallend war, dass *Der Monat* wie selbstverständlich auf die Totalitarismustheorie bzw. auf die politischen und analytischen Kernaussagen dieses wissenschaftlichen Paradigmas zurückgriff. Neben dem soeben ausgebrochenen Kalten Krieg zwischen den beiden einzig verbliebenen Supermächten der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion waren es insbesondere die von zahlreichen Autoren dieser Zeitschrift gemachten zurückliegenden totalitären Erfahrungen, die sie mit wichtigen Exponenten der Totalitarismustheorie gemeinsam hatten – in vielen Fällen publizierten diese im *Monat*. Genannt seien an dieser Stelle beispielsweise Raymond Aron, Hannah Arendt, Franz Borkenau, Arthur Koestler, oder George Orwell. Bis zum Jahr 1948 war der existentielle Erfahrungshintergrund der einzelnen Theoretiker die entscheidende Motivation sich mit dem Phänomen totalitärer Herrschaft auseinanderzusetzen.

Unbestritten erfolgte bereits in den siebziger⁴³ und achtziger⁴⁴ Jahren eine politische und wissenschaftliche Diskussion über das Totalitarismusmodell, die zweifelsohne in dem durch den Zeitungsartikel „Vergangenheit, die nicht vergehen will“ von Ernst Nolte

⁴³ Siehe besonders Martin Jänicke, *Totalitäre Herrschaft. Anatomie eines politischen Begriffes*, West-Berlin 1971; Martin Greiffenhagen/Reinhard Kühnl/Johann Baptist Müller, *Totalitarismus. Zur Problematik eines politischen Begriffes*, München 1972; Walter Schlangen, *Die Totalitarismus-Theorie. Entwicklung und Probleme*, Stuttgart u. a. 1976; Karl Dietrich Bracher, *Der umstrittene Totalitarismus: Erfahrung und Aktualität*, in: ders., *Zeitgeschichtliche Kontroversen. Um Faschismus, Totalitarismus, Demokratie*, München 1976, S. 33-61; Manfred Funke, *Totalitarismus. Ein Studien-Reader zur Herrschaftsanalyse moderner Diktaturen*, Düsseldorf 1978.

⁴⁴ Siehe besonders Institut für Zeitgeschichte (Hg.), *Totalitarismus und Faschismus. Eine wissenschaftliche und politische Begriffskontroverse*, München 1980; Angelika Stoll, *Die Totalitarismuskonzeption von C. J. Friedrich in Kritik und Gegenkritik*, Diss. Bayreuth 1980; Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hg.), *Totalitarismus – Extremismus – Terrorismus. Ein Literaturführer und Wegweiser im Lichte deutscher Erfahrung*, Opladen 1985; Karl Dietrich Bracher, *Die totalitäre Erfahrung*, München 1987; Konrad Löw (Hg.), *Totalitarismus*, Berlin 1988.

ausgelösten „Historikerstreit“ 1986 ihren Höhepunkt hatte.⁴⁵ Darin formuliert der bis dahin weithin anerkannte Faschismusforscher,⁴⁶ seine in Frageform gekleidete These: „Vollbrachten die Nationalsozialisten, vollbrachte Hitler eine >asiatische< Tat vielleicht nur deshalb, weil sie sich und ihresgleichen als potentielle oder wirkliche Opfer einer >asiatischen< Tat betrachteten? War nicht der >Archipel GULag< ursprünglicher als Auschwitz? War nicht der >Klassenmord< der Bolschewiki das logische und faktische Prius des >Rassenmords< der Nationalsozialisten?“⁴⁷ Den Beweis für seine These, dass ein „kausaler Nexus“ zwischen den Diktaturen Stalins und Hitlers bestand, da das bolschewistische Regime zeitlich dem nationalsozialistischen Regime voraus ging, mithin das letztere genaugenommen ausschließlich als Reaktion auf das früher sich entwickelnde Regime zu verstehen sei, versuchte er ein Jahr später mit seiner differenzierten, empirisch ausgerichteten historischen Untersuchung „Der europäische Bürgerkrieg 1917-1945. Nationalsozialismus und Bolschewismus“⁴⁸ zu erbringen. Ernst Nolte unternimmt hier expressis verbis einen strukturtheoretischen Vergleich beider Herrschaftssysteme und rückt die politischen Massenverbrechen in den Fokus des Interesses. Die Kontrahenten Noltes – zu denen unter anderem der führende Linksintellektuelle und Sozialphilosoph Jürgen Habermas und der Bielefelder Historiker Hans-Ulrich Wehler gehörten – kritisierten vor allem dessen unterstellte geschichtspolitische Intentionen, durch den Vergleich beider Systeme die nationalsozialistischen Verbrechen zu relativieren. Sie bestanden auf der Einzigartigkeit von Auschwitz, das zum Symbol für die Vernichtungsdimensionen des nationalsozialistischen Herrschaftsregimes geworden sei. Die Nolte-Kritiker insistierten auf dem singulären Charakter des Holocaust, ohne direkt auf die im Historikerstreit implizierte Totalitarismusdimension einzugehen.⁴⁹ Gleichwohl hat auch der Historikerstreit den Boden

⁴⁵ Ernst Nolte, Vergangenheit, die nicht vergehen will. Eine Rede, die geschrieben, aber nicht gehalten werden konnte, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 6. Juni 1986. Abgedruckt auch in: „Historikerstreit“. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München 1995, S. 39-47.

⁴⁶ Nolte definierte in den beiden zu Standardwerken avancierten Studien den Faschismus als „Anti-Marxismus“. Vgl. Ernst Nolte, Der Faschismus in seiner Epoche, München 1963, sowie, ders., Theorien über den Faschismus, Köln 1967.

⁴⁷ Ernst Nolte, Vergangenheit, die nicht vergehen will. Eine Rede, die geschrieben, aber nicht gehalten werden konnte. Zitiert nach: „Historikerstreit“. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, S. 45.

⁴⁸ Ernst Nolte, Der europäische Bürgerkrieg 1917-1945. Nationalsozialismus und Bolschewismus, Frankfurt a. M. / West-Berlin 1987.

⁴⁹ Siehe „Historikerstreit“. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, a.a.O. Dieser Band enthält die wichtigsten Beiträge, u. a. die von Habermas und Wehler, die zu der vielleicht bedeutendsten intellektuellen und politischen Auseinandersetzung in der alten Bundesrepublik veröffentlicht wurden. Vgl. stellvertretend aus der umfangreichen Literatur: Hans-

bereitet für die breite Diskussion über die Totalitarismustheorie, die nach dem historischen Epochenwechsel von 1989/91 einsetzte.

Denn der Zusammenbruch der kommunistischen Herrschaftssysteme in Mittel-, Ost- und Südosteuropa 1989/91 führte zu einer bemerkenswerten Renaissance der Totalitarismustheorie.⁵⁰ Das gesteigerte wissenschaftliche Interesse kann an der kaum noch überschaubaren Zahl der Publikationen abgelesen werden, die im Laufe der Jahre zu diesem Thema veröffentlicht wurden, so dass bereits von einem „stillen Sieg eines Begriffes“ gesprochen wurde.⁵¹ Hierbei ragen fünf Forschungsbände heraus:

1. Der Band des Chemnitzer Politikwissenschaftlers Eckhard Jesse zieht ein Fazit der Diskussion der internationalen Forschung.⁵² Abgesehen von einigen wenigen Aufsätzen aus den früheren Jahrzehnten beleuchtet er vor allem die aktuelle Auseinandersetzung um den Totalitarismusbegriff. Die Dokumentation lässt renommierte Kritiker und Befürworter aus dem In- und Ausland zu Worte kommen und erhellt die analytische Tauglichkeit sowie die Schwächen des Totalitarismuskonzeptes. Darüber hinaus wird eindrucksvoll unter Beweis gestellt, wie facettenreich die unterschiedlichen Beiträge sind, die den Nationalsozialismus und den Stalinismus respektive Nachstalinismus auf Gemeinsamkeiten und Unterschiede hin untersucht haben.
2. Die beiden vom früheren bayerischen Kultusminister Hans Maier (mit-)herausgegebenen Tagungsbände⁵³ rücken den aus dem Jahre 1938 von Eric Voegelin stammenden und bis zu diesem Zeitpunkt eher wenig beachteten ideengeschichtlichen Forschungsansatz der „politischen Religion“ in den

Ulrich Wehler, *Entsorgung der deutschen Vergangenheit? Ein polemischer Essay zum „Historikerstreit“*, München 1988 sowie Imanuel Geiss, *Der Hysterikerstreit. Ein unpolemischer Essay*, Bonn 1992.

⁵⁰ Vgl. besonders Klaus von Beyme, *Totalitarismus – zur Renaissance eines Begriffes nach dem Ende der kommunistischen Regime*, in: Achim Siegel (Hg.), *Totalitarismustheorien nach dem Ende des Kommunismus*, Köln/Weimar 1998, S. 23-36; Uwe Backes/Eckhard Jesse, *Totalitarismus und Totalitarismusforschung – Zur Renaissance einer lange tabuisierten Konzeption*, in: dies. (Hg.) *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, Bonn – Berlin 1992, S. 7-27; Wolfgang Kraushaar, *Sich aufs Eis wagen. Plädoyer für eine Auseinandersetzung mit der Totalitarismustheorie*, in: *Mittelweg* 36, 2 (1993) 2, S. 6-29.

⁵¹ Jürgen Braun, *Stiller Sieg eines Begriffes*, in: *Das Parlament* vom 11./18. November 1994, 44. Jg., Nr. 45/46, S. 1.

⁵² Eckhard Jesse (Hg.), *Totalitarismus im 20. Jahrhundert. Eine Bilanz der internationalen Forschung*, Bonn 1996.

⁵³ Hans Maier (Hg.), *‘Totalitarismus’ und ‚politische Religionen‘. Konzepte des Diktaturvergleichs*, Paderborn u. a. 1996 sowie ders./Michael Schäfer (Hg.), *‘Totalitarismus’ und ‚politische Religionen‘. Konzepte des Diktaturvergleichs. Band II*, Paderborn u. a. 1997.

Mittelpunkt, um die quasi-religiösen Dimensionen der modernen Massendiktaturen in den Blick zu nehmen und speziell die heilsgeschichtlichen Aspekte der die Herrschaft sichernden und legitimierenden Ideologien aufzuspüren.⁵⁴

3. Einen anderen Schwerpunkt setzt der Sammelband „Totalitarismus – Eine Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts“,⁵⁵ der unter anderem auf die totalitären Erfahrungen einiger Protagonisten der Totalitarismustheorie rekurriert. Anhand der Werkbiographien von Waldemar Gurian, Franz Borkenau, Sigmund Neumann und Hannah Arendt, die aus ganz unterschiedlichen politischen Traditionen stammen, wird gezeigt, wie bei diesen Intellektuellen die persönlichen Erlebnisse mitentscheidend waren bei der Ausformulierung ihrer theoretisch-analytischen Arbeiten. Der Mitherausgeber, Alfons Söllner, erinnert in seinem einleitenden Beitrag daran, was ihnen und anderen Mitbegründern der Totalitarismustheorien in den 30er Jahren gemeinsam war, dass sie nämlich „prädestinierte Opfer entweder des Hitler- oder des Stalin-Regimes“ waren, „die der Todesdrohung oft nur mit knapper Not entrinnen konnten, bisweilen waren sie sogar von beiden Regimen gleichzeitig verfolgt“.⁵⁶
4. In der von Achim Siegel, Mitarbeiter des Dresdener Hannah-Arendt-Instituts, herausgegebenen Aufsatzsammlung „Totalitarismustheorien nach dem Ende des Kommunismus“⁵⁷ gehen die Autoren der Frage, wie es um die Erklärungskraft einer theoretischen Denkfigur steht, die nach dem Zusammenbruch des als Inbegriff totalitärer Herrschaft geltenden Sowjetkommunismus unter besonderem Rechtfertigungszwang steht. Angesichts der Wandlungsfähigkeit der kommunistischen Systeme wird in den versammelten Beiträgen die mögliche Neuinterpretation und Weiterentwicklung der klassischen Totalitarismusansätze thematisiert.

⁵⁴ Vgl. auch den abschließenden dritten Band, der die Forschungsergebnisse zu diesem Thema in einer Gesamtbilanz zusammenfasst: Hans Maier (Hg.), Totalitarismus und Politische Religionen. Konzepte des Diktaturvergleichs. Band III: Deutungsgeschichte und Theorie, Paderborn u. a. 2003.

⁵⁵ Alfons Söllner / Ralf Walkenhaus / Karin Wieland (Hg.), Totalitarismus - Eine Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts, Berlin 1997.

⁵⁶ Alfons Söllner, Das Totalitarismuskonzept in der Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts, in: ders. / Ralf Walkenhaus / Karin Wieland (Hg.), Totalitarismus - Eine Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts, S. 10-21 (hier S. 18).

⁵⁷ Achim Siegel (Hg.), Totalitarismustheorien nach dem Ende des Kommunismus, Köln/Weimar 1998.

Während zuletzt in der Wissenschaft der empirisch ausgerichtete Vergleich zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und der stalinistischen Sowjetunion auf Interesse stieß,⁵⁸ konzentrierte sich aufgrund der doppelten Erfahrung mit Diktaturen in Deutschland die in Gang gekommene historisch-vergleichende Forschung auch auf den Nationalsozialismus und den SED-Staat.⁵⁹ Das Thema wurde beispielsweise im Rahmen der Enquete-Kommission des Bundestages zur „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ bei der öffentlichen Anhörung zum Thema „Zur Auseinandersetzung mit den beiden Diktaturen in Vergangenheit und Gegenwart“ diskutiert. Ausgehend von den beiden einleitenden Vorträgen von Horst Möller und Jürgen Kocka „Nationalsozialismus und SED-Diktatur in vergleichender Perspektive“ debattierten neben den beiden Referenten unter der Leitung von Alexander Fischer noch Sigrid Meuschel sowie Klaus Hornung kontrovers über die Möglichkeit und Unmöglichkeit, beide Systeme analytisch mit der Totalitarismuskategorie zu erfassen.⁶⁰

Nachdem bereits 1997 das erstmals erschienene „Le livre noir du communisme“ in Frankreich für öffentliche Aufregung sorgte, schlug das unter dem Titel „Schwarzbuch des Kommunismus“⁶¹ vorgelegte Buch auch in Deutschland groß ein und evozierte gleichfalls eine heftige Kontroverse. Diese drehte sich weniger um die eigentliche Intention des Bandes, nämlich eine Gesamtdarstellung der von kommunistischen Regimen im 20. Jahrhundert

⁵⁸ Vgl. besonders Jörg Baberowski/Anselm Doering-Manteuffel (Hg.), *Ordnung durch Terror: Gewaltexzesse und Vernichtung im nationalsozialistischen und im stalinistischen Imperium*, Bonn 2007 sowie Sheila Fitzpatrick/Michael Geyer (Hg.), *Beyond Totalitarianism. Stalinism and Nazism Compared*, Cambridge 2009.

⁵⁹ Vgl. exemplarisch Ludger Kühnhardt u. a. (Hg.), *Die doppelte deutsche Diktaturerfahrung. Drittes Reich und DDR – ein historisch-politikwissenschaftlicher Vergleich*, Frankfurt am Main u. a. 1994 Das 1993 gegründete „Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung“ an der Technischen Universität Dresden vergleicht ausdrücklich die NS-Diktatur und das SED-Regime.

⁶⁰ Siehe im Einzelnen „Zur Auseinandersetzung mit den beiden Diktaturen in Deutschland in Vergangenheit und Gegenwart“ (1. Teil) in: *Deutscher Bundestag (Hg.), Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages“*, Bd. IX: *Formen und Ziele der Auseinandersetzung mit den beiden Diktaturen in Deutschland, Protokoll der 75. Sitzung vom 3. Mai 1994*, Red. Marlies Jansen, Baden-Baden/Frankfurt a. M. 1995, S. 574–643. Zum Vergleich der NS- und SED-Herrschaft aus juristischer Sicht vgl. Siegfried Mampel, *Totalitäres Herrschaftssystem: Normativer Charakter – Definitionen – Konstante und variable Essenzialien – Instrumentarium*, Berlin 2001. Zur grundsätzlichen Frage nach dem totalitären Charakter des SED-Regimes vgl. die beiden Aufsätze Eckhard Jesse, *War die DDR totalitär?*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 40 / 7. Oktober 1994, S. 12-23 sowie Ralph Jessen, *DDR-Geschichte und Totalitarismustheorie*, in: *Berliner Debatte INITIAL*, 6 (1995) 4/5, S. 17–24. Zur Anwendung des Totalitarismusbegriffs vor dem Hintergrund der Auseinandersetzung mit den „klassischen“ und „neueren“ Totalitarismustheorien bei der Untersuchung der sogenannten Zersetzungsmaßnahmen und -strategien des Ministerium für Staatssicherheit (MfS) des SED-Regimes vgl. aus politikwissenschaftlicher Sicht Sandra Pingel-Schliemann, *Zersetzen. Strategie einer Diktatur*, Berlin 2002. Der seit 1992 an der Freien Universität Berlin arbeitende „Forschungsverbund SED-Staat“ stützt sich bei der Erforschung der Geschichte der DDR auch auf die Totalitarismustheorie.

⁶¹ Stéphane Courtois, Nicolas Werth, Jean-Louis Banné, Andrezej Paczkowski, Karel Bartosek, Jean-Louis Margolin, *Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror*, München Zürich 1998.

weltweit zu verantwortenden Verbrechen – ausgehend von Mord an Einzelpersonen bis zum Massenmord – vorzulegen, als an der von Stéphane Courtois zu verantwortenden Einleitung, in der er auch eine totalitarismustheoretische Perspektive einnimmt. Nachdem Courtois darauf verweist, dass Massenverbrechen und Terror von Anbeginn „ein Grundzug des modernen Kommunismus“ gewesen seien, bilanziert er hundert Millionen Tote, die auf das Schuldkonto von kommunistischen Staaten, Bewegungen und Organisationen gingen, und vergleicht sie mit den 25 Millionen Toten die vom Nationalsozialismus umgebracht wurden und sieht Parallelen zwischen ‚Rassen-Genozid‘ und ‚Klassen-Genozid‘, unterstreicht aber die „Einzigartigkeit“ der nationalsozialistischen Judenvernichtung.⁶² Als Reaktion auf das „Schwarzbuch des Kommunismus“ erscheinen zwei Sammelbände von Gegnern und Befürwortern. Weniger um eine substantielle Auseinandersetzung mit dem eigentlichen Kernthema als um eine polemische Abrechnung mit dem Totalitarismusansatz im Vorwort von Courtois geht es den meisten Autoren des Bandes „Roter Holocaust“? Kritik des Schwarzbuchs des Kommunismus“,⁶³ die ihm vor allem vorwerfen, die Opfer kommunistischer und nationalsozialistischer Verbrechen gegeneinander aufzurechnen. Ob beabsichtigt oder nicht, so die Kritik, hilft er damit eine politische Strömung in Deutschland zu bedienen, die ein Interesse an der Verharmlosung des Nationalsozialismus hat und die den seit dem „Historikerstreit“ bestehenden ‚Holocaust-Konsens‘ in der Bundesrepublik aufkündigen will. Ein weiteres Motiv der Gegner des „Schwarzbuches“ wird in dem Beitrag „Der nekrophile Antikommunismus der ‚aufgeklärten Linken‘“ von Wolfgang Wippermann, einem der beiden Mitherausgeber, deutlich, der der antitotalitären Linken in der Bundesrepublik vorwirft, eine krankhafte Beziehung zum „toten Kommunismus“ zu pflegen. Seines Erachtens verhilft die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus und seinen politischen Implikationen der „Delegitimierung der Linken“ insgesamt zum Ziel.⁶⁴ Die Befürworter des „Schwarzbuches“ versammeln sich in dem vom Direktor des Instituts für Zeitgeschichte, Horst Möller, herausgegebenen Band „Der rote Holocaust und die Deutschen – Die Debatte um das ‚Schwarzbuch des Kommunismus‘“.⁶⁵ Hierbei kann bereits der gewählte skandalisierende Buchtitel als bewusster Versuch verstanden werden, den Begriff

⁶² Stéphane Courtois, Die Verbrechen des Kommunismus, in: ders. u. a. Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror, S. 11-43.

⁶³ Jens Mecklenburg/ Wolfgang Wippermann (Hg.), „Roter Holocaust“? Kritik des Schwarzbuchs des Kommunismus, Hamburg 1998. Vgl. auch Johannes Klotz (Hg.), Schlimmer als die Nazis? „Das Schwarzbuch des Kommunismus“, die neue Totalitarismusdebatte und der Geschichtsrevisionismus, Köln 1999.

⁶⁴ Wolfgang Wippermann, Der nekrophile Antikommunismus der ‚aufgeklärten Linken‘, in: Jens Mecklenburg/ders. (Hg.), „Roter Holocaust“? Kritik des Schwarzbuchs des Kommunismus, a.a.O., S. 239-250.

⁶⁵ Horst Möller (Hg.), Der rote Holocaust und die Deutschen – Die Debatte um das „Schwarzbuch des Kommunismus“, München 1999.

Holocaust zu instrumentalisieren und von den charakteristischen Besonderheiten der nationalsozialistischen Massenverbrechen an den Juden abzusehen. Als alleiniger Maßstab für den Vergleich zwischen den kommunistischen Massenverbrechen und für den Massenmord an den Juden gelten für Möller, wie er im Vorwort erklärt, die quantitativen Dimensionen, um eine Gleichsetzung der Verbrechen postulieren zu können. In seiner Argumentationskette gelangt er unterderhand zur Infragestellung der Singularität der von den Nazis begangenen Ermordung des europäischen Judentums.

Bei der intensiven Auseinandersetzung in der Politik- und Geschichtswissenschaft über die Frage nach der Vergleichbarkeit der Gewaltregime des Nationalsozialismus und des (Sowjet-)Kommunismus geht es, wie gezeigt werden sollte, nicht nur um ein herrschaftsanalytisches Erklärungsmodell, sondern das Totalitarismusparadigma impliziert immer auch politische oder ideologische Gesichtspunkte. Diese Zwitterstellung zwischen Politik und Wissenschaft gilt es in Rechnung zu stellen, wenn man sich mit dem Totalitarismuskonzept beschäftigt. Wie nicht zuletzt der Streit um die Thesen Ernst Noltes und um das „Schwarzbuch des Kommunismus“ zeigte, ist in der Bundesrepublik die Auseinandersetzung um totalitarismustheoretische Aspekte in der Vergangenheit kontrovers ausgetragen worden, weil jedweder Versuch linke und rechte diktatorische Systeme unter ein und dieselbe Kategorie zu subsumieren dem Verdacht ausgesetzt war, das nationalsozialistische System und seine Massenverbrechen zu verharmlosen und eine ungerechtfertigte Gleichsetzung mit dem Sowjetkommunismus oder der DDR zu betreiben.⁶⁶ Darüber hinaus erklärte sich die politische Aufladung des Totalitarismus-Themas durch den Umstand, dass der Terminus auf die Freund-Feind-Konstellation des Kalten Krieges verwies und ihm mithin immer auch die Aura eines politischen Kampfbegriffs anhaftete. Dies bot den Gegnern respektive Kritikern die Möglichkeit, das Totalitarismuskonzept abzulehnen und die erkenntnistheoretischen Potentiale anzuzweifeln. Beispielsweise sprach sich der Hamburger Politikwissenschaftler Peter Reichel gegen ein Wiederaufleben der

⁶⁶ Ganz in diesem Sinne argumentiert in seiner jüngst erschienenen „Streitschrift“ Wolfgang Wippermann, *Dämonisierung durch Vergleich: DDR und Drittes Reich*, Berlin 2009.

Der Berliner Historiker gibt sich in dem Band als grundsätzlicher Gegner der vergleichenden Totalitarismusforschung zu erkennen und vertritt die Ansicht, dass der Vergleich des SED-Regimes mit dem „Dritten Reich“ eine Dämonisierung der DDR bewirke sowie eine Verharmlosung und Relativierung der nationalsozialistischen Herrschaftssysteme. Wer immer sich in den zurückliegenden Jahren an einem Vergleich der beiden Systeme beteiligte wird aus diesem Grund von Wippermann scharf angegriffen: wie zum Beispiel Eckhard Jesse, Horst Möller, Joachim Gauck, Hubertus Knabe oder auch die Enquete-Kommission zur SED-Diktatur und der Forschungsverbund SED-Staat an der Freien Universität Berlin.

Totalitarismustheorie aus, indem er zu Recht daran erinnerte, dass die Denkfigur im Nachkriegsdeutschland „verallgemeinerter Antikommunismus“ war und durchaus mitverantwortlich dafür gewesen sei, ein simplifizierendes und dämonisierendes Herrschaftsbild des Nationalsozialismus zu zeichnen. Denn „die Rigidität einer polarisierten Welt(sicht) in der Zeit des Kalten Krieges ließ für empirisch-differenzierte, komplexe Geschichtsbetrachtungen wenig Raum.“⁶⁷

Indessen könnte aufgrund der Kritik von Peter Reichel der Eindruck entstehen, als wenn die Totalitarismustheorie durch ihre antikommunistische Instrumentalisierung zur Zeit der Konfrontation der westlichen Länder mit dem östlichen Staatenverbund ausschließlich als das ideologische Ergebnis eines manichäischen Weltbildes aufzufassen sei. Auch wenn in dieser Phase wichtige theoretische Arbeiten entstehen, ist das Theorem keineswegs ausschließlich das ideologische Produkt dieser politisch-historischen Konstellation. Zum anderen ist die Vorstellung von einer kohärenten Totalitarismustheorie unzutreffend. Die historische Genese des Begriffes verweist vielmehr auf bemerkenswert differenzierte und vielschichtige Analysemodelle totalitärer Herrschaft. Die Entstehungs- und Rezeptionsgeschichte kann nicht allein an die Ära des Kalten Krieges gekoppelt werden, denn „in Wirklichkeit wurde der Begriff ‚totalitär‘ bereits zwischen den beiden Kriegen verwendet, um einen neuen Herrschaftstypus zu beschreiben.“⁶⁸ Der Erste Weltkrieg war hierbei die „Urkatastrophe“ (George Kennan) des 20. Jahrhunderts. Er galt in den Augen bestimmter Autoren als das Schlüsselereignis für die Etablierung bisher nicht bekannter Herrschaftsregime des sowjetischen Kommunismus, des italienischen Faschismus und später des deutschen Nationalsozialismus, die mit traditionellen Begriffen wie Tyrannis oder Despotie nicht mehr hinreichend erklärt werden konnten. Die konkrete Ausformulierung der jeweiligen Totalitarismusansätze war indessen in starkem Maße von politischen und militärischen Konstellationen bestimmt. Im Folgenden soll auf die Entstehungsgeschichte des Totalitarismusbegriffs und auf eine Reihe unterschiedlicher

⁶⁷ Peter Reichel, Bitte keine neue Totalitarismus-Debatte! Gegen die schrecklichen Vereinfacher, die uns die Rot-gleich-Braun-Linie der antikommunistischen fünfziger Jahre wieder aufzwingen wollen, in: Die Tageszeitung vom 4.3.1992, S. 11.

⁶⁸ François Furet, Das Ende der Illusion. Der Kommunismus im 20. Jahrhundert, München 1996, S. 213.

Modelle in aller Kürze eingegangen werden, ohne auch nur annähernd einen Anspruch auf Vollständigkeit erheben zu wollen.⁶⁹

- Der Ursprung des Begriffs Totalitarismus befand sich in Italien. Um die faschistische Machtergreifung 1922 und die nachfolgende Politik zu charakterisieren und zu kritisieren, benutzte erstmals der liberale Demokrat Giovanni Amendola 1923 in pejorativer Absicht den Begriff „sistema totalitario“ („totalitäres System“).⁷⁰ Er wurde gezielt als politische Waffe eingesetzt.
- Als positive Selbstbezeichnung nahm Mussolini 1925 den Begriff „stato totalitario“ (totaler Staat) auf, um sich zu seinem faschistischen Staatsverständnis zu bekennen: „Alles im Staate, nichts außerhalb des Staates, nichts gegen den Staat“.⁷¹ Später sprach er auch von ‚totalitärem Regime‘, ‚totalitärer Partei‘ und ‚totalitärer Bewegung‘.⁷²
- Als Reaktion darauf wurde im gleichen Jahr erstmals von Amendola ein Vergleich zwischen dem Faschismus mit dem Kommunismus gezogen, da beide Systeme eine ‚totalitäre Reaktion auf Liberalismus und Demokratie‘ bedeuteten.⁷³
- Der junge Sozialist Lelio Basso gebrauchte den Begriff des Totalitären ebenfalls 1925, indes zum ersten Mal als Substantiv, um die neue faschistische Ordnung zu beschreiben.⁷⁴
- 1926 erschien das Buch des Liberalen Francesco Nitti unter dem aussagekräftigen Titel ‚Bolschewismus, Fascismus und Demokratie‘, indem er einen ersten Vergleich erstellte. Er schrieb: ‚Faschismus und Bolschewismus beruhen nicht

⁶⁹ Als Grundlage dienen vor allem folgende Arbeiten: Martin Jänicke, Totalitäre Herrschaft. Anatomie eines politischen Begriffs; Walter Schlangen, Die Totalitarismus-Theorie. Entwicklung und Probleme; Wolfgang Kraushaar, Sich aufs Eis wagen. Plädoyer für eine Auseinandersetzung mit der Totalitarismustheorie; Eckhard Jesse, Die Totalitarismusforschung und ihre Repräsentanten. Konzeptionen von Carl J. Friedrich, Hannah Arendt, Eric Voegelin, Ernst Nolte und Karl Dietrich Bracher, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 20, 1998, S. 3-18 sowie Marc-Pierre Möll, Gesellschaft und totalitäre Ordnung. Eine theoriegeschichtliche Auseinandersetzung, Baden-Baden 1998; vgl. auch: Manfred Funke (Hg.), Totalitarismus. Ein Studien-Reader zur Herrschaftsanalyse moderner Diktaturen, Düsseldorf 1978; Siegfried Jenkner, Entwicklung und Stand der Totalitarismusforschung, in: Politik und Zeitgeschichte, B 31, 1984, S. 16-26; Wolfgang Wippermann, Totalitarismustheorien: die Entwicklung der Diskussion von den Anfängen bis heute, Darmstadt 1997.

⁷⁰ Jens Petersen, Die Geschichte des Totalitarismusbegriffs in Italien, in: Hans Maier (Hg.), ‚Totalitarismus‘ und ‚politische Religionen‘. Konzepte des Diktaturvergleichs, S. 15-35 (hier S. 20).

⁷¹ Zitiert nach Walter Schlangen, Die Totalitarismus-Theorie. Entwicklung und Probleme, S. 12.

⁷² Siehe Jens Petersen, Die Geschichte des Totalitarismusbegriffs in Italien, in: Hans Maier (Hg.), ‚Totalitarismus‘ und ‚politische Religionen‘. Konzepte des Diktaturvergleichs, S. 29.

⁷³ Zitiert nach Jens Petersen, Die Entstehung des Totalitarismusbegriffs in Italien, in: Manfred Funke (Hg.), Totalitarismus. Ein Studien-Reader zur Herrschaftsanalyse moderner Diktaturen, S. 105-128 (hier S. 122).

⁷⁴ Siehe Jens Petersen, Die Geschichte des Totalitarismusbegriffs in Italien, in: Hans Maier (Hg.), ‚Totalitarismus‘ und ‚politische Religionen‘. Konzepte des Diktaturvergleichs, S. 21.

auf entgegengesetzten Grundsätzen, sie bedeuten die Verleugnung *derselben* Grundsätze von Freiheit und Ordnung, der Grundsätze von 1789. (...) Sie sind also die Verleugnung aller Grundlagen der modernen Zivilisation, die Rückkehr zur Moral der absoluten Monarchen und der Auffassung des Krieges als die selbstverständlichste Hantierung einer Nation.⁷⁵

- Im gleichen Jahr legte der Führer der katholischen Volkspartei *Popolari* Luigi Sturzo in Buchform ein erstes ausgefeilteres Totalitarismuskonzept vor. Für ihn konnte man „zwischen Rußland und Italien nur einen einzigen Unterschied feststellen, daß nämlich der Bolschewismus eine kommunistische Diktatur oder ein Linksfaschismus ist und der Fascismus eine konservative Diktatur oder ein Rechtsbolschewismus ist“.⁷⁶
- In Deutschland beschrieb der Liberale Erwin von Beckerath 1927 in einer Untersuchung den italienischen Faschismus, in dem er auf gewisse Übereinstimmungen mit dem Sowjetkommunismus hinwies,⁷⁷ um diesen Ansatz dann später in einer vergleichenden Analyse systematischer zu entwickeln.⁷⁸
- Der katholische Konservative Waldemar Gurian sah in einer ersten totalitarismustheoretischen Annäherung 1931, nachdem er bereits 1928 einen Aufsatz über „Fascismus und Bolschewismus“⁷⁹ veröffentlichte, in seiner Bolschewismus-Studie Parallelen mit dem italienischen Faschismus, die er in einer „vollständigen Politisierung und Vergesellschaftung des Menschen“ und der „Verabsolutierung der diesseitigen sozialen Welt“ zu erkennen glaubte.⁸⁰ Noch vor seiner Emigration in die Vereinigten Staaten weitete Gurian seine totalitarismustheoretische Perspektive aus, indem er 1935 im Schweizer Exil Bolschewismus und Nationalsozialismus in einem Aufsatz ausdrücklich miteinander vergleicht und an dieser Stelle bereits als ein zentrales Ziel den Kampf gegen Hitler-Deutschland betrachtete.⁸¹ In den darauffolgenden Jahren entstanden weitere Arbeiten von Gurian, in denen nicht zuletzt immer mehr die

⁷⁵ Francesco Nitti, *Bolschewismus, Fascismus und Demokratie*, München 1926, S. 53.

⁷⁶ Luigi Sturzo, *Italien und der Faschismus*, Köln 1926, S. 213. Vgl. hierzu: Michael Schäfer, Luigi Sturzo als Totalitarismustheoretiker, in: Hans Maier (Hg.), ‚Totalitarismus‘ und ‚politische Religionen‘. Konzepte des Diktaturvergleichs, S. 59-70.

⁷⁷ Erwin von Beckerath, *Wesen und Werden des fascistischen Staates*, Berlin 1927.

⁷⁸ Erwin von Beckerath, *Fascismus und Bolschewismus*, in: *Volk und Reich der Deutschen*, Bd. 3, Berlin 1929, S. 134-153.

⁷⁹ Waldemar Gurian, *Fascismus und Bolschewismus*, in: *Das Heilige Feuer*, 15 (1927/28), S. 197-203.

⁸⁰ Ders., *Der Bolschewismus. Einführung in Geschichte und Lehre*, Freiburg i. Br. 1931, S. 127.

⁸¹ Abgedruckt ist der Aufsatz „Nationalsozialismus und Bolschewismus – ein Vergleich“ in: Heinz Hürten (Bearb.), *Deutsche Briefe. Ein Blatt der katholischen Emigration*, Bd. 1, Mainz 1969, S. 305 f. und S. 377-381.

existentiellen Gefährdungen für die demokratischen Staaten thematisiert wurden, die seines Erachtens von den totalitären Systemen ausgingen.⁸²

- Zu Beginn der 1930er Jahre nahm die deutsche Staatsrechtlehre die Diskussion um den Begriff des *totalen Staates* auf, gab ihm jedoch angesichts der Krise der Weimarer Republik eine besondere Wende. Carl Schmitt entwickelte sein neues Konzept vom totalen Staat 1931 ex negativo, nämlich in eindeutiger Abgrenzung zum pluralistischen Parteienstaat in Deutschland, der ihm als ein totaler Staat aus Schwäche erschien.⁸³ Dieser verhinderte, so Schmitt, dass der „totale Staat sich als solcher mit derselben Wucht zur Geltung bringt, wie er es in den sogenannten Ein-Parteienstaaten, Sowjetrußland und Italien, bereits getan hat“.⁸⁴ Ebenfalls für einen „totalen Staat“ sprachen sich Ernst Forsthoff⁸⁵ und Ernst Rudolf Huber⁸⁶ aus.
- Obwohl Joseph Goebbels nach der nationalsozialistischen „Machtergreifung“ als Ziel ausgab, dass „der totale Staat, die Übernahme des gesamten öffentlichen Lebens und die Indienstnahme aller privaten und öffentlichen Beziehungen“ zu diktieren habe,⁸⁷ konnte er mit seiner Staatsvorstellung in der Partei nicht reüssieren. Beispielsweise wendete sich der NS-Ideologe Alfred Rosenberg gegen den Begriff, da „*nicht die sogenannte Totalität des Staates, sondern die Totalität der nationalsozialistischen Bewegung*“ (Hervorh. von Rosenberg) absoluten Vorrang besaß.⁸⁸

Ihren historischen Ursprung hatten, wie gezeigt, die Begriffe „total“, „totalitär“ oder „Totalitarismus“ in den 20er Jahren zur Zeit des italienischen Faschismus. Zur Kennzeichnung eines neuen Herrschaftsregimes wurden sie von liberal-demokratischen, sozialistischen und katholischen Gegnern in die politische Arena eingeführt. Aus diesem Lager stammten auch erste Ansätze einer

⁸² Ausführlich dazu: Heinz Hürten, Waldemar Gurian und die Entfaltung des Totalitarismusbegriffs, in Hans Maier (Hg.), ‚Totalitarismus‘ und ‚politische Religionen‘. Konzepte des Diktaturvergleichs, S. 59-70 sowie ders., Modernitätskritik und Totalitarismustheorie im Frühwerk Waldemar Gurians, in: Alfons Söllner / Ralf Walkenhaus / Karin Wieland (Hg.), Totalitarismus - Eine Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts, S. 27-34.

⁸³ Carl Schmitt, Die Wendung zum totalen Staat, in: Europäische Revue 7, 1931, S. 241-250; wiederabgedruckt in: ders., Positionen und Begriffe im Kampf mit Weimar-Genf-Versailles 1923-1939, Hamburg 1940, S. 146-158.

⁸⁴ Ders., Der Hüter der Verfassung, Tübingen 1931, S. 84.

⁸⁵ Ernst Forsthoff, Der totale Staat, Hamburg 1933.

⁸⁶ Ernst Rudolf Huber, Die Totalität des völkischen Staates, in: Die Tat, 26, 1934, S. 30-42.

⁸⁷ Joseph Goebbels, Signale der neuen Zeit, 3. Auflage, München 1937, S. 285 f.

⁸⁸ Alfred Rosenberg, Totaler Staat?, Leitartikel im Völkischen Beobachter vom 9.1.1934.

Totalitarismuskonzeption, um die in der Zwischenkriegszeit auftretenden faschistischen und kommunistischen Regime als neuartigen Herrschaftstyp der totalitären Diktatur zu erfassen, der sich kurze Zeit später auch in Deutschland auffinden ließ. Als positive Selbstbeschreibung fungierten die Begriffe für den italienischen Faschismus. Theorien des *Totalen Staates* wurden von deutschen Staatsrechtlern entwickelt und mündeten in die Forderung nach einem absoluten Totalitätsanspruch des Staates, ohne jedoch damit bei führenden Nationalsozialisten Erfolg zu haben.

Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme übernahmen 1933/34 deutsche Emigranten – unter anderem Franz Borkenau,⁸⁹ Gerhard Leibholz,⁹⁰ Paul Tillich,⁹¹ Herbert Marcuse,⁹² Richard Löwenthal,⁹³ Fritz Sternberg⁹⁴ – in ihren Studien den Totalitarismusbegriff, um das neuartige Herrschaftsphänomen kennzeichnen und gleichzeitig kritisieren zu können.

Auf der 1935 in Minneapolis stattgefundenen Konferenz „Diktatur in der modernen Welt“⁹⁵ sahen Max Lerner und Hans Kohn die Regime in Italien, Deutschland und der Sowjetunion als Typen einer neuen, modernen Form der Diktatur an, ohne explizit auf den Begriff „totalitär“ zurückzugreifen. Obwohl sie im Bereich der Ideologie und des Wertesystems Unterschiede sahen, wurden doch wesentliche Gemeinsamkeiten erkannt. In seinem Einleitungsreferat wurde von Max Lerner auf Ähnlichkeiten bei der Machtergreifung und -ausdehnung durch eine Bewegung, auf das zentralisierte Einparteiensystem, auf das Führerprinzip und die zentrale Rolle der Propaganda und der Massenbeeinflussung hingewiesen.⁹⁶ Hans Kohn sah in seiner systematisch vergleichenden Studie über die „kommunistische und

⁸⁹ Franz Borkenau, Zur Soziologie des Faschismus, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Tübingen 1933, Bd. 68, Heft 5, S. 513-547.

⁹⁰ Gerhard Leibholz, Die Auflösung der liberalen Demokratie, in: Deutschland und das autoritäre Staatsbild, München/Leipzig 1933.

⁹¹ Paul Tillich, The Totalitarian State and the Claims of the Church, in: Social Research 1 (1934), 4, S. 405-433.

⁹² Herbert Marcuse, Der Kampf gegen den Liberalismus in der totalitären Staatsauffassung, in: Zeitschrift für Sozialforschung, Bd III, 1934, 2, S. 161-195.

⁹³ Paul Sering (d. i. Richard Löwenthal), Der Faschismus, in: Zeitschrift für Sozialismus 1935, Heft 26/27, S. 767-787 u. S. 839-856.

⁹⁴ Fritz Sternberg, Der Faschismus an der Macht, Amsterdam 1935.

⁹⁵ Guy Stanton Ford (Hg.), Dictatorship in the Modern World, Minneapolis/Minn 1935.

⁹⁶ Max Lerner, The Pattern of Dictatorship, in: Guy Stanton Ford (Hg.), Dictatorship in the Modern World, S. 3-25; deutsche Übersetzung abgedruckt in: Bruno Seidel/Siegfried Jenkner (Hg.), Wege der Totalitarismusforschung, Darmstadt 1968, S. 30-48.

faschistische Diktatur“⁹⁷ den neuartigen Regimecharakter darin, dass die Diktaturen, wie sie sich in Russland, Italien und Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg entwickelten, wenig gemein hatten mit den traditionellen Formen von Despotismus und Autokratie. Denn, so Kohn zum damaligen Zeitpunkt: „Moderne Diktaturen üben eine schrankenlosere Macht aus, die viel weitere Bereiche des sozialen und persönlichen Lebens umfaßt, als Despoten früherer Zeiten es je taten.“⁹⁸ Er betrachtete sie als „Massenbewegungen mit festumrissener Philosophie“ und bezeichnete sie als „Massenbewegungs-Diktatur“.

Mit dem *post festum* oftmals als Schicksalsjahr der europäischen Politik apostrophierten Jahr 1936 begann im Grunde genommen die „eigentliche Totalitarismus-Literatur“ (Martin Jänicke). Von diesem Zeitpunkt an setzte sich zunehmend der identifizierende Begriff totalitärer Herrschaft durch. Einerseits erklärte sich die verstärkte Verwendungsweise des Terminus „totalitär“ durch eine sich jeweils radikalisierte Innenpolitik der drei Parteidiktaturen – insbesondere der verschärfte Terror in der Sowjetunion mit den Moskauer Schauprozessen sorgte weltweit für Aufsehen. Andererseits spielten außenpolitische Konstellationen die wohl zentralere Rolle, denn bedeutende internationale Konflikte brachen sich in diesem Jahr Bahn. Quasi zeitgleich erfolgte die Rheinland-Besetzung durch den Nationalsozialismus, die Annexion Abessiniens durch den italienischen Faschismus und der Ausbruch des Spanischen Bürgerkrieges.

Ausgehend von dem Vortrag das „Zeitalter der Tyranneien“, den Élie Halévy im November 1936 in Paris hielt – bei seinem Vergleich der Diktaturen in der Sowjetunion, Italien und Deutschland kam er zu dem Ergebnis, dass die drei „Tyranneien“ aus der verhängnisvollen Verbindung der sozialistischen Idee und des Ersten Weltkrieges entstanden waren – führte Raymond Aron bei der anschließenden Diskussion das Adjektiv „totalitär“ in den französischen Sprachraum ein, um den Faschismus und den Kommunismus trotz aller Unterschiede als „totalitäre Regime“ zu definieren (Der Nationalsozialismus wurde in dieser Zeit gemeinhin noch unter die Kategorie Faschismus subsumiert). Drei Jahre später führte Aron den komparatistischen

⁹⁷ Hans Kohn, Communist and Fascist Dictatorship. A Comparative Study, in: Guy Stanton Ford (Hg.), Dictatorship in the Modern World, S. 141-160; deutsche Übersetzung abgedruckt in: Bruno Seidel/Siegfried Jenkner (Hg.), Wege der Totalitarismusforschung, S. 49-63.

⁹⁸ Ebenda, S. 49.

Ansatz fort und erklärte, was der „Totalitarismus“ für Gemeinsamkeiten hatte. Seiner Einschätzung nach war es die absolute Macht des Staates, ohne irgendeine rechtliche oder praktische Einschränkung. Sowohl in der faschistischen als auch in der kommunistischen „Tyrannei“ repräsentierte eine Einheitspartei primär den Staat, als dass sie das Volk repräsentierte. Dazu konzentrierte ein Tyrann die „Allmacht in seiner Person“ und eine Ideologie wurde als „amtliche Wahrheit dogmatisch gelehrt.“ Indes erkannte Aron auch essentielle Unterschiede. Hierzu schrieb er: „Der Faschismus und der Kommunismus haben ihren Ursprung in verschiedenen sozialen Klassen; ersterer erhält die bestehende soziale Struktur, letzterer zerstört die alten führenden Klassen und bemüht sich zu verhindern, daß die Einkommensunterschiede sich zu Klassenunterschieden kristallisieren. Die Ideologien, hier idealistisch, heroisch, irrational und organisch, dort materialistisch, internationalistisch und szientistisch, stehen ebenfalls in Gegensatz zueinander.“⁹⁹

Eine ideengeschichtliche Begründung für das Auftauchen der drei modernen Massenbewegungen in Italien, der Sowjetunion und vor allem in Deutschland gab Eric Voegelin in seiner schmalen Studie „Die politischen Religionen“,¹⁰⁰ die Anfang 1938 in Wien erschien und den Autor zur Emigration in die USA zwang. Darin zeigte sich Voegelin am Faschismus und Kommunismus als einem religiösen Phänomen interessiert und versuchte die Ursachen und die Motivationen derer zu deuten, die sich den ideologischen Massenbewegungen anschlossen. Seine These lautete: Die politischen Massenbewegungen waren Ausdruck einer fundamentalen Krise der westlichen Zivilisation infolge der Säkularisierung des Geistes, d. h. „in der Trennung eines dadurch nur weltlichen Geistes von seinen Wurzeln in der Religiosität“.¹⁰¹ Dabei nutzen sie noch vorhandene religiöse Bedürfnisse der Einzelnen aus und boten Kompensation bei quasi-religiösen Veranstaltungen in der Sphäre der Politik, wie Parteiveranstaltungen oder Aufmärschen. Die modernen Diktaturen betrachtet er als das

⁹⁹ Raymond Aron, Das Zeitalter der Tyrannen (1939), in: ders., Über Deutschland und den Nationalsozialismus. Frühe politische Schriften 1930-1939, Opladen 1993, S. 186-208 (hier S. 200 f.). Arons Auseinandersetzungen mit dem Phänomen des Totalitarismus entstanden 1936 bzw. 1939 – wie auch die in Zukunft erschienenen Arbeiten – unter dem starken Eindruck der politischen Ereignisse in dieser Phase. Vgl. hierzu grundsätzlich: Joachim Stark, Raymond Aron und der Gestaltwandel des Totalitarismus, in: Alfons Söllner / Ralf Walkenhaus / Karin Wieland (Hg.), Totalitarismus - Eine Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts, S. 195-207.

¹⁰⁰ Eric[h] Voegelin, Die politischen Religionen, Wien 1938; Neuausgabe von Peter J. Opitz, München 1993.

¹⁰¹ Ebenda, S. 6. Vgl. auch Dietmar Herz, Der Begriff der „politischen Religionen“ im Denken Eric Voegelins, in Hans Maier (Hg.), ‚Totalitarismus‘ und ‚politische Religionen‘. Konzepte des Diktaturvergleichs, S. 191-209. Ab 1939 gebrauchte Raymond Aron den Begriff „politische Religion“ (später: „säkulare Religion“) in seinem Beitrag „Das Zeitalter der Tyrannen“; siehe in: ders., Über Deutschland und den Nationalsozialismus. Frühe politische Schriften 1930-1939, S. 207.

Ergebnis einer innerweltlichen Religion, „die das Kollektivum, sei es die Menschheit, das Volk, die Klasse, die Rasse, oder den Staat, als Realissimum“ erlebte, als „Abfall von Gott“,¹⁰² d. h. als Abfall von der „überweltlichen Religion“ des Christentums.

Eingedenk des wenige Monate zuvor abgeschlossenen Hitler-Stalin-Paktes fand im November 1939 in Philadelphia die erste wissenschaftliche Konferenz statt, die sich ausdrücklich auf die Totalitarismustheorie bezog.¹⁰³ Während sich Hans Kohn in seinem Beitrag „The Totalitarian Philosophy of War“ ausschließlich mit dem Nationalsozialismus auseinandersetzte, war die moderne „totalitäre Diktatur“ für den amerikanischen Historiker Carlton J. H. Hayes „ein ganz neues Ereignis in der Geschichte der westlichen Kultur“.¹⁰⁴ Typisches totalitäres Merkmal von Faschismus (bzw. Nationalsozialismus) und Kommunismus war für ihn die absolute Monopolisierung der Gewalt, die bis zu einer zügellosen Gewaltmoral reichte. Diese Staaten, so Hayes, waren deshalb als totalitär zu klassifizieren, weil sie sämtliche „wirtschaftlichen, religiösen und erzieherische Institutionen“ kontrollierten. Auf eine Unterstützung der Massen konnten sie bauen, weil sie diese vermittels moderner Propaganda indoktriniert hatten und sie durch die „allgegenwärtige Geheimpolizei“ sowie die alles durchdringende Partei beherrschten. Eine besondere Rolle kam zudem im „diktatorische(n) Totalitarismus“ der missionarischen Kraft der Ideologie zu.¹⁰⁵

Die politische Zusammenarbeit zwischen Deutschland und der Sowjetunion 1939, besiegelt durch den Hitler-Stalin-Pakt, war der konkrete Anlass für den ehemaligen Spanienkämpfer und Ex-Kommunisten Franz Borkenau sein marxistisch inspiriertes Hauptwerk zum Totalitarismus, „The Totalitarian Enemy“ zu veröffentlichen, das in der These vom „roten Faschismus“ und „braunen Bolschewismus“ gipfelte.¹⁰⁶ Angesichts der sich anbahnenden existentiellen politischen Bedrohung versuchte er in der Emigration die westlichen liberalen Demokratien vor den beiden nach der Weltrevolution strebenden totalitären Mächten Deutschland und Sowjetunion nachdrücklich zu warnen. Neben dem entschlossenen militärischen Eingreifen gegen die

¹⁰²Eric Voegelin, Die politischen Religionen, S. 64.

¹⁰³ Symposium on the Totalitarian State. From the Standpoints of History, Political Science, Economics and Sociology, Nov. 17, 1939. Proceedings of the American Philosophical Society, Bd 82. (1940), Nr. 1, Philadelphia 1940.

¹⁰⁴ Carlton J. H. Hayes, The Novelty of Totalitarianism in the History of Western Civilisation, in: ebenda, S. 91-102; hier nach der deutschen Übersetzung in: Bruno Seidel/Siegfried Jenkner (Hg.), Wege der Totalitarismus-Forschung, S. 86-100.

¹⁰⁵ Ebenda, S. 95-98.

¹⁰⁶ Franz Borkenau, The Totalitarian Enemy, London 1940.

verbündeten totalitären Großmächte trat der Autor auch für die die westlichen Demokratien tragenden Prinzipien ein und forderte unter anderem umfassende wirtschaftliche Reformen. Borkenau formulierte gewissermaßen eine *Demokratietheorie ex negativo* und kann als Prototyp jener Emigranten angesehen werden, die wie Waldemar Gurian, und später Sigmund Neumann oder Hannah Arendt ein normatives Konzept vertraten, weil sie ihren Totalitarismusbegriff als Gegenbegriff zu den Idealen der eigenen westlichen Gesellschaft formulierten.

Hatte sich spätestens 1939/40 der vergleichende Totalitarismusbegriff in den Veröffentlichungen zum Phänomen totalitärer Herrschaft durchgesetzt, zeigte sich von 1941 bis 1945 neuerlich, dass seine Verwendungsweise in starkem Maße von politischen und militärischen Konstellationen abhing. Durch den Überfall der deutschen Wehrmacht auf die Sowjetunion und Japans auf Pearl Harbour – der den Kriegseintritt der Vereinigten Staaten zur Folge hat – kam es zum Bündnis zwischen den USA, England und der Sowjetunion. Daraufhin erschien es in der Forschung inopportun, die Sowjetunion unter Totalitarismusverdacht zu stellen. Als „totalitäre Mächte“ erschienen nun immer mehr die drei militärisch verbündeten Staaten Japan, Deutschland und Italien.¹⁰⁷

Eine Ausnahme stellte das 1942 in den Vereinigten Staaten erschienene, ambitionierte theoretische Werk „Permanent Revolution“ von Sigmund Neumann dar.¹⁰⁸ Obwohl insbesondere am Ende der Untersuchung in dem Kapitel über den Zweiten Weltkrieg schwerpunktmäßig das NS-Regime analysiert wurde – der italienische Faschismus bzw. noch mehr die Sowjetunion fielen in diesem Abschnitt mehr oder weniger aus der vergleichenden Perspektive heraus – ging es Neumann unter Einbeziehung der Sowjetunion um die historische Erforschung der modernen Diktaturen im 20. Jahrhundert. Genauer: Der Autor präsentierte ein geschlossenes Modell des Totalitarismus, in dem er in einer ausdrücklich vergleichenden Analyse die totalitären Regime in Italien, Deutschland und Russland erforschte. Im Unterschied zu

¹⁰⁷ Vgl. Hans Kohn, *The Totalitarian Crisis*, in: ders., *Revolutions and Dictatorships. Essays in Contemporary History*, Cambridge, Mass. 1941, S. 333-416. Obwohl beispielsweise Franz Neumann in seinem später zum Klassiker der NS-Forschung avancierten Hauptwerk „Behemoth“ – entstanden in den Vereinigten Staaten – bereits 1942 den Totalitarismusbegriff für die Analyse des nationalsozialistischen Herrschaftssystems benutzte, entfiel der Vergleich mit der Sowjetunion unter Stalin. Vgl. Franz Neumann, *Behemoth – Struktur und Praxis des Nationalsozialismus*, Frankfurt a. M. 1984 (zuerst New York 1942/44).

¹⁰⁸ Sigmund Neumann, *Permanent Revolution. The Total State in a World at War*, New York, London 1942. Vgl. hierzu auch: Alfons Söllner, *Sigmund Neumanns „Permanent Revolution“*. Ein vergessener Klassiker der vergleichenden Diktaturforschung, in: ders. / Ralf Walkenhaus / Karin Wieland (Hg.), *Totalitarismus - Eine Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts*, S. 53-65.

traditionellen Herrschaftsformen wie der Despotie erkannte er einen gemeinsamen Grundzug in ihrem Hauptziel, nämlich die Revolution zu verewigen und zu institutionalisieren, also in der von ihm so bezeichneten „permanenten Revolution“.

Neumann arbeitete fünf entscheidende Merkmale der drei totalitären Diktaturen heraus: das Versprechen von wirtschaftlich-sozialer Sicherheit, den Primat der Aktion vor dem Programm, Herrschaftssicherung durch quasidemokratische Einrichtungen, eine in alle gesellschaftlichen Bereiche eindringende Kriegspsychologie und schlussendlich als zentrales Element das Führerprinzip. Vor allem durch das Führerprinzip gelang es den totalitären Systemen mit besonderen Herrschaftsinstrumenten und -techniken – unter anderem Propaganda und organisierter Terror –, in den Ein-Parteien-Staaten die „amorphe Masse“ zu mobilisieren und eine neuartige Massenpolitik zu konstituieren, in der Absicht, nach der Machtübernahme die absolute Kontrolle über die Gesellschaft zu erreichen. Das entscheidende Ziel war aber die permanente Revolution, die Institutionalisierung der Revolution, die eine Stabilisierung des gesamten Systems und eine dadurch mögliche eigengesetzliche Entwicklungen verhinderte, damit der absolute Herrschaftsanspruch der Führung beständig erhalten bleibt. Für Neumann lag genau hier das besondere der totalitären Herrschaftssysteme: es war das Konzept der permanenten Revolution, „also die zum Selbstzweck organisierte Dynamik revolutionärer Herrschaftsausübung.“¹⁰⁹

Eine nicht unbedeutende Rolle spielten in der Geschichte der Totalitarismustheorie bis 1945 bereits ehemalige kommunistische Schriftsteller und Intellektuelle, die unter dem Eindruck der sowjetischen Terrorpolitik in den 30er Jahren wesentliche Gemeinsamkeiten zwischen Links- und Rechtstotalitarismen erkannten. Beispielsweise sprach bereits im August 1936 der zu den Mitbegründern der italienischen Kommunistischen Partei gehörende Ignazio Silone von einem „roten Faschismus“, um angesichts der Massenverhaftungen von Kommunisten in der Sowjetunion und den Moskauer Schauprozessen auf Ähnlichkeiten mit dem italienischen Faschismus hinzuweisen.¹¹⁰

Insbesondere die persönlich gemachten Erfahrungen mit dem Terror des sowjetischen Geheimdienstes innerhalb der Internationalen Brigaden während des

¹⁰⁹ Siehe Walter Schlangen, Die Totalitarismus-Theorie. Entwicklung und Probleme, S. 42-44 (Zitat S. 44).

¹¹⁰ Ignazio Silone, Brief nach Moskau vom 30. August 1936, in: europäische ideen, Heft 9 (1975), S. 37-39 (zuerst in: Arbeiter-Zeitung, Basel, 24. September 1936).

Spanischen Bürgerkrieges, ließen viele mit der kommunistischen Idee und -Bewegung brechen und zu Renegaten, d. h. zu Anti-Kommunisten respektive Anti-Stalinisten werden. Stellvertretend für die literarisch verarbeiteten Spanienerfahrungen sei an dieser Stelle „Mein Katalonien“ von George Orwell genannt, der eindrücklich beschrieb, wie zeitgleich mit den blutigen Säuberungen in der Sowjetunion die Terrorwelle auf Spanien übergriff und vor allem Mitglieder der trotzkistischen POUM von spanischen Kommunisten und durch Mitglieder des sowjetischen Geheimdienstes verfolgt und ermordet worden.¹¹¹ Ende der 1930er Jahre war es der Rätekommunist Otto Rühle der sich anlässlich der Moskauer Schauprozesse von der Sowjetunion lossagte, in dem er in dem Essay „Brauner und roter Faschismus“ feststellte, dass offensichtliche Übereinstimmungen zwischen dem deutschen und dem sowjetischen System existierten, die er in einer gemeinsamen Machtideologie, dem diktatorischen Apparat, den Gleichschaltungstendenzen im Bereich der Politik und in den Gewaltmethoden vorfand.¹¹² Die autobiographischen Renegatenberichte erlaubten erste Einblicke in Detailaspekte des Herrschaftsmechanismus des Stalinismus und können in ihrem mitanvisierten Vergleich zwischen der Sowjetunion und Nazi-Deutschland als Totalitarismustheorie *in nuce* kategorisiert werden.

Nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges blühte die Auseinandersetzung mit der Totalitarismustheorie im Zeichen des ausbrechenden Kalten Krieges wieder auf, so dass man diesen zeitlichen Abschnitt, der von 1946 bis etwa 1957 reichte, als zweite Phase oder als „zweite große Welle“ (Martin Jänicke) der Totalitarismus-Literatur bezeichnen kann. In der veränderten politischen und militärischen Landschaft vollzog sich ein entscheidender Perspektivenwechsel, weg von einem eher antifaschistischen und antinationalsozialistischen hin zu einem primär antikommunistisch ausgerichteten Totalitarismusverständnis, in dem für den italienischen Faschismus bereits kaum mehr Platz war. Bildete bis dahin der Faschismus bzw. Nationalsozialismus die Folie, das

¹¹¹ George Orwell, *Homage to Catalonia*, London 1938 (dt. Ausgabe: *Mein Katalonien. Bericht über den Spanischen Bürgerkrieg*, Zürich 1975). Vgl. zudem insbesondere Franz Borkenau, *The Spanish Cockpit. An Eye Witness Account of the Political and Social Conflict of the Spanish Civil War*, London 1937 (dt. Ausgabe: *Kampfplatz Spanien. Politische und soziale Konflikte im Spanischen Bürgerkrieg. Ein Augenzeugenbericht*, Stuttgart 1982).

¹¹² Otto Rühle, *Brauner und roter Faschismus*, in: ders., *Schriften*, Reinbek 1971, S. 7-71.

Modell, an dem die kommunistische Variante gemessen wurde, übernahm fortan die stalinistische Sowjetunion diese Rolle.¹¹³

Angekündigt wurde dieser Wandel mit der 1946 erschienenen Schrift „Victors, beware“ von Salvador de Madariagas, in der er die westlichen Demokratien vor der militärischen und politischen Stärke der Sowjetunion warnte und deren politisches System als den eigentlichen Typus totalitärer Herrschaft ansah.¹¹⁴ In seinem 1949 veröffentlichtem Buch „The Vital Center“ kennzeichnete Arthur M. Schlesinger den Nationalsozialismus – im Gegensatz zur Sowjetunion – als noch nicht voll ausgereiftes Muster totalitärer Herrschaft. Auf diese Weise verblieb der stalinistische Bolschewismus als eigentlicher Modellfall des Totalitarismus.¹¹⁵

Im Gegensatz dazu stand die unter dem Eindruck der nationalsozialistischen Judenvernichtung entstandene, 1951 veröffentlichte, breit angelegte Studie „The Origins of Totalitarianism“ von der in die Vereinigten Staaten emigrierten deutschen Jüdin Hannah Arendt.¹¹⁶ Ihren Totalitarismusbegriff gewann sie insbesondere am empirischen Material des Nationalsozialismus und übertrug ihn auf das stalinistische System, obwohl über die politische Herrschaftspraxis und Verfolgungslogik in der Sowjetunion zu diesem Zeitpunkt noch keine gesicherten Forschungsergebnisse vorlagen. Gleichwohl avancierte ihre Doppelanalyse von Nationalsozialismus und Stalinismus, die den Scheinwerfer auf die revolutionäre Dynamik richtete, zum Standardwerk der Totalitarismustheorie. Gerade in Deutschland konnte das Buch auf breite Zustimmung stoßen, weil die zentrale philosophische Überlegung von der existentiellen Verlassenheit des modernen Massenmenschen „gewissen ideologischen Rechtfertigungsbedürfnissen entgegenkam“.¹¹⁷ Denn durch die Isolierung von den drei Hauptteilen – *Antisemitismus*, *Imperialismus* und *totaler Herrschaft* – war es möglich zu einer simplifizierenden und dämonisierenden Erklärung des Totalitarismusphänomens zu kommen. Es entsprach indes keineswegs der Intention Hannah Arendts, Personen und Gruppen die Möglichkeit zu verschaffen, ihr

¹¹³ Norbert Kapferer, Der Totalitarismusbegriff auf dem Prüfstand. Ideengeschichtliche, komparatistische und politische Aspekte eines umstrittenen Terminus, 2. Auflage, Dresden 1996, S. 9.

¹¹⁴ Salvador de Madariagas, *Victors, beware*, London 1946, S. 58 f.

¹¹⁵ Arthur M. Schlesinger, *The Vital Center. The Politics of Freedom*, Boston 1949, S. 67.

¹¹⁶ Hannah Arendt, *The Origins of Totalitarianism*, New York 1951 (dt. Ausgabe: *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, Frankfurt a. M. 1955).

¹¹⁷ Norbert Kapferer, Der Totalitarismusbegriff auf dem Prüfstand. Ideengeschichtliche, komparatistische und politische Aspekte eines umstrittenen Terminus, S. 12.

bildungsbürgerliches Weltbild wiederherzustellen und vor allem angesichts der „drohenden Bolschewisierung“ eine antikommunistische Freund-Feind-Ideologie zu bedienen, die weniger oder überhaupt nicht im zurückliegenden Nationalsozialismus, sondern in der Sowjetunion unter Stalin das eigentliche Modell totalitärer Herrschaft sahen.¹¹⁸

Hannah Arendt fragte angesichts des Vergleichs mit despotischen, tyrannischen und diktatorischen Herrschaftsformen nach dem „eigentlichen Wesen der totalen Herrschaft“.¹¹⁹ Deshalb war es ihr ausdrücklich darum zu tun, „das wesentlich Neue, das nämlich, was diese Herrschaft wirklich zu einer totalen Beherrschung macht, in den Blick zu bekommen.“¹²⁰ Der Totalitarismus kristallisierte sich für Arendt als eine genuin neuartige Herrschaftsform bereits im Europa des 19. Jahrhundert heraus. Als Ursprung sah sie jedenfalls mit Blick auf den Nationalsozialismus neben dem modernen Antisemitismus das Zeitalter des Imperialismus mit dem Niedergang der Nationalstaaten und dem Aufstieg der modernen Massengesellschaft an, die die entscheidenden Voraussetzungen für das Entstehen der totalitären Bewegungen als Massenbewegungen darstellten. Durch die Entfaltung des Kapitalismus kam es nämlich zur Auflösung der strukturierten Klassengesellschaft und zur Zerstörung des auf eben jenen Klassen basierenden traditionellen Parteiensystems. Ergebnis dieser für Arendt krisenhaften gesellschaftspolitischen Entwicklung – die durch den Ersten Weltkrieg noch eine Zuspitzung erfuhr – war die existentielle Verlassenheit und politische Bindungslosigkeit des modernen Menschen. Paradoxaerweise koinzidierte die Individualisierung und Atomisierung mit einem Prozess der Vermassung in der modernen Gesellschaft. Auf diesen atomisierten Massen basierte die Struktur der neuen politischen Bewegungen, so Hannah Arendt: „Totalitäre Bewegungen sind Massenbewegungen, und sie sind bis heute die einzige Organisationsform, welche die modernen Massen gefunden haben und die ihnen adäquat scheint.“¹²¹

Nach Auffassung von Hannah Arendt war es von zentraler Bedeutung, dass den totalitären Bewegungen der sogenannte Zugriff auf die Massen mittels moderner Techniken der Massenbeeinflussung gelang – in erster Linie durch die „*totalitäre Propaganda*“.¹²² In gewissermaßen absoluter Vervollkommnung traditioneller Formen

¹¹⁸ Vgl. Martin Jänicke, Totalitäre Herrschaft. Anatomie eines politischen Begriffes, S. 83-85.

¹¹⁹ Hannah Arendt, Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, 3. Auflage, München 1993, S. 703.

¹²⁰ Ebenda, S. 705.

¹²¹ Ebenda, S. 499.

¹²² Siehe hierzu insgesamt das gleichnamige Kapitel, in: ebenda, S. 546-574.

war Arendt zufolge die totalitäre Propaganda exakt auf die modernen Massen zugeschnitten: mit ihren permanenten Wiederholungen bot sie klare und einfache Orientierung für das Denken und Handeln „isolierter Individuen“ in einem fiktiven, gleichwohl in sich konsequenten System der ideologischen (totalen) Welterklärung. Für Hannah Arendt war die Propaganda ein unabdingbares Element der „psychologischen Kriegsführung“¹²³ der totalitären Bewegungen, deren primäre Aufgabe freilich nicht die Überzeugung über ihren Inhalt war, sondern in erster Linie die Eroberung der Massen für ebenjene Bewegungen – und zwar solange sie sich noch nicht an den staatlichen „Schaltstellen“ befanden und mithin nicht über reale Machtmittel verfügten. Die Propaganda stellte für Arendt ein tatsächliches und „effektives“ Instrument für die totalitären Bewegungen dar im Hinblick auf die Auseinandersetzung mit einer noch nicht totalitären Außenwelt, das nach der Machteroberung, d. h. der Phase der Konsolidierung des Herrschaftsregimes, abgelöst wurde von der „Indoktrination“ der Gesellschaft durch Terror, sowie von der gewaltsamen Implantierung der sogenannten totalitären Fiktion in die politische Praxis bzw. -Wirklichkeit.

Nach Hannah Arendt versuchten die totalitären Bewegungen ihre „ideologischen Fiktionen“ in ihrer Anhängerschaft durch eine neuartige bzw. einzigartige „*totale Organisation*“¹²⁴ zu realisieren, die sich in ihren Augen als „Frontorganisation“ im Wesentlichen aus Parteimitgliedern und „Sympathisierenden“ zusammensetzte. „Die totalitäre Bewegung“, so Arendt, „benutzt die Frontorganisation als einen Schutzwall, der die Mitgliedschaft, ihren fanatischen Glauben an die ideologische Fiktion und ihre >revolutionäre< Moral gegen den Schock einer noch intakten Außenwelt schützt“ und gleichzeitig diene sie als eine „genau überwachte Brücke“ zur „normalen Welt“.¹²⁵ Für Arendt stand fest, dass ebendiese „Doppelfunktion der Fassade nach außen und innen“ ein durchgängiges Strukturprinzip der „totalitären Organisation“ ausmache, dass sich sowohl innerhalb der Partei als auch in der „Eliteformation der Bewegungen“ wieder fand. „Es ist“, so Arendt,

„offenbar, daß die totalitäre Bewegung als Ganzes bereits vor der Machtergreifung so etwas wie eine geschlossene Welt darstellen kann, in welcher Abstufungen und Differenzierungen die von den Eliteformationen gesicherte radikale Folgerichtigkeit der zentralen Fiktion nicht nur mildern, sondern auch gewissermaßen echte Meinungsverschiedenheiten ersetzen.“¹²⁶

¹²³ Ebenda, S. 549.

¹²⁴ Siehe hierzu insgesamt das gleichnamige Kapitel, in: ebenda, S. 575-608.

¹²⁵ Ebenda, S. 577.

¹²⁶ Ebenda, S. 579.

Gleichwohl stellten die „totalitäre Propaganda“ und die „totale Organisation“ nach dem Dafürhalten von Hannah Arendt keineswegs sicher, dass nach der „Machtergreifung“ und mithin der „Übernahme des Staatsapparats“¹²⁷ durch die nationalsozialistische bzw. bolschewistische Bewegung sich die neu errichtete revolutionäre Alltags-Welt nicht einfach normalisieren und mithin die sogenannte totalitäre Fiktion untergraben würde. Solange aber die Gefahr bestand, dass sich die Massen normalisierten und in den „alten Schlendrian“ zurückfallen,¹²⁸ weil eine nichttotalitäre Umwelt existierte und die totalitäre Fiktion noch nicht die gesamte Alltags-Welt durchdrang und kontrollierte, bemühten sich die Exponenten der „totalen Herrschaft“ darum, mit ihren neuen staatlichen Herrschaftsmitteln und -techniken die Aufrechterhaltung der revolutionären Bedingungen ihrer Machtentfaltung im Staat zu gewährleisten. Hierbei wurde die totalitäre Herrschaftsausübung qua *Staatsapparat*¹²⁹ und *Geheimpolizei*¹³⁰ sowie die *Konzentrationslager*¹³¹ vollzogen.

Entgegen der in der zeitgenössischen Forschungsliteratur zum nationalsozialistischen und sowjetkommunistischen Herrschaftssystem grassierenden Behauptung einer angeblichen „monolithischen Staatsstruktur“, hob Hannah Arendt *expressis verbis* die eigentümliche „Strukturlosigkeit“ (Hervorh. J. G.) der „totalitären Regierungen“ hervor.¹³² Ebendiese Strukturlosigkeit des totalitären Staates war letzten Endes nur die adäquate Umsetzung der grundsätzlichen „Zwiebelstruktur der Bewegung“,¹³³ die letzten Endes dazu führte, dass dem totalitären Staat für Arendt von Anbeginn ein Dualismus von Staats- und Parteiinstitutionen innewohnte und folglich vor dem Hintergrund des „Führerprinzips“ respektive des „Führerwillens“ ebenjene Institutionen sich in einem untereinander ausgetragenen permanenten Konkurrenzkampf befanden und die die institutionelle „Verdoppelung und Multiplikation von Parteiämtern und Staatsorganen“ (Brigitte Gess) zur Folge hatte.¹³⁴ Für Hannah Arendt verbarg sich

¹²⁷ Ebenda, S. 610.

¹²⁸ Ebenda, S. 613.

¹²⁹ Siehe im Einzelnen ebenda, S. 614-647.

¹³⁰ Siehe im Einzelnen ebenda, S. 647-676.

¹³¹ Siehe im Einzelnen ebenda, S. 676-702.

¹³² Ebenda, S. 618. Siehe auch die Feststellung von Hannah Arendt auf S. 625, dass die sogenannte Strukturlosigkeit „geplant“ war.

¹³³ Ebenda, S. 639.

¹³⁴ Mit expliziten Blick auf das nationalsozialistische Herrschaftsregime konstatierte Hannah Arendt, ebenda S. 622, : „Der Einwohner des Dritten Reiches lebte nicht nur unter den gleichzeitigen und zumeist miteinander konkurrierenden Instanzen von Partei und Staat, von SA und SS, von SS und Sicherheitsdienst, er wußte niemals

hinter dieser „Fassade“ die „wirkliche Macht der Partei“ und mit der sie sich „nach außen“ schützte.¹³⁵

Wesentliche Stützpfiler der totalitären Bewegung wurden vor als auch nach der Machteroberung die beiden Elemente *Ideologie* und *Terror*.¹³⁶ Was den Typus totaler Herrschaft nationalsozialistischer und stalinistischer Provenienz vor allem kennzeichnete und seinem eigentlichen Wesen nach für Arendt zu einer „neuen Staatsform“ werden ließ – die Konsequenz war ein Ende der Politik an sich –, war die spezifische Verbindung von „Terror und Ideologie“ mit einer bis dahin unbekanntem Vernichtungsdimension. Beide Systeme beriefen sich auf Ideologien aus dem 19. Jahrhundert, die indes erst durch die Rolle, die die Ideologie in dem totalen Herrschaftsapparat spielte, ihre totalitäre Aufladung erfuhren. Die kommunistische und nationalsozialistische Ideologie beanspruchten eine totale Welterklärung und versprachen eine „totale Erklärung alles geschichtlich sich Ereignenden, und zwar totale Erklärung des Vergangenen, totales Sich-Auskennen im Gegenwärtigen und verlässliches Vorhersagen des Zukünftigen.“¹³⁷ Das historisch beispiellose am totalitären Terror war für Hannah Arendt, dass er erst zu dem Zeitpunkt einsetzte, nachdem die gewalttätige Ausschaltung der wirklichen Gegner erfolgreich abgeschlossen war. Mit anderen Worten: „die vollkommene Herrschaft des Terrors“ wurde „erst dann losgelassen“, als „jegliche Opposition“, gegen die er sich hätte wenden können „erloschen“ war.¹³⁸

Dass sich im Terror für Arendt das eigentliche Wesen der totalitären Herrschaft enthüllte, war nur vor dem Hintergrund seiner engen Affinität zur Ideologie zu verstehen. Denn die totalitären Regime zeichnen sich gerade dadurch aus, dass sie die ideologischen Aussagen für bare Münze nahmen und konsequent damit ernst machten, sie qua Terror in Herrschaftswirklichkeit umzusetzen, d. h. die Ideologie diene dazu, die radikale Veränderung der Gesellschaft im Hinblick auf einen „Heilszustand“ anzustreben. Im Zentrum der kommunistischen Ideologie stand die Vorstellung von „absterbenden Klassen“, in der nationalsozialistischen die von „parasitären Rassen“.

im gegebenen Augenblick, welche dieser Instanzen gerade die Fassade und welche die wirkliche Macht repräsentierte.“

¹³⁵ Ebenda, S. 619.

¹³⁶ Das folgende nach dem abschließenden 13. Kapitel „Ideologie und Terror: eine neue Staatsform“, in: ebenda, S. 703-730.

¹³⁷ Ebenda, S. 719.

¹³⁸ Ebenda, S. 710.

Der Feindstatus dieser Menschengruppen wurde aus ideologisch vorgegebenen „objektiven Merkmalen“ deduziert, so dass die gewalttätige Ausschaltung dieser jeweiligen „Feindgruppen“ als notwendige geschichtliche Handlung betrachtet wurde. Es war diese deduktive Logik, die der Natur und der Geschichte zwingende Bewegungsgesetze unterstellte und daranging, diese Gesetze zu vollstrecken, die für Arendt das totalitäre Moment der Verbindung von „Terror und Ideologie“ darstellte.

Zum Inbegriff der neuen Herrschaftsform – die Hannah Arendt im Nationalsozialismus ab 1938 und im sowjetischen Stalinismus von 1930 bis 1953 historisch verwirklicht sah – wurde das System der Konzentrationslager. „Die Konzentrations- und Vernichtungslager“, so Arendt, „dienen dem totalen Herrschaftsapparat als Laboratorien, in denen experimentiert wird, ob der fundamentale Anspruch der totalitären Systeme, daß Menschen total beherrschbar sind, zutreffend ist.“¹³⁹ Sie waren „das richtunggebende Gesellschaftsideal für die totale Herrschaft überhaupt.“¹⁴⁰ Für die Autorin stand fest, „daß keine totalitäre Regierung ohne Terror auskommen und kein Terror ohne Konzentrationslager effektiv sein kein.“¹⁴¹

Der Inhaltswandel des Totalitarismusbegriffs zu einem Begriff, der mehr und mehr in das Fahrwasser der aktuellen Sowjetkommunismus-Forschung geriet, brach sich in der 1956 erschienenen Untersuchung „The Permanent Purge“ von Zbigniew Brzezinski¹⁴² Bahn, denn hier dienten die primär anhand des sowjetkommunistischen Regimes gewonnenen Forschungserkenntnisse als Grundlage für generalisierende Aussagen über den Typus der totalitären Herrschaft. Für Brzezinski trat das eigentliche Wesen des totalitären Systems erst nach der erfolgten „Machtergreifung“ und nach der Periode einer erfolgreichen Etablierung der Macht in Gänze in Erscheinung, nämlich zu dem Zeitpunkt, zu dem das Regime versuchte, die Gesellschaft zu revolutionieren. Ein wesentliches Merkmal totalitärer Herrschaft war für den Autor darin zu sehen, dass die ökonomische und soziale revolutionäre Umwälzung ausdrücklich von einer ideologisch ausgerichteten und fest organisierten politischen Bewegung angestrebt wurde.¹⁴³ Dem Anspruch eine totale gesellschaftliche Revolution herbeizuführen inhärent waren

¹³⁹ Ebenda, S. 676.

¹⁴⁰ Ebenda, S. 677.

¹⁴¹ Zitiert nach Elisabeth Young-Bruehl, Hannah Arendt – Leben, Werk und Zeit, Frankfurt a. M. 1986, S. 291.

¹⁴² Zbigniew K. Brzezinski, The Permanent Purge. Politics in Soviet Totalitarianism, Cambridge/Mass. 1956.

Vgl. zum Folgenden Walter Schlangen, Die Totalitarismus-Theorie. Entwicklung und Probleme, S. 66-69.

¹⁴³ Zbigniew K. Brzezinski, The Permanent Purge. Politics in Soviet Totalitarianism, S. 1.

Brzezinski zufolge auftretende Spannungen, die zunächst noch in der Partei durch das Vorhandensein stabilisierender Faktoren und ideologischer Abweichungen verblieben, die sich dann aber durch die Radikalisierung der Revolution auf die gesamte Gesellschaft ausdehnten. Die sich dadurch ergebenden grundsätzlichen Konflikte verlangten nach einer „totalitären Lösung“, so dass der totale Terror *nolens volens* die natürliche Reaktion des Regimes darstellte, der mit zunehmender Stabilität der totalitären Herrschaft aber nur noch als „Säuberung“ zu verstehen war. Für Brzezinski war der Totalitarismus ein System der permanenten Säuberung.¹⁴⁴

Brzezinski erklärte das Totalitarismusphänomen mit Hilfe der Verknüpfung von „Revolution“ und „Säuberung“, er musste sich hier aber primär am kommunistischen Herrschaftstyp orientieren, da erstens der Nationalsozialismus nur in der Frühphase im Zuge der „Röhm-Affaire“ 1934 eine Parteisäuberung kannte und zweitens das Merkmal der sozialen und ökonomischen Revolution nur Aussagen über die historische Entwicklung der Sowjetunion zuließ. Der Begriff totalitäre Herrschaft wurde so bei Brzezinski zum Synonym für das politische System des Kommunismus.

Der für die Totalitarismustheorie einflussreichste politische und wissenschaftliche Forschungsansatz wird gemeinhin Carl Joachim Friedrich zugeschrieben, so dass er als „der zentrale Vertreter dieser Theorie“ (Hans J. Lietzmann) angesehen wird. Friedrich, der bereits in den 20er Jahren Deutschland in Richtung Amerika verließ und dort zu einem der führenden Vertreter der Politikwissenschaft aufstieg, veröffentlichte das Standardwerk 1956 in den Vereinigten Staaten unter dem Titel „Totalitarian Dictatorship and Autocracy“. Trat in dieser Ausgabe sein damaliger Mitarbeiter Zbigniew Brzezinski noch als Ko-Autor auf, kann Friedrich für die ein Jahr später in Deutschland erschienene Fassung „Totalitäre Diktatur“ als alleiniger Autor angesehen werden.¹⁴⁵ Bei der klassischen Totalitarismustheorie Friedrichscher Couleur, die nach Martin Jänickes Einschätzung die einzige „umfassende und vergleichsweise

¹⁴⁴ Ebenda, S. 30.

¹⁴⁵ Carl J. Friedrich/ Zbigniew K. Brzezinski, *Totalitarian Dictatorship and Autocracy*, Cambridge/Mass. 1956; dt. Ausgabe: Carl J. Friedrich, unter Mitarbeit von Zbigniew K. Brzezinski, *Totalitäre Diktatur*, Stuttgart 1957. Im Vorwort zur deutschen Ausgabe auf S. 7 f. reklamierte Friedrich die alleinige Autorschaft für die Konzeption der totalitären Diktatur und gab eine deutliche Distanzierung gegenüber Brzezinski zu erkennen. Im Folgenden beziehe ich mich auf die deutsche Fassung des Buches. Zur Entstehungsgeschichte der Studie und der Frage der Zusammenarbeit der Autoren siehe Hans J. Lietzmann, *Politikwissenschaft im „Zeitalter der Diktaturen“ – Die Entwicklung der Totalitarismustheorie Carl Joachim Friedrichs*, Opladen 1999, S. 125-128.

systematische Theorie totalitärer Herrschaft“ darstellte,¹⁴⁶ die gleichermaßen Geltungskraft für den Nationalsozialismus und den stalinistischen Kommunismus beanspruchte, handelte es sich um eine „generalisierende Beschreibung“ der totalitären Diktatur. Friedrich entwarf ein idealtypisches Modell im Sinne Max Webers,¹⁴⁷ um anhand eines Sechs-Punkte-Katalogs eine staatliche Herrschaftsordnung als totalitär klassifizieren zu können: 1. eine chiliastische Ideologie, 2. eine alleinherrschende hierarchisch aufgebaute Partei, die zumeist von einer Person, dem Diktator, geführt wurde, 3. eine terroristische Geheimpolizei, die nicht nur tatsächliche Feinde des Regimes bekämpfte, sondern auch gegen ‚potentiellen Feinde‘ eingesetzt wurde, 4. ein nahezu vollkommenes Monopol über die Massenkommunikationsmittel durch die Partei, die 5. ein fast vollkommenes Waffenmonopol besaß und 6. die Wirtschaft zentral lenkte.¹⁴⁸ In seinem ursprünglichen Entwurf für das Modell der totalitären Diktatur, das von Friedrich auf der von ihm geleiteten Totalitarismus-Konferenz der „American Academy of Arts and Sciences“ in Boston präsentiert wurde – die zufälligerweise an Stalins Todestag am 5. März 1953 begann –,¹⁴⁹ ging er noch von fünf entscheidenden Merkmalen aus – das Kriterium Geheimpolizei fehlte hier –, die jeweils als einzelnes Merkmal den totalitären Charakter eines Herrschaftsregimes definierten. Im Unterschied hierzu stand die Veröffentlichung aus dem Jahre 1957, weil hier die sechs Kriterien in einem interdependenten Wirkungszusammenhang standen, die miteinander verkoppelt waren und sich gegenseitig unterstützten.¹⁵⁰ Anders gesagt: Die einzelnen Merkmale des Totalitarismus waren nur kumulativ zu Verstehen. Nur alle Merkmale

¹⁴⁶ Martin Jänicke, *Totalitäre Herrschaft. Anatomie eines politischen Begriffes*, S. 126. Hannah Arendts Totalitarismus-Studie besaß demgegenüber für Jänicke einen mehr essayistischen Charakter.

¹⁴⁷ Der Idealtypus im Sinne von Max Weber zeichnet sich dadurch aus, dass er eine gedankliche Konstruktion von einer oder mehreren Einzelercheinungen zu einem einheitlichen Gedankenbild ist; gewonnen wird er durch die gedankliche Steigerung bestimmter Elemente der Wirklichkeit. Beabsichtigt ist die bessere wissenschaftliche Verständigung über die Realität, obwohl der Idealtypus keineswegs die Realität unmittelbar abbildet bzw. nirgends vorfindbar ist. Vgl. Hans J. Lietzmann, *Politikwissenschaft im „Zeitalter der Diktaturen“* – Die Entwicklung der Totalitarismustheorie Carl Joachim Friedrichs, S. 146-157.

¹⁴⁸ Carl J. Friedrich, *Totalitäre Diktatur*, S. 19 f.

¹⁴⁹ Carl J. Friedrich, *The Unique Character of Totalitarian Society*, in: ders. (Hg.), *Totalitarianism. Proceeding of a Conference held at the American Academy of Arts and Sciences, March 1953, Cambridge/Mass. 1954*, S. 47-60; zu den Teilnehmern gehörten neben Friedrich und dem amerikanischen Diplomaten und Historiker George F. Kennan u. a. Hannah Arendt, Karl W. Deutsch, Erik H. Eriksen, Merle Fainsod, Else Frenkel-Brunswik, Waldemar Gurian, Alex Inkeles, Marie Jahoda, Harold D. Lasswell, Leo Löwenthal, Peter Nettl, Sigmund Neumann, David Riesman, Adam Ulam und Bertram D. Wolfe. Unter dem Titel „Der einzigartige Charakter der totalitären Gesellschaft“ wurde Friedrichs Konferenzbeitrag in deutscher Übersetzung abgedruckt in: Bruno Seidel/Siegfried Jenkner (Hg.), *Wege der Totalitarismusforschung*, S. 179-196.

¹⁵⁰ Carl J. Friedrich, *Totalitäre Diktatur*, S. 19.

gemeinsam kennzeichneten ein Regierungssystem als ‚totalitäre Diktatur‘.¹⁵¹ In wesentlichen Zügen waren für Friedrich die nationalsozialistischen und kommunistischen Herrschaftsformen gleich („basically-alike“-Prinzip). Der Totalitarismus stellte eine Staatsform dar, die „historisch einzigartig und sui generis“ war und fundamentale Unterschiede zu „Autokratien der Vergangenheit“, wie der Tyrannis oder der Despotie, aufwies, da diese für Friedrich mit Abstand nicht so entsetzlich waren.¹⁵²

In dem ersten Band einer groß angelegten Trilogie über die „Geschichte der totalitären Demokratie“ untersuchte der in hohem Maße durch den Spanischen Bürgerkrieg, die Moskauer Schauprozesse und die nationalsozialistische Judenverfolgung geprägte polnisch-israelische Historiker Jakob L. Talmon den geistesgeschichtlichen Zusammenhang zwischen Demokratie und Totalitarismus.¹⁵³ Für ihn stellten sie nicht per se antithetische politische Ordnungsmodelle dar, die nichts miteinander zu tun hätten. Im Gegenteil: die beiden „Demokratietypen“ entwickelten sich für ihn zur gleichen Zeit aus „denselben Prämissen“. Die Geschichte seit dem 18. Jahrhundert, mit dem alles überragenden historischen Ereignis der Französischen Revolution, erschien als der geistige und politische Nährboden für die Weltkrise Mitte des 20. Jahrhunderts, die Talmon zufolge im „schroffen Zusammenprall zwischen empirischer und liberaler Demokratie einerseits und totalitärer messianischer Demokratie andererseits“ zu sehen war.¹⁵⁴ Der zentrale Unterschied zwischen diesen Demokratiemodellen lag Talmon zufolge nicht allein in der Bedeutung, die man dem Wert der Freiheit beimaß, d. h., ob die Freiheit bejaht oder verneint wurde, sondern in der divergierenden Vorstellung dessen, was unter Politik verstanden wurde. Die liberale Variante der Demokratie zeichnete sich in seinen Augen gegenüber der totalitären dadurch aus, dass hier der Bereich der Politik „eine Sache des Experimentierens“ war, also durch das Prinzip des ‚trial and error‘ gekennzeichnet war; das politische System wurde als „pragmatische Einrichtung“ betrachtet und beruhte im Kern auf der menschlichen Fähigkeit zum

¹⁵¹ Siehe Hans J. Lietzmann, Von der konstitutionellen zur totalitären Diktatur. Carl Joachim Friedrichs Totalitarismustheorie, in: Alfons Söllner / Ralf Walkenhaus / Karin Wieland (Hg.), Totalitarismus - Eine Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts, S. 174-192 (hier S. 175).

¹⁵² Carl J. Friedrich, Totalitäre Diktatur, S. 13.

¹⁵³ Jacob L. Talmon, Die Ursprünge der totalitären Demokratie, Köln 1961 (engl. 1952); sowie der zweite Band „Politischer Messianismus. Die romantische Phase, Köln 1963 (engl. 1960) und der dritte Band „The Myth of the Nation and the Vision of Revolution. The Origins of Totalitarian Polarisation in the Twentieth Century“, London 1981.

¹⁵⁴ Jacob L. Talmon, Die Ursprünge der totalitären Demokratie, S. 1.

spontanen Handeln, zudem erkannte es nichtoriginär politische Bereiche in der Gesellschaft an. Die Idee der totalitären Demokratie wiederum ging von der Voraussetzung aus, dass es *die* Wahrheit ausschließlich in der Politik gab und diese mithin alle menschlichen und gesellschaftlichen Bereiche beherrschte. Talmon sprach in diesem Zusammenhang von einem „politischen Messianismus“, da der Vorstellung über die Rolle der Politik im „menschlichen Dasein“, der Traum einer vorausbestimmten harmonischen und vollkommenen Welt korrespondierte, „zu der die Menschen unwiderstehlich getrieben und zwangsläufig gelangen werden.“¹⁵⁵ Talmon verwendete in seiner Studie über „demokratische“ Massenbewegungen und das ihnen immanente Potential der Freiheitsgefährdung unausgesprochen das Paradigma der „Politischen Religion“. So erklärte er: „Diese Untersuchung beschäftigt sich mit einem Geisteszustand, mit einer Art zu fühlen, mit einer Disposition, einem Komplex von geistigen, emotionalen und Verhaltenselementen, die alle zusammen am besten vergleichbar sind mit einer menschlichen Gesamthaltung, die durch eine Religion ausgelöst wird.“¹⁵⁶ Zudem fügte Talmon ausdrücklich hinzu, dass eben diese „moderne weltliche Religion“ als „objektive Realität“ behandelt werden muss.¹⁵⁷

Entgegen einer weit verbreiteten Ansicht in der Forschung zielte der Talmonsche Begriff der „totalitären Demokratie“ ausschließlich auf den „Totalitarismus der Linken“ und war für den rechten Totalitarismus nicht anwendbar.¹⁵⁸ Zur zentralen Figur wurde unter anderem Rousseau mit seinem aus den Freiheitsideen der Aufklärungsphilosophie stammenden radikaldemokratischen Ideal der absoluten Volkssouveränität, um somit zu einer vollkommenen sozialen, politischen und wirtschaftlichen Gleichheit zu gelangen. Es mündete in dessen Postulat eines „Gemeinwillens“ („volonté générale“). Durch eine vollständige Übereinstimmung aller individuellen Willen mit dem Allgemeinwillen sollte ein Gemeinwesen hergestellt werden, das befreit war von wirtschaftlichen und

¹⁵⁵ Ebenda, S. 2.

¹⁵⁶ Ebenda, S. 11.

¹⁵⁷ Ebenda, S. 12.

¹⁵⁸ Ebenda, S. 7. Gleichwohl wurde die Untersuchung in der Zeit des Kalten Krieges im Sinne der identifizierenden Totalitarismustheorie rezipiert und auf die Regime des Faschismus, des Nationalsozialismus und des Stalinismus angewandt. In der Einleitung stellte Talmon indes fest, dass nur der „Totalitarismus der Linken“ mit dem Begriff Demokratie in Verbindung gebracht werden, weil nur die politische Linke in der Tradition der Aufklärung stand und sich somit universalistischen Prinzipien verpflichtet fühlte. Die politische Rechte negierte für Talmon qua Definition allgemein gültige menschliche Werte, da sie ausschließlich in Kategorien des Staates, der Nation oder der Rasse dachte; die Linke wiederum nahm den „Individualismus und Rationalismus“ zum Ausgangspunkt ihres Denkens (Talmon, S. 6 f). Vgl. Hans J. Lietzmann, Politikwissenschaft im „Zeitalter der Diktaturen“ – Die Entwicklung der Totalitarismustheorie Carl Joachim Friedrichs, S. 223.

politischen Sonderinteressen, damit eine absolut homogene Gesellschaft erreicht werden kann.¹⁵⁹

Eine „sozialreligiöse Version der Totalitarismustheorie“ (Ernst Nolte) legte 1957 der englische Kulturhistoriker Norman Cohn mit seiner Studie „The Pursuit of the Millennium“ vor, der die chiliastischen Vorstellungen von einem Tausendjährigen Reich in den politisch- religiösen Massenbewegungen des Mittelalters und der Reformationszeit untersuchte. In der deutschen Ausgabe machte er in seinem Vorwort deutlich, dass die in diesen Ketzerbewegungen anzutreffende *revolutionäre Eschatologie* frappante Ähnlichkeiten mit den zeitgenössischen totalitären Bewegungen – dem Kommunismus und dem Nationalsozialismus – aufwies.¹⁶⁰ In der Erwartung eines sogenannten *letzten Kampfes* zielte dieser revolutionäre, apokalyptische Fanatismus auf die Zertrümmerung einer Welt – einer Welt, die von einer bösen, tyrannischen, absolut zerstörerischen Macht beherrscht wurde, die nachgerade mit übermenschlichen, dämonischen Kräften ausgestattet zu sein schien – , damit letzten Endes daraus eine völlig erneuerte, in ihren Überzeugungen einheitliche, konfliktfreie Gesellschaft entstehen konnte. Um dieses Ziel zu erreichen, wurde im Mittelalter die Forderung aufgestellt: „Säuberung der Welt durch Ausrottung der Repräsentanten der Verderbnis“. ¹⁶¹ Es waren nicht selten, die Großen‘ und oftmals „die Juden“, die für sämtliche gesellschaftlichen Missstände verantwortlich gemacht wurden und die in säkularisierter Version in den totalitären Ideologien des 20. Jahrhunderts wiederauftauchten. Für Cohn kam die Vorstellung eines ‚*entscheidenden Endkampfes*‘ zur Erneuerung der Welt in der nationalsozialistischen und kommunistischen Ideologie insofern eine zentrale Bedeutung bei, als einerseits durch die Vernichtung der ‚jüdischen Rasse‘ bzw. andererseits der ‚Bourgeoisie‘ dieses utopische Ziel verwirklicht werden sollte.¹⁶²

Im sowjetischen Herrschaftssystem kam es nach dem Tode Stalins im Jahre 1953 und Chruschtschows Geheimrede auf dem XX. Parteitag der Kommunistischen Partei der

¹⁵⁹ Jacob L. Talmon, Die Ursprünge der totalitären Demokratie, S. 227.

¹⁶⁰ Norman Cohn, The Pursuit of the Millennium, London 1957; hier nach der dt. Ausgabe: Das Ringen um das Tausendjährige Reich. Revolutionärer Messianismus im Mittelalter und sein Fortleben in den modernen totalitären Bewegungen, Bern 1961, S. 7.

¹⁶¹ Ebenda, S. 271.

¹⁶² Ebenda, S. 272 f.

Sowjetunion (KPdSU) 1956 – auf dem erstmals die kommunistischen Massenverbrechen offiziell zugegeben und infolgedessen eine massive Kritik des noch unter Stalin praktizierten Personenkults geübt wurde – zu essentiellen Veränderungen. Wesentlicher Ausdruck dieses Wandlungsprozesses war die nachlassende Bedeutung, die der Terror als totalitarismustypisches Phänomen des gesellschaftlichen und politischen Alltags spielte und die unter anderem in Ansätzen zu einem Abbau des GULag-Systems führte. Zudem wurde nicht zuletzt durch den jugoslawischen und polnischen Reformkommunismus sowie den Volksaufstand in Ungarn der absolute hegemoniale Anspruch der Sowjetunion über den östlichen Staatenblock unterminiert. Nachdem bereits von Karl W. Deutsch Vorstellungen einer möglicherweise lückenlosen, perfekten Herrschaftskontrolle im Totalitarismus problematisiert wurde und er einen möglichen Zerfall des sowjetischen Machtsystems thematisierte,¹⁶³ traten im Verlauf der fünfziger und sechziger Jahre immer mehr Zweifel vor allem an der klassischen Totalitarismustheorie Friedrichs auf, der in seinem statischen Modell von der Dauerhaftigkeit bzw. Überlebensfähigkeit der totalitären Regime in der Sowjetunion und in Osteuropa ausging und der nicht mit ihrer Wandlungsfähigkeit rechnete. Hier war der kritische Anstoß für die empirisch ausgerichtete politik- und sozialwissenschaftliche Forschung zu sehen, den idealtypischen Begriff der totalitären Herrschaft zu überprüfen, und sich der Frage zuzuwenden, inwiefern die theoretischen Einsichten der älteren Arbeiten noch aufrechterhalten werden konnten. Am Ende der methodologisch abgesicherten Untersuchungen stand die grundsätzliche Infragestellung der Totalitarismustheorie.

Arkadi R. L. Gurland kritisierte schon 1954 die „schematische Starrheit und Einseitigkeit“ der Totalitarismusdefinition¹⁶⁴ und sprach sich gegen die Konstruktion eines allgemeinen Modells des Totalitarismus aus. Vielmehr war er der Ansicht, dass „man einen Gegenstand in seiner Gänze analysiert“ haben muss, bevor sein Begriff bestimmbar sei und forderte demgegenüber, den dynamischen Charakter der unterschiedlichen östlichen Gesellschaftssysteme zu erforschen.¹⁶⁵ Martin Draht bemühte sich 1958, angesichts der veränderten Bedeutung die den einzelnen Bestimmungsmerkmalen im Rahmen der Charakterisierung totalitärer Herrschaft zufiel

¹⁶³ Karl W. Deutsch, Risse im Monolith: Möglichkeiten und Arten der Desintegration in totalitären Systemen (1954), in: Bruno Seidel/Siegfried Jenkner (Hg.), Wege der Totalitarismusforschung, S. 197-227.

¹⁶⁴ Arkadij R. L. Gurland, Einleitung, in: Max G. Lange, Totalitäre Erziehung. Das Erziehungssystem der Sowjetzone Deutschlands, Frankfurt a. M. 1954, S. VIII-XXXVI (hier S. IX).

¹⁶⁵ Ebenda, S. IX.

– er sah es nicht als erwiesen an, ob die Auswahl der einzelnen Merkmale nicht eher zufällig erfolgte –, um eine Modifikation der Totalitarismustheorie. Draht fragte nach dem „zentralen Prinzip“ des Totalitarismus, das im Wesentlichen dessen Charakteristika bestimmte und letzten Endes das alles entscheidende Kriterium für die Begriffsprägung darstellte. In Abgrenzung zu autoritären Herrschaftsformen sah er es im „Primärphänomen des Totalitarismus“, das von ihm definiert wurde als „das Ziel, ein neues gesellschaftliches Wertungssystem durchzusetzen, das bis in ‚Metaphysik‘ hinein fundiert wird“. ¹⁶⁶ Davon abhängig seien die „Sekundärphänomene“, wie zum Beispiel das Merkmal Terror.

Das allmähliche Abrücken vom Modell des Totalitarismus kam besonders in der Kritik von Otto Stammer zum Ausdruck. ¹⁶⁷ Er problematisierte die Subsumtion von Nationalsozialismus und Sowjetkommunismus unter ein und dieselbe Kategorie, denn trotz bemerkenswerter gemeinsamer Merkmale bestanden für ihn „geradezu systembestimmende spezifische Wesenszüge der einzelnen Herrschaftsordnungen.“ ¹⁶⁸ Angesichts der Möglichkeit für das Entstehen „eines latenten Pluralismus der Machtträger und Organisationen“ in den sowjetkommunistischen Ländern sowie der Herauskristallisierung von „relativer Freiheiten“ und von „politikfreien Räumen“ für die Menschen, sprach sich Stammer gegen die „allgemeinen idealtypischen“ Begriffe sowie gegen die „statisch-klassifizierenden Methoden“ aus. Vielmehr plädierte er ausdrücklich für historisch-empirische Arbeiten und sprach sich zugunsten von „Theorien mittlerer Reichweite“ für bestimmte Sach- und Problemzusammenhänge bzw. „Entwicklungsabschnitte totalitärer Systeme“ aus. ¹⁶⁹

Die schärfste Kritik an den früheren Totalitarismustheorien formulierte in verschiedenen Veröffentlichungen Peter Christian Ludz. 1961 stellte er in seinem einflussreichen Aufsatz „Offene Fragen in der Totalitarismus-Forschung“ ¹⁷⁰ fest, dass sich das sowjetische System „aus sich heraus – trotz der monopoloiden Herrschaft einer elitären Partei, die Propaganda und die organisierten Massen kontrolliert und immer neue Formen der Kontrolle erfindet – (als) *wandlungsfähig*“ (Hervorh. im Original; J.

¹⁶⁶ Martin Draht, Totalitarismus in der Volksdemokratie, Einleitung in: Ernst Richert, Macht ohne Mandat. Der Staatsapparat in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Köln 1958, S. IX-XXXIV (hier S.XXV).

¹⁶⁷ Otto Stammer, Aspekte der Totalitarismusforschung, in: Soziale Welt, 12. Jg., Heft 2 (1961), S. 97-128.

¹⁶⁸ Ebenda, S. 105.

¹⁶⁹ Ebenda, S. 106.

¹⁷⁰ Peter Christian Ludz, Offene Fragen in der Totalitarismus-Forschung, in: Politische Vierteljahresschrift, 2. Jg., Heft 4 (1961), S. 319-348.

G.) imstande zeigte.¹⁷¹ Vor allem war der Terror als Phänomen des alltäglichen Lebens in der Sowjetunion „entscheidend zurückgegangen“.¹⁷² Lutz setzte sich von den Arbeiten Friedrichs, Arendts und Brzezinskis in Bezug auf die kommunistische Spielart der totalitären Herrschaft ab, weil seines Erachtens objektiv konstitutive Merkmale in deren ursprünglichen Konzeptionen des Totalitarismus-Begriffs nicht mehr zuträfen und somit eine „Neuformulierung dieser Theorie“ notwendig erschien. Bereits drei Jahre danach verabschiedete sich Lutz grundsätzlich von der Totalitarismustheorie. In seinem „Entwurf einer soziologischen Theorie totalitär verfaßter Gesellschaft“¹⁷³ behauptete er, „daß ein bolschewistisches System unter den Bedingungen der Industriegesellschaft (...) eher zu einer autoritären als zu einer totalitären Verfassung tendiert“.¹⁷⁴ Eine Weiterführung seines Ansatzes nahm Lutz in seiner empirisch-systematischen Untersuchung über die „Parteielite“ der SED vor, in der er angesichts der sich wandelnden kommunistischen Industriegesellschaft der DDR die Hypothese aufstellte, dass sich hier eine autoritäre Herrschaft etabliert habe, in der nicht mehr auf den massiven Einsatz von Terror zurückgegriffen wurde.¹⁷⁵

¹⁷¹ Ebenda, S. 337.

¹⁷² Ebenda, S. 338.

¹⁷³ Ders., Entwurf einer soziologischen Theorie totalitär verfaßter Gesellschaft, in: Bruno Seidel/Siegfried Jenkner (Hg.), Wege der Totalitarismusforschung, S. 532-599.

¹⁷⁴ Ebenda, S. 549.

¹⁷⁵ Peter Christian Ludz, Parteielite im Wandel. Funktionsaufbau, Sozialstruktur und Ideologie der SED-Führung, Köln- 1968.

I. Die Zeitschrift „Der Monat“ im Kontext des Kalten Krieges

I. 1. Die politische und ideologische Genese des Kalten Krieges. Der frühe intellektuelle und politische Antikommunismus in den Vereinigten Staaten.

I. 1. 1. Der Zweite Weltkrieg und das schwierige Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion

Nach der Beendigung des Zweiten Weltkrieges am 8. Mai 1945 keimte bei vielen Menschen die Hoffnung auf, dass nun ein friedliches Zeitalter anbrechen würde. Die katastrophalen Auswirkungen die der vom nationalsozialistischen Deutschland begonnene und fast sechs Jahre andauernde Krieg zeitigte, verankerten sich tief in das Gedächtnis der Individuen. Waren nach dem Ersten Weltkrieg zehn Millionen Tote zu beklagen, so kostete der Zweite Weltkrieg schätzungsweise 50 Millionen Tote. Etwa die Hälfte davon waren Zivilisten. In Europa gab es kaum ein Land das nicht konkret in die Kampfhandlungen verwickelt wurde, allerdings hatten insbesondere die Menschen in den Ländern Osteuropas unter dem Krieg und der deutschen Besatzungsherrschaft zu leiden, wobei allein die Sowjetunion nach heutigen Berechnungen etwa 27 Millionen Tote zählte. Auch Deutschland musste für seinen fehlgeschlagenen „Griff nach der Weltmacht“ teuer bezahlen. Am Ende des Krieges waren nicht nur über 7 Millionen Deutsche tot – 2,8 Millionen Zivilisten – und knapp 12 Millionen Menschen aus ihrer angestammten östlichen Heimat geflohen und vertrieben,¹⁷⁶ zudem war das ganze Land verwüstet und das Staatswesen zerstört.

Das Kriegsende 1945 kann als epochale historische Zäsur betrachtet werden, weil es das Ende der europäischen Hegemonialstellung auf der Welt zur Folge hatte, so dass mehr und mehr antikoloniale Befreiungsbewegungen die politische Arena betreten konnten und weil es den Aufstieg der beiden Supermächte USA und Sowjetunion besiegelte. Die Hoffnung vieler Zeitgenossen in Europa auf eine Zukunft in Freiheit und den Beginn einer Ära des Weltfriedens, der „One world“, wurde in die Politik der USA gesetzt. War das Primärziel der bedingungslose Sieg über den Nationalsozialismus, zählte die Auflösung des europäischen Kolonialsystems und die Schaffung einer permanenten Friedensordnung zu den zwar

¹⁷⁶ Ulrich Herbert, Axel Schildt, Kriegsende in Europa, in: dies. (Hg.), Kriegsende in Europa: vom Beginn des deutschen Machtzerfalls bis zur Stabilisierung der Nachkriegsordnung 1944 – 1948, Essen 1998, S. 7-34 (hier S. 25).

nachgeordneten, gleichwohl wichtigen Kriegszielen der Vereinigten Staaten. Insbesondere Präsident Franklin Delano Roosevelt hatte sich beim Eintritt in den Krieg, nachdem das infolge des Ersten Weltkrieges neu gegründete Unternehmen Völkerbund als ein geplantes System kollektiver Sicherheit gescheitert war, die Gründung einer neuen effektiveren Weltfriedensorganisation, den späteren Vereinten Nationen, auf seine Fahnen geschrieben. Überlegungen über die Nachkriegsordnung setzten bei Roosevelt frühzeitig ein. Bereits im Januar 1941 teilte er in einer Grundsatzrede der amerikanischen Nation mit, dass zwischen den Ordnungsvorstellungen der Tyrannen vom Schlage eines Hitlers und den der Freiheit verpflichteten zusammenarbeitenden Länder ein grundsätzlicher Widerspruch bestand. Im Kampf gegen den Nationalsozialismus ging es für ihn um die Verteidigung der „Vier Freiheiten“, nämlich um die Redefreiheit, die Glaubensfreiheit, die Freiheit von wirtschaftlicher Not sowie die Freiheit von Furcht. Die im August 1941 gemeinsam mit dem britischen Premierminister Winston Churchill veröffentlichte sogenannte „Atlantik-Charta“ stellte einen Meilenstein amerikanischer Politik im 20. Jahrhundert dar. Für Roosevelt stand unumstößlich fest, dass es in allererster Linie die angelsächsischen Nationen seien, „die als Führungsmächte der Welt das Selbstbestimmungsrecht der Völker, die Freiheit des Handels, die gerechtere Verteilung der Rohstoffe, die Verbesserung der Lebensbedingungen aller Nationen, die Freiheit der Menschen innerhalb gesicherter Grenzen und die Freiheit der Meere in einer neuen Staatenorganisation sichern und gegen nationalsozialistische Tyrannei und Expansionismus verteidigen sollten.“¹⁷⁷ Der Präsident der Vereinigten Staaten verfolgte, bevor Hitler am 11. Dezember 1941 den USA offiziell den Krieg erklärte, eine Vision, die auf eine neue Weltgemeinschaft hinauslief, die auf Grundlage amerikanischer demokratischer und sozialer Ideale, mithin auf gemeinsamen Prinzipien den künftigen Frieden garantieren sollte.

Es sollte sich als entscheidender Vorteil erweisen, dass Franklin D. Roosevelt, der im Januar 1933 Präsident der Vereinigten Staaten wurde, im Gegensatz zu den europäischen Staatsoberhäuptern die Gefahren die von den europäischen Diktatoren und vor allem von der Hitlerschen Politik ausgingen frühzeitig erkannte. So war es ihm möglich zu der Einsicht zu gelangen, dass die auf Expansion angelegte Außenpolitik des Nationalsozialismus nicht mit politischen Kompromissen zu bändigen war. Der überwältigende Wahlsieg von 1936 und die Wiederwahl 1940 verschafften dem charismatischen, in innenpolitischen Fragen als

¹⁷⁷ Wilfried von Bredow, Die Vereinten Nationen, in: Hamburger Institut für Sozialforschung (Hg.), 200 Tage und 1 Jahrhundert: Gewalt und Destruktivität im Spiegel des Jahres 1945, Hamburg 1995, S. 167-183 (hier S. 172).

geschickter Taktiker auftretenden Roosevelt die Möglichkeit, die Vereinigten Staaten in langsamen Schritten von den Fesseln des selbstverordneten Isolationismus zu befreien. Noch bis weit in das Jahr 1940 war in der amerikanischen Bevölkerung und im Kongress die Angst vor einer neuerlichen Teilnahme an einem transatlantischen Krieg weitverbreitet. Letzten Endes konnte aber der amerikanische Präsident die amerikanische Gesellschaft noch vor dem japanischen Überraschungsangriff auf Pearl Harbor am 7. Dezember 1941 davon überzeugen, dass ein militärisches Engagement gegen das „Hitler-Regime“ genuine amerikanische Interessen betraf und dass die nationalsozialistische Eroberungsmaschinerie am Ende auch die Sicherheit der Vereinigten Staaten gefährden könnte. Der Sieg über den Nationalsozialismus wurde zum alles entscheidenden Kriegsziel Roosevelts. Um dieses Ziel zu erreichen wurde für ihn als auch für Churchill durch den deutschen Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 ein politisch-militärisches Zweckbündnis mit Stalin möglich bzw. nachgerade notwendig. Denn es galt die kurze und eindeutige Formel: ‚Jeder, der gegen den Faschismus kämpft, ist unser Verbündeter und Freund‘.¹⁷⁸

Was die Bündniskoalition, d. h. die Anti-Hitler-Koalition, bestehend aus den Vereinigten Staaten, England und der Sowjetunion ausschließlich zusammenhielt, war die im Laufe des Jahres 1941 entstandene konkrete Bedrohungssituation. Der gemeinsame Kampf gegen den Nationalsozialismus war *die* Klammer dieser unnatürlichen Interessengemeinschaft des Augenblicks. Denn mit den beiden demokratischen Westmächten und der stalinistischen Sowjetunion standen sich von Anbeginn kontradiktorische Gesellschaftsmodelle gegenüber, die sich in ihren politischen Zielsetzungen und ihren ideologischen Grunddispositionen gänzlich unterschieden. Der politisch-ideologische Grundwiderspruch zwischen liberaler Demokratie und kommunistischer Sowjetdiktatur bestand seit der russischen Revolution, die einen „Weltbürgerkrieg der Werte“ auslöste.¹⁷⁹ Mit anderen Worten: „Mit dem Siege der bolschewistischen Partei im November 1917 wurde zugleich der Ost-West-Konflikt geboren“.¹⁸⁰ Der jüdische Historiker und Nationalismusforscher Hans Kohn konstatierte diesen Sachverhalt bereits 1932 in seiner Untersuchung „Der Nationalismus in der Sowjetunion“ folgendermaßen: „Es geht um Tieferes als um den Kampf zweier Wirtschaftssysteme: Abendland und Kommunismus stehen einander als verschiedene Auffassungen vom Sinn des Lebens und vom Wert des Menschen gegenüber.“ Eingedenk

¹⁷⁸ Jost Dülffer, Jalta, 4. Februar 1945. Der Zweite Weltkrieg und die Entstehung der bipolaren Welt, München 1999, S. 94.

¹⁷⁹ Dan Diner, Das Jahrhundert verstehen. Eine universalhistorische Deutung, Frankfurt am Main 2000, S. 261.

¹⁸⁰ Ernest J. Salter, Deutschland und der Sowjetkommunismus. Die Bewahrung der Freiheit, München 1961, S. 21.

dieser Tatsache, so Kohn weiter, ließen sich „auch die Gegensätze zwischen Abendland und Kommunismus als Etappen des Wegs zur künftigen universalen Daseinsordnung erscheinen.“¹⁸¹

Die in der amerikanischen Öffentlichkeit und in der US-Administration weithin anzutreffende ablehnende Haltung gegenüber der Sowjetunion bekam durch den am 23. August 1939 in Moskau ausgehandelten militärischen Nichtangriffspakt zwischen Hitler und Stalin neue Nahrung. Fortan war Stalin mit dem Stigma behaftet ein Komplize des Nationalsozialismus zu sein, der Hitler erst die Möglichkeit verschaffte den Krieg gegen die westlichen Staaten zu führen, nachdem aufgrund des Geheimen Zusatzprotokoll Osteuropa in zwei Interessensphären aufteilt wurde – jeweils eine deutsche und eine sowjetische – und Hitler somit bei seinem Einmarsch in Polen am 1. September 1939 freie Hand verschaffte. Nicht nur für einen Teil der politischen Linken bedeutete es einen existentiellen Schock, dass infolge der totalitären Partnerschaft knapp 200 bis 300 deutsche Kommunisten aus den sowjetischen Gefängnissen entlassen wurden, um sie daraufhin mittels des NKWD 1940 auf der Brücke von Brest-Litowsk den Nazis auszuliefern. Die politischen und ideologischen zeitgenössischen Gegner jedweden Totalitarismus im Allgemeinen und der kommunistischen totalitären Staatsform in der Sowjetunion im Besonderen, konnten sich in ihrer Abwehrhaltung durch Aussagen wie beispielsweise von Wjatscheslaw M. Molotow in seiner Funktion als Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten bestätigt fühlen, der auf einer Sitzung des Obersten Rates der UdSSR am 31. Oktober 1939 sagte:

„... Die englische Regierung hat angekündigt, daß ihr Ziel in diesem Krieg mit Deutschland nicht mehr und nicht weniger ist als die ‚Zerstörung des Hitlerismus‘. Dies bedeutet, daß die Engländer und Franzosen so etwas wie einen ‚ideologischen Krieg‘, der an die religiösen Kriege früherer Zeiten erinnert, an Deutschland erklärt haben ... Ein derartiger Krieg ist in keiner Weise gerechtfertigt. Man mag die Ideologie des Hitlerismus annehmen oder ablehnen wie jedes andere ideologische System, das ist eine Sache der politischen Anschauung. Aber jedermann sollte begreifen, daß eine Ideologie nicht durch Gewalt zerstört werden kann, daß sie nicht durch einen Krieg ausgemerzt werden kann. Es ist deshalb nicht nur sinnlos, sondern verbrecherisch, einen solchen Krieg unter der Tarnung eines Kampfes für die ‚Demokratie‘ um der ‚Zerstörung des Hitlerismus‘ willen zu führen ...“¹⁸²

¹⁸¹ Hans Kohn, Der Nationalismus in der Sowjetunion, Frankfurt am Main 1932, S. 9.

¹⁸² Zitiert nach: Arthur Koestler, Der Yogi und der Kommissar. Auseinandersetzungen, Eßlingen 1950, S. 262 f.; Titel der Originalausgabe: The Yogi and the Commissar, London 1945.

I. 1. 2. Frühe Renegatenberichte und ihre Erkenntnisse über das totalitäre Herrschaftssystem für die Vereinigten Staaten

Zweifelsohne hatte das politische Zusammengehen der „beiden großen ideokratischen Diktaturen“ (François Furet) in den Vereinigten Staaten den Blick auf die Sowjetunion geschärft und den Terminus totalitär zum entscheidenden Durchbruch verholfen, um auch und vor allem den Herrschaftscharakter des stalinistischen Systems angemessen zu kategorisieren. Im Hinblick auf die sowjetische Außenpolitik *in toto* konnte, wie es der französische Soziologe Jules Monnerot in der bedeutenden Untersuchung „Soziologie des Kommunismus“ konstatierte, von einer „totalitären Diplomatie“ gesprochen werden.¹⁸³ Die „totalitäre Diplomatie“ war vor allem dadurch charakterisiert, dass sie sich nicht mehr an Abmachungen, an Verträge hielt – dies entsprach einem Wesenzug der Außenpolitik von demokratischen Staaten – und nicht bestrebt war einen *modus vivendi* mit anderen Staaten zu suchen, sondern in allererster Linie eine Zweck-Mittel-Politik anvisierte und insofern im Kern eine unberechenbare Außenpolitik betrieb. Im Hinblick auf die Stalinsche Diplomatie der späten dreißiger Jahre folgte daraus, dass er der außenpolitische Maxime folgte: alles was dem sowjetischen Staat und der KPdSU dient, kann strategisch durchgespielt und letzten Endes auch politisch realisiert werden. Es kann mit jedem Staat, ob demokratisch, autoritär oder totalitär verfaßt, politisch zusammen gearbeitet werden, solange es mit der sowjetischen Staatsräson kompatibel ist.

Auffallenderweise benutzen nicht wenige Autoren in ihren zeitgenössischen politischen und wissenschaftlichen Veröffentlichungen den Begriff totalitär. Wie gezeigt, war der Hitler-Stalin-Pakt der konkrete Anlass sich im November 1939 auf der einflussreichen Wissenschaftskonferenz in Philadelphia aus genuin totalitarismustheoretischer Perspektive auch mit der sowjetischen Diktatur auseinanderzusetzen.¹⁸⁴ Die aus US-amerikanischer Wahrnehmung heraus durch das deutsch-sowjetische Bündnis sich anbahnende bipolare Konfrontation zwischen amerikanischer liberaler Demokratie und den totalitären diktatorischen Staaten brachte dann der einflussreiche Totalitarismustheoretiker Franz Borkenau in seiner Untersuchung „The Totalitarian Enemy“ 1940 prägnant zum Ausdruck,

¹⁸³ Jules Monnerot, *Soziologie des Kommunismus*, Köln/Berlin 1952, S. 358. Der Autor nahm, wiewohl er primär den Kommunismus grundsätzlich erforschen wollte, sehr häufig eine totalitarismustheoretische Perspektive ein, insofern, weil er auch den Nationalsozialismus fokussierte. Demzufolge sprach Monnerot auf S. 367 auch von einer „totalitären Diplomatie“ in Bezug auf die Außenpolitik des Nationalsozialismus. Die französische Originalausgabe erschien unter dem Titel „Sociologie du Communisme“ im Jahre 1949.

¹⁸⁴ Siehe die entsprechenden Ausführungen im Einleitungskapitel „Die wechselvolle Geschichte des Totalitarismusbegriffs“.

indem er feststellte, dass von den totalitären Mächten Deutschland und Sowjetunion für die westlichen Demokratien ein und dieselbe Gefahr ausgehen würde. Denn Hitler und Stalin, so Borkenau, verfolgten mit ihrer Absicht nach der Weltrevolution die gleichen imperialen außenpolitischen Ziele.¹⁸⁵

In diesem für den weltpolitischen Verlauf des 20. Jahrhunderts ganz entscheidenden Jahr 1939 erschien die erweiterte Neuauflage der erstmalig 1935 in Paris veröffentlichten „große(n) Stalin-Biographie“ (Hannah Arendt) von Boris Souvarine, die zu einem Schlüsselwerk analytisch-historisch ausgerichteter Untersuchungen zum kommunistischen Herrschaftsregime sowie totalitarismustheoretischer Arbeiten avancieren sollte.¹⁸⁶ Souvarine kann als Prototyp des Renegaten bezeichnet werden. Eingedenk der aus heutiger Perspektive formulierten Worte aus dem philosophisch-historischen Essay „Das Ende der Illusion. Der Kommunismus im 20. Jahrhundert“ von François Furet, dass die wirkliche Geschichte des Sowjetkommunismus „im wesentlichen von Ex-Kommunisten geschrieben werden“ sollte,¹⁸⁷ stellte sich der 1895 in Kiew geborene Boris Souvarine – 1906 nach Frankreich emigriert und Mitbegründer der Kommunistischen Partei Frankreichs (KPF) –, der theoretischen Auseinandersetzung mit dem Kommunismus Leninscher sowie Stalinscher Couleur. Das ehemalige Mitglied des Sekretariats und des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationalen (Komintern) wurde 1925 aus der Partei ausgeschlossen und präsentierte nach mehrjähriger intensiver Forschungsarbeit die erste politische Biographie von Jossif Wissarionowitsch Stalin, die wissenschaftlichen Standards genügte. Nicht zuletzt aus diesem Grund wurde diese Untersuchung zur „Bibel des diplomatischen Korps“ (der Vereinigten Staaten; J. G.) in Moskau“ (Boris Souvarine) werden, da die veröffentlichte Stalin-Biographie von Leo Trotzki einer politischen Motivation geschuldet war und somit insbesondere einen persönlich-ideologischen Abrechnungscharakter besaß.¹⁸⁸ Vermittels der Untersuchung von Souvarine über den kommunistischen „Großinquisitor sui generis“ bestand die Möglichkeit die Entstehungsgeschichte und die Verlaufsform der russischen Revolution von 1917

¹⁸⁵ Franz Borkenau, *The Totalitarian Enemy*, London 1940. Vgl. die als wissenschaftliche Vorarbeit zu dieser Studie einzuschätzende Untersuchung von Franz Borkenau, *The Communist International*, London 1938. In den Vereinigten Staaten erschien das Buch unter dem Titel „*World Communism. A History of the Communist International*“ in New York.

¹⁸⁶ Boris Souvarine, *Stalin. A Critical Survey of Bolshevism*, New York 1939 (dt. Ausgabe: Stalin. Anmerkungen zur Geschichte des Bolschewismus, Amsterdam 1940).

¹⁸⁷ François Furet, *Das Ende der Illusion. Der Kommunismus im 20. Jahrhundert*, S. 191.

¹⁸⁸ Der spätere Biograph Stalins, Paloczi-Horvath, attestierte Souvarine „der Verfasser der ersten ausgezeichneten politischen Biographie von Stalin“ gewesen zu sein, der eine „realistische(...) Stalin-Charakterisierung gegeben hat“. George Paloczi-Horvath, *Stalin*, Zürich 1968, S. 103.

nachzuzeichnen. Es war der Versuch anhand marxistischer Kategorien eine Erklärung zu finden für die gescheiterte Oktoberrevolution und vor allem das bis zu diesem Zeitpunkt „ungelöste Geheimnis“, das „ungeklärte Rätsel“ um den absoluten Diktator und allmächtigen Führer der KPdSU zu lüften. Zudem besaß die bis dahin „umfassendste Biographie Stalins“ (Walter Krivitsky) von Souvarin insofern noch eine zentrale Bedeutung, als hiermit auf der Grundlage einer ersten Schätzung – *grosso modo* – zuverlässige Opferzahlen der Stalinschen Industrialisierungs- und Kollektivierungspolitik mitgeteilt wurden. Nach einer „hervorragenden vertraulichen Quelle der GPU“, so Souvarine, ergab eine sowjetische Volkszählung aus dem Jahre 1937, dass Stalins Politik annähernd dreißig Millionen Menschenleben gekostet haben dürfte.¹⁸⁹

Die sogenannten Russlandexperten im State Department der Vereinigten Staaten, d. h. in erster Linie die „Riga-Fraktion“ – von der weiter unten die Rede sein wird – konnten sich in ihrer frühzeitig konstituierenden skeptischen Haltung gegenüber dem „totalitären Kommunismus“ (Boris Souvarine) bestätigt fühlen. Denn in ihren Augen existierte ein Konnex zwischen der russischen Revolution von 1917, dem terroristischen Verlauf des erfolgreichen Umsturzes in Moskau mit den begangenen Verbrechen und der russischen Tradition. Für die Russlandkenner und -forscher um den Diplomaten und Historiker George F. Kennan waren die Massenverbrechen in der Folge der kommunistischen Revolution keineswegs ein Kontingenzphänomen, sondern entsprangen systemimmanenten Ursachen. Gleichwohl existierte keine historische Notwendigkeit für den prä-totalitären Lauf der kommunistischen Dinge in Russland. Diese Einschätzung teilten der Renegat Souvarine und die insbesondere im Hinblick auf die amerikanische Außenpolitik nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges überaus einflussreiche „Riga-Fraktion“.

Kurze Zeit nach der Unterzeichnung des weltweit als absolute Überraschung begriffenen Hitler-Stalin-Paktes erschienen unter anderem durch die Initiative von Isaac Don Levine – ein gebürtiger Russe und prominenter New Yorker antistalinistischer Verleger – die Erinnerungen „In Stalins Secret Service“ vom ehemaligen Chef des sowjetischen Nachrichtendienstes in Westeuropa und einem der wichtigsten Mitarbeiter des Untergrundapparates (bzw. des Geheimdienstes im Ausland) Walter G. Krivitsky. Der Band, der zeitgleich in London unter

¹⁸⁹ Boris Souvarine, Stalin. Anmerkungen zur Geschichte des Bolschewismus, München 1980, S. 599; hierbei handelt es sich um die deutsche Neuausgabe. Der Autor bezog sich hierbei auf das Informationsmaterial von Walter Krivitsky, ohne eine genaue Quellenangabe zu machen. Vgl. hierzu auch Hannah Arendt, Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, S. 501, Fußnote 13.

dem Titel „I was Stalin`s Agent“¹⁹⁰ verlegt wurde, zählte einerseits zu einem der ersten autobiographischen Renegatenberichte – Krivitsky vollzog den Bruch mit der Kommunistischen Partei Stalinscher Provenienz nach einem mehrjährigen Prozess des Zweifelns endgültig im Herbst 1937 – und besaß andererseits bereits zum damaligen Zeitpunkt eine herausragende Bedeutung, insofern der Verfasser als führender Offizier und Aktivist des sowjetischen Geheimdienstapparates mit dem facettenreichen stalinistischen Terror der dreißiger Jahre bestens vertraut war und infolgedessen eine erste annähernde Beschreibung über die für Außenstehende schwer zu durchschauende Rolle und die Methoden des NKWDs inner- und außerhalb der Sowjetunion liefern konnte.¹⁹¹

Der unter dem Namen Samuel Ginsberg 1899 in der Ukraine geborene spätere Renegat schloss sich bereits mit 13 Jahren der russischen Arbeiterbewegung an und trat in die Kommunistische Partei nach dem Ersten Weltkrieg im Jahre 1919 ein. Nach überaus erfolgreicher Aktivität in der Roten Armee während des russischen Bürgerkrieges durchlief Ginsberg im Auftrage der Armeeführung verschiedene Ausbildungskurse, in denen er Erfahrung mit dem Einmaleins des militärischen Nachrichtendienstes machte. 1923 wurde er unter dem Tarnnamen Walter Krivitsky zur Vorbereitung der kommunistischen Revolution in den Untergrund nach Deutschland geschickt und war als einer der ranghöchsten Offiziere des militärischen Geheimdienstes maßgeblich für die Sowjetisierung der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) verantwortlich. Stalin, der bereits auf seinem Weg zur unumschränkten Macht durch seine erbarmungslose Kollektivierungspolitik zu Beginn der Dreißiger Jahre Millionen Menschenleben durch das *vorsätzliche* Zurückhalten staatlicher Hilfe, so Krivitsky, in Kauf nahm,¹⁹² avancierte nicht zuletzt aufgrund seiner moralisch und außenpolitisch verhängnisvollen Rolle im Spanischen Bürgerkrieg und im Kontext der Moskauer Schauprozesse zum Phänotyp eines „totalitären Despoten“, so dass die spätere

¹⁹⁰ W[alter] G. Krivitsky (d. i. Samuel Ginsberg), In Stalin`s Secret Service, New York 1939. Englische Ausgabe: In Stalin`s Secret Service. An Expose of Russias Secret Service Policies by the Former Chief of the Soviet Intelligence of Western Europe, London 1939 (dt. Ausgabe: Ich war in Stalins Dienst!, Amsterdam 1940). In Frankreich erschien der Band unter dem Titel „Agent de Staline“ in Paris 1940. Im selben Jahr wurde der Band in einer holländischen Übersetzung vorgelegt sowie in einer italienischen Fassung vom faschistischen System unter Mussolini.

¹⁹¹ Des Weiteren besaß das Krivitsky-Buch eine zusätzliche herausragende Bedeutung, als hiermit zum ersten Male ein exponierter Funktionär des russischen Geheimdienstes mit der Stalinschen Politik und der Kommunistischen Partei unter Stalin brach und einen persönlichen Erfahrungsbericht veröffentlichte. Erst mehrere Jahre später erschien der Band des ehemaligen führenden NKWD-Offiziers Alexander Orlow, The Secret History of Stalin`s Crimes, New York 1953 (dt. Ausgabe: Kremlgeheimnisse, Würzburg 1953). Orlow, 1938 in die USA geflüchtet, schilderte hier detaillierte Einzelheiten zur Stalinschen Politik; insbesondere beleuchtete er anhand seiner persönlichen Erkenntnisse die „Großen Säuberungen“ und die Moskauer Schauprozesse in den dreißiger Jahren.

¹⁹² W[alter] G. Krivitsky, Ich war in Stalins Dienst!, Amsterdam 1940, S. 9

Zusammenarbeit mit dem Nationalsozialismus keineswegs dem Zufall, der Naivität oder dem mangelnden Urteilsvermögen der kommunistischen „Nummer Eins“ geschuldet war.¹⁹³

In einem zentralen Abschnitt seines autobiographischen Renegatenbuches ging Walter G. Krivitsky einer sich durch die drei öffentlichen Moskauer Schauprozesse zwangsläufig aufdrängenden Frage nach. Diese Frage stellte sich vielen Beobachtern und interessierten Zeitgenossen der Prozesse, die die Natur des sowjetischen Totalitarismus fokussierten: „Warum hatten sich die alten Bolschewiken, Helden und Führer der Revolution, die mit dem Tode so oft in Berührung gekommen waren, daß sie sich selbst ‚Tote auf Urlaub‘ nannten, zu diesen absurden und haarsträubenden Lügen bekannt?“¹⁹⁴ Für den Bolschewisten der ersten Stunde und frühen Exponenten des kommunistischen Apparates Krivitsky waren die Geständnisse *in persona* des fast gleich alten Sergej Mratschkowskij – einem von insgesamt 16 Angeklagten im ersten Schauprozess vom 19. bis 24. August 1936 –, der beschuldigt wurde Mitglied eines sogenannten „Antisowjetischen vereinigten trotzkistisch-sinowjewschen Zentrums“ zu sein, keinesfalls das weithin unerklärliche große Rätsel. Durch Krivitsky erfuhr die amerikanische Öffentlichkeit was sich hinter den „Kulissen dieses Puppentheaters“ des Generalstaatsanwaltes Andrei Wyschinski *cum grano salis* tatsächlich abspielte. Neben den physischen und psychischen Foltermethoden der russischen Geheimpolizei, stand für Krivitsky fest – der mit Mratschkowskij und den anderen Angeklagten die ideologischen Grundüberzeugungen teilte und aufgrund einer politischen Mentalitätsverwandtschaft imstande war die psychischen Prozesse der Altbolschewiken zu verstehen und mithin zu interpretieren – :

„Obwohl es mancherlei Faktoren waren, welche diese Männer zu solchen Geständnissen veranlassten, so haben sie doch alle zweifellos in der aufrichtigen Überzeugung gehandelt, dass sie der Partei und der Revolution diesen letzten Dienst leisten müssten. Sie opferten Ehre und Leben zur Verteidigung des verhassten Stalin-Regimes, weil sie in ihm den letzten schwachen Hoffnungsschimmer für jene bessere Welt sahen, der sie sich in ihrer frühen Jugend geweiht hatten.“¹⁹⁵

Krivitsky wandte sich frühzeitig im Laufe des Jahres 1939 an die US-Amerikanische Öffentlichkeit in Form mehrerer Zeitungsartikel in der New Yorker „Saturday Evening Post“

¹⁹³ Auf diesen für die autobiographischen Erfahrungsberichte vieler Ex-Kommunisten zentralen Gesichtspunkt der zeitlichen Koinzidenz des Spanischen Bürgerkrieges – mit dem expliziten stalinistischen Terror in den Reihen der Republikanischen Front – und den Moskauer Schauprozessen sowie der politischen Bedeutung ebendieser historischen Phänomene komme ich im Kapitel II. 2. „Totalitäre Erfahrungen im 20. Jahrhundert. Das Totalitarismusphänomen und die Ex-Kommunisten“ zurück.

¹⁹⁴ Arthur Koestler, Sonnenfinsternis. Roman. Aus dem Englischen. Frankfurt a. M. – Berlin – Wien 1979, S. 228.

¹⁹⁵ W[alter] G. Krivitsky, Ich war in Stalins Dienst!, S. 210.

um über den Stalinismus im Allgemeinen und die sowjetische Außenpolitik im Besonderen zu informieren. Zudem intendierte er vor allem auf die Gefahren hinzuweisen, die seines Erachtens der bevorstehende Hitler-Stalin-Pakt evozierte. Die Artikel, die von seinem Mitarbeiter Boris Shub¹⁹⁶ ins Amerikanische übersetzt wurden, sollten die Vereinigten Staaten warnen, denn Krivitsky beurteilte die Aussichten mehrere Monate vor der endgültigen offiziellen deutsch-sowjetischen-Zusammenarbeit im Gegensatz zu den allermeisten westlichen Politikern und Zeitgenossen als überaus realistisch.¹⁹⁷ Gleichwohl wurde nicht nur die amerikanische Öffentlichkeit durch den aus der Sowjetunion geflüchteten Krivitsky¹⁹⁸ informiert, sondern auch das US-State Department und das FBI. Denn die Vereinigten Staaten wurden nach seinem Pariser Aufenthalt zu seinem Flucht- und Exilland. Die amerikanischen staatlichen Dienststellen wurden *en detail* nicht zuletzt über die Infiltrationsaktivitäten der Sowjetunion informiert, die es geschafft hatten, NKWD-Agenten an wichtigen Stellen der US-Administration zu placieren.

Anlässlich der Buchveröffentlichung bzw. der Artikelserie in der „Saturday Evening Post“ im Jahre 1939 und der damit verbunden unerwarteten starken Rezeption insbesondere bei der antistalinistischen Linken in New York konkretisierte Krivitsky die Beschreibung und Analyse des stalinistischen Totalitarismus – wiewohl seines Erachtens der Kampf gegen jedweden politischen Totalitarismus ging –, auf verschiedenen Pressekonferenzen in den Vereinigten Staaten. Infolgedessen wurde ein Ablösungsprozess vieler Intellektueller und Sympathisanten von der Kommunistischen Partei der Vereinigten Staaten (KPUSA) vor allem durch die genaue Beschreibung der verhängnisvollen Stalinschen Außenpolitik im Spanischen Bürgerkrieg in Gang gebracht. Gleichzeitig starteten die Kommunisten in der

¹⁹⁶Boris Shub, Sohn von David Shub (Freund und Gesprächspartner von Walter G. Krivitsky) sollte hinfort ein bekannter Sowjetforscher werden und u. a. regelmäßig Artikel für die Zeitschrift „Der Monat“ schreiben. David Shub wurde in Russland geboren, war seit 1903 Mitglied der russischen Sozialdemokratischen Partei und zum Zeitpunkt von Lenins Führung Aktivist der Revolution von 1905. Er wurde verhaftet und nach Sibirien in die Verbannung geschickt. Ihm gelang die Flucht in die Vereinigten Staaten und hatte ständigen Kontakt mit menschewistischen und bolschewistischen Politikern wie zum Beispiel Kerenski bzw. Lenin, Trotzki und Bucharin. David Shub veröffentlichte im Jahre 1948 in New York eine vielgelesene und -beachtete Biographie über Lenin; Teilabdruck in: Der Monat, 1. Jg., Heft 3, S. 37-48.

¹⁹⁷ Krivitsky teilte mit, dass seit Januar 1937 Stalin über den verantwortlichen (offiziellen) sowjetischen Handelsvertreter in Berlin, David Kandelaki, Hitler das Angebot einer Zusammenarbeit machte, an dem dieser sich zu diesem für ihn frühen Zeitpunkt indes noch uninteressiert zeigte. Der damalige Geheimdienstchef Nikolai Jeschow sagte zu Krivitsky: „Deutschland ist stark. Die Deutschen sind die stärkste Macht der Welt. Hitler hat sie dazu gemacht. Wer könnte daran zweifeln? Muß nicht jeder, der bei Verstand ist, das in seine Pläne einbeziehen? Es gibt nur eine Strategie für die Sowjetunion.“ Sodann behauptete Jeschow, laut Krivitsky, dass Stalin davon sprach, dass „wir uns mit einer Supermacht wie Nazi-Deutschland einigen müssen.“ Zitiert nach Christopher Andrew, Oleg Gordiewsky, KGB. Die Geschichte seiner Auslandsoperationen von Lenin bis Gorbatschow, München 1990, S. 299.

¹⁹⁸ Krivitsky beantragte unter Todesdrohung in Paris am 7. Dezember 1937 politisches Asyl und musste miterleben, wie sein Genosse und Freund, der ehemalige GPU-Agent und Renegat Ignaz Reiss, kurz zuvor durch den sowjetischen Geheimdienst in der Schweiz umgebracht wurde.

amerikanischen Öffentlichkeit eine immense Verleumdungskampagne gegen Krivitsky. Nachdem der NKWD-Apparat bereits mehrere Abtrünnige der kommunistischen Bewegung im Ausland umgebracht hatten und zwei Versuche, Krivitsky zum Zeitpunkt seines Aufenthalts in Frankreich zu ermorden fehlschlügen, wusste der ehemalige Geheimdienstfunktionär, dass er auch in den Vereinigten Staaten konkret von Stalins Terrormaschinerie bedroht war. Am 11. Februar 1941 informierte die „New York Times“ darüber, dass ein Tag zuvor Walter G. Krivitsky unter mysteriösen Umständen mit einem Kopfschuss tot in einem Washingtoner Hotelzimmer aufgefunden wurde.¹⁹⁹

Im Jahre 1940 erschienen in London zwei Bücher von zwei ehemaligen Anhängern der kommunistischen Bewegung und der kommunistischen Idee, die auch in den Vereinigten Staaten von nicht geringer Bedeutung waren. Beide Autoren zählten vor ihrem Bruch zu führenden (Partei-)Intellektuellen respektive Funktionären der Kommunistischen Partei. Sie präsentierten unabhängig voneinander sozusagen autobiographische Erfahrungsberichte aus erster Hand, die zweifelsohne die politisch-wissenschaftliche und intellektuelle Auseinandersetzung über die Sowjetunion und das stalinistische Herrschaftsregime auf eine neue Stufe stellten. Die Rede ist zum einen von dem Buch „The Russian Enigma“ von Antè Ciliga²⁰⁰ und zum anderen von Arthur Koestlers „Darkness at Noon“.²⁰¹

Der 1898 in Istrien geborene Antè Ciliga trat 1918 als Student in die Sozialistische Partei Kroatiens ein, nachdem er zuvor im Ersten Weltkrieg noch auf Seiten der kroatischen nationalistischen Bewegung mitkämpfte. Er gehörte zu den Mitbegründern der jugoslawischen kommunistischen Partei (KPJ) und avancierte dort 1922 zum Parteisekretär für Kroatien. Nachdem Ciliga in der Balkanabteilung der Komintern in Wien arbeitete, wurde er im Oktober 1926 in die Sowjetunion beordert. Aufgrund der konkreten Erfahrungen mit der kommunistischen Wirklichkeit infolge eines mehrjährigen Aufenthaltes in Moskau und Leningrad begann daraufhin sein Ablösungsprozess vom Kommunismus. Allmählich stellte

¹⁹⁹ Siehe zu den Umständen des Todes, der von der amerikanischen Polizei nicht zuletzt aufgrund von drei gefundenen Abschiedsbriefen von Krivitsky als Selbstmord apostrophiert wurde, im Einzelnen: Hellmut G. Haasis, a.a.O., S. 297 ff. Krivitsky erklärte indes mehrmals gegenüber seiner Familie und Freunden, dass, sollte er eines fernen Tages tot aufgefunden werden, ein Selbstmord ausgeschlossen werden kann.

²⁰⁰ Antè Ciliga, *The Russian Enigma*, London 1940. Der Band erschien erstmals unter dem Titel „Au pays du grand mensonge“ in Paris 1938. Dt. Ausgabe: *Im Land der verwirrenden Lüge. Zehn Jahre hinter dem Eisernen Vorhang*, Köln 1953.

²⁰¹ Arthur Koestler, *Darkness at Noon*, London 1940 (dt. Erstausgabe: *Sonnenfinsternis*, Stuttgart 1948). Im zweiten Band seiner Autobiographie schrieb Koestler im Hinblick auf die Bedeutung der Erfahrungsberichte von Exkommunisten, die nicht selten „Apparat-Leute“ waren, dass zum Beispiel das Buch von Ciliga u. a. die Hauptquelle darstellte, „der der Westen die Kenntnis seines Gegners verdankt.“ Arthur Koestler, *Abscham der Erde. Autobiographische Schriften. Zweiter Band*, Berlin/München 1993, S. 257.

Ciliga das stalinistische Herrschaftsregime infrage. 1930 wurde er aufgrund seiner Kritik an den sowjetischen Zuständen verhaftet und für drei Jahre in das Gefängnis Werchneuralsk und danach in ein sibirisches Internierungslager gesteckt. Im Dezember 1935 ermöglichte Ciliga die Berufung auf eine italienische Staatsbürgerschaft die Sowjetunion zu verlassen, um danach in Frankreich zu leben; in Paris erschien sodann 1938 sein Erinnerungsbuch „Au pays du grand mensonge.“²⁰² Die Untersuchung sollte in mehrfacher Hinsicht Bedeutung erlangen, denn neben einer gründlichen Darstellung und Interpretation der Moskauer Schauprozesse, versuchte der Autor sich dem Phänomen des Massenterrors in der Sowjetunion der dreißiger Jahre zu stellen und analytisch anzunähern, der sich seines Erachtens keineswegs aus dem gesellschaftlichen und politischen Nichts heraus entwickelte. Insbesondere beleuchtete Ciliga den Konnex zwischen Stalins Herrschaftstechnik und -politik sowie der impliziten Rolle der Geheimpolizei. Er hob hervor, dass Stalin den Geheimdienstapparat bereits im Verlauf des Machtkampfes um die Nachfolge Lenins zu einem zentralen Herrschaftsinstrument seiner Politik machte und mithin einen entscheidenden Schritt auf dem Weg zur genuinen totalitären Bewegung zurücklegte. Zentrale Bedeutung erlangte die Untersuchung Ciligas in Bezug auf die Sowjetforschung sowie auf totalitarismustheoretische Arbeiten wie beispielsweise Hannah Arendts „Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft“ vor allem deshalb, weil er einerseits die fundamentale Tragweite des Arbeitslagersystems für den sowjetischen Staat ernsthaft in den (Forschungs-)Blick nahm, und weil er auf den bedeutenden Umstand hinwies, dass der Terror in der Sowjetunion nicht nach der Verfolgung von Sozialisten, Anarchisten, der Bauernschaft oder sonstigen vermeintlichen oppositionellen Personen und Gruppen ein Ende fand. Ganz im Gegenteil: der entscheidende Unterschied des sowjetischen Herrschaftssystems unter Stalin im Vergleich zu traditionellen Herrschaftsregimen wie zum Beispiel der Tyrannei bestand eben gerade darin, dass der systematische stalinistische Massenterror nämlich erst zu dem Zeitpunkt sich radikal Bahn brach, als die reale respektive vermeintliche Gegnerschaft bereits besiegt war. D. h., „nicht in den zwanziger Jahren und zu Zeiten des Bürgerkriegs in Rußland, sondern nach 1930, als alle gegenrevolutionäre wie innerparteiliche Opposition restlos liquidiert war, brach die wirkliche Schreckensherrschaft in Rußland an.“²⁰³

²⁰² François Furet, Das Ende der Illusion. Der Kommunismus im 20. Jahrhundert, S. 675 (Fußnote 38). Ebenda auch nähere Angaben über die Biographie Antè Ciligas.

²⁰³ Hannah Arendt, Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, S. 616, die sich hier ausdrücklich auf das Buch von Ante Ciliga bezog. Überhaupt bezog sich Hannah Arendt in dem zum Schlüsselwerk der Totalitarismusforschung gewordenen Untersuchung in dem dritten Teil an vielen Stellen auf das Werk von Ciliga. Zudem ist die Studie zweifelsohne ohne die zahlreichen Renegatenberichte, auf die Arendt insbesondere in Bezug auf die Analyse des Sowjetkommunismus rekurrierte, nicht vorstellbar.

Zu einem der zweifelsohne weltweit einflussreichsten kommunistischen Renegaten der vierziger und fünfziger Jahre des 20. Jahrhunderts zählte Arthur Koestler. Koestler, der im Laufe einer mehrjährigen Auseinandersetzung – die zum Teil existentielle Dimensionen erreichte – aufgrund einer intensiven Auseinandersetzung mit theoretischen und politisch-lebenspraktischen Fragen der kommunistischen revolutionären Idee schlussendlich 1938 im Anschluss an seine persönlichen Erfahrungen im Kontext des Spanischen Bürgerkrieges mit der Kommunistischen Partei brach, veröffentlichte daraufhin sein „sensationelles“ Buch „Ein spanisches Testament“.²⁰⁴ Sein 1940 erschienener Roman „Darkness at Noon“ (deutscher Titel: „Sonnenfinsternis“) wurde der klassische literarische Text über die berüchtigten stalinistischen Schauprozesse, in dem der Autor versuchte, das Rätsel der Selbstanklage anhand der Bucharin nachgezeichneten Figur des Rubaschow zu beschreiben und zu entziffern.²⁰⁵ Das Buch begründete Koestlers Rang des Prototypus eines antikommunistischen und – aufgrund einer ansatzweise totalitarismustheoretischen Perspektive – antitotalitären Renegaten. Bemerkenswerterweise arbeitete Koestler vermittels des Romans unter anderem die Verkoppelung von Ideologie und Terror heraus, um das Phänomen der permanenten Gewalt und -Säuberung zu erklären.

Im Verlauf der nächsten Jahre bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges wandte sich Koestler in mehreren Zeitschriftenartikel sowohl an die englische als auch an die amerikanische interessierte Öffentlichkeit. Neben aktuellen tagespolitischen Themen beinhalten die in Form von Essays publizierten Arbeiten neben politisch-analytischen Reflexionen über die vom nationalsozialistischen Gewaltregime begangenen Massenverbrechen an den europäischen Juden, insbesondere die Thematisierung und die Untersuchung des sowjetkommunistischen Herrschaftssystems. Den Schwerpunkt setzte Koestler in der Analyse der überragenden Rolle Stalins in Bezug auf die Innen- und Außenpolitik der dreißiger und vierziger Jahre, der Funktion der Geheimpolizei, der Bedeutung der Zwangsarbeit und des Arbeitslagersystems für das ökonomische und politische System in der Sowjetunion. Zudem rückte auch und vor allem der stalinistische Massenterror, die Parteisäuberungen und die Schauprozesse in den Fokus des (Forschungs-)Interesses von

²⁰⁴ Arthur Koestler, Ein spanisches Testament. Aufzeichnungen aus dem Bürgerkrieg, Zürich 1938.

²⁰⁵ Auf die überaus interessante zeitliche und ideologiekritische Koinzidenz mit Walter G. Krivitskys Buch „I was Stalin's Agent und dessen Versuch die Geständnisse der Angeklagten im Rahmen der Moskauer Schauprozesse zu erhellen, machte Koestler in den persönlichen Anmerkungen in der deutschen Ausgabe seines Romans deutlich. Er konstatierte, dass die "Ähnlichkeit der Atmosphäre und des Inhalts" in den beiden Büchern auffielen, obwohl Krivitsky „Sonnenfinsternis“ nicht gelesen habe und Koestler den autobiographischen Renegatenbericht von Krivitsky erst mehrere Jahre nach seiner eigenen Veröffentlichung rezipierte: Arthur Koestler, Sonnenfinsternis, Frankfurt/M. 1979, S. 235 f.

Arthur Koestler. Ein weiterer Schwerpunkt war die Komplizenschaft zwischen den beiden totalitären Herrschaftsregimen des deutschen Nationalsozialismus und des Sowjetkommunismus unter Stalin sowie der implizite und explizite Systemvergleich der beiden diktatorischen Regime.²⁰⁶

Dass die sowjetische Politik bereits zu Beginn der vierziger Jahre für die amerikanische Öffentlichkeit und die staatlichen Regierungsstellen alles andere als eine *terra incognita* blieb, dafür sorgte, neben den Publikationen wie beispielsweise von Arthur Koestler, in allererster Linie ein weiterer Insider aus dem kommunistischen Machtapparat. Im Januar 1941 veröffentlichte der 1905 in Darmstadt geborene Richard Krebs unter dem Autorennamen Jan Valtin in New York seinen autobiographischen Renegatenbericht „Out of the Night“.²⁰⁷ Das Buch sorgte in den Vereinigten Staaten für gewaltiges Aufsehen. Die Auflagenhöhe betrug bereits bis zum März 1941 knapp 347 000 und bis 1951 insgesamt über eine Million Exemplare. Neben mehreren Veröffentlichungen von Krebs in renommierten amerikanischen Zeitschriften wurde die aufsehenerregende Bucherscheinung beispielsweise von Interviews und Rundfunksendungen mit Krebs sowie Teilabdrucken in englischen und amerikanischen Periodika begleitet. Ende 1941 sollte „Out of the Night“ nach Einschätzung der „Times“ neben Arthur Koestlers „Darkness at Noon“ zu den Büchern des Jahres gehören.

Die zentrale Bedeutung des Bestsellers lag insbesondere für die amerikanischen Regierungsstellen darin, dass infolge der Krebschen Mitteilungen ein weiteres Mal genaue Einzelheiten über das stalinistische Herrschaftssystem ans Tageslicht kam; hinzu kamen die selbstverständlich ebenfalls auf Interesse gestoßenen reflexiven und beschreibenden Passagen über den Herrschaftscharakter und die -praxis des Nationalsozialismus in den dreißiger Jahren. Richard Krebs war ein ehemaliger Funktionär aus dem tiefen „Dschungel“ des kommunistischen Untergrundapparats in Deutschland sowie der Komintern und deshalb geradezu prädestiniert, Erklärungen zu tätigen über die totalitäre Politik der Sowjetunion, den Zusammenhang zwischen der Kominternpolitik und der Politik der KPD in den zwanziger und dreißiger Jahren sowie *en détail* über die überaus wirkungsvolle menschenvernichtende

²⁰⁶ Arthur Koestler, *The Yogi and the Commissar*, London 1945 (dt. Ausgabe: *Der Yogi und der Kommissar*. Auseinandersetzungen, Eßlingen a. N. 1950).

²⁰⁷ Jan Valtin (d.i. Richard Krebs), *Out of the Night*, New York 1941 (Dt. Ausgabe: *Tagebuch der Hölle*, Köln 1957). Vgl. zu Richard Krebs alias Jan Valtin insbesondere das Kapitel „Richard Krebs: Der Kominternagent“, in: Michael Rohrwasser, *Der Stalinismus und die Renegaten. Die Literatur der Exkommunisten*, S. 177-231. Im Folgenden beziehe ich mich auf die Renegaten-Studie von Rohrwasser. Vgl. zu Richard Krebs die Biographie von Ernst von Waldenfels, *Der Spion, der aus Deutschland kam. Das geheime Leben des Seemanns Richard Krebs*, Berlin 2002 sowie Hermann Kuhn, *Bruch mit dem Kommunismus. Über autobiographische Schriften von Ex-Kommunisten im geteilten Deutschland*, Münster 1990, S. 21 f.

Terrorpraxis der stalinistischen Geheimpolizei. Zudem konnte der Renegat Krebs die offiziellen staatlichen Stellen der Vereinigten Staaten über die sehr realen Gefahren informieren, die angesichts der kommunistischen Agenten entstanden waren. D. h., es ging hier nicht zuletzt auch um die ernstzunehmenden Risiken einer überaus effektiven „fünften Kolonne“ in den USA. Auf allerhöchster staatlicher Ebene benutzte man die Detailkenntnisse von Richard Krebs alias Jan Valtin um dem intakten Agentennetz auf die Spur zu kommen. Als Zeuge sagte er im Mai 1941 vor dem gemeinhin als „Dies-Committee“ apostrophierten „House Committee on Un-American Activities“ (HUAC) aus.²⁰⁸ Eingedenk des Hitler-Stalin-Paktes konnte „Out of the Night“ zu Beginn des Jahres 1941 auch deshalb in den Vereinigten Staaten für (politische) Furore sorgen, weil der Ex-Kommunist Richard Krebs einen impliziten totalitarismustheoretischen Blick einnahm. Das will heißen: Neben den mörderischen Aktivitäten der „deutschen Tscheka“ bezog Krebs – der zeitweise nach seiner Verhaftung durch die Gestapo im Jahre 1933 im deutschen Gefängnis saß – das nationalsozialistische Herrschaftssystem im Allgemeinen und die Gestapo im Besonderen in seine zum teil analytischen Schilderungen mit ein. Hierzu schreibt Michael Rohrwasser angesichts der politischen Zusammenarbeit zwischen der NSDAP und der KPD während der Weimarer Republik:

„Nicht allein darum mißt Krebs der KPD eine Schuld bei am Zustandekommen der sogenannten Machtergreifung Hitlers. Er erklärt die Machenschaften des kommunistischen Untergrundapparates zu einem Spiegelbild der Gestapo. Er illustriert das, was Bertolt Brecht 1934 im Gespräch mit Walter Benjamin sagte: ‚Was aus der Tscheka werden kann, sieht man an der Gestapo‘. Indem Krebs den Komintern-Apparat, die GPU und die anderen kommunistischen Apparate als Vorläufer des nazistischen Apparats versteht, zerstört er das große Entweder-Oder, den stalinistischen Mythos des alles legitimierenden Antifaschismus. Er unterstreicht mit Beispielen (...) die mit tödlicher Effektivität funktionierende Zusammenarbeit von Gestapo, GPU und Komintern.“²⁰⁹

²⁰⁸ Das HUAC wurde vom Repräsentantenhaus konstituiert und begann im August 1938 mit seinen Aktivitäten. Als Vorsitzender fungierte der Südstaatler und Rechtsaußen der Demokratischen Partei Martin Dies. Es stellte die historisch-politische Vorwegnahme des nach dem Zweiten Weltkrieg ins Leben gerufenen berüchtigten McCarthy-Ausschuß gegen „antiamerikanische Umtriebe“ dar. Krebs zählte neben der ehemaligen deutschen Kommunistin und Emigrantin Ruth Fischer, die sich später durch die Untersuchung „Stalin and German Communism“, New York 1948 (dt. Ausgabe: Stalin und der deutsche Kommunismus: Der Übergang zur Konterrevolution, Frankfurt/ M. [o. J.]) einen Namen machte, Walter G. Krivitsky, dem kommunistischen Kandidaten für die amerikanische Vizepräsidentschaft von 1924 und 1928 sowie Autor des 1940 in New York erschienen Buches „I Confess. The Truth about American Communism“, Benjamin Gitlow, dem ehemaligen Kommunisten und Mitarbeiter des Frankfurter Institutes für Sozialforschung Karl August Wittfogel, zu dem prominentesten Zeugen.

²⁰⁹ Michael Rohrwasser, [über Jan Valtins Buch „Tagebuch der Hölle“]; (unveröffentlichtes Vortragsmanuskript: Oktober 1993), S.7. Zu der Totalitarismustheorie *in nuce* passt das vermutlich vom Verleger Joseph Caspar Witsch zu verantwortende Vorwort der deutschen Ausgabe von 1957, dass sicherlich auf Zustimmung des 1951 verstorbenen Richard Krebs gestoßen wäre. Witsch brachte nämlich hier zum Ausdruck, dass das Renegatenbuch von Krebs als ein eindruckliches essentielles Plädoyer gegen jedweden Versuch qua Kategorien „Klasse oder Rasse“ eine „Tyrannei totalitärer Ordnung“ zu etablieren, verstanden werden kann. Er stellte auf Seite 5 konzis

I. 1. 3. Die Auseinandersetzung mit der Sowjetunion und der Spaltungsprozess in der amerikanischen politischen Linken

Indessen bedurfte es nicht erst der totalitären Mächtekoalition von 1939 um sich in den Vereinigten Staaten mit dem kulturellen und politischen Totalitarismus auseinanderzusetzen und – was an dieser Stelle insbesondere von Bedeutung ist – ein kritisches Bild des Sowjetstaates zu zeichnen. Aus zwei Richtungen näherte man sich bereits im Verlauf der späten 1930er Jahre der „russischen Frage“: Einerseits waren es insbesondere eine Reihe renommierter New Yorker (Links-)Intellektueller, die sich mehr und mehr von der kommunistischen Idee und vom stalinistischen Herrschaftsregime abwandten und sich zu Exponenten eines intellektuellen politischen Antikommunismus wandelten, andererseits machten einflussreiche Vertreter der „Roosevelt-Administration“ persönliche Erfahrungen mit den konkreten innenpolitischen Verhältnissen in der Sowjetunion, die ihnen dabei halfen in den kommenden Jahren zu einer realistischen Analyse und nüchternen Einschätzung der Moskauer Außenpolitik bzw. des Charakters des sowjetischen Staates zu kommen.

Unter dem Eindruck von Stalins Terrorpolitik Mitte der 1930er Jahre kam es in den Vereinigten Staaten zur Auseinandersetzung mit dem Stalinismus, die einen grundsätzlichen Zerfallsprozess der KPUSA und ihr nahestehenden „fellow-traveller“-Organisationen – die über ein weitgefächertes kulturelles und politisches Netz die öffentliche Meinung über die Sowjetunion in den Vereinigten Staaten nicht unwesentlich beeinflussten –, die letztlich die Polarisierung der amerikanischen (Links-)Intellektuellen in Gang setzte. Zur Galionsfigur der antistalinistischen „radical intellectuals“ avancierte neben dem prominenten Philosophen John Dewey der aus dem politisch einflussreichen Kreis der „New York Jewish Intellectuals“ kommende Sidney Hook.

fest: „Das vorliegende Buch ist das Zeugnis eines von totalitären Systemen vielfach gemarterten und verfolgten Menschen, ein Zeugnis auch für die erschreckende Wahrheit über diese Systeme.“ Zudem warnte Witsch ausdrücklich die westlichen Demokratien angesichts der innen- und außenpolitischen Gefahren durch die mit neuartigen Herrschaftsmethoden operierenden totalitären Regime, die sich nicht davon abhalten ließen offenen und heimlichen Terror durch ihre geheimdienstlichen Apparate zu praktizieren und diese menschenverachtende Gewalt zudem auch ins Ausland übertrugen. Darüber hinaus ist festzuhalten, dass Richard Krebs als antikommunistischer und antitotalitärer Renegat, der im Frühjahr 1947 nach langem Prozedere die US-Staatsbürgerschaft erhielt, dem amerikanischen Gesellschaftssystem keineswegs kritiklos verfiel, sondern ihm ein „unpathetisches Ja“ entgegenbrachte. Vgl. hierzu auch Michael Rohrwasser, *Der Stalinismus und die Renegaten. Die Literatur der Exkommunisten*, Stuttgart 1991, S. 208.

Hook hatte wesentlichen Anteil am Zustandekommen der vom „American Committee for the Defense of Leon Trotsky“ im März 1937 ins Leben gerufene Kommission zur Untersuchung der Moskauer Schauprozesse. Unter der Leitung von John Dewey, der sich unter anderem auf die Mitarbeit bekannter Intellektueller wie James Burnham, John Dos Passos, Max Eastman, James T. Farrell, Dwight Macdonald, Mary McCarthy, Norman Thomas, Reinhold Niebuhr und Lionel Trilling verlassen konnte, wurde der terroristische Herrschaftscharakter des sowjetischen Regimes unter Beweis gestellt. Stalins Politik zwang nicht nur Hunderttausende von Unschuldigen in den Lagern Zwangsarbeit zu vollrichten, sondern die willkürlich formulierten Anklagepunkte gegen Trotzki unter anderem sowie das Entstehen der Prozessurteile in Moskau zeigten vor allem eines: Das wahre Wesen des Sowjetkommunismus. Dewey griff die linksliberalen Intellektuellen an, die die Zustände in der Sowjetunion kritiklos hinnahmen und zum Terror schwiegen. Er verurteilte das stalinistische Herrschaftssystem, „das von Anfang an auf Gewalt gegründet war und über kurz oder lang von seinen selbstentfesselten Destruktivkräften verzehrt würde.“²¹⁰

In diesem Zusammenhang ging es Sidney Hook in einer Auseinandersetzung mit Bruce Bliven, dem Herausgeber der den linksliberalen Gruppen engverbundenen Zeitschrift *New Republic*, primär darum, seine Kritik an einer politischen Haltung zu äußern, die zwar gegenüber sozialen und politischen Ungerechtigkeiten in den Vereinigten Staaten, Deutschland und Spanien sensibel reagierte und ihren Unmut äußerte, indes die Verhältnisse in der Sowjetunion totschwiegen.²¹¹ Im Verlauf ihrer Auseinandersetzung mit dem stalinistischen Herrschaftsregime nahmen Dewey und Hook mehr und mehr eine totalitarismustheoretische Grundhaltung in Bezug auf die bedrohlichen weltpolitischen Entwicklungen in den späten 30er Jahren ein, die sie durch die existentielle politische Frontstellung von liberaldemokratischen und totalitären Staaten gekennzeichnet sahen. Am 15. Mai 1939 riefen sie in New York das *Committee for Cultural Freedom* ins Leben und veröffentlichten am 22. Mai 1939 in der Zeitschrift *The Nation* und am 29. Mai in der *New York Post* ein für hohes Aufsehen sorgendes Manifest, aus dem die kulturellen und politischen Grundüberzeugungen der neuerrichteten Institution zum Ausdruck kamen. Insgesamt 96

²¹⁰ Bernd Greiner, *Die Morgenthau-Legende. Zur Geschichte eines umstrittenen Plans*, Hamburg 1995, S. 68. Zum „American Committee for the Defense of Leon Trotsky“ siehe Alan M. Wald, *The New York Intellectuals. The Rise and Decline of the Anti-Stalinist Left from the 1930S to the 1980S*, Chapel Hill/London 1987, S. 128-156.

²¹¹ Vgl. Cornelia Kunkat, *Sidney Hook. Intellektueller zwischen Marxismus und Pragmatismus*, Frankfurt a. M./New York 2000, S. 204 f.

Unterzeichner²¹² formulierten darin eine „gleichermaßen von individualistischen und sozialistisch-egalitären Prinzipien getragenen Kritik“ an den totalitären Diktaturen in Deutschland, Italien, Sowjetrußland, Japan und Spanien, plädierten zudem aber auch für eine permanente Kritik an möglichen regressiven Gesellschaftsentwicklungen in den Vereinigten Staaten.

Die Reaktion aus dem Umfeld der Kommunistischen Partei bzw. der „Roosevelt-Linken“ (Bernd Greiner) ließ nicht lange auf sich warten. In den meisten Publikationen wurde das Benutzen des Totalitarismusparadigmas als unzulässige Gleichsetzung von Faschismus und Kommunismus abgelehnt und auf die besonderen Differenzen insistiert. Die am meisten diskutierte Veröffentlichung erschien ebenfalls in der Zeitschrift *The Nation*, der den Spaltungsprozess innerhalb der politischen Linken in den Vereinigten Staaten vertiefen sollte. In dem von 400 Intellektuellen – unter anderem Waldo Frank, Granville Hicks, Max Lerner und Harry A. Ward – unterzeichneten Leserbrief „An alle aktiven Unterstützer von Freiheit und Frieden“ wurde die Distanz zur antistalinistischen Linken und zum *Committee for Cultural Freedom* offenkundig, indem die angeblich bereits realisierten kulturellen und wissenschaftlichen Freiheiten in der Sowjetunion gepriesen worden. Der stalinistische Terror wurde keineswegs geleugnet, aber als notwendiges Übel auf dem Weg zur nächsthöheren Gesellschaftsstufe betrachtet. Überhaupt sei die Sowjetunion, so die Unterzeichner, der alleinige Hort des Friedens und insofern prädestiniert den Nationalsozialismus zu bekämpfen. Als ein historischer „Treppenwitz“ musste es erscheinen, dass der Leserbrief am 26. August 1939 erschien, also drei Tage nach dem völlig überraschenden Abschluß des Hitler-Stalin-Paktes.²¹³

Der von den allermeisten Zeitgenossen als Überraschung und als Schock empfundene deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt sorgte zum einen für einen Desillusionierungsprozess in Teilen der politischen Linken in den Vereinigten Staaten²¹⁴ und verstärkte dort den antistalinistischen bzw. antikommunistischen Kurswechsel, der in den wichtigen linken New Yorker Zeitschriften wie *Partisan Review* und *New Leader* entsprechend unterstützt wurde. Zum anderen war die imperialistisch-machtpolitische Komplizenschaft der beiden

²¹² Michael Hochgeschwender, *Freiheit in der Offensive? Der Kongreß für kulturelle Freiheit und die Deutschen*, München 1998, S. 99, Fußnote 167 weist darauf hin, dass der überwiegende Teil der Unterzeichner Professoren aus dem universitären Bereich waren, allerdings nur wenige der zukünftigen antikommunistischen Intellektuelle darunter waren. Er nennt u. a. Sherwood Anderson, Rudolf Carnap, Merle Curti, Max Eastman, Sol Levitas, John Dos Passos, Willi Schlamm, Arthur Schlesinger, Norman Thomas und Dorothy Thompson.

²¹³ Siehe Bernd Greiner, *Die Morgenthau-Legende. Zur Geschichte eines umstrittenen Plans*, S. 72.

²¹⁴ Vgl. hierzu zum Beispiel Wolfgang Leonhard, *Der Schock des Hitler-Stalin-Paktes. Erinnerungen aus der Sowjetunion, Westeuropa und USA*, Freiburg im Breisgau 1986, S. 165-172 und auf S. 182-186 die Erinnerungen des ehemaligen Mitglieds der KPUSA Granville Hicks.

diktatorischen Regime der auslösende Faktor, die systematische Analyse der Gemeinsamkeiten von Stalinismus und Nationalsozialismus voranzutreiben und den Begriff der totalitären Herrschaft in der Wissenschaft für beide Herrschaftssysteme zu verwenden.²¹⁵ Festzuhalten bleibt, dass sich in den Vereinigten Staaten im Verlauf der späten 1930er Jahre in bestimmten Gruppen der politischen Linken und bei einigen ihnen nahestehenden Intellektuellen sowie der amerikanischen Öffentlichkeit die Wahrnehmungsperspektive in Bezug auf die Sowjetunion sukzessive veränderte. Der Sowjetkommunismus unter Stalin wurde in Analogie zum Nationalsozialismus als totalitäres Herrschaftsregime klassifiziert, das unter anderem durch die Attribute exzessiver Terror in der Innenpolitik und imperiale Weltherrschaftsziele in der Außenpolitik gekennzeichnet sei und sich durch einen antidemokratischen Furor auszeichnete. Erst das „Unternehmen Barbarossa“, d. h. der deutsche Angriff auf die Sowjetunion im Juni 1941 und die sich herauskristallisierende politische Allianz zwischen den westlichen Staaten und Stalin bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges 1945 ließ es inopportun erscheinen, den Bündnispartner als einen totalitären Staat zu betrachten. Gleichzeitig bedeutete die notwendig gewordene Anti-Hitler-Koalition eine vorübergehende Stillstellung der weltpolitischen Polarität Demokratie versus Totalitarismus.²¹⁶

I. 1. 4. Zum Antikommunismus der „Riga-Fraktion“

In der Anfangszeit nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges fielen in weiten Teilen der westlichen einschließlich der amerikanischen Öffentlichkeit der Hitler-Stalin-Pakt und die

²¹⁵ Es sei daran erinnert, dass wenige Monate nach dem Hitler-Stalin-Pakt im November 1939 in Philadelphia die erste wissenschaftliche Konferenz stattfand und auf der die Teilnehmer explizit die Totalitarismustheorie als Analyserahmen für den Faschismus bzw. Nationalsozialismus und Sowjetkommunismus akzeptierten. Siehe die entsprechenden Ausführungen im Einleitungskapitel. „Die wechselvolle Geschichte des Totalitarismusbegriffs“.

²¹⁶ Victor A. Kravchenko sprach im Nachwort seines 1946 in New York erschienenen und zum Bestseller avancierenden autobiographischen Renegatenbuches *I Chose Freedom* diesen Sachverhalt an, dass er trotz des Wissens um die wirklichen Zustände des sogenannten kommunistischen „Polizeistaates“ und der täglichen persönlichen Vernichtungsdrohung in den Vereinigten Staaten durch den allmächtigen sowjetischen Geheimdienstapparat von Lawrenti Berija, die weltweiten Gefahren durch die sowjetkommunistische Diktatur nicht der Öffentlichkeit mitteilte. Kravchenko konzedierte: „Die Wichtigkeit der militärischen Zusammenarbeit zwischen den westlichen Demokratien und der totalitären Sowjetunion (im Kampf gegen den Nationalsozialismus, J.G.) legte mir große Zurückhaltung auf. Ich nahm sie willig an. Die Notwendigkeit des gemeinsamen Sieges ging allem anderen vor. Jetzt aber, da der Krieg siegreich beendet ist, halte ich es nicht nur für berechtigt, sondern auch für meine ausdrückliche Pflicht, alles ehrlich und so wirksam wie möglich zu sagen. Deshalb dieses Buch.“ Zitiert nach: Victor A. Kravchenko, *Ich wählte die Freiheit. Das Private und politische Leben eines Sowjetbeamten*, Hamburg o. J., S. 625. Auf die politische Bedeutung des Autors und des Buches komme ich im Kapitel III. „Exkurs: Die frühe Totalitarismuskommunikation in Frankreich. Der Kravchenko- und Rousset-Prozess, die sowjetischen Lager und die französische Linke“ zurück.

extrem brutale Politik Stalins mitsamt den begangenen Massenmorden dem Vergessen anheim. Vor allem in Frankreich und Italien rühmte man die eminent wichtige Rolle die die Sowjetunion beim glorreichen Sieg über den Nationalsozialismus spielte, so dass der Kommunismus eine hohe Anziehungskraft entwickeln konnte. Allein der Nationalsozialismus erschien nicht zuletzt aufgrund der in den letzten Kriegsjahren begangenen Massenverbrechen als einziges totalitäres Herrschaftsregime und als die Verkörperung „des Bösen“ schlechthin.

Gleichwohl existierte innerhalb der amerikanischen Administration eine Personengruppe, die zeitweise als politische Berater bereits in der Ära des Präsidenten Franklin D. Roosevelt fungierten und als russlandpolitische Experten im Außenministeriums (State Departement) vor allem die Nachkriegspolitik des neuen Präsidenten Harry S. Truman entscheidend mitbeeinflussten und die sich keine Illusion über die wahre Natur des kommunistischen Staates unter der absoluten Ägide Stalin machten. Sie sendeten frühzeitig Warnsignale aus, aus denen eindeutig hervorging, dass es der Sowjetunion keineswegs ausschließlich darum zu tun war der nationalsozialistischen Barbarei Einhalt zu gebieten, sondern eine auf der kommunistischen Ideologie basierende aggressive territoriale und politische Expansion anstreben würde. Innerhalb der „Riga-Fraktion“²¹⁷ entwickelte sich in den zwanziger Jahren gegenüber dem sowjetischen Gesellschafts- und Staatsmodell eine fundamentale skeptische Haltung heraus. Ihrer politischen Grundüberzeugung zufolge verkörperte der aus der russischen Revolution von 1917 entsprungene Sowjetstaat ein feindliches Wertesystem, dass den amerikanischen Ordnungsprinzipien in der Innen- und Außenpolitik diametral entgegengesetzt war. Um die Sowjetunion und ihre Politik besser einschätzen zu können wurde Anfang der zwanziger Jahre vom State Departement eine Abteilung für Russische Angelegenheiten ins Leben gerufen. Beabsichtigt wurde auf Basis von umfangreichen Materials die sowjetische Politik zu analysieren. Zeitweise engagierte man Professoren vom Schlage eines Samuel Harper von der Universität Chicago, der seinerzeit zu den am meisten geschätzten Sowjetforschern in den Vereinigten Staaten zählte. 1924 wurde ebendiese Abteilung innerhalb des State Departement der Abteilung für Osteuropäische Angelegenheiten unter der Leitung von Robert F. Kelly zugeschlagen – hinfort wurde sie „Rußlandabteilung“ (George F. Kennan) genannt. Kelly trieb die Sowjetforschung voran und legte starken Wert auf wissenschaftliche Prinzipien der zum Teil detaillierten Untersuchungen.

²¹⁷ Siehe zur „Riga-Fraktion“ Daniel Yergin, Der zerbrochene Frieden. Der Ursprung des Kalten Krieges und die Teilung Europas, Frankfurt am Main 1979, S. 25-47.

Die Riga-Gruppe innerhalb der „Rußlandabteilung“ band neben freundschaftlichen Beziehungen ein politischer Antikommunismus zusammen. Dazu gehörten Politiker wie Loy Henderson, Robert Murphy, Elbridge Durbrow, Alexander Kirk, Charles Thayer, Joseph Grew, Edward Page, James Clement Dunn, Charles Bohlen, Ray Atherton, George F. Kennan oder William C. Bullitt.²¹⁸ Von der marxistischen Ideologie beseelt und angetrieben, überzeugt aus dem Zentrum Moskaus – ganz in der Tradition des zaristischen Expansionsstrebens stehend – die Verhältnisse auch über die eigenen Staatsgrenzen hinaus radikal verändern zu müssen, stellte die kommunistische Sowjetunion, der Analyse der „Riga-Realisten“ zufolge, insofern eine außerordentliche Gefahr dar; zumal für das amerikanische Gesellschaftsmodell, so die Einschätzung von George F. Kennan im Jahre 1931, da die beiden Systeme nicht friedlich politisch koexistieren können, „es sei denn, ein wirtschaftlicher Schutzwall wird um den einen oder den anderen gezogen. (...) Innerhalb von zwanzig oder dreißig Jahren wird Rußland entweder kapitalistisch sein oder wir werden kommunistisch sein.“²¹⁹

Das sich früh konstituierende Misstrauen gegenüber dem Sowjetkommunismus sollte *post festum* durch die stalinistischen Massenverbrechen quasi empirisch untermauert werden. Beispielsweise erlebten der erste amerikanische Botschafter in Moskau, William C. Bullitt,²²⁰ und dessen wichtigster Mitarbeiter George F. Kennan unter anderem den „Großen Terror“ in den dreißiger Jahre als Zeitzeuge unmittelbar mit und schärften ihr politisches Urteilsvermögen in Bezug auf die Sowjetunion. Somit konnten sie sich sozusagen als Vertreter der Riga-Gruppe persönlich ein Bild machen, wie im Anschluß an die Ermordung von Sergej Kirow, dem Leiter der Leningrader Parteiorganisation, am 1. Dezember 1934 in Leningrad das stalinistische Herrschaftssystem funktionierte, als im Kontext eines menschenvernichtenden Klimas der permanente Terror des NKWD-Apparates auf Befehl Stalins einsetzte, der sämtliche Bevölkerungsgruppen in der Sowjetunion betraf. Die

²¹⁸ Laut Frances Stonor Saunders soll Charles Bohlen sogar einer der „Mitbegründer einer neuen Wissenschaft namens Kremlologie“ gezählt haben. Ohne Quellenangabe legt die Autorin dem politischen Antikommunisten Bohlen die Worte „Ich verstehe die Russen“ in den Mund. Francis Stonor Saunders, *Wer die Zeche zahlt ... Der CIA und die Kultur im Kalten Krieg*, Berlin 2001, S. 46.

²¹⁹ Zitiert nach Walter Isaacson/Evan Thomas, *The Wise Men. Six Friends and the World They Made*. Acheson, Bohlen, Harriman, Kennan, Lovett, McCloy, New York u. a. 1986, S. 156. In England erschienen im Kontext der frühen wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der Sowjetunion in den dreißiger Jahren zwei Bücher, in der die historisch-theoretische Figur Karl Marx im Zentrum stand. Beide Intellektuelle waren späterhin für die Zeitschrift *Der Monat* von Bedeutung. Zum einen der Band des englischen Diplomaten und Slawisten Edward Hallett Carr, *Karl Marx, A Study in Fanaticism*, London 1935; zum anderen die Biographie des Oxford-Politologen und Historiker Isaiah Berlin, *Karl Marx. His Life and Environment*, London 1939.

²²⁰ Die Vereinigten Staaten erkannten erst am 16. November 1933, nachdem Roosevelt Präsident wurde, die Sowjetunion diplomatisch offiziell an. Mit dem Beginn der diplomatischen Beziehungen fungierte William C. Bullitt als Botschafter der Vereinigten Staaten in Moskau.

regelmäßig durchgeführten „Säuberungen“ kosteten zahlreichen „alten Bolschewiken“ und jungen Parteimitgliedern sowie Offizieren der Roten Armee das Leben, Schriftsteller und Wissenschaftler erlebten systematische Verfolgungen, einfache Bauern wurden millionenfach als „Kulaken“ deportiert und umgebracht. „Hier wand sich eine große Nation hilflos in den Fängen eines einzigen, unglaublich schlaunen, in mancher Hinsicht großen, aber ungeheuerlich grausamen und zynischen Mannes“, so George F. Kennan in seinen „Memoiren eines Diplomaten“.²²¹ Durch seine konkreten persönlichen Erfahrungen mit den „Schrecken des Stalinismus“²²² – zum Beispiel erlebte er als Augen- und Ohrenzeuge den zweiten öffentlichen Moskauer Schauprozess gegen Juri Pjatakow, Karl Radek und anderen Anfang 1937 im Gerichtssaal mit und war aufgrund seiner russischen Sprachkenntnisse imstande den „phantastischen Beschuldigungen“ gegenüber den Angeklagten sowie den Geständnissen zu misstrauen – sowie den parallel hierzu angefertigten systematischen analytischen Arbeiten, die zum Teil auf Studien über den sowjetischen Kommunismus aus den zwanziger Jahre zurückgriffen, gelang es ihm „das Wesen des Stalinismus gründlich kennenzulernen“.²²³

Im Anschluss an seine Tätigkeit in der Moskauer Botschaft, d. h. nachdem er 1938 in das State Departement zurückbeordert wurde, setzte Kennan das politisch-wissenschaftliche Studium des stalinistischen Herrschaftssystems fort und besaß fortan den Ruf eines Mannes „mit seltener Sachkenntnis“ (Boris Souvarine) in Fragen die die Sowjetunion betrafen. Mehrere Monate lang versuchte er die sich in diesem Kontext aufdrängende Frage zu ergründen, warum die Säuberungsaktionen in Gang gesetzt wurden. Welche rationalen oder irrationalen Herrschaftsziele verfolgte der möglicherweise paranoide Parteiführer Stalin damit? Anhand der Anklageschriften bzw. der Zeugenaussagen des sogenannten Radek-Prozesses ging er der Frage nach, ob die Anschuldigungen gerechtfertigt waren, ob möglicherweise eine oppositionelle Strömung gegen Stalin existierte und demzufolge die „ungeheuerlichen Anklagen“ möglicherweise ein *fundamentum in re* besaßen. Kennan verfolgte mit der Untersuchung dieses Fragekomplexes abschließend die Absicht, die „absurden Bekenntnisse“ der Angeklagten besser zu verstehen.²²⁴

William C. Bullitt wiederum lernte als amerikanischer Diplomat einige führende Mitglieder der sowjetischen kommunistischen Partei persönlich kennen – z. B. Lenin während der Verhandlungen im Februar 1919 auf der Versailler Friedenskonferenz und später in Moskau Karl Radek und Nikolai Bucharin, die sich zuweilen als Diskussionspartner in der

²²¹ George F. Kennan, *Memoiren eines Diplomaten*, Stuttgart 1968, S. 76.

²²² Ebenda, S. 73.

²²³ Ebenda, S. 74.

²²⁴ Daniel Yergin, *Der zerbrochene Frieden. Der Ursprung des Kalten Krieges und die Teilung Europas*, S. 38.

Botschaft einfanden. Obzwar er keinerlei ideologische Sympathien für die Sowjetunion hatte, entwickelte sich bei Bullitt gleichwohl die Hoffnung, auf einer bestimmten Grundlage vernünftig mit den sowjetischen Parteiführern Verhandlungen durchzuführen. Indes machte er insbesondere durch die unmittelbaren Gewalterfahrungen im Laufe des „Großen Terrors“ einen Wandlungsprozess durch, der ihn mehr und mehr realistischer, nüchterner, illusionsloser das Moskauer Regime einschätzen ließ und zunehmend für einen „harten Kurs“ gegenüber der Stalinschen Diplomatie plädierte. Nicht zuletzt wurde Bullitt und die anderen Mitarbeiter der Moskauer Botschaft durch die überraschende Verhaftung und die kurz darauf angekündigte Hinrichtung eines befreundeten Verbindungsmannes zum Kreml während eines Essens mit Amerikanern im Hotel Metropol geprägt. Übertroffen wurde diese existentiellen Erlebnisse nur noch durch „eine der erschütterndsten Erfahrungen“ die Charles „Chip“ Bohlen als Zuschauer und -hörer des dritten öffentlichen Moskauer Schauprozesses gegen die Hauptangeklagten Bucharin und Rykow im März 1938 machte. Die abschließende Urteilsverkündung im Prozess durch den Chefankläger Andrej Wyschinski – „Tod durch Erschießen. (...) Tod durch Erschießen. (...) Tod durch Erschießen.“ – löste einen persönlichen Schock aus, die sich beispielsweise in wochenlangen Schlafstörungen ausdrückten. Für die Russlandexperten des State Departement, d. h. in allererster Linie die Riga-Fraktion galt, so die Einschätzung des amerikanischen Historikers Daniel Yergin, dass sie seit dieser Zeit nie wieder, egal „unter was für Umständen auch immer, an Stalin und seine Helfer denken (konnten), ohne sich dabei ihrer blutigen Hände zu erinnern.“²²⁵

Rückblickend betrachtete George F. Kennan seine Tätigkeit in der Moskauer Botschaft unter der Verantwortung von William C. Bullitt und der Leitung des Geschäftsträgers Loy Henderson – der in einem Brief an Robert Kelley im April 1937 das gesellschaftlich-atmosphärische Klima der Verfolgung zur Zeit des Massenterrors in die eindrücklichen Worte kleidete, dass „keiner(...) zu wissen (scheint), wer als nächster verschwindet“²²⁶ – als überaus lehrreiche Jahre, insofern sie „die ersten (waren) die ihre Arbeiten intellektuell, ja wissenschaftlich angingen. Wir waren bestrebt, unsere politische Berichterstattung nach denselben Grundsätzen der Objektivität und wissenschaftlichen Genauigkeit auszurichten wie seinerzeit die Arbeit in Riga. Wir waren zutiefst von der Wichtigkeit der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen für Gegenwart und Zukunft. Dabei

²²⁵ Ebenda, S. 39.

²²⁶ Zitiert nach ebenda, S. 37.

hielten wir es für entscheidend, das Wesen des sowjetischen Regimes korrekt zu analysieren und gangbare Wege für Verhandlungen zu erforschen.²²⁷

²²⁷ George F. Kennan, Memoiren eines Diplomaten, S. 87 f. Wie tief Kennan durch seine Moskauer Lehrjahre geprägt wurde und mithin eine entscheidende Rolle bei der zukünftigen Bewertung und Einschätzung der diplomatischen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion spielten, zeigte eine schriftliche Ausarbeitung von ihm aus dem Jahre 1936 respektive 1937, aus der hervorging, wie realistisch er die Stalinsche Außenpolitik im Kontext des sogenannten voreuropäischen Krieges, d. h. des Zweiten Weltkrieges, beurteilte. In dem nicht für offizielle US-Amerikanische Stellen gedachten persönlichen Arbeitspapier „Das Kriegsproblem in der Sicht der Sowjetunion“ aus der Mitte der 30er Jahre, versuchte George Kennan die zukünftige sowjetische Außenpolitik unter Stalin zu prognostizieren. Auf der Grundlage eines tiefverankerten russischen Chauvinismus und der Xenophobie begegnete die sowjetische Regierung jedweden Fremden mit dem „Geist des Mißtrauens und des Haßes“, so dass nicht zuletzt deshalb neben genuinen ideologischen Gegensätzen alle nichtkommunistischen Staaten für die Sowjetunion *per definitionem* politische Feinde waren, die es galt mit allen Mitteln zu bekämpfen. Ebendies schloß nach Auffassung von Kennan nicht aus, dass Stalin geschickt auf der Klaviatur der außenpolitischen Instrumente zu spielen sich imstande zeigte und bereit war, mit anderen Staaten Nichtangriffs- und Beistandspakte abzuschließen. Für Kennan folgte daraus zum damaligen Zeitpunkt, dass Stalin möglicherweise auch bereit wäre mit dem deutschen Nationalsozialismus auf staatlicher Ebene zu kooperieren, um einerseits in dem bevorstehenden europäischen Krieg sich zu einem frühen Zeitpunkt heraushalten zu können und andererseits sich später als sogenannter „Aasgeier“ beteiligen zu können. Im nachhinein enthielt für Kennan das persönliche Arbeitspapier die Vorhersage für den nazistisch-sowjetischen Nichtangriffspakt, die eine für ihn genaue Beurteilung der sowjetrussischen Außenpolitik enthielt, allerdings auch eine erhebliche Unterschätzung der gesamteuropäischen Gefahren durch die Hitlerschen „pangermanischen“ Expansionsziele. Siehe hierzu die Ausführungen von Kennan, in: ebenda, S. 76-79.

I. 1. 5. Die Konfrontation mit dem Nationalsozialismus und dem Sowjetkommunismus während des Zweiten Weltkrieges und die Rolle von Intellektuellen und Wissenschaftlern in der Abteilung „Research and Analysis“ des US-amerikanischen Geheimdienstes

Überlegungen seitens der US-amerikanischen Regierungsstellen über die gesamteuropäische Nachkriegsordnung nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges setzten alsbald nach dem Entschluss ein, den militärischen Kampf gegen das nationalsozialistische Herrschaftssystem aufzunehmen. Hierbei geriet auch die Frage in den Fokus des Interesses, wie hinfert die außenpolitische Beziehung mit dem zweifelsohne kriegsstrategisch wichtigsten und militärisch stärksten Partner in der Anti-Hitler-Koalition, der Sowjetunion, sich gestalten könnte und ob trotz der systemimmanenten Widersprüche ein *modus vivendi* mit Stalin denkbar wäre. Um das nach der deutschen Kriegserklärung an die Vereinigten Staaten im Dezember 1941 resultierende Primärziel – dem alles andere untergeordnet wurde – zu erreichen, den als weltweite fundamentale Gefahr erkannten „braunen“ Totalitarismus zu besiegen, wurde in Washington eine Vielzahl von Diensten und Apparate geschaffen, die die notwendigen außen- und militärpolitischen Entscheidungsprozesse von Roosevelt vorbereiten sollten; nach Beendigung des Krieges wurde deren Ausbau vorangetrieben, um in der sich herauskristallisierenden Auseinandersetzung mit dem „roten“ Totalitarismus sowjetischer Couleur bestmöglichst vorbereitet zu sein.

Um indessen die Politik Washingtons in der Zeit der politischen, militärischen, kulturellen sowie ideologischen Konfrontation mit der Sowjetunion als Zentrum der europäischen kommunistischen Staatenwelt angemessen einschätzen und bewerten zu können, ist ein Blick auf den Zweiten Weltkrieg vonnöten. Frühe Überlegungen und Planungen über die Nachkriegspolitik der Vereinigten Staaten setzten, wie gesagt, bereits im Verlauf der konkreten kriegerischen Konfrontation mit dem existentiellen politischen Regimegegner aus Deutschland ein. Ein Ausdruck dieser weitsichtigen Politik in Washington war die Schaffung der „Coordinator of Information“ (COI), des ersten staatlichen Geheimdienstapparates der Vereinigten Staaten, dessen Gründung durch den Präsidenten Franklin Delano Roosevelt bereits wenige Wochen nach dem Überfall der deutschen Wehrmacht in die Sowjetunion am 11. Juli 1941 beschlossen wurde. Als treibende Kraft im Hintergrund der staatlichen Machtinstitutionen fungierte der renommierte New Yorker Rechtsanwalt William J. Donovan, der seine Beziehungen und Einflüsse nutzte und letzten Endes Roosevelt aufgrund der absolut

angespannten weltpolitischen Kontextbedingungen davon überzeugen konnte, den amerikanischen Geheimdienstapparat zu gründen, als dessen Direktor er vom Präsidenten berufen wurde. Donovan konzipierte die COI höchstpersönlich und besorgte sich teilweise schon vor dem Eintritt der USA in den Zweiten Weltkrieg – am 11. Dezember 1941 erklärte Hitler den Vereinigten Staaten offiziell den Krieg – größtenteils nach persönlichen Gutdünken sein ihm direkt unterstelltes und zuarbeitendes Mitarbeiterteam. Zu den zentralen Aufgaben des Geheim- und Nachrichtendienstes gehörte von Anfang an, „auf umfassender Sachkenntnis beruhende Studien und Analysen zu aktuellen politischen und militärischen Fragen auszuarbeiten. Donovan war der Ansicht, daß für diese Aufgabe die besten Geistes- und Sozialwissenschaftler rekrutiert werden sollten“.²²⁸

Genau diese Tatsache, dass nämlich seit 1942 unter anderem bekannte amerikanische Wissenschaftler, Persönlichkeiten und Intellektuelle aus den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen aktiv einen Beitrag innerhalb des US-Geheimdienstes leisteten, um den scheinbar nicht aufzuhaltenden, von Erfolg zu Erfolg eilenden und sich ständig radikalisierenden deutschen Machtapparat aufzuhalten und zu besiegen, machte die neugegründete COI zu einem institutionellen Phänomen *sui generis*. Innerhalb des COI-Apparates wiederum war es die alsbald ins Leben gerufene Abteilung „Research and Analysis Branch“ (R&A), die sich sehr schnell einen Namen machte und innerhalb der US-Administration große Anerkennung fand. Ausdruck dieses weitverbreiteten Respektes – wiewohl es freilich auch viele Neider gab – die man dieser bemerkenswerten Abteilung gegenüber hatte, war die Erfindung des aussagekräftigen Spitznamens „The Campus“. Denn durch die geschickte Personalpolitik des ab Sommer 1942 als Leiter dieser Abteilung fungierenden und an der Harvard University lehrenden Historikers William L. Langer,²²⁹

²²⁸ Petra Marquardt-Bigman, Amerikanische Geheimdienstanalysen über Deutschland 1942-1949, München 1995, S.7. Diese sehr gute Studie über die „höchst unorthodoxe Organisation“ und den komplizierten Aufbau, die Aufgabenbereiche und des konkreten Einflusses des OSS sowie der R&A-Branch im Kontext des Apparatschungels der schwer überschaubaren Washingtoner Administration vor allem im Zweiten Weltkrieg, ist nicht zuletzt aufgrund ihres empirischen Gehalts – die Studie beruht vor allem auf das umfangreiche Aktenmaterial des OSS – und ihrer differenzierten Einschätzung überaus lesenswert. Im deutschsprachigen Raum ist diese Untersuchung die meines Erachtens umfangreichste und wichtigste Veröffentlichung zu diesem Thema.

²²⁹ Vgl. die Autobiographie William L. Langer, In and Out of the Ivory Tower. The Autobiography of William L. Langer, New York 1977. In aller Kürze zu Langer. Langer wurde 1942 Nachfolger des Historikers James Phinney Baxter als Leiter der R&A-Branch. Als Sohn deutscher Einwanderer interessierte ihn früh die Geschichte. Nach der Promotion lehrte er an der Clark University in Worcester europäische Geschichte und begann mit seiner Mitarbeit an der Zeitschrift „Foreign Affairs“, die zu einer der einflussreichsten und wichtigsten Zeitschriftenorgane der Vereinigten Staaten reüssieren sollte. Wichtig ist insbesondere die Tatsache, dass sich Langer schon in den 30er Jahren mit der politischen und geschichtlichen Entwicklung Deutschlands beschäftigte. Dabei entstand 1938 der Artikel „When German Dreams Come True“, in der er das einflussreiche Buch Adolf Hitlers „Mein Kampf“ auf seine nationalistischen, sozialdarwinistischen und imperialistischen

arbeiteten bereits nach wenigen Monaten bekannte und bedeutende Historiker, Politikwissenschaftler, Soziologen, Wirtschaftswissenschaftler, Psychologen, Geographen und Sprachwissenschaftler von sehr vielen Universitäten der Vereinigten Staaten für die R&A-Branch – die nach regionalen Bereichen untergliedert war und unterteilt wurde in die vier R&A-Divisionen Europa-Afrika, UdSSR, Fernost und Lateinamerika. Diese vier Divisionen waren noch einmal in sich funktional und regional untergliedert. Somit entstand im Kampf gegen das nationalsozialistische Herrschaftssystem beispielsweise auch noch ab Anfang des Jahres 1943 die schätzungsweise vierzig Personen umfassende „Central European Section“ (CES) der R&A-Branch im Office of Strategic Services (OSS), die in allererster Linie für Deutschland zuständig war und in der die bereits zu diesem Zeitpunkt bekannten deutschen Emigranten, Wissenschaftler und Intellektuellen eingesetzt wurden – die zum Teil an dem berühmten, wenige Wochen nach der politischen Machtübertragung der Nationalsozialisten und der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler im Januar 1933 letztendlich nach New York geflüchteten „Frankfurter Institut für Sozialforschung“ um den Leiter Max Horkheimer, gearbeitet hatten. Genannt werden muss insbesondere der damals bedeutendste NS-Forscher Franz Leopold Neumann, der 1942 mit seinem Buch „Behemoth“,²³⁰ wie gesagt, eine bahnbrechende Studie über den Nationalsozialismus veröffentlichte; zudem Herbert Marcuse, Otto Kirchheimer, Arkadij Gurland, John H. Herz und Felix Gilbert, die nach Kriegsende zur Crème de la Crème der amerikanischen Sozial-

Implikationen hin analysierte. Zentrale Bedeutung hatte dieser Artikel auch, weil Langer *grosso modo* die Arbeitsweise der R&A-Branch bereits im Jahre 1938 vorwegnimmt. Siehe hierzu Petra Marquardt-Bigman, Amerikanische Geheimdienstanalysen über Deutschland 1942-1949, S. 28 f.

²³⁰ Franz L. Neumann, Behemoth, New York 1942 (1944). Erinnerung sei an dieser Stelle, dass ein weiterer Emigrant aus Deutschland, nämlich der aus Berlin 1938 in die USA geflüchtete Ernst Fraenkel, bereits 1941 seine berühmte Untersuchung „The Dual State“ über den Nationalsozialismus veröffentlichte, die auf deutsch erst 1974 erschien. Von Herbert Marcuse stammen mehrere Arbeiten zum „Dritten Reich“. Im Kontext seiner Tätigkeit für den OSS erstellte er verschiedene Aufsätze, in denen er das Phänomen *sui generis*, den Nationalsozialismus und den psychologischen, politischen, ideologischen und kulturellen Kitt zwischen Führung und deutscher Bevölkerung zu beleuchten. Vgl. hierzu: Peter-Erwin Jansen (Hg.), Herbert Marcuse, Feinanalysen. Über die Deutschen, Lüneburg 1998; Peter-Erwin Jansen u. a. (Hg.), Zwischen Hoffnung und Notwendigkeit. Texte zu Herbert Marcuse, Frankfurt am Main 1999, speziell im Vorwort die S. 7-10. Vgl. auch Herbert Marcuse, Reason and Revolution. Hegel and the Rise of Social Theory, New York 1941 (dt. Ausgabe: Vernunft und Revolution. Hegel und die Entstehung der Gesellschaftstheorie, Neuwied/Berlin 1962).

In den späten 30er Jahren erschienen zwei Bücher, die für die zukünftige NS-Forschung und die Analyse des totalitären Herrschaftsregimes Hitlers durchaus überragende Bedeutung hatten. Der frühere Anhänger Hitlers und der NSDAP Herman Rauschning veröffentlichte nach seiner Emigration in die USA 1936 zwei Bücher: zum einen „Die Revolution des Nihilismus“, Zürich 1938 und zum anderen „Gespräche mit Hitler“, Zürich 1940; erst mehrere Jahrzehnte später konnte aufgrund der neueren Forschungslage zum Nationalsozialismus in den 90er Jahren nachgewiesen werden, dass diese Gespräche mit Hitler in dieser Form nicht stattgefunden haben können. Eine weithin rezipierte Lizenzausgabe erschien in den USA bei der „Alliance Book Corporation“ in New York bei dem in Deutschland geborenen Verleger Heinz Günther Koppell. Wichtig ist an dieser Stelle die Tatsache, dass in diesem Buchverlag, neben dem Rauschning-Band zum Nationalsozialismus, im gleichen Jahr u. a. das an anderer Stelle erwähnte Renegatenbuch „Out of the Night“ von Jan Valtin (alias Richard Krebs) veröffentlicht wurde, indem der Autor auch und vor allem eine totalitarismustheoretische Perspektive einnahm.

Politik- und Geschichtswissenschaft aufstiegen. Zu diesem intellektuellen Emigrantenkreis in der R&A-Branch gehörten noch neben Carl Schorske und H. Stuart Hughes unter anderem der Historiker Hajo Holborn, der Politologe Karl Deutsch, der Kunstgeschichtler Richard Krautheimer, der Kinderpsychologe Kurt Lewin, der Wirtschaftswissenschaftler Walter Levy, der Jurist Robert Kempner und der frühere preußische Innenminister Albert Grzesinski.²³¹

Die gemeinsame existentielle Grunderfahrung dieses heterogenen Personenkreises war die von politischer Verfolgung, persönlicher Flucht sowie Vertreibung auch von jüdischen Verwandten, Mitbürgern und Freunden durch das nationalsozialistische Gewaltssystem. Zudem natürlich die zu diesem Zeitpunkt nicht für möglich gehaltenen nationalsozialistischen Massenmorde an den osteuropäischen Juden sowie den im Kontext des nach rassistisch-politischen Gesichtspunkten geführten Weltanschauungskrieges in den von der deutschen Wehrmacht eroberten Gebieten Osteuropas deportierten und in größerem Umfang umgebrachten (jüdische und) nichtjüdische Zivilisten. Ab Frühjahr 1942 begann die systematische Vernichtung des europäischen Judentums, die in zahlreichen Berichten und veröffentlichten wissenschaftlichen Aufsätzen von insbesondere russischen und polnischen jüdischen Flüchtlingen an- und besprochen wurde, so dass speziell die amerikanische Öffentlichkeit frühzeitig unterrichtet werden konnte²³² (hierbei sind Parallelen zur

²³¹ Vgl. zu dem Personenkreis, den Aktivitäten und Forschungsanalysen speziell der deutschen politischen Emigranten in der Abteilung „Research and Analysis Branch“ für den Zeitraum von 1943-1945 sowie von 1946-1949 die Untersuchung von Alfons Söllner (Hg.), *Zur Archäologie der Demokratie in Deutschland* (2 Bände), Frankfurt a. M. 1986; vgl. darüber hinaus vor allem die Standardwerke zum OSS von Barry M. Katz, *Foreign Intelligence. Research and Analysis in the Office of Strategic Services 1942-1945*, London 1989; Bradley F. Smith, *The Shadow Warriors. OSS and the Origins of the CIA*, New York 1983; Richard Harris Smith, *OSS. The Secret History of America's First Central Intelligence Agency*, Berkeley 1972.

²³² Es ist aus heutiger Perspektive immerwieder erstaunlich, wie früh einerseits bahnbrechende seriöse Forschungsliteratur über den Nationalsozialismus erschien. Erinnerung sei nochmals an die analytisch herausragenden Veröffentlichungen von Franz L. Neumann oder Ernst Fraenkel aus den frühen vierziger Jahren. Andererseits lagen frühzeitig Erkenntnisse über die Qualität und den Umfang der nationalsozialistischen Verbrechen und Verfolgungspolitik gegenüber den europäischen und insbesondere an den polnischen und sowjetrussischen Juden seit dem Überfall der deutschen Wehrmacht auf die Sowjetunion im Juni 1941 vor. Darüber hinaus war auch das Wissen über den Beginn und den Umfang der systematischen Vernichtung des europäischen Judentums seit dem Frühjahr 1942 auch und vor allem der amerikanischen Öffentlichkeit verbreitet. Auf den singulären Charakter der deutschen Judenvernichtung insistierte z. B. schon im Januar 1944 Arthur Koestler in seinem Beitrag für das „New York Times Magazine“. Für den Renegaten waren die zu diesem Zeitpunkt der US-Öffentlichkeit bekannten Ausmaße der deutschen Massenmorde an den Juden von drei Millionen Toten, „die größte Massentötung in der uns überlieferten Geschichte“. Arthur Koestler, *Warum Greuelthaten nicht geglaubt werden*. Abgedruckt in: Arthur Koestler, *The Yogi and the Commissar*, London 1945. Hier zitiert nach der deutschen Ausgabe: *Der Yogi und der Kommissar*. Auseinandersetzungen, Eßlingen a. N. 1950, S. 139. Die sogenannte „Judenpolitik“ des Nationalsozialismus war seit Anfang 1940 in den USA Gegenstand der Forschung. Im vom „American Jewish Congress“ in New York gegründeten jüdischen historischen Institut, dem „Institute of Jewish Affairs“, entwickelte sich eine intensive Auseinandersetzung mit der antisemitischen Politik des NS-Regimes in Europa, die aufgrund der systematischen Materialsammlung zu ersten Veröffentlichungen führte und die ihnen zudem die Chance gab im Laufe der Jahre die amerikanische Öffentlichkeit über die jüdische Tragödie zu informieren. Hier erschienen auch allein im Zeitraum von 1941 bis 1944 knapp zwanzig Veröffentlichungen über das Schicksal der Juden im europäischen nationalsozialistischen

sogenannten Sowjetforschung zu konstatieren, denn wie gezeigt werden konnte, war das Wissen insbesondere in den Vereinigten Staaten über die Sowjetunion und den im dortigen Herrschaftsbereich erfolgten Massenmorde und -verbrechen gerade durch Veröffentlichungen von Renegaten früh vorhanden und weitverbreitet). Unter dem quasi totalitären Schock stehend, den Holocaust so gerade eben noch überlebt zu haben, war den deutschen politischen Emigranten klar und wurde mithin für diesen Lebensabschnitt zur alles andere überschattenden Aufgabe und individuellen Verpflichtung, alles erdenklich mögliche zu tun, um die deutsche Eroberungs- und Vernichtungsmaschinerie aufzuhalten und den nationalsozialistischen Totalitarismus militärisch, ökonomisch und letzten Endes auch auf der psychologischen Ebene zu besiegen.²³³ Damit sollten die Weichen gestellt werden, damit nach der Niederlage in Deutschland ein funktionierendes kapitalistisches und parlamentarisch-demokratisches System nach amerikanischen und englischen Vorbild aufgebaut werden konnte.

Aufgrund einer militärischen Anweisung von Roosevelt wurde am 13. Juni 1942 das bereits angesprochene Office of Strategic Services (OSS) gegründet. Das OSS sollte als die zentrale amerikanische Nachrichten- und Geheimdienstbehörde die militärische Entwicklung des Zweiten Weltkrieges aus der Sicht der US-Planer und -Strategen im Konnex mit anderen Regierungsbehörden von ganz entscheidender Bedeutung sein und darum die den kriegsbedingten Erfordernissen nicht mehr ausreichende alte Behörde COI ersetzen. Denn: das zentrale Merkmal des OSS nach dieser Reorganisation war die „hochgradige Verzahnung von Informationsbeschaffung und -auswertung, strategischer Planung und subversiven Operationen – im OSS waren die für die Produktion von *intelligence* zuständigen

Unterdrückungssystem. Vgl. zur wissenschaftlichen Erforschung des Holocaust den informativen Aufsatz von Martin Broszat, „Holocaust“ und die Geschichtswissenschaft, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 27. Jahrgang (1979), S. 285-298. Vgl. auch die Literaturhinweise in der frühen voluminösen Untersuchung „Die Endlösung. Hitlers Versuch der Ausrottung der Juden 1939-1945“, Berlin 1956 von dem englischen Historiker Gerald Reitlinger (die englische Fassung erschien in England 1953 unter dem Titel „The Final Solution – The Attempt to Exterminate the Jews of Europe 1939-1945“). Das ganz Besondere an der Untersuchung von Reitlinger war vor allem zweierlei: Zum einen stellte sich hier zum erstenmal ein nichtjüdischer Historiker dem extrem schwierigen Unterfangen, den fast geglückten Versuch der deutschen Nationalsozialisten die gesamte jüdische Bevölkerung Europas systematisch zu ermorden – also die „Endlösung der Judenfrage“ zu erreichen – und zum anderen benutzte Reitlinger hier erstmals systematisch neben den durchaus zahlreichen Forschungsbüchern über den Nationalsozialismus auch und vor allem die Erkenntnisse des sehr umfangreichen Materials der Nürnberger Prozesse.

²³³ Die Äußerung von John Herz in Bezug auf die persönliche Motivation, sich im Zweiten Weltkrieg im Kampf gegen das totalitäre deutsche Herrschaftsregime im OSS-Apparat zu engagieren, steht *pars pro toto* für die emigrierten jüdischen Intellektuellen aus Deutschland. Herz sprach in einem Interview mit Alfons Söllner davon, dass es „doch eine Sache von weltgeschichtlicher Bedeutung (war), den Faschismus niederzuringen und die demokratischen Systeme zu verteidigen.“ Herz weiter: „Ich verspürte die moralische Pflicht, gerade als Emigrant, der von Amerika aufgenommen worden war, etwas zu tun, um die Weltherrschaft des Faschismus zu verhindern.“ In: Alfons Söllner (Hg.), Zur Archäologie der Demokratie in Deutschland, Band 2, S. 44 f.

nachrichtendienstlichen Sektionen mit den in der psychologischen Kriegführung und der Sabotage agierenden Operationseinheiten vereint.“²³⁴

Gleichwohl wurde als ein ganz entscheidender Arbeitsschwerpunkt die Sammlung und Analyse strategisch wichtiger Nachrichten für die militärische Führungsspitze der US-Streitkräfte, der Joint Chiefs of Staff (JCS), fokussiert. Innerhalb der gigantischen Kriegsadministration der Vereinigten Staaten war das OSS in den innen- und außenpolitisch im Kriegsverlauf mitverantwortlichen Institutionen der explizit für den Zweiten Weltkrieg konstituierten JCS direkt zugeordnet. Hierbei bekamen die Forschergruppen in der Abteilung „Research and Analysis“ (R&A) – ebenjene Abteilung ist im Folgenden von zentraler Bedeutung – unter der Überwachung von sogenannten „editors“ wie zum Beispiel dem damals sehr jungen Historiker Arthur M. Schlesinger Jr.,²³⁵ die Aufgabe übertragen, Informationen zu liefern „für die Planung und Ausführung von *strategic services operations*, d. h. für Aktionen der irregulären Kriegführung zur Schwächung des gegnerischen Kampfwillens sowie zur Unterstützung militärischer Operationen. Zum anderen waren die R&A-Abteilungen dafür zuständig, auf Anfrage der JCS, der Streitkräfte und anderer autorisierter Regierungsbehörden nachrichtendienstliches Wissen bereitzustellen. Konkret bedeutete das die Sammlung, Auswertung und Analyse politischer, psychologischer, soziologischer, ökonomischer, topographischer und militärischer Daten sowie die Ausarbeitung entsprechender Studien, Karten und Graphiken.“²³⁶

In der Washingtoner Zentrale der Organisation des OSS – organisiert in insgesamt fünf Hauptabteilungen, von denen die R&A-Abteilung nur eine war, die gleichwohl als sozusagen intellektuelle, theoretische Schaltzentrale des riesigen Geheimdienstapparates operierte – , arbeiteten unter der Leitung der Führung Donovans und dessen offiziell als Sonderassistent firmierenden Allen W. Dulles (überwachte alle OSS-Operationen in Europa) in den Jahren des Zweiten Weltkrieges bis zu 13.000 Angestellte, davon allein in der R&A-

²³⁴ Stefanie Middendorf, „Verstoßenes Wissen“. Emigranten als Deutschlandexperten im „Office of Strategic Services“ und im amerikanischen Außenministerium 1943-1955, in: Neue Politische Literatur, Jg. 46 (2001), S. 23-52 (hier S. 26).

²³⁵ Arthur M. Schlesinger Jr. wurde 1917 in Columbus (Ohio) geboren. Er studierte Geschichte an der Harvard-Universität in Boston, wurde Mitglied der Society of Fellows von 1939-1942 in Harvard und arbeitete von 1942 bis 1943 im Kriegsinformationsamt und fungierte danach als Nachrichtenoffizier und politischer Berater zwischen 1943 und 1945 im OSS. Zuerst in Washington, dann in London, Paris und abschließend in Deutschland. Nach dem Zweiten Weltkrieg sollte er zu einem der bekanntesten Historiker und politisch einflussreichsten Publizisten nicht nur in den Vereinigten Staaten aufsteigen. Schlesinger zählte auch zu dem Autorenkreis der Zeitschrift „Der Monat“, die u. a. Auszüge aus seinem 1949 erschienenen „The Vital Center“ veröffentlichte. Auf dieses Buch komme ich an in dem Kapitel IV. 3. „Vergleichende Analyse der totalitären Herrschaftssysteme des Nationalsozialismus und des Sowjetkommunismus“ zurück.

²³⁶ Stefanie Middendorf, „Verstoßenes Wissen“. Emigranten als Deutschlandexperten im „Office of Strategic Services“ und im amerikanischen Außenministerium 1943-1955, S. 26.

Branch zeitweise über eintausend Mitarbeiter. Unter dem „Teamchef“ Langer sollten hier die grundsätzlichen Analysen für die politischen Entscheidungsträger der amerikanischen Kriegsbürokratie insgesamt und für die über vierzig Abteilungen innerhalb der OSS-Administration angefertigt werden. In den nach regionalen Kriterien aufgebauten vier R&A-Divisionen Europa-Afrika, UdSSR, Fernost und Lateinamerika waren unter anderem die erwähnten hochkarätigen amerikanischen und internationalen Akademiker beschäftigt, die neben der Analyse des nationalsozialistischen Herrschaftsregimes sowie Planungen über die Deutschlandpolitik nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges, sich auch und vor allem frühzeitig Gedanken machten und anspruchsvolle Arbeiten anfertigten über die von den Vereinigten Staaten betriebene komplexe, nicht allein auf den europäischen Kontinent bezogene Nachkriegspolitik. Im Zusammenhang mit der Politik der Vereinigten Staaten im Kontext des Kalten Krieges ist hier von zentraler Bedeutung – eingedenk der Tatsache, dass in den USA bereits seit den zwanziger Jahren die politische Auseinandersetzung mit der Sowjetunion auf intellektuelle und wissenschaftliche Beine gestellt worden ist und hierbei wie zum Beispiel mit Samuel Harper *der* renommierteste Sowjetforscher des Landes gewonnen werden konnte; des Weiteren existierte mit der sogenannten Russlandabteilung des State Department eine Gruppe von Sowjetexperten, die die Analyse mit dem russischen Kommunismus mit wissenschaftlichen Methoden betrieben –, dass selbst in der Hochphase der militärischen Konfrontation mit dem nationalsozialistischen Gewaltssystem in der R&A-Division UdSSR die politikstrategisch und wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem kommunistischen Staat unter Stalin weiter ging. Wie für die R&A-Branch insgesamt galt auch für die Regionalabteilung UdSSR, dass hier eine qualitativ bemerkenswerte Verquickung von Geheimdienstagentur und einer großen Beteiligung von intellektuellen Mitarbeitern bestand, für die eine politische, wissenschaftliche und primär analytisch ausgerichtete Forschung ihres Untersuchungsgegenstandes im Zentrum ihres OSS-Engagements stand.

I. 1. 6. Die „Kommunismusforschung“ in der US-Administration nach dem Sieg gegen den Nationalsozialismus

Der Sieg der alliierten Truppen über den nationalsozialistischen Staat und die Kapitulation der deutschen Wehrmacht am 8. Mai 1945 bedeutete gleichfalls das Ende der „Research and

Analysis Branch“ als Abteilung des kriegsbedingten und -wichtigen OSS. Denn die Beendigung der kriegerischen Auseinandersetzungen führte zur Auflösung des Donovanischen Geheimdienst- und Nachrichtenapparates im September 1945, was allerdings nicht gleichbedeutend war mit der restlosen Liquidierung der Forschungsabteilung. Anlass war eine Verfügung des neuen US-Präsidenten Harry Spencer Truman, der noch während des Zweiten Weltkrieges die Führungsposition des Staates von dem am 12. April 1945 verstorbenen Franklin Delano Roosevelt übernahm. Die Verfügung im September 1945 zählte zu einer der ersten Amtshandlungen von Truman. Während die Mitarbeiter der traditionellen, d. h. der genuin geheimdienstlichen Abteilungen zum War Department hinüberwechselten, erfolgte im Rahmen des Abbaus der riesengroßen Washingtoner Kriegsbürokratie die Übernahme der Forschungsabteilung R&A durch das State Department.²³⁷ Eine weitere Konsequenz für die R&A Branch war, dass schätzungsweise fünfzig Prozent ihres Mitarbeiterstabes abgebaut wurde.²³⁸ In dem sich alsbald herauskristallisierenden und in den späteren vierziger Jahren politisch, kulturell, ideologisch und auch militärisch zuspitzenden Ost-West-Antagonismus sollte die Forschungsabteilung, d. h. die Intellektuellen und Wissenschaftler, die sich mit der Sowjetunion sowie dem Kommunismus auseinandersetzten, einen zentralen Stellenwert besitzen.

Selbstverständlich lag der Hauptfokus nach dem Eintritt der Vereinigten Staaten in den Zweiten Weltkrieg auf dem bedingungslosen Kampf gegen das totalitäre nationalsozialistische Herrschaftsregime. Indessen hatte ebendiese mehrdimensionale Konfrontation mit Deutschland, d. h. der auf vielen Ebenen ablaufende totale Krieg, der eine in dieser Form historisch einmalige Konzentration der politischen, ökonomischen und militärischen US-Amerikanischen Ressourcen zur Folge hatte, keineswegs das völlige Einstellen der Auseinandersetzung mit dem in dieser zugespitzten geschichtlichen Situation konsequenterweise als Koalitionspartner auftrumpfenden Sowjetunion. In der nach den vier operationswichtigen Weltregionen aufgeteilten R&A-Branch des OSS, erfolgte innerhalb der Division *UdSSR* die mit wissenschaftlichen Methoden durchgeführte Untersuchung des „Partners auf Zeit“. Zweifelsohne führte diese Forschungsabteilung insbesondere im Vergleich zur Central Europe Section ein Schattendasein, die sich infolgedessen mit wesentlich geringerer Mitarbeiterzahl zufrieden geben musste. Durch die sich nach Beendigung des totalen Krieges gegen Deutschland (bzw. die Achsenmächte) veränderten

²³⁷ Die sogenannten Deutschlandexperten, d. h. die Forschungsgruppe der emigrierten Intellektuellen um die anerkannte Führungsperson Franz L. Neumann, wurden ebenfalls in das amerikanische Außenministerium übernommen, und zwar in die nachrichtendienstliche Abteilung.

²³⁸ Hierzu näheres bei Alfons Söllner (Hg.), *Zur Archäologie der Demokratie in Deutschland*, Band 2, S. 8 ff.

weltpolitischen Konstellationen, avancierte die Abteilung „Section on the Soviet Union“ – wie die Division UdSSR auch genannt wurde – alsbald zu einem zentralen Faktor innerhalb der US-Administration im Allgemeinen und dem State Department im Besonderen und erlangte sehr schnell einen beachtlichen Bedeutungszuwachs. Frühzeitig entwickelte sich hier ein ausgeprägtes Gefahrenbewusstsein hinsichtlich einer aktuellen sowjetischen Bedrohung für das westliche Staatenbündnis, so dass dort entscheidende Weichen auf die existentielle, systemimmanente Konfrontation mit dem Kommunismus stalinistischer Provenienz und dem totalitären sowjetischen Staat unter dem Alleinherrscher Stalin gestellt wurden. Spätestens im Frühjahr 1947 war der Antikommunismus zu einem mächtigen Faktor der amerikanischen Realpolitik geworden.

In den hochstürmischen Zeiten des Zweiten Weltkrieges waren in der Forschungsabteilung des amerikanischen Geheimdienst OSS wie gezeigt wurde unter anderem nicht wenige Intellektuelle und Wissenschaftlicher aktiv, die sich wie beispielsweise Franz Neumann oder Herbert Marcuse der internationalen politischen Linken verbunden fühlten. Gleichwohl hatten sich die Anhänger der linken Fraktion in der R&A Branch in den allermeisten Fällen einem expliziten „Anti-Antikommunismus“ verpflichtet gefühlt, so die nachträgliche Einschätzung von H. Stuart Hughes, der zwischen 1943 und 1945 im OSS und nachdem dieser aufgelöst wurde, von 1946 bis 1948 in der Forschungsabteilung des State Departement tätig war.²³⁹ Zum Beispiel hatte der Personenkreis um Franz L. Neumann, also die emigrierten jüdischen Linksintellektuellen zu keinem Zeitpunkt irgendwelche Sympathien für die kommunistische Herrschaftsideologie unter Stalin, so dass neben der radikalen Gegnerschaft zum Nationalsozialismus auch eine tiefgehende Ablehnung gegenüber dem mörderischen stalinistischen Weltanschauungsregime zum politischen Konsens innerhalb der Intellektuellengruppe zählte. Zudem bestanden fundamentale Differenzen zum einen gegenüber den stalinistischen Intellektuellen nicht nur der Vereinigten Staaten und zum anderen gegenüber der KPUSA, die seit ihrer Gründung in den zwanziger Jahren unter der Kontrolle der Komintern respektive der KPdSU stand. Indes bestand auf Seiten der antistalinistischen Linksintellektuellen im State Departement nach Kriegsende doch eine

²³⁹ Zum folgenden siehe insbesondere das Interview zwischen Alfons Söllner und H. Stuart Hughes, wo neben den biographischen Hinweisen sowie den individuellen Tätigkeiten im OSS und State Departement, Hughes sehr aufschlussreich die institutionellen und „mentalen Veränderungen“ des mehr und mehr umsichgreifenden Klimas des Kalten Krieges im amerikanischen Außenministeriums nach Ende des Krieges schildert. Interview von Alfons Söllner mit H. Stuart Hughes „Es war eine Sackgasse – und doch ist es wert, erinnert zu werden!“, in: Alfons Söllner (Hg.), Zur Archäologie der Demokratie in Deutschland, Band 2, S. 46-58.

gewisse Blindheit gegenüber der Innen- und Außenpolitik der Sowjetunion, so dass in diesem Personenkreis eine nüchterne Kritik an der Politik Stalins ausblieb, was auch von H. Stuart Hughes im Nachhinein umstandslos eingeräumt wurde. Um sich nämlich nicht von dem nationalistischen antikommunistischen „Fieber“ in den USA anstecken zu lassen war die Grundposition ein expliziter „Anti-Antikommunismus“, so Hughes. Aus der zeithistorischen Perspektive der vierziger Jahre ergab sich für den Personenkreis um Hughes im State Departement,

„daß die ganze Wahrheit über den stalinistischen Terror noch nicht bekannt war, und vielleicht wollten wir sie nicht glauben. Wir waren natürlich überzeugt, daß es sich um ein tief autoritäres, terroristisches Regime handelte. (...) Wir glaubten, daß der Faschismus schlimmer sei als der Stalinismus.“ Denn, so Hughes weiter, „damals war schwer zu unterscheiden, was Propaganda war und was Tatsache. Ganz klar wurde es erst mit den Enthüllungen von Chruschtschew 1956.“²⁴⁰

Die US-Regierung setzte bewusst die analytische Kraft der marxistischen und sozialdemokratischen Intellektuellen bzw. von der marxistischen Theorie inspirierten Wissenschaftler – in einigen Ausnahmen sogar Anhänger der stalinistischen Linken²⁴¹ – als politische Waffe gegen den Nationalsozialismus ein. Das Ende des Krieges und der schnell einsetzende Klimawechsel auch und vor allem im State Department, hatte jedoch die sukzessive Entfernung von Personen aus der Washingtoner Bürokratie zur Folge, die als Stalinisten, Kommunisten oder Sozialisten bzw. als Sympathisanten der marxistischen- und kommunistischen Idee verdächtigt wurden.²⁴² Oberhand gewannen *grosso modo* konservative

²⁴⁰ Ebenda, S. 53.

²⁴¹ Genannt werden müssen vor allem die beiden stalinistischen Ökonomen Paul A. Baran und Paul M. Sweezy, die nach ihrer Tätigkeit für die US-Regierung sehr bekannte und in Bezug auf die politische Linke einflussreiche theoretische Werke veröffentlichten. Im Zuge der aufkommenden Kalten Kriegs-Atmosphäre wurden sie aus dem Regierungsapparat entfernt.

²⁴² Natürlich gab es auch Ausnahmen. So zum Beispiel den frühen Mitarbeiter des Frankfurter Institutes für Sozialforschung und Anhänger der kommunistischen Bewegung Karl August Wittfogel. Das ehemalige KPD-Mitglied Wittfogel, der 1939 den Bruch mit der Partei vollzog, wurde vom State Departement in der Hochphase des Kalten Krieges als „Chinaexperte“ engagiert und fertigte 1949 u. a. ein Memorandum über das kommunistische China unter Mao an. In New York arbeitete er am „Institute for Pacific Relations“ und war seit 1939 der Direktor des „Chinese History Project“ an der Columbia University. Nachdem er sich schon in den 20er Jahren mit einigen Veröffentlichungen über China hervortat und nach der Verhaftung durch die Nazis in mehreren Konzentrationslagern „durch die Hölle des totalitären Terrors gegangen“ war, emigrierte er 1934 vor dem Nationalsozialismus. Unter dem Pseudonym Klaus Hinrichs veröffentlichte Wittfogel in London den Roman „Staatliches Konzentrationslager VII“. Weithin bekannt wurde Wittfogel insbesondere durch den Klassiker der Totalitarismusforschung „Oriental Despotism“, New Haven/New York 1957 (dt. Ausgabe: Die Orientalische Despotie. Eine vergleichende Untersuchung totaler Macht, Köln 1962). Ein weiterer prominenter Linksintellektueller, der vom amerikanischen Staat weiter beschäftigt wurde, war Herbert Marcuse, der nach der Auflösung des OSS von 1945 bis 1953 vom State Departement als sogenannter Principal research analyst for Germany übernommen wurde. z. B. In diesem Zusammenhang legte er als Leiter einer Forschungsgruppe einer Spionageabwehr-Abteilung des amerikanischen Außenministeriums in Washington eine materialgesättigte Analyse der internationalen Entwicklungspotentiale des kommunistischen Systems vor; hierbei kam er zu dem Ergebnis, dass die kommunistischen Parteien in Westeuropa entweder integriert oder bedeutungslos seien und

Kräfte, die in Richtung eines militanten Antikommunismus gingen und denen eindeutig keine Sympathien für den sowjetischen Staat nachgesagt werden konnte.

I. 1. 7. Der „realistische Blick“ auf die sowjetische Außenpolitik unter Truman nach dem Ende der Anti-Hitler-Koalition

Im Folgenden sollen in aller Kürze auf den Verlauf des entstehenden Kalten Krieges eingegangen werden. Hierbei muss es ausreichen, auf einige entscheidende Etappenschritte der US-amerikanischen Politik sowie auf Stellungnahmen einflussreicher US-Diplomaten einzugehen, da die komplexe Geschichte der Ost-West-Blockkonfrontation voraussetzt werden kann.²⁴³ Dass mit dem Ende des siegreichen militärischen Kampf gegen das nationalsozialistische Deutschland die systembedingte Auseinandersetzung mit dem existentiellen Gegner, d. h. dem sowjetischen Totalitarismus, weiter ging, war nicht zuletzt den Kommunismus-Experten im State Department um George F. Kennan bewusst. Die Ost-West-Konfrontation war in den Jahren der Anti-Hitler-Koalition nur ruhig gestellt und spitzte sich nach 1945 immer mehr zu.

Die Kapitulation Deutschlands und das damit einhergehende Auseinanderbrechen der siegreichen Koalition zwischen den demokratischen Westmächten und der stalinistischen Sowjetunion hatte unter anderem zur Folge, dass mehr und mehr die völlig entgegengesetzten Gesellschaftsordnungen sowie politischen Ziele und ideologischen Vorstellungen der ehemaligen Partner ins öffentliche Bewusstsein drang. Obwohl in einigen Teilen der westlichen Staaten die Massenverbrechen in der Sowjetunion und die Politik Stalins, die in dem deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt von 1939 gipfelte, vergessen wurden, bewertete die Regierungsmannschaft des neuen amerikanischen Präsidenten Harry S. Truman die Sowjetunion wesentlich nüchterner. Truman vertrat eine Nachkriegspolitik gegenüber Stalin,

angesichts einer möglichen wirtschaftlichen Krise davon ausgegangen werden könnte, dass nicht ein kommunistischer Umsturz zu erwarten sei, sondern ein neuer Faschismus. Im Rahmen seiner Tätigkeiten für das State Department nutzte Marcuse vorhandene Freiräume, um mit Vorarbeiten für sein späteres Buch über den Sowjetmarxismus zu beginnen. Das Forschungsergebnis erschien unter dem Titel „Soviet Marxism. A Critical Analysis“ 1958 in New York (dt. Ausgabe: Die Gesellschaftslehre des Sowjetischen Marxismus, Neuwied/Berlin 1964). Interessanterweise bedankte sich Herbert Marcuse in dem Buch ausdrücklich bei dem Direktor des „Russian Research Center“ William L. Langer, der ihm die Möglichkeit für Recherchen in der Institution für den Forschungsband bot. Langer war Marcuses höchster Vorgesetzter als Leiter der OSS-Behörde während der Mitarbeit in der „R&A-Branch“.

²⁴³ Vgl. exemplarisch die beiden Standardwerke von Wilfried Loth, Die Teilung der Welt 1941-1955, München 1987 und Bernd Stöver, Der Kalte Krieg 1947-1991. Geschichte eines radikalen Zeitalters, München 2007.

die in einem klaren Gegensatz zu den Vorstellungen seines Vorgängers stand. Franklin D. Roosevelt erhoffte sich nämlich noch nach dem alliierten Sieg gegen Deutschland eine Fortsetzung der während des Krieges auf Partnerschaft angelegten Politik Stalins. Er glaubte beispielsweise noch auf der im Februar 1945 stattgefundenen Konferenz in Jalta, dass entsprechend der amerikanischen Tradition auch die Sowjetunion eine auf vernünftige Kompromisse angelegte Verhandlungspolitik betreiben würde. Roosevelt, der sich früher keine Illusionen über die wahre Natur des sowjetischen Staates und ihrer Diplomatie machte, vertrat nun die Ansicht, dass Stalin keine außenpolitischen Expansionsziele mehr verfolgen würde, in Zukunft mit den westlichen Staaten freundschaftlich zusammenarbeiten und den Frieden garantieren würde. Zu diesem Zeitpunkt stand Roosevelt auch unter dem Einfluss von Beratern wie Harry Hopkins und dem ehemaligen US-Botschafter in Moskau, Joseph Davies, die den Standpunkt vertraten, dass die Politik Stalins einer eher menschenfreundlichen Motivation entsprang und ein primäres Ziel der Sowjetunion darin bestehen würde ein absolut verlässlicher Unterstützer des amerikanischen Präsidenten bei der Realisierung der von ihm angestrebten „Einen Welt“ zu sein. Wie auch schon während der kriegerischen Konfrontation mit dem Nationalsozialismus galt gerade für Davies eine Kritik an den tatsächlichen politischen Verhältnissen in der Sowjetunion und an den Herrschaftsmethoden Stalins als unbegründet.²⁴⁴

Diese Einstellung teilte, wie erwähnt, Präsident Truman nicht. Genau wie noch während des Zweiten Weltkrieges Winston Churchill waren er und seine einflussreichen Berater, die sich unter anderem den Grundsätzen der „Riga-Fraktion“ verpflichtet fühlten, über die sich anbahnende sowjetische Gefahr insbesondere für Europa einig. Tonangebende Vertreter der US-Amerikanischen Administration mussten nicht erst von einem strikten antikommunistischen außenpolitischen Kurs überzeugt werden. In einem Memorandum von Mai 1945 warnte zum Beispiel der aus dem Kreis der Riga-Gruppe kommende Unterstaatssekretär im State Department, Joseph C. Grew, nachdrücklich vor der Sowjetunion, indem er sie mit den totalitären Diktaturen der ehemaligen Achsenmächte Deutschlands und Japans verglich und im Hinblick auf die Gefährlichkeit für die Vereinigten

²⁴⁴ Vgl. Joseph Davies, *Mission to Moscow*, New York 1941. Davis vertrat hier zum Zeitpunkt des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion die Ansicht, dass Stalin sich von dem eigentlichen Ziel des kommunistischen Regimes, nämlich der Weltrevolution, im Prinzip verabschiedet hatte und sich auf dem Weg befand ein sozusagen normaler kapitalistischer Staat zu werden. Wie Davis zeichnete auch der aus der demokratischen Linken kommende und von 1940 bis 1944 als Vizepräsident fungierende Henry A. Wallace während des Zweiten Weltkrieges ein affirmatives, kritikloses Bild der Sowjetunion. Für Wallace war Stalin ein verlässlicher Partner, dem die westlichen Staaten dabei unterstützen müssten einen demokratischen Reformkurs einzuschlagen.

Staaten keine Unterschiede machte. Wie Grew verwies auch der aus der „realistischen Riga-Schule“ stammende amerikanische Botschafter in Moskau, Averell Harriman, auf die Gefahr einer Invasion Europas durch die Sowjetunion.²⁴⁵

Für eine zunehmend härtere Gangart gegenüber der Sowjetunion plädierte dann zu Beginn des Jahres 1946 George F. Kennan in seiner Funktion als Stellvertreter Harrimans in Moskau. Kennan war von der Verständigungspolitik Roosevelts gegenüber Stalin in seinen letzten Amtsmonaten alles andere als erfreut und begegnete ihr mit zunehmender Skepsis. Nicht zuletzt durch die ständigen Verletzungen der sowjetischen Staatsführung gegen die Abmachungen der Jalta-Konferenz und durch den allmählich einsetzenden Prozess der Sowjetisierung der osteuropäischen Länder, konnte sich Kennan in seiner skeptischen Grundhaltung gegenüber dem kommunistischen Herrschaftssystem unter Stalin bestätigt fühlen. So formulierte er in seinem berühmt gewordenen 8000 Worte umfassenden „langen Telegramm“ vom 22. Februar 1946 die zukünftig überaus wirkungsmächtigen Prinzipien der Eindämmungspolitik. Auf der Basis seiner früheren Arbeiten aus den dreißiger Jahren über das kommunistische Russland, fertigte er eine genaue Analyse der zu erwartenden sowjetischen Außenpolitik an. Aus seiner Wahrnehmung heraus stellte der sowjetische Staat auf der Grundlage der marxistisch-kommunistischen Ideologie auch weiterhin ein „Polizeiregime *par excellence*“ dar, das mit der kapitalistischen Umwelt und den demokratischen Nationen in einer ständigen prinzipiellen Feindschaft lebt. Angesichts einer aus seiner Sicht ideologisch motivierten aggressiven sowjetischen Außenpolitik, sprach er sich für eine eindeutige antikommunistische amerikanische Außenpolitik aus, die auch und vor allem die Zusammenarbeit mit den westlichen demokratischen Staaten beinhalten sollte. In dem „Langen Telegramm“ beschrieb Kennan die Sowjetunion als eine politische Kraft, „die sich fanatisch zu dem Glauben bekennt, daß es mit Amerika keinen dauernden Modus vivendi geben kann, daß es wünschenswert und notwendig ist, die innere Harmonie unserer Gesellschaft, unsere traditionellen Lebensgewohnheiten und das internationale Ansehen unseres Staates zu zerstören, um der Sowjetmacht Sicherheit zu verschaffen.“²⁴⁶

Im Gegensatz zu der vielerorts gemachten Übereinstimmung zwischen der nationalsozialistischen und sowjetkommunistischen Außenpolitik bestand Kennan darauf, dass Stalin keineswegs eine sozusagen abenteuerliche Kriegspolitik betreiben würde. Seiner Einschätzung nach hatte die westliche Staatenwelt mit einer überaus variablen, gleichwohl

²⁴⁵ Siehe Leonid Luks, Geschichte Russlands und der Sowjetunion. Von Lenin bis Jelzin, Regensburg 2000, S. 395.

²⁴⁶ Zitiert nach der deutschen Übersetzung in: George F. Kennan, Memoiren eines Diplomaten, S. 566.

vorsichtigen Diplomatie- und Machtpolitik der Sowjetführung zu rechnen. Ein zentrales Ziel sei die Stabilisierung des eigenen politischen Herrschaftsbereiches sowie der Versuch, die westliche Staatenwelt zu schwächen und untereinander auseinanderzudividieren. Für den „Analytiker des Kalten Krieges“ (Detlef Bald), George F. Kennan, bestand für die Regierung der Vereinigten Staaten zweifelsohne die Möglichkeit, die Schwierigkeiten der internationalen Sicherheit zu lösen, „und zwar ohne uns in einen großen militärischen Konflikt zu flüchten.“²⁴⁷ Das Kennan-Telegramm sorgte schnell für Furore in den amerikanischen Regierungsstellen und wodurch sich der Verfasser den Ruf des besten „Kreml-Experten“ erwarb. Durch den Marineminister James Forrestal wurde der Bericht kopiert und an die zentralen Stellen des US-amerikanischen Staates versandt. Die implizit formulierte Absage an eine Appeasementpolitik gegenüber der Sowjetunion und den Abmachungen von Jalta sowie die Empfehlung für eine Einheit der westlichen Staatenwelt stieß auf breite Zustimmung in Washington. Seine Durchschlagskraft besaß der Bericht durch seine scheinbare Eindeutigkeit, nämlich „die Bedrohung durch den Osten enttarnt zu haben“.²⁴⁸

Kennan wiederum verstand unter einer erfolgreichen Politik eine komplexe Auseinandersetzung mit der Sowjetunion. Der kommunistische Gegner sollte nicht primär militärisch bekämpft werden, sondern notwendig war seiner Einschätzung nach die politische und ideologische Auseinandersetzung mit dem Kommunismus. Jedenfalls sollte George F. Kennan mit seinem Bericht für lange Zeit nicht nur die Außenpolitik der Vereinigten Staaten in wesentlichen Eckpunkten vorgeben; anders gesagt: auf der Grundlage von Kennans konzeptionellen Vorschlägen wurde die als *Containment*-Politik in die Geschichte des Kalten Krieges eingegangene strategische Neuausrichtung der US-Amerikanischen Regierungspolitik begründet. Die Bedeutung, die Kennan zu diesem Zeitpunkt in der US-Administration erlangt hatte, konnte daran abgelesen werden, dass er zum Leiter der einflussreichen „Policy Planning Staff“ im State Department ernannt wurde. Insbesondere im amerikanischen Außenministerium war dem Bericht Erfolg beschieden, weil man sich hier in seiner nach 1945 allmählich im stärker werdenden antisowjetischen Position bestätigt sehen konnte. Auf viele Aspekte des „langen Telegramms“ ging Kennan im Juli 1947 in einem Aufsatz ein, den er mit Erlaubnis des Außenministeriums unter dem Pseudonym „X“ in „Foreign Affairs“ veröffentlichte, die zu den Zeitschriften zählte in der der Meinungsbildungsprozess in dem amerikanischen politischen Führungszirkel mit vollzogen wurde. Hier forderte er eine

²⁴⁷ Ebenda, S. 567.

²⁴⁸ Detlef Bald, Hiroshima, 6. August 1945. Die nukleare Bedrohung, München 1999, S. 59.

„Eindämpfungspolitik“ zum Schutze der westlichen demokratischen Staaten gegen den auf Expansion zielenden Kommunismus.²⁴⁹

Wie gezeigt, übernahm nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges und der Auflösung des OSS-Apparates, das State Department nicht nur die sogenannten Deutschlandexperten, sondern auch die Division UdSSR aus der Forschungsabteilung – die Research and Analysis Branch (R&A Branch) –, die durch ihre wissenschaftlichen Studien über den Kommunismus frühzeitig wussten, dass die totalitäre Bedrohung durch die Sowjetunion unter Stalin in den Jahren des gemeinsamen Kampfes gegen den Nationalsozialismus nur auf „Eis“ gelegt war. Dass im State Department frühzeitig gewissermaßen die Zeichen auf Sturm standen und die sowjetische Bedrohung als ein ernstzunehmender Faktor erkannt wurde, dafür waren auch die Kommunismusforscher verantwortlich, die sich bereits während des Zweiten Weltkrieges mit Fragen der Nachkriegspolitik der Vereinigten Staaten beschäftigt hatten. Wie in der existentiellen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus wurden auch nach 1945 Intellektuelle und Wissenschaftlicher als politische „Waffe“ in der US-Administration eingesetzt – jetzt in zunehmend stärkerem Maße gegen die Sowjetunion. Die Regionalabteilung UdSSR sorgte fortan im State Department dafür, dass die Auseinandersetzung mit dem kommunistischen Russland auch mit wissenschaftlichen Methoden betrieben wurde. Indessen wurden einige wenige ehemalige Mitarbeiter der Division UdSSR des OSS aus dem amerikanischen Staatsdienst entlassen, denen wie beispielsweise beim Wissenschaftler Paul A. Baran Sympathien mit dem kommunistischen Regime Stalins nachgesagt wurde.

Die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten sollte vor allem durch die berühmt gewordene Eiserne-Vorhang-Rede von Winston Churchill im Beisein von Truman am 5. März 1946 in Fulton/Missouri beeinflusst werden. Durch die Beschwörung der sowjetischen Gefahr sollte insbesondere isolationistischen Ambitionen in den USA entgegengewirkt werden und der prosovietischen Linken um den ehemaligen Vizepräsidenten und damaligen Handelsminister Henry Wallace das Wasser abgegraben werden. Der Rücktritt des russlandfreundlichen Wallace erfolgte dann im September 1946. Zudem stellte die Rede Churchills ein Plädoyer zur Gründung einer amerikanisch-britischen Allianz dar und mit ihr sollte der amerikanischen Öffentlichkeit signalisiert werden, dass die Stationierung der US-

²⁴⁹ George F. Kennan (unter dem Pseudonym „X“), *The Sources of Soviet Conduct*, in: *Foreign Affairs*, 25. Jg. (1946/47), Juli 1947, S. 566 ff.; Siehe auch zu den näheren Umständen der Veröffentlichung und zur Interpretation des Aufsatzes die Ausführungen von Kennan, in: George F. Kennan, *Memoiren eines Diplomaten*, S. 357-370.

Soldaten in Europa auch zukünftig notwendig wäre. Angesichts des sich weltweit ausbreitenden Kommunismus, der rigorosen sowjetischen Politik in Osteuropa und der sich vermehrenden Anzeichen für eine kommunistische Machtübernahme in Süsteuropa (u. a. Griechenland) und insbesondere in zwei Kernstaaten West- und Südeuropas (Frankreich/Italien), verkündete dann am 12. März 1947 der amerikanische Präsident in seiner Rede vor den beiden Häusern des Kongresses seine als „Truman-Doktrin“ in die Geschichte eingegangene Bereitschaft, „die freien Völker zu unterstützen, die sich der Unterwerfung durch bewaffnete Minderheiten oder durch Druck von außen widersetzen.“²⁵⁰ Truman machte unmissverständlich klar, dass die Vereinigten Staaten entschlossen waren, fortan allen vom Kommunismus bedrohten Staaten Hilfe anzubieten. Zum ersten Mal kam hiermit praktisch die Vorstellung zum Tragen, dass „man Eindämmung offensiv betreiben müsse, wenn sie erfolgreich sein sollte.“²⁵¹ Neben Militärhilfe sah dies umfassende amerikanische Wirtschaftshilfe für Europa vor, die in dem nach dem damaligen Außenminister Marshall benannten und vom Kongress genehmigten Marshallplan ihren bedeutenden Ausdruck fand. Mit dem Angebot der US-Regierung, angesichts der ihrer Auffassung nach drohenden Gefahr für die Freiheit der eigenen Staatsform, die „freien Völker“ gegen die aggressive und expansive Machtpolitik der Sowjetunion zu unterstützen und ihnen beizustehen, war auch eine sichtliche Absage an jede Art von Isolationismus verbunden. Damit sollte auch eine Wiederholung der Fehler nach dem Ersten Weltkrieg vermieden werden.²⁵²

Die Eindämmungsdoktrin zementierte die Zweiteilung der Welt in einen demokratischen und kommunistischen Staatenblock und war Ausdruck eines amerikanischen Grundkonsenses. Spätestens im Frühjahr 1947 war der antikommunistische Konsens, der sich allerdings von einzelnen Personen und Gruppen in der US-Staatsadministration keinesfalls erst nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges herauskristalisieren musste – unter anderem im State Department bei der sogenannten Riga-Gruppe –, zu einem mächtigen Faktor in der Politik der Washingtons geworden. Einflussreiche Persönlichkeiten des US-amerikanischen Regierungsapparates wie z. B. George F. Kennan mussten nicht erst durch die konkreten Erfahrungen mit der Stalinschen Diplomatie nach dem siegreichen Kampf gegen den nationalsozialistischen Totalitarismus vom eigentlichen Wesen des sowjetischen

²⁵⁰ Zitiert nach Wilfried Loth, Die Teilung der Welt 1941-1955, S. 160.

²⁵¹ Bernd Stöver, Der Kalte Krieg, München 2003, S. 23.

²⁵² Ebenda, S. 23.

Herrschaftssystems überzeugt werden. Der totalitäre Herrschaftscharakter des Stalinismus stand für sie fest.²⁵³

I. 1. 8. Die Gründung der CIA und ihre verdeckten Operationen

Während bereits der als ein weltweites Bollwerk zur Absicherung des amerikanischen Einflusses gedachte Marshallplan wesentlich auf den politischen Vorstellungen von George F. Kennan beruhte, hatte der Direktor des Politischen Planungsstabes im Außenministerium außerdem einen erheblichen Anteil an der Gründung der CIA am 18. September 1947. Die Schaffung des ersten Geheimdienstes der Vereinigten Staaten zu „Friedenszeiten“ stand hierbei ganz im Zeichen des antikommunistischen Grundkonsenses in der amerikanischen Führung und des heraufziehenden Kalten Krieges. Kennan wurde hierbei unterstützt von führenden Persönlichkeiten aus dem Außenministerium und dem diplomatischen Dienst wie Charles „Chip“ Bohlen und Averell Harriman (also Exponenten der „Riga-Fraktion“) sowie John McCloy, Joseph und Stewart Alsop, Walter Lippmann, Dean Acheson, George C. Marshall oder James Forrestal. Sie waren tonangebend in der US-amerikanischen Regierungspolitik und teilten nicht nur die Auffassungen über das Wesen des kommunistischen Regimes, sondern auch die Überzeugung, dass die Vereinigten Staaten eine Vorreiterrolle zu spielen hätten im Kampf der westlichen Demokratien gegen die Sowjetunion und ihre Satellitenstaaten. Sie hingen der für die außenpolitische Strategie im Kalten Krieg maßgeblichen traditionellen Vorstellung an, wonach antidemokratische Mächte auf Dauer eine Bedrohung der gewissermaßen natürlichen Interessen der Vereinigten Staaten darstellten.²⁵⁴ Ihr zentrales Thema war die Frage, wie die Übernahme Europas durch die

²⁵³ Die amerikanische Öffentlichkeit wurde durch zwei weitere Buchveröffentlichungen über den tatsächlichen Charakter des sowjetischen Totalitarismus unterrichtet: vgl. Victor A. Kravchenko, *I Chose Freedom*, New York 1946 sowie David Dallin und Boris Nicolaevsky, *Forced Labor in Soviet Russia*, New Haven 1947. Die beiden Veröffentlichungen unterstrichen ein weiteres Mal, dass es sich beim ehemaligen Bündnispartner Sowjetunion um einen totalitären Polizeistaat handelte und hoben nicht zuletzt die besondere Rolle des Geheimdienstes NKWD hervor, durch die die sowjetische Bevölkerung eine extreme Unterdrückung und ganz spezifischen Grausamkeiten ausgesetzt sei. Zudem zeigten beide Veröffentlichungen, dass der NKWD das entscheidende Instrument war, um ein umfangreiches, weitverzweigtes Zwangsarbeitslagersystem mit Millionen von Gefangenen aufzubauen und am Leben zu erhalten und dass der sowjetischen Gesellschaft seinen Stempel aufdrückte. Beide Bücher besaßen innen- und außenpolitisch eine hohe Brisanz, weil es nicht nur der amerikanischen Öffentlichkeit ein weiteres Mal eindrucksvoll bestätigte, dass zwischen dem demokratischen System der Vereinigten Staaten und dem sowjetischen Totalitarismus ein fundamentaler Gegensatz bestand.

²⁵⁴ Bernd Stöver, *Der Kalte Krieg*, München 2003, S. 21.

Sowjetunion verhindert werden könne und hierbei sollte neben dem Marshallplan der CIA eine entscheidende Funktion zufallen.

Mit der Unterschrift unter das Nationale Sicherheitsgesetz (National Security Act) am 26. Juli 1947 schuf Präsident Truman die gesetzliche Grundlage für die Gründung der CIA, zudem wurde mit dem Gesetz der Nationale Sicherheitsrat (National Security Council, NSC) neugeschaffen, der als Vermittlungsstelle des Weißen Hauses für Entscheidungen des Präsidenten fungieren sollte.²⁵⁵ Dies entsprach den macht- und sicherheitspolitischen Erfordernissen der Vereinigten Staaten angesichts des Kalten Krieges und deckte sich mit dem in Gang gekommenen antikommunistischen Kurs. Angesichts der politischen Herausforderung, die die Sowjetunion darstellte, standen die Vereinigten Staaten indes vor einem besonderen Problem: Die Regierung hatte bekanntlich unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges ihren Geheimdienst OSS größtenteils aufgelöst,²⁵⁶ zudem war zum damaligen Zeitpunkt das Wissen über die Sowjetunion und Osteuropa nur rudimentär vorhanden. Insofern zählte es zu den dringendsten Aufgaben der CIA, in möglichst kurzer Zeit möglichst erstklassige Geheiminformationen über die Sowjetunion zu gewinnen und im Grunde genommen aus dem Nichts heraus ein koordiniertes System der Informationsgewinnung zu errichten.²⁵⁷ Im Gegensatz hierzu verfügte der sowjetische Staat über einen seit fast dreißig Jahren unter verschiedenen Namen operierenden Geheimdienstapparat, der sowohl im In- als auch im Ausland unter Beweis gestellt hatte, dass er sein „Handwerk“ verstand.

Für das demokratische Verfassungssystem der Vereinigten Staaten und die amerikanische Öffentlichkeit war die Schaffung der CIA indes von Anfang an mit Problemen behaftet. Dies betraf insbesondere Fragen der demokratischen Legitimation sowie der Kontrolle des Geheimdienstes und resultierte insbesondere aus ihren unzureichend definierten Machtbefugnissen. Knapp zwei Jahre lang gab es weder eine vom Kongress abgesegnete verfassungsmäßige Satzung, d. h. sie operierte außerhalb der US-amerikanischen Gesetze, noch rechtlich abgesicherte Geldmittel, so dass in dieser Zeit die CIA-Zentrale nur aufgrund eines Unterstützungsfonds überleben konnte, den einige wenige Kongressmitglieder ins Leben gerufen hatten. Und die von der CIA praktizierte Geheimhaltung, die immer wieder in Konflikt mit der Offenheit der amerikanischen Demokratie geriet, machte sogar führenden

²⁵⁵ Tim Weiner, CIA – Die ganze Geschichte, Frankfurt am Main 2008, S. 54.

²⁵⁶ Zur Gründung der CIA vor dem Hintergrund der Auflösung des OSS-Apparates vgl. Thomas F. Troy, Wild Bill and Intrepid: Donovan, Stephenson, and the Origin of the CIA, New Haven: Yale University Press 1996.

²⁵⁷ Die wenigen Erkenntnisse über die Washington damals mit Blick auf das sowjetische Herrschaftsregime und die kommunistische Ideologie verfügte, stammten u. a. von dem Russland-Experten George F. Kennan.

Regierungspolitikern frühzeitig Sorge. So schrieb der spätere amerikanische Außenminister Dean Acheson: „Diese Organisation ließ mich das Schlimmste befürchten, und ich wies den Präsidenten darauf hin, dass – so wie sie angelegt war – weder er noch der Nationale Sicherheitsrat noch sonst irgendwer jemals in der Lage sein würde, zu erfahren, was sie tut, oder sie zu kontrollieren.“²⁵⁸

Laut Gesetz war der CIA als ein Geheimdienst im traditionellen Sinne geplant, deren vornehmliche Aufgabe im Sammeln, Auswerten und der Weitergabe von sicherheitsrelevanten Informationen bestand. Zudem sollte er den Nationalen Sicherheitsrat beraten und schließlich „solch andere Aufgaben und Pflichten wahrzunehmen, die nachrichtendienstliche Aktivitäten betreffen, welche die nationale Sicherheit berühren und von Zeit zu Zeit vom Nationalen Sicherheitsrat angeordnet werden.“²⁵⁹ An eigene geheime Aktivitäten der CIA in ausländischen Staaten war ursprünglich im Gesetz weniger gedacht, wobei sich allerdings sehr schnell herausstellte, dass diese Gesetzeslücke verdeckte Geheimoperationen ermöglichte und insofern eine scharfe Trennung zwischen dem nachrichtendienstlichen und geheimdienstlichen Aktionsfeld nicht aufrechterhalten wurde. Andererseits zeigte sich bei der Durchführung der verdeckten Operationen, die nur mit direkter oder stillschweigender Genehmigung des Nationalen Sicherheitsrates möglich waren, dass der CIA nach dem Motto agierte, wonach zur Abwehr der kommunistischen Gefahr der Zweck die Mittel heiligt und rechtsstaatliche Grundsätze außer Kraft gesetzt werden konnten. Es herrschte die Überzeugung vor, dass im Umgang mit einem gefährlichen Gegner, der sich selbst an keinerlei (demokratische) Spielregeln hielt, auch die eigene Seite solche Regeln missachten dürfte.

Vor dem Hintergrund von George F. Kennans politischen Vorstellungen stellte der Nationale Sicherheitsrat der CIA innerhalb von wenigen Monaten zwei Direktiven für geheime Operationen aus, die fortan richtungweisend waren für den amerikanischen Geheimdienst auf dem Feld der politischen Kriegsführung. In der ersten Direktive (NSC-4) vom 19. Dezember 1947 wurde der CIA-Direktor in einem streng geheimen Anhang (NSC-4A) angewiesen „verdeckte psychologische Aktivitäten“ zur Abwehr sowjetischer und sowjetische gesteuerter Aktivitäten durchzuführen. Da indes unklar blieb welche Verfahren zur Koordinierung bzw. Genehmigung solcher Aktivitäten befolgt werden sollten, wurde sie am 18. Juni 1948 durch eine neue, eindeutiger formulierte Direktive ersetzt (NSC-10/2), die

²⁵⁸ Zitiert nach Tim Weiner, CIA – Die ganze Geschichte, a.a.O., S. 54.

²⁵⁹ Zitiert nach Gebhard Schweigler, Institutionen, Entscheidungsprozesse und Instrumente der Außenpolitik, in: Willi Paul Adams u.a. (Hg.), Länderbericht USA, Band II, Außenpolitik/Gesellschaft/Kultur-Religion-Erziehung, 2. Aktualisierte und ergänzte Auflage, Bonn 1992, S. 3-31 (hier S. 15).

die CIA ermächtigte ein breites Spektrum von Geheimoperationen durchzuführen: „Dazu zählten ‚Propaganda, Wirtschaftskrieg, Präventivmaßnahmen einschließlich Sabotage, Gegensabotage, Zerstörung und Evakuierung, ferner subversives Vorgehen gegen feindliche Staaten einschließlich der Unterstützung von Widerstandsbewegungen, Guerilla und Flüchtlingsbewegungen‘.“²⁶⁰ Allerdings wurde der CIA dazu verpflichtet sämtliche Geheimoperationen, von denen es bald hunderte gab – 81 bereits in der zweiten Amtsperiode Trumans²⁶¹ – so durchzuführen, dass sich die amerikanische Regierung zu jedem Zeitpunkt glaubhaft davon distanzieren könne; dies implizierte immer wieder verfassungsrechtliche und politische Probleme für den Präsidenten, der für die Tätigkeiten des Geheimdienstes und mithin auch für illegale Aktivitäten letztlich die Verantwortung trug.

Außerdem sah die Direktive NSC-10/2 die Einrichtung einer speziellen Abteilung für verdeckte Aktionen (*covert actions*) vor, die zwar in der CIA integriert wurde, jedoch politisch und personell dem Planungsstab des Außenministeriums unterstellt war. Diese „Eingreiftruppe“ (Tim Weiner) fungierte schließlich unter dem Namen *Office of Policy Coordination* (Büro für politische Koordination; OPC) – ein Deckname, mit dem die Arbeit dieser Gruppe kaschiert werden sollte.²⁶² Verdeckte Aktionen wurden wie folgt definiert: jede „geheime Handlung mit dem Ziel der Beeinflussung von ausländischen Regierungen, Veranstaltungen, Organisationen oder Personen zur Unterstützung der amerikanischen Außenpolitik. Diese Aktivitäten sind so auszuführen, dass die Beteiligung der amerikanischen Regierung nicht sichtbar wird.“²⁶³ Zum Leiter dieser neuen Abteilung, die am 1. September 1948 ihre Arbeit aufnahm, wurde, wie bereits gesagt, der ehemalige OSS-Mitarbeiter und stellvertretende Leiter der Außenamtsabteilung für die besetzenden Gebiete Frank G. Wisner ernannt, der nicht zufällig aus der „Kennan-Gruppe“ stammte.

Der amerikanische Kongress wiederum setzte dieser gesamten Entwicklung, die Schritt für Schritt mit einem starken personellen und finanziellen Ausbau der CIA korrespondierte, keinen Widerstand entgegen. Im Gegenteil: um dem OPC einen größeren Handlungsspielraum einzuräumen, erließ er 1949 den *Central Intelligence Agency Act*, der die CIA ermächtigte, „im Gegensatz zu verfassungsrechtlichen Bestimmungen, die die Offenlegung und ausdrückliche Bewilligung aller Regierungsausgaben verlangen, ihre Mittel geheim und ohne Verpflichtung zur Rechenschaftslegung“ zu verwenden. Damit war ein

²⁶⁰ Francis Stonor Saunders, *Wer die Zeche zahlt... Der CIA und die Kultur im Kalten Krieg*, a.a.O., S. 48 f.

²⁶¹ So Tim Weiner, *CIA – Die ganze Geschichte*, a.a.O., S. 54 f.

²⁶² Ebenda, S. 60.

²⁶³ Zitiert nach Francis Stonor Saunders, *Wer die Zeche zahlt... Der CIA und die Kultur im Kalten Krieg*, a.a.O., S. 49.

wesentliches Instrument „kongressioneller – und gleichzeitig auch öffentlicher – Kontrolle“ aus „der Hand gegeben worden.“²⁶⁴

Zur eigentlichen Geburtsstunde der verdeckten Operationen im Kalten Krieg wurden die italienischen Parlamentswahlen im April 1948. Am 14. Dezember 1947 erteilte der Nationale Sicherheitsrat die Anweisung mit schätzungsweise zehn Millionen Dollar die demokratischen Parteien, zumal die Christdemokraten, gegen die Kommunisten in Italien zu unterstützen.²⁶⁵ Da der CIA damals noch immer über keinen eigenen Etat verfügte, wurden Gelder aus dem für den Wiederaufbau Europas vorgesehenen Währungsstabilitätsfonds abgezweigt und an von der CIA gegründete Tarnorganisationen weitergeleitet.²⁶⁶ Nicht nur aus diesem Grund fehlte der verdeckten Operation, die nicht vom Kongress abgesegnet wurde, die demokratische Legitimität. Sie begann schon Wochen vor der offiziellen Genehmigung durch den Nationalen Sicherheitsrat und insofern war diese CIA-Aktion, die zum Beispiel auch die Ermordung von führenden kommunistischen Politikern und Gewerkschaftsfunktionären beinhaltete, schlichtweg illegal.²⁶⁷ Gleichwohl konnten die Verantwortlichen mit dem Ergebnis zufrieden sein. Obwohl die sowjetische Seite ebenfalls im italienischen Wahlkampf aktiv war, gewannen die Christdemokraten mit ausreichendem Vorsprung und bildeten eine Regierung ohne die Kommunisten.

Nachdem im April 1948 die politische Entwicklung in Italien zugunsten der Vereinigten Staaten entschieden worden war, war sich die amerikanische Regierung indessen darüber im Klaren, dass der Hauptschauplatz im Kalten Krieg in Deutschland und speziell in

²⁶⁴ Gebhard Schweigler, Institutionen, Entscheidungsprozesse und Instrumente der Außenpolitik, in: Willi Paul Adams u.a. (Hg.), Länderbericht USA, Band II, Außenpolitik/Gesellschaft/Kultur-Religion-Erziehung, a.a.O., S. 16.

²⁶⁵ Für die in amerikanischen Führung und speziell dem Nationalen Sicherheitsrat vorherrschende Auffassung stand die von George F. Kennan stellvertretend. Es sei besser, so Kennan, einen „heißen Krieg zu führen, als zuzulassen, dass die Kommunisten legal die Macht übernehmen – aber zweitbeste Wahl seien verdeckte Aktionen nach dem Muster der kommunistischen Wählerarbeit.“ Tim Weiner, CIA – Die ganze Geschichte, a.a.O., S. 56.

²⁶⁶ Tim Weiner beschreibt diesen Vorgang – indes ohne Quellenangabe – in seiner CIA-Studie wie folgt: Demnach konnte James Forrestal den damaligen Finanzminister und einen der engsten Mitstreiter von Präsident Truman, John W. Snyder, dazu überreden den Währungsstabilitätsfond anzuzapfen, indem sich zum damaligen Zeitpunkt 200 Millionen Dollar befanden, die für den Wiederaufbau Europas bestimmt waren. „Von dort“, so Weiner, „flossen nun Millionen Dollar auf die Bankkonten reicher amerikanischer Staatsbürger, viele von ihnen Italo-Amerikaner, die die überwiesenen Summen ihrerseits an neue, von der CIA gegründete Tarnorganisationen weiterleiteten. Diese Spender wurden aufgefordert, auf ihrer Einkommenssteuererklärung neben der ‚Spende zu wohltätigen Zwecken‘ einen Code einzutragen. Millionen wurden an italienische Politiker und an die ‚Katholische Aktion‘, einen politischen Arm des Vatikans, verteilt. Koffer voller Bargeld wechselten im Viersternehotel Hassler den Besitzer.“ Der damals involvierte CIA-Mitarbeiter F. Mark Wyatt kommentiert dies später mit folgenden Worten: „Wir hätten es gerne etwas raffinierter eingefädelt (...) mit Schmiergeld politische Wahlen beeinflussen, das hat nicht gerade Stil.“ Zitiert nach ebenda, S. 57.

²⁶⁷ Dies war den Verantwortlichen auch bewusst. So sagte einer der CIA-Mitarbeitern im Nachhinein: „In der CIA-Zentrale waren wir einfach entsetzt, zu Tode erschrocken. Wir überschritten die Grenzen unseres Statuts.“ Zitiert nach ebenda, S. 56.

Berlin lag. Bereits im Sommer 1945 hatte die Vereinigten Staaten im geteilten Berlin ein Geheimdienstbüro eingerichtet, um Informationen über die Sowjetische Besatzungszone zu sammeln, und wo sich nun der amerikanische und sowjetische Geheimdienst mit allen Mitteln der Spionage und Gegenspionage bekämpften.²⁶⁸ Das OPC, das sich unter der Führung von Frank Wisner zur am schnellsten wachsenden Abteilung der CIA entwickelte, errichtete auf dem Gelände des Militärflughafens Berlin-Tempelhof ein Büro. Denn der Beginn der sowjetischen Blockade West-Berlins am 24. Juni 1948 hatte die Vereinigten Staaten massiv unter Druck gesetzt und nach Ansicht der CIA-Führung die Gefahr einer offenen militärischen Konfrontation konkret werden lassen. Dieses Ereignis löste einen beispiellosen Ausbau der verdeckten Operationen der CIA aus, die hinsichtlich der gesamten „Ostarbeit“ des amerikanischen Geheimdienstes darauf ausgelegt waren, das gegnerische System zu schwächen und das eigene zu stärken. Waren die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg noch verbündete im Kampf gegen den Nationalsozialismus, machte der CIA nun in der weltweiten Auseinandersetzung mit dem Kommunismus mit zahlreichen rechtsgerichteten Diktaturen sowie Personen und Gruppen aus dem nationalsozialistischen bzw. faschistischen Lager gemeinsame Sache. Mit Blick auf die Bundesrepublik Deutschland bedeutete das zum Beispiel, dass der CIA-Apparat im Juli 1949 die Organisation Gehlen von der US-Armee übernahm – die hatte bereits im Sommer 1945 auf General Reinhard Gehlen, den Leiter der Abteilung fremde Heere Ost in Hitlers Generalstab, zurückgriffen, um Informationen über die Sowjetunion zu gewinnen – zu dessen Personal auch Dutzende prominenter Kriegsverbrecher zählten, und machte sich daran, sie in einen westlichen Nachrichtendienst umzuwandeln. Unter der Leitung von Reinhard Gehlen wurde sie 1956 zum „Bundesnachrichtendienst“ (BND) der Bundesrepublik Deutschland. Zudem unterstützte die CIA mit Blick auf den westlichen Teil Deutschlands die knapp 20.000 Mitgliederstarke rechtsradikale Gruppe „Bund Deutscher Jugend“ (BDJ).²⁶⁹

Einen wichtigen Teil der verdeckten Operationen der CIA machten die Umsturzversuche und Unterstützung von antikommunistischen „Rebellen“ hinter dem Eisernen Vorhang aus. Die ab 1949 vom amerikanischen Geheimdienst initiierten direkten Putschversuche liefen hierbei immer nach dem gleichen Muster ab. In der Regel wurden

²⁶⁸ Vgl. hierzu grundsätzlich George Bailey, Sergej A. Kondraschow, David E. Murphy, Die unsichtbare Front. Der Krieg der Geheimdienste im geteilten Berlin, Berlin 1997.

²⁶⁹ Die „Partisaneneinheit“ wurde u. a. mit militärischem Material ausgestattet, das für einen möglichen Ernstfall im ganzen Land vergraben wurde. Zudem erstellte der „Bund Deutscher Jugend“ eine umfangreiche Liste mit Namen von westdeutschen Politikern, die getötet werden sollten, wenn die Zeit reif wäre. Siehe Tim Weiner, CIA – Die ganze Geschichte, a.a.O., S. 106.

Emigranten aus den kommunistischen Staaten ausgebildet und für die Auslösung eines Umsturzes eingesetzt. Bis weit in die 1950er Jahre gab es Umsturzversuche (u. a. in Jugoslawien, in der Ukraine, in den Baltischen Staaten und im Kaukasus) und Bemühungen in der Sowjetunion antikommunistische Zellen ins Leben zu rufen, die schließlich wegen kontinuierlicher Erfolglosigkeit eingestellt wurden. In die gleiche Richtung zielte die sogenannte Psychologische Kriegsführung in den sowjetisch kontrollierten Staaten in Ostmitteleuropa, mit der das Ziel verfolgt wurde, die kommunistischen Systeme von innen zu untergraben, zu destabilisieren und damit einen Regierungswechsel vorzubereiten. Hierzu dienten beispielsweise halbprivate amerikanische Rundfunksender wie „Radio Free Europe“ oder „Radio Liberation“, die in den kommunistischen Machtbereich ausstrahlten und zu den vielgehörten Stationen gehörten. Zudem wurden in vielen Staaten hinter dem Eisernen Vorhang Flugblattaktionen durchgeführt, die, sobald sich eine latente Unzufriedenheit in der Bevölkerung zeigte, verstärkt wurde. An diesen Aktionen beteiligten sich auch teils private und höchst militante Organisationen. Einige wie die von der CIA 1949 indirekt unterstützte und ab 1950 direkt finanzierte Berliner „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ führten auch selbst Anschläge in der DDR durch.²⁷⁰

Insofern bildete, wie gesagt, der weltweit ausgerichtete „Kongress für kulturelle Freiheit“ im Rahmen der verdeckten CIA-Operationen einen wichtigen Bestandteil eines Netzwerkes von Gruppen und Organisationen im Kalten Krieg, ein „Geflecht höchst unterschiedlicher Agenturen mit ebenso mannigfaltigen Aufgabenbereichen innerhalb des Gesamtzusammenhanges der Auseinandersetzung zwischen den liberaldemokratischen Staaten des Westens und der kommunistischen Welt.“²⁷¹ In diesem Kontext verfolgten der „Kongress für kulturelle Freiheit“ und die mit ihm organisatorisch und personell eng verbundene Zeitschrift „Der Monat“, wie zu zeigen sein wird, mit Blick auf den deutschen Sprach- und Kulturraum ganz spezifische Ziele.

²⁷⁰ Siehe Bernd Stöver, *Der Kalte Krieg*, a.a.O. S. 28 ff.

²⁷¹ So Michael Hochgeschwender, *Freiheit in der Offensive? Der Kongreß für kulturelle Freiheit und die Deutschen*, München 1998, S. 17.

I. 2. Die Deutschlandfrage im Schatten des Kalten Krieges

I. 2. 1. Grundzüge der Deutschlandpolitik bei den Alliierten während des Zweiten Weltkrieges

Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 und die Kriegserklärung Hitlers an die Vereinigten Staaten am 11. Dezember des gleichen Jahres führte in Anbetracht der existentiellen Bedrohung nicht nur der europäischen Staaten zu der Anti-Hitler-Koalition, bestehend aus den drei Weltmächten Großbritannien, der Sowjetunion und den USA. Spätestens im Sommer 1943 zeichnete sich ab, dass der nationalsozialistische Versuch, die Utopie einer nach rassistischen Kategorien hierarchisierten Neuordnung Europas unter der Führung Deutschlands zu realisieren, zum Scheitern verurteilt war. Nicht nur die nach den militärischen Erfolgen im Zuge der deutschen Besatzungspolitik begangenen, ideologisch motivierten Verbrechen an den jüdischen und nichtjüdischen Zivilisten in der Sowjetunion und Polen, ließ die Alliierten zu der Überzeugung kommen, dass der Zweite Weltkrieg mit der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands beendet werden muss. Nur durch die gemeinsame Anstrengung der Alliierten Streitkräfte war es am Ende gelungen, den nationalsozialistischen Aggressor nicht nur aufzuhalten, sondern schließlich zu besiegen. Seit Dezember 1941 stand die Frage, wie man mit dem Problem Deutschland nach Kriegsende umzugehen habe auf der Agenda der Konferenzen der Alliierten. Mit der Konferenz in Casablanca, auf der sich Roosevelt und Churchill trafen, wurde mit der auf der Pressekonferenz am 24. Januar 1943 vom amerikanischen Präsidenten verkündeten Formel von der „bedingungslosen Kapitulation“ („unconditional surrender“) der Standpunkt vertreten, dass man jedweder Vorstellung auf nationalsozialistischer Seite nach einem Verständigungsfrieden bzw. einer Kompromisspolitik, eine eindeutige Abfuhr erteilen wird. D. h., Roosevelt verkündete die eindeutige Botschaft, dass man vor der endgültigen Niederlage Hitlerdeutschlands keine scheinbaren oder tatsächlichen Verpflichtungen mit dem Kriegsgegner einzugehen bereit sein würde. Zudem ließ die Casablanca-Formel erkennen, dass die Alliierten keine deutsche Nachfolgeregierung akzeptieren würde, die in irgendeiner Form von ehemaligen Nationalsozialisten repräsentiert sein könnte. Der Sieg sollte total sein und das sollte auch der deutschen Bevölkerung signalisiert werden. So unklar zu diesem Zeitpunkt noch die tatsächliche Deutschlandpolitik der Anti-Hitler-Koalition war, bestand aber Konsens darin, dass dem Nachfolgestaat in Zukunft keine militärischen Eroberungen

mehr möglich sein dürfte und mithin das gesamte Kriegspotential zerstört werden müsste. „Von Bestrafung“, so der deutsche Historiker Wolfgang Benz²⁷², der ‚schuldigen barbarischen Führer‘ und Vergeltung war ab Frühjahr 1943 ebenfalls die Rede.

Der auf der Konferenz abwesende Stalin – aufgrund der letztlich für den Verlauf des deutschen Angriffs auf die Sowjetunion entscheidenden Schlacht um Stalingrad im Winter 1942/43 – konnte die „Casablanca-Formel“ so verstehen, dass die Vereinigten Staaten und Großbritannien alles tun würden, um den militärischen Sieg zu erringen und keinesfalls einen Separatfrieden mit dem Todfeind aus Deutschland abschließen würden. Roosevelt und Churchill wiederum verfolgten das Ziel, Stalin davon abzuhalten, auf dem Höhepunkt des Zweiten Weltkrieges mit Hitler einen gesonderten Friedensvertrag abzuschließen. Denn diese Möglichkeit war zu diesem Zeitpunkt keinesfalls ausgeschlossen. Wie bereits erwähnt, bestand der einzig gemeinsame Nenner der Anti-Hitler-Koalition, der unnatürlichen Zwangsgemeinschaft des Augenblicks, darin, den nationalsozialistischen Totalitarismus zu besiegen. Ebendies war der alleinige Grund für die USA und England das militärisch-politische Zweckbündnis mit der Sowjetunion einzugehen. Zudem gab es zwischen Roosevelt und Churchill, die sich den Prinzipien der Atlantik-Charta vom August 1941 verpflichtet hatten, einerseits und Stalin andererseits, keinerlei Gemeinsamkeiten. Schließlich kämpfte die Sowjetunion gegen den deutschen Aggressor nicht im Namen von Demokratie und Menschenrechten.

Wesentliche Grundzüge der Deutschlandpolitik nach dem Kriegsende zeichneten sich bereits auf der alliierten Außenministerkonferenz ab, die vom 19. bis zum 30. Oktober 1943 in Moskau stattfand und auf der Teheraner Konferenz, die vom 28. November bis zum 1. Dezember des gleichen Jahres dauerte. Auf der Moskauer Außenministerkonferenz beschlossen die Anwesenden Molotow, Eden und Hull die *European Advisory Commission* (EAC) zu gründen, die ihren Sitz in London haben sollte. Ihre wesentliche Aufgabe wurde darin gesehen, die Kapitulationsbedingungen und die Organisation der alliierten Regierungsgewalt in Deutschland vorzubereiten. In Anbetracht ihres tiefsitzenden Sicherheitsbedürfnisses waren sich die drei Siegerstaaten schnell darüber einig, dass Deutschland vollständig besetzt werden müsse, um die letzten Reste des Nationalsozialismus und des Militarismus auszurotten. Darüber hinaus sollte auch das wirtschaftliche Kriegspotential zerstört werden. In der Moskauer

²⁷² Wolfgang Benz, Potsdam 1945. Besatzungsherrschaft und Neuaufbau im Vier-Zonen-Deutschland, München 1986, S. 31.

Botschaft in Teheran trafen die „großen Drei“, d. h. Roosevelt, Churchill und Stalin zum ersten Mal zusammen, damit vor allem das territoriale Problem Deutschlands – das auch bereits in Moskau Gegenstand der Verhandlung war – weiter gemeinsam geklärt werden konnte. Roosevelt zeigte sich angesichts der noch andauernden kriegerischen Auseinandersetzung an der „deutschen Frage“ nicht allzu sehr interessiert und sprach nur davon, dass Deutschland in fünf Teilstaaten aufgeteilt werden sollte. Ein weiterer Grund, auf dieser Frage nicht weiter zu insistieren, war dem Umstand geschuldet gewesen sein, dass für den Präsidenten die amerikanischen Truppen, aufgrund der Erwartungen der öffentlichen Meinung und des US-Kongresses, nach dem Ende des Krieges sowieso nicht länger in Europa stationiert bleiben sollten. Churchills vorrangiges Ziel bestand darin, Preußen zu verkleinern und vom übrigen Deutschland zu trennen; favorisiert wurde von ihm die Bildung einer bayerisch-österreichisch-ungarischen Donauförderung mit der Hauptstadt Wien. Stalin wiederum hielt sich in der Deutschlandfrage zurück, da es ihm zufolge noch zu früh war konkrete sowjetische Forderungen zu formulieren. Mit der Zustimmung seiner Polen-Pläne, d. h. die polnischen Grenzen nach Westen zu verschieben und die Wiederherstellung der sowjetischen Westgrenze von 1941 (also die Einbeziehung Ostpolens inklusive der von ihr besetzten südosteuropäischen Gebiete), zeigte er sich zufrieden.²⁷³

Wie stark sich inzwischen kurz vor Kriegsende die Position Stalins entwickelt hatte, konnte man beispielsweise dem Umstand entnehmen, dass das nächste bedeutende Treffen der „Großen Drei“ auf sowjetischem Staatsgebiet stattfand. Vom 4. bis zum 11. Februar 1945 trafen sich Stalin, Roosevelt und Churchill in Jalta, so dass die beiden westlichen Staatschefs zum zweiten Mal – nach dem Treffen in Teheran – eine lange und zeitaufwendige Reise von mehreren tausend Kilometern zurücklegen mussten. Vor allem für den zu diesem Zeitpunkt bereits schwerkranken US-Präsidenten war die Reise mit extremen Strapazen verbunden. Stalin ging in die Verhandlungen mit der Devise hinein, den westlichen Partnern den Anschein erwecken zu lassen, in Zukunft eine auf Kompromiss und auf Konsens angelegte Politik betreiben zu wollen. Er erwartete ein baldiges Abziehen der amerikanischen Streitkräfte vom europäischen Kontinent. Stalins politisches Kalkül bestand darin, das aus dem Sicherheitsbedürfnis der USA und Englands entsprungene Hauptziel, Deutschland die Möglichkeit zu nehmen einen

²⁷³ Siehe ebenda, S. 34 f.

neuerlichen „Griff nach der Weltmacht“ zu versuchen, auszunutzen, um in der Deutschlandfrage seine grundsätzliche Bereitschaft zu einer Übereinstimmung zu signalisieren. Denn noch war sein Hauptinteresse, sich die kommunistischen Machtsphären in Ost- und Südosteuropa zu sichern. Der Kampf um die Sicherung von Einflussphären in Europa hatte für Stalin bereits angefangen. Die in Jalta unter Zeitdruck und ohne konkret festgelegte Tagesordnung getroffenen Vereinbarungen enthielten im Kern bereits den Keim für zukünftige Auseinandersetzungen zwischen den Alliierten, wobei sich die Konflikte eben nicht zufällig nicht an der Deutschlandfrage – die insgesamt keine überragende Rolle beim Dreiertreffen spielte – entzündeten, sondern an den unterschiedlichen Vorstellungen über die Zukunft Polens.

Roosevelt, Churchill und Stalin beschlossen in Jalta aus den bereits erwähnten sicherheitspolitischen Motiven Deutschland unter der Aufsicht eines *Alliierten Kontrollrates* vollständig zu entnazifizieren, zu entwaffnen und zu entmilitarisieren. Vorgesehen wurde, Deutschland in vier Besatzungszonen aufzuteilen, da Frankreich – zur Stabilisierung Westeuropas nach Kriegsende – in den Kreis der Sieger aufgenommen werden sollte. Mit Sitz in der gemeinsam verwalteten und in vier Sektoren aufgeteilten Stadt Berlin, war der Alliierte Kontrollrat künftig das oberste Regierungs-, Kontroll-, Koordinations- und Verwaltungsorgan für Deutschland. Zudem einigte man sich, dass Deutschland insgesamt 20 Milliarden Dollar an Reparationen zu zahlen hat, von denen die Sowjetunion aufgrund der durch den Krieg angerichteten Zerstörungen die Hälfte bekommen sollte. Insbesondere der amerikanische Präsident zeigte an der Deutschlandfrage kein allzu großes Interesse. Einerseits wollte er angesichts der noch laufenden Kriegshandlungen mit dem „Hitlerregime“ diesen Problemkomplex für später aufheben, andererseits fokussierte Roosevelt mehr sein Projekt der künftigen Weltorganisation der Vereinigten Nationen. Seine Hoffnung, nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges die Zusammenarbeit mit Stalin fortsetzen zu können, resultierten vor allem aus den positiven Diskussions- und Verhandlungserfahrungen an diesem Punkt. Denn Roosevelts Einschätzung zufolge war auch dem sowjetischen Staatsführer die Gründung einer gemeinsamen Weltorganisation zur Sicherung des Friedens zwischen den Staaten von großer Wichtigkeit. Denn: „Stalin stimmte ihm zu: Solange die jetzigen Regierungschefs lebten, würde keiner von ihnen sein Land in aggressive Handlungen verwickeln. Aber das sei in zehn Jahren schon anders. >Eine neue Generation würde in Dasein treten, die nicht die Schrecken des

gegenwärtigen Kriegen kennen werde.< Man sei also verpflichtet, eine entsprechende Organisation zu schaffen, wenn man für fünfzig Jahre Frieden haben wolle. >Die größte Gefahr wäre der Konflikt zwischen den drei hier vertretenen Großmächten (...)< Solange ihre Einigkeit erhalten bleibe, drohe wenig Gefahr für den Weltfrieden.²⁷⁴

I. 2. 2. Zunehmende Eskalation zwischen den Supermächten

Die Gegensätze zwischen den Alliierten sollten sich zuallererst an gänzlich divergierenden Vorstellungen über die Zukunft Polens entzünden. Auf der Grundlage der Atlantik-Charta präsentierte die amerikanische Seite den Entwurf einer Erklärung, aus der hervorging, dass in Zukunft alle Völker das Recht haben, „ihre eigene Regierungsform zu wählen, unter der sie leben wollen, die Wiederherstellung der souveränen Rechte und der eigenen Regierung für die Völker, die von den Aggressor-Staaten dieser Rechte zwangsweise beraubt wurden“. „Die Einrichtung von Ordnung in Europa und der Wiederaufbau des nationalen wirtschaftlichen Lebens muß durch Vorgänge erreicht werden, die alle befreiten Völker instand setzen, die letzten Spuren von Nazismus und Faschismus zu zerstören und demokratische Institutionen ihrer eigenen Wahl zu errichten.“²⁷⁵

In den Augen der Amerikaner und der Engländer konnte in Bezug auf eine Umwandlung zu demokratischen Verhältnissen nur eine parlamentarische Demokratie westlicher Couleur gemeint sein. Für die totalitäre Sowjetunion bestand ein grundsätzlicher ideologischer Widerspruch zu den westlichen demokratisch-kapitalistischen Systemen. Gleichwohl hatte Stalin keinerlei Bedenken die von der US-Regierung verfasste Erklärung zu unterschreiben – die das Prinzip der freien und ungehinderten Wahlen vorsah – , da die tatsächliche Umsetzung in seinen Augen nach sowjetischer Interpretation erfolgen würde und dies vor allem von den politischen Kräfteverhältnissen abhinge. Für Stalin bedeutete dies, so der Historiker Leonid Luks: „dass die UdSSR nur denjenigen politischen Kräften Osteuropas die Teilnahme an politischen Entscheidungsprozessen gestattete, die aus ihrer Sicht ‚demokratisch‘ und nicht ‚volksfeindlich‘ waren. Und in die Kategorie der ‚volksfeindlichen Kräfte‘ sollte

²⁷⁴ Jost Dülffer, Jalta, 4. Februar 1945. Der Zweite Weltkrieg und die Entstehung der bipolaren Welt, München 1999, S. 18.

²⁷⁵ Ebenda, S. 22.

im Laufe der Zeit eine immer größere Zahl von politischen Gruppierungen geraten, bis schließlich nur die Kommunisten und ihre Marionetten auf der politischen Bühne übrigblieben. Gegen dieses Vorgehen wurde seitens der Westmächte unentwegt protestiert."²⁷⁶

Sicherlich war sich insbesondere Roosevelt zuwenig der kontradiktorischen westlichen sowie östlichen Gesellschaftssysteme gewahr, dachte und handelte zuwenig im Kontext der machtpolitischen Situation. Ansonsten hätte er zweifelsohne erkennen müssen, dass es niemals zur wirklichen Umsetzung seiner Erklärung kommen würde. Denn die Sowjetunion wollte zum einen niemals freiwillig auf einmal militärisch eroberte Gebiete verzichten. Zum anderen wollte sich Stalin immerfort das absolute politische Entscheidungsmonopol und die totale Kontrolle über diese Länder vorbehalten. Der der Ambivalenz der Anti-Hitler-Koalition entspringende Konflikt kristallisierte sich zuerst an dem „Problem“ Polen heraus, der erst nach Beendigung der Konferenz in Jalta völlig sichtbar wurde.

Die Sowjetunion setzte infolge der territorialen Gewinne, die ihr im Rahmen des Rückzuges der deutschen Truppen zufielen, beim Überschreiten der Vorkriegsgrenze eine kommunistische polnische Regierung ein. Die gegen den Willen eines großen Teiles der polnischen Bevölkerung an die politische Schaltzentrale gebrachte Regierung bestand aus Moskau untergebenen prokommunistischen und kommunistischen Personen: das sogenannte Lubliner Komitee. Auf der anderen Seite erkannten die Vereinigten Staaten und England die polnische Exilregierung in London an. Die polnische Exilregierung kündigte an das sogenannte Katyn-Verbrechen zu untersuchen, die dafür sorgte, dass die polnisch-sowjetischen Beziehungen in eine schwere Krise stürzten. Am 13. April 1943 wurden nämlich in dem polnischen Dorf in der Nähe von Smolensk von deutscher Seite Massengräber von schätzungsweise 12.000 polnischen Offizieren gefunden. Die nationalsozialistische Propaganda beschuldigte die Sowjetunion, die tatsächlich im Frühjahr 1940 – also vor dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion – in russische Kriegsgefangenschaft geratenen polnischen Offiziere ermordet zu haben. Die Sowjetunion bestritt die Verantwortung für das Massaker und behauptete, es wäre ein deutscher Versuch die Anti-Hitler-Koalition zu spalten. Ein neutrales Untersuchungsergebnis erbrachte, dass das Massaker von sowjetischen Stellen

²⁷⁶ Leonid Luks, Geschichte Russlands und der Sowjetunion. Von Lenin bis Jelzin, S. 395.

– von NKWD-Einheiten – begangen worden. Daraufhin brach die sowjetische Regierung die Beziehungen zur polnischen Exilregierung ab.²⁷⁷

Stalin verhandelte in Jalta, in Anbetracht der Tatsache, dass seine Truppen den überwiegenden Teil Polens bereits erobert hatten, aus einer Position der Stärke. Er gab seinen Verhandlungspartnern Roosevelt und Churchill – aus dessen Wahrnehmung heraus der sowjetische Vormarsch in Osteuropa zu neuen kommunistischen Diktaturen führen wird und mit weiteren Expansionen Stalins in Richtung auf das restliche Europa zu rechnen sein dürfte – unmissverständlich zu verstehen, dass er die durch den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt von 1939 resultierenden Gebietsgewinne, d. h. Ostpolen, als seine politische Beute betrachtete, so dass die Alliierten eine polnische Westverschiebung nach Westen vorsahen, die – wie es bereits in Teheran entschieden wurde – auf Kosten Deutschlands gehen sollte. Als polnische Ostgrenze sahen die Alliierten, der sowjetischen Forderung entsprechend und gegen den Willen der polnischen Exilregierung die sogenannte Curzon-Linie vor. „Die Oder-Grenze war akzeptiert. Die Sowjetunion insistierte aber auf der Oder-Neiße-Linie und meinte damit die westliche Neiße.“²⁷⁸

Eine abschließende Regelung sollte was diesen Punkt anbelangt auf der späteren Friedenskonferenz erfolgen, die nach dem Ende des Krieges in Potsdam stattfand. So sehr unter anderem die alliierte Polenpolitik auch weiterhin politischen Zündstoff enthielt und unter den Teilnehmern für Spannungen sorgte – beispielsweise durch die infolge der polnischen Westverschiebung millionenfach vertriebenen Deutschen in die westliche Zone –, so sehr wurde das sich zusehends zugunsten der Sowjetunion entwickelnde Problem überlagert durch den Versuch, eine grundsätzliche Nachkriegsordnung zu errichten. Anders gesagt: die Deutschlandfrage dominierte auf der nach Kriegsende anberaumten Potsdam-Konferenz gegenüber den Fragen der konkreten Gestaltung der Staaten, die sich im Einzugsbereich der Sowjetunion befanden. Gleichwohl waren dieser Problemkomplex und die Deutschlandfrage ständig ineinanderverschachtelt. Seit 1945/46 führten die zunehmenden Brüche der auf der Jalta-Konferenz schriftlich vereinbarten Abmachungen über die ost- und südeuropäischen Länder durch den sowjetischen Staatsführer dazu, dass der Kalte Krieg sich zuspitzte und auf die Deutschlandfrage ausstrahlte. Die sich allmählich Bahn

²⁷⁷ Siehe Jost Dülffer, Jalta, 4. Februar 1945. Der Zweite Weltkrieg und die Entstehung der bipolaren Welt, S. 147 f.

²⁷⁸ Ebenda, S. 26.

brechende Sowjetisierung zeigte sich – wie bereits angesprochen wurde – an der bewussten Missachtung Moskaus, die Etablierung demokratischer Systeme mit freien Wahlen im Staatengürtel von Polen bis Bulgarien zu akzeptieren. Tatsächlich verwandelte Stalin diesen Staatengürtel unter anderem mit extremen Repressionsmethoden zu einem Bestandteil seines sowjetischen Macht- und Interessensystems.

Trotz der grundsätzlichen gesellschaftlichen und politischen Systemgegensätze kann zweifelsohne in Hinblick auf die tatsächliche Nachkriegspolitik der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion – die nach dem Sieg gegen Deutschland die einzig verbliebenen Supermächte waren und die als die eigentlichen Exponenten ihres jeweiligen Lagers im Ost-West-Gegensatz agierten – von einer offenen geschichtlichen Situation gesprochen werden. D. h., wenn auch der Kalte Krieg dem politisch-gesellschaftlichen Systemgegensatz der Bündnispartner quasi immanent war und der Konflikt im Laufe der Zusammenarbeit in der Anti-Hitler-Koalition immer schon latent vorhanden war, eskalierte der Konflikt zwischen den beiden Supermächten nicht gleich nach Kriegsende, sondern Schritt für Schritt erst ab etwa 1947/48. In der Wahrnehmung des westlichen Lagers spielte – neben der erwähnten Etablierung des sowjetischen Herrschaftssystems in Ost- und Südosteuropa; die Länder wurden später als Satellitenstaaten apostrophiert – die als unmittelbare Bedrohung empfundene kommunistische Expansionspolitik in Richtung auf das übrige Europa die entscheidende Rolle. Im Zentrum des Ost-West-Konfliktes stand aus geopolitischen Gründen Deutschland. Hier prahlten die weltanschaulichen Konzepte der beiden Hauptkontrahenten direkt aufeinander. Im Mittelpunkt der Rivalität zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion stand Berlin. Rückblickend schreibt der deutsche Historiker Josef Foscchepoth:

„Im Zuge der raschen Verschlechterung der Beziehungen zwischen den Mächten nach dem Krieg wurde Deutschland zum eigentlichen Schauplatz jener Auseinandersetzungen, die gemeinhin als Kalter Krieg bezeichnet werden. Aus dem Kampf gegen Deutschland war ein Kampf um Deutschland geworden. Zwar war die Deutsche Frage nicht die Ursache des Kalten Krieges, doch besteht zwischen beiden ein direkter Zusammenhang.“²⁷⁹

²⁷⁹ Josef Foscchepoth (Hg.), Kalter Krieg und Deutsche Frage. Deutschland im Widerstreit der Mächte 1945-1952, Göttingen/Zürich 1985, Einleitung S. 11-31 (hier S. 11.) Vgl. grundsätzlich hierzu Ernst Nolte, Deutschland und der Kalte Krieg, Stuttgart 1985.

I. 2. 3. Unterschiedliche Vorstellungen der Besatzungsmächte bei der konkreten Deutschlandpolitik

Die bedingungslose Kapitulation vom 8. Mai 1945 bedeutete nicht nur das Ende des Naziregimes, sondern hatte auch konsequenterweise den Verlust deutscher Staatlichkeit und mithin deutscher Souveränität zur Folge. Dieses staatsrechtliche Vakuum wurde am 5. Juni 1945 beendet, als die vier Besatzungsmächte – vertreten durch die vier jeweils für ihre Zone zuständigen Oberbefehlshaber General Eisenhower (USA), Marschall Schukow (UdSSR), Feldmarschall Montgomery (Großbritannien) sowie General de Lattre de Tassigny (Frankreich) – in der sogenannten „Erklärung in Anbetracht der Niederlage Deutschlands“ öffentlich bekanntgaben, dass von dem Tage an, die oberste Regierungsgewalt in dem Land von den Vertretern der vier alliierten Siegerstaaten übernommen und von ihnen gemeinsam ausgeübt werde.²⁸⁰

Tatsächlich sollten jedoch die wichtigsten Fragen in Bezug auf die alliierte Nachkriegspolitik im besetzten Deutschland auf der vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 dauernden Potsdamer Konferenz thematisiert und geklärt werden. Die Regierungschefs der drei Siegermächte – die Vereinigten Staaten wurden von dem erstmals auf der internationalen Bühne hervortretenden neuen Präsidenten Harry Truman vertreten – erzielten in einigen Grundsatzfragen eine Übereinkunft. Das in die vier Besatzungszonen aufgeteilte Deutschland – einschließlich Berlins – sollte als eine wirtschaftliche Einheit behandelt werden. „Da außerdem“, so der deutsche Historiker Hermann Graml, „die baldige Errichtung deutscher Zentralbehörden – als Hilfsorgane des Alliierten Kontrollrates – vereinbart wurde, sah es in der Tat so aus, als sei die Abkehr von den früheren Teilungsplänen endgültig, als werde mithin zumindest das Besatzungsgebiet die politische Einheit bewahren können.“²⁸¹

Nicht vorgesehen wurde eine zentrale deutsche Regierung. Die gemeinsame Verwaltung der vier Zonen einschließlich der Hauptstadt Berlin sollte durch den Alliierten Kontrollrat erfolgen. Allerdings widersprach die Vorstellung der drei Regierungschefs, Deutschland als wirtschaftliche Einheit zu erhalten, mit den Beschlüssen zur gemeinsamen Reparationspolitik. Denn es wurde keineswegs eine einvernehmliche Festsetzung einer gesamtdeutschen Reparationsschuld beschlossen,

²⁸⁰ Wolfgang Benz, Potsdam 1945. Besatzungsherrschaft und Neuaufbau im Vier-Zonen-Deutschland, S. 68.

²⁸¹ Hermann Graml, Strukturen und Motive alliierter Besatzungspolitik in Deutschland, in: Wolfgang Benz (Hg.), Deutschland unter alliierter Besatzung: 1945-1949/55, Berlin 1999, S. 21-32 (hier S. 25).

sondern sie verständigten sich darauf, dass „jede Besatzungsmacht ihre Reparationsforderung ohne Einmischung der Partner weitgehend durch direkte Entnahmen aus der eigenen Zone befriedigen dürfe.“²⁸² (Die Sowjetunion sollte zudem 25 Prozent der Demontagen aus den stärker industrialisierten westlichen Besatzungszonen erhalten). D. h., nachdem die Wirtschaftseinheit Deutschlands in Potsdam vereinbart wurde, wurde sie durch die „reparationspolitische Teilung“ (Theodor Eschenburg) im selben Atemzug gleich wieder in Frage gestellt. Die Reparationsabsprache beinhaltete schon das sich langsame Auseinanderentwickeln der Besatzungszonen. Die Vereinigten Staaten und Großbritannien legten sich in Bezug auf die Reparationsansprüche in ihren Zonen Zurückhaltung auf, da sie kein Interesse an einer industriellen bzw. ökonomischen Verelendung hatten.

Für das Auseinanderentwickeln der Besatzungszonen sorgte darüber hinaus die bereits auf den vorangegangenen Konferenzen in Teheran und Jalta angesprochenen Maßnahmen einer Demokratisierungspolitik im okkupierten Deutschland, die sicherstellen sollten, dass dieses Land kein weiteres Mal zu einer Gefahr für Europa bzw. für den Weltfrieden werden könne. Das Potsdamer Abkommen sah vor, neben der Entmilitarisierung des Landes, der industriellen Entflechtung und der strafrechtlichen Verfolgung von Kriegsverbrechern, eine rigorose „Entnazifizierung“ von Verwaltung, Bildung, Kultur und öffentlichen Leben, d. h. der gesamten deutschen Gesellschaft, in Gang zu setzen. Damit alle Nationalsozialisten aus dem öffentlichen Leben entfernt werden konnten, sollte durch eine umfassende sogenannte Säuberungsaktion, so Hermann Graml,

„die politische Vergangenheit aller erwachsenen Deutschen genau geprüft und eine festgestellte Schuld oder Verstrickung in das NS-Regime je nach Schwere und Grad mit Haft, Berufsverbot oder Geldbußen geahndet werden. Zugleich betonten die Vormünder aber ihre Bereitschaft und sogar Entschlossenheit, auch positive Beiträge zur Demokratisierung der deutschen Gesellschaft zu leisten und den Aufbau demokratischer Institutionen zu fördern. Dabei wollten die Sieger vor allem auf die Wirkung politischer Pädagogik vertrauen: Mit einem umfassenden Erziehungsprogramm müsse der nationalsozialistische Geist überwunden und die Bekehrung der Deutschen zu den Werten, Einrichtungen und Spielregeln der Demokratie erreicht werden.“²⁸³

Die auf den ersten Blick als schlüssiges Demokratisierungsprogramm der Besatzungsbehörden erscheinenden diesbezüglichen Formulierungen im Potsdamer Protokoll ließen indes unberücksichtigt, dass der genauen Begriffsbestimmung des

²⁸² Ebenda, S. 25.

²⁸³ Ebenda, S. 26.

Wortes Demokratie zwischen der Sowjetunion zum einen, Großbritannien und den Vereinigten Staaten zum anderen, gänzlich unterschiedliche Vorstellungen zu Grunde lagen. Die Komplikationen, die die auf der Potsdamer Konferenz schriftlich formulierten Vereinbarungen zwischen Stalin, Truman und Churchill bzw. dessen Nachfolger Attlee besaßen, wurden langsam sichtbar, als es darum ging, das Demokratisierungsvorhaben der jeweiligen Besatzungsbehörde in die Tat umzusetzen und – wie gesagt – bei der Reparationspolitik Deutschland als wirtschaftliche Einheit zu behandeln. Ein Ergebnis der im Laufe der Zeit aus den verschiedensten Gründen resultierenden Differenzen zwischen den drei bzw. mit Frankreich vier Besatzungsmächten im Alliierten Kontrollrat, war die Umsetzung des Mitte 1946 gefassten Beschlusses, die amerikanische und britische Zone territorial zusammenzuschließen; am 1. Januar 1947 erfolgte die Gründung der Bizone.

Der damals als amerikanische Botschaftsrat in Moskau tätige George F. Kennan formulierte seine Skepsis angesichts der Potsdamer Beschlüsse in einem Entwurf zu einer Denkschrift im Sommer 1945. Hierzu schrieb er:

„Die Idee, Deutschland gemeinsam mit den Russen regieren zu wollen, ist ein Wahn. Ein ebensolcher Wahn ist es, zu glauben, die Russen und wir könnten uns eines schönen Tages höflich zurückziehen, und aus dem Vakuum werde ein gesundes und friedliches, stabiles und freundliches Vakuum steigen. Wir haben keine andere Wahl, als unseren Teil von Deutschland – den Teil, für den wir und die Briten die Verantwortung übernommen haben – zu einer Form von Unabhängigkeit zu führen, die so befriedigend, so gesichert, so überlegen ist, daß der Osten sie nicht gefährden kann. (...)“²⁸⁴

Und Kennan weiter:

„Ich kann mich an kein politisches Dokument erinnern, das mich je so deprimiert hätte wie das von Truman unterzeichnete Kommuniqué am Ende dieser wirren und verwirrenden Verhandlungen. Nicht nur weil ich wußte, daß die Idee einer gemeinsamen Viermächtekontrolle, die man jetzt zur Grundlage für die Regierung Deutschlands gemacht hatte, abwegig und undurchführbar sei. Auch die unpräzise Ausdrucksweise, die Verwendung so dehnbarer Begriffe wie ‚demokratisch‘, ‚friedlich‘, ‚gerecht‘ in einem Abkommen mit den Russen lief allem direkt zuwider, was siebzehn Jahre Rußlanderfahrung mich über die Technik des Verhandeln mit der sowjetischen Regierung gelehrt hatten. (...) Für die weitere Behauptung, man werde die politische Tätigkeit ‚demokratischer Parteien und die dazugehörige Versammlungsfreiheit und öffentliche Diskussion‘ nicht nur gestatten, sondern ‚ermutigen‘, würden mildernde Umstände schwer zu finden sein. Jeder Mensch in Moskau hätte unsern Unterhändlern sagen können, was die sowjetische Führung unter ‚demokratischen Parteien‘ verstand. Die Irreführung der Öffentlichkeit in Deutschland und im Westen durch die Verwendung eines solchen Ausdrucks in einem Dokument,

²⁸⁴ George F. Kennan, Memoiren eines Diplomaten, S. 262 f.

das außer von Stalin auch von den Herren Truman und Attlee unterzeichnet war, ließ sich selbst mit allergrößter Naivität nicht entschuldigen.²⁸⁵

Indes folgte die Deutschlandpolitik der Sowjetunion nach Kriegsende wie in den anderen Ländern seines Macht- und Interessenbereiches in Ost- und Südosteuropa von Anbeginn keiner eindeutig festgelegten Konzeption. Es existierte in dieser Frage seitens der Moskauer Führung kein „Masterplan“, sondern sie bewies – wie auch bereits in der zurückliegenden Außenpolitik – eine hohe Flexibilität. In der manichäisch klar aufgeteilten Welt Stalins existierte weiterhin der fundamentale ideologische Gegensatz zwischen kommunistischen östlichen Staaten und kapitalistischen bzw. imperialistischen westlichen Staaten. Für den sowjetischen Regierungschef waren alle Staaten, die außerhalb des sowjetischen Imperiums und mithin seiner persönlichen Kontrolle lagen potentielle Gegner. Die kapitalistischen, demokratisch regierten Länder des Westens waren indes existentielle Widersacher, mit denen er sich weiterhin in einem fundamentalen ideologischen Kampf befand. Gleichwohl zählte die Vermeidung einer konkreten militärischen Konfrontation mit dem „kapitalistischen Feind“ nach dem Sieg gegen den deutschen Nationalsozialismus zu einem zentralen Ziel der Stalinschen Politik. Zunächst ging es primär um die Konsolidierung und die Disziplinierung des eigenen Lagers und um den vorsichtigen, schrittweisen Ausbau des Einflusses auch in nichtkommunistisch regierten Ländern. Das schloss in der Vergangenheit keineswegs eine situationsbedingte Kompromisspolitik mit den Partnern der Anti-Hitler-Koalition aus, solange es den sowjetischen Zielen und Interessen zupass kam. Gleichzeitig lag der Fokus in den Ländern Ost- und Südosteuropa auf einer sich langsam durchsetzenden, variablen Politik der Sowjetisierung dieser Länder. Diese Politik musste zum Teil nicht im Widerspruch zu gemachten Konferenzvereinbarungen mit den alliierten Partnern stehen – die Vereinbarungen zum Beispiel von Jalta oder auch von Potsdam waren in einigen Punkten überaus vage und interpretationsbedürftig. Zu Dissonanzen kam es nicht zuletzt aus dem Grund, dass die Moskauer Zentrale alliierte Erklärungen qua ideologischer Prämissen interpretierte und umsetzte. Die zeigte sich an der Deutschlandpolitik der Sowjetunion in der eigenen Zone.

Während des Krieges favorisierte die sowjetische Staatsführung den Plan, nach der totalen Niederlage des Nationalsozialismus, Deutschland zu teilen. Im Lauf der Verhandlungen mit den alliierten Partnern zeigte Stalin dann jedoch seine Bereitschaft,

²⁸⁵ Ebenda, S. 263 f.

nach der bedingungslosen Kapitulation die Spaltung Deutschlands zu verhindern. Der Kremlchef erklärte sich einverstanden, an dem Prinzip der wirtschaftlichen Einheit des Landes mitzuwirken und auf der Basis der in Potsdam getroffenen Vereinbarungen die Verantwortung für die umfassende Demokratisierungspolitik in der sowjetischen Besatzungszone zu übernehmen. Stalin betrieb in der Deutschlandfrage von Anbeginn eine flexible, pragmatische Realpolitik. Das zentrale Ziel bestand darin, die politische und letztlich militärische Integration Deutschlands in das westliche Lager unter der Führung der Vereinigten Staaten zu verhindern. Die Hoffnungen ruhten vor allem darauf, dass die US-Truppen alsbald aus Europa abgezogen würden. Nach Moskauer Interpretation zielten die Postulate wie Entnazifizierung und industrielle Entflechtung auf die Beseitigung der ökonomischen Grundlagen, die überhaupt den Nationalsozialismus ermöglicht hatte. Genauer: nach kommunistischer Ideologie existierte ein Konnex zwischen dem kapitalistischen Gesellschaftssystem und dem sogenannten „deutschen Faschismus“. Für das sich in den dreißiger Jahren konstituierte System und Regime unter der Führung von Adolf Hitler war in den Augen der sowjetischen Führung zwangsläufig die imperialistische Variante des Kapitalismus verantwortlich.

In der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) zeigte sich sehr früh die Tendenz, die dortigen gesellschaftlichen und politischen Bedingungen nach Moskauer Vorstellungen zu verändern. Die sowjetischen Vertreter betrieben eine rücksichtslose und überstürzt vorangetriebene Reparations- und Demontagepolitik. In erster Linie folgte man dem Prinzip, Beute jeder Art zu machen. Wirtschaftlich beuteten sie das Land aus, um für die Kriegsschäden im eigenen Land eine Kompensation zu erhalten. Dies stand zweifelsohne im Einklang mit den Potsdamer Beschlüssen, obwohl sich langfristig die massive Demontage industrieller Eichrichtungen für die Ökonomie in der SBZ mit starken negativen Konsequenzen verband. Gegen den „Geist des Potsdamer Einheitsgebots“, so Hermann Graml, verstieß sie gleichwohl bereits im Sommer 1945, als sie eine Bodenreform einleitete, „die den agrarischen Großgrundbesitz entschädigungslos enteignete, und weitere tiefe Eingriffe in das deutsche Wirtschafts- und Gesellschaftsgefüge“ sich bald anschlossen.²⁸⁶

Die folgenreichste sowjetische Entscheidung in der SBZ war die Schaffung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED). Bereits im Juni 1945 konnte sich

²⁸⁶ Hermann Graml, Strukturen und Motive alliierter Besatzungspolitik in Deutschland, in: Wolfgang Benz (Hg.), Deutschland unter alliierter Besatzung: 1945-1949/55, S. 29.

unter anderem die KPD neu gründen, die aber über ein politisches Schattendasein nicht hinaus kam und isoliert blieb. Um den dann letzten Endes im April 1946 realisierten Zusammenschluss mit der Sozialdemokratischen Partei (SPD) zu ermöglichen, verabschiedete sie sich von dem Ziel „Diktatur des Proletariats“. Als Ziel gab sie an, die „bürgerlich-demokratische Revolution“ zu vollenden und formulierte zu Beginn 1946 die These, dass es einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus geben würde. Vor dem Hintergrund der im Sommer/Herbst 1946 anstehenden Wahlen in den Ländern und Kommunen der SBZ, drängte Stalin darauf, die KPD mit der SPD zur SED zu verschmelzen. Die einflussreichsten Positionen wurden mit moskauhörigen Kommunisten besetzt. Alle anderen zugelassenen bürgerlichen Parteien in der SBZ wurden zwar geduldet, waren aber zu einer reinen Statistenrolle verdammt. Die sowjetischen Okkupanten „legten also das Fundament einer Einparteiendiktatur, und dies war mit dem Potsdamer Demokratisierungsauftrag natürlich nur dann vereinbar, wenn man den sowjetischen Demokratiebegriff für richtig hielt.“²⁸⁷

Die Mehrheit der Bevölkerung in der SBZ erhoffte sich aber ein demokratisches und parlamentarisches System westlichen Zuschnitts, und dies war mit der Monopolisierung der Macht in den Händen einer einzigen politischen Kraft, der SED, nicht vereinbar. Mit der Übertragung des eigenen politischen Systems auf die SBZ verstieß Moskau nicht nur gegen die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz, sondern sorgte auch dafür, dass die Bevölkerung der eigenen Zone und der drei anderen Zonen in zunehmenden Maße eine ablehnende Haltung gegenüber der SED und der sowjetischen Besatzungspolitik einnahm.

Mehr und mehr zeichnete sich ab, dass an eine gemeinsame alliierte Deutschlandpolitik- und Besatzungspolitik nicht zu denken war. Die Spaltung Deutschlands in zwei Lager korrespondierte mit der Verschärfung des Ost-West-Gegensatzes. Nicht zuletzt mit der am 1. Januar 1947 erfolgten Vereinigung der amerikanischen und britischen Zone zu einem „Gemeinsamen Wirtschaftsgebiet“ wurde der sowjetischen Seite klar, dass ihre Deutschlandkonzeption – in deren Zentrum weiterhin die Reparationspolitik und das Ziel eines Einheitsstaates nach sowjetischem Vorbild – zum Scheitern verurteilt war. Denn aus der sogenannten Bizone entwickelte sich fortan ein deutscher Kernstaat und mithin die Integration Westdeutschlands in das von den Vereinigten Staaten dominierte westliche (europäische) System. Sichtbarster

²⁸⁷ Ebenda, S. 30.

Ausdruck für die Unmöglichkeit einer gemeinsamen Besatzungspolitik bzw. für die ideologische Polarisierung der Welt in einen westlichen und östlichen Block, war das Scheitern der Moskauer Außenministertagung 1947 und die Ablehnung des Marshall-Planes durch die Sowjetunion. Der Plan des amerikanischen Außenministers sah bekanntlich in erster Linie vor, den europäischen Staaten inklusive den osteuropäischen Staaten ökonomische Hilfe zuteil werden zu lassen. Für Stalin jedoch stellte die ökonomische Einbeziehung der östlichen Staaten in den amerikanischen Regierungsplan eine ernstzunehmende Gefahr für den Zusammenhalt der Staaten des sowjetischen Machtbereiches dar. Gleichzeitig wurde mit dem wirtschaftlichen Aufbauplan für Europa der sowjetischen Staatsführung die eindeutige Botschaft vermittelt, dass die amerikanische Regierung keinesfalls daran dachte, sich aus Europa zurückzuziehen.²⁸⁸

Mit der Gründung des Kommunistischen Informationsbüros (Kominform) im September 1947, die auf eine verstärkte Kontrolle der kommunistischen Parteien abzielte und die Sowjetisierung des osteuropäischen Staatenblocks beschleunigen sollte, schritt die ideologische Formation der Welt voran. Erstmals erklärte hier der sowjetische Funktionär und Stalin-Abgesandte Andrei Schdanow die politische Leitlinie und verkündete der Weltöffentlichkeit „die These von den beiden einander in unerbittlicher Feindschaft gegenüberstehenden Lagern“.²⁸⁹

I. 2. 4. Die Genese des „weichen“ Kurses in der amerikanischen Besatzungspolitik angesichts der sowjetischen Herausforderung und das endgültige Scheitern der diplomatischen Zusammenarbeit der ehemaligen Verbündeten

Wie gezeigt, wurde in der US-amerikanischen Administration noch während der laufenden Kriegshandlungen ein Planungsprozess in Gang gesetzt, in dem die Frage im Zentrum stand, wie nach dem militärischen Sieg mit dem „deutschen Problem“ umzugehen sei. Insbesondere Präsident Roosevelt, der die Gefahren des

²⁸⁸ Vgl. exemplarisch zur sowjetischen Deutschlandpolitik in den ersten Nachkriegsjahren zusammenfassend Rolf Badstübner, Die sowjetische Deutschlandpolitik im Licht neuer Quellen, in: Wilfried Loth (Hg.), Die deutsche Frage in der Nachkriegszeit, Berlin 1994, S. 102-135.

²⁸⁹ Gerhard Wettig, Von der Entmilitarisierung zur Aufrüstung in beiden Teilen Deutschlands 1945-1952, in: Bruno Thoss (Hg.), Vom Kalten Krieg zur deutschen Einheit: Analysen und Zeitzeugenberichte zur deutschen Militärgeschichte 1945 bis 1995, München 1995, S. 3-36 (hier S. 8).

nationalsozialistischen Expansionskrieges auch für das eigene demokratische Staatswesen sehr früh erkannte, vertrat den eindeutigen Standpunkt, dass nur eine bedingungslose Kapitulation Deutschlands im amerikanischen Interesse sei. Auch unter dem Einfluss seiner Berater stehend, kam er zu dem Entschluss, dass Deutschland kein weiteres Mal Europa mit einem Hegemonialkrieg überziehen darf. Deshalb befürworteten vor der Jalta-Konferenz neben dem US-Präsidenten insbesondere die einflussreichen „Roosevelt-Linken“²⁹⁰ auf amerikanischer Seite eine Politik, die eine harte Bestrafung der Deutschen als notwendig und gerechtfertigt ansah. Obwohl in dieser Gruppe keine detaillierten Deutschlandpläne für die Zeit nach Ende des Krieges erstellt wurde – Roosevelt wollte noch den endgültigen Kriegsverlauf abwarten, um nach dem Sieg über Deutschland eine festumrissene Konzeption, mit genau festgelegten Zielen, für die Besatzungspolitik auf den Weg zu bringen –, existierten hier „erste Überlegungen zur Teilung Deutschlands, zur Verurteilung der Kriegsverbrecher, Forderungen nach Reparationen, die Pflicht zum Wiederaufbau und zur Veränderung der Gesellschaftsstruktur durch die Ausschaltung der NS-Eliten und den Aufbau eines demokratischen Staatswesens.“²⁹¹

Ein Produkt der Verfechter einer harten Bestrafung Deutschlands, war der im Sommer 1944 in Washington entstandene berühmt gewordene sogenannte Morgenthau-Plan.²⁹² Benannt nach dem Finanzminister Henry Morgenthau – der ganz unter dem Eindruck der nationalsozialistischen Massenverbrechen und insbesondere der Judenverfolgung und -ermordung stand – beinhaltete der 14 Punkte umfassende Plan unter anderem die nahezu totale Reduzierung der industriellen Produktionskapazitäten und die Umwandlung Deutschlands in ein Agrarland. Obwohl Roosevelt diesen Überlegungen durchaus Sympathien entgegenbrachte, zumal die Vorschläge Morgenthaus durchaus mit seinen Vorstellungen einer Politik der Demilitarisierung und Denazifizierung sowie der Dekartellisierung und Demokratisierung kompatibel schien, wurde der Morgenthau-Plan zu keinem Zeitpunkt ein offizielles Dokument der amerikanischen Politik. Nach heftigen Protesten von Außenminister Cordell Hull und

²⁹⁰ Die „Roosevelt-Linken“ zeichneten sich insbesondere durch die Tatsache aus, dass sie Sympathien für das sowjetische Regime unter Stalin hatten – wie beispielsweise der ehemalige Außenminister Roosevelts und von Frühjahr 1945 bis September 1946 als Handelsminister unter Truman operierende Henry Wallace, der jedwede Kritik an der Sowjetunion unterließ. Siehe hierzu und zu dem Begriff Bernd Greiner, *Die Morgenthau-Legende: Zur Geschichte eines umstrittenen Plans*, S. 64-67 und S. 72 ff.

²⁹¹ Hermann-J. Rupieper, *Amerikanische Besatzungspolitik*, in: Wolfgang Benz (Hg.), *Deutschland unter alliierter Besatzung: 1945 – 1949/55*, Berlin 1999, S. 33-47 (hier S. 33).

²⁹² Vgl. hierzu grundsätzlich Bernd Greiner, *Die Morgenthau-Legende: Zur Geschichte eines umstrittenen Plans*.

Kriegsminister Henry Stimson, wurde der Plan vom US-Präsidenten am 1. Oktober 1944 begraben.²⁹³

Gleichwohl entstand im September 1944 die vom „Geist des Morgenthau-Plans“ geprägte Direktive JCS 1067, die dem künftigen amerikanischen Militärgouverneur die Richtlinien für die zu verfolgende Politik in seiner Besatzungszone in die Hand gab. Nach der Jalta-Konferenz und nach dem Tode Roosevelts im April 1945, genehmigte dessen Nachfolger Truman am 11. Mai des Jahres die Direktive. Den strafenden Charakter, den die „Grundlegende(n) Ziele der Militärregierung in Deutschland“ – so die Überschrift – des Dokumentes begründete Truman mit folgenden Worten:

„Es muß den Deutschen klagemacht werden, daß Deutschlands rücksichtslose Kriegführung und der fanatische Widerstand der Nazis die deutsche Wirtschaft zerstört und Chaos und Leiden unvermeidlich gemacht haben und daß sie nicht der Verantwortung für das entgehen können, was sie selbst auf sich geladen haben“ so Truman. Unmissverständlich stellte er noch zu diesem Zeitpunkt fest: „Deutschland wird nicht besetzt zum Zwecke seiner Befreiung, sondern als besiegter Feindstaat.“²⁹⁴

Eine inneramerikanische Kontroverse entfachten die Vertreter des War Department und des State Department, die sich im Gegensatz zu den Anhängern des Morgenthau-Plans für eine „weiche Linie“ in der Deutschlandfrage einsetzten. Sie stimmten einerseits mit der Ansicht überein, dass der deutsche Militarismus und der Nationalsozialismus in allen Bereichen eliminiert werden müsse und befürworteten auch die Kontrolle des industriellen Potentials; andererseits sah man hier die Bedeutung, Deutschland nach Kriegsende stärker in das internationale System zu integrieren und es mithin wieder in die Gemeinschaft der demokratischen Nationen aufzunehmen. Diese beiden US-Institutionen sahen in Deutschland ein Land, dass fortan ein wichtiger Bestandteil eines komplexen europäischen Wirtschaftssystems sein sollte und dessen Nichteinbeziehung mit gravierenden Nachteilen für die westliche Staatengemeinschaft verbunden wäre.²⁹⁵

Gerade im State Department setzten früh Überlegungen ein, das postnationalsozialistische Deutschland im Interesse einer zukünftig stabilen wirtschaftlichen und politischen europäischen Friedensordnung möglichst nur mit maßvollen und erfüllbaren Bedingungen zu konfrontieren. Bereits in zwei Stellungnahmen zur Deutschlandfrage aus dem Jahre 1943 lehnte man die Teilung des

²⁹³ Wolfgang Benz, Potsdam 1945. Besatzungsherrschaft und Neuaufbau im Vier-Zonen-Deutschland, S. 38.

²⁹⁴ Zitiert nach Hermann Graml, Strukturen und Motive alliierter Besatzungspolitik in Deutschland, in: Wolfgang Benz (Hg.), Deutschland unter alliierter Besatzung: 1945-1949/55, S. 23.

²⁹⁵ Siehe Hermann-J. Rupieper, Amerikanische Besatzungspolitik, in: Wolfgang Benz (Hg.), Deutschland unter alliierter Besatzung: 1945 – 1949/55, S. 34.

Landes und radikale Eingriffe in die Wirtschaft entschieden ab und plädierten um so mehr für eine umfassende Demokratisierungspolitik, die auch und vor allem einen strukturpolitischen Umbau im föderalistischen Sinne implizierte.²⁹⁶

Nachdem sich Roosevelt in der Deutschlandpolitik von den genuinen Vorstellungen im Sinne Morgenthau verabschiedet hatte, konnten allmählich die Vertreter des State Department an Einfluss gewinnen, ohne dass sich dies automatisch explizit in der konkreten amerikanischen Außenpolitik niederschlug. Das einzige was die Vertreter des State Departments bis zum Auftakt der Jalta-Konferenz erreichten konnten, war eine entschärfte und „dehnbarere Fassung“ (Hermann Graml) der vom eindeutig harten Bestrafungscharakter Deutschlands gekennzeichneten Direktive JCS 1067. Darüber hinaus fungierte ab November 1944 mit Edward R. Stettinius als Nachfolger Hulls als Außenminister an einer zentralen Machtposition, der in der Vorbereitung auf die Konferenz in Jalta Roosevelt davon zu überzeugen versuchte, dass ein wichtiges Ziel der amerikanischen Deutschlandpolitik dereinst darin bestehen sollte, die ‚Eingliederung (...) eines reformierten, friedlichen und wirtschaftlich nichtaggressiven Deutschland in ein liberales Welthandelssystem‘ anzustreben.²⁹⁷ Obwohl Roosevelt in Jalta aus den bereits genannten Gründen diese Vorstellung nicht übernahm, reiste nicht Morgenthau, sondern Stettinius mit auf die Konferenz.

Nach der Jalta-Konferenz und mit der Ernennung Trumans zum neuen Präsidenten der Vereinigten Staaten verloren die Anhänger des Morgenthau-Plans, die nicht nur im Finanzministerium anzutreffen waren, den letzten Rest an Einfluss im Hinblick auf die amerikanische Außenpolitik. Truman gab dieser Fraktion unmissverständlich zu verstehen, dass sie sich in der Deutschlandfrage heraushalten sollte. Zum neuen Außenminister wählte er sich James F. Byrnes aus, dem keinerlei Sympathien für die Sowjetunion nachgesagt werden konnten und mithin in Opposition zur „Roosevelt-Linken“ stand. Aber nicht nur durch den neuen Außenminister sollten sich schrittweise die veränderten Leitlinien der Deutschlandpolitik herauskristallisieren, sondern zudem auch die amerikanische Außenpolitik gegenüber der Sowjetunion. Wie gesagt, standen die Deutschlandfrage und die amerikanische Außenpolitik gegenüber der Sowjetunion nach der Potsdamer Konferenz in einem sich immer stärker aufladenden Verhältnis.

²⁹⁶ Siehe Hermann Graml, Zwischen Jalta und Potsdam, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 24 (1976), S. 308-316 (hier S. 311).

²⁹⁷ Wilfried Loth, Die Teilung der Welt 1941-1955, S. 83.

Dies resultierte auf der amerikanischen Seite in allererster Linie daraus, dass der neue Präsident Truman sich mit neuen Beratern umgab, die der mehr auf Kooperation mit Stalin angelegten Politik Roosevelts eine klare Absage erteilten. Wie beispielsweise der sich den „Riga-Grundsätzen“ verpflichtende Botschafter in Moskau, W. Averell Harriman, traten sie aufgrund ihres (militanten) Antikommunismus der Politik Stalins mit Skepsis gegenüber. Eingedenk der Tatsache, dass der fundamentale Konflikt mit dem totalitären Regime der Sowjetunion ihrer Einschätzung nach während der Anti-Hitler-Koalition nur vorübergehend stillgestellt war, Stalin aber auf den alliierten Konferenzen aus einer Position der Stärke auftreten konnte – zumal als Siegermacht auf der Potsdamer Konferenz – und mithin eine nüchterne Macht- und Interessenpolitik durchzusetzen vermochte, änderte sich die amerikanische Außenpolitik. Fortan galt unter der Führung Trumans angesichts der prinzipiellen Gegnerschaft mit dem kommunistischen Sowjetsystem nach der Potsdamer Konferenz und des sich sukzessive anbahnenden Ost-West-Konfliktes die Devise: „Nicht Deutschland ist unser Problem, sondern Rußland.“²⁹⁸

Die härtere Gangart gegenüber der Politik Moskaus zeichnete sich schon vor der Potsdamer Konferenz ab, als im April 1945 Truman gegenüber dem sowjetischen Außenminister eine Standpauke hielt, die selbst überzeugten Antikommunisten überaus bemerkenswert vorkam. Sein Ziel, dem Vertreter Moskaus die zukünftig von einer realistischen Analyse der sowjetischen Diplomatie getragene Politik Washingtons anzuzeigen, zeigte Wirkung. Obwohl Molotow den US-Präsidenten zu überzeugen versuchte, dass sich die sowjetische Regierung als zuverlässiger Partner erweisen wird, die alle getroffenen Vereinbarungen einzuhalten gedenke, musste er sichtlich beeindruckt feststellen: „Noch nie in meinem Leben hat jemand so mit mir gesprochen.“ Denn angesichts der Antwort Trumans, „er solle in Zukunft seine Abmachungen einhalten, dann werde auch niemand mehr so mit ihm sprechen“,²⁹⁹ konnte er für die zu erwartenden amerikanische Politik schlussfolgern: „Vorbei die Gesten, überholt die symbolischen Auftritte, mit denen Roosevelt der Anti-Hitler-Koalition immer wieder neues Leben eingehaucht hatte.“³⁰⁰

Auf der amerikanischen Seite gewann also unter Truman eine Politik an Boden, die im Gegensatz zum früheren Präsidenten im Hinblick auf das aus dem Zweiten

²⁹⁸ Zitiert nach Bernd Greiner, Die Morgenthau-Legende: Zur Geschichte eines umstrittenen Plans, S. 205.

²⁹⁹ Wilfried Loth, Die Teilung der Welt 1941-1955, S. 102.

³⁰⁰ Bernd Greiner, Die Morgenthau-Legende: Zur Geschichte eines umstrittenen Plans, S. 207.

Weltkrieg gestärkt hervorgegangene sowjetische System einen realistischen Blick einnahm und im Großen und Ganzen von der Prämisse ausging, dass Stalin qua kommunistischer Ideologie auf territoriale Expansion bedacht ist und sich keinesfalls zum Ziel gesetzt hatte, in grundsätzlichen Fragen, mit den westlichen demokratischen Staaten zusammenzuarbeiten. Dieser Wahrnehmungs- bzw. Einstellungswechsel in der US-Administration musste sich früher oder später konsequenterweise auch auf die amerikanische Deutschlandpolitik auswirken, da die Sowjetunion ihren Einflussbereich bis in die Mitte Europas, d. h. Berlin, erweitert hatte und Stalin daran ging die vagen Potsdamer Beschlüsse nach kommunistischer Lesart zu interpretieren.

Mit der Umsetzung der Direktive JCS 1067, die, wie gesagt, die Richtlinien für die Politik in der amerikanischen Besatzungszone beinhalteten, wurde das War Department beauftragt, das im Juni 1945 vom US-Präsidenten Truman die alleinige Zuständigkeit übertragen bekam. Das State Department wiederum behielt ausschließlich die Verantwortung für genuin außenpolitische Fragen, konnte gleichwohl Einfluss auf die Deutschlandpolitik nehmen, weil ihre Seite dem Militärgouverneur einen politischen Berater zur Seite stellte. Zum stellvertretenden Militärgouverneur wurde General Lucius D. Clay ernannt, der den Ermessungsspielraum der Richtlinien in seinem Sinne ausnutzte und sich auch gegen Angriffe von Anhängern der „harten Linie“ gegenüber Deutschland durchzusetzen wusste. Allerdings standen die allgemeinen Rahmenbedingungen der amerikanischen Besatzungszone – wie gezeigt – durch die Potsdamer Beschlüsse bzw. die Direktive JCS 1067 fest. Neben grundsätzlichen politischen und gesellschaftlichen Strukturveränderungen in Deutschland fokussierte die Militärverwaltung „die ‚Umerziehung‘ und ‚Umorientierung‘ der deutschen Bevölkerung in einer gewaltigen Demokratisierungsaktion auf die Werte, Einrichtungen und Spielregeln der Demokratie amerikanischer bzw. westlicher Provenienz.“³⁰¹

Die umfassende Demokratisierungspolitik kam auch den Vorstellungen General Clays entgegen, der als Feind des nationalsozialistischen Gewaltsystems von der notwendigen Entnazifizierung der deutschen Gesellschaft überzeugt war. Darüber hinaus ging er aber auch davon aus, so der Hamburger Historiker Bernd Greiner, dass „die Deutschen ihren Weg zur Demokratie nur finden könnten, wenn man ihnen alsbald

³⁰¹ Hermann-J. Rupieper, Amerikanische Besatzungspolitik, in: Wolfgang Benz (Hg.), Deutschland unter alliierter Besatzung: 1945 – 1949/55, S. 35.

möglichst viel Verantwortung übertrug – in der Politik und selbstverständlich auch in der Wirtschaft.“³⁰²

Die amerikanische Besatzungspolitik war spätestens seit Beginn 1946 auch durch einen Antikommunismus in der US-Administration geprägt, der sich im Laufe der Monate auch durch die Erfahrungen und Erkenntnisse über die Entwicklungen in der sowjetischen Zone – sowie durch die allmählich einsetzende Sowjetisierung der ost- und südosteuropäischen Länder – herausgebildet hatte und sich immer mehr verstärkte. „Deutschland war innerhalb weniger Monate vom Modellfall alliierter Kooperationsfähigkeit zum Testfall für den sich anbahnenden Ost-West-Konflikt geworden.“³⁰³ Nicht zuletzt das „lange Telegramm“ von George F. Kennan vom 22. Februar 1946 hatten einen entscheidenden Einfluss darauf, dass sich in weiten Teilen des Washingtoner Regierungsapparates ein „realistischer Blick“ auf die sowjetische Außenpolitik durchsetzte. Die von Kennan vorweggenommenen Prinzipien der Trumanschen Eindämmungspolitik stießen – wie gezeigt – insbesondere im State Department auf Resonanz, so dass sich hier gewissermaßen ein antikommunistischer Kampfgeist ausbreitete. Konsequenzen hatte dies auch für General Clay und Außenminister Byrnes, die beide keineswegs Sympathien für die Sowjetunion hatten, aber dennoch in der Deutschlandfrage durchaus die Meinung vertraten, dass zwar ein härterer Kurs gegenüber Stalin begrüßenswert wäre, dies aber nicht ausschloss, in einzelnen Fragen auf ein Arrangement zu setzen. Ab Anfang 1946 mussten die beiden einflussreichen Vertreter Washingtons indes erkennen, dass sie mit einem in Regierungskreisen weitverbreiteten Antikommunismus zu rechnen hatten und darüber hinaus auch die amerikanische Öffentlichkeit einer Appeasementpolitik gegenüber Moskau ablehnend gegenüber stand.³⁰⁴

Der verstärkte Antikommunismus und die sich daraus entwickelnde Absage an einen „weichen Kurs“ gegenüber Moskau mussten sich auch auf die Deutschlandpolitik der

³⁰² Bernd Greiner, Die Morgenthau-Legende: Zur Geschichte eines umstrittenen Plans, S. 259.

³⁰³ Manfred Görtemaker, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart, München 1999, S. 35.

³⁰⁴ Wie gezeigt wurde, hatte hier auch die Veröffentlichung des autobiographischen Renegatenberichtes „I Chose Freedom“ von Victor A. Kravchenko erhebliche Bedeutung. Denn hiermit wurde der amerikanischen Öffentlichkeit neuerlich darüber unterrichtet, dass die Menschen in der Sowjetunion von einem totalitären Polizeistaat regiert werden und indem der NKWD ein umfassendes Zwangsarbeitslagersystem mit Millionen von Häftlingen aufgebaut hatte.

Militärregierung auswirken, so dass sich die Umsetzung der Besatzungsrichtlinien in einem politisch immer stärker aufgeladenen Kontext abspielte. Allerdings resultierten Schwierigkeiten bzw. Veränderungen in der amerikanischen Besatzungspolitik auch beispielsweise aus den wirtschaftlichen Strafmaßnahmen gegen Deutschland, wie sie die Potsdamer Beschlüsse bzw. die Direktive JCS 1067 vorsahen. Vor dem Hintergrund der 1945/46 einsetzenden Ernährungsproblematik und der Unfähigkeit der Deutschen sich selbst zu versorgen, was unter anderem durch die Entflechtung der Industrie und durch Reparationszahlungen, einschließlich der Demontagen, zu erklären war, setzten auf Seiten der amerikanischen Militärregierung – aber auch der britischen – Bestrebungen zu einer ökonomischen Stabilisierung des Landes ein. Denn es bestand die Gefahr, dass bei anhaltenden wirtschaftlichen und sozialen Problemen, die gesamte komplexe Demokratisierungspolitik in Deutschland scheitern könnte. „Für die besatzungspolitische Praxis“, so Hermann Graml, „folgte daraus, daß sich die britischen und amerikanischen Besatzungsbehörden fast sofort daran machten, den Deutschen ihrer Zonen die Sicherung des Existenzminimums aus eigener Kraft zu ermöglichen und mithin wenigstens eine begrenzte wirtschaftliche Erholung zu fördern.“³⁰⁵

Schon im Dezember 1945 reagierte das amerikanische Außenministerium auf das Problem der wirtschaftlichen Situation, indem es in einem Kommuniqué „deshalb jede Absicht bestritten, ‚der deutschen Wirtschaft bleibende Beschränkungen aufzuerlegen‘. Vielmehr beabsichtigen die USA, ‚dem deutschen Volk zu gestatten..., seine eigenen Produktionsmittel weiter zu entwickeln und einen höheren Lebensstandard zu erarbeiten‘. Einschränkungen gebe es nur insofern, als es gelte, ‚nach Maßgabe eines späteren Friedensvertrages, die Herstellung von Waffen zu verhindern‘.“³⁰⁶

Ohne ein in Gang kommen der deutschen Wirtschaft, das wesentlich die Reduzierung der Demontagen voraussetzte, wäre nicht nur der Wiederaufbau eines kapitalistischen demokratischen westeuropäischen Staatensystems unmöglich gewesen, sondern auch die allmähliche politische Integration Deutschlands in das Europa unter amerikanischer Führung. An eine einheitliche Linie unter den Alliierten war im Hinblick auf die Reparationspolitik unter anderem aufgrund der Obstruktion der Sowjetunion nicht mehr zu denken. Sollte jedoch das im Potsdamer Abkommen

³⁰⁵ Hermann Graml, Strukturen und Motive alliierter Besatzungspolitik in Deutschland, in: Wolfgang Benz (Hg.), Deutschland unter alliierter Besatzung: 1945-1949/55, S. 28.

³⁰⁶ Manfred Görtemaker, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart, S. 28.

formulierte Ziel, Deutschland als einheitliches Wirtschaftsgebiet zu erhalten, erreicht werden, so war es angesichts des gescheiterten „Industriepfanes“ – der am 28. März 1946 im Alliierten Kontrollrat vereinbart wurde – aus amerikanischer Sicht unumgänglich, in der Deutschlandpolitik einen neuen Weg einzuschlagen. Am 3. Mai 1946 verfügte General Clay einen Demontagestopp für die amerikanische Zone und problematisierte innerhalb der Militärregierung die Beziehungen zu den sowjetischen Vertretern. Wenige Monate danach, verständigten sich die amerikanische und britische Militärregierung darauf, dass mit Beginn des Jahres 1947 ihre Zonen zu einem „Gemeinsamen Wirtschaftsgebiet“ vereinigt werden sollten. Aus dieser Bizone entwickelte sich noch im gleichen Jahr, nachdem ihr auch eine politische Struktur verliehen wurde, ein westdeutscher Kernstaat.³⁰⁷ Das bedeutete: „Analog zur Verschärfung des Ost-West-Konfliktes zwischen der Sowjetunion und den Westmächten wurden damit nun zunehmend Maßnahmen zur Integration der beiden Teile Deutschlands in die entstehenden Machtblöcke ergriffen.“³⁰⁸

Wie in Washington kam man auch in London Anfang 1946 zu der Erkenntnis, dass das in den Potsdamer Beschlüssen formulierte Ziel, Deutschland als wirtschaftliche Einheit zu behandeln nicht erreicht werden kann und hielt die deutsche Teilung für wahrscheinlich. Angesichts einer sowjetischen Politik, deren strategische Absicht augenscheinlich darin lag, die politischen und ökonomischen Kosten für die Vereinigten Staaten in ihrem Deutschlandengagement so hoch wie möglich zu schrauben, um sie zum Rückzug vom europäischen Kontinent zu zwingen, änderte die englische Regierung ihre Haltung in der Deutschlandfrage. Man ging von der Annahme aus, dass Stalin mit einer großen kapitalistischen Krise Europas und Amerikas rechnete, so dass sich eine bedrohliche Konsequenz ergeben hätte, insofern die USA tatsächlich aus Europa abgezogen wären; denn dann hätte die sowjetische Supermacht alle Möglichkeiten besessen, in Europa seine politischen Vorstellungen ohne nennenswerten Widerstand durchzusetzen. Im Hinblick auf die britische Deutschlandpolitik hieß es in einem Arbeitspapier vom 5. April 1946 eindeutig: „...unsere langfristige Politik in bezug auf Deutschland muß in vollem Umfang der Tatsache Rechnung tragen, daß Rußland ein sehr viel gefährlicherer potentieller Feind ist als Deutschland; sie kann

³⁰⁷ Jost Dülffer, Jalta, 4. Februar 1945. Der Zweite Weltkrieg und die Entstehung der bipolaren Welt, S. 210.

³⁰⁸ Manfred Görtemaker, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart, S. 38.

deshalb nicht allein unter dem Gesichtspunkt gestaltet werden, ein Wiederaufleben der Bedrohung durch Deutschland zu verhindern.³⁰⁹

Kurze Zeit später, am 3. Mai 1946, bezog der englische Außenminister Ernest Bevin eine richtungsweisende Position, als er in einer Kabinettsvorlage feststellte, dass die Gefahr, die seitens der sowjetische Politik drohte „inzwischen mit Sicherheit genauso groß (sei), möglicherweise noch größer, als die Gefahr eines wiedererstarkten Deutschland“.³¹⁰ Er zog daraus den Schluß, dass die Westzonen – ohne Rücksicht auf sowjetische Störmanöver – innerhalb kürzester Zeit wiederaufgebaut werden sollten.³¹¹

Die britische und die amerikanische Regierung erkannten also die Notwendigkeit, angesichts der sowjetischen Herausforderung hinfort mit einer einheitlicheren Politik der westlichen demokratischen Staaten zu antworten. Dies zeitigte selbstverständlich wie bereits angesprochen wurde Konsequenzen in Bezug auf die Deutschlandkonzeptionen der beiden alliierten Partner, zumal sich in diesem Kontext die Differenzen zur Sowjetunion immer mehr verstärkten. Eine Weiche für die Einrichtung der Bizone und die Teilung Deutschlands wurde durch das Scheitern der Pariser Außenministerkonferenz im Frühjahr und im Sommer 1946 gestellt. Ein Kompromiss in den vom Außenminister Molotow vorgelegten Moskauer Forderungen war unmöglich. Denn die sahen unter anderem die Umstrukturierung der deutschen Wirtschaft auf der Grundlage der in der sowjetischen Besatzungszone vollzogenen Praxis vor und das hätte für die Zukunft die kommunistische Umgestaltung Westdeutschlands impliziert. Vor dem Hintergrund der beabsichtigten Integration der westlichen Besatzungszonen in den eigenen Machtbereich hielt der amerikanische Außenminister Byrnes am 6. September 1946 seine richtungsweisende programmatische Rede in Stuttgart. Neben der Ankündigung der Einrichtung der Bizone, die wie gesagt im Kern auf die Bildung eines Weststaates und mithin auf die Teilung des Landes hinauslief, sorgte insbesondere die Bekanntgabe, dass die Vereinigten Staaten ihre militärische Präsenz in Deutschland und in Europa solange aufrechterhalten lassen, wie es andere Mächte auch tun. Für die deutsche Bevölkerung

³⁰⁹ Zitiert nach ebenda, S. 36.

³¹⁰ Zitiert nach ebenda, S. 36.

³¹¹ Ebenda S. 36.

bedeutete die Ankündigung der fortdauernden Anwesenheit der US-Truppen auch den Schutz vor der als bedrohlich empfundenen sowjetischen Expansion.³¹²

Das Scheitern der Moskauer Außenministerkonferenz im März und April 1947 bestätigte nur die frühe Einsicht von Teilen des Washingtoner Regierungsapparates – vor allem vom State Departement, dass eine substantielle Zusammenarbeit mit Moskau beim Wiederaufbau Europas unmöglich sei und die Deutschlandfrage in der sich abzeichnenden Ost-West-Blockkonfrontation politische Brisanz enthielt. Vor dem Hintergrund der ökonomischen Krise Europas und des Ziels, Deutschland in die westliche Allianz einzubinden, kam es im Laufe des Jahres 1947 unter Präsident Truman mit Blick auf die gegenüber der Sowjetunion zu vertretenden Politik zu zentralen Veränderungen. Nachdem Truman im März seine „Eindämmungs-Doktrin“ verkündet hatte und erstmals öffentlich von der Zweiteilung der Welt in ein westlich-demokratisches sowie östlich-kommunistisches Lager gesprochen hatte, kündigte drei Monate darauf der neue US-Außenminister General George C. Marshall einen neuen Kurs an. Am 5. Juni 1947 sagte der Nachfolger von Byrnes in einer programmatischen Rede vor Absolventen von der Harvard-Universität – ausgehend von der Prämisse, dass sich der sowjetische Expansionsdrang global manifestiere und mithin auch global eingedämmt werden müsse:

„Es ist nur logisch, daß die Vereinigten Staaten alles tun, was in ihrer Macht steht, um die Wiederherstellung gesunder wirtschaftlicher Verhältnisse in der Welt zu fördern, ohne die es keine politische Stabilität und keinen sicheren Frieden geben kann. Unsere Politik richtet sich nicht gegen irgendein Land oder irgendeine Doktrin, sondern gegen Hunger, Armut, Verzweiflung und Chaos. Ihr Zweck ist die Wiederbelebung einer funktionierenden Weltwirtschaft, damit die Entstehung politischer und sozialer Bedingungen ermöglicht wird, unter denen freie Institutionen existieren können.“³¹³

Gleichwohl waren sich der amerikanische Außenminister und seine einflussreichen politischen Berater, zu denen beispielsweise der ehemalige Mitarbeiter in der Moskauer Botschaft, Chip Bohlen, und der Leiter des im Frühjahr 1947 eingerichteten „Policy Planning Staff“, George F. Kennan, zählten, darüber im Klaren, dass sich der entscheidende „Kalte-Kriegs-Schauplatz“ in Europa befindet. Der am 3. April 1948 vom Kongress verabschiedete Marshallplan versprach Deutschland und allen anderen

³¹² Siehe Hermann-J. Rupieper, Amerikanische Besatzungspolitik, in: Wolfgang Benz (Hg.), Deutschland unter alliierter Besatzung: 1945 – 1949/55, S. 44 f.

³¹³ Zitiert nach der deutschen Übersetzung in: Europa-Archiv 2 (1947), S. 821.

europäischen Ländern umfangreiche finanzielle Hilfe. Für die Verwaltung der Gelder in Europa war der Leiter der in Paris sitzenden Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa, Averell Harriman,³¹⁴ zuständig. Im Kontext der Containment-Politik hatte der Marshall-Plan neben der wirtschaftlichen Strategie im Hinblick auf die Eindämmung der ideologischen und machtpolitischen Expansion des Sowjetkommunismus auch eine explizit politische Bedeutung. Denn durch den ökonomischen Wiederaufbau Westeuropas sollten auch die Voraussetzungen geschaffen werden, um demokratische Verhältnisse zu verwirklichen, die wiederum als Garantie angesehen wurden, die westeuropäischen Staaten gegen kommunistische Einflüsse zu immunisieren; in diesem Zusammenhang flossen – wie gezeigt – auch finanzielle Mittel der CIA über vertrauliche Fonds in den Marshall-Plan, mit denen kulturelle Projekte investiert wurden, um die Werte des Westens gegenüber der kommunistischen Herausforderung „offensiv“ zu vertreten.

Auf Vorschlag von Kennan, dem eigentlichen Architekten für das „European Recovery Program“ (ERP),³¹⁵ wurde aus taktischen Gründen auch der Sowjetunion und den Ländern seines Einflussbereiches Unterstützung angeboten. Wie erwartet, mussten dann im Sommer 1947 einige Länder Osteuropas das Angebot des amerikanischen Außenministers ablehnen, nachdem ihnen Stalin – wie zum Beispiel im Fall der Tschechoslowakei und Polens – mit ernsthaften Konsequenzen gedroht hatte.

Wie gezeigt, hatte sich aus der Wahrnehmungsperspektive des Kremlchefs die Welt durch den Marshall-Plan in zwei unversöhnliche Lager gespalten: in ein unter der Führung der USA stehendes „imperialistisches und antidemokratisches Lager“ auf der

³¹⁴Es ist alles andere als ein Zufall, dass Averell Harriman im Kontext des Kalten Krieges mit der Koordination des Marshall-Plans als Leiter der Organization for European Economic Cooperation beauftragt wurde. Wie gezeigt, war Harriman ein führender Repräsentant in der US-Administration, der frühzeitig eine antikommunistische Haltung einnahm. Schon zur Zeit seiner Tätigkeit als amerikanischer Botschafter in Moskau während des Zweiten Weltkrieges riet Harriman – z. B. auf der Jalta-Konferenz – auch zu einer harten Haltung gegenüber der Sowjetunion. Eingedenk der Erkenntnisse über das kommunistische Regime unter Stalin misstraute er jedweder Appeasementpolitik. Frühzeitig verfestigte sich bei ihm der Eindruck, dass der totalitäre Diktator ein fundamental anderes Weltbild vertritt und sich nach amerikanischer Auffassung zu diametral gegensätzlichen Werten und Prinzipien bekennt. Nach Kriegsende rechnete Harriman mit einem sowjetischen Vormachtstreben in Europa und sah die Implikationen für die amerikanische Deutschlandpolitik. Als Nachfolger von Henry Wallace als Handelsminister im Herbst 1946 unter Präsident Truman, wandte er sich entschieden gegen die harte Bestrafung Deutschlands wie es der Morgenthauplan vorsah. Angesichts der kommunistischen Gefahr plädierte er für die Einbindung (West-) Deutschlands in die westliche Allianz. Interessanterweise entschied sich Harriman während der Tätigkeit als US-Botschafter in Moskau im Frühjahr 1944 dazu, George F. Kennan als Mitarbeiter zu gewinnen, um u. a. die „Russlandpolitik“ der Regierung zu erörtern. So entstanden noch im Verlauf des Krieges gegen Deutschland unter der Leitung Harrimans einige Abhandlungen des Russlandexperten Kennan, die als Vorarbeiten für die „Theorie des Containment“ angesehen werden können. Siehe George F. Kennan, *Memoiren eines Diplomaten*, S. 251-256.

³¹⁵ Siehe hierzu die Ausführungen in dem Kapitel „Der Marshallplan“ in der Autobiographie von George F. Kennan, ebenda, S. 328-356.

einen Seite und in ein „antiimperialistisches und demokratisches Lager“ unter der Führung der Sowjetunion auf der anderen Seite. Diese im September 1947 auf der Gründungskonferenz der Kominform vom ZK-Sekretär Schdanow in Stalins Auftrag verkündete „Zwei-Lager-Theorie“, war fortan für sämtliche Kommunistische Parteien verbindlich. Zudem zeigte sie unmissverständlich an, dass Stalin die Zusammenarbeit mit den alliierten Partner ganz offiziell ein Ende gesetzt hatte und der alten Linie, d.h. dem ideologischen Grundsatzkonflikt mit den kapitalistischen Staaten, absolute Priorität einräumte.

Die sowjetische Ablehnung des Marshall-Planes war die entscheidende Weichenstellung für die Spaltung Europas und Deutschlands, da sie den Ausbau der Bizone, die Einführung der Währungsreform und die Gründung eines separaten Weststaates beschleunigte. In der Konzeption des amerikanischen Außenministers Marshall besaß naheliegenderweise Westdeutschland respektive die westlichen Besatzungszonen eine Schlüsselfunktion. Mithin erzwang das europäische Wiederaufbauprogramm eine veränderte amerikanische Deutschlandpolitik, was sich in der neuen Besatzungsdirektive JCS 1779 niederschlug, die im Juli 1947 die alte JCS 1067 ablöste. Bereits in seiner Harvard-Rede hatte Marshall bekräftigt, „in Deutschland jene politischen, wirtschaftlichen und moralischen Verhältnisse zu schaffen, die am effektivsten zu einem stabilen und prosperierenden Europa beitragen.“³¹⁶ Und auch der innerhalb der Truman-Administration über sehr viel Einfluss verfügende Averell Harriman konstatierte in Bezug auf die Bedeutung der westlichen Besatzungszonen für den Wiederaufbau Europas: „Wir können nicht eine sich selbst tragende westeuropäische Wirtschaft auf die Beine stellen ohne ein gesundes Deutschland.“³¹⁷

Die in JCS 1779 neuformulierte Deutschlandpolitik stellte eine Zäsur dar. Im Hinblick auf die Integration der Deutschen in das westliche Staatenbündnis sah die zukünftige amerikanische Besatzungspolitik vor, die durch die alte Direktive JCS 1067 resultierenden Behinderungen in der Entmilitarisierung, Entkartellisierung und Entnazifizierung zu beseitigen. Beispielsweise führte das dazu, dass die nach dem Krieg in Gang gesetzten politischen Säuberungen mehr und mehr an Schwung verloren, da sie

³¹⁶ Zitiert nach Bernd Greiner, Die Morgenthau-Legende: Zur Geschichte eines umstrittenen Plans, S. 327.

³¹⁷ Zitiert nach ebenda, S. 331.

für die desaströse wirtschaftliche Situation in den westlichen Zonen mitverantwortlich gemacht wurden.³¹⁸

Mit dem Marshallplan übernahmen die Vereinigten Staaten die Führungsrolle in Europa. In der existentiellen Systemauseinandersetzung mit dem sowjetischen Kommunismus wurde hierbei die Notwendigkeit gesehen, nur knapp zwei Jahre nach dem Sieg über den Nationalsozialismus (West-)Deutschland zum Partner zu machen. Entscheidend war der Gedanke, dass dem Kommunismus am effektivsten Paroli geboten werden kann, wenn der wirtschaftliche Wiederaufbau Europas in Gang gesetzt werden kann. Der Marshallplan beschleunigte die Spaltung Europas und Deutschlands und führte zur Integration des westlichen Landesteiles in die westliche Allianz. Hier im Zentrum Europas eskalierte im Verlauf des Jahres der Konflikt zwischen dem westlichen System unter der Führung der USA und dem östlichen System unter der Führung der Sowjetunion. In der Berlin-Krise im Jahre 1948 spitzte sich die Ost-West-Blockkonfrontation zu und bedeutete die erste große politische Krise zwischen den beiden Supermächten.

³¹⁸ Vgl. Hermann-J. Rupieper, Amerikanische Besatzungspolitik, in: Wolfgang Benz (Hg.), Deutschland unter alliierter Besatzung: 1945 – 1949/55, S. 46.

I. 3. Berlin als Schnittpunkt der feindlichen Systeme und die Krise 1948/49

Die Verschärfung des Ost-West-Gegensatzes wirkte sich freilich auch auf die gemeinsame alliierte Besatzungspolitik in Berlin aus und spitzte sich nach der Einführung der getrennten Währungsreform im Westen und Osten Deutschlands 1948 mit der Blockade der Stadt durch die Sowjetunion dramatisch zu. Vor dem Hintergrund, dass Berlin die ehemalige Reichshauptstadt des nationalsozialistischen Regimes war und sozusagen das Machtzentrum des „Führerstaates“ darstellte, wo zentrale Entscheidungen im Eroberungs- und Vernichtungskrieges getroffen wurden, besaß die Stadt einen hohen symbolischen Stellenwert für die alliierten Siegermächte. Noch vor der bedingungslosen Kapitulation des „Dritten Reiches“ am 8. Mai 1945 hatte Berlin durch die Londoner European Advisory Commission einen Sonderstatus erhalten. Das „Protokoll über die Besatzungszonen in Deutschland und die Verwaltung von Berlin“ (Londoner Protokoll) vom 12. September 1944 diente als Grundlage für die konkreten Abmachungen der Konferenzen von Jalta und Potsdam. Die Alliierten planten in Berlin eine gemeinsame Besatzungsherrschaft ausüben zu wollen. Dazu wurde die Stadt in drei Sektoren eingeteilt, d. h. in eine amerikanische, britische und sowjetische Besatzungszone; später entstand aus zwei Sektoren der Briten die französische Zone. Zu diesem Zeitpunkt lebten schätzungsweise 1, 8 Millionen Menschen in den westlichen Sektoren, im östlichen etwa 1, 1 Millionen.

In einem weiteren Abkommen vom 14. November 1944 wurde vereinbart, einen Alliierten Kontrollrat ins Leben zu rufen, der als die entscheidende gemeinsame Behörde ihren Sitz in Berlin haben sollte. Die gemeinsame Verwaltung und Regierung der Stadt lag in den Händen der Alliierten Kommandantur, einer Art „Kontrollrat en miniature“ (Wolfgang Benz), die aus den vier Oberbefehlshabern der alliierten Truppen bestand, dem alliierten Kontrollrat direkt unterstand und am 11. Juli 1945 seine Arbeit aufnahm. Damit war die Anwesenheit der vier Siegermächte im Zentrum der Stadt festgelegt, von dem aus das Nachkriegsdeutschland gemeinschaftlich regiert werden sollte. Hierbei wurde die gemeinsame Zusammenarbeit in der Kommandaturverwaltung von Anfang an durch die Möglichkeit der einzelnen Stadtkommandanten in Frage gestellt, letzten Endes – insofern bei einzelnen Problemen kein gemeinsamer Beschluß gefasst wurde – selbständig in den jeweiligen Zonen zu operieren. Je mehr sich indes

die das Verhältnis der Alliierten insgesamt verschlechterte und die Deutschlandfrage an Brisanz gewann, umso größer wurde die Bedeutung der einzelnen Militärregierungen.³¹⁹

Bei den westalliierten Behörden in Berlin setzte sich frühzeitig immer mehr die Erkenntnis durch, dass sich ihre Vorstellungen hinsichtlich des Demokratie- und Wirtschaftsmodells sowie der Sozialordnung gegenüber den sowjetischen Plänen fundamental unterschieden. Denn angesichts der Schaffung einer Reihe wichtiger vollendeter Tatsachen der sowjetischen Führung war klar, dass deren Zweck darin lag, von dem politischen Zentrum Berlin aus die gesamtdeutsche Entwicklung in entscheidenden Punkten vorwegzunehmen. Die Gegensätze zeigten sich bereits am 10. Juni 1945, als nämlich Moskau – entgegen der alliierten Vereinbarung, in Deutschland überlokale und überregionale Organisationen und Einrichtungen erst zu einem späteren Zeitpunkt zuzulassen – in Berlin mit dem Aufbau einer „antifaschistisch-demokratischen Ordnung“ begann und einen Prozess von Parteigründungen in Gang setzte, deren Ausrichtung auf Gesamtdeutschland zielte. Von den zugelassenen Parteien, die alle auf die Formulierung grundsätzlicher Alternativen zur sowjetische Linie verzichten mussten und die Zulassung nur erhielten, insofern sie sich in die „antifaschistisch-demokratischen Front“ einreichten, nahm die KPD die Schlüsselrolle ein.³²⁰

Gleichwohl musste die Sowjetunion die besonderen Bedingungen in Berlin berücksichtigen, denn noch teilte sie die Macht mit den drei Westmächten. Diese wiederum gingen dazu über, ihre eigenen Grundsätze schrittweise in die politische Praxis umzusetzen, so dass sich langsam die Gegensätze zwischen den westlichen und östlichen Besatzungsmächten zuspitzten. In der östlichen Besatzungszone wurde unter der Ägide Moskaus am 21./22. April 1946 – wie gezeigt – die zwangsweise Vereinigung der KPD und der SPD zur SED durchgeführt, während die Westmächte für den 31. März 1946 in ihren Berliner Sektoren eine geheime Urabstimmung über ebendieses Zusammengehen zuließen; im sowjetischen Sektor war die Abstimmung nicht erlaubt. 82,3 Prozent der sich beteiligenden SPD-Mitglieder sprachen sich hierbei gegen die organisatorische Vereinigung aus. Kurz darauf, am 31. Mai 1946, ließen die

³¹⁹ Siehe Jürgen Wetzel, Berlin, in: Wolfgang Benz (Hg.), Deutschland unter alliierter Besatzung: 1945-1949/55, Berlin 1999, S. 385-390 (hier S. 387).

³²⁰ Siehe Gerhard Wettig, Berlin vor den Herausforderungen des Kalten Krieges 1945-1989, in: Werner Süß/Ralf Rytlewski (Hg.), Berlin. Die Hauptstadt. Vergangenheit und Zukunft einer europäischen Metropole, Bonn 1999, S. 157-186 (hier S. 158).

Alliierten Kommandanten in ganz Berlin sowohl eine unabhängige SPD als auch die neue SED zu.

Die nach der Urabstimmung anstehenden ersten (und vorerst letzten) freien Wahlen in Gesamtberlin am 20. Oktober 1946 standen bereits ganz im Zeichen der Frage, ob die Stadt der sowjetischen oder der westlichen Politik folgen würde. Insgesamt beteiligten sich 92,3 Prozent der zur Wahl zugelassenen Bürger Berlins. Die massiv von der Sowjetischen Besatzungsmacht unterstützte SED erzielte 19,8 Prozent, so dass sich der überwiegende Teil der Berliner Bevölkerung bereits zu diesem frühen Zeitpunkt für die „Partnerschaft“ mit dem demokratischen Westen entschied.³²¹

Gleichwohl war zu diesem Zeitpunkt noch nicht entschieden, ob die Westmächte überhaupt in Berlin bleiben würden. Mit dieser Frage beschäftigten sich die westlichen Alliierten im Allgemeinen und die Vereinigten Staaten im Besonderen im Zusammenhang mit der anvisierten Währungsreform und den Plänen der Integration Westdeutschlands in das westliche Staatenbündnis, die allerdings nach den ersten Anzeichen der Gefahr einer Blockade seitens der Sowjets fortan im Mittelpunkt stand.

Die Reorganisation des durch den Nationalsozialismus vollkommen zerstörten Währungssystems betrachtete das amerikanische Außenministerium als zentralen Bestandteil des Marshallplanes. Voraussetzung für die Einbeziehung der drei westlichen Besatzungszonen war die Durchführung der Währungsreform. Die Einführung der Deutschen Mark am 20. Juni 1948 läutete das Ende der Zwangsbewirtschaftung ein, die bis zu diesem Zeitpunkt das tatsächliche Ausmaß des Kaufkraftverlustes der Reichsmark noch mehr oder weniger verdeckt hatte. Mit den Lebensmittelkarten und dem sonstigen Bezugsscheinsystem verschwand auch der „Schwarze Markt“, der quasi zum Sinnbild des Wirtschaftslebens der frühen Nachkriegszeit avancierte.³²²

Die Währungsreform implizierte die unmittelbare Verschmelzung der Wirtschaftspolitik in der amerikanischen, britischen sowie französischen Zone und war eine wichtige Etappe zur Gründung eines westdeutschen Staates. Für Berlin war zunächst aufgrund seines Viermächtestatus die Währungsreform nicht vorgesehen. Als aber die Sowjetunion ihrerseits am 23. Juni mit der Anordnung einer eigenen

³²¹ Siehe Udo Wetzlaugk, *Berliner Blockade und Luftbrücke 1948/49*, Berlin 1998, S. 29 f.

³²² Heinrich August Winkler, *Der lange Weg nach Westen*, Zweiter Band, *Deutsche Geschichte vom <<Dritten Reich>> bis zur Wiedervereinigung*, München 2000, S. 129.

Währungsumstellung in ihrer Besatzungszone antworteten, die vom nächsten Tage auch für Berlin galt, entschlossen sich die westlichen Alliierten die Deutsche Mark in den drei West-Sektoren der Stadt einzuführen. Ab dem 24. Juni 1948 galt auch im Westteil Berlins die DM als gesetzliches Zahlungsmittel, wobei hier die Banknoten ein aufgestempeltes „B“ erhielten und fortan als „Bären-Mark“ apostrophiert wurde. Auch die Ost-Mark wurde als gleichberechtigtes Zahlungsmittel akzeptiert. Die sowjetische Militärregierung verbot die DM in ihrer Berliner Zone und stellte den Besitz unter Strafe. Diese konfliktreiche Entwicklung hatte sich indes bereits wenige Monate vorher abgezeichnet, als die Sowjetunion den Druck auf Berlin mit einer „Mini-Blockade“ erhöhte.³²³ Die Verkehrsbehinderungen auf den Zufahrtsstraßen Berlins führten unter anderem zu einem Ausfall von Versorgungsgütern, die eine erste kleine Luftbrücke der Amerikaner durch den Militärgouverneur Clay nach sich zog. Am 20. März 1948 verließ der sowjetische Oberbefehlshaber Marshall Wassili D. Sokolowski den Alliierten Kontrollrat und am 16. Juni 1948 zogen die sowjetischen Vertreter unter Protest aus der Sitzung der ausschließlich für Berlin zuständigen Alliierten Kommandantur ab. Nachdem Sokolowski das Ende der Viermächteverwaltung für Berlin verkündet hatte, stellte dann die Kommandantur zum 1. Juli 1948 ihre Arbeit ein.

Dem ging allerdings die eigentliche Antwort der sowjetischen Besatzungsregierung voraus, als sie sich nach der westlichen Währungsreform zu der vollständigen Blockade der Berliner Westsektoren entschloss. Die Einführung der DM in den drei Sektoren Berlins am 24. Juni 1948 koinzidierte zeitlich mit der Absperrung des gesamten Verkehrs zwischen den Westsektoren der Viermächtestadt Berlins und den westlichen Besatzungszonen Deutschlands, ob auf Schiene, Straße oder Wasserwegen. Zudem wurde auch die Stromversorgung eingestellt. Nach Einschätzung der westlichen Regierungen schien die Blockade, die nahezu zwei Millionen Menschen der Stadt massiv mit der Aushungerung bedrohte, darauf hinaus zu laufen, dass Stalin Berlin als geopolitischen Faustpfand benutzte. Denn: „Mit der Sperraktion wollten die Sowjets Berlin als Hebel ansetzen und die von den Westmächten geplante Gründung eines deutschen Teilstaats in den drei Westzonen verhindern, mindestens aber wollten sie die Westmächte hinausdrängen und die ganze Stadt in ihre Besatzungszone integrieren.“³²⁴

³²³ Wilfried Loth, Die Teilung der Welt. Geschichte des Kalten Krieges 1941-1955, S. 224.

³²⁴ Werner Breunig, Berlin-Blockade, in: Wolfgang Benz (Hg.), Deutschland unter alliierter Besatzung: 1945-1949/55, S. 330-333 (hier S. 331).

Inbesondere der amerikanische Militärgouverneur Lucius D. Clay³²⁵ erkannte den Ernst der Lage und die politischen Implikationen, falls der Moskauer Provokation keine eindeutigen Reaktionen der westlichen Alliierten folgen würden. Letztlich konnte er sich zwar in der US-Administration mit seinem Vorschlag, der Blockade mit amerikanischen Truppen ein Ende zu bereiten, nicht durchsetzen. Gleichwohl war sein politischer Einfluss so stark, um Präsident Truman zu seinem Entschluss zu bringen, Berlin nicht kampflos der Sowjetunion zu überlassen. Truman wollte sich von Moskau in keinem Fall einschüchtern lassen. Neben der als defensive Maßnahme gedachten Verlegung von schweren Bombern nach Europa, sollte eine Luftbrücke, an der sich dann auch die Briten beteiligten, die Zivilbevölkerung in den Westsektoren Berlins unter anderem mit Lebensmitteln, Rohstoffen, Brennstoff und Industriegütern versorgen. Ab Juni 1948 flogen die alliierten Flugzeuge schätzungsweise 270.000 Einsätze. Die durch die Luftbrücke entstandenen Kosten von rund 200 Millionen Dollar wurden im Wesentlichen durch die amerikanischen und britischen Steuerzahler abgedeckt. Bereits ab Februar 1949 wurden erste Verhandlungen zur Beendigung der Verkehrsbehinderungen eingeleitet, die durch das New Yorker Abkommen zwischen der Sowjetunion und den USA vom 4. Mai zur Aufhebung der Blockade am 12. Mai 1949 führte.³²⁶

Nach Ansicht des deutschen Historikers Manfred Görtemaker erwies sich die sowjetische Absicht, die westlichen Alliierten durch die fast elf Monate dauernde Blockade Berlins zu einer deutschlandpolitischen Kursänderung zu bewegen, als Bumerang. Denn dadurch erreichten sie in allererster Linie eine verstärkte Solidarisierung im Westen „und förderte vor allem die amerikanische Bereitschaft, sich für Deutschland und Berlin zu engagieren. Sie war nicht nur eine Bewährungsprobe, bei der es galt, der sowjetischen Expansion, die man auch in anderen Teilen Deutschlands und der Welt beobachten konnte, Einhalt zu gebieten, sondern ebenso sehr die Auseinandersetzung zwischen dem sowjetischen Goliath und dem Berliner David, bei der man sich ohne Zögern auch gefühlsmäßig dem vermeintlich Schwächeren zuneigte.“³²⁷

Zudem führte die Berliner Blockade und die Luftbrücke vor allem dazu, dass die Bevölkerung Berlins – einschließlich Westdeutschlands – sich noch stärker auf die Seite

³²⁵ Vgl. hierzu auch Lucius D. Clay, Entscheidung in Deutschland, Frankfurt am Main 1950.

³²⁶ Siehe hierzu im Einzelnen Udo Wetzlaugk, Berliner Blockade und Luftbrücke 1948/49, S. 85 f.

³²⁷ Manfred Görtemaker, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart, S. 43.

der westlichen Besatzungsmächte schlug und als Schutzmacht akzeptierten. Man erkannte die Gefahr, dass ein Nachgeben gegenüber Stalins Politik mit fatalen Konsequenzen verbunden gewesen wäre und es nicht nur bei der zu erwartenden sowjetischen Machtergreifung der Westsektoren Berlins geblieben wäre. Getreu der Devise „Für die Demokratie, gegen den Kommunismus“ bekundeten schon am ersten Tag der Blockade knapp 70000 Berliner Menschen auf einer Protestkundgebung ihre Bereitschaft, die Politik der westlichen Alliierten zu unterstützen, als sie die Appelle von führenden SPD-Politikern, den kommunistischen Maßnahmen mit entschiedenem Widerstand zu begegnen, mit gewaltigem Beifall beantworteten.³²⁸

Kurz darauf, am 11. Juli 1948, plädierte auf einer Massenkundgebung der SPD der Berliner Regierende Bürgermeister Ernst Reuter vor dem Schöneberger Rathaus quasi für eine westliche Solidargemeinschaft gegenüber dem sowjetischen Kommunismus. Hierbei scheute sich der ehemalige Kommunist nicht zwei zentrale historische Metaphern der unmittelbar zurückliegenden Geschichte in ganz spezieller Weise umzukehren. „Es ist einmal“, so Reuter, „in diesen Tagen gesagt worden, es bestünde die Gefahr eines neuen München. Ich sehe diese Gefahr eines neuen München nicht mehr. [...] Stalingrad wurde der große Wendepunkt der großen Auseinandersetzung. Wir in Berlin sind das Stalingrad der deutschen Freiheit! (Beifall) An diesem Punkte werden die Wellen sich brechen, und wir mit unseren Leibern und wir mit unserem Willen, wir sind die Mole, an der die Wellen sich brechen werden, und wenn wir mit unseren Leibern begraben werden sollten in dieser Mole, die Wellen werden gebrochen werden.“³²⁹ Nach Auffassung des deutschen Historikers Jost Dülffer konnte ein deutscher Politiker zum ersten Mal die Westmächte gegen den Vorwurf eines „neuen Appeasement“ in Schutz nehmen – allerdings in diesem Fall gegenüber der Sowjetunion, und dies in einer „noch stärkeren Metapher“, die für ihn tatsächlich an die „Durchhalteparolen der NS-Zeit erinnerte“, so dass sich der „Kampf der Deutschen und Alliierten um Berlin mit dem Kampf der Sowjetunion um Stalingrad“ gleichsetzen ließ.³³⁰

³²⁸ Wolfgang Benz, Die Gründung der Bundesrepublik. Von der Bizone zum souveränen Staat, München 1999, S. 21.

³²⁹ Hier zitiert nach Jost Dülffer, Jalta 4. Februar 1945. Der Zweite Weltkrieg und die Entstehung der bipolaren Welt, München 1999, S. 230 f.

³³⁰ ebenda, S. 231.

Im zeitlichen Kontext der Luftbrücke vollzog sich schrittweise die administrative und politische Teilung Berlins. Infolge heftiger Kontroversen angesichts der Frage, wer die Kontrolle der Berliner Polizei ausübt, wurde bei der Sitzung der Stadtverordneten am 23. Juni 1948 der kommunistische Polizeipräsident Markgraf vom Magistrat suspendiert. Der sowjetische Stadtkommandant weigerten sich die Entscheidung zu akzeptieren. Daraus entwickelte sich kurz darauf die Situation, dass in Berlin zwei konkurrierende Polizeipräsiden existierten: eines unter Markgraf im Ostsektor und eines unter dem neuen kommissarischen Leiter, Johannes Stumm, im Westen Berlins. Wenige Monate später entschied sich die Stadtverordnetenversammlung ihren Sitz nach West-Berlin zu verlegen, weil die SED ihre parlamentarische Unterlegenheit immer wieder in Zusammenarbeit mit der sogenannten „Markgrafpolizei“ kompensieren suchte und die Sitzungen störte. Konkreter Auslöser für die Verlegung war die am 6. September 1948 durchgeführte Sprengung der frei gewählten Stadtverordnetenversammlung durch kommunistische Demonstranten. Daraufhin protestierten am übernächsten Tag auf dem Platz der Republik schätzungsweise 300 000 Berliner, die, so Wolfgang Benz, „freiwillig gekommen waren – im Gegensatz zu den Demonstrationen im Ostsektor, deren Teilnehmer auf Befehl der Sowjets und der SED erscheinen mußten –, gegen die Vertreibung des städtischen Parlaments aus dem Stadthaus.“³³¹

Die administrative Spaltung der Stadt schritt voran. Seit November besaß Berlin zwei Stadtregierungen: eine für die drei Westsektoren sowie eine für den Ostsektor. Gemäß der Vorläufigen Verfassung fanden am 5. Dezember 1948 in den drei Westsektoren Berlins Wahlen statt, aus denen die SPD mit 64,5% als eindeutiger Sieger hervorging. Zwei Tage später wurde Ernst Reuter von der Stadtverordnetenversammlung zum neuen Oberbürgermeister West-Berlins gewählt.

Stalins Kalkül, mit der Berliner Blockade die Westmächte zu einem Rückzug aus West-Berlin zu zwingen und deren Pläne für die Errichtung eines westdeutschen Staates aufzugeben, zeitigten also keinen Erfolg. Ganz im Gegenteil. Die Gründung der Bundesrepublik Deutschland im Mai 1949 wurde hierdurch sogar beschleunigt. Am 23. Mai 1949, elf Tage nach dem Ende der Blockade, trat das Grundgesetz in kraft. Insbesondere die amerikanische Regierung als Führungsmacht der westlichen Staaten

³³¹ Wolfgang Benz, Die Gründung der Bundesrepublik. Von der Bizone zum souveränen Staat, S. 33 f.

erkannte, dass die Berlin-Krise zu einem Testfall geworden war. Denn die Stadt besaß eine hohe symbolische Bedeutung auch für die Menschen außerhalb Deutschlands, insofern, als sich in dieser zugespitzten und historisch einmaligen Situation die USA unter Beweis stellen konnten, wie weit man für die Verteidigung der Freiheit zu gehen bereit war. Gleichzeitig zum sowjetischen Erpressungs- und Hegemonialversuch standen neben der Glaubwürdigkeit der amerikanischen Regierung selbstverständlich auch geopolitische Interessen auf dem Spiel. Nicht zuletzt wegen der Berlin-Krise wurden die Vereinigten Staaten zu einer europäischen Macht. Denn so viel war den Beteiligten klar: Sollte ganz Berlin als westliche Enklave inmitten der sowjetischen Einflussphäre unter Stalins Herrschaft geraten, hätte dies die politischen Kräfteverhältnisse in Europa empfindlich verändert.³³²

Die Vereinigten Staaten erzielten durch ihr konsequentes Einschreiten gegen die Blockade West-Berlins durch die Sowjetunion einen enormen Prestigeerfolg und erreichten in West-Deutschland eine verstärkte „Westbindung“. Zudem beschleunigte die Berlin-Krise die Einbindung der westeuropäischen Länder in das militärische Verteidigungsbündnis unter der Führung der USA, das mit dem Vertrag über die Nordatlantische Verteidigungsorganisation (NATO) gegründet wurde. Die Bevölkerung Berlins wiederum lernte angesichts der Lage der Stadt inmitten des kommunistischen Herrschaftsbereiches und aufgrund der gemachten Erfahrungen mit dem sowjetischen Besatzungsapparat die zentrale Bedeutung der politischen Freiheit schätzen. Zweifelsohne spitzte sich der Kampf der „feindlichen Systeme“ im Jahre 1948 in Berlin zu und erreichte mit der Blockade und der Luftbrücke seinen ersten krisenhaften Höhepunkt.³³³

Allerdings kam die tatsächliche Auseinandersetzung zwischen den beiden Führungsmächten aus der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten alsbald nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in Gang. Die Rivalität der beiden Hauptkontrahenten zeigte sich beispielsweise in dem Versuch, über den kulturpolitischen Bereich politisch und ideologisch an Einfluss zu gewinnen. Im Zentrum vieler Aktivitäten stand die „Frontstadt Berlin“.

³³² Siehe Udo Wetzlaugk, Berliner Blockade und Luftbrücke 1948/49, S. 89-92.

³³³ Siehe hierzu auch den aus aktuellem Anlass geschriebenen Artikel: Charles J. V. Murphy, Die Konstruktion der Luftbrücke. Eine Reportage, in: Der Monat, Heft 4 (1949), 1. Jg., S. 41-49; vgl. hierzu auch die beiden Leserbriefe unter der Überschrift „Armenhaus-Psychose?“ sowie die näheren Anmerkungen der Zeitschriftenredaktion, in: Der Monat, Heft 6 (1949), 1. Jg., S. 106 f. Hierbei handelte es sich um die einzigen Beiträge im „Monat“, die sich mit der Berliner Blockade und der Luftbrücke 1948/49 beschäftigten.

I. 4. Die besondere Funktion des „Monat“ im Nachkriegsdeutschland und die Rolle der Totalitarismustheorie

I. 4. 1. Die Nürnberger Prozesse und die Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur

Wie gezeigt, kamen bereits im Verlauf des Zweiten Weltkrieges auf Seiten der vier Alliierten im Allgemeinen und den Vereinigten Staaten im Besonderen Planungen in Gang, die sich mit der Frage beschäftigten, wie nach dem militärischen Sieg über das nationalsozialistische Herrschaftssystem die tatsächliche Nachkriegspolitik in Deutschland aussehen sollte. Im Rahmen der Überlegung, wie durch das komplexe Programm der Demilitarisierung, der „Reeducation“ (und später der „Reorientation“) die politische Kultur in Deutschland grundsätzlich demokratisch gestaltet werden könne, spielten bereits die geplanten sogenannten Kriegsverbrecherprozesse eine wesentliche Rolle. Die Vereinbarungen der Alliierten auf der Potsdamer Konferenz sahen bekanntlich eine rigorose „Entnazifizierung“ von Verwaltung, Bildung, Kultur und öffentlichen Leben, d. h. also der gesamten deutschen Gesellschaft vor. Damit alle Nationalsozialisten aus dem öffentlichen Leben entfernt werden konnten, sollte durch eine generelle Säuberung die politische Vergangenheit aller erwachsenen Deutschen genau geprüft werden und falls sich eine Schuld oder Verstrickung in das NS-Regime feststellen ließ, je nach Schwere und Grad mit Haft, Berufsverbot oder Geldbußen geahndet werden. Zudem hatte man bereits während des Krieges auf die strafrechtliche Verfolgung von nationalsozialistischen Kriegsverbrechern festgelegt.

Auch wenn aufgrund des Londoner Abkommens der Alliierten vom 8. August 1945 in erster Linie beabsichtigt wurde, die Hauptverantwortlichen für die nationalsozialistischen Verbrechen nach Kriegsende vor Gericht zu stellen und zu bestrafen, wollte man gleichwohl den Eindruck vermeiden, dass die Kriegsverbrecherprozesse als Rachetribunale der Siegermächte aufzufassen seien.³³⁴ Dem Londoner Abkommen beigefügt war das Statut für den Internationalen Militärgerichtshof (IMT), der am 20. November 1945 in Nürnberg den Prozess eröffnete,³³⁵ wobei der Ort von den Alliierten keineswegs zufällig bestimmt wurde. Als Stadt der Reichsparteitage und Rassengesetze besaß Nürnberg einen hohen symbolischen Charakter. Insbesondere die Vereinigten Staaten verfolgten unter anderem das Ziel, neben der

³³⁴ So Peter Reichel, *Vergangenheitsbewältigung in Deutschland. Die Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur von 1945 bis heute*, München 2001, S. S. 42.

³³⁵ Vgl. *Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof Nürnberg*, 14. November 1945 – 1. Oktober 1946. 42 Bände, Nürnberg 1947 – 1949.

Weltöffentlichkeit die deutsche Bevölkerung auf der Grundlage umfassenden Beweismaterials über den kriminellen Charakter des Regimes aufzuklären. Mit anderen Worten: es sollte auch zur Sprache gebracht werden, wie unter Beteiligung eines Teils der deutschen Gesellschaft der nationalsozialistische Staat Terror als ein Instrument gegen Andersdenkende, Kritiker, politische Gegner und ethnische Minderheiten sowohl in Deutschland als auch in den eroberten Ländern Europas einsetzte und ein nach rassistischen Kriterien definiertes Herrschaftssystem konstituierte.³³⁶

In Nürnberg standen 21 führende deutsche und österreichische Funktionäre der politischen, militärischen und wirtschaftlichen Organisationen des NS-Systems vor dem Internationalen Militärgerichtshof. Unter dem Vorsitz des ehemaligen amerikanischen Justizministers und späteren Obersten Bundesrichters Robert H. Jackson – der in seiner Anklageschrift auch auf die Entwicklung der NSDAP in der Weimarer Republik, auf die Machteroberung und „Festigung der Nazi-Macht“ sowie den nach dem Reichstagsbrand im Februar 1933 in Gang gekommene Terrorpolitik einging³³⁷ – waren entsprechend Artikel 6 des Statuts ursprünglich 24 sogenannte Hauptkriegsverbrecher folgender vier Straftatbestände angeklagt: 1. Verschwörung und Verbrechen gegen den Frieden, 2. Kriegsverbrechen und 3. Verbrechen gegen die Menschlichkeit.³³⁸ Neben der NS-Führungsgruppe waren eine Reihe weiterer Organisationen angeklagt: Die Reichsregierung bzw. das Reichskabinett, das NSDAP-Führerkorps, SS, Gestapo und Sicherheitsdienst (SD), SA sowie der Generalstab und das Oberkommando der Wehrmacht. Der später als „Jahrhundertprozeß“³³⁹ apostrophierte Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess endete nach 218 Prozesstagen mit der Urteilsverlesung am 30. September und 1. Oktober 1946. Nachdem der Reichsführer der Deutschen Arbeitsfront Robert Ley noch vor Prozessbeginn Selbstmord beging und Gustav Krupp von Bohlen aufgrund einer Krankheit Verhandlungsunfähigkeit attestiert wurde, erging gegen folgenden Personenkreis das Urteil: Zum Tode verurteilt wurden der ehemalige Reichsmarschall Hermann Göring, der Reichsaußenminister Joachim von Ribbentrop, Generalfeldmarschall und Chef des Oberkommandos der Wehrmacht Wilhelm Keitel, der

³³⁶ Siehe Gerd R. Ueberschär (Hg.), Vorwort, in: Der Nationalsozialismus vor Gericht. Die alliierten Prozesse gegen Kriegsverbrecher und Soldaten 1943-1952, Frankfurt a. M. 1999, S. 9-12 (hier S. 9).

³³⁷ Siehe hierzu auch im Einzelnen die Broschüre: Dokumente der Zeit. Grundlegende Rede vorgetragen im Namen der Vereinigten Staaten von Amerika von Robert H. Jackson – Hauptanklagevertreter der USA beim Internationalen Militärgerichtshof zu Nürnberg, Frankfurt a. M. 1946.

³³⁸ Zum völkerrechtlichen Aspekt der vier Straftatbestände und zur Frage, inwiefern das Nürnberger Militärtribunal zur Konstituierung eines neuen Völkerrechts geführt hat vgl. Gerd Hankel/Gerhard Stuby (Hg.), Straferichte gegen Menschheitsverbrechen. Zum Völkerstrafrecht 50 Jahre nach den Nürnberger Prozessen, Hamburg 1995.

³³⁹ Bradley F. Smith, Der Jahrhundertprozeß. Die Motive der Richter von Nürnberg - Anatomie einer Urteilsfindung, Frankfurt a. M. 1977.

Reichsinnenminister Wilhelm Frick, der Chef des Reichssicherheitshauptamtes und der Sicherheitspolizei Ernst Kaltenbrunner, der Chefideologe der NSDAP und Reichsminister für die besetzten Ostgebiete Alfred Rosenberg, der Generalgouverneur für die besetzten polnischen Gebiete Hans Frank, der Herausgeber des antisemitischen „Stürmer“ Julius Streicher, Generaloberst Alfred Jodl, der Reichskommissar für die besetzten Niederlande Arthur Seyß-Inquart, der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz Fritz Sauckel sowie – in Abwesenheit – der Leiter der Parteikanzlei Martin Bormann. Zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe wurden Hitlers Stellvertreter Rudolf Hess, der Reichswirtschaftsminister Walter Funk sowie der Chef des Wehrmachtsführungsstabes Alfred Jodl verurteilt. Zu einer Haftstrafe von 10 bis 20 Jahren wurden der Großadmiral und Hitlernachfolger Karl Dönitz, der Reichsprotector für Böhmen und Mähren Constantin von Neurath, der Reichsjugendführer Baldur von Schirach sowie der Rüstungsminister Albert Speer verurteilt. Freigesprochen wurden der Abteilungsleiter im Reichspropagandaministerium Hans Fritzsche, der Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht sowie der ehemalige Reichskanzler Franz von Papen.

Dass es zu Freisprüchen und zu unterschiedlichen Strafmassen kam, zeigte, dass das Nürnberger Militärtribunal eindeutig dem rechtsstaatlichen Grundsatz *in dubio pro reo* folgte. Vor dem Hintergrund der vier Anklagepunkte sah sich das Gericht verpflichtet, jedem einzelnen Angeklagten eine individuelle Schuld nachzuweisen. Ein Ziel des amerikanischen Chefanklägers Robert H. Jackson bestand auch darin, im prozessualen Verfahren die Legitimation des vor allem von den Angeklagten und ihren Verteidigern als „Siegerjustiz“ verunglimpften Tribunals zu verbessern. Um dieses Ziel zu erreichen, liefen in der US-Administration, wie beispielsweise im „OSS-Apparat“,³⁴⁰ die Prozessvorbereitungen bereits während des Zweiten Weltkrieges auf Hochtouren. Zum „Jackson-Team“ gehörten einige renommierte Experten auf dem Gebiet der Erforschung der Geschichte des „Dritten Reiches“ – wie beispielsweise der Verfasser der bedeutenden Studie „Behemoth“, Franz L. Neumann.³⁴¹ Rückblickend betrachtend bezeichnete der stellvertretende amerikanische Chefankläger, Robert W. Kempner“, das Nürnberger Tribunal als „die größte politologische und historische Forschungsstätte“. Denn noch niemals zuvor in der Geschichte sei ein Staat,

³⁴⁰ Siehe hierzu die entsprechenden Ausführungen im Kapitel I. 1. 5. „Die Konfrontation mit dem Nationalsozialismus und dem Sowjetkommunismus während des Zweiten Weltkriegs und die Rolle von Intellektuellen und Wissenschaftler in der Abteilung ‚Research an Analysis‘ des US-amerikanischen Geheimdienstes“.

³⁴¹ Telford Taylor, Die Nürnberger Prozesse. Hintergründe, Analysen und Erkenntnisse aus heutiger Sicht, München 1996, S. 69.

so der ehemalige Justitiar der Polizei im Preußischen Innenministerium, „so systematisch durchforscht“ worden.³⁴² Abgesehen von der überragenden juristischen Bedeutung, lag nämlich zweifelsohne in der historiographischen Aufklärung ein weiterer zentraler Stellenwert des Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozesses.³⁴³

Folglich konnte es auch nicht überraschen, dass der „Nürnberger Lehrprozess“ (Alfred Döblin) von Anfang an zu einem internationalen Medienereignis wurde. 250 Journalisten aus über 20 Nationen berichteten aus Nürnberg: unter anderem so prominente Schriftsteller wie Ernest Hemingway, John Steinbeck und John Dos Passos aus den Vereinigten Staaten oder Louis Aragon aus Frankreich. Aber auch deutsche Publizisten und Journalisten waren in Nürnberg anwesend. Unter ihnen befanden sich zahlreiche Remigranten.³⁴⁴ Beispielsweise schrieben Alfred Kerr und Erika Mann für englische Zeitungen, Willy Brandt war als Korrespondent der skandinavischen Arbeiterpresse in Nürnberg tätig, und der im englischen Exil lebende Peter de Mendelssohn schrieb in der englischen Zeitung „New Statesman“ sowie für die in den USA erscheinende Zeitung „Nation“. Zudem berichtete für die von der amerikanischen Besatzungsbehörde gegründete „Neue Zeitung“ der aus dem Exil in Frankreich und den USA zurückkehrende und als Chefredakteur fungierende Hans Habe über den Kriegsverbrecherprozess, der hierbei von Erich Kästner unterstützt wurde. Nicht zuletzt dieser Personenkreis zeichnete dafür verantwortlich, dass sowohl die internationale als auch die deutsche Öffentlichkeit ausführlich und kontinuierlich über den „großen“ Nürnberger Prozess informiert wurde und in diesem Zusammenhang sogar eine „aufklärerische Wirkung“ entfaltete.³⁴⁵ Mit anderen Worten: bereits der Hauptkriegsverbrecherprozess vermittelten auch der deutschen Öffentlichkeit durchaus grundlegende Erkenntnisse über die unmittelbar zurückliegende Geschichte des „Dritten Reiches“, und dass das nationalsozialistische Regime keinesfalls auf einzelne Führungsfiguren wie Hitler, Göring oder Himmler beziehungsweise auf die Herrschaftsinstitutionen wie der SS und der Gestapo zu reduzieren war.

Auch um beispielsweise der deutschen Bevölkerung den Gewaltcharakter des Regimes zu verdeutlichen und sie mit den nationalsozialistischen Verbrechen zu konfrontieren, wurde beim Nürnberger Militärtribunal das Medium des Films benutzt, wie vor allem der von der

³⁴² Robert W. Kempner, Ankläger einer Epoche. Lebenserinnerungen, Frankfurt a. M. 1983, S. 223.

³⁴³ Peter Reichel, Vergangenheitsbewältigung in Deutschland. Die Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur von 1945 bis heute, S. 46.

³⁴⁴ Vgl. hierzu im Einzelnen Bernd Greiner, Remigranten über den Nürnberger Prozess, in: Claus-Dieter Krohn und Axel Schildt (Hg.), Zwischen den Stühlen? Remigranten und Remigration in der deutschen Medienöffentlichkeit der Nachkriegszeit, Hamburg 2002, S. 145-160.

³⁴⁵ So Steffen Radlmaier (Hg.), Der Nürnberger Lernprozess. Von Kriegsverbrechern und Starreportern, Frankfurt am Main 2001, S. 15.

amerikanischen Armee produzierte Dokumentarfilm *Nazi Concentration Camps*. Nach Auffassung des Hamburger Politikwissenschaftlers Peter Reichel hielten die Amerikaner sowohl den „aufklärerischen Wert“ als auch die „visuell-dramatische Attraktion“ des Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozesses für so hoch, dass sie sich auch dazu entschlossen einen Dokumentarfilm über das Hauptverfahren zu drehen.³⁴⁶

Inbesondere zu Beginn des Verfahrens war nicht nur das Interesse der westdeutschen Bevölkerung groß, sondern knapp 75 bis 80 Prozent der von der amerikanischen Besatzungsmacht Befragten fanden sogar den Prozess „fair, lehrreich und notwendig“ und zeigten sich mit dem Verfahren und dem Ergebnis durchaus einverstanden. Allerdings sah das Bild kaum vier Jahre später bereits anders aus. Denn nur noch knapp ein Drittel der West-Deutschen drückten bei den regelmäßig von der Hohen Kommission (HICOG) durchgeführten Meinungsumfragen ihre eher zustimmende Haltung gegenüber den Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher aus und hielten sie für historisch legitimiert. Genauso viele hielten jetzt auch die Strafen für zu hoch.³⁴⁷ In einem sich insbesondere durch den Ausbruch des Kalten Krieges stark veränderten politischen Klima, in dem sich unter anderem angesichts der umfassenden Entnazifizierungspolitik mehr und mehr eine radikale Ablehnung hinsichtlich der angeblich von den Alliierten behaupteten „Kollektivschuld“ des deutschen Volkes Bahn brach und die bereits mit den Anfängen einer „Schlussstrichmentalität“ korrespondierte, kann die veränderte Haltung der deutschen Bevölkerung auch mit dem grundsätzlichen Charakter der zwölf Nürnberger Nachfolgeprozesse erklärt werden, die ausschließlich von den Vereinigten Staaten durchgeführt wurden.

Durch das vom Alliierten Kontrollrat der vier Siegermächte in Berlin am 20. Dezember 1945 erlassene Kontrollgesetz Nr. 10 war es den Vereinigten Staaten möglich, zwischen Dezember 1946 und April 1949 in zwölf Prozessen insgesamt 177 weitere hochrangige Exponenten des NS-Systems anzuklagen. Vor allem in diesen Nachfolgeprozessen waren die US-Anklägern imstande, nicht nur ihre genuine Funktion im NS-Herrschaftssystem genau zu beleuchten, sondern durch überzeugende Dokumente die ihnen zur Last gelegten Verbrechen auch zu beweisen.³⁴⁸ Auch in diesen Prozessen fungierte

³⁴⁶ Peter Reichel, *Vergangenheitsbewältigung in Deutschland. Die Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur von 1945 bis heute*, S. 46.

³⁴⁷ Ebenda, S. 69 f.

³⁴⁸ Gerd R. Ueberschär (Hg.), *Vorwort*, in: *Der Nationalsozialismus vor Gericht. Die alliierten Prozesse gegen Kriegsverbrecher und Soldaten 1943–1952*, S. 9-12 (hier S. 10).

Franz L. Neumann als Berater des Stabes von Robert H. Jackson, um dabei zu helfen die Anklageschriften zu verfassen.³⁴⁹ Neumanns luzide Kenntnisse zahlten sich freilich auch in den Nachfolgeprozessen aus, weil durch dessen beratende Funktion Jackson die Möglichkeit hatte in den zwölf Prozessen – Fall 1: Der Ärzteprozess, Fall 2: Prozess gegen Erhard Milch, Fall 3: der Juristenprozess, Fall 4: der Prozess gegen Oswald Pohl und andere Angehörige des SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamtes, Fall 5: der Flick-Prozess, Fall 6: der IG-Farben-Prozess, Fall 7: der Prozess gegen die „Südost-Generale“, Fall 8: der Prozess gegen das SS-Rasse- und Siedlungshauptamt, Fall 9: der Einsatzgruppenprozess, Fall 10: der Krupp-Prozess, Fall 11: der Wilhelmstraßen-Prozess gegen das Auswärtige Amt und andere Ministerien, Fall 12: der OKW-Prozess³⁵⁰ – einerseits den Gesamtzusammenhang der NS-Massenverbrechen zu untersuchen und andererseits hervorzuheben, wie die Vertreter der Elite aus Armee, Diplomatie, Beamtenschaft, Justiz, Ärzteschaft, Wirtschaft und Wissenschaft in das NS-System integriert und tief in die Verbrechen verstrickt waren. Insbesondere in den zwölf Nachfolgeprozessen konnte gezeigt werden, dass die nationalsozialistische Verfolgung der europäischen Juden, die zum millionenfachen Mord führte, keineswegs das katastrophale Ergebnis einer Politik war, die ausschließlich von Hitler und einer zahlenmäßig kleinen Kerngruppe der SS, die als Eliteformation der Partei gleichwohl einen herrschaftssichernden Stützpfiler darstellte, begangen und folglich zu verantworten gewesen wären. Die „Endlösung der Judenfrage“ war in Nürnberg kein separater Straftatbestand, sondern fiel rechtlich unter den Anklagepunkt „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“. Gleichwohl wurde der detaillierte Nachweis erbracht, dass die Vernichtung des europäischen Judentums ein komplexer, historisch einmaliger Vorgang war, an dem zahlreiche zentrale Institutionen und Personen des NS-Systems beteiligt waren. Beispielsweise konnte im Einsatzgruppenprozess, indem allein 14 der insgesamt 24 Todesurteile der Nachfolgeprozesse verhängt wurden, durch Dokumente belegt werden, dass allein die vier Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD bis Mitte April 1942 in den besetzten Gebieten der Sowjetunion mindestens 535.000 Menschen, vor allem Juden, durch Massenerschießungen umgebracht haben.³⁵¹ Noch bevor die

³⁴⁹ Darauf machten Carl Schorske, in: Rainer Erd (Hg.), Reform und Resignation. Gespräche über Franz L. Neumann, Frankfurt a. M. 1985, S. 159 sowie Stuart Hughes, ebenda, S. 161 aufmerksam.

³⁵⁰ Siehe zu den zwölf Prozessen jeweils die einzelnen Beiträgen in dem Sammelband: Gerd R. Ueberschär, (Hg.), Der Nationalsozialismus vor Gericht. Die alliierten Prozesse gegen Kriegsverbrecher und Soldaten 1943–1952.

³⁵¹ Helmut Krausnick, Hans-Heinrich Wilhelm, Die Truppe des Weltanschauungskrieges. Die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD 1938-1942, Stuttgart 1981, S. 619. Wie in den Nürnberger Prozessen insgesamt die umfassenden Originaldokumente, d. h. die vom Reichssicherheitshauptamt (RSHA) zusammengestellten Informationsberichte über die Einsatzgruppen – „Ereignismeldungen UdSSR“, die „Meldungen aus den besetzten Ostgebieten“ und die „Tätigkeits- und Lageberichte der Sicherheitspolizei und

gefundenen Dokumente seine Angaben untermauerten, bekannte sich Otto Ohlendorf als Leiter der Einsatzgruppe D zu der Ermordung von ungefähr 90.000 Menschen, ebenfalls fast ausschließlich Juden.³⁵²

Hier lag auch der Schlüssel für die Erklärung, warum es innerhalb von wenigen Jahren in der westdeutschen Bevölkerung zu einem rapiden Stimmungs- und Einstellungswechsel hinsichtlich der Nürnberger Prozesse kam, die speziell von den Vereinigten Staaten im Kontext der Reeducation-Politik auch als ein Medium der Aufklärung über die nationalsozialistische Vergangenheit geplant waren. Bei allem zweifelsohne vorhandenen Interesse der deutschen Bevölkerung für den Hauptkriegsverbrecherprozess und den bereits hier erbrachten Erkenntnissen über das NS-Herrschaftssystem sowie den zur Sprache gebrachten deutschen Massenverbrechen – die indes nicht im Mittelpunkt des Verfahrens standen –, bot sich gleichwohl der Bevölkerung in West-Deutschland die Möglichkeit, der tatsächlichen Auseinandersetzung mit der Geschichte des NS-Regime beziehungsweise der individuellen NS-Vergangenheit auszuweichen. Noch konnte man irgendwie das NS-Regime mit der unmittelbaren Führungsgruppe um Hitler in Verbindung bringen und das Regime vor allem auf die als kriminell erklärten Organisationen der SS und der Gestapo reduzieren. Die zwölf Nachfolgeprozesse allerdings brachten den Nachweis, dass auch Verwaltung, Armee, Justiz, Ärzteschaft, Wissenschaft und Industrie zentrale Pfeiler des NS-Herrschaftssystems waren und dass die aus rassenpolitisch-militärisch-industriellen Gründen begangenen deutschen Massenverbrechen keinesfalls von einer Minderheit zu verantworten waren. Vor dem Hintergrund, dass gewissermaßen in den Nürnberger Nachfolgeprozessen – idealtypisch gesprochen – die gesamte deutsche Gesellschaft auf der Anklagebank saß, kann auch die bereits während der laufenden Verfahren zunehmende Ablehnung der Prozesse in der Bevölkerung erklärt werden. Hier wurde der Boden bereitet für die atmosphärischen Bedingungen der 1950er Jahre, die nicht zuletzt dadurch gekennzeichnet waren, dass die individuelle NS-Vergangenheit nicht thematisiert und das NS-Regime auf die „kleine“ Verbrecherbande bzw. zahlenmäßig geringe Gruppe von Kriegsverbrecher um Hitler sowie auf Himmlers SS und Gestapo reduziert wurde. Die noch in den Nürnberger Prozessen

des SD in der UdSSR“ – verwendet wurden, berichtet Krausnick auf den Seiten S. 653-654. Vgl. hierzu die informativen Erklärungen „Die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD bis zum Angriff auf die Sowjetunion“ von Peter Klein, in: ders. (Hg.), Die Einsatzgruppen in der besetzten Sowjetunion 1941/42. Die Tätigkeits- und Lageberichte des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD, Berlin 1997, S.9-28.

³⁵² Ralf Ogorreck/Volker Rieß, Fall 9: Der Einsatzgruppenprozeß (gegen Otto Ohlendorf und andere), in: Gerd R. Ueberschär (Hg.), Der Nationalsozialismus vor Gericht. Die alliierten Prozesse gegen Kriegsverbrecher und Soldaten 1943–1952, S. 164-175 (hier S. 165).

konkret thematisierten deutschen Massenverbrechen wurden keinesfalls verdrängt und geleugnet. Allerdings setzte sich mehr und mehr die Vorstellung durch, dass jeder Krieg mit Gewalt und folglich mit Opfern verbunden wäre. Wenn die deutschen Gewaltverbrechen zur Sprache kamen, dann auf einer abstrakten Ebene, auf der für den konkreten Deutschen als Täter kein Platz war. Zudem wurden sie in die nebelhaften weiten Räume irgendwo „im Osten“ verlegt. Den Fragen nach der Verstrickung der deutschen Gesellschaft in das NS-Regime und der eigene Verantwortung für die NS-Massenverbrechen wichen die Deutschen aus und fühlten sich eher als politisch „Verführte“. Für die Opfer der deutschen Massenverbrechen war in diesem Zusammenhang kein Platz. Angesichts der Millionen Toten deutscher Soldaten, des Bombenkriegs der Alliierten sowie der am Ende des Zweiten Weltkrieges einsetzenden Vertreibungen der Deutschen, neigte man dazu, sich selber eher als „Opfergemeinschaft“ zu sehen. Die in den dreizehn Nürnberger Prozessen zu Tage geförderten Erkenntnisse über das NS-Herrschaftssystem und den verbrecherischen Grundcharakter des deutschen Angriffskrieges wurden bereits Ende der 1940 Jahre abgedrängt.³⁵³

Letzten Endes verfehlte die amerikanische Besatzungsmacht ihr anspruchsvolles Ziel, im Rahmen ihrer umfassenden Reeducation-Politik, die Nürnberger Prozesse auch als ein Mittel einzusetzen, die deutsche Bevölkerung über den grundlegenden Charakter des NS-Herrschaftssystems und über das Ausmaß der begangenen Massenverbrechen in voller Konsequenz aufzuklären. Das anfängliche Interesse der deutschen Bevölkerung koinzidierte alsbald vor dem Hintergrund der in Gang gekommenen umfassenden Säuberungspolitik mit einem allgemeinen Stimmungsumschwung, der sich am besten mit einer Mischung aus Schuldangst und Schuldabwehr sowie einer verbreiteten Gleichgültigkeit und Ablehnung vor allem der zwölf Nachfolgeprozesse beschreiben lässt. Diese alles andere als politisch eindeutige Situation und zweifelsohne widersprüchliche Stimmung beschrieben internationale Schriftsteller und Emigranten, die im Auftrage der Alliierten und anderer Institutionen durch das Nachkriegsdeutschland reisten.³⁵⁴ Gleichwohl hat kaum ein anderer als der prominente deutsche Philosoph Karl Jaspers die ambivalente vorherrschende Stimmungslage frühzeitig und am besten getroffen, vor allem weil er um den stark eingeschränkten Horizont seiner

³⁵³ Vgl. für diese Einschätzung mit Blick auf die 1950 Jahre: Norbert Frei, *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*, München 1999, S. 405.

³⁵⁴ Vgl. exemplarisch Stephen Spender, *Deutschland in Ruinen. Ein Bericht.*, Frankfurt a. M. 1998 sowie Hannah Arendt, *Besuch in Deutschland*, Berlin 1993.

Landsleute wusste. In seiner berühmten Vorlesung zur geistigen Situation in Deutschland im Winter 1945/46 schrieb Jaspers:

„Man mag nicht hören von Schuld, von Vergangenheit, man ist nicht betroffen von der Weltgeschichte. Man will einfach aufhören, zu leiden, will heraus aus dem Elend, will leben, aber nicht nachdenken. Es ist eher eine Stimmung, als ob man nach so furchtbaren Leid gleichsam belohnt, jedenfalls getröstet werden müßte, aber nicht noch mit Schuld beladen werden dürfte.“³⁵⁵

Auch wenn Karl Jaspers seine Worte in einem tröstlichen und solidarischen Sinne verstand, bestand für ihn überhaupt kein Zweifel an der Tatsache, dass zu der allgemeinen Not noch die Anklage gegen Deutschland und gegen „die Deutschen“ kam. Vor dem Hintergrund des laufenden Hauptkriegsverbrecherprozesses und des hinsichtlich der Schuldfrage zwischen Akzeptanz und Abwehr hin- und herschwankenden Bewusstseins der deutschen Bevölkerung, formulierte Karl Jaspers seinen Landsleuten eine politisch-pragmatische Perspektive, die er auch als Rat an die alliierten Sieger verstand. Für ihn gab es eine „*moralische Kollektivschuld*“, deren Instanz ausschließlich die individuelle Selbstprüfung sein müsse. Darüber hinaus stand für Jaspers fest, dass jeder einzelne Deutsche eine „politische Haftung“ zu übernehmen habe. Denn seiner Auffassung nach fiel der „Verbrecherstaat“ dem „ganzen Volk zur Last“. Indes: eine *strafrechtliche Kollektivschuld* an den nationalsozialistischen Massenverbrechen ließ Karl Jaspers ausschließlich für eine „kleine Minderheit“ gelten, womit unter anderem die Realität des Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozesses im Wesentlichen sanktioniert war. Politisch klüger war der gesellschaftliche Umgang mit der Hypothek des NS-Regimes und den Folgen des Zweiten Weltkrieges nicht vorstellbar. Aber sogar dieses pragmatische Modell sollte sich für die kommenden Jahren als zu anspruchsvoll erweisen, und angesichts der sich sehr schnell verändernden politischen Rahmenbedingungen, kurz: Kalter Krieg, auch als wenig realistisch.³⁵⁶

I. 4. 2. Die lange Vorgeschichte des „Monat“

Der Verlauf der dreizehn Nürnberger Prozesse fiel in eine Phase, in der sich der Charakter der Deutschlandpolitik der amerikanischen Besatzungsbehörde mehr und mehr veränderte. Die

³⁵⁵ Karl Jaspers, Die Schuldfrage, in: Ders., Lebensfragen der deutschen Politik, München 1963, S. 36-109 (hier S. 43).

³⁵⁶ Siehe Peter Reichel, Vergangenheitsbewältigung in Deutschland. Die Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur von 1945 bis heute, S. 71.

sich bereits während des Zweiten Weltkrieges in der US-amerikanischen Administration herauskristallisierenden rivalisierenden konzeptionellen Vorstellungen hinsichtlich der Frage, wie nach dem militärischen Sieg über das „Hitler-Regime“ mit dem „deutschen Problem“ umzugehen sei, entfalteten sich im Laufe der Zeit und standen nicht zuletzt in einem unmittelbaren Zusammenhang mit dem sich nach der Potsdamer Konferenz sukzessive anbahnenden Ost-West-Konflikt. Wie gezeigt, verloren unter dem US-Präsidenten Truman und seinen antikommunistisch eingestellten Beratern die Anhänger des sogenannten Morgenthau-Planes, die sich für eine harte Bestrafung Deutschlands aussprachen, gegenüber den Verfechtern des War Department und des State Department, die eine „weiche Linie“ favorisierten, an politischem Einfluss.³⁵⁷ Infolgedessen galt es nicht mehr drei der zentralen Punkte des Potsdamer Abkommens, d. h. *demilitarization*, *denazification* und *decartelization*, umzusetzen. Fortan war die Sowjetunion der „natürliche“ Feind, so dass spätestens zwei Jahre nach dem Ende des Krieges das primäre außenpolitische Ziel der Truman-Regierung darin bestand, Deutschland zum Bündnispartner zu machen und das Land in das Netzwerk internationaler Institutionen einzubinden und vermittels Kooperationen zu zähmen.

Gleichwohl stand am Anfang die konkrete amerikanische Besatzungspolitik in Deutschland noch unmittelbar im Zeichen der Direktive JCS 1067, die bekanntlich die miteinander verknüpften Ziele des Bestrafens und der Entnazifizierung der deutschen Gesellschaft sowie eine umfassende Demokratisierungspolitik beinhaltete.³⁵⁸ Obwohl es auf Seiten der Vereinigten Staaten kein eindeutiges konzeptionelles Programm gab, stand eines fest: Nach dem Zusammenbruch des „Dritten Reiches“ sollte Deutschland kein weiteres Mal die Gelegenheit bekommen, den internationalen Frieden zu gefährden, so dass Militarismus und Nazismus in jedweder Form ausgerottet werden sollte. Daraus folgte auch, dass sämtliche Institutionen und Denkweisen der NS-Diktatur beseitigt werden sollten, damit eine grundsätzliche Veränderung der deutschen politischen Kultur in Gang gebracht werden konnte, was freilich einen radikalen Bruch sämtlicher Traditionen zur Folge haben sollte, die das „Hitler-Regime“ und seine Verbrechen erst möglich machten. Hiermit sollten

³⁵⁷ Siehe die entsprechenden Ausführungen im Abschnitt I. 2. 4. „Der ‚weiche Kurs‘ in der amerikanischen Besatzungspolitik angesichts der sowjetischen Herausforderung und das endgültige Scheitern der diplomatischen Zusammenarbeit der ehemaligen Verbündeten“.

³⁵⁸ Zur Konzeption der US-amerikanischen Besatzungsmacht im Hinblick auf die „Transformation zur Demokratie“ Westdeutschlands vgl. aus der neueren Forschungsliteratur besonders die beeindruckende, anhand von umfangreichen originalen Direktiven, Handbücher und Technischen Anweisungen nachgezeichnete und einer soziologischen Analyse unterzogene Studie von: Uta Gerhardt, *Soziologie der Stunde Null. Zur Gesellschaftskonzeption des amerikanischen Besatzungsregimes 1944-1945/1946*, Frankfurt am Main 2005.

Voraussetzungen geschaffen werden, um Deutschland die Chance zu geben in den Kreis der zivilisierten Völker zurückzukehren.³⁵⁹

Mithin stand in der amerikanischen Besatzungszone – wie auch in der britischen und französischen – der politische Wiederaufbau Deutschlands im Zeichen der Herstellung von demokratischen Zuständen. Beispielsweise besaß neben dem durch Befehl auf Kreis- und Landesebene eingesetzten Bürgermeister, Landräten und Ministerpräsidenten die Zulassung politischer Parteien einen großen Stellenwert. Abgesehen von neo-nazistischen und offen „rechten“ Parteien hatte dies zur Folge, dass neben den vier großen Richtungen – KPD, SPD, CDU und Liberale – auch zahlreiche kleiner Parteien sowie Regionalparteien gegründet werden konnten. Hiermit sollte der eigentliche Rahmen abgedeckt werden, auf dem sich das parteipolitische Leben entwickeln konnte und früher oder später die Bevölkerung ihre demokratischen Rechte in Anspruch nehmen konnten. Bereits im Jahre 1946 erlaubten die Amerikaner Wahlen zu verfassungsgebenden Landesversammlungen und im gleichen Jahr, spätestens 1947, konnte die Bevölkerung ihre ersten Landtage wählen.³⁶⁰

Weitaus schwieriger gestaltete sich der anspruchsvolle Versuch, im Rahmen des Demokratisierungsprogramms die in Potsdam beschlossene Entnazifizierung durchzuführen.³⁶¹ Während die getroffenen Maßnahmen in der sowjetischen Besatzungszone im Kontext eines intendierten grundlegenden Systemwechsels unter „antifaschistischen-demokratischen“ Vorzeichen durchgeführt wurden,³⁶² wurde sie in den drei westlichen Zonen als entscheidende Vorbedingung der moralischen Rehabilitierung Deutschlands und der Veränderung der politischen Kultur angesehen.³⁶³ In der Anfangsphase war die Entnazifizierungspolitik dadurch charakterisiert, neben der Auflösung der NS-Strukturen, der Internierung von führenden NS-Funktionären sowie der Verhaftung von Kriegsverbrechern, ehemalige Nazis aus dem gesamten öffentlichen Leben und der Wirtschaft zu entfernen. Vor

³⁵⁹ Siehe Konrad Jarausch, *Die Umkehr. Deutsche Wandlungen 1945-1995*, Bonn 2004, S. 31 f.

³⁶⁰ Vgl. Wolfgang Benz, *Potsdam 1945. Besatzungsherrschaft und Neuaufbau im Vier-Zonen-Deutschland*, a.a.O., S. 135 ff.

³⁶¹ Vgl. grundsätzlich Clemens Vollnhals (Hg.), *Entnazifizierung. Politische Säuberung und Rehabilitierung in den vier Besatzungszonen 1945-1949*, München 1991.

³⁶² Vgl. grundsätzlich Helga Welsh, „Antifaschistisch-demokratische Umwälzung“ und politische Säuberung in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, in: Klaus-Dietmar Henke/Hans Woller (Hg.), *Politische Säuberung in Europa. Die Abrechnung mit Faschismus und Kollaboration nach dem Zweiten Weltkrieg*, München 1991, S. 84-107 sowie Wolfgang Meinicke, *Zur Entnazifizierung in der sowjetischen Besatzungszone unter Berücksichtigung von Aspekten politischer und sozialer Veränderung 1945-1948*, Diss. Berlin-Ost 1983.

³⁶³ Das folgende nach Peter Reichel, *Vergangenheitsbewältigung in Deutschland. Die Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur von 1945 bis heute*, S. 30-37; Konrad Jarausch, *Die Umkehr. Deutsche Wandlungen 1945-1995*, S. 66-75 sowie Wolfgang Benz, *Potsdam 1945. Besatzungsherrschaft und Neuaufbau im Vier-Zonen-Deutschland*, S. 157-182.

allem in der amerikanischen Zone unter der Ägide des stellvertretenden US-Befehlshabers General Clay wurde die politische Säuberung rigoros durchgesetzt. Schätzungsweise 200 000 Personen wurden insgesamt in den drei Westzonen entsprechend der Kategorie „automatic arrest“ in die Internierungslager gebracht, wobei sich diese Zahl bereits um die Jahreswende 1946/47 um die Hälfte reduziert hatte. In Haft blieb der Personenkreis, die in den vom Nürnberger Militärtribunal als „verbrecherische Organisation“ (SS, einschließlich SD und Gestapo, sowie dem Korps der Politischen Leiter der NSDAP) eingestuft Institutionen einen Rang bekleidet hatten. Zudem wurden noch innerhalb des ersten Jahres der Besatzungszeit etwa 150 000 Personen aus dem öffentlichen Dienst sowie rund 70 000 Personen aus der Wirtschaft von ihren Positionen entbunden.

Mit dem Militärgesetz Nr. 8 erhielt die Entnazifizierung Ende September 1945 insofern eine neue Dimension, weil hiermit die Möglichkeit geschaffen wurde massiver in die Wirtschaft einzugreifen. Gleichwohl wurde auch immer mehr der bürokratische Charakter sichtbar, der neben den bereits genannten Gründen mitverantwortlich war, dass schließlich die Mehrheit der deutschen Bevölkerung von ihrer anfänglichen Zustimmung für Entnazifizierungsmaßnahmen mehr und mehr abrückte. Die US-Militärregierung (OMGUS) versuchte nämlich zuerst vermittels des äußerst umstrittenen Fragebogens, der insgesamt 131 separate Fragen umfasste, Personen in Schlüsselfunktionen vor ihrer Wiedereinstellung zu überprüfen. Ab Januar 1946 wurde dann durch die Kontrollratsdirektive Nr. 24 für die zu entlassenen Personen eine neue Grundlage geschaffen, die auf Vereinheitlichung abzielte. Durch die Festlegung von 99 Kategorien für Nationalsozialisten und Personen, die von den Alliierten verdächtigt wurden, ihnen feindlich gegenüber zu stehen, konnten Personen ohne jede tatsächliche individuelle Prüfung entlassen werden. Die ablehnende Haltung der deutschen Bevölkerung und noch mehr das schematische Vorgehen und die Überdehnung der Entnazifizierungsdirektiven, die zum einen für Verwirrung sorgte und zum anderen den Wiederaufbau des öffentlichen Dienstes und der Wirtschaft beeinträchtigte, bildeten die Voraussetzungen dafür, dass die Amerikaner sich entschieden, die Deutschen am Verfahren zu beteiligen.

Durch das „Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus“ vom 5. März 1946 und der Einführung des „Spruchkammerverfahrens“ bezogen die Amerikaner deutsche Stellen in die Durchführung der Entnazifizierung ein. Das Befreiungsgesetz stellte den Versuch dar, zwischen dem Diskriminierungs- und Strafgedanken sowie der als notwendig erachteten Einzelfallprüfung und der gerichtlichen Ermessungsentscheidung einen

Ausgleich zu schaffen. Gleichwohl zeigte sich alsbald, dass die Einführung des rechtsstaatlichen Verfahrens mit hohen politischen Kosten verbunden war. Denn der immense bürokratisch-gerichtliche Aufwand der umfassenden politischen Säuberung und das tatsächliche Ergebnis klafften zusehends auseinander. Was als radikale Entnazifizierung der deutschen Gesellschaft konzipiert wurde, mit der alle ehemaligen Nazis aus dem öffentlichen Leben entfernt und gegebenenfalls bestraft werden sollten, führte zu einer umfassenden Rehabilitierungsmaßnahme.

Nach dem Befreiungsgesetz musste jeder Deutsche, der älter als 18 Jahre alt war, einen Fragebogen auszufüllen, der nach fünf formalen Belastungskategorien unterschied und über den in den Spruchkammern, einem Laiengericht bestehend aus einem Vorsitzenden und zwei ehrenamtlichen Richtern, entschieden wurde. Diese Kategorien waren: I. Hauptschuldige (primär die Angehörigen der vom Internationalen Militärtribunal als verbrecherisch verurteilten Organisationen: SS, Gestapo, Korps der politischen Leiter der NSDAP); II. Belastete (Aktivisten, Militaristen, Nutznießer); III. Minderbelastete (Bewährungsgruppe); IV. Mitläufer; V. Entlastete. Allein in der amerikanischen Zone mussten knapp dreizehn Millionen Menschen den Fragebogen ausfüllen. Hierbei war knapp ein Drittel vom Befreiungsgesetz betroffen, wobei am Ende nur etwa 10 Prozent von einer Spruchkammer tatsächlich verurteilt wurden und hier wiederum nur eine Minderheit mit tatsächlichen Strafen oder Nachteilen von Dauer Leben mussten. Entlastung brachte im August 1946 die Jugendamnestie für alle nach 1919 Geborenen und die Weihnachtsamnestie 1946, die Kriegsgeschädigte und sozial Schwäche begünstigte. Trotz der großen Nachsicht der Spruchkammerpraxis war das Verfahren durchaus umstritten. Vor allem die dem traditionellen Strafrecht widersprechende Verfahrenspraxis, wonach die Betroffenen die Beweislast für ihre Unschuld zu erbringen hatten, gab Anlass zur Kritik, weil dies zur Folge hatte, dass erstens in zahlreichen vergleichbaren Fällen völlig verschiedene Entscheidungen getroffen werden konnten, zweitens sich eine „Persilschein-Praxis“ durchsetzen konnte, weil sich die Mitglieder der ehemaligen „Volksgemeinschaft“ gegenseitig Unbedenklichkeitsbescheinigungen über ihre Vergangenheit ausstellen konnten, und drittens, sowohl Fragebogenfälschungen und Begünstigungen als auch eine Denunziationspraxis Tür und Tor geöffnet wurde; weniger aus politischer Überzeugung, als aus Gründen wirtschaftlicher Konkurrenz bzw. persönlicher Feindschaft. Zudem sorgte nicht zuletzt der schleppende Gang der Spruchkammerpraxis für Zündstoff, da die Vielzahl von eher harmlosen Fällen gegenüber den „schweren“ vorrangig zu behandeln. Hierdurch entstand in

der Bevölkerung die Ansicht: ‚die Kleinen hängt man, und die Großen lässt man laufen‘. Dies führte dazu, dass die unmittelbar nach Kriegsende anzutreffende Zustimmung von 57 Prozent in der Bevölkerung für die Entnazifizierungspolitik, zu dem Zeitpunkt am Sinken war, als mit dem Inkrafttreten des Befreiungsgesetzes sich das Verfahren auf die gesamte Gesellschaft ausdehnte, so dass aufgrund der überzogenen Ziele und der bürokratischen Durchführung am Ende nur noch 17 Prozent eine zustimmende Haltung einnahmen. Angesichts dieser Umstände und nicht zuletzt aufgrund des sich abzeichnenden Ost-West-Konfliktes erlahmte spätestens im Frühjahr 1948 auf Seiten der Amerikaner das Interesse an der Entnazifizierung. Nachdem die Sowjetunion in ihrer Zone die Entnazifizierung im März beendete, entschlossen sich auch die Amerikaner das Verfahren zu beenden.³⁶⁴

Gleichwohl ist zu berücksichtigen, dass bereits am Anfang der Entnazifizierung das Verfahren öffentlich unter Beschuss geriet. Hierbei waren es nicht nur ehemalige Nazis, deren Ablehnung keineswegs überraschen konnte, sondern bereits im Frühjahr 1946 kritisierte der Rat der Evangelischen Kirche in einem offenem Brief an die US-Militärregierung, dass das Befreiungsgesetz ‚elementare Rechtsgrundsätze‘ verletze und für neues Unrecht Sorge. Unter den Skeptikern und Kritikern befanden sich selbst ehemalige Gegner der NS-Diktatur, die die politische Säuberung grundsätzlich befürworteten, aber nicht zuletzt die tatsächliche Spruchkammerpraxis ablehnten. Beispielsweise plädierte der ehemalige Häftling des Konzentrationslagers Buchenwald und Mitherausgeber der Zeitschrift *Frankfurter Hefte* Eugen Kogon ausdrücklich für das Recht auf politischen Irrtum, und der Präses der Hessischen Landkirche, Martin Niemöller, ebenfalls KZ-Häftling, rief sogar im Laufe des Jahres 1948 öffentlich zum Boykott der Entnazifizierung auf.³⁶⁵

Von besonderer Bedeutung war die Entnazifizierung im Kultur- und Geistesleben. Angesichts des großen Stellenwertes die der Erneuerung der politischen Kultur im Rahmen der alliierten Nachkriegskonzepte spielte, war freilich die personelle Überprüfung unabdingbar. Der Versuch der „Umerziehung“ der Deutschen setzte auf einen radikalen kulturellen Neuanfang,

³⁶⁴ Vgl. insgesamt Klaus-Dietmar Henke, Die Trennung vom Nationalsozialismus. Selbstzerstörung, politische Säuberung, „Entnazifizierung“, Strafverfolgung, in: Ders./Hans Woller (Hg.), Politische Säuberung in Europa. Die Abrechnung mit Faschismus und Kollaboration nach dem Zweiten Weltkrieg, München 1991, S. 21-83.

³⁶⁵ Peter Reichel, Vergangenheitsbewältigung in Deutschland. Die Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur von 1945 bis heute, S. 35. Zur Kritik seitens der evangelischen Kirche an der Entnazifizierung vgl. insgesamt Clemens Vollnhals, Evangelische Kirche und Entnazifizierung 1945-1949. Die Last der nationalsozialistischen Vergangenheit, München 1989.

der eine grundlegende Entnazifizierung und Kontrolle der kulturellen Sphäre voraussetzte.³⁶⁶ Insbesondere für die Besatzungsbehörden der US-Zone und in der sowjetischen Zone arbeiteten zahlreiche renommierte sogenannte „Kulturoffiziere“, die mit der Geschichte der deutschen Philosophie, Literatur, Kunst und Musik bestens vertraut waren. Darüber hinaus wurden sie von international bekannten deutschen und österreichischen Intellektuellen – die in vielen Fällen jüdischer Herkunft waren – beraten, die vom Nationalsozialismus zur Emigration gezwungen wurden und im Zuge des Krieges mit den Armeen ihrer Aufnahmeländer oder zu einem späteren Zeitpunkt als Remigranten zurückkehrten. Beispielsweise fungierte in der US-Zone Hans Habe als Kulturoffizier und besaß insbesondere in der Anfangsphase einen großen Einfluss im Hinblick auf die Pressepolitik.

Inmitten der materiellen Not in der unmittelbaren Nachkriegszeit entwickelte sich in der deutschen Bevölkerung ein großes Bedürfnis nach Kultur. Deshalb war den Alliierten die Wiederbelebung des kulturellen Lebens wichtig, weil man im Kontext der Erziehung der Deutschen zur Demokratie gleichzeitig sozusagen Propaganda für die eigene Kultur und mithin für das eigene politische System machen konnte. Hierbei waren in der Anfangsphase die inhaltlichen Unterschiede in der alliierten Kulturpolitik nur schwer auszumachen, was sich durch die Übergangssituation erklären ließ und erst durch den Ausbruch des Kalten Krieges zu klar erkenntlichen und divergierenden Konzepten führte. Am schärfsten wurde die Entnazifizierung in der sowjetischen Besatzungszone und vor allem in der US-Zone durchgeführt, wo schätzungsweise 600 Personen in Schlüsselpositionen im Kultursektor (Verlagswesen, Theater, Film, Presse und Rundfunk) aufgrund ihrer politischen Vergangenheit eine Beschäftigung untersagt wurde. Allerdings bezog sich die Entnazifizierung nicht nur auf Personen. Da auch die „geistigen Wurzeln“ des Nationalsozialismus ausgemerzt werden sollten, wurden sämtliche Druckerzeugnisse hinsichtlich ihrer Inhalte überprüft; beispielsweise führte die Überprüfung der Bibliotheken dazu, dass noch Mitte 1946 knapp 15.000 Bücher und 150 Zeitschriften auf dem Index standen und der Öffentlichkeit vorenthalten wurde.

Trotz alledem entwickelte sich das kulturelle Leben in den vier Zonen in der Anfangsphase im Grunde genommen ziemlich frei. Dass es in der sowjetischen Besatzungszone um den Aufbau einer sozialistischen Kultur nach sowjetischen Vorgaben gehen sollte, zeichnete sich 1945/46 nicht mit Deutlichkeit ab. Auch hier wurde zu Beginn bewusst ein facettenreiches

³⁶⁶ Das folgende nach Axel Schildt, Kultur und geistiges Leben, in: Wolfgang Benz (Hg.), Deutschland unter alliierter Besatzung: 1945 – 1949/55, S. 134-140 (hier S. 134 f.).

Spektrum von geistigen und künstlerischen Strömungen zugelassen. Zahlreiche Künstler und Intellektuelle zeigten sich durchaus gegenüber der sowjetischen Kulturpolitik aufgeschlossen, weil in diesen Kreisen die Forderung nach einer Auseinandersetzung mit der Geschichte des „Dritten Reiches“ nicht selten mit der Kritik am Kapitalismus – den sie für das Aufkommen des Nationalsozialismus mitverantwortlich machten – und der Hoffnung nach einem alternativen Wirtschaftssystem korrespondierte. In diesem Zusammenhang schien ihnen die sowjetische Kulturpolitik mit dem anvisierten Konzept der „Stunde Null“ insgesamt attraktiv, weil nämlich hierdurch nicht zuletzt die Möglichkeit zu bestehen schien, die radikale Neugestaltung sowohl der gesellschaftlichen als auch der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland zu erreichen – was sich in vielen Fällen explizit und implizit mit dem Wunsch nach einer sozialistischen Utopie verband. Ein nicht zu unterschätzender Vorteil der SMAD-Kulturbürokratie sollte darin bestehen, dass sie das ideologisch-politische Modell des Sozialismus den deutschen Intellektuellen in einer Form präsentierten, die erstaunlich liberale und pragmatische Züge aufwies und ohne das sich der stalinistische Hintergrund zeigte.³⁶⁷

Nach Ansicht des Tübinger Historikers Michael Hochgeschwender war das Problembewusstsein der Sowjets im Hinblick auf die nationalsozialistische Vergangenheit gut ausgebildet, so dass in ihrem Sektor unter der Ägide von SMAD und der KPD/SED ein quasi antifaschistisch-„demokratischer“ Grundkonsens entstand, der zur „politisch-kulturellen Ratio“ der Ostzone (und später der DDR) werden sollte. In diesem Zusammenhang führte der Autor weiter aus:

„Der antifaschistische Konsens mit seinem spezifischen Demokratieverständnis wurde bald mit zwei weiteren wichtigen Komponenten verknüpft. Zum einen ging es um die alte Forderung nach der Einheit der Arbeiterbewegung, wodurch unmittelbar die Sozialdemokratie zum Objekt stalinistischer Interessen wurde, zum anderen fand seit 1946 eine konsequente Adaption des nationalen Gedankens von Seiten der deutschen Kommunisten und der SMAD statt. Indem diese vier strategischen Ziele (sozialistische Demokratie, Antifaschismus, Einheit der Arbeiterbewegung und nationale Einheit) auf eine Weise propagiert wurden, in der genuin stalinistische Töne vorerst nur zurückhaltend eingesetzt wurden, wandten die Sowjets erneut jene Taktik an, die zu Zeiten Willi Münzenbergs so erfolgreich gewesen war. Gerade das strikte Festhalten am Antifaschismus der Kriegszeit führte dazu, daß ein nicht unerheblicher Teil der linksintellektuellen Emigranten in der Ostzone ihre politische Heimat fand.“³⁶⁸

In diesem Kontext avancierte der am 3. Juli 1945 gegründete „Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands“ zu einer entscheidenden Einrichtung. Mit Sitz in Berlin fungierte

³⁶⁷ Vgl. Wolfgang Schivelbusch, Vor dem Vorhang. Das geistige Berlin 1945-1948, Frankfurt a. M. 1997, S. 55-58.

³⁶⁸ Michael Hochgeschwender, Freiheit in der Offensive? Der Kongreß für kulturelle Freiheit und die Deutschen, München 1998, S. 130 f.

er quasi als organisatorisches Zentrum für den Versuch, vor dem Hintergrund der „Ausrottung der faschistischen Ideologie“ zur „demokratischen“ Erneuerung Deutschlands unter antifaschistischen Vorzeichen insbesondere allen literarischen und künstlerisch Interessierten ein politisch unverdächtiges Forum zu bieten. Auf breite Resonanz stieß der Kulturbund unter anderem dadurch, dass im Mittelpunkt des Programms die Forderung stand ‚die große deutsche Kultur, den Stolz unseres Vaterlandes, wieder erwecken und ein neues deutsches Geistesleben begründen‘ zu wollen.³⁶⁹ Hiermit kam ausdrücklich zum Ausdruck, worin das Hauptanliegen des Kulturbundes lag, nämlich einen wesentlichen Beitrag bei der „kulturell-moralisch-geistigen Vereinigung“ Deutschlands³⁷⁰ zu leisten, die freilich auf antifaschistisch-„demokratischer“ Basis erfolgen sollte.

Die Organisation wurde in der Anfangsphase noch von allen vier Besatzungsmächten gefördert und wurde auch in den drei Westzonen auf lokaler Ebene zugelassen. Seine Hauptaktivitäten entfalte der Kulturbund in Berlin. Als Präsident des Kulturbundes fungierte der kommunistische Schriftsteller Johannes R. Becher, dessen zentrales Ziel darin bestand mit dem Kulturbund Künstler und Intellektuelle aus dem bürgerlich-liberalen, dem sozialdemokratischen und auch dem katholischen Lager anzusprechen und an sich zu binden. Ebenfalls sollten Emigranten gewonnen werden sowie apolitische Künstler und Intellektuelle, die während der NS-Diktatur im „inneren Exil“ lebten. Beim Kulturbund handelte sich um eine „fellow-traveller“-Bewegung, die zweifelsohne in der konzeptionellen Tradition Willi Münzenberg stand, so dass die verdeckten kommunistischen Absichten der Initiatoren nur „Experten“ ersichtlich werden konnten, die gewissermaßen Erfahrungen mit den berühmten Agitations- und Propagandatechniken der Kommunisten hatten.³⁷¹ In diesem Zusammenhang wurde alsbald auch versucht, prominente Künstler für den eigenen Sektor zu gewinnen, obwohl sie – wie zum Beispiel Wilhelm Furtwängler oder Gustaf Gründgens – politisch

³⁶⁹ Anne Hartmann/ Wolfram Eggeling, Sowjetische Präsenz im kulturellen Leben der SBZ und frühen DDR 1945-1953, Berlin 1998, S. 189.

³⁷⁰ Wolfgang Schivelbusch, Vor dem Vorhang. Das geistige Berlin 1945-1948, S. 119.

³⁷¹ Willi Münzenberg organisierte bekanntlich den berühmten „Ersten Internationalen Kongreß der Schriftsteller für die Verteidigung der Kultur“, der im Juni 1935 in Paris stattfand und der durch die Volksfrontstrategie geprägt war. Entsprechend der seit 1934 von Stalin verkündeten neuen Linie, wonach nicht mehr die kommunistische Revolution auf der Tagesordnung stand, sondern in Namen des Antifaschismus die europäischen kulturellen Werte – für die vor allem der sowjetische Humanismus stehen sollte –, gegen den deutschen Nationalsozialismus zu verteidigen, wurden französische und internationale antifaschistische Intellektuelle mobilisiert. Primär ging es aber darum, der Kommunistischen Partei in Frankreich durch das Gewinnen von bürgerlichen Intellektuellen im Wahlkampf zu helfen. Eingeladen wurden u. a. André Gide, André Malraux, Louis Aragon, Heinrich Mann, Johannes R. Becher, Bertold Brecht, Ilja Ehrenburg, Aleksei Tolstoi und Aldous Huxley.

Wolfgang Schivelbusch Vor dem Vorhang. Das geistige Berlin 1945-1948, S. 123 weist darauf hin, dass Johannes R. Becher hier bei der Vorbereitung und Durchführung des Kongresses seine ersten praktischen Erfahrungen gemacht hat, die ihm in dann später beim Kulturbund nützlich waren.

belastet waren. Vor dem Hintergrund des auf den ersten Blick nicht klar erkennbaren Führungsanspruches der KPD/SED zeigte sich die Führung des Kulturbundes bei der inhaltlichen Ausrichtung überaus flexibel und besetzte Themen, die bei einem breitem Publikum auf Interesse stieß und bis 1947 auch für den zonenübergreifenden Erfolg verantwortlich waren. Mitverantwortlich dafür war sicherlich, dass der Kulturbund hochrangige Persönlichkeiten an sich binden konnte – sie reichten von den Schriftstellern wie Ludwig Renn, Ricarda Huch, Anna Seghers, Günther Weisenborn oder Willi Bredel, dem Romanisten Viktor Klemperer, dem Philosophen Ernst Niekisch, bis zu den „nützlichen Idioten“ wie beispielsweise dem SPD-Politiker Gustav Dahrendorf oder dem CDU-Politiker Ferdinand Friedensburg. So gelang es dem Kulturbund nach nur einem Jahr 45.000 Mitglieder für sich zu gewinnen, die sich in 394 Ortsgruppen organisierten. Bis zum Jahr 1948 konnte die Zahl der regulären Mitglieder auf 120.000 gesteigert werden.³⁷²

Als zentrales Thema wurde ab September 1946 die Einheit des deutschen Nationalstaates besetzt und mit den sowohl zeitlich als auch inhaltlich überschneidenden Neutralitäts- und Friedenskampagnen verzahnt. Nachdem die SED und die SMAD anfangen immer mehr gegen die sich abzeichnenden Pläne seitens der Briten und Amerikaner zu polemisieren, die planten ihre beiden Zonen zusammenlegen (Bizone) und sich für den Erhalt eines zentralistisch verfassten deutschen Nationalstaates aussprachen, und die Kulturpolitik in der SBZ insgesamt nach direkten sowjetischen Vorgaben erfolgte sowie sich verstärkt abgrenzenden Tendenzen zuwandte, veränderte sich mithin auch der Charakter des Kulturbundes. Im Verlauf des Jahres 1947/48 begannen zahlreiche Intellektuelle aus dem bürgerlichen und katholischen Milieu den Kulturbund zu verlassen. Angesichts der militanten antiamerikanischen Propaganda seitens führender Exponenten des Kulturbundes kam es im November 1947 zu einem Verbot in der amerikanischen und britischen Besatzungszone in Berlin.³⁷³

Die Absicht des Kulturbundes, eine „demokratische“ Erneuerung unter antifaschistischen Vorzeichen in Deutschland zu erreichen, fand seinen Niederschlag in der von ihr herausgegebenen „kulturpolitischen Monatszeitschrift“ mit dem Titel „Aufbau“, die unter sowjetischer Lizenz Ende September 1945 erstmalig erschien. In der bewusst überparteilich konzipierten Zeitschrift veröffentlichten in den ersten Heften nicht nur die Herausgeber Heinrich Mann, Theodor Plivier, George Lukács, Ferdinand Friedensburg und

³⁷² Jost Hermann, Kultur im Wiederaufbau. Die Bundesrepublik 1945-1965, Frankfurt/M. – Berlin 1989, S. 104.

³⁷³ Siehe Michael Hochgeschwender, Freiheit in der Offensive? Der Kongreß für kulturelle Freiheit und die Deutschen, S. 135-137.

Ernst Wiechert. Beispielsweise schrieben auch Hans Fallada und Thomas Mann Aufsätze für ebendieses Organ.³⁷⁴

Die französische, britische und amerikanische Besatzungspolitik zeichnete sich in der ersten Phase, die bis Ende 1947/Anfang 1948 reichte, dadurch aus, dass die rigide Entnazifizierung mit umfassenden Demokratisierungsmaßnahmen koinzidierte. „Re-Education“ bzw. „Umerziehung“ der Deutschen lautete das anspruchsvolle und ambitionierte Programm, mit dem der autoritären gesellschaftlichen und ideengeschichtlichen Tradition in Deutschland demokratische Werte entgegengesetzt werden sollte und was freilich die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus sowie den deutschen Massenverbrechen beinhaltete. Der Schwerpunkt der Umerziehungsbemühungen lag in den Westzonen hierbei bei den Amerikanern. Im Hinblick auf das Ziel der Etablierung einer grundsätzlich demokratischen politischen Kultur in Deutschland wurde im Kontext der Umerziehungspolitik neben dem Bildungswesen und Rundfunk, dem gesamten Medienbereich eine große Bedeutung beigemessen, wobei in diesem Zusammenhang nicht zuletzt die (Tages- und Wochen-) Presse und die kultur-politischen Zeitschriften eine besondere Rolle spielen sollten. Die Verantwortung für das gesamte Mediensystem lag zunächst in den Händen der „Psychological Warfare Division“, die unter der Kontrolle der alliierten Streitkräfte stand und von dem US-amerikanischen Kulturoffizier Hans Habe geleitet wurde, und die seitens der Amerikaner nach der Errichtung der Besatzungsadministration umgewandelt wurde in „Information Control Division“ (später Information Services Division“). Hier wurde über die schriftliche Zulassung von Zeitungen, Magazinen, Zeitschriften, Büchern, Broschüren und sonstigen Veröffentlichungen entschieden, die von Deutschen herausgegeben werden sollten. Denn publizistische Äußerungen jedweder Art durch Deutsche waren von einer Lizenz abhängig. Die Vergabepaxis von Lizenzen unterschied sich in der Anfangsphase in der französischen Zone gegenüber der britischen und amerikanischen Zone kaum und erst in der nachträglichen Kontrolle der einmal vergebenen Lizenz zeigten sich letztere weniger rigide. Denn vor dem Hintergrund der Verpflichtung der sogenannten Lizenzträger, bestimmte Inhalte, in erster Linie nationalsozialistischer Art, nicht zu veröffentlichen und zudem keine Kritik an der konkreten Politik der Besatzungsmächte zu formulieren, zeigten sich Engländer

³⁷⁴ Wolfgang Benz, Potsdam 1945. Besatzungsherrschaft und Neuaufbau im Vier-Zonen-Deutschland, S. 196.

und Amerikaner liberaler und duldeten beispielsweise in deutschen Zeitungen ihrer Zonen – zumindest in der Anfangsphase – auch zum Teil Kritik gegenüber den Maßnahmen ihrer Besatzungsbehörden.³⁷⁵

Im Hinblick auf die Tageszeitungen besaß in der unmittelbaren Nachkriegszeit vor allem die von der amerikanischen Militärregierung in München herausgegebene „Neue Zeitung“ einen hohen Stellenwert. Sie avancierte zur bedeutendsten deutschsprachigen Zeitung der ersten Besatzungsjahre.³⁷⁶ Vom Oktober 1945 an erschien diese Tageszeitung als offizielles Organ der amerikanischen Besatzungsmacht zehn Jahre lang für die deutsche Bevölkerung. Die „Neue Zeitung“ sollte einen entscheidenden Beitrag leisten bei der „Amerikanisierung“ bzw. Demokratisierung Deutschlands und im Kontext der Umerziehung der Gesellschaft die Besiegten dazu zu bringen, ihre Schuld ohne Vorbehalt auf sich zu nehmen. Mithin kreisten die Themen um die „großen“ Fragen der Schuld, der verlorenen Werte, der Sprache der Macht, über die Eigenheiten und Sonderwege der deutschen Geschichte, über das geistige Klima sowie alsbald über die zunehmend schärfere Teilung des Landes. Unter der anfänglichen Leitung des Chefredakteurs und US-Majors Hans Habe (von April 1946 übernahm Hans Wallenberg dieses Amt und trat es September 1947 ab), der sich unter anderem auf die Mitarbeit von dem in die USA emigrierten Romancier Stefan Heym verlassen konnte, veröffentlichten im Laufe der Zeit hochrangige Philosophen, Schriftsteller, Politiker und politische Publizisten: Zum Beispiel Heinrich und Thomas Mann, Alexander Mitscherlich, Hermann Hesse, Alfred Andersch, Heinrich Böll, Eugen Kogon, Hermann Kesten, Max Horkheimer, Theodor W. Adorno, Kurt Schumacher oder Theodor Heuss. Bei einer Startauflage von 500.000 Exemplaren – zeitweise betrug die Auflage 2, 5 Millionen Exemplare³⁷⁷ und erreichte rund 10 Millionen Leser – besaß verglichen mit den anderen Ressorts das Feuilleton eine besondere Funktion. Unter der Leitung von Erich Kästner öffnete das Feuilleton der deutschen Bevölkerung das „Fenster zur literarischen Welt“, das während der NS-Diktatur verschlossen war, und leistete somit inmitten der „Trümmerlandschaft“ auf diesem Weg einen nicht zu unterschätzenden Beitrag beim Ziel der „Verwestlichung“ der Deutschen. Es erschienen beispielsweise Texte von internationalen Schriftstellern und Philosophen wie T. S. Eliot, Paul Claudel, Jean-Paul Sartre, Ignazio Silone, Julien Green,

³⁷⁵ Ingrid Laurien, Politisch-kulturelle Zeitschriften in den Westzonen 1945-1949. Ein Beitrag zur politischen Kultur der Nachkriegszeit, Frankfurt a. M. 1991, S. 36.

³⁷⁶ So Helmuth Mosberg, REducation. Umerziehung und Lizenzpresse im Nachkriegsdeutschland, München 1991, S. 43.

³⁷⁷ Hans Habe, Im Jahre Null, München 1977, S. 108.

Ernest Hemingway oder auch von Ortega y Gasset.³⁷⁸ Im Feuilleton ging die „Neue Zeitung“ auch auf die Entnazifizierungspolitik nicht zuletzt in der amerikanischen Besatzungszone ein und würdigte sie in der Anfangsphase als notwendige Maßnahme.³⁷⁹ Zudem setzte man sich intensiv mit dem Nationalsozialismus auseinander: neben der Thematisierung der Nürnberger Prozesse schaltete man sich beispielsweise in die „große“ Diskussion über die Streitschrift Karl Jaspers ein – in der sich der deutsche Philosoph bekanntlich gegen die These von einer Kollektivschuld des deutschen Volkes für die vom „Hitler-Regime“ begangenen Massenverbrechen wandte – und initiierte eine eigenständige differenzierte und anspruchsvolle Debatte über die deutsche Schuld, an der sich auf Ersuchen der Redaktion auch Jaspers selbst einschaltete.³⁸⁰ Im Zusammenhang mit der „Vergangenheitsbewältigung“ ging die „Neue Zeitung“ zudem ausdrücklich sowohl auf den nationalsozialistischen Antisemitismus als auch auf den alsbald nach Kriegsende in Erscheinung tretenden neuen Antisemitismus ein. In einem am 16. August 1946 veröffentlichten Artikel vertrat Hans Habe den Standpunkt, dass die Rehabilitierung Deutschlands, die Rückkehr Deutschlands in den Kreis der westlichen Kulturnationen, davon abhinge, wie die Deutschen das Zusammenleben mit den Juden politisch regeln und inwiefern der Antisemitismus institutionell und gesetzlich gebannt werde. Vor dem Hintergrund seines Appells an die deutsche Regierung, deutsche Juden aus der Emigration zurückzurufen, plädierte Habe für die Versöhnung der Deutschen mit den Juden und befürwortete angesichts der begangenen Verbrechen eine Wiedergutmachung, die für ihn ausschließlich eine deutsche und nicht eine Angelegenheit der Alliierten sein musste. Der Chefredakteur der „Neuen Zeitung“ sprach sich indes gegen eine formelle und oberflächliche Wiedergutmachung aus und forderte stattdessen, dass die Deutschen ein ehrenhaftes Bemühen – auch materiell – zeigen müssten, um die Versöhnung mit den Juden auch nach außen hin unter Beweis zu stellen. Denn, so führte Hans Habe aus: „Die Welt muß den Wunsch Deutschlands fühlen, das begangene Unrecht wenigstens an den gutzumachen, die das Unrecht überlebt haben.“³⁸¹

³⁷⁸ Vgl. Wilfried F. Schoeller (Hg.), Diese merkwürdige Zeit. Leben nach der Stunde Null. Ein Textbuch aus der >>Neuen Zeitung<<, Frankfurt am Main 2005.

³⁷⁹ Bereits in seinem Geleitwort zur ersten Ausgabe der „Neuen Zeitung“ am 18. 10. 1945 hob Dwight D. Eisenhower als Oberbefehlshaber der amerikanischen Truppen in Europa und als Militärgouverneur der amerikanischen Besatzungszonen in Deutschland ausdrücklich hervor, dass das Organ auch die Aufgabe hat, der deutschen Bevölkerung die Notwendigkeit der Entnazifizierungspolitik zu vermitteln. Das Geleitwort ist abgedruckt in: ebenda, S. 15 f.

³⁸⁰ Siehe Elisabeth Matz, Die Zeitungen der US-Armee für die deutsche Bevölkerung (1944-1946), Münster 1969, S. 75-96.

³⁸¹ Zitiert nach Kim Kyong-Kun, Die Neue Zeitung im Dienste der Reeducation für die Deutsche Bevölkerung 1945-1946, Phil. Diss. München 1974, S. 177.

In Anbetracht seiner Auffassung, dass die „Behandlung der Judenfrage“ einerseits zu einem Symbol der Menschlichkeit geworden und ein Barometer für die „politische Reife eines Volkes“ und andererseits der Antisemitismus in Deutschland zu einem „Symbol der deutschen Unverbesserlichkeit“ zu betrachten sei, beklagte die „Neue Zeitung“ die mangelnde Bereitschaft einer breiten Mehrheit der deutschen Bevölkerung zur direkten Versöhnung mit den Juden.³⁸²

Zweifelsohne besaßen die „Neue Zeitung“ und andere Tageszeitungen (Frankfurter Rundschau, Die Welt etc.) sowie Wochenzeitungen (u. a. Die Zeit) im Rahmen der Umerziehungspolitik in den westlichen Zonen eine große Bedeutung. Gleichwohl kann festgestellt, dass mit Blick auf sämtliche Presseerzeugnisse in diesem Zusammenhang die Gründung einer großen Anzahl allgemeiner politisch-kultureller Zeitschriften einen wichtigeren Beitrag leisten sollten. Sie besaßen vor allem aufgrund ihrer konzeptionellen Anlage eine wichtigere Funktion bei der Konstituierung einer grundsätzlich demokratischen politischen Kultur bzw. eines demokratisch-parlamentarischen System im Nachkriegsdeutschland. Bevor dies anhand der im Oktober 1948 von der amerikanischen Militärregierung gegründeten Zeitschrift „Der Monat“ genauer beschrieben und erklärt werden wird, soll im Folgenden in aller Kürze ein Blick auf drei unmittelbar nach Kriegsende ins Leben gerufene politisch-kulturelle Zeitschriften geworfen werden, die sowohl aus personeller als auch aus inhaltlicher Sicht durchaus zur unmittelbaren „Vorgeschichte“ des „Monat“ gehören. Hierbei geht es um „Die Wandlung“, „Der Ruf“ und die „Frankfurter Hefte“. Sie stehen exemplarisch für die große Zahl von politisch-kulturellen Zeitschriften, die insbesondere in den ersten Nachkriegsjahren grundsätzlich einen großen Anteil an der Konstituierung demokratischen Denkens in den westlichen Zonen Deutschlands hatten; nicht zuletzt aufgrund ihres pluralistischen Charakters. Bei allen Unterschieden in der inhaltlichen Grundausrichtung spielte die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und Entnazifizierungspolitik in den westlichen Zonen in den drei Zeitschriften in unterschiedlichem Masse eine Rolle.

Im Spätherbst 1945 gründeten in der US-Zone der zukünftige Herausgeber Dolf Sternberger eine der ersten Zeitschriften in der „Stunde Null“ mit dem programmatischen Titel „Die Wandlung“.³⁸³ Während ihres Bestehens bis zum Jahre 1949 fungierten Karl Jaspers, Alfred Weber und Werner Krauss als Mitherausgeber. Angesichts des

³⁸² Ebenda, S. 175 und S. 177 f.

³⁸³ Vgl. Monika Waldmüller, Die Wandlung, Marbach/Neckar 1988.

Erscheinungsortes Heidelberg und der wissenschaftlichen Tradition der Herausgeber knüpfte man an die Weimarer Zeit an, so dass „philosophische und soziologische Konstellationsanalysen breiten Raum“ einnahmen.³⁸⁴ Zum Mitarbeiterkreis zählten unter anderem emigrierte Freunde und Schüler von Weber und Jaspers, wie zum Beispiel die 1933 aus Deutschland vertriebene jüdische Philosophin Hannah Arendt. Daneben veröffentlichten zeitgenössische Schriftsteller wie Hans-Egon Holthusen, Marie Luise Kaschnitz, Erich Kästner und der jüdische Historiker und Nationalismusforscher Hans Kohn. Trotz ihres eher akademischen Habitus wandte sich die Zeitschrift auch aktuellen Themen der Politik zu, die nicht zuletzt durch Carlo Schmidt, Adolf Arndt und Heinrich von Brentano erörtert wurden. Das wesentliche Ziel bestand darin, nach der nationalsozialistischen Barbarei einen Beitrag zu leisten, damit sich in Deutschland ein „moderner Humanismus“ (Dolf Sternberger) durchsetzen kann. Vor dem Hintergrund der „deutschen Schuld“ spielte auch die Auseinandersetzung mit der Geschichte des „Dritten Reiches“ eine wichtige Rolle. Von herausragender Bedeutung waren in diesem Zusammenhang sicherlich die beiden Aufsätze „Organisierte Schuld“ und „Konzentrationslager“ von Hannah Arendt,³⁸⁵ die im Kern bereits ganz wesentliche Elemente ihrer Interpretation des Nationalsozialismus als ein System „totaler Herrschaft“ enthielten und in ihre Totalitarismusstudie einflossen.³⁸⁶ Hierbei ging es unter anderem in der „Stunde Null“ darum, sowohl über die deutschen Massenverbrechen aufzuklären als auch die nationalsozialistische Ideologie in allen Poren der Gesellschaft zu beseitigen. So erschien zudem in der „Wandlung“ beispielsweise von 1945 bis 1948 eine Artikelserie, in der die drei Autoren Dolf Sternberger, Gerhard Storz und Wilhelm E. Süskind die Sprache und Semantik des Nationalsozialismus enthüllten, das erstaunliche Ähnlichkeiten mit Viktor Klemperers 1947 erschienenen „LTI“ (d. i. Lingua Tertii Imperii) aufwies, und später selbst als Buch erschien.³⁸⁷

Allerdings kamen in der „Wandlung“ auch Personen zu Wort, die eine unverhohlene Kritik an den Entnazifizierungsmaßnahmen zum Ausdruck brachten. So bemängelte Karl Heinrich Knappstein in seinem Beitrag „Die versäumte Revolution“, dass die Entnazifizierung keine Revolution der Deutschen selbst sei, mit der ehemalige Nazis aus

³⁸⁴ Harry Pross, *Literatur und Politik. Geschichte und Programme der politisch-literarischen Zeitschriften im deutschen Sprachgebiet seit 1870*, Freiburg i. Br. 1963, S. 136.

³⁸⁵ Hannah Arendt, *Organisierte Schuld*, in: *Die Wandlung*, 1 (1946), Heft 4, S. 333-344 sowie *Konzentrationslager*, in: *Die Wandlung*, 3 (1948), Heft 4, S. 309-330.

³⁸⁶ Hannah Arendt, *The Origins of Totalitarianism*, New York 1951 (dt. Ausgabe: *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, Frankfurt a. M. 1955).

³⁸⁷ Dolf Sternberger, Gerhard Storz und Wilhelm E. Süskind, *Aus dem Wörterbuch des Unmenschen*, Hamburg 1957; Victor Klemperer, *LTI. Notizbuch eines Philologen*, Berlin 1947.

führenden Positionen entfernt würden, sondern als eine administrative Maßnahme der alliierten Sieger durchgeführt wurde.³⁸⁸ Und Rudolf Krämer-Badoni kritisierte in seiner Veröffentlichung „Terror der Anständigen“ in scharfen Tönen, dass von den Entnazifizierungsmaßnahmen auch die vielen „kleinen“ Mitglieder der NSDAP betroffen waren, obwohl sie eigentlich – so wie der Autor – nur „Mitläufer“ gewesen wären:

„Durch die schematische Gesetzgebung sind wir Zwangsmitläufer zu schuldigen Mitläufern geworden. Wir sind in die schiefe Stellung von Verdächtigen geraten. Mit einem Mal gehörten wir dazu, ob wir uns innerlich als Gegner betrachteten oder nicht. Dem Geiste des Gesetzes folgend, müssen wir froh sein, wenn wir uns von dem Verdacht reinwaschen können. Wir müssen froh sein, wenn wir mit der Etikette ‚Nur unmaßgeblich nazistisch‘ davongekommen. Wie sollen wir nun noch Antinazis sein können, ohne schon wieder in den Verdacht von Opportunisten zu geraten. (...)“³⁸⁹

Mit einer zeitweise erreichten Auflagenstärke von 120 000 Exemplare avancierte die in München mit einer amerikanischen Lizenz ausgestattete Zeitschrift „Der Ruf“ zu einer der meistgelesenen und einflussreichsten Blättern der ersten Nachkriegsjahre.³⁹⁰ Nachdem „Der Ruf“ im Winter 1944/45 noch als „Kriegsgefangenen-Zeitung“ von einem Personenkreis herausgegeben wurden, die sich in amerikanischen Lagern befanden und später zu den Mitarbeitern zählten, übernahm im Herbst 1945 ein neues Redaktionsteam dieses Blatt. Chefredakteur wurde Walter Mannzen, der mit seinem führenden Mitarbeiter Hans Werner Richter alsbald mit den amerikanischen Besatzungsbehörden in Schwierigkeiten geriet. Der Hauptgrund hierfür war die zum Teil einseitige Kritik an der „Kollektivschuld“, an den umfassenden Umerziehungsmaßnahmen sowie an dem Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess; diesen lehnten sie ab und forderten stattdessen „revolutionäre deutsche Gerichte“.³⁹¹

Von Sommer 1946 bis Mitte des Jahres 1947 erschien „Der Ruf“ für zehn Monate lang unter der Leitung der beiden Herausgeber Alfred Andersch und Hans Werner Richter. Im „Ruf“, der mit dem Untertitel „Unabhängige Blätter der jungen Generation“ erschien, sollte die „junge heimkehrende Generation“ zu Worte kommen, die die Hoffnung hatten einen radikalen Neuanfang zu starten. Hierbei handelte es sich um eine Gruppe engagierter Vertreter der Zwischengeneration im Alter zwischen 30 und 40 Jahren, die ihre ersten politischen Erfahrungen in der Zeit der Weimarer Republik gemacht hatten, sich zum Teil als

³⁸⁸ Karl Heinrich Knapstein, Die versäumte Revolution, in: Die Wandlung, 2 (1947), Heft 8, S. 663-677.

³⁸⁹ Rudolf Krämer-Badoni, Terror der Anständigen, in: Die Wandlung, 2 (1947), Heft 5, S. 379-391.

³⁹⁰ Vgl. grundsätzlich Jérôme Vaillant, Der Ruf. Unabhängige Blätter der jungen Generation (1945-1949). Eine Zeitschrift zwischen Illusion und Anpassung, München u. a. 1978.

³⁹¹ Hans Schwab-Felisch, Einleitung, in: ders. (Hg.), Der Ruf. Eine deutsche Nachkriegszeitung, München 1962, S. 10-18 (hier S. 11).

politisch aktive Antifaschisten verstanden und nach Hitlers „Machtergreifung“ ins Exil gingen; zum Beispiel waren Andersch und Richter in diesen Jahren aktive Kommunisten und Andersch war für ein halbes Jahr in einem nationalsozialistischen Konzentrationslager inhaftiert. Die beiden Herausgeber versammelten im „Ruf“ nicht zuletzt eine „heimatlose Linke“, die allerdings als undogmatische Sozialisten bzw. Marxisten keineswegs blind waren gegenüber den tatsächlichen Verhältnissen in der Sowjetunion unter Stalin und in der sowjetischen Besatzungszone. Das gemeinsame Band der Autoren – zu ihnen zählten unter anderem Arthur Koestler, Karl Krolow, Hans Schwab-Felisch, Wolfdietrich Schnurre, Hans Sahl – bestand vor allem in dem Wunsch nach einem freien sozialistischen Europa. Vor dem Hintergrund der Enttäuschung mit dem „östlichen Kollektivismus“ implizierte dies einen Weg über den „Sozialismus mit einem menschlichen Gesicht“, der am Ende bei einem „sozialistischen oder radikaldemokratischen Humanismus“ landen sollte, der sich von den „politischen Machenschaften aller vier Besatzungsmächte zu distanzieren versuchte.“³⁹² Angesichts der politischen Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus und dem Stalinismus erschien ebendieser Sozialismus notwendig, um zukünftig „den Frieden“ in der Welt zu sichern und aus diesem Grund sollte die Teilung Deutschlands in ein östliches sowie einen westlichen Teil verhindert werden. Für Alfred Andersch erschien eine ‚freie deutsche Republik‘ als zentrales politische Ziel, die er als eine „ideale Pufferzone“ zwischen dem westlichen und östlichen Gesellschaftssystem betrachtete. Die Vorstellung eines unabhängigen Deutschlands zwischen den beiden Blöcken erschien den drei Westmächten als problematisch und politisch durchaus gefährlich, so dass die der „Truman-Doktrin“ und zusehends einem antikommunistischen Kurs“ folgende US-amerikanischen Militärverwaltung, die sich mithin die Integration „West-Deutschlands“ in das eigene westliche System zum Ziel gesetzt hatten, den „Der Ruf“ zu einem Herausgeberwechsel zwang.³⁹³ Nach dem sechzehnten Heft wurde „Der Ruf“ verboten. Obwohl die genauen Umstände nicht eindeutig geklärt sind, spielte hierbei eine Rolle, dass die Zeitschrift im Verdacht stand, einen „wiederauferstandenen Nationalismus“ zu vertreten. Dieser Verdacht wurde sehr frühzeitig erhoben, aufgrund der artikulierten politischen Forderung nach einer Vereinigung Deutschlands, um eine „Haltbarkeit des Friedens“ zu erzielen. Er mischte sich

³⁹² Jost Hermann, Kultur im Wiederaufbau. Die Bundesrepublik 1945-1965, S. 62.

³⁹³ Ebenda, S. 62.

mit dem Misstrauen der Amerikaner, die in der Zeitschrift immer mehr einen speziellen ‚Nihilismus‘ zu entdecken glaubten.³⁹⁴

Nach der Aufhebung des Verbotes wurde die Zeitschrift übergangsweise unter der stellvertretenden Schriftleitung von Erich Kuby weitergeführt. Mit der Veröffentlichung der ersten Ausgabe des Jahres 1948 wurde „Der Ruf“ von Walter von Cube neu herausgegeben, konnte aber nicht mehr an die politische Bedeutung und Wirkung der zurückliegenden Zeit anknüpfen. Nachdem die Zeitschrift im Laufe des Jahres 1949 bedeutungslos geworden war, stellte sie ihr Erscheinen ein.

Ein Grundzug des „Rufs“ war die nicht nachlassende, teilweise vehemente Kritik an der Umerziehungspolitik und am Entnazifizierungsverfahren vor allem der Amerikaner. Vor dem Hintergrund der frühzeitig artikulierten Kritik am Nürnberger Militärtribunal stand die Zeitschrift den Entnazifizierungsmaßnahmen grundsätzlich kritisch gegenüber, obwohl die politische Ausschaltung von Nationalsozialisten aus öffentlichen Ämtern als legitim und notwendig betrachtet wurde.³⁹⁵ Aber durch den umfassenden Charakter würden sie den Geist des Nationalsozialismus atmen.³⁹⁶ Letzten Endes sah die Zeitschrift sogar die Gefahr, dass der Versuch der Entnazifizierung der deutschen Gesellschaft nicht nur ein denkbar unvollkommenes Instrument zur Bekämpfung des Nationalsozialismus darstellen würde, sondern sowohl die individuelle Auseinandersetzung über die persönliche Schuld verhindere als auch das Ressentiment in der Bevölkerung zum Kochen bringen lasse. So schrieb Erich Kuby:

„Mit Sorge sieht man, wie durch die Arbeit der Spruchkammern ohne andere Schuld der Beteiligten als die, daß sie den Apparat der Denazifizierung bedienen, die Reste des Rechtsgefühls im Volke zerstört werden und an seine Stelle eine neue Form dynamischen ‚Volksempfindens‘ tritt.“³⁹⁷

Infolgedessen konnte es nicht verwundern, dass „Der Ruf“ sich ganz besonders für die Jugendamnestie einsetzte. Hierbei scheute die Redaktion sich nicht, einen ehemaligen jungen Offizier der Waffen-SS das Wort ergreifen zu lassen.³⁹⁸

³⁹⁴ Vgl. Hans Schwab-Felisch, Einleitung, in: ders. (Hg.), Der Ruf. Eine deutsche Nachkriegszeitzeitschrift. S. 10-18 (hier S. 14 ff.).

³⁹⁵ Siehe [Red. Der Ruf], Irrealistische Säuberung. Zur Reform des Befreiungsgesetzes, in: Der Ruf, Heft 19, 2 (1947), S. 5 f.

³⁹⁶ EKY (d. i. Erich Kuby), Denazifizierung der Demokraten, in: Der Ruf, Heft 11, 2 (1947), S. 3.

³⁹⁷ EKY (d. i. Erich Kuby), Die Geburt der Schuld, in: Der Ruf, Heft 23, 2 (1947), S. 1.

³⁹⁸ R. A., „Gebt uns eine Chance!“, in: Der Ruf, Heft 23, 2 (1947), S. 7.

Gewisse Gemeinsamkeiten mit der Ausrichtung des „Rufs“ existierten mit der 1946 von Eugen Kogon und Walter Dierks (mit Clemens Münster und W. M. Guggenheimer) gegründeten Monatszeitschrift „Frankfurter Hefte“. Auch hier trat man angesichts eines anvisierten radikalen politisch-moralischen Neubeginns neben dem Engagement für ein demokratisches Europa mit Blick auf den Neuaufbau Deutschlands für einen „demokratischen Sozialismus“ ein, der indes auf einem christlichen bzw. linkskatholischen Fundament gebaut werden sollte.³⁹⁹ Hierbei handelte es sich um einen „wirtschaftlichen Sozialismus“ auf einer demokratischen Grundlage, was unter anderem die Überführung der Großindustrien und Banken in Gemeineigentum implizierte. Zentraler Gesichtspunkt war hierbei keineswegs eine verstärkte Macht des Staates, sondern das Befürworten einer „Markt-Planwirtschaft des freien Sozialismus“, der eine Mischform aus kapitalistischen und sozialistischen Elementen darstellen sollte. Höchstes Ziel war eine „Demokratie des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Wohlstandes“, die aufgrund ihrer in Freiheit erreichten Vergesellschaftung auch den besten Schutz „gegen jeden Totalitarismus“ biete.⁴⁰⁰

Auch in den „Frankfurter Heften“ wurde frühzeitig Kritik formuliert am Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess⁴⁰¹ und dem Entnazifizierungsverfahren. So vertrat beispielsweise Eugen Kogon im Jahre 1947 in seinem Beitrag „Das Recht auf politischen Irrtum“ die Auffassung, dass angesichts der angestrebten Ziele das gesamte Entnazifizierungsverfahren als verfehlt zu betrachten seien und zudem mit katastrophalen gesellschaftlichen Folgen koinzidierten. Auch die in der US-Zone erfolgte Jugend- und Weihnachtsamnestie hätten am wesentlichen Charakter nichts geändert, weil immer noch „fünf Millionen und mehr Menschen“ allein von den britischen und amerikanischen Entnazifizierungsmaßnahmen praktisch betroffen seien, da sie infolge der Spruchkammerpraxis aus dem Berufsleben ausgeschlossen seien.⁴⁰²

Seine Skepsis gegenüber der Entnazifizierung kam in diesem Zusammenhang bei der politisch aufgeladenen Diskussion um die sogenannten „kleinen Mitläufer“ und deren Rolle beim Wiederaufbau Deutschlands zum Ausdruck. Für ihn war dieser Personenkreis nicht automatisch moralisch kompromittiert, so dass sie nicht von vornherein von der Teilnahme

³⁹⁹ Vgl. exemplarisch Walter Dierks, Das Wort Sozialismus, in: Frankfurter Hefte, Heft 7, 1 (1946), S. 628-643 sowie K[arl]H[einrich] Knapstein, Die Stunde der Sozialreform, in: Frankfurter Hefte, Heft 3, 1 (1946), S. 1-3.

⁴⁰⁰ Eugen Kogon, Der Weg zu einem Sozialismus der Freiheit in Deutschland, in: Frankfurter Hefte, Heft 9, 2 (1947), S. 877-896.

⁴⁰¹ Siehe exemplarisch Eugen Kogon, Gericht und Gewissen, in: Frankfurter Hefte, Heft 1, 1 (1946), S. 25-37 sowie Walter Dierks, Nürnberg und die Geschichte, Heft 1, 1 (1946), S. 3-5.

⁴⁰² Eugen Kogon, Das Recht auf politischen Irrtum, in: Frankfurter Hefte, Heft 7, 2 (1947), S. 641-655 (Zitat S. 646).

am demokratischen Prozess ausgeschlossen werden könnten. Eugen Kogon sprach sich für eine konkrete Modifizierung des Entnazifizierungsverfahrens aus, die auf einer notwendigen Unterscheidung zwischen Schuld und Irrtum beruhen sollte. Denn, so Kogon:

„Wir wollen es ohne Umschweife aussprechen: *Es ist nicht Schuld, sich politisch geirrt zu haben*. Verbrechen zu verüben oder an ihnen teilzunehmen, wäre es auch nur durch Duldung, ist Schuld. Und Fahrlässigkeit ist ebenfalls Schuld, wenn auch eine von anderer und geringerer Art als Verbrechen und Verbrechenteilnahme. Aber politischer Irrtum – in allen Schattierungen – samt dem echten Fehlentschluß gehört weder vor Gericht noch vor Spruchkammern.“⁴⁰³

Die in unterschiedlichem Maße in den drei Zeitschriften „Die Wandlung“, „Der Ruf“ und „Frankfurter Hefte“ – die hier stellvertretend für viele andere stehen – zum Ausdruck gebrachte Skepsis und Kritik am Nürnberger Militärtribunal und an den Entnazifizierungsmaßnahmen, die sich explizit und implizit in erster Linie an die amerikanische Besatzungsmacht richtete, zählte zu den allgemeinen Hintergründen für die Gründung des „Monat“. Genauso wie die Tatsache, dass sich in der deutschen Bevölkerung nach einer anfänglichen breiten Zustimmung für den Hauptkriegsverbrecherprozess, im Zusammenhang mit den zwölf Nachfolgeprozessen und den Entnazifizierungsmaßnahmen immer mehr eine ablehnende Haltung breit machte, die nicht zufällig mit einer Ablehnung einer angeblichen deutschen „Kollektivschuld“ angesichts der nationalsozialistischen Verbrechen korrespondierte und gewissermaßen in eine „Opfermentalität“ mündete. Ebendiese Aspekte müssen mitbedacht werden im Hinblick auf die Gründe, die dazu führten, dass die amerikanische Militärregierung sich dazu entschloss den „Monat“ ins Leben zu rufen. Allerdings spielte das grundsätzliche politische Verhältnis der Vereinigten Staaten, als unbestrittene Führungsmacht der westlichen Länder, und der Sowjetunion in diesem Zusammenhang eine entscheidendere Rolle. Denn angesichts der allgemeinen Entwicklung der internationalen Beziehungen zwischen den beiden einzig verbliebenen Supermächten, in deren Mittelpunkt auch und vor allem die „Deutschland-Frage“ stand, mussten sich die Vorgänge im Laufe des Jahres 1947 (Zusammenlegung der amerikanischen und britischen Zone zur „Bizone“ und somit Herausbildung eines westdeutschen Kernstaates, Verkündung der Truman-Doktrin und des Marshall-Planes, Kominform-Gründung im September und Verkündung der „Zwei-Lager-Theorie“ durch Shdanow im Auftrag Stalins) auch auf die speziellen kulturpolitischen Aktivitäten der beiden Staaten auswirken. Mit anderen Worten: die Entwicklung der konkreten Deutschlandpolitik der Vereinigten Staaten und der

⁴⁰³ Ebenda, S. 649 f.

Sowjetunion stand fortan ausdrücklich im Zeichen des Ost-West-Konfliktes. In diesem Zusammenhang sollten nicht zuletzt die deutschen Intellektuellen eine besondere Rolle spielen.

Bereits der erste gesamtdeutsche Schriftstellerkongress in Berlin vom 4. bis 8. Oktober 1947 im noch nicht gänzlich geteilten Berlin stand bereits deutlich im Zeichen der Lagerbildung im Nachkriegsdeutschland.⁴⁰⁴ Obwohl er auf Einladung des „Schutzverbandes Deutscher Autoren“ (SDA) stattfand, war der eigentliche Initiator der „Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands“, der hierbei von der Kulturabteilung der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) sowohl finanziell als auch organisatorisch unterstützt wurde. Am letzten Tag des Kongresses untersagten die Amerikaner dem Kulturbund, den sie seit längerer Zeit für kommunistisch dominiert hielten, jede Tätigkeit in ihrem Sektor; im November kam es – wie gesagt – schließlich zu seinem Verbot in den amerikanischen und britischen Sektoren Berlins. Infolgedessen konnte es auch nicht überraschen, dass es im Verlauf des Kongresses zu erheblichen Spannungen kam. Mehr als 280 Schriftsteller, Kritiker, Verleger sowie Berichterstatter aus den vier Besatzungszonen und aus aller Welt folgten dem Aufruf von Kulturbund und SDA; hier trafen auch zum ersten Male zahlreiche Exilanten mit Vertretern der „inneren Emigration“ zusammen. Zum Beispiel gehörten Ricarda Huch, Elisabeth Langgässer, Anna Seghers, Axel Eggebrecht, Alfred Kantorowicz, Stefan Hermlin und Hans Mayer zu den Teilnehmern. Ausdrücklich nicht eingeladen wurden Autoren, die während der Zeit der NS-Diktatur Mitglied der NSDAP waren oder als Schriftsteller und Journalist einen Beitrag geleistet hatten bei der Verbreitung des „nationalsozialistischen Geistes“. Zu den wenigen ausländischen Gästen gehörte neben drei Schriftstellern aus der Sowjetunion ein damals noch unbekannter amerikanischer Journalist. Der Präsident des Kulturbundes, Johannes R. Becher, beabsichtigte auf dem Kongress sowohl die Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit unter antifaschistischen Vorzeichen zu thematisieren als auch angesichts des beginnenden Kalten Krieges die Verantwortung der Schriftsteller für die deutsche Nation sowie der Sicherung des Friedens zu thematisieren. Folglich legte Becher zu Kongressbeginn die Linie der Kulturbundführung offen: er sprach vom Friedens- und Einheitswillen des deutschen Volkes und forderte die

⁴⁰⁴ Vgl. hierzu grundsätzlich Ursula Reinhold, Dieter Schlenstedt und Horst Tannenberger (Hg.): Erster Deutscher Schriftstellerkongress, 4.-8. Oktober 1947. Protokoll und Dokumente, Berlin 1997.

Einheit einer deutschen antifaschistischen Literatur, die einen gesamtdeutsch-nationalen Beitrag für eine zukünftige gerechte Weltordnung zu leisten habe.⁴⁰⁵

Die eigentlichen Konflikte brachen am zweiten Tag der Veranstaltung auf und die am dritten ihren Höhepunkt fanden, obwohl sie bereits in der Begrüßungsansprache des Vertreters der sowjetischen Militäradministration vorgezeichnet waren. Ganz im Sinne der neu festgelegten Propagandalinie von Shdanow und der Kominform-Führung sagte nämlich Oberstleutnant Alexander Dymschitz: „Der Kampf zwischen dem Neuen und dem Alten, zwischen Demokratie und Reaktion entwickelt sich in Ihrem Lande mit ungewöhnlicher Intensität und die Sprache des Schwertes erstarkt mit jedem Tag.“⁴⁰⁶ Dieser Linie folgte am zweiten Kongresstag der Dramatiker Wsewolod Wischnewski aus der sowjetischen Delegation, wobei die antiamerikanischen Töne seines antipazifistischen Plädoyers kaum überhörbar waren. Für ihn teilte sich die Welt in „zwei Teile“, wobei der eine Teil durch die „schwarze Reaktion, durch die Barbarei, durch die Ideologie des Menschenhasses und des Militarismus“ vertreten wurde und der „andere Teil“ durch die sogenannten Millionen einfacher Menschen, die „für die Demokratie kämpfen“; wie die „sowjetischen Schriftsteller“.⁴⁰⁷ Nachdem zwei weitere sowjetische Autoren, Valentin Katajew und Boris Gorbатов auf den „antiamerikanischen Zug“ aufsprangen, kam es am dritten Veranstaltungstag zum eigentlichen Eklat. Auslöser war der Auftritt des in letzter Minute ins Programm aufgenommenen amerikanischen Journalisten Melvin J. Lasky. Er war von Günther Birkenfeld nach dem Auftritt der sowjetischen Delegation in der Nacht zum 6. Oktober angesprochen worden, der ihn zu einem Auftritt überredete.⁴⁰⁸ Birkenfeld, der am dritten Tag die Tagungsleitung innehatte, setzte Lasky auf die Rednerliste, ohne mit dem Kulturbundpräsidium Rücksprache gehalten zu haben.⁴⁰⁹

Melvin J. Lasky, der im Oktober des nächsten Jahres den „Monat“ herausgab, war ehemaliger Kriegshistoriker des amerikanischen Heeres und schrieb zu diesem Zeitpunkt für die US-Zeitschrift „New Leader“ und „Partisan Review“ sowie den mit einer amerikanischen Lizenz ausgestatteten Berliner „Tagesspiegel“. Mit Blick auf die „totalitäre Kultur“ des Nationalsozialismus und seinen Verwüstungen am „deutschen Geist“ entwarf Lasky zunächst

⁴⁰⁵ Michael Hochgeschwender, Freiheit in der Offensive? Der Kongreß für kulturelle Freiheit und die Deutschen, S. 140.

⁴⁰⁶ Zitiert nach Ursula Reinhold, Dieter Schlenstedt und Horst Tannenberger (Hg.): Erster Deutscher Schriftstellerkongreß, 4.-8. Oktober 1947. Protokoll und Dokumente, S. 87.

⁴⁰⁷ Zitiert nach ebenda, S. 245.

⁴⁰⁸ Anne Hartmann/ Wolfram Eggeling, Sowjetische Präsenz im kulturellen Leben der SBZ und frühen DDR 1945-1953, S. 52.

⁴⁰⁹ Michael Hochgeschwender, Freiheit in der Offensive? Der Kongreß für kulturelle Freiheit und die Deutschen, S. 371.

ein positives Bild der kulturellen und bürgerlichen Freiheiten und speziell des Rechtes auf uneingeschränkte Meinungsfreiheit in den USA, um ihm die durch Zensur und Unterdrückung gekennzeichnete Situation der Schriftsteller und Künstler in der Sowjetunion entgegenzuhalten. Seines Erachtens lebten sie in dauernder Sorge, ob sie sich in Einklang mit der neuesten Parteidoktrin befänden und riskierten demzufolge quasi über Nacht als ‚dekadente konterrevolutionäre Werkzeuge der Reaktion‘ abgestempelt zu werden. Zum Schluss erklärte sich Lasky angesichts der politischen Verfolgung der Schriftsteller [Michail] Soschtschenko und [Anna] Achmatowa in der Sowjetunion mit ihnen solidarisch und betonte unter Hervorhebung der „grundsätzlichen Prinzipien der kulturellen Freiheit“, dass die Rolle des Schriftstellers in jedem Gesellschaftssystem automatisch eine genuin oppositionelle ist.⁴¹⁰

Nachdem die Rede Laskys für Tumult unter den Kongressteilnehmern sorgte, blieb es Valentin Katajew vorbehalten, in seiner direkten Erwiderung den Standpunkt der sowjetischen Delegation klipp und klar zum Ausdruck zu bringen. Wie Lasky richtete sich auch Katajew nicht in erster Linie an die Vertreter der anderen Großmacht, sondern an die deutschen Teilnehmer, um sie für die eigene Seite zu gewinnen. „Ich habe mich“, so Katajew zu Beginn, „mit der Rede des amerikanischen sogenannten Schriftstellers Lasky bekannt gemacht. Ich bin sehr froh, daß ich endlich einen lebendigen Kriegsbrandstifter zu Gesicht bekommen habe.“ Im Verlauf seiner Rede, die vor allem durch den Versuch gekennzeichnet war, die Anklagen Laskys gegenüber der Sowjetunion als reine Lügen zu bezeichnen, scheute sich Katajew nicht, sie mit denen des „verstorbenen(n) Dr. Goebbels“ zu vergleichen, der sich „derselben Mittel“ bei seiner „Hetzerei gegen die Sowjetunion“ bediente.⁴¹¹

Der zwischen der sowjetischen Delegation und Melvin J. Lasky im Oktober 1947 auf dem ersten gesamtdeutschen Schriftstellerkongress in Berlin ausgetragene Streit war ein Symptom für den ausbrechenden Kalten Krieg, der dann mit der Berlin-Krise im darauf folgenden Jahr seinen ersten Höhepunkt fand. Der Kongress besiegelte zudem symbolisch die Teilung der deutschen Intellektuellen entlang der Frontlinien des Ost-West-Konfliktes. Der im Oktober in Berlin verabredete zweite gesamtdeutsche Schriftstellerkongress, der im Mai 1948 in Frankfurt am Main stattfand, war bereits ausdrücklich durch den existentiellen Gegensatz

⁴¹⁰ Siehe die vollständige Lasky-Rede in: Ursula Reinhold, Dieter Schlenstedt und Horst Tannenberger (Hg.): Erster Deutscher Schriftstellerkongreß, 4.-8. Oktober 1947. Protokoll und Dokumente, S. 295-301.

⁴¹¹ Siehe die Replik von Valentin Katajew, in: ebenda, S. 336 f. (Zitate S. 336).

zwischen den beiden Supermächten geprägt und ging ohne die ostdeutschen Autoren über die Bühne.⁴¹²

Die Versuche der Sowjetunion durch den Kulturbund im Rahmen einer grundsätzlichen antifaschistisch-„demokratischen“ Kulturpolitik in Deutschland, nationalneutralistische Kreise und friedensorientierte Linksintellektuelle für sich zu gewinnen, um die beiden miteinander verbundenen Ziele zu erreichen – die Spaltung der deutschen Nation zu verhindern und das eigene politische System in Deutschland einzuführen –, führte nicht nur zur Aufspaltung der deutschen Schriftsteller. Vor dem Hintergrund der „Zwei-Lager-Theorie“ Shdanows und dem in Gang kommen der antiamerikanischen Propaganda der Kominform – wie er zum Beispiel auf dem denkwürdigen ersten deutschen Schriftstellerkongress durch die sowjetischen Delegation zum Ausdruck kam – waren die ideologischen und mithin die politischen Fronten geklärt. Auf Seiten der amerikanischen Besatzungsbehörde setzten seit Oktober 1947 mit Blick auf die künftige Deutschlandpolitik vermehrt konkrete Planungen ein, die dieser Situation Rechnung trugen. Die Gründung der Zeitschrift „Der Monat“ im Oktober 1948 war ein unmittelbares Resultat ebendieser Planungen.

I. 4. 3. Die Gründung und die Funktion des „Monat“

Im Rahmen seiner auf einer umfangreichen Quellenbasis beruhenden Studie „Freiheit in der Offensive? Der Kongreß für kulturelle Freiheit und die Deutschen“ geht der Tübinger Historiker Michael Hochgeschwender auch auf die facettenreichen Aspekte der Gründung und der Funktion der Zeitschrift „Der Monat“ ein.⁴¹³

Danach kündigte der amerikanische Militärgouverneur General Clay angesichts der sich zuspitzenden politischen Situation in Deutschland auf einer Pressekonferenz am 28.

⁴¹² So Waltraud Wende-Hohenberger (Hg.), Der erste gesamtdeutsche Schriftstellerkongreß nach dem Zweiten Weltkrieg im Ostsektor Berlins vom 4. bis 8. Oktober 1947, Frankfurt a. M. u. a. 1988, S. XXVIII und XXIX (Vorwort).

⁴¹³ Siehe Michael Hochgeschwender, Freiheit in der Offensive? Der Kongreß für kulturelle Freiheit und die Deutschen, S. 139-203. Die nachfolgenden Ausführungen beziehen sich in erster Linie auf die Untersuchungsergebnisse dieser Studie, die neben Archivmaterial auch die zurzeit verfügbare Forschungsliteratur einbezieht. Es wird im Folgenden darauf verzichtet, die von Hochgeschwender verwendeten Quellen jeweils im Einzelnen aufzuführen. Wenn inhaltliche Aspekte beleuchtete werden, die von dem Tübinger Historiker in seiner Studie nicht berücksichtigt wurden oder Präzisierungen vorgenommen werden, werden die jeweiligen Quellen aufgeführt.

Oktober 1947⁴¹⁴ in Berlin die Operation „Talk Back“ an, mit der unter genuin antikommunistischen Vorzeichen die Werte der liberalen Demokratie amerikanischer Provenienz in die Zonen Nachkriegsdeutschlands vermittelt werden sollten.⁴¹⁵ Die Organisation lag in den Händen der eigens gegründeten „Political Information Branch“ (PIB) der „Information Control Division“ (ICD), die zuerst der Militärregierung (OMGUS) und später der Hohen Kommission (HICOG) unter der Führung von John McCloy unterstand.

Vor dem Hintergrund des Kalten Krieges, veränderte sich die amerikanische Deutschlandpolitik insofern, dass fortan eine Politik der „Re-Orientierung“ einsetzte, die die demokratischen Grundtendenzen der Re-Education aufgriff und sie der neuen (internationalen) politischen Situation anpasste. Nach dem Dafürhalten der Amerikaner bestand angesichts des sowjetischen Bedrohungspotentials die Notwendigkeit, Westdeutschland zu einem strategisch wichtigen Bündnispartner zu machen und infolgedessen auch dessen Bevölkerung dauerhaft und tief greifend für die „eigene Sache“ zu gewinnen, so dass im Hinblick auf die Umerziehung der Deutschen ein flexiblerer Ansatz vonnöten war. Daraus folgte, dass das grundsätzliche Ziel einer tief greifenden gesellschaftlichen Demokratisierung erhalten blieb, wobei man allerdings der fundamentalen politischen Auseinandersetzung mit der Sowjetunion Rechnung trug. Demgegenüber wurde der genuinen Analyse des nationalsozialistischen Herrschaftssystems und der -praxis sowie deren Bedingungen und Ursachen kein überragender Stellenwert eingeräumt.⁴¹⁶

Selbstverständlich ging es den Amerikanern darum, dass ihre Umerziehungspolitik von einer breiten Akzeptanz in der deutschen Bevölkerung getragen wird, so dass ab Oktober 1947 auch die amerikanische Kulturpolitik einen deutlich antikommunistischen Kurs einschlug.⁴¹⁷ Zu diesem Zeitpunkt kamen die ersten konzeptionellen Überlegungen für den „Monat“ in Gang, der als ein anspruchsvolles, propagandistisch ausgerichtetes Instrument amerikanischer Wertevermittlung in Deutschland gedacht war und mit dem auf hohem Niveau eine antikommunistische Diskussion geführt werden sollte, die auch die generelle Auseinandersetzung mit „nationaldeutschen Werten“ beinhaltete.⁴¹⁸

⁴¹⁴ So Helmuth Mosberg, REeducation. Umerziehung und Lizenzpresse im Nachkriegsdeutschland, München 1991, S. 143.

⁴¹⁵ Vgl. Harold Hurwitz, Die Stunde Null der deutschen Presse. Die amerikanische Pressepolitik in Deutschland 1945-1949, Köln 1972, S. 333-339.

⁴¹⁶ Michael Hochgeschwender, Freiheit in der Offensive? Der Kongreß für kulturelle Freiheit und die Deutschen, S. 145.

⁴¹⁷ Ebenda, S. 126.

⁴¹⁸ Ebenda, S. 129.

Das heißt, letzten Endes war „Der Monat“ ein Organ liberaldemokratischer und antikommunistischer Propaganda, die keineswegs undifferenziert und polemisch war, sondern eine erhebliche intellektuelle Kapazität aufwies. Gleichmaßen war er auch ein Instrument der „Re-Orientierung“ mit ihrem doppelten Bezugssystem, so Michael Hochgeschwender:

„Einerseits sollten die Deutschen, jetzt verstanden als prinzipiell von der NSDAP zu unterscheidende – anthropologisch optimistische eingeschätzte – Größe, als antikommunistische Bündnispartner gewonnen werden, andererseits diente ‚Der Monat‘ der subtilen Vergangenheitsbewältigung, indem er mit Hilfe soziologischer, psychologischer, historischer und philosophischer Analysen deutsche geistesgeschichtliche Traditionsbestände zu destruieren oder liberal umzuinterpretieren suchte.“⁴¹⁹

Ebendiese beiden Aspekte der „Re-Orientierung“ sollten durch die Verbreitung ausländischer, insbesondere angelsächsischer Literatur erreicht werden, die während der Phase der „Hitler-Diktatur“ für die Deutschen nicht zugänglich waren. Hinzu kamen zwei weitere Aspekte, die von grundlegender Bedeutung waren. Angesichts der bei der Operation „Talk Back“ vorherrschenden Auffassung, dass der Kalte Krieg auf der Seite der politischen Linken (SPD, Gewerkschaften und Linksintellektuellen) entschieden würde, zielte der „Monat“ auch auf eine westorientierte Reform der SPD und auf die antitotalitäre politische Einvernahme der westdeutschen Intellektuellen. Diese vier Bestandteile sind für Hochgeschwender jeweils zusammenzusehen, da für ihn die Zeitschrift ein Instrument anspruchsvoller intellektueller Propaganda des Westens im Kalten Krieg war – und als ein solches auch von Melvin J. Lasky in seiner Doppelfunktion als Herausgeber und Chefredakteur geplant war. „Gerade weil ‚Der Monat‘“, so der Tübinger Historiker in diesem Zusammenhang,

„mit seinem Bemühen, die Deutschen auch ideell im Westen zu verankern, etwas weitgehend Neues in der deutschen Geistesgeschichte anstrebte, vermochten die Redaktionsangehörigen Forderungen nach einer antifaschistischen Front zur radikalen Umgestaltung der deutschen Gesellschaft nicht anders zu interpretieren denn als stalinistische Propagandaattacken. Selbst ernsthafte Konzepte einer sozialistischen Neugestaltung Deutschlands mußten fast zwangsläufig unter dieses Verdikt fallen.“⁴²⁰

„Der Monat“ war also ein unmittelbares Ergebnis der von General Clay initiierten antikommunistischen Operation „Talk Back“ und aller Voraussicht nach ist die Idee zu der Zeitschrift direkt in der PIB entwickelt worden. Möglicherweise ist sogar General Clay persönlich auf den Gedanken gekommen und hat anschließend Melvin J. Lasky für das Projekt gewonnen haben – nachdem er auf ihn durch dessen Auftritt auf dem 1. deutschen

⁴¹⁹ Ebenda, S. 149 f.

⁴²⁰ ebenda, S. 150.

Schriftstellerkongress aufmerksam wurde.⁴²¹ Allerdings behauptet Lasky wiederum, dass die Idee für den „Monat“ von ihm selbst stammte.⁴²² Letzten Endes war die Bedeutung der geistigen Urheberschaft der Zeitschrift für die tatsächliche Planung und Ausgestaltung des „Monat“ nicht entscheidend, da diese von Anbeginn in den Händen von Lasky lag. Unterstand die Zeitschrift anfangs dem PIB im Rahmen der ICD (später ISD), so nach dem Übergang zur HICOG dem „Office of Public Affairs“. Allerdings war das Zeitschriftenprojekt innerhalb der US-amerikanischen Besatzungsbehörden zu Beginn keinesfalls unumstritten. Bedenken gegen die „Lasky-Zeitschrift“ wurden in erster Linie vom „New York Field Office“ (NYFO) vom War Department artikuliert. In diesem Zusammenhang waren es vor allem Ruben S. Nathan und Paul Kecskemeti, die ihre politisch motivierte Skepsis vorbrachten, da sie den Verdacht hatten, dass Clay und Lasky gegenüber den Deutschen einen entspannteren Kurs fahren würden, als es das bis dahin gültige Reeducation-Konzept vorsah. Ihrer Auffassung nach bestand die Gefahr, dass anstatt einer offensiven Umerziehung bei gleichzeitigem defensivem Antikommunismus ein offensiver Antikommunismus an die Stelle tritt, der möglicherweise die Reeducation- und Reorientation-Politik gefährden konnte. Tatsächlich hatten sich angesichts des Kalten Krieges innerhalb der US-Administration – wie gezeigt – mehr und mehr die Personen bzw. Kräfte durchgesetzt, die einen neuen Blick auf die Deutschen warfen und den ehemaligen Kriegsgegner zum „Partner“ machen wollten. In diesem politischen Fahrwasser befand sich auch Lasky, der zwar keineswegs die Auseinandersetzung mit der Geschichte des „Dritten Reiches“ abschwächen wollte, allerdings die zeitgenössischen Gefahren durch den Stalinismus für größer hielt, als von einem, so seine Auffassung, „längst überwundenen Faschismus“. In diesem Konflikt um den „Monat“ ging es mithin auch um verschiedene Vorstellungen im Hinblick auf die zukünftige Deutschlandpolitik innerhalb der amerikanischen Militärregierung: plädierten die Vertreter der „OMGUS-Linken“ bzw. die linken „New Dealer“, zu denen zahlreiche Emigranten wie zum Beispiel Paul Kecskemeti zählten, für härtere Maßnahmen gegenüber den Deutschen, sprachen sich die Anhänger Trumans, wie General Clay und Lasky, für eine Politik aus, die unter dem Primat des Antikommunismus stehen sollte. Erst mit dem Sieg Trumans bei den Präsidentschaftswahlen 1948 war dieser Konflikt endgültig zugunsten der Antikommunisten entschieden, obwohl die „OMGUS-Linke“ bereits seit 1946 in Bezug auf die amerikanische Besatzungspolitik mehr

⁴²¹ Ebenda, S. 150.

⁴²² So Melvin J. Lasky, in: Marko Martin, Orwell, Koestler und all die anderen. Melvin J. Lasky und „Der Monat“, Asendorf 1999, S. 23.

und mehr Einfluss verloren hatte.⁴²³ Vor diesem Hintergrund konnten sich General Clay und Lasky auch mit dem Projekt „Der Monat“ gegen die Vorbehalte seitens der NYFO durchsetzen. Im Oktober 1948 erschien dann die erste Ausgabe des „Monat“ und avancierte unter der Ägide von Melvin J. Lasky⁴²⁴ bei einer durchschnittlichen Auflagenzahl von knapp 25. 000 Exemplaren in der Mitte der 1950er Jahre nicht nur zu einer der einflussreichsten Zeitschrift der deutschen Nachkriegsgeschichte.⁴²⁵ Für den renommierten Historiker und Journalisten Walter Laqueur war „Der Monat“ in den 1950er und 1960er Jahren sogar „die bedeutendste Zeitschrift Europas, ja wahrscheinlich der ganzen Welt.“⁴²⁶

Der Herausgeber und Chefredakteur des „Monat“, Melvin J. Lasky, wurde am 15. Januar 1920 als Sohn jüdisch-russischer Emigranten in New York geboren und starb im Alter von 84 Jahren im Mai 2004 in Berlin. Sein Vater war ein kleiner Textilunternehmer. Er studierte in den 1930er Jahren unter anderem am berühmten New York City College, die damals eine Hochburg trotzkistischer Intellektueller war. Nachdem auch Lasky zwischenzeitlich zu einem Anhänger des Trotzkismus avancierte, entwickelte er sich allerdings alsbald zu einem linken Antikommunisten. Seine berufliche Laufbahn begann er als Redakteur der New Yorker Zeitschrift „New Leader“, ein Diskussionsforum der unabhängigen intellektuellen Linken, für die er von 1942-44 arbeitete und diente danach als Captain und Kriegshistoriker in der amerikanischen Armee. Nach Kriegsende kam er als Kulturoffizier nach Berlin und schrieb als Korrespondent für „New Leader“ und „Partisan Review“. Angesichts des Kampfes mit dem sowjetischen Herrschaftsregime unter Stalin trat Lasky für eine amerikanische

⁴²³ Siehe Michael Hochgeschwender, Remigranten im Umfeld der Zeitschrift *Der Monat* und des *Congress for Cultural Freedom* (CCF), in: Claus-Dieter Krohn und Axel Schildt (Hg.), *Zwischen den Stühlen? Remigranten und Remigration in der deutschen Medienöffentlichkeit der Nachkriegszeit*, Hamburg 2002, S. 180-206 (hier S. 186 f.).

⁴²⁴ Melvin J. Lasky fungierte von Oktober 1948 (Heft 1) bis April 1960 (Heft 139) als Herausgeber und Chefredakteur des „Monat“ (ab 1958 wurde er Nachfolger von Irving Kristol als Herausgeber des Londoner „Encounter“). Lasky wurde durch den Schweizer Publizisten Fritz René Allemann ersetzt, der fortan mit Hellmut Jaesrich gemeinsam den „Monat“ herausbrachte und ab Februar 1961 auch Mitherausgeber der Zeitschrift wurde. Im Mai 1962 (Heft 164) kam der deutsche Schriftsteller Peter Härtling als Mitherausgeber dazu. Nachdem Allemann sich im August 1964 (Heft 191) als Mitherausgeber der Zeitschrift verabschiedete, dauerte es bis zum Januar 1967 (Heft 220), bis der deutsche Journalist und Schriftsteller Klaus Harpprecht an seine Stelle trat. Harpprecht übernahm mit Beginn des Jahres 1969 (Heft 244) – in Zusammenarbeit mit dem finanziellen Unterstützer, dem Bucerius Zeit-Verlag – die „alleinige Verantwortung“ (Marko Martin) für die Zeitschrift und wurde von den beiden Redakteuren Peter Härtling und Hellmut Jaesrich unterstützt. Fortan wurde die Zeitschrift unter dem Titel „Monat“ herausgegeben und erschien bis März 1971 (Heft 270). Danach wurde „Der Monat“ im Oktober 1978 wiederbelebt und erschien vierteljährlich bis 1986, wobei Melvin J. Lasky, Michael Naumann und Helga Hegewisch als Herausgeber fungierten.

⁴²⁵ Diese Auflagenzahl pendelte sich Mitte der 1950er Jahre ein. Michael Hochgeschwender, *Freiheit in der Offensive? Der Kongreß für kulturelle Freiheit und die Deutschen*, S. 199 (Fußnote 161) weist daraufhin, dass „Der Monat“ damit die „größte kulturpolitische Zeitschrift Europas“ war; dieser Erfolg wurde erst durch den „Encounter“ erheblich übertroffen, der indes auch auf den nordamerikanischen Markt zielte.

⁴²⁶ Zitiert nach Marko Martin, Orwell, Koestler und all die anderen. Melvin J. Lasky und „Der Monat“, S. 99.

Außenpolitik ein, die Deutschland und die Bevölkerung zu einem Verbündeten machen sollte und vertrat in Bezug auf die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus die Auffassung, dass zwischen dem eigentlichen „Regime“, d. h. der unmittelbaren Führung, und dem „Volk“ klar getrennt werden müsse.

Als Mitherausgeber des „Monat“ fungierte der am 17. September 1908 in Berlin geborene (und 1989 verstorbene) Hellmuth Jaesrich. Er hatte in Berlin, Grenoble, Paris und Heidelberg Neuphilologie, Geschichte und Philosophie studiert und promovierte im Anschluss daran bei Ernst Robert Curtius. Nach dem Ende des „Dritten Reiches“ arbeitete Jaesrich als Redakteur in der von Alfred Kantorowicz herausgegebenen Kulturzeitschrift „Sie“. Jaesrich, der später als „literarische(s) Genie“ (Hermann Glaser) bezeichnet wurde, brachte in die international und kosmopolitisch ausgerichteten Zeitschrift insbesondere was die Autorenauswahl anbelangte eine spezifisch deutsche Note ein.⁴²⁷

Obwohl „Der Monat“ in den ersten Jahren in München gedruckt wurde, befanden sich die Redaktionsräume aus guten Gründen in Berlin. Berlin war nicht zuletzt nach der sowjetischen Blockade gewissermaßen das Zentrum des Kalten Krieges und die bedeutendste Schnittstelle zwischen den beiden Blöcken. Durch die Berlin-Blockade bekam sie den Charakter der „Frontstadt“ im Kalten Krieg und des Bollwerkes gegen den Kommunismus und die Blockadeerlebnisse gaben der antikommunistischen Propaganda konkrete Nahrung. Berlin mit seinen Einwohnern war der lebendige Beweis für den Freiheitswillen der Deutschen und mithin für die Richtigkeit des „Re-Orientierung“-Ansatzes. Zudem hatte sich in der ehemaligen und nahezu fast vollkommen zerstörten Reichshauptstadt seit Sommer 1945 ein blühendes Kulturleben entwickelt, ohne indes an das überragende Niveau der Weimarer Republik heranzureichen. Vor diesem Hintergrund drängte sich Berlin als Standort für eine intellektuelle Zeitschrift in Deutschland mit internationalem Profil und Renommee nahezu auf. Und in diesem Zusammenhang spielten auch die anvisierten Lesergruppen eine wesentliche Rolle: der „Monat“ wollte in erster Linie Intellektuelle, das Bildungsbürgertum, Schüler, Studenten, konfessionell nichtgebundene oder liberale Protestanten sowie Sozialdemokraten ansprechen, d. h. Rezipienten mit potentiellen Residualzonen sowohl kleindeutsch-nationalneutralistischer als auch westlich-aufgeklärter Traditionen. Vor allem

⁴²⁷ Siehe Michael Hochgeschwender, Freiheit in der Offensive? Der Kongreß für kulturelle Freiheit und die Deutschen, S. 150 f. Neben den beiden Herausgebern Lasky und Jaesrich verfügte die Zeitschrift im Jahre 1952 über eine Redaktion, der vier festangestellte Redakteure angehörten: Hans R. Hentschel, Alfred Kellner, Erik Nohara und Wolfgang Stiebler (ebenda, S. 160).

für diese Gruppen war Berlin mehr als jede andere Stadt der amerikanischen Besatzungszone ein Ort, dessen kulturelles Leben man sehr genau verfolgte.⁴²⁸

Dass Melvin J. Lasky die Funktion des Herausgebers des „Monat“ übernahm, mag mehrere Gründe gehabt haben. Allerdings besaß er einen ganz entscheidenden Vorteil. Er war prädestiniert ein zentrales Ziel im Rahmen der amerikanischen Grundausrichtung zu realisieren: nämlich vor allem deutsche Intellektuelle für die „westliche Seite“ zu gewinnen und in die antikommunistischen Aktivitäten einzubeziehen. Denn Melvin J. Lasky kannte nahezu jeden und seit seinem spektakulären Auftritt auf dem 1. deutschen Schriftstellerkongress kannten ihn die allermeisten deutschen Intellektuellen. Hierbei konnte er auf bereits bestehende Netzwerke zurückgreifen. Beispielsweise war Lasky seit dem Kongress im Oktober 1947 über Günther Birkenfeld mit einigen Vertretern der antikommunistischen Inneren Emigration verbunden, so dass er beispielsweise Rudolf Hagelstange, Stefan Andres, Rudolf Pechel, Friedrich Luft als Autoren bzw. Mitarbeiter einbeziehen konnte. Von nicht geringer Bedeutung war auch, dass Lasky mit der Heidelberger Gruppe um die Zeitschrift „Die Wandlung“ verbunden war, so dass er die Kontakte von Alfred Weber oder auch Dolf Sternberger nutzen konnte. Zudem war er mit Golo Mann, Karl Jaspers und Hannah Arendt bestens bekannt. Über Berlins Bürgermeister Ernst Reuter knüpfte Lasky im Laufe der Zeit Kontakte unter anderem zu SPD-Kreisen der Stadt – wie zum Beispiel zu Willy Brandt.⁴²⁹

Durch seine politische Herkunft und seine redaktionellen Aktivitäten in den beiden Zeitschriften „New Leader“ und „Partisan Review“ konnte Melvin J. Lasky mehrere Exponenten aus dem Umfeld der prominenten „New York Intellectuals“ zur Mitarbeit im „Monat“ gewinnen, die ebenfalls eine trotzkistische Vergangenheit besaßen und nach ihrer Auseinandersetzung mit dem Stalinismus seinen konsequenten Antikommunismus teilten. Zu nennen sind hier insbesondere Sidney Hook, James Burnham, Lionel Trilling und Dwight Macdonald,⁴³⁰ die in dem Periodikum veröffentlichten. Und von überragender Bedeutung sollte vor allem die Bekanntschaft mit Arthur Koestler haben, der – durch seine wichtige Rolle im Kontext der Vorgeschichte des „Kongresses für kulturelle Freiheit“ – auf ein

⁴²⁸ Siehe ebenda, S. 153 f.

⁴²⁹ Siehe ebenda, S. 153-156.

⁴³⁰ Der ehemalige Trotzkist Dwight Macdonald war mit Melvin J. Lasky befreundet nicht nur Mitherausgeber der Zeitschrift „Partisan Review“, sondern brachte auch die in den Vereinigten Staaten einflussreiche Zeitschrift „Politics“ heraus, die von 1944 bis 1949 erschien. Diese Zeitschrift gehört was die personelle, inhaltlich und politische Ausrichtung anbelangt durchaus zur Vorgeschichte des „Monat“. Siehe zu „Politics“ die entsprechenden Ausführungen im Kapitel II. 3. 1. „Die Auseinandersetzung mit dem Totalitarismus in den Zeitschriftenprojekten von Willi Münzenberg und Dwight Macdonald“.

transnationales Netzwerk linksliberaler, antikommunistischer Intellektueller zurückgreifen konnte. Erstens hatte Koestler zusammen mit George Orwell im Rahmen der seit 1941 in England erscheinenden antikommunistischen Zeitschrift „Horizon“ nicht nur Kontakte zu führenden intellektuellen Persönlichkeiten des Landes – wie zum Beispiel Victor Gollancz oder Michael Polanyi – sondern auch zu führenden antikommunistischen Mitgliedern der Labour Partei – wie Denis Healey oder Richard H. S. Crossmann. Zweitens kannte Koestler seit langem den früheren Anhänger des Kommunismus, Manés Sperber,⁴³¹ der wiederum die Gesprächsfäden zu anderen späteren Autoren des „Monat“ knüpfen konnte; dem Renegaten gelang es beispielsweise die einflussreichen französischen Intellektuellen Raymond Aron, André Malraux und Albert Camus einzubeziehen.⁴³²

Nicht zuletzt durch die genannten persönlichen Kontakte von Melvin J. Lasky und bereits bestehender Netzwerke von Intellektuellen konnte „Der Monat“ also nach dem Erscheinen der ersten Ausgabe auf zahlreiche Autoren aus dem deutschsprachigen Raum und aus dem Ausland zurückgreifen. So veröffentlichten im Laufe der Jahre – neben den bereits aufgeführten Personen – deutsche Exilliteraten (wie Thomas Mann, Hans Sahl, Herman Kesten, Peter de Mendelssohn oder Hilde Spiel), ehemalige Anhänger des Kommunismus (so Margarete Buber-Neumann, Ruth Fischer, Ernest Salter, Franz Borkenau, Richard Löwenthal, Milovan Djilas, André Gide oder Ignazio Silone), literarische Größen der Zeit (zum Beispiel T. S. Eliot, William Faulkner, Ernest Hemingway, Christopher Fry, Thornton Wilder, Aldous Huxley, George Bernhard Shaw), Philosophen, Ökonomen oder Wissenschaftler und Historiker (wie Theodor W. Adorno, Max Horkheimer, Wilhelm Röpke, Joseph A. Schumpeter, Bertrand Russell, Hugh R. Trevor-Roper, Alan Bullock oder Walther Hofer)

Den Schwerpunkt der Autoren des „Monat“ – zumindest für die 1950er Jahre – bildeten aber Mitarbeiter des „Kongresses für kulturelle Freiheiten“, deren Namen zum Teil bereits zum Teil genannt wurden: neben Hannah Arendt und Raymond Aron waren dies in

⁴³¹ Manés Sperber (1905-1984) gehörte, nach dem er 1927 in die KPD eintrat und 1933 vom NS-Regime vorübergehend verhaftet wurde, zum engsten Mitarbeiterstab des „Münzenberg-Apparates“. Hier arbeitete er von 1934 bis 1936 im Auftrag der Partei für das von der Komintern gegründeten „Institut zum Studium des Faschismus“ und für den „Weltjugendkongress gegen den Krieg und Faschismus“. Nachdem Sperber angesichts der Moskauer Schauprozesse 1938 aus der KP austrat – in diesem Jahr veröffentlichte er in Paris seine sozialpsychologische Studie „Zur Analyse der Tyrannis“ – gehörte u. a. mit Arthur Koestler und Richard Löwenthal zum redaktionellen Komitee der von Willi Münzenberg herausgegebenen Zeitschrift „Die Zukunft“, die inhaltlich, politisch und personell durchaus zur Vorgeschichte des „Monat“ gehört. Siehe zu „Die Zukunft“ die entsprechenden Ausführungen im Kapitel II. 3. 1. „Die Auseinandersetzung mit dem Totalitarismus in den Zeitschriftenprojekten von Willi Münzenberg und Dwight Macdonald“. Nach dem Zweiten Weltkrieg besaß Manés Sperber eine wichtige Funktion beim 1950 gegründeten „Kongress für kulturelle Freiheit“ (siehe Kap. I. 5.) und gehörte dem Internationalen Exekutivkomitee dieser Institution an.

⁴³² Vgl. im Einzelnen allerdings mit Blick auf die Vorgeschichte des „Kongresses für kulturelle Freiheit“: ebenda, S. 113-118.

erster Linie Arthur Koestler, Ignazio Silone, Franz Borkenau, John Dewey, Benedetto Croce, Czeslaw Milosz, Salvador de Madariaga, Arthur M. Schlesinger jr, Michael Polanyi, Peter de Mendelssohn, Denis de Rougemont und nicht zuletzt der Herausgeber der französischen Schwesterzeitschrift „Preuves“, François Bondy. Aus der deutschen Sektion des Kongresses für kulturelle Freiheiten und aus dessen internationalen Umfeld stießen hinzu: Rudolf Hagelstange, Carl Linfert, Theodor Plivier sowie unter anderem Karl Jaspers, Richard Löwenthal, Hans Schwab-Felisch, Ernest Salter, Ludwig Marcuse, Alfred Weber, Norbert Mühlen, Ernst Reuter und Herbert Lüthy.⁴³³

Sowohl „Der Monat“ als auch der „Kongress für kulturelle Freiheit“ waren spezielle Instrumente der amerikanischen Außenpolitik nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Sie verdankten ihre Entstehung den Entstehungsbedingungen des Kalten Krieges und waren organisatorisch, personell, inhaltlich und funktional nicht eindeutig voneinander zu trennen. Beide Institutionen stellten – allgemein ausgedrückt – den Versuch dar, im Systemkonflikt mit der Sowjetunion das liberaldemokratisch-kapitalistische System der Vereinigten Staaten politisch und kulturell zu stabilisieren. Während allerdings die „Lasky-Zeitschrift“ in erster Linie auf Deutschland ausgerichtet war und nicht zuletzt vor dem Hintergrund der amerikanischen Besatzungspolitik zu verstehen ist, war der „Kongress“ von vornherein weltweit konzipiert. Gleichwohl entfaltete der „Kongress“, dessen Zentrale sich in Paris befand, seine Aktivitäten insbesondere in den unmittelbaren Nachkriegsjahren angesichts des Eindrucks der unmittelbaren Bedrohung durch den Stalinismus und der tatsächlichen Stärke der kommunistischen Parteien in Frankreich und Italien, in Europa. Insofern gab es auch von Anfang an eine finanzielle Abhängigkeit der Zeitschrift und des „Kongresses“ von US-amerikanischen Stellen. Während der „Kongress“ vornehmlich von finanziellen Mitteln der CIA abhing, die anfangs direkt und später unter strengster Geheimhaltung über die sogenannten „dummy foundations“ ausgezahlt wurden, war die Finanzierung des „Monat“ ein wenig komplexer und ist in Bezug auf die Frage des Geldgebers in der neuesten Forschung durchaus umstritten.

Die britische Literaturwissenschaftlerin Frances Stonor Saunders vertritt in ihrer Studie „Wer die Zeche zahlt ... Der CIA und die Kultur im Kalten Krieg“ die sehr allgemein gehaltene Auffassung, die ohne Quellenangaben erfolgt, dass die Zeitschrift im Laufe der Jahre zuerst aus ‚vertraulichen Fonds‘ des Marshallplans, dann vom CIA, danach durch Mittel

⁴³³ Siehe ebenda, S. 174. Gemeinhin besaßen neben ehemaligen Nationalsozialisten auch Faschisten, Kommunisten und Nationalisten keine Möglichkeit im „Monat“ zu veröffentlichen. Vgl. ebenda, S. 171.

von der „Ford Foundation“ und anschließend wieder durch CIA-Gelder finanziert wurde.⁴³⁴ Michael Hochgeschwender sieht in seiner Studie „Freiheit in der Offensive? Der Kongreß für kulturelle Freiheit und die Deutschen“ die Sache der Finanzierung des „Monat“ differenzierter. Für ihn stand die Finanzierung jeweils im Kontext des sich im Laufe der Jahre verändernden rechtlichen Status.⁴³⁵ Hochgeschwenders Meinung nach – die er durch zahlreiche Quellen belegen kann – erhielt „Der Monat“ durch die Tatsache, dass er von der US-amerikanischen Militärregierung gegründet wurde, anfangs seine finanziellen Mittel direkt von OMGUS und später von der HICOG.⁴³⁶ Ab August 1954 leiteten Lasky und Jaesrich durch die Gründung der sogenannten „Gesellschaft für internationale Publizistik m. b. H.“ mit Sitz in Berlin, die Privatisierung des „Monat“ ein, wobei das Stammkapital in Höhe von DM 40. 000 jeweils zur Hälfte bei den beiden Herausgebern lag. Nachdem sie im September von amerikanischer Stelle eine neue Lizenz erhalten hatten, verfügte der „Monat“ ab Oktober 1954 mit der Ford-Foundation über einen finanzstarken Partner und ging endgültig in private Hände über. Bis Ende Juni 1958 flossen finanzielle Mittel der Ford Foundation, die ohne erkennbare Gründe ihre Zahlungen einstellte. Ab Juli 1958 wiederum trat die Zentrale des „Kongresses für kulturelle Freiheit“ in Paris als Geldgeber in Erscheinung, die bis 1963 als Spender auftrat. Für Hochgeschwender folgte daraus, dass der „Monat“ erst ab Juli 1958 vom CIA Geld erhalten hatte, im Gegensatz zum Beispiel zu den Schwesterzeitschriften „Encounter“ und „Preuves“, die von Anbeginn durch den amerikanischen Geheimdienst in Form von verdeckt gezahlten Geldern finanziert wurden.⁴³⁷

Die Frage, inwiefern „Der Monat“ von Anbeginn auch finanzielle Zuwendungen vom CIA erhalten hat, kann hier nicht weiter geklärt werden und muss letzten Endes offen bleiben. Gleichwohl gibt es einige Anhaltspunkte dafür, dass die „Lasky-Zeitschrift“ ebenfalls bereits vor Juli 1958 auch durch CIA-Gelder (mit-)finanziert wurde: nämlich seit Oktober 1948 aus „Vertraulichen Fonds“ des Marshallplanes (bzw. der amerikanischen Besatzungsbehörden) und ab Oktober 1954 durch die Ford-Foundation; in beiden Fällen lief dann die Finanzierung in Form von verdeckt gezahlten Geldern des amerikanischen Geheimdienstes.

Möglicherweise flossen auch bereits vor Juli 1958 über den „Kongress für kulturelle Freiheit“

⁴³⁴ Frances Stonor Saunders, Wer die Zeche zahlt ... Der CIA und die Kultur im Kalten Krieg, S. 41.

⁴³⁵ Das folgende nach Michael Hochgeschwender, Freiheit in der Offensive? Der Kongreß für kulturelle Freiheit und die Deutschen, S. 159-170.

⁴³⁶ Aus diesen Gründen konnte der Verkaufspreis der Zeitschrift bis Oktober 1954 niedrig gehalten werden: sie kostete pro Exemplar DM 1,-, danach DM 1, 50. Ab April 1961 erhöhte sich der Verkaufspreis auf DM 2,-, bis dann im April 1964 eine Erhöhung um 50 Pfening einsetzte. Die letzte Preiserhöhung erfolgte im Januar 1969: fortan kostete das einzelne Heft DM 3,-.

⁴³⁷ Michael Hochgeschwender, Freiheit in der Offensive? Der Kongreß für kulturelle Freiheit und die Deutschen, S. 166.

geheim gehaltene Gelder, der bekanntlich mit dem „Monat“ assoziiert war und unter anderem die gesamten 1950er Jahre zu dem Organ überaus intensive Beziehungen pflegte, so dass beispielsweise Lasky und Jaesrich regelmäßig an den Herausgebertreffen der wichtigsten „Kongress“-Zeitschriften teilnahmen. Da aber der „Kongress“ vornehmlich von finanziellen Mitteln der CIA abhing, die anfangs direkt und später unter strengster Geheimhaltung über die „dummy foundations“ – wie zum Beispiel der Ford Foundation – ausgezahlt wurden, wäre eine frühere Beteiligung der CIA beim „Monat“ durchaus denkbar. Solange aber der genaue Zeitpunkt für die direkte oder indirekte finanzielle Beteiligung der CIA am „Monat“ vor allem nicht durch Dokumente geklärt werden kann, kann dieser zweifelsohne wichtige Aspekt nicht endgültig entschieden werden. Fest steht nur, dass der CIA den „Monat“ finanziell unterstützte. Dies wurde auch vom späteren Mitherausgeber Klaus Harpprecht bestätigt, der meinte, dass die geheime Finanzierung über die CIA aus haushaltstechnischen Gründen geschah, „weil die Abgeordneten und Senatoren des amerikanischen Kongresses kaum bereit gewesen wären, die Mittel für solchen Luxus zu genehmigen.“⁴³⁸ Allerdings machten die Herausgeber des „Monat“ überhaupt kein Geheimnis daraus, dass das Organ im Namen der US-amerikanischen Besatzungsbehörden herausgegeben wurde: dies war monatlich im Impression zu lesen und wurde von Lasky und Jaesrich im Rahmen der sogenannten Privatisierung der Zeitschrift im September-Heft 1954 den Lesern auch ausdrücklich mitgeteilt.⁴³⁹

I. 4. 4. Die inhaltliche Ausrichtung des „Monat“ unter der Ägide Laskys

Die inhaltliche Ausrichtung des „Monat“ von Oktober 1948 bis April 1960 stand ohne Zweifel in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der speziellen Funktion der Zeitschrift in diesem Zeitraum. Hierbei lagen in den ersten Jahren im Großen und Ganzen keine direkten Einflussnahme seitens der offiziellen amerikanischen Stellen vor. Nach Auffassung von Harold Hurwitz besaß „Der Monat“ als „offizielles Organ ungewöhnlich viel Freiheit, weil er

⁴³⁸ Zitiert nach Marko Martin, Orwell, Koestler und all die anderen. Melvin J. Lasky und „Der Monat“, S. 21.

⁴³⁹ Siehe: Der Monat, Heft 72 (1954), 6. Jg., (Einband; Innenseite). Zudem räumte Hellmut Jaesrich im Mai 1955, in: Der Monat, Heft 80 (1955), 7. Jg., S. 180 ein, dass die Zeitschrift direkt von der Ford Foundation, einer sogenannten „privaten Stiftung“, subventioniert wird. Vgl. in diesem Zusammenhang auch H. J. (d. i. Hellmut Jaesrich), Das Besatzungskind, in: Der Monat, Heft 241 (1968), 20. Jg., S. 4; Gerd Bucerius, Liebe Leser!, in: Der Monat, Heft 244 (1969), 21. Jg., S. 6 f. sowie ders., Noch auf ein Wort, in: Der Monat, Heft 270 (1971), 23. Jg., S. 4 f.

Gewisse Grenzen respektierte.⁴⁴⁰ Nach der Ablösung von staatlichen Stellen und dem Übergang 1954 zur Ford-Foundation und 1958 zum „Kongress für kulturelle Freiheit“ hatte das Organ um den Herausgeber und Chefredakteur Melvin J. Lasky ungewöhnlich viel Freiheit, weil er sowohl die inhaltliche Gesamtkonzeption als auch die Grenzen selbst festlegte.

Im Kern gruppierte sich die inhaltliche Ausrichtung der Zeitschrift um die beiden ideologisch aufgeladenen Themenfelder, die für die Gründung des „Monat“ von herausragender Bedeutung waren: „Re-Orientierung“ und Antikommunismus. Bevor im Folgenden näher darauf eingegangen wird, sind vorab einige Bemerkungen angebracht, aus denen die allgemeine Linie und der generelle inhaltliche Charakter des Organs verständlich werden. „Der Monat“ war qua Definition eine internationale kulturpolitische Zeitschrift, in der facettenreiche Themen behandelt wurden. Neben politischen, politologischen, soziologischen, historischen oder philosophischen Themen, wurden Beiträge veröffentlicht, die in den Bereich der Nationalökonomie, Literatur, Theater, Film und Kunst fielen und häufig in Form von Rezensionen erfolgte. Hierbei verstand sich die Zeitschrift ausdrücklich als ein Forum, das dazu diente einen offenen intellektuellen Dialog zu führen. Der Charakter als offenes Diskussionsforum drückte sich auch und vor allem darin aus, dass in zahlreichen Ausgaben des Organs ein bestimmtes Thema von den Autoren unter verschiedenen Perspektiven beleuchtet wurde. Der Diskussionscharakter der Zeitschrift drückte sich zudem darin aus, dass die Redaktion unter der ständigen Rubrik „Briefe des Monats“ (kurz: Leserbriefe) sowohl den Autoren als auch den Lesern die Möglichkeit einräumte, ihre Meinungen zu einzelnen Beiträgen zu veröffentlichen; nicht selten entwickelte sich aus unterschiedlichen Ansichten unter den Autoren eine inhaltliche Kontroverse. Vor dem Hintergrund der facettenreichen Themen und dem Ziel ein breites Publikum zu erreichen, war die Redaktion grundsätzlich darum bemüht, dass die Veröffentlichungen nicht zu wissenschaftlich ausfielen. Zudem sollten die Autoren, einer angelsächsischen Tradition folgend, möglichst in einer ansprechenden, gleichwohl gut lesbaren Sprache veröffentlichen, wobei allenfalls bei soziologischen und philosophischen Beiträgen eine Ausnahme gemacht wurde.⁴⁴¹

Im Hinblick auf das politische Selbstverständnis des „Monat“ kann festgestellt werden, dass sie sich als eine antitotalitäre Zeitschrift verstand, die, wie gesehen, den liberal-

⁴⁴⁰ Harold Hurwitz, *Der heimliche Leser. Beiträge zur Soziologie des geistigen Widerstandes*, Köln/Berlin 1966, S. 19.

⁴⁴¹ Michael Hochgeschwender, *Freiheit in der Offensive? Der Kongreß für kulturelle Freiheit und die Deutschen*, S. 170 f.

demokratischen Werten verpflichtet war. Negativ formuliert bedeutete dies folglich die Ablehnung und die Gegnerschaft zu allen nichtdemokratischen Herrschaftstypen. Damit waren zum damaligen Zeitpunkt erstens, die nicht mehr existierenden Herrschaftsregime des deutschen Nationalsozialismus und des italienischen Faschismus gemeint, zweitens, das zeitgenössische sowjetkommunistische Herrschaftsregime einschließlich seiner Satellitenstaaten sowie drittens, die existierenden rechtsgerichteten Diktaturen in Spanien, Portugal oder auch in Mittel- und Südamerika. Als totalitäre Herrschaftssysteme wurden der Nationalsozialismus und der Sowjetkommunismus – insbesondere in seiner stalinistischen Phase – betrachtet. Vor dem Hintergrund der antitotalitären Grundposition folgte daraus auch, dass die Analyse und Beschreibung des Nationalsozialismus und des Sowjetkommunismus sowie der ausdrückliche Vergleich der beiden totalitären Regime und die zeitgenössischen Totalitarismustheorien explizit und implizit zu Schwerpunktthemen avancierten.⁴⁴²

Da „Der Monat“ in der Hochphase des Kalten Krieges ins Leben gerufen wurde, gehörten infolgedessen grundsätzliche Reflexionen und politische Einschätzungen zum Ost-West-Konflikt von Anfang an zu einem wichtigen Bestandteil der Zeitschrift. Insbesondere in den ersten Jahren war dieses Thema politisch aufgeladen und besaß angesichts der Gefahr einer möglichen militärischen Konfrontation des Westens mit der Sowjetunion häufig einen existentiellen Charakter. Zu diesem Zeitpunkt korrespondierte die Thematisierung des Ost-West-Konfliktes in zahlreichen Fällen mit genuinen Betrachtungen über das Wesen des sowjetischen Staates unter Stalin.⁴⁴³ In diesem Zusammenhang wurden mit Blick auf die politische Strategie des Westens in der Auseinandersetzung mit der Sowjetunion vor allem die Auffassungen von Georg F. Kennan unter den Autoren der Zeitschrift intensiv diskutiert.⁴⁴⁴ Zudem wurde in Anbetracht der Tatsache, dass die Vereinigten Staaten angesichts des Kalten Krieges Westdeutschland auch militärisch zu einem strategisch wichtigen Bündnispartner zu machen, die Gründung der Bundeswehr und die Wiederbewaffnungsproblematik immer

⁴⁴² Siehe hierzu das Kapitel IV „Die qualitative und quantitative Analyse des Nationalsozialismus und des Sowjetkommunismus im ‚Monat‘“.

⁴⁴³ Siehe exemplarisch Barbara Ward, Ist der Krieg mit Russland unvermeidlich?, in: Der Monat, Heft 2 (1948), 1. Jg., S. 3-7; James Burnham, Vom Wesen des Kommunismus, in: ebenda, S. 18-29 sowie ders., Waffen des Kalten Krieges, in: Der Monat, Heft 20 (1950), 2. Jg., S. 190-197.

⁴⁴⁴ Siehe hierzu George F. Kennan, Amerika und Russlands Zukunft, in: Der Monat, Heft 34 (1951), 3. Jg., S. 339-35; „Der Westen und die Zukunft Russlands. Eine Rundfrage zu George F. Kennans Aufsatz“, in: Der Monat, Heft 37 (1951), 4. Jg., S. 49-67 (mit Beiträgen von Raymond Aron, Fedor Stepun, Ernst Reuter, David J. Dallin, Max Beloff und Wilhelm Röpke) sowie „Der Westen und die Zukunft Russlands. Zweiter Teil der Rundfrage über George Kennans Aufsatz“, in: Der Monat, Heft 39 (1951), 4. Jg., S. 246-260 (mit Beiträgen von Michael Karpovich, Bertrand de Jouvenel, Boris Shub und Hubert Ripka).

wieder im „Monat“ thematisiert.⁴⁴⁵ Wobei ebendiese Betrachtungen explizit und implizit im Zusammenhang mit der speziellen Funktion der Zeitschrift standen, die Bedeutung der deutschen Westorientierung hervorzuheben,⁴⁴⁶ was wiederum mit der grundsätzlichen Thematisierung der europäischen Einigung, d. h. dem Aufbau eines politisch und ökonomisch neuen Europas,⁴⁴⁷ und dem transatlantischen Verhältnis⁴⁴⁸ koinzidierte.

Angesichts des existierenden Stalinismus und später des Nachstalinismus schlug sich die von Lasky und seiner Redaktion vertretene Ablehnung totalitärer Regime in eine besondere antitotalitäre Antikommunismuskonzeption nieder. Obwohl das facettenreiche Totalitarismusphänomen sowohl in seiner braunen und roten Spielart intensiv thematisiert wurde, dominierte die antikommunistische Ausrichtung im „Monat“. Gleichwohl war die Zeitschrift in diesem Zusammenhang kein ausschließlich negativ-abgrenzendes Propagandainstrument. Denn neben dem grundsätzlichen Antikommunismus – so wie es dem gesellschaftlichen und politischen Konsens in den Vereinigten Staaten entsprach – wurden die positiv-vereinnahmenden westlichen Individual- und Freiheitsrechte fokussiert, die freilich im Kontext der „Re-Orientierung“-Funktion des „Monat“ standen. Mit anderen Worten: Der Antikommunismus und die Hervorhebung der westlichen Werte bedingten sich sozusagen

⁴⁴⁵ Siehe vor allem: Des Teufels Hauptwachtmeister. Eine Debatte rund um „Null-acht-Fünfzehn“, in: Der Monat, Heft 69 (1954), 6. Jg., S. 245-263 (mit Beiträgen von Hans Hellmut Kirst, Franz-Josef Strauß, Thilo Koch, Günther Blumentritt, Rolf Schroers, Kurt Linde, Konrad Kraske und Albert Weinstein); Walter Görnitz, Des Teufels Hauptwachtmeister, in: Der Monat, Heft 70 (1954), 6. Jg., S. 405-407; Heinz Karst, Von >>08/15<< zum Verteidigungsbeitrag. Über die zukünftige deutsche Armee, in: Der Monat, Heft 72 (1954), 6. Jg., S. 532-538; Fritz René Allemann, Brief aus Bonn: Die Nemesis der Ohnmacht. Wiederbewaffnung als innenpolitische Aufgabe (Teil 1), in: Der Monat, Heft 80 (1955), 7. Jg., S. 99-105 und Was ist eine demokratische Armee? Wiederbewaffnung als innenpolitische Aufgabe (Teil 2), in: Der Monat, Heft 81 (1955), 7. Jg., S. 195-201 sowie hierzu die Diskussion unter dem Titel: Die deutschen Soldaten, in: Der Monat, Heft 83 (1955), 7. Jg., S. 415-439 (mit Beiträgen von Gerhard Ritter, Fritz Erler, Albert Kesselring, Werner Friedmann, Walter Görnitz, Hellmuth Heye, Adelbert Weinstein, Werner Picht, Bogislav v[on] Bonin und Claus Jacobi).

⁴⁴⁶ Siehe Walter Maria Guggenheimer, Die Deutschen in Europa, in: Der Monat, Heft 4 (1949), 1. Jg., S. 26-29; fb (d. i. François Bondy), Wie westlich dürfen die Deutschen sein, in: Der Monat, Heft 32 (1951), 3. Jg., S. 209 f.; G. M. (d. i. Golo Mann), Sind die Deutschen Westeuropäer?, in: Der Monat, Heft 42 (1952), 4. Jg., S. 658 f.

⁴⁴⁷ Siehe besonders Bertrand de Jouvenel, Expansion und Kontraktion, in: Der Monat, Heft 4 (1949), 1. Jg., S. 3-5; Karl von Schumacher, Kann der Marshall-Plan Europa retten?, in: ebenda, S. 19-22; Wilhelm Röpke, Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, in: Der Monat, Heft 45 (1952), 4. Jg., S. 227-253; Jean Fourastié, Die Wirtschaftskraft Europas, in: Der Monat, Heft 46 (1952), 4. Jg., S. 353-365; Richard Loewenthal (sic), Vom Sinn und Unsinn der Wirtschaftseinheit, in: Der Monat, Heft 47 (1952), 4. Jg., S. 451-467; Raymond Aron, Nationale Gesundheit und europäische Integration. Aufbau eines neuen Europa, in: Der Monat, Heft 54 (1953), 5. Jg., S. 579-592; Herbert Lüthy, Wirtschaftseinheit – Oder was sonst?, in: Der Monat, Heft 55 (1953), 5. Jg., S. 26-44; Ernst Eisendrath, Europäische Wirtschaft im Wiederaufstieg, in: Der Monat, Heft 59 (1953), 5. Jg., S. 532-537; Pierre Emmanuel, Warum ich Europäer bin, in: Der Monat, Heft 117 (1958), 10. Jg., S. 26-35.

⁴⁴⁸ Siehe besonders die Diskussion unter der Überschrift: Europa und Amerika. Ein transatlantisches Gespräch, in: Der Monat, Heft 50 (1952), 5. Jg., S. 115-194 (mit Beiträgen u. a. von Raymond Aron, Ernst Reuter, Denis W. Brogan, Melvin J. Lasky, Marion Gräfin Dönhoff); Alan Bullock, Europa und USA, in: Der Monat, Heft 53 (1953), 5. Jg., S. 560-563 sowie Max Frisch, Nachtrag zum „Transatlantisches Gespräch“, in: Heft 59 (1953), 5. Jg., S. 537-540.

einander. Insofern konnte das im „Monat“ gezeichnete Bild des sowjetkommunistischen Regimes insbesondere unter Stalin, indem die Bevölkerung in Unfreiheit lebte und der Terror des Geheimdienstapparates die gesamte Gesellschaft durchdrang, als Negativfolie für die Freiheiten in den westlichen Staaten fungieren. Vor diesem Hintergrund besaß die Auseinandersetzung mit dem komplexen Phänomen des sowjetischen Kommunismus von Anfang einen überragenden Charakter. Zum Synonym für das totalitäre Herrschaftssystem des Stalinismus wurden im Grunde genommen die sowjetischen Konzentrationslager und infolgedessen beleuchteten zahlreiche Beiträge explizit und implizit die politische und ökonomische Bedeutung der Lager und fokussierten hierbei die Rolle des Terrors.⁴⁴⁹ Im Zusammenhang mit der intensiven Beschäftigung der sogenannten Kravchenko- und Rousset-Prozessen im Nachkriegsfrankreich konnte dies verbunden werden mit einer scharfen Kritik an der französischen Linke und führenden Intellektuellen des Landes um Jean-Paul Sartre.⁴⁵⁰ Überhaupt war das Verhältnis der Intellektuellen zur Sowjetunion von hochrangiger Bedeutung: einerseits wurde die Faszinationskraft, die die Sowjetunion auf zahlreiche Intellektuelle vor allem in den Ländern Ost- und Westeuropas ausübte zur Sprache gebracht und welche Rolle hierbei die kommunistische Ideologie, sprich: der Marxismus, spielte sowie andererseits der sogenannte Desillusionierungsprozess ins Licht gerückt, der in vielen Fällen eine existentielle Bedeutung hatte.⁴⁵¹

⁴⁴⁹ Siehe vor allem Boris Shub, Lüge und Illusion, in: Der Monat, Heft 1 (1948), 1. Jg., S. 88-90; hierbei handelte es sich um eine Rezension von: David J. Dallin und Boris I. Nicolaevsky, Zwangsarbeit in Sowjet-Rußland, Wien (o. J.) sowie dies., Arbeiter oder Ausgebeutete. Das System der Arbeitslager in Sowjetrußland, München (o. J.); Günther Birkenfeld, Der NKWD-Staat, in: Der Monat, Heft 18 (1950), 2. Jg., S. 628-643; Ernest J. Salter, Gefängnis der Völker, in: Der Monat, Heft 24 (1950), 2. Jg., S. 600-603 (hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: Ellinor Lipper, Elf Jahre in sowjetischen Gefängnissen und Lagern, Zürich 1950). Die Angaben zu den Büchern erfolgen hier – wie auch im Weiteren – nach den Informationen des „Monat“.

⁴⁵⁰ Siehe hierzu das Kapitel III. „Exkurs: Die frühe Totalitarismuskritik in Frankreich. Der Kravchenko- und Rousset-Prozeß, die sowjetischen Lager und die französische Linke“ mit den entsprechenden Angaben zu den im „Monat“ veröffentlichten Beiträgen.

⁴⁵¹ Siehe besonders die sogenannte Reihe „Der Gott, der keiner war“ bzw. „Ein Gott hat versagt“ mit folgenden Beiträgen: Ignazio Silone, Abkehr von Moskau, in: Der Monat, Heft 19 (1950), 2. Jg., S. 18-39 (Teil I); Arthur Koestler, Verlorene Illusionen, in: Der Monat, Heft 20 (1950), 2. Jg., S. 133-169 (Teil II); André Gide, Legende und Wirklichkeit, in: Der Monat, Heft 21 (1950), 2. Jg., S. 264-281 (Teil III); Richard Wright, Der große Mythos, in: Der Monat, Heft 25 (3. Jg.), S. 55-82 (Teil IV); hierbei handelte es sich um einen (Teil-)Abdruck des Buches: *Ein Gott der keiner war*. Arthur Koestler, Ignazio Silone, Richard Wright, André Gide, Louis Fischer, Stephen Spender schildern ihren Weg zum Kommunismus und ihre Abkehr. Mit einem Vorwort von Richard Crossmann und einem Nachwort von Franz Borkenau, Konstanz – Zürich-Wien 1950; siehe hierzu auch speziell Bertrand Russell, Der Irrtum des Kommunismus, in: Der Monat, Heft 19 (1950), 2. Jg., S. 76-79 (hierbei handelte es sich um eine Rezension der englischen Originalausgabe *The God that Failed*) sowie Raymond Aron, Der falsche Messias. Ein Schlußwort zu *The God that failed*, in: Der Monat, Heft 26 (1950), 3. Jg., S. 175-184. Des weiteren siehe François Bondy, Der exproprierte Marxismus, in: Der Monat, Heft 21 (1950), 2. Jg., S. 309-313 (hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: Jules Monnerot, *Sociologie du communisme*, Paris 1949) sowie die drei Beiträge von Czeslaw Milosz, Murti-Bing, in: Der Monat, Heft 35 (1951), 3. Jg., S. 451-464, Die Baltischen Völker, in: Der Monat, Heft 41 (1952), 4. Jg., S. 451-466 und Ketman oder die Kunst des inneren Vorbehalts, in: Der Monat, Heft 57 (1953), 5. Jg., S. 227-242

Überhaupt rückte die Beschreibung und Analyse des Sowjetkommunismus ausdrücklich in den Fokus des Interesses der „Lasky-Zeitschrift“. Vor diesem Hintergrund beschäftigten sich zahlreiche Veröffentlichungen mit der Genese der kommunistischen Gewaltherrschaft nach der russischen Revolution von 1917. Angesichts der zum damaligen Zeitpunkt noch nicht vorhandenen wissenschaftlichen Forschungsliteratur, war der „Monat“ auch ein Medium, in dem internationale Kommunismus-Experten, die in zahlreichen Fällen wie beispielsweise Arthur Koestler, Franz Borkenau, Richard Löwenthal oder Ruth Fischer selber einmal Anhänger des Kommunismus waren, gewissermaßen einen intellektuellen Diskussions- und Klärungsprozess über die Geschichte des Sowjetkommunismus in Gang brachten. So wurde unter anderem immer wieder der Versuch unternommen den „Großen Terror“ in den 1930er Jahren und hierbei die Rolle Stalins zu interpretieren. Das als „permanenter Terror“ (Franz Borkenau) bezeichnete Phänomen kostete Millionen von Menschen das Leben und zeigte seine schreckliche Seite beispielsweise in der Hungerskatastrophe in der Ukraine, dem Terror gegen die eigene Bevölkerung, der Parteisäuberung und den Moskauer Schauprozesse. Genauso war die Entwicklung des Stalinismus nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges von zentraler Bedeutung. So wurden in diesem Zusammenhang sowohl der wieder in Gang gekommene Terror, die Säuberung der kommunistischen Parteien vor allem in den osteuropäischen Staaten, als auch die Versuche Jugoslawiens unter Tito, einen von Moskau unabhängigen staatlichen Weg zu gehen, weit und breit thematisiert. Obwohl die Auseinandersetzung mit dem sowjetkommunistischen Herrschaftssystem im „Monat“ unter der Ägide Laskys durchgehend von Bedeutung war, erreichte sie gleichwohl einen zwischenzeitlichen Höhepunkt nach dem Tod Stalins im März 1953. Auch in diesem Zusammenhang diente die Zeitschrift als ein Diskussionsforum für die internationalen Kommunismus-Experten. So wichtig die Dokumentation und die Thematisierung zeitgenössischer Ereignisse in den osteuropäischen Ländern auch war – wie der Arbeiteraufstand vom 17. Juni 1953 in der „Ostzone“ sowie die Unruhen in Polen und die ungarische Revolution von 1956 –, kam hier nicht zuletzt ein intellektuelles, politisches und wissenschaftliches Gespräch in Gang, das sich in erster Linie mit der Frage beschäftigte, welche grundsätzlichen politischen Folgen der Tod Stalins für das sowjetkommunistische

(hierbei handelte es sich um einen „Teil-Vorabdruck“ des Buches von: ders., *Verführtes Denken. Mit einem Vorwort von Karl Jaspers, Köln – Berlin 1953*); vgl. hierzu auch die entsprechenden Ausführungen von François Bondy, *Rebellen als Musterschüler. Zu zwei neuen Essaybänden*“, in: *Der Monat*, Heft 58 (1953), 5. Jg., S. 407-411 (hierbei handelte es sich um die Rezension der beiden Bücher: Czeslaw Milosz, *Verführtes Denken. Mit einem Vorwort von Karl Jaspers, a.a.O. und Peter de Mendelssohn, Der Geist in der Despotie. Versuche über die moralischen Möglichkeiten des Intellektuellen in der totalitären Gesellschaft, Berlin 1953*).

Herrschaftssystems hatte und wie das Wesen des sogenannten Nachstalinismus zu charakterisieren sei. Ebendiese Frage drängte sich neben den Ereignissen in den Satellitenstaaten vor allem aufgrund der Entwicklungen in der Sowjetunion selber auf. Denn die nach dem Tod Stalins einsetzenden Machtkämpfe um die Nachfolge des Partei- und Staatsoberhauptes, an dessen Ende Nikita Chruschtschow als Sieger hervorging, der Abbau des Terrors und der berühmte XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956, auf dem Chruschtschow offiziell die unter Stalin begangenen Verbrechen verurteilte, führten zu einer intensiven Diskussion über das „Jenseits des Stalinismus“ (Richard Löwenthal), die politischen Implikationen und das Wesen des Regimes.⁴⁵²

Gleichwohl galt das Interesse im „Monat“ nicht nur dem zeitgenössischen sowjetkommunistischen Herrschaftssystem einschließlich der osteuropäischen Satellitenstaaten. Genauso war die Redaktion darum bemüht, sich mit der Entwicklung der kommunistischen Parteien und -Bewegung in West-Europa auseinanderzusetzen, wobei in diesem Zusammenhang insbesondere die politische Situation in Italien⁴⁵³ und Frankreich⁴⁵⁴ ins Licht gerückt wurde.

Zweifelsohne besaß die Auseinandersetzung mit dem Phänomen des Kommunismus im „Monat“ eine herausragende Bedeutung. Obwohl vor allem die Beschreibung und Analyse des Stalinismus und Nachstalinismus auf einem hohen Niveau erfolgte, bestand gleichwohl die Gefahr, dass die Zeitschrift ihre antikommunistische Funktion zu sehr in den Vordergrund rückt. Insofern war es der Redaktion um Melvin J. Lasky und Hellmuth Jaesrich frühzeitig darum zu tun den prowestlichen und speziell den proamerikanischen Charakter der Zeitschrift zu unterstreichen. Vor diesem Hintergrund bemühte sich der „Monat“ die Vereinigten Staaten als Prototyp des Modells der westlichen Zivilisation darzustellen, ohne dass dies mit der gleichzeitig anvisierten europäischen Perspektive im Widerspruch stand. Ganz im Gegenteil, denn in der liberaldemokratischen Perspektive gehörten proamerikanisches und proeuropäisches Denken notwendig zusammen. Das proamerikanische Motiv stand selbstverständlich im Zusammenhang mit der „Re-Orientierung“-Funktion des „Monat“. Allerdings ging es hierbei nicht darum, ein eindimensionales und unkritisches Bild der Vereinigten Staaten zu zeichnen. So wurden vor allem die beiden hochbrisanten Probleme der

⁴⁵² Siehe hierzu die entsprechenden Ausführungen im Kapitel IV. 2. „Analyse des Sowjetkommunismus“.

⁴⁵³ Siehe exemplarisch Bernard Wall, Brief aus Rom: Ketzerei auf der Linken. Ein Bericht über die Krise in der KP Italiens, in: Der Monat, Heft 31 (1951), 3. Jg., S. 35-39.

⁴⁵⁴ Siehe exemplarisch Herbert Lüthy, Brief aus Paris: >>Das Leben beginnt morgen<<. Politische Gedanken zu einem unpolitischen Film, in: Der Monat, Heft 26 (1950), 3. Jg., S. 151-156.

amerikanischen Innenpolitik der 1950er Jahre zur Sprache gebracht, nämlich das Phänomen des „Kommunistenjägers“ Joseph McCarthy⁴⁵⁵ und die Benachteiligung der schwarzen Bevölkerungsgruppe, sprich: die „Negerfrage“.⁴⁵⁶

Im Hinblick auf das proamerikanische Denken standen Reflexionen über die Bedeutung der individuellen Freiheitsrechte als herausragender Topos des liberal-demokratischen Systems im Zentrum.⁴⁵⁷ Das Freiheitsthema konnte wiederum umstandslos mit dem ausdrücklich hervorgehobenen und intensiv behandelten Aspekt von der Funktion der kulturellen Freiheit für den liberalen Westen insgesamt verbunden werden und spielte nicht zuletzt auf dem Berliner „Kongress für kulturelle Freiheit“ im Juni 1950 eine herausragende Rolle.⁴⁵⁸

Individuelle und kulturelle Freiheit waren im „Monat“ Grundkonstituenten nicht nur des amerikanischen politischen Systems, sondern von Westlichkeit überhaupt. Gleichzeitig bot es den adäquaten Rahmen, um in dem Organ verschiedene sozioökonomische Ordnungsmodelle zu beleuchten. Gesamtgesellschaftliche Planbarkeit, insbesondere im wirtschaftlichen Bereich, wurde hierbei keineswegs radikal in Frage gestellt, insofern es sich innerhalb des von der Freiheitsthematik vorgegebenen liberalen Bezugssystems bewegte. In diesem Zusammenhang wurde beispielsweise die Frage eines ‚demokratischen Sozialismus‘ als antithetisches Modell zum ‚totalitären Kommunismus‘ thematisiert,⁴⁵⁹ als auch die Frage, inwiefern in der ‚sozialen Marktwirtschaft‘ noch die „alten“ Gegensätze zwischen Kapitalismus und Sozialismus bestanden.⁴⁶⁰

⁴⁵⁵ Siehe Leslie A. Fiedler, Brief aus Amerika: Der streitbare Senator. Glanz und Elend Joe McCarthys, in: Der Monat, Heft 74 (1954), 7. Jg., S. 129-142 sowie Richard H. Rovere, Die letzten Tage Joe McCarthys. Abgesang auf einen Demagogen, in: Der Monat, Heft 123 (1958), 11. Jg., S. 39-50.

⁴⁵⁶ Siehe Nathan Glick, Die Leinwand predigt Toleranz. Rassenprobleme im amerikanischen Film, in: Der Monat, Heft 21 (1950), 2. Jg., S. 299-304; Walter Lippmann, Ein Brief William Faulkners, in: Der Monat, Heft 91 (1956), 8. Jg., S. 85 f.; Patrick O'Donovan, Der Prozeß des Martin Luther King. Brief aus Alabama, in: Der Monat, Heft 92 (1956), 8. Jg., S. 13-15; Alistair Cooke, Brief aus Amerika: Die Prüfung des Südens. Weiß und Schwarz in USA (Teil I), in: Der Monat, Heft 96 (1956), 8. Jg., S. 13-21 sowie (Teil II), in: Der Monat, Heft 97 (1956), 9. Jg., S. 19-22; Richard H. Rovere, Die Neun von Little Rock, in: Der Monat, Heft 109 (1957), 10. Jg., S. 78 f.

⁴⁵⁷ Michael Hochgeschwender, Freiheit in der Offensive? Der Kongreß für kulturelle Freiheit und die Deutschen, a.a.O., S. 179.

⁴⁵⁸ Siehe hierzu das Kapitel I. 5. „Der ‚Kongress für kulturelle Freiheit‘ in Berlin“.

⁴⁵⁹ Siehe vor allem die Diskussion „Der Streit um den Sozialismus. Sechs Stellungnahmen“, in: Der Monat, Heft 5 (1949), 1. Jg., S. 3-33 (mit Beiträgen von Wilhelm Röpke, Ernst Tillich, Sidney Hook, Friedrich A. Hayek, Joseph A. Schumpeter und Willy Brandt); Vgl. auch Ignazio Silone, Der Sozialismus am Kreuzweg. Ein politisches Bekenntnis, in: Der Monat, Heft 10 (1949), 1. Jg., S. 84-89.

⁴⁶⁰ Siehe C. A. R. Crosland, Ist das noch Kapitalismus? Ein englischer Sozialist über das Großbritannien von heute, in: Der Monat, Heft 103 (1957), 9. Jg., S. 9-18 sowie Gustav Klingelhöfer, Kapitalismus ohne Schrecken ... und der Sozialismus von heute, in: Der Monat, Heft 116 (1958), 10. Jg., S. 8-18.

Die zahlreichen Beiträge im „Monat“, die sich mit dem politischen, kulturellen und intellektuellen Leben in den Vereinigten Staaten beschäftigen, sollten dazu beitragen, den in Gang gebrachten Demokratisierungsprozess in West-Deutschland zu fördern. Vor dem Hintergrund des anvisierten Zieles, mit der Zeitschrift die deutschen Intellektuellen und das Bildungsbürgertum für die westlich-pluralistische Form der Demokratie zu gewinnen, galt es in diesem Kontext vor allem darum, nicht nur den weit verbreiteten „Anti-Amerikanismus“ zu bekämpfen, sondern ausdrücklich das in diesen Kreisen grassierende Vorurteil einer kulturlosen Nation entgegenzutreten.⁴⁶¹ Folglich sah es die Redaktion als eine zentrale Aufgabe an – so wie es die von der amerikanischen Besatzungsmacht herausgegebene „Neue Zeitung“ sozusagen vormachte –, die deutschen Leser insbesondere mit den renommiertesten amerikanischen Schriftstellern aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts⁴⁶² und den „großen“ Werken der zeitgenössischen amerikanischen Literatur vertraut zu machen,⁴⁶³ ohne das amerikanische Theater⁴⁶⁴ oder den -Film⁴⁶⁵ zu vernachlässigen.

Das proamerikanische Motiv im „Monat“ hatte, wie gesagt, seine Bedeutung nicht zuletzt in der „Re-Orientierung“-Funktion der Zeitschrift. Dieser zentralen Aufgabe diente zudem die Thematisierung der amerikanischen Philosophie, die im Grunde genommen zu den ideologischen Grundlagen der Zeitschrift gehörte und eine wichtige Bedeutung in der Auseinandersetzung mit der deutschen Vergangenheit besaß. Denn damit die Zeitschrift einen Beitrag zur „Verwestlichung“ Deutschlands leisten konnte, war die Auseinandersetzung mit der Geschichte des „Dritten Reiches“ unabdingbar, wollte man die antitotalitäre Position nicht

⁴⁶¹ Siehe vor allem Robert Pick, Mit europäischen Augen. Amerika im Spiegel der europäischen Literaturkritik, in: Der Monat, Heft 18 (1950), 2. Jg., S. 658-664; Irving Howe, Der Nachkriegsroman in Amerika. Eine Bestandaufnahme um die Jahrhundertmitte, in: Der Monat, Heft 34 (1951), 3. Jg., S. 424-428; Leslie A. Fiedler, Der „gute Amerikaner“. Ein Amerikaner unter europäischen Intellektuellen, in: Der Monat, Heft 69 (1954), 6. Jg., S. 287-289; Walter Hasenclever, Zornig – aber nicht jung. Amerikas „Beat Generation“, in: Der Monat, Heft 121 (1958), 11. Jg., S. 74-78.

⁴⁶² Siehe exemplarisch „Thomas Wolfe (1900-1938)“, in: Der Monat, Heft 1 (1948), 1. Jg., S. 56-77 (hierbei handelte es sich um verschiedene Auszüge aus dessen Werk) und hierzu die beiden literarischen Porträts: H. M. Ledig-Rowohlt, Thomas Wolfe in Berlin, in: ebenda, S. 69-77 sowie Alfred Kazin, Rhetorik und Verzweiflung, in: ebenda, S. 78-80; Granville Hicks, Der Romancier und die Macht. Über John Dos Passos, in: Der Monat, Heft 40 (1952), 4. Jg., S. 414-420.

⁴⁶³ Siehe exemplarisch den dreiteiligen Abdruck der Erzählung: William Faulkner, Der Bär, in: Der Monat, Heft 29 (1951), 3. Jg., S. 510-528 (Teil I); Heft 30 (1951), 3. Jg., S. 603-631 (Teil II) sowie Heft 31, (1951), 3. Jg., S. 58-84.

⁴⁶⁴ Siehe besonders Hans Sahl, Kinder und Heilige. Ein New Yorker Theaterbericht, in: Der Monat, Heft 18 (1950), 2. Jg., S. 647-650 sowie Werner Oehlschläger, Saison am Broadway. Bemerkungen zum amerikanischen Theaterleben, in: Der Monat, Heft 29 (1951), 3. Jg., S. 533-541.

⁴⁶⁵ Siehe besonders Georg Gerster, Hollywood als Seelenzustand. Anmerkungen zu zwei Studien über den amerikanischen Film, in: Der Monat, Heft 40 (1952), 4. Jg., S. 408-413; vgl. auch Friedrich Luft, Vom großen schönen Schweigen. Arbeit und Leben des Charles Spencer Chaplin, in: Der Monat, Heft 44 (1952), 4. Jg., S. 184-192.

nur auf den zeitgenössischen Sowjetkommunismus beziehen. Hier bot sich vor allem die Thematisierung des Konzeptes der pragmatisch ausgerichteten Philosophie von John Dewey an, mit der auf einer geistesgeschichtlichen Ebene der Nationalsozialismus aus einer genuin antidemokratischen Tradition interpretiert werden konnte. Deweys Philosophie, die als der klarste Ausdruck des amerikanischen Liberalismus galt,⁴⁶⁶ wurde explizit und implizit der deutschen Philosophie entgegengestellt und die in eine Kritik der „totalisierenden Staats- und Ganzheitsfixierung der hegelianischen Ontologie, Erkenntnislehre und Staatsphilosophie“ (Michael Hochgeschwender) mündete. Neben Fichte und Hegel zählte für den „Monat“ auch die Philosophie Nietzsches zu den geistigen Wegbereitern des Nationalsozialismus,⁴⁶⁷ in dessen Folge nicht nur der Nihilismus Nietzsches,⁴⁶⁸ sondern auch der Existentialismus Martin Heideggers⁴⁶⁹ und das Denken von Ernst Jünger⁴⁷⁰ thematisiert wurde.

Gleichwohl blieb es im „Monat“ im Hinblick auf die nationalsozialistische Vergangenheit keinesfalls bei der Auseinandersetzung mit der deutschen Philosophie bzw. einflussreichen philosophischen und politischen Denkern. Einerseits ging das Organ in zahlreichen Beiträgen auf die Geschichte des „Dritten Reiches“ ein, andererseits geriet auch der facettenreiche Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit in der Bundesrepublik in den Fokus des Interesses,⁴⁷¹ der nicht zuletzt dem Ziel diente, das demokratische System zu stabilisieren und einen Beitrag zur Konstitution einer demokratischen, politischen Kultur im Nachkriegsdeutschland zu leisten. Um nur einige Beispiele zu nennen. Vor dem Hintergrund der grundsätzlichen Erinnerung an die Opfer der „Hitler-Diktatur“ im Allgemeinen und die nationalsozialistischen Judenverfolgungen und den

⁴⁶⁶ Vgl. Sidney Hook, John Dewey. Ein Porträt des Altmeisters des amerikanischen Geisteslebens, in: Der Monat, Heft 6 (1949), 1. Jg., S. 40-46; Alfred North Whitehead, John Dewey zum 90. Geburtstag, in: Der Monat, Heft 13 (1949), 2. Jg., S. 23 f.; John Dewey, Vom Ursprung des Philosophierens. Philosophie im Wandel der Auffassungen, in: ebenda, S. 25-35; Joachim G. Leithäuser, Erziehung zur Zukunft, in: Der Monat, Heft 20 (1950), 2. Jg., S. 218-220 (hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: John Dewey, Demokratie und Erziehung. Eine Einleitung in die philosophische Pädagogik, Braunschweig [o. J.]); Ludwig Marcuse, Eine Theorie der Praxis. Amerikanischer und deutscher Pragmatismus, in: Der Monat, Heft 88 (1956), 8. Jg., S. 33-45.

⁴⁶⁷ Vgl. Marianne Regensburger, Hegel und der europäische Nihilismus, in: Der Monat, Heft 32 (1951), 3. Jg., S. 202-205, hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: Karl Löwith, Von Hegel zu Nietzsche. Der revolutionäre Bruch im Denken des 19. Jahrhunderts, Stuttgart (o. J.).

⁴⁶⁸ Vgl. Albert Camus, Nietzsche und der Nihilismus, in: Der Monat, Heft 39 (1951), 4. Jg., S. 227-236.

⁴⁶⁹ Vgl. Kurt Rossmann, Martin Heideggers Holzwege, in: Der Monat, Heft 21 (1950), 2. Jg., S. 236-245.

⁴⁷⁰ Vgl. besonders Peter de Mendelssohn Gegenstrahlungen. Ein Tagebuch zu Ernst Jüngers Tagebuch, in: Der Monat, Heft 14 (1949), 2. Jg., S. 149-174 sowie Alfred Weber, Flucht in die Wildnis. Randbemerkungen zu Ernst Jüngers politischen Schriften, in: Der Monat, Heft 29 (1951), 3. Jg., S. 542-545.

⁴⁷¹ Vgl. unter diesem Aspekt exemplarisch das Symposium „Erwacht Deutschland schon wieder? Der neue deutsche Nationalismus und seine Gefahren“, in: Der Monat, Heft 8/9 (1949), 1. Jg., S. 3-64 (mit Beiträgen von Walter L. Dorn, Richard H. S. Crossmann, Raymond Aron, Dolf Sternberger, Peter de Mendelssohn, Wilhelm Röpke, Eugen Kogon, Franz Borkenau u. a.) sowie Norbert Mühlen (schreibt aus Hamburg): Anne Franks Heimkehr, in: Der Monat, Heft 103 (1957), 9. Jg., S. 79-82.

sogenannten „deutschen Verbrechen“ an den deutschen und europäischen Juden im Besonderen – wie es beispielsweise der erste Bundespräsident Theodor Heuss beim feierlichen Staatsakt zur Einweihung eines Mahnmales für die Opfer des Konzentrationslagers Bergen-Belsen am 30. November 1952 zum Ausdruck brachte⁴⁷² – ging es der Zeitschriftenredaktion um Melvin J. Lasky durchaus darum, Versuche von Exponenten der „Neuen Rechten“, ebendiese Massenverbrechen, kurz: Auschwitz, zu verharmlosen, in dem man sie umstandslos mit anderen Verbrechen auf „eine Stufe“ (Alfred Kellner) stellte (wie zum Beispiel der Vertreibung der Deutschen aus Polen und dem Sudetenland, oder den Verbrechen des Stalinismus) vehement zu kritisieren.⁴⁷³

Der millionenfache Mord an den europäischen Juden war im „Monat“ auch Anlass, sich mit dem zukünftigen Verhältnis der Deutschen zu den Juden in Deutschland sowie zum Staat Israel zu beschäftigen. Hierbei sprach man sich sowohl für eine Aussöhnung zwischen „Juden und Deutschen“ als auch für eine „Wiedergutmachungspolitik“ aus, nicht zuletzt gegenüber dem Staat Israel“.⁴⁷⁴ In diesem Zusammenhang wurde in einigen wenigen Beiträgen auch die „deutsche Schuldfrage“ auf einer primär abstrakten Ebene angesprochen, wobei man sich ausdrücklich gegen eine Kollektivschuld des deutschen Volkes wandte.⁴⁷⁵ Angesichts der nationalsozialistischen Verbrechen an den Juden sprach die „Lasky-Zeitschrift“ das in der bundesrepublikanischen Bevölkerung weithin verbreitete Phänomen, Auschwitz zu verdrängen, zumindest an.⁴⁷⁶

„Der Monat“ setzte sich auch mit dem postnationalsozialistischen Antisemitismus bzw. dem Phänomen des Antisemitismus in der Bundesrepublik auseinander, wie zum Beispiel aus Anlass der Schändung der Kölner Synagoge am Weihnachtsabend 1959⁴⁷⁷ oder anhand des „Falles Harlan“, bei dem es Ende der vierziger/Anfang der fünfziger Jahre zu zahlreichen Protestaktionen gegen den Regisseur des berüchtigten antisemitischen Hetz- und Propagandafilms „Jud Süß“ aus den Jahren des „Dritten Reiches“, Veit Harlan, kam, die

⁴⁷²Theodor Heuss, Ein Mahnmal, in: Der Monat, Heft 52 (1953), 5. Jg., S. 355-358.

⁴⁷³ Vgl. beispielsweise ak (d. i. Alfred Kellner), Gefährliche Gleichsetzungen, in: Heft 30 (1951), 3. Jg., S. 660 f.

⁴⁷⁴ Siehe besonders Elliot Cohen, Deutsche und Juden. Eine Rede in Berlin, in: Der Monat, Heft 28 (1951), 3. Jg., S. 375-379 (hierbei handelte es sich um die Ansprache von Cohen, die er im Rahmen des Berliner „Kongresses für kulturelle Freiheit“ auf einem Diskussionsabend hielt, der von der „Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit“ gemeinsam mit dem sogenannten Büro des Kongresses veranstaltet wurde). Vgl. auch Erich Lüth, Brief aus Loccum: Deutsche und Juden heute. Fazit einer Tagung, in: Der Monat, Heft 110 (1957), 10. Jg., S. 46-50 und Hellmut Gollwitzer, Zehn Jahre Israel. Deutsche und Juden heute, in: Der Monat, Heft 119 (1958), 10. Jg., S. 52-61.

⁴⁷⁵ Vgl. exemplarisch Rudolf Hagelstange, Sühne und Ehre, in: Der Monat, Heft 42 (1952), 4. Jg., S. 584-589.

⁴⁷⁶ So zum Beispiel Arthur Koestler, in seinem Beitrag: Politische Neurosen, in: Der Monat, Heft 63 (1953), 6. Jg., S. 228 f.

⁴⁷⁷ Vgl. Klaus Harpprecht, Im Keller der Gefühle. Gibt es noch einen deutschen Antisemitismus, in: Der Monat, Heft 128 (1959), 11. Jg., S. 13-20.

insbesondere von einigen Prominenten, Teilen der SPD, den Gewerkschaften, den Studentenverbänden und der „Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit“ getragen wurden. Veit Harlan avancierte seinerzeit sowohl zu einem Symbol des in der frühen Bundesrepublik grassierenden Antisemitismus, als auch für den sich wieder um sich greifenden Nazismus.⁴⁷⁸

Der „Fall Harlan“ war auch ein herausragendes Beispiel dafür, dass sich „Der Monat“ mit bestimmten politischen Skandalen auseinandersetzte, die die nationalsozialistische Vergangenheit betraf und grundsätzlich von Bedeutung waren für die Konstitution einer demokratisch-politischen Kultur in der Bundesrepublik. Als zweites Beispiel sei an dieser Stelle der „Remer-Prozess“ genannt, bei dem es Anfang 1950 auch und vor allem um die Frage der Rehabilitierung des politisch-militärischen Widerstandes gegen die NS-Diktatur ging und der seinerzeit in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit große Aufmerksamkeit fand. Die Thematisierung der näheren Umstände und des Verlaufs dieses gerichtlichen Verfahrens, bei dem das Landgericht Braunschweig den ehemaligen Generalmajor und jetzigen zweiten Vorsitzenden der „Sozialistischen Reichspartei“ (SRP), Otto Ernst Remer, wegen übler Nachrede zu einer dreimonatigen Gefängnisstrafe verurteilte, weil er die Widerstandskämpfer des 20. Juli als „Landesverräter“ beschimpft hatte,⁴⁷⁹ hatte für den „Monat“ einen entscheidenden Grund: hier ging es um die ausdrückliche Rehabilitierung des „20. Juli“ und der Legitimierung des Widerstandes gegen das „Hitler-Regime“. Aus diesem Grund widmete sich die Zeitschrift auch intensiv ebendiesem Thema.⁴⁸⁰ Das Ziel bestand darin, den Lesern die Männer und Frauen der Widerstandsgruppen um den Oberst Claus Graf Schenk von Stauffenberg als Repräsentanten eines „anderen Deutschland“ hervorzuheben, das für die Konstitution einer politischen Kultur und der Errichtung einer freiheitlichen Demokratie in der Bundesrepublik eine wichtige Funktion besaß.

Insbesondere in Anbetracht dieser Tatsache, stand der „Monat“ zweifelsohne in der Tradition mit den oben exemplarisch genannten politisch-kulturellen Zeitschriften „Die Wandlung“, „Der Ruf“ und den „Frankfurter Heften“. Allerdings existierte in diesem Kontext

⁴⁷⁸ Siehe Hans Schwab-Felisch, Die Affäre Harlan, in: Heft 28 (1951), 3. Jg., S. 414-422 sowie Clara Menck, Brief aus Freiburg: Studenten gegen Harlan, in: Der Monat, Heft 42 (1952), 4. Jg., S. 573-583; vgl. auch die Leserbriefe unter der Überschrift „Veit Harlans Unmenschlichkeit“, in: Der Monat, Heft 29 (1951), 3. Jg., S. 555-558.

⁴⁷⁹ Siehe hierzu Rüdiger Proske, Brief aus Braunschweig: Prozeß um den 20. Juli. Die Braunschweiger Verhandlungen gegen Otto Ernst Remer, in: Der Monat, Heft 43 (1952), 4. Jg., S. 16-21.

⁴⁸⁰ Siehe hierzu im Kapitel IV. 1. „Analyse des Nationalsozialismus“ vor allem den Abschnitt IV.1.7. „Die Memoirenliteratur und der deutsche Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Oder: das ‚Erinnerungsbuch‘ Ernst von Weizsäckers“, wo zahlreiche in diesem Zusammenhang veröffentlichten Beiträge aufgeführt werden.

ein gravierender Unterschied. Brachten die drei Zeitschriften der „Stunde Null“ eine zum Teil radikale Skepsis und Kritik gegenüber den Nürnberger Prozessen und den Entnazifizierungsmaßnahmen zum Ausdruck, die sich in erster Linie auf die amerikanische Besatzungspolitik bezog und alsbald von weiten Teilen der deutschen Bevölkerung mitgetragen wurde, verzichtete der „Monat“ darauf diesen Themenkomplex genauer in den Blickpunkt zu rücken. So spielte für die Redaktion um Lasky die ausdrückliche Beschäftigung mit den Nürnberger Prozessen ebenso keine Rolle, obwohl beispielsweise der „Wilhelmstraßen-Prozess“ erst im Laufe des Jahres 1949 abgeschlossen wurde, wie auch die tatsächliche amerikanische Besatzungspolitik keine nennenswerte Bedeutung besaß. Eine Ausnahme stellte hier ein Beitrag dar, der eine radikale Kritik an einem der auflagenstärksten Bücher der unmittelbaren Nachkriegsjahre enthielt, das nicht zuletzt deshalb zu einem „Bestseller“ werden konnte, weil es sich nämlich um eine polemische Abrechnung mit der tatsächlichen amerikanischen Besatzungspolitik im Allgemeinen und den Entnazifizierungsmaßnahmen der US-Militärregierung im Besonderen handelte. Die Rede ist von dem 1951 erschienenen Buch „Der Fragebogen“ von Ernst von Salomon.⁴⁸¹

Wie zum Ausdruck gebracht werden sollte, war der „Monat“ eine genuine Zeitschrift des Kalten Krieges. In Anbetracht der Tatsache, dass sich die bis dahin gültige Reeducation-Politik in den Augen der amerikanischen Besatzungsbehörde als nicht mehr zeitgemäß erwies, besaß das Organ im Hinblick auf die Deutschlandpolitik einerseits die Aufgabe, das fortan maßgebliche „Reorientations-Projekt“ in einem ganz speziellen Sinne zu unterstützen. Hierbei ging es dem „Monat“ in der frühen Bundesrepublik insbesondere darum, deutsche Intellektuelle und das intellektuelle Bildungsbürgertum beziehungsweise eine neue Generation deutscher Intellektueller für die westlich-pluralistische Form der Demokratie zu gewinnen, wobei die Freiheitsrechte amerikanischer Provenienz im Mittelpunkt standen. Andererseits hatte der „Monat“ von Anbeginn eine bestimmte Funktion in der Konfrontation des westlichen Systems, mit der unbestrittenen Führungsmacht der Vereinigten Staaten auf der einen Seite, und dem sowjetkommunistischen System einschließlich seiner Satellitenstaaten auf der anderen Seite. Hierbei sollte die antikommunistische Propaganda auf einem hohen intellektuellen Niveau geführt werden. Letzten Endes ergänzten sich die beiden Funktionen der „Reorientation“ und des Antikommunismus auf eine ganz spezifische Weise und wirkte sich selbstverständlich auf die inhaltliche Ausrichtung aus. Vor dem Hintergrund

⁴⁸¹ Siehe Alfred Polgar, Eine gespenstische Erscheinung, in: Der Monat, Heft 36 (1951), 3. Jg., S. 654-656; hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: Ernst von Salomon, Der Fragebogen, Hamburg (o. J.).

der grundsätzlichen antitotalitären Position der Zeitschrift folgte daraus zudem sowohl eine Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und dem Sowjetkommunismus als auch mit der Totalitarismustheorie.

Dies wurde von dem Tübinger Historiker Michael Hochgeschwender auf überzeugende Weise in seiner Studie „Freiheit in der Offensive? Der Kongreß für kulturelle Freiheit und die Deutschen“ zur Sprache gebracht und hervorgehoben. Was hier allerdings nicht ausdrücklich untersucht wurde, war der Fragenkomplex, wie die beiden totalitären Herrschaftssysteme des Nationalsozialismus und des Sowjetkommunismus tatsächlich beschrieben und analysiert wurden, d. h. vor allem, welches Bild von den beiden Herrschaftsregimen gezeichnet wurde, wie der konkrete Vergleich der beiden Regime letzten Endes ausfiel und welche Rolle die zeitgenössischen Totalitarismustheorien in diesem Zusammenhang spielten. Obwohl das facettenreiche Totalitarismusphänomen rechter und linker Provenienz im „Monat“ in den Fokus des Interesses rückte – worauf Hochgeschwender zu Recht hinwies – ist bisher auch eine nähere Untersuchung ausgeblieben, welche Autoren zu ebenjenem Themenkomplex im „Monat“ veröffentlichten und – allgemein gesprochen – ob die „Lasky-Zeitschrift“ die wissenschaftlichen und historisch-politischen Erkenntnisse seiner Mitarbeiter bei der (vergleichenden) Analyse des nationalsozialistischen und sowjetkommunistischen Herrschaftssystems nutzte und auf die zeitgenössischen Forschungsergebnisse zurückgriff.

I. 4. 5. Die Rolle der Totalitarismustheorie in der frühen Bundesrepublik

Nach dem Ausbruch des Ost-West-Konfliktes erwies sich die klassische Totalitarismustheorie (Hannah Arendt sowie Friedrich/Brzezinski) in den 1950er Jahren als geeignetes Instrument, um die Westdeutschen im Kampf gegen den „neuen“ totalitären Feind aus der Sowjetunion an die Seite der westlichen Staaten zu stellen sowie ein eindimensionales und personenzentriertes Bild des nationalsozialistischen Herrschaftssystems zu zeichnen, in dessen Zentrum Adolf Hitler stand. Anders gesagt: die klassische Totalitarismustheorie besaß im Kalten Krieg in der Bundesrepublik insbesondere eine antikommunistische Funktion, die ein Grund dafür war, dass die Analyse des „Führerstaates“ einen reduktionistischen Charakter aufwies.

Dabei konfrontierten bereits – wie gezeigt – die dreizehn Nürnberger Prozesse die westdeutsche Nachkriegsgesellschaft nicht nur mit den nationalsozialistischen

Massenverbrechen, sondern zeigten auch, dass das Unrechtsregime nicht auf eine kleine kriminelle Führungselite um Hitler sowie die Herrschaftsinstitutionen der SS und Gestapo reduziert werden konnte. Gleichwohl beharrten die Vertreter der „Outlaw-Theorie“ auf ebenjenes Bild des NS-Regime, in dem der deutschen Bevölkerung der Platz eines „verführten Volkes“ zugewiesen wurde, die für den begangenen Völkermord an den europäischen Juden und für die Kriegsverbrechen nicht zur Verantwortung gezogen werden dürfen. Zudem vertraten die deutschen Historiker und Publizisten die Auffassung, dass die „Hitler-Diktatur“ einen Einbruch sowohl in der deutschen als auch der europäischen Geschichte darstellte und betrachteten ihn als einen Betriebsunfall der Weltgeschichte, der sich zwar in Deutschland ereignete, allerdings in jedem Land möglich gewesen wäre. So stellten auch und vor allem Friedrich Meineckes einflussreicher Essay „Die deutsche Katastrophe“⁴⁸² aus dem Jahre 1946 und – in stärkerem Maße – das zwei Jahre später erschienene Buch „Europa und die deutsche Frage“ von Gerhard Ritter⁴⁸³ den Versuch dar, den Nationalsozialismus aus einer negativen gesamteuropäischen Entwicklung heraus zu erklären, die mit der französischen Revolution ihren Anfang nahm und die parallel zu der grundsätzlich gesunden und positiven Entwicklung des deutschen Staates existiert hätte. Das „Dritte Reich“ erschien als eine Katastrophe, die über Deutschland hereingebrochen war und als ein historischer Zufall, der sich größtenteils auf den „Dämon“ Hitler zurückführen ließ. Zudem setzten sich führende Historiker in West-Deutschland auch weniger mit der konkreten Geschichte des Nationalsozialismus auseinander, als vielmehr mit dem Widerstand gegen das „Hitler-System“. In der bürgerlich-konservativen Opposition aus Offizieren, Kirchvertretern und Beamten erkannten sie quasi ein „anderes Deutschland“ und meinten insofern einen Ausweg aus der NS-Geschichte gefunden zu haben, als hiermit ein Anknüpfungspunkt für den Neubeginn gefunden war. Somit avancierte der „20. Juli“ zu einem überragenden Thema in der westdeutschen Geschichtswissenschaft der 1950er Jahre.⁴⁸⁴

Vor dem Hintergrund des in der Bundesrepublik vorherrschenden Bildes der Geschichte des „Dritten Reiches“ und des einsetzenden Kalten Krieges war die klassische Totalitarismustheorie in der Bundesrepublik überaus populär. Sie ermöglichte einer substantiellen Auseinandersetzung mit dem nationalsozialistischen Herrschaftssystem und

⁴⁸² Friedrich Meinecke, Die deutsche Katastrophe, Wiesbaden 1946.

⁴⁸³ Gerhard Ritter, Europa und die deutsche Frage. Betrachtungen über die geschichtliche Eigenart des deutschen Staatsdenkens, München 1948.

⁴⁸⁴ Vgl. exemplarisch besonders Hans Rothfels, Die deutsche Opposition gegen Hitler. Eine Würdigung, Krefeld 1951.

mit den begangenen Massenverbrechen aus dem Wege zu gehen, so dass für empirisch-differenzierte und komplexe Untersuchungen kein Platz war. Der Vergleich des Nationalsozialismus und des Sowjetkommunismus im Sinne der identifizierenden Totalitarismustheorie rückte bekanntlich weniger die Differenzen, als die strukturellen Gemeinsamkeiten in den Blick und suchte sie in erster Linie in den Herrschaftssystemen. Fokussiert wurden der Terror und die massenkommunikativen Machtmittel, die sogenannte totalitäre Propaganda und chiliastische Ideologie, die Einparteiherrschaft und der Personenkult. „Vom NS-Staat“, so Peter Reichel, „konnte auf diese Weise das Bild eines monolithisch-totalitären Machtapparates entstehen, hierarchisch nach dem Führerprinzip durchorganisiert, ein gigantischer Lenkungsapparat, der die Massen zugleich umfassend ideologisierte, mobilisierte und kontrollierte, der sie führte und verführte.“⁴⁸⁵

Daran konnte auch Hannah Arendts Studie „Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft“ nichts ändern. Unter Ausblendung zentraler Untersuchungsteile und -ergebnisse konnte wie erwähnt so ein simplifizierendes und dämonisierendes Bild des Nationalsozialismus gezeichnet werden, indem sowohl die komplexe Vorgeschichte des „Dritten Reiches“ als auch die spezifische Strukturlosigkeit des „Behemoth“ (Franz Neumann) unberücksichtigt blieb. Das nationalsozialistische Herrschaftssystem wurde auf den „Führer“ reduziert, der durch die Geheimpolizei und neuartige Mittel und Techniken sowie durch „Ideologie und Terror“ seine Herrschaft ausübte und sicherte. Als ebenso folgenreich erwies sich die Tatsache, dass auch Arendts Totalitarismusstudie in der frühen Bundesrepublik angesichts des Kalten Krieges die Möglichkeit bot, den Nationalsozialismus und den Sowjetkommunismus als wesensgleiche Herrschaftssysteme darzustellen. Die Vorstellung, wonach die ‚braune‘ mit der ‚roten‘ Diktatur umstandslos gleichgesetzt werden könnte, fiel vor allem deshalb auf fruchtbaren Boden, weil es politisch-ideologischen Bedürfnissen entgegenkam. Nachdem das NS-Regime untergegangen war, bezog sich der Totalitarismusbegriff aktuell politisch in erster Linie auf das kommunistische Regime. Auf diesem Weg konnte die identifizierende Totalitarismustheorie im Zeichen des Antikommunismus zur Integrationsideologie des neuen Staates werden. Mit anderen Worten: Die klassische Totalitarismustheorie wurde vor allem für antikommunistische politische Zwecke instrumentalisiert. Sie diente nicht nur als außerstaatliche Feinderklärung, sondern beeinflusste vor allem auch das innenpolitische Klima, indem nicht nur die politischen Kräfte

⁴⁸⁵ Peter Reichel, Zwischen Dämonisierung und Verharmlosung: Das NS-Bild und seine politische Funktion in den 50er Jahren. Eine Skizze, in: Axel Schildt/Arnold Sywottek (Hg.), Modernisierung im Wiederaufbau: die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre, Bonn 1993, S. 679-692 (hier S. 685).

als „fünfte Kolonne“ Moskaus stigmatisiert wurden, die eine „Veränderung der Eigentumsverhältnisse und der Wirtschaftsordnung“ forderten.⁴⁸⁶ Überhaupt wurde in diesem Zusammenhang nahezu jede prinzipielle Kritik, die von der Linken und der (linken) außerparlamentarischen Oppositionsbewegung an der ‚freiheitlich-demokratischen Grundordnung‘ sowie der Bundesregierung und ihrer Politik formuliert wurde, mit dem Kommunismusvorwurf konfrontiert.⁴⁸⁷

Allerdings konnte sich durch die antikommunistische bzw. antibolschewistische Ausrichtung ein zentraler Eckpfeiler der NS-Ideologie behaupten und mithin politisch relegitimieren. Nach der Berlin-Blockade 1948/49 und insbesondere nach dem Ausbruch des Koreakrieges im Juni 1950 und der danach in Gang kommenden Wiederbewaffnung wurde von ebendieser Feindideologie immer häufiger Gebrauch gemacht, als durch den amerikanischen Feldzug gegen den „Bolschewismus“, nicht nur ehemalige Wehrmachtssoldaten, sondern viele Westdeutsche glauben konnten, zumindest in dieser Hinsicht seit langem auf der richtigen Seite gestanden zu haben. So konnte es auch nicht verwundern, dass im Grunde genommen die Totalitarismustheorie prädestiniert war, um im Laufe der Jahre mit der bundesdeutschen Verfassung politisch zur Deckung gebracht zu werden: einerseits konnte mit ihr ex negativo die Prinzipien der parlamentarischen Demokratie und des liberalen Rechtsstaates propagiert werden und andererseits der Kampf gegenüber dem sowjetischen Kommunismus einschließlich seiner Satellitenstaaten legitimiert werden. Der von der Regierung und fast aller im Bundestag vertretenen Parteien immer wieder beschworene „antitotalitäre“ Konsens wies hierbei allerdings die angesprochene politisch überaus problematische Dimension auf, denn, so der Hamburger Politikwissenschaftler und Historiker Wolfgang Kraushaar:

„Antifaschistisch war der Antitotalitarismus vor allem der Vergangenheit gegenüber gemeint, antikommunistisch aber vor allem gegenüber der Gegenwart. Die Rechts-Links-Symmetrie wurde mit dem Verbot der Sozialistischen Reichspartei (SRP) 1952 und dem der KPD 1956 scheinbar gewahrt, in Wirklichkeit jedoch hatte, was sich an der Strafverfolgung extremistischer Gruppierungen zeigte, die Totalitarismuskonzeption in der Bundesrepublik Schlagseite: Es war sehr viel riskanter, eine als kommunistisch verdächtige Position einzunehmen als eine nazistische.“⁴⁸⁸

⁴⁸⁶ Christoph Kleßmann, Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945-1955, Bonn 1986, 4. ergänzte Auflage, S. 256 f.

⁴⁸⁷ Vgl. Christoph Kleßmann, Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955-1970, Bonn 1988, S. 59.

⁴⁸⁸ Wolfgang Kraushaar, Spuren eines Paradigmenwechsels. Von der Totalitarismus- zur Faschismustheorie, in: ders., Linke Geisterfahrer. Denkanstöße für eine antitotalitäre Linke, Frankfurt a. M. 2001, S. 109-130 (hier S. 128).

So wurde die „politische Justiz“ zu einem zentralen Instrument, mit denen Personen bekämpft wurden, die des Kommunismus verdächtigt wurden oder nicht bereit waren sich von ihrer kommunistischen Überzeugung zu distanzieren.⁴⁸⁹

Der in der frühen Bundesrepublik immer wieder beschworene Antitotalitarismus verknüpfte also die Distanzierung vom Nationalsozialismus angesichts des „drohenden Bolschewismus“ geschickt mit dem außen- und innenpolitischen Kampf gegen den (sowjetischen) Kommunismus. Für die westdeutsche Wiederaufbaugesellschaft, in die sich die ehemalige „Volksgemeinschaft“ verwandelte, hatte dies zweifelsohne den politischen Vorteil, dass sie von der Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte zum Teil entlastet wurde. Mehr noch: im Fahrwasser des antikommunistischen Zeitgeistes und schnellen Überganges zum Kalten Krieg endete – wie gezeigt – die Diskussion um die „deutsche Schuldfrage“ und mithin die Thematisierung der individuellen NS-Vergangenheit. Zudem regte sich im Zuge der sich ausbreitenden „Schlussstrichmentalität“ auch mehr und mehr Widerstand gegen die Entnazifizierungspolitik. Denn, so Peter Reichel:

„Die offensichtlichen Mängel und Ungerechtigkeiten, die mit diesen historisch einmaligen, bürokratischen und gerichtlichen Verfahren zwangsläufig einhergingen, wurden jedoch in der deutschen Bevölkerung vielfach als neues Unrecht und Schulentlastung. Kampagnen *für* die in alliierten Gefängnissen einsitzenden ‚Kriegsverbrecher‘ und *gegen* die, auch von den Parteien und Kirchen vehement verurteilte Entnazifizierung gaben dem teilweise aggressiven Ausdruck.“⁴⁹⁰

In diesem Zusammenhang gebärdeten sich die Westdeutschen in den 1950er Jahren im Grunde genommen wie eine nur „schwach säkularisierte Volksgemeinschaft“,⁴⁹¹ die genau wusste, dass das NS-Regime keinesfalls nur auf die kleine kriminelle Führungsclique um den „Dämon“ Hitler sowie die Herrschaftsinstitutionen der SS und die Gestapo reduziert werden konnte. Auch aus diesem Grund war die Totalitarismustheorie nicht nur in der Wissenschaft in der frühen Bundesrepublik so populär, weil sie durch einen einseitigen und instrumentellen Blick ebendieses NS-Bild bestätigte und zudem die Möglichkeit bot, das deutsche Volk als politisch verführte darzustellen. Die nationalsozialistischen Massenverbrechen im Allgemeinen und die Vernichtung des europäischen Judentums im Besonderen wurden hierbei nicht geleugnet, spielten allerdings in der konkreten Auseinandersetzung mit der jüngsten Geschichte keine Rolle und wurden verdrängt. Insbesondere durch die

⁴⁸⁹ Vgl. hierzu Alexander Brünneck, Politische Justiz gegen Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland 1949-1969, Frankfurt a. M. 1978.

⁴⁹⁰ Peter Reichel, Vergangenheitsbewältigung in Deutschland. Die Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur von 1945 bis heute, S. 18.

⁴⁹¹ Norbert Frei, Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, S. 399.

vorherrschende Überbetonung der Rolle Hitlers konnten die diplomatischen, militärischen, bürokratischen, medizinischen, wirtschaftlichen, kulturellen und bildungsbürgerlichen Eliten ihre Mitverantwortung und Mitwirkung in das verbrecherische System kaschieren. Dies konnte auch deshalb gelingen, weil auch die Totalitarismustheorie, mit dem Verweis auf ein totalitäres Herrschaftssystem, das bereits vor und nach dem NS-System existierte, ihnen ein legitimatorischen Umhang verschaffte. Gleichzeitig ermöglichte es ihnen die politische und soziale Integration in die prosperierende westdeutsche Wiederaufbaugesellschaft der 1950 Jahre.

I. 5. Der „Kongress für kulturelle Freiheit“ in Berlin

Der in West-Berlin vom 26. bis 30. Juni 1950 veranstaltete internationale „Kongress für kulturelle Freiheit“ war eine Reaktion der westlichen Welt auf die kommunistische Weltfriedensbewegung. Mit der unter der Führung von amerikanischen Regierungsstellen neu geschaffenen Organisation sollte eine antikommunistische Dauerkampagne institutionalisiert werden. Der Sowjetunion war es nämlich besonders seit 1948/49 immer mehr gelungen die Friedensthematik für die kommunistische Propaganda zu nutzen. Unter anderem mit einer Serie von kleinen und größeren Konferenzen bzw. Kongressen hatten sie es erreicht, die Friedensthematik ins öffentliche Bewusstsein zu verankern. In der Tradition der Agitations- und Propagandamethoden des Münzenberg-Apparates stehend wurden hierbei unter der Ägide der Kominform vor allem westliche Intellektuelle als „fellow travellers“ eingebunden. So entstand ein breit gestreutes Bündnis von Anhängern der Sowjetunion, das von Parteigängern des Kommunismus bis zu Vertretern aus der Kirche und dem bürgerlich-humanistischen Lager reichte. Nach Auffassung vieler Schriftsteller, Künstler und Wissenschaftler galt die Sowjetunion unter Stalin als Hüterin des Weltfriedens, obwohl sie nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges ein imperialistisches System in Osteuropa errichtet hatte. Der Sowjetunion war es angesichts der tief sitzenden Erinnerungen an die Schrecken des Zweiten Weltkrieges und der zeitgenössischen Drohung einer atomaren Vernichtung gelungen, sich an die Spitze einer von Millionen von Menschen getragenen weltweiten Friedensbewegung zu stellen, ohne dass die Infiltrierung und diskrete Steuerung ebendieser Massenbewegung durch die Stalinisten den Beteiligten unmittelbar einsichtig wurde. Das galt insbesondere für Frankreich mit seiner überaus einflussreichen kommunistischen Partei, wo es die Sowjetunion vor dem Hintergrund der Shdanowschen Zwei-Welten-Theorie schaffte, die Friedensthematik mit dem tiefsitzenden antiamerikanischen Ressentiment zu verbinden. Auf der anderen Seite waren die Vereinigten Staaten nach dem Abwurf der Atombomben über Hiroshima und Nagasaki mit dem Makel behaftet, auf eine Politik der Hochrüstung und der Stärke zu setzen, die angesichts von einflussreichen amerikanischen Stimmen, im Kalten Krieg eine umfassende aggressive antisowjetische Politik einzuschlagen, neue Nahrung bekam.⁴⁹² Daraus folgte für die Situation Ende der 1940er Jahre, dass sich die Vereinigten Staaten vor

⁴⁹² Vgl. für diese politische Konzeption besonders James Burnham, *The Struggle for the World*, New York 1947 sowie ders., *The Coming Defeat of Communism*, New York 1950 (dt. Ausgabe: *Die Strategie des Kalten Krieges*, Stuttgart 1950).

allem ideologisch offensichtlich in der Defensive befanden und was nicht zuletzt durch die kommunistische Weltfriedensbewegung verursacht wurde.

Seit März 1949 nahm die Idee für den internationalen „Kongress für kulturelle Freiheit“ in Berlin langsam Gestalt an. Konkreter Anlass war die in direkter Fortsetzung des Breslauer Friedenskongresses (August 1948) stehende „Cultural and Scientific Conference for World Peace“ in New York. Der Ende März 1949 stattgefundene Kongress war ein „heimliches“ Vorhaben der Kominform, der sich gegen die bevorstehende Gründung der NATO wandte und als zentrales Thema die kulturelle Freiheit in den Mittelpunkt rückte. Die Redner, unter denen sich auch der ehemalige amerikanische Vizepräsident und „fellow-traveller“ Henry Wallace befand, gingen hierbei allerdings nicht auf die totalitäre Praxis des sowjetischen Staates ein, denen Wissenschaftler, Künstler und Schriftsteller unter Stalin ausgesetzt waren. Als Reaktion auf diesen prosowjetischen Friedenskongress im New Yorker Waldorf-Astoria-Hotel, an dessen Schlussitzung rund 20. 000 Menschen teilnahmen,⁴⁹³ gruppierte sich bereits im Vorfeld eine antikommunistische Gegenorganisation um den amerikanischen Philosophen Sidney Hook. Der ehemalige Trotzkiist konnte dabei auf ein bereits existierendes Netzwerk von Intellektuellen aus dem „Committee for Cultural Freedom“ zurückgreifen, mit dem er zehn Jahre zuvor im Namen der „westlichen Freiheit“ nicht zuletzt seine Gegnerschaft zum Nationalsozialismus und Stalinismus öffentlich propagierte.⁴⁹⁴ Im neu gegründeten antikommunistischen Komitee „Americans for Intellectual Freedom“ versammelten sich neben Sidney Hook beispielsweise Mary McCarthy, Nicolas Nabokov, Dwight Macdonald, James T. Farrell, Arthur M. Schlesinger jr. und Bertram D. Wolfe, um eine Protestdemonstration und eine Pressekonferenz gegen den kommunistisch inspirierten „Friedenskongress“ öffentlichkeitswirksam durchzuführen.⁴⁹⁵

Unter den Anwesenden der antikommunistischen Aktionen befanden sich auch Melvin J. Lasky und Michael Josselson, der zu diesem Zeitpunkt bereits CIA-Agent war.⁴⁹⁶ Wer auch immer in diesen Tagen auf die konkrete Idee kam den „Kongress für kulturelle Freiheit“ in

⁴⁹³ Wolfgang Kraushaar, Die Protest-Chronik 1949-1959. Eine illustrierte Geschichte von Bewegung, Widerstand und Utopie, Band I-IV, Hamburg 1996, hier: Band I: 1949-1952, S. 49.

⁴⁹⁴ Siehe hierzu die Ausführungen im Abschnitt I. 1. 3. „Die Auseinandersetzung mit der Sowjetunion und der Spaltungsprozess in der amerikanischen Linken“.

⁴⁹⁵ Siehe Frances Stonor Saunders, Wer die Zeche zahlt...Der CIA und die Kultur im Kalten Krieg, S. 54-63; Peter Coleman, The Liberal Conspiracy. The Congress for Cultural Freedom and the Struggle for the Mind of Postwar Europe, S. 5 f; Cornelia Kunkat, Sidney Hook. Intellektueller zwischen Marxismus und Pragmatismus, S. 233-237.

⁴⁹⁶ Michael Hochgeschwender, Freiheit in der Offensive? Der Kongreß für kulturelle Freiheit und die Deutschen, S. 218.

Berlin zu veranstalten, kann nicht mit Sicherheit gesagt werden. Gleichwohl wurden wahrscheinlich anlässlich der Ereignisse in New York erste Pläne für einen „vergleichbaren Kulturkongreß in Berlin“ geschmiedet.⁴⁹⁷

Nachdem es auch in Paris am 30. April 1949 zu einer Gegenveranstaltung zu dem an gleicher Stelle ausgetragenen „Weltfriedenskongress“ gekommen war, die vor allem von der „Americans for Intellectual Freedom“ und seinem Spiritus rector Sidney Hook sowie dem Exponenten der unabhängigen französischen Linken David Rousset (ehemaliger Trotzist und Häftling im nationalsozialistischen KZ-Buchenwald sowie Autor des in Paris 1946 erschienenen Buches „L’ univers concentrationnaire“)⁴⁹⁸ organisiert wurde und nicht zuletzt europäische und amerikanische antikommunistische Intellektuelle zusammenbrachte,⁴⁹⁹ wurden die Pläne für den Berliner Kongress immer konkreter. Aus der Sicht der Amerikaner hatte sich nämlich die Pariser Gegenkonferenz als Fehlschlag erwiesen, weil sie selber vom „Neutralismvirus“ infiziert war und insbesondere der antiamerikanistischen Propaganda des Weltfriedenskongresses wenig entgegenzusetzen hatte.⁵⁰⁰

Vor diesem Hintergrund traf sich Melvin J. Lasky im August 1949 in Frankfurt am Main mit den beiden ehemaligen Kommunisten Franz Borkenau und Ruth Fischer, um unter „ausdrücklichem Rückgriff“ auf das „fellow-traveller“-Konzept Münzenbergs“ den Plan für einen Kongress zu besprechen, der sich in erster Linie an die „nichtkommunistische, intellektuelle Linke“ richten sollte.⁵⁰¹

Von diesem Zeitpunkt an liefen die konkreten Planungen für den „Kongress für kulturelle Freiheit“ in Berlin auf Hochtouren. Hierbei spielte auch der ehemalige Mitarbeiter des „Münzenberg-Apparates“ Arthur Koestler eine zentrale Rolle.⁵⁰² Gleichwohl waren in der unmittelbaren Vorbereitungsphase eine Vielzahl von Personen und hochrangigen

⁴⁹⁷ Ebenda, S. 218.

⁴⁹⁸ Siehe zu David Rousset mit näheren Angaben zur Person und seiner zentralen Bedeutung in der politischen Auseinandersetzung mit der Sowjetunion, der Kommunistischen Partei Frankreichs und führenden Intellektuellen Frankreichs vor allem das Kapitel III. „Exkurs: Die frühe Totalitarismuskritik in Frankreich. Der Kravchenko- und Rousset-Prozeß, die sowjetischen Lager und die französische Linke“.

⁴⁹⁹ Siehe im Einzelnen Peter Coleman, *The Liberal Conspiracy. The Congress for Cultural Freedom and the Struggle for the Mind*, S. 6 f.

⁵⁰⁰ Vgl. Frances Stonor Saunders, *Wer die Zeche zahlt... Der CIA und die Kultur im Kalten Krieg*, S. 75.

⁵⁰¹ Michael Hochgeschwender, *Freiheit in der Offensive? Der Kongreß für kulturelle Freiheit und die Deutschen*, S. 220.

⁵⁰² So Arthur Koestler, in: Arthur und Cynthia Koestler, *Auf fremden Plätzen. Bericht über die gemeinsame Zeit, Wien/ München/Zürich 1984*, S. 105. Vgl. hierzu und zum Berliner Kongress insgesamt Stephan Lahrem, „Freunde, die Freiheit hat die Offensive ergriffen!“. Die Berlin-Tagebücher von Arthur und Mamaine Koestler über den Kongreß für kulturelle Freiheit, in: *Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat*, Nr. 17 (2005), S. 57-78.

Intellektuellen aus Europa und den Vereinigten Staaten sowie unterschiedliche Institutionen an den Planungen beteiligt, die unter anderem den CIA, das State Departement und die „Americans for Democratic Action“ (ADA), einer Organisation linksliberal-reformistischer Antikommunisten in der amerikanischen Demokratischen Partei, einschloss. Der tatsächliche organisatorische Aufwand für den Kongress lag hierbei indes in den Händen der Redaktion des „Monat“ sowie einem „deutschen Vorbereitungskomitee“ im Allgemeinen und dem „Berliner Organisationskomitee“ im Besonderen, in dem neben Melvin J. Lasky, der regierende Bürgermeister Ernst Reuter, der Direktor der Hochschule für Politik Otto Suhr und der Rektor der Freien Universität Edwin Redslob beteiligt waren; gleichzeitig war hierdurch die Verbindung zur (Berliner) Sozialdemokratie hergestellt.⁵⁰³

Unmittelbar vor Beginn des Berliner Kongresses stand für die Organisatoren um Melvin J. Lasky fest, dass dieser einerseits als „Gegenoffensive zu den Friedenspartisanen“ gedacht war und andererseits die Ostblockstaaten mit dem „Freiheits- und Kulturbegriff westlicher Demokratien“ in Berührung bringen sollte. Beabsichtigt war, so Michael Hochgeschwender, „eine möglichst breite Koalition von Intellektuellen, geistig interessierten Politikern und Publizisten als ‚opinion leader‘ einer konsensual bestimmten Westlichkeit zusammenzubringen. Davon versprach sich Lasky zusätzlich einen dynamischen Effekt zugunsten antitotalitärer Strömungen im Westen (...).“⁵⁰⁴

Der mit amerikanischen Geldern finanzierte internationale Berliner „Kongress für kulturelle Freiheit“ wurde also als ein Instrument angesehen, mit dem aktive antikommunistische Propaganda betrieben werden sollte. Im Vordergrund stand unter anderem den Philisowjetismus und die Friedenssehnsucht vieler europäischer Intellektueller zu bekämpfen und ausdrücklich vor den Gefahren einer neutralistischen Politik zu warnen. Gleichzeitig ging es um die Verteidigung der kulturellen Freiheit gegenüber dem sogenannten Totalitarismus bzw. um die Thematisierung der Unterdrückung von Literaten und Intellektuellen in totalitären Systemen. Eine deutschlandspezifische Note besaß der Kongress zudem durch die Tatsache, dass nach dem Zweiten Weltkrieg die durch den Nationalsozialismus diskreditierte „deutsche Kultur“ wieder in die westliche Zivilisation eingebunden werden sollte und insofern hatte er eine „Re-Orientationsfunktion“.

⁵⁰³ Siehe im Einzelnen Michael Hochgeschwender, Freiheit in der Offensive? Der Kongreß für kulturelle Freiheit und die Deutschen, S. 220-225.

⁵⁰⁴ Ebenda, S. 225.

Vor diesem Hintergrund stellte der Kongress eine sowohl ungewöhnliche als auch einzigartige Veranstaltung dar. Insgesamt trafen sich in Berlin 118 Teilnehmer zusammen,⁵⁰⁵ bei denen es sich um Politiker, Schriftsteller, Publizisten, Wissenschaftler und Künstler, handelte, die sich dem westlich-demokratischen System verbunden fühlten und politisch überwiegend aus dem sozialistischen, sozialdemokratischen und linksliberalen Lager kamen. Als politischer Kitt fungierte in dieser heterogenen Gruppe von Intellektuellen der Antikommunismus. Die große Mehrheit der Teilnehmer kam aus den westeuropäischen Staaten und den Vereinigten Staaten,⁵⁰⁶ wobei allerdings auch einzelne Vertreter aus Lateinamerika, Indien und der Türkei anwesend waren. Die größte Fraktion unter den Delegierten stellten die Westdeutschen und hierbei handelte es sich in einigen Fällen um Emigranten – wie zum Beispiel Hermann Kesten, Golo Mann, Walter Mehring, Norbert Mühlen und Franz L. Neumann. Für den französischen Historiker und Politologen Pierre Grémion können die Kongressteilnehmer anhand folgender vier Kategorien aufgeschlüsselt werden:⁵⁰⁷ Erstens, die den Kongress dominierenden Ex-Kommunisten (wie zum Beispiel die drei Mitorganisatoren Ernst Reuter, Arthur Koestler und Ignazio Silone sowie Franz Borkenau, Sidney Hook, Margarete Buber-Neumann, Richard Löwenthal, James Burnham, Elinor Lipper, Theodor Plivier, Charles Plisnier und François Bondy); zweitens, Vertreter der nichtkommunistischen Antifaschisten und ehemaligen Widerstandskämpfer (zum Beispiel der Italiener Altiero Spinelli und der Franzose Henri Frénay. Zur dritten und vierten Kategorie zählt Grémion die Vertreter der europäischen Einigungsbewegung (zum Beispiel Eugen Kogon, der Schweizer Denis de Rougemont und der Holländer Hendryck Brugmans) und intellektuelle Emigranten aus den Ostblockstaaten (zum Beispiel aus Polen Joseph Czapski und einer der Gründer der Exilzeitschrift „Kultura“, Jerzy Giedroyc).

Mit der Teilnahme dieser Personengruppe und weiterer berühmter Persönlichkeiten, wie zum Beispiel Karl Jaspers oder des Sozialdemokraten Carlo Schmid, griffen die Organisatoren ausdrücklich auf das „Münzenberg-Konzept“ zurück. Von ihnen erhoffte man sich, dass sie eine Anziehungskraft besitzen, um neue Anhänger zu gewinnen und

⁵⁰⁵ Die Zahl nach der Teilnehmerliste in: Der Monat, Heft 22/23 (1950), 2. Jg., S. 476 f. Bei dem Doppelheft handelt es sich um eine ziemlich genaue Dokumentation des gesamten Berliner Kongresses für kulturelle Freiheit.

⁵⁰⁶ Die Teilnehmer aus den Vereinigten Staaten setzten sich u. a. aus den zum Teil bereits genannten Vertretern der „New York Intellectuals“, der „Americans for Intellectual Freedom“ und der ADA zusammen, wie zum Beispiel James Burnham, Elliot Cohen, Christopher Emmet, James T. Farrell, Sidney Hook, Sol Levitas, Nicolas Nabokov, Arthur M. Schlesinger und David C. Williams. Zu diesem Kreis gehörte auch Irving Brown von der „American Federation of Labour“ (AFL), der als europäischer Repräsentant des amerikanischen Gewerkschaftsdachverbandes fungierte.

⁵⁰⁷ Pierre Grémion, *Intelligence de l' Anticommunisme. Le Congrès pour la liberté de la culture à Paris 1950-1975*, Paris 1995, S. 272.

Intellektuelle, die Sympathien für die Sowjetunion unter Stalin hatten, auf die „westliche Seite“ hinüberzuziehen. Gleichzeitig sollte mit ihnen nicht zuletzt eine möglichst große internationale Öffentlichkeit erreicht werden. Insofern war es auch nicht verwunderlich, dass beispielsweise bei der Eröffnungsveranstaltung im Titania-Palast am 26. Juni neben den 118 Teilnehmern unter den 1.800 geladenen Gästen auch zahlreiche Pressevertreter saßen. Sie hatten die Funktion, aus dem Berliner Kongress ein „mediales Großereignis“ zu machen, um der umfangreichen publizistischen stalinistischen Propagandaoffensive schlagkräftig entgegenzutreten und insofern sollten sie eine Multiplikatorenrolle spielen.⁵⁰⁸

Die öffentlichkeitswirksame Präsentation des Kongresses und die spezielle Funktion von Intellektuellen zeigte sich auch bei der Auswahl des sich bereits im Vorfeld konstituierenden Ehrenpräsidiums, bei dem propagandistisch-ideologische Gründe eine zentrale Rolle spielten. Wie beim legendären Pariser Schriftstellerkongress aus dem Jahre 1935 zeigte sich hier die Lust am „name-dropping“. Mit John Dewey, Benedetto Croce, Bertrand Russell, Karl Jaspers und Jacques Maritain übernahmen fünf bekannte Philosophen die Schirmherrschaft über den Kongress. Hierbei handelte es sich um die fünf wichtigsten zeitgenössischen philosophischen Strömungen in der westlichen Welt – des Pragmatismus, des Neuhegelianismus, der Sprachanalyse, der Existenzphilosophie und des Neuhumanismus –, die somit zusammen auf einer Bühne vertreten waren. Nach Auffassung von Anne-Marie Corbin-Schuffels übertrug sich „ihr Renommee“ auf den „Kongress für kulturelle Freiheit“, so wie früher „das von Heinrich Mann und André Gide für die antifaschistische Bewegung eine bedeutende Rolle spielte. Das Ansehen unabhängiger Intellektueller verschiedener Denkrichtungen wurde, ähnlich wie damals die fellow-traveller Technik, aktiv für die Bewegung eingesetzt, um neue Anhänger, Sympathisanten und Multiplikatoren zu gewinnen.“⁵⁰⁹

Dass der Kongress in Berlin stattfand war freilich keinesfalls dem Zufall geschuldet. Berlin war die Frontstadt des Kalten Krieges und besaß insofern eine hohe symbolische

⁵⁰⁸ So Michael Hochgeschwender, *Freiheit in der Offensive? Der Kongreß für kulturelle Freiheit und die Deutschen*, S. 231, wo der Autor mit Blick auf die westdeutschen Pressevertreter darauf hinweist, dass mit Eugen Kogon (Frankfurter Hefte), Dolf Sternberger (Die Wandlung), Hans Paeschke (Merkur), Rudolf Pechel (Deutsche Rundschau), Carl Linfert (Der Kurier), Harry Pross (Ostprobleme), Franz-Joseph Schöningh (Süddeutsche Zeitung und Hochland), Karl Korn (Frankfurter Allgemeine Zeitung), Adolf Grimme (NWDR) und Fritz Eberhard (SDR) „maßgebliche deutsche Multiplikatoren“ anwesend waren; zudem waren die Vertreter vom „RIAS“, vom „Tagesspiegel“, vom „Telegraf“ und der „Neuen Zeitung“ die vom vor Ort des Geschehens berichteten – wie zum Beispiel Friedrich Luft oder Günter Birkenfeld.

⁵⁰⁹ Anne-Marie Corbin-Schuffels, *Eine Revanche im Kalten Krieg? Agitprop im Kampf für die Freiheit der Kultur*, in: *Exilforschung. Internationales Jahrbuch 1997* (Band 15). Exil und Widerstand, München 1997, S. 255-268 (hier S. 263).

Bedeutung.⁵¹⁰ In keiner anderen Stadt ließ sich in den Augen der Organisatoren der Gegensatz zwischen „westlicher Freiheit“ und „östlichem Totalitarismus“ besser zum Ausdruck bringen. Schließlich hatte die Stadt die konkrete Erfahrung mit der sowjetischen Blockade gemacht, die ohne den Widerstand der Berliner Bevölkerung und ohne die vor allem von den Vereinigten Staaten getragene alliierte Luftbrücke nicht aufgehoben worden wäre. Insofern entsprach es nur der politischen Realität, dass in den Eröffnungsreden zum Berliner Kongress der Oberbürgermeister Ernst Reuter von der Stadt als einem „Schauplatz einer historischen Auseinandersetzung zweier Welten“⁵¹¹ sprach und Ignazio Silone Berlin als „Sturmzentrum der schärfsten Gegensätze“⁵¹² bezeichnete.

Gleichwohl wurde der Berliner Kongress insgesamt insbesondere durch die unmittelbaren welthistorischen Ereignisse politisch aufgeladen. Denn in Anbetracht der Eskalation des Korea-Krieges wurde aus dem Kalten Krieg ein „heißer“. Ein Tag vor Beginn des Kongresses, d. h. in den frühen Morgenstunden des 25. Juni 1950, überfielen nordkoreanische Truppen Südkorea, so dass alle Reden unter diesem Eindruck gehalten wurden, ihnen gewissermaßen ihre emotionale Dichte gaben und für eine aufgeheizte Atmosphäre sorgte. Das machte sich bereits unmittelbar vor seiner Eröffnung bemerkbar. Vor dem Hintergrund der grassierenden Vorstellung, dass sich Stalin auf dem Vormarsch zur Weltherrschaft befindet und der Parteivorsitzende der nordkoreanischen Kommunisten, Kim Il Sung, nichts anderes sei als ein Statthalter Moskaus, sprang Arthur Koestler zur Überraschung der Anwesenden auf die Bühne und rief in großer Erregung zur „Bildung einer internationalen Schriftstellerbrigade gleich jener im Spanischen Bürgerkrieg“ auf.⁵¹³

Nach den Eröffnungsreden von Ernst Reuter und Ignazio Silone und weiteren Ansprachen von Melvin J. Lasky, Jules Romains, Sidney Hook, Alfred Weber, Haakon Lie, trat Arthur Koestler ein weiteres Mal ans Mikrofon. Mit unverkennbarem Blick auf Ost-Berlin und das sowjetkommunistische Herrschaftssystem hob er die grundsätzliche politische Situation hervor und insistierte auf die existentiellen Gefährdungen, denen seines Erachtens die westlichen Demokratien ausgesetzt seien:

„Wir sind in diese Stadt nicht gekommen, um nach einer abstrakten Wahrheit zu suchen. Wir kamen, um ein Kampfbündnis zu schließen. Es geht hier nicht um relative Unterschiede, es geht um Leben und Tod. Und zwar aus zwei Gründen: Erstens weil die Theorie und Praxis

⁵¹⁰ Ein weiterer maßgeblicher Grund bestand freilich auch darin, dass der „Monat“ in Berlin seine Redaktionsräume hatte und der Generalsekretär des Kongresses für kulturelle Freiheit, Melvin J. Lasky, von dort aus die organisatorischen Aufgaben besser erfüllen konnte.

⁵¹¹ Der Monat, Heft 22/23 (1950), 2. Jg., S. 342

⁵¹² Ebenda, S. 344.

⁵¹³ Hilde Spiel, Welche Welt ist meine Welt? Erinnerungen 1946-1989, Frankfurt a. M./Wien, S. 127.

des modernen Staates eine Bedrohung darstellt, die alle früheren Tyrannen übertrifft – und ich spreche nicht von Terror und Konzentrationslagern – insofern nämlich, als in den früheren, den sozusagen klassischen Tyrannen alles erlaubt war, was nicht verboten war, in den modernen Tyrannen jedoch alles verboten ist, was nicht ausdrücklich erlaubt ist. Und dieser Unterschied geht tiefer. Wir stehen hier einer Philosophie gegenüber, die den Tod des Geistes will, nicht mehr und nicht weniger. Zweitens geht es um Leben und Tod, weil die Freiheit kein Luxus ist, über den man sich bei intellektuellen Kongressen unterhalten kann. Freiheit und Friede sind untrennbar verbunden. Wo ein Buch verbrannt wird, riecht es nach Krieg.“⁵¹⁴

Angesichts der zeitgenössischen Krise forderte Arthur Koestler mit Vehemenz die „Intellektuellen des Westens“ zu einer klaren und eindeutigen Entscheidung auf, denn seiner Auffassung nach konnte es kein Ausweichen geben. Die „Tragödie vieler Intellektueller“ bestand für ihn darin, dass sie gewohnt waren nach der „Weder-Noch-Methode“ zu handeln und immerfort nach „Synthesen und Kompromissen“ suchten. Ebenjener Personenkreis, die „Neutralität gegenüber der Cholera“, d. h. dem sowjetischen Totalitarismus unter Stalin, predigten, bezeichnete Koestler als die „Halbjungfrauen der Demokratie“.⁵¹⁵

Arthur Koestlers Rede enthielt politischen Sprengstoff und sorgte dafür, dass die Debatten des gesamten Berliner Kongress explizit und implizit im Zeichen einer Kontroverse standen, die sozusagen die inhaltliche Ausrichtung und die zahlreichen Rahmenveranstaltungen des Kongresses überlagerte. Während die Exponenten eines militanten Antikommunismus um Koestler, Franz Borkenau⁵¹⁶ und James Burnham⁵¹⁷ nicht zuletzt für eine radikale westliche Außenpolitik gegenüber der Sowjetunion plädierten und sich ausdrücklich für ein militärisches Eingreifen der US-Armee in Korea aussprachen, standen auf der anderen Seite die „Nuance-Denker“ (Harry Pross) um Ignazio Silone, Peter de Mendessohn, Dolf Sternberger und Golo Mann, die eine differenziertere Position vertraten. Den schärfsten Widerspruch erfuhren die militanten Antikommunisten allerdings von den Vertretern der britischen Delegation um den bekannten positivistischen Philosophen Alfred J. Ayer und dem renommierten Historiker Hugh R. Trevor-Roper, die nicht nur die Forderung nach einem militärischen Eingreifen von US-Truppen in Korea ablehnten. Viel entscheidender war, dass sie prinzipielle Einwände gegenüber dem „Radikalismus der

⁵¹⁴ Der Monat, Heft 22/23 (1950), 2. Jg., S. 356.

⁵¹⁵ Ebenda, S. 356.

⁵¹⁶ Siehe hierzu dessen Referat auf dem Kongress mit dem Titel „Rückkehr zu den alten Werten?“, in: ebenda, S. 411-417.

⁵¹⁷ Siehe hierzu dessen Referat auf dem Kongress mit dem Titel „Die Rhetorik des Friedens“, in: ebenda, S. 448-455.

Koestler-Gruppe“ hatten, weil dieser ihrer Meinung nach die Gefahr beinhaltete in einer Art ‚Totalitarismus der Freiheit‘ zu enden.⁵¹⁸

Die kurz angesprochene Kontroverse kann verdeutlichen, dass der Berliner Kongress von den Organisatoren und den amerikanischen Geldgebern nicht als eine Veranstaltung geplant wurde, mit dem ausschließlich ein militanter Antikommunismus zum Ausdruck gebracht werden sollte. Das Ziel bestand vielmehr darin, eine moralische und politische Antwort auf die totalitäre Bedrohung des sowjetischen Kommunismus zu finden und in diesem Zusammenhang einen genuin liberalen intellektuellen antikommunistischen Konsens unter den Teilnehmern herzustellen. Dementsprechend vielschichtig und facettenreich waren die auf dem Berliner Kongress behandelten und diskutierten Themen, in dessen Mittelpunkt der Begriff der „Freiheit“ westlich-liberaler Provenienz stand und der ausdrücklich in vier Arbeitssitzungen – „Wissenschaft und Totalitarismus“,⁵¹⁹ „Kunst, Künstler und Freiheit“,⁵²⁰ „Der Bürger in einer freien Gesellschaft“⁵²¹ und „Verteidigung von Frieden und Freiheit“⁵²² – sowie in einem weiteren sogenannten „grundlegenden Referat“ von Karl Jaspers über die „Gefahren und Chancen der Freiheit“⁵²³ beleuchtet wurde. Mit anderen Worten: insbesondere mit Blick auf den sowjetischen Totalitarismus fokussierten die Themen folgende vier Gesichtspunkte: Die Opposition gegenüber der politisch-totalitären Kontrolle von Kunst und Wissenschaft, die Existenz der Konzentrations- und Zwangsarbeitslager, die politische und intellektuelle Situation in der Sowjetunion und in den europäischen Staaten, die vom

⁵¹⁸ Michael Hochgeschwender, Freiheit in der Offensive? Der Kongreß für kulturelle Freiheit und die Deutschen, S. 238, der zudem darauf hinweist, dass Melvin J. Lasky, Arthur M. Schlesinger jr. und der britische Konservative Julian Amery eine „Vermittlerposition“ einnahmen, die so aussah, dass sie sich für ein militärisches Eingreifen der Vereinigten Staaten in Korea aussprachen, allerdings die „Tonlage der Radikalen“ vermieden.

⁵¹⁹ Mit folgenden Beiträgen und Autoren: „Grundlagen freier Forschungsarbeit“ von Herman J. Muller, „Über die Gedankenfreiheit“ von Alfred J. Ayer und „Wahrheit, Liberalismus und Autorität“ von Hugh R. Trevor-Roper; siehe, in: Der Monat, Heft 22/23 (1950), 2. Jg., S. 357-369.

⁵²⁰ Mit folgenden Beiträgen und Autoren: „Der Künstler in seiner Gemeinschaft“ von Herbert Read, „Von der Zweideutigkeit der Kultur“ von Dolf Sternberger, „Freie oder reglementierte Kunst“ von G. A. Borgese, „Die Versuchung des Intellektuellen“ von Peter de Mendelssohn und „Der Künstler im totalitären Staat“ von Nicolas Nabokov; siehe, in: ebenda, S. 373-389.

⁵²¹ Mit folgenden Beiträgen und Autoren: „Die Heilung durch den Geist“ von Hendryk Brugmans, „Rückkehr zu den alten Werten?“ von Franz Borkenau, „Christentum und Totalitarismus“ von Christopher Hollis, „Die Bewältigung der Massendemokratie“ von Eugen Kogon, „Laßt uns die Freiheit verwirklichen“ von David Rousset, „Der freie Bürger in Amerika“ von Elliot Cohen und „Wie können wir der Jugend helfen?“ von Josef Czapski; siehe, in: ebenda, S. 407-431.

⁵²² Mit folgenden Beiträgen und Autoren: „Das falsche Dilemma“ von Arthur Koestler, „Die Freiheit und der Konflikt der Westmächte“ von Richard Löwenthal, „Die Rhetorik des Friedens“ von James Burnham, Zwischen begrenztem und totalem Krieg“ von Raymond Aron und „Das Wagnis der Freiheit“ von Barbara Ward; siehe, in: ebenda, S. 436-463.

⁵²³ Siehe, in: ebenda, S. 396-406.

„Kommunismusvirus“ befallen waren, sowie die Auseinandersetzung mit dem Pazifismus und Neutralismus in Europa.

Angesichts der Existenz des stalinistischen Herrschaftssystems ging es dem bei dem Berliner Kongress auch darum, die besondere Verantwortung der Intellektuellen bei der Verteidigung der „freien Welt“ und des demokratischen Systems hervorzuheben und der besonderen Anziehungskraft der Sowjetunion auf Intellektuellen in den westlichen Staaten entgegenzutreten, die in Moskau das Zentrum des „Weltfriedens“ sahen. In diesem Zusammenhang betrachteten es die Veranstalter von zentraler Bedeutung, den bei zahlreichen Intellektuellen anzutreffenden „Virus der Neutralität“ zu bekämpfen, wie es Arthur Koestler in seinen autobiographischen Erinnerungen später erklärte:

„Neutralismus war in Wirklichkeit die raffinierteste Form des intellektuellen Betrugs und vielleicht die verachtenswerteste. Er zeigte eine vergebende Haltung gegenüber dem totalitären Terror, denunzierte jedoch mit unbarmherziger Gehässigkeit alle Mängel der Ungerechtigkeiten im Westen. Er setzte die Hollywood-Säuberungen von verdächtigen Roten in der Filmindustrie mit jenen Säuberungen auf die gleiche Stufe, welche die Sowjetbevölkerung dezimiert haben. Diese perverseste Haltung der Nachkriegs-Intelligenz erhielt ihre stärkste geistige und moralische Unterstützung von den diversen Friedensappellen, internationalen Kongressen und pazifistischen Bewegungen, die von den Frontorganismen der Komintern aufgezogen oder für die eigenen Zwecke ausgenutzt wurden. Durch den gleichen semantischen Taschenspielertrick, der Einparteien-Diktaturen als >Volksdemokratien< bezeichnet, wurde der >Frieden< in einen Slogan verwandelt, der wohlwollende Neutralität gegenüber Tyrannei und Terror implizierte, während jene Intellektuellen, die dagegen protestierten, als Kriegshetzer und Werkzeuge der imperialistischen Aggression gebrandmarkt wurden. Was unter diesen Umständen gebraucht wurde, war eine kraftvolle Demonstration, um die intellektuelle Atmosphäre im Westen zu reinigen. So kam es zum Projekt für den Berliner Kongress für Kulturelle Freiheit im Juni 1950.“⁵²⁴

Auch wenn der Berliner Kongress primär antikommunistisch ausgerichtet war, erklärten die Organisatoren allerdings ausdrücklich, dass die Veranstaltung ausdrücklich beanspruchte ein Treffen von politischen Intellektuellen zu sein, deren Gegnerschaft nicht nur dem aktuellen sowjetischen Totalitarismus galt, sondern die jede „totalitäre Diktatur kompromisslos ablehnen“.⁵²⁵ Darauf insistierte bereits der Generalsekretär des Kongresses für kulturelle Freiheit und Chefredakteur des „Monat“, Melvin J. Lasky, in einem am 24. Juni 1950 veröffentlichten Beitrag in der Berliner Zeitung „Tagesspiegel“, wo er darauf hinwies, dass es sich um eine Kundgebung handeln würde, die sich gegen „den Totalitarismus jeder Färbung und Spielart“ richtet.⁵²⁶ Insofern gingen auch einige Beteiligte in ihren Referaten einerseits

⁵²⁴ Arthur und Cynthia Koestler, Auf fremden Plätzen. Bericht über die gemeinsame Zeit, S. 103 f.

⁵²⁵ Der Monat, Heft 22/23 (1950), 2. Jg., S. 340.

⁵²⁶ Hier zitiert nach Melvin J. Lasky, Die Antwort des Westens, in: ebenda, S. 479.

auf die Geschichte des „Dritten Reiches“ ein und zogen andererseits Vergleiche zwischen dem Nationalsozialismus und dem Stalinismus. Dass der Vergleich der beiden totalitären Herrschaftsregime durchaus im Fokus des Interesses des Kongresses stand, stellte vor allem angesichts der Tatsache, dass es sich bei einigen Beteiligten um ausgewiesene „Experten“ handelte sicherlich keine Überraschung dar. Hierbei handelte es sich um Personen, die in den zurückliegenden Jahren ausdrücklich für totalitarismustheoretische Studien (Franz Borkenau und James Burnham)⁵²⁷ verantwortlich zeichneten beziehungsweise für die wechselvolle Geschichte des Totalitarismusbegriffs eine zentrale Bedeutung hatten. Neben Raymond Aron und Hans Kohn⁵²⁸ zählte hierzu Richard Löwenthal. Zudem war durch die Anwesenheit der zahlreichen ehemaligen Kommunisten der explizite und implizite Vergleich der beiden totalitären Regime gewissermaßen vorprogrammiert. Einerseits, weil sie unter dem Eindruck der sowjetischen Terrorpolitik in den 1930er Jahren wesentliche Gemeinsamkeiten zwischen dem „roten“ und dem „braunen Faschismus“ erkannten und andererseits durch ihre veröffentlichten autobiographischen Renegatenberichte, die bekanntlich erste Detailspekte in den Herrschaftsmechanismus des Stalinismus ermöglichten, in der Regel einen Vergleich zwischen dem deutschen Nationalsozialismus und dem sowjetischen Kommunismus anvisierten und die mithin aus guten Gründen als Totalitarismustheorie *in nuce* kategorisiert wurden.⁵²⁹

Auch wenn sich die entsprechenden Teilnehmer in ihren Vergleichen nicht ausdrücklich auf eine der diversen Totalitarismuskonzeptionen beriefen, kann gleichwohl konzediert werden, dass „die“ Totalitarismustheorie implizit den analytischen Rahmen lieferte, um ein für die Beteiligten neuen Herrschaftstypus zu beschreiben, der sich nach dem Ersten Weltkrieg in Europa konstituierte und mit den traditionellen Begriffen wie Tyrannis oder Despotie nicht mehr hinreichend erklärt werden konnte. Als totalitäre Herrschaftsregime wurden auf dem Kongress primär der sowjetische Kommunismus in seiner stalinistischen Spielart und der deutsche Nationalsozialismus apostrophiert,⁵³⁰ sowie in einzelnen Fällen der italienische Faschismus. Die Gemeinsamkeiten zwischen dem Sowjetkommunismus, dem

⁵²⁷ Siehe hierzu besonders das Kapitel II. 3. 2. „Die Totalitarismusstudien von Franz Borkenau und James Burnham“.

⁵²⁸ Allerdings muss hier angemerkt werden, dass Aron und Kohn nicht persönlich auf dem Berliner Kongress anwesend waren, sondern zu dem Personenkreis zählten, die in sogenannten „Begrüßungstelegrammen“ ihre Zustimmung zum Kongress zum Ausdruck brachten; siehe *Der Monat*, Heft 22/23 (1950), 2. Jg., S. 478.

⁵²⁹ Siehe die entsprechenden Ausführungen im Einleitungskapitel „Die wechselvolle Geschichte des Totalitarismusbegriffs“ sowie besonders das Kapitel II. 3. 3. „Zur Bedeutung der Renegaten für die Totalitarismustheorie“.

⁵³⁰ So die Feststellung von Elliot Cohen auf S. 424 in seinem Beitrag „Der Freie Bürger in Amerika“, in: *Der Monat*, Heft 22/23 (1950), 2. Jg., S. 424-429.

Nationalsozialismus und dem italienischen Faschismus wurden zuallererst darin gesehen, dass es sich hierbei um genuine antidemokratische Regime handelte. So stellte beispielsweise bereits Ignazio Silone in seiner Kongressansprache einen Vergleich zwischen dem Nationalsozialismus und dem Faschismus an. Mit Blick auf den „unterirdischen Widerstandskampf“ und auf die „große Zahl“ von Opfern, die der Kampf gegen die sogenannte deutsche „Tyrannei“ kostete, unterschied sich seiner Auffassung nach der deutsche Nationalsozialismus von anderen „faschistischen Bewegungen“ durch das „Übermaß an Grausamkeiten und nihilistischem Wahn“. ⁵³¹ David Rousset wiederum wies in seinem Beitrag unter anderem darauf hin, dass sowohl für den deutschen Nationalsozialismus als auch für den sowjetischen Kommunismus das System der Konzentrationslager konstitutiv war. ⁵³²

Mit Blick auf den Nationalsozialismus und den Sowjetkommunismus ging es allerdings auf dem Berliner Kongress nicht um eine grundsätzliche vergleichende Analyse der totalitären Herrschaftssysteme. Der Scheinwerfer wurde vielmehr auf die allgemeinen gesellschaftlichen Voraussetzungen für die Machteroberung der beiden Massenbewegungen und auf die politischen Implikationen der westlichen „Appeasementpolitik“ gegenüber den beiden Regimen gerichtet. Richard Löwenthal und Raymond Aron beleuchteten in ihren Referaten diesen Themenkomplex, die beide auf der vierten Arbeitssitzung („Verteidigung von Frieden und Freiheit“) vorgetragen wurden. ⁵³³

So war Richard Löwenthal in seinem Referat „Die Freiheit und der Konflikt der Weltmächte“ der grundsätzlichen Auffassung, dass die totalitären Herrschaftsregime nur vor dem Hintergrund der „westlichen Krise“ verstanden werden konnten. Seines Erachtens bildeten die im 19. Jahrhundert unter anderem durch „den Kapitalismus“ und „den Nationalstaat“ geschaffenen sogenannten Probleme der westlichen Gesellschaften die allgemeinen Voraussetzungen für den Nationalsozialismus und den Sowjetkommunismus. Für ihn suchten nämlich seitdem die „westlichen Gesellschaften“ nach „neuen Formen staatlicher Wirtschaftsplanung“, die alle das Ziel hatten, eine „größere wirtschaftliche und soziale

⁵³¹ Der Monat, Heft 22/23 (1950), 2. Jg., S. 344.

⁵³² Vgl. David Rousset, Lasst uns die Freiheit verwirklichen, in: ebenda, S. 422-424. Angesichts der deutschen Lager sowie der zeitgenössischen Konzentrationslager in der Sowjetunion und den rechtsgerichteten Regimen in Griechenland und Spanien hob Rousset in seinem Kongressreferat sein eigentliches politisches Anliegen hervor: „Man kann heute nicht mehr von dem Problem der kulturellen Freiheit reden, ohne gleichzeitig auf die Frage des ‚*univers concentrationnaire*‘ einzugehen. Wir haben eine internationale Untersuchungskommission gegründet, die im Herbst dieses Jahres ihre erste Tagung abhalten wird. Als frühere politische Häftlinge haben wir es uns zur Aufgabe gemacht, alle Konzentrationslager, wo immer sie sich befinden mögen, zu verdammen. Auf keinen Fall sollen irgendwelche Lager mit Schweigen übergangen werden, nur weil sie sich vielleicht in einem Land befinden, mit dessen System die eine oder andere Gruppe unter uns sympathisiert.“ (ebenda, S. 422 f.)

⁵³³ Da Raymond Aron nicht persönlich anwesend war, wurde sein Referat vorgelesen.

Sicherheit mit der Bewahrung der individuellen Freiheit zu vereinen“. Es waren unter anderem diese Probleme, die für den zeitgenössischen Sowjetkommunismus mitverantwortlich waren, aber auch für die zurückliegende „geschichtliche Krise“, so Löwenthal, bei der es „um Leben und Tod ging, eine Krise, die zwei Weltkriege, die beispiellose Weltwirtschaftskrise von 1929 und den Ausbruch des Nationalsozialismus einschloß.“⁵³⁴

Für den französischen Soziologen und Universitätsprofessor Raymond Aron stand mit Blick auf den Nationalsozialismus fest, dass die in den 1930er Jahren in den westlichen Staaten in weiten Kreisen grassierende „pazifistische Propaganda“ eine „ganz andere Wirkung“ gehabt hatten als es ihre „Betreiber erwarteten, nämlich den Ausbruch des letzten Krieges zu beschleunigen, statt ihn zu verhindern.“ Allerdings wäre es zur „Rettung des Friedens“ notwendig gewesen, so Aron, entweder Hitler zu beseitigen, bevor er „genügend Macht“ besaß, einen militärischen Konflikt vom Zaun zu brechen, oder man hätte „ständig eine strategisch-politische Situation“ aufrechterhalten müssen, die ihm „jede Aussicht auf Erfolg“ genommen hätte. Was allerdings danach geschah, war Aron zufolge bekannt:

„Als die französische Regierung den Einmarsch der deutschen Truppen ins Rheinland zuließ, verlor sie jede Möglichkeit, in Mittel- und Osteuropa direkt einzugreifen. Es blieb ihr kein anderer Ausweg, die kleinen, dem Dritten Reich benachbarten Staaten zu schützen, als Hitler mit einem neuen Weltkrieg zu drohen. Wie sich 1938 zeigte, war die Drohung wenig überzeugend; wie sich im September 1939 zeigte, war sie in ihrer Wirkung unzulänglich. Hitler zweifelte, im Gefühl der Stärke, die ihm eine vorzeitige Mobilmachung verliehen hatte, nicht daran, daß er auf dem Kontinent großartige Erfolge erringen würde; und er täuschte sich nicht. Er vertraute diesen Anfangserfolgen – und mehr noch seinem Stern. Wie sollte er auch – in der Gewißheit, seinen Einsatz verdoppeln zu können – der Versuchung widerstehen?“⁵³⁵

Angesichts der Erfahrungen mit der „Appeasementpolitik“ in den 1930er Jahren, die in den Augen Arons nicht nur die außenpolitischen Erfolge Hitlers, sondern auch den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs heraufbeschwor, schien es ihm mit Blick auf die bestehende politische Situation und die sowjetische Außenpolitik fatal, wenn die westlichen Staaten den gleichen Fehler nochmals begehen würden. Seiner Meinung nach musste das Ziel darin bestehen, einen „Zustand aufrechtzuerhalten, der Stalin niemals in Versuchung geraten läßt, eine offene direkte Aggression zu wagen.“⁵³⁶ Da für Aron sowohl die Stalinsche als auch die Hitlersche Außenpolitik auf Expansion angelegt war, stellte er in diesem Zusammenhang einen

⁵³⁴ Richard Löwenthal, Die Freiheit und der Konflikt der Weltmächte, in: Der Monat, Heft 22/23 (1950), 2. Jg., S. 442-448 (hier S.443 f.).

⁵³⁵ Raymond Aron, Zwischen dem begrenzten und dem totalen Krieg, in: Der Monat, Heft 22/23 (1950), 2. Jg., S. 455-462 (hier S. 456)

⁵³⁶ Ebenda, S. 457.

Vergleich der beiden „totalitären Führer“ an. Für ihn stand fest: „Stalins Ehrgeiz ist ebenso unersättlich wie der Hitlers, aber Stalin ist geduldiger. (...) Stalin weiß sehr wohl, daß auch er – genau wie Hitler – nach außerordentlichen Anfangserfolgen der Gefangene seiner Eroberungen sein würde.“⁵³⁷

Die bereits für die Zeitschrift „Der Monat“ beschriebene „Re-Orientationsfunktion“ zeigte sich auch beim Berliner Kongress. So setzte man sich auch und vor allem in den sogenannten Rahmenveranstaltungen (hierbei handelte es sich um Veranstaltungen, die außerhalb der Kongresssitzungen stattfanden) mit dem Thema der nationalsozialistischen Vergangenheitsbewältigung auseinander. Eine von den Kongressorganisatoren in Verbindung mit der „Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit“ initiierte Gesprächsrunde widmete sich etwa angesichts der nationalsozialistischen Gewalt dem Thema „Die Beziehungen zwischen Deutschen und Juden – gestern, heute und morgen“, auf der unter anderem Norbert Mühlens, Elliot Cohen,⁵³⁸ Franz Joseph Schöningh und Hermann Kesten auftraten. Kesten beispielsweise fand breite Zustimmung für seine Feststellung, dass es in Deutschland eine weit verbreitete Gleichgültigkeit gegenüber den Verbrechen an den Juden gäbe; eine „deutsche Kollektivschuld“ lehnte er indes ab. In der Gesprächsrunde „Deutschland und das Ausland“ trat Willy Brandt als einer der Hauptredner auf. Für großes Aufsehen sorgte hierbei die Passage des sozialdemokratischen Politikers, in der er forderte, dass man einerseits eine deutsche Schuld angesichts der nationalsozialistischen Verbrechen akzeptieren müsse, allerdings andererseits verlangte, dass sich die westlichen Staaten zu ihrer Mitverantwortung an den Ereignissen während der nationalsozialistischen Herrschaft bekennen müsse. Und in der unter dem Vorsitz von Franz Borkenau geleiteten Gesprächsrunde über „Adolf Hitler und sein Reich“ lieferte Franz L. Neumanns Vortrag eine historische Analyse über die Allgemeinen und die „besonderen deutschen Tendenzen zum Totalitarismus, namentlich unter soziologischen Aspekten“.⁵³⁹

Die Berliner Veranstaltung endete damit, dass die Teilnehmer sich dazu entschlossen den „Kongress für kulturelle Freiheit“ zu einer dauerhaften Organisation werden zu lassen, woraufhin aus ihren Reihen ein aus fünf Personen (Ignazio Silone, Arthur Koestler, David

⁵³⁷ Ebenda, S. 458.

⁵³⁸ Die Ansprache des amerikanischen Publizisten für den Diskussionsabend wurde wenige Monate später im „Monat“ veröffentlicht. Siehe Elliot Cohen, Deutsche und Juden. Eine Rede in Berlin, in: Der Monat, Heft 28 (1951), 3. Jg., S. 375-379.

⁵³⁹ Vgl. im Einzelnen, in: Der Monat, Heft 22/23 (1950), 2. Jg., S. 473-475 (Zitat auf S. 474 f).

Rousset, Carlo Schmid und Irving Brown) bestehendes Exekutivkomitee ins Leben gerufen wurde.⁵⁴⁰ Die Abschlusskundgebung vom 30. Juni im Sommergarten am Westberliner Funkturm sollte einer breiteren Öffentlichkeit etwas von dem „Geist“ und den konkreten Ergebnissen des Kongresses vermitteln und versammelte annähernd 15.000 Zuhörer. Nachdem Eugen Kogon, David Rousset, Julian Amery, Ignazio Silone, Boris Nicolajewski, Carlo Schmid, German Arcienegas und Irving Brown zum Thema „Freie Kultur in einer freien Welt“ sprachen, verlas Melvin J. Lasky die beiden Schlussdeklarationen des Kongresses. In der ersten hatten die Teilnehmer eine „Botschaft an die Künstler, Schriftsteller und Wissenschaftler hinter dem Eisernen Vorhang“ verfasst, in der ausdrücklich hervorgehoben wurde: „Wir sind von der tiefen Überzeugung durchdrungen, daß das Problem der Freiheit der heute von der Stalinschen Diktatur versklavten Völker und das Problem der Sicherung der Freiheit und des Friedens in der ganzen Welt untrennbar miteinander verbunden sind.“⁵⁴¹ Mit dieser Position brachten die Teilnehmer den für den Berliner Kongress bestimmenden moralischen Antikommunismus zum Ausdruck. Um allerdings der antitotalitären Grundausrichtung sozusagen offiziell gerecht zu werden, wurde noch die „Botschaft an Spanien“ hinzugefügt, in der die Kongressteilnehmer ihre „uneingeschränkte Solidarität im Kampf gegen die totalitäre Diktatur in Spanien und für die Freiheit des spanischen Volkes“ erklärten und die Hoffnung aussprachen, dass Spanien bald wieder seinen Platz „in der internationalen Gemeinschaft des kulturellen Lebens einnehmen wird.“⁵⁴² Den Schlusspunkt der Berliner Veranstaltung setzte Arthur Koestler. Nachdem er das 14 Punkte umfassende Manifest verkündete,⁵⁴³ beschloss er den Kongress demonstrativ und programmatisch mit den fast pathetisch klingenden Worten: „Freunde, die Freiheit hat die Offensive ergriffen!“⁵⁴⁴

Für die Organisatoren wurde der Berliner Kongress ein voller Erfolg in der propagandistischen und ideologischen Auseinandersetzung mit der kommunistischen

⁵⁴⁰ Siehe zur weiteren Geschichte detailliert Michael Hochgeschwender, Freiheit in der Offensive? Der Kongreß für kulturelle Freiheit und die Deutschen, S. 265-576. An dieser Stelle genügt der Hinweis, dass auf der Anschluss-Tagung in Brüssel vom 27. bis zum 30. November 1950 in Brüssel nicht nur das Ehrenpräsidium bestätigt, sondern das sogenannte erweiterte Exekutivkomitee gebildet wurde, dem laut Hochgeschwender (ebenda, S. 270, Fußnote 17) Irving Brown, Arthur Koestler, Eugen Kogon oder Carlo Schmid, Denis de Rougement, David Rousset, Ignazio Silone und der in Berlin nicht anwesende Manés Sperber als Vollmitglieder und Raymond Aron, Georges Altman, Nicola Chiaromonte sowie T. R. Fyvel als Stellvertreter angehörten. Als Präsident des Exekutivkomitees fungierte Denis de Rougement.

⁵⁴¹ Der Monat, Heft 22/23 (1950), 2. Jg., S. 481.

⁵⁴² Ebenda, S. 481.

⁵⁴³ Siehe im Einzelnen, in: Der Monat, Heft 22/23 (1950), 2. Jg., S. 482 f.

⁵⁴⁴ Der Monat, Heft 22/23 (1950), 2. Jg., S. 472.

Weltfriedensbewegung. Die nationale und westeuropäische sowie amerikanische Presse berichteten überwiegend positiv über die Veranstaltung, während auf der anderen Seite des Vorhanges die ostdeutsche und sowjetische Presse nicht überraschend eine vehemente politisch-polemische Kritik übten.⁵⁴⁵ Dagegen kam die Kritik der britischen Delegation unerwartet, wobei Hugh Trevor-Roper sein Unbehagen am schärfsten zum Ausdruck brachte. In einem am 10. Juli 1950 im „Manchester Guardian“ erschienenen Artikel über den Kongress wehrte er sich zum einen vehement gegenüber dem Verbalradikalismus von Arthur Koestler und dessen undifferenzierten, agitatorischen und polemischen Argumentation; andererseits bestürzte ihn der Beifall, den eine Rede von Franz Borkenau bei den deutschen Zuhörern hervorgerufen hatte. „Diese fanatische Rede“, so Trevor-Roper, „war weniger erschreckend als der hysterische deutsche Applaus, der sie begrüßte. Es war ein Echo von Hitlers Nürnberg ... Die deutschen Nationalisten im Publikum waren antirussisch, vielleicht einstmals nationalsozialistisch und *hysterisch* mit einer *Grenz-Hysterie*.“⁵⁴⁶ Zudem war der britische Historiker mit Blick auf den Berliner Kongress der Auffassung, dass es sich hierbei um ein „umgekehrtes Breslau“ gehandelt hatte, folglich um eine „reine Propagandaveranstaltung, wenn auch diesmal unter antikommunistischen Vorzeichen.“⁵⁴⁷

Trotz dieser kritischen Reaktion aus dem „eigenen“ Lager existierte allerdings noch ein weiteres Problem, das von grundsätzlicher Natur war und nicht nur für den Berliner „Kongress für kulturelle Freiheit“ von Bedeutung war, sondern auch die von der gleichnamigen Institution veranstalteten Folgekongresse in den nächsten Jahren betraf. Mit Blick auf die beanspruchte antitotalitäre Grundausrichtung des Kongresses in seiner frühen Phase, die den Zeitraum bis Mitte der 1950er Jahre umfasste, stellte nämlich Michael Hochgeschwender fest, dass der von ihm propagierte „Antitotalitarismus vornehmlich als Antikommunismus verstanden wurde“. Insofern besaß der herrschaftskritische Terminus zweifelsohne eine Schlagseite und hatte einen instrumentellen Charakter. „Als antitotalitäres Feigenblatt“, so Hochgeschwender, „diente im Normalfall eine zurückhaltende Kritik am franquistischen Spanien, und sogar diese mußte von Salvador de Madariaga gelegentlich eigens angemahnt werden. (...) Der klassische Antitotalitarismus der ‚New York Intellectuals‘ lief somit unversehens Gefahr, zu einem nur noch instrumentell verstandenen, praktisch aber zunehmend illiberal werdenden Faktor des breiten antikommunistischen Konsenses der westlichen Gesellschaften zu werden (...). Die bloß antikommunistisch-polemisch begründete neue Sichtweise der Weltlage lief, entgegen der im Rückblick etwa von Manès Sperber versuchten Rechtfertigungen, darauf hinaus,

⁵⁴⁵ Siehe im Einzelnen das „Presse-Echo“, in: Der Monat, Heft 22/23 (1950), 2. Jg, S. 484-495.

⁵⁴⁶ Zitiert nach ebenda, S. 491.

⁵⁴⁷ Michael Hochgeschwender, Freiheit in der Offensive? Der Kongreß für kulturelle Freiheit und die Deutschen, S. 246.

ähnlich dualistisch-manichäische Züge zu entwickeln, wie sie für das Denken der linksintellektuellen ‚fellow-travellers‘ der dreißiger Jahre kennzeichnend gewesen waren.⁵⁴⁸

⁵⁴⁸ Ebenda, S. 254 f.

I. 6. Historische Zäsuren des „Monat“

Der „Monat“ wurde nicht als eine internationale kulturpolitische Zeitschrift konzipiert, mit der beabsichtigt wurde, insbesondere auf unmittelbare tagespolitische Ereignisse einzugehen. Gleichwohl kam das Organ – wie gezeigt – nicht umhin, aufgrund seiner speziellen Funktion im Kalten Krieg bestimmte zeitgenössische politische (Tages-)Geschehnisse zu thematisieren. Das betraf sowohl aktuelle Ereignisse in den westlichen Staaten und speziell in Westdeutschland als auch in den östlichen Staaten. Da indes der „Monat“ nicht zuletzt ein Instrument der US-amerikanischen Außenpolitik in der politischen und propagandistisch-ideologischen Auseinandersetzung mit der Sowjetunion war, waren in erster Linie aktuelle Ereignisse im sowjetischen Herrschaftssystem einschließlich der osteuropäischen Satellitenstaaten von einem grundsätzlichen Interesse für die Zeitschriftenredaktion um den Chefredakteur Melvin J. Lasky. Infolgedessen gab es immer wieder einzelne historisch-politische Ereignisse im Stalinismus und im Nachstalinismus, auf die im „Monat“ eingegangen wurde, zumal dann, wenn sie von grundsätzlicher Bedeutung für das sowjetische Herrschaftssystem einschließlich seiner Satellitenstaaten waren.⁵⁴⁹

Allerdings gab in diesem Zusammenhang bestimmte Ereignisse, die für den „Monat“ sozusagen eine historische Zäsur darstellten. Im Hinblick auf den für die vorliegende Arbeit als Grundlage dienenden Untersuchungszeitraum, der an die Jahre der Herausgeberschaft Melvin J. Laskys (1948 bis 1960) geknüpft ist, lassen sich vier Ereignisse finden, die eine historische Zäsur verkörpern.⁵⁵⁰ Hierbei handelt es sich um den Tod Stalins im März 1953, den Volksaufstand in der DDR im Juni 1953, die sogenannte Geheimrede Nikita Chruschtschows im Februar 1956 auf dem XX. Parteitag der KPdSU sowie den

⁵⁴⁹ Exemplarisch sei hierfür der überraschende Sturz des Vizepräsidenten des Politbüros der Kommunistischen Partei Jugoslawiens, Milovan Djilas, genannt, der als potentieller Nachfolger von Tito galt. Djilas verlor aufgrund seiner Kritik am jugoslawischen Kommunismus 1954 seine Ämter, wurde aus der Partei ausgeschlossen und zu einer 18-monatigen Gefängnisstrafe verurteilt; siehe hierzu besonders Ernst Halperin, Brief aus Belgrad: L' Affaire Djilas. Bericht über einen Ketzerprozeß, in: Der Monat, Heft 66 (1954), 6. Jg., S. 593-604.

⁵⁵⁰ Für die 1960er Jahre können keine vergleichbaren Zäsuren ausgemacht werden. Gleichwohl gab es politische Ereignisse wie zum Beispiel die Errichtung der Berliner Mauer im August 1961 oder die Auslösung der „Kuba-Krise“ im Oktober 1962, wo die Stationierung von sowjetischen Mittelstreckenraketen in Kuba in einen offenen Krieg zwischen den Vereinigten Staaten und der UdSSR zu eskalieren drohte, die auch für den „Monat“ eine zentrale Bedeutung hatten. Allerdings stellten sie keine Zäsur dar. Dasselbe gilt auch für die (internationale) Protestbewegung gegen den amerikanischen Vietnamkrieg im Laufe der späten 60er Jahre sowie die sogenannte Studentenrevolte 1967/68.

Volksaufstand in Ungarn im Oktober 1956⁵⁵¹ und den Reformkommunismus in Polen im selben Jahr.⁵⁵²

Diese vier politischen Ereignisse stellten mit Blick auf den „Monat“ aus folgenden Gründen eine historische Zäsur dar:

1. Weil sie für das sowjetische Herrschaftssystem einschließlich seiner Satellitenstaaten von herausragender Bedeutung waren.
2. Weil sie mit Fragen verbunden waren, die explizit und implizit das Wesen des Stalinismus bzw. Nachstalinismus betrafen.
3. Weil sie Auswirkungen auf die internationale Politik hatten und mithin auch die internationale Öffentlichkeit interessierte.
4. Weil sie in der Zeitschrift nicht nur ausführlich zur Sprache gebracht wurden, sondern unter den Autoren – explizit oder implizit – eine inhaltliche Diskussion in Gang brachten.
5. Weil sie sich auch und vor allem auf die inhaltliche Ausrichtung der Zeitschrift auswirkten.

Von alles überragender Bedeutung war hierbei zweifelsohne der Tod Stalins, weil er die zentrale Voraussetzung war für die im Anschluss daran in Gang kommenden politischen Veränderungen im Bereich des sowjetischen Herrschaftssystems.⁵⁵³

Eine ähnliche Bedeutung besaß auch die auf dem XX. Parteitag der KPdSU gehaltene Geheimrede von Nikita Chruschtschow, weil hiermit der Boden bereitet wurde für die späteren Ereignisse in Ungarn und in Polen. Stalins Tod und Chruschtschows Geheimrede stellten wiederum im Grunde genommen die historischen Eckpunkte für den sogenannten Wandlungsprozess des sowjetkommunistischen Herrschaftssystems dar, weil sich vor allem durch die nachlassende Bedeutung des Terrors im politischen und gesellschaftlichen Alltag in der Sowjetunion das Wesen des Regimes verändert hatte. Im Hinblick auf den Charakter des

⁵⁵¹ Zusätzlich politisch aufgeladen war der ungarische Volksaufstand im Oktober 1956 für die internationale Öffentlichkeit und freilich auch für den „Monat“ durch die Tatsache, dass er mit der „Suez-Krise“ koinzidierte. Der politisch-militärische Konflikt, zwischen Ägypten einerseits und Israel, Frankreich und Großbritannien andererseits, der durch die Verstaatlichung der Suezkanals durch den ägyptischen Präsidenten Gamal Abd el-Nasser ausgelöst wurde, schwor die Gefahr eines nuklearen Konfliktes hervor.

⁵⁵² Zahlreiche der zu diesen Anlässen im „Monat“ erschienenen Beiträge werden in den drei Kapiteln IV. 2. 6. „Der Nachstalinismus: das kommunistische Herrschaftssystem unter Chruschtschow“, IV. 2. 7. „Der XX. Parteitag der KPdSU und die Folgen. Oder: das ‚Jenseits des Stalinismus‘“ und IV. 2. 8. „Von der Entstalinisierung in Polen und der ungarischen Revolution 1956 bis zur ‚Alleinherrschaft‘ Chruschtschows“ herangezogen und aufgeführt.

⁵⁵³ Dass an Stalins Todestag am 5. März 1953 zufälligerweise die von Carl J. Friedrich geleitete berühmte Totalitarismus-Konferenz der „American Academy of Arts and Sciences“ in Boston begann, an der prominente Wissenschaftler wie beispielsweise Hannah Arendt, Karl W. Deutsch, Waldemar Gurian, Sigmund Neumann oder David Riesman teilnahmen, wurde bereits im Einleitungskapitel „Die wechselvolle Geschichte des Totalitarismusbegriffs“ angesprochen.

Herrschaftsregimes war dies unter anderem mit der Frage verbunden, ob es noch als totalitär klassifiziert werden konnte und die zur analytischen Unterscheidung der Regime gemeinhin mit den Begriffen Stalinismus und Nachstalinismus umschrieben wurden.⁵⁵⁴ Da die beiden Ereignisse sowohl für den „Monat“ als auch für die vorliegende Untersuchung eine zentrale Bedeutung besaßen bzw. besitzen, weil sie jeweils das Zentrum des sowjetischen Herrschaftsregime betrafen, sollen sie im Folgenden in aller Kürze beleuchtet werden.

I. 6. 1. Der Tod Stalins

Der Partei- und Regierungschef der Sowjetunion, Josef W. Stalin, starb im Alter von 73 Jahren in Moskau am 5. März 1953 an den Folgen eines drei Tage zuvor erlittenen Schlaganfalls. In einem noch in der Nacht von der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS verbreiteten Kommuniqué hieß es: „Das Herz des Kampfgefährten und genialen Fortsetzers der Sache Lenins, des weisen Führers und Lehrers der Kommunistischen Partei und des Sowjetvolkes, Josef Wissarionowitsch Stalin, hat aufgehört zu schlagen. Der Name Stalin ist unserer Partei, dem Sowjetvolk und den Werktätigen der ganzen Welt unendlich teuer.“⁵⁵⁵

Im staatlichen Rundfunk wurde die Nachricht alle 30 Minuten verlesen und jeweils von einem Trommelwirbel und der Nationalhymne eingeleitet.⁵⁵⁶ Vom 6. bis zum 9. März wurde in der Sowjetunion Staatstrauer angeordnet und mehr als 2 Millionen Menschen zogen an Stalins Sarg vorüber, der im Haus der Gewerkschaften in Moskau aufbewahrt wurde. Die führenden Vertreter des sowjetischen Staates hielten dort die Ehrenwache: Georgi M. Malenkow, Lawrenti P. Berija, Wjatscheslaw Molotow, Kliment J. Woroschilow, Nikita S. Chruschtschow, Nikolai A. Bulganin, Lasar Kaganowitsch und Anastas Mikojan. Am 9. März fand auf dem Roten Platz die Trauerfeier statt, auf der nach der offiziellen Eröffnung durch

⁵⁵⁴ Dass sowohl Stalins Tod als auch die Geheimrede Chruschtschows auf dem XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 für die Totalitarismustheorie mit weit reichenden Konsequenzen verbunden war, wurde ebenfalls im Einleitungskapitel „Die wechselvolle Geschichte des Totalitarismusbegriffs“ zur Sprache gebracht. Denn nachdem infolge des Wandlungsprozesses des sowjetkommunistischen Herrschaftssystems der Terror als totalitarismustypisches Phänomen eine nachlassende Bedeutung spielte, traten im Verlauf der 50er und 60er Jahre immer mehr Zweifel vor allem an der klassischen Totalitarismustheorie von Carl Joachim Friedrich auf, die in der empirisch ausgerichteten politik- und sozialwissenschaftlichen Forschung letztlich zur grundsätzlichen Infragestellung der Totalitarismustheorie führte. Dass selbstverständlich auch für die sogenannte Sowjetforschung der Tod Stalins und der Geheimbericht Chruschtschows ein zentrales Problem und mithin eine Herausforderung darstellte, muss sicherlich nicht ausdrücklich hervorgehoben werden.

⁵⁵⁵ Zitiert nach Wolfgang Kraushaar, Die Protest-Chronik 1949-1959. Eine illustrierte Geschichte von Bewegung, Widerstand und Utopie, Band I-IV, hier Band II: 1953-1956, S. 745.

⁵⁵⁶ Das folgende nach ebenda, S. 745-747.

Chruschtschow die Reden von Malenkow, Berija und Molotow gehalten wurden und womit der internationalen Öffentlichkeit signalisiert wurde, dass sich aus diesem Personenkreis die neue Machtabfolge ergibt. Stalins ehemalige Weggefährten beschlossen, dass fortan die höchsten Partei- und Staatsämter getrennt werden: am 6. März übernahm Malenkow den Vorsitz im Ministerrat und zu seinen vier Stellvertretern wurden Berija, Bulganin, Kaganowitsch und Molotow ernannt; seit dem 14. März fungierte Chruschtschow als Sekretär des Zentralkomitees (ZK) der KPdSU. Mit diesen Maßnahmen sollten die Weichen gestellt werden, um in der Sowjetunion ein neues Herrschaftsregime zu konstituieren, das sich in wesentlichen Zügen vom Stalinismus unterscheiden sollte, in dem Stalin am Ende durch die Vereinigung der Partei- und Staatsämter auf seine Person eine einzigartige Machtstellung besaß. Allerdings verlief Stalins Weg zur „Nr. 1“ keinesfalls gradlinig, war unmittelbar mit der russischen Geschichte verbunden und zeichnete sich nicht zuletzt durch eine totalitäre Herrschaftspraxis aus.

Stalin wurde 1879 im georgischen Gori als Sohn eines Schumachers geboren und sein eigentlicher Familienname lautete Dschugaschwili. Ursprünglich sollte er Priester werden. Bereits während er das Priesterseminar in Tiflis besuchte, trat in die „Sozialdemokratischen Partei“ ein. Nachdem er aufgrund seiner politischen Aktivitäten aus dem Priesterseminar ausgeschlossen wurde, tauchte er unter und arbeitete für seine Partei konspirativ weiter. Nach der Spaltung der „Sozialdemokratischen Partei“ schloss er sich dem bolschewistischen Flügel um Lenin an. Im Unterschied zu den in der Regel im Exil lebenden Parteintellektuellen war Stalins Beitrag zur Parteipolitik primär praktischer als theoretischer Natur und galt insbesondere der Durchführung des Untergrundkampfes; hier lagen Stalins – sein neuer Name hieß „der Stählerne“ – eigentliche Stärken. Von der zaristischen Polizei wurde er sechsmal verhaftet und in den Norden Russlands oder nach Sibirien verbannt, wobei ihm fünfmal die Flucht gelang und mithin die Fortführung seiner illegalen Tätigkeit als Berufsrevolutionär. Trotz seiner praktischen Verdienste trat Stalin in der Oktoberrevolution – er war erst kurz nach dem Sturz des Zaren im März 1917 aus vierjähriger Verbannung in Petersburg eingetroffen – nicht besonders in Erscheinung. Nach dem Sieg der Bolschewiki fungierte Stalin in der ersten Sowjetregierung als Volkskommissar für Nationalitätenfragen. Während des Bürgerkrieges war er als politischer Kommissar der „Roten Armee“ tätig und hatte entscheidenden Anteil an der unter seiner Leitung durchgeführten, erfolgreichen Verteidigung von Zarizyn, dem später nach ihm benannten Stalingrad. Von diesem Zeitpunkt konnte Stalin seine Machtposition in der KPdSU sukzessive ausbauen, deren Politbüro er bereits seit dem

März 1919 angehörte. Bereits 1922 gelang es ihm zum Generalsekretär des ZK aufzusteigen und mit Sinowjew und Kamenew die Regierungsgewalt zu übernehmen. Obwohl Lenin in seinem politischen „Testament“ geraten hatte, Stalin als Generalsekretär abzusetzen, konnte sich dieser dank seiner Schlüsselstellung im Parteiapparat auch nach dessen Tod im Januar 1924 als Generalsekretär behaupten. Mit der Ausschaltung Trotzki, dem gefährlichsten Rivalen um die Nachfolge Lenins, gelang Stalin ein entscheidender Schlag. Nachdem dieser 1929 aus der Sowjetunion ausgewiesen wurde, begann Stalin seinen bereits ein Jahr zuvor propagierten ‚Aufbau des Sozialismus in einem Land‘ mit brutaler Gewalt durchzuführen. Die mit staatlichem Zwang durchgesetzte Kollektivierung der Landwirtschaft diente vorrangig einer expansiven Industrialisierung des Landes und kostete Millionen von Menschen das Leben. Zwar gelang der Sowjetunion der Aufstieg in den Kreis der Industriemächte, gleichzeitig festigte Stalin aber seine eigene Machtposition und errichtete ein diktatorisches, autokratisches Regime. Einen weiteren Höhepunkt erreichte der Terror Stalins bekanntlich in den Jahren zwischen 1936 und 1938, als in einer Kette perfide inszenierter Schauprozesse prominente „Altbolschewiki“ wie Sinowjew, Kamenew und Bucharin sowie das Offizierskorps der Roten Armee unter der Führung von Marschall Tuchatschewski zu falschen Geständnissen gezwungen, zum Tod verurteilt und hingerichtet wurden. Nachdem sich der Diktator mit der physischen Liquidierung der alten Garde der Bolschewiki endgültig an der Spitze der Macht etablieren konnte, scheute er sich nicht, wenige Monate vor Beginn des Zweiten Weltkrieges mit seinem politischen Erzfeind Hitler einen Nichtangriffsvertrag abzuschließen. Obwohl die Sowjetunion nach dem überraschenden Überfall der Wehrmacht im Sommer 1941 durch Stalins Verschulden in eine militärisch fast aussichtslose Lage geriet, gelang es ihm die Bevölkerung unter vielen Opfern für den ‚Großen Vaterländischen Krieg‘ zu mobilisieren. Nachdem es Stalin gelang gemeinsam mit den Vereinigten Staaten und Großbritannien den Nationalsozialismus zu besiegen, bewies er – wie gezeigt – insbesondere auf den Konferenzen von Jalta und Potsdam großes strategisches Verhandlungsgeschick und konnte sich Osteuropa als Interessensphäre sichern. Nicht zuletzt die dort zwischen den Alliierten getroffenen Vereinbarungen ermöglichten Stalin durch eine mehr oder weniger erzwungene Einsetzung kommunistischer Regierungen den sowjetischen Einfluss auch auf die osteuropäischen Staaten auszuweiten.

Innenpolitisch setzte Stalin nach Kriegsende seine Terrorpolitik fort. Allein zwischen 1949 und 1952 wurden im Rahmen einer umfassenden Säuberung der Leningrader Parteiorganisation tausende von Partei- und Staatsfunktionäre verhaftet und größtenteils

erschossen. Wenige Monate vor seinem Tod erreichte die politische Macht Stalins einen weiteren Höhepunkt, als er auf dem XIX. Parteitag der KPdSU im Oktober 1952 das Politbüro umorganisierte. Die daraus resultierende Zentralisierung der Herrschaftsstrukturen ging einher mit einer neuerlichen Verhaftungswelle. Im Rahmen einer antisemitischen bzw. antizionistischen Kampagne kam es im Winter 1952/53 zur Verhaftung prominenter Kreml-Ärzte, die kurz vor dem Tod Stalins der Auftakt war für eine umfassende Säuberung der Sicherheitsapparate, der Partei und des Politbüros, von der auch die engsten Gefährten des Kremlchefs betroffen waren – wie zum Beispiel Molotow oder Mikojan. Allem Anschein nach plante Stalin sich auch vor allem seiner letzten Freunde und Helfer der Vergangenheit für immer zu entledigen ⁵⁵⁷

Der Tod des „großen Führers“ der Sowjetunion löste unter Kommunisten in der ganzen Welt zunächst heftige emotionale Reaktionen aus. Obwohl er keineswegs zu einer Erschütterung des kommunistischen Herrschaftssystems führte, sorgte das Ableben Stalins insbesondere in den Satellitenstaaten für erhebliche Unsicherheiten im Hinblick auf den zukünftigen politischen Kurs der Sowjetunion, die sich durch den einsetzenden Machtkampf um dessen Nachfolge noch zusätzlich verstärkten. Ebendieser Machtkampf war durch die Einsetzung der neuen Regierung keineswegs stillgestellt, sondern tobte hinter den Kulissen weiter. Unter anderem eine von der neuen Führung Ende März erlassene sogenannte Amnestie, die beispielsweise zur Haftentlassung und Rehabilitierung der „Kreml-Ärzte“ führte, sowie der von der Sowjetunion eingeschlagene „neue Kurs“ in der Wirtschaftspolitik löste in zahlreichen Ostblockstaaten die weit verbreitete Hoffnung aus, dass sich das sowohl doktrinäre als auch terroristische Herrschaftssystem lockern könnte. Allerdings kam es nur in der DDR mit dem Volksaufstand am 17. Juni 1953 zu einer offenen Rebellion gegen eines der von der Sowjetunion eingesetzten Regimes. Seine Niederschlagung mit sowjetischen Panzern zeigte aber wiederum, dass sich der kommunistische Machtapparat durch spontane Protestbewegungen wenig verändern ließ. ⁵⁵⁸

I. 6. 2. Chruschtschows Geheimrede auf dem XX. Parteitag der KPdSU

⁵⁵⁷ Siehe Jörg Baberowski, *Der Rote Terror. Die Geschichte des Stalinismus*, München 2003, S. 253-256.

⁵⁵⁸ Vgl. zum Volksaufstand am 17. Juni in der DDR aus der umfangreichen Forschungsliteratur exemplarisch Stefan Brant, *Der Aufstand – Vorgeschichte, Geschichte und Deutung des 17. Juni 1953*, Stuttgart 1954.

Der XX. Parteitag der KPdSU fand vom 14. bis zum 25. Februar 1956 statt.⁵⁵⁹ Zu dem ersten nach Stalins Tod veranstalteten Parteitag waren insgesamt 1 424 Delegierte und Gäste aus 55 Ländern nach Moskau gekommen. Bereits zu Beginn distanzierte sich der Erste Sekretär des ZK der KPdSU, Nikita S. Chruschtschow in einem mehrstündigen Rechenschaftsbericht von der außenpolitischen Generallinie der Vergangenheit und hob die Notwendigkeit der friedlichen Koexistenz mit den westlichen Staaten hervor. Doch erst am vorletzten Tag trug Chruschtschow in einem Geheimreferat eine grundsätzliche Kritik an Stalins Machtmissbrauch und Personenkult vor.

Die Parteidelegierten wurden zur ihrer Verblüffung aufgefordert, sich zu einer nichtöffentlichen Sitzung des Parteitages in den Kremlpalast einzufinden. Die auf dem Parteitag anwesenden ausländischen Gästen und Journalisten wurden nicht informiert. Zur Überraschung der Anwesenden wies Chruschtschow zu Beginn seiner Ausführungen darauf hin, dass bereits Lenin vor den Machtgelüsten Stalins gewarnt hatte. Nachdem er ausführlich auf die sogenannten „Massenrepressalien“ aus der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre einging, die unter anderem die politische und militärische Führungsschicht erbarmungslos dezimiert hatte, führte Chruschtschow aus:

„Die Tatsachen beweisen, daß viele Mißbräuche auf Weisung Stalins erfolgten, ohne irgendwelche Normen der parteilichen und sowjetischen Gesetzlichkeit zu beachten. Stalin war ein sehr mißtrauischer Mensch mit krankhaftem Argwohn, wovon wir, die wir mit ihm arbeiteten, uns überzeugen konnten ... Der krankhafte Argwohn rief bei ihm wahlloses Mißtrauen hervor, darunter auch im Verhältnis zu hervorragenden Parteifunktionären, die er seit vielen Jahren kannte. Überall, auf Schritt und Tritt, sah er >Feinde<, >Doppelzüngler< und >Spione<. Im Besitz einer unbeschränkten Macht tolerierte er grausame Willkür, erdrückte er die Menschen moralisch und physisch. Es entstand eine solche Situation, in der der Mensch seinen eigenen Willen nicht vorbringen konnte. Wenn Stalin sagte, der oder jener sei festzunehmen, so mußte man glauben, daß dies ein >Volksfeind< war ... Und welche Beweise wurden vorgelegt? Das Geständnis der Verhafteten. Und die Untersuchungsrichter führten diese >Geständnisse< herbei. Aber wie kann man einen Menschen dazu bringen, sich zu einem Verbrechen zu bekennen, das er nie begangen hat? Nur auf eine Art – durch Anwendung von physischen Methoden der Beeinflussung, durch Folter, Beraubung des

⁵⁵⁹ Das folgende nach Wolfgang Kraushaar, Die Protest-Chronik 1949-1959. Eine illustrierte Geschichte von Bewegung, Widerstand und Utopie, Band I-IV, hier Band II: 1953-1956, S. 1333 f.

Bewußtseins, des Verstandes, der menschlichen Würde. Auf diese Weise wurden die >Geständnisse< erreicht.⁵⁶⁰

Die Verurteilung von führenden Parteifunktionären in den Moskauer Schauprozessen beruhte hauptsächlich auf in der gleichen Weise erpressten Geständnissen und stand bereits vor der jeweiligen Gerichtsverhandlung fest. Nachdem Chruschtschow feststellte, dass von 139 Mitgliedern und Kandidaten des ZK, die auf dem XVII. Parteitag im Jahre 1934 gewählt worden waren, insgesamt 98 verhaftet und erschossen wurden, regte sich Empörung im Saal. Genauso, als der Hinweis erfolgte, dass dasselbe Geschick auch die Mehrheit der Delegierten des XVII. Parteitages ereilte. Denn laut Chruschtschow wurden von den 1.966 Delegierten weit mehr als die Hälfte, genauer gesagt 1.108 Personen wegen „konterrevolutionärer Verbrechen“ festgenommen. Nachdem Chruschtschow die näheren Umstände der Ermordung des Leningrader Parteisekretär Sergej M. Kirow am 1. Dezember 1934 ins Licht rückte, mit dem die „Massenrepressalien“ Mitte der 30er Jahre in Gang kam, ging er daran Stalin als den glorreichen Vaterlandsverteidiger zu entmystifizieren. Der angeblich geniale Feldherr habe mehrere ausdrückliche Warnungen vor dem Überfall der deutschen Wehrmacht in den Wind geschlagen, so dass keine Maßnahmen ergriffen wurden, um das Land zur Verteidigung vorzubereiten. Und nach dem schnellen Vormarsch der „Hitlertruppen“ musste Stalin erst durch das ZK abgehalten werden, Moskau fluchtartig zu verlassen.

Die anwesenden Delegierten forderte Chruschtschow dazu auf, den Personenkult ‚entschlossen ein für allemal‘ zu beseitigen. Mit Blick auf die erforderlichen Konsequenzen, die sich aus der Aufdeckung des stalinistischen Terrors ergaben, nannte er zum Abschluss seiner Geheimrede drei Punkte:

„Erstens, auf bolschewistische Art den Personenkult zu verurteilen und auszurotten, der dem Geist des Marxismus-Leninismus fremd ist und mit den Prinzipien der Führung der Partei und den Normen des Parteilebens unvereinbar ist ... Zweitens, konsequent und ausdauernd die in den letzten Jahren vom Zentralkomitee der Partei unternommene Arbeit fortzusetzen, die gekennzeichnet ist durch genaueste Einhaltung der Leninschen Prinzipien der Führung der Partei in allen Parteiorganisationen, von oben und unten, und vor allem des Hauptprinzips, der Kollektivität der Leitung ... Drittens, die Leninschen Prinzipien der sowjetischen sozialistischen Demokratie voll wiederherzustellen, wie sie in der Verfassung der Sowjetunion ausgedrückt sind, die Willkür von Personen zu bekämpfen, die die Macht mißbrauchen. Bis zum Ende ist das Übel auszuräumen, das durch die Akte der Vergewaltigung der revolutionären sozialistischen Gesetzlichkeit bewirkt wurde und das sich über längere Zeit infolge der negativen Folgen des Personenkults angesammelt hat.“⁵⁶¹

⁵⁶⁰ Zitiert nach ebenda, S. 1333.

⁵⁶¹ Zitiert nach ebenda, S. 1334.

Aufgrund eines Beschlusses des Präsidiums des ZK wurde über die Geheimrede Chruschtschows keine Diskussion zugelassen. Auf Vorschlag des Sitzungsleiters Nikolai A. Bulganin wurde indes von den Delegierten der einstimmige Beschluss ‚Über den Personenkult und seine Folgen‘ gefasst, der in der sowjetischen Presse veröffentlicht wurde. Weiterhin wurde beschlossen, dass die Rede des Ersten Sekretärs des ZK der KPdSU an sämtliche Parteiorganisationen verschickt, allerdings nicht publiziert werden sollte. Kurz nach Sitzungsende wurden auch die Mitglieder der SED-Delegation, die in einem Gästehaus unterbracht waren, über den Inhalt der Geheimrede sehr genau in Kenntnis gesetzt „Als sich Walter Ulbricht, Otto Grotewohl, Karl Schirdewan und Alfred Neumann“, so Wolfgang Kraushaar, „versammelt haben, holt ein hochrangiger Funktionär der KPdSU eine Kopie des Redemanuskriptes hervor und übersetzt eine Seite nach dem anderen. Erst in den frühen Morgenstunden ziehen sich die SED-Spitzenfunktionäre sichtlich schockiert in ihre Schlafräume zurück.“⁵⁶²

Nachdem am 28. Februar 1953 die zentralen Thesen der Chruschtschowschen Geheimrede im Zentralorgan der KPdSU, der „Prawda“, in einer allerdings abgeschwächten Form unter dem Titel „Warum ist der Geist des Personenkultes dem Marxismus-Leninismus strikt fremd?“ erschien, wurde der vollständige Text am 5. Juni in der „New York Times“ erstmalig veröffentlicht. Die als Sensation aufgefasste Geheimrede soll nach Angaben von Wolfgang Kraushaar aus einer polnischen Quelle stammen und nachdem es in den Besitz der CIA gelangte, an das State Department weitergegeben worden sein. Die gleiche Version bildete dann auch die Grundlage für die erste deutschsprachige Übersetzung, die von der Presseabteilung der US-amerikanischen Botschaft in der Zeitschrift „Ost-Probleme“ kurz darauf veröffentlicht wurde.⁵⁶³

⁵⁶² Ebenda, S. 1334.

⁵⁶³ Ebenda, S. 1334. Auf die zentralen politischen Motive, die Chruschtschow zu der Geheimrede veranlassten, gehe ich im Kapitel IV. 2. 7. „Der XX. Parteitag der KPdSU und die Folgen. Oder: das ‚Jenseits des Stalinismus‘“ ein, wo auch die Rolle Chruschtschows während des stalinistischen Terrors zur Sprache gebracht wird.

II. Das Totalitarismusphänomen im Fokus des „Monat“

Der „Kongress für kulturelle Freiheit“ wie die Zeitschrift „Der Monat“ waren, wie gesagt, genuine Instrumente der Vereinigten Staaten in der politischen und ideologischen Auseinandersetzung mit der Sowjetunion, die insbesondere in den ersten Jahren nach dem Ausbruch des Kalten Krieges existentielle Züge trug. In diesem Zusammenhang besaß insbesondere der „Monat“ eine besondere Funktion in der amerikanischen Besatzungspolitik, zumal der amerikanischen Kulturpolitik, im Nachkriegsdeutschland. Nachdem sich der fundamentale Konflikt zwischen dem westlichen und östlichen System nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges auch in der konkreten Deutschlandpolitik der beiden Supermächte Bahn brach, galt es, neben der Unterstützung des fortan maßgeblichen „Reorientation-Projektes“ in dem beschriebenen spezifischen Sinne, als die zentrale Aufgabe des „Monat“, antikommunistische Propaganda auf einem hohen intellektuellen Niveau zu führen. Da sich letztlich diese beiden Funktionen ergänzten, folgte daraus angesichts der erklärten antitotalitären Position der Zeitschrift im Hinblick auf die inhaltliche Ausrichtung auch, dass die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus (sowie der deutschen „Vergangenheitsbewältigung“), dem Sowjetkommunismus, der Totalitarismustheorie und dem überaus facettenreichen Totalitarismusphänomen schlechthin in den Blickpunkt rückte.

Bevor im vierten Teil der vorliegenden Arbeit untersucht wird, wie die beiden totalitären Herrschaftssysteme des Nationalsozialismus und des Sowjetkommunismus im „Monat“ tatsächlich beschrieben und analysiert wurden, d. h. insbesondere, welches Bild von den beiden Herrschaftsregimen gezeichnet wurde, wie der konkrete Vergleich der beiden Regime letzten Endes ausfiel und welche Rolle die zeitgenössischen Totalitarismustheorien in diesem Zusammenhang spielten, soll dieser Themenkomplex zuvor im zweiten Teil sozusagen einführend beleuchtet werden. Hierbei steht der „Monat“ explizit oder implizit im Fokus.

Wie bereits in der Einleitung gesagt wurde, soll zuerst anhand von Veröffentlichungen im „Monat“ und speziell zweier (Totalitarismus-)Studien von Hans Kohn und Hannah Arendt die Vorgeschichte der nationalsozialistischen und bolschewistischen Massenbewegung sondiert sowie die Entstehungsbedingungen der totalitären Herrschaftssysteme beschrieben werden. Wie für zahlreiche Autoren des „Monat“ stellte auch für die Totalitarismustheoretiker Kohn und Arendt der Ausbruch des Ersten Weltkrieges eine zentrale Weichenstellung dar, der ihrer Ansicht nach die Zerbrechlichkeit der westlichen Zivilisation anzeigte. Die beiden prominenten Autoren des „Monat“ haben hierbei unabhängig

voneinander und auf unterschiedliche Art und Weise systematisch das 19. Jahrhundert in den Blick genommen. Während Kohn in der „Krise des Individuums“ und im Aufkommen des Nationalismus eine zentrale Voraussetzung für die sich konstituierenden totalitären Massenbewegungen sah, brachte für Arendt wiederum das 19. Jahrhundert die entscheidenden Elemente hervor, die nach dem Ersten Weltkrieg zum Zerfall des Systems der Nationalstaaten und zur Krise des juristischen Subjektes führte.

Anschließend soll hervorgehoben werden, dass ohne den existentiellen Erfahrungshintergrund zahlreicher Wissenschaftler und Intellektueller die Auseinandersetzung mit dem Phänomen der totalitären Herrschaft und der Totalitarismustheorie sicherlich nicht zu verstehen ist. Mit Blick auf den Vergleich zwischen Stalinismus und Nationalsozialismus ist der Anteil von ehemaligen Anhängern der kommunistischen Bewegung auffallend. Die unter anderem im Spanischen Bürgerkrieg gemachten „totalitären Erfahrungen“ stellten eine zentrale Voraussetzung zahlreicher ehemaliger Kommunisten für die spätere Mitarbeit im „Monat“ dar, die sie mit einem Großteil der anderen Autoren dieser Zeitschrift teilten. Für die mit dem nationalsozialistischen und/oder kommunistischen Totalitarismus gemachten „totalitären Erfahrungen“ stehen hier exemplarisch die Lebens- und Leidensgeschichte von Margarete Buber-Neumann.

Nach den längeren Ausführungen im 3. Kapitel „Frühe Auseinandersetzung der Renegaten mit dem Totalitarismus vor dem Hintergrund ihrer Rolle im ‚Monat‘“ stehen am Ende dieses zweiten Teils die „Porträts einiger Exponenten des ‚Monat‘“, die die „Lasky-Zeitschrift“ nicht nur in der (vergleichenden) Beschreibung und Analyse des nationalsozialistischen und sowjetkommunistischen Herrschaftssystems entscheidend geprägt haben, sondern auch mit Blick auf die gesamte inhaltliche Ausrichtung des Periodikums einen überragenden Stellenwert besaßen. Neben Informationen auf Beiträge, die diese insgesamt zehn Autoren im Laufe der Jahre im „Monat“ veröffentlichten, werden vor allem Angaben zur Biographie und zu lebensgeschichtlichen Zäsuren sowie zu Buch- und Forschungsveröffentlichungen gemacht, in deren Mittelpunkt sehr häufig die politische und theoretische Auseinandersetzung mit dem Totalitarismusphänomen und der -forschung sowie der Geschichte des „Dritten Reiches“ und des Sowjetkommunismus stand. Im Anschluss an dieses vierte Kapitel folgt dann eine Art „Negativporträt“ von Franz Neumann, mit dem versucht wird eine (vorläufige) Antwort auf die Frage zu finden, warum dieser nicht im „Monat“ geschrieben hat.

II. 1. Reflexionen von Hans Kohn und Hannah Arendt zu einer Archäologie totaler Herrschaft. Oder: Vom „glücklichen 19. Jahrhundert“ zum „Jahrhundert des Nationalismus“

In seinem 1950 erschienenen Buch „Das Zwanzigste Jahrhundert. Eine Zwischenbilanz des Westens“ schrieb der jüdische Historiker und Nationalismusforscher Hans Kohn in der Einleitung: „Vor fünfzig Jahren begrüßte man das neue Jahrhundert mit zuversichtlichen Erwartungen; schien es doch eine immer vollkommeneren Ordnung der Naturkräfte und der gesellschaftlichen Strömungen zu versprechen, eine zunehmende Anpassung und Harmonie der Klassen und Völker, und eine Vermenschlichung der Beziehungen zwischen dem Einzelmenschen und den Völkern, die sich erstaunlich rasch vertiefte. Die Grausamkeiten gewalttätiger Revolutionen schienen so fern wie die Greuel des Krieges. Die ganze weite Welt wurde mehr und mehr zu einer ‚offenen‘ Gesellschaft, in der in nie dagewesenem Ausmaß Menschen frei verkehren, Gedanken wie Güter frei ausgetauscht werden konnten.“⁵⁶⁴

Hans Kohn brachte hier zum Ausdruck, was viele Menschen noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts über ihr Zeitalter dachten, welche Vorstellungen sie sich über ihre Welt um die Jahrhundertwende machten. Diese Zeit war geprägt von einem für das 19. Jahrhundert charakteristischen Fortschrittsoptimismus, der in dem Glauben wurzelte, kriegerische Auseinandersetzungen würden der Vergangenheit angehören. Neben dem zunehmenden wirtschaftlichen und geistigen Austausch zwischen den Staaten und den Menschen schien ein universeller Weltzusammenhang in diesem „glücklichen Jahrhundert“⁵⁶⁵ im Bereich des Möglichen, der auch und vor allem die staatliche Respektierung von Individualrechten zur Voraussetzung hatte. Nach dem Dafürhalten nicht weniger Autoren des „Monat“ hatte das 19. Jahrhundert noch die aus der Tradition der Aufklärung stammende Idee einer besseren, humaneren, gerechteren sowie geeinten Welt und glaubte an die Bedeutung der Vernunft in der menschlichen Gesellschaft und an einem linearen gesellschaftlichen Fortschritt. Diese Zeit hatte noch eine Ahnung, eine Vorstellung vom Wert des Subjektes, von der Freiheit des Einzelnen gegenüber kollektiven Ideen und der Tyrannei der Massen. Der einzelne Mensch wurde noch nicht als Glied und Träger kollektiver Kräfte betrachtet, ob es sich nun um den Geist, die Nation, die Klasse oder die sogenannte Rasse handelte.

⁵⁶⁴ Hans Kohn, Das Zwanzigste Jahrhundert. Eine Zwischenbilanz des Westens, Zürich-Wien-Konstanz 1950, S. 7. Die amerikanische Originalausgabe „The Twentieth Century. A Mid-way Account of the Western World“ erschien 1949 in New York.

⁵⁶⁵ Ders., Gegner der Welteinheit, in: Der Monat, Heft 7 (1949), 1. Jg., S. 19-24 (hier S. 21.).

Bei der Frage was die historischen, gesellschaftlichen, politischen und ideengeschichtlichen Bedingungen für den Aufstieg der totalitären Massenbewegungen sowie deren Konstituierung zu einzigartigen Herrschaftssystemen waren, waren sich einige Autoren der Zeitschrift „Der Monat“ darüber im Klaren, dass diese keineswegs ausschließlich im 20. Jahrhundert lagen. Das Totalitarismusphänomen war ihrer Überzeugung nach nicht einfach vom Himmel gefallen, sondern stellte nur den Negativhöhepunkt in der Krise der Moderne bzw. in der Entwicklung der kapitalistischen Massengesellschaft dar. Zudem sahen beispielsweise Raymond Aron, Denis de Rougemont, Ludwig Dehio, Herbert Lüthy oder François Bondy im Ausbruch des Ersten Weltkrieges die entscheidende Zäsur.⁵⁶⁶ Der Erste Weltkrieg, die „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“ (George F. Kennan), gehörte zur Vorgeschichte der totalitären Herrschaftsregime.⁵⁶⁷ Er hat dem Vernunft- und Fortschrittsglauben der Menschen ein jähes Ende bereitet und „war für die zivilisierte Gesellschaft des späten neunzehnten Jahrhunderts undenkbar gewesen. Der erste Weltkrieg kam den meisten überraschend, als ein plötzlicher Schrecken“, so die Einschätzung von Hans Kohn.⁵⁶⁸

Der Erste Weltkrieg hatte entscheidenden Anteil daran, dass den totalitären und faschistischen Massenbewegungen der Weg bereitet wurde. Der sich über mehr als vier Jahre hinstreckende militärische Konflikt auf dem europäischen Kontinent involvierte die gesamte Bevölkerung der einzelnen Länder. Nicht nur die konkreten Kriegserlebnisse, die Erfahrungen der einzelnen Soldaten in den Schützengräben und die dadurch verursachte Entwürdigung des einzelnen Menschen, sollte in den kommenden Jahren die Zeitgenossen prägen. Gerade in Mittel- und Osteuropa veralltäglichten sich die Gewalterfahrungen durch die ausbrechenden Unruhen, Bürgerkriege und Revolutionen. Das Kriegserlebnis fand keineswegs ein Ende. „Tiefgreifende wirtschaftliche Umwälzungen“, so Hans Kohn, „untergruben nicht nur die

⁵⁶⁶Beispielsweise zitierte François Bondy in seiner Rezension des Buches „Weltgeschichte der neuesten Zeit“ den Schweizer Historiker von Salis, um die Bedeutung des Ersten Weltkrieges für die europäische Nachkriegsentwicklung zu unterstreichen. Hierzu schrieb von Salis nämlich: „Das Jahr 1914 hatte einen Bruch bedeutet, dessen Schwere erst 1918 den europäischen Völkern ganz zum Bewußtsein kam, und dessen Heilung bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs nicht gelungen ist.“ François Bondy, Der europäische Bürgerkrieg. Zu J. R. von Salis' „Weltgeschichte der neuesten Zeit“, in: Der Monat, Heft 90 (1956), 8. Jg., S. 61. Vgl. zum Beispiel auch die Diskussion „August 1914. 50 Jahre Weltrevolution“ in der gesamten Ausgabe von: Der Monat, Heft 191 (1964), 16. Jg; u. a. mit den Beiträgen Waldemar Besson, Krieg und Revolution; Golo Mann, Gute Vorsätze auf dem Weg zur Hölle; Herbert Lüthy, Schicksalstragödie.

⁵⁶⁷ Siehe exemplarisch für diese Auffassung Denis de Rougemont, Die Krankheit der Europäischen Kultur, in: Der Monat, Heft 32 (1951), 3. Jg., S. 115-132 (hier S. 115).

⁵⁶⁸ Hans Kohn, Das Zwanzigste Jahrhundert. Eine Zwischenbilanz des Westens, S. 54. In seinem Beitrag über Stefan Zweig ging Hermann Kesten auf dessen Autobiographie „Die Welt von Gestern“ ein, in dem Zweig die „Welt der Sicherheit“ vor dem Ersten Weltkrieg beschrieb, in der die Menschen der bürgerlichen Gesellschaft sich einen kriegerische Konflikt zwischen europäischen Staaten nicht mehr vorstellen konnten. Siehe Hermann Kesten, Stefan Zweig. Erinnerungen an den Freund, in: Der Monat, Heft 50 (1952), 5. Jg., S. 225-228.

soziale Sicherheit, sondern zerstörten auch die Stärke, ja in einigen Fällen selbst die Existenz jenes Bürgertums, das das Rückgrat der Zivilisation des neunzehnten Jahrhunderts gewesen war. Für die neue Generation war Gewalt nicht mehr eine Frage der Moral: Sie war die natürliche Folge des Lebens, das normale Element der Geschichte.⁵⁶⁹

Dies führte in seinen Augen dazu, dass sich das Individuum im Gegensatz zum neunzehnten Jahrhundert nicht mehr in einer „vernünftigen Weltordnung“ für sicher hielt, sondern durch die neuartigen Gewalterfahrungen in ständiger Angst lebte, die wiederum Furcht erzeugte. Nach Einschätzung von Kohn folgte daraus: „unterliegt der Mensch der Furcht, so fühlt er sich in einer großen Armee oder unter den Massen stark und sicher. So sind das Ideal der Kollektivgemeinschaft, die Ablehnung des Individualismus, die begeisterte Hingabe an starke überindividuelle, kollektive Kräfte und deren siegreicher Vormarsch für das zwanzigste Jahrhundert bezeichnend geworden.“⁵⁷⁰

Die Auffassung vom Ersten Weltkrieg als wichtiger Weichenstellung für das Auftreten des Totalitarismusphänomens auf der politischen Bühne teilte im Übrigen neben Hans Kohn auch die deutsch-jüdische Philosophin und politische Theoretikerin Hannah Arendt. Vor dem Hintergrund der im „Monat“ veröffentlichten bzw. thematisierten Veröffentlichungen der beiden Autoren soll nachfolgend die Vorgeschichte der totalitären Herrschaftssysteme beleuchtet werden. Im Mittelpunkt steht dabei das bereits genannte Buch „Das Zwanzigste Jahrhundert. Eine Zwischenbilanz des Westens“ von Kohn und die Untersuchung „Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft“ von Arendt. Die beiden ausgewiesenen Totalitarismustheoretiker haben systematisch die Entstehungsbedingungen der totalitären Herrschaftssysteme untersucht und hierbei unabhängig voneinander das 19. Jahrhundert fokussiert, um auch und vor allem die Zerbrechlichkeit der westlichen Zivilisation unterstreichen zu können. Kohn sah insbesondere in der „Krise des Individuums“ und im Aufkommen des Nationalismus – was von eminenter Bedeutung speziell für den deutschen Nationalsozialismus war – eine zentrale Voraussetzung für die sich konstituierenden totalitären Massenbewegungen. Arendt zufolge brachte das 19. Jahrhundert die entscheidenden Elemente hervor, die nach dem Ersten Weltkrieg zum Zerfall des Systems der Nationalstaaten und zur Krise des juristischen Subjekts führte.

⁵⁶⁹ Hans Kohn, Das Zwanzigste Jahrhundert. Eine Zwischenbilanz des Westens, S. 54.

⁵⁷⁰ Ebenda, S. 55.

„Das zwanzigste Jahrhundert hat die im achtzehnten Jahrhundert entwickelten Ideen und die im neunzehnten Jahrhundert gemachten Fortschritte zu ihrer Verwirklichung verraten“, hieß es zu Beginn bei Hans Kohn in seinem im dritten Heft des „Monat“ unter dem aussagekräftigen Titel „Das Jahrhundert des Verrats“ veröffentlichten Beitrag.⁵⁷¹ Hierbei handelte es sich um eine leicht veränderte Fassung des Kapitels „Die Krise des Individuums“ aus dem Buch „Das Zwanzigste Jahrhundert“.⁵⁷² „Was die Aristokraten des achtzehnten Jahrhunderts“, schrieb Kohn weiter, „in einer weltbürgerlichen, wahrhaft europäischen Atmosphäre erörterten – die Befreiung des Einzelmenschen von hergebrachten Vorstellungen und Aberglauben, die neue menschenfreundliche Gesinnung, die kühne Freiheit des menschlichen Geistes, das veränderte Verhältnis zwischen Regierenden und Regierten: das wurde von der bürgerlichen Gesellschaft des neunzehnten Jahrhunderts so weit verwirklicht, als es überhaupt nur geschehen kann.“⁵⁷³ Von ganz entscheidender Bedeutung war für ihn die Tatsache, dass sich im 19. Jahrhundert eine neue menschliche Haltung ausbreitete, die insbesondere „von der zunehmenden Anerkennung des Wertes und der Würde jedes einzelnen Lebens ausging: das Ende der Sklaverei und der Leibeigenschaft, das nie zuvor gekannte Gefühl sozialer Verantwortlichkeit, die Reform der Strafgesetze. Unter dem Einfluß englischer Auffassungen von Freiheit und Gesetz“, so Kohn, „versuchte man überall, selbst in Rußland, der Türkei und China, die Autokratie zu beschränken, persönliche Rechte zu sichern und die Herrschaft des Gesetzes aufzurichten.“⁵⁷⁴

Diese Hoffnungen zahlreicher Menschen des 19. Jahrhunderts hat dann, wie gesagt, das 20. Jahrhundert radikal beendet. Bedenkenswert erschien Kohn, wie zerbrechlich die Zivilisation war, wie leicht sie durch den Ausbruch des Krieges von 1914 zu erschüttern war. Ganz wenige Zeitgenossen erkannten die Konsequenzen, die die durch den Ersten Weltkrieg entfesselten Destruktivkräfte auch und gerade für die Individuen darstellten. Hans Kohn würdigt den französischen Dichter Paul Valéry, der erkannte, dass die Grundlagen der Welt insbesondere durch die Folgen des Krieges erschüttert worden waren. Denn worauf Valéry hinwies und was auch Kohn als entscheidende Krise der Nachkriegszeit ansah war die „geistige Haltung, auf die sie traf“⁵⁷⁵ Hierzu schrieb er:

⁵⁷¹ Hans Kohn, Das Jahrhundert des Verrats, in: Der Monat, Heft 3 (1948), 1. Jg., S. 7-14.

⁵⁷² Im Folgenden beziehe ich mich auf die deutsche Ausgabe des Buches „Das Zwanzigste Jahrhundert“. Eine Zwischenbilanz des Westens“. Eine Rezension des Buches von Joachim G. Leithäuser erschien unter dem Titel „Unbarmherzige Ratio“ in: Der Monat, Heft 30 (1951), 3. Jg., S. 655-657.

⁵⁷³ Hans Kohn, Das Zwanzigste Jahrhundert. Eine Zwischenbilanz des Westens, S. 74.

⁵⁷⁴ Ebenda, S. 75.

⁵⁷⁵ Ebenda, S. 77.

Im achtzehnten Jahrhundert setzte sich das Individuum gegen die Tyrannei eines Einzigen durch; im zwanzigsten steht es vor der unvergleichlich schwerern (sic) Aufgabe, sich gegen die Tyrannei der Massen zu behaupten. Die beiden Massenbewegungen des neunzehnten Jahrhunderts, der Nationalismus und der Sozialismus, entstanden in der aus dem achtzehnten Jahrhundert übernommenen Atmosphäre des Liberalismus. Sie waren erfüllt von einem großzügigen Wohlwollen gegen alles, was Mensch hieß, von dem Wunsch, Millionen zu umschlingen, alle trennenden Schranken niederzureißen. Sie waren entschlossen, den Grund zu einer wahrhaft ‚offenen‘ Gesellschaft zu legen. Aber der neue militante Geist verlegte allmählich den Schwerpunkt vom einzelnen auf die Organisation von brüderlich ausgestreckten Armen auf die geballte Faust. Der Nationalismus bildete sich rund um die Kasernen, der Sozialismus um die Fabriken; beides Symbole der Zusammenarbeit und der Disziplin. Dennoch gewährte die gegenseitige Feindschaft dieser beiden Massenbewegungen vor dem Krieg von 1914 der Freiheit und der Persönlichkeit einen gewissen Spielraum. Ihre Verschmelzung in Rußland und Deutschland schuf die moderne totalitäre Gesellschaft und ihren Menschentyp: den Arbeiter-Soldaten, den vollkommenen Gegensatz zum Menschen des neunzehnten Jahrhunderts.⁵⁷⁶

Was für Kohn den Menschen der Nachkriegszeit vom Menschen des neunzehnten Jahrhunderts ganz wesentlich unterschied und zu einer leichten Beute der totalitären Massenbewegung in Deutschland und Russland machte, war die Tatsache, dass diese sich gegenüber dem „totalitären Gedanken“ empfänglich zeigten. D. h., die einzelnen Menschen konnten von einem fanatischen Glauben ergriffen werden, der für das Individuum des 19. Jahrhunderts nicht vorstellbar war, der die Atmosphäre der Toleranz und des Ausgleichs verinnerlichte hatte und noch mit der Fähigkeit zur Selbstkritik und zur Vernunft ausgestattet war. Der „barbarische Fanatismus des Totalitären“⁵⁷⁷ drückte sich darin aus, dass er jeden Kompromiss als Verrat am Glauben ansah und mithin die um sich greifenden Erlösungsgewissheiten alle sittlichen Bedenken bei der Wahl der Mittel betäubte. Zu den Implikationen im Hinblick auf die „Krise des Individuums“ schrieb Hans Kohn: „Primitive Glaubenssätze von der Macht des Blutes, der Heiligkeit des Führers, der Solidarität und dem Vorrang der Gemeinschaft lebten wieder auf; der Einzelmensch, seine Rechte und seine Glückseligkeit, ja selbst sein Leben und seine Würde schienen inmitten der hochgehenden Wogen der Elementarkräfte von geringem Wert.“⁵⁷⁸

Ein Element ebendieser Elementarkräfte, die für den Aufstieg des russischen Kommunismus, für den italienischen Faschismus, aber noch mehr für den Aufstieg des deutschen Nationalsozialismus in der Folge des Ersten Weltkrieges zentrale Bedeutung besaß, war der Nationalismus. Für Hans Kohn, der mit seiner 1944 in den Vereinigten Staaten erschienenen Untersuchung „The Idea of Nationalism. A Study in its Origins and

⁵⁷⁶ Ebenda, S. 77 f.

⁵⁷⁷ Joachim G. Leithäuser, Unbarmherzige Ratio, in: Der Monat, Heft 30 (1951), 3. Jg, S. 656.

⁵⁷⁸ Hans Kohn, Das Zwanzigste Jahrhundert. Eine Zwischenbilanz des Westens, S. 78.

Background“⁵⁷⁹ einen Klassiker der Nationalismusforschung veröffentlichte, stellte der Nationalismus eine der „zersetzende(n) Kräfte in der Zivilisation des neunzehnten Jahrhunderts“⁵⁸⁰ dar. Der Nationalismus entstand seiner Einschätzung zufolge in der modernen westlichen Gesellschaft des 18. Jahrhunderts im Zeitalter der Aufklärung aus dem Kampf um die Rechte des einzelnen Bürgers gegen den allmächtigen Staat, als auch in der Auseinandersetzung gegen die intolerante Dogmatik der Religion. In Europa war es die französische Revolution, die die Vorstellung des souveränen Nationalstaates mit dem menschenfreundlichen Weltbürgertum des 18. Jahrhunderts verband. „So war die Revolution zwar in erster Linie eine Bewegung zur Reform des französischen Staates“, so Kohn, „gleichzeitig aber auch eine große und großzügige Botschaft von neuer Freiheit und Würde an alle Einzelmenschen und alle Völker.“⁵⁸¹

Der Nationalismus in der Folge der französischen Revolution entwickelte sich in dem das private Leben des einzelnen Menschen respektiert wurde. Die unter dem Einfluss der englischen Revolution von 1688 und der amerikanischen Revolution von 1776 entstandene Menschenrechtsdeklaration von 1789 schuf die Basis für eine neue Ordnung, d. h. für eine Nation freier Individuen, die durch das Gesetz geschützt wurde. Die Menschenrechtserklärung stellte das autonome Individuum in den Mittelpunkt und schützte die Würde, das Privatleben und das Glück des Einzelnen gegen Machtansprüche der Regierung und des Kollektivs. Der Nationalismus konstituierte sich also in der europäischen Welt in allererster Linie als eine politische Befreiungsbewegung des Bürgertums, mit dem Ziel, eine liberale und vernünftige bürgerliche Gesellschaft zu errichten. Im Mittelpunkt aller Überlegungen stand die Absicht, die staatliche Regierungsgewalt einzudämmen und die individuellen bürgerlichen Rechte zu sichern. Der Nationalismus war für Hans Kohn in diesem historischen Kontext eine humanitäre Bewegung, die eine offene Gesellschaft und den direkten Austausch mit anderen sogenannten offenen Gesellschaften anvisierte. Nach seinem Dafürhalten war letztlich das Jahr 1848 „ein Wendepunkt in der neuzeitlichen Geschichte Europas; es bezeichnete auch den eigentlichen Anbruch des neunzehnten Jahrhunderts.“ Der optimistische Geist der Aufklärung beseelte noch „die Revolutionäre zu Beginn des Jahres

⁵⁷⁹ Hans Kohn, *The Idea of Nationalism. A Study in its Origins and Background*, New York 1944 (dt. Ausgabe: *Die Idee des Nationalismus. Ursprung und Geschichte bis zur französischen Revolution*, Heidelberg 1950). Siehe auch ders., *Nationalism: Its Meaning and History*, Princeton 1955 (dt. Ausgabe: *Von Machiavelli zu Nehru. Zur Problemgeschichte des Nationalismus*, Freiburg 1964).

⁵⁸⁰ So lautet die Überschrift des ersten Teils des Buches „Das Zwanzigste Jahrhundert. Eine Zwischenbilanz des Westens“.

⁵⁸¹ Hans Kohn, *Das Zwanzigste Jahrhundert. Eine Zwischenbilanz des Westens*, S. 30.

1848; der Frühling dieses Jahres versprach die Erfüllung aller lang verzögerten Hoffnungen, die die Philosophen des achtzehnten Jahrhunderts und die Redner von 1789 gehegt hatten.“⁵⁸²

In ganz Europa begrüßte man die Ausrufung der Zweiten Republik in Paris im Februar 1848 und trieben die nationalistischen Revolutionen an, da sie als die Erfüllung von 1789 angesehen wurde. Allerdings brachte das neue Zeitalter auf dem europäischen Kontinent als Ergebnis der nationalistischen Revolutionen von 1848 keineswegs die erhoffte Brüderlichkeit zwischen den Menschen und individuelle Freiheit, sondern Auseinandersetzungen, die sich nicht zuletzt in einem trennenden Nationalismus ausdrückten. Denn sehr bald stellte der Nationalismus kollektive Macht und Einheit über die Freiheit im Innern. Kohn stellte in diesem Zusammenhang fest: „Der revolutionäre Überschwang wurde mehr nationalen als liberalen Zielen dienstbar gemacht. Wo immer diese beiden einander widersprachen, behielt der Nationalismus die Oberhand.“⁵⁸³ Der Nationalismus wandelte sich mithin in der Mitte des 19. Jahrhunderts von liberaler Humanität bzw. Menschenfreundlichkeit zu aggressiver Exklusivität. Das implizierte, dass sich der frühere Respekt für die Würde des Einzelmenschen auf die Begeisterung für die Macht einer Nation verlagerte.

Auch Deutschland wurde – wie auch Italien – zweifelsohne durch die Ideen der französischen Revolution von 1789 beeinflusst. Sie erweckten das zu diesem Zeitpunkt eingeschlafene politische Leben und Denken. War der Nationalismus in Frankreich, in England oder auch in den Vereinigten Staaten in den Augen Hans Kohns eine humanitäre Bewegung, in der auch und vor allem die Freiheit des Einzelnen im Mittelpunkt stand, entwickelte sich in Deutschland der Nationalismus allerdings „unter dem Einfluß vom und im Kampfe gegen Frankreich“ und tendierte dazu „zum Zweck seiner eigenen Selbsterhaltung und Entwicklung seinen Schwerpunkt in einer Weise zu verlagern, die dem wahren Wesen des französischen Nationalismus diametral entgegengesetzt war. So wurde jener Nationalismus nicht nur antifranzösisch, sondern konnte auch leicht zu einer Revolte gegen ‚französischen‘ Rationalismus und Weltbürgergeist führen.“⁵⁸⁴

Obwohl sich in Deutschland nach Auffassung von Hans Kohn auch eine liberale Variante des Nationalismus entwickelte,⁵⁸⁵ dominierte nach der gescheiterten Revolution von

⁵⁸² Ebenda, S. 13.

⁵⁸³ Ebenda, S. 23.

⁵⁸⁴ Ebenda, S. 32.

⁵⁸⁵ Kohn nannte als Repräsentanten für einen westlichen bzw. liberalen Nationalismus zum Beispiel Friedrich Christoph Schlosser, Karl von Rotteck, Georg Gottfried Gervinus und Georg Herwegh. Dieser linke Flügel des Frankfurter Parlaments in den 1848er Jahren stand in der Tradition des Nationalismus der französischen Revolution, die in der Staatsform der französischen bürgerlichen Republik ein anzustrebendes Ziel sahen. „Die

1848 doch die Strömung, die auf die deutsche Eigenart insistierte und die explizit die deutsche Einzigartigkeit hervorhob und „sich selbst außerhalb des Einflusses kultureller Berührungen mit fremdländischen Zivilisationen stellte. Sie wies lieber auf die historischen Differenzen zwischen Deutschland und Westeuropa als auf die gemeinsame Entwicklung hin, lieber auf kollektive Kräfte als auf persönliche Rechte.“⁵⁸⁶ Dieser sogenannte romantische Nationalismus lehnte den Liberalismus und persönliche Rechte als Erzeugnisse des bürgerlichen Westens – und mithin die Ideen der französischen Revolution von 1789 – radikal ab und verherrlichte die vorkapitalistische politische Gesellschaftsordnung. Bürgerlicher Liberalismus, die sogenannte „bourgeoise“ Demokratie, also auch die Behauptung der persönlichen Freiheit und der Bürgerrechte gegen die eigene Regierung, entsprachen nicht dem „deutschen Wesen“ und führten nach Ansicht der romantischen Nationalisten unweigerlich zu Uneinigkeit und Chaos. Durch die Übertragung des Ideals der Freiheit und der individuellen Rechte auf eine „organische“ bzw. historische Gemeinschaft, wurde der Begriff der nationalen Selbstbestimmung zum Banner der Freiheit erhoben. Der „neue Nationalismus“ stellte in Deutschland die kollektive Stärke, das Kollektiv und nicht die Freiheit des Bürgers als das Ideal auf, sondern eine geschlossene Gesellschaft, in der das Individuum, der Einzelne und seine Rechte weniger zählten als nationale Macht, als das nationale Kollektiv.⁵⁸⁷

Der deutsche romantische Nationalismus – der also aus der kulturellen Berührung mit dem westlichen Denken bzw. der französischen Revolution entstand – besaß nach Einschätzung von Hans Kohn sein Gegenstück im sogenannten russischen Slavophilitum. Dessen Ursprung und dessen Geisteshaltung entsprachen für ihn „denen des deutschen romantischen Nationalismus; aber Deutschland zählte zum Westen, den man ablehnte. Das Slavophilitum übertraf in seiner Gegnerschaft zur Verwestlichung bald die deutsche Romantik.“⁵⁸⁸

Folgerichtig lehnten die Anhänger des romantischen Nationalismus unter den Slavophilen Liberalismus, den Individualismus und die kapitalistische Wirtschaft ab und verfielen dem Glauben, dass das Heil Rußlands darin zu finden sei, dass es sich „streng an seine eigenen

neuzeitliche industrielle Ordnung, begründet auf persönlicher Initiative, die sich in Westeuropa zugleich mit der Bill of Rights und dem neuzeitlichen Nationalismus entwickelt hatte, wurde begrüßt und gefordert als die vermeintliche soziale Grundlage für den ersehnten Zustand nationaler Einheit.“ Ebenda, S. 35.

⁵⁸⁶ Ebenda, S. 36.

⁵⁸⁷ Siehe ebenda, S. 36 f.

⁵⁸⁸ Ebenda, S. 37.

Grundlagen“ zu halten habe. D. h., an „sein orthodoxes religiöses Leben, seine autokratische Regierungsform und seine hergebrachte Agrarwirtschaft.“⁵⁸⁹

Eine Folge des „russischen Sonderweges“ bzw. des russischen Nationalismus war, dass die aus der französischen Revolution stammenden Ideen von bürgerlichen Rechten und Pflichten, von persönlicher Würde und Freiheit – also auch der Vorrang des einzelnen Menschen vor kollektiven Mächten –, von individuellen Freiheitsrechten gegenüber der Staatsmacht, die in den meisten Ländern Europas noch 1848 in der Luft lagen und doch in nicht geringem Maße die Menschen beeinflussten, in Russland keinen Erfolg hatten. Sie waren Russland fremd. Was sich allerdings in Russland ausbreiten konnte, war der Glaube der nationalen Stärke. Aus der Idealisierung der russischen Vergangenheit resultierte die Hoffnung auf Rettung in der Rückkehr zu ihr.⁵⁹⁰

Die sich im nachhinein bereits im Jahre 1848 abzeichnende Krise des Individuums, d. h. die Vorstellung, dass nicht mehr die Freiheit des Einzelnen, die Würde des Einzelmenschen Vorrang eingeräumt wurde gegenüber kollektiven Mächten wie beispielsweise der Nation, brach sich indessen nach Auffassung von Hans Kohn erst nach dem Ersten Weltkrieg radikal Bahn. Er besaß eine Katalysatorfunktion für das heraufziehende „Jahrhundert des Nationalismus“, wie er das 20. Jahrhundert auch apostrophierte. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, d. h. nach den Revolutionen des Jahres 1848, strebten die Nationalisten in den europäischen Ländern weniger brüderliche Sehnsucht nach menschlicher Freiheit an, sondern mehr den trennenden Nationalismus. Weniger persönliche Freiheit und individuelle Rechte standen im Mittelpunkt, als vielmehr das nationale Streben nach kollektiver Einheit und Macht. Dieser die einzelnen „Völker“ trennende, das einzelne Individuum unterdrückende Nationalismus war nur eine geistige, gesellschaftliche und politische Strömung neben anderen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und war erst in der Folge des Ersten Weltkrieges imstande zu einer machtvollen Kraft auf der politischen Bühne aufzusteigen. Erst danach, als mehr und mehr die politischen Massen in Erscheinung traten, konnte der Nationalismus seine volle Kraft entfalten. Insbesondere im Hinblick auf den sich in den 1920er Jahren allmählich konstituierenden deutschen Nationalsozialismus – aber auch für den italienischen Faschismus und den sowjetischen Kommunismus – war der Nationalismus ein zentrales Element für den Erfolg bzw. für die Unterstützung in breiten Schichten der Bevölkerung. Gewissermaßen qua totalitärem Nationalismus war es Hitler möglich nach den sozialen, politischen und

⁵⁸⁹ Ebenda, 38.

⁵⁹⁰ Ebenda, S. 38.

psychischen Verwüstungen des Ersten Weltkrieges die Massen Ende der 1920er Jahre zu mobilisieren und die „Krise des Individuums“ auf die Spitze zu treiben.

Das Trauma von der Niederlage im Ersten Weltkrieg, der deutschen Revolution und des als Demütigung empfundenen Friedensvertrag von Versailles⁵⁹¹, radikalisierte nämlich die deutsche Gesellschaft und schufen den Boden, auf dem die politische Rechte zum einen sowie Hitler und die NSDAP zum anderen allmählich an Bedeutung gewinnen konnten. Erst durch diese politisch-gesellschaftlich extrem aufgeladenen Bedingungen konnten Ideen aus dem Ende des 19. Jahrhunderts und den Jahren vor dem Krieg auf das Denken und Handeln der sich neuformierenden Rechten, den rechten Intellektuellen und den einzelnen Menschen so starken Einfluss ausüben. Vor allem der Nationalsozialismus profitierte von dieser Situation. Zu den ideengeschichtlichen Einflüssen und zu den unmittelbaren geistigen Vorläufern des Nationalsozialismus schrieb Hans Kohn:

„Aber die geistige Vorbereitung hätte für das Umsichgreifen des Nationalsozialismus in Deutschland keineswegs genügt, wenn nicht die Niederlage im ersten Weltkrieg und die darauffolgende Enttäuschung und Verarmung der Propaganda Hitlers besonders bei den unteren Schichten den Weg geebnet hätte. Der Friedensvertrag von Versailles wurde für Hitler zum Ausgangspunkt, aber die Heftigkeit seiner Anklagen richtete sich in Wirklichkeit nicht gegen den Friedensvertrag, sondern gegen die Tatsache, daß Deutschland besiegt und seine Pläne vereitelt worden waren.“⁵⁹²

Neben dem pangermanistischen Streben nach Vorherrschaft in der Welt und der historischen Mission der „deutschen Rasse“, war es unter anderem die Propaganda Hitlers, die nach Auffassung von Hans Kohn die Epoche des Liberalismus und den Ideen von 1789 in Deutschland ein Ende bereiten sollten. Dies kulminierte in der Idee der radikalen Unterwerfung des Einzelnen, des Individuums unter das Kollektiv bzw. unter den zu gründenden nationalsozialistischen Staat. Es war ein zentrales Ziel Hitlers in den zwanziger Jahren, eine Nationalisierung der Massen anzustreben, um später die nationale Einheit, die deutsche „Volksgemeinschaft“ Wirklichkeit werden zu lassen. Für Kohn war in der nationalsozialistischen Ideologie und dessen originärem Rassenantisemitismus der Nationalismus ein Schlüsselement. Mithin war das Rekurrenieren auf den Topos der „deutschen Nation“ nur zu verständlich, zumal dieser bei der geistigen Mobilisierung von

⁵⁹¹ Die Bedeutung des Versailler Vertrages für den Aufstieg des Nationalsozialismus in Deutschland wurde im „Monat“ beispielsweise gestreift in der unter dem Titel „Gespenster im Spiegelsaal?“ geführten Diskussion mit den Beiträgen: Ludwig Dehio, Versailles nach 35 Jahren, in: Heft 70 (1954), 6. Jg., S. 345-352; J. B. Duroselle, Pro und contra in Frankreich, in: Heft 70 (1954), 6. Jg., S. 352-360 sowie unter dem Titel „Versailles nach 35 Jahren“ mit den Beiträgen: H. Stuart Hughes, Am Ende einer Diskussion, in: Heft 71 (1954), 6. Jg., S. 446-451; Agnes Headlam-Morley, Zwischen Keynes und Mantoux, in: Heft 71 (1954), 6. Jg., S. 451-457. Auf die Diskussionsbeiträge komme ich im Kapitel IV. 1. „Analyse des Nationalsozialismus“ zurück.

⁵⁹² Hans Kohn, Das Zwanzigste Jahrhundert. Eine Zwischenbilanz des Westens, S. 175.

vielen Deutschen speziell in den Anfangsjahren des Ersten Weltkrieges durch deutsche Professoren und Gelehrte hervorragende Dienste geleistet hatte. Hitlers Propaganda in den zwanzigeren Jahren zielte bewusst auf die Mobilisierung der nationalistischen Massen ab, d. h. auf die Gefühle, Stimmungen und Wünsche der Massen. Hitlers bedeutender persönlicher Beitrag zur Theorie und Praxis des Nationalsozialismus, so Hans Kohn, „war sein tiefes Verständnis für die Massenpsychologie und Massenpropaganda seiner Zeit und seine geniale Fähigkeit, die raffiniertesten und ausgeklügeltsten Methoden anzuwenden.“⁵⁹³ Hitler sprach wie kein zweiter die sogenannte Massenseele, das Unbewußte der Massen in Deutschland an. Es gehörte zu den Kosten der kapitalistischen Industrialisierung und Verstädterung, isolierte, vereinsamte und verängstigte Menschen mitproduziert zu haben. Die Masse suchte in seiner Verlassenheit die existentielle Sicherheit einer Ersatzfamilie. Gefunden wurde sie in der nationalsozialistischen Vorstellung von der Nation. Immer mehr entwickelte sich diese auch durch die Gewalt zusammengehaltene politische Gemeinschaft sozusagen zu einer Art Erregungsgemeinschaft, in der der Entindividualisierungsprozess total wurde. Dieser Prozess der absoluten Totalvergemeinschaftung des einzelnen Individuums endete zu dem Zeitpunkt, so können die Reflexionen von Hans Kohn abschließend interpretiert werden, als die Subjekte mehr oder weniger restlos in der nationalistisch aufgeladenen Masse aufgingen und die „deutsche Nation“ als Über-Ich fungierte und der Einzelne, das Ich gewissermaßen mit dem totalitären Führer verschmolz.⁵⁹⁴

Insbesondere im Hinblick auf den Nationalsozialismus untersuchte Hannah Arendt in ihrer Studie „Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft“ das europäische neunzehnte Jahrhundert.⁵⁹⁵ Die Autorin beabsichtigte die Elemente herauszuarbeiten, aus denen sich dann in Deutschland das totalitäre Herrschaftssystem herauskristallisierte.⁵⁹⁶ Ihrer Einschätzung nach liegen die historischen Ursprünge unter anderem „in dem Niedergang und Zerfall des

⁵⁹³ Ebenda, S. 176.

⁵⁹⁴ Vgl. hierzu vor dem Hintergrund der bisherigen Ausführungen insgesamt: ebenda, S-173-188.

⁵⁹⁵ In ihrer Arendt-Biographie erklärt Elisabeth Young-Bruehl, dass Hannah Arendt die zentrale Bedeutung ihres Totalitarismusbuches nicht zuletzt darin sah, einen Angriff gestartet zu haben, nämlich „einen Frontalangriff auf das europäische neunzehnte Jahrhundert, das Jahrhundert der Bourgeoisie, das die Elemente hervorgebracht hatte, aus denen sich die totale Herrschaft in Deutschland herauskristallisierte.“ Elisabeth Young-Bruehl, Hannah Arendt. Leben, Werk und Zeit, Frankfurt a. M. 1986, S. 285.

⁵⁹⁶ Erinnerung sei daran, dass eine Standardkritik an Hannah Arendts Doppelanalyse von Nationalsozialismus und Sowjetkommunismus in ihrem Totalitarismusbuch lautete, dass der analytisch-empirische Fokus eindeutig auf dem NS-System lag und eine Übertragungsproblematik im Hinblick auf die Herrschaftsmechanismen und auf die Terrorpraxis konstatiert werden musste. Dasselbe gilt auch für die historischen Teile „Antisemitismus“ und „Imperialismus“, die für das in Gang kommen der kommunistischen Bewegung nicht die gleiche Rolle spielten.

Nationalstaates und dem anarchischen Aufstieg der modernen Massengesellschaft.⁵⁹⁷ Mit den beiden historischen Darstellungen der Studie – Teil I „Antisemitismus“ und Teil II „Imperialismus“ – sollte das Terrain sondiert werden, um die Probleme zu analysieren, die zur „totalen Herrschaft“ führten.⁵⁹⁸

Nach Hannah Arendts Dafürhalten wies der seit dem Beginn des imperialistischen Zeitalters auftretende moderne Antisemitismus im Vergleich zu dem traditionellen „politisch sterilen Judenhaß“⁵⁹⁹ deutliche qualitative Unterschiede auf. Der völkisch-rassistische Antisemitismus war ihrer Diagnose nach ein gesamteuropäisches Phänomen, das sich hier zur tödlichen Bedrohung radikalisierte, als die imperialistisch geprägten Nationalstaaten infolge von kapitalistischen Krisen, Depressionen und Finanzskandalen erste antisemitische Wellen erlebten.⁶⁰⁰ In einem historischen Exkurs, der mit dem Zeitalter der Aufklärung sowie der französischen Revolution einsetzte, beschrieb Arendt, wie es ihrer Meinung nach zur Welt- bzw. Selbstentfremdung der bürgerlich arrivierten Juden in Mittel- und Westeuropa kam: durch ihre soziale Ortlosigkeit in einer Klassengesellschaft, ihre traditionelle politische Abstinenz, die ihre Ursache darin hatte, dass ihre Beziehung zur politischen Sphäre durch Geld bzw. durch persönlichen Erfolg zustande kam, ihr weitverbreitetes Desinteresse an politischer Macht, als auch an einem unkritischen Verhältnis zum Staat. Dies führte dazu, dass sich das Judentum auf dem langen Weg der Assimilation zur, wie Arendt es formulierte, „Jüdischkeit“ entwickelte. D. h., ein Teil der Juden fand im Dasein des Parvenüs seinen gesellschaftlichen Standort, während die „durchschnittlichen Juden“ ihr Jüdessein als eine merkwürdige Ambivalenz internalisierten: „weder eindeutig ein Parvenu noch eindeutig ein Rebell“ und der dadurch nur ein leeres Anderssein betonen konnte, „das dann später als angeborene Fremdheit in unzähligen psychologischen Variationen interpretiert wurde.“⁶⁰¹

⁵⁹⁷ Hannah Arendt, *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, München 1993, S. 14. Das Buch, dessen Originalausgabe bekanntlich 1951 in New York unter dem Titel „The Origins of Totalitarianism“ erschien, wurde in Auszügen im „Monat“ veröffentlicht. Es handelte sich um folgende drei Kapitel: Der imperialistische Charakter. Eine psychologisch-soziologische Studie, in: *Der Monat*, Heft 24 (1950), 2. Jg., S. 509-522; Totalitäre Propaganda. Ein Kapitel aus „Die Ursprünge des Totalitarismus“, in: *Der Monat*, Heft 33 (1951), 3. Jg., S. 241-258; Die Geheimpolizei. Ihre Rolle im totalitären Herrschaftsapparat, in: *Der Monat*, Heft 46, 4. Jg. (1952), S. 370-388.

⁵⁹⁸ Hannah Arendt war keine Anhängerin eines in der Menschheitsgeschichte waltenden historischen Determinismus, so dass es für sie keine wie auch immer geartete zwangsläufige Kontinuität von Vergangenheit und Gegenwart gab. Da sie indes keineswegs einem kontingenten Geschichtsverständnis das Wort redete, favorisierte Arendt in der historischen Darstellung des Buches, die Elemente herauszudestillieren, die sich später zu der Form der totalen Herrschaft kristallisierten. Insofern war der im Buchtitel enthaltene Begriff „Ursprünge“ irreführend, als damit eine quasi zwangsgesetzliche Entwicklung suggeriert wurde.

⁵⁹⁹ Hannah Arendt, *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, S. 67.

⁶⁰⁰ Ebenda, S. 77.

⁶⁰¹ Ebenda, S. 129.

Ein Schwerpunkt ihres Antisemitismusteils fokussierte die politischen und ideologischen Ursachen des modernen Antisemitismus. Arendt beschrieb mittels der Judengesetzgebung sowie der Genese früher deutscher und österreichischer Antisemitenparteien das für das Kleinbürgertum charakteristische Denken. Ebendieses Denken war zum einen von der Agonie der Traditionen und Werte sowie zum anderen von der Säkularisierung und der Bereitschaft universalen Welterklärungsformeln anheim zu fallen gekennzeichnet. Für Arendt war die den französischen Nationalstaat erschütternde „Dreyfus-Affäre“ ein Vorspiel, eine „Generalprobe“ für die antisemitische Gewalt des 20. Jahrhunderts.⁶⁰²

Vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges verlor der moderne Antisemitismus an Boden, was nach Arendt in erster Linie an der nachlassenden Bedeutung des jüdischen (Finanz-)Einflusses im Bürgertum lag. Gleichzeitig spielte ihrer Meinung nach eine sich konstituierende jüdische Gruppe im Bereich der Kunst und der Kultur eine immer größere Rolle, was im Kontext der jüdischen Geschichte insofern einen verhängnisvollen Bruch implizierte, als die Assimilation zahlreicher Juden, den sogenannten „entjudeten“ Juden, des Bürgertums zur Aufgabe des jüdischen National- und Selbstwertgefühls führte. Die lebensgefährliche Bedrohung durch den politischen Antisemitismus, wie er sich in den staatlich organisierten Pogromen in Russland oder in Rumänien manifestierte, erkannten die Juden in den westeuropäischen Ländern nicht, weil diese weitestgehend von den sogenannten Antisemitismuswellen der Nachkriegszeit verschont blieben. Allerdings wurden insbesondere die Juden in Deutschland und Österreich mit dem „angeblichen Verbrechen“ in Verbindung gebracht, dass sie „schuld am Kriege“ wären, und dies Verbrechen, das nicht mehr mit einem bestimmten Individuum verknüpft war, konnte auch nicht mehr in den Augen von Gesellschaft und Mob widerlegt werden“. Und zu den Konsequenzen schrieb Hannah Arendt: „Was die Juden anlangte, so war die gesellschaftliche Transformierung des ‚Verbrechens‘, ein Jude zu sein, in das gesellschaftsfähige Laster der Jüdischkeit von äußerster Gefahr. Aus dem Judentum konnte man entkommen, aus der Jüdischkeit nicht; ein Verbrechen unterliegt nur einer Strafe, auf dem Laster, will man es überhaupt bekämpfen, steht die Ausrottung. (...) Der Nazi-Antisemitismus hatte sicher seine Wurzeln eher in politischen Umständen als in gesellschaftlichen Bedingungen; aber wiewohl gerade der Rassebegriff andere und politisch relevantere Ziele und Funktionen hatte, so war doch seine furchtbar erfolgreiche Anwendung auf die Juden in weitem Maße gesellschaftlichen Phänomenen und Überzeugungen geschuldet, die jene Atmosphäre allgemeiner Zustimmung schufen, aus der es kein Entrinnen mehr gab.“⁶⁰³

⁶⁰² Siehe das ausführliche Kapitel „Dreyfus-Affäre“, in: ebenda, S. 163-206.

⁶⁰³ Ebenda, S. 161.

Der zweite Teil ihrer Studie „Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft“ über den „Imperialismus“ untersuchte die Genese des aus dem Kolonialismus resultierenden kontinentalen sowie des transatlantischen europäischen Imperialismus in der Zeitspanne von 1884 bis 1914. Hannah Arendt zufolge untergrub der Aufstieg des Imperialismus gleichzeitig sukzessive die Stabilität der europäischen Nationalstaaten. Ihrer Einschätzung nach führte nämlich die ständig beschleunigte wirtschaftliche Expansion als zentralem Ziel imperialistischer Machtpolitik zum Widerspruch mit dem Homogenitätsprinzip und dem territorialen Selbstverständnis des Nationalstaates. Der traditionelle Nationalstaat ermöglichte der „Bourgeoisie“ hohe Profite aus dem industriellen Aufschwung in Europa zu erzielen. Ein Resultat der „Expansion um der Expansion willen“ (Karl Marx), also der ungezügelter Kapitalakkumulation, war mithin ein Freisetzen von bis zu diesem Zeitpunkt nicht gekannter Kräfte, die einerseits die innerstaatlichen Produktionsverhältnisse als auch andererseits die soziale Entwicklung sprengte. Dazu schrieb Hannah Arendt:

„Als Produktion und wirtschaftliches Wachstum im letzten Drittel des Jahrhunderts von ökonomischen Krisen bedroht wurden, waren die Hemmnisse nicht eigentlich ökonomischer Natur, sondern politisch bedingt; die industrielle Revolution stieß an die Grenzen nationalen Territoriums (...). Der Imperialismus entstand, als die Industrialisierung der kapitalistisch bewirtschafteten Länder Europas sich bis an die eigenen Landesgrenzen ausgebreitet hatte und es sich herausstellte, daß diese Landesgrenzen nicht nur einer weiteren Expansion im Wege stehen würden, sondern damit den gesamten Industrialisierungsprozeß aufs schwerste bedrohen könnten. Die Wirtschaft selbst zwang die Bourgeoisie, politisch zu werden; das kapitalistische System, das auf einem ständigen Anwachsen der industriellen Produktion beruht, konnte nur gerettet werden, wenn es gelang, die Außenpolitik der Nationalstaaten im Sinne der für die notwendigen Expansion zu bestimmen.“⁶⁰⁴

Zwar gelang der Bourgeoisie in Europa die politische Emanzipation sowie zudem die Transformation der nationalstaatlichen Politik in eine expansive Weltmachtpolitik. Was ihr indes nicht gelang, war eine diesen Prozess notwendig gewordene politische Neugründung.⁶⁰⁵ Für Hannah Arendt folgte daraus, dass für die Bourgeoisie die kapitalistische Expansion über die eigenen europäischen Grenzen hinaus seine Ursache in einem Machtprozess hatte und nur durch diesen gesichert werden könne. „Der imperialistisch gesinnte Unternehmer (...)“, so Hannah Arendt,

„begriff und war bereit zuzugestehen, daß Macht, die um ihrer selbst willen verfolgt wird, und nur sie, automatisch mehr Macht erzeugt. Als die Kapitalakkumulation an ihre Grenze und zu einem gewissen Stillstand gekommen war, wurde zu ersten Mal allen auch ohne alle Beihilfe von seiten logischen Denkens klar, daß der Motor nur durch einen neuen machtakkumulierten

⁶⁰⁴ Ebenda, S. 222.

⁶⁰⁵ Ebenda, S. 234.

Prozeß wieder zum Anrollen gebracht werden konnte, um dann unter der Devise ‚Expansion ist alles‘ den Erdball zu überrollen.“⁶⁰⁶

Dieser Prozess, der auf unendliche Machtakkumulation angelegt war und als prätotalitärer Expansionismus bezeichnet werden kann, fand unter der Ägide der wirtschaftlichen Elite statt und wurde personell vom sogenannten „Mob“ getragen, d. h. jener gesellschaftlichen Gruppe, die von Arendt als Nebenprodukt der kapitalistischen Entwicklung angesehen wurde. Sie waren die „menschlichen Abfallprodukte“ aus allen Klassen und Schichten, „die nach jeder Krise, wie sie unweigerlich auf jede Periode industrieller Ausdehnung folgte, aus der Reihe der Produzenten ausgeschieden und in permanente Arbeitslosigkeit gestoßen wurde.“⁶⁰⁷ Der Mob zeigte sich aufgrund seiner spezifischen mentalen als auch sozio-ökonomischen Dispositionen ganz besonders anfällig für deterministische Geschichtsphilosophien und rassistische Ideologien sowie sozialdarwinistischen Selektionsvorstellungen. Der sogenannte Rassebegriff stand auch im Zentrum der innenpolitischen Organisation der Völker und ersetzte die „vorimperialistische, erobernde und ausraubende Kolonialherrschaft“ durch eine „geregelte Unterdrückung“, anders gesagt, durch eine repressive, funktionale Kolonialbürokratie.⁶⁰⁸

Mit Blick auf die totalitären Bewegungen betrachtete Hannah Arendt die vor dem Imperialismus entstandenen sogenannten germanischen und slawischen Panbewegungen als ideologische und politische Vorläuferbewegungen an, die beide später im Nationalsozialismus und im Stalinismus ihre Spuren hinterließen. Für die Panbewegungen war kennzeichnend, dass ihre Mitglieder von einem plan- und ziellosen Expansionismus und von einem mystisch aufgeladenen völkischen Nationalismus zusammengehalten wurden. Darüber hinaus machten sie den modernen rassistischen Antisemitismus zum „Zentrum der Gesamtweltanschauung“ und legitimierten auf dieser ideologischen Grundlage ihre Welteroberungs- und Welterlösungspläne.⁶⁰⁹ „Die totalitären Bewegungen schließlich“, so Hannah Arendt, die von den Imperialisten die Partei- und von den Panbewegungen die Staatsfeindschaft übernahmen, aber deren positive Ziele, das Reich oder die völkisch verstandene Volksgemeinschaft, nur

⁶⁰⁶ Ebenda, S. 249. Für Hannah Arendt war es Thomas Hobbes, der in seinem „Leviathan“ zu der Erkenntnis kam, „daß eine Gesellschaft, die den Erwerb für einen unendlichen Prozeß hielt, die politische Macht ergreifen mußte, schon weil der Akkumulationsprozeß früher oder später die Grenzen der nationalen Gebiete überschreiten würde. Er sah voraus, daß eine Gesellschaft, die sich auf diesen Weg des unendlichen Erwerbs begeben hatte, auch einen politischen, dynamischen Apparat brauchen würde, der einen ihr entsprechenden Prozeß der Machtakkumulation hervorbringen könne.“ (Ebenda, S. 251)

⁶⁰⁷ Ebenda, S. 257.

⁶⁰⁸ Siehe hierzu im Einzelnen das Kapitel „Rasse und Bürokratie“, in: ebenda, S. 307-357.

⁶⁰⁹ Siehe im Einzelnen ebenda, S. 358-390.

noch zu Zwecken der Propaganda benutzten, stellten sich für die Organisation der Massen in einer Massengesellschaft als allen anderen überlegen heraus.“⁶¹⁰

Neben dem modernen Antisemitismus betrachtete Hannah Arendt – wie gezeigt – im europäischen Imperialismus in der Schlussphase des 19. Jahrhunderts bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges eine entscheidende Voraussetzung für das Entstehen der totalitären Bewegungen. Vor allem weil damit auch der allmähliche Zerfallsprozess des Nationalstaatenmodells koinzidierte, der nach der Katastrophe des Ersten Weltkrieges immer offensichtlicher in Erscheinung trat. In diesem Kontext thematisierte Hannah Arendt die „Aporien der Menschenrechte“.⁶¹¹

Der innere Zerfall der Nationalstaaten setzte für sie mit dem Auftreten der durch den Versailler Vertrag verursachten Minderheiten in den mittelost- und südosteuropäischen Ländern ein. Denn dieser sah die Schaffung einzelner Nationalstaaten vor, die sich in ihrem Innern mit mehr oder weniger homogenen nationalen Minderheiten konfrontiert sahen. Die daraus resultierenden Nationalitätenkonflikte führten zur Instabilität dieser Staaten. Die Minderheiten, die Flüchtlinge und die sogenannten Staatenlosen, „die sich in großen Gruppen und schließlich als kompakte Volkssplitter über ganz Mittel- und Westeuropa ergossen, haben den Zerfallsprozeß des Nationalstaates insofern außerordentlich beschleunigt, als die nationalstaatliche Lebensform nun immer größere Gruppen europäischer Menschen ausschloß und in ein Niemandsland verwies, in dem es weder Recht noch Gesetz noch irgendeine Form geregelten menschlichen Zusammenlebens gab.“⁶¹² Eine fatale Konsequenz aus der angezeigten Nachkriegsproblematik war der Zusammenbruch des Asylrechts und des Naturalisierungssystems der Nationalstaaten.

Die enge Verquickung von nationaler Souveränität und Menschenrechten wurde im Hinblick auf die Problematik der Staatenlosen, der Minderheiten und politischen Flüchtlinge offenbar und führte zu den von Hannah Arendt bezeichneten „Aporien der Menschenrechte“. Denn der Verlust der nationalen Rechte zog in allen Fällen den Verlust der individuellen Menschenrechte nach sich. Die Menschenrechte brachen in dem Moment zusammen, „wo Menschen sich wirklich nur noch auf sie und auf keine national garantierten Rechte berufen konnten.“⁶¹³ Die ‚unveräußerlichen Rechte der Menschen‘ kamen nicht dem Individuum als Individuum zu, sondern nur dem Mitglied einer politischen Gemeinschaft. Indes konnten die

⁶¹⁰ Ebenda, S. 421.

⁶¹¹ Siehe hierzu ebenda, S. 452-470.

⁶¹² Ebenda, S. 425.

⁶¹³ Ebenda, S. 466.

Menschen wie gesagt die „unveräußerlichen Menschenrechte“ verlieren, „wenn man ihn aus der Menschheit überhaupt, und das (hieß) konkret aus jeglicher politischer Gemeinschaft, entfernt(e)“.⁶¹⁴

Diese Konflikte brachten das zwischen den Prinzipien der universellen Menschenrechte und dem Prinzip der nationalen Souveränität existierende Problem zum Ausdruck. Was Arendt erkannte, war die fatale Kombination von Volkssouveränität und Rechtsstaatlichkeit. Anders gesagt: Seit der Konstitution des französischen Nationalstaates bestand nämlich das praktisch-politische Problem darin, dass die durch die französische Revolution ausgerufene Menschenrechtserklärung an das Nationalstaatsprinzip gekoppelt war. „Die Fragwürdigkeit dieser Verschmelzung“, so Arendt, lag darin, „daß der Mensch sich kaum als ein von allen Autoritäten gelöstes und aus allen Bindungen herausgelöstes, völlig isoliertes Wesen etabliert hatte, das seine ihm eigentümliche Würde, die neue Menschenwürde, nur in sich selbst vorfand, ohne jeden Bezug zu einer anderen, höheren und umgreifenden Ordnung, als er aus dieser Isolierung auch schon wieder verschwand und sich in das Glied eines Volkes verwandelte. (...) Die Paradoxie, die von Anfang an in dem Begriff der unveräuerbaren Menschenrechte lag, war, daß dieses Recht mit einem ‚Menschen überhaupt‘ rechnete, den es nirgends gab, da ja selbst die Wilden in irgendeiner Form menschlicher Gemeinschaft leben. (...) So vermengte sich die ganze Frage der Menschenrechte von vornherein unentwirrt mit der Frage der nationalen Emanzipation und des Selbstbestimmungsrechtes der Völker. Nur die emanzipierte Souveränität des Volkswillens, und zwar des Willens des eigenen Volkes, schien imstande, die Menschenrechte zu verwirklichen. (...) Was diese Verquickung der Menschenrechte mit der im Nationalstaat verwirklichten Volkssouveränität eigentlich bedeutete, stellte sich erst heraus, als immer mehr Menschen und immer mehr Volksgruppen erschienen, deren elementaren Rechte als Menschen wie als Völker im Herzen Europas so wenig gesichert waren, als hätte sie ein widriges Schicksal plötzlich in die Wildnis des afrikanischen Erdteils verschlagen.“⁶¹⁵

Die Verklammerung von nationaler Souveränität und Menschenrechten hatte zwei entscheidende Konsequenzen zur Folge. Sie führte nämlich zur Abgrenzung nach außen und zur Homogenisierung nach innen, so dass quasi der gesellschaftliche und politische Boden für jene Massenhaftigkeit vorbereitet wurde, in welcher das einzelne Individuum sich wirklich nur noch als Exemplar einer „Spezies“ fühlte. Diese Logik wurde durch die imperialistische Dynamik weltweit freigesetzt.⁶¹⁶ Hannah Arendts Interpretation nach war das Totalitarismusphänomen nur vor dem Hintergrund dieser neuartigen Vermassung des Individuums zu verstehen und insofern ein originäres Problem der Moderne, als nämlich erst der fortgeschrittene Kapitalismus bzw. der Imperialismus selbst ebendiese Vermassung des

⁶¹⁴ Ebenda, S. 464.

⁶¹⁵ Ebenda, S. 454 f.

⁶¹⁶ So Ingeborg Nordmann, Hannah Arendt, Frankfurt a. M./New York 1994, S. 64.

Individuums gewissermaßen mitproduzierte. Ihrer Einschätzung nach gehörte zu der wesentlichen Grunderfahrung des modernen Massenmenschen die der existentiellen Verlassenheit. Diese „Weltlosigkeit“ beruhte darauf, dass die Menschen durch die weitgehende Zerstörung sozialer Beziehungen und Wertvorstellungen restlos auf sich selbst zurückgeworfen wurden mithin prädestiniert waren, zum „Spielball“ totalitärer Ideologien zu werden. Hannah Arendt zufolge bedienten sich die totalitären Bewegungen nach dem Ersten Weltkrieg auch des Nationalismus, um die Gleichschaltung der Massen zu erreichen und um die Krise der nationalstaatlichen Klassengesellschaft – die mit dem Zusammenbruch des Parteiensystems korrespondierte – voranzutreiben. In diesem Zusammenhang war Hans Kohn explizit und Hannah Arendt implizit der Auffassung, dass insbesondere der Aufstieg des Nationalsozialismus Ende der 1920er Jahre zu einer gewissermaßen nationalistischen Massenbewegung nur vor dem Hintergrund der „Krise des Individuums“ zu verstehen war.⁶¹⁷

⁶¹⁷ Vgl. hierzu das Kapitel „Die Massen“, in: Hannah Arendt, Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, S. 499-528.

II. 2. Totalitäre Erfahrungen⁶¹⁸ im 20. Jahrhundert: Das Totalitarismusphänomen und die ehemaligen Kommunisten

„Das Entscheidende ist der Tag gewesen, an dem wir von Auschwitz erfuhren (...) Das ist der eigentliche Schock gewesen. Vorher hat man sich gesagt: Nun ja, man hat halt Feinde. Das ist doch ganz natürlich. Warum soll ein Volk keine Feinde haben? Aber dies ist anders gewesen. Das war wirklich, als ob der Abgrund sich öffnet. Weil man die Vorstellung gehabt hat, alles andere hätte irgendwie noch einmal gutgemacht werden können, wie in der Politik ja alles einmal wieder gutgemacht werden kann. Dies nicht. Dies hätte nie geschehen dürfen. Und damit meine ich nicht die Zahl der Opfer. Ich meine die Fabrikation der Leichen und so weiter...Dies hätte nie geschehen dürfen. Da ist irgend etwas passiert, womit wir alle nicht mehr fertig werden.“⁶¹⁹

In ihrem berühmten Fernsehgespräch mit Günter Gaus aus dem Jahre 1964 betonte die deutsch-amerikanische Jüdin Hannah Arendt konzis und eindrücklich, welche existentielle Erfahrung die nationalsozialistische Judenvernichtung für sie darstellte. Ohne die Schockerfahrung des Holocaust lässt sich das Entstehen ihres Schlüsselwerkes der Totalitarismusforschung „Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft“ nicht verstehen. Wie gezeigt,⁶²⁰ war Hannah Arendt nur eine unter mehreren Wissenschaftlern, die aufgrund eines existentiellen Erfahrungshintergrundes entscheidend motiviert wurde, sich mit dem Phänomen totalitärer Herrschaft auseinanderzusetzen. Gerade Wissenschaftler im politischen Exil – wie Arendt – gehörten zu den Begründern theoretischer Entwürfe. Der Politikwissenschaftler Alfons Söllner beleuchtet in seinem Beitrag „Das Totalitarismuskonzept in der Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts“⁶²¹ diesen Aspekt: Wie sich nämlich totalitäre Erfahrungen in der Denkfigur der Totalitarismustheorie niedergeschlagen haben. Für ihn handelt es sich um ein „theoretisch-politisches Zwitterwesen“, dessen aufgebautes Spannungsverhältnis zwischen den Polen Ideologie und Wahrheit liegt und weder nach der einen noch nach der anderen Seite aufzulösen sei. Gleichwohl müsse nach seinem Dafürhalten diese Widersprüchlichkeit ausgehalten werden, was auf die „methodische Paradoxie“ hinausläuft, die „totalitäre Erfahrung“ sozusagen beim

⁶¹⁸ Karl Dietrich Bracher, Die totalitäre Erfahrung, München 1987. So auch bereits Hans Buchheim, Totalitäre Herrschaft. Wesen und Merkmale, München 1962, S. 12.

⁶¹⁹ Hannah Arendt, Was bleibt? Es bleibt die Muttersprache. Ein Gespräch mit Günter Gaus, in: Adelbert Reif (Hg.), Gespräche mit Hannah Arendt, München 1976, S. 9-34 (hier S. 23 f.).

⁶²⁰ Siehe die entsprechenden Ausführungen im Einleitungskapitel „Die wechselvolle Geschichte des Totalitarismusbegriffs“.

⁶²¹ Alfons Söllner, Das Totalitarismuskonzept in der Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts, in: ders. / Ralf Walkenhaus / Karin Wieland (Hg.), Totalitarismus - Eine Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts, S. 10- 21.

Wort zu nehmen, sie in den Mittelpunkt der Analyse zu rücken, um von dort aus dann an ihrer Auflösung zu arbeiten. Söllner ist es darum zu tun, sich von den konventionellen Fragen der Wissenschaftsgeschichte zu verabschieden, die primär die „Objektbeziehungen“ des Totalitarismuskonzepts fokussierte. „Gefragt wird“, so der Berliner Politikwissenschaftler, „stattdessen und zum anderen, welche politischen Erfahrungen das Konzept auf den Weg gebracht haben, welche wissenschaftlichen Ambitionen und theoretischen Reflexionen sich an ihm kristallisiert haben und welche Schlußfolgerungen daraus gezogen wurden. In den Vordergrund tritt damit, was die Totalitarismustheorie über seine Urheber aussagt, über die Intellektuellen, die das Konzept erfunden und entwickelt, die es gebraucht, verändert oder auch kritisiert und fallengelassen haben. Es geht, um die Rekonstruktion von politisch-existentialen Erfahrungen, um deren Transformation in wissenschaftliche Theorien und schließlich darum, wie beides, politische Erfahrungen und theoretische Reflexion, kumulativ für eine Geschichte der politischen Intelligenz im 20. Jahrhundert genutzt werden kann. Totalitarismus als Erfahrungsgrund – Antitotalitarismus als kritische Schlußfolgerung – positive Bewertung der Demokratie...“⁶²²

Für Alfons Söllner hat also der persönliche Erfahrungskontext der Autoren eine überragende Bedeutung gehabt bei der Ausformulierung der einzelnen theoretischen Werke. Bei aller Unterschiedlichkeit der wissenschaftlichen Arbeiten von Hannah Arendt, Waldemar Gurian, Sigmund Neumann, Eric Voegelin oder Franz Borkenau, darf seiner Ansicht nach doch die Gemeinsamkeit nicht aus Blickfeld geraten, die letzten Endes zur Formierung der Totalitarismustheorie geführt hätten: „sie werden konzentriert greifbar in der Tatsache, daß so gut wie sämtliche Protagonisten der Totalitarismustheorie in den 30er Jahren nicht nur Gegner diktatorischer Regime waren, sondern daß sie von ihnen – nicht nur potentiell, sondern tatsächlich – mit dem Tode bedroht und außer Landes getrieben wurden. Auch wenn gewisse Modifikationen für das faschistische Italien anzubringen sind, trifft die Verallgemeinerung zu, daß die ‚Erfinder‘ dieser Theorie in ihrer Mehrzahl exilierte Intellektuelle waren, also prädestinierte Opfer entweder des Hitler- oder des Stalin-Regimes, die der Todesdrohung oft nur mit knapper Not entrinnen konnten – bisweilen waren sie sogar von beiden Regimen gleichzeitig verfolgt, sie gerieten von der einen Verfolgung in die andere, und wie die zynischen Variationen und Überlagerungen des totalitären Terrors zwischen den Fronten ansonsten gegnerischer Regime sich auch gestalten mochten.“ Söllners Meinung nach liegt hier das offene Geheimnis der Totalitarismustheorie und schlussendlich der Erfahrungskern einer ganzen Generation von Intellektuellen: „ihr Ursprung aus der physischen Todesdrohung und deren existentielle Umwandlung in Kritik.“⁶²³

⁶²² Ebenda, S. 16.

⁶²³ Ebenda, 17 f.

Erst vor diesem Hintergrund ist das Engagement vieler Autoren der Zeitschrift „Der Monat“ zu verstehen, da sich bei einem Großteil der Mitarbeiter totalitäre Erfahrungen nachzeichnen lassen. Und darum ist auch in der Geschichte der Totalitarismustheorie der Anteil von ehemaligen kommunistischen Schriftstellern und Intellektuellen, sowie von deutschen, polnischen und russischen Emigranten bemerkenswert groß. Es besteht nämlich kein Zweifel daran, dass die Totalitarismustheorie in „erheblichen Zügen den Versuch darstellt, eine doppelte Niederlage zu verarbeiten – gegenüber dem Nationalsozialismus und gegenüber dem Stalinismus. Das Erschrecken darüber, daß sich im Kampf mit den Nazis die Sowjetunion und die kommunistischen Parteien auch als gefährliche Gegner entpuppen konnten, verleiht einer Reihe von Texten eine geradezu existentielle Signatur.“⁶²⁴ Ohne diese existentielle Dimension ist die Literatur der Renegaten nicht zu verstehen, die in ihrem mitanvisierten Vergleich des Stalinismus mit dem Nationalsozialismus, wie gesagt, eine Totalitarismustheorie in nuce darstellt.⁶²⁵ Im Spanischen Bürgerkrieg erlebte der Renegat seine Geburtsstunde. Infolge von totalitären Erfahrungen entstand der Renegat als ein neuartiger Typus des politischen Schriftstellers.⁶²⁶

Mit einer überaus großen Erwartungshaltung und Begeisterung reisten unter anderem zahlreiche internationale Schriftsteller und Intellektuelle wie Arthur Koestler, Alfred Kantorowicz, André Malraux, George Orwell, Stephen Spender oder auch der damals wohl bekannteste Mann der Feder, Ernest Hemingway,⁶²⁷ um innerhalb der Internationalen Brigaden den Kampf für die Freiheit und die Demokratie zu unterstützen. Sie und die vielen anderen Teilnehmer des am 17./18. Juli 1936 beginnenden Spanienkrieges waren überzeugt davon, dass in dieser militärischen Auseinandersetzung zwischen Anhängern der Republik und den Truppen Francos mehr auf dem Spiel stand, als ausschließlich die politische Zukunft *eines* südeuropäischen Landes. Beispielsweise berichtete Franz Borkenau in seinem 1938 erschienenen Buch „The Spanish Cockpit“, dass vielen Zeitgenossen der hohe Stellenwert

⁶²⁴ Wolfgang Kraushaar, *Sich aufs Eis wagen. Plädoyer für eine Auseinandersetzung mit der Totalitarismustheorie*, in: *Mittelweg* 36, 2 (1993) 2, S. 6-29. Wiederabdruck in: ders., *Linke Geisterfahrer. Denkanstöße für eine antitotalitäre Linke*, S. 59-86 sowie Eckhard Jesse (Hg.), *Totalitarismus im 20. Jahrhundert*, S. 453-470.

⁶²⁵ So der Verfasser der vorliegenden Arbeit im Einleitungskapitel „Die wechselvolle Geschichte des Totalitarismusbegriffs“, S. 18.

⁶²⁶ Michael Rohrwasser, *Der Stalinismus und die Renegaten. Die Literatur der Exkommunisten*, Stuttgart 1991, S. 70.

⁶²⁷ Vgl. Lionel Trilling, *Ein Amerikaner in Spanien*, in: *Der Monat*, Heft 5 (1949), 1. Jg., S. 90-93, hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: Ernest Hemingway, *Wem die Stunde schlägt*, Berlin und Frankfurt am Main [1949], indem Hemingway seine Erfahrungen im Spanischen Bürgerkrieg literarisch verarbeitete.

„des spanischen Kampfes für die Zukunft der Menschheit“ ins Auge stach.⁶²⁸ „Innerhalb weniger Wochen“, so Stephen Spender in seinem 1951 in England erschienenen Buch „World Within World“, „war Spanien das Symbol der Hoffnung für alle Antifaschisten geworden. Es bot dem 20. Jahrhundert ein 1848 an: das heißt, die Zeit und den Ort, wo eine Sache, die einen größeren Grad an Freiheit und Gerechtigkeit als eine entgegengesetzte reaktionäre verkörperte, Siege errang. Es wurde möglich, den Kampf zwischen Faschismus und Antifaschisten als einen wirklichen Konflikt zwischen Ideen zu sehen, und nicht bloß als Siege von Diktatoren, die schwachen Gegnern die Macht entreißen. Von einer jämmerlichen Katastrophe hob Spanien das Schicksal der Antifaschisten auf die Höhen einer Tragödie.“⁶²⁹ Er diene sozusagen als Seismograph für die weitere Entwicklung Europas, denn im Spanischen Bürgerkrieg waren „die Keime eines neuen europäischen Krieges enthalten“, so die Prognose von Willi Münzenberg im Laufe des Jahres 1937.⁶³⁰ Einen gänzlich neuartigen Charakter besaß der Spanienkonflikt nicht nur durch den – in dieser Form – erstmaligen extensiven Medieneinsatz zu Propagandazwecken auf beiden Seiten der Kontrahenten, sondern auch und vor allem durch die politisch-militärische Konstellation. Denn hier trafen letzten Endes „Komintern und Faschintern“ (Franz Borkenau) aufeinander, d. h. Franco konnte sich der Hilfe Mussolinis und Hitlers erfreuen, während die Spanische Republik Unterstützung seitens der Sowjetunion zuteil wurde.⁶³¹ Als einziges europäisches Land entsandte Moskau Militärberater und NKWD-Mitarbeiter und lieferte gegen Bezahlung militärische Waffen. Kein Zweifel: Vor allem die direkt beteiligten Spanienkämpfer hatten ein Gespür und ein Bewußtsein von der historischen Bedeutung und Tragweite des Geschehens und so konnte Alfred Kantorowicz post festum resümierend zu der Einschätzung kommen, dass der Zweite Weltkrieg 1936 auf dem spanischen Boden begonnen hatte.⁶³²

Gleichwohl sollten die Vorgänge in Spanien für zahlreiche freiwillige „antifaschistischen Kämpfer“ noch eine andere, d. h. lebensgeschichtliche Bedeutung gewinnen, die in vielen Fällen traumatische Formen annahm. Den republikanischen Freiheitskämpfern verschiedener Couleur wurde alsbald die immer schlimmer und

⁶²⁸ Franz Borkenau, Kampfplatz Spanien. Politische und soziale Konflikte im Spanischen Bürgerkrieg, Stuttgart 1986, S. 362 f.

⁶²⁹ Zitiert nach Stefan Howald, George Orwell, Reinbek bei Hamburg 1997, S. 71.

⁶³⁰ Zitiert nach Michael Rohrwasser, Der Stalinismus und die Renegaten. Die Literatur der Exkommunisten, S. 58.

⁶³¹ Zur Genese des Spanischen Bürgerkrieges und zur Rolle Deutschlands, Italiens und der Sowjetunion hierbei vgl. die Beiträge im „Monat“: Werner Orłowsky, Das Vorspiel zum Kriege. Zum zwanzigsten Jahrestag des Spanischen Bürgerkrieges, in: Der Monat, Heft 94 (1956), 8. Jg., S. 22-30. Vgl. zudem die Kritik an diesem Aufsatz von Anton M. Rothbauer, Spanien – eine gescheiterte Volksdemokratie, in: Der Monat, Heft 100 (1957), 9. Jg., S. 78-82; sowie die Entgegnung dazu von Werner Orłowsky im selben Heft, S. 82-85.

⁶³² Siehe Alfred Kantorowicz, Spanisches Kriegstagebuch, Köln 1966, S. 19.

widersprüchlicher werdende Wirklichkeit bewusst. Für Wolfgang Kraushaar sind in diesem Kontext die Erfahrungen von George Orwell, die dieser in seinem Buch „Mein Katalonien“⁶³³ geschildert hat, prototypisch. „Er schließt sich der trotzkistischen POUM (Partido Obrero de Unificación Marxista; J.G.) an, um auf seiten der Republikaner gegen Francos Truppen zu kämpfen. Zu seiner Überraschung stellt er fest, daß es neben der militärischen Front noch eine zweite innerhalb der Internationalen Brigaden gibt. Bereits nach den ersten Waffenlieferungen aus der Sowjetunion greift die ‚Säuberungswelle‘ von Moskau aus auf Spanien über. Anarchisten, Syndikalisten, Trotzkisten und Rätekommunisten werden als Feinde des Sowjetkommunismus stigmatisiert und verfolgt.“⁶³⁴ Für George Orwell, dem es in nachgerader letzter Sekunde gelang dem kommunistischen Geheimdienst in Barcelona zu entkommen, wurde der Spanische Bürgerkrieg zu einem Schlüsselerlebnis in seiner politischen Biographie und begründete zum einen seine Gegnerschaft gegenüber dem sowjetischen Kommunismus⁶³⁵, aber zum anderen auch seine antitotalitäre Position. Rückblickend stellte er hierzu fest: „Der Spanische Bürgerkrieg und andere Ereignisse in den Jahren 1936-37 bewirkten den Umschwung. Ich wußte nun, wo ich stand. Jede Zeile der wesentlichen Arbeiten, die ich seit 1936 geschrieben habe, ist direkt oder indirekt *gegen* den Totalitarismus und *für* den demokratischen Sozialismus, wie ich ihn auffasse.“⁶³⁶

Die „Säuberungswelle“ in Spanien wurde bereits im Dezember 1936 durch die in Moskau erscheinende „Prawda“ angekündigt. In einem Artikel wurde geschrieben, dass die bereits in Gang gekommenen „Säuberungen“ in Spanien mit der gleichen Energie durchgeführt werden müssten, wie sie schon im eigenen Land vollzogen worden sind.⁶³⁷ Der Terror in Spanien wies eine zeitliche Koinzidenz mit dem „Großen Terror“ in der Sowjetunion auf. In Moskau begann am 21. August 1936 der erste Schauprozess gegen

⁶³³ George Orwell, Mein Katalonien, München 1964 (engl. Originalausgabe: *Homage to Catalonia*, London 1938). Das Buch widmete der Autor den „katalanischen Freiheitshelden“ und beendete seinen „linken Radikalismus“. „Der Monat“, Heft 5 (1949), 1. Jg., S. 111 schrieb hierzu, dass Orwells „Soldatenzeit“ im Spanischen Bürgerkrieg eine zentrale Erfahrung war und eine persönliche Wandlung zur Folge hatte, denn „er meldete sich zur loyalistischen Miliz nach Spanien und erlebte in Barcelona den zynischen Verrat vom Mai 1937, als der kommunistische Putsch gegen Anarchisten und POUM die Reihen der republikanischen Kämpfer von innen her aufrollte.“

⁶³⁴ Wolfgang Kraushaar, *Sich aufs Eis wagen. Plädoyer für eine Auseinandersetzung mit der Totalitarismustheorie*, S. 17. Vgl. Patrik zur Mühlen, *Säuberungen unter deutschen Spanienkämpfern*, in: *Exilforschung. Ein internationales Jahrbuch* 1 (1983), S. 165-176.

⁶³⁵ In seinem Beitrag über George Orwell schrieb V. S. Pritchett, dass mit den persönlich gemachten Erfahrungen im Spanischen Bürgerkrieg der Autor von „Mein Katalonien“ sich zu einem „leidenschaftlichen Gegner des stalinistischen Rußland“ entwickelt hatte. In: *Der Monat*, Heft 6 (1949), 1. Jg., S. 88-92 (hier S. 90).

⁶³⁶ George Orwell, *Warum ich schreibe*, in: *Im Innern des Wals. Erzählungen und Essays*, Zürich 1975, S. 14. Die englische Originalausgabe „*Inside the Whale*“ erschien 1940 in London. Siehe zu George Orwell auch das Porträt im Kapitel II. 4. 4.

⁶³⁷ Siehe W(alter) G. Krivitsky, *Ich war in Stalins Dienst!*, Amsterdam 1940, S. 120

führende Bolschewiki der ersten Stunde, der nicht nur für viele Linke einem Schockerlebnis gleichkam.⁶³⁸ Viele antifaschistischen Kämpfer, die zum Teil bereits vor dem Terror in der Sowjetunion nach Spanien geflohen waren, mussten nun direkt miterleben, wie der von Stalin angezettelte Terror sich nun gegen die von der Kommunistischen Partei Spaniens abgespaltenen POUM richtete und sich zu einem „Bürgerkrieg innerhalb des Bürgerkrieges“ entwickelte, so Arthur Koestler.⁶³⁹ In den Augen von Stalin war die trotzkistische Splitterpartei keineswegs nur ein politischer Kontrahent. Gegen die POUM richtete sich der Vorwurf der „fünften Kolonne“, d. h. dem „Verräter“, dem Feind in den eigenen Reihen, so dass sie zur „Agentur der Gestapo“ erklärt wurde. Der POUM-Vorsitzende Andres Nin wurde daraufhin in einem Gefängnis der GPU gefoltert und umgebracht. Der in den eigenen Reihen tobende Krieg hat nach Einschätzung Michael Rohrwasser eine schwer zu quantifizierende Zahl von Toten zur Folge gehabt, so dass er die vom sowjetischen Historiker Roy Medwedew gemachte Einschätzung, dass Stalin womöglich mehr Spanienkämpfer habe erschießen lassen, als durch die Kugeln der Faschisten in Spanien gefallen sind, anzweifelt.⁶⁴⁰

Zweifelsohne wurden die schrecklichen Erfahrungen des Spanienkrieges – die Franco-Truppen vor sich und die in den eigenen Reihen operierende stalinistische Terrormaschine hinter sich – zum festen Bestandteil des historischen Gedächtnisses der noch am Leben gebliebenen antistalinistischen Linken. Die einer „traumatischen Erfahrung“ (Michael Rohrwasser) gleichkommenden Erlebnisse brachte am eindrücklichsten der Trotzlist Victor Serge 1936 in einer Frage zum Ausdruck. In einem Brief an André Gide schreibt er: „Wir Bekämpfen den Faschismus. Wie aber können wir ihm mit so vielen Konzentrationslagern im Rücken den Weg verstellen?“⁶⁴¹ Die totalitären Erfahrungen versuchen die Renegaten literarisch aufzuarbeiten und ihren „Bruch mit dem Kommunismus“⁶⁴² zu verarbeiten. Franz Borkenau, George Orwell, Arthur Koestler, El Campesino (d. i. Valentin Gonzales), Julian

⁶³⁸ Siehe hierzu die Erfahrungen der „Riga-Fraktion“, die ich im Kapitel I. 1. „Die politische und ideologische Genese des Kalten Krieges. Der frühe intellektuelle und wissenschaftliche Antikommunismus in den Vereinigten Staaten“ geschildert habe.

⁶³⁹ Arthur Koestler, Abenteuer in Spanien. Aus „Die Geheimschrift“, in: Der Monat, Heft 78 (1955), 7. Jg., S. 493-505 (hier S. 502). Hierbei handelt es sich um einen längeren Vorabdruck seiner Autobiographie: Die Geheimschrift. Bericht eines Lebens, München 1955. Ein zweiter Auszug erschien in Heft 79 (1955), 7. Jg., S. 40-56. Koestler schilderte in den beiden Teilen seine Erfahrungen im Spanischen Bürgerkrieg. Nach der Verhaftung durch die Falangisten wurde er aufgrund internationalen Drucks wieder freigelassen. Insbesondere infolge seiner Erfahrungen in der Todeszelle des spanischen Gefängnisses brach Koestler nach seiner Befreiung mit der Kommunistischen Partei und erklärt seinen Austritt. Siehe zu Arthur Koestler auch das Porträt im Kapitel II. 4. 3.

⁶⁴⁰ Michael Rohrwasser, Der Stalinismus und die Renegaten. Die Literatur der Exkommunisten, S. 66.

⁶⁴¹ Zitiert nach Victor Serge, Erinnerungen eines Revolutionärs 1901-1941, Hamburg 1977, S. 460. Die französische Originalausgabe erschien 1951 unter dem Titel: „Mémoires d' un Révolutionnaire 1901-1941“.

⁶⁴² Hermann Kuhn, Bruch mit dem Kommunismus. Über autobiographische Schriften von Ex-Kommunisten im geteilten Deutschland, Münster 1990.

Gorkin, Alfred Kantorowicz, André Malraux, Gustav Regler oder Stephen Spender weigerten sich mit ihren autobiographischen Berichten in die kommunistische Interpretations-, „Falle des Entweder-Oder“ hineinzutappen und in dem Dilemma gefangen zu bleiben: „Treue zu Stalin oder Faschismus, ein Drittes gibt es nicht.“ Sie erheben „per se Einspruch gegen das Postulat dieser Alternative.“⁶⁴³

II. 2. 1. Die Erfahrungen von Margarete Buber-Neumann als exemplarischer Fall

Exemplarisch für die gemachten totalitären Erfahrungen mit dem kommunistischen und nationalsozialistischen Totalitarismus stehen die autobiographischen Zeugnisse von Margarete Buber-Neumann. Insbesondere die konkreten individuellen Erlebnisse nach ihrer politischen Emigration aus Deutschland in die Sowjetunion im Kontext des „Großen Terrors“ in den dreißiger Jahren stehen stellvertretend für die Erfahrungen vieler ehemaliger Kommunisten und späteren Mitarbeitern des „Monat“ mit der Herrschafts- und Verfolgungspraxis des stalinistischen Regimes.

Unter der Überschrift „Zwischen Rot und Braun“ unterstrich Franz Borkenau in seinem Beitrag für den „Monat“ die sich bereits durch den Titel „Als Gefangene bei Stalin und Hitler“ ergebende zentrale Bedeutung des Buches der ehemaligen deutschen Kommunistin Margarete Buber-Neumann. „Denn hiermit besitzen wir zum ersten Male“, so der Rezensent, „die Darstellung eines Menschen der zuerst in Händen der kommunistischen und dann der nationalsozialistischen Geheimpolizei war. Zum ersten Male können wir vergleichen, und es ist ein sehr lehrreicher Vergleich.“⁶⁴⁴ Indes soll an dieser Stelle nicht der explizite Vergleich zwischen dem sowjetischen und nationalsozialistischen Herrschaftssystem im Mittelpunkt stehen, sondern ausschließlich die persönlichen Erfahrungen, die „greuelvolle(n) Erlebnisse unter zwei verschiedenen Terrorregimen“⁶⁴⁵ der ehemaligen

⁶⁴³ Michael Rohrwasser, *Der Stalinismus und die Renegaten. Die Literatur der Exkommunisten*, S. 1.

⁶⁴⁴ Franz Borkenau, *Zwischen Rot und Braun*, in: *Der Monat*, Heft 6 (1949), 1. Jg., S. 95-97 (hier S. 95); hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: Margarete Buber-Neumann, *Als Gefangene bei Stalin und Hitler*, München [1949].

⁶⁴⁵ Ebenda, S. 95. Einige Jahre später hieß es zu der Bedeutung des Buches in den einleitenden Worten der Redaktion des „Monat“ zur Veröffentlichung des Beitrages: Margarete Buber-Neumann, *Porträt eines Funktionärs. Heinz Neumanns Schicksal in Deutschland, China und Sowjetrußland*, in: *Der Monat*, Heft 103 (1957), 9. Jg., S. 44-66, auf S. 44: dass „es eines der ersten authentischen Dokumente über das Schreckensregime der Säuberungen (war), über die Zwangsarbeitslager jenseits des Urals und über den perfiden Handel mit dem die Sowjets in der ersten Hälfte des Krieges einige deutsche Kommunisten, die seit 1933 bei ihnen Zuflucht gesucht hatten, aber nicht linientreu genug gewesen waren, der Gestapo in die Hände lieferten.“

Kommunistin. Margarete Buber-Neumann wurde 1901 in Potsdam geboren und trat mit zwanzig Jahren in den kommunistischen Jugendverband ein und 1926 in die KPD. In der Zeit von 1928 bis 1932 war sie bei der kommunistischen Berliner Internationalen Presserkorrespondenz, der „Inprekorr“ aktive Mitarbeiterin. Nach der Scheidung von Rafael Buber lernte sie 1928 ihren späteren Ehemann Heinz Neumann⁶⁴⁶ kennen, der in den zwanziger Jahren führender Funktionär der KPD war und erheblichen Anteil an der „Bolschewisierung“ der Partei hatte.⁶⁴⁷ Nach der nationalsozialistischen Machteroberung 1933 emigrierte Buber-Neumann in die Sowjetunion und traf dort 1935 wieder auf Heinz Neumann.

Im „Hotel Lux“, dem Gemeinschaftshaus der Komintern und dem neuen Domizil zahlreicher ausländischer „Politemigranten“, wurde Buber-Neumann allmählich der „Terror-Realität“ gewahr. Die als überzeugte Kommunistin nach Moskau gereiste musste schockartig erleben, wie der nach dem Kirow-Mord einsetzende NKWD-Terror die gesamte sowjetische Gesellschaft betraf und die umsichgreifende Parteisäuberung auch vor führenden kommunistischen Funktionären nicht halt machte. Bereits vor dem ersten Moskauer Schauprozess im August 1936, bei dem exponierte Kommunisten wie Sinowjew oder Kamenew öffentlich gestanden die „phantastischsten“ Verbrechen begangen zu haben und der für Buber-Neumann „zu den schlimmen Erinnerungen“ gehörte,⁶⁴⁸ erlebte sie, wie die „tschistka“, d. h. die Parteisäuberung, auch unter den ausländischen Kommunisten im Moskauer Exil wütete. In Angst und Schrecken wurde sie versetzt, als sie feststellen musste, dass der stalinistische Terror immer mehr Freunde aus den kommunistischen Parteien erfasste. Einen „Schock“ löste beispielsweise die bei „Nacht und Nebel“ durchgeführte Verhaftung des sogenannten „Versöhnlers“ Heinrich Süßkind aus.⁶⁴⁹ Mit Willi Münzenberg wurde sogar der Lebensgefährte ihrer Schwester Babette⁶⁵⁰ Opfer des institutionellen

⁶⁴⁶ Heinz Neumann (1902-1937) trat 1919 in die KPD ein. Sein Aufstieg im Parteiapparat erfolgte vor allem in den späten zwanziger Jahren. 1929 wurde er Mitglied des Zentralkomitees und Kandidat des Politbüros der KPD. 1932 ging Neumann aus innerparteilichen Fraktions- und Cliquenkämpfen als Verlierer heraus und wurde von allen Funktionen entbunden. Zu Beginn der dreißiger Jahre wurde Neumann als Komintern-Mitarbeiter nach Spanien geschickt. Nach einer Verhaftung 1934 in der Schweiz ging er dann 1935 in die Sowjetunion. Siehe hierzu im Einzelnen den bereits genannten Beitrag: Margarete Buber-Neumann, Porträt eines Funktionärs. Heinz Neumanns Schicksal in Deutschland, China und Sowjetrußland, in: Der Monat, Heft 103 (1957), 9. Jg., S. 44-66; hierbei handelte es sich um einen Auszug aus ihrem Buch: Von Potsdam nach Moskau. Stationen eines Irrweges, Stuttgart 1957.

⁶⁴⁷ Vgl. Heinz Neumann, Was ist Bolschewisierung?, Hamburg 1925.

⁶⁴⁸ Margarete Buber-Neumann, Von Potsdam nach Moskau. Stationen eines Irrweges, Köln-Lövenich 1981, S. 425.

⁶⁴⁹ Siehe Ebenda, S. 425 f.

⁶⁵⁰ Bevor Buber-Neumanns Schwester Babette mit Willi Münzenberg zusammenlebte, war sie mit dem Wiener Journalisten Fritz Gross verheiratet.

Terrors.⁶⁵¹ Zudem musste sie miterleben, wie im Laufe der Zeit einzelne kommunistische Funktionäre aus Angst vor der Verhaftung durch den NKWD Selbstmord begingen.⁶⁵²

Die totalitären Bedingungen des Stalinismus und speziell der Terror des sowjetischen Geheimdienstes zeitigte Konsequenzen, die bis in die „Privatsphäre“ von Buber-Neumann hineinreichten. Hierzu schrieb sie in ihrem autobiographischen Erinnerungsbericht „Als Gefangene bei Stalin und Hitler: “In Moskau war die Atmosphäre zum Ersticken. Ehemalige politische Freunde wagten nicht mehr, einander zu besuchen. Das Hotel ‚Lux‘ konnte man nur mit einem Durchlaßschein betreten. Jeder Besucher wurde registriert. Dadurch hatte die NKWD eine vorzügliche Kontrolle. Die Telefone in den einzelnen Zimmern des Hotels wurden überwacht. Immer wieder bemerkten wir das knackende Geräusch, nachdem die Verbindung hergestellt war. Die Post unterlag selbstverständlich einer Kontrolle. – Die Furcht vor Bespitzelung nahm solche Formen an, daß gute Freunde, wenn sie es doch gewagt hatten, zu Besuch zu kommen, sich zuflüsterten: ‚Habt ihr euer Zimmer auch genau durchsucht, ob man nicht irgendwo einen Abhörapparat einmontiert hat? Ist nicht vielleicht irgendwo ein Mikrofon angebracht? Etwa in der Lampe? Vielleicht im Telefon?‘⁶⁵³

Zu den schrecklichen Erfahrungen die Buber-Neumann im „Hotel Lux“ unter den prominenten kommunistischen „Politemigranten“ machte, zählte auch die Tatsache, dass der „von oben“ in Gang gebrachte Terror des sowjetischen Regimes auf tätige Mithilfe „von unten“ rechnen konnte. Denn in der „Moskauer Menschenfalle“⁶⁵⁴ wurde in tragischer Verschränkung auch das Opfer zum „Täter“. Buber-Neumann musste erleben, wie unter den Bedingungen der stalinistischen Säuberungen auch unter den KPD-Mitgliedern im Moskauer „Hotel Lux“ die Bereitschaft zur Denunziation anstachelt wurde, um die totale Treue gegenüber der Partei und dem Staat zu signalisieren. In diesem gesellschaftlichen Mikrokosmos „terrorisierter und atomisierter Individuen“⁶⁵⁵ wurden unter dem Vorzeichen der „bolschewistischen Wachsamkeit“ alte Rechnungen beglichen und frühere „Abweichler“ von der offiziellen Parteilinie und „politisch unzuverlässige“ an das NKWD ausgeliefert. Um das eigene Leben zu retten wurde der Feind in den eigenen Reihen gesucht und

⁶⁵¹ Siehe zu Willi Münzenberg meine Ausführungen im Kapitel II. 3. 1. Die Auseinandersetzungen mit dem Totalitarismus in den Zeitschriftenprojekten von Willi Münzenberg und Dwight Macdonald“.

⁶⁵² Buber-Neumann schildert in ihrem Buch „Von Potsdam nach Moskau. Stationen eines Irrweges“ den Schock, den der Selbstmord von Heinz Neumanns Parteifreund Besso Lominadse – einem führenden Funktionär der Komintern, der trotz „Selbstkritik“ 1934 aus der Partei ausgeschlossen wurde und der sich nach der Ermordung von Kirow erschoss, um der drohenden Verhaftung zu entgehen – bei ihr und Neumann verursachte (S. 394 f.). Auch durch diese totalitären Erfahrungen dachte Heinz Neumann angesichts der drohenden Verhaftung zwischenzeitlich immer wieder an Selbstmord (S. 429).

⁶⁵³ Margarete Buber-Neumann, Als Gefangene bei Stalin und Hitler. Eine Welt im Dunkel, Herford 1985, S. 18.

⁶⁵⁴ Reinhard Müller, Menschenfalle Moskau. Exil und stalinistische Verfolgung, Hamburg 2001.

⁶⁵⁵ Hannah Arendt, Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, S. 522.

Parteigenossen an das NKWD verraten. Unter der Herrschaft der allgegenwärtigen sowjetischen Geheimpolizei verstärkte die weitverbreitete Denunziationspraxis die Atmosphäre der Angst unter den „Politemigranten“.⁶⁵⁶ Jeder musste damit rechnen vom anderen „ans Messer“ geliefert zu werden, so dass sich schließlich die panische Angst⁶⁵⁷ vor einer möglichen Verhaftung immer mehr ausweitete und in vielen Fällen mit einer Wachsamkeitsparanoia korrespondierte.⁶⁵⁸ Die totalitären Bedingungen während der stalinistischen Säuberungen führten zur „Atomisierung“ der terrorisierten Subjekte und zum Abbruch der zwischenmenschlichen Beziehungen,⁶⁵⁹ so dass dies nicht nur für Margarete Buber-Neumann den „sozialen Tod“ bedeutete.

⁶⁵⁶ Siehe zu der sich angesichts der stalinistischen Säuberung und der seit dem Ersten Moskauer Schauprozesses im August 1936 umsichgreifenden Atmosphäre der Angst unter den ausländischen Kommunisten insgesamt die konkreten Erfahrungen von Margarete Buber-Neumann in dem Kapitel „Endstation Moskau“ ihres Buches *Von Potsdam nach Moskau. Stationen eines Irrweges*, S. 393-444.

⁶⁵⁷ In seinem autobiographischen Erfahrungsbuch beschrieb im Nachhinein der ehemalige Kommunist Wolfgang Leonhard die unter den deutschen „Politemigranten“ und Kominterfunktionären grassierende Angst: „Die meisten waren von einer ständigen Angstpsychose befallen; sie liefen wie gehetztes Wild umher, immer darauf bedacht, nur ja das Richtige zu tun, um einer Verhaftung zu entgehen.“ Wolfgang Leonhard, *Die Revolution entläßt ihre Kinder*, Köln 1955, S. 39. Vgl. hierzu die Rezension von Fritz René Allemann, *Der junge Funktionär. Zu Wolfgang Leonhards Autobiographie*. In: *Der Monat*, Heft 90 (1956), 8. Jg., S. 58-60.

⁶⁵⁸ Eindrücklich schilderte der deutsche „Politemigrant“ und damals führende Funktionär der KPD Herbert Wehner diese seit 1936 eintretenden atmosphärischen Bedingungen in seinen 1946 verfassten autobiographischen „Notizen“: „...im Gebäude der Komintern, in den Korridoren des Hotel Lux breiteten sich damals ein panischer Schrecken, eine hysterische Angst vor einer ungreifbaren und doch so gut wie unentrinnbaren Gefahr aus. Wenn im Büro einer der Mitarbeiter nicht zur Arbeit erschienen war, nahmen seine Kollegen an, er sei in der Nacht durch die >Organe des NKWD< verhaftet worden. Sofort ergaben sich für jeden einzelnen zahllose Fragen: Wie wird das Verhältnis des Verhafteten zu mir vom NKWD ausgelegt werden? fragte sich wahrscheinlich jeder im Stillen. Äußerlich aber war jeder bestrebt, entweder unberührt zu erscheinen oder zu zeigen, daß er diese Verhaftung seit langem erwartet habe. Niemand wollte engere persönliche Beziehung zu einem Verhafteten gehabt haben. Und weil in den sogenannten Parteiversammlungen der Abteilungen und des gesamten Apparats die persönlichen Verhältnisse und Beziehungen jedes Einzelnen schonungslos und schamlos ausgebreitet, nachträglich bewertet und zu Gegenständen wochenlanger Diskussion gemacht wurden, waren alle bestrebt, ihre persönlichen Beziehungen zu anderen auf das notwendige Minimum zu beschränken. Jeder war bestrebt sich von den meisten anderen in einem sicheren Abstand zu halten.“ Herbert Wehner, *Zeugnis*. Köln 1982, S. 189 f. Zum „inszenierten“ Erinnerungsgehalt der „Notizen“, in denen sich Herbert Wehner mit Blick auf den „Großen Terror“ als ohnmächtiges Opfer stilisierte, vgl. Reinhard Müller, *Herbert Wehner – Moskau 1937*, Hamburg 2004, wo gezeigt wird, dass der überzeugte „Trotzkistenjäger“ eher als aktiver Mittäter im stalinistischen Terrorsystem zu sehen ist. Vgl. zu Herbert Wehner auch die Beiträge im „Monat“: Klaus Harpprecht, *Lutheraner-halb links. Ein Porträt Herbert Wehners*, in: *Der Monat*, Heft 220 (1967), 19. Jg., S. 13-17 sowie Günter Gaus, *Der Schwierige – Versuch über Herbert Wehner*, in: *Der Monat*, Heft 244 (1969), 21. Jg., S. 50-60.

⁶⁵⁹ Der österreichische Physiker Alexander Weissberg-Cybulski (1901-1964), verglich diese Situation angesichts immer neuer Verhaftungen mit der Atmosphäre in Moskau insgesamt, in der es bereits gefährlich war, überhaupt Freunde zu haben, weil bei einer möglichen Verhaftung man selber in Bedrängnis käme, so: „Die Leute in Moskau zogen daraus die Konsequenz, jeden persönlichen Verkehr aufzugeben, sich in keinerlei Gespräch einzulassen, auf keinerlei Fragen zu antworten, sich auf die Arbeit und die nächste Familie zu beschränken.“ Alexander Weissberg-Cybulski, *Im Verhör. Ein Überlebender der stalinistischen Säuberungen berichtet*, Wien 1993, S. 73.

Nach der Verhaftung von Heinz Neumann im April 1937⁶⁶⁰ rechnet in der Folgezeit im Moskauer „Hotel Lux“ auch Margarete Buber-Neumann täglich mit ihrer Verhaftung, die dann im Juni 1938 erfolgte. Sie wurde beschuldigt Mitglied einer oppositionellen Fraktion innerhalb der KPD gewesen zu sein und während ihrer Zeit freundschaftlichen Kontakt zu bereits verhafteten deutschen Kommunisten gehabt zu haben.⁶⁶¹ Ohne Gerichtsverfahren wurde sie zu fünf Jahren Konzentrationslagerhaft verurteilt. Nach einem mehrwöchigen Gefangenentransport kam sie mit mehreren Hunderten von Mithäftlingen in das riesige sibirische Lager von Karaganda. Dort mussten Buber-Neumann und die schätzungsweise 170.000 Mitgefangenen unter extremsten Bedingungen in der Landwirtschaft und in den Kohlengruben arbeiten, wobei sie beispielsweise in den Sommermonaten täglich zwischen 14 und 15 Stunden im Einsatz waren. Aus jedem einzelnen Gefangenen holte die Lagerverwaltung bei minimaler Ernährung eine maximale Arbeitsleistung heraus, so dass dies bei erbärmlichen Unterbringungsbedingungen in vielen Fällen den sicheren Tod bedeutete. Margarete Buber-Neumann überlebte die Lagerhaft nicht zuletzt deshalb, weil sie nach einer sehr schweren Krankheit von dem Lagerarzt, einem Mithäftling, in Zukunft von extremer schwerer Arbeit befreit wurde.⁶⁶²

⁶⁶⁰ In ihren autobiographischen Erinnerungen berichtete Margarete Buber-Neumann, dass es in den Jahren des stalinistischen Terrors zu einer typischen perfiden Herrschaftsmethode der verschiedenen NKWD-, Gefängnis- und Staatsanwaltschaftsinstanzen zählte, den Verwandten Nachrichten über das Schicksal von Verhafteten vorzuenthalten und sie zum Teil jahrelang im Ungewissen zu lassen, so dass sich die mit eben dieser Verhaftung verbundenen Schrecken noch vergrößerten. Siehe Margarete Buber Neumann, Als Gefangene bei Stalin und Hitler, S. 24 f. Buber-Neumann erfuhr erst nach dem Zweiten Weltkrieg von den sowjetischen Behörden, dass Heinz Neumann in der Sowjetunion ums Leben kam, ohne genaue Angaben über Datum und Ursache des Todes. Tatsächlich wurde er jedoch am 26. November 1937 zum Tode verurteilt und anschließend durch Genickschuss ermordet.

⁶⁶¹ Das Kontaktschuldprinzip war ein immer wiederkehrender Anklagepunkt in den Jahren des stalinistischen Terrors und hatte fatale Konsequenzen auch und vor allem für die im Moskauer Exil ausweglos festgesetzten Emigranten, denn es führte in dieser Personengruppe – wie gezeigt – zu einem Klima der Angst und des gesteigerten Verdachts und gehörte zu den gemachten Erfahrungen vieler verfolgter Kommunisten. Hannah Arendt sprach in diesem Zusammenhang im Hinblick auf die atomisierten und isolierten Individuen im Moskauer Exil von einer „Präparierung der Opfer“, die „den einzelnen gleich gut für die Rolle des Vollstreckers wie für die des Opfers vorbereiten kann.“ Hannah Arendt, Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, S. 716. Denn das Prinzip „guilt by association“, das Arendt als „zentrales Konstituens der Sowjetgesellschaft“ ansah, implizierte: „Sobald gegen jemanden Anklage erhoben wird, müssen sich seine Freunde über Nacht in seine erbittertsten und gefährlichsten Feinde verwandeln, weil sie dadurch, daß sie ihn denunzieren und dabei helfen, das Aktenstück der Polizei und der Staatsanwaltschaft gehörig anzurichern, sich ihrer eigenen Haut wehren können; da es sich bei den Anklagen im allgemeinen um nichtexistente Verbrechen handelt, braucht man gerade sie, um den Indizienbeweis zu erbringen. Während der großen Säuberungswellen gibt es überhaupt nur ein Mittel, die eigene Zuverlässigkeit zu Beweisen, und das ist die Denunziation seiner Freunde. Und dies wiederum ist, was die totale Herrschaft und die Mitgliedschaft in einer totalitären Bewegung angeht, ein durchaus richtiger Maßstab; hier ist in der Tat nur der zuverlässig, der seine Freunde zu verraten bereit ist. Was suspekt ist, ist Freundschaft und jegliche andere menschliche Bindung überhaupt.“ Ebenda, S. 523 f.

⁶⁶² Siehe hierzu im Einzelnen Margarete Buber-Neumann, Als Gefangene bei Stalin und Hitler. Eine Welt im Dunkel, S. 132-138.

Allerdings waren diese extremen Arbeits- und Lebensbedingungen nur die eine Seite des Alltags im Lager. Zu den totalitären Erfahrungen von Buber-Neumann in Karaganda gehörte auch, dass das NKWD bewusst „kriminelle Gefangene“ zur Herrschaftssicherung und -verwaltung im Lager einsetzte. So entstand für die sogenannten politischen, religiösen und asozialen Häftlinge eine zweite Herrschaftsgruppe, deren fast willkürlichen Maßnahmen sie ausgesetzt waren, die von einzelnen Schikanen, über Diebstahl bis zu Mord reichten.⁶⁶³

Als sich Margarete Buber-Neumann mit ihrem Gefangenendasein im sibirischen Lager in Karaganda abgefunden hatte und jede Hoffnung auf eine Freilassung bei ihr bereits erloschen war, trat völlig überraschend ein Wendepunkt ein. Nachdem der Zweite Weltkrieg ausgebrochen war, wurde sie Anfang 1940 mit zwei weiteren Frauen aus Deutschland in ein Untersuchungsgefängnis nach Moskau gebracht. Sie trafen dort auf mehrere Frauen aus Deutschland und Österreich – unter anderem Zenzl Mühsam und Carola Neher –, die aus sowjetischen Lagern und Zuchthäusern kamen und die, wie Buber-Neumann, alle vor dem Nationalsozialismus in die Sowjetunion geflüchtet waren. Auch aufgrund der ganz besonderen Haftsituation – es gab genügend Ernährung, die Frauen konnten heiß baden, wurden neu eingekleidet und „in jede Richtung umsorgt“ – keimte bei Buber-Neumann die große Hoffnung auf, „über die litauische Grenze, in das Ausland abgeschoben zu werden.“⁶⁶⁴

Dies sollte sich indes als Illusion erweisen. Denn es kam vollkommen anders. Mit insgesamt 30 weiteren deutschen und österreichischen Gefangenen wurde Margarete Buber-Neumann unter Bewachung von Soldaten und einem NKWD-Offizier mit der Eisenbahn nach Brest-Litowsk gebracht. Genauer gesagt, die Gruppe wurde zur Brücke gebracht, die über den Fluss Bug führte, der im Jahre 1940 zum Zeitpunkt des Hitler-Stalin-Paktes die Demarkationslinie zwischen dem von Deutschland und dem von der Sowjetunion besetzten Polen war. Was sie auf der Eisenbahnbrücke erlebte und was einem traumatischen Schock gleichkam, schilderte Buber-Neumann an einer zentralen Stelle ihres Buches mit folgenden Worten: „Alle Gesichter waren gleich starr vor Angst. Wir standen und blickten über diese Eisenbahnbrücke, die die Grenze bildete zwischen dem von den Deutschen besetzten Polen

⁶⁶³ Buber-Neumann, die als „politische Gefangene“ im Lager inhaftiert war, schrieb in ihrem Buch über diese Häftlingsaristokratie: „Die Kriminellen sind in Sibirien die Häftlingsgattung, der es am besten geht. Sie haben die einträglichsten Posten inne, halten fest zusammen und sind, man könnte fast sagen, organisiert. Für sie bedeutet die Haft keine Unterbrechung ihres gewohnten Daseins. Das Gefängnis gehört zu ihren Berufsrisiken. Verfügt der Führer der Kriminellen zum Beispiel, daß am nächsten Tage nicht gearbeitet wird, so wagt keiner seiner Untertanen, gegen seinen Befehl zu handeln, obgleich nach der Lagerordnung von Karaganda auf fünfundzwanzig Arbeitsverweigerungen die Todesstrafe stand. Die Kriminellen blicken voller Verachtung auf die Politischen herab, auf die Feinde der Sowjetunion, während sie stolz darauf sind, zwar Kriminelle, aber doch gute Sowjetbürger zu sein.“ Ebenda, S. 79.

⁶⁶⁴ Ebenda S. 178.

und dem von den Russen okkupierten Teil. Über die Brücke ging ein Soldat langsam auf uns zu. Als er näherkam, erkannte ich die Soldatenmütze der SS. Der NKWD-Offizier und der von der SS hoben grüßend die Hand an die Mütze. Aus einer hellbraunen, länglichen Tasche zog der NKWD-Offizier eine Liste. Er war fast um einen Kopf größer als der SS-Mann. Sein Gesicht war ledern und maskenhaft, wie es in Schundromanen immer heißt. Welchen Namen er herunterlas, hörte ich gar nicht. Irgendwann vernahm ich ‚Buber-Nejman‘, und da sah ich, wie sich drei von unserer Gruppe absonderten und erregt mit dem NKWD-Offizier sprachen. Irgendwer flüsterte: ‚Die weigern sich über die Brücke zu gehen!‘ (...) Dann sah ich, wie die drei über die Brücke getrieben wurde. Auf den ungarischen Emigranten, der einen Koffer trug, hatte es der SS-Mann besonders abgesehen: ‚Das jüdische Schwein will wohl kommunistische Literatur nach Deutschland einschmuggeln!? Dem werden wir die Hammelwaden noch langziehen! Schneller! Schneller! Nur keine Müdigkeit vorschützen!‘
„665

Für Buber-Neumann stand zweifelsohne fest, dass für die mit Gewalt über die Brücke getriebenen und den Nazis übergebenen drei Gefangenen – neben dem ungarischen Juden handelte es sich hier noch um einen Lehrer aus Mitteldeutschland sowie um einen von der Gestapo in Abwesenheit zum Tode verurteilten jungen kommunistischen Arbeiter aus Dresden – auf der anderen Seite des Flusses der sichere Tod wartete.⁶⁶⁶ Zu ihrer persönlichen Auslieferung an die Nazis schrieb Buber-Neumann weiter: „Auf der anderen Seite der Brest-Litowsker Brücke stand eine Holzbude. Betty Olberg (eine gehbehinderte kommunistische Mitgefangene; J. G.) schwankte vor Schwäche, Kälte und Erregung. Einer schlug vor: ‚Bringt sie doch in die Hütte!‘ Man ließ uns beide hinein. Ein SS-Mann mit einem Polizeihund neben sich öffnete die Tür. Da sah ich das erstmal so ganz in der Nähe die SS-Mütze mit dem Totenkopf und gekreuzten Knochen und eine richtige SS-Visage darunter. ‚Setzen Sie sich!‘ forderte er uns im Befehlstone auf.“⁶⁶⁷

Margarete Buber-Neumann musste zahlreiche Verhöre durch die Gestapo in einem Berliner Untersuchungsgefängnis über sich ergehen lassen. Da nach der Einschätzung der Gestapo das Anklagematerial für ein Gerichtsverfahren nicht ausreichte, indes der Verdacht bestand, dass sie sich für die verbotene KPD betätigen wird, stellte die nationalsozialistische Behörde einen sogenannten Schutzhaftschein gegen sie aus. Anfang August 1940 wurde

⁶⁶⁵ Ebenda S. 179 f.

⁶⁶⁶ Margarete Buber Neumann, Als Gefangene bei Stalin und Hitler [undatierter Vortrag], in: Janine Platten/Judith Buber Agassi (Hg.), Margarete Buber-Neumann. Plädoyer für Freiheit und Menschlichkeit. Vorträge aus 35 Jahren, Berlin 2000, S. 110-116 (hier S. 114).

⁶⁶⁷ Margarete Buber-Neumann, Als Gefangene bei Stalin und Hitler. Eine Welt im Dunkel, S. 180.

Buber-Neumann in das Frauenkonzentrationslager Ravensbrück in Mecklenburg eingeliefert. Über den Schock, den die unbefristete Verurteilung in das nationalsozialistische Lager bei ihr verursachte, stellt Margarete Buber-Neumann in ihrem autobiographischen Erfahrungsbuch fest: „Nach der Aushändigung des Schutzhaftscheines waren meine Kräfte am Versagen. Wieder Konzentrationslager! Eben dem sicheren Tod in Sibirien entronnen, und nun in eine neue Hölle! Es ist so viel einfacher, einem unbekanntem Schicksal entgegenzugehen, aber ich wußte doch nur zu gut, was Konzentrationslager bedeutet. Alle um mich herum redeten von ‚drei Monaten Umschulung‘, aber ich hatte keine Spur von Hoffnung auf eine baldige Befreiung. Und trotzdem lebte man weiter.“⁶⁶⁸

Die schrecklichen Erfahrungen von Karaganda wiederholten sich in den Augen von Margarete Buber-Neumann im nationalsozialistischen Lager von Ravensbrück. Sie wurde zu Beginn mit einigen tausend Frauen zusammengesperrt und erlebte von Anbeginn den Terror der SS-Bewachung. Neben der alltäglichen Gewalt und der nach ihrer Einschätzung ab 1942 einsetzenden systematischen Ermordung von Häftlingen, entwickelte sich für Buber-Neumann der ‚Arbeitseinsatz‘ zur „gefürchtetsten Institution von Ravensbrück“.⁶⁶⁹ Diese schrecklichen Erfahrungen wurden noch gesteigert, als im Laufe des Zweiten Weltkrieges sich das Lager auf bis zu knapp zwanzigtausend Frauen füllte, so dass dies zu einer Überfüllung der Baracken führte und für Buber-Neumann das Leben in Ravensbrück „zu einer Hölle“ machte. Denn in den letzten Jahren mussten sich beispielsweise drei Frauen einen Strohsack teilen und die große Anzahl von Gefangenen führte dazu, dass sich Ungeziefer und Hunger immer mehr ausbreiteten und die Kanalisation dauernd übertrat, „so daß zwischen den Baracken im Sommer ein Kloakensee schwamm, der im Winter zu einer Eisenbahn wurde.“⁶⁷⁰

Zu den in Ravensbrück gemachten totalitären Erfahrungen gehörte für Buber-Neumann auch, dass sie den nationalsozialistischen Terror gegenüber anderen Gefangenen miterlebte. Sie bekam unter anderem die schrecklichen medizinischen Experimente an zumeist polnischen Häftlingen mit, die entweder daran starben oder gezwungen waren mit den ihnen zugefügten Verstümmelungen im Lager weiter zu leben und zu arbeiten. Frühzeitig erfuhr Buber-Neumann von einem Transport von Alten, Kranken und jüdischen Frauen in das Konzentrationslager Bernburg bei Dessau, wo sie durch das Giftgas Zyklon B umgebracht wurden. Zudem erlebte sie ab Sommer 1942 die regelmäßigen Transporten von Juden,

⁶⁶⁸ Ebenda, S. 206.

⁶⁶⁹ Ebenda, S. 334.

⁶⁷⁰ Ebenda, S. 231.

„Zigeunern“ und „lebensunwerten Leben“, d. h. von alten und kranken Mitgefangenen, die nicht mehr „arbeitsfähig“ waren, von Ravensbrück nach Auschwitz, wo sie vergast wurden. Im Laufe des Jahres 1944 verwandelte sich Ravensbrück in ein Vernichtungslager, wo fortan Buber-Neumann miterlebte, wie die SS alle nicht mehr als „arbeitsfähig“ eingestuften Frauen in der Gaskammer umbrachten. Noch wenige Monate vor dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurden in Ravensbrück viertausend Frauen vergast.⁶⁷¹

Neben den existentiellen Erfahrungen, die die politische Gefangene Margarete Buber-Neumann mit dem allgegenwärtigen nationalsozialistischen Terror im Konzentrationslager Ravensbrück machte und der dazu führte, dass sie zweimal nur knapp dem Tod entging, existierte noch ein „zweite Terror-Realität“. Mit Erschrecken musste sie feststellen, dass sie von Seiten der in Ravensbrück inhaftierten Kommunistinnen verfolgt, terrorisiert und wie eine Aussätzige behandelt wurde. Zum Beispiel erlebte sie bereits am dritten Tag „voller Erstaunen“ im Aufnahmeblock eine Verhörsituation von drei deutschen Kommunistinnen, in der Buber-Neumann gezwungen wurde über ihre Erfahrungen in der Sowjetunion zu berichten und die genauen Umstände der Verhaftung durch die Gestapo zu schildern. Noch vor dem eigentlichen „Eintritt in die Lageröffentlichkeit“, so Buber-Neumann, musste sie erfahren, dass sie „bereits geächtet war“⁶⁷² und fortan mit dem Stigma der „Verräterin“, bzw. „Trotzkistin“ fünf Jahre lang bis zu ihrer Befreiung unter den kommunistischen Mitgefangenen im Konzentrationslager Ravensbrück leben musste.⁶⁷³

Margarete Buber-Neumanns antitotalitäres Engagement nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges war den totalitären Erfahrungen in den Jahren des „Großen Terrors“ in Moskau, in dem sowjetischen Arbeitslager in Karanganda und in dem nationalsozialistischen Konzentrationslager Ravensbrück geschuldet. Ihren Antitotalitarismus begründete sie in

⁶⁷¹ Ebenda, S. 362.

⁶⁷² Ebenda, S. 218.

⁶⁷³ Hierzu stellte Buber-Neumanns Tochter Judith Buber Agassi im Nachhinein fest: „Nur die Tatsache, daß sie sich so viele treue Freundinnen unter den nichtkommunistischen deutschen, französischen, norwegischen und tschechischen Häftlingen erwarb, und daß in einigen seltenen Fällen ein kommunistischer Häftling gegen die Feme rebellierte, rettete ihr das Leben.“ Judith Buber Agassi, Margarete Buber-Neumann. Ein biographischer Essay, in: Janine Platten/Judith Buber Agassi (Hg.), Margarete Buber-Neumann. Plädoyer für Freiheit und Menschlichkeit. Vorträge aus 35 Jahren, Berlin 2000, S. 10-30 (hier S. 18). Zur wichtigsten Freundin im Konzentrationslager Ravensbrück avancierte die anerkannte tschechische Journalistin Milena Jesenska. Die zwischenzeitliche Freundin von Franz Kafka brach anlässlich der Moskauer Schauprozesse mit der Kommunistischen Partei. Sie zählte zum tschechischen Widerstand gegen den Nationalsozialismus und zeichnete mitverantwortlich für die Rettung zahlreicher tschechischer Juden und Landsleute, denen mit ihrer Hilfe die Flucht ins Ausland gelang. Jesenska glaubte von Anbeginn dem autobiographischen Erfahrungsbericht der als „Trotzkistin“ stigmatisierten deutschen Kommunistin Buber-Neumann über das Lagersystem in der Sowjetunion. Sie starb 1944 im Konzentrationslager Ravensbrück. Zur Geschichte der Freundschaft zu Milena Jesenska vgl. Margarete Buber-Neumann, Milena, Kafkas Freundin, München 1963.

einem Vortrag mit dem Titel „Als Gefangene bei Stalin und Hitler“ mit den persönlich erlebten Schrecken und führte hierzu aus:

„Die Hitlerbarbarei gehört der Vergangenheit an; in den kommunistischen Diktaturen hingegen leiden bis zum heutigen Tage Abermillionen Menschen unter Terror und Not. Diese Tatsache bringt mich dazu, immer wieder über die Verbrechen der beiden großen Diktaturen unserer Zeit zu sprechen, denn das, was dort geschah und heute noch geschieht, kann der Mensch, der es nicht erlebte, kaum ermessen.“⁶⁷⁴

⁶⁷⁴ Margarete Buber-Neumann, Als Gefangene bei Stalin und Hitler [undatiertes Vortrag], in: Janine Platten/Judith Buber Agassi (Hg.), Margarete Buber-Neumann. Plädoyer für Freiheit und Menschlichkeit. Vorträge aus 35 Jahren, S. 116.

II. 3. Frühe Auseinandersetzung der Renegaten mit dem Totalitarismus vor dem Hintergrund ihrer Rolle im „Monat“

II. 3. 1. Die Auseinandersetzung mit dem Totalitarismus in den Zeitschriftenprojekten von Willi Münzenberg und Dwight Macdonald

Wie gezeigt, setzte die Auseinandersetzung mit den totalitären Herrschaftsregimen auf Seiten zahlreicher Autoren des „Monat“ keineswegs erst mit dem beginnenden Kalten Krieg ein. Es waren unter anderem ehemalige Anhänger der kommunistischen Bewegung, die zu einem wesentlich früheren Zeitpunkt die politische und theoretische Konfrontation mit dem Sowjetkommunismus und dem Nationalsozialismus bzw. dem italienischen Faschismus suchten.⁶⁷⁵ Von zwei ehemaligen kommunistischen bzw. trotzkistischen Intellektuellen stammten auch erste totalitarismustheoretische Untersuchungen. Die Rede ist zum einen von „The Totalitarian Enemy“ von Franz Borkenau aus dem Jahr 1940 und zum anderen von „The Managerial Revolution“ von James Burnham, die ein Jahr später erschien. Auch in den seit den späten dreißiger Jahren, nach dem Spanischen Bürgerkrieg, den Moskauer Schauprozessen und dem Hitler-Stalin-Pakt einsetzenden autobiographischen Erfahrungsberichten von ehemaligen kommunistischen Intellektuellen und -Parteifunktionären, der sogenannten Renegatenliteratur,⁶⁷⁶ waren wie bereits festgestellt wurde erste Ansätze des Vergleichs zwischen dem nationalsozialistischen und dem kommunistischen System enthalten.⁶⁷⁷

In der Vergangenheit war der Begriff Renegat pejorativ aufgeladen. Wenn in der wissenschaftlichen und politischen Publizistik das Wort Renegat fiel, war der Begriff gemeinhin negativ besetzt und evozierte negative Konnotationen. Bereits 1915 benutzten die beiden führenden Vertreter der KPdSU, Sinowjew und Lenin, den Begriff, um den ideologischen und politischen „Abweichler“ Karl Kautsky öffentlich anzugreifen und

⁶⁷⁵ Siehe zum italienischen Faschismus Ignazio Silone, *Der Faschismus. Seine Entstehung und seine Entwicklung*, Zürich 1934; vgl. auch ders., *Die Schule der Diktaturen*, Zürich 1938.

⁶⁷⁶ Neben der bereits genannten Forschungsliteratur vgl. auch Mark-Christian von Busse, *Faszination und Desillusionierung. Stalinismusbilder von sympathisierenden und abtrünnigen Intellektuellen*, Pfaffenweiler 2000 sowie Ernst-August Roloff, *Exkommunisten. Abtrünnige des Weltkommunismus. Ihr Leben und ihr Bruch mit der Partei in Selbstdarstellungen*, Mainz 1969.

⁶⁷⁷ Siehe die entsprechenden Ausführungen im Einleitungskapitel „Die wechselvolle Geschichte des Totalitarismusbegriffs“.

forderten den „rücksichtslosen Kampf gegen dieses Renegatentum“.⁶⁷⁸ Fortan galt in erster Linie auf Seiten der politischen Linken der Begriff Renegat als denunziatorische Vokabel und als ein Kampfbegriff gegenüber objektiven oder subjektiven Gegnern und Andersdenkenden. D. h., wer den Kommunismus oder Sozialismus nicht nur immanent kritisierte und auch vor einer substantiellen Kritik an der russischen Oktoberrevolution von 1917 nicht zurückschreckte, wurde zum Beispiel als Revisionist, Linksabweichler, Rechtsabweichler, Konvertit oder eben als Renegat bezeichnet und galt als ein potentieller und damit zumeist auch als ein faktischer Verräter und war mithin auch und vor allem physisch bedroht.⁶⁷⁹ Auch in Bezug auf den wissenschaftlichen Charakter der autobiographischen Erfahrungsberichte der ehemaligen Kommunisten zeitigte ebenjenes stereotype Negativbild des Renegaten Konsequenzen, insofern, als man dem Objektivitätsgehalt der Bücher keine bzw. keine allzu große Bedeutung beimaß.⁶⁸⁰ Die Darstellungen der Renegaten thematisierten im Großen und Ganzen individuell erfahrene Verfolgung und persönliches Schicksal. Folglich beschrieben sie insbesondere mit Blick auf das stalinistische System immer nur einen Teilbereich, ein ganz bestimmtes Konzentrationslager und waren in der Regel nicht verallgemeinerungsfähig.⁶⁸¹

Um die exponierte Rolle der Renegaten in der Zeitschrift „Der Monat“ besser einschätzen und verstehen zu können, soll im Folgenden etwas ausführlicher auf zwei Zeitschriftenprojekte von zwei ehemaligen Anhängern der kommunistischen Bewegung eingegangen werden, die dem in der Hochphase des Kalten Krieges gegründeten Medium zeitlich vorausgingen. Die Zeitschriften „Die Zukunft“ und „Politics“ wurden zwar jeweils in einem anderen politisch-historischen Kontext ins Leben gerufen, gleichwohl gab es durchaus

⁶⁷⁸ Sinowjew/Lenin, „Sozialismus und Krieg“, Genf 1915. Zitiert nach: Lenin, Die proletarische Revolution und der Renegat Karl Kautsky (1918), in: Wladimir Iljitsch Lenin, Ausgewählte Werke in drei Bänden, Berlin 1970, Band III, S. 74.

⁶⁷⁹ Auch in der politischen Jetztzeit wird der Begriff „Konvertit“ zum Beispiel von einem der prominentesten Linksintellektuellen in der Bundesrepublik, Oskar Negt, bewusst als „Waffe“ eingesetzt, um ehemalige Anhänger der sogenannten „68er“ Linken zu diffamieren, die sich im Laufe der Jahre kritisch mit ebenjener außerparlamentarischen Protestbewegung auseinandergesetzt haben. Siehe Oskar Negt, Achtundsechzig. Politische Intellektuelle und die Macht, Göttingen 1995, S. 334 f.

⁶⁸⁰ Eine Ausnahme stellte Hannah Arendt dar. Sie stützte sich im dritten Teil ihrer Totalitarismusstudie mit Blick auf die Beschreibung und Analyse des stalinistischen Herrschaftssystems insbesondere auf die Renegatenliteratur sowie auf die theoretischen Arbeiten der Ex-Kommunisten. Für Michael Rohrwasser, Totalitarismustheorie und Renegatenliteratur, in: Alfons Söllner/Ralf Walkenhaus/Karin Wieland (Hg.), Totalitarismus. Eine Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts, S. 115 steht fest: „sie partizipiert nicht an der langwährenden, routinierten Distanz gegenüber Renegatenliteratur, sondern zählt zu den ersten, die die Bedeutung der Renegatenliteratur anerkennen und diese auswerten.“

⁶⁸¹ Siehe Wolfgang Kraushaar, Sich aufs Eis wagen. Plädoyer für eine Auseinandersetzung mit der Totalitarismustheorie, in: Mittelweg 36, 2, (1993), 2, S. 6-29 (hier S. 18).

personelle, inhaltliche und politische Parallelen zum „Monat“.⁶⁸² In den beiden Organen publizierten auch Intellektuelle, die als frühere Kommunisten bzw. Trotzlisten in ihren Veröffentlichungen ihre Gegnerschaft zu den totalitären Herrschaftssystemen des Nationalsozialismus und des Stalinismus zum Ausdruck brachten und für die der Systemvergleich kein Tabu war.

Der 1933 durch die Machteroberung des Nationalsozialismus zur Emigration gezwungene deutsch-jüdische Schriftsteller Hans Sahl, der erst spät mit seinem autobiographischen Renegatenbericht „Das Exil im Exil“⁶⁸³ einem breiten Publikum bekannt wurde, formulierte mit Blick auf die späten dreißiger Jahre im Pariser Exil in einem Gespräch seinen damaligen politischen Standort:

„Wir waren Hitler-Gegner und rechneten uns immer noch zur sozialistischen Linken, aber was uns zudem verband, war unser Widerstand gegen den Stalinismus samt seiner intellektuellen Fremdenlegionäre, und gerade weil wir uns als Schriftsteller verstanden, schlossen wir Kompromisse aus gegen ein Regime, das seine Dichter drangsalierte und ermordete. Wir waren in Paris eine anfangs verschwindend kleine Gruppe, zu der auch Arthur Koestler gehörte – es war eine kleine Minorität, die Hitler *und* Stalin bekämpfte. Wir, die Sozialisten von einst, waren nun um der Wahrheit willen, die am Anfang jeder Literatur steht, zu Bekämpfern jenes Stalinschen Sozialismus geworden, der mit dem Hitlerschen System so erschreckende Ähnlichkeiten zeigte.“⁶⁸⁴

Der von Hans Sahl zum Ausdruck gebrachte Antitotalitarismus steht für die kleine Gruppe von ehemaligen Kommunisten, die sich im Pariser Exil um Willi Münzenberg herum versammelten hatten. Willi Münzenberg geriet bereits zu Beginn der dreißiger Jahre in die innerparteilichen Fraktions- und Cliquenkämpfe der KPD und wurde von der Parteiführung den sogenannten „Rechtsabweichlern“ um Heinz Neumann und Hermann Remmele

⁶⁸² Dass es zwischen den beiden Zeitschriftenprojekten „Die Zukunft“ und „Der Monat“ auch konzeptionelle Parallelen gab, soll im Folgenden nicht im Mittelpunkt stehen und kann hier nur angedeutet werden. Darauf komme ich im Schlusskapitel dieser Untersuchung zurück.

⁶⁸³ Hans Sahl, *Das Exil im Exil. Memoiren eines Moralisten II*, Frankfurt a. M. 1990. Hans Sahl wurde 1902 in Dresden geboren und entstammte einer großbürgerlicher jüdischen Familie. Bekannt wurde er in Deutschland der 20er Jahre als Theater- und Filmkritiker und als Feuilletonist des „Berliner Börsen-Couriers“ und als Kritiker der seiner Auffassung nach antidemokratischen-autoritären Zustände der Weimarer Republik. Nach der Machteroberung der NSDAP emigrierte Sahl über die Stationen Prag, Zürich nach Paris. Ohne jemals Parteimitglied zu werden, sympathisierte er mit der kommunistischen Linken und stieg in den Vorstand des von Willi Münzenberg gelenkten „Schutzverbandes deutscher Schriftsteller“ auf. Nach dem Hitler-Stalin-Pakt brach Hans Sahl mit dem Kommunismus. Nach der Internierung im Lager Nevers flüchtete er 1940 über Marseille und Lissabon nach New York, wo er später die amerikanische Staatsbürgerschaft annahm. In den 50er Jahren veröffentlichte Hans Sahl im „Monat“ und 1959 erschien sein Exilroman „Die Wenigen und die Vielen“. Mit fast 91 Jahren starb Hans Sahl, nachdem er wenige Jahre zuvor nach Deutschland zurückgekehrt war, nach langer Krankheit und fast erblindet 1993 in Tübingen.

⁶⁸⁴ Zitiert nach Michael Rohrwasser, Was haben sie verraten, die Renegaten? Zwölf Thesen zur Faszination des Stalinismus, in: Werner von Bergen/Walter H. Pehle (Hg.), *Denken im Zwiespalt. Über den Verrat von Intellektuellen im 20. Jahrhundert*, Frankfurt 1996, S. 61-81 (hier S. 79).

zugerechnet.⁶⁸⁵ Nach der nationalsozialistischen Machteroberung und dem Reichstagsbrand flüchtete Münzenberg im Februar 1933 nach Paris und wurde – obwohl die KPD-Führung zwischenzeitlich eine offizielle Untersuchung gegen ihn eingeleitet hatte – von der Komintern beauftragt, den „Münzenberg-Konzern“, d. h. den Agitations- und Propagandaapparat der Komintern für Westeuropa und Deutschland, neuerlich aufzubauen und mithin im Exil den antifaschistischen Kampf fortzuführen. Zum engen Mitarbeiterstab des „Münzenberg-Apparates“ gehörten wie bereits erwähnt wurde nicht zuletzt die später für den „Monat“ und insbesondere für den „Kongress für kulturelle Freiheit“ einflussreichen Intellektuellen Manès Sperber und Arthur Koestler.⁶⁸⁶

Ein frühes Ergebnis des Kampfes gegen den Nationalsozialismus war der von Münzenberg organisierte Londoner „Reichstagsbrand-Gegenkongress“ und die von ihm zu verantwortenden beiden Bücher „Braunbuch über Reichstagsbrand und Hitlerterror“ (1933) sowie „Braunbuch II. Dimitroff contra Göring. Enthüllungen über die wahren Brandstifter“ (1934), die einen internationalen Propagandaerfolg darstellten.⁶⁸⁷ Als Leiter der Komintern-Organisationen wie dem „Weltkomitee gegen Krieg und Faschismus“ oder dem „Komitee zur Schaffung der Deutschen Volksfront“ versuchte Münzenberg mit bürgerlichen emigrierten Intellektuellen und mit Sozialdemokraten in Paris eine antifaschistische Volksfrontpolitik in Gang zu bringen, stieß bei seinen Aktivitäten jedoch auf entschiedenen Widerstand bei der KPD-Führung um Walter Ulbricht. Willi Münzenberg wurde Mitte 1936 nach Moskau beordert, wo zu diesem Zeitpunkt des „Großen Terrors“ und des ersten Moskauer Schauprozesses eine breit angelegte „Parteisäuberung“ angelaufen war und zu deren Opfern nicht zuletzt auch zahlreiche deutsche Kommunisten und frühere Mitarbeiter Münzenbergs zählten.⁶⁸⁸

⁶⁸⁵ Siehe im Einzelnen Babette Gross, Willi Münzenberg. Eine politische Biografie, Leipzig 1991, S. 351-357.

⁶⁸⁶ Vgl. Albrecht Betz, „Renegaten“ im Exil. Münzenberg, Sperber und Koestler im Paris der dreißiger Jahre, in: Tania Schlie/Simone Roche (Hg.), Willi Münzenberg (1889-1940). Ein deutscher Kommunist im Spannungsfeld zwischen Stalinismus und Antifaschismus, Frankfurt a. M. u. a. 1995, S. 161-172.

⁶⁸⁷ Siehe Arthur Koestler, Frühe Empörung. Autobiographische Schriften Bd. I, S. 422-431. Wie Manès Sperber war auch Arthur Koestler in dieser Zeit exponierter Mitarbeiter des Ende 1933 in Paris gegründeten „*Institut zum Studium des Faschismus*“ (INFA), dessen Gründung und Finanzierung nicht geklärt ist. So existieren über die Gründung des INFA unterschiedliche Versionen ihrer zentralen Mitarbeiter. Manes Sperber, Bis man mir Scherben auf die Augen legt. All das Vergangene ..., Wien 1977, S. 63 behauptet, dass das INFA im Auftrag der Komintern gegründet wurde. Demgegenüber vertritt Arthur Koestler die Meinung, dass die Kommunistische Partei das INFA ins Leben gerufen hat und letztlich eine von der Komintern bzw. vom „Münzenberg-Apparat“ unabhängige Einrichtung war. Diese Frage muss hier offen bleiben. Siehe im Einzelnen die entsprechenden Ausführungen von Arthur Koestler, in: ebenda, S. 447-466.

⁶⁸⁸ In Moskau erlebte Willi Münzenberg (und seine Lebensgefährtin Babette Gross) das, was von mir als totalitäre Erfahrung bezeichnet wurde.

Nachdem Münzenberg in Moskau ein Parteirüge erhielt und von allen Komintern-Funktionen entbunden wurde, konnte er sich durch glückliche Umstände der drohenden Verhaftung durch seine vorzeitige Rückreise nach Paris entziehen. Mit seinem 1937 erschienenen Buch „Propaganda als Waffe“ ging es dem ehemaligen offiziellen Exponenten der kommunistischen Agitations- und Propagandamethoden um die Analyse der nationalsozialistischen Propaganda.⁶⁸⁹ Das Buch wurde trotzdem von der KPD-Presse vehement kritisiert und danach schloss die Führung der KPD Münzenberg im Mai 1938 aus dem Zentralkomitee der Partei aus. Zu diesem Zeitpunkt plante Willi Münzenberg mit seinen engsten Mitarbeitern Arthur Koestler und Manès Sperber in Paris die antinationalsozialistische Exilzeitschrift „Die Zukunft“ herauszugeben,⁶⁹⁰ die unter seiner Ägide und der anfänglichen redaktionellen Leitung von Arthur Koestler erstmalig im Oktober 1938 erschien.⁶⁹¹ Das wöchentlich erscheinende Zeitschriftenorgan hatte sich einen „freiheitlichen Sozialismus“ (Willi Münzenberg) zum Ziel gesetzt und sollte primär zu einem Zufluchtsort für von den Parteiapparaten der SPD und KPD enttäuschte im Exil lebende Sozialisten werden, bezog allerdings ein breites Spektrum von zum Teil international bekannten Autoren ein.⁶⁹² Damit sollte der interessierten Öffentlichkeit ein breites Spektrum der verhandelten Themen suggeriert werden. Allerdings verstanden Willi Münzenberg und seine Mitstreiter sowie die finanziellen Unterstützer⁶⁹³ „Die Zukunft“ als genuin politische

⁶⁸⁹ Siehe hierzu Babette Gross, Willi Münzenberg. Eine politische Biografie, S. 457 ff.

⁶⁹⁰ Zu den näheren Einzelheiten der Gründung, der Finanzierung, der Redaktionsgeschichte sowie zur inhaltlichen und politischen Entwicklung der Zeitschrift „Die Zukunft“ siehe besonders Hans-Albert Walter, Deutsche Exilliteratur 1933-1950, Bd. 4: Exilpresse, Stuttgart 1978, S. 128-184. Siehe auch Lieselotte Maas, Die Zeitungen des deutschen Exils in Europa von 1933 bis 1939 in Einzeldarstellungen, in: Eberhard Lämmert (Hg.), Handbuch der deutschen Exilpresse 1933-1945, Bd. 4, München/Wien 1990, S. 245-253.

⁶⁹¹ Nachdem Koestler im Dezember 1938 von seinem Redaktionsposten zurücktrat, fungierte fortan der katholische Journalist Werner Thormann als Chefredakteur der Zeitschrift, die im Mai 1940 eingestellt wurde. Als Redakteur des Kulturteils fungierte – bis zu seiner weiteren Auswanderung in die Vereinigten Staaten im März 1939 – Ludwig Marcuse. Leiter des Wirtschaftsteils war Herbert Weichmann.

⁶⁹² Zu den Autoren der „Zukunft“ zählte ein Personenkreis, der sich aus allen politischen Richtungen zusammensetzte – mit Ausnahme von Kommunisten. Neben dem Renegaten Ignazio Silone, dem italienischen „Totalitarismustheoretiker“ Luigi Sturzo, dem ehemaligen Danziger Senatspräsidenten Hermann Rauschning oder dem früheren preußischen Finanzminister Otto Klepper waren dies beispielsweise die international überaus bekannten „fellow-travellers“ wie Lion Feuchtwanger und Heinrich Mann. Babette Gross, Willi Münzenberg. Eine politische Biografie, S. 476 nannte als weitere Autoren u. a. Thomas Mann, Stefan Zweig, Joseph Roth, René Schickele, Arnold Zweig, Alfred Döblin, Alfred Kerr, Rudolf Olden, Alexander Schifrin, Max Beer, E. J. Gumbel und Max Hodann sowie ausländische Politiker wie Carlo Sforza, Francesco Nitti und George Bidault u. v. a. m.

⁶⁹³ Bis zum heutigen Tag ist die Finanzierung der Zeitschrift nicht eindeutig geklärt. Babette Gross, Willi Münzenberg. Eine politische Biografie, S. 476 machte die Mitteilung, dass das Organ die notwendigen Gelder entweder von „kapitalkräftigen Freude(n)“ um Olof Aschberg (ein schwedischer Geschäftsmann und Bankier; J. G.) oder von französischen Politikern aus dem Umfeld der Freimaurer erhielt. Lieselotte Maas, Handbuch der deutschen Exilpresse 1933-1945, S. 246 informiert u. a. darüber, dass das NS-Regime hinter den finanziellen Geldgebern englische und französische Gegner der Appeasement-Politik vermutete. Zur möglichen Einbeziehung der Pressestelle des französischen Außenministeriums in das mit beträchtlichen finanziellen

Zeitschrift, so dass die in der Anfangsphase existierende Themenvielfalt alsbald abflaute.⁶⁹⁴ Denn angesichts der durch das Münchener Abkommen⁶⁹⁵ neu entstandenen politischen Situation in Europa rückte die Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur, den außenpolitischen (Kriegs-)Zielen des deutschen Regimes sowie vor allem Reflexionen und Pläne für ein „Nach-Hitler-Deutschland“ in den Mittelpunkt der Zeitschrift, die anfänglich mit dem Untertitel „Ein neues Deutschland. Ein neues Europa!“ erschien.⁶⁹⁶

Mit eben jener zentralen Frage der politisch-demokratischen Gestalt Deutschlands nach Hitler beschäftigte sich ein redaktionelles (Planungs-)Komitee, das neben dem Soziologen Julius Steinberg aus den beiden ehemaligen Kommunisten Manès Sperber und Richard Löwenthal (unter dem Pseudonym Paul Sering), die den Ablösungsprozess mit der Kommunistischen Partei bereits vollzogen hatten, sowie Willi Münzenberg und Arthur Koestler bestand, deren Ablösungsprozess vom Kommunismus noch nicht hundertprozentig zum Abschluss gekommen war. Bei den beiden Antifaschisten Münzenberg und Koestler waren zu diesem Zeitpunkt die Loyalitäten, die Identifikationen und die emotionalen Bindungen mit Moskau noch zu stark ausgeprägt. Beide akzeptierten noch die „Endweder-Oder-Formel“ (Michael Rohrwasser), die Franz Dahlem 1938 in die bezeichnenden Worte fasste: „Wer gegen die Sowjetunion ist, hilft dem Faschismus“.

Nachdem Willi Münzenberg im März 1939 aus der KPD ausgetreten war und die KPD-Führung ihn am 16. März 1939 als „Verräter“⁶⁹⁷ aus der Partei ausgeschlossen hatte,

Mitteln ausgestattete Zeitschriftenprojekt siehe Hans-Albert Walter, Deutsche Exilliteratur 1933-1950, Bd. 4: Exilpresse, S. 129-132.

⁶⁹⁴ Lieselotte Maas, Die Zeitungen des deutschen Exils in Europa von 1933 bis 1939 in Einzeldarstellungen, S. 248. Auch wenn in den ersten Ausgaben der „Zukunft“ tatsächlich sowohl eine Autoren- als auch eine Themenvielfalt vorherrschte und auch das Feuilleton einen breiten Raum einnahm (später verschwand es gänzlich), ging es allerdings gleichwohl getreu der „alten“ Agitprop-Methode von Anbeginn um das Prinzip der indirekten, diskret gesteuerten Meinungsbildung.

⁶⁹⁵ Auf der am 29. September stattgefundenen Münchener Konferenz einigten sich die Staats- und Regierungschefs Deutschlands, Italiens, Englands und Frankreichs darauf, dass die Tschechoslowakei die sudetendeutschen Gebiete räumt und an das Deutsche Reich abtritt. Damit wurden die deutschen Forderungen erfüllt. Insbesondere die englische und französische Bevölkerung nahm die Nachricht, dass Hitler zukünftig auf weitere territoriale Expansionen verzichten wolle mit Jubel auf, weil damit der Frieden gerettet schien.

⁶⁹⁶ Zum politischen Grundverständnis der Zeitschrift „Die Zukunft“ äußerte sich Arthur Koestler im Nachhinein folgendermaßen: Sie „sollte eine unabhängige deutschsprachige Wochenzeitschrift sein, Propaganda gegen die Nazis machen, sich für ein *rapprochement* der verschiedenen Emigrantengruppen einsetzen und ein Programm für die Zeit nach dem Zusammenbruch ausarbeiten.“ Arthur Koestler, Abschaum der Erde. Autobiographische Schriften Bd. 2, S. 277.

⁶⁹⁷ Für jeden ehemaligen Anhänger der kommunistischen Bewegung und für jedes ehemalige bzw. aktuelle Mitglied einer Kommunistischen Partei hatte, wie gesagt, die Diffamierung und Stigmatisierung, die mit dem pejorativen Begriff des „Verräters“ einherging, existentielle Konsequenzen. Denn wer auch immer in den späteren dreißiger Jahren von der Kommunistischen Partei als Verräter bezeichnet wurde, war physisch bedroht. D. h., insbesondere führende Funktionäre der Kommunistischen Partei, wie z. B. Willi Münzenberg, waren sich darüber im Klaren, dass sie mit dem Tode bedroht waren und konkretes Opfer eines Mordanschlages eines Mitarbeiters des kommunistischen Geheimdienstapparates werden könnten.

nahm „Die Zukunft“ unter seiner Ägide einen politischen Kurswechsel vor. Fortan setzte man sich neben dem Nationalsozialismus auch und vor allem kritisch mit der Sowjetunion auseinander, obwohl bei Münzenberg noch ein Rest an Loyalität zu Moskau vorhanden war. Gleichwohl kritisierte er in seiner am 10. März 1939 in der „Zukunft“ veröffentlichten Austrittserklärung aus der Kommunistischen Partei den sowjetischen Staat als „Einpartei-Diktatur“ und „Herrschaft eines unkontrollierten Parteiapparates“.⁶⁹⁸ Unter dem Eindruck des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes am 23. August brach dann allerdings Willi Münzenberg in der „Zukunft“ öffentlich mit dem kommunistischen Regime unter Stalin und nahm eine totalitarismuskritische Perspektive ein.⁶⁹⁹ Die Tatsache, dass die „Heimat des Kommunismus“, das eigentliche Zentrum der kommunistischen Bewegung mit dem Hauptfeind jeden überzeugten Antifaschisten zusammenarbeitete, erschien – neben zahlreichen weiteren Intellektuellen und Parteimitgliedern, die den „Glauben“ an den Kommunismus noch nicht verloren hatten – auch Münzenberg als „Verrat“ und entscheidender Anlass, die Identifikation mit der Sowjetunion aufzugeben. Desillusioniert klagte er am 28. August 1939 Stalin an: Er „habe der faschistischen Hauptmacht, dem nationalsozialistischen Deutschland den rettenden Ausweg gewiesen. Über die Tatsache, daß der Hitler-Stalin-Pakt die eigentliche Kriegsgefahr heraufbeschwöre, lasse sich ebenso wenig streiten wie über die Erkenntnis, daß pure machtpolitische Erwägungen Hitler wie Stalin zur Preisgabe aller Theorie und zum ideologischen Stellungswechsel veranlaßt hatten.“⁷⁰⁰

In dem Artikel „Der russische Dolchstoß“ vom 22. September 1939 in der „Zukunft“ schrieb Münzenberg: „Welche Absichten Stalin auch immer vorgeben möge, mit der demokratischen Friedenspolitik eines sozialistischen Staates habe der feige Überfall auf Polen nichts mehr zu tun. 'Die alte Ideologie, die Prinzipien der kollektiven Sicherheit und die nur als Tarnung mühselig mitgeschleppten sozialistischen und internationalistischen Doktrinen sind in Stalin-Rußland ein für alle Mal tot und begraben.'“ Willi Münzenberg kam in Bezug auf die „beiden Diktaturstaaten“ in dem Zeitschriftenartikel zu dem Schluss: „Frieden und Freiheit müssen verteidigt werden gegen Hitler und gegen Stalin, der Sieg muß gegen Hitler

⁶⁹⁸ Zitiert nach Reinhard Müller, Willi Münzenberg, in: Manfred Asendorf/Rolf von Bockel (Hg.), Demokratische Wege. Deutsche Lebensläufe aus fünf Jahrhunderten, Stuttgart/Weimar 1997, S. 439-441 (hier S. 441).

⁶⁹⁹ Zur inhaltlichen und politisch-programmatischen Entwicklung nach dem „Trauma“ des Hitler-Stalin-Pakts mit Blick auf die Deutschlandplanung der „Zukunft“ siehe Hans-Albert Walter, Deutsche Exilliteratur 1933-1950, Bd. 4: Exilpresse, S. 169-176.

⁷⁰⁰ Zitiert nach Babette Gross, Willi Münzenberg. Eine politische Biografie, S. 480.

und Stalin erkämpft und die neue, unabhängige Einheitspartei der deutschen Arbeiter im Kampfe gegen Hitler und gegen Stalin geschmiedet werden.“⁷⁰¹

Im Verlauf der dreißiger Jahre und zu Beginn der vierziger Jahre waren es – wie gezeigt – auch und vor allem Renegaten wie zum Beispiel Boris Souvarine, Walter G. Krivitsky, Antè Ciliga, Arthur Koestler, Jan Valtin (d. i. Richard Krebs), die mit ihren Buchveröffentlichungen Ausmaß und Hintergründe des „Großen Terrors“ in der Sowjetunion thematisierten und einen nicht geringen Anteil an der Analyse des stalinistischen Herrschaftssystems hatten. Gerade die amerikanische Öffentlichkeit konnte sich vermittels der ehemaligen Trotzisten und Kommunisten einen genaueren Eindruck über die gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse in der Sowjetunion unter Stalin machen. Darüber hinaus waren es in den Vereinigten Staaten Repräsentanten der politischen Linken aus dem Umfeld der sogenannten „New York Jewish Intellectuals“, ⁷⁰² die sich in ihren Zeitschriftenprojekten insbesondere kritisch mit dem Kommunismus im Allgemeinen und der Sowjetunion im Besonderen auseinandersetzten. Eine zentrale Rolle spielte hierbei der aus dieser „Familie“ stammende, durch die marxistische Theorie geprägte ehemalige Trotzist

⁷⁰¹ Zitiert nach ebenda, S. 481. In der Folgezeit kritisierte Willi Münzenberg in „Der Zukunft“ vehement die Verbrechen des sowjetischen Regimes unter Stalin, die im Rahmen des „Großen Terrors“ Mitte der dreißiger Jahre begangen wurden. In Bezug auf die „Parteisäuberungen“ schrieb er im Frühjahr 1940 an die Adresse der „Nr. 1“ gerichtet: „Du hast Lenins alte Kampfgefährten verleumdet, entehrt und ermordet: Kamenew, Sinowjew, Bucharin, Rykow und andere, deren Unschuld Dir wohl bewußt war...Wo ist die alte Garde? Sie lebt nicht mehr. Du hast sie erschossen, Stalin!“ (Zitiert nach ebenda, S. 482). Nach dem Einmarsch der Wehrmacht wurde Willi Münzenberg von den französischen Behörden in zwei Internierungslagern festgehalten: zuerst im Pariser Stadion von Colombes und danach in Chambaran in der Nähe von Lyon. Beim Herannahen der deutschen Truppen versuchte Münzenberg mit weiteren Internierten im Juni 1940 durch einen Fußmarsch in die Schweiz zu gelangen. Im Oktober 1940 fand die französische Polizei die Leiche von Willi Münzenberg in einem Wald nahe der Stadt St. Marcellin. Die tatsächlichen Umstände des Todes, d. h., ob es sich um einen Selbstmord oder um den Mord des sowjetischen Geheimdienstes (oder der Gestapo) handelte, sind bis zum heutigen Tage nicht geklärt.

⁷⁰² Michael Hochgeschwender, Freiheit in der Offensive? Der Kongreß für kulturelle Freiheit und die Deutschen, S. 83 konstatiert, dass diese Gruppe eine „Art Familie“ (Norman Podhoretz) darstellte, die sich größtenteils aus Schriftstellern, Verlegern, Literaturkritikern und Universitätsprofessoren zusammensetzte und in allererster Linie „aus dem Umfeld der jüdischen Immigranten im New Yorker Stadtteil Bronx“ kamen. Er ordnet dem „Kreis der Familie“ u. a. folgende Personen zu, die zu einem nicht geringen Teil später im „Monat“ veröffentlichten. Neben dem Herausgeber des „Monat“ Melvin J. Lasky waren dies: Elliot Cohen, Sidney Hook, Phillip Rahv, Lionel Trilling, Diana Trilling, William Phillips, Hannah Arendt, Max Eastman, Reinhold Niebuhr, James T. Farrell, Alfred Kazin, Mary McCarthy, Arthur M. Schlesinger jr., James Baldwin, Daniel Bell, Irving Kristol, Seymour M. Lipset, C. Wright Mills, Norman Mailer, Edward Shils. Vgl. grundsätzlich Alan M. Wald, The New York Intellectuals. The Rise and Fall of the Anti-Stalinist Left from the 1930s to the 1980s, Chapel-Hill/London 1987; Hugh Wilford, The New York Intellectuals. From Vanguard to Institution, New York 1995; Alexander Bloom, Prodigal Sons, New York Intellectuals and their World, New York 1986; Joseph Dorman, Arguing the World. The New York Intellectuals in their Own Words, The Free Press, New York 2000.

Dwight Macdonald (1906-1982),⁷⁰³ der unter anderem mit Hannah Arendt und Melvin J. Lasky eng befreundet war und später Mitarbeiter des „Monat“ wurde. Macdonald war Mitherausgeber der ursprünglich trotzkistisch ausgerichteten Zeitschrift „Partisan Review“,⁷⁰⁴ die im Verlauf der späten dreißiger Jahre einen militanten Antikommunismus vertrat und zum Sprachrohr der „New York Jewish Intellectuals“ wurde.⁷⁰⁵ Zu dieser Zeit avancierte Dwight Macdonald auch zur „Galionsfigur der New Yorker Intellektuellen“.⁷⁰⁶

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges gab Dwight Macdonald die in den Vereinigten Staaten einflussreiche linke Zeitschrift „Politics“ heraus.⁷⁰⁷ Unter seiner Ägide versammelten sich Intellektuelle wie Daniel Bell, Bruno Bettelheim, Albert Camus, Irving Howe, Charles Wright Mills, Meyer Schapiro, Simone Weil und Karl Jaspers sowie mit Victor Serge, Ignazio Silone und Nicola Chiaromonte drei Renegaten der politischen Linken. Angesichts des „Zeitalters des Totalitarismus“ stand die Verteidigung des Einzelnen, des Subjektes vor kollektivistischen Abstraktionen und messianischen Weltanschauungen der politischen Linken und Rechten, d. h. die Verbindung von Antikommunismus und Antifaschismus, im Zentrum von „Politics“. Für Dwight Macdonald wurde neben dem stalinistischen Terror insbesondere die Vernichtung des europäischen Judentums zum Schlüsselereignis für seine totalitarismustheoretischen Reflexionen.

In seinem zentralen Aufsatz „The Responsibility of Peoples“ ging Dwight Macdonald im März 1945 in „Politics“⁷⁰⁸ als nichtjüdischer Intellektueller auf der Basis der damals verfügbaren Quellen auf die Vernichtung des europäischen Judentums ein. Die Begegnung mit Bruno Bettelheim, einem Überlebenden der nationalsozialistischen Konzentrationslager,⁷⁰⁹ ermöglichten Macdonald die bis zu diesem Zeitpunkt – mehr oder

⁷⁰³ Vgl. Dwight Macdonald, *Memoirs of a Revolutionist. Essays in Political Criticism*, New York 1957 sowie Michael Wreszin, *A Rebel in Defense of Tradition. The Life and Politics of Dwight Macdonald*, New York 1994.

⁷⁰⁴ Die zu Beginn trotzkistische Zeitschrift „Partisan Review“ wurde 1934 von William Phillips und Philip Rahv in Boston gegründet.

⁷⁰⁵ Mit James Burnham, Sidney Hook und Lionel Trilling saßen zentrale Vertreter der „New York Intellectuals“ im Beirat der „Partisan Review“, so Michael Hochgeschwender, *Freiheit in der Offensive? Der Kongreß für kulturelle Freiheit und die Deutschen*, S. 103, die später auch zum Mitarbeiterkreis des „Monat“ zählten. Vgl. Terry A. Cooney, *The Rise of the New York Intellectual. Partisan Review and its Circle, 1934-1945*, Madison 1986.

⁷⁰⁶ So Enzo Traverso, *Die Verantwortung der Intellektuellen: Dwight Macdonald und Jean-Paul Sartre*, in: ders., *Auschwitz denken. Die Intellektuellen und die Shoah*, Hamburg 2000, S. 281-329 (hier S. 281).

⁷⁰⁷ Die radikal-humanistische Zeitschrift „Politics“ erschien erstmalig im Februar 1944 und letztmalig 1949.

⁷⁰⁸ Dwight Macdonald, *The Responsibility of Peoples*, in: *Politics*, Bd.2, Nr.3. New York, März 1945, S. 82-93. Im folgenden wird der Aufsatz zitiert nach Enzo Traverso, *Die Verantwortung der Intellektuellen: Dwight Macdonald und Jean-Paul Sartre*, in: ders., *Auschwitz denken. Die Intellektuellen und die Shoah*, S. 281-329.

⁷⁰⁹ Siehe Bruno Bettelheim, *Individual and Mass Behaviour in Extreme Situations*, in: *Politics*, Bd. 1, Nr. 7, August 1944, S. 199-209. Der Aufsatz wurde unter dem deutschen Titel „Individuelles und Massenverhalten“

weniger – partiellen und gemeinhin nicht geglaubten Nachrichten⁷¹⁰ über die Judenvernichtung in Polen zusammenzubringen und überzeugten ihn von der „Sinnlosigkeit“ des rassistischen Vernichtungsprogrammes und der Betriebsförmigkeit der „Todesfabriken“, die von den Deutschen auf der Grundlage der nationalsozialistischen Weltanschauung in Gang gesetzt wurden. Macdonalds Erkenntnis nach wurden bis zu diesem Zeitpunkt vier Millionen Juden von den Nazis in den ‚Todesfabriken‘ umgebracht.⁷¹¹

Die nationalsozialistischen Massenverbrechen standen für den späteren Mitarbeiter des „Monat“ keineswegs in einem direkten Zusammenhang mit dem konkreten Kriegsgeschehen, so dass sich für Macdonald hieraus der neuartige Verbrechenscharakter ergab. Denn: „Aus allen Berichten ergibt sich dasselbe Bild: Rationalität und System werden aufs äußerste getrieben; die Entdeckungen der Wissenschaft, die Raffinessen der modernen Massenorganisationen werden für die Ermordung von Nicht-Kombattanten eingesetzt, und das in einem Umfang, wie seit den Tagen Dschingis Khan nicht mehr.“⁷¹² Und in Bezug auf den industriellen Charakter der Judenvernichtung konstatierte Macdonald: „Die Nazis haben viel gelernt von der Massenproduktion, von der Organisation der modernen Fabrik. All das (die Funktionsweise der Lager) nimmt sich aus wie eine finstere Parodie auf die Illusionen, die man sich im viktorianischen Zeitalter über die wissenschaftliche Methode machte (...)“⁷¹³

Dass es sich bei den nationalsozialistischen Verbrechen um ein noch nie dagewesenes Geschehen handelte, ergab sich für Dwight Macdonald aus dem Umstand der „Sinnlosigkeit“ (Hannah Arendt),⁷¹⁴ dass nämlich die Judenausrottung als Selbstzweck betrieben wurde: „Die Ausrottung der europäischen Juden (...) war kein Mittel zu irgendeinem Zweck, den man als rational akzeptieren könnte. Die Juden stellten für ihre Henker keine Gefahr dar; ihre Ausrottung diente keinem militärischen Ziel; die ‚Rassentheorie‘, die zur Begründung der Menschenvernichtung herangezogen wurde, ist wissenschaftlich haltlos und, menschlich

wiederabgedruckt, in: ders., Erziehung zum Überleben. Zur Psychologie der Extremsituation, Stuttgart 1980, S. 58-95.

⁷¹⁰ Ein Jahr vor Dwight Macdonald, im Januar 1944, war es Arthur Koestler im „New York Times Magazine“, der sich mit der Frage auseinandersetzte, warum die englische und amerikanische Öffentlichkeit die millionenfachen Ermordung der europäischen Juden durch den deutschen Nationalsozialismus nicht glaubte und sie als „Kriegspropaganda“ bewertete; siehe Arthur Koestler, Warum Greuelthaten nicht geglaubt werden, in: ders., Der Yogi und der Kommissar, Eßlingen a. N. 1950, S. 138-147.

⁷¹¹ Enzo Traverso, Die Verantwortung der Intellektuellen: Dwight Macdonald und Jean-Paul Sartre, in: ders., Auschwitz denken. Die Intellektuellen und die Shoah, S. 287.

⁷¹² Zitiert nach ebenda, S. 288.

⁷¹³ Zitiert nach ebenda, S. 288 f.

⁷¹⁴ Wenige Jahre später hieß es bei Hannah Arendt, Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, S. 684 in Bezug auf die sogenannte „scheinbare Sinnlosigkeit“: „Die Unglaubwürdigkeit der Greuel hängt aufs engste mit ihrer ökonomischen Zwecklosigkeit zusammen. Die Nazis haben diese Zwecklosigkeit bis zur offenen Zweckwidrigkeit getrieben, als sie mitten im Kriege und bei offenbarem Mangel an rollendem Material Millionen von Juden transportierten und riesige, kostspielige Vernichtungsfabriken anlegten. Durch den offenbaren Widerspruch dieser Veranstaltungen zu den Notwendigkeiten der Kriegshandlungen gaben sie dem ganzen Unternehmen inmitten einer zweckbeherrschten Welt den Anschein einer verrückten Irrealität.“

gesehen, ein Skandal; man kann sie allenfalls, im genauen Sinne des Wortes, als ‚neurotisch‘ klassifizieren. Die europäischen Juden wurden ermordet, um einen paranoischen Haß zu befriedigen (...), nicht aber um irgendeines politischen Ziels willen oder um sonst irgendeinen Vorteil daraus zu ziehen (...).⁷¹⁵

Im Zusammenhang mit seiner Auffassung vom singulären Charakter der nationalsozialistischen Judenvernichtung stellte Dwight Macdonald einen ausdrücklichen Vergleich mit der Ausrottung der Kulaken durch das stalinistische Herrschaftsregime an. Der zentrale Unterschied bestand nach seiner Einschätzung darin, dass den ideologisch motivierten NS-Verbrechen an den europäischen Juden keine politische Rationalität zu Grunde lag, im Gegensatz zu den Toten des Sowjetkommunismus. Für den trotzkistischen Renegaten waren die „Massaker des Stalin-Regimes“ nämlich die

„einzigen, die heutzutage, dem Umfang nach, denen der Nazis entsprechen. In Rußland gibt es heute sehr viel weniger Achtung für das menschliche Leben und weniger ideologischen Widerstand gegen Gewalttaten, die sich gegen große Massen von Menschen richten, als in den bürgerlichen Demokratien. Doch selbst in Rußland wird zum Beispiel die vom Staat herbeigeführte Hungersnot von 1932 damit gerechtfertigt, daß es dabei um die Durchführung einer Agrarpolitik ging, deren Ziel die Produktivitäts-Steigerung war. Dabei wurden brutale, abstoßende Mittel eingesetzt (...). Die Steigerung der Produktivität ist vielleicht an sich kein guter Zweck, aber sicher auch kein schlechter. Jedenfalls ist sie rational. Und die Kulaken wurden im Zusammenhang mit der Durchsetzung dieses Ziels ausgehungert, nicht, weil es wünschenswert schien, sie als solche auszurotten. Man kann nun richtigerweise sagen, daß es für einen toten Kulaken oder einen toten Juden kaum einen Unterschied macht, welche Motive seine Henker hatten. Aber für die Henker – und für unsere Einschätzung ihrer Taten – macht es einen großen Unterschied.“⁷¹⁶

II. 3. 2. Die Totalitarismusstudien von Franz Borkenau und James Burnham

Auch wenn von einer zumindest indirekten Einflussnahme von Dwight Macdonald auf Hannah Arendts Reflexionen zur „ökonomischen Zwecklosigkeit“ der nationalsozialistischen Judenvernichtung ausgegangen werden kann, fielen gleichwohl seine Ausführungen zum singulären Charakter des Holocaust und der Vergleich der nationalsozialistischen mit den stalinistischen Massenverbrechen fortan in der Geschichte der Totalitarismustheorie dem Vergessen anheim. Im Unterschied dazu nimmt, wie gezeigt, die 1940 veröffentlichte Untersuchung „The Totalitarian Enemy“ des früheren Parteikommunisten Franz Borkenau

⁷¹⁵ Zitiert nach Enzo Traverso, Die Verantwortung der Intellektuellen: Dwight Macdonald und Jean-Paul Sartre, in: ders., Auschwitz denken. Die Intellektuellen und die Shoah, S. 292.

⁷¹⁶ Zitiert nach ebenda, S. 291 (Fußnote 25).

einen zentralen Platz ein.⁷¹⁷ Allerdings stand noch in den frühen 1930er Jahren bei dem Kommunisten Franz Borkenau eine explizit marxistische Auffassung am Anfang der Auseinandersetzung mit einem neuartigen Herrschaftsphänomen, für das er später den Begriff des Totalitarismus wählte. Denn noch in seinem 1933 veröffentlichten Aufsatz „Zur Soziologie des Faschismus“ rubrizierte er trotz aller Unterschiede den Nationalsozialismus und den italienischen Faschismus unter den Sammelbegriff „Faschismus“. Borkenaus Einschätzung zufolge war der Faschismus eine „exklusive Diktatur einer totalitären Partei“, der ausschließlich unter den verschärften antagonistischen Bedingungen der kapitalistischen liberalen Demokratien an die Macht gelangen konnte.⁷¹⁸

Die 1936 veröffentlichte Studie über Pareto nahm auf dem Weg zum Borkenauschen Totalitarismusbegriff gewissermaßen eine Mittelstellung ein. Obwohl Franz Borkenau sich vom Faschismusbegriff zur Charakterisierung der Gemeinsamkeiten zwischen Bolschewismus, Faschismus und Nationalsozialismus inzwischen gelöst hatte, suchte er noch nach einer identifizierenden Kategorie für die neuartigen Diktaturen. Gleichwohl erkannte er bereits in allen drei Herrschaftssystemen ähnliche Merkmale. Denn nach Borkenaus Auffassung herrschte nämlich in den drei Diktaturen eine neue Elite, d. h. eine Partei und ein Führer, die den gesamten politischen und wirtschaftlichen Bereich kontrollieren und imstande war, über die gesellschaftlichen Klassen hinweg, durch ihre Entschlossenheit, durch den institutionalisierten Terror und durch eine pseudoreligiöse Ideologie eine innere Homogenität, d. h. eine nationale Homogenität zu erreichen.⁷¹⁹

Nachdem sich in den späten dreißiger Jahren der vergleichende Totalitarismusbegriff zur Kategorisierung des Nationalsozialismus, des italienischen Faschismus und des Sowjetkommunismus etabliert hatte und der komparative Ansatz zur Analyse des Totalitarismus in der Forschung allmählich Verwendung fand, erschien 1940 „The Totalitarian Enemy“ von Franz Borkenau.⁷²⁰ Das Hauptwerk Borkenaus über die totalitären Herrschaftssysteme enthielt analytische Einsichten, die sich zweifelsohne in den späteren

⁷¹⁷ Siehe hierzu das Einleitungskapitel „Die wechselvolle Geschichte des Totalitarismusbegriff“.

⁷¹⁸ Franz Borkenau, Zur Soziologie des Faschismus. In: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 1933, Bd. 68, Heft 5, S. 513-547. Hier nach dem Wiederabdruck bei Ernst Nolte (Hg.), Theorien über den Faschismus, Köln/Berlin 1967, S. 156-181 (hier S. 178).

⁷¹⁹ Franz Borkenau, Pareto, London 1936. Vgl. William Jones, The Path from Weimar Communism to the Cold War. Franz Borkenau and „The Totalitarian Enemy“, in: Alfons Söllner/Ralf Walkenhaus/Karin Wieland (Hg.), Totalitarismus. Eine Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts, S. 39-43.

⁷²⁰ Franz Borkenau, The Totalitarian Enemy, London 1940.

„klassischen“ Werken zur Totalitarismustheorie von Sigmund Neumann, Hannah Arendt⁷²¹ und Carl Joachim Friedrich wiederfinden lassen.⁷²² Zudem hinterließ das totalitarismuskritische Schlüsselwerk auch beim Renegaten George Orwell Spuren.⁷²³ Franz Borkenau verdankte im Hinblick auf die Analyse des Nationalsozialismus wesentliche Erkenntnisse unter anderem Hermann Rauschning, der zu diesem Zeitpunkt mit „Die Revolution des Nihilismus“⁷²⁴ und „Gespräche mit Hitler“⁷²⁵ zentrale Studien zum Wesen des deutschen Totalitarismus veröffentlichte.⁷²⁶

Die unter dem Eindruck des deutsch-sowjetischen-Nichtangriffspaktes und nach dem Einmarsch der Wehrmacht und der Roten Armee in Polen im September 1939 erstellte Studie „The Totalitarian Enemy“ enthielt als zentrale „Botschaft“ die These von der Wesensverwandtschaft des „Roten Faschismus“ und des „Braunen Bolschewismus“.⁷²⁷ Sie wurde von dem ehemaligen Mitarbeiter des Frankfurter Institutes für Sozialforschung aufgrund der für die westlichen Staaten politisch extrem zugespitzten Situation als „Warn-

⁷²¹ François Furet sieht beispielsweise im „moralischen Nihilismus“ und in der „Rolle der Auflösung der Klassen“ analytische Parallelen zwischen Franz Borkenau und Hannah Arendt. Siehe François Furet, *Das Ende einer Illusion. Der Kommunismus im 20. Jahrhundert*, S. 702 (Fußnote 63).

⁷²² Die nach Franz Borkenaus endgültigen Bruch mit dem Kommunismus infolge der Erfahrungen im Spanischen Bürgerkrieg entstandenen Bücher: *Austria and After*, London 1938 sowie *The New German Empire*, Harmondsworth 1939 gehörten bereits zu den Veröffentlichungen, in denen der Autor eine antitotalitäre Perspektive einnahm und als Vorstudien zu seinem totalitarismustheoretischen Hauptwerk aufgefaßt werden können.

⁷²³ Nachdem George Orwell bereits „Spanish Cockpit“ und „The Communist International“ in zwei Rezensionen als bedeutende Bücher gewürdigt hatte, besprach er auch die Totalitarismusstudie von Franz Borkenau. In der englischen Zeitung „Time and Tide“ vom 4. Mai 1940 schrieb er: „Der Nationalsozialismus ist eine Form des Sozialismus, er ist ausdrücklich revolutionär, er unterdrückt die Privateigentümer ebenso gewiß wie die Arbeiter. Die zwei Regimes, die von verschiedenen Seiten begonnen haben, entwickeln sich schnell auf das gleiche System hin – zu einer Art oligarchischen Kollektivismus. Und gegenwärtig, wie Dr. Borkenau zeigt, entwickelt sich Deutschland in Richtung auf Rußland hin, nicht umgekehrt.“ Zitiert nach Stefan Howald, *George Orwell*, S. 124. Vgl. auch Bernhard Crick, *George Orwell. Ein Leben*, Frankfurt a. M. 1984, S. 456.

⁷²⁴ Hermann Rauschning, *Die Revolution des Nihilismus. Kulisse und Wirklichkeit im Dritten Reich*, Zürich und New York 1938.

⁷²⁵ Ders., *Gespräche mit Hitler*, Zürich 1940.

⁷²⁶ Im Vorwort seiner Untersuchung wies Franz Borkenau darauf hin, dass er sich bei seinen Ausführungen zum Nationalsozialismus neben Hermann Rauschning, noch auf folgende Autoren gestützt hat: auf Paul Sering (d. i. Richard Löwenthal), auf den Wirtschaftspublizisten Thomas Balogh sowie auf den englischen Journalisten F. A. Voigt. Frederick A. Voigt, Kommentator und führender außenpolitischer Korrespondent des „Manchester Guardian“ hatten einen erheblichen Anteil an der Verbreitung der vergleichenden Analyse des Nationalsozialismus und des Sowjetkommunismus in den 1930er und 1940er Jahren in Großbritannien. Markus Huttner, *Totalitarismus und säkulare Religionen. Zur Frühgeschichte totalitarismuskritischer Begriffs- und Theoriebildung in Großbritannien*, Bonn 1999, schreibt auf S. 28 über die Bedeutung der Veröffentlichungen von Voigt: „Seine Beiträge verdienen vor allem unter dem Aspekt Beachtung, als sie auf der Schnittstelle unterschiedlicher Deutungsversuche moderner Gewaltregime liegen. Denn Voigt benutzte neben dem gelegentlich verwandten Totalitarismusbegriff vor allem das Konzept der Säkularreligion, das für ihn zu einer Art Schlüssel für die phänomenologische Erfassung der Gleichförmigkeiten von Marxismus und Nationalsozialismus wurde.“ Zum Einfluß von F. A. Voigt auf „The Totalitarian Enemy“ von Franz Borkenau siehe die Ausführungen von Markus Huttner, in: ebenda, S. 225-230. Vgl. auch Franz Borkenau, Rezension von F. A. Voigt, *Unto Caesar*, in: *The Sociological Review*, 30 (1938), S. 421-424.

⁷²⁷ Franz Borkenau, *The Totalitarian Enemy*, S. 13.

und Kampfschrift“ geschrieben. Borkenau appellierte an die liberalen Demokratien, sich auf die zu erwartende militärische Konfrontation vorzubereiten. Denn: „This European war is an ‚ideological war‘. It is a fight of the liberal powers against the biggest ‚totalitarian‘ power, Germany. And Germany, in this war, is cooperating, though in an ambiguous manner, with Russia, the other big totalitarian power of the world ... the main division could not be more clear-cut; liberal powers here, totalitarian powers there.“⁷²⁸

Angesichts des Hitler-Stalin-Paktes zeigte sich für Franz Borkenau vor allem beim Nationalsozialismus der neuartige Systemcharakter. Das „Neue“ am deutschen Totalitarismus zeigte sich für Borkenau – vor dem Hintergrund der Erfahrungen, die die Weltöffentlichkeit mit den Methoden Hitlers z. B. beim Münchner Abkommen im September 1938 machte –, dass Hitler einen Bruch mit den Gepflogenheiten der westlichen Diplomatie vollzog, und zwar insofern, als er sich an keine Absprachen und Verträge hielt, seine Gegner unter Androhung von Gewalt einschüchterte, die demokratischen Staaten untereinander ausspielte und ihre Schwächen bedenkenlos ausnutzte. Für Borkenau bestand die Gefahr, die von der totalitären Außenpolitik Hitlers ausging, darin, dass er sich bei seiner unbegrenzten Expansionspolitik, d. h., seinem Ziel, Deutschland nach der Eroberung der östlichen Länder zur einzigen Weltmacht Nummer Eins zu machen, durch keinerlei diplomatische Prinzipien binden lassen wollte. Auch aus diesen Gründen appellierte Franz Borkenau für einen entschlossenen und einheitlichen militärischen Kampf der alliierten Streitkräfte. Die besondere Gefahr Hitlers bestand darin, dass er zu jedem Zeitpunkt mit jedem Staat entsprechende diplomatische Übereinkünfte eingehen würde, solange es seinen politischen Interessen diene.⁷²⁹

Der Aufstieg des Nationalsozialismus und des sowjetischen Kommunismus erfolgte für Franz Borkenau aufgrund einer in der Folge des Ersten Weltkrieges entstandenen allgemeinen internationalen Krise, mit der die an den Schalthebeln der Macht sich befindende traditionelle politische Klasse keine eigenständige Lösung parat hatte. Bei allen Unterschieden in Bezug auf den gesellschaftsökonomischen Entwicklungsstand in den beiden Ländern, stellte der Autor fest: „Neither the Russian nor the German Revolution originated primarily in specific national conditions. Both were results of an international social, political, and economic

⁷²⁸ Ebenda, S. 11.

⁷²⁹ Ebenda, S. 172.

crisis, and of one and the same crisis, to wit, that crisis which has held the world in its grip since 1914.“⁷³⁰

Der unterschiedliche gesellschaftsökonomische Entwicklungsstand in Deutschland und Russland hatte zur Folge, dass nach Franz Borkenau Auffassung die soziale Revolution in den beiden Ländern von unterschiedlicher Qualität war. Für ihn brauchte der Nationalsozialismus keine totalen Veränderungen im gesellschaftlichen Gefüge vorzunehmen und mithin konnte die alte politische und wirtschaftliche Funktionselite übernommen werden. Ganz anders in Russland, wo die bolschewistische Machtergreifung einen gewissermaßen totalitären Austausch der gesamten alten Führungsschicht zur Folge hatte.⁷³¹

Franz Borkenau Theorie zufolge waren also der Nationalsozialismus und der Sowjetkommunismus keineswegs „vom Himmel gefallen“ (Hannah Arendt), sondern entstanden auf dem Boden einer inneren Krise der westlichen bzw. europäischen Gesellschaftsformation.⁷³² Anders gesagt: Der Totalitarismus entsprang Borkenau zufolge einer Krise der Demokratien und der kapitalistischen Gesellschaft, so dass der Ex-Kommunist und geschulte marxistische Theoretiker in dem Kampf gegen die totalitären Systeme die Notwendigkeit sah, in den demokratischen liberalen Staaten Eingriffe in den wirtschaftlichen Kreislauf vorzunehmen. Borkenau plädierte für staatliche Eingriffe in die Wirtschaft, die seiner Auffassung auch die in den liberalen Staaten existierenden gesellschaftlichen Probleme

⁷³⁰ Ebenda, S. 211.

⁷³¹ Ebenda, S. 235 f. Gemeinhin wurde zum Zeitpunkt der Veröffentlichung im Jahre 1940 der italienische Faschismus beim Vergleich mit dem Nationalsozialismus und dem Sowjetkommunismus noch unter die Kategorie des Totalitarismus subsumiert. Franz Borkenau war meines Erachtens einer der ersten Totalitarismustheoretiker, der die qualitativen Differenzen der drei Herrschaftsregime herausstrich. Für ihn war der italienische Faschismus kein totalitäres System, weil „der Duce“ Benito Mussolini darauf verzichtete, eine totale gesellschaftliche und politische Revolution vorzunehmen, d. h., keinen totalen Wechsel der alten Funktionseliten vornahm und im Großen und Ganzen auf staatliche Eingriffe verzichtete (S. 229).

⁷³² Nach dem Tod seines Freundes schrieb Richard Löwenthal in seiner Einführung in: Franz Borkenau, Ende und Anfang. Von den Generationen der Hochkulturen und von der Entstehung des Abendlandes, Stuttgart 1984 auf S. 18, dass es zu den bemerkenswerten Leistungen Franz Borkenaus zählte, in seiner Totalitarismusstudie erkannt zu haben, „daß die totalitären Ideologien unserer Zeit nicht die Produkte eines *diabolus ex machina* sind, der plötzlich den Westen von außen her bedroht, sondern einer inneren Krise der westlichen Zivilisation entsprungen sind. Der Nationalsozialismus war eine ‚Revolte gegen den Westen‘ aus seinem eigenen Bereich; und während die Kulturkrise, die ihn hervorrief, damals nur Deutschland erfaßte, hat sie nach Borkenau Lebenszeit auch andere, weltweite Erscheinungsformen hervorgebracht. Der Bolschewismus kann historisch nur als das Resultat der Ausbreitung der westlichen Häresie des Marxismus auf dem nicht-westlichen Boden Rußlands verstanden werden. Die Drohung des ‚totalitären Feindes‘ erschien so in Borkenau Sicht als ein Zeichen, wie weit die inneren Faktoren kulturellen Zerfalls im Westen bereits fortgeschritten waren; und während er zur Zeit der Abfassung des Buches noch überzeugt war, daß die unmittelbare Gefahr durch einen Sieg des Westens überwunden werden könne, wurde er nach dem Zusammenbruch Frankreichs tief pessimistisch über den Kriegsausgang – und war bald nach dem Siege abermals pessimistisch für die Aussichten, einen neuen Weltkrieg ohne eine totale Kapitulation des Westens vor Stalins Sowjetunion zu vermeiden.“

bewältigen könnten und mithin die Gefahr einer Revolution und von möglichen totalitären Tendenzen in den demokratischen Ländern abwenden könnten.⁷³³

Trotz der zweifelsohne totalitarismustheoretischen Ausrichtung von „The Totalitarian Enemy“, lag der Schwerpunkt eindeutig auf der Untersuchung des Nationalsozialismus, dem der Autor sich in fünf umfangreichen Kapiteln zuwandte,⁷³⁴ so dass ein konzeptionelles Problem vorherrschte. Der profilierte Experte für den Kommunismus thematisierte in einem auffallend kleineren Abschnitt das sowjetische System. In der Untersuchung von Borkenau entstand dadurch das Problem, dass zum einen ebenjenes inhaltliche Ungleichgewicht vorherrschte, da die Auseinandersetzung mit dem deutschen Totalitarismus dominierte. Zum anderen verwischte der Autor objektive Systemunterschiede zwischen dem „Hitler-Regime“ und dem „Stalin-Regime“, so dass bestehende Differenzen zugunsten einer „geschlossenen Theorie“ zum Teil nicht berücksichtigt wurden.⁷³⁵

Auf der Basis der in den beiden Untersuchungen „Austria and After“⁷³⁶ und vor allem „The New German Empire“⁷³⁷ gewonnenen Erkenntnisse analysierte Franz Borkenau den Nationalsozialismus unter Adolf Hitler. Neben den oben erwähnten allgemeinen Entstehungsursachen für das Phänomen Totalitarismus, existierten zudem für Franz Borkenau genuin länderspezifische Bedingungen. Das bedeutete für das „Dritte Reich“: im Vergleich zu anderen europäischen Ländern entstand in Deutschland nach dem verlorenen Weltkrieg eine gesellschaftliche und politische Krisensituation, auf dem der Antiliberalismus, Antidemokratismus, Antiparlamentarismus, Antimarxismus, Antikonservatismus, Antisemitismus sowie die manifeste Kirchenfeindlichkeit der nationalsozialistischen Idee und -Politik auf fruchtbaren Boden stoßen konnte. Allerdings konnte letzten Endes nach Auffassung von Borkenau die „Revolution des Nihilismus“ (Hermann Rauschning) bzw. Hitlers Vorstellung einer revolutionären Bewegung des Nihilismus nur reüssieren, d. h. an die Macht kommen, weil die Hitlersche Propaganda die auch durch die wirtschaftliche Situation in Deutschland entstandene „geistige“ und soziale Krise in ihrem Sinne auszubeuten verstand.

⁷³³ Franz Borkenau, *The Totalitarian Enemy*, S. 104.

⁷³⁴ Die einzelnen Kapitelüberschriften lauteten: „Nazi Economics“, „Towards Collectivism“, „Nazi Mentality and its Background“, „The New Tyranny“ und „The Nazi War“.

⁷³⁵ An dieser Stelle sei noch mal daran erinnert, dass die Auseinandersetzung mit dem vergleichenden Totalitarismusbegriff – bereits in den späteren dreißiger Jahren, aber auch danach – im Wesentlichen von den außenpolitischen Konstellationen abhing. D. h. in Bezug auf das Borkenau Buch: Zum Zeitpunkt der Fertigstellung der Untersuchung, stellte sich zwar den meisten Zeitgenossen das NS-System im Vergleich zur Sowjetunion als das politisch und militärisch weitaus gefährlichere dar; daraus resultierte sicherlich die Tatsache, dass Franz Borkenau sich in erster Linie mit dem NS-System beschäftigte. Da jedoch angesichts des Hitler-Stalin-Paktes die beiden totalitären Mächte den liberalen Demokratien als „gleich“ gefährliche Gegner erscheinen sollten, flossen bestehende Differenzen nicht in den identifizierenden Totalitarismusbegriff hinein.

⁷³⁶ Franz Borkenau, *Austria and After*, London 1938.

⁷³⁷ Ders., *The New German Empire*, Harmondsworth 1939.

Das was später Hannah Arendt in ihrer Totalitarismusstudie als Bündnis zwischen „Mob und Elite“ bezeichnete, konstatierte auch Franz Borkenau. Nämlich, dass die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft zur Auflösung der Klassen führte, so dass das nationalsozialistische Programm alle Individuen der „atomisierten Massen“ (Hannah Arendt) ansprechen konnte.⁷³⁸ Der messianische Dimensionen annehmende Glaube an Hitler in der deutschen Bevölkerung, den die NS-Propaganda geschickt ausnutzte, resultierte auch in der Hoffnung auf eine ökonomische Erneuerung bzw. staatliche Wirtschaftslenkung Deutschlands. Worum es dem NS-Regime allerdings in den Augen von Franz Borkenau ausschließlich ging, war der Erhalt der politischen Macht.⁷³⁹

Das Ziel des Machterhalts korrespondierte, so Borkenau, mit außenpolitischen Ambitionen des Nationalsozialismus, so dass Hitler einen Konnex zwischen Wirtschaftspolitik und Wiederaufrüstungsprogramm herstellen konnte.⁷⁴⁰ Denn nur mit dem Abbau der Arbeitslosigkeit und der militärischen Wiederaufrüstung Deutschlands waren die letzten Endes unbegrenzten außenpolitischen Eroberungs- und Herrschaftsziele zu realisieren. Und dieses zentrale Ziel bestand in dem Hitlerschen Plan der Weltherrschaft. Dafür wurde fast der gesamte wirtschaftliche Bereich vom NS-Staat okkupiert und im Hinblick auf eine Kriegswirtschaft ausgerichtet, so dass quasi ein staatlicher „Rüstungskapitalismus“ entstand.⁷⁴¹ Die geplanten sozialen Folgekosten für die Bevölkerung, wie z. B. erhöhte Arbeitszeiten und schlechtere Ernährung, wurde von der nationalsozialistischen Führung mit dem Mittel der „messianischen Hoffnungspropaganda“⁷⁴² verkauft. Denn ein Stillstand der nationalsozialistischen „Revolution“ durfte nicht eintreten.⁷⁴³

⁷³⁸ Franz Borkenau nahm sehr wohl zu Kenntnis, dass Adolf Hitler, nachdem er sich für die „legale Revolution“ entschieden hatte, bewusst das Bündnis mit Gegnern der Weimarer Republik in den Reihen der konservativen Elite gesucht hatte, um das verhasste „System“ zum Einsturz zu bringen und höchstselbst an die Macht zu kommen, um danach mit den linken und rechten Gegner abzurechnen. In „The New German Empire“ schrieb Franz Borkenau: „It is therefore meaningless to ask whether Nazi-ism is a Socialist revolution against the old ruling classes or a reaction of the upper classes against the threat from the masses below. With the advent of Nazi-ism, a political body recruited from all classes but independent of them all has taken power in its hands and established its absolute domination.“ (ebenda, S. 20 f.)

⁷³⁹ Franz Borkenau, *The Totalitarian Enemy*, S. 32.

⁷⁴⁰ Ebenda, S. 32-37.

⁷⁴¹ Ebenda, S. 38-50.

⁷⁴² Birgit Lange-Enzmann, *Franz Borkenau als politischer Denker*, Berlin 1996, S. 172.

⁷⁴³ Die Autorin der ausgezeichneten Borkenau-Werkbiographie, Birgit Lange-Enzmann, weist zu Recht in ihrer Untersuchung (ebenda, S. 172) auf die offensichtlichen Parallelen zu dem „Klassiker der Totalitarismusforschung“ (Alfons Söllner), der 1942 veröffentlichten Studie, *Permanent Revolution. The Total State in a World at War* von Sigmund Neumann hin. Siehe meine Ausführungen zur Studie von Sigmund Neumann in dem Kapitel I „Die wechselvolle Geschichte des Totalitarismusbegriff“. Zur grundsätzlichen Bedeutung von Neumanns Buch und zu dessen Einfluß auf die Totalitarismusstudien von Hannah Arendt und Carl J. Friedrich vgl. Alfons Söllner, Sigmund Neumanns „Permanent Revolution“. Ein vergessener Klassiker der vergleichenden Diktaturforschung, in: Alfons Söllner/Ralf Walkenhaus/Karin Wieland (Hg.), *Totalitarismus. Eine Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts*, S. 53-65.

Die nationalsozialistische Ideologie wurzelte für Franz Borkenau in einer in der deutschen (Geistes-)Geschichte angelegten „Revolte gegen den Westen“ (Richard Löwenthal), die sich erfolgreich in den Jahren nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg in der Bevölkerung Bahn brechen konnte. Die wichtigsten Elemente waren dabei „die Betonung einer nationalen Einheit, verbunden mit einer Heils- und Erlösungslehre, deren pseudowissenschaftlicher Fundierung und die Propagierung eines umfassenden Feindbildes.“⁷⁴⁴ D. h., neben der destruktiven Rolle des utopischen deutschen Nationalismus, der rassistischen Theorie der deutschen Herrenrasse und dem mit messianischen Zügen ausgestatteten Führers Adolf Hitler, sah Borkenau in dem Feindbild des Juden ein überragendes Element der nationalsozialistischen Weltanschauung. Die Juden firmierten – so könnte man Franz Borkenau verstehen – als „Gegenrasse“ und gewissermaßen als „natürlicher Feind“ Deutschlands, da sie den „deutschen Werten“ antithetisch gegenüber stünden. „If in the Nazi faith the Jew is the arch-enemy, then the Nazi methods of Jew-baiting must be regarded as the incarnation of the Nazi spirit. And that spirit is one of sadistic torture of helpless and innocent victims.“⁷⁴⁵

Die „Nazi-Elite“ um Göring, Goebbels, Röhm und Streicher unter der Führung Hitlers, hatten als „Psychopathen“ und „Politkriminelle“ ein instrumentelles Verhältnis zur nationalsozialistischen Ideologie. Nach Borkenau waren die Exponenten dieser Führungselite weniger Überzeugungspolitiker bzw. -täter, d. h. sie glaubten selber nicht an ihre vertretene Ideologie, sondern sahen in ihr in allererster Linie ein Instrument,⁷⁴⁶ ein Instrument für den politischen Kitt zwischen dem Herrschaftsregime im engeren Sinne und der deutschen Bevölkerung und mithin zur „Machtsicherung der Elite“. Gleichwohl bestand Franz Borkenau auf einer Trennung zwischen der nationalsozialistischen Führung und -Ideologie auf der einen Seite, sowie der deutschen Bevölkerung auf der anderen Seite. In Bezug auf die Rolle Deutschlands nach dem Krieg äußerte er sich über die Deutschen in „The Totalitarian Enemy“ folgendermaßen: „then there is no reason whatsoever why her legitimate claims should not be

⁷⁴⁴ Birgit Lange-Enzmann, Franz Borkenau als politischer Denker, S. 177.

⁷⁴⁵ Franz Borkenau, The Totalitarian Enemy, S. 138.

⁷⁴⁶ Im Gegensatz zu Franz Borkenau insistierte Hermann Rauschning darauf, dass der Antisemitismus beim nationalsozialistischen „Führer“ und deutschem Staatsoberhaupt keineswegs nur instrumentellen Charakter hatte und mithin vor allem propagandistische Zwecke erfüllte. Rauschning beschrieb Hitler als einen ideologischen Antisemiten, der von seinem „Glauben“ an den existentiellen „Entscheidungskampf“ gegen die Juden überzeugt war. Siehe hierzu Hermann Rauschning, Gespräche mit Hitler, S. 220-228.

fulfilled. But if she were likely to remain a centre of disturbance no other policy would be open but to prevent her from being dangerous“.⁷⁴⁷

In einem eher knapp bemessenen Abschnitt seiner Studie thematisierte Franz Borkenau neben den Entstehungsbedingungen die Verlaufsform der bolschewistischen Revolution, die schlussendlich zum totalitären Herrschaftsregime unter Stalin führte und stellte hier ausdrücklich Vergleiche zum Nationalsozialismus an. Wie nach ihm Carl J. Friedrich⁷⁴⁸ betrachtete Borkenau die Einführung des ersten Fünfjahresplanes als entscheidende historische Zäsur des sowjetischen Staates, der eine politische Grundsatzentscheidung Stalins vorausging. Mit der Beseitigung jedweder privatwirtschaftlicher Aktivitäten der Kulaken und der Einführung der Kollektivierungspolitik des sowjetischen Staates ging es für Borkenau um die Herrschaftssicherung der kommunistischen Partei und ihres „Führers“ Stalin. Dessen Kollektivierungspolitik mit Millionen von Toten unter den Kulaken und der in diesen Kreisen einsetzende Widerstand, hatte nach Einschätzung Borkenaus zur Folge, dass der „totalitäre Führer“ eine Terror- und Unterdrückungspolitik in Gang setzte, von der die Bevölkerung, die politische und militärische Klasse des Landes betroffen waren. Die Opfer der Stalinschen Terrorpolitik mussten als Sündenböcke einer mit katastrophalen Folgen verbundenen staatlichen Planwirtschaft erhalten. Anders gesagt: Die permanente Suche nach Schuldigen einer verfehlten (Wirtschafts-)Politik war dem kommunistischen System unter Stalin quasi immanent. Ohne die Existenz eines „inneren Feindes“ konnte der sowjetische Staat der Ära Stalins nicht existieren. Aus diesem Grund war für Franz Borkenau die Sowjetunion im Vergleich zu Deutschland die eigentliche Inkarnation des Totalitarismus. Denn, so Borkenau:

⁷⁴⁷ Franz Borkenau, *The Totalitarian Enemy* Ebenda, S. 145. Die von Franz Borkenau zum Zeitpunkt der Buchveröffentlichung 1940 – also vor den eigentlichen Verbrechen der Deutschen, der Vernichtung des europäischen Judentums – vorgenommene Trennung zwischen Herrschaftsregime im engen Sinn und deutscher Bevölkerung sollte bekanntlich hinfort für die Redaktion in der Zeitschrift „Der Monat“ um Melvin J. Lasky vorherrschend sein, wenn es einerseits um die Analyse des Nationalsozialismus ging und andererseits um die des Sowjetkommunismus unter Stalin. Anders gesagt: die Trennung von „Regime und Volk“ war nachgerade die analytische Prämisse, wenn „Der Monat“ den theoretischen Fokus auf die totalitären Herrschaftsregime in Deutschland und der Sowjetunion richtete.

⁷⁴⁸ In seinem totalitarismustheoretischen Standardwerk schrieb Carl J. Friedrich: „Den entscheidenden Anstoß für einen zentralen Staatsplan gab die politische Entscheidung, das Land in großem Umfang zu industrialisieren und die Landwirtschaft zu kollektivieren. Erst damit beginnt im Jahre 1928 die Ära der Fünfjahrespläne. Seither dreht sich das Wirtschaftsleben der Sowjetunion um diese breit angelegten, umfassenden Pläne, wie sie die Planer der Gosplan-Organisation auf Grund der grundsätzlichen Entscheidung der Führung entwickelt haben. Ja, man darf vielleicht sagen, daß die Inangriffnahme des ersten Fünfjahresplanes als Anfang der eigentlich totalitären Revolution angesehen werden kann. Stalins Programm, das im wesentlichen mit den Forderungen der sogenannten linken Opposition übereinstimmte, forderte natürlich den Widerstand der Bauern und anderer Gruppen heraus. Man begegnete ihm mit einer Verschärfung der Zwangsmaßnahmen. Da jede Gesellschaft ein kompliziertes System von sich überschneidenden Interessenzusammenhängen ist, so ergriff bald die totalitäre Revolution die gesamte Wirtschaft.“ Carl J. Friedrich, *Totalitäre Diktatur*, S. 175 f.

„Russia is the totalitarian country *par excellence*; Communism the purest and most logical form of totalitarianism“.⁷⁴⁹ Darüber hinaus kam Borkenau zu der Einsicht, dass für ein totalitäres Herrschaftssystem die Notwendigkeit der Existenz eines Feindbildes absolut notwendig ist.⁷⁵⁰

Die für das totalitäre Herrschaftssystem implizite Feindobsession, das für die Machthaber notwendige Vorhandensein eines „existentiellen Gegners“, drückte sich für Borkenau auch durch die Tatsache aus, dass sie die eigene Einparteienherrschaft und den eigenen Staat umgeben sahen von „äußeren Feinden“, mit denen man qua Definition nicht in Frieden leben könne. Dazu Borkenau:

“The existence of other political régimes abroad is an unbearable barrier to any totalitarian régime. A liberal and democratic régime can easily put up with national differences. A totalitarian regime cannot. Its Führer is *the* super-man; its changing tenets are *the* truth for the day when are uttered. Every disagreement is a crime. Nazism cannot have the full validity it claims as long as people next door are living happily without it. The same applies in a still higher degree to Communism“.⁷⁵¹

Nur ein Jahr nach der Veröffentlichung von Franz Borkenau war es der trotzkistische Renegat James Burnham, der mit „The Managerial Revolution“ eine totalitarismustheoretische Untersuchung vorlegte,⁷⁵² die zeitweilig eine sehr populäre Theorie darstellte.⁷⁵³ Die in der

⁷⁴⁹ Franz Borkenau, *The Totalitarian Enemy*, S. 229.

⁷⁵⁰ Ebenda, S. 227.

⁷⁵¹ Ebenda, S. 232 f.

⁷⁵² James Burnham, *The Managerial Revolution*, New York 1941 (dt. Ausgabe: *Das Regime der Manager*, Stuttgart 1948). James Burnham wurde als Sohn englischer Einwanderer 1905 in Chicago geboren (gestorben 1987 in Kent/Connecticut). Er studierte Philosophie, Volkswirtschaft und Staatswissenschaft an der Universität in Princeton und am Balliol College in Oxford. Zu Beginn des Jahres 1930 nahm er eine Lehrtätigkeit an der philosophischen Abteilung des Washingtoner Square College an der New Yorker Universität auf und hatte dort einen Lehrstuhl von 1932 bis 1954. Von 1930 bis 1933 gab er die Vierteljahrszeitschrift „The Symposium“ heraus. Zu diesem Zeitpunkt dominierte bei Burnham die Sozialkritik am kapitalistischen Gesellschaftssystem. Ab 1933 avancierte er zum Anhänger des Trotzkismus und wurde zum starken Kritiker des kommunistischen Systems Stalinscher Couleur. Burnham brachte einige Jahre die antistalinistische Zeitschrift „The New International“ heraus. Nach überaus heftiger Kontroverse brach Burnham mit dem im Mexikanischen Exil lebenden Trotzki, weil es unterschiedliche theoretische und politische Auffassungen über die Bedeutung der russischen Revolution gab. In den folgenden Jahren war James Burnham Mitherausgeber der amerikanischen Zeitschrift „Partisan Review“, die, wie bereits gesagt wurde, zu einem früheren Zeitpunkt trotzkistisch ausgerichtet war und ab Ende der dreißiger Jahre eine militant antikommunistische Ausrichtung besaß. Nach der Veröffentlichung seiner Totalitarismusstudie veröffentlichte James Burnham „The Struggle for the World“ (1947) und „The Coming Defeat of Communism“ (1950), mit denen er in der Hochphase des Kalten Krieges für internationales Aufsehen sorgte. Neben der Analyse und radikalen Kritik des sowjetischen Kommunismus unter Stalin trat Burnham darin für ein vehementes und offensives Verteidigen der „westlichen Werte“ ein. Später war James Burnham Herausgeber des Zentralorgans der amerikanischen Konservativen, der Zeitschrift „National Review“. Siehe einzelne biographische Angaben zu James Burnham in: Alan M. Wald, *The New York Intellectuals. The Rise and Decline of the Anti-Stalinist. Left from the 1930s to the 1980s*, Chapel Hill/London 1987, S. 175-182.

⁷⁵³ Martin Jänicke, *Totalitäre Herrschaft. Anatomie eines politischen Begriffes*, S. 113.

Totalitarismusstudie entfalteten umstrittenen Ansichten des späteren Neo-Machiavellisten⁷⁵⁴ implizierten erste Ansätze einer Konvergenz-Theorie,⁷⁵⁵ da für James Burnham das „Manager-Regime“ sich nicht nur in Deutschland und der Sowjetunion an der Macht befand, sondern auch in den Vereinigten Staaten totalitäre Angleichungstendenzen davon zu konstatieren waren. „Der New Deal“, so der Autor, „ist weder Stalinismus noch Nazismus. Er ist nicht einmal eine amerikanische Analogie dazu; denn der New Deal ist in seiner manageriellen Entwicklung viel weiter zurück, und der Kapitalismus ist in den Vereinigten Staaten noch nicht vorüber. Aber ein ehrlicher Beobachter, sei er nun Freund oder Feind des New Deal, kann nicht leugnen, daß der New Deal hinsichtlich der wirtschaftlichen, sozialen, politischen und ideologischen Abkehr vom traditionellen Kapitalismus die gleiche Richtung verfolgt wie Stalinismus und Nazismus. Der New Deal ist eine Phase des Übergangs vom Kapitalismus zur Managergesellschaft.“⁷⁵⁶

Anders gesagt: Burnham gelangte zur Feststellung, dass der Kapitalismus nicht mehr vorrangig von den Kapitalisten getragen wurde. Seit dem 1. Weltkrieg habe sich an ihrer Statt ein (weltweites) „Regime der Manager“ über Staat und Wirtschaft etabliert. Hierbei handelte es sich um einen Funktionärstypus, der mit der Gesellschaft so umginge wie mit einer Fabrik. Dieser Personenkreis, den der Autor unter den Begriff „Manager“ subsumierte, setzte sich aus Industriellen, Technikern, Parteibürokraten und Armeeeoffizieren zusammen und waren nicht mehr primär am Profitmotiv, sondern in erster Linie am Machtmotiv interessiert.⁷⁵⁷ Die

⁷⁵⁴ James Burnham, *Die Machiavellisten. Verteidiger der Freiheit*, München 1949.

⁷⁵⁵ Mit der komparativ ausgerichteten Konvergenztheorie beschäftigte sich die Wissenschaft systematischer zum Zeitpunkt der beginnenden Ost-West-Entspannungspolitik in den sechziger Jahren. Aus der umfangreichen Forschungsliteratur vgl. Reinhard Bendix, *Herrschaft und Industriearbeit. Untersuchungen über Liberalismus und Autokratie in der Geschichte der Industrialisierung*, Frankfurt a. M. 1960; George Paloczi-Horvath, *Rebellion der Tatsachen. Die Zukunft Rußlands und des Westens*, Frankfurt a. M. 1963; Zbigniew K. Brzezinski/Samuel P. Huntington, *Political Power: USA/USSR*, London 1964 (dt. Ausgabe: *Politische Macht. USA/UdSSR*, Köln-Berlin 1966); Ernst Richert, *Die neue Gesellschaft in Ost und West, Analyse einer lautlosen Revolution*, Gütersloh 1966.

⁷⁵⁶ James Burnham, *Das Regime der Manager*, S. 299 f.

⁷⁵⁷ So Franz Neumann, *Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933–1944*, S. 273. In seinem zum Standardwerk der NS-Forschung avancierten Buch setzte sich Franz Neumann kritisch mit James Burnhams These auseinander, dass auch der Nationalsozialismus seinen kapitalistischen Charakter verloren habe. Neumann dagegen ging bei seiner Analyse des Nationalsozialismus noch vom Primat der Ökonomie über die Politik aus. Später vertrat Franz Neumann eine andere Auffassung. In seinem 1955 geschriebenen Aufsatz „Ökonomie und Politik im zwanzigsten Jahrhundert“ sprach Franz Neumann in Bezug auf den Nationalsozialismus von der „Suprematie der Politik über die Ökonomie“. Franz Neumann, *Ökonomie und Politik im zwanzigsten Jahrhundert*, in: ders., *Demokratischer und autoritärer Staat. Beiträge zur Soziologie der Politik*, Frankfurt a. M. 1967, S. 171-183 (hier S. 180). Interessanterweise kam bereits 1939 Richard Kern (d. i. der frühere marxistische Ökonomietheoretiker und sozialdemokratische Politiker Rudolf Hilferding) in einem Artikel im *Neuen Vorwärts mit Blick auf Deutschland, Sowjetrußland, Italien (und Japan)* zu der Feststellung, dass in diesen Ländern der Primat der Politik über die Wirtschaft galt. Für diese sogenannten „totalitären Gesellschaften“ zählte die Tatsache, dass die wirtschaftlichen Ziele den politischen Zielen untergeordnet waren. Vgl. Rudolf Hilferding, *The Modern Totalitarian State*, in: *Modern Review*, 1. Jg. (Oktober 1947), S. 597-605.

Managerelite war ausschließlich an der politischen Macht interessiert und hierbei hatten in Bezug auf den Nationalsozialismus und den Sowjetkommunismus neben dem „Massenbewegungscharakter“, der „Einparteiendiktatur“, dem „Führerprinzip“ die „Ideologien der Manager“ eine zentrale Bedeutung.⁷⁵⁸ In Russland hatte sich nach Einschätzung von Burnham der erste Managerstaat in der Geschichte etabliert.⁷⁵⁹

Für den ehemaligen Trotzlisten James Burnham besaß die für die marxistische Theorie entscheidende Frage nach dem Eigentum an den Produktionsmitteln in Bezug auf den Totalitarismus keine Bedeutung mehr. Wie der Verlauf der russischen Revolution gezeigt hatte, führte die Abschaffung des kapitalistischen Privateigentums nicht – wie es die marxistische Revolutionstheorie voraussagte – zwingend zum Sozialismus, d. h. einer freien und klassenlosen Gesellschaft.⁷⁶⁰ Ganz im Gegenteil führte die Revolution zu einer neuen Klassen- bzw. Managergesellschaft. Und der sowjetische Staat war für Burnham ein totalitärer Staat, der vom selben Typ war, wie er sich nach der nationalsozialistischen „Revolution“ in Deutschland entwickelt hatte. Für Burnham war es zweifelsohne richtig, dass die „Herrschaft einer privilegierten Klasse deren Kontrolle über die Produktionsmittel voraussetzt; aber die Kontrolle braucht nicht durch individuelle Eigentumsrechte ausgeübt zu werden. Das kann vielmehr auch durch sogenannte korporative Rechte geschehen, die im Besitz nicht von Privatpersonen, sondern von Institutionen sind. So war es z. B. in vielen Gesellschaften mit einer herrschenden Priesterkaste, also bei zahlreichen primitiven Kulturen, im alten Ägypten und in gewissem Umfang auch im Mittelalter. In solchen Gesellschaften kann es wenige Reiche und viele Arme, wenige Mächtige und viele Unterdrückte geben, genau wie das (z. B. im Kapitalismus) bei Gesellschaften der Fall ist, in denen die Eigentumsrechte bei den Individuen als solchen liegen.“⁷⁶¹

Eingedenk der historischen Vorläufer kam Burnham angesichts seiner Erkenntnis, dass im „Regime der Manager“ Privatleute kein entsprechendes Eigentum besaßen und mit Blick auf die Frage, wie dann überhaupt ein Gruppe von Menschen eine herrschende Klasse bilden kann, zur folgender Antwort: „Nicht durch Eigentumsrechte, die sie als einzelne besitzen, werden die Manager die Kontrolle über die Produktionsmittel ausüben und bei der Verteilung

⁷⁵⁸ Siehe James Burnham, *Das Regime der Manager*, S. 219-242.

⁷⁵⁹ Ebenda, S. 247.

⁷⁶⁰ Vgl. hierzu auch Arthur Koestler, *Der Yogi und der Kommissar*, S. 328-334, der sich hier ausdrücklich auf die Studie von Burnham berief.

⁷⁶¹ James Burnham, *Das Regime der Manager*, S. 56 f.

bevorzugt werden, sondern mittelbar durch die Kontrolle über den Staat, der seinerseits die Produktionsmittel zu Eigentum besitzt und kontrolliert.⁷⁶²

Der in der Studie „The Managerial Revolution“ von James Burnham entfaltete Kerngedanke der Konstituierung des oligarchischen Kollektivismus anstatt einer sozialistischen Gesellschaft, stieß bei Arthur Koestler, Franz Borkenau,⁷⁶³ als auch – wie erwähnt – bei George Orwell auf großes Interesse. Insbesondere hatte die Burnhamsche Prognose, dass hinfort die Welt von drei großen Superstaaten beherrscht werden, die untereinander in einem permanenten Kriegszustand leben werden, vor allem für das totalitarismuskritische Buch „Nineteen Eighty-Four“ des Renegaten George Orwell eine außerordentliche Bedeutung.⁷⁶⁴

II. 3. 3. Zur Bedeutung der Renegaten für die Totalitarismustheorie

Mit „The Totalitarian Enemy“ von Franz Borkenau und „The Managerial Revolution“ James Burnhams lagen zu einem frühen Zeitpunkt totalitarismustheoretische Studien von zwei ehemaligen Kommunisten respektive Trotzlisten vor. Insbesondere die Studie von Franz Borkenau avancierte zu einem Standardwerk der Totalitarismusforschung. Darüber hinaus enthielten die zu einem frühen Zeitpunkt, d. h. die im Kontext des Spanischen Bürgerkrieges bis Anfang der fünfziger Jahre, entstandenen autobiographischen Renegatenberichte neben ersten Informationen über die Repressionen und über den „Großen Terror“ in der Sowjetunion erste totalitarismustheoretische Ansätze, weil in zahlreichen Büchern explizit oder implizit ein

⁷⁶² Ebenda, S. 92.

⁷⁶³ Siehe Franz Borkenau, Die Revolution der Manager, in: Merkur, Heft 5, 3 (1949), S. 487-494.

⁷⁶⁴ George Orwell schrieb in dem Aufsatz „James Burnham and the Managerial Revolution“ aus dem Frühjahr 1946 zustimmend: „Die neuen ‚Manager‘-Gesellschaften werden nicht aus einem Flickenteppich kleiner, unabhängiger Staaten, sondern aus großen Superstaaten bestehen, die sich um die industriellen Hauptzentren in Europa, Asien und Amerika konzentrieren. Diese Superstaaten werden untereinander um den Besitz der noch nicht mit Beschlag belegten Teile der Welt kämpfen, aber sie werden wahrscheinlich nicht in der Lage sein, einander völlig zu besiegen. Im Innern wird jede Gesellschaft hierarchisch sein mit einer Begabtenaristokratie an der Spitze und einer Masse von Halbsklaven an der Basis.“ Zitiert nach Hans-Christoph Schröder, George Orwell. Eine intellektuelle Biographie, München 1988, S. 193. Kritisch äußerte sich Orwell hinsichtlich Burnhams Vorstellung, dass dieser die Stabilität der totalitären Herrschaftsregime in der Sowjetunion und in Deutschland überschätzt und die zweifelsohne vorhandenen systemimmanenten Zerstörungskräfte in ebendiesen Staaten mehr oder weniger unterschätzt. Mit Blick auf die Sowjetunion prognostizierte Orwell, dass sich das Regime unter Stalin entweder demokratisieren werde oder ganz verschwindet. Denn, so Orwell: „Das riesige, unbesiegbare, ewigwährende Sklavenreich, von dem Burnham zu träumen scheint, wird nicht errichtet werden, oder, wenn es errichtet wird, wird es nicht dauern, weil die Sklaverei nicht länger mehr eine stabile Grundlage für die menschliche Gesellschaft darstellt.“ (Zitiert nach ebenda, S. 195)

Vergleich zwischen dem Nationalsozialismus und dem Stalinismus gezogen wurde,⁷⁶⁵ so dass hier eine „Embryonalform der Totalitarismustheorie“ (Wolfgang Kraushaar) vorlag.

So zog beispielsweise der ehemalige jüdisch-österreichische Kommunist Alexander Weißberg-Cybulski, der im Kontext der „Großen Säuberung“ im März 1937 in der Sowjetunion verhaftet und dann im Zuge des Hitler-Stalin-Paktes im Frühjahr 1940 vom russischen Geheimdienstapparat an die deutsche Gestapo ausgeliefert wurde, in seinem autobiographischen Erfahrungsbericht „Im Verhör. Ein Überlebender der stalinistischen Säuberungen berichtet“ explizit den Vergleich: „Wir fuhren durch das verwüstete Polen auf Brest Litowsk zu. An der Bugbrücke erwartete uns der Apparat des anderen totalitären Systems in Europa, die deutsche Gestapo.“⁷⁶⁶ Zudem rückten bei Weißberg-Cybulski die für die totalitären Herrschaftssysteme des Nationalsozialismus und des Sowjetkommunismus eine zentrale Rolle einnehmenden Organe der staatlichen Geheimpolizei in den Mittelpunkt des Vergleichs. In Bezug auf die Folter bei den persönlich erfahrenen Verhören stellte er hierzu fest:

„Die GPU erreichte ihr Ziel zumeist durch die Angst vor der drohenden Mißhandlung, in selteneren Fällen durch wirkliche Foltern. Sie waren sehr sparsam mit den Schlägen. (Darin unterschieden sie sich von den Gestapoleuten, wie mich sechs Jahre später mein Aufenthalt im Pawiak, dem Zentralgefängnis der Warschauer Gestapo, lehrte. Die GPU war viel klüger als die deutsche Geheimpolizei).“⁷⁶⁷

Der ehemalige Kommunist Walter G. Krivitsky wiederum verglich die „Parteisäuberung“ Stalins ausdrücklich mit der „blutigen Säuberung vom 30. Juni 1934“, der sogenannten Röhm-Affäre, durch Hitler.⁷⁶⁸ Bei Margarete Buber-Neumann tauchte der Vergleich expressis verbis schon im Buchtitel auf. Die 1949 veröffentlichten Erinnerungen „Als Gefangene bei Stalin und Hitler“ thematisierten hierbei wie gesehen keineswegs nur ausschließlich totalitäre Erfahrungen.⁷⁶⁹ Im Mittelpunkt des Buches stand primär die Institution, in der das Ziel des totalitären Staates, die totale Herrschaft über das einzelne Individuum, erfüllt schien, wo alles erlaubt war und beispielsweise für Hannah Arendt „schlechthin alles möglich“ war und das Wesen des Totalitarismus verkörperte: die Konzentrationslager.⁷⁷⁰

⁷⁶⁵ Siehe hierzu Michael Rohrwasser, Totalitarismustheorie und Renegatenliteratur, in: Alfons Söllner/Ralf Walkenhaus/Karin Wieland (Hg.), Totalitarismus. Eine Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts, S. 105-116.

⁷⁶⁶ Alexander Weißberg-Cybulski, Im Verhör. Ein Überlebender der stalinistischen Säuberungen berichtet, Wien-Zürich 1993, S. 335; die deutsche Originalausgabe erschien 1951 unter dem Titel „Hexensabbat. Die Gedankenpolizei – Die große Tschistka“ im Verlag der Frankfurter Hefte. Unter dem Titel „Das Grosse Verhör. Aus der Praxis des NKWD“ erschien ein Auszug des Buches in: Der Monat, Heft 35 (1951), 3. Jg., S. 490-502.

⁷⁶⁷ Ebenda, S. 227.

⁷⁶⁸ W(alter) G. Krivitsky, Ich war in Stalins Dienst!, a.a.O., S. 203 f.

⁷⁶⁹ Siehe hierzu Kapitel II. 2. 1. „Die Erfahrungen von Margarete Buber-Neumann als exemplarischer Fall“.

⁷⁷⁰ Siehe Hannah Arendt, Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, S. 676-702.

Die zentrale Bedeutung der Renegaten für die Totalitarismustheorie war neben dem frühzeitig gezogenen expliziten oder impliziten Vergleich zwischen dem Nationalsozialismus und dem Stalinismus, die in zahlreichen autobiographischen Erfahrungsberichten der ehemaligen Kommunisten enthalten waren,⁷⁷¹ indes einem wissenschaftlichen Umstand geschuldet. Ohne die sogenannte Renegatenliteratur und ohne die Veröffentlichungen der früheren Kommunisten über das sowjetische Herrschaftsregime wären die „klassischen“ Studien „Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft“ von Hannah Arendt, „Totalitäre Diktatur“ von Carl Joachim Friedrich oder auch „The Permanent Purge“ von Zbigniew K. Brzezinski, schwer vorstellbar.⁷⁷² Die ehemaligen Anhänger des Kommunismus wie Arthur Koestler, Boris Souvarine, Margarete Buber-Neumann, Franz Borkenau, Ruth Fischer, Manès Sperber, Jan Valtin, Victor Kravchenko, Anton Ciliga, David J. Dallin, Boris Nicolaevski, Alexander Weißberg-Cybulski oder Walter G. Krivitsky besaßen die „Insiderkenntnisse“ über das stalinistische Herrschaftssystem und waren mithin prädestiniert, bis zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der „klassischen“ Totalitarismusstudien den sowjetischen Totalitarismus zu analysieren. Diese kleine Gruppe von ehemaligen kommunistischen Intellektuellen, die in vielen Fällen direkt im Parteiapparat an führender Position politisch aktiv waren, kannten die Natur des Kommunismus aus eigener Erfahrung und waren besonders geeignet den Herrschaftscharakter des sowjetischen Staates zu beschreiben und nicht zuletzt den „Großen Terror“ unter Stalin zu thematisieren und zu analysieren.

Beispielsweise enthielt Arthur Koestlers Roman „Sonnenfinsternis“ eine erste Erklärung für die in den Nachkriegsjahren gemeinhin nicht verstandenen „Geständnisse“ der Angeklagten, d. h. führenden Mitgliedern der Kommunistischen Partei, in den drei „großen“ öffentlichen Moskauer Schauprozessen, für Verbrechen, die sich nicht begangen hatten. Victor Kravtchenko gab in „Ich wählte die Freiheit“ detailliert Auskunft über die von Stalin im Zuge der Moskauer Prozesse in Gang gesetzte „Massensäuberungsaktion“ in der

⁷⁷¹ Arthur Koestler kam in seinem *post festum* geschriebenen Nachwort zur „Sonnenfinsternis“ im Zusammenhang mit der Tötung der zentralen Figur des Romans zu der gewissermaßen totalitarismustheoretischen Erkenntnis: „Als seine eigenen Leute ihn verhaften kommen, schläft Rubaschow noch und träumt von seiner letzten Verhaftung im Land des Feindes; in der Schlaftrunkenheit ist er sich nicht klar, welcher der beiden feindlichen Diktatoren es diesmal auf ihn abgesehen hat und welcher der beiden allgegenwärtigen Öldrucke über seinem Bett hängt. Merkwürdigerweise schrieb ich diese *symbolische Gleichsetzung* (Hervorh. J. G.) der beiden totalitären Regime (die als Leitmotiv in den letzten Zeilen des Buches wieder auftaucht) ein Jahr vor dem Hitler-Stalin-Pakt, als ich in meinem bewußten Gedanken noch mit den Sowjets sympathisierte und jede Andeutung einer Ähnlichkeit zwischen Sowjetrußland und Nazideutschland entrüstet zurückgewiesen hätte.“ Arthur Koestler, *Sonnenfinsternis. Roman*, Frankfurt a. M. u. a. 1979, S. 227.

⁷⁷² Zur Bedeutung der Renegatenliteratur für die Analyse des Stalinschen Totalitarismus in der Studie von Hannah Arendt siehe Michael Rohrwasser, *Totalitarismustheorie und Renegatenliteratur*, in: Alfons Söllner/Ralf Walkenhaus/Karin Wieland (Hg.), *Totalitarismus. Eine Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts*, S. 115.

Sowjetunion, von der Millionen Menschen in der gesamten Gesellschaft und den Partei- und Staatsapparaten betroffen waren, die entweder in die Konzentrationslager verschleppt oder direkt erschossen wurden. Und Alexander Weißberg-Cybulskis Buch „Hexensabbath“ enthielt neben der Beschreibung und der Analyse eines „Tätertypus“ und der Terrorinstitution des NKWD zudem die Beschreibung eines zentralen Motives für die „Verfolgungslogik“ des sowjetischen Geheimdienstes, dass später von Hannah Arendt als „Schneeballsystem“ angesehen und mit der analytischen Kategorie „guilt by association“⁷⁷³ als ein Schlüsselprinzip für den stalinistischen Terror erklärt wurde. Die Renegaten lieferten den „empirischen Nachweis“ über den Terror in der Sowjetunion. Anders gesagt: Die wirkliche Geschichte des sowjetischen Kommunismus wurde von „Ex-Kommunisten“ geschrieben.⁷⁷⁴

Die Renegaten und speziell die ehemaligen kommunistischen Intellektuellen unter ihnen untersuchten frühzeitig in ihren Büchern die Genesis der totalitären Herrschaft in der Sowjetunion unter Stalin. Sie beleuchteten das zentrale Problem der politischen Linken, warum die mit „emanzipatorischem Impetus“ angetretene kommunistische Bewegung unter der Führung Lenins nicht die „Befreiung des Menschen“ und die „Abschaffung von menschlicher Ausbeutung“ erreichte, sondern zu einer Einparteienherrschaft und zu Ergebnissen führte, die prima vista mit dem Ziel der revolutionären Bewegung nichts zu tun hatte. Bei den Renegaten wie Franz Borkenau, George Orwell, James Burnham oder auch Arthur Koestler – die, wie erwähnt, die jeweiligen Buchveröffentlichungen rezipierten und/oder rezensierten sowie sich gegenseitig beeinflussten – reifte die politische und theoretische Erkenntnis, dass die Abschaffung der kapitalistischen Gesellschaftsformation nicht zum „sozialistischen Paradies“ führte und nicht das Ende der „Herrschaft des Menschen über den Menschen“ bedeutete.⁷⁷⁵

Die Renegaten konnten sozusagen der Totalitarismustheorie den empirischen Nachweis liefern, dass es sich beim kommunistischen Sowjetstaat unter Stalin um den ersten totalitären Einparteienstaat im 20. Jahrhundert handelte. Das „Stalin-Regime“ besaß der Erkenntnis der Renegaten zufolge eine besondere, d. h. neuartige Herrschaftsform und unterschied sich von früheren staatlichen Unterdrückungsformen qualitativ und war etwas noch nie Dagewesenes. Die ehemaligen Kommunisten legten in ihren autobiographischen Erfahrungsberichten und den (theoretisch-)historischen Untersuchungen zum Sowjetkommunismus den beschreibenden

⁷⁷³ Hannah Arendt, Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, S. 523.

⁷⁷⁴ François Furet, Das Ende einer Illusion. Der Kommunismus im 20. Jahrhundert, S. 191.

⁷⁷⁵ Franz Borkenau, Die Revolution der Manager, in: Merkur, Heft 5, 3 (1949), S. 489.

bzw. analytischen Fokus explizit oder implizit auf die Denkfigur der „permanenten Revolution“ (Sigmund Neumann). Im Gegensatz zu den bis dahin bekannten, eher konservativen, statischen Herrschafts- bzw. Unterdrückungsformen wie der Despotie, der Tyrannis oder dem Autoritarismus, handelte es sich nämlich beim Totalitarismus stalinistischer Provenienz um ein „Bewegungsregime“. Um das ideologische Endziel des politisch-sozialen Projektes der „klassenlosen Gesellschaft“ in der Sowjetunion – und á la longue der kommunistischen Weltherrschaft – zu realisieren, setzte Stalin Ende der zwanziger/Anfang der dreißiger Jahre, vor dem Hintergrund des Zieles, die Industrialisierung der Sowjetunion zu beschleunigen, mit dem ersten „Fünfjahresplan“ eine „permanente Revolution von oben“ und eine „Terrorwelle“ in Gang. Die Renegaten thematisierten aus eigener Erfahrung, wie auf der Grundlage des „geschlossenen Denksystems“ (Arthur Koestler) des Kommunismus Millionen von Bauern unter dem Stalinschen Ideologem „Liquidierung der Kulaken als Klasse“ enteignet, ums Leben kamen und in die Konzentrations- bzw. Arbeitslager verschleppt wurden. Darüber hinaus wurden auch Mitte der dreißiger Jahre im „Großen Terror“ Millionen sowjetischer Bürger, die nicht Mitglied der kommunistischen Partei waren, von der „revolutionären Diktatur“ entweder umgebracht oder in die sowjetischen Lager verschleppt, was mit traditioneller Staatsräson und sogenannter normaler staatlicher Machtpolitik nicht mehr zu erklären war. Im Zuge der „Revolution von oben“ ließ Stalin im Kontext der Moskauer Schauprozesse nicht nur „objektive Gegner“ bzw. „subjektive Gegner“ als „gegenrevolutionäre Verräter“ öffentlich verurteilen, sondern zudem eine groß angelegte Parteisäuberung durchführen. Von der „Massensäuberung“ nach dem „Kirow-Mord“⁷⁷⁶ im Dezember 1934 waren nicht nur führende Parteifunktionäre der KPdSU in der Bürokratie und der Armee betroffen. Das was später Hannah Arendt als Kennzeichen der „neuen Staatsform“⁷⁷⁷ und als Wesen des totalitären Herrschaftssystems ansah, dass nämlich der ideologisch motivierte in Gang gebrachte Terror immer neue Bevölkerungsgruppen erfasste, thematisierten zum Beispiel Margarete Buber-Neumann oder Alexander Weißberg-Cybulski ausdrücklich in ihren Büchern. Die innerparteiliche Terrorwelle wiederum erfasste in der Sowjetunion nicht nur Mitglieder der KPdSU, sondern unter anderem auch überzeugte Kommunisten und Politemigranten aus Deutschland, Österreich und Polen, die unter der Anklage „konterrevolutionäre, terroristische, trotzkistische Elemente“ Opfer der stalinistischen „Verfolgungslogik“ wurden, obwohl keine

⁷⁷⁶ Siehe W(alter) G. Krivitsky, Ich war in Stalins Dienst!, a.a.O., S. 203 sowie Victor A. Kravchenko, Ich wählte die Freiheit. Das Private und Politische Leben eines Sowjetbeamten, a.a.O., S. 222.

⁷⁷⁷ Vgl. auch Paul Sering (d. i. Richard Löwenthal), Jenseits des Kapitalismus. Ein Beitrag zur sozialistischen Neuordnung, Lauf bei Nürnberg 1946, S. 117 f.

Wirtschaftskrise und mithin keine „objektiven“ Gründe vorlagen und sie keine Opposition darstellten.⁷⁷⁸ Die Renegaten nahmen vorweg, was später beispielsweise das Schlüsselwerk von Hannah Arendt zum Ausdruck brachte: dass es sich beim (sowjetischen) Totalitarismus um eine „Schreckensherrschaft“ einer Partielite handelte, dessen Wesen sich in erster Linie im Faktum des Terrors eines Geheimdienstapparates und der Konzentrationslager enthüllte.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass es nach dem „Schock“ des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes auch und vor allem Renegaten waren – wie zum Beispiel in der Zeitschrift „Die Zukunft“ – die öffentlich den Vergleich zwischen Hitler und Stalin zogen. Zudem stammte vom Ex-Kommunisten Franz Borkenau eine der ersten komparativ angelegten Studien zum Nationalsozialismus und zum Sowjetkommunismus, die die totalitäre Herrschaftsform hervorhob und die in der Geschichte der Totalitarismustheorie einen zentralen Platz einnimmt. Franz Borkenaus 1940 veröffentlichte Studie „The Totalitarian Enemy“ enthielt analytische Erkenntnisse, die hinfort für die „klassischen“ Totalitarismustheorien von essentieller Bedeutung waren. Denn für Borkenau war – wie gezeigt – der Totalitarismus eine spezifische Herrschaftsform des 20. Jahrhundert und entstand aus der durch den Ersten Weltkrieg ausgelösten politischen, sozialökonomischen und ideologischen Krise und ging mithin aus einer *nichttotalitären* Massengesellschaft hervor. Insbesondere mit Blick auf die Genesis des Nationalsozialismus insistierte der marxistische Theoretiker und ehemalige Kommunist auf die Tatsache, dass die „Machtergreifung“ der Hitlerschen Massenbewegung nur möglich war, weil die alte politische Klasse sich außerstande zeigte, die genuinen Probleme der Weimarer Republik zu lösen. Anders gesagt: Auch in Deutschland ist der Nationalsozialismus „nicht vom Himmel gefallen“, wie bereits vor ihm Ignazio Silone in seiner Untersuchung über die historische Genese des italienischen Faschismus herausfand, sondern aufgrund der komplexen politischen und gesellschaftlichen Krise der Weimarer Republik.

Für Franz Borkenau war der Totalitarismus bereits qua Definition bzw. Selbstverständnis der natürlich Gegner, genauer: der existentielle Feind der liberalen oder

⁷⁷⁸ In „Hexensabbat“ fragte sich Alexander Weißberg-Cybulski: „warum sie plötzlich aus heiterem Himmel Hunderttausende verhafteten. Es war doch nichts im Lande geschehen. Keinerlei Krise im Dorf. Keine verstärkte Kriegsgefahr. Alles ging verhältnismäßig gut. Jedenfalls viel besser als vier Jahre vorher, und doch hatten die Verhaftungen im großen Stil erst im Jahre 1936 begonnen.“ Zitiert nach Alexander Weißberg-Cybulski. Ein Überlebender der stalinistischen Säuberungen berichtet, a.a.O., S. 125. Später stellte Hannah Arendt mit Blick auf den sogenannten „furchtbare(n) Terror“ zu Beginn der 30er Jahre das gleiche Phänomen fest: „Nicht in den zwanziger Jahren und zu Zeiten des Bürgerkrieges in Rußland, sondern nach 1930, als alle gegenrevolutionäre wie innerparteiliche Opposition restlos liquidiert war, brach die wirkliche Schreckensherrschaft in Rußland an.“ Hannah Arendt, Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, a.a.O., S. 616.

pluralistischen Demokratie, mit dem eine friedliche Koexistenz ausgeschlossen war. Einerseits weil die Feindsuche zur Obsession und zum *circulus vitiosus* des Totalitarismus wurde und mithin ein friedliches Zusammenleben mit anderen, zumal demokratischen Staaten nicht möglich war. Andererseits war der Totalitarismus dem ideologischen Selbstverständnis nach die Antithese zu den Demokratien, da er dem Staat, der Partei und der totalitären Massenbewegung den absoluten Vorrang einräumte und er sich das „Ende des Subjektes“ und die radikale Beseitigung aller persönlichen sowie staatsfreien Freiheitsrechte zum Ziel gesetzt hatte.

Neben der konkreten Beschreibung und Analyse des stalinistischen Herrschaftsregimes lag die Bedeutung der Renegaten für die „klassischen“ Totalitarismustheorien zudem vor allem darin, dass sie den Fokus einerseits auf die für die einzelnen Studien zentralen Kategorien wie „Einparteienregime“, „Geheimpolizei“, „totalitäre Ideologie“, „(permanenter) Terror“, „Konzentrationslager“, „Feindobsession“, „permanente Revolution“ etc. richteten. Andererseits haben sie die *differentia specifica* zwischen dem italienischen Faschismus und dem Nationalsozialismus sowie dem Sowjetkommunismus hervorgehoben. Schon Franz Borkenau subsumierte in „The Totalitarian Enemy“ ausdrücklich nur den Nationalsozialismus und den Sowjetkommunismus unter das Totalitarismusmodell. Zudem arbeiteten die Renegaten in den autobiographischen Erfahrungsberichten *ex negativo* die qualitativen Unterschiede heraus, die zwischen einem totalitären und einem faschistischen Herrschaftsregime bestanden – bei allen zweifelsohne vorhandenen Gemeinsamkeiten –, dass nämlich der Totalitarismus eine Verbrechensdimension entwickelte, die dem italienischen Faschismus unter Mussolini gewissermaßen fremd war. Insbesondere der amerikanische Ex-Trotzkist Dwight Macdonald unterstrich bereits 1944 explizit und implizit den einzigartigen Herrschaftscharakter des nationalsozialistischen Totalitarismus in Bezug auf die Ermordung des europäischen Judentums. Vergleichbare Verbrechen hatte der italienische Faschismus nicht begangen. Vor diesem Hintergrund gingen Hannah Arendt und Carl J. Friedrich später in ihren „klassischen“ totalitarismustheoretischen Studien von den qualitativen Differenzen zwischen dem italienischen Faschismus auf der einen Seite und dem nationalsozialistischen sowie sowjetkommunistischen Totalitarismus aus.

II. 3. 4. Die Rolle der Renegaten im „Monat“

Vor dem Hintergrund ihrer frühzeitigen theoretischen und politischen Auseinandersetzung mit den totalitären Herrschaftssystemen des Nationalsozialismus und des Sowjetkommunismus kann auch im Folgenden die spezielle Rolle der zahlreichen ehemaligen kommunistischen (Partei-)Intellektuellen in der Zeitschrift „Der Monat“ verdeutlicht werden. Aufgrund der zum Teil frühzeitig einsetzenden Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und dem Sowjetkommunismus waren die Renegaten sozusagen prädestiniert, Vergleiche zwischen den beiden totalitären Herrschaftssystemen zu ziehen und Gemeinsamkeiten bzw. Unterschiede hervorzuheben.⁷⁷⁹ Nachdem der Nationalsozialismus von den Alliierten erst unter der Mobilisierung aller staatlichen Ressourcen militärisch besiegt werden konnte, sollten die vielen Renegaten in der Hochphase des Kalten Krieges im „Monat“ allerdings in erster Linie die vielschichtige Auseinandersetzung mit dem Kommunismus fortführen bzw. den Kampf mit dem Stalinismus wiederaufnehmen.⁷⁸⁰ Dieser zum Teil existentielle Dimensionen annehmende Kampf gegen die Sowjetunion und die osteuropäischen Satellitenstaaten wurde intellektuell, politisch, kulturell und literarisch geführt. Für die Renegaten wiederum stand fest, dass in Anbetracht des in Trümmern liegenden „Dritten Reiches“ die zentrale persönliche politische Aufgabe darin bestand, den aktuellen Totalitarismus zu bekämpfen. Nicht zuletzt die antikommunistischen Renegaten erkannten frühzeitig die zeitgenössische Gefahr, die, vor dem Hintergrund der Anziehungskraft des Kommunismus insbesondere in Europa, von der Sowjetunion nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges ausging.⁷⁸¹ Angesichts der persönlichen Erfahrung mit der kommunistischen Weltanschauung und der Kommunistischen Partei waren sich in allererster Linie die Renegaten aufgrund der „Insiderkenntnisse“ der

⁷⁷⁹ Siehe exemplarisch den aus totalitarismustheoretischer Perspektive geschriebenen Beitrag: Franz Borkenau, Zwischen Rot und Braun, in: Der Monat, Heft 6 (1949), 1. Jg., S. 95-97; hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: Margarete Buber-Neumann, Als Gefangene bei Stalin und Hitler, München [1949].

⁷⁸⁰ Wie gezeigt, war auf Seiten der US-Administration in der Zeit der politischen und militärischen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion gegen den Nationalsozialismus, die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus im Allgemeinen und dem Stalinregime im Besonderen nur „auf Eis“ gelegt. Insbesondere am Ende des Zweiten Weltkrieges bzw. im Verlauf der diplomatischen Zusammenkünfte der Vereinigten Staaten mit der Sowjetunion kam auf institutioneller Seite die facettenreiche Auseinandersetzung mit dem Kommunismus wieder in Gang. Hierzu gehörte auch die Erkenntnis in der US-Administration, ehemalige Kommunisten im Kampf gegen den sowjetischen Totalitarismus zu gewinnen. Aus diesem Grund konnte später angesichts der bipolaren Konfrontation zwischen den westlichen Staaten und der Sowjetunion der FBI-Chef Hoover schreiben: „Der Exkommunist ist heute eine unserer schlagkräftigsten Waffen im Kampf gegen den Kommunismus.“ Zitiert nach: Ernst-August Roloff, Exkommunisten. Abtrünnige des Weltkommunismus. Ihr Leben und ihr Bruch mit der Partei in Selbstdarstellungen S. 16.

⁷⁸¹ Beispielsweise schrieb Fritz René Allemann aus Anlass des Todes des Berliner Bürgermeisters Ernst Reuter am 29. 9. 1953 in Berlin rückblickend, dass u. a. der Ex-Kommunist Ernst Reuter sehr früh den „Expansionswillen des Kreml“ vorausgesehen hatte und „daß an die Stelle des deutschen nun der sowjetische Imperialismus als Weltgefahr und permanente Friedensbedrohung getreten war“. F(ritz) R(ené) Allemann, Der Türmer von Berlin, in: Der Monat, Heft 62 (1953), 6. Jahrgang, S. 116-122 (hier S. 121).

facettenreichen Gefahr bewusst, die von Moskau ausging. Einerseits gingen sie von der (totalitarismustheoretischen) Erkenntnis aus, dass für die demokratischen Staaten mit dem sowjetischen Imperium Stalins kein friedliches Zusammenleben möglich war. Andererseits besaßen die Renegaten das historische, theoretische und politische Wissen, um das sowjetkommunistische Herrschaftssystem zu beschreiben und zu analysieren und beispielsweise gegen das in weiten Kreisen der Intellektuellen, der Kirchen und des Bildungsbürgertums in Deutschland vorhandene Bild einer Sowjetunion zu kämpfen, die sich den Antifaschismus und die Friedenspolitik auf ihre politpropagandistische Fahnen geschrieben hatte. Insbesondere hinsichtlich des Wiederauflebens des aus den dreißiger Jahren stammenden Konzeptes der „Volksfrontpolitik“ Moskaus und der damit zusammenhängenden „Friedenskongresse“ Moskaus in Breslau, New York und Paris sowie des 1947 stattgefundenen „Ersten deutschen Schriftstellerkongresses“ im geteilten Berlin, läuteten – salopp formuliert – bei den „Altmeistern des Agitprop“ (François Furet) wie Arthur Koestler oder Manès Sperber die Alarmglocken. Denn insbesondere nach den Abwürfen der Atombomben der Vereinigten Staaten auf Hiroshima und Nagasaki schien – wie gezeigt – vielen Schriftstellern, Künstlern, und Wissenschaftlern auch in Deutschland, Moskau Ende der vierziger Jahre als der Hort des Friedens.

Beispielsweise hob Franz Borkenau auf dem Berliner „Kongress für kulturelle Freiheit“ im Juni 1950 – auch vor dem Hintergrund des soeben ausgebrochenen Korea-Krieges – die zentrale Bedeutung der Renegaten im Kampf mit dem Kommunismus und dem „Stalin-Regime“ hervor. Sie resultierte aus der Tatsache, so die mit Pathos vertretene Auffassung Borkenaus, dass

„viele Tausende von politisch und literarisch aktiven Menschen durch den Kommunismus hindurchgegangen sind und mit ihm gebrochen haben. Diese Menschen wissen – und sie wissen es mit einer Deutlichkeit und Unbeirrbarkeit wie kaum jemand sonst –, daß der Kampf gegen die kommunistische Drohung die alles überschattende Hauptaufgabe der Gegenwart ist.“⁷⁸²

⁷⁸² Franz Borkenau, Rückkehr zu den alten Werten?, in: Der Monat, Heft 22/23 (1950), 2. Jahrgang, S. 417. In einer Diskussionsrunde replizierte Borkenau auf den von Adolf Grimme vorgebrachten, in Richtung Arthur Koestler zielenden Vorwurf, dass dieser „sich zwischen der ‚Scylla des politischen Konvertitentums und der Charbydis der Dialektik‘ durchgewunden“ habe (ebenda, S. 467 f.). Franz Borkenau vertrat dagegen die Auffassung: „daß gerade die Konvertiten, die den Kommunismus aktiv durchlebt haben, heute in der Demokratie einen ganz besonderen Beitrag zu geben haben.“ Und Borkenau weiter: „Ich selbst bin Konvertit vom Kommunismus und ich bin stolz darauf. Denn gerade wir wissen, daß die kommunistische Gefahr eine totale Gefahr ist, vor deren Unerbittlichkeit es kein Ausweichen gibt. Wie viele von uns denken heute: Frieden um jeden Preis. Aber es gibt keine Beschwörungsformel. Das Regime wird zusammenbrechen, oder sich als zerstörende Macht auf die Welt stürzen. (...)“ (ebenda, S. 468). Siehe auch Franz Borkenau im Nachwort zu: *Ein Gott der keiner war*. Arthur Koestler, Ignazio Silone, Richard Wright, André Gide, Louis Fischer, Stephen Spender schildern ihren Weg zum Kommunismus und ihre Abkehr, S. 297. Vgl. Sidney Hook, *Out of Step. An unquiet Life in the 20th Century*, New York 1987, S. 438.

Auch Berlins regierender Bürgermeister Ernst Reuter begründete den Kampf für die politische und kulturelle Freiheit und gegen die Sowjetunion ausdrücklich mit seinen persönlichen Erfahrungen mit dem Kommunismus. Eingedenk der „Berliner Blockade“ durch Moskau sagte der ehemalige Generalsekretär der KPD in seiner Begrüßungsrede auf der Eröffnungskundgebung des Berliner Kongresses am 26. Juni 1950, in Anbetracht der bestehenden aktuellen Gefahr:

„Viele unter uns haben die große Tragödie unserer Zeit darum so tief durchlebt und so lebendig erfaßt, weil sie im Suchen nach der Wahrheit, im Suchen nach dem Recht selber all den Versuchungen unterlegen gewesen sind, die aus der revolutionären Entwicklung des Maschinenzeitalters, des Massenmenschen und des kollektiven Zusammenlebens unvermeidlich über uns kommen mußten. Vielleicht konnten überhaupt nur Menschen, die der Versuchung unterlegen gewesen sind, dem Irrlicht aus dem Osten zu folgen, mit letzter plastischer, jeden überzeugender Deutlichkeit die Größe der Gefahr aufzeigen, in die die Welt zu geraten droht, eine Gefahr, die heute weniger denn je gebannt ist.“⁷⁸³

Eingedenk der historischen Erkenntnis, die unter anderem auch von Franz Borkenau in seiner Totalitarismusstudie hervorgehoben wurde, dass die Ausbreitung des Totalitarismusphänomens nur möglich war, weil die westlichen Gesellschaften den „geschichtlichen Boden“ bereitet hatten, insistierten neben anderen Autoren des „Monat“ vor allem auch die Renegaten in ihren Zeitschriftenbeiträgen auf die Tatsache, dass der Erfolg des sowjetischen Kommunismus nicht zuletzt von den westlichen Staaten selber abhängt. D. h., auch der Innen- und Außenpolitik der westlichen demokratischen Staaten wurde in diesem Zusammenhang eine essentielle Bedeutung zuerkannt. Zum einen gingen einige ehemaligen Kommunisten von der Prämisse aus, dass auch die westlichen Gesellschaften nicht vor der totalitären Gefahr gefeit wären und folglich die demokratischen Freiheitsrechte uneingeschränkt verteidigt werden müssen, so dass man für einen sozialen und politischen Reformprozess in den westlichen Demokratien plädierte.⁷⁸⁴ Zum anderen rekurrten – vor

⁷⁸³ Ernst Reuter, in: Der Monat, Heft 22/23 (1950), 2. Jahrgang, S. 342.

⁷⁸⁴ Durch ihre vornehmlich auf die Sowjetunion ausgerichtete Beschreibung und Analyse des Totalitarismus entfalteten die Renegaten im „Monat“ auch ex negativo eine Demokratietheorie, denn die totalitäre Gesellschaft wurde zu einem gesellschaftlichen „Schreckbild“ apostrophiert. Fritz René Allemann versuchte beispielsweise zu verdeutlichen, wie aus dem ehemaligen linken Sozialrevolutionär Sol Levitas ein Demokrat und überzeugter Kämpfer für die „Freiheit“ werden konnte. Sol Levitas, der bis zu seinem Tod Herausgeber der einflussreichen antistalinistischen amerikanischen Wochenzeitschrift „The New Leader“ war, war Allemann zufolge früher russischer Revolutionär und Menschewik und mehrere Jahre in „bolschewistischen Gefängnissen“ inhaftiert und für ihn seitdem gewissermaßen bekehrt. Gleichwohl hatte seiner Auffassung nach die von Sol Levitas in der amerikanischen Öffentlichkeit artikulierte Gegnerschaft gegenüber der Sowjetunion „nichts von der Verbissenshaft des professionellen Antikommunisten an sich, und McCarthy war ihm genauso ein Greuel wie alle Leute auf der anderen Seite, die im Namen der ‚Freiheit‘ der Freiheit den Garau zu machen suchten.“ F. R. A. (d. i. Fritz René Allemann), Sol Levitas †, in: Der Monat, Heft 149 (1961), 13. Jg., S.90 f.

dem Hintergrund der westlichen Appeasementpolitik gegenüber dem Nationalsozialismus und des vertraglichen Nichtangriffspaktes zwischen den beiden weltanschaulichen „Todfeinden“ Deutschland und Sowjetunion – unter anderem einige Renegaten auf einer genuin antitotalitären westlichen Diplomatie, die sich der kommunistischen Expansionspolitik gewahr ist.⁷⁸⁵

Nach ihrem Ablösungsprozess von der kommunistischen Bewegung und der Trennung von der Kommunistischen Partei, der bei den allermeisten Renegaten mit dem existentiellen Verlust der „politischen Heimat“ (Michael Rohrwasser) korrespondierte, entwickelte sich die Zeitschrift „Der Monat“ bei ebendieser Personengruppe auch zu einer „zweiten Heimat“. Im „Monat“ konnten persönliche, politische und theoretische Probleme zur Diskussion gestellt werden, die nicht zuletzt für die politische Linke und für die (Links-)Intellektuellen von hoher Bedeutung war. Beispielsweise konnten die Renegaten im „Monat“ die Diskussion weiterführen, die einige Jahre zuvor George Orwell, Franz Borkenau und James Burnham anlässlich ihrer jeweiligen Buchveröffentlichungen schon in Gang gesetzt hatten. Die drei Intellektuellen hatten sich nicht nur qua Kritik und Selbstkritik das politische Scheitern der bolschewistischen Revolution von 1917 eingestanden, sondern auch die theoretische Feststellung machen müssen, dass der Zusammenbruch des Kapitalismus nicht – wie es die marxistische Theorie prognostizierte – automatisch zum Sozialismus führte. Anders gesagt: Der „Monat“ war für (ehemalige) Repräsentanten der politischen Linken ein (Veröffentlichungs-)Medium der Selbstverständigung über den genuine Zusammenhang zwischen marxistischer Theorie, sozialistischem Ökonomiemodell, russischer Revolution, sowjetkommunistischer Einparteiherrschaft sowie totalitärem System.⁷⁸⁶

⁷⁸⁵ Siehe exemplarisch Richard Löwenthal, Die Freiheit und der Konflikt der Westmächte, in: Der Monat, Heft 22/23 (1950), 2. Jg., S. 442-448.

⁷⁸⁶ Siehe hierzu exemplarisch: James Burnham, Wesen des Kommunismus, in: Der Monat, Heft 2 (1948), 1. Jg., S. 18-29; Paul Kecskemeti, Jenseits des Sozialismus, in: Der Monat, Heft 3 (1948), 1. Jg., S. 103-106 (hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: Paul Sering, Jenseits des Kapitalismus, Lauf bei Nürnberg [o. J.]) sowie den Leserbrief hierzu: Paul Sering, (d. i. Richard Löwenthal), Planung und Freiheit, in: Der Monat, Heft 5 (1949), 1. Jg., S. 106-109; Bertram D. Wolfe, Trotzki über Stalin, in: Der Monat, Heft 3 (1948), 1. Jg., S. 106-111 (hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: Leo Trotzki, Stalin, New York [o. J.]); die Veröffentlichung von George Orwells Kurzroman „Farm der Tier“ im „Monat“: Heft 5 (1949), 1. Jg., S.38-54, Heft 6 (1949), 1. Jg., S. 10-24 sowie Heft 7 (1949), 1. Jg., S. 34-43; Franz Borkenau, Von Marx bis Stalin, in: Der Monat, Heft 5 (1949), 1. Jg., S. 98-100 (hierbei handelte es sich um die Rezension des Sonderheftes: Schweizer Rundschau, Kommunismus, Zürich 1948); Arthur Koestler, Demi-vierges und gefallene Engel. Der gefährliche Flirt mit dem Totalitarismus, in: Der Monat, Heft 11 (1949), 1. Jg., S. 119-121 (hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: Manès Sperber, Et le buisson devint cendre, Paris [o. J.]); Vgl. auch Sidney Hook, Die Zukunft der demokratischen Linken, in: Der Monat, Heft 5 (1949), 1. Jg., S. 13-17.

Darüber hinaus thematisierten die Renegaten im „Monat“ den Desillusionierungsprozess und die individuellen Wandlungen seit Mitte der dreißiger Jahre, so dass es ihnen möglich wurde mit dem Kommunismus, der Kommunistischen Partei sowie einem idealisierten Bild der Sowjetunion zu brechen. Stellvertretend für zahlreiche Intellektuelle, beschrieben zum Beispiel Arthur Koestler oder Ignazio Silone, warum sie mehrere Jahre lang auf der Grundlage der kommunistischen Weltanschauung bzw. des kommunistischen „Glaubens“, von der Überlegenheit des sowjetischen Gesellschaftsmodells überzeugt waren. Mit Blick auf die aktuellen Parteiideologen und die „fellow traveller“, die auch noch nach dem Zweiten Weltkrieg das „russische Wunder“ und die „Überlegenheit des sozialistischen Weltsystems“ priesen, unternahmen einige der international bekanntesten ehemaligen kommunistischen Intellektuellen im „Monat“ auch den Versuch, zu erklären, warum sie – unter dem Einfluss der marxistischen „Heilslehre“ stehend und auf Grundlage eines manichäischen antifaschistischen Weltbildes – durch einen lange Zeit nicht zu erschütternden Glauben, immer wieder den „Mythos Sowjetunion“ heraufbeschwören und in Moskau – infolge der bolschewistischen Revolution von 1917 – das historisch legitimierte genuine Zentrum des internationalen Proletariats sahen. Warum sie trotz zum Teil persönlicher Reisen in das „gelobte Land“, trotz ökonomischen Desasters des „Großen Planes“, trotz Konzentrationslager, Schauprozessen und Terror, nachgerade „vorsätzlich blind“ waren und nichtsdestotrotz manchmal über einen Zeitraum von mehreren Jahren von dem „Gott der keiner war“ überzeugt und fasziniert waren.⁷⁸⁷

⁷⁸⁷ Siehe besonders die sogenannte Reihe „Der Gott, der keiner war“ bzw. „Ein Gott hat versagt“ mit folgenden Beiträgen: Ignazio Silone, Abkehr von Moskau, in: Der Monat, Heft 19 (1950), 2. Jg., S. 18-39 (Teil I); Arthur Koestler, Verlorene Illusionen, in: Der Monat, Heft 20 (1950), 2. Jg., S. 133-169 (Teil II); André Gide, Legende und Wirklichkeit, in: Der Monat, Heft 21 (1950), 2. Jg., S. 264-281 (Teil III); Richard Wright, Der große Mythos, in: Der Monat, Heft 25 (3. Jg.), S. 55-82 (Teil IV); hierbei handelte es sich um einen (Teil-)Abdruck des Buches: *Ein Gott der keiner war*. Arthur Koestler, Ignazio Silone, Richard Wright, André Gide, Louis Fischer, Stephen Spender schildern ihren Weg zum Kommunismus und ihre Abkehr, Konstanz/Zürich/Wien 1950. Siehe hierzu auch speziell Bertrand Russell, Der Irrtum des Kommunismus, in: Der Monat, Heft 19 (1950), 2. Jg., S. 76-79 (hierbei handelte es sich um eine Rezension der englischen Originalausgabe *The God that Failed*) sowie Raymond Aron, Der falsche Messias. Ein Schlußwort zu ‚*The God that failed*‘, in: Der Monat, Heft 26 (1950), 3. Jg., S. 175-184. Vgl. auch L. M. K., Warum viele immer noch mitmachen – , in: Der Monat, Heft 16 (1950), 2. Jg., S. 440 ff sowie M. J. L. (d.i. Melvin J. Lasky), - und warum sie nicht mehr mitmachen sollten, in: ebenda, S. 442 f.; Max Eastman, Offener Brief an Rockwell Kent, in: Der Monat, Heft 21 (1950), 2. Jg., S. 331-335.

II. 4. Porträts einiger Exponenten des „Monat“

Vorbemerkung

In den beiden vorangegangenen Kapiteln „Totalitäre Erfahrung im 20. Jahrhundert. Das Totalitarismusphänomen und die Ex-Kommunisten“ und „Frühe Auseinandersetzung der Renegaten mit dem Totalitarismus vor dem Hintergrund ihrer Rolle im ‚Monat‘“ sollte auch gezeigt werden, was die totalitäre Erfahrung historisch für die betroffenen Individuen bedeutete. Dass nämlich die lebensgeschichtliche Erfahrung der Verfolgung durch den deutschen Nationalsozialismus und den sowjetischen Kommunismus nicht nur mit Flucht, sondern in vielen Fällen mit der konkreten Todesdrohung verbunden war. Insbesondere die Verfolgung durch das „Hitler-Regime“ und/oder durch das „Stalin-Regime“ war für exilierte Intellektuelle wie Hannah Arendt, Waldemar Gurian, Sigmund Neumann, Eric Voegelin oder Franz Borkenau der politisch-existentialen Erfahrungshintergrund für die theoretische Verarbeitung, die zu den entsprechenden wissenschaftlichen Untersuchungen über die totalitären Herrschaftssysteme führte. Darüber hinaus sollte auf die nicht geringe Bedeutung von ehemaligen kommunistischen Schriftstellern und Intellektuellen wie beispielsweise George Orwell in der Geschichte der Totalitarismustheorie, insbesondere in der Folge des Spanischen Bürgerkrieges, hingewiesen werden.

Bei aller Verschiedenheit lag, wie bereits skizziert wurde, bei den meisten Autoren, die sich für die Mitarbeit bei der Zeitschrift „Der Monat“ entschlossen hatten und dort im Laufe der Jahre veröffentlichten, eine lebensgeschichtliche Zäsur bzw. totalitäre Erfahrung vor. Zahlreiche Autoren teilten das gemeinsame Schicksal, dass sie Verfolgte des sowjetischen Kommunismus und/oder des Nationalsozialismus waren (oder in einigen Fällen des italienischen Faschismus bzw. des spanischen Francismus). Häufig gelang es den Individuen nur durch die Flucht aus ihrer Heimat, sich dem Zugriff der Verfolgungsbehörden zu entziehen. Andere wiederum, die in die Fangarme der Unterdrückungsapparate gerieten, mussten polizeiliche Verhöre, Gefängnisaufenthalt, physische und psychische Folter über sich ergehen lassen. Nicht wenige der Autoren des „Monat“ wurden nach ihrer Verhaftung in Konzentrationslager eingesperrt und waren in vielen Fällen quasi täglich mit dem Tode bedroht. Oder sie teilten die konkrete Erfahrung, dass persönliche Verwandte, Freunde oder

Bekannte Opfer vor allem des nationalsozialistischen und sowjetkommunistischen Herrschaftssystems wurden.

Mit Blick auf den Nationalsozialismus war für eine größere Anzahl der Mitarbeiter des „Monat“ von lebensgeschichtlicher Bedeutung, dass sie als Juden bzw. als Juden, die zudem Mitglied der Kommunistischen Partei waren oder mit der kommunistischen Bewegung sympathisierten, nach der staatlichen Machteroberung im Januar 1933 in die Lage gebracht wurden, Deutschland zu verlassen, um jedweder Form von Repressalien zu entgehen. Sie waren, wie zum Beispiel Arthur Koestler oder Richard Löwenthal, doppelt Verfolgte: als Juden und als Kommunisten bzw. Sozialdemokraten. So kam es auch unter den späteren Aktivisten des „Monat“ zur „ersten Welle“ der Emigration. Die im Land verbliebenen deutschen Juden erlebten, wie der „Führerstaat“ systematisch seine politischen Gegner der KPD und SPD verfolgte und in die ersten Konzentrationslager sperrte. Zudem machten sie konkrete Erfahrungen mit den antijüdischen Terrormaßnahmen des nationalsozialistischen Herrschaftsregimes, die im Judenboykott des 1. April 1933 einen ersten negativen Höhepunkt erreichten. Im Zuge der nationalsozialistischen Judendiskriminierung und -verfolgung vor allem nach den Nürnberger Gesetzen im September 1935 und nicht zuletzt nach den Ausschreitungen gegen die Juden in der Nacht vom 9. zum 10. November 1938 in Deutschland und Österreich, der „Reichskristallnacht“, wurde immer mehr Juden klar, dass sie in ihrem Heimatland keine Zukunft hatten.

Die antisemitischen Maßnahmen des nationalsozialistischen Gewaltregimes vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges waren für die jüdischen Autoren des „Monat“ aus Deutschland und Österreich wie beispielsweise Theodor W. Adorno, Hannah Arendt, Hermann Kesten, Hans Sahl, Peter de Mendelssohn, Hilde Spiel, Hermann Broch, Richard Löwenthal ein einschneidendes Erlebnis. Die Verfolgung durch das „Hitler-Regime“ und die damit verbundene Emigration aus Deutschland stellten eine lebensgeschichtliche Zäsur dar. Die Kenntnis des Massenterrors gegen die jüdische Bevölkerung in den von der Wehrmacht besetzten Gebieten im Verlauf des nationalsozialistischen Eroberungs- und Vernichtungskrieges sowie die systematische Ermordung des europäischen Judentums mit fast sechs Millionen Toten war für die jüdischen Mitarbeiter der Zeitschrift eine existentielle, totalitäre Erfahrung. Das galt nicht allein für die Juden aus Deutschland und anderen europäischen Ländern, sondern auch explizit oder implizit für die „New York Jewish Intellectuals“ (zum Beispiel Elliot E. Cohen) sowie – wie gezeigt – für den nichtjüdischen

Intellektuellen und Herausgeber der in den Vereinigten Staaten einflussreichen Zeitschrift „Politics“, Dwight Macdonald.

Für die überaus zahlreichen ehemaligen Kommunisten und Trotzlisten unter den Mitarbeitern der Zeitschrift „Der Monat“ waren – wie gezeigt – der Bruch mit der Kommunistischen Partei und -Bewegung bzw. die tatsächlichen politisch-historischen Umstände der Hintergrund für die totalitäre Erfahrung; vor allem die persönlichen Erlebnisse im Kontext des Spanischen Bürgerkrieges und hier speziell die Erfahrungen mit der Politik der Sowjetunion, die durch den kommunistischen Geheimdienstapparat NKWD gegen „Feinde“ in den antifaschistischen Gruppen vorging. Die „Säuberungswelle“ in Spanien wies, wie gesagt, eine zeitliche Koinzidenz mit dem „Großen Terror“ in der Sowjetunion auf, wobei nicht nur die Moskauer Schauprozesse bei zahlreichen Kommunisten einen (existentiellen) Schock darstellten, sondern noch mehr die Tatsache, dass sie, wie beispielsweise Margarete Buber-Neumann, persönlich Opfer des stalinistischen Terrors wurden. Zudem konnte vermittels des Leidensweges von Buber-Neumann exemplarisch geschildert werden, wie eine überzeugte Kommunistin Opfer von zwei totalitären Herrschaftssystemen wurde.

Die folgenden zehn porträtierten Autoren der Zeitschrift „Der Monat“ stehen stellvertretend für zahlreiche Intellektuelle, Philosophen, Schriftsteller, Künstler, Wissenschaftler oder Publizisten, die das Medium nach der Gründung im Jahre 1948 für Veröffentlichungen nutzten. Mit Ausnahme von Herbert Lüthy teilten die übrigen neun Autoren den existentiellen Erfahrungshintergrund, der die entscheidende Voraussetzung für die Auseinandersetzung mit dem facettenreichen Totalitarismusphänomen war. Ein größerer Teil der hier in der gebotenen Kürze porträtierten Autoren des „Monat“ waren Renegaten. Sie wiederum stehen exemplarisch für die zahlreichen Mitarbeiter des Periodikums, die zu einem früheren Zeitpunkt entweder Mitglied einer Kommunistischen Partei waren oder zumindest Sympathien für den Kommunismus, den Trotzismus etc. hatten. Insbesondere in diesem Personenkreis befanden sich nicht wenige Juden. Der Entscheidung für die hier vorgestellten Personen lag sowohl ein quantitatives als auch ein qualitatives Kriterium zugrunde. Zum einen wurde danach gefragt, wie häufig ein Autor im „Monat“ publizierte. Sinnvoll erschien es danach zu entscheiden, wer von ihnen mindestens „fünfmal“ (Michael Hochgeschwender) im Laufe der Jahre im „Monat“ publizierte. Zum anderen wurde auch und vor allem nach qualitativen Aspekten gefragt, d. h., ob die Personen substantielle Beiträge zu den totalitären Herrschaftssystemen des Nationalsozialismus und des Stalinismus veröffentlichten und/oder,

ob sie in ihren Beiträgen auch kritische Reflexionen gegenüber den westlichen Gesellschaftssystemen anstellten und somit zu den „herausragenden Autoren“ des „Monat“ zählten.⁷⁸⁸

Bei den Porträts wurde ausdrücklich darauf verzichtet, ihre spezifische Rolle bzw. den persönlichen Beitrag im Rahmen des „Kongresses für kulturelle Freiheit“ mit Ausnahme des Berliner Kongresses im Juni 1950 zu beleuchten. Es geht nämlich im Folgenden keineswegs darum, ein möglichst umfassendes Bild der jeweiligen Person, des jeweiligen Autors des „Monat“ zu zeichnen, denn hierfür ist der notwendige Raum nicht vorhanden. Beabsichtigt wird mit den Porträts, in aller Kürze die wichtigsten Lebensstationen und -einschnitte zu benennen. Zudem soll auf einige zentrale Buch- bzw. Forschungsveröffentlichungen sowie auf Publikationen im „Monat“ hingewiesen werden, wobei hier kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben wird. Erreicht werden soll mit den „Kurzporträts“ vor allem zweierlei: Zum einen den Aspekt der totalitären Erfahrung zu beleuchten und zum anderen zur Sprache zu bringen, dass bei fast allen Autoren die politische, theoretische und publizistische Auseinandersetzung mit dem Totalitarismusphänomen, d. h. mit der Geschichte des Nationalsozialismus und des Sowjetkommunismus, schon vor dem Ende des Zweiten Weltkrieges und dem Zusammenbruch des „Dritten Reiches“ einsetzte. Das wiederum soll verdeutlichen, dass bei eben diesen zehn Autoren des „Monat“ nicht erst nach 1945 und insbesondere nach Ausbruch des Kalten Krieges die (vergleichende) Auseinandersetzung mit den beiden totalitären Herrschaftssystemen in Gang kam.

II. 4. 1. Franz Borkenau

In seinem Nachwort für die deutsche Ausgabe des berühmten Sammelbandes „Ein Gott der keiner war“ erklärte Franz Borkenau, dass die Ex-Kommunisten prädestiniert wären das Wesen des Kommunismus zu erkennen und die totalitäre Bedrohung des Kommunismus für die „westliche Zivilisation“ einzuschätzen.⁷⁸⁹ Der Ex-Kommunist gehörte mithin nicht

⁷⁸⁸ Michael Hochgeschwender, Freiheit in der Offensive? Der Kongreß für kulturelle Freiheit und die Deutschen, S. 174.

⁷⁸⁹ Franz Borkenau, in: Ein Gott der keiner war. Arthur Koestler, Ignazio Silone, Richard Wright, André Gide, Louis Fischer, Stephen Spender schildern ihren Weg zum Kommunismus und ihre Abkehr. Mit einem Vorwort von Richard Crossmann und einem Nachwort von Franz Borkenau, Konstanz/Zürich/Wien 1950, S. 289-297 (hier S. 297).

zufällig von Anbeginn zu einem der gefragtesten Autoren des „Monat“, wenn es um die Beschreibung und Analyse des sowjetischen und internationalen Kommunismus ging.⁷⁹⁰

Franz Borkenau, am 15. 12. 1900 in Wien geboren, war Sohn des Juristen und Universitätsprofessors Rudolf Pollak.⁷⁹¹ Er war väterlicherseits jüdischer Herkunft (und hieß ursprünglich auch Pollak), jedoch katholisch getauft.⁷⁹² Borkenau wurde streng katholisch erzogen und besuchte das renommierte Benediktiner Schottengymnasium in Wien. Gegen die elterliche Erziehung und die Schule rebellierte er leidenschaftlich und übertrug diese auf Staat und Gesellschaft. Mit knapp 18 Jahren wurde Borkenau Mitglied in der von Siegfried Bernfeld gegründeten „Jugendkultur“, der radikalsten oppositionellen Jugendbewegung Wiens, aus der später mehrere bekannte kommunistische Intellektuelle hervorgingen.

Borkenau begann 1918 in Wien das Studium der Geschichte, der politischen Ökonomie und der Philosophie und wechselte kurz danach nach Leipzig, um dort 1924 sein Studium mit dem Doktor der Philosophie abzuschließen. In diesen Jahren erfolgte eine intensive Beschäftigung mit Oswald Spenglers Buch „Der Untergang des Abendlandes“. Nachdem Franz Borkenau sich in der sozialistischen Studentenbewegung engagierte, trat er 1921 in die KPD ein. Nach seiner Promotion begann 1924 seine Kominternkarriere: Zwischen 1925 und 1929 wurde er Mitarbeiter der „Abteilung Varga“, einer Studienabteilung der Komintern, die, laut Richard Löwenthal, unter der Leitung von Eugen Varga getarnt im

⁷⁹⁰ Siehe besonders: Die neue Komintern, in: Heft 4 (1949), 1. Jg., S. 50-60; Von Marx bis Stalin, in: Heft 5 (1949), 1. Jg., S. 98-100 (hierbei handelte es sich um die Rezension zu: Kommunismus. Schweizer Rundschau, Sonderheft, Zürich 1948); Stalin im Schafspelz, in: Heft 14 (1949), 2. Jg., S. 203-210 (hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: Isaac Deutscher, Stalin. A Political Biography, Oxford University Press 1949); Zwei Revolutionäre“, in: Heft 25 (1950), 3. Jg., S. 19-29 (hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: Bertram D. Wolfes, Three Who Made a Revolution, New York 1948; Der Spötter als Panegyriker. Bemerkungen zu E. H. Carrs „Geschichte Sowjetrußlands“, in: Heft 36 (1951), 3. Jg., S. 606-615 (hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: Edward Hallett Carr, A History of Soviet Russia. Part I: The Bolshevik Revolution, 1917-23, Vol. I, London-New York 1950); Was ist Kreml-Astrologie?, in: Heft 79 (1955), 7. Jg., S. 32-39; Siehe zudem den Beitrag von Franz Borkenau im Rahmen der Zeitschriftenumfrage „Ist Rußland anders geworden?“, in: Heft 93 (1956), 8. Jg., S. 12-16.

⁷⁹¹ Im Folgenden stütze ich mich primär auf den ausführlichen Nachruf von Richard Löwenthal, In memoriam Franz Borkenau, in: Der Monat, Heft 106 (1957), 9. Jg., S. 57-60 und dessen biographische Einführung, in: Franz Borkenau, Ende und Anfang. Von den Generationen der Hochkulturen und von der Entstehung des Abendlandes. Herausgegeben und eingeführt von Richard Löwenthal, Stuttgart 1984, S. 12-20, auf die Werkbiographie von Birgit Lange-Enzmann, Franz Borkenau als politischer Denker, Berlin 1996 sowie den Aufsatz von Mario Keßler, Zwischen Kommunismus und Antikommunismus: Franz Borkenau (1900-1957), in: ders (Hg.), Deutsche Historiker im Exil (1933-1945): Ausgewählte Studien, Berlin 2005, S. 169-196. Vgl. auch John E. Tashjean, Franz Borkenau. A Study of his social and political Ideas. Unveröffentlichte Dissertation, Washington, Georgetown University 1962; William Jones, The Path from Weimar Communism to the Cold War. Franz Borkenau and „The Totalitarian Enemy“, in: Alfons Söllner/ Ralf Walkenhaus/Karin Wieland (Hg.), Totalitarismus. Eine Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts, S. 35-52.

⁷⁹² Nach Angaben von Mario Keßler wurde Franz Borkenau offiziell von einer Großtante adoptiert, „um deren Namen annehmen zu können, da seine Eltern den jüdisch klingenden Namen Pollak als unvorteilhaft für eine künftige Karriere erachteten.“ Mario Keßler, Zwischen Kommunismus und Antikommunismus: Franz Borkenau (1900-1957), S. 170 (FN 2).

Gebäude der sowjetischen Botschaft in Berlin arbeitete und die sich zur Aufgabe gemacht hatte, „vertrauliche Analysen der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung in diversen Ländern auszuarbeiten“. ⁷⁹³ Hier wurde er Referent für sozialdemokratische Parteien in Europa und wertete Zeitungen in zehn Sprachen aus. Unter einem Decknamen wurde er Reichsleiter des kommunistischen „Roten Studentenbundes“. Einer seiner damaligen Mitarbeiter war Richard Löwenthal.

Franz Borkenau begann Ende 1928 sich langsam von der Kommunistischen Partei und der Komintern zu lösen. Zu diesem Zeitpunkt zählte er zu einem „der begabtesten jungen Theoretiker des Marxismus“. ⁷⁹⁴ Der Befürworter der „Einheitsfronttaktik“ wandte sich gegen die offizielle Parteipolitik und die von ihr vertretene sogenannte Linkswendung. Borkenau opponierte gegen die Spaltung der Gewerkschaft und gegen eine Politik, die angesichts des immer stärker werdenden Nationalsozialismus die SPD zum „Hauptfeind“ erklärte, und gegen die bedingungslose Unterordnung der internationalen kommunistischen Bewegung unter die Moskauer Führung. Nachdem er noch im Auftrage der Komintern nach England, Belgien und Spanien reiste, um über die dort herrschende politische Situation und deren kommunistischen Parteien zu berichten, wurde Borkenau schließlich im Zuge einer „Säuberungswelle“ als Anhänger der sogenannten „Rechtsopposition“ um Heinrich Brandler 1929 aus der KPD ausgeschlossen. ⁷⁹⁵

Noch im gleichen Jahr wandte Borkenau sich wissenschaftlichen Aufgaben zu und erhielt vom Frankfurter Institut für Sozialforschung einen Forschungsauftrag für die Studie „Der Übergang vom feudalen zum bürgerlichen Weltbild“, ⁷⁹⁶ die 1934 erschien. Die Genese des Nationalsozialismus untersuchte er in dem im Herbst 1932 fertiggestellten und 1933 veröffentlichten Aufsatz „Zur Soziologie des Faschismus“. ⁷⁹⁷ Nach der nationalsozialistischen Machteroberung emigrierte Borkenau nach Wien und versuchte dort ohne Erfolg sich bei der politischen Linken in Österreich vor dem „drohenden Faschismus“ Gehör zu verschaffen. Nach einer kurzen Übersiedlung nach Paris zog es Borkenau 1934 nach London und er zählte dort zu einem größtenteils aus emigrierten Gegnern des Nationalsozialismus bestehenden politisch-theoretischen Diskussionszirkel von Sozialisten und ehemaligen Kommunisten, die

⁷⁹³ Richard Löwenthal, In memoriam Franz Borkenau, S. 58.

⁷⁹⁴ So die redaktionelle Einschätzung des „Monat“ in: Franz Borkenau, Das Jahr 1917. Wirklichkeit und Legende der russischen Revolution (Sonderdruck zu Der Monat), Berlin 1952, S. 48.

⁷⁹⁵ Birgit Lange-Enzmann, Franz Borkenau als politischer Denker, S. 20.

⁷⁹⁶ Franz Borkenau, Der Übergang vom feudalen zum Bürgerlichen Weltbild. Studien zur Geschichte der Philosophie der Manufakturperiode, Paris 1934.

⁷⁹⁷ Ders., Zur Soziologie des Faschismus, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Tübingen 1933, Bd. 68, Heft 5, S. 513-547.

sich um den führenden Kopf und SPD-Intellektuellen gruppierten – der Jahre später mit der Studie „Behemoth“ eine erste bahnbrechende Analyse des NS-Systems vorlegte. 1935 ging Franz Borkenau für ein Jahr als Professor nach Panama. Nach seiner Rückkehr 1936 nach London schrieb er an einem bereits begonnenen Buch über Vilfredo Pareto⁷⁹⁸ weiter, der als „einer der theoretischen Wegbereiter des Faschismus galt“.⁷⁹⁹ Im gleichen Jahr reiste er als Sympathisant der nichtkommunistischen revolutionären Linken in das republikanische Spanien, um über den Bürgerkrieg zu berichten. Borkenau geriet zwischen die politischen Fronten und konnte das Land nur unter größten Schwierigkeiten wieder verlassen. Die sowjetischen Terrormethoden innerhalb der republikanischen Reihen hatten entscheidenden Anteil an seinem Bruch mit dem Kommunismus. Das Ergebnis seiner Beobachtungen und politisch-historischen Analyse erschien 1937 unter dem Titel „The Spanish Cockpit“.⁸⁰⁰

Die „Verarbeitung dieses Schocks“ (Richard Löwenthal) und die Auseinandersetzung mit der politischen Theorie führte bei Borkenau zu der Erkenntnis, dass jeder Versuch qua Revolution die gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse verändern bzw. verbessern zu wollen, mit unabsehbaren katastrophalen Folgen verbunden seien. In den Fokus seines Interesses gerieten fortan die vergleichende Auseinandersetzung mit Faschismus, Nationalsozialismus und Kommunismus. Borkenaus völlige Abkehr vom utopischen revolutionären Marxismus fand seinen Ausdruck in dem 1938 in London erschienenen und alsbald zum wissenschaftlichen Standardwerk avancierenden Buch „The Communist International“, mit dem er international einem breitem Publikum bekannt wurde.⁸⁰¹ Neben seiner Absage an die proletarische Revolution kam er darin zu dem Ergebnis, dass die Komintern frühzeitig ein Instrument Moskaus gewesen sei und im Kontext der innerrussischen Entwicklung gesehen werden musste. Nach zwei Büchern zum NS-Regime⁸⁰² verglich Borkenau in seiner 1940 veröffentlichten Studie „The Totalitarian Enemy“ Kommunismus und Nationalsozialismus, die für ihn wesensgleiche Erscheinungen waren. Zum Zeitpunkt des Zweiten Weltkrieges und insbesondere nach dem Hitler-Stalin-Pakt versuchte er – wie gezeigt – die westlichen Demokratien ausdrücklich zu warnen und stellte den liberalen Staaten die totalitären Systeme Deutschlands und der Sowjetunion gegenüber.⁸⁰³

⁷⁹⁸ Franz Borkenau, Pareto, London 1936. Vgl. hierzu auch ders., Vom Kreislauf der Eliten. Zum dreißigsten Todestage Vilfredo Paretos (19. August 1923), in: Der Monat, Heft 59 (1953), 5. Jg., S. 493-502.

⁷⁹⁹ Birgit Lange-Enzmann, Franz Borkenau als politischer Denker, S. 56.

⁸⁰⁰ Franz Borkenau, The Spanish Cockpit, London 1937.

⁸⁰¹ Ders., The Communist International, London 1938.

⁸⁰² Ders., Austria and After, London 1938 sowie The New German Empire, Harmondsworth 1939.

⁸⁰³ Ders., The Totalitarian Enemy, London 1940.

Während des Krieges wurde Borkenau zwischenzeitlich als „feindlicher Ausländer“ in Australien interniert. Nach Kriegsende kehrte er nach Deutschland zurück und wurde 1946 als Professor für Mittlere und Neuere Geschichte, besonders Geschichte der Sozialtheorien, an die Universität Marburg berufen. 1947 veröffentlichte er seine Antrittsvorlesung „Drei Abhandlungen zur deutschen Geschichte“.⁸⁰⁴ Vermittels seiner Kontakte zu den amerikanischen Besatzungsbehörden war Borkenau maßgeblich an der Gründung der neuen wissenschaftlichen und politischen Zeitschrift „Ostprobleme“ beteiligt, die er als Chefredakteur herausgab und die ab August 1949 erschien. Bis zu seinem Ausscheiden im März 1951 interessierte ihn insbesondere die laufende Entwicklung im kommunistischen Lager, die zu seinem letzten größeren Buch „Der europäische Kommunismus“ führte.⁸⁰⁵ Hier entwickelte Borkenau eine völlig neuartige Methode der Interpretation: Die „Kreml-Astrologie“ ging von der Annahme aus, dass sich die sowjetische Politik aus einem permanenten „Machtkampf rivalisierender Fraktionen und Führungsgruppen entwickelt, und dass es möglich sei, auf Grund sorgfältiger Analyse der offiziellen Dokumente die Zusammensetzung und politische Konzeption der kämpfenden Gruppen zu erschließen“.⁸⁰⁶ Für Richard Löwenthal war es die Anwendung ebendieser Methode auf die Situation kurz vor Stalins Tod und danach, die Borkenaus publizistischen Ruf in den letzten Lebensjahren schnell anwachsen ließ. In den Jahren des Kalten Krieges drehten sich seine zahlreichen Zeitschriftenveröffentlichungen – im „Monat“ und diversen anderen Organen – in allererster Linie um die Analyse des sowjetischen Kommunismus. Daneben wurde die Auseinandersetzung mit den Geschichtsphilosophien von Karl Marx, Oswald Spengler und Arnold J. Toynbee zu einem weiteren Schwerpunktthema.⁸⁰⁷ Franz Borkenau verstarb am 18. Mai 1957 im Alter von nur 56 Jahren in Zürich an einem Herzinfarkt.

II. 4. 2. Richard Löwenthal

Wenige Wochen nachdem der Student Benno Ohnesorg im Verlauf der Demonstration gegen den Schahbesuch von einem Polizisten in Berlin erschossen wurde und das als Fanal für die

⁸⁰⁴ Ders., Drei Abhandlungen zur deutschen Geschichte, Frankfurt a. M. 1947.

⁸⁰⁵ Ders., Der europäische Kommunismus. Seine Geschichte von 1917 bis zur Gegenwart, Bern 1952.

⁸⁰⁶ Richard Löwenthal, In memoriam Franz Borkenau, in: Der Monat, Heft 106 (1957), 9. Jg., S. 59 f. Siehe Franz Borkenau, Was ist Kreml-Astrologie? in: Der Monat, Heft 79 (1955), 7. Jg., S. 32-39.

⁸⁰⁷ Siehe besonders Franz Borkenau, Ende und Anfang. Von den Generationen der Hochkulturen und von der Entstehung des Abendlandes, Stuttgart 1984.

außerparlamentarische Protestbewegung in der Bundesrepublik wirkte, traf der 59 Jahre alte Berliner Politikprofessor Richard Löwenthal im Rahmen einer vom Sozialistischen Studentenbund (SDS) initiierten, vom 10. bis zum 13. Juli 1967 dauernden Veranstaltungsreihe, im voll besetzten Audimax der Freien Universität Berlin, unter anderem auf Rudi Dutschke und Herbert Marcuse. In der Podiumsdiskussion zum Thema „Moral und Politik in der Überflußgesellschaft“ sagte Löwenthal angesichts der Ausführungen von Herbert Marcuse, der mit seiner Studie „Der eindimensionale Mensch“ im gleichen Jahr ein theoretisches Schlüsselwerk der Studentenbewegung veröffentlichte und als eigentlicher Mentor der Revoltierenden galt:

„Ich greife als erstes die Frage heraus, wo dieses System als Ganzes erscheint. Als Ganzes erscheint es am ehesten in der Außenpolitik, und Marcuse hat gestern pointiert gesagt, dass dieses System immer wieder Kriege produziert, und er hat bei aller Kritik an dem ihm entgegengesetzten System des östlichen Totalitarismus hinzugefügt, dass dieser östliche Totalitarismus immerhin nicht expansiv und nicht aggressiv sei. Ich fand das kühn, uns das hier in Berlin zu erzählen. Wir haben hier die Expansion des östlichen Systems in den Jahren nach Hitlers Krieg ja alle miterlebt, und während es natürlich dem Einzelnen freisteht, diese Expansion als geschichtlich gerechtfertigt anzusehen, so ist es, glaube ich, nicht möglich, ihre Tatsache zu leugnen.“⁸⁰⁸

Die hier expressis verbis in Richtung Herbert Marcuse zielende Kritik der Unterschätzung der aggressiven auf Expansion ausgerichteten Außenpolitik des „östliche(n) Totalitarismus“, spricht: des sowjetischen Kommunismus unter Stalin nach 1945, radikalisierte Richard Löwenthal nur wenige Jahre später. Im Kontext einer theoretischen und politischen Auseinandersetzung war dieses Mal indessen die „Neue Linke“ der Adressat seiner substantiellen Kritik. Nachdem die Rebellion ihren Höhepunkt schon lange überschritten hatte und einen immer mehr regressiven Verlauf nahm, veröffentlichte er 1970 den aus zwei Aufsätzen bestehenden Band „Der romantische Rückfall“. Beide Aufsätze wurden nicht zufällig in jeweils gekürzter Fassung im „Monat“ vorab veröffentlicht. Vor dem Hintergrund der eigenen Erfahrungsgeschichte mit den totalitären Herrschaftssystemen des Nationalsozialismus und des Sowjetkommunismus sah sich der ehemalige Kommunist Richard Löwenthal veranlasst auf spezifische Gefahren aufmerksam zu machen. Einerseits warnte er im ersten Aufsatz die von der marxistischen Theorie inspirierten Intellektuellen der sogenannten „Neuen Linken“ davor, nicht ein zweites Mal wie die „deutsche Intelligenz“ in den 1920er und 1930er Jahren dem politischen und akademischen Konformismus anheim zu

⁸⁰⁸ Richard Löwenthal auf der Podiumsdiskussion zum Thema „Moral und Politik in der Übergangsgesellschaft“; geleitet von Jacob Taubes mit Herbert Marcuse, Prof. Schwan, Prof. Claessens, Peter Furth, Rudi Dutschke und Wolfgang Lefèvre. Hier zitiert nach: Herbert Marcuse, Das Ende der Utopie. Vorträge und Diskussionen in Berlin 1967, Frankfurt 1980, S. 89.

fallen und mithin den – wie Löwenthal meinte – immer wieder kehrenden „Verrat“ (Julien Benda) an den genuinen Aufgaben des kritischen Intellektuellen zu üben.⁸⁰⁹ Andererseits versuchte er im zweiten Aufsatz „Unvernunft und Revolution“⁸¹⁰ im Kontext der Thematisierung der Genesis des neuen Typs revolutionärer Bewegung der Studenten in den westlichen Staaten der späten 60er Jahre im Allgemeinen und in der Bundesrepublik im Besonderen das Gefahrenpotential für die „westliche Zivilisation“ zu diagnostizieren. Das Besondere der „irrationalen Revolte“ der „Neuen Linken“ – zu deren Opfer auch Richard Löwenthal sowie sein Freund und Kollege Ernst Fraenkel von der Freien Universität Berlin wurden, als beide mit den von ihnen als „Terror“ empfundenen Gewaltaktionen der Studenten konkret konfrontiert wurden und angesichts der neuerlichen totalitären Erfahrung in Deutschland beinahe zum zweiten Mal ins Exil gehen wollten – , bestand für ihn darin, dass sie eine Renaissance der romantischen ideologischen Tradition darstellte und mithin ein „Wiederaufleben der Gefühlshaltung“ zur Folge hatte, das dazu führte, dass die Revoltierenden in ihrer „Verzweiflung“ vermittels der intellektuellen Bedeutung Herbert Marcuses⁸¹¹ die moderne Industriegesellschaft in der westlich-kapitalistischen wie auch in der sowjetisch-kommunistischen Form in Frage stellten. Mit Blick auf die Gefahren konstatierte der Autor eingedenk des Totalitarismus des 20. Jahrhunderts und vor dem Hintergrund, dass er durchaus eine „Verwandtschaft“ zwischen der Neuen Linken“ und den „Faschisten“ sah⁸¹².

„Sie besteht nicht in der Bildung eines ‚Blocks der Dritten Welt‘ draußen oder von Revolutionen im Innern, sondern in Zerstörung, Zerfall und Barbarisierung.“ Und weiter: „Ebenso ist die wirkliche Bedrohung im Westen nicht, dass die jungen Extremisten ‚die Macht übernehmen‘; sie können nicht einmal die Universitäten übernehmen. Aber sie können sie lähmen und in manchen Fällen zerstören, indem sie zuerst die Atmosphäre der Toleranz und der rationalen Diskussion zerstören, ohne die der Geist nicht atmen kann; (...) und sie können einen Gegenschlag von Polizeibrutalität und Rechtsextremismus hervorrufen, der

⁸⁰⁹ Siehe hierzu das erste Kapitel „Zwischen Konformismus und Sezession“, in: Richard Löwenthal, Der romantische Rückfall. Wege und Irrwege einer rückwärts gewendeten Revolution, Stuttgart u. a. 1971, S. 11-40 sowie den Vorabdruck in: Der Monat, Heft 239 (1968), 20. Jg., S. 32-38.

⁸¹⁰ Siehe unter dem gleichen Titel, in: Richard Löwenthal, Der romantische Rückfall. Wege und Irrwege einer rückwärts gewendeten Revolution, S. 41-87 sowie den Vorabdruck unter dem Titel „Unvernunft und Revolution. Über die Loslösung der revolutionären Praxis von der marxistischen Theorie“, in: Der Monat, Heft 251 (1969), 21. Jg., S. 71-87.

⁸¹¹ Richard Löwenthal, Der romantische Rückfall. Der romantische Rückfall. Wege und Irrwege einer rückwärts gewendeten Revolution, S. 68.

⁸¹² Wortwörtlich schrieb der Autor hierzu: „Schließlich sind auch die heutigen Hochschulrebelln nicht die Vorläufer von politischen Revolutionen, wie einst die Studentenbewegungen im zaristischen Rußland, in der Weimarer Republik oder in Britisch-Indien: Sie entfalten sich nicht in stagnierenden oder politisch unterdrückten Gesellschaften und sind nicht der artikulierte Ausdruck der unartikulierten Stimmung breiter Volksmassen. Überdies sind die Studenten der ‚Neuen Linken‘ trotz aller verwandten Züge, die wir erwähnt haben, keine Faschisten – und Bakunisten haben noch nie und nirgends die Macht erobert; sie würden in der Tat nicht wissen, was sie damit anfangen sollten.“ Ebenda, S. 85 f.

ihnen objektiv helfen wird, das Funktionieren der Demokratie zu stören und die konstruktive Lösung dringender Fragen zu verhindern.“⁸¹³

Richard Löwenthal wurde am 15. April 1908 als Sohn eines jüdischen Handelsvertreters und einer Schauspielerin in Berlin geboren. Nach dem Besuch des „Mommmsen-Gymnasiums“ begann er in Berlin mit dem Studium der Nationalökonomie und Soziologie und promovierte 1931 in Heidelberg (wo z. B. Max Weber und Karl Mannheim zu seinen Lehrern zählten) mit der Arbeit „Die Marxsche Theorie des Krisenzyklus“ zum Dr. phil. Bereits in der Berliner Zeit seines Studiums arbeitete er im „Kommunistischen Studenten-Verband“ und trat im Alter von 18 Jahren 1926 in die KPD. Insbesondere die Kontinuität der gesellschaftlichen und politischen Strukturen und die dominante Rolle der traditionellen Elite in der Weimarer Republik lehnte er ab. Im gleichen Jahr lernte er Franz Borkenau kennen und wurde nicht nur dessen Nachfolger als kommunistischer Studentenfürher, sondern seitdem wurde der führende Parteitheoretiker und spätere antitotalitäre Intellektuelle sowohl sein „politischer Lehrer“ als auch (bis zu dessen Tod) sein persönlicher Freund.⁸¹⁴ 1929 wandte sich Löwenthal gegen die stalinistische „Sozialfaschismus-These“, demzufolge die SPD und nicht die NSDAP der Hauptfeind der Kommunisten sei. Daraufhin schloss ihn die KPD als „Rechtsabweichler“ im gleichen Jahr aus der Partei aus. Neben ehemaligen Parteiintellektuellen wie z. B. Karl Korsch zählte er danach zur „KPD-Opposition“ und fungierte von 1932 bis 1933 als Mitarbeiter des theoretischen Parteiorgans *Die Gesellschaft*. Nach der nationalsozialistischen Machteroberung im Januar 1933 hatte er als exponierter „Ideologe“ entscheidenden Einfluss am Aufbau des illegalen Elite-Kaders der sozialistischen (Widerstands-)Gruppe *Neu-Beginnen* (NB).⁸¹⁵

Fortan lebte Richard Löwenthal im Untergrund. 1935 musste er Deutschland verlassen und ging über die Stationen Prag und Paris in das Londoner Exil, wo er unter seinem

⁸¹³ Ebenda, S. 86 f.

⁸¹⁴ Siehe die persönlichen Anmerkungen von Richard Löwenthal im sogenannten „Vorwort zur amerikanischen Erstausgabe“, in: Franz Borkenau, Ende und Anfang. Von den Generationen der Hochkulturen und von der Entstehung des Abendlandes, S. 7-10 sowie Richard Löwenthal, In memoriam Franz Borkenau, in: Der Monat, Heft 106 (1957), 9. Jg., S. 57-60.

⁸¹⁵ Die Gruppe „Neu-Beginnen“ wurde allerdings schon vor der „Machtergreifung“ des Nationalsozialismus gegründet. Sie wurde vor dem Hintergrund der Krise der sozialistischen Arbeiterbewegung in Deutschland und insbesondere aufgrund der immer stärker werdenden politischen Kämpfe zwischen der SPD und der KPD sowie des damit einhergehenden Zerfalls der Arbeiterbewegung in „kleine Splittergruppen“ ins Leben gerufen. Für die Gründung zeichnete eine kleine Gruppe um Walter Löwenheim verantwortlich, die größtenteils aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen wurden. Siehe Richard Löwenthal, Die Widerstandsgruppe „Neu-Beginnen“. Beiträge zum Thema Widerstand 1933-1945. Bd. 20, Berlin 1982, S. 3 sowie Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933 (hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte, München und von der Research Foundation for Jewish Immigration, Inc., New York; unter der Gesamtleitung von Werner Röder und Herbert A. Strauss). Band I Politik, Wirtschaft, Öffentliches Leben, München 1999, S. 458.

Decknamen Paul Sering neben zahlreichen politischen Publikationen auch seine persönliche Theorie des Faschismus in der vom führenden SPD-Ökonomietheoretiker Rudolf Hilferding herausgegebenen *Zeitschrift für Sozialismus* (ZfS) veröffentlichte, die beispielsweise die frühe Totalitarismusstudie von Franz Borkenau beeinflussten.⁸¹⁶ In klarer Abgrenzung gegen den von der Komintern proklamierten Totalitarismusbegriff, bezeichnete für ihn der anfangs nur auf den Faschismus bezogene Begriff des „totalen Staates“ schon zu diesem Zeitpunkt einen neuartigen Herrschaftstypus, der prinzipiell durch unterschiedliche „Klasseninhalte“ realisiert wurde.⁸¹⁷ Seine Analysen zur historischen Genesis des NS-Staates in Deutschland auf dem Boden der voll entwickelten Produktivkräfte des krisenhaften Kapitalismus – „mit Hilfe der alten reaktionären Mächte“ (Paul Sering) der Weimarer Republik –, die er in einigen Aufsätzen in der ZfS anfertigte,⁸¹⁸ beeinflussten unter anderem den „Behemoth“ von Franz Neumann. Nach einem Forschungsstipendium 1936/37 in London – wo er auch seinen Freund Franz Borkenau wieder traf – übernahm Richard Löwenthal Aufgaben in der Prager Zentrale der Gruppe „Neu-Beginnen“ und reiste im April 1938 nach Paris. Hier arbeitete er unter seinem Pseudonym Paul Sering im Redaktionsstab der von Willy Münzenberg herausgegebenen Zeitschrift „Die Zukunft“ mit. Nach erfolgter Annäherung an den sogenannten Austromarxismus Otto Bauers und an Grundpositionen der traditionellen linken SPD-Parteiopposition war er im darauf folgenden Jahr Mitverfasser der anonymen Schrift „Der kommende Weltkrieg. Aufgaben und Ziele des deutschen Sozialismus“, die den Versuch darstellte, eine linkssozialistische Positionsbestimmung angesichts des prognostizierten Krieges in Europa zu begründen.⁸¹⁹

Mit der „NB-Auslandszentrale“ übersiedelte Richard Löwenthal im Sommer 1939 nach London und begann nach dem Kriegsausbruch in der Redaktion von *Reports from Inside Germany* und ab 1942 bei der Nachrichtenagentur *Reuters* zu arbeiten. Dazwischen propagierte er hinsichtlich der alliierten Kriegsziele im Oktober 1941 in *Klare Fronten* für

⁸¹⁶ Franz Borkenau, *The Totalitarian Enemy*, S. 8.

⁸¹⁷ Siehe Paul Sering, (d. i. Richard Löwenthal), *Der Faschismus*, in: *Zeitschrift für Sozialismus*, 1935, Heft 26/27, S. 767-787 und S. 839-856 (hier S. 839 ff.).

⁸¹⁸ Das Buch *Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933*, a.a.O., S. 458 enthält folgende Hinweise auf Veröffentlichungen von Richard Löwenthal unter dem Pseudonym bzw. seinem Decknamen Paul Sering in der Zeitschrift: *Der Faschismus. System und Widersprüche*, in: ZfS Nr. 26/27, Nov. Dez. 1935; *Historische Voraussetzungen des deutschen Nationalsozialismus*, in: ZfS Nr. 30, März 1936; *Die Aufgaben der deutschen Revolution*, in: ZfS, Nr. 33, Juni 1936; vgl. auch ders., *Die Wandlung des Kapitalismus*, in: ZfS Nr. 20/21, Mai/Juni 1935.

⁸¹⁹ *Der kommende Weltkrieg. Aufgaben und Ziele des deutschen Sozialismus. Eine Diskussionsgrundlage*, Paris 1939. (Verfasser der anonymen Schrift waren Paul Sering, Karl Frank, Joseph Buttinger und Josef Podlipnig)

eine „deutsche Revolution zwischen den Weltmächten“,⁸²⁰ die er allerdings 1943 aufgrund der sowjetischen Außenpolitik gegenüber Polen radikal revidierte. Fortan korrespondierten seine politischen Grundpositionen und Vorstellungen mit denen der westlichen Staaten. Speziell mit der britischen und der amerikanischen Arbeiterbewegung sah das seit 1945 eingeschriebene Mitglied der SPD Gemeinsamkeiten, so dass sich zum Beispiel zur „Fabian Society“ eine enge Verbindung entwickelte; als Beiratsmitglied der „International Socialist Forum“ plädierte Löwenthal für eine Rekonstruktion der II. Internationalen und sprach sich – beeinflusst durch das Nachkriegsprogramm der britischen Arbeiterbewegung – auch mit Blick auf Deutschland für die parlamentarische Demokratie auf der Basis einer staatlichen Investitionslenkung aus, die sich dadurch auszeichnen sollte, dass sie sich an den tatsächlichen Interessen der arbeitenden Bevölkerung orientiert. Auf dem theoretischen und politischen Boden der zurückliegenden Jahre entstand 1947 – dem Jahr, in dem Richard Löwenthal die britische Staatsbürgerschaft erhielt – das Buch „Jenseits des Kapitalismus“, mit dem er sich in die Nachkriegsdiskussion um den „Dritten Weg“ zwischen den beiden Supermächten einschaltete und sich schnell einen Namen machte. Dem Autor war es in der Untersuchung darum zu tun, der Öffentlichkeit den Entwurf einer Neubestimmung des „demokratischen Sozialismus im Zeitalter der Planung und der totalitären Katastrophe“ zu präsentieren, und zwar, so Löwenthal, in Abgrenzung zum westlichen Kapitalismus (und den „rückwärtsgewandten Utopisten des wirtschaftlichen Liberalismus wie Hayek und Roepke“) sowie dem Sowjetkommunismus.⁸²¹

⁸²⁰ Hierzu steht im Buch Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933, a.a.O., S. 458, dass in diesem Fall Richard Löwenthal und andere Mitstreiter von „Neu-Beginnen“ aufgrund der konzeptionellen Ziele eines demokratischen sozialistischen Deutschland in den „Grenzen der Weimarer Republik“ als Vertreter eines sogenannten „pangermanischen Denkens“ angegriffen wurden. Löwenthal vertrat in *Klare Fronten* nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion und dem „Wiederaufleben einer ‚Ostorientierung‘ der linken Exilgruppen eine Beteiligung der UdSSR an der Neuordnung Europas, um die Unterdrückung der revol(utionären) Bewegungen u(nd) die Oktroyierung der kapitalist(ischen) Gesellschaftsordnung (auch auf die UdSSR) durch die Westmächte zu verhindern“.

⁸²¹ Paul Sering (d. i. Richard Löwenthal), *Jenseits des Kapitalismus*. Ein Beitrag zur sozialistischen Neuorientierung, Lauf bei Nürnberg 1947. Siehe hierzu die Rezension des Buches unter dem Titel „Jenseits des Sozialismus“ von Paul Kecskemeti, in: *Der Monat*, Heft 3 (1948), 1. Jg., S. 103-106 sowie die „Erwiderung“ unter der Zeitschriftenrubrik „Briefe des Monats“ von Richard Löwenthal unter seinem Pseudonym Paul Sering – der Beitrag stand nach Information der Redaktion im Kontext der „Sozialismusdiskussion“ im gleichen Heft – mit der Überschrift „Planung und Freiheit“, in: *Der Monat*, Heft 5 (1949), 1. Jg., S. 106-109.

Zu seinen zentralen Einsichten schrieb Richard Löwenthal am Anfang ebendieser „Erwiderung“: „Die Frage nach der Vereinbarkeit von wirtschaftlicher Planung mit persönlicher und politischer Freiheit ist nach meiner Überzeugung die Grundfrage nach der Zukunft unserer Zivilisation. Die rückwärtsgewandten Utopisten des wirtschaftlichen Liberalismus wie Hayek und Roepke verneinen sie – und trösten sich mit der Versicherung, die universelle Entwicklung zur wirtschaftlichen Planung sei ein Irrweg, weder notwendig noch irreversibel. Die macchiavellistischen Propheten des bürokratischen Zeitalters wie Burnham verneinen sie – und prophezeien fatumgläubig den Sieg des Sklavenstaates in der jeweils aktuellsten Form. Die Bejahung der Frage macht die Grundthese meines Buches *Jenseits des Kapitalismus* aus; ihre Begründung, gestützt auf eine Analyse der Entwicklung der letzten Jahrzehnte, seinen gesamten Inhalt.“ Und weiter hieß es hier: „Ich suche darin zu

Nach seiner Rückkehr nach Deutschland 1948 war Löwenthal von 1949 bis 1955 für *Reuters* als Korrespondent in Westdeutschland tätig und arbeitete von 1954 an als außenpolitischer Leitartikler des Londoner *Observer*. In diesem Kontext begann zudem seine Mitarbeit für den in Berlin herausgegebenen „Monat“, wo er alsbald – mit letztlich mehr als vierzig Veröffentlichungen – zu einem der gefragtesten und produktivsten Autoren reüssierte. Nach seinem ersten Artikel – der bereits genannten „Erwiderung“ anlässlich der Rezension seines Buches „Jenseits des Kapitalismus“ –, einem bald darauf erschienenen Beitrag im Rahmen des Symposiums „Erwacht Deutschland schon wieder? Der neue deutsche Nationalismus und seine Gefahren“⁸²² und Aufsätzen zur politischen Situation in Frankreich und in Italien,⁸²³ über die Zustände an der Saar⁸²⁴ sowie zum Problem der westeuropäischen Wirtschaftseinheit⁸²⁵ hatte Richard Löwenthal beim Berliner „Kongress für kulturelle Freiheit“ im Juni 1950 einen richtungsweisenden öffentlichen Auftritt. Hierbei führte er die lebensgeschichtlich aufgeladene, vehemente politische und analytische Auseinandersetzung mit der Sowjetunion primär unter Stalin⁸²⁶ auch und vor allem vor dem Hintergrund der historischen Tatsache, dass die totalitären Herrschaftssysteme auf dem Boden der Krise der westlichen Gesellschaft entstanden sind. Nicht zuletzt deshalb schloss Löwenthal auch in Zukunft für die westliche Zivilisation die Möglichkeit einer (prä-)totalitären Entwicklung nicht aus: einerseits durch eine diplomatische und militärische Unterschätzung des

zeigen, warum die zentrale staatliche Entscheidung über Umfang und Richtung der Investitionen in allen entwickelten Industriestaaten unvermeidlich geworden ist, und wie ihr der Prozeß der Ersetzung von Marktbeziehungen durch ‚hierarchische‘ Beziehungen der Kooperation, Über- und Unterordnung zugrunde liegt. Ich untersuche die verschiedenen Planungsformen der gegenwärtigen Übergangszeit – kapitalistische und nichtkapitalistische im Hinblick auf die wirtschaftliche Machtverteilung; Wohlfahrtsplanung und Kriegsplanung im Hinblick auf den Zweck; demokratische und totalitäre im Hinblick auf die politische Form. Ich komme zu dem Ergebnis, daß es auf nichtkapitalistischer Basis, auf der Grundlage der Beseitigung des Monopoleigentums an den entscheidenden Industrien, grundsätzlich möglich ist, die zentrale Planentscheidung demokratisch, d. h. in freier Wahl zwischen alternativen Plänen, zu fällen, und ihre Durchführung auf allen Stufen demokratisch zu kontrollieren – sofern freiheitliche Institutionen, insbesondere Freiheit der Parteienbildung bestehen. In einem solchen politischen Rahmen, so behaupte ich, gibt die moderne Ökonomie die Möglichkeit, die Planung nicht zum Werkzeug einer selbstherrlichen Bürokratie, sondern zum Mittel der Hebung der allgemeinen Wohlfahrt und der schließlichen Überwindung der Klassenscheidung werden zu lassen – zum Mittel also einer im vollen Sinne des Wortes sozialistischen Entwicklung.“ Paul Sering (d. i. Richard Löwenthal), *Planung und Freiheit*, in: a.a.O., S. 106.

⁸²² Drei Wege deutscher Aussenpolitik, in: *Der Monat*, Heft 8/9 (1949), 1. Jg., S. 22-28.

⁸²³ *Secessio Plebis*, in: *Der Monat*, Heft 36 (1951), 3. Jg., S. 578-587.

⁸²⁴ Brief aus Saarbrücken: Zankapfel oder Bindeglied? Notizen von einer Reise ins Saargebiet, in: *Der Monat*, Heft 44 (1952), 4. Jg., S. 145-154.

⁸²⁵ Vom Sinn und Unsinn der Wirtschaftseinheit, in: *Der Monat*, Heft 47 (1952), 4. Jg., S. 451-467.

⁸²⁶ So schrieb Oliver Schmidt angesichts der persönlichen Erfahrungen Löwenthals mit dem Sowjetkommunismus und mit Blick auf das Ende des Zweiten Weltkrieges: „Sein bisheriges Leitbild verblasste, die Moskauer Prozesse Mitte der dreißiger Jahre und der Pakt Stalins mit Hitler-Deutschland wirkten als Trauma lebenslang nach.“ Und über seine Meinung zu Stalin zitierte er Löwenthal, der gegenüber dem Literaturwissenschaftler sagte: „Wo Stalin hintritt, wächst kein Gras mehr.“ Siehe Oliver Schmidt, *Jenseits der Ideologien*. Vor zehn Jahren starb der Politologe Richard Löwenthal, in: *Tagesspiegel* vom 9. August 2001.

imperialistischen Sowjetkommunismus und andererseits durch ein essentielles innenpolitisches Problem des Westens; falls nämlich die demokratischen Gesellschaften angesichts der „Krise des Westens“ sich als unfähig erweisen sollten „konstruktive Lösungen für die inneren Probleme“ zu finden und mithin beim Ziel der „Verteidigung der Freiheit“ gewissermaßen versagen.⁸²⁷

Der Schwerpunkt der Veröffentlichungen von Richard Löwenthal im „Monat“ lag indes in erster Linie bei der Analyse des Kommunismus: nämlich des jugoslawischen Staates unter Tito im Allgemeinen⁸²⁸ und des stalinistischen Herrschaftssystems im Besonderen. Hierbei fokussierte er die facettenreiche politische, ökonomische, strukturelle und ideologische Entwicklung in der Sowjetunion vor⁸²⁹ und insbesondere nach dem Tode Stalins am 5. März 1953⁸³⁰ sowie der Geheimrede Chruschtschows anlässlich des XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 vor dem Hintergrund der nachlassenden Rolle des Terrors⁸³¹ und einer zeitgemäßen kommunistischen Macht-Ideologie⁸³² und -politik⁸³³. Des weiteren beleuchtete der Renegat das Phänomen des Totalitarismus unter anderem in folgender Hinsicht: als einen in der Geschichte neuartigen, totalitären Herrschaftstyp, mit noch nie dagewesenen Massenverbrechen, der gegen die moderne Demokratie und deren substantiellen Freiheitsrechte ausgerichtet war;⁸³⁴ zudem in dem Aufsatz „Totalitäre und Demokratische

⁸²⁷ Richard Löwenthal, Die Freiheit und der Konflikt der Weltmächte, in: Der Monat, Heft 22/23 (1950), 2. Jg., S. 442-448 (Zitat S. 445).

⁸²⁸ Siehe hierzu folgende Beiträge: Brief aus Belgrad: Titos ‚Großes Experiment‘, in: Der Monat, Heft 49 (1952), 5. Jg., S. 39-48; Brief aus Belgrad: Modellfall Jugoslawien. Von der Kolchose zur Genossenschaft, in: Der Monat, Heft 62 (1953), 6. Jg., S. 125-134. Vgl. auch zum sogenannten „Fall“ des aus Jugoslawien stammenden kommunistischen Renegaten Milovan Djilas die Beiträge: Ketzer oder Pionier?, in: Der Monat, Heft 67 (1954), 6. Jg., S. 89-91 sowie Brief aus Belgrad: Führt Titos Weg zurück? Djilas und das jugoslawische Dilemma, in: Der Monat, Heft 109 (1957), 10. Jg., S. 30-37.

⁸²⁹ Siehe den bemerkenswerter- und zufälligerweise im März-Heft 1953 publizierten Beitrag: Der Hintergrund der Säuberungen, Heft 54 (1953), 5. Jg., S. 672-676.

⁸³⁰ Siehe (Zum 5. März 1953) Stalins Vermächtnis. Zur Interpretation seiner letzten Schrift, in: Der Monat, Heft 55 (1953), 5. Jg., S. 16-25; Am Ende einer Epoche. Die Umwälzungen im russischen Großreich, in: Der Monat, Heft 60 (1953), 5. Jg., S. 572-580; Richard Löwenthal schreibt aus Belgrad: Die Zählung der Geheimpolizei, in: Der Monat, Heft 77 (1955), 7. Jg., S. 467-471; ders. schreibt aus London: Das russische Dilemma, in: Der Monat, Heft 78 (1955), 7. Jg., S. 561-565. Siehe auch den zehn Jahre nach Stalins Tod veröffentlichten historisch-analytisch sowie -politisch resümierenden Charakter besitzenden Beitrag: Chruschtschows unfertiger Staatsstreich. Vom Preis der Permanenz der Parteiherrschaft, in: Der Monat, Heft 174 (1963), 15. Jg., S. 7-14.

⁸³¹ Siehe vor allem: Jenseits des Stalinismus, in: Der Monat, Heft 91 (1956), 8. Jg., S. 3-10; Richard Löwenthal (sic) schreibt aus London: Verspäteter Thermidor?, in: Der Monat, Heft 92 (1956), 8. Jg., S. 80-84; Die letzte Säule, in: Der Monat, Heft 107 (1957), 9. Jg., S. 3-12.

⁸³² Siehe ganz besonders: Ideologie und Realpolitik. Glauben die Kreml-Machthaber an Dogmen?, in: Der Monat, Heft 117 (1958), 10. Jg., S. 37-46.

⁸³³ Siehe zum Beispiel: Der verwandelte Gegner. Sowjetische Politik im Zeitalter des atomaren Patt, in: Der Monat, Heft 148 (1961), 13. Jg., S. 18-27; Der gescheiterte Durchbruch. Chruschtschows Viefrentenkampf, in: Der Monat, Heft 171 (1962), 15. Jg., S. 9-18.

⁸³⁴ Siehe speziell Die Hölle auf Erden. Despotie im zwanzigsten Jahrhundert, in: Der Monat, Heft 105 (1957), 9. Jg., S. 3-8; vgl. auch im Rahmen der politischen und theoretischen Diskussion unter dem Titel „Militärdiktatur und Demokratie. Drei Stimmen zu F. R. Allemanns Aufsatz über den ‚Staatsstreich als Regulativ‘“ aus Anlass

Revolution“, der hinsichtlich der wissenschaftlich-politischen Auseinandersetzung über die analytische, d. h. erkenntnistheoretische Reichweite der „klassischen“

Totalitarismustheorie,⁸³⁵ für die Forschung eine überragende Bedeutung besaß.⁸³⁶

Neben der Veröffentlichung der „Reuter-Biographie“ 1957 zusammen mit seinem Freund und „langjährigen politischen Weggefährten“ Willy Brandt⁸³⁷ standen insbesondere die gesamten 1950er Jahre für Richard Löwenthal im Zeichen von Arbeiten mit dem Anspruch, die Entwicklung des sowjetischen und internationalen Kommunismus zu beschreiben und zu analysieren. Diese erschienen im „Monat“ und in führenden internationalen fachlichen sowie politischen Zeitschriften⁸³⁸ und schlugen sich in der Studie „Chruschtschow und der Weltkommunismus“ nieder.⁸³⁹ Zudem begann am Ende dieses Jahrzehnts seine akademische Laufbahn. Nach einer Tätigkeit als Gastdozent am Otto-Suhr-Institut an der FU-Berlin 1959 und einer anschließenden Forschungsaktivität bis in das Jahr 1960 hinein am *Russian Research Center* der Harvard University in den USA wurde Richard Löwenthal 1961 zum Ordinarius für Politikwissenschaft und für Geschichte und Theorie der Auswärtigen Politik am Otto-Suhr-Institut (OSI) berufen – zudem gleichzeitig zum Direktor der Sektion für Osteuropäische Zeitgeschichte am Osteuropa-Institut am selben Ort – wo er zum Beispiel in den folgenden Jahren als soziologischer und politologischer „Lehrer“ wichtige Vertreter der (West-Berliner) Studentenbewegung beeinflusste.⁸⁴⁰ Neben

einer Analyse von Fritz René Allemann im „Monat“ den Beitrag von Richard Löwenthal, in: Der Monat, Heft 145 (1960), 13. Jg., S. 25-29.

⁸³⁵ Richard Löwenthal, Totalitäre und Demokratische Revolution, in: Der Monat, Heft 146 (1960), 13. Jg., S. 29-40. Vgl. hierzu auch ders., Entwicklung kontra Utopie. Das kommunistische Dilemma, in: Der Monat, Heft 266 (1970), 22. Jg., S. 60-84.

⁸³⁶ Mitteilung von Martin Jänicke an den Verfasser in einem Gespräch in Berlin im November 1999.

⁸³⁷ Willy Brandt und Richard Löwenthal, Ernst Reuter. Eine politische Biographie, München 1957. Siehe den Auszug aus dem Buch, Willy Brandt und Richard Löwenthal, Die Berliner Blockade. Aus einer politischen Biographie Ernst Reuters, in: Der Monat, Heft 108 (1957), 9. Jg., S. 54-69.

⁸³⁸ Zum Beispiel in den „Schwesterzeitschriften“ des „Monat“ wie „Encounter“, „Preuves“ oder „Tempo Presente“; zudem in den renommierten Zeitschriften wie „Twentieth Century“, „Soviet Survey“, „Yearbook of World Affairs“ und „China Quarterly“ (London), „St. Antony’s Papers (Oxford) sowie „Commentary“ und „Problems of Communism“ (Washington).

⁸³⁹ Richard Löwenthal, Chruschtschow und der Weltkommunismus, Stuttgart 1963. Vgl. hierzu die Rezension unter dem Titel „Kommunismus im Zerfall“ von al (sic), in: Der Monat, Heft 181 (1963), 16. Jg., S. 95 f. Das Buch hatte für die allgemeine Totalitarismusforschung einen nicht unerheblichen Einfluss und wurde u. a. von Hannah Arendt ausdrücklich gelobt. Siehe Hannah Arendt/Karl Jaspers, Briefwechsel 1926-1969, München 1993, S. 613 sowie Hannah Arendt, Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, München, 3. Auflage 1993, S. 486.

⁸⁴⁰ Mit seinen ebenfalls als Totalitarismus-Experten in Erscheinung tretenden Kollegen Otto Stammer und Hans-Joachim Lieber hatte Richard Löwenthal starken Einfluß auf zum Beispiel Rudi Dutschke und Bernd Rabehl, also zwei Vertreter der Neuen Linken bzw. des SDS, die sowohl als revolutionäre (Gesellschafts-)Theoretiker als auch als außerparlamentarische Politiker an der Konstituierung der Studentenbewegung in der Bundesrepublik maßgeblich beteiligt waren.

weiteren Aktivitäten in Forschungseinrichtungen⁸⁴¹ in den Vereinigten Staaten und in der Bundesrepublik fungierte Löwenthal über viele Jahre als wichtiger Berater der SPD-Parteiführung. Hierbei standen Fragen der Beziehung der SPD zu den Kommunisten im Vordergrund. Darüber hinaus spielte er eine zentrale Rolle im Kontext der „68er-Linken“, denen er als ehemaliger kommunistischer Intellektueller anfangs seine Diskussionsbereitschaft keineswegs verweigerte. Trotzdem lehnte der Berliner Politikprofessor die Ideen des SDS, Formen der genuinen „plebiszitären Demokratie“ in der Gesellschaft als auch an den Universitäten einzuführen, strikt ab. Indes: Die öffentliche und radikale Distanzierung des durch die beiden „Großtotalitarismen“ lebensgeschichtlich geprägten Richard Löwenthal setzte erst zu dem Zeitpunkt ein, als er und Ernst Fraenkel mit den repressiven Methoden von Teilen der Berliner Linken konkrete Erfahrung machte und deren (semi-)totalitären Potentiale thematisierte und vor diesem Hintergrund den sogenannten „konservativen Professoren-Kampfverband“ „Bund Freiheit der Wissenschaft“ mit ins Leben rief.⁸⁴²

Nach der Emeritierung im Jahre 1975, Aktivitäten und kritischen Einlassungen zur Politik der SPD veröffentlichte Richard Löwenthal zudem Bücher, in denen er seinen Ruf als politischer Intellektueller und kritischer Diagnostiker der westlichen Demokratien unter Beweis stellte.⁸⁴³ Löwenthal verstarb am 9. August 1991 nach längerer Krankheit in einem Berliner Krankenhaus.

II. 4. 3. Arthur Koestler

Nachdem Arthur Koestlers Roman „Darkness at Noon“⁸⁴⁴ über die stalinistischen Säuberungen in der Sowjetunion in den Jahren 1936 bis 1938 nach der Veröffentlichung im Jahre 1940 für nur geringes Aufsehen sorgte, änderte sich dies mit der französischen

⁸⁴¹ Siehe im Einzelnen hierzu Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933, a.a.O., S. 458.

⁸⁴² Der Vollständigkeit halber soll hier nicht unerwähnt bleiben, dass Richard Löwenthal den BfDw zu dem Zeitpunkt wieder verließ, als dieser Ende der 1970er Jahre mehr und mehr in das politische Fahrwasser der CDU im Zusammenhang mit deren Bildungspolitik geriet.

⁸⁴³ Siehe exemplarisch „Prolog: Dauer und Verwandlung“ in: Richard Löwenthal und Hans-Peter Schwarz (Hg.), Die Zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland – eine Bilanz, Stuttgart-Degerloch, Zweite Auflage 1974, S. 9-24; vgl. auch „Vom kalten Krieg zur Ostpolitik“, in: ebenda, S. 604-699. Siehe zudem Richard Löwenthal, Gesellschaftswandel und Kulturkrise. Zukunftsprobleme der westlichen Demokratien, Frankfurt am Main 1979.

⁸⁴⁴ Darkness at Noon, London 1940 (dt. Ausgabe: Sonnenfinsternis, Stuttgart 1948).

Übersetzung nach dem Kriegsende. Paradoxe Weise war an dem Erfolg des unter dem Titel „Le Zéro et l'Infini“ 1946 in Frankreich erschienenen Buches, das innerhalb kürzester Zeit eine Auflagenhöhe von mehr als 400.000 Exemplaren erreichte und somit alle Verkaufsrekorde des französischen Vorkriegsbuchhandels übertraf, die KPF wesentlich mitverantwortlich. Wie der Autor im Nachwort des Romanes berichtete, kaufte die Kommunistische Partei, nachdem zum Beispiel der Versuch den Verleger einzuschüchtern mißlang, ganze Lagerbestände vorstädtischer sowie provinzieller Buchläden auf und vernichtete sie.⁸⁴⁵ Trotz aller Bemühungen den Erfolg des Buches in Frankreich zu verhindern, avancierte der Roman zum „Bestseller“ (Michael Rohrwasser) und brachte dem Autor in den Zeiten der bipolaren Auseinandersetzung mit den Vereinigten Staaten seitens der Kommunisten den Ruf des „Kalten Kriegers“ bzw. des „Antikommunisten par excellence“ ein. Arthur Koestler wurde zur Zielscheibe ideologisch motivierter Angriffe des sogenannten sowjetischen Lagers.

Arthur Koestler wurde 1905 in Budapest als Sohn eines jüdischen Kaufmanns geboren, dessen Vater aus Russland nach Ungarn eingewandert war. Die Mutter stammte aus einer jüdischen Wiener Familie. Im Alter von vierzehn Jahren erlebte Arthur Koestler mit „starkem Interesse“ die vier Monate andauernde kommunistische Räterepublik unter Béla Kun.⁸⁴⁶ Die anschließende Konterrevolution unter Admiral Horthy und der aufkommende Antisemitismus sowie der wirtschaftliche Bankrott des Vaters ließen die Familie nach Wien ziehen. Dort begann Arthur Koestler 1922 ein Ingenieursstudium und trat aufgrund des vehementen Antisemitismus der deutschnationalen Burschenschaft in eine schlagende zionistische Verbindung ein. Kurz vor dem Examen brach Koestler das Studium ab und reiste im Alter von 21 Jahren ins „Gelobte Land“ Palästina und schloss sich kurzfristig als Landarbeiter einem Kibbuz an.⁸⁴⁷ Nach einer Tätigkeit als Limonadenverkäufer in Haifa entdeckte er sein journalistisches Talent und arbeitete in den nächsten Jahren als Korrespondent für den Ullstein-Verlag in Jerusalem, Paris und Berlin. Als einziger Reporter

⁸⁴⁵ Siehe hierzu die Ausführungen im Nachwort zur Taschenbuchausgabe, in: Arthur Koestler, Sonnenfinsternis. Roman, Frankfurt/M u. a. 1979, S. 239 ff.

⁸⁴⁶ Seine frühen Sympathien für den Kommunismus beschrieb Arthur Koestler im ersten Teil seiner Autobiographie: *Arrow in the Blue*, London 1952 (dt. Ausgabe: Pfeil ins Blaue. Bericht eines Lebens 1905-1931, Wien/München/Basel 1953. Siehe hierzu den Abschnitt „Politisches Erwachen“, in: Frühe Empörung. Autobiographische Schriften, Bd. 1, Berlin/München 1993, S. 62-73. Vgl. grundsätzlich zu Arthur Koestler die Biographien von Iain Hamilton, *Koestler. A Biography*, New York 1982; David Cesarani, *Arthur Koestler: The Homeless Mind*, London 1999 sowie neuerdings Christian Buckard, *Arthur Koestler. Ein extremes Leben. 1905-1983*, München 2004.

⁸⁴⁷ Speziell zum Einfluss der jüdischen Religion und des Zionismus auf das Leben und das Denken von Arthur Koestler siehe Sandra Goldstein, *Intellektuelle Utopien. Arthur Koestler und der Zionismus*, in: Jakob Hessing und Alfred Bodenheimer (Hg.), *Jüdischer Almanach 1998/5758 des Leo Baeck Instituts*, Frankfurt a. M. 1997, S. 158-169.

nahm Koestler im Sommer 1931 am Nordpolflug des Luftschiffs „Graf Zeppelin“ teil, der ihn auch in die Sowjetunion brachte.⁸⁴⁸ Der am 31. 12. desselben Jahres erfolgte Eintritt in die KPD beendete abrupt die erfolgreiche journalistische Laufbahn von Arthur Koestler und war ein neuerlicher Bruch, um die Brücken des bürgerlichen Lebens hinter sich zu „verbrennen“.⁸⁴⁹

Die kommunistische Bewegung erschien dem Intellektuellen Koestler als „vollkommene Sache“ und als das einzige ideologische und politische Bollwerk gegen den aufkommenden, genauer, „vorwärtsstürmenden“ Nationalsozialismus zu sein. Eine von 1932 bis 1933 unternommene Reise durch das „neue Land“, die Sowjetunion, führten zu einem ersten Riss in Koestlers entfachter Euphorie über die strahlende Zukunft des Weltkommunismus. Die konkreten Erfahrungen mit den Auswirkungen der gewaltsamen Kollektivierungspolitik Stalins und der Beginn der schweren Hungersnot, sowie der Besuch „des ersten großen Schauprozesses in Zentralasien“ gehörten zu den deprimierenden Erlebnissen, ohne dass der „neue Glaube“ in Gänze in Frage gestellt wurde.⁸⁵⁰

Nach seiner Rückkehr aus der Sowjetunion ging Arthur Koestler, nachdem die „Hitler-Bewegung“ in Deutschland an die Macht gelangte, im Herbst 1933 ins Pariser Exil und wurde die nächsten fünf Jahre enger Mitarbeiter von Willi Münzenberg, dem Leiter der Agitation- und Propagandaabteilung der Komintern. Koestler war unter anderem an der Publikation des „Braunbuchs“ über die Hintergründe des Reichstagsbrandes beteiligt, das einen internationalen Propagandaerfolg gegen den Nationalsozialismus darstellte, und arbeitete am neugegründeten „Institut zum Studium des Faschismus“ (INFA) als „unbezahlter Geschäftsführer“.⁸⁵¹ Im geheimen Parteiauftrag ging er 1936 als Korrespondent der Londoner Zeitung „New Chronicle“ nach Spanien, um den Kampf der Republik gegen die falangistische Konterrevolution zu unterstützen. Indes wurde Arthur Koestler nach dem Fall der Stadt Malaga verhaftet und vom Franco-Regime aufgrund seines Buches „Menschenopfer unerhört.

⁸⁴⁸ Siehe Arthur Koestler, Im Zeppelin zum Nordpol. Aus einer Autobiographie, in: Der Monat, Heft 57 (1953), 5. Jg., S. 268-286. Hierbei handelte es sich um einen Auszug seiner 1953 auf deutsch erschienenen Autobiographie „Pfeil ins Blaue“.

⁸⁴⁹ So Arthur Koestler, in: Frühe Empörung. Autobiographische Schriften, Bd. 1, S. 283.

⁸⁵⁰ Siehe hierzu die Schilderung von Arthur Koestler in: Frühe Empörung. Autobiographische Schriften, Bd. 1, S. 371-377 (Zitat S. 371).

⁸⁵¹ Wie bereits gesagt, ist die Gründung und die Finanzierung des INFA noch nicht geklärt und soll hier offen gelassen werden. An dieser Stelle soll nur darauf hingewiesen werden, dass das INFA sich, so Koestler, dem „Studium der sozialen Struktur und des inneren Zusammenhalts der faschistischen Regime“ auf wissenschaftlicher Grundlage widmete. Den Beteiligten um Manès Sperber und Arthur Koestler ging es darum der Frage nachzugehen was „Faschismus eigentlich war“, da ihrer Ansicht nach beispielsweise Schlagwörter wie >Barbarei<, >Rückfall ins Mittelalter< oder auch >Gangsterherrschaft< keine Erklärung lieferten; genauso wenig die „sogenannten >Theoretiker< unserer Partei“. Arthur Koestler, Frühe Empörung. Autobiographische Schriften Bd. I, S. 447 und S. 449.

Ein Schwarzbuch über Spanien“,⁸⁵² das die faschistischen Greuelthaten dokumentierte, zum Tode verurteilt. Die nächsten vier Monate verbrachte Koestler in Malaga und in Sevilla in Gefangenschaft, wo er täglich mit seiner Erschießung rechnete, bis er dann im Juli/August 1937 aufgrund einer Initiative der britischen Regierung im Austausch gegen einen Franco-Diplomaten freigelassen wurde. Unter dem Eindruck der „alpträumhaften Erfahrung“ in der spanischen Todeszelle, die Koestler in seinem 1938 erschienenen Buch „Spanish Testament“⁸⁵³ beschrieb, der Moskauer Schauprozesse und den Säuberungsaktionen in der Sowjetunion (u. a. zählten Verwandte und Freunde zu den Verhafteten, wie zum Beispiel der österreichische Physiker Alexander Weissberg-Cybulski) und unter Pariser Parteifreunden sowie der sowjetischen Rolle im Spanischen Bürgerkrieg, vollzog er (innerlich) den Bruch mit dem Kommunismus.⁸⁵⁴

Nach langer und gründlicher Überlegung entschloss sich Arthur Koestler am 8. April 1938 nach sieben Jahren Mitgliedschaft aus der Kommunistischen Partei auszutreten und begründete diesen Schritt gegenüber der kommunistischen Schriftstellerfraktion im „Schutzverband deutscher Schriftsteller“ (SDS) in Paris auch in zwei Briefen.⁸⁵⁵ Nachdem er täglich mit seiner Liquidierung durch den sowjetischen Geheimdienst rechnete, vollzog Koestler nach dem Hitler-Stalin-Pakt dann den Bruch mit dem Kommunismus auch öffentlich, indem er seinen dokumentarischen Roman „Sonnenfinsternis“ vorlegte.⁸⁵⁶

Im Herbst 1938 begann Arthur Koestler in der von Willy Münzenberg herausgegebenen Zeitschrift „Die Zukunft“ neben den ehemaligen Parteikommunisten Manés Sperber und Richard Löwenthal im Redaktionsstab mitzuarbeiten. Neben dem Kampf gegen den Nationalsozialismus bezog die Zeitschrift auch kritisch Position gegenüber dem sowjetischen Kommunismus. Nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges wurde er in dem französischen Konzentrationslager Le Vernet interniert, wo ihm nach dem Einmarsch der Wehrmacht die Flucht nach England gelang.⁸⁵⁷ Bis zum Ende des Krieges arbeitete Arthur Koestler als Kriegsberichterstatter des „Manchester Guardian“ und veröffentlichte einige

⁸⁵² Menschenopfer unerhört. Ein Schwarzbuch über Spanien, Paris 1937.

⁸⁵³ Spanish Testament, London 1937 (dt. Ausgabe: Ein spanisches Testament, Zürich 1938).

⁸⁵⁴ Vgl. Thomas Koebner, Arthur Koestlers Abkehr vom Stalinismus, in: Exilforschung. Ein Internationales Jahrbuch 1 (1983), S. 95-108.

⁸⁵⁵ Vgl. Reinhard Müller, Aus der Moskauer Kaderakte Arthur Koestlers – Zur Vorgeschichte der „Sonnenfinsternis“, in: Exil. Forschung, Erkenntnisse, Ergebnisse, 24. Jg. (2004), Heft 2, S. 44-60.

⁸⁵⁶ Siehe in diesem Zusammenhang auch Arthur Koestler, The Gladiators, London 1939 (dt. Ausgabe: Die Gladiatoren, Hamburg, Axel Springer Verlag 1948).

⁸⁵⁷ Seine Verhaftung im Oktober 1939 als „unerwünschter Ausländer“ durch die französischen Behörden und die Internierung zuerst in dem Pariser Tennisstadion „Roland-Garros“ und anschließend im Lager Le Vernet schilderte Arthur Koestler in: Scum of the Earth, London 1941. Siehe unter dem deutschen Titel „Abschaum der Erde“ in: Abschaum der Erde. Autobiographische Schriften, Bd. 2, Berlin/München 1993, S. 291-446.

Zeitschriftenartikel in den USA, in denen er beispielsweise auf die nationalsozialistische Judenvernichtung zu sprechen kam.⁸⁵⁸ Darüber hinaus war er, nachdem er die britische Staatsbürgerschaft erhalten hatte, unter anderem gemeinsam mit George Orwell maßgeblich am Aufbau der „antikommunistischen Sammlungsbewegung“ um die Zeitschrift „Horizon“ in England beteiligt.⁸⁵⁹ In diesem Kontext entstanden Koestlers Schlüsseltexte „Darkness at Noon“ und „The Yogi and the Commissar“;⁸⁶⁰ der psycho-analytische Roman „Arrival and Departure“⁸⁶¹ sowie sein Beitrag in dem von Richard Crossmann herausgegebenen Buch „The God that Failed“.⁸⁶²

Im Nachkriegsdeutschland veröffentlichte Arthur Koestler nach einigen Beiträgen in der Zeitschrift „Der Ruf“ sehr frühzeitig im „Monat“, wobei hier neben autobiographischen Zeugnissen die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus- und dem Renegatenphänomen im Zentrum stand. Zudem spielte Koestler auf dem Berliner „Kongress für kulturelle Freiheit“ eine herausragende Rolle.⁸⁶³ In seinen ersten beiden Artikeln für den „Monat“ schilderte er seine Eindrücke einer Reise durch Israel, die auch Reflexionen zur Geschichte des neugegründeten Staates und des Zionismus beinhalteten.⁸⁶⁴ Koestler rezensierte zudem den autobiographischen Roman „Der verbrannte Dornbusch“ des Intellektuellen Manès Sperber, in dem dieser seine Zeit in der kommunistischen Bewegung und den späteren Desillusionierungsprozess vom Kommunismus kritisch beschrieb.⁸⁶⁵ Anlässlich des Todes seines Freundes George Orwell schrieb er einen Nachruf.⁸⁶⁶ Eine Kontroverse entwickelte

⁸⁵⁸ Siehe den Artikel „Warum Greueltaten nicht geglaubt werden“, der im Januar 1944 im „New York Times Magazine“ veröffentlicht wurde. Wiederabdruck in: Der Yogi und der Kommissar, Eßlingen a. N. 1950, S. 138-147. Arthur Koestler entging dem Schicksal vieler anderer Mitglieder der „Koestler-Familie“, die während des Nationalsozialismus entweder Selbstmord begingen oder von den Deutschen in den Vernichtungslagern umgebracht wurden.

⁸⁵⁹ Siehe hierzu Michael Hochgeschwender, Freiheit in der Offensive? Der Kongreß für kulturelle Freiheit und die Deutschen, S. 113 ff.

⁸⁶⁰ The Yogi and the Commissar, London 1945 (dt. Ausgabe: Der Yogi und der Kommissar, Eßlingen a. N. 1950); vgl. hierzu die Rezension des Buches von Günther Birkenfeld mit dem Titel „Die Deutschen und Arthur Koestler“, in: Der Monat, Heft 4 (1949), 1. Jg., S. 99-101.

⁸⁶¹ Arrival and Departure, London 1943 (dt. Ausgabe: Ein Mann springt in die Tiefe, Zürich 1945), vgl. hierzu die Rezension der deutschen Ausgabe von Melvin J. Lasky mit dem Titel „Dialog mit der Geschichte“ in: Der Monat, Heft 6 (1949), 1. Jg., S. 93 ff.

⁸⁶² Richard H. S. Crossmann (Hg.), The God that Failed, London 1949 (dt. Ausgabe: *Ein Gott der keiner war*. Arthur Koestler, Ignazio Silone, Richard Wright, André Gide, Louis Fischer, Stephen Spender schildern ihren Weg zum Kommunismus und ihre Abkehr. Mit einem Vorwort von Richard Crossmann und einem Nachwort von Franz Borkenau, Konstanz/ Zürich/Wien 1950).

⁸⁶³ Vgl. Der Monat, Heft 22/23 (1950), 2. Jg. sowie das Kapitel I. 5. „Der ‚Kongress für kulturelle Freiheit‘ in Berlin“ der vorliegenden Untersuchung.

⁸⁶⁴ Brief aus Tel Aviv: Die umgestülpte Pyramide, in: Heft 1 (1948), 1. Jg., S. 24-26 sowie Vom Ghetto zur Utopie, in: Heft 3 (1948), 1. Jg., S. 94-98.

⁸⁶⁵ Demi-vierges und gefallene Engel. Der gefährliche Flirt mit dem Totalitarismus“, in: Heft 11 (1949), 1. Jg., S. 119-121; hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches Manès Sperber, Der verbrannte Dornbusch, Mainz 1950.

⁸⁶⁶ Die Pilgerfahrt eines Rebellen, in: Heft 18 (1950), 2. Jg., 563-565.

sich im „Monat“ aus einem Essay Koestlers, in dem er der Frage nachging, inwiefern der Kommunismus (bzw. der Nationalsozialismus) als „politische Neurose“ aufzufassen sei und hierbei den Aspekt „Politische Religion“ (Eric Voegelin) streifte.⁸⁶⁷ Einen persönlichen Beitrag im Hinblick auf ein „Vereinigtes Europa“ stellte angesichts der „kommunistischen Bedrohung“ sein Appell zur Gründung einer europäischen Verteidigungsgruppe dar, die sich aus Einheiten möglichst aller westeuropäischen Nationen zusammensetzen sollte.⁸⁶⁸ Gegen die Todesstrafe sprach sich Arthur Koestler in dem Artikel „England schickt den Henker weg“ aus.⁸⁶⁹

Gleichwohl besaßen vor allem die autobiographischen Schriften des ehemaligen kommunistischen Intellektuellen Arthur Koestler zentrale Bedeutung im „Monat“. So erschien zum Beispiel unter der Überschrift „Verlorene Illusionen“ sein Kapitel aus dem Sammelband „Ein Gott der keiner war“, der später von Alfred Kantorowicz als „das antikommunistische Manifest“ apostrophiert wurde.⁸⁷⁰ Der zweite Band der 1955 veröffentlichten Autobiographie „Die Geheimschrift“ wurde in zwei Heften des „Monat“ vorgestellt. Hierbei handelte es sich um die Kapitel des Buches, in denen sich Koestler mit den politischen und persönlichen Erfahrungen im Kontext des Spanischen Bürgerkrieges befasste: Neben Reflexionen über die Rolle Deutschlands und insbesondere der Sowjetunion in der „internationalen Auseinandersetzung“ in Spanien enthielten die beiden Auszüge die Passagen der Autobiographie, die den Bruch Arthur Koestlers mit dem Kommunismus beschrieben.⁸⁷¹ Von den zahlreichen weiteren Veröffentlichungen Arthur Koestlers im „Monat“ sei hier nur noch auf den zweiteiligen Vorabdruck seines 1951 veröffentlichten, in Paris spielenden Romans „The Age of Longing“ verwiesen, der zu einem Welterfolg avancierte und worin der Autor vor den Verfallserscheinungen in den westlichen Staaten warnte.⁸⁷²

⁸⁶⁷ Politische Neurosen, in: Heft 63 (1953), 6. Jg., S. 227-236. Siehe hierzu „Gibt es Politische Neurosen? Eine Diskussion um Arthur Koestlers Aufsatz“, in: Heft 65 (1954), 6. Jg., S. 464-485 (mit Beiträgen von Michael Freund, Leonard Woolf, Jules Monnerot, Alexander Mitscherlich, Theodor W. Adorno) und „Gibt es Politische Neurosen? Teil II der Diskussion um Arthur Koestlers Aufsatz“, in: Heft 68 (1954), 6. Jg., S. 140-151 (mit Beiträgen von Richard H. S. Crossmann, Bertrand de Jouvenel und Hans Kohn sowie dem Schlusswort von Arthur Koestler auf S. 150 f).

⁸⁶⁸ Für eine europäische Freiheitslegion, in: Heft 26 (1950), 3. Jg., S. 115-119.

⁸⁶⁹ England schickt den Henker weg, in: Heft 91 (1956), 8. Jg., S. 90-92; vgl. auch Arthur Koestler, *Reflections on Hanging*, London 1956.

⁸⁷⁰ Verlorene Illusionen, in: Heft 20 (1950), 2. Jg., S. 133-169.

⁸⁷¹ Abenteuer in Spanien. Aus ‚Die Geheimschrift‘, in: Heft 78 (1955), 7. Jg., S. 493-505 sowie Heft 79 (1955), 7. Jg., S. 40-56; hierbei handelte es sich um Auszüge aus: *Die Geheimschrift. Bericht eines Lebens*, Wien-München-Basel 1955. Die englische Originalausgabe erschien unter dem Titel „The Invisible Writing“ 1954 in London.

⁸⁷² Hexensabbath, in: Heft 33 (1951), 3. Jg., S. 286-301 sowie Intermezzo, in: Heft 34 (1951), 3. Jg., S. 414-423; hierbei handelte es sich um die deutsche Übersetzung von zwei Kapitel aus: *The Age of Longing*, London 1951

Ab Mitte der fünfziger Jahre trat Arthur Koestler als Publizist in Erscheinung, der sich weniger mit politischen Themen, sondern sich in seinen zahlreichen Büchern insbesondere mit wissenschaftsgeschichtlichen und naturwissenschaftlich-philosophischen Problemen auseinandersetzte. Schließlich veröffentlichte Koestler 1983 eine Zusammenfassung seiner autobiographischen Werke, die bis zum Jahr 1941 reichten.⁸⁷³ Kurz nachdem Arthur Koestler nach schwerer Krankheit gemeinsam mit seiner dritten Ehefrau Cynthia den Freitod wählte – die Leichen wurden am 3. März 1983 in ihrer Wohnung in London aufgefunden – erschien die deutsche Ausgabe der gemeinsamen Lebensgeschichte bzw. „Liebesgeschichte“ des Ehepaares, die die Jahre von 1940 bis 1956 zum Inhalt hatte.⁸⁷⁴

II. 4. 4. George Orwell

In seinem unter dem Titel „Die Pilgerfahrt eines Rebellen“ im „Monat“ erschienenen Nachruf, anlässlich des Todes seines Freundes am 21. Januar 1950, schrieb Arthur Koestler, dass George Orwells Leben „eine einzige konsequente Folge von Revolten gegen die soziale Tyrannei im allgemeinen“ war.⁸⁷⁵ Es entsprach Orwells früh ausgeprägtem Selbstverständnis, gegen jedwede soziale und politische Ungerechtigkeiten zu kämpfen. Er avancierte aufgrund persönlicher Erfahrungen zum Prototypen des antitotalitären Intellektuellen und warf seinen ehemaligen Mitstreitern vor: „Die Sünde beinahe aller Linken von 1933 an war es, dass sie antifaschistisch zu sein suchten, ohne antitotalitär zu sein“.⁸⁷⁶

George Orwell wurde am 25. Juni 1903 unter seinem richtigen Namen Eric Arthur Blair als zweites Kind eines britischen Kolonialoffiziers in Bengalen geboren, wuchs allerdings in England auf.⁸⁷⁷ Er besuchte in seiner Kindheit eine Kirchenschule und die Privatschule St. Cyprians in Eastbourne (Sussex) und ging im Alter von vierzehn Jahren von 1917 bis 1921 als Stipendiat auf das weltberühmte Eton-College. 1922 zog es ihn nach

(dt. Ausgabe: Gottes Thron steht leer, Frankfurt 1951). Eine Rezension des Buches von Richard H. Rovere erschien unter dem Titel „Koestler und die Sehnsucht“, in: Der Monat, Heft 31 (1951), 3. Jg., S. 85-88.

⁸⁷³ Als Zeuge der Zeit. Das Abenteuer meines Lebens, Bern/München 1983.

⁸⁷⁴ Arthur und Cynthia Koestler, Auf fremden Plätzen. Bericht über die gemeinsame Zeit, Wien u. a. 1984.

⁸⁷⁵ Arthur Koestler, Die Pilgerfahrt eines Rebellen, in: Der Monat, Heft 18 (1950), 2. Jg., S. 563-565 (hier S. 563).

⁸⁷⁶ Zitiert nach Stefan Howald, George Orwell, Reinbeck bei Hamburg 1997, S. 8.

⁸⁷⁷ Siehe grundsätzlich die Biographien Bernard Crick, George Orwell. Ein Leben, Frankfurt a. M. 1984; Jeffrey Meyers, Orwell. Wintry Conscience of a Generation, New York 2000; Gordon Bowker, George Orwell, London 2003 sowie D. J. Taylor, Orwell: The Life, London 2003.

seinem Schulabschluss in die britische Kolonialpolizei von Burma. Nach fünfjähriger Dienstzeit für die „Indian Imperial Police“ in Burma kehrte er als Gegner des Kolonialismus und Imperialismus nach England zurück und lehnte fortan als unabhängiger Sozialist jedwede soziale und politische Unterdrückung ab. 1933 erschien unter dem Pseudonym George Orwell das erste fertiggestellte Buch „Down and Out in London and Paris“, in dem der Autor – in der Tradition des englischen Realisten Charles Dickens stehend – seine Erfahrungen mit den von Armut und Hunger geprägten Verhältnissen in den Elendsvierteln von Paris sowie den Armenhäusern von London schilderte.⁸⁷⁸ Mit seinen negativen Kolonialerfahrungen setzte er sich in dem 1934 in den USA veröffentlichten Band „Burmese Day“ auseinander.⁸⁷⁹ Nach der Veröffentlichung der beiden Romane „A Clergyman’s Daughter“⁸⁸⁰ und „Keep the Aspidistra Flying“⁸⁸¹ stand die soziale Frage explizit in dem 1937 erschienenen Buch „The Road to Wigan Pier“ im Vordergrund.⁸⁸² Insbesondere diese Reportage über die wirtschaftliche Depression in den nordenglischen Industriegebieten beschrieben „seine Bekehrung zum Radikalismus, zum äußersten Flügel einer theoretisierenden Gesellschaftskritik“.⁸⁸³

Der sechsmonatige Aufenthalt in Spanien 1937 als Freiwilliger auf republikanischer Seite, d. h. in einer Einheit der POUM, stellte den „zweiten Wendepunkt“ in George Orwells Leben dar. Die totalitären Erfahrungen schilderte er in „Homage to Catalonia“.⁸⁸⁴ Nachdem er Franz Borkenau „The Spanish Cockpit“ in einer Buchbesprechung gewürdigt hatte, rezipierte Orwell auch dessen Studien „The Communist International“ (1938) und „The Totalitarian Enemy“ (1940). Beide Bücher übten nachhaltigen Einfluss auf ihn aus und Orwell veröffentlichte zwei „begeisterte Rezensionen“.⁸⁸⁵

George Orwell, der frühzeitig publizistisch gegen Hitler Stellung bezog,⁸⁸⁶ arbeitete während des Zweiten Weltkrieges, nachdem seine Bemühungen, kriegstauglich geschrieben zu werden gescheitert waren, als Textredakteur beim indischen Dienst der BBC. Nach seiner Kündigung begann er Ende 1943 eine Mitarbeit als Kolumnist bei der linken Wochenzeitschrift „Tribune“; unter anderem setzte Orwell sich in seinen

⁸⁷⁸ George Orwell, *Down and Out in London and Paris*, London 1933 (dt. Übersetzung: *Erledigt in Paris und London*, Zürich 1978).

⁸⁷⁹ Ders. *Burmese Day*, New York 1934 (dt. Übersetzung: *Tage in Burma*, Zürich 1982).

⁸⁸⁰ Ders., *A Clergyman’s Daughter*, London 1935 (dt. Übersetzung: *Eine Pfarrerstochter*, Zürich 1983).

⁸⁸¹ Ders., *Keep the Aspidistra Flying*, London 1936 (dt. Übersetzung: *Die Wonnen der Aspidistra*, Zürich 1983).

⁸⁸² Ders., *The Road to Wigan Pier*, London 1937 (dt. Übersetzung: *Der Weg nach Wigan Pier*, Zürich 1982).

⁸⁸³ Mitteilung der Redaktion des „Monat“ in: Heft 5 (1949), 1. Jg., S. 111.

⁸⁸⁴ George Orwell, *Homage to Catalonia*, London 1938 (dt. Ausgabe: *Mein Katalonien*, München 1964).

⁸⁸⁵ Bernard Crick, *George Orwell. Ein Leben*, S. 456.

⁸⁸⁶ George Orwell, *Mein Kampf von Adolf Hitler*, in: *Das George Orwell Lesebuch. Essays, Reportagen, Betrachtungen*, Zürich 1981, S. 240-243; der Originalbeitrag dieser Rezension erschien am 21. März 1940 in der „New English Weekly“.

gesellschaftskritischen Beiträgen mit der „Diskriminierung Farbiger“ auseinander.⁸⁸⁷ Zudem setzte er sich mit der destruktiven Rolle der zeitgenössischen Phänomene des Antisemitismus und des Nationalismus auseinander und ging hierbei auch auf die nationalsozialistischen Judenverfolgungen ein.⁸⁸⁸

Gemeinsam mit Arthur Koestler versuchte Orwell seit Ende 1944 in der Zeitschrift „Horizon“ ein Netzwerk von Intellektuellen aufzubauen, das zum Ziel hatte, die kulturelle und organisatorische Infiltration in England durch die Kommunistische Partei abzuwehren. In diesem Zusammenhang wurde Ende 1945 von Orwell und Koestler die „League for the Defense of Democracy“ gegründet, mit der Absicht, die britische Menschenrechtsliga von „fellow-travellers“ sowie Kommunisten zu säubern.⁸⁸⁹

Ende 1943 begann George Orwell mit der 1944 fertiggestellten Fabel „Animal Farm“,⁸⁹⁰ die erst ein Jahr darauf erscheinen konnte, weil mehrere Verleger die Veröffentlichung ablehnten; unter anderem aufgrund der in dem Buch formulierten Kritik am alliierten Bündnispartner Sowjetunion.⁸⁹¹ Orwells Absicht bestand darin, dem in England in weiten Kreisen kursierenden unkritischen Russlandbild entgegenzutreten. Gleichwohl fühlte er sich „der politischen Linken zugehörig“.⁸⁹² Mit seinem Hauptthema der „verratenen Revolution“ wollte er zeigen, „dass die Sowjetunion, die weithin als sozialistischer Staat betrachtet und gefeiert wurde, sich in Wahrheit längst vom Sozialismus abgewandt hatte und dass in Russland die Macht von einer kleinen Schicht zu ihrem eigenen Nutzen ausgeübt wurde. Die Fabel sollte dazu beitragen, den Sozialismus aus seiner verhängnisvollen Identifikation mit Sowjetrußland zu befreien und wieder zu neuem Leben zu erwecken.“⁸⁹³

⁸⁸⁷ Ders., Die Diskriminierung Farbiger, in: ebenda, S. 217-219; der Originalbeitrag erschien unter dem Titel „As I Please“ in der „Tribune“ vom 11. August 1944.

⁸⁸⁸ Siehe Ders., Antisemitismus in Großbritannien, in: ebenda, S. 220-232; der Originalbeitrag erschien in „Contemporary Jewish Record“ im April 1945. Vgl. im Kontext der Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus auch: George Orwell, Betrachtungen zur Judenfrage, in: ebenda, S. 233-235 (hierbei handelte es sich um die Rezension der englischen Ausgabe des Buches: Jean-Paul Sartre, Portrait of the Antisemite, [ohne Ort und Jahr]); der Originalbeitrag erschien im „Observer“ vom 7. November 1948.

⁸⁸⁹ Michael Hochgeschwender, Freiheit in der Offensive? Der Kongreß für kulturelle Freiheit und die Deutschen, S. 113. Siehe auch Horst Komuth, Manès Sperber, Arthur Koestler und George Orwell: Der Totalitarismus als Geißel des 20. Jahrhunderts, Würzburg 1987, S. 83.

⁸⁹⁰ George Orwell, Animal Farm, London 1945 (dt. Übersetzung: Farm der Tiere, Zürich 1946).

⁸⁹¹ Stefan Howald, George Orwell, S. 104.

⁸⁹² Ebenda, S. 111.

⁸⁹³ Hans-Christoph Schröder, George Orwell. Eine intellektuelle Biographie, München 1988, S. 210.

Nachdem die Zeitschrift „Der Monat“ bereits die satirisch-politische Fabel „Farm der Tiere“ im Verlauf des ersten Jahrganges in drei Teilen veröffentlicht hatte,⁸⁹⁴ begann die Redaktion Ende des Jahres 1949 George Orwells (anti-)utopischen Roman „1984“ abzdrukken.⁸⁹⁵ Erste Überlegungen zu dem Buch setzten bei Orwell bereits im Jahre 1943 ein. Beim Schreiben wurde er in erheblichem Maße durch drei Bücher beeinflusst: Franz Borkenaus „Der totalitäre Feind“, James Burnhams „Das Regime der Manager“ und in Bezug auf die dargestellten Folterszenen durch Arthur Koestlers „Sonnenfinsternis“. In der Hochphase des Kalten Krieges kam vielen „Ideologen des Antikommunismus“ nicht zuletzt in England, in den Vereinigten Staaten und in der Bundesrepublik Deutschland die Darstellung der totalitären Gesellschaft zupass, die das Buch politisch und ideologisch instrumentalisierten.⁸⁹⁶ zum einen in der Auseinandersetzung mit der Sowjetunion⁸⁹⁷ und zum anderen um jede sozialistische Politik als Gefahr brandmarken zu können. Gleichwohl entsprach es keineswegs der Intention und dem Selbstverständnis des Autors. In einem Brief an einen amerikanischen Gewerkschaftsfunktionär stellte Orwell klar: „Mein letzter Roman ist NICHT als Angriff auf den Sozialismus oder die britische Labour Party (der ich nahestehe) gemeint, sondern als Bloßstellung jener Perversionen, zu denen eine zentralisierte Wirtschaft führen kann und die unter Kommunismus und Faschismus zum Teil schon Realität geworden sind. Zwar glaube ich nicht, das von mir geschilderte Gesellschaftssystem *werde* notwendig entstehen, doch bin ich der Meinung (wobei man nicht übersehen darf, daß mein Buch eine

⁸⁹⁴ Siehe Der Hofstaat der Tiere. >Animal Farm<, in: Der Monat Heft 5 (1949), 1. Jg., S.38-54 (Teil I); Heft 6 (1949), 1. Jg., S. 10-24 (Teil II) sowie Heft 7 (1949), 1. Jg., S. 34-43 (letzter Teil), sowie die jeweils einführenden Ausführungen der Zeitschriftenredaktion zu den einzelnen Teilen.

⁸⁹⁵ Siehe die Veröffentlichung der insgesamt fünf Teile: >>1984<<. Ein utopischer Roman, in: Der Monat, Heft 14 (1949), 2. Jg., S. 115-137 (Teil I); Heft 15 (1949), 2. Jg., S. 239-277 (Teil II); Heft 16 (1950), 2. Jg., S. 357-391 (Teil III); Heft 17 (1950), 2. Jg., S. 485-521 (Teil IV) sowie abschließend Heft 18 (1950), 2. Jg., S. 570-602 (Teil V). Siehe hierzu auch die Buchrezension von Hellmut Jaesrich, Fünfunddreißig Jahre weiter...Zu George Orwells neuem Roman „Neunzehnhundertvierundachtzig“, in: Der Monat, Heft 11 (1949), 1. Jg., S. 115-119. Die englische Originalausgabe erschien unter dem Titel: „Nineteen Eighty-Four“, London 1949 (dt. Übersetzung: 1984, Zürich 1950). Vgl. auch John Strachey, Der unterdrückte Schrei. Koestler – Orwell – Whittaker Chambers, in: Der Monat, Heft 150 (1961), 13. Jg., S. 32-44. Von George Orwell erschien im „Monat“ noch ein Beitrag zu dem Thema „Armut und Hoffnung Großbritanniens“ unter dem Titel „Bericht aus London“, in: Heft 3 (1948), 1. Jg., S. 77-85 sowie eine kritische Auseinandersetzung mit Mahatma Gandhi in dem Artikel „Gedanken über Ghandi. Zur vierten Wiederkehr seines Todestages (30. Januar 1948)“, in: Heft 40 (1952), 4. Jg., S. 357-363.

⁸⁹⁶ Zur Rezeption des Buches im Zeichen des Antikommunismus und zur frühen Verbreitung des Buches durch die amerikanischen Besatzungsbehörden in der Bundesrepublik – auch durch den „Monat“ – siehe Bernd-Peter Lange, George Orwell: „1984“, München 1982, S. 9-16. Ich komme hierauf am Schluss der Untersuchung zu ausführlicher zu sprechen.

⁸⁹⁷ So war Golo Mann in seiner Buchbesprechung für die Frankfurter Rundschau vom 12. November 1949 der Auffassung, dass „1984“ einerseits als Warnung zu betrachten sei und andererseits, dass es sicherlich primär von „kommunistischen Institutionen inspiriert sei, ohne jedoch diejenigen der Nazis und Faschisten zu übersehen. Und er beklagte, daß manche Amerikaner *Farm der Tiere* schon zur großen antikommunistischen Propaganda umfunktioniert und dergestalt die allgemeine Bedeutung des Buches ebenso gröblich entstellten hätten.“ Bernard Crick, George Orwell. Ein Leben, S. 756.

Satire ist), daß etwas Ähnliches kommen *könnte*. Außerdem glaube ich, daß totalitäre Gedanken schon überall in den Köpfen der Intellektuellen verwurzelt sind, und ich habe versucht, diese Gedanken bis zu ihrer letzten Konsequenz weiterzudenken. Der Schauplatz des Buches wurde nach England verlegt, um deutlich zu machen, daß die englischsprechenden Völker nicht von Natur aus besser sind als jedes andere Volk, und daß der Totalitarismus, *wenn man ihn nicht bekämpft*, überall auf der Welt triumphieren könnte.⁸⁹⁸ Darauf insistierte auch François Bondy in seinem Nachruf anlässlich des Todes von George Orwell, dass nämlich von ihm in seinem letzten Buch „eine Synthese aller zum Totalitären neigenden Züge nicht nur Rußlands, sondern auch der angelsächsischen Welt geschaffen wurde“.⁸⁹⁹

Die große Rezeption und den Erfolg seiner beiden letzten Werke erlebte der an Tuberkulose erkrankte George Orwell in einem körperlich sich ständig verschlechternden Zustand. Nach einem weiteren achtmonatigen Aufenthalte in einem Sanatorium in Cranham wurde er im Herbst 1949 in ein Londoner Hospital verlegt, wo er ein zweites Mal heiratete. Wenige Wochen darauf verstarb George Orwell am 21. Januar 1950 nach einer neuerlichen Lungenblutung im Alter von sechsundvierzig Jahren.⁹⁰⁰

II. 4. 5. François Bondy

⁸⁹⁸ Zitiert nach ebenda, S. 764 f.

⁸⁹⁹ François Bondy, Gentleman und Streiter, in: Der Monat, Heft 18 (1950), 2. Jg., S. 565-567 (hier S. 565). Anlässlich der Veröffentlichung des ersten Teil-Abdruckes des Buches schrieb die Redaktion des „Monat“ in den einleitenden Worten: „Der Ausgangspunkt seiner unerbittlichen Phantasie und seines blutigen Spottes ist seine Heimat – eine England, das auf der Bahn der Verstaatlichung und Bürokratisierung bedeutend weiter fortgeschritten ist, als es der englische Sozialismus von heute erwarten läßt, ein England, das durch die Preisgabe der persönlichen Freiheit, deren Hort es heute ist, seine eigenen Schwächen mit den Greueln von Faschismus und Stalinismus vereinigt. Orwell erreicht damit, seine Leser vor jeder erdenklichen Form des Totalitarismus abzuschrecken, obwohl er die Entwicklung zu dem teuflischen Staat des Jahres 1984 fast als etwas Unabwendbares darstellt.“ In: Heft 14 (1949), 2. Jg., S. 115.

⁹⁰⁰ Kurz vor seinem Tod erstellte George Orwell für Celia Kirwan, der Zwillingsschwester von Arthur Koesters Frau und Mitarbeiterin einer Abteilung des britischen Außenministeriums, dem „Information Research Department“, die zuständig war für antikommunistische Propaganda, für ebendiese Abteilung eine 35 Namen umfassende Liste von Künstlern, Schauspielern und anderer Intellektuellen, die seines Erachtens Sympathien für die Sowjetunion hegten und die er als „Kryptokommunisten“ bzw. „fellow travellers“ verdächtigte. Das Ziel bestand darin der schleichenden sowjetischen Unterwanderung der westlichen Staaten entgegenzutreten. Orwell nannte als „Verdächtige“ u. a. die Historiker E. H. Carr und A. J. P. Taylor, den Dichter Stephen Spender, den Filmregisseur Orson Welles, den irischen Dramatiker Sean O’Casey, sowie die Schriftsteller George Bernard Shaw und John Steinbeck. Siehe die entsprechenden Ausführungen von Gina Thomas, Schweine sind doch auch nur Menschen. Inklusiv des ersten Anschwärbuches des Kommunismus: Jetzt ist das Werk George Orwells endlich komplett, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18. Juli 1998 sowie Petra Steinberger, Wo die Kommunisten nisten. Streit um das Gesamtwerk: War Orwell selbst der ‚große Bruder‘?, in: Süddeutsche Zeitung vom 2. Juli 1998.

Die in der Folge des Berliner „Kongresses für kulturelle Freiheit“ im Oktober 1951 ins Leben gerufene französische „Schwesterzeitschrift“ des „Monat“, „Preuves“, wurde vom Mitglied des Exekutiv-Komitee des Kongresses, François Bondy, herausgegeben.⁹⁰¹

François Bondy wurde am 1. Januar 1915 in Berlin geboren. Als Sohn assimilierter Juden – die Mutter stammte aus Ungarn, der in Prag geborene Vater war Assistent an Max Reinhardts Deutschen Theater – ging er in Deutschland, der Schweiz und in Frankreich zur Schule. Im Alter von acht Jahren wurde er im Mecklenburg gelegenen Müritz mit dem dort herrschenden Antisemitismus konfrontiert. „1923 war schon eine Nazizeit. Ich wurde auf der Strasse angeflegelt, mehrmals, ‚euch zünden wir das Haus an‘ und so“, erinnerte sich Bondy im Nachhinein.⁹⁰² Er begann später an der Pariser Sorbonne Zoologie zu studieren und arbeitete dort als Redakteur einer Wirtschaftszeitung. Ab 1940 arbeitete François Bondy zuerst in Zürich für die „Weltwoche“ und die „Neue Zürcher Zeitung“ als Redakteur und politischer Kommentator und später in Paris als Auslandskorrespondent. In diesen Jahren entstanden die Freundschaften zu den späteren Kollegen des „Monat“ Ignazio Silone und den „grossen Schweizer Kollegen“ (Klaus Harpprecht) Herbert Lüthy, Fritz René Allemann und Peter Schmidt. In dieser Runde entstanden zum Zeitpunkt des zu Ende gehenden Zweiten Weltkrieges Pläne für eine internationale Zeitschrift, die in ihrem Profil, d. h. in ihrer politischen Ausrichtung und ihren inhaltlichen Schwerpunktthemen durchaus dem „Monat“ geglichen hätte.⁹⁰³ Nachdem er die „Preuves“ von 1951 bis 1969 herausgab, fungierte er ab 1975 als politischer Redakteur der „Schweizer Monatshefte“, arbeitete zudem regelmäßig für die Süddeutsche Zeitung und diverse französische, englische und amerikanische Zeitschriften. Im Jahr 1970 erschien Bondys erstes Buch „Aus nächster Ferne“, ein Essayband mit Porträts von Italo Svevo, Jean-Paul Sartre, Albert Camus, Michel Leiris u. v. a.⁹⁰⁴ Weitere

⁹⁰¹ Einzelheiten hierzu und zur Person François Bondy siehe Ulrike Ackermann, Sündenfall der Intellektuellen. Ein deutsch-französischer Streit von 1945 bis heute, S. 79-83.

⁹⁰² Dieter Bachmann, Ein Bewohner des Zwischenlands. François Bondy, Lebensbild im 84. Jahr, in: Schweizer Zeitschrift DU, Heft Nr. 10, Oktober 1998, S. 50-57 (hier S. 55). Zur Bedeutung seiner jüdischer Herkunft äußerte sich Bondy folgendermaßen: „Ich wurde nicht jüdisch erzogen, ich wusste nur, dass mein Vater, der eine schöne Stimme hatte, in seiner Jugend in der Synagoge sang. Ich fühlte mich zwar nicht im geringsten als Deutscher, als Jude jedoch auch nicht speziell. Das kam erst später. Mit sechzehn war ich in Davos, weil ich Asthma hatte. Dort spürte ich die Atmosphäre, die Thomas Mann im *Zauberberg* beschreibt. Man schrieb mich in ein reichsdeutsches Gymnasium ein; das war 1931. Meine Klassenkameraden schlugen mir zur Begrüssung drei Zähne aus. Sartre schrieb ein Buch darüber, dass man durch die Antisemiten Jude werde. Das war bei mir der Fall.“ François Bondy, Polen ist meine schönste Erinnerung an Paris. Ein Gespräch mit Anna Bikont, in: Schweizer Zeitschrift DU, Heft Nr. 10, Oktober 1998, S. 59-63 (hier S. 59).

⁹⁰³ Dieses anvisierte Zeitschriftenprojekt scheiterte an den fehlenden finanziellen Bedingungen, da man keinen Verleger fand. So François Bondy in einem Gespräch mit dem Verfasser im April 1999 in Zürich.

⁹⁰⁴ Siehe François Bondy, Aus nächster Ferne. Berichte eines Literaten in Paris, München 1970.

Buchveröffentlichungen folgten.⁹⁰⁵ François Bondy lebte bis zu seinem Tod am 27. Mai 2003 im Alter von 88 Jahren mit seiner Frau Lillian⁹⁰⁶ in Zürich.

François Bondy studierte in seiner Jugend intensiv das theoretische Werk von Karl Marx und Friedrich Engels und trat im Alter von 35 Jahren 1936 in die KPF ein, weil sie die einzige politische Formation zu sein schien, die den entschlossenen Kampf gegen den Nationalsozialismus auf ihre Fahnen geschrieben hatte. Hierbei gehörte er zu der oppositionellen antistalinistischen und -sowjetischen Pariser Gruppe „Que faire“ und war Mitherausgeber der gleichnamigen Zeitschrift. In Deutschland wurde diese politische Richtung nach Auffassung von Bondy durch August Thalheimer und Heinrich Brandler verkörpert, die in den zwanziger Jahren Opfer der kommunistischen „Parteireinigung“ geworden waren. Auch aufgrund der Erfahrung mit den „grossen Moskauer Prozessen“ trat Bondy 1939 aus der Partei aus.⁹⁰⁷ Gleichwohl wurde er nach Kriegsbeginn von der Vichy-Regierung wegen „kommunistischer Gesinnung“ im Lager Le Verbet interniert und 1940 an die Schweiz ausgeliefert. Zu den „totalitären Erfahrungen“ von François Bondy zählte auch die Tatsache, dass Familienmitglieder Opfer von Judendeportationen wurden und zu Tode kamen.⁹⁰⁸

Die zahlreichen Beiträge von François Bondy im „Monat“ drehten sich vor allem um die Themen Intellektuelle,⁹⁰⁹ Kommunismus,⁹¹⁰ Nationalsozialismus,⁹¹¹ Geschichte,⁹¹² und

⁹⁰⁵Siehe besonders ders. (Hg.), So sehen sie Deutschland. Staatsmänner, Schriftsteller und Publizisten aus Ost und West nehmen Stellung, 2. Auflage, Stuttgart 1970; ders./Manfred Abelein, Deutschland und Frankreich. Geschichte einer wechselvollen Beziehung, Düsseldorf/Wien 1973; ders., Der Rest ist Schreiben. Schriftsteller als Aktivisten, Aufklärer und Rebellen, Wien 1972; ders., Der Nachkrieg muss kein Vorkrieg sein. Europäische Orientierungen, Zürich/Köln 1985; ders., Pfade der Neugier. Porträts, Zürich 1988. Siehe auch Richard Reich/Béatrice Bondy (Hg.), Homme de Lettres. Freundesgabe für François Bondy, Zürich 1985; der Band enthält u. a. Beiträge von den früheren Herausgebern bzw. Autoren des „Monat“ Fritz René Allemann, Melvin J. Lasky, Richard Löwenthal und Herbert Lüthy.

⁹⁰⁶ Lillian Bondy geb. Blumenstein ist als Kind einer jüdischen Kaufmannsfamilie in Mannheim geboren. 1937 verließ die Familie Deutschland nach Belgien. Nach dem Beginn des deutschen Westfeldzuges floh die Familie nach Frankreich, wo sie in Lille dem nationalsozialistischen Bombardement ausgesetzt waren. Daraufhin erfolgte eine weitere Flucht. In Clermont-Ferrand wurde die Familie von den französischen Behörden kontrolliert, woraufhin der Vater als „verdächtiger Deutscher“ aus dem Zug geholt und verhaftete wurde. Er wurde in dem Lager Gurs interniert. Durch glückliche Umstände konnten Lillian Blumenstein mit ihrer Mutter den ab Frühling 1942 beginnenden Judendeportationen in Frankreich entgehen und Ende 1942 in die Schweiz fliehen. Dort landeten sie u. a. in dem Auffanglager Champel, wo sie „absolut überflüssige Monate und Schikanen“ erlebten. Zu diesen einschneidenden persönlichen Erlebnissen in den vierziger Jahren zählte auch die lebensgeschichtliche Erfahrung, dass mehrere Familienmitglieder nach erfolgter Deportation ums Leben kamen. Siehe Katharina Holländer, An die Kinder. Ein Gespräch mit Lillian Bondy, in: Schweizer Zeitschrift DU, Heft Nr. 10, Oktober 1998, S. 72 f. und 94 (Zitat auf S. 73).

⁹⁰⁷ Dieter Bachmann, Ein Bewohner des Zwischenlands. François Bondy, Lebensbild im 84. Jahr, in: Schweizer Zeitschrift DU, Heft Nr. 10, Oktober 1998, S. 53.

⁹⁰⁸ Mitteilung an den Verfasser in einem Gespräch im April 1999 in Zürich.

⁹⁰⁹ Siehe besonders: Der Zeuge des Verrats, in: Heft 48 (1952), 4. Jg., S. 653-657 (hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: Whittaker Chambers, Witness, New York [o. J.]); Rebellen als Musterschüler. Zu zwei neuen Essaybänden, in: Heft 58 (1953), 5. Jg., S. 407-411 (hierbei handelte es sich um die Rezension der

Literatur.⁹¹³ Zudem standen die „westeuropäischen Länder“ im Mittelpunkt der Veröffentlichungen.⁹¹⁴

II. 4. 6. Raymond Aron

Eine von 1930 bis Mitte des Jahres 1933 dauernde Tätigkeit als Lektor an der Universität in Köln und anschließend in Berlin wurde für Raymond Aron zu einem intellektuellen und politischen Schlüsselerlebnis. Einerseits studierte er intensiv die deutschen Philosophen Marx, Husserl und Heidegger sowie die Schriften des Soziologen Max Webers, andererseits erlebte er den Aufstieg und die „nationale Revolution“ des Nationalsozialismus. Nicht zuletzt der gewalttätige „Antisemitismus der Hitleranhänger“ schockierten Aron.⁹¹⁵ In seiner Autobiographie berichtet Aron davon, wie er zusammen mit seinem Freund Golo Mann am 10. Mai 1933 in Berlin die Bücherverbrennung durch Goebbels und die SA erlebte.⁹¹⁶

Raymond Aron wurde am 14. März 1905 als dritter Sohn assimilierter jüdischer Eltern in Paris geboren. Der Vater war Professor der Rechte. Die Familie zählte zur bürgerlichen

beiden Bücher: Peter de Mendelssohn, *Der Geist in der Despotie. Versuche über die moralischen Möglichkeiten des Intellektuellen in der totalitären Gesellschaft*, Berlin 1953 sowie Czeslaw Milosz, *Verführtes Denken*. Mit einem Vorwort von Karl Jaspers, Köln-Berlin 1953; Gentleman und Streiter. Zum Tode George Orwells, in: Heft 18 (1950), 2. Jg., S. 565-567; George Orwell oder Common Sense als Paradox, in: Heft 70 (1954), 6. Jg., S. 396-401; Der Aufstand als Maß und als Mythos. Ein Blick auf das Werk von Albert Camus aus Anlaß von „L'Homme révolté“, in: Heft 61 (1953), 5. Jg., S. 87-96; Albert Camus zum Gedenken, in: Heft 137 (1960), 12. Jg., S. 7 f.

⁹¹⁰ Siehe besonders: *Der exproprierte Marxismus*, in: Heft 21 (1950), 2. Jg., S. 309-313; hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: Jules Monnerot, *Sociologie du communisme*, Paris 1949.

⁹¹¹ Siehe: Karl Jaspers zum Eichmann-Prozeß (Ein Gespräch mit François Bondy), in: Heft 152 (1961), 13. Jg., S. 15-19; „Ja, mein lieber guter Storfer...“. Eichmann wörtlich, in: Heft 153 (1961), 13. Jg., S. 58-61.

⁹¹² Siehe z. B. die Rezension von J. R. von Salis, *Weltgeschichte der neuesten Zeit*, Bd. I (1871-1904), Zürich o. J. unter dem Titel „Aus nächster Ferne. Zu J. R. von Salis' neuer Weltgeschichte“, in: Heft 52 (1953), 5. Jg., S. 433-439 sowie J. R. von Salis, *Weltgeschichte der neuesten Zeit*, Bd. II (1905-1918) unter dem Titel „Der europäische Bürgerkrieg. Zu J. R. von Salis „Weltgeschichte der neuesten Zeit“ in: Heft 90 (1956), 8. Jg., S. 60-62.

⁹¹³ Siehe Albert Camus' Meisterwerk. Zu seiner Erzählung „La Chute“, in: Heft 94 (1956), 8. Jg., S. 67-71 (hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: Albert Camus, *La Chute*, Paris 1956) sowie *Die Mandarine des Linken Ufers*, in: Heft 76 (1955), 7. Jg., S. 371-374 (hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: Simone de Beauvoir, *Les Mandarins*, Paris 1954).

⁹¹⁴ Siehe z. B. zu Frankreich: *De Gaulle zwischen Aufständigen und Aufsässigen*, in: Heft 146 (1960), 13. Jg., S. 12-21; zu Italien: *Italien ohne De Gasperi*, in: Heft 73 (1954), 7. Jg., S. 82-84; zu Spanien: *Brief aus Madrid: Was kommt nach Spanien*, in: Heft 93 (1956), 8. Jg., S. 33-40; *Brief aus Madrid: Die verbrauchte Diktatur*, in: Heft 104 (1957), 9. Jg., S. 39-43; *Brief aus Madrid: Die Toten und die Lebenden*, in: Heft 127 (1959), 11. Jg., S. 3-8.

⁹¹⁵ Raymond Aron, *Der engagierte Beobachter, Gespräche mit Jean-Louis Missika und Dominique Wolton*, Stuttgart 1983, S. 26f.

⁹¹⁶ ders., *Erkenntnis und Verantwortung. Lebenserinnerungen*, München 1985, S. 54.

Mittelschicht des französischen Judentums und stammte ursprünglich aus Lothringen. Der Großvater, ein „glühender Patriot“, und sein Vater wurden durch die Dreyfus-Affäre um die Jahrhundertwende tief erschüttert.⁹¹⁷ Nach dem Besuch des Gymnasiums studierte Aron von 1924 bis 1928 klassische Philosophie an der Eliteschule „Ecole Normale Supérieure“. Zu seinen Studienfreunden und intellektuellen Diskussionspartnern zählten Jean-Paul Sartre und Paul Nizan. Als Jahrgangsbester beendete er sein Studium mit einer Diplomarbeit über die Philosophie Kants, die ihn befähigte eine Tätigkeit als Philosophielehrer der gymnasialen Oberstufe (Agrégation) auszuüben.⁹¹⁸ Sein damaliges Selbstverständnis eines politischen Linken ließen Aron Mitte der 1920er Jahre Mitglied in der Sozialistischen Partei werden. Während seines Deutschlandaufenthaltes erfolgte – wie gezeigt – neben dem Studium der phänomenologischen Schriften Husserls und Heideggers eine ausführliche Lektüre der ökonomisch-philosophischen Werke von Karl Marx, die ihn, wie auch die intellektuelle Entdeckung Max Webers, für die zukünftige Auseinandersetzung mit dem Totalitarismusphänomen entscheidend beeinflussen sollte.

Nach seiner Rückkehr aus Deutschland beschäftigte sich Raymond Aron mit genuin wissenschaftlichen Arbeiten zur Soziologie, Philosophie und Geschichte. Neben der Fertigstellung seiner Habilitationsschrift „Introduction à la philosophie de l’histoire“ 1938, die eine Absage an jedwede geschichtsphilosophischen Vorstellungen von einem universellen Determinismus der geschichtlichen Ereignisse enthielt,⁹¹⁹ schrieb Aron auch und vor allem über die neuartigen Herrschaftssysteme in Deutschland, Italien und ab Ende der 1930er Jahre über die in der Sowjetunion.⁹²⁰ Die Wahlergebnisse, den Aufstieg und die „Machtergreifung“

⁹¹⁷ Ebenda, S. 14.

⁹¹⁸ Brigitte Gess, Raymond Aron, in: Karl Graf Ballestrin/Henning Ottmann (Hg.), Politische Philosophie des 20. Jahrhundert, München 1990, S. 33-45 (hier S. 34). Von der Autorin ist eine der wenigen grundsätzlichen wissenschaftlichen Arbeiten über Raymond Aron in Deutschland erschienen. Siehe Brigitte Gess, Liberales Denken und intellektuelles Engagement. Die Grundzüge der philosophisch-politischen Reflexionen Raymond Arons, München 1988. Vgl. zu Aron auch Harald Seubert, Erinnerungen an den ‚Engagierten Beobachter‘ in veränderter Zeit. Über Raymond Aron als Theoretiker des Totalitarismus und der nuklearen Weltlage, in: Hans Maier/Michael Schäfer (Hg.), „Totalitarismus“ und „politische Religionen“. Konzepte des Diktaturvergleichs, Band 2, Paderborn u. a. 1997, S. 311-361.

⁹¹⁹ Siehe im Einzelnen hierzu Joachim Stark, Das unvollendete Abenteuer. Geschichte, Gesellschaft und Politik im Werk Raymond Arons, Würzburg 1986, S. 52-133 (hier befindet sich im Anhang befindet eine umfangreiche Bibliographie der Schriften Arons). Zur Habilitationsschrift im Speziellen siehe Brigitte Gess, Raymond Aron, in: Karl Graf Ballestrin/Henning Ottmann (Hg.), Politische Philosophie des 20. Jahrhundert, S. 35 ff. Nach seiner Rückkehr aus Deutschland nach Frankreich im Laufe des Jahres 1933 und einer vorübergehenden Tätigkeit als Gymnasiallehrer in Le Havre und als Universitätsprofessor in Saint-Cloud von 1935 bis 1939 sowie 1939 an der Universität Toulouse, war Raymond Aron parallel hierzu von 1938 bis 1939 Sekretär des Zentrums für soziale Dokumentation an der Pariser „Ecole Normale Supérieure“.

⁹²⁰ Diese Texte die ursprünglich für verschiedene Monatszeitschriften in Paris geschrieben wurden, sind enthalten in: Joachim Stark (Hrsg.), Raymond Aron: Über Deutschland und den Nationalsozialismus. Frühe politische Schriften 1930-1939, Opladen 1993 (in dem Band sind auch die entsprechenden Angaben zum Ort und Zeitpunkt der jeweiligen Veröffentlichungen enthalten). Vgl. hierzu auch Joachim Stark, Raymond Aron

der NS-Massenbewegung sowie die Politik der konservativen Elite in Deutschland⁹²¹ nahm der „engagierte Beobachter“ Aron als Gefahr für Frankreich und die Demokratien in Europa wahr. Spätestens Mitte des Jahres 1932 war er sich darüber im Klaren, dass sich in Deutschland ein „autoritäres“ Regime etablieren würde.⁹²² Mit den konkreten politischen Maßnahmen Hitlers nach der Ernennung zum Reichskanzler – Bekämpfung der kommunistischen und sozialdemokratischen Opposition etc. –, seiner „Gleichschaltungspolitik“ und speziell dem nationalsozialistischen Antisemitismus beschäftigte sich Aron im September 1933, ohne zu diesem frühen Zeitpunkt das Adjektiv totalitär zur Klassifizierung des NS-Regimes zu verwenden.⁹²³

Insbesondere im Zusammenhang mit den vom Historiker und Philosophen Elie Halévy Ende 1936 vorgetragenen Thesen zum „Zeitalter der Tyrannen“ nahm Raymond Aron allmählich eine totalitarismustheoretische Perspektive ein, indem er den unterschiedlichen politischen, soziologischen und ideengeschichtlichen Ursprüngen der totalitären Bewegungen in Deutschland, Italien und der Sowjetunion nachging.⁹²⁴

Während des Zweiten Weltkrieges ging Raymond Aron nach London ins Exil, schloss sich der Widerstandsbewegung General de Gaulles an und wurde dort Chefredakteur der demokratischen Zeitschrift „La France libre“. Nach Kriegsende entschloss er sich, weiterhin journalistisch tätig zu sein und war vorübergehend Mitherausgeber der Zeitschrift „Combat“ und danach außenpolitischer Mitarbeiter der Pariser Tageszeitung „Le Figaro“. Daneben veröffentlichte Raymond Aron wissenschaftlich-politische Arbeiten, die ihm den Ruf eines (liberal-)konservativen Intellektuellen einbrachten. Im beginnenden Kalten Krieg war für

und der Gestaltwandel des Totalitarismus, in: Alfons Söllner/Ralf Walkenhaus/Karin Wieland (Hg.), Totalitarismus. Eine Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts, S. 195-207.

⁹²¹ Zur „Machtergreifung“ stellte Aron beispielsweise in seinem Beitrag „Eine anti-proletarische Revolution. Ideologie und Wirklichkeit des Nationalsozialismus“ aus dem Jahre 1935 konzipiert fest: „Hitler hat nicht die Macht ergriffen: man hat sie ihm gegeben, ‚man‘, das sind ein Junker, ein Militär und ein Grundbesitzer aus Ostpreußen.“ In: Joachim Stark (Hg.), Raymond Aron: Über Deutschland und den Nationalsozialismus. Frühe politische Schriften 1930-1939, S. 167-185 (hier S. 184).

⁹²² Raymond Aron, Deutschland, Juni 1932, in: Joachim Stark (Hg.), Raymond Aron: Über Deutschland und den Nationalsozialismus. Frühe politische Schriften 1930-1939, S. 100-110. In seiner Autobiographie beschreibt Aron das gesellschaftliche „Klima des Terrors“. Zu seiner Überraschung stellte er in den Wochen nach dem „Januar 1933“ fest, dass das „große historische Ereignis“ sich quasi geräuschlos vollzog, als wenn sich für die (Berliner) Bevölkerung nichts geändert hätte. Sie machten sozusagen mit. „Es bleibt eine Tatsache, und sie hat uns seinerzeit sehr beeindruckt“, so Aron: „Obwohl die Mehrheit der Wähler sich vor dem Reichstagsbrand und vor dem Verbot der Kommunistischen Partei nie für Hitler und seine Partei ausgesprochen hatte, wurde der Sieg der Nazis vom deutschen Volk akzeptiert.“ Raymond Aron, Erkenntnis und Verantwortung. Lebenserinnerungen, S. 66.

⁹²³ Ders., Die nationale Revolution in Deutschland (September 1933), in: Joachim Stark (Hg.), Raymond Aron: Über Deutschland und den Nationalsozialismus. Frühe politische Schriften 1930-1939, S. 141-154.

⁹²⁴ Ders., Das Zeitalter der Tyrannen (Mai 1939), in: ebenda, S. 186-208. Hier benutzte Aron auch schon die Verwendung des Terminus „Politische Religion“, später „säkulare Religion“. Siehe auch den unter dem Eindruck des Hitler-Stalin-Paktes im Juni 1939 verfassten Beitrag „Demokratische Staaten und totalitäre Staaten“ von Aron, in: ebenda, S. 209-241.

Aron insbesondere der Stalinismus und die kommunistische Ideologie Gegenstand der kritischen Auseinandersetzung, wiewohl auch das totalitäre NS-System ihn weiterhin beschäftigte. In einer Sammelrezension⁹²⁵ – unter anderem den Studien „The Origins of Totalitarianism“ von Hannah Arendts und Bréviaire de la Haine. Le Ille Reich et les Juifs von Léon Poliakov – untersuchte Aron den „modernen Totalitarismus“ und richtete den Fokus insbesondere auf „Ideologie und Terror“, d. h. auf den Zusammenhang von rassistischem Antisemitismus und Judenvernichtung im Nationalsozialismus sowie von Marxismus und Säuberungs- und Terrorphänomenen in der Sowjetunion. Wie Hannah Arendt war auch Aron der Meinung: „Das Wesen des totalitären Regimes ist der Terror, ein Terror in einem bislang unbekanntem Stil.“⁹²⁶

Nach „Le Grand Schisme“⁹²⁷ und „Les Guerres en Chaine“⁹²⁸ evozierte vor allem Raymond Arons 1955 erschienenes Buch „L’opium des intellectuels“⁹²⁹ eine heftige ideologisch-politische Kontroverse unter den französischen Linksintellektuellen. Insbesondere Jean-Paul Sartre und Maurice Merleau-Ponty waren Zielscheibe von Arons Angriff, „die, bei aller Kritik am Stalinismus, in der Sowjetunion doch die Hoffnung für die Erlösung des ‚Proletariats‘ sehen, ein großes Experiment, das trotz allem gewagt werden muß und dessen Irrtümer Nachsicht verdienen, während die Fehler der westlichen Demokratien, allen voran der Vereinigten Staaten, unnachsichtig angeprangert werden müssen.“⁹³⁰

Im „Monat“ zählte Raymond Aron – wie im französischen Zeitschriftenpendant, der „Preuves“ – zu den frühen Autoren und nutzte das Organ bis zuletzt für zahlreiche Veröffentlichungen. Neben seinem frühen Bemühen für die Integration Deutschlands in das westliche Staatensystem⁹³¹ sowie politischen Reflexionen zum Verhältnis Europas zu den

⁹²⁵ Raymond Aron, Das Wesen des Totalitarismus (Januar 1954), in: ebenda, S. 275-293. Der französische Originalbeitrag erschien im Januar 1954 in der Zeitschrift „Critique“, in dem Aron folgende Bücher rezensierte: Hannah Arendt, The Origins of Totalitarianism, New York 1951; dies: Ideologie und Terror, aus: Offener Horizont. Festschrift für Karl Jaspers, hrsg. von Klaus Piper, München 1953; Léon Poliakov, Bréviaire de la Haine. Le Ille Reich et les Juifs, Paris 1951; Crane Brinton, The Anatomy of Revolution, New York 1952; A. Weissberg, L’Accusé, Paris 1953; F. Beck and W. Godin, Russian Purge and the Extraction of Confession, New York 1951.

⁹²⁶ Ebenda, S. 284.

⁹²⁷ Raymond Aron, Le Grand Schisme, Paris 1948.

⁹²⁸ Ders., Les Guerres en Chaine, Paris 1951 (dt. Ausgabe: Der Permanente Krieg, Frankfurt a. M. 1953).

⁹²⁹ Ders., L’opium des intellectuels, Paris 1955 (dt. Ausgabe: Opium für Intellektuelle oder die Sucht nach Weltanschauung, Köln/Berlin 1957).

⁹³⁰ Joachim Stark, Raymond Aron und der Gestaltwandel des Totalitarismus, in: Alfons Söllner/Ralf Walkenhaus/Karin Wieland (Hg.), Totalitarismus. Eine Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts, S. 205.

⁹³¹ Für ein europäisches Deutschland, in: Heft 8/9 (1949), 1. Jg., S. 11-15; Rede vor deutschen Studenten, in: Heft 49 (1952), 5. Jg., S. 3-11.

Vereinigten Staaten⁹³² und Frankreichs⁹³³ standen aus zeitgeschichtlichen Gründen die bipolare Weltordnung im Allgemeinen und der (Sowjet-)Kommunismus im Besonderen im Mittelpunkt der Beiträge. Zum Beispiel thematisierte Aron auf dem Berliner „Kongress für kulturelle Freiheit“ in seinem Referat „Zwischen dem begrenzten und dem totalen Krieg“ die internationale politische Situation angesichts der durch die kommunistische Ideologie motivierten expansiven sowjetischen Außenpolitik unter Stalin und warnte – eingedenk der Appeasementpolitik des Westens gegenüber der Außenpolitik Hitlers – vor einer Neutralitätspolitik der demokratischen Staatengemeinschaft und vor einer europäischen „Abkehrpolitik“ in Bezug auf die Vereinigten Staaten. Seine Warnung zielte insbesondere in Richtung der westlichen Intellektuellen, angesichts der „totalitären Drohung“ und der Gefahr eines „totalen Krieges“ sowie von Unzulänglichkeiten in den kapitalistischen demokratischen Staaten Vorstellungen von der „Dritten Kraft“ anheim zu fallen.⁹³⁴ Die Faszinationskraft, die die kommunistische Idee (als „weltliche Religion“) und der sowjetische Staat besonders in den Jahren Stalins auf die europäische Linke bzw. europäischen Intellektuellen ausübte, beleuchtete Aron in „Der falsche Messias“.⁹³⁵ In seinem letzten Beitrag für den „Monat“ mit dem Titel „Noch einmal: Hitler. Wie haltbar ist die Totalitarismus-Theorie“ untersuchte Raymond Aron den Nationalsozialismus unter explizit totalitarismustheoretischer Perspektive und verglich in diesem Zusammenhang die Verlaufsform der „roten und braunen Revolution“.⁹³⁶

Raymond Aron hat nach Kriegsende ein umfangreiches, facettenreiches Gesamtwerk hinterlassen, das neben dem Nachdenken über das Totalitarismusphänomen unter anderem die Themenbereiche Soziologie,⁹³⁷ internationale Beziehungen,⁹³⁸ Ideologiekritik,⁹³⁹ (Welt-

⁹³² Brief aus Paris: Darf man Kritik üben? Ein französischer Standpunkt (ein Beitrag zum transatlantischen Gespräch), in: Heft 50 (1952), 5. Jg., S. 175-179; Nationale Gesundung und Integration (Aufbau eines neuen Europa), in: Heft 54 (1953), 5. Jg., S. 579-592.

⁹³³ Brief aus Paris: Frankreich ohne Minderheit. Haben die Gaullisten de Gaulle besiegt?, in: Heft 124 (1959), 11. Jg., S. 69-75; de Gaulles Alleingang, in: Heft 139 (1960), 12. Jg., S. 14-22.

⁹³⁴ Zwischen dem begrenzten und dem totalen Krieg, in: Heft 22/23 (1950), 2. Jg., S. 455-462. Siehe ausführlich Raymond Aron, *Der Permanente Krieg*, Frankfurt a. M. 1953. Das letzte Kapitel des Buches mit dem Titel „Glaube ohne Illusionen“ wurde im „Monat“ veröffentlicht, in: Heft 60 (1953), 5. Jg., S. 563-571.

⁹³⁵ Der falsche Messias. Ein Schlußwort zu „The God that failed“, in: Heft 26 (1950), 3. Jg., S. 175-184; hierbei handelte es sich um das Nachwort für die französische Ausgabe von Richard H. S. Crossmanns Sammelband „The God that failed“, das unter dem Titel „Le Dieu des Ténèbres“ 1950 in Paris erschien.

⁹³⁶ Noch einmal: Hitler. Wie haltbar ist die Totalitarismus-Theorie?, in: Nr. 278, Heft 1/1981, 33. Jg., S. 42-55. Eine längere Fassung erschien unter dem Titel „Gibt es ein Nazi-Rätsel“ in: Joachim Stark (Hg.), Raymond Aron: *Über Deutschland und den Nationalsozialismus. Frühe politische Schriften 1930-1939*, S. 294-320.

⁹³⁷ Siehe u. a.: *La société industrielle et la guerre*, Paris 1958 sowie *Dix-huit leçons sur la société*, Paris 1962 (dt. Ausgabe: *Die industrielle Gesellschaft*, Frankfurt a. M. 1964)

⁹³⁸ Siehe u. a.: *Paix et guerre entre les Nations*, Paris 1961 (dt. Ausgabe: *Frieden und Krieg. Eine Theorie der Staatenwelt*, Frankfurt a. M. 1963).

)Politik⁹⁴⁰ und politische Theorie umfasste. Unter dem Einfluss von Tocqueville stehend bestand das primäre Ziel von Arons Reflexionen in der Legitimation von politischer Freiheit.⁹⁴¹ Neben verschiedenen Lehrtätigkeiten ab 1945 – z. B. als Soziologieprofessor an der Pariser Sorbonne – war Aron journalistisch tätig. Von 1947 bis 1977 schrieb er im „Figaro“ wöchentlich Kommentare zur internationalen Politik und fungierte danach bis zu seinem Tode im Oktober 1983 als Herausgeber und Kolumnist für das Wochenmagazin „L'Express“.

II. 4. 7. Hans Kohn

Zu einem der wichtigsten Autoren des „Monat“ entwickelte sich der jüdische Historiker und Nationalismusforscher Hans Kohn,⁹⁴² der sich, nicht zuletzt aufgrund seiner individuellen Erfahrungen, in seinen zahlreichen Veröffentlichungen mit den ideen- und gesellschaftsgeschichtlichen Ursprüngen der politischen und geistigen Erschütterungen des 20. Jahrhunderts intensiv auseinandersetzte. Zudem zielten seine Reflexionen in der Zeitschrift auf die sich seines Erachtens zwingend ergebenden grundsätzlichen politischen Folgen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges – wie zum Beispiel die Bedeutung der Menschenrechte und die Rolle der Vereinten Nationen.⁹⁴³

⁹³⁹ Siehe u. a.: *Marxismes imaginaires. D'une famille à l'autre*, Paris 1970 (dt. Ausgabe: *Die heiligen Familien des Marxismus*, Hamburg 1970) sowie *Les Désillusions du progrès*, Paris 1969 (dt. Ausgabe *Fortschritt ohne Ende. Über die Zukunft der Industriegesellschaft*, München 1970).

⁹⁴⁰ Siehe u. a.: *La tragédie algérienne*, Paris 1957; *L'Algérie et la République*, Paris 1958; *République impériale, les Etats-Unis dans le monde 1945-1972*, Paris 1973 (dt. Ausgabe: *Die imperiale Republik: die Vereinigten Staaten von Amerika und die übrige Welt seit 1945*, Stuttgart 1975); *Plaidoyer pour l'Europe décadente*, Paris 1977 (dt. Ausgabe: *Plädoyer für das dekadente Europa*); *La Révolution introuvable. Réflexions sur la Révolution de Mai*, Paris 1968.

⁹⁴¹ Siehe hierzu besonders: *Essai sur les libertés*, Paris 1965 (dt. Ausgabe: *Über die Freiheiten. Essay*, Stuttgart 1981) sowie *Démocratie et totalitarisme*, Paris 1965 (dt. Ausgabe: *Demokratie und Totalitarismus*, Hamburg 1970).

⁹⁴² Bevor Hans Kohn als Autor für den „Monat“ in Erscheinung trat, veröffentlichte er – wie auch beispielsweise Hannah Arendt – bereits in der ab 1945 (bis 1949) von Dolf Sternberger – unter Mitwirkung von Karl Jaspers, Werner Kraus und Alfred Weber – herausgegebenen Monatszeitschrift „Die Wandlung“.

⁹⁴³ Siehe zum Beispiel: *Das Jahrhundert des Verrats*, in: Heft 3 (1948), 1. Jg., S. 7-13 (hierbei handelte es sich um einen Auszug seines Buches *Das Zwanzigste Jahrhundert. Eine Zwischenbilanz des Westens*, Zürich/Wien/Konstanz 1950); *Gegner der Welteinheit*, in: Heft 7 (1949), 1. Jg., S. 19-24; *Dostojewski. Ein politisches Portrait*, in: Heft 13 (1949), 2. Jg., S. 78-88 sowie Heft 14 (1949), 2. Jg., S. 187-192 (hierbei handelte es sich um einen Auszug seines Buches: *Propheten ihrer Völker*. Mill, Michelet, Treitschke, Dostojewski: *Studien zur Geschichte des europäischen Nationalismus im 19. Jahrhundert*, Bern 1949); *Ein Vorspiel zum totalitären Terror*, in: Heft 35 (1951), 3. Jg., S. 512-518; *Rußland vor Lenin*, in: Heft 67 (1954), 6. Jg., S. 75 f. (hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: *Hugh Seton-Watson, The Decline of Imperial Russia*, London/New York 1954); *Toynbees Glaubensbekenntnis*, in: Heft 83 (1955), 7. Jg., S. 465-469

Hans Kohn wurde am 15. September 1891 in Prag geboren und studierte an der dortigen Universität Rechts- und Staatswissenschaften. Der Vater war Geschäftsmann. Die aus einer wohlhabenden Familie stammende, kulturell sehr gebildete Mutter sorgte für eine mehrsprachige Erziehung ihres Sohnes, wie es Hans Kohn in seiner Autobiographie hervorhob.⁹⁴⁴ Bereits als junger Student beschäftigte sich Hans Kohn intensiv mit der Geschichte und dem seit der Jahrhundertwende ausbreitenden Nationalismus, da der „Bürger vieler Welten“ miterleben musste, wie seine Heimat, der Vielvölkerstaat der österreichischen Monarchie, in der „steigenden Flut des Nationalismus“ unterging.⁹⁴⁵ An der Prager Universität exponierte er sich in der jüdischen Studentenvereinigung Barkochba und bezog schon zu diesem Zeitpunkt Position gegen nationalistische – auch zionistische – Selbstüberschätzung.⁹⁴⁶ Kohn sympathisierte unter dem Einfluss der Ideen Gustav Landauers eher zum anti-autoritären Anarchosozialismus.⁹⁴⁷

Der 1914 ausgebrochene Erste Weltkrieg und seine Folgen zeigten Hans Kohn die dünne Firnis der Zivilisation. Ebendiese „Urkatastrophe“ des 20. Jahrhunderts wurde zum zentralen Ausgangspunkt für seine späteren wissenschaftlichen Veröffentlichungen sowie zur eigentlichen Schockerfahrung, denn, so Kohn, „dieser Konflikt veränderte fast über alles Begreifen die Ordnung und Aussichten meines persönlichen Lebens, meines Heimatlandes, der Völker Europas und der Völker aller andern Erdteile. Der Krieg war der Auftakt der ersten weltweiten Revolution“, d. h. der russischen Revolution von 1917.⁹⁴⁸ Den Verlauf der bolschewistischen Revolution erlebte Hans Kohn konkret mit, da er zu Beginn des Ersten Weltkrieges in russische Kriegsgefangenschaft geriet, die dazu führte, dass er fast fünf Jahre in Russland verbringen musste. Nach seiner Freilassung aus der sibirischen Gefangenschaft machte Kohn eine lange Reise durch das Land, die es ihm ermöglichte seine russischen Sprachkenntnisse zu vertiefen und sowohl die Menschen als auch die Kultur kennenzulernen. Als Ergebnis des Studiums der russische Geschichte entstanden 1923 die Untersuchungen

(hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: Arnold J. Toynbee, A Study of History, London/New York 1954).

⁹⁴⁴ Hans Kohn, Bürger vieler Welten. Ein Leben im Zeitalter der Weltrevolution, Frauenfeld 1965, S. 55.

⁹⁴⁵ Ebenda, S. 28.

⁹⁴⁶ In einem Artikel für die Zeitschrift „Die Juden“ kritisierte Hans Kohn bereits 1919 die Juden Palästinas in bezug auf ihre chauvinistische Einstellung gegenüber den Arabern. Siehe Elisabeth Young-Bruehl, Hannah Arendt – Leben, Werk und Zeit, a.a.O., S. 319.

⁹⁴⁷ Vgl. Hans Kohn/Hugo Bergmann, In Memory of Gustav Landauer, Tel Aviv 1929.

⁹⁴⁸ Hans Kohn, Bürger vieler Welten. Ein Leben im Zeitalter der Weltrevolution, S. 15.

„Sinn und Schicksal der Revolution“⁹⁴⁹ sowie – nach einer neuerlichen Reise durch die Sowjetunion im Sommer 1932 – die Studie „Der Nationalismus in der Sowjetunion“.⁹⁵⁰

Bei einem kurzen Aufenthalt in Berlin im Januar 1920 nahm Hans Kohn einen extremen aggressiven Nationalismus nach der deutschen Niederlage im Ersten Weltkrieg in der Bevölkerung wahr. Kohn kehrte 1920 nach Prag zurück und promovierte dort 1923 zum Dr. jur. Anschließend lebte er in Paris und London und ab 1925 bis 1931 in Jerusalem. In diesen Jahren entstanden nach intensiver Forschung über die Geschichte des Nationalismus und Kolonialismus im Mittleren Osten sowie Reisen durch die arabischen Länder unter anderem die Bücher „Eine Geschichte der arabischen nationalen Bewegung“,⁹⁵¹ „Geschichte der nationalen Bewegung im Orient“⁹⁵² und schließlich „Nationalismus und Imperialismus im Vorderen Orient“.⁹⁵³ Des Weiteren erschienen mehrere Arbeiten zum Thema Judentum und Zionismus: „Nationalismus, über die Bedeutung des Nationalismus im Judentum und in der Gegenwart“,⁹⁵⁴ „Die politische Idee des Judentums“,⁹⁵⁵ „Zionistische Politik“,⁹⁵⁶ „Über die Geschichte der zionistischen Idee“⁹⁵⁷ und die Biographie „Martin Buber. Sein Werk und seine Zeit“.⁹⁵⁸ Diese historischen Forschungen und der sechs Jahre lange Aufenthalt in Palästina machten Hans Kohn sensibel für den sich anbahnenden Konflikt zwischen Juden und Arabern um den „heiligen Ort“ Palästina. Von 1925 bis 1933 fungierte er für die „Frankfurter Zeitung“ sowie die „Neue Zürcher Zeitung“ als Korrespondent für den Mittleren Osten.

In seiner Autobiographie berichtete Hans Kohn hinsichtlich der NZZ, dass er im Verlauf der 1930er Jahre mit großer Sympathie den Kampf der renommierten Schweizer Tageszeitung zur „Verteidigung der westlichen Freiheit“ gegen den Faschismus und den Nationalsozialismus verfolgte. In dieser Zeit entstand auch eine lebenslange Freundschaft mit dem Redakteur der NZZ und später sehr bekannten Philosophen Hans Barth.⁹⁵⁹

Eine Vortragsreise zu Beginn der dreißiger Jahre brachte Hans Kohn über Europa Ende 1931 in die Vereinigten Staaten. Nach seinem Entschluss, sich endgültig in den USA

⁹⁴⁹ Ders., Sinn und Schicksal der Revolution, Wien 1923.

⁹⁵⁰ Ders., Der Nationalismus in der Sowjetunion, Frankfurt a. M. 1932. Dieser Band entstand schlussendlich aufgrund einer im Auftrag der „Frankfurter Zeitung“ gemachten Reise in die Sowjetunion im Laufe des Sommers 1931, um das Nationalitätenproblem zu studieren.

⁹⁵¹ Ders., Eine Geschichte der arabischen nationalen Bewegung, Tel Aviv 1926.

⁹⁵² Ders., Geschichte der nationalen Bewegung im Orient, Berlin 1928.

⁹⁵³ Ders., Nationalismus und Imperialismus im Vorderen Orient, Frankfurt a. M. 1931.

⁹⁵⁴ Ders., Nationalismus. Über die Bedeutung des Nationalismus im Judentum und in der Gegenwart, Wien 1922.

⁹⁵⁵ Ders., Die politische Idee des Judentums, München 1924.

⁹⁵⁶ Ders./ Robert Weltsch, Zionistische Politik, Mährisch-Ostrau 1927.

⁹⁵⁷ Hans Kohn, Über die Geschichte der zionistischen Idee, 2 Bde, Warschau 1929, 1930.

⁹⁵⁸ Ders., Martin Buber. Sein Werk und seine Zeit. Ein Versuch über Religion und Politik, Hellerau 1930.

⁹⁵⁹ Ders., Bürger vieler Welten. Ein Leben im Zeitalter der Weltrevolution, S. 190.

niederzulassen, nahm er – nach erfolgreichem Unterricht an der führenden Hochschule für höhere Erwachsenenbildung, der „New School for Social Research“ in New York – als Professor für Neuere Geschichte Lehrtätigkeiten an mehreren Colleges und Universitäten auf. 1935 hielt Kohn auf der in Minneapolis veranstalteten Konferenz „Diktatur in der modernen Welt“ einen Vortrag, auf der er unter anderem auf den neuartigen Charakter der „totalen Staaten“ in Deutschland, Italien und Russland als eine Folge des Ersten Weltkrieges insistierte und zudem die Rolle des Nationalismus beleuchtete.⁹⁶⁰

Nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges engagierte sich Hans Kohn auf unterschiedlichen Ebenen gegen den Nationalsozialismus. Neben seinen Seminaren an der Harvard Universität – die unter anderem von den später sehr bekannten Wissenschaftlern Karl Deutsch und Peter Viereck besucht wurden – hielt er beispielsweise in jenen kritischen Jahren wöchentlich öffentliche Vorlesungen (zeitweise mit Max Lerner) über die internationale Lage. Auf der unter dem Eindruck des 1939 abgeschlossenen deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes stattgefundenen Totalitarismuskonferenz im November 1939 in Philadelphia setzte sich Hans Kohn in seinem Vortrag „The Totalitarian Philosophy of War“ explizit mit dem Nationalsozialismus auseinander.⁹⁶¹ In diesen Jahren arbeitete Hans Kohn zudem intensiv an seinem 1944 erschienenen und zum Standardwerk avancierten Buch „The Idea of Nationalism. A Study in its Origins and Background“,⁹⁶² das ausdrücklich an die Forschungsarbeiten aus den zwanziger Jahren anknüpfte. Der Nationalismus hatte ihn seit diesem frühen Zeitpunkt als ein geschichtlich-politisches Problem „in seinen Bann gezogen“, teilte der Autor in seinem Vorwort mit.⁹⁶³ Eingedenk der fatalen Rolle, die der Nationalismus im Ersten Weltkrieg und im Faschismus, im Nationalsozialismus sowie im Sowjetkommunismus gespielt hatte, untersuchte Kohn in seiner beinahe eintausend Seiten umfassenden Studie die Entwicklung des Nationalismus vom Altertum bis zur Epoche der Aufklärung und den Revolutionen in Amerika und Frankreich. Das Buch war als ein Band in

⁹⁶⁰ Ders., *Communist and Fascist Dictatorship. A Comparative Study*, in: Guy Stanton Ford (Hg.), *Dictatorship in the Modern World*, S. 141-160; deutsche Übersetzung abgedruckt in: Bruno Seidel/Siegfried Jenkner (Hg.), *Wege der Totalitarismusforschung*, S. 49-63. Vgl. hierzu auch Hans Kohn, *Revolutions and Dictatorships. Essays in Contemporary*, Cambridge/Mass. 1941. Siehe auch die entsprechenden Ausführungen im Einleitungskapitel „Die wechselvolle Geschichte des Totalitarismusbegriffs“.

⁹⁶¹ Hans Kohn, *The Totalitarian Philosophy of War*, in: *Symposium of the Totalitarian State. From the Standpoints of History, Economics and Sociology*, Nov. 17, 1939. *Proceedings of the American Philosophical Society*, Band 82 (1940), Nr. 1, Philadelphia 1940, S. 57-72. Siehe auch die entsprechenden Ausführungen im Einleitungskapitel „Die wechselvolle Geschichte des Totalitarismusbegriffs“.

⁹⁶² Ders., *The Idea of Nationalism. A Study in its Origins and Background*, New York 1944 (dt. Ausgabe: *Die Idee des Nationalismus. Ursprung und Geschichte bis zur Französischen Revolution*, Heidelberg 1950).

⁹⁶³ Ders., *Die Idee des Nationalismus. Ursprung und Geschichte bis zur Französischen Revolution*, S. 10.

einer Reihe geplant, die den Titel „Das Zeitalter des Nationalismus“ haben sollte, indes letzten Endes nicht realisiert wurde.⁹⁶⁴

Mit der Verwundbarkeit der westlichen Zivilisation angesichts von zwei Weltkriegen und den „totalitären Revolutionen“ des Faschismus, des Nationalsozialismus und des Sowjetkommunismus beschäftigte sich Hans Kohn – wie gezeigt – in dem Band „The Twentieth Century. A Mid-way Account of the Western World“.⁹⁶⁵

In den Vereinigten Staaten unterstützte Hans Kohn im Anschluss an das Ende des Zweiten Weltkrieges – neben Martin Buber, Erich Fromm, James Marshall, Maurice Hexter, David Riesman, Hannah Arendt und dem Herausgeber der Zeitschrift „Commentary“, Elliot Cohen – die jüdische Organisation „Ihud“ von Judah Magnes und engagierte sich politisch in Bezug auf die Gründung des Staates Israel. In diesem Kontext befürwortete Hans Kohn eine arabisch-israelische, d. h. binationale Lösung des Palästina-Problems.

Neben den bereits angeführten diversen Veröffentlichungen trat Hans Kohn in den 1950er und 1960er Jahren zudem als Autor von zahlreichen weiteren Büchern in Erscheinung.⁹⁶⁶ Zu seinen Freunden in den Vereinigten Staaten gehörte unter anderem der Totalitarismusforscher Sigmund Neumann.⁹⁶⁷ Zuletzt lebte Hans Kohn in Philadelphia, wo er am 16. März 1971 in einem Krankenhaus verstarb.

⁹⁶⁴ Teilstücke dieser geplanten Reihe mit dem Titel „Das Zeitalter des Nationalismus“ wurden als einzelne Bücher veröffentlicht: *Prophets and Peoples: Studies in Nineteenth-Century Nationalism*, New York 1946 (dt. Übersetzung: *Propheten ihrer Völker*. Mill, Michelet, Treitschke, Dostojewski: Studien zur Geschichte des europäischen Nationalismus im 19. Jahrhundert, Bern 1949); *Pan-Slavism, Its History and Ideology*, University of Notre Dame Press 1953 (dt. Übersetzung: *Die Slawen und der Westen. Die Geschichte des Panslawismus*, Wien 1956); *Der schweizerische Nationalgedanke, Eine Studie zum Thema Nationalismus und Freiheit*, Zürich 1955; *American Nationalism. An Interpretative Essay*, New York 1957; *The Mind of Germany*, New York 1960 (dt. Ausgabe: *Wege und Irrwege. Zur Geistesgeschichte des bürgerlichen Deutschland*, Düsseldorf 1962); *The Age of Nationalism: The First Era of Global History*, New York 1962; vgl. auch Hans Kohn, *Nationalism, its Meaning and History*, Princeton 1955 (dt. Ausgabe: *Von Machiavelli zu Nehru. Zur Problemgeschichte des Nationalismus*, Freiburg i. Br. 1964).

⁹⁶⁵ Ders., *The Twentieth Century. A Mid-way Account of the Western World*, New York 1949 (dt. Ausgabe: *Das Zwanzigste Jahrhundert. Eine Zwischenbilanz des Westens*, Zürich/Wien/Konstanz 1950); siehe hierzu Joachim G. Leithäuser, *Unbarmherzige Ratio*“ in: *Der Monat*, Heft 30 (1951), 3. Jg., S. 655-657 (hierbei handelte es sich um eine Rezension der deutschen Ausgabe des Buches). Siehe hierzu auch das Kapitel II. 1. „Reflexionen von Hans Kohn und Hannah Arendt zu einer Archäologie totaler Herrschaft. Oder: Vom ‚glücklichen 19. Jahrhundert‘ zum ‚Jahrhundert des Nationalismus‘“.

⁹⁶⁶ Siehe exemplarisch Hans Kohn, *Is the liberal west in decline*, London 1957 (dt. Ausgabe: *Ist die freie Welt zum Untergang verurteilt?*, Köln 1959).

⁹⁶⁷ Sigmund Neumann, *Permanent Revolution. The Total State in a World at War*, New York, London 1942. Hans Kohn zeichnete für die nach Neumanns Tod im Jahre 1962 herausgegebene zweite Auflage verantwortlich. Diesen Hinweis entnahm ich dem Aufsatz von Alfons Söllner, *Sigmund Neumanns „Permanent Revolution“*. Ein vergessener Klassiker der vergleichenden Diktaturforschung, in: ders./Ralf Walkenhaus/Karin Wieland (Hg.), *Totalitarismus - Eine Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts*, S. 53 (Fußnote 2).

II. 4. 8. Hannah Arendt

Die Schriften Hannah Arendts wurden fast sämtlich unter dem Eindruck der übermächtigen Destruktionsgeschichte des Zwanzigsten Jahrhunderts angefertigt. Aufgrund der existentiellen Erfahrung von Verfolgung, des Flüchtlings, der Asylsuchenden, Internierten und Staatenlosen, von Gewalt und Terror – sprich einer der paradigmatischen Grunderfahrung des letzten Jahrhunderts – kam es bei ihr ausdrücklich zu einer Verflechtung von Werk und Biographie. Die mit ihrer 1951 in den Vereinigten Staaten erschienenen Untersuchung „The Origins of Totalitarianism“⁹⁶⁸ international bekannt gewordene Hannah Arendt gehörte frühzeitig zu den Autorinnen des „Monat“.⁹⁶⁹ Neben einem literarischen Porträt Hermann Brochs⁹⁷⁰ und einem Rezensionssaufsatz zur Geschichte des „Dritten Reiches“ mit dem Titel „Bei Hitler zu Tisch“⁹⁷¹ standen drei Auszüge ihrer Totalitarismusstudie im Mittelpunkt ihrer Publikationen.⁹⁷² Danach folgten die Beiträge „Was ist Autorität“,⁹⁷³ „Krise der Erziehung“⁹⁷⁴ und „Rosa Luxemburg“.⁹⁷⁵

Hannah Arendt wurde am 14. Oktober 1906 in Lingen bei Hannover als einzige Tochter von assimilierten jüdischen Eltern aus dem Bildungsbürgertum geboren.⁹⁷⁶ Die Eltern

⁹⁶⁸ Hannah Arendt, *The Origins of Totalitarianism*, New York 1951 (dt. Ausgabe: *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, Frankfurt 1955). Zu den aus Anlass des fünfzigsten Erscheinungsjahres der Studie veranstalteten Tagungen an der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaft in Berlin und an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg im Dezember 2001 siehe Antonia Grunenberg (Hg.), *Totalitäre Herrschaft und republikanische Demokratie. Fünfzig Jahre The Origins of Totalitarianism* von Hannah Arendt, Frankfurt a. M. 2003.

⁹⁶⁹ Vor der Mitarbeit für den „Monat“, veröffentlichte Hannah Arendt – wie auch beispielsweise Hans Kohn – bereits in der von ihren Freunden Dolf Sternberger und Karl Jaspers ab 1945 (bis 1949) (mit)herausgegebenen Zeitschrift „Die Wandlung“. Sie publizierte dort die Beiträge: „Franz Kafka, von neuem gewürdigt“, „Organisierte Schuld“, „Über den Imperialismus“, „Konzentrationslager“, „Es gibt nur ein einziges Menschenrecht“ sowie „Parteien und Bewegungen“.

⁹⁷⁰ Hermann Broch und der moderne Roman, in: Heft 8/9 (1949), 1. Jg., S. 147-151.

⁹⁷¹ Bei Hitler zu Tisch, in: Heft 37 (1951), 4. Jg., S. 85-90; hierbei handelt es sich um die Rezension des Buches: Henry Picker, *Hitlers Tischgespräche*. Geordnet, eingeleitet und veröffentlicht von Gerhard Ritter, Bonn 1951.

⁹⁷² Hierbei handelte es sich um folgende drei Auszüge: Der imperialistische Charakter. Eine psychologisch-soziologische Studie, in: Heft 24 (1950), 2. Jg., S. 509-522; Totalitäre Propaganda. Ein Kapitel aus „Die Ursprünge des Totalitarismus“, in: Heft 33 (1951), 3. Jg., S. 241-258 sowie Die Geheimpolizei. Ihre Rolle im totalitären Herrschaftsapparat, in: Heft 46, 4. Jg. (1952), S. 370-388. Siehe zu Hannah Arendt auch die entsprechenden Ausführungen im Einleitungskapitel „Die wechselvolle Geschichte des Totalitarismusbegriffs“ sowie II. 1. „Reflexionen von Hans Kohn und Hannah Arendt zu einer Archäologie totaler Herrschaft. Oder: Vom ‚glücklichen 19. Jahrhundert‘ zum ‚Jahrhundert des Nationalismus‘“.

⁹⁷³ Was ist Autorität?, in: Heft 89 (1956), 8. Jg., S. 29-44; hierbei handelte es sich um einen von Hannah Arendt auf der internationalen Tagung des „Kongresses für die Freiheit der Kultur“ vom 12. bis 17. September 1955 in Mailand gehaltenen Vortrag.

⁹⁷⁴ Die Krise der Erziehung. Gedanken zur „Progressive Education“, in: Heft 124 (1959), 11. Jg., S. 48-61.

⁹⁷⁵ Rosa Luxemburg, in: Heft 243 (1968), 20. Jg., S. 28-40.

⁹⁷⁶ Im Folgenden beziehe ich mich im Wesentlichen auf die Bücher: Seyla Benhabib, *Hannah Arendt. Die melancholische Denkerin der Moderne*, Hamburg 1998; Wolfgang Heuer, *Hannah Arendt. Mit Selbstzeugnissen und Bilddokumenten*, Reinbeck bei Hamburg 1987; ders., *Citizen. Persönliche Integrität und politisches Handeln. Eine Rekonstruktion des politischen Humanismus Hannah Arendts*, Berlin 1992; Elisabeth Young-

stammten aus Königsberg und waren in der Jugend in der sozialdemokratischen Bewegung engagiert und sympathisierten mit den Ideen der Jugendbewegung. Noch bevor der Vater, ein Ingenieur, frühzeitig verstarb, übersiedelte die Familie nach Königsberg. Hannah Arendt besuchte dort ein Mädchengymnasium, zeigte großes Interesse für Philosophie und las im Alter von vierzehn Jahren unter anderem Kants „Kritik der reinen Vernunft“ und Jaspers „Zur Psychologie der Weltanschauungen“. Nach dem Abitur begann sie 1924 in Marburg bei Martin Heidegger Philosophie und bei Rudolf Bultmann Theologie und Griechisch zu studieren. 1925 setzte sie ihr Studium bei Edmund Husserl in Freiburg fort und promovierte 1928 in Heidelberg bei Karl Jaspers über den „Liebesbegriff bei Augustinus“.⁹⁷⁷

1929 heiratete Hannah Arendt den Philosophen Günther Stern – den später unter seinem Pseudonym Günther Anders bekanntgewordenen Technik- und Zivilisationskritiker – und begann ein Jahr danach mit der Arbeit über die jüdische Romantikerin Rahel Varnhagen, die sie 1938 im Exil beendete.⁹⁷⁸ Nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler wurde Arendt im Sommer 1933 von der Gestapo verhaftet und infolge glücklicher Umstände nach wenigen Tagen wieder entlassen.⁹⁷⁹ Ein lebensgeschichtlicher Schock war für Hannah Arendt das Verhalten von befreundeten Intellektuellen,⁹⁸⁰ genauer, die Gleichschaltung von Freunden, denen zu Hitler „sehr viel einfiel“. Denn, so Arendt: „Das persönliche Problem war doch nicht etwa, was unsere Feinde taten, sondern was unsere Freunde taten. Was damals in der Welle von Gleichschaltung, die ja ziemlich freiwillig war, jedenfalls noch nicht unter dem Druck des Terrors vorging: das war, als ob sich ein leerer Raum um einen bildete. Ich lebte in einem intellektuellen Milieu, ich kannte aber auch andere Menschen. Und ich konnte feststellen, dass unter den Intellektuellen die Gleichschaltung sozusagen die Regel war. Aber unter den andern nicht. Und das hab ich nie vergessen.“⁹⁸¹

Danach flüchtete Hannah Arendt über Prag nach Paris, wo sie sich der zionistischen Bewegung anschloss und sich als Generalsekretärin der französischen Abteilung der „Jugend-Alija“ mehrere Jahre um die Auswanderung jüdischer Flüchtlingskinder nach Palästina

Bruehl, Hannah Arendt. Leben, Werk und Zeit, Frankfurt 1986 sowie Friedrich Georg Friedmann, Hannah Arendt – Eine deutsche Jüdin im Zeitalter des Totalitarismus, München/Zürich 1985.

⁹⁷⁷ Der Liebesbegriff bei Augustin. Versuch einer philosophischen Interpretation, Berlin 1929.

⁹⁷⁸ Rahel Varnhagen, The Life of a Jewess, London 1958 (dt. Ausgabe: Rahel Varnhagen, Lebensgeschichte einer deutschen Jüdin aus der Romantik, München 1959).

⁹⁷⁹ Siehe zu den genauen Umständen: Hannah Arendt, Was bleibt? Es bleibt die Muttersprache. Ein Gespräch mit Günter Gaus, in: Adelbert Reif (Hg.), Gespräche mit Hannah Arendt, München 1976, S. 9-34 (hier S. 14 f.).

⁹⁸⁰ Diese Erfahrung bezog sich in allererster Linie auf das Verhalten von Martin Heidegger und von ihrem Studienfreund, dem nach dem Zweiten Weltkrieg bekanntgewordenen Germanisten Benno von Wiese.

⁹⁸¹ Hannah Arendt, Was bleibt? Es bleibt die Muttersprache. Ein Gespräch mit Günter Gaus, in: ebenda, S. 20.

bemühte. Durch ihren Freund Walter Benjamin⁹⁸² lernte sie den ehemaligen Kommunisten Heinrich Blücher kennen, den sie, nach der Scheidung von Günther Stern, heiratete. 1937 wurde ihr die deutsche Staatsangehörigkeit aberkannt. Nach der Eroberung Frankreichs durch die Wehrmacht wurde Hannah Arendt im Mai 1940 in dem südfranzösischen Konzentrationslager Gurs interniert. Nach fünf Wochen wurde sie wieder freigelassen. „Wenig später war es kaum noch möglich, das Lager zu verlassen; die Insassen wurden 1943 in die deutschen Vernichtungslager deportiert.“⁹⁸³ Arendt flüchtete mit ihrem Mann und ihrer Mutter über Spanien nach Portugal und konnte von dort aus im Mai 1941 nach New York ausreisen.

In New York veröffentlichte Hannah Arendt in der Zeitschrift „Jewish Social Studies“ und schrieb in der deutsch-jüdischen Emigrantenzeitung „Aufbau“ regelmäßige Kolumnen.⁹⁸⁴ Dort erfuhr sie von Auschwitz, d. h. der nationalsozialistischen „Fabrikation der Leichen“. Wie gezeigt, wurde der Holocaust zur eigentlichen Schockerfahrung für Hannah Arendt.⁹⁸⁵ Im Schocken-Verlag arbeitete sie als Lektorin und schloss sich der jüdischen Organisation „Ihud“ von Judah Magnes an – die unter anderem auch von Martin Buber, Erich Fromm, David Riesman, Hans Kohn und dem Herausgeber der amerikanischen Zeitschrift „Commentary“, Elliot Cohen unterstützt wurde – und warnte vor einer Gründung des Staates Israels qua Gewaltakt und sprach sich für eine binationale Lösung des Palästina-Problems aus.⁹⁸⁶

Hannah Arendt veröffentlichte – wie erwähnt – in der nach Kriegsende gegründeten deutschen Zeitschrift „Die Wandlung“ mehrere Beiträge, darunter „Organisierte Schuld“⁹⁸⁷ sowie „Über den Imperialismus“,⁹⁸⁸ „Konzentrationslager“,⁹⁸⁹ „Es gibt nur ein einziges

⁹⁸² Der Philosoph, Gesellschafts- und Literaturkritiker sowie Mitarbeiter des Frankfurter Institutes für Sozialforschung, Walter Benjamin, übergab zum Zeitpunkt der akuten Bedrohung Hannah Arendt, die unter dem Eindruck der historischen Katastrophe geschriebenen „Thesen über Geschichte“. Aus Angst vor der Verhaftung durch die Gestapo beendete Walter Benjamin auf der Flucht im September 1940 in Port Bou, an der französisch-spanischen Grenze sein Leben durch eigene Hand. Vgl. Hannah Arendt, Walter Benjamin, in: dies., Menschen in finsternen Zeiten. Herausgegeben von Ursula Ludz, 2. Auflage, München 1989, S. 185-242 (amerik. Originalausgabe: Men in Dark Times, New York 1969).

⁹⁸³ Wolfgang Heuer, Hannah Arendt, Mit Selbstzeugnissen und Bilddokumenten, S. 36.

⁹⁸⁴ Siehe Hannah Arendt, Vor Antisemitismus ist man nur noch auf dem Monde sicher. Beiträge für die deutsch-jüdische Emigrantenzeitung „Aufbau“ 1941-1945. Herausgegeben von Marie Luise Knott, München 2000.

⁹⁸⁵ Siehe die einleitenden Ausführungen im Kapitel II. 2. „Totalitäre Erfahrungen im 20. Jahrhundert. Das Totalitarismusphänomen und die Ex-Kommunisten“. Vgl. auch Hannah Arendt, Die Vollendete Sinnlosigkeit, in: dies., Nach Auschwitz. Essays & Kommentare 1., Berlin 1989, S. 7-30.

⁹⁸⁶ Siehe besonders Hannah Arendt, Frieden oder Waffenstillstand im Nahen Osten?, in: dies., Israel, Palästina und der Antisemitismus, Berlin 1991, S. 39-75. Vgl. Hannah Arendt, Die Krise des Zionismus. Essays & Kommentare 2. Herausgegeben von Eike Geisel und Klaus Bittermann. Mit einem Nachwort von Henryk M. Broder, Berlin 1989.

⁹⁸⁷ Organisierte Schuld, in: Die Wandlung, Heft 4 (1946), 1. Jg., S. 333-344.

⁹⁸⁸ Über den Imperialismus, in: Die Wandlung, Heft 8 (1946), 1. Jg., S. 650-666.

⁹⁸⁹ Konzentrationslager, in: Die Wandlung, Heft 4 (1948), 3. Jg., S. 309-330.

Menschenrecht“⁹⁹⁰ sowie „Parteien und Bewegungen“,⁹⁹¹ die Vorfassungen von fast wortgetreuen Kapiteln von „The Origins of Totalitarianism“ darstellten. Als Geschäftsführerin der „Jewish Cultural Reconstruction Incorporated“ bereiste sie 1949 zum ersten Mal wieder nach Deutschland, um zur Rettung jüdischer Kulturgüter beizutragen.⁹⁹² Den bis März 1950 dauernden Aufenthalt nutzte sie auch, um den Nachwirkungen des Naziregimes nachzuspüren. Bereits in einem Brief am 14. Dezember an ihren Ehemann schilderte Hannah Arendt ihre deprimierenden Erlebnisse:

„Weißt Du eigentlich, wie recht Du hattest, nie wieder zurück zu wollen? Die Sentimentalität bleibt einem im Halse stecken, nachdem sie einem erst in die Kehle gestiegen ist. Die Deutschen leben von der Lebenslüge und der Dummheit. Letztere stinkt zum Himmel. Wenn du hier eine Woche lang sämtliche Zeitungen von rechts bis links gelesen hast, dann bist du reif für die Rückfahrt. (...) Nicht wahr ist, daß es hier viele Nazis gibt. Sie sehnen sich halt nach Hitler ohne Krieg zurück, verstehen überhaupt nichts – die Studenten so wenig wie die Arbeiter.“⁹⁹³

In einem zuerst im Herbst 1950 in der US-amerikanischen Zeitschrift „Commentary“ erschienenen Bericht über ihren Deutschland-Besuch akzentuierte sie ihre Eindrücke. „Der wohl hervorstechendste und auch erschreckendste Aspekt der deutschen Realitätsflucht“, so Arendt, „liegt jedoch in der Haltung, mit Tatsachen so umzugehen, als handele es sich um bloße Meinungen. Beispielsweise kommt als Antwort auf die Frage, wer den Krieg begonnen habe – ein keineswegs heiß umstrittenes Thema – eine überraschende Vielfalt von Meinungen zutage. (...)“⁹⁹⁴ Vor dem Hintergrund, dass selbst mit unbestreitbaren Fakten des „Dritten Reiches“ so umgegangen wurde, als handele es sich um bloße Meinungen, stellte es für Arendt eine gängige Praxis der Deutschen dar, auch der Wirklichkeit der NS-Verbrechen aus dem Wege zu gehen: „Aus der Wirklichkeit der Todesfabriken wird eine bloße Möglichkeit: die Deutschen hätten nur das getan, wozu andere auch fähig seien (was natürlich mit vielen Beispielen illustriert wird) oder wozu andere künftig in der Lage wären; deshalb wird jeder, der dieses Thema anschneidet, *ipso facto* der Selbstgerechtigkeit verdächtigt.“⁹⁹⁵ Insofern korrespondierte die Flucht vor der Wirklichkeit mit der Flucht vor der Verantwortung, die das „Hitlerregime“ den Deutschen aufbürdete. Überhaupt geschah für Hannah Arendt der „gravierendste Irrtum der amerikanischen Entnazifizierungspolitik“ bereits ganz am Anfang,

⁹⁹⁰ Es gibt nur ein einziges Menschenrecht, in: Die Wandlung, 4. Jg., S. 754-770. ??

⁹⁹¹ Parteien und Bewegungen, in: Die Wandlung, Heft 4 (1949), 4. Jg., S. 459-473.

⁹⁹² Zu den Eindrücken, Erfahrungen und Erkenntnissen der von August 1949 bis März 1950 dauernden Reise siehe Hannah Arendt, Besuch in Deutschland, Berlin 1993.

⁹⁹³ Hannah Arendt/Heinrich Blücher, Briefe 1936-1968, München/Zürich 1996, S. 175.

⁹⁹⁴ Hannah Arendt, Besuch in Deutschland, Berlin 1993, S. 29 (amerik. Erstveröffentlichung: The Aftermath of Nazi-Rule from Germany, in: Commentary, Heft 10 (1950) 4, S. 342-353).

⁹⁹⁵ Ebenda, S. 27 f.

„als nämlich versucht wurde, das Gewissen des deutschen Volkes angesichts der Ungeheuerlichkeit der in seinem Namen und unter Bedingungen organisierter Komplizenschaft begangener Verbrechen wachzurütteln.“⁹⁹⁶

Nach der Veröffentlichung ihrer Totalitarismusstudie und der bereits angesprochenen Kritik, dass es nämlich in ihrem Buch ein Ungleichgewicht im Hinblick auf die Analyse der beiden totalitären Herrschaftssysteme gebe, da im Gegensatz zum Nationalsozialismus die analytische Untersuchung des Sowjetkommunismus unscharf sei und ein empirisches Defizit aufweise, plante Hannah Arendt daraufhin Anfang der fünfziger Jahre eine originäre Untersuchung mit dem Titel „Die marxistischen Elemente totaler Herrschaft“ bzw. „die totalitären Elemente des Marxismus“. „Sie wollte“, so Elisabeth Young-Bruehl, „den zentralen Unterschied zwischen Nazismus und Bolschewismus, den Unterschied zwischen Naturideologie und der Geschichtsideologie“ genauer verdeutlichen.⁹⁹⁷ Ihre ursprüngliche Absicht, die philosophischen Wurzeln des sowjetischen Kommunismus aus der Marxschen Theorie bzw. „der politischen Philosophie des Westens“ herauszudestillieren, konnte letzten Endes nicht zum Abschluß gebracht werden, weil unter anderem ein dafür notwendiges Stipendium bei der Guggenheim Foundation nicht verlängert wurde. Allerdings verwandelte sich ihr Projekt „in einen Plan für die Grundlegung einer neuen Politikwissenschaft“.⁹⁹⁸ Sämtliche schriftlichen Arbeiten von Arendt aus den Jahren zwischen 1952 bis 1956 waren eigentlich für die „kleine Studie über Marx“ gedacht, wobei das Projekt schlussendlich nicht abgeschlossen wurde. Gleichwohl entstanden aus dem eigentlich geplanten „Marxismus-Buch“ die drei Untersuchungen „Between Past and Future“,⁹⁹⁹ „The Human Condition“¹⁰⁰⁰ und „On Revolution“.¹⁰⁰¹ Zudem entstand in den fünfziger Jahren unter anderem das Buch „Die ungarische Revolution und der totalitäre Imperialismus“.¹⁰⁰² Hannah Arendt gehörte zu

⁹⁹⁶ Ebenda, S. 48.

⁹⁹⁷ Elisabeth Young-Bruehl, Hannah Arendt. Leben, Werk und Zeit, S. 300.

⁹⁹⁸ Ebenda, S. 385. Vgl. hierzu Hannah Arendt, Was ist Politik? Fragmente aus dem Nachlaß, München 1993.

⁹⁹⁹ Hannah Arendt, Between Past and Future. Six Exercises in Political Thought, New York 1961, erweiterte Auflage 1968 (dt. Ausgabe: Zwischen Vergangenheit und Zukunft: Übungen im politischen Denken I., München/Zürich 1994). Zur Ergänzung der deutschen Ausgabe vgl. neuerdings Hannah Arendt, In der Gegenwart. Übungen im politischen Denken II, München 2000 (der Band enthält Texte der politischen Philosophin, mit denen sie insbesondere auf aktuelle politische Entwicklung in der Bundesrepublik und den Vereinigten Staaten in den Jahren 1945 bis 1975 einging; zudem ist hier u. a. der 1958 erschienene Aufsatz „Die ungarische Revolution und der totalitäre Imperialismus“ wiederabgedruckt).

¹⁰⁰⁰ Dies., The Human Condition, Chicago 1958 (dt. Ausgabe: Vita activa oder Vom tätigen Leben, Stuttgart 1960).

¹⁰⁰¹ Dies., On Revolution, New York 1963 (dt. Ausgabe: Über die Revolution, München 1963).

¹⁰⁰² Dies., Die ungarische Revolution und der totalitäre Imperialismus, München 1958.

den prominenten Teilnehmern der unter Vorsitz von Carl J. Friedrich am 5. März 1953 in Boston stattgefundenen Totalitarismus-Konferenz.¹⁰⁰³

Nachdem Hannah Arendt in den fünfziger Jahren eine Professur am Brooklyn College in New York und eine Gastprofessur in Berkeley innehatte, trat sie Anfang der sechziger Jahre eine Professur an der Universität von Chicago an. 1961 besuchte sie als Berichterstatterin der amerikanischen Wochenzeitschrift „The New Yorker“ in Jerusalem den Eichmann-Prozess und löste 1963 mit der Veröffentlichung ihres Buches,¹⁰⁰⁴ in dem sie im Zusammenhang mit der nationalsozialistischen Judenvernichtung zum einen das Verhalten der Judenräte kritisierte und zum anderen mit Blick auf Adolf Eichmann die These von der Banalität des Bösen aufwarf, eine heftige politische und wissenschaftliche Kontroverse aus.¹⁰⁰⁵

Hannah Arendt nahm 1967 eine Professur an der New School for Social Research an und begann mit den Vorarbeiten für ihr philosophisches Buch „The Life of the Mind“.¹⁰⁰⁶ Nachdem sie ihre beiden wichtigsten Freunde verloren hatte – 1969 starb Karl Jaspers und 1970 Heinrich Blücher – starb Hannah Arendt am 4. Dezember 1975 im Alter von 69 Jahren nach einem Herzinfarkt in ihrer Wohnung in New York.

II. 4. 9. Peter de Mendelssohn

Der britisch-deutsche Journalist und Schriftsteller Peter de Mendelssohn gehörte nach der nationalsozialistischen Machteroberung zu den „Emigranten der ersten Stunde“ (Hilde Spiel). Er wurde am 1. Juni 1908 in München als Sohn eines Goldschmieds geboren. Die Mutter stammte aus Argentinien. Sein „einziger jüdischer Großvater“ war ein Gelehrter von Rang

¹⁰⁰³ Siehe hierzu die entsprechenden Ausführungen im Einleitungskapitel „Die wechselvolle Geschichte des Totalitarismusbegriffs“.

¹⁰⁰⁴ Eichmann in Jerusalem: A Report on the Banality of Evil, New York 1963 (dt. Ausgabe: Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen, München 1964).

¹⁰⁰⁵ Siehe hierzu F. A. Krummacker, (Hg), Die Kontroverse. Hannah Arendt, Eichmann und die Juden, München 1964.

¹⁰⁰⁶ Hannah Arendt, The Life of the Mind, 2 Bde., New York 1978 (dt. Ausgabe: Vom Leben des Geistes, Bd. 1: Das Denken, Bd. 2: Das Wollen, München 1979). Vgl. hierzu sowie primär zu den philosophischen Studien von Hannah Arendt – mit Ausnahme von „Eichmann in Jerusalem“ –, die in den Vereinigten Staaten nach ihrer Rückkehr aus Europa 1950 angefertigten Serien von Aufzeichnungen: Hannah Arendt, Denktagebuch. 1950-1973, 2 Bde., München 2002.

und war mit dem renommierten Historiker Theodor Mommsen befreundet.¹⁰⁰⁷ Nach dem Abitur begann er in der Redaktion des Berliner Tageblattes mitzuarbeiten und konnte sich mit verschiedenen literarischen Veröffentlichungen einen Namen machen.¹⁰⁰⁸ Am 1. April 1933 wurde Peter de Mendelssohn mit seinem Vater in Berlin Augenzeuge der antisemitischen Boykottaktion durch die NSDAP und verließ kurz darauf – „viele unserer Freunde und Bekannten hatten sich (bereits) Mord und Totschlag und anderer Drangsalierung durch Flucht über die Grenze entzogen“¹⁰⁰⁹ – Deutschland in Richtung „Pariser Exil“ und ging über Wien 1936 noch vor dem „Anschluss Österreichs“ an Deutschland nach London. Dort heiratete er die jüdisch-österreichische Schriftstellerin Hilde Spiel¹⁰¹⁰ und erhielt 1941 die britische Staatsbürgerschaft. Diese Jahre waren für de Mendelssohn auch durch die Ungewissheit geprägt, wie es seiner Mutter und seinem jüngsten Bruder in Deutschland erging, da beide zwar „technisch kaum gefährdet“ waren, gleichwohl Diffamierungen ausgesetzt waren.¹⁰¹¹ In England machten Peter de Mendelssohn und Hilde Spiel unter anderem Bekanntschaft mit Arthur Koestler und Raymond Aron.

1944 trat Peter de Mendelssohn in die britisch-amerikanische Abteilung „Psychological Warfare Division“ der Alliierten Armee ein und wurde mit dem Auftrag betraut, deutsche Journalisten für die ersten amerikanisch lizenzierten Zeitungen zu suchen.¹⁰¹² Er war maßgeblich an der Begründung des Berliner „Tagesspiegel“, des „Telegraf“ und der „Welt“ beteiligt. Für die britische Besatzungsmacht besuchte er den Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess und veröffentlichte in diesem Zusammenhang das Buch „Die Nürnberger Dokumente. Studien zur deutschen Kriegspolitik 1937-45“, mit dem er in erster Linie den Zweck verfolgte, „sich mit Hitlers Technik der Kriegsanzettelung zu befassen, der politischen und militärischen Planung, wie sie zum Krieg und in den Krieg

¹⁰⁰⁷ Peter de Mendelssohn, *Der Geist in der Despotie. Versuche über die moralischen Möglichkeiten des Intellektuellen in der totalitären Gesellschaft*, Berlin-Grunewald 1953, S. 9.

¹⁰⁰⁸ Siehe hierzu Hilde Spiel, *Der Erzähler Peter de Mendelssohn*, in: Peter de Mendelssohn, *Die Kathedrale. Eine Sommernachtsmahr*. Mit einem Nachwort von Hilde Spiel, Berlin 1988, S. 237-264.

¹⁰⁰⁹ Peter de Mendelssohn, *Der Geist in der Despotie. Versuche über die Moralischen Möglichkeiten des Intellektuellen in der totalitären Gesellschaft*, S. 9.

¹⁰¹⁰ Hilde Spiel wurde 1911 in Wien geboren (gestorben 1990 in Wien) und wuchs im Milieu des assimilierten jüdischen Bürgertums auf. Sie emigrierte 1936 nach London. Dort arbeitete sie für verschiedene internationale Zeitungen und Zeitschriften und setzte ihre schriftstellerische Tätigkeit fort. Nach dem Krieg kehrte sie mit Peter de Mendelssohn nach Berlin zurück und war dort als Theaterkritikerin aktiv und schrieb u. a. in der „Die Neue Zeitung“. Hilde Spiel zählte wie ihr Mann zu den Autoren der Zeitschrift „Der Monat“. Sie veröffentlichte dort insbesondere Artikel über die englische Literatur. Siehe zu Hilde Spiel die beiden autobiographischen Bände: *Die hellen und die finsternen Zeiten. Erinnerungen 1911-1946*, München 1989; *Welche Welt ist meine Welt? Erinnerungen 1946-1989*, Frankfurt a. M./Wien 1991.

¹⁰¹¹ Hilde Spiel, *Die hellen und die finsternen Zeiten. Erinnerungen 1911-1946*, S. 117.

¹⁰¹² Wolfgang Schivelbusch, *Vor dem Vorhang. Das geistige Berlin 1945-1948*, S. 244. Vgl. hierzu Peter de Mendelssohn, *Zeitungsstadt Berlin, Menschen und Mächte in der Geschichte der deutschen Presse*, Berlin 1959.

hineinführte, in ihren verschiedenen Phasen soweit wie möglich zu folgen und sich ein Bild zu verschaffen von der Gesamtkonzeption, die diese Planung beherrschte.“¹⁰¹³

Ab 1950 war er unter anderem für die von der amerikanischen Besatzungsmacht in Deutschland herausgegebene Tageszeitung „Neue Zeitung“ als Korrespondent in London tätig. Unter den zahlreichen in deutscher und englischer Sprache verfassten, vorwiegend literarischen Büchern ist vor allem seine Thomas Mann-Biographie zu nennen.¹⁰¹⁴ Peter de Mendelssohn erhielt im April 1975 den Thomas-Mann-Preis der Hansestadt Lübeck. Von 1975 bis zu seinem Tode war er Präsident der „Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung“. Er war seit 1970 Mitglied des P.E.N.-Zentrums der Bundesrepublik und erhielt mehrere Auszeichnungen: z. B. 1976 den Bayerischen Verdienstorden sowie 1979 das Große Bundesverdienstkreuz. Peter de Mendelssohn starb 74-jährig am 10. August 1982 in München.

Im „Monat“ schrieb Peter de Mendelssohn neben einem Beitrag über die BBC einerseits über soziale und politische Themen in Bezug auf England¹⁰¹⁵ und andererseits zu deutschlandspezifischen Themenkomplexen. Neben dem Wiederaufkommen des Nationalismus im Nachkriegsdeutschland¹⁰¹⁶ beschäftigte er sich mit der sogenannten Memoirenliteratur und den Intellektuellen. In seinem Beitrag „Die Verhinderten Hochverräter“ problematisierte er nicht zuletzt das vom ehemaligen Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes in der Zeit des Nazi-Regimes, Ernst von Weizsäcker, verfasste Buch „Erinnerungen“.¹⁰¹⁷

Peter de Mendelssohn beleuchtete intensiv das Verhältnis von Intellektuellen zum NS-System. Sein Beitrag „Gegenstrahlungen“, in dem er sich kritisch mit Ernst Jünger

¹⁰¹³ Peter de Mendelssohn, Die Nürnberger Dokumente. Studien zur deutschen Kriegspolitik 1937-45, Hamburg 1947, S. 15 f.

¹⁰¹⁴ Ders., Der Zauberer. Das Leben des deutschen Schriftstellers Thomas Mann, München 1975.

¹⁰¹⁵ BBC. Die Naturgeschichte eines Rundfunkmonopols, in: Heft 36 (1951), 3. Jg., S.594-605 sowie Heft 37 (1951), 4. Jg., S. 68-84; Vorsichtige Revolution ohne Tränen, in: Heft 43 (1952), 4. Jg., S. 83-87 (hierbei handelte es sich um die Rezension der Bücher: Karl Heinz Abshagen, Revolution ohne Tränen, Stuttgart [o. J.] sowie Ernest Watkins, The Cautious Revolution, London [o. J.]; Brief aus London: Die Herrschaft der Wenigen, in: Heft 48 (1952), 4. Jg., S. 581-588; Brief aus London: Unbehagen in Westminster, in: Heft 56 (1953), 5. Jg., S. 125-134. Vgl. hierzu auch Peter de Mendelssohn, Inselschicksal England. Schrittsteine der Geschichte, München 1965.

¹⁰¹⁶ Im Zwielficht der Begriffe, in: Heft 8/9 (1949), 1. Jg., S. 45-49. Hierbei handelte es sich um einen Beitrag im Rahmen des vom „Monat“ organisierten Symposiums „Erwacht Deutschland schon wieder? Der neue deutsche Nationalismus und seine Gefahren“. Siehe die Beiträge von Richard H. S. Crossmann, Raymond Aron, Dolf Sternberger, Paul Sering (d. i. Richard Löwenthal) u. a. im gleichen Heft.

¹⁰¹⁷ Siehe vor allem: Die Verhinderten Hochverräter. Wege und Irrwege neuerer deutscher Memoirenliteratur, in: Heft 29 (1951), 3. Jg., S. 495-509 (hierbei handelte es sich um die Rezension folgender Bücher: Vizeadmiral a. D. Kurt Abmann, Deutsche Schicksalsjahre. Historische Bilder aus dem zweiten Weltkrieg und seiner Vorgeschichte, Wiesbaden [o. J.]; Ernst von Weizsäcker, Erinnerungen, München [o. J.]; Erich Kordt, Nicht aus den Akten ... Die Wilhelmstraße in Krieg und Frieden. Erlebnisse, Begegnungen und Eindrücke 1928 bis 1945, Stuttgart [o. J.] sowie Heinz Guderian, Erinnerungen eines Soldaten, Heidelberg 1950). Auf diesen Rezensionsaufsatz gehe ich im Kapitel IV. 1. 7. „Die Memoirenliteratur und der deutsche Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Oder: das ‚Erinnerungsbuch‘ Ernst von Weizsäckers“ ausführlich ein.

auseinandersetzte,¹⁰¹⁸ mündete inhaltlich in das Kapitel „Über die Linie des Geringsten Widerstandes. Versuch über Ernst Jünger“ seines 1953 erschienenen Buches „Der Geist in der Despotie. Versuche über die moralischen Möglichkeiten des Intellektuellen in der totalitären Gesellschaft“.¹⁰¹⁹ Hierbei ging er der Frage der Rolle des Intellektuellen, seinen moralischen Möglichkeiten und moralischen Verpflichtungen in einer „totalitären Despotie“ nach und zwar anhand von Knut Hamsun, Jean Giono, Gottfried Benn¹⁰²⁰ und dem bereits genannten Ernst Jünger. Das Kapitel über Knut Hamsun erschien in einer stark gekürzten Fassung im „Monat“.¹⁰²¹ Auf dem Berliner „Kongress für kulturelle Freiheit“ im Juni 1950 betonte de Mendelssohn in seinem Vortrag „Die Versuchung des Intellektuellen“ die „magische Anziehungskraft“ geschlossener, totalitärer Denksysteme auf Intellektuelle.¹⁰²²

II. 4. 10. Herbert Lüthy

Mit knapp siebzig Veröffentlichungen zählte der Historiker, Essayist und freie Journalist Herbert Lüthy zu den zweifelsohne populärsten und einflussreichsten Autoren der Zeitschrift „Der Monat“. Parallel veröffentlichte er zahlreiche Beiträge in der französischen „Partnerzeitschrift“ „Preuves“, sodass er zu einem „der wichtigsten Verbindungsglieder dieses europäischen Zeitschriftennetzwerkes“ zählte.¹⁰²³

Herbert Lüthy wurde in Basel als Sohn eines Missionars am 15. Januar 1918 geboren und besuchte bis 1938 die Schulen in Glarus und St. Gallen. Während des Zweiten Weltkrieges studierte Lüthy in Zürich Geschichte, französische Sprache und Literatur und schloss das Studium 1943 mit einer Dissertation zum Thema „Die Tätigkeit der Schweizer

¹⁰¹⁸ Gegenstrahlungen. Ein Tagebuch zu Ernst Jüngers Tagebuch, in: Der Monat, Heft 14 (1949), 2. Jg., S. 149-174; hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: Ernst Jünger, Strahlungen, [Tübingen 1949].

¹⁰¹⁹ Der Geist in der Despotie. Versuche über die moralischen Möglichkeiten des Intellektuellen in der totalitären Gesellschaft; siehe hierzu François Bondy, Rebellen als Musterschüler. Zu zwei neuen Essaybänden, in: Der Monat, Heft 58 (1953), 5. Jg., S. 407-411 (hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches von de Mendelssohn sowie des Buches: Czeslaw Milosz, Verführtes Denken. Mit einem Vorwort von Karl Jaspers, Köln-Berlin 1953).

¹⁰²⁰ Auf meine Frage, warum der Beitrag über Knut Hamsun und nicht der über Gottfried Benn im „Monat“ veröffentlicht wurde, obwohl dieser in der Zeitschrift angekündigt wurde, sagte der Herausgeber Melvin J. Lasky in einem Gespräch mit dem Verfasser im November 2001 in Berlin, dass der Redaktion dieser Beitrag „politisch zu brisant“ erschien.

¹⁰²¹ Knut Hamsun. Erleuchtung und Verblendung des Zerrissenen, in: Der Monat, Heft 55 (1953), 5. Jg., S. 50-70.

¹⁰²² Die Versuchung des Intellektuellen, in: Heft 22/23, 2. Jg., S. 384-386.

¹⁰²³ So die Einschätzung von François Bondy. Zitiert nach Ulrike Ackermann, Sündenfall der Intellektuellen. Ein deutsch-französischer Streit von 1945 bis heute, a.a.O. S. 81.

Kaufleute und Gewerbetreibenden in Frankreich unter Ludwig XIV. und der Regentschaft“ ab.¹⁰²⁴ Nach Kriegsende lebte Herbert Lüthy bis 1958 in Paris und arbeitete in diesen Jahren nicht nur für die Zeitschriften „Monat“ und „Preuves“, sondern auch für den „Encounter“ sowie als Auslandskorrespondent für die Tageszeitung „Die Tat“. In dieser Zeit gab er einerseits einen Band mit Essays von Michel de Montaigne¹⁰²⁵ heraus und verfasste andererseits das Buch „Frankreichs Uhren gehen anders“,¹⁰²⁶ das die „innen- und aussenpolitischen Ausweglosigkeiten“ (Urs Bitterli) Frankreichs in den ersten Jahren der Vierten Republik zum Kernthema hatte und mit dem Lüthy einem breiten Publikum bekannt wurde, sowie in französischer Sprache seine zweibändige Habilitationsschrift, die finanzgeschichtliche Studie „La Banque protestante en France“.¹⁰²⁷ Ab 1958 lehrte Herbert Lüthy Geschichte an der Eidgenössischen Technischen Hochschule in Zürich und von 1971-80 an der Universität in Basel. Nach dem 1989 herausgegebenen kleinen Band „Tugend und Menschenrechte. Zur Topologie politischer Begriffssysteme“¹⁰²⁸ erschien zwei Jahre später sein Buch „Wo liegt Europa? Zehn Versuche zu den Umtrieben des Zeitgeistes“, der unter anderem einige frühere Aufsätze aus dem „Monat“ enthielt.¹⁰²⁹ Herbert Lüthy, der den Ruf besaß, der vielleicht „beste Historiker“ (Georg Kreis) der Schweizer Nachkriegszeit¹⁰³⁰ gewesen zu sein, lebte bis zu seinem Tod im Alter von 84 Jahren am 16. November 2002 mit seiner Frau in Basel.¹⁰³¹

Als politisch interessierter Zeitzeuge beschäftigte sich Herbert Lüthy in den vierziger Jahren mit den weltgeschichtlichen Ereignissen des durch den deutschen Nationalsozialismus entfesselten Angriffskrieges auf die Sowjetunion. Seine „Kleine Wochenschau“ unterrichtete die Leser in der Samstagsausgabe des „St. Galler Tageblatt“ von September 1942 bis Dezember 1943 über „einen ganz bestimmten Abschnitt des zweiten Weltkrieges, jene Zeit von den ‚stehenden Schlachten von Stalingrad und El Alamein bis zu den Konferenzen um

¹⁰²⁴ So Herbert Lüthy in einem Gespräch mit dem Verfasser im Juli 2001 in Basel.

¹⁰²⁵ Montaigne, Michel de, Essais. Auswahl und Übersetzung von Herbert Lüthy, Zürich 1953.

¹⁰²⁶ Herbert Lüthy, Frankreichs Uhren gehen anders, Zürich u. a. 1954.

¹⁰²⁷ Ders., La banque protestante en France de la révocation de l' Edit de Nantes à la Révolution. 2 Bde., Dispersion et regroupement (1685-1730), Bd. 1, Paris 1959; De la banque aux finances (1730-1794), Bd. 2, Paris 1961.

¹⁰²⁸ Ders., Tugend und Menschenrechte. Zur Topologie politischer Begriffssysteme, Zürich 1989.

¹⁰²⁹ Ders., Wo liegt Europa? Zehn Versuche zu den Umtrieben des Zeitgeistes, Zürich 1991. Der Band enthielt folgende frühere Veröffentlichungen aus dem „Monat“: „Als Zeus Europa lieb gewann. [Die ‚Integration‘ und die ‚Konföderation‘]“; „Montaigne oder die Wahrhaftigkeit“; „Arte povera“; „Wozu Geschichte“ sowie „1914. Das Ende einer Welt“.

¹⁰³⁰ Zur politisch-historischen Entwicklung der Schweiz im Allgemeinen und im 20. Jahrhundert im Besonderen vgl. ders., Die Schweiz als Antithese, Zürich 1969.

¹⁰³¹ Kurz vor dem Tod konnte Herbert Lüthy noch erleben, wie die beiden ersten Bände einer Werkausgabe erschienen, die im Jahre 2005 mit der Veröffentlichung des siebten Bandes abgeschlossen wurde. Vgl. Herbert Lüthy, Werkausgabe. Edition von Irene Riesen/Urs Bitterli, 7 Bde., Zürich 2002-2005.

Teheran, in der die Entscheidung des Krieges schon mit Händen greifbar und doch, durch keine Evidenz unleugbarer Umwälzungen erwiesen, noch in unendlicher Ferne schien..., in der alle Uhren falsch gingen und viel von ‚zwölf Uhr‘ die Rede war, aber niemand wußte, wie spät es sei – kurz : die Zeit des Nervenkrieges.“¹⁰³² Vor dem Hintergrund der Thematisierung der Bedeutung des NSDAP-Parteiprogramms und seiner Feststellung, dass die nationalsozialistische Bewegung insbesondere von der „verzweifelten Begeisterung des deutschen Mittelstandes zur Macht getragen wurde“, ¹⁰³³ kam Herbert Lüthy im Kontext der Auseinandersetzung mit dem deutschen „Kreuzzug gegen den Bolschewismus“¹⁰³⁴ beispielsweise auch auf die „nationale Unterdrückung, Menschenjagd und Massendeportation von Arbeitskräften nach dem Osten“ innerhalb der besetzten Länder¹⁰³⁵ und die ‚Austilgung des Judentums‘¹⁰³⁶ zu sprechen. Kurz vor dem Ende des Zweiten Weltkrieges veröffentlichte Herbert Lüthy den Artikel „Hitler und sein Reich“, in dem er auch und vor allem die nationalsozialistische Terrorpolitik nach dem Reichstagsbrand am 27. Februar 1933 (auch mit Blick auf die sogenannte Schutzhaft und die Errichtung der ersten Konzentrationslager) und die Unterstützung der „Hitlerbewegung“ durch die konservative Elite in den Kreisen der Wirtschaft, des Staates und der Wehrmacht thematisierte.¹⁰³⁷ Darüber hinaus untersuchte er nach dem alliierten Sieg gegen Deutschland die geistige und politische Topographie in der sich herauskristallisierenden bipolaren Weltordnung.¹⁰³⁸

¹⁰³² Ders., Fünf Minuten vor zwölf. Feldzüge und Konferenzen von Stalingrad bis Teheran, St. Gallen 1944, S. 5 f. Bei diesem „Tagebuch der Eindrücke und Reflexionen eines Zeitgenossen“ überrascht bei der heutigen Lektüre die große Genauigkeit und Sensibilität des Zeitzeugen Lüthy für historische Ereignisse fernab von den eigentlichen „stehenden Schlachten“. So ging er beispielsweise in den Berichten vom 12. September 1942 auf die Verfolgungen und Deportationen der französischen Juden der deutschen Besatzungsbehörde und der Vichyregierung unter Marshall Pétain ein sowie auf Proteste u. a. der französischen Kirche (siehe ebenda S. 25). Zu den Implikationen der Judenverfolgung und -deportation schrieb Lüthy am 19. September 1942: „Wer die Freiheit und Menschenwürde einer Minderheit preisgibt, gibt seine eigene Freiheit und Menschenwürde preis. Vor wenigen Wochen wurden ‚nur die Juden‘ aus ‚Vichy-Frankreich‘ deportiert; nun droht jedem Franzosen von siebzehn bis fünfzig, jeder Französin von einundzwanzig bis fünfunddreißig Jahren die Deportation.“ (ebenda, S. 28)

¹⁰³³ Ebenda, S. 227.

¹⁰³⁴ Ebenda, S. 291.

¹⁰³⁵ Ebenda, S. 185.

¹⁰³⁶ Ebenda, S. 37.

¹⁰³⁷ Siehe ders., Adolf Hitler †, in: ders., Nach dem Untergang des Abendlandes. Zeitkritische Essays, Köln 1964, S. 17-24.

¹⁰³⁸ Siehe grundsätzlich ders., Bis zur Neige. Epilog des zweiten Weltkrieges 1944/45, St. Gallen 1945. Aus diesem Buch erschienen als Fragmente: „Die Verheerungen des Krieges“ in: ders., Nach dem Untergang des Abendlandes. Zeitkritische Essays, S. 50-79 sowie „Der Friede, der keiner war“, in: ebenda, S. 80-101. Siehe zudem ders., Fragmente zu einem Instrumentarium des geistigen Terrors, in: ebenda, S. 25-49.

Neben diversen Artikeln zur Geschichte, zur internationalen Politik und einer Veröffentlichung zu Michel de Montaigne¹⁰³⁹ stand bei Herbert Lüthy im „Monat“ auch die kritische Auseinandersetzung mit den Themen Europa,¹⁰⁴⁰ Nationalismus,¹⁰⁴¹ Intellektuelle,¹⁰⁴² Nationalsozialismus¹⁰⁴³ sowie (Sowjet-)Kommunismus¹⁰⁴⁴ – einschließlich der (vergleichbaren) Verbrechensdimensionen der beiden totalitären Herrschaftssysteme¹⁰⁴⁵ – im Vordergrund. Gleichwohl rückten in erster Linie die innen- und außenpolitischen Zustände Frankreichs in das Zentrum seiner Beiträge.¹⁰⁴⁶ In diesem Zusammenhang beschäftigte er sich in seinen kritischen Untersuchungen mit der Regierungspolitik,¹⁰⁴⁷ der französischen Kolonialpolitik,¹⁰⁴⁸ der rechtsradikalen Bewegung von Pierre Poujade¹⁰⁴⁹ und insbesondere

¹⁰³⁹ Montaigne oder die Wahrhaftigkeit, in: Der Monat, Heft 54 (1953), 5. Jg., S. 599-615; hierbei handelte es sich um die Einführung zu der Veröffentlichung: Aus den „Essais“, in: ebenda, S. 615-628 [einer Auswahl von Texten aus dem Buch: Michel de Montaigne, Essais. Auswahl und Übersetzung von Herbert Lüthy, Zürich 1953].

¹⁰⁴⁰ Siehe exemplarisch: Wirtschaftseinheit – oder was sonst?, in: Der Monat, Heft 55 (1953), 5. Jg., S. 26-44.

¹⁰⁴¹ Rehabilitation des Nationalismus, in: Der Monat, Heft 141 (1960), 12. Jg., S. 5-13.

¹⁰⁴² Siehe besonders: Vom armen Bert Brecht, in: Heft 44 (1952), 4. Jg., S. 115-144; Der Theologe unterm Schachbrett. Über den Schriftsteller Walter Benjamin, in: Heft 93 (1956), 8. Jg., S. 67-72 sowie Rivarols Jünger – oder Jüngers Rivarol?, in: Der Monat, Heft 101 (1957), 9. Jg., S. 56-70.

¹⁰⁴³ Der Führer persönlich. Gedanken beim Lesen zweier Biographien, in: Der Monat, Heft 62 (1953), 6. Jg., S. 149-161; hierbei handelte es sich um die Rezension der Bücher: Alan Bullock, Hitler, A Study in Tyranny, London (o. J.) bzw. der dt. Ausgabe: Hitler. Eine Studie über die Tyrannei, Düsseldorf (o. J.) sowie Walter Görlitz/Herbert A. Quint, Adolf Hitler. Eine Biographie, Stuttgart (o. J.). Auf den Rezensionsaufsatz gehe ich im Kapitel IV. 1. „Analyse des Nationalsozialismus“ ein.

¹⁰⁴⁴ Siehe besonders die Veröffentlichungen im Kontext des „Rousset-Prozesses“: David Rousset contra „Lettres Françaises“. Ein großer Prozeß vor einem kleinen Tribunal, in: Heft 28 (1951), 3. Jg., S. 349-354 sowie Brief aus Paris: David Roussets „Je propose...“. Die Untersuchung der Verschlepptenlager durch Verschleppte, in: Heft 16 (1950), 2. Jg., S. 353-356; Vgl. hierzu auch das Kapitel III. Exkurs: „Die frühe Totalitarismuskritik in Frankreich. Der Kravchenko- und Rousset-Prozess, die sowjetischen Lager und die französische Linke“.

¹⁰⁴⁵ Obwohl Herbert Lüthy sich mit den totalitären Herrschaftssystemen des Nationalsozialismus und des Sowjetkommunismus auch in vergleichender Perspektive auseinandersetzte, war er gleichwohl kein „Anhänger“ der klassischen Totalitarismustheorie, weil sie ihm nicht geeignetes Instrument erschien, die spezifischen Besonderheiten der beiden Regime auf den Begriff zu bringen. Die Veröffentlichungen beispielsweise der ihm persönlich bekannten Theoretiker Hans Kohn und Hannah Arendt wurden von ihm in den 1940er bzw. 1950er Jahren auch nicht rezipiert. Mitteilung von Herbert Lüthy in einem Gespräch mit dem Verfasser in Basel im Juli 2001.

¹⁰⁴⁶ Siehe grundsätzlich: Die Vierte Republik. Von Charles de Gaulle zu Henri Queuille, in: Heft 8/9, (1949) 1. Jg., S. 120-134 sowie Die Vierte Republik. Frankreich seit seiner Befreiung, in: Heft 10 (1949), 1. Jg., S. 39-48. Vgl. hierzu Herbert Lüthy, Frankreichs Uhren gehen anders, Zürich u. a. 1954; das Buch entstand aus den beiden zuerst im „Monat“ publizierten „kritischen Essays“. Siehe auch: Vier Jahre später. Frankreichs Uhren gehen immer noch anders, in: Heft 114 (1958), 10. Jg., S. 33-43 (hierbei handelte es sich um das Nachwort der Neuauflage des Buches, das im gleichen Jahr erschien).

¹⁰⁴⁷ Siehe besonders: Brief aus Paris: Stabilität oder Stagnation. Die innenpolitische Situation Frankreichs, in: Heft 35 (1951), 3. Jg., S. 465-476; Brief aus Paris: Mendes-France als Liquidator. Frankreichs Rückkehr zur „Realpolitik“, in: Heft 73 (1954), 7. Jg., S. 4-14 sowie Brief aus Paris: Frankreich persönlich? Zu den Memoiren des General Charles de Gaulle, in: Heft 98 (1956), 9. Jg., S. 11-22.

¹⁰⁴⁸ Siehe besonders: Das überseeische Frankreich. Ein Kolonialreich in der Krise, in: Heft 14 (1949), 2. Jg., S. 175-186; Brief aus Tunis: Nordafrika wird mündig, in: Heft 47 (1952), 4. Jg., S. 498-515; Ruhm und Ende der Kolonisation, in: Heft 106 (1957), 9. Jg., S. 26-39 sowie Frankreichs Hauptstadt: Algier. Algerien desintegriert das Mutterland, in: Heft 118 (1958), 10. Jg., S. 22-35.

¹⁰⁴⁹ Siehe Aufstand in der Wüste. Pierre Poujade und seine „Bewegung“, in: Heft 80 (1955), 7. Jg., S. 119-127 sowie Heil Poujadolf?, in: Heft 90 (1956), S. 3-12.

mit der politischen Linken sowie ihren einflussreichen französischen Intellektuellen – wie beispielsweise Jean-Paul Sartre.¹⁰⁵⁰

¹⁰⁵⁰ Siehe besonders: Brief aus Paris: Frankreichs heimatlose Linke, in: Heft 19 (1950), 2. Jg., S. 8-17 sowie Jean-Paul Sartre und das Nichts, in: Heft 83 (1955), 7. Jg., S. 407-414. Vgl. hierzu auch das Kapitel III. Exkurs: „Die frühe Totalitarismuskussion in Frankreich. Der Kravchenko- und Rousset-Prozess, die sowjetischen Lager und die französische Linke“.

II. 5. Warum hat Franz Neumann nicht im „Monat“ geschrieben? Ein „Negativporträt“

Im Anschluss an die Porträts von den zehn Autoren des „Monat“ soll in diesem „Negativporträt“ versucht werden, eine Antwort darauf zu finden, warum der renommierte NS-Forscher Franz Neumann nicht im „Monat“ geschrieben hat, obwohl er im Laufe der Jahre bis zu seinem Tod im Jahre 1954 prädestiniert gewesen wäre in der Zeitschrift vom Herausgeber und Chefredakteur Melvin J. Lasky zu publizieren. Abgesehen von der persönlichen Lebensgeschichte von Franz Neumann ist damit besonders folgender Sachverhalt gemeint: Erstens die wissenschaftlichen Veröffentlichungen, die im Grunde genommen von Anfang an den Totalitarismus als Herrschaftsregime in den Blick nahmen und in denen nach Kriegsende aus einer analytischen Perspektive heraus ein expliziter und impliziter Vergleich zwischen Nationalsozialismus und Sowjetkommunismus gezogen wurde, zweitens seine Mitarbeit für den Regierungsapparat der Vereinigten Staaten im und nach dem Zweiten Weltkrieg, drittens seine persönlichen Kontakte zu einflussreichen Autoren des „Monat“ – wie zum Beispiel Franz Borkenau und Richard Löwenthal – sowie viertens die Tatsache, dass der Emigrant und ehemalige Mitarbeiter des „New Yorker Instituts für Sozialforschung“ seit den späten vierziger Jahren eine zentrale Rolle bei der Gründung von Forschungseinrichtungen in Berlin spielte und entscheidenden Anteil an der Etablierung der politischen Wissenschaft als „Demokratiewissenschaft“ in Deutschland hatte.

Nachdem Franz Neumann am 2. September 1954 bei einem Autounfall in der Schweiz im Alter von vierundfünfzig Jahren ums Leben gekommen war, hielt Ernst Fraenkel,¹⁰⁵¹ sein jüdischer Freund, Kollege und politischer „Kampfgefährte“ aus den Jahren der Weimarer Republik, eine Gedenkrede im Jahre 1955 in der Deutschen Hochschule für Politik in Berlin. Im Hinblick auf Neumanns Mitarbeit als „Syndikus“ für die Gesamtpartei der SPD seit Mitte 1932 sagte er:

„In dieser Eigenschaft hat der Verfassungsanwalt mit verzweifelter Mut gegen Presseverbote, Versammlungsaufösungen, Verhaftungen, Beamtenentlassungen und ähnliche Willkürakte der Regierungen Papen, Schleicher und Hitler gekämpft. Obgleich politisch gefährdet und als Jude bedroht, blieb Neumann auf seinem Posten, bis am 2. Mai 1933 die SA das im Metallarbeiterhaus in der Alten Jakobstraße gelegene Anwaltsbüro besetzte. Weitere Tätigkeit in Deutschland war sinnlos geworden. Mit den Worten ‚Mein Bedarf an

¹⁰⁵¹ Wie bereits gesagt, hatte der 1938 in die Vereinigten Staaten emigrierte Ernst Fraenkel mit seiner 1941 in New York erschienenen empirisch ausgerichteten Studie „The Dual State“ eine der ersten wissenschaftlichen Bücher über die Herrschaftsstruktur des „Dritten Reiches“ veröffentlicht, die in der analytischen Unterscheidung des Nebeneinanders von „Maßnahmenstaat“ sowie „Normenstaat“ zu einem Klassiker der NS-Forschung avancierte.

Weltgeschichte ist gedeckt‘, verabschiedete er sich von dem Anwaltspartner und Weggenossen vierzehnjährigen gemeinsamen Strebens und Bemühens. Eine glänzende Karriere war zerstört, der Kampf um ein soziales Arbeitsrecht verloren, der Rechtsstaat zerbrochen, die Demokratie vernichtet ... Mittellos ist Franz Neumann damals nach England emigriert...¹⁰⁵²

Franz Neumann wurde im Jahre 1900 als Sohn jüdischer Eltern – der Vater war Handwerker und Kleinhändler – im oberschlesischen Kattowitz geboren. Im Alter von 18 Jahren begann er in Breslau mit dem Studium der Rechtswissenschaft, der Philosophie und der Ökonomie und wechselte 1919, nachdem er aktiv als Mitglied einer Sozialistischen Studentengruppe 1918 die Barrikadenkämpfe der aufständischen Soldaten und Arbeiter in Leipzig unterstützt hatte, an die Universität Frankfurt/Main. Dort schloss er mit Leo Löwenthal und Ernst Fraenkel Freundschaft. Insbesondere die in der Weimarer Republik stark aufgeladenen Themen Arbeitsrecht und Wirtschaftsdemokratie gerieten in den theoretischen Scheinwerfer von Franz Neumann, der sich bereits 1919 für eine Mitgliedschaft in der sich für politische und soziale Reformen einsetzenden SPD und mithin gegen die KPD entschied. 1923 promovierte er mit dem Thema „Rechtsphilosophische Einleitung zu einer Untersuchung über das Verhältnis von Staat und Strafe“ an der Juristischen Fakultät der Frankfurter Universität. Von 1923 bis 1927 folgte im Rahmen der Referendarausbildung die sowohl politische als auch theoretische Mitarbeit als Assistent von Hugo Sinzheimer, der zu den geistig-politischen Begründern des Weimarer Arbeitsrechts sowie zu einem der Väter der Verfassung der ersten Republik in Deutschland zählte.

Im darauffolgenden Jahr übersiedelte Franz Neumann nach Berlin und eröffnete mit Ernst Fraenkel eine Rechtsanwaltskanzlei und wurde zudem Syndikus der Baugewerkschaft sowie anderer Gewerkschaften, die er insbesondere in zahlreichen Prozessen vor dem Reichsarbeitsgericht in Leipzig vertrat. Im Bewusstsein der existentiellen persönlichen Gefahr angesichts der Gefahr einer Machteroberung der „Hitlerbewegung“ kämpfte Franz Neumann als „politischer Anwalt“ indes auch und vor allem – wie es Ernst Fraenkel mitteilte – gegen verschiedene Willkürakte der Preußischen Regierung sowie der Reichsregierung. Nachdem der Nationalsozialismus am 30. Januar 1933 tatsächlich an die Schalthebel der staatlichen Macht kam, wurde dem „Überzeugungsrepublikaner“ (Helge Pross) Anfang April 1933 die Zulassung als Rechtsanwalt entzogen; als Jude sowie aktiver politischer Gegner der

¹⁰⁵² Ernst Fraenkel, Gedenkrede auf Franz L. Neumann, in: ders., Reformismus und Pluralismus. Materialien zu einer ungeschriebenen politischen Autobiographie, Hamburg 1973, S. 168-179 (hier S. 175).

nationalsozialistischen Politik wurde er am 30. April verhaftet.¹⁰⁵³ Nachdem dann die SA unter anderem am 2. Mai 1933 die Gewerkschaftshäuser stürmte und sein Anwaltsbüro besetzte, entschied sich Franz Neumann Deutschland zu verlassen und emigrierte – mit seiner damaligen Ehefrau Inge und dem kleinen Sohn Thomas – nach England.¹⁰⁵⁴ Seitdem fragte er sich persönlich und stand für ihn *grosso modo* in seinen wissenschaftlichen Arbeiten die Frage im Zentrum, wie der Nationalsozialismus in Deutschland „die Herrschaft übernehmen konnte“.¹⁰⁵⁵

Neumanns erster im Londoner Exil gegen den Nationalsozialismus veröffentlichter Artikel „The Decay of German Democracy“ aus dem Jahre 1933 zählt zu seinen „Aufklärungsschriften“, mit denen er zum einen seine Gegnerschaft zum totalitären Staat zum Ausdruck brachte sowie zum anderen eine frühzeitige historisch-theoretische Erklärung der Machteroberung der „Hitlerbewegung“ lieferte:

„Die These dieses Aufsatzes ist“, so Franz Neumann, „daß die nationalsozialistische Revolution eine Konterrevolution der monopolisierten Industrie und der Großgrundbesitzer gegen Demokratie und gesellschaftlichen Fortschritt ist; daß diese Revolution nur deshalb erfolgreich war, weil die Struktur und die Praxis der Weimarer Verfassung sie begünstigten; daß die Revolution weitgehend durch die Entstehung eines Anti-Staates ermöglicht wurde, den der demokratische Staat duldete, obwohl er geschaffen wurde, um die Demokratie zu zerstören; daß die Sozialdemokratische Partei und die Freien Deutschen Gewerkschaften, die als einzige Kräfte die parlamentarische Demokratie verteidigten, zu schwach waren, um dem Nationalsozialismus zu widerstehen, und daß ihre Schwäche sowohl unvermeidlich wie selbstverschuldet war.“

Und an anderer Stelle hieß es wie folgt:

¹⁰⁵³ Vgl. Peter Intelmann, Chancen und Dilemma des politischen Reformismus, Baden-Baden 1996, S. 30 f. Bei dieser Studie handelt es sich um eine hervorragende, mit wissenschaftlicher Akkuratessse erstellte Werkbiographie Franz Neumanns, die für dieses „Negativporträt“ eine zentrale Bedeutung besitzt. Vgl. auch zu Franz Neumann grundsätzlich den informativen, hoffentlich bald auf den neuesten Forschungsstand gebrachten Band: Alfons Söllner, Neumann zur Einführung, Hannover 1982; zudem ders., Franz L. Neumann – Skizzen zu einer intellektuellen und politischen Biographie, in: Franz L. Neumann. Wirtschaft, Staat, Demokratie. Aufsätze 1930 – 1954, Frankfurt a. M., S. 7-56 sowie ders., Neumann als Archetypus – die Formierung des *political scholar* im 20. Jahrhundert, in: Matthias Iser/David Strecker (Hg.), Kritische Theorie der Politik. Franz Neumann – eine Bilanz, Baden-Baden 2002, S. 39-55.

¹⁰⁵⁴ Vgl. in diesem Zusammenhang die grundsätzlichen Reflexionen zur Bedeutung der Emigration für Intellektuelle von Franz Neumann in dem Aufsatz „Intellektuelle Emigration und Sozialwissenschaft“ aus dem Jahre 1952, die indes als lebensgeschichtliche Erfahrung von Franz Neumann gelesen werden können, in: Franz L. Neumann. Wirtschaft, Staat, Demokratie. Aufsätze 1930-1954, Frankfurt a. M. 1978, S. 402-423 (hier S. 409-415).

¹⁰⁵⁵ So Helge Pross in den einleitenden Worten in: Franz Neumann, Demokratischer und autoritärer Staat. Studien zur politischen Theorie, Frankfurt a. M. 1986, S. 9-27 (hier S. 11).

„Die deutsche Demokratie hat Selbstmord verübt und ist gleichzeitig ermordet worden. Diese Demokratie ohne Demokraten endete mit der Ernennung Hitlers zum Kanzler am 30. Januar 1933.“¹⁰⁵⁶

Im Londoner Exil ging es Franz Neumann alsbald darum, die vereinzelt und sozusagen vom Nationalsozialismus politisch geschlagenen Emigranten zusammenzuführen. Die zahlreichen nach England geflohenen Sozialisten und ehemalige Kommunisten – wie zum Beispiel Karl Korsch und Franz Borkenau – gehörten zu einem politisch-theoretischen Diskussionszirkel, der von Neumann ins Leben gerufen wurde.¹⁰⁵⁷ Im Wesentlichen widmete er sich allerdings seinem Studium der Politikwissenschaft und Soziologie an der London School of Economics. Durch die Vermittlung von Harold Laski – dem zu diesem Zeitpunkt von der marxistischen Theorie beeinflussten führenden Theoretiker der Labor Party – erhielt er ein Stipendium und weitere Hilfeleistungen jüdischer Organisationen. 1936 schloss er sein Studium mit der Promotionarbeit „The Governance of the Rule of Law. An Investigation into the Relationship between the Political Theories, the Legal System and the Social Background in the Competitive Society“ bei Laski ab, die unveröffentlicht blieb, aber nichtsdestotrotz für seine Studie „Behemoth“ von fundamentaler Bedeutung sein sollte.¹⁰⁵⁸ Vermittels der Kontakte zu Max Horkheimer avancierte Neumann im Laufe des Jahres 1936 zum Mitarbeiter

¹⁰⁵⁶ Franz L. Neumann, *The Decay of German Democracy* (dt.: *Der Niedergang der deutschen Demokratie*), in: ders., *Wirtschaft, Staat, Demokratie. Aufsätze 1930-1954*, S. 103-123 (Zitate S. 104 sowie S. 119).

¹⁰⁵⁷ Vgl. im Einzelnen Peter Intelmann, *Chancen und Dilemma des politischen Reformismus*, S. 34 f.

¹⁰⁵⁸ Zur Promotionsarbeit schreibt Rolf Wiggershaus, *Die Frankfurter Schule. Geschichte – Theoretische Entwicklung – Politische Bedeutung*, München 1991, S. 253 f.: „Das Buch – methodisch vor allem Karl Mannheim, Max Weber und Marx und inhaltlich vor allem Harold Laski verpflichtet – bestand im Wesentlichen aus zwei großen Teilen. Im ersten, ideengeschichtlichen Teil untersuchte Neumann politische Theorien von Thomas von Aquin bis Hegel unter dem Gesichtspunkt, wie sie das Verhältnis zwischen Souveränität des Staates und Freiheit des Individuums sahen. Im zweiten rekonstruierte er am Beispiel Englands und Deutschlands, wie im 19. und 20. Jahrhundert das Verhältnis zwischen Wirtschaftssystem, politischem System und Rechtssystem aussah – geleitet von den Fragen, was sich daraus für die Einschätzung der Rolle des Rechts und für die Chancen einer annähernden Versöhnung von Staatssouveränität und individueller Freiheit lernen ließ“. Und vor dem Hintergrund der Neumannschen Ansicht, dass der liberale Rechtsstaat durchaus „progressive Elemente“ entwickelt hatte, schrieb Wiggershaus, dass ebendiese „unverzichtbare Bestandteile eines jeden die Freiheit des Individuums ernst nehmenden Staates bilden mußten: ‚Generalität des Gesetzes, Unabhängigkeit des Richters, Teilung der Gewalten – dies sind Prinzipien, die die Bedürfnisse des Konkurrenzkapitalismus übersteigen, weil sie die persönliche Freiheit sichern. Sie verhüllen zwar die wirkliche Macht einer bestimmten Gesellschaftsschicht und sie machen die Austauschprozesse berechenbar, aber sie schaffen eben persönliche Freiheit und Sicherheit auch für den Armen. (...) Wir wiederholen noch einmal, daß alle drei Funktionen in der Epoche des Konkurrenzkapitalismus realisiert worden sind. Wichtig ist auch, sie voneinander zu unterscheiden. Hält man sie nämlich nicht auseinander und erblickt in der Gesetzesgeneralität nichts als ein Erfordernis der kapitalistischen Ökonomie, dann natürlich muß man mit Carl Schmitt folgern, daß alle diese Prinzipien, die Generalität des Gesetzes, die richterliche Unabhängigkeit, die Teilung der Gewalten, vernichtet werden müssen, wenn der Kapitalismus zugrunde geht.‘ (...) Neumanns Buch schien so zu besagen: Hoffnung gab es nur, wenn noch einmal so etwas wie ein liberaler Rechtsstaat zustande kam mit einer herrschenden Schicht, die vor der faschistischen Lösung zurückschreckte. Ähnlich wie sein Lehrer Laski blieb Neumann, obwohl nun auf der Ebene gesellschaftstheoretischer Analyse marxistisch denkend, politisch ein Reformist, der alles von einer besseren Politik der Organisationen der Arbeiterbewegung unter wiederhergestellten rechtsstaatlichen Bedingungen erhoffte.“

des von Frankfurt nach New York übergesiedelten „Instituts für Sozialforschung“. Im Rahmen der „Instituts-Vorlesungen“ hielt er im Winter 1936/37 in der Extension Division der Columbia University Vorlesungen über den totalitären Staat, die bei den Studenten großen Anklang fanden. Neben mehreren Rezensionen in der „Zeitschrift für Sozialforschung“ veröffentlichte er in den kommenden Jahren in ebenjener „Institutszeitschrift“ ein „Konzentrat“ (Rolf Wiggershaus) seiner Dissertation unter dem Titel „Der Funktionswandel des Gesetzes im Recht der bürgerlichen Gesellschaft“ (1937) sowie den Aufsatz „Types of Natural Law“ in den *Studies in Philosophy and Social Sciences* (1940). Im September 1939 wurde er mit der Entscheidung des Leiters des Institutes für Sozialforschung,¹⁰⁵⁹ Max Horkheimer, konfrontiert, dass er die Forschungsstätte zum 1. Oktober 1940 verlassen müsse.¹⁰⁶⁰

Zu diesem Zeitpunkt arbeitete Franz Neumann fast ausschließlich an der politischen, ökonomischen, sozialen und ideologischen Strukturanalyse des Nationalsozialismus. In seinem zuerst 1942 dann in erweiterter Form 1944 in New York erschienenen und nach einer Gestalt aus der jüdischen Mythologie benannten Buch „Behemoth“ interpretierte er das NS-Regime als einen zur „Herrschaft der Gesetzlosigkeit“ mutierenden „Unstaat“, in dem unmittelbar nach Hitlers Machtübernahme Staat und NSDAP um die Durchsetzung ihres Totalitätsanspruch kämpften.¹⁰⁶¹ Franz Neumann zufolge hatte sich aus diesem Gegensatz von „totalitärem Staat“ (Leviathan) und „totalitärer Bewegung“ (Behemoth) mit Beginn des Zweiten Weltkrieges eine neue Gesellschaftsform herausgebildet, in der die herrschenden Gruppen die Bevölkerung qua Propaganda und Gewalt „direkt kontrollierten – ohne die Vermittlung durch den wenigstens rationalen, bisher als Staat bekannten Zwangsapparat.“¹⁰⁶²

Franz Neumanns Analyse des NS-Systems ging davon aus, dass die einheitliche Staatsgewalt seit 1933 Schritt für Schritt zerfallen sei und stattdessen vier Gruppen unter- und

¹⁰⁵⁹ Zu den unterschiedlichen Forschungsansätzen und Analysen in Bezug auf den Nationalsozialismus und mithin zur Kontextualisierung von Franz Neumanns „Behemoth“ im „Horkheimer-Institut“ vgl. Helmut Dubiel/Alfons Söllner, Die Nationalsozialismusforschung des Instituts für Sozialforschung – ihre wissenschaftliche Stellung und ihre gegenwärtige Bedeutung, in: dies. (Hg.), *Wirtschaft, Recht und Staat im Nationalsozialismus*, Frankfurt a. M. 1984, S. 7-31.

¹⁰⁶⁰ Vgl. Rolf Wiggershaus, *Die Frankfurter Schule. Geschichte – Theoretische Entwicklung – Politische Bedeutung*, S. 257.

¹⁰⁶¹ Vgl. Franz Neumann, *Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933–1944*, a.a.O., S. 75 ff und S. 90-93 (Zitat S. 16).

Ich stütze mich bei der Interpretation der Studie auf Gert Schäfer, *Franz Neumanns Behemoth und die heutige Faschismuskritik*, in: ebenda, S. 663-776 sowie besonders auf Armin Nolzen, *Franz Leopold Neumanns „Behemoth“*. Ein vergessener Klassiker der NS-Forschung, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History* 1 (2004), S. 150-153.

¹⁰⁶² Vgl. Franz Neumann, *Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933–1944*, a.a.O., S. 505-530 (Zitat S. 543).

miteinander um die Macht im Staate konkurrierten. Als neue, die Bevölkerung unmittelbar beherrschende Machtblöcke hätten sich NSDAP, Ministerialbürokratie, Wehrmacht und Wirtschaft herauskristallisiert.¹⁰⁶³ Neumann zufolge waren diese Herrschaftsträger in sich souverän und der Prozess der politischen Willensbildung im „Behemoth“ basierte auf unregelmäßigen Absprachen zwischen den einzelnen Akteuren. Alle notwendigen politischen Maßnahmen beruhten auf stets neu auszuhandelnden Kompromissen zwischen den Funktionseliten der NSDAP, der Ministerialbürokratie, der Wehrmacht und der Wirtschaft. Hierbei bildete die NSDAP das dynamischste Element. Sie stellte für Neumann eine riesige Bürokratie dar und besaß die Funktion, den personellen „Erneuerungsprozess der herrschenden Klasse“ zu koordinieren.¹⁰⁶⁴ Zu diesem Zweck habe sich die NSDAP nach und nach völlig unabhängig von der staatlichen Verwaltung gemacht und verfolgte das Ziel, den öffentlichen Dienst mit zuverlässigen Parteigängern zu durchdringen und gleichzeitig die Beamtenschaft im Sinne der NS-Ideologie zu indoktrinieren.¹⁰⁶⁵ Für Neumann war die NSDAP 1944 zur bestimmenden politischen Kraft des NS-Staats geworden.¹⁰⁶⁶

Im Rahmen seiner Theorie des auf vier Säulen basierenden NS-Regimes rückte Neumann indes das Wirtschaftssystem in den Mittelpunkt seiner Betrachtungen, das für ihn weniger ideologisch als von seiner größtmöglichen Effizienz und Produktivität für die Kriegsführung beherrscht wurde. Er beschrieb es als eine Monopol- und Befehlswirtschaft, in der die Selbstverwaltung der Wirtschaft nicht angetastet worden sei.¹⁰⁶⁷ „Im Gegenteil: Die Ministerialbürokratie habe die ökonomische Selbstverwaltung zusätzlich gestärkt, indem sie die Bildung von Monopolen in der Wirtschaft durch gesetzliche Eingriffe begünstigt habe.“¹⁰⁶⁸ Der „totalitäre Monopolkapitalismus“, wie Neumann das nationalsozialistische Wirtschaftssystem charakterisierte, war hierbei funktionaler Bestandteil des auf systematische Machterweiterung ausgerichteten Regimes: „Die Triebkraft des ökonomischen Systems“ war indes der „aggressive, imperialistische expansionistische Geist des deutschen Großkapitals.“¹⁰⁶⁹ Das nationalsozialistische Deutschland musste für Neumann

¹⁰⁶³ Vgl. ebenda, S. 541-550.

¹⁰⁶⁴ Vgl. ebenda, S. 107-113, S. 434-440, S. 461ff. (Zitat S. 461).

¹⁰⁶⁵ Vgl. ebenda, S. 90-104, S. 430-434, S. 440-444.

¹⁰⁶⁶ Vgl. ebenda, S. 562-572.

¹⁰⁶⁷ Vgl. zum Folgenden ebenda, S. 269-422.

¹⁰⁶⁸ Armin Nolzen, Franz Leopold Neumanns „Behemoth“. Ein vergessener Klassiker der NS-Forschung, a.a.O., S. 152.

¹⁰⁶⁹ Franz Neumann, Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933–1944, a.a.O., S. 415.

„Eroberungszüge durchführen“, damit die vier herrschenden Gruppen „die Ernte einfahren können.“ Das war für ihn das „einzige, die herrschende Klasse zusammenhaltende Band.“¹⁰⁷⁰

Einerseits erschien also in Franz Neumanns Interpretation das NS-Regime nicht als geschlossener, monolithischer, totalitärer Block, andererseits richtete er den Blick auch auf die „charismatische Herrschaft“ (Max Weber) und mithin auf die soziale Beziehung des „Führers“ zur deutschen Bevölkerung, wobei er weniger auf die Propaganda und Inszenierung des Charismatikers als auf die Erwartungen und Hoffnungen derjenigen abhob, die an Hitler glaubten. Denn: „Die charismatische Macht des Führers ist kein bloßes Trugbild – niemand kann bezweifeln, daß Millionen an sie glauben.“¹⁰⁷¹

Die Studie von Franz Neumann stieß insbesondere in den wissenschaftlichen Kreisen der Vereinigten Staaten auf breite Zustimmung¹⁰⁷² und verschaffte dem Autor „internationales Renommee“.¹⁰⁷³ Im Zweiten Weltkrieg begann dann für den ausgewiesenen Kenner des NS-Herrschaftssystems und für Deutschlandfragen – unter anderem mit seinen ebenfalls aus dem „Institut für Sozialforschung“ ausgeschiedenen Freunden Otto Kirchheimer, Arcadius Gurland und Herbert Marcuse – eine mehrjährige Zusammenarbeit mit der US-amerikanischen Administration.¹⁰⁷⁴ Von 1942 bis 1945 arbeitete Franz Neumann – dessen Mutter dem nationalsozialistischen Terror zum Opfer fiel und 1940 im Konzentrationslager Theresienstadt ums Leben kam¹⁰⁷⁵ – zuerst im neugeschaffenen Office of Strategic Services (OSS) in Washington und agierte nach der deutschen Kapitulation als Leiter der German Research Section im amerikanischen Außenministerium.¹⁰⁷⁶ Seine zentrale Aufgabe bestand darin, den amerikanischen Besatzungsapparat auf die zukünftige komplexe Demokratisierungspolitik in Deutschland vorzubereiten. Das primäre Ziel von Franz

¹⁰⁷⁰ Ebenda, S. 459.

¹⁰⁷¹ Franz Neumann, Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933–1944, a.a.O., S. 116 f.

¹⁰⁷² Zur Rezeption des „Behemoth“ vgl. Peter Intelmann, Chancen und Dilemma des politischen Reformismus, S. 46 f. (Fußnote 237) sowie Gert Schäfer, Franz Neumanns Behemoth und die heutige Faschismuskritik, in: Franz Neumann, Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933–1944, S. 663-776 (hier S. 716, Fußnote 3 mit näheren Ausführungen zu der Rezension von Ernst Fraenkel).

¹⁰⁷³ So Alfons Söllner, Franz L. Neumann – Skizzen zu einer intellektuellen und politischen Biographie, in: Franz L. Neumann. Wirtschaft, Staat, Demokratie. Aufsätze 1930-1954, S. 10.

¹⁰⁷⁴ Vgl. hierzu besonders Rainer Erd (Hg.), Reform und Resignation. Gespräche über Franz L. Neumann, Frankfurt am Main 1985, S. 153-171. Vgl. grundsätzlich immer noch für die im Laufe der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft aus Deutschland emigrierten politischen Intellektuellen und Wissenschaftler, die danach für den US-amerikanischen Staat arbeiteten: Alfons Söllner (Hg.), Zur Archäologie in Deutschland. Band 1: Analysen von politischen Emigranten im amerikanischen Geheimdienst 1943-1945 sowie Band 2: Analysen von politischen Emigranten im amerikanischen Außenministerium 1946-1949, Frankfurt a. M. 1986.

¹⁰⁷⁵ Peter Intelmann, Chancen und Dilemma des politischen Reformismus, S. 20.

¹⁰⁷⁶ Vgl. hierzu im Einzelnen die Ausführungen im Kapitel I. 1. 5. „Die Konfrontation mit dem Nationalsozialismus und dem Sowjetkommunismus während des Zweiten Weltkrieges und die Rolle von Intellektuellen und Wissenschaftlern“.

Neumann, der Ende 1943 die amerikanische Staatsbürgerschaft erhalten hatte, bestand zu diesem Zeitpunkt darin, einen durchschlagenden umfassenden Entnazifizierungsprozess in Gang zu bringen, der auch eine konkrete wirtschaftliche, soziale und politische – man könnte sagen – gesamtgesellschaftliche Strukturveränderung Deutschlands in Angriff nehmen sollte. Eine ganz entscheidende Rolle spielte Franz Neumann auch sowohl bei den Vorbereitungen als auch bei der Entwicklung des konzeptionellen Gerüsts für die dreizehn Nürnberger Prozesse als Mitarbeiter des amerikanischen Stabes des Hauptanklägers Robert H. Jackson.¹⁰⁷⁷

Für die in wissenschaftlicher, genuin politisch-praktischer bzw. politisch-moralischer Absicht geschriebenen Arbeiten von Franz Neumann als Leiter der „Deutschlandabteilung“ im State Department direkt nach dem alliierten Sieg über den deutschen „Unstaat“, dessen Zusammenbruch für ihn – vor allem angesichts der für den Verfasser des „Behemoth“ quasi systemimmanenten Massenverbrechen – ausschließlich durch eine militärische Intervention von außen erfolgen konnte, stand folgende Frage im Zentrum: „Wie ist eine demokratische Lebensform in Deutschland wiederherstellbar, und welche sind die Bedingungen ihrer erfolgreichen Etablierung?“¹⁰⁷⁸ Vor dem Hintergrund der historisch-analytischen Erkenntnisse über den Untergang der Weimarer Republik, der Machtetablierung sowie der destruktiven Machtakkumulation des NS-Systems, deren Ursachen für Neumann – wie gezeigt – zuallererst in den ökonomischen, sozialen und staatlichen Strukturbedingungen, aber auch in antidemokratischen Vorstellungen der meisten deutschen Staatsbürger lagen und die natürlich nicht „über Nacht“ verschwunden waren, kritisierte er sehr bald die amerikanische Besatzungspolitik in Deutschland. Die zum Teil vehemente Kritik zielte neben dem Protest gegenüber dem Wiederaufleben des „Nationalismus“ und „Chauvinismus“ in Deutschland, in erster Linie auf den mangelnden Willen der US-Militärregierung, die in Gang gebrachte umfassende gesamtgesellschaftliche Entnazifizierung auch zum Abschluss zu bringen.¹⁰⁷⁹

¹⁰⁷⁷ Vgl. hierzu ausführlich Joachim Perels, Franz L. Neumanns Beitrag zur Konzipierung der Nürnberger Prozesse, in: Matthias Iser/David Strecker (Hg.), Kritische Theorie der Politik. Franz Neumann – eine Bilanz, Baden-Baden 2002, S. 83-94, der indes auch feststellt, dass Neumanns Einfluss und der seiner OSS-Mitarbeiter auf die jeweilige Prozessführung nicht allzu groß war, da deren Arbeiten sowie analytischen Studien für die an historisch-empirische Einzelbelegen ausgerichtete Prozessvorbereitung weniger geeignet waren (ebenda, S. 85 f.). Vgl. auch Telford Taylor, Die Nürnberger Prozesse. Hintergründe, Analysen und Erkenntnisse aus heutiger Sicht, München 1996, S. 69.

¹⁰⁷⁸ Alfons Söllner, Franz L. Neumann – Skizzen zu einer intellektuellen und politischen Biographie, in: Franz L. Neumann. Wirtschaft, Staat, Demokratie. Aufsätze 1930–1954, S. 28.

¹⁰⁷⁹ Vgl. hierzu folgende Aufsätze: Die Umerziehung der Deutschen und das Dilemma des Wiederaufbaus (1947), S. 290-308; Militärregierung und Wiederbelebung der Demokratie in Deutschland (1948), S. 309-326; Deutsche Demokratie (1950), S. 327-372, in: Franz L. Neumann. Wirtschaft, Staat, Demokratie Aufsätze 1930-1954.

Gleichwohl beteiligte sich Franz Neumann auch nach seinem offiziellen Ausscheiden aus dem amerikanischen Staatsdienst im Jahre 1947 aktiv und konkret an der „Re-Education“ bzw. an der Demokratisierung und „Verwestlichung“ Deutschlands. Obwohl ihn seine Lehrtätigkeit als „ordentlicher Professor“ an der Columbia Universität in New York, deren Ruf ihn 1950 erreichte,¹⁰⁸⁰ eminent beanspruchte,¹⁰⁸¹ engagierte sich der „dreifache Außenseiter“ („als Emigrant, linker Intellektueller und Jude“)¹⁰⁸² auf seinen zahlreichen Deutschlandbesuchen zum Beispiel angesichts der zugespitzten Situation Berlins in der Hochphase des Kalten Krieges im Juni 1950 für den „Kongress für kulturelle Freiheit“, um durch seine Anwesenheit sowie Mitarbeit in diesen „heißen Tagen“ gegen jedwedes totalitäres Herrschaftsmodell Stellung zu beziehen.¹⁰⁸³ Allerdings hatte der Chefredakteur der Zeitschrift „Der Monat“, Melvin J. Lasky, aufgrund des kapitalismuskritischen (Forschungs-)Ansatzes kein Interesse daran, dass Franz Neumann in dem Periodikum veröffentlicht.¹⁰⁸⁴ So blieb der öffentliche Auftritt von Franz Neumann in Berlin 1950 die einzige Mitarbeit für den „Kongress für kulturelle Freiheit“ bzw. für den „Monat“.

Allerdings bleibt festzuhalten, dass sich Franz Neumann sehr wohl als politischer Intellektueller und Theoretiker mit den „Ideologien des Kalten Krieges“ beschäftigte und hierbei das nicht zuletzt in Deutschland grassierende manichäische Weltbild vom apriorischen Gegensatz zwischen *den* westlichen und östlichen Systemen, anders gesagt: zwischen freiheitlich parlamentarischer Demokratie und östlichem Totalitarismus, beleuchtete. Nach

¹⁰⁸⁰ Helge Pross, Einleitung, in: Franz Neumann, Demokratischer und autoritärer Staat. Studien zur politischen Theorie, S. 15.

¹⁰⁸¹ Franz Neumann hatte nicht nur zahlreiche Studenten, sondern zudem einige Schüler, die später sehr bekannte Wissenschaftler wurden. Zu einem seiner sicherlich prominentesten Schüler zählte der prominente Holocaust-Forscher Raul Hilberg, der unter dem Einfluss des „Behemoth“ und der anfänglichen Hilfe seines Doktorvaters 1961 in den Vereinigten Staaten seine bahnbrechende Untersuchung „The destruction of the European Jews“ veröffentlichte. Siehe hierzu die entsprechenden Passagen im Gespräch zwischen Raul Hilberg und Alfons Söllner, Das Schweigen zum Sprechen bringen. Ein Gespräch über Franz Neumann und die Entwicklung der Holocaust-Forschung, in: Dan Diner (Hg.), Zivilisationsbruch. Denken nach Auschwitz, Frankfurt am Main 1988, S. 175-200. Vgl. auch den Hinweis von Peter Intelmann, Chancen und Dilemma des politischen Reformismus, S. 53 (Fußnote 278), der neben Raul Hilberg noch Fritz Stern, Julian Franklin, Kurt L. Shell, Herbert Deane, David Kettler, Peter Gay und Jeane Kirkpatrick als Schüler von Franz Neumann ausweist.

¹⁰⁸² Hubertus Buchstein, Politikwissenschaft und Demokratie. Wissenschaftskonzeption und Demokratietheorie sozialdemokratischer Nachkriegspolitologen in Berlin, Baden-Baden 1992, S. 297.

¹⁰⁸³ So nahm Franz Neumann, wie gesagt, auf einer öffentlichen Diskussionsveranstaltung zu „politische(n) Themen“ teil, die im Rahmen des „Kongresses für kulturelle Freiheit“ im Studentenhaus der Technischen Universität stattfand und von der Zeitschrift „Der Monat“ organisiert wurde. Auf der Veranstaltung zum sogenannten Thema „Adolf Hitler und sein Reich“ hielt „Professor Franz L. Neumann von der Columbia-Universität“ den einleitenden Beitrag, der „in einer historischen Analyse den allgemeinen und den besonderen deutschen Tendenzen zum Totalitarismus, namentlich unter soziologischen Aspekten“ nachging, woraufhin ebendiese Veranstaltung „in ihrem Diskussionsteil einen unerwarteten Verlauf“ nahm, so die Mitteilung der Zeitschrift. Denn: „es entspann sich die vielleicht erregteste Auseinandersetzung aller Kongreßveranstaltungen, die jedoch nur der kritischen Beleuchtung des Themas zugute kam.“ Der Monat, Heft 22/23, 2. Jg. (1950), S. 474 f.

¹⁰⁸⁴ Mitteilung von Melvin J. Lasky in einem Gespräch mit dem Verfasser im Juni 2000 in Berlin.

Neumanns Dafürhalten gab es den sogenannten Dritten Weg zwischen den beiden „Großblöcken“, d. h. zwischen dem kapitalistischen und dem kommunistischen Gesellschaftssystem. Wie seinerzeit Richard Löwenthal¹⁰⁸⁵ sah auch er die gesellschaftliche Alternative in einem „genuin westeuropäischen Sozialismus“, also in einem demokratischen Rechtsstaat, in dem die individuellen Freiheitsrechte gesichert waren, indes in einem sozialistisch organisierten Wirtschaftssystem.¹⁰⁸⁶

Gleichwohl verstummte der ehemalige Mitarbeiter vom „New Yorker Institut für Sozialforschung“ angesichts der tatsächlichen Verhältnisse in der Sowjetunion unter Stalin nicht. Im Gegensatz beispielsweise zu Max Horkheimer und Theodor W. Adorno – die weit in die dreißiger Jahre hinein mit der marxistisch-kommunistischen Idee und mit dem Zentrum der antibürgerlichen Revolution in Moskau sympathisierten – stellte der Linksintellektuelle und politische Theoretiker Franz Neumann in den fünfziger Jahren, als in Deutschland die Totalitarismustheorie vor allem durch Hannah Arendts Doppelanalyse des Nationalsozialismus und des Sowjetkommunismus Hochkonjunktur hatte, in seinen Aufsätzen „Theorie der Diktatur“ (der Aufsatz bestach auch durch den Versuch, die totalitären Bewegungen mit Hilfe sozialpsychologischer Kategorien Sigmund Freuds zu interpretieren) und „Ökonomie und Politik im zwanzigsten Jahrhundert“ auch einen konkreten Vergleich zwischen dem nationalsozialistischen und dem sowjetkommunistischen Herrschaftsregime im Lichte der Genese der modernen westlichen Industriesysteme an.¹⁰⁸⁷ Zu diesem Zeitpunkt arbeitete Franz Neumann angesichts der destruktiven Entwicklung in den europäischen Ländern im 20. Jahrhundert mit ihren totalitären, faschistischen und autoritären Herrschaftsregimen an der Ausformulierung einer zeitgenössischen kritischen Gesellschaftstheorie unter Berücksichtigung der politischen Freiheit und der politischen Theorie, genauer gesagt: unter Einbeziehung der „Wissenschaft der Politik in der Demokratie“.¹⁰⁸⁸ In der Auseinandersetzung mit den großen Problemen „unserer Zeit“

¹⁰⁸⁵ Vgl. hierzu Paul Sering (d. i. Richard Löwenthal), *Jenseits des Kapitalismus*, Lauf bei Nürnberg 1946 sowie die entsprechenden Ausführungen im „Löwenthal-Porträt“ im Kapitel II. 4. 2. „Richard Löwenthal“.

¹⁰⁸⁶ So Alfons Söllner, *Franz L. Neumann – Skizzen zu einer intellektuellen und politischen Biographie*, in: Franz L. Neumann, *Wirtschaft, Staat, Demokratie Aufsätze 1930-1954*, S. 32.

¹⁰⁸⁷ Vgl. den indes nicht endgültig fertiggestellten Aufsatz „Notizen zur Theorie der Diktatur“ (1957), in: Franz Neumann, *Demokratischer und autoritärer Staat. Beiträge zur Soziologie der Politik*, Frankfurt am Main 1967, S. 147-170 sowie „Ökonomie und Politik im zwanzigsten Jahrhundert“ (1955), in: ebenda, S. 171-183. Vgl. auch ders., *Ansätze zur Untersuchung politischer Macht*, in: ebenda, S. 58-75. Zur Einordnung des „Spätwerks“ von Franz Neumann im Kontext der klassischen Totalitarismustheorien von Hannah Arendt sowie Carl J. Friedrich und Zbigniew K. Brzezinski siehe Alfons Söllner, *Geschichte und Herrschaft. Studien zur materialistischen Sozialwissenschaft 1929-1942*, Frankfurt a. M. 1979, S. 202-205.

¹⁰⁸⁸ Vgl. hierzu insbesondere den Aufsatz aus dem Jahre 1950 Franz Neumann, *Die Wissenschaft der Politik in der Demokratie*, in: ders., *Wirtschaft, Staat, Demokratie Aufsätze 1930-1954*, S. 373-392. Vgl. auch unter diesem Aspekt ders., *Intellektuelle Emigration und Sozialwissenschaft* (1952), in: ebenda, S. 402-423.

spielten für Franz Neumann die Intellektuellen eine zentrale Rolle, und zwar gerade angesichts des Problems von „Angst und Politik“,¹⁰⁸⁹ d. h. der realen „Möglichkeit der Pöbelherrschaft“. Da für ihn nämlich diese Tendenzen den demokratisch verfassten Gesellschaftssystemen inhärent waren, bestand für Neumann die Pflicht diesen Gefahren entgegenzutreten und sowohl als Intellektueller wie auch als Wissenschaftler die politische Freiheit zu verteidigen, um nicht, wie die „deutschen Intellektuellen und Akademiker“ in den 1930er Jahren, einen neuerlichen „Verrat“ (Julien Benda) zu begehen.¹⁰⁹⁰

Vor dem Hintergrund der Etablierung einer freien Wissenschaft sowie einer nach angelsächsischer Tradition ausgerichteten Politikwissenschaft in Deutschland, zumal als kritische Gesellschaftstheorie Neumannscher Provenienz, hatte der Freund von Otto Suhr entscheidenden Anteil an der Gründung der Freien Universität, der Deutschen Hochschule für Politik und nicht zuletzt des Instituts für politische Wissenschaft in der geteilten Stadt Berlin.¹⁰⁹¹ Vermittels der Bemühungen von Franz Neumann entschloss sich auch sein Freund aus den „frühen Tagen“, Ernst Fraenkel, seinen aus existentieller, d. h. totalitärer Erfahrung entsprungenen Entschluss, eingedenk der nationalsozialistischen Judenvernichtung zu Lebzeiten niemals mehr nach Deutschland zurückzukehren, aufzugeben. Insofern zählte es auch zu den Verdiensten von Franz Neumann, einen der renommiertesten emigrierten Politikwissenschaftler an die neuen Berliner Forschungseinrichtungen zu holen.¹⁰⁹²

Abgesehen davon, dass der Chefredakteur und Herausgeber des „Monat“, Melvin J. Lasky, aufgrund des kapitalismuskritischen (Forschungs-) Ansatzes von Franz Neumann kein Interesse daran hatte, dass dieser in dem Zeitschriftenorgan veröffentlicht, dürften weitere Gründe existiert haben. Da sich der kapitalismuskritische Forschungsansatz zweifelsohne auch in Neumanns insbesondere historische und sozioökonomische sowie politisch-ideologische Aspekte verbindende Analyse des Untergangs der Weimarer Republik und der Genese der nationalsozialistischen Machteroberung einerseits und des nationalsozialistischen Herrschaftssystems andererseits niederschlug, wird auch deshalb eine Mitarbeit aus der Sicht der Zeitschriftenredaktion ausgeschlossen gewesen sein.¹⁰⁹³ Ebenso aufgrund von Franz Neumanns Reflexionen und Einschätzungen zur konkreten amerikanischen Besatzungspolitik

¹⁰⁸⁹ Ders., Angst und Politik (1954), in: Franz Neumann, Demokratischer und autoritärer Staat. Beiträge zur Soziologie der Politik, S. 184-214.

¹⁰⁹⁰ Ders., Intellektuelle und politische Freiheit (1955), in: ebenda, S. 215-229 (hier S. 225).

¹⁰⁹¹ Vgl. Peter Intelmann, Chancen und Dilemma des politischen Reformismus, S. 55.

¹⁰⁹² Vgl. hierzu im Einzelnen ebenda, S. 57 ff.

¹⁰⁹³ Ich werde am Ende der „Analyse des Nationalsozialismus“ im „Monat“ (Kap. IV. 1) in dem Abschnitt IV. 1. 11 „Analytisches Resümee (Thesen)“ noch einmal darauf zurückkommen.

in Deutschland, die er, wie gesagt, wegen des mangelnden Willens der US-Militärregierung, die in Gang gebrachte umfassende gesamtgesellschaftliche Entnazifizierung auch zum Abschluss zu bringen, vehement kritisierte. Zudem muss auch berücksichtigt werden, dass die analytische Brillanz von Franz Neumann, die er insbesondere im „Behemoth“ unter Beweis stellte, im Hinblick auf das stalinistische Herrschaftssystem vor 1945 und speziell auf die Politik Stalins nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges nicht in Anwendung kam. Anders gesagt: Im Vergleich zu dem auch lebensgeschichtlich erworbenen Analyseniveau der „Sowjetexperten“ wie zum Beispiel der Renegaten Franz Borkenau, Arthur Koestler und Richard Löwenthal, konnte Franz Neumann – obwohl der Stalinismus für ihn kein Anathema war – nicht mithalten. Auch dieser Umstand muss sicherlich berücksichtigt werden bei der Frage, warum Neumann nicht für den „Monat“ geschrieben hat. Ob es hierbei irgendwelche Einmischungen der US-Militärregierung, der Pariser Zentrale des „Kongresses für kulturelle Freiheit“ oder der CIA gab, d. h. vor allem, ob Franz Neumann im „Monat“ infolge eines Verbotes nicht veröffentlichen durfte, oder ob sich Melvin J. Lasky aus „freien Stücken“ gegen eine Zusammenarbeit mit Franz Neumann aussprach, kann erst nach einer Auswertung der in den Archiven in den Vereinigten Staaten liegenden Unterlagen und Dokumente zur Geschichte der Zeitschrift „Der Monat“ beantwortet werden.¹⁰⁹⁴

¹⁰⁹⁴ Ich komme auf diesen Punkt im Schlussteil dieser Arbeit zurück.

III. Exkurs: Die frühe Totalitarismuskritik in Frankreich. Der Kravchenko- und Rousset-Prozess, die sowjetischen Lager und die französische Linke

Nur wenige Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und dem erfolgreichen Kampf gegen das totalitäre nationalsozialistische Herrschaftssystem kam es in Paris zu zwei aufsehenerregenden Gerichtsprozessen, die nicht nur die intellektuell und politisch interessierte Öffentlichkeit Frankreichs in den Bann zog. Im Hinblick auf die einflussreichen französischen Intellektuellen war dies dem Umstand geschuldet, dass bis zu diesem Zeitpunkt in diesen Kreisen vor allem eine radikale Infragestellung des kapitalistischen Gesellschaftssystems und ein militanter Antiamerikanismus anzutreffen war, als die Bereitschaft, den Kommunismus im Allgemeinen und die Sowjetunion im Besonderen zu kritisieren. Nachdem 1949 der ehemalige Kommunist Victor A. Kravchenko¹⁰⁹⁵ erfolgreich einen Zivilprozess gegen die kommunistische Wochenzeitschrift *Les Lettres Françaises* bestritten hatte, war es knapp ein Jahr später der Ex-Trotzkist David Rousset, der bei der 17. Strafkammer des Départements Seine in Paris gegen zwei Redakteure der gleichen Zeitschrift Klage einreichte. In beiden politisch ineinanderverschachtelten Prozessen ging es im eigentlichen Sinn weniger um die zivilrechtlichen Forderungen der beiden Renegaten. Stand im Kravchenko-Prozess noch die Frage nach der Existenz des sowjetischen Lagersystems im Fokus des Interesses, ging es im Rousset-Prozess darüber hinaus für die konkret beteiligte politische Linke Frankreichs und die sie repräsentierenden Intellektuellen um die Frage nach ihrem Selbstverständnis. Anders gesagt: In diesem Fall ging es auch um das Schweigen oder Nicht-Schweigen der Linken angesichts der Existenz eines riesigen Strafärbeitslagersystems in der Sowjetunion, indem Millionen von Menschen eingesperrt, als Arbeitsklaven wirtschaftlich ausgebeutet wurden und dem willkürlichen Terror des NKWD-Apparates ausgesetzt waren. Zudem warf der Rousset-Prozess die grundsätzliche Frage nach dem Verhältnis der politischen Linken zum Totalitarismusphänomen auf. Denn hier wurde die französische Linke des Landes, d. h. in erster Linie die Kommunistische Partei Frankreichs (KPF) und die mit der Sowjetunion sympathisierenden Linksintellektuellen auch mit der Frage nach ihrem politischen und ideologischen Selbstverständnis konfrontiert, d. h. ob ihr Kampf und ihre Herrschaftskritik jedweder totalitärer Diktatur gilt, also auch dem sowjetischen Herrschaftssystem, oder ob es ihr primär um „rechte“ Herrschaftssysteme geht –

¹⁰⁹⁵ Ich behalte die bereits in dieser Arbeit verwendete Schreibweise des Namens bei, die auch die Grundlage der deutschen Erstausgabe des 1946 in New York erschienenen Buches „I Chose freedom“ bildete. In den nachfolgend aufgeführten Beiträgen bzw. Buchveröffentlichungen wurde bzw. wird in der Regel der Name Victor A. Krawtschenko geschrieben.

wie in der Vergangenheit der deutsche Nationalsozialismus oder beispielsweise das zeitgenössische „Franco-Regime“ in Spanien.

„Eine Diktatur auf der Anklagebank“ hieß die Überschrift des von Alfred Kellner im Juni 1949 im *Monat* besprochenen 712 Seiten umfassenden Protokolls des Prozesses von Victor A. Kravchenko gegen die kommunistische Wochenzeitschrift *Les Lettres Françaises*.¹⁰⁹⁶ Hierbei ging es nur auf den ersten Blick darum, dass die beiden Angeklagten Redakteure des Periodikums, Claude Morgan und André Wurmser, den Beweis für ihre in diversen Veröffentlichungen gemachten und von dem Kläger als Verleumdung angesehene Behauptung vorlegen sollten: dass nämlich Victor A. Kravchenko nicht über die geistigen Voraussetzungen verfügen würde, das Buch *I choose freedom*¹⁰⁹⁷ – so der amerikanische Originaltitel des antikommunistischen Erfolgsbuches – höchstpersönlich geschrieben zu haben und darüber hinaus ein Lügner und ein Mitarbeiter des US-Amerikanischen Geheimdienstes war. Erst auf den zweiten Blick ergab sich die eigentliche Brisanz des Verfahrens. In Wirklichkeit ging es nämlich um den Wahrheitsgehalt des Buches, genauer, um den „Wahrheitsgehalt der Behauptung, es gebe in der Sowjetunion riesige Lager, in denen Millionen von Bürgern eingesperrt und mißhandelt würden“, so Wolfgang Kraushaar. Für die Pariser Linksintellektuellen wiederum, die in großer Anzahl auf den Bänken des Gerichtssaales saßen ging es letztlich um die Frage nach dem politischen Charakter der Sowjetunion. War es das Land, das sich seit der Oktoberrevolution trotz aller Rückschläge auf dem Weg zum Kommunismus befand oder – wie von Kravchenko im Buch behauptet wurde – ob es unter Stalin ein „Terrorregime geworden ist, das die gesamte Gesellschaft im Griff hat.“¹⁰⁹⁸

Genau auf diese genuin politische Dimension des Verfahrens machte auch der Autor des „Monat“, Alfred Kellner, zu Beginn seiner Rezension aufmerksam, dass dieser im

¹⁰⁹⁶ Alfred Kellner, Eine Diktatur auf der Anklagebank, in: Der Monat, Heft 8/9 (1949), 1. Jg., S. 153-156; hierbei handelte es sich um die Rezension des Prozessberichtes: Le Procès Kravchenko contre les Lettres Françaises. Compte Rendu des Débats d'après la Sténographie. La Jeune Parque, Paris [1949].

¹⁰⁹⁷ Victor A. Kravchenko, I choose freedom, New York 1946. Siehe hierzu meine Ausführungen im Kapitel I. 1. „Die politische und ideologische Genese des Kalten Krieges. Der frühe intellektuelle und politische Antikommunismus in den Vereinigten Staaten“. Nach dem bemerkenswerten Erfolg in den Vereinigten Staaten fand das Buch in den westeuropäischen Ländern ebenfalls reißenden Absatz. Beispielsweise wurden in Frankreich bereits nach mehreren Wochen schätzungsweise 400000 Exemplare verkauft und das Buch am 27. Juni 1947 mit dem renommierten *Prix-Saint-Beuve*, einer der bekanntesten Literaturpreise des Landes, ausgezeichnet.

¹⁰⁹⁸ Wolfgang Kraushaar, Sonnenuntergang. Das Verhältnis europäischer Intellektueller zum Kommunismus im Spiegel dreier Prozesse, in: ders., Linke Geisterfahrer. Denkanstöße für eine antitotalitäre Linke, Frankfurt a. M. 2001, S. 31-58 (hier S. 34).

eigentlichen Sinn zivile Rechtsstreit nämlich neben der Thematisierung von persönlichen Schicksalen zahlreicher Einzelpersonen und delikaten diplomatischen Problemen, im gleichen Maße „die tiefgehenden ideologischen Meinungsverschiedenheiten der gesamten Menschheit zum Gegenstand“ hatte. Denn, so Kellner in diesem Zusammenhang weiter: „vor der 17. Pariser Strafkammer standen sich zwei Welten gegenüber, wurde über ein System verhandelt, in das Millionen von Menschen ihre gläubigsten Hoffnungen auf eine gerechte soziale Ordnung setzen, während ebenso viele Millionen in ihm das brutale Werkzeug zur Unterdrückung eben dieser Hoffnungen erblickten.“¹⁰⁹⁹

Der in den Vereinigten Staaten lebende Victor A. Kravchenko stellte gegen die französische Zeitschrift *Les Lettres Françaises* Strafanzeige wegen Verleumdung und forderte Schadensersatz aus Anlass eines dort am 13. November 1947 mit dem Namen „Sim Thomas“ veröffentlichten Artikels, indem wie bereits gesagt die Behauptung aufgestellt wurde, dass das Buch *I choose freedom* im Auftrage des US-Amerikanischen Geheimdienstes OSS geschrieben wurde und das Kravchenko nicht als Autor angesehen werden konnte, weil dieser bis auf wenige – zumal unbrauchbare – Seiten nichts davon selber geschrieben hatte. Nachdem dann weitere verleumderische Artikel von Claude Morgan und André Wurmser folgten und sich herausstellte, dass ein „Sim Thomas“ tatsächlich gar nicht existierte, waren die beiden Zeitschriftenredakteure die Beklagten und in der Pflicht, zu beweisen, dass Kravchenko einerseits das Buch nicht persönlich geschrieben habe und andererseits die dort beschriebenen sowjetischen Zustände nicht der Wahrheit entsprächen.

Nach erheblicher Verzögerung begann der Prozess schlussendlich am 24. Januar 1949 und sorgte vom ersten Tage an für großes Interesse. Hunderte von Fotografen, Journalisten und Besuchern warteten mehrere Stunden vor dem Gerichtsgebäude. Wolfgang Kraushaar berichtet in seinem Aufsatz „Sonnenuntergang. Das Verhältnis europäischer Intellektueller zum Kommunismus im Spiegel dreier Prozesse“ davon, dass schätzungsweise die Hälfte der dreihundert Plätze des Gerichtsraumes für die Vertreter der internationalen Presse, die Dolmetscher, die Angehörigen, die Diplomaten und zu guter letzt für die knapp fünfzig Anwälte und deren Assistenten reserviert waren.¹¹⁰⁰

Im Verlauf der fünfundzwanzig Verhandlungstage besuchten zahlreiche prominente Intellektuelle die Sitzungen, wie zum Beispiel Louis Aragon, André Gide, François Mauriac,

¹⁰⁹⁹ Alfred Kellner, Eine Diktatur auf der Anklagebank, in: Der Monat, Heft 8/9 (1949), 1. Jg., S. 153.

¹¹⁰⁰ Wolfgang Kraushaar, Sonnenuntergang. Das Verhältnis europäischer Intellektueller zum Kommunismus im Spiegel dreier Prozesse, in: ders., Linke Geisterfahrer. Denkanstöße für eine antitotalitäre Linke, S. 38.

Simone de Beauvoir, Jean-Paul Sartre, Elsa Triolet oder Arthur Koestler und signalisierten mit ihrer Zuhörerschaft von der hohen Bedeutung dieses Prozesses. Im Hinblick auf den Hauptvorwurf der *Lettres Françaises* konnten bereits am ersten Verhandlungstag die Anwesenden nicht nur aufgrund der Physiognomie von Kravchenko zu dem Eindruck kommen, dass dieser sehr wohl imstande gewesen sein müsste das Buch selber geschrieben zu haben. Denn mit seinem äußeren Erscheinungsbild – hohe Stirn, intelligente Gesichtszüge und lebhaftige Augen – erinnerte er mehr an einen südamerikanischen Diplomaten oder Unternehmer, als an einen ehemaligen sowjetischen Funktionär. Zudem bewiesen seine temperamentvollen und nicht selten schlagfertigen Antworten sowie unvorbereiteten Ausführungen, dass die Behauptung, *I choose freedom* sei nicht von ihm, „sondern von irgendwelchen professionellen Propagandisten geschrieben“, sich sozusagen von alleine beantwortete.¹¹⁰¹

Zu dem von Victor A. Kravchenkos Buch aufgeworfenen Fragekomplex, ob die Sowjetunion tatsächlich das gewaltige Konzentrationslagersystem war, ließ der Kläger zahlreiche Zeugen vorladen. Die Gruppe sowjetischer Emigranten, die meisten davon ehemalige einfache Landarbeiter und Bauern, aber auch zum Teil hochqualifizierte Ärzte, Techniker und Ingenieure, bestätigten das vom Autor gezeichnete Bild der Terrorherrschaft in der Sowjetunion. Um die Glaubwürdigkeit dieser Gruppe zu erschüttern – die meisten von ihnen waren sogenannte Displaced persons und befanden sich noch in Lagern der Alliierten in den deutschen Besatzungszonen – stellten die Beklagten die Behauptung auf, dass sie allesamt Kollaborateure der Deutschen bzw. in einigen Fällen an Kriegsverbrechen beteiligt gewesen sein sollten. Um insbesondere diese Lügen zu widerlegen sagte Margarete Buber-Neumann aus. In den Ausführungen der aus Stockholm angereisten Witwe „des in Ungnade gefallenen deutschen Kommunistenführers“ (Alfred Kellner) und später ermordeten Heinz Neumann,¹¹⁰² Margarete Buber-Neumann, die ihren autobiographischen Erinnerungsbericht unter dem Titel *Als Gefangene bei Stalin und Hitler*¹¹⁰³ im gleichen Jahr veröffentlichte, und mit ihrem Auftreten als Zeugin in einem internationalen Publikum mit einem Schlag bekannt wurde, lag eine große Überzeugungskraft. Sie bestätigte den Wahrheitsgehalt der vom Kläger in seinem

¹¹⁰¹ Alfred Kellner, Eine Diktatur auf der Anklagebank, in: Der Monat, Heft 8/9 (1949), 1. Jg., S. 154.

¹¹⁰² Siehe zu Heinz Neumann die entsprechenden Hinweise im Kapitel II. 2. 1. „Die Erfahrungen von Margarete Buber-Neumann als exemplarischer Fall“.

¹¹⁰³ Margarete Buber-Neumann, *Als Gefangene bei Stalin und Hitler*, München 1949. Vgl. auch den Vortrag von Margarete Buber-Neumann aus dem Jahre 1950 mit dem Titel „Die politische Bedeutung des Krawtschenko-Prozesses“, in: Janine Platten, Judith Buber Agassi, Margarete Buber-Neumann. Pädoyer für Freiheit und Menschlichkeit. Vorträge aus 35 Jahren, Berlin 2000, S. 174-178 sowie sowohl zum Kravchenko- als auch zum Rousset-Prozess den „offenen Brief“ von Margarete Buber-Neumann aus dem Januar 1951 mit dem Titel „Kommunismus und moralische Integrität“ in: ebenda, S. 178-181.

Buch gemachten Ausführungen, dass „es auch im zwanzigsten Jahrhundert noch Dinge geben (konnte), die gemeinhin als Requisiten des Mittelalters angesehen wurden“.¹¹⁰⁴ Über Buber-Neumann und ihren ersten öffentlichen Auftritt schreibt Wolfgang Kraushaar in seinem bereits erwähnten Aufsatz:

„Ausführlich und differenziert schildert sie mit leiser Stimme in deutscher Sprache, was sie nach der Verhaftung ihres Mannes 1936 in Moskau erlebte. Aus ihrer Wohnung geworfen, ohne Arbeit und ohne Geld fristete sie zunächst ein Dasein wie eine Ausgestoßene, dann wurde sie vom NKWD verhaftet, in die Lubjanka und andere Gefängnisse gesteckt, um schließlich nach der Verurteilung durch ein Sondergericht in ein riesiges Lager, das so groß wie Dänemark sei, nach Karaganda deportiert zu werden. Nach Ausbruch des Krieges wurde sie 1940 völlig überraschend zusammen mit 30 anderen deutschen und österreichischen Häftlingen nach Brest-Litowsk transportiert. Dort übergab ein NKWD-Offizier sie an der deutsch-polnischen an eine Gruppe von SS-Leuten. Nachdem der Gefangene Hans Bloch aus der Gruppe geholt und mißhandelt wurde, kam sie mit den anderen zusammen in das Gestapo-Gefängnis nach Berlin und schließlich ins Konzentrationslager Ravensbrück, wo sie im April 1945 ihre Befreiung erlebte. Die Auslieferung deutscher Häftlinge aus sowjetischen Lagern und Gefängnissen war, wie Margarete Buber-Neumann erst später erfuhr, eine der Vereinbarungen im Hitler-Stalin-Pakt.“¹¹⁰⁵

Die beiden Angeklagten Redakteure der Zeitschrift *Les Lettres Françaises* und die für sie aussagenden Zeugen hinterließen bei den Zuhörern einen geringen glaubwürdigen Eindruck. Entscheidend aber war die Tatsache, dass sie Kravchenko in keinem einzigen Fall der Lüge überführen konnten, geschweige denn einen Beweis für ihre verleumderischen Behauptungen vorzulegen imstande waren. Im Hinblick auf den brisanten Sachverhalt von *I choose Freedom* konnten die zum Teil überaus prominenten kommunistischen bzw. mit der KPF sympathisierenden Zeugen naheliegenderweise nichts an Erkenntnissen beisteuern, weil sie wie zum Beispiel der General Leonid Rudenko (der Bruder des sowjetischen Chefanklägers bei den Nürnberger Prozessen) vor allem zur Frage der Existenz der Konzentrationslager schwiegen.¹¹⁰⁶ Victor A. Kravchenko insistierte in seinem Schlusswort auf diesen Sachverhalt, dass ebendiese Zeugen es vermieden „auf das eigentliche Thema des Buches einzugehen. Sie waren nicht in der Lage, ihr Regime – das Regime ADOLF STALIN – zu verteidigen.“¹¹⁰⁷ Mit der gleichen Schärfe trug er seine Angriffe vor, die sowohl in Richtung französische Linksintellektuelle als auch in Richtung Sowjetunion zielten. Hierzu äußerte sich Kravchenko folgendermaßen:

¹¹⁰⁴ Alfred Kellner, Eine Diktatur auf der Anklagebank, in: Der Monat, Heft 8/9 (1949), 1. Jg., S. 156.

¹¹⁰⁵ Wolfgang Kraushaar, Sonnenuntergang. Das Verhältnis europäischer Intellektueller zum Kommunismus im Spiegel dreier Prozesse, in: ders., Linke Geisterfahrer. Denkanstöße für eine antitotalitäre Linke, S. 40.

¹¹⁰⁶ Alfred Kellner, Eine Diktatur auf der Anklagebank, in: Der Monat, Heft 8/9 (1949), 1. Jg., S. 154.

¹¹⁰⁷ Zitiert nach Nina Berberova, Die Affäre Krawtschenko, Hildesheim 1991, S. 269.

„Millionen von Menschen aus allen Lebensbereichen haben die Sowjetunion, das Land des falschen Sozialismus und der falschen Demokratie, verlassen. Sie haben neben der schrecklichen Erfahrung der Kreml-Herrschaft und ihres modernen Dschingis-Khan zugleich deren bittere Kenntnis mit in den Westen gebracht. Diejenigen, die die Wahrheit sehen und hören wollen, so unangenehm sie auch sein mag, können sie in ihrer ganzen Vielfalt kennenlernen: Nichts bleibt ihnen verborgen, weder das unglückliche Schicksal der Völker Rußlands noch die Machenschaften der Sowjetdiktatur und ihrer Organe, noch deren Ziele.“¹¹⁰⁸

Das Urteil wurde am 4. April 1949 gesprochen. Auf dem Hintergrund des umfangreichen Urteilsspruchs des Gerichtsvorsitzenden Durkheim fasst Wolfgang Kraushaar diesen in den entscheidenden Punkten zusammen:

„Da die Angeklagten (...) weder ein einziges Dokument noch eine Zeugenaussage vorgewiesen haben, die beweisen könnten, daß Krawtschenkos Behauptungen oder Schilderungen wirklich ungenau sind... Da das Verhalten Krawtschenkos im Verlaufe der zahlreichen Sitzungen, seine häufigen Interventionen, seine Rede und seine improvisierten Entgegnungen klar erweisen, daß er... ganz bestimmt fähig ist, ein Buch wie ‚Ich wählte die Freiheit‘ zu schreiben...‘, aus diesen und anderen Gründen werden Claude Morgan und André Wurmser der Verleumdung für schuldig befunden und dazu verpflichtet, das Urteil auf der Titelseite der nächsten Ausgabe von *Les Lettres françaises* abzudrucken. Morgan wird zu 105000 Francs Geldstrafe und 100000 Francs Schadensersatz verurteilt, Wurmser zu 5000 Francs Geldstrafe und 50000 Francs Schadensersatz. Beide Angeklagte müssen außerdem die Gerichtskosten in Höhe von sechs Millionen Francs tragen.“¹¹⁰⁹

Die beiden verurteilten Redakteure von *Les Lettres Françaises* legten daraufhin Berufung ein. Da sie sich auch in zweiter Instanz außerstande zeigten irgendwelche Beweise vorzulegen, wurde nach sechs Verhandlungstagen am 20. Dezember 1949 die Berufung zurückgewiesen.

Noch bevor das Urteil in der Berufungsinstanz des Kravchenko-Prozesses verkündet wurde, stand die gesamte geistige und politisch interessierte Öffentlichkeit unter dem Eindruck der von David Roussets am 12. November 1949 auf der ersten Seite im *Figaro Littéraire* veröffentlichten „Appell an die Deportierten aus den Nazilagern: Helft den Deportierten in den sowjetischen Lagern“ angestoßenen Diskussion. Um die sich aus diesem Appell resultierenden Folgen begreiflich zu machen, griff der Mitherausgeber der Zeitschrift „Der Monat“, Hellmut Jaesrich, zu dem Bild des Steines, der in den Teich geworfen wurde und immerfort weitere Kreise nach sich zog, und bezog sich auf den von Roussets politischen

¹¹⁰⁸ Zitiert nach ebenda, S. 273.

¹¹⁰⁹ Wolfgang Kraushaar, Sonnenuntergang. Das Verhältnis europäischer Intellektueller zum Kommunismus im Spiegel dreier Prozesse, in: ders., Linke Geisterfahrer. Denkanstöße für eine antitotalitäre Linke, S. 41 f.

Freunden gezogenen Vergleich mit Emile Zolas „J' accuse“ aus der berühmten „Dreyfus-Affaire“.¹¹¹⁰

Der ehemalige Trotzkiist David Rousset, der zu einem der führenden Vertreter der unabhängigen Linken in Europa zählte und als französischer Widerstandskämpfer im nationalsozialistischen Konzentrationslager Buchenwald inhaftiert wurde, war einer breiten Öffentlichkeit durch sein 1946 erschienenes Buch *L' univers concentrationnaire* bekannt, in dem er seine Lagererfahrung literarisch verarbeitet hatte. In seiner soziologischen Analyse kam Rousset zu dem Ergebnis, dass die Konzentrationslager ein zentrales Phänomen des totalitären Staates sind.¹¹¹¹ Ein konkretes Resultat seiner Erfahrungen mit dem Totalitarismus nationalsozialistischer Couleur war seine exponierte Rolle in einer weltweiten Kampagne ehemaliger Lagerinsassen für die Abschaffung der Strafärbeitslager in allen Ländern der Erde, also auch in den Ländern „unserer eigenen westlichen Welt“, so David Rousset, wie beispielsweise in Griechenland und Spanien.¹¹¹² In seinem Appell verwies er daraufhin, dass sich das sowjetische Herrschaftssystem auch und vor allem dadurch auszeichnet, dass die Menschen dort ohne ein ordentliches Gerichtsverfahren, allein auf der Grundlage einer willkürlichen administrativen Entscheidung verurteilt und in ein Konzentrationslager deportiert werden könnten. Rousset appellierte an die Überlebenden der nationalsozialistischen Konzentrationslager, sich für die Häftlinge in den sowjetischen Lagern einzusetzen und plädierte zudem dafür, eine internationale Kommission einzuberufen, die seine Vorwürfe im Hinblick auf das stalinistische Regime überprüfen sollte.

Die beiden prominenten französischen Philosophen Maurice Merleau-Ponty und Jean-Paul Sartre antworteten mit einer gemeinsam verfassten Polemik im Januar 1950 in ihrer Zeitschrift *Les Temps Modernes* und distanzieren sich von Roussets Aufruf. Dieser Artikel stellte unter anderem für die französische Öffentlichkeit insofern eine Überraschung dar, als Sartre mit Rousset „noch im letzten Frühjahr eine gemeinsame, nichtkommunistische Front“ (Hellmut Jaesrich) in führender Position im *Rassemblement Démocratique Révolutionnaire*

¹¹¹⁰ hjs (d.i. Hellmut Jaesrich), Der Fall Rousset, in: Der Monat, Heft 17 (1950), 2. Jg., S. 539 f. (hier S. 539).

¹¹¹¹ David Rousset, *L' univers concentrationnaire*, Paris 1946. Vgl. zudem in diesem Zusammenhang sein Buch über die Haft in Buchenwald *Les Jours de Notre Mort*, Paris 1947.

¹¹¹² So David Rousset auf dem Berliner „Kongress für kulturelle Freiheit“ im Juni 1950. Hier trat er – wie gezeigt – in der dritten Arbeitssitzung, die sich mit dem Thema „Der Bürger in einer freien Gesellschaft“ auseinandersetzte, als Referent auf. Hier machte er ausdrücklich darauf aufmerksam, dass sein Kampf nicht nur den Lagern in totalitären Herrschaftsregimen – wie in der Vergangenheit im Nationalsozialismus bzw. in der Gegenwart im Sowjetkommunismus –, sondern grundsätzlich allen Konzentrationslagern galt. Im Kontext der Kampagne zur Abschaffung aller Strafärbeitslager ging es ihm und anderen früheren politischen Häftlingen um die Verdammung aller Konzentrationslager, „wo immer sie sich befinden mögen...Auf keinen Fall“, konstatierte Rousset, „sollen irgendwelche Lager mit Schweigen übergangen werden, nur weil sie sich vielleicht in einem Lande befinden, mit dessen System die eine oder andere Gruppe unter uns sympathisiert.“ Siehe im einzelnen David Rousset, Lasst uns die Freiheit verwirklichen!, in: Der Monat, Heft 22/23 (1950), 2. Jg., S. 422-424.

(RDR), einer Sammlungsbewegung der unabhängigen französischen Linken, bildete.

Merleau-Ponty und Sartre waren weit davon entfernt den Objektivitätsgehalt von Rousset Ausführungen und mithin die Existenz des sowjetischen Lagersystems anzuzweifeln, warfen ihm gleichwohl mit Entschiedenheit vor:

„daß er sich vor den Karren der bürgerlichen Presse spannen lasse. Einerseits schreiben sie: ‚Wenn sich zehn Millionen Menschen in Konzentrationslagern befinden...‘, dann schlägt die Quantität in Qualität um, dann kehrt sich das ganze System um und bekommt einen anderen Sinn, und trotz der Verstaatlichung der Produktionsmittel und obwohl in der UdSSR die private Ausbeutung des Menschen durch den Menschen sowie die Arbeitslosigkeit ausgeschlossen sind, muß man sich fragen, was uns noch dazu berechtigt, in bezug auf dieses Land von Sozialismus zu reden.‘ Andererseits jedoch glauben sie daran festhalten zu können, daß die Sowjetunion, jedenfalls was die politischen Auseinandersetzungen in Frankreich betrifft, auf der richtigen Seite stehe. Kommunismus und Faschismus dürften nicht gleichgesetzt werden. Während die Sowjets mit den Lagern, wenn auch zu Unrecht, die Gesellschaft umerziehen wollten, so hätten die Nazis, spätestens von dem Moment an, an dem sie das Gas einsetzten, ihre Lager zur Vernichtung bestimmter Menschengruppen gebraucht.“¹¹¹³

Hellmut Jaesrich unterstrich in seinem Beitrag „Der Fall Rousset“ im „Monat“, dass Sartre sehr wohl die grundsätzliche Bedeutung des Themas „Strafarbeitslager“ erkannte, so dass in der gleichen Januar-Ausgabe von *Les Temps Modernes* mehrere Artikel zu diesem Problemkomplex erschienen. Gleichzeitig wurde nämlich auf die Lager aus dem Herrschaftsbereich eines westlichen bürgerlichen Staates eingegangen, d. h. hier auf die konkrete Situation politischer Gefangener auf „griechischen Verbannteninseln“. Indes: Sartre beabsichtigte damit ausschließlich ein zusätzliches Argument gegenüber seinem intellektuellen und politischen Gegenspieler, David Rousset, in die Hand zu bekommen. „Dieser habe sich“, führte Jaesrich aus, „weil er gleichsam im Dienst eines reaktionären, dem Fortschritt wie dem Sozialismus feindlichen ‚Westens‘ stehe, nur gegen das Unrecht auf dem sowjetischen Sechstel der Erdoberfläche aufgebaut und sei bereit, über das Unrecht im Lande seiner Verbündeten den Schleier des Vergessens zu ziehen. Mit anderen Worten: er beschuldigt Rousset, in seinem Feldzug gegen ein – auch von ihm selbst nicht abgestrittenes, sondern kaum weniger nachdrücklich hervorgehobenes – Übel des Stalinismus die Sache der politischen Linken zu verraten und sich zum Verteidiger des Monopolkapitalismus, des amerikanischen Imperialismus und einer Weltreaktion zu machen.“¹¹¹⁴ Anders gesagt: Was Sartre als auch Merleau-Ponty David Rousset insbesondere vorwarfen, dass dieser ihrer Meinung nach mit seiner ausdrücklichen Kritik an den sowjetischen Konzentrationslagern

¹¹¹³ Wolfgang Kraushaar, *Die Protest-Chronik 1949-1959*, Bd. I: 1949-1952, S. 164 f.

¹¹¹⁴ hjs (d.i. Hellmut Jaesrich), *Der Fall Rousset*, in: *Der Monat*, Heft 17 (1950), 2. Jg, S. 539.

„zum Feind übergelaufen“ war und im gleichen Atemzug einen Beitrag für die Diskreditierung der sozialistischen Idee leistete. Mit Blick auf die Sowjetunion und ihrem grundsätzlichen Verhältnis zum Kommunismus konstatierten die beiden antistalinistischen Intellektuellen im Leitaufsatz der Januar-Ausgabe des Jahres 1950 von *Les Temps Modernes*, dass diese „Ideen im heutigen Kommunismus einen ungetreuen Träger finden und daß sie ihm eher als Ausstellungsstücke denn als Antrieb dienen. Dennoch bleiben sie in ihm... Wir haben die gleichen Werte wie ein Kommunist... Er hat Werte wider Willen. Wir können denken, daß er sie schändet, indem er sie im heutigen Kommunismus verkörpert. Dennoch sind sie die unsern, während wir im Gegenteil mit zahlreichen Gegnern des Kommunismus nichts gemein haben.“¹¹¹⁵ Obwohl die beiden bekannten Pariser Intellektuellen von der Existenz des riesigen Konzentrationslagersystems in der Sowjetunion Kenntnis hatten – nicht zuletzt auch durch das Buch von Victor A. Kravchenko sowie dessen Verfahren gegen die kommunistische Wochenzeitschrift *Les Lettres Françaises* –, deren tatsächliches Vorhandensein sie nicht leugneten und sich keineswegs als Anhänger des Stalinismus verstanden, kamen sie gleichwohl in ihrem Leitaufsatz zu dem Schluss: „Welches auch die Natur der gegenwärtigen Sowjetgesellschaft sei, die Sowjetunion befindet sich *grosso modo* im Gleichgewicht der Kräfte auf der Seite derjenigen, die gegen die uns bekannten Formen der Ausbeutung kämpfen.“¹¹¹⁶

Am 25. November 1950 begann schließlich in Paris ein zweiter politischer „Schauprozess“, der nach Auffassung von Hellmut Jaesrich vergleichbar war mit der sogenannten „Affaire Kravtschenko“,¹¹¹⁷ allerdings mit dem entscheidenden Unterschied, dass es in diesem neuen Fall eigentlich nicht mehr ausdrücklich um die Frage der Existenz von Zwangsarbeitslagern in der Sowjetunion ging, denn dieser Sachverhalt war nämlich schon geklärt. Obwohl man auf die Lager immerfort zu sprechen kam und auch thematischer Gegenstand des neuen Prozesses war, lag in diesem Fall die spezifische Bedeutung auf einer anderen Ebene. Hier wurde die politische Linke und die Intellektuellen Frankreichs mit der Frage konfrontiert: Schweigt sie zu den Konzentrationslagern in der Sowjetunion, oder schweigt sie nicht. Diese Frage besaß durchaus totalitarismustheoretische Implikationen und sollte die Spaltung zwischen

¹¹¹⁵ Zitiert nach Herbert Lüthy, Brief aus Paris: Frankreichs heimatlose Linke, in: Der Monat, Heft 19 (1950), 2. Jg., S. 8-17 (hier S. 12 f.).

¹¹¹⁶ Zitiert nach ebenda, S. 13.

¹¹¹⁷ Hjs (d.i. Hellmut Jaesrich), Der Fall Rousset, in: Der Monat, Heft 17 (1950), 2. Jg., S. 540.

antikommunistischer, antitotalitärer Linken einerseits und kommunistischer, totalitärer Linken andererseits in Frankreich weiter vertiefen.

Worum ging es in dem Prozess?¹¹¹⁸ Auf den angesprochenen „Rousset-Appell“ reagierte die KPF, indem sie eine umfangreiche Pressekampagne in Gang setzte. Wie bereits vor ihm Victor A. Kravchenko, war es nun David Rousset, der sich durch die Zeitschrift *Les Lettres Françaises* herausgefordert sah und einen Verleumdungsprozess gegen seine kommunistischen Widersacher anstrebte. Auf der Anklagebank saßen der verantwortliche Herausgeber der Zeitschrift, Claude Morgan, und Pierre Daix, der Verfasser des Schmähartikels gegen David Rousset. Auf ebendiesem Artikel bezog sich der Mitarbeiter des „Monat“, Herbert Lüthy, in seinem Beitrag „David Rousset contra >Lettres Françaises<. Ein großer Prozeß vor einem kleinen Tribunal“, um den konkreten Anlass für die Klage herauszustreichen. Dazu hieß es bei ihm: „Die Erziehungslager der Sowjetunion, sind die Vollendung der Abschaffung des Menschen durch den Menschen“; David Rousset aber, der es wagte, „die Gefängnisse, in die ein befreites Volk seine einstigen Unterdrücker setzt, mit denen zu vergleichen, in welchen die Unterdrücker die besten Vertreter der unterdrückten Völker sperren“, konnte nichts anderes sein als ein „plumper Fälscher“ und überdies eine Kanaille, die Texte und Zeugenaussagen, die er anführte, nur groteske Verdrehungen und gekaufte Erfindungen...Das ist der Artikel, auf den hin David Rousset die *Lettres Françaises* wegen Verleumdung verklagte und um den heute der Prozeß geht, der für die Öffentlichkeit der „Prozeß der sowjetrussischen Konzentrationslager“ ist.“¹¹¹⁹ Rousset wurde also vorgeworfen, dass seine Unterlagen gegen die Unmenschlichkeit der Sowjetlager Fälschungen darstellten und sich in Wirklichkeit auf deutsche Konzentrationslager beziehen würden.¹¹²⁰

Herbert Lüthy machte auf den Umstand aufmerksam, dass es zweifelsohne um die sowjetischen Lager im Besonderen ging, dass aber der „Fall-Rousset“ die politische Bewertung des Stalinismus sowie die Vergleichbarkeit mit dem Nationalsozialismus nachgerade zwangsläufig zur Folge hatte. Er rekurrierte auf den Umstand, dass es zur alltäglichen Herrschaftspraxis der Sowjetunion gehörte, entsprechend der „russischen Zwangsarbeitsgesetzgebung“ Menschen willkürlich durch die politische Polizei zu verhaften,

¹¹¹⁸ Im Folgenden beziehe ich mich was den konkreten Prozessinhalt anbelangt auf die im „Monat“ veröffentlichten Beiträge.

¹¹¹⁹ Herbert Lüthy, Brief aus Paris: David Rousset contra >>Lettres Françaises<<. Ein großer Prozeß vor einem kleinen Tribunal, in: Der Monat, Heft 28 (1951), 3. Jg., S. 349-354 (hier S. 351).

¹¹²⁰ So Hjs (d.i. Hellmut Jaesrich), Der Fall Rousset, Der Monat, Heft 17 (1950), 2. Jg., S. 540.

d. h. ohne ein Urteil und ohne Begründung durch eine einfache administrative Verfügung, in ein Arbeitslager zu deportieren und sie „fast kostenlos“ als Arbeitskräfte einzusetzen.

„Langsam beginnt sich die Landkarte dieses infernalischen Reiches abzuzeichnen“, so Lüthy, „dessen Einzellager, Regionen und Provinzen von der Beringstraße durch Sibirien und Zentralasien bis vor die Tore Moskaus und Leningrads zerstreut liegen, das von einer nur schätzbaren, auf jeden Fall zehn Millionen übersteigenden Zahl von Gefangenen bevölkert ist, die in schnellem Rhythmus absterben und in noch schnellerem Rhythmus neu nachgeliefert werden ... Und es ist klargeworden, daß diese Zwangsarbeitslager nicht, wie die deutschen Konzentrationslager, ein abscheulicher Auswuchs des Terrors und des totalen Krieges sind, sondern daß sie einen permanenten wirtschaftlichen Zweck erfüllen und ein wesentlicher, nicht wegzudenkender Teil des russischen Wirtschafts- und Sozialsystems sind.“¹¹²¹

Fokussierte hier der schweizer Historiker und Publizist noch den Unterschied zwischen den russischen und deutschen Lagern, hatte während des Verfahrens zwischen Rousset und *Les Lettres Françaises* der ehemalige Kommunist und „rote Held des spanischen Bürgerkrieges“ (Gustav Stern) El Campesino¹¹²² keine Scheu im Sinne der identifizierenden Totalitarismustheorie das Nichtunterscheidbare der beiden totalitären Herrschaftsregimen zu behaupten. Für El Campesino stand eindeutig fest: „Was man heute Kommunismus nennt, ist nichts anderes als Faschismus mit einer roten Fahne!“¹¹²³

Mit Blick auf die politische Linke und die Linksintellektuellen in Frankreich stellte Herbert Lüthy eine totalitarismusbezogene Frage, die insofern eine zentrale Bedeutung besaß, als sie auf deren Glaubwürdigkeit und Selbstverständnis zielte. Er stellte nämlich „die Gewissensfrage an all jene..., die sich auf ihren Kampf gegen den Faschismus von gestern als Beglaubigung ihrer demokratischen Gesinnung berufen: galt und gilt ihr Kampf jeder totalitären Tyranis oder galt er nur einem Gegner (...)“¹¹²⁴ Das war nämlich der entscheidende Nebenaspekt des Rousset-Prozesses. Wie verhält sich die französische Linke und die Intellektuellen, die in der Vergangenheit den Kampf gegen „Hitlerdeutschland“ auf ihre Fahnen geschrieben hatten und in den Chor derjenigen einstimmten: „Nie wieder Buchenwald, nie wieder Mauthausen, nie wieder Auschwitz!“¹¹²⁵, nun – nachdem das deutsche Gewaltregime besiegt war – speziell gegenüber dem Stalinismus. Konkret hieß das

¹¹²¹ Herbert Lüthy, Brief aus Paris: David Roussets >>Je propose...<<. Die Untersuchung der Verschlepptenlager durch Verschleppte, in: Der Monat, Heft 16 (1950), 2. Jg., S. 353-355 (hier S. 353).

¹¹²²Vgl. El Campesino (d. i. Valentin Gonzales), Die grosse Illusion. Von Madrid nach Moskau, Köln 1951.

¹¹²³ Zitiert nach Gustav Stern, Brief aus Paris: David Rousset contra >>Lettres Françaises<<. Ein zweiter Bericht über den KZ-Prozeß, in: Der Monat, Heft 29 (1951), 3. Jg., S. 470-473 (hier S. 471).

¹¹²⁴ Herbert Lüthy, Brief aus Paris: David Roussets >>Je propose...<<. Die Untersuchung der Verschlepptenlager durch Verschleppte, in: Der Monat, Heft 16 (1950), 2. Jg., S. 354.

¹¹²⁵ Ders., Brief aus Paris: David Rousset contra >>Lettres Françaises<<. Ein großer Prozeß vor einem kleinen Tribunal, in: Der Monat, Heft 28 (1951), 3. Jg., S. 349.

im „Fall Rousset“: Wie verhalten sie sich zur Existenz des Konzentrationslagersystems unter Stalin.

Obwohl es allein durch die beim Kravchenko-Prozess gewonnenen Erkenntnisse keines Beweises mehr bedurfte um das Vorhandensein eines riesigen Strafarbeitslagersystems in der Sowjetunion herauszustreichen, war diese Frage zentraler Gegenstand des Prozesses zwischen David Rousset auf der einen Seite und Claude Morgan und Pierre Daix von der *Lettres Françaises* auf der anderen Seite. Der Gerichtsprozess stieß auf großes Interesse der Presse und der französischen Öffentlichkeit und fand zufälligerweise in dem gleichen Raum statt, in dem mehr als ein Jahr zuvor Victor A. Kravchenko gegen die gleiche Zeitschrift prozessierte. Um die Angaben über die „Gefängniswelt“ zu bestätigen, wurden vom Kläger zahlreiche Zeugen benannt, die aus verschiedenen europäischen Ländern kamen; kein einziger jedoch aus Frankreich. Als erste Zeugin berichtete die Autorin des 1950 herausgegebenen Buches „Elf Jahre in sowjetischen Gefängnissen und Lagern“, Elinor Lipper,¹¹²⁶ eindrücklich den Zuhörern von ihren persönlichen Erfahrungen mit elf Jahren Zwangsarbeit in der Sowjetunion. Ohne jemals erfahren zu haben weshalb sie verurteilt wurden ist, verbrachte sie sechs Jahre in der Eiswüste Kolyma und fünf Jahre „auf endloser Höllenfahrt durch Gefängnisse, Massentransporte, Viehwagen, Schiffsbäuche, in Kälte, Hunger, Ungeziefer und Hoffnungslosigkeit“.¹¹²⁷ Der österreichische Physiker Alexander Weißberg sagte aus, wie er Opfer der Verhaftungswelle im Jahre 1937 in der Sowjetunion wurde und schilderte von seiner Lagerhaft.¹¹²⁸ Und der polnische Professor Jerzsy Glicksman berichtete von dem konkreten „Leben“ in den russischen Konzentrationslagern: „Die Nahrung hing von unserem Arbeitsertrag ab, das heißt das Stück Brot war größer oder kleiner. Wir hausten in Baracken, ohne Decken, ohne Kissen, ohne Matratzen, und schliefen in unseren zerfetzten Kleidern. Zwölf Stunden Arbeit in den Wäldern...und dazu die Krankheiten!“¹¹²⁹

Der bekannte polnische Maler Josef Czapski schilderte seine Erfahrung die er als Offizier der polnischen Armee machte. Zu seinem Auftrag, in Russland das Verschwinden von Angehörigen der polnischen Armee zu untersuchen, sagte er aus: „Ich habe mit General Natsietkin gesprochen, der von den Lagern wie von einer ganz normalen Sache sprach. Als

¹¹²⁶ Elinor Lipper, *Elf Jahre in sowjetischen Gefängnissen und Lagern*, Zürich 1950. Siehe hierzu auch die Rezension des Buches: Ernest J. Salter, *Gefängnis der Völker*, in: *Der Monat*, Heft 24 (1950), 2. Jg., S. 600-603.

¹¹²⁷ Herbert Lüthy, *Brief aus Paris: David Rousset contra >>Lettres Françaises<<*. Ein großer Prozeß vor einem kleinen Tribunal, in: *Der Monat*, Heft 28 (1951), 3. Jg., S. 353.

¹¹²⁸ Vgl. auch Alexander Weissberg-Cybulski, *Hexensabbat. Die Gedankenpolizei – Die große Tschistka*, Verlag der Frankfurter Hefte, Frankfurt a. M. 1951.

¹¹²⁹ Zitiert nach Gustav Stern, *Brief aus Paris: David Rousset contra >>Lettres Françaises<<*. Ein zweiter Bericht über den KZ-Prozeß, in: *Der Monat*, Heft 29 (1951), 3. Jg., S. 470.

ich ihm sagte, daß Tausende meiner Landsleute verschwunden seien und zum Teil in das Polargebiet deportiert wurden, erklärte er mir: ‚Oh ja, das ist möglich!‘ und stieg auf einen Stuhl, zeigte mir auf einer Karte die Stadt Udinka und erklärte: ‚Dahin schicken wir die Leute zur Zwangsarbeit!‘¹¹³⁰

Der aufsehenerregendste Erfahrungsbericht kam allerdings von dem bereits genannten prominenten Renegaten El Campesino, der ohne Gerichtsurteil, sondern qua ‚administrativer‘ Entscheidung in verschiedene Konzentrationslager deportiert wurde. Er berichtete: ‚Von den 6000 spanischen Kommunisten, die mit mir in Rußland eintrafen, waren im Jahre 1948 nur noch 1200 am Leben, sie vegetierten in Lagern. Ich kann alle Einzelheiten, alle Daten über das Verschwinden dieser Männer angeben. Drüben in Sowjetrußland deportiert man Menschen ohne Gerichtsverhandlung, ohne Urteil!‘¹¹³¹

Das Verfahren endete im Januar 1951 damit, dass die beiden Verleumder der kommunistischen Zeitschrift *Les Lettres Françaises*, d. h. Morgan und Daix, zu Geldstrafen verurteilt wurden und die Prozesskosten übernehmen mussten. In der Urteilsbegründung wurde David Rousset als sogenannter ‚Verteidiger der menschlichen Freiheit‘ apostrophiert und zudem zum Ausdruck gebracht, dass die zahlreichen Zeugenaussagen den Objektivitätsgehalt der Behauptungen Roussets, d. h. die tatsächliche Existenz der Konzentrationslager in der Sowjetunion, bewiesen hätten.

Angesichts dieses neuerlichen erdrückenden Beweismaterials über die Existenz des russischen Lagersystems, lag für Herbert Lüthy die spezifische Bedeutung der gesamten Kampagne David Roussets und des Prozesses für die französische Linke darin, wie sie sich zu den russischen Lagern verhält. Er verglich diese Frage mit dem Verhalten vieler Menschen und Politiker in der ganzen Welt vor dem Zweiten Weltkrieg, als aus jeweils ganz unterschiedlichen Gründen ein Schweigen, ein Nichtverhalten einsetzte im Hinblick auf das Phänomen der Konzentrationslager im Nationalsozialismus. Man wusch sich ‚die Hände in Unschuld‘, so Lüthys Kritik: ‚Hitler hat doch Ordnung in Deutschland geschaffen, und er mußte dabei natürlich manchmal hart zugreifen, aber warum sollen wir uns um Staatsfeinde, Kommunisten und Juden sorgen? Vielleicht ist er da und dort zu weit gegangen, aber welchen Glauben sollen wir den Greuelmärchen der Emigranten schenken, die nur die Beziehungen

¹¹³⁰ Zitiert nach ebenda, S. 470.

¹¹³¹ Zitiert nach ebenda, S. 471.

zum Dritten Reich vergiften und zum Krieg hetzen wollen? Heute gibt es die gleiche Feigheit und die gleichen Ausreden auf der Linken.“¹¹³²

Der Prototyp des antitotalitären Intellektuellen, David Rousset, bekam in Frankreich, in der die Kommunistische Partei über eine nachgerade einzigartige Dominanzstellung verfügte, durchaus von einem kleinen Teil der Linken und der Intellektuellen Unterstützung zuteil. Einzelne Vereinigungen, Zeitschriften, Tageszeitungen und Einzelpersonen fühlten sich durch die von Rousset gestellte „Gewissensfrage“ angesprochen und wollten nicht blind sein gegenüber den wirklichen Zuständen in der Sowjetunion und über die Lager schweigen. Zum Beispiel griff Margarete Buber-Neumann am 25. Februar 1950 im *Figaro littéraire* Partei, als sie unter der Überschrift „Für die Untersuchung der sowjetischen Lager. Wer ist schlimmer, Satan oder Belzeub?“ ein zweites Mal die französische Öffentlichkeit über ihre doppelte Erfahrung als Deportierte in deutschen und sowjetischen Lagern unterrichtete.¹¹³³ Die KPF und die mit ihr sympathisierenden Intellektuellen wiederum leugneten anfangs die Existenz der russischen Lager und der Zwangsarbeit,¹¹³⁴ um dann im Laufe des Prozesses über diesen nicht mehr anzuzweifelnden Sachverhalt zu schweigen. Diese politische und nicht zuletzt auch ideologisch bedingte Abwehrhaltung sich den tatsächlichen Verhältnissen in der Sowjetunion zu stellen, war indes nur das eine Problem. Denn die bewusste Blindheit dieser Linken und der Intellektuellen koinzidierte mit einem paradoxen Argumentationsmuster, dass man zuallererst einmal „vor der eigenen Türe kehren solle“; das bezog sich auf Missstände, Ungerechtigkeiten und Verbrechen in Spanien, Griechenland, in den Kolonialländern Indochina und Algerien und nicht zuletzt auch auf die Situation der Schwarzen Minderheit in den Vereinigten Staaten. Diese Unglaubwürdigkeit der französischen kommunistischen Linken und der Intellektuellen diskreditierte in den Augen von David Rousset die

¹¹³² Herbert Lüthy, Brief aus Paris: David Roussets >>Je propose...<<. Die Untersuchung der Verschlepptenlager durch Verschleppte, in: Der Monat, Heft 16 (1950), 2. Jg., S. 353.

¹¹³³ Herbert Lüthy berichtete in: ebenda, S. 354 f. darüber, dass zudem eine größere antikommunistische französische Föderation ehemaliger Deportierter und Internierter der Résistance David Rousset öffentlichkeitswirksam in seiner Forderung nach einem Komitee für eine Untersuchung der sowjetischen Lager unterstützte. Genauso wie der Redakteur Louis Martin-Chauffier von der Pariser Tageszeitung *Libération*. Zudem zeigte die von Emmanuel Mournier herausgegebene Zeitschrift *Esprit* „größere Sympathien“ für Rousset, indem sie die „Absagen an den Kommunismus“ von den Schriftstellern Vercors, Jean Cassou und Edith Thomas veröffentlichte. hjs (d. i. Hellmut Jaesrich), Der Fall Rousset, in: Der Monat, Heft 17 (1950), 2. Jg., S. 540.

¹¹³⁴ Herbert Lüthy, Brief aus Paris: David Roussets >>Je propose...<<. Die Untersuchung der Verschlepptenlager durch Verschleppte, in: Der Monat, Heft 16 (1950), 2. Jg., S. 355 zitierte u. a. aus einem Artikel der kommunistischen Zeitschrift *Humanité*, in dem ausdrücklich auf die Unterstützung von Louis Martin-Chauffier für Rousset eingegangen wurde. In dem Artikel stand geschrieben: „Seine Vergangenheit als Deportierter in einem der entsetzlichsten Nazilager, die Rettung seines Lebens, die er letzten Endes dem Sieg der Sowjetarmeen verdankt, all das hätte uns glauben lassen, daß er der letzte wäre, der in eine so plumpe Falle gehen würde...Martin-Chauffier wird niemanden glauben machen, daß er den verleumderischen Charakter der Behauptungen Roussets über die Zwangsarbeit in Rußland nicht kennt...“

sozialistische Idee insgesamt. Für den Mitarbeiter des „Monat“, Herbert Lüthy, entstand hieraus andererseits das essentielle Problem, dass dadurch die Neugründung einer antitotalitären Linken in Frankreich erschwert wurde.¹¹³⁵ Denn in den Augen von Lüthy war es „eine sonderbare Verteidigung der Sowjetunion, sie mit den faschistischen Staaten und den Kolonialherrschaften auf die gleiche Stufe zu stellen“. Das Kehren vor der eigenen Tür ist gewiß eine empfehlenswerte und nie genug geübte Beschäftigung; aber die eigene Tür, vor der ein Sozialist heute zu kehren hat, ist ganz zuerst einmal das ‚Land des verwirklichten Sozialismus‘. Wer über die moderne, zu einer in der Geschichte nie erreichten Vollkommenheit getriebene Staatssklaverei den Mantel des Schweigens hüllt und die Zweideutigkeit hinnimmt, daß dieses System sich in die gleichen Ideale drapiert, die er selbst billigt, der hat das Recht verwirkt, gegen ‚Reaktion und soziale Ungerechtigkeiten‘ der bürgerlichen Demokratien aufzubegehren.“¹¹³⁶

Nach dem Zweiten Weltkrieg waren es – wie gezeigt werden sollte – auch und vor allem die von den beiden Renegaten Victor A. Kravchenko und David Rousset gegen die kommunistische Zeitschrift *Les Lettres Françaises* angestregten Gerichtsverfahren, die in Frankreich die Diskussion über das Totalitarismusphänomen im Allgemeinen und das sowjetkommunistische Herrschaftssystem unter Stalin im Besonderen in Gang brachten.¹¹³⁷ Die in beiden Verfahren thematisierte Frage nach der Existenz des Konzentrationslagersystems im Stalinismus führte zu heftigen Streitigkeiten innerhalb der französischen Linken bzw. zu Brüchen zwischen den Intellektuellen Frankreichs – wie beispielsweise zwischen David Rousset einerseits und Jean-Paul Sartre sowie Maurice Merleau-Ponty andererseits.¹¹³⁸ Was in diesem Zusammenhang mit dem „empirischen Material“ des „Monat“ auch gezeigt werden sollte, dass die genannten Autoren dieser Zeitschrift die sich aufgrund der sowjetischen Lager ergebenden existentiellen Probleme der

¹¹³⁵ Vgl. hierzu grundsätzlich Herbert Lüthy, Brief aus Paris: Frankreichs heimatlose Linke, in: Der Monat, Heft 19 (1950), 2. Jg., S. 8-17.

¹¹³⁶ Herbert Lüthy, Brief aus Paris: David Roussets >>Je propose...<<. Die Untersuchung der Verschlepptenlager durch Verschleppte, in: Der Monat, Heft 16 (1950), 2. Jg., S. 355. Die Zitate im Zitat bezogen sich auf einen gegen Rousset gerichteten Artikel von Claude Bourdet, der, so Lüthy, ebenda, S. 355, „Direktor der unabhängigen, stark trotzkistisch angehauchten Tageszeitung *Combat*“ war und zudem „Tito-Pilger dieses Sommers“, der vor der „Frage Roussets“ mit einem Artikel auskniff, „der ein Monument der eingangs erwähnten ‚Feigheit der Linken‘ ist.“

¹¹³⁷ Vgl. grundsätzlich David Bosshart, Politische Intellektualität und totalitäre Erfahrung: Hauptströmungen der französischen Totalitarismuskritik, Berlin 1992.

¹¹³⁸ Auch der spätere Bruch zwischen Jean-Paul Sartre mit Albert Camus auf der einen Seite und Maurice Merleau-Ponty auf der anderen Seite resultierte letzten Endes aus divergierenden Positionen zum sowjetischen Kommunismus und den dort existierenden Konzentrationslagern.

politischen Linken beleuchteten.¹¹³⁹ Denn indem ein nicht geringer Teil der französischen Linken und der Intellektuellen sich aus ideologischen und politischen Gründen weigerte, die Existenz der sowjetischen Lager zu verurteilen und als Linke eine radikale Herrschaftskritik am sowjetischen System *in toto* zu üben, hatte sie sich selbst diskreditiert. Ihre mehr oder weniger gewollte Blindheit gegenüber den tatsächlichen Zuständen in der Sowjetunion unter Stalin machte sie nicht nur unglaublich in Bezug auf die Kritik an den sozialen und politischen Verhältnissen in den „eigenen“ westlichen Ländern, sondern erschwerten auch die Herausbildung einer antitotalitären demokratischen Linken nicht nur in Frankreich.

Denn die politischen Implikationen sowohl des Kravchenko- als auch des „Rousset-Prozesses“ brachen sich Anfang der 1950er Jahre auch in der sich gerade konstituierenden Bundesrepublik Deutschland. In einem im August-Heft des Jahres 1951 erschienenen Artikel berichtete Hellmut Jaesrich unter dem Titel „Wie blind darf die Justitia sein?“ im „Monat“ davon, dass die ehemalige Kommunistin Margarete Buber-Neumann von Seiten des „kommunistischen Journalisten“ Emil Carlebach mit dem ungeheuerlichen, verleumderischen Vorwurf konfrontiert wurde, erst als sogenannte „Agentin“ der Gestapo und dann für die Amerikaner fungiert zu haben sowie damit, dass ihre in ihrem Buch darstellte Leidensgeschichte in den deutschen und sowjetischen Konzentrationslagern ins Reich der ‚Legende‘ gehören würde. Vor dem Hintergrund des Berufungsurteils des Landgerichtes Frankfurt am Main, das den KPD-Funktionär Carlebach zur Zahlung des „bescheidenen Preis(es)“, so Hellmut Jaesrich, von DM 200,- verurteilte, vertrat er die Ansicht, dass es fortan „jedem Kommunisten frei“ steht, von der „propagandistischen Plattform“ eines westdeutschen Gerichts „Gebrauch zu machen“.¹¹⁴⁰

¹¹³⁹ Hier sind starke Parallelen zu sehen, die knapp zwanzig Jahre später der „Gulag-Schock“ 1973/74 vor allem in Frankreich auslöste. Vgl. Aleksandr Solženicyn, *L' Archipel du Goulag, 1918-1956. Essai d' investigation littéraire*, 3 Bde., Paris 1974-76 (dt. Ausgabe: *Der Archipel Gulag 1918-1956. Versuch einer künstlerischen Bewältigung*, Bde. 1-3, Bern/München 1974-1976). Nicht zuletzt durch diese Veröffentlichung kam es in Frankreich (als auch in zahlreichen anderen westlichen Ländern) zu einer (totalitarismus-)politischen Diskussion zwischen der nichtkommunistischen Linken und Kommunisten sowie zur Kontroverse unter den französischen Intellektuellen. Im Kern ging es hier um die Existenz der sowjetischen Konzentrationslager und die sowohl politischen als auch theoretischen Implikationen für die französische Linke. Vgl. hierzu exemplarisch besonders André Glucksmann, *La cuisinière et le mangeur d'hommes*, Paris 1974 (dt. Ausgabe: *Köchin und Menschenfresser. Über die Beziehung zwischen Staat, Marxismus und Konzentrationslager*, Berlin 1976). In der westdeutschen Linken blieben zum damaligen Zeitpunkt eine Solschenizyn-Rezeption und eine Diskussion darüber fast völlig aus. Eine Ausnahme stellte der Band Rudi Dutschke/Manfred Wilke (Hg.), *Die Sowjetunion, Solschenizyn und die westliche Linke*, Reinbeck bei Hamburg 1975 dar. Anzumerken ist hierbei allerdings, dass die Herausgeber ihre Kritik am Sozialismus bzw. Kommunismus immanent verstanden und dem antikapitalistischen „Revolutionsmythos“ verhaftet blieben.

¹¹⁴⁰ hjs (d. i. Hellmut Jaesrich), *Wie blind darf die Justitia sein?*, in: *Der Monat*, Heft 35 (1951), 3. Jg., S. 541 f. (hier S. 542). Vgl. in diesem Zusammenhang Wolfgang Kraushaar, *Sonnenuntergang. Das Verhältnis europäischer Intellektueller zum Kommunismus im Spiegel dreier Prozesse*, in: ders., *Linke Geisterfahrer*.

IV. Die qualitative und quantitative Analyse des Nationalsozialismus und des Sowjetkommunismus im „Monat“

Die Zeitschrift „Der Monat“ war selbstverständlich keine genuine wissenschaftliche Zeitschrift, sondern in erster Linie eine internationale politische Kulturzeitschrift. Infolgedessen betrieb das Organ keine originäre Forschung. Allerdings versammelte die Zeitschrift, wie erwähnt, zahlreiche renommierte internationale Historiker, Soziologen, Politologen und Publizisten, die in ihren Veröffentlichungen im „Monat“ auch und vor allem den Nationalsozialismus und den Sowjetkommunismus sowie das facettenreiche Totalitarismusphänomen schlechthin in den Fokus rückten. In diesem Zusammenhang genügten zahlreiche Beiträge durchaus wissenschaftlichen Standards, zumal es sich häufig sogar um Auszüge aus veröffentlichten Büchern dieses Personenkreises handelte, die wissenschaftliche Studien darstellten. Zudem wurden nicht selten in den Veröffentlichungen zu diesen Themen mit der internationalen wissenschaftlichen Forschungsliteratur operiert beziehungsweise unterschiedliche Quellen und Dokumente herangezogen – beispielsweise des Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozesses.

In den folgenden drei Kapiteln soll anhand des konkreten Materials des „Monat“ untersucht werden, wie in dieser Zeitschrift die beiden totalitären Herrschaftssysteme des Nationalsozialismus und des Sowjetkommunismus tatsächlich beschrieben und analysiert wurden, d. h. insbesondere, welches Bild von den beiden Herrschaftsregimen gezeichnet wurde, wie der konkrete Vergleich der beiden Regime letzten Endes ausfiel und welche Rolle die zeitgenössischen Totalitarismustheorien in diesem Zusammenhang spielten. Zudem wird untersucht, welche Autoren zu ebendiesem Themenkomplex im „Monat“ veröffentlichten und inwiefern man hierbei die wissenschaftlichen und historisch-politischen Erkenntnisse „seiner“ Mitarbeiter bei der (vergleichenden) Analyse des nationalsozialistischen und sowjetkommunistischen Herrschaftssystems nutzte und auf die zeitgenössischen Forschungsergebnisse zurückgriff.

Als Grundlage dienen hierbei die Veröffentlichungen von Oktober 1948 bis April 1960, d. h. von Heft 1 bis Heft 139 – mit Ausnahme des Doppelheftes 22/23¹¹⁴¹ – zur Geschichte des „Dritten Reiches“ und zum zeitgenössischen Kommunismus sowie primär

Denkanstöße für eine antitotalitäre Linke, S. 46-53, wo die nähere Vorgeschichte und die genauen Umstände des Prozesses von Margarete Buber-Neumann gegen Emil Carlebach ins Licht gerückt werden.

¹¹⁴¹ Das Doppelheft 22/23 wurde von der Zeitschrift „Der Monat“ bekanntlich aus Anlass des vom 26. bis 30. Juni 1950 in Berlin stattgefundenen „Kongresses für kulturelle Freiheit“ herausgegeben. Siehe hierzu das Kapitel I. 5. „Der ‚Kongress für kulturelle Freiheit‘ in Berlin“.

zum Totalitarismus deutscher und sowjetischer Provenienz. Für die Entscheidung, den Untersuchungszeitraum auf insgesamt zwölf Jahre zu begrenzen, gab es zwei Gründe. Einerseits korrespondierte dieser Zeitraum mit der Herausgeberschaft des Gründers bzw. Mitbegründers und dem eigentlichen *spiritus rector* des „Monat“, Melvin J. Lasky. Andererseits sprachen arbeitsoperative Überlegungen eine wichtige Rolle. Um nicht vollends im empirischen Material dieses Mediums zu „versinken“, musste in diesem Zusammenhang eine Entscheidung getroffen werden, mit welchen Beiträgen gearbeitet werden soll, d. h., welche Veröffentlichungen im „Monat“ für die inhaltliche Auseinandersetzung als Grundlage genommen wird.¹¹⁴² Die drei Kapitel folgen wie noch zu sehen sein wird vor dem Hintergrund der zentralen Leitfragen jeweils spezifischen, ausdifferenzierten Fragestellungen sowie methodischen Verfahrensweisen.

IV. 1. Analyse des Nationalsozialismus

IV. 1. 1. Vorbemerkung und Fragestellung

Im Folgenden soll anhand des konkreten Materials des „Monat“ untersucht werden, wie in dieser Zeitschrift im angegebenen Zeitraum der Nationalsozialismus beschrieben und analysiert wurde. Anhand der zahlreichen Beiträge zum zeitgeschichtlichen Gegenstand¹¹⁴³ „Drittes Reich“ wird der zentralen Frage nachgegangen, was man hier *ex-post* als Leser vom „Führerstaat“ erfährt und was für ein Bild „Der Monat“ vom nationalsozialistischen Herrschaftssystem der Jahre 1933 bis 1945 gezeichnet hat.

Desweiteren sollen auf der empirischen Basis der Veröffentlichungen verschiedene (Unter-)Fragen beleuchtet werden: Welche thematischen Schwerpunkte wurden hierbei gesetzt? Über welche historischen Aspekte, Bereiche, Abschnitte, Ereignisse, Institutionen und Funktionäre des Nationalsozialismus wurde geschrieben? Welche Bücher wurden in diesem Kontext besprochen? Was erfährt man als Leser konkret über den Aufstieg der

¹¹⁴² Ab Heft 140, d. h. ab Mai 1960, zeichneten bekanntlich Fritz René Allemann und Hellmut Jaesrich für die Herausgeberschaft der Zeitschrift „Der Monat“ verantwortlich.

¹¹⁴³ Den Begriff Zeitgeschichte definierte Walther Hofer 1955 im „Monat“ als die Auseinandersetzung mit der „Geschichte seit dem ersten Weltkrieg, d. h. auf Deutschland bezogen, die Geschichte der Weimarer Republik und der nationalsozialistischen Diktatur“. Walther Hofer, *Der mißbrauchte Ranke. „Konservative Revolution“ in der deutschen Geschichtsschreibung?*, in: *Der Monat*, Heft 84 (1955), 7. Jg., S. 542-547 (hier S. 545). Siehe zum Begriff aus der zeitgenössischen Forschungsliteratur vor allem Hans Rothfels, *Zeitgeschichte als Aufgabe*, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte*, Heft 1, (1953), 1. Jg., S. 1-8.

nationalsozialistischen Bewegung in den zwanziger Jahren auf dem Boden der Weimarer Republik sowie über die Genesis der staatlichen Machteroberung und -konsolidierung nach dem 30. Januar 1933? Welche Personen schrieben in allererster Linie zu diesem Thema und welche „Experten“, d. h. welche bekannten und renommierten wissenschaftlichen Forscher der Geschichte des „Dritten Reiches“, veröffentlichten in diesem Organ?

Weiterhin stehen in Bezug auf die Analyse des Nationalsozialismus folgende Fragen im Zentrum: Übernahm „Der Monat“ vor dem Hintergrund der zeitgenössischen Forschungsliteratur den angloamerikanischen Forschungsansatz und ging das Organ mithin bei der Analyse des „Führerstaates“ von der polykratischen Herrschaftsstruktur des Nationalsozialismus aus? Für diesen Ansatz standen in erster Linie so unterschiedliche emigrierte Theoretiker und Intellektuelle wie Franz Neumann mit seinem „Behemoth“ und Hannah Arendt mit „The Origins of Totalitarianism“, aber auch der englische Historiker Gerald Reitlinger mit seinem Buch „The Final Solution – The Attempt to Exterminate the Jews of Europe 1939-1945“,¹¹⁴⁴ die ihre bahnbrechenden Studien zu Beginn der 1940er bzw. 1950er Jahre veröffentlichten. Ebendieser nicht ausschließlich hitlerzentrierte Forschungsansatz besaß nicht zuletzt auch bei dem Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess und den sogenannten Nachfolgeprozessen Ende der vierziger Jahre eine fundamental wichtige Bedeutung, als entscheidende Funktionsträger im Grunde genommen stellvertretend für den gesamten nationalsozialistischen Staat bzw. für das nationalsozialistische Herrschaftssystem schlechthin auf der Anklagebank saßen. Obwohl die Vernichtung des europäischen Judentums in Nürnberg nicht explizit Anklagepunkt der Alliierten war, war die millionenfache Ermordung zweifelsohne Gegenstand des Verfahrens und konnte durch Zeugenaussagen und Dokumente, den „Evidenzdokumenten“ (Lutz Hachmeister), bewiesen werden. Inwiefern hatte überhaupt bei der Auseinandersetzung mit der Geschichte des „Dritten Reiches“ im „Monat“ die *tatsächliche* nationalsozialistische „Judenpolitik“ in den 1930er Jahren eine Bedeutung, d. h., wurde die konkrete gesellschaftliche Ausgrenzung und Verfolgung der Juden durch das „Dritte Reich“ in Deutschland in den ersten Jahren nach der „Machtergreifung“ thematisiert und beschrieben, die in letzter mörderischer Konsequenz zur Vernichtung der europäischen Juden führte? In diesem Zusammenhang wird gefragt: Welchen Stellenwert hatte das zentrale Verbrechen des Nationalsozialismus? Setzte sich die Zeitschrift mit den konkreten nationalsozialistischen Massenmorden auseinander? Wusste man zum Beispiel wer ein Adolf Eichmann, ein Hans Frank oder führende Funktionäre der

¹¹⁴⁴ Gerald Reitlinger, *The Final Solution – The Attempt to Exterminate the Jews of Europe 1939-1945*, London 1953 (dt. Ausgabe: *Die Endlösung. Hitlers Versuch der Ausrottung der Juden Europas 1939-1945*, Berlin 1956).

„Einsatzgruppen“ wie Otto Ohlendorf, Franz Stahlecker, Arthur Nebe oder Otto Rasch war und worin ihre besonderen individuellen bzw. institutionellen Aufgabenbereiche im Hinblick auf die nationalsozialistische „Judenpolitik“ lagen? Warf „Der Monat“ einen genuinen totalitarismustheoretischen Blick auf den Nationalsozialismus, der sich in vergleichenden analytischen Herrschaftsbegriffen wie beispielsweise totalitärer Führer, Konzentrationslager, Geheimpolizei, Parteiherrschaft bzw. Parteistaat, Propaganda oder auch in dem Begriff Revolution ausdrückte?

Darüber hinaus wird die sich aufdrängende Frage in den Mittelpunkt des Erkenntnisinteresses gerückt werden, auf welche Bücher zur Geschichte des Nationalsozialismus der „Monat“ in welcher Form auch immer inhaltlich Bezug nahm; ob als Vorabdruck, in Form einer Buchrezension oder in einer anderen sonstigen Art und Weise – zum Beispiel in der zentralen Rubrik „Hinweise“ – und auf welche Bücher nicht? In welcher Form ging die Zeitschrift beispielsweise auf Veröffentlichungen des Münchener Institutes für Zeitgeschichte ein, der zweifelsohne bedeutendsten Forschungseinrichtung über den Nationalsozialismus in der Bundesrepublik in den 1950er (und 1960er Jahren).

Und zu guter Letzt soll der Frage nachgegangen werden, die im Grunde genommen als thematische Ausgangsfrage bezeichnet werden kann: Inwiefern die Redaktion der Zeitschrift „Der Monat“ die historischen und analytischen Erkenntnisse der zentralen Autoren wie Raymond Aron, Franz Borkenau, Richard Löwenthal, Hannah Arendt, Dwight Macdonald, Herbert Lüthy oder Arthur Koestler aus ihren frühen Veröffentlichungen nutzte, um über den Nationalsozialismus aufzuklären?¹¹⁴⁵ Anders gesagt: Knüpfte die „Lasky-Zeitschrift“ an den Erkenntnis- und Forschungsstand der genannten Autoren an und wurden ihre Theorieangebote *expressis verbis* für die Untersuchung des nationalsozialistischen Herrschaftssystems, der Machteroberung und -konsolidierung und für die Thematisierung der politischen und gesellschaftlichen Ausgrenzung der Juden in Deutschland in den dreißiger Jahren sowie der anschließenden Verfolgung, der Deportation und der Ermordung des europäischen Judentums produktiv genutzt? Nutzte „Der Monat“ das nicht zuletzt durch totalitäre Erfahrung erworbene historische (Forschungs-)Wissen über den Nationalsozialismus und die intellektuellen, theoretischen sowie analytischen Fähigkeiten „seiner“ Autoren, um auch und vor allem die nationalsozialistische „Judenpolitik“ substantiell und sozusagen innovativ zu untersuchen und

¹¹⁴⁵ Siehe hierzu besonders das Kapitel II. 4. „Porträts einiger Exponenten des ‚Monat‘“ sowie II. 1. Reflexionen von Hans Kohn und Hannah Arendt zu einer Archäologie totaler Herrschaft. Oder: Vom ‚glücklichen 19. Jahrhundert‘ zum ‚Jahrhundert des Nationalismus‘“ und II. 3. Frühe Auseinandersetzung der Renegaten mit dem Totalitarismus vor dem Hintergrund ihrer Rolle im ‚Monat‘“. Vgl. z. B. auch Denis de Rougemont, *Journal aus Deutschland 1935-1936*, Wien 1998 (Erstveröffentlichung Paris 1938).

um die facettenreiche antijüdische Politik des „Dritten Reiches“ zu einem Schwerpunktthema zu machen?

IV.1. 2. Empirische Auswertung der Veröffentlichungen. Kategorisierungen der Beiträge und die Autoren

Die empirische Auswertung sämtlicher Ausgaben des „Monat“ von Oktober 1948 bis April 1960 ergab, dass die Geschichte des „Dritten Reiches“ – insofern eine „weite Vorstellung“ vorausgesetzt wird – in knapp 150 Beiträgen Gegenstand der Beschreibung, der Analyse, des Kommentars oder der Reflexion war. Mit „weite Vorstellung“ ist die Annahme gemeint, dass im „Monat“ die Geschichte des Nationalsozialismus erstens, im Rahmen einer expliziten totalitarismustheoretischen Perspektive (wie zum Beispiel in den Auszügen aus Hannah Arendts Totalitarismusstudie), zweitens, unter Berücksichtigung der Themenbereiche Vorgeschichte des „Hitlerregimes“ (also zum Beispiel Erster Weltkrieg und die Folgen für die erste deutsche Demokratie sowie Untergang der Weimarer Republik), Emigration, Intellektuelle, „Judenpolitik“, „aktueller Anlass“ (zum Beispiel wegen eines Strafprozesses gegen ehemalige Nazis in der Bundesrepublik), oder drittens, „indirekt bzw. nebenbei“¹¹⁴⁶ eingegangen wurde und insofern sie wichtige Aussagen und Erkenntnisse enthielten.

Wenn danach gefragt wird, wie groß die Anzahl der Beiträge war, die die Geschichte des „Dritten Reiches“ zum Gegenstand hatten, ohne „indirekt bzw. nebenbei“ darauf einzugehen, ergab die empirische Auswertung, dass dies in 100 Fällen geschah. Dann lag bei der Entscheidung, ob eine Veröffentlichung berücksichtigt wurde oder nicht, das Kriterium zugrunde, ob auf den Nationalsozialismus einerseits im Rahmen einer expliziten totalitarismustheoretischen Perspektive und andererseits unter Einschluss der Themenbereiche

¹¹⁴⁶ Indirekt bzw. nebenbei heisst, dass sich das Thema Nationalsozialismus erst bei genauer und konkreter Lektüre eines einzelnen Artikels im „Monat“ erschliesst. Um zwei Beispiele zu nennen. In Heft 13 (2. Jahrgang, Oktober 1949, S. 40-48) veröffentlichte Trevor-Roper den Beitrag „Ciano und Mussolini. Aufklärung und neue Mythenbildung“, der sich naheliegenderweise mit dem italienischen Faschismus beschäftigte. Gleichwohl enthält der Artikel wichtige Reflexionen zum Beispiel zu Adolf Hitler. Zweites Beispiel: Die Veröffentlichung von C. V. Wedgwood, Verantwortung und Antisemitismus, in: Der Monat, Heft 4 (1949), 1. Jg., S. 95 f.; hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: Jean-Paul Sartre, Betrachtungen zur Judenfrage, Zürich (o. J.). Hier kam der Rezensent auch auf die NS-Massenverbrechen zu sprechen. Drittes Beispiel: der Beitrag Sidney Hook, Lenin oder die Rolle des Einzelnen, in: Der Monat, Heft 20 (1950), 2. Jg., S. 174-189 setzte sich ausdrücklich mit dem sowjetischen Kommunismus auseinander. Gleichwohl ging der Autor indirekt bzw. nebenbei auch auf die staatliche Machteroberung der NS-Bewegung ein.

Vorgeschichte des „Hitlerregimes“, Emigration, Intellektuelle, „Judenpolitik“, „aktueller Anlass“ eingegangen wurde und insofern sie wichtige Aussagen und Erkenntnisse enthielten

Wenn allerdings bei der qualitativen und quantitativen Auswertung der Zeitschriftenausgaben im oben genannten Zeitraum das Kriterium im Mittelpunkt steht, inwiefern „Der Monat“ ausdrücklich auf den deutschen Nationalsozialismus einging, ohne eine explizit totalitarismustheoretische Perspektive einzunehmen, oder indem dies „indirekt bzw. nebenbei“ erfolgte, ergibt sich ein anderes Bild. Hier ergab die Auswertung, dass die Geschichte des Nationalsozialismus in 60 Beiträgen untersucht, reflektiert oder thematisiert wurde. Unter Einbeziehung sämtlicher Zeitschriftenrubriken¹¹⁴⁷ war hier entscheidend, inwiefern der Untersuchungsgegenstand Nationalsozialismus ausdrücklich beschrieben, analysiert oder thematisiert wurde, einschließlich der angesprochenen Themenbereiche Vorgeschichte des „Führerstaates“, Emigration, Intellektuelle, „Judenpolitik“ oder aus „aktuellem Anlass“.

Diese 60 Beiträge unterschiedlichster Couleur zum Thema Geschichte des Nationalsozialismus veröffentlichten insgesamt knapp 30 Personen. Mindestens einen Beitrag zum Thema Nationalsozialismus veröffentlichten hierbei insgesamt 23 Personen, darunter zum Beispiel Hannah Arendt, Herbert Lüthy, der deutsche Jurist und Historiker Robert M. W. Kempner, der deutsche Historiker Gerhard Ritter, der britische Labourpolitiker Richard H. S. Crossmann oder der jüdische Historiker und Journalist Walter Laqueur. Mindestens zwei Beiträge veröffentlichten hierbei insgesamt neun Personen. Dieser Personenkreis bestand aus folgenden deutschen und internationalen Historikern und Publizisten: Hugh R. Trevor-Roper, Walther Hofer, Alfred Kellner, Michael Freund, Joachim G. Leithäuser, Melvin J. Lasky, Peter de Mendelssohn, Walter Görlitz, Rohan Butler.

Als die eigentlichen Experten bei der Auseinandersetzung mit der Geschichte des „Dritten Reiches“ kristallisierten sich auf der Grundlage der qualitativen und quantitativen Auswertung des „Monat“-Materials letztlich der englische Historiker Hugh R. Trevor-Roper und der schweizer Historiker Walther Hofer heraus. Trevor-Roper und Hofer, von denen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges im deutschsprachigen Raum wichtige und insbesondere bis 1960 publikumserfolgreiche Bücher zum deutschen Nationalsozialismus erschienen, veröffentlichten im „Monat“ einerseits substantielle Beiträge zum Nationalsozialismus und zählten andererseits zu den Autoren, die die meisten Beiträge zum Untersuchungsgegenstand

¹¹⁴⁷ Nicht berücksichtigt wurden Leserbriefe von Personen, die in dem genannten Zeitraum nicht zu den Autoren des „Monat“ zählten. Eine Ausnahme stellt allerdings aufgrund der historischen Erkenntnisse und -Details im Hinblick auf die Geschichte des Nationalsozialismus der Leserbrief von Friedrich Carl Westphal in Heft 32 dar, auf den ich im Verlauf des Kapitels näher eingehen werde.

Nationalsozialismus schrieben. Hugh R. Trevor-Roper schrieb zu diesem Thema insgesamt 9 Artikel und Walther Hofer insgesamt 5 Artikel. Aus diesem Grund können Hugh R. Trevor-Roper und Walther Hofer als die eigentlichen NS-Experten des Periodikums klassifiziert und mithin als die „herausragenden Autoren“ (Michael Hochgeschwender) im Hinblick auf die „Analyse des Nationalsozialismus“ bezeichnet werden.

Wenn aber von einer „engen Vorstellung“ vom Untersuchungsgegenstand bzw. -feld Nationalsozialismus ausgegangen wird, ergibt sich noch ein anderes Bild. Insofern danach gefragt wird, welche Beiträge im „Monat“ ausdrücklich die tatsächlichen innenpolitischen Verhältnisse in Deutschland und außenpolitischen Maßnahmen bzw. Entwicklungen unter Hitler in den Jahren 1933 bis 1945 zum Gegenstand hatten, ohne dabei auf die genannten Themenbereiche einzugehen, ergab die Auswertung, dass dies in „nur“ 52 Artikeln erfolgte. Von diesen 52 Beiträgen bezogen sich wiederum knapp 30 Beiträge auf die Themenbereiche Zweiter Weltkrieg, deutscher Widerstand und die sogenannte Memoirenliteratur. Insofern bildeten diese – aufgrund von inhaltlichen Überschneidungen nicht immer eindeutig zu trennenden Themenbereiche – den eigentlichen Schwerpunkt bei der ausdrücklichen Auseinandersetzung mit dem „Führerstaat“ im „Monat“.

Diese 52 Veröffentlichungen lassen sich in Bezug auf das Thema Nationalsozialismus anhand folgender Kategorien unterscheiden:

1. Buchrezensionen
2. Vorabdruck eines Buches (bzw. Teilabdruck eines veröffentlichten Buches)
3. Eigenständige Veröffentlichung des „Monat“ (u.a. in der Rubrik „Hinweise“)
4. Sonstiges (Film, Kunst, Leserbriefe etc.).¹¹⁴⁸

Hierbei ergab die Auswertung, dass von diesen 52 Beiträgen 25 in der Form einer Buchrezension erfolgten. Dabei handelte es sich in 17 Fällen um Rezensionen, die die Themen Zweiter Weltkrieg, deutscher Widerstand und Memoirenliteratur zum Gegenstand hatten. In 6 Fällen handelte es sich um einen Vorabdruck oder Teilabdruck eines bereits veröffentlichten Buches zum Nationalsozialismus. In 10 Fällen handelte es sich um „eigenständige“ Veröffentlichungen, d. h., der „Monat“ setzte selbst als Zeitschrift den inhaltlichen Schwerpunkt und trat gewissermaßen zum Thema Nationalsozialismus als „Handlungssubjekt“ in Erscheinung. In 11 weiteren Beiträgen thematisierte man das „Dritte Reich“ in der Rubrik „sonstiges“.

¹¹⁴⁸ Diese vier Kategorien wurden vom Verfasser eingeführt und finden sich mithin im „Monat“ in dieser Form konkret nicht wieder.

Im Folgenden wird auf der Grundlage jeder einzelnen Ausgabe des „Monat“ gezeigt, was ausgehend von den Kapitelüberschriften (IV.1.3. bis IV.1.9.) die entsprechenden Beiträge an historischen Erkenntnissen und Informationen zur Geschichte des Nationalsozialismus beinhalteten. Mit Ausnahme der Veröffentlichungen, die aus einer explizit totalitarismustheoretischen Perspektive geschrieben wurden,¹¹⁴⁹ werden hierbei die oben genannten 100 Beiträge herangezogen. Die Entscheidung zugunsten der einzelnen Kapitelüberschriften wurde getroffen, um einen Zugriff auf die Veröffentlichungen zur Geschichte des Nationalsozialismus zu haben und das empirische Material der Zeitschrift nach ganz bestimmten Gesichtspunkten systematisch inhaltlich ordnen zu können. Erst auf dieser Grundlage erschien es überhaupt möglich, die eingangs angeschnittenen Fragen beantworten zu können. Die Entscheidung zugunsten der einzelnen Kapitelüberschriften ergab sich einerseits aus den eingangs formulierten Fragen und zum anderen aus der quantitativen und qualitativen Auswertung der Veröffentlichungen zur Geschichte des „Dritten Reiches“ in dem angesprochenen Zeitraum selbst.¹¹⁵⁰ Auch und vor allem aufgrund des umfangreichen Materials wird grösstenteils auf eine Kommentierung und Interpretation der einzelnen Beiträge verzichtet, um in erster Linie das empirische Material des „Monat“ in den Vordergrund zu stellen und von „selbst sprechen“ zu lassen. Es geht hierbei um eine möglichst objektive Darstellung. Anschließend erfolgen eine kommentierende Zusammenfassung und das als Thesen formulierte „Analytische Resümee“, wo der Versuch unternommen wird, vor dem Hintergrund der aufgeworfenen Fragen eine Gesamteinschätzung der „Analyse des Nationalsozialismus“ im „Monat“ vorzunehmen; hierbei ließen sich inhaltliche Redundanzen nicht vermeiden.

IV. 1. 3. Einführung zum Nationalsozialismus: „Dr. Goebbels privat“

Die erste Veröffentlichung in der Zeitschrift „Der Monat“, die sich direkt mit dem Nationalsozialismus beschäftigte, war die Rezension der Tagebücher Joseph Goebbels‘

¹¹⁴⁹ Diese Beiträge bilden weitestgehend die Grundlage für das Kapitel IV. 3. Vergleichende Analyse der totalitären Herrschaftssysteme des Nationalsozialismus und des Sowjetkommunismus.

¹¹⁵⁰ Die Veröffentlichungen, die primär aus Gründen der Auseinandersetzung mit der „deutschen Vergangenheit“ veröffentlicht wurden, wurden bereits im Kapitel I. 4. „Die besondere Funktion des „Monat“ im Nachkriegsdeutschland und die Rolle der Totalitarismustheorie“ genannt wurden, andererseits gehe ich darauf im Schlusskapitel ein. Insofern haben sie hier keine Bedeutung und werden nicht herangezogen.

(1897-1945) von dem britischen Labourpolitiker Richard H. S. Crossmann, die unter dem Titel „Dr. Goebels privat“ im ersten Heft veröffentlicht wurde.¹¹⁵¹ Die erste Eintragung im Tagebuch, das von Louis Lochner in einer „gekürzten Fassung“¹¹⁵² herausgegeben wurde, stammte vom 21. Januar 1942, wurde mit dem 23. Mai 1942 abgebrochen und dann von März bis Mai 1943 ohne große Unterbrechung vom Propagandaministers des „Dritten Reiches“ weitergeführt.

Richard H. S. Crossmann konstatierte zu Beginn seines Beitrages, dass Goebbels, der schon „vor der Machtergreifung“¹¹⁵³ mit dem Schreiben am Tagebuch anfang, zum Zeitpunkt der ersten Eintragung am 21. Januar 1942 in der Erwartung des militärischen Sieges ausschließlich an ein „Problem“ dachte:

„Das dringlichste war nach Goebbels‘ Meinung die Liquidierung des europäischen Judentums. Während es taktisch klug sein mochte, die Vernichtung der katholischen Kirche und der deutschen Oberschicht auf die Zeit nach dem Siege zu vertagen, mußte die Judenfrage sofort in Angriff genommen werden. Der Krieg gab die Möglichkeit, mit den Juden in einer Weise zu Verfahren, die in Friedenszeiten untunlich gewesen wäre. Goebbels war stolz auf seinen ‚Realismus‘ und seine elastische Haltung; aber in seinem Antisemitismus war er ganz und gar linientreuer Prinzipienreiter. Die Massenmorde mußten zu Ende gebracht werden, ohne Rücksicht auf den Widerstand der Kirchen und der Oberschicht.“¹¹⁵⁴

Crossmann stellte also fest, dass die nationalsozialistische Ermordung des europäischen Judentums gekoppelt war an den Verlauf des Zweiten Weltkrieges und das gewissermaßen erst der Krieg die Möglichkeit eröffnete, den nationalsozialistischen Antisemitismus in die Tat umzusetzen, nämlich die Massenmorde in Gang zu bringen und vor allem auch „zu Ende“ zu bringen. Und zwar, so der Rezensent, „ohne Rücksicht auf den Widerstand der Kirchen und der Oberschicht.“ Gleichzeitig wurde von ihm die Ansicht vertreten, dass nach dem militärischen Erfolg, sich die mörderische Energie des nationalsozialistischen Systems im Grunde genommen mit gleicher Qualität respektive Intensität sich gegen nichtjüdische Personen und Institutionen gerichtet hätte. Nämlich gegen die „katholischen Kirche“ und die

¹¹⁵¹ R(ichard) H. S. Crossmann, Dr. Goebels privat, in: Der Monat, Heft 1 (1948), 1. Jg., S. 90-93; hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: Joseph Goebbels, Tagebücher. Verlag „Die Welt“, Hamburg (o. J.). Die Angaben zu dem Buch erfolgen hier – wie auch bei den folgenden Beiträgen – ausschließlich nach denen des „Monat“ und werden nicht ergänzt. In der Regel erfolgten die Buchhinweise im „Monat“ ohne ausdrückliche Angabe zum Erscheinungsjahr.

¹¹⁵² Ebenda, S. 91. Crossmann wies auf S. 90 daraufhin, dass Goebbels jahrelang an seinem Tagebuch geschrieben hat und „ein Teil davon, beginnend mit den Monaten vor der Machtergreifung“ unter einem anderen Titel bereits während des Krieges veröffentlicht wurde, „allerdings mit zahlreichen Streichungen und ‚Verbesserungen‘“. Desweiteren erklärte Crossmann, „daß um 1941 schon 23. Bände vorlagen (...)“ und dass der „Verdreher der Wahrheit“, also Joseph Goebbels, „der einzige nationalsozialistische Politiker (war), der Tag für Tag die geschichtlichen Ereignisse genau so zu Papier brachte, wie er sie sah.“ (S. 90 f.)

¹¹⁵³ Ebenda, S. 90.

¹¹⁵⁴ Ebenda, S. 91.

deutsche „Oberschicht“, weil dem Nationalsozialismus nach seiner Meinung aus ebendiesen Kreisen der deutschen Gesellschaft „Widerstand“ gegen die „Massenmorde“ an den europäischen Juden entgegengesetzt wurde. In diesem Zusammenhang fragte sich Crossmann: „Worin bestand die nächste Aufgabe nach der Ausschaltung der Juden? Goebbels‘ Antwort – die endgültige Vernichtung der bürgerlichen Klasse – zeigt, wie unrecht diejenigen marxistischen Theoretiker hatten, die den Nationalsozialismus lediglich als eine Tarnung des Monopolkapitalismus hinzustellen pflegten. In seiner Entschlossenheit, die Industriellen, die Richter, die Aristokratie und das Offizierskorps auszumerzen, war Goebbels ein echter Revolutionär.“¹¹⁵⁵

Goebbels‘ politisches und ideologisches Ressentiment fokussierte sich, vor dem Hintergrund der Vorstellung, dass die „bürgerliche Zivilisation“ im „Sterben lag“, einerseits auf den sogenannten „dekatenen“ Kapitalismus amerikanischer Provienez und den „russischen Bolschewismus“, der für den nationalsozialistischen Propagandaminister eine „Perversion“ darstellte. Andererseits galt „sein besonderer Haß“ England, so Crossmann, weil nur dieses Land Goebbels‘ Ansicht nach in der Lage war, „eine neue soziale Ordnung auf arischer Grundlage zu errichten, die dem Dritten Reich gefährlich werden konnte.“ (S. 91) Der „Haß“ von Goebbels auf England war auch darin begründet, so britische Politiker, „daß die Engländer, im Gegensatz zu den Amerikanern, gegen den Propagandakrieg unempfindlich seien“ (S. 91). Denn für Goebbels stand fest:

„Ein moralischer Zusammenbruch, wie wir ihn im November 1918 erlebten, kann in England, wenn überhaupt, nur mit großen Schwierigkeiten herbeigeführt werden. Wir sollten uns in dieser Beziehung keinen Illusionen hingeben und nicht Hoffnungen auf eine Kriegführung setzen, die früher einmal beim deutschen Volk zum Ziele führte, aber aller Wahrscheinlichkeit nach bei den Engländern niemals Erfolg haben wird.“¹¹⁵⁶

Im weiteren Verlauf seiner Besprechung legte der Autor des „Monat“, Richard H. S. Crossmann, den thematischen Schwerpunkt auf den von Joseph Goebbels gezogenen Vergleich mit der Sowjetunion, der nämlich in seinem Tagebuch ausdrücklich weltanschauliche Reflexionen in Bezug auf den von ihm als „asiatisches Ungeheuer“ apostrophierten Stalin und „dessen Totalitarismus und das ihm zur Verfügung stehende primitive Menschenmaterial“ anstellte. (S. 91) Und Crossmann schrieb hierzu:

„Am 8. Mai 1943 berichtet er von längeren Ausführungen des Führers über die Stärke des Bolschewismus. Hitler sprach mit offenem Neid von den Vorteilen, die Stalin voraushatte, weil er ‚nicht durch den Widerstand einer Oberschicht gehemmt wird. Dieser Opposition hat er sich durch die Liquidierungen der letzten fünfundzwanzig Jahre entledigt‘. Das gleiche gilt von den Kirchen.“

¹¹⁵⁵ Ebenda, S. 91.

¹¹⁵⁶ Ebenda, S. 91

Daran anschließend zitierte Crossmann eine weitere Tagebucheintragung von Joseph Goebbels:

„In dieser Beziehung hat es Stalin viel leichter als wir. Sein ganzes Volk spürt. Es unterliegt entweder der bolschewistischen Erziehung oder der bolschewistischen Knute...Rußland beruht auf der festen geistigen Grundlage einer Ideologie – auch wenn es eine falsche ist.“¹¹⁵⁷

Vor diesem Hintergrund war der Propagandaminister Joseph Goebbels nach Einschätzung des Rezensenten ein „Nationalbolschewist“, der, um die Welt „in ein einziges Deutsches Reich umzuformen“ – wie zum Beispiel in Frankreich oder Norwegen, so Richard H. S. Crossmann, „die marxistische Philosophie von der Macht“ benutzte (S. 92).

Aufgrund der oben angesprochenen Unterbrechung des Goebbelsschen Tagebuches setzten die Eintragungen im März 1943 wieder ein, um dann bis Mai des gleichen Jahres quasi ohne Unterbrechung weitergeführt zu werden. Infolge der veränderten militärischen Situation – die deutsche 6. Armee unter der Führung von Feldmarschall Paulus hatte, nachdem sie in Stalingrad eingekesselt wurde, kapitulierte; die deutschen Truppen in Nordafrika unter der Leitung von Generaloberst Hans-Jürgen von Arnim hatten in „Tunis“ kapituliert; und in Deutschland sah man sich mit der „englisch-amerikanischen Luftoffensive“ konfrontiert¹¹⁵⁸ – veränderte sich, so Crossmann, der Blick und mithin die fast täglichen Eintragungen des Propagandaministers des „Dritten Reiches“ radikal:

„Seine Gedanken sind beherrscht von dem Drama eines heroischen Widerstandes unter seinem angebeteten Führer. Niederlagen scheinen Goebbels nur eine glänzende Gelegenheit, die Überlegenheit der SS über die Wehrmacht, der Partei über die Bürokratie, des Dritten Reiches über das Zweite zu zeigen. So wird er zum Robespierre der nationalsozialistischen Revolution, entschlossen, jeden militärischen Rückschlag durch eine noch unbarmherzigere Ausmerzungen bürgerlicher Kleinmütigkeit wettzumachen. (...) Er spricht mit Verachtung von allen Kollegen und schont nur Hitler und Himmler, die seinen Fanatismus teilen. (...) Goebbels teilt Hitlers Haß gegen die Generäle und schürt ihn bewußt. Auf niemand in Deutschland ist wirklich Verlaß, ausgenommen die SS, die Partei und das einfache Volk.“¹¹⁵⁹

Die letzten Eintragungen im Tagebuch erfolgten zum Zeitpunkt der schweren alliierten Luftangriffe im Dezember des Jahres 1943. Goebbels hatte, wie Crossmann mitteilte, persönlich „die Feuerbekämpfung organisiert und den Pöbel mit einer glänzenden Rede im Titania-Palast aufgepeitscht“ (S. 92). Trotz alledem zweifelte der Propagandaminister des

¹¹⁵⁷ Ebenda, S. 91 f.

¹¹⁵⁸ Ebenda S. 92.

¹¹⁵⁹ Ebenda, S. 92. Goebbels' „Verachtung“ richtete sich auch auf den früheren Achsenpartner und Verbündeten Italien, denn: „Auch der Faschismus ist ein Betrug. Als Mussolini stürzt (...) ist Goebbels überrascht, aber kaum enttäuscht. Mussolinis Befreiung durch SS-Falschirmjäger im September 1943 beunruhigt ihn, wenn er sie auch ihrer psychologischen Auswirkungen wegen begrüßt. Deutschland kann durch sie um die Provinz Venetien gebracht werden, die sonst der Preis für den italienischen Verrat wäre.“ (Ebenda, S. 92)

„Dritten Reiches“ angesichts der militärischen und politischen Situation immer mehr, so Crossmann, so dass er im Tagebuch vermehrt auf Eintragungen stieß, die „Anspielungen auf die Möglichkeit eines Separatfriedens“ (S. 92) enthielten. Allerdings schrieb Goebbels selbst in einer der letzten Tagebucheintragungen hierzu: ‚Es ist so schwer, den Führer zu einer Entscheidung zu bewegen, und wir können natürlich nicht mit Moral allein gewinnen, wir müssen Waffen und Menschenmaterial haben.‘¹¹⁶⁰

An dieser Stelle beendete Richard H. S. Crossmann seine Ausführungen, Kommentare und Reflexionen in der Rezension zu dem Buch „Joseph Goebbels, Tagebücher“. Vor diesem Hintergrund erfolgte dann eine Personenbeschreibung bzw. eine zusammenfassende Einschätzung über den sogenannten „Politiker“, den „Ideologen“, den „Propagandaminister“ und den „Privatmensch“ Joseph Goebbels. Nach Crossmanns Dafürhalten war der private Mensch Goebbels schwer zu greifen bzw. zu begreifen, weil in dessen Tagebucheintragungen auf das „Privatleben“ im Grunde genommen nicht eingegangen wurde. Seiner Einschätzung nach war für Joseph Goebbels ebendieses Privatleben „lediglich eine Nebenerscheinung der Politik“, wie „Essen und Trinken“ (S. 92). Hier sah Crossmann einen Unterschied zu anderen NS-„Prominenten“, die in erster Linie daran dachten, „ihr Schäfchen ins Trockene zu bringen“, oder beispielsweise zu Hermann Göring, der ein „wohlgelaunter Raufbold“ gewesen war (S. 92).

Crossmann fragte sich, ob Goebbels ein „Mephisto“ war, „der kaltblütig eine Theorie vertrat, an die er selbst nicht glaubte, der selbst die Propagandalügen durchschaute, die er verbreitete?“ (S. 92 f.) Genau diese Vorstellung hatte er nämlich vor der Lektüre des Tagebuches und kam danach zu der Überzeugung, dass diese Vorstellung „falsch war“. Denn: „Goebbels verachtete die übrige Menschheit, aber er verehrte Hitler mit unerschütterlicher Hingabe. Ungewöhnlich eitel und ehrgeizig, setzte er seine ganze machiavellistische Begabung für den Führer ein, der für ihn die ‚Mission der Deutschen‘ verkörperte.“¹¹⁶¹

Für Richard H. S. Crossmann erklärte sich damit auch die Tatsache, die im Tagebuch besonders rätselhaft erschien. Denn für den Propagandaminister des „Dritten Reiches“ Joseph Goebbels war es geradezu eine Selbstverständlichkeit und absolut gerechtfertigt, „die Wahrheit“ zu unterdrücken und zu verdrehen (S. 93). Sozusagen als exemplarisches Beispiel

¹¹⁶⁰ Ebenda, S. 92.

¹¹⁶¹ Ebenda, S. 92f.

für die „Einstellung zur Propaganda“ von Goebbels, stand für Crossmann der historische „Fall Katyn“¹¹⁶².

In Anbetracht der Eintragungen von Goebbels in seinem Tagebuch, wo er sich über die ‚Lügen und die Unterdrückung‘ von ‚Reuter‘ und der ‚BBC‘, deren sich beide Institutionen schuldig gemacht hatten, erregte, und nur in Bezug auf die persönlich verfaßten Artikel in der nationalsozialistischen Zeitschrift ‚Das Reich‘ von ‚Offenheit und Objektivität‘ sprach, drängte sich für Crossmann die Frage auf: „Ist das nur Schauspielerei?“ (S. 93). Angesichts der Tatsache, dass Goebbels diese Ausführungen im Kontext zum ‚Fall Katyn‘ in seinem persönlichen geheimen Tagebuch gemacht hatte, und seine Empörung „alle Zeichen einer geradezu hysterischen Aufrichtigkeit“ (S. 93) trug, bestand für Crossmann kein Zweifel, dass Goebbels nicht als „Schauspieler“ fungierte. Für ihn stand fest:

„Tatsächlich liegen die Dinge so, daß die Nazis nicht aufgehört hatten, an Wahrheit und Anständigkeit zu glauben, sich selbst aber für solche Übermenschen im Sinne Nietzsches hielten, daß sie allein von allen Beschränkungen durch menschliche Gesetze befreit waren. Goebbels hatte die ‚dekadenten bürgerlichen Werte‘ für Deutschland abgeschafft, aber er war der Meinung, daß die Demokratien sich so lange an sie halten sollten, bis sie ebenso zerstört waren wie die deutsche Republik. Deutschland war berechtigt, totalen Krieg zu führen, England nicht. Wenn Hitler einen Pakt mit Stalin unterzeichnete, so war das ein glänzender Schachzug (...).“¹¹⁶³

Die Erkenntnis, die sich für Richard H. S. Crossmann aus dem Studium des Tagebuches ergab, war darin zu sehen, zu verstehen: „wie der Übermensch sich selbst zerstört.“. Denn, so der Autor: „Sich selbst ‚jenseits von Gut und Böse‘ zu stellen, bedeutet letztlich, auch die Möglichkeit zu verlieren, Wahrheit und Lüge auseinanderzuhalten. So ist es Joseph Goebbels ergangen. Er begann als glänzender Propagandist und endete damit, daß er Objektivität als Hochverrat anprangerte und seine eigene Propaganda glaubte. Die Lüge auf seinen Lippen“ – so beendete Crossmann seinen Beitrag „Dr. Goebbels privat“ – „war zu einer Lüge seines ganzen Wesens geworden.“¹¹⁶⁴

IV. 1. 4. Die Genesis der nationalsozialistischen „Machtergreifung“. Oder: Das „Scheitern“ der Weimarer Republik.

¹¹⁶² Siehe hierzu im Einzelnen ebenda, S. 93.

¹¹⁶³ Ebenda, S. 93.

¹¹⁶⁴ Ebenda, S. 93.

Damit die nationalsozialistische Bewegung und der „Führer“ der NSDAP, Adolf Hitler, an die Schaltstellen der staatlichen Macht gelangen konnte, stand für die Zeitschrift „Der Monat“, genauer: für einige prominente Autoren, fest, dass der Erste Weltkrieg eine wichtige, um nicht zu sagen entscheidende historische Zäsur darstellte. Zweifelsohne sah man gerade in diesem Ereignis die „Urkatastrophe“ (George F. Kennan) für den weiteren Verlauf der europäischen Geschichte. Beispielsweise fällt François Bondy – unter Berufung auf den schweizer Historiker Jean Rudolf von Salis – mit Blick auf den sogenannten europäischen Bürgerkrieg das Urteil: „Das Jahr 1914 hatte einen Bruch bedeutet, dessen Schwere erst 1918 den europäischen Völkern ganz zum Bewußtsein kam, und dessen Heilung bis zum Ausbruch des zweiten Weltkriegs nicht gelungen ist.“¹¹⁶⁵ Wie auch der Erste Weltkrieg ganz allgemein – zumindest nach Auffassung einiger Autoren – die Anfälligkeit und Brüchigkeit der „westlichen Zivilisation“¹¹⁶⁶ unter Beweis stellte und die Infragestellung des Fortschrittsbegriffs zur Folge hatte.¹¹⁶⁷

Gleichwohl thematisierte das Zeitschriftenorgan auch die konkreten Konsequenzen des Ersten Weltkrieges für Deutschland. Auf den Versailler Vertragsabschluss von 1919 ging „Der Monat“ in der Themenreihe „Versailles nach 35 Jahren“ explizit in zwei Ausgaben der Zeitschrift ein. Angesichts der sogenannten „Schmach von Versailles“ bzw. des ‚Diktat(s) von Versailles‘ fragte sich in der Juli-Ausgabe des Jahres 1954 die Redaktion unter der Überschrift „Gespenster im Spiegelsaal?“ in der Einleitung zu den insgesamt vier Beiträgen unter anderem, ob nicht das ‚große Friedenswerk‘ der Siegermächte „nicht eher einem Spuk als einem historischen Ereignis (gleich), das eine ganze Epoche bestimmte, das dem Nazismus als Panier dienen konnte, ja, das ihn gleichsam verursacht hat?“¹¹⁶⁸

¹¹⁶⁵ François Bondy, Der europäische Bürgerkrieg. Zu J. R. von Salis‘ „Weltgeschichte der neuesten Zeit“, in: Der Monat, Heft 90 (1956), 8. Jg., S. 60-62 (hier S. 61); hierbei handelte es sich um eine Rezension des gleichlautenden Buches von von Salis.

¹¹⁶⁶ Vgl. exemplarisch Erich Heller, Karl Kraus oder die Schwarze Magie der Sprache, in: Der Monat, Heft 64 (1954), 6. Jg., S. 357-384. Vgl. hierzu auch die entsprechenden Ausführungen im Kapitel II. 1. „Reflexionen von Hans Kohn und Hannah Arendt zu einer Archäologie totaler Herrschaft. Oder: Vom ‚glücklichen 19. Jahrhundert‘ zum ‚Jahrhundert des Nationalismus‘“.

¹¹⁶⁷ Vgl. G. F. Hudson, Professor Toynbee und der Westen. Zu einem neuen Buch von Arnold J. Toynbee, in: Der Monat, Heft 57 (1953), 5. Jg., S. 320. Vgl. speziellen Auswirkung des Ersten Weltkrieges auf die Kultur bzw. das Theater: H(ugo). F. Königsgarten, Georg Kaiser. Der Dramatiker des Geistes, in: Der Monat, Heft 41 (1952), 4. Jg., S. 516-523.; auf die Dichtung: Helmut Uhlig, Die Grenzen des Sagbaren. Ein Versuch über Georg Trakl, in: Der Monat, Heft 70 (1954), 6. Jg., S. 385-395; vgl auch Hermann Kesten, Stefan Zweig. Erinnerungen an den Freund, in: Der Monat, Heft 50 (1952), 5. Jg., S. 225-228 sowie zur dichterischen Rebellion gegenüber der „in Fortschrittsträumen wiegenden Welt“ der Jahre um 1910 den Artikel zum sogenannten „Vertreter des Expressionismus“ von Helmut Uhlig, Visionär des Chaos. Ein Versuch über Georg Heym, in: Der Monat, Heft 64 (1954), 6. Jg., S. 417-427.

¹¹⁶⁸ Der Monat, Heft 70 (1954), 6. Jg., S. 345. Zur Bedeutung der Frage, was an dem sogenannten Vertragswerk falsch bzw. missraten war, schrieb die Redaktion u. a. weiter: „Wenn wir den 35. Jahrestag der Unterzeichnung zum Anlaß einer Rückschau nehmen, so geschah es hauptsächlich, weil wir herausfinden wollten, ob nicht nur in

Auf der Grundlage dieser Leitfrage setzten sich ein deutscher, ein französischer, ein amerikanischer Autor sowie eine englische Autorin aus jeweils länderspezifischer Perspektive mit dem Friedensvertrag und seinen historisch-politischen Folgen auseinander. Den Anfang machte der Marburger Professor für Neuere Geschichte und Mitherausgeber des Blattes „Historische Zeitschrift“, Ludwig Dehio, der eingangs konstatierte, dass sich Deutschland in der Situation „nach Überwindung der dunklen Kehre des Dritten Reiches“ befand.¹¹⁶⁹ Dehio untersuchte im ersten Teil seines Beitrages in einem historischen Exkurs ausführlich die zentralen europäischen Friedensschlüsse des 19. Jahrhundert, d. h., genauer den Friedensvertrag des Wiener Kongresses von 1815 und deren historische und politische Implikationen für den europäischen Staatenbund. Vor dieser Folie wurden von ihm die Folgen des Versailler Vertrages von 1917 für Frankreich, England und speziell für die Vereinigten Staaten unter dem Präsidenten Wilson sowie dessen konzeptionellen Vorstellungen eines „dauernden Frieden“ und „neuen Völkerrechtes“ zur Sprache gebracht (S. 349). Der sich daraus resultierende „verkrüppelte Völkerbund“, so Dehio, „versagte“ in Bezug auf die ihm übertragenen Funktionen, insbesondere hinsichtlich des Versailler Vertrages, wie zum Beispiel beim Minderheitenschutz, beim Abrüstungsprinzip und dem Reparationsproblem. Mit Blick auf das „Endergebnis“ für das Deutschland der Nachkriegszeit schrieb Ludwig Dehio vor dem Hintergrund seiner Ausführungen zum „Versagen“ des Vertrages:

„seine nächste Aufgabe, die Befriedigung des hegemonialen Titanen, verfehlte sie gänzlich. Die deutsche Gefahr war vielleicht zu beschwören in dem weiten Rahmen des Weltvölkerbundes, nie in dem engen verschrumpften Europas. Der Rückfall in die Denkweise des ausgelebten Gleichgewichtssystemes, wie er durch den tragischen Triumph der festländischen Mentalität gegeben war, führte zu dem unmöglichen Neben- und Gegeneinander des hochmütig angstvollen Scheinsiegers mit dem künstlich gefesselten Riesen, der aufs Blut gereizt, seiner alten Kräfte und seiner neuen Möglichkeiten bewußt wurde. Von innen wie außen her wurde die deutsche Politik auf die alte Bahn der Macht gedrängt und auf eine Revanche, die unversehens in einen letzten und furchtbarsten europäischen Hegemonialkampf ausmünden konnte, wenn nicht mußte.“¹¹⁷⁰

Aus französischer Sichtweise setzte sich der an der Pariser „Ecole Nationale des Sciences Politiques“ lehrende Historiker J. B. Duroselle mit dem Versailler Vertragsabschluss auseinander. Im Wesentlichen kam er auf einzelne Vertragsinhalte zu sprechen und diskutierte sie anhand der umstrittenen Rezeption in politischen und intellektuellen Kreisen in

Deutschland, sondern auch in Frankreich, England und den Vereinigten Staaten die Diskussion über den praktischen und ethischen Wert dieses Friedensvertrages weitergegangen ist. Tatsächlich ist er seit dem 28. Juni 1919 fast unaufhörlich in wechselndes Licht getaucht worden.“ (ebenda, S. 345)

¹¹⁶⁹ Ludwig Dehio, Versailles nach 35 Jahren, in: Der Monat, Heft 70 (1954), 6. Jg., S. 345-352 (hier S. 345).

¹¹⁷⁰ Ebenda, S. 351.

Frankreich.¹¹⁷¹ Hinsichtlich der ersten Ziele der Außenpolitik Hitlers stellte der Autor in diesem Zusammenhang fest, dass er die „Beseitigung des Versailler Vertrages“ anstrebte und schrieb hierzu:

„Man konnte sich fragen, ob Hitler nach der Machtübernahme wagen würde, das in „*Mein Kampf*“ entworfene, weit anspruchsvollere Programm zu verwirklichen, das nicht nur die Vernichtung des Versailler Vertrages vorsah, sondern darauf hinauslief, zunächst den deutschen Raum, dann den deutschen ‚Lebensraum‘ und schließlich die ganze Welt durch die Herrenrasse zu erobern.“¹¹⁷²

Im zweiten abschließenden Teil der Diskussion „Versailles nach 35 Jahren“ kamen der amerikanische Professor für Neuere Geschichte – insbesondere Deutschlands – H. Stuart Hughes und die englische Historikerin von der Universität Oxford, Agnes Headlam-Morley, zu Wort, ohne dass essentielle Aussagen zur nationalsozialistischen Bewegung in der Weimarer Republik und zur Vorgeschichte der „Machtergreifung“ gemacht wurden – und allein dieser Sachverhalt ist hier von Bedeutung.¹¹⁷³

Nach dieser 1954 erschienenen vierteiligen Reihe zum Versailler Vertrag widmete sich „Der Monat“¹¹⁷⁴ mittels des Autors Sebastian Haffner im August 1959 ein weiteres Mal ausdrücklich diesem Thema. Unter dem Titel „Der letzte Friedensvertrag? Versailles nach vierzig Jahren“¹¹⁷⁴ setzte sich der 1907 in Deutschland geborene und „naturalisierte Engländer“ – so die redaktionelle Mitteilung zum Autor¹¹⁷⁵ – insbesondere mit der Frage auseinander, was die möglichen historisch-politischen und -diplomatischen Konsequenzen gewesen wären, wenn Deutschland, die nicht an der Pariser Friedenskonferenz teilgenommen hatten, den seiner Meinung nach „fehlerhaften Vertrag“ nicht unterschrieben hätten, den die Deutschen unter Androhung militärischer Gewalt kurze Zeit später unter einem

¹¹⁷¹ J. B. Duroselle, Pro und contra in Frankreich, in: Der Monat, Heft 70 (1954), 6. Jg., S. 352-360.

¹¹⁷² Ebenda, S. 354. In Bezug auf die Beurteilung des Versailler Vertrages in den französischen politischen und intellektuellen Kreisen zum Zeitpunkt der „Hitlerzeit“, schrieb Duroselle, dass entgegen der verbreiteten Ansicht im Deutschland des Jahres 1954 niemals „die Ansicht vertreten (wurde), daß der Nationalsozialismus einzig und allein auf den Vertrag von Versailles zurückzuführen sei, jedenfalls nicht in so absoluter Form.“ Und weiter: „Die These von der grundsätzlichen Verantwortlichkeit des deutschen Volkes wird von der gesamten französischen Öffentlichkeit aufrechterhalten.“ (ebenda, S. 355)

¹¹⁷³ H. Stuart Hughes, Am Ende einer Diskussion, in: Der Monat, Heft 71 (1954), 6. Jg., S. 446-451 sowie Agnes Headlam-Morley, Zwischen Keynes und Mantoux, in: Der Monat, Heft 71 (1954), 6. Jg., S. 451-457; zur radikalen Kritik des berühmten englischen Ökonomen John Maynard Keynes am Versailler Vertrag hinsichtlich der Reparationsforderungen gegenüber Deutschland siehe Agnes Headlam-Morley, ebenda, S. 453 f.

¹¹⁷⁴ Sebastian Haffner, Der letzte Friedensvertrag? Versailles nach vierzig Jahren, in: Der Monat, Heft 131 (1959), 11. Jg., S. 3-10.

¹¹⁷⁵ Bei den redaktionellen Mitteilungen hieß es unter der Rubrik „Die Autoren des Monats“, in: ebenda, S. 96 zudem zu Sebastian Haffner, dass er zu diesem Zeitpunkt als Berliner Korrespondent der Londoner Sonntagszeitung „The Observer“ tätig war.

aufoktroierten Zeitdiktat stehend unterzeichnen mussten.¹¹⁷⁶ Vor dem Hintergrund der „neuen Ideen“ des US-amerikanischen Präsidenten Wilson kam Sebastian Haffner hinsichtlich des „Strafurteils“ zu folgendem Urteil:

„Wen man als Verbrecher behandelt, der wird leicht einer – und das gilt für Nationen ebenso wie für den Einzelnen; während die Pose des Richters sich im internationalen Verkehr nie lange aufrechterhalten läßt. München war in Versailles vorgebildet, nicht nur dem Inhalt nach – der ja nichts weiter war als eine verspätete Anwendung der Wilsonschen Prinzipien auf Deutschland und eine resignierte Anerkennung der Vormachtstellung, die diese Prinzipien Deutschland und eine resignierte Anerkennung der Vormachtstellung, die diese Prinzipien Deutschland verliehen hatten –, sondern auch in seiner Eigenschaft als Drama und grimmiges Moralitätenspiel, in seiner Gegenüberstellung von blutrünstiger Gewalttätigkeit bei den Deutschen und gequälter Verlegenheit bei ihren ehemaligen Richtern.“¹¹⁷⁷

Und zur Frage, ob die Deutschen bei der Vertragsunterzeichnung im Sommer 1919 keine historische Alternative gehabt hätten, schrieb er rückblickend:

„Aber natürlich hatten sie eine Wahl. Sie konnten unterschreiben, oder sie konnten ihre Unterschrift verweigern. Falls sie ihre Unterschrift verweigerten, und die Alliierten daraufhin wirklich den Marsch ins Innere Deutschlands antraten, hatten die Deutschen sogar noch eine zweite Wahl: sie konnten versuchen zu kämpfen, oder sie konnten sich passiv besetzen lassen – und ihre Unterschrift immer noch verweigern.“

Denn, so Haffner, die Deutschen verfügten zu diesem Zeitpunkt

„über eine Freiwilligenarmee von etwa 400 000 Mann, die seit Januar neu entstanden war, kommunistische Aufstände in Berlin und Bayern niedergeschlagen hatte und sowohl Kriegserfahrung wie gute Kampfmoral besaß. Für einen symbolischen oder hinhaltenden Widerstand war sie allemal stark genug. Aber auch wenn man auf bewaffneten Widerstand verzichtet hätte, oder wenn aller Widerstand gebrochen worden wäre, wäre eine neue Situation geschaffen gewesen (...)“¹¹⁷⁸

Indessen setzte die deutsche Regierung letzten Endes die Unterschrift unter den Vertrag, obwohl noch nach Auffassung von Sebastian Haffner im Mai 1919 in der Weimarer Nationalversammlung alle Parteien, und zwar von den Deutschnationalen bis zu den sogenannten Unabhängigen Sozialdemokraten, sich radikal gegen die Friedensbedingungen aussprachen. Einige Wochen lang bestand Haffner zufolge für die „deutsche Demokratie“ die (dann versäumte) Möglichkeit, zum „Inbegriff für deutschen Patriotismus zu werden“.¹¹⁷⁹ Nachdem er die zwei entscheidenden Gründe für die Unterschrift zur Sprache brachte, schrieb Haffner zu den politischen Implikationen der Vertragsunterschrift – von dem scheidenden

¹¹⁷⁶ Sebastian Haffner, Der letzte Friedensvertrag? Versailles nach vierzig Jahren, in: ebenda, S. 7.

¹¹⁷⁷ Ebenda, S. 7.

¹¹⁷⁸ Ebenda, S. 7 f.

¹¹⁷⁹ Ebenda, S. 8.

Reichskanzler Philipp Scheidemann seinerzeit mit den Worten kommentiert: „Die Hand, die diesen Vertrag unterzeichnet, muß verdorren.“¹¹⁸⁰ :

„Die Weimarer Republik begann zu verdorren von dem Augenblick an, in dem sie Deutschlands Selbstächtung unterzeichnet hatte. Trotz einer Teilholung in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre blieb sie von diesem Augenblick an ihr ganzes kurzes Leben lang ein politischer Todeskandidat: die Verkörperung feiger Selbsterniedrigung für das eigene Volk, doppelbödigem Ausweichpolitik und Falschheit für die Alliierten. Weder der wiedererwachende deutsche Patriotismus noch die erwachende alliierte Reue nützten der Weimarer Republik. Beide wirkten sich, in tragischer Konvergenz, in den dreißiger Jahren zum Nutzen Hitlers aus.“¹¹⁸⁰

Auch in der einzigen Veröffentlichung im „Monat“, in der ausdrücklich der „Zusammenbruch“ der Weimarer Republik im Zentrum stand¹¹⁸¹ wurden die Folgen des Versailler Vertrages thematisiert. Im August 1956 erschien das Vorwort der Neuauflage der bereits ein Jahr nach Kriegsende veröffentlichten Studie „Die Weimarer Republik“ von Ferdinand Friedensburg unter dem Titel „Woran scheiterte die Republik von Weimar?“¹¹⁸² Hier versuchte der Verfasser, wie er zu Beginn des Textes erklärte, den einzelnen Ursachen für den „unglückliche(n) Ausgang der ersten deutschen Demokratie“ zu ergründen, die zu dem „unheilvollen Ergebnis“ beigetragen hatten (S. 59). Zu den „Unzulänglichkeiten“ der Weimarer Republik zählte nämlich für Friedensburg unter anderem, dass die früheren Gegner des Ersten Weltkrieges eine erhebliche „Mitverantwortung für das bittere Ende“ hatten. Denn: „Vor allem Frankreich (hat) viel zu lange geglaubt, den mit schweren Opfern, wenn auch nicht ohne entscheidende fremde Hilfe errungenen Kriegserfolg im Sinne seiner jahrhundertelangen auf Schwächung und Niederhaltung Deutschlands gerichteten Politik ausnutzen zu sollen, einer Politik, die schon so viel zu der unausgeglichenen Entwicklung des deutschen Volkes und damit zur unruhigen Geschichte Europas beigetragen hatte.“¹¹⁸³

¹¹⁸⁰ Ebenda, S. 9.

¹¹⁸¹ Vgl. auch den allerdings in vergleichender Perspektive geschriebenen Beitrag: F(ritz) R(ené) Allemann, Brief aus Westdeutschland: Bonn ist nicht Weimar, in: Der Monat, Heft 76 (1955), 7. Jg., S. 333-341. Allemann beleuchtet hier u. a. differenziert die Entstehungsbedingungen der ersten deutschen Republik sowie auch die „allgemein-politischen Voraussetzungen“, die letztlich zum „Untergang“ der Weimarer Republik führten (S. 341).

¹¹⁸² Ferdinand Friedensburg, Woran scheiterte die Republik von Weimar?, in: Der Monat, Heft 95 (1956), 8. Jg., S. 59-64; hierbei handelte es sich um das Vorwort des Buches: Ferdinand Friedensburg, Die Weimarer Republik, Frankfurt/Main 1956 (Erstveröffentlichung: Die Weimarer Republik, Berlin 1946). Zum Autor Ferdinand Friedensburg hieß es im selben Heft auf Seite 94, dass er als „Landrat eines westpreußischen Kreises, Polizeivizepräsident von Berlin und Regierungspräsident in Kassel treu gedient (hat), bis er 1933 entlassen, 1935 für einige Zeit von der Gestapo verhaftet und 1941 mit einem Publikationsverbot belegt wurde. Nach dem Zusammenbruch entfaltete er als eine der stärksten Persönlichkeiten der Berliner CDU eine rege politische Tätigkeit; von 1946-1950 war er unter Otto Ostrowski, Louise Schröder und Ernst Reuter Bürgermeister von Berlin. In den letzten Jahren hat Professor Friedensburg – neben seiner Lehrtätigkeit als Volkswirtschaftler und dem Mandat im Bundestag – seine Arbeitskraft hauptsächlich dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin-Dahlem gewidmet, dessen Präsidium er 1945 übernahm.“

¹¹⁸³ Ebenda, S. 63.

Seines Erachtens war es historisch, politisch und moralisch falsch, dass die Entente das „Abtreten der verantwortlichen Monarchie“ erzwang und die sogenannten „Nachfolger“ behandelten, als wenn ebendiese die „gleiche Verantwortung trügen“. „Mochte dieser Fehler anfänglich aus der Haßpsychose des Krieges begreiflich sein“, so Friedensburg,¹¹⁸⁴

„so fehlten die Einsicht und der Weitblick bis zuletzt, und erst dem ungestüm fordernden Nationalsozialismus wurde willig gewährt, was der friedfertigen Republik verweigert worden war und was bei rechtzeitiger Gewährung wahrscheinlich der Weltgeschichte eine andere Wendung gegeben hätte. Noch die Haltung nach London, Locarno, Thoiry und Genf, also die verspätete Räumung des besetzten Rheinlandes, die lange Verzögerung der einzelnen Reparationsregelungen, insbesondere ihrer Endlösung, die Verweigerung der Zollgemeinschaft mit Österreich, die Abneigung, längst als unhaltbar erkannte und auch anerkannte Mißgriffe wie das Saar-Statut, das Memel-Statut und die vollständige Fortnahme aller Kolonien zu berichtigen, von den unmittelbaren Auswirkungen von Versailles und den ersten Nachkriegsjahren ganz abgesehen, haben die Stellung der Demokratie in Deutschland mindestens ebenso sehr geschwächt wie der Ansturm der innenpolitischen Gegner und die Fehler der demokratischen Politik.“¹¹⁸⁵

Von Anfang an war die Konstituierung des „neuen Staatswesens“, sprich: der Weimarer Republik, für Ferdinand Friedensburg von überaus „bedeutungsvollen Belastungen begleitet“. Bereits die November-Revolution von 1918 war im eigentlichen Sinn überhaupt keine Revolution, „sondern ein von außen her – durch den unglücklichen Kriegsausgang – hervorgerufener Zusammenbruch“ (S. 59). Beispielsweise wurde die neue Regierung bzw. die „Regierungsleistung“ von Anbeginn unter anderem durch die „Umsturzversuche der kommunistischen Bewegung“ zum einen überaus erschwert und gefährdet sowie zum anderen „auch von innen heraus gespalten“ (S. 59). In den Augen von Friedensburg konnte sich zwar „die Mehrheit“ vor allem mit der Hilfe „der Wehrmacht“ behaupten, gleichzeitig wurden infolge dieses Bündnis Probleme geschaffen, „deren Lösung bis zuletzt nicht gelang“. Und hierzu stellte er fest: „Die ständige Bedrohung der Demokratie durch die radikale Linke zwang die Regierungen, sich in die Hände der Wehrmacht zu geben und dieser eine unverhältnismäßige und schließlich verhängnisvolle Rolle im Staate einzuräumen.“ Zum „Sturz“ der Weimarer Republik führte, so der Autor, unter anderem die Tatsache, dass eine allgemeine Wehrpflicht verhindert wurde, „die eine wirklich

¹¹⁸⁴ Eine fehlerhafte Politik bemängelte Friedensburg auch hinsichtlich des „internationalen Verhalten(s) bei der Weltwirtschaftskrise in den Jahren 1930 bis 1932, die seiner Ansicht nach zur Massenarbeitslosigkeit in Deutschland führte und mithin erst „das Ansteigen des Radikalismus in Deutschland erleichtert (hat) und damit den verhängnisvollen Ausgang wahrscheinlich überhaupt erst ermöglicht hat.“ Vor allem von französischer Seite, so Friedensburg, waren allgemeine Fehler gemacht wurden und hat folglich „wesentlich zu dem Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft mit allen ihren politischen Folgen beigetragen.“ Ebenda, S. 63.

¹¹⁸⁵ Ebenda, S. 63.

demokratische Entwicklung ermöglicht hätte“. Auch dies subsumierte Friedensburg unter das „Schuldkonto der Sieger des ersten Weltkrieges“ (S. 59).

Gleichwohl war das „Verhalten“ der Weimarer Republik für Ferdinand Friedensburg von der „gleiche(n) Schwächlichkeit und Unentschlossenheit“ gekennzeichnet in Bezug auf „ihren innenpolitischen Gegnern von rechts“. Für ihn stand zum damaligen Zeitpunkt zweifelsohne fest, dass Verwaltung, Polizei und Justiz vor der offenen Feindseligkeit der sogenannten Wehrverbände und später namentlich vor der NSDAP und ihren Gliederungen eine viel zu weitgehende Nachsicht, in manchen Organen sogar eine sträfliche geheime Sympathie bewiesen haben. Zudem konstatierte er:

„Die ersten Warnungen, die die Morde in den ersten Jahren, dann der Kapp-Putsch im Jahre 1920, der Hitler-Putsch im Jahre 1923 und der im Keim erstickte Claß-Putsch im Jahre 1926 und endlich die maßlose Agitation während des ganzen Zeitabschnittes hätten erteilen müssen, wurden nur unzulänglich beachtet. Insbesondere war das Verhältnis zu den sogenannten Wehrverbänden, vor allem zum Stahlhelm, eigentlich ständig durch ein unsicheres Schwanken gekennzeichnet, auch dann noch, als die von ihnen eingeleiteten bzw. hauptsächlich getragenen Volksbegehren, die Harzburger-Tagung und die zunehmende Radikalisierung im Auftreten der ländlichen Untergruppen jeden Zweifel über die revolutionären Ziele beseitigt hatten. Infolgedessen waren die Verbände im Jahre 1932 zusammen mit der Reichswehr stark genug, um dem Reichspräsidenten den von Papen geleiteten Staatsstreich zu ermöglichen; (...).“

Und hinsichtlich der Genesis der nationalsozialistischen Machteroberung kam Ferdinand Friedensburg rückblickend zu folgender Einschätzung:

„Als es noch Zeit gewesen wäre, der aufkommenden Drohung der nationalsozialistischen Parteidiktatur durch eine einfache Ausweisung des staatenlosen Hitler einen wesentlichen Teil ihrer Gefährlichkeit zu nehmen, fühlte man sich durch die eigenen liberalen Grundsätze gebunden, und verkannte man, daß die Berufung des Todfeindes der Verfassung auf diese Verfassung mißbräuchlich und darum nicht zu beachten ist. Setzte man aber dem Gegner gegenüber nicht die anfänglich durchaus zureichenden Machtmittel ein, so entschloß man sich umgekehrt auch nicht, die eigentlichen Mittel zu versuchen, d.h. die Opposition zur Regierung zu berufen. Es spricht manches dafür, daß eine rechtzeitige – also noch vor dem übergroßen Wachstum der Partei erfolgende – Hereinnahme der NSDAP in die Regierungsverantwortung des Reiches der eigentlichen Gefahr Einhalt geboten hätte, indem die Partei gezwungen worden wäre, ihre maßlose Propaganda mit den praktischen Aufgaben und tatsächlichen Leistungen in Einklang zu bringen. Auch hier, ähnlich wie im Verhältnis zur Reichswehr, blieb die Republik bis zuletzt unentschlossen zwischen beiden Möglichkeiten stehen.“¹¹⁸⁶

Allerdings bestand aus einer demokratiethoretischen Perspektive heraus für den Verfasser des Beitrages „Woran scheiterte die Republik von Weimar?“ das Problem, dass die erste deutsche Republik von Anbeginn mit einer fundamentalen Schwäche behaftet war, der in dem

¹¹⁸⁶ Ebenda, S. 60.

„schwerwiegenden Strukturfehler des Reichsaufbaus“ begründet war. Dieser bestand in dem „Dualismus Reich und Länder“ (S. 60). Auf ebendieser (verfassungsmäßigen) Grundlage verblieben nämlich wichtige staatlichen Hoheitsrechte bei den einzelnen Ländern, wie vor allem bei der „Polizeihoheit“, so dass in genau den Gebieten, „in denen keine verfassungstreuen Mehrheiten bei den Volksvertretungen bestanden“, die Möglichkeit vorhanden war, „eine selbständige Politik gegenüber dem rechtsradikalen Umsturz zu treiben und sich zum Schlupfwinkel, ja zum offenkundigen Exerzierplatz der zur Gegenrevolution drängenden Gruppen herzugeben“ (S. 60f.). Insbesondere der „Selbständigkeitsdrang Bayerns“ hatten Friedensburgs Ansicht nach seit Beginn des Jahres 1919 bis „zuletzt eine unheilvolle Rolle zunächst im linksradikalen, dann im rechtsradikalen Sinne gespielt und viel dazu beigetragen, die Führung einer einheitlichen republikanischen Staatspolitik zu vereiteln“ (S. 61). Und weiter schrieb Ferdinand Friedensburg:

„Aber auch der Gegensatz Reich und Preußen hat sich nachteilig geltend gemacht, wobei der entschieden republikanischen Politik der bemerkenswert beständigen preußischen Regierungen die abschwächende und bremsende Haltung der gleichzeitigen Reichsregierungen gegenüberstand. Die fehlende Entwicklung einer klaren, einheitlichen Staatsautorität und die geringe politische Erziehung des deutschen Volkes verschärften die Schwierigkeiten, die üblicherweise in einer Volksherrschaft dem Aufbau einer jeden Staatsautorität entgegenstand.“¹¹⁸⁷

In diesem Zusammenhang haben sich die angesprochenen Gegensätze nach dem Urteil von Friedensburg mit der Wahl des zweiten Reichspräsidenten, des Feldmarschalls Paul von Hindenburg, ausgedrückt. Denn durch die Tatsache, dass an der „Spitze einer demokratischen Republik mit ausgeprägt friedfertiger, ja pazifistischer Politik ein populärer General von schroff konservativer und soldatischer Gesinnung trat, mußte von vornherein Spannungen ernstesten Ausmaßes auslösen.“ Insbesondere zu Beginn seiner insgesamt acht Jahre dauernden Amtszeit als Reichspräsident war Hindenburg bemüht, „den Eid auf die Verfassung ernst zu nehmen und jedenfalls die äußerliche Verfassungstreue zu wahren“. Und Friedensburg konstatierte hierzu: „fast bis zuletzt folgte ihm hierbei das Vertrauen der Volksmehrheit“ (S. 61). Indessen trat bei einigen Entscheidungen von Hindenburg nach Meinung von Friedensburg die Tatsache in Erscheinung, dass sich „die legendäre Figur des greisen Heerführers“ keineswegs allein von „Rücksichten auf persönliche Treueverpflichtungen“ leiten ließ, sondern auch von persönlichen sowie „Standesinteressen“; dies zeigte sich beispielsweise 1932 bei der Entlassung vom Reichskanzler Heinrich Brüning (S. 61) sowie zudem beim „völlige(n) Versagen im Jahre 1933, als es nunmehr zum ersten

¹¹⁸⁷ Ebenda, S. 61.

Male ernstlich galt, die beschworene Verfassung zu retten, und die nachfolgende Annahme unverhältnismäßiger und unüblicher Dotationen mögen mit Rücksicht auf das hohe Alter mildere Beurteilung verdienen“ (S. 61).

Abschließend stellte Ferdinand Friedensburg hinsichtlich der Rolle, der Funktion und der Verantwortung Hindenburgs für den „Zusammenbruch“ der Weimarer Republik zusammenfassend fest:

„Jedenfalls begründen alle diese Erfahrungen über den auch von persönlicher Eitelkeit und Empfindlichkeit keineswegs freien Mann ein wesentlich anderes Urteil, als es der herkömmlichen Auffassung entspricht. Seine Verantwortung für das Gelingen der nationalsozialistischen Revolution und damit für das Ende der Weimarer Republik ist jedenfalls nicht nur formal. Durch seine unklare, jedes bejahende Eintreten vermeidende Haltung hat Hindenburg während seiner ganzen Präsidentschaft wesentlich zur fortschreitenden Auflösung des republikanischen Staatsgedankens beigetragen; auch da, wo der nicht gerade aktive Mann sich selbst zurückhielt, wirkte die Arbeit seiner Umgebung störend und zerstörend, zumal sich hier, vor allem um die Person des Sohnes und Adjutanten, alle oppositionellen Personen, Gruppen und Bestrebungen in weitgehender Sicherheit sammeln und zugleich in der einen oder anderen Form der Autorität des Reichspräsidenten bedienen konnten.“¹¹⁸⁸

Ungeachtet der thematisierten „Negativbedeutung“ die Hindenburg beim Scheitern der Weimarer Republik und für die siegreiche sogenannte „nationalsozialistische Revolution“ hatte, zählte Ferdinand Friedensburg weitere Gründe auf, die seinem historischen Urteil nach in erster Linie zum „Sturz der Republik“ führten:

1. Das Versagen der „verfassungstreuen Gruppen und Personen“.
2. Das „unglückliche Wahlrecht“, das die „Aufsplitterung der Volksvertretung in zahlreiche Parteien und Grüppchen zur Folge hatte, so dass beispielsweise eine „einheitliche, klare Willensbildung“ verunmöglicht wurde und „subalterne Parteileute“ die Parlamente gewissermaßen dominierten.
3. Dass sich „starke Persönlichkeiten nicht durchzusetzen vermochten“ und es mithin an Politikern mangelte, die zur Führung „berufen“ waren; infolgedessen „fehlte vielfach der große Zug, der heiße Hauch, die zwingende Kraft überragender Figuren, die für eine solche Zeit unentbehrlich sind“.
4. Dass das „jahrhundertlang in politischer Unreife gehaltene Volk (...), von sich aus nicht genügend Verantwortungsgefühl auf(brachte), um die Lücken und Schwächen der Führung zu ersetzen.“¹¹⁸⁹

¹¹⁸⁸ Ferdinand Friedensburg, *Woran scheiterte die Republik von Weimar?*, S. 61 f.

¹¹⁸⁹ Alle Zitate ebenda, S. 62. Siehe auch die zusammenfassenden Schlußbemerkungen und -folgerungen des Autors in Bezug auf den sogenannten „unglücklichen Ausgang“ der Weimarer Republik auf S. 63 f.

Neben den genannten Beiträgen, die sich direkt mit der „Auflösung“ der Weimarer Republik und explizit oder implizit mit dem Aufstieg und der „Machtergreifung“ der nationalsozialistischen Massenbewegung auseinandersetzten, erfuhr der Leser des „Monat“ noch sozusagen auf indirektem Wege, d. h. in Veröffentlichungen, in denen dieser Themenkomplex „nebenbei“ angesprochen wurde. Beispielsweise betonte – im Gegensatz zu Friedensburg – der deutsche Politikwissenschaftler Ludwig Bergsträsser unter Berufung auf den ehemaligen Staatssekretär von Hindenburg, Otto Meißner, dass der Reichspräsident „durch die ‚nationale Opposition‘ gestürzt worden“ ist. Zudem erwähnte er unter anderem auch die „ganze Intrigenpolitik“ Kurt von Schleichers vor dem Hintergrund eines „nationalistischen Illusionismus“ und einer nach partikularen Interessen motivierten Politik der „Deutschnationalen“.¹¹⁹⁰

Des Weiteren wurde der Leser noch „nebenbei“ darüber informiert, dass der Nationalsozialismus respektive Hitler (auch) mit der Unterstützung des deutschen Adels,¹¹⁹¹ der konservativen Eliten,¹¹⁹² der deutschen Bevölkerung¹¹⁹³ letztlich am 30. Januar 1933¹¹⁹⁴

¹¹⁹⁰ Ludwig Bergsträsser, Geschichte und Persönlichkeit, in: Der Monat, Heft 35 (1951), 3. Jg., S. 548-550 (hier S. 548 f.); hierbei handelte es sich um die Rezension der Bücher: Otto Meißner, Staatssekretär unter Ebert – Hindenburg – Hitler, Hamburg (o. J.) sowie Karl Severing, Mein Lebensweg, Bd. I und II, Köln (o. J.).

¹¹⁹¹ Siehe H. G. v. Studnitz, Der deutsche Adel heute. Europäische Aristokratie (IV), in: Der Monat, Heft 100 (1957), 9. Jg., S. 43-50. Die „regressive“ kapitalistische Massengesellschaft war sozusagen der Nährboden dafür, dass der Nationalsozialismus, so v. Studnitz, viele Anhänger „aus den Reihen des Adels gewinnen“ konnte, um zugleich darauf hinzuweisen, dass es „den Russen“ aus den gleichen gesellschaftlichen Bedingungen gelang, „Träger berühmter preußischer Adelsnamen in ihren ‚Nationalverband deutscher Offiziere‘ zu locken“ (S. 48). Vgl. zur antidemokratischen politischen Einstellung gegenüber der Weimarer Republik und zu den ideengeschichtlichen Einflüssen auf die „Weltanschauung“ seitens des „deutschen Adels“ den Beitrag über die „schlesische Aristokratie“ von Goronwy Rees, Deutschland, Deutschland ... Reif ins Innere, in: Der Monat, Heft 96 (1956), 8. Jg., S. 25-38.

¹¹⁹² Siehe z. B. Hugh R. Trevor-Roper, Hitler und Franco. Warum nahm Spanien nicht am Kriege teil?, in: Der Monat, Heft 60 (1953), 5. Jg., S. 630.

¹¹⁹³ Siehe z. B. Franz Theodor Csokor, Der deutsche Jeremias, in: Der Monat, Heft 48 (1952), 4. Jg., S. 651-653; hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: Kurt Tucholsky: Zwischen Gestern und Morgen. Eine Auswahl aus seinen Schriften und Gedichten. Herausgegeben von Mary Gerold-Tucholsky, Hamburg (o. J.). In seiner Rezension wies der Emigrant Csokor auf Seite 652 darauf hin, dass der infolge der „Katastrophe“ der „Machtergreifung“ Hitlers ins Exil gegangene Kurt Tucholsky (gestorben am 21. Dezember 1935; J. G.), den anwachsenden „Nationalismus“ bei der „deutschen Masse“ im Verlauf der ersten 30er Jahre und nicht zuletzt Anfang 1933 feststellte. Siehe auch entsprechende Hinweise bei Hermann Kesten, Kurt Tucholsky, in: Der Monat, Heft 113 (1958), 10. Jg., S. 76 sowie Michael Freund, Ende der deutschen Geschichte? Zu dem neuen Buche Golo Manns, in: Der Monat, Heft 126 (1959), 11. Jg., S. 71, hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: Golo Mann, Deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Frankfurt/Main (o. J.). In dem an entlegener Stelle – in der Rubrik „Hinweise“ – veröffentlichten Beitrag „Was verstehen Frauen von der Politik?“ ging Alfred Kellner – unter Berufung auf die vom französischen Politikwissenschaftler Maurice Duverger im Auftrag der „UNESCO“ herausgegebenen Studie „The Political Role of Women“ – auch auf das Wahlverhalten der Frauen Ende der 20er sowie zu Beginn der 30er Jahre ein. Kellner machte auf folgenden Umstand aufmerksam: „entgegen der weitverbreiteten Ansicht, Adolf Hitler sei ‚von den Frauen ans Ruder gebracht‘ worden, beweisen die Statistiken, daß der Nationalsozialismus zumindest bis 1930 bei den Männern größeren Erfolg hatte. Gewiß, die Differenz zwischen dem Prozentsatz der für die NSDAP abgegebenen weiblichen und männlichen Stimmen scheint in den folgenden Jahren abgenommen zu haben (genauere Zahlen

an die Macht gelangen konnte. So stellte zum Beispiel Sidney Hook in seinem – auf den sowjetischen Kommunismus ausgerichteten – Beitrag „Lenin oder die Rolle des Einzelnen“ fest, dass infolge der russischen Revolution „reaktionäre Kräfte“, d. h. Männer wie Hugenberg, Thyssen und Hindenburg unter anderem aufgrund der „Wirtschaftskrise“ und aus „Furcht vor dem Bolschewismus und vor einer Einführung des bolschewistischen Systems im Westen“ Hitler an die Macht brachten. Denn, so Hook:

„Zwar würde es auch ohne die russische Revolution“, so Hook, „eine Hitler-Bewegung gegeben haben, aber sie wäre nicht siegreich gewesen. Schlimmstenfalls würde es in Deutschland wie schon früher zu einer Periode der politischen Reaktion gekommen sein; im Lauf der Zeit hätte aber ein konservatives Regime auf Grund seiner Unfähigkeit des Kapitalismus Herr zu werden, einer durch frühere Niederlagen gewitzten und gestärkten deutschen Sozialdemokratie weichen müssen.“¹¹⁹⁵

Die Genesis der nationalsozialistischen „Machtergreifung“ beleuchtete „Der Monat“ ebenfalls auf „indirektem Weg“ in der Veröffentlichung „Der Führer persönlich. Gedanken beim Lesen zweier Biographien“ vom schweizer Historiker Herbert Lüthy. In der Rezension der beiden Hitler-Biographien vom britischen Historiker Alan Bullock und den beiden deutschen Historikern Walter Görlitz sowie Herbert A. Quint, konstatierte Lüthy – vor dem Hintergrund der sogenannten „Unpersönlichkeit“ Hitlers, die seines Erachtens „von fast unfaßbarer geistiger, moralischer und menschlicher Inferiorität“ war:

„Begreiflich genug, daß seine politischen Gegenspieler ihn stets, bis es zu spät war, für ein bloßes Instrument, sei es der Reichswehr, der Schwerindustrie oder der Junker, halten wollten. Es war ein Irrtum, auch wenn seine ganze Laufbahn undenkbar gewesen wäre ohne die politisierenden Freikorpsoffiziere des in Auflösung begriffenen Übergangsheers, die den unbekanntem Haßapostel als nationalen Agitator und Nachrichtenagenten auf Deutschland losließen, ohne die trübe Bierhefe bayerischer Verschwörerei, nationaler Bräustüblrevolution, Staatsstreichspielerei, Freikorps und Feme, die ihn emporschwemmte, ohne die Protektionen und Komplizitäten hochgestellter ‚völkischer‘ Politiker vom Münchener Polizeipräsidenten Pöhner und vom bayerischen Justizminister Gürtler bis zum Ludendorffkreis und zur

für diesen Zeitraum liegen offenbar nicht vor), auf jeden Fall aber sind die Frauen dem Sog des Nationalsozialismus langsamer erlegen als die Männer.“ Anschließend zeigte Alfred Kellner anhand einer (statistischen) „Aufstellung“ den prozentualen „Stimmenanteil der NSDAP bei Reichstagswahlen unter der Weimarer Republik“ im Zeitraum 1928-1930 für die Bundesländer Bayern, Bremen, Thüringen, Berlin Frankfurt/M. sowie Köln, bei den Männern und Frauen. Alfred Kellner, Was verstehen Frauen von der Politik?, in: Der Monat, Heft 94 (1956), 8. Jg., S. 72-75 (hier S. 73 f.).

¹¹⁹⁴ Siehe exemplarisch Hellmut Jaesrich, In Qualen gelebt. Zu Jochen Kleppers Tagebüchern, in: Der Monat, Heft 101 (1957), 9. Jg., S. 71-74; hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: Jochen Klepper, Unter dem Schatten deiner Flügel. Aus den Tagebüchern der Jahre 1932-1942. Mit einem Geleitwort von Reinhold Schneider. Herausgegeben von Hildegard Klepper, Stuttgart 1956. Jaesrich zitierte hier auf S. 72 eine Tagebucheintragung von Jochen Klepper am 30. 1. 1933. Sie lautete: „Hitler ist Reichskanzler. Noch einmal ist das verhängnisvollste Bündnis zustande gekommen, das Gustav Freytag die größte deutsche Gefahr nennt: das Bündnis zwischen dem Adel und dem Pöbel. (...)“

¹¹⁹⁵ Sidney Hook, Lenin oder die Rolle des Einzelnen, in: Der Monat, Heft 20 (1950), 2. Jg., S. 174-189 (hier S. 179).

„schwarzen Reichswehr“, dank denen der Krawallredner, Saalschlachtorganisator und Putschist Hitler, der bis 1932 nicht einmal deutscher Staatsangehöriger war, stets vor Strafe und Ausweisung bewahrt blieb, ohne die Kahr, Thyssen, Hugenberg und Papen, die den „Trommler“ benützen zu können glaubten – die Kapitel der beiden Biographien, die Hitlers „Kampfjahre“ darstellen, sind eine gespenstische Wanderung durch die morschen Untergründe einer Weimarer Republik, die nie die Kraft und den Mut zur Selbstverteidigung aufbrachte. Nicht nur Hitlers Gegner, sondern auch jene, die mit ihm paktierten, verfielen dem Irrtum, ihn für ein bloßes Instrument zu halten, dessen sie sich könnten.“¹¹⁹⁶

In diesem Zusammenhang vertrat Lüthy unter Berufung auf Veit Valentin Untersuchung „Geschichte der Deutschen“ das Urteil: „Hitlers Geschichte ist die Geschichte seiner Unterschätzung“. Ebenjene Unterschätzung war für ihn insbesondere dem Umstand geschuldet, dass der „Politiker“ Hitler um 1914 bis zur „Gründung des Dritten Reiches“ keineswegs der „Erfinder“ der (nationalsozialistischen) „Ideen“¹¹⁹⁷ gewesen war, die sich nicht nur in Deutschland aus verschiedenen historischen Quellen speiste und die seinerzeit, d. h. im Kontext der Jahre des Ersten Weltkrieges, zu „abgestandenen Gemeinplätze(n) des radikalen, antisemitischen und pangermanischen Journalismus und Kaffeehausgeschwätzes in jeder mitteleuropäischen Stadt einschließlich Wiens und Münchens geworden“ war, wo Hitler sie im Grunde genommen nur noch aufzulesen brauchte. Hitlers Originalität, so Lüthy, „lag nicht in seinen Ideen, sondern in der schauerlich buchstäblichen Weise, in der er daran ging, Wahnvorstellungen in Wirklichkeit umzusetzen, und in seiner unvergleichlichen Beherrschung der Mittel, mit denen dies geschehen konnte.“¹¹⁹⁸

Auf der Grundlage der beiden rezensierten Hitler-Biographien skizzierte Herbert Lüthy ausführlich die biographischen, d. h. vor allem die politischen und – wenn man so will – psychologischen Auswirkungen respektive Implikationen des von Hitler emphatisch begrüßten Kriegsausbruches von 1914, denn er hat „Gott auf den Knien“ dafür gedankt, die der beruflich und privat „Gescheiterte“ in „Mein Kampf“ beschrieben hat. Und Lüthy schilderte in diesem Zusammenhang, wie der ehemalige Gefreite nach Kriegsende in München sozusagen politisch sozialisiert wurde – in einem republikfeindlichen Milieu, „in der

¹¹⁹⁶ Herbert Lüthy, Der Führer persönlich. Gedanken beim Lesen zweier Biographien, in: Der Monat, Heft 62 (1953), 6. Jg., S. 149-161 (hier S. 151); hierbei handelte es sich um die Rezension der Bücher: Alan Bullock, Hitler, A Study in Tyranny, London (o. J.) bzw. der dt. Ausgabe: Hitler. Eine Studie über die Tyrannei, Düsseldorf (o. J.) sowie Walter Görlitz und Herbert A. Quint, Adolf Hitler. Eine Biographie, Stuttgart (o. J.).

¹¹⁹⁷ Herbert Lüthy, ebenda, zitiert auf S. 151 Alan Bullock, der in seiner Studie schrieb: „Jede einzelne seiner Ideen“ (...), von der Verherrlichung des Führer-Heros, dem Rassenmythos, dem Antisemitismus, der Volksgemeinschaft und der Feindschaft gegen den Intellekt bis zur Idee einer herrschenden Elite, der Unterordnung des Individuums und der Doktrin, daß Macht Recht ist – findet sich bei den antirationalistischen und rassengläubigen Schriftstellern, nicht nur in Deutschland, sondern auch in Frankreich und anderen Ländern, während des Jahrhunderts zwischen der Romantik und der Gründung des Dritten Reiches.“

¹¹⁹⁸ Ebenda, S. 151.

alle Unanpaßbaren, mit Gott und der Welt Hadernden, nach nationaler Erhebung und Revanche Dürstenden ein provisorisches Soldatenleben weiterfristeten“. In dieser national konnotierten, ressentimentgeladenen politischen Gesellschaft wurde Hitler auf Initiative von „Hauptmann Röhm“ zur Teilnahme des organisierten Kurses ‚nationales Denken‘ „abkommandiert“, der für ihn zu seiner sogenannten „politische(n) Hochschule“ avancierte. In allererster Linie an dieser „politische(n) Hochschule“, so die Einschätzung von Lüthy, „wurde Hitler inmitten von Schicksals und Gesinnungsgleichen das ganze Arsenal nationalistischer Schlagworte vermittelt, von dem er auf seiner weiteren Laufbahn zehren sollte, die Dolchstoßlüge, der Verrat der ‚jüdisch-marxistischen Novemberverecher‘, die ‚soldatische Berufung‘, die ‚Schmach‘, das ‚System‘, das ‚völkische‘ Denken, der ganze Schatz von Gemeinplätzen des in Bayern triumphierenden Rechtsradikalismus (...).“¹¹⁹⁹

Ebenfalls abkommandiert wurde Adolf Hitler, so Lüthy, zu einer politischen Beobachtung einer Versammlung der „neugegründeten ‚Deutschen Arbeiterpartei‘“, einer radikal-nationalistischen Vereinigung, „die damals wie Pilze aus dem Boden Münchens schossen, und mit der rednerischen Eroberung dieses ‚Spießervereins‘ von sieben Mitgliedern begann Hitlers Welteroerbung“, zumal Hitler nach „seiner ersten öffentlichen Rede vor 111 Zuhörern“ feststellte: „ich konnte reden! Nach dreißig Minuten waren die Menschen in dem kleinen Raum elektrisiert“.¹²⁰⁰

IV. 1. 5. Die nationalsozialistische Herrschaftspolitik bis 1938

Wie gesagt, ergab die empirische Auswertung der einzelnen Ausgaben des „Monat“ (Heft 1 bis 139), dass der Nationalsozialismus in 60 Beiträgen ausdrücklich Gegenstand der Untersuchung, der Thematisierung und der Reflexion war (unter Berücksichtigung sämtlicher Themenbereiche: „Vorgeschichte“, „Emigration“, „Intellektuelle“ etc.). Hierbei ergab die Auswertung, dass mit Ausnahme der beiden Veröffentlichungen „Der >völkische Rechtsstaat<. Zur nationalsozialistischen Rechtspolitik“ von Walther Hofer sowie

¹¹⁹⁹ Ebenda, S. 158.

¹²⁰⁰ Ebenda, S. 159.

vereinzelten Bemerkungen und Einschätzungen von Hugh R. Trevor-Roper¹²⁰¹ sowie Rohan Butlers Rezension zur „Fritsch-Krise“ im Frühjahr 1938¹²⁰² in keinem weiteren Beitrag ausdrücklich auf die nationalsozialistische Herrschaft und -Politik nach der „Machtergreifung“ am 30. Januar 1933 bis zum „Anschluss“ Österreichs 1938 eingegangen wurde. D. h., auf die innen- und außenpolitische Entwicklung Deutschlands in diesem Zeitraum ging die Zeitschrift „Der Monat“ nicht grundsätzlich ein. Anders gesagt: Insofern dieser Zeitraum der deutschen Geschichte thematisiert wurde, erfolgte die politische, historische oder wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in erster Linie „indirekt bzw. nebenbei“, oder in quasi totalitarismustheoretischer Perspektive.¹²⁰³

Was man im „Monat“ beispielsweise in Bezug auf die politischen Folgen „indirekt bzw. nebenbei“ erfuhr, die mit dem historischen Datum des 30. Januar 1933, also der sogenannten Machtergreifung, verbunden war, war die Tatsache, dass nicht wenige tatsächliche politische Gegner des Nationalsozialismus, zum Beispiel (Links-)Intellektuelle, Schriftsteller, Künstler und deutsche Juden, die sich der drohenden persönlichen Gefahr gewahr wurden, Deutschland verließen und in die Emigration gingen. Exemplarisch für einige Beiträge zu diesem Themenkomplex sollen im Folgenden zwei Veröffentlichungen genannt werden.

In einer der ersten Ausgaben des „Monat“, im Heft 11 vom August 1949, schrieb in der Rubrik „Musik“ der New Yorker Musikschriftsteller Kurt List über „Europäische Komponisten in Amerika. Ein Bericht über ihre Aufnahme und Weiterentwicklung“. Dort erfuhr der Leser, dass zu den vielen Komponisten, die seit dem 19. Jahrhundert und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts von Europa in die Vereinigten Staaten ausgewandert

¹²⁰¹ Siehe hierzu das Kapitel II. 6. 8. „Die ‚NS-Experten‘ des Monat“: Hugh R. Trevor-Roper und Walther Hofer“.

¹²⁰² Rohan Butler, Der Fall Fritsch, in: Der Monat, Heft 45 (1952), 4. Jg., S. 313-316 ; hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches von Hermann Foertsch, Schuld und Verhängnis, Stuttgart (o. J.). Butler teilte zu Beginn seiner Besprechung auf S. 313 mit, dass das Buch mit dem „einigermaßen schwerfälligen Untertitel ‚Die Fritsch-Krise im Frühjahr 1938 als Wendepunkt in der Geschichte der nationalsozialistischen Zeit‘“ vom sogenannten „Deutschen Institut für Geschichte der nationalsozialistischen Zeit“ herausgegeben wurde.

¹²⁰³ Siehe exemplarisch für die in quasi totalitarismustheoretischer Perspektive gemachten Ausführungen, den unter der Rubrik „Am Rande notiert“ erschienenen Beitrag: H. J. (d. i. Hellmut Jaesrich) in: Der Monat, Heft 122 (1958), 11. Jg., S. 85-87. Jaesrich berichtete zu Beginn davon, dass Boris Pasternak vom schwedischen Nobelpreis-Komitee den „Nobel-Literaturpreis“ zuerkannt wurde, allerdings von sowjetischer Seite, zumal vom sowjetischen Schriftstellerverband, unter Druck gesetzt bzw. „gezwungen“ wurde auf den Nobelpreis zu verzichten (S. 85). Daran anschließend ging er unter der Überschrift „Ein anderer Nobelpreis“ auf die näheren historischen Umstände der Verleihung des Friedensnobelpreises für den „deutschen Publizisten“ Carl von Ossietzky im Jahre 1936 ein. Dort erfuhr man dann u. a., dass der parteiunabhängige Pazifist und Herausgeber der „linksgerichteten Weltbühne“, Ossietzky, 1933 im Zusammenhang mit Verhaftungen im Kontext des „Reichstagsbrandes“ in „verschiedenen Gefängnissen und Konzentrationslagern festgehalten“ worden war und „im Mai 1938 starb“ (S. 86). Daran anknüpfend stellte Hellmut Jaesrich fest: „Der Name seiner Witwe schmückt heute das Titelblatt der äußerlich im alten Gewande wiedererstandenen *Weltbühne* in Berlin Ost“ (S. 86 f.).

waren, unter anderem Arnold Schönberg zählte, der im Alter von 59 Jahren 1933 nach Amerika einwanderte.¹²⁰⁴ Auf Schönberg folgte 1934 der „linksgerichtete“, mit der Arbeiterbewegung in Deutschland sympathisierende, „politische Aktivist“ und Komponist Hanns Eisler, der 1934 im Alter von 36 Jahren in New York ankam.¹²⁰⁵ Von den zahlreichen Komponisten, die neben Schönberg und Eisler vor dem Hintergrund eines „brutalen und oft terroristischen Nationalismus“¹²⁰⁶ nach Amerika gingen – zum Beispiel Kurt Weill – war nach Ansicht von Kurt List, der 1937 in Amerika im Alter von 42 Jahren ankommende Paul Hindemith „der einzige Komponist, der wegen direkter politischer Angriffe Deutschland verlassen hatte“.¹²⁰⁷

Im September 1950 veröffentlichte der 1933 in die Emigration gegangene jüdisch-deutsche Schriftsteller Hermann Kesten den Artikel „Panorama. Eine literarische Betrachtung“, den er mit folgenden Worten einleitete: „Die Deutsche Literatur wurde 1933 halbiert. Es begann die Epoche der Binnendichter unter der Diktatur des Schreckens und der emigrierten Dichter in der schreckensreichen Freiheit des Exils.“¹²⁰⁸ Kesten thematisierte unter anderem das sogenannte Bild der deutschen Literatur im Exil und machte in diesem Zusammenhang die (nicht weiter quantifizierte) Feststellung, dass die Hälfte der emigrierten Literaten in den unterschiedlichsten Konzentrationslagern den Tod fand. Hierzu stellte der Autor fest:

„Sie starben auf der Flucht und in fremden Armeen. Sie starben durch Selbstmord und durch Krankheiten, Nachwirkungen des schweren Lebens im Exil. Wenn man die Zahl der im Exil gestorbenen mit der Zahl der in der Heimat gestorbenen deutschen Dichter vergleicht, so kommt man zu dem Schluß, daß das Exil gefährlicher und aufreibender gewesen sein muß als alle Schrecken der Heimat, samt Diktatur, Bombardierungen und Okkupation.“¹²⁰⁹ Zu dieser Gruppe der nach 1933 emigrierter Dichter aus Deutschland zählten für Hermann Kesten auch Kommunisten, die insgesamt zwölf Jahre gegen die nationalsozialistische Diktatur gekämpft hatten und in zahlreichen Ländern aufgrund dieses Kampfes nicht nur

¹²⁰⁴ Siehe Kurt List, Europäische Komponisten. Ein Bericht über ihre Aufnahme und Weiterentwicklung, in: Der Monat, Heft 11 (1949), 1. Jg., S. 107-114 (hier S. 108). Weiter hieß es über Schönberg auf S. 114, daß er in Amerika im Verlauf der Jahre vor dem Hintergrund der sogenannten „jüdischen Frage“ und aufgrund des Einflusses „der allgemeinen Stimmung und der Schreckensnachrichten aus Deutschland eine immer radikalere politische Haltung“ einnahm.

¹²⁰⁵ Ebenda, S. 108.

¹²⁰⁶ Ebenda, S. 111.

¹²⁰⁷ Ebenda, S. 108.

¹²⁰⁸ Hermann Kesten, Panorama 1950. Eine literarische Betrachtung, in: Der Monat, Heft 24 (1950), 2. Jg., S. 592-594 (hier S. 592).

¹²⁰⁹ Ebenda, S. 593.

verfolgt wurden, sondern auch „durch Konzentrationslager, Gefängnisse und über Schlachtfelder gingen“.¹²¹⁰

Neben dem für das einzelne Individuum in den allermeisten Fällen eine lebensgeschichtliche Zäsur darstellende Flucht bzw. Emigration¹²¹¹ angesichts der nationalsozialistischen „Machtergreifung“ am 30. Januar 1933, kam „Der Monat“ – neben dem oben bereits erwähnten Beitrag „Der völkische Rechtsstaat. Zur nationalsozialistischen Rechtspolitik“ von Walther Hofer aus dem Jahre 1959¹²¹² – in allererster Linie in einem Beitrag von Winfried Martini auf die innenpolitische Situation in Deutschland in den Jahren der NS-Machtkonsolidierung und bis zum Jahre 1938 zu sprechen.¹²¹³ Im Juni 1957 schrieb Martini unter der Rubrik „Hinweise“¹²¹⁴ aus zeitgeschichtlichem Anlass über die „Röhm-Affäre“ des 30. Juni 1934.¹²¹⁵ Im Folgenden werden *in nuce* die historisch-politischen Kernaussagen und -interpretationen von Winfried Martini herausgearbeitet.

¹²¹⁰ Ebenda, S. 593.

¹²¹¹ Siehe hierzu Franz Theodor Csokor, Ödön von Horváth, in: Der Monat, Heft 33 (1951), 3. Jg., S. 309-313 (hier S. 311 f.); Charles Kessler, Ausdruck und Introversion. Deutscher Expressionismus und zeitgenössische amerikanische Malerei, in: Der Monat, Heft 37 (1951), 4. Jg., S. 91-95 (hier S. 92); Hermann Kesten, Grenzler und Europäer. Gedanken über René Schickele, in: Der Monat, Heft 45 (1952), 4. Jg., S. 309-313 (hier S. 311); Jürgen Rühle, Arnold Zweig und die Kunst des inneren Vorbehalts, in: Der Monat, Heft 123 (1958), 11. Jg., S. 67-75 (hier S. 68). Vgl. auch Hans Sahl, Welt in der Nußschale. Zu Richard Friedenthals Internierungslager-Roman, in: Der Monat, Heft 100 (1957), 9. Jg., S. 71-73 (hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: Richard Friedenthal, Die Welt in der Nußschale, München [o. J.]); Wolfdietrich Schnurre, Flucht in die Humanität. Zu Hans Sahls Zeitroman, in: Der Monat, Heft 135 (1959), 12. Jg., S. 75-77 (hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: Hans Sahl, Die Wenigen und die Vielen. Roman einer Zeit, Frankfurt a. M. 1959). Zur existentiellen Dimension bei Klaus Mann siehe Ludwig Marcuse, Das letzte Wort, in: Der Monat, Heft 46 (1952), 4. Jg., S. 408-410 (hier S. 409 f); hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches Klaus Mann, Der Wendepunkt, Frankfurt a. M. (o. J.).

¹²¹² Walther Hofer, Der „völkische Rechtsstaat“. Zur nationalsozialistischen Rechtspolitik, in: Der Monat, Heft 125 (1959), 11. Jg., S. 46-58.

¹²¹³ Die qualitative und quantitative Auswertung der einzelnen Hefte des „Monat“ (Heft 1 bis 139) ergab, dass in keinem Artikel ausdrücklich auf die nationalsozialistische Außenpolitik in den Jahren 1933-1938 eingegangen wurde. In einem Beitrag kam die Zeitschrift indirekt auf die Rolle Deutschlands im Kontext der Genese des Spanischen Bürgerkrieges zu sprechen. Hierbei handelte es sich um den Beitrag: Werner Orłowsky, Das Vorspiel zum Kriege. Zum zwanzigsten Jahrestag des Spanischen Bürgerkrieges, in: Der Monat, Heft 94 (1956), 8. Jg., S. 22-30.

¹²¹⁴ Obwohl der Beitrag in der keinesfalls zentralen Rubrik „Hinweise“ veröffentlicht wurde und mithin im hinteren Bereich des Heftes abgedruckt wurde, kann vermutet werden, dass die Redaktion des „Monat“ dem mehrere Seiten langen Artikel von Winfrid Martini eine nicht geringe Bedeutung attestierte. Denn bereits auf der Umschlagsseite der Ausgabe, d. h. der Heftnummer 105, wurde explizit auf den Artikel hingewiesen. So war dort zu lesen: „Winfried Martini: Zum 30. Juni 1934“. Auf der Innenseite der gleichen Ausgabe stand dann allerdings der eigentliche Titel „Zelle 474“ geschrieben.

¹²¹⁵ Winfried Martini schreibt aus München: Zelle 474..., in: Der Monat, Heft 105 (1957), 9. Jg., S. 80-84. Winfried Martini schrieb den Artikel aufgrund des Prozesses vor der „4. Strafkammer des Landgerichts München I“ gegen Sepp Dietrich, den damaligen „Kommandeur des SS-Wachbataillons Berlin, aus dem später die SS-Leibstandarte Adolf Hitler entstand“ und gegen Michael Lippert (S. 80). In diesem Zusammenhang fragte sich Martini am Anfang seines Artikels auf Seite 80, „welche strafrechtliche Rolle Sepp Dietrich am Spätnachmittag des 30. Juni 1934 gespielt (hat), als er (...) sechs SA-Führer im Hof der Strafanstalt München-Stadelheim auf Hitlers Befehl fusilieren ließ (...)“? Und hatte einen Tag später Michael Lippert als SS-

Gleich zu Beginn des Artikels fällt Winfried Martini über den Angeklagten Sepp Dietrich das Urteil, dass es ziemlich schwer fällt,

„ausgerechnet von Sepp Dietrich, den nun wirklich niemand für einen Erben Immanuel Kants halten kann, zu erwarten, er habe psychologisch und intellektuell auch nur die Möglichkeit gehabt, über die positiv-rechtliche oder gar moralische Legitimation des ‚Führerbefehls‘, die sechs SA-Führer an die Wand zu stellen“, umständlich zu grübeln (...).“

Für Martini war der „Allgäuer Dietrich“, der früh zum Hotelangestellten ausgebildet wurde und am Ersten Weltkrieg teilnahm ein „Durchschnittsmensch ohne besondere amoralische Züge“ (S. 80), so dass es seines Erachtens glaubwürdig klang, „als der kleine pyknische Mann seine Erschütterung andeutete, die er damals darüber empfunden hatte, daß er seine Kameraden, unter ihnen auch persönliche Freunde, erschießen lassen mußte“ (S. 80). Und abschließend stellte Martini über den Angeklagten fest:

„Ein Mann wie Dietrich war einer so hintergründigen und komplexen Situation, wie sie ihn am 30. Juni überfiel, in einem gewissen Sinne nicht weniger ausgeliefert als jene, die zu seiner Verwunderung und zu seinem Schrecken seine Opfer wurden; so klammerte er sich an eine dumpfe Interpretation der Pflicht, um, wenn er die Welt schon nicht mehr verstand, in ihr wenigstens die Orientierung nicht zu verlieren.“ (S. 80)

Im Gegensatz hierzu beurteilte Martini den anderen Angeklagten Michael Lippert als einen Menschen, dem man nur aufgrund der Kenntnis in Bezug auf seine „unheilige Verbindung mit Dachau“ zutrauen konnte, dass er mit „seinem Kumpanen Eicke, im Rahmen der Zellentür stehend, den wehrlosen Röhm erschöß“ (S. 81). Vor dem Hintergrund des (Gerichts-)Urteils war der Autor des „Monat“ der Ansicht, dass „die Umstände“ (für die beiden Angeklagten Dietrich und Lippert) durchaus die Vorstellung begrifflich gemacht hätten,

Sturmbannführer und Kommandeur der Dachauer KZ-Wachmannschaft gemeinsam mit SS-Brigadeführer Theodor Eicke, dem Kommandanten des Lagers, den Reichsminister Ernst Röhm, Stabschef des Obersten SA-Führers (der Hitler selbst war) in der Zelle 474 des gleichen Gefängnisses erschossen (...)?“

Zu Winfried Martini vgl. Rudolf Augstein, Stimmzettel gegen Recht und Freiheit? Zu W. Martinis „Das Ende aller Sicherheit“, in: Der Monat, Heft 76 (1955), 7. Jg., S. 362-365; hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: Winfried Martini, Das Ende aller Sicherheit, Stuttgart (o. J.). Augstein stellte zu allererst fest, dass Martini „schon im Titel der parlamentarischen Demokratie den Vorwurf macht, sie könne die Sicherheit der ihr anhängenden Bürger im Zeitalter der Krisen nicht mehr gewährleisten, um so weniger, als die ihr wesenhafte Widersprüchlichkeit offen zutage liege.“ (S. 362). Und weiter in bezug auf den „Hitler-Staat“: dieser „war eine ‚eigentliche‘ Demokratie, wurzelnd in der intoleranten Tradition Rousseaus und der Jakobiner, aber er war das Gegenteil eines Rechtsstaates. In Krisenzeiten, sagt Martini, wird die ‚demokratische Komponente‘ der parlamentarischen Demokratie den Rechtsstaat unterkriegen. (...) Aber Martini greift nicht zu. Er will nicht untersuchen, wie die Demokratie noch funktionieren kann, er hat sich vorgenommen, zu beweisen, daß sie nicht mehr funktionieren kann, und er beweist es. (...) Auch daß die Republik von Weimar die Probe Hitler nicht bestanden hat, ist noch kein Beweis gegen die parlamentarische Demokratie. Die Probe Hitler haben die Demokratien und Diktaturen der Welt insgesamt schlecht genug bestanden. Ein Hitler in all seiner Banalität war eine Ausnahmeerscheinung, gegen die Regierungsformen und –systeme nicht geeicht werden können.“ (S. 363 f.). In seinem abschließenden Resümee schrieb Augstein u. a.: „Martini hat seinem Buch den Untertitel gewählt ‚Eine Kritik des Westens‘ (...), aber es hilft dem Westen nicht, zu erfahren, daß er die falsche Staatsform hat.“ (S. 365).

„es habe ein Staatsnotstand bestanden“, so „daß aber nach vollzogener Verhaftung der wichtigsten SA-Führer die Annahme, sie müßten ohne Urteil auch noch getötet werden, offensichtlich zu abwegig gewesen sei, um irgendeine Berücksichtigung zu verdienen. Also war die Rechtswidrigkeit des ‚Führerbefehls‘ nicht nur objektiv klar, sondern mußte von den Angeklagten auch durchschaut oder zumindest als Problem erkannt werden? Die Frage ist“, so Martini weiter, „ob jemand, der sich die psychologische Möglichkeit bewahrte, ‚Führerbefehle‘ einer rechtlichen und moralischen Analyse zu unterwerfen, überhaupt ein Nationalsozialist war. Konnte man aber von Nationalsozialisten die Fähigkeit erwarten, aus dem Wertesystem, dem sie sich nun einmal ergeben hatten und zu dem gerade auch die Vorstellung vom unfehlbaren Führer-Messias gehörte, einfach heraustreten? (...)“ (S. 81).

Winfried Martini war überzeugt davon, dass die SA am 30. Juni 1934 keineswegs die Absicht hatte einen „Putsch“ durchzuführen. Denn auch aufgrund der „Vorarbeiten“ für den oben genannten Prozess seitens des Münchener „Institut für Zeitgeschichte“ war es für ihn „völlig ausgeschlossen“, dass ein Putsch beabsichtigt war (S. 82). Dies ergab sich durch die damaligen historischen Bedingungen: denn auch wenn ein „Putschplan“ der SA vorgelegen hätte, wäre es nicht zuletzt infolge der „miserablen“ Bewaffnung insbesondere für die Reichswehr kein „ernsthaftes militärisches Problem“ gewesen, ebendiesen „Putsch“ niederzuschlagen, und: „nur die Reichswehr aber wäre – auch das war schon damals klar – der militärische Adressat des Putsches gewesen“ (S. 82).

Zu den Verhafteten des „30. Juni“ zählten nach Auskunft des Autors „der Chef des Politischen Amtes der Obersten SA-Führung in der Berliner Tiergartenstraße“, der Gruppenführer von Detten, und dessen Stellvertreter, der SA-Oberführer Hans von Falkenhausen, die beide in Berlin „in der Nacht vom 1. zum 2. Juli in Lichterfelde erschossen“ wurden. Der „Initiator ihrer Erschießung“, so die Ansicht von Winfried Martini, „sei Goebbels gewesen (...). Beide waren aus dem ‚Stahlhelm‘ übernommen worden, beide waren echte Konservative (...), beide hatten wenig für Seldte übrig und standen dem ‚Dritten Reich‘ voller Reserve und Skepsis gegenüber“ (S. 82). Wie gesagt, stand für Martini zweifellos fest, dass der SA-Führer Ernst Röhm zum 30. Juni 1934 keineswegs den Plan hatte zu putschen. Dazu Martini:

„Ob er sich überhaupt mit dem Gedanken trug, sehr viel später einen zu wagen, wird sich kaum mehr feststellen lassen. Daß er Hitler gegenüber nicht die Gefühle sklavischer Unterwürfigkeit kannte, weiß man: er äußerte sich oft genug spöttisch und verächtlich über den ‚lächerlichen Gefreiten‘, die ‚Primadonna‘“ (S. 82). Gleichwohl, so der Autor, gab es in der SA die verbreitete Vorstellung bzw. die „entsprechende Stimmung“ für eine sogenannte „zweite Revolution“ (S. 83).

Mit Blick auf Revolution im Allgemeinen konstatierte Winfried Martini,¹²¹⁶ dass sich „jede Revolution“ nach der „Stunde des Sieges“ spaltet. „Die eine ‚Aufbaugruppe‘ versteht jenes Gesetz dank der praktischen Berührung mit der Macht, sie relativiert das ‚radikal Neue‘ oder verschiebt seine volle Verwirklichung auf später. Die andere dagegen“, so Martini weiter, „fühlt sich dem ‚radikal Neuen‘, das in den Kampffahren beide Gruppen gemeinsam und in bruchloser Front angestrebt hatten, nach wie vor ausschließlich verpflichtet, es darf nicht nur ‚eine Komponente der späteren Wirklichkeit‘ sein, sie spürt nicht den vielfältigen Zwang zur Anpassung und daher Abweichung, den die Dinge selber auf die der Macht am nächsten stehende Gruppe ausübt. Sie hält vielmehr die Abweichung für den Ausfluß boshafter ‚Verrats‘, sie wird nun zur Bannerträgerin des ‚wahren‘ Kerns der Bewegung, kurz, sie wird zum ‚Trotzkismus‘, den jede Revolution, wenn auch in höchst verschiedenen Formen und mit höchst verschiedenen Antrieben, so doch unweigerlich und aus ihren eigenen Reihen erzeugt.“¹²¹⁷

Nach Ansicht des Autors war im ‚Dritten Reich‘ Ernst Röhm ‚der Träger‘ ebendieses so genannten ‚Trotzkismus‘, er fühlte sich als Gralshüter des ‚wahren‘ Nationalsozialismus, obwohl er bis zu seinem Tode, so das Urteil Martinis, ‚überzeugter Monarchist geblieben war, er spielte mit dem Gedanken einer ‚Zweiten Revolution‘, die dem ‚wahren‘ Nationalsozialismus zum Durchbruch verhelfen sollte, er hoffte sie mit Hitler zu verwirklichen, notfalls ohne ihn (...).“¹²¹⁸ Für Martini stand das Wort einer ‚permanenten Revolution‘ als Ausdruck für eine Enttäuschung, genauer gesagt: für eine

„naive Enttäuschung darüber, daß mit der staatlichen Macht ein retardierendes Moment in die ‚Bewegung‘ gekommen war, die nun nicht mehr bewegt und beweglich genug erschien. So sollte die ‚permanente Revolution‘ jenem eigentümlichen Element des Nationalsozialismus entsprechen, für das die ‚Bewegung‘ als der unentwegte, sich unentwegt steigernde und rauschhafte Genuß der kollektiven nationalen Vitalitäten paradoxerweise zugleich auch das eigentliche Ziel war.“¹²¹⁹

Die selbstgestellte Frage, warum insbesondere Ernst Röhm zum ‚Träger des NS- ‚Trotzkismus‘“ geworden war und in welchen tatsächlichen Forderungen „dieser seinen Ausdruck fand“, versuchte Winfried Martini insbesondere auf der Basis der Veröffentlichung „Die ‚Zweite Revolution‘ – Der 30. Juni 1934“ von Herman Mau, die 1953 in der vom Münchener ‚Institut für Zeitgeschichte‘ herausgegebenen Zeitschrift ‚Vierteljahreshefte für

¹²¹⁶ Martini zitiert hier Karl Mannheim (1893 in Budapest geboren und im April 1933 aus Deutschland, über Amsterdam nach London, emigrierter jüdischer Soziologe, der u. a. mit der 1929 erschienenen Studie „Ideologie und Utopie“ bekannt wurde; J. G.), der einmal bemerkte, „daß ‚auch das radikal Neue am Ende nur eine Komponente der späteren Wirklichkeit zu sein pflegt, die ja immer mehr Kräfte und Strömungen zu verarbeiten hat als gerade jene eine, an der einer bestimmten Aufbaugruppe am meisten gelegen ist.“ Winfried Martini (schreibt aus München): Zelle 474..., in: Der Monat, Heft 105 (1957), 9. Jg., S. 83.

¹²¹⁷ Ebenda, S. 83.

¹²¹⁸ Ebenda, S. 83.

¹²¹⁹ Ebenda, S. 84.

Zeitgeschichte“ erschien¹²²⁰ und die nach seinem Dafürhalten eine „glänzende Arbeit“ war, die „die wesentlichen Ursprünge, Gründe und Hintergründe des schauerlichen Dramas dargestellt und analysiert“ hat. Nach Auffassung von Martini verdankte

„die NSDAP ihren Aufstieg nicht zuletzt der Idee Röhm, die Partei, die sich organisatorisch im herkömmlichen Rahmen bewegte, mit dem Wehrverband der SA zu kombinieren: erst diese Verbindung stellte die ‚Bewegung‘ dar, das absolut Neuartige, das schließlich den Erfolg brachte. Die Kampfzeit erlaubte allen Beteiligten die Fiktion von der Einheit der Bewegung, man gab sich keine Rechenschaft über die tiefen Unterschiede, die zwischen Partei und Wehrverband nach soziologischer Struktur und immanenten Zielen bestanden. Erst die ‚Machtergreifung‘ brachte die Unterschiede zum Bewußtsein und zur Wirkung. Was sollte nun die Aufgabe der SA sein, vor allem, nachdem der blutige Terror, den sie in den ersten Monaten unter dem Namen ‚hilfspolizeilicher‘ Dienste ausgeübt hatte, teils reduziert, teils in andere Hände übergegangen, jedenfalls ihr entglitten war?“¹²²¹

Nach Meinung von Martini wollte die „NS-Staatsführung“ der SA keine Aufgaben mehr einräumen, und zwar aus dem Grund, dass sie „mit ihr nichts mehr anzufangen wußte“. Vor diesem Hintergrund war es seines Erachtens „nur natürlich und konsequent, daß Röhm, der sich stets als Soldat fühlte, nun den eigentlichen Sinn des Wehrverbandes verwirklichen wollte.“ Was nämlich Ernst Röhm vorschwebte, war aus der einstmals knapp 300 000 Mann starken SA, die Anfang 1934, auf schätzungsweise 4,5 Millionen angewachsen war, „eine Miliz zu machen, die der Reichswehr nicht unterstellt werden sollte.“¹²²² Und genau diese Vorstellungen mussten aus der Sicht des Autors für die Reichswehr besorgniserregend sein. „Hitler aber“, so Martini:

„hatte kein Interesse daran, daß gerade unter Röhm, der es als einziger an Popularität mit ihm aufnehmen konnte, sich eine neue Macht bildete, und zugleich glaubte er seine Rüstungspläne in den Händen der Fachleute aus der Bendlerstraße weitaus besser als in denen von der SA-Führung aufgehoben: so zog Röhm sich die Gegnerschaft sowohl der politischen wie der militärischen Reichsführung zu.“¹²²³

Die „Hochspannung vom Frühjahr 1934“ musste für Martini keineswegs „zu einem Putsch“ bzw. „zu jenem Massenmord“ führen. Aber „einige Leute“, so beurteilte er die damalige Situation, hatten – aus ganz unterschiedlichen Motiven – „ein Interesse daran, die Spannung durch Lancierung alarmierender Nachrichten, die auch die zuständigen Stellen der Reichswehr passierten, bis zu dem Punkt erhitzen, daß die SS unter – teilweise gutgläubiger – Assistenz der Reichswehr losschlagen konnte“. Und in diesem Fall stand für ihn fest, dass

¹²²⁰ Hermann Mau, Die „Zweite Revolution“ – Der 30. Juni 1934, in: Vierteljahresheft für Zeitgeschichte, 1 (1953), S. 119-137.

¹²²¹ Winfried Martini, (schreibt aus München): Zelle 474..., in: Der Monat, Heft 105 (1957), 9. Jg., S. 84.

¹²²² Ebenda, S. 84.

¹²²³ Ebenda, S. 84.

Göring, Goebbels, Himmler und Heydrich „auf der braunen Seite mit Sicherheit zu denen (gehörten), die die furchtbaren Karten mischten: wieweit sie Hitler schoben, wieweit er selber eine bewegende Kraft war – das wird sich kaum mehr exakt ausmachen lassen.“¹²²⁴

Zum Abschluss seines Zeitschriftenartikels „Zelle 474 ...“ zitierte Winfried Martini den im Strafprozess gegen Sepp Dietrich und Michael Lippert als Zeuge aufgetretenen Rudolf Diels – „der 1933 unter Göring die Abteilung I A des Berliner Polizeipräsidium zum preußischen Geheimen Staatspolizei-Amt entwickelt hatte“ (S. 80) –, der „im 30. Juni den letzten Schub zum Verhängnis (sah); er bedeutete die Einführung des Mordes als staatliches Prinzip.“¹²²⁵ Den gleichen Sachverhalt brachte Martini zufolge Hermann Mau in seinem Aufsatz „Die ‚Zweite Revolution‘ – Der 30. Juni 1934“ zum Ausdruck, der nämlich schrieb: „Es ist von nun ab in der nationalsozialistischen Politik, als seien gewisse Sicherungen durchgebrannt. Macht und Gewalt haben sich unwiderruflich miteinander verbunden.“¹²²⁵

Da der Beitrag von Winfried Martini neben dem angesprochenen Aufsatz von Walther Hofer die einzige Veröffentlichung im „Monat“ war, der die Phase der unmittelbaren Machtkonsolidierung des Nationalsozialismus thematisierte, d. h. das Jahr 1933 und vor allem die erste Hälfte des Jahres 1934, und zudem versuchte die historisch-politischen Hintergründe der „Röhm-Affäre“ einer substantiellen Deutung zu unterziehen, wurde ebendieser Beitrag ausführlich referiert. Denn wie gesagt, anhand der einzelnen Hefte des „Monat“ erfuhr man im Grunde genommen kaum etwas über die Jahre 1933-1938. Das galt sowohl für die deutsche Außenpolitik als auch für die Innenpolitik und infolgedessen für die „Judenpolitik“ des nationalsozialistischen Herrschaftssystems. Die Außenpolitik in diesem Zeitraum war im Grunde genommen ein Anathema, und auf die nach der „Machtergreifung“ in Gang gekommene (Terror-)Politik gegenüber Kommunisten, Sozialdemokraten und der jüdischen Bevölkerung kam der „Monat“ – wie gezeigt – nur „nebenbei“ zu sprechen. Einzelheiten über die nach der nationalsozialistischen Machteroberung und -konsolidierung in Gang gekommene „Judenpolitik“ des „Führerstaates“ erfuhr man nur vor dem Hintergrund der

¹²²⁴ Ebenda, S. 84. Auf Seiten der Reichswehr war für Winfried Martini Reichenau „die wissende und zugleich treibende Kraft“, der einerseits den in die „Röhm-Affäre“ eingeweihten „schwachen Blomberg“ manipulierte und andererseits „anscheinend auch Schleicher freigegeben hat (...).“ Neben Reichenau und Blomberg war nach Ansicht Martinis aller Voraussicht nach „alle beteiligten Reichswehrstellen gutgläubig gewesen“ und er konstatierte – unter Berufung auf den o. g. Aufsatz von Hermann Mau – „daß das Spiel ‚offenbar schon von Leuten im Range von Fritsch und Beck nicht mehr durchschaut wurde‘.“ Allerdings, so der Autor, überschätzte Reichenau „die Rolle, die er spielte: denn auch er wollte kaum die Früchte, die der Massenmord später trug, auch er diente den schwarzen Beelzebuben, mit denen er die braunen Teufel auszutreiben wähnte, nur als

¹²²⁵ Zitiert nach ebenda, S. 84.

genauen Lektüre der einzelnen Ausgaben des „Monat“. Hierbei wurde in allererster Linie das Jahr 1938 fokussiert.

So hieß es beispielsweise bereits im dritten Heft, d. h. im Dezember 1948, beim Herausgeber und Chefredakteur Melvin J. Lasky in der Besprechung des Buches „Vom Andern Deutschland. Aus den nachgelassenen Tagebüchern 1938 bis 1944“ von Ulrich von Hassell: „ ‚Diese Tage‘, verzeichnete er im Winter 1938, ‚stehen unter der von allen anständigen Menschen schwer empfundenen Last der beschämenden Vorgänge (Pogrom) im November ...‘ “. ¹²²⁶ Edouard Roditi wiederum kam im Rahmen seines unter der Rubrik „Bildende Kunst“ erschienenen Artikels „Der Leidensweg der Berliner Museen“ im Juni 1949 auf die antijüdische Politik des Nationalsozialismus im Jahre 1938 zu sprechen. ¹²²⁷ Vor dem Hintergrund eines von der NSDAP bzw. von Hitler 1937 „unterzeichneten Befehl“, die Berliner Nationalgalerie „von aller sogenannten ‚entarteten Kunst‘ zu ‚säubern‘“, ¹²²⁸ schrieb Roditi:

„Im Jahre 1938 unternahm der nationalsozialistische Staat weitere Aktionen gegen die in Deutschland befindlichen Kunstwerke. Am 9. Und 10. November wurde ein organisierter Pöbel aufgerufen, angeblich ‚jüdischen Besitz‘ zu plündern und zu zerstören. Dabei wurden z. B. deutsche Plastiken der Gotik und Renaissance vernichtet, die von ihrem nichtjüdischen Besitzer bei dem jüdischen Kunsthändler Bernheimer in München zum Verkauf ausgestellt worden waren. Zahllose Kunstwerke, die sich zufällig in jüdischen Häusern oder Geschäften befanden, wurden zerstört oder beschlagnahmt. Die SS plünderte in gleicher Weise die Berliner Freimaurerlogen aus, und das Museum der Berliner jüdischen Gemeinde in der Oranienburger Straße hörte zu bestehen auf.“ ¹²²⁹

Auf den nationalsozialistischen Pogrom am Abend des 9. November 1938 gegen die Juden in Deutschland kam neben Rudolf Hagelstange in seinem Beitrag „Sühne und Ehre“ auch

¹²²⁶ M. J. L. (d. i. Melvin J. Lasky), v. Hassell und die Fäulnis im Staate, in: Der Monat, Heft 3 (1948), 1. Jg., S. 99-102 (hier S. 100); hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: Ulrich von Hassell, Vom Andern Deutschland. Aus den nachgelassenen Tagebüchern 1938 bis 1944, Zürich und Freiburg im Breisgau (o. J.).

¹²²⁷ Zu den Folgen der antijüdischen Politik des NS-Regimes siehe auch Alfred Polgar, Der Grosse Dilettant. Zu Egon Friedells „Kulturgeschichte der Neuzeit“. Der Mann und das Werk, in: Der Monat, Heft 16 (1950), 2. Jg., S. 410-419. Hier war auf S. 413 von dem Remigranten Alfred Polgar zu lesen, dass sich der in Österreich geborene jüdische Philosoph, Journalist, Schauspieler und Schriftsteller Egon Friedell, wenige Tage „bevor Österreich im nationalsozialistischen Wolfsrachen verschwand“ seinen Selbstmord angekündigt hatte und (sich aller Wahrscheinlichkeit nach) „am 14. März 1938 nachts, als er SS-Männer ins Tor seines Hauses treten sah“, im Schlafrock „aus dem Fenster (stürzte)“.

¹²²⁸ Vgl. hierzu auch H(ans) H(einz) Stuckenschmidt, Urbanität und Volksliedgeist. Über Béla Bartók, in: Der Monat, Heft 59 (1953), 5. Jg., S. 512-517, wo auf S. 513 darüber berichtet wurde, dass bereits 1936 „in Hitlerdeutschland, in Düsseldorf, eine berüchtigte Ausstellung, ‚Entartete Musik‘, gezeigt“ wurde. Nachdem Bartók erfuhr, dass seine Werke in der Ausstellung fehlten, protestierte er, so Stuckenschmidt, in einem Brief an das „Ribbentrop-Ministerium“ entschieden dagegen. „Den deutschen Faschismus kennzeichnete er als ‚ein Räuber- und Mördersystem‘, den Rassen-Fragebogen der Wiener AKM, einer Autorenschutzgesellschaft, ließ er unbeantwortet“.

¹²²⁹ Edouard Roditi, Der Leidensweg der Berliner Museen, in: Der Monat, Heft 8/9, (1949), 1. Jg., S. 141-145 (hier S. 142). Zur Beschlagnahmung von Kunst- und Kulturgüter aus den Berliner Museen durch die „sowjetische Militärregierung im Jahre 1945“ siehe ebenda, S. 143 ff.

Hellmut Jaesrich im Rahmen seiner Besprechung der Tagebücher von Jochen Klepper im Jahre 1957 zu sprechen. Rudolf Hagelstange schrieb angesichts seiner persönlichen Erfahrungen, die er mit einigen Freunden in Erfurt am 9. 11.1938 machte unter anderem:

„Als wir ankamen, war der Himmel gerötet. Bestellter uniformierter Mob hatte Feuer an die Synagoge gelegt und sich dann, berauscht an diesem Fanal, über die Wohnungen der jüdischen Mitbürger hergemacht. Wie sollte, der die Wohnung Gottes schändet, vor dem Hause des Menschen Ehrfurcht hegen! In dieser Nacht wußte ich, daß wir verurteilt waren – nicht vor einem *menschlichen* Gericht.“¹²³⁰

Und hinsichtlich der „deutschen Ehre“ hieß es eingedenk des nationalsozialistischen millionenfachen Mordes an „wehrlosen jüdischer Menschen“ (S. 585) bei Hagelstange in diesem Zusammenhang weiter:

„Was unserer Ehre aber zweifellos zum abträglichsten geschah, das war das mit dem Bodensatz von längst widerlegten Ideen und Thesen – ich meine den ‚Arier‘ – begründete Massaker an den Juden deutscher und vor allem fremder Staatszugehörigkeit. Als es mit jenem 9. November 1938 eingeleitet wurde, öffentlich, vor den Augen der Mitbürger, habe ich (...) in viele entsetzte Augen geblickt, habe bestürzte Reden gehört, Zweifel, Empörung und Widerspruch, selbst von jenen, die Hitler für ihren Mann hielten und einen seiner braunen Röcke oder sein Abzeichen trugen. Und die Fama wurde dann allzu begierig aufgesogen: *er* habe dies alles nicht gewollt. Es sei ein Übergriff untergeordneter Stellen gewesen. Das Gefühl für Recht und Menschlichkeit war nicht erstorben (...).“¹²³¹

Der Mitherausgeber des „Monat“, Hellmut Jaesrich, kam auf den NS-Pogrom anlässlich von Jochen Kleppers Tagebucheinträgen aus den späten dreißiger Jahren zu sprechen, wo dieser im Kontext der in den „neuen Kirchengesetzen“ enthaltenen sogenannten „Arierparagrafen“ auch auf die ‚Widerstandsbewegung‘ gegen antijüdische Tendenzen bzw. Maßnahmen im Bereich der Literatur einging. Bei Jaesrich war dazu zu lesen:

„eine sichtbare geistige Resistance (konnte sich) auch nur dort ansiedeln, wo Staat und Partei im Interesse irgendwelcher ihnen genehmer Werte ein Auge zudrückten. So wurde das Buch vom Soldatenkönig für die Wehrmacht in größeren Partien gekauft, ungeachtet der Tatsache, daß sein ‚jüdisch versippter‘ Autor nur dank einer zeitlich begrenzten Sondergenehmigung der Reichsschrifttumskammer überhaupt publizieren durfte, unbeschadet der Tatsache auch, daß es für jeden, der Ohren hatte zu hören, in ganz anderen Tönen als den erwünschten sprach. So gefiel ‚Der Vater‘ Rudolf Alexander Schröder und Rudolf Pechel, gefiel aber auch Hans Hinkel und Reichsinnenminister Frick. Doch weder das noch die unzähligen Interventionen, die Telefonate, Besuche, Briefe, über die Klepper genaueste Buchführung ablegt, konnten das Zuschnüren der Arisierungsschlinge aufhalten, die sich seit dem 9. November 1938 und erst recht seit Kriegsbeginn immer schneller zuzog.“¹²³²

¹²³⁰ Rudolf Hagelstange, Sühne und Ehre, in: Der Monat, Heft 42 (1952), 4. Jg., S. 584-589 (hier S. 585).

¹²³¹ Ebenda, S. 587.

¹²³² Hellmut Jaesrich, In Qualen gelebt. Zu Jochen Kleppers Tagebüchern, in: Der Monat, Heft 101 (1957), 9. Jg., S. 71-74 (hier S. 73); hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: Jochen Klepper, Unter dem

IV. 1. 6. Der Zweite Weltkrieg und der deutsche Widerstand

Der mit Abstand größte Teil der Veröffentlichung zur Geschichte des „Dritten Reiches“ im „Monat“ bezog sich auf den für Deutschland nur wenige Jahre zuvor mit einer totalen militärischen und politischen Niederlage zu Ende gegangenen Zweiten Weltkrieg. Einen zweiten Schwerpunkt bildete in diesem Kontext der konservative militärische Widerstand gegen den immer wieder als „Hitlerstaat“ apostrophierten Nationalsozialismus, der in erster Linie von Seiten einer Minderheit aus der deutschen Militärelite erfolgte. Auch weil in einigen Beiträgen der enge Zusammenhang zwischen dem Zweiten Weltkrieg und dem „deutschen Widerstand“ fokussiert und angesprochen wurde, werden in diesem Abschnitt beide Themenbereiche gemeinsam behandelt. Abgesehen von den Beiträgen, die quasi in totalitarismustheoretischer Perspektive geschrieben wurden, untersuchte und thematisierte „Der Monat“ den Zweiten Weltkrieg (sowie dessen unmittelbare Vorgeschichte) explizit und implizit in 22 Beiträgen, den „deutschen Widerstand“ in 11 Beiträgen.¹²³³ Die Auswertung der einzelnen Ausgaben des „Monat“ ergab, dass auf den facettenreichen, komplexen sozialdemokratischen und kommunistischen (Partei-)Widerstand¹²³⁴ (wie z. B. von Richard Löwenthal oder Franz Borkenau) sowie auf den individuellen bzw. organisierten jüdischen Widerstand (wie z. B. von Hannah Arendt, Raymond Aron, oder Hans Kohn)¹²³⁵ gegen die nationalsozialistische Herrschaft konkret nicht eingegangen wurde; wenn man einmal davon absieht, dass das Zeitschriftenorgan im Kontext der (vergleichenden) Auseinandersetzung mit dem Totalitarismusphänomen bzw. den totalitären Bewegungen des Nationalsozialismus und

Schatten deiner Flügel. Aus den Tagebüchern der Jahre 1932-1942. Mit einem Geleitwort von Reinhold Schneider. Herausgegeben von Hildegard Klepper, Stuttgart 1956.

¹²³³ Hierbei wurden auch Beiträge berücksichtigt, die nicht ausdrücklich den militärischen und politischen Kontext des Zweiten Weltkrieges untersuchten und thematisierten, sondern bereits auch auf den deutschen bzw. christlichen Widerstand im Verlauf der dreißiger Jahre eingingen. Siehe hierzu besonders Hellmut Jaesrich, In Qualen gelebt. Zu Jochen Kleppers Tagebüchern, in: Der Monat, Heft 101 (1957), 9. Jg., S. 71-74.

¹²³⁴ Der Begriff Widerstand wird hier verstanden als nicht ausschließlich militanter, d. h. militärisch-politischer Kampf gegen den Nationalsozialismus, sondern auch als eine Auseinandersetzung, die gewissermaßen eine politisch-intellektuelle und politisch-humanistische Form annehmen konnte, indem man in Zeitungs-, Zeitschriften- oder auch Buchveröffentlichungen gegen „Hitlerdeutschland“ kämpfte; oder indem man auf wissenschaftlichen Symposien – wie zum Beispiel Hans Kohn – Forschungsarbeiten zur Analyse des Nationalsozialismus präsentierte, oder indem man – wie zum Beispiel Hannah Arendt – in jüdischen (Flüchtlings-)Bewegungen arbeitete.

¹²³⁵ Siehe die entsprechenden Hinweise in den jeweiligen Porträts im Kapitel II. 4. „Porträts einiger Exponenten des ‚Monat‘“.

des Kommunismus unter anderem ebendiesen Komplex in den Brennpunkt des Interesses rückte.¹²³⁶

Mit den folgenden Ausführungen ist in erster Linie beabsichtigt:

1. Den auf breiter Dokumenten- und Quellenbasis geschriebenen und nicht zuletzt die diplomatische Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges – mit dem Fokus der nationalsozialistischen respektive Hitlerschen Außenpolitik vom „Anschluss“ Österreichs bis zum Überfall der Wehrmacht auf Polen – untersuchenden Beitrag „Diplomatie auf schiefer Bahn“ von Joachim G. Leithäuser ausführlich darzustellen, da diese vierteilige Reihe die umfassendste und genaueste Untersuchung in diesem Kontext verkörperte.
2. Die Benennung der zentralen und mithin wichtigsten Beiträge des „Monat“ zum Themenkomplex „Der Zweite Weltkrieg und der deutsche Widerstand“, die zudem in aller Kürze in ihren wesentlichen Inhalten, den entsprechenden Kernaussagen sowie -interpretationen wiedergegeben werden.
3. Die Benennung der Autoren und der einzelnen Beiträge, die sich mit dem angesprochenen Themenkomplex auseinandergesetzt haben.

Hierbei ist es selbstverständlich nicht möglich und kann keinesfalls das Ziel dieses Abschnitts sein, die aufgeführten Veröffentlichungen im „Monat“ zu diesem Themenkomplex *in extenso* zu wiederzugeben bzw. zu referieren. Insofern wird in diesem Abschnitt häufig ein historisches Wissen vorausgesetzt.

Der zentrale Beitrag im „Monat“, der sich mit dem Beginn des Zweiten Weltkrieges, d. h. dem Überfall der deutschen Wehrmacht auf Polen am 1. September 1939, und den historischen Ereignissen im Zusammenhang mit den außenpolitischen Zielen des Nationalsozialismus, besser: Hitlers außenpolitischen Maßnahmen und diplomatischen Methoden in den Jahren vor dem Krieg auseinandersetzt, war die in vier Teilen, auf breiter Dokumentenbasis erschienene wissenschaftliche, fast 250 Seiten umfassende Studie „Diplomatie auf schiefer Bahn“ von Joachim G. Leithäuser.¹²³⁷ Das Buch des prominenten

¹²³⁶ Siehe hierzu besonders die (Teil-)Veröffentlichung des autobiographischen Renegatenberichtes Georg K. Glaser, Geheimnis und Gewalt. Ein Bericht, Stuttgart/Hamburg 1953, in: Der Monat, Heft 37 (1951), 4. Jg., S. 3-37; Heft 38 (1951), 4. Jg., S. 155-182; Heft 39 (1951), 4. Jg., S. 270-302; Heft 40 (1952), 4. Jg., S. 372-402.

¹²³⁷ Joachim G. Leithäuser, Diplomatie auf schiefer Bahn, Frankfurt a. M. 1953. Der zum damaligen Zeitpunkt in Berlin als freier Schriftsteller lebende Leithäuser zählte zu den Autoren des „Monat“, die dort frühzeitig und häufig zu unterschiedlichen Themen veröffentlichten.

Autors des „Monat“ wurde in leicht gekürzter Fassung vorab, einschließlich des fast kompletten Fußnotenapparates veröffentlicht.¹²³⁸ Die einzelnen Kapitel lauteten: „I. Der Fall Österreich“,¹²³⁹ „2. Der Fall Tschechoslowakei“¹²⁴⁰ und der anschließende zweite Teil zum „Fall Tschechoslowakei“¹²⁴¹ sowie der vierte und abschließende Teil „3. Der Fall Polen“.¹²⁴² Worum es Leithäuser nicht zu tun war, war unter anderem die Untersuchung sowie Analyse der weltanschaulichen Komponente und der grundsätzlichen außenpolitischen Ziele Hitlers in diesem Kontext ausdrücklich in den Fokus zu rücken.

In der redaktionellen Einführung zum ersten Teil von „Diplomatie auf schiefer Bahn“ hieß es hinsichtlich der Begründung und der Motivation für die Veröffentlichung:

„Während zur Zeit der Hitlerherrschaft streng geheim gehalten wurde, was sich in den politischen Befehlszentralen abspielte, steht seit ihrem Zusammenbruch fast mehr urkundliches Material zur Verfügung als über irgendeine andere historische Epoche. Kaum eine Generation konnte soviel über die Geschichte ihrer Zeit erfahren wie die unsere. Und doch machen nur wenige von dieser Möglichkeit Gebrauch: man neigt dazu, die Ereignisse der jüngsten Vergangenheit zu vergessen, obwohl sie nicht nur als Teil der deutschen Geschichte, sondern als Musterbeispiele für die geistige Haltung und Praxis antidemokratischer Systeme aufschlußreich sind. Was seit 1945 über die Ära des Nationalsozialismus geschrieben worden war, konnte zwar auf unübersehbare Mengen amtlicher Dokumente Bezug nehmen, doch begegnete es auch vielen Zweifeln und Ressentiments; es war ‚mit dem Odium höchst unpopulärer Gerichtsverfahren‘ behaftet und in den unseligen Streit um die Kollektivschuld hineingerückt. Die Memoiren der beteiligten Persönlichkeiten brachten weitere Aufschlüsse über weitere Vorgänge, ohne daß sich immer unterscheiden ließ, wie weit neben der Absicht der historischen Berichterstattung die der eigenen Rechtfertigung mitsprach. Außerdem setzte bald eine Springflut mehr oder weniger wichtiger Figuren des Hitlerreichs ein, die an das Sensationsbedürfnis oder ein verschwommenes Mitgefühl der Leser appellierten. Bis die berufenen Historiker nach der Herbeischaffung und Gegenüberstellung selbst der nebensächlichsten Unterlagen die endgültigen Darstellungen dieser Epoche hervorbringen, wird sicher noch einige Zeit

¹²³⁸ Leithäuser stützte sich in seiner Studie u. a. auf folgende historische Quellen bzw. Dokumente: Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik (1918-1945). Serie D (1937-1945); Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges (Weißbücher des Auswärtigen Amtes); Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof, Nürnberg 1948; Das Urteil im Wilhelmstraßen-Prozeß, Schwäbisch-Gmünd 1950. Zudem stützte er sich auf folgende „historische Darstellungen“: Walther Hofer, Die Europäischen Mächte und der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, Stuttgart (o. J.); Heinz Holldack, Was wirklich geschah. Die diplomatischen Hintergründe der deutschen Kriegspolitik, München 1949; Peter de Mendelssohn, Die Nürnberger Dokumente. Studien zur deutschen Kriegspolitik 1937-1945, Hamburg 1946; L. B. Namier, Diplomatisches Vorspiel (1938-1939), Berlin 1949 sowie auf folgende „Erinnerungen“: Birger Dahlerus, Der letzte Versuch, München 1948; André François-Poncet, Als Botschafter in Berlin, Mainz 1951; Ulrich v(on) Hassell, Vom anderen Deutschland. Aus den nachgelassenen Tagebüchern 1938-1944, Zürich 1946; Erich Kordt, Wahn und Wirklichkeit, Stuttgart 1948; Franz v(on) Papen, Memoirs, London 1952; Kurt v(on) Schuschnigg, Ein Requiem in Rot-Weiß-Rot, Zürich 1946; Ernst v(on) Weizsäcker, Erinnerungen, München 1950.

¹²³⁹ Joachim G. Leithäuser, Diplomatie auf schiefer Bahn. I. Der Fall Österreich, in: Der Monat, Heft 48 (1952), 4. Jg., S. 614-634.

¹²⁴⁰ Ders., Diplomatie auf schiefer Bahn. 2. Der Fall Tschechoslowakei, in: Der Monat, Heft 49 (1952); 5. Jg., S. 49-68.

¹²⁴¹ Ders., Diplomatie auf schiefer Bahn. 2. Der Fall Tschechoslowakei (Schluß), in: Der Monat, Heft 50 (1952), 5. Jg., S. 195-206.

¹²⁴² Ders., Diplomatie auf schiefer Bahn. 3. Der Fall Polen, in: Der Monat, Heft 51 (1952), 5. Jg., S. 282-310.

vergehen. Kurze und nüchterne Zusammenfassungen aus der Fülle des Materials jedoch können schon heute die Antwort auf viele Fragen geben: waren die Politiker der Hitlerzeit genial oder dumm, waren sie Dämonen oder Dilettanten, konnten sie ‚Geschichte machen‘ oder war ihr Mißerfolg unvermeidlich? Wie kam es zu den ‚Erfolgen‘ des Jahres 1938, warum brach der Krieg aus? Man sollte diese Fragen aus eigenem politischen Urteilsvermögen beantworten, doch man braucht dazu eine genaue Kenntnis der Einzeltatsachen, die seit Veröffentlichung der ‚Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1937-1945‘ zugänglich sind. Unsere Darstellung, (...), macht den Versuch, in ihren wichtigsten Umrissen die vier großen mitteleuropäischen Krisen zu schildern, die dem Krieg voraufgingen und ihn schließlich hervorriefen: den Anschluß Österreichs, die Konferenz von München, den Vorstoß nach Prag und die Bedrohung Polens. Sie läßt nur die Tatsachen sprechen, die schnell ihre eigene Dramatik entfalten, und ist bis ins einzelne dokumentarisch belegt.¹²⁴³

Joachim G. Leithäuser zeigte im ersten Teil „Der Fall Österreich“, dass im Rahmen von Hitlers außenpolitischen Ambitionen, der „Anschluss“ Österreichs an Deutschland von Anbeginn ein zentrales Ziel war. Hierbei wurde zur Erreichung dieses Zieles gewissermaßen eine „totalitäre Politik“ ins Zentrum gerückt, in dessen Kontext der Zweck die Mittel heiligte. „Von Deutschland her versuchte man es zu nächst mit der Politik des direkten und indirekten Druckes: Propagandakrieg, Terrorakte, Wirtschaftsboykott waren die bevorzugten Mittel. (...) Den Schlußakt dieser brachte der Putsch vom 25. Juli 1934, in dessen Verlauf der Bundeskanzler Dollfuß ermordet wurde“ (S. 615). Dessen Nachfolger Kurt von Schuschnigg machte Hitler in einer Unterredung im Jahre 1938 dezidiert klar, daß er als „Führer des Deutschen Reiches“ einen geschichtlichen Auftrag hatte, den er zu erfüllen gedenke, „weil mich“, so Hitler, „die Vorsehung dazu bestimmt hat. Ich bin felsenfest durchdrungen und glaube daran“ Die sogenannte österreichische Frage gedachte Hitler in jedem Falle entsprechend seiner Vorstellung zu lösen „und zwar so oder so!“ Für Leithäuser stand fest, daß dies ein vielsagender Ausspruch war, „denn nach Hitlers Terminologie konnte damit nur ‚so‘ gemeint sein, nämlich mit Gewalt“(S. 620). Hitler unterrichtete Schuschnigg, dass er sich als „den Erlöser“ betrachtete, der auch die österreichische Bevölkerung endlich rette wolle und drohte ihm – vor dem Hintergrund der wenige Tage nach dem Gespräch geplanten Rede Hitlers an die „deutsche Nation“ vor dem Reichstag – für den Fall, dass er nicht seinen Erwartungen gemäß agiere. „Wenn ich ihnen das sage“, so Hitler zum österreichischen Kanzler Kurt von Schuschnigg, wie dieser nach Kriegsende in seinem 1946 erschienenen Buch „Ein Requiem in Rot-Weiß-Rot“ berichtete, „dann tun Sie gut daran, mich wörtlich zu nehmen. Ich bluffe nicht. Meine ganze Vergangenheit beweist dies nur zur Genüge. Ich habe

¹²⁴³ Redaktionelle Einführung zu: Joachim G. Leithäuser, Diplomatie auf schiefer Bahn. I. Der Fall Österreich, in: Der Monat, Heft 48 (1952), 4. Jg., S. 614.

noch alles erreicht, was ich wollte, und bin vielleicht dadurch zum größten Deutschen der Geschichte geworden“ (S. 621).

Um seine Drohung zu untermauern, fanden in der Folge Truppenaufmärsche und Manöver an der deutsch-österreichischen Grenze statt, die nach Ansicht von Joachim G. Leithäuser insbesondere als „Einschüchterungsversuch“ (S. 624) gedacht waren. Nachdem sich nicht zuletzt durch den neuen Außenminister Lord Halifax im Februar 1938 die englische „Appeasement-Politik“ unter Chamberlain Bahn gebrochen hatte und nach dem „Berchtesgadener Abkommen“ die österreichischen Nationalsozialisten durch politische Aktionen und Demonstrationen die Regierung um Schuschnigg unter Druck setzten, beschrieb Leithäuser ausführlich, wie die politische Krise in Österreich von Berlin aus radikalisiert wurde – insbesondere durch den nationalsozialistischen Minister Arthur Seyß-Inquart, der im Februar 1938 zum Mitglied der Regierung Schuschniggs avancierte. Unter Androhung physischer Gewalt wurde Schuschnigg gezwungen im März 1938 von seinem Amt zurückzutreten (S. 631), so dass die Nationalsozialisten „die Straßen“ beherrschten (S. 631) und Seyß-Inquart zu dessen Nachfolger aufstieg. Unter dem Druck Berlins forderte er deutsche Truppen an und nach der Entscheidung Hitlers marschierten diese im März 1938 in Österreich ein.

„Die deutschen Truppen und Hitler“, so Leithäuser, „wurden in Österreich mit stürmischem Jubel begrüßt, der sich in Linz fast bis zur Raserei steigerte. (...) Da man die Opposition sofort ausgeschaltet hatte – während des ‚Anschlusses‘ wurden etwa 10 000 Personen verhaftet –, gab es keinerlei Gegenwehr. Es zeigte sich, daß die beste Propaganda der Erfolg ist; (...) Menschen, die kurz zuvor noch für Schuschnigg gestimmt hätten, bereiteten jetzt ihrem zukünftigen Diktator einen triumphalen Empfang. Furcht und Gewalt, Hoffnung und Illusion wirkten zusammen, um ein massenpsychologisches Phänomen zu erzeugen, das jedem Betrachter der modernen Geschichte zu denken geben muß.“¹²⁴⁴

Die zeitgenössische Schicksalsfrage für Deutschland zum einen und für die gesamte Welt zum anderen lautete für Joachim G. Leithäuser nach dem „Anschluss“ Österreichs: „War dies das Ende oder der Anfang? Das Ende eines Prozesses, der durch Eingliederung des Saarlandes und Österreichs das ‚Großdeutsche Reich‘ schuf, größer als das Bismarckreich, oder der Anfang einer abenteuerlichen Eroberungsstrategie?“ Zur Beantwortung dieser Frage zitierte er zum Abschluss des ersten Teils von „Diplomatie auf schiefer Bahn“ eine Tagebucheintragung von General Jodl. Dieser schrieb hierzu:

¹²⁴⁴Ebenda, S. 633. Weiter schrieb der Autor an dieser Stelle auf S. 633: „Vor einer riesigen Menschenmenge auf dem Heldenplatz in Wien rief Hitler jene Worte aus, die einem ehemaligen Meldegänger als die für diese Gelegenheit feierlichsten und erhabensten einfallen mußten: ‚Als Führer und Reichskanzler der deutschen Nation und des Reiches melde ich vor der Geschichte nunmehr den Eintritt meiner Heimat in das Deutsche Reich!‘“

„Nach der Annexion Österreichs erwähnt der Führer, daß es mit der Lösung der tschechischen Frage keine Eile habe, weil Österreich zuerst verdaut werden müsse. Nichtsdestoweniger müssen Vorbereitungen für den Fall ‚Grün‘ energisch ausgeführt werden; sie werden neuerlich auf der Grundlage der veränderten strategischen Lage wegen der Annexion Österreichs vorbereitet werden müsse.“¹²⁴⁵

Joachim G. Leithäusers Veröffentlichung „Diplomatie auf schiefer Bahn“ thematisierte – wie gesagt – die diplomatische Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges. Der zweite Teil in Heft 49 stellte den Versuch dar die sogenannte Sudetenkrise bis zum Münchener Abkommen 1938 zu schildern. Aus Raumgründen ist es hier unmöglich – wie bereits im „Fall Österreich – ausführlicher auf die auf breiter Quellenbasis erstellte, minutiöse Beschreibung des „Falles Tschechoslowakei“ einzugehen. Nur soviel – zumal Leithäuser in diesem Zusammenhang auch gewissermaßen auf den Ursprung des „deutschen Widerstandes“ zu sprechen kam. Vor dem Hintergrund des erklärten deutschen Zieles, den Anschluss des Sudetenlandes an das Deutsche Reich zu erreichen und der Forderung „Heim ins Reich“, legte Hitler, so Leithäuser, gemeinsam mit den Generälen Brauchitsch und Keitel am 4. September 1938 fest, dass die Wehrmacht am 28. September „aufmarschieren sollte“. Nach dem „83 Sudetendeutsche wegen Waffenschmuggel und Spionage“ verhaftet wurden und „angeblich“ ein Abgeordneter der „Sudetendeutschen Partei“ von einem Polizeibeamten geschlagen wurde, nutzte die nationalsozialistische Führungsspitze diese Situation aus. Auf dem in Nürnberg stattgefundenen ‚Reichsparteitag Großdeutschland‘ „donnerte“ Göring und „krönte“ Hitler „seine Parteitagrede mit lauten Drohungen:

„Ich kann aber den Vertretern dieser (westlichen) Demokratien nur sagen ... daß, wenn diese gequälten Kreaturen (gemeint waren die Sudetendeutschen) kein Recht und keine Hilfe für sich selbst finden können, sie beides von uns bekommen werden ... Ich werde aber unter keinen Umständen gewillt sein, einer weiteren Unterdrückung der deutschen Volksgenossen in der Tschechoslowakei in endloser Ruhe zuzusehen ... Die Deutschen in der Tschechoslowakei sind weder wehrlos noch sind sie verlassen. Das möge man zur Kenntnis nehmen.“¹²⁴⁶

Am 15. September 1938 empfing Hitler den englischen Premierminister Neville Chamberlain auf dem Obersalzberg bei Berchtesgaden, der – wie Leithäuser berichtete – sich zunächst die überaus langen Ausführungen Hitlers geduldig anhören musste und mit dessen Hassausbrüchen konfrontiert wurde, als Hitler über „die Tschechen“ sprach (S. 57). Letzten Endes zeigte sich Chamberlain mit Hitlers Forderung einverstanden, das

¹²⁴⁵ ebenda, S. 634.

¹²⁴⁶ Joachim G. Leithäuser, Diplomatie auf schiefer Bahn. 2. Der Fall Tschechoslowakei, in: Der Monat, Heft 49 (1952), 5. Jg., S. 56.

Selbstbestimmungsrecht der Völker anzuerkennen. Mithin versprach er einerseits der Annexion der Sudetengebiete keine Hindernisse in den Weg zu legen sowie andererseits mit der französischen Regierung gemeinsam Druck auf den tschechischen Präsidenten Benesch auszuüben. Nach der Abreise des sich um den Erhalt des Friedens sorgenden Chamberlains, schilderte Hitler, so Joachim G. Leithäuser, „Ribbentrop und Weizsäcker die Unterhaltung. ‚Er klatschte sich in die Hände wie nach einem höchst gelungenen Vergnügen. Er hatte das Gefühl, den trockenen Zivilisten in die Ecke manövriert zu haben‘, berichtet Weizsäcker.“¹²⁴⁷ Nach dem zweiten Treffen zwischen Hitler und dem englischen Premierminister, das vom 22. bis zum 23. September 1938 in Bad Godesberg stattfand, reiste Chamberlain, aufgrund von gewissen Zugeständnissen, die Hitler zu machen bereit war, zufrieden ab und glaubte, dass zwischen ihm und dem deutschen Staatsoberhaupt „ein Vertrauensverhältnis entstanden“ sei (S. 62). Hitler wiederum befahl wenige Tage darauf, dass am 30. September der Angriff auf die Tschechoslowakei beginnen soll.

Der drohende Krieg war nach dem Dafürhalten von Leithäuser der konkrete Hintergrund dafür, dass sich zwar keine „Opposition gegen das allgegenwärtige System“ bilden konnte. Indes:

„(gab es) in den Spitzen des Heeres und der Beamenschaft einige Männer mit Einfluß, die (...) das Land vor den verhängnisvollen Folgen leichtsinniger Abenteuerpolitik zu schützen suchten: an der Spitze Beck, der frühere, und Halder, der amtierende Chef des Generalstabes, weiterhin zählten Canaris, Kordt und Weizsäcker zu ihnen, auch der Oberbefehlshaber, v(on) Brauchitsch, (...). Die Sudetenkrise brachte die größte Gefährdung, der das Hitlersystem jemals von innen ausgesetzt war. Die Vorbereitungen zum Staatsstreich waren so weit gediehen, daß sowohl zwischen dem 14. und 18. September wie am 28. September Hitlers Verhaftung bevorstand. Das erste Mal warf Chamberlains Intervention, das zweite Mal die Ankündigung der Münchener Konferenz diese Pläne um, da das Unternehmen nur dann gelingen konnte, wenn Hitler den Angriffsbefehl erteilt hatte und damit vor aller Welt und besonders vor dem deutschen Volke deutlich als Kriegsanstifter gekennzeichnet war; denn infolge der staatsgelenkten Information und Propaganda ahnte die deutsche Bevölkerung nichts von Hitlers Angriffsplänen und hielt ihn bössartiger Absichten nicht für fähig. Die Münchener Konferenz beraubte die Verschworenen der Möglichkeit, das wahre Wesen der Hitlerpolitik zu enthüllen, und die Gelegenheit, Deutschland vor dem Verderben zu retten, war dahin.“¹²⁴⁸

Nach Abschluss des Münchener Abkommens im Rahmen der Konferenz vom 29./30. September 1938¹²⁴⁹ und der unter dem Druck deutscher Kriegsdrohung von England und Frankreich quasi erzwungenen Anerkennung der Vereinbarungen durch die tschechische Staatsführung – d. h. vor allem die Abtretung des Sudetenlandes an Deutschland, das

¹²⁴⁷ Ebenda, S. 58.

¹²⁴⁸ Ebenda, S. 66.

¹²⁴⁹ Siehe hierzu die Details in: ebenda, S. 66 ff.

daraufhin von der Wehrmacht besetzt wurde – kam alsbald der „nächste Schlag“. Der Überfall auf Prag im Frühjahr durch die deutschen Truppen im Frühjahr 1939¹²⁵⁰ löste nach Meinung der Redaktion des „Monat“ „eine entscheidende Wendung in der diplomatischen Vorgeschichte des zweiten Weltkrieges aus“. Denn nach der Annexion Österreichs, der Sudetenkrise sowie dem Münchener Abkommen sollte dies – bevor die Wehrmacht dann am 1. September 1939 Polen überfiel – die letzte unblutige Eroberung des nationalsozialistischen Regimes sein.¹²⁵¹

Mit dem „Fall Polen“ setzte sich Joachim G. Leithäuser im letzten Teil seiner Veröffentlichung „Diplomatie auf schiefer Bahn“ auseinander. Hierzu schrieb die Redaktion des „Monat“ in der Einleitung, dass es dem Autor weniger um die „Erhellung einzelner diplomatischer Vorgänge“ ging, als „vielmehr um die Sichtbarmachung des Wesentlichen, des Geistes bzw. des Ungeistes, aus dem heraus ein ganzer Erdteil der Katastrophe preisgegeben wurde.“¹²⁵²

Vor dem Hintergrund der Beschreibung der „freundschaftlichen“ Beziehung zwischen Deutschland und Polen der zurückliegenden Jahren, stellte Leithäuser fest, dass sich mit der Besetzung des Sudetenlandes durch deutsche Truppen, gegenüber Polen „ein anderer Ton angeschlagen wurde“ (S. 283). Er schilderte wie beispielsweise der deutsche Außenminister Ribbentrop dem polnischen Botschafter Lipski einige „Vorschläge“ (im Sinne) Hitlers im Kontext der sogenannten „Generalbereinigung des deutsch-polnischen Verhältnisses“ übermittelte: unter anderem „Rückgliederung Danzigs ins Reich“, „Auswanderung der Juden aus Polen“ sowie eine „gemeinsame Politik gegenüber Rußland auf der Basis des Antikominternpakts“ (S. 284). Polen zeigte sich, so Leithäuser, zur Zusammenarbeit bereit,

¹²⁵⁰ Zur Umsetzung des Münchener Abkommens und zur politischen sowie insbesondere diplomatischen Vorgeschichte bis zur Besetzung Prags im März 1939 sowie zum „Bankrott der Appeasement-Politik“ siehe Joachim G. Leithäuser, Diplomatie auf schiefer Bahn. 2. Der Fall Tschechoslowakei (Schluß), in: Der Monat, Heft 50 (1952), 5. Jg., S. 195-206. Unter der Überschrift ‚Die Juden sind Schuld‘ schrieb Leithäuser im Zusammenhang mit der „Judenfrage“ in der Tschechoslowakei u. a., dass wenige Monate zuvor ‚jenes beschämende, von gewissenlosen Elementen organisierte Ereignis der ‚Kristallnacht‘ stattgefunden (hatte); jetzt verkündete Hitler: ‚Die Juden werden bei uns vernichtet. Den 9. November 1918 haben die Juden nicht umsonst gemacht, dieser Tag wird gerächt werden. Aber in der Tschechoslowakei vergiften die Juden heute noch das Volk‘“ Und weiter hieß es an gleicher Stelle in bezug auf das Schicksal von 2000 tschechischen Juden, die in einem „Lager konzentriert“ wurden: „Hitler verwies auf die ‚Möglichkeit‘, daß die Staaten, ‚die daran interessiert sind, irgendeinen Fleck in der Welt nehmen und dort die Juden hinsetzen und den angelsächsischen, humanitätstriefenden Staaten dann sagen: Hier sind sie; entweder verhungern sie, oder ihr setzt eure vielen Reden in die Praxis um.“ (ebenda, S. 199)

¹²⁵¹ So die redaktionelle Einführung, in: ebenda, S. 195.

¹²⁵² Redaktionelle Einführung, in: Joachim G. Leithäuser, Diplomatie auf schiefer Bahn. 3. Der Fall Polen, in: Der Monat, Heft 51 (1952), 5. Jg., S. 282-310 (hier S. 282).

lehnte allerdings die „unzweideutige Forderung“ Hitlers nach „Rückkehr Danzigs ins Reich ab“ (S. 284).

Nach der „Garantieerklärung“ Englands zur Verhinderung weiterer außenpolitischer Expansion,¹²⁵³ unternahm der amerikanische Präsident Roosevelt einen diplomatischen Versuch – eingedenk der Tatsache, dass in der Vergangenheit Hitler jedewede Form von Verträgen nach persönlichem Gusto brach – und machte mit dem sogenannten „Appell“ vom 15. April 1939 Hitler das Angebot, den Weltmarkt für die Deutschen zu öffnen – unter der Voraussetzung, dass dieser den Frieden garantiere. Hitler indes beauftragte, so Leithäuser, die „deutsche Presse“ in scharfer Form auf „der ersten Seite“ seine eindeutige Ablehnung zu kommentieren; er selbst antwortete am 26. April „vor dem deutschen Reichstag“, in dem er Roosevelt „lächerlich“ machte (S. 286).

Aufgrund der Ablehnung Polens gegenüber den „freundlichen Forderungen des Hitlerreichs“ entschloss sich Hitler nach Ansicht von Leithäuser, „daß Polen nur mit Gewalt zum Nachgeben gezwungen werden konnte. Schon am 3. April 1939 wurde die ‚Weisung für die Wehrmacht 1939/40‘ herausgegeben und mit ihr die Invasion Polens (Deckname: ‚Fall Weiß‘) energisch vorbereitet.“ Und in einer zweiten „Weisung“ vom 11. April hieß es zum „Fall Weiß“, dass ebendieser „als ‚vorsorgliche Ergänzung der Vorbereitungen‘, deren Hauptziel die ‚Auseinandersetzung mit den Westgegnern‘ war.“ Hitler, so die Meinung Leithäusers, „wollte unbedingt einen Zweifrontenkrieg vermeiden und hielt es für möglich, erst die Westmächte zu besiegen und danach Polen zu erledigen.“¹²⁵⁴

Nach der propagandistischen Ausschlachtung der Politik gegenüber den sogenannten „Volksdeutschen“ in Polen,¹²⁵⁵ der „Danzig-Krise“,¹²⁵⁶ der politisch-diplomatischen Annäherung Deutschlands an die Sowjetunion,¹²⁵⁷ dem „Hitler-Stalin-Pakt“ vom 23. August 1939,¹²⁵⁸ erteilte Hitler General Keitel am 25. August den Befehl, dass die Wehrmacht am nächsten Morgen um 4 Uhr gegen Polen losschlagen soll.¹²⁵⁹ Der Angriff auf Polen wurde von Hitler noch einmal kurzfristig verschoben, da, so Leithäuser, ihm durch das Auswärtige

¹²⁵³ Siehe im Einzelnen ebenda, S. 284 ff.

¹²⁵⁴ Ebenda, S. 287.

¹²⁵⁵ Siehe ebenda, S. 287 f.

¹²⁵⁶ Siehe ebenda, S. 291 f.

¹²⁵⁷ Siehe hierzu und zu den „diplomatischen Aktivitäten“ Englands und Frankreichs in diesen Tagen, bevor dann am 21. August 1939 in London die Nachricht der bevorstehenden Vertragsunterzeichnung wie eine „Bombe“ einschlug, ebenda, S. 290-294. Über die Annäherung Hitlers schrieb Leithäuser auf S. 290 u. a.: „Zur Förderung freundlicherer Gefühle in Moskau schlug Hitler einen phantastischen ideologischen Purzelbaum und machte, (...) schmeichelhafte Bemerkungen über den bisherigen ‚Weltfeind‘, für den ihm zwei Jahrzehnte lang kein Schimpfwort zu stark gewesen war. ‚Ich habe nicht gewußt, welche eine sympathische und kraftvolle Persönlichkeit Stalin ist‘, sagte er beispielsweise, als er Stalin zum erstenmal im Film gesehen hatte.“

¹²⁵⁸ Siehe ebenda, S. 296 ff.

¹²⁵⁹ Ebenda, S. 299.

Amt mitgeteilt wurde, dass der Abschluss des Bündnisvertrages zwischen England und Polen stattfand (S. 299). Hitler brauchte „Zeit zu Verhandlungen“ insbesondere mit London und wollte vor allem zum einen Chamberlain sowie dem englischen Außenminister Lord Halifax keinen Grund zur Verärgerung liefern und zum anderen seine grundsätzliche „Friedensmission“ unter Beweis stellen.¹²⁶⁰

Während die britische Regierung Warschau bat, alles zu unterlassen, was Polen die Verantwortung für einen militärischen Konflikt mit Deutschland „zuschieben könnte“ und seine Bereitschaft bekundete, seinen „Bündnispflichten“ im Kriegsfall nachzukommen, erging nach Leithäuser gewissermaßen zur selben Zeit, am 30. August, um 12 Uhr 40, „Hitlers ‚Weisung Nr. 1 für die Kriegsführung‘:

„Nachdem alle politischen Möglichkeiten erschöpft sind, um auf friedlichem Wege eine für Deutschland unerträgliche Lage an seiner Ostgrenze zu beseitigen, habe ich mich zur gewaltsamen Lösung entschlossen.

Der Angriff gegen Polen ist nach den für den ‚Fall Weiß‘ getroffenen Vorbereitungen zu führen mit Abänderungen, die sich beim Heer durch den inzwischen fast vollendeten Aufmarsch ergeben.

Angriffstag 1. September 1939.

Angriffszeit 4.45 Uhr.‘¹²⁶¹

Die noch stattgefundenen Verhandlungen zwischen Göring bzw. Ribbentrop und Vertretern der englischen und polnischen Regierung verliefen ergebnislos; zumal „deutsche Vorschläge“ nach Meinung von Joachim G. Leithäuser für Hitler nur als sogenanntes „Alibi“ fungierten. Denn: Am 1. September 1939 um 4 Uhr 45 überfiel die Wehrmacht Polen und mithin begann der Zweite Weltkrieg. Am selben Tag um 10 Uhr morgens hielt Hitler eine Rede vor dem Deutschen Reichstag. Hierzu führte Leithäuser aus:

„Mit seiner Rede versucht Hitler so gut wie möglich Stimmung zu machen: er gibt noch einmal seine ‚großzügigen Vorschläge‘ bekannt, er behauptet, ‚...ich bin dann mit meiner Regierung zwei volle Tage dagesessen und habe gewartet, ob es der polnischen Regierung paßt, nun endlich einen Bevollmächtigten zu schicken oder nicht‘, er zetert über polnische Schandtaten wie z. B. einen Überfall auf den Sender Gleiwitz – den er selbst mit SS und Häftlingen aus einem Konzentrationslager in polnischen Uniformen arrangiert hat – und brüstet sich, er habe wieder den Soldatenrock angezogen, der ihm ‚der heiligste und teuerste war‘. Seine Unheilsbotschaft, die er dem deutschen Volk auszurichten hat, kleidet er in die Worte: ‚Die deutsche Wehrmacht schlägt zurück.‘¹²⁶²

¹²⁶⁰ Siehe zu den diplomatischen Verhandlungen vor allem zwischen Berlin und London in den späten Augusttagen 1939 die minutiösen Einzelheiten, in: ebenda, S. 300-307.

¹²⁶¹ Ebenda, S. 308.

¹²⁶² Ebenda, S. 309.

Ebenfalls mit dem Zweiten Weltkrieg setzte sich der englische Historiker Rohan Butler auseinander – anlässlich der Rezension des Buches „Der Zweite Weltkrieg 1939-1945. Band I“ von dem deutschen Historiker Walter Görlitz.¹²⁶³ Butler lobte die umfangreiche, sich aus sehr verschiedenartigem Quellenmaterial erstellte, um Objektivität bemühte Studie von Görlitz, obwohl das Buch keine einzige Fußnote enthielt, was seiner Meinung nach die wissenschaftliche Brauchbarkeit erheblich beeinträchtigte. Gleichwohl war er der Auffassung, dass es eine Leistung der genuin militärgeschichtlichen Untersuchung war, insbesondere den qualitativen Unterschied zwischen dem Ersten und Zweiten Weltkrieg herausgearbeitet zu haben, denn Görlitz hatte festgestellt, „daß ‚die Kriegführung im 20. Jahrhundert in ein neues, dreidimensionales Stadium getreten ist‘.“¹²⁶⁴

Neben dem Seekrieg, dem Luftkrieg und dem militärischem Verlauf im „Nahen Osten“, zeigte die Studie, so Butler,

„die Geschichte der deutschen Armeen, von ihren ersten, noch in der Rückschau überwältigenden Serienfolgen – Polen, Dänemark, Norwegen, Holland, Belgien, Frankreich – bis zu dem verhängnisvollen Rückschlag am Kanal, weiter zu den neuen Eroberungen auf dem Balkan, dem unheilvollen Überfall auf Rußland, dem Versagen vor Moskau und schließlich bis zum Scheitelpunkt des Krieges, der Niederlage bei Stalingrad, mit der die eigentliche Berichterstattung des ersten Bandes schließt.“¹²⁶⁵

Im Zusammenhang mit der überragenden Bedeutung die die Kriegswirtschaft im Allgemeinen für die „moderne Kriegführung“ besaß, insistierte Butler auf die Bedeutung der „wirtschaftlichen Seite des Krieges“ und brachte vor dem Hintergrund der Erkenntnisse der „Görlitz-Studie“ seine Überraschung zum Ausdruck, dass besonders im „nationalsozialistischen Führerstaat die weitblickende Planung und Koordination von oben ganz offensichtlich gefehlt haben.“ Im Unterschied zu England, begegnete Hitler, so Butler, „jeder neuen Schwierigkeit mit seiner Lieblingsmethode, der Ernennung eines neuen ‚Sonderbevollmächtigten‘“ und trug damit schließlich zu einem „*schier unentwirrbaren Kompetenzkampf*“ (Hervorh. J. G.) bei.¹²⁶⁶

¹²⁶³ Rohan Butler, Das dreidimensionale Stadium, in: Der Monat, Heft 44 (1952), 4. Jg., S. 200-204; hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: Walter Görlitz, Der Zweite Weltkrieg 1939-1945, Band I, Stuttgart (o. J.).

¹²⁶⁴ Ebenda, S. 201.

¹²⁶⁵ Ebenda, S. 201.

¹²⁶⁶ Ebenda, S. 203. Siehe hierzu auch S. 204, wo Rohan Butler auf der Grundlage der Studie von Görlitz ebendiesen Kompetenzkampf anhand des Beispiels des Rüstungsminister Albert Speer erläuterte, der nämlich „einen erbitterten Ressortkampf mit den ihm nicht unterstellten Rüstungsträgern vor allem der Luftwaffe“, auszufechten hatte.“ Darüber hinaus erwähnte er an gleicher Stelle die „mangelhafte Koordinierung auf militärischem Gebiet“ insbesondere zwischen dem Oberkommando der Wehrmacht sowie dem Oberkommando des Heeres, was seinem Urteil nach in erster Linie an einem „Mangel“ von Adolf Hitler und zudem an den „rivalisierenden Parteipaladine(n) Himmler und Göring“ lag. Zum Kompetenzkampf im NS-System vgl. auch

Ausdrücklich bemängelte Rohan Butler an der Studie zum Zweiten Weltkrieg von Walter Görlitz, dass der deutsche Historiker vor dem Hintergrund seiner „einfühlsame(n) Schilderung von den Schwierigkeiten der deutschen Generalität“, eine „Unterlassungssünde“ beging. Diese bestand darin, dass Görlitz einerseits die Zwangsarbeit von „Fremdarbeitern“ nicht oder nur unzureichend thematisierte, obwohl sie Butler zufolge „oft unter haarsträubenden Bedingungen für die von ihnen meist verabscheute Diktatur zu arbeiten gezwungen waren“, und andererseits mit Blick auf die wirtschaftlichen Aspekte des überwiegend aus politischen und weltanschaulichen Gründen geführten Krieges beispielsweise nicht „auf die organisierten Plünderungen, die Konzentrationslager und die Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ einging.¹²⁶⁷

So ausführlich der „Monat“ die diplomatische und außenpolitische Genesis des Zweiten Weltkriegs thematisierte und untersuchte, um so geringer fiel die substantielle Auseinandersetzung mit dem nationalsozialistischen „Unternehmen Barbarossa“ aus, d. h. dem Überfall auf die Sowjetunion durch die Wehrmacht im Juni 1941. Mit anderen Worten: Grundsätzliche Erkenntnisse beispielsweise über politische Ziele und weltanschauliche Motive des NS-Herrschaftsregimes bzw. der Führungsspitze um Hitler, Göring und Himmler erfuhr man als Leser der Zeitschrift insbesondere indirekt aus totalitarismustheoretischer Perspektive. Neben der Veröffentlichung von den beiden Kapiteln „Totalitäre Propaganda“ und vor allem „Die Geheimpolizei“ aus der 1951 erschienenen Totalitarismusstudie von Hannah Arendt vermittelte besonders der dreiteilige Beitrag „Der Fall Wlassow“ von George Fischer konkrete und wichtige Erkenntnisse.¹²⁶⁸ Darüber hinaus rückte der deutsche Überfall auf die Sowjetunion im „Monat“ auch im Kontext der „Memoirenliteratur“ in das Blickfeld des Erkenntnisinteresses.

ders., Der Fall Fritsch, in: Der Monat, Heft 45 (1952), 4. Jg., S. 313-316; hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: Hermann Foertsch, Schuld und Verhängnis, Stuttgart (o. J.).

¹²⁶⁷ Rohan Butler, Das dreidimensionale Stadium, in: a.a.O., S. 204.

¹²⁶⁸ George Fischer, Der Fall Wlassow, in: Der Monat, Heft 33 (1951), 3. Jg., S. 263-279; ders., Der Fall Wlassow (Fortsetzung), in: Der Monat, Heft 34 (1951), 3. Jg., S. 393-408 sowie ders., Der Fall Wlassow (Schluß), in: Der Monat, Heft 35 (1951), 3. Jg., S. 519-525. In der redaktionellen Einleitung anlässlich der ersten Veröffentlichung war im Heft 33, S. 263 u. a. zu lesen: „Was läßt den Fall Wlassow so faszinierend und bezeichnend erscheinen? Einmal der Umstand, daß er ein völlig neues Licht auf die deutsche Niederlage im zweiten Weltkrieg wirft, zum andern, daß er die psychologische, moralische und politische Beschaffenheit des von einem modernen totalitären System versklavten Individuums verdeutlicht. Obgleich das Problem der ‚Kollaboration‘ und der Selbsterhaltung innerhalb einer Diktatur für Millionen Menschen zu einem traumatischen Erlebnis von größter Tragweite geworden ist, haben es bisher weder der kleine Mann noch der Politiker und Intellektuelle – auch der historische Forscher nicht – seiner ganzen Bedeutung nach erkannt. (...) Der Fall des sowjetischen Generalleutnants Wlassow und seiner antistalinistischen Bewegung ist wie kein zweiter geeignet, ihr die Frage nach der inneren Struktur und äußeren Stärke des Totalitarismus zu beantworten.“

In der dreiteiligen Veröffentlichung des amerikanischen wissenschaftlichen Mitarbeiters des „Russian Research Center“ der Harvard Universität,¹²⁶⁹ George Fischer, das ein Ergebnis der Kommunismusforschung war, weil es insbesondere um den Totalitarismus sowjetischer Couleur ging,¹²⁷⁰ waren gleichwohl substantielle Erkenntnisse über politische, psychologische und weltanschauliche Motive für den nationalsozialistischen Krieg gegen die Sowjetunion sowie über konkrete historische Tatsachen der „deutsche(n) Ostpolitik“ zu erfahren. Vor dem Hintergrund des Phänomens der antistalinistischen sowjetischen „Kollaborationsbewegung“ mit dem Nationalsozialismus schrieb Fischer beispielsweise im ersten Teil zum „Fall Wlassow“¹²⁷¹ (um den es im Folgenden selbstverständlich nur insoweit gehen kann, als in diesem Kontext Aussagen sowie Deutungen über den Nationalsozialismus gemacht wurden):

1. Dass „Hitler einen ausgesprochenen *Vernichtungskrieg* (Hervorh. J. G.) gegen die Sowjetunion geführt hatte.“¹²⁷²
2. Dass der „deutsche Blitzkrieg“ die sowjetische Regierung „unvorbereitet“ traf.¹²⁷³
3. Dass hinsichtlich der „Ostpolitik des Dritten Reiches“ sich die wesentlichste Tendenz dieser Politik

„in dem Begriff des ‚Untermenschen‘ aus(drückt), eines Schlagwortes, das den Titel einer zu Beginn des deutsch-sowjetischen Krieges von den Dienststellen Himmlers herausgegebenen illustrierten Broschüre bildete. Quintessenz dieser Broschüre war die These, daß sich in der Bevölkerung Sowjetrußlands alles das verkörpere, was in der Menschheitsgeschichte mörderisch, barbarisch, räuberisch, ‚asiatisch‘ gewesen sei, wobei man immer wieder auf den Gegensatz zwischen dem lichten, von Ariern geführten Europa und dem von Untermenschen bevölkerten von Juden beherrschten Osten in Gestalt der Sowjetunion hinzuarbeiten versuchte, auf eine Haßbotschaft, die sich nicht nur gegen das Sowjetsystem, sondern gegen die Einwohner des Landes überhaupt richtete.“¹²⁷⁴

4. Dass ebendiese „Himmler-Broschüre“ nur eine:

¹²⁶⁹ So die redaktionelle Mitteilung der Zeitschrift über den Autor, in: Der Monat, Heft 33, a.a.O., S. 333. Weiterhin stand an gleicher Stelle zu lesen, dass das „Russian Research Center“ sich u.a. zur Aufgabe gemacht hatte, „soziologische, psychologische und politische Erkenntnisse über die Sowjetunion aus der Befragung der rund 500 000 Flüchtlinge zu gewinnen, die sich außerhalb des sowjetischen Machtbereiches befinden.“ Aus diesen und anderen Quellen speiste sich die „vorliegende Studie über Wlassow und seine Armee“, so die Redaktion.

¹²⁷⁰ Der veröffentlichte Aufsatz im „Monat“ war ein Forschungsergebnis für ein Buch, das George Fischer unter dem Titel „Soviet Defection in World War II“ in den Vereinigten Staaten veröffentlichen wollte, so die redaktionelle Einleitung zu: George Fischer, Der Fall Wlassow, in: Der Monat, Heft 33 (1951), 3. Jg., S. 263.

¹²⁷¹ Andrej A. Wlassow war sowjetischer Generalleutnant und „gefeierter sowjetischer Kriegsheld“, als er im Verlauf des deutschen Überfalls von der Wehrmacht gefangengenommen wurde und mit „deutscher Unterstützung die nach Hunderttausenden zählende ‚Russische Befreiungsarmee (ROA)‘ ins Leben rief.“ Redaktionelle Mitteilung, in: ebenda, S. 263.

¹²⁷² Ebenda, S. 263 (als Quelle diente: Der Untermensch, Berlin 1942).

¹²⁷³ Ebenda, S. 265.

¹²⁷⁴ Ebenda, S. 265.

„gemeinverständliche Fassung dessen (war), was den eigentlichen Kern der nationalsozialistischen Ostpolitik bildete, des Gedanken nämlich, daß die weiten und fruchtbaren Landstriche Rußlands angesichts der Unfähigkeit des minderwertigen Slawen, ein zivilisiertes Staatsgebilde hervorzubringen, den Interessen Deutschlands nutzbar gemacht werden müßten: sie sollten ein Neuland für die Kolonisierung durch Deutsche und andere Arier sein, die deutschen Kriegsanstrengungen durch die Lieferung von Rohstoffen und landwirtschaftlichen Erzeugnissen unterstützen und nach dem Siege Hitlers einen Absatzmarkt für die industriellen Erzeugnisse Europas bilden.“¹²⁷⁵

5. Dass der „*Spiritus rector* der ‚Untermenschenpolitik‘“ Hitler selbst war. „Ihm zur Seite standen Reichsleiter Bormann und der Gauleiter von Ostpreußen Erich Koch, der bald zum Reichskommissar für die besetzte Ukraine ernannt werden sollte.“¹²⁷⁶

6. Dass „eine zweite wesentliche Tendenz der deutschen Ostpolitik (...) auf dem von Alfred Rosenberg, dem späteren Reichsminister für die besetzten Ostgebiete, vertretenen Grundsatz ‚Teile und herrsche‘ (fußte)“. Und mit Blick auf den Einfluss Rosenbergs hieß es weiter, dass dieser:

„im Laufe der Zeit immer mehr abzunehmen begann. Einmal deswegen, weil er infolge seiner verhältnismäßig weichen, fast femininen Art völlig außerstande war, sich gegen die Intrigen anderer Nazigrößen – vor allem Himmler und Goebbels – durchzusetzen, ja nicht einmal gegen den ihm direkt unterstellten Reichskommissar für die besetzte Ukraine, Erich Koch aufkommen konnte. Zum anderen, weil Hitler im Gegensatz zu Rosenbergs Grundsatz des ‚Divide et impera‘ hartnäckig an der ‚Untermenschenpolitik‘ festhielt, allen Bemühungen um eine Wiederbelebung unter den Russen – mochten sie noch so überzeugte Antistalinisten oder gar Kollaborateure sein – ablehnend gegenüberstand und letzten Endes nur das eine Ziel verfolgte, immer mehr Rohstoffe, Lebensmittel und Arbeitsplätze aus Rußland herauszupressen (...).“¹²⁷⁷

7. Dass im Zusammenhang mit der NS-Führungspitze beschlossenen Besatzungspolitik:

„das verhältnismäßig zivilisierte Vorgehen der deutschen Fronttruppen“ zu dem Zeitpunkt überschattet wurde, als die „Hitlersche Untermenschenpolitik sich, begünstigt durch den Druck der wirtschaftlichen Erfordernisse und der dem Nationalsozialismus innewohnenden Unmenschlichkeit, auf die ganze Kriegsmaschine auszuwirken begann. Deutsche Augenzeugenberichte haben kaum weniger als die alliierte Propaganda verbreitet, wie die Willkür der von der deutschen Regierung in den besetzten Gebieten ernannten Satrapen, die Massenmorde der SS-Einsatzkommandos – die vielleicht nur von den Grausamkeiten des sowjetischen NKWD übertroffen wurden – immer brutalere Formen annahmen. Nicht weniger schändlich war die Behandlung, insbesondere die Aushungerung von Millionen

¹²⁷⁵ Ebenda, S. 265.

¹²⁷⁶ Ebenda, S. 265.

¹²⁷⁷ Ebenda, S. 265 f.

russischer Gefangener (...) und die immer rücksichtsloser werdende Zwangsverpflichtung oder Verschleppung russischer Arbeitskräfte (...).¹²⁷⁸

8. Dass am 25. Oktober 1942 eine sogenannte „Kritik“ an ebendieser Besatzungspolitik von Alfred Rosenberg, dem „Minister für die besetzten Ostgebiete“, und von seinem engsten Mitarbeiter Dr. Otto Bräutigam erfolgte, die folgendermaßen lautete:

„1. Das Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen ist im Gegenteil eine Tragödie von größtem Ausmaße. Von 3,6 Millionen Kriegsgefangenen sind heute nur noch einige Hunderttausend voll arbeitsfähig. Ein großer Teil von ihnen ist verhungert oder gestorben. Man kann ohne Übertreibung sagen, daß die Fehler in der Behandlung der Kriegsgefangenen in erheblichem Maße die Versteifung der Widerstandskraft der Roten Armee und damit den Tod von Tausenden deutscher Soldaten verursacht haben.

2. Die mir zugegangenen Berichte beweisen, daß die Methoden der Beschaffung von Arbeitskräften in diesen Gebieten als Gewaltmaßnahmen zur Massendeportation empfunden werden (...).

3. Im Osten wird von Deutschland ein dreifacher Krieg geführt: Ein Krieg zur Vernichtung des Bolschewismus, ein Krieg zur Zertrümmerung des Großrussischen Reiches und endlich ein Krieg zum Erwerb von Kolonialland zu Siedlungszwecken und zur wirtschaftlichen Ausbeutung.

Dieses dreifache Ziel des Ostfeldzuges hat den enormen Widerstand der Ostvölker hervorgerufen. Würde der Krieg nur mit dem Ziel der Zerstörung des Bolschewismus geführt, wäre er längst zu unseren Gunsten entschieden...¹²⁷⁹

Im Zusammenhang der Untersuchung über „Deutsche Meinungsverschiedenheiten über die Wlassow-Bewegung“ – so die Überschrift eines Abschnittes im zweiten Teil seiner Veröffentlichung – kam George Fischer auf Heinrich Himmler zu sprechen und stellte unter anderem fest, dass dieser im Herbst 1943 „eine viel zitierte Ansprache vor der SS (hielt), in der er warnend sagte, die ehemaligen sowjetischen Soldaten sollten lieber einzeln als in geschlossenen Einheiten verwendet werden.“ Zudem ging Fischer in diesem Kontext auf ein „Memorandum vom 14. Oktober 1943“ von Himmler ein, in dem dieser ausführlich politisch-ideologisch gegen den „General Wlassow“ Stellung bezog. Hierzu schrieb er unter anderem:

„Rosenberg, der einen Teil der Kontrolle über die Ostpolitik zurückgewinnen wollte“, so Fischer, „stand der ganzen Wlassow-Bewegung von Anfang an sehr mißtrauisch gegenüber. Deshalb protegierte er nicht nur eine ganze Flut von extremistischen separatistischen ‚Nationalkomitees‘, sondern auch die wlassowfeindlichen älteren Emigranten. Obwohl selbst sie zuweilen unter der ‚Untermensch‘-Politik zu leiden hatten, wurden sie von Rosenberg in wachsendem Maße unterstützt und finanziert. Die extremen Elemente in der NSDAP hielten allerdings weiter an ihrer ‚Untermensch‘-Politik fest, die eine so bequeme Rechtfertigung für die in Rußland begangenen Brutalitäten bot. Und da einer ihrer Vertreter, Bormann, von

¹²⁷⁸ Ebenda, S. 267.

¹²⁷⁹ Ebenda, S. 267 f.

Himmler immer mehr ins Vertrauen gezogen wurde, übte sie auf die Aktionen des Führers einen beträchtlichen Einfluß aus.“¹²⁸⁰

Für George Fischer stand fest, dass Hitler bis Ende 1943 alle Pläne, die nicht seine „Untermensch“-Politik zu Voraussetzung hatte eine klare Absage erteilte und er vielmehr darauf bestand, „Wlassows Funktion auf reine propagandistische Tätigkeit an der Front zu beschränken“.¹²⁸¹ Daraus folgte für ihn auch, dass Wlassows „Befreiungsbewegung“ politisch-militärisch nicht autonom agieren durfte, allerdings Sondereinheiten in der „Waffen-SS“¹²⁸² stellten:

„Diese Einheiten wurden zur Partisanenbekämpfung und anderen Polizeiaufgaben in ganz Europa herangezogen. So waren die Kaminsky-Division und die Gil-Brigade zur Bekämpfung der Partisanen an der Ostfront eingesetzt, und die erstere beteiligte sich 1944 auch an der Niederschlagung des Warschauer Aufstandes. Im Jahre 1943 wurde in Ergänzung einer Galizischen (westukrainischen) SS-Division eine Ukrainische SS-Division aufgestellt, und ein Jahr später wurden verschiedene bjelorussische Einheiten in einer Bjelorussischen SS-Division zusammengefaßt.“¹²⁸³

Nicht zuletzt durch die militärischen Niederlagen Deutschlands und durch die missglückte Verschwörung vom 20. Juli 1944 änderte sich, so Fischer, die „deutsche Ostpolitik“, die für ihn auch und vor allem zu einer zunehmenden Entfremdung zwischen Hitler und der Generalität führte sowie die „erstaunliche Zunahme der Macht Himmlers“ zur Folge hatte. Denn: „Mehr denn je wurde die Wehrmacht bei wichtigen politischen Entscheidungen übergeben, Offiziere wurden durch zuverlässige Parteifunktionäre abgelöst. Das schlagendste Beispiel für diesen Prozeß war Himmler, der nach dem 20. Juli nicht nur Innenminister, sondern auch Befehlshaber des Ersatzheeres wurde und die vollständige Kontrolle der Wehrwirtschaft übernahm.“¹²⁸⁴

In den Augen von George Fischer entschloss sich danach der „allmächtige Himmler“ seine bisherige „Untermensch“-Politik aufzugeben:

¹²⁸⁰ George Fischer, Der Fall Wlassow (Fortsetzung), in: Der Monat, Heft 34 (1951), 3. Jg., S. 394.

¹²⁸¹ Ebenda, S. 395.

¹²⁸² Zur Waffen-SS vgl.: E(rnst)-U(rich) Fromm, Prozeß gegen die Zeit. Ein Standgericht steht vor Gericht, in: Der Monat, Heft 116 (1958), 10. Jg., S. 69-78, der anlässlich des sogenannten „Standgerichts-Prozeß Simon“ beim Schwurgericht beim Landgericht Nürnberg, der am 12. März 1957 mit der „Beweisaufnahme“ begann, veröffentlicht wurde. Angeklagt waren der ehemalige SS-General Max Simon und fünf seiner früheren Untergebenen, die beschuldigt wurden, in den letzten Tagen des Zweiten Weltkrieges in Brettheim bei Rothenburg ob der Tauber einige Bewohner „wegen Wehrkraftzersetzung“ zum Tode verurteilt und hingerichtet zu haben.

¹²⁸³ George Fischer, Der Fall Wlassow (Fortsetzung), in: Der Monat, Heft 34 (1951), 3. Jg., S. 396.

¹²⁸⁴ Ebenda, S. 399.

„Dies wurde durch eine Denkschrift des leitenden Beamten für sowjetische Angelegenheiten im Propagandaministerium bestätigt, in der es heißt: ‚Das Verdienst, eine Pro-Wlassow-Politik durchgedrückt zu haben, gebührt Standartenführer Gunther d‘ Alquen, der sie dem Reichsführer SS mit der Überwachung der ganzen ‚Wlassow-Aktion‘ betraut. Standartenführer d‘ Alquen, Chefredakteur des ‚Schwarzen Korps‘ und ehemalige Leiter des ‚Skorpion‘, der SS-Propagandaabteilung für die Sowjetunion, übernahm jetzt auch die Ostpropagandaabteilung der Wehrmacht, die bis dahin alle Unternehmen Wlassows mit aus der Tiefe gehoben und protegiert hatte. Ein anderer SS-Standartenführer, Kröger, löste Hauptmann Strikfeldt als Verbindungsoffizier bei Wlassow ab.“¹²⁸⁵

Fischer zufolge entsprach es indessen dem totalitären NS-System auch in der Schlussphase keine fundamentale Änderung seiner „Ostpolitik“ vorgenommen zu haben, so dass noch in der „schwersten Krise“ das Misstrauen gegenüber Wlassow dominierte und ihm keine „volle Selbstständigkeit“ gewährt wurde. Denn hinsichtlich der Frage, „wie lange eine groß aufgezogene Wlassow-Bewegung den Zusammenbruch des Dritten Reiches aufhalten konnte“, ermangelte es, so der Autor, dem nationalsozialistischen Deutschland an einer flexiblen Haltung und zeigte sich die „dogmatische Enge seines Systems“. Denn: „viel wichtiger waren die Rassenlehre, der Expansionsdrang und die Kolonisationsbestrebungen des Hitlerismus.“¹²⁸⁶

Abgesehen von den genannten Beiträgen zur nationalsozialistischen Diplomatie und -Außenpolitik seit dem „Anschluss“ Österreichs im Jahre 1938 sowie zum Zweiten Weltkrieg¹²⁸⁷ untersuchte bzw. thematisierte der „Monat“ den Verlauf sowie die Ereignisse des Krieges vor allem im Kontext der nach dem Zusammenbruch des „Dritten Reiches“ im Mai 1945 erschienenen „Memoirenliteratur“. Anders gesagt: Insbesondere in der kritischen Auseinandersetzung mit den Buchveröffentlichungen von ehemaligen Wehrmachtsoffizieren und -generälen, Soldaten der Wehrmacht sowie führenden Funktionären des NS-Systems gewann man als Leser des „Monat“ auch nähere Einzelheiten über den „Führerstaat“, über die außenpolitischen Ziele und -Motive sowie über einzelne Aspekte des Weltanschauungskrieges gegen die Sowjetunion. Hierbei nutzten gewissermaßen die Autoren des „Monat“ im Rahmen der kritischen Auseinandersetzung mit der „Memoirenliteratur“, die in vielen Fällen

¹²⁸⁵ Ebenda, S. 400.

¹²⁸⁶ Ebenda, S. 403. Zur nationalsozialistischen Besatzungspolitik in der Sowjetunion vgl. auch die eher allgemeingehaltenen Ausführungen im Rahmen des Beitrages: F(ritz) R(ené) Allemann, Die Rußlandpolitik des Dritten Reiches, in: Der Monat, Heft 32 (1951), 3. Jg., S. 199-202; hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: Dr. Peter Kleist, Zwischen Hitler und Stalin 1939-1945. Aufzeichnungen, Bonn (o. J.).

¹²⁸⁷ Vgl. auch allerdings mit dem Schwerpunkt auf die Außen- und Kriegspolitik der Vereinigten Staaten in Westeuropa: Hanson W. Baldwin, Der Kampf um Europa, in: Der Monat, Heft 46 (1952), 4. Jg., S. 417-422; hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: Chester Wilmot, The Struggle for Europe, London (o. J.).

ausschließlich „Rechtfertigungsschrift(en)“ (Peter de Mendelssohn) darstellten, um einerseits jedweden Versuch die nationalsozialistischen Verbrechen in Frage zu stellen oder zu relativieren eindeutig zu widersprechen sowie andererseits, um auch auf den deutschen Widerstand gegen das „Hitler-Regime“ einzugehen. In diesem Zusammenhang werden im Folgenden die zentralen Kernaussagen und -interpretationen in Bezug auf den „Führerstaat“ genutzt, um anhand einzelner, repräsentativer Veröffentlichungen der Autoren auch die „Analyse des Nationalsozialismus“ weiter zu führen. Da es aus Raumgründen unmöglich ist auf jeden einzelnen Beitrag einzugehen, können nur einzelne Veröffentlichungen, die einen repräsentativen Charakter besitzen, berücksichtigt werden.

Mit der Rezension des Buches „Stalingrad“ von Theodor Plivier begann die Thematisierung der „Memoirenliteratur“ im „Monat“. Der Autor, Robert Gorham Davis, stellte zu Anfang fest, dass der Roman von Plivier „der eindrucksvollste Roman des zweiten Weltkrieges“ sei, „wichtig, glänzend in der Darstellung und furchtbar in seiner erbarmungslos bis in die Einzelheiten gehende Beschreibung der Vernichtung“. Davies sah in der Beschreibung des „schrecklichen, menschenunwürdigen Massenkampfes und der Abstumpfung des Frontkämpfers gegen Grausamkeit und Schmerz“ auch und vor allem (literarische) Parallelen zu dem Roman über den Ersten Weltkrieg „Im Westen nichts Neues“ von Ernst Maria Remarque. Indessen handelte Pliviers Buch, so der Rezensent:

„um die sechste deutsche Armee unter General von Paulus, die verzweifelt gegen die Entschlossenheit der ankämpft, die Industriestadt Stalingrad zum Verdun des zweiten Weltkrieges zu machen. Als die sechste Armee mit ihren mehreren hunderttausend Mann abgeschnitten wird, gibt Hitler den Befehl, sich einzuigeln und bis zum letzten Mann Widerstand zu leisten. Die von Göring zugesicherte Versorgung durch die Luft erweist sich als unzureichend, und innerhalb von sechs Wochen ist die Armee auf die Hälfte zusammengesmolzen. Die Soldaten sind an den Tod gewöhnt, selbst an den Massentod, doch in ihrer gemeinsamen Abgeschnittenheit inmitten der Katastrophe fühlen sie ein neues Zusammengehörigkeitsgefühl, und es wird ihnen klar, daß ein Mann allein eine ganze Armee zu einem im Grunde sinnlosen Tod verurteilt.“¹²⁸⁸

¹²⁸⁸ Robert Gorham Davis, Pliviers „Stalingrad“ in Amerika, in: Der Monat, Heft 3 (1948), 1. Jg., S. 102 f. (hier: S. 102); hierbei handelte es sich um eine Rezension des Buches: Theodor Plivier, Stalingrad, New York (o. J.). Vgl. auch H. K., Das Grab der goldenen Türme, in: Heft 54 (1953), 5. Jg., S. 664-666. Dort schrieb, der am Krieg gegen die Sowjetunion an der „Front“ teilnehmende Rezensent H. K. auf Seite 665, dass auch der Buchautor, d. h. Plivier, hinsichtlich des „berüchtigten ‚Kommissarerlaß‘“ wusste, dass „politische Kommissare als Nichtkombattanten zu betrachten und an Ort und Stelle ihrer Gefangennahme vorwärts der Regimentsgefechtsstände zu erschießen seien“.

In verschiedenen Beiträgen setzte sich auch der britische Historiker Hugh R. Trevor-Roper¹²⁸⁹ mit der „Memoirenliteratur“ und auf dieser Grundlage mit dem nationalsozialistischem Herrschaftsregime auseinander. Nämlich insofern, als er durch die Rezension von Buchpublikationen ehemaliger Wehrmachtsgeneräle substantielle Reflexionen und Deutungen zum Nationalsozialismus vornahm und zudem die Rolle ebendieser Funktionsträger im Herrschaftsgefüge des „Führerstaates“ (sowie im Zweiten Weltkrieg) beleuchtete. Unter der Überschrift „Die Generäle verteidigen sich“ besprach Trevor-Roper bereits im Jahre 1949 in Heft 14 die Veröffentlichungen „Hitler als Feldherr“ von Franz Halder sowie „Von der militärischen Verantwortlichkeit in der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg“ von Friedrich Hoßbach.¹²⁹⁰

Trevor-Roper berichtete über den General Friedrich Hoßbach, dass dieser vorübergehend „Hitlers Adjutant war und auch das Protokoll der berühmten Konferenz vom 5. November 1937 geführt hatte, in dem Hitler den Chefs der drei Waffengattungen sein ‚politisches Testament‘ bekanntgab.“ Und weiter: „Auf die Jahre vor dem Krieg zurückblickend, erkennt Hoßbach, wie wir alle es heute tun können, daß dieser Konferenz grundsätzliche Bedeutung zukam.“ Über Hitler hieß es in diesem Zusammenhang, dass dieser mit der

„Beseitigung von Fritsch und Beck und durch die Bildung des Oberkommandos der Wehrmacht unter seinem Gefolgsmann Keitel die Armee den Händen der Generäle entrissen (hatte): (...) Schließlich hatte er in der berühmten Konferenz eine undurchführbare Politik der unbegrenzten Aggression angekündigt, welche die Armeeführer nicht vorausgesehen hatten und für die sie heute die Verantwortung ablehnen. Die Ereignisse, die zu der Niederlage Deutschlands führten, waren also nicht auf die Generäle, sondern auf Hitler zurückzuführen. Das ist der Kern von Hoßbachs kleiner Schrift.“¹²⁹¹

Die Ausführungen von Friedrich Hoßbach reichten laut Trevor-Roper bis August 1939¹²⁹² und bezogen sich zeitlich somit nur bis zum offiziellen Rücktritt von Ludwig Beck¹²⁹³ von seinem Posten als „Chef des Generalstabes“, der „den Bruch zwischen Heer und Partei“

¹²⁸⁹ Siehe zu Trevor-Roper speziell den nachfolgenden Abschnitt IV. 1. 9. „Die NS-Experten des *Monat*: Hugh R. Trevor-Roper und Walther Hofer“.

¹²⁹⁰ Hugh R. Trevor-Roper, Die Generäle verteidigen sich, in: *Der Monat*, Heft 14 (1949), 2. Jg., S. 210-213; hierbei handelte es sich um die Rezension der Bücher: Franz Halder, *Hitler als Feldherr*, München (o. J.) sowie Friedrich Hoßbach, *Von der militärischen Verantwortlichkeit in der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg*, Göttingen (o. J.).

¹²⁹¹ Ebenda, S. 210.

¹²⁹² Hier muss es sich um ein Versehen oder um einen Druckfehler im Beitrag von Trevor-Roper gehandelt haben, denn gemeint sein konnte nur der August 1938. Das Rücktrittsgesuch des Generalstabschefs des Heeres, Ludwig Beck, erfolgte am 18. 8. 1938 (J. G.).

¹²⁹³ Vgl. hierzu auch besonders Rohan Butler, *Der Fall Fritsch*, *Der Fall Fritsch*, in: *Der Monat*, Heft 45 (1952), 4. Jg., S. 313-316.

kennzeichnete.¹²⁹⁴ An diesem Punkt, so Trevor-Roper, setzte die historische Darstellung „Hitler als Feldherr“ von Franz Halder ein, der nämlich Nachfolger von Beck als Chef des Generalstabes wurde und dessen Buch nur den Kontext bis Ende des Jahres 1942 abdecken konnte.¹²⁹⁵ Trevor-Roper bemerkte unter anderem, dass an dem Band insofern Zweifel an der Richtigkeit der Darstellung anzubringen waren, als nämlich Halder „noch immer“ behauptete: „Hitler sei persönlich für die taktischen Befehle verantwortlich gewesen, die zum Verhalten der deutschen Panzerspitzen führten und so der englischen Armee die Möglichkeit gaben, aus der Umkreisung von Dünkirchen zu entkommen. Er übersieht dabei völlig die Aussage Churchills, wonach die Initiative zu diesem Schritt nicht von Hitler, sondern von Rundstedt ausging. Innerhalb dieser Einschränkung kann jedoch gesagt werden, daß Halders Werk klar und fachmännisch geschrieben ist. Er beweist, daß Hitler tatsächlich selbst den Krieg geführt habe, insofern es ihm gelungen war, der ganzen Kriegsmaschine seinen Geist einzuhauchen und sie anzutreiben; es fehlten ihm jedoch die Merkmale eines großen Feldherren, und seine strategischen Prinzipien waren ausgesprochen verhängnisvoll.“

Nachdem Halder in seiner Untersuchung Hitler als Feldherrn in drei „wichtigen Punkten“ verurteilte, gelangte Trevor-Roper mit Blick auf Franz Halder (sowie Friedrich Hoßbach) zu folgendem historischen Urteil:

„Das von Halder vorgelegte Material, (...) ist so überwältigend, daß der Leser sich wundern muß, wie Halder seinem obersten Kriegsherrn so lange dienen konnte. Man muß also mit Hoßbach übereinstimmen, der ganz klar feststellt, daß Halder, nachdem er die Stellung Becks zu Hitlers Bedingungen angenommen hatte, die wirklichen Prinzipien verraten hatte, durch die sich die Wehrmacht von der Partei unterschied – die Prinzipien, auf die sich heute die Sache der deutschen Generäle stützt, die aber nur Beck wirklich von seinem Rücktritt im Jahre 1939 bis zu seinem Selbstmord nach dem Mißlingen des Anschlags vom 20. Juli 1944 aufrechtgehalten hatte.“¹²⁹⁶

Neben weiteren Beiträgen zum Themenkomplex Zweiten Weltkrieg¹²⁹⁷ kam der „Monat“ auf das „Unternehmen Barbarossa“ im Zusammenhang der Thematisierung des Internationalen

¹²⁹⁴ Hugh R. Trevor-Roper, Die Generäle verteidigen sich, a.a.O., S. 210.

¹²⁹⁵ Nach Angabe von Trevor-Roper, ebenda, S. 211, wurde Halder 1942 von seinem o. g. Posten enthoben, weil Hitler selbst seine Funktion des „Feldherrn“ übernahm, und im Juli 1944 aufgrund des Verdachts, an der „Generalsverschwörung beteiligt gewesen zu sein, in ein Konzentrationslager geschickt“.

¹²⁹⁶ Ebenda, S. 211.

¹²⁹⁷ Siehe zur „Kollaboration“ Pierre Laval mit „Hitlerdeutschland“: Theodor Draper, Realist oder Opportunist?, in: Der Monat, Heft 10 (1949), 1. Jg., S. 98 f. (hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: The Diary of Pierre Laval, New York [o. J.]); zum Überfall Frankreichs durch die Wehrmacht und zur darauffolgenden deutschen Besatzungspolitik unter Otto Abetz im besetzten Paris: Stefan T. Possany, Otto Abetz als Friedensapostel, in: Der Monat, Heft 49 (1952), 5. Jg., S. 94-97 (hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: Otto Abetz, Das offene Problem. Ein Rückblick auf zwei Jahrzehnte deutscher Frankreichpolitik, Köln [o. J.]); siehe auch die kontroverse Diskussion über methodische Aspekte anlässlich des Buches „Geschichte des zweiten Weltkrieges in Dokumenten“ von Michael Freund zwischen Freund und Walther Hofer, die durch eine im „Monat“ (unter dem Titel „Zeitgeschichte – so oder so?“) in deutscher Übersetzung veröffentlichte Rezension aus der Londoner Zeitschrift „Economist“ ausgelöst wurde: Der Monat, Heft 70 (1954), 6. Jg., S. 407 ff sowie hierzu den kritischen Kommentar von Walther Hofer, in: Heft 72 (1954), 6. Jg., S. 604 ff.

Nürnberger Militärtribunals¹²⁹⁸ sowie nachfolgenden amerikanischen und britischen Militärverfahren zu sprechen und ging hierbei speziell auf Rolle der Wehrmacht, genauer, des „Generalstabes und des OKW“ (Oberkommando der Wehrmacht) ein: Nämlich in der Besprechung des Buches „Verteidigung deutscher Soldaten. Plädoyers vor alliierten Gerichten“ von Hans Laternser, dem prominenten Verteidiger im Nürnberger Hauptverfahren und in den Prozessen gegen das OKW und die Südost-Generäle sowie in einem britischen Gerichtsverfahren gegen hohe deutsche Militärs in Venedig, durch den deutschen Historiker Walter Görlitz.¹²⁹⁹

Abgesehen von der Tatsache, dass im Nürnberg Hauptkriegsverbrecherprozess, so Görlitz vor dem Hintergrund der „Leugnung aller Menschenrechte durch Hitler“ im Zweiten Weltkrieg, naheliegenderweise die Verstöße gegen das damals geltende Kriegs- und Völkerrecht beleuchtet wurden, thematisierte er auch das Verhältnis des Generalstabes und des OKW zu Hitler. In diesem Kontext konstatierte er, dass es sich in Nürnberg nicht bewiesen ließ, dass der „Generalstab und OKW“ als eine homogene Gruppe anzusehen sei. Folglich erwies sich der Versuch der Anklage, „unter der Sammelbezeichnung ‚Generalstab‘ das Korps der hohen militärischen Führer zu erfassen“, als nicht richtig heraus. Denn, so das Urteil von Görlitz:

„Er zeigte deutlich, wie schwer es für die Anklagevertretung war, den höchst komplizierten, vielfältig verschachtelten Bereich der deutschen Kriegsspitzengliederung zu entwirren. Das Bild des Hitlerschen ‚Führerstaates‘ verleitete zu der Vorstellung von einer straffen Gliederung. Allmählich mußte man jedoch erkennen, daß man auf diesem Weg nicht weiter kam, daß auch der Begriff der ‚Verschwörung‘ zwischen NSDAP, Generalstab und Schwerindustrie viel zu schablonenhaft war. Der ‚Führerstaat‘ mit seinem Gewirr von Stäben,

¹²⁹⁸ Vgl. Walter Hasenclever, Klar zum Tauchen. Die lückenhaften Erinnerungen eines Großadmirals, in: Der Monat, Heft 125 (1959), 11. Jg., S. 78-81; hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: Karl Dönitz, Zehn Jahre und zwanzig Tage, Bonn 1958. Beispielsweise stellte Hasenclever auf S. 78 fest, dass der Erinnerungsband vom ehemaligen Großadmiral Dönitz „keine einzige handgreifliche Lüge“ enthält, gleichwohl hatte das Buch seines Erachtens „mit Wahrheit, mit geschichtlicher Wahrheit“ wenig zu tun hatte. Darüber hinaus konstatierte er, dass Karl Dönitz „nichts mit Partisanen und Geislerschießungen, mit SS-Verbänden, Judenausrottungen und dem Haß besetzter Völkerschaften zu tun (hatte).“ Und weiter hieß es hinsichtlich der Erklärung vom „Herrn Großadmiral“ bei dessen Ansprache zum „Heldengedenktag“ am 12. März 1944: „Was wäre aus unserer Heimat heute, wenn der Führer uns nicht im Nationalsozialismus geeint hätte? Zerrissen in Parteien, durchgesetzt von dem auflösenden Gift des Judentums und diesem zugänglich, wären wir längst der Belastung dieses Krieges erlegen und der erbarmungslosen Vernichtung unserer Gegner ausgeliefert worden.“ Man macht sich also die kompromißlose Weltanschauung gegen das Judentum zu eigen, rümpft aber ablehnend die Nase, wenn dabei die Schaufenster der jüdischen Geschäfte in Trümmern gehen.“ (ebenda, S. 80).

¹²⁹⁹ Walter Görlitz, Schuld oder Schicksal?, in: Der Monat, Heft 28 (1951), 3. Jg., S. 429-432; hierbei handelte es sich um die Besprechung des Buches: Hans Laternser, Verteidigung deutscher Soldaten. Plädoyers vor alliierten Gerichten, Bonn/Rhein (o. J.). Laternser verteidigte im Nürnberger Hauptverfahren den Generalstab und das OKW als Gruppe sowie die Generalfeldmarschälle Wilhelm List, im Nürnberger Prozess gegen die „Südost-Generäle“ (Fall 12), Wilhelm Ritter von Leeb, im Nürnberger OKW-Prozess (Fall 12), und Albert Kesselring, im Verfahren vor einem britischen Militärgericht 1947 in Venedig.

sich überschneidenden Führungsbereichen und einander auf das heftigste befehlenden Machthabern glich im Grunde einer verhüllten diktatorischen Anarchie.¹³⁰⁰

Seiner Ansicht nach bildeten in dieser „diktatorischen Anarchie“ Teile des Offizierskorps „Zentren der Opposition“. Falsch war für Görlitz die Vorstellung, dass der Generalstab am Ausbruch bzw. an der „Entfesselung des zweiten Weltkrieges beteiligt war“. Zweifelsohne gab es im Generalstab Befürworter eines Krieges um „jeden Preis“ – wie zum Beispiel Waldersee oder Ludendorff; und insbesondere letzterer war der Ideengeber des „totalen Krieges“. Gleichwohl existierten für den Rezensenten auch „Gegenkräfte“, wie beispielsweise die Wehrmachtsgeneräle Kesselring, List und Leeb, die als Exponenten der traditionsbewussten alten Offiziersgeneration und Theoretiker die Aufgabe des Generalstabs darin sahen, „die Vorbereitung der Verteidigung des Reichsgebietes“ zu garantieren. Folglich waren sie „scharfe Gegner“ von Ludendorff und sahen sich in den Augen von Görlitz „als führende Soldaten hineingestellt in den Zusammenstoß dieser Defensivtheorie mit den Aggressionsplänen Hitlers. Dies wurde ihnen zum Verhängnis.“¹³⁰¹

Vor dem Hintergrund des neuartigen Phänomens des Partisanenkriegs, mit dem die deutsche Seite nach dem Überfall auf die Sowjetunion konfrontiert war,¹³⁰² war Walter Görlitz der Meinung, dass zwei Befehle Hitlers, die für ihn zweifelsohne gegen alle „herkömmlichen Regeln“ des bis dahin geltenden Kriegsvölkerrechtes verstießen, in dem angesprochenen Kontext besonders bemerkenswert waren: Einerseits der ‚Kommissar-Befehl‘, der „die Ausrottung der Träger der ketzerischen Weltanschauung bei der feindlichen Armee verlangte“ und andererseits der ‚Barbarossa-Befehl‘ über die Militärgerichtsbarkeit, „der die Aufhebung des Verfolgungszwanges bei Straftaten von Soldaten gegen Zivilpersonen in den Ostgebieten vorsah.“ Indes: Nach Meinung von Görlitz hatten die meisten Heeresgruppen- und Armeekommandeure diese „Befehle abgelehnt“, namentlich der Oberbefehlshaber des Heeres, Feldmarschall v(on) Brauchitsch – der, wie es bei Görlitz hieß, versuchte, den ‚Manneszucht-Befehl‘ zudurchkreuzen – sowie Generaloberst Zeitzler, der als

¹³⁰⁰ Ebenda, S. 430.

¹³⁰¹ Alle Zitate ebenda, S. 430. Und weiter schrieb Görlitz an dieser Stelle zu Adolf Hitler: „Hitler, der dämonische, besessene Demagoge, war als Führer einer autoritären Massenpartei eine völlig neue Erscheinung in der deutschen Geschichte. Für ihn wurde der Krieg schließlich zum Weltanschauungskampf zwischen den ‚Sozialregionen‘, die bei den entgötterten Massen an die Stelle der alten echten Kirchen getreten waren. Im Kampf gegen den Bolschewismus erblickte er im Grunde die Ausrottung einer ketzerischen Glaubenslehre. Infolgedessen zeitigte dieser Krieg völlig neue Formen, beziehungsweise die Wiederkehr sehr altertümlicher Vorstellungsbereiche.“ (ebenda, S. 430 f.)

¹³⁰² Walter Görlitz wies darauf hin, dass der Partisanenkrieg im Zweiten Weltkrieg zu „den neuen Formen“ gehörte, wie „er Kesselring in Italien, List auf dem Balkan, Leeb in Rußland entgegentrat.“ (ebenda, S. 431). Vgl. auch zum „Partisanenkampf“ in Jugoslawien die Ausführungen von Hans Schwab-Felisch, „Die letzte Brücke“. Die Entstehungsgeschichte eines Films, in: Der Monat, Heft 71 (1954), 6. Jg., S. 475-684.

Generalstabschef des Heeres schließlich die „Aufhebung des Kommissar-Befehls“ durchsetzte.

Im Zusammenhang mit der Thematisierung des Partisanenkrieges kam Walter Görnitz auch und vor allem auf die sogenannten Einsatzgruppen zu sprechen (die nach dem Überfall der Wehrmacht auf Polen gebildet wurden; J. G.). Hierzu schrieb er:

„Der Partisanenkrieg mit der Kette der zwangsläufig ausgelösten Repressalien, der Geiselfestnahmen und Massenhinrichtungen, dem Niederbrennen von Ortschaften, den Deportationen, der Internierung gewisser Bevölkerungstruppen in Sammellagern, mit den umstrittenen Fragenkomplexen des Status illegaler Kombattanten-Gruppen und -Armeen und der Legalität oder Illegalität innerpolitischer Widerstandsbewegungen zieht sich wie ein roter Faden durch das Buch Laternsers. Der Anwalt bemüht sich, Anklagepunkte zu entkräften, Kompetenzen zu ordnen und zu begrenzen, so schauerlichen Erscheinungen wie den ‚Einsatzgruppen‘ des SD ihren richtigen Platz innerhalb des Gefüges der verschiedenen Befehlsbereiche zuzuweisen. Er überzeugt oft, jedoch nicht immer. Die ärgste Schwierigkeit bei der Erörterung all dieser Dinge liegt im Bereich des Rechts selbst, liegt in dem, was englische Völkerrechtler, welche Laternser freigebig zitiert, als die ‚Unbestimmtheit des Kriegsrechtes‘ bezeichnet haben.“¹³⁰³

Darüber hinaus ging Walter Görnitz, der neben den angedeuteten Aspekten des internationalen Kriegs- und Völkerrechtes¹³⁰⁴ sowie der (individuellen) „Schuldfrage“ zweimal auf die Einsatzgruppen ein. Zum einen beim „Fall Kesselring“. Hier schrieb Görnitz: „Kesselring etwa hatte, im Gegensatz zu den Heeresgruppenbefehlshabern in Rußland, in Italien auch die Befugnis eines Territorialbefehlshabers. Mußte er sich in schwierigster militärischer Lage auflehnen, als die Liquidierung von Hunderten von Geiseln dem ihm nicht unterstehenden SD überantwortet wurde? Die Antwort kann kein irdisches Gericht entscheiden, sie steht dem Menschen zu.“¹³⁰⁵ Zum anderen ging er im Zusammenhang mit der „deutschen militärischen Résistance“ auf die Einsatzgruppen ein. Hier hieß es bei Görnitz: „Es sollte nachdenklich stimmen, wenn ausgerechnet Führer von SD-Einsatzgruppen, Massenmörder vom Schlage eines Ohlendorf, die alte Offiziersgeneration anklagen, in der sie ihre alten Gegner erblicken.“¹³⁰⁶

¹³⁰³ Ebenda, S. 431.

¹³⁰⁴ Ich komme auf diesen Punkt im Schlussteil eingehend zu sprechen.

¹³⁰⁵ Ebenda, S. 431.

¹³⁰⁶ Ebenda, S. 432. Vgl. auch die Ausführungen über Otto Ohlendorf und über seine Rolle in der SS und im Reichssicherheitshauptamt (RSHA), die sich nach Gerhard Ritter „zu einer Art von Zentralbehörde des ‚Hitler-Staates‘“ entwickelte – ohne indes auf die spezielle Bedeutung und Aufgaben der Einsatzgruppen im Kontext des Zweiten Weltkrieges einzugehen und ohne die Rolle Ohlendorfs als Leiter der Einsatzgruppe D zu beleuchten: Gerhard Ritter, Carl Goerdeler und das Ende des deutschen Widerstandes, in: Der Monat, Heft 77 (1955), 7. Jg., S. 387-401 (hier S. 392 f.).

IV. 1. 7. Die Memoirenliteratur und der deutsche Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Oder: Das „Erinnerungsbuch“ Ernst von Weizsäckers.

Im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung des Nationalsozialismus soll im Rahmen der Memoirenliteratur soll im Folgenden ausschließlich auf den Beitrag „Die verhinderten Hochverräter. Wege und Irrwege neuerer deutscher Memoirenliteratur“ von Peter de Mendelssohn¹³⁰⁷ eingegangen werden. Dies erfolgt aus mehreren Gründen. Die Darstellung verkörperte – im Vergleich zu den bereits genannten Artikeln sowie weiteren Beiträgen zur Memoirenliteratur im „Monat“¹³⁰⁸ – die substantiellste Veröffentlichung zu diesem Thema: Sowohl was den quantitativen Aspekt (15 Seiten) anbelangt als auch aufgrund der hier erfolgten Beschreibung und Analyse des deutschen Widerstandes gegen den Nationalsozialismus, genauer des Widerstandes des „20. Juli“; zudem stellte der Beitrag im Vergleich zu den weiteren Veröffentlichungen zu diesem Thema¹³⁰⁹ die „schärfste“

¹³⁰⁷ Peter de Mendelssohn, Die verhinderten Hochverräter. Wege und Irrwege neuerer deutscher Memoirenliteratur, in: Der Monat, Heft 29 (1951), 3. Jg., S. 495-509; hierbei handelte es sich um die (Sammel-) Besprechung folgender Bücher: Vizeadmiral a. D. Kurt Almann, Deutsche Schicksalsjahre. Historische Bilder aus dem zweiten Weltkrieg und seiner Vorgeschichte, Wiesbaden (o. J.); Ernst von Weizsäcker, Erinnerungen, München o. J.; Erich Kordt, Nicht aus den Akten ... Die Wilhelmstraße in Krieg und Frieden. Erlebnisse, Begegnungen und Eindrücke 1928 bis 1945, Stuttgart (o. J.); Heinz Guderian, Erinnerungen eines Soldaten, Heidelberg 1950. Vgl. auch ders., Kritiker auf schlechtem Sitzplatz, in: Der Monat, Heft 41 (1952), 4. Jg., S. 544-546; hierbei handelte es sich um die Besprechung des Buches: Dr. Paul Schmidt, Der Statist auf der Galerie 1945 bis 1950 / Erlebnisse, Kommentare, Vergleiche, Bonn (o. J.).

¹³⁰⁸ Siehe Hans Schwab-Felisch, Die Literatur der Obergereichten. Neue deutsche Kriegsromane und Kriegstagebücher, in: Der Monat, Heft 42 (1952), 4. Jg., S. 644-651; hierbei handelte es sich um die (Sammel-) Rezension folgender Bücher: Hugo Hartung, Der Himmel war unten, München (o. J.) sowie ders., Die große Belmontische Musik, München (o. J.); Curt Hohoff, Woina-Woina, Düsseldorf-Köln (o. J.); Joachim Günther, Das letzte Jahr, Hamburg (o. J.); Heinrich Böll, Wo warst Du, Adam, Opladen; Reinhart Stalman, Staub, Wiesbaden (o. J.); Bastian Müller, Hinter Gottes Rücken, Hamburg (o. J.); Hans Hellmut Kirst, Sie nannten ihn Galgenstrick, München (o. J.); Walter Kolbenhoff, Von unserem Fleisch und Blut, München (o. J.); Hans Werner Richter, Die Geschlagenen, München (o. J.) sowie ders., Sie fielen aus Gottes Hand, München (o. J.); Rudolf Krämer-Badoni, In der großen Drift, Darmstadt (o. J.); Gerhard Nebel, Zwischen Partisanen und Kreuzfahrern, Stuttgart o. J.; Felix Hartlaub, Von unten gesehen, Stuttgart (o. J.). Siehe auch F(ritz) R(ené) Allemann, Die Rußlandpolitik des Dritten Reiches, in: Der Monat, Heft 32 (1951), 3. Jg., S. 199-202 (hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: Dr. Peter Kleist, Zwischen Hitler und Stalin 1939-1945, Bonn [o. J.]) sowie Alfred Kellner, Im Schatten der Macht. Zu den Memoiren eines SS-Generals, in: Der Monat, Heft 133 (1959), 12. Jg., S. 79-83 (hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: Walter Schellenberg, Memoiren, Köln [o. J.]).

¹³⁰⁹ Siehe zum Themenkomplex deutscher (christlicher) Widerstand gegen das „Hitler-Regime“ im Einzelnen: M. J. L. (d. i. Melvin J. Lasky), v. Hassell und die Fäulnis im Staate, Der Monat, Heft 3 (1948), 1. Jg., S. 99-102 (hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches von Ulrich von Hassell, Vom Andern Deutschland. Aus den nachgelassenen Tagebüchern 1938 bis 1944, Zürich/Freiburg im Breisgau [o. J.]); Hugh R. Trevor-Roper, Die Generäle verteidigen sich, Der Monat, Heft 14 (1949), 2. Jg., S. 210-213 (hierbei handelte es sich um die Rezension der Bücher von: Franz Halder, Hitler als Feldherr, München [o. J.] sowie Friedrich Hoßbach, Von der militärischen Verantwortlichkeit in der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg, Göttingen [o. J.]); ders., Rommels Rolle als Verschwörer, in: Der Monat, Heft 17 (1950), 2. Jg., S. 548-550; ders., Der rätselhafte Abwehr-Chef, in: Der Monat, Heft 21 (1950), 2. Jg., S. 317-323 (hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: Karl-Heinz Abshagen, Canaris, Patriot und Weltbürger, Stuttgart [o. J.]); Helmut Uhlig, Zeugnis des Widerstands, in: Der Monat, Heft 51 (1952); 5. Jg., S. 330-332 (hierbei handelte es sich um eine Rezension des Buches: Inge Scholl,

Auseinandersetzung dar.¹³¹⁰ Dies schlug sich auch in einigen Reaktionen der Leser des „Monat“ nieder.¹³¹¹ Die Veröffentlichung von de Mendelssohn steht hier also *pars pro toto*

Die Weiße Rose, Frankfurt/Main [o. J.]); Walther Hofer, Geschichtsschreibung im Vakuum, in: Der Monat, Heft 58 (1953), 5. Jg., S. 413-416 (hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: Der lautlose Aufstand. Bericht über die Widerstandsbewegung des deutschen Volkes 1933 bis 1945, herausgegeben von Günther Weisenborn, Hamburg 1953); ders., Der 20. Juli. Über einige Neuerscheinungen, in: Der Monat, Heft 70 (1954), 6. Jg., S. 401-404 (hierbei handelte es sich um die Rezension folgender Bücher: Eberhard Zeller, Geist der Freiheit. Der 20. Juli, München [o. J.]; Wilhelm v. Schramm, Der 20. Juli in Paris, Bad Wörishofen [o. J.]; Max Braubach, Der Weg zum 20. Juli 1944. Ein Forschungsbericht, Köln und Opladen [o. J.]; Annedore Leber, Das Gewissen steht auf, Berlin [o. J.]; Gerhard Ritter, Carl Goerdeler und das Ende des deutschen Widerstandes, in: Der Monat, Heft 77 (1955), 7. Jg., S. 387-401; Franz Böhm, Widerstandsbewegung oder Revolution? Zur Auseinandersetzung um Carl Goerdelers Kampf gegen Hitler, in: Der Monat, Heft 81 (1955), 7. Jg., S. 220-228; Ferdinand Friedensburg, Memento des Widerstandes, in: Der Monat, Heft 102 (1957), 9. Jg., S. 82 f. (hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: Walter Hammer, Hohes Haus in Henkers Hand, Frankfurt a. M. [o. J.]). Vgl. auch Rolf Schroers, Original-Aufnahmen. Über „Das war unser Rommel“ und „Beiderseits der Rollbahn“, in: Der Monat, Heft 61 (1953), 5. Jg., S. 83-86; Der Kampf gegen die Kirche. Aus unveröffentlichten Tagebüchern Alfred Rosenbergs (mit einleitenden Worten von Robert M. W. Kempner), in: Der Monat, Heft 10 (1949), 1. Jg., S. 26-38. Vgl. zum Thema Widerstand des „20. Juli 1944“ auch den Beitrag Rüdiger Proske, Brief aus Braunschweig: Prozeß um den 20. Juli. Die Braunschweiger Verhandlungen gegen Otto Ernst Remer, in: Der Monat, Heft 43 (1952), 4. Jg., S. 16-21.

¹³¹⁰ Mit folgenden einführenden Worten veröffentlichte die Redaktion des „Monat“ den Beitrag: Peter de Mendelssohn, Die verhinderten Hochverräter. Wege und Irrwege neuerer deutscher Memoirenliteratur, in: Der Monat, Heft 29 (1951), 3. Jg., S. 495-509, auf S. 495: „Die scharfe Auseinandersetzung Peter de Mendelssohns mit einigen Quellschriften zur jüngsten deutschen Vergangenheit findet nicht in allen Teilen die Zustimmung der Redaktion, so in der Frage des ‚Unconditional Surrender‘ und in der Gesamtbeurteilung eines deutschen Widerstandes. Wir stellen diesen Aufsatz jedoch zur Debatte und sind bereit, nicht nur den Widerspruch der hier unmittelbar Angegriffenen, sondern jeder Leserschrift Raum zu geben, die der Diskussion über die hier aufgeworfenen Fragen etwas Wesentliches hinzuzufügen hat.“

¹³¹¹ In einem Leserbrief antwortete Ernest J. Salter unter der Überschrift „Hätten wir alle auswandern sollen?, in: Der Monat, Heft 30 (1951), 3. Jg., S. 664 f. in scharfer Form auf den Beitrag von Peter de Mendelssohn. Nachdem Salter zu Beginn seines Beitrages konzidierte, dass die einzelnen Fakten „isoliert betrachtet“ durchaus richtig waren und in de Mendelssohns Aufsatz u. a. ein „Element des Hochmutes“ enthalten war, kam er abschließend zu folgender Einschätzung: „Ob man will oder nicht: Mendelssohns Anschauung läuft praktisch darauf hinaus, daß alle Deutschen hätten auswandern oder mit dem Revolver in der Hand sozusagen im permanenten Attentat gegen alle Machthaber leben müssen. Das wird einem sofort klar, wenn man den Maßstab Mendelssohns an die Sowjetunion und die östlichen Satelliten in ihrer heutigen Situation anlegt. Es würde nichts übrigbleiben, als das gesamte russische Volk und mit ihm die anderen Völker als kollektivschuldige zu bezeichnen. Bei einer solchen Parallele könnte man die Weizsäcker und Kordt zu Dutzenden einzeln bezeichnen. Die Memoirenwerke der aus einem der beiden Systeme Geretteten, der Überlebenden und Widerstrebenden weisen *mutatis mutandis* viele gemeinsame Züge auf.

Meiner Meinung nach sind Memoiren wie gerade die Kordts von ungewöhnlicher Bedeutung, weil sie Zehntausenden von Leser zeigen, wie es tatsächlich im Innern dieser Systeme aussieht. Menschen, die selbst unmittelbare Erfahrungen und tägliche Berührungen mit den Systemen der modernen Diktatoren gehabt haben oder noch haben, vermögen sich leicht die spezifische psychologische Situation zu erklären, die sich bei dem nach den Konventionen des 19. und selbst 20. Jahrhunderts gebildeten und lebenden Menschen inmitten der Katastrophe zeigen mußte. Die bisherigen Erfahrungen erlauben es nicht, bei der Betrachtung solcher katastrophaler Bruchstellen von Gesellschaft und Geschichte, wie es Nationalsozialismus und Bolschewismus sind, den Maßstab des Eiferers anzulegen und angesichts des komplizierten Prozesses der barbarischen Transformation Mitteleuropas unter dem Nationalsozialismus einfach die Position der üblichen demokratischen Moral zu beziehen.“

Siehe auch die folgenden Leserbriefe zu Peter de Mendelssohns Veröffentlichung: unter der Überschrift „Die verhinderten Hochverräter von: Horst Reh, Walter Tschuppik, Stephan von Hartenstein, Dr. E. Schwarz sowie Hermann Glaser, in: Der Monat, Heft 31 (1951), 3. Jg., S. 102-106; unter der Überschrift „Noch einmal ‚Die verhinderten Hochverräter‘“ die Zuschriften von: Kurt Assmann und Friedrich Carl Westphal, in: Der Monat, Heft 32 (1951), 3. Jg., S. 215-218; unter der Überschrift „Das Geschichtsbild eines Unbelehrbaren die Zuschrift von ak (d. i. Alfred Kellner), in: Der Monat, Heft 33 (1951), 3. Jg., S. 328-330; unter der Überschrift „Memoiren-Literatur“ die Zuschrift von T. R., Der Monat, Heft 35 (1951), 3. Jg., S. 553 f.; unter der Überschrift

für weitere Beiträge zum Themenkomplex Memoirenliteratur und deutscher Widerstand gegen das „Hitler-Regime“.

Vor dem Hintergrund seiner einleitenden Worte, dass aus seiner Sicht die „Persönlichkeiten der Schreibenden interessieren“ und weniger der tatsächliche „Informationsgehalt des Mitgeteilten, und das in unserer Zeit, in der fast jede politische Entscheidung automatisch auch eine moralische ist“, schrieb Peter de Mendelssohn in Heft 29 des „Monat“ in der Februar-Ausgabe des Jahres 1951 in Bezug auf die „Empfindungen“ der „historischen Persönlichkeiten“ in der von ihm in seiner Rezension untersuchten „Erinnerungswerke“:

„Im Bereich der neueren deutschen politischen Memoirenliteratur wird nun eines sogleich deutlich. Es gibt keinen neuralgischen Punkt in der gesamten Geschichte der Hitler-Zeit, der diese lebendigen Empfindungen der beteiligten Zeitgenossen stärker hat ausschlagen lassen als der Attentatsversuch vom 20. Juli und die aus ihm folgenden Prozesse und Hinrichtungen.“

Und der Autor schrieb an diesem Punkt mit dem Fokus auf den „20. Juli“ gerichtet folgendermaßen weiter:

„Dieses Ereignis hat sich als der Kreuzweg der politischen Moralität etabliert; es vibriert in der ganzen Literatur nach. (...) : so grau, schleppend und lustlos-leblos ihre Darstellung häufig sich dahinbewegen mag – an diesem Punkt zuckt sie unweigerlich schmerzhaft zusammen, erhöht sich der Ton, beschleunigt sich der Atem. Hier reagiert der lebendige Nerv durch alle Betäubungsmittel hindurch. Auch der deutsche Vizeadmiral Kurt Aßmann hält den kühlen und sachlichen Ton seiner Darstellung der Kriegseignisse, an deren abstandsvoller Objektivität nichts zu bemängeln ist, mit großer Beherrschung bis zu dem Augenblick durch, da es vom 20. Juli zu sprechen gilt. Da taucht plötzlich in der Diskussion der moralischen Zulässigkeit von Hoch- und Landesverrat der Satz auf: „Ein deutscher General tut das nicht: *das nicht!*“ Und man meint, in Tirpitzens Memoiren weiterzulesen. Der Bericht des ehemaligen Staatssekretärs Freiherr von Weizsäcker hingegen bemüht sich, einen großen Bogen um dieses schicksalhafte Ereignis zu schlagen, aber selbst hier hilft die absichtliche Entfernung vom Bannkreis nichts; auch hier schlägt die Nadel, fast wider Willen, heftig aus.“¹³¹²

An diesem historischen Ereignis, also dem deutsche Widerstand des 20. Juli 1944 gegen den Nationalsozialismus, war es nach dem Dafürhalten von Peter de Mendelssohn unmöglich vorbeigehen. Und zwar keineswegs aufgrund der politischen Bedeutung, die seiner Meinung nach „beträchtlich“ überschätzt wurde, sondern in erster Linie deshalb, „weil in ihm die Kernfrage politischer Moralität enthalten“ war. Denn, so der Autor: „Hier scheiden sich in der

„Ist Aßmann unbelehrbar?“ die Zuschrift von Gerhard Kühne sowie eine redaktionelle Mitteilung, in: Heft 36 (1951), 3. Jg., S. 669 f.

¹³¹² Peter de Mendelssohn, Die Verhinderten Hochverräter. Wege und Irrwege neuerer deutscher Memoirenliteratur, in: Der Monat, Heft 29 (1951), 3. Jg., S. 496.

Tat die Geister, und die Seeoffiziere von den Staatsmännern. Wie sie sich damals im Erlebnis und heute in der Darstellung zu ihm stellen – das ist der Schlüssel. Er ist nicht der einzige, sondern einer unter mehreren, aber er schließt mehr auf, als man glaubt. Es ist nicht nur naheliegend, es ist zwingend, die vorliegende Literatur von dieser Schlüsselstellung aus zu betrachten.“¹³¹³

Vor diesem Hintergrund sowie seiner persönlich gemachten Erfahrung wenige Monate nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges – im September 1945 in Berlin nahm de Mendelssohn in einem Kino an der Vorführung der Tonfilmaufnahmen vom sogenannten „Witzleben-Prozess“ teil war und erlebte das „entmenschte Gebrüll des Volksgerichtshofpräsidenten Freisler“ und das „schreckerfüllte Murmeln der zusammengeprügelten Angeklagten“, das, so der Autor, die meisten Teilnehmer der Filmvorführung nicht ertragen konnten – setzte die konkrete Auseinandersetzung mit den vier Büchern ein, die sich indes in erster Linie auf das Erinnerungsbuch von Ernst von Weizsäcker bezog.¹³¹⁴ „Die Witzleben-Gruppe“, so die anfängliche Erläuterung des Autors, „umfaßte, wie erinnerlich, nicht nur eine Reihe hoher Offiziere, sondern auch mehrere frühere Botschafter wie Hassell und Schulenburg und einige verantwortliche Beamte des Ribbentropschen Auswärtigen Amtes. Kaum ein Jahr war damals vergangen seit jenem mörderischen Prozeß, und nun wartete der ehemalige Chef dieser Männer selbst auf seinen eigenen Prozeß im Nürnberger Gefängnis. Das war, so empfand man, in Ordnung. Aber wo war ihr unmittelbarer Vorgesetzter, der ständige Staatssekretär, der das Außenministerium während dieser kritischen Jahre unter Ribbentrop und in seinem Namen geleitet hatte? Weizsäcker war weder hier noch dort. Er war an drittem Ort – in Rom, wohin er sich gegen Ende des Krieges als Botschafter am Vatikan hatte versetzen lassen. War das in Ordnung? fragte man sich angesichts dieses Films, in dessen Verlauf sein Name mehrfach erwähnt wurde. Nach der Lektüre seiner ‚Erinnerungen‘ ist man nicht mehr so erstaunt, wie man es damals war.“¹³¹⁵

Angesichts der begrifflichen Unterscheidung zwischen „Widerstandsgruppe“ und „innere Opposition“ war Weizsäcker in den Augen von Peter de Mendelssohn – obwohl diese beiden Gruppen zwischenzeitlich Berührungspunkte hatten – keineswegs Mitglied der Widerstandsgruppe. Es gab für ihn Fälle, „in denen ‚Opposition‘ den ‚Widerstand‘ meidet wie eine ansteckende Krankheit. Der Fall Weizsäcker ist ein solcher“ (S. 497). Gleichwohl stand Weizsäcker in „Opposition zum Hitler-Regime“, dessen Ziele er nach de Mendelssohn für „übertrieben hielt (aber auch nicht mehr) und dessen Methoden ihm dilettantisch und daher

¹³¹³ Ebenda, S. 496.

¹³¹⁴ Weil sich der Rezensionssatz von de Mendelssohn in erster Linie mit dem „Erinnerungsbuch“ von Ernst von Weizsäcker auseinandersetzt, beziehen sich die nachfolgenden Ausführungen aus Raumgründen fast ausschließlich auf ebenjenes Buch.

¹³¹⁵ Ebenda, S. 496.

gefährlich erschienen.“ Und zweifelsohne hoffte er, so der Autor, dass irgend jemand sich findet, um „die Verbrecherbande zu beseitigen, ehe es zu spät war und sie Deutschland so ruiniert hatte, daß es keinen verhandlungsfähigen Partner in einem Ausgleichsfrieden mehr abgeben konnte.“ Allerdings war Weizsäcker nicht persönlich bereit „aktiv“ zu werden und sich zu beteiligen, um Hitler zu beseitigen. Dazu Peter de Mendelssohn: „Es heißt in den *Erinnerungen*“:

„... man müsse den Sprung wagen, selbst das 75prozentige Risiko hin, daß das Ausland auch dann nicht einlenke ... der Umsturz müßte freilich so rechtzeitig kommen, daß er nicht zu einer Form der Kapitulation werde.“ Und an anderer Stelle: „Ich war selbst nicht der Mann des Attentates ... ich selbst war nicht eingeschriebenes Mitglied einer solchen Gruppe. Meine ständige Arbeit lag in der außenpolitischen Obstruktion. Meine Ratschläge lauteten seit Spätsommer 1938 nie mehr anders, als daß Hitler zu beseitigen sei.“ Die Vorstellung, daß man „eingeschriebenes Mitglied“ eines Vereins zur Ermordung von Diktatoren sein könne, ist zu naiv, als daß sie gänzlich naiv sein könnte.“¹³¹⁶

Nach Meinung von de Mendessohn war der Mitarbeiter von Weizsäcker im Auswärtigen Amt, Dr Erich Kordt genausowenig „eingeschriebenes Mitglied“ – trotzdem hinderte es ihn nicht daran, am 1. November 1939 gegenüber General Oster seine Bereitschaft zu erklären, eine „Bombe auf Hitler zu werfen“, weil er zu der Erkenntnis gekommen war, dass die Zeit der „Ratschläge“ nämlich vorbei sei. Vor diesem Hintergrund schrieb Kordt in seinem Buch: „Aber Weizsäcker hatte ihn ‚etwas schärfer angesehen‘ und gesagt: ‚Ich bedaure, es hat in meiner Erziehung nicht gelegen, einen Menschen zu töten.‘“ Peter de Mendelssohn kommentierte diesen Satz mit folgenden Worten:

„Das ist ein ungeheuerlicher Satz. Es fällt rückblickend schwer, zu verstehen, daß diese Bemerkung dem viel jüngeren Kordt nicht die Augen über das menschliche Format seines Vorgesetzten geöffnet hat. In wessen Erziehung lag es denn? Mit derlei verstand der Staatssekretär seinen Mitarbeitern zu imponieren. Dr Kordt bemerkte die monströse Unverschämtheit, die in diesen Worten lag, überhaupt nicht. Er nahm sie für Abgeklärtheit und menschliche Untadeligkeit und akzeptierte bedingungslos eine moralische Autorität, deren Nichtvorhandensein ihm in diesem Augenblick hätte offenbar werden müssen. Welcher Offizier würde es wagen, seinen Soldaten derlei vor dem Sturmangriff zu sagen? Die Episode spricht gegen die Mitarbeiter: sie spricht Bände über das Auswärtige Amt.“¹³¹⁷

Für Peter de Mendessohn war der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Ernst von Weizsäcker, die exemplarische Verkörperung des „hohen deutschen Staatsbeamten. Ein seltsames, der nichtdeutschen Welt schwer verständliches Wesen“ (S. 498), was in seinen Augen auch die Schwierigkeit der ausländischen Staatenwelt, der Alliierten erklärte, die die Schwierigkeit ausmachte, dieses „Phänomen“, dieses „Rätsel“ zu verstehen. Vermittels der

¹³¹⁶ Ebenda, S. 497.

¹³¹⁷ Ebenda, S. 497.

persönlichen Aufzeichnungen versuchte der Autor ebenjenes „Rätsel“ zu fokussieren, zu verstehen und folglich zu erklären.

Ernst von Weizsäcker begann seine Karriere, so de Mendelssohn, als Marineoffizier und ist es, wie es Weizsäcker in seinem Buch selbst betonte, im Grunde genommen immer geblieben. Für Peter de Mendelssohn wiederum, haben die sogenannten „schweigsamen Berufe“ der Flotte sowie der Diplomatie in der „deutschen Vorstellung“ vieles gemeinsam, so dass Weizsäcker seines Erachtens einen Menschentyp verkörperte, der gewissermaßen beiden Berufen zupass kam und der der „Seeoffiziershaltung in der Diplomatie“ entsprach und der ihm auch den Namen des ‚großen Schweigers‘ eingetragen hatte. „Die unglückliche Vorstellung vom ‚Staatsschiff‘“, so die Auffassung von de Mendelssohn, „das wohlbehalten durch alle Stürme manövriert werden muß, führt zu der Vorstellung von der Geschichte als eines Ozeans, in dem Naturgewalten unversehens haushohe Wellen aufwerfen.“¹³¹⁸

Nach dem Urteil von Peter de Mendelssohn verkoppelten sich in Weizsäcker ebendiese beiden Berufe zu einer „verhängnisvoll irrigen Vorstellung von den Aufgaben der Staatsgeschäfte“ (S. 498). In seinen Augen war die Annahme, wenn jemand, der den Mund hält, „unbedingt über etwas schweigt“ ein Irrtum. Denn seines Erachtens bestand immer auch die Möglichkeit, dass er „überhaupt nichts zu sagen hat“ Und der Autor weiter.

Leicht beeindruckbare Untergebene wie der sonst aufgeschlossene und keineswegs unkritische Dr. Kordt halten aber im Fall Weizsäcker just das ‚nicht für möglich‘. Freilich haben gerade die Hitler-Jahre gelehrt, daß politischer Redeschwall ebenso sehr Ratlosigkeit und Ideenlosigkeit bemänteln können, und die löbliche Zurückhaltung ist verständlich, um so mehr, wenn Sicherheitserwägungen sie verlangen. Aber der Mythos vom klarblickend-weisen Marineoffizier wurde lange vor Hitler in Deutschland geboren, und Hitler hat ihn ausgenützt. In der Politik aber ist Schweigen keineswegs immer eine Tugend; es kann zu einer schlechten Angewohnheit, sodann zu einem Laster und endlich zum regelrechten Verhängnis werden. ‚Mißverstanden zu werden‘, so schreibt Weizsäcker, ‚das gehört zu den Risiken des diplomatischen Berufs.‘ Gewiß; mehr noch aber gehört es zum diplomatischen Beruf, diese Risiken zu vermeiden. ‚Wer mich nicht von selbst verstand, dem hatte ich nichts mitzuteilen.‘ Das heißt, die nautische Signalsprache auf die Spitze treiben. Es heißt auch, es sich sehr leicht machen. Zu den Aufgaben des diplomatischen Beruf gehört es in erster Linie, sich verständlich zu machen und verstanden zu werden.“¹³¹⁹

Für de Mendelssohn stand zweifelsfrei fest, dass es für eine oppositionelle bzw. auch nur ‚bremsenden‘ Diplomatie „in einer wild gewordenen Diktatur“ Beschränkungen gab. Gleichwohl konnte seiner Meinung nach „die Tarnung und Geheimniskrämerei“, die ein totalitäres Regimes seinen Opponenten aufzwang,

¹³¹⁸ Ebenda, S. 498.

¹³¹⁹ Ebenda, S. 499.

„auch zu weit getrieben werden; bis zu dem Punkt nämlich, wo der Zweck, um dessentwillen man sich tarnt, verloren geht. Hierfür liefert Dr. Kordt ein beredtes Beispiel. Auch Weizsäcker erwähnt die geheime Fühlungnahme zwischen dem Auswärtigen Amt und dem britischen *Foreign Office* zur Zeit der Münchener Krise, aber hier wie an so vielen anderen Stellen schweigt er sich über die Details kryptisch aus.“¹³²⁰

Angesichts der Erfahrung der letztlich gescheiterten diplomatischen Verhandlungen mit der britischen Regierung im Jahre 1938¹³²¹ musste auch Weizsäcker im Auswärtigen Amt in Gesprächen mit seinen ausländischen „Partnern“ erfahren, dass er keine Unterstützung bekam, so dass er sich in seinem „Erinnerungsbuch“ über die „mangelnden hellseherischen Fähigkeiten seiner Partner“ beklagte. Hierzu konstatierte Peter de Mendelssohn mit Blick auf die „politische Phantasie“ bzw. den „politischen Wirklichkeitssinn“ vom Staatssekretär Weizsäcker (sowie auf entsprechende Ausführungen von Erich Kordt in dessen Buch):

„Die Wahrheit ist, daß die deutsche Opposition einen außerordentlich hohen Vertrauenskredit beanspruchte, ja, daß sie glaubte, ein Recht auf ihn zu haben, ohne die geringsten vorweisbaren Sicherheiten anzugeben. Die Selbstverständlichkeiten, mit der dieser Kredit ausgerechnet im Namen des politischen Urteilsvermögens Baron Weizsäckers verlangt wurde, hat etwas entwaffnend Impertinentes.“¹³²²

Und weiter hieß es hinsichtlich der Klage der „innerdeutschen Opposition“, dass sie infolge der unzureichenden Unterstützung aus dem Ausland an der „Entfaltung behindert“ und zudem durch „Gegenzüge jener, die nach ihrer Ansicht mit ihr hätten eines Sinnes sein müssen, paralyisiert wurde“, so dass sogar letzten Endes daraus als Ergebnis die „politische Kalamität wie Casablanca und die Forderung nach ‚*Unconditional Surrender*‘“ herauskam, dass dies nur die „Hälfte des Argumentes“ war. Denn, so de Mendelssohn:

Die andere Hälfte wird von diesen Politikern nicht erkannt und von diesen Memoirenschreibern ignoriert. Sie besteht darin, daß bei den außerdeutschen Hitlergegnern durchweg völlige Unklarheit über Ausmaß, Gewicht und politische Konzeption der

¹³²⁰ Ebenda, S. 499.

¹³²¹ De Mendelssohn beschrieb hier die Verhandlungen der „Brüder Kordt“ mit Sir Horace Wilson, der sozusagen als Mittelsmann zu Chamberlain fungieren sollte. Durch dessen Vermittlung kam es daraufhin zu einem Gespräch zwischen Theo Kordt, also dem Bruder von Erich Kordt, und dem britischen Außenminister Halifax, das am 6. September 1938 geführt wurde. Ziel war es, die britische Regierung dazu zu bringen, mit einer „Geste“, die Opposition in Deutschland „zu stützen und ihr für ihre Aktion den nötigen Rückhalt“ zu liefern. Dazu schrieb der Autor: „In diesem Gespräch wird Theo Kordt jedoch nie deutlicher als: ‚die politischen und militärischen Kreise, für die ich spreche‘ und: ‚die Männer, für die ich spreche.‘ Kein einziger Name wird auch nur andeutungsweise genannt, der es den Engländern ermöglichen konnte, den Charakter und die Gestalt dieser Opposition abzuschätzen, die sie unterstützen sollten. Die Brüder Kordt waren enttäuscht, als die britische Geste nicht so nachdrücklich ausfiel, wie sie gehofft hatten und wie ihnen nötig erschien; sie verstanden nicht, daß sie etwas unmögliches verlangt hatten: Vertrauen und Unterstützung für Kräfte, die nicht hervorkommen konnten oder wollten und daher dem Unterstützer unbekannte Größen blieben. Die Gründe mögen einleuchten, die Enttäuschung und gar die nachträgliche Klage bleiben dennoch naiv. Eine Zeichensprache, die selbst die Symbole eliminiert und nur schweigend den Partner ‚etwas schärfer ansieht‘, funktioniert nicht einmal bei der Marine.“ (ebenda, S. 499).

¹³²² Ebenda, S. 500.

innerdeutschen Opposition herrschte. Das war nicht die Schuld des Auslandes. Sowohl Weizsäcker als auch Kordt und Aßmann bestätigen, direkt und indirekt, daß diese Opposition ihren potentiellen Verbündeten und Helfern herzlich wenig Beweise ihrer Existenz geliefert hat. (...) Der 20. Juli 1944 bildete keine vollgültige Ausnahme, denn auch hier ist die politische Vorstellungswelt der Verschwörer bis heute nicht klar hervorgetreten. So schießt das egozentrische deutsche Plädoyer, das Ausland hätte mehr ‚Verständnis‘ und ‚Einfühlungsvermögen‘ für die komplizierte Lage in Deutschland zeigen müssen, und der ewige Vorwurf Weizsäckers und Kordts, man habe erst Hitler und dann die Opposition ‚falsch behandelt‘, über das psychologisch erreichbare Ziel hinaus und es schließt sich der verhängnisvolle Kreis: (...)“¹³²³.

Für den Rezensenten war es keine Überraschung, dass gerade die Engländer für die „Seemannsgewohnheiten“ in der Politik, namentlich von Ernst von Weizsäcker, mehr oder weniger ablehnend gegenüberstanden. So schrieb zum Beispiel – wie es de Mendelssohn anführte – der englische Historiker A. J. P. Taylor über den deutschen Staatssekretär in einer Besprechung, angesichts des Weizsäckerschen Arguments, dass er, „nachdem der Krieg einmal ausgebrochen war, seinen Posten ebensowenig verlassen konnte wie ein Matrose sein Schiff:

„Es scheint ihm nicht aufgefallen zu sein, daß zwischen den beiden Stellungen ein Unterschied besteht. Andernfalls hätte Hitler das gleiche Argument für sich in Anspruch nehmen können und alle Hauptkriegsverbrecher mit ihm.“

Und Peter de Mendelssohn machte daran anschließend folgende Feststellung:

„Hinzuzufügen wäre, (...), daß Staaten nun einmal keine Schiffe sind und die Geschichte kein Ozean. Weizsäcker, ruhig, besonnen (...) taktvoll, von untadeligen Manieren, war gewohnt, einen leeren Horizont abzusuchen; im dschungelhaften Wirrwarr totalitärer Politik war er verloren. Es liegt nahe anzunehmen, daß Ribbentrop ihn eben aus diesem Grund so lange an der Spitze eines Auswärtigen Amtes beließ, das er längst jeglicher wirklichen Bedeutung entkleidet hatte.“¹³²⁴

Vor dem Hintergrund der politischen „Karriere“ im diplomatischen Dienst der Weimarer Republik – die der „Stuttgarter Ministersohn“ im Alter von 37 Jahren begann, nachdem er 20 Jahre lang Dienst in der „kaiserlichen Marine“ vollrichtete – schilderte der Autor die Verachtung, mit der Weizsäcker auf die „Amateure“ herabblickte, „wie er die sogenannten ‚Staatsmänner‘ seiner Zeit nennt. ‚Wir vom Amt‘ – ist eine Phrase, die von nun ab auf fast jeder Seite seiner Memoiren erscheint.“ Diese „Verachtung“, die radikale Abneigung gegen ‚Parlamentarier‘ zeigten sich beispielsweise auch in der negativen Haltung gegenüber dem

¹³²³ Ebenda, S. 500.

¹³²⁴ Ebenda, S. 500.

Völkerbund.¹³²⁵ Nicht nur die „Genfer Reden“ bereiteten ihm ein Unbehagen, sondern auch die Tatsache, dass die Gewinner der Hauptkonferenz „nach meiner Beobachtung die Vertreter dunkelhaariger Nationen“ waren (S. 501). Hierzu und zur so bezeichneten „Erziehung“, auf die sich Weizsäcker berief, sagte Peter de Mendelssohn:

„Es wird dem Staatssekretär nicht recht sein, des Rassedünkels verdächtigt zu werden. Doch ist an diesem Verdacht das schmallippige Schweigen schuld; er hätte sich deutlicher ausdrücken müssen. Was immer die heimtückisch-herabsetzende Bemerkung über die Vertreter der dunkelhaarigen Nationen bedeuten mag – der Staatssekretär hütet sich, sich zu erklären – , sie ist für die Goebelssche Galerie gemacht, deren Beifall der Staatssekretär sich für bedürftig zu empfinden scheint. Ohne den Seeoffizieren die Ehre abschneiden zu wollen, muß gesagt werden, daß sie aus just jener ‚Erziehung‘ stammt, welche Goebbels dann so trefflich zu vulgarisieren verstand.“¹³²⁶

Im zweiten Teil seines Rezensionsaufsatzes stellte sich der Autor die Frage, die sich aufgrund des bis dahin über Ernst von Weizsäcker zur Sprache gebrachten aufdrängte, nämlich:

„Wie ist eine solche Persönlichkeit gerüstet, mit der Hitler-Diktatur fertig zu werden? (...) Wie werden ‚wir vom Amt unter den neuen Herren fahren? Weizsäcker, als Aristokrat, Monarchist und ‚Professional‘, hegt keine Sympathien für Hitler. Er wittert den ‚Amateur‘ und fürchtet für seinen guten Namen. Aber er blickt dem Problem nicht gerade ins Gesicht.“ (S. 502).

Für de Mendelssohn ging es Weizsäcker – als auch Kordt – darum, den Apparat des Auswärtigen Amtes zu erhalten, der nicht blind den Befehlen des „Nazi-Politbüros“¹³²⁷ gehorcht: und zwar um sich nicht selbst auszuschalten und sich damit einen Einfluss auf die weitere Entwicklung zu erhalten. Um diesen Zweck zu erreichen, blieben Weizsäcker (sowie Kordt) im Amt und hielten bis zum Schluss aus. Nach Auffassung von de Mendelssohn war dies die zentrale Entscheidung. Alles andere folgte aus ihr. Beide blieben, um ‚das Schlimmste zu verhüten‘, zum Zweck der ‚außenpolitischen Obstruktion‘.

Für ihn hatten allerdings Weizsäcker (sowie Kordt) letzten Endes nichts erreicht. Und in diesem Zusammenhang stellte er fest, dass durchaus die Möglichkeit bestand, dass das Verbleiben im Amt nicht nur das „Üble nicht besonders behindert und gestört, sondern ihm sogar Vorschub geleistet, Deckung verschafft, wider Willen und Absicht Prestige geliehen

¹³²⁵ De Mendelssohn konstatierte, dass nach Ansicht Weizäckers der Völkerbund einerseits „der ‚deutschen Demokratie den Fangstoß‘ versetzt“ hatte und andererseits das Ausland am Aufstieg Hitlers „schuld“ war „und sich selbst alles zuzuschreiben hat. Nirgends findet sich ein Wort, daß auch deutsche Kräfte an der erstaunlichen Karriere dieses Mannes beteiligt waren (...).“ (Ebenda, S. 501).

¹³²⁶ Ebenda, S. 501.

¹³²⁷ Anspielung von de Mendelssohn auf eine – gewissermaßen totalitarismustheoretische – „Analogie“ von Dr. Kordt, der in seinem Memoirenband das Verhalten „russische(n) Beamtschaft bei der bolschewistischen Revolution“ ansprach und in diesem Zusammenhang zu der Auffassung gelangte, dass die „bolschewistische Regierung“ einen Apparat geschaffen hat, „der den Befehlen des Politbüros blind gehorchte.“ (ebenda, S. 502).

hat.“ Insbesondere dieser Aspekt war in seinen Augen von Anbeginn das Problem in dem totalitären Staat, in dem „gemäßigte, neutrale, bremsende Elemente noch Schlüsselstellungen – oder was von außen wie eine Schlüsselstellung aussieht – inne(hatten).“ Und daraus ergab sich für de Mendelssohn die Fragen: „Ist der Versuch auf alle Fälle gerechtfertigt oder nur durch den Erfolg? Ist der Mißerfolg der schlüssige Beweis dafür, daß die Methode falsch, gefährlich, ja verderblich war?“¹³²⁸

Weizsäcker berief sich immer wieder auf Prinzipien, die er noch „verantworten“ könne, so der Rezensent, wenn es um das Ausführen von „Weisungen aus Berlin“ ging. Das zentrale Problem bestand jedoch unter anderem darin, dass der Staatssekretär keine eigentlichen Prinzipien hatte, so dass er –quasi als exemplarische Figur – von der nationalsozialistischen „Revolution“ nach dem „Blutbad des 30. Juni 1934“ als „schwankender und halbentschlossener Diener“ Schritt um Schritt korrumpiert wurde. (S. 502). Und die oftmals an sich selbst gestellte Frage, ob er Zurücktreten oder im Amt bleiben sollte, wurde immerfort von Weizsäcker zugunsten des Verbleibens beantwortet, und zwar mit dem Argument, dass der „Fachmann“, dem „gefährlichen Dilettanten seinen Platz nicht räumen“ dürfe. (S. 503). Dazu der Kommentar von de Mendelssohn:

„Da sind sie wieder, Fachmann und Dilettant; die Dilettanten haben gewechselt, der Fachmann ist der gleiche. Man muß sich fragen, was mit diesen beiden Begriffen, die in allen diesen Büchern eine große Rolle spielen, in diesen Zusammenhängen überhaupt anzufangen ist. Zweifellos wird mit ihnen ein beträchtlicher Unfug getrieben. Wer war denn hier, wer ist denn auch heute in der Politik der Fachmann und wer der Dilettant? (...) Für Hitler und Ribbentrop waren Weizsäcker und Kordt Dilettanten, wenn auch sehr gefährliche. (...) Politik braucht man nicht ‚gelernt‘ zu haben wie die Zahntechnik; es sind nicht selten die gelernten Kräfte, die das Unheil anrichten, wenn die Dinge sich nicht nach dem Leitfaden entwickeln. Niemand hatte eine bessere Gelegenheit, gerade dies zu erkennen und diese Erkenntnis zu verwerten als Weizsäcker. Gerade er bleibt ihr gegenüber völlig blind und versucht, ein Rudel Wölfe mit Kompaß und Sextant zu dirigieren, als wäre es ein Panzerkreuzer.“

In diesem Zusammenhang kam Peter de Mendelssohn in Anbetracht der Rolle Weizsäckers in der nationalsozialistischen Außenpolitik bzw. im Auswärtigen Amt im Allgemeinen und in seinem oben angesprochenen Selbstverständnis gegenüber Hitler und Ribbentrop im Besonderen zu folgender Einschätzung:

„Vorsicht ist also geboten, auch wenn man Weizsäckers orthodoxe und unwirkliche Konzeption um des Argumentes willen akzeptiert. Denn hier handelt es sich noch um etwas anderes. Wie wird hier argumentiert? Warum durfte der Fachmann dem gefährlichen Dilettanten den Platz nicht räumen? Es wird vorausgesetzt, daß der Fachmann ein Patriot ist, dem das Wohlergehen der Nation vor allem am Herzen liegt. Ohne des Fachmanns Hilfe muß der Dilettant mit seinen Methoden Schiffbruch erleiden und die Nation ins Unglück stürzen.

¹³²⁸ Ebenda, S. 502.

Das kann der Fachmann nicht dulden, weder als Fachmann noch als Patriot. Er muß deshalb dem Dilettanten und der Nation beispringen und – helfen, ob die Hilfe nun erwünscht ist oder nicht.“¹³²⁹

Im nächsten Abschnitt seiner Rezension des Buches von Ernst von Weizsäcker kam de Mendelssohn auf den Nürnberger Prozess¹³³⁰ zu sprechen, den das ehemalige Mitglied der NSDAP und der SS in seinem „Erinnerungsbuch“ sozusagen behandeln musste (da er im sogenannten Wilhelmstraßen-Prozess Hauptangeklagter war; J. G.). Da Weizsäcker wenig mehr als eine Rekapitulation der vor dem Gericht vorgebrachten Argumente stellte „das Buch eine Rechtfertigungsschrift“ dar (S. 504). Im oben angesprochenen Zusammenhang mit der „Suche nach dem geringeren Übel“ zeichneten sich für de Mendelssohn hinsichtlich der Genesis des Zweiten Weltkrieges zwei Hauptphasen ab. Zum einen die Phase bis zum Ausbruch des Krieges, wo es das Ziel war ebendiesen Ausbruch zu verhindern, „obwohl dies die Beibehaltung des Hitlerregimes bedeuten“ musste: Hitler war das „geringere Übel.“ Und zum anderen die Phase vom Beginn des Zweiten Weltkrieges, wo es Weizäckers Ziel war, den Frieden auf verschiedene Weise „zurückzubringen“ und somit den Krieg abzukürzen, selbst wenn dies die „Beseitigung des Hitlerregimes durch eine Gewaltmaßnahme bedeuten“ musste: Hierzu hieß es bei de Mendelssohn: „der Staatsstreich ist das kleinere Übel, der völlige Zusammenbruch das größere. Auch hier wünschte man sich, Weizsäcker hätte an irgendeiner Stelle diese Alternativen einmal klipp und klar dargelegt. Man muß es für ihn tun.“¹³³¹

Vor diesem Hintergrund stellten sich für de Mendelssohn zwei Fragen. Ob nämlich das Auswärtige Amt und die Stellung Ernst von Weizäckers ihm zu irgendeinem Zeitpunkt die Möglichkeit in die Hand gab, „den Ausbruch des Krieges zu verhindern oder auch nur zu verzögern?“ Dies wurde vom Staatssekretär verneint, der die eigene Machtlosigkeit einräumte – und diese Ansicht vertrat auch de Mendelssohn. Gleichwohl, obwohl Weizsäcker (sowie Kordt) sich permanent „der Unzulänglichkeit und Ungeeignetheit ihres Apparates völlig bewußt“ waren, fuhren sie fort. Dazu de Mendelssohn:

„Sie werden Opfer ihrer Illusionen, nachdem sie ihre Illusionen geopfert haben. Gerade das aber sollte Fachleuten nicht passieren. In diesem Licht besehen, gewinnen Professor Taylors Vorwürfe mehr als rein polemisches Gewicht. Anfänglich versucht Weizsäcker, sich Ribbentrop zu bedienen und durch ihn zu arbeiten. (...) Als sich herausstellt, daß er nicht erreicht, versucht er, gegen Ribbentrop und Hitler zu

¹³²⁹ Ebenda, S. 503.

¹³³⁰ Hier setzte der Autor, wie er anmerkte, das Wissen des Lesers des „Monat“ voraus, so dass er keine weiteren Erläuterungen vornahm.

¹³³¹ Ebenda, S. 504.

arbeiten, indem er – allzu schweigsam – mit ausländischen Diplomaten konspirierte. Aber bei dem einen, einzigen wirklich ernsthaften Versuch, Hitler in die Zügel zu fallen, wird die delikate Aufgabe schließlich den Brüdern Kordt überlassen.¹³³²

Vor dem Hintergrund der Erinnerungen des Panzergenerals Heinz Guderian¹³³³ war für Peter de Mendelssohn – der mit Blick auf die „Fragen der politischen Moralität“ hier keineswegs den ‚dummen General‘ gegen den ‚klugen Diplomaten‘ gegeneinander ausspielen wollte – die Möglichkeit des Zurücktretens keineswegs so kompliziert, wie es seines Erachtens Weizsäcker in seinem Buch „nachträglich weismachen“ wollte. Sowohl vor als auch unmittelbar nach Kriegsausbruch bestand sehr wohl die Möglichkeit, wie es Weizsäcker selber einräumte, seine Entlassung bei Ribbentrop durchzusetzen, wenn er es wirklich gewollt hätte. „Aber“, so de Mendelssohn:

„er gibt auch zu, daß er nicht gewollt hat. Er gesteht ein, daß das Auswärtige Amt jetzt jeden Anschein eines tatsächlichen Wirkungskreises eingebüßt hat, und es wird unverständlich, wie er glauben konnte, in seinem Rahmen die zweite Hälfte der ‚selbsterwählten‘ Aufgabe zu erfüllen – nämlich die Abkürzung des Krieges und Wiederbeschaffung des Friedens –, um derentwillen er es ablehnt, seine Entlassung zu forcieren, im Amt bleibt und ein neuerliches Odium auf sich nimmt.

„Ich wollte ihn (den Abschied) nicht erzwingen. Je mehr man in die Hitler-Küche hineinroch, um so stärker fühlte man die Pflicht, dazubleiben und die Giftmischerei zu verhindern.“ Doch verhinderte man die Mischerei eines einzigen Giftes? Kannte man überhaupt die Rezepte? Und ist man nicht beim häufigen Kosten selbst ein bißchen mitvergiftet worden?¹³³⁴

Weizsäcker verblieb auch nach dem deutschen Überfall Polens und der Sowjetunion durch die Wehrmacht im Amt und alle realitätsfernen und – so könnte man sagen – unpolitischen Friedensbemühungen – so wie er sie verstand – blieben erfolglos. Insbesondere auch deshalb, weil er nach Meinung von de Mendelssohn gar nicht erkannte, dass „Hitler den Krieg von Anfang an als ein Mittel zum Zweck seiner Verewigung und Unabsetzbarkeit ansah“ und sich Weizsäcker im Grunde genommen in seinem „Erinnerungsbuch“ sich schon gar nicht mehr daran erinnerte, „wer den Krieg eigentlich angefangen“ hatte. (S. 505 f.) Und nachdem sein ehemaliger Vorgesetzter, von Ribbentrop, von den Alliierten im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess zum Tode durch den Galgen verurteilt wurde, fragte sich Ernst

¹³³² Ebenda, S. 504 f.

¹³³³ Der Autor zitierte hier aus dem Buch Heinz Guderian, Erinnerungen eines Soldaten, Heidelberg 1950 folgende Stelle: „Wer andere Ansicht war als Hitler, hatte die Pflicht, ihm das offen zu sagen, wenn nicht im Inland, dann aus dem Ausland. Dies gilt in erster Linie und ganz besonders für die Zeit, als es noch Zweck hatte, nämlich für die Zeit vor dem Kriege. Ich muß ablehnen, jene heute Widerstandskämpfer zu nennen, die nur hinter den Kulissen getuschelt haben, daß sie anderer Ansicht seien, die nur andere Leute anzustiften versuchten ...“ (ebenda, S. 505).

¹³³⁴ Ebenda, S. 505.

von Weizsäcker, angesichts der Tatsache, dass er im Wilhelmstraßen-Prozess verurteilt wurde, in einer „merkwürdigen Umkehrung“:

„Wie könnte man mir einen Prozeß dafür machen, daß ich, um den Krieg zu vermeiden und ihn abzukürzen, im Amt geblieben war? Ich hätte es eher einer Hitler-Staatsanwaltschaft gegönnt, mich vor einen Volksgerichtshof zu ziehen – denn dort hätten sie und ich in der richtigen Front gestanden.“¹³³⁵

Peter de Mendelssohn kommentierte diese Passage mit folgenden Worten:

„Es ist unmöglich, an die Aufrichtigkeit dieses Satzes zu glauben. Wenn dies Stolz und Courage sind, dann sind es Stolz und Courage im nachhinein, und sie kommen von einem Mann, der sein Äußerstes tat, um dem Volksgerichtshof aus dem Weg zu gehen, und noch in Rom als Botschafter beim Vatikan zitterte, er könne doch in den Prozeß des 20. Juli hineingezerrt werden.“¹³³⁵

Nach dem Dafürhalten von de Mendelssohn hätte Weizsäcker im Unterschied zum „Pater Wehrle“, der im bereits erwähnten Witzleben-Prozess als Mitangeklagten des „20. Juli“ eine „unvergeßlich eindrucksvolle moralische Figur“ abgab – für den Pater Wehrle gab es so etwas wie das ‚geringere Übel‘ nicht und konnte es gar „nicht geben“ – aller Voraussicht nach auch nicht „annähernd“ eine so moralisch integere Figur abgeben. „In Wahrheit spielte sich der Kampf Weizsäckers“, so de Mendelssohn,

„der von der Geschmacklosigkeit des oben zitierten Satzes gekrönt wird, auf einem Gebiet ab, das von der Front und ihren Schützengräben sehr weit entfernt lag. Das ‚Amt‘, welches Weizsäcker repräsentierte, und der Menschentyp, der er war, hatten aufgehört, von Gewicht zu sein und spielten längst keine Rolle mehr. (...) Die Maschinerie, die er zu betreuen gewohnt war, war längst zum alten Eisen geworfen worden, und das neue Monstrum, welches mit Volldampf über die Erde raste, verlangte einen anderen Typ von Mechaniker. Genau genommen, es verlangte einen Mann, der entschlossen und imstande war, einen wirklich großen Schraubenschlüssel ins Getriebe zu werfen. Weizsäcker war nicht dieser Mann, und er besaß keinen Schraubenschlüssel. Hitler und Ribbentrop wußten das und hatten nichts dagegen, daß er auch weiterhin herumstand und den Eindruck erweckte, als sei er der Maschinist. Unter diesen Umständen rangierte er geschäftig seine kleine Lokomotive ohne Zug dahinter auf dem Abstellgleis hin und her, während die großen Höllenexpresse auf dem Hauptgleis dröhnend an ihm vorbeidonnerten.“¹³³⁶

Darüber hinaus stellte sich für Peter de Mendelssohn in diesem Zusammenhang die für ihn zentrale Frage, ob nämlich der Zweck die Mittel rechtfertigte? Genauer: „Rechtfertigte das den Weg, selbst wenn sich voraussehen ließ oder doch auf halbem Weg herausstellen mußte, daß am Ende des Weges gar kein Ziel vorhanden war?“ Und angesichts von Ausführungen Weizsäckers in seinem Buch – wo dieser unter anderem die Frage aufwarf: ‚Warum ich bei

¹³³⁵ Ebenda, S. 506.

¹³³⁶ Ebenda, S. 506 f.

völligem innerem Widerstand gegen die herrschenden Menschen, Maximen, Methoden und Motive meinen Namen zu einer fast aussichtslosen Arbeit hergegeben hatte, das mußte ich mit mir selbst abmachen.’ – äußerte sich de Mendelssohn folgendermaßen:

„Man wird die Berechtigung dieses Anspruchs bezweifeln dürfen. Es ist höchst fraglich, ob ein Mann in der Stellung Weizsäckers seine Taten und Unterlassungen der öffentlichen Beurteilung kurzerhand entziehen und ‚mit sich selbst abmachen‘ kann. Diese Formel ist eine bequeme Hintertür, durch die man versuchen kann hinauszuschlüpfen, aber sie bleibt eine Hintertür. Es trifft vermutlich zu, daß die Politik nur allzu häufig auf nicht mehr hinausläuft als eine Suche nach dem geringeren Übel. Aber das Entscheidende ist doch wohl, daß sie es nicht sollte und daß es niemals vorgefaßtes Ziel sein darf. Wenn man die Suche nach dem geringeren Übel überhaupt als politische Zielsetzung zugestehen will, dann doch nur in der Voraussetzung, daß sie an dem Grad ihres Erfolges bemessen wird. Nur der Erfolg kann *diese* Zielsetzung rechtfertigen, und hier, wenn überhaupt irgendwo, spricht die Erfolglosigkeit das Urteil. Weizsäcker freilich fand das geringere Übel nicht, aus dem einfachen Grund, weil es nicht vorhanden war, es sei denn, daß er sich selbst als das geringere Übel ansah. Man kann sich des Gefühls nicht erwehren, daß ihm daran liegt, beim Leser diesen Eindruck zu erwecken: man hätte uns machen lassen sollen, und diese Sache wäre nicht so schlimm geworden!“¹³³⁷

Angesichts des „lückenhaft-hochfahrende(n) Bericht(s) des schweigsamen Staatssekretärs“ (S. 507) und insbesondere aufgrund von Weizsäckers Vorstellung, dass er die zurückliegende deutsche Geschichte, genauer gesagt, das zurückliegende „Schicksal seines Volkes, Europas, der Welt“ mit ‚sich selbst abmachen‘ zu können glaubte, kam Peter de Mendelssohn zum Abschluss seiner Auseinandersetzung mit den „Erinnerungen“ von Ernst von Weizsäcker in seinem Rezensionssatz „Die verhinderten Hochverräter“¹³³⁸ zu der Ansicht, dass genau dies nicht möglich sei und er darauf keinen Anspruch hat. „Nichts anderes“, so de Mendelssohn,

„sagten schließlich auch die Hauptkriegsverbrecher in Nürnberg in ihren Schlussworten: daß sie für das, was sie getan hätten, nur vor sich selbst, vor ihrem Gewissen oder bestenfalls vor dem deutschen Volk sich zu verantworten hätten – nicht aber vor der Welt, die sie für Tat und Untat in Schutt und Asche gelegt hatten. Man drehe es, wie man will. Mit diesem einen Satz,

¹³³⁷ Ebenda, S. 507.

¹³³⁸ Zur „Gewissensfrage“, die Ernst von Weizsäcker, Erich Kordt und Vizeadmiral a. D. Kurt Aßmann in ihren Büchern zur Sprache brachten, schrieb Peter de Mendelssohn u. a.: „warum die deutsche Opposition unter den gegebenen Umständen nicht die letzte logische Konsequenz gezogen hat und bis zum militärischen Verrat gegangen ist, um Hitlers Niederlage zu beschleunigen“, ebenda, S. 508 f. Mit Blick auf die Position von Admiral Aßmann, der dem „Verrat“ ablehnend gegenüber stand, stellte de Mendelssohn für alle drei genannten Personen fest: „daß es bei aller Hitler-Gegnerschaft patriotische Pflicht war, trotzdem das Äußerste zu tun, um selbst in diesem ungerechtesten aller Kriege den Sieg zu erringen, wenn es nur irgend ging.“ (S. 508). Und weiter: „daß es auch für die Hitler-Gegner innerhalb Deutschlands einen ‚glücklichen Ausgang des Krieges‘ im Sinne Hitlers gab, daß ihnen der ‚Endsieg‘ noch dringender am Herzen lag als der Wunsch, Hitler ‚abzuschüttel‘, wie Weizsäcker es ausdrückt.“ Gibt das nicht jenen recht, die außerhalb Deutschlands geltend machten, so lange Hitler siegte, habe man in Deutschland im Grund gegen ihn nichts einzuwenden, nur einen ‚verlierenden Hitler‘ müsse man natürlich ‚abshütteln‘? Wird hier nicht der Primat der politischen Moral doch letzten Endes dem militärischen Erfolg untergeordnet?“ (S. 509).

wenn schon mit nichts sonst in seiner Rechtfertigungsschrift, hat Weizsäcker die moralische Rechtfertigung – und sie ist hier die politische! – für seinen Prozeß selbst geliefert.¹³³⁹

IV. 1. 8. Die nationalsozialistischen Massenverbrechen und die „Endlösung der Judenfrage“

Nach den frühzeitigen Hinweisen im ersten Heft des „Monat“ auf einzelne Tagebucheintragungen von Joseph Goebbels aufgrund von dessen persönlichen ideologischen Vorstellungen, Zielen und Kommentaren in Bezug auf den nationalsozialistischen Antisemitismus bzw. die „Judenpolitik“ des NS-Systems,¹³⁴⁰ war es der Herausgeber und Chefredakteur der Zeitschrift, Melvin J. Lasky, der bereits zwei Ausgaben später in der bereits angesprochenen Rezension des Buches „Vom anderen Deutschland. Aus den nachgelassenen Tagebüchern 1938 bis 1944“ auf Eintragungen von Ulrich von Hassell aufmerksam machte, in denen dieser auf Massenverbrechen des NS-Systems einging. Von Hassell berichtete nämlich unter anderem von „Massentötungen“ polnischer Juden durch die SS nach dem Überfall auf Polen, „die den deutschen Namen befleckt haben“. Des weiteren zitierte Lasky Eintragungen, in dem zum Ausdruck kam, dass von Hassell angesichts von Nachrichten über „Massenmorde an Juden“ in Russland erschüttert war, angesichts der „unaussprechliche(n) Judenmorde“ durch die SS, die beispielsweise mit ihren Maschinenpistolen spielende jüdische Kinder in einem Ghetto töteten, die sich „unglücklicherweise etwas länger auf der Straße“ befanden, so dass es „selbst SS-Führern“ zuviel wurde.¹³⁴¹

Eine Ausgabe später schrieb C. V. Wedgwood in seiner unter der Überschrift „Verantwortung und Antisemitismus“ veröffentlichten Rezension von Jean-Paul Sartres herausgegebener Studie „Betrachtungen zur Judenfrage, dass „organisierte Grausamkeit und kaltblütig berechneter Mord größten Ausmaßes“ noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts

¹³³⁹ Ebenda, S. 508.

¹³⁴⁰ Siehe im Einzelnen oben das Kapitel IV. 1. 3. „Einführung zum Nationalsozialismus: ‚Dr. Goebbels privat‘“

¹³⁴¹ M. J. L. (d. i. Melvin J. Lasky), v. Hassell und die Fäulnis im Staate, Der Monat, Heft 3 (1948), 1. Jg., S. 99-102 (hier S.100 f.); hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: Ulrich von Hassell, Vom Andern Deutschland. Aus den nachgelassenen Tagebüchern 1938 bis 1944, Zürich und Freiburg im Breisgau (o. J.).

gewissermaßen unvorstellbar war, so dass aus diesem Grund „unsere Epoche immerhin einen besonderen Platz gesichert“ hat.¹³⁴²

Allein anhand der Bemerkungen und der Feststellung der historischen Tatsachen in den genannten drei Beiträgen aus den ersten Ausgaben des „Monat“ wird ersichtlich, dass in dem Periodikum die nationalsozialistischen Massenmorde und die Ermordung von (ost-)europäischen Juden in der Folge des Zweiten Weltkrieges thematisiert wurden. Zudem stand hierbei auch die moralische, politische und (welt-)gesellschaftliche Bedeutung im Brennpunkt des (Erkenntnis-)Interesses, andererseits wurde auch in mehreren Veröffentlichungen auf die qualitativen und quantitativen Dimensionen sowie auf die Besonderheit der Vernichtung des europäischen Judentums, d. h. die Singularität der nationalsozialistischen Verbrechen an den europäischen Juden insistiert.

Beispielsweise schrieb Peter de Mendelssohn in seinem Beitrag „Gegenstrahlungen. Ein Tagebuch zu Ernst Jüngers Tagebuch“, dass bei dem Kriegsteilnehmer und „Hauptmann Jünger und seinen Mitoffizieren“ die nationalsozialistischen „Konzentrations- und Ausrottungslager, Gaskammern und andere Vernichtungsstätten wie das Lodzer Ghetto, insbesondere die Massaker der deutschen und ausländischen Juden und endlich das häufig unmenschliche Verhalten der deutschen Bürger gegenüber den russischen Kriegsgefangenen“ des öfteren Gegenstand der Gespräche gewesen war.¹³⁴³ Noch konkreter und präziser wurde Alfred Kazin. Er schrieb nämlich in der Rezension des Romans „The Wall“ von John Hersey – in dessen Zentrum die Schilderung der „Erlebnisse einiger Juden im Warschauer Ghetto“ stand – vor dem historischen Hintergrund, dass drei Millionen Warschauer Juden während des Zweiten Weltkrieges „hingemordet worden sind“, dass „die meisten von ihnen in Viehwagen zu den Gaskammern transportiert wurden, während weitere drei Millionen aus anderen europäischen Ländern ebenso systematisch ausgerottet wurden“.¹³⁴⁴ Und zur qualitativen

¹³⁴² C. V. Wedgwood, Verantwortung und Antisemitismus, in: Der Monat, Heft 4 (1949), 1. Jg., S. 95 f. (hier S. 95); hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: Jean-Paul Sartre, Betrachtungen zur Judenfrage, Zürich (o. J.).

¹³⁴³ Peter de Mendelssohn, Gegenstrahlungen. Ein Tagebuch zu Ernst Jüngers Tagebuch, in: Der Monat, Heft 14 (1949), 2. Jg., S. 149-174 (hier S. 164 f); hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: Ernst Jünger, Strahlungen, Tübingen [o. J.]. Zu dem Ausmaß des Wissens der nationalsozialistischen Verbrechen an den europäischen Juden sowie hinsichtlich des „häufig unmenschliche(n) Verhalten des deutschen Bürgers gegenüber den russischen Kriegsgefangenen“ stellte de Mendelssohn fest: so wie „Hauptmann Jünger“ und seine „Mitoffiziere“ wusste auch der „Chef des Generalstabs Bescheid, wahrscheinlich sogar besser. Die zusammengetragene Evidenz ist minutiös und überwältigend; sie lief einem offensichtlich bis ins Pariser Hotel *Majestic* nach. Die Schlußfolgerung ist erlaubt“, so der Autor, „daß das was ein auf Druckposten sitzender Hauptmann ohne viel Zutun wußte und erfuhr, Tausende und Zehntausende von Offizieren und Soldaten gewußt haben. Wie viele von ihnen sitzen im Schiff oder stehen Schlange am Hafen?“ (ebenda, S. 165.)

¹³⁴⁴ Alfred Kazin, Die Tagebücher des Noah Levinson. Betrachtungen zu John Herseys Roman „The Wall“, in: Der Monat, Heft 27 (1950), 3. Jg., S. 315-318 (hier S. 315).

Besonderheit der nationalsozialistischen Massenmorde an den europäischen Juden, traf Alfred Kazin die Feststellung:

„Es bleibt völlig unverständlich, warum die Nationalsozialisten – häufig sehr zum Nachteil ihrer militärischen Maßnahmen – sechs Millionen Juden zusammengetrieben und hingemordet haben, wenn man nicht erkennt, daß mit dem Totalitarismus ein völlig neues System in das Reich der Geschichte eingetreten ist, ein System, das sich durch die völlige Verachtung des Einzelmenschen auszeichnet und sich somit sowohl grundsätzlich als auch durch seine technische Überlegenheit von allen früheren Tyrannieen unterscheidet. Die Nationalsozialisten hatten das jüdische Volk zwar von Anfang an gehaßt, so wie es schon immer im deutschen nationalistischen Denken für alles den Sündenbock abgeben mußte; während des zweiten Weltkrieges aber sollten die Juden das Material für die großen Laboratorien des Todes liefern, in denen die nationalsozialistischen Machthaber ihre Methoden zur Entwürdigung der Menschheit und zur Ausrottung von ganzen Völkern ausprobierten.“¹³⁴⁵

In diesem Zusammenhang hieß es an dieser Stelle zur qualitativen Besonderheit und zur Singularität der Massenverbrechen des nationalsozialistischen Staates an den europäischen Juden bei Alfred Kazin weiter:

„Die besondere Bedeutung der Judenermordung liegt letzten Endes nicht darin, daß sechs Millionen von ihnen starben – schließlich haben ja auch Millionen anderer Menschen im Kriege ihr Leben lassen müssen –, sondern vielmehr darin, daß hier auf Grund einer von höchsten Regierungsstellen getroffenen politischen Entscheidung eine ganze ethnische beziehungsweise religiöse Gemeinschaft in der Etappe abgeschlachtet wurde. Reiche und arme Juden, faschistische und kommunistische, ja sogar auch antisemitische Juden – sie alle mußten sterben, und zwar einfach deshalb, weil sie Juden waren, einerlei ob sie, wie manche unter ihnen, zum Christentum übergetreten waren, oder ob sie im Auftrag der Gestapo andere Juden bespitzelt hatten (auch das kam vor); wenn in Polen jemandem nachweisen konnte, daß er einen jüdischen Großelternanteil hatte, oder wenn man auch nur fand, daß er jüdisch aussah, war sein Schicksal besiegelt. So wurden Millionen erschossen, vergast, ertränkt, in die Luft gesprengt, lebendig begraben oder lebendig verbrannt – nur weil sie Angehörige einer bestimmten Gemeinschaft waren. Niemals zuvor ist eine Menschengruppe derartig dezimiert worden, mit einer solchen bis ins kleinste ausgeklügelten Grausamkeit, mit solchen Machtmitteln und mit einem derartigen Aufgebot hochentwickelter Technik, mit den Mittel eines Staates, der sich damit völlig in ein Mordinstrument verwandelt hatte, um nun ‚im Dienste einer weltumspannenden Idee‘ seine Beschlüsse gründlich und ‚objektiv‘ in die Tat umzusetzen.“¹³⁴⁶

In der Zeitschrift „Der Monat“ wurde also der einzigartige Charakter der nationalsozialistischen Vernichtung des europäischen Judentums bzw. der Ermordung von

¹³⁴⁵ Ebenda, S. 316 f.

¹³⁴⁶ Ebenda, S. 317. Siehe zur Rolle des sogenannten „Judenrates“ im Warschauer Ghetto im Kontext der Judendeportationen sowie zum dortigen jüdischen Widerstand bzw. zum „Warschauer Ghetto-Aufstand“ die knappen Bemerkungen von Alfred Kazin, ebenda, S. 317 f.

sechs Millionen jüdischer Menschen,¹³⁴⁷ d. h. die Singularität von „Auschwitz“, hervorgehoben. Die Einzigartigkeit des nationalsozialistischen Mordes an den Juden ergab sich für den „Monat“, genauer: für einige Autoren der Zeitschrift, nicht allein durch die quantitative Tatsache, dass sechs Millionen Juden umgebracht wurden, sondern auch durch die qualitative Dimension, dass nämlich der deutsche Staat mit den ihm zur Verfügung stehenden Machtmitteln im Grunde genommen alles versuchte, die gesamte (europäische) jüdische Bevölkerung, d. h. alle Männer und Frauen, mit den modernsten technischen Mitteln umzubringen und hierbei auch die jüdischen Kinder nicht verschonte.

In diesem Zusammenhang ergab die Auswertung der Zeitschrift im Zeitraum von Oktober 1948 bis einschließlich April 1960 – mit Ausnahme der Beiträge der NS-Experten Hugh R. Trevor-Roper und Walther Hofer – dass neben dem ausdrücklichen Hinweis auf die nationalsozialistischen Verbrechen,¹³⁴⁸ der ausdrücklichen Feststellung der (quantitativen und qualitativen) historischen Bedeutung der nationalsozialistischen Judenvernichtung¹³⁴⁹ sowie auf die Konzentrations- und Vernichtungslager, kurz: Auschwitz,¹³⁵⁰ eine Auseinandersetzung mit ebendiesem Verbrechenskomplex (einschließlich des rassistischen Antisemitismus in der NS-Ideologie) ausschließlich in sechs Veröffentlichungen erfolgte; zum System der „Konzentrationslager“ (Hannah Arendt) wurde kein eigenständiger Beitrag veröffentlicht. In zwei Beiträgen ging man implizit auf den Nationalsozialismus ein und stellten vor allem eine

¹³⁴⁷ Siehe auch Elliot Cohen, Deutsche und Juden. Eine Rede in Berlin, in: Der Monat, Heft 28 (1951), 3. Jg., S. 375-379.

¹³⁴⁸ Siehe exemplarisch die Feststellung in dem Beitrag: Franz Borkenau, Mut am rechten Ort, in: Der Monat, Heft 8/9 (1949), 1. Jg., S. 63.

¹³⁴⁹ Siehe neben den bereits genannten Veröffentlichungen exemplarisch die Hinweise und Feststellungen in folgenden Beiträgen: Raymond Aron, Für ein europäisches Deutschland, in: Der Monat, Heft 8/9 (1949), 1. Jg., S. 12; Alfred Polgar, Eine gespenstische Erscheinung, in: Der Monat, Heft 36 (1951), 3. Jg., S. 634 (hierbei handelte es sich um eine kritische Auseinandersetzung im Kontext der Rezension des Buches: Ernst von Salomon, Der Fragebogen, Hamburg (o. J.); George Orwell, Gedanken über Gandhi. *Zur vierten Wiederkehr seines Todestages (30. Januar 1948)*, in: Der Monat, Heft 40 (1952), 4. Jg., S. 361 (hier *ex negativo* in der Auseinandersetzung mit der Bedeutung der nationalsozialistischen Judenverfolgung und -vernichtung für Mahatma Gandhi); John Hersey, Brief aus Israel: Hiobs Bund mit den Steinen, in: Der Monat, Heft 45 (1952), 4. Jg., S. 262; Denis Healey, „Hassen wir die Deutschen?“, in: Der Monat, Heft 76 (1955), 7. Jg., S. 369; Hermann Kesten, Kurt Tucholsky, in: Der Monat, Heft 113 (1958), 10. Jg., S. 73.

¹³⁵⁰ Siehe neben den bereits genannten Veröffentlichungen bzw. im Verlauf dieses Kapitels noch aufzuführenden Beiträge exemplarisch die historischen Hinweise und Feststellungen in: Theodor W. Adorno, Zu Oswald Spenglers 70. Geburtstag. Spengler nach dem Untergang, in: Der Monat, Heft 20 (1950), 2. Jg., S. 118; Nathan Glick, Die Leinwand predigt Toleranz. *Rassenprobleme im amerikanischen Film*, in: Der Monat, Heft 21 (1950), 2. Jg., S. 299; Helmut Uhlig, Zeugnis des Widerstands, in: a.a.O., S. 331 (hierbei handelte es sich um eine Rezension des Buches: Inge Scholl, Die Weiße Rose, Frankfurt/Main o. J.); Raymond Aron, Glaube ohne Illusionen, in: Der Monat, Heft 60 (1953), 5. Jg., S. 567; Stefan T. Possony, Otto Abetz als Friedensapostel, a.a.O., S. 96; Hans Schwab-Felisch, Heinrich Böll. Ein junger Schriftsteller und sein Erfolg, in: Der Monat, Heft 62 (1953), 6. Jg., S. 197; Wanda Bronska-Pampuch, Polonaise der Unbelehrbaren. *Zu den Büchern von Tadeusz Nowakowski*, in: Der Monat, Heft 134 (1959), 12. Jg., S. 85.

ideengeschichtliche Thematisierung¹³⁵¹ bzw. -Annäherung¹³⁵² dar. Die beiden Veröffentlichungen von Herbert Lüthy¹³⁵³ und Hannah Arendt¹³⁵⁴ waren angesichts des Gegenstandes (Buchrezensionen) Reflexionen und Analysen, die sich in erster Linie auf Adolf Hitler und die Führungsspitze des nationalsozialistischen Staates bezogen. Der Beitrag von Walter Laqueur ging im Kontext der „Affäre Kastner“ auf den Verbrechenskomplex Auschwitz sowie die Konzentrations- und Vernichtungslager der Nationalsozialisten ein.¹³⁵⁵ Im sechsten Beitrag, einem Leserbrief von Friedrich Carl Westphal zu dem oben angeführten Rezensionsaufsatz „Die verhinderten Hochverräter“ von Peter de Mendelssohn wurde die Rolle des Auswärtigen Amtes und von Ernst von Weizsäcker Kontext der Vernichtung des europäischen Judentums ausführlich¹³⁵⁶ und konkret thematisiert.¹³⁵⁶

Im Folgenden werden in erster Linie, nach einer kurzen Zusammenfassung der hier interessierenden Ausführungen aus den beiden ideengeschichtlich angelegten Beiträgen von Eugen Lerch und Melvin Richter, die zentralen Aussagen und Deutungen von Herbert Lüthy, des genuin analytisch-historischen Beitrages von Hannah Arendt sowie von Friedrich Carl Westphal rekapituliert. Im Anschluss daran werden die Kernaussagen und -informationen von Walter Laqueurs Veröffentlichung zum Nationalsozialismus hervorgehoben.

Der Philosoph Eugen Lerch¹³⁵⁷ leitete seinen nicht ausdrücklich auf die deutsche Geschichte, sondern auf sämtliche westliche Staaten einschließlich Russlands bezogenen Beitrag „Der

¹³⁵¹ Siehe die entsprechenden Ausführungen in: Eugen Lerch, Der Rassenwahn. Von Gobineau zur UNESCO-Erklärung, in: Der Monat, Heft 26 (1950), 3. Jg., S. 157-174.

¹³⁵² Siehe die entsprechenden Ausführungen in: Melvin Richter, Der Begriff der Rasse. Aus dem Briefwechsel zwischen Tocqueville und Gobineau, in: Der Monat, Heft 121 (1958), 11. Jg., S. 33-46.

¹³⁵³ Siehe Herbert Lüthy, Der Führer persönlich. Gedanken beim Lesen zweier Biographien, in: Der Monat, Heft 62 (1953), 6. Jg., S. 149-161; hierbei handelte es sich um die Rezension der Bücher: Alan Bullock, Hitler, A Study in Tyranny, London (o. J.) bzw. dt. Ausgabe: Hitler. Eine Studie über die Tyrannei, Düsseldorf (o. J.) sowie Walter Görlitz und Herbert A. Quint, Adolf Hitler. Eine Biographie, Stuttgart (o. J.).

¹³⁵⁴ Siehe Hannah Arendt, Bei Hitler zu Tisch, in: Der Monat, Heft 37 (1951), 4. Jg., S. 85-90; hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: Henry Picker, „Hitlers Tischgespräche“. Geordnet, eingeleitet und veröffentlicht von Gerhard Ritter, Bonn (o. J.).

¹³⁵⁵ Siehe Walther (sic!) Laqueur schreibt aus Jerusalem: Die „Affäre Kastner“. Wo liegt die Grenze zwischen Heldentum und Verrat?, in: Der Monat, Heft 84 (1955), S. 553-563.

¹³⁵⁶ Friedrich Carl Westphal, Noch einmal ‚Die verhinderten Hochverräter‘, in: Der Monat, Heft 32 (1951), 3. Jg., S. 216-218.

¹³⁵⁷ Bei der redaktionellen Anmerkung zu Eugen Lerch stand unter der Rubrik „Die Autoren des Monats“ folgendes geschrieben: „Als Vertreter einer idealistischen Sprachwissenschaft habilitierte sich der Vossler-Schüler *EUGEN LERCH* 1914 in München in einer geradezu kämpferischen Haltung gegen die in der Routine der Sprachatlanten festgefahrene ‚positivistische‘ Neuphilologie. Aus diesen Anfängen hat der 1934 seiner Professur in Münster enthobene Gelehrte das Interesse für eine publizistische Tätigkeit auch in den Randgebieten seiner Wissenschaft bewahrt, ein Interesse, dem wir unter anderem den in unserem Heft enthaltenen Aufsatz verdanken. Seit Kriegsende lehrte Eugen Lerch zunächst in Köln und Münster, bis er einem Ruf an die wiedergegründete Mainzer Universität folgte. Neben philosophischen und den benachbarten psychologischen Problemen gilt sein besonderes Augenmerk Flaubert, Romain Rolland und der französischen

Rassenwahn. Von Gobineau zur UNESCO-Erklärung“ in der November-Ausgabe des Jahres 1950 mit folgenden Worten ein:

„Der Rassenwahn ist die geistige Seuche unserer Zeit. Er ist der moderne Hexenwahn. Seine furchtbarste Form zeigte er in den Pogromen des zaristischen Rußlands und in der Vergasung der Juden im Hitler-Deutschland. In einer milderer Form ist er überall verbreitet; im deutschen Volk, das der Propaganda der Goebbels, Rosenberg und Julius Streicher zwölf Jahre lang ausgesetzt war, ohne daß ein Widerspruch möglich gewesen wäre, auch noch nach dem Zusammenbruch des Nazismus. Die mildere Form hat die gleiche Wurzel wie die heftige und kann jederzeit in diese übergehen.“¹³⁵⁸

Nach einer ausführlichen Beschreibung der sogenannten Rassenwahntheorie und einem begriffsgeschichtlichen Exkurs des sogenannten Wortes „Arisch“ aus dem „umfangreichen ‚*Essai sur l' Inégalité des Races humaines*‘“ (1854) des französischen Grafen Joseph Arthur Gobineau,¹³⁵⁹ hieß es beispielsweise mit Blick auf das nationalsozialistische Deutschland und den damaligen Glauben an die angebliche Existenz einer ‚arische(n) Rasse‘:

„Dem Volke aber ist der Begriff der arischen Rasse so unablässig eingehämmert worden, daß es dieses Hirngespinnst noch immer für eine Realität hält. In der Hitlerzeit mußte jeder Deutsche, der nicht als Jude behandelt werden wollte, seine ‚arische Abstammung‘ nachweisen, obwohl das Wort in Deutschland bis zur ‚Machtübernahme‘ kaum bekannt war und auch nachher niemand damit eine bestimmte Vorstellung zu verbinden vermochte.“¹³⁶⁰

Klassik, deren Beziehung zur deutschen Klassik seine Schrift ‚*Lessing, Goethe, Schiller und die französische Klassik*‘ (1948) untersucht.“ (Der Monat, Heft 26 (1950), 3. Jg., S. 224).

¹³⁵⁸ Eugen Lerch, Der Rassenwahn. Von Gobineau zur UNESCO-Erklärung, in: Der Monat, Heft 26 (1950), 3. Jg., S. 157.

¹³⁵⁹ Siehe zu Gobineau und zu dessen ideengeschichtlichen Einfluß auf Friedrich Nietzsche, Richard Wagner, Houston Stewart Chamberlain sowie zur Genealogie der nationalsozialistischen „Rassentheorie“ in dem Beitrag: Melvin Richter, Der Begriff der Rasse. Aus dem Briefwechsel zwischen Tocqueville und Gobineau, Der Monat, Heft 121 (1958), 11. Jg., S. 33-46, speziell die Seiten S. 43-46. Hier schrieb Melvin Richter auf S. 43 f. in Bezug auf den Einfluß von Gobineau (sowie von Chamberlain) auf den nationalsozialistischen Antisemitismus und den „expansiven Pangermanismus“ u. a.: „Rosenberg und Hitler änderten dann nur noch wenig: wie Léon Poliakov mit Recht festgestellt hat, lag die einzige Neuerung des Nationalsozialismus in der unbarmherzigen Entschlossenheit, die geschichtliche Wirklichkeit ungeachtet aller Widerstände dieser Rassentheorie anzupassen, und darin, daß er zu diesem Zweck die fürchterlichsten technischen Methoden ersann.“ Und weiter speziell zu Gobineau: „Er betrauerte nur eine verlorene und unwiederbringliche Gesellschaftsordnung und siedelte sein Utopia in ferner Vergangenheit an. Er war weit davon entfernt, irgendeinen Plan anzupreisen, der die Welt durch Eroberung und Massenmord umformen sollte; (...) Der Fall Gobineau lehrt uns, daß wir aufhören sollten, unsere nachträglichen moralischen Bewertungen als Geistesgeschichte auszugeben. Darin wie auch in anderen Dingen liegt die ernste Gefahr, daß die Gegner des Totalitarismus von ihm die Praxis einer Geschichtsklitterung im Dienst der Propaganda übernehmen. Um zu begreifen, wie die Rassentheorie einen solchen Einfluß auf die moderne Welt ausüben konnte, bedarf es vielmehr der äußersten Sorgfalt und Genauigkeit im Denken. (...) Alle Bewegungen, die die Massen aufpeitschten, zur Revolution führten und an den Nationalismus appellierten, waren ihm bis ins Innerste verhaßt. Die Thesen und erst recht die praktischen Auswirkungen der nationalsozialistischen Rassentheorie hätte er entschieden zurückgewiesen.“

¹³⁶⁰ Eugen Lerch, Der Rassenwahn. Von Gobineau zur UNESCO-Erklärung, Der Monat, Heft 26 (1950), 3. Jg., S. 159.

Und vor dem Hintergrund der aus der Sicht von Eugen Lerch feststehenden historischen Tatsache, dass der Begriff ‚Arisch‘ bereits aus der „Wissenschaft verschwunden“ war, als die „Nazis das Wort aufgriffen“, schrieb der Autor:

„Da sie als Urheimat der ‚Indogermanen‘ im allgemeinen die germanischen Länder des Nordens und als führende Edelrasse die ‚nordische Rasse‘ ansahen, war die Ausgrabung der Bezeichnung ‚Arier‘ wenig folgerichtig; aber sie klang sehr wissenschaftlich und war hervorragend geeignet zur Vernebelung.“ Und weiter – nach einem Zitat aus H. F. K. Günthers 1922 erschienenen Buch *Rassenkunde des deutschen Volkes* – : „Hitler oder Goebbels (auch ‚Schrumpfergermane‘ genannt) gehörten dieser Rasse offenbar nicht an; doch als ‚Arier‘ konnten sie sich bezeichnen.“¹³⁶¹

Indes: Nach dem Dafürhalten von Eugen Lerch war das „Durcheinander von ‚arisch‘ und ‚nordisch‘, das für den Nationalsozialismus bezeichnend“ war, bereits „im Keim“ bei dem aus dem französischen Adel des 19. Jahrhunderts stammenden Gobineau angelegt. Dieser fühlte sich, so der Autor, als „germanischer Aristokrat“, der besessen war von der „Wahnidee der Rassenreinheit, die der Nationalsozialismus von ihm übernommen hat. In seinem vierbändigen Hauptwerk versucht er mit Hilfe dieser Idee die gesamte Weltgeschichte zu erklären.“ (S. 161). Obwohl nach Auffassung von Eugen Lerch Gobineau in Frankreich „keine Anerkennung“ erfuhr und er bis zu seinem Tod im Jahre 1882 im Grunde genommen unbekannt war, ging „sein Ruhm“ von Deutschland aus, und zwar, so der Autor, zunächst von dem Kreis Richard Wagners, mit dem Gobineau in persönlichen Beziehungen gestanden hatte. Er hat auch Nietzsche beeinflusst, zu dessen Lieblingswörtern ‚Rasse‘ gehört, der jedoch den Antisemitismus ablehnte.“ (S. 161).

Die Gobineauschen Theorien stießen insbesondere in Deutschland „bei den Alldeutschen“ auf Resonanz, deren Verband, so Lerch, 1891 von Justizrat Claas gegründet wurde, und „bei den deutschen Antisemiten“ – hier vor allem bei der sogenannten „Hammer-Gemeinde“ von Theodor Fritsch – sowie „in Österreich bei den Alldeutschen unter Ritter von Schönerer und bei den Christlich-Sozialen (Karl Lueger); in Wien hat Hitler mit dem Antisemitismus sicherlich auch schon die Theorien Gobineaus eingesogen.“ Und nachdem die 1894 in Göttingen gegründete „Gobineau-Vereinigung“ in den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts eine „verhimmelnde Gobineau-Biographie“ veröffentlichte, waren in diesem zeitlichen Kontext „auch die ‚Grundlagen des 19. Jahrhunderts‘ von Houston Stewart Chamberlain erschienen, die ebenfalls die Überlegenheit der germanischen Herrenrasse über die anderen Rassen verkündigten und in Deutschland viel Bewunderung, freilich auch Kritik fanden.“¹³⁶²

¹³⁶¹ Ebenda, S. 160.

¹³⁶² Ebenda, S. 162.

Nachdem Eugen Lerch die ideengeschichtliche Bedeutung von Gobineau in Frankreich, England und den Vereinigten Staaten von Amerika thematisierte¹³⁶³ und er unter anderem auf die Genesis und Entwicklung des Begriffs „Rasse“ in Deutschland, Frankreich, England und Italien seit dem 15. Jahrhundert einging,¹³⁶⁴ setzte er sich mit dem Nationalsozialismus erst wieder in dem Abschnitt mit der Überschrift „*Der Rassenwahn des Hitler-Reiches*“ auseinander. Zuallererst stellte er fest, dass was von „Hitler und seinem rapid wachsenden Anhängerkreis“ in Bezug auf Behauptungen über „Rassen“ verkündet wurde, „wissenschaftlich wertlos“ war. „Der Rassenwahn“, so der Autor:

wurde zu einem Instrument der Politik. Er richtete sich vor allem gegen die Juden, jedoch auch gegen alle politischen Gegner, die einfach als Juden oder ‚verjudet‘ hingestellt wurden. Ebenso geschah es später mit den Regierungen der Völker, mit denen Hitler Krieg führte, und mit diesen selbst. Dazu mußten der jüdischen ‚Rasse‘ alle nur denkbaren schlechten Eigenschaften angedichtet werden.“¹³⁶⁵

Nach dem Hinweis über die Gründung der „Partei Hitlers“ im Jahre 1919 in München und der Feststellung, dass Hitler bei seinem Putschversuch 1923 noch mit dem „antisemitischen Nationalisten General Ludendorff“ zusammenarbeitete, insistierte Eugen Lerch darauf, dass Hitler in seinem 1924 verfassten ersten Band von „Mein Kampf“ aus den „Phantasien Gobineaus und H. St. Chamberlains, die er mit unverstandenem Nietzsche versetzte“, schöpfte. Insbesondere München avancierte für ihn seinerzeit zu einem Zentrum des Rassenwahns und insbesondere „nach der Machtübernahme“, so Eugen Lerch, „schwollen die Rassenwahn-Publikationen ins Unermeßliche. Man überbot sich gegenseitig.“ Und in Bezug auf den Zusammenhang von (nationalsozialistischer) Theorie und Praxis führte der Autor abschließend im Kontext der Thematisierung des „rassistischen Antisemitismus“ (Melvin Richter)¹³⁶⁶ zur Praxis der „Judenpolitik“ des Nationalsozialismus folgendes aus:

¹³⁶³ Beispielsweise hieß es bei Eugen Lerch in diesem Zusammenhang: „In England äußert sich der Rassenwahn als Glaube an die Überlegenheit des eigenen Volkes und an das Recht, in den Kolonien die Eingeborenen zu unterdrücken. Selbst in den USA, die doch als der ‚Schmelztigel‘ verschiedener Völker und Rassen gelten, gab es eifrige Verfechter des Rassenwahns. Er richtet sich hier gegen die zahlreichen Neger. Zwar ist die Sklaverei durch den Sezessionskrieg beseitigt worden, aber noch immer ist für den Neger seine Hautfarbe eine Strafe.“ Und nachdem Lerch auf die keineswegs erfolgreiche Propaganda der rassistischen „Phantasien“ in den USA einschließlich beim „Kongreß“ im Jahre 1924 sowie bei einem Teil des „amerikanischen Publikums“ einging, schrieb er in diesem Zusammenhang – allerdings eingedenk der Tatsache, daß die USA „zahlreichen deutschen Juden, die von den Nazis verfolgt wurden, Aufnahme gewährt haben“ – : „So besteht der Wahn von einer zum Herrschen berufenen Herrenrasse auch außerhalb Deutschlands, und er bestand sogar schon vor dem Auftreten der Nationalsozialisten, was jedoch keine Entschuldigung für ihre Bestialitäten sein kann.“ (ebenda, S. 162 f.).

¹³⁶⁴ Hier traf Eugen Lerch u. a. die Feststellung: „Danach ist die Einführung des Begriffs ‚Rasse‘ in Deutschland nicht ohne Widerspruch erfolgt. Er war mit dem Humanitätsbegriff Herders, Goethes und Schiller nicht vereinbar.“ (ebenda, S. 170).

¹³⁶⁵ Ebenda, S. 170.

¹³⁶⁶ In diesem Zusammenhang schrieb Melvin Richter, Der Begriff der Rasse. Aus dem Briefwechsel zwischen Tocqueville und Gobineau, in: Der Monat, Heft 121 (1958), 11. Jg., S. 45: „Als die Nazis in diesem Deutschland

„Die grausige Art, wie die theoretischen Irrtümer der Rassenforscher des 19. Jahrhunderts jetzt, da die Menschlichkeit abgeschafft war, in die Praxis umgesetzt wurden, ist bekannt. Man ging schrittweise vor. Schon im März 1933 marschierten SS-Abteilungen vor den jüdischen Geschäften auf und drückten den Kunden einen Stempel ins Gesicht: ‚Wir Verräter kauften bei Juden!‘ Die Juden wurden aus dem Handel, aus den akademischen Stellungen, von den Universitäten entfernt. Bald durfte niemand mehr einen jüdischen Angestellten beschäftigen. Die Nürnberger Gesetze stellten die Rassenmischung unter schwere Strafen. Den Juden wurde der Besuch von Theatern, Konzerten, Kinos, Kurorten verboten. Man nahm ihnen die Kunstwerke, den Schmuck, die Aktien. Man zwang die halbwegs Arbeitsfähigen zu schwersten Arbeiten beim Straßenbau und in den Fabriken, wo sie von den ‚Ariern‘ streng abgesondert wurden. Bei dem Pogrom vom November 1938 wurden 7500 Geschäfte und 168 Synagogen zerstört. Als man dann Polen und Frankreich glorreich erobert hatte, drangsalierte und dezimierte man auch dort die Juden. Bei den deutschen Juden genügte es den regierenden Herren nicht mehr, sie als billige Arbeitskräfte auszubeuten. Man schritt zur ‚Endlösung‘. Man transportierte die Nicht-Ausgewanderten, mitsamt den westeuropäischen Juden, nach Polen, in die Ghettos und von da nach Auschwitz und in die übrigen Vergasungsstätten. Funktionär werden oder auf der Stufenleiter der Funktionäre aufsteigen konnte nur, wer fanatischen Judenhaß empfand oder markierte. Judenhaß ersetzte mangelnde Befähigung. Die alten, übernommenen Beamten durften, wenn sie ihre Stellung behalten wollten, nicht zurückstehen. Sie beruhigten ihr Gewissen damit, sie seien geblieben, um ‚Schlimmeres zu verhüten‘. Einige haben heimlich ein paar Juden gerettet. Von den furchtbarsten Greueln haben die meisten nichts gewußt, denn die Anweisungen zur Durchführung der ‚Endlösung‘ waren streng geheim.

Die Meinung der Regierten über die amtlichen Gemeinheiten war geteilt. Diese Meinung zu ermitteln, war unmöglich. Mißbilligung dieser Maßnahmen wagte kaum jemand zu äußern: er hätte sich, als Mindestes, mit dem Odium beladen, ‚Judengenosse‘ oder ‚verjudet‘ zu sein. Jeder wußte, daß das KZ seiner wartete. Nur sehr vertrauten Freunden gegenüber, auf die man sich unbedingt glaubte verlassen zu können, machte man aus seinem Herzen keine Mördergrube. Aber auf wen konnte man sich schließlich verlassen? Die meisten waren indifferent. Sehr verbreitet war die Ansicht: Die Juden, die ich kenne, sind anständige Juden, aber die anderen werden wohl so sein, wie Hitler und Goebbels sagen. Oder die andere: ‚Was die neue Zeit uns gebracht hat, ist so herrlich, daß man dabei das Vorgehen gegen die paar Juden in Kauf nehmen muß.‘¹³⁶⁷

In seinem Rezensionssatz „Der Führer persönlich. Gedanken beim Lesen zweier Biographien“ aus dem Novemberheft 1953 des „Monat“ kam Herbert Lüthy,¹³⁶⁸ neben der

die Rassentheorie mit dem Führerprinzip und dem Antisemitismus verbanden, waren damit alle Elemente einer totalitären Ideologie beisammen. Die Behauptung eines jüdischen Komplottes erklärte nun alle persönlichen und nationalen Demütigungen; die These von der deutschen Herrenrasse gab allen denen das Gefühl ihres Wertes zurück, die vorher in der Gesellschaft keinen Fuß fassen konnten. Sie waren nun bereit, einer Bewegung und ihrem Wortführer zu folgen, der ihnen eine neue Bestimmung verhiess.“

¹³⁶⁷ Eugen Lerch, Der Rassenwahn. Von Gobineau zur UNESCO-Erklärung, Der Monat, Heft 26 (1950), 3. Jg., S. 171 f. An dieser Stelle schrieb Eugen Lerch zu den sogenannten „Rasseforscher(n) von Beruf“ anschließend auf S. 172: „Gewiß: ihre Schriften aus dieser Zeit enthalten keine Judenhetze. Von den Juden ist kaum die Rede. Aber sie führen fort, von der abgründigen Verschiedenheit der Rassen, auch im Geistig-Seelischen, zu schreiben. Sie sprachen von fremden Rassen, und sie wußten, daß ihre Leser darunter die Juden verstehen würden. Deshalb hätten sie schweigen müssen. Ihre Bücher aus dieser Zeit stehen in den öffentlichen Bibliotheken unter Verschuß. Die meisten von ihnen lehren wieder an deutschen Universitäten.“

¹³⁶⁸ Herbert Lüthy, Der Führer persönlich. Gedanken beim Lesen zweier Biographien, in: Der Monat, Heft 62 (1953), 6. Jg., S. 149-161.

naheliegenderweise ausführlichen Beschreibung und Analyse des „Phänomen Hitler“, auch und vor allem auf die vom nationalsozialistischen Staat und seiner Führungsspitze um Adolf Hitler in Gang gebrachten Massenverbrechen und auf die Ermordung des europäischen Judentums zu sprechen.¹³⁶⁹

Angesichts von „fünfundzwanzig Millionen Tote(n)“, die das Hitlersche „Reich“ gekostet hat, schrieb Herbert Lüthy – unter anderem vor dem Hintergrund seiner Auffassung, dass „keine noch so sorgfältige und gewissenhafte Biographie“, die die „Persönlichkeit Hitlers zu erfassen sucht“, die Lektüre von Adolf Hitlers „Mein Kampf“ ersetzen kann –, mit Blick auf dessen „Doktrin“:

„Es ist längst allen, die sich mit seiner ‚Doktrin‘ auseinandersetzen, aufgefallen, daß er seine eigenen Charakterzüge, Methoden und Ziele stets am Zerrbild seines Gegners analysierte, daß gerade seine berühmtesten und in der nationalsozialistischen Praxis bewährtesten Lehrsätze über Propaganda und politische Taktik nicht als seine eigenen Grundsätze, sondern als Entlarvung der verruchten Methoden des ‚Weltfeinds‘ dargelegt sind, des Welteroberungsplans der ‚Weisen von Zion‘, der ‚marxistischen Demagogie‘, der alliierten Propaganda im ersten Weltkrieg: stets hat er dem, was er haßte und verfluchte, die Züge seines eigenen Spiegelbilds verliehen. Wir werden auf diesen Grundzug seiner haßverzerrten Psyche keine Theorie bauen und seine unerweisliche Herkunft unerweislich sein lassen.“

Und zur angesprochenen Lektüre von „Mein Kampf“ führte Lüthy weiter aus:

„Daß es von groben Unwahrheiten und noch schlimmeren Halbwahrheiten strotzt, hindert nicht, daß es die geistige Persönlichkeit des Verfassers mit beängstigender, wenn auch unfreiwilliger Wahrhaftigkeit widerspiegelt. Es tut auch nichts zur Sache, daß es die äußeren Umstände von Hitlers Werdegang in denkbar unbestimmten, verwischten und verklärten Zügen schildert; (...)“¹³⁷⁰

Auch vor diesem Hintergrund ging Herbert Lüthy, in dessen Augen Hitlers „Wahnwelt“ schon mit fünfunddreißig Jahren in „Mein Kampf“ im Kern ausformuliert war, angesichts der Tatsache, dass sich ebenjene Hitlersche (Weltanschauungs-)Wahnwelt im Verlauf des Zweiten Weltkrieges zum „systematischen Delirium ausgebaut“ hatte, auch und vor allem auf die nationalsozialistischen Massenverbrechen ein.¹³⁷¹ Hitler, so Lüthy, war fünfzig Jahre alt,

¹³⁶⁹ Zwischenbemerkung an dieser Stelle: Vor dem Hintergrund der durch die Nürnberger Prozesse zu Tage geförderten historischen Erkenntnisse in Bezug auf die im Verlauf des Zweiten Weltkrieges begangenen deutschen Massenverbrechen, ging die NS-Forschung in den 1950er Jahren (und in den darauffolgenden Jahren) davon aus, dass insbesondere bei der „Endlösung der Judenfrage“ Hitler die persönliche Entscheidung dazu getroffen hatte, die in einem „schriftlichen Führerbefehl“ niedergelegt wurde. D. h., dass Herbert Lüthy, Hannah Arendt, Friedrich Carl Westphal und Walter Laqueur – sowie die anderen Autoren des „Monat“ – in den unterschiedlichen Veröffentlichungen zur „Endlösung der Judenfrage“ von einem „Führerbefehl“ ausgingen.

¹³⁷⁰ Herbert Lüthy, Der Führer persönlich. Gedanken beim Lesen zweier Biographien, S. 154.

¹³⁷¹ Neben den beiden Hitler-Biographien diente hier Herbert Lüthy als weitere historische Quelle in erster Linie die sogenannten „Tischgespräche“ (aus dem „Führerhauptquartier 1941-42“) von (Henry) Picker sowie ein – indes nicht ausdrücklich genannter – früher Band von (Hermann) Rauschnig über Hitler bzw. den

„als er, unumschränkter Führer und Oberster Kriegsherr eines Deutschen Reiches, das er in einen ausweglosen Krieg gegen die Welt geführt hatte, im Führerhauptquartier 1941-42 seine ‚Tischgespräche‘ hielt“. Nach Ansicht Herbert Lüthys waren die sogenannten „Tischgespräche“ ein neuerliches Zeugnis über die „Geheimlehre“ des Führers von der „Aufzucht des Gottmenschen“¹³⁷². Denn, so führte er ausdrücklich aus:

„Öffentlich hatte er immer so gesprochen, als betrachte er das deutsche Volk als ‚arisch‘; im Kreise der Anbeter aber verriet er das dunkle Geheimnis, daß es den ‚Arier‘ gar nicht mehr oder vielleicht noch nicht gebe, sondern daß er durch diktatorischen Eingriff in die mißratene Schöpfung, durch staatlich gelenkte biologische Mutation durch ‚Verdrängungskreuzung‘, wie der Kleintierzüchter Darré sagte, mittels ‚Herausziehung des nordischen Rassekerns‘ aus den zuchtfähigen europäischen Völkern aufgezüchtet werden müsse; zum Laboratorium dieser kommandierten ‚Emporzeugung‘ aber war Osteuropa und Rußland ausersehen, über deren dem Analphabetismus, den Seuchen und dem Aussterben überlassenen Knechtsvölkern sich die asphaltierte Kunstwelt des nordischen Zuchtwahlstaats erheben sollte. Das ist der tiefe und ‚weltwendende Sinn dieses Krieges, den nur er durchschaut, der Wächter des Graal, der köstlichen Schale nordischen Bluts, aus der das arische Gottmenschentum destilliert werden wird. (...) Und nichts von diesen Ausschweifungen eines kranken Gehirns blieb Theorie: in Auschwitz und Maidanek vollzog sich die ‚Endlösung der Judenfrage‘ durch millionenfachen Mord, das Euthanasieprogramm zur Ausrottung der ‚Minderwertigen‘ und Geisteskranken war am ersten Kriegstag durch Führerbefehl in Gang gesetzt worden, in den eroberten Ostgebieten nahmen die SD-Einsatzgruppen mit viehischer Systematik die Zertrampelung der ‚Knechtsvölker‘ in Angriff, das ‚Rasse- und Siedlungsamt‘ des Reichsführers SS katalogisierte in seinen Kartotheken mit pedantischer Sorgfalt den nach Punkten eingeschätzten Züchtungswert Hunderttausender von ‚Umgesiedelten‘ und Vertriebenen, die zur rassischen Aufzucht im ‚deutschen Siedlungsraum‘ eingesetzt werden sollten, und in Polen, Holland und Norwegen hatten die ‚blutsmäßigen Fischzüge‘ menschlichen Zuchtmaterials für Himmlers Ordensburgen begonnen. Nie ist in solchem Ausmaß ein geistiges Delirium zur Weltgeschichte geworden.“¹³⁷²

Neben diesen Ausführungen des schweizer Historikers und Publizisten Herbert Lüthys zu den nationalsozialistischen Konzentrations- und Vernichtungslagern und zur „Endlösung der Judenfrage“ – die vom Autor vor dem Hintergrund der Hitlerschen Weltanschauung in den Kontext des Zweiten Weltkrieges, genauer, in den ideologisch motivierten rassistischen Lebensraum- und Eroberungskrieg in den osteuropäischen Ländern durch die Wehrmacht, den „SD-Einsatzgruppen“ und das „Rasse- und Siedlungsamt des Reichsführers SS“ unter Heinrich Himmler gerückt wurde – sowie über das Euthanasieprogramm, mit der ausdrücklichen Feststellung, dass ebendiese Massenmorde durch „Führerbefehl“ mehreren Millionen Menschen, d. h. Juden und „Minderwertigen und Geisteskranken“, das Leben

Nationalsozialismus (hierbei dürfte es sich aller Voraussicht nach um das Buch Hermann Rauschnig, Gespräche mit Hitler, Zürich 1940 gehandelt haben; J. G.)

¹³⁷² Herbert Lüthy, Der Führer persönlich. Gedanken beim Lesen zweier Biographien, S. 157.

kostete, kam der „Monat“ durch die international bekannte Totalitarismus-Expertin Hannah Arendt *expressis verbis* auf die „Endlösung der Judenfrage“ zu sprechen.

Wie schon in dem Rezensionssatz von Herbert Lüthy stand auch in der Buchbesprechung „Bei Hitler zu Tisch“ der Oktoberausgabe des Jahres 1951 des „Monat“ naheliegenderweise der „Führer“, und hier insbesondere das „Phänomen“ Hitler, im Scheinwerfer der historischen Analyse des nationalsozialistischen Herrschaftssystems von Hannah Arendt.¹³⁷³ Nach ihren einleitenden kritischen Worten zur „Ritter-Kontroverse“¹³⁷⁴ schrieb die Autorin, die sich ausdrücklich auf mehrere schriftliche Dokumente der Nürnberger Prozesse bezog,¹³⁷⁵ mit Blick auf Hitlers Politik der „Endlösung der Judenfrage“ und speziell zur „Frage der ‚Ausmerzungs‘ der Juden und der östlichen Völker“:

Noch 1942 spricht Hitler von seinen Plänen, Juden in Madagaskar oder (eine neue Version) in Lappland oder Sibirien anzusiedeln, während doch bereits seit Beginn des russischen Feldzugs, also seit Frühjahr 1941 jedenfalls, die Ausrottung des Judentums beschlossen war und durchgeführt wurde. Die für ‚Ausmerzungsarbeiten‘ bestimmten Einsatztruppen wurden vier Wochen vor Beginn des Angriffs auf Rußland gebildet, und wir wissen, aus den beeidigten Berichten der Führer der Einsatzgruppen, daß im Sommer 1941 mehr als dreihunderttausend Juden durch Massenerschießungen umgekommen waren. Damals hatte sich bereits herausgestellt, daß Pogrome, veranstaltet mit Hilfe der ‚zuverlässigen Bevölkerung‘ in den Ostgebieten, für die ‚völlige Vernichtung der Juden‘ nicht ausreichen würden. Bereits im Herbst 1941 war der Architekt und SS-Standartenführer Blobel beauftragt worden, einen Plan für die Errichtung von Gasöfen vorzulegen; dieser Plan wurde Hitler – während er mit den Generälen über geeignete Siedlungsgebiete für Juden und die Möglichkeit plauderte, daß selbst Juden anständige Menschen seien – vorgelegt und von ihm ‚sofort genehmigt‘. Die ersten fahrbaren Gaskammern waren im Frühling 1942 fertig und sind von da an bis zum Ende des Krieges benutzt worden.“¹³⁷⁶

¹³⁷³ Hannah Arendt, Bei Hitler zu Tisch, in: Der Monat, Heft 37 (1951), 4. Jg., S. 85- 90; hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: Henry Picker, „Hitlers Tischgespräche“. Geordnet, eingeleitet und veröffentlicht von Gerhard Ritter, Bonn (o. J.). In der redaktionellen Mitteilung stand einleitend zu dem Beitrag: „Seit Dr. Hannah Arendt, die Autorin des bedeutungsvollen Werkes über ‚Die Ursprünge des Totalitarismus‘ (vgl. Heft 33), den nebenstehenden Aufsatz schrieb, haben sich viele andere Stimmen gegen die bedenkliche Jungfernplikation des Münchener Instituts – und vor allem gegen den Vorabdruck einer derart irreführenden Geschichtsquelle in einer illustrierten Wochenschrift – ergeben. Es sei hier auf den in der ‚Bayerischen Staatszeitung‘ vom 11. August 1951 erschienenen Aufsatz und die scharf ablehnende Äußerung des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Hans Ehard verwiesen.“ (ebenda, S. 85).

¹³⁷⁴ Ich beschränke mich bei der Wiedergabe des Beitrages von Hannah Arendt ausdrücklich auf ihre Ausführungen zur – in diesem Kapitel IV. 2. 9. interessierenden – Analyse und Beschreibung der nationalsozialistischen Massenmorde und zur „Endlösung der Judenfrage“. D. h., auf die kritischen Einlassungen der Autorin zur „Kontroverse Ritter“ – u. a. machte Hannah Arendt dem deutschen Historiker Gerhard Ritter den Vorwurf, tendenziell einen Beitrag „zur Verherrlichung des ‚großen Mannes‘“, also Hitlers, zu leisten –, die den ganzen Rezensionssatz durchzog, gehe ich nicht ausdrücklich ein.

¹³⁷⁵ Arendt bezog sich hierbei auf Dokumente des Nürnberger Militärtribunals, die in der Ausgabe „Nazi Conspiracy and Aggression“ enthalten waren. Anmerkung: hierbei handelte es sich um die amerikanische Ausgabe: Nazi Conspiracy and Aggression, Office of the United States of Counsel for the Prosecution of Axis Criminality, U. S. Government, Washington 1946 (J. G.)

¹³⁷⁶ Hannah Arendt, Bei Hitler zu Tisch, in: Der Monat, Heft 37 (1951), 4. Jg. S. 86. Als Quelle dienten der Autorin an dieser Stelle mehrere Dokumente des Nürnberger Prozesses.

Die von Heinrich Himmler „befehligen SS-Truppen“ verfolgten Hannah Arendt zufolge das Ziel, ein sozusagen neues „germanisches Volk“ heranzuzüchten. Deshalb sollten die ‚Besten‘ aus den ‚germanischen Völkern von uns herausgezogen werden‘, so eine von der Autorin zitierte Äußerung Hitlers; das „eisenhaltige Menschentum“ bestand aus „blauäugigen und blondhaarigen Kindern“, die man ihren Eltern stahl und in Deutschland „zu erziehen beabsichtigte“. Die NS-Verbrechen wurden für Hannah Arendt von Himmler auf „Hitlers Befehl“ organisiert. Denn:

„Schließlich dürfte es an der Zeit sein, nachdrücklichst daran zu erinnern, daß der Auftakt zu diesem ganzen Massenmorden ein persönlicher Befehl von Hitler war, der, am 1. September 1939 erlassen, den Reichsleiter Bouhler und den Arzt Brandt anwies, alle ‚unheilbar Kranken‘ (also keineswegs nur die Geisteskranken!) zu töten. Das von Hitler veranstaltete und von Himmler organisierte Massenmorden war nicht eine ‚revolutionäre Übertreibung‘ eines Sektors der Partei, sondern die folgerichtige Durchführung ihrer Ideologie.“¹³⁷⁷

Im weiteren Verlauf ihrer Veröffentlichung „Bei Hitler zu Tisch“ kam Hannah Arendt auch ausdrücklich auf weltanschauliche Aspekte des Nationalsozialismus, genauer, auf „Hitlers wirkliche Pläne und Ideen“ sprechen. Vor dem Hintergrund der sogenannten Geheimgehaltenen Rede vor dem politischen Führernachwuchs auf der Ordensburg Sonthofen von Adolf Hitler vom November 1937, schrieb die Autorin:

„Während die ‚*Tischgespräche*‘ immer eine überzeugt staatliche Haltung betonen, sagt die Rede, daß die Nazis ‚nicht im Staatsdenken die Grundlage (sehen), sondern in der geschlossenen Volksgemeinschaft‘. Während die ‚*Tischgespräche*‘ die deutschen Eroberungspläne niemals über Europa hinausführen, wird hier offen über ein ‚Weltreich‘ gesprochen. Und während in den ‚*Tischgesprächen*‘ das ‚Nationale‘, über das Hitler sich bereits in ‚*Mein Kampf*‘ so gründlich negativ geäußert hat, immer im Vordergrund steht, handelt er hier nur von der ‚Erkenntnis von der Bedeutung des Blutes und der Rasse‘. Wie bewußt selbst die unteren Führerschichten der Nazis die Abschaffung des ‚Nationalen‘ betrieben, geht aus dem Protokoll einer Konferenz im SS-Hauptamt in Berlin vom Januar 1943 hervor, wo ausdrücklich vorgeschlagen wird, das Wort ‚Nation‘ wegen seines liberalistischen Klanges nicht mehr zu benutzen.“¹³⁷⁸

Angesichts einer „beispiellosen Vernichtungspraxis“ während des Krieges, so Hannah Arendt, war sie der Auffassung, dass Hitler in der besagten Rede im November 1937, die er nach Auskunft der Autorin vor den Generälen Blomberg, Fritsch, Raeder, Hoßbach sowie Göring und Neurath (deutscher Außenminister im Jahre 1937; J. G.) gehalten hatte, immer betonte, dass es „Deutschland um volklosen Raum gehe, nicht um die Eroberung fremder Völker“.

Und Arendt weiter:

¹³⁷⁷ Ebenda, S. 86.

¹³⁷⁸ Ebenda, S. 87.

„und er fügt selbst hinzu, daß es volklosen Raum nicht gebe, sondern daß ein Eroberer immer mit einem Besitzer konfrontiert sei. Daß es also einmal Aufgabe der deutschen Armee sein werde, bevölkerten Raum absolut und radikal zu entvölkern, ergab sich mühelos aus dem Zusammenhang. Sich über die Methoden dieser Entvölkerung den Kopf zu zerbrechen, war natürlich nicht mehr Aufgabe der Wehrmacht, sondern anderer und wichtigerer Zweige der Exekutivgewalt.“¹³⁷⁹

Vor dem Hintergrund der Beschreibung und Analyse des „Phänomens“ Hitler, also der Faszination, die der „Führer“ beispielsweise auf seine oben angesprochenen Zuhörer ausstrahlte, sowie von dessen festem Glauben an „seine Gesamt-, Weltanschauung“¹³⁸⁰, stellte Hannah Arendt hierzu unter anderem fest:

„Seine Zuhörer, so fasziniert sie von der lückenlosen Geschlossenheit dieser Weltanschauung waren, hatten zweifellos in den seltensten Fällen genug praktische Einbildungskraft, um die eigentliche Bedeutung dieser unbeirrbar Logik zu begreifen. Sie dürften in den seltensten Fällen verstanden haben, daß Hitler in seinem Sinne durchaus zureichende Rechtfertigung des organisierten Mordes gab, wenn er behauptete, ‚daß die Natur alles vorgemacht habe und es deshalb das Richtigste sei, der Natur ihre Gesetze abzusehen‘, und ferner feststellte, daß ‚z. B. die Affen Außenseiter als gemeinschaftsfremd tottrampelten‘; wenn er dann gar noch hinzufügte, daß ‚was für die Affen gelte‘, so hätte er sich eigentlich verstanden fühlen dürfen“¹³⁸¹.

Standen in den Ausführungen zu den NS-Massenverbrechen und der „Endlösung der Judenfrage“ in den beiden Rezensionen von Herbert Lüthy und Hannah Arendt aus thematischen Gründen in erster Linie Hitler und das „Phänomen Hitler“ im Fokus des (Erkenntnis-)Interesses, ging ein Leser des „Monat“ auf die Rolle von Ernst von Weizsäcker sowie des Auswärtigen Amtes bei der Vernichtung des europäischen Judentums ein. Anlässlich des Beitrages „Die verhinderten Hochverräter. Wege und Irrwege neuerer deutscher Memoirenliteratur“ von Peter de Mendelssohn (Heft 29) veröffentlichte die Redaktion in der Mai-Ausgabe des Jahres 1951 (Heft 32) den Leserbrief von Friedrich Carl Westphal.

Angesichts der Tatsache, dass zum damaligen Zeitpunkt in der Bundesrepublik Deutschland ein neuer „auswärtiger Dienst“ aufgebaut wurde, stellte Westphal die Frage, „aus welchen Personen dieser auswärtige Dienst zusammengesetzt werden kann.“ Denn, so fragte der Verfasser:

„Ist es innen- und außenpolitisch tragbar, auf einige Fachleute des ehemaligen Auswärtigen Amtes zurückzugreifen, welche die Gunst Hitlers und Ribbentrops bis zuletzt besessen haben und von diesen als ‚politisch zuverlässig‘ betrachtet und bezeichnet wurden, weil sie

¹³⁷⁹ Ebenda, S. 88.

¹³⁸⁰ Siehe hierzu ausführlich ebenda, S. 88-90.

¹³⁸¹ Ebenda, S. 90.

jedenfalls nach außen widerspruchslos Vollstrecker, Ausführende oder Mitwirkende der nationalsozialistischen Außenpolitik mit ihren mannigfachen Terrormethoden waren?"¹³⁸²

Nicht zuletzt ebendiese angesprochene Rolle des Auswärtigen Amtes bei den nationalsozialistischen Massenverbrechen und insbesondere bei der Vernichtung des europäischen Judentums rückte der Leserbrief ins Zentrum (primär davon ist im Folgenden die Rede und mithin nicht von den Überlegungen sowie Einschätzungen des Autors in Bezug auf den Aufbau des „neuen auswärtigen Dienstes“) und zwar, so Friedrich Carl Westphal, vor dem Hintergrund des kurz zuvor erschienenen Buches „Das Urteil im Wilhelmstraßenprozeß“ von „Dr. Kempner“ (d. i. Robert Kempner), des stellvertretenden amerikanischen Hauptanklägers in Nürnberg. „Nie zuvor haben Archive eines Staates“, schrieb Westphal mit Blick auf die Untersuchungsergebnisse des Kempnerschen Buches, „für eine solche Untersuchung zur Verfügung gestanden. Nie zuvor haben Minister und Staatssekretäre, Botschafter und andere hohe Funktionäre in einem gründlichen Verfahren Rede und Antwort stehen müssen. Niemals vorher sind in solcher Exaktheit wörtliche Protokolle sämtlicher Zeugenaussagen angefertigt worden. Das Urteil umfaßt in seiner deutschen Fassung 824 Schreibmaschinenseiten.“¹³⁸³

Das angesprochene rechtskräftige Urteil des Wilhelmstraßenprozesses diente Westphal sozusagen als empirische Grundlage, also als historische Quelle. Westphal zitierte aus dieser Quelle zur Rolle des Auswärtigen Amtes folgendes:

„Das Auswärtige Amt erhielt regelmäßige Berichte über die Tätigkeiten der Einsatzgruppen in den besetzten Gebieten. Viele dieser Berichte sind von Weizsäcker und Wörmann abgezeichnet. Die Berichte gaben Aufschluß über den Massenmord, durch den ganze Gebiete judenfrei gemacht wurden, über die Abschichtung von hilflosen und unschuldigen Menschen, die Erschießung von Geiseln in einem Ausmaß, das zu den angeblich gegen die deutsche Wehrmacht begangenen Straftaten in keinem Verhältnis stand, über die Ermordung gefangener russischer Beamter und über das ganze, mit berechnender Grausamkeit durchgeführte Schreckensregiment; all das wird in der forschenden und dabei sachlichen Sprache militärischer Berichte erzählt.‘ ...

Wichtig ist hier jedoch, daß die erwähnten Aufzeichnungen über die Verbrechen Tatsachen enthalten, die die Behauptung der Angeklagten, von der Endlösung und von dem Zwecke der Verschickung der Juden nach dem Osten nichts gewußt zu haben, glatt widerlegen. Wenn wir erwägen, daß die Angeklagten gewußt haben, was mit den Juden geschah, wenn sie in die Hände der SS, der Gestapo und der Polizei geraten waren, können wir uns unmöglich vorstellen, daß die Angeklagten zu einem anderen Schluß kommen konnten, als daß diese Verschickung mit dem Tode dieser Zwangsverschickten durch Erschöpfung, Überarbeitung, Aushungerung, Mißhandlung und Massenmorden enden würden.‘

¹³⁸² Friedrich Carl Westphal, Noch einmal ‚Die verhinderten Hochverräter‘, in: Der Monat, Heft 32 (1951), 3. Jg., S. 216-218 (hier S. 216).

¹³⁸³ Ebenda, S. 216.

„Durch das Auswärtige Amt wurden jene Vereinbarungen getroffen, in denen die Vichy-Regierung von Frankreich und die Regierungen von Ungarn, der Slowakei, von Bulgarien, Rumänien und Kroatien ihre Zustimmung zu der Deportation der Juden aus ihren Ländern gaben. Einer solchen Zustimmung bedurfte es nicht im besetzten Teil Frankreichs, in den Niederlanden, in Polen, den baltischen Staaten, in Dänemark und in den besetzten russischen Gebieten. Dort wurden die Juden einfach festgenommen und in den Tod geschickt. Auch in diesen Ländern hat jedoch das Auswärtige Amt eine wesentliche Rolle gespielt. Es gehörte zu seinen Aufgaben, die Proteste oder Anfragen anderer Mächte totzuschweigen, zu beschwichtigen oder mit Ausflüchten oder häufig mit Lügen zu beantworten. Alle, die diese Aktion durchgeführt, unterstützt, begünstigt oder in anderer Weise wissentlich an ihnen teilgenommen haben, tragen einen Teil der Verantwortung für diese planmäßigen Verbrechen.“ ...

„Am 19. August 1942 berichtete Rintelen von Ribbentrops Büro in einem Telegramm an das Auswärtige Amt, daß die Abtransporte aus Rumänien am 10. September anfangen werden; die Juden würden nach dem Lubliner Ghetto verbracht werden, wo der „arbeitsfähige Teil arbeitseinsatzmäßig angesetzt“, während der Rest der Sonderbehandlung“ unterzogen werden solle; weiter sei Vorsorge getroffen, daß die Juden beim Überschreiten der rumänischen Grenze ihre Staatsangehörigkeit verlieren; Verhandlungen mit dem Auswärtigen Amt seien seit einiger Zeit im Gange, ihr günstiger Ausgang erscheine gesichert. Zum Schlusse bittet Rintelen um Genehmigung für die Durchführung der Abschiebungsarbeiten.“

„Es handelt sich hier um ein Telegramm von besonderer Bedeutung; wir sind überzeugt und stellen tatsächlich fest, daß Weißsäcker dies Telegramm gesehen hat, da die Verteilung solcher Telegramme nach dem üblichen Geschäftsgang von seinem Büro bestimmt wurde. „Sonderbehandlung“ war der Fachausdruck des Dritten Reiches für Ermordung.“
...¹³⁸⁴

Und vor dem Hintergrund der Verkündung des Urteils im Wilhelmstraßenprozess kam Friedrich Carl Westphal – angesichts der Bestrebungen, der nicht namentlich genannten „Verteidiger der verschiedenen Verurteilten“, eine Aufhebung der Strafe bzw. eine Strafmilderung zu erreichen – auf den durch das zuständige Gericht verkündeten „Berichtigungsbeschluß vom 12. Dezember 1949“ zu sprechen. Westphal zitierte hieraus folgende für die Rolle des Auswärtigen Amtes im Nationalsozialismus und speziell bei der „Endlösung der Judenfrage“ entscheidenden Passagen:

„Das Auswärtige Amt war die einzige Behörde des Reiches, die zuständig beziehungsweise berechtigt war, die Regierung zu beraten, ob die beabsichtigten deutschen Maßnahmen den Grundsätzen des Völkerrechtes entsprachen oder nicht. Es wird wohl zugestanden, daß das Auswärtige Amt nicht in der Lage war, die Regierung oder Hitler zur Befolgung seiner Empfehlungen zu zwingen, doch waren die Angeklagten Weizsäcker und Wörmann verpflichtet und dafür verantwortlich, ihre Empfehlungen wahrheitsgemäß und genau vorzunehmen. Das Auswärtige Amt war die einzige maßgebliche Stelle für die Entscheidung darüber, was internationalen Gebrauch und internationale Verpflichtung darstellte, und war selbst für die Behandlung der Angelegenheiten zuständig, die mit auswärtiger Politik im Zusammenhang standen. Seine leitenden Beamten konnten sich der Verantwortlichkeit nicht einfach entziehen, indem sie ihre Erwägungen auf die Betrachtung beschränkten, ob,

¹³⁸⁴ Ebenda, S. 216 f.

ungeachtet gesetzlicher Rechte, ein Verbrechen nach dem Völkerrecht erfolgreich begangen werden konnte, entweder mit oder ohne Zustimmung der betreffenden Regierung, deren Staatsangehörige von der beabsichtigten Maßnahme betroffen wurden, ohne Rücksicht auf die Frage, ob im gegebenen Fall die angebliche Zustimmung der anderen Regierung freiwillig erfolgte oder durch Furcht oder Drohung herbeigeführt worden war.‘ ...

„Ebenso gegenstandslos ist die Behauptung, daß die Verschickung bereits vor dem 4. März 1942 endgültig beschlossen war und nach diesem Zeitpunkt die Erteilung oder Nichterteilung der Zustimmung durch das Auswärtige Amt unerheblich war. Wir bezweifeln nicht, daß das, was sich letzten Endes ereignete, nämlich die Verschickung dieser unglückseligen Juden aus Frankreich in den Tod im Osten, von Hitler und den Nazi-Organisationen geplant und durchgeführt wurde. Hierdurch wird jedoch nicht die Bedeutung der Tatsache ausgeschlossen, daß vor der Begehung der Tat bei der zur Erteilung von Gutachten und Empfehlungen in Fragen des Völkerrechts zuständigen Reichsbehörde angefragt wurde, ob sie mit der vorgeschlagenen Maßnahme einverstanden sei oder nicht. Die alleinige Empfehlung, die sie innerhalb ihres Zuständigkeitsbereiches machen und der alleinige Widerspruch, den sie vom offiziellen Standpunkt aus erheben konnte, mußte dahin lauten, ob das vorgeschlagene Programm gegen das Völkerrecht verstieß oder nicht, und ob, ungeachtet seiner Gesetzlichkeit, ungünstige politische Folgen im Ausland entstehen konnten. Wenn es sich um ein Programm handelte, das gegen das Völkerrecht verstieß, bestand die unbedingte Pflicht, die anfragende Regierungsstelle in diesem Sinne zu verständigen. Wenn letztere dennoch beschloß, in der Sache vorzugehen, hätten das Auswärtige Amt und dessen Beamten ihre Amtspflicht erfüllt und wären berechtigt, sich hierauf zu ihrer Entlastung zu berufen. Leider erfüllten Wörmann und sein Vorgesetzter, von Weizsäcker, diese Pflicht nicht. Als Wörmann mit den Worten ‚Das Auswärtige Amt hat keine Bedenken‘ einverstanden war und Weizsäcker die Phrase auf ‚hat nichts einzuwenden‘ abänderte – wobei beide Phrasen für die Zwecke dieses Verfahrens als beinahe gleichbedeutend anzusehen sind – , gaben sie den Verbrechern, die das Verbrechen zu begehen wünschten, freie Hand. Unter solchen Umständen ist es müßig, Mutmaßungen anzustellen, ob ein gegenteiliger Rat befolgt worden wäre oder nicht. Es ist ein ungeheurer Unterschied, ob man ‚nein‘ oder ‚nichts einzuwenden‘ sagt. Ersteres würde zur Entlastung dienen, letzteres ist schuldhaft.‘ ...¹³⁸⁵

Aus dem „Berichtungsbeschluß des Weizsäcker-Urteils“ stand für Friedrich Carl Westphal zweifelsohne fest, dass im Wilhelmstraßenprozess „keine Unschuldigen“ verurteilt wurden. Seines Erachtens bewiesen dies nämlich die Akten des Auswärtigen Amtes selbst, und zwar in „völliger Klarheit“ – soweit sie in Nürnberg vorlagen. Darüber hinaus war Westphal der Meinung, dass Ernst von Weizsäcker „kein Widerständler, kein Oppositioneller um jeden Preis, zum Beispiel um den Preis des Verzichts auf eine gut dotierte und im Kriege mit vielen wirtschaftlichen Annehmlichkeiten verbundene hohe Beamtenstellung, war“. Denn dies zeigten für ihn „insbesondere die Akten des Auswärtigen Amtes über die Judendeportationen aus Holland nach Mauthausen, wo die unglücklichen Amsterdamer Juden an bestimmten Wochentagen kollektiv getötet wurden. In dem Nürnberger Urkundenband 60 B findet sich

¹³⁸⁵ Ebenda, S. 217.

der Beweis, daß selbst die alten Fachbeamten des Auswärtigen Amtes zu gehorsamen Schreibtischhelfern des Naziterrors geworden sind.“ Denn, so Friedrich Carl Westphal weiter:

„Am 25. Juli 1942 fordert Weizsäcker, dem bei der Einschaltung des Auswärtigen Amtes in die Judendeportationen aus den besetzten Gebieten offensichtlich nicht wohl zumute ist, ein Rechtsgutachten von der ihm unterstellten Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes. Jetzt – so muß man beim Studium der Akten in dramatischer Spannung hoffen – ist die große Gelegenheit, auf völkerrechtlicher Grundlage von seiten des Auswärtigen Amtes Halt zu rufen. Was in Wirklichkeit geschieht, ist das genaue Gegenteil! In dem Gutachten der Rechtsabteilung vom 31. Juli 1942, in der keine neuen Pg-Beamten von Ribbentrops Gnaden, sondern alte Fachbeamte mit gründlicher Schulung aus der Stresemann-Zeit arbeiten, wird nicht ein Wort über die Völkerrechtswidrigkeit verloren. Dagegen bemüht es sich, Auswege und Finten aufzuzeigen, mit denen die neutralen Schutzmächte von Nachforschungen über die Deportierten abgehalten werden können. Wörtlich heißt es in diesem Gutachten:

... „Aus diesem Grunde hat das Auswärtige Amt wiederholt bei Internierungsmaßnahmen gegen holländische Staatsangehörige angeregt, die Internierungen in Holland vorzunehmen, damit die Schwedische Gesandtschaft nicht den Anspruch erheben kann, die Internierten zu besuchen ... Wenn der in Aussicht genommene Abtransport der Juden aus Holland stattfindet, werden die internationalen Judenkreise über die holländische Exilregierung zweifellos darauf hinwirken, daß die schwedische Gesandtschaft den Versuch macht, sich dieser Juden anzunehmen. Die Reichsregierung wird derartige Versuche nicht mit der Begründung abweisen können, daß durch eine deutsche Regierungsstelle diesen Juden die niederländische Staatsangehörigkeit entzogen worden ist. Die in Aussicht genommene Verordnung wird daher den Zweck der Ausschaltung Schwedens als Schutzmacht *nicht* erreichen. Als nach den Amsterdamer Unruhen mehrere hundert Juden niederländischer Staatsangehörigkeit nach dem Internierungslager Mauthausen verbracht wurden, hat die Polizei die von der schwedischen Gesandtschaft wiederholt beantragte Besichtigung dieses Lagers ständig verweigert. Sie hat aber andererseits den Angehörigen dieser Juden in den Niederlanden laufend Sterbeurkunden übersandt, aus denen man feststellen konnte, wie im Laufe der Monate allmählich alle diese Juden starben. Bei der jetzt beabsichtigten Verschickung der Juden wäre zu prüfen, ob es notwendig ist, daß die Polizei auf diese Weise auch weiter den interessierten Kreisen Material liefert, aus denen sie das Ergebnis der getroffenen Maßnahmen authentisch feststellen können. Solange sich jüdische Internierte in Mauthausen befanden, gab jeweils das Eintreffen weiterer Sterbeurkunden der schwedischen Gesandtschaft den Anlaß, die Anträge auf Besuch des Lagers zu erneuern. Falls es unvermeidlich ist, die niederländischen Juden außerhalb der Niederlande unterzubringen, wäre es zweckmäßig, wenn die Polizei über den Unterbringungsort sowie über etwaige Sterbefälle keine Mitteilungen nach außen gelangen läßt. Dann wird es voraussichtlich auch möglich sein, Verlangen der schwedischen Gesandtschaft auf Besuch der Lager abzubiegen ...“¹³⁸⁶

Friedrich Carl Westphal fand es bemerkenswert, dass mit diesem Rechtsgutachten, in dem das Wort „zweckmäßig“ zur Sprache kam, indessen das Wort ‚völkerrechtswidrig‘ in Gänze fehlte, für Ernst von Weizsäcker „das Problem erledigt“ war. Und in diesem Zusammenhang kam er mit Blick auf von Weizsäcker zu folgendem Urteil: „Er hat sich intern gedeckt, mit seinen Fachbeamten ist er zum Mitwirkungsorgan des Naziterrors geworden. Von dieser

¹³⁸⁶ Ebenda, S. 217 f.

ungeheuerlichen Schuld kann ihn nichts freisprechen, was er aus humanitären Gründen da und dort in Einzelfällen getan hat.¹³⁸⁷

Nach den Veröffentlichungen von Herbert Lüthy, Hannah Arendt und Friedrich Carl Westphal war es zudem Walter Laqueurs Beitrag „Die ‚Affäre Kastner‘. Wo liegt die Grenze zwischen Heldentum und Verrat?“¹³⁸⁸ aus dem September 1955, der ausdrücklich auf die nationalsozialistische Ermordung des europäischen Judentums einging; hierbei wurden auch die deutschen Konzentrations- und Vernichtungslager zur Sprache gebracht. In diesem Zusammenhang nahm der Autor auch und vor allem die nationalsozialistische Ideologie, hier, den Antisemitismus Hitlers sowie einiger führender SS-Funktionäre in den Blick. Im Folgenden wird von der „Affäre Kastner“ nur insofern die Rede sein, als in dem Beitrag von Laqueur sozusagen wertvolle Informationen zur Beschreibung und Analyse des Nationalsozialismus enthalten waren.¹³⁸⁹

¹³⁸⁷ Ebenda, S. 218. Und zum Auswärtigen Amt als Institution führte Westphal an dieser Stelle weiter aus: „Das Auswärtige Amt unter Weizsäcker hat jedenfalls im Kriege versagt, selbst dann, wenn es sich nur schriftlich zu den strengen Grundsätzen des Völkerrechts bei der Besetzung fremder Staatsgebiete hätte bekennen müssen. Ein solches rechtlich fundiertes Bekenntnis auf internem schriftlichem Wege hätte Weizsäcker und seinen alten Fachbeamten nicht geschadet. Für seine historische Beurteilung nach dem unausweichlichen Zusammenbruch wäre es von wesentlicher Bedeutung gewesen. Eine Reichsbehörde, in welcher es ohne Widerspruch der Rechtsabteilung unter der obersten Fachleitung des verantwortlichen Staatssekretärs von Weizsäcker möglich war, daß ein rechtskundiger Legationsrat, der nicht zu den unausgebildeten Nazi-Diplomaten gehörte, den amtlichen Aktenvermerk machte: ‚Ein französischer kriegsgefangener General wird eines unnatürlichen Todes durch Erschießen auf der Flucht oder Vergiftung sterben‘, ist für alle Zeiten gerichtet. Der angebliche Widerstand des Auswärtigen Amtes, wenigstens seiner alten Fachleute, gegen den Naziterror während der Kriegszeit hat sich durch solche Beispiele, die sich in den Akten des Auswärtigen Amtes in Nürnberg zu Dutzenden finden, als eine Fiktion erwiesen, als eine Zweckkonstruktion nach dem Kriege, um den einzelnen wieder an die Staatsgeschäfte der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschaltung der öffentlichen Kritik heranzubringen.

Das Urteil im Wilhelmstraßenprozeß mit seinem erschütternden Original-Urkundenmaterial ist zu einem Maßstab dafür geworden, was von den Vertretern der nationalsozialistischen Außenpolitik unter Hitler und Ribbentrop zu halten ist, die mehr oder minder aktiv an den schauerlichen Vorgängen beteiligt gewesen sind, mit denen der Gerichtshof in Nürnberg sich zu beschäftigen hatte.

Die Bundesrepublik Deutschland muß sich zur Wahrung ihres Ansehens nach innen und außen von diesen Vorgängen, ihren Trägern, Gehilfen und langjährigen Mitwissern öffentlich und nachdrücklich distanzieren, damit sie das Vertrauen des Weltgewissens gewinnt und behält.“ (ebenda, S. 218)

¹³⁸⁸ Walther (sic) Laqueur schreibt aus Jerusalem: Die „Affäre Kastner“. Wo liegt die Grenze zwischen Heldentum und Verrat?, in: Der Monat, Heft 84 (1955), S. 553-563. Unter der Rubrik „Die Autoren des Monats“ stand zum Autor und zu den Hintergründen des Beitrages geschrieben: „Die Darstellung des Kastner-Prozesses in Jerusalem durch *WALTHER LAQUEUR* dürfte alle anderen Berichte über diese vielschichtige, von welthistorischer Tragik umwitterte Justiz-Affäre an Gründlichkeit und Sorgfalt der Dokumentierung übertreffen. Der Autor als Journalist in Israel lebend und unseren Lesern schon aus einer Schilderung der ‚geteilten‘ Landeshauptstadt bekannt (...), war nicht nur häufig bei den Verhandlungen anwesend, sondern gehört zu den wenigen Außenstehenden, die das ganze Konvolut des – hebräisch abgefaßten – Verhandlungsprotokolls sorgfältig durchgeackert haben.“ (ebenda, S. 573) Angemerkt sei hier, dass im Folgenden die richtige Schreibweise, d. h. Walter Laqueur, beibehalten wird.

¹³⁸⁹ Siehe zu den genauen Einzelheiten der „Affäre Kastner“ vor allem den quasi zweiten Teil des Beitrages von Walter Laqueur, ebenda, S. 555-563.

Vor dem Hintergrund der militärischen Offensive der Alliierten im August 1944 in Frankreich und Italien sowie dem Vormarsch der Roten Armee in Richtung Polen, Rumänien und Bulgariens einerseits, dem Kampf der Gestapo gegen den Widerstand des „20. Juli“ andererseits, war der „Ausgang des zweiten Weltkrieges“, so Walter Laqueur zu Beginn seines Beitrages, „entschieden“. Dass die Niederlage für das „Dritte Reich“ entschieden war, wussten seiner Meinung nach auch Hitler, Himmler und das Oberkommando der Wehrmacht. Nur der Zeitpunkt des Kriegsendes war noch offen. Allerdings war Hitler bereit, so der Autor, „Europa einschließlich Deutschlands in ein Trümmerfeld zu verwandeln, das grausige Blutbad endlos zu verlängern.“ Mithin ging der Krieg weiter und kostete täglich nicht nur Tausenden von Menschen das Leben, sondern verschlang auch gewaltige Summen Geld. Die Alliierten, so Laqueur, konnten warten und der genaue Zeitpunkt vom „Endsieg“ war schon nicht mehr von Bedeutung, da am Ausgang des Krieges nicht mehr zu ändern war. „Die Alliierten“, schrieb Walter Laqueur mit Blick auf Hitler, „können warten“:

„Aber ein Volk gibt es in Europa, das nicht warten kann, für das jeder Tag von entscheidender Bedeutung ist. Wenn auch die deutschen Armeen geschlagen und überall auf dem Rückzug sind, so rauchen doch die Schornsteine von Auschwitz, Maidanek, Treblinka weiter. Dafür hat Hitler auch jetzt noch Menschen, Zeit und Geld übrig. Wenn von seinem Programm nichts weiter nachbleibt, ein Punkt soll doch verwirklicht werden: Europa ohne Juden.“ Und Laqueur weiter: „Die deutschen, österreichischen, polnischen, tschechischen Juden, die Juden in den eroberten Gebieten Rußlands sind zum größten Teil ausgerottet. Aber noch immer gibt es Arbeit für die Auschwitzer Verbrennungsöfen: täglich werden jetzt 12 000 ungarische Juden angeliefert. Um den neuen Zustrom zu bewältigen, wird Birkenau, ein neues Vernichtungslager, eröffnet. Täglich 12 000 Menschen, Männer und Frauen, Greise und Kinder. Schneller ausziehen, Männer links, Frauen rechts. Schneller in die Gaskammern, schneller. Denn Hitler hat nicht mehr viel Zeit.“¹³⁹⁰

Vor dem Hintergrund der Deportation von knapp eintausend ungarischer Juden durch die Eisenbahn im August 1944 aus dem Konzentrationslager Bergen-Belsen in Richtung Schweizer Grenze, die ihnen, so Walter Laqueur, „die Freiheit“ brachten, berichtete der Autor von einem zweiten Zug im Dezember 1944, der den selben Weg nahm, so dass letzten Endes auf diese Weise 1685 ungarischen Juden das Leben gerettet wurde. „Im Tausendjährigen Reich“, schrieb Laqueur dazu, ging zu diesem Zeitpunkt „schon vieles drüber und drunter. Aber daß Hitler in letzter Stunde zu einem Kompromiß in der Judenfrage bereit sein sollte ... So ist es auch nicht. Höchstwahrscheinlich weiß er gar nichts von diesem Judentransport in der in seinem Sinne falschen Richtung.“ In diesem Zusammenhang konstatierte der Autor: „Himmler seinerseits tut so, als ob er auch nichts davon wüßte. Die 1685 verdanken ihr Leben einem örtlichen Abkommen zwischen einem Vertreter der Juden Ungarns, Dr. Rudolf Kastner

¹³⁹⁰ Ebenda, S. 553.

aus Cluj (Klausenburg), und einigen mittleren SS-Führern namens Eichmann, Becher, Wisliczeni, von deren Existenz kaum jemand in der weiten Welt etwas gehört hatte.“¹³⁹¹

Dr. Rudolf Kastner war seit 1943 Vorsitzender der „Rettungskommission“ der „Jewish Agency for Palestine“ und hatte damit nach Ansicht von Laqueur einen Posten inne, der „von größter Bedeutung für die ungarische Judenheit (war); es ist Macht – soweit es unter diesen Bedingungen überhaupt Macht geben“ konnte. Als am 19. März 1944 die Wehrmacht in Ungarn einmarschierte übernahmen die „ungarischen Nazis, die Pfeilkreuzer“ unter Admiral Horthy die Regierung. Obwohl auch bereits bis zu diesem Zeitpunkt die ungarischen Juden der Verfolgung ausgesetzt waren, weigerten sich Horthy und seine Minister, so Laqueur, „an der ‚Endlösung‘ teilzunehmen. So wurden die Juden aus ihren Häusern gejagt, ausgehungert, viele verhaftet, aber noch niemand in die Vernichtungslager deportiert. Mit dem deutschen Einmarsch beginnen die Deportationen.“¹³⁹²

Das waren die historischen Voraussetzungen, vor denen dann Dr. Kastner nur wenige Tage später ein erstes Gespräch mit dem Hauptsturmführer Dieter Wisliczeni führte und in dem Wisliczeni, so die Schilderung des Autors, das Angebot machte, gegen die Bezahlung von Geld, Juden zu retten. Daraufhin brachte Kastner in der Rettungskommission „Jewish Agency for Palestine“ das „Angebot“ zur Sprache und gemeinsam war man der Meinung, die Verhandlungen weiterzuführen, um unter anderem Zeit zu gewinnen. Indes:

„Sie zerbrechen sich nicht lange den Kopf über die Motive der SS: das Dritte Reich fällt auseinander, ein Naziführer will sich rückversichern, der andere sich bereichern, die einst so stolze SS-Führung ist sicherlich genauso korrupt wie alle anderen Instanzen. (...) Sechs Wochen später, Anfang Mai 1944, wird Joel Brand, ein anderes Mitglied der Rettungskommission, zu Eichmann bestellt. Adolf Eichmann ist Obersturmbannführer, Leiter des ‚Judenkommandos‘, der Vorgesetzte von Wisliczeni. Das Treffen findet wieder auf dem Schwabenberg statt. Eichmann ist der Judenspezialist der Nazis, er hat Jiddisch und Hebräisch gelernt. Es heißt, daß er aus der deutschen Templersiedlung Sarona bei Jaffa (Tel Aviv) stammt. Der Obersturmbannführer macht keine lange Einleitung: ‚Sie wissen, wer ich bin. Ich bin der Mann, der die Juden Polens, der Slowakei, Österreichs erledigt hat, und jetzt bin ich zum Leiter des Einsatzkommandos in Ungarn ernannt worden. Ich bin bereit, mit euch ein Geschäft zu machen: Menschenleben gegen Waren.‘ Eichmann bemüht sich, satanisch zu lächeln, es fällt ihm nicht schwer: (...)“

Und wenige Tage danach, am 15. Mai 1944 sagte der „Obersturmbannführer“ und „Leiter des ‚Judenkommandos‘“, der SS-Funktionär Adolf Eichmann zum Vertreter der jüdischen Rettungskommission, Joel Brand:

¹³⁹¹ Ebenda, S. 553.

¹³⁹² Ebenda, S. 554.

„Sie können sofort nach Konstantinopel fahren, um mit ihren Leuten über die Beschaffung des Geldes zu verhandeln. Inzwischen laufen die Deportationen an. Jeden Tag kommen 12 000 in meine Fleischmaschine. Sagen sie das Ihren Leuten!“ Mit diesen Worten entläßt Eichmann lächelnd Joel Brand, der am 19. Mai nach der Türkei fliegt, während seine Familienangehörigen als Geiseln zurückbleiben.“¹³⁹³

Angesichts der Tatsache, dass von den „1685 Passagieren“ der beiden oben genannten Züge, die anstatt „Auschwitz die Schweizer Grenze“ erreichten, 388 Juden aus Cluj kamen, der Heimatstadt von Dr. Kastner, stellte Walter Laqueur die Frage, wie man genau diese „Passagiere“ auswählte? „Die letzte Entscheidung“, so die Feststellung des Autors, „lag natürlich in den Händen der SS. Aber Eichmann stützte sich dabei auf eine Liste, die von Mitgliedern der Rettungskommission zusammengestellt worden war.“ Diese ungarischen Juden konnten gerettet werden. Allerdings, so Laqueur, blieben hunderttausende Juden in Ungarn zurück. Dr. Kastner wiederum begleitete den Zug in die Schweiz und hielt kurze Zeit später als Vertreter der jüdischen Rettungskommission den Kontakt mit den „Naziführern“ am Leben, um auch die restlichen ungarischen Juden „von der Vernichtung loszukaufen“. Indes: „Er verhandelt nunmehr vor allem mit Kurt Becher, Standartenführer der SS, der kurz vor dem Ende des Dritten Reiches Sonderbeauftragter für alle Konzentrationslager wird. Von Becher wird er nach Wien gebracht, besucht Bergen-Belsen und Theresienstadt. Becher erhält Millionen für seine Bemühungen. Im März 1945 kommt Kastner nach Berlin, um sich mit Himmler zu treffen; er befürchtet ein letztes Blutbad vor dem Einmarsch der Alliierten. Im Lager der Naziführer herrscht Panik, aber aus dem Treffen mit Himmler wird nichts.“

Durch die Aktivitäten zum Beispiel von Dr. Rudolf Kastner konnten insgesamt 1685 ungarischen Juden das Leben gerettet werden. Gleichwohl lagen am Ende des Zweiten Weltkrieges, „in einem Europa voller Trümmer“, so das abschließende Urteil von Walter Laqueur in diesem Zusammenhang, unter diesen Trümmern „ein Drittel des jüdischen Volkes begraben“.¹³⁹⁴

¹³⁹³ Ebenda, S. 554.

¹³⁹⁴ Ebenda, S. 555.

IV. 1. 9. Die NS-Experten des *Monat*: Hugh R. Trevor-Roper und Walther Hofer

In diesem Abschnitt geht es um die beschreibende Darstellung der zentralen Veröffentlichungen des englischen Historikers Hugh R. Trevor-Roper und des schweizer Historikers Walther Hofer zur Geschichte des „Dritten Reiches“ im „Monat“. Im Zeitraum von Oktober 1948 bis April 1960 (Heft 1 bis Heft 139) veröffentlichten die beiden Autoren die zahlreichsten Beiträge zu diesem zeitgeschichtlichen Thema. Auf der Grundlage der insgesamt neun Beiträge von Hugh R. Trevor-Roper und der fünf Beiträge von Walther Hofer soll gezeigt werden, welches Bild die beiden Experten vom Nationalsozialismus gezeichnet haben, über welche Themen zum Gegenstand „Drittes Reich“ die beiden Autoren schrieben und wo der sozusagen historisch-analytische Fokus von Hugh R. Trevor-Roper und Walther Hofer lag. Da es aus Raumgründen unmöglich ist auf jede einzelne Veröffentlichung der beiden Autoren näher einzugehen, liegt bei der folgenden beschreibenden Darstellung der Beiträge die Entscheidung zugrunde, den inhaltlichen Scheinwerfer auf drei Veröffentlichungen bei Hugh R. Trevor-Roper sowie auf einen, nämlich den im Grunde genommen zentralen Beitrag, von Walther Hofer („Der >völkische Rechtsstaat<. Zur nationalsozialistischen Rechtspolitik“) zu richten, weil sich aus ihnen wesentliche historische und analytische Erkenntnisse zum „Dritten Reich“ gewinnen lassen.

Hierbei wird folgendermaßen vorgegangen: Zuerst erfolgt die beschreibende Darstellung der zentralen Gesichtspunkte aus den Beiträgen von Hugh R. Trevor-Roper, die für das Kapitel Analyse des Nationalsozialismus im „Monat“ von inhaltlicher Bedeutung sind. Danach erfolgt die beschreibende Darstellung des genannten Beitrages von Walther Hofer. Wie in den einleitenden Worten zu diesem Kapitel angemerkt wurde, geht es auch hier in erster Linie darum, zu zeigen, was die beiden Experten zum Nationalsozialismus geschrieben haben. Daraus folgt auch in diesem Fall, dass in diesem Abschnitt auf eine Kommentierung und Analyse der einzelnen Beiträge verzichtet wird, um das empirisch-inhaltliche Material von Trevor-Roper und Hofer in den Vordergrund zu stellen. Ziel ist es, das Material der beiden Autoren des „Monat“ von allein „sprechen“ zu lassen, denn es wird beabsichtigt, eine möglichst objektive Darstellung zu gewährleisten. Die Beiträge der beiden NS-Experten die aus Raumgründen nicht ausdrücklich herangezogen werden – da sie keine substantiellen Aussagen und Erkenntnisse zum nationalsozialistischen Herrschaftssystem enthalten –, werden nur benannt. Eine Kommentierung der Veröffentlichungen von Hugh R. Trevor-Roper und Walther Hofer erfolgt in den Kapiteln „IV.1.10. kommentierende

Zusammenfassung“ sowie „IV.1.11. Analytisches Resümee (Thesen)“, wo der Versuch unternommen wird, ein zusammenfassendes Bild der Analyse des Nationalsozialismus im „Monat“ zu zeichnen.

Folgende Beiträge zum Thema Nationalsozialismus veröffentlichte Hugh R. Trevor-Roper in dem angegebenen Zeitraum im „Monat“ – hier in der chronologischen Reihenfolge ihrer Veröffentlichung:

1. Mussolini und Ciano. Aufklärung und neue Mythenbildung durch Cianos Tagebücher (Oktober 1949).¹³⁹⁵
2. Die Generäle verteidigen sich. (November 1949).¹³⁹⁶
3. Rommels Rolle als Verschwörer. (Februar 1950).¹³⁹⁷
4. Der rätselvolle Abwehr-Chef. (Juni 1950).¹³⁹⁸
5. Hitlers letzte Tage. Wege und Umwege historischer Quellenforschung (November 1950).¹³⁹⁹
6. Hitler und Franco. Warum nahm Spanien nicht am Kriege teil? (September 1953).¹⁴⁰⁰
7. Martin Bormann (Mai 1954).¹⁴⁰¹
8. Lügen um Hitlers Leiche. Moskau und das Ende der Reichskanzlei (Mai 1956).¹⁴⁰²
9. Himmlers Leibarzt (November 1956).¹⁴⁰³

¹³⁹⁵ Hugh R. Trevor-Roper, Mussolini und Ciano. Aufklärung und neue Mythenbildung durch Cianos Tagebücher, in: Der Monat, Heft 13 (1949), 2. Jg., S. 40-48; dieser Beitrag wird vom Verfasser dieser Arbeit deshalb unter die Kategorie Nationalsozialismus subsumiert, weil Trevor-Roper neben seinen naheliegenden Ausführungen zum italienischen Faschismus – explizit und implizit – auch den Nationalsozialismus unter Hitler thematisierte. Mit folgenden einleitenden Worten wurde der Autor dem Leser des „Monat“ von der Zeitschriftenredaktion anlässlich seiner ersten Veröffentlichung vorgestellt: „Der junge englische Historiker H. R. TREVOR-ROPER, Fellow des Christ Church College in Oxford, hat seine glänzende methodische Schulung in den Dienst der Erforschung der zeitgenössischen Geschichte gestellt. Sein Buch ‚The Last Days of Hitler‘ ist das berühmteste Ergebnis seiner Ausbeute. (...)“ (ebenda, S. 40)

¹³⁹⁶ Ders., Die Generäle verteidigen sich, in: Der Monat, Heft 14 (1949), 2. Jg., S. 210-213; hierbei handelte es sich um die Rezension der Bücher: Franz Halder, Hitler als Feldherr, München (o. J.) sowie Friedrich Hoßbach, Von der militärischen Verantwortlichkeit in der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg, Göttingen (o. J.).

¹³⁹⁷ Ders., Rommels Rolle als Verschwörer, in: Der Monat, Heft 17 (1950), 2. Jg., S. 548-550; hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: Hans Speidel, Invasion 1944. Ein Beitrag zu Rommels und des Reiches Schicksal, Tübingen/Stuttgart (o. J.).

¹³⁹⁸ Ders., Der rätselvolle Abwehr-Chef, in: Der Monat, Heft 21 (1950), 2. Jg., S. 317-323; hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: Karl-Heinz Abshagen, Canaris, Patriot und Weltbürger, Stuttgart (o. J.).

¹³⁹⁹ Ders., Hitlers letzte Tage. Wege und Umwege historischer Quellenforschung, in: Der Monat, Heft 26 (1950), 3. Jg., S. 126-138).

¹⁴⁰⁰ Ders., Hitler und Franco. Warum nahm Spanien nicht am Kriege teil?, in: Der Monat, Heft 60 (1953), 5. Jg., S. 625-634; dieser Beitrag wird von mir deshalb unter die Kategorie „Nationalsozialismus“ subsumiert, weil Trevor-Roper neben seinen Ausführungen zu Franco bzw. zum spanischen Herrschaftsregime unter Franco – explizit und implizit – auch den Nationalsozialismus unter Hitler thematisierte.

¹⁴⁰¹ Ders., Martin Bormann, in: Der Monat, Heft 68 (1954), 6. Jg., S. 168-176.

¹⁴⁰² Ders., Lügen um Hitlers Leiche. Die Sowjets und die letzten Tage der Reichskanzlei, in: Der Monat, Heft 92 (1956), 8. Jg., S. 3-12.

Folgende Beiträge zum Thema Nationalsozialismus veröffentlichte Walther Hofer in dem angegebenen Zeitraum im „Monat“ – hier in der chronologischen Reihenfolge ihrer Veröffentlichung:

1. Geschichte und Ethik. Friedrich Meinecke als politischer Denker (Dezember 1952).¹⁴⁰⁴
2. Geschichtsschreibung im Vakuum. (Juli 1953).¹⁴⁰⁵
3. Der 20. Juli. Über einige Neuerscheinungen (Juli 1954).¹⁴⁰⁶
4. Der mißbrauchte Ranke. ‚Konservative Revolution‘ in der deutschen Geschichtsschreibung? (September 1955).¹⁴⁰⁷
5. Der >völkische Rechtsstaat<. Zur nationalsozialistischen Rechtspolitik (Februar 1959).¹⁴⁰⁸

Der englische Historiker Hugh R. Trevor-Roper

Angesichts der Tatsache, dass die inhaltlichen Kernaussagen der ersten Veröffentlichung von Hugh R. Trevor-Roper im „Monat“ zum Nationalsozialismus bereits an anderer Stelle in der

¹⁴⁰³ Ders., Himmlers Leibarzt, in: Der Monat, Heft 98 (1956), 9. Jg., S. 69-77; hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: Felix Kersten, „Totenkopf und Treue“, Hamburg 1952.

¹⁴⁰⁴ Walther Hofer, Geschichte und Ethik. Friedrich Meinecke als politischer Denker, in: Der Monat, Heft 51 (1952), 5. Jg., S. 248-260; dieser Beitrag wird vom Verfasser dieser Arbeit deshalb unter die Kategorie Nationalsozialismus subsumiert, weil in dem Beitrag – explizit und implizit – auch die NS-Diktatur thematisiert wurde. Unter der Rubrik „Die Autoren des Monats“ stand anlässlich der ersten Veröffentlichung von Hofer folgendes seitens der Redaktion geschrieben: „*Dr. Walther Hofer* ist Dozent für Moderne Geschichte und Politische Wissenschaft an der Freien Universität und an der Hochschule für Politik Berlin, wohin er aus der Schweiz berufen wurde. Sein 1950 im Verlag Oldenbourg, München, veröffentlichtes Werk ‚*Geschichtsschreibung und Weltanschauung*‘ befaßt sich mit dem Geschichtsdenken Friedrich Meineckes. Ein neues Buch von ihm wird unter dem Titel ‚*Die europäischen Mächte und der Ausbruch des zweiten Weltkrieges*‘ demnächst als Publikation des ‚Instituts für Zeitgeschichte‘ erscheinen.“ (ebenda, S. 344).

¹⁴⁰⁵ Ders., Geschichtsschreibung im Vakuum, in: Der Monat, Heft 58 (1953), 5. Jg., S. 413-416; hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: Der lautlose Aufstand. Bericht über die Widerstandsbewegung des deutschen Volkes 1933 bis 1945, herausgegeben von Günther Weisenborn, Hamburg 1953).

¹⁴⁰⁶ Ders., Der 20. Juli. Über einige Neuerscheinungen, in: Der Monat, Heft 70 (1954), 6. Jg., S. 401-404; hierbei handelte es sich um die Rezension folgender Bücher: Eberhard Zeller, Geist der Freiheit. Der 20. Juli, München (o. J.); Wilhelm v. Schramm, Der 20. Juli in Paris, Bad Wörishofen (o. J.); Max Braubach, Der Weg zum 20. Juli 1944. Ein Forschungsbericht, Köln und Opladen (o. J.); Annedore Leber, Das Gewissen steht auf, Berlin (o. J.). Zum Autor stand in diesem Heft geschrieben: „Von *Walther Hofer*, dem Schweizer Historiker an der Freien Universität Berlin, erschien kürzlich bei der Deutschen Verlagsanstalt Stuttgart ‚*Die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges*‘, eine auf gründlichstem Aktenstudium fußende Publikation, die in dem Rahmen der Veröffentlichungen des Münchener ‚Institutes für Zeitgeschichte‘ gehört.“ (ebenda, S. 413).

¹⁴⁰⁷ Ders., Der mißbrauchte Ranke. ‚Konservative Revolution‘ in der deutschen Geschichtsschreibung?, in: Der Monat, Heft 84 (1955), 7. Jg., S. 542-547; dieser Beitrag wird vom Verfasser dieser Arbeit deshalb unter die Kategorie Nationalsozialismus subsumiert, weil Hofer – explizit und implizit – die NS-Diktatur thematisierte sowie u. a. ausdrücklich die fehlende Thematisierung der nationalsozialistischen Judenvernichtung zum Beispiel bei Hermann Rauschning feststellte und kritisierte.

¹⁴⁰⁸ Ders., Der >völkische Rechtsstaat<. Zur nationalsozialistischen Rechtspolitik, in: Der Monat, Heft 125 (1959), 11. Jg., S. 46-58.

geborenen Ausführlichkeit wiedergegeben wurden – die Rede ist von der Buchrezension „Die Generäle verteidigen sich“ (Heft 14) –, soll im Folgenden zu allererst auf den Artikel „Der rätselhafte Abwehr-Chef“ eingegangen werden; und zwar unter der angesprochenen Voraussetzung, dass in der Rezension des Buches „Canaris, Patriot und Weltbürger“ von Karl-Heinz Abshagen gewissermaßen „wertvolles Material“ für das Trevor-Ropersche Analysebild des nationalsozialistischen Herrschaftsregimes vorliegt. Aus den angesprochenen Raumgründen kann indes nicht auf biographische, politische und ideologische Details bezüglich Wilhelm Canaris eingegangen werden.

„Die Herrschaft Hitlers in Deutschland“, so begann Hugh R. Trevor-Roper seine Rezension, „war nach außen hin anfänglich konservativer Natur. Sie endete nach zwölf Jahren unauffälliger innerer Umstellungen als jakobinische Diktatur.“ Und der Autor weiter:

„Sie begann mit einem Geheimpakt zwischen Hitler und dem Generalstab, der durch die Liquidierung des linken Flügels der NSDAP und durch Hitlers legale und praktische Machtergreifung gekrönt wurde; sie endete mit einer Verschwörung der Aristokraten und Generale, an der sich selbst die furchtsamsten Gemüter beteiligten, um in einem letzten Versuch das Ungeheuer zu ermorden, dem sie einst zur Macht verholfen hatten. Dieser inneren Wandlung des nationalsozialistischen Regimes mußte sich das Leben eines jeden verantwortungsbewußten Deutschen anpassen; dabei waren das Tempo, die Stadien und die Methoden dieser Anpassung an das Regime bei jedem einzelnen verschieden, und es gibt keine einfache Formel, die für alle gültig sein könnte; aber ohne ein Verständnis dieses inneren Wandels im System wären die Biographien aller verantwortungsbewußten Deutschen in dieser Zeit gleich unverständlich.“¹⁴⁰⁹

Vor dem Hintergrund des „echten Konservativen“, nämlich von „Admiral Canaris“, der „neun Jahre lang Chef der Abwehr des deutschen Geheimdienstes war“ und nach Auffassung von Trevor-Roper durchaus eine einflussreiche Stellung in Hitlers „Machtsystem“ innehatte (S. 317), beleuchtete der Rezensent insbesondere die Rolle von Canaris in der „Rebellion der Konservativen“ aus dem Jahre 1944. In diesem Zusammenhang schrieb Trevor-Roper unter anderem:

„Denn in den Jahren nach 1935 enthüllte der Nationalsozialismus den Konservativen sein wahres Gesicht: es waren die Jahre ‚der Politisierung des Heeres‘, die Jahre, in denen die NSDAP immer mehr nach links steuerte, die Jahre der Kriegsplanung und einer ehrgeizigen Außenpolitik. Für diese Politik brauchte Hitler einen Geheimdienst, der diesen Zielen entsprach und wirksam, angriffslustig und weltumspannend war.“¹⁴¹⁰

Und hinsichtlich des Geheimdienstes im Allgemeinen und des nationalsozialistischen Geheimdienstes im Besonderen kam der Autor zu der Auffassung, dass – entgegen einer

¹⁴⁰⁹ Hugh R. Trevor-Roper, Der rätselhafte Abwehr-Chef, in: Der Monat, Heft 21 (1950), 2. Jg., S. 317.

¹⁴¹⁰ Ebenda, S. 318.

„weitverbreiteten Ansicht“ – ein Geheimdienst grundsätzlich keineswegs eine „geheimnisvolle und mit übernatürlichen Mitteln arbeitende Organisation“ sei. Die sogenannten Erfolge einer solchen Organisation haben gemeinhin insbesondere ihren Grund, so Trevor-Roper, in einer effektiven „Routinearbeit“. Und weiter hieß es an dieser Stelle:

„Sie wissen auch, daß der Chef einer solchen Organisation nicht ein Meisterspion, sondern ein Bürokrat ist. Ein Geheimdienst stellt eher eine Bürokratie dar und ist somit auch den Gebräuchen und Unsicherheiten dieser nicht makellosen Organisationsform unterworfen. Desungeachtet waren die Nationalsozialisten mehr für die dramatische Form des Geheimdienstes eingenommen, schon weil die Politiker des Dritten Reiches zum größten Teil ungebildete Leute waren. Sie haben wahrscheinlich mehr Unsinn der verschiedensten Art geglaubt als je eine andere herrschende Schicht in der Geschichte des Abendlandes - einschließlich der bigottesten Päpste und der fanatischsten Bolschewiken. Ebenso scheinen sie unermüdete Leser von Abenteuererzählungen, besonders über den britischen *Secret Service* gewesen zu sein. (...). Diese Ansichten bestimmten Hitler, als Mittel zur Welteroberung einen Geheimdienst aufzubauen, der diesen seltsamen Vorstellungen vom britischen *Secret Service* entsprach. Um das zu erreichen, stellte er Canaris unbegrenzte Geldmittel zur Verfügung und erwartete entsprechende Ergebnisse von ihm.“¹⁴¹¹

In einem anderen Abschnitt seines Beitrages „Der rätselvolle Abwehr-Chef“ kam Trevor-Roper vermittelt einer quasi totalitarismustheoretischen Perspektive – im Kern war es nämlich dem Autor darum zu tun, die qualitativen ideologisch-politischen Differenzen zwischen Franco und Hitler hervorzuheben¹⁴¹² – in Bezug auf den „Führer“ des Nationalsozialismus unter anderem zu folgender Einschätzung:

„Hitler dagegen wollte die letzten Spuren der alten Gesellschaftsschichten beseitigen, deren Werkzeug er einst gewesen zu sein schien. Statt dessen wollte er im Herzen des industrialisierten Europa die Diktatur des deutschen Proletariats errichten.“¹⁴¹³

Naheliegenderweise bezogen sich die wesentlichen Ausführungen von Hugh R. Trevor-Roper in seiner Rezension auf die Rolle von Canaris im Nationalsozialismus. Und in diesem Kontext thematisierte der Autor auch die Funktion des von ihm als „Spionagechef“ bezeichneten Canaris im NS-Herrschaftsapparat. Vor dem Hintergrund seiner Ansicht, dass der „Chef eines Geheimdienstes“ kein „Meisterspion sein soll(te)“, sondern „ein Bürokrat“, schrieb er: „und als Bürokrat war Canaris nicht fähig, sein Büro zu organisieren oder gar entfernte Plätze zu kontrollieren, wo leicht Untergebene von zweifelhafter Loyalität einträglichen

¹⁴¹¹ Ebenda, S. 319.

¹⁴¹² Genau hieß es in diesem Kontext: „Franco vertritt im Grunde seines Herzens konservative Ziele. An sich besteht eine oberflächliche Parallellität zwischen Hitler und Franco: ihr Stil ist ähnlich – sie bedienen sich derselben politischen Ausdrucksweise; ihre Methoden sind ähnlich – beide operierten mit Gewalt, Verfolgungen und Konzentrationslagern. Ihre Endziele aber waren entgegengesetzt. Franco wollte mit diesen Methoden eine überall sonst schon ausgestorbene Gesellschaftsform erhalten: hinter Gebirgen und Meeren isoliert sollte in einer Art europäischen Tibets die Feudalherrschaft der Großgrundbesitzer und der Kirche unwandelbar erhalten bleiben.“ (ebenda, S. 319 f.)

¹⁴¹³ Ebenda, S. 320.

Versuchungen nachgaben. ‚Wie viele Deutsche‘, gibt Abshagen zu, ‚hatte er nicht die Gabe, Verantwortung zu delegieren. Er zentralisierte alle Entscheidungen bei sich selber, was die auf seinen Schultern ruhende Last fast über das menschliche Tragbare steigerte...‘

Die Folgen waren unvermeidlich. Nicht nur die Bürde seines Amtes war nach menschlichen Begriffen unerträglich für ihn: während Canaris fieberhaft von Hauptstadt zu Hauptstadt flog oder in spanischen Domen untertauchte, um sich von seiner Melancholie zu befreien, oder unlösbare Rätsel in seinem Kopfe wälzte, verlor die Abwehr jeden Zusammenhang und jede Disziplin. Schon unter ihren eigenen Angehörigen hatte sich das Schlagwort von der ‚Canaris-Familien-GmbH‘ gebildet, und in der Partei wurde sie, lange bevor man sie des Verrats verdächtigt hatte, der Unfähigkeit bezichtigt. Ende 1942 (...) war es nur noch eine Frage der Zeit, wann Himmlers Konkurrenzorganisation an ihre Stelle treten würde.“¹⁴¹⁴

An anderer Stelle ging Hugh R. Trevor-Roper ein weiteres Mal auf den „Geheimdienst“ des Nationalsozialismus ein, der vom ihm ausdrücklich als „Hitlersystem“ (S. 321) apostrophiert wurde. Im letzten Teil seiner Veröffentlichung, wo er auf die Auflösung der „Abwehr“ unter der Führung von Canaris einging – und zwar aufgrund der „erwiesene(n) Unfähigkeit“ bereits einen Monat vor dem „Anschlag des 20. Juli“ – hieß es beim Autor:

„Hitlers Hoffnungen, daß Canaris einen gigantischen, allgegenwärtigen, unfehlbaren Geheimdienst ins Leben rufen würde (seiner Vorstellung vom englischen *Secret Service* entsprechend), waren nicht erfüllt worden, und jetzt gab es einen neuen Bewerber für diese Aufgabe: auch Walter Schellenberg hatte seine Spionageromane und glaubte infolgedessen ebenso an die geheimnisvollen Methoden des *Secret Service*; am 15. Mai 1944 erhielt er im Kursalon von Salzburg von dem inzwischen in Deutschland allmächtig gewordenen Himmler den Auftrag, einen neuen ‚totalen‘ Geheimdienst aufzustellen. Die neue Organisation war nicht erfolgreicher als die alte: aber vielleicht war Schellenberg einfach unfähig, nicht nur die Lösung, sondern überhaupt die Aufgabe zu erkennen.“¹⁴¹⁵

Zum Abschluss seiner Rezension des Buches „Canaris, Patriot und Weltbürger“ kam Trevor-Roper auf die Verhaftung von Canaris nach dem Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 zu sprechen, die aufgrund seiner Kontakte zum deutschen Widerstand erfolgte – obwohl Canaris „nicht aktiv an der Verschwörung beteiligt“ war. Trevor-Roper war der Meinung, dass Canaris selbst bei einer nicht feststellbaren gewissermaßen indirekten Beteiligung am „20. Juli“ mit physischen Konsequenzen hätte rechnen müssen. Denn:

„er hätte dennoch für seine Gedanken büßen müssen, und man kann sich nur schwer vorstellen, daß das große, nur wenige verschonende Gemetzel – Hitlers Rache an den oberen Gesellschaftsschichten – ihn ausgenommen hätte.“¹⁴¹⁶

¹⁴¹⁴ Ebenda, S. 321.

¹⁴¹⁵ Ebenda, S. 322.

¹⁴¹⁶ Ebenda, S. 322. Wilhelm Canaris wurde siebenmonatiger Gefangenschaft in Flossenbürg (im Konzentrationslager; J. G.) „aus seiner Zelle geholt und in aller Stille beseitigt“ (auf Befehl Hitlers wurde er am 9. April 1945 ebendort hingerichtet; J. G.)

Nach der Veröffentlichung „Der rätselhafte Abwehr-Chef“ erschien wenige Monate danach im „Monat“ der Beitrag „Hitlers letzte Tage. Wege und Umwege historischer Quellenforschung“ von Hugh R. Trevor-Roper – der indes keine substantiellen Erkenntnisse in Bezug auf den Nationalsozialismus als Herrschaftssystem bzw. -regime enthielt und mithin für dieses Kapitel keine Bedeutung besitzt.¹⁴¹⁷ Ganz im Gegensatz zu dem knapp vier Jahre danach, d. h. im Mai 1954, abgedrucktem Beitrag „Martin Bormann“,¹⁴¹⁸ der hier in den wesentlichen Passagen, also in den Punkten, in den der beschreibende und analytische Blick auf das nationalsozialistische Herrschaftssystem gerichtet wurde, wiedergegeben wird. Daraus folgt auch in diesem Fall, dass ausschließlich der Autor, also Hugh R. Trevor-Roper, das „Wort hat“ und folglich auch hier das empirische Material von „allein sprechen“ soll.

Neben dem Briefwechsel Martin Bormanns mit seiner Frau aus den letzten Jahren des Zweiten Weltkrieges und seinen persönlich veröffentlichten Büchern „Hitlers letzte Tage“ sowie „Hitlers Table-Talk“ (London 1953) fungierte für Hugh R. Trevor-Roper folgende (Forschungs-)Literatur zum Nationalsozialismus – sowie ein Zeitungsartikel – als wissenschaftliches und historisches Grundlagenmaterial für seinen Beitrag, die von ihm in insgesamt 21 Fußnoten eingearbeitet wurde (auf die im Folgenden nicht explizit verwiesen wird). Um folgende Bücher und einen Zeitungsartikel handelte es sich, die in dieser Reihenfolge im Text vom englischen Historiker herangezogen wurden:

1. Rudolf Semmler, Goebbels – the man next to Hitler, London 1947.
2. Louis P. Lochner, Goebbels‘ Tagebücher, Zürich (o. J.).
3. Wilfrid von Oven, Mit Goebbels bis zum Ende, Buenos Aires 1950.
4. A. Zoller, Hitler Privat, Düsseldorf 1949.
4. Von Hassell, Vom Anderen Deutschland, Zürich 1946.

¹⁴¹⁷ In den einleitenden Worten der Zeitschriftenredaktion hieß es auf S. 126 zu dem Beitrag: Hugh R. Trevor-Roper, Hitlers letzte Tage. Wege und Umwege historischer Quellenforschung, in: Der Monat, Heft 26 (1950), 3. Jg., S. 126-138: „Aus der unübersehbaren Fülle der Literatur über Glück und Ende der NS-Machthaber ragt das Buch des englischen Historikers H. R. Trevor-Roper ‚The Last Days of Hitler‘ (...) dank der Exaktheit und Sachlichkeit seiner Darstellung hervor. Das Werk ist gleichsam der gedruckte Niederschlag eines besonderen Forschungsauftrages, den der damals dem englischen Geheimdienst zugeteilte junge Fellow des Oxforder Christ Church College unmittelbar nach Kriegsende erhalten hatte. Es behandelt eine winzige Zeitspanne und einen fast noch enger umgrenzten Schauplatz: die zehn Tage von Hitlers 56. Geburtstag bis zu seinem mutmaßlichen Tode, so wie sie sich zwischen den dicken Zementmauern des ‚Führer‘-Bunkers im Garten der Berliner Reichskanzlei abgespielt haben. Die zweite und erweiterte Auflage des Buches, (...), enthält die hier abgedruckten Seiten als Teil eines Vorwortes, in dem der Autor Probleme der zeitgeschichtlichen Forschung behandelt, am Beispiel der praktischen Fälle, die im Rahmen seiner an das Kriminalistische grenzenden Untersuchung auftauchten.“

¹⁴¹⁸ Hugh R. Trevor-Roper, Martin Bormann, in: Der Monat, Heft 68 (1954), 6. Jg., S. 168-176. Anlass der Veröffentlichung war die Veröffentlichung der Briefe Martin Bormanns mit seiner Frau aus den letzten Kriegsjahren. Dazu hieß es in der Fußnote 1 auf S. 168: „Eine vollständige Ausgabe dieser Briefe ist soeben in englischer Sprache (herausgegeben und mit einer Einleitung versehen von H. R. Trevor-Roper) im Verlag Weidenfeld & Nicolson, London, erschienen.“

5. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 26. Februar 1951.
6. J. Tiburtius(-Bericht), in: Der Bund vom 17. Februar 1953.
7. „Hitlers Table-Talk“, London 1953.
8. „Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier ...“, herausgegeben von Henry Picker, Bonn 1951.¹⁴¹⁹

„Martin Bormann, ‚Hitlers Mephisto‘, sein ‚anderes Ich‘, sein ‚böser Geist‘, wie er auch genannt wurde, ‚die braune Eminenz‘ hinter des Führers Thron,“ so lauteten die ersten Zeilen von Trevor-Roper, „war der mächtigste, der am wenigsten bekannte und der geheimnisvollste aller Naziführer.“ Und weiter schrieb er:

„Mit Vorbedacht vermied er jegliche Publizität, er verschmähte Orden und öffentliche Auszeichnungen, und das deutsche Volk hat ihn kaum je zu Gesicht bekommen. Wenn Bormann auch die Äußerlichkeiten mied, so liebte er doch die Realität der Macht. In den letzten Jahren Hitlers herrschte er, nach Aussage seiner Sekretärin, unangefochten über den gesamten Hof. Alle Persönlichkeiten in Hitlers Umgebung waren seine Kreaturen, er errichtete um den Führer ‚eine wahre Chinesische Mauer‘, die nur mit seiner Gunst zu durchbrechen war, ‚er hatte absolute Kontrolle über das ganze Räderwerk des Reichs‘.“¹⁴²⁰

Vor dem Hintergrund seiner Biographie skizzierte Hugh R. Trevor-Roper dann im Einzelnen die sozusagen politische Karriere des am 17. Juni 1900 geborenen Martin Bormanns, der im Alter von zwanzig Jahren in eine „antisemitische Organisation“ eintrat, mit fünfundzwanzig Jahren Mitglied der NSDAP wurde und Trevor-Roper zufolge sich hier vermittels des Bekleidens unterschiedlicher Verwaltungsposten „bald unentbehrlich“ machte. „Er wurde“, so der Autor:

„als 1933 die Partei an die Macht kam, zum Reichsleiter, General der SS und Stabsleiter beim Stellvertreter des Führers und Leiter der Parteikanzlei, Rudolf Heß, ernannt. Inzwischen hatte er sich auch persönlich bei Hitler unentbehrlich gemacht. Er erbaute und verwaltete den Berghof, Hitlers ‚*chalet*‘ in Berchtesgaden, das bis zuletzt im Grundbuch auf seinen Namen eingetragen blieb, er erledigte die finanziellen Angelegenheiten und kaufte Bilder für die Privatsammlung Hitlers. Auf dieser doppelten Basis, auf seiner bürokratischen Schlüsselstellung in der Partei und seiner persönlichen Unentbehrlichkeit beim Führer, sollte er bald seine ungeheure Autorität aufbauen.“¹⁴²¹

Obwohl Martin Bormann allgemein als „hinterhältiger Intrigant unbeliebt“ war, gelang ihm nach der nichtoffiziellen und -genehmigten Flugreise seines Vorgesetzten Rudolf Heß im Mai 1941 nach Schottland der „Aufstieg in die herrschende Oligarchie des Reichs“. Infolge des

¹⁴¹⁹ Sämtliche Angaben zu den einzelnen Büchern und dem Zeitungsartikel erfolgen hier ausschließlich nach den Informationen im Beitrag von Trevor-Roper.

¹⁴²⁰ Hugh R. Trevor-Roper, Martin Bormann, in: Der Monat, Heft 68 (1954), 6. Jg., S. 168.

¹⁴²¹ Ebenda, S. 168 f.

freigewordenen Postens und der Tatsache, dass „Bormann seit langem die Funktionen seines Chefs ausgeübt hatte“, stand für Trevor-Roper „seine Nachfolge eigentlich außer Frage“. Gleichwohl wurde sie keineswegs begrüsst. Insbesondere Hermann Göring hegte Misstrauen gegen Bormann und „warnte Hitler eindringlich vor einer Beförderung Bormanns, aber seine Warnung wurde überhört, und gekränkt und voller Argwohn erfuhr er dann später – nicht von Hitler, sondern aus einer Morgenzeitung – von der Beförderung Bormanns auf den heißbegehrten Posten.“ Indes stand für Trevor-Roper andererseits auch fest, dass Bormann Göring hasste. Denn:

„(er) haßte seinen prahlerischen Lebensstil, seine unbürokratischen Methoden und seine anmaßenden Ansprüche auf die Nachfolge, und schließlich gelang es ihm, Göring mit sehr typischen Methoden auszuschalten: eine bestimmte Wendung, die er einem Telegramm gab, ein Tropfen Gift seines Meisters Ohr, einige zeitlich gut gewählte Anspielungen – und Hitler befahl, seinen einstigen Paladin ins Gefängnis zu werfen. Da solche Anordnungen auf dem Dienstwege durch die Hände Bormanns liefen, war er imstande, den Urteilsspruch noch zu verschärfen und Göring in seines Meisters Namen – wenngleich vergeblich – zum Tode zu verurteilen.“¹⁴²²

„Von 1941 bis zum Ende des Krieges“, schrieb der Autor zu Beginn des nächsten Abschnitts seines Beitrages, „konnte Bormann seine Stellung in der Umgebung Hitlers ständig ausbauen.“ Und weiter:

„Seine Verbündeten wechselten, seine Feinde aber ließen sich stets im voraus bestimmen: es waren alle diejenigen, deren Einfluß jemals dem seinen hätte gleichkommen können und deren Macht für ihn eine Bedrohung darstellte. Im April 1943, kurz vor Beginn der vorliegenden Korrespondenz, wurde seine Position durch seine Ernennung zum persönlichen Sekretär des Führers noch befestigt. Zu diesem Zeitpunkt hielt er es für notwendig, dem gleichzeitigen Aufstieg zweier Rivalen entgegenzutreten. Der eine“, so seine Feststellung, „war sein alter ‚Freund‘ Heinrich Himmler, der im Sommer 1943 als Minister des Innern eine gefährliche Macht erlangte. Hier handelte Bormann sofort, und nach einigen Zusammenstößen zog sich ‚Onkel Heinrich‘ geschlagen zurück. Der zweite Gegner“, schrieb Trevor-Roper weiter, „war noch gefährlicher, da auch er ein enger Vertrauter Hitlers war: Joseph Goebbels (...). Um den Einfluß Goebbels‘ einzudämmen, schloß Bormann mit zwei leicht zu lenkenden, aber in wichtigen Positionen befindlichen Funktionären ein Bündnis: mit Lammers, dem Chef der Reichskanzlei, und mit Keitel, dem Chef des Oberkommandos der Wehrmacht.“¹⁴²³

Nach Ansicht von Hugh R. Trevor-Roper bestand trotz alledem in den letzten Monaten des Zweiten Weltkrieges zwischen Bormann und Goebbels so eine Art von Waffenstillstand. Denn ein „neuer Feind“, so der Autor, „war auf der Bildfläche erschienen, ebenfalls ein persönlicher Freund des Führers: Albert Speer.“ Dessen kometenhafter Aufstieg in den letzten

¹⁴²² Ebenda, S. 169.

¹⁴²³ Ebenda, S. 169.

Kriegsjahren, oder anders gesagt: die „Speer-Revolution“, war nach seinem Urteil „in der Tat ein böses Vorzeichen, das die Hofpolitik völlig veränderte.“ Als Begründung für diesen rasanten Aufstieg an die Schaltstellen der staatlichen Macht unter der Führung Adolf Hitlers, die – wie gesagt – die nationalsozialistische „Hofpolitik“ radikal veränderte, führte Trevor-Roper folgendes aus:

„Der Aufstieg Speers beruhte auf seiner technischen Unentbehrlichkeit: nur Speer allein, so schien es, konnte die deutsche Industrie ankurbeln, um der wachsenden Übermacht der Alliierten zu begegnen. Die Folge war, daß er nach jeder deutschen Niederlage seinem Ministerium immer neue Abteilungen angliederte, bis die gesamte Wirtschaftsplanung und die gesamte Kriegsproduktion in seinen Händen waren. Kein Wunder, daß Bormann um seine Stellung fürchtete – kein Wunder, daß er in der Umgebung des Führers nach neuen Verbündeten suchte, und kein Wunder, daß er voll Zorn zusah, wie Dr. Brandt, der Agent Speers, offensichtlich das Vertrauen Hitlers gewann. ‚Brand – Speer – Saur‘, erklärte er – Saur war der Stellvertreter Speers – , bilden einen richtigen Lobeverein, einer lobt den anderen hoch!‘ Brandt habe einen Ehrgeiz, ‚der ihn fast zerreiße. Kannst Du Dir denken, wie widerwärtig mir Brandt ist!‘ Um dieser Kombination zu begegnen, verbündete sich Bormann“, konstatierte Hugh R. Trevor-Roper, „mit zwei von Hitlers engsten Ratgebern, mit Hermann Fegelein, dem Verbindungsoffizier Himmlers beim Führerhauptquartier, der die Schwester Eva Brauns geheiratet hatte, und mit Wilhelm Burgdorf, dem Adjutanten Hitlers. ‚Bormann, Fegelein und Burgdorf‘, sagt ein Beobachter, bildeten nun ‚einen geschlossenen Kreis um Hitler, und es war für einen Außenstehenden kaum möglich, ihn zu durchbrechen.‘ (...).

Ihren Höhepunkt erreichte diese Auseinandersetzung durch den Streit um Morells ‚Antigas‘-Pillen. Heilten sie den Führer von seinen Magenkrämpfen, wie Morell vorgab, oder ruinierten sie langsam seine Gesundheit, wie Brandt und Hasselbach unter lauten Protesten behaupteten? Auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzung verstand es Bormann, sich als Schiedsrichter entscheidend einzuschalten. Er verschaffte sich die Pillen und übergab sie einem befreundeten Chemiker zur Analyse, der sie als völlig harmlos bezeichnete. Von diesem Augenblick an war Brandts Schicksal besiegelt (...).¹⁴²⁴

Damit war, wie der Autor schrieb, Brandts Schicksal besiegelt, denn die frühere Sympathie Hitlers für ihn, war in einen „abgrundtiefen Haß“ umgeschlagen. Daraus folgte, dass Hitler dem Glauben anhing, dass Brandt ihn umbringen wollte. Dies hatte wiederum zur Folge, so die Feststellung Trevor-Ropers:

„daß der in Ungnade gefallene Chirurg zum Tode verurteilt wurde, wenn auch das Urteil nicht mehr vollstreckt werden konnte. Speer selbst bewahrte seine persönliche Stellung beim Führer, aber seine Ratschläge wurden von nun an nicht mehr befolgt, und in den letzten Tagen, als Hitler mit Goebbels und Bormann allein war, wurde er stillschweigend seiner Ämter enthoben. Bormann aber behielt seine Stellung als ‚Braune Eminenz‘ bis zum Ende bei.“¹⁴²⁵

¹⁴²⁴ Ebenda, S. 170 f.

¹⁴²⁵ Ebenda, S. 171.

Im nächsten Abschnitt seiner Veröffentlichung beleuchtete Hugh R. Trevor-Roper ausdrücklich die Rolle von Martin Bormann im NS-Herrschaftsregime, das von ihm als „Führerstaat“ apostrophiert wurde, und vertrat angesichts des oben skizzierten Sachverhalts in einer ersten – man könnte sagen – analytischen (Zwischen-)Zusammenfassung folgende Ansicht:

„Das waren die Methoden, mit denen Martin Bormann seine Rivalen in Schach hielt. Wie aber gelang es ihm, seine eigene zentrale Position zu bewahren und auszubauen? Er erreichte dies einmal durch seine fachlichen Kompetenzen als Leiter der Parteikanzlei, was ihm innerhalb des Reiches die nötige Macht verlieh, zum anderen durch seine persönliche Unentbehrlichkeit als Sekretär des Führers, was ihn zum eigentlichen Herrscher über die nächste Umgebung Hitlers machte.

Als Leiter der Parteikanzlei beherrschte Bormann den gesamten Parteiapparat innerhalb Deutschlands. Alle Hebel der Partei waren in seinen Händen, alle Gauleiter wurden durch ihn und auf seinen Befehl hin ernannt, alle Karrieren innerhalb der Partei und demzufolge fast alle Aufstiegsmöglichkeiten innerhalb der Regierung waren von seiner Gunst abhängig oder konnten von ihr abhängig gemacht werden. Die Macht, die ihm eine solche Stellung im Lande verschaffte, war naturgemäß sehr groß; sie kann mit der Macht verglichen werden, die Stalin in den letzten Tagen Lenins ausübte. Solange Bormann, sich der persönlichen Gunst Hitlers erfreute – denn wenn auch kein anderer ihn abzusetzen vermochte, so konnte doch Hitler ihn jederzeit seines Amtes entheben –, war seine Position unangreifbar. Es ist schwer zu sagen, wie Bormann seine Macht nutzte, da die Arbeit eines Bürokraten kaum zu umreißen ist. Sie besteht aus ständiger Wachsamkeit, ständigem Eingreifen, ständiger Ausübung von Disziplin und Gönnerschaft, um die Zuverlässigkeit und wirksame Arbeit seines großen Apparates zu gewährleisten.¹⁴²⁶

Vor dem Hintergrund der deutschen Regimekrise nach dem Attentat auf Hitler am 20. Juli musste – trotz der zweifellosen Bedeutung – die Arbeit von Martin Bormann in den Augen von Hugh R. Trevor-Roper „naturgemäß recht undramatisch verlaufen“. Er war der Ansicht, dass man möglicherweise nur in einer Hinsicht in Bezug auf Bormanns Arbeit sagen konnte, dass sie „entscheidenden persönlichen Einfluß verriet, und zwar auf dem Gebiet der Religion.“ Und in diesem Zusammenhang stellte der Autor fest:

¹⁴²⁶ Ebenda, S. 171 f. An diesem Punkt schrieb Trevor-Roper mit (zeitlichem) Blick auf die Schlußphase des Zweiten Weltkrieges wie folgt weiter: „Nur selten wird eine solche Laufbahn durch ein außergewöhnliches Ereignis Farbe gewinnen, und dann nur in einer Zeit einer plötzlichen Krise. Eine solche Krise war das Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944. Damals hatten die Militärbefehlshaber aller deutschen Wehrkreise von den Widerstandskämpfern den Befehl erhalten, die örtlichen Gauleiter festzunehmen und somit den Widerstand der Partei zu paralisieren. Bormanns Reaktion tritt in der plötzlichen Flut von Instruktionen zutage, die er an alle Gauleiter schickte und von denen er Abschriften zur Information an seine Frau sandte. Schrill und ungebildet im Ausdruck gleichen sie den Telegrammen, die er in den letzten Tagen aus dem Führerbunker verschickte. Durch ihren heftigen und hysterischen Ton offenbarten sie den Charakter eines Mannes, der plötzliches Improvisieren nicht gewohnt ist, eines Routiniers, der leicht aus der Fassung gerät, wenn ein Verhängnis droht und promptes und unverzügliches Handeln erforderlich ist. In diesem Punkte, fällt ein Vergleich mit Goebbels, dessen selbstsichere Haltung als Gauleiter von Berlin bei dieser Gelegenheit für die Rettung des Regimes entscheidend war, sehr ungünstig für ihn aus.“ (ebenda, S. 172)

„Daß der Nationalsozialismus von Grund auf antireligiös war, ist heute ein Gemeinplatz, und Hitlers grelle und vulgäre Anklagen gegen das Christentum sind jetzt wohlbekannt. Bormann aber überbot ihn noch in seinem fanatischen Haß gegen die Kirchen, und sobald er als Leiter der Parteikanzlei im Sattel saß, setzte er diesen Haß unverzüglich in die Tat um. Bereits im Juli 1941 bemerkte Ulrich von Hassell, daß ‚die Partei (Bormann) bei uns den Kampf gegen die Kirchen immer mehr verschärft‘.“

Und weiter schrieb Trevor-Roper angesichts der „Kirchenfrage“ der NSDAP bzw. der im Parteiprogramm formulierten Gegnerschaft gegenüber dem Christentum, sowie speziell angesichts der Rivalität zwischen Goebbels und Bormann in der „Kirchenfrage“:

„Bormann jedoch war beharrlich. Ab 1943 (wenn nicht schon früher) behielt er sich ausdrücklich alle Entscheidungen in Kirchenfragen vor, und die vorliegenden Briefe an seine Frau geben häufig Zeugnis von ihrem gemeinsamen Fanatismus.“¹⁴²⁷

Auf der Grundlage seiner bisherigen Ausführungen unternahm Hugh R. Trevor-Roper im nächsten Abschnitt seines Beitrages gewissermaßen einen zweiten Versuch, ausdrücklich die Rolle von Martin Bormann im Nationalsozialismus zu klären, zu umreißen, oder anders gesagt, analytisch zu bestimmen. Für ihn stand fest, dass Bormann über die Partei in Deutschland herrschte, aber letztlich hing alles von „seiner Stellung bei Hofe ab.“ Und in diesem Zusammenhang führte der Autor in einer längeren Passage folgendes aus:

„Wäre Hitler Bormanns überdrüssig geworden und hätte er ihn abgesetzt, würde ihm seine Herrschaft über die Partei nichts genützt haben. Er war ein Bürokrat und herrschte nur durch sein Amt. Er hatte keine private Armee, keine öffentliche Resonanz, keine wirklichen Freunde am Hof – nur ein Mensch wurde je als sein Freund bezeichnet, Hermann Fegelein. Und Fegelein wurde zum Schluß, mit dem stillschweigenden Einverständnis Bormanns, auf eine bloße Verdächtigung hin ohne viel Federlesens im Garten der Reichskanzlei erschossen. ‚Ein paar kritische Worte Hitlers‘, bemerkte Speer, ‚und alle Feinde Bormanns wären ihm an die Gurgel gefahren.‘ Aber Tatsache ist, daß Hitler Bormanns nie überdrüssig wurde und daß er diese wenigen kritischen Worte nie äußerte. Als mustergültiger Sekretär war Bormann stets zur Hand und stand nie im Wege. Er nahm Hitler einen großen Teil seiner Last an Verantwortung ab, interpretierte seinen Willen und führte seine Befehle mit unwandelbarer, unaufdringlicher und ergebener Treue aus. Er versuchte nicht, Hitler zu beeinflussen, denn er wußte, daß ‚von der Einflußnahme auf den Führer, von der so oft gefaselt wird, keine Rede sein kann.‘“ Und Trevor-Roper fuhr wie folgt fort: „Daß seine Ergebenheit absolut ehrlich war, scheint aus seinen Briefen klar hervorzugehen, und angesichts dieser Tatsache ist es schwer, den auf der Aussage eines Angeklagten im sogenannten ‚Wilhelmstraßen-Prozeß‘ in Nürnberg beruhenden Behauptungen Glauben zu schenken, daß Bormann Hitler während des Krieges verraten habe und in den Dienst der Sowjetunion getreten sei. Selbst in seinen Briefen, den privatesten, intimsten und deshalb, wie es scheint, ehrlichsten Äußerungen, ist der Führer immer ‚wirklich der größte Mensch, den wir kennen, nicht nur der größte Deutsche‘.“¹⁴²⁸

¹⁴²⁷ Ebenda, S. 172.

¹⁴²⁸ Ebenda, S. 173. In diesem Zusammenhang zitierte Trevor-Roper folgende Eintragung aus den „Bormann-Briefen“: „Wunderbar die Haltung des Führers trotz der augenblicklichen tollen Schwierigkeiten in Ost und Süd,

Nach dem Dafürhalten von Hugh R. Trevor-Roper konnte eine „solche Treue“ selbstredend nicht unerwidert bleiben, denn Hitler wusste, dass er sich auf Bormann „verlassen konnte, und da er ihn“, so der Autor, „als fähigen Organisator, als unermüdlichen Arbeiter und zuverlässigen Interpreten kannte, gab er sich mehr und mehr in seine Hände.“ Und weiter hieß es an dieser Stelle:

„Bereits 1941 hatte Hitler eingestanden, daß er ‚völlig die Übersicht über die Organisationen der Partei verloren‘ habe – er hatte sie Bormann übertragen. Im Jahre 1943 übergab ihm Hitler auch sein Privatsekretariat.“¹⁴²⁹

Vor diesem Hintergrund ging Trevor-Roper auf eine Schilderung von einer der Sekretärinnen ein, die anschaulich die hohe Wertschätzung Hitlers für Bormann zum Ausdruck brachte,¹⁴³⁰ um daran anschließend den „Führer“ selbst zu Worte kommen zu lassen, nämlich als er schrieb:

„Bormanns Vorträge sind“, wie Hitler einmal sagte, „präzise ausgearbeitet, daß ich nur ja oder nein sagen brauche. Mit ihm erledige ich in zehn Minuten einen Haufen Akten, für den ich mit anderen Herren Stunden brauchen würde. Wenn ich ihm sage: ‚Erinnern Sie mich in einem halben Jahr an diese oder jene Sache, dann kann ich sicher sein, daß dies auch wirklich geschieht.‘ Und wie gründlich und tüchtig dieses ‚Arbeitstier‘ war: ‚Ich weiß, daß Bormann brutal ist‘, sagte Hitler, Beschwerden über Bormanns Methoden mit einer Handbewegung erledigend. ‚Aber was er anfaßt, hat Hand und Fuß, und ich kann mich unbedingt und absolut darauf verlassen, daß meine Befehle sofort und über alle Hindernisse hinweg durch Bormann zur Ausführung kommen.‘“¹⁴³¹

„Das also war der Autor und der Empfänger jener privaten Briefe“, führte der englische Historiker hierzu aus, „die jetzt veröffentlicht werden. Der andere Briefpartner war seine Frau Gerda Bormann, die selbst – wie Bormann ihr gegenüber oft betonte – einwandfreier nationalsozialistischer Herkunft war.“ Und in diesem Zusammenhang erklärte Trevor-Roper – nachdem er unter anderem einige biographische Angaben zu Gerda Bormann machte:

„Gerda Bormann war, als Tochter und Ehefrau zweier NS-Reichsleiter, eine zuverlässige und blind ergebene Nazianhängerin – wie viele Frauen, die sich einem religiösen Glauben ergeben, tat sie es mit einer so erschreckenden Gründlichkeit, daß es selbst den Priestern zu viel wurde. Die ganze Metaphysik und der Hokuspokus der nazistischen Glaubenslehre – Karl der Große und die Nibelungen, der Virus des Christentums und die Wagnerische

alles hängt ab von seiner Qualität und seinem unerschütterlichen Willen ... Wir müssen unendlich glücklich sein, daß wir den Führer haben, denn zu einem guten Teil beruht unser unbändiger Glaube auf einen guten Ausgang dieses Krieges auf seinem Da-Sein.“ (ebenda, S. 173)

¹⁴²⁹ Ebenda, S. 173.

¹⁴³⁰ Trevor-Roper schrieb hierzu, die sogenannte Sekretärin zitierend: „Nach Hitlers Meinung war Reichsleiter Bormann der einzige seiner Mitarbeiter, der alle seine Anordnungen und Vorschläge in klare und vernünftige Formeln bringen konnte.“ (ebenda, S. 173)

¹⁴³¹ Ebenda, S. 173 f.

Götterdämmerung – wurden völlig von ihr aufgesogen und oft, bis zur Ermüdung, wiedergekaut. Wie alle Verfechter der nationalsozialistischen Glaubenslehre hatte sie eine hohe Meinung von der Wichtigkeit der Geschichte, dieser neuen Königin der Wissenschaften, und recht unausgegorene historische Theorien.“¹⁴³²

In den Augen von Trevor-Roper war allerdings „Frau Bormann“ nicht nur eine „Theoretikerin des Nationalsozialismus“, sondern sie war darüber hinaus auch in der Praxis ein „lobenswertes Vorbild“. Denn nicht nur das sie „pflichtgemäß zehn Kinder in die Welt setzte“, zeigte sie sich zudem auch vollkommen damit einverstanden, dass „ihr Mann sein Möglichstes tun sollte, noch mehr zu zeugen“. Und weiter schrieb der Autor unter anderem – angesichts der Tatsache, dass Martin Bormann sie davon unterrichtete, die sogenannte „M“ verführt zu haben und sich geradezu ‚doppelt und unglaublich glücklich verheiratet!‘ fühlte – , dass sich Gerda Bormann die Frage stellte: „Und warum sollte sich ihr Mann nur doppelt verheiratet fühlen, warum sollte er es nicht sein? Warum sollte die Bigamie nicht legalisiert werden, ‚wie nach dem Dreißigjährigen Krieg‘?“¹⁴³³

Am Ende seines Beitrages skizzierte Hugh R. Trevor-Roper das „Schicksal“ von Martin und Gerda Bormann vor dem Hintergrund des letzten Briefes des Ehepaares. In Anbetracht der Ereignisse der letzten Kriegsmonate in Hitlers Bunker, die er, wie der Autor ausdrücklich erwähnte, in dem „bekannten Buch“ („Hitlers letzte Tage. Wege und Umwege historischer Quellenforschung“; J. G.) bereits geschildert hatte, stand für Trevor-Roper in diesem

¹⁴³² Ebenda, S. 174. Und im Kontext seiner ausdrücklichen Ausführungen über die Frau des nationalsozialistischen (Partei-)Führungsfunktionärs Martin Bormann, sprich: Gerda Bormann, schrieb Hugh R. Trevor-Roper folgendermaßen weiter: „ ‚Meiner Meinung nach‘, versicherte sie einmal ihrem Mann, ‚ist das Interessanteste und Lehrreichste doch Geschichte, das muß auch in der Erziehung unseres Volkes an erster Stelle kommen. Schreiben und rechnen sind nicht so wesentlich.‘ So versuchte sie ihren Geist dadurch zu veredeln, daß sie sich an die inspirierten Aussprüche eines ‚schwedischen Wahrsagers‘ klammerte. Sie besuchte den hinreißenden Vortrag eines Kreisleiters, dessen Einteilung der ganzen Menschheit in drei Gruppen – in tugendhafte, kulturtragende Bauern wie die Deutschen und Japaner, herumziehende Nomaden wie die Russen und ‚händlerische Schmarotzer‘ wie die Briten, Amerikaner und Juden – ‚alles sofort klar‘ machte. Oder sie hing an den Lippen von Frau Dagmar Brand, der Verfasserin einer kleinen geopolitischen Schrift, die ihr mit vielen an den Haaren herbeigezogenen Einzelheiten versicherte, ‚Rosevelt (sic), Churchill (sic) und Stalin seien auch nur die Puppen einer mächtigen jüdischen Regierung‘, die schon seit Jahrhunderten auf die Errichtung ihres Reiches hinarbeite. Diese Lehren, die sie in weitschweifiger Form ihrem nüchternen und manchmal widersprechenden Mann rekapitulierte, ermöglichten ihr, den ‚Idioten von Lehrer‘, der ihre Kinder im Hinblick auf Karl den Großen und die Sachsen irreleitete, zu korrigieren. Was aber, wenn das Fehlen von Dokumenten ihrer These entgegenstand? ‚Klar, daß die Karolinger alle Urkunden über ihre Schande vernichtet haben.‘ Sie glaubte“, so die Feststellung des Autors, „es sei von großer Wichtigkeit, daß die Zeit Karls des Großen richtig verstanden würde. ‚Schließlich spüren wir immer noch die Nachwirkungen seiner Politik: durch ihn hat das Christentum und damit das Judentum in unserer Landschaft Fuß fassen können.‘ “ (ebenda, S. 174)

¹⁴³³ Ebenda, S. 175.

Zusammenhang zweifelsohne fest, dass man sich folgenden historischen Tatbestand vergegenwärtigen sollte:

„Es genügt zu wissen, daß Bormann, wie auch Goebbels, bis zum Ende bei Hitler blieb und an allen seinen Entscheidungen teilnahm – daß er der Hochzeit Hitlers beiwohnte, daß er bei Abfassung von Hitlers Testament als Zeuge fungierte und zu seinem Vollstrecker bestellt wurde und daß er von Hitler zum Leiter der Parteikanzlei in der neuen Regierung ausersehen war, die er seinem Nachfolger testamentarisch zu übertragen suchte. Nach dem Tode Hitlers nahm Bormann an der heidnischen Totenfeier teil, und nachdem seine Bemühungen, als Überbringer der russischen Übergabebedingungen mit Dönitz in Plön Verbindung aufzunehmen, fehlgeschlagen waren, übernahm er den Befehl über die Reste von Hitlers Gefolge bei dem vergeblichen Versuch, die russischen Linien zu durchbrechen und in Richtung Westen aus Berlin zu entkommen. Eine Explosion an der Weidendammer Brücke, bei der er einigen Beobachtern zufolge den Tod gefunden haben soll, überlebte er. Es gelang ihm, sich Zivilkleidung zu beschaffen, und mit einer immer kleiner werdenden Gruppe setzte er seinen Fluchtversuch fort.“¹⁴³⁴

Neben diesen, detaillierte historisch-analytische Aussagen zum „Dritten Reich“ enthaltenen, zentralen Aufsatz von einem der beiden NS-Experten der Zeitschrift „Der Monat“ über den einflussreichen Exponenten aus der Führungsspitze des NS-Herrschaftsregimes, Martin Bormann, informierte Hugh R. Trevor-Roper zudem in der Veröffentlichung „Himmlers Leibarzt“ über einen weiteren entscheidenden Funktionär des „Führerstaates“. Unter der Rubrik „Hinweise“ rezensierte der englische Historiker das 1952 erschienene Buch „Totenkopf und Treue“ von Felix Kersten.¹⁴³⁵ Auch hier wird im Folgenden aus Raumgründen fast ausschließlich nur auf die Passagen eingegangen, die entweder wichtige Angaben hinsichtlich des hier interessierenden (Analyse-)Bild des Nationalsozialismus im „Monat“ enthielten, oder sie vorherige Einschätzungen von Trevor-Roper ergänzten.

„Ein gewisser Felix Kersten war während des zweiten Weltkrieges der Leibarzt Heinrich Himmlers.“ So lautete die erste Zeile von Hugh R. Trevor-Ropers Beitrag „Himmlers Leibarzt“. Nach der Schilderung biographischer Einzelheiten über Felix Kersten – unter anderem mit dem Hinweis, dass dieser seit den zwanziger Jahren als Masseur einen bemerkenswerten beruflichen Erfolg in den Kreisen der „Aristokratie“ und des „Geldadel(s)“ in Deutschland erzielte –, hieß es in den nach Einschätzung des englischen Historikers „außergewöhnlich(en)“ Memoiren, dass Kersten überraschenderweise im März 1939 mit der Frage konfrontiert wurde, ob er bereit sei Heinrich Himmler zu untersuchen. Und Trevor-Roper schrieb hierzu:

¹⁴³⁴ Ebenda, S. 175. Siehe zu den weiteren detaillierten Einzelheiten des – zum Zeitpunkt der Veröffentlichung von Trevor-Roper im Mai 1954 – für Tod erklärten bzw. für vermisst erklärten Martin Bormann sowie zu der „am 22. März 1946 an Darmkrebs“ verstorbenen Gerda Bormann, ebenda, S. 175 f.

¹⁴³⁵ Hugh R. Trevor-Roper, Himmlers Leibarzt, in: Der Monat, Heft 98 (1956), 9. Jg., S. 69-77.

„Kersten erklärte sich einverstanden. Bei der nun folgenden Untersuchung stellte er fest, daß Himmler an Darmkrämpfen litt, die große Schmerzen, manchmal sogar Bewußtlosigkeit hervorriefen. Während ihn die Ärzte bisher ohne jeden Erfolg mit Narkotika und Injektionen behandelt hatten, begann Kersten ihn jetzt zu massieren, und das Resultat war verblüffend: innerhalb von fünf Minuten hörten die Schmerzen auf. Himmler war von seinem neuen Arzt so begeistert, daß er ihn bat, sich seinem persönlichen Gefolge anzuschließen. Kersten lehnte jedoch ab. Der Krieg war noch nicht ausgebrochen, und noch konnte Himmler ihm nicht einfach befehlen. Daher mußte Himmler es zufrieden sein, sich von Kersten im Rahmen seiner regelmäßigen beruflichen Besuche in Deutschland behandeln zu lassen.“

Und weiter schrieb Trevor-Roper in diesem Zusammenhang:

„Das war zumindest die Absicht Kerstens, aber es sollte anders kommen. Während seines nächsten Aufenthaltes in Berlin im Frühjahr 1940 brachen deutsche Truppen in Holland ein und verlegten ihm so den Rückzug. Die niederländische Königsfamilie floh nach England. Himmler konnte seine Forderung jetzt vor dem Hintergrund massiver Drohungen wiederholen. Angesichts der Alternative, sich entweder dem Wunsche Himmlers zu beugen oder ins KZ zu gehen, wählte Kersten die Freiheit. Er wurde der persönliche medizinische Ratgeber beim Großinquisitor des Dritten Reiches; der abenteuerlichste Teil seiner Laufbahn begann.“¹⁴³⁶

In den Augen von Trevor-Roper musste angesichts der Erfahrung, in einer „freiheitlichen Gesellschaft“ gelebt zu haben, die Position eines „Hofarztztes“ im Nationalsozialismus für Felix Kersten „etwas Faszinierendes und Phantastisches“ gehabt haben. Denn, so seine Feststellung:

„Welche Macht wurde von Hitlers Ärzten ausgeübt, welche schwindelerregende Politik umgab sie, an welchen mörderischen Intrigen nahmen sie teil! Und am Hofe Himmlers lagen die Dinge kaum anders. Alle Tyrannen, in gefährlicher Höhe isoliert – besonders dann, wenn sie wie Himmler im Grunde ihres Wesens schwache Männer sind – brauchen Vertraute, die außerhalb der sie umgebenden politischen Rivalitäten zu stehen scheinen. (...) Hitler verließ sich auf Brandt und Morell (obgleich der letztere seine Gesundheit ruinierte), Himmler auf Gebhard und Kersten. (...) Kersten wurde sein allmächtiger Beichtvater, der nach Belieben über Wohlbefinden und Gewissen dieses unmenschlichen, aber zugleich auch naiven und leichtgläubigen Tyrannen gebieten konnte.“¹⁴³⁷

In diesem Kontext fragte sich der Rezensent, wie Kersten ebendiese „ungeheuren Möglichkeiten“ nutzte und schrieb hierzu:

„Die Tatsachen sind jetzt ausreichend belegt. Tausende von Holländern, Deutschen, Juden und viele andere verdanken es Kerstens Fürsprache, daß sie am Leben geblieben sind. Wer für Opfer des Regimes einen Aufschub zu erwirken suchte, merkte allmählich, wo der Hebel mit größter Aussicht auf Erfolg anzusetzen war. Die finnische Botschaft in Deutschland bediente sich Kerstens bei der Rettung dänischer und norwegischer Gefangener. Der jüdische Weltkongreß schreibt ihm die Rettung von 60 000 Juden zu. (...) Im Jahre 1941 wurde Himmler von Hitler beauftragt, alle ‚unversöhnlichen‘ Holländer nach Galizien und in die

¹⁴³⁶ Ebenda, S. 69.

¹⁴³⁷ Ebenda, S. 69 f.

Ukraine zu deportieren. Glücklicherweise fühlte Himmler sich zu dieser Zeit sehr schlecht, so daß er mehr noch als bisher auf Kersten angewiesen war. Dieser überzeugte ihn, daß die mit der Ausführung einer so weitreichenden Aktion verbundene Beanspruchung seiner Kräfte fatale Auswirkungen haben könnte. Die Aktion wurde deshalb bis nach Kriegsende aufgeschoben. Himmler bedauerte später seine Schwäche und meinte, die Entscheidung des Führers sei richtig gewesen: wenn er ihre Ausführung aufgeschoben habe, so sei das allein seiner ‚angegriffenen Gesundheit und dem guten Dr. Kersten zuzuschreiben‘.¹⁴³⁸

Nach Meinung von Hugh R. Trevor-Roper konnte – wie er sagte – diese sogenannte Lücke im „System des Terrors“ dem „Gefolge Himmlers“ zweifellos nicht verborgen bleiben.

Beispielsweise zogen einzelne „etwas menschlichere SS-Führer“ durchaus aus dieser Lücke ihren Nutzen. Über diese sogenannten etwas menschlicheren SS-Führern, die seiner Ansicht nach zwar die ihnen übertragenen Befehle „ohne große Skrupel Folge leisteten“, meinte Trevor-Roper, dass sie kein ausdrückliches Bedürfnis hatten „von sich aus Blut fließen zu lassen“. (S. 70) Zum Beispiel meinte der Autor mit den „Nutznießern“ den Sekretär von Heinrich Himmler, Rudolf Brandt und „sein Geheimdienstchef“ Walter Schellenberg, die beide nach Angaben des Rezensenten Akten von Verurteilten in regelmäßigen zeitlichen Abständen an Felix Kersten weitergaben, der „als einziger die Revision oder den Aufschub eines Urteils erreichen konnte“. (S. 70) Indes:

„Andere waren natürlich nicht so milde gesonnen – insbesondere der Chef des Sicherheitsdienstes, Ernst Kaltenbrunner. Dieser hätte Kersten liebend gerne liquidiert, doch war Kerstens Position bei Himmler selbst für ihn zu stark. Himmler hatte Kaltenbrunner einmal gewarnt: ‚Wenn Kersten einmal umgelegt wird, überlebst du ihn nicht um vierundzwanzig Stunden.‘ So blieb das Schlupfloch weiter offen: Himmler wußte wohl, was geschah, konnte sich jedoch dem Einfluß seines Arztes nicht entziehen. ‚Kersten rettet mit seiner Massage Menschen‘, sagte er einmal, ‚mit jedem Griff einen.‘¹⁴³⁹

In diesem Zusammenhang schrieb Trevor-Roper weiter, dass Felix Kersten im Jahre 1943 Heinrich Himmler, genauer: „Himmlers Willen“ vollständig in seiner Gewalt hatte, so dass nach seinem Dafürhalten Kersten gewissermaßen selbständig entscheiden konnte mit seiner Familie nach Schweden überzusiedeln. Seiner Meinung nach war Himmler davon alles andere als einverstanden, allerdings befand er sich, so der Autor, „nicht mehr in der Position, drohen zu können.“ (S. 71).

Nachdem der ehemalige Leibarzt von Himmler, Felix Kersten, im Laufe des Jahres 1943 seinen Wohnsitz nach Stockholm verlegt hatte, avancierte er später laut Trevor-Roper zum „Agenten der schwedischen Regierung“. Nachdem Kersten sieben schwedische

¹⁴³⁸ Ebenda, S. 70.

¹⁴³⁹ Ebenda, S. 70 f.

Geschäftsleute mit half das Leben rettete, die „in Warschau von den Deutschen festgenommen und der Spionage angeklagt worden waren“,¹⁴⁴⁰ dehnte die schwedische Regierung, so der Autor, im Winter 1944/45, als sich die deutsche Niederlage im Zweiten Weltkrieg abzeichnete, die so bezeichnete Rettungsaktion auch auf die Angehörigen anderer Nationen aus. Der englische Historiker Trevor-Roper formulierte die seinerzeit voller Sorge gestellte Frage, was aller Voraussicht nach das „Schicksal“ des von der Wehrmacht besetzten Skandinaviens, d. h. Dänemarks und Norwegens, sein würde. Und er schrieb dazu:

„Hitler hatte den deutschen Armeen befohlen, überall bis zum letzten Atemzug zu kämpfen. Konnte Schweden, die einzige neutrale Macht in Skandinavien, tatenlos zusehen, wie seine Nachbarländer sinnlos zerstört wurden?“ Und weiter fragte Trevor-Roper: „Was würde andererseits mit den Hunderttausenden von Gefangenen in den deutschen Konzentrationslagern geschehen? Hitler hatte Anweisung gegeben, bei Herannahen der alliierten Armeen alle Konzentrationslager zu sprengen und ihre Insassen umzubringen. Politische und humanitäre Erwägungen machten es unumgänglich, daß Schweden intervenierte, um weitere Zerstörungen und Massenmorde zu verhüten. An welcher Stelle aber sollte man ansetzen? Wo anders als beim Reichsführer und Innenminister? Hitler erteilte zwar die Befehle, Himmler aber führte sie aus.“¹⁴⁴¹

Im weiteren Verlauf seines Beitrages kam Hugh R. Trevor-Roper nochmals in aller Kürze auf Heinrich Himmler und dessen spezielle „Judenpolitik“ in der Schlussphase des Zweiten Weltkrieges zu sprechen; und zwar vor dem Hintergrund der Rolle der schwedischen Regierung und dessen Außenminister Günther) sowie von Felix Kersten bei der Rettung von jüdischen Häftlingen aus verschiedenen europäischen Ländern, die in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern in Gefangenschaft waren. In diesem Zusammenhang schrieb der englische Historiker beispielsweise in seiner Rezension „Himmlers Leibarzt“ anlässlich der „Vertragsverhandlungen“ unter anderem zwischen Günther, Kersten, dem Vizepräsidenten des Schwedischen Roten Kreuzes, Graf Folke Bernadotte und Himmler:

„Nach seinem am 8. Dezember mit Himmler abgeschlossenen ‚Vertrag‘ hatte Kersten im Einvernehmen mit Günther weitere Abmachungen getroffen. Insbesondere hatte er der schwedischen Zweigstelle des Jüdischen Weltkongresses versprochen, wenn irgend möglich die Überführung von weiteren 3 500 jüdischen Häftlingen nach Schweden zu erwirken. Dem

¹⁴⁴⁰ U. a. wurden die letzten drei Gefangenen im Dezember 1944 als – wie es hieß – „persönliches“ Weihnachtsgeschenk“ von Heinrich Himmler freigelassen und durften daraufhin von Felix Kersten mit nach Schweden genommen werden. In diesem Zusammenhang schrieb Hugh R. Trevor-Roper in einer Fußnote: „Das beste, weil nur zögernd abgegebene Zeugnis für Kerstens Rolle in dieser Angelegenheit findet sich in den Protokollen des Nürnberger Prozesses. Schellenberg versuchte damals die Rettung der sieben Schweden für sich in Anspruch zu nehmen. Bei der Zeugenvernehmung wurde jedoch klar (wie auch der Gerichtshof feststellte), daß ihre Rettung tatsächlich auf die Intervention des damals noch unbekanntes Dr. Kersten zurückzuführen war.“ (ebenda, S. 71)

¹⁴⁴¹ ebenda, S. 71.

hatte Himmler dann auch zugestimmt, doch weigerte Bernadotte sich plötzlich (zu Himmlers Überraschung und Kerstens Bestürzung), irgendwelche nicht aus Skandinavien stammenden Gefangenen zu übernehmen. Nach einem Besuch Kerstens bei Günther in Stockholm konnten diese Schwierigkeiten schließlich überwunden werden, und am 21. April erreichten die Verhandlungen mit einem der merkwürdigsten Ereignisse des ganzen Krieges ihren Höhepunkt: In Kerstens Gutshaus Hartzwalde kam es zu geheimen Besprechungen zwischen Himmler, dem Erzverfolger der Juden, und einem Vertreter der Stockholmer Zweigstelle des Jüdischen Weltkongresses, den Kersten persönlich nach Deutschland begleitet hatte. Bei dieser Begegnung, die der jüdische Delegierte, Norbert Masur, – so Trevor-Roper weiter – „ausführlich beschrieben hat, wurden die letzten Einzelheiten ausgehandelt; zwei Stunden später teilte Himmler Bernadotte mit, daß es den Juden freistehe, nach Schweden zu gehen. ‚Ich habe das meinem guten Dr. Kersten versprochen, und ich muß mein Versprechen halten, außerdem habe ich alle Einzelheiten mit Herrn Masur geklärt.‘ Bernadotte übernahm die Juden und wurde in Stockholm von einem Rabbi mit einer Ehrenurkunde bedacht.“¹⁴⁴²

Der schweizer Historiker Walther Hofer

Neben Hugh R. Trevor-Roper kristallisierte sich im Laufe der Jahre in der Zeitschrift „Der Monat“ der schweizer Historiker Walther Hofer mit seinen Veröffentlichungen zum zweiten NS-Experten, d. h. zum zweiten Experten zur Untersuchung des zeitgeschichtlichen Gegenstandes Nationalsozialismus, heraus. Nachdem von ihm 1950 das Buch „Geschichtsschreibung und Weltanschauung“ erschien, habilitierte er sich zwei Jahre später an der Freien Universität Berlin bei Hans Herzfeld mit einer diplomatiegeschichtlichen Untersuchung über die „Entfesselung des Zweiten Weltkrieges“, mit der sich Hofer weithin einen Namen machte und die 1954 als erster Band in der Schriftenreihe des „Münchner Institutes für Zeitgeschichte“ herausgegeben wurde. Walther Hofer, der in den 1950er Jahren Dozent für Moderne Geschichte und Politische Wissenschaft an der Freien Universität und an der Hochschule für Politik in Berlin war, veröffentlichte seinen zentralen Aufsatz zu den zwölf Jahren nationalsozialistischer Herrschaft – „Der >völkische Rechtsstaat<. Zur nationalsozialistischen Rechtspolitik“ – in der Februar-Ausgabe des Jahres 1959 (Heft 125) der Zeitschrift „Der Monat“.¹⁴⁴³

¹⁴⁴² Ebenda, S. 72 f.

¹⁴⁴³ Walther Hofer, Der >völkische Rechtsstaat<. Zur nationalsozialistischen Rechtspolitik, in: Der Monat, Heft 125 (1959), 11. Jg., S. 46-58. Der Beitrag wurde mit folgenden Worten der Redaktion eingeleitet und vorgestellt: „Der nebenstehende Aufsatz bildet ein Kapitel in des Verfassers ‚Deutscher Geschichte von 1933 bis 1945‘ im ‚Handbuch für deutsche Geschichte‘, herausgegeben von Prof. Leo Just, Akademische Verlagsgesellschaft Atheneion, Konstanz. Die erste Lieferung dieses Werkes wird in Bälde erscheinen. Wir hätten uns zu keinen geeigneteren Zeitpunkt für diesen Vorabdruck denken können als den gegenwärtigen, an dem die jüngsten Ereignisse innerhalb der deutschen Justiz in Erinnerung rufen, daß ein Teil der deutschen Richterschaft offenbar nicht unbeeinflusst durch die Jahre jenes ‚Rechtsstaates‘ hindurchgegangen ist.“ (ebenda, S. 46)

Am Anfang seines umfangreichen, dreizehn Zeitschriftenseiten umfassenden Beitrages – dessen Inhalt auch hier ausschließlich mit Blick auf die zentralen historischen und analytischen Kernaussagen zum „Führerstaat“ referiert wird – schrieb Walther Hofer:

„Bei der Analyse eines Herrschaftssystems, das in so hohem Maße auf der persönlichen Diktatur eines Mannes aufgebaut ist, kann man es nicht unterlassen, die Anschauungen dieses entscheidenden Mannes auf den verschiedenen Gebieten kennenzulernen. So wollen wir anfangs die Rechtsauffassung Hitlers, wenigstens in ihren Grundzügen, darzustellen versuchen. Daß Hitler ein Verächter des Rechts war, ist nicht verwunderlich. Ein Mann von solcher Machtbesessenheit konnte keine Grenzen anerkennen, die das Recht der Macht und damit auch der Willkür und der Gewalt setzt. Jegliches Empfinden für den Eigenwert und die Eigengesetzlichkeit des Rechts ging ihm vollkommen ab. (...) Juristen müßten auf dem Schindanger begraben werden usw. Das *Schwarze Korps*, die Zeitschrift der SS, nannte die Juristen einmal ‚Kloaken-Tierchen‘. Über diese Verachtung von Recht und Richtertum und von ‚jeder rechtsstaatlichen Rechts- und Staatsordnung‘ durch Hitler beklagte sich selbst sein langjähriger ‚Reichsrechtsführer‘ Hans Frank, der sich in den späten Jahren des Regimes sogar gezwungen sah, den Kampf zugunsten des Juristenstandes gegen die Radikalen innerhalb der Partei, zu denen, wie überall, auch hier Hitler selbst zählte, aufzunehmen.“¹⁴⁴⁴

Unter Berufung auf Hans Frank war Walther Hofer der Auffassung, dass der „unumschränkte Diktator“ Adolf Hitler zu keinem Zeitpunkt „vom Eigenwert des Rechts und der unbedingten Beachtlichkeit irgendwelcher Rechtssätze“ überzeugt werden konnte. Dem entsprach seiner Meinung auch vollkommen sein Herrschaftssystem. Denn, so konstatierte Walther Hofer:

„Wenn im Rechtsstaat die Macht da ihre Grenzen hat, wo das Recht beginnt, d. h. die Machtausübung durch das Recht beschränkt ist, so hatte das Recht im Staat Hitlers überall da ein Ende, wo die Macht waltete, d. h. die Rechtsausübung war durch die Macht beschränkt. Unter den Bedingungen des Willkürstaates, wie er sich immer ausgeprägter herausbildete, hieß das nichts weniger, als daß das Recht überhaupt in Frage gestellt war. Es fragt sich infolgedessen, ob das Herrschaftssystem des Nationalsozialismus überhaupt noch als eine Rechtsordnung *sui generis* angesprochen werden kann, etwa als ‚völkischer Rechtsstaat‘ mit ‚arteigenem Recht‘. Denn der Willküringriff des Führers und seiner unmittelbaren Willensvollstrecker fühlte sich nicht einmal an die selbst verkündete ‚neue Rechtsordnung‘ gebunden. So besteht die Rechtsordnung des Dritten Reiches eigentlich aus drei Schichten:

1. den überlieferten Normen der Rechtsstaatlichkeit im demokratischen Sinn;
2. den neuen nationalsozialistischen Rechtsgrundsätzen und
3. den aus der ungebundenen Machtvollkommenheit der herrschenden Partei fließenden reinen Maßnahmen, die sich auch an die verkündeten nationalsozialistischen Rechtsgrundsätze nicht zu halten brauchten, wenn selbstverständlich auch deren Übereinstimmung durch die Identität von Führerwillen und nationalsozialistischer Weltanschauung postuliert wurde.“¹⁴⁴⁵

Angesichts der „Verschwommenheit der nationalsozialistischen Ideologie“ war der Verfasser unter anderem der Auffassung, dass Hitler über rudimentäre Ansätze einer Rechtstheorie in

¹⁴⁴⁴ Ebenda, S. 46.

¹⁴⁴⁵ Ebenda, S. 46 f.

seiner „Kampfschrift“ nicht hinausgekommen war. Seiner Ansicht nach schwärmte Adolf Hitler von einer ‚natürlichen Rechtsordnung‘ und von ‚gesundem Volksempfinden‘, die das antiquierte ‚Juristenrecht‘ ablösen sollte, damit hinfort in Deutschland ein ‚deutsches Gemeinrecht‘ Gültigkeit hat. Für Hofer war es angesichts der damaligen geistigen Situation der Zeit kennzeichnend, dass sich ‚genügend Rechtslehrer und Richter‘ fanden, darunter berühmte Namen der damaligen Zeit, die diese Stichworte aufnahmen und daraus eine neue ‚völkische‘ oder ‚nationalsozialistische‘ Rechtslehre entwickelten.“ (S. 47).

Für ihn folgte daraus, dass auf der Grundlage eines ‚anti-rationalistischen Standpunkt(es)‘ allen abstrakten und normativen Lehrsätzen und Begriffen eine Kampfansage erteilt wurde, will heißen: sämtliche universellen bzw. alle allgemeinen Rechtsgrundsätze wurden radikal in Frage gestellt. Fortan galt für den deutschen Staat eine eigene nationalsozialistische ‚Gerechtigkeit‘, die in folgendem Satz von Carl Schmitt ihren Ausdruck fand, nämlich, dass ‚alles Recht das Recht eines bestimmten Volkes ist‘. Und zu den hieraus folgenden Implikationen schrieb Walther Hofer:

„Es wurde damit ein nationales, von allen übernationalen Bindungen freies Recht postuliert. Dieses neue nationale Recht konnte nach den Erfordernissen der allein herrschenden Partei und der allein maßgebenden Ideologie nur ein ‚völkisches Recht‘ sein im Sinne des nationalsozialistischen Rasse- und Volksbegriffes.“¹⁴⁴⁶

Es war Carl Schmitt, so Hofer, der von der sogenannten ‚Gespensterwelt von Allgemeinbegriffen‘, vom ‚normativistischen Turmbau zu Babel‘ sprach und der die Auffassung vertrat, dass dieser ‚abgerissen werden müsse‘. Schmitt plädierte für ein ‚konkretes Ordnungsdenken‘ und prognostizierte, dass ‚wir‘ von einem ‚abstrakt-normativistischen Typus zu einem Typus konkreten Ordnungsdenkens‘ kommen werden. Hierzu schrieb der schweizer Historiker:

„Schmitt bestimmt diese konkrete Ordnung selbst als ‚die Wirklichkeit der Volks- und Rassezugehörigkeit‘. Es paßte vorzüglich zur antisemitischen Komponente der nationalsozialistischen Ideologie, daß ‚das jüdische Gastvolk‘ die Entwicklung des juristischen Denkens – immer nach Carl Schmitt – weiter in diese normativistische und abstrakte Richtung getrieben habe.“¹⁴⁴⁷

Walther Hofer zufolge wurde die ‚Austreibung des jüdischen Geistes‘ aus dem ‚deutschen Rechtsdenken‘ ausdrücklich Hans Frank verlangt. Auf einer Tagung der ‚Reichsgruppe

¹⁴⁴⁶ Ebenda, S. 47. Walther Hofer schrieb an dieser Stelle wie folgt weiter: „Die Grundlagen für das Recht der Volksgemeinschaft, der Familie und des Volksgenossen sind Rasse und Ehre, wobei diese beiden Grundbegriffe in unlöslichem Zusammenhang stehen. Diese weltanschauliche und geschichtlich-politische Überzeugung hat schon das Programm der NSDAP zum Ausdruck gebracht“ (Wolfgang Siebert). Völkisches Recht stand so gegen übervölkisches, europäisch-abendländisches Recht, arteigenes gegen artfremdes Rechtsdenken.“ (ebenda, S. 47).

¹⁴⁴⁷ Ebenda, S. 47.

Hochschullehrer des NS-Rechtswahrerbundes“ über ‚Das Judentum in der Rechtswissenschaft‘ forderte dieser nämlich in einer Rede vom 3. 10. 1936, dass es in der Zukunft unmöglich sein dürfe, dass ‚Juden im Namen des deutschen Rechts auftreten können.‘ Die deutsche Rechtswissenschaft, so Frank, sei ‚deutschen Männern vorbehalten, wobei das Wort ‚deutsch‘ im Sinne der Rassegesetzgebung des Dritten Reiches auszulegen sei.“ Seines Erachtens bestehe kein Bedürfnis mehr für ‚Neuaufgaben deutsch geschriebener Rechtswerke jüdischer Autoren.“ Außerdem sollten die Werke jüdischer Autoren aus den öffentlichen oder Studienzwecken dienenden Büchereien so weit es geht möglichst beseitigt werden, und das Zitieren jüdischer Autoren in der deutschen Rechtswissenschaft unter anderem nur mit dem Hinweis auf die ‚typisch jüdische Mentalität“ erfolgen. Für Hofer wurde hiermit allen Ernstes der Versuch unternommen, den so ‚bedeutenden Anteil des jüdischen Geistes an der deutschen Rechtsentwicklung auszumerzen.“ (S. 47 f.).

Vor dem Hintergrund der politischen Forderung von nationalsozialistischen Juristen nach einer sogenannten ‚konkrete(n) Rechtsordnung‘ (Carl Schmitt) sowie der weltanschaulichen Position des Staatssekretärs im Reichsjustizministerium und späteren Präsidenten des Volksgerichtshofes, Dr. Roland Freisler,¹⁴⁴⁸ war für Walther Hofer der ‚völkische Rechtsstaat ein ‚Staat der totalen Mobilmachung‘. Für ihn folgte aus der Ablehnung der ‚*Idées générales*‘ (kursiv im Orig.) der Sieg des Grundsatzes, wonach ‚Recht ist, was dem Volke nützt‘. Hierbei stellte sich für Hofer primär die Frage, welche Instanz aber darüber bestimmt, was dem ‚Volke nützt“ und was das ‚Volk für Recht empfindet.“ Dazu Hofer:

„Hier kommt man zum Kern der nationalsozialistischen Rechts- und Staatsauffassung. Zugrunde liegt die Behauptung, daß der Wille des Volkes identisch sei mit dem Willen des Führers, das Axiom, durch welches der totale Führerstaat sich gerechtfertigt und legitimiert sieht. Somit komme der ‚wahre Wille des Volkes‘ zum Ausdruck in den Worten und Taten des Führers und vor allem in der von ihm geschaffenen, aus den Tiefen der deutschen Volksseele geschöpften Weltanschauung – die infolgedessen ja oft auch einfach als ‚deutsche Weltanschauung‘ bezeichnet wurde. Die Worte und Taten des Führers haben auch die wichtigste Grundlage der Rechtsprechung zu bilden, da sie eben das ‚Volksempfinden‘ zum Ausdruck bringen. So lesen wir z. B. bei Roland Freisler: ‚... der Richter soll in erster Linie die autoritativen Willenskundgebungen des Führers und die im Parteiprogramm der NSDAP enthaltenen Grundforderungen als Ausdruck des gesunden Volksempfindens anschauen; tut er das, wird er nicht fehlgehen können.‘ “

¹⁴⁴⁸ Walther Hofer zitierte an dieser Stelle Freisler wie folgt: ‚Rechtsstaat ist die organisierte Lebensform des Volkes, die alle völkische Lebenskraft zur Sicherung des Rechts des Volkes auf Leben nach innen und außen zusammenfaßt ..., hierzu taugt nur zusammengeballte Volkskraft, wie nur die geballte Ladung den frontbedrohenden Tank zu bändigen vermochte; dies organisierte Zum-Einsatz-Bringen der geballten Ladung der völkischen Kraft zum Schutz des Volkslebens ist unser Begriff vom Rechtsstaat.“ (ebenda, S. 48).

„Hitler selbst“, so Hofer weiter, „hatte in seinem ‚Rechenschaftsbericht‘ über die Liquidierung der angeblichen SA-Revolution am 13. 7. 1934 vor dem Reichstag ausgerufen: ‚In dieser Stunde war ich verantwortlich für das Schicksal der deutschen Nation und damit des deutschen Volkes Oberster Gerichtsherr!‘ Göring, der zweite Hauptakteur des veranstalteten Blutbades, hatte sich schon am Tage zuvor in einer Rede vor den Generalstaatsanwälten und Oberstaatsanwälten zu dieser Frage geäußert. Umgeben von Himmler, Heydrich und Freisler, also den Männern, die, neben Hitler und Göring, wohl am meisten zum Zerfall des Rechts und des Rechtsstaates beigetragen haben, sagte er: ‚Wir kennen nicht den übertriebenen Satz, daß alles zusammenbrechen könne, wenn nur das Recht bleibt. Wir sehen das Recht nicht als etwas Primäres an, sondern das Primäre ist und bleibt das Volk ... Das Recht und der Wille des Führers sind eins.‘ Das Handeln der Staatsführung in den Tagen vom 30. 6. Bis 2. 7. 1934 sei ‚die höchste Verwirklichung des Rechtsbewußtseins des Volkes‘ gewesen. Keine Stelle könne das Recht zu irgendeiner Nachprüfung dieser Aktion für sich in Anspruch nehmen. (...) Keinem geringeren als Carl Schmitt blieb es vorbehalten die durch die höchsten nationalsozialistischen Führer zum Ausdruck gebrachte Rechtsauffassung wissenschaftlich zu legitimieren.“¹⁴⁴⁹

Vor diesem Hintergrund richtete Walther Hofer den analytischen Scheinwerfer seines Aufsatzes „Der >völkische Rechtsstaat<. Zur nationalsozialistischen Rechtspolitik“ auf Hans Frank. Denn seiner Meinung nach ging der "Parteibeauftragte für die Fragen des Rechts“ und „Reichsrechtsführer“ nämlich ganz im oben angesprochenen Sinn „an seine Aufgabe“ heran. Im Anschluss an seine Aufzählung von wichtigen politisch-biographischen Stationen von Hans Frank vor der Machteroberung des Nationalsozialismus,¹⁴⁵⁰ erläuterte Hofer, dass dieser bereits im April 1933 zum „Reichsjustizkommissar“ und am 19. 12. 1934 zum „Reichsminister ohne Geschäftsbereich“ ernannt wurde. Zudem war er „Präsident der Akademie für deutsches Recht“ und Führer der „Deutschen Rechtsfront“ sowie des „Bundes nationalsozialistischer deutscher Juristen“.

Für Hofer war gerade die am 26. 6. 1933 ins Leben gerufene und in München beheimatete „Akademie für Deutsches Recht“, die am 11. 7. 1934 eine „Körperschaft des öffentlichen Rechts des Reiches“, wurde, von zentraler Bedeutung. Ihre Aufgabe lautete zum

¹⁴⁴⁹ Ebenda, S. 48 f. Walther Hofer schrieb an dieser Stelle wie folgt weiter: „In einem Aufsatz mit dem Titel ‚Der Führer schützt das Recht‘ schrieb er, der wahre Führer sei immer auch Richter, aus dem Führertum fließe das Richtertum. Die Tat des Führers, d. h. der Mord vom 30. Juni, sei ‚echte Gerichtsbarkeit‘. Sie unterstehe nicht der Justiz, sondern sei selbst höchste Justiz. ‚Das Richtertum des Führers entspringt derselben Rechtsquelle, der alles Recht jeden Volkes entspringt. In der höchsten Not bewährt sich das höchste Recht und erscheint als der höchste Grad richterlich rächender Verwirklichung des Rechts. Alles Recht stammt aus dem Lebensrecht des Volkes ...‘ Oder, um noch einen anderen maßgebenden Rechtslehrer dieser Zeit zu zitieren: ‚Das nationalsozialistische Parteiprogramm ist die allgemein verbindliche Rechtsgrundlage unseres gesamtvölkischen Lebens, und keine richterliche Entscheidung darf sich zu einem seiner Punkte in Widerspruch setzen‘ (Wolfgang Siebert).“ (ebenda, S. 49)

¹⁴⁵⁰ Walther Hofer schrieb hierzu: „Dr. Hans Frank, geboren am 3. 5. 1900 in Karlsruhe, hatte 1918 noch am Krieg teilgenommen und war anschließend im Freikorps Epp und später in der Reichswehr tätig; 1927 wurde er Mitglied der Reichsleitung der NSDAP als Leiter der Rechtsabteilung; 1930 wurde er zum Mitglied des Reichstags gewählt. Nach der Gleichschaltung Bayerns wurde er bayerischer Staatsminister der Justiz.“ (ebenda, S. 49)

einen die Neugestaltung des „deutschen Rechtslebens“ zu fördern und zum anderen das „Parteiprogramm“ im gesamten Bereich des Rechts zu realisieren. Wenige Monate darauf, am 3. 10. 1933, erklärte Hans Frank im Rahmen der Eröffnungsveranstaltung des Deutschen Juristentages unter anderem, dass die Aufgabe der „kommenden Zeit“ nun die „Wiederherstellung von Rechtszuständen in Deutschland (sei), die der Seelenlage und den Lebensnotwendigkeiten der Nation entsprechen.“ Die Marschrichtung wurde für Hofer durch den Satz angegeben: „Der Richter richtet nicht den Streit, er hat darüber zu wachen, daß das Gesamtleben der Nation gewahrt bleibt.“

Die „Fundamental-Rechtssätze des nationalsozialistischen Rechtsstaates“, so Hofer, brachte Hans Frank in einer Rede vom 20. 3. 1934 zur Sprache. Hofer zufolge lauteten sie wie folgt:

- „1. Die Schaffung des Einheitsstaates;
2. die Rassegesetzgebung;
3. die Sterilisationsgesetzgebung;
4. die Erbhofgesetzgebung oder der Schutz des deutschen Bodens und des deutschen Bauern
5. die Rechtsschaffung für die deutsche Arbeit und
6. die Schaffung des Ein-Parteien-Staates.“

Nach Ansicht von Hofer konnte die „vollkommene Abhängigkeit der neuen Rechtsauffassung von der nationalsozialistischen Ideologie und Politik“ nicht deutlicher zum Ausdruck kommen. Zwei Jahre danach, am 29. 1. 1936, nannte Hans Frank in ähnlicher Weise die fünf „Rechtsordnungsaufgaben:

1. das Blut des Volkes;
2. der Boden des Volkes;
3. die Ehre des Volkes;
4. die Wehrkraft des Volkes und
5. die Arbeit des Volkes.“¹⁴⁵¹

Für Walther Hofer waren es ebendiese fünf Prinzipien, die fortan immer wieder in den „Verlautbarungen der Partei und den Abhandlungen der mehr oder weniger der nationalsozialistischen Weltanschauung hörigen Rechtslehrer“ erschienen. Hans Frank höchstselbst nannte sie am 20. 8. 1937 in einer Rede ‚völkische Substanzwerte‘. Gewissermaßen Hand in Hand mit der „weltanschaulichen Umgestaltung“, so Hofer, ging auch in diesem Kontext die „Zentralisierung im Organisatorischen“. Denn:

¹⁴⁵¹ Zitiert nach ebenda, S. 49

„Durch das ‚3. Gesetz zur Überleitung der Rechtspflege auf das Reich vom 24. 1. 1935‘, wurde die ‚Verreichlichung‘ der Justiz festgelegt und durch den Staatsakt vom 2. 4. 1935 die Überleitung der Länderjustiz auf das Reich praktisch vollzogen.“¹⁴⁵²

Am 7. 5. 1935 wurden in Deutschland die sogenannten „Leitsätze zum nationalsozialistischen Strafrecht“ verkündet, die die Grundlage für die ‚Neuschaffung des Strafgesetzbuches‘ bildeten. In dem dann am 28. 6. 1935 neu erlassenen „Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches“ wurde auch auf den Begriff des sogenannten „gesunden Volksempfindens“ eingegangen. Hierzu schrieb Hofer:

„Der Grundsatz ‚*nullum crimen sine lege*‘ wurde durch die beabsichtigte Strafrechtsreform insofern in sein Gegenteil verkehrt, als jetzt nach dem Prinzip verfahren werden sollte ‚*nullum crimen sine poena*‘. Es sollten also auch solche Taten bestraft werden, für die zwar keine gesetzliche Handhabe vorhanden war, die aber nach ‚gesundem Volksempfinden‘ eine Bestrafung erheischen. Das neue Strafrecht mußte somit vor allem eine Verschärfung der Strafmaße zur Folge haben (...) sowie eine Erweiterung der Bestimmung des Verbrechens, eine Gleichsetzung von versuchter und vollbrachter Straftat, eine Minderung der zulässigen Rechtsmittel und eine Beschleunigung der Strafverfahren und Exekutionen.“¹⁴⁵³

Für Walther Hofer war in diesem Zusammenhang eine damalige Äußerung von Hans Frank interessant, wonach die „Normen der Strafwürdigkeit eines Verbrechens“ die NSDAP im Namen des deutschen Volkes gibt, und zwar als „die durch den Führer beauftragte Trägerin der Weltanschauung.“ Für Hofer befasste sich mit dieser Grundidee der Strafrechtserneuerung auch der Reichsjustizminister Dr. Gürtner in einer Rede vom 18. 5. 1935. Darin lehnte dieser den Grundsatz ‚*nulla poena sine lege*‘ ab und ersetzte ihn durch den Begriff des ‚materiellen Unrechts‘. Hofer zufolge befanden sich der Reichsjustizminister und die Partei-Ideologen auch in diesem Fall durchaus im Einklang mit Carl Schmitt und einem großen Teil der deutschen Rechtsgelehrten, die den zitierten Grundsatz des römischen Rechts als „normativistisches Dogma“ ablehnten, was danach zu unabsehbaren Konsequenzen für die Strafrechtstheorie und -praxis führen sollte. „Das Gesetz“, so Hofer, „ist nur noch *eine* Rechtserkenntnisquelle, die andere ist eben die nationalsozialistische Weltanschauung.“¹⁴⁵⁴

¹⁴⁵² Zitiert nach ebenda, S. 50.

¹⁴⁵³ Ebenda, S. 50.

¹⁴⁵⁴ Ebenda, S. 50. Weiter hieß es an dieser Stelle: „Wenn aus dieser geschöpft wird, dann ist auch keine Rechtsunsicherheit die Folge, sondern vielmehr die Gewähr gegeben für eine einheitliche Rechtsanwendung. Bei den parteiamtlichen Bemühungen, ein auf die Bedürfnisse des nationalsozialistischen Systems zugeschnittenes Strafrecht zu schaffen, taten sich vor allem die beiden Strafrechtslehrer Georg Dahm und Friedrich Schaffstein hervor. Sie gehörten auch der ‚amtlichen Strafrechtskommission‘ an, welche vom Reichsjustizminister Ende 1933 berufen wurde und die Aufgabe erhielt, einen Entwurf für ein neues Strafgesetzbuch auszuarbeiten. Dieser Kommission gehörte andererseits auch Gürtners persönlicher Referent, Hans von Dohnany, an, der ein scharfer Gegner des Regimes war und später in der deutschen Widerstandsbewegung gegen Hitler eine wichtige Rolle spielen sollte.“ (ebenda, S. 50)

Allerdings wurde das „neue Strafgesetzbuch“ zu keinem Zeitpunkt geschaffen. Gleichwohl wurden schon frühzeitig durch ein Gesetz“ vom 24. 4. 1934 die beiden Begriffe „Hochverrat“ sowie „Landesverrat“ neu gefasst, „in dem geradezu ungeheuerlich anmutende Strafverschärfungen vorgesehen wurden.“ Der Begriff Hochverrat wurden Hofer zufolge nicht nur die Fälle angewandt, in denen der Tatbestand gewaltsamer Verfassungsänderung bewiesen werden konnte. „Auch ein Verdacht“, so Hofer,

„genügte jetzt vollkommen zur Verurteilung. Jede gegnerische Haltung wurde dadurch zum Staatsverbrechen gestempelt, und jede Verfolgung Andersdenkender nahm immer mehr die Form einer Ketzerverfolgung, ihre Aburteilung diejenige einer Inquisition an – eine Inquisition allerdings, die in ihrer Raffiniertheit ebensoweit über das 16. Jahrhundert hinausgekommen war, wie die Technik des 20. Jahrhunderts jene Zeit überflügelt hatte. Durch die Bildung eines besonderen Gerichtshofes ‚zur Aburteilung von Hochverrats- und Landesverratsachen‘ wurden diese Bereiche dem Reichsgericht entzogen. Von den fünf Mitgliedern des Volksgerichtshofes brauchten nur zwei die Befähigung zum Richteramt zu haben. Alle Mitglieder sollte Hitler selbst ernennen. Gegen die Entscheidungen dieses Gerichtes war kein Rechtsmittel zulässig. Durch Gesetz vom 18. 4. 1936 wurde der Volksgerichtshof dann zum ordentlichen Gerichtshof im Sinne des Gerichtsverfassungsgesetzes erklärt und gleichzeitig weiter ausgebaut.“¹⁴⁵⁵

Vor dem Hintergrund der nationalsozialistischen Vorstellung zum Beispiel von „Recht“ und „Verbrechen“, wie es exemplarisch der Vizepräsident des Volksgerichtshofes, Karl Engert, zum Ausdruck brachte, als er die „Aufgaben dieses Gerichtes“ zusammenfasste,¹⁴⁵⁶ war der NS-Experte des „Monat“, Walther Hofer, der Meinung, dass genau dies die „Verwirklichung des vom nationalsozialistischen ‚Hofphilosophen‘ Ernst Krieck geforderten ‚völkisch-politischen Richtertums‘“ war. Und auch das bürgerliche Recht sollte, wie es zum Beispiel der Staatssekretär Schlegelberger im Jahre 1937 erklärte, vollkommen umgestaltet werden. Dazu Hofer.

„In der Tat brachte der Nationalsozialismus das Ende des bürgerlichen Rechts im herkömmlichen Sinn. Wichtige Teile des Bürgerlichen Gesetzbuches wurden aufgehoben, und das Gefühl für die Einheit des Privatrechts ging verloren. Der allgemeine Teil des Bürgerlichen Gesetzbuches verschwand auch zusehends aus den juristischen Vorlesungen der Universitäten, und die bisherigen Lehrbücher wurden weitgehend unbrauchbar. Wenn auch auf dem Gebiet von Handel und Gewerbe rechtsstaatliche Normen sich noch am längsten halten konnten, so ging doch auch über diesen Bereich eine Flut von Durchführungsverordnungen, Ausführungsvorschriften, Runderlassen, allgemeinen

¹⁴⁵⁵ ebenda, S. 50 f.

¹⁴⁵⁶ Walther Hofer zitierte hier – ohne zeitliche Angabe – den genannten Vizepräsident des Volksgerichtshofes, Karl Engert, der sagte: „Dieses Verbrechen (gemeint sind eben Hoch- und Landesverrat) sind rein politisch in dem Sinn, daß sie wie kein anderes Verbrechen das Schicksal von Volk und Staat nachteilig zu beeinflussen geeignet sind. Alles aber, was auf das Schicksal eines Volkes einwirken kann, muß als Politik im eigentlichen und besten Sinne des Wortes gewertet werden. Darum müssen wir auch von allen Richtern *dieses* Gerichtshofes und von allen Vertretern der Anklagebehörde verlangen, daß sie in erster Linie *Politiker* und dann *erst* Richter und nicht umgekehrt sind.“ (ebenda, S. 51)

Weisungen usw. An die Stelle *einer* gesetzgebenden Gewalt trat nach der völligen Entmachtung des Reichstages eine Vielzahl mehr oder weniger selbständiger Gesetzgeber, wie einzelne Minister, Sonderbeauftragte, Generalbevollmächtigte, Leiter der Reichsvereinigungen und der angeschlossenen Verbände usw. Der Unterschied zwischen Gesetz und Verordnung wurde weitgehend verwischt. Die Zahl der befristeten und immer wieder verlängerten Gesetze nahm dauernd zu, so daß sich schließlich in dem völligen Durcheinander auch die Juristen kaum mehr durchzufinden vermochten.¹⁴⁵⁷

Nach dem Dafürhalten des schweizer Historikers wurden die entscheidenden, „maßgebenden Leitsätze zum nationalsozialistischen Recht“ am 14. 1. 1936 vom „Reichsrechtsführer“ Hans Frank verkündet. Demnach sollten Richter nicht mehr als Hoheitsträger des Staates ‚über den Staatsbürger gesetzt‘ werden, sondern vielmehr als ‚Glieder in der lebendigen Gemeinschaft des deutschen Volkes‘ stehen. Denn die Aufgabe des Richters sei es nicht, ‚einer über der Volksgemeinschaft stehenden Rechtsordnung zur Anwendung zu verhelfen oder allgemeine Wertvorstellungen durchzusetzen, vielmehr hat er die konkrete völkische Gemeinschaftsordnung zu wahren, Schädlinge auszumerzen, gemeinschaftswidriges Verhalten zu ahnden und Streit unter Gemeinschaftsgliedern zu schlichten.‘ Und der zweite Leitsatz lautete:

„Grundlage der Auslegung aller Rechtsquellen ist die nationalsozialistische Weltanschauung, wie sie insbesondere in dem Parteiprogramm und den Äußerungen unseres Führers ihren Ausdruck findet.‘ Gegenüber Führerentscheidungen, seien sie in die Form eines Gesetzes oder einer Verordnung gekleidet, sollte dem Richter kein Prüfungsrecht zustehen. Auch an sonstige Entscheidungen des Führers sollte der Richter gebunden sein, ‚sofern in ihnen der Wille, Recht zu setzen, unzweideutig zum Ausdruck kommt‘. Gesetzliche Bestimmungen aus der Zeit vor der nationalsozialistischen Revolution durften nicht mehr angewendet werden, ‚wenn ihre Anwendung dem heutigen gesunden Volksempfinden ins Gesicht schlagen würde.‘¹⁴⁵⁸

Nachdem Walther Hofer bis dahin einen im Grunde genommen eher historisch-beschreibenden Blick auf das „Dritte Reich“ geworfen hatte nahm im Folgenden in seinem Beitrag „Der >völkische Rechtsstaat<. Zur nationalsozialistischen Rechtspolitik“ eine historisch-analytische Perspektive ein. Für ihn war die nationalsozialistische Weltanschauung und der „Führerwille“ keinesfalls eine „Rechtsquelle“ neben anderen geworden waren, sondern es wurde eindeutig ihre „unbedingte Priorität“ postuliert. Dazu erklärte der Autor: „Die Position, die damit erreicht war, kann gekennzeichnet werden mit dem Wort: Führerrecht bricht Gesetzesrecht. Der Staat der vollkommenen persönlichen Willkür ist

¹⁴⁵⁷ Ebenda, S. 51.

¹⁴⁵⁸ Zitiert nach ebenda, S. 51. Weiter schrieb Walther Hofer an dieser Stelle: „Im letzten Punkt hieß es dann, im völligen Widerspruch zur tatsächlichen Lage, (...), daß der Richter unabhängig sein müsse und nicht an Weisungen gebunden sei. Einige Tage später behauptete Frank in einer Rede über die ‚Grundlagen der nationalsozialistischen Rechtsauffassung‘, die Nationalsozialisten hätten ‚die Unabhängigkeit des Richters, jene Krönung und Garantie der Rechtssicherheit und Rechtswahrheit, aufs stärkste verankert.‘“ (ebenda, S. 51).

rechtstheoretisch begründet. Es zeigt sich, daß der ‚völkische Rechtsstaat‘ der Staat des ‚Führerrechts‘ ist (Carl Schmitt sprach denn auch sicher ganz folgerichtig und vor allem ganz ‚konkret‘ vom ‚deutschen Rechtsstaat Adolf Hitlers‘, um – wie er hinzufügte –, die Gefahr eines politischen Mißbrauchs‘ des Wortes ‚Rechtsstaat‘ auszuschließen). So radikal diese Leitsätze auch anmuten mögen, sie hinkten nicht nur beträchtlich hinter der tatsächlichen Entwicklung nach, sondern es hatten sich auch vorher schon Juristen gefunden, die die Frankschen Thesen bereits vorwegnahmen.“. Und weiter hieß es: „So lesen wir etwa bei Friedrich Schaffstein in einer strafrechtswissenschaftlichen Schrift von 1934: ‚Im Verhältnis von Gesetzgeber und Recht ist der letztere der Geführte, und der Gedanke: Gesetz ist, was der Führer befiehlt, kennzeichnet nicht nur die Autorität des Führers, sondern auch die des Gesetzes im nationalsozialistischen Staat.‘ Praktisch gesehen war dieser Stand der Dinge spätestens mit den Morden vom 30. Juni 1934 schon erreicht. (...) Im Jahre 1942 schrieb dann Werner Weber ‚über die Verkündung von Führererlassen‘, es könne kein Zweifel darüber bestehen, ‚daß für Führererlasse, die rechtssetzenden Inhalt haben, grundsätzlich nur die Veröffentlichung im Reichsgesetzblatt in Betracht kommt‘. Denn ‚das Gewicht und der Rang der unmittelbaren Rechtssetzung durch den Führer‘ ließe nur ‚die Bekanntgabe in der vornehmsten und feierlichsten Form, die das Verkündungswesen des Regimes kennt, als angemessen erscheinen‘. Führererlasse heischten auch ‚ihrer Absicht nach und kraft der ihnen innewohnenden Autorität regelmäßig gleich mit ihrem Bekanntwerden Beachtung‘.¹⁴⁵⁹

Mit diesen Ausführungen, so Walther Hofer, stellte allerdings Werner Weber nur noch nachträglich theoretisch fest, was in der nationalsozialistischen Praxis sozusagen zur Normalität geworden war. Ebenso hatten für Hofer auch schon vor der Verkündung der Leitsätze Hans Franks massenhaft Gerichte in deren Sinn Urteile gefällt, „indem sie sich in ihrer Urteilsbegründung vor allem auf das Parteiprogramm der NSDAP, aber auch auf andere nationalsozialistische Grundsätze beriefen.“ (S. 52). Seiner Meinung nach war der „völkischen Rechtsanschauung“ immanent, dass das „Volk, die Gemeinschaft, dem Einzelnen, der individuellen Persönlichkeit“ notwendig vorrangig. „In Hitlers Tischgesprächen“, erklärte Hofer, fand sich das Wort, dass das ‚Recht nicht den Einzelnen dem Staat gegenüber sichern, sondern in erster Linie bewirken solle, daß Deutschland nicht zugrunde gehe‘. In der konkreten Anwendung des „Führerwortes“ fand sich, so Hofer, in einer Veröffentlichung des Reichssicherungshauptamtes (RSHA) über ‚Rechtssicherheit und Unabhängigkeit der Richter‘, die indes aus dem Jahre 1942 stammte, dennoch längst vorhandene und praktizierte Auffassungen wiedergab, der Satz:

„Der Einzelne findet sein Recht nach nationalsozialistischer Auffassung nicht mehr in einer isolierten Stellung gegenüber dem Staat, gegen die Gemeinschaft, sondern nur mit der Gemeinschaft und als Glied der Gemeinschaft seines Volkes.‘ Rechtssicherheit hieße, ‚daß der Einzelne als Glied der Gemeinschaft darauf vertrauen kann, daß unter allen Umständen Recht geschieht...‘ Die ‚Rechtssicherheit liberaler Prägung‘ wird ausdrücklich abgelehnt, da sie ‚einen Kampfbegriff gegen den Staat bedeutete‘. Durch eine ‚falsch verstandene

¹⁴⁵⁹ Ebenda, S. 51 f.

Rechtssicherheit‘ könne vielmehr die ‚Reichssicherheit‘ bedroht werden. Damit ist man bei dem Grundsatz angelangt: Rechtssicherheit ist Reichssicherheit.“¹⁴⁶⁰

Für Walther Hofer begann die angesprochene Entwicklung indes unwiderruflich mit der „Verordnung vom 28. 2. 1933“, mit der die bürgerlichen Grund- und Freiheitsrechte außer Kraft gesetzt wurden. Was man unter dieser ‚vorübergehenden‘ Maßnahme zu verstehen hatte, darüber gab seines Erachtens das „parteiämtliche ‚*Jahrbuch des deutschen Rechts*‘“ klipp und klar Auskunft:

„Wenn auch, so heißt es da, eine andere Form der Verordnung, da sie auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung erlassen wurde, nicht angängig gewesen sei, so seien die Grundrechte doch für immer außer Kraft gesetzt worden. ‚Denn Grundrechte, die von staatlichen Eingriffen grundsätzlich unberührbare Freiheitsgebiete der Einzelnen schaffen, sind mit dem Totalitätsprinzip des nationalsozialistischen Staates nicht vereinbar‘. Schon damit war“, so der Verfasser, „die Unvereinbarkeit von rechtsstaatlichen Grundsätzen im liberalen und demokratischen Sinn mit dem totalitären Herrschaftssystem in aller Schärfe festgestellt. Auch in diesem Zusammenhang wird übrigens wieder behauptet, daß der Gedanke der richterlichen Unabhängigkeit und des Rechtsstaates ‚urdeutsch‘ seien.“¹⁴⁶¹

In den Augen von Hofer führte die genannte Verordnung alsbald dazu, dass sie einerseits den „zivilen Ausnahmezustand“ begründete und andererseits den politischen Sektor aus dem „Geltungsbereich der allgemeinen Rechtsordnung“ ausgeklammerte. Indes: entscheidend hierbei war für ihn die Tatsache, dass die „Partei bzw. der Führer bestimmt, welches im konkreten Fall die Grenzen des politischen Sektors sind. Nach Einschätzung von Walther Hofer lag es aber „in der dem totalen Staat immanenten Entwicklungstendenz“, dass das gesamte Leben „politisiert wird“ und insofern praktisch „jede Sache zu einer politischen Angelegenheit gemacht werden kann.“ (S. 52 f.). Für Walther Hofer war es Carl Schmitt, der den Standpunkt vertrat, dass selbst die Entscheidung darüber, ob ein Sachgebiet oder eine Angelegenheit unpolitisch sei, „eine politische Entscheidung darstelle“. Und gänzlich in ebendiesem Sinn wurde Hofer zufolge „die ‚zur Abwehr *kommunistischer* staatsgefährdender Gewaltakte‘ erlassene Verordnung vom 28. 2. 1933 systematisch auf andere Bereiche“ ausgedehnt, so dass sie „schließlich auch im Kampf gegen religiöse Sekten, wie etwa die Bibelforscher, aber auch gegen die evangelische und katholische Kirche angewandt werden konnte.“ Bereits durch den „Runderlaß des Preußischen Ministers des Innern“ vom 3. 3. 1933 hatte Hermann Göring, so Hofer, „dieser Ausweitung in der Interpretation und Anwendung der ‚Brand-Verordnung‘ Vorschub geleistet“. Nämlich durch seine Feststellung, dass sich ebendiese Verordnung auch gegen den Personenkreis richtet, die mit den Kommunisten

¹⁴⁶⁰ Zitiert nach ebenda, S. 52.

¹⁴⁶¹ Ebenda, S. 52.

zusammenarbeiten und deren „verbrecherischen Ziele“ sie – direkt oder indirekt – „unterstützen und fördern“. Und hier stellte Walther Hofer fest:

„Damit war der rechtsstaatliche Damm, den die formale Bindung dieser Verordnung an die Weimarer Verfassung noch darstellte, bereits gebrochen, und die Fluten der politischen Willkür konnten sich ungehindert überallhin ergießen. Die These von der mittelbaren kommunistischen Gefährdung wurde immer weiterentwickelt, so daß mit der genannten Verordnung schließlich jeder potentielle Staatsfeind erfaßt werden konnte. Alle gegen das nationalsozialistische Regime gerichteten Widerstände und Angriffe konnten nun als ‚kommunistisch im weiteren Sinn‘ interpretiert werden.“¹⁴⁶²

Zwischen der Bestimmung des politischen Sektors und der Frage „der polizeirechtlichen Schranken der politischen Polizei“ gab es nach Auffassung des Autors einen direkten Zusammenhang. Genau an diesem Punkt kam es für ihn in den ersten Jahren des „Dritten Reiches“ zu einem Konflikt zwischen Justiz und Verwaltung. Walther Hofer zufolge vermochten sich das Reichsgericht sowie das Oberverwaltungsgericht („ein besonderer Hort rechtsstaatlicher Prinzipien“) allerdings nicht gegenüber dem „Willen des Regimes“ durchzusetzen, so dass für ihn nach kurzer Zeit der Grundsatz Anerkennung fand, dass nämlich die politische Polizei an „keine polizeirechtlichen Schranken gebunden“ sei. „Auch dieser für den Zerfall des Rechts und des Rechtsstaates besonders wirksame Grundsatz“, so Hofer,

„wurde bereitwillig von deutschen Staatsrechtslehrern wissenschaftlich anerkannt. So schrieb z. B. Theodor Maunz, es hätte keinen Sinn, für die politische Polizei des nationalsozialistischen Staates ‚in der bisherigen Weise Auftrag und Ermächtigung zu trennen‘. Die neue Polizei wende sich ‚aus verständlichen Gründen ... gegen das Einfangen ihrer Tätigkeiten in Normen, das unter dem Blickpunkt der geschichtlichen Ereignisse als liberal erscheinen mußte und das die Durchschlagskraft des polizeilichen Wirkens hemmte‘. Die Willkür der politischen Polizei“, so Hofer weiter, „rechtfertigte Maunz mit dem Satz: ‚Das Greifen nach den ungeschriebenen Gesetzen einer vorgegebenen Volksordnung war das Beziehen einer naturgegebenen Gegenposition gegen den liberalen Normativismus und brachte gleichzeitig eine gewaltige Kraftsteigerung der Polizei.‘“¹⁴⁶³

Ähnlichkeiten erkannte der NS-Experte in diesem Zusammenhang mit dem „rechtsstaatlichen Prinzip der richterlichen Nachprüfung von Verwaltungsakten“. Zu Beginn musste dieses Prinzip nach dem Dafürhalten von Hofer zugunsten der Gestapo als einer „Sonderpolizeibehörde“ aufgegeben werden, was seiner Meinung nach im „Gestapo-Gesetz vom 10. 2. 1936“ auch explizit festgelegt wurde. Im juristischen Schrifttum wurde seinerzeit der Standpunkt vertreten – zum Beispiel in einer dem Reichsführer-SS (Heinrich Himmler)

¹⁴⁶² Ebenda, S. 53.

¹⁴⁶³ Ebenda, S. 53.

„gewidmete(n) Schrift“ unter Berufung auf die Staats- und Verwaltungsrechtslehrer Carl Schmitt, Scheuner, Spohr, Koellreutter, Knauth, Stuckart, Köttgen u. a. –, dass eine ,richterliche Nachprüfung staatspolitischer Maßnahmen mit den nationalsozialistischen Grundsätzen und insbesondere mit dem Aufbau des Führerstaates unvereinbar ist‘. Recht und Gesetz durften nach Hofer nicht im Gegensatz zur Politik stehen, sondern sie hatten „Diener der Volksgemeinschaft und damit der politischen Führung zu sein.“ Dazu führte Hofer aus:

„Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, daß am 19. 3. 1936 auch das Preußische Obergericht endlich kapitulierte, womit nun in allen politischen Fragen verwaltungsgerichtlicher Schutz versagt wurde. Diese Praxis wurde immer mehr auch auf das Gebiet des Zivil- und Strafprozesses übertragen. Eine richterliche Nachprüfung wurde hier schon dadurch illusorisch, daß eine Angelegenheit sofort und automatisch politischen Charakter bekam, wenn die politische Polizei sich mit ihr befaßte. Da die Bestimmung des Politischen vollkommen von der Entscheidung der Partei- bzw. der in ihrem Auftrage handelnden Polizei-Instanzen abhing, kam es bald zu einer völligen Pervertierung des rechtsstaatlichen Prinzips, daß die Gerichte die Verwaltung und damit auch die Polizei unter dem Gesichtspunkt der Gesetzmäßigkeit zu kontrollieren haben. Im ‚völkischen Rechtsstaat‘ kontrollierten vielmehr die politischen Behörden die Gerichte unter dem Gesichtspunkt der politischen Zweckmäßigkeit und Nützlichkeit. Die Richter wurden damit, trotz allen Geredes von der richterlichen Unabhängigkeit, zu Dienern der Staatsgewalt, zu Lehensmännern des Führers.“¹⁴⁶⁴

Der NS-Jurist Curt Rothenberger brachte für Hofer im Grunde genommen dasselbe zum Ausdruck, als er nämlich in einem Buch im Jahre 1943 über den deutschen Richter davon sprach, dass „der Führer als oberster Gerichtsherr“ die Richter dadurch „belehne“, dass er sie „Recht sprechen lasse“, ohne dabei eine „Obrigkeit dabei befragen zu müssen, *unmittelbar* mit der Befugnis zur Rechtsprechung.“ Und zudem erklärte der Verfasser in diesem Kontext:

„Zwischen dem Führer und dem einzelnen Richter bestehe ein unmittelbares Lehensverhältnis ohne Zwischeninstanz. Der Richter habe das Recht nach den Grundsätzen zu finden, von denen aus der Führer richte. Es würde gar kein Richterproblem geben, ‚wenn der Führer in eigener Person auch praktisch die Rechtsprechung ausüben könnte‘. Da er es aber nicht könne, habe er seine Befugnis auf den einzelnen Richter übertragen. Es sei ‚der Sinn der von der nationalsozialistischen Weltanschauung getragenen Rechtsauslegung‘, daß die deutschen Richter mit den Attributen ausgestattet würden, ‚die als die *richterlichen Attribute des Führers* anzusehen sind‘. So wird denn auch gefordert, der Richter, der der Gestalter eines lebendigen Volksrechtes sein solle, habe ‚in allererster Linie zu sein *eine Persönlichkeit* und ein *politisch denkender, mit praktischen gesundem Menschenverstand begabter Nationalsozialist*‘. Unschwer ist in diesen Äußerungen maßgeblicher nationalsozialistischer

¹⁴⁶⁴ Ebenda, S. 53. Hier hieß es bei Walther Hofer weiter: „In seinem Geleitwort zur ersten Nummer der sogenannten *Richter-Briefe* schrieb der damalige Reichsjustizminister Thierack: ‚Nach alter germanischer Rechtsauffassung war immer der Führer des Volkes sein oberster Richter. Wenn also der Führer einem anderen mit einem Amt eines Richters belehnt, so bedeutet das, daß dieser nicht nur seine richterliche Gewalt vom Führer ableitet und ihm verantwortlich ist, sondern auch, daß Führertum und Richtertum wesensverwandt sind. Der Richter ist demnach auch *Träger der völkischen Selbsterhaltung*. Er ist Schützer der Werte eines Volkes und der Vernichter der Unwerte.‘“ (ebenda, S. 53 f.)

Juristen die Konzeption Carl Schmitts wiederzuerkennen, wie er sie in seinem Aufsatz zur Rechtfertigung der Exekutionen im Zusammenhang mit dem 30. Juni 1934 entwickelt hat.¹⁴⁶⁵

In den Augen von Hofer wurden die Gerichte, insbesondere im Strafprozessrecht, in eine Position gezwungen, in der sie letzten Endes ausschließlich als „Organe des Terrors“ fungierten. Beispielsweise wurden für ihn Richterliche Urteile immerfort von „Partei-Instanzen“ in Frage gestellt oder gar „angeprangert“ – insbesondere im „Schwarzen Korps“. Zudem wurden „Strafverschärfungen unter Strafdrohung für die Richter selbst, gefordert“. Für Hofer hing die Höhe des Strafmaßes alsbald weniger von gesetzlichen Bestimmungen als vom „Charakter und der Weltanschauung der Richter“ ab. Hitler selbst griff zahlreichen Fällen in schwebende Verfahren ein oder forderte Verschärfung des Strafmaßes, indem er „gefällte Urteile einfach umstieß.“ Diese Eingriffe, so Walther Hofer, „von der höchsten Spitze des Führerstaates vermehrten sich laufend und erreichten ihren absoluten Höhepunkt in der Zeit der massenhaften Aburteilungen von Widerstandskämpfern in den letzten Jahren des Krieges.“¹⁴⁶⁶

Nach Ansicht des schweizer Historikers nahm die NSDAP zudem immer stärker auch Einfluss auf die Besetzung der Richterstellen. Für ihn konnten die Richter in Deutschland, die nicht bereit waren sich im Sinne des Nationalsozialismus gefügig zu zeigen, bereits mit dem „deutschen Beamtengesetz vom 26. 1. 1937“ nach dem § 71 ohne viel Federlesens abgesetzt werden. Allerdings durfte nach dem § 171 des gleichen Gesetzes wiederum „ein solcher Schritt ‚nicht auf den sachlichen Inhalt einer in Ausübung der richterlichen Tätigkeit getroffenen Entscheidung gestützt werden‘.“ Deshalb konnte man genau in diesem Paragraphen, so Hofer, „eine gewisse Schutzklausel für das Richtertum“ sehen. Dennoch: „Hitler versuchte denn auch, erstmals im Frühjahr 1938, diesen Paragraphen des deutschen Beamtengesetzes praktisch zu beseitigen, wenn er eine Klausel forderte, nach welcher Richter auch auf Grund von sogenannten Fehlurteilen abgesetzt werden konnten. Der Reichsjustizminister blieb hier indessen für einmal fest, weil selbst er einsah, daß eine Streichung dieses Paragraphen ‚die Aufhebung des Richteramtes bedeuten‘ würde.“ Und Hofer konstatierte: „Die Radikalisierung der Strafjustiz zur Terror- und Blutjustiz konnte allerdings dadurch nicht aufgehalten werden. Die Partei erzwang ihren Willen, und zwar vom

¹⁴⁶⁵ ebenda, S. 54.

¹⁴⁶⁶ Ebenda, S. 54. Hier hieß es im Text weiter: „Hitlers grenzenlose Verachtung von Rechtsnormen und Rechtsprechung kommt dabei besonders etwa darin zum Ausdruck, daß der Diktator oft einfach auf Grund einer Zeitungsnotiz die Überstellung eines rechtskräftig Verurteilten an die Gestapo zur ‚Sonderbehandlung‘, d. h. zur Exekution, befahl, ohne sich auch nur der Mühe zu unterziehen, die Urteilsbegründung kennenzulernen oder mit dem Justizministerium Verbindung aufzunehmen. Dieses erfuhr von solchen, von Hitler befohlenen Hinrichtungen meist erst nachträglich, ja manchmal auch nur aus einer Zeitungsmeldung! ‚Richterbriefe‘, die Lob und Tadel über gefällte Urteile enthielten, liefen, allerdings erst seit 1942, ‚streng vertraulich‘ bei den Justizbehörden um und sollten zu wenig willfähige Richter unter Druck setzen.“ (ebenda, S. 54).

Diktator über den Gauleiter bis zum Kreisleiter, weiterhin auf dem Wege der Einmischung in die Rechtsprechung und der ‚Sonderbehandlung‘ durch ihre Terrororgane. Die Kette der Klagen der Richtern, aber auch Staatsanwälten, über Beeinträchtigung ihrer Unabhängigkeit in der Urteilsfindung und über Bespitzelung durch den ‚Sicherheitsdienst‘ reißt im Staate Hitlers nicht ab. Die berühmte Vollmacht des Reichstages vom 26. 4. 1942, die Hitler zum obersten absoluten und unumschränkten Gerichtsherrn Deutschlands machte, sanktionierte nur eine im Grunde längst bestehende Praxis.“¹⁴⁶⁷

Zudem stand für Walther Hofer auch fest, dass der Zerfall des Rechtsstaatsgedankens und der Rechtsordnung ebenfalls eindeutig in der – wie er meinte – „mißbräuchlichen Anwendung“ der sogenannten „Schutzhaft“ zum Ausdruck kam; und zwar auf der Grundlage einer „juristischen Definition“, die besagte, dass es ebenjene „Schutzhaft“ wäre, die ‚im Wesen eines wahrhaft politischen Staates‘ läge, ‚der von liberalen Fesseln befreit ist‘.“ Vor diesem Hintergrund schrieb Hofer:

„Die ‚Rechtsgrundlage‘ für die Schutzhaft bildeten die Notverordnungen vom 4. 2. 1933 und vom 28. 2. 1933 und ein Runderlaß des Reichsinnenministers vom 12. 4. 1934, der Anordnungen über die Verhängung und Vollstreckung der Schutzhaft enthielt. Daß die Schutzhaft nicht nur zum Schutz von Personen, sondern zum Entzug der persönlichen Freiheit wegen angeblicher oder tatsächlicher Gefährdung der öffentlichen Sicherheit oder des Staates angewandt wird, ist natürlich keine Erfindung des nationalsozialistischen Regimes. Es blieb ihm vorbehalten, die Institutionen der Schutzhaft aufs äußerste zu mißbrauchen und praktisch zur Vorstufe der unbefristeten Einlieferung in ein Konzentrationslager zu machen. Das geht schon aus der geltenden Theorie hervor, steht doch in einer Definition eines nationalsozialistischen Juristen der ‚Schutz des Häftlings gegen eine Gefährdung seiner Person‘ an letzter Stelle. In ‚erster Linie‘ diene die Schutzhaft der ‚Abwehr der Gefahren, die der nationalsozialistischen Volksordnung und der Sicherheit des nationalsozialistischen Staates durch Angriffe seitens volks- und staatsfeindlicher Elemente drohen‘. Diese Reihenfolge geht allerdings notwendig aus der geltenden Staatsauffassung hervor, die nicht mehr, wie die liberal-individualistische, die Hauptaufgabe des Staates und damit der Polizei im Schutz des einzelnen Bürgers sah, sondern in der ‚Erhaltung und Förderung des rassisch und weltanschaulich gleichgerichteten Volkes, der Volksgemeinschaft‘. Eine ‚Gefährdung der Volksgemeinschaft‘ sei auch dann gegeben, wenn Angriffe auf die sogenannten ‚Grundwerte‘, wie Ehre, Treue, Familie, Arbeit, vorlägen. Auch die Arbeit war ja ‚ein politischer Tatbestand‘, wie Wolfgang Siebert in einem Buch über die ‚deutsche Arbeitsverfassung‘ ausdrücklich und sicher zutreffend feststellt. Die Schutzhaft wird zum bevorzugten Mittel, um die Feinde der politischen Ordnung aus der Volksgemeinschaft auszuschließen. Das Moment der Erziehung des Häftlings zur politischen Einsicht spielt eine durchaus sekundäre Rolle.“¹⁴⁶⁸

Die politische Polizei empfing nach Auffassung Hofers ihre „Legitimation aus der herrschenden Ideologie und den Grundsätzen der Revolution“. Seines Erachtens war sie war bei ihren grundsätzlichen Aufgaben an keine „Norm gebunden“, sondern ausschließlich an die

¹⁴⁶⁷ Ebenda, S. 54 f.

¹⁴⁶⁸ Ebenda, S. 55.

„konkrete Ordnung des Volksganzen“. Ebendiese hatte ausschließlich „an dem Ziel der Erhaltung und Sicherheit der Volksgemeinschaft“ auszurichten. Für Hofer war die Gestapo „Prototyp einer ‚reinen politischen Polizei‘“. In einem ausführlichen historischen Exkurs zur Gestapo erklärte Walther Hofer auf der Grundlage des „Gesetzes zur Geheimen Staatspolizei“ vom 10. 2. 1936:

„Sie wurde durch ein ‚Preußisches Gesetz über die Geheime Staatspolizei vom 10. 2. 1936‘ nicht etwa ins Leben gerufen, sondern nur sozusagen auf eine neue ‚Rechtsgrundlage‘ gestellt. Durch die ‚Beauftragung des Geheimen Staatspolizeiamtes mit der Wahrnehmung der Aufgaben der politischen Polizeikommandeure der Länder‘ wurde die Zuständigkeit der Gestapo am 20. 9. 1936 auf ganz Deutschland ausgedehnt. In dem genannten Gesetz vom 10. 2. 1936 wurde der Gestapo die Aufgabe gestellt, ‚alle staatsgefährlichen Bestrebungen im gesamten Staatsgebiet zu erforschen und zu bekämpfen, das Ergebnis der Erhebungen zu sammeln und auszuwerten, die Staatsregierung zu unterrichten und die übrigen Behörden über für sie wichtige Feststellungen auf dem laufenden zu halten und mit Anregungen zu versehen‘ (§ 1). Chef der Geheimen Staatspolizei sollte der Ministerpräsident sein (§ 2). Das Geheime Staatspolizeiamt wurde zur obersten Landesbehörde der Gestapo und sollte zugleich die Befugnisse einer Landespolizeibehörde haben. In § 7 steht dann der entscheidende Satz: ‚Verfügungen und Angelegenheiten der Geheimen Staatspolizei unterliegen nicht der Nachprüfung durch die Verwaltungsgerichte.‘ In einer ‚Verordnung zur Ausführung des Gesetzes über die Geheime Staatspolizei vom 10. 2. 1936‘ heißt es unter anderem, die Gestapo könne politische Ermittlungen in Hoch- und Landesverrats-, in Sprengstoffsachen sowie bei sonstigen strafbaren Angriffen auf Partei und Staat führen. Das Geheime Staatspolizeiamt ist zentrale Sammelstelle für politische Polizeinachrichten, und es verwaltet die staatlichen Konzentrationslager. Die Gestapo wird zu einem selbständigen Zweig der inneren Verwaltung gemacht. ‚...Die Ober- und Regierungspräsidenten haben den Weisungen des Geheimen Staatspolizeiamtes in Angelegenheiten der Geheimen Staatspolizei Folge zu leisten.‘ (§ 7).“¹⁴⁶⁹

Am selben 20. 9. 1936, so Walther Hofer weiter, wurde zudem auch die Kriminalpolizei in der selben Weise „reorganisiert und zentralisiert“. Und hierzu hieß es beim Autor:

„Diese Zentralisierung bot erst die notwendige Handhabe, um die polizeilichen Maßnahmen unabhängig von einer richterlichen Nachprüfung zu verschärfen. Durch einen geheimen Erlaß des Reichsministers des Innern vom 14. 2. 1937 wurde der Begriff der ‚vorbeugenden Verbrechensbekämpfung durch die Polizei‘ eingeführt und durch Richtlinien des Reichskriminalpolizeiamtes vom 4. 4. 1938 eine einheitliche Regelung getroffen. Die Institution der ‚Vorbeugungshaft‘ wurde ins Leben gerufen, die sich allerdings kaum von der Schutzhaft unterschied, da sie ebenfalls regelmäßig mit der ‚Überstellung‘ in ein Konzentrationslager verbunden war. Die ‚Vorbeugungshaft‘ sollte vor allem auch auf sogenannte ‚Asoziale‘ Anwendung finden, die durch das Gesetz nicht ohne weiteres erfaßt werden konnten. Der Begriff des ‚Asozialen‘ ist indessen niemals näher bestimmt worden. An Stelle einer genauen Definition trat auch hier das ‚gesunde Volksempfinden‘, das ja in den Maßnahmen der vom Führer legitimierten Polizeiorgane sozusagen automatisch zum Ausdruck kam.“¹⁴⁷⁰

¹⁴⁶⁹ Ebenda, S. 55.

¹⁴⁷⁰ Ebenda, S. 56.

Walther Hofer zufolge fanden in Deutschland 1937 und 1938 regelrechte Razzien statt, die sich gegen sogenannte „Kriminelle und Asoziale“ richteten und in deren Folge mehrere Tausende Menschen als ‚Vorbeugungshäftlinge‘ in die NS-Konzentrationslager kamen. Hierbei wurde der Kriminalpolizei in manchen Fällen sogar „ein ‚Verhaftungssoll‘ auferlegt“. Dazu Hofer:

„So etwa in einem Schnellbrief Himmlers an das Reichskriminalpolizeiamt vom 23. 2. 1937, in welchem der Polizeichef des Dritten Reiches den Befehl gab, es seien in einer Sonderaktion am 9. 3. 1937 im ganzen Reichsgebiet ‚etwa 2000 Berufs- und Gewohnheitsverbrecher oder gemeingefährliche Sittlichkeitsverbrecher in polizeiliche Vorbeugungshaft zu nehmen‘. So wenig gerade vom Standpunkt des Rechtsstaates aus gegen eine energische Bekämpfung der Kriminalität zu sagen sein wird, solche Methoden waren nur in einem Staat möglich, der die rechtsstaatlichen Grundlagen bereits preisgegeben hatte. Recht war eben nur noch, was dem Volke bzw. der nationalsozialistisch interpretierten ‚Volksgemeinschaft‘ nützte.“¹⁴⁷¹

Indes: Das angesprochene Problem der Kriminalität hatte noch einen zusätzlichen Aspekt. Denn für Hofer war es von Bedeutung, dass es eine quasi ‚staatliche‘ Kriminalität gab und zwar – in einem „steigendem Maße“ – die von der „herrschenden Staatspartei legitimierte Kriminalität“. „Denn was an gemeinen Verbrechen“, so der Autor,

„durch die Terrororgane des nationalsozialistischen Staates verübt wurde – in den Folterkammern der Gestapo, in den SA-Kellern, in den Konzentrationslagern, in den offiziell inspirierten und organisierten Judenpogromen bis hin zu den befohlenen Massenliquidationen während des Krieges – , gehörte durchaus auch nach dem im Dritten Reich geltenden Strafrecht zum Begriff der Kriminalität, aber das Entscheidende war, daß diese Verbrechen staatlich gerechtfertigt, weil befohlen waren und daher strafrechtlich gar nicht verfolgt werden konnten. Im Gegenteil, wer sich anheischig machen wollte, solche staatlich befohlenen Verbrechen strafrechtlich zu verfolgen, sah sich bald einem Strafverfahren ausgesetzt. Der Abnahme der Kriminalität auf der einen, sozusagen individuellen Ebene, steht deren Zunahme auf der anderen, sozusagen staatlichen Ebene gegenüber. Wir stehen damit vor der ja schließlich allgemein bekannten Tatsache, daß der Staat, der sich rühmte, die Kriminalität wie kein zweiter bekämpft zu haben, zum kriminellen Staat *par excellence* wurde.“ Und Hofer weiter: „Es war allerdings eine logische Folge der Mediatisierung des Rechts, seiner bedingungslosen Unterstellung unter die Bedürfnisse der ‚Volksgemeinschaft‘, daß dieselbe Tat – z. B. Mord, Raub, Brandstiftung, Freiheitsberaubung, Nötigung, Erpressung, Mißhandlung usw. usw. – auf der einen Ebene, im Einklang mit dem geltenden Strafrecht, ein Verbrechen war, auf der anderen Ebene indessen, im Einklang mit dem rechtsetzenden Willen des Führers und seiner Vollzugsorgane, eine Aktion zum Wohle des Volkes und Staates.“¹⁴⁷²

¹⁴⁷¹ Ebenda, S. 56. Und weiter schrieb Walther Hofer an diesem Punkt: „Die Propaganda des Dritten Reiches schlug übrigens reichlich politisches Kapital aus dem Umstand, daß die Kriminalität in Deutschland nach 1933 zurückging (wie es wenigstens aus der offiziellen Statistik abzulesen ist). Dieser Rückgang dürfte nicht nur eine Folge der geschilderten drastischen Bekämpfungsmethoden gewesen sein, sondern er wird wohl auch mit der Besserung der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse seit dem Abflauen der Weltwirtschaftskrise zusammenhängen. Jedenfalls schloß die Propaganda daraus, die Überlegenheit des völkischen Rechtsstaats über die rechtsstaatliche Demokratie westlicher Prägung sei damit erwiesen.“ (ebenda, S. 56).

¹⁴⁷² Ebenda, S. 56.

In diesem Zusammenhang kam der Walther Hofer im Schlussteil seines Beitrages auf den Referent für Rechtsfragen in der Gestapo, „Dr. Best“ (d. i. Werner Best; J. G.) zu sprechen. Dieser hatte die Gestapo, so Hofer, als eine Institution bezeichnet, „die den politischen Gesundheitszustand des deutschen Volkskörpers sorgfältig zu überwachen, jedes Krankheitssymptom rechtzeitig zu erkennen und die Zerstörungskeime festzustellen und mit jedem geeigneten Mittel zu beseitigen habe. Das sei ‚die Idee und das Ethos der politischen Polizei im völkischen Führerstaat unserer Zeit‘.“ (S. 56 f.) In genau diesem Auftrag, nämlich alle „staatsgefährdenden Bestrebungen“ zu bekämpfen, „liege zugleich die ‚Ermächtigung, alle zu diesem Zwecke erforderlichen Mittel anzuwenden, soweit nicht rechtliche Schranken entgegenstehen‘.“ Best ließ aber, schrieb Hofer,

„deutlich durchblicken, ‚daß solche Schranken nach der Verordnung zum Schutz von Volk und Staat vom 28. 2. 1933 und nach der Umstellung von der liberalen auf die nationalsozialistische Staats- und Rechtsauffassung nicht mehr bestehen...‘ Reinhard Heydrich, der eigentliche Kopf der politischen Polizei, verlangte von der Gestapo, daß sie engste Fühlung mit dem ‚Sicherheitsdienst des Reichsführers SS‘, der die einzige Nachrichtenorganisation der Partei sei, halte. Vom Standpunkt der politischen Polizei aus gesehen bedeutet die ‚Brandverordnung‘ nicht Verhängung des Ausnahmezustandes, sondern Beseitigung der negativen gesetzlichen Schranken der Staatsgewalt. Der erwähnte Runderlaß vom 12. 4. 1934 forderte zwar, daß der Schutzhäftling innerhalb von 24 Stunden vernommen werden sollte. Ferner sollten ihm die Gründe für seine Inhaftierung bekanntgegeben werden; allerdings sogleich mit der Einschränkung: soweit es das staatspolitische Interesse gestatte. In Tat und Wahrheit sind diese Grundsätze kaum befolgt worden, da sie rechtsstaatliche Relikte in einer völlig anderen Welt darstellten. Tausende und aber Tausende von Gestapo-Häftlingen haben nie erfahren, aus welchen Gründen sie festgenommen wurden. Ebenso wenig wurde der weitere Grundsatz im allgemeinen respektiert, daß die Schutzhaft nur solange aufrechterhalten werden sollte, als es unbedingt notwendig war. Und genauso erging es schließlich der Vorschrift, daß politische Häftlinge nicht mit Kriminellen zusammengesteckt werden durften. Das gegenteilige Prinzip wurde vielmehr zu einer geradezu teuflischen Vollkommenheit entwickelt, indem in den Konzentrationslagern die Kriminellen als Verbündete der Wachmannschaften die politischen Häftlinge zu überwachen und zu terrorisieren hatten. Der Arbeitszwang für die in den Konzentrationslagern untergebrachten Schutzhäftlinge wurde ausdrücklich bejaht. Rechtsmittel gegen eine von der Gestapo verhängte Schutzhaft waren praktisch nicht gegeben; denn ein ordentliches Gericht konnte nicht angerufen werden, und ein Anspruch auf Verteidigung bestand ebenfalls nicht. Es handelte sich um eine Sondergerichtsbarkeit und einen Strafvollzug, die außerhalb der Rechtssphäre des Staates, soweit sie überhaupt noch vorhanden ist, stattfanden.“¹⁴⁷³

In den Augen des schweizer Historikers konnte gleichwohl das „Rechtsgewissen“ insofern „beruhigt“ werden, als die Gestapo selbst nämlich über die Stellen verfügte, die jede Schutzhaft nachprüften, so dass „‚Fehlhaftierungen oder gar willkürliche Schutzhaftmaßnahmen so gut wie ausgeschlossen‘“ waren. Allerdings war laut der bereits

¹⁴⁷³ Ebenda, S. 57.

genannten Schrift über die „Schutzhaft“ genau diese Frage für die Praxis letzten Endes von untergeordneter Bedeutung, „weil bei der Auswahl der Beamten der politischen Polizei derart strenge Maßstäbe angelegt und in charakterlicher wie in fachlicher Hinsicht derart hohe Anforderungen gestellt werden, daß Übergriffe schon aus diesem Grund so gut wie ausgeschlossen sind.“ In solcher Weise verharmlosten Hofers Ansicht nach deutsche Juristen die Organisation, die das „wichtigste Instrument der nationalsozialistischen Willkürherrschaft“ verkörperte und dem die „Hauptverantwortung für die maßlosen und beispiellosen Verbrechen“ zukam, „die im Namen des ‚völkischen Rechtsstaates‘ begangen worden sind.“ (S. 57).

Nach Ansicht von Walther Hofer war die „Sondergerichtsbarkeit“ ein typisches Kennzeichen des NS-Staates, der ja für ihn auf dem „Ausnahmestand“ beruhte. Durch eine „Verordnung vom 20. 11. 1938“ wurde Hofer zufolge die Sondergerichtsbarkeit ebenfalls auf „unpolitische Kriminalfälle“ ausgeweitet. Dazu hieß es bei Hofer:

„Zwar existiert ein relativ breiter Sektor des Rechtslebens, in dem die Relikte rechtsstaatlicher Natur weiterhin praktisch in Gültigkeit bleiben. Das ist der Grund dafür, daß der ‚Maßnahmenstaat‘ oder ‚Willkürstaat‘ für die große Zahl der Volksgenossen kaum in Erscheinung trat. Denn wer zu den ‚führertreuen Volksgenossen‘, zu den ‚positiv aufbauenden Kräften des Volkes‘ gehörte, hatte im allgemeinen die Willkür des Führerstaates nicht zu befürchten – abgesehen allerdings vom Verlust der allgemeinen Freiheitsrechte, der für alle gilt, aber dessen wohl die Mehrzahl aus inneren Gründen kaum gewahr wird, wenigstens solange sich der Einzelne in innerem Einklang mit dem Staat befindet. Wer sich willig und gehorsam in die Gemeinschaft einordnet, kann auch darauf vertrauen, daß Recht geschieht, wenn eben auch im neuen völkischen Sinn – nur daß es dafür allerdings keine *Rechtsgarantie* gibt. Der ‚Maßnahmenstaat‘ ist wohl faktisch“, so Hofer, „eng begrenzt, aber rechtlich ist er unbegrenzt, d. h. die Grenzen werden von ihm selbst gesteckt. Rechtssicherheit im strengen Sinn gibt es somit für niemand. Die sogenannte individuelle, staatsfreie oder private Sphäre ist nur relativ, sozusagen auf Zusehen hin, privat; denn alles und jedes kann zu gegebener Zeit politisch werden und steht damit dem Zugriff des ‚Maßnahmenstaates‘ mit seiner politischen Polizei, seiner Sondergerichtsbarkeit und seinem außerhalb jeglicher Normen sich abspielenden Strafvollzug offen. So existiert ein rechtsstaatlicher oder – vorsichtiger ausgedrückt – ein rechtlich geordneter und überschaubarer Bereich immer nur unter dem Vorbehalt des Politischen.“¹⁴⁷⁴

Vor diesem Hintergrund vertrat der Verfasser die Ansicht, dass die Beurteilung des Politischen sich jedweder „rechtlichen Normierbarkeit“ entzog und so aus diesem Grund folgerichtig ‚Sondergerichte‘ entstanden, die sich an „kein positives Recht gebunden“ fühlten und zu „reinen Verkörperungen“ der sogenannten „Führergerichtsbarkeit“ wurden. Die ‚Politische‘ Polizei und ‚politische‘ Gerichte griffen nach Hofer immer dann ein, wenn das „gesetzte Recht“ versagte, es also zu einem Vorgehen oder zu einer Verurteilung

¹⁴⁷⁴ Ebenda, S. 57 f.

entsprechend der politischen Notwendigkeit nicht ausreichte. Für Hofer hatte die Justiz des NS-Staates einen „doppelten Boden“. Unzählige Menschen hatten es am eigenen Leibe erfahren, als sie nach einer „Verurteilung oder gar nach einer Freisprechung“ durch ein „ordentliches Gericht“ an der „Pforte des Gerichtsgebäudes von der Gestapo in Empfang genommen wurden.“ (S. 58). Seines Erachtens war das „Phänomen der ‚doppelten Rechtsordnung‘“ natürlich besonders deutlich „in der Behandlung des jüdischen Bevölkerungsteiles“ zu sehen. Hierbei trat im Hinblick auf das Parteiprogramm der NSDAP, das „für Juden Fremdenrecht gefordert hatte“, so Hofer, eine Verschärfung ein. Nämlich ab 1938, als die Juden in Deutschland „im Zustand faktischer Rechtlosigkeit zu leben hatten“. Und in diesem Kontext schrieb Walther Hofer zum Abschluss seines Aufsatzes:

„Eine ähnliche, doppelte Rechtsordnung schwebte Hitler im Verhältnis des deutschen Volkes zu den zu unterwerfenden Ostvölkern vor, worüber man Einzelheiten besonders in den sogenannten „*Tischgesprächen*“, aber auch in zahlreichen Verordnungen und Verfügungen, die während des Krieges erlassen wurden, nachlesen kann.“¹⁴⁷⁵

IV. 1. 10. Kommentierende Zusammenfassung

Im Folgenden geht es darum, das in den vorangehenden Kapiteln präsentierte empirische Materials des „Monat“ zur Geschichte des „Dritten Reiches“ kommentierend zusammenzufassen. Nicht zuletzt aus Raumgründen kann hierbei allerdings nicht auf jeden einzelnen Beitrag eingegangen werden. Aus dem gleichen Grund wird bei der kommentierenden Zusammenfassung, die einem chronologischen Prinzip folgt, d. h., die jeweiligen Abschnitte werden nacheinander abgehandelt, in erster Linie nur auf zentrale historische Aspekte und -Aussagen sowie Einschätzungen der Autoren aus den Veröffentlichungen eingegangen. Hierbei müssen also Schwerpunkte gesetzt werden. Zum Teil werden aus einzelnen Beiträgen nur die wesentlichen Feststellungen sowie Deutungen wiedergegeben und kommentiert, die grundsätzliche Erkenntnisse und Deutungen im Hinblick auf die „Analyse des Nationalsozialismus“ im „Monat“ ermöglichen, die wiederum – vor dem Hintergrund der zeitgenössischen wissenschaftlichen Forschungserkenntnisse zur Geschichte des „Dritten Reiches“ – die Grundlage bilden für das abschließende in Thesen vorgetragene „analytische Resümee“.

¹⁴⁷⁵ Ebenda, S. 58.

Einer ersten generellen Einschätzung zufolge kann hinsichtlich der Analyse des Nationalsozialismus im „Monat“ festgestellt werden, dass in den meisten Veröffentlichungen zu diesem Thema ein genuin personenzentrierter Blick eingenommen wurde. Gemeinhin wurde nämlich in allererster Linie die unmittelbare Führungs- und Herrschaftselite des „Dritten Reiches“, also Hitler, Göring, Himmler oder auch Goebbels, in den Fokus gerückt. Hier wiederum spielte freilich Adolf Hitler die alles überragende Rolle, was sich auch in den immer wieder genannten Begriffen und Kategorien wie „Hitler-Staat“, „Führerstaat“, „Hitler-Herrschaft“ oder „Hitlerismus“ zur Charakterisierung des NS-Herrschaftssystems niederschlug. D. h., bei der Beschreibung und Analyse des NS-Herrschaftssystems der Jahre 1933 bis 1945 stand nach Auffassung des „Monat“ bzw. der meisten Autoren der Zeitschrift im Grunde genommen, neben dem „anonymen“ SS-Apparat unter der Führung Himmlers, ausschließlich Hitler im Mittelpunkt. Nach dem Motto, dass einzelne „Männer Geschichte machen“, traf nach Meinung der meisten Autoren ausschließlich Hitler alle quasi wichtigen und unwichtigen Entscheidungen in den Jahren 1933 bis 1945, so dass beispielsweise die nationalsozialistische Machteroberung im Januar 1933 und der Zweite Weltkrieg sowie die insbesondere nach dem Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941 begangenen Massenverbrechen ausschließlich als das Werk Hitlers betrachtet wurde. Kurzum: Der Nationalsozialismus war in den Augen des „Monat“ im Grunde genommen ein „Ein-Mann-Unternehmen“.

In nicht seltenen Fällen wurde bei der Thematisierung, Beschreibung und Analyse des Nationalsozialismus eine totalitarismustheoretische Perspektive eingenommen. Vor der Folie der Entwicklung der sowjetischen Geschichte nach der russischen Revolution von 1917 wurde zum Beispiel auch von den beiden NS-Experten des „Monat“, Hugh R. Trevor-Roper und Walther Hofer, immer wieder der Vergleich mit dem sowjetischen Herrschaftsregime unter Lenin und Stalin angestellt; exemplarisch war in diesem Zusammenhang auch die Rezension der Tagebücher von Joseph Goebbels von Richard H. S. Crossmann in der ersten Ausgabe des „Monat“ und besaß insofern einen programmatischen Charakter.

Bei der Frage, welche thematischen Schwerpunkte bei der historischen Untersuchung und -Beleuchtung der Genesis des Nationalsozialismus gesetzt wurden und über welche Aspekte, Bereiche, Abschnitte und Ereignisse generell geschrieben wurde, kann auf der Grundlage des empirischen Materials des „Monat“ grundsätzlich festgestellt werden: Die Vorgeschichte die

zur Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 führte wurde durchaus angesprochen. Indes: Mit den genauen historisch-politischen und -gesellschaftlichen Voraussetzungen, die zur Auflösung der Weimarer Republik führten setzte man sich nicht grundsätzlich auseinander. Im Großen und Ganzen wurden hierbei die Folgen des Versailler Vertrag in den Mittelpunkt gestellt. Mit anderen Worten: Wenn die komplexen historischen Voraussetzungen für das Aufkommen der nationalsozialistischen Massenbewegung zur Sprache kam und der Versuch gemacht wurde, zu erklären, warum „Hitler möglich wurde“ und zum Reichskanzler aufsteigen konnte, war zumeist von den entscheidenden Konsequenzen der aus dem Versailler Vertrag resultierenden Verpflichtungen für Deutschland die Rede. Nur ein Beitrag beschrieb und analysierte explizit das Ende der Weimarer Republik: Ferdinand Friedensburg in seiner Veröffentlichung „Woran scheiterte die Republik von Weimar?“. Darüber hinaus wurden in diesem Zusammenhang im „Monat“ die historischen Bedingungen, die die nationalsozialistische „Machtergreifung“ möglich machten, im Grunde genommen nur indirekt angesprochen; wie zum Beispiel in dem Beitrag „Der Führer persönlich. Gedanken beim Lesen zweier Biographien“ von Herbert Lüthy, in dem der schweizer Historiker unter anderem den Aufstieg Hitlers in der NSDAP sowie den der nationalsozialistischen Massenbewegung in den 1920er Jahren vor dem Hintergrund der republikfeindlichen politischen Verhältnisse Münchens beleuchtete.

Die politische Entwicklung des Nationalsozialismus nach Hitlers Ernennung zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 untersuchte oder thematisierte „Der Monat“ fast ausschließlich zum einen im Kontext des Reichstagsbrandes im Februar 1933 und zum anderen anhand der „Röhm-Affäre“ im Juni 1934. Beide Ereignisse gehörten zur Phase der eigentlichen Machtkonsolidierung des Nationalsozialismus. Die ausdrücklichen Hinweise von Walther Hofer in „Der >völkische Rechtsstaat<. Zur nationalsozialistischen Rechtspolitik“ zur innenpolitischen Entwicklung des „Führerstaates“ sowie zur NS-Terrorpolitik stellten eine Ausnahme dar. Neben einzelnen „nebenbei“ gemachten Hinweisen über Gewalt- bzw. Verfolgungsmaßnahmen gegen Kommunisten, Sozialdemokraten und gegen Juden in Deutschland sowie über nationalsozialistische Konzentrationslager in Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich die Geschichte des Nationalsozialismus zum Gegenstand hatten, besaß sowohl die konkrete innenpolitische als auch außenpolitische Entwicklung Deutschlands unter Hitler in den Jahren 1933 bis 1938 im „Monat“ keine Bedeutung. In diesem

Zusammenhang stellte die Veröffentlichung von Rohan Butler zum „Fall Fritzsch“ im Jahre 1938 eine weitere Ausnahme dar.

Ganz im Gegensatz hierzu erlangte insbesondere die tatsächliche außenpolitische Entwicklung Deutschlands in den Jahren 1938 bis 1945 eine – man könnte sagen – überragende Bedeutung. Denn zur politischen und diplomatischen Vorgeschichte sowie zum Zweiten Weltkrieg selbst, einschließlich der Memoirenliteratur und des militärisch-konservativen Widerstandes vom „20. Juli“, veröffentlichte die Zeitschrift „Der Monat“ die allermeisten Artikel. Dieser Themenkomplex wurde abgesehen von der Vorabveröffentlichung der Studie „Diplomatie auf schiefer Bahn“ von Joachim G. Leithäuser in der Regel in Form einer Buchrezension bzw. eines Rezensionsaufsatzes behandelt.

Wie gezeigt werden konnte, wurden im Kontext der Auseinandersetzung mit dem Zweiten Weltkrieg auch die insbesondere nach dem Überfall auf die Sowjetunion in Gang gekommenen Massenverbrechen an der osteuropäischen (Zivil-)Bevölkerung durchaus angesprochen. Ebenfalls beleuchtet wurde zudem das Kernereignis des Nationalsozialismus, die Vernichtung des europäischen Judentums. Die Ermordung von sechs Millionen Juden wurde nicht nur von einigen jüdischen Autoren (wie zum Beispiel von Hannah Arendt, Raymond Aron oder Walter Laqueur), sondern auch von nichtjüdischen Autoren (exemplarisch sei hier Herbert Lüthy genannt) festgestellt. Hierbei insistierten einige Autoren (unter anderem Alfred Kazin) auf den einzigartigen Charakter der Ermordung der europäischen Juden und hoben die nationalsozialistischen Konzentrations- und Vernichtungslager, kurz: Auschwitz, hervor. Aber eine substantielle historische Beschreibung und Analyse der konkreten NS-Massenverbrechen und der „Endlösung der Judenfrage“ erfolgte insgesamt betrachtet nicht.

Die erste Veröffentlichung zum Nationalsozialismus im „Monat“, also die Besprechung der Tagebücher des Propagandaministers des „Dritten Reiches“ vom britischen Labourpolitiker Richard H. S. Crossmann aus dem Oktober-Heft 1948 (IV.1.3. Einführung zum Nationalsozialismus: „Dr. Goebbels privat“) war überaus interessant. Und zwar vor allem durch die Tatsache, dass sie sozusagen zahlreiche weitere Beiträge vorwegnahm, die fortan zu diesem Thema im „Monat“ erschienen und die für das in diesem Medium gezeichnete Bild von der NS-Herrschaft charakteristisch waren: Einerseits stellten die Ausführungen des Rezensenten insbesondere eine Personalisierung des „Dritten Reiches“ dar, andererseits enthielt der Beitrag wiederum bemerkenswerte Reflexionen zum „ideologischen Täter“

Goebbels sowie wichtige historische Fakten und Einschätzungen zum Nationalsozialismus. Beispielsweise wurde in der Veröffentlichung angesichts der Tagebucheintragen des Propagandaministers auf den Zusammenhang zwischen dem Verlauf des Zweiten Weltkriegs und der Judenvernichtung verwiesen sowie darauf, dass erst der Krieg dem NS-Regime die Möglichkeit verschaffte, die „Judenfrage“ in seinem Sinne „in Angriff“ zu nehmen. Zudem hob Crossmann Goebbels' entscheidendes persönliches Ziel hervor, nämlich, dass europäische Judentum zu „liquidieren“. Denn obwohl sein Antisemitismus in der sogenannten Friedenszeit von der Taktik bestimmt gewesen war und er mithin eine „elastische Haltung“ einnahm, war Goebbels für ihn letzten Endes ein ideologischer Überzeugungstäter. In den Augen von Crossmann war der NS-Propagandaminister „in seinem Antisemitismus ein ganz und gar linientreuer Prinzipienreiter“, da für ihn die Massenmorde vor dem Hintergrund des militärischen Verlaufes des Zweiten Weltkrieges in jedem Fall „zu Ende gebracht werden“ mussten – und das „ohne Rücksicht auf den Widerstand der Kirchen und der Oberschicht“. In diesem Zusammenhang beleuchtete Crossmann die Frage, welche Personengruppe nach der „Ausschaltung der Juden“ sozusagen als nächstes an der Reihe gewesen wäre. Für ihn stand fest, dass Joseph Goebbels ein antibürgerlicher- bzw. „echter Revolutionär“ war und dass demzufolge für den NS-Ideologen die Aufgabe darin bestand, mit Entschlossenheit die „bürgerliche Klasse“ endgültig zu vernichten, also die Industriellen, die Richter, die Aristokratie sowie das Offizierskorps, so Crossmann, „auszumerzen“.

Einen breiten Raum seiner Rezension nahm der Vergleich mit dem weltanschaulichen Gegner des Nationalsozialismus, dem sowjetischen Kommunismus unter Stalin, ein. Vor dem Hintergrund von Hitlers Ausführungen strich Crossmann besonders die „Stärke des Bolschewismus“ sowie den „offenen Neid“ heraus, die der deutsche „Führer“ angesichts der sogenannten „Vorteile“ auf der Seite Stalins sah. Dass dieser nämlich auf der Grundlage des felstenfesten Glaubens an die „bolschewistische Ideologie“ bei den „bolschewistischen“ Gewaltmaßnahmen nicht durch den Widerstand „einer Oberschicht“ behindert würde, weil ebendiese „Opposition“, so Crossmann, bereits zu einem frühen Zeitpunkt getötet wurde. In seinen quasi totalitarismustheoretisch inspirierten Ausführungen sprach Crossmann bemerkenswerterweise davon, dass Joseph Goebbels ein „Nationalbolschewist“ war, der für seine Welteroberungspläne eine „marxistische Philosophie von der Macht“ benutzte.

Genuine Einschätzungen und Reflexionen zum Aufbau des NS-Systems von Crossmann setzten besonders an der Stelle an, als in den Tagebucheintragen die Sprache auf den für Deutschland negativen Kriegsverlauf kam. Auf dem Hintergrund des Hinweises

auf die treue Gefolgschaft Goebbels' gegenüber Hitler, enthielten die Ausführungen von Crossmann auch den Hinweis, dass im Verlauf des Jahres 1943 die SS der Wehrmacht sowie die Partei der Bürokratie überlegen war. Diese Feststellung kann implizit als eine gewisse Konkurrenzsituation dieser genuin nationalsozialistischen Herrschaftsinstitutionen interpretiert werden. Zudem konstatierte der Autor des „Monat“ – in Analogie zur französischen und russischen Revolution – beim „Robespierre der nationalsozialistischen Revolution“, also Goebbels, eine „Verachtung“ für alle „Kollegen“ aus dem NS-System, die „seinen Fanatismus“ nicht teilten; ausgenommen wurden davon nur Hitler (für Goebbels die Verkörperung der ‚Mission der Deutschen‘) und Himmler, weil sie seinen Fanatismus teilten. In diesem Zusammenhang sprach Crossmann davon, dass es auf seiten von Goebbels (sowie Hitlers) einen Hass auf die Generäle der Wehrmacht gab. Vor diesem Hintergrund hatte Goebbels letzten Endes zu niemandem mehr Vertrauen, mit Ausnahme der SS, der Partei und dem „einfachen Volk“. Auch der Hinweis den Crossmann machte, dass ein Unterschied zwischen Goebbels und anderen sogenannten NS-Prominenten darin bestand, dass diese in den Augen von Goebbels in erster Linie an persönliche Interessen dachten, können so interpretiert werden, dass zwischen dem Propagandaminister und einzelnen führenden NS-Funktionären eine Konkurrenz herrschte.

Nach der Auswertung der Beiträge, in denen die Vorgeschichte der NS-Herrschaft thematisiert wurde (IV.1.4. Die Genesis der nationalsozialistischen „Machtergreifung“. Oder: Das „Scheitern“ der Weimarer Republik) kann festgestellt werden, dass in der Regel ein – mehr oder weniger – direkter Zusammenhang zwischen dem Versailler Vertrag und dem „Zusammenbruch“ der Weimarer Republik einerseits sowie Hitlers Machtübernahme andererseits behauptet bzw. insinuiert wurde. So zum Beispiel im Kontext der Themenreihe „Versailles nach 35 Jahren“ sowie dem 1959 erschienenen Beitrag „Der letzte Friedensvertrag? Versailles nach vierzig Jahren“ von Sebastian Haffner. Auch wenn konzediert werden muss, dass in diesen Veröffentlichungen der inhaltliche Scheinwerfer nicht ausdrücklich auf das Ende der ersten deutschen Republik gerichtet wurde, können die Ausführungen der Autoren so interpretiert werden.

Zudem ergab die Auswertung, dass im „Monat“ die tatsächlichen politischen, gesellschaftlichen und – wenn man so will – sozial- bzw. kollektivpsychologischen Folgen des Ersten Weltkrieges, die eine Voraussetzung für den Aufstieg des Nationalsozialismus zu einer Massenbewegung in den späten 1920er Jahren darstellten, nicht ausdrücklich

beschrieben und analysiert wurden. Nur Herbert Lüthy thematisierte in seinem Rezensionssatz „Der Führer persönlich. Gedanken beim Lesen zweier Biographien“, d. h. der Besprechung der beiden Studien über Adolf Hitler, „nebenbei“ den Aufstieg des „Trommlers“ im Kontext der deutschen Verhältnisse nach dem Ende des Ersten Weltkrieges bzw. des als „Schmach“ empfundenen Versailler Vertrages. Hier verwies der schweizer Historiker darauf, wie Hitler eine Versammlung der neugegründeten „Deutschen Arbeiterpartei“ besuchte, die, so Lüthy, in München nur eine von zahlreichen radikal-nationalistischen Vereinigungen war und aus der später die NSDAP hervorging. In diesem Zusammenhang brachte Lüthy neben dem herrschenden völkischen Nationalismus in Teilen der deutschen Gesellschaft und der Rolle der Freikorps auch das facettenreiche politische und ideologische, explizit antisemitische und republikfeindliche Ressentiment zur Sprache, das Hitler als „Agitator“ sozusagen ausbeutete. Zudem verwies er in seiner Rezension darauf, dass Hitler aus führenden Kreisen der Politik und Wirtschaft unterstützt wurde. Hitlers Aufstieg und spätere Machteroberung war nur möglich – so lassen sich seine Ausführungen lesen – weil die erste deutsche Republik auf „dünnem Eis“ errichtet wurde und nicht zuletzt Teile der deutschen Bevölkerung sowie führende Repräsentanten der politischen und ökonomischen Elite nicht bereit waren, die Weimarer Republik zu verteidigen und sogar die Vorstellung hatten, Hitler als „bloßes Instrument“ zu gebrauchen.

Indes: Diese und andere historische Details über die Vorgeschichte des Nationalsozialismus und den „Zusammenbruch“ der Weimarer Republik waren in einer Veröffentlichung enthalten, deren eigentlicher Gegenstand die beiden Hitler-Biographien von Alan Bullock sowie von Walter Görlich und Herbert A. Quint waren. Auf dem Hintergrund der Kategorisierung der Beiträge (IV.1.2. Empirische Auswertung der Veröffentlichungen. Kategorisierung der Beiträge und die Autoren) kann festgestellt werden, dass wichtige historischen Details und genuin analytische Erkenntnisse zu dem Thema „Die Genesis der nationalsozialistischen ‚Machtergreifung‘. Oder: Das ‚Scheitern‘ der Weimarer Republik“ im „Monat“ insbesondere durch die Veröffentlichung von Herbert Lüthy erfolgte und folglich „indirekt bzw. nebenbei“ gewonnen wurden. Darüber hinaus enthielten die weiteren aufgeführten Beiträge nur einzelne Informationen zur Vorgeschichte des Nationalsozialismus und konnten ebenfalls nur auf dem „indirekten Weg“ gewonnen werden – wie zum Beispiel in dem Beitrag „Lenin oder die Rolle des Einzelnen“ von Sidney Hook; in dem auf den sowjetischen Kommunismus bezogenen Beitrag konstatierte Hook qua totalitarismustheoretischer Perspektive, dass angesichts der Oktoberrevolution von 1917

führende Persönlichkeiten in Deutschland aus „Furcht vor dem Bolschewismus und vor einer Einführung des bolschewistischen Systems im Westen“ Hitler unterstützen und zur Macht verhelfen.

Letztens Ende untersuchte die Zeitschrift „Der Monat“ in einem einzigen Beitrag ausdrücklich die Vorgeschichte der nationalsozialistischen Machteroberung und mithin das „Scheitern“ der Weimarer Republik. Nur die Veröffentlichung des Vorwortes des 1956 neu aufgelegten, zuerst 1946 erschienenen Buches „Woran scheiterte die Republik von Weimar“ von dem Berliner CDU-Politiker Ferdinand Friedensburg versuchte ausdrücklich die konkreten Ursachen für den – wie der Autor schrieb – „unglückliche(n) Ausgang der ersten deutschen Demokratie“ zu klären. Die Veröffentlichung von Friedensburg stellt durchaus eine differenzierte Auseinandersetzung dar. Gleichwohl drängte sich nach der Lektüre der Eindruck auf, dass seine Analyse des „Zusammenbruches“ der Weimarer Republik aus einer rechtskonservativen Perspektive erfolgte, die zweifelsohne in Ansätzen ein gewisse Kontinuität von Vorurteilen anzeigte, die aus dem Arsenal der sogenannten konservativen Revolution stammten.

So stellte Friedensburg vor allem den alliierten Friedensvertrag von Versailles sehr stark in den Mittelpunkt seiner Beschreibung und Analyse der Ursachen für den Untergang der Weimarer Republik. Seiner Auffassung nach hatte der Versailler Vertrag und mithin die alliierten Staaten eine Mitverantwortung für die Etablierung der NS-Diktatur, insoweit er suggerierte, dass ein „vernünftiger und gerechter Friede“ das erste demokratische Regime in Deutschland stabilisiert, gefestigt hätte. Ebendieses Vorurteil stammte aus der Weimarer Republik. Seinerzeit bekämpften die rechtsbürgerlichen Parteien mit dem Topos vom sogenannten Versailler Diktat die Verständigungspolitik der demokratischen Regierung und schufen damit explizit und implizit die Voraussetzungen für das „Bündnis“ mit dem Führer der NS-Bewegung, das mit der Berufung Adolf Hitlers zum Reichskanzler seinen „krönenden“ Abschluss fand. Das tatsächliche politische Ziel der rechtsbürgerlichen Parteien bestand seinerzeit primär in der Beseitigung der demokratischen Republik und in der Transformation in ein autoritäres System, das die Ausschaltung der demokratischen Linken möglich machen sollte. Hierbei war nämlich die radikale Kritik an den Vertragsverpflichtungen, d. h. der Kampf gegen „Versailles“, in den 1920er Jahren nur ein Vorwand.

Darüber hinaus sah Friedensburg einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen dem Versailler Vertrag und der deutschen Revolution von 1918, die er als ein Umsturzversuch der

„kommunistischen Bewegung“ apostrophierte und als „bedeutungsvolle Belastung“ für das neue Staatswesen betrachtete; überhaupt war seines Erachtens die Weimarer Republik ständig von der „radikalen Linken“ bedroht. Andererseits war Friedensburg der Ansicht, dass das demokratische System in Bezug auf den innenpolitischen Gegner der Rechten von der – wie er schrieb – „gleichen Schwächlichkeit und Unentschlossenheit“ gekennzeichnet war wie gegenüber der Linken. Gleichwohl konzedierte er, dass in den Institutionen der Verwaltung, der Polizei und der Justiz eine gewisse Nachsicht beispielsweise gegenüber der NSDAP konstatiert werden musste, die zum Teil eine „sträfliche geheime Sympathie“ (unter anderem beim „Kapp-Putsch“ 1920 und beim „Hitler-Putsch“ 1923) bewiesen.

Letztlich drängte sich nach dem Studium des Beitrages von Friedensburg der Eindruck auf, dass er von der Prämisse ausging, dass im Prinzip die Konstitution des demokratischen Systems, sowie der dieses System repräsentierenden Parteien der politischen Klasse, stabil war und stabil geblieben wäre, wenn man – abgesehen von den bereits genannten Gründen – nur frühzeitig vor allem die noch nicht allzu starke NSDAP in den 1920er Jahren in die Regierungsverantwortung genommen hätte. Zudem war bemerkenswert, wie stark er besonders die persönliche Verantwortung von Reichspräsident Paul von Hindenburg für das Scheitern der Weimarer Republik respektive für den sogenannten „Sturz der Republik“ hervorhob, und dass erst vor diesem Hintergrund die „nationalsozialistische Revolution“ gelingen konnte.

Auffallenderweise sprach Friedensburg in diesem Zusammenhang – unabhängig der historischen Tatsachen – von einem „Sturz der Republik“ bzw. von einer „nationalsozialistischen Revolution“. In Wirklichkeit avancierte Hitler am 30. Januar 1933 nicht aus eigener Kraft zum Reichskanzler. Hitler wurde aufgrund spezieller politischer und sozialer Strukturbedingungen der Weimarer Republik, deren Auflösung spätestens seit Beginn der 1930er Jahre im Gang gekommen war, von der national-konservativen Machtgruppe um Reichskanzler Franz von Papen und Kurt von Schleicher – die als Gegner des parlamentarisch-demokratischen System einen autoritären Staat favorisierten – im Rahmen des „Zähmungskonzeptes“ an die Macht gebracht, indem sie Hindenburg davon überzeugen konnten, Hitler zum Reichskanzler zu ernennen. Von den näheren historischen Umständen die Hitlers Erfolg möglich machten, enthielt der Beitrag von Friedensburg keine konkreten Angaben. Beispielsweise wurden von ihm die ganz spezifischen atmosphärischen Bedingungen im Nachkriegsdeutschland nicht angesprochen, ohne die der Aufstieg des Nationalsozialismus in den 1920er Jahren nicht möglich gewesen wäre – unter anderem ein

militanter Nationalismus in breiten Schichten der deutschen Bevölkerung sowie ein grassierender Antisemitismus, die auch und vor allem die Grundlage bildeten für politisch-ideologische Entwürfe, die die Rettung Deutschlands und die nationale Wiedergeburt zum existentiellen Inhalt hatten. Zudem ging Friedenburg mit keinem Wort auf die tatsächlichen Wahlen in den zwanziger und zu Beginn der dreißiger Jahre ein. Insgesamt lag über dem Ansatz von Ferdinand Friedensburg, der das „Scheitern“ der Weimarer Republik erklären sollte, ein „Schleier des Nebels“, der die komplexen Ursachen für den Aufstieg der nationalsozialistischen Massenbewegung und Hitlers Machteroberung sowie die „Auflösung“ der ersten demokratischen Republik eher verdunkelte. Nicht zuletzt beim Aufzählen der „weiteren Gründe“ die zum sogenannten „Sturz“ führten, zeigte sich in diesem Zusammenhang unter der Hand bei dem Autor eine skeptische Grundhaltung gegenüber dem demokratisch-parlamentarischen (Parteien-)System, aus dem letzten Endes ein explizit elitentheoretischer Ansatz zum Ausdruck kam.

Auf der Grundlage der Auswertung der Beiträge zur innen- und außenpolitischen Entwicklung des Nationalsozialismus von Januar 1933 bis 1938 (IV.1.5. Die nationalsozialistische Herrschaftspolitik bis 1938) kann konstatiert werden, dass der „Monat“ – abgesehen von der Veröffentlichung „Der >völkische Rechtsstaat<. Zur nationalsozialistischen Rechtspolitik“ von Walther Hofer sowie einzelnen Bemerkungen und Einschätzungen von Hugh R. Trevor-Roper – nur in zwei Beiträgen auf diese zentrale Phase der NS-Herrschaftskonstituierung ausdrücklich einging: In Winfried Martinis Artikel zur „Röhm-Affäre“ sowie in der Veröffentlichung von Rohan Butler zum „Fall Fritsch“. Darüber hinaus thematisierte der „Monat“ die innen- und außenpolitische Entwicklung Deutschlands nach der NS-Machteroberung und -konsolidierung bis zum Anschluss Österreichs 1938 nur noch „indirekt bzw. nebenbei“. D. h., auf die innen- und außenpolitische Entwicklung Deutschlands in diesen Jahren ging die Zeitschrift „Der Monat“ nicht grundsätzlich ein. Insofern man sich mit der NS-Herrschaftspolitik in den Jahren 1933 bis 1938 auseinandersetzte, erfolgte dies – abgesehen von einer totalitarismustheoretischen Perspektive – entweder vor dem Hintergrund des „Hitler-Phänomens“ (wie in dem Beitrag „Der Führer persönlich. Gedanken beim Lesen zweier Biographien“ von Herbert Lüthy) oder indem dies in erster Linie „indirekt bzw. nebenbei“ erfolgte.

Was man nämlich im „Monat“ im Hinblick auf die politischen Folgen in der Regel „indirekt bzw. nebenbei“ erfuhr, die mit dem historischen Datum des 30. Januar 1933, d. h.

der „Machtergreifung“ (Walther Hofer), verbunden war, war die Tatsache, dass nicht wenige tatsächliche Gegner (Sozialdemokraten und Kommunisten) des Nationalsozialismus sowie (Links-)Intellektuelle, Schriftsteller, Künstler und deutsche Juden, die sich der drohenden persönlichen Gefahr gewahr wurden, Deutschland verließen und in die Emigration gingen. Mit dem konkreten NS-Terror, der nach der Machteroberung einsetzte wurde, setzte man sich indes nicht ausdrücklich auseinander. In diesem Zusammenhang ging die Zeitschrift auch nicht auf den Aufbau des Konzentrationslagersystems in den ersten Jahren der NS-Herrschaft – abgesehen von einzelnen Hinweisen wie zum Beispiel von Hermann Kesten oder auch Hans Sahl – ausdrücklich ein, so dass letztlich ausschließlich der NS-Experte Walther Hofer dieses Thema im „Monat“ in einem einzigen Beitrag näher beschrieb und analysierte.

In dem Beitrag zur „Röhm-Affäre“ von Winfried Martini aus dem Jahre 1957 war auffallend, dass der Autor im Vergleich zu dem Aufsatz „Die ‚Zweite Revolution‘ – Der 30. Juni 1934“ von Hermann Mau, der in den „Vierteljahresheften für Zeitgeschichte“ des Münchener Institutes für Zeitgeschichte im Jahre 1953 veröffentlicht wurde und der – wie erwähnt – die eigentliche Grundlage für seinen Aufsatz bildete, im Hinblick auf die Analyse der Mordaktion eine andere historische Interpretation vornahm; obwohl Martini sich hierbei auf die von Mau präsentierten historischen Fakten und sich zudem durchaus in Ansätzen dessen Deutungsangebot zu eigen machte. Abgesehen von dem verharmlosenden Bild das Martini von den beiden beteiligten SS-Tätern der Mord- und Verhaftungsaktion am 30. Juni 1934, also Michael Lippert und Sepp Dietrich, zeichnete, ließen sich einige Auffälligkeiten feststellen :

1. So nahm der Autor primär einen genuin personenzentrierten Blick auf die „Röhm-Affäre“ ein, obwohl er zweifellos eine Konkurrenz zwischen SA und Reichswehr konzidierte. In seinem Artikel war im Gegensatz zu der Veröffentlichung von Mau von der existierenden institutionellen Rivalität zwischen der NSDAP und der SA nicht die Rede, obwohl sie von Anbeginn der NS-Bewegung charakteristisch war. Zudem thematisierte Martini nicht den fundamentalen Konflikt zwischen der SA und der SS. Zweifelsohne war die SS im Jahre 1934 noch in der SA unter der Führung von Ernst Röhm eingegliedert. Jedoch nutzte insbesondere Himmler die Ausschaltung Röhrs und der SA dafür, um die SS zu einer entscheidenden Säule im NS-Machtsystem werden zu lassen. Der Aufstieg Himmlers und der SS nach dem „Röhm-Mord“, die kurz darauf, am 20. Juli 1934, von Hitler zu einer selbständigen, de facto nur dem „Führer“ unterstellten Organisation ernannt wurde, hatte

für die weitere Entwicklung des Nationalsozialismus eine fundamentale Bedeutung, ohne dass Martini darauf einging.

2. So beleuchtete der Verfasser in diesem Zusammenhang die Rolle Hitlers in der „Röhm-Affäre“ im Grunde genommen nicht und insofern wurden die zentralen Hintergründe für die Ausschaltung des potentiellen Rivalen Röhm und der SA für Hitlers politische Ziele nicht angesprochen. Hitler konnte durch die Mordaktion seine Stellung im NS-Staat zementieren und zudem einen grundsätzlichen Machtgewinn verzeichnen.
3. So schrieb Martini seine historische Interpretation der „Nacht der langen Messer“ auch und vor allem aus einer quasi totalitarismustheoretischen Perspektive heraus, weil er hinsichtlich seiner Beurteilung der SA und ihrer politischen Ziele und -Motivation explizit eine Analogie zur Oktoberrevolution von 1917 herstellte, als er unter anderem Ernst Röhm als den „Träger des NS-,Trotzkismus“ klassifizierte.
4. Auffallend war auch, dass Martini am Ende seines Artikels insinuierte, dass Rudolf Diels gewissermaßen für die „gute Seite“ des Nationalsozialismus stand, der mit dem „30. Juni 1934“ absolut nicht einverstanden war und sich post festum radikal von der „Einführung des Mordes als staatliches Prinzip“ distanzierte. In diesem Zusammenhang wäre es bei einem um tatsächliche Aufklärung bemühten Autor – wie zum Beispiel Herman Mau – wichtig gewesen, die Rolle von Rudolf Diels beim in Gang kommen der NS-Terrorpolitik (unter anderem beim Aufbau der Konzentrationslager) zu thematisieren, was Martini unterließ.
5. Zudem ging Martini nicht darauf ein, dass neben führenden Vertretern der SA auch einige Gegner des Nationalsozialismus bzw. „Erzfeinde“ von Hitler ermordet wurden: Zum Beispiel Gregor Strasser, General Kurt von Schleicher, der ehemalige bayerische Generalstaatskommissar von Kahr oder auch der konservative Publizist Edgar Jung.

Wenn oben konstatiert wurde, dass der „Monat“ auf die innenpolitische Entwicklung in Deutschland nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler Anfang 1933 bis 1938 nicht grundsätzlich einging (mit Ausnahme der Beiträge von Walther Hofer und Winfried Martin sowie von Rohan Butler zum „Fall Fritsch“), so galt dies infolgedessen auch für die „Judenpolitik“. Bis auf vereinzelte Hinweise, die von Autoren „indirekt bzw. nebenbei“ gemacht wurden, weil sie in ihren Veröffentlichungen beispielsweise die Flucht von jüdischen Mitbürgern ansprachen, ging die Zeitschrift letzten Endes auf die antijüdische Politik des NS-Herrschaftssystem ausschließlich im Kontext des Pogroms am 8./9. November des Jahres

1938 ein. Hierbei kann indes von einer genauen Beschreibung und Analyse der antisemitischen Ausschreitungen nicht gesprochen werden, weil es sich auch in diesen Fällen um Hinweise handelte, die „indirekt bzw. nebenbei“ erfolgten. D. h., sowohl eine substantielle Auseinandersetzung als auch eine grundsätzliche historisch-politische Bewertung der „Judenpolitik“ des NS-Systems in den Jahren 1933 bis 1938 erfolgte nicht.

Aufgrund der empirischen Auswertung des „Monat“ im angegebenen Zeitraum kann festgestellt werden, dass sich die allermeisten Veröffentlichungen zur Geschichte des „Dritten Reiches“ mit dem Themenkomplex Zweiter Weltkrieg, militärisch-konservativer Widerstand gegen die „Hitler-Diktatur“ sowie der „Memoirenliteratur“ beschäftigten (IV.1.6. Der Zweite Weltkrieg und der deutsche Widerstand sowie IV.1.7. Die Memoirenliteratur und der deutsche Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Oder: Das ‚Erinnerungsbuch‘ Ernst von Weizsäcker). Denn mit knapp dreißig Beiträgen bildete der Zweite Weltkrieg, der deutsche Widerstand sowie die „Memoirenliteratur“ den eigentlichen Schwerpunkt bei der ausdrücklichen Auseinandersetzung mit der Geschichte des „Dritten Reiches“. Hierbei wurde auf den den individuellen bzw. organisierten sozialdemokratischen, kommunistischen oder jüdischen Widerstand gegen die NS-Herrschaft nicht explizit eingegangen. Die Veröffentlichung „Die verhinderten Hochverräter. Wege und Irrwege neuerer deutscher Memoirenliteratur“ von Peter de Mendelssohn wurde hierbei – wie gesagt – insbesondere aus zwei Gründen ausführlich referiert: Einerseits stellte die Veröffentlichung des Emigranten Peter de Mendelssohn in Bezug auf die Analyse der moralischen und politischen Motive des deutschen Widerstandes des „20. Juli“ die „schärfste“ Auseinandersetzung dar, die sich auch in zahlreichen, allerdings größtenteils von de Mendelssohns Beitrag ausdrücklich distanzierenden Leserbrief-Reaktionen niederschlug; andererseits nahm der Autor seinen auf hohem Niveau geschriebenen Rezensionssatz zum Anlass, in allererster Linie auf das „Erinnerungsbuch“ von Ernst von Weizsäcker einzugehen, der als Staatssekretär im Auswärtigen Amt zweifellos zu einem prominenten Funktionär einer zentralen Institution des Nationalsozialismus zählte und nach Kriegsende Hauptangeklagter im sogenannten Wilhelmstraßen-Prozess Ende der 1940er Jahre war.

Im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg wiederum kann festgestellt werden, dass die Zeitschrift insbesondere die diplomatische Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges ausdrücklich in das Zentrum des (Erkenntnis-)Interesses rückte, und zwar durch die (Vorab-)Veröffentlichung der vierteiligen Reihe „Diplomatie auf schiefer Bahn“ von Joachim G. Leithäuser im Jahre 1952. An der im darauffolgenden Jahr in Buchform erschienenen

wissenschaftlichen Studie war bemerkenswert, dass der Autor die nationalsozialistische bzw. Hitlers Außenpolitik der Jahre 1938 bis 1939, d. h. vom „Anschluss“ Österreichs bis zum Überfall der Wehrmacht auf Polen, zum einen substantiell untersuchte und zum anderen diese Untersuchung auf der Grundlage einer umfassenden zeitgenössischen Forschungsliteratur sowie breiten Dokumentenbasis durchführte, die zudem im „Monat“ insgesamt mitabgedruckt wurde. Mithin ging das Zeitschriftenorgan *in extenso* unter anderem auf die neuartigen diplomatischen respektive außenpolitischen Methoden Hitlers ein, die vor allem aus einem Ineinandergreifen von Erpressung, Lügen, Propaganda, Gewalt und Einschüchterung bestand. Die wissenschaftliche Studie von Leithäuser untersuchte die quasi totalitäre Außenpolitik Deutschlands indes nur für den Zeitraum der „unblutigen Eroberungen“ des NS-Herrschaftsregimes. Infolgedessen wurde in der Studie die insbesondere nach dem Überfall der Wehrmacht auf die Sowjetunion in Gang gekommenen Massenverbrechen des NS-Systems nicht in den Blick genommen und auch in diesem Zusammenhang die weltanschaulichen Aspekte der außenpolitischen Ziele des „Hitlersystems“ nicht beleuchtet.

Dass der Zweite Weltkrieg auch durch „die“ nationalsozialistische Weltanschauung motiviert war und einen im Vergleich zum Ersten Weltkrieg qualitativen Unterschied aufwies, stellte der englische Historiker Rohan Butler fest. Im Rahmen der Rezension des ersten Bandes der Studie „Der Zweite Weltkrieg 1939-1945“ vom deutschen Historiker Walter Görlitz insistierte Butler zudem auch und vor allem auf die wirtschaftlichen Seite des Krieges und hob bei seinen analytischen Reflexionen erstens, die für ihn offensichtlich fehlende „weitblickende Planung und Koordination“ des angeblichen „Führerstaates“ hervor, zweitens, die Herrschaftsmethode Hitlers, nämlich mit dem Ernennen von sogenannten Sonderbevollmächtigten zu agieren sowie drittens, dass ebendiese Herrschaftsmethode einen „schier unentwirrbaren Kompetenzkampf“ im Nationalsozialismus zur Folge hatte. Seine Rezension nahm Butler zudem ausdrücklich zum Anlass für eine Kritik an Walter Görlitz, weil dieser in seiner Untersuchung die seiner Meinung nach aus wirtschaftlichen Gründen erfolgte Zwangsarbeit von „Fremdarbeitern“ nicht zur Sprache brachte und auch die deutschen Konzentrationslager sowie die NS-Verbrechen nicht thematisierte.

Nähere Einzelheiten über Hitlers „Vernichtungskrieg“ (Rohan Butler) sowie über die ideologischen Grundlagen der nationalsozialistischen Lebensraumpolitik im Hinblick auf das „Unternehmen Barbarossa“, enthielt – neben den Veröffentlichungen aus Hannah Arendts Totalitarismusstudie sowie ihrem Rezensionssaufsatz „Bei Hitler zu Tisch“ – der dreiteilige

Beitrag „Der Fall Wlassow“ von George Fischer, der allerdings im „Monat“ zur (wissenschaftlichen) Untersuchung des sowjetischen Kommunismus erschien. Der amerikanische Autor warf beispielsweise in seiner Studie zum „Fall Wlassow“ im Zusammenhang seiner Ausführungen über die ideologischen Hintergründe der „Ostpolitik des Dritten Reiches“ den Scheinwerfer auf den wirtschaftlichen Ausbeutungscharakter des Krieges (u. a. Rohstoff- und Lebensmittelgewinnung in der Ukraine sowie Zwangsarbeit von sowjetischen Gefangenen) sowie auf die rassistische Vorstellung vom „slawischen Untermenschen“, die Fischer zufolge auch und vor allem mit den jüdischen Bewohner der Sowjetunion assoziiert wurde. In den Augen von Fischer wurden die Massenverbrechen nicht zuletzt von den „SS-Einsatzkommandos“ begangen, die im Verlauf der Besatzungspolitik „immer brutalere Formen annahmen“, die indessen hinsichtlich der Grausamkeit, so der Autor, „vielleicht nur von den Grausamkeiten des sowjetischen NKWD übertroffen wurden“.

Zudem enthielt der Beitrag auch insofern einen analytischen Blick auf das NS-System, als Fischer nämlich in Ansätzen konkret auf die verschiedenen Interessen und politischen Vorstellungen von führenden Funktionären und auf genuine Institutionen des NS-Systems im Rahmen der „Ostpolitik“ einging. Mithin stellte er implizit die Vorstellung in Frage, dass es sich beim Nationalsozialismus um ein Herrschaftssystem handelte, das ausschließlich vom Primat der „Führerentscheidungen“ abhing und als ein „Hitlerismus“ zu erklären sei. Genauer gesagt: George Fischer strich im Kontext seiner Ausführungen über Hitlers „Vernichtungskrieg“ gegen die Sowjetunion einerseits die hohe Bedeutung von NS-Funktionären heraus – wie dem „Reichskommissar für die Ukraine“ Erich Koch oder dem „Reichsminister für die besetzten Ostgebiete“ Alfred Rosenberg – und andererseits, dass führende NS-Funktionäre ganz verschiedene Vorstellungen und Interessen im Kontext der deutschen Besatzungs- und Gewaltpolitik in Südosteuropa und speziell beim „Fall Wlassow“ hatten. Infolgedessen konnte er auch feststellen, dass beim „Unternehmen Barbarossa“ in der NSDAP sehr wohl „extreme Elemente“ existierten, die die deutsche Politik mitbestimmten bzw. mitbeeinflussten. Kurzum: Die Veröffentlichung „Der Fall Wlassow“ lieferte nähere Einzelheiten zum NS-Herrschaftssystem, nämlich zu verschiedenen genuinen NS-Institutionen sowie führenden NS-Funktionären, so dass in diesem Zusammenhang nicht nur die bekannten „Größen“ des Nationalsozialismus um Hitler (Göring, Himmler oder Goebbels) in den Fokus des (Erkenntnis-)Interesses gerieten. Insofern stellte dieser Beitrag für die „Analyse des Nationalsozialismus“ im „Monat“ eine „Ausnahme“ dar. Indes: Der Beitrag von

George Fischer erschien in der Zeitschrift als eine wissenschaftliche Untersuchung über den sowjetischen Kommunismus und nicht zur Geschichte des „Dritten Reiches“.

Auf die Wehrmacht und die Einsatzgruppen beim „Unternehmen Barbarossa“ kam der deutsche Historiker Walter Görlitz in seiner Besprechung des Buches von Hans Latenser, dem Verteidiger von führenden Wehrmachtsgenerälen bei den Nürnberger Prozessen, zu sprechen, ohne allerdings hierbei die spezielle Rolle der Einsatzgruppen im Zweiten Weltkrieg näher zu klären. Insgesamt blieben seine Ausführungen und Reflexionen hinsichtlich der historischen Bewertung des NS-Herrschaftssystems sehr marginal. Dem Autor war es in erster Linie um eine radikale Kritik an den Nürnberger Prozessen und seinen zugrundeliegenden Prinzipien zu tun. Gleichwohl enthielt der Beitrag bemerkenswerte Feststellungen. So vertrat Görlitz die Ansicht, dass die deutsche Geschichtsschreibung, die sich mit dem Zweiten Weltkrieg beschäftigte, unter anderem unter dem „Fehlen der Akten“ litt. Zweitens konstatierte er ausdrücklich, dass die Vorstellung einer „straffen Gliederung“ des Hitlerschen „Führerstaates“ ein zu eindimensionales Bild darstelle. Denn der „Führerstaat“ bestand seiner Analyse zufolge aus einem „Gewirr von Stäben, sich überschneidenden Führungsbereichen und einander auf das heftigste befehdenden Machthabern (und) glich im Grunde einer verhüllten diktatorischen Anarchie.“

Die insbesondere nach dem deutschen Angriff am 22. Juni 1941 auf die Sowjetunion in Gang gekommenen nationalsozialistischen Massenverbrechen (IV.1.8. Die nationalsozialistischen Massenmorde und die „Endlösung der Judenfrage“) wurden im „Monat“ zweifelsohne nicht nur als historisches Faktum zur Sprache gebracht, sondern auch mit Blick auf die Vernichtung des europäischen Judentums von mehreren Autoren in der qualitativen und quantitativen Bedeutung ausdrücklich hervorgehoben. Allerdings erfolgte keine substantielle Auseinandersetzung mit dem Komplex der deutschen Gewaltverbrechen und der „Endlösung der Judenfrage“. Mit anderen Worten: Eine konkrete Untersuchung respektive Auseinandersetzung mit der Vernichtungsdimension des NS-Herrschaftssystems und der beteiligten Akteure, Gruppen und Institutionen wurde nicht vorgenommen. Letzten Endes fokussierte „Der Monat“ ebendieses facettenreiche Thema im Kontext des hitlerzentrierten Bildes des Nationalsozialismus oder zumeist qua totalitarismustheoretischer Perspektive und -Erkenntnisse auf die unmittelbare NS-Führungsgruppe um Hitler, Göring, Goebbels, Himmler sowie dem abstrakt bleibenden SS-Apparat. Zudem wurden in der Zeitschrift auch die weltanschaulichen Aspekte und Hintergründe der nationalsozialistischen

Massenverbrechen, also der Zusammenhang von Ideologie und Terror, nicht ausdrücklich beleuchtet.

Die beiden Beiträge von Eugen Lerch („Der Rassenwahn. Von Gobineau zur UNESCO-Erklärung“) und Melvin Richter („Der Begriff der Rasse. Aus dem Briefwechsel zwischen Tocqueville und Gobineau“) stellten eine indirekte Thematisierung der deutschen Massenverbrechen und der NS-Ideologie dar. Obwohl insbesondere der Beitrag von Eugen Lerch ansatzweise auch auf die tatsächliche nationalsozialistische „Judenpolitik“ sowie den Konnex von „Theorie und Praxis“ einging, enthielten insgesamt betrachtete beide Veröffentlichungen primär ideengeschichtliche Reflexionen zur antisemitischen Rassentheorie des Nationalsozialismus und setzten sich mit den konkreten deutschen Massenverbrechen und mit der „Endlösung der Judenvernichtung“ nur „nebenbei“ auseinander.

Nach der empirischen Auswertung der einzelnen Ausgaben des „Monat“ von Oktober 1948 bis April 1960 kann festgestellt werden, dass letzten Endes ausschließlich in vier Veröffentlichungen eine ausdrückliche und empirisch ausgerichtete Thematisierung und Auseinandersetzung mit den NS-Massenverbrechen sowie der Vernichtung des europäischen Judentums erfolgte. Um folgende Beiträge handelte es sich, die mit Blick auf ebendiesen Verbrechenskomplex ausführlich referiert wurden:

1. Friedrich Carl Westphal, Noch einmal ‚Die verhinderten Hochverräter‘; hierbei handelte es sich um einen Leserbrief zu dem Beitrag ‚Die verhinderten Hochverräter. Wege und Irrwege neuerer deutscher Memoirenliteratur‘ von Peter de Mendelssohn (Mai 1951)
2. Hannah Arendt, Bei Hitler zu Tisch (Oktober 1951).
3. Herbert Lüthy, Der Führer persönlich. Gedanken beim Lesen zweier Biographien (November 1953).
4. Walter Laqueur, Die Affäre Kastner (September 1955).

Wie in den Ausführungen in dem Kapitel IV.1.8. Die nationalsozialistischen Massenverbrechen und die „Endlösung der Judenfrage“ bereits konstatiert wurde, konzentrierten sich Herbert Lüthy und Hannah Arendt aufgrund des (Untersuchungs-)Gegenstandes ihrer Rezensionen auf die Biographie Hitlers bzw. auf das „Hitler-Phänomen“. Beide Veröffentlichungen bestachen durch den Versuch, Hitler rational zu erklären und ihn nicht als „Dämon“ zu beschreiben und zu interpretieren. Beide Beiträge

enthielten auch substantielle analytische Reflexionen und -Deutungen über die genuin nationalsozialistische Weltanschauung Hitlers. Auf der Basis zeitgenössischen Forschungserkenntnisse und der zum damaligen Zeitpunkt vorhandenen Quellen waren für Herbert Lüthy und Hannah Arendt Hitlers Weltanschauung eine entscheidende Voraussetzung für die ihrer Auffassung nach durch den „Führerbefehl“ in Gang gekommenen Massenverbrechen insbesondere an den europäischen Juden. Beide Autoren warfen einen Blick auf den tatsächlichen Zusammenhang zwischen Ideologie und Terror. Zudem ging aus beiden Veröffentlichungen hervor, dass neben der millionenfachen Ermordung von europäischen Juden, der „Endlösung der Judenfrage“ (Herbert Lüthy), ebenfalls durch einen „Führerbefehl“ mit dem Überfall auf die Sowjetunion das „Euthanasieprogramm“ zur Ausrottung der sogenannten Minderwertigen und Geisteskranken durchgeführt wurde. Dieser persönliche Befehl von Hitler wurde hierbei von Hannah Arendt bereits auf den 1. September 1939 datiert.

Die beiden Veröffentlichungen von Herbert Lüthy und Hannah Arendt zum „Dritten Reich“ zählten zu den wenigen Beiträgen, in denen ein genuin analytischer Blick auf das NS-Herrschaftssystem und seiner Gewaltverbrechen geworfen wurde. Insofern nämlich, als hier im Kontext der Ausführungen zum ideologisch motivierten rassistischen Lebensraum- und Eroberungskrieg in den südosteuropäischen Ländern beispielsweise das sogenannte Rasse- und Siedlungsamt des Reichsführers SS unter der Führung von Heinrich Himmler ins Blickfeld geriet. Zudem war es die Totalitarismus-Expertin Hannah Arendt, die in diesem Zusammenhang ausführlich auf die sogenannten Einsatzgruppen einging. Unter sämtlichen Autoren des „Monat“, die im Laufe der Jahre zum „Führerstaat“ schrieben, war sie die Einzige, die in ihrem empirisch ausgerichteten Beitrag „Bei Hitler zu Tisch“ auf die zentrale Rolle der Einsatzgruppen im Kontext der „Endlösung der Judenfrage“ einging. Hannah Arendt wies unter anderem darauf hin, dass die vier berüchtigten Einsatzgruppen nur wenige Wochen vor dem Angriff auf die Sowjetunion gebildet wurden und ausdrücklich für die „Ausmerzungsarbeiten“, d. h. für die „Ausrottung des Judentums“ vorgesehen waren. Vor dem Hintergrund der „beeidigten“ Berichte der „Führer der Einsatzgruppen“, so Arendt, konnte sie unter anderem die Feststellung treffen, dass bereits im Sommer 1941 über „dreihunderttausend Juden durch Massenerschießungen umgekommen waren“.

Neben Herbert Lüthy und Hannah Arendt ging – wie gezeigt – der Leser des „Monat“, Friedrich Carl Westphal, auf dem Hintergrund der Rolle des Auswärtigen Amtes und speziell des Staatssekretärs Ernst von Weizsäcker, ebenfalls grundsätzlich auf die Vernichtung des

europäischen Judentums ein. Insbesondere auf der Grundlage des Buches „Das Urteil im Wilhelmstraßenprozeß“ vom stellvertretenden Hauptankläger in Nürnberg, Robert Kempner, konnte Westphal in seinem Leserbrief den Nachweis vom komplexen Vernichtungsprozess der europäischen Juden durch den NS-Staat erbringen. Denn durch den Leserbrief von Westphal wurde – unter anderem durch die von ihm herangezogenen, im Wilhelmstraßenprozess auf Grundlage empirischer Quellen zu Tage geförderten gesicherten Erkenntnisse – explizit und implizit die Erkenntnis vermittelt, dass die „Endlösung der Judenfrage“ nicht von einigen wenigen führenden NS-Funktionären (Hitler, Göring, Himmler etc.) zu verantworten war und ausschließlich von der SS und den Einsatzgruppen begangen wurden (die ihre Taten im „Schatten“ der südosteuropäischen Länder durchführten und „verheimlichten“). Westphal konnte in nuce zeigen, dass die deutschen Massenverbrechen letzten Endes vom NS-System begangen wurden, in das führende staatliche Institutionen in Deutschland und in den besetzten Ländern beteiligt waren. Friedrich Carl Westphal konstatierte in diesem Zusammenhang nämlich unter anderem:

1. Die zentrale Rolle des Auswärtigen Amtes und führender Mitarbeiter wie zum Beispiel des Staatssekretärs von Weizsäcker bei der „Endlösung der Judenvernichtung“.
2. Dass das Auswärtige Amt regelmäßig die sogenannten Einsatzgruppenberichte mit ausdrücklichen Informationen über die Massenmorde an der jüdischen Bevölkerung in den von der Wehrmacht besetzten südosteuropäischen Ländern, aus denen detailliert hervorging wie ganze Gebiete „judenfrei“ gemacht wurden, nicht nur zur Kenntnis nahm, sondern zudem viele dieser Berichte von Weizsäcker und Wörmann auch abgezeichnet wurden.
3. Dass das Auswärtige Amt mit seinen Fachbeamten bei der Deportation von Juden in zahlreichen vom Nationalsozialismus besetzten Ländern in Europa einen maßgeblichen Anteil hatte und mithin ein „Mitwirkungsorgan des Naziterrors“ (Friedrich Carl Westphal) wurde.
4. Dass bei der „Endlösung der Judenfrage“ nicht nur die SS und die Einsatzgruppen, sondern zudem Institutionen wie die Gestapo, die Polizei oder das Auswärtige Amt beteiligt waren.

Die Veröffentlichung „Die ‚Affäre Kastner‘. Wo liegt die Grenze zwischen Heldentum und Verrat?“ von Walter Laqueur stellte im Kontext der Analyse des Nationalsozialismus im „Monat“ insofern eine Ausnahme dar, weil hier bei der Thematisierung der Ermordung des

europäischen Judentums auf dem Hintergrund der Deportation der ungarischen Juden auch die nationalsozialistischen Konzentrations- und Vernichtungslager ausdrücklich in den Mittelpunkt gerückt wurden. Hierbei vermittelte Laqueur detaillierte Informationen über den Umfang der täglichen Transporte der ungarischen Juden nach Auschwitz. Sein Hinweis, dass in den letzten Kriegsmonaten täglich 12 000 Juden aus Ungarn, „Männer und Frauen, Greise und Kinder“ dem Vernichtungsprozess zugeführt wurden, und dass das „Dritte Reich“ das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau errichtete, um den „neuen Zustrom zu bewältigen“, kann ohne Zweifel auch als ein wesentlicher Beitrag zur konkreten Beschreibung und Analyse des Nationalsozialismus und seiner Gewaltverbrechen im „Monat“ angesehen werden. Zudem enthielt der Beitrag von Laqueur einerseits ausdrückliche Hinweise auf verantwortliche SS-Funktionäre bei der Deportation und Vernichtung der ungarischen Juden, wie zum Beispiel Becher und Wisliczeni. Andererseits wurde die Schlüsselrolle von Adolf Eichmann beim Vernichtungsprozesses der ungarischen Juden angesprochen, ohne allerdings hierbei seine zentrale Aufgabe bei der „Endlösung“ insgesamt genauer zu beleuchten sowie die besondere Rolle von dem „Büro Eichmann“ beim in Gang kommen des Vernichtungsprozesses der ungarischen Juden zu analysieren. Daraus folgte auch, dass letzten Endes Eichmann im Grunde genommen „nur“ als „Judenspezialist der Nazis“ charakterisiert wurde, ohne auf die besonderen Aufgaben des SS-Funktionärs Adolf Eichmann als Leiter des „Judenkommandos“ im Reichssicherheitshauptamt (RSHA) näher einzugehen; ganz zu schweigen davon, dass in diesem Kontext die zentrale Bedeutung des RSHA im NS-Herrschaftssystem und speziell bei den NS-Massenverbrechen nicht näher thematisiert und mithin geklärt wurde.

Gleichwohl vermittelte Walter Laqueurs Artikel „Die ‚Affäre Kastner‘. Wo liegt die Grenze zwischen Heldentum und Verrat?“ für die hier interessierende „Analyse des Nationalsozialismus“ die wichtige historische Erkenntnis, dass Himmler und Eichmann als SS-Funktionäre aus unterschiedlichen Gründen in der Schlussphase des Zweiten Weltkrieges die Möglichkeit hatten, ungarische Juden zu retten und ausdrücklich gegen Entscheidungen Hitlers agieren konnten. Insofern kann festgestellt werden, dass Walter Laqueurs Beitrag das in der Regel im „Monat“ fast ausschließlich auf Hitler fokussierte Bild des NS-Herrschaftssystems, das sich ausschließlich durch „Führerbefehle“ konstituierte und auf dieser Grundlage funktionierte und was sich in den immer wieder verwendeten Kategorien wie „Führerstaat“, „Hitler-Staat“, „Hitlerismus“ oder auch „Hitler-Diktatur“ niederschlug, implizit in Frage stellte.

Zu den Repräsentanten eines genuin personen- und hitlerzentrierten (Forschungs-)Ansatzes im Hinblick auf die Analyse des Nationalsozialismus im „Monat“ gehörten auch die beiden Autoren Hugh R. Trevor-Roper und Walther Hofer. Die angesichts der Auswertung der Hefte 1 bis 139 als NS-Experten des „Monat“ kategorisierten prominenten internationalen Zeithistoriker, vertraten in ihren Zeitschriftenbeiträgen (sowie in ihren in der deutschen Öffentlichkeit sehr populären Buchveröffentlichungen) den Standpunkt, dass Hitler der alles entscheidende Dreh- und Angelpunkt des Nationalsozialismus war. Letzten Endes vertraten Trevor-Roper und Hofer die Auffassung, dass Hitler im Prinzip alle für die innen- und außenpolitische Entwicklung des Nationalsozialismus wesentlichen Entscheidungen persönlich traf, was sich in den immer wieder kehrenden Begriffen „Führerentscheidungen“ oder „Führerbefehle“ bei der historischen Untersuchung der deutsche Geschichte von 1933 bis 1945 ausdrückte. In ihren Augen existierte der Nationalsozialismus im Grunde genommen fast ausschließlich aus der Person Hitler, so dass die beiden NS-Experten ständig die Kategorien „Hitlerismus“, „Hitlersystem“, „Führerstaat“ oder „Hitler-Diktatur“ verwendeten, um das nationalsozialistische Herrschaftssystem zu charakterisieren bzw. zu analysieren.

Die Auswertung des „Monat“ ergab, dass sich die meisten Beiträge von Trevor-Roper und Hofer schwerpunktmäßig mit dem Zweiten Weltkrieg und dem deutschen Widerstand vom 20. Juli 1944 befassten, so dass infolgedessen Hitler *a priori* im Zentrum ihrer Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus stand. Nur in drei Beiträgen der beiden Mitarbeiter der Zeitschrift zum Thema Nationalsozialismus stand nicht ausschließlich Hitler im Zentrum des (Erkenntnis-)Interesses: Nämlich in „Himmlers Leibarzt“ und „Martin Bormann“ von Hugh R. Trevor-Roper sowie in „Der >völkische Rechtsstaat<. Zur nationalsozialistischen Rechtspolitik“ von Walther Hofer. Allerdings dominierte in diesem Zusammenhang wiederum explizit und implizit eine totalitarismustheoretische Perspektive bei der Analyse des NS-Herrschaftssystems.

Insbesondere bezüglich Trevor-Roper kann festgestellt werden, dass der britische Historiker den inhaltlichen Scheinwerfer auf einzelne NS-Funktionäre richtete, die aufgrund ihrer institutionellen Funktion im NS-System auch im Kontext der zeitgenössischen totalitarismustheoretischen Diskussion eine zentrale analytische Bedeutung besaßen – nämlich Heinrich Himmler und Martin Bormann aus der unmittelbaren Führungsgruppe um Hitler. Überhaupt war auffallend, dass Trevor-Roper in seinen Veröffentlichungen zum „Führerstaat“ immer wieder einen Vergleich zum sowjetischen Kommunismus unter Stalin zog und eine undifferenzierte Parallele zwischen dem Nationalsozialismus und dem

Stalinismus suggerierte – zum Beispiel in seinem frühen Beitrag „Die Generäle verteidigen sich“ vermittels der Kategorien „jakobinische Diktatur“ und „Diktatur des deutschen Proletariats“ zur Beschreibung und Klassifizierung der sogenannten Herrschaft Hitlers in Deutschland.

Vor dem Hintergrund der zeitgenössischen Forschungserkenntnisse zur Geschichte des „Dritten Reiches“ kann mit Blick auf die einzelne Beiträge der beiden NS-Experten im „Monat“ konstatiert werden, dass mit Ausnahme der Veröffentlichungen über „Martin Bormann“ von Hugh R. Trevor-Roper und „Der >völkische Rechtsstaat<. Zur nationalsozialistischen Rechtspolitik“ von Walther Hofer letzten Endes keine substantiellen Erkenntnisse zu einer Analyse NS-Herrschaftssystem enthalten waren. Die Genesis des NS-Herrschaftsregimes und die konkrete „Judenpolitik“ in den Jahren 1933 bis 1945 und speziell die deutschen Massenverbrechen, mit dem Kernereignis der „Endlösung der Judenfrage“, hatten zudem keinen grundsätzlichen Stellenwert bei den beiden Historikern.

In den Veröffentlichungen des britischen Historikers Hugh R. Trevor-Roper spielte insbesondere der Aufstieg der nationalsozialistischen Massenbewegung in der Weimarer Republik, die Machteroberung und -konsolidierung sowie die Politik des Regimes im Kontext der dreißiger Jahre bei der Thematisierung der Geschichte des „Dritten Reiches“ keine Rolle. Seine Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus fokussierte *mutatis mutandis* den Zeitraum des Zweiten Weltkrieges bis zur totalen politischen und militärischen Niederlage Deutschlands, d. h. die Jahre 1939 bis 1945. Insgesamt betrachtet schrieb er über „populäre“ Themen: Zum Beispiel „Hitlers letzte Tage“, „Lügen um Hitlers Leiche“ oder die „Memoirenliteratur“. In erster Linie stand Hitler im Zentrum. Mit Ausnahme von „Martin Bormann“ kann im Nachhinein von keiner anderen Veröffentlichung gesagt werden, dass sie genuin analytische Reflexionen und Einschätzungen zum NS-Herrschaftssystem enthielten. So kam der englische Historiker beispielsweise in „Himmlers Leibarzt“ ausführlich auf Heinrich Himmler zu sprechen, ohne indes speziell auf seine Rolle und genaue Funktion als Reichsführer SS und Chef der Gestapo im NS-Herrschaftssystem einzugehen. Dass Himmler qua Funktion über den gesamten Exekutivapparat herrschte und mithin zweifelsohne einer der mächtigsten Personen des NS-Herrschaftssystems war – zumal er auch noch 1943 zum Reichsinnenminister und 1944 zum Befehlshaber des Ersatzheeres aufstieg – hatte für Trevor-Roper keine Bedeutung. Anders gesagt: In der Besprechung des Buches „Totenkopf und Treue“ von Felix Kersten war über Heinrich Himmler in seiner Funktion als Reichsführer SS und Chef der gesamten deutschen Polizei, also einer spezifischen und mächtigen NS-

Institution, nicht eigentlich die Rede. Trevor-Roper reduzierte letzten Endes Himmler zu einem reinen Befehlsempfänger von Hitler, ohne dass grundsätzliche analytische Aussagen über Himmler als den Herrscher eines genuinen Machtzentrums – dem SS-Apparat – im NS-System gemacht wurden. In diesem Zusammenhang ging Trevor-Roper auch nicht auf die Terrorpolitik der SS in Deutschland und nicht ausführlich auf die Massenverbrechen von Himmlers SS-Apparat vor allem an der jüdischen Zivilbevölkerung in den südosteuropäischen Ländern ein.

So schrieb Trevor-Roper unter anderem zwar ausführlich zum Krankheitszustand Himmlers, aber auf die nationalsozialistische Ausrottung der Juden und zu den Konzentrationslagern ging er nur insoweit ein, als es um die Thematisierung der durch die persönliche Beziehung zwischen dem sogenannten Hofarzt Felix Kersten zu Heinrich Himmler möglich gewordenen Rettungsaktion von Juden am Ende des Zweiten Weltkrieges durch die schwedische Regierung ging. Zwar sprach Trevor-Roper hierbei im Kontext der Judenvernichtung von einem „System des Terrors“ und mit Blick auf Heinrich Himmler von einem „Erzverfolger der Juden“. Allerdings dienten diese historischen Fakten nicht in irgendeiner Form dazu, ein näheres Bild des „Dritten Reiches“ zu zeichnen und analytisch ausgerichtete Aussagen zum NS-System zu machen. Einzelne historische Detailinformationen über Himmler, den SS-Apparat und die „Judenpolitik“ hatten in der Veröffentlichung im Grunde genommen den gleichen Stellenwert wie einzelne „Plaudereien“ aus den „Memoiren“ von Felix Kersten. Auch bestimmte Aussagen von Kersten wurden von Trevor-Roper kritiklos wiedergegeben: Wie zum Beispiel die Behauptung, dass sich Himmler im Laufe der Zeit dem Einfluss seines Arztes nicht entziehen konnte und dieser sogar eine Machtposition einnahm, die es dem Chef der deutschen Polizei nicht mehr möglich machten Kersten „drohen zu können“.

Letzten Endes drängt sich im Nachhinein der Eindruck auf, dass die Veröffentlichungen von Trevor-Roper im „Monat“ – wie gesagt – „populäre“ Vorstellungen vom zeitgeschichtlichen Gegenstand Nationalsozialismus bediente, die auch und vor allem in der deutschen Bevölkerung grassierten. Substantielle Erkenntnisse zum NS-Herrschaftssystem enthielten weder „Himmlers Leibarzt“, noch die meisten anderen Veröffentlichungen des englischen Historikers.

Im Gegensatz hierzu stand neben dem Aufsatz „Hitler und Franco. Warum nahm Spanien nicht am Kriege teil?“, der ausführlich auf Hitlers außenpolitische Ziele einging, in allererster Linie der hervorragende Beitrag „Martin Bormann“ von Hugh R. Trevor-Roper.

Der Bormann-Aufsatz enthielt sicherlich mit Blick auf die Beschreibung und Analyse des NS-Systems im „Monat“, neben den genannten Beiträgen von Herbert Lüthy, Hannah Arendt und von Friedrich Carl Westphal, die substantiellsten Ausführungen und Einschätzungen. Bemerkenswert an dem Beitrag von Trevor-Roper war vor allem die Tatsache, dass sich hier der englische Historiker von seiner genuin hitlerzentrierten Perspektive auf den „Führerstaat“ gelöst hatte und einen nicht ausschließlich personalistischen Forschungsansatz vertrat. Insofern war er imstande ein facettenreiches, nicht-monolithisches Bild vom NS-Herrschaftssystem zu zeichnen. Selbstverständlich stand die Person Martin Bormann sowie dessen politische Karriere im Zentrum der Ausführungen. Allerdings erfolgte die Beschreibung des Aufstiegs von Martin Bormann von einem „normalen“ Mitglied der NSDAP in den 1920er Jahren zu einem der einflussreichsten NS-Funktionäre in den 1930er Jahren und besonders in den Jahren des Zweiten Weltkriegs grundsätzlich mit Blick auf einige wichtige Institutionen des NS-Systems. Trevor-Roper zeigte nämlich genau, wie sich Bormann aufgrund verschiedener verwaltungsspezifischer Aufgaben in der NSDAP, nicht nur in dieser Institution „bald unentbehrlich“ machte, sondern durch seine nach der Machteroberung im Jahre 1933 eingenommenen mehrfachen Funktionen – Reichsleiter der Partei, „General der SS“ und als Stabsleiter beim Stellvertreter des Führers und Leiter der Parteikanzlei, Rudolf Heß – auch und vor allem bei Adolf Hitler unentbehrlich machte. Vor diesem Hintergrund zeigte Trevor-Roper in seiner Analyse, worin in erster Linie die quasi institutionellen Voraussetzungen dafür lagen, dass Martin Bormann qua Funktion insbesondere in den Kriegsjahren ein originäres Machtzentrum im Nationalsozialismus darstellte: Nämlich durch seine bürokratische Schlüsselstellung in der NSDAP und seine, wie er schrieb, „persönliche Unentbehrlichkeit beim Führer“.

Insbesondere nachdem Martin Bormann 1941 offiziell als Nachfolger von Rudolf Heß zum Chef der Parteikanzlei und zum persönlichen Sekretär von Hitler ernannt wurde, gelang nach Meinung von Trevor-Roper sein „Aufstieg in die herrschende Oligarchie“ des Nationalsozialismus. Denn seine Machtstellung beruhte, wie er eindrucksvoll zeigte, vor allem darauf, dass Bormann Einblick hatte in die täglichen Akteneingänge der verschiedenen Instanzen und Parteidienststellen und somit die Möglichkeit besaß, sich immer dann einzuschalten und in seinem persönlichen Sinne zu intervenieren, wenn er es für notwendig erachtete; insbesondere natürlich um seine Position gegenüber anderen NS-Funktionären und NS-Instanzen gegenüber dem „Führer“ zu behaupten. Diese Interpretation, demzufolge es sich beim „Hitler-Staat“ letzten Endes um ein oligarchisches Regime gehandelt hatte, an dessen

Spitze freilich Hitler als unumstrittener „Führer“ stand, machten den Beitrag im Folgenden im Hinblick auf die Analyse des Nationalsozialismus im „Monat“ zu einer absoluten Ausnahme: Einerseits durch die Beschreibung und Analyse von zentralen Instanzen des NS-Systems, vor allem der „Parteikanzlei“, die ansonsten im „Monat“ im Kontext der Auseinandersetzung mit der „Hitler-Diktatur“ nicht berücksichtigt wurden; andererseits durch den Blick auf rivalisierende Institutionen und mithin auf ein Grundprinzip des NS-Herrschaftssystems. Trevor-Roper zeigte ein personell-institutionelles Kompetenzchaos an und konnte den hieraus resultierenden ständigen Konkurrenzkampf führender NS-Machtträger genau zur Sprache bringen. Nicht zuletzt seine Schilderung, wie Bormann insbesondere von Anfang 1941 bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges seine Machtposition ständig ausbauen konnte, weil er beim Kampf mit seinen persönlichen Feinden und Rivalen – wie Heinrich Himmler, der Mitte des Jahres 1943 zum „Minister des Innern“ aufstieg und folglich eine für Bormann „gefährliche Macht erlangte“ – eine sogenannte Bündnispolitik mit anderen einflussreichen NS-Funktionären einging, die selbst grundsätzliche Gegner“ (wie Goebbels) nicht ausschloss, um beim Kampf zur Verteidigung seiner Stellung zu Hitler gemeinsam gegen einen „neuen Feind“ (wie Speer) vorzugehen, zeigte nicht nur die (Herrschafts-)Methode von Bormann, sondern auch ein Grundprinzip des „Führerstaates“.

Durch das Fokussieren des Konkurrenzkampfes führender NS-Funktionäre untereinander, also unterhalb der unumstrittenen Stellung des „Führers“, und der Hervorhebung der zentralen Bedeutung von Martin Bormann, der zum „eigentlichen Herrscher über die nächste Umgebung Hitlers“ avancierte, so Trevor-Roper, stellte der Beitrag „Martin Bormann“ eine bedeutende Analyse des NS-Systems dar. In diesem Zusammenhang nahm diese Veröffentlichung des NS-Experten in der Zeitschrift „Der Monat“ eine absolute Sonderrolle ein, weil ausnahmsweise der beschreibende und analytische Blick nicht ausschließlich auf Hitler geworfen wurde.

Indes: Wie in seinen anderen Veröffentlichungen zum „Dritten Reich“, in denen Trevor-Roper nicht – oder wie in „Himmlers Leibarzt“ nur am Rande – auf die „Judenpolitik“ des Regimes einging, spielte für ihn auch der Antisemitismus als wesentliches Element der Bormannschen Weltanschauung keine Rolle. Im Zusammenhang mit der Regimekrise anlässlich des Attentats auf Hitler war zwar bei dem englischen Historiker auch von Martin Bormanns fanatischem Hass gegen die Kirchen die Rede, der sich seit Juli 1941 radikalisiert hatte, allerdings bezogen sich seine Ausführungen ausschließlich auf das starke Ressentiment Bormanns (sowie der NSDAP) auf das Christentum. Auch die NS-Massenverbrechen und

insbesondere die Vernichtung des europäischen Judentums besaßen für Hugh R. Trevor-Roper insgesamt keine grundsätzliche Bedeutung bei der Beschreibung und Analyse des NS-Herrschaftssystems.

Den eigentlichen Schwerpunkt der Veröffentlichungen des schweizer Historikers Walther Hofer zum Nationalsozialismus bildete die Rezension von Büchern aus den 1950er Jahren zu dem Thema Widerstand des 20. Juli. Für die Analyse des Nationalsozialismus im „Monat“ besitzt aber aufgrund der eingenommenen (Forschungs-)Perspektive des Autors sowie der historischen Detailaussagen zur Genesis der NS-Herrschaft der Aufsatz „Der >völkische Rechtsstaat<. Zur nationalsozialistischen Rechtspolitik“ aus dem Jahre 1959 eine größere Bedeutung. Auffallenderweise setzte sich allerdings Hofer hierbei nicht mit den konkreten politisch-historischen Bedingungen der nationalsozialistischen Machteroberung auseinander, die nach seiner Auffassung ausdrücklich als eine „Revolution“ anzusehen war.

Bereits zu Beginn seines Beitrages stellte der NS-Experte Walther Hofer, wie gesehen, fest, dass es ihm um die Analyse eines Herrschaftssystems zu tun war, das extrem auf der „persönlichen Diktatur eines Mannes“, also Hitler, aufgebaut war. Vor diesem Hintergrund ging es Hofer zwingend um die Untersuchung der „Anschauungen dieses entscheidenden Mannes“. Diese einleitenden Sätze zeigten Walther Hofer als einen Vertreter der Zeitgeschichte, der bei der Erforschung bzw. der Untersuchung der Geschichte des Nationalsozialismus ausdrücklich einen genuin hitlerzentrierten Ansatz vertrat. Der extrem auf Hitler bezogene Blick auf das NS-System korrespondierte mit einer quasi totalitarismustheoretischen Perspektive, die darin zum Ausdruck kam, dass Walther Hofer neben seiner Vorstellung der „unumschränkten Diktatur“ Adolf Hitlers, vom „Staate Hitlers“ oder vom „totalen Führerstaat“, im Großen und Ganzen den analytischen Schwerpunkt auf die sogenannte kleine kriminelle Führung legte: Also neben Hitler auf Göring, Himmler und Heydrich sowie – ganz im Sinne der populären klassischen Totalitarismustheorie – auf die SS und die Gestapo, sowie der NSDAP als einer „herrschenden Staatspartei“; zudem wurde die Justiz als eine Institution beschrieben, die letzten Endes vor dem Hintergrund der „nationalsozialistischen Rechts- und Staatsauffassung“ und dem „Willen des Führers“ ausschließlich als ein „Organ des Terrors“ charakterisiert wurde. Da es sich nach Auffassung von Walther Hofer bei der Machteroberung des Nationalsozialismus um eine Revolution gehandelt hatte, beschrieb er in diesem Kontext die Jahre der Machtkonsolidierung des Regimes und den Aufstieg der politischen Polizei unter der Führung von Himmler auch nicht

als einen historisch-politisch offener Prozess. Mithin ging Hofer nicht darauf ein, dass Hitler am 30. Januar 1933 vom Reichspräsidenten Hindenburg zum Reichskanzler ernannt worden war und es sich infolgedessen um eine „legale Machtergreifung“ gehandelt hatte. Die Rede war somit nicht davon, dass Hitler nicht aus eigener Stärke an die Schaltstelle der Macht kam, sondern durch führende Exponenten der bürgerlich-konservativen Elite, die ihn im Rahmen ihres „Zähmungskonzeptes“ als ein Instrument in ihrem Kampf gegen die Weimarer Republik sowie die linken Parteien benutzen wollten, an dessen Ende die Errichtung eines dauerhaften autoritären Präsidialregimes stehen sollte.

Vor diesem Hintergrund wird im Nachhinein verständlich, dass Hofer im Kontext seines mit einer totalitarismustheoretischen Perspektive auf die „Hitlerdiktatur“ geschriebenen Beitrages eine eindeutige, planmäßige, extrem-zielgerichtete (Terror-)Politik Hitlers in den ersten Jahren nach der „Machtergreifung“ hin zu einem nach völkischen Rechtsprinzipien aufgebauten „Führerstaat“ suggerierte, die die tatsächliche innenpolitische Entwicklung in Deutschland nach dem 30. Januar 1933 außer Acht ließ. So konnte nach der Lektüre des Aufsatzes unter anderem der Eindruck entstehen:

1. Dass Hitler nach dem 30. Januar 1933 sozusagen frei schalten und walten konnte und mithin eine autonome genuin nationalsozialistische Politik betreiben konnte. Somit kam bei Hofer nicht zur Sprache, dass der neuernannte Reichskanzler Rücksicht nehmen musste auf die spezifischen Bedingungen des demokratischen Systems von Weimar und insbesondere auf die bürgerlich-konservativen Kräfte im neuen Präsidalkabinett. Die NSDAP war hier nämlich nur durch zwei Mitglieder vertreten: Den Reichsinnenminister Wilhelm Frick und Hermann Göring, der als Minister ohne Geschäftsbereich unter anderem die Aufgabe des kommissarischen preußischen Innenministers übernahm. Mithin wurde von Hofer auch die zentrale Bedeutung ebendieser Besetzung zweier Schlüsselposten auf dem Weg zum anvisierten „Führerstaat“ nicht in den Blick genommen, denn damit sollte der Zugriff auf die polizeilichen Sicherheitsapparate gesichert werden und zwar insbesondere in der Reichshauptstadt sowie in Preußen. Hiermit sollten die Weichen gestellt werden für das zentrale Ziel: Eine einheitliche politische Reichspolizei des späteren NS-Regimes zu errichten.
2. Dass die aus Anlass des Reichstagsbrandes verabschiedete Verordnung „Zum Schutze von Volk und Staat“ vom 28. 2. 1933, die, wie Hofer richtig feststellte, die bürgerlichen Grundrechte außer Kraft setzte und den „Ausnahmestand“ ins Leben rief, ausschließlich auf dem „Willen des Führers“ beruhte. Mithin wurde nicht ausdrücklich angesprochen,

dass die von Hitler vorgeschlagene Notverordnung vom Regierungskabinett unter Berufung auf den Artikel 48 der Weimarer Verfassung verabschiedet wurde und durch die Unterschrift vom Reichspräsidenten Hindenburg abgesegnet wurde. Zudem ging Hofer in diesem Kontext nicht auf die Bedeutung des vom Deutschen Reichstag am 23. März 1933 beschlossenen „Ermächtigungsgesetzes“ ein, mit dem Hitler „absolute Handlungsfreiheit“ bekam.

3. Dass die Entwicklung der staatlichen politischen Polizei unter der Führung von Heinrich Himmler nach der sogenannten nationalsozialistischen Revolution im Grunde genommen den Charakter einer „Einbahnstraße“ aufwies, d. h. keinen offenen Prozesscharakter besaß. Infolgedessen wurde nicht beleuchtet, dass die gesamte Entwicklung der Polizei, besonders der politischen Polizei, in Deutschland nach der Reichstagswahl vom 5. März 1933 durch die Tatsache, dass die Regierungskoalition – bestehend aus der NSDAP und der DNVP – nicht in allen deutschen Ländern die parlamentarische Mehrheit erreichte, keineswegs eindimensional und zwangsläufig verlief. So kam von Hofer beispielsweise auch nicht zur Sprache, dass Himmlers Aufstieg zum Chef der deutschen Polizei nicht von Anfang eindeutig entschieden war. In diesem Zusammenhang wurde einerseits im Hinblick auf den Zugriff auf die politische Polizei, die spezifische institutionelle Rivalität zwischen dem Reichsminister des Inneren und der SS sowie zwischen der SS und der SA nach der „Machtergreifung“ nicht genau angesprochen. Andererseits auch nicht auf die besondere Rivalität zwischen Himmler und Göring insistiert, der nämlich nach dem 30. Januar die politische Polizei in Preußen zu einem Machtinstrument ausgebaut hatte und infolge einer komplexen innenpolitischen bzw. machtpolitischen Entwicklung bereits im Frühjahr 1934 Himmler – dem bis dahin die politische Polizei in Bayern unterstellt war – als seinen Stellvertreter akzeptieren musste und nur noch das „formelle Kommando“ (Hans Buchheim) besaß. In diesem Kontext stellte die Ernennung von Heydrich zum Chef der Gestapa zweifelsohne eine wesentliche Bedingung für den Aufstieg Himmlers dar.
4. Dass im Zusammenhang mit der „nationalsozialistischen Rechtspolitik“ die „Judenpolitik“ des Nationalsozialismus nach der „Machtergreifung“ keine überragende Bedeutung besaß. Denn auf die konkreten antisemitischen Maßnahmen des sogenannten „kriminellen Staates“ in Deutschland im Laufe der 1930er Jahre kam Hofer nur im Vorbeigehen zu sprechen. Von der nach dem Überfall auf die Sowjetunion in Gang gekommenen „Endlösung der Judenfrage“ (bei Hofer unter die allgemeine Kategorie „Massenverbrechen“ rubriziert) sowie dem System der Konzentrations- und

Vernichtungslager im Osten war bei dem schweizer Historiker auch nicht ausdrücklich die Rede.

Gleichwohl besitzt der Aufsatz „Der >völkische Rechtsstaat<. Zur nationalsozialistischen Rechtspolitik“ von Walther Hofer für die hier interessierende Analyse des Nationalsozialismus im „Monat“ eine hohe Bedeutung. Und zwar durch die Tatsache, dass ausdrücklich die konkrete innenpolitische Entwicklung respektive -Situation in Deutschland in den 1930er Jahren beleuchtet wurde, sowie durch den Versuch, zu erklären, wie die nationalsozialistische Weltanschauung, genauer, Hitlers „Rechtsvorstellung“ in politische (Rechts-)Praxis umgesetzt wurde. Zudem enthielt Walther Hofers Aufsatz aus dem Jahre 1959 eine Fülle von konkreten Detailinformationen und -aspekten zur Geschichte des „Dritten Reiches“ nach der Machteroberung – so etwa zur Bedeutung von Intellektuellen bzw. von Juristen wie Carl Schmitt für den „Führerstaat“ –, die man in den Jahren zuvor im „Monat“ als Leser dieser Zeitschrift letzten Endes nur „nebenbei“ erfuhr. So war zum Beispiel seine Auffassung über die politische Bedeutung der sogenannten Reichstagsbrandverordnung, der Verordnung zum „Schutz von Volk und Staat“ vom 28. 2. 1933, für das in Gang kommen der Terrorpolitik wichtig. Mit der Verordnung vom 28. 2., die quasi die „Verfassungsurkunde“ (Ernst Fraenkel) des „Dritten Reiches“ darstellte und die bis zum Ende der NS-Herrschaft galt, wurde nämlich tatsächlich die „Rechtsgrundlage“ geschaffen, auf der dann, wie Hofer richtig feststellte, die politische Polizei zur „Abwehr *kommunistischer* staatsgefährdender Gewaltakte“ ihre „Maßnahmen“ auf andere „Gegner“ des Regimes ausgedehnte. Für Hofer diente die gleiche Verordnung auch zum Kampf gegen die „religiösen Sekten“, sprich den sogenannten Bibelforscher und gegen die evangelische und katholische Kirche sowie letztlich gegen alle Personen, die unter anderem der Zusammenarbeit mit den Kommunisten verdächtig wurden, so dass letztlich „jeder“ als „potentieller Staatsfeind“ betrachtet werden konnte. In diesem Zusammenhang skizzierte er bemerkenswerterweise auch, wie die „Willkür der politischen Polizei“ auch dazu führte, dass auf der „rechtlichen Grundlage“ für die sogenannte Schutzhaft auch die „unbefristete Einlieferung in ein Konzentrationslager“ möglich war, die seiner Auffassung dem Ziel des NS-Regimes dienten, die „Feinde der politischen Ordnung aus der Volksgemeinschaft auszuschließen“.

Kurzum: Walther Hofers Veröffentlichung „Der >völkische Rechtsstaat<. Zur nationalsozialistischen Rechtspolitik“ stellte im Zusammenhang mit der Analyse des Nationalsozialismus im „Monat“ insofern eine Ausnahme dar, als der NS-Experte

ausdrücklich auf einzelne Aspekte und Details der nationalsozialistischen Innenpolitik nach der Machteroberung einging. Hierbei lag der eigentliche Schwerpunkt auf einer Analyse der politischen Polizei bzw. der SS und der Gestapo unter der Führung von Heinrich Himmler in den 1930er Jahren. Die konkrete nationalsozialistische „Judenpolitik“ spielte allerdings in seinem Beitrag keine Rolle. Analog zu seinem in Deutschland überaus populären, in einer hohen Auflage erschienenen Buch „Der Nationalsozialismus. Dokumente 1933-1945“¹⁴⁷⁶ dominierte ein hitlerzentrierter Forschungsansatz, der mit einer totalitarismustheoretischen Perspektive korrespondierte.

IV. 1. 11. Analytisches Resümee (Thesen)

Vor dem Hintergrund der in den Vorbemerkungen aufgeworfenen Fragen soll im Folgenden auf der Grundlage des empirischen Materials des „Monat“ von Oktober 1948 bis April 1960 (Heft 1 bis 139) zum Nationalsozialismus die wichtigsten Ergebnisse der qualitativen und quantitativen Auswertung *thesenartig* zusammengefasst werden.

1. Die Zeitschrift „Der Monat“ zeigte sich an einer Auseinandersetzung mit der Geschichte des „Dritten Reiches“ interessiert, ohne hierbei allerdings eine substantielle Analyse des nationalsozialistischen Herrschaftssystems vorzunehmen. Im Gegensatz zum angloamerikanischen Forschungsansatz (Hannah Arendt, Gerald Reitlinger, Franz Neumann), der von einer polykratischen Herrschaftsstruktur ausging und bei den Nürnberger Prozessen eine zentrale Bedeutung besaß, entwarf „Der Monat“ ein eindimensionales, d. h. stark hitlerzentriertes Bild des Nationalsozialismus. Im Grunde genommen wurde die Geschichte des „Dritten Reiches“ fast ausschließlich unter die Kategorie Hitler subsumiert, was sich in den ständig verwendeten Begriffen wie „Hitler-Staat“, „Hitler-Diktatur“, „Hitler-Deutschland“, „Hitlerherrschaft“, „Hitlerreich“, „Führerstaat“ oder „Hitlerismus“ zur Charakterisierung des nationalsozialistischen Herrschaftsregime ausdrückte. Anders gesagt: Bei der Thematisierung, der Beschreibung und der Analyse des Nationalsozialismus stand Hitler im Zentrum der Veröffentlichungen. Nach dem Motto, dass einzelne „Männer Geschichte machen“ traf nach Auffassung der meisten Autoren nicht nur Hitler alle

¹⁴⁷⁶ Der Nationalsozialismus. Dokumente 1933-1945. Hrsg., eingeleitet und dargestellt von Walther Hofer, Frankfurt a. M. 1957.

gewissermaßen wichtigen und unwichtigen Entscheidungen in den Jahren von 1933 bis 1945, sondern mit der Fokussierung auf Hitler wurde folglich der Nationalsozialismus erklärt. Insofern war der Nationalsozialismus in den Augen des „Monat“ ein „Ein-Mann-Unternehmen“.

Neben der stark hitlerzentrierten Deutung des NS-Herrschaftsregimes wurde zudem die unmittelbare Führungs- und Herrschaftselite um Hitler in den Blick genommen, d. h. Goebbels, Göring, Himmler und Heydrich, ohne dass allerdings eine substantielle Analyse der spezifischen Rolle ebendieser Funktionäre im NS-Regime vorgenommen wurde. In diesem Zusammenhang stellte vor allem der Beitrag von Hugh R. Trevor-Roper über „Martin Bormann“ aus dem Mai-Heft des Jahres 1956 eine Ausnahme dar. Der englische Historiker beschrieb ausführlich, wie der Aufstieg von Bormann in den zwanziger und dreißiger Jahren in der Parteibürokratie erfolgte und er seine bürokratische Schlüsselstellung in der Partei sowie beim „Führer“ nutzte, um sich für Hitler unentbehrlich zu machen. Zudem hob er hervor, wie Bormann als Leiter der Parteikanzlei und persönlicher Sekretär Hitlers seine genuine Funktion im „institutionellen Chaos“ des NS-Regime nutzte, um vor dem Hintergrund seiner Stellung bei Hitler eine persönliche Machtpolitik, genauer, eine nationalsozialistische „Hofpolitik“ zur Ausschaltung spezieller Konkurrenten zu betreiben.

2. Die Auseinandersetzung mit dem zeitgeschichtlichen Gegenstand des Nationalsozialismus erfolgte primär unter totalitarismustheoretischer Perspektive. Für diese Einschätzung spricht die Tatsache, dass neben Hitler immer wieder vor allem die NS-Funktionäre und NS-Institutionen sowie die Herrschaftsmethoden zur Sprache kamen, die besonders in der frühen Bundesrepublik überaus populären Totalitarismusstudie Hannah Arendts eine zentrale Bedeutung hatten: Einerseits Goebbels und das Instrument der Propaganda und andererseits Himmler und die Terrorapparate der SS und der Gestapo, ohne dass allerdings in diesem Zusammenhang im Verlauf der Jahre im „Monat“ eine grundsätzliche Beschreibung und Analyse der Genesis der Institutionen vorgenommen wurde. Zudem wurde in zahlreichen Beiträgen, die eigentlich den Nationalsozialismus zum Gegenstand hatten immer wieder – explizit oder implizit – ein Vergleich mit dem sowjetischen Kommunismus angestellt, die die These, dass die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus primär unter totalitarismustheoretischer Perspektive erfolgte, untermauert.

In diesem Zusammenhang ist es nicht verwunderlich, dass eine empirisch ausgerichtete Auseinandersetzung mit der Geschichte des „Dritten Reiches“ nicht erfolgte.

Die Vorgeschichte der NS-Herrschaft, also vor allem die tatsächlichen gesellschaftlichen und politischen Voraussetzung für den Aufstieg der NS-Massenbewegung am Ende der 1920er Jahren in Deutschland, wurden genauso wenig in den Mittelpunkt gerückt, wie die tatsächlichen Bedingungen, die zum Ende der Weimarer Republik und zur Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 führten. Nur der Beitrag „Woran scheiterte die Republik von Weimar?“ von Ferdinand Friedensburg setzte sich mit dieser Vorgeschichte ausdrücklich auseinander, der allerdings unter anderem mit seinem starken Insistieren auf den Versailler Vertrag einer grundsätzlichen Erklärung der komplexen historischen Ursachen für die „NS-Machtergreifung“ aus dem Wege ging. So erklärt sich auch, dass die Untersuchung „Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie“ von Karl Dietrich Bracher aus dem Jahre 1955 im „Monat“ keine Rolle spielte und beispielsweise auch nicht rezensiert wurde.¹⁴⁷⁷ Darüber hinaus wurde auch die innenpolitische Entwicklung in Deutschland in den Jahren 1933 bis 1938 nicht genau beschrieben und analysiert, so dass auch die nationalsozialistische „Judenpolitik“ nicht ins Zentrum des (Erkenntnis-)Interesses gerückt wurde.

Die beiden Veröffentlichungen von „Der >völkische Rechtsstaat<. Zur nationalsozialistischen Rechtspolitik“ Walther Hofer und von Winfried Martini zur „Röhm-Affäre“ stellen zwei Ausnahmen dar, die zwar die nationalsozialistische Machteroberungs- und Machtkonsolidierungsphase zum Gegenstand hatten, allerdings in Bezug auf ihre historische Deutung eher einen zweifelhaften Charakter besaßen.

Dass keine empirische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus im „Monat“ favorisiert wurde, zeigte sich auch daran, dass – vor dem Hintergrund der zeitgenössischen Forschungsliteratur und der im Zusammenhang mit den Nürnberger Prozessen zu Tage geförderten Erkenntnisse¹⁴⁷⁸ – eine substantielle historische Beschreibung und Analyse mit den insbesondere nach dem Überfall auf die Sowjetunion in Gang gebrachten Massenverbrechen, deren Opfer in erster Linie die osteuropäische jüdische Zivilbevölkerung war, nicht vorgenommen wurde. Zweifelsohne wurde, wie gezeigt werden konnte, zum einen die Vernichtung des europäischen Judentums festgestellt und zum anderen auf die quantitative sowie qualitative Besonderheit der Judenvernichtung hingewiesen. Indes: Eine grundsätzliche

¹⁴⁷⁷ Karl Dietrich Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie, Villingen 1955.

¹⁴⁷⁸ Außerdem wurden auch die Nürnberger Prozessdokumente nur in wenigen Fällen ausdrücklich genutzt und aufgeführt, wie beispielsweise in der vierteiligen (Vorab-)Veröffentlichung des Buches: Joachim G. Leithäuser, Diplomatie auf schiefer Bahn, Frankfurt a. M. 1953 oder in dem Beitrag: Hannah Arendt, Bei Hitler zu Tisch, in: Der Monat, Heft 37 (1951), 4. Jg., S. 85-90.

und konkrete Untersuchung der NS-Massenverbrechen und des Systems der Konzentrationslager und der Vernichtungslager wurde nicht vorgenommen. Überhaupt erschien im „Monat“ nicht ein Beitrag, der sich ausdrücklich mit dem nationalsozialistischen System der „Konzentrationslager“ (Hannah Arendt) auseinandersetze.

Infolgedessen blieben auch die konkreten Täter der NS-Massenverbrechen mehr oder weniger undeutlich und gesichtslos. Gemeinhin wurden die deutschen Verbrechen, neben der Personalisierung auf die bereits genannten führenden Exponenten des NS-Regimes um Hitler, also besonders Himmler und Heydrich, ohne nähere Ausführungen und eine genaue Beschreibung unter die *abstrakten* Kategorien der SS und der sogenannten Einsatzgruppen rubriziert. D. h., der „Monat“ wusste zwar sozusagen wer ein Adolf Eichmann oder ein Hans Frank war, aber ihre besonderen individuellen bzw. institutionellen Aufgabenbereiche im Hinblick auf die nationalsozialistische „Judenpolitik“ im Allgemeinen und der „Endlösung der Judenfrage“ im Besonderen wurden nicht ausdrücklich ins Licht gerückt. Was der „Monat“ allerdings nicht wusste, wer beispielsweise die Leiter der vor dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion gebildeten vier Einsatzgruppen, Franz Stahlecker (Einsatzgruppe A), Arthur Nebe (Einsatzgruppe B), Otto Rasch (Einsatzgruppe C) und Otto Ohlendorf (Einsatzgruppe D) waren, und dass sie verantwortlich waren für die Massenerschießung von knapp einer halben Million Menschen, überwiegend Juden, die allein bis Mitte 1942 von den „mobilen Tötungseinheiten“ umgebracht wurden. Daher spielte in diesem Kontext die 1953 in England erschienene, sich auf umfangreicher Forschungsliteratur und nicht zuletzt auf den Nürnberger Dokumenten stützende empirische Untersuchung „The Final Solution – The Attempt to Exterminate the Jews of Europe 1939-1945“ des englischen Historikers Gerald Reitlinger, die drei Jahre später ins deutsche übersetzt worden ist, im „Monat“ auch keine Rolle.

Auf der Grundlage der Auswertung des „Monat“ konnte gezeigt werden, dass letzten Endes nur in vier Veröffentlichungen eine ausdrückliche Thematisierung, genauer, eine empirisch ausgerichtete Auseinandersetzung mit den NS-Massenverbrechen und der Vernichtung des europäischen Judentums erfolgte. Allerdings waren es aufgrund der angesprochenen Form der Veröffentlichung keine substantiellen Untersuchungen, d. h. keine grundsätzlichen Beschreibungen und Analysen zu diesem Verbrechenkomplex. Um folgende Beiträge handelte es sich:

- Friedrich Carl Westphal, Noch einmal ‚Die verhinderten Hochverräter‘ (Mai 1951).
- Hannah Arendt, Bei Hitler zu Tisch (Oktober 1951).

- Herbert Lüthy, Der Führer persönlich. Gedanken beim Lesen zweier Biographien (November 1953).
- Walter Laqueur, Die Affäre Kastner (September 1955).

3. Im Hinblick auf die Auseinandersetzung mit der Geschichte des „Dritten Reiches“ lag „Der Monat“ im Trend der deutschen Geschichtswissenschaft national-konservativer Provenienz nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, deren Beginn mit der Veröffentlichung des Buches „Die deutsche Katastrophe“ von Friedrich Meinecke aus dem Jahre 1946 datiert werden kann; die zentralen Schwerpunkte der westdeutschen Historiographie nach 1945 lagen bekanntermaßen in erster Linie auf dem Widerstand des 20. Juli 1944 und dem Zweiten Weltkrieg, ohne dass in diesem Kontext die nationalsozialistischen Gewaltverbrechen ausdrücklich Gegenstand der akademischen Forschung war. Dies zeigte sich auch und vor allem in Bezug auf die Auswahl der Bücher, die in der Zeitschrift rezensiert wurden. Die meisten Buchrezensionen zum Thema Nationalsozialismus hatten – wie gezeigt – zum einen den deutschen national-konservativen Widerstand des 20. Juli und zum anderen den Zweiten Weltkrieg sowie in diesem Zusammenhang die Memoirenliteratur zum Gegenstand. Darüber hinaus lag der Schwerpunkt der Auseinandersetzung mit Büchern zur Geschichte des Nationalsozialismus fast ausschließlich bei Veröffentlichungen – sei es in Form einer Rezension (z. B. der Hitler-Biographien von Alan Bullock bzw. Walter Görlitz und Herbert A. Quint, „Hitlers-Tischgespräche“ von Henry Picker oder der Memoiren „Totenkopf und Treue“ von Himmlers Leibarzt Felix Kersten) oder eines Vorabdruckes des jeweiligen Buches (z. B. „Hitlers letzte Tage“ von Trevor-Roper) –, die mit der stark hitlerzentrierten- und totalismustheoretischen Perspektive des „Monat“ in Bezug auf die NS-Herrschaft korrespondierten. Buchveröffentlichungen, die eine empirische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus darstellten – wenn man so will die nationale und internationale NS-Forschung im weiten Sinne – wurden nicht besprochen und hatte für die inhaltliche Ausrichtung auf dieses Thema keine erkennbare Bedeutung.

Auffallend starke Parallelen zwischen dem „Monat“ und der deutschen Geschichtswissenschaft gab es auch im Hinblick auf die Ausklammerung einer genauen historisch-politischen Beschreibung und Analyse die zum 30. Januar 1933 geführt hatten. So wurde im „Monat“ die zentrale Bedeutung der autoritären Traditionen der deutschen Staatsbürokratie und die stark ausgeprägten antidemokratischen Vorstellungen bei den politischen Parteien, der Wirtschaft und der Reichswehr, kurz: der deutschen Elite, nicht

beleuchtet. Ebenso wurde das tatsächliche Verhalten der deutschen Bevölkerung, die in erheblichem Maße dem Nationalsozialismus in den Wahlen Ende der 1920er und zu Beginn der 1930er Jahre ihren Zuspruch ausdrückte, nicht zur Sprache gebracht. Vor diesem Hintergrund wird das historische Urteil von Melvin J. Lasky verständlich und folglich erklärbar, dass „man die Hitlerbarbarei“ nicht mit dem „deutschen Volk“ identifizieren könne.¹⁴⁷⁹

4. Nicht nur im Hinblick auf die Fokussierung von Themen sowie der Rezeption von Veröffentlichungen zur Geschichte des „Dritten Reiches“, wird nach der Auswertung des empirischen Materials eine Redaktionspolitik erkennbar, sondern auch bei der Auswahl der Autoren, die im Laufe der Jahre zu diesem zeitgeschichtlichen Thema schrieben. Es wurden – so die Vermutung – ganz gezielt bestimmte internationale Bücher zum Nationalsozialismus rezensiert bzw. in Form einer Vorabveröffentlichung präsentiert und ganz bestimmte Autoren ausgewählt, die zu diesem zeitgeschichtlichen Thema schreiben sollten, zumal mehrmals schreiben sollten. Dahinter dürfte das Ziel gestanden haben, am Ende das von der Zeitschriftenredaktion favorisierte Bild des NS-Herrschaftssystems als eines genuin totalitären „Führerstaats“ zu zeichnen. Mit anderen Worten: Obwohl die Zeitschrift zum Beispiel mit Herbert Lüthy oder Hannah Arendt zwei Autoren hatte, die prädestiniert gewesen wären ein anderes Bild des Nationalsozialismus zu skizzieren oder auch andere zeitgenössische Studien zur Geschichte des „Dritten Reiches“ zu rezensieren, beließ es die Redaktion dabei, die beiden prominenten Autoren ausschließlich die beiden Hitler-Biographien und „Hitlers Tischgespräche“ rezensieren zu lassen. Denn diese Bücher bzw. Studien passten zu dem stark hitlerzentrierten Bild des NS-Systems der Redaktion.

Gleichwohl enthielten die beiden einzigen Beiträge von Lüthy und Arendt zum Nationalsozialismus genuin analytische Reflexionen und empirisch-historische Erkenntnisse, die in diesem Kontext eine Ausnahme darstellten. Darüber hinaus nutzte der „Monat“ das theoretische und historische Wissen von Lüthy und Arendt nicht weiter aus. In gleicher Weise nutzte die Zeitschriftenredaktion auch nicht die intellektuellen und theoretischen Kompetenzen sowie das historisch-analytische Wissen zur Geschichte des „Dritten Reiches“ – unter anderem den sozialen und politischen Bedingungen, die den Aufstieg des Nationalsozialismus zu einer (nationalistischen) Massenbewegung in Deutschland Ende der 1920er Jahre mitemöglichten oder zur Vernichtung des europäischen Judentums – von

¹⁴⁷⁹ Melvin J. Lasky, in: Der Monat, Heft 6 (1949), 1. Jg., S. 108.

zahlreichen weiteren prominenten Autoren nicht aus: Neben Hannah Arendt und Herbert Lüthy zum Beispiel Dwight Macdonald, Arthur Koestler, Richard Löwenthal, Franz Borkenau, Raymond Aron, Hans Kohn oder François Bondy. Dieser Personenkreis wäre, wie ihre wissenschaftlichen, politischen oder publizistischen Veröffentlichungen zeigten, prädestiniert gewesen über die NS-Geschichte tatsächlich aufzuklären.¹⁴⁸⁰

Ex negativo formuliert bedeutet das: Bücher zur Geschichte des „Dritten Reiches“, die bis 1960 erschienen und die nicht in das Bild passten, das der „Monat“ vom Nationalsozialismus zeichnete, eine andere Perspektive einnahmen und einen anderen Schwerpunkt setzten (kurz: Die im Großen und Ganzen nicht dem Trend der deutschen Geschichtswissenschaft der 1950er Jahre folgten), wurden nicht nur nicht rezensiert, sondern spielten auch sonst keine erkennbare Rolle in der Auseinandersetzung mit diesem Thema der deutschen Zeitgeschichte; exemplarisch seien hier die bereits angesprochenen Studien von Gerald Reitlinger und Karl Dietrich Bracher genannt, deren empirische Untersuchungsergebnisse keinen Einfluss hatten.

In diesem Zusammenhang kann auch die Frage nach den Personen beantwortet werden, die nicht zur Geschichte des Nationalsozialismus schrieben bzw. hierzu nicht von der Zeitschriftenredaktion als Mitarbeiter gewonnen wurden, obwohl sie geradezu prädestiniert gewesen wären. Nach der Auswertung des „Monat“ fällt ins Auge, dass internationale Historiker und Wissenschaftler wie zum Beispiel Alan Bullock oder der in den 1950er Jahren an der Freien Universität in Berlin lehrende Karl Dietrich Bracher – obwohl sie zu den Autoren der Zeitschrift zählten – nicht zu diesem Themenkomplex veröffentlichten.

Warum vor allem die beiden deutsch-jüdischen Remigranten Franz Neumann und Ernst Fraenkel, die in den vierziger Jahren mit dem „Behemoth“ bzw. „The Dual State“ zwei Standardwerke der NS-Forschung veröffentlichten, hierzu nicht im „Monat“ schrieben, wird nach der qualitativen und quantitativen Auswertung des „Monat“ ersichtlich. Beide passten explizit nicht in das Konzept der Redaktion: Neumann vor allem nicht wegen seines (kapitalismuskritischen) empirisch ausgerichteten polykratischen Forschungsansatzes in Bezug auf die Analyse des NS-Systems;¹⁴⁸¹ Fraenkel nicht, weil er mit seiner empirischen Untersuchung über die „Judenpolitik“ des Nationalsozialismus bis 1938, also der deutschen Innenpolitik, ein Thema beschrieb und analysierte, das *grosso modo* im „Monat“ ausgespart blieb.

¹⁴⁸⁰ Siehe hierzu insgesamt das Kapitel II. Das Totalitarismusphänomen im Fokus des „Monat“.

¹⁴⁸¹ Siehe hierzu das Kapitel II.5. Warum hat Franz Neumann nicht im „Monat“ geschrieben? Ein „Negativporträt“.

Auch die Veröffentlichungen und Dokumentationen des Münchener Instituts für Zeitgeschichte und der „Institutszeitschrift“, den „Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte“, hatten letzten Endes bezüglich der Auseinandersetzung mit der Geschichte des „Dritten Reiches“ in dem angesprochenen Zeitraum keine nennenswerte Bedeutung. Die Zeitschrift ging nur auf drei Publikationen ein. Erstens in dem Rezensionssatz „Bei Hitler zu Tisch“ von Hannah Arendt aus Anlass der sogenannten „bedenkliche(n) Jungfernpublikation“ des Institutes: „Hitlers Tischgespräche“ von Henry Picker und der Einleitung von Gerhard Ritter.¹⁴⁸² Zweitens auf die Veröffentlichung „Die ‚Zweite Revolution‘ – Der 30. Juni 1934“ von Hermann Mau in dem Beitrag von Winfried Martini über die „Röhm-Affäre“ aus Anlass des Strafprozesses gegen die beiden genannten „SS-Täter“. Drittens auf die Veröffentlichung „Schuld und Verhängnis. Die Fritsch-Krise im Frühjahr 1938 als Wendepunkt in der Geschichte der nationalsozialistischen Zeit“ von Hermann Foertsch durch eine Rezension von Rohan Butler. Bis 1960 wurde zudem kein Mitarbeiter des Münchener Institutes für Zeitgeschichte als Autor gewonnen.

5. Vor diesem Hintergrund kann auch die Vermutung ausgesprochen werden, dass der „Monat“ nicht zufällig die beiden konservativen Historiker Hugh R. Trevor-Roper und Walther Hofer, die die meisten Beiträge zur Geschichte des „Dritten Reiches“ in diesem Periodikum veröffentlichten, als NS-Experten gewann. Mit ihrer stark personalen, hitlerzentrierten Sicht auf den Nationalsozialismus passten sie genau in das Bild, das die Zeitschrift in dem angegebenen Zeitraum vom „Führerstaat“ zu zeichnen beabsichtigte. Darüber hinaus war der Blick der beiden NS-Experten durch die totalitarismustheoretische „Brille“ geschärft, der sich zum Beispiel in dem Beitrag „Der >völkische Rechtsstaat<. Zur nationalsozialistischen Rechtspolitik“ von Walther Hofer aus dem Jahre 1959 ausdrückte. Hierbei ging der Autor von der Prämisse aus, dass das NS-Herrschaftssystem eine „persönliche Diktatur eines Mannes“, ein „totaler Führerstaat“ war und einen Intentionalismus Hitlers suggerierte, der mit dem Parteiprogramm der NSDAP aus den 1920er Jahren gewissermaßen den „Masterplan“ in der Hand hielt für die zukünftige Politik. Zudem suggerierte Hofer, dass der Nationalsozialismus qua Revolution am 30. Januar 1933 an die Schalthebel der staatlichen Macht kam und fortan ausschließlich qua Terror durch die SS unter der Führung Himmlers in Deutschland herrschte.

¹⁴⁸² Siehe die einleitenden Worte der Redaktion auf S. 85 zu dem Beitrag: Hannah Arendt, Bei Hitler zu Tisch, in: Der Monat, Heft 37 (1951), S. 85-90; hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: Henry Picker, „Hitlers Tischgespräche“. Geordnet, eingeleitet und veröffentlicht von Gerhard Ritter, Bonn (o. J.).

IV. 2. Analyse des Sowjetkommunismus

IV. 2. 1. Vorbemerkung und Fragestellung

Im Unterschied zum Nationalsozialismus gab es zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der ersten Ausgabe der Zeitschrift „Der Monat“ im Oktober 1948 keine genuine Forschungsliteratur zur Geschichte der Sowjetunion seit der russischen Revolution im Jahre 1917. Es existierte keine sogenannte Sowjetkommunismusforschung. Bis dahin erschienen vereinzelte Arbeiten mit durchaus wissenschaftlichen Ansprüchen wie zum Beispiel von dem amerikanischen Historiker Samuel N. Harper,¹⁴⁸³ oder vermittelten mehrere autobiographische Erfahrungsberichte von ehemaligen Anhängern der kommunistischen Bewegung nicht zuletzt der amerikanischen Öffentlichkeit einen näheren Eindruck über die Natur des sowjetischen Staates, die Rolle der Geheimdienstpolizei und über das Ausmaß der kommunistischen Massenverbrechen unter der Führung Stalins. Zudem wurde, wie erwähnt, bereits Ende der 1920er Jahre im US-amerikanischen Außenministerium eine Abteilung für osteuropäische Angelegenheiten, die sogenannte „Russlandabteilung“, ins Leben gerufen, die den Versuch unternahm den kommunistischen Sowjetstaat nach „wissenschaftlichen“ Prinzipien zu untersuchen.¹⁴⁸⁴

Indes: Dass es bis Ende des Jahres 1948 keine Kommunismusforschung im Allgemeinen und keine Sowjetkommunismusforschung im Besonderen existierte, lag auch und vor allem an dem zentralen Problem der Quellenlage. Es mangelte an zuverlässigen und „elementaren Dokumenten und Statistiken“ (Hannah Arendt), d. h. an grundlegenden „Archivquellen“. Zweifelsohne lieferten zum einen schriftliche Quellen (unter anderem sowjetische Staats- und Parteizeitungen sowie -Zeitschriften) und mündliche Quellen (unter anderem „Zeugenberichte“) historische Informationen, zum anderen vermittelten vor allem bereits die „frühen“ Erfahrungsberichte der ehemaligen Kommunisten, d. h. die Renegatenliteratur aus den dreißiger und den vierziger Jahren, wichtige historische Erkenntnisse zur Geschichte der Sowjetunion, über das Ausmaß des Arbeitslagersystems und nicht zuletzt darüber, dass der Terror zum konstitutiven Merkmal des stalinistischen Herrschaftsregimes zählte. Insofern stellten bereits die „frühen“ Veröffentlichungen der „ersten Generation der Desillusionierten“¹⁴⁸⁵ einen wichtigen Beitrag zur Analyse des

¹⁴⁸³ Samuel N. Harper, *Civic Training in Soviet Russia*, Chicago 1929.

¹⁴⁸⁴ Siehe hierzu die entsprechenden Ausführungen in dem Kapitel I.1. „Die politische und ideologische Genese des Kalten Krieges. Der frühe intellektuelle und politische Antikommunismus in den Vereinigten Staaten“.

¹⁴⁸⁵ François Furet, *Das Ende der Illusion. Der Kommunismus im 20. Jahrhundert*, S. 371.

sowjetkommunistischen Systems dar, obwohl die Darstellungen nicht verallgemeinerungsfähig waren, jeweils nur einen partiellen Ausschnitt abbildeten und mithin keine objektivierbaren Informationen enthielten. Ebendieses Problem resultierte nicht zuletzt aus den fehlenden schriftlichen Archivquellen bzw. der grundsätzlichen „Archivsituation“.¹⁴⁸⁶

Vor dem Hintergrund von fehlenden elementaren Dokumenten und Statistiken und der noch nicht vorhandenen genuinen wissenschaftlichen Forschungsliteratur zur Geschichte des Sowjetkommunismus sind auch die Veröffentlichungen zu diesem Themenkomplex im „Monat“ zu betrachten und zu beurteilen. Auch wenn „Der Monat“ keine genuine wissenschaftliche Zeitschrift war und infolgedessen auch keine originäre Forschung betrieb, kam, wenn man so will, auch durch dieses Medium die – allgemein gesprochen – internationale Kommunismusforschung nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in Gang. Nachdem in den Vereinigten Staaten von den beiden Renegaten David J. Dallin und Boris Nicolaevsky eine erste wichtige Studie zum System der russischen Arbeitslager erschien,¹⁴⁸⁷ veröffentlichten von Anbeginn im „Monat“ insbesondere ehemalige Anhänger der kommunistischen Bewegung Beiträge zur Geschichte des Sowjetkommunismus, die fortan zu international renommierten Wissenschaftlern zur Erforschung des Kommunismus avancierten – wie David Dallin, Boris Nicolaevsky, Wanda Bronska-Pampuch, Ruth Fischer, Ernest Salter, Franz Borkenau oder Richard Löwenthal. Daneben nutzten international renommierte Kommunismusforscher wie zum Beispiel Boris Meissner, George Fischer, Bertram D. Wolfe, Edward Crankshaw, Hugh Seton-Watson oder Ernst Halperin den „Monat“ für Publikationen zu ihrem Fachgebiet. Zudem wurden im „Monat“ im Laufe der Jahre mit Blick auf die internationale Kommunismusforschung wichtige Studien entweder in Auszügen abgedruckt oder rezensiert – zum Beispiel die Stalin-Biographie von Isaac Deutscher. Anders gesagt: Im „Monat“ kam explizit und implizit ein Diskussionsprozess über zentrale zeitgenössische Aspekte, Fragen und Probleme des internationalen Kommunismus in Gang, der neben der politischen und ideologischen, auch eine ausdrücklich wissenschaftliche Bedeutung hatte,¹⁴⁸⁸ analog zu der in diesem Kontext bedeutsamsten Zeitschrift in der frühen Bundesrepublik, der

¹⁴⁸⁶ Auf das Fehlen von schriftlichen Archivquellen, nicht zuletzt aufgrund der „verschlossenen“ Archive in Moskau, kamen die Autoren im „Monat“ immer wieder zu sprechen. Siehe exemplarisch Michael Freund, Revolution und Außenpolitik, in: Der Monat, Heft 27 (1950), 3. Jg., S. 312-315 (hier S. 313); hierbei handelte es sich um eine Rezension des Buches: Max Beloff, The Foreign Policy of Soviet Russia 1929-1941. 2 Bde, London-New York 1947/49.

¹⁴⁸⁷ David J. Dallin/Boris I. Nicolaevsky, Forced Labor in Soviet Russia, New Haven 1947.

¹⁴⁸⁸ Siehe exemplarisch in diesem Zusammenhang den von Franz Borkenau ausdrücklich formulierten Anspruch bei der Rezension der 1949 in London erschienenen Studie „Stalin. A Political Biography“ von Isaac Deutscher, das Buch im Kontext der „Forschung“ zu rezipieren und mit Blick auf die „eigentliche, wahrheitsuchende Stalin-Forschung“ zu beurteilen. Franz Borkenau, Stalin im Schafspelz. Zu einer neuen Biographie von Isaac Deutscher, in: Der Monat, Heft 14 (1949), 2. Jg., S. 203-210 (hier S. 201).

von der amerikanischen Besatzungsbehörde, genauer, der „Information Services Division“ herausgegebenen „Ost-Probleme“, in der nicht zuletzt die gleichnamigen prominenten Kommunismus-Experten veröffentlichten,¹⁴⁸⁹ und außerdem auf einzelne Beiträge der „Schwesterzeitschrift“ ausdrücklich verwiesen wurde.¹⁴⁹⁰

Im Folgenden wird der Versuch unternommen, auf der Grundlage sämtlicher Beiträge, die im „Monat“ in dem Zeitraum von Oktober 1948 bis April 1960 (Heft 1 bis Heft 139) – mit Ausnahme des anlässlich des Berliner „Kongresses“ im Juni 1950 herausgegebenen Doppelheftes 22/23–, zu dem Thema internationaler Kommunismus veröffentlicht wurden, das sowjetkommunistische Herrschaftssystem zu analysieren. Im Mittelpunkt stehen in diesem Zusammenhang folgende Fragen: Welches Bild zeichnete der „Monat“ vom sowjetischen Kommunismus? Wie wurde das sowjetische Regime im Verlauf seiner historischen Entwicklung beschrieben und analysiert? Wie wurden der (Massen-)Terror und die (internationalen) Parteisäuberungen in den unterschiedlichen Herrschaftsphasen des sowjetischen Regimes beschrieben und interpretiert? Wie wurde der XX. Parteitag der KPdSU und die „berühmte“ sogenannte Geheimrede Chruschtschows bewertet? Welche Autoren veröffentlichten in diesem Zusammenhang die zentralen Beiträge? Last but not least: Welche Bücher wurden aus dem Bereich der Kommunismusforschung rezensiert bzw. aus welchen (Forschungs-)Büchern wurden Auszüge veröffentlicht?

Im Gegensatz zu dem vorangegangenen Kapitel „Analyse des Nationalsozialismus“ geht es hierbei nicht primär darum das empirische Material von „allein sprechen“ zu lassen und anschließend zusammenfassend zu kommentieren und zu analysieren. Die unterschiedlichen methodischen Verfahren bei den beiden Kapiteln ergeben sich in erster Linie aus dem empirischen Material zum internationalen Kommunismus selbst. Stützte sich die Analyse des Nationalsozialismus in erster Linie auf 60 Beiträge, die sich unter Einbeziehung sämtlicher Zeitschriftenrubriken ausdrücklich mit der Geschichte des „Dritten Reiches“ befassten, so

¹⁴⁸⁹ Eine Auswertung der ersten elf Jahrgänge der seit Anfang 1949 herausgegebenen Zeitschrift „Ost-Probleme“ ergab, dass in Bezug auf die Analyse und Erforschung des „internationalen Kommunismus“ im Allgemeinen und des sowjetischen Kommunismus im Speziellen größere Gemeinsamkeiten mit dem „Monat“ existierten, nicht zuletzt auch aus dem Grund, dass eine größere Anzahl von Personen in beiden Organen veröffentlichten – zum Beispiel Richard Löwenthal, David J. Dallin, Boris Nicolaevsky, Franz Borkenau, Hans Kohn, George F. Kennan, Ernst Halperin, Edward Crankshaw, Bertram D. Wolfe, Hugh Seton-Watson, Alfred Burmeister, Hugh Seton-Watson – und zudem Buchveröffentlichungen von diesem Personenkreis (gegenseitig) rezensiert wurden.

¹⁴⁹⁰ Siehe exemplarisch: Ost-Probleme (1950), 2. Jg., Nr. 12, S. 384; hierbei handelte es sich um den „Hinweis“ auf die Rezension der 1949 in London erschienenen „Stalin-Biographie“ von Isaac Deutscher, die von Franz Borkenau unter dem Titel „Stalin im Schafspelz. Zu einer neuen Biographie von Isaac Deutscher“ im „Monat“, Heft 14 (1949), 2. Jg., S. 203-210, veröffentlicht wurde.

waren es knapp 250 Veröffentlichungen, die sich mit der Geschichte der Sowjetunion auseinandersetzten und den internationalen Kommunismus in unterschiedlichem Umfang beleuchteten, thematisierten und untersuchten. Neben diesem quantitativem gibt es ein noch ein qualitatives Argument. Rückte in der Auseinandersetzung mit der Geschichte des „Dritten Reiches“ letzten Endes die Themen des Zweiten Weltkrieges, des deutschen konservativen Widerstandes sowie die sogenannte Memoirenliteratur in den Fokus des Interesses, so existierte bei der Auseinandersetzung mit dem sowjetischen Kommunismus ein wesentlicher Unterschied. Angesichts der historischen Tatsache, dass das kommunistische Herrschaftssystem wesentlich länger als der Nationalsozialismus existierte, war auch die Untersuchung respektive Thematisierung in erheblichem Maße facettenreicher. Im Hinblick auf die Analyse des sowjetischen Kommunismus im „Monat“ und auf den in diesem Zusammenhang interessierenden Untersuchungszeitraum heißt das: In der Zeitschrift mussten und wurden drei Herrschaftsphasen berücksichtigt, nämlich die unter Lenin, Stalin und Chruschtschow. Infolgedessen hatten die Autoren des „Monat“ zwischen Leninismus, Stalinismus und Nachstalinismus zu unterscheiden und mithin bezogen sich ihre Beschreibungen und Analysen des sowjetischen Kommunismus nicht nur auf einen Zeitraum von 1917 bis 1960 – im Gegensatz zu dem zwölf Jahre existierenden Nationalsozialismus –, sondern zudem auf die sogenannten Satellitenstaaten Osteuropas sowie auf die zum Teil sehr einflussreichen Kommunistischen Parteien in den westlichen Staaten Europas – vor allem in Italien und Frankreich.

Hierbei wird von einem weiten Begriff internationaler Kommunismus ausgegangen. Das Kriterium dafür, ob eine Veröffentlichung unter diese Kategorie rubriziert wurde und demzufolge in die empirische Auswertung gelangte, war, ob ein Beitrag historische, politische und analytische Erkenntnisse zur Genesis der russischen Revolution 1917 sowie zur Konstituierung und Entwicklung des sowjetkommunistischen Herrschaftssystems enthielt. Hierunter fallen auch Veröffentlichungen, die die Themen kommunistische Intellektuelle, marxistische Theorie, kommunistische Ideologie, Renegatenliteratur, sowjetische Kulturpolitik oder auch zum Ost-West-Konflikt beinhalteten. Nicht berücksichtigt wurden die Veröffentlichungen, die sich zwar mit dem internationalen Kommunismus auseinandersetzten, aber zum einen unter explizit totalitarismustheoretischer Perspektive (wie in den Totalitarismusbeiträgen von Hannah Arendt) geschrieben wurden oder zum anderen die Geschichte des chinesischen Kommunismus (auf die in diesem Kapitel nicht ausdrücklich eingegangen wird) zum Inhalt hatten.

Die empirische Auswertung ergab, dass die knapp 250 Beiträge von insgesamt 122 Autoren verfasst wurden.¹⁴⁹¹ Hierbei ergab die Auswertung, dass:

1. Neunzig Autoren (u. a. Dwight Macdonald, Carl Linfert, David Shub, Barbara Ward, Michael Freund, Boris Meissner, Arthur M. Schlesinger jr., Edward Crankshaw, Ernst Reuter, David Burg) einen Beitrag veröffentlichten.
2. Neun Autoren (u. a. David Dallin, James Burnham, Alfred Kellner, Ruth Fischer, Ignazio Silone, Walter Laqueur) zwei Beiträge veröffentlichten.
3. Sieben Autoren (Bertram D. Wolfe, Hans Kohn, George Fischer, Helmut Jaesrich, Alfred Burmeister, Raymond Aron, George Orwell und Wanda Bronska-Pampuch) drei Beiträge veröffentlichten.
4. Vier Autoren (Boris Shub, Arthur Koestler, George F. Kennan und Sidney Hook) vier Beiträge veröffentlichten.
5. Zwei Autoren (Fritz R. Allemann und Jürgen Rühle) fünf Beiträge veröffentlichten.
6. Ein Autor (Erik Nohara) sechs Beiträge veröffentlichte.
7. Ein Autor (Ernst Halperin) sieben Beiträge veröffentlichte.
8. Ein Autor (François Bondy) acht Beiträge veröffentlichte.

Mehr als acht Beiträge veröffentlichten folgende Autoren: Ernest Salter (neun), Franz Borkenau (zehn), Melvin J. Lasky (elf), Richard Löwenthal (siebzehn) sowie Herbert Lüthy (achtzehn).

Wie gesagt, die knapp 250 Beiträge bilden im Folgenden die empirische Grundlage für die Analyse des sowjetkommunistischen Herrschaftssystems. Insofern es sich bei diesen Beiträgen um Auszüge eines Buches oder um die Rezension eines Buches handelte, werden diese Bücher ebenfalls herangezogen und erweitern dementsprechend die empirische Grundlage.¹⁴⁹² Zudem wird auch das Standardwerk der Totalitarismusforschung von Hannah Arendt herangezogen – drei Kapitel des Buches wurden im „Monat“ veröffentlicht –, insofern sich die Studie ausdrücklich auf die Geschichte der Sowjetunion bezog und keine komparatistische Perspektive vorgenommen wurde, also die Studie historische Details lieferte

¹⁴⁹¹ Einige Beiträge wurden anonym oder mit einer Abkürzung des Namens des jeweiligen Verfassers veröffentlicht und konnten zum Teil keiner Person bzw. keinem Autor zugeordnet werden.

¹⁴⁹² Als exemplarisches Beispiel sei hier die Veröffentlichung von David J. Dallin und Boris Nicolaevsky, Arbeiter oder Ausgebeutete. Das System der Arbeitslager in Sowjetrußland, hrsg. von „Die Neue Zeitung“, München 1948 genannt. Das Buch wurde im „Monat“, Heft 1 (1948), 1. Jg., S. 88-90 von Boris Shub rezensiert.

und eine Interpretation historischer Vorgänge in der Sowjetunion vornahm, ohne einen Vergleich mit dem Nationalsozialismus zu ziehen. Ebenso herangezogen werden die Veröffentlichungen, die sich ausdrücklich mit dem sowjetischen Kommunismus auseinandersetzen, aber von den Autoren zum Anlass genommen wurden totalitarismustheoretische Reflexionen oder einen Vergleich zwischen Stalinismus und Nationalsozialismus anzustellen.¹⁴⁹³

Ausgehend von dem inhaltlichen Fokus der im „Monat“ veröffentlichten Beiträge ergeben sich im Folgenden die Schwerpunkte der einzelnen Kapitel – im Mittelpunkt steht hierbei insbesondere die Herrschaftsperiode unter Stalin in den Jahren 1928-1953, also der Stalinismus, sowie der Nachstalinismus. Hierbei steht in erster Linie die innenpolitische Entwicklung in der Sowjetunion nach der Oktoberrevolution 1917 im Vordergrund. Auf den außenpolitischen Kontext bzw. auf die russische Außenpolitik wird insbesondere im zweiten Teil eingegangen, der sich mit der Entwicklung des kommunistischen Herrschaftssystem nach dem Zweiten Weltkrieg unter der Führung Stalins sowie – nach dem Tod Stalins im März 1953 – seitens der „kollektiven Führung“ und im Anschluss daran unter der Führung Chruschtschows befasst.

Die Analyse des Sowjetkommunismus stützt sich also primär auf das empirische Material des „Monat“. Insofern einzelne Veröffentlichungen nach Auffassung des Verfassers eine substantielle, originäre Interpretation und Analyse bestimmter wichtiger historischer Abschnitte und -Vorgänge des Stalinismus (unter anderem „Großer Terror“, Moskauer Schauprozesse, „Säuberungen“) und des Nachstalinismus (unter anderem zur Bedeutung des Todes Stalins sowie des XX. Parteitages und der „Geheimrede“ Chruschtschows) darstellen, wurde entschieden sie in längeren Passagen zu referieren bzw. zu zitieren – auch um in diesem Kontext einen Einblick über das Niveau der einzelnen Texte zu vermitteln. Im Anschluss daran erfolgt jeweils auf der Grundlage der zeitgenössischen Forschungsliteratur und -ergebnisse eine grundsätzliche Beurteilung und kommentierende Einschätzung.

Die Tatsache, dass gleichwohl primär das empirische Material des „Monat“ die eigentliche Grundlage für die Analyse des Sowjetkommunismus bildet, ist beispielsweise bei der Thematisierung der Herrschaftspolitik Lenins, also des Leninismus, wichtig. Ist in der aktuellen Kommunismusforschung die persönliche Initiative Lenins beim Aufbau der politischen Polizei, des Geheimdienstapparates, d. h. der „Tscheka“, unter der Leitung von

¹⁴⁹³ Siehe exemplarisch Melvin J. Lasky, Die Moskauer Geständnisse. Gedanken über Ketzerei und Opposition im totalen Staat, in: Der Monat, Heft 36 (1951), 3. Jg., S. 648-654 (hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: Beck, F. and Godin, W., Russian Purge and the Extraction of Confession, New York [1951]).

Felix Dsiershinskij unmittelbar nach der Oktoberrevolution empirisch belegt und auch seine Verantwortung für die früh einsetzende Terrorpolitik nicht nur gegen die „objektiven“ Regimegegner, sondern zum Beispiel gegen die Anarchisten und die linken Sozialrevolutionäre oder gegen die eigene Bevölkerung – speziell gegen die ländliche Bevölkerung –, empirisch bewiesen, so war dies für die internationale Kommunismusforschung und mithin für die Autoren des „Monat“ in dem angesprochenen Untersuchungszeitraum kein Thema mit dem man sich auseinandersetzte. Erst im Jahre 1961 erschien von Borys Lewytzkyi die Studie „Vom Roten Terror zur Sozialistischen Gesetzlichkeit. Der Sowjetische Sicherheitsdienst“, in der auch die zentrale Rolle Lenins bei der Gründung der „Roten Terrormaschine“ hervorgehoben wurde und die die Genese des „Roten Terrors“ unter Lenin freigelegte. Anders gesagt: Lewytzkyj konnte in seiner Untersuchung auch und vor allem zeigen, dass die Tscheka bereits unmittelbar nach der Machteroberung der Bolschewiki mit dem Ausbau des Systems der Konzentrationslager begann, und dass der Terror insgesamt keineswegs an die Herrschaftspolitik von Stalin, also dem Stalinismus, gekoppelt war, sondern bereits unter der Führung Lenins seinen Anfang nahm.¹⁴⁹⁴

Die Tatsache, dass der „Rote Terror“ bereits im Leninismus begann und keineswegs ausschließlich an die Phase des Stalinismus, der im „Monat“ in der Regel als totalitäres Herrschaftssystem charakterisiert wurde, gekoppelt war, war selbstverständlich auch und vor allem den Renegaten bekannt: Einerseits aufgrund ihrer unmittelbaren lebensgeschichtlichen Erfahrungen mit dem Kommunismus im Allgemeinen und dem sowjetischen Kommunismus im Besonderen, andererseits durch die Tatsache, dass sie wie zum Beispiel Arthur Koestler, Franz Borkenau oder Richard Löwenthal in den 1920er Jahren zu führenden Funktionären und Intellektuellen des „Parteiapparates“ zählten. Indes: Bei der Beschreibung und der Analyse des sowjetkommunistischen Herrschaftssystems wurde der Terror unter Lenin im „Monat“ nicht ausdrücklich und substantiell thematisiert oder untersucht. In den Fokus des Interesses geriet – wie auch in der Ende der vierziger und Anfang der fünfziger Jahre in Gang kommenden internationalen Kommunismusforschung – in erster Linie der stalinistische Terror. Bei den Experten der Geschichte der Sowjetunion, also den Renegaten, lag dies neben

¹⁴⁹⁴ Borys Lewytzkyj, Vom Roten Terror zur Sozialistischen Gesetzlichkeit. Der Sowjetische Sicherheitsdienst, München 1961. Vgl. auch die frühen Veröffentlichungen S. P. Melgunow, Der rote Terror in Rußland 1918-1923, Berlin 1924 sowie die Broschüre: Die Tscheka. Russische Hilferufe an das Weltgewissen, Berlin 1922.

der damaligen Quellen- und Forschungslage¹⁴⁹⁵ auch daran, dass sie aus persönlichen, politischen oder ideologischen Gründen zu dem damaligen Zeitpunkt davon Abstand nahmen, den kommunistischen Terror und den sowjetischen Totalitarismus bereits mit der Verlaufsform der russischen Revolution im Oktober 1917 ausdrücklich in Verbindung zu bringen. Man vertrat die Auffassung, dass zwischen Leninismus und Stalinismus getrennt werden müsse, so dass die konkrete politische Herrschaftspraxis der Bolschewiki nach der Oktoberrevolution unter Lenin nicht substantiell in den Blick genommen wurde. Daraus folgte für den „Monat“, dass die konkrete Terrorpolitik unter Lenin im Großen und Ganzen nicht im gleichen Maße thematisiert wurde wie die unter Stalin. Folglich liegt mit Blick auf die Beschreibung und Analyse des sowjetischen Kommunismus der Schwerpunkt auf dem Stalinismus (Kap. IV.2.2. bis IV.2.5.) und dem Nachstalinismus (Kap. IV.2.6. bis IV.2.8.). Das zeitliche Ende bildet in diesem Zusammenhang der XXI. Parteitag der KPdSU Anfang des Jahres 1959, in dessen Verlauf Chruschtschows „Alleinherrschaft“ (Herbert Rittvo) institutionell installiert wurde. Den Abschluss dieses Kapitels bildet das „analytische Resümee“ (Kap. IV.2.9.), wo der Versuch einer grundsätzlichen Einschätzung und Bewertung der Analyse des sowjetischen Kommunismus im „Monat“ gemacht wird.

Worauf in diesem Kapitel aus Raumgründen nicht ausdrücklich eingegangen werden kann, ist der Themenkomplex über die Faszinationskraft, die der Kommunismus in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts auf zahlreiche Intellektuelle, zumal auf bürgerliche Intellektuelle in den westlichen kapitalistischen Staaten, ausübte, obwohl dies im „Monat“ eine zentrale Bedeutung besaß. Auch vor dem Hintergrund der Tatsache, dass zahlreiche Autoren vor der Gründung dieses Periodikums selber einmal Mitglied in einer nationalen kommunistischen Partei (vor allem Deutschlands, Frankreichs und Italiens) waren, rückte in vielen Beiträgen die Frage der „unverbrüchlichen Treue“ – trotz zum Beispiel eigener Erfahrungen oder Meldungen über die Moskauer Prozesse und den stalinistischen Terror in den 1930er Jahren sowie des Hitler-Stalin-Paktes – zur Sowjetunion und dem in den allermeisten Fällen auch religiös konnotierten Glauben an die kommunistische Idee sowie der anschließende gemeinhin „schmerzvolle“ Desillusionierungsprozess und endgültige „Bruch“ ins Blickfeld – der vielleicht international bekannteste Renegat Arthur Koestler steht hier *pars pro toto*.¹⁴⁹⁶

¹⁴⁹⁵ Eine Ausnahme stellte zu diesem Zeitpunkt das in einer kleinen Auflage erschienene Buch von dem linken Sozialrevolutionär dar: Isaak Steinberg, *Gewalt und Terror in der Revolution. Oktoberrevolution oder Bolschewismus*, Berlin 1931.

¹⁴⁹⁶ Siehe von den zahlreichen Beiträgen im „Monat“ exemplarisch besonders die sogenannte Reihe „*Der Gott, der keiner war*“ bzw. „*Ein Gott hat versagt*“ mit folgenden Beiträgen: Ignazio Silone, *Abkehr von Moskau*, in: *Der Monat*, Heft 19 (1950), 2. Jg., S. 18-39 (Teil I); Arthur Koestler, *Verlorene Illusionen*, in: *Der Monat*, Heft 20 (1950), 2. Jg., S. 133-169 (Teil II); André Gide, *Legende und Wirklichkeit*, in: *Der Monat*, Heft 21 (1950), 2.

IV. 2. 2. Die Russische Revolution als Genesis der kommunistischen Gewaltherrschaft

Als die bolschewistische Partei unter der Führung von Lenin im Oktober 1917 in Russland die politische Macht ergriff, waren sie der felsenfesten Überzeugung, dass eine „neue Zeit“ anbrechen würde. Die Bolschewiki glaubten daran, als Vollstrecker historischer Gesetze eine radikal neue gesellschaftliche Ordnung Wirklichkeit werden zu lassen, die letzten Endes mit dem kapitalistischen System in der ganzen Welt tabula rasa macht und den „neuen Menschen“ hervorbringt. Entsprechend „der“ Staats- und Revolutionstheorie von Lenin sollte ihrer festen Überzeugung nach den bisherigen Formen des politischen und gesellschaftlichen Lebens ein Ende bereitet werden, damit auf der Grundlage einer modifizierten Theorie des Marxismus zu erst die russischen Verhältnisse verändert werden. Das neue Staatswesen besaß Lenins Theorie nach einen provisorischen Charakter und sollte, bis durch den Sieg der Weltrevolution der Übergang zur kommunistischen Gesellschaft hergestellt würde, eine „Diktatur des Proletariats“ sein, wobei der Wille des Proletariats von einer Partei, sprich, den Bolschewiki, repräsentiert werden sollte. Dass sich daraus in der Sowjetunion die Herrschaft einer Partei bzw. ein staatliches Regime entwickeln würde, das in seiner repressivsten, d. h. totalitären, Phase unter Stalin verantwortlich war für Millionen von Toten, für Massenverhaftungen durch den Geheimdienstapparat, für ein das ganze Land überzogenes Konzentrations- und Arbeitslagersystem, war indes zum Zeitpunkt der mehr einem Putsch

Jg., S. 264-281 (Teil III); Richard Wright, Der große Mythos, in: Der Monat, Heft 25 (3. Jg.), S. 55-82 (Teil IV); hierbei handelte es sich um einen (Teil-)Abdruck des Buches *Ein Gott der keiner war*. Arthur Koestler, Ignazio Silone, Richard Wright, André Gide, Louis Fischer, Stephen Spender schildern ihren Weg zum Kommunismus und ihre Abkehr. Mit einem Vorwort von Richard Crossmann und einem Nachwort von Franz Borkenau, Konstanz/Zürich/Wien 1950. Siehe hierzu auch speziell Bertrand Russell, Der Irrtum des Kommunismus, in: Der Monat, Heft 19 (1950), 2. Jg., S. 76-79 (hierbei handelte es sich um eine Rezension der englischen Originalausgabe *The God that Failed*) sowie Raymond Aron, Der falsche Messias. Ein Schlußwort zu *The God that failed*, in: Der Monat, Heft 26 (1950), 3. Jg., S. 175-184. Des Weiteren siehe François Bondy, Der exproprierte Marxismus, in: Der Monat, Heft 21 (1950), 2. Jg., S. 309-313 (hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: Jules Monnerot, *Sociologie du communisme*, Paris 1949), die drei Beiträge von Czeslaw Milosz, Murti-Bing, in: Der Monat, Heft 35 (1951), 3. Jg., S. 451-464, Die Baltischen Völker, in: Der Monat, Heft 41 (1952), 4. Jg., S. 451-466 und Ketman oder die Kunst des inneren Vorbehalts, in: Der Monat, Heft 57 (1953), 5. Jg., S. 227-242 (hierbei handelte es sich um einen „Teil-Vorabdruck“ des Buches von ders., *Verführtes Denken*. Mit einem Vorwort von Karl Jaspers, Köln/ Berlin 1953) sowie hierzu die entsprechenden Ausführungen von François Bondy, Rebellen als Musterschüler. Zu zwei neuen Essaybänden“, in: Der Monat, Heft 58 (1953), 5. Jg., S. 407-411 (hierbei handelte es sich um die Rezension der beiden Bücher: Czeslaw Milosz, *Verführtes Denken*. Mit einem Vorwort von Karl Jaspers, a.a.O. und Peter de Mendelssohn, *Der Geist in der Despotie*. Versuche über die moralischen Möglichkeiten des Intellektuellen in der totalitären Gesellschaft, Berlin 1953).

gleichkommenden Machteroberung durch die Bolschewiki unter der Führung Lenins offen. Die Entwicklung nach der Revolution mit der Konstituierung des bolschewistischen Regimes, des Leninismus, und der Weiterentwicklung zum totalitären Herrschaftssystem unter Stalin, des Stalinismus, verlief indes keineswegs geradlinig.¹⁴⁹⁷ Überhaupt war es ein historisch-politisch offener Prozess, der dazu führte, dass die Bolschewiki mit der Oktoberrevolution 1917 Erfolg hatten.¹⁴⁹⁸

Die Bolschewiki standen in der Tradition der russischen Sozialdemokraten und Sozialrevolutionäre, die in das 19. Jahrhundert zurückreichte und die ohne die Rolle der Intellektuellen kaum zu verstehen war. Die führenden Parteifunktionäre – Lenin steht hier *pars pro toto* – standen zweifelsohne in der Tradition des russischen Intellektuellen des 19. Jahrhundert und teilten im Großen und Ganzen die in dieser Zeit zum Ausdruck gebrachten politischen Ideen und -Grundüberzeugungen, die in erster Linie eine Mischung aus einem (extremen) russischen Nationalismus, panslawistischen Imperialismus und Feindschaft gegen den „Westen“, anders gesagt, eine Feindschaft gegen den Liberalismus der westlichen Gesellschaft, darstellten. Vor dem Hintergrund der Ablehnung der bestehenden Gesellschaftsordnung entwickelte sich hieraus die Vorstellung, der Glaube eines „russischen „Sendungsbewusstseins“, wobei Fjodor Michailowitsch Dostojewski den Prototypen des russischen Intellektuellen des 19. Jahrhunderts darstellte.¹⁴⁹⁹ Die Bolschewiki waren, angesichts der herrschenden sozialen und politischen Bedingungen im Zarenreich,¹⁵⁰⁰ beseelt von dem unbedingten Glauben an den Sturz der bestehenden (vor-)kapitalistischen Gesellschaftsordnung und meinten sich des Rückhalts bei den russischen Bauern und bei dem sich entwickelnden Proletariat sicher. Dabei verkannte die russische Intelligenzija ihre isolierte Situation, denn die Bevölkerung wollte von Befreiung, von Emanzipation aus den zum Teil katastrophalen Lebensumständen nichts wissen. In Anbetracht ihrer Marginalisierung, eindeutiger Feindbilder und permanenter polizeilicher Überwachung und Verfolgung, entwickelte sich bei den Mitgliedern der kleinen revolutionären Gruppen, eine

¹⁴⁹⁷ Siehe Franz Borkenau, *Zwei Revolutionäre*, in: *Der Monat*, Heft 25 (1950), 3. Jg., S. 19-29 (hier S. 22); hierbei handelte es sich um eine Rezension des Buches: Bertram D. Wolfe, *Three Who Made a Revolution*, Bd. I., New York 1948. Die Angaben zu dem Buch erfolgen hier – wie auch im Folgenden – nach den redaktionellen Mitteilungen des „Monat“. In der Regel wurde hierbei das Erscheinungsjahr des jeweiligen Buches nicht mitangegeben.

¹⁴⁹⁸ Vgl. Sidney Hook, *Rußland im Mondenschein. Bemerkungen zu einem neuen Buch über die Sowjetunion*, in: *Der Monat*, Heft 44 (1952), 4. Jg., S. 172-178 (hier S. 174); hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: Edward Crankshaw, *Russia by Daylight*, London (o. J.).

¹⁴⁹⁹ Vgl. Hans Kohn, *Dostojewski. Ein politisches Porträt*, in: *Der Monat*, Heft 13 (1949), 2. Jg., S. 78-88 (Teil I) sowie Heft 14 (1949), 2. Jg., S. 187-192 (Teil II).

¹⁵⁰⁰ Vgl. Hans Kohn, *Rußland vor Lenin*, in: *Der Monat*, Heft 67 (1954), 6. Jg., S. 75 f.; hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: Hugh Seton-Watson, *The Decline of Imperial Russia*, London/New York (o. J.).

Verhaltensweise heraus, die man aus religiösen Sekten kannte und deren Charakteristikum vor allem war, dass sich die an ihre „Mission“ glaubenden Mitglieder untereinander auf das genaueste Überwachten. Eingedenk der Gefahr einer Gruppenspaltung wurde jedes abweichende Verhalten und jede abweichende Meinung eines Mitglieds zur Kenntnis genommen. Vor diesem Hintergrund entstand ein Typus des russischen Revolutionärs, deren radikalste Verkörperung Serge Netschajew war. Seine historische Originalität beruhte nicht allein darauf, dass er entsprechend einer „revolutionären Moral“ handelte und demzufolge auch jedwedes Verbrechen vom Diebstahl bis zum Mord für legitim hielt, sondern vor allem darauf, dass er auch bereit war „seine Prinzipien mit der gleichen Bereitwilligkeit auf Freund und Feind“ anzuwenden.¹⁵⁰¹

Auf dem zweiten Parteitag der russischen sozialdemokratischen Partei im Jahre 1903 kam es vor allem infolge der Frage der Parteiorganisation zur Spaltung in zwei Gruppen, in eine größere unter Lenin, die daraufhin Bolschewiki (Mehrheit) genannt wurde, und eine Minderheitspartei (Menschewiki). Diese Spaltung sollte auch nach der ersten russischen Revolution von 1905 nicht wieder rückgängig gemacht werden und war ein Grund für erbitterte Auseinandersetzungen. Denn die bolschewistische Parteiorganisation stand im Unterschied zu den Menschewiki der Idee einer breiten Massenorganisation nach dem Muster der deutschen Sozialdemokraten feindlich gegenüber und favorisierte das Konzept der Partei als einer Avantgarde des Proletariats. Lenin entwarf im Jahre 1902 in seiner Schrift „*Was tun*“ das zentrale Organisationsschema, nach dem dann die bolschewistische Bewegung auch aufgebaut wurde. Die Bauern und Arbeiter, d. h. die „Massen“ sollten im Hinblick auf die „proletarische Revolution“ von einer kleinen verschworenen Gruppe, von einem engen Zirkel von bolschewistischen Berufsrevolutionären geführt werden.¹⁵⁰²

Die Konstituierung des bolschewistischen Regimes unter Lenin nach der Oktoberrevolution 1917 wäre allerdings ohne den Ausbruch und den Verlauf des Ersten Weltkrieges kaum möglich gewesen und erfolgte keineswegs zwangsläufig. Die frühen militärischen Niederlagen der russischen Armeen lösten eine wirtschaftliche Krise aus, die zu Hungersnöten in der Bevölkerung des gesamten zaristischen Landes führte. Streiks und Aufstände der städtischen und vor allem der ländlichen Bevölkerung waren die Folge. Ganze Scharen von hungernden Menschen zogen durch das Land und widersetzten sich der autokratischen Staatsgewalt. Da der Krieg im Laufe der Jahre große Opfer an Menschenleben

¹⁵⁰¹ Edward Hallett Carr, Die Affäre Netschajew. Ein Kapitel russischer Revolutionsgeschichte, in: Der Monat, Heft 24 (1950), 2. Jg., S. 535-544 (hier S. 535).

¹⁵⁰² Franz Borkenau, Zwei Revolutionäre, in: Der Monat, Heft 25 (1950), 3. Jg., S. 23.

gekostet hatte, verweigerten mehr und mehr Soldaten den Dienst an der Waffe. Die sozialen Nöte korrespondierten mit einer sich immer schneller ausbreitenden politischen Unzufriedenheit in der russischen Bevölkerung. Die kaum noch zu kontrollierenden frustrierten Massen entwickelten sich zu einer ernsthaften Gefahr für das quasi mit polizeistaatlichen Methoden herrschende Regime des Zaren Nikolaus II. Die im Zuge der Revolte im Jahre 1905 erzwungene bürgerliche Verfassung, die unter anderem das Wahlrecht vorsah, wurde sukzessive beschnitten. Ohne das die Bolschewiki – Lenin und andere Führer der Partei befanden sich zu diesem Zeitpunkt im Exil oder in Haft – auf die Massen einen nennenswerten Einfluss hatten, geschweige denn imstande waren ihnen ihren „Willen“ aufzuzwingen, erhoben sich Soldaten und die Bevölkerung in Petrograd im März 1917 und besetzten, ohne das Blut vergoss, die Duma, d. h. das Parlament mit „beschränkten Befugnissen“. Kurz darauf schwappte die revolutionäre Stimmung auch auf die Bevölkerung Moskaus über, die mit den gegen sie aufgestellten militärischen Truppen keine Probleme hatten und brachten in kürzester Zeit ohne Blutvergießen das Regime des verhassten Zaren zum Einsturz und es wurde eine sogenannte demokratische Provisorische Regierung gebildet. „Das Kabinett“, so der amerikanische Journalist und Historiker Boris Shub, „das zumeist aus Liberalen bestand, wurde vom Duma-Komitee und dem Exekutiv-Komitee des neugebildeten Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten ausgewählt – einer spontan entstandenen revolutionären Versammlung, deren Führer bis zum Oktober Demokraten und keine Kommunisten waren. Als Verbindungsmann zwischen der Duma und dem Sowjet wurde Kerenski Justizminister und später Ministerpräsident.“¹⁵⁰³

Zu den ersten Maßnahmen der Provisorischen Regierung gehörte es per Dekret die politischen Gefangenen aus den Gefängnissen zu entlassen und demokratische Grundrechte wie Rede-, Presse- und Versammlungsfreiheit zu garantieren sowie soziale, religiöse oder aus der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit resultierenden Benachteiligungen aufzuheben. Um den Bruch mit dem zaristischen Regime zu verdeutlichen, wurde die in der Bevölkerung verhasste Geheimpolizei sowie die Todesstrafe abgeschafft und die Provisorische Regierung kündigte die Wahl einer konstituierenden Versammlung unter allgemeinem Wahlrecht an. An der sogenannten demokratischen Revolution im März 1917 spielten die Bolschewiki keineswegs eine führende Rolle, zumal die Partei alles andere als eine disziplinierte Organisation darstellte.¹⁵⁰⁴

Lenin kehrte nach dem Sturz der Zarenherrschaft aus seinem insgesamt zehn Jahre andauernden Exil aus der Schweiz nach Russland zurück. Seiner Strategie aus dem Jahre

¹⁵⁰³ Boris Shub, Die vergessene Revolution, in: Der Monat, Heft 42 (1952), 4. Jg., S. 654-656 (hier S. 655).

¹⁵⁰⁴ Vgl. hierzu Harald Hurwitz, Die verfälschte Revolution, in: Der Monat, Heft 44 (1952), 4. Jg., S. 216-218.

1914 zufolge sollte der Erste Weltkrieg, der qua kommunistischer Ideologie ein „imperialistischer Krieg“ war, in einen Bürgerkrieg verwandelt werden, um das zentrale Ziel, die politische Macht zu ergreifen, die „Diktatur des Proletariats“ zu errichten und die klassenlose Gesellschaft Wirklichkeit werden zu lassen. Lenin hatte den Ausbruch des Ersten Weltkrieges keineswegs beklagt und interpretierte ihn gewissermaßen als Vorspiel der Revolution. Getreu dem Motto von Netschajew war dem Berufsrevolutionär Lenin zur Erreichung seines Zieles jedes Mittel recht. Die „neue“ Regierung geriet auch durch ihn unter Druck, weil Lenin sich für einen Friedensvertrag mit dem „imperialistischen Deutschland“ (Ruth Fischer) aussprach. Lenin erkannte die Möglichkeit, mit einer defaitistischen Propaganda für den „Frieden“ die kriegsmüden russischen Truppen aufzufordern die Schützengräben zu verlassen und in die geliebte Heimat zurückzukehren, damit sie ihren Anteil an Grund und Boden in Besitz nehmen konnten, ohne auf eine gesetzliche Regelung zu warten.¹⁵⁰⁵ Daraufhin desertierten in den Monaten April bis Oktober 1917 hunderttausende Soldaten – dem sich auch Offiziere anschlossen – und kehrten in ihre Dörfer zurück, um zum einen bei der Landverteilung dabei zu sein und zum anderen um bei der Ernte zu helfen. Wäre die „Kerenski-Regierung“ in diesen Monaten unter anderem aufgrund der Propagandatätigkeiten entschieden gegen Lenin und gegen die anderen Führer der Bolschewiki vorgegangen, wäre es möglicherweise nicht zur siegreichen Machtergreifung im Oktober gekommen.¹⁵⁰⁶

Die Provisorische Regierung hatte allerdings keine Möglichkeit dem Auseinanderbrechen seiner Armee etwas Entscheidendes entgegenzusetzen. Auch die sogenannte Kerenskiioffensive erwies sich letzten Endes als erfolglos. Parallel zum Zerfall der Armee sah sich die neue Regierung aufgrund der weiterhin existierenden gravierenden Versorgungsprobleme im ganzen Land, die mit einer galoppierenden Inflation korrespondierte und das wirtschaftliche Chaos auf die Spitze trieb, in den Städten mit einer Welle von Streiks der Arbeiter konfrontiert. Die sich auch durch die heftigen Zusammenstöße mit der „Staatsgewalt“, d. h. der Miliz, sukzessive radikalisierte Bewegung stellte die zentrale politische Forderung, die Betriebe unter die Kontrolle der Arbeiter zu stellen. Im ganzen Land, nicht nur in den beiden großen Städten Moskau und Petrograd, bildeten sich Arbeiter- und Soldatenräte, d. h. die Sowjets, die der neuen Regierung den Kampf ansagten. Zudem tobte auf den Straßen die Gewalt und es kam vor allem aufgrund der sozialen und

¹⁵⁰⁵ Boris Shub, Die vergessene Revolution, in: Der Monat, Heft 42 (1952), 4. Jg., S. 655.

¹⁵⁰⁶ Sidney Hook, Rußland im Mondenschein. Bemerkungen zu einem neuen Buch über die Sowjetunion, in: Der Monat, Heft 44 (1952), 4. Jg., S. 172-178 (hier S. 174); hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: Edward Crankshaw, Russia by Daylight, London 1952.

wirtschaftlichen Situation im ganzen Land zu Plünderungen, so dass die Kerenski-Regierung, die nur noch über eine kleine Milizeinheit verfügte und mithin keine eigentliches Machtinstrument zur Verfügung stand, immer mehr unter Beschuss geriet und die politische Ordnung kaum noch aufrechterhalten konnte. Die Bolschewiki erkannten angesichts dieser Situation, als die „Macht auf der Straße“ lag, ihre Chance. Vor dem Hintergrund der Parole Lenins „Alle Macht den Sowjets“ gelang es Einfluss auf die Arbeiter und Soldaten zu nehmen, und den Bauern wurde versprochen ihre Forderungen zu erfüllen. Gleichwohl waren es keineswegs die „Massen“, die den Aufstand wagten und die die „Oktoberrevolution“ herbeiführten. Entscheidend war in diesem Zusammenhang der „feste Wille“ Lenins die politische Macht zu erobern, so dass letzten Endes eine „Handvoll“, d. h. ein paar Tausend entschlossener, bewaffneter Einheiten der Bolschewiki genügten – die aber zweifelsohne insbesondere mit der Zustimmung von Millionen von Bauern und Soldaten, weniger der Arbeiter – im Oktober 1917 „ihren Staatsstreich in Szene“ zu setzen.¹⁵⁰⁷

Nach der erfolgreichen Machteroberung war die bolschewistische Partei unter der Führung Lenins fest entschlossen, die Macht mit allen Mittel zu verteidigen und vor dem Hintergrund der marxistisch-leninistischen Ideologie die „Diktatur des Proletariats“ in Russland zu errichten sowie im Zuge eines notwendigen historischen Prozesses zuerst die klassenlose kommunistische Gesellschaft in Russland und danach in der ganzen Welt zu errichten. Lenins Utopie war die Weltrevolution. Seiner politischen Weltanschauung nach, die freilich von den führenden Parteimitgliedern geteilt wurde, bestand die Weltpolitik aus einem unversöhnlichen Kampf zwischen Bolschewismus respektive Kommunismus und Kapitalismus.¹⁵⁰⁸ Anders formuliert: Die führenden Vertreter des bolschewistischen Regimes waren der festen ideologischen Überzeugung, dass zwischen der russischen bzw. sowjetischen Welt und der nichtsowjetischen Welt ein grundsätzlich unüberbrückbarer Gegensatz besteht und deshalb hingen Lenin und auch beispielsweise sein späterer Nachfolger, also Stalin, dem Glauben an, dass die weltweite Ausbreitung des „sowjetischen Systems“ die entscheidende Voraussetzung zur eigenen Sicherheit darstellt. Lenin und seine Anhänger betrachteten die russische Revolution als das erste Stadium eines weltweiten Prozesses, an dessen Ende entsprechend einer historischen Notwendigkeit die siegreiche Weltrevolution steht. Entsprechend der marxistischen Ideologie war das sogenannte Endziel, das allen kommunistischen Bestrebungen ihren Sinn gab, die Schaffung einer klassenlosen Gesellschaft

¹⁵⁰⁷ Boris Shub, Die vergessene Revolution, in: Der Monat, Heft 42 (1952), 4. Jg., S. 656.

¹⁵⁰⁸ David Shub, Lenins letzte Tage. Aus einer neuen kritischen Biographie, in: Der Monat, Heft 3 (1948), 1. Jg., S. 37-48 (hier S. 41).

im „Weltmaßstab“ (Richard Löwenthal). Hieraus ergab sich das Konzept der „permanenten Revolution“, das gewissermaßen von Karl Marx vorgedacht wurde, als er die Hoffnung hatte, dass die bürgerlich-demokratischen Revolutionen in Europa in den Jahren 1848-1850 „nachdem sie einmal die Arbeiterklassen der höchstentwickelten Länder in Bewegung gesetzt hatte, in ihrer zweiten Phase zu einer proletarischen Revolution führen“, so Richard Löwenthal in seinem Beitrag „Stalins Vermächtnis. Zur Interpretation seiner letzten Schrift“ im „Monat“ aus dem Jahre 1953.¹⁵⁰⁹ Das Konzept der „Permanenten Revolution“ wurde von Leo Trotzki, der neben Lenin die wichtigste Rolle bei der Machtergreifung der Bolschewiki spielte, aus den Erfahrungen der russischen Revolution von 1905 entwickelt. Während des Ersten Weltkrieges tauchte der Gedanke bereits implizit bei Lenin wieder auf und sollte in den unmittelbar folgenden Jahren seine politischen Ziele bestimmen und stellte ein zentrales Element in der kommunistischen Theorie dar, denn:

„Lenin erwartete damals, die bolschewistische Machtergreifung im rückständigen Rußland werde der Funke sein, der in den vom Krieg erschütterten fortgeschrittenen Industrieländern die Flamme von Massenaufständen entzünden werde.“¹⁵¹⁰

Gleichwohl galt es erst einmal die gewonnene politische Macht zu sichern und die Revolution gegen ihre „Feinde“ zu verteidigen, d. h. gegen den Klassenfeind, gegen den Adel und gegen die „Bourgeoisie“ des Landes und gegen die Mitglieder anderer Parteien, wie den Liberalen, den Menschewiki oder den Sozialrevolutionären, sowie gegen die Anarchisten. Da man sich angesichts der bolschewistischen Ideologie bis zur Herstellung der klassenlosen Gesellschaft in einem dauernden Kriegszustand befand,¹⁵¹¹ war nach Auffassung von Lenin und seiner Mitkämpfer die Unterdrückung aller bürgerlichen Rechte und die Ausübung von Gewalt ein legitimes Mittel. Der „Lenin-Biograph“ David Shub schrieb in diesem Zusammenhang in der Veröffentlichung „Lenins letzte Tage“ dazu im „Monat“:

„Die marxistische Theorie übermäßig vereinfachend, verneinte er schließlich jede Gültigkeit der von der ‚Bourgeois‘-Demokratie gewährten Rechte. (...) In der vorrevolutionären Zeit hat Lenin nicht immer das Versammlungsrecht als kapitalistischen Schwindel abgetan, sondern erst nach der Einführung des Sowjetsystems, als dieses sich Schritt für Schritt dazu gedrängt sah, jede politische Freiheit auszurotten, um seine Macht zu konsolidieren und festzuhalten.“¹⁵¹²

¹⁵⁰⁹ Richard Löwenthal, Stalins Vermächtnis. Zur Interpretation seiner letzten Schrift, in: Der Monat, Heft 55 (1953), 3. Jg., S. 16-25 (hier S. 16).

¹⁵¹⁰ Ebenda, S. 17.

¹⁵¹¹ Vgl. James Burnham, Vom Wesen des Kommunismus, in: Der Monat, Heft 2 (1948), 1. Jg., S. 18-29 (hier S. 27).

¹⁵¹² David Shub, Lenins letzte Tage, Aus einer neuen kritischen Biographie, in: Der Monat, Heft 3 (1948), 1. Jg., S. 41.

Vor dem Hintergrund der marxistischen Utopie ergab sich nach Auffassung der bolschewistischen Parteiführer die „Diktatur des Proletariats“ mit geschichtlicher Notwendigkeit. Da zudem „echte Demokratie“ erst in der herzustellenden „klassenlosen“ Gesellschaft, also im Kommunismus, verwirklicht werden könne, betrachtete es Lenin als „sein“ historisches Recht mit Gewalt gegen die Verfassungsgebende Versammlung, in der die Bolschewiki bei den Wahlen die Mehrheit verfehlten, vorzugehen. Lenin war sich über die Bedeutung im Klaren, denn die Auflösung der Verfassungsgebenden Versammlung bedeutete das Ende der „demokratischen Idee“ und die Gewöhnung und Etablierung diktatorischer bzw. prätotalitärer Methoden. Die historisch-politischen Implikationen erkannte damals Maxim Gorki, der in einem Brief Anfang Januar 1918 an seinen „alten Freund“ Lenin schrieb:

„Seit beinahe einem Jahrhundert haben die Besten Rußlands von diesem Traum geträumt. Die Verfassungsgebende Versammlung hat ihnen vorgeschwebt als ein politisches Instrument, das der russischen Demokratie eine Gelegenheit zur freien Äußerung ihres Willens zu bieten vermag. Tausende aus den Schichten der Intelligenz, Zehntausende von Arbeitern und Bauern sind im Gefängnis gestorben, sind erhängt worden, für diesen Traum. Ströme von Blut sind für diese heilige Idee vergossen worden. Und nun, da das Ziel erreicht ist und die Demokratie zu jubilieren anhebt, haben die ‚Volkskommissare‘ Befehl zum Schießen gegeben ... Ich frage die ‚Volkskommissare‘, unter denen sich ehrliche, vernünftige Menschen befinden sollten, ob sie sich darüber klar sind, daß ... sie die russische Demokratie unterdrücken und die Früchte der Revolution vernichten.“¹⁵¹³

Die Führung der Bolschewiki sah sich alsbald mit der „Konterrevolution“ konfrontiert, der einen blutigen und lange andauernden Bürgerkrieg zur Folge hatte und der eine Spirale der Gewalt in Gang setzte. Dem „weißen Terror“ setzte das neue Regime den „roten Terror“ entgegen, der sich gegen alle „Feinde“ der Revolution richten sollte. Mit der im Dezember 1917 in Petrograd ins Leben gerufenen „Außerordentlichen Kommission zur Bekämpfung von Konterrevolution“ unter der Leitung des polnischen Kommunisten Felix Dsiershinskij schufen sich die Bolschewiki ein Instrument, um die sogenannte Konterrevolution zu bekämpfen. Der Geheimdienstapparat, sprich, die Tscheka bzw. die spätere GPU, so die Auffassung der beiden ehemaligen russischen Sozialdemokraten David J. Dallin und Boris I. Nicolaevsky,

„wurde zunächst als eine vorläufige Einrichtung angesehen, die bald verschwinden und das ganze Gebiet anderen, liberalen Regierungsstellen überlassen würde; Todesstrafen waren desgleichen nur als eine ‚vorübergehende Notwendigkeit‘ gegen die ‚kriegerische Konterrevolution‘ ein Teil des neuen Rechts. Jeder bewaffnete Widerstand gegen das neue Regime hörte Anfang der zwanziger Jahre auf, aber die GPU fuhr fort, zu wachsen und sich auszudehnen. Sie erweiterte ihr eigenes Netz von Gefängnissen und Konzentrationslagern. Sie machte im Überfluß von ihrem Recht Gebrauch, Todesurteile auszusprechen und ihre eigenen

¹⁵¹³ Zitiert nach Boris Shub, Revolution im November, in: Der Monat, Heft 2 (1948), 1. Jg., S. 87-90 (hier S. 88).

Sprüche auszuführen. Sie überschattete bald das ‚liberale‘ Justizdepartment, und in diesem Sieg der GPU fanden die vorherrschenden Tendenzen und die neue Politik ihren klaren Ausdruck.“¹⁵¹⁴

Mit dem siegreichen Ende des Bürgerkrieges Anfang 1921 durch die „Rote Armee“ unter der Leitung des Kriegskommissars Trotzki machte sich in der russischen Bevölkerung die Hoffnung breit, dass nicht nur der in Gang gekommene „rote Terror“ ein Ende finden und die Tscheka abgeschafft würde, sondern dass sich das bolschewistische Regime insgesamt liberalisiert. Neben der Garantierung von demokratischen Freiheitsrechten sehnte man die Aufhebung des „Bürgerkriegssozialismus“, der die Verstaatlichung der Fabriken und die zentrale Regulierung des Handels beinhaltete, herbei. Allerorten war in der Bevölkerung das Bedürfnis vorhanden, dass sich endlich nach Jahren die rechtliche, soziale und wirtschaftliche Situation und vor allem die Versorgungslage des Landes verbessert, denn die Ernährungssituation war angesichts der Missernte des Jahres 1920, in deren Folge es zu einer Hungersnot im ganzen Land kam, außerordentlich schwierig. Insbesondere in der Bevölkerung auf dem Lande keimte die Hoffnung auf, dass die Beschlagnahmung ihres Getreides durch die „Getreidebeschaffungskommandos“ (Boris Shub) ein Ende findet. Nachdem im Februar 1921 in Petrograd Arbeiter in den Ausstand traten und öffentlich zum Streik aufriefen, reagierte das bolschewistische Regime mit eiserner Gewalt. Das Petrograder „Verteidigungs-“ bzw. „Exekutiv-Komitee“ unter dem Vorsitzenden Sinowjew verkündete das „außerordentliche Kriegsrechts“ und ging entschlossen mit Einheiten der „Roten Armee“ gegen den Protest vor. Im März des gleichen Jahres verlangten in Kronstadt, das in der unmittelbaren Nähe der ehemaligen „Hauptstadt“ der ersten russischen Revolution lag, tausende von Arbeiter und Matrosen freie Wahlen der Sowjets, freie Gewerkschaften, Rede- und Pressefreiheiten, die Freilassung politischer Gefangener und die Abschaffung der Tscheka. Nachdem die Bolschewiki den Kronstädter Protest als „konterrevolutionären Aufstand“ klassifizierte und verurteilte, wurde er durch Einheiten des russischen Militärs unter der Führung Trotzki und des Generals Tuchatschewski sowie durch Tscheka-Einheiten blutig niedergeschlagen. In den folgenden Tagen kam durch die Tscheka eine regelrechte „Säuberungswelle“ gegen die sogenannten Rebellen in Gang, in deren Folge unzählige

¹⁵¹⁴ David J. Dallin und Boris I. Nicolaevsky, Arbeiter oder Ausgebeutete. Das System der Arbeitslager in Sowjetrußland, hrsg. von „Die Neue Zeitung“, München 1948, S. 66 f.; hierbei handelte es sich um einen Teilauszug des Buches: dies., Forced Labor in Soviet Russia, a.a.O. Vgl. hierzu Boris Shub, Lüge und Illusion, in: Der Monat, Heft 1 (1948), 1. Jg., S. 88-90; hierbei handelte es sich um eine Rezension der Bücher: David J. Dallin/Boris I. Nicolaevsky, Zwangsarbeit in Sowjet-Rußland, Wien (o. J.) sowie dies., Arbeiter oder Ausgebeutete. Das System der Arbeitslager in Sowjetrußland, hrsg. von „Die Neue Zeitung“, München (o. J.).

Menschen bei „nächtlichen Massenerschießungen“ getötet wurden. Auf die historisch-politische Bedeutung der Ereignisse im Jahre 1921 kam der russische Emigrant und Gegner des bolschewistischen Regimes Alexander Berkman zu sprechen. Bereits ein Jahr nach den Ereignissen schrieb er in einem Beitrag, den der „Monat“ im Jahre 1951 veröffentlichte:

„Mehrere Wochen lang waren die Petrograder Gefängnisse noch mit Kronstädter Gefangenen überfüllt. Jede Nacht wurden kleine Gruppen auf Befehl der Tscheka herausgeholt und verschwanden auf Nimmerwiedersehen. Die Gefängnisse und Konzentrationslager der eisigen Gebiete von Archangelsk und die Kerker im fernen Turkestan setzten dem Leben jener Männer ein Ende, die sich gegen die bolschewistische Bürokratie erhoben und im März 1921 gewagt hatten, die Parole der Revolution von 1917 auszurufen: ‚Alle Macht den Räten!‘ ...“¹⁵¹⁵

Der „Rote Terror“ richtete sich in den ersten Jahren nach der bolschewistischen Machtergreifung also keineswegs nur gegen die „Klassenfeinde“. Von Anbeginn weitete er sich auch auf die Menschewiken, die Anarchisten und vor allem auf die Sozialrevolutionäre aus.¹⁵¹⁶ Unter Lenin wurde, wie in einem Leserbrief im „Monat“ zu erfahren war, gegen die führenden Vertreter der Sozialrevolutionären Partei im Jahre 1922 ein erster großer Moskauer Prozess – der gewissermaßen das Vorspiel der späteren Moskauer Schauprozesse darstellte – veranstaltet und aufgrund der Devise des Staatsanwaltes Krylenko, dass das Gericht ausschließlich dem Primat der sowjetischen Regierung unterliegt und den politischen Interessen der Bolschewistischen Partei folgt, abgeurteilt.¹⁵¹⁷

Gleichwohl sollte sich der Terror auch gegen die sogenannte normale Bevölkerung insbesondere auf dem Lande, d. h. die Bauernschaft, richten. Auch wenn der eigentliche Terror zweifelsohne mit dem Beginn der Kollektivierung der Landwirtschaft bzw. der „Kollektivierungspolitik“ unter Stalin schließlich im Jahre 1929 in Gang kam, ging das bolschewistische Regime bereits unter Lenin mit brutaler Gewalt gegen den Widerstand der Bauernschaft vor, die sich gegen die staatliche Requisition der Lebensmittel zur Wehr setzten. Die gegen ebendiese Politik gerichteten Aufstände vor allem in der Südukraine unter der Führung des Anarchisten Machno wurden von der „neuen“ Regierung erbarmungslos niedergeschlagen. Hierbei ergab sich die Feindschaft gegen die Bauern, wie Michael Padev in einem ausführlichen Leserbrief im „Monat“ schrieb, aus den genuinen Anschauungen von

¹⁵¹⁵Alexander Berkman, Der Aufstand von Kronstadt. Zum 30. Jahrestag der ersten Revolution gegen den Bolschewismus, in: Der Monat, Heft 30 (1951), 3. Jg., S. 632-641 (hier S. 641); hierbei handelte es sich um einen Aufsatz bzw. „Augenzeugenbericht“, der zum erstenmal 1922 in Berlin erschien und, so die redaktionelle Mitteilung auf S. 666 im gleichen Heft, dem Sammelwerk Julien Steinberg, Verdict of Three Decades, New York (o. J.) entnommen wurde.

¹⁵¹⁶Vgl. David Shub, Lenins letzte Tage, Aus einer neuen kritischen Biographie, in: Der Monat, Heft 3 (1948), 1. Jg., S. 43.

¹⁵¹⁷Siehe: Wie führt man Schauprozesse?, in: Der Monat, Heft 14 (1949), 2. Jg., S. 217.

Lenin, die er in seiner 1908 erschienenen „klassischen Analyse“ des Bauernstandes, „*Die Agrarfrage*“, zum Ausdruck brachte. Lenins Auffassung nach, so Padev, war das Bauerntum bzw. die Bauern – von ihm in drei verschiedene Gruppen unterschieden: Kleinbauer, mittlere Bauern und Großbauern (Kulaken): „die letzte kapitalistische Klasse“ und mithin hatte auch er keinerlei moralische und politische Bedenken gegebenfalls gegen sie vorzugehen. Die Kulaken wurden nicht als solche „bezeichnet und liquidiert, weil sie größere oder bessere Höfe“ besaßen, sondern weil sie „die natürlichen Führer des Landvolkes“ waren und sozusagen a priori als „Klassenfeind“ apostrophiert wurden. Um sie zu „beseitigen“ mussten „sie physisch vernichtet werden.“¹⁵¹⁸

Mit der Gründung der Kommunistischen Internationalen (Komintern), ein Zusammenschluss der internationalen kommunistischen Parteien, schufen sich die Bolschewiki im Jahre 1919 eine Organisation, mit der sie glaubten, ihr Ziel, das kommunistische System der ganzen Welt aufzuzwingen, in die Praxis umzusetzen. Unter der Führung des Vertrauten Lenins, Gregori Sinowjew, sollte die internationale revolutionäre Arbeiterbewegung ausschließlich für die politischen Interessen Moskaus dienstbar gemacht werden. In seinem Beitrag über die Kominform nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, d. h. über die sogenannte „Neue Komintern“, kam Franz Borkenau auf den russischen Führungsanspruch innerhalb der „alten“ Komintern zu sprechen. Im „Monat“ schrieb er hierzu im Jahre 1949:

„Der Keim der neuen Komintern war in der alten enthalten. Während Lenin die zukünftige Überlegenheit der industrialisierten Hauptländer des Westens anerkannte, bestand er auf der damaligen politischen Überlegenheit der russischen *Bolschewiki* über die entstehenden kommunistischen Parteien außerhalb Rußlands. Die Führung der Komintern lag von Anfang an in russischer Hand. Sieben Jahre lang war Gregori Sinowjew, der kommunistische ‚Gauleiter‘ von Leningrad, ihr Vorsitzender. Auf ihn folgte 1926 Bucharin, auf diesen 1929 Molotow.“¹⁵¹⁹

Zweifelsohne war der „Keim“ der sogenannten neuen Komintern in der „alten“ enthalten. Gleichwohl gab es Unterschiede, auf die Borkenau zu Recht rekurrierte. So konstatierte er auch mit Blick auf die innerparteiliche Situation der Bolschewiki in der Sowjetunion:

„Aber die russische Führung der alten Komintern bedeutet etwas anderes als russische Führung der neuen. Die UdSSR war noch keineswegs ganz der totalitäre Staat, der sie heute ist. Bis 1921 gab es noch Oppositionsparteien, was freilich die Komintern wenig berührte. Viel wesentlicher war, daß es bis etwa 1926 innerhalb der kommunistischen Partei Rußlands eine erhebliche, wenn auch langsam einschrumpfende Diskussionsfreiheit gab. Innerhalb der

¹⁵¹⁸ Michael Padev, Die Bauern unter dem Sowjetsystem, in: Der Monat, Heft 39 (1951), 4. Jg., S. 327-329 (hier S. 328).

¹⁵¹⁹ Franz Borkenau, Die neue Komintern, in: Der Monat, Heft 4 (1949), 1. Jg., S. 50-60 (hier S. 52).

Partei bildeten sich immer wieder oppositionelle Richtungen, die bis zu einem gewissen Grade oppositionelle Parteien im Lande ersetzten. Diese Fraktionsbildung galt freilich immer als ‚unbolschewistisch‘. Auch hier war der Keim des Neuen, die Ausrottung jeder Opposition, schon im Alten angelegt. Aber der Fraktionskampf beherrschte die Bühne der Kominternpolitik, und die russische Führung war daher keine eindeutige Größe.

Weiter schrieb Franz Borkenau in diesem Zusammenhang in seinem Beitrag über die Komintern:

„Die russischen Verhältnisse übertrugen sich auf die Kominternparteien. Jeder russische Fraktionskampf übertrug sich auf die außerrussischen kommunistischen Parteien. Aber es gab auch innere Kämpfe innerhalb dieser Parteien, die ihre Wurzel nicht in Rußland, sondern in den politischen Problemen der einzelnen Länder hatten. Die kommunistischen Parteien hatten ein mehr oder weniger demokratisches Innenleben. Innerparteiliche Diskussionen waren noch nicht wie heute bloßer Schein, zur Irreführung der einfachen Mitglieder und der Außenwelt bestimmt. (...) Da die russische kommunistische Partei selbst noch nicht totalitär war, konnte sie auch den nichtrussischen Parteien kein totalitäres Regime aufzwingen.“¹⁵²⁰

Wie bereits erwähnt, stand für Lenin und für Trotzki nach der bolschewistischen Revolution im „rückständigen“ Russland fest, dass insbesondere der proletarischen Revolution in Deutschland eine alles entscheidende Rolle und Funktion beikommt. Naheliegenderweise war die Führung des bolschewistischen Regime bestrebt zum einen die KPD in „ihre“ Hand zu bringen und zum anderen die Aufnahme vor allem der einflussreichen Führer der sogenannten Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD) in die Komintern – wie zum Beispiel Rudolf Hilferding und Karl Kautsky – zu verhindern, weil man befürchtete, dass die politische und theoretische „Linie“ von Lenin und Trotzki gefährdet werden könnte. Die KPD, die Anfang der 1920er Jahre die stärkste kommunistische Partei in Europa war, geriet immer mehr in finanzielle und politische Abhängigkeit Moskaus. Nachdem die Mitglieder der KPD im Dezember 1920 unter anderem die „gemäßigten“ Paul Levy und Klara Zetkin mit der Führung beauftragten, die der „Moskauer Exekutive“ um Sinowjew nicht radikal genug waren, gelang es ihre Absetzung zu erreichen. Die neue Führung der KPD zettelte auf Betreiben der Bolschewiki im März 1921 einen Aufstand in Deutschland an, der misslang und der nicht für die Partei politisch verheerende Folgen hatte, denn er führte zu Massenausritten und bitteren Wahlniederlagen. Nachdem auch im Oktober 1923 die in den Augen von Lenin unmittelbar bevorstehende Revolution in Deutschland in der Ära von Brandler und Thalheimer mit einem Desaster endete, übernahmen mit Arkadj Maslow und Ruth Fischer zwei Funktionäre die Führung der KPD, die im ständigen (Richtungs-)Streit mit Moskau lagen. Die Komintern wurde erst wieder zu einem genuinen politischen Instrument Moskaus,

¹⁵²⁰ Ebenda, S. 52 f.

insbesondere der sowjetischen Innenpolitik, nachdem die neue Parteileitung mit tatkräftiger Unterstützung des Kremls gestürzt wurde und Ernst Thälmann mit der Führung der KPD beauftragt wurde.¹⁵²¹

Mit dem Ausbleiben der erwarteten proletarischen Revolution – nicht erst im Jahre 1923 – vor allem in Deutschland wurde das bolschewistische Regime in Russland frühzeitig auf sich selbst zurückgeworfen. Nach dem Sieg im Bürgerkrieg und nach dem Kronstädter Aufstand wurde unter der Federführung Lenins die Liberalisierung des Wirtschaftslebens, sprich, die „Neue Ökonomische Politik“ (NEP) auf dem X. Parteitag im März 1921 ins Leben gerufen – es wurden Zugeständnisse an die private Wirtschaft gemacht, um Industrie, Handel, und Agrarproduktion anzukurbeln; hierbei wurde sogar ausländisches Kapital zugelassen –, die notwendig wurde, weil sich die Versorgungssituation nicht nur der städtischen Bevölkerung, sondern nicht zuletzt der Bauern im ganzen Land in einem katastrophalen Zustand befand und die Unzufriedenheit gegenüber der Sowjetregierung in den Augen der Machthaber ein bedrohliches Ausmaß angenommen hatte.¹⁵²² Mit der NEP wurde unter anderem den Bauern, die durch den „Kriegskommunismus“ vollkommen ausgeplündert wurden, die Möglichkeit eingeräumt ihre Produkte gegen eine Besteuerung auf dem Markt frei zu verkaufen und die sozusagen den Beginn quasi „kapitalistischer“ Verhältnisse in Russland darstellte. Das Ergebnis der NEP war, dass sich die Lebensbedingungen in Russland erheblich verbesserten, ohne dass die Führung der Bolschewiki von ihrem Ziel der Einführung des Kommunismus, sprich: Sozialismus, Abstand nahmen. In den Augen von Richard Löwenthal entwarf Lenin in seiner 1922 erschienenen „berühmten Schrift über Genossenschaftswesen“ quasi sein (politökonomie-)theoretisches Modell, „auf dem auch ein isoliertes Rußland eines Tages mit Hilfe einer weiterentwickelten Staatsindustrie eine kapitalistische Entwicklung der Landwirtschaft vermeiden und das flache Land in sozialistische Richtung transformieren könne.“¹⁵²³

Zeitlich parallel zur Einführung der NEP brachte die Leninsche Regierung eine andere Entwicklung zum Abschluss. Im Kern bestand Sowjetrußland bis zu diesem Zeitpunkt aus der großrussischen Sowjetrepublik, die bereits im Juli 1918 ihre erste Verfassung erhalten hatte und die mit den anderen kleineren Sowjetrepubliken – Ukraine, Weißrußland sowie den drei kaukasischen Republiken – ausschließlich durch Verträge verbunden war. Dieses Band

¹⁵²¹ Siehe ebenda, S. 53 f.

¹⁵²² Vgl. unter diesem Aspekt George Grosz, Russlandreise 1922, in: Der Monat, Heft 56 (1953), 5. Jg., S. 135-152.

¹⁵²³ Richard Löwenthal, Stalins Vermächtnis. Zur Interpretation seiner letzten Schrift, in: Der Monat, Heft 55 (1953), 3. Jg., S. 17.

wurde Ende Dezember 1922 fester verknüpft, denn auf dem X. Sowjetkongress wurde die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR) gegründet. Vor diesem Hintergrund spielte sich ein heftiger Streit zwischen Lenin und Stalin ab, der nach der Machtergreifung der Bolschewiki zum Leiter des Volkskommissariats für das Nationalitätenwesen ernannt wurde und noch wenige Monate zuvor, im April 1922, auf Vorschlag Lenins zum Generalsekretär der Partei gewählt wurde. Der Anlass war eine unterschiedliche Auffassung in Bezug auf das „Nationalitäten-Problem“ – das betraf neben theoretischen Aspekte vor allem auch die tatsächliche politische Praxis, denn Lenin war entschieden gegen Stalins Unterdrückung der georgischen nationalen Opposition¹⁵²⁴ –, die, wenn Lenin nicht im März 1923 einen neuerlichen Schlaganfall erlitten hätte und dann am 21. Januar 1924 verstorben wäre, zur Absetzung Stalins geführt hätte.¹⁵²⁵

Gleichzeitig mit der Verschlechterung des Gesundheitszustandes von Lenin infolge des ersten Schlaganfalls im Mai 1922, die für ihn das allmähliche Zurückziehen von der Leitung der Partei- und Staatsgeschäfte bedeutete, kam ein Kampf um die Macht zwischen Sinowjew, Trotzki und Stalin in Gang. Sinowjew war Präsident der Komintern und des Petrograder Sowjets, Trotzki Vorsitzender des militärischen Revolutionsrates und Kriegskommissar, Stalin hatte den einflussreichen Posten des Generalsekretärs der Partei inne. Während der Krankheit Lenins führte Stalin gemeinsam mit Sinowjew und Kamenew die Parteigeschäfte weiter. Innerhalb dieses Triumvirats, der sogenannten Troika, konnte Stalin seinen Einfluss erweitern, indem er seine beiden „Partner“ auf der einen Seite und Trotzki auf der anderen Seite geschickt gegeneinander ausspielen konnte. Die Mitglieder des Zentralkomitees standen mehrheitlich hinter Sinowjew. Die sechs Mitglieder des Politbüros – der wichtigsten Machtinstanz zwischen Partei und Staat – waren bis auf Lenin erklärte Gegner Trotzkis, wobei allerdings der Gewerkschaftsführer Tomski keine zentrale Rolle spielte. Die übrigen Mitglieder, d. h. Sinowjew, Kamenew und Bucharin bildeten sozusagen eine Koalition gegen Stalin. Vor dem Hintergrund des entfachten Machtkampfes zwischen Sinowjew, Trotzki und Stalin traf David Shub in seinem Beitrag „Lenins letzte Tage“ im „Monat“ mit Blick auf Sinowjew und Stalin die folgende zutreffende Feststellung:

„Aber weder im Zentralkomitee noch im Politbüro dachte die Mehrheit jemals daran, Sinowjew zum Führer zu erheben, da diese Führerrolle die Beherrschung des Parteikongresses zur Voraussetzung hatte. Und hier hatte Stalin das Heft in der Hand. Langsam brachte er seine Leute überall als Sekretäre in der Parteiorganisation unter und

¹⁵²⁴ Siehe Ruth Fischer, Tito und Trotzki. Der Unabhängigkeitskampf der kommunistischen Parteien, in: Der Monat, Heft 16 (1950), 2. Jg., S. 398-409 (hier S. 399).

¹⁵²⁵ Vgl. zum „Bruch“ zwischen Lenin und Stalin insgesamt Franz Borkenau, Der Spötter als Panegyriker, in: Der Monat, Heft 36 (1951), 3. Jg., S.606-615 sowie speziell zum „Nationalitäten-Problem“ die S. 612-615.

schreckte vor nichts zurück, um die Kontrolle des Parteiapparates in seine Hand zu bekommen.¹⁵²⁶

Aber auch wenn die Mitglieder des Politbüros mehrheitlich gegen Trotzki eingestellt waren und nicht daran dachten Sinowjew zum späteren Nachfolger Lenins zu machen, war zum Zeitpunkt der Krankheit Lenins keineswegs klar, dass mehrere Jahre danach Stalin zum Alleinherrscher avancierte. Denn als Lenin am 21. Januar 1924 in seinem Landhaus in Gorki in der Nähe Moskaus verstarb, waren zweifelsohne „viele Wege“ (Hannah Arendt) möglich.

IV. 2. 3. Der Aufstieg Stalins und die „Zweite Revolution“ Ende der 1920 Jahre

Beim Tod Lenins war seine Nachfolge nicht genau geregelt. Allerdings lag das „Politische Testament“ vom 25. Dezember 1922 vor, das seine Ansicht über die oberste Parteiführung in einer Übergangsform zum Ausdruck brachte. Angesichts der Gefahr einer möglichen Parteisplaltung, die Lenin insbesondere aufgrund der starken Rivalität zwischen Stalin und Trotzki befürchtete, favorisierte er implizit eine kollektive Führung. Darüber hinaus bezeichnete er Bucharin einerseits als den „wertvollsten Theoretiker der Partei“ und andererseits als den „Liebling der ganzen Partei“. In dem „Nachtrag“ vom 4. Januar 1923 zu seinem „Testament“ sprach sich Lenin auch angesichts von Stalins negativen Charaktereigenschaften klipp und klar für dessen Entfernung vom Posten des Generalsekretärs aus. Am 5. März 1923 brachte er Stalin persönlich in einem Schreiben das Ende der „persönlichen und kameradschaftlichen Beziehungen“ zum Ausdruck. Genau schrieb Lenin in seinem „Politischen Testament“, das von David Shub in seinem Beitrag „Lenins letzte Tage“ im „Monat“ veröffentlicht wurde:

„Genosse Stalin hat, nachdem er Generalsekretär geworden war, ungeheure Macht in seinen Händen vereinigt, und ich bin nicht sicher, ob er es immer versteht, von dieser Macht mit genügender Behutsamkeit Gebrauch zu machen. Andererseits zeichnet sich Genosse Trotzki, wie sein Kampf gegen den Zentralausschuß im Zusammenhang mit der Frage des Volkskommissariats für das Verkehrswesen bewiesen hat, nicht nur durch außergewöhnliche Fähigkeiten aus – er ist sicherlich der fähigste Kopf im gegenwärtigen Zentralkomitee – sondern auch durch übermäßiges Selbstvertrauen und durch die Neigung, sich zu sehr der rein administrativen Seite der Regierungsgeschäfte zu widmen.

¹⁵²⁶ David Shub, Lenins letzte Tage. Aus einer neuen kritischen Biographie, in: Der Monat, Heft 3 (1948), 1. Jg., S. 45.

Diese beiden Eigenschaften der beiden fähigsten Führerpersönlichkeiten im gegenwärtigen Zentralkomitee könnten ganz unwillkürlich zu einer Spaltung führen. Wenn unsere Partei keine Maßnahmen zu ihrer Verhinderung ergreift, könnte sie ganz unerwartet eintreten. Ich habe nicht die Absicht, die übrigen Mitglieder des Zentralaussschusses hinsichtlich ihrer persönlichen Eigenschaften zu charakterisieren. Ich will sie nur daran erinnern, daß der Zwischenfall mit Sinowjew und Kamenew im Oktober selbstverständlich nicht zufällig war, daß man ihn aber ebensowenig nachtragen sollte wie Trotzki seinen ‚Nichtbolschewismus‘. Was die jungen Mitglieder des Zentralkomitees anbelangt, so möchte ich über Pjatakow und Bucharin ein paar Worte sagen. Nach meiner Meinung sind sie die fähigsten Köpfe (unter der jungen Generation). Dabei darf man aber folgendes nicht vergessen: Bucharin ist nicht nur der wertvollste Theoretiker der Partei – und zugleich der umfangreichste –, sondern auch als Liebling der ganzen Partei zu betrachten. Man kann seine theoretischen Ansichten aber nur mit den größten Vorbehalten als völlig marxistisch ansehen, denn es steckt etwas vom Scholastiker in ihm. (Er hat die dialektische Methode nie gelernt und vermutlich nie ganz erfaßt.) Pjatakow endlich ist ein Mann, der sich zweifellos durch Willen und Fähigkeit auszeichnet, sich aber zu sehr der administrativen Seite der Arbeit widmet, als daß man sich in ernstesten politischen Fragen auf ihn verlassen könnte. Selbstverständlich gelten diese beiden Bemerkungen lediglich für den Augenblick oder unter der Voraussetzung, daß diese beiden fähigen und treuen Arbeiter sich nicht veranlaßt sehen sollten, ihr Wissen zu ergänzen und sich von ihrer Einseitigkeit frei zu machen.

25. Dezember 1922

Nachtrag: Stalin ist zu grob, und dieser Fehler, über den man unter uns Kommunisten vollkommen hinwegsehen könnte, wird bei der Stellung des Generalsekretärs unerträglich. Deshalb schlage ich den Genossen vor, einen Weg zur Entfernung Stalins aus dieser Stellung zu finden und einen anderen Mann zu ernennen, der Stalin an Energie gleichkommt, sonst aber im Wesen von ihm verschieden ist, nämlich geduldiger, treuer, höflicher und den Genossen gegenüber aufmerksamer, weniger launisch usw. Dieser Umstand mag als unwesentliche Kleinigkeit erscheinen, aber ich glaube, daß er zur Vermeidung einer Spaltung und mit Rücksicht auf das Verhältnis zwischen Stalin und Trotzki von dem ich oben gesprochen habe, keine Kleinigkeit, sondern von entscheidender Bedeutung ist.

4. Januar 1923

Lenin.¹⁵²⁷

Nach dem Tod von Lenin kam es zu einer Veränderung im Herrschaftsgefüge des bolschewistischen Apparates. A. I. Rykow übernahm den Vorsitz im Rat der Volkskommissare und Kamenew wurde zum Vorsitzenden im Politbüro ernannt. Die eigentliche Macht schien weiterhin in den Händen der Troika zu liegen.

Gleichwohl verschärften sich allmählich die politischen Auseinandersetzungen in der Führungsgruppe der Partei. Trotz der bestehenden persönlichen Ressentiments der Rivalen ging es indes in erster Linie um die Verwirklichung verschiedenartiger politisch-ideologischer Konzepte innerhalb der Partei. Angesichts der weltpolitischen Lage entwickelte Stalin seine Theorie vom ‚Sozialismus in einem Land‘, die er im Frühjahr 1925 auf einer Parteikonferenz vorlegte. Auf der anderen Seite vertrat Trotzki weiterhin den Standpunkt ‚permanente Revolution‘, und das bedeutete, dass ohne eine Revolutionierung der westlich-

¹⁵²⁷ Zitiert nach ebenda, S. 46.

kapitalistischen Staaten der sogenannte wirkliche Sozialismus in Russland nicht verwirklicht werden könne; er verkörperte den Führer des linken Flügels der Partei. Die beiden einflussreichen „Alt bolschewiken“ Sinowjew und Kamenew favorisierten einen ähnlichen „internationalistischen“ Kurs, betrieben allerdings gleichzeitig eine undurchsichtige Machtpolitik zwischen den beiden Hauptkontrahenten und „Todfeinden“ Trotzki und Stalin. Zudem existierte innerhalb der Partei noch ein „rechter Flügel“, der von Bucharin und dem Gewerkschaftsführer Tomski repräsentiert wurde und die für einen „liberalen Kurs“ insbesondere gegenüber der Bauernschaft plädierten. Gleichwohl zeichnete sich ab, dass fortan die eigentliche Kontroverse zwischen Trotzki und Stalin ausgetragen würde, die die zwei entscheidenden unterschiedlichen ideologischen Richtungen vertraten. In letzter Konsequenz ließ es indes Trotzki an der absoluten Bereitschaft vermissen, mit Überzeugung für seine politisch-ideologische Konzeption einzutreten und am Ende möglicherweise die politische Führung in der Partei zu übernehmen. Anders gesagt: Zu einer Rebellion gegen die Parteiführung im Sinne eines bonapartistischen Schritts konnte er sich nicht entschließen und war viel zu sehr in seinem deterministischen Revolutionskonzept gefangen. Anfang 1925 wurde Trotzki als Kriegskommissar abgesetzt und bevor weitere Maßregelungen vorgenommen wurden und die Troika eine gemeinsame Führungspolitik betreiben konnte, zerfiel sie bereits.

Ein wichtiges Ereignis stellte der XIV. Parteikongress im Dezember 1925 dar, auf dem Stalin mit seinem Industrialisierungsprogramm in Erscheinung trat und hierbei von Sinowjew und Kamenew kritisiert wurde. Indessen konnten sie sich mit ihren Absichten nicht durchsetzen und Stalin gelang es bei der Abstimmung eine überwältigende Mehrheit zu erzielen. Stalin nutzte seine gestärkte Position in der Partei, um 1926 Sinowjew aus seiner einflussreichen Funktion als Parteisekretär von Leningrad zu entlassen und durch den eine „neue“ Generation von Bolschewiki verkörpernden, ihm loyal verbundenen S. M. Kirow zu ersetzen. Daraufhin kam es zu einer Annäherung zwischen Sinowjew und Trotzki, der jetzt bereit war den Kampf um die Macht mit Stalin aufzunehmen. Indes: Stalins Stellung in der Partei war bereits zu diesem Zeitpunkt so stark, dass er imstande war Sinowjew (und dessen Kampfgefährten Kamenew) aus sämtlichen Ämtern zu verdrängen. Als in Sommer 1927 die Position Stalins aufgrund seiner außenpolitischen Misserfolge angesichts der „China-Frage“ geschwächt schien, unternahm der „Block“ Trotzki, Sinowjew und Kamenew auf dem XV. Parteikongress im Dezember 1927 den Versuch, verlorenes politisches (Macht-)Terrain zurückzugewinnen. Kamenew plädierte in seiner Rede für das Recht auf Kritik an der

Parteiführung und meinte selbstverständlich Stalin, der wiederum den entfachten heftigen Debatten ein Ende bereitete. Nach dem Parteikongress wurden zahlreiche führende Funktionäre aus der Partei ausgestoßen. Trotzki musste zunächst in die Verbannung nach Alma Ata (und wurde schließlich im Januar 1929 aus der Sowjetunion ausgewiesen) und Kamenew sowie Sinowjew mussten nach einem „formellen Beschluss“ die Partei verlassen. Gleichwohl war Stalin zu diesem Zeitpunkt noch nicht imstande, über die Geschicke der Partei alleine zu entscheiden. So musste er es hinnehmen, dass nach Ablauf der Frist am 1. Juli 1928 mit Sinowjew und Kamenew seine „beiden gefährlichen Feinde als vollberechtigte Mitglieder wieder in die Partei“ aufgenommen wurden.¹⁵²⁸

Gleichwohl sollten Kamenew und Sinowjew fortan keine Rolle mehr spielen und wurden von Stalin „kalt gestellt“. Trotzki wiederum musste konstatieren, dass er den politischen Machtkampf verloren hatte und mithin hatte Stalin den zweifelsohne gefährlichsten Konkurrenten ausschalten können. Mit der Frage, warum in diesem „Bruderkampf“ Stalin und nicht Trotzki als Sieger hervor ging und die für den weiteren Verlauf des sowjetkommunistischen Herrschaftssystems von zentraler Bedeutung sein sollte, beschäftigte sich der Autor der 1948 erschienenen wichtigen Studie „Three who made a Revolution“, Bertram D. Wolfe, im „Monat“ anlässlich seiner Besprechung des „Stalin-Buches“ von Leo Trotzki.¹⁵²⁹ Auf dem Hintergrund von Reflexionen über Stalins „Stärken“¹⁵³⁰ stellte Wolfe zu Recht die sich im Nachhinein aufdrängende Frage: „Wie konnte ein Mensch von so unheilbarer ‚Mittelmäßigkeit‘ die größte persönliche Machtstellung auf Erden erlangen?“ Hierzu schrieb der Autor mit Blick auf die Ausführungen von Trotzki in diesem Zusammenhang:

„Mit Recht sucht Trotzki eine Begründung hierfür nicht auf psychologischem, sondern auf soziologischem Gebiet. Aber auch seine soziologischen Thesen hemmen die Analyse mehr, als daß sie ihr Richtung geben. In den Augen Troztkis wäre die ‚Reaktion nach dem Muster des Thermidor‘ nur durch die Ausbreitung der Revolution nach Westen zu vermeiden gewesen. Stalin war ‚der bestmögliche Ausdruck dieser bürokratisch-konservativen Reaktion‘ und sein Aufstieg zur Macht somit unvermeidlich. (...) Wie kann man jedoch die Reaktion bekämpfen, wenn man von dem Grundsatz ausgeht, daß sie unvermeidlich ist? Wie kann man die Kräfte moralischer Verdammung gegen ein Phänomen ins Feld führen, das in seiner

¹⁵²⁸ Ruth Fischer, Tito und Trotzki. Der Unabhängigkeitskampf der kommunistischen Parteien, in: Der Unabhängigkeitskampf der kommunistischen Parteien, in: Der Monat, Heft 16 (1950), 2. Jg., S. 400.

¹⁵²⁹ Bertram D. Wolfe, Trotzki über Stalin, in: Der Monat, Heft 3 (1948), 1. Jg., S. 106-111.

¹⁵³⁰ Beispielsweise schrieb Wolfe hierzu ebenda, S. 108: „Manchmal zögernd, dann wieder sehr großzügig, bemüht sich Trotzki, soweit wie möglich Stalins Stärken anzuerkennen: ‚unbezähmbarer Wille (eine Willenskraft, die seine geistigen Fähigkeiten immer weitaus übertraf), Charakterfestigkeit, entschlossene Handlungsweise, Zähigkeit, Eigensinn und bis zu einem gewissen Grade sogar Verschlagenheit ... Rücksichtslosigkeit und die Neigung zu Komplotten, Eigenschaften, die im Kampf gegen eine feindliche Klasse unentbehrlich sind, persönlicher Mut, kalte Beharrlichkeit und ein praktischer, gesunder Menschenverstand.‘“

naturhaften Unabwendbarkeit einem Erdbeben gleicht? Offensichtlich ist dies einer der geheimen Gründe dafür, daß Trotzki in dem Kampf mit seinem Gegenspieler unterlag (...).“

Für Bertram D. Wolfe stand fest, dass Trotzki im Kontext der Oktoberrevolution nach seinem Dafürhalten – im Unterschied zu Stalin, der zu diesem Zeitpunkt und in den Jahren danach den russischen „Massen“ unbekannt blieb – mit seiner „flammenden Beredsamkeit die Massen aufzurütteln“ verstand, mithin sozusagen agitatorische Qualitäten hatte und zudem intellektuelle und schriftstellerische Fähigkeiten besaß. „In dieser Hinsicht“, so Wolfe, „war und blieb Stalin bis zum heutigen Tage, was Trotzki in ihm sieht: eine unscheinbare und farblose Mittelmäßigkeit. Als Konstrukteur eines politischen Apparats jedoch oder wenigstens als Meister der Kunst, einen solchen Apparat bei passender Gelegenheit für sich zu gewinnen und den eigenen Zwecken dienstbar zu machen, wie in der Handhabung von Menschen und in der vollendeten Sicherheit, mit der er seine Kräfte ansetzt, können sich nur wenig mit Stalin messen. Und Trotzki gehörte sicher nicht dazu. Solange er von Lenin getrennt war, erwies sich Trotzki stets als unfähig, einen politischen Apparat zu schaffen. Als er zu einem Teil des Leninschen Apparates geworden war, verstand er es nicht, davon Besitz zu nehmen.“¹⁵³¹

Nachdem Stalin seinen für ihn gefährlichsten politischen Gegenspieler ausgeschaltet hatte, startete er den nächsten Angriff. In nicht minderer Form ging er gegen Bucharin, Rykow und Tomski vor, die im Jahre 1929 ihre Parteiämter verloren, so dass Stalin sich nach der Ausschaltung sämtlicher potentieller Kontrahenten auf dem „besten“ Weg zum uneingeschränkten Führer des bolschewistischen Regimes befand. Zu diesem Zeitpunkt konnte Stalin noch keineswegs schalten und walten wie es ihm beliebte, denn noch existierten oppositionelle Gruppen in der bolschewistischen Partei. Anders gesagt: Die bolschewistische Partei stellte noch keineswegs ein monolithisches Gebilde dar. Die Ausschaltung der so genannten rechten Opposition um Bucharin stand im Zusammenhang mit der auf dem XIV. Parteitag im Dezember 1925 von der politischen Führung des sowjetischen Staates beschlossenen und von Stalin favorisierten Industrialisierungsprogrammes, dem dann im Jahre 1929 die „Zweite Revolution“, d. h. die sogenannte Kollektivierungspolitik, folgen sollte.

Vor dem Hintergrund der im Dezember 1924 verkündeten Doktrin Stalins vom „Aufbau des Sozialismus in einem Land“ beschloss der XV. Parteitag im Dezember 1927 einen Wirtschaftsplan (erster Fünfjahresplan), demzufolge die Sowjetunion aus einem Agrarland in ein Industrieland verwandelt werden und der Anfang 1928 beginnen sollte. Während sich in den Jahren 1924 bis 1927 die Lage der Bauern positiv entwickelte, mehrten

¹⁵³¹ ebenda, S. 109.

sich zu diesem Zeitpunkt die Anzeichen dafür, dass die industriellen Wachstumsraten hinter den gesamtwirtschaftlichen Anforderungen zurückblieben und mithin die Ziele der bolschewistischen Führungsspitze nicht erreicht würden; zudem verschlechterte sich die Versorgungssituation in den Großstädten. Bucharin, Tomski und Rykow als Vertreter der „Partei-Rechten“ sprachen sich für eine höhere Besteuerung der Kulaken und eine staatliche Vorratsbildung (ohne in das gescheiterte Requisitionssystem des „Bürgerkriegskommunismus“ zurückzufallen) aus und plädierten dafür, auf die Lage der Bauern insgesamt Rücksicht zu nehmen und das Industrialisierungstempo zurückzuschrauben. Stalin wiederum wollte das bereits von Lenin ins Auge gefasste Programm einer Kollektivierung der Landwirtschaft zum Leben erwecken und es zu einer Zwangskollektivierung steigern, um somit die Industrialisierung des Landes zu forcieren. Er verkündete im Dezember 1929 die „zweite Revolution“ – eine Revolution, die eine Bedeutung wie die Oktoberrevolution haben sollte. „Von oben“ sollte auf Initiative des Staates die „Liquidierung der Kulaken als Klasse“ und die Zwangskollektivierung der gesamten sowjetischen Landwirtschaft innerhalb der nächsten Jahre vollzogen werden. „Die reichen Bauern“, so Richard Löwenthal, „die *Kulaken*, lösten die Großgrundbesitzer und Kapitalisten als zu liquidierende ‚feindliche Klasse‘ ab.“¹⁵³²

Das Leben von schätzungsweise 100 Millionen Bauern veränderte sich radikal. Der Widerstand des „besitzenden Bauerntums“ angesichts der wirtschaftlichen Existenzgefährdung und der damit verbundenen Gefahr der physischen „Vernichtung“ wurde von Stalin gnadenlos durch die GPU bekämpft.¹⁵³³ Bis zu schätzungsweise sechs Millionen „Kulaken“ wurden entweder in ein Zwangsarbeitslager geschafft (und fanden dort den Tod) oder nach Sibirien deportiert.¹⁵³⁴ Ein besonders verheerendes Ausmaß nahm die sogenannte Zweite Revolution, d. h. die Politik der Zwangskollektivierung der Landwirtschaft, von Stalin in der Ukraine an. Im Jahre 1932/1933 weigerten sich die Bauern der Aufforderung nachzukommen in die kollektiven Großbetriebe (Kolchosen) einzutreten und antworteten mit einer Welle von Sabotage- und Widerstandshandlungen. Die Bauern schlachteten ihr Vieh, verbrannten oder versteckten ihre Ernte. Daraus entwickelte sich eine Hungerskatastrophe im

¹⁵³² Richard Löwenthal, Ideologie und Realpolitik. Glauben die Kreml-Machthaber an Dogmen?, in: Der Monat, Heft 117 (1958), 10. Jg., S. 37-46 (hier S. 45).

¹⁵³³ Franz Borkenau, Stalin im Schafspelz. Zu einer neuen Biographie von Isaac Deutscher, in: Heft 14 (1949), 2. Jg., schrieb in diesem Zusammenhang auf S. 206: „Die ‚Schere‘ bestand in dem immer schärferen Auseinandergehen von Industrie- und Agrarpreisen zu ungunsten der letzteren; die Bauern konnten schließlich für den Erlös ihrer Produkte so gut wie nichts mehr kaufen. Eben dagegen rebellierten die Bauern letzten Endes mit dem Lieferstreik, den sie mit dem Verlust des Eigentums an ihrem Land und mit Millionen von Toten und Verschleppten büßen mußten.“

¹⁵³⁴ Michael Padev, Die Bauern unter dem Sowjetsystem, Der Monat, Heft 39 (1951), 4. Jg., S. 327.

ganzen Land. Allein in der Ukraine starben nach Angaben von Arthur Koestler schätzungsweise bis zu zwei Millionen Menschen.¹⁵³⁵ Insgesamt starben in der Sowjetunion infolge der Hungersnot nach damaligen Schätzungen etwa zwischen fünf bis acht Millionen Menschen.¹⁵³⁶

In dem Beitrag „Churchill und Stalin“ ging Melvin J. Lasky im „Monat“ unter anderem auf die Zwangskollektivierungspolitik Stalins ein. Lasky berichtete nämlich davon, wie der Kremlführer während eines Gespräches über die mögliche Nachkriegsordnung nach einem alliierten Sieg gegen „Hitlerdeutschland“ mit dem englischen Premierminister Winston Churchill in Moskau im Jahre 1942, auch die politischen Hintergründe der „Kolchosenpolitik“ der sowjetischen Führung zur Sprache brachte; die laut Stalin mit einem „furchtbaren Kampf“ verbunden war. In diesem Kontext zitiert Lasky folgende Passage aus den Memoiren von Churchill, die aus der Unterredung mit Stalin stammten und die nicht zuletzt ein bemerkenswertes Zeugnis von Stalins Charakter und dessen „revolutionärer“ Moral darstellten, denn es ging immerhin um Millionen von Toten und um Millionen deportierter Menschen:

„Das habe ich mir schon gedacht“, sagte Churchill, der Aristokrat und Grundbesitzer, „denn Sie hatten es ja nicht nur mit einigen tausend Aristokraten und Großgrundbesitzer zu tun, sondern mit Millionen von Kleinbauern.“
„Zehn Millionen“, erwiderte Stalin und hob die Hände empor. (...) „Es war furchtbar. Vier Jahre dauerte es. Aber es war für Rußland unbedingt erforderlich, mit Traktoren zu pflügen, wenn wir periodisch wiederkehrende Hungersnöte vermeiden wollten. Wir mußten unsere Landwirtschaft mechanisieren. Als wir den Bauern Traktoren gaben, waren diese in wenigen Monaten restlos ruiniert, nur die mit Reparaturwerkstätten konnten mit Traktoren umgehen. Wir haben uns die größte Mühe gegeben, dies den Bauern klarzumachen. Aber es war nicht mit ihnen zu reden. Wenn man einen solchen Bauern mit allen Mitteln zu überzeugen

¹⁵³⁵ Arthur Koestler, Sowjet-Mythos und Wirklichkeit, in: ders., Der Yogi und der Kommissar, Eßlingen a. N. 1950, S. 248. Vgl. auch den persönlichen Erfahrungsbericht angesichts der Hungersnot in der Ukraine bzw. in Charkow anlässlich einer Reise von Arthur Koestler unter der Überschrift „Mißtrauen, Terror und Apathie“: Arthur Koestler, Verlorene Illusionen, in: Der Monat, Heft 20 (1950), 2. Jg., S. 133-169 (hier S. 160 f.). Zur Hungersnot in der Ukraine 1932/33 siehe auch den Hinweis von Ivan L. Rudnytsky, Anti-sowjetisch oder anti-russisch, in: Der Monat, Heft 19 (1950), 2. Jg., S. 104-107, auf S. 104, der für das Jahr 1933 von „mehreren Millionen“ Toten in der „Ukraine, im Don-Gebiet und Nordkaukasus“ sprach, die durch die „künstliche Hungersnot“ infolge der „von Moskau angewandte(n) Maßnahme zur Niederringung der widerspenstigen Bauernschaft“ ums Leben kamen.

¹⁵³⁶ David J. Dallin und Boris I. Nicolaevsky, Arbeiter oder Ausgebeutete. Das System der Arbeitslager in Sowjetrußland, a.a.O., S. 100. Michael Padev, Die Bauern unter dem Sowjetsystem, Der Monat, Heft 39 (1951), 4. Jg., S. 327 schrieb in seinem Beitrag, einem Leserbrief, angesichts des Problems der Überprüfbarkeit der Opferzahlen: „Die Sowjetbehörden haben nie irgendwelche Statistiken über die Sterblichkeit der Landbevölkerung während dieser Jahre veröffentlicht, und wir werden wahrscheinlich niemals erfahren, wie viele Bauern im Laufe der Kollektivierungskampagne ums Leben kamen. Ehemalige kommunistische Beamte sprachen davon, daß fünf bis acht Millionen Bauern allein verhungert seien; andere zuverlässige Quellen geben mehr als zehn Millionen an. In jedem Fall ist die Zahl der Toten größer als die Gesamtverluste der Roten Armee während des letzten Krieges, die auf etwa sieben Millionen geschätzt werden.“

versucht hat, erklärt er, er müsse nach Hause gehen und seine Frau und seinen Hirten um Rat fragen. Schließlich aber läuft die Antwort immer wieder darauf hinaus, daß er nicht in die Kolchose eintreten und daher lieber auf einen Traktor verzichten will.⁶

„Das waren also Ihre sogenannten Kulaken?“

„Ja“, antwortete Stalin. Aber, so stellt Churchill ausdrücklich fest, er wiederholte das Wort „Kulak“ nicht. Nach einer langen Pause: „Es war alles sehr traurig und schwierig – aber notwendig.“

„Was geschah?“ fragte Churchill, als ob er es nicht wußte.

„Nun“, antwortete Stalin, „viele schlossen sich uns an. Anderen wurde in den Provinzen Tomsk oder Irkutsk oder noch weiter im Norden eigenes Land gegeben, aber der größte Teil war so unbeliebt, daß sie von ihren Arbeitern beseitigt wurden...“⁶

In diesem Zusammenhang kam Melvin J. Lasky auf die nachträglichen Reflexionen von Churchill zu sprechen. Hierzu schrieb er, genauer gesagt, zitierte Lasky:

„Churchill spricht heute von

„dem starken Eindruck, den mir der Gedanke an die Liquidierung oder Umsiedlung von Millionen bereitete. Ohne Zweifel würde einmal eine Generation heranwachsen, der alle diese Greuel unbekannt sind, die aber mehr zu essen haben und dafür Stalins Namen preisen wird. Ich vermochte nicht, Burkes Ausspruch zu wiederholen: „Wenn ich keine Reform ohne Unrecht haben kann, so verzichte ich auf sie.“ Angesichts des großen Krieges, in den wir alle verstrickt waren, schien es mir sinnlos, meine Gedanken über Moral zu äußern.“¹⁵³⁷

Die im Zuge der Stalinschen „Zweiten Revolution“ durch das bolschewistische Regime verhafteten Kulaken bildeten auch und vor allem ein wichtiges Reservoir an Arbeitskräften im Kontext der forcierten Industrialisierung des Landes. Denn sie bildeten Anfang der dreißiger Jahre als verhaftete „Klassenfeinde“ die Hauptgruppe, die in den Gefängnissen und Lagern Zwangsarbeit vollrichten mussten. Die Zahl der Insassen war bereits im Verlauf der zwanziger Jahre sukzessive gestiegen. Mit Beginn des Ersten Fünfjahresplanes, genauer, mit Beginn der Massenkollektivierung im Jahre 1930, veränderte sich der Charakter der Gefängnisse und der Konzentrationslager, denn in dieser Zeit wurde von der sowjetischen Führung das „System der Arbeitsbesserungslager“ konstituiert. In ihrer 1948 erschienen Studie „Arbeiter oder Ausgebeutete. Das System der Arbeitslager in Sowjetrußland“ schätzten David J. Dallin und Boris Nicolaevsky, dass sich die Gesamtzahl der Gefangenen, die sich 1930 in den sechs im Norden des Landes gelegenen Arbeitslagern befanden, bei schätzungsweise 666. 257 belief. In den beiden Jahren danach, also 1931 und 1932, betrug die Gesamtzahl bereits zwei Millionen, die sich in den „Haftstätten“ befanden.¹⁵³⁸

¹⁵³⁷ Melvin J. Lasky, Churchill und Stalin. Ein Streifzug durch Winston Churchills Kriegserinnerungen, in: Der Monat, Heft 38 (1951), 4. Jg., S. 141-154 (hier S. 153); hierbei handelte es sich um die Rezension der englischen bzw. deutschen Ausgabe des mehrbändigen Memoirenwerkes von Winston Churchill.

¹⁵³⁸ David J. Dallin und Boris I. Nicolaevsky, Arbeiter oder Ausgebeutete. Das System der Arbeitslager in Sowjetrußland, a. a. O., S. 11.

Bereits in der ersten Ausgabe des „Monat“ im Oktober 1948 wurde die Studie von Dallin und Nicolaevsky rezensiert und auf ihre sowohl wissenschaftliche als auch politische Bedeutung insistiert, obwohl, wie der Autor Boris Shub feststellte, zu diesem Zeitpunkt das „Archiv-Problem“ existierte. Shub schrieb:

„Das Buch liefert mit seiner Fülle von Zitaten, Augenzeugenberichten und photokopierten Dokumenten aus NKWD-„Korrekptions-Arbeitslagern“ erschöpfendes Material für ein gründliches Studium des Problems. (...) Dallin und Nicolaevsky verhalten sich gegenüber dem System, das sie beschreiben, keineswegs ‚objektiv‘. Sie haben das Gefühl für das Schandbare nicht verloren. Trotz dieses durchaus begrüßenswerten Vorurteils haben sie aber beim Zusammensetzen des äußerst komplizierten Tatsachen-Mosaiks hervorragende Arbeit geleistet, wenn auch noch einige Lücken bleiben. Sie zu schließen, wird dem Historiker vorbehalten bleiben, dem später einmal sämtliche NKWD-Archive zugänglich sind.“¹⁵³⁹

David J. Dallin und Boris Nicolaevsky konnten bereits 1948 zeigen, dass mit der Einführung des Ersten Fünfjahresplanes im Jahre 1928 und dem in Gang kommen des Kollektivierungsprogramms von Stalin 1930, d. h. der „Zweiten Revolution“, nicht nur – wie gezeigt – sich in der sowjetischen Innenpolitik eine radikale Veränderung ergab, sondern sich auch der Charakter der russischen Gefängnisse und Lager verwandelte und die Zahl der Inhaftierten durch ein schnelles Wachstum gekennzeichnet war. Bis zu diesem Zeitpunkt, d. h. in den Jahren nach der russischen Revolution, ging es mit dem Gefängnissystem, das dem Volkskommissariat der Justiz unterstand, darum, „gewöhnliche Kriminelle“ zu inhaftieren. Im Vordergrund stand der Gedanke, die Inhaftierten zu „bessern“ und die Gefängnisse sollten sich selbst finanzieren.¹⁵⁴⁰ Auf der anderen Seite existierten seit Oktober 1917 Konzentrationslager und Sondergefängnisse des russischen Geheimdienstes (Tscheka bzw. GPU) unter der Leitung von Felix Dsiershinski (Volkskommissar für Innere Angelegenheiten), die eine genuine politische Bedeutung besaßen. Inhaftiert wurden die politischen Gegner bzw. die politischen „Feinde“ des bolschewistischen Regimes, deren Zahl im Laufe der 1920er Jahre anstieg. Ab 1923 richtete der russische Geheimdienst die „Nördlichen Lager zur besonderen Verwendung“ ein. Sie bildeten die eigentliche Keimzelle

¹⁵³⁹ Boris Shub, Lüge und Illusion, in: Der Monat, Heft 1 (1948), 1. Jg., S. 88-90; hierbei handelte es sich um eine Rezension von: David J. Dallin und Boris I. Nicolaevsky, Zwangsarbeit in Sowjet-Rußland, Wien (o. J.) sowie dies., Arbeiter oder Ausgebeutete. Das System der Arbeitslager in Sowjetrußland, hrsg. von „Die Neue Zeitung“, München (o. J.). Zur grundsätzlichen Bedeutung der sowjetischen Lager und speziell der ökonomischen Funktion sowie in diesem Zusammenhang der Rolle der Zwangsarbeit in Bezug auf die Genesis des sowjetischen Staates vgl. die entsprechenden Ausführungen von Drew Middleton, Sowjet-Russland ohne Propaganda. Bericht eines Auslands-Korrespondenten, in: Der Monat, Heft 1 (1948), 1. Jg., S. 27-43.

¹⁵⁴⁰ David J. Dallin und Boris I. Nicolaevsky, Arbeiter oder Ausgebeutete. Das System der Arbeitslager in Sowjetrußland, a.a.O., S. 69 f., kamen zu dem Schluss, dass die Zahl der Insassen von 24. 095 im Jahre 1917 auf 198.000 Anfang 1927 anstieg; damit war die Zahl der Gefängnisinsassen in etwa so hoch wie am „Vorabend“ der Revolution.

des zukünftigen Arbeitslagersystems des sowjetischen Staates. Ebendiese Lager befanden sich im Norden des Landes auf den Solowezki-Inseln im Weißen Meer. Nach Schätzungen von Dallin und Nicolaevsky gab es zum Beispiel in dem zentralen Konzentrationslager der GPU, im Lager Solowezki, im Jahre 1923 4.000 Gefangene. Die Gesamtanzahl der Gefangenen der „Nördlichen Lager“ betrug 1925, also zwei Jahre später, 7.000. In den Jahren 1929 und 1930 wuchs die Zahl der Gefangenen auf über 100.000.¹⁵⁴¹

Im Hinblick auf die Häftlingskategorien für das Lager Solowezki stellten die beiden Autoren fest:

„Drei Gefangenengruppen konstituierten zu jener Zeit die hauptsächliche Bevölkerung des Lagers: 1. gewöhnliche Verbrecher des Typs, der als unverbesserlich angesehen wurde; 2. ‚Konterrevolutionäre‘, gewöhnlich als ‚K-Rs‘ bekannt, und 3. ‚Politische‘. (...) Die Unterscheidung zwischen Konterrevolutionären und Politischen hatte man aus dem vorrevolutionären Ringen und aus dem Jahre 1917 geerbt. Anhänger und Führer früherer Rechtsparteien, Anhänger des vorrevolutionären Regimes, die gemäßigt-liberale Partei der Konstitutionellen Demokraten, Kommandeure der Weißen Armee und ähnliche Gruppen fielen unter die umfangreiche Kategorie der Konterrevolutionären. Auf der anderen Seite wurden Sozialdemokraten, sämtliche Parteien der Populisten, Sozialistische Revolutionäre, Linkssozialistische Revolutionäre und Anarchisten als ‚antisowjetische‘ Elemente und ihre Mitglieder in den Arbeitslagern als Politische bezeichnet.“¹⁵⁴²

Obwohl die Gefangenen in den GPU-Lagern Strafarbeiten vollrichten mussten, damit sich die einzelnen Lager selbst finanzieren konnten, dominierte in den zwanziger Jahren an diesen Orten der sogenannte Strafcharakter. Denn in diesen Lagern war das primäre Ziel des sowjetischen Staates, durch die Institution der GPU mit dem Mittel der Gewalt die Persönlichkeit der Insassen zu vernichten. Die „große Umwälzung“ für die Konzentrationslager der GPU kam – wie erwähnt – Ende der 1920er Jahre. Im Zuge der forcierten Industrialisierung des Landes und der radikalen Kollektivierungspolitik unter Stalins Führung wurde das „System der Arbeitsbesserungslager“ ins Leben gerufen. Fortan sollten nach einem Erlass der Regierung die meisten Gefängnisinsassen in den Arbeitslagern Strafarbeit leisten. Anders gesagt, jede Gefängnisarbeit – auch in den Gefängnissen die noch dem Justizkommissariat unterstanden – avancierte zum Gegenstand der wirtschaftlichen Planung. Die entscheidende Entwicklung begann allerdings, als in diesem Zusammenhang die GPU 1930 die „neue Abteilung“ einrichtete, nämlich den sogenannten GULAG (Lagerhauptverwaltung). Die Gefangenen des GULAG spielten fortan unter anderem eine zentrale Rolle bei industriellen Großbauprojekten wie beispielsweise beim Bau des großen Kanals vom Weißen Meer zur Ostsee, dem Belomor-Kanal. Dem Projekt kam in den Augen

¹⁵⁴¹ Vgl. ebenda, S. 81 f.

¹⁵⁴² Ebenda, S. 84.

von Stalin eine militärisch-strategische Bedeutung bei. Nach der Fertigstellung des Kanals innerhalb von zwei Jahren unter der Führung des stellvertretenden Vorsitzenden der GPU Henrich Jagoda mussten die Gefangenen des GULAG noch Anfang der 1930er Jahre Zwangsarbeit bei weiteren industriellen Großprojekten leisten – unter anderem beim Bau der Baikal-Amur-Eisenbahn im Fernen Osten oder beim Moskau-Wolga-Kanal.¹⁵⁴³

IV. 2. 4. Das stalinistische Herrschaftssystem und der „Große Terror“ in den 1930er Jahren

Der durch die bolschewistische Führung im Zuge der forcierten Industrialisierung der Sowjetunion in Gang gekommene Terror gegen die Kulaken respektive die Bauernschaft blieb in der Partei keineswegs ohne Widerspruch. Angesichts der schrecklichen Folgen der sogenannten „Zweiten Revolution“ regte sich Protest gegen diese unmenschliche Politik, die mit einer Kritik an den konkreten Zuständen in der Partei korrespondierte. Im Laufe der zurückliegenden Jahre hatte sich die Bedeutung der offiziellen Parteinstanzen – wie zum Beispiel dem Kongress, der immerhin höchsten Instanz der alleinherrschenden KPdSU – allmählich auf das Politbüro verlagert und in diesem Kontext hatte Stalin seine Macht entscheidend ausbauen können. Die Partei war zu Beginn der 1930er Jahre keineswegs ein willenloses Werkzeug von Stalin und dessen Führungsclique. Zweifelsohne hatte Stalin im Laufe der Jahre – wie erwähnt – seine Macht in der Partei ausbauen und vor allem Schlüsselpositionen mit eigenen Vertrauensleuten besetzen können. Allerdings bestand die Partei zu diesem Zeitpunkt immer noch überwiegend aus Revolutionären der „ersten Stunde“, den sogenannten Altbolschewiki, die an spezifischen Denk- und Verhaltensmuster aus früheren Zeiten festhielten. Nicht nur die „innerparteiliche Demokratie“ stand für sie auf der politischen Agenda, sondern auch die Versöhnung zwischen der Partei bzw. dem bolschewistischen Regime und der sowjetischen Gesellschaft. Infolgedessen wurde aus diesen Reihen angesichts der katastrophalen Folgen der Politik der Zwangskollektivierung eine „mildere Form“ der Industrialisierung des Landes favorisiert. Mithin machte die Kritik auch nicht vor dem „großen Führer“ des sowjetischen Staates halt.

¹⁵⁴³ Vgl. ebenda S. 118 f.

Zu einem der führenden Vertreter der innerparteilichen Opposition zählte der mächtige Leningrader Parteisekretär Sergej M. Kirow, der am 1. Dezember 1934 ermordet wurde. Vor dem Hintergrund der weiteren Entwicklung in der Sowjetunion kam dem Mord an Kirow, der als zweitwichtigster Funktionär der Partei galt, eine entscheidende Bedeutung bei, denn er leitete eine neue Phase des bolschewistischen Regimes ein, in deren Zentrum die sogenannte Parteisäuberung und die drei Moskauer Schauprozesse in den Jahren 1936-1938 (sowie die radikale Repressionspolitik gegen die sowjetische Bevölkerung), also der „Große Terror“ unter Stalin stand. Wie wurde der Tod von Kirow im „Monat“ bewertet? Welche Bedeutung maß man ihm bei? Wie wurde die Rolle von Stalin interpretiert? Wie analysierte die Zeitschrift die näheren Ursachen und Umstände – vor dem Hintergrund des hier zu Grunde liegenden bis 1960 reichenden Untersuchungszeitraumes?

In diesem Kontext zählte die Veröffentlichung „Was Chruschtschew verschwieg“ von Boris Nicolaevsky aus dem Jahre 1956 zu einem wichtigen Beitrag, da er eine substantielle Beschreibung und Analyse der Genesis des „Kirow-Mordes“ darstellte (der Anlass war die Veröffentlichung der „Geheimrede“ von Nikita Chruschtschow vom XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 und stellte insbesondere den Versuch des Autors dar, die zwei Jahre nach dem Tod von Kirow in Gang gekommene Parteisäuberung zu interpretieren). Für Nicolaevsky stand fest,¹⁵⁴⁴ dass Stalin den Mord befohlen hatte, um so den „wichtigsten seiner Feinde“ zu beseitigen. Für ihn zählte Kirow zu einer einflussreichen oppositionellen Gruppe in der Partei, die sich gegen Stalin formiert hatte. Nach Auffassung von Nicolaevsky ergab sich die physische Ausschaltung Kirows aus folgenden historisch-politischen Umständen. Auf der vom 28. September bis zum 2. Oktober 1932 stattgefundenen Tagung des Plenums des Zentralkomitees kam es zu einer „erbitterten Auseinandersetzung“ aufgrund des Vorschlages von Stalin, die Führer der „Ryutin-Opposition“ zu erschießen, die kurz zuvor verhaftet wurden. „Die Tätigkeit dieser Gruppe“, so Nicolaevsky, „wurde bis in alle Einzelheiten in dem berühmten ‚*Brief eines alten Bolschewisten*‘ erörtert, der erstmals im Dezember 1936 veröffentlicht wurde.“ Zur ebenjener „Ryutin-Opposition“ schrieb der Verfasser:

„Die Ryutin-Gruppe war angeklagt, ein Programm aufgestellt zu haben, in einer Länge, so heißt es im ‚*Brief eines alten Bolschewisten*‘, von fast zweihundert Seiten, von denen fünfzig Seiten ausschließlich der Charakterisierung Stalins gewidmet waren, einer Beurteilung seiner Rolle in der Partei und einer Darlegung der These, daß ohne Stalins Rücktritt weder die Partei noch der Staat seine Lebenskraft

¹⁵⁴⁴ Das folgende nach Boris Nicolaevsky, Was Chruschtschew verschwieg, in: Der Monat, Heft 95 (1956), 8. Jg., S. 79-82.

wiedergewinnen könne. Diese Überlegungen waren in einem wirkungsvollen, ätzenden Ton geschrieben, wobei Stalin als der böse Geist der russischen Revolution geschildert wird, der infolge seiner persönlichen Machtliebe und Rachsucht die Revolution an den Rand des Abgrundes geführt habe.¹⁵⁴⁵

Stalins Interpretation nach stellte dieses Dokument eine Aufforderung zu seiner Ermordung dar und verlangte deshalb die Tötung von Ryutin. Dagegen sprachen sich auf einer Sitzung des Politbüros die Mehrheit der Mitglieder aus – unter anderem Sergej Kirow. Eine Woche später verkündete das Präsidium der Zentralen Kontrollkommission nicht nur den Parteiausschluss der „Ryutin-Gruppe“, sondern auch einer Anzahl von Personen, die im Verdacht standen mit ihnen „in Verbindung“ zu stehen – zum Beispiel Sinowjew und Kamenew –, die daraufhin „auf unterschiedliche Dauer in Konzentrations- und Arbeitslager“ verbannt wurden. „Stalin warf die Frage der Todesstrafe für innerparteiliche Opposition“, so Nicolaevsky,

„auf der nächsten Sitzung des Zentralkomitees vom 7.-12. Januar 1933 in Verbindung mit den Fällen Eismont, A. P. Smirnow und anderen erneut auf. Wieder hatte er, sowohl im Politbüro wie im Plenum, eine ansehnliche Majorität gegen sich. Die Opposition wurde von Kirow, Ordschonikidse und Kujbischew angeführt und von Michael Kalinin und Stanislaw Kossior unterstützt, Andrej Andrejew, Klement Woroschilow sowie Molotow nahmen eine schwankende Haltung ein, nur Lazar Kaganowitsch hielt zu Stalin.“¹⁵⁴⁶

Vor dem Hintergrund der Hungersnot der Jahre 1932/33 und der Machteroberung des Nationalsozialismus in Deutschland hatte sich nach Auffassung von Boris Nicolaevsky innerhalb der bolschewistischen Partei einerseits „das Verlangen nach einer Änderung des Stalinschen Parteiregimes“ immer mehr artikuliert und andererseits eine Position breit gemacht, derzufolge man eine „Änderung der politischen Linie“ erwartete, der Stalin seit Ende der 1920er Jahre „blind gefolgt war“. Auf dem 17. Parteikongress hatten dem Autor zufolge die „Befürworter eines solchen Wechsels die Majorität“. „Obgleich aber diese Gruppe“, konstatierte Boris Nicolaevsky,

„über die Majorität im Plenum des Zentral-Komitees und des Politbüros verfügte, hielt sie die Furcht vor einem scharfen Konflikt innerhalb der Partei von einer Aktion zurück. Viele ihrer Mitglieder waren überzeugt, daß eine Spaltung der Partei eine Krise für das Sowjetregime bedeuten würde, die es nicht überleben würde; daher bemühten sie sich im Parteiapparat auf friedliche Weise die Macht zu erlangen. Die Schlüsselposition in dieser Auseinandersetzung war Kirow zugedacht, der von Leningrad nach Moskau übersiedeln sollte, um die Führung der wichtigsten Abteilungen zu übernehmen. Kirow wurde im Dezember 1934 am Abend seiner Abreise nach Moskau ermordet; (...).“¹⁵⁴⁷

¹⁵⁴⁵ Ebenda, S. 80 f.

¹⁵⁴⁶ Ebenda, S. 81.

¹⁵⁴⁷ Ebenda, S. 81 f.

Auf der Basis einer Interpretation der von 1936 bis 1938 stattgefundenen drei Moskauer Schauprozessen ging Franz Borkenau in seinem Beitrag „Stalin im Schafspelz“ aus dem Jahre 1949 ebenfalls auf den „Kirow-Mord“ ein. Auf der Grundlage des „Brief eines alten Bolschewiken“ („ein anonymes Schreiben, für dessen Echtheit aber der hohe Ruf des Verlagshauses Macmillan bürgt, das ihn 1937 in England und Amerika veröffentlichte“) vertrat Borkenau die Auffassung, dass Kirow der Hauptvertreter einer Politik der relativen „Milde und Versöhnlichkeit“ war und die auch tatsächlich nach seinem Tod von der bolschewistischen Führung eingeleitet wurde. Indes: Kirow war „nicht einfach ein Vertreter der Milde“, sondern, so Borkenau:

„Er hatte vielmehr während des ersten Fünfjahresplanes äußerste Härte bewiesen, vertrat aber den Standpunkt, *daß nach den Erfolgen der sozialistischen Industrialisierung jede Berechtigung für eine terroristische Diktatur geschwunden sei*. Hätte sich seine Auffassung durchgesetzt, dann wäre es damals mit der Macht der GPU vorbei gewesen. Wie jede diktatorische Geheimpolizei der Welt reagierte die GPU auf diese Bedrohung ihrer Existenz, indem sie dafür sorgte, daß ihr Feind von einem Revolutionär ermordet wurde. Der ‚Alte Bolschewik‘ schildert im einzelnen, wie die GPU Kirows Proteste gegen übertriebene Bewachung ausnützte, um ihn völlig schutzlos zu lassen; wie der Attentäter, ein revolutionärer Student, *urbi et orbi* unter den Augen der GPU die Notwendigkeit des politischen Mordes predigte, ohne daß die GPU ihn festsetzte. Er beschreibt, unter Nennung von Namen, wie die Leiter der Untersuchung nach der Tat die Aufmerksamkeit von dem Faktum weg auf frei erfundene ‚Hintergründe‘ des Attentates lenkten.“

Weiter schrieb Franz Borkenau in diesem Zusammenhang angesichts der späteren stalinistischen „Erfindung“ bei den Moskauer Schauprozessen, dass sich Kirow zu der „Richtung Sinowjew“ bekannt hatte:

„Der ‚Alte Bolschewik‘ spricht denn auch hier überzeugend nicht von einem Bekenntnis des Attentäters zu Sinowjew, sondern von den Bemühungen der GPU, nachzuweisen, daß alle Oppositionsrichtungen, ja die ganze alte bolschewistische Garde, vor allem aber natürlich die Führer der früheren Leningrader Opposition (Sinowjew und seine Freunde), für das Attentat verantwortlich seien. So vereitelte die Geheimpolizei die Politik der Versöhnung und gewann Stalin für die Politik der großen Ausrottung.“¹⁵⁴⁸

Auch wenn zum Zeitpunkt der Veröffentlichung von Franz Borkenau im Jahre 1949 trotz des wichtigen „Briefes eines alten Bolschewiken“ die näheren Umstände und die Ursachen nicht genau bekannt waren, so fällt doch auf, wie stark der Autor die Verantwortung des sowjetischen Geheimdienstes, der GPU, hervorhob. Denn Borkenau suggerierte in seinen Ausführungen, dass die GPU unter der Führung von Jagoda eine von der bolschewistischen Führung unabhängige Rolle einnahm und die Ermordung von Kirow auf „ihr Konto“ ging.

¹⁵⁴⁸ Franz Borkenau, Stalin im Schafspelz, Heft 14 (1949), 2. Jg., S. 207.

Für diese Interpretation gab es vor dem Hintergrund des zeitgenössischen Forschungsstandes keine Anhaltspunkte. Auch die Behauptung von Borkenau, wonach die sogenannte „Politik der Versöhnung“, die Kirow in den Blick genommen hatte, von der „diktatorische(n) Geheimpolizei“ vereitelt wurde und Stalin erst von der GPU für die anschließende „Politik der großen Ausrottung“ gewonnen wurde, mutet im Hinblick auf die Analyse des kommunistischen Herrschaftssystems im Grunde genommen „abenteuerlich“ an. Andererseits enthielten Borkenaus Ausführungen einen wichtigen Hinweis, dass es sich bei Kirow, der zweifelsohne einen anderen, d. h. nicht-stalinistischen politischen Kurs favorisierte, nicht um einen grundsätzlichen Gegner des bolschewistischen Regimes handelte. Denn der Leningrader Parteichef hatte sich in der Vergangenheit, wie Borkenau zu Recht feststellte, während des ersten Fünfjahresplanes als ein überzeugter Bolschewiki gezeigt, der in diesem Kontext „äußerste Härte“ bewies.

Wichtige Erkenntnisse zu den historisch-politischen Umständen der Ermordung von Kirow enthielt – wie erwähnt – die Veröffentlichung von Boris Nicolaevsky aus dem Jahre 1956. In seinem Beitrag „Was Chruschtschew verschwieg“ wurden nicht nur die Ausführungen aus dem „Brief eines alten Bolschewiken“ als Grundlage genommen,¹⁵⁴⁹ sondern zudem auch der „Geheimerbericht“ von Nikita Chruschtschow vom XX. Parteitag der KPdSU; in diesem Zusammenhang stellte Nicolaevsky fest, dass der Bericht „kaum etwas neues“ zum Ausdruck brachte und Chruschtschow selber darauf hinwies, dass die „ganze Affäre noch eine Anzahl von mysteriösen Elementen enthalte“.¹⁵⁵⁰ Insofern interpretierte Nicolaevsky die Ermordung von Kirow auf der Grundlage der zu diesem Zeitpunkt verfügbaren Informationen und er war sich auch der in letzter Konsequenz „mysteriösen“ näheren Tatumstände und -ursachen gewahr. Seine Interpretation erfolgte auf den tatsächlichen zeitgenössischen Forschungsergebnissen. Angesichts der damals verfügbaren Informationen sprachen viele Ansatzpunkte dafür, dass Stalin persönlich in die Ermordung von Kirow involviert war und das der Mörder, der junge Kommunist Nikolajew, auf der Grundlage eines persönlichen Befehls von ihm handelte. Denn: Im Nachhinein wurde in der offiziellen sowjetischen Geschichtsschreibung unter Stalin der im Januar 1934 stattgefundene XVII. Parteitag als „Parteitag der Sieger“ bezeichnet, auf dem Stalin als der „große Führer“ gefeiert wurde. Dies war allerdings in erster Linie Propaganda und der Versuch die Geschichte „umzuschreiben“. Denn tatsächlich gelang es Kirow auf dem Parteitag Anfang

¹⁵⁴⁹ Aus der heutigen Sicht wissen wir, dass Boris Nikolaevsky selbst der Verfasser des berühmten „Brief eines alten Bolschewiken“ war, den er aufgrund zahlreicher vertraulicher Gespräche mit Nikolaj I. Bucharin im Frühjahr 1936 in Paris, Ende 1936/Anfang 1937 anonym veröffentlichte.

¹⁵⁵⁰ Boris Nicolaevsky, Was Chruschtschew verschwieg, in: Der Monat, Heft 95 (1956), 8. Jg., S. 82.

1934 die Mehrheit der Delegierten für sein Programm zu gewinnen. Er verkörperte die Hoffnung sowohl auf eine Versöhnung innerhalb der Partei als auch zwischen der Partei und der sowjetischen Bevölkerung, in der weiterhin große Unzufriedenheit herrschte. Insbesondere Kirow schien die sich anbahnende Spaltung der Partei – die zu einer ernsthaften Gefahr für das bolschewistische Revolutionsprojekt geworden wäre und mithin zu einer existentiellen Krise für die Sowjetunion geführt hätte –, wie Boris Nicolaevsky richtig feststellte, aufhalten zu können. Es existierte tatsächlich eine „innerparteiliche Opposition“ gegen den ökonomischen Kurs von Stalin im Allgemeinen und gegen das „Stalin-Regime“ im Besonderen. Für zahlreiche Parteifunktionäre schien der Leningrader Parteichef Kirow der prädestinierte Nachfolger von Stalin als Generalsekretär zu sein. Angesichts der Kritik von prominenten Parteifunktionäre, wie vor allem von der Gruppe um den Moskauer Altbolschewiken Rjutin zu Beginn der dreißiger Jahre, der fehlenden Unterstützung für seinen ökonomischen Kurs und für seine politischen Herrschaftsmethoden im Politbüro – nur Kaganowitsch bekannte sich beispielsweise ausdrücklich zu seinem Vorschlag, die „innerparteiliche Opposition“ zu töten – sowie der großen Popularität die Kirow in der Partei besaß, wuchs das Misstrauen von Stalin gegenüber dem einflussreichen Leningrader Parteifunktionär. In seinen Augen schien Kirow eine ernst zu nehmende Gefahr bzw. ein potentieller Rivale für seinen Posten als Generalsekretär der Partei zu sein. Vor diesem Hintergrund gab es auch angesichts der tatsächlichen mysteriösen Tatumstände genügend Anhaltspunkte für die These von Nicolaevsky, dass Stalin in den Mord an Kirow involviert und ihn sogar persönlich befohlen hatte.¹⁵⁵¹

Auch was nach dem Tod von Kirow folgte sprach zum damaligen Zeitpunkt dafür, dass Stalin die Hauptverantwortung für die mörderische Aktion trug, denn sie löste eine Kettenreaktion von Verhaftungen, Verfolgungen und Vernehmungen aus, die als Vorspiel bzw. als Vorbereitung dienten für die drei Moskauer Schauprozesse von 1936-1938 und den verschärften Terror in der Partei.

Schon am 1. Dezember 1934, also am gleichen Tag des Attentats auf Kirow, erließ der Sekretär Jenukidse vom Zentralen Exekutivkomitee der Sowjetunion auf direkte Veranlassung von Stalin (ohne die vorherige Genehmigung des Politbüros) die Anweisung, wonach die Untersuchungs- und die Gerichtsorgane die Fälle der Angeklagten, die der Vorbereitung oder

¹⁵⁵¹ Vgl. hierzu Boris Nikolajewskij, Stalin, Kirow und der Faschismus, In: Ost-Probleme (1957), 9. Jg., Nr. 14, S. 526-532 (hier besonders S. 528- 532); Erstveröffentlichung in: Sozialistitscheskij Westnik, New York-Paris, Nr. 12/1956). Vgl. auch Edward Crankshaw, Scherbengericht über Stalin, in: Ost-Probleme (1956), 8. Jg., Nr. 25/26, S. 866 (Erstveröffentlichung in: The Observer, London, 10. Juni 1956 unter dem Titel „Khrushchev Exposure of Stalin in Full“).

Ausführung von Terrorakten beschuldigt wurden, beschleunigt zu erledigen und die Todesurteile unmittelbar nach der Urteilsverkündung zu vollstrecken seien; Gnadengesuche von Verbrechern dieser Kategorie wurden nicht zugelassen. Den Angeklagten wurde die Möglichkeit einer „ordentlichen“ Verteidigung einer Überprüfung ihrer Fälle genommen. Dieser Erlass diente fortan als „gesetzliche“ Grundlage für den „Großen Terror“.

Die Untersuchung des „Kirow-Mordes“ übernahmen Stalin und der Chef des Volkskommissariates für Inneres (NKWD; Nachfolgeorganisation der GPU) Jagoda höchstpersönlich. Unmittelbar nach dem Attentat wurde von Stalin eine umfangreiche Jagd auf die angeblichen Hintermänner in Gang gebracht. Der am Tatort verhaftete junge Kommunist Nikolajew wurde mit weiteren angeblichen Komplizen der Prozess gemacht, der bereits am 28. und 29. Dezember 1934 stattfand. Die Angeklagten wurden vom Gericht zum Tode verurteilt und sofort hingerichtet. Gleichzeitig nutzte Stalin die Gelegenheit zum Schlag gegen weitere angebliche Hintermänner des Attentats auf Kirow, die sich aus ehemaligen Gefährten Lenins zusammensetzten und in nicht seltenen Fällen aus dem Kreis der prominenten innerparteilichen Oppositionsgruppen stammten und wie gewöhnliche politische Verbrecher behandelt wurden. Beispielsweise wurde eine Gruppe von fünfzehn führenden Bolschewiki um Sinowjew und Kamenew beschuldigt, für die Ermordung Kirows mitverantwortlich zu sein. Die Verhafteten um die beiden prominenten Altbolschewiki Sinowjew und Kamenew sollten laut der Anklageschrift eine heimlich operierende „konterrevolutionäre Gruppe“ gebildet haben, an deren Spitze das sogenannte „Leningrader Zentrum“ stand und die angeblich Verbindung hatten mit Vertretern ausländischer kapitalistischer Staaten sowie mit dem im Exil lebenden Trotzki. Das Ziel dieser angeblich existierenden „konterrevolutionären Gruppe“ sollte die Ermordung führender Funktionäre der KPdSU gewesen sein, deren erstes Opfer der Leningrader Parteichef Kirow war. In den Verhören zu dem im Januar 1935 stattgefundenen Prozess gelang es jedoch dem NKWD unter Jagoda nicht, von den Gefangenen Sinowjew und Kamenew Geständnisse abzurufen, dass sie den Kirow-Mord durchgeführt hätten. Obwohl das Gericht bzw. der Staatsanwalt keinerlei Beweise dafür vorlegen konnte, dass die Angeklagten in irgendeiner Verbindung zu dem Attentäter Nikolajew standen und mithin eine direkte Verantwortung hatten, mussten sie die „moralische Verantwortung“ übernehmen. Sinowjew wurde zu 10 Jahren Gefängnis, Kamenew zu 5 Jahren Gefängnis und die weiteren Angeklagten zu Gefängnisstrafen zwischen 3 und 10 Jahren verurteilt.

Gleichwohl waren diese Prozesse und die in Gang gekommenen Verhaftungen von führenden Funktionären in der Partei und den Sicherheitsapparaten in Wahrheit nur die „Ouvertüre“ (Hannah Arendt) für die drei „großen“ Moskauer Schauprozesse und die permanente „Generalsäuberung“ der Partei sowie der staatlichen Apparate in den Jahren 1936-1938. Diese zwei Jahre permanenten Terrors gingen in die Geschichte der Sowjetunion unter dem Namen „Jeshowschtschina“ ein. Diese Bezeichnung assoziierte die stalinistischen Massenverbrechen mit dem zu diesem Zeitpunkt verantwortlichen Chef der Sicherheitsorgane, Nikolaj J. Jeschow, der 1936 zum Nachfolger des verhafteten Jagoda aufstieg. Indes: tatsächlich war Jeschow in erster Linie ein Vollstrecker der politischen Entscheidungen Stalins, der nach der Ausschaltung der Parteiopposition und der Verhaftung führender Altbolschewiki – die wie beispielsweise Sinowjew oder Kamenew schon lange vor ihm kapituliert hatten und keine Gefahr mehr darstellten – unumstrittener Führer des sowjetischen Einparteienregimes war.

Welche Bedeutung wurden im „Monat“ den in den Jahren 1936-1938 stattgefundenen inszenierten öffentlichen Moskauer Schauprozessen beigemessen? Wie wurden die Geständnisse der Angeklagten, die zu den Mitgründern des sowjetischen Staates zählten, interpretiert? Wie wurden in diesem Zusammenhang die Jahre des „Großen Terror“ von 1936 bis 1938 thematisiert?

Zum besseren Verständnis sollen die wichtigsten historischen Informationen zu den drei „großen“ öffentlichen Moskauer Schauprozesse sowie dem „Geheimprozess“ gegen führende Offiziere der Roten Armee genannt werden.

Der erste Schauprozess gegen das „antisowjetische trotzkistisch-sinowjewistische terroristische Zentrum“ fand vom 19. bis 24. August 1936 vor dem Militärkollegium des obersten Gerichts der Sowjetunion statt. Angeklagt waren 16 Parteifunktionäre – darunter die ehemaligen Kampfgefährten Lenins, Sinowjew, Kamenew, Smirnow und Mratschkowski. Sie wurden der antisowjetischen Spionage-, Diversion- und terroristischen Tätigkeit sowie der Beteiligung an der Ermordung von Kirow und der Vorbereitung von Attentaten gegen die Führer der Partei und Regierung beschuldigt. Die Anklage beruhte auf einem dichten Netz von protokollierten Zeugenaussagen und von Selbstbeichtigungen der Angeklagten. Obwohl das Gericht keinerlei Beweise für die angeblichen Taten vorlegen konnte, wurden die 16 Angeklagten zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Der zweite Moskauer Schauprozess gegen das „Parallele antisowjetische trotzkistische Zentrum“ fand wieder vor dem Militärkollegium des obersten Gerichts der Sowjetunion vom 23. Januar bis zum 30. Januar 1937 statt. Dieses Mal wurden insgesamt 17 Altbolschewiki angeklagt – darunter Sokolnikow und Muralow sowie mit Pjatakow und Radek, zwei der engsten ehemaligen Mitarbeiter Lenins. Sie wurden ebenfalls – analog zum ersten Prozess – beschuldigt, Attentate gegen führende Persönlichkeiten des sowjetischen Staates geplant sowie mit angeblichen Terrorakten versucht zu haben, die Industrie und die Lebensmittelversorgung lahmzulegen. Ebenfalls wie beim August-Prozess des Jahres 1936 figurierte Trotzki als der zentrale Feind der russischen Revolution und des sowjetischen Staates. Er galt als heimlicher Kopf des „Antisowjetischen trotzkistischen Zentrums“ und folglich als der eigentliche Drahtzieher für alle Verschwörungen gegen die Sowjetmacht. Um diesen Beweis zu erbringen, fiel vor allem Pjatakow die Rolle zu, den Kronzeugen der Anklage zu spielen und unter Druck in den Voruntersuchungen sowie im Prozess zu bestätigen, dass Trotzki der Drahtzieher der antisowjetischen Verschwörung sei. Er und die meisten anderen Angeklagten wurden zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Vom 2. bis zum 13. März 1938 fand vor dem gleichen Gericht der dritte und letzte Moskauer Prozess statt, der sich gegen den „Antisowjetischen Block der Rechten und Trotzkisten“ richtete. Unter den insgesamt 21 Angeklagten befanden sich mit Bucharin und Rykow zwei der prominentesten ehemaligen Gefährten Lenins, mit Krestinski der namhafte sowjetische Diplomat und langjährige Botschafter in Berlin sowie mit Jagoda, der ehemalige Volkskommissar für Innere Angelegenheiten. Heinrich Jagoda fungierte von 1934 bis 1936 als NKWD-Chef und war noch persönlich für die Durchführung des ersten Moskauer Prozesses verantwortlich, und wurde kurz darauf abgesetzt (Nachfolger als NKWD-Chef wurde Nikolaj J. Jeshow, der diese Funktion von 1936 bis 1938 ausübte und nach seiner Absetzung liquidiert und von Lawrentij Berija ersetzt wurde). Das Gericht beschuldigte insbesondere die beiden Hauptangeklagten Bucharin und Rykow jahrelang im Auftrage Trotzki für das Ausland spioniert und in dessen Auftrag den Mord an Kirow begangen zu haben. Die Anklage warf speziell Jagoda vor, einen terroristischen Anschlag auf Jeshow verübt zu haben und zwar vermittels eines eigens dafür hergestellten Giftes, das den Organismus allmählich vergiften sollte; Ziel sei es gewesen, einen Konkurrenten auszuschalten. Neben Bucharin und Rykow, fiel insbesondere Jagoda die Rolle zu, die frei erfundenen und ungeheuerlichen Vorwürfe des Gerichts zu bestätigen. Ähnlich wie in den ersten beiden Prozessen akzeptierte er – wie auch die anderen Angeklagten – die

entscheidenden Punkte der Argumentation des berüchtigten obersten Staatsanwalts der UdSSR und Chefanklägers Wyschinski und legte das Geständnis ab, die ihm zur Last gelegten Verbrechen begangen zu haben. Neben Bucharin, Rykow und Jagoda wurden von den 21 Angeklagten 15 zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Neben den drei öffentlichen Schauprozessen fand nach einer Anordnung von Stalin unter Ausschluss der Öffentlichkeit zudem ein Schauprozess gegen führende Militärs statt. Am 11. Juni 1937 wurde vor dem Sondermilitärgericht des Obersten Gericht der UdSSR gegen den prominenten führende Offiziere der Roten Armee, Michail Tuchatschewski, sowie sieben weitere Offiziere Anklage erhoben. Sie wurden beschuldigt eine „Antisowjetische trotzkistische Militärorganisation“ in der Roten Armee gebildet zu haben sowie in geheimen Kontakten zu dem deutschen Generalstab und zu Leo Trotzki gestanden zu haben. Ziel ebendieser „staatsfeindlichen“ Organisation sei es gewesen, die sowjetische Regierung zu stürzen und wieder kapitalistische Verhältnisse im Land einzuführen. Die Angeklagten wurden zum Tode verurteilt und am 12. Juni 1937 hingerichtet.

Vor dem Hintergrund seiner Ausführungen zum „Budapester Sensationsprozesses“ gegen den ungarischen Außenminister Laslo Rajk im Jahre 1949 kam ein nicht namentlich genannter Leser des „Monat“ sowohl auf den grundsätzlichen Charakter und die spezielle sowjetische Technik der politischen Schauprozesse als auch auf die drei „großen“ Moskauer Schauprozesse zu sprechen. Für ihn stand fest, dass von vornherein beabsichtigt war, die Angeklagten zu verurteilen und dementsprechend auch „kein Beweismaterial“ zugelassen wurde, das möglicherweise die Anklage ins Wanken hätte bringen können. Gleichwohl ging es nach seinem Dafürhalten für die „Machthaber“, in erster Linie Stalin, nicht ausschließlich darum die Angeklagten respektive die „politischen Gegner“ physisch zu vernichten und moralisch zu diskreditieren. Sondern seiner Meinung nach waren die politischen Prozesse auch ein Mittel, „das Vorgehen der herrschenden Gruppe zu rechtfertigen und ihre Herrschaft über das Volk zu begründen.“ Im Zusammenhang mit der propagandistischen Funktion der Prozesse, d. h. als ein „Medium der Massensuggestion“, oder anders ausgedrückt, als ein Mittel der Beeinflussung der sowjetischen Bevölkerung, hieß es in dem anonymen Leserbrief weiter:

„Wenn die Verhandlung wie eine sorgfältig angelegte Theaterinszenierung in eine bestimmte Bahn gelenkt werden kann, wenn sie mit Hilfe von Film, Rundfunk und Presse auch den entlegensten Teilen des Landes zugänglich gemacht wird und das Nachrichtenmonopol der Regierung jeden Zweifel und jede Kritik an den Behauptungen der Anklage ausschaltet, dann bietet sich damit den Machthabern eine unvergleichliche Möglichkeit, das Volk von irgend

etwas zu überzeugen. (...) Die Propagandawirkung ist am größten, wenn der Angeklagte veranlaßt werden kann, mit der Staatsanwaltschaft zusammenzuarbeiten, denn Selbstbeschuldigungen besitzen die größte Überzeugungskraft. Verneinen die Hauptangeklagten die Beschuldigungen der Anklageschrift, so ist es wünschenswert, daß die Hauptzeugen der Anklagevertretung mit auf der Anklagebank sitzen und sich durch ihre Aussagen selbst belasten; es gehört zu den Aufgaben des Gerichts, diese Zeugen vor Widersprüchen im Kreuzverhör oder der Widerlegung ihrer Aussagen durch Behinderung, Ausschaltung oder Einschüchterung des Verteidigers und dessen Zeugen zu bewahren (...). Der Idealfall ist jedoch, wenn alle Angeklagten ohne Ausnahme ihre Schuld bekennen und sich kniefällig mit Selbsterniedrigungen überhäufen, wie im Moskauer Prozeß gegen Professor Ramzin und seine Industrie-Partei im Jahre 1930, oder 1936-38 in den Prozessen gegen die bolschewistische Garde. Diese gut dirigierten Schauspiele der Jämmerlichkeit überzeugten fast alle Kommunisten, viele Russen und selbst den damaligen amerikanischen Botschafter Joseph Davies. Der ‚Schattenprozeß‘ gegen Trotzki, der in Amerika vor einem Untersuchungsausschuß unter John Dewey geführt wurde, setzte die in den Prozessen gegen Sinowjew-Kamenew und Pjatokow-Radek vorgebrachten Beweise jedoch einer vernichtenden kritischen Analyse aus, die deutlich aufzeigte, daß ein Teil davon nach vernünftiger Betrachtung höchstwahrscheinlich falsch sein mußte. Der Bericht übt scharfe Kritik an dem Versagen von Anklagevertretung und Richtern, die Angeklagten und Zeugen auf fundamentale Widersprüche aufmerksam zu machen, welche nicht nur in den Aussagen selbst, sondern auch zwischen diesen Aussagen und allgemein bekannten Tatsachen oder den Erklärungen anderer Angeklagter und Zeugen bestanden.“¹⁵⁵²

Der anonyme Verfasser des Leserbriefes richtete in seinem Beitrag „Wie führt man Schauprozesse“ den Fokus auch auf die propagandistische Bedeutung der Schauprozesse und nahm in diesem Zusammenhang durchaus eine totalitarismustheoretische Perspektive ein.¹⁵⁵³ Wichtig war an seinen Ausführungen, dass sie zum Ausdruck brachten, erstens, dass zumindest in Teilen, besser, bei der kritischen zeitgenössischen Weltöffentlichkeit im Grunde genommen Klarheit darüber herrschte, dass die Moskauer Schauprozesse Inzenierungen waren, die von den Machthabern veranlasst wurden und das letzten Endes die gegen die Angeklagten vorgebrachten Anklagepunkte eine Farce waren.¹⁵⁵⁴ Zweitens, dass die Bedeutung der Schauprozesse auch und vor allem darin lag, der Partei und der sowjetischen Bevölkerung sozusagen „Schuldige“ zu präsentieren, und dass die Angeklagten, d. h. die „bolschewistische Garde“, ihre Schuld auch öffentlich zum Ausdruck brachten, genauer gesagt, sich zu ihrer Schuld auch bekannten.

¹⁵⁵² Wie führt man Schauprozesse?, in: Der Monat, Heft 14 (1949), 2. Jg., S. 217-219 (hier S. 217 f.).

¹⁵⁵³ Diese totalitarismustheoretische Perspektive wurde dadurch unterstrichen, dass der Verfasser sich auch ausdrücklich auf Hitlers Buch „Mein Kampf“ bezog; siehe ebenda, S. 218.

¹⁵⁵⁴ Zumal auf dem im Februar 1937 in New York unter der Leitung von John Dewey stattgefundenen „Gegenprozess“ bereits auf das falsche Anklagematerial und auf die zum Teil widersprüchliche und falsche Beweiskette des Gerichts insistierte. Vgl. hierzu die Ausführungen im Kapitel I.1.3. „Die Auseinandersetzung mit der Sowjetunion und der Spaltungsprozess in der amerikanischen Linken.“

Wie wurde nun im „Monat“ erklärt, dass die Angeklagten bereit waren in den drei „großen“ Moskauer Schauprozessen ihre „Rolle“ zu spielen und öffentlich gestanden, die angeblichen Verbrechen begangen zu haben? Wie wurde die Tatsache erklärt, dass die ehemaligen Gefährten Lenins und prominenten Altbolschewiki die gegen sie gerichteten Vorwürfe in den entscheidenden Punkten akzeptierten? Wie wurde der Zusammenhang mit den parallel in Gang gekommenen Säuberungsprozessen in der Partei, den Sicherheitsapparaten und der Roten Armee sowie dem Terror gegen die Bevölkerung in den Jahren 1936 bis 1938, kurz, der „Große Terror“, gesehen? Wie wurde in diesem Kontext die Verfolgungslogik des NKWD-Apparates beschrieben und analysiert?

Obwohl einige Beiträge im „Monat“ explizit und implizit diesen angesprochenen Fragekomplex thematisierten, soll im Folgenden ausschließlich eine einzige Veröffentlichung im Mittelpunkt stehen. Dieser eine Beitrag versuchte die aufgeworfenen Fragen zu beantworten und enthielt – idealtypisch gesprochen – die historisch-analytischen Erkenntnisse des „Monat“ zu dem Komplex. Er bündelte im Grunde genommen die historisch-analytischen (Forschungs-)Erkenntnisse zu dem facettenreichen Phänomen der „großen Tschistka“ der Jahre 1936-1938 im „Monat“ in dem hier zu Grunde liegenden Untersuchungszeitraum bis zum Jahre 1960.

Bei diesem Beitrag handelte es sich um die Veröffentlichung „Die Moskauer Geständnisse. Gedanken über Ketzerei und Opposition im totalen Staat“ von Melvin J. Lasky aus dem Jahre 1951. Es war die Rezension der im gleichen Jahr erschienenen bedeutenden Studie „Russian Purge and the Extraction of Confession“ der beiden ehemaligen Kommunisten F. Beck und W. Godin.¹⁵⁵⁵ Dieser Beitrag wurde auch unter totalitarismustheoretischer Perspektive geschrieben, da Lasky in diesem Zusammenhang beispielsweise einen Systemvergleich zwischen dem sowjetkommunistischen und nationalsozialistischen Totalitarismus und zudem einen ausdrücklichen Vergleich zwischen der Terrorpolitik Stalins und Hitlers anstellte (worauf hier allerdings nicht eingegangen wird).¹⁵⁵⁶ Im Folgenden geht es in erster Linie um das Referieren und vor allem das Zitieren der entscheidenden Passagen, in denen Lasky ausdrücklich auf den oben angesprochen

¹⁵⁵⁵ Melvin J. Lasky, Die Moskauer Geständnisse. Gedanken über Ketzerei und Opposition im totalen Staat, in: Der Monat, Heft 36 (1951), 3. Jg., S. 648-654; hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: F. Beck and W. Godin, Russian Purge and the Extraction of Confession, New York (o. J.).

¹⁵⁵⁶ Auf die totalitarismustheoretischen Reflexionen und Ausführungen sowie den Vergleich zwischen der Terrorpolitik Stalins und Hitlers von Lasky komme ich in dem Kapitel IV. 3. „Vergleichende Analyse der totalitären Herrschaftssysteme des Nationalsozialismus und des Sowjetkommunismus“ zu sprechen.

Fragekomplex im Kontext der sowjetischen Innenpolitik der Jahre 1936-1938 einging. Im Anschluss daran erfolgt eine kommentierende Einschätzung.

Vor dem Hintergrund der „großen Tschistka“ von 1936-1938 und Ausführungen über das persönliche Schicksal der beiden Autoren der Studie, die selber in diesem Kontext verhaftet wurden und im Moskauer NKWD-Gefängnis Lubjanka einsaßen, schrieb Lasky in seinen einleitenden Worten, dass Beck und Godin „das gedankenreichste und anregendste Buch geschrieben (haben), das bis zum heutigen Tag über Stalins politischen Terror erschienen ist.“ Weiter schrieb er an dieser Stelle:

„Es ist kein neuer Bericht von Folterung und glücklichem Entrinnen, sondern endlich einmal eine ernsthafte Anstrengung von seiten der Opfer, das geschichtliche Wesen der Vorgänge zu ergründen, in deren Strudel sie hineingerissen worden sind. Wenn dies, genau genommen, auch noch keine Geschichtsschreibung ist – aber wer hat schließlich die Möglichkeit in den Archiven des Kremls Forschung zu treiben – so ist es doch erstklassiger Journalismus und intelligente Sozialkritik. (...) Wie dem auch sei, hier ist jedenfalls der ganze Niederschlag unserer gegenwärtigen Einsicht in das Wesen des sowjetischen Totalitarismus.“¹⁵⁵⁷

Nach diesen einleitenden Sätzen zum Stellenwert der Studie von Beck und Godin vertrat Melvin J. Lasky die Auffassung, dass Sowjetrussland in den Jahren der „großen Säuberung“ unbestritten eine grundlegende Umwandlung durchgemacht hatte. Schätzungsweise 5 bis 10 Prozent der Bevölkerung, so Lasky,

„fielen in die Hände der Geheimpolizei. Eine ganze Generation von Führern – in der bolschewistischen Partei, in der Armee, in den Universitäten und den Laboratorien, in den Fabriken, in den Gewerkschaften, ja selbst innerhalb der Geheimpolizei – wurde physisch vernichtet. Der Alltag des Sowjetbürgers wurde zum Terror, zum traumatischen Schock. Kinder denunzierten ihre Eltern, prominente Männer gewannen plötzlich ihrem Lebenslauf neue Aspekte ab, Arbeiter versuchten, die Dnjepr-Brücken mit einem Gramm Arsenik in die Luft zu sprengen, verrückte Wissenschaftler versuchten künstliche Vulkane aus ihren Reagenzgläsern hervorzuzaubern, Kommissare des Forstwesens wurden liquidiert, weil sie zuviel Bäume gefällt (und damit den Wald zerstört) oder zu wenig Bäume gefällt (und damit den Besitz der früheren Eigentümer geschont) hatten; ein jüdischer Ingenieur wurde dabei ertappt, ein neues Institut mit einem Grundriß in Form eines halben Hakenkreuzes zu entwerfen! (...) War das ganze nur eine Methode, sich auf billige Weise Arbeitskräfte zu beschaffen? (Dagegen spricht, daß man erfahrene Ingenieure als ungelernete Arbeiter verwandte.) War es – damit klingt die mystische Note an – das aus der Religionsgeschichte wohlbekannte Phänomen, die wahren Gläubigen durch harte Erprobung zu ermitteln? (...)“

Oder, so fragte Lasky in diesem Zusammenhang weiter, war die *Tschistka* möglicherweise eine „ungestüme Kartharsis“, die einen „Elitewechsel“ aufrechterhalten sollte? Hierzu schrieb der Verfasser:

¹⁵⁵⁷ Melvin J. Lasky, Die Moskauer Geständnisse. Gedanken über Ketzerei und Opposition im totalen Staat, in: Der Monat, Heft 36 (1951), 3. Jg., S. 648 f.

„So kommen bei diesen Erklärungsversuchen Mosca, Pareto, Freud, Dostojewski nacheinander an die Reihe. Noch einfacher ist es natürlich, wenn man das Stichwort ‚Asien‘ wie eine Erleuchtung in die Diskussion wirft. Beck und Godin allerdings gehen auf den oberflächlichen Unfug von dem tatarischen Joch und dem Schrecklichen Iwan gar nicht erst ein (...).

So bleiben die Geschichte und die Soziologie. Eine geschichtliche Erklärung liefe auf die ‚bonapartistische Abrundung der persönlichen Macht Stalins‘ hinaus, in einer höfischen Atmosphäre, erstickt von einem ‚Cäsaren- und Verfolgungswahn‘.“

Lasky war der Auffassung, dass bei Stalin, im Unterschied zu historisch vergleichbaren Fällen, bei denen sich die politische Macht in den Händen einer einzigen Person konzentrierte – wie zum Beispiel beim „römischen Kaiser“ oder bei „Iwan dem Schrecklichen“ –, also bei Autokraten, die im Laufe ihrer Herrschaft akute Symptome eines „pathologischen Verfolgungswahns“ zeigten und „selbst den engsten Mitarbeitern zu mißtrauen begannen“, dieser Wahnsinn Methode hatte. „Das Pathologische daran“, so Lasky, „war nicht so sehr das Mißtrauen als der Haß und die Rachsucht, die Furcht vor einer Opposition, die Neigung zu einer gewalttätigen Autorität. Dazu kommt noch vermutlich ein gewisser Narzissmus à la Robespierre“.¹⁵⁵⁸

Stalins Misstrauen und seine pathologischen Eigenschaften reichten allerdings in den Augen von Lasky beim Versuch das Phänomen der „Großen Säuberung“ zu erklären nicht aus. In diesem Zusammenhang setzte sich Lasky ausführlich mit den „Geständnissen“ von Verhafteten des stalinistischen Terrors auseinander und lieferte implizit auch eine Erklärung für die Geständnisse der Angeklagten der drei Moskauer Schauprozesse sowie der Verhör- und Verfolgungspraxis respektive der paranoiden Terrorpraxis des NKWD-Apparates. Er schrieb:

„Unsere Anschauung über den historischen Verlauf dieser ‚zweiten sowjetischen Revolution‘ (d. h. der ‚Großen Säuberung‘; J. G.) wird schon lange durch das sogenannte Element des Geheimnisses getrübt, das den melodramatischen Bekenntnissen von Bucharin, Radek und den anderen zerbrochenen Geistern der alten bolschewistischen Garde anhaftet. Die Weltmeinung war angesichts der plötzlichen Tragödie erschüttert, durch den schnellen und schändlichen Fall der Großen in Verlegenheit gebracht. Sie ahnte nicht, daß selbst Geständnisse nicht länger mehr das private Eigentum eines menschlichen Gewissens, sondern ein Artikel geworden waren, den der Staat besitzen und rationieren konnte. Es gab Tausende und aber Tausende von Geständnissen. Beck und Godin sagen: ‚Eine Regel, die praktisch keine Ausnahmen kannte, war, daß kein Verhör ohne ein Geständnis des Angeklagten abgeschlossen werden durfte. Das Geständnis wurde damit zum alleinigen Zweck des Ausfragens...‘ Die dabei angewandte Technik war nach dem überreichlichen Beweismaterial, das wir in den letzten Jahren kennengelernt haben, eine Frage zweiter Ordnung. In extremen Fällen verwandte man die guten alten Mittel des ‚dritten Grades‘: Schläge, Folterungen, grelles Lampenlicht; meistens aber genügten unabsehbar lange Verhöre ohne die Möglichkeit

¹⁵⁵⁸ Ebenda, S. 649.

des Schlafes und unter denkbar unbequemen Bedingungen, um den physischen und geistigen Zusammenbruch herbeizuführen. Die glänzendsten Resultate wurden mit dem erreicht, was in der NKWD-Terminologie als ‚kulturelle Methode‘ bezeichnet wird. Hierbei brachte es Überredung ohne jede Gewaltanwendung fertig, freiwillige Schuldbekennnisse zutage zu fördern, manchmal aus Furcht, manchmal auch aus Hoffnung; am bezeichnendsten vielleicht aus einer dialektischen Ergebenheit für die Parteilinie, die in einem Rest von Fanatismus verwurzelt war, einem abscheulichen Zynismus und einem niederschmetternden Schuldgefühl.¹⁵⁵⁹

Und Melvin J. Lasky schrieb wie folgt weiter:

„Ein ‚loyaler sowjetischer Gelehrter‘ gab, nach dem Bericht unserer Autoren, in seiner Zelle diesen Erklärungsversuch:

„Ich war innerlich auf die Verhaftung schon vorbereitet. Warum? Weil ich, wie alle anderen Sowjetbürger, mit mir das Schuldgefühl herumtrug, eine unerklärliche Empfindung der Sünde, ein vages unbestimmtes Gefühl, etwas Verbotenes getan zu haben, verbunden mit einer tief in mir sitzenden Erwartung der unvermeidlichen Bestrafung...“

Revolutionen haben oft schon ihre eigenen Kinder verschlungen, doch nie zuvor in der Geschichte haben die Opfer sich selbst als die enthusiastischen Anhänger dieses Kindermords bekannt. Arthur Koestler und Viktor Serge haben in ihren meisterhaften Romanen diese Logik der Unterwerfung unter die Staatsautorität, aus einer Parteiverbundenheit und revolutionären Disziplin heraus, sehr wirkungsvoll dargestellt. Diese Unterwerfung ist der Form nach zwar logisch, aber inhaltlich geradezu grotesk. Legenden, Lügen, freie Erfindungen, wahre Münchhausiaden waren an der Tagesordnung, nachdem sogar die dichterische Phantasie mit in den verschlungenen Prozeß eingeschaltet worden war. Man hat tatsächlich von der Entwicklung ‚wahrer Künstler und Spezialisten auf diesem Gebiet‘ berichtet, die ‚der Untersuchungsrichter häufig von Zelle zu Zelle versetzte, um den anderen bei der Abfassung ihrer Geständnisse behilflich zu sein‘. Es bedeutete den Anfang einer neueren und höheren Scholastik, einer Art bolschewistischer Kasuistik, wobei das Regime sich allerdings vorbehielt, unaufgeforderte Beiträge dem Autor zurückzuschicken: es entschied selbst über den Maßstab, an dem ‚brauchbare Geständnisse‘ gemessen wurden. Beck und Godin bemerkten dazu trocken, daß ‚von seiten des Angeklagten oft große Überredungskünste notwendig waren, um den Untersuchungsrichter von der Ernsthaftigkeit und Gewichtigkeit einer erdachten Spionagegeschichte zu überzeugen, und ihn dazu zu bringen, sie zu akzeptieren...‘¹⁵⁶⁰

Für Melvin J. Lasky bestand das Geheimnis weniger in der Frage, weshalb die Opfer des stalinistischen Terrors Geständnisse ablegten, sondern in erster Linie darin, „warum man

¹⁵⁵⁹ In einer Fußnote, ebenda, S. 650, hieß es bei Melvin J. Lasky in diesem Zusammenhang: „Louis Fischer schreibt in seinem Buch ‚*Men and Politics*‘ (New York 1941) in der Erinnerung an jene Moskauer Tage: ‚Die Moskauer Prozesse mit ihren Geständnissen waren nur die sensationelle, schlaglichtartig hervortretende Ausformung eines alltäglichen Phänomens der sowjetischen Wirklichkeit, und sie können nur vor dem Hintergrund dieses Alltags richtig verstanden werden. Millionen von Sowjetbürgern leben Tag für Tag in der Lüge, um ihr Leben und ihren Broterwerb zu bewahren. Sie machen Tag für Tag falsche Geständnisse, sie sprechen Lügen, schreiben Lügen. Sie lügen sich gegenseitig an, und jeder weiß es vom anderen. Sie belügen sich sogar selbst und gewöhnen sich daran. Sie verlieren ihre Illusionen und unterwerfen sich dem alleinigen zynischen Ziel der Selbsterhaltung, bis einmal bessere Tage gekommen sind. Diese Abtötung des Charakters, diese Vernichtung der Persönlichkeit ist die Hauptwaffe der Diktatur, die sie niemals außer acht läßt...“

¹⁵⁶⁰ Ebenda, S. 650.

diese Geständnisse von ihnen verlangte“. Stalin persönlich hatte im Jahre 1937 öffentlich seinen „Wunsch unterstrichen“, so Lasky, dass „man ‚an jeden einzelnen Fall in individueller Weise‘ herantrete, statt eine ‚Massen-Hexenjagd‘ zu veranstalten.“ Aus diesem Grund wurde vom NKWD verlangt, einen „deutlichen Schuldbeweis“ in jedem „einzelnen Fall“ zu liefern. „Das könnte auf das Widerstreben der Sowjets zurückzuführen sein,“ so Lasky,

„die Revolution als etwas ‚Unvollendetes‘ zu betrachten; anzuerkennen, daß es noch immer ganze Gruppen und Schichten der Bevölkerung gab, die noch nicht in das Gesamtbild einer neuen und besseren Welt einbezogen waren. Jedenfalls war es nicht, wie Beck und Godin sich (...) vorstellen, nur für den ‚Auslandskonsum‘ oder zur Befriedigung eines ‚ideologischen Gerechtigkeitssinnes‘ des Volkes bestimmt. Die Welt außerhalb der Sowjetunion war imstande festzustellen, ob ein bestimmtes Hotel in Kopenhagen tatsächlich existierte oder nicht (das Hotel Bristol, der angebliche Treffpunkt der Moskauer Verschwörung, war schon lange vor dem fraglichen Zeitpunkt einem Feuer zum Opfer gefallen), oder ob ein Flugzeug an einem bestimmten Datum in Oslo angekommen war (Trotzki sollte gewisse geheimnisvolle Flugreisende an einem Wintertag empfangen haben, an dem nicht ein einziges Flugfeld in Norwegen operationsfähig war). Die Welt außerhalb der Sowjetunion konnte also mit Leichtigkeit das dünne Gespinnst dieser künstlichen Beweisführung durchschauen. Auf der anderen Seite konnte man von einem Sowjetbürger, der selbst einen Freund oder einen Verwandten irgendwo im Gefängnis hatte, kaum erwarten, daß er die Angelegenheit als glaubhaft betrachtete.“

Auch wenn Lasky einräumte, dass die Polizei das Bedürfnis hatte, „ihr Verfahren zu rechtfertigen, ihm irgendeinen legalen Anschein“ zu geben, so wäre seiner Ansicht nach immer noch die Möglichkeit geblieben,

„Hitlers Beispiel zu folgen und die sogenannten Verbrechen einfach durch eine rückwirkende Gesetzgebung zu solchen zu machen. Eine so simple Maßnahme würde doch schon den Hunger nach Konsequenz, nach ‚Stimmigkeit‘ befriedigt haben, den Hannah Arendt als ein Hauptcharakteristikum der totalitären Welt unterstrichen hat. Wie kam es nur, daß man durchaus Geständnisse, nicht weniger und nicht mehr als Geständnisse haben wollte, daß man Geständnisse sowohl als unentbehrlich wie als absolut zwingend empfand?“

Vor dem Hintergrund des Versuches der beiden Autoren der Studie „Russian Purge and the Extraction of Confession“, F. Beck und W. Godin, im Hinblick auf die Auseinandersetzung mit dem psychologischen und politischen Phänomen der „Geständnisse“ nach historischen Parallelen zu suchen, führte Lasky unter anderem aus:

„Dabei sind sie auf die Inquisition gestoßen und auf das berühmte Handbuch ‚*Malleus Maleficarum*‘ aus dem 15. Jahrhundert, das genaueste Instruktionen für Verhöre und die Erzwingung von Geständnissen enthält. Das ist soweit richtig, doch muß dabei beachtet werden, daß die Prozesse der Inquisition sich im Rahmen der Kirche vollzogen, in der das Geständnis bzw. die Beichte eine feste Institution, eine wohlerprobte Verhaltensweise des Gläubigen war. Die Beichte war nicht unerläßlich; wenn sie abgelegt wurde, diente sie dazu, den Sünder zurück in den Schoß der Heiligen Kirche und in die Glaubensgemeinschaft zu führen, und errettete damit sowohl seinen Leib wie seine Seele. Stalins Inquisition

unterscheidet sich Punkt für Punkt von der kirchlichen, ja sie ist ihr z. T. diametral entgegengesetzt.¹⁵⁶¹

Melvin J. Lasky zufolge war es bei der Beantwortung der Frage, „weshalb sich das NKWD mit der Erzwingung von Geständnissen solche Mühe“ machte, ergiebiger eine Analogie zum Jakobinertum zu machen, „vielleicht gerade darum, weil sie nicht gleich in allen Punkten stimmt.“ Dazu schrieb er:

„Die ‚*Loi sur les gens suspects*‘, derzufolge alle gefährlichen Elemente ohne weiteres guillotiniert werden konnten, war zu dem Zweck geschaffen worden, den weiteren Vormarsch der Französischen Revolution zu schützen. Die Moskauer Prozesse dagegen, denen zufolge alle – und nicht nur die gefährlichen – Elemente ihre eigene Schuld zu proklamieren hatten, waren dazu bestimmt, den geistigen Krankheitszustand des stalinistischen Staates zu schützen, d. h. aufrechtzuerhalten. Man erkennt hier den Unterschied zwischen den gewalttätigen Repressalien eines geschlossenen totalitären Regimes und dem Terror einer noch offenen revolutionären Ordnung. Die revolutionären Terroristen akzeptieren das Vorhandensein einer Opposition, sie erkennen ihre Feinde, bekämpfen sie und beseitigen sie. (...) Die Revolution brauchte einfach ihre Feinde, und der Terror etablierte sich niemals fest genug, um sich den dämonischen Luxus zu erlauben, ihr Vorhandensein abzustreiten. Der Bolschewismus hat in seiner eigenen offenen Epoche in der Zeit der deutlich sichtbaren Klassengegensätze zu Aristokraten, Weißgardisten, ja selbst Kulaken – sich genau so verhalten. Die Feinde wurden bekämpft und ausgeschaltet, nicht betrogen und weggezaubert. Künstliche Bekenntnisse waren nicht erforderlich und niemand wollte sie haben. Das revolutionäre Vorwärtstreiben verlangte im Gegenteil nach Opfern von gegenteiliger politischer Meinung; in der Arena der politischen Auseinandersetzung waren Gegner noch etwas Legitimes. Unter dem totalitären Regime, unter dem die Politik selbst gleichsam liquidiert worden ist, müssen die Feinde in den Pferch der offiziellen Gesellschaft zurückgebracht werden und wieder ein Teil derselben werden, müssen sie bereuen und völlig resorbiert werden. Das Totalitäre duldet nichts außerhalb seiner selbst. Die ganze Politik, das ganze Leben ist unter ein einziges Dach gebracht. Es ist das strengste Patriarchat, das die Geschichte gekannt hat, eine völlig abgeschlossene Familie, in der es keinen Verlorenen Sohn geben kann, sondern nur einen alles umfassenden Vater und das nahtlose Gewand seiner Macht und seiner Liebe.“¹⁵⁶²

Warum die Angeklagten in den eher eine „Justizkomödie“ (Alexander Orlow) gleichenden Moskauer Schauprozessen öffentlich die „Geständnisse“ ablegten, erklärte Melvin J. Lasky mit den zum damaligen Zeitpunkt überzeugenden Argumenten; nicht zuletzt ausdrücklich auf der Grundlage der beiden sogenannten „meisterhaften Romanen“ von Arthur Koestler und Viktor Serge. Die beiden Renegaten – Koestler in seinem 1940 erschienenen Buch „Darkness at Noon“ (dt: „Sonnenfinsternis“) und Serge in seinem 1950 veröffentlichten Buch „Die große

¹⁵⁶¹ Ebenda, S. 651. In einer Fußnote erfolgte der Hinweis, dass die Autoren sich bei dem o. g. Handbuch auf folgende Ausgabe stützten: Sprenger und Institoris. „*Malleus Maleficarum. Der Hexenhammer*“, Berlin 1906.

¹⁵⁶² Ebenda, S. 652.

Ernüchterung. Der Fall Tulajew¹⁵⁶³ –, interpretierten die „freiwilligen Schuldbekennnisse“ auch und vor allem damit, dass die ehemaligen Gefährten Lenins auf der Basis der kommunistischen Ideologie und der revolutionären Disziplin, die Geständnisse einerseits sozusagen freiwillig als „letzten Dienst“ für die zum „Über-Ich“ geronnenen Partei und für die Sowjetunion geleistet hatten. Andererseits vermutete bereits Arthur Koestler, dass die Geständnisse höchstwahrscheinlich mit extremer physischer Gewalt „erpresst“ wurden und mithin keineswegs nur „freiwillig“ erfolgten. Folglich ging Lasky zu Recht davon aus, dass aller Voraussicht nach in „extremen Fällen“ die Geständnisse vor allem mit ganz speziellen NKWD-Methoden erzwungen wurden,¹⁵⁶⁴ d. h. neben den Folterungen und Schlägen, mit tagelangen Verhören am „laufenden Band“ bei Schlafentzug sowie der „Stehfolter, dem sogenannten „Konveyer“ (Alexander Weissberg-Cybulski).¹⁵⁶⁵

Vor dem Hintergrund der zeitgenössischen Erkenntnisse über das kommunistische Herrschaftssystem unter Stalin im Allgemeinen und der großen Tschistka von 1936-1938 im Besonderen gelangten Lasky hierbei substantielle Einsichten. So stellte er zu recht fest, dass sich der von Stalin initiierte „Große Terror“ in den Jahren 1936 bis 1938 keineswegs nur gegen die „ganze Generation von Führern“ in der Partei, die Armee und die Geheimpolizei richtete und sie – zumindest in Teilen – „physisch vernichtet“ wurden, sondern dass letzten Endes sämtliche staatlichen Einrichtungen von der „großen Säuberung“ betroffen waren (u. a. Universitäten, Gewerkschaften, Fabriken) und der stalinistische Terror auch die sowjetische Bevölkerung erfasste.¹⁵⁶⁶ Zudem beschrieb Lasky implizit wie der stalinistische Terror auch funktionierte, indem nämlich unter anderem durch den permanenten politischen Terror des NKWD ein gesellschaftliches Klima erzeugt wurde, das dazu führte, dass jeder Bürger verdächtigt und zum „Feind“ der Sowjetunion erklärt werden konnte und im Grunde genommen der gesamte „Alltag des Sowjetbürgers“ von einer „Feindobsession“ bzw. „Feindparanoia“ infiziert war. Daraus folgte, wie Lasky zu Recht feststellte, dass der Terror

¹⁵⁶³ Vgl. hierzu besonders Ernest J. Salter, Der Fall Tulajew, in: Der Monat, Heft 19 (1950), 2. Jg., S. 81-84; hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: Victor Serge, Die große Ernüchterung – Der Fall Tulajew, Hamburg 1950.

¹⁵⁶⁴ So auch die Beurteilung von Ruth Fischer, Tito und Trotzki. Der Unabhängigkeitskampf der kommunistischen Parteien, in: Der Monat, Heft 16 (1950), 2. Jg., S. 402.

¹⁵⁶⁵ Vgl. hierzu im Einzelnen Alexander Weissberg-Cybulski. Das Grosse Verhör. Aus der Praxis des NKWD, in: Der Monat, Heft 35 (1951), 3. Jg., S. 490-502; hierbei handelte es sich um einen „Vorabdruck“ aus seinem Buch „Hexensabbath“, das kurz darauf, so die redaktionelle Mitteilung auf S. 490, im Verlag der Frankfurter Hefte „erscheinen wird“.

¹⁵⁶⁶ Vgl. hierzu auch den Hinweis, dass in den Jahren des „Großen Terrors“ Millionen „einfacher Menschen“ verhaftet wurden und in den Gefängnissen sowie den Zwangsarbeitslager „verschwanden“, in: Ernest J. Salter, Gefängnis der Völker, in: Der Monat, Heft 24 (1950), 2. Jg., S. 600-603 (hier S. 602); hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: Ellinor Lipper, Elf Jahre in sowjetischen Gefängnissen und Lagern, Zürich 1950.

auch dadurch in Gang gehalten wurde, dass zum Beispiel Kinder ihre Eltern „denunzierten“ und der Geheimpolizei auslieferten. Anders ausgedrückt: der stalinistische Terror im Allgemeinen und die Irrealität der stalinistischen Justizphantasien, die Fiktionalität ihrer Feindbilder und Verschwörungssyndrome in den Moskauer Prozessen im Besonderen waren vor dem Hintergrund einer „totalitären“ sowjetischen Wirklichkeit zu verstehen; wie es der amerikanische Journalist Louis Fischer richtig konstatierte, auf den sich Lasky in der zitierten Fußnote stützte. Der stalinistische Terror führte nämlich zu einer panikartigen Angst in der sowjetischen Bevölkerung und zu jener „Atomisierung“, die von Hannah Arendt als sogenannte „Massengesellschaft terrorisierter und isolierter Individuen“ beschrieben und analysiert wurde,¹⁵⁶⁷ die wiederum die gegenseitige Denunziation unter den sowjetischen Bürgern beförderte. Damit beschrieb Lasky eine „totalitäre Welt“, die starke Parallelen aufwies zu den Bedingungen, unter denen zum Beispiel die Mitglieder der KPD in Moskau lebten. Angesichts der in Gang gekommenen „Parteisäuberung“ und des scheinbar willkürlichen Charakters des NKWD-Terrors, breitete sich unter anderem bei den im „Hotel Lux“ versammelten deutschen Kommunisten eine Wachsamkeitsparanoia aus, die zur Folge hatte, den „Feind“ in den eigenen Reihen zu suchen, so dass sich in vielen Fällen die Politemigranten gegenseitig denunzierten und ans „Messer“ lieferten und mithin dazu beitrugen die Spirale des Terrors zu erhöhen. Angesichts des sich radikalisierenden Verdachtsprinzips „guilty by association“ führte dies während der stalinistischen Säuberungen sowohl unter den deutschen Kommunisten als auch unter den Funktionären der Komintern und einzelner KPs in Moskau zu der bereits angesprochenen „Atomisierung“ terrorisierter Parteimitglieder, zum Abbruch der privaten Kontakte¹⁵⁶⁸ und zu gegenseitigen Denunziationen.¹⁵⁶⁹ Mit der Denunziation von Genossen, Freunden und sogar eigenen Familienmitglieder wurde die totale Treue gegenüber Partei und Staat angezeigt. Hannah Arendt kam im Zusammenhang der Atomisierungsmechanismen und Unterwerfungszwänge, die von ihr als „zentrales Konstituens“ der Sowjetgesellschaft betrachtet wurde, auch und vor allem auf die zentrale Rolle der Denunziation zu sprechen:

„Sobald gegen jemanden Anklage erhoben wird, müssen sich seine Freunde über Nacht in seine erbittertsten und gefährlichsten Feinde verwandeln, weil sie nur dadurch, daß sie ihn denunzieren und dabei helfen, das Aktenstück der Polizei und der Staatsanwaltschaft gehörig anzureichern, sich ihrer eigenen Haut wehren können; da es sich bei den Anklagen im allgemeinen um nichtexistente Verbrechen handelt, braucht man gerade sie, um den

¹⁵⁶⁷ Hannah Arendt, *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, S. 522.

¹⁵⁶⁸ Vgl. exemplarisch für die totalitäre Atmosphäre im „Hotel Lux“ die Ausführungen von Margarete Buber-Neumann, *Von Potsdam nach. Stationen eines Irrweges*, a.a.O., S. 423-444.

¹⁵⁶⁹ Vgl. hierzu Alexander Orlov, *Kreml-Geheimnisse*, Würzburg 1953, S. 245-249.

Indizienbeweis zu erbringen. Während der großen Säuberungswellen gibt es überhaupt nur ein Mittel, die eigene Zuverlässigkeit zu beweisen, und das ist die Denunziation seiner Freunde.¹⁵⁷⁰

Zu Recht erklärte Lasky das Funktionieren der Terrormaschine in den Jahren 1936 bis 1938 auch durch einen im Grunde genommen paranoiden Verfolgungswahn Stalins, d. h. aus seiner krankhaften „Rachsucht“ und „Furcht vor einer Opposition“. Der unumstrittene Führer des sowjetischen Einparteienregimes ließ als „Dirigent“ nach dem „Kirow-Mord“ unter anderem durch die drei Moskauer Schauprozesse nicht nur ehemalige Gegenspieler seines früheren politischen Kurs – also Führer der sogenannten linken und rechten Opposition – liquidieren, sondern – wie zum Beispiel im Prozess gegen Tuchatschewski und sieben weitere führende Generäle der Roten Armee – aus Furcht vor einer potentiellen Opposition¹⁵⁷¹ gegen seine favorisierte zukünftige Politik auch seine „potentiellen Widersacher“.¹⁵⁷² Die Große Säuberung von 1936 bis 1938 hatte auch zum Ziel, die frühere gesellschaftliche und politische Elite des Landes, d. h. die alte Garde Lenins, auszuschalten und zu liquidieren, um sie durch die neuen Gefolgsleute Stalins zu ersetzen. An die Stelle der Altbolschewiken, denen Stalin stets mißtrauisch gegenüberstand, trat eine sozusagen neue, jüngere Generation von Funktionären in der Partei, in der Armee und in den Sicherheitsapparaten des NKWD.¹⁵⁷³

Laskys Blick auf den politischen Terror der Jahre 1936 bis 1938 – der zum Synonym für den Terror unter Stalin wurde – war, wie erwähnt, durch die totalitarismustheoretische „Brille“ geschärft. Hiernach war der stalinistische Terror in diesen Jahren für ihn durch den permanenten, d. h. totalitären Charakter bestimmt; mit Franz Borkenau gesprochen: Der Terror des Regimes wurde eine „dauernde Institution“.¹⁵⁷⁴ Hierbei gelang Lasky vor dem Hintergrund des Versuches, die politische Bedeutung des Phänomens der „Moskauer Geständnisse“ zu erklären, fundierte Einsichten in die sowjetische „Terror-Realität“. Anders ausgedrückt: Der Text vermittelte explizit und implizit eine Ahnung in die dem Terror zu Grunde liegende, nicht zuletzt auf einer „totalitären Fiktion“ beruhenden Verfolgungslogik und Verhaftungspraxis des NKWD. Lasky beleuchtete den Massenterror in den Jahren 1936 bis 1938 aus guten Gründen aus dem Kontext von „Ideologie und Terror“ (Hannah Arendt)

¹⁵⁷⁰ Hannah Arendt, *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, S. 523 f.

¹⁵⁷¹ Vgl. S. K., *Tuchatschewski und der ‚20. Juli‘*, in: *Der Monat*, Heft 18 (1950), 2. Jg., S. 670.

¹⁵⁷² So Wanda Bronska-Pampuch, *„Kein Tatbestand“*. Gedanken beim Anblick meines Rehabilitierungsbescheides, in: *Der Monat*, Heft 106 (1957), 9. Jg., S. 13-17 (hier S. 14).

¹⁵⁷³ Vgl. unter diesem Aspekt den Beitrag: Boris Meissner, *Das Generationsproblem im Kreml*, in: *Der Monat*, Heft 57 (1953), 5. Jg., S. 322-329.

¹⁵⁷⁴ Franz Borkenau, *Stalin im Schafspelz*, in: *Der Monat*, Heft 14 (1949), 2. Jg., S. 205.

heraus. In den drei Moskauer Schauprozessen wurden nämlich die Angeklagten seitens des Staatsanwaltes Wyschinski mit dem Vorwurf konfrontiert, einen „konterrevolutionären-antisowjetischen-terroristischen-trotzkistischen Block“ gebildet zu haben. Diese fiktive Bechuldigung tauchte in jeweils modifizierter Form in den einzelnen Anklageschriften auf. In der immer wieder kehrenden Formel einer „Verbindung“ zum „Ausland“ und zu dem „Verräter“ Trotzki wurde ein Verschwörungskonstrukt geschaffen, dass Stalin und dem NKWD ermöglichte, den „inneren“ und den „äußeren“ Feind zu einem Amalgam zu verknüpfen – analog zur französischen Revolution, wo dies unter Robespierre zum ideologischen Instrumentarium des (nichttotalitären) Terrors und als „Emanation der Tugend“ gerechtfertigt wurde.¹⁵⁷⁵ Nicht zuletzt mit den „erpressten“ Geständnissen der Angeklagten wurde eine Verfolgungs- und Verhaftungspraxis nicht nur in Gang gebracht, sondern sozusagen auf Dauer gestellt, d. h. der Terror wurde permanent. Die Geständnisse dienten – ähnlich wie in der Praxis der Inquisition und der Hexenverfolgung – in diesen wie in zahlreichen anderen Fällen dem NKWD dazu, neue fiktive Verbindungen zwischen den schon zum Tode Verurteilten und „neuen“ Beschuldigten zu konstruieren. Aus diesem Grund verlangte das NKWD, so wie es Stalin 1937 öffentlich gefordert hatte, in jedem einzelnen Fall einen „deutlichen Schuldbeweis“ (Lasky) in Form eines Geständnisses. Vor dem Hintergrund dessen, was Lasky als „Hunger nach Konsequenz, nach ‚Stimmigkeit‘“ bezeichnete, entstand aus dem Konstrukt der fiktiven Verbindung auf der Grundlage der „Kontaktschuld“ eine Terror-Logik, die Hannah Arendt als ein selbstreferentielles Prinzip der sowjetischen Verfolgungsapparate beschrieb:

„Der moderne Traum der technisierten Polizei unter totalitären Bedingungen ist ungleich fruchtbarer; sie träumt davon, mit einem Blick auf der Riesenkarte der Bürowand ausfindig machen zu können, wer zu wem Beziehungen hat; und dieser Traum ist grundsätzlich nicht unerfüllbar, er ist nur etwas schwierig in seiner technischen Ausführbarkeit. (...) Die russische Geheimpolizei ist, wenn man den Berichten verhafteter NKWD-Beamten trauen darf, diesem Ideal totaler Herrschaft bereits recht nahe gekommen. Die Polizei besitzt geheime Aktenstücke von jedem Einwohner des Reichen; in diesem sind vor allem die vielfältigen Beziehungen, die zwischen Menschen existieren, von der zufälligen Bekanntschaft über wirkliche Freundschaften zu den Familienbeziehungen sorgfältig notiert; denn nur um solche Beziehungen festzustellen, werden die Angeklagten, deren ‚Verbrechen‘ ja bereits vor der Verhaftung ‚objektiv‘ festgestellt sind, eingehend verhört.“¹⁵⁷⁶

Worauf Melvin J. Lasky in seinem Rezensionssatz nicht einging, war die sich aufdrängende Frage, wodurch die „Große Säuberung“ in den Jahren 1936 bis 1938 eingeleitet

¹⁵⁷⁵ Vgl. hierzu Nigel Balchin, Robespierre, in: Der Monat, Heft 35 (1951), 3. Jg., S. 503-512 sowie Hans Kohn, Ein Vorspiel zum totalitären Terror, in: ebenda, S. 512-518.

¹⁵⁷⁶ Hannah Arendt, Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, S. 670.

wurde. Den Nachweis für die Genesis der gesamten Geschichte der sogenannten „Jeschowtschina“ glaubte wiederum Boris Nicolaevsky im „Monat“ präsentieren zu können. Seiner Auffassung nach schien das – im Zuge der Veröffentlichung des „Geheimberichts“ von Chruschtschow im Jahre 1956 ans Licht gekommene – gemeinsame Telegramm von Stalin und vom Leningrader Parteichefs Andrej Schdanow vom 25. September 1936 aus Sotschi (Stalins Urlaubsort; J. G.), das entscheidende Dokument darzustellen. Vor dem Hintergrund der zweijährigen stalinistischen Säuberung schrieb Nicolaevsky: „In jenem Telegramm aus Sotschi hieß es, daß Jagoda, der damalige NKWD-Chef, ‚sich als unfähig erwiesen habe, den Trotzki-Sinowjew-Block zu entlarven‘ und daher durch Nikolai Jeschow zu ersetzen sei.“ Der Autor weiter: „Einen Tag nach der Absendung des Telegramms wurde Jeschows Ernennung durch ein Dekret des Präsidiums des Obersten Sowjets bekanntgegeben (...), und die ‚Jeschowtschina‘ hatte begonnen.“¹⁵⁷⁷

Bemerkenswerterweise ging Melvin J. Lasky auch nicht auf die Tatsache ein, dass im Kontext der von Stalin in Gang gebrachten Säuberung ebenjener von Boris Nicolaevsky genannte Chef des NKWD-Apparates, Henri Jagoda, im Jahre Oktober 1936 selbst Opfer des grassierenden radikalen Terrors wurde. Jagoda, der qua Funktion unter anderem auch Chef des sowjetischen Konzentrationslagersystems war und somit zentrale Verantwortung hatte für die rasant wachsende Zwangsarbeit und den Masseneinsatz von Häftlingen im Kontext des Ersten Fünfjahresplanes bzw. der Stalinschen industriellen Großbauprojekte, wurde nämlich, nach dem er die Untersuchung des „Kirow-Falles“ mit Stalin höchstpersönlich leitete – und in deren Zuge das „Leningrader-Zentrum“ um Sinowjew, Kamenew und andere führende Bolschewiki willkürlich verhaftet wurden – auch mit der Vorbereitung und Durchführung des ersten Moskauer Schauprozesses im August 1936 beauftragt, der bekanntlich mit der Verurteilung der Angeklagten zum Tode endete. Auch wenn es sicherlich zum damaligen Zeitpunkt keine eindeutigen „Antworten“ für die Gründe gab, die Stalin veranlassten Jagoda nach dem ersten Moskauer Prozess – dessen Ende die Spirale der Parteisäuberung und des Terrors gegen die sowjetische Bevölkerung beschleunigte – zu verhaften und durch Jeschow zu ersetzen, gab es auf der Basis der zeitgenössischen Forschung der 1950er Jahre durchaus Anhaltspunkte: So ging beispielsweise Alexander Orlow in seinem 1953 erschienenen Buch „Kreml-Geheimnisse“ von der These aus, dass Stalin Jagoda (und im Laufe der Zeit hunderte seiner engsten Mitarbeiter in der Zentrale und den regionalen „Zweigstellen“ des NKWD-Apparates) aus dem Grund verhaften – und nach dem Jagoda im dritten Moskauer

¹⁵⁷⁷ Boris Nicolaevsky, Was Chruschtschow verschwieg, in: Der Monat, Heft 95 (1956), 8. Jg., S. 80.

Schauprozess 1938 selber auf der Anklagebank saß und sozusagen seine ihm zugedachte „Rolle“ spielen musste –, verurteilen und anschließend umbringen ließ, um „Spuren“ zu verschwischen. Das will heißen: Stalin hatte der durchaus plausiblen Argumentation Orlows zufolge den Beschluss gefasst, die führenden Männer des NKWD sowie leitende Untersuchungsrichter als „unerwünschte Zeugen seiner Verbrechen und als seine unmittelbaren Helfershelfer in der Justizkomödie gegen die alte Garde Lenins“ nach dem ersten Moskauer Prozess „aus dem Wege zu räumen“, und anschließend durch seinen „Günstling“ Jeschow und dessen persönlichen mehrere hundert personenstarken „Mitarbeiterstab“ zu ersetzen.¹⁵⁷⁸

Des Weiteren beleuchtete Lasky drei weitere wichtige historische Details und Aspekte nicht: Erstens, ob Stalin nicht die drei öffentlichen Moskauer Schauprozesse initiierte, um mit der „Vorführung“ und Verurteilung prominenter Parteifunktionäre der sowjetischen Bevölkerung gewissermaßen Sündenböcke, also „Schuldige“, zu liefern für eine katastrophale Wirtschaftspolitik, die – wie gezeigt – nicht zuletzt mit Millionen von Toten und dem „Sklavenheer“ in den Konzentrationslagern sowie mit Armut und Hunger im ganzen Land verbunden war, die vor allem im Kontext des allgegenwärtigen staatlichen Terrors eine Unzufriedenheit in der sowjetischen Bevölkerung zur Folge hatte, die aus der Perspektive Stalins zweifelsohne eine Bedrohung für das kommunistische Herrschaftssystem darstellte;¹⁵⁷⁹ zweitens, dass nach dem Ende des ersten Moskauer Prozesses im August 1936 die in der Sowjetunion noch unter der Leitung Jagodas in Gang gekommene Säuberung der Partei und der staatlichen Sicherheitsorgane zeitlich koinzidierte mit Stalins Terror in den „Anti-Franco-Einheiten“ im spanischen Bürgerkrieg;¹⁵⁸⁰ drittens, dass nach dem Ende des zweiten Moskauer Prozesses im Januar 1937 nach einigen Monaten Jagodas Nachfolger, Jeschow, den Befehl zur „Rückberufung“ führender NKWD-Beamter im Ausland in die Lubjanka, dem Sitz und Untersuchungsgefängnis der NKWD-Zentrale, gab (von den schätzungsweise vierzig Beamten erkannten im Sommer 1937 indes nur einige wenige Jeschows „Falle“ und weigerten sich in die Moskauer Zentrale zurückzukehren: unter ihnen beispielsweise einer der ranghöchsten im „Westen“ eingesetzten sowjetischen Agenten des

¹⁵⁷⁸ Vgl. im Einzelnen Alexander Orlow, *Kreml-Geheimnisse*, S. 252-254; S. 259 f.; S. 350-352 (Zitat auf S. 252).

¹⁵⁷⁹ Vgl. hierzu die luziden Ausführungen des ehemaligen sowjetischen Diplomaten und Chef der Gegenspionage Alexander Orlow, der lange Jahre als Mitarbeiter der Moskauer Zentrale des Geheimdienstapparates fungierte, in: ebenda S. 341-349.

¹⁵⁸⁰ Vgl. ausführlich W. G. Krivitsky, *Ich war in Stalins Dienst!*, Amsterdam 1940, S. 92-133.

NKWD, Ignaz Reiss, der kurz darauf als „Verräter“ in Lausanne von Jeschows Mitarbeitern „umgebracht“ (Alexander Orlow) wurde.¹⁵⁸¹

Aus guten Gründen warf Melvin J. Lasky in seinem Rezensionenbeitrag auch die Frage auf, inwiefern die stalinistische Säuberung in den Jahren 1936 bis 1938 eine Methode war, mit der der sowjetische Staat sich auf „billige Weise Arbeitskräfte“ beschaffte. Allerdings wurde von ihm zu Unrecht der ökonomische Aspekt der von Stalin in Gang gebrachten „Tschistka“ heruntergespielt. Denn schätzungsweise 5 bis 10 Prozent der Gesamtbevölkerung wurden in den Jahren 1936 bis 1938 verhaftet und landeten in den Untersuchungsgefängnissen und zum überwiegenden Teil in den Arbeitslagern des NKWD. Die Gefangenen dienten aus der Sicht Stalins als „billige“ Arbeitskräfte bzw. als Arbeitssklaven in den Lagern im Norden des Landes. Wie erwähnt, war das System der Zwangsarbeitslager in der Sowjetunion ein wesentlicher Bestandteil des staatlichen Wirtschaftssystems. Mithin konnte Margarete Buber-Neumann in ihrem 1949 erschienenen autobiographischen Erfahrungsbericht feststellen, dass die Jahre der „Großen Säuberung“ den GULAG „mit einer Flut von Arbeitssklaven“ versorgte, zumal die „Nachfrage“ ihrer Meinung „gigantisch“ war.¹⁵⁸² Auf der anderen Seite stellte Lasky implizit zu Recht die ökonomische Rationalität der Zwangsarbeit in Frage. Denn einen „erfahrenen Ingenieur“ als einen „ungelernten Arbeiter“ im Lager Zwangsarbeit vollrichten zu lassen, war „von außen“ betrachtet, aller Voraussicht nach ökonomisch nicht rational.¹⁵⁸³ Indes: Die stalinistischen Säuberungen in den Jahren 1936 bis 1938 und mithin das sowjetische System der Zwangsarbeit waren kaum mit „objektiven“ Kategorien zu bewerten.¹⁵⁸⁴

¹⁵⁸¹ Vgl. zu den Hintergründen der „Rückberufung“ und den näheren Umständen des Todes von Ignaz Reiss: Alexander Orlow, *Kreml-Geheimnisse*, S. 264-268.

¹⁵⁸² Hier nach Margarete Buber-Neumann, *Als Gefangene bei Stalin und Hitler. Eine Welt im Dunkel*, Herford 1985, S. 117. Vgl. zum System der sowjetischen Lager im Kontext des „Großen Terrors“ auch Ernest J. Salter, *Gefängnis der Völker*, in: *Der Monat*, Heft 24 (1950), 2. Jg., S. 600-603; hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: Ellinor Lipper, *Elf Jahre in sowjetischen Gefängnissen und Lagern*, Zürich 1950.

¹⁵⁸³ Vgl. unter diesem Aspekt den Leserbrief L. M. K., *Kolyma – rational oder irrational*, in: *Der Monat*, Heft 39 (1951), 4. Jg., S. 330-331.

¹⁵⁸⁴ Auf die Frage, inwiefern die sowjetischen Lager „rational“ waren, ging Melvin J. Lasky, *Die Moskauer Geständnisse. Gedanken über Ketzerei und Opposition im totalen Staat*, in: *Der Monat*, Heft 36 (1951), 3. Jg., S. 653 f. im Kontext seiner genuin totalitarismustheoretischen Reflexionen ein. Hier stellte er einen Vergleich zwischen dem politisch-ideologischen Charakter des stalinistischen und nationalsozialistischen Terror an d. h. zwischen dem „Rationalismus“ der stalinistischen Gewaltanwendung und dem „emotionalen Sadismus“ der Nazis“; siehe hierzu das Kap. IV. 3. „Vergleichende Analyse der totalitären Herrschaftssysteme des Nationalsozialismus und des Sowjetkommunismus“.

Inwiefern unterschied sich nun der Terror unter Lenin in den Jahren nach der bolschewistischen Revolution mit dem „Stalin-Terror“ im Allgemeinen und dem „Großen Terror“ der Jahre 1936 bis 1938, der zum Synonym für den stalinistischen Terror wurde, im Besonderen? Wurde diese Frage vor dem Hintergrund der zeitgenössischen (Forschungs-)Erkenntnisse von Autoren des „Monat“ ausdrücklich gestellt?

Angesichts der Auffassung von Franz Borkenau, die er in seinem Beitrag „Stalin im Schafspelz“ formulierte, wonach der Terror Lenins im Vergleich zu dem von Stalin einen fundamentalen qualitativen Unterschied aufwies, genauer gesagt, „von einem gänzlich anderen Typus war“, ¹⁵⁸⁵ schrieb der deutsche Historiker Hans von Rimscha in einem Leserbrief im Jahre 1950 im „Monat“ hierzu:

„Der Unterschied beschränkt sich aber nicht darauf, daß der stalinistische Terror ‚in der Spätphase der Revolution‘ auftritt und ‚inmitten der völligen Stabilisierung der Diktatur‘ zu einer ‚permanenten Institution‘ wird. Der Gegensatz liegt tiefer. Lenin war widerwillig zur Anwendung von Terrormaßnahmen übergegangen; Stalins Terror war vorbedacht und gewollt.

Der während der ganzen Zeit seines revolutionären Wirkens grundsätzliche Terrorgegner Lenin hatte zunächst geglaubt, den Klassenfeind, die Bourgeoisie, durch wirtschaftliche Maßnahmen, auf dem Wege des Dekrets vernichten zu können, indem er ihr die materielle Basis entzog. Erst als er sah, daß er auf diesem Wege sein Ziel nicht erreichen konnte, fast ein Jahr nach seiner ‚Machtergreifung‘, führte er den Terror ein (durch Dekret vom 5. September 1918). Es war betonteinweise ein reiner Klassenterror zur Durchführung der erstrebten sozialen Umwälzung, das heißt, er richtete sich nur gegen den Klassenfeind und nicht gegen den Klassengenossen, auch dann nicht, wenn dieser ein politischer Gegner der Bolschewiken war. ‚Gefängnisse für die Burzujs, kameradschaftliche Einwirkung für die Bauern und Arbeiter‘, so lautete die Parole.

In einem damals veröffentlichten Leitfaden für Terroristen des Tschekisten Lacin hieß es wörtlich: ‚Suche nicht Beweise dafür, daß der Angeklagte mit Tat oder Wort sich gegen die Sowjetmacht versündigt hat. Das Wesentliche ist, welcher Klasse er angehört, welches seine Abstammung, seine Bildung, sein Beruf ist. Diese Fragen bestimmen sein Schicksal. Darin besteht das Wesen des roten Terrors.‘ Mit der erstrebten Beseitigung der feindlichen Klasse hätte logischerweise dieser Klassenterror sein Ende finden müssen.

Stalins Terror dagegen hat, wie Borkenau treffend bemerkt, mit sozialen Umwälzungen überhaupt nichts mehr zu tun. Es ist reiner politischer Terror, der sich gegen jeden Gegner richtet und insofern so lange wahren muß, als es Gegner – seien es nun wirkliche oder vermeintliche – gibt. So wurde er logischerweise zu einer permanenten Institution, das heißt zu einem integrierenden Bestandteil des Herrschaftssystems. Ihm fielen denn auch, wie ein jeder weiß, in erster Linie nicht Klassenfeinde, sondern politisch feindliche oder auch nur oppositionelle Klassengenossen, sehr viele Arbeiter und noch mehr Bauern zum Opfer. Seinem Typus nach unterscheidet sich dieser Terror durch nichts vom Terror Hitlers und Himmlers. ¹⁵⁸⁶

¹⁵⁸⁵ Franz Borkenau, Stalin im Schafspelz, Heft 14 (1949), 2. Jg., S. 204.

¹⁵⁸⁶ Hans v[on] Rimscha, Zweierlei Terror, in: Der Monat, Heft 18 (1950), 2. Jg., S. 671 f.

Zweifelsohne war angesichts der zeitgenössischen Erkenntnisse die Feststellung richtig, dass der Terror unter Lenin sich in der Folge der russischen Revolution von 1917 in erster Linie – wie es in den Worten des Tschekisten Lacin zum Ausdruck kam – gegen die „Klassenfeinde“ zielte. Insbesondere mit dem ins Leben gerufenen Geheimdienst Tscheka unter Felix Dzerzhinskij schuf sich die bolschewistische Führung einen brutalen Unterdrückungsapparat, mit dem in den Jahren des Bürgerkrieges der politische Gegner, d. h. die „Konterrevolution“ bekämpft wurde. Allerdings richtete sich – wie in einigen Beiträgen im „Monat“ durchaus thematisiert wurde – bereits Anfang der 1920er Jahre der „rote Terror“ auch gegen die Bauern des Landes, gegen die Menschewiken, die Anarchisten und gegen die Sozialrevolutionäre, die mit einer Rücksichtslosigkeit, mit einer Brutalität bekämpft wurden, die Ähnlichkeiten mit dem stalinistischen Terror aufwies. Vor allem „Kronstadt“ ließ sich mit einem politischen Kampf gegen die „feindliche Klasse“, das heißt gegen die „Klassenfeinde“, oder mit dem „legitimen“ Kampf gegen die „Konterrevolution“ nicht mehr ausreichend begründen. Was von Hans von Rimscha nicht ausdrücklich zur Sprache kam, dass es der bolschewistischen Führung unter Lenin darum ging, mit „allen Mitteln“ die errungene politische Macht zu verteidigen. Wenn der „Rote Terror“ nach der russischen Oktoberrevolution primär unter diesem Gesichtspunkt interpretiert worden wäre, wäre die von Hans von Rimscha, oder auch von Franz Borkenau, vertretene Auffassung, wonach zwischen dem „Lenin-Terror“ und dem „Stalin-Terror“ eindeutig und klar getrennt werden müsse, weil sie unterschiedliche Typen darstellten, in dieser manichäischen Form nicht aufrecht zu erhalten gewesen. Sowohl Lenin und Stalin waren – bei allen Unterschieden – politisch-ideologische „Überzeugungstäter“, die nicht zuletzt den Geheimdienstapparat als ein Herrschaftsinstrument betrachteten, mit dem keineswegs „nur“ der „Klassenfeind“ bekämpft werden sollte. Anders gesagt: Der Aufbau des Arbeits- und Straflager, d. h. dem System der Konzentrationslager, der erste Schauprozess gegen die Führer der Sozialrevolutionäre im Jahre 1922 und die politische Praxis des sowjetischen Geheimdienstes unter Lenin wiesen durchaus Parallelen zum stalinistischen Terror auf und konnten auch aus der damaligen Zeit sozusagen als Vorspiel für den stalinistischen Terror apostrophiert werden.

Allerdings gab es zweifelsohne qualitative Unterschiede. Ohne auf sämtliche Gesichtspunkte eingehen zu können, kann zumindest folgendes festgestellt werden. Ein zentraler Unterschied zwischen dem Terror unter Lenin und dem unter Stalin lag unter anderem darin, dass in den Jahren des „Großen Terrors“ von 1936 bis 1938, erstens der Terror – wie von Rimscha und Borkenau zu Recht hervorgehoben wurde – einen permanenten

Charakter besaß¹⁵⁸⁷ und im Kontext einer totalitären „sowjetischen Wirklichkeit“ (Louis Fischer) nicht zuletzt „erfundene“ Feinde bedurfte, zweitens, eine wesentliche Voraussetzung in der gesellschaftlichen Atmosphäre ständigen Mißtrauens und gegenseitiger Denunziation hatte und weite Teile der eigenen Bevölkerung erfaßte, sowie drittens, dass er sich auch gegen Mitglieder der Kommunistischen Partei richtete. Auch unter Lenin gab es das Phänomen der Parteisäuberung, so dass beispielsweise „Abweichler“ aus der Partei ausgeschlossen wurden. Aber erst unter Stalin entwickelte sich daraus eine terroristische Praxis. Nicht zuletzt in den drei großen Moskauer Schauprozessen wurden nicht nur ehemalige Kritiker Stalins und potentielle Konkurrenten ausgeschaltet, sondern größtenteils physisch vernichtet. Im Grunde genommen wurden unter anderem die ehemaligen Gefährten Lenins wie „Klassenfeinde“ behandelt und sogar dazu gezwungen, sich durch ihre „erpressten Geständnisse“ im Kontext der stalinistischen Säuberungen ihren „Henkern“ sozusagen selbst auszuliefern.

IV.2. 5. Der Stalinismus nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges

Die Sowjetunion hatte, wie bereits angesprochen wurde, einen entscheidenden Anteil daran, dass die alliierten Mächte aus dem Krieg mit dem Nationalsozialismus als Sieger hervorgingen. Den Preis den sie im existentiellen Kampf mit „Hitler-Deutschland“ zahlen musste war allerdings hoch: Der Kampf der Roten Armee mit der Wehrmacht kostete nicht nur Millionen von Menschenleben, hinzu kam, dass die soziale Lage der sowjetischen Bevölkerung katastrophal war und unzählige Städte zerstört waren und das ganze Land wirtschaftlich ausgeblutet war. Gleichwohl war der militärische Kampf am Ende für Stalin nicht umsonst, denn es war ihm gelungen, das sowjetische Territorium auszudehnen; es ging sogar in erheblichem Maße über die Zusicherungen aus dem 1939 mit Hitler abgeschlossenen Vertrag hinaus.¹⁵⁸⁸ Der sowjetische Einflussbereich erstreckte sich unter anderem über

¹⁵⁸⁷ Auf die durch eine totalitarismustheoretische Perspektive formulierte Behauptung von Hans von Rimscha, wonach sich „Stalins-Terror“ als eine „permanente Institution“ von „seinem Typus“ nach durch „nichts vom Terror Hitlers und Himmlers“ unterschied, kann an dieser Stelle nicht eingegangen werden. Auch Franz Borkenau, Stalin im Schafspelz, Heft 14 (1949), 2. Jg., S. 205, sprach in diesem Zusammenhang von „offenkundigen Parallelen zwischen Stalin und Hitler, zwischen dem Kommunismus Stalinscher Prägung und dem Nationalsozialismus.“

¹⁵⁸⁸ Vgl. zum Hitler-Stalin-Pakt A. Rossi, Zwei Jahre deutsch-sowjetisches Bündnis. Eine historische Rekonstruktion, in: Der Monat, Heft 11 (1949), 1. Jg., S. 74-98 (Teil I) und Heft 12, S. 40-55 (Teil II). Auf die beiden Beiträge gehe ich im Kapitel IV. 3. „Vergleichende Analyse der totalitären Herrschaftssysteme des Nationalsozialismus und des Sowjetkommunismus“ ein.

sämtliche Länder Ostmitteleuropa, d. h. Polen, die Tschechoslowakei, Rumänien, Bulgarien, Ungarn, Jugoslawien und Albanien. Auch im besetzten Deutschland wollte Moskau ein entscheidendes Wort mitsprechen und verlangte in den Jahren des sich immer mehr zuspitzenden Kalten Krieges seinen Anteil.¹⁵⁸⁹ Zu den politischen Folgen des Kalten Krieges zählte, dass Stalin den außenpolitischen Kurs in den Satellitenstaaten verschärfte. Unter anderem in Gestalt der im September 1947 gegründeten Kominform – der Nachfolgeorganisation der während des Zweiten Weltkrieges zu Grabe getragenen Komintern – sah Moskau ein geeignetes Instrument, im Zuge der Realisierung des (alten) zentralen Zieles, der kommunistischen Weltrevolution, über den Einfluss in den nationalen Kommunistischen Parteien nicht zuletzt in den Satellitenstaaten das kommunistische System sowjetischer Couleur aufzuzwingen.¹⁵⁹⁰

Nach den Gewaltexzessen des stalinistischen Herrschaftssystem in den dreißiger Jahren und den schrecklichen Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges wurden aufkommende Hoffnungen in der sowjetischen Bevölkerung auf eine allgemeine Verbesserung des Lebens und einem Ende des politischen Terrors sehr bald ein Ende bereitet. Nachdem bereits im Krieg gegen das nationalsozialistische Deutschland sogenannte politisch „unzuverlässige Elemente“ und „nationale Minderheiten“ – wie zum Beispiel die Wolgadeutschen – zu hunderttausenden deportiert wurden und unter anderem in den sowjetischen Lagern Zwangsarbeit vollrichten mussten, verschärfte sich die Situation nach einer kurzen liberalen Phase nach Kriegsende sehr schnell. In der Folgezeit wurde das System der Zwangsarbeit ausgedehnt. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Einführung des neuen Fünfjahresplanes für die Jahre 1946 bis 1950 nahm die Zahl der Häftlinge in den Lagern des GULAG im Vergleich zu den dreißiger Jahren radikal zu. „Neue Gruppen“ gerieten in die Fänge der sowjetischen Führung unter Stalin und bildeten in diesem Zusammenhang das mehrere Millionen umfassende Reservoir von Zwangsarbeitern. So wurden beispielsweise im Jahre 1946 drei Millionen Kriegsgefangene, darunter schätzungsweise zwei Millionen deutsche Kriegsgefangene, bei der Durchführung von „kolossalen Projekten“ beschäftigt, so David J. Dallin und Boris Nicolaevsky in ihrer Studie „Arbeiter oder Ausgebeutete? Das System der Arbeitslager in Sowjet-Russland“ unter

¹⁵⁸⁹ Vgl. hierzu im Einzelnen die entsprechenden Ausführungen im Kapitel I. 2. Die Deutschlandfrage im Schatten des Kalten Krieges.

¹⁵⁹⁰ Zu den Unterschieden zwischen Komintern und Kominform vgl. insgesamt Franz Borkenau, Die Neue Komintern, Der Monat, Heft 4 (1949), 1. Jg., S. 50-60.

Berufung auf „sowjetische Quellen“.¹⁵⁹¹ Hinzu kamen mehrere Millionen russischer Kriegsgefangener, Männer und Frauen, die im Verlauf des Zweiten Weltkrieges in deutsche Gefangenschaft gerieten – und zum Teil in Deutschland zur Zwangsarbeit eingesetzt wurden – sowie sogenannte Kollaborateure wie zum Beispiel Angehörige der „Wlassow-Armee“.¹⁵⁹² Sie wurden als „Vaterlandsverräter“ und „unzuverlässige Elemente“ angesehen und bildeten unter anderem eine weitere zahlenmäßig umfangreiche „neue Gruppe“, die in den Lagern des sowjetischen Staates Zwangsarbeit vollrichten mussten.¹⁵⁹³

Auf die politische Bedeutung und die Funktion des sowjetischen Systems der Arbeits- und Straflager kam im „Monat“ unter anderem Herbert Lüthy im Kontext seiner Ausführungen zum „Rousset-Prozess“ im Jahre 1950 zu sprechen. Angesichts der Tatsache, dass erstens, die russischen Archive noch verschlossen waren und mithin die internationale Forschung sich vor allem auf die zahlreichen Erinnerungen und Memoiren beispielsweise der Renegaten stützte (Buber-Neumann, Walter G. Krivitsky, Victor A. Kravchenko, Elinor Lipper, Weissberg-Cybulski u. a.), so dass nicht zuletzt die Zahl der Häftlinge auf „Schätzungen“ beruhten, zweitens, die internationale Öffentlichkeit nur teilweise Kenntnis über die Lager des GULAG besaß und drittens, vor allem die französische (kommunistische) Linke und französischen (Links-)Intellektuellen die Existenz der sowjetischen Lager leugnete(n), den politischen Charakter herunterspielte(n) bzw. über das Thema den Mantel des Schweigens hüllte(n),¹⁵⁹⁴ schrieb Lüthy in seinem Beitrag „David Roussets ‚Je propose...‘. Die Untersuchung der Verschleppten durch Verschleppte“:

„Diesen Sommer hat die britische Regierung der Weltöffentlichkeit und den Instanzen der Vereinten Nationen erstmals den Wortlaut der russischen Zwangsarbeitsgesetzgebung vorgelegt, und die Vertreter der Sowjetunion haben über Einzelheiten und Interpretationen diskutiert, aber nicht die Echtheit dieses juristischen Monument bestritten, das die willkürliche Verschickung von Menschen als rechtloses, nach den Prinzipien altorientalischer Sklavenwirtschaft amortisiertes (d. h. im wörtlichen Sinn: zu Tode geschundenes) Arbeitsvieh des ‚sozialistischen Aufbaus‘ in Sümpfe, Wälder und Steppen, ohne Urteil und ohne Begründung, durch einfache administrative Verfügung, bürokratisch in dürre Paragraphen faßt. Und diese Administration ist niemand anders als die politische Polizei selbst, ein immenser Staatstrust, der durch diese fast kostenlos ‚eingesetzten‘ Arbeitermassen sich und

¹⁵⁹¹ David J. Dallin und Boris I. Nicolaevsky, Arbeiter oder Ausgebeutete. Das System der Arbeitslager in Sowjetrußland, a.a.O., S. 137.

¹⁵⁹² Vgl. zur „Wlassow-Armee“ im einzelnen George Fischer, Der Fall Wlassow, in: Der Monat, Heft 33 (1951), 3. Jg., S. 263-279 sowie Heft 34 (S. 393-408) und Heft 35 (S. 519-525).

¹⁵⁹³ Vgl. hierzu im einzelnen David J. Dallin und Boris I. Nicolaevsky, Arbeiter oder Ausgebeutete. Das System der Arbeitslager in Sowjetrußland, a.a.O., S. 138-153.

¹⁵⁹⁴ Hier lag – wie gezeigt – auch der eigentliche „Sprengstoff“ des „Rousset-Prozesses“ im Allgemeinen und des „Kravchenko-Prozesses“ im Besonderen. Vgl. hierzu mit entsprechenden Angaben vor allem zu den veröffentlichten Beiträgen im „Monat“ das Kapitel III. „Exkurs: Die frühe Totalitarismuskussion in Frankreich. Der Kravchenko- und Rousset-Prozess, die sowjetischen Lager und die französische Linke“.

seine übrigen Tätigkeiten selbst finanziert und seine Sklavenherden aus eigener Machtvollkommenheit durch immer neue Verhaftungen stets neu rekrutiert. Langsam beginnt sich die Landkarte dieses infernalisches Reiches abzuzeichnen, dessen Einzellager, Regionen und Provinzen von der Beringstraße durch Sibirien und Zentralasien bis vor die Tore Moskaus und Leningrads zerstreut liegen, das von einer nur schätzbaren, auf jeden Fall zehn Millionen übersteigenden Zahl von Gefangenen bevölkert ist, die in schnellem Rhythmus absterben und in noch schnellerem Rhythmus neue angeliefert werden, und das schon seine ersten Enklaven bis zur Donau und zur Elbe vorgetrieben hat. Und es ist klargeworden, daß diese Zwangsarbeitslager nicht, wie die deutschen Konzentrationslager, ein abscheulicher Auswuchs des Terrors und des totalen Krieges sind, sondern daß sie einen permanenten wirtschaftlichen Zweck erfüllen und ein wesentlicher, nicht wegzudenkender Teil des russischen Wirtschafts- und Sozialsystems sind (...).¹⁵⁹⁵

Obwohl die Konzentrationslager unter Stalin nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wie in den Jahren zuvor auch eine politische (Terror-)Bedeutung besaßen – zumal alsbald in der Partei eine erneute „Säuberungsaktion“ in Gang kam; dazu gleich mehr –, wies Herbert Lüthy zu Recht darauf hin, dass zum einen die sowjetischen Lager in den Jahren nach dem Krieg – vor dem Hintergrund der katastrophalen ökonomischen Situation des Landes – insbesondere eine wirtschaftliche Funktion hatten und sich aus diesem Grund die Häftlingszahlen im Vergleich zu der Vorkriegszeit extrem erhöhten und zum anderen, dass sich das sowjetische Lagersystem keineswegs ausschließlich auf das eigene Territorium beschränkte. So beleuchtete, genauer gesagt, untersuchte Günther Birkenfeld im „Monat“ bereits im Jahre 1950 in seinem Beitrag „Der NKWD-Staat“, wie sich die stalinistischen Konzentrationslager auf den sowjetisch besetzten Teil Deutschlands, d. h. auf die sowjetische Besatzungszone, ausbreitete und insistierte hierbei in erster Linie auf den politischen Charakter und den politischen Terror. In den einleitenden Worten der Zeitschriftenredaktion zu dem Beitrag von Birkenfeld hieß es zu Beginn:

„Mündliche und schriftliche Berichte ehemaliger Internierter aus den Konzentrationslagern im sowjetisch besetzten deutschen Gebiet lieferten das Material für diese Untersuchung, mit der versucht wird, Wesen und Absicht des NKWD-Systems der ‚politischen Internierung‘ auf deutschen Boden zu erkennen.“¹⁵⁹⁶

Der Beitrag stellte mithin eine genuine Untersuchung dar, die empirisch ausgerichtet war – die Grundlage bildete die „Fülle der Protokolle in Form eidesstattlicher Zeugenaussagen, die von den Entlassenen bei der ‚Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit‘ niedergelegt wurden“¹⁵⁹⁷ – und sich zum damaligen Zeitpunkt auf keine genuine Forschungsliteratur

¹⁵⁹⁵ Herbert Lüthy, Brief aus Paris: „Je propose...“. Die Untersuchung der Verschleppten durch Verschleppte, in: Der Monat, Heft 16 (1950), 2. Jg., S. 353-356 (hier S. 353).

¹⁵⁹⁶ Günther Birkenfeld, Der NKWD-Staat, in: Der Monat, Heft 18 (1950), 2. Jg., S. 628-643 (hier S. 628).

¹⁵⁹⁷ Siehe hierzu im Einzelnen die weiteren Erläuterungen der Zeitschriftenredaktion, in: ebenda, S. 628.

stützen konnte. Insofern betrat Günther Birkenfeld politisch und wissenschaftlich durchaus „Neuland“. Zu Beginn seiner sechzehn Seiten umfassenden Studie schrieb der Verfasser:

„Das NKWD-System gliedert sich, vom Häftling gesehen in drei Phasen, die ihre spezifische Methodik besitzen: Verhaftung; Untersuchung nebst Vernehmungen; das Lager (unter Umständen auch Gefängnis oder Zuchthaus). Von diesen drei Phasen ist die dritte, das Konzentrationslager, für unsere Fragestellung die wichtigste und aufschlußreichste. Aber eine kurze Betrachtung der Methodik der ersten beiden Phasen darf, zur Herausarbeitung des vollständigen Systems, nicht fehlen.

Die Verhaftungen begannen sogleich nach der Besetzung der deutschen Gebiete durch die Sowjetstreitmacht. Sie wurden zunächst von Angehörigen der Sowjetarmee oder der NKWD durchgeführt, in jedem Falle unter der Leitung der NKWD (früher GPU, neuerdings MWD), deren Zentrale das Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten in Moskau ist. Seit dem Frühjahr 1946 wurde mehr und mehr die inzwischen organisierte ostzonale deutsche Polizei (Volkspolizei), die ihre Richtlinien und Vollzugsanweisungen von der NKWD erhält, mit der Durchführung der Verhaftungen beauftragt.“¹⁵⁹⁸

Nachdem Birkenfeld also konstatierte, dass die Zuständigkeit für die Verhaftungen in der sowjetischen Besatzungszone in Moskau lag und vom NKWD (bzw. deren Nachfolgeorganisation MWD) sowie seit dem Frühjahr 1946 insbesondere von der „ostzonale(n) deutsche(n) Polizei“ durchgeführt wurden, kam der Verfasser im nächsten Abschnitt darauf zu sprechen, welche Personengruppen im Jahre 1945 vom NKWD-Terror betroffen war.

„Die Verhafteten“, so Birkenfeld, „lassen sich in zwei Gruppen einteilen. Zur ersten gehörten die Naziverbrecher, Kriegsverbrecher, Verbrecher an Kriegsgefangenen und Fremdarbeitern und alle diejenigen, die fälschlich in einen entsprechenden Verdacht gerieten. Sie machten 1945 etwa 50 Prozent der Gesamtzahl der politischen Internierten aus. Die zweite Gruppe, die anderen 50 Prozent, bestand aus Angehörigen der Intelligenz und der ‚Bourgeoisie‘ (sowjetischer Sammelbegriff: Kapitalisten); aus Mitgliedern der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie, die den Einheitskurs der Kommunistischen Partei (später SED) nicht in allen Punkten mitmachen konnten oder böswillig der ‚Sabotage‘ verdächtigt wurden; ebenso Studentenvertreter, die der CDU, LDP oder SPD angehörten oder nahestanden; (...) Andere Gruppen von Unschuldigen, die das Pech hatten, in die Fänge der NKWD zu geraten, waren: Deutsche, die mit einer westlichen Besatzungsmacht in Beziehung standen oder dessen verdächtigt wurden (mitunter genügte die Kenntnis der englischen Sprache), illegale Grenzgänger; von Nachbarn Denunzierte, Kellner und andere Personen, die mit verdächtigen Sowjetbürgern in Berührung kamen; ja, auch Passanten, die einem der berüchtigten ‚Todesmärsche‘ der bereits Internierten (von Lager zu Lager) begegneten. Denn brachen dabei Häftlinge auf der Landstraße tot zusammen (auf jedem dieser Märsche mindestens vierzig), so wurde der nächste Bauer vom Pfluge, der Chauffeur oder Fuhrmann von seinem Fahrzeug in die Kolonne der Dahinwankenden hinein verhaftet. Die Sollzahl mußte bei der Ablieferung der Internierten im neuen Lager stimmen.“

¹⁵⁹⁸ ebenda, S. 628.

Günther Birkenfeld zeigte auf der Grundlage des empirischen Materials für seine Untersuchung sehr detailliert, anhand welcher Kategorien unmittelbar nach Kriegsende die „zwei Gruppen“ bzw. Personen vom NKWD verhaftet und in die stalinistischen Lager in der sowjetischen Besatzungszone geliefert wurden. Hierbei handelte es sich keineswegs nur um „objektive Gegner“, also ehemalige Nationalsozialisten, die verdächtig wurden unterschiedliche (Kriegs-)Verbrechen begangen zu haben und analog zu den westlichen Besatzungszonen als „politisch Internierte“ sozusagen aus „guten Gründen“ verhaftet wurden. Der totalitäre Charakter des NKWD-Systems kam dadurch zum Ausdruck, dass nicht nur die aus der Sicht Stalins „natürlichen“ weltanschaulichen Feinde wie zum Beispiel die „Bourgeoisie“, Mitglieder der bürgerlichen Parteien oder Sozialdemokraten (die sich dem von Moskau aus befohlenen und gesteuerten „Einheitskurs“ der kommunistischen Partei bzw. der späteren SED, so Birkenfeld widersetzten hatten), sondern vor dem Hintergrund, dass die „Sollzahlen“ für die Lager erreicht werden mussten bereits 1945 die gesamte Bevölkerung Ostdeutschlands verdächtig war und potentiell Opfer von Verhaftungen werden konnte, ohne dass hierfür eine Rechtsgrundlage vorhanden war. Die Willkür des NKWD-Terrors, die in den Ausführungen Birkenfelds hervorgehoben wurde, war bereits ein Jahr später nach Auffassung des Autors im Grunde genommen offensichtlich – obwohl es sich in den Augen der sowjetischen Führung um politische Gefangene, genauer, um die „politischen Internierten“ handelte. Denn:

„Seit dem Jahre 1946 wurde ehemalige Nationalsozialisten nur noch in verschwindender Zahl verhaftet, hingegen sehr viele alte Sozialdemokraten und sogenannte ‚Saboteure der volksdemokratischen Einheit und des Aufbaus‘. (Verlässliche Statistiken fehlen hier noch.) Unter diese Formel fiel fast alles, was irgendwie lästig oder mißliebig geworden war, besonders aber Deutsche in der Sowjetzone, die zuviel wußten, die einen gar zu intimen Einblick in die Praktiken der Sowjets und der NKWD gewonnen hatten. Sehr aufschlußreich ist, daß die ersten beiden Entlassungswellen in den Jahren 1948 und 1949 nahezu ausschließlich den sogenannten kleinen Pg`s die Freiheit verschafften, nachdem 1948 die Nationaldemokratische Partei als Hilfsgruppe der SED gegründet worden war. Diejenigen politischen Internierten aber, die sich in irgendeinem Sinne als Gegner des sowjet-deutschen Systems zu erkennen gegeben hatten oder fälschlich in diesen Verdacht gerieten, besonders die Altsozialdemokraten, wurden auch nach der Auflösung der Konzentrationslager im sowjetisch besetzten Gebiet im Januar 1950 noch nicht entlassen.“¹⁵⁹⁹

Nach dem von Günther Birkenfeld in seiner Untersuchung „Der NKWD-Staat“ detailliert die verschiedenen Opfergruppen aufgezählt wurden, die in den ersten Jahren von der sowjetischen Besatzungs- und Verhaftungspolitik im von ihr besetzten Teil Deutschlands betroffen war, die in einem totalitären politischen Kontext stattfand, wo im Grunde

¹⁵⁹⁹ Ebenda, S. 629.

genommen jeder einzelne Bürger gefährdet war in die „Fänge“ des NKWD bzw. der sogenannten ostzonalen deutschen Polizei zu geraten, beschrieb der Autor – nach näheren Ausführungen zur konkreten Verhör- und Folterpraxis des NKWD¹⁶⁰⁰ – insbesondere das System der Konzentrationslager. In diesem Zusammenhang schrieb Birkenfeld unter anderem aus einer totalitarismustheoretischen Perspektive, in dem er die stalinistischen Konzentrationslager in der Sowjetunion und in der sowjetischen Besatzungszone mit den nationalsozialistischen Konzentrationslagern verglich:

„Die seit dem Jahre 1945 auf sowjetisch besetztem deutschen Boden gelegenen alten KZ's der SS sowie die neu eingerichteten KZ's dürfen nicht ohne weiteres mit den KZ's der Nazis identifiziert werden. Sie waren, wie im folgenden nachzuweisen sein wird, in mancher Hinsicht anders und neuartig – das erste große Experiment der NKWD auf fremdem Territorium. Die Zwangslager in der Sowjetunion sind Arbeitslager. Die politischen Internierten und ihr Leidensgenossen hausen in großen Holzbaracken in einsamer Landschaft und werden zu schwersten Arbeiten (zu Urbarmachungen, Kanalbauten, Errichtung von Hafenanlagen an der Eismeerküste, in Bergwerke usw.) hinausgeschickt. Ebenso war die Zwangsinternierung in der Hitlerdiktatur, die von Gestapo, SS und SD vollzogen und verwaltet wurde, gekennzeichnet durch Zwangsarbeit. Im Gegensatz hierzu war das Dasein der deutschen Internierten in den KZ's der NKWD seit 1945 bestimmt durch Beschäftigungslosigkeit und durch das erstmals hier konsequent angewandte System der Dystrophie.“

Nach dem genuinen Vergleich der sowjetischen und deutschen Konzentrationslager ging Günther Birkenfeld ausdrücklich auf die Lager in der sowjetischen Besatzungszone ein. Hierzu schrieb er:

Im Sommer 1946 bestanden im sowjetisch besetzten deutschen Gebiet die folgenden Zwangslager mit KZ-Charakter: Buchenwald bei Weimar, Sachsenhausen bei Oranienburg, Bautzen, Torgau, Fünfeichen bei Neubrandenburg, Mühlberg, Hohenschönhausen, Jamlitz bei Lieberose, Landsberg an der Warthe, Weesow bei Werneuchen, ferner einige kleinere Lager und Gefängnisse. Davon bestanden bereits im SS-Staat als KZ's: Buchenwald, Sachsenhausen, Neubrandenburg. Die Baracken und Lagereinrichtungen wurden so übernommen, wie man sie nach der Besetzung vorfand. Die wichtigste Neuerung, die von der NKWD eingeführt wurde, war die Einteilung in Lager-Zonen (getrennt für Strafgefangene und politische Internierte) und die Absperrung jeder einzelnen Baracke durch einen Stacheldrahtzaun. Weitere wesentliche Unterschiede werden aus den nachfolgenden Ausführungen hinreichend erkenntlich. Bautzen und Torgau waren alte Gefängnisse beziehungsweise Zuchthäuser, Jamlitz ein SS-Straflager, Mühlberg ein Kriegsgefangenenlager. Weesow war kein festes Lager, vielmehr wurden die weiblichen und männlichen Internierten in den Ställen und Scheunen des Dorfes zusammengepfercht.“¹⁶⁰¹

Günther Birkenfeld Ausführungen im Zusammenhang seiner Untersuchung über das gesamte NKWD-Lagersystem in der sowjetischen Besatzungszone enthielten genaue Informationen.

¹⁶⁰⁰ Ebenda, S. 629 f.

¹⁶⁰¹ Ebenda; S. 630.

Zu einem Zeitpunkt, wo noch keine genuine Forschungsliteratur existierte, vermittelten seine Ausführungen ausdrückliche Hinweise darüber, welche Lager vom „SS-Staat“ übernommen wurden und hob die speziellen Unterschiede der einzelnen Lager des „NKWD-Staates“ heraus. Im Grunde genommen stellten ebendiese Ausführungen des Verfassers eine genaue Typologie der NKWD-Lager in Ostdeutschland dar.¹⁶⁰² Vor diesem Hintergrund kam Günther Birkenfeld auf der Grundlage seiner Quellen auf qualitative und quantitative Aspekte zu sprechen. D. h., der Autor nannte zum einen ausdrücklich die (geschätzte) Anzahl der Gefangenen für das Lager-System und ging zum anderen auf das „Schicksal“ der Häftlinge und auf die „Geschichte“ einzelner Lager ein. „Im Februar 1949“, so Birkenfeld, „veröffentlichte die ‚Kampfgruppe‘ eine erste Statistik, die nach dem Mosaiksystem, aus den übereinstimmenden Aussagen von mindestens drei ehemaligen Häftlingen, zusammengestellt wurde. Für die politisch Internierten, also ausschließlich der Strafgefangenen, ergab sich damals eine Gesamtzahl von 231 000. Davon sollten zu jenem Zeitpunkt verstorben sein: 101 800, nach der Sowjetunion deportiert: 40 800, entlassen: 29 000, noch in Internierung: 59 400. Nach den inzwischen fortgesetzten Erhebungen dürften alle diese Zahlen etwas zu hoch sein. Am 15. Januar 1950 hatte die ‚Kampfgruppe‘ einwandfrei insgesamt 180 000 KZ-Häftlinge ermittelt, von denen 96 000 in den Lagern verstorben waren. In der ersten Statistik der ‚Kampfgruppe‘ fehlte das KZ Ketschendorf, eines der berühmtesten Lager (...). Dort waren bereits Ende Mai 1945 nahezu 10 000 deutsche Internierte und mehrere hundert Ausländer, deren Zahl sich im Laufe des Jahres auf ungefähr 2000 erhöhte. Unter ihnen befanden sich viele ‚Wlassow‘-Russen und Ukrainer, ferner etwa 110 Ausländer anderer Nationalitäten. Die Zivilrussen wurden im Februar 1946 bis auf einen kleinen Rest nach der Sowjetunion abtransportiert. Die anderen Nationalitäten wurden zuletzt nach Buchenwald verlegt, die deutschen Häftlinge zunächst nach Neubrandenburg und später gleichfalls nach Buchenwald. Auch das Lager Mühlberg ging im September 1948 in Buchenwald auf. Am 15. Januar 1950 bestanden noch die KZ's Buchenwald, mit 11 000 Zivilinternierten; Sachsenhausen, mit 3000 Zivilinternierten und 13 600 Strafgefangenen; Bautzen (früher Militär-Zuchthaus), mit 1050 Zivilinternierten (unter ihnen zahlreiche noch nicht Verurteilte) und 5500 Strafgefangenen.“¹⁶⁰³

Bemerkenswert an diesen Ausführungen von Günther Birkenfeld seiner „kleinen Studie“ war, dass sie detaillierte Angaben über die Anzahl der „politischen Internierten“ enthielt – die natürlich aufgrund der „Archivsituation“ und fehlender Forschungsliteratur nur geschätzte Zahlen waren – und zudem darüber informierte, wie sich die Zahl der (deutschen und nichtdeutschen) Gefangenen im Laufe der Zeit veränderte: Zum Beispiel durch den Tod von Häftlingen oder dadurch, dass Häftlinge in die Sowjetunion deportiert wurden. Wichtig war auch sein Hinweis darauf, dass sich im System der NKWD-Lager im Januar 1950 insofern

¹⁶⁰² Vgl. hierzu auch: Konzentrationslager in der Sowjetzone, in: Ost-Probleme (1950), 2. Jg., Nr. 30, S. 957-960.

¹⁶⁰³ Günther Birkenfeld, Der NKWD-Staat, in: Der Monat, Heft 18 (1950), 2. Jg., S. 630 f.

eine zentrale Veränderung ergab, als einige Lager geschlossen wurden und „nur“ noch die Konzentrationslager Buchenwald, Sachsenhausen und Bautzen existierten.

Im weiteren Verlauf seiner Studie über den „NKWD-Staat“ ging Birkenfeld neben der von der sowjetischen Regierung im Januar angeordneten Auflösung ebendieser drei Konzentrationslager¹⁶⁰⁴ ausführlich auf die konkrete Situation der Häftlinge in erster Linie in Buchenwald und Sachsenhausen ein. D. h., im Zusammenhang seiner Analyse des sich in drei Abschnitte unterteilten „Vernichtungsprozesses“ (Günther Birkenfeld) in den Lagern, beschrieb er die komplexe Terror-Realität unter der die Gefangenen nach ihrer Verhaftung leben mussten und die in zahlreichen Fällen unter anderem aufgrund der Verpflegungssituation und generellen Versorgungsbedingungen im „NKWD-Staat“ zum Tod führten. In diesem Zusammenhang stellte Birkenfeld einen weiteren Vergleich zwischen den nationalsozialistischen und sowjetischen Konzentrationslagern an – mit einem ausdrücklichen Verweis auf die Studie der „SS-Staat“ von Eugen Kogon – und beleuchtete beispielsweise auch die Lager-Hierarchie unter den Häftlingen.¹⁶⁰⁵

In der Sowjetunion verschärfte sich – wie erwähnt – die politische Situation nach dem Zweiten Weltkrieg sehr schnell. Insbesondere die in Gang kommende Säuberung führender Militäroffiziere der siegreichen und in der Bevölkerung überaus populären sowjetischen Armee –unter anderem wurde der einen „überragenden Ruf“ genießende Marschall Shukow abgesetzt und degradiert – und die 1947 einsetzende generelle Säuberung der Armee wiesen Parallelen zu den späten dreißiger Jahren auf, zumal auch Teile der Bevölkerung von staatlichen Terrormaßnahmen betroffen waren. Allerdings verzichtete die stalinistische Führung darauf öffentliche Schauprozesse zu inszenieren. Der repressive Herrschaftscharakter zeigte sich auch in anderen Bereichen, als sich nämlich ein scharfer Kurs auch in der kommunistischen Kulturpolitik im Allgemeinen und gegenüber den sowjetischen Intellektuellen im Besonderen bemerkbar machte. Andrej Shdanow blies in seiner Rede vor dem Zentralkomitee der Partei im September 1946 zum Angriff und verkündete den Kulturkampf. Nach außen stellte diese Rede eine „ideologische Kriegserklärung“ an die westlichen demokratisch-kapitalistischen Staaten und nach innen eine Disziplinierung und Knebelung der Geistesfreiheit dar. In der Folge wurden Wissenschaftler, Dichter und Künstler – wie zum Beispiel der Philosoph Alexandrow, der Nationalökonom Warga oder der

¹⁶⁰⁴ Ebenda, S. 631.

¹⁶⁰⁵ Siehe im Einzelnen ebenda, S. 631-643. Darauf gehe ich im Kapitel IV. 3. 3. „Der Vergleich der nationalsozialistischen und stalinistischen Konzentrationslager“ ein.

Komponist Schostakowitsch – zur Rechenschaft gezogen, weil sie sich „objektivistischer, formalistischer oder kosmopolitischer Tendenzen“ schuldig gemacht hatten und durch eine quasi Verherrlichung der „dekadenten bürgerlichen Kultur“ in den Augen des Stalinschen Politbüros „Verrat“ an der Partei und am sowjetischen Staat begangen hatten.¹⁶⁰⁶ In diesem „neuen“ Kurs brach sich vor dem Hintergrund eines verstärkt grassierenden russischen Nationalismus und der damit verbundenen Verklärung des slawischen Ursprungs der Russen, die chauvinistische Verherrlichung russischer Kulturleistungen Bahn. In der Naturwissenschaft setzte Stalin persönlich durch, dass die Theorie des Biologen T. D. Lyssenko allein Gültigkeit besaß – Lyssenko entwickelte die Theorie von der Veränderlichkeit des Erbgutes durch äußere Einwirkung – und eine dogmatische Monopolstellung erlangte und nicht nur der „wissenschaftlichen Freiheit“ ein Ende bereitet, sondern auch die Säuberung von „un-sowjetischen“ Wissenschaftlern zur Folge hatte.¹⁶⁰⁷

Nach dem Tod des Leningrader Parteiführers Andrej Shdanow Ende August 1948 wurde eine erneute politische Terrorwelle von Stalin in der Sowjetunion in Gang gesetzt, von der nicht nur die Bevölkerung betroffen war, sondern die sich in erster Linie gegen die Partei richtete. Insbesondere führende Funktionäre des Leningrader Parteiapparates waren das Ziel der vom Kreml-Chef gesteuerten Säuberungsaktion. Die Zahl der allein in der „Leningrader Affäre“ – die zum Synonym der zum damaligen Zeitpunkt laufenden Säuberungswelle wurde – verhafteten und größtenteils getöteten Parteimitglieder betrug mehrere Hunderte – darunter die beiden prominenten „Spitzenfunktionäre“ Nikolaj A. Wosnesenskij und dessen Stellvertreter Alexej A. Kusnezow.

Quasi zeitgleich mit der „Zweiten Jeshowschtschina“ geriet das stalinistische Herrschaftssystem angesichts der zugespitzten Situation im Kalten Krieg (Berlin-Blockade) vor allem durch den Bruch Titos mit Moskau außenpolitisch unter Druck. Zur Vorgeschichte des Bruches: zwischen der Sowjetunion und Jugoslawien war im April 1945 ein „Freundschafts- und Bündnisvertrag abgeschlossen worden, der auf dem ersten Blick auch eine ideologische Grundlage zu haben schien. Im Laufe der Zeit zeigte sich allerdings, dass Tito in Bezug auf die jugoslawische Innenpolitik und den Beziehungen der „Balkanländer“ untereinander spezielle persönliche Bedeutung besaß. Nachdem Tito bereits bei der

¹⁶⁰⁶ Vgl hierzu mit dem Schwerpunkt auf der Kunst im Allgemeinen und der Literatur im Besonderen liegenden Beitrag Wladimir Weidlé, Als Rußland noch ‚kosmopolitisch‘ war..., in: Der Monat, Heft 45 (1952), 4. Jg., S. 263-278 sowie speziell für den „Angriff“ auf die sowjetische Musik Nikolas Nabokow, Gereinigte Noten. Ein Bericht über das sowjetische Musikleben, in: Der Monat, Heft 15 (1949), 2. Jg., S. 325-327.

¹⁶⁰⁷ Vgl. hierzu Bertram D. Wolfe, Der Fall Lyssenko. Das Schicksal der Wissenschaft in der UdSSR, in: Der Monat, Heft 8/9 (1949), 1. Jg., S. 112-119.

Unterdrückung aller oppositionellen Parteien des Landes und der Durchführung radikaler wirtschaftlicher und sozialer Reformen einen „eigenen Weg“ gewählt hatte, zeigte sich seine Eigeninitiative und sein Ziel nach Unabhängigkeit gegenüber Moskau in seinen Hegemonialbestrebungen in den südosteuropäischen Ländern. Angesichts der seit Sommer 1947 laufenden Erörterungen zwischen Tito und dem bulgarischen Kommunistenführer Dimitrow, die im Kern den Plan einer „Balkanföderation“ hatten, sah sich Stalin gezwungen politisch zu reagieren und versuchte den Druck auf den gefährlichen Konkurrenten und „Ketzer“ zu erhöhen. Die Gründung der Kominform mit dem Sitz in Belgrad war in dem Ziel begründet, die politische Kontrolle über Jugoslawien zu verschärfen. Um den Druck auf Tito zu erhöhen, unterstützte Stalin die mit Moskau sympathisierenden Kräfte in der Kommunisten Partei Jugoslawiens, die daraufhin von Tito verhaftet wurden. Somit war der Bruch nicht mehr zu vermeiden. Im Frühjahr 1948 beorderte Stalin die sowjetische Militärmission aus Belgrad zurück und im Juni des gleichen Jahres wurde eine „Pressekampagne“ gegen Tito gestartet, die schwere Anschuldigungen gegenüber dem „Ketzer“ enthielt. Am Ende stand der Ausschluss der kommunistischen Partei Jugoslawiens aus der Kominform und am 28. Juni 1948 wurde Tito sozusagen offiziell als „Verräter“ erklärt.¹⁶⁰⁸

In der Folgezeit verschärfte der Kremlchef seinen politischen und militärischen Kurs in den osteuropäischen Staaten. Vor dem Hintergrund der Entwicklung in Jugoslawien und des dort eingeschlagenen Weges eines von Moskau unabhängigen Kommunismus, d. h., eines „nationalen Kommunismus“, startete Stalin Ende 1948 eine Terror- bzw. Säuberungswelle in den kommunistischen Parteien in Albanien, Polen, Ungarn, Bulgarien und der Tschechoslowakei, der nicht zuletzt die führenden Funktionäre zum Opfer fielen. Zu den spektakulärsten Fällen zählte die im Juni 1949 vorgenommene Verhaftung einer Gruppe führender Parteimitglieder um den ungarischen Innenminister László Rajk – die im Oktober des gleichen Jahres aufgrund gefälschten Beweismaterials und erpresster Geständnisse umgebracht wurden – sowie zum anderen der Ausschluss des führenden bulgarischen Kommunisten Traitscho Kostoff aus dem Politbüro und dem Zentralkomitee der KP Bulgariens im März 1949, der im Dezember des gleichen Jahres nach der Verhaftung erhängt wurde. In der polnischen Hauptstadt Warschau fand Anfang Juni 1950 ein Prozess gegen eine

¹⁶⁰⁸ Vgl. hierzu im einzelnen Ruth Fischer, Tito contra Stalin. Gegenwartsprobleme der Komintern-Strategie, in: Der Monat, Heft 7 (1949), 1. Jg., S. 44-57 sowie unter dem Aspekt des „Bruchs“ zwischen Stalin und Tito mit speziellen Ausführungen zu den Unterschieden zwischen dem stalinistischen- und „titoistischen“ Herrschaftssystem die Beiträge Melvin J. Lasky, Balkan-Tagebuch. Notizen von einer Reise nach Jugoslawien, in: Der Monat, Heft 39 (1951), 4. Jg., S. 261-269 sowie den zweiten Teil, in: Der Monat, Heft 40 (1952), 4. Jg., S. 345-356; Richard Löwenthal, Brief aus Belgrad: Titos „Großes Experiment“. Ein Bericht aus dem neuen Jugoslawien, in: Der Monat, Heft 49 (1952), 5. Jg., S. 39-49.

Gruppe führender Funktionäre um den General Tatar statt, der mit harten Strafen für die Angeklagten endete. Der Prozess war von der „Stalin-Clique“ als Vorspiel gedacht für einen geplanten Prozess gegen den kommunistischen Parteiführer Gomulka und gegen weitere zahlreiche Funktionäre (die Verhafteten überlebten den Terror durch den Tod Stalins).

Das stärkste Interesse und das größte Entsetzen in der zeitgenössischen internationalen Öffentlichkeit löste allerdings der öffentliche Schauprozess gegen den führenden tschechoslowakischen Kommunisten Rudolf Slansky aus, der nach einem vergleichbaren Muster wie die drei „großen“ Moskauer Prozesse ablief (Geständnisse, Selbstbezeichnungen der Angeklagten etc.) und mithin unweigerlich Erinnerungen an die Jahre des „Großen Terrors“ auslöste. Mit dem Generalsekretär des ZK der KP der Tschechoslowakei wurden weitere prominente Parteiführer auf der Grundlage gefälschten Materials zu Agenten gestempelt und im November 1952 entweder zum Tode verurteilt oder – wie zum Beispiel Arthur London – zu lebenslanger Haft verurteilt. Das spektakuläre des Prager Schauprozesses war allerdings vor allem die eindeutig antisemitische Stoßrichtung, da Slánský und weitere Angeklagte auch als „Juden“ bzw. als „zionistische Agenten“ verurteilt wurden.

Die Säuberungswelle in den Ländern Osteuropas bzw. in den „Volksdemokratien“ war für die Zeitgenossen freilich ein Indikator für einen „neuen Kurs“ von Stalin. In den kommunistischen Parteien der einzelnen Länder wurden die „alten Kader“ abgesetzt und in vielen Fällen liquidiert, womit ihr politischer Einfluss auf die Staatsführung verhindert wurde. Dafür wurden „Mini-Stalins“ installiert – Bierut in Polen, Gottwald in der Tschechoslowakei oder Rakosi in Ungarn – die bedingungslos die politischen Maßnahmen Moskaus umsetzten und für das Funktionieren des Systems in den „Satellitenländern“ verantwortlich waren. Aber auch in den kommunistischen Parteien in den westeuropäischen Ländern brach sich die neue (außen-)politische Linie Moskaus Bahn. Beispielsweise wurde quasi in zeitlicher Koinzidenz zum Prager „Slansky-Schauprozess“ Ende 1952/Anfang 1953 in Paris ein öffentlicher (Schauprozess *en miniature* gegen den führenden Funktionär der Kommunistischen Partei Frankreichs und – laut „Anklageschrift“ – sogenannten „Fraktionisten“ und „Verräter“ André Marty in Gang gebracht. Wie in Prag bezichtigte sich der von der Partei angeklagte ehemalige „Spanienkämpfer“ und „hundertfünfzigprozentige Stalinist“ (Herbert Lüthy) aller ihm zur Last gelegten Verbrechen.¹⁶⁰⁹

¹⁶⁰⁹ Zu den Einzelheiten und den historisch-politischen Parallelen zwischen den „Schauprozessen“ in Prag und Paris vgl. die Beschreibung und die analytischen Reflexionen von Herbert Lüthy, Prag, Paris und Paranoia, in: Der Monat, Heft 52 (1953), 5. Jg., S. 444-446.

In der Sowjetunion radikalisierte sich – wie erwähnt – die innenpolitische Lage Ende der vierziger und zu Beginn der fünfziger Jahre. Stalin setzte vor dem Hintergrund der „Leningrader Affäre“ und des grassierenden russischen Nationalismus und Chauvinismus unter anderem eine antisemitische bzw. antizionistische Kampagne in Gang, die sich gezielt gegen jüdische Intellektuelle, Künstler und Gruppen (zum Beispiel Mitglieder des „Jüdischen Antifaschistischen Komitees“) richtete. Der stalinistische Antisemitismus, der sich, wie gesagt, auch und vor allem im „Slansky-Schauprozess“ niederschlug, wies in den Augen der interessierten Zeitgenossen zweifelsohne Parallelen, Analogien zum „nationalsozialistischen- und Hitlerschen Antisemitismus“ auf.¹⁶¹⁰ Ihren negativen Höhepunkt fand die antisemitische bzw. antizionistische Kampagne in der Sowjetunion unter Stalin in der „Ärzte-Verschwörung“, die von ihm im Winter 1952/53 in Gang gesetzt wurde. Fünf prominenten Ärzten wurde vorgeworfen „zionistische Agenten“, „Spione des Westens“ und der „Kopf“ einer Verschwörung zu sein, die zum einen für den Tod führender Mitglieder der Partei verantwortlich waren (unter anderem wurde ihnen vorgeworfen, Shdanow ermordet zu haben) und zum anderen das Ziel hatten, Stalin zu vergiften. Die Verhaftung der „Mordärzte“ und die Aufdeckung des „Ärztekomplottes“ war kurz vor dem Tod Stalins der Auftakt für eine umfassende Säuberung der Sicherheitsapparate, der Partei und des Politbüros, von der auch die engsten Gefährten des Kremlchefs betroffen waren – wie zum Beispiel Molotow oder Mikojan.

Noch bevor am 5. März 1953 Stalin starb, setzte sich der international bekannte Renegat und Kommunismus-Experte Richard Löwenthal im „Monat“ sowohl mit den – oben in aller Kürze angesprochenen – zurückliegenden Entwicklungen Ende 1940/Anfang 1950 sowie der aktuellen terroristischen Politik Stalins 1952/53 in der Sowjetunion, in den osteuropäischen Satellitenstaaten und in der französischen KP (sowie mit der Entwicklung in China) auseinander. In seinem im März-Heft des Jahres 1953 veröffentlichten Beitrag „Der Hintergrund der Säuberung“ versuchte Löwenthal die sowohl historisch-aktuelle als auch zurückliegende komplexe (Terror-)Politik Stalins zu interpretieren und zu analysieren.¹⁶¹¹ Im Folgenden wird die Veröffentlichung von Richard Löwenthal aufgrund des genuin analytischen Anspruchs fast in Gänze wiedergegeben – damit der Kommunismus-Experte zum einen ausführlich persönlich zu „Wort“ kommen kann und zum anderen das empirische

¹⁶¹⁰ So exemplarisch Herbert Lüthy, ebenda, S. 446.

¹⁶¹¹ Richard Löwenthal, Der Hintergrund der Säuberung, in: Der Monat, Heft 54 (1953), 5. Jg., S. 672-676.

Material der Zeitschrift von „selbst sprechen“ kann. Im Anschluss daran erfolgt vor dem Hintergrund der zeitgenössischen Forschungserkenntnisse zur Geschichte des Sowjetkommunismus ein Kommentar.

„Steckt hinter dem scheinbaren Wahnsinn der Säuberungen, die gegenwärtig den kommunistischen Teil der Welt erschüttern, eine verborgene Methode? Können wir hinter dem Wust absurder Beschuldigungen und noch absurderer Geständnisse, die von Bukarest bis Berlin und von Prag bis Moskau die Atmosphäre verpesten, einen rationellen politischen Zweck erkennen?“ Mit diesen Worten begann Richard Löwenthal seinen sich auf fünf Zeitschriftenseiten erstreckenden Beitrag, um wie folgt fortzufahren:

„Es ist, als sähen wir verschwommen, wie hinter einem dunklen Fenster, die Gestalten einiger der sowjetischen Machthaber in einem Kampf auf Tod und Leben miteinander ringen. Viel mag davon abhängen, daß wir erkennen, wer gegen wen kämpft und um welche Streitfragen – welche Politik die ‚Gesäuberten‘, welche die ‚Säuberer‘ vertreten. Gibt es ein Mittel, das herauszufinden?“

Die jüngsten Ereignisse haben uns drei Anhaltspunkte geliefert, die auf den inneren Zusammenhang hindeuten scheinen. Erstens nimmt die Große Säuberung ihren Weg von der äußeren Peripherie des stalinistischen Apparats zum Mittelpunkt hin. Die Anklage im Prager Slansky-Prozeß gegen eine Reihe wichtiger direkter Agenten des sowjetischen Sicherheits- und Spionagedienstes und der Ausschluß von kommunistischen Führern wie André Marty, die lange von höchster sowjetischer Stelle gedeckt worden waren, führten einige Beobachter zuerst zu dem Schluß, daß Erschütterungen dieser Art auch in der Sowjetunion selbst zu erwarten seien.

Zweitens wird zwar behauptet, daß die Kontakte zwischen den verurteilten ‚Spionen und Verrätern‘ in den Satellitenländern und den Geheimdiensten des Westens über die verschiedensten Kanäle liefen – durch zionistische und andere jüdische Organisationen, durch westliche Korrespondenten, selbst bekannte Mitläufer im Westen – doch das Ziel ihrer ‚Verschwörungen‘ wird in jedem Fall als ein ‚titoistischer Staatsstreich‘ bezeichnet: als ein Versuch, die Satellitenstaaten der russischen Vormundschaft zu entreißen.

Drittens hat die Sowjetpresse unmittelbar vor der Aufdeckung der ‚Ärzteverschwörung im Kreml‘ den ersten offenen Angriff auf den ehemaligen Vorsitzenden der staatlichen Planungskommission, A. N. Wosnessenskij, veröffentlicht. Bis zu seiner öffentlich nie begründeten Amtsenthebung im Jahre 1949 hatte dieser als einer der Hauptbefürworter einer Außenpolitik der Offensive innerhalb des Politbüros gegolten: in seinem Buch über die sowjetischen Kriegisleistungen, das jetzt als ‚antimarxistisch‘ verurteilt wird, hatte er behauptet, das Kriegspotential der Sowjetunion und der Satellitenstaaten zusammen sei bereits dem des Westens überlegen, und so den Schluß nahegelegt, Sowjetrußland könne ungestraft einen neuen Weltkrieg riskieren.¹⁶¹²

Für Richard Löwenthal ging die erste „große Moskauer Säuberung“ aus den Jahren 1936 bis 1938 auf die „furchtbaren Kämpfe der Jahre 1929 bis 1931“ zurück, also auf den Beginn des ersten Fünfjahresplans, die Zwangskollektivierung und die Hungersnot, und für ihn hatte es damals den Anschein, dass „die Säuberungswelle, die sich heute ausbreitet“, so Löwenthal,

¹⁶¹² Ebenda, S. 672 f.

„mit den kritischen Entscheidungen der Jahre 1948/49 im Zusammenhang zu stehen – dem Bruch mit Tito, dem totalen Sieg Mao Tsetungs in China und den ersten ernsten Rückschlägen für den kommunistischen Vormarsch in Europa. Jene Entscheidungen warfen das immer wiederkehrende Grundproblem der sowjetischen Strategie auf: wann muß man von der äußeren Expansion der kommunistischen Revolution auf ihre Intensivierung im Innern umschalten; vom Angriff zur Konsolidierung übergehen; im Verschlingen eine Pause machen, um erst einmal zu verdauen.

Denn die Machthaber Rußlands leben, trotz ihrer Verwerfung von Troztkis Person und Lehre, noch immer nach dem Gesetz der permanenten Revolution – nur ist es jetzt eine von oben gelenkte Revolution, deren Triebkraft die Macht des totalitären Staatsapparates ist. Im Gegensatz zu jeder bürokratischen Kaste, die die bisherige Geschichte kennt, ist Stalins Parteibürokratie nicht konservativ geworden und kann es nicht werden: sie hält sich nicht dadurch an der Macht, daß sie das Bestehende stabilisiert, sondern gerade dadurch, daß sie ihre Untertanen nie zur Ruhe kommen läßt.

Stalins letzte Abhandlung, die im vergangenen Oktober am Vorabend des 19. Kongresses der Kommunistischen Partei der Sowjetunion veröffentlicht wurde, läßt sich am besten als Wegweiser für diese permanente Revolution von oben verstehen. Diese Revolution kann während langer Zeitabschnitte durch innere Umwälzungen fortschreiten, mit der Entwurzelung von Millionen durch Zwangskollektivierung, mit industriellen Riesenbauten, Massendeportationen und Zwangsarbeit; wenn sich dann Gelegenheit zu Eroberungen bietet oder der Zusammenbruch von Nachbarstaaten ein politisches Vakuum schafft, wird der äußere Machtbereich erweitert, werden Satellitenregierungen errichtet; dann wiederum werden dieselben Stufen gesellschaftlicher Umwälzung in den neugewonnenen Gebieten durchlaufen, während im Kernland der Revolution noch weitergehende Schritte unternommen werden. Die Wendepunkte im Auf und Ab dieses revolutionären Prozesses sind immer Augenblicke der Spannung, des Zweifels, der inneren Auseinandersetzungen und der akuten Krise.“

Der bis dahin letzte große Wendepunkt dieser Art wurde für den Mitarbeiter des „Monat“ 1948/49 erreicht. Denn, so führte Löwenthal aus:

„Die sowjetische Nachkriegsexpansion hatte begonnen, auf ernsten westlichen Widerstand zu stoßen – in Griechenland, in Gestalt der Berliner Luftbrücke, in der Stabilisierung Westeuropas durch den Marshallplan. Die Entscheidung für oder gegen das Wagnis eines allgemeinen Krieges wurde unvermeidlich. Und gleichzeitig entdeckten die sowjetischen Führer plötzlich, daß ihre politischen Verbindungslinien bereits bedenklich dünn geworden waren – daß während der Zeit der Tatenlosigkeit des Westens der kommunistische Machtbereich zu schnell erweitert worden war, um noch mit Sicherheit von seinem Zentrum in Moskau kontrolliert werden zu können. Der erfolgreiche Abfall Titos 1948 und die Eroberung ganz Chinas durch Mao 1949 haben die Aufmerksamkeit der Sowjets auf diese Gefahr gelenkt, und haben dadurch wahrscheinlich ebensoviel wie der Widerstand des Westens dazu beigetragen, die sowjetische Expansion zeitweilig zum Halten zu bringen. Um die Tiefe und Nachhaltigkeit der durch die Tito-Affäre im ganzen sowjetischen Machtbereich ausgelösten Rückwirkungen zu verstehen, muß man bedenken, daß Titos Ausbruch weit mehr als ein lokales Ereignis war: er kennzeichnete das Scheitern des großen Experiments der sowjetischen Nachkriegspolitik, das die Befürworter fortgesetzter hemmungsloser Expansion im Politbüro durchgeführt hatten – des Versuchs, die kommunistische Expansion zu beschleunigen, indem man den militantesten neuen

kommunistischen Regierungen außerhalb der Sowjetunion eine gewisse eigene Initiative zugestand.

Das Organ dieses Experiments war das Kominform-Büro, 1947 mit dem Sitz in Belgrad gegründet und auf dem Prinzip aufgebaut, daß Anweisungen für die mächtigsten kommunistischen Parteien des Westens – die französische und italienische – über die europäischen ‚Volksdemokratien‘ laufen sollten, deren kommunistische Führer denen des Westens psychologisch näher standen als die Russen. Sein Vater war Andrej Alexandrowitsch Shdanow, damals erster Sekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion unter Stalin und nach allgemeiner Ansicht vermutlich sein Nachfolger. Seine Theorie war – nach seinen eigenen Worten bei der Gründungstagung der Kominform – , daß die Hauptgefahr für die Kommunisten jetzt darin bestehe, die Stärke ihrer Feinde zu überschätzen und die eigene Stärke zu unterschätzen – anders ausgedrückt, daß kühne Offensive, die beste Strategie sei. Und der hervorragendste Exponent des ganzen Versuchs war kein anderer als Tito, damals der militanteste kommunistische Führer Osteuropas – der erste , der in seinem Staat ein vollständiges Einparteieregime schuf, der erste, der die zögernden Kommunisten des Westens als opportunistische Schwächlinge angriff (...).¹⁶¹³

Nach Auffassung von Richard Löwenthal erreichte das sogenannte „Experiment“ seinen Höhepunkt, als um die Jahreswende 1947/48 Tito eine „triumphale Rundreise“ durch sämtliche Hauptstädte der „Volksdemokratien“ machte. Indes: Vor dem Hintergrund der Absicht von Tito, eine „Balkanförderer“ ins Leben zu rufen, die zweifelsohne für Moskau zu einem „rivalisierenden Zentrum des Kommunismus“ geworden wäre, wurde Georgi Dimitrow von seiten Stalins dazu gezwungen, von Tito abzurücken. Daraufhin startete Moskau seinen „Angriff“ auf den jugoslawischen Staatschef und die kommunistische Partei des Landes. Im Sommer 1948 wurde Löwenthal zufolge Tito vom Kominform-Büro ausgeschlossen. „Zwei Monat später verstarb Shdanow – eines natürlichen Todes nach der offiziellen Version von damals, ermordet von den Kreml-Ärzten nach der von heute.“ Dass „Tito es wagte“, so Richard Löwenthal,

„den Zorn des Kreml zu trotzen, daß er tatsächlich vermochte, seine Partei und seinen Staat zusammenzuhalten, muß für die sowjetischen Führer ein ungeheurer Schock gewesen sein. Hier war der endgültige Beweis, wie bedenkenlos die Shdanowsche Politik nicht nur das Risiko eines Krieges, sondern das einer Befreiung der Satelliten heraufbeschworen hatte. Sogleich begann eine panische Verschärfung der Kontrollmaßnahmen und ein wildes Suchen nach potentiellen Titos, um sie rechtzeitig zu liquidieren.

Rajk in Ungarn, Kostoff in Bulgarien, Dsodse in Albanien wurden als ‚Verräter‘ verurteilt und gehängt; Gomulka in Polen wurde abgesetzt und später verhaftet; der griechische Partisanenführer General Markos verschwand noch vor der Beendigung des Bürgerkrieges. Die vorher gültige These, daß jede kommunistische Partei das Recht habe, gleich Tito gemäß den eigenen nationalen Bedingungen einen eigenen, nichtrussischen Weg zur Macht zu finden, wurde als ketzerisch verdammt. Der Aufbau des Kominform-Apparats selbst wurde jetzt als nachweislich falsch angesehen: für einen Satellitenführer wurde es jetzt gefährlich, wenn er jemals geheime Verbindungen zum Westen gehabt hatte – auch dann, wenn es sich

¹⁶¹³ Ebenda, S. 673 f.

um Kontakte mit westlichen Kommunisten oder bekannten Mitläufern handelte, die er im Auftrag des Kominform wahrnahm.

Auch die Verbindungen, die Kommunisten während des Krieges mit sowjetischer Billigung und zu Rußlands großem Vorteil mit westalliierten Dienststellen angeknüpft hatten, wurden jetzt nicht nur zum Vorwand genommen, um ohnehin in Ungnade gefallene und kompromittierte Persönlichkeiten zu entfernen, sondern wurden tatsächlich als potentielle Gefahrenquellen für die Sowjetunion angesehen. Der amerikanische Kommunist Noel Field z. B. wurde 1949 irgendwo hinter dem Eisernen Vorhang verhaftet und seither in allen Schauprozessen als gefährlicher westlicher Agent erwähnt; und Dutzende von führenden Mitgliedern des kommunistischen Geheimapparats in ganz Europa, die jetzt aus solchen Gründen als ‚infiziert‘ galten, wurden in den folgenden Jahren entweder nach Osten gelockt und dort verhaftet oder auch bei der westlichen Polizei denunziert.¹⁶¹⁴

Im Anschluss an diese Ausführungen ging Richard Löwenthal in seinem Beitrag „Der Hintergrund der Säuberungen“, der, wie gesagt, in der März-Ausgabe 1953 des „Monat“ erschien, zuerst auf die innenpolitische Situation in der Sowjetunion Ende der vierziger Jahre ein, und danach auf die – nach einer „Terror-Pause“ Anfang der fünfziger Jahre – in den Monaten vor dem Tod Stalins wieder in Gang gekommenen stalinistischen Säuberungen in den Satellitenstaaten sowie in der Sowjetunion. Hierzu schrieb er:

„In der Sowjetunion selbst folgte dem Tode Shdanows alsbald die Absetzung vieler von ihm ernannter Funktionäre und 1949 das stille Verschwinden Wosnessenskij, der mit seiner These vom überlegenen Kriegspotential der kommunistischen Welt wohl Shdanows wichtigster Verbündeter im Politbüro gewesen war. Wir wissen jetzt aus den letzten Moskauer Angriffen, daß Wosnessenskij schon damals aus der Partei ausgeschlossen worden sein muß. Der jetzt veröffentlichte Beschluß des Zentralkomitees aus dem Jahr 1949 bezeichnet ihn nicht mehr als ‚Genossen‘. Damals wurde jedoch keine öffentliche Begründung für sein Ausscheiden gegeben. Das russische Volk erfuhr von keinem Konflikt über Fragen der kommunistischen Weltstrategie, und Anfang 1950 schien die ganze internationale Säuberung einzuschlafen. Nur in der Tschechoslowakei rumorte sie durch die Jahre 1950 und 1951 halb unterirdisch weiter – um dann in den letzten Monaten in einem Land nach dem anderen mit voller Kraft wieder sichtbar zu werden und schließlich in Rußland selbst explosionsartig zum Durchbruch zu kommen.“¹⁶¹⁵

In diesem Zusammenhang suchte Richard Löwenthal nach einer Erklärung für das für die Zeitgenossen rätselhafte Phänomen der stalinistischen Säuberungen und vertrat folgenden Standpunkt:

„Wenn wir eine Erklärung dafür finden können, warum die Säuberung zeitweise unterbrochen wurde und warum nur die jetzige zweite Welle zu öffentlichen Anklagen in Sowjetrußland selbst geführt hat, dann haben wir vielleicht den Schlüssel zu dem ganzen Rätsel in der Hand. Die logisch einleuchtendste Erklärung ist wohl, daß die Liquidierung von Shdanows politischem Erbe zwei verschiedene, wenn auch eng zusammenhängende politische Fragen aufrollte: erstens die Verhinderung weiterer ‚Tito-Krisen‘ durch verschärfte Kontrolle der

¹⁶¹⁴ Ebenda, S. 674.,

¹⁶¹⁵ Ebenda, S. 674.

Satelliten und Abruch gefährlicher Westkontakte; zweitens die Ersetzung von Shdanows Offensiv-Strategie durch eine neue Politik gegenüber dem Westen.

Es scheint heute klar, daß sich die sowjetischen Führer über den ersten Punkt schon 1949 völlig und endgültig geeinigt hatten. Aber der Angriff auf Südkorea im Sommer 1950 und die seither zutage getretene Uneinheitlichkeit der sowjetischen Außenpolitik deuten darauf hin, daß keine entsprechende Übereinstimmung in der zweiten Frage bestand. Nach dieser Lesart würde die zweite Welle der Säuberung die bevorstehende zweite Entscheidung ankündigen – den Entschluß, die gefährvolle Expansionspolitik für eine gewisse Zeit aufzugeben und die Hauptenergien des Kreml einstweilen den nächsten Stufen der inneren Revolution in den europäischen Satellitenländern und in China zu widmen.¹⁶¹⁶

Nach dem Dafürhalten von Richard Löwenthal gab es aufgrund der damaligen „Tatsachen“ sozusagen stichhaltige Anhaltspunkte für seine Interpretation der stalinistischen Säuberungen. Denn, so der Autor:

„In Rußlands europäischen Kolonien ist seit der Ausmerzung der angeblich ‚titoistischen‘ Führer das Tempo der Kollektivierung der Landwirtschaft und des forcierten Aufbaus der Schwerindustrie nach sowjetischen Muster erheblich gesteigert worden; in den letzten paar Monaten hat es sich weiter beschleunigt. Aber die eindrucksvollste Bestätigung, daß Rußland sich nun ernstlich auf die Aufgabe konzentriert, die vom Kommunismus neu eroberten Länder gleichzuschalten und zu verdauen, kommt aus China.“

Richard Löwenthal zufolge hatte China seit 1952 vor dem Hintergrund von Stalins Schrift über die „Ökonomischen Probleme des Sozialismus in der UdSSR“ einen politischen Kurs favorisiert, der sich die sowjetische Gesellschaftsentwicklung zum „Vorbild“ genommen hatte und der im Grunde genommen so gedeutet werden konnte, dass das Regime – wie oben gesagt – die „gefährvolle Expansionspolitik für eine gewisse Zeit“ ebenfalls aufgeben hatte.¹⁶¹⁷ Allerdings gab es für den Kommunismus-Experten noch einen weiteren Ansatzpunkt für seine Deutung der zeitgenössischen stalinistischen Säuberungen:

„Schließlich sind die Opfer der zweiten Säuberungswelle in den europäischen Satellitenstaaten großenteils (sic) Leute wie Slansky und Anna Pauker, die nie die geringste Neigung zu einer unabhängigen nationalen Politik gezeigt haben. Aber sie waren Vertreter einer aggressiven Außenpolitik und enge Verbündete der Befürworter einer solchen Politik in der Sowjetunion; und den Anklagen gegen sie folgte der erste offene Angriff gegen Wosnessenskij in Rußland selbst auf dem Fuße.“

Gleichwohl musste man zum damaligen Zeitpunkt Löwenthal zufolge mit Schlüssen auf die Entwicklung der sowjetischen Außenpolitik noch immer vorsichtig sein. „Wir wissen weder“, schrieb er,

„wer unter den russischen Führern etwa Shdanows aggressive Politik nach seinem Tode und der Ausschaltung Wosnessenskij's weiter verteidigt hat, noch sind wir sicher, wer die

¹⁶¹⁶ Ebenda, S. 675.

¹⁶¹⁷ Vgl. im Einzelnen ebenda, S. 675.

Befürworter einer radikalen Wendung waren und sind – wenn auch viele Zeichen darauf hindeuten, daß Malenkov sie ausführt. Vor allem können wir auch jetzt noch nicht sicher sein, daß eine endgültige Entscheidung gefallen ist. Der vierjährige Aufschub zwischen dem Beginn der Säuberung und dem blutigen Höhepunkt, dem wir uns jetzt nähern, ist deutlicher Beweis für die Stärke des shdanowistischen Widerstandes, und die Wurzeln dieser Stärke sind leicht zu erkennen: das ehrgeizige Rüstungsprogramm auf lange Sicht und der ständige Druck auf immer vollkommenere Formen des Kollektivismus im Sinne Stalins legen dem russischen Volk so schwere Opfer auf, daß manchen der Führer der Weg neuer Eroberungen, mit der Aussicht auf Beute, als der leichtere und schmerzlosere erscheinen mag – so lange sie sich einreden können, daß Eroberungen noch ohne Weltkrieg möglich sind.

Es ist noch nicht einmal klar, von welcher Seite die wilden Beschuldigen gegen die führenden Ärzte der Sowjetregierung erhoben werden. Auf den ersten Blick könnte die Anklage, daß jüdische Ärzte Shdanow ermordet und das Leben von Führern der Sowjetarmee gefährdet haben, wie ein Gegenschlag ‚shdanowistischer‘ Elemente der Generalität gegen die verhaßte ‚jüdische Geheimpolizei‘ aussehen, die seinerzeit ihre Pläne vereitelte. Doch ebensogut können wir es mit einem zynischen Meisterstück Stalins zu tun haben, dazu bestimmt, die überlebenden Anhänger Shdanows als Anstifter seiner Ermordung vor Gericht zu stellen. Wir werden es nicht wissen, bis auf dem dramatischen Höhepunkt der Säuberung der vorbestimmte Hauptverbrecher enthüllt worden ist.“¹⁶¹⁸

Vor dem Hintergrund seiner bisherigen Ausführungen stellte sich für Richard Löwenthal noch eine „letzte Frage“. „Wenn es wahr ist,“ so der Autor zum Schluss seines Beitrages,

„daß es letzten Endes um ernste politische Probleme geht, warum werden sie dann mit Hilfe von so phantastischen Anschuldigungen entschieden? Ist es nicht völlig abwegig, eine rationelle politische Erklärung für einen Vorgang zu suchen, der offensichtlich einen neuen furchtbaren Rückfall in das magische Denken der Primitiven, einen neuen Ausbruch kollektiver Paranoia bezeichnet?

Ich glaube, die Antwort darauf muß sein, daß die Anklagen zwar bewußt darauf berechnet sind, die Tendenzen unserer Zeit zum Massenwahn auszubeuten, daß sie selbst aber nicht einem pathologischen Geisteszustand, sondern der *inneren Logik* (Hervorh. J. G.) der kommunistischen Diktatur entspringen. Der Wahnsinn der Schauprozesse ist geradezu das notwendige Gegenstück zu dem Anspruch auf *absolute Rationalität* (Hervorh. J. G.).
Erinnern wir uns, daß die sowjetischen Machthaber behaupten, eine wissenschaftlich beweisbare Lehre von der gesellschaftlichen und staatlichen Entwicklung zu besitzen, von der man jeden überzeugen könne, der nicht durch sein reaktionäres Klasseninteresse verblendet sei. Sie geben gleichzeitig vor, sie hätten in der Sowjetunion alle Klassengegensätze abgeschafft und die gewaltsamen Umwälzungen, denen das Leben der Sowjetbürger ständig unterworfen wird, fänden in deren eigenem, einsehbarem Interesse und unter Zustimmung der Opfer statt: in der fiktiven Harmonie dieser pseudo-rationalen Diktatur gibt es weder Raum für Interessengegensätze noch für bleibende Meinungsverschiedenheiten zwischen Menschen, die das Ziel des Ganzen bejahen. In der Wirklichkeit jedoch sind solche Gegensätze unvermeidlich zwischen Mitgliedern einer Regierung, die für verschiedene Sektoren eines riesigen, differenzierten, von Schwierigkeiten aller Art erschütterten Gesellschaftskörpers verantwortlich sind. Wo solche Konflikte nicht überbrückt werden können, sondern ausgefochten werden müssen, da können sie im Rahmen der offiziellen Doktrin nicht als das dargestellt werden, was sie wirklich sind. Denn es ist unmöglich, dem Volke gegenüber zuzugeben, daß loyale Kommunisten in sachlichen Fragen verschiedener Meinung sein

¹⁶¹⁸ Ebenda, S. 675.

können. Der Konflikt kann nur begriffen werden als eine Manifestation des Bösen, das in ein sonst harmonisches System von außen eingedrungen ist – als Frucht der Umtriebe von feindlichen Agenten, von verbrecherischen Spionen, von übelwollenden Ausländern – oder von Juden.¹⁶¹⁹

Zweifelsohne stellte der in der März-Ausgabe des Jahres 1953 erschienene Beitrag „Der Hintergrund der Säuberungen“ von Richard Löwenthal einen substantiellen Versuch dar, die zeitgenössischen stalinistischen Säuberungen zu analysieren und zu interpretieren. In diesem Zusammenhang kann grundsätzlich konstatiert werden, dass Löwenthal von einem Totalitarismusbegriff zur Charakterisierung des sowjetischen Kommunismus unter Stalin ausging. In seinen Augen handelte es sich beim Stalinismus um ein historisch neuartiges Herrschaftsregime. Das kommunistische Einparteienregime unterschied sich qualitativ durch das systemimmanente „Gesetz der permanenten Revolution“ von traditionellen Herrschaftstypen, genauer gesagt, von der bis zum damaligen Zeitpunkt bekannten „bürokratischen Kaste“. Anders gesprochen: Der totalitäre Herrschaftscharakter des Stalinismus kam dadurch zum Ausdruck, dass „Stalins Parteibürokratie“ einem Bewegungsregime glich, das sich nicht einfach damit zufrieden gab an den Schaltstellen der Macht zu bleiben und mithin ebendiese Macht – klassisch konservativ – zu verteidigen, zu stabilisieren, sondern durch das systemimmanente „Gesetz“ besaß es einen dynamischen Charakter und musste gewissermaßen nach „vorne stürmen“. Zudem formulierte Richard Löwenthal in nuce zentrale analytische totalitarismustheoretische Aussagen, die zum einen in der zwei Jahre zuvor erschienenen Totalitarismusstudie von Hannah Arendt und zum anderen in der drei später veröffentlichten Untersuchung „The Permanent Purge – Politics in Soviet Totalitarianism“ von Zbigniew K. Brzezinski enthalten waren; Brzezinski Totalitarismusstudie zählte bekanntlich zu den Untersuchungen, die bereits in das Fahrwasser der zeitgenössischen Sowjetkommunismus-Forschung geraten waren, denn hier dienten die primär anhand des sowjetkommunistischen Regimes gewonnenen Forschungserkenntnisse als Grundlage für generalisierende Aussagen über den Typus der totalitären Herrschaft.¹⁶²⁰

Analog zu den Ausführungen von Hannah Arendt in ihrem Kapitel „Ideologie und Terror“ stellte auch Löwenthal – indes ohne ausdrückliche Bezugnahme auf die Totalitarismusstudie – fest, dass die Säuberungen im Allgemeinen und die angesprochenen

¹⁶¹⁹ Ebenda, S. 675 f.

¹⁶²⁰ Vgl. hierzu die entsprechenden Ausführungen im Einleitungskapitel Die wechselvolle Geschichte des Totalitarismusbegriffs.

Schauprozesse im Speziellen mit der Paranoia Stalins oder auch zum Beispiel mit dem „pathologischen Geisteszustand“ des sowjetischen Systems nicht hinreichend zu erklären waren. Insistierte Hannah Arendt explizit, so Löwenthal implizit auf der „deduktiven Logik“ des Terrors und hob folglich das totalitäre Moment der Säuberungen im Kontext der Verbindung von „Ideologie und Terror“ im Stalinismus hervor. Wenn man, wie es die sowjetischen Machthaber ohne Zweifel taten, die ideologischen Aussagen der kommunistischen Theorie für „bare Münze“ nimmt, wonach sie als Exponenten der Partei Vollstrecker gesellschaftsgeschichtlicher Gesetze sind und vor dem Hintergrund der heilsgeschichtlichen Vorstellungen die erwünschte, die geplante radikale Veränderung der Gesellschaft bzw. eines ganz bestimmten historisch-politischen Zustandes sich nicht realisieren lässt (in Löwenthals Beitrag: das Ziel der sowjetischen Machthaber, die kommunistische außenpolitische Expansion nach dem Zweiten Weltkrieg weiter auszudehnen), dann müssen quasi für einen „überzeugten“ Kommunisten zwangsläufig „Feindgruppen“ existieren, die die Schuld hatten (bei Löwenthal waren es die „Feinde“ in der Partei).

Auf der anderen Seite nahm Richard Löwenthal bereits substantielle Aussagen der 1956 erschienenen Totalitarismusstudie „The Permanent Purge – Politics in Soviet Totalitarianism“ von Zbigniew K. Brzezinski vorweg. Demnach handelte es sich beim sowjetischen Kommunismus auch und vor allem um ein totalitäres Herrschaftssystem, weil es nach der erfolgreichen Machtergreifung und der Periode der erfolgreichen Macht das spezielle Ziel verfolgte, die gesamte Gesellschaft zu revolutionieren. Genauer hieß das bei Brzezinski, dass sich das wesentliche Merkmal totalitärer Herrschaft daraus ergab, dass die ökonomische und soziale revolutionäre Umwälzung ausdrücklich von einer ideologisch ausgerichteten und fest organisierten politischen Bewegung angestrebt wurde. Seiner Auffassung nach war dem Anspruch auf eine totale gesellschaftliche Revolution herbeizuführen, inhärent, dass sogenannte Spannungen auftreten, die zunächst noch in der Partei durch das Vorhandensein stabilisierender Faktoren und ideologischer Abweichungen verblieben, sich dann allerdings durch die Radikalisierung der Revolution auf die gesamte Gesellschaft ausdehnten. Die sich dadurch für das Herrschaftssystem ergebenden existentiellen Probleme, verlangten in den Augen von Brzezinski quasi nach einer terroristischen Lösung, so dass der radikale Terror *nolens volens* die natürliche Reaktion der Führungselite des Regimes darstellte, der allerdings mit zunehmender Stabilität der totalitären Herrschaft nur noch als permanente Säuberung zu verstehen sei. In Löwenthals Beitrag „Der Hintergrund der Säuberungen“ tauchte die

Verknüpfung von Revolution und Säuberung als ein zentraler Aspekt bei seiner Interpretation des Phänomens der Parteisäuberung wieder auf.

Bei Richard Löwenthal selber mündeten die angesprochenen historisch-analytischen Erkenntnisse aus seinem Beitrag „Der Hintergrund der Säuberungen“ in seinen im Jahre 1960 veröffentlichten Aufsatz „Totalitäre und demokratische Revolution“¹⁶²¹. Für Löwenthal waren die entscheidenden Merkmale eines totalitären Herrschaftsregimes einerseits in der Machtstruktur und zum anderen in der Dynamik der Systeme zu sehen. Seiner Meinung nach war das durch eine revolutionäre Partei konstituierte Herrschaftssystem insgesamt als totalitär zu klassifizieren, weil das durch eine „totalitäre Revolution“ an die Macht gekommene Einparteienregime permanent versucht, „die Gesellschaft weiter im Sinne ihrer Ideologie zu transformieren.“ Löwenthal zufolge war das historisch Besondere und „geschichtlich Beispiellose“ an den totalitären Regimen, wie er schrieb, dass sie „Macht nicht nur mit revolutionären Methoden erobern, sondern sie durch zielbewußtes Inanghalten eines Prozesses gelenkter gesellschaftlicher Umwälzung zu behaupten suchen – daß sie eine ‚permanente Revolution von oben‘ anstreben.“¹⁶²²

Angesichts der in dem Beitrag „Der Hintergrund der Säuberungen“ aufgeworfenen Fragen und des Versuches, die stalinistischen Säuberungen in der Sowjetunion, den Satellitenstaaten sowie in der Kommunistischen Partei Frankreichs nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs zu erklären, stand also für Richard Löwenthal grundsätzlich fest, dass es sich beim sowjetkommunistischen Herrschaftssystem – eingedenk seiner theoretischen Ausgangserkenntnis, dass es zum Wesen des sowjetischen Staates sowohl unter Lenin als auch unter Stalin gehörte, von einem „Gesetz der permanenten Revolution“ vorangetrieben zu werden und das dies die eigentliche Triebkraft des Regimes war – um ein totalitäres Einparteienregime handelte, bei dem es vor dem Hintergrund der kommunistischen Ideologie einen direkten Zusammenhang gab zwischen innenpolitischer und außenpolitischer Entwicklung. D. h., in seinen Augen fiel die innere und die äußere Politik der Sowjetunion letzten Endes zusammen. Aus diesem Grund war Löwenthal imstande – allgemein gesprochen –, erstens, einen Zusammenhang herzustellen zwischen der sich vor allem im Jahre 1948 zugespitzten politischen Situation des Kalten Krieges und den politischen Entwicklungen in

¹⁶²¹ Richard Löwenthal, Totalitäre und demokratische Revolution, in: Der Monat, Heft 146 (1960), 13. Jg., S. 29-40; der Beitrag liegt indes außerhalb des in diesem Teil der vorliegenden Arbeit zu Grunde liegenden Untersuchungszeitraumes.

¹⁶²² Ebenda, S. 31.

der Sowjetunion sowie in den Satellitenstaaten,¹⁶²³ zweitens, dass die einzelnen stalinistischen Terroraktionen nicht als jeweils einzelnes Phänomen aufzufassen waren, sondern das ein „inneres Band“¹⁶²⁴ zwischen den Säuberungen in den internationalen kommunistischen Parteien und den (öffentlichen und nicht-öffentlichen) Schauprozessen und mithin zwischen der „ersten Welle“ (1948/49) und „zweiten Welle“ (1952/53) existierte, drittens, dass der stalinistische Terror und die Parteisäuberungen nicht in erster Linie einem „scheinbaren Wahnsinn“ Stalins oder der „Führungsclique“ des sowjetischen Einparteienregimes geschuldet waren.

Konkret gesprochen hieß das mit Blick auf die „erste Welle“ der stalinistischen Säuberungen in den Jahren 1948/49, dass, nachdem der außenpolitische Expansionismus des sowjetischen Kommunismus unter der Führung Stalins in Richtung Westeuropa infolge des sogenannten „ernsten westlichen Widerstand(es)“ in die Defensive gezwungen wurde – exemplarischer, symbolträchtiger Ausdruck war die Berliner Luftbrücke 1948 –, also der sowjetische außenpolitische Expansionsdrang eingedämmt war und Moskau zudem, infolge des Ausbruches Jugoslawiens unter Tito aus dem sowjetischen Machtbereich, in den Augen der sowjetischen Führungsmannschaft im Politbüro in eine existentielle Krise geraten war, sich für Löwenthal aus systemimmanenten Gründen sich ebendiese Krise einerseits auf die sowjetische Innenpolitik und andererseits auf die sowjetische Strategie in den Satellitenstaaten auswirken musste. Da die sowjetische außenpolitische Nachkriegsstrategie, also die Strategie „hemmungsloser Expansion“, in eine ernsthafte Krise geraten war, hatte dies zwangsläufig einen veränderten, defensiveren Kurs „nach außen“ zur Folge und so musste aus systemimmanenten Gründen – so können die Ausführungen von Richard Löwenthal gelesen werden – „nach innen“ vor allem aus zwei Gründen die stalinistischen Säuberungen 1948/49 in Gang gebracht werden:

Erstens wurden die Vertreter der sogenannten fortgesetzten hemmungslosen Expansion ausgeschaltet und in den allermeisten Fällen liquidiert – vor allem im Politbüro der KPdSU und in den Politbüros der kommunistischen Parteien der Satellitenstaaten;

Zweitens wurden quasi aus systemimmanenten Gründen die Führer der kommunistischen Parteien in den Satellitenstaaten gesäubert und liquidiert, um „potentielle Titos“ zu verhindern und mithin eine zusätzliche Schwächung des sowjetischen Herrschaftssystem zu verhindern.

Nachdem infolge des „Abfalls Titos“ das „Experiment“, den osteuropäischen

¹⁶²³ Vgl. zu den näheren politischen Hintergründe und Einzelheiten: Franz Borkenau, *Der europäische Kommunismus. Seine Geschichte von 1917 bis zur Gegenwart*, Bern 1952, S. 488-514.

¹⁶²⁴ Vgl. hierzu auch ders., *Doppelsäuberung in der Tschechoslowakei*, in: *Ost-Probleme* (1951), 3. Jg., Nr. 49, S. 1511-1514.

„Volksdemokratien“ unter der Führung der Kominform eine gewisse Unabhängigkeit zu gewähren bzw. ihnen eine gewisse Eigeninitiative für einen „nationalen Weg“ des Kommunismus zu lassen, für die sowjetische Führung gescheitert war – zumal mit der „Balkanförderaktion“ die konkrete Gefahr eines mit Moskau konkurrierenden Machtzentrums bestand –, war die Kremlführung zum Handeln gezwungen.

Vor diesem Hintergrund gab es zum Zeitpunkt der Veröffentlichung von Richard Löwenthals Beitrag Anfang des Jahres 1953 überzeugende Anhaltspunkte für seine originelle und grundsätzliche Interpretation der „ersten Welle“ der stalinistischen Säuberungen 1948/49 in der Sowjetunion nach dem Tod von Shdanow. In der Tat war der Tod des Leningrader Parteichefs Shdanow im Sommer 1948 das Startzeichen für die Parteisäuberung, die in der Kommunismusforschung der 1950er Jahre, wie erwähnt, als „Leningrader Affäre“ (Boris Lewytskij) einging. Von Löwenthal wurde zu Recht darauf insistiert, dass Shdanow und Wosnessenskij (einer der führenden Leningrader Parteifunktionäre) im Politbüro sowie in der Partei einerseits zu den vehementen Befürwortern einer radikalen außenpolitischen Expansion der Sowjetunion zählten – insbesondere was den offensiven militärischen Kurs gegenüber den westlichen kapitalistischen Staaten anbelangte – und andererseits vor dem Hintergrund der Shdanowschen Kominform-Politik Jugoslawiens Unabhängigkeitskurs von Moskau erst möglich machte; Wosnessenskij hatte zudem nach dem Tod von Shdanow den Ruf, eine oppositionelle Position im Hinblick des Anti-Tito-Kurses der sowjetischen Führung vertreten zu haben. D. h., dass Löwenthal zum damaligen Zeitpunkt eine zweifelsohne überzeugende, stichhaltige Interpretation lieferte, warum führende Funktionäre nach dem Tod von Shdanow aus der Partei ausgeschlossen und zum Teil liquidiert wurden: Demnach handelte es sich um Parteifunktionäre, die von Shdanow persönlich ernannt wurden und mithin wie zum Beispiel Wosnessenskij im Verdacht standen, Befürworter von dessen politischen Kurs zu sein.

Ebenso war die Interpretation der Säuberungen und der Schauprozesse in den Satellitenstaaten von Richard Löwenthal überzeugend, wonach mit der Verhaftung und Liquidierung führender Funktionäre der nationalen kommunistischen Parteien seitens der Kremlführung in erster Linie das Ziel verfolgt wurde, zu verhindern, dass die Führung der einzelnen Staaten Tito quasi als Vorbild nehmen und einen von Moskau unabhängigen politischen Kurs einschlagen könnten. D. h., dass es der sowjetischen Führung primär auf die Sicherung des kommunistischen Herrschaftssystems im Allgemeinen und die Konsolidierung der Macht in den osteuropäischen „Volksdemokratien“ im Besonderen ging. Anders gesagt, es ging bei den Säuberungen in den Satellitenstaaten insbesondere um die Sicherung des

imperialistischen Systems Moskaus.¹⁶²⁵ Insofern lag Löwenthal mit seiner impliziten Interpretation der sowjetischen Schauprozesse in Bulgarien und Ungarn im Jahre 1949 richtig, dass unter anderem das Mitglied des ungarischen Politbüros Rajk und das Mitglied des bulgarischen Politbüros Kostow deshalb auf der Anklagebank saßen, verurteilt und erhängt wurden, um „potentielle Titos“ zu verhindern.¹⁶²⁶ Aus diesem Grund war es auch nicht entscheidend, ob die Angeklagten, die als „Verräter“ betrachtet wurden, tatsächlich einen von Moskau unabhängigen politischen Weg gehen wollten, d. h. also einen „nationalen Kommunismus“ favorisierten. Analog zu den Moskauer Schauprozessen in den dreißiger Jahren ging es hierbei nicht darum, ob die Angeklagten tatsächlich Schuld oder Unschuld hatten. Sie saßen nicht zufällig als führende Parteifunktionäre auf der Anklagebank, sondern wurden quasi stellvertretend als „titoistische Verräter“ verurteilt. Jedem Mitglied der kommunistischen Partei in Ungarn und Bulgarien (sowie in den anderen osteuropäischen Ländern) sollte unmissverständlich signalisiert werden, dass letzten Endes jeder in den Verdacht geraten konnte, ein „Verräter“ und „potentieller Tito“ zu sein. Aus diesem Grund spielte Tito in den Schauprozessen auch eine Schlüsselrolle. Auch wenn Löwenthal diesen Sachverhalt nicht explizit zum Ausdruck brachte: bei den Schauprozessen in Ungarn und Bulgarien war der Kernpunkt der Anklage, dass die Parteifunktionäre geheime Verbindung zu Tito hatten. Bemerkenswerterweise wies Richard Löwenthal bereits darauf hin, dass der „irgendwo hinter dem eisernen Vorhang“ verhaftete amerikanische Kommunist Noel Field eine Schlüsselfigur sowohl in den Schauprozessen als auch in den Säuberungen des Kominform-Apparates und den kommunistischen Parteien bzw. „des kommunistischen Geheimapparates in ganz Europa“ war. Field wurde kurze Zeit nach dem Bruch zwischen „Tito und Stalin“ in Ungarn als angeblicher Verbindungsmann des amerikanischen Geheimdienstes verhaftet. Ohne dass Field in den Schauprozessen in Ungarn und in Bulgarien (als auch zum Beispiel im Slansky-Prozess) in irgendeiner Form in Erscheinung trat, nicht als Angeklagter oder als Zeuge, spielte er trotzdem eine zentrale Rolle. In den Augen der Moskauer Führung, so können die Ausführungen von Löwenthal gelesen werden, entwickelte sich im Kontext der „antititoistischen Kampagne“ eine – man könnte sagen – paranoide Unterwanderungsfurcht, so dass alle die Personen, die im Verdacht standen entweder mit Field direkt Kontakt hatten oder sonst zu irgendeinem Zeitpunkt „geheime Verbindungen zum Westen“ gehabt zu haben – und mithin vom „westlichen Virus“ infiziert waren –, als

¹⁶²⁵ Zum sowjetischen Imperialismus vgl. grundsätzlich David J. Dallin, Rußlands neuer Imperialismus, in: Ost-Probleme (1950), 2. Jg., Nr. 48, S. 1499-1507.

¹⁶²⁶ James Burnham, Die Strategie des Kalten Krieges, Stuttgart 1950, S. 153.

potentielle Gefahr für die Sowjetunion angesehen wurden und dementsprechend Opfer von unterschiedlichen Verfolgungsmaßnahmen wurden.¹⁶²⁷

Auch die Interpretation der „zweiten Welle“ der sogenannten internationalen Säuberung in den Monaten unmittelbar vor dem Tod Stalins, war nicht zuletzt angesichts der Tatsache, dass der Zeitzeuge und Kommunismus-Experte Richard Löwenthal selbstverständlich keinen Zugang zu den sowjetischen Archiven hatte und sich möglicherweise ausschließlich auf die in der Zeitschrift „Ost-Probleme“ veröffentlichten offiziellen sowjetischen „Presseartikel“ (zum Beispiel „Prawda“ oder „Iswestija“) als Quelle stützen konnte, zweifelsohne überzeugend. Überhaupt den Versuch zu unternehmen, zu erklären, warum der – bis auf „kleine Ausnahmen“ in der Tschechoslowakei zu Beginn der 1950er Jahre – stalinistische Terror, genauer gesagt, die „ganzen internationalen Säuberungen“ Ende der 1940er Jahre zum Stoppen kam, um dann nach einer Inkubationszeit von knapp vier Jahren Ende 1952 bzw. Anfang 1953 wieder in Gang gesetzt zu werden, machte den Beitrag „Der Hintergrund der Säuberungen“ zu einer genuinen Untersuchung zur Bedeutung des Terrors im sowjetkommunistischen Herrschaftssystem unter Stalin.

Allerdings blieben im Hinblick auf die Interpretation für das wieder in Gang kommen der innerparteilichen Säuberungen bei Löwenthal in diesem Zusammenhang „offene Fragen“. Letzten Endes erklärte er die „zweiten Welle“ der Parteisäuberung damit:

1. Dass zu Beginn der 1950er Jahre, vor allem nach dem „Südkorea-Desaster“ im Sommer 1950, in der sowjetischen Führung, also im Politbüro, keine Klarheit über die zukünftige sowjetische Außenpolitik bzw. über die „neue Politik gegenüber dem Westen“ herrschte, und dass die Funktionäre Opfer der Säuberungen wurden, die einer expansiven sowjetischen Außenpolitik das Wort redeten. D. h., Löwenthal zufolge wurden in den kommunistischen Satellitenstaaten mit Slansky und Pauker – die von ihm exemplarisch genannt wurden – nämlich „Vertreter einer aggressiven Außenpolitik“ Opfer der zweiten Säuberungswelle und stellte in diesem Zusammenhang eine politische Verbindung zu der zurückliegenden Ausschaltung von Wosnessenskij aus dem Jahre 1949 her, der bis dahin als Hauptbefürworter einer offensiven sowjetischen Außenpolitik im Politbüro galt; zumal er, so Löwenthal, „Shdanows wichtigster Verbündeter im Politbüro“ war, der wiederum als Vertreter der These vom „überlegenen Kriegspotential der kommunistischen Welt“ galt.
2. Dass vor dem Hintergrund seiner theoretischen Prämisse, dass es sich bei der Sowjetunion um ein totalitäres Regime handelte, dessen originäre Triebkraft das sogenannte „Gesetz der

¹⁶²⁷ Vgl. Wolfgang Leonhard, *Kreml ohne Stalin*, Köln 1959, S. 151.

permanenten Revolution von oben“ war, sich die Kremlführung dafür entschieden hatte, die gefährvolle außenpolitische Expansionspolitik zwischenzeitlich aufzugeben, um die „Hauptenergien“ des Regimes, so Löwenthal, „einstweilen den nächsten Stufen der inneren Revolution“ vor allem in den osteuropäischen Satellitenstaaten zu widmen; für den anvisierten Gleichschaltungsprozess (verstärkte Kollektivierung der Landwirtschaft und forcierter Aufbau der Schwerindustrie nach sowjetischen Vorbild) gab es aus Löwenthals Sicht überzeugende Anhaltspunkte. Insoweit waren die Argumentationslogik im Hinblick auf die Interpretation der wieder angelaufenen „Säuberungswelle“ in den osteuropäischen Satellitenstaaten in sich stimmig, plausibel und freilich aufgrund der „Archivsituation“ und der zeitlichen Koinzidenz mit dem politischen Phänomen der stalinistischen Säuberungen sowie der „Ärzteaffäre“ in der Sowjetunion selbstverständlich in hohem Maße spekulativ – wie es Richard Löwenthal in seinem Beitrag auch ausdrücklich konzedierte.

Allerdings litt der gesamte Beitrag „Der Hintergrund der Säuberung“ an dem zentralen Problem, dass sich Richard Löwenthal letzten Endes über die Rolle Stalins nicht eindeutig im Klaren war bzw. sie nicht klar zur Sprache brachte. Im Hinblick auf die politischen Säuberungen in der Sowjetunion und speziell zu der von ihm angesprochenen „Ärzteaffäre“ unmittelbar vor dem Tod Stalins bedeutete dies, dass Löwenthal nicht den „Schlüssel“ besaß, um die Vorgänge mit größerer analytischer Sicherheit zu interpretieren. Einerseits ging der Autor explizit und implizit von einer „kollektiven Führung“ in der Sowjetunion und folglich von der überragenden Herrschaftsfunktion des Politbüros aus, sowie in diesem Kontext wiederum von einem internen Richtungsstreit in der „Kremlführung“ und einem Konkurrenz- bzw. Machtkampf unter den staatlichen Apparaten (exemplarisch: Shdanow/Wosnessenskij-Fraktion versus Malenkow-Fraktion). Andererseits hielt es Löwenthal in Bezug auf die „Ärzteaffäre“ ausdrücklich für möglich, dass es sich ausschließlich um ein sogenanntes „zynisches Meisterstück Stalins“ handelte.¹⁶²⁸

Das will heißen: Richard Löwenthal hatte letzten Endes zum damaligen Zeitpunkt keine klare Vorstellung über die Rolle von einzelnen Akteuren, konkret von Stalin im Kontext seiner Theorie des totalitären sowjetkommunistischen Herrschaftssystem. Anders gesagt: In seiner theoretischen Grundkonzeption, demzufolge die eigentliche Triebkraft des bolschewistischen Einparteienregimes das „Gesetz der permanenten Revolution“ bzw. Stalins „permanente Revolution von oben“ war, lag der analytische Fokus zu stark auf der Machtstruktur, auf dem Systemcharakter und, vor dem Hintergrund der Verknüpfung von

¹⁶²⁸ Zu den letzten Säuberungen im Stalinismus mit Blick auf die genaue Rolle Stalins vgl. besonders Wolfgang Leonhard, *Kreml ohne Stalin*, S. 67-79.

„Revolution und Ideologie“, zu stark auf dem Sowjetkommunismus als „totalitäre Bewegung“, so dass dementsprechend der Schwerpunkt in starkem Maße auf der „Partei“, auf den „Apparaten“ und in letzter Konsequenz auf der sowjetische Führung im „Politbüro“ lag; wobei selbstverständlich die Rolle von einzelnen führenden Parteifunktionäre, wie gezeigt wurde, keineswegs in Gänze heruntergespielt oder gar geleugnet wurde und was auch dadurch zum Ausdruck kam, dass es für Löwenthal fest stand, dass es einen politisch-ideologischen Machtkampf in der „Führungselite“ gab. Hinzu konstatierte er auch, dass Stalins „letzte Abhandlung“ in dem von Löwenthal thematisierten Komplex quasi die „theoretische Leitschrift“ darstellte.

Damit soll zum Ausdruck gebracht werden, dass vor dem Hintergrund der Interpretation der ersten und zweiten „Welle“ der (internationalen) Säuberungen Löwenthals, im Hinblick auf seine anvisierte Analyse des sowjetischen Herrschaftssystem im Allgemeinen und der kommunistischen Führungselite in der Sowjetunion im Besonderen auffallend war, dass der Kommunismus-Experte letztlich eine nichtstalinzentrierte, polykratische Perspektive einnahm. Einerseits betrachtete er zu Recht das Politbüro als zentrale Herrschaftsinstitution des sowjetischen Staates. Andererseits ging er davon aus, dass es in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg im Politbüro der KPdSU zwei konkurrierende Gruppen mit unterschiedlichen politischen Zielvorstellungen gegenüberstanden und im Grunde genommen Stalin ein „normales“ Mitglied ebendieser sowjetischen Machthaber war. Genauer gesagt, bei der Analyse des kommunistischen Herrschaftsapparates von Richard Löwenthal kam letzten Endes nicht eindeutig zum Ausdruck, welche Rolle Stalins in diesem Kontext spielte. Dementsprechend wurde von Löwenthal auch nicht beleuchtet, ob nicht Stalin der Hauptverantwortliche für die Parteisäuberung war und ob nicht ein Motiv beispielsweise für die Säuberungen der KPdSU oder des Politbüros darin zu sehen war, dass Stalin möglicherweise „Sündenböcke“ bzw. „Schuldige“ für eine falsche, für eine von ihm zu vertretene fehlgeschlagene Innen- und Außenpolitik brauchte. So wurde von ihm nicht thematisiert, ob nicht zum Beispiel Wosnessenskij – der seit 1947 Mitglied im Politbüro des ZK der KPdSU war und als Fachmann für Wirtschaftsfragen galt – als ein Hauptverantwortlicher für die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in der Sowjetunion infolge einer Fehlplanung im Kontext des Zweiten Fünfjahresplanes nach dem Zweiten Weltkrieges ausgeschaltet und liquidiert wurde.¹⁶²⁹

¹⁶²⁹ Vgl. hierzu Georg von Rauch, Geschichte des bolschewistischen Rußland, Wiesbaden 1955; hier nach der Taschenbuchausgabe, Frankfurt a. M./Hamburg 1963, S. 419 f.

Insgesamt war an den Ausführungen von Richard Löwenthal zudem auffallend, dass sein Blick ausschließlich auf die Elite der kommunistischen Partei in der Sowjetunion und den osteuropäischen Satellitenstaaten fiel. Zum einen war dies verständlich, weil es um die historische Interpretation der „internationalen“ Parteisäuberung ging; wobei hier auch wiederum der Fokus auf die unmittelbare Parteilite gerichtet wurde, so dass nicht thematisiert wurde – möglicherweise fehlten zum damaligen Zeitpunkt noch gesicherte detaillierte Informationen –, dass auch die unteren Ränge der Partei, also auch die „einfachen“ Parteimitglieder, gesäubert wurden.¹⁶³⁰ Zum anderen wurde von Richard Löwenthal nicht ausdrücklich angesprochen, dass vom stalinistischen Terror nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges Millionen sowjetischer Bürger aufgrund von Massen- und Bevölkerungsdeportationen betroffen waren und unter anderem Zwangsarbeit in den sowjetischen Lagern leisten mussten. Bei Löwenthal war ausschließlich davon die Rede, dass dem „russischen Volk“ im Kontext der allgemeinen staatlichen Industriepolitik „schwere Opfer“ auferlegt wurde.¹⁶³¹

IV. 2. 6. Der Nachstalinismus: Das kommunistische Herrschaftssystem unter Chruschtschow

Nach dem für die Weltöffentlichkeit überraschenden Tod von Stalin am 5. März 1953 setzte in der Zeitschrift „Der Monat“ sofort eine Diskussion ein, die sowohl politische als auch theoretische Aspekte beinhaltete, und die fortan vor allem im Kern die analytisch ausgerichtete Frage fokussierte, welche Bedeutung das Ableben des unumstrittenen Parteiführers für das sowjetkommunistische Herrschaftssystem haben könnte. Das hieß in diesem Zusammenhang auch, dass seitens verschiedener Autoren die Frage thematisiert wurde, welche innen- und außenpolitische Entwicklung die Sowjetunion nehmen könnte. Es ging also hierbei auch um die sich besonders angesichts des Kalten Krieges aufdrängende

¹⁶³⁰ Siehe Wolfgang Leonhard, *Kreml ohne Stalin*, S. 271.

¹⁶³¹ Vgl. neben den bereits genannten Veröffentlichungen aus der (Forschungs-)Literatur zum Thema „Zwangsarbeit“ und sowjetische Konzentrationslager exemplarisch: Toni Sender, *Zwangsarbeit*, in: *Ost-Probleme* (1950), 2. Jg., Nr. 12, S. 385-388; *Materialien zur Frage der Zwangsarbeit*, in: *Ost-Probleme* (1950), 2. Jg., Nr. 35, S. 1107-1110 (Erstveröffentlichung: *Journal de Geneve*, Genf, 18. August 1950); Elinor Lipper, *Elf Jahre in Sowjetgefängnissen und Lagern*, Zürich 1950; Marta Rudzka, *Workuta. Weg zur Knechtschaft*, Zürich 1948; H. S., *Bericht über sowjetische Lager – bearbeitet auf Grund der offiziellen Protokolle der Internationalen Kommission zum Kampf gegen das Regime der Konzentrationslager*, in: *Ost-Probleme* (1951), 3. Jg., S. 1162-1183.

Frage, welche grundsätzliche politische und gesellschaftliche Entwicklung das nachstalinistische System nehmen könnte, ob die Sowjetunion möglicherweise expansive außenpolitische Ziele verfolgen und insofern in den Augen der westlich-demokratischen Staaten eine unmittelbare militärische Bedrohung darstellen würde. Angesichts der zeitlichen Aktualität besaßen die Veröffentlichungen selbstverständlich einen hochspekulativen Charakter, ging es doch darum, ebendiese mögliche Veränderung der Sowjetunion nach Stalins Tod zu prognostizieren, also quasi vorherzusagen. Kurzum: Es ging nicht zuletzt auch um die Frage, ob sich der „Stalinismus nach Stalin“ wandeln könnte. Zudem enthielten einige Veröffentlichungen auch detaillierte Informationen zur zurückliegenden Geschichte der Sowjetunion – wie zum Beispiel zur Rolle des Geheimdienstes und einzelnen Funktionären.

Diese umfangreiche Diskussion implizierte freilich im Laufe der Zeit auch die Frage, inwiefern nach dem Tod Stalins strenggenommen noch im Hinblick auf die Analyse des sowjetkommunistischen Regimes von einem totalitären Herrschaftscharakter ausgegangen werden kann und ob in diesem Zusammenhang der Begriff des Stalinismus noch anzuwenden sei. Zudem wurde die grundsätzliche Frage beleuchtet – die vor allem in den „traditionellen“ Totalitarismustheorien eine wichtige analytische Bedeutung hatte –, welche Rolle die Geheimpolizei im sowjetkommunistischen Herrschaftssystem spielt. Naheliegenderweise ging es unmittelbar nach dem Tod von Stalin um die sich aufdrängende Frage, wer aller Voraussicht nach sich im „Kampf der Rivalen“ durchsetzen und mithin Nachfolger des ehemaligen (totalitären) Partei-Diktators werden würde. Die Frage, inwiefern es sich beim sowjetkommunistischen Herrschaftsregime in der Nachstalin-Ära noch um ein totalitäres System handelte und mithin der Terror nicht mehr die alles überragende Rolle besaß, bekam explizit und implizit nach der „Geheimrede“ von Nikita Chruschtschow auf dem XX. Parteitag der KPdSU im Jahre 1956 sowie nach den Revolutionen in Ungarn und Polen im gleichen Jahr „neue Nahrung“.

Im Folgenden geht es in erster Linie darum, die oben angesprochene politische und theoretische Diskussion im „Monat“ nachzuzeichnen. Da es nicht möglich ist, diese umfangreiche und facettenreiche Diskussion – das betrifft sowohl die qualitative als auch die quantitative Dimension – aus den Jahren 1953 bis 1960 in Gänze abzudecken, muss demnach der Schwerpunkt auf einzelne exemplarische Veröffentlichungen und Autoren gelegt werden, die auf der Grundlage der zeitgenössischen Forschungsergebnisse kommentiert werden.

Bereits im April-Heft des Jahres 1953 erschien im „Monat“ aus Anlass des Todes von Stalin am 5. März, neben Herbert Lüthys kurzen Ausführungen in seinem Artikel „Die Hüter des Mausoleums“,¹⁶³² der Beitrag „Stalins Vermächtnis. Zur Interpretation seiner letzten Schrift“ von Richard Löwenthal. Diese „Mini-Studie“ besaß vor allem deshalb eine historisch-analytische Bedeutung, weil sie unmittelbar nach dem in der März-Ausgabe erschienenen Beitrag „Der Hintergrund der Säuberungen“ veröffentlicht wurde und insofern die dort angestellten substantiellen Reflexionen, Einschätzungen und Interpretationen zum kommunistischen Herrschaftssystem, zur Rolle Stalins im sowjetischen Einparteiensregime sowie zur Bedeutung der stalinistischen internationalen Säuberungen im Nachhinein vom Autor präzisiert werden konnten.

Zu Beginn der zehn Seiten umfassenden Veröffentlichung hob Löwenthal hervor, dass der Tod des Diktators, der die Sowjetunion knapp dreißig Jahre lang mit immer wachsender Machtfülle regiert und der über die „Ausdehnung des sowjetischen Machtbereichs in Europa und Asien nach dem zweiten Weltkrieg präsidiert“ hatte, zwangsläufig eine „Flut von Spekulationen über die Zukunft des bolschewistischen Weltreichs und die wahrscheinlichen Konflikte unter den überlebenden Führern ausgelöst“ hatte. Für ihn war eine solche Spekulation um so natürlicher und legitimer, als „Stalin inmitten einer offenbar noch un abgeschlossenen Welle von Säuberungen“ verstarb, deren einer „Aspekt unzweifelhaft die Vorbereitung des Machtkampfes unter den Erben der Diktatur war.“ Gleichwohl blieben für Löwenthal jenseits derartiger Spekulationen die grundsätzlichen „soziologischen Fragen nach der Eigenart des totalitären Sowjetregimes, nach seinen Triebkräften und Trägern, seiner Dynamik und seinen inneren Konflikten bestehen. Ihre Untersuchung“, so Löwenthal, „gegründet, als jede Spekulation über Personalfragen sein kann, mag ihrerseits ein Licht auch auf die aktuelle Situation werfen.“ Seines Erachtens blieb es vom Standpunkt der westlichen Geschichtsschreibung das „zentrale Geheimnis der sowjetischen Revolution“, dass sie immer noch immer andauerte. „Das Problem“, so Löwenthal,

„ist nicht einfach, daß das durch die Revolution geschaffene Regime in irgendeiner Form die Macht über das russische Reich behauptet hat, auch nicht, daß es noch immer die Fähigkeit besitzt, sich territorial auszudehnen und seine Grundzüge mit Hilfe einer Mischung von physischer Gewalt und ideologische Bekehrung auf neue Länder zu übertragen; es besteht darin, daß das Regime nach fünfunddreißig Jahren weder zerfallen noch zu einem unveränderlichen Gehäuse erstarrt ist, sondern den revolutionären Antrieb zu weiterer Veränderung im Innern ebensowohl wie nach außen bewahrt hat. Selbst seine Krisen und Säuberungen sind nicht wie die Krisen und Konflikte anderer Herrschaftssysteme – sie sind

¹⁶³² Siehe thy (d. i. Herbert Lüthy), Der Hüter des Mausoleums, in: Der Monat, Heft 55 (1953), 5. Jg., S. 85-87.

Teil eines fortgesetzten revolutionären Prozesses. Der Bolschewismus scheint wirklich das Rezept der Permanenten Revolution gefunden zu haben.¹⁶³³

Richard Löwenthal machte also gleich zu Beginn seines Beitrages zwei grundsätzliche Aussagen: Zum einen stellte er in dieser Veröffentlichung ausdrücklich fest, dass Stalin in der zurückliegenden Phase der sowjetischen Geschichte, also in den vergangenen knapp dreißig Jahren, das bolschewistische Regime zu erst als Diktator und im Laufe der Zeit – so könnte man sagen – als unumstrittener Führer regiert hat; insofern war dies im Hinblick auf die Rolle Stalins in der sowjetischen Führungsriege eine klare Präzisierung im Vergleich zu dem Beitrag „Der Hintergrund der Säuberungen“, wo letzten Endes dieser Punkt nicht eindeutig zum Ausdruck kam. Zum anderen stellte er fest, dass der Tod Stalins im Grunde genommen am Wesen des Sowjetkommunismus, an der Natur des bolschewistischen Herrschaftssystems nichts verändert hatte, denn durch die Tatsache, dass die Triebkraft weiterhin das „Gesetz der permanenten Revolution“ sei, handelte es sich folglich auch beim Nachstalinismus um ein (dynamisches) totalitäres System.

Nach einem Exkurs zum sogenannten „Gedanke(n) der Permanenten Revolution“ bei Marx, Trotzki und Stalin,¹⁶³⁴ beleuchtete Löwenthal den hier zu interessierenden Sachverhalt über die Zukunft der Sowjetunion. Hierbei war für ihn die wichtigste Frage für das „Verständnis der sowjetischen Politik von heute“ darum: „wie ist die permanente Revolution von oben möglich? Was inspiriert sie, wer sind ihre Träger, mit welchen Mitteln halten sie den Prozeß in Gang, und was sind die ‚inneren Widersprüche‘ eines solchen Systems – die inneren Konflikte und Spannungen, die es hervorruft?“¹⁶³⁵

Vor dem Hintergrund einer substantiellen Auseinandersetzung über die Bedeutung, die Stalins letzte „theoretische Publikation“, d. h. der am Vorabend des 19. Kongresses der KPdSU im Oktober 1952 erschienen Broschüre über „*Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR*“, für die konkrete politische Praxis der Sowjetunion hatte, versuchte er den aufgeworfenen Fragekomplex zu beantworten. Hierbei ging er ausführlich auf die kommunistische Ideologie im Allgemeinen und auf das „politische Testament“ Stalins, d. h. das langfristige politökonomische „Programm“ der permanenten Revolution mit dem Ziel der klassenlosen kommunistischen Gesellschaft, im Besonderen ein;¹⁶³⁶ unter anderem schrieb Löwenthal zum Grundsatz der „Stalin-Broschüre“, dass auch „die

¹⁶³³ Richard Löwenthal, Stalins Vermächtnis. Zur Interpretation seiner letzten Schrift, in: Der Monat, Heft 55 (1953), 5. Jg., S. 16-25 (hier S. 16).

¹⁶³⁴ Siehe im Einzelnen ebenda, S. 16 f.

¹⁶³⁵ Ebenda, S. 17.

¹⁶³⁶ Siehe im Einzelnen ebenda, S. 17-24.

Sowjetgesellschaft objektiven ökonomischen Gesetzen unterworfen sei, die man studieren müsse, um mit Hilfe einer richtigen Politik die gesellschaftlichen Kräfte den gewünschten Zielen dienstbar zu machen.¹⁶³⁷ In diesem Zusammenhang machte Löwenthal den Versuch einer substantiellen Analyse des sowjetkommunistischen Herrschaftssystems, d. h. zum Aufbau der führenden Partei- und Staatsinstitutionen in der Sowjetunion sowie dem zu Grunde liegenden Verhältnis ebendieser Institutionen untereinander – sowohl in den Monaten vor Stalins Tod als auch danach –, um unter anderem die künftige sowjetische innen- und außenpolitische Entwicklung sowie den innerparteilichen Machtkampf nach Stalins Tod zu thematisieren. Hierzu schrieb Richard Löwenthal:

„Mehr noch als Stalins Broschüre selbst zeigte die Einberufung des ersten Parteikongresses (im Oktober 1952; J. G.) nach dreizehnjähriger Pause, daß die Partei das Bedürfnis empfand, gegenüber den konservativen Tendenzen der Bürokratie ihre eigene Rolle als Träger der politischen Dynamik des Regimes erneut sichtbar zu machen. Dies ist auch der Schlüssel zu der doppelten Reorganisation der obersten Partei- und Staatsorgane im Laufe von wenigen Monaten – auf dem Parteitag und jetzt wiederum nach Stalins Tod. Bis zum Parteitag war das höchste politische Leitungsorgan der Partei das Politbüro des Zentralkomitees; mit einer Mitgliedschaft von 9 bis maximal 15, einschließlich der Kandidaten, hatte es sich viele Jahre lang als das Gremium bewährt, in dem Stalin alle politischen Probleme mit seinen engsten Mitarbeitern erörtern konnte. In den letzten Jahren war es fast identisch mit dem inneren Kabinett, der Körperschaft der mit dem Titel ‚Stellvertretender Ministerpräsidenten‘ ausgezeichneten, jeweils mehrere Ministerien kontrollierenden Koordinatoren, verstärkt gewöhnlich um das formelle Staatsoberhaupt, den Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets, ein oder zwei Vertreter des Parteisekretariats und meist auch den Ministerpräsidenten der Ukraine. So hatte jedes Mitglied des Politbüros, abgesehen von seinen persönlichen Fähigkeiten, Gewicht als verantwortlicher Leiter eines großen Sektors des gesellschaftlichen Lebens; der Parteiapparat, vertreten durch das Sekretariat, stand dabei als ein solcher Sektor gleichberechtigt neben Armee, Polizei, Diplomatie, Wirtschaftsapparat und Sowjetverwaltung. So wenig wie jene andern Säulen des Sowjetstaates hatte das Sekretariat in normalen Zeiten die Aufgabe, eigene Politik zu machen – es war dazu da, im Sektor der Partei die Politik des Politbüros durchzuführen. Doch es war freilich nicht vergessen, daß einst Stalin sich von dieser Schlüsselposition aus die Führung im Politbüro und die Kontrolle der Staatsmacht gesichert und sie bis zum Kriege sogar unter Verzicht auf einen offiziellen Regierungsposten besetzt hatte: In der kritischen Periode des Kampfes um die Nachfolge Lenins hatte sich die Parteimaschine als der eigentliche Träger des Regimes und der Posten des Generalsekretärs als die all-beherrschende Machtstellung erwiesen.“

Im nächsten Absatz schrieb Richard Löwenthal wie folgt weiter:

„Die auf dem Parteitag vorgenommene Reorganisation ersetzte scheinbar die Alleinherrschaft des Politbüros durch eine Art von Gewaltenteilung: die ungefähre Identität von innerem Kabinett und Parteiführung wurde aufgehoben. Statt dessen wurde das Parteisekretariat von früher 3 bis 5 auf annähernd 10 Mitglieder erweitert, die nun mit den Angehörigen des inneren Kabinetts und den wichtigsten andern Würdenträgern nur noch im ‚Präsidium‘ der

¹⁶³⁷ Ebenda, S. 23.

Partei, einer Körperschaft von 25 Mitgliedern und 11 Kandidaten, zusammentrafen. Das neue Präsidium war offenkundig zu groß, um laufende politische Entscheidungen in der Art des alten Politbüros zu treffen: es war eine Scheinkörperschaft zur Herstellung eines repräsentativen Gleichgewichts zwischen Staatsführung und Parteiapparat. Das wirkliche Geheimnis der Reorganisation war einerseits, daß zum erstenmal seit den großen Säuberungen der dreißiger Jahre das Sekretariat als engstes und damit oberstes Leitungsorgan der Partei, als Träger einer selbständigen politischen Initiative hervortrat; und andererseits, daß die Koordination zwischen Partei und Regierung, in einem Gremium von 36 Mitgliedern und Kandidaten unmöglich, nun an den zwei Personen hing, die sowohl dem Sekretariat wie dem inneren Kabinett angehörten: Stalin und Malenkow.

Es war die Vorbereitung großer Entscheidungen unter dem Schein des Kompromisses. Unter dem Schein des Gleichgewichts von Partei- und Staatsapparat – Wiederherstellung der selbständigen politischen Rolle des Parteiapparats; unter dem Schein des Respektes für die traditionelle Rangordnung, in der Molotow zu Lebzeiten Stalins sein erster Stellvertreter in der Regierung war – Sicherung der Nachfolge Malenkows, seines ersten Vertreters im Parteisekretariat, als Beherrscher von Partei *und* Staat.¹⁶³⁸

Vor dem Hintergrund seiner bisherigen Ausführungen ging Löwenthal dann ausführlich auf die seiner Auffassung nach tatsächlichen sowie möglichen politischen Implikationen des Todes von Stalin für das „neue“ sowjetkommunistische Regime ein. Sofort nach dem Tode Stalins schrieb er,

„sind in einer erneuten Reorganisation die Schleier weggerissen und der Kern der neuen Machtverhältnisse bloßgelegt worden. Auf der einen Seite ist eine außerordentliche Konzentration der Regierungsgewalt erfolgt: man hat nicht nur die Anzahl der Ministerien halbiert – die allerdings für praktische Vollsitzungen des Ministerrats noch immer zu groß bleibt –, sondern man hat auch das alte ‚Präsidium des Ministerrates‘ abgeschafft und ein halbes Dutzend wichtiger Minister des Titel eines ‚Stellvertretenden Ministerpräsidenten‘ beraubt. Die *einzig*e effektive Exekutivkörperschaft ist jetzt das neue Präsidium aus nur fünf Mitgliedern: Malenkow, als Ministerpräsident und Parteiführer, und seine vier verantwortlichen Stellvertreter für Polizei, Außenpolitik, Verteidigung und wirtschaftspolitische Koordinierung. Die nächste politische Körperschaft, der diese fünf verantwortlich sind, ist bereits keine Regierungsinstanz mehr, sondern eine reine Parteiinstanz – das unter dem neuen Namen ‚Präsidium des Zentralkomitees‘ wiedererstandene Politbüro von zehn Mitgliedern und vier Kandidaten, in dem sie mit einigen der wichtigsten Ressortminister, dem neuen Staatschef und den Vertretern des Parteiapparats zusammentrafen.

Mit dieser Verwirklichung des Primats der Partei und der Person Malenkows, in der es sich verkörpert, tritt das Sekretariat wieder mehr in den Hintergrund, bleibt aber als Reserveposition für etwaige neue Auseinandersetzungen weiterhin bestehen. (...)

Es ist hier bisher nicht ausdrücklich von dem Problem der Säuberungen die Rede gewesen, deren Wellen in den letzten Monaten vor Stalins Tod von den Satellitenstaaten erneut auf die Sowjetunion zurückschlugen. Wir glauben, daß es in den blutigen Auseinandersetzungen, neben zahlreichen schwer durchschaubaren persönlichen Rivalitäten, um drei große Gruppen von politischen Fragen ging und geht. Die erste ist das andauernde Suchen nach einer realistischen sowjetischen Außenpolitik, die für eine ganze Periode an die Stelle der gescheiterten Abenteuerpolitik Shdanows treten könnte. Die zweite dreht sich um das

¹⁶³⁸ Ebenda, S. 24 f.

Anwachsen des großrussischen Nationalismus und Zentralismus, sowohl den Satelliten gegenüber wie innerhalb Rußlands, und die daraus entspringenden Maßnahmen sowohl gegen jeden nichtrussischen Nationalismus innerhalb des Sowjetreichs wie gegen ‚jüdisches Kosmopolitentum‘. Die dritte ist eben jener Kampf der Partei um die Behauptung der eigenen Initiative und die Durchführung der nächsten Stufe der inneren Revolution.“

In diesem Zusammenhang ging Löwenthal dann zum Abschluss auf die zu Beginn seiner „Mini-Studie“ formulierten Fragen ein und meinte, dass er nicht einmal versuchsweise andeuten könne, „wie diese Fragen sich in den heutigen Machtkämpfen unter den bolschewistischen Führern verflechten und zu Gruppenbildungen führen mögen.“ Indes sollte seiner Auffassung nach vor einem „naheliegenden Mißverständnis“, so Löwenthal, „gewarnt werden – vor der Annahme, die eifrigsten Befürworter der Parteiherrschaft und der nächsten Schritte der inneren Revolution müßten auch die schärfsten Verfechter einer aggressiven revolutionären Expansion nach außen sein, und umgekehrt. (...) Zum bisher letzten großen Schritt in Rußlands innerer Revolution – der Fusion der Kolchosen zu größeren Einheiten – wurde angesetzt, als die Periode der shdanowistischen Expansion zu Ende ging; und manches spricht dafür, daß es auf der heutigen Stufe der sowjetischen Entwicklung sich nicht um die Weiterführung der Revolution oder Stabilisierung, sondern vorerst nur zwischen der Konzentration der revolutionären Entwicklung nach innen oder außen handelt.“¹⁶³⁹

Ohne Zweifel stellten die Ausführungen von Richard Löwenthal in seinem Beitrag „Stalins Vermächtnis“ auch und vor allem eine substantielle Analyse des komplizierten Aufbaus des sowjetischen Herrschaftsregimes sowie den Versuch dar, in dem Dschungel der miteinander konkurrierenden Partei- und Staatsapparate gewissermaßen Klarheit herzustellen. Wie gezeigt werden konnte, ging es dem Autor insbesondere darum, den Scheinwerfer auf die nach dem Tod Stalins entstandenen neuen Machtverhältnisse in der sowjetischen Führung zu richten.

In diesem Zusammenhang gelangten Löwenthal wichtige Erkenntnisse, die für die Beschreibung und Analyse der Geschichte des Sowjetkommunismus im „Monat“ von größter Bedeutung waren. So thematisierte der Kommunismus-Experte beispielsweise wie es Stalin gelang, nach dem Tod von Lenin seine damalige Funktion als Generalsekretär des ZK der KPdSU zu nutzen, um allmählich seine Macht so auszubauen, so dass er im Grunde genommen imstande war über die Partei, das Zentralkomitee, das Politbüro und weitere Parteigremien allein zu herrschen. Anders gesagt, Stalin besaß in der zurückliegenden Geschichte des sowjetischen Staates eine einzigartige, unumstrittene Machtposition, die – so können die Ausführungen Löwenthals interpretiert werden – das Funktionieren des stalinistischen Systems möglich machten und erklärten. Überhaupt auf die zentrale politische Bedeutung des sogenannten Sekretariats, nämlich als Vertretung der Partei und

¹⁶³⁹ ebenda, S. 25.

gleichberechtigte Institution neben den anderen zentralen *Säulen des Sowjetstaates* (Armee, Polizei, Diplomatie, Wirtschaftsapparat und Sowjetverwaltung), sowie auf die Veränderung im sowjetischen Herrschaftsgefüge im Laufe der Zeit zu insistieren, waren wichtige Detailkenntnisse.

Richard Löwenthal konnte zudem zeigen, dass sich Stalin in den Monaten vor seinem Tod eine weitere Veränderung des Partei- und Staatsapparates zum Ziel gesetzt hatte. Denn sein Hinweis, dass das Parteisekretariat auf dem 19. Parteitag im Oktober 1952 auf annähernd 10 Mitglieder vergrößert wurde, war ein expliziter Hinweis darauf, dass die Macht des Sekretariats weiter ausgebaut wurde und eine impliziter Hinweis darauf, dass gleichzeitig das Politbüro an Macht verlor.¹⁶⁴⁰ Selbstverständlich war es, wie es Löwenthal auch ausdrücklich konstatierte, zum damaligen Zeitpunkt unmöglich, unmittelbar nach dem Tod Stalins „sichere Erkenntnisse“ in Bezug auf die mögliche zukünftige (revolutionäre) sowjetische Innen- und Außenpolitik im Allgemeinen zu liefern und den Ausgang des für ihn ohne Zweifel bereits in Gang gekommenen innerparteilichen Machtkampfes unter den bolschewistischen Führern im Besonderen vorherzusagen. Indes: überhaupt die konkreten Veränderungen im komplizierten Verhältnis von Partei- und Staatsapparat der Sowjetunion nach Stalins Tod zu fokussieren, waren ein wichtiger Beitrag zur Analyse des Sowjetkommunismus. Im Zusammenhang der Thematisierung der erneuten Reorganisation konnte Löwenthal die wichtige Feststellung treffen, dass es die – man könnte sagen – erste Maßnahme der neuen sowjetischen „kollektiven Führung“ war, die zentrale Macht des Parteisekretariats zurückzuschrauben, um einerseits die Regierungsgewalt im eigentlichen Sinne und andererseits die Macht des Politbüros wieder zu stärken. Hinzu galt nach Auffassung von Löwenthal fortan der Primat der Partei und das bedeutete konkret, dass sich die KPdSU, die sich unter Stalin in einen dem sowjetischen Führer blind gehorsamen Apparat verwandelt hatte, wieder zu einem tatsächlichen politischen Faktor in der Gesellschaft entwickeln wird.

Allerdings konnte Löwenthal bereits darauf hinweisen, dass im Zuge der erneuten Reorganisation der Sowjetregierung und der Parteiführung, es zu einer Streichung der Hälfte der Ministerien kam, und dass erstens, die Sowjetunion fortan von der „*einzig(e)n* effektive(n) Exekutivkörperschaft“ regiert werden wird, nämlich vom neuen Präsidium, bestehend aus fünf Mitgliedern, mit Malenkov als Vorsitzenden an der Spitze, sowie zweitens, dass in dieser „kollektiven Führung“ ein schwer zu durchschauender interner Machtkampf – der in

¹⁶⁴⁰ Vgl. hierzu auch: Zurück zum Politbüro, in: Ost-Probleme (1953), 5. Jg., Nr. 17, S. 530-534.

seinen Augen bereits vor dem Tod Stalins in Gang kam – zu erwarten sei, der sich so oder so auf die Innen- und Außenpolitik des „neuen“ Regimes auswirken wird; in welcher konkreten Form dies sein würde, musste zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des Beitrages freilich offen bleiben.¹⁶⁴¹

Bereits in der nächsten Ausgabe des „Monat“, also im Mai-Heft des Jahres 1953, ging Erik Nohara sowohl auf die tatsächlichen politischen Folgen, die sich in den letzten Wochen für „Außenstehende“ konkret abzeichneten, als auch auf die möglichen politischen Folgen des Todes von Stalin für das sowjetische Herrschaftssystem ein. Vor dem Hintergrund einer Auseinandersetzung mit zahlreichen Veröffentlichungen zu ebendiesem Thema in verschiedenen internationalen Tageszeitungen und Zeitschriften von renommierten Kommunismus-Experten – u. a. Franz Borkenau, Richard Löwenthal, Alexander Weissberg-Cybulski, Edward Crankshaw, Boris I. Nicolaevsky, Boris Souvarine und Herbert Lüthy – schrieb Nohara am Ende seines Beitrages „Zwei Monate ohne Stalin“ (und bestätigte im Nachhinein im Grunde genommen indirekt im wesentlichen die von Richard Löwenthal gemachten Einschätzungen aus „Stalins Vermächtnis“, bzw. präziserte sie aufgrund neuer Informationen):

„Rund zwei Monate“, so Nohara, „sind seit Stalins Tod vergangen. Noch dürfte es kaum möglich sein, genau und im Detail zu sagen, welche Konsequenzen sich aus diesem Ergebnis ergeben. Dies heißt jedoch gewiß nicht, daß den Prognosen und Analysen der politischen Beobachter nur eine rein hypothetische Bedeutung beizumessen sei. Was kann man als Extrakt aus den so verschiedenen Kommentaren der Presse gewinnen? Drei Feststellungen lassen sich schon heute treffen: erstens steht mit einiger Gewißheit fest, daß der Tod des Diktators, wie erwartet, von inneren Machtkämpfen begleitet war; zweitens haben die Nachfolger es ganz offensichtlich für ratsam gehalten, zumindest zeitweilig mit den alten Methoden der Außenpolitik zu brechen und für eine vorteilhaftere ‚*publicity*‘ des Regimes zu sorgen; drittens wird ohne Zweifel der Regierungswechsel den sozialen und wahrscheinlich auch den politischen Aufstieg neuer Schichten innerhalb der sowjetischen Gesellschaft beschleunigen.

Mit Stalin scheint der monolithische Charakter des Regimes dahingegangen; deutlicher als zuvor zeichnen sich vier Gruppen – die Bonzen der Partei, die Offiziere der Armee, die Manager der Wirtschaft und die Kommissare der Polizei – als Kandidaten für die oberste Machtposition ab.“¹⁶⁴²

¹⁶⁴¹ So auch die Auffassung des anonymen Autors, in: Ebenda, S. 534.

¹⁶⁴² Erik Nohara, Zwei Monate ohne Stalin, in: Der Monat, Heft 56 (1953), 5. Jg., S. 200-206 (hier S. 206).

In der sowjetischen Besatzungszone geriet wiederum das SED-Regime unter Ulbricht im Juni 1953 durch den „Arbeiter- und Bauernaufstand“ massiv unter Druck.¹⁶⁴³ Für die politischen Beobachter des „Monat“ war dies auch und vor allem ein Symptom dafür, dass sich nach dem Tod Stalins die neue sowjetische Führung im Hinblick auf den zukünftigen außenpolitischen Kurs im Kontext des Kalten Krieges noch nicht eindeutig festgelegt hatte und dafür, dass ebendiese Außenpolitik mit den tatsächlichen weitreichenden innenpolitischen Veränderungen des sowjetischen Herrschaftssystems nach dem Tod Stalins in einem direkten Zusammenhang stand. Im Zuge der veränderten Führungsstruktur der Sowjetunion trat an die Stelle des „allmächtigen Diktators“ das Prinzip der „kollektiven Führung“. Malenkow übernahm – wie von Löwenthal angesprochen wurde – das Amt des Ministerpräsidenten (sowie vorläufig das Amt des Generalsekretärs des ZK der Partei) und angesichts der Zusammenlegung zahlreicher Ministerien übernahm Molotow die auswärtigen Angelegenheiten; Berija wurde zum stellvertretenden Ministerpräsidenten und Innenminister ernannt und blieb somit an der Spitze der staatlichen Sicherheitsapparate. Neben Woroschilow und Kaganowitsch rückte der Kriegsminister Bulganin sowie der Parteisekretär von Moskau Chruschtschow in die Führungsspitze des sowjetischen Staates und der Partei auf. Wobei die eigentliche Macht im Rahmen der „kollektiven Führung“ im Grunde genommen in den Händen der drei Personen umfassenden „Zweckgemeinschaft“ Malenkow-Berija-Chruschtschow lag. Damit wurde das stalinistische Führungsprinzip und mithin die zentrale Voraussetzung des stalinistischen Herrschaftssystems grundsätzlich geändert. Bereits Anfang April 1953 trat Malenkow seine Funktion als Sekretär des ZK der KPdSU an Chruschtschow ab. Ende Juni 1953 wurde überraschend Berija verhaftet. Damit war nicht nur ein Rivale um die Nachfolge Stalins ausgeschaltet. Denn neben der weiteren Veränderung in der unmittelbaren sowjetischen Führung, war dies ein Anzeichen dafür, dass in der sowjetischen Führungsgruppe über die Frage des zurückliegenden bzw. zukünftigen Kurses in der Innen- und Außenpolitik ein essentieller Dissens bestand sowie dafür, dass sich das Regime weiterhin in einer grundsätzlichen Krise befand.¹⁶⁴⁴

Angesichts dieser – hier aus Raumgründen in aller Kürze – angesprochenen zugespitzten innen- und außenpolitischen Entwicklung der Sowjetunion in den unmittelbaren Monaten nach dem Tod Stalins, veröffentlichte Richard Löwenthal im September 1953 im „Monat“

¹⁶⁴³ Vgl. hierzu vor allem Ernest J. Salter, Über den Juni-Aufstand, in: Der Monat, Heft 59 (1953), 5. Jg., S. 545-548 sowie Der Aufstand im Juni. Ein dokumentarischer Bericht (Teil 1), in: Der Monat, Heft 60 (1953), 5. Jg., S. 595-624 und Teil 2, in: Der Monat, Heft 61 (1953), 5. Jg., S. 45-66.

¹⁶⁴⁴ Vgl. Wolfgang Leonhard, Kreml ohne Stalin, S. 106-116.

seinen – unter dem unmittelbaren Eindruck der zeitgenössischen Vorgänge geschriebenen – Beitrag „Am Ende einer Epoche. Die Umwälzungen im russischen Großreich“,¹⁶⁴⁵ der sich mit „sämtlichen Ereignissen“ auseinandersetzte und versuchte, die Bedeutung ebendieser Ereignisse für das sowjetkommunistische Regime einzuschätzen. Im Folgenden werden längere Passagen aus diesem Beitrag referiert bzw. zitiert und am Ende kommentiert. Für Löwenthals Beitrag sprachen zwei Gründe: Einerseits hob er sich aufgrund seines substantiellen analytischen und interpretatorischen Ansatzes im Vergleich zu anderen Veröffentlichungen im „Monat“ hervor,¹⁶⁴⁶ andererseits löste er anschließend eine interne, durchaus kontroverse Diskussion unter den Kommunismus-Experten der Zeitschrift aus.¹⁶⁴⁷

Vor dem Hintergrund einer neuerlichen Thematisierung der kommunistischen Ideologie Leninscher („Neue Ökonomische Politik“) und Stalinscher („Doktrin vom ‚Aufbau des Sozialismus in einem Lande‘“) Proviens und der genauen Beschreibung, wie sich die (welt-)revolutionäre Theorie des unüberbrückbaren Systemgegensatzes von „sowjetkommunistischer Welt“ und „kapitalistischer Welt“ im jeweiligen zeitlichen Kontext auf die Innen- und Außenpolitik des bolschewistischen Regimes im Laufe der Jahrzehnte und speziell im Kalten Krieg ausgewirkt hatte,¹⁶⁴⁸ schrieb Richard Löwenthal unter der Überschrift „Bruch mit der stalinschen Tradition“:

„Das grundlegende politische Problem aber stellt der neue Kurs in Rußland selbst; denn obwohl hier keine Fehler ausdrücklich zugegeben wurden – die Umstellung wird im Gegenteil mit der Größe der bisherigen Errungenschaften, mit der Höhe des erreichten Niveaus der Schwerindustrie begründet –, steht dieser Kurs im klaren Gegensatz zur stalinschen Doktrin, wie sie noch am Vorabend des 19. Parteitags in den *Ökonomischen Problemen des Sozialismus*“ verkündet wurde. Stalin bezeichnete die Priorität der Produktion von Produktionsmitteln, d. h. die Politik der schrankenlosen Akkumulation und Rüstung auf Kosten des Lebensstandard der Bevölkerung, als ein Grundkennzeichen des Sozialismus; Malenkow zeigt, daß dieses Übergewicht absurde Proportionen erreicht habe, und verspricht Änderung.“

Da sich nach Auffassung von Löwenthal unter Malenkow nicht zuletzt auch gravierende Veränderung in der sowjetischen Landwirtschaftspolitik quasi ankündigten – dadurch, dass den

¹⁶⁴⁵ Richard Löwenthal, Am Ende einer Epoche. Die Umwälzungen im russischen Großreich, in: Der Monat, Heft 60 (1953), 5. Jg., S. 572-580.

¹⁶⁴⁶ Vgl. exemplarisch Hugh Seton-Watson, Sowjetrußlands neue Bourgeoisie, in: Der Monat, Heft 58 (1953), 5. Jg., S. 417-421.

¹⁶⁴⁷ Vgl. hierzu Franz Borkenau, Was geschieht in Sowjetrußland, in: Der Monat, Heft 62 (1953), 6. Jg., S. 213-215; Alfred Burmeister, Der Stalinismus bleibt!, ebenda, S. 215 f. sowie Richard Löwenthal, Antwort des Autors, ebenda, S. 216-219.

¹⁶⁴⁸ Siehe im Einzelnen Richard Löwenthal, Am Ende einer Epoche. Die Umwälzungen im russischen Großreich, in: Der Monat, Heft 60 (1953), 5. Jg., S. 570-578.

ehemaligen sogenannten Kollektivbauern ein größerer Spielraum für individuelle wirtschaftliche Aktivitäten gewährt zu werden schien – stellte er grundsätzlich fest:

„Daraus wird deutlich, daß wir es bei dem ‚neuen Kurs‘ *nicht* nur mit einem erzwungenen Rückzug in der Wirtschafts- und Außenpolitik zu tun haben, sondern *gleichzeitig* mit einem bewußten Bruch der Nachfolger mit der staatlichen Tradition und Doktrin. Der Bruch erfolgt bisher ohne offene Polemik und ist *kein* Bruch mit den ursprünglichen Grundzügen des bolschewistischen Parteiregimes: jeder Schritt geschieht (wie in den ersten Jahren bei Tito!) unter Berufung auf Lenin und unter Berufung auf die führende Rolle der Partei. Aber zum mindesten ist durch das Zusammentreffen des außen- und wirtschaftspolitischen Rückzugs mit der Nachfolgekrise der Charakter des Parteiregimes zum erstenmal seit der Konsolidierung der Herrschaft Stalins in Fluß gekommen.“¹⁶⁴⁹

Mit diesen Ausführungen machte Richard Löwenthal deutlich:

1. Dass sich nach dem Tod Stalins an der grundsätzlichen Natur des sowjetkommunistischen System auf den ersten Blick nichts entscheidendes geändert hatte, denn es handelte sich weiterhin um ein revolutionäres Einparteienregime, deren führende Funktionäre in der politisch-ideologischen Tradition Lenins und Stalins standen und mithin das eigentliche Ziel – Einführung des sowjetischen Kommunismus in der ganzen Welt aufgrund eines in ihren Augen existentiellen, d. h. unüberbrückbaren Gegensatzes zur kapitalistischen nicht-sowjetischen Welt – nicht aufgegeben hatten.
2. Dass sich gleichwohl in den ersten Monaten des „neuen Regimes“ eine wichtige Differenz zu der Herrschaftsära Stalins abzeichnete, als nämlich die neuen Machthaber in Gestalt von Malenkow bereits ankündigten, dass sie innenpolitisch den sogenannten „Bruch mit der stalinschen Tradition“ anvisierten, und zwar insofern, als sie in der Wirtschaftspolitik unter anderem den Schwerpunkt auf eine Erhöhung der Konsumproduktion zulasten der Rüstungsproduktion zu legen gedachten sowie in der landwirtschaftlichen Produktion das Ziel hatten, den „totalitären Mantel“ zu öffnen.
3. Dass im Hinblick auf die Außenpolitik aus der für Löwenthal geplanten veränderten Wirtschaftspolitik folgte – so lassen sich die Ausführungen implizit lesen –, dass das „Nach-Stalin-Regime“ fortan eher eine abwartende, vorsichtigere Politik favorisiert, die der Sicherung des sowjetischen Territoriums den Vorrang vor militärischen Expansionsbestrebungen einräumt.

In dem Abschnitt „Abbau des Super-Apparats“ seines Beitrages ging Richard Löwenthal ausführlich auf wesentliche Merkmale des Einparteienregimes Stalinscher Couleur ein, um

¹⁶⁴⁹ Ebenda, S. 578 f.

nicht zuletzt die mögliche künftige Entwicklung des „neuen“ sowjetischen Herrschaftssystems zu thematisieren. Hierzu schrieb er angesichts der in den zurückliegenden knapp sechs Monaten nach dem Tod Stalins in Gang gekommenen Veränderungen in der sowjetischen Innenpolitik:

„Was können wir heute schon über die Faktoren und Tendenzen dieser in Fluß gekommenen Entwicklung sagen?

Zunächst: der ideologische Bruch mit der stalinschen Tradition wurde dadurch unvermeidlich, daß Stalin zu seinen Lebzeiten – und wichtige Träger seines persönlichen Herrschaftsapparates noch nach seinem Tode – sich dem notwendig gewordenen Rückzug widersetzten. Um das riesige bürokratische Staatsgebilde der Sowjetunion mit den divergierenden Eigentendenzen seiner verschiedenen Machtapparate – Partei, Polizei, Armee, Wirtschaft, Sowjetverwaltung – zusammenhalten und einheitlich beherrschen zu können, hatte Stalin seinen persönlichen Super-Apparat entwickelt, dessen Angehörige in allen Teil-Apparaten sein unmittelbares Eingriffsrecht sicherten und ihre ‚Vorgesetzten‘ kontrollierten. Der Kern dieses Apparates war ein persönliches Sekretariat aus Hunderten von Menschen, verbunden mit bestimmten Sektoren des militärischen und zivilen Geheimdienstes. (...)

Seit Stalins Tod ist dieser Super-Apparat zerschlagen worden; die neue Lehre von der kollektiven Führung war die Begründung dafür und zugleich der Beginn des ideologischen Bruchs mit dem Stalinismus. Die ehemals führenden Exponenten des persönlichen Sekretariats, wie Poskrebyschew und der Leiter der Zentralen Kontrollkommission, Schkirjatow, sind seither nicht öffentlich erschienen; die Anklage gegen die Ärzte wurde als verbrecherische Fälschung erklärt; (...)

Zweitens: obwohl die neue Entwicklung von der Parteiführung eingeleitet worden ist, schwächt sie zunächst unvermeidlich deren Autorität und stärkt die Selbständigkeitstendenzen der neuen bürokratischen Oberschicht der Gesellschaft. Dies einmal, weil keine Diktatur ohne unumstrittene persönliche Spitze stabil sein kann – kollektive Führung an der Spitze einer Diktatur bedeutet die Tendenz zur Rivalität der Teilapparate und zur Erschwerung von klaren Entscheidungen, bis entweder die Diktatur zerfällt oder einer der Rivalen eindeutig als Sieger dasteht.“¹⁶⁵⁰

Nachdem Löwenthal in diesem Kontext darauf hinwies, dass Berija im „offenen Machtkampf“ um die Nachfolge Stalins seinen parteiinternen Konkurrenten, d. h. seinen Rivalen aus der „neuen kollektiven Führung“ unterlegen und im Anschluss daran, so Löwenthal, „verschwunden“ war, stellte er im folgenden Absatz fest:

„Zugleich bedeutet der wirtschaftliche Rückzug, das Nachlassen des Druckes auf die Bevölkerung, als solcher eine Ermutigung der Selbständigkeitstendenzen aller gesellschaftlichen Kräfte, ihrer Sehnsucht, den Druck der ‚permanenten Revolution‘ nicht nur zeitweise einzuschränken, sondern ein für allemal abzuschütteln, was nur durch Auflösung oder Sturz des Parteiregimes möglich ist. Seit Lenins ‚Neuer Ökonomischer Politik‘, die noch von einem Führer mit unumstrittener Autorität begonnen wurde, hat es keine längere Phase der Lockerung des ökonomischen Drucks in der Sowjetunion gegeben; (...).

Drittens: im Kampf gegen diese natürliche Tendenz der neuen Sowjetgesellschaft, die Krise zur Abschüttelung des Parteiregimes zu benutzen, bedienen sich Malenkow und die Parteiführung zweier Mittel. Das eine ist der Versuch, den einen Teil des Staatsapparates

¹⁶⁵⁰ Ebenda, S. 579.

gegen den anderen auszuspielen – z. B. die neue ‚gemäßigte‘ Armeeführung gegen die Polizei –, auf die Gefahr hin, daß gerade dadurch die verschiedenen Machtapparate zu potentiellen Schiedsrichtern in den inneren Auseinandersetzungen der politischen Führung werden. Das andere ist der ‚titoistische‘ Appell an die Masse gegen die Bürokratie, der Versuch, die längst von der Diktatur erstickten Selbstverwaltungsorgane der Arbeitenden wieder zu beleben, um so der bürokratischen Oberschicht ein Gegengewicht zu bieten. In den letzten Monaten hat die sowjetische Parteipresse namentlich die Wiedereinführung regelmäßiger Mitgliederversammlungen in den Kolchosen, die Wahl der Kolchosenmanager aus der Mitgliedschaft (d. h. das Verbot der Ernennung von Außenstehenden) und die Wiederaufnahme der längst vergessenen Praxis der ‚Produktionsberatungen‘ in den Betrieben der Staatsindustrie gefordert. Auf diese Art kann sich das Parteiregime unter Umständen längere Zeit auch bei einer Politik der Lockerung behaupten, aber nur, indem es sich wesentlich modifiziert. Es scheint, daß die Losung von der Notwendigkeit kollektiver Verantwortung auf allen Stufen neuerdings diesen Sinn bekommen hat.“¹⁶⁵¹

Für Richard Löwenthal bestand die Alternativen zu einer solchen Transformation des Regimes entweder in seinem „Sturz durch Elemente der Oberschicht – am wahrscheinlichsten durch eine Militärdiktatur – oder seine erneute Verhärtung zur Parteidiktatur mit persönlicher Spitze im stalinschen Stil nach wiederholten blutigen Auseinandersetzungen. Es scheint uns“, so Löwenthal zum Schluss seines Beitrages, „unmöglich, zu prophezeien, was wahrscheinlicher ist (...)“.¹⁶⁵²

In Richard Löwenthals Ausführungen in dem Abschnitt zum „Abbau des Super-Apparats“ seines Beitrages „Am Ende einer Epoche. Die Umwälzungen im russischen Großreich“ aus dem September-Heft 1953 kam zum Ausdruck, dass sich sechs Monate nach dem Tod Stalins im Hinblick auf die tatsächliche und künftige politische Entwicklung der Sowjetunion unter anderem feststellen bzw. prognostizieren ließ:

1. Dass es durch die neue „kollektive Führung“ zu einer tatsächlichen Zerschlagung des ausdrücklich auf Stalin zugeschnittenen totalitären Herrschaftsapparates gekommen war. Eine entscheidende Maßnahme war zum Beispiel die Zerschlagung des Privatsekretariats von Stalin und die Ausschaltung führender Funktionäre dieser Institution (wie zum Beispiel Poskrebyschew)¹⁶⁵³ sowie der Geheimdienstapparate, wie Löwenthal zu Recht feststellte. Allerdings wurde von ihm nicht klar hervorgehoben, dass die Säuberung der früher unter der direkten Führung Stalins, und nicht unter der Kontrolle der Partei stehenden staatlichen Sicherheitsorgane (u. a. des ehemaligen stellvertretenden Minister für Staatssicherheit und Leiter der Untersuchungsabteilung, Michail Rjumin) seitens der

¹⁶⁵¹ Ebenda, S. 579 f.

¹⁶⁵² Ebenda, S. 580

¹⁶⁵³ So auch die Auffassung von Wolfgang Leonhard, Kreml ohne Stalin, S. 95.

neuen sowjetischen Führung bereits vor der Verhaftung von Berija im Juli 1953 stattfanden, also damit auch von ihm als Chef des ehemaligen NKWD-Apparates mitgetragen wurde.¹⁶⁵⁴

2. Dass Richard Löwenthal zumindest implizit eine plausible Interpretation für die Verhaftung von Berija lieferte. Bereits zum damaligen Zeitpunkt gab es stichhaltige Ansatzpunkte dafür, dass Berija im Kontext des „offenen Machtkampfes“ von seinen Rivalen ausgeschaltet wurde, weil er als Innenminister und mithin als Chef der staatlichen Sicherheitsapparate über eine zu starke exekutive politische Macht verfügte. Obwohl Berija mit Blick auf die gemeinsam von der „kollektiven Führung“ getragenen politischen und ideologischen Generallinie keine grundätzlich divergierende Vorstellung hatte, sollte in jedem Fall ein Rückgängigmachen eines Bruchs mit dem Stalinismus verhindert werden. Diese Gefahr bestand – so könnte man Löwenthal interpretieren – angesichts des direkten Zugriffs Berijas über die staatlichen Sicherheitsorgane, so dass quasi präventiv verhindert werden sollte, dass wie unter Stalin ein von der Partei unabhängiger Machtapparat der (Geheim-)Polizei entstehen könnte. Mithin sollte eine Rückkehr zur stalinistischen Vergangenheit, genauer gesagt, die Konstituierung eines Herrschaftssystems Stalinscher Provenienz verhindert werden.¹⁶⁵⁵
3. Dass Löwenthal im September 1953 die in den Monaten vor dem Tod Stalins in Gang gekommenen „internationalen Säuberungen“ und die „Anklage gegen die Kremlärzte“ – die von ihm zurecht als „verbrecherische Fälschung“ bezeichnet wurde, so dass die nachstalinistische Führung die Angeklagten aus der Haft entließ und rehabilitierte – als eine nicht zu Ende geführte „Zweite Jeshowschtshina“ interpretierte, mit der aller Voraussicht nach Stalin die „alte Garde“ von Parteifunktionären ausschalten wollte (u. a. in den Sicherheitsorganen), die nur durch den Tod des Kremlchefs nicht abgeschlossen werden konnte.
4. Dass infolge der nach dem Tod Stalins entstandenen neuen historisch krisenhaften Situation – zum einen aus systemimmanenten Gründen und zum anderen durch die notwendig gewordene neue wirtschaftspolitische Ausrichtung des Regimes¹⁶⁵⁶ – sowohl gesamtgesellschaftliche Kräfte frei gesetzt wurden als auch Selbständigkeitstendenzen des

¹⁶⁵⁴ Vgl. hierzu ebenda, S. 102.

¹⁶⁵⁵ Vgl. auch die Interpretation von Boris Nikolajewski, Zur Soziologie der Macht in der totalitären Diktatur, in: Ost-Probleme (1957), 9. Jg., Nr. 28, S. 974-986 (hier S. 979-981); Erstveröffentlichung in: Sozialistitscheskij Westnik, New York-Paris, Nr. 8-10/1957.

¹⁶⁵⁶ Vgl. hierzu im Einzelnen Wolfgang Leonhard, Kreml ohne Stalin, S. 122-133.

„bürokratischen Apparates“ verstärkt hatte, die die Herrschaft des neuen Parteiregimes gleichzeitig unterminierte.

5. Dass in jedem Fall in den darauffolgenden Wochen und Monaten mit ganz entscheidenden innenpolitischen Veränderungen in der Sowjetunion im Allgemeinen und in der Führungsspitze der Partei im Besonderen aufgrund der von Löwenthal beschriebenen Krisenproblematik zu rechnen sei, die das Wesen des bestehenden Einparteienregime betreffen würde. Auffallend hierbei war, dass der Kommunismus-Experte im Rahmen seiner Prognose, dass drei mögliche Verlaufsformen einer Wandlung des sowjetischen Regimes denkbar seien – neben dem Sturz des Regimes durch die sogenannten „Elemente der Oberschicht“ (genauer gesagt, durch die „bürokratische Oberschicht unter militärischer Führung“¹⁶⁵⁷) zur Errichtung einer „Militärdiktatur“ sowie der neuerlichen „Verhärtung“ des Regimes zu einer persönlichen Autokratie einer einzelnen Person – er sogar eine „Modifikation“ bzw. „Demokratisierung“ des Regimes analog zu der Entwicklung Jugoslawiens unter Tito für denkbar hielt.¹⁶⁵⁸
6. Dass vor dem Hintergrund der ausdrücklich thematisierten Rolle von Malenkov im Hinblick auf die prognostizierte „potentielle“ Entwicklung des Regimes, von Chruschtschow keine Rede war. Das war vor allem deshalb bemerkenswert, weil der neue Generalsekretär des ZK der KPdSU mit Malenkov unmittelbar nach der Ausschaltung Berijas die „kollektive Führung“ im Grunde genommen durch eine „Dyarchie“ (Franz Borkenau) ersetzt hatte.¹⁶⁵⁹

Dass allerdings Chruschtschow fortan eine überragende Rolle spielte sollte – durchaus in Ansätzen, wie es Löwenthal voraussagte, als er davon sprach, dass es möglicherweise zu einer „erneute(n) Verhärtung zur Parteidiktatur mit persönlicher Spitze im Stalinschen Stil, nach wiederholten blutigen Auseinandersetzungen“ kommen würde – zeigte die tatsächliche Geschichte der Sowjetunion in den Jahren nach der Veröffentlichung seines Beitrages im

¹⁶⁵⁷ So die spätere Präzisierung von Richard Löwenthal, Antwort des Autors: in: Der Monat, Heft 62 (1953), 6. Jg., S. 216.

¹⁶⁵⁸ Vgl. in diesem Zusammenhang die Veröffentlichungen im „Monat“, die sich mit der „demokratischen“ Entwicklung Jugoslawiens unter Tito auseinandersetzten und in deren Fokus die Frage stand, ob es sich beim „Titoismus“ um ein totalitäres Regime handelte speziell Richard Löwenthal, Brief aus Belgrad: Modellfall Jugoslawien. Von der Kolchose zur Gemeinschaft, in: Der Monat, Heft 62 (1953), 6. Jg., S. 125-134 sowie Ernst Halperin, Ist Jugoslawien ein totalitärer Staat, in: Der Monat, Heft 68 (1954), 6. Jg., S. 196-199; vgl. unter diesem Aspekt auch Ernst Halperin, Brief aus Belgrad: L' Affaire Djilas. Bericht über einen Ketzerprozeß, in: Der Monat, Heft 66 (1954), 6. Jg., S. 593-604 sowie Richard Löwenthal, Ketzer oder Pionier, in: Der Monat, Heft 67 (1954), 6. Jg., S. 89-91.

¹⁶⁵⁹ Vgl. hierzu abschließend das grundsätzliche Resümee: Ein Jahr kollektive Kremldiktatur, in: Ost-Probleme (1954), 6. Jg., Nr. 10, S. 378-381 (Erstveröffentlichung: The Twentieth Century, London, Januar 1954).

„Monat“. Allerdings traten auf der anderen Seite nicht zuletzt in der Innenpolitik der Sowjetunion Entwicklungen ein, die der Kommunismus-Experte nicht voraussah.

Einerseits war mit der Zerschlagung des auf Stalin zugeschnittenen „Super-Apparats“ zweifelsohne bereits im Sommer 1953 das stalinistische Führungsprinzip aufgebrochen. Mithin wurde durch die neue sowjetische Führung eine wesentliche Voraussetzung des gesamten stalinistischen Herrschaftssystems geändert, das nicht zuletzt den (permanenten) Terror vor allem der 1930er Jahre und die zurückliegenden (internationalen) Parteisäuberungen möglich machte. Andererseits zeigte sich, dass die neue sowjetische Führung, namentlich Malenkow und Chruschtschow, überzeugte „Stalinisten“ waren, die die „bewährten“ Herrschaftsmethoden anwendeten, um innerparteiliche Rivalen (wie zum Beispiel Berija) und Funktionäre aus dem Stalinschen Geheimdienstapparat auszuschalten; vorerst allerdings auf „unblutige“ Weise. Im Kontext der Ausschaltung Berijas wurden im Zuge der Auflösung des früheren NKWD-Apparates zum Beispiel auch der „ehemalige Minister für Staatssicherheit“ Ignatjew sowie der „stellvertretende Minister und Leiter der Untersuchungsabteilung“ Rjumin beschuldigt, in der „Ärzte-Affäre“ willkürlich Personen verhaftet und Geständnisse erpresst zu haben, so dass beide verhaftet und ihrer Posten enthoben wurden.

Auf der anderen Seite führte die Säuberung der früheren Sicherheitsorgane nach dem Tode Stalins durch die „kollektive Führung“ aber auch dazu, dass der totalitäre Druck auf die sowjetische Gesellschaft nachließ. Der einzelne Bürger oder ganze Bevölkerungsgruppen mussten nicht mehr wie in den vergangenen Zeiten unter Stalin in ständiger Angst leben, in die Mühle der Verfolgungsapparate zu geraten. Das Nachlassen der terroristischen Praxis führte sogar zu einer „Liberalisierung“ der tatsächlichen Verhältnisse in den sowjetischen Konzentrationslagern. Durch den Tod Stalins und nicht zuletzt nachdem tausende deutscher Kriegsgefangene und zahlreiche andere Häftlinge aus den sowjetischen Lagern entlassen wurden, machte sich bei den übrigen Gefangenen Hoffnung breit. So entstand ein neues Klima unter den Häftlingen in den Konzentrationslagern, wodurch der Boden vorbereitet wurde, auf dem die Bereitschaft wuchs gegen die (Arbeits-)Bedingungen in den Lagern zu rebellieren, von dem ohne Zweifel der Aufstand im Sommer 1953 im Lager Workuta der größte war.¹⁶⁶⁰

¹⁶⁶⁰ Vgl. hierzu speziell Joseph Scholmer, Der Streik in Workuta, in: Der Monat, Heft 66 (1954), 6. Jg., S. 563-585 sowie auch Otto Maar, >Kutschino<. Erlebnisse eines deutschen Wissenschaftlers in Sowjetrußland, in: Der Monat, Heft 77 (1955), 7. Jg., S. 409-424.

Gleichwohl bedeutete dies kein endgültiges Ende des Terrors. Genauso zeigte sich, dass die neue sowjetische Führung mit Malenkow und Chruschtschow an der Spitze bereit war, den Kampf gegen den ehemaligen stalinistischen Geheimdienstapparat und gegen den damaligen Leiter Berija nicht ausschließlich mit „unblutigen“ Methoden zu führen. Im Dezember des Jahres 1953 hatten sie keine Skrupel Berija und leitende Funktionäre der sowjetischen Sicherheitsorgane als „Verräter“ und „Agenten des Imperialismus“ in einem Prozess anzuklagen und sie zum Tode zu verurteilen, die unweigerlich Erinnerungen an die Zeiten Stalins hervorriefen ließ. Diese durchgeführte Maßnahme richtete sich speziell gegen führende Funktionäre der „alten“ Sicherheitsorgane und fanden vor dem Hintergrund der anvisierten Umstruktuirung der ehemaligen stalinistischen Geheimpolizei statt, die mit der Reorganisation und Säuberung der Geheimdienstapparate in den Satellitenländern korrespondierte. Das wesentliche Ziel bestand einerseits in einer Trennung von Innenministerium (MWD) und Sicherheitsministerium (MGB) und andererseits in einer Unterordnung der staatlichen Sicherheitsorgane unter die Partei. In diesem Zusammenhang gingen die „blutigen“ Säuberungen auch im Jahre 1954 weiter und es kam zu Verhaftungen, Prozessen und Erschießungen. So fand beispielsweise im Dezember 1954 vor dem obersten Militärgericht in Leningrad ein Prozess gegen Wiktor S. Abakumow und weitere führende Exponenten des ehemaligen NKWD-Apparates statt. Sie wurden beschuldigt in Zusammenarbeit mit Berija die – oben angesprochene – „Leningrader Affäre“ fabriziert zu haben und seinerzeit die verhafteten Leningrader Parteifunktionäre misshandelt und erpresst zu haben. Sämtliche Angeklagten wurden zum Tode verurteilt und erschossen (im Juli 1955 wurde dann der zwei Jahre zuvor verhaftete führende stellvertretende Minister für Staatssicherheit und Leiter der Untersuchungsabteilung, Rjumin, hingerichtet). Sämtliche „blutigen“ Säuberungsmaßnahmen und Schläge gegen führende Mitarbeiter des früheren Stalinschen „Super-Apparats“ fanden – wie erwähnt – vor dem Hintergrund der Umstruktuirung der staatlichen Sicherheitsorgane statt. Aus diesem Grund wurde der frühere NKWD-Apparat durch das im März 1954 ins Leben gerufene „Komitee für Staatssicherheit“ (KGB) unter der Führung von Iwan A. Sjerowo ersetzt, mit der nicht zuletzt die rein formelle Trennung der Staatssicherheitsorgane vom Innenministerium deutlich gemacht werden sollte.

Wie wurden im „Monat“ die Umstrukturierung der sowjetischen Sicherheitsorgane und angesprochenen Säuberungsaktionen unter der Leitung der neuen Machthaber interpretiert? Wo wurden zentrale Unterschiede im Hinblick auf die Rolle der Geheimpolizei unter Stalin bzw. der „kollektiven Führung“ gesehen? Wie wurde das Nachlassen des Terrors

im Allgemeinen und gegenüber der sowjetischen Bevölkerung im Speziellen in den ersten beiden Jahren nach dem Tod Stalins bewertet? Inwiefern wurde ein Zusammenhang mit den parallel verlaufenden Prozessen in den Satellitenländern gesehen? Last but not least: Wie wurde in diesem Zusammenhang das „neue“ sowjetische Herrschaftssystem aufgrund der – oben in aller Kürze angesprochenen – zurückliegenden Entwicklung charakterisiert?

In seinem Beitrag „Die Zähmung der Geheimpolizei“ setzte sich Richard Löwenthal im Februar-Heft des Jahres 1955 mit diesem Fragekomplex auseinander.¹⁶⁶¹ Nachdem im Folgenden die hier interessierenden entscheidenden Passagen von Löwenthal referiert werden und besonders der Autor ausführlich persönlich „zu Wort“ kommt, erfolgt anschließend ein Kommentar.

Angesichts der innenpolitischen Veränderungen und den seit Stalins Tod ins Leben gerufenen Reformen – beispielsweise in der Agrarpolitik – sowie den damit verbundenen Widersprüchen für die Konsolidierung der Parteidiktatur in der Sowjetunion¹⁶⁶² stand für Löwenthal fest:

„Auf einem Gebiet aber hat das vergangene Jahr eine ganz eindeutige Machtverschiebung gebracht – da, wo sich ‚neuer Kurs‘ und Festigung der Parteiherrschaft nicht widersprechen, sondern gleichbedeutend sind: in der demonstrativen Unterwerfung der Geheimpolizei, sowohl Rußlands wie der Satellitenstaaten, unter die Kontrolle der ‚kollektiven Führung‘ der Partei.

Es ist heute nachträglich klar, daß sowohl die Liquidierung des ‚Ärztekomplotts‘ durch Beria wie der spätere Sturz Berias selbst Etappen dieses Prozesses waren. Im Jahre 1954 hat sich dieser Prozeß mit der Schaffung einer der Regierung unterstellten ‚Kommission für Staatssicherheit‘ (KGB) im März, mit der Exekution Rjumins, des ‚Erfinders‘ des Ärztekomplotts, im Juli, mit einer Serie von Desertionen früher verantwortlicher Funktionäre des sowjetischen Geheimapparats, mit der beginnenden stillen Revision der Säuberungen der letzten Jahre Stalins durch die Freilassung der Brüder Field und einer Reihe sekundärer überlebender Opfer in den Satellitenstaaten, und schließlich mit der Hinrichtung des früheren Staatssicherheitsministers Abakumow und seiner Mitarbeiter fortgesetzt.“¹⁶⁶³

Im Anschluss daran thematisierte Richard Löwenthal ausführlich, wie Stalin den staatlichen Geheimdienst nach dem Tod Lenins in den zwanziger Jahren zu einem genuinen Instrument bei der Konstituierung seiner Alleinherrschaft machte, indem er nämlich den GPU-Apparat auch und vor allem dazu nutzte, ihn zu einem Instrument in den innerparteilichen Kämpfen zu machen. Danach machte sich Stalin Löwenthal zufolge daran, „sich für die Kontrolle der ungeheuren bürokratischen Pyramide seines Reiches mehr auf seinen ausgedehnten privaten Geheimapparat – das persönliche Sekretariat mit Vertretern in allen Zweigen der Verwaltung

¹⁶⁶¹ Richard Löwenthal, Die Zähmung der Geheimpolizei, in: Der Monat, Heft 77 (1955), 7. Jg., S. 467-471.

¹⁶⁶² Siehe hierzu im Einzelnen ebenda, S. 467.

¹⁶⁶³ Ebenda, S. 467.

– und auf die Geheimpolizei als auf die Parteiführung (zu verlassen), die er weniger und weniger konsultierte.“ Daraus folgte für Löwenthal, dass zwar die bis dahin übliche Praxis, Streitfragen durch Säuberungen zu entscheiden geblieben war, die Partei aber, die der „rationalen Diskussion beraubt“ war, abstarb. „Die Polizei blieb unter dem Diktator – aber über der Partei.“¹⁶⁶⁴

Nach dieser entscheidenden Erkenntnis, dass in der Herrschaftsära Stalins die Geheimpolizei über der Partei stand, oder anders gesagt, dass der Apparat der sowjetischen Geheimpolizei quasi dem Zugriff der KPdSU entzogen war, ging Löwenthal auf den unmittelbar vor dem Tod Stalins grassierenden innenpolitischen Terror ein, der seiner Auffassung nach die Vorbereitung für eine erneute „blutige Säuberung“ unter den führenden Funktionären der Partei war. Er interpretierte die Zerschlagung des „Stalinischen Super-Apparats“, also die Reorganisation speziell der sowjetischen staatlichen Sicherheitsorgane unmittelbar nach Stalins Tod sowie den anschließenden Schlag gegen Berija seitens der „kollektiven Führung“ folgendermaßen (die mit Blick auf bestimmte Aspekte insbesondere aufgrund neuer Informationen und Quellen als eine Präzisierung zu früheren Erklärungsversuchen von Löwenthal aufzufassen waren):

„Die ‚Aufdeckung‘ des angeblichen Ärztekomplots im Januar 1953“, so Löwenthal, „gab selbst den höchsten Parteiführern Grund, vor den Konsequenzen zu zittern. Der Tod Stalins kam so den Erben überaus gelegen, und sie beeilten sich, den unmittelbaren Apparat seiner Alleinherrschaft – das persönliche Sekretariat – zu zerschlagen, das ‚Komplott‘ als Fälschung zu entlarven, und das Prinzip der ‚kollektiven Führung‘ zu proklamieren – dem Wesen nach ein Entschluß, Meinungsverschiedenheiten im engeren Kreis der Partei- und Staatsführung sachlich und ohne Appell an die Polizeigewalt auszutragen. Doch die Beseitigung der Klammer brachte die Gefahr mit sich, daß der Chef des Terrorapparates – des jetzt wieder mit dem Innenministerium (*MWD*) vereinten Sicherheitsministeriums (*MGB*) – seine Machtmittel für seine eigenen Ziele einsetzte. Ob die Enthüllungen übergelaufener *MGB*-Funktionäre (...) zutreffen oder nicht, die Existenz eines selbständigen Apparates mit dieser Tradition der ‚Säuberungen‘ war eine tödliche Gefahr für Partei und Parteiführung zugleich, und Berias Bemühungen, die Schlüsselpositionen mit ihm persönlich ergebenen Männern zu besetzen, unterstrichen diese Gefahr noch. Sein Sturz und die Hinrichtung seiner ganzen Gruppe enthüllten ihren vollen Sinn, als der Apparat der Geheimpolizei im März dieses Jahres vom Innenministerium wieder getrennt und einer Kommission für Staatssicherheit unterstellt wurde, die der Sowjetregierung als Ganzem verantwortlich und deren Vorsitzender Iwan Alexandrowitsch Sjerow, weder im engeren Kabinett noch im Parteipräsidium vertreten ist.“¹⁶⁶⁵

Auch die Schläge gegen führende Mitarbeiter der sowjetischen Geheimpolizei aus dem Jahre 1954 – wie zum Beispiel gegen Rjumin und Abakumow –, zielten für Löwenthal in diese

¹⁶⁶⁴ Ebenda, S. 467 f.

¹⁶⁶⁵ Ebenda, S. 468.

Richtung, nämlich gewissermaßen die letzten Reste der politischen Macht des früheren Geheimdienstapparates abzubauen und den Prozess, ihn dem KGB zu unterstellen und mithin unter die Kontrolle der Partei zu bringen, zum Abschluss zu bringen. Ebenso in den osteuropäischen Satellitenländer wie zum Beispiel in Ungarn und Polen, so Löwenthal:

„Parallel dazu ist auch der frühere Chef der ungarischen Geheimpolizei, Gabor Peter, zu lebenslänglicher Haft verurteilt worden, und am Ende des Jahres wurde das polnische Ministerium für Staatssicherheit nach russischem Muster aufgespalten und reorganisiert, die eigentliche Geheimpolizei einer Kommission unterstellt und der bisherige Minister, Stanislaw Radkiewicz auf einen Wirtschaftsposten abgeschoben

Jede dieser Maßnahmen war von öffentlichen Geständnissen begleitet, daß die Polizeigewalt in der Vergangenheit zu gesetzwidrigen Übergriffen gegen treue Staatsbürger und Kommunisten mißbraucht worden war, und von der Rehabilitierung überlebender Opfer früherer Säuberungen“.

„Wenn auch die Triebkräfte dieser Veränderung“, schrieb Richard Löwenthal in diesem Zusammenhang weiter, „in der Spitze des Regimes zu suchen sind, so greifen ihre Wirkungen doch tief in das Leben des Sowjetreiches ein“. Denn, so die Auffassung des Autors:

„(K)aum eine andere Maßnahme der Erben Stalins hat das gesamte gesellschaftliche Klima so weitgehend verändert. Natürlich ist die Sowjetunion nicht plötzlich ein Rechtsstaat geworden, und Verurteilungen und Hinrichtungen von ‚Spionen‘ finden nach wie vor statt – doch es scheint sich dabei um wirkliche Gegner des Regimes, nicht um die Austragung innerparteilicher Kämpfe mit polizeilichen Mitteln zu handeln. Durch die Trennung von Geheimpolizei vom Innenministerium, das die Herrschaft über die riesigen Zwangsarbeitslager und Verbannungsgebiete ausübt, ist auch ihre wirtschaftliche Macht gebrochen worden; und die Anwendung ‚halbfreiwilliger‘ Methoden der Rekrutierung für die neuen Siedlungsgebiete in Sibirien und Kasakistan (...) macht den Eindruck, daß eine neue Vergrößerung des Reichs der Sträflingsarbeit um weitere Millionen bewußt vermieden worden ist. Die Einstellung der Kanalbauten und ähnlicher Projekte zur ‚Transformation der Natur‘, die völlig auf Zwangsarbeit angewiesen waren, wirkt in der gleichen Richtung.“¹⁶⁶⁶

Die nachlassende Bedeutung der Geheimpolizei, d. h. eines Herrschaftsapparats, der in der Ära Stalins die ganze sowjetische Gesellschaft mit willkürlichem (Massen-)Terror überzog und in deren Fänge selbst Mitglieder und Exponenten der staatlichen Partei geraten konnten, zeigte sich nach dem Dafürhalten von Löwenthal im tagtäglichen sowjetischen Alltag, oder anders gesagt, in der politischen Praxis. Denn die „neue“ Geheimpolizei konnte nicht mehr wie in der Vergangenheit frei schalten und walten, so dass potentiell jeder einzelne Bürger und jedes Parteimitglied Opfer der terroristischen Praxis werden konnte, sondern ihr operativer Spielraum war unter der „kollektiven Führung“ im Rahmen der sowjetischen

¹⁶⁶⁶ Ebenda, S. 468 f.

„Rechtsvorschriften“ reglementiert und unterstand der Kontrolle der Partei. „Propagandistisch wird diese Abwertung der Geheimpolizei“, so Richard Löwenthal,

„vor allem dazu genutzt, den Parteimitgliedern und den Funktionären in Wirtschaft und Verwaltung ein erhöhtes Gefühl der persönlichen Sicherheit und auf dieser Grundlage eine erhöhte Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung zu geben. Wenn ein offiziöser Literat wie Korneitschuk in seinem neuesten Drama von den ‚Ausgeburten‘ spricht, die ‚unter dem Vorwand der Wachsamkeit‘ so furchtbares Leid verursachten, und die Willkürherrschaft der Polizei gegen loyale Staatsbürger ganz offen diskutiert, so soll der Zuhörer fühlen, daß er nicht mehr vor dem morgendlichen Klopfen an der Tür zu zittern braucht, weil diese Schrecken der Vergangenheit angehören. Der Funktionär einer Partei von zynischen Karrieristen, bei denen längst die Angst an die Stelle des Glaubens getreten ist, soll wieder Vertrauen fassen; der Bürokrat, der sich längst angewöhnt hat, keine Entscheidung ohne schriftliche Deckung durch den Vorgesetzten zu treffen, soll wieder den Mut finden, den eigenen Kopf zu gebrauchen und Verantwortung zu übernehmen, ohne Furcht, daß ihm jemand einen Strick daraus drehen wird. Hier verquickt sich die Kampagne für Rechtssicherheit mit einer anderen wichtigen Reform – den Bemühungen des Regimes um den Abbau des lähmenden Überzentrismus in Wirtschaft und Verwaltung durch Förderung der lokalen Initiative und Reduzierung des bürokratischen Wasserkopfes in Moskau.“¹⁶⁶⁷

In seinen Ausführungen in dem Beitrag „Die Zählung der Geheimpolizei“ brachte Richard Löwenthal genau zum Ausdruck, worin die eigentliche politische Bedeutung der Zerschlagung des früheren, unter der direkten Führung Stalins stehenden sowjetischen Apparates der Geheimpolizei durch die neue „kollektive Führung“ bestand: Das zentrale Ziel bestand tatsächlich darin, die „neue“ Geheimpolizei wieder unter die Kontrolle der Partei zu bringen, um zu verhindern, dass wie in der unmittelbaren Vergangenheit, also der Ära Stalins, die Geheimpolizei zu einem direkten Instrument bei der Konstituierung eines Herrschaftssystems werden könnte, das unter der Führung einer einzigen Person steht. Löwenthal stellte vor diesem Hintergrund im Unterschied zu seinen früheren Veröffentlichungen zu Recht *expressis verbis* fest, warum Berija in erster Linie von der neuen „kollektiven Führung“ ausgeschaltet und Opfer einer „blutigen“ Säuberung wurde: Es sollte verhindert werden, dass nach dem Tod Stalins quasi ein neuerliches genuin totalitäres Herrschaftsregime entstehen könnte, das unter der Führung eines einzigen Mannes steht und der sich im Kontext der Alleinherrschaft in erster Linie auf die Geheimpolizei stützen kann, insofern lag er ganz auf der Linie der zeitgenössischen Sowjetforschung.¹⁶⁶⁸ Da Berija in seiner neuen Funktion als Innenminister auch Chef der politischen Polizei war und folglich auch Zugriff auf den „alten“ NKWD-Apparat hatte, wurde er von seinen Rivalen aus der

¹⁶⁶⁷ Ebenda, S. 469.

¹⁶⁶⁸ Vgl. hierzu auch: Chruschtschew und die „kollektive Führung“, in: Ost-Probleme (1955), 7. Jg., Nr. 21, S. 822-826 (hier: S. 825).

„kollektiven Führung“ ausgeschaltet, um zu verhindern, dass nicht zuletzt auch wieder „blutige“ Parteisäuberungen in Gang kommen könnten, mit der „tödlichen Gefahr“ für die Parteiführung um Malenkow und Chruschtschow.

Vor dem Hintergrund der zentralen Erkenntnisse seines Beitrages „Die Zähmung der Geheimpolizei“ folgte im Hinblick auf die Analyse des kommunistischen Einparteienregimes unter der Führung der „kollektiven Führung“ nach dem Tod Stalins, dass der Kommunismus-Experte zweifelsohne einen Abbau des willkürlichen (Massen-)Terrors Stalinscher Couleur und mithin einen Bruch mit dem Stalinismus konstatierte, aber trotzdem noch von einem totalitären Herrschaftscharakter des Nachstalinismus ausging. Zumindest könnten die Ausführungen so interpretiert werden, denn:

1. Durch die Zerschlagung des früheren Geheimdienstapparates sowie des genuinen Privatsekretariats Stalins wurde das stalinistische Führungsprinzip angegriffen, so dass eine zentrale Voraussetzung des stalinistischen Herrschaftssystems geändert wurde.
2. Korrespondierend mit der Zerschlagung der allmächtigen Geheimpolizei kam es zu einem Nachlassen des Terrors. Vor allem kam es zu einem Ende des für den Stalinismus charakteristischen Phänomens des permanenten (Massen-)Terrors, der sich in erster Linie dadurch auszeichnete, dass die herrschende Partei unter der Führung von Stalin im Namen des zu erreichenden Zieles, also der Realisierung der kommunistischen Utopie in der Sowjetunion, immer neue „innere (Klassen-)Feinde“ fand,¹⁶⁶⁹ da sich ebendieses Ziel nicht im Kontext eines „naturwüchsigen“ Prozesses in der nachrevolutionen sowjetischen Gesellschaft einstellte. Der Terror besaß einen willkürlichen Charakter und richtete sich auch und vor allem gegen die eigene Bevölkerung. Damit war bereits ein entscheidender qualitativer Unterschied des Regimes in den ersten beiden Jahren nach Stalins Tod zum Stalinismus genannt. In der „Nach-Stalin-Ära“ mussten, wie Löwenthal richtig feststellte, die sowjetischen Bürger nicht mehr mit der tagtäglichen konkreten Angst leben, Opfer von willkürlichen Verhaftungsoperationen des Geheimdienstes zu werden, da zumindest in Ansätzen eine „Rechtssicherheit“ herrschte.
3. Zudem zeigte sich die nachlassende Bedeutung des Terrors auch darin, dass tatsächlich das Phänomen der Parteisäuberung, zumal der „blutigen“, im Vergleich zum Stalinismus nicht mehr – bis auf wenige Ausnahmen – eine zentrale Bedeutung hatte. Anders gesagt, in der neuen sowjetischen Führung bestand im Grunde genommen eine Übereinstimmung, die Geheimpolizei nicht mehr als ein Instrument in der

¹⁶⁶⁹ Vgl. hierzu G. F. Hudson, Chruschtschews Arbeitsstil, in: Ost-Probleme (1956), 8. Jg., Nr. 4, S. 110-114 (hier S. 111); Erstveröffentlichung: The Twentieth Century, Dezember 1955.

innerparteilichen Auseinandersetzung einzusetzen, um tatsächliche oder „eingebildete“ Gegner auszuschalten. Fortan galt der Primat der Partei, d. h. in diesem Zusammenhang, die Herrschaft der Partei über die Geheimpolizei, und über interne Streitfragen sollte eine „freie“ Diskussion zumindest in der unmittelbaren Führungsspitze möglich sein. Insofern sollten Streitfragen und innerparteiliche Machtkämpfe „unblutig“ ausgetragen werden.

4. Auch die Bedeutung der sowjetischen Konzentrationslager war im Vergleich zum Stalinismus am Schwinden. Nicht nur, dass zumindest ein kleiner Teil der Insassen entlassen wurden, sondern allein die Tatsache, dass im Gegensatz zur Vergangenheit das Millionen Menschen umfassenden „Heer“ von Zwangsarbeitern nicht mehr anstieg, stellte bereits eine historische Zäsur dar. Im Gegensatz zur zurückliegenden üblichen terroristischen Praxis „begnügte“ sich das nachstalinistische Regime in diesem Zusammenhang mit der sogenannten „halbfreiwilligen“ Methode, um Arbeiter zu finden.¹⁶⁷⁰
5. Ein Ende des totalitären „Alptrausms“ machte sich Löwenthal zufolge nicht nur im Alltag der sowjetischen Bürger bemerkbar, sondern auch in den offensichtlichen Bestrebungen der neuen sowjetischen Machthaber, den „normalen“ Parteimitgliedern und den Funktionären in der Wirtschaft und der Verwaltung ein größeres Gefühl der „persönlichen Sicherheit“ zu vermitteln, damit ihr politischer Alltag weniger von Angst und Furcht besetzt ist.
6. Auch wenn Löwenthal nicht ausdrücklich auf die seit dem Sommer 1953 einsetzende Liberalisierung des kulturellen Lebens in der Sowjetunion einging, die zweifelsohne auch eine Abkehr zum Stalinismus bedeutete, weil damit der totalitären ideologisch-politischen Überwachung und Lenkung ebendieser gesellschaftlichen Sphäre ein Ende bereitet wurde und die Ilja Ehrenburg im Titel seiner Novelle als „Das Tauwetter“ bezeichnete, kam trotzdem in seinem Beitrag klar zum Ausdruck, dass sogar in der zeitgenössischen „offiziösen“ sowjetischen Literatur eine „offene“ Kritik am stalinistischen Terror formuliert wurde.

Zudem kam in den Ausführungen von Richard Löwenthal sehr genau zum Ausdruck, aus welchen Gründen und warum sich die „blutigen“ Säuberungen gegen Berija, Rjumin oder auch Abakumow seitens der neuen „kollektiven Führung“ im Kontext der Reorganisation der staatlichen Sicherorgane durchgeführt wurden und warum der KGB im Jahre 1954 gegründet

¹⁶⁷⁰ Zu den Veränderung im sowjetischen System der Konzentrationslager vgl. grundsätzlich Richard K. Carlton (Hg.), *Forced Labor in the „People’s Democracies“*, New York 1955 sowie B. Jakowlew, *Konzentracionnye lageri SSSR*. Hrsg. v. Institut zur Erforschung der Geschichte und Kultur der UdSSR, München 1955.

wurde.¹⁶⁷¹ Ebenso kam richtig zum Ausdruck, warum dieser institutionelle und personelle Entstalinisierungsprozess parallel auch in den Satellitenstaaten – wie zum Beispiel in Ungarn und Polen – in Gang kam.

Ebenso kam in den Ausführungen von Richard Löwenthal Anfang des Jahres 1955 zumindest implizit zum Ausdruck, dass die neue sowjetische Führung, d. h. in diesem Zusammenhang vor allem Malenkow und Chruschtschow, nicht quasi „über Nacht“ nach dem Tod Stalins „bessere“ Menschen geworden waren, die aus – man könnte sagen – politischer und ideologischer Überzeugung dem Terror im Großen und Ganzen ein Ende bereitet hatten. Nicht aus grundsätzlichen Gründen, d. h. in erster Linie aus individuellen Skrupeln physische Gewalt einzusetzen, verzichteten sie auf die Methode des (systematischen) Terrors. Dass die neuen sowjetischen Machthaber das Ende des Stalinismus einleiteten und den politischen Boden für den Nachstalinismus bereiteten, war vor allem den genuinen Bedingungen des „Neuen Kurs“ in der Sowjetunion geschuldet, sprich: der Überzeugung, einen im Vergleich zu Stalin grundsätzlich anderen wirtschaftlichen Kurs einzuschlagen, der auch eine „Reform“ der Partei und der Gesellschaft notwendig machte. Insofern lag der Autor richtig mit seiner Feststellung, dass die „Kampagne für Rechtssicherheit“ sich mit anderen wichtigen Reformen des Regimes, speziell in „Wirtschaft und Verwaltung“, wie er schrieb, „verquickte“.

Worauf Richard Löwenthal in diesem Zusammenhang nicht ausdrücklich hinwies, war die Tatsache, dass die führenden Exponenten des „neuen“ Regimes in der Vergangenheit den Terror von Stalin direkt und indirekt mitgetragen hatten und im Grunde genommen eine politische, ideologische und psychologische Affinität zum ehemaligen Kremlchef hatten. Zum Beispiel war Chruschtschow in den 1930er Jahren als „Stalinist“ und erster Parteisekretär erst in Moskau und dann vor allem in der Ukraine während der Säuberung direkt in den Terror verstrickt.

Dass die „Zähmung der Geheimpolizei“ durch die „kollektive Führung“ in der Sowjetunion sich bereits konkret im Jahre 1954 auf die Reorganisation der Geheimdiensten in den Satellitenstaaten auswirkte, darauf ging Richard Löwenthal, wie gezeigt, in seinem Beitrag bereits ein, als er exemplarisch in Kürze die Veränderung in Ungarn und Polen beschrieb. Wie allerdings der „neue Kurs“ die grundsätzlichen Beziehungen Moskaus zu den Satellitenstaaten beeinflusste, war Anfang des Jahres 1955 in den Augen von Richard Löwenthal keineswegs eindeutig.¹⁶⁷²

¹⁶⁷¹ Vgl. hierzu auch: Vom Apparat zermalmt, in: Ost-Probleme (1955), 7. Jg., Nr. 2, S. 75 f.

¹⁶⁷² Siehe hierzu im Einzelnen Richard Löwenthal, Die Zähmung der Geheimpolizei, in: Der Monat, Heft 77 (1955), 7. Jg., S. 469 ff.

Gleichzeitig zeigte sich aber um die Jahreswende 1954/55, dass das Regime nicht bereit war, die seit dem Sommer 1953 einsetzende Liberalisierung des kulturellen Lebens im Allgemeinen und in der Literatur im Besonderen in dieser Form beizubehalten. Nachdem die beiden vielgelesenen Romane „Die Jahreszeiten“ von Vera Panowa und „Tauwetter“ von Ilja Ehrenburg – die beide trotz erheblicher Bedenken seitens großer Teile der Partei sowie einiger Exponenten der sowjetischen Führung um Malenkov und Chruschtschow veröffentlicht wurden – unverhohle Kritik nicht nur am stalinistischen System schlechthin formulierten, sondern auch eine „Rebellion“ gegen den seit dem Ersten Kongress der sowjetischen Schriftsteller im Jahre 1934 verordneten „sozialistischen Realismus“ darstellte, schlug die Partei zurück. Unter anderem mit dem Zweiten Kongress im Dezember 1954 machte die Partei den Intellektuellen und Schriftstellern klar, dass dem „Protest“ und der „Kritik“ an den sowjetischen Zuständen Grenzen gesetzt war und dass fortan wieder Parteitreuheit in der Literatur erwartet wird.¹⁶⁷³

Ebendiese regressive Entwicklung in der sowjetischen Kulturpolitik fand vor dem Hintergrund des sich immer mehr zuspitzenden Machtkampfes zwischen Malenkov und Chruschtschow statt. Zu Beginn des Jahres 1955 wurde immer mehr sichtbar, dass sich das Regime nach dem Tod Stalins in einer Art Übergangsphase befand und dass die „Todfeindschaft“ (Franz Borkenau) zwischen den beiden führenden Repräsentanten in der zurückliegenden Phase nur „auf Eis“ gelegt war. Auf der Sitzung des Obersten Sowjets vom 8. Februar 1955 gab Ministerpräsident Malenkov seinen Rücktritt bekannt. Als Grund nannte er, sich selbst beschuldigend, die unbefriedigende Lage der Landwirtschaft und das Zurückbleiben in der Schwerindustrie. Der „neue Kurs“ hatte die Sowjetunion wirtschaftlich überfordert, da, so hatte es den Anschein, Rüstung und Lebensstandard nicht gleichzeitig gehoben werden konnten. Die militärischen Überlegungen, die Ausgaben für die Rüstung nicht zu vernachlässigen, hätte unter Umständen noch berücksichtigt werden können. Allerdings wurde von Seiten „Rotchinas“ an Moskau der Wunsch geäußert, den Ausbau der dortigen Schwerindustrie zu unterstützen. Das war der entscheidende Punkt, der tatsächlich das Konzept von Malenkov zerstört hatte, als Mao Tse-tung im Oktober 1954 Chruschtschow und dem Verteidigungsminister Bulganin ebendiese Wünsche in Peking vortrug. Auf dem Moskauer ZK-Plenum Ende Januar 1955 formulierte in erster Linie Chruschtschow starke Kritik gegenüber Malenkov, dem er die Vernachlässigung der Schwerindustrie zugunsten der

¹⁶⁷³ Vgl. im Einzelnen Alfred Burmeister, Der zweite Frost, in: Der Monat, Heft 77 (1955), 7. Jg., S. 472-474.

Konsumindustrie sowie eine allzu „defensive“ Politik gegenüber den westlichen Staaten zum Vorwurf machte.¹⁶⁷⁴ Anders gesprochen: Die Kritik zielte in erster Linie auf die von Malenkow seit dem Tod Stalins favorisierte „Entspannungspolitik“ der Sowjetunion gegenüber den westlichen Ländern.¹⁶⁷⁵

Zum Nachfolger Malenkows wurde Bulganin ernannt. Das Amt des Verteidigungsministers übernahm Shukow, den Stalin nach Kriegsende ins Abseits gestellt hatte. Indes: Der eigentliche politische Sieger des Regierungswechsels war Chruschtschow, der jetzt, nachdem seine beiden eigentlichen Rivalen Berija und Malenkow um die Nachfolge Stalins ausgeschaltet waren, als Erster Sekretär des ZK der KPdSU über die Regierungsgeschäfte des sowjetischen Staates sowie über die weitere Entwicklung der Entstalinisierung entscheidend bestimmen konnte. Dabei war der „tödliche“ Gegensatz zwischen Chruschtschow und Malenkow nach 1953 zunächst für Außenstehende kaum sichtbar geworden. Allerdings richtete bereits der Prozess gegen den ehemaligen Sicherheitsminister Abakumow im Dezember 1954 durchaus den Schweinwerfer auf die Rivalität. Darauf ging im „Monat“ Franz Borkenau ein – vor dem Hintergrund einer vehementen Kritik an George F. Kennans illusionärer Vorstellungen über das Wesen des Sowjetregimes und die internationale Politik im Kontext des Kalten Krieges.¹⁶⁷⁶ Noch kurz vor dem Rücktritt Malenkows thematisierte er nicht nur weitere Aspekte für die Hintergründe des Prozesses, sondern sah insbesondere den innerparteilichen Konkurrenzkampf und -Richtungsstreit sozusagen voraus. Angesichts einer veränderten „Atmosphäre“ in Moskau, so Borkenau:

„erfolgte die Erschießung des früheren Polizeiministers Abakumow, gerade wegen der ‚Leningrader Affäre‘, d. h. wegen der Verhaftung und Folterung jener Shdanowisten, die heute laut amtlicher Meldung – soweit noch am Leben – wieder völlig rehabilitiert sind. Dort stößt jetzt wieder lebhaft die extreme Richtung vor. Es ist ein interessantes Symptom, daß gerade jener Chef der politischen Hauptverwaltung der Armee, der 1949 mit Wossnessensky verschwand, im Dezember 1954 eine militärische Auszeichnung erhielt. Ich bin nicht der Meinung, daß die von Chruschtschow geführte Richtung unbedingt siegen wird. Doch ist es keine Frage der Meinung, sondern einfach eine Tatsache, daß Chruschtschow die alten Shdanowisten um sich zu sammeln versucht und daß er bei jeder Gelegenheit öffentlich seinen unveränderten tödlichen Haß gegen den ‚Kapitalismus‘ betont.“¹⁶⁷⁷

¹⁶⁷⁴ Vgl. Richard Löwenthal, Das russische Dilemma, in: Der Monat, Heft 78 (1955), 7. Jg., S. 561-565.

¹⁶⁷⁵ Vgl. ders., Ist der Friede ausgebrochen?, in: Der Monat, Heft 75 (1954), 7. Jg., S. 196.

¹⁶⁷⁶ Vgl. hierzu George F. Kennan, Die Sonne und der Nordwind. Gedanken zur Lösung der Ost-West-Spannung, in: Der Monat, Heft 76 (1955), 7. Jg., S. 291-300.

¹⁶⁷⁷ Franz Borkenau, Der Wanderer knöpft den Mantel fester!, in: Der Monat, Heft 78 (1955), 7. Jg., S. 565-569 (hier: S. 566).

Diese Zeilen von Franz Borkenau erreichten die Zeitschrift „Der Monat“ bereits „drei Wochen vor dem Rücktritt Malenkows“.¹⁶⁷⁸ In der selben Ausgabe, dem März-Heft des Jahres 1955, wurden zwei längere Zitate von Franz Borkenau unter der Überschrift „Kreml-Astrologie“¹⁶⁷⁹ veröffentlicht, in der er seine Fähigkeit unter Beweis stellte, den „Zweikampf“ zwischen Chruschtschow und Malenkow sowie den Rücktritt von Malenkow am 8. Februar 1955 quasi vorauszusagen. Am 2. Juli 1954 schrieb er damals in der „Weltwoche“:

„...Chruschtschow greift also nach der Krone, nach Stalins Nachfolge, und das nicht ohne Erfolg. Zäh und systematisch vertreibt er die Anhänger Malenkows aus dem Parteiapparat ... (Er) versucht, das Armeekommando in seine persönliche Klientel zu verwandeln. Der Ausgang des inneren Parteikampfes wird ohne Zweifel von Erfolg oder Mißerfolg dieses Versuches mitbestimmt werden ... Der Staat steht vor einer Entscheidung: entweder muß er den Bauern umfassende Konzessionen machen, was Malenkow offenbar für das Richtige hält – oder man muß Stalins alten Plan verwirklichen, die bäuerlichen Kolchosen in Staatsgüter verwandeln und den Bauern den letzten Rest ihrer Selbständigkeit nehmen. Letzteres erstrebt Chruschtschow auf dem Umweg über eine Massengründung von Staatsgütern am Rande der landwirtschaftlich genutzten Gebiete...“

Und am 4. Februar 1955 schrieb Franz Borkenau wieder in der „Weltwoche“:

„...Der Sturz Mikojans ist der erste große Sieg Chruschtschows auf Malenkows eigenstem Gebiet ... Wenige Stunden vor der Mitteilung vom Falle Mikojans brachte die ‚Prawda‘ einen Leitartikel, der von einem gewissen Schepilow in seiner Eigenschaft als Mitglied des Zentralkomitees gezeichnet war. Dieser Schepilow ist kein anderer als der Chef der ‚Prawda‘ selbst; doch sein Name hat bisher niemals unter einem Artikel gestanden. Mit dieser seiner persönlichen Unterschrift bekundete Schepilow, in einer im Sowjetjargon unmißverständlichen Sprache, daß er die ‚Prawda‘, die nichts als ein anonymes Sprachrohr des Politbüros sein sollte, jetzt für seinen (d. h. seiner Richtung) Kampf gegen eine andere Richtung innerhalb der Partei einsetzt. Es ist diese Unterschrift, die, deutlicher als viele Worte, den Ausbruch des offenen Kampfes im Kreml verkündet...“¹⁶⁸⁰

Die sowjetische Innenpolitik stand unter dem neuen Parteiführer fortan im Zeichen des Primats der Schwerindustrie und der Erhöhung des Rüstungsbudgets. Auch in der Außenpolitik hatte sich Chruschtschow zum Ziel gesetzt neue Akzente zu setzen. Angesichts des in der Sowjetunion nach dem Tod Stalins in Gang gekommenen Entstalinisierungsprozesses und unter anderem vor dem Hintergrund des Aufstandes vom 17. Juni 1953 in Ostdeutschland, wurden in den osteuropäischen Satellitenstaaten neue

¹⁶⁷⁸ So die redaktionelle Mitteilung ebenda, S. 566.

¹⁶⁷⁹ Zur sogenannten Methode der „Kreml-Astrologie“ vgl. grundsätzlich Franz Borkenau, Was ist Kreml-Astrologie?, in: Der Monat, Heft 79 (1955), 7. Jg., S. 32-39.

¹⁶⁸⁰ Zitiert nach: Der Monat, Heft 78 (1955), 7. Jg., S. 563. Zum „Zweikampf“ zwischen Chruschtschow und Malenkow und den politischen Implikationen für das sowjetische Regime nach dem Rücktritt Malenkows und der Installierung Bulganins zum Ministerpräsidenten vgl. auch grundsätzlich: Chruschtschow und die „kollektive Führung“, in: Ost-Probleme (1955), 7. Jg., Nr. 21, S. 822-826.

Hoffnungen wach, für sich selbst größere Bewegungsfreiheit, wenn nicht gar die vollständige Selbstständigkeit gegenüber Moskau zu erlangen. In diesem Zusammenhang sollte insbesondere der anvisierte „neue Kurs“ gegenüber Jugoslawien eine wesentliche Wendung in der sowjetischen Außenpolitik anzeigen. Im Mai trafen 1955 Chruschtschow und Bulganin in Belgrad ein, um die diplomatischen und politisch-ideologischen Beziehungen mit dem ehemaligen „faschistischen Verräter“ Tito neu zu ordnen bzw. zu „normalisieren“. In einer Erklärung gab Chruschtschow dem „imperialistischen Agenten“ (Richard Löwenthal) Berija die Schuld am Konflikt, der seit 1948 eine antijugoslawische Kampagne ins Leben gerufen haben sollte. Gleichwohl erreichte Chruschtschow sein primäres Ziel nicht. Denn er hatte den Besuch bei Tito mit der Absicht gemacht, das ehemalige Dogma Stalins von der alleinigen Führerschaft der Sowjetunion im kommunistischen Lager durch die Demonstration zu ersetzen, dass „gute“ Kommunisten unabhängige Verbündete Moskaus sein können, um Jugoslawien auf einer neuen Grundlage, will heißen: auf „gleichberechtigter“ Basis, für den sowjetischen „Block“ in Osteuropa zurückzugewinnen. Da Tito auf das Angebot der „Normalisierung“ der Beziehungen der beiden Staaten eher ablehnend reagierte, endete die Reise für den neuen Kremlchef enttäuschend, zumal er sich hiervon auch aus innerparteilichen Gründen einen „Prestigeerfolg“ erhofft hatte. Letzten Endes musste Chruschtschow einlenken und Jugoslawien weiterhin das Recht einräumen, seinen eigenen, nationalen Weg zum Sozialismus zu gehen, so dass bereits Mitte des Jahres 1955 die Gefahr bestand, dass die Macht der Sowjetunion – nicht zuletzt in Folge des von Moskau geforderten „neuen Kurses“ sowie des Entstalinisierungsprozesses insgesamt –, in einzelnen osteuropäischen Satellitenstaaten sukzessive unterminiert werden könnte. Mit anderen Worten: Es mehrten sich zu diesem Zeitpunkt die Anzeichen – zumal im Falle des „Nagy-Regimes“ in Ungarn – für eine Lockerung der Beziehungen der Sowjetunion und den unter ihrer „Kontrolle“ stehenden osteuropäischen Satellitenstaaten.¹⁶⁸¹

Das offensichtliche Einlenken Moskaus gegenüber Jugoslawien im Sommer 1955 verstärkte die Hoffnungen in den Ländern des sozialistischen Lagers, dass man in Zukunft wieder eigene Meinungen vertreten könne und einheimische nationale Gruppen der Kommunisten sich gegenüber den absolut Moskauhörigen Führungseliten durchsetzen könnten. Ebendiese Hoffnungen verstärkten sich vor allem nach der scharfen Abrechnung mit Stalin auf dem XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956. Indes: Der Parteitag sollte

¹⁶⁸¹ Zum Besuch Chruschtschows in Belgrad und zu den Folgen insgesamt vgl. Richard Löwenthal, Brief aus Belgrad: Acht Tage, die ein Reich erschütterten, in: Der Monat, Heft 82 (1955), 7. Jg., S. 319-328.

zunächst in erster Linie für den seit dem Tod Stalins in Gang gesetzten „Entstalinisierungskurs“ in der Sowjetunion selbst eine einschneidende Bedeutung haben.

IV. 2. 7. Der XX. Parteitag der KPdSU und die Folgen. Oder: Das „Jenseits des Stalinismus“.

Der XX. Parteitag der KPdSU fand vom 14. Februar bis zum 25. Februar 1956 im Moskauer Kreml statt. Sein wichtigstes Ergebnis war bekanntlich einerseits die radikale Zertrümmerung des Stalinschen Personenkults, mit dem gleichzeitig die Alleinherrschaft Stalins kritisiert wurde, und andererseits die auf einer geschlossenen Sondersitzung vorgetragene „Geheimrede“ Chruschtschows. Hier informierte Chruschtschow unter anderem auf der Grundlage einiger Dokumente über das Ausmaß der Verbrechen Stalins und plädierte für die Rehabilitierung der Opfer der stalinistischen Terrorherrschaft.¹⁶⁸²

Gleichwohl kündigte sich bereits in den Monaten vor dem XX. Parteitag eine Abkehr von der „Stalin-Herrschaft“ an. Beispielsweise beschloss das Präsidium des Obersten Sowjets im September 1955 eine Amnestie für einen Teil der sowjetischen Bürger, die in der Stalin-Ära wegen angeblicher Kollaboration mit dem „deutschen Feind“ während des Zweiten Weltkrieges verurteilt wurden und in Gefangenschaft waren. Im gleichen Monat fand in Georgien ein Prozess gegen führende Funktionäre der staatlichen Sicherheitsorgane statt (u. a. gegen den ehemaligen Volkskommissar für Inneres in Georgien, Rapawa), die beschuldigt wurden in den Jahren der „Stalin-Herrschaft“ Untersuchungsakten gefälscht zu haben und gegen Verhaftete vom sowjetischen Gesetz ausdrücklich verbotene „verbrecherische Verhörmethoden“ angewandt sowie gegen sogenannte ehrliche Sowjetmenschen Terrorakte verübt zu haben, weil gegen sie falsche Anklagen wegen „konterrevolutionärer Verbrechen“ erhoben wurde. Dieser Prozess besaß vor allem deshalb eine große Bedeutung, weil, neben der Untersuchung des stalinistischen Terrors nach dem Kriegsende, in diesem Zusammenhang zum ersten Mal prominente Parteifunktionäre rehabilitiert wurden, die Opfer der „großen“ Säuberung von 1936 bis 1938 waren.

¹⁶⁸² Wie gesehen, stellte die auf dem XX. Parteitag vorgetragene Geheimrede Chruschtschows für den „Monat“ eine Zäsur dar. Siehe hierzu die Vorbemerkung zu dem Kapitel I. 6. „Historische Zäsuren des Monat“ und zudem die entssprechenden Ausführungen im Kapitel I. 6. 2. „Chruschtschows Geheimrede auf dem XX. Parteitag der KPdSU“.

Wie wurde in der Zeitschrift „Der Monat“ die historisch-politische Bedeutung des XX. Parteitages der KPdSU im Allgemeinen und die von Chruschtschow zur Sprache gebrachten stalinistischen Verbrechen im Besonderen bewertet? Wie wurde die Frage diskutiert, was Chruschtschow veranlasst hatte die Geheimrede zu halten? Wie wurde in diesem Zusammenhang in den ersten Monaten danach das sowjetkommunistische Herrschaftssystem unter Chruschtschow charakterisiert?

Unmittelbar im Anschluss an den XX. Parteitag veröffentlichte Richard Löwenthal im April-Heft des „Monat“ den Beitrag „Jenseits des Stalinismus“.¹⁶⁸³ Es war der erste Beitrag, der aus Anlass des historisch bedeutsamen Parteitages von der Zeitschrift publiziert wurde. Da sich der Kommunismus-Experte seinerzeit allerdings in seinem Artikel noch nicht auf die legedäre Geheimrede Chruschtschows beziehen konnte, da sie der westlichen Öffentlichkeit erst danach vorlag,¹⁶⁸⁴ soll im Folgenden auf den in der nächsten Ausgabe der Zeitschrift von ihm veröffentlichten Beitrag eingegangen werden, der unter dem Titel „Verspäteter Thermidor“ im Mai-Heft erschien.¹⁶⁸⁵ Dieser Artikel war also der zweite, der vom „Monat“ zum XX. Parteitag veröffentlicht wurde, allerdings der erste, der sich ausdrücklich mit der Chruschtschowschen Geheimrede und den historisch-politischen Implikationen auseinandersetzte. Aus diesem Grund wird dieser Beitrag in aller Kürze zusammengefasst; hierbei bezog sich Löwenthal als Grundlage auch ausdrücklich auf den im vorherigen Heft erschienen Artikel „Jenseits des Stalinismus“. Auch in diesem Fall soll der Autor möglichst persönlich zu „Wort kommen“. Im Anschluss daran erfolgt ein Kommentar.

„Die offiziell unveröffentlichte Rede in der Schlußsitzung des Moskauer Parteitags mit der Chruschtschow die Kampagne zur Zerstörung des Stalinkults einleitete, ist ihrem wesentlichen Inhalt nach als authentisch verbürgt; doch sie stößt nicht weniger an die Grenzen unseres Vorstellungs- und Einfühlungsvermögens, als die Schrecken der Stalinschen Säuberungen selbst“, schrieb Richard Löwenthal zu Beginn seines Beitrages „Verspäteter Thermidor?, um im Anschluss daran wie folgt fortzufahren:

„Sie rechtfertigt völlig die – von uns vor ihrem Bekanntwerden niedergeschriebene – Charakteristik des XX. Parteitags als eines ‚fanatischen Totem- Mahles (...), bei der das Kollektiv der postum rebellischen Söhne die Überreste des tyrannischen Vaters stückweise verpeist hat‘. Aber sie wirft die neue Frage auf, was Stalins Komplizen und Erben veranlaßt

¹⁶⁸³ Richard Löwenthal, Jenseits des Stalinismus, in: Der Monat, Heft 91 (1956), 8. Jg., S. 3-10.

¹⁶⁸⁴ So die redaktionelle Mitteilung, ebenda, S. 4.

¹⁶⁸⁵ Richard Löwenthal, Verspäteter Thermidor?, in: Der Monat, Heft 92 (1956), 8. Jg., S. 80-84.

hat, drei Jahre nach seinem Tod von der schrittweisen Korrektur der Legende zu dieser Form der demonstrativen Entgötterung überzugehen.¹⁶⁸⁶

Für Richard Löwenthal stand folglich fest, dass im Grunde genommen alles was in der „Generalabrechnung“ zum Durchbruch kam, bereits in der politischen Praxis des Regimes in den Jahren impliziert war. In seinen Augen zeigte sich dies beispielsweise daran, dass der Stalinkult bereits zuvor abgebaut wurde oder auch daran, dass die sowjetische Führung immer weniger aus den polit-theoretischen Schriften Stalins zitierte und sich immer mehr auf Lenin beriefen; außerdem daran, wie gesagt, dass das persönliche Sekretariat Stalins sofort nach seinem Tode zerschlagen wurde und „sein Leiter“ verschwand sowie daran, dass das ‚Ärztkomplott‘ bereits unmittelbar nach Stalins Tod „als Schwindel“ enthüllt wurde. Des Weiteren hatte Löwenthal zufolge bereits die zurückliegende Praxis gezeigt, dass eine „systematische Zählung“ der Geheimpolizei ihre innerparteiliche Macht gebrochen hatte und die Kontrolle der Partei über die Polizei wiederhergestellt wurde. Auch die Freilassung zahlreicher „Alt-Bolschewiki“ aus den Lagern und die Rehabilitierung ehemaliger Parteimitglieder, die „Opfer der Vor- und Nachkriegssäuberungen in Osteuropa“ wurden, war bereits Bestandteil der politischen Praxis der unmittelbar zurückliegenden Jahre. Last but not least: Auch der Konflikt mit Tito war bereits offiziell beendet und der „Verräter“ Tito wurde rehabilitiert. In diesem Zusammenhang schrieb Richard Löwenthal:

„Aber alle diese Schritte in Abkehr von Stalins Herrschaftsmethoden (...) waren bis zum Parteitag ohne *ausdrückliche* Desavoiierung Stalins erfolgt. Die Scheu vor dem Stalinmythos ging bei den gegenwärtigen Führern so weit, daß sie in den Fällen, wo ein demonstrativer Bruch mit der Vergangenheit sich durchaus nicht vermeiden ließ Berija zum alleinverantwortlichen für Entscheidungen der hohen Politik Stalins zu stempeln suchten, selbst auf die Gefahr einer allgemeinen Unglaubwürdigkeit; und diese Scheu war verständlich genug, wenn man bedenkt, daß die Zerstörung des Mythos sowohl die Autorität des Parteiregimes wie auch die der gegenwärtigen Führer selbst aufs schwerste erschüttern muß. Die Parteidiktatur steht heute vor den Völkern Rußlands als das System, das Stalins Tyrannis ermöglicht hat; die kollektive Führung besteht aus den Leuten, die 20 Jahre lang den Gopak getanzt haben, wie Stalin es befahl. Weil sie diese Gefahr erkannten, haben sie sich drei Jahre lang gegen den offenen Bruch mit dem Mythos gesträubt; daß sie nun doch dazu gezwungen waren, ist wahrlich ‚die Rache der Geschichte‘. Aber *was* hat sie dazu gezwungen? Wir fragen *nicht: Wer* hat sie gezwungen?“¹⁶⁸⁷

Nachdem sich Richard Löwenthal zunächst kritisch vom Exponenten der sogenannten Methode der „Kreml-Astrologie“ abgesetzt hatte¹⁶⁸⁸ – womit höchstwahrscheinlich in erster

¹⁶⁸⁶ Ebenda, S. 80.

¹⁶⁸⁷ Ebenda, S. 80.

¹⁶⁸⁸ Siehe im Einzelnen ebenda, S. 80 f.

Linie Franz Borkenau gemeint gewesen sein dürfte – schrieb Richard Löwenthal in diesem Zusammenhang wie folgt weiter:

„Die Mindestannahme, die man zum Verständnis dieser feierlichen Enthüllung der Methoden der Stalinschen Autokratie und ihrer schädlichen Folgen machen muß, ist, daß das Kollektiv der Führung oder doch sein gewichtigster Teil von Chruschtschow diese Garantie gegen eine Wiederholung gefordert hat – daß Chruschtschows Sieg innerhalb des Parteiapparats also nur um den Preis dieser Konzession möglich war.

Aber auch diese Annahme setzt schon einen Grad von ‚Kollektivität‘ der Führung voraus, der gerade der Erklärung bedarf. Warum sollte Chruschtschow, der allem Anschein nach hohe Funktionäre absetzt und ernennt, wie er will, gezwungen sein, einer so bedenklichen Forderung selbst einer Mehrheit des Präsidiums nachzugeben? Warum konnte er nicht im Namen der Einheit der Partei und der Stalinschen Tradition an das Zentralkomitee, und im Notfall an die Gewalt appellieren? Die Antwort liegt erstens in der Schwächung der Geheimpolizei in den bereits seit Stalins Tod durchgeführten Auseinandersetzungen; zweitens in dem offenbaren Widerstand der Armee, und zwar nicht nur einzelner Gruppen, sondern der Armee als Institution gegen eine Rückkehr zu Stalins Methoden – keine Kraft der Sowjetgesellschaft hat soviel mit jeder nach-stalinschen Veränderung, insbesondere mit der Abwertung der Geheimpolizei und jetzt mit dem Abbau der militärischen Stalinlegende, an Gewicht und Prestige gewonnen wie die Armee; und drittens ganz allgemein in dem veränderten Klima der Sowjetgesellschaft, in dem der Primat der Partei nicht mehr automatisch gesichert ist, sondern gegenüber dem Druck der gesellschaftlichen Kräfte gerechtfertigt werden muß. Chruschtschow kann seine innerparteilichen Rivalen deshalb nicht in stalinistischer Manier vernichten, weil er mit einer halbtoten, Stalinschen Partei die Sowjetgesellschaft nicht mehr wirksam regieren könnte. Das ist die wirkliche Veränderung in diesen drei Jahren, das die materielle, soziologische Garantie des Übergangs zum ‚aufgeklärten Absolutismus‘, das der Grund für die Duldung einer Führung aus Personen, die auch außerhalb der Partei Gewicht haben. Hier liegt der Zusammenhang zwischen der Veränderung im innerparteilichen Regime und im Verhältnis von Partei und Gesellschaft.“

Für Löwenthal stand fest, dass sich damit die zentrale Bedeutung der Kritik an Stalins Formel von der ‚Verschärfung des Klassenkampfes mit fortschreitendem Aufbau des Sozialismus‘, die er bereits nach ihrer ersten Erwähnung durch Walter Ulbricht als ‚Friedensangebot der Partei an die Sowjetgesellschaft und als den eigentlichen Kern des *Bruchs mit dem Stalinismus*‘ (Hervorh. J. G.) – also mit dem Regime der permanenten Revolution von oben – bezeichnete, bestätigt hatten. ‚Diese Kritik‘, schrieb Löwenthal,

‚ist seither in den Reden und Artikeln fast aller kommunistischen Parteiführer, sowohl im Westen wie in den Satellitenstaaten, mit einer Genauigkeit wiederholt worden, die deutlich anzeigt, daß es sich hier um die theoretische Grundformel des ‚geheimen‘ Chruschtschow-Referats bzw. des zu diesem Thema zirkulierten Materials des sowjetischen Zentralkomitees handelt: besonders eindringlich haben der italienische Parteiführer Togliatti und das Mitglied des polnischen Parteisekretariats Jerzy Morawski aufgezeigt, daß Stalins Theorie ‚die verzweifelte Perspektive endloser gegenseitiger Verfolgung eines Teils der Gesellschaft durch den anderen auch innerhalb der Organisation der Arbeiterklasse‘ eröffne und in der Praxis zu ‚Mißtrauen in allen Richtungen und unter allen Umständen‘ führe; es sei die direkte Folge dieser Theorie gewesen, daß die Sicherheitsorgane über Regierung und Partei gestellt wurden

und damit die Gelegenheit zu Verfassungs- und Gesetzesbrüchen und zu falschen Anschuldigungen gegen gute Kommunisten erhielten.“¹⁶⁸⁹

Nach Auffassung von Richard Löwenthal hatte Stalin die Theorie „Verschärfung des Klassenkampfes mit fortschreitendem Aufbau des Sozialismus“ das erste Mal in einer Rede vom März 1937 formuliert, mit der das „eigentliche Schreckensregime Jeschows“ eingeleitet wurde. Doch ebenjene Theorie Stalins und das sogenannte „Schreckensregime“, das er darauf gründete, waren für ihn,

„kein reines Wahnsinnsprodukt – sie waren seine Reaktion auf die von ihm erkannte Bedrohung des Parteiregimes durch den Versuch Kirows, nach Vollendung der Zwangskollektivierung und des ersten Fünfjahrplans die Diktatur zu ‚humanisieren‘. Historisch gesehen, war die Kirow-Politik in der Tat der Ausdruck des Verlangens der neuen bürokratischen Oberschicht nach Sicherheit, ihrer Sehnsucht nach Abschüttelung des terroristischen Parteiregimes: es war das erste Auftreten einer ‚thermidorianischen‘ Tendenz in der Sowjetunion. Heute verwerfen Stalins Erben seinen Gegenaktion und kehren bewußt zu Kirow zurück – doch die thermidorianischen Tendenzen sind heute stärker: um volle zwanzig Jahre des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wachstums, der Verbreiterung administrativer und technischer Kenntnisse, des gesteigerten Selbstvertrauens einer siegreichen Armee. Heute können diese Tendenzen daher nicht mehr so leicht gebrochen werden; selbst der Rückschlag – Chruschtschows Sieg über Malenkow im vergangenen Jahr – hat sich jetzt nur vorübergehend erwiesen. Auch Chruschtschow muß nun versuchen, diese Strömungen nun zu kanalisieren und ihr Vertrauen zu gewinnen, indem er ihnen Pfänder gibt – und der Preis, den sie verlangen, ist im Steigen. Die Entgötterung Stalins und das Eingeständnis, daß alle gegenwärtigen Parteiführer seine hilflosen Werkzeuge waren, machen zusammen auch noch keinen sowjetischen Thermidor; doch sie stellen den bisher größten Sieg der thermidorianischen Kräfte dar.“¹⁶⁹⁰

Im letzten Teil seines Beitrages „Verspäteter Thermidor?“ konstatierte Richard Löwenthal, dass im „Augenblick des Schreibens“ seitens der sowjetischen Parteiführer die unvermeidlichen Versuche im Vordergrund standen, die Folgen des Geschehenen abzuschwächen. Seines Erachtens ging der Artikel der ‚*Prawda*‘ vom 28. März über den ‚Persönlichkeitskult‘ – die bis dahin einzige in der Sowjetunion offiziell veröffentlichte Formulierung – mit Stalin „ungleich milder um als die kommunistische Auslandspresse“. Insbesondere die „ungelösten Probleme der Landwirtschaft“, schrieb Löwenthal, „stellen die kommunistischen Regime immer wieder vor die Wahl, entweder ‚den Klassenkampf auf dem Lande zu verschärfen‘, d. h. in stalinistische Politik zurückzufallen, oder das Parteidogma der Kollektivierung aufzugeben – und das gilt nicht nur für die osteuropäischen Satellitenstaaten, sondern nach einem Vierteljahrhundert noch immer für die Sowjetunion selbst, wie das nach dem Parteitag erlassene Dekret über die Kolchosstatuten deutlich zeigt.

¹⁶⁸⁹Ebenda, S. 82.

¹⁶⁹⁰Ebenda, S. 82 f.

Dies Dekret gibt den Kolchosen die ‚Vollmacht‘, auf ihren Versammlungen die Statuten so zu ändern, daß die privaten Bodenanteile von Mitgliedern, die nicht ein festgesetztes Minimum an genormten Arbeitstagen für das Kollektiv leisten, reduziert werden können; gleichzeitig werden die Kollektiven zur Zahlung von monatlichen Geldvorschüssen auf das Kollektiveinkommen im Verhältnis zur laufenden Arbeitsleistung angehalten. Beide Änderungen entspringen der Tendenz, die Kolchosen zu rationalisieren, indem man die Kollektivbauern schrittweise in Akkordlohnempfänger verwandelt; beide waren vor dem Parteitag in der Presse propagiert, auf dem Parteitag aber kaum erwähnt worden. Offenbar hat sich die Führung nur zögernd zu ihnen entschlossen, weil zu befürchten ist, daß sie erneuten Widerstand der Bauern hervorrufen werden; doch die gegenwärtig unrationelle Kolchosform ist mit einer dauernden Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität nicht vereinbar, und der Ausweg in die entgegengesetzte Richtung – zurück zur individuellen Bauernwirtschaft, außer in den Fällen, wo große Staatsgüter sich bewährt haben – würde dem Parteidogma ins Gesicht schlagen.“

Vor diesem Hintergrund stand für Richard Löwenthal am Ende seines Beitrages fest:

„So wie an diesen Fragen wird der Versuch, das Parteiregime durch Versöhnung mit den gesellschaftlichen Kräften zu retten, bei jeder konkreten Aufgabe immer wieder vor die Alternative zwischen dem Rückfall in ‚stalinistische‘ und dem Vorstoß in ‚thermidorianische‘ Lösungen gestellt werden. In diesen Auseinandersetzungen liegt die Zukunft des Sowjetregimes beschlossen.“¹⁶⁹¹

Obwohl die vom Generalsekretär Nikita Chruschtschow auf dem XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 vorgetragene „Geheimrede“,¹⁶⁹² wie er zu Beginn seines Beitrages „Verspäteter Thermidor“ konstatierte, an die Grenzen des „Vorstellungs- und Einfühlungsvermögens“ ging, war Löwenthal zu einer substantiellen Interpretation und Einschätzung imstande; zumal die Argumentation von ihm in sich schlüssig war. Dass die Interpretation von Löwenthal selbstverständlich aufgrund fehlender schriftlicher Dokumente respektive der Moskauer „Archivsituation“ einen spekulativen Charakter besaß, muss sicherlich nicht extra hervorgehoben werden. Er stellte die analytisch „richtige“ Frage. Denn, wie er eingangs schrieb, ging es ihm nicht darum zu fragen, „wer“ Chruschtschow dazu gezwungen hatte die Generalabrechnung mit Stalin vorzunehmen, sondern er beleuchtete die Frage, „was“ ihn stellvertretend für die sowjetische Führungsclique dazu gezwungen hatte. Diese Frage drängte sich geradezu auf, denn es gehörte ohne Zweifel zur Paradoxie der durch die Chruschtschowsche Geheimrede initiierten Generalabrechnung mit Stalin, dass in ihr nichts zur Sprache kam, was nicht bereits Bestandteil der politischen Praxis des in Gang

¹⁶⁹¹ Ebenda, S. 83 f.

¹⁶⁹² Laut Angabe von Boris Nicolaevsky, Was Chruschtschew verschwieg, in: Der Monat, Heft 95 (1956), 8. Jg., S. 79, wurde die „Geheimrede“ vom US-amerikanischen State Department veröffentlicht und wies in diesem Zusammenhang zudem darauf hin, dass Moskau die „Authenzität des Dokuments“ bis zu diesem Zeitpunkt, d. h. bis zum August 1956, nicht bestritten hatte.

gekommenen Entstalinisierungsprozesses der zurückliegenden knapp drei Jahre gewesen war. Löwenthal sprach die wesentlichen Aspekte an, die eine Zäsur zum Stalinismus darstellten: Abbau des Stalinkults und der Rückriff auf den Leninismus. Hinzu kam es nicht zuletzt zu der vom Autor angesprochenen „Abkehr von Stalins Herrschaftsmethoden“. Anders gesagt: Die von Chruschtschow enthüllten Verbrechen während der Stalin-Ära, der Abbau des Terrors und die Rehabilitierung der Opfer waren bereits Bestandteil der politischen Praxis.¹⁶⁹³ Zudem war – wie er mitteilte – die katastrophale Rückständigkeit der sowjetischen Landwirtschaft bereits enthüllt worden, wie auch beispielsweise die mangelnde wirtschaftliche Produktivität der Zwangsarbeit des GULag im Kontext der „gigantischen Projekte“, die sicherlich ein Grund war für die Freilassung zahlreicher Gefangener bzw. für die ersten Schritte zum Abbau der Millionenarmee von Zwangsarbeitern und zu ihrer teilweisen Ersetzung durch zwangsangesiedelte „Freie“ oder unter Druck rekrutierte „Freiwillige“.

Allerdings kamen diese Schritte im Kontext der Entstalinisierung, wie Löwenthal zu Recht feststellte, bis zum XX. Parteitag im Februar 1956 ohne die ausdrückliche Verurteilung Stalins aus. Sicherlich auch vor dem Hintergrund der Tatsache, dass der „Stalinmythos“ – vor allem in der sowjetischen Bevölkerung – ein Faktor der Stabilisierung des System schlechthin war, wurde nach dem Tod Stalins nicht zuletzt was den stalinistischen Terror anbelangt von den früheren Zöglingen Stalins Berija zum Sündenbock gemacht. Insofern war die Argumentation von Löwenthal sehr überzeugend, dass bis zum XX. Parteitag die „neuen“ sowjetischen Machthaber um Chruschtschow und Malenkow den ehemaligen Geheimdienstchef Berija zum – wie er schrieb – „Alleinverantwortlichen für Entscheidungen der hohen Politik Stalins zu stempeln suchten“, um auch und vor allem davon abzulenken, dass sie Stalins Politik mitgetragen hatten. Weil sich die „Mini-Stalins“ aus der „kollektiven Führung“ der existentiellen Gefahr gewahr waren, die möglicherweise für das sowjetkommunistische Herrschaftssystem entstanden wäre, wenn die Generalabrechnung mit Stalin früher erfolgt wäre, war vor diesem Hintergrund die Frage von Löwenthal „*was*“ die neuen Machthaber in persona Chruschtschows „gezwungen“ hatte, den Bruch mit Stalin im Kontext des XX. Parteitages herbeizuführen, überaus plausibel.

Diese Frage in den Mittelpunkt zu stellen versprach einen größeren analytischen Erkenntnisgewinn anstatt die Frage zu stellen, „*wer*“ sie dazu gezwungen hatte, denn dies hätte naheliegenderweise den Schwerpunkt der Interpretation auf die zweifelsohne

¹⁶⁹³ Vgl. hierzu grundsätzlich Reinhard Maurach, Das sowjetische Amnestiegesetz, Stuttgart 1953 sowie Wanda Bronska-Pampuch, „Kein Tatbestand“. Gedanken beim Anblick meines Rehabilitierungsbescheides, in: Der Monat, Heft 106 (1957), 9. Jg., S. 13-17.

vorhandenen internen Machtkämpfe innerhalb der sowjetischen „kollektiven Führung“ gelegt. Allerdings hätte dies noch keinen grundsätzlichen Erklärungswert gehabt – nicht zuletzt in Bezug auf die unmittelbar im Anschluss an den XX. Parteitag anvisierte bzw. tatsächlich folgende Politik des Regimes (vor allem im Kontext der seit dem Tod Stalins im Rahmen des Entstalinisierungsprozesses festzustellenden „gesellschaftlichen Machtverschiebungen“, auf die Löwenthal in seinen vorherigen Veröffentlichungen im „Monat“ einging). Auch mögliche andere Erklärungsansätze für die Abrechnung mit den Verbrechen Stalins, dass beispielsweise Chruschtschow aus humanistischen Gründen die ausdrückliche Generalabrechnung mit Stalin in Gang brachte, weil er sich ein Rest an Menschlichkeit bewahrt hatte und bei ihm die Fähigkeit zum Mitgefühl noch nicht restlos abgestorben war, hätte ebenso wenig überzeugt, zumal dies auf eine Psychologisierung von Politik hinausgelaufen wäre. Auch wenn Löwenthal nicht explizit auf diesen Erklärungsansatz einging, so können doch seine Ausführungen zumindest im Nachhinein so interpretiert werden, dass er dies einerseits bei dem „Stalinisten“ Chruschtschow für wenig wahrscheinlich hielt und andererseits, dass dieser Ansatz ebenfalls die tatsächliche Politik des Regimes und die gesellschaftlichen Machtverschiebungen nicht hätte erklären können. Löwenthal formulierte im Grunde genommen die „Mindestannahme“, wonach sich die führenden Exponenten der „kollektiven Führung“, d. h. also vor allem die Altbolschewiken Molotow, Kaganowitsch, Malenkow, Woroschilow oder Mikojan, im Vorfeld des XX. Parteitages mit Chruschtschow darauf geeinigt hatten, dass er als Generalsekretär quasi als „offizieller“ Führer der Partei fungieren solle, unter der Voraussetzung, die Generalabrechnung mit Stalin und dessen Herrschaftsmethoden vorzunehmen, als Garantie gegen eine Wiederholung. Dieser „Ansatz“ war für ein besseres Verständnis einleuchtender, als die Chruschtschow-Rede ausschließlich im Kontext eines Machtkampfes innerhalb der sowjetischen Führung oder eines genuin systemimmanenten Suchens nach „Sündenböcken“ zu sehen,¹⁶⁹⁴ oder letztlich primär aus dem Wunsch „alle(r) Menschen“ in der Sowjetunion, den Terror zu beenden und fortan „ohne Dauerangst“ zu leben.¹⁶⁹⁵

Die Interpretation der Chruschtschow-Rede von Richard Löwenthal war vor allem auch deshalb überzeugend, weil sie auf der Grundlage des von ihm zuvor im „Monat“ in mehreren Beiträgen genau beschriebenen Entstalinisierungsprozesses erfolgte. Vor diesem

¹⁶⁹⁴ So zum Beispiel die Interpretation in dem Beitrag: Seltsames und Ungeheuerliches, in: Ost-Probleme (1956), 8. Jg., Nr. 10, S. 327 f. (Erstveröffentlichung in: Problems of Communism, Nr. 2, 1956).

¹⁶⁹⁵ So die Auffassung von Klaus Mehnert in seiner ansonsten verdienstvollen, mit ausdrücklichem Blick auf die sowjetische Bevölkerung geschriebene Studie: Der Sowjetmensch. Versuch eines Porträts nach dreizehn Reisen in die Sowjetunion 1929-1959, Stuttgart u. a. 1959, S. 333.

Hintergrund konnte Löwenthal zu Recht feststellen, dass Chruschtschow, obwohl er Anfang des Jahres 1956 natürlich eine erhebliche innerparteiliche Macht besaß, die KPdSU nicht in stalinistischer Manier führen und die Herrschaft qua Gewalt ausüben konnte, weil er im Gegensatz zu Stalin nicht über einen originären Herrschaftsapparat verfügte. Vor allem war es Chruschtschow nicht möglich über die Geheimpolizei zu verfügen, um beispielsweise innerparteiliche Rivalen auszuschalten und aus diesem Grund einen „Konsens“ innerhalb der „kollektiven Führung“ anstreben musste.

Insofern gelang Löwenthal den analytischen Scheinwerfer auf die eigentlichen Hintergründe für die Generalabrechnung mit Stalin respektive dem Stalinismus zu richten, die tatsächlich aus systemimmanenten Gründen erfolgte. Das bedeutete grundsätzlich, dass es einen Zusammenhang gab zwischen einer sowohl innen- als auch außenpolitisch angestrebten „leninistischen Renaissance“ der sowjetischen Führung und der Enthüllung der Verbrechen Stalins. Gleichwohl spielte tatsächlich die innenpolitische Situation die aller Voraussicht nach größere Bedeutung, denn die Autoritätskrise des „Nach-Stalin-Regimes“ war, wie Löwenthal zu Recht hervorhob, unverkennbar. Vor dem Hintergrund des wirtschaftlichen Drucks unter dem das Regime auch Anfang des Jahres 1956 stand, der von ihm zur Sprache gebracht wurde, war die Stabilität des Regimes, oder genauer gesagt, der Primat der Partei alles andere als sicher. Zweifelsohne war eine Verschiebung im Verhältnis der Partei zur Geheimpolizei und zur bürokratisch-militärischen Oberschicht zu konstatieren. Gleichzeitig hatte der Entstalinisierungsprozess ja nicht nur das allgemeine sogenannte „Klima der Sowjetgesellschaft“ verändert, sondern gesellschaftliche Kräfte freigesetzt, denen sich die Partei gegenüber zu rechtfertigen hatte.¹⁶⁹⁶ Vor diesem Hintergrund war eine Rückkehr zum Stalinismus aus zwei Gründen im Grunde genommen ausgeschlossen:

1. Weil es für Chruschtschow nicht möglich war seine innerparteilichen Rivalen, die es selbstverständlich gab, in „stalinistischer Manier“ zu liquidieren, weil er mit einer „halbtoten“ Partei in der Tat nicht mehr imstande gewesen wäre die sowjetische Gesellschaft wirksam zu regieren.
2. Weil auch ein Zurück zur alten Stalinschen Politik der „permanenten Revolution von oben“ bzw. zur sogenannten Formel von der „Verschärfung des Klassenkampfes mit fortschreitendem Aufbau des Sozialismus“ nicht möglich war, weil ein neuerlicher „Krieg“ gegen die eigene Bevölkerung und das permanente Suchen nach einem „inneren

¹⁶⁹⁶ Vgl. auch Ernst Halperin, Eisbrecher Mikojan, in: Ost-Probleme (1956), 8. Jg., Nr. 11, S. 362 f. (hier S. 363); Erstveröffentlichung: Neue Zürcher Zeitung vom 4. März 1956 unter dem Titel „Die Bedeutung der Rede Mikojans“.

Feind“ aufgrund der oben angesprochenen institutionellen Machtverschiebungen für die Partei respektive für Chruschtschow ausgeschlossen war und zudem das Regime aufgrund des zu erwartenden Widerstandes in der sowjetischen Gesellschaft existentiell gefährdet hätte.¹⁶⁹⁷

Daraus folgte auch, dass das Regime mit Chruschtschow an der Spitze quasi aus systemimmanenten Gründen gezwungen war die „thermidorianische“ Richtung einzuschlagen und in diesem Kontext bekam der XX. Parteitag im Allgemeinen und die Geheimrede Chruschtschows im Besonderen eine überragende Bedeutung. Zuallererst musste im Grunde genommen die „Entgötterung Stalins“ innerhalb der Partei erreicht werden, um fortan zu versuchen, zur Rettung des Parteiregimes im Rahmen des Überganges zum „aufgeklärten Absolutismus“ durch Konzessionen die von Löwenthal am Ende seines Beitrages angesprochene „Versöhnung“ der Partei mit der sowjetischen Gesellschaft sowie nicht zuletzt mit ihrer neuen Elite, d. h. der bürokratisch-militärischen „Bourgeoisie“,¹⁶⁹⁸ zu erreichen. In diesem Zusammenhang war die Thematisierung und die Verurteilung der Verbrechen Stalins und seines „Schreckensregimes“ die grundlegende Voraussetzung. Indes: Obwohl Richard Löwenthal in seinem Beitrag angesichts des Entstalinisierungsprozesses im Hinblick auf den Charakter des kommunistischen Herrschaftsregime unter Chruschtschow von einem Bruch mit dem Stalinismus ausging, war gleichwohl die Zukunft des Sowjetregimes offen – nicht zuletzt aufgrund der Tatsache, dass sich die obersten sowjetischen Machthaber im Februar 1956 aus ehemaligen überzeugten Stalinisten zusammensetzten, die in der Vergangenheit direkt und indirekt in den stalinistischen Terror verwickelt und nicht nur auf diesem Gebiet des „Diktators Helfershelfer“ (Boris Nicolaevsky) waren.¹⁶⁹⁹

Nach den beiden Veröffentlichungen von Richard Löwenthal im April-Heft („Jenseits des Stalinismus“) sowie dem Mai-Heft („Verspäteter Thermidor?“) setzte sich „Der Monat“ in der Juni-Ausgabe 1956 ein weiteres Mal mit dem XX. Parteitag der KPdSU und der Geheimrede Chruschtschows sowie den politischen Implikationen des gesamten Entstalinisierungsprozesses auseinander. Unter der Überschrift „Ist Russland anders geworden?“ wurde von der Zeitschriftenredaktion eine „Umfrage“ ins Leben gerufen, an der sich insgesamt sechs Autoren beteiligten: Ignazio Silone, Dwight Macdonald, Edward

¹⁶⁹⁷ Vgl. hierzu die zusammenfassende Interpretation von Wolfgang Leonhard, *Kreml ohne Stalin*, S. 268-272.

¹⁶⁹⁸ Vgl. hierzu grundsätzlich Hugh Seton-Watson, *Sowjetrußlands neue Bourgeoisie*, in: *Der Monat*, Heft 58 (1953), 5. Jg., S. 417-421.

¹⁶⁹⁹ Boris Nicolaevsky, *Was Chruschtschew verschwieg*, in: *Der Monat*, Heft 95 (1956), 8. Jg., S. 79-82 (Zitat S. 79).

Crankshaw, Ernst Halperin, Franz Borkenau und Walter Lippmann.¹⁷⁰⁰ Die sechs „politischen Sachverständigen“ antworteten auf einen von der Redaktion um Melvin J. Lasky entworfenen, fünf Punkte umfassenden Fragekatalog. Dieser beleuchtete expressis verbis die Natur des sowjetischen Herrschaftssystems nach Stalin im Kontext des Entstalinisierungsprozesses. In diesem Zusammenhang besaßen die analytisch ausgerichteten Fragen zum Zeitpunkt des Kalten Krieges zuallererst eine politische Bedeutung. Gleichwohl kann ihnen im Zusammenhang der Analyse des Sowjetkommunismus ein – wie zu sehen sein wird – wissenschaftlicher Anspruch nicht abgesprochen werden.

Aufgrund der Tatsache, dass vom „Monat“ in Bezug auf die Analyse des Sowjetkommunismus in Gestalt des Nachstalinismus die richtigen Fragen gestellt wurden, soll im Folgenden erstens in aller Kürze die einleitenden Worte und zweitens der angesprochene, aus fünf Punkten bestehende Fragekatalog der Zeitschriftenredaktion wiedergegeben werden. Da es aus Raumgründen unmöglich ist auf sämtliche Antworten der oben genannten Autoren einzugehen, soll zumindest ein Kommunismus-Experte exemplarisch zu „Worte“ kommen. Die Entscheidung fiel auf Franz Borkenau: Zum Einen handelte es sich um einen der renommiertesten Forscher des internationalen Kommunismus und zudem ging er in seinem Beitrag *in nuce* auch auf die an anderer Stelle angesprochene berühmte Methode der „Kreml-Astrologie“ ein,¹⁷⁰¹ die sich nicht zuletzt im Kern mit der Frage beschäftigte, inwiefern es möglich wäre die politische Entwicklung des sowjetischen Regimes „vorherzusagen“. Zum anderen kann anhand seines Beitrages auch gezeigt werden, dass angesichts des von der Redaktion entworfenen Fragenkataloges seitens der sechs Autoren durchaus kontroverse Ansichten formuliert wurden, wie es sich aus der Stellungnahme Borkenaus ergab. Sowohl bei den angesprochenen Redaktionsfragen als auch bei der Antwort von Franz Borkenau erschien es sinnvoll das empirische Material für sich „sprechen“ zu lassen, so dass in weiten Teilen das Original zitiert wird. Im Anschluss daran erfolgt ein Kommentar.

Zu Beginn der Einleitung zu der Umfrage „Ist Russland anders geworden“ schrieb die Zeitschriftenredaktion des „Monat“:

„Seit Stalins Tod, und noch mehr seit dem 20. Parteitag in Moskau, hat die nicht-kommunistische Welt mit lebhaftem Interesse Ausschau nach einem ‚Wandel hinter dem Eisernen Vorhang‘ gehalten. Zu keinem anderen Zeitpunkt gingen aber auch die Meinungen der Kommentatoren und der Fachleute für sowjetische Angelegenheit so weit auseinander: im

¹⁷⁰⁰ Ist Russland anders geworden? Mit Beiträgen von Ignazio Silone, Dwight Macdonald, Edward Crankshaw, Ernst Halperin, Franz Borkenau und Walter Lippmann, in: Der Monat, Heft 93 (1956), 8. Jg., S. 3-17.

¹⁷⁰¹ Siehe hierzu im Einzelnen Franz Borkenau, Was ist Kreml-Astrologie, in: Der Monat, Heft 79 (1955), 7. Jg., S. 32-39.

Urteil einiger gibt es ‚überhaupt keine Veränderung‘ (...), nach Meinung anderer hat sich ein ‚tiefgreifender Wechsel im politischen und gesellschaftlichen Zustande Rußlands‘ vollzogen (...). Eine bedeutende englische Zeitung fragt skeptisch: ‚Ist das sowjetische Regime nun weniger bedrückend, seine Außenpolitik wirklich friedfertiger geworden?‘¹⁷⁰²

Nicht zuletzt mit Blick auf die politischen Implikationen für die westlichen Staaten angesichts des Kalten Krieges hieß es unter anderem weiter:

„Eine übereilte, oberflächliche, schlecht durchdachte Interpretation der neuen Strategie und Taktik des Weltkommunismus wäre sicherlich der gefährlichste Irrtum unserer Tage; die Situation erfordert von der freien Welt eine gründliche ideologische Bestandsaufnahme. Wir haben deshalb, um auf diese Weise eine Übersicht möglichst vieler Meinungs-Spielarten innerhalb der westlichen Welt zu dem großen Thema: ‚*Was geschieht zur Zeit in Sowjetrußland*‘ zu erlangen, die folgenden Fragen an eine Reihe von politischen Sachverständigen gerichtet.¹⁷⁰²

Im Anschluss an diese einführenden Zeilen wurde der fünf Punkte umfassende Fragekatalog der Zeitschriftenredaktion sozusagen vorgestellt, der im Einzelnen wie folgt lautete:

1. Hat sich Ihrer Meinung nach in der Sowjetunion wirklich ein Bruch mit dem Stalinismus vollzogen.
Gibt es so etwas wie eine echte und dauerhafte Bewegung in Richtung auf die sogenannte ‚kollektive Führung‘, durch die das alte Prinzip der Tyrannei eines einzelnen abgelöst werden soll, oder findet doch nur ein Kampf um die Macht statt, bei dem Männer wie Chruschtschow die Nutznießer eines zeitweiligen ‚Unentschieden‘ zwischen einander bekämpfender Machtgruppen sind? Wie ernst ist die sogenannte ‚leninistische Renaissance‘ zu nehmen? Halten Sie es für möglich, daß eine ganze herrschende Klasse – oder doch ihre ideologische Elite – nun ihrerseits den Weg von Stalin zurück zu Lenin, von Lenin zurück zu Marx geht (...)?
2. Würden Sie sagen, daß eine merkbare Entspannung eingetreten ist, und wenn ja, wie bewerten Sie diese Entspannung nach Wesen und Ausmaß?
Sind die eingetretenen Veränderungen Ihrer Meinung nach eher kurzfristige taktische Konzessionen gegenüber der russischen Bevölkerung, die der ständigen politischen Hochspannung und der wirtschaftlichen Entbehrungen müde geworden ist, oder handelt es sich um Auswirkungen tiefer wurzelnder Tendenzen bei der industriellen und großstädtischen Bevölkerung der Sowjetunion? Ist das Regime tatsächlich weniger drückend geworden? Kann die sowjetische Wirtschaft, ohne nun gleich den westlichen Kapitalismus einzuholen, einen leidlichen Lebensstandard für ihre Massen herbeiführen? Ist es vorstellbar, daß die wohlvertrauten Wesenszüge des Polizeistaates, des Univers concentrationnaire abgeschafft oder doch gemildert werden?
3. Glauben Sie, daß in den letzten Jahren im Kreml eine Neubeurteilung der internationalen Lage herangereift ist? Hat sich die Haltung der für die sowjetische Politik Verantwortlichen gegenüber der Frage des Krieges, eines möglichen Aufstandes der Unterdrückten und eines kommenden ‚Endsieges‘ des Weltkommunismus geändert? (...)
4. Was bedeutet Ihrer Meinung nach die Rehabilitation einiger alter Bolschewisten, die einst als teuflische Verräter verurteilt worden sind?

¹⁷⁰² Ist Russland anders geworden? Mit Beiträgen von Ignazio Silone, Dwight Macdonald, Edward Crankshaw, Ernst Halperin, Franz Borkenau und Walter Lippmann, in: Der Monat, Heft 93 (1956), 8. Jg., S. 3.

War Stalin persönlich und ganz allein verantwortlich für die schlimmsten Auswüchse des sowjetischen Systems wie die blutigen Säuberungen seit 1937 und ähnliche Dinge? Kann der kommunistische Totalitarismus einigen Bereichen des Lebens, die dem Zentrum der ‚Macht‘ nicht unmittelbar benachbart sind – wie etwa der Literatur und der Kunst, der Wissenschaft oder auch dem Fremdenverkehr – ein gewisses Maß an individualistischer Liberalisierung zugestehen? Ist es denkbar, daß die russische Diktatur gewisse neue Formen des kulturellen und gesellschaftlichen Lebens entwickelt, die sich, wenn sie auch noch keineswegs mit unseren Vorstellungen von Demokratie vereinbar sein mögen, doch hinreichend von den grausamen und fanatischen Formen der Vergangenheit unterscheiden? Würde das für die Sowjets, in Gestalt eines allmählichen psychologischen Erosionsprozesses, auf eine Gefährdung ihres angriffslustigen revolutionären Elans hinauslaufen (...) oder diente es schließlich doch nur als eine Art Schaufenster-Anreiz für eine neue Generation westlicher Fellowtravellers?

5. Sind Sie der Meinung, daß die augenblickliche Phase der sowjetischen Entwicklung, ob sie nun einen grundlegenden Wechsel darstellt oder nicht, den freien Nationen Europas, Asiens und Amerikas neue Probleme stellt?¹⁷⁰³

Wie bereits festgestellt wurde und wie es sich aus den einleitenden Worten der Redaktion des „Monat“ ausdrücklich ergab, besaß der Fragekomplex sicherlich angesichts des Kalten Krieges seine eigentliche Bedeutung. Gleichwohl haftete er neben seiner primär politischen auch eine wissenschaftliche Bedeutung bei. Ebendiese Fragen hatten nämlich für die zeitgenössische Sowjet-Forschung eine überragende Bedeutung, weil sie die für die wissenschaftliche Untersuchung des sowjetkommunistischen Regimes unter Chruschtschow die richtigen Probleme beleuchteten. Durch die Fokussierung auf diese richtigen Fragen des Entstalinisierungsprozesses in der Sowjetunion nach dem Tod Stalins sowie im Kontext der Geheimrede Chruschtschows ging es hierbei auch und vor allem um den Versuch einer adäquaten zeitgenössischen Analyse des Sowjetkommunismus, also um die Analyse des kommunistischen Regimes unter Chruschtschow. Anders gesagt: Es ging auch um die analytische Unterscheidung zwischen Stalinismus und Nachstalinismus und um die Frage, ob es sich, angesichts der Tatsache, dass in den Jahren nach Stalins Tod der Terror nachgelassen hatte, beim „Chruschtschow-Regime“ Mitte des Jahres 1956 noch um eine totalitäre Diktatur handelte und inwiefern folglich der Begriff des Totalitarismus zur Charakterisierung des sowjetischen Systems noch angemessen wäre. Mit den richtig gestellten Fragen seitens der Zeitschriftenredaktion war – um im Bild zu bleiben – der richtige Rahmen für die Antworten der Autoren abgesteckt.

Nachdem Ignazio Silone, Dwight Macdonald, Edward Crankshaw und Ernst Halperin auf die Fragen antworteten, kam Franz Borkenau an die „Reihe“; zum Schluss ging Walter Lippmann auf die gestellten Fragen ein. „Wenn ich mich“, so Franz Borkenau zu Beginn

¹⁷⁰³ Ebenda, S. 3 f.

seines Beitrages, „im folgenden zu den Auffassungen einiger anderer Teilnehmer an dieser Diskussion polemisch äußere, so deshalb, weil meines Erachtens bei einem Gegeneinandersprechen viel mehr herauskommt als bei einem Nebeneinanderherreden. Nur in der Auseinandersetzung können Thesen klar herausgearbeitet und Streitfragen dem Urteil der weiteren Entwicklung überlassen werden.“ Im Anschluss daran schrieb Franz Borkenau weiter:

„Zunächst ein Wort über das Prophezeien! Ich gelte ja wohl als der Erz-Prophezeier und stoße noch immer auf Leute, die sich fragen, aus welchem magischen Kaffeesatz ich wohl die Dinge herauslese, die dann manchmal wirklich eintreffen. Über die Methode solcher Voraussagen habe ich mich wiederholt geäußert. Der gegenwärtige Stand der Diskussion macht es aber notwendig, noch etwas wesentliches hinzuzufügen: eine Formulierung der Bedingungen, unter denen man *nicht* prophezeien soll, und wäre es noch so verlockend.“¹⁷⁰⁴

Nach Auffassung von Franz Borkenau war beispielsweise der Beitrag von Ernst Halperin¹⁷⁰⁵ ein „extremer Fall unerlaubten Prophezeiens“, und schrieb in diesem Zusammenhang:

„Man sollte bedenken, daß ich den Tod Stalins, das Ende Berias, den Sturz Malenkows erst kurz vor ihrem Eintreten eindeutig vorausgesagt habe – das Kommen der Krise aber in allen drei Fällen bereits Jahre vorher verfolgt hatte. Man muß lernen, zwischen der Analyse einer Krise – die sehr früh beginnen kann und soll – und den vorwegnehmenden Schlußfolgerungen – die erst auf dem Höhepunkt der Krise möglich sind – deutlich zu unterscheiden. Früher war nicht nur jede Voraussage, sondern auch jede Analyse des innerparteilichen Kampfes für die ‚ernstzunehmenden‘ Leute barer Unsinn, phantastisches Geschwätz. Heute wird statt dessen drauflosprophezeit. Es gibt jedoch im ganzen Bereich des Sowjet-Geschehens kein Thema, bei dem das weniger am Platze wäre, als die Entstalinisierung. (*Nur* der weitere schnellere Aufstieg Titos, des ‚Verräters und Siegers‘ läßt sich bereits *eindeutig* voraussagen, wie das schon zur Zeit des Belgrader Abkommens meine Meinung war.)“¹⁷⁰⁶

Im Anschluss daran stellte Franz Borkenau mit Blick auf den Beitrag von Edward Crankshaw¹⁷⁰⁷ fest, dass sich ernste Sowjet-Forschung sich zwar nicht durch „achselszuckende Ablehnung“ sämtlicher Bemühungen legitimiert, hinter dem Schleier der offiziellen Verlautbarungen zu blicker, wohl aber durch „strenge Beobachtung gewisser Regeln bei der Deutung des offiziellen Materials.“ Für Borkenau bestand der „Kaffeesatz“, aus dem er nachdeutete und vorausdeutete, aus „amtlichen oder ernsthaft beglaubigten Meldungen über Personalveränderungen und aus sachkundiger Interpretation amtlicher politischer Mitteilungen. Wer diese Regeln nicht anerkennt“, so Borkenau,

¹⁷⁰⁴ Franz Borkenau, [Antwort auf die Fragen in dem Beitrag: Ist Russland anders geworden?], in: ebenda, S. 12.

¹⁷⁰⁵ Siehe Ernst Halperin, [Antwort auf die Fragen in dem Beitrag: Ist Russland anders geworden?], in: ebenda, S. 11 f.

¹⁷⁰⁶ Franz Borkenau, [Antwort auf die Fragen in dem Beitrag: Ist Russland anders geworden?], in: ebenda, S. 12 f.

¹⁷⁰⁷ Siehe Edward Crankshaw, [Antwort auf die Fragen in dem Beitrag: Ist Russland anders geworden?], in: ebenda, S. 9-11.

„oder selbst nicht anwendet, mag getrost seine ‚Eindrücke‘ wiedergeben, aber es ist notwendig festzustellen, daß er zur Diskussion so wenig beiträgt wie jemand, der die Erkenntnisse etwa der modernen Physik oder Psychologie einfach beiseiteschiebt und sich auf das beruft, was er ‚mit seinen gesunden Augen‘ sehen kann. Soweit solche ‚persönlichen Eindrücke‘ in Mitteilungen bestehen, die der Beobachter von Personen erhalten hat, die den Spitzen des Regimes, seinem Propaganda- oder Nachrichtenapparat nahestehen, sind sie *prima facie* und bis zum Beweis des Gegenteils nichts anderes als ‚Desinformationen‘. Soweit sie auf Berührung mit dem ‚Mann-auf-der-Straße‘ beruhen, erinnern sie mich an die während des Krieges in London (...) unter dem gebildeten Publikum weit verbreitete Gewohnheit, die politische Lage danach zu beurteilen, was am Morgen der ‚driver‘ oder noch besser die ‚charwoman‘ gesagt hatte. Selbst in einer Demokratie ist es verfehlt, solche Personen zum Richtpunkt politischer Urteilsbildung zu machen; in einer totalitären Diktatur ist es absurd. Diese Bemerkungen sollen unter anderem veranschaulichen, daß sich in Sowjet-Dingen eine Diskussion über Fakten nicht von der Diskussion über die Methode trennen läßt. Soviel also zu Crankshaws Beitrag.“¹⁷⁰⁸

Nach seinen Ausführungen zu dem Beitrag von Edward Crankshaw setzte sich Franz Borkenau im Folgenden noch einmal mit Ernst Halperins Veröffentlichung auseinander und schrieb hierzu:

„Zwischen ihm und mir sind die Rollen possierlich vertauscht. Er ist der Berufsjournalist, ich bin der Berufshistoriker. Es sollte meine, nicht seine Berufskrankheit sein, die lange Sicht für die kurze zu nehmen. Es verhält sich aber genau umgekehrt. Ich gehöre zu den zahlreichen Interpreten, die den Aufstieg einer neuen Bourgeoisie für den allgemeinsten Hintergrund der permanenten innerparteilichen Krise halten; ich habe aber nie unterlassen, vorsorglich hinzuzufügen, daß diese sowjetische ‚Staatsbourgeoisie‘ (den Begriff hat Prof. Hugh Seton-Watson geprägt) ein völliges Novum sei und daß man es der Geschichte überlassen müsse, die Formen aufzuzeigen, in denen ein so überaus widerspruchsvolles Gebilde zu Einfluß und Wirkung gelangen kann. Halperin wiederholt diese These fast wörtlich – aber ohne ihre Einschränkungen. (...) Er weiß, wie diese ‚Zukunftsgesellschaft‘ aussehen wird: ohne KZs, daher ohne systematischen Terror, mit bäuerlichem Privateigentum, mit Übergabe der Betriebsleitungen, und ihr gegenüber wird der Westen nahezu wehrlos sein. Nur über eines läßt er sich nicht aus: über die politische Gestalt, die die Herrschaft der neuen Staatsbourgeoisie annehmen soll. Daß sie demokratisch im westlichen Sinn sein wird, behauptet er nicht; doch eine totalitäre Parteidiktatur kann sie unter den von ihm formulierten Bedingungen auch nicht sein. Man kann es ja, mag er hinzudenken, der Geschichte überlassen. Aber *so* läßt sich diese Formel nicht anwenden. Denn das ganze Zukunftsbild wird absurd, wenn sich die dafür geeignete politische Form nicht finden kann. Und sie kann sich nicht finden. Denn die totale Unvereinbarkeit der von Halperin vorausgesagten ‚anarchosyndikalistischen‘ Tendenzen mit der technischen Notwendigkeit fortschreitender Zentralisierung stempelt das Ganze zum Traum.“¹⁷⁰⁹

Vor diesem Hintergrund konstatierte Franz Borkenau, dass es keinen Grund gäbe, wie sein „Kontrahent“ Ernst Halperin von einer „Unwiderstehlichkeit der Wandlung“ des Regimes

¹⁷⁰⁸ Franz Borkenau, [Antwort auf die Fragen in dem Beitrag: Ist Russland anders geworden?], in: ebenda, S. 13.

¹⁷⁰⁹ Ebenda, S. 13.

auszugehen.¹⁷¹⁰ Für ihn stimmt es schon, dass sich die zunehmend funktionslose Partei „in einem falschen Zirkel“ drehte, allerdings galt Borkenau zufolge das gleiche auch für die „neue Bourgeoisie“. Der innerparteiliche Kampf selbst drehte sich für ihn im Kreis, aber nicht weil es an der „entscheidenden Machtballung auf einer Seite“ fehlte, sondern weil die grundsätzliche Frage – die politische Ordnung an die verschobene Klassenstruktur anzupassen – bis zu dem damaligen Zeitpunkt unlösbar war. „Das hat Stalin“, so Borkenau, „so lange an der Macht gehalten, das hat den Sturz Berias, die Niederlage Malenkows herbeigeführt und uns, mitten im Zersetzungsprozeß des Stalinismus, in den Personen Chruschtschows, Bulganin und ihrer Generäle die linksextremistischste Führung beschert, die es jemals in der ganzen Sowjet-Geschichte gegeben hat. Doch statt zu versuchen, diesen Dschungel von kaum auflösbaren Widersprüchen erst einmal zu erkennen und schrittweise zu verstehen, wird flott drauflos prophezeit. Wenn irgendeine Prophezeiung überhaupt möglich ist, so ist es meines Erachtens diejenige eines unablässigen Wachstums dieser Widersprüche und das bedeutet eine Serie von Explosionen mit jeweils entgegengesetzten Resultaten.“¹⁷¹¹

In Anbetracht der für ihn ständig wachsenden Widersprüche innerhalb des sowjetkommunistischen Systems sprach Franz Borkenau zufolge zum damaligen Zeitpunkt einiges dafür, dass die Moskauer Führung unter Chruschtschow zur Überbrückung der innerrussischen Schwierigkeiten auf internationale Siege setzen würde. Angesichts der zahlreichen Widersprüche der Entstalinisierung – zu denen seiner Meinung beispielsweise auch die Haltung des Heeres zählte¹⁷¹² – schrieb Franz Borkenau am Ende seiner Veröffentlichung, dass man sich im Hinblick auf den Ausgang des insgesamt „unvoraussagbaren“ Entstalinisierungsprozesses an folgenden Punkten „orientieren kann:

1. Die Geschichte von der planmäßigen Entstalinisierung ist eine Propagandalüge. Es tobt ein erbitterter innerparteilicher Kampf.
2. Chruschtschow erstrebt Stalins Nachfolge. Von seinem Standpunkt aus ist die Entstalinisierung ein bewußtes Betrugsmanöver, dessen man sich zur Irreführung des Auslands und zur Erledigung persönlicher Gegner bedienen kann.
3. Vor und auf dem Parteitag hat Chruschtschow große Fortschritte in der Säuberung des Parteiapparates und gewisse, weniger große Fortschritte in der Säuberung des Staatsapparates und der Armee von allen persönlichen Gegnern gemacht. Er bemüht sich auch um Wiederherstellung der Polizeigewalt, wie sie zu Stalins Zeiten bestand, scheint dabei aber auf starken Widerstand zu stoßen.
4. Trotz dieser großen organisatorischen Erfolge hat er die Entstalinisierung nicht in der Hand behalten, zum großen Teil wegen seines offenkundigen Mangels an Ruhe, Selbstbeherrschung und Konsequenz in der Führung. Andere Ursachen des Mißlingens

¹⁷¹⁰ Vgl. als direkte Antwort auf die Veröffentlichung von Franz Borkenau in diesem Zusammenhang den „Leserbrief“ von Ernst Halperin, Was geschieht in Rußland?, in: Der Monat, Heft 94 (1956), 8. Jg., S. 91.

¹⁷¹¹ Franz Borkenau, [Antwort auf die Fragen in dem Beitrag: Ist Russland anders geworden?], in: Der Monat, Heft 93 (1956), 8. Jg., S. 14.

¹⁷¹² Siehe im Einzelnen ebenda, S. 14 f.

gibt es ohne jeden Zweifel, doch sind sie noch nicht deutlich und stellen für den Augenblick das Hauptproblem der Forschung dar.

5. Innerhalb der UdSSR ist sein Hauptgegenspieler Mikojan.
6. Außerhalb der UdSSR ist sein Hauptgegenspieler Tito. Letzterer hat seit 1954 nicht den kleinsten Versuch unternommen, sein eigenes Regime zu lockern, kämpft aber um Schaffung eines eigenen Empire in Südosteuropa und Osteuropa, sowie um Schaffung einer neuen Internationale, als deren eigentlicher Führer er sich betrachtet. Für ihn ist die Entstalinisierung hauptsächlich ein Erpressungsmittel gegenüber Chruschtschow, während es der Gruppe Mikojan (die mit der alten Gruppe Malenkows weitgehend identisch zu sein scheint) tatsächlich um eine Lockerung des innerrussischen Regimes geht – wie weit sie die Lockerung treiben möchte, ist nicht klar.
7. Gewisse Lockerungen des innerrussischen Regimes (sehr bezeichnend Amnestie und Regime-Lockerung in den KZs) traten fast sofort nach Stalins Tod bzw. Berias Sturz ein. Es ist nicht ersichtlich, daß diese Lockerung seit Chruschtschow Machtantritt, geschweige denn seit dem 20. Parteitag, echte Fortschritte gemacht hätte. Unzweifelhafte Lockerungserscheinungen, die möglicherweise zu Zersetzungserscheinungen werden könnten, finden sich hingegen (bis auf weiteres ausschließlich) in jenem Raum, der zwischen Moskau und Belgrad umkämpft ist.¹⁷¹³

Wie zu sehen war, hielt sich Franz Borkenau – wie auch die anderen Befragten – nicht streng an die Reihenfolge der gestellten Fragen. Vor dem Hintergrund seiner in Abgrenzung zu Halperin und Crankshaw angestellten Reflexionen zur „Kreml-Astrologie“ und mithin zu der Möglichkeit, die Entwicklung der Sowjetunion unter anderem aufgrund der richtigen Analyse der innerparteilichen Kräfteverhältnisse „vorauszusagen“, zeigte er sich als „Pessimist“. Anders als die beiden Vertreter der „optimistischen Schule“, Halperin und Crankshaw, die – wie es die Ausführungen von Franz Borkenau explizit und implizit zum Ausdruck brachten – der Meinung waren, dass sich die Sowjetunion aufgrund der zurückliegenden politischen Entwicklungen auf dem Weg von einer totalitären Diktatur zu einem „demokratischen“ Regime entwickeln könnte, war Franz Borkenau bei seiner Einschätzung des Entstalinisierungsprozesses im Allgemeinen und der sowjetischen „Zukunftsgesellschaft“ im Besonderen insgesamt wesentlich vorsichtiger. Wie auch vor allem Ernst Halperin nahm Borkenau sehr wohl die facettenreichen gesellschaftlichen und politischen Veränderungen in der Sowjetunion – wie unter anderem in der wirtschaftlichen Struktur – zur Kenntnis und in diesem Zusammenhang war sicherlich der angesprochene Aufstieg der „neuen Bourgeoisie“ ein zentraler Faktor. Gleichwohl hatte Franz Borkenau vollkommen recht mit seiner Feststellung – wie es auch Richard Löwenthal zum Beispiel in seinem Beitrag „Verspäteter Thermidor?“ zum Ausdruck brachte – dass es zum damaligen Zeitpunkt „offen“ bleiben musste, wie sich die gesellschaftlichen Veränderungen auf das politische System in der

¹⁷¹³ Ebenda, S. 15 f.

Sowjetunion auswirken würde, oder anders gesagt, welche politischen Auswirkungen die „neue Staatsbourgeoisie“ für die Herrschaft der Partei, für das zukünftige Parteiregime haben würde. Obwohl Franz Borkenau natürlich die Veränderungen in der Sowjetunion nach dem Tod Stalins, wie den Abbau des Terrors, die Liberalisierung des Regimes oder die Lockerung des „öffentlichen Lebens“ zur Kenntnis nahm, kam er in Bezug auf die Frage des nach dem Charakters des „Nach-Stalin-Regimes“ zu dem letztlich eindeutigen Urteil, dass es sich weiterhin um eine totalitäre Diktatur handelte. Richard Löwenthal tat sich – wie gezeigt – in seinen Beiträgen im „Monat“ wesentlich schwerer das nachstalinistische Regime auf den Begriff zu bringen: Einerseits war für ihn zwar der Bruch mit dem Stalinismus nicht zuletzt aufgrund der sogenannten Zähmung der Geheimpolizei feststellbar, andererseits war die Sowjetunion unter Chruschtschow für ihn trotz des innen- und außenpolitischen Entstalinisierungsprozesses und der systemimmanenten Veränderungen keineswegs ein genuin nicht-stalinistisches bzw. nicht-totalitäres Regime. Auch wenn Löwenthal angesichts der „offenen“ Situation im Hinblick auf die Zukunft der Sowjetunion einen Rückfall nicht gänzlich ausschliessen konnte, war er durchaus „optimistisch“ was die „nach-totalitäre“ bzw. „demokratische“ Entwicklung des sowjetischen Regimes nach dem XX. Parteitag sowie der Geheimrede Chruschtschows anbelangte; nicht zuletzt aufgrund seiner Analyse des aus seiner Sicht irreversiblen Verhältnisses von Partei und Gesellschaft.

Franz Borkenau wiederum war bei der Frage, wie der von ihm bezeichnete sogenannte Zersetzungsprozess des Stalinismus ausgehen würde, nicht nur gegenüber den anderen Befragten der Umfrage des „Monat“ entschieden pessimistischer, sondern auch skeptischer als Richard Löwenthal. Die unterschiedliche politische Einschätzung hing in erster Linie damit zusammen, dass Borkenau den Entstalinisierungsprozess insgesamt primär unter dem Aspekt der richtigen Analyse der Kräfteverhältnisse der führenden Funktionäre sowie der Apparate des sowjetischen Regimes beurteilte – ohne indes die „verschobene Klassenstruktur“ gänzlich aus dem Auge zu verlieren – und weniger wie Löwenthal aus genuin systemimmanenten Aspekten, so dass er auch die Rolle Chruschtschows in diesem Kontext primär unter dem Gesichtspunkt des innerparteilichen Machtkampfes beurteilte.

Gleichwohl vermittelten in diesem Zusammenhang seine abschließenden Feststellungen wichtige Erkenntnisse, wie beispielsweise, dass Chruschtschow innerhalb der Sowjetunion seine „Hauptgegenspieler“ in der Gruppe um Mikojan und Malenko hatte und außerhalb der Sowjetunion in Tito (und seinem „gelockerten“ Regime), dem es zum damaligen Zeitpunkt darum zu tun war – vor dem Hintergrund der Auflösung der Kominform

im April 1956 – in den sowjetisch beherrschten Satellitenstaaten sein eigenes Imperium zu schaffen. Dass Borkenau durchaus „prophetische“ Fähigkeiten besaß, als er nämlich davon sprach, dass es Mitte 1956 in den Satellitenstaaten zu einer „Lockerungserscheinungen“ zu konstatieren galt, die „möglicherweise zu Zersetzungserscheinungen werden könnten“, sowie zum anderen, dass der Raum zwischen „Moskau und Belgrad umkämpft ist“, steht auf einem anderen Blatt. Hier soll nur ausdrücklich betont werden, dass Franz Borkenau am Ende seines Beitrages richtig feststellte, dass die Entstalinisierung in der Sowjetunion bzw. die sogenannten gewissen „Lockerungen des innerrussischen Regimes“ in erster Linie in den ersten Jahren nach Stalins Tod in Gang kamen, und dass insbesondere nach dem XX. Parteitag der KPdSU keine echten Fortschritte festzustellen waren. D. h., trotz der Generalabrechnung mit Stalin und der Verurteilung der Verbrechen Stalins durch die Geheimrede von Chruschtschow im Februar 1956, kam es – im Vergleich zu den ersten drei Jahren nach dem Tod Stalins, wo ein Nachlassen des Terrors zu verzeichnen war – in den Monaten danach zu keinen weiteren substantiellen Veränderungen im nachstalinistischen Herrschaftssystem.

IV. 2. 8. Von der Entstalinisierung in Polen und der ungarische Revolution 1956 bis zur „Alleinherrschaft“ Chruschtschows

Der XX. Parteitag der KPdSU sollte nicht zuletzt in den unter der Kontrolle Moskaus stehenden osteuropäischen Satellitenstaaten eine große Bedeutung bekommen, die in der ungarischen Revolution im Herbst 1956 zweifelsohne ihren Höhepunkt fanden und das sowjetische Imperium ins Wanken brachten. Allerdings machte sich die Entstalinisierung bereits wenige Monate nach dem Parteitag insbesondere in Polen bemerkbar, da sich die Position der polnischen Kommunisten gegenüber der Moskauer Zentrale verbessert hatte. Denn die Verurteilung der Stalinschen Verbrechen durch Chruschtschows Rede rehabilitierte die eigene Partei, weil nicht zuletzt polnische Kommunisten Opfer vor allem der Parteisäuberungen in den Jahren vor dem Zweiten Weltkrieg wurden und entweder vom NKWD-Apparat getötet wurden oder in den Konzentrationslager umkamen. Viele der führenden Funktionäre der Kommunistischen Partei Polens wurden selbst in die sowjetischen Lager deportiert und erst nach Kriegsende freigelassen. Spätestens seit Mitte des Jahres 1956 zeigte sich, dass einige Führer der nationalen Kommunistischen Partei den Weisungen

Moskau nicht mehr Folge leisteten. Vor dem Hintergrund des in weiten Teilen der polnischen Bevölkerung grassierenden Hasses auf die Sowjetunion – der beispielsweise in der unmittelbaren Vergangenheit durch den zu Beginn des Zweiten Weltkrieges im Frühjahr 1940 im Wald von Katyn (unweit von Smolensk) von NKWD-Einheiten begangenen Massenmord von tausenden von polnischen Offizieren „neue Nahrung“ bekam¹⁷¹⁴ – nahm vor allem unter den (Partei-)Intellektuellen des Landes im Zuge des Tauwetters die Kritik am kommunistischen System sowjetischer Couleur zu. Gleichwohl richteten sich deren Forderungen nach einer radikalen Abkehr der Unterdrückung jeder freien Meinungsäußerung und für eine Liberalisierung des Landes auch an die Exponenten des „eigenen“ Regimes, die man als Statthalter Moskaus ansah. Die Warschauer Führung hatte immer größere Schwierigkeiten auf den Druck aus der eigenen Bevölkerung angemessen zu reagieren, zumal innerhalb der Partei die Auseinandersetzungen zwischen „Reformern“ und „Dogmatikern“ an Stärke zunahm. Dieser Gärungsprozess führte in Polen im Juni 1956 zu einer ersten Explosion, als das Regime mit einem Streik von Arbeitern in Posen konfrontiert wurde, den die Warschauer Führung unter Einsatz von Panzern brutal unterdrückte, wobei die Aufständischen seitens der sowjetischen Parteiführung als „ausländische Agenten“ verleumdet wurden.¹⁷¹⁵

Die Posener Unruhen Ende Juni 1956 vertieften die Konflikte innerhalb der polnischen Partei und stärkten unter anderem aufgrund des Drucks seitens der polnischen Bevölkerung die Kräfte, die einer Demokratisierung bzw. Entstalinisierung des polnischen Regimes das Wort redeten und die sich gegen die sowjetische politische Führerrolle aussprachen. Eine Mehrheit der Parteiführung bewertete im Gegensatz zur sowjetischen Führung die Vorgänge in Posen nicht als Machenschaften der „westlichen Imperialisten“, sondern als Ausdruck einer berechtigten Unzufriedenheit seitens der Bevölkerung. Die Hoffnungen der reformwilligen Kräfte der Partei und der polnischen Bevölkerung ruhten vor allem auf den „überzeugten Kommunisten“ (Fritz René Allemann) Wladyslaw Gomulka – der ehemalige Generalsekretär der Partei wurde 1949 Opfer der stalinistischen Säuberungen und

¹⁷¹⁴ Zu dem „Katyn-Verbrechen“ vgl. im Einzelnen G. F. Hudson, Die Toten von Katyn. Zu den neuesten polnischen Quellenschriften, in: Der Monat, Heft 40 (1952), 4. Jg., S. 403-407; hierbei handelte es sich um eine „Sammelrezension“ folgender Bücher: General Anders, Katyn, Paris (o. J.); Josef Czapski, Terre Inhumaine, Paris (o. J.); Joseph Mackiewicz, The Katyn Wood Murders, London (o. J.). An dieser Stelle sei angemerkt, dass in diesen frühen Veröffentlichungen der endgültige Beweis für die sowjetische Täterschaft noch nicht gesichert war, gleichwohl die damaligen Umständigen im Grunde genommen bereits dafür sprachen, dass nicht die deutschen Nationalsozialisten im Zuge des Überfalls auf Polen, sondern die sowjetischen Kommunisten den Massenmord begangen.

¹⁷¹⁵ Vgl. Erik Nohara, Die zweite Revolution. Polens Weg vom Tauwetter zum Aufstand, in: Der Monat, Heft 95 (1956), 8. Jg., S. 3-14 sowie Albert Camus, Karl Jaspers, Arthur Koestler, Ignazio Silone, Manés Sperber u. a., Poznan, in: ebenda, S. 86 (hierbei handelte es sich um einen Leserbrief).

aufgrund „titoistischer Abweichungen“ aus der Partei ausgeschlossen –, der im April 1956 amnestiert und im August wieder in die Partei aufgenommen wurde und zum Symbol der Demokratisierung des Landes und des Willens zur nationalen Unabhängigkeit avancierte. Im Oktober 1956 verkündete der zum neuen Generalsekretär der Kommunistischen Partei Polens gewählte Gomulka trotz Moskauer Drohungen sein Programm eines „nationalen Kommunismus“, das, ohne das „Bündnis“ mit der Sowjetunion grundsätzlich in Frage zu stellen, vor allem quasi im Einklang mit der Bevölkerung auf die innenpolitische Souveränität des polnischen Regimes insistierte¹⁷¹⁶ und trotz Aufrechterhaltung der führenden Rolle der Partei die Demokratisierung des Landes anvisierte (u. a. geheime Wahlen in der Partei, Einführung von Arbeiterräten, ein beträchtliches Maß an Diskussionsfreiheit im Land und die Bildung relativ unabhängiger Interessengruppen), die den „Abbau der totalitären Diktatur“ zur Folge hatte.¹⁷¹⁷

Die zweifelsohne tiefste Zäsur stellte der XX. Parteitag der KPdSU in Ungarn dar, wo die anschließende Entstalinisierung im Vergleich zur Entwicklung in Polen oder anderen osteuropäischen Satellitenstaaten des sowjetischen Imperiums einen gänzlich anderen Verlauf nahm.¹⁷¹⁸ Im Gegensatz zu der Situation in Polen waren führende Vertreter der Kommunistischen Partei Ungarns überzeugte „Stalinisten“. Zudem waren die Parteiführer Rakosi und Gerö mitverantwortlich für die Hinrichtung von Laszlo Rajk und seiner „titoistischen“ Gefährten im Jahre 1949 durch Stalin und widersetzten sich jedweder Demokratisierung des Regimes. Auch wenn sicherlich in Teilen der Partei ebendiese Forderung artikuliert wurde, machte sich in erster Linie in der ungarischen Bevölkerung eine „Aufbruchsstimmung“ breit. Zum Hoffnungsträger für das Ziel einer Beendigung der Parteidiktatur und der Zerschlagung der verhassten politischen Polizei sowie für

¹⁷¹⁶ Vgl. hierzu Fritz René Allemann, Der Westen, Deutschland und die osteuropäische Revolution, in: Der Monat, Heft 99 (1956), 8. Jg., S. 3-13 (hier speziell S. 4 ff.).

¹⁷¹⁷ Vgl. hierzu im Einzelnen Ernst Halperin, Unter der Tarnkappe, in: Der Monat, Heft 102 (1957), 9. Jg., S. 17-25 (Zitat auf S. 25). Vgl. auch Eric Nohara, Besuch bei „Po Prostu“. Reise-Impressionen aus dem neuen Polen, in: Der Monat, Heft 109 (1957), 10. Jg., S. 23-29 sowie zur größeren „Meinungsfreiheit“ bzw. Freiheit unter den polnischen Schriftstellern und Intellektuellen exemplarisch Wanda Bronska-Pampuch, Die „Rabiaten“. Zu einer neuen polnischen Erzählung, in: Der Monat, Heft 109 (1957), 10. Jg., S. 72-75.

¹⁷¹⁸ Vgl. exemplarisch hierzu die Veröffentlichungen zur Entwicklung des SED-Regimes: Fritz René Allemann, Gespräche am anderen Ufer, in: Der Monat, Heft 97 (1956), 9. Jg., S. 3-9; ders., Erschütterung und Konsolidierung, in: Der Monat, Heft 103 (1957), 9. Jg., S. 3-8. Vgl. auch Ernest J. Salter, Gestaltwandel des Absurden. Nach der SED-Kulturkonferenz, in: Der Monat, Heft 111 (1957), 10. Jg., S. 79-85. Speziell zur Entwicklung in Jugoslawien vgl. vor allem die Beiträge: Ernst Halperin, Milovan Djilas. Titos Gefangener bricht mit dem Kommunismus, in: Der Monat, Heft 108 (1957), 9. Jg., S. 9-13 sowie Richard Löwenthal, Brief aus Belgrad: Führt Titos Weg zurück? Djilas und das jugoslawische Dilemma, in: Der Monat, Heft 109 (1957), 10. Jg., S. 30-37.

wirtschaftliche Reformen wurde Imre Nagy,¹⁷¹⁹ der von 1953 bis 1955 Ministerpräsident war, durch Rakosi und Gerö gestürzt und aus der Partei ausgeschlossen wurde. Nachdem es am 22. Oktober 1956 zu Studentenunruhen und es am 23. Oktober in Budapest zu einer gewaltigen Massendemonstration kam, die im Kern eine antikommunistische und antisowjetische Freiheitsbewegung war und den Charakter eines Volksaufstandes besaß, zeigte der Verlauf der Ereignisse, dass das stalinistische Regime in Ungarn existentiell bedroht war.¹⁷²⁰ Die ungarische Führung, die sich, nachdem die ungarische Armee auf die Seite des Volksaufstandes übergegangen war, zum Schutz ihrer Herrschaft nur noch auf die Sicherheitspolizei und auf sowjetische Truppen stützen konnte, ernannte in dieser Situation Imre Nagy am 24. Oktober zum Ministerpräsidenten und dessen bisherigen Kritiker Janos Kadar am 25. Oktober zum neuen Parteichef.¹⁷²¹ Die neue Regierung Nagy, die erkannte, dass eine reformierte Parteidiktatur vom Typus des Gomulka-Regimes ausgeschlossen war und die Unterstützung der Bevölkerung nur noch durch einen grundsätzlichen Regimewechsel gewonnen werden konnte, der vor allem die Wiedereinführung eines Mehrparteiensystems zum Ziel hatte, ging auf die Forderungen der Aufständischen ein, verlangte die Zurückziehung der sowjetischen Truppen und beschloss den Warschauer Pakt zu kündigen sowie die Neutralität des Landes zu proklamieren. In diesem Zusammenhang kam es zum Bruch mit Kadar, der sich am 1. November in die Obhut des sowjetischen Oberkommandos begab. Zu diesem Zeitpunkt hatte die Kremlführung anscheinend beschlossen, die ungarische Unabhängigkeitsbewegung niederzuschlagen. Am 4. November eroberten sowjetische Truppen Budapest schlugen den ungarischen Volksaufstand blutig nieder und am gleichen Tag schaltete die neue Regierung Kadar wieder zu der früheren Abhängigkeit von der Moskauer Zentrale zurück.¹⁷²²

Wie wurden im „Monat“ die Ereignisse in den osteuropäischen Satellitenstaaten in Polen und Ungarn im Oktober 1956 mit Blick auf das sowjetische Imperium bewertet? Welche unmittelbare Bedeutung wurde ebendiesen Ereignissen für das sowjetkommunistische Herrschaftssystem unter Chruschtschow vor dem Hintergrund der Entstalinisierung des Regimes nach dem Tod Stalins und dem XX. Parteitag der KPdSU beigemessen?

¹⁷¹⁹ Vgl. grundsätzlich François Fejtö, Imre Nagy. Ein Porträt, in: Der Monat, Heft 110 (1957), 10. Jg., S. 3-11 sowie Imre Nagy, Auszüge aus einem „Politischen Testament“, in: ebenda, S. 11-21.

¹⁷²⁰ Das folgende nach Ernst Halperin, Brief aus Budapest: Bei der ungarischen Jugend, in: Der Monat, Heft 99 (1956), 9. Jg., S. 14-18 sowie François Bondy, Ungarns Augenblick der Freiheit, ebenda, S. 19-32.

¹⁷²¹ Vgl. grundsätzlich George Paloczi-Horvath, Janos Kadar. Ein Porträt, in: Der Monat, Heft 102 (1957), 9. Jg., S. 3-10.

¹⁷²² Siehe ebenda S. 10.

Abgesehen von den bereits genannten Beiträgen, die angesichts der Entwicklungen in den sowjetischen osteuropäischen Satellitenstaaten und speziell in Polen sowie in Ungarn sämtlich einen eher beschreibenden Charakter besaßen, war die Veröffentlichung „Es gibt kein Zurück“ – mit dem Untertitel „Die Lehren aus Ungarn und Polen“ – von Richard Löwenthal¹⁷²³ aus einer primär analytischen Perspektive geschrieben. In diesem Zusammenhang ging der Kommunismus-Experte explizit oder implizit auf die oben gestellten Fragen ein.

„Wir stehen“, schrieb Löwenthal zu Beginn seines Beitrages, der im Januar-Heft des Jahres 1957 erschien, „an einem Wendepunkt der Geschichte. Die Völker Polens und Ungarns haben der Macht und der Ideologie des Sowjetreiches Schläge versetzt, von denen es sich auf der alten Basis nicht mehr erholen kann.“ Für Richard Löwenthal stand fest, dass die Ereignisse in Ungarn und Polen nicht ausschließlich nationale Vorgänge waren, sondern nur aufgrund einer grundsätzlichen „Zerfallskrise des Stalinismus“ möglich wurden.¹⁷²⁴ Das hieß vor allem: Angesichts des durch die sowjetische Führung nach dem Tod Stalins „planmäßig“ gelenkten, nicht rückgängig zu machenden Prozess der Entstalinisierung, stellte der XX. Parteitag und die Geheimrede Chruschtschows eine elementare Zäsur dar, weil die in erster Linie aus innenpolitischen Gründen vorgenommene Verurteilung Stalins und „seines“ Terrorsystems gegen die eigentlichen Intentionen der sowjetischen Machthaber ihre moralische und politisch-ideologische Autorität auch und vor allem in den osteuropäischen Satellitenländern erschüttert hatte. Daraus folgte für Löwenthal, dass der sowjetischen Führung der Entstalinisierungsprozess und mithin die Lockerung der früheren Herrschaftsmethoden aus der Zeit Stalins entglitten und im Grunde genommen nicht mehr zu kontrollieren war. Die Rehabilitierung des ehemaligen „Verräters“ Tito durch Chruschtschow und das damit verbundene Eingeständnis, dass die Sowjetunion nicht das einzige Vorbild für den „Aufbau des Sozialismus“ sei, hatten unter anderem zu den Ereignissen in Polen und in Ungarn geführt. Die Rückkehr zu den stalinistischen Gewaltmethoden wie im Fall des von der sowjetischen Armee besetzten Ungarn konnte nach Auffassung von Löwenthal keine Stabilisierung des sowjetischen Imperiums in Osteuropa bringen. Auf der anderen Seite war eine Preisgabe der Parteiregime in den Satellitenstaaten aus genuin politisch-ideologischen Gründen unmöglich. Gleichzeitig hätte eine allgemeine „Liquidierung der Satellitenregime“ durch ihre Bevölkerung dem zum damaligen Zeitpunkt bereits stark angeschlagenen Mythos

¹⁷²³ Richard Löwenthal, Es gibt kein Zurück. Die Lehren aus Ungarn und Polen, in: Der Monat, Heft 100 (1957), 9. Jg., S. 7-15.

¹⁷²⁴ Ebenda, S. 7.

vom nicht aufzuhaltenden Siegeszug des Kommunismus auch in der Sowjetunion den Todesstoß versetzt. Für Richard Löwenthal stand in diesem Zusammenhang mit Blick auf das sowjetische Regime fest:

„Wer die ideologische Wiederbelebung der herrschenden Partei für so fundamental hält wie die Gruppe um Chruschtschow, kann einer solchen Liquidierung unmöglich zustimmen; aber wird, wer ihr nicht zustimmt, auf die Dauer die Sicherheitsinteressen Rußlands wahren können?

Je länger die Krise des Satellitenreichs anhält, je schwieriger die Wiederherstellung kommunistischer Satellitenregime mit militärischer Gewalt sich erweist, desto deutlicher werden das ideologische Interesse der Partei und das Staatsinteresse Rußlands auf Lösungen in verschiedene Richtung drängen. Unter allen Folgen der Krise ist diese von der größten historischen Tragweite. Denn der Stalinismus beruht auf der gewaltsamen Verflechtung, ja Identifizierung dieser beiden Interessen. Das aber besagt, daß die Krise des Satellitenreichs ihre Lösung so wenig in einer Rückkehr zum Stalinismus finden kann, wie das innere Wachstum der sowjetischen Wirtschaft und Gesellschaft und die Verschiebungen im Verhältnis von Partei, Geheimpolizei und Armee auf die Dauer eine solche Lösung zulassen.“¹⁷²⁵

Das sowjetische Imperium war tatsächlich durch die Ereignisse in Polen und insbesondere durch die Vorgänge in Ungarn sowohl politisch als auch ideologisch schwer angeschlagen. Die erste Hälfte des Jahres 1957 zeigte, dass die brutale Unterdrückung des ungarischen Volksaufstandes zwar keine grundsätzliche Lösung der Krise des Satellitenreiches darstellte, aber gleichwohl dazu führte, dass den oppositionellen Gruppen in den osteuropäischen Ländern klar gemacht wurde, dass eine Befreiung der unter der Kontrolle Moskaus stehenden kommunistischen Regime auf lange Zeit versperrt war. Den sowjetischen Machthabern ging es zunächst unter anderem darum, die Einheit des Ostblocks unter ihrer Führung wiederherzustellen sowie vorhandene Hoffnungen auf eine Liberalisierung des Regimes im eigenen Land, die beispielsweise unter den Schriftstellern und Intellektuellen vorhanden waren, zurückzudrängen.¹⁷²⁶

Für die innere Entwicklung des sowjetischen Regimes waren in erster Linie die von Chruschtschow am 30. März 1957 vertretenen Thesen zur „Dezentralisierung der Industrie und der Bauwesenverwaltung von einschneidender Bedeutung“.¹⁷²⁷ Die Durchführung dieser Maßnahmen stellte gewissermaßen die größte innenpolitische Umwälzung der Sowjetunion seit Stalins Kollektivierungspolitik Ende der 1920er Jahre dar. An die Stelle der zentralen fünfundzwanzig Wirtschaftsministerien traten lokale Wirtschaftsräte der einzelnen Verwaltungsgebiete. Fortan hatte die staatliche Plankommission (Gosplan) nur noch die

¹⁷²⁵ Ebenda, S. 15.

¹⁷²⁶ Vgl. hierzu Erik Nohara, Die große Debatte, in: Der Monat, Heft 103 (1957), 9. Jg., S. 86-91.

¹⁷²⁷ Das folgende nach Richard Löwenthal, Die letzte Säule, in: Der Monat, Heft 107 (1957), 9. Jg., S. 3-12.

Aufgabe einer allgemeinen und grundsätzlichen Lenkung. Das zentrale Ziel der von Chruschtschow in Gang gebrachten Reform der sowjetischen Wirtschaft bestand darin, die hohe staatliche Wirtschaftsbürokratie zugunsten von Parteifunktionären zu entmachten. Die groß angelegte Wirtschaftsreform brachte eine grundsätzliche Veränderung der Wirtschaftsleitung mit sich. Gleichwohl war entscheidender, dass sich hierdurch eine weit reichende Veränderung der Machtverhältnisse im sowjetischen Regime ergab. Denn die Wirtschaftsreform zielte in funktioneller und personeller Hinsicht in erster Linie auf eine Stärkung des Parteiapparates. Auf den ersten Blick schien im Frühjahr 1957 innerhalb der sowjetischen Führung Konsens über die radikale Wirtschaftsreform zu bestehen. Allerdings warteten Chruschtschows Gegner in der Parteiführung nur auf die günstige Gelegenheit den Angriff auf ihn starten, den sie für die krisenhaften Entwicklungen in Polen und Ungarn verantwortlich machten. Bereits auf dem Plenum des Zentralkomitees im Dezember 1956 formierte sich der „Widerstand“ gegen Chruschtschows Entwurf für die Reorganisation des alten Planungssystems, die auf eine „rationelle“ Wirtschaft abzielte. Auf dem Plenum des ZK Ende Juni 1957 gelang es Chruschtschow aber fünf seiner gefährlichsten Widersacher aus dem Parteipräsidium auszuschließen. Neben Malenkow, Kaganowitsch, und Molotow, die sich mit dem Vorwurf ihrer Mitverantwortung bei den stalinistischen Säuberungen konfrontiert sahen, wurden Perwuchin und Saburow Opfer der Chruschtschowschen Säuberungen. Der Triumph des ersten Parteisekretärs wurde gekrönt durch die Veränderung in der Zusammensetzung des Parteipräsidiums. Fortan bestand es nämlich aus fünfzehn stimmberechtigten Mitgliedern und neun Kandidaten – darunter sämtliche acht Mitglieder des Zentralsekretariats der Partei bzw. des Chruschtschowschen Sekretariats und sie wurden mit „Doppelfunktionen im Präsidium und Sekretariat“ (Herbert Ritvo) ausgestattet. Im neuen Parteipräsidium stellte die „Parteimaschine“ insgesamt sechzehn Funktionäre, wohingegen die Zentralregierung ausschließlich durch den Ministerpräsidenten Bulganin, den stellvertretenden Ministerpräsidenten Mikojan, Marschall Schukow und die Minister Perwuchin sowie Kosygin vertreten war. Daraus folgte eine entscheidende Machtverschiebung zugunsten Chruschtschows, denn der Personenkreis, der formal für die eigentlichen Regierungsgeschäfte verantwortlich zeichnete, war letzten Endes nicht mehr in der Lage, die tatsächliche Politik maßgeblich mitzubestimmen. Richard Löwenthal stellte in seinem im August-Heft des Jahres 1957 erschienenen Beitrag „Die letzte Säule“ in diesem Zusammenhang einerseits fest, dass nach dem vollständigen Sieg Chruschtschow über seine Gegner im Parteipräsidium die aus der Stalin-Zeit bekannte „Vorherrschaft des einen Mannes

an der Spitze der Parteimaschine wiederhergestellt“ wurde. Andererseits war er in Bezug auf das eigentliche Ziel der neuen Wirtschaftspolitik der Auffassung, dass es darum ging,

„den Dualismus von Partei und staatlicher Verwaltung abzuschaffen, mit dem die Sowjetunion seit vierzig Jahren regiert wird; er strebt eine unmittelbare Beherrschung des gesamten Landes (einschließlich der direkten Lenkung der Wirtschaft) durch Parteisekretäre an. Der Staat soll in der Sowjetunion, wie Lenin es verhiess, allmählich ‚absterben‘ – jedoch nur in dem technischen Sinne, daß seine Bürokratie durch die Partei nicht mehr kontrolliert, sondern abgelöst wird.“¹⁷²⁸

Vor diesem Hintergrund war die Auflösung und die quasi Entmachtung der Zentralregierung die unmittelbare Konsequenz des Chruschtschowschen Entwurfs für die „Reorganisation der wirtschaftlichen Planung“, denn das erklärte Ziel Chruschtschows bestand darin, der Partei die „unmittelbare Herrschaft über das wirtschaftliche Leben zu verschaffen“.¹⁷²⁹

Naheliegenderweise folgte hieraus eine fundamentale Veränderung im Herrschaftsgefüge des sowjetischen Einparteieregimes, dass nach Auffassung von Richard Löwenthal traditionsgemäß auf vier in sich „selbst hierarchisch gegliederten Säulen“ ruhte: Nämlich auf dem Parteiapparat, der Geheimpolizei, der staatlichen Wirtschaftsverwaltung sowie der Armee.¹⁷³⁰ Denn nachdem zwei der sogenannten Säulen, d. h. die Geheimpolizei und die staatliche Wirtschaftsverwaltung, durch Chruschtschow und seine Parteifunktionäre entmachtet wurden, indem sie nicht mehr im höchsten politischen Gremium des Regimes, dem Politbüro bzw. dem Parteipräsidium vertreten waren, existierten noch zwei Machtapparate: Die Partei unter der Führung Chruschtschows und die Armeeführung. Aus den zurückliegenden Veränderungen in der sowjetischen Gesellschaft im Allgemeinen¹⁷³¹ und den Machtkämpfen in Bezug auf die Nachfolge Stalins im Besonderen hatte vor allem die Armee unter der Führung von Marschall Schukow entscheidenden politischen Gewinn erzielen können. Sie hatte sich nämlich auf die Seite Chruschtschows geschlagen und sich infolgedessen gegen seine unmittelbaren Rivalen Malenkow, Kaganowitsch und Molotow entschieden.¹⁷³² Völlig überraschend für die sowjetische Bevölkerung wurde gleichwohl Schukow am 26. Oktober 1957 als Verteidigungsminister und Oberbefehlshaber der sowjetischen Streitkräfte abgesetzt und aus dem Parteipräsidium und dem Zentralkomitee ausgeschlossen. Am 26. März 1958 setzte Chruschtschow zum entscheidenden Schlag auf seinem langen „Weg zur

¹⁷²⁸ Ebenda, S. 3.

¹⁷²⁹ Ebenda, S.10.

¹⁷³⁰ Ebenda, S. 11.

¹⁷³¹ Vgl. hierzu auch Melvin J. Lasky, Die Sachverständigen. Bericht über eine Tagung, in: Der Monat, Heft 107 (1957), 9. Jg., S. 13-21.

¹⁷³² Vgl. im Einzelnen Boris Shub, Einer neuer Bonapartismus? Die Rolle der sowjetischen Armeeführung, in: Der Monat, Heft 107 (1957), 9. Jg., S. 22-25.

Alleinherrschaft“ an:¹⁷³³ Auf einer Sitzung des Obersten Sowjet wurde Bulganin seines Amtes entbunden und kurz darauf ebenfalls aus dem Parteipräsidium sowie dem Zentralkomitee ausgeschlossen, woraufhin Chruschtschow, der seit dem XX. Parteitag als alleiniger Sprecher der Partei und des Staates fungierte, dessen Funktion übernahm – mit der entscheidenden Konsequenz, dass seit dem Tod Stalins zum ersten Mal die Führung der Partei und der Regierung ausschließlich in den Händen einer einzelnen Person lag. Auf dem vom 27. Januar bis zum 5. Februar 1959 stattgefundenen außerordentlichen Parteitag der KPdSU präsentierte sich Chruschtschow gewissermaßen das erste Mal als unumstrittener Führer des Parteistaates und gleichzeitig bildete er den Rahmen für einen neuerlichen, wiederauflebenden „Persönlichkeitskult“, der fortan innerhalb der Partei eine überragende Rolle spielte, allerdings auch den sowjetischen Alltag prägen sollte und mithin vielerorts Erinnerungen an die Jahre der terroristischen Herrschaftspraxis Stalins evozierte.

Indes: Vor dem Hintergrund der Frage nach der „Rolle des charismatischen Führers im Mechanismus des totalitären Ein-Partei-Staates“¹⁷³⁴ stand für den Kommunismus-Experten Herbert Ritvo im März-Heft des Jahres 1959 im „Monat“ fest, dass Chruschtschow sicherlich eine uneingeschränkte Machtposition besaß und die unmittelbar zurückliegenden „Säuberungsaktionen“ gegen die Vertreter der sogenannten „partei-feindlichen“ Gruppe (wie zum Beispiel Bulganin, Perwuchin oder Saburow) auf den ersten Blick auffallende Parallelen mit den Stalinschen Methoden aufwies. Gleichwohl bestanden die qualitativen Differenzen vor allem darin, dass die Chruschtschowschen Säuberungen unblutig durchgeführt wurden, d. h. nicht mehr mit der physischen Liquidierung seiner „Gegenspieler“ endeten – insofern hielt sich der neue Führer des sowjetischen Regimes an das gegenseitig gemachte „Versprechen“ der Exponenten der „kollektiven Führung“ nach Stalins Tod, nämlich gegenüber potentiellen politischen Oppositionellen keine „blutigen“ Methoden anzuwenden.¹⁷³⁵

Herbert Ritvo zufolge gab es allerdings keine Garantie dafür, dass nicht in Zukunft bereits „kaltgestellte“ oppositionelle Funktionäre nicht auch physisch liquidiert werden könnten. In Anbetracht des Persönlichkeitskults, der keineswegs eine „Pervertierung des Sowjetsystems“ darstellte, hatte Chruschtschow seiner Auffassung nach den empirischen Nachweis für die These von Zbigniew Brzezinski aus seiner 1956 in den Vereinigten Staaten erschienenen Studie „The Permanent Purge“ geliefert, dass nämlich in der „Ein-Partei-Diktatur“ sowjetischer Provienez die ‚permanente Säuberung‘ institutionell ‚verankert‘ war,

¹⁷³³ Das folgende nach Herbert Ritvo, Der Weg zur Alleinherrschaft. Chruschtschow nach dem XXI. Parteitag der KPdSU, in: Der Monat, Heft 126 (1959), 11. Jg., S. 3-13 (hier S. 3-10).

¹⁷³⁴ Ebenda, S. 3.

¹⁷³⁵ Siehe im Einzelnen ebenda, S. 11 f.

oder anders formuliert, aus systemimmanenten Gründen erfolgte.¹⁷³⁶ Aus diesem Grund und angesichts der Eroberung der Alleinherrschaft des „neuen charismatischen Führer(s)“ Chruschtschow konnte Herbert Ritvo zufolge die Sowjetunion zum damaligen Zeitpunkt weiterhin als ein „totalitäres System“¹⁷³⁷ charakterisiert werden.¹⁷³⁸

IV. 2. 9. Analytisches Resümee

Auch wenn der „Der Monat“ keine Zeitschrift war, in der wissenschaftliche Forschung im unmittelbaren Sinne betrieben wurde, kann allerdings mit Blick auf die Thematisierung, Beschreibung und Analyse der Geschichte des sowjetischen Kommunismus seit der Oktoberrevolution von 1917 bis 1960 konstatiert werden, dass unter den Autoren, zumal den zahlreichen Renegaten, eine Diskussion über eben dieses komplexe Phänomen in Gang kam, die neben einem politischen und theoretischen auch einen wissenschaftlichen Charakter besaß. Die von den 122 Autoren geschriebenen knapp 250 Beiträge zum Thema der facettenreichen Geschichte des (internationalen) Sowjetkommunismus stellten zweifelsohne auch den Versuch dar, auf der Grundlage der zeitgenössischen Forschungsliteratur eine genuine Analyse der Konstituierung und Entwicklung des sowjetkommunistischen Herrschaftssystems zu erstellen – freilich in Anbetracht von fehlenden elementaren schriftlichen „Dokumenten und Statistiken“ respektive der angesprochenen grundsätzlichen „Archivsituation“.

Vor dem Hintergrund der Auseinandersetzung mit der Vorgeschichte, d. h. den näheren historisch-politischen und -gesellschaftlichen sowie ideengeschichtlichen Bedingungen in Russland des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts, wurde im „Monat“ ausdrücklich darauf eingegangen, wie es der bolschewistischen Partei unter der Führung Lenins im Oktober 1917 als „Minderheit“ gelang, die politische Macht zu ergreifen und sie mit „allen“ Mitteln zu verteidigen. Vor allem wurde hierbei hervorgehoben, dass die

¹⁷³⁶ Siehe mit ausdrücklichem Zitat aus der Studie von Zbigniew Brzezinski ebenda, S. 12.

¹⁷³⁷ Ebenda, S. 13.

¹⁷³⁸ Vgl. in diesem Zusammenhang auch die grundsätzlichen, im Hinblick auf den in der vorliegenden Arbeit insgesamt zu Grunde liegenden Untersuchungszeitraum, der bekanntlich mit dem Heft 139 im Jahre 1960 endet, sozusagen abschließenden Einschätzungen und Reflexionen zur Geschichte der Sowjetunion nach der Revolution von 1917 von George F. Kennan, die sich auch mit der möglichen zukünftigen Entwicklung des sowjetischen Regimes unter den Bedingungen einer „modernen Industriegesellschaft“ beschäftigten, in: Melvin J. Lasky, Ein Gespräch mit George F. Kennan, in: Der Monat, Heft 136 (1960), 12. Jg., S. 5-15 (hier besonders S. 13 ff.).

Machtergreifung der Bolschewiki keineswegs zwangsläufig erfolgte. Denn: Ohne zum Beispiel den Ausbruch des Ersten Weltkrieges und die sich vor allem durch den Verlauf des Krieges extrem zugespitzte soziale, wirtschaftliche und politische Situation im Land, wären die Bolschewiki auch in naher Zukunft aller Voraussicht nach eine politische „Sekte“ geblieben. Wenn zudem die demokratisch legitimierte „Kerenski-Regierung“ im Oktober 1917 die Entscheidung getroffen hätte, mit Waffengewalt die staatliche Macht gegen die „nur“ einige Tausend Mann starken revolutionären Bolschewiken zu verteidigen, wäre es möglicherweise nicht zur Konstituierung des kommunistischen Einparteienregimes, der „Diktatur des Proletariats“, und mithin zur Abschaffung der zum damaligen Zeitpunkt gewonnenen – wenn auch nur rudimentär vorhandenen – „rechtsstaatlich“ gesicherten bürgerlichen demokratischen Grundrechte gekommen. In diesem Zusammenhang kam im „Monat“ sehr genau zum Ausdruck, dass die Bolschewiki nach der staatlichen Machteroberung zur Sicherung ihrer Herrschaft mit der im Dezember 1917 in Petrograd ins Leben gerufenen „Außerordentlichen Kommission zur Bekämpfung von Konterrevolution“, der Tscheka (später GPU/ NKWD/ KGB) unter der Leitung von Felix Dserschinskij einen Geheimdienstapparat schufen, mit dem einerseits dem „weißen Terror“ der „rote Terror“ entgegengesetzt werden sollte, der andererseits allerdings alsbald zu einem Instrument wurde, um den Terror gegen sämtliche „objektiven Feinde“ der Revolution zu richten. Denn nach dem siegreichen Ende im auf beiden Seiten mit extremer Gewalt geführten Bürgerkrieg Anfang 1921 wurde die Tscheka zu einem schnell wachsenden Herrschaftsinstrument des neuen Regimes, das den Terror keineswegs ausschließlich gegen den ideologisch-politischen „Klassenfeind“ einsetzte, sondern auch gegen Menschewiki, Anarchisten, Sozialrevolutionäre und – wie bei der blutigen Unterdrückung der sozialen und politischen Proteste im Frühjahr 1921 in Petrograd und Kronstadt – gegen die eigene Bevölkerung. Vor dem Hintergrund der Thematisierung unter anderem der blutigen „Säuberungswelle“ gegen die „konterrevolutionären Elemente“ mit „nächtlichen Massenerschießungen“ wurde im „Monat“ in diesem Kontext zudem auf das Verhaften und Verschleppen von zahlreichen Aufständischen durch Tscheka-Einheiten in die sibirischen Gefängnisse und Konzentrationslager des bolschewistischen Regimes ausdrücklich eingegangen. Bei der Fokussierung auf den frühen Terror des sowjetischen Einparteienregimes in den ersten Jahren nach der Machteroberung wurde auch darauf hingewiesen, dass bereits unter der Ägide Lenins im Jahre 1922 gegen führende Vertreter der Sozialrevolutionären Partei ein erster „großer“ Moskauer Prozess stattfand, der bereits im Grunde genommen das Vorspiel für die

in den dreißiger Jahren durchgeführten Moskauer Schauprozesse darstellte, und dass die Anfänge des Systems der Konzentrationslager bereits im Leninismus lagen. Mit anderen Worten: Im „Monat“ wurde der Scheinwerfer bei der Beschreibung und Analyse des Verlaufs der russischen Revolution auch auf die historische Tatsache gelenkt, dass bei allen (qualitativen und quantitativen) politischen, ideologischen und auch individuellen Differenzen zwischen dem Terror unter Lenin und später unter Stalin keine absolute Trennungslinie gezogen werden konnte.

Bei der Beschreibung und Analyse des stalinistischen Herrschaftssystems lag in den zahlreichen Veröffentlichungen im „Monat“ der eigentliche Schwerpunkt sowohl auf dem für die zeitgenössische internationale Öffentlichkeit als auch für die internationale Kommunismusforschung im Großen und Ganzen rätselhaften, erklärungsbedürftigen Phänomen der Genese des Terrors. Der facettenreiche stalinistische Terror wurde – wie gezeigt werden konnte – grundsätzlich versucht aus dem Konnex von (kommunistischer) „Ideologie und Terror“ (Hannah Arendt) heraus zu erklären. Hierbei wurde – zumindest was die noch zu Lebzeiten Stalins veröffentlichten Beiträge anbelangte – als interpretatorischer (Forschungs-)Ansatz ein personen-, also stalinzentriertes Modell favorisiert, das grosso modo mit einer totalitarismustheoretischen Perspektive korrespondierte. Allerdings wurde in diesem Zusammenhang deutlich, dass Stalin nach dem Tod Lenins lange Jahre keineswegs der alleinige „Herr und Meister“ der kommunistischen Bewegung und -Partei in der Sowjetunion war und nicht von Anbeginn als Alleinverantwortliche und -herrscher des sowjetischen Regimes fungierte. D. h., bei der politischen und wissenschaftlichen Analyse des sowjetischen Kommunismus unter der Führung Stalins wurde mit Blick auf die „Frühphase“ deutlich, erstens, wie und warum sich der Generalsekretär der Partei insbesondere gegen seine Haupttrivalen Trotzki und Sinowjew als Nachfolger Lenins durchsetzen konnte; zweitens, dass trotzdem in der Führungsspitze der sowjetischen Staatspartei und im Politbüro angesichts der innen- und außenpolitischen Situation zum Teil fundamentale Meinungsverschiedenheiten sowie Rivalitäts- und Richtungskämpfe vorherrschten, so dass folglich in diesem Zusammenhang keineswegs vorherbestimmt war, ob sich beispielsweise Stalin im Politbüro Ende der 1920er Jahre mit der Einführung des Ersten Fünfjahresplanes bzw. seines Programms der „Zweiten Revolution“, also der Doktrin vom „Aufbau des Sozialismus in einem Land“, die die Politik der Zwangskollektivierung der Landwirtschaft ins Leben rief und Millionen von Kulaken und Bauern in der Ukraine das Leben kostete, durchsetzen würde; drittens, dass auch und vor allem angesichts der katastrophalen Folgen der Politik der

Zwangskollektivierung eine tatsächliche „Stalin-Opposition“ von führenden Vertretern der bolschewistischen Partei um den Leningrader Parteisekretär Sergej M. Kirow existierte, so dass in Bezug auf die Analyse des Sowjetkommunismus für die späten 1920er und frühen 1930er Jahre festgestellt werden kann, dass die Kommunismus-Experten des „Monat“ was diesen Zeitraum anbelangte keineswegs von einem genuinen „Einmannregime“ und einer monolithischen Herrschaftsstruktur ausgingen. In diesem Zusammenhang wurde zudem ohne Zweifel im Kontext der Beschreibung und Analyse zentraler Herrschaftsinstitutionen (unter anderem Politbüro, Generalsekretariat, staatliche Sicherheitsorgane) der Fokus sowohl auf die Entstehungsphase als auch auf die sich im Laufe der Jahre jeweils verändernde genuine Funktion gerichtet – wie beispielsweise auf das „herausragende“ System der Gefängnisse und Konzentrationslager, das in der Phase des russischen Bürgerkrieges eine primär politische Funktion innehatte und letzten Endes in zeitlicher Koinzidenz mit dem einsetzenden Stalinschen Industrialisierungsprogramm Ende der 1920er Jahre neben der politischen auch und vor allem eine ökonomische Bedeutung besaß. Insofern wurde im „Monat“ genau beleuchtet, dass mit dem Entstehen des GULAG-Systems unter der Leitung des sowjetischen Geheimdienstapparates im Jahre 1930 die Zwangsarbeit in den Lagern insbesondere bei den industriellen Großbauprojekten eine zentrale Rolle spielte, die Häftlingszahlen in atemberaubenden Tempo anwuchsen und die von Millionen Menschen geleistete Zwangsarbeit zu einem elementaren Bestandteil der wirtschaftlichen Planung der sowjetischen Staatsführung avancierte.

Wie gezeigt werden konnte, wurde der „Große Terror“ des sowjetischen Herrschaftsregime insbesondere der Jahre 1936 bis 1938, der seinerzeit zum Synonym des stalinistischen Terrors wurde, ausführlich beschrieben und vor dem Hintergrund der zeitgenössischen (Forschungs-)Literatur auch vermittelt einer totalitarismustheoretischen Perspektive einiger Autoren (wie Franz Borkenau oder Melvin J. Lasky) substantiell analysiert. So kam im „Monat“ genau zum Ausdruck, dass nach dem Kirow-Mord am 1. Dezember 1934 auf persönliche Verantwortung bzw. direkten Befehl Stalins der Terror in Gang kam, vom NKWD-Apparat zu erst unter der Führung Jagodas und nach seiner Verhaftung ab 1936 von Jeshow durchgeführt wurde – bekanntlich ging der stalinistische Massenterror Mitte der 1930er Jahre unter dem Namen „Jeshowschtschina“ in die Geschichte der Sowjetunion ein und wurde mithin mit dem Namen des gefürchteten Chefs der staatlichen Sicherheitsorgane assoziiert – und seinen mörderischen „Höhepunkt“ einerseits in den drei öffentlichen Moskauer Schauprozessen, der permanenten

Säuberung der Partei sowie der staatlichen Apparate (Sicherheitsorgane und Armee), also der „großen Tschistka“, und andererseits in den Massenverbrechen gegen die sowjetische Bevölkerung hatte. Kurzum: Der permanente Terror des stalinistischen Regimes der Jahre 1936 bis 1938 wurde im „Monat“ ausführlich thematisiert und beschrieben sowie der Versuch gemacht ihn zu interpretieren. In diesem Kontext stellte der hier ausführlich vorgestellte Beitrag „Die Moskauer Geständnisse. Gedanken über Ketzerei und Opposition im totalen Staat“, d. h. die Rezension der grundlegenden Studie „Russian Purge and the Extraction“ von F. Beck und W. Godin aus dem Jahre 1951 von Melvin J. Lasky, die substantiellste Analyse dar. Hier kam *in nuce* zum Ausdruck wie der stalinistische Terror funktionierte: In dem nämlich vor dem Hintergrund des totalitären Führers und der zentralen Entscheidungsinstanz des sowjetischen Staates, also Stalin, und der – keineswegs per se rätselhaften – öffentlichen Geständnisse der Angeklagten der Moskauer Schauprozesse, d. h. der prominenten führenden Altbolschewiken wie Bucharin, Rykow oder Jagoda, durch die Interdependenz der „Apparate“, der Folterpraxis, der ideologischen Feindbilder, der irrationalen Verschwörungstheorien und der sogenannten „Kontaktschuld“ eine selbstreferentielle bürokratische Verfolgungslogik in Gang kam, so dass schlussendlich der Terror für diese zwei Jahre eine „dauernde Institution“ (Franz Borkenau) wurde. Zudem konnte gezeigt werden, dass in diesem Kontext der analytische Scheinwerfer – idealtypisch gesprochen – auch auf sämtliche staatlichen Institutionen und die sowjetische Gesellschaft *in toto* gerichtet wurde. Denn wie aus den Ausführungen und Reflexionen Laskys deutlich wurde: Der stalinistische Terror ließ sich nicht ausschließlich durch die totalitäre politische Macht und den „pathologischen Verfolgungswahn“ Stalins sowie die genuine Verfolgungs- und Verhaftungspraxis des NKWD-Apparates reduzieren, geschweige denn angemessen historisch interpretieren bzw. erklären. Vor dem Hintergrund der in Gang gekommenen Parteisäuberung und des politischen Terrors gegen die Bevölkerung entstand nämlich tatsächlich in der Sowjetunion ein gesellschaftliches Klima, in dem jeder Bürger verdächtigt und zum „Feind“ erklärt werden konnte und gewissermaßen der gesamte Alltag des Sowjetbürgers von einer „Feindobsession“ bzw. „Feindparanoia“ infiziert war, so dass schließlich die von Hannah Arendt beschriebene und analysierte „Atomisierung“ entstand, d. h. jene „Massengesellschaft terrorisierter und isolierter Individuen“, die wiederum die gegenseitige Denunziation der einzelnen Parteimitglieder der KPdSU (einschließlich der Politemigranten der Komintern, der KPD und weiterer Funktionäre einzelner KPs) und der Menschen untereinander – sogar bis in die eigene Familie – sowie bei den sowjetischen Sicherheitsorganen zur Folge hatte.

Hierdurch wurde der stalinistische Terror nicht nur weiter in Gang gehalten, also permanent, sondern radikalisierte sich vermittels der selbstreferentiellen bürokratischen Verfolgungslogik der Sicherheitsorgane zusätzlich.

Vor diesem Hintergrund kann festgestellt werden, dass der stalinistische Terror der 1930 Jahre im Allgemeinen und der Jahre 1936 bis 1938 im Besonderen im „Monat“ konkret, d. h. empirisch ausgeleuchtet und untersucht wurde. Zum Beispiel wurde der NKWD-Terror und speziell die genuine brutale Verhör- und Folterpraxis der stalinistischen Täter von Alexander Weissberg-Cybulski in seinem Beitrag „Das grosse Verhör. Aus der Praxis des NKWD“ (Heft 35) beschrieben – hierbei handelte es sich um ein Auszug aus seinem 1951 erschienenen autobiographischen (Renegaten-)Buch „Hexensabbath. Rußland im Schmelztiegel der Säuberungen“ –, auf den sich auch Melvin J. Lasky in „Die Moskauer Geständnisse. Gedanken über Ketzerei und Opposition im totalen Staat“ (Heft 36) stützte. In diesem Zusammenhang kann zudem festgestellt werden, dass auch die stalinistischen Massenverbrechen an der sowjetischen Bevölkerung in den Blick genommen wurden – nicht zuletzt im Kontext der vielschichtigen Thematisierung des Systems der Konzentrationslager und des Stalinschen Programms der Zwangskollektivierung Ende 1920/Anfang 1930 mit den Millionen von Toten insbesondere unter den ukrainischen „Kulaken“. Allerdings wurden die konkreten Massenverbrechen und der konkrete Terror an der sowjetischen Bevölkerung nicht ausdrücklich beschrieben und analysiert. Das lag zweifelsohne einerseits an der schon mehrmals zur Sprache gebrachten Situation von fehlenden zuverlässigen und elementaren Dokumenten und Statistiken (kurz: „Archivsituation“), mit der die zeitgenössische Sowjetforschung grundsätzlich konfrontiert war. Andererseits lag dies – so die These – an einer Elitenperspektive zahlreicher Autoren im „Monat“, wie beispielsweise bei Franz Borkenau, Richard Löwenthal oder auch zum Teil bei Arthur Koestler, die als ehemalige führende Funktionäre der Kommunistischen Partei den Schwerpunkt in erster Linie auf die „Führer“ wie Lenin, Stalin und Chruschtschow sowie die zentralen Institutionen wie die Parteispitze, das Politbüro, den Geheimdienstapparat oder die Komintern richteten.

Ebenso wie zum Beispiel der überaus komplexe stalinistische Terror in den 1930er Jahren wurde die zeitgenössische Entwicklung des kommunistischen Herrschaftssystems und speziell des sowjetischen Regimes nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges bis zum Tod Stalins am 5. März 1953 und des Nachstalinismus in zahlreichen Beiträgen thematisiert und beschrieben sowie der Versuch gemacht, den alsbald wieder beginnenden (Massen-)Terror – unter

anderem die Verhaftung und Deportationen von Millionen Menschen in die Konzentrationslager, die einzelnen Schauprozesse und Säuberungswellen in der KPdSU und den einzelnen KPs vor allem in den osteuropäischen Satellitenstaaten – zu interpretieren. In diesem Zusammenhang avancierte der international bekannte deutsche Emigrant und Renegat Richard Löwenthal zum eigentlichen Experten der Zeitschrift, der – abgesehen von dem schweizer Historiker und Frankreich-Experten Herbert Lüthy – nicht nur die zahlenmäßig meisten Beiträge zu ebendiesem Themenkomplex veröffentlichte, sondern zudem die substantiellsten Analysen erstellte. Hierbei konnte unter anderem gezeigt werden, dass der Schwerpunkt der Löwenthalschen Analysen auf der gewissermaßen totalitären Triebkraft des Stalinismus (als auch später im Nachstalinismus) lag, sprich: dem „Gesetz der permanenten Revolution“ bzw. der „permanenten Revolution von oben“. die mit einer totalitarismustheoretischen Perspektive korrespondierten. Insofern wurde der analytische Scheinwerfer auf die zentralen Herrschaftsinstitutionen gerichtet, d. h. in erster Linie auf die von Stalin beherrschte Partei, das Politbüro, den Geheimdienstapparat oder auch auf das Generalsekretariat. Gleichwohl wurde in diesem Zusammenhang in dem noch zu Lebzeiten des unumstrittenen Staats- und Parteiführers Stalin verfassten Beitrag „Der Hintergrund der Säuberung“ (Heft 54) von Löwenthal festgestellt, dass es innerhalb des Politbüros essentielle Meinungsverschiedenheiten in Bezug auf den richtigen innen- und außenpolitischen Kurs der imperialistischen Sowjetunion gab – in erster Linie angesichts der defensiven Position Moskaus, d. h. der gebremsten außenpolitischen Expansion in der zugespitzten Situation angesichts des ausgebrochenen Kalten Krieges (Berlin-Krise etc.). Darüber hinaus wurde auch auf die politisch-ideologischen Machtkämpfe in der sowjetischen Führung zu Zeiten Stalins unter seinen zukünftigen potentiellen Nachfolger eingegangen. Folglich wurden auch zeitgenössische Vorstellungen implizit in Frage gestellt, wonach in dem totalitären Regime sozusagen alle führenden Funktionäre der herrschenden Staatspartei ausschließlich nach der „Pfeife“ Stalins tanzen sowie aus Angst keine unabhängigen Positionen vertreten und keine eigenständigen politische Ziele verfolgen würden.

Mehr noch: In den nach dem Tod Stalins verfassten Beiträgen des Kommunismus-Experten Richard Löwenthal – die an dieser Stelle stellvertretend für zahlreiche weitere Artikel im „Monat“ stehen –, und die sich in erster Linie mit der weiteren tatsächlichen und potentiellen Entwicklung des sowjetischen Regimes auseinandersetzten, wurde bei der Analyse des Nachstalinismus ein genuin nichtpersonenzentrierter-, d. h. polykratischer (Forschungs-)Ansatz favorisiert. Bemerkenswerterweise wurde in diesem Kontext *post festum*

auch ausgehend von der „Vier-Säulentheorie“ (Parteiapparat, Geheimpolizei, Armee sowie staatliche Wirtschaftsverwaltung) bereits für den Stalinismus eine nicht vorhandene „monolithische Staatsstruktur“ (Hannah Arendt) und dementsprechend eine „Strukturlosigkeit“ des totalitären Herrschaftsregimes beschrieben und analysiert. Es wurde also sehr wohl davon ausgegangen, dass es sich bei den unterschiedlich ausgeprägten sowjetischen Herrschaftsregimen unter Stalin (Stalinismus), und nach seinem Tod unter der „kollektiven Führung“ sowie Mitte und dann Ende der fünfziger Jahre unter dem „neuen Führer“ Chruschtschow (Nachstalinismus) gleichwohl um den Typus eines Herrschaftsregimes handelte, das grundsätzlich durch die Tatsache der „doppelten Autorität von Staat und Partei“ (Hannah Arendt) charakterisiert war. Daraus folgt auch, dass im „Monat“ in diesem Kontext ein polykratischer (Forschungs-)Ansatz vertreten wurde – der Kommunismus-Experte Richard Löwenthal steht hier pars pro toto.

Die Genesis des nachstalinistischen Herrschaftssystems einschließlich der osteuropäischen Satellitenstaaten sowie der einzelnen kommunistischen Parteien in den westeuropäischen Ländern (vor allem in Italien und Frankreich) wurde ausführlich thematisiert, beschrieben und analysiert. In diesem Zusammenhang kam nach dem Tod Stalins unter den Autoren und renommierten internationalen Kommunismus-Experten des „Monat“ ein Diskussionsprozess in Gang, in dessen Mittelpunkt aufgrund der facettenreichen fundamentalen politischen und gesellschaftlichen Veränderungen im sowjetkommunistischen Herrschaftssystem die genuin analytisch ausgerichtete Frage nach der zeitgenössischen Natur des Regimes stand. Diese Entwicklung fand nach dem „langen Weg“ Chruschtschows – einerseits nach Machtkämpfen in der Führung und zahlreichen „blutigen“ und vor allem „unblutigen“ Säuberungen nicht zuletzt in der KPdSU und den sowjetischen staatlichen Sicherheitsorganen, andererseits nach den krisenhaften Entwicklungen in den osteuropäischen Satellitenstaaten 1956 – seinen vorläufigen „Höhepunkt“ in seiner Alleinherrschaft im Jahre 1959. Hierbei wurde angesichts der Untersuchung der ökonomischen bzw. industriellen Entwicklung des Landes und der personellen, institutionellen und ideologischen Veränderungen sowie nicht zuletzt der „Zähmung“ der Geheimpolizei im sowjetkommunistischen Einparteienregimes, also nach der Zerschlagung des „Stalinschen Super-Apparats“ (Richard Löwenthal), auch die Bedeutung des Nachlassens des Terrors und die damit verbundene „Liberalisierung“ ins Zentrum gerückt. Insbesondere im Kontext des XX. Parteitages der KPdSU sowie der Chruschtschowschen Geheimrede im Februar 1956 wurde insbesondere die für die

internationale Öffentlichkeit und Wissenschaft gewissermaßen auf den „Nägeln“ brennende Frage auch unter den Experten des „Monat“ durchaus kontrovers diskutiert, ob es sich bei dem „neuen“ Herrschaftsregime unter Chruschtschow noch um eine totalitäre Diktatur handeln würde und inwiefern mithin der Begriff des Totalitarismus zur Charakterisierung des sowjetischen Systems noch angemessen wäre (exemplarisch sei an dieser Stelle die oben ausführlich referierte, in der Juni-Ausgabe des Jahres 1956 veröffentlichte Umfrage zu dem Themenkomplex „Ist Rußland anders geworden?“ genannt, an der Ignazio Silone, Dwight Macdonald, Edward Crankshaw, Ernst Halperin, Walter Lippmann und Franz Borkenau teilnahmen).

Für den hier zugrunde liegenden Untersuchungszeitraum (Oktober 1948 bis April 1960, Heft 1 bis 139) kann für den „Monat“ festgestellt werden, dass im Hinblick auf die Analyse des sowjetischen Kommunismus von Anfang an, erstens, die wichtigsten Studien der zeitgenössischen internationalen Forschungsliteratur zur Geschichte des Sowjetkommunismus entweder in Form einer Buchrezension rezipiert oder sogar als Vor- bzw. Teilabdruck veröffentlicht wurden, zweitens, zahlreiche international renommierte Kommunismus-Experten als Mitarbeiter gewonnen worden waren, drittens, dass das theoretische und historische Wissen nicht nur der Renegaten, sondern zahlreicher der im Kapitel II. 4. dieser Arbeit porträtierten „Exponenten des Monat“ (vor allem Borkenau, Löwenthal, Koestler, Bondy, Lüthy, Kohn und Aron) genutzt wurde. Überhaupt kann im Hinblick auf die Auseinandersetzung mit der Genesis des facettenreichen Phänomens des sowjetkommunistischen Herrschaftssystems festgestellt werden, dass es der Zeitschrift „Der Monat“ um tatsächliche und grundsätzliche politisch-wissenschaftliche Aufklärung ging.

Die im „Monat“ veröffentlichten Beiträge zu dem Themenkomplex Analyse des Sowjetkommunismus deckten sich, sowohl was die inhaltliche Ausrichtung als auch was die historisch-politische Auseinandersetzung mit der Geschichte des facettenreichen Phänomens des internationalen Kommunismus anbelangte, mit der in diesen Jahren führenden wissenschaftlichen Zeitschrift in der Bundesrepublik, d. h. dem „Informationsblatt“ (Wolfgang Leonhard) „Ost-Probleme“. Wie eingangs bereits angesprochen, veröffentlichten hierbei nicht nur in zahlreichen Fällen der gleiche Personenkreis von internationalen Kommunismus-Experten in den beiden Organen, so dass sich naheliegenderweise die einzelnen Kommentare, Interpretationen und Analysen deckten, sondern darüber hinaus wurden im „Monat“ und in „Ost-Probleme“ größtenteils auch die gleiche Forschungsliteratur

rezipiert und besprochen. Insofern kann es *post festum* nicht verwundern, dass beispielsweise in der 1959 erschienenen wichtigen Studie „Kreml ohne Stalin“ von Wolfgang Leonhard als Quelle auch und vor allem zahlreiche zentrale Beiträge von ebenjenen international renommierten Kommunismus-Experten dienten, die im „Monat“ und in „Ost-Probleme“ veröffentlicht wurden.

IV. 3. Vergleichende Analyse der totalitären Herrschaftssysteme des Nationalsozialismus und des Sowjetkommunismus

IV. 3. 1. Vorbemerkung und Fragestellung

Nachdem in den beiden vorherigen Kapiteln die Beschreibung und Analyse der Genese und Entwicklung des Nationalsozialismus sowie des Sowjetkommunismus im „Monat“ auf der Basis des jeweils entwickelten Fragekomplexes untersucht wurde – im Fokus stand hierbei die Frage, welches Bild die Zeitschrift jeweils in ihren Beiträgen in den Jahren von Ende 1948 bis Mitte 1960 von den beiden Herrschaftssystemen zeichnete, welche Autoren hierzu veröffentlichten und letztlich zu *den* Experten avancierten –, soll es im Folgenden mit Blick auf die zeitgenössischen wissenschaftlichen Totalitarismusstudien um den ausdrücklichen Vergleich zwischen den beiden totalitären Herrschaftssystemen des 20. Jahrhunderts, also des deutschen Nationalsozialismus und des Sowjetkommunismus, gehen.¹⁷³⁹ Vor dem Hintergrund des auch und vor allem in der Totalitarismusforschung einflussreichen Konzeptes der „politischen Religionen“ von Eric Voegelin aus dem Jahre 1938 sowie den unterschiedlichen wissenschaftlich bedeutendsten ausformulierten Totalitarismuskonzeptionen der 1950er Jahre,¹⁷⁴⁰ d. h. den „klassischen“

¹⁷³⁹ Im Gegensatz zu den beiden vorherigen Kapiteln ist in diesem Kapitel die Frage, welche Autoren zum Thema vergleichende Analyse der totalitären Herrschaftssysteme des Nationalsozialismus und des Sowjetkommunismus veröffentlichten und zu *den* Totalitarismus-Experten avancierten nicht von Interesse. Nur soviel: Es hat sich letzten Endes hier kein Autor des „Monat“ zum eigentlichen Experten herauskristallisiert. Strenggenommen wäre dies George Orwell, von dem fünf Beiträge zu diesem Themenkomplex erschienen, und zwar im Kontext der Veröffentlichung seines Romanes „1984“.

¹⁷⁴⁰ Nicht mit einbezogen werden die zu Beginn der 1940er Jahre, mithin zum Zeitpunkt des kurz zuvor ausgebrochenen Zweiten Weltkrieges, erschienenen totalitarismustheoretischen Untersuchungen von Franz Borkenau, Sigmund Neumann und James Burnham (siehe hierzu die entsprechenden Ausführungen im Einleitungskapitel „Die wechselvolle Geschichte des Totalitarismusbegriffs“ und Kap. II. 3. 2. „Die Totalitarismusstudien von Franz Borkenau und James Burnham“). Diese Entscheidung wird aus drei Gründen getroffen: Erstens erschien die Zeitschrift „Der Monat“ in der Hochphase des Kalten Krieges, der natürlich für die Akteure um den Herausgeber und Chefredakteur Melvin J. Lasky von entscheidender Bedeutung war. Zweitens hatte sich durch das Bekanntwerden der deutschen Massenverbrechen im Zweiten Weltkrieg und des zeitgenössischen Faktenwissen über die Vernichtungsdimension des NS-Herrschaftssystems auch und vor allem in den Konzentrations- bzw. Vernichtungslagern, der analytische Fokus der Totalitarismustheorie verändert. Dies schlug sich bereits in dem 1951 veröffentlichten Standardwerk „Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft“ von Hannah Arendt nieder, in dem der (permanente) Terror zum konstitutiven Merkmal des Totalitarismus wurde. Drittens kam erst nach dem Zusammenbruch des „Dritten Reiches“ die internationale Kommunismusforschung in Gang, die, nachdem der Terror im Sowjetkommunismus unter Stalin eine überragende Bedeutung hatte, besonders in den ersten drei Jahren nach seinem Tod am 5. März 1953 bis zum XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 im Nachstalinismus ein Nachlassen des Terrors feststellte (siehe hierzu insgesamt das Kap. IV. 2. „Analyse des Sowjetkommunismus“). Diesem Phänomen und der Wandlungsfähigkeit des sowjetischen Regimes hatten auch die Totalitarismus-Studien in den 1950er Jahren Rechnung zu tragen.

Totalitarismustheorien von Hannah Arendt, Carl J. Friedrich und Zbigniew Brzezinski sowie den beiden ideengeschichtlich angelegten Arbeiten von Jacob L. Talmon und Norman Cohn, werden im Folgenden in einem ersten Schritt die zentralen analytischen Definitionsmerkmale für die Bestimmung der nach Auffassung der Autoren historisch neuartigen Herrschaftsregime, die sie als *totalitäre* klassifizierten und – wie gesehen¹⁷⁴¹ – primär auf den Nationalsozialismus und den Stalinismus sowie vor allem bei Carl J. Friedrich und Zbigniew Brzezinski auch ausdrücklich auf den Nachstalinismus bezogen, aus den einzelnen Totalitarismusstudien herausgefiltert und bestimmt.

In einem zweiten Schritt werden dann anhand der herausgearbeiteten Definitionsmerkmale für die totalitären Herrschaftssysteme des Nationalsozialismus und des Sowjetkommunismus sämtliche Beiträge¹⁷⁴² im „Monat“ von Oktober 1948 bis April 1960 (Heft 1 bis 139) untersucht,¹⁷⁴³ die zum einen ausdrücklich im Kontext des Totalitarismusphänomens sowie zum anderen in vergleichender Perspektive (explizit oder implizit) veröffentlicht wurden, und hierbei anhand ebendieses Kriterienkataloges in chronologischer Reihenfolge „abgeklopft“;¹⁷⁴⁴ nicht berücksichtigt werden hierbei die Vergleiche, die zwar eine Gegenüberstellung der beiden Herrschaftsregime oder der totalitären Führer Hitler und Stalin beinhalteten, indes keine grundsätzlichen politisch-analytischen Erkenntnisse enthielten.¹⁷⁴⁵

¹⁷⁴¹ Siehe hierzu das Einleitungskapitel „Die wechselvolle Geschichte des Totalitarismusbegriffs“.

¹⁷⁴² Nicht mit einbezogen werden die Beiträge, die ausdrücklich zur Geschichte des Nationalsozialismus und des Sowjetkommunismus im „Monat“ veröffentlicht und mithin bereits in den Kapiteln IV.1. sowie IV. 2. in die Untersuchung einbezogen wurden; eine Ausnahme bilden indes in diesem Zusammenhang die Beiträge, in denen die totalitären Herrschaftssysteme des Nationalsozialismus und des Stalinismus/Nachstalinismus ausdrücklich verglichen wurden und sie substantielle Erkenntnisse enthielten.

¹⁷⁴³ Nicht mit einbezogen wird das Doppelheft 22/23, das anlässlich des im Juni 1950 in Berlin veranstalteten „Kongresses für kulturelle Freiheit“ erschien (siehe hierzu das Kapitel I. 5.). Nur an einer Stelle dieses Kapitels wird auf den Berliner Kongress kurz eingegangen, und zwar im Abschnitt IV. 3. 3. „Der Vergleich der nationalsozialistischen und stalinistischen Konzentrationslager“, ohne dass allerdings – wie noch zu sehen sein wird – eine grundsätzliche Thematisierung erfolgt.

¹⁷⁴⁴ D. h., dass ich mit dem ersten Heft des „Monat“ beginne und dann fortlaufend bis zum Heft 139 jede einzelne Ausgabe untersuche. Eine Ausnahme wird dann gemacht, wo es sinnvoll erschien von dem chronologischen Prinzip abstand zu nehmen und nicht kontinuierlich jede einzelne Ausgabe „abzuklopfen“: Wie zum Beispiel bei den drei Veröffentlichungen aus Hannah Arendts 1951 in New York erschienenen Studie „The Origins of Totalitarianism“ sowie dem Rezensionssatz „Von der Gefährdung des Menschen. Zur Festschrift für Karl Jaspers“ von Hans Kudzus, wo der deutsche Philosoph auf den Aufsatz „Ideologie und Terror“ von Hannah Arendt einging und in diesem Zusammenhang u. a. ausdrücklich den Terror als das Wesen der totalitären Herrschaft hervorhob. Hier werden dann die in verschiedenen Heften und unterschiedlichen Jahrgängen des „Monat“ erschienenen Beiträge in einem Schritt abgehandelt.

¹⁷⁴⁵ Siehe exemplarisch Michael Freund, Die Erbsünde unserer Welt, in: Der Monat, Heft 36 (1951), 3. Jg., S. 656-658; hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: Alexander Rüstow, Ortsbestimmung der Gegenwart. Eine universalkritische Kulturkritik. Band I: Ursprung der Herrschaft, Erlenbach-Zürich (o. J.). Hier hieß es auf S. 657 nur, dass die sogenannte moderne totalitäre Herrschaft als „etwas Asiatisches empfunden wird und daß die asiatischen Züge an Stalin und auch an Hitler“ in dem besprochenen Buch von Alexander Rüstow immer wieder herausgearbeitet wurden.

Erreicht werden soll in diesem Zusammenhang eine objektive Grundlage für die Untersuchung, wie die politisch-analytische Unterscheidung und der ausdrückliche Vergleich der beiden totalitären Herrschaftssysteme des Nationalsozialismus und des Sowjetkommunismus ausfielen und wie die möglicherweise festgestellten qualitativen und/oder quantitativen Differenzen bewertet wurden. Genauer gesagt, es geht darum herauszuarbeiten, wie der Vergleich zwischen dem Nationalsozialismus und dem Sowjetkommunismus (bzw. Stalinismus/Nachstalinismus) im „Monat“ im hier festumrissenen Zeitraum letzten Endes ausfiel.

In diesem Zusammenhang steht in diesem Teil der vorliegenden Arbeit die Frage im Mittelpunkt des Interesses, inwiefern sich der „Monat“ im Kontext der vergleichenden Auseinandersetzung mit dem Totalitarismus nationalsozialistischer und sowjetkommunistischer Provenienz im Fahrwasser der zeitgenössischen politisch-wissenschaftlichen Sowjetforschung der 1950er Jahre befand und mithin in diesem Kontext auch eine „normative Funktion“ (Martin Jänicke) besaß. Die normative Funktion der Totalitarismustheorie fand auch und vor allem in der von Zbigniew K. Brzezinski in seiner 1956 erschienenen Studie „The Permanent Purge. Politics in Soviet Totalitarianism“ entwickelten These ihren „Höhepunkt“, wonach durch die Festlegung des Typs totalitärer Herrschaft auf „revolutionär-terroristische Merkmale“ – die in erster Linie anhand des Stalinismus gewonnen wurden – der kommunistische Totalitarismus als das am „weitesten entwickelte totalitäre Herrschaftssystem“ apostrophiert wurde¹⁷⁴⁶ und infolgedessen letzten Endes als „eigentlicher Modellfall totalitärer Herrschaft“ verblieb.¹⁷⁴⁷ Mit anderen Worten: Vor dem Hintergrund der Grundannahme, dass die sowjetisch-kommunistische Parteidiktatur der eigentliche, „da ältere und einzig ‚voll ausgereifte‘ Modellfall totalitärer Herrschaft“ sei, verzichtete der amerikanische Politikwissenschaftler der Harvard-Universität und spätere Direktor des Institutes zur Erforschung des Kommunismus an der Columbia-Universität New York, Zbigniew K. Brzezinski – der unter anderem in den 1960er Jahren als Sicherheitsberater in Sachen Ostpolitik des US-Präsidenten John F. Kennedy fungierte – darauf, seinen am „Material des Stalinismus“ gewonnenen Totalitarismusbegriff mit den zeitgenössischen Forschungsergebnissen zur Geschichte des Nationalsozialismus respektive der Faschismus-Forschung zu prüfen.¹⁷⁴⁸ Daraus folgt für diesen Teil, dass auch danach gefragt wird, ob die Totalitarismustheorie sowie der Vergleich des Nationalsozialismus und

¹⁷⁴⁶ Siehe hierzu im Einzelnen Walter Schlangen, Die Totalitarismus-Theorie. Entwicklung und Probleme, Stuttgart u. a. 1976, S. 63-95 (Zitate S. 91).

¹⁷⁴⁷ Martin Jänicke, Totalitäre Herrschaft. Anatomie eines politischen Begriffes, S. 86.

¹⁷⁴⁸ Ebenda, S. 90.

des stalinistischen bzw. nachstalinistischen Sowjetkommunismus auch auf der Grundlage und Kenntnis der zeitgenössischen Forschungsliteratur zur Geschichte des „Dritten Reiches“ gezogen wurde.

Zudem wird abschließend danach gefragt, welche Totalitarismustheorie bzw. welches Totalitarismusmodell der „Monat“ im oben angesprochenen Zeitraum favorisierte und welches Bild die Zeitschrift von den totalitären Herrschaftssystemen des Nationalsozialismus und des Sowjetkommunismus (bzw. Stalinismus/Nachstalinismus) zeichnete.

IV. 3. 1. 1. Die Veröffentlichung der Totalitarismus-Studien Eric Voegelins 1938 und der 1950er Jahre sowie ihre analytischen Definitionsmerkmale

Wie gezeigt,¹⁷⁴⁹ gab Eric Voegelin in seiner Anfang 1938 in Wien erschienenen schmalen Studie „Die politischen Religionen“ eine ideengeschichtliche Begründung für das Auftauchen der modernen Massenbewegung in Italien, der Sowjetunion und vor allem in Deutschland. Voegelin war am Faschismus¹⁷⁵⁰ und Kommunismus als einem religiösen Phänomen interessiert und versuchte die Ursachen und die Motivation derer zu deuten, die sich den zeitgenössischen ideologischen Massenbewegungen anschlossen. Seine zentrale These lautete: Die politischen Massenbewegungen waren Ausdruck einer fundamentalen Krise der westlichen Zivilisation infolge der Säkularisierung des Geistes, d. h. „in der Trennung eines dadurch nur weltlichen Geistes von seinen Wurzeln in der Religiösität“. Dabei nutzen sie, so Voegelin, die noch vorhandenen religiöse Bedürfnisse der Einzelnen aus und boten Kompensation bei quasi-religiösen Veranstaltungen in der Sphäre der Politik, wie Parteiveranstaltungen oder Aufmärschen. Die modernen Diktaturen betrachtete Eric Voegelin als das Ergebnis einer *innerweltlichen Religion*, „die das Kollektiv, sei es die Menschheit, das Volk, die Klasse, die Rasse, oder den Staat, als Realissimum erlebt, (als) Abfall von Gott“, d. h. als Abfall von der „überweltlichen Religion“ des Christentum.

Nachdem Hannah Arendt mit der 1951 in den Vereinigten Staaten veröffentlichten Studie „The Origins of Totalitarianism“ mit „einem Schlag“ in der internationalen Öffentlichkeit

¹⁷⁴⁹ Das folgende und die nachfolgenden Zitate nach den entsprechenden Ausführungen im Einleitungskapitel „Die wechselvolle Geschichte des Totalitarismusbegriff“.

¹⁷⁵⁰ Der Nationalsozialismus wurde in dieser Zeit in der internationalen Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit nicht selten noch unter die Kategorie Faschismus subsumiert.

bekannt wurde, erschien im Jahre 1955 die um das knapp dreißig Seiten umfassende Kapitel „Ideologie und Terror“ – mit dem Untertitel: „eine neue Staatsform“¹⁷⁵¹ – erweiterte deutsche Ausgabe. Insbesondere in diesem Kapitel entwickelte die Autorin¹⁷⁵² letzten Endes primär mit Blick auf den deutschen Nationalsozialismus und den sowjetkommunistischen Stalinismus vermittels der beiden zusammengehörenden Bestimmungselemente *Ideologie und Terror* das spezifische Wesen und Prinzip der totalitären Herrschaftssysteme, sprich: der *neuen Staatsform*. Die analytischen Definitionsmerkmale (im Folgenden kursiv hervorgehoben) für die neuartige, totalitäre Herrschaftsform sah Hannah Arendt im Nationalsozialismus ab dem Jahre 1938 und im Stalinismus von 1930 bis 1953 historisch verwirklicht. Zu ebenjenen analytischen Definitionsmerkmalen zählten:

1. eine *Ideologie*, die eine totale Welterklärung beanspruchte und zudem den „Akteuren“ eine totale Erklärung für alles „geschichtlich sich Ereignenden“ zu liefern versprach und zwar sowohl in Bezug auf die Vergangenheit als auch was das totale „Sich-Auskennen“ in der Gegenwart sowie was das „verlässliche Vorhersagen“ der zukünftigen Geschichte anbelangte.
2. Unmittelbar hiermit verknüpft war Arendt zufolge der (permanente) *Terror*, der ihrer Auffassung nach zu dem Zeitpunkt in Gang kam, nachdem die gewalttätige Ausschaltung der wirklichen Regimegegner erfolgreich abgeschlossen war. D. h., für Hannah Arendt wurde die vollkommene „Herrschaft des Terrors“ erst dann „losgelassen“, als jedwede Opposition, gegen die er sich wenden könnte bereits erloschen war.
3. Die enge Affinität zwischen *Ideologie* und *Terror* resultierte für Arendt aus der Tatsache, dass die totalitären Herrschaftsregime des Nationalsozialismus und des Stalinismus die ideologischen Aussagen für „bare Münze“ nahmen und konsequent ernst machten sie qua *Terror* in Herrschaftswirklichkeit umzusetzen, d. h., die *Ideologie* diente dazu die radikale

¹⁷⁵¹ Das Kapitel erschien zuerst in der amerikanischen Zeitschrift *Review of Politics* 15 (1953), Nr. 3, S. 303-327 und in einer veränderten Fassung in: *Offener Horizont: Festschrift für Karl Jaspers*, München 1953, S. 229-254. Zu der „Jaspers-Festschrift“ im Allgemeinen und zu dem Kapitel von Hannah Arendt im Besonderen siehe Hans Kudzus, Von der Gefährdung des Menschen. *Zur Festschrift für Karl Jaspers*, in: *Der Monat*, Heft 56 (1953), 5. Jg., S. 188-191 (hierbei handelte es sich um die Rezension ebendieser Buchveröffentlichung). Auf S. 190 schrieb der deutsche Philosoph Hans Kudzus u. a., dass es sich bei dem Beitrag „Ideologie und Terror“ um eine „glänzende Analyse“ handelte, „die wir für das eindrucksvollste Stück der ganzen Festschrift halten“.

¹⁷⁵² Das folgende nach der ausführlichen Beschreibung und den Anmerkungen zur Totalitarismusstudie von Hannah Arendt im Einleitungskapitel „Die wechselvolle Geschichte des Totalitarismusbegriffs“ mit den entsprechenden Seitenangaben; hier wurde neben dem methodischen Problem, dass die Autorin den Totalitarismusbegriff insbesondere am empirischen Material des Nationalsozialismus gewann und ihn auf das stalinistische System übertrug, obwohl zu diesem Zeitpunkt über die politische Herrschaftspraxis und Verfolgungspraxis in der Sowjetunion noch keine gesicherten Forschungsergebnisse vorlagen, auch die Rezeption des Buches in West-Deutschland in den Jahren nach dem Zusammenbruch des „Dritten Reiches“ zur Sprache gebracht.

Veränderung der Gesellschaft in Bezug auf einen „Heilszustand“ anzustreben. Im Zentrum der kommunistischen Ideologie stand für Hannah Arendt die Vorstellung von „absterbenden Klassen“, in der nationalsozialistischen die von „parasitären Rassen“. Der Feindstatus ebendieser Menschengruppen wurde aus ideologisch vorgegebenen „objektiven Merkmalen“ deduziert, so dass die gewalttätige Ausschaltung dieser jeweiligen „Feindgruppen“ als notwendige geschichtliche Handlung betrachtet wurde. Für Arendt war es diese deduktive Logik, die der Natur und der Geschichte zwingende *Bewegungsgesetze* unterstellte und daranging diese Gesetze zu vollstrecken, die das totalitäre Moment der Verbindung von „*Terror und Ideologie*“ war.

4. Vor dem Hintergrund der *totalitären Propaganda* und der neuartigen sogenannten *totale(n) Organisation* versuchten die an die Schaltstellen der staatlichen Macht gekommenen revolutionären totalitären Bewegungen mit allen Mitteln die neue Herrschaft zu konsolidieren und allmählich auszubauen – und zwar durch die totalitäre Herrschaftsausübung mit Hilfe des Staatsapparates, indessen in erster Linie durch die *Geheimpolizei* und die *Konzentrationslager*.
5. Für Hannah Arendt wurde das *System der Konzentrationslager* zum Inbegriff der neuen Herrschaftsform des Nationalsozialismus und des Stalinismus. Die „Konzentrations- und Vernichtungslager“ dienten dem totalen Herrschaftsapparat als „Laboratorien“, in den experimentiert wurde, „ob der fundamentale Anspruch der totalitären Systeme, daß Menschen total beherrschbar sind, zutreffend ist.“ Zum einen stand für Arendt fest, dass die Konzentrationslager das „richtungsweisende Gesellschaftsideal für die totale Herrschaft überhaupt“ waren, zum anderen, dass sich kein Terrorsystem ohne die Einrichtung von Konzentrationslagern als „effektiv“ und letzten Endes von Dauer erweisen kann. Neben der genuin politisch-ideologischen Bedeutung hatten die Konzentrationslager zudem implizit eine *ökonomische* Funktion, da die sogenannte Zwangsarbeit zur „Finanzierung des sie bewachenden Apparats“ (SS bzw. NKWD) diente;¹⁷⁵³ mit Blick auf die Sowjetunion und eine Lager-Typologie sah sie sehrwohl eine explizite ökonomische Bedeutung im Kontext der genuinen „Zwangsarbeitslager“ unter Stalin. Indes spielte Arendts Auffassung nach ein ausdrückliches „Profitmotiv“ für das „System der Konzentrationslager“ im Hinblick auf die „totale Herrschaft“ des Nationalsozialismus und des Stalinismus keine Rolle.¹⁷⁵⁴

¹⁷⁵³ Hannah Arendt, *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, S. 684.

¹⁷⁵⁴ Ebenda, S. 700.

6. Darüber hinaus sah Hannah Arendt als ein weiteres Kennzeichen der neuartigen totalitären Herrschaftssysteme des Nationalsozialismus und des Stalinismus, dass vor dem Hintergrund des Terrors eine „*Atomisierung der Gesellschaft*“ zu konstatieren war und die „*Angst*“ allgegenwärtig und zudem die (politische) *Freiheit* vollkommen liquidiert war. Folglich entwickelte die politische Theoretikerin in ihrer Studie über die „totale Herrschaft“ im unausgeführten Kontrast eine *Demokratie-Theorie*.

Die neben der Studie von Hannah Arendt einflussreichste totalitarismustheoretische Untersuchung veröffentlichten Carl Joachim Friedrich und Zbigniew K. Brzezinski unter dem Titel „Totalitarian Dictatorship and Autocracy“ im Jahre 1956 in den Vereinigten Staaten. Die letzten Endes einzig „umfassende und vergleichsweise systematische Theorie totalitärer Herrschaft“ (Martin Jänicke) avancierte insbesondere aufgrund des politischen und wissenschaftlichen Forschungsansatzes zum Standardwerk und erschien 1957 unter dem Titel *Totalitäre Diktatur* in Deutschland mit Friedrich als alleinigem Autor; zudem im Jahre 1965 in den Vereinigten Staaten vor dem Hintergrund der Entwicklungsgeschichte des sowjetischen Herrschaftssystems in einer „revidierten“ Neufassung, ohne dass indessen der Autor seine Totalitarismus-Konzeption grundsätzlich in Frage stellte.¹⁷⁵⁵

Carl J. Friedrich¹⁷⁵⁶ entwickelte in seiner „generalisierenden Beschreibung“ der totalitären Diktatur seinen „berühmten“ sogenannten Sechs-Punkte-Katalog, um vermittels dieser analytischen Definitionsmerkmale (im Folgenden kursiv hervorgehoben), eine staatliche Herrschaftsordnung als totalitär zu klassifizieren:

1. Eine chiliastische *Ideologie*.
2. Eine alleinherrschende hierarchisch aufgebaute *Partei* („Ein-Parteienregime“), die zumeist von einer Person, dem Diktator („totalitärer Führer“) geführt wurde.
3. Eine terroristische *Geheimpolizei*, die nicht nur tatsächliche Feinde des Regimes bekämpfte, sondern auch gegen „potentielle Feinde“ eingesetzt wurde.
4. Ein nahezu vollkommenes Monopol über die *Massenkommunikationsmittel* durch die Partei.
5. Ein fast vollkommenes *Waffenmonopol* durch die Partei.

¹⁷⁵⁵ Siehe hierzu grundsätzlich Martin Jänicke, Revision einer Theorie, in: Der Monat, Heft 208 (1966), 18. Jg., S. 78-81; hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: Carl J. Friedrich and Zbigniew K. Brzezinski, *Totalitarian Dictatorship and Autocracy*. (2. Ed., revised by C. J. Friedrich), Cambridge/Massachusetts 1965.

¹⁷⁵⁶ Das folgende nach der längeren Beschreibung und den Ausführungen zur Totalitarismus-Studie von Carl J. Friedrich und Zbigniew K. Brzezinski (u. a. zum Aspekt der alleinigen Autorenschaft Friedrichs bei der deutschen Ausgabe) im Einleitungskapitel „Die wechselvolle Geschichte des Totalitarismusbegriffs“ mit den entsprechenden Seitenangaben.

6. Eine zentrale Lenkung der *Wirtschaft* durch die Partei.

Die sechs analytischen Definitionsmerkmale bzw. Kriterien für das Kennzeichnen einer totalitären Diktatur standen, so Carl J. Friedrich, in einem interdependenten Wirkungszusammenhang, waren mithin miteinander verkoppelt und unterstützen sich gegenseitig. D. h., die einzelnen Merkmale seines Totalitarismusmodells waren nur kumulativ zu Verstehen, weil sie nämlich Friedrichs Auffassung nach nur „gemeinsam“ ein Regierungssystem als eine historisch-einzigartige „totalitäre Diktatur“ kennzeichneten – die der Autor letzten Endes im Nationalsozialismus und im Sowjetkommunismus ausmachte.

In seiner 1956 erschienenen Studie „The Permanent Purge. Politics in Soviet Totalitarianism“ vertrat Zbigniew K. Brzezinski die Auffassung,¹⁷⁵⁷ dass das eigentliche Wesen des totalitären Systems erst nach der erfolgreichen Machtergreifung und nach der Phase der erfolgreichen Machtkonsolidierung in voller Schärfe in Erscheinung trat: Nämlich zu dem Zeitpunkt, als das Regime den Versuch machte, die Gesellschaft zu revolutionieren. Ein zentrales Merkmal für ein totalitäres Herrschaftssystem war dem Autor zufolge darin zu sehen, dass die ökonomische und soziale revolutionäre Umwälzung explizit von einer ideologisch ausgerichteten und fest organisierten politischen Bewegung angestrebt wurde. Aus dem Anspruch, eine totale gesellschaftliche *Revolution* herbeizuführen folgte, so Brzezinski, dass Spannungen auftraten, die zu Beginn noch in der Partei durch das Vorhandensein sogenannter stabilisierender Faktoren und ideologischer Abweichungen verblieben, die sich dann indessen durch die Radikalisierung der Revolution auf die gesamte Gesellschaft ausdehnten. Für den Autor verlangten die daraus resultierenden grundsätzlichen Konflikte nach einer „totalitären Lösung“, so dass der totale Terror die natürliche Reaktion des Regimes darstellte, der indessen mit zunehmender Herrschaftsstabilität des totalitären Regimes nur noch als „Säuberung“ zu verstehen war. Für Brzezinski war der Totalitarismus ein System der „*permanenten Säuberung*“.

Im Jahre 1952 erschien die englische Ausgabe der geistesgeschichtlichen Untersuchung von Jakob L. Talmon unter dem Titel „The Origins of Totalitarian Democracy“, in der der unmittelbare Zusammenhang zwischen Totalitarismus und Demokratie in den Fokus gerückt

¹⁷⁵⁷ Das folgende nach der Beschreibung und den Ausführungen zur Totalitarismus-Studie von Zbigniew K. Brzezinski (u. a. zum Aspekt, dass sich die Studie im Fahrwasser der zeitgenössischen Sowjetkommunismus-Forschung befand) im Einleitungskapitel „Die wechselvolle Geschichte des Totalitarismusbegriffs“ mit den entsprechenden Seitenangaben.

wurde; die deutsche Ausgabe „Die Ursprünge der totalitären Demokratie“ erschien 1961.¹⁷⁵⁸ Für Talmon stellten diese nicht per se antithetische politische Ordnungsmodelle dar, die nichts miteinander zu tun hätten. Seiner Auffassung nach entwickelten sich nämlich die beiden gegensätzlichen „Demokratietypen“ aus „denselben Prämissen“. Vor dem Hintergrund der Aufklärungsphilosophie des 18. Jahrhunderts und der französischen Revolution von 1789 prallten hinfort, so Talmon, die „*empirischen und liberalen*“ und „*totalitären messianischen*“ Demokratien aufeinander. Der zentrale Unterschied zwischen den Demokratiemodellen lag seines Erachtens in der divergierenden Vorstellung dessen, was unter Politik verstanden wurde.

Die liberale Variante der Demokratie zeichnete sich Talmon zufolge gegenüber der totalitären dadurch aus, dass hier die Sphäre der Politik „eine Sache des Experimentierens“ und mithin durch das Prinzip des „*trial and error*“ gekennzeichnet war und zudem nichtoriginär politische Bereiche in der Gesellschaft anerkannte. Im Gegensatz hierzu ging dem Autor zufolge die Idee der totalitären Demokratie a priori von der Voraussetzung aus, dass es *die* eine und ausschließliche Wahrheit in der Politik gäbe, dementsprechend alle menschlichen und gesellschaftlichen Bereiche beherrscht und zudem mit einem zentralen „politisch-messianischen“ Anspruch korrespondierte.

Für Norman Cohn stand in seiner im Jahre 1957 erschienenen Studie „The Pursuit of the Millennium“ fest,¹⁷⁵⁹ dass vor dem Hintergrund der politisch-religiösen Massenbewegungen des Mittelalters und der Reformationszeit – und deren expliziten und impliziten chiliastischen Vorstellungen von einem Tausendjährigen Reich – die in ebendiesen Ketzerbewegungen grassierende *revolutionäre Eschatologie* frappante Ähnlichkeiten mit den zeitgenössischen Bewegungen des Nationalsozialismus und des Kommunismus aufwiesen.

¹⁷⁵⁸ Das folgende nach der Beschreibung und den Ausführungen zur Totalitarismus-Studie von Jakob L. Talmon im Einleitungskapitel „Die wechselvolle Geschichte des Totalitarismusbegriffs“ mit den entsprechenden Seitenangaben. Hier erfolgte auch der Hinweis, dass die Untersuchung in der Zeit des Kalten Krieges im Sinne der identifizierenden Totalitarismustheorie rezipiert und auf die Regime des Faschismus, des Nationalsozialismus und des Stalinismus angewandt wurde. In der Einleitung stellte Talmon indes fest, dass der Begriff „totalitäre Demokratie“ auf den rechten Totalitarismus nicht anwendbar war und ausschließlich mit dem „Totalitarismus der Linken“ in Verbindung gebracht werden konnte, weil nur die politische Linke in der Tradition der Aufklärung stand und sich somit universalistischen Prinzipien verpflichtet fühlte. Die politische Rechte negierte für Talmon qua Definition allgemein gültige menschliche Werte, da sie ausschließlich in Kategorien des Staates, der Nation oder der Rasse dachte; die Linke wiederum nahm den „Individualismus und Rationalismus“ zum Ausgangspunkt ihres Denkens.

¹⁷⁵⁹ Das folgende nach den entsprechenden Ausführungen im Einleitungskapitel „Die wechselvolle Geschichte des Totalitarismusbegriffs“ und der dt. Ausgabe: Das Ringen um das Tausendjährige Reich. Revolutionärer Messianismus im Mittelalter und sein Fortleben in den modernen totalitären Bewegungen, Bern 1961, S. 7.

In der Erwartung eines *letzten Kampfes* zielte, so Norman Cohn, dieser revolutionäre, apokalyptische Fanatismus auf die Zertrümmerung einer Welt – einer Welt, die von einer bösen, tyrannischen, absolut zerstörerischen Macht beherrscht wurde, die nachgerade mit übermenschlichen, dämonischen Kräften ausgestattet zu sein schien – , damit letzten Endes daraus eine völlig erneuerte, in ihren Überzeugungen einheitliche, *konfliktfreie Gesellschaft* entstehen konnte. Um dieses Ziel zu erreichen, wurde im Mittelalter nach Auffassung Cohns die Forderung aufgestellt: „Säuberung der Welt durch Ausrottung der Repräsentanten der Verderbnis“. Es waren Norman Cohn zufolge nicht selten ‚die Großen‘ und oftmals ‚die Juden‘, die für sämtliche gesellschaftlichen Mißstände verantwortlich gemacht wurden und die in säkularisierter Version in den totalitären Ideologien des 20. Jahrhunderts wiederauftauchten. Für den Autor kam die Vorstellung eines gewaltigen ‚*entscheidenden Endkampfes*‘ zur *Erneuerung der Welt* in der nationalsozialistischen und kommunistischen Ideologie insofern eine zentrale Bedeutung bei, als einerseits durch die Vernichtung der ‚jüdischen Rasse‘ bzw. andererseits der ‚Bourgeoisie‘ dieses utopische Ziel verwirklicht werden sollte.¹⁷⁶⁰

IV. 3. 2. Das Phänomen des nationalsozialistischen und sowjetkommunistischen Totalitarismus und der Terror-Vergleich

Vom politischen Selbstverständnis des Herausgebers und Chefredakteurs Melvin J. Lasky war die internationale Zeitschrift „Der Monat“, wie gesagt, grundsätzlich antitotalitär ausgerichtet und konzipiert.¹⁷⁶¹ Die totalitären Herrschaftssysteme, d. h. die Einparteienregime des Nationalsozialismus und Sowjetkommunismus (bzw. Stalinismus/Nachstalinismus), wurden einerseits in der Regel im Hinblick auf die Geschichte der christlich-abendländischen Kultur

¹⁷⁶⁰Vgl. auch Norman Cohn, Kaiser Friedrich II. als Messias, in: Der Monat, Heft 148 (1961), 13. Jg., S. 33-44; hierbei handelte es sich um ein Vorabdruck des gleichnamigen Kapitels der im Jahre 1961 erschienenen deutschen Ausgabe der Studie von Norman Cohn und liegt somit außerhalb des für diesen Teil der vorliegenden Arbeit zu Grunde liegenden Untersuchungszeitraumes.

¹⁷⁶¹ Siehe exemplarisch M. J. L. (d. i. Melvin J. Lasky), in: Der Monat, Heft 4 (1949), 1. Jg., S. 125 f. sowie ders., Die Moskauer Geständnisse. Gedanken über Ketzerei und Opposition im totalen Staat, in: Der Monat, Heft 36 (1951), 3. Jg., S. 648-654 (hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: F. Beck and W. Godin, Russian Purge and the Extraction of Confession, New York (o. J.), wo der Herausgeber und Chefredakteur der Zeitschrift auf S. 653 für eine sogenannte konsequente anti-totalitäre Haltung plädierte. Die Angaben zu dem Buch erfolgen hier – wie auch im Folgenden zu den jeweiligen Büchern – nach den Hinweisen im „Monat“. In der Regel verzichtete die Redaktion darauf, das genaue Erscheinungsjahr anzugeben.

als neuartige Herrschaftsmodelle apostrophiert,¹⁷⁶² andererseits als ein grundsätzliches Gegenmodell zur liberalen Demokratie angesehen, so dass zahlreiche Autoren aus unterschiedlichsten Anlässen mit Blick auf „die“ Demokratietheorie und die politische Alltagswelt und -praxis sowie rechtsstaatliche Wirklichkeit zu diesem Themenkomplex veröffentlichten.¹⁷⁶³

¹⁷⁶² Siehe hierzu exemplarisch G. F. Hudson, Professor Toynbee und der Westen. Zu einem neuen Buch von Arnold J. Toynbee, in: Der Monat, Heft 57 (1953), 5. Jg., S. 317-321; hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: Arnold J. Toynbee, Die Welt und der Westen, Stuttgart (o. J.).

¹⁷⁶³ Siehe hierzu aus sämtlichen Veröffentlichungen im „Monat“ (Heft 1 bis 139) vor allem folgende Beiträge, die hier – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – in chronologischer Reihenfolge aufgeführt werden: Sidney Hook, Drei Grundzüge westlichen Denkens, in: Der Monat, Heft 2 (1948), 1. Jg., S. 8-17; Norbert Mühlens, Brief aus Amerika: Eine Demokratie verteidigt sich, in: Der Monat, Heft 2 (1948), 1. Jg., S. 71-77; Joseph Schumpeter, Der demokratische Kurs, in: Der Monat, Heft 5 (1949), 1. Jg., S. 22-28; Willy Brandt, Weitergeführte Demokratie, in: Der Monat, Heft 5 (1949), 1. Jg., S. 29-33; Arthur M. Schlesinger jr., Ein Sozialist und die Demokratie, in: Der Monat, Heft 5 (1949), 1. Jg., S. 95-98 (hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: Harold Laski, The American Democracy. A Commentary and an Interpretation, New York [o. J.]); Sidney Hook, John Dewey. Ein Porträt des Altmeisters des amerikanischen Geistesleben, in: Der Monat, Heft 6 (1949), 1. Jg., S. 40-46; Herbert Lüthy, Die Vierte Republik. Von Charles de Gaulle zu Henri Queuille (Teil 1), in: Der Monat, Heft 8/9 (1949), 1. Jg., S. 120-133 sowie ders., Die Vierte Republik. Frankreich seit seiner Befreiung (Teil 2), in: Heft 10 (1949), 1. Jg., S. 39-48; C. V. Wedgwood, Wie wächst die Macht. Über ein Buch von Bertrand de Jouvenel, in: Der Monat, Heft 10 (1949), 1. Jg., S. 96-98 (hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: Bertrand de Jouvenel, Du Pouvoir. Aux Editions du Cheval Ailé, Genf [o. J.] bzw. Power. The Natural History of its Growth, London [o. J.]); Arthur M. Schlesinger jr., Politik im Zeitalter der Angst, in: Der Monat, Heft 16 (1950), 2. Jg., S. 339-352 (Teil I) sowie (Teil II) Heft 19 (1950), 2. Jg., S. 68-75 (hierbei handelte es sich um Auszüge seines Buches: The Vital Center. The Politics of Freedom, Boston 1949); Ludwig Bergsträsser, Alexis de Tocqueville. Kritiker und Verteidiger der Demokratie, in: Der Monat, Heft 18 (1950), 2. Jg., S. 608-620; Norbert Mühlens, Brief aus New York: Die Affäre Hiss, in: Der Monat, Heft 18 (1950), 2. Jg., S. 621-627; M. J. L. (d. i. Melvin J. Lasky), Demokratischer Humanismus, in: Der Monat, Heft 18 (1950), 2. Jg., S. 666-668 (hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: L. Susan Stebbing, Ideals and Illusions, London [o. J.]); Joachim G. Leithäuser, Erziehung zur Zukunft, in: Der Monat, Heft 20 (1950), 2. Jg., S. 218-220 (hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: John Dewey, Demokratie und Erziehung. Eine Einleitung in die philosophische Pädagogik, Braunschweig [o. J.]); Isaiah Berlin, Der Einbruch des Irrationalen. Politische Ideen im 19. und 20. Jahrhundert, in: Der Monat, Heft 28 (1951), 3. Jg., S. 339-348 (Teil 1) sowie Der Weg zum Konformismus. Politische Ideen im 19. und 20. Jahrhundert, in: Der Monat, Heft 29 (1951), 3. Jg., S. 461-469 (Teil 2); Norbert Mühlens, Brief aus New York: Amerikanische Gewerkschaften, in: Der Monat, Heft 32 (1951), 3. Jg., S. 153-158; Herbert Lüthy, Brief aus Paris: Stabilität oder Stagnation, in: Der Monat, Heft 35 (1951), 3. Jg., S. 465-476; Hans Joachim Lieber, Macht und Furcht, in: Der Monat, Heft 35 (1951), 3. Jg., S. 546-548 (hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: Guglielmo Ferrero, Macht, Bern [o. J.]); Karl Dietrich Bracher, Gegen die Politik der Furcht, in: Der Monat, Heft 36 (1951), 3. Jg., S. 661-665 (hierbei handelte es sich um die Rezension folgender Bücher: Guglielmo Ferrero, Abenteuer. Bonaparte in Italien (1796-1797), Bern [o. J.] sowie ders., Wiederaufbau, Talleyrand in Wien (1815 bis 1816), München 1950); Wilhelm Grewe, Parteienstaat – Oder was sonst?, in: Der Monat, Heft 36 (1951), 3. Jg., S. 563-577; Sidney Hook, Kann man die Freiheit essen?, in: Der Monat, Heft 40 (1952), 4. Jg., S. 339-344; Ossip K. Flechtheim, Der Idealist und der Realist, in: Der Monat, Heft 47 (1952), 4. Jg., S. 532 f. (hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: John H. Herz, Political Realism and Political Idealism. A Study in Theories and Realities, Chicago [o. J.]); Peter de Mendelssohn, Brief aus London: Die Herrschaft der Wenigen. Zum Problem der englischen Gewerkschaften, in: Der Monat, Heft 48 (1952), 4. Jg., S. 581-588; Heinz-Joachim Arndt, Das Recklinghauser Gespräch, in: Der Monat, Heft 48 (1952), 4. Jg., S. 658-663; F(ritz) R(ené) Allemann, Das deutsche Parteiensystem. Eine politische Analyse, in: Heft 52 (1953), 5. Jg., S. 365-388; Peter de Mendelssohn, Brief aus London: Unbehagen in Westminster, in: Der Monat, Heft 56 (1953), 5. Jg., S. 125-134; Briefe aus vier Hauptstädten: Krise des Parlamentarismus? Eine Rundfrage nach dem Befinden europäischer Volksvertretungen, in: Der Monat, Heft 57 (1953), 5. Jg., S. 287-297: mit Beiträgen von Gustave Stern (Paris), Fritz Brühl (Bonn), G. E. R. Gedye (Wien) sowie Gustav Mersu (Rom); Norbert Mühlens, Brief aus der Bundesrepublik: Das Land der Großen Mitte. Notizen aus dem Neon-Biedermeier, in: Der Monat, Heft 63 (1953), 6. Jg., S. 237-244; Golo Mann, Die einsame Menge. Bemerkungen zu David Riesmans Buch, in: Der Monat, Heft 67 (1954), 6. Jg., S.

Ohne Zweifel zählte die facettenreiche Auseinandersetzung mit dem nationalsozialistischen und dem sowjetkommunistischen Totalitarismus oder auch mit dem italienischen Faschismus¹⁷⁶⁴ zu einem Schwerpunktthema des „Monat“. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der totalitären Erfahrungen, die ein größerer Teil der Autoren der Zeitschrift mit dem „Hitlerschen Totalitarismus“ (Peter de Mendelssohn) und/oder dem Stalinismus gemacht hatten, kann festgestellt werden, dass nach der bedingungslosen Kapitulation des „Dritten Reiches“ im Jahre 1945 insbesondere in den ersten Jahren des Erscheinens der internationalen Zeitschrift die Auseinandersetzung mit dem aktuellen totalitären Herrschaftsmodell sowjetischer Couleur fokussiert wurde.¹⁷⁶⁵ Gleichwohl besaß auch bereits in diesen ersten Jahren die vergleichende Analyse des Nationalsozialismus mit dem Stalinismus eine zentrale Bedeutung. Wie noch zu zeigen sein wird, bildete in diesem Zusammenhang der Tod des Generalsekretärs der KPdSU und des sowjetischen Staatsführers, Josef Stalins, am 5. März 1953 eine herausragende Zäsur, weil fortan – aufgrund der genuinen Beschreibung und Analyse des Wandlungsprozesses des kommunistischen Herrschaftssystems in der Nach-

71-75 (hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: David Riesman, *The Lonely Crowd. A Study of the Changing American Character*, New York [o. J.]); Alfred Cobban, *Der Verfall der politischen Theorie*, in: *Der Monat*, Heft 69 (1954), 6. Jg., S. 227-237 sowie hierzu: *Verfall der politischen Theorie? Politische Wissenschaftler diskutieren Alfred Cobbans These*, in: *Der Monat*, Heft 72 (1954), 6. Jg., S. 598-603 (mit Beiträgen von Alfred Weber und Otto Heinrich v. d. Gablentz) und Adolf Grabowsky, *Aufstieg der politischen Theorie*, in: *Der Monat*, Heft 73 (1954), 7. Jg., S. 88-92; A. J. P. Taylor, *Die Masse als Schreckgespenst. Zur Neuauflage von Tocquevelles ‚Démocratie en Amérique‘*, in: *Der Monat*, Heft 73 (1954), 7. Jg., S. 66-68 (hierbei handelte es sich um die Rezension folgender Bücher: Alexis de Tocqueville, *De la Démocratie en Amérique*, London [o. J.]; ders., *Oeuvres Complètes* (Hg. J. P. Mayer), Bd. I *De la Démocratie en Amérique*, Paris [o. J.]; ders., *Das Zeitalter der Gleichheit – Eine Auswahl aus dem Gesamtwerk*, Stuttgart [o. J.] sowie ders., *Demokratie in Amerika*, Wien 1950); Rudolf Augstein, *Stimmzettel gegen Recht und Freiheit*. Zu W. Martins *‚Das Ende aller Sicherheit‘*, in: *Der Monat*, Heft 76 (1955), 7. Jg., S. 362-365 (hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: Winfried Martini, *Das Ende aller Sicherheit*, Stuttgart [o. J.]); F(ritz) René Allemann, *Brief aus Westdeutschland: Bonn ist nicht Weimar*, in: *Der Monat*, Heft 76 (1955), 7. Jg., S. 333-341; ders., *Brief aus Bonn: Das Weltbild des Souveräns*, in: *Der Monat*, Heft 77 (1955), 7. Jg., S. 402-408; ders., *Brief aus Bonn: Die Nemesis der Ohnmacht (Teil 1)*, in: *Der Monat*, Heft 80 (1955), 7. Jg., S. 99-105 sowie *Brief aus Bonn: Was ist eine demokratische Armee? Wiederbewaffnung als innenpolitische Aufgabe (Teil 2)*, in: *Der Monat*, Heft 81 (1955), 7. Jg., S. 196-201; Hellmut Jaesrich, *Brief aus Niedersachsen: Die Göttinger Dreitausend*, in: *Der Monat*, Heft 82 (1955), 7. Jg., S. 291-301; F(ritz) René Allemann, *Brief aus Bonn: Was kommt nach Adenauer*, in: *Der Monat*, Heft 86 (1955), 8. Jg., S. 3-12; Alfred Kellner, *Was verstehen Frauen von der Politik?*, in: *Der Monat*, Heft 94 (1956), 8. Jg., S. 72-75; Walter Lippmann und Richard Rovere schreiben aus Washington: Walter Lippmann, *Die amerikanische Verantwortung*, in: *Der Monat*, Heft 109 (1957), 10. Jg., S. 76-78 sowie Richard Rovere, *Die Neun von Little Rock*, in: ebenda, S. 78 f.; F(ritz) René Allemann, *Verfassungswirklichkeit – morgen. Wenn Adenauer Bundespräsident wird, dann ...*, in: *Der Monat*, Heft 129 (1959), 11. Jg., S. 9-17; ders., *Brief aus Bonn: Rückblick auf eine Krise*, in: *Der Monat*, Heft 130 (1959), 11. Jg., S. 6-13; Raymond Aron, *De Gaulles Alleingang*, in: *Der Monat*, Heft 139 (1960), 12. Jg., S. 14-22.

¹⁷⁶⁴ Der italienische Faschismus wurde anfangs in vielen Beiträgen unter die Kategorie totalitäres Herrschaftssystem subsumiert, so dass für den in der vorliegenden Arbeit zu untersuchenden Zeitraum eine historisch-politische und analytisch-kategoriale Unterscheidung der drei genannten politischen Herrschaftsordnungen seitens der Autoren nicht durchgehend eingehalten wurde.

¹⁷⁶⁵ Die qualitative Auswertung des „Monat“ (Heft 1 bis 139) ergab eindeutig, dass auch in den ersten Jahren die Auseinandersetzung mit dem Sowjetkommunismus gegenüber dem Nationalsozialismus einen erheblich größeren Raum einnahm.

Stalin-Ära¹⁷⁶⁶ – die vergleichende Untersuchung und Thematisierung des Phänomens des deutschen und des sowjetischen Totalitarismus sowie der Terror-Vergleich hinsichtlich des qualitativen und quantitativen Charakters im Vergleich zu den ersten fünf Jahrgängen eine geringere Bedeutung besaß.

Gewöhnlich wurde in den entsprechenden Veröffentlichungen des „Monat“ auf die zeitgenössische Erfahrung mit dem „Jahrhundert des Totalitarismus“ (Richard H. S. Crossmann)¹⁷⁶⁷ in erster Linie auf einer abstrakten Ebene eingegangen. In zahlreichen Beiträgen erfolgte nämlich die Auseinandersetzung (explizit oder implizit) mit dem facettenreichen Phänomen der totalitären Herrschaftsregime ohne beispielsweise die zentrale Rolle der Geheimpolizei, des Terrors oder der Konzentrationslager konkret in den Brennpunkt zu rücken. Hier wurde ebendieser Themenkomplex primär im Kontext genereller und kritischer Reflexionen sowohl zur Bedeutung der französischen Revolution von 1789 für die weitere Entwicklung der Moderne¹⁷⁶⁸ als auch zur Philosophie, Kultur, Literatur und Kunst beleuchtet, oder im Rahmen gesellschafts- und technikkritischer Ausführungen.¹⁷⁶⁹

¹⁷⁶⁶ Siehe hierzu im Kapitel IV. 2. „Analyse des Sowjetkommunismus“ die entsprechenden Ausführungen in den Abschnitten IV. 2. 5 bis IV. 2. 8.

¹⁷⁶⁷ Zitiert nach R[ichard] H. S. Crossmann, Buddha oder Prometheus, in: Der Monat, Heft 46 (1952), 4. Jg., S. 388.

¹⁷⁶⁸ Siehe hierzu besonders Hans Kohn, Ein Vorspiel zum totalitären Terror, in: Der Monat, Heft 35 (1951), 3. Jg., S. 512-518 sowie Herbert Lüthy, Rivarols Jünger – oder Jüngers Rivarol?, in: Der Monat, Heft 101 (1957), 9. Jg., S. 56-70, der die zeitgenössischen Konsequenzen der französischen Revolution implizit auch im Hinblick auf die Kategorie „politische Religion“ untersuchte. Siehe ebenfalls mit dem Blick auf die grundsätzliche Bedeutung der französischen Revolution als „politische Religion“ für die (politischen) Revolutionen der Moderne insgesamt Alfred v. Martin, Revolution als Schicksal, in: Der Monat, Heft 24 (1950), 2. Jg., S. 594-597 (hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: Carl Brinkmann, Soziologische Theorie der Revolution, Göttingen (o. J.)). Siehe auch zur Bedeutung der französischen Revolution in Bezug auf die gesamteuropäischen historisch-politischen Folgen für das 19. Jahrhundert und mit impliziten Blick auf den Faschismus, Nationalsozialismus und Sowjetkommunismus: Karl Dietrich Bracher, Gegen die Politik der Furcht, in: Der Monat, Heft 36 (1951), 3. Jg., S. 661-665; hierbei handelte es sich um die Rezension der Bücher: Guglielmo Ferrero, Abenteuer. Bonaparte in Italien (1796-1797), Bern (o. J.) sowie Wiederaufbau. Talleyrand in Wien (1815 bis 1816), München 1950. Vgl. unter diesem Aspekt auch Hans-Joachim Lieber, Macht und Furcht, in: Der Monat, Heft 35 (1951), 3. Jg., S. 546-548 (hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: Guglielmo Ferrero, Macht, Bern [o. J.]) sowie Joachim G. Leithäuser, Unbarmherzige Ratio, in: Der Monat, Heft 30 (1951), 3. Jg., S. 655-657; hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: Hans Kohn, Das zwanzigste Jahrhundert. Eine Zwischenbilanz der westlichen Welt, Zürich/Wien Konstanz (o. J.).

¹⁷⁶⁹ Siehe exemplarisch an dieser Stelle – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – folgende in chronologischer Reihenfolge aufgeführten Beiträge: Franz Borkenau, Nach der Atombombe, in: Heft 1 (1948), 1. Jg., S. 9-16; Joachim G. Leithäuser, Im Gruselkabinett der Technik. Kritische Bemerkungen zur Mode des romantischen Pessimismus, in: Der Monat, Heft 29 (1951), 3. Jg., S. 474-486; ders., Unbarmherzige Ratio, in: Der Monat, Heft 30 (1951), 3. Jg., S. 655-657 (hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: Hans Kohn, Das zwanzigste Jahrhundert. Eine Zwischenbilanz der westlichen Welt, Zürich-Wien-Konstanz [o. J.]); François Bondy, Galerie der Schurken, in: Der Monat, Heft 31 (1951), 3. Jg., S. 88 f. (hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: Nigel Balchin, The Anatomy of Villainy, London 1950); Denis de Rougemont, Die Krankheit der europäischen Kultur, in: Der Monat, Heft 32 (1951), 3. Jg., S. 115-123; Michael Freund, Die Erbsünde unserer Welt, in: Der Monat, Heft 36 (1951), 3. Jg., S. 656-658 (hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: Alexander Rüstow, Ortsbestimmung der Gegenwart. Eine universalgeschichtliche Kulturkritik. Band I: Ursprung der Herrschaft, Erlenbach-Zürich (o. J.)); Rudolf Hagelstange, Moderne Humanitas, in: Der Monat, Heft 38 (1951), 4. Jg., S. 115-123; Hilde Spiel, Der Teufel und der liebe Huxley, in:

Zudem wurde in zahlreichen Fällen die nicht zuletzt wegen der politisch-ideologischen Herrschaftsinstrumente und -methoden qualitativ neuartigen Regime im Kontext der sogenannten Revolutionen des 20. Jahrhunderts,¹⁷⁷⁰ der Geschichte des chinesischen Kommunismus unter Mao¹⁷⁷¹ sowie der Genesis des Phänomens des (pan-)islamistischen Semi-Totalitarismus¹⁷⁷² beschrieben und analysiert, ohne dass hierbei ein genuin vergleichender Blick auf den Nationalsozialismus und den Sowjetkommunismus gerichtet wurde.

Bei der komplexen Auseinandersetzung mit dem Totalitarismusphänomen kam im „Monat“ zum Ausdruck, dass zwischen den totalitären Diktaturen in Deutschland und der Sowjetunion sowie den zeitgenössischen faschistischen, semi-faschistischen bzw. autoritären

Der Monat, Heft 51 (1952), 5. Jg., S. 328-330 (hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: Aldous Huxley, *The Devils of Loudun*, London [o. J.]); Wolf Jobst Siedler, *Die Freiheit der Entscheidung. Zum Werk Friedrich Torbergs*, in: Der Monat, Heft 55 (1953), 5. Jg., S. 77-81; Theodor W. Adorno, *Die gegängelte Musik*, in: Der Monat, Heft 56 (1953), 5. Jg., S. 177-183; Arnold J. Toynbee, *Mensch und Geschichte, Mensch und Geschichte*, in: Heft 73 (1954), 7. Jg., S. 15-19; Ignazio Silone, *Auf welcher Seite stehen wir?*, in: Der Monat, Heft 74 (1954), 7. Jg., S. 99-105.

¹⁷⁷⁰ Siehe hierzu ausdrücklich Hugh Seton-Watson, *Revolutionen im Zwanzigsten Jahrhundert*, in: Der Monat, Heft 42 (1952), 4. Jg., S. 607-619. Vgl. auch die Beschreibung und Analyse der Ereignisse des 16./17. Juni 1953 in Ostberlin sowie der sowjetischen Besatzungszone mit ausdrücklichem Bezug auf „die“ revolutionäre Theorie: Ernest J. Salter, *Über den Juni-Aufstand*, in: Der Monat, Heft 59 (1953), 5. Jg., S. 545-548. Vgl. auch George Orwell, *Der Hofstaat der Tiere. >Animal Farm<*. in: Der Monat Heft 5 (1949), 1. Jg., S. 38-54 (Teil I); Heft 6 (1949), 1. Jg., S. 10-24 (Teil II) und Heft 7 (1949), 1. Jg., S. 34-43 (dritter und letzter Teil), sowie die jeweils einleitenden Ausführungen der Zeitschriftenredaktion zu den einzelnen Teilen; hierbei handelte es sich um den Vorabdruck der „satirischen politischen Fabel“, die unter dem ursprünglichen englischen Titel „Animal Farm“ zuerst in London 1945 erschien. Vgl. auch indes mit dem Fokus auf die Bedeutung der modernen Revolutionen seit 1789 als „politische Religion“: Alfred v. Martin, *Revolution als Schicksal*, in: Der Monat, Heft 24 (1950), 2. Jg., S. 594-597 (hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: Carl Brinkmann, *Soziologische Theorie der Revolution*, Göttingen (o. J.)).

¹⁷⁷¹ Siehe hierzu folgende Beiträge: M. J. L. (d. i. Melvin J. Lasky), *Tragödie im Orient. China und die Welt*, in: Der Monat, Heft 5 (1949), 1. Jg., S. 62-65; Christopher Rand, *Brief aus Schanghai: Eine Weltstadt löst sich auf*, in: ebenda, S. 66-72 sowie in diesem Zusammenhang auch Harold R. Isaacs, *Kreml und Kuomintang*, in: ebenda, S. 73-82; Karl A. Wittfogel, *Mao und die Generallinie. Über den Einfluß des Leninismus-Stalinismus in China*, in: Der Monat, Heft 41 (1952), 4. Jg., S. 498-507; Robert Guillain, *Brief aus Hongkong: >Der Mensch lebt nicht vom Reis allein...<*. Die chinesische Läuterungs-Kampagne, in: Der Monat, Heft 109 (1957), 10. Jg., S. 16-22; Lily Abegg, *Brief aus Hongkong: Hundert Blumen und giftiges Unkraut*, in: Der Monat, Heft 113 (1958), 10. Jg., S. 48-59 sowie A. Kashin, *Die Opposition in China*, in: Der Monat, Heft 118 (1958), 10. Jg., S. 88-90 (hierbei handelte es sich um einen Leserbrief zu dem Beitrag von Lily Abegg in Heft 113).

¹⁷⁷² Vgl. hierzu folgende Beiträge: Herbert Lüthy, *Nordafrikanische Impressionen*, in: Der Monat, Heft 45 (1952), 4. Jg., S. 292-304; ders. *Brief aus Tunis: Nordafrika wird mündig. Nachträge zu einem Reisebericht*, in: Der Monat, Heft 47 (1952), 4. Jg., S. 498-515; F(ritz) R(ené) Allemann, *Panislamismus. Mythos und Realität*, in: Der Monat, Heft 48 (1952), 4. Jg., S. 589-598; ders., *Brief aus Teheran: Aus einem persischen Notizbuch*, in: Der Monat, Heft 61 (1953), 6. Jg., S. 16-29; ders., *Brief aus Ankara: Unter der Schirmmütze*, in: Der Monat, Heft 64 (1954), 6. Jg., S. 344-356 (Teil I) sowie *Brief aus Ankara: Die Dialektik des Fortschritts*, in: Heft 65 (1954), 6. Jg., S. 486-496 (Teil II); Walter Laqueur, *Nassers Flucht in die Außenpolitik*, in: Der Monat, Heft 97 (1956), 9. Jg., S. 68-71; F(ritz) R(ené) Allemann, *Orient im Halbdunkel*, in: Der Monat, Heft 120 (1958), 10. Jg., S. 3-9; Edouard Sablier, *Gamal Abdel Nasser. Ein Sohn der ägyptischen Erde*, in: Der Monat, Heft 120 (1958), 10. Jg., S. 10-16.

Herrschaftsregimen in Europa (Italien, Spanien, Portugal)¹⁷⁷³ und Süd- und Mittelamerika (Argentinien, Panama, Nicaragua, Costa-Rica)¹⁷⁷⁴ qualitative Differenzen bestanden. In diesem Zusammenhang wurden in den meisten, jeweils einem ganz unterschiedlichen Genre zählenden Beiträgen (eigenständiger Aufsatz, Buchrezension, Romanauszug, Reiseberichte etc.) zu den internationalen Rechtsdiktaturen die qualitativen Differenzen in erster Linie in vergleichender Perspektive zum totalitären nationalsozialistischen Herrschaftsregime thematisiert und festgestellt; wobei in der Regel kein analytischer Ansatz oder -Anspruch verfolgt wurde. In den Fokus des Interesses rückten hierbei insbesondere der italienische Faschismus¹⁷⁷⁵ und die spanische Diktatur unter General Franco.¹⁷⁷⁶ Mit Blick auf die vergleichende Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus wurden dabei die qualitativen Unterschiede sowohl zwischen den drei Diktatoren Hitler, Mussolini und Franco als auch in den Bereichen der Innen- und Außenpolitik, den spezifischen

¹⁷⁷³ Siehe zur „Salazar-Diktatur“ in Portugal: V. S. Pritchett, Reise nach Portugal, in: Der Monat, Heft 95 (1956), 8. Jg., S. 15-25 sowie Edouard Roditi, Brief aus Lissabon: Nichts Neues in Portugal, in: Der Monat, Heft 109 (1957), 10. Jg., S. 44-48.

¹⁷⁷⁴ Siehe zum argentinischen „Peronismus“: Christopher Isherwood, Brief aus Buenos Aires: Lächelnde Diktatur, in: Der Monat, Heft 21 (1950), 2. Jg., S. 258-263 sowie Peter Schmid, Brief aus Buenos Aires: Perón ohne Evita, in: Der Monat, Heft 55 (1953), 5. Jg., S. 45-49; siehe zum „Somaza-Regime“ in Nicaragua: Peter Schmid, Brief aus Managua: Der Diktator in der Zuckerfabrik, in: Der Monat, Heft 44 (1952), 4. Jg., S. 165-171; siehe zum „Figueres-Regime“ in Costa Rica: ders., Brief aus Costa Rica: Don Quijote und die Bürger, in: Der Monat, Heft 45 (1952), 4. Jg., S. 279-283; siehe zum „Remon-Regime“ in Panama: ders., Brief aus Mittelamerika: Wetterwolken am Panamakanal, in: Der Monat, Heft 46 (1952), 4. Jg., S. 389-394.

¹⁷⁷⁵ Siehe zur Geschichte des italienischen Faschismus besonderes: Ignazio Silone, Eine Anthologie aus seinem Schaffen, in: Der Monat, Heft 10 (1949), 1. Jg., S. 49-89 (mit der Einführung von George Woodcock, Persönlichkeit und Werk, S. 49-57), und in diesem Zusammenhang in erster Linie den Beitrag „Die Auserwählten. Ein Beitrag zur Phänomenologie des Diktators“, S. 77-84; hierbei handelte es sich um einen Auszug aus dem 1938 erschienenen Buch „Die Schule der Diktatoren“, das sich um eine satirische Auseinandersetzung über Herkunft, Wesen und Bedeutung des sogenannten Diktators handelte, mit Blick auf den Faschismus geschrieben wurde und nicht zuletzt den italienischen „Duce“ Benito Mussolini fokussierte. Siehe zudem: Carlo Levi, Italien ohne Mussolini, in: Der Monat, Heft 6 (1949), 1. Jg., S. 25-32; H[ugh] R. Trevor-Roper, Ciano und Mussolini. Aufklärung und neue Mythenbildung, in: Der Monat, Heft 13 (1949), 2. Jg., S. 40-48; Nicola Chiaromonte, Der Bauer Silone, in: Der Monat, Heft 52 (1953), 5. Jg., S. 439-441 (hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: Ignazio Silone, Eine Handvoll Brombeeren, Zürich/Wien/Stuttgart [o. J.]); Luigi Barzini, Brief aus Rom: Die Faszination des Fremden. Anatomie des „schlechten“ Italiener, in: Der Monat, Heft 89 (1956), 8. Jg., S. 45-49.

¹⁷⁷⁶ Siehe zur Geschichte des „Franco-Regimes“: Arturo Barea, Aus dem alten Madrid. Jugenderinnerungen eines spanischen Demokraten, in: Der Monat, Heft 6 (1949), 1. Jg., S. 53-63 sowie William Fifield, Brief aus Madrid: Unter der Besatzung Francos, ebenda, S. 64-67; Peter Schmid, Endstation: Verzweigung. Ein Bericht aus Spanien, in: Der Monat, Heft 33 (1951), 3. Jg., S. 302-304; ders., Brief aus Madrid: Der bedrohte Triumphator, in: Der Monat, Heft 34 (1951), 3. Jg., S. 354-360; Hugh [R.] Trevor-Roper, Hitler und Franco. Warum nahm Spanien nicht am Kriege teil?, in: Der Monat, Heft 60 (1953), 5. Jg., S. 625-634; Valeriano Bajocapa, Brief aus Madrid: Die Petition und das blutgetränkte Hemd. Ein Bericht über die Studentenunruhen, in: Heft 91 (1956), 8. Jg., S. 22-30 sowie Jürgen Rühle, Mit den Augen des Stabsoffiziers. Zu Ludwig Renns „Der Spanische Krieg“, ebenda, S. 73-78 (hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: Ludwig Renn, Der spanische Krieg, Berlin [o. J.]); François Bondy, Brief aus Madrid: Was kommt nach Franco, in: Der Monat, Heft 93 (1956), 8. Jg., S. 33-40; Werner Orlowsky, Das Vorspiel zum Kriege. Zum zwanzigsten Jahrestag des Spanischen Bürgerkrieges, in: Der Monat, Heft 94 (1956), 8. Jg., S. 22-30; François Bondy, Brief aus Madrid: Die verbrauchte Diktatur, in: Der Monat, Heft 104 (1957), 9. Jg., S. 39-43; Udo Rukser, Die spanische Zensur, in: Der Monat, Heft 120 (1958), 10. Jg., S. 71-78.

Herrschaftsmethoden sowie im Kontext von Ideologie und Terror zur Sprache gebracht und hervorgehoben. Anders gesagt und bezogen auf das „Mussolini-Regime“ hieß das: Der italienische Faschismus war nach Meinung von Bernhard Wall – der hier stellvertretend für einen Großteil der Autoren des „Monat“ stehen soll – im Vergleich zum deutschen Nationalsozialismus eine „recht tolerante und umgängliche Bewegung.“¹⁷⁷⁷

Abgesehen von den Beiträgen, in denen die einzelnen Autoren bei der vergleichenden Beschreibung und Analyse der Geschichte des „Dritten Reiches“ und des Sowjetkommunismus auch – wie noch zu sehen sein wird – implizit auf die Vorgeschichte der beiden Herrschaftssysteme eingingen, sondierte zum Beispiel der jüdische Historiker und Nationalismusforscher Hans Kohn in seiner Veröffentlichung „Geschichte und Politik“ (Heft 45) explizit das gesellschaftsgeschichtliche Feld des 19. Jahrhunderts.¹⁷⁷⁸ Seiner Auffassung nach war das 19. Jahrhundert für das Entstehen der beiden totalitären Massenbewegungen im 20. Jahrhundert mitverantwortlich. Für Kohn war das Jahr 1848 eine entscheidende Zäsur, weil nach der für ihn letzten Endes fehlgeschlagenen Revolution sowohl der Nationalismus als auch der Sozialismus zu Massenbewegungen geworden waren, die, in der „Überbetonung der Kollektivmacht über die persönliche Freiheit“, fortan in der europäischen Geschichte vor und nach dem Ersten Weltkrieg¹⁷⁷⁹ eine destruktive Dynamik entfalteten. Für Hans Kohn stand in diesem Zusammenhang fest: Erstens, dass die spätere außenpolitische Expansionspolitik Hitlers und Stalins ohne den durch den Ersten Weltkrieg verursachten „Untergang Österreichs“ nicht möglich gewesen wäre. Zweitens, dass die beiden „bewegenden Kräfte“ des 19. Jahrhunderts, nämlich der nicht die politischen und persönlichen Freiheitsrechte der einzelnen Menschen zielende (nichtuniversalistische) partikularistische Nationalismus und das „Klassenbewusstsein“ für den Verlauf des 20.

¹⁷⁷⁷ Bernhard Wall, Brief aus Rom: Ketzerei auf der Linken. Ein Bericht über die Krise in der KP Italiens, in: Der Monat, Heft 31 (1951), 3. Jg., S. 35-39 (hier S. 35).

¹⁷⁷⁸ Vgl. unter diesem Aspekt auch die generellen Ausführungen in den Beiträgen: Hans Joachim Lieber, Macht und Furcht, in: Der Monat, Heft 35 (1951), 3. Jg., S. 546-548 (hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: Guglielmo Ferrero, Macht, Bern [o. J.]) sowie besonders Karl Dietrich Bracher, Gegen die Politik der Furcht, in: Der Monat, Heft 36 (1951), 3. Jg., S. 661-665 (hierbei handelte es sich um die Rezension folgender Bücher: Guglielmo Ferrero, Abenteuer. Bonaparte in Italien (1796-1797), Bern [o. J.] sowie, ders., Wiederaufbau, Talleyrand in Wien (1815 bis 1816), München 1950).

¹⁷⁷⁹ Dass für einige Autoren des „Monat“ der Erste Weltkrieg die entscheidende historische Zäsur für das Entstehen der totalitären Bewegungen war und mithin zur gemeinsamen Vorgeschichte des nationalsozialistischen und sowjetischen kommunistischen Herrschaftsregimes zählte, wurde bereits hervorgehoben. In der Regel wurde indes im „Monat“ eben diese Zäsur nur generell angesprochen respektive festgestellt. Siehe exemplarisch Denis de Rougemont, Die Krankheit der Europäischen Kultur, in: Der Monat, Heft 32 (1951), 3. Jg., S. 115-132, der auf S. 115 zum Ausdruck brachte, dass der Erste Weltkrieg dem „ersten Weltkrieg auf die Welt verhalf, dem Regime Lenins, das wenig später Mussolini und dann Hitler als Vorbild dienen konnte.“

Jahrhunderts eine entscheidende Bedeutung besaßen, da sie sich mit alten Kräften und Traditionen – einschließlich der Religion – auf eine unheilvolle Form vermischten und vor allem in Deutschland und Russland zerstörerische Energien freisetzen, weil sich in diesen beiden Ländern eine politische Kultur der Intoleranz Bahn brach. Die Deutschen und die Russen hatten, so Hans Kohn in seinem Beitrag „Geschichte und Politik“,

„trotz ihres romantischen oder marxistischen Historizismus wenig Achtung für die geheimnisvollen Kräfte der Geschichte, für die vernünftige Anwendung von Ausgleich und Versöhnlichkeit gezeigt. Sie haben zwischen dem Extrem der Anbetung ihrer Vergangenheit und der Vergötzung eines rationalen und technologischen Fortschritts hin- und hergeschwankt und manchmal, wie im Falle Hitlers und im Falle Stalins, diese beiden Extreme zu einer katastrophalen Synthese zu führen gesucht.“¹⁷⁸⁰

Der ausdrückliche Vergleich zwischen dem Nationalsozialismus und dem Sowjetkommunismus stand bereits in der zweiten Ausgabe des „Monat“ im Mittelpunkt. Im November 1948 schrieb die aus England stammende und für die Leitartikel in der Londoner Zeitschrift „Economist“ verantwortliche Barbara Ward hierzu im Rahmen der Umfrage „Der West-Östliche Gegensatz (Drei Aspekte)“ in ihrem Beitrag „Ist der Krieg mit Russland unvermeidlich?“¹⁷⁸¹ angesichts der für „unsere Nachkriegswelt“, so die Autorin, aufdrängenden „Furcht vor einer russischen Expansion als Ursache eines Atomkrieges und vor dem Kommunismus als Zerstörer der freien Gesellschaft“:

„Wenn wir uns zunächst der Drohung einer russischen Aggression zuwenden, so müssen wir uns seit dem vergangenen Jahr allerdings die Frage stellen, ob wir es beim russischen Kommunismus nicht mit einem ebenso gewalttätigen und expansiven System zu tun haben wie beim nationalsozialistischen. Die Analogie wurde besonders deutlich, als die Kommunisten die Tschechoslowakei unter ihre Kontrolle brachten und der Vergleich mit den Ereignissen von 1938 und 1939 – der deutschen Unterwerfung der Tschechen – sich geradezu aufdrängte. Bedeuten diese Vorgänge, daß die Russen Hitler auch auf dem unausweichlichen Weg zum Kriege folgen werden?

Wenn wir die Frage, ob das russische System ebenso zwangsläufig wie das der Nationalsozialisten zum Kriege führen muß, wirklich bejahen müssen, kann der Krieg nicht mehr lange hinausgeschoben werden. Es geht jedoch aus einem Vergleich der beiden Systeme klar hervor, daß sie nicht identisch sind.“

Zur Begründung ihres Urteils, wonach das nationalsozialistische und das sowjetkommunistische System nicht identisch wären, schrieb Barbara Ward in diesem Zusammenhang:

„Wenn wir uns an die historischen Tatsachen halten, stellen wir fest, daß Hitler im Jahre 1933 an die Macht kam, in sechs Jahren von einer Angriffshandlung zur anderen schritt und diese

¹⁷⁸⁰ Hans Kohn, Geschichte und Politik, in: Der Monat, Heft 45 (1952), 4. Jg., S. 325-327 (hier S. 327).

¹⁷⁸¹ Barbara Ward, Ist der Krieg mit Russland unvermeidlich?, in: Der Monat, Heft 2 (1948), 1. Jg., S. 3-7; der Beitrag erschien im Rahmen der Zeitschriften-„Umfrage“: Der West-Östliche Gegensatz (Drei Aspekte).

Angriffshandlungen in der Gewaltsamkeit ihrer Methoden immer weiter steigerte, bis sie in dem militärischen Angriff auf Polen ihren Höhepunkt fanden. Die Kommunisten dagegen kamen im Jahre 1917 an die Macht und bekehrten sich nach dem kurzen Versuch eines Angriffskrieges gegen Polen 1920, alsbald zu einer minder aggressiven Politik, so daß sie sich weiterer Angriffe enthielten, bis Hitler 1939 ganz Europa in den Krieg stürzte. Während das nationalsozialistische Deutschland offenbar nicht ohne Krieg leben konnte, haben die Russen bewiesen, daß sie fast 20 Jahre im Frieden zu leben imstande waren.

Das ist der erste Unterschied zwischen den beiden Systemen; der zweite ergibt sich, wenn man ihre ideologische Ausrichtung untersucht. Hitlers Anschauungen waren unverhüllt militaristisch; er verherrlichte Krieg und Blutvergießen, während die Kommunisten, mögen sie auch den Glauben haben, daß sie zur Weltherrschaft bestimmt sind, den Angriffskrieg als Mittel zur Erreichung dieses Zieles keineswegs glorifizierten. In engem Zusammenhang mit diesem Wesensunterschied steht die offensichtliche Tatsache, daß Hitler ein geisteskranker Hysteriker war, während Stalin eher den Typ des verschlagenen Politikers verkörpert. Hitlers Diplomatie kannte weder Formalitäten noch Umwege. Wenn er eine Tür verschlossen fand, trat er sie einfach ein, während Stalin umkehrt und wartet, bis irgend jemand oder irgend etwas sie ihm öffnet.“

Und weiter hieß es in dem Beitrag „Ist der Krieg mit Rußland unvermeidlich“ am Ende des Abschnittes, in dem die Verfasserin die beiden totalitären Herrschaftssysteme ausdrücklich miteinander verglich:

„Der entscheidende Unterschied zwischen den beiden Systemen aber wird wohl durch die Tatsache bestimmt, daß Deutschland das Problem seines ‚Lebensraumes‘ zu lösen hatte; wenn auch die Art, wie es an die Lösung dieses Problems heranging – durch Eroberung – verkehrt war, so bestand doch das Problem als solches – das Problem einer deutschen Wirtschaft, die auf einen kontinentalen Maßstab abgestellt war und auf allen Seiten durch Zollschränken eingedämmt wurde. Die deutsche Industrie war so leistungsfähig, daß sie ganz Europa als Markt brauchte. Solange ihr ein ihrer Kapazität entsprechendes Absatzgebiet nicht zur Verfügung stand, lag immer die Versuchung nahe, diese Ausweitung mit kriegerischen Mitteln zu versuchen. Für Rußland gibt es ein solches Problem nicht, es braucht keine Expansion, denn die Sowjetunion umfaßt ein Sechstel der Erdoberfläche, viele Teile des Landes sind noch nicht erschlossen, und nicht vier, sondern zwanzig Fünfjahrespläne werden notwendig sein, um eine wirklich ausreichende russische Industrie zu schaffen. Die Russen brauchen keinen Krieg, um sich einen ihrer industriellen Kapazität entsprechenden Absatzmarkt zu schaffen, im Gegenteil, sie müßten logischerweise den Krieg als das einzige Hindernis einer wirtschaftlichen Entwicklung fürchten.“¹⁷⁸²

Ebenso wie Barbara Ward ging auch der zur Galionsfigur der antistalinistischen „radical intellectuals“ avancierte Schüler des prominenten amerikanischen Philosophen John Dewey und aus dem in den Vereinigten Staaten politisch einflussreichen Kreis der „New York Jewish Intellectuals“ stammende trotzkistische Renegat Sidney Hook¹⁷⁸³ im Rahmen der selben

¹⁷⁸² Ebenda, S. 3 f.

¹⁷⁸³ Siehe zu Sidney Hook die biographischen Angaben der Zeitschriftenredaktion, in: Der Monat, Heft 2 (1948), 1. Jg., S. 109 sowie das Kapitel I.1.3. „Die Auseinandersetzung mit der Sowjetunion und der Spaltungsprozess in der amerikanischen Linken“ der vorliegenden Untersuchung.

Umfrage in seinem Beitrag „Drei Grundzüge westlichen Denkens“ auf Gemeinsamkeiten des Nationalsozialismus und des stalinistischen Sowjetkommunismus ein. Vor dem Hintergrund philosophisch-politischer Reflexionen zu den ideengeschichtlichen Grundlagen der westlichen Demokratien und der konkreten politischen Praxis in den westlichen Staaten im Allgemeinen und zur Tradition amerikanischer Freiheitsrechte seit der Verkündung der „Bill of Rights“ im Jahre 1776 im Besonderen – als Gegenmodell zum sowjetischen Totalitarismus und den Diktaturen von Spanien und Portugal¹⁷⁸⁴ – analysierte Sidney Hook das für die westlichen Demokratien bestehende zeitgenössische Gefahrenpotential. Für ihn bereitete der Erste Weltkrieg den Boden für Lenin, Trotzki und Stalin auf der einen Seite sowie Mussolini, Franco und Hitler auf der anderen Seite, so dass sich auch aus diesem Grund die Tradition der westlichen Demokratie in Westeuropa, so Hook, nicht fest etablieren konnte. In diesem Kontext vertrat der Autor folgende Auffassung:

„Die westliche Lebensform bedroht außerhalb ihres eigenen Bereichs keinen anderen Lebensstil, es sei denn, daß sie in die Verteidigung gedrängt wird. Dessenungeachtet ist sie ihrerseits schwer gefährdet worden, erst durch den Nationalsozialismus, jetzt durch den Sowjet-Kommunismus. Wer den Expansionstrieb der Nationalsozialisten für eine Bedrohung der Institutionen der Demokratie gehalten hat, muß mit derselben Logik und derselben Beweisführung schlußfolgern, daß der Sowjetkommunismus heute eine noch größere Gefahr für uns darstellt, weil die mögliche Opposition gegen den Totalitarismus heute infolge des Krieges viel schwächer geworden ist und weil die Sowjetregierung in den demokratischen Ländern eine sehr viel stärkere Fünfte Kolonne unterhält, als Hitler oder Franco es je für möglich gehalten hätten.“

Und angesichts der zeitgenössischen Krise und möglichen innenpolitischen Maßnahmen der westlichen Staaten schrieb Sidney Hook wie folgt weiter:

„Wie kann diesem furchtbaren Kreuzzug gegen alles, was in der Tradition des Westens von dauerndem Wert ist, begegnet werden? So notwendig es ist, eine soziale Ordnung aufzubauen und Ungerechtigkeiten in unseren eigenen Ländern zu beseitigen, um die Ausbreitung des Totalitarismus aus innenpolitischen Gründen zu verhindern, würde dies doch genau so wenig ausreichen, um Stalin in Schach zu halten, wie seinerzeit soziale Reformen in England und Frankreich genügt hätten, um Hitler aufzuhalten.“¹⁷⁸⁵

Bereits in der nächsten Ausgabe (Heft 3) der „Lasky-Zeitschrift“ setzte sich der philosophische und politische Schriftsteller Paul Kecskemeti unter der programmatischen Überschrift „Jenseits des Sozialismus“ mit der Untersuchung „Jenseits des Kapitalismus“ von

¹⁷⁸⁴ Siehe Sidney Hook, Drei Grundzüge westlichen Denkens, in: Der Monat, Heft 2 (1948), 1. Jg., S. 8-17 (hier die S. 8-16).

¹⁷⁸⁵ Ebenda, S. 16 f.

Paul Sering (d. i. Richard Löwenthal) auseinander.¹⁷⁸⁶ Vor dem Hintergrund der zeitweise sehr populären, im Laufe der Zeit allerdings auch umstrittenen, im Jahre 1941 in New York erschienenen totalitarismustheoretischen Studie „The Managerial Revolution“ des trotzkistischen Renegaten und späteren „Neo-Machiavellisten“ James Burnham war es Paul Serings Auffassung, so Kecskemeti zu Beginn seiner Buchrezension, dass sich die Hypothese von Karl Marx nicht bestätigt hatte, wonach der Zusammenbruch des kapitalistischen Systems automatisch den Sozialismus herbeiführen würde. Im Gegensatz dazu hatten sich für Sering indes die Marxschen Prophezeiungen erfüllt – wie zum Beispiel die zunehmende Konzentration des Kapitals „in den Händen weniger“, die „Entwicklung zum Monopol“, die immer wiederkehrenden Krisen und insbesondere der „Zusammenbruch des Kapitalismus im engeren Sinne, d. h. seine Ablösung durch ‚Planwirtschaften‘ von verschiedenem Typus.“ Sering zufolge hörte der kapitalistische Eigentümer auf der „beherrschende Faktor“ im Produktionsprozess zu sein und wurde – so eine zentrale Aussage in „Jenseits des Kapitalismus“ – an den „Kommandostellen der Wirtschaft“ allmählich durch die sogenannten „eigentumslose(n) ‚Manager‘ oder Direktoren und staatliche(n) Funktionäre ersetzt.“

Angesichts der Reflexionen Paul Serings zur Marxschen Kapitalismusanalyse und -kritik im Allgemeinen und der radikalen Kritik des ehemaligen Mitglieds der KPD an der nach einem „hierarchischen Prinzip“ organisierten wirtschaftlichen Planwirtschaft im Besonderen war Paul Kecskemeti der Meinung, dass es dem Buchautor letzten Endes darum ging, eine neue und veränderte „Fassung des Marxismus“ zu entwickeln – mit dem primären Ziel, einerseits die „friedliche Einwilligung der Gesellschaft in den Sozialismus“ zu erleichtern und andererseits den Sozialismus davor zu bewahren, „zu einem antidemokratischen und totalitären Regime auszuarten.“ In diesem Zusammenhang lauteten die entscheidenden Passagen in der Rezension von Paul Kecskemeti wie folgt:

„Wirtschaftsplanung ist unumgänglich notwendig, behauptet Sering. Aber Planung könne auf verschiedene Arten erfolgen. Sie könne *kapitalistisch* oder *kollektivistisch* gehandhabt werden, in beiden Fällen jedoch außerdem noch *demokratisch* oder *totalitär* sein. Von den vier möglichen Formen, dem demokratischen oder totalitären Kapitalismus und dem demokratischen oder totalitären Kollektivismus, verwirft Sering alle außer dem demokratischen Kollektivismus. Die beiden totalitären Formen lehnt er aus grundsätzlichen Erwägungen ab. Die demokratisch-kapitalistische Planung vom Typus des *New Deal* in Amerika erscheint ihm, wenn nicht aus ethischen Gründen verwerflich, so doch aus praktischen Gründen unzulänglich. Nach seiner Ansicht kann sie den absoluten Wohlstand, d. h. die Vollbeschäftigung bei dem höchsten, dem jeweiligen Stand der Technik entsprechenden

¹⁷⁸⁶ Paul Kecskemeti, Jenseits des Sozialismus, in: Der Monat, Heft 3 (1948), 1. Jg., S. 103-106; hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: Paul Sering (d. i. Richard Löwenthal), Jenseits des Kapitalismus, Lauf bei Nürnberg (o. J.).

Lebensstandard nicht gewährleisten. Um diesen Wohlstand zu erreichen, braucht man nur Kollektivismus als auch Demokratie einzuführen. Sering beansprucht die Bezeichnung ‚Sozialismus‘ ausschließlich für eine kollektivistische und zugleich demokratische Gesellschaft. Der sowjetische Kollektivismus kann daher nicht ‚sozialistisch‘ genannt werden, weil er nicht demokratisch ist.“

Und weiter hieß es an diesem Punkt der Rezension des Buches „Jenseits des Kapitalismus“:
„Serings Forderung nach dem demokratischen Kollektivismus soll das ursprüngliche Ziel der ‚völligen Befreiung‘ mit den neuerdings entdeckten Tatsachen auf dem Gebiete der *Produktionshierarchie* in Einklang bringen. Der Kollektivismus sei notwendig, um den Menschen aus der Erniedrigung der Lohnarbeit zu emanzipieren. Demokratie sei notwendig, um ihn davor zu bewahren, von der Produktionshierarchie erneut versklavt zu werden.“¹⁷⁸⁷

Für Sering, so Paul Kecskemeti, sei ein „Vielparteiensystem“ im Rahmen der Planung zweifelsohne möglich und vor allem notwendig, damit die „Planung demokratisch“ erfolgen kann. In den Augen von Paul Sering sollten selbstverständlich die Direktoren und Fachleute hinfort im „neuen System“ eine herausragende Stellung einnehmen. Gleichwohl sollte ebenjenes System demokratisch bleiben, „solange das Volk eine wirksame Kontrolle über die Direktoren ausübt und ihr Posten nicht erblich werden, d. h. solange alle die gleichen Chancen haben, zu Direktorenstellungen aufzurücken.“¹⁷⁸⁸

Nach Auffassung von Paul Kecskemeti waren die angesprochenen Aspekte bzw. die von Sering eingenommene Perspektive überaus zweifelhaft. In seiner radikalen Kritik brachte er unter anderem zum Ausdruck, dass es eine Illusion wäre zu glauben, dass die „Abschaffung des Privateigentums“ bereits eine „gemeinnützige Wirtschaft“ garantiert. Denn, so Kecskemeti, wo nämlich „entgegengesetzte Interessen in Wettstreit“ liegen, kann auch und vor allem die „vollkommenste Demokratie“ verhindern, dass „verschiedene, mehr oder minder große Gruppen ihre strategische Stellung zur Erlangung ungerechtfertigter Vorteile ausnutzen werden. Wenn man andererseits die unterschiedlichsten Sonderinteressen am Wettstreit miteinander hindert, hat man das *Einparteiensystem* (Hervorh. J. G.). Sering zeigt keinen Ausweg aus diesem Dilemma.“

Paul Kecskemeti schrieb in seinem Rezensionsbeitrag angesichts der sich aufdrängenden Frage, ob und in welchem Ausmaße „völliger Kollektivismus und zentrale Planung“ mit dem „demokratischen Mehrparteiensystem“ vereinbar sei in diesem Zusammenhang wie folgt weiter:

„Das Beispiel legt die Vermutung nahe, daß einer straffen Zentralisierung auf wirtschaftlichem Gebiet auch die Tendenz zur politischen Zentralisierung innewohnt. Sering

¹⁷⁸⁷ Alle Zitate in: Paul Kecskemeti, *Jenseits des Sozialismus*, a.a.O., S. 104.

¹⁷⁸⁸ Ebenda, S. 105.

diskutiert in seinem Kapitel über Sowjetrußland dieses Problem nicht einmal. Er verurteilt den sowjetischen Totalitarismus, läßt dabei aber den Marxschen Grundsatz außer acht, daß in erster Linie der wirtschaftliche ‚Unterbau‘ im Auge behalten werden müsse. Statt dessen läßt er sich über so vage Begriffe ‚Rückständigkeit‘ Rußlands, den mangelnden Sinn für ‚freie Aussprache‘ und das fehlende ‚Rechtsbewußtsein‘ aus.

Will Sering damit sagen, daß der Totalitarismus in Westeuropa in jedem Falle unmöglich ist, nur weil Europa einen traditionellen Glauben an freie Diskussion und persönliche Rechte besitzt? Ich denke, das Aufkommen des Nationalsozialismus in Deutschland und des Faschismus in Italien beweisen zur Genüge, daß diese Traditionen zur Abwehr des Totalitarismus nicht ausreichen. Ihr Fehlen in Rußland kann daher nicht der entscheidende Faktor sein, der den sowjetischen Totalitarismus erklärte. Sering scheint zu glauben, daß der Faschismus (ein Kapitalismus mit totalitärer Planung) die einzige totalitäre Gefahr für den Westen darstelle, während eine kollektivistische Planung sich wenigstens aller Wahrscheinlichkeit nach in demokratischen Bahnen entwickeln würde. Dieser Frage müßte jedoch erst einmal kritisch untersucht werden.¹⁷⁸⁹

Nachdem der ehemalige Kommunist und Verfasser der 1940 erschienenen Totalitarismus-Studie „The Totalitarian Enemy“, Franz Borkenau, in der März-Ausgabe des Jahres 1949 (Heft 6) im Zusammenhang seiner Rezension des von Margarete Buber-Neumann im gleichen Jahr veröffentlichten Buches „Als Gefangene bei Stalin und Hitler“ auf die herausragende Bedeutung des autobiographischen Erfahrungsberichtes hinwies, weil nämlich hiermit zum „ersten Mal“ die kommunistische und nationalsozialistische Geheimpolizei verglichen werden konnte, konstatierte Borkenau, dass das Buch einen wichtigen Beitrag zum „vergleichenden Verständnis des politischen Terrors“ darstellen würde.¹⁷⁹⁰ Zudem stellte der Rezensent fest, dass die Veröffentlichung mit „unerhörter Deutlichkeit“ sowohl den Unterschied als auch die Verwandtschaft des deutschen und des sowjetischen Terrorsystems zum Vorschein brachte. „Den Sowjets“, so Borkenau mit Blick auf den grundsätzlichen Charakter des Terrors in den beiden totalitären Herrschaftssystemen, „geht es nicht darum, den einzelnen Menschen zu quälen. Für sie steht ohnehin fest: das Individuum ist nur ein Nichts. Wenn sie foltern, so nur zum Zwecke der Erpressung von Geständnissen.“¹⁷⁹¹

¹⁷⁸⁹ Ebenda, S. 105.

Siehe hierzu auch die ausführliche Erwiderung in Form eines Leserbriefes: Paul Sering (d. i. Richard Löwenthal), Planung und Freiheit, in: Der Monat, Heft 5 (1949), 1. Jg., S. 106-109; hier betonte Sering explizit, dass seiner Auffassung nach wirtschaftliche Planung mit „persönlicher und politischer Freiheit“ vereinbar sei und grenzte sich in diesem Kontext auch und vor allem von den sogenannten „rückwärtsgewandten Utopisten des wirtschaftlichen Liberalismus“, namentlich von Friedrich Hayek und Wilhelm Röpke, ab. Zudem ging Sering u. a. auf Seite 107 auf die Genesis und Entwicklung des totalitären Einparteiensstaates in der Sowjetunion ein.

¹⁷⁹⁰ Franz Borkenau, Zwischen Rot und Braun, in: Der Monat, Heft 6 (1949), 1. Jg., S. 95-97 (hier S. 95); hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: Margarete Buber-Neumann, Als Gefangene bei Stalin und Hitler, München/Zürich (o. J).

¹⁷⁹¹ Ebenda, S. 96.

Nachdem Franz Borkenau in seiner Rezension des Buches von Buber-Neumann einen weiteren ausdrücklichen Vergleich zwischen dem nationalsozialistischen und stalinistischen Terror zog – indes mit dem Fokus auf die deutschen und sowjetischen Konzentrationslager¹⁷⁹² – und in der nächsten Ausgabe der Mitherausgeber des „Monat“, Hellmut Jaesrich, in seinem Beitrag über die Kunst- bzw. Kulturpolitik in der geteilten Stadt Berlin – genauer, im von der westlichen alliierten Besatzungsmacht unterstehenden West-Berlin und der von der Sowjetunion beherrschten östlichen Besatzungszone mit dem Mittelpunkt Ost-Berlin – einging und hierbei einen ausdrücklichen Vergleich zwischen den beiden totalitären Parteien NSDAP und SED zog,¹⁷⁹³ war es kein Geringerer als Raymond Aron, der im Juni 1949 im Doppelheft 8/9 den Nationalsozialismus mit dem Stalinismus verglich. Im Rahmen des aus aktuellem Anlass vom „Monat“ organisierten Symposiums zum Thema „Erwacht Deutschland schon wieder? Der neue deutsche Nationalismus und seine Gefahren“,¹⁷⁹⁴ schrieb der französische Soziologe, Philosoph und politische Publizist angesichts des kurz zuvor ausgebrochenen Kalten Krieges und des in vier Zonen aufgeteilten Deutschland der Nachkriegszeit:

„Wenigstens in einer Besatzungszone Deutschlands sind bald nach Kriegsende die Konzentrationslager wieder eingerichtet worden. Es mag sein, daß man dort nicht die Ausrottungsmaßnahmen anwendet, die während der letzten Jahre der SS-Herrschaft im Schwange waren. Doch wie wollte man angesichts dieser Fakten (u. a. Vertreibung der „Sudeten-Deutschen“ sowie die sogenannte „Annektion“ Ostpreußens, Pommerns und Schlesiens durch die Rote Armee; J. G.) vermeiden, daß die Deutschen trotz allem den Schluß ziehen, daß offenbar nicht eine einzige Nation das Monopol der technisierten Grausamkeit besitzt?“¹⁷⁹⁵

¹⁷⁹² Darauf gehe ich im Kapitel IV.3.3. „Der Vergleich der nationalsozialistischen und stalinistischen Konzentrationslager“ ein.

¹⁷⁹³ Hellmut Jaesrich, Der Schnitt durch die Kunst. Die Geschichte eines Berliner Boykotts, in: Der Monat, Heft 7 (1949), 1. Jg., S. 90-97. Hier hieß es vor dem Hintergrund eines Gedankenexperiments des Verfassers, der nämlich die zeitgenössische politische und kulturpolitische Situation der Frontstadt Berlins zurückprojizierte in das Jahr 1933 nach der Übernahme der „Regierungsgewalt“ durch „eine Partei mit totalitärem Anspruch in Berlin“ und dem danach in Gang gekommenen Terror – „Kristallnacht und Synagogenbrände, die Erschießung, Verschleppung und willkürliche Vernichtung Unschuldiger“ (S. 90) – auf S. 91: „Nun ein solches Berlin gibt es jetzt, wenn man kühn genug ist, Nationalsozialismus und Bolschewismus und die selbst erworbene Stoßkraft der NSDAP mit der von der Besatzungsmacht erborgten der SED zu vergleichen. Man mag gegen diese Gleichsetzung Bedenken haben, auf die wir zurückkommen wollen. Hier genüge die leicht zu stützende Behauptung, daß die Gemeinsamkeiten – der Gebrauch des Terrors, die Lähmung der freien Meinungsäußerung und die generelle Geistfeindlichkeit – vor den Unterschieden überwiegen.“

¹⁷⁹⁴ Erwacht Deutschland schon wieder? Der neue deutsche Nationalismus und seine Gefahren“, in: Der Monat, Heft 8/9 (1949), 1. Jg., S. 3-64. Mit Beiträgen u. a. von Walter L. Dorn, Richard H. S. Crossmann, Dolf Sternberger, Paul Sering (d. i. Richard Löwenthal), Manuel Gasser, A. J. P. Taylor, Peter de Mendelssohn, Wilhelm Roepke, Erik Reger, Eugen Kogon, Franz Borkenau.

¹⁷⁹⁵ Raymond Aron, Für ein europäisches Deutschland, in: ebenda, S. 11-15 (hier S. 12).

In der gleichen Ausgabe des „Monat“ verglich der am Genfer „Institut Universitaire des Hautes Etudes Internationales“ lehrende, international bekannte Theoretiker und Experte für Nationalökonomie und vehemente Vertreter eines wirtschaftlichen Liberalismus, Wilhelm Röpke, die beiden totalitären Regierungen des Nationalsozialismus und des Stalinismus. In einem zuerst in der Schweizer Zeitschrift „Humanitas“ veröffentlichten sogenannten „offenen Brief“ schrieb er in dem im „Monat“ als Leserbrief abgedruckten Beitrag „Rußland und Abendland“ – vor dem Hintergrund der ausdrücklichen Unterscheidung zwischen Russland als Kulturnation und seiner Bevölkerung sowie dem eigentlichen Problem, das Röpke im Bolschewismus ausmachte, weil nämlich dieser sogenannte pseudoreligiöse „Islam, dessen Mekka sich nun einmal in Moskau“ befand“, der seiner Auffassung nach die „geistigen Grundlagen des Abendlandes“ bedrohte:

„Daß diese Gefahr der früheren nationalsozialistischen verwandt ist, liegt auf der Hand. Aber hier gibt es einen Unterschied ... Als geistige Gefahr ist der Bolschewismus weit furchtbarer, als es der Nationalsozialismus je gewesen ist, und zwar wegen seines universellen und rationalistischen Charakters. Man konnte keinen Hottentotten zum Nationalsozialisten machen, weil man ihn unmöglich von dieser wirren Theorie des ‚Herrenvolkes‘ überzeugen konnte; aber man kann ihn im Handumdrehen zum Kommunisten machen ... Gerade weil der Bolschewismus als ein rationalistisch-universeller Islam einen verführerischen Appell an die geistigen oder charakterlichen Schwächen aller Menschen (oder an ihr schlechtes Gewissen) richtet, verfügt er über eine ‚fünfte Kolonne‘, mit der verglichen, diejenige des Nationalsozialismus (oder Faschismus) komisch erscheint.“¹⁷⁹⁶

In den beiden letzten Ausgaben des ersten Jahrganges des „Monat“, im August und September 1949 (Heft 11 und 12), erschien von dem in Paris lebenden italienischen antifaschistischen Emigranten A. Rossi (d. i. Angela Tasca) die deutsche Übersetzung der in Frankreich veröffentlichten sogenannten „kleinen Studie“ zum Hitler-Stalin-Pakt. In der unter dem Titel „Zwei Jahre deutsch-sowjetisches Bündnis“¹⁷⁹⁷ (Teil 1) und „Zwei Jahre deutsch-sowjetische Freundschaft“¹⁷⁹⁸ (Teil 2) abgedruckten Studie untersuchte A. Rossi¹⁷⁹⁹ in erster

¹⁷⁹⁶ Wilhelm Röpke, Rußland und das Abendland, in: Der Monat, Heft 8/9 (1949), 1. Jg., S. 157.

¹⁷⁹⁷ A. Rossi (d. i. Angela Tasca), Eine historische Rekonstruktion: Zwei Jahre deutsch-sowjetisches Bündnis (August 1939 – Juni 1941), in: Der Monat, Heft 11 (1949), 1. Jg., S. 74-98.

¹⁷⁹⁸ Ders., Zwei Jahre deutsch-sowjetische Freundschaft (Fortsetzung und Schluß), in: Der Monat, Heft 12 (1949), 1. Jg., S. 40-55.

¹⁷⁹⁹ Zum Autor hieß es in: Der Monat, Heft 11 (1949), 1. Jg., S. 128: „Hinter dem Namen *A. Rossi* verbirgt sich ein in Paris lebender italienischer Emigrant und leidenschaftlicher Bekämpfer Mussolinis, der 1938 mit einer historischen Darstellung der Anfänge des Faschismus, die zugleich in französischer und englischer Sprache erschien, berechtigtes Aufsehen erregte. Noch bedeutsamer ist der erste Teil eines auf drei Bände angelegten Werkes *Crise française, crise mondiale*, der im vorigen Jahr erschien und sich *Physiologie du parti communiste français* benennt (...). Dieser Band behandelt auf Grund der genauesten und intimsten Kenntnisse vor allem das Verhalten der kommunistischen Partei Frankreichs während der ersten Jahre des vergangenen Krieges, während die beiden folgenden sich mit der französischen Widerstandsbewegung und mit der Haltung Sowjetrußlands gegenüber Europa beschäftigen sollen. Die in diesem Zusammenhang erforderliche Auswertung des amerikanischen Weißbuches und vieler anderer gedruckter und ungedruckter Dokumente über die gleiche

Linie auf der Basis der Nürnberger Prozessdokumente¹⁸⁰⁰ die politisch-historische Genese und Entwicklung der für die internationale Staatenwelt eine absolute Sensation darstellenden und Verwirrung und Bestürzung hervorrufenden diplomatischen Beziehungen sowie vertraglichen Abmachungen der beiden politisch-ideologischen „Todfeinde“ des deutschen Nationalsozialismus und des sowjetischen Kommunismus im Zeitraum August 1939 bis Juni 1941. Die ‚kleine Studie‘ stellte im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung des historisch-politischen Bündnisses zwischen dem deutschen Staat unter Hitler und dem sowjetischen Staat unter Stalin im „Monat“ die grundlegendste Veröffentlichung dar¹⁸⁰¹ und soll nicht zuletzt aufgrund der substantiellen Beschreibung und Analyse von Rossi sowie des wissenschaftlichen Charakters der Untersuchung im Folgenden ausführlich referiert werden.

Vor dem Hintergrund seiner Ausführungen der deutsch-sowjetischen außenpolitischen Beziehungen in den 1920er Jahren, die sicherlich mit dem „Seeckt-Plan“¹⁸⁰² und dem „Rapallo-Vertrag“¹⁸⁰³ ihren Höhepunkt fanden, stellte A. Rossi fest, dass „von Hitlers Seite und zwar ausschließlich von Hitler“ die „ersten Gesten der Feindseligkeiten“ kamen.¹⁸⁰⁴

Frage hat Rossi veranlaßt, zu diesem Thema eine kleinere Studie zu schreiben, die bei Artheme Fayard in Paris als Buch erschienen ist und der unser Beitrag entnommen ist.“

¹⁸⁰⁰ Zu den Dokumenten des Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozesses auf die sich der Autor in seinem insgesamt 118 Fußnoten umfassenden ersten Teil seiner historischen Studie bezog, schrieb A. Rossi, Eine historische Rekonstruktion: Zwei Jahre deutsch-sowjetisches Bündnis (August 1939 – Juni 1941), in: Der Monat, Heft 11 (1949), auf S. 74 zu Beginn seines Beitrages: „Nach dem Zusammenbruch Deutschlands sind viele Tonnen von Archiv-Akten in die Hände der Alliierten gefallen. Ein Teil der Dokumente fand beim Nürnberger Prozeß Verwendung, die übrigen wurden für spätere Publikationen zurückgestellt. Die ersten Auswertungs- und Klassifizierungsarbeiten sind jedoch schon auf deutschem Boden vorgenommen worden, wenigstens was das von den amerikanischen und britischen Besatzungsbehörden aufgefundene Material anlangt, das zunächst fotografiert und dann in großen Zügen gesichtet wurde.

Dank begrüßenswerten Initiativen der amerikanischen Regierung sind jetzt vor allem auch die Schriftstücke über die deutsch-sowjetischen Beziehungen vom März 1939 bis Juni 1941 bekannt geworden. Die Veröffentlichung dieser Dokumente ermöglicht es den Historikern, endlich aus der Sackgasse herauszufinden, in die sie angesichts des Schweigens der offiziellen Stellen und der Einseitigkeit aller bisherigen Darstellungen der fraglichen Vorgänge geraten waren.“

¹⁸⁰¹ Siehe hierzu auch die entsprechenden, indes indirekten Ausführungen zum Hitler-Stalin-Pakt in folgenden Beiträgen: Herbert Lüthy, Salto mortale der Dialektik, in: Der Monat, Heft 31 (1951), 3. Jg., S. 89-97 (hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: A. Rossi, Les communistes français pendant la Drôle de Guerre, Paris 1951); F(ritz) R(ené) Allemann, Die Rußlandpolitik des Dritten Reiches, in: Der Monat, Heft 32 (1951), 3. Jg., S. 199-202 (hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: Dr. Peter Kleist, Zwischen Hitler und Stalin 1939-1945, Bonn (o. J.) sowie Franz Borkenau, Barbarische Freundschaft, in: Der Monat, Heft 46 (1952), 4. Jg., S. 414-417 (hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: E. H. Carr, German-Soviet Relations Between the Two World Wars, 1919-1939, London (o. J.).

¹⁸⁰² Vgl. hierzu grundsätzlich: „Der Seeckt-Plan“, in: Der Monat, Heft 2 (1948), 1. Jg., S. 42-58; mit folgenden Beiträgen: Julius Epstein, Aus unveröffentlichten Dokumenten. Neues Tatsachenmaterial über die geheime Zusammenarbeit zwischen Reichswehr und Sowjet-Armee; Eugen Fischer-Baling, Politik und Kriegsromantik; M. J. L. (d. i. Melvin J. Lasky), Seeckt, Stalin und Europa.

¹⁸⁰³ Vgl. hierzu Fritz René Allemann, Rapallo – Mythos und Wirklichkeit, in: Der Monat, Heft 163 (1962), 14. Jg., S. 5-12; der Beitrag liegt indes außerhalb des in diesem Teil der vorliegenden Arbeit zu Grunde liegenden Untersuchungszeitraumes.

¹⁸⁰⁴ A. Rossi, Eine historische Rekonstruktion: Zwei Jahre deutsch-sowjetisches Bündnis (August 1939 – Juni 1941), in: Der Monat, Heft 11 (1949), S. 74.

Indes: Mit Blick auf den konkreten Zeitraum des ersten Teils seiner quellengesättigten Studie, der zum einen die „Vorbereitung des Abkommens“, d. h. die Monate März bis Juni 1939, und zum anderen die facettenreichen entscheidenden Wochen des August 1939 fokussierte und bis zum Abend des 31. August reichte – dem Tag der Ratifizierung des sogenannten Paktes durch den Obersten Sowjet; mithin endete dieser Teil am Vorabend des Überfalls der deutschen Wehrmacht auf Polen – , war es Rossi's Auffassung nach der zu allem entschlossene Kremlchef, der die „Fäden zog“ und die diplomatischen Geschicke nicht nur immer wieder in Gang brachte, sondern letzten Endes diktierte. Genauer gesagt: Hinsichtlich des in der Nacht vom 19. zum 20. August 1939 in Berlin unterzeichneten Wirtschaftsabkommen zwischen der deutschen und sowjetischen Regierung, dem in den Abendstunden des 23. August in Moskau zwischen den beiden Außenministern, Joachim von Ribbentrop und Wjatscheslaw M. Molotow, im Beisein von Stalin unterzeichneten deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakts – der über das zwischenstaatliche Nichtangriffsversprechen hinausgehend eine absolute Neutralität festlegte – und dem „Geheimen Zusatzprotokoll“,¹⁸⁰⁵ vermittelten die Ausführungen des italienischen Historikers explizit und implizit den Eindruck, dass in erster Linie Stalin der zentrale politische Akteur war und mehr oder weniger das Handlungsgeschehen bestimmte, und dem außerdem der politische „Mehrwert“ an der sogenannten „Beute“ zufiel. Infolgedessen sah A. Rossi Stalins „kongenialer Partner“ Hitler im Grunde genommen in einer eher passiven Rolle, der sämtliche politischen Forderungen und Bedingungen des Kremlchefs bereitwillig zustimmte, um sein zentrales Ziel zu erreichen, das der Autor neben dem Gewinn von „Lebensraum im Osten“ im „Blitzkrieg“ gegen Polen sah.¹⁸⁰⁶

Im zweiten Teil seines Beitrages „Zwei Jahre deutsch-sowjetisches Bündnis“ in Heft 11 thematisierte A. Rossi ausschließlich die politischen und diplomatischen Entwicklungen nach dem Überfall der deutschen Wehrmacht auf Polen am Morgen des 1. September 1939. In diesem Zusammenhang streifte der Autor die strategischen Überlegungen Hitlers und somit den für das deutsche Regime im Grunde genommen existentiellen Plan, den „Zweifrontenkrieg“ zu vermeiden. Für Rossi kam der Angriff auf Polen für Stalin nicht

¹⁸⁰⁵ Das Geheime Zusatzprotokoll enthielt die Vereinbarung zwischen den beiden imperialen Mächten, dass für „den Fall einer territorial-politischen Umgestaltung der zum polnischen Staate gehörenden Gebiete“ eine konkrete Aufteilung ihrer Interessensphären vorsah, demzufolge Polen entlang der Flüsse Narew, Weichsel und San aufgeteilt werden sollte; zudem sicherten sich die sowjetische Seite „in Erwartung der Besetzung jetzt schon die Kontrolle über Finnland, Estland und Litauen, über Ostpolen (...) sowie über Bessarbien.“ Ebenda, S. 87 mit dem genauen Wortlaut des Geheimen Zusatzprotokoll.

¹⁸⁰⁶ Siehe hierzu den gesamten ersten Teil, in: ebenda, S. 74-88.

überraschend.¹⁸⁰⁷ Am 17. September griff die Rote Armee direkt in das Kriegsgeschehen ein und marschierte in den östlichen Teil Polens ein. Am 19. September ließ Stalin der deutschen Regierung durch Molotow schriftlich mitteilen, dass er seine „ursprüngliche Absicht, ein Restgebilde des polnischen Staates bestehen zu lassen, aufgegeben“ hatte und jetzt eine Teilung Polens entlang der Linie Pissa – Narew – Weichsel – San favorisierte und zwar so „wie sie am 23. August vereinbart worden“ war.¹⁸⁰⁸ Für A. Rossi bestanden die historisch-politischen Implikationen der Aufteilung Polens unter anderem darin, dass die drei baltischen Staaten unter die Kontrolle der Sowjetunion fielen und die „Provinzen mit rein polnischer Bevölkerung“ in den drei baltischen Staaten, deren „Assimilierung“ aus der Sicht Moskaus „schwierig gewesen wäre“, im Folgenden in die Hände der Deutschen fielen, so dass er hinsichtlich Stalins zynischer Perspektive meinte, dass es dem Kremlchef „herzlich gleichgültig“ war, „ob ein paar Millionen Polen den Nationalsozialisten ausgeliefert wurden.“¹⁸⁰⁹

Und weiter hieß es bei dem italienischen Historiker im Kontext der Thematisierung der Aufteilung des polnischen Territoriums und den angesprochenen Implikationen fast am Ende des ersten Teils seiner Untersuchung zum Hitler-Stalin-Pakt:

„Ein nüchtern urteilender Historiker muß zugeben, daß das ‚Generalgouvernement Polen‘ so wie es durch den Erlaß Hitlers vom 8. Oktober zehn Tage nach Abschluß der Moskauer Abkommen ins Leben gerufen wurde, das unmittelbare Resultat der Politik und der Vorschläge Stalins war. Die Lage Polens hätte sich weniger hoffnungslos gestaltet, wenn *ceteris paribus*, Hitler nicht von Stalin zum Handeln gezwungen worden wäre, wobei ihm dieser gerade den Teil des polnischen Territoriums mit den Millionen jüdischer Einwohner auslieferte, die in der Folge fast alle vernichtet wurden.“¹⁸¹⁰

Im zweiten Teil seiner Studie zu dem deutsch-sowjetischen Bündnis (Heft 12)¹⁸¹¹ untersuchte A. Rossi den Zeitraum nach Beginn des Zweiten Weltkrieges bis Mitte November 1940. Hier beleuchtete er das alles andere als einträchtige Verhältnis zwischen der deutschen und der

¹⁸⁰⁷ Ebenda, S. 89.

¹⁸⁰⁸ Ebenda, S. 95.

¹⁸⁰⁹ Ebenda, S. 96.

¹⁸¹⁰ Ebenda, S. 97;

Im Anschluss an das Zitat erfolgte der Hinweis, dass am 28. September 1939 der sogenannte „Deutsch-Sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrag“ zwischen Molotow und dem deutschen Botschafter in Moskau, [Fritz Dietlof Graf] von der Schulenburg, unterzeichnet wurde, der die territorialen Fragen im Hinblick auf die polnische Grenze regelte. Zudem wies A. Rossi in diesem Zusammenhang darauf hin, dass hinsichtlich „Litauens und des Gebietes von Suwalki“ und die damit verbunden „Modifikationen des Geheimprotokolls vom 23. August in einem neuen Geheimprotokoll ihren Niederschlag (fanden), das am Morgen des 29. September unterzeichnet wurde, jedoch das Datum des Vortages trug.“; zum genauen Inhalt der beiden sogenannten Protokolle siehe ebenda, S. 97 f.

¹⁸¹¹ A. Rossi, Zwei Jahre deutsch-sowjetische Freundschaft (Fortsetzung und Schluß), in: Der Monat, Heft 12 (1949), S. 40-55.

sowjetischen Regierung unmittelbar nach der Unterzeichnung des Bündnisses im August und September 1939. Vor dem Hintergrund seiner zu Beginn formulierten These, dass sowohl Hitler als auch Stalin entschlossen waren den „Pakt bei der ersten Gelegenheit zu brechen“,¹⁸¹² kam der Autor im Verlauf seiner Ausführungen – die in diesem zweiten Teil häufig auf einer problematischen, zweifelhaften methodischen Verwendung seiner zahlreichen Quellen beruhte – immer wieder zu der Ansicht, dass es bei der engen Zusammenarbeit der beiden späteren „Todfeinde“ auf dem politischen, wirtschaftlichen und militärischen Gebiet letzten Endes der Kremlchef war (sowie zum Teil der gesamte Apparat der Komintern und folglich die einzelnen nationalen Kommunistischen Parteien Italiens, Belgiens, Frankreichs, der Tschechoslowakei oder auch der Vereinigten Staaten), der der eigentliche „böse Bube“ war und zwar aus folgenden Gründen:

Erstens unterstützte Stalin den nationalsozialistischen Machthaber nicht nur direkt, sondern auch dadurch, dass er „auf die Gegner Deutschlands indirekt Druck“ ausübte und zudem hierbei „die deutsche Politik auch moralisch“ rechtfertigte.¹⁸¹³

Zweitens erwies sich schlussendlich die deutsche Regierung in diesem Zeitraum gegenüber Moskau als „treuer“ Vertragspartner; wobei sich diese Treue freilich aus dem Umstand ergab, das primäre außenpolitische Ziel Hitlers, nämlich bei der nationalsozialistischen „Neuordnung Europas“ und dem militärischen Sieg über Frankreich einen „Zweifrontenkrieg“ zu vermeiden, nicht zu gefährden.

Drittens war es im Zusammenhang mit Hitlers strategischen Überlegungen, die Sowjetunion in den existierenden sogenannten „Dreimächtepakt“, bestehend aus Deutschland, Italien und Japan, einzubeziehen, ausschließlich Stalin, der immer neue Forderungen stellte, indem er nämlich „eine neuerliche Abgrenzung der jeweiligen Interessensphären“ von der deutschen Regierung forderte.¹⁸¹⁴

Letzten Endes war es für Rossi auch Moskau, das im Kontext des sogenannten Programms des „neuen sowjetischen Imperialismus“ Forderungen auf Grundlage der deutsch-sowjetischen Abmachungen stellte – zum Beispiel in Bezug auf Finnland, die zum einen zu den beiden von Ribbentrop am 13. November 1940 vorgeschlagenen „Geheimprotokollen“ führte und zum anderen zu den ausdrücklich auf „Verlangen der sowjetischen Regierung“ gemachten Absprachen in den drei weiteren Protokollen – , in denen sich Deutschland verpflichtete, „seine eigenen Truppen unverzüglich aus Finnland zurückzuziehen“ und

¹⁸¹² Ebenda, S. 40.

¹⁸¹³ Ebenda, S. 43.

¹⁸¹⁴ Ebenda, S. 53.

außerdem bestätigte, dass sich Bulgarien innerhalb der sowjetischen Sicherheitszone befände, und dass „aus diesem Grunde ein gegenseitiger Beistandspakt zwischen der UdSSR und Bulgarien notwendig sei, der jedoch keinerlei Einfluß auf das innere Regime und die Souveränität Bulgariens haben würde.“¹⁸¹⁵

In diesem Zusammenhang schrieb A. Rossi im vorletzten Absatz seines Beitrages „Zwei Jahre deutsch-sowjetische Freundschaft“:

„Mit diesem offiziellen Exposé umriß die Sowjetunion auf das genaueste die Bedingungen, unter denen sie bereit war, sich dem zwei Monate zuvor von Deutschland, Italien und Japan in Berlin unterzeichneten Pakt anzuschließen. Die sowjetischen Gegenvorschläge sollten von Deutschland nie beantwortet werden, obwohl der Kreml wiederholt um eine Antwort bat.“¹⁸¹⁶

Nachdem A. Rossi im Schlussabsatz darauf hinwies, dass eine von Hitler am 12. November 1940 erlassene und von Jodl (Chef des Wehrmachtführungsstabes; J. G.) unterzeichnete sogenannte Direktive 18 zur militärischen Lage neben Anweisungen „für die weitere Kriegsführung gegen England“ die Mitteilung enthielt, dass die Verlegung von deutschen Truppen in die Ostgebiete fortgesetzt werde und dass „die Reichsregierung zugleich die augenblickliche Haltung Sowjetrußlands in Erfahrung zu bringen suche“ – hierzu sollte die anstehende Unterhaltung mit Molotow dienen – schrieb er am Ende seiner ‚kleinen Studie‘:

„Das Ergebnis dieser Gespräche war indessen nicht dazu angetan, Hitlers Besorgnisse abzuschwächen. Am 13. November erklärte er Göring gegenüber, die sowjetischen Forderungen müßten abgelehnt werden und die Vorschläge des Kremls in bezug auf Südosteuropa seien unakzeptabel. Er erblickte hierin, wie auch in den sowjetischen Forderungen nach absoluter Handlungsfreiheit in Finnland, einen großen Einkreisungsversuch gegen Deutschland und war entschlossen, ihn zu verhindern. Wie der damalige deutsche Botschafter in der Türkei, von Papen, es formulierte, hatte Deutschland in diesem Augenblick den Krieg verloren, denn von nun an war die bewaffnete Auseinandersetzung mit Sowjetrußland unvermeidlich.“¹⁸¹⁷

Nach dieser substantiellen politisch-wissenschaftlichen Untersuchung zum Hitler-Stalin-Pakt erschien kurz darauf im Januar 1950 (Heft 16) der erste von zwei Teilen eines Vorabdruckes aus dem in den Vereinigten Staaten ein Jahr zuvor vom US-amerikanischen Historiker, Publizisten und Regierungsberater Arthur M. Schlesinger jr.¹⁸¹⁸ unter dem Titel „The Vital

¹⁸¹⁵ Ebenda, S. 55.

¹⁸¹⁶ Ebenda, S. 55.

¹⁸¹⁷ Ebenda, S. 55.

¹⁸¹⁸ Beim redaktionellen Hinweis zu dem Beitrag: Arthur M. Schlesinger Jun., Brief aus Washington: Die transatlantische Gemeinschaft, in: Der Monat, Heft 4 (1949), 1. Jg., S. 11-19 hieß es auf S. 11 zu dem Autor: „Arthur M. Schlesinger jun. ist trotz seiner Jugend einer der bekanntesten amerikanischen Historiker und Publizisten. Von seinem Lehrstuhl an der Harvard University beurlaubt, verbrachte er einige Monate im Stabe der ECA in Paris.“

Center. The Politics of Freedom“ veröffentlichten Buches.¹⁸¹⁹ Da es sich um eine wichtige Totalitarismusstudie und um einen grundlegenden Text zum Totalitarismusphänomen im „Monat“ handelte, der in eine substantielle vergleichende Analyse der Geschichte des NS-Staates und des sowjetischen Staates mündete, soll er im Folgenden ausführlich referiert werden.

In den einleitenden Worten zum ersten Teil der beiden Beiträge brachte die Zeitschriftenredaktion unter anderem zum Ausdruck, dass angesichts der unmittelbar zurückliegenden Jahrzehnte der geschichtliche Nachweis geliefert wurde, dass zweifelsohne sowohl die politische Linke als auch die politische Rechte zum „Scheitern verdammt war.“ Denn, so die redaktionelle Auffassung, ebendiese Jahrzehnte hatten die „Krise und Auflösung“ der bürgerlichen Vorkriegs-Gesellschaft in England und Frankreich und die „Konvulsionen des Faschismus in Italien und Deutschland“ enthalten, dazu das „große Experiment des Bolschewismus, dessen grausame Entartung dem Lernbegierigen neues Anschauungsmaterial geliefert hat.“ Hieraus folgte für die Redaktion des „Monat“ um Melvin J. Lasky, dass die „große schillernde Seifenblase des Optimismus“ des 19. Jahrhunderts „endgültig zerplatzt“ war, so dass für sie die Begriffe ‚Freiheit‘ und ‚Demokratie‘, denen seit dem Zeitalter der Aufklärung die Vorstellung innewohnte, dass die Spezies Mensch sich permanent „vervollkommen“ und infolgedessen an „Einsicht und Selbstlosigkeit“ zunehmen könnte, zu Beginn des Jahres 1950 bei ihrem „offiziösen Gebrauch einen immer hohleren Klang“ bekamen. Und in diesem Zusammenhang schrieb die Redaktion des „Monat“ im Vorwort:

„Gerade das Wissen um die sowjetische Entwicklung hat, unmittelbar nach dem Erlebnis des Faschismus und Nationalsozialismus, notgedrungen Zweifel an der perfektiblen Natur des Menschen hervorgerufen. Sie hat gezeigt, daß die unkontrollierte Gewalt in jeder Hand Fürchterliches hervorruft. Sie hat viel dazu beigetragen, in unserem politischen Denken die Angst zur alles beherrschenden Dimension zu machen.“¹⁸²⁰

¹⁸¹⁹ Arthur M. Schlesinger jr., Politik im Zeitalter der Angst, in: Der Monat, Heft 16 (1950), 2. Jg., S. 339-352 (Teil I) sowie (Teil II) Heft 19 (1950), 2. Jg., S. 68-75 (hierbei handelte es sich um Auszüge aus seinem Buch: The Vital Center. The Politics of Freedom, Boston 1949).

¹⁸²⁰ Alle Zitate im redaktionellen Vorwort in dem ersten Teil des Beitrages Arthur M. Schlesinger jr., Politik im Zeitalter der Angst, in: Der Monat, Heft 16 (1950), 2. Jg., S. 339. An dieser Stelle hieß es auf S. 339 f. weiter: „Wir veröffentlichen im folgenden die wesentlichsten Abschnitte aus Schlesingers neuem Buch, in dem er eine neue Ausgangsposition zu gewinnen sucht, die den bisherigen Fehlern etwa des Rechtskonservatismus oder andererseits einer fortschrittlich-liberalen Linken aus dem Wege zu gehen sucht. Nach seiner Auffassung, für die er reichliche Belege liefert, haben sich die Totalitarismen von rechts und von links über einem dunklen Meer von Tyrannei und Terror die Hand gereicht. Es gilt deshalb, von den äußersten Flügeln zur Mitte zurückzukehren, zu einer breiten demokratischen Front, die alle Elemente von der nicht-kommunistischen Linken bis zur nicht-faschistischen Rechten vereinigt. Kann das gelingen? Gibt es ein solches ‚vitales Zentrum‘? Können wir eine Gesellschaft errichten, in der die Menschen frei und glücklich sind, oder stehen dem tief verankerte, in der Psyche des Einzelnen und der Masse begründete Hindernisse im Wege? Nur mit der Kühle eines

Am Anfang seines Beitrages „Politik im Zeitalter der Angst“ formulierte Arthur M. Schlesinger jr seine zentrale These, wonach nämlich der „westliche Mensch“ in der Mitte des 20. Jahrhunderts „angespannt, unsicher, ziellos“ wäre und die zeitgenössische Epoche als eine „*time of troubles*“ (Hervorh. im Original; J. G.), als ebenjenes Zeitalter der Angst apostrophiert werden könne. Für ihn stand fest, dass die „Grundlagen unserer Zivilisation, unserer Sicherheit“ weggebrochen waren und „vertraute Vorstellungen und Einrichtungen“ den Menschen, als auch den „Völkern“ keinen Halt mehr gaben. „Einzig die USA“, so Schlesinger,

„haben noch stoßdämpfende Faktoren zwischen sich und den Ängsten unseres Zeitalters: Faktoren, die in der Zeit, in der Entfernung, im natürlichen Wohlstand, in einer der Nation eigenen Findigkeit und in einem zähen, altüberlieferten Optimismus begründet liegen.“¹⁸²¹

Bevor gezeigt wird, wie Arthur M. Schlesinger jr. den Nationalsozialismus mit dem Sowjetkommunismus verglich, müssen indes zuerst seine Reflexionen im Hinblick auf die für die Vereinigten Staaten von Amerika charakteristische „Geisteshaltung“ ausführlich zusammengefasst werden. Denn nur vermittelt der komplexen Argumentationslogik Schlesingers zu ebendieser Geisteshaltung wird der anschließende Vergleich zwischen dem deutschen Nationalsozialismus (sowie dem italienischen Faschismus) und dem sowjetischen Kommunismus verständlich. In den Augen Schlesingers war für diese Geisteshaltung, dessen Genesis und Entwicklung quasi mit der modernen (kapitalistischen) Industriegesellschaft koinzidierte, charakteristisch, dass er den Glauben an den Erfolg zur „Religion“ machte. Seiner Meinung nach war es gerade für die Vereinigten Staaten sehr schwer, sich auf die grundsätzlich andere Geisteshaltung einzustellen, die die Mitte des 20. Jahrhunderts bestimmend war. Das 20. Jahrhundert konnte für ihn im Grunde genommen als Zeitalter des ‚Umsonst‘ apostrophiert werden, denn, so Schlesinger: Umsonst waren nämlich der Triumph in der Wissenschaft und der Fortschritt der Technik, umsonst auch die „edelsten Hoffnungen“ und die „glanzvollsten Träume“. Seiner Auffassung nach stand fest:

„Was das Jahr 1900 als nahe Zukunft vor sich sah, war ein unaufhaltsam wachsendes Reich der Freiheit, der Demokratie und des Überflusses; das Jahr 1950 blickt auf Totalitarismus zurück, auf Konzentrationslager, tausendfaches Hungersterben und auf den drohenden Schatten der Atombombe.“

unbestechlichen Intellekts wird auf diese Fragen zu antworten sein. Nur mit der Glut eines neugewonnenen politischen und ethischen Willens wird das Ziel zu erreichen sein.“

¹⁸²¹Ebenda, S. 340.

Die für Schlesinger mit Blick auf die Vereinigten Staaten als Weltraggödie bezeichnete zeitgenössische politische Situation, ließ sich seiner Ansicht nach mit folgenden Worten kennzeichnen:

„Entweder wir oder sie; die Vereinigten Staaten oder die Sowjetunion; Kapitalismus oder Kommunismus; ist erst dieser Konflikt gelöst, so werden auch alle anderen Probleme gelöst werden. (...) Aber täuschen wir uns nicht; wir dürfen die amerikanisch-sowjetische Rivalität nicht als die Quelle der Weltnöte betrachten.“¹⁸²²

Für Arthur M. Schlesinger jr. waren weder Kapitalismus noch Kommunismus die Ursache der zum damaligen Zeitpunkt aufkommenden Angst und auch nicht irgendein bestimmtes „System der Besitzverhältnisse“, sondern die gesellschaftliche Entwicklung, genauer gesagt, die „industrielle Organisation“ sowie der sich durch die industrielle Entwicklung herauskristallisierende (moderne) Staat. Angesichts des auf der ganzen Welt durchlaufenen Wandels der „Lebensform“ in den zurückliegenden drei Jahrhunderte und des damit korrespondierenden beschleunigten „Lebenstempo“ war der amerikanische Historiker der Auffassung, dass damit eine adäquate zeitgenössische „neue Gesellschaftsstruktur absolut notwendig geworden“ sei, d. h. „eine Gesellschaftsstruktur, in der das Individuum ein gewisses Maß von Selbstverwirklichung erreichen kann.“ In diesem Zusammenhang schrieb Schlesinger:

„Dieser neuen Gesellschaftsstruktur muß gelingen, was die alten Rechtsordnungen der Familie, der Sippe, der Zunft und des Nationalstaates nicht vermocht haben. Sie muß die Probleme lösen, die durch die Beschleunigung des Zeitablaufes, die Verkürzung des Raumes und den Zuwachs an Spannungen entstanden sind. Sie muß neue Äquivalente für die Ordnungen entwickeln, die einst durch *Sitte und Religion* (Hervorh. J. G.) aufgestellt wurden. Die Anforderungen, die der Bau dieser neuen Gesellschaftsordnung stellt, müssen notwendigerweise die emotionellen und sittlichen Kräfte des Individuums und der Gemeinschaft auf das Äußerste anspannen.

Rückblickend kann man sagen, daß diese Anforderungen wohl zu schwer und zu belastend gewesen sind. Die Zivilisation hat sie nicht zu erfüllen vermocht, und darum wird sie heute von Angst und Furcht verzehrt. Es gelang ihr nicht, eine neue Gesellschaftsstruktur zu schaffen, und so wurde sie eher zum Opfer als zur Beherrscherin des Industrialismus. Die Befreiung des Individuums während der Renaissance und Reformation setzte die industrielle Revolution in Bewegung; in ihrem Verlauf hat der Industrialismus den Menschen neue Freiheiten und Entwicklungsmöglichkeiten gegeben. Aber letzten Endes geht seine Tendenz – eine Tendenz, die gerade in seiner technischen Natur begründet liegt – darauf hinaus, die wirtschaftlichen Beziehungen zu entpersönlichen – wie auch immer die Besitzverhältnisse sein mögen. Im Endergebnis drückt der Industrialismus das freie Individuum langsam an die Wand.“¹⁸²³

¹⁸²² Ebenda, S. 340.

¹⁸²³ Ebenda, S. 341 f.

Für den Autor stand angesichts seiner Ausführungen fest, dass die moderne Industriegesellschaft im Unterschied zu den auf „persönlichen Bindungen“ beruhenden sowie von einer „persönlichen Ethik“ gelenkten traditionellen Gesellschaften sowohl ebendiese Bindungen als auch demzufolge die Ethik vernichtete. Der aus diesem Umstand entstandene „neue Kodex“ führte, so Schlesinger, zu einer „Kluft zwischen Wirtschaftspraxis und persönlicher Moral“, die sich seiner Ansicht nach zum einen extrem schnell und auf eine „beunruhigende Weise“ ausweitete sowie zum anderen im „industriellen Manager“ seinen Prototyp und in der Aktiengesellschaft seinen negativen organisatorischen Höhepunkt fand. Die „Unpersönlichkeit des neuen Wirtschaftssystems“ hatte vor allem zur Folge, so Schlesinger weiter, dass niemand die direkte Verantwortung für den „offensichtlichen und furchtbaren Preis an menschlichen Leiden zu fühlen brauchte“, den dieses Wirtschaftssystem forderte. Ein zentraler Gesichtspunkt war für den amerikanischen Historiker, dass es zweifelsohne ein „verstecktes Schuldgefühl“ gab. In diesem Zusammenhang schrieb Schlesinger:

„Aber gerade der Mechanismus der Organisation bot Trost und Absolution. Je feiner und umfassender die Organisation wurde, desto mehr wurde sie zu dem Mittel, mit dessen Hilfe der sittlich verantwortliche Mensch seiner natürlichen Schwäche für unsittliche Handlungen nachgeben konnte. Jede Organisation litt an dieser inneren Tendenz.“

Diese innere Tendenz galt nicht nur für die konkurrierenden Aktiengesellschaften, zumal in der Form des Monopols, sondern mit gewissen Einschränkungen sowohl für den demokratischen Staat als auch in „erschreckendem Ausmaß“ für den totalitären Staat. Für Arthur M. Schlesinger stand fest, dass die „Unpersönlichkeit des Systems“ in erster Linie die „schlechtesten Eigenschaften“ zutage förderte. Obwohl der Industrialismus einerseits gewaltige „neue Energien“ freisetzte, unterwarf er gleichzeitig die Welt einem „unheilvollen neuen System von Beziehungen.“ Und hierzu schrieb er:

„So gab er dem Stolz und der Gier des Menschen, dem Sadismus und dem Masochismus, dem Machtrausch und dem Rausch der Selbsterniedrigung starke Waffen und steigerte dadurch das Schuldgefühl der Menschen. So schuf er Organisationsprobleme, denen der Mensch nicht gewachsen ist und die ihn zu verschlingen drohen, und vervielfältigte dadurch die Ängste der Menschen. So nahm er schließlich den alten Religionen die Lebenskraft, ohne etwas Neues zu schaffen, das den Stolz und das Machtstreben hätte in Schach halten können; und erhöhte dadurch beides, Schuldgefühl und Angst.“¹⁸²⁴

Vor dem Hintergrund seiner Ausführungen konstatierte Schlesinger, dass was der Mensch in der damaligen Zeit an „Organisatorischem leisten“ musste, über seine „sittlichen und

¹⁸²⁴ ebenda, S. 342.

gefühlsmäßigen Kräfte“ hinausging. Für ihn war diese Tatsache die eigentliche Ursache „unserer seelischen Störungen“. Dieses Grunddilemma bot sich dem Autor des „Monat“ in der Mitte des 20. Jahrhunderts vor allem in Gestalt des Konfliktes zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion dar. Indes: Für Arthur M. Schlesinger jr. stand auch fest, dass beide Nationen für das angesprochene Grunddilemma keine Lösung gefunden hätten und zwar deshalb, weil sie nämlich kein „Mittel gegen die Verlockungen der Macht und die Korruption der Organisation“ und die „menschlichen Schwächen“ hatten. Nach seinen ausführlichen Reflexionen über die fundamentalen politischen Unterschiede zwischen dem Kapitalismus und Kommunismus (als „Kinder der industriellen Revolution“) US-amerikanischer und sowjetischer Provenienz, stand für Schlesinger fest, dass diese Unterschiede schlussendlich die Unterschiede zwischen einer „freien Gesellschaft“ und einem „totalitären Regime“ waren.¹⁸²⁵

In Anbetracht seiner Ausführungen über den grundsätzlichen ideologischen Konflikt zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion und dem daraus resultierenden zeitgenössischen politischen, moralischen und militärischen Machtkonflikt, sowie über die Illusion des 20. Jahrhunderts, demzufolge nämlich der ‚Fortschritt‘ etwas „Unvermeidliches“ sei, und der in diesem Zusammenhang vertretenen Ansicht, dass man in einem „Zeitalter des Übergangs“ und mithin in einem ‚Zeitalter der Unsicherheit‘ leben würde,¹⁸²⁶ unternahm Arthur M. Schlesinger den Versuch, die bestehende existentielle Krise zwischen den beiden unterschiedlichen politischen Systemen historisch zu erklären. Auf dieser Interpretationsgrundlage erfolgte dann – der hier interessierende – facettenreiche Vergleich zwischen dem Nationalsozialismus und dem Sowjetkommunismus.

Auf der Grundlage seiner einleitenden Ausführungen über die Entstehungsbedingungen der (modernen) Industriegesellschaft und den hiermit verbundenen Zerstörungen der traditionellen (mittelalterlichen) Gesellschaften sowie den daraus resultierenden ausdrücklichen Kosten für das einzelne Individuum, die seiner Ansicht insbesondere in dem Verlust der „alten schützenden Sicherheiten“ zu sehen waren – ohne das die moderne industrielle Wirtschaft, die auf „Unpersönlichkeit, Auswechselbarkeit und Tempo“ beruhte, „neue Sicherheiten“ schuf – sowie einer radikalen Kritik an den Kategorien ‚Angst‘ des dänischen Philosophen Sören Kierkegaard und ‚Freiheit‘ des zum damaligen Zeitpunkt einflussreichen Existentialismus des französischen Philosophen Jean-Paul Sartre,

¹⁸²⁵ Siehe hierzu im Einzelnen mit ausdrücklichen Ausführungen zur „Konzeption einer freien Gesellschaft“ und den „Merkmale(n) der Freiheiten“ unter Berufung auf den englischen Premierminister Winston Churchill, ebenda, S. 343-345.

¹⁸²⁶ Siehe hierzu im Einzelnen Arthur M. Schlesinger jr., Politik im Zeitalter der Angst, in: a.a.O., S. 344 f.

meinte Schlesinger, dass die „meisten Menschen“ aus Angst vor der Freiheit fliehen würden. Ebendiese ‚Flucht vor der Freiheit‘ (Erich Fromm) sah Schlesinger als den „charakteristischen Grundzug unseres Zeitalters“ an, da „der Mensch“ gewohnt sei „Glied eines Ganzen zu sein, aber er ist es nicht mehr: Die naturhaft gegebene Gesellschaft ist durch die vertragsmäßig gegründete Gesellschaft ersetzt worden, und das beklemmende Entweder-Oder zwischen Halten und Brechen von Verträgen erzeugt Qual und Erschöpfung.“¹⁸²⁷

Die bisherigen komplexen Ausführungen dienten dem US-amerikanischen Historiker Arthur M. Schlesinger jr. quasi als Vorspiel, um sich im Anschluss daran primär mit dem Phänomen des Totalitarismus im Allgemeinen und den totalitären Herrschaftssystemen des deutschen Nationalsozialismus und des sowjetischen Kommunismus im Besonderen auseinanderzusetzen. Im Kontext seiner Beschreibung und Analyse der totalitären Staaten zog Schlesinger ausdrücklich den Vergleich.¹⁸²⁸

Schlesinger vertrat folgende grundsätzliche Ansichten:¹⁸²⁹

1. Je höher sich die Organisation über „dem Menschen auftürmt“, umso mehr und mehr würde dieser in „Verlorenheit, Ohnmacht und Furcht“ leben.
2. Dass „der Mensch“ im sogenannten Monopol- oder Staatskapitalismus seine Macht erweitert hatte und gleichzeitig „die Freiheit auf dem Gebiet der Wirtschaft“ abnahm, so dass er den „Schlägen und Stößen ausweichen“ möchte, die auf seine „schwache Individualität“ einschlugen.
3. Dass die Analyse des Sozialpsychologen Erich Fromm durchaus zutreffen würde, wonach nämlich die „psychologischen Stigmata der Flucht vor der Freiheit“ in dem „Streben nach Unterwerfung und nach Herrschaft“ besteht sowie darin, dass „das Ich sich in Masochismus oder Sadismus“ verliert.

Daraus folgte für Schlesinger, dass der totalitäre Staat als das spezifische „Korrelat dieser Furcht vor der Freiheit“ entstand und eine „Erfindung des 20. Jahrhunderts“ sei. Seines Erachtens bestand der qualitative Unterschied zu den bis dahin bekannten Herrschaftsregimen, wie der Diktatur, dass diese sicherlich „blutig und tyrannisch“ waren,

¹⁸²⁷ ebenda, S. 345 f.

¹⁸²⁸ Im Folgenden wird die jeweils von Arthur M. Schlesinger benutzte (Forschungs-)Literatur aus wissenschaftlichen Gründen in den Fußnoten aufgeführt.

¹⁸²⁹ Wie bereits zu Anfang zum Ausdruck gebracht wurde, ist es auch an dieser Stelle von Bedeutung, die dem ausdrücklichen Vergleich des deutschen Nationalsozialismus und des sowjetischen Kommunismus vorangestellten Ausführungen in der gebotenen Kürze voranzustellen, weil nur auf dieser inhaltlichen Grundlage die Gegenüberstellung der beiden totalitären Staaten von Arthur M. Schlesinger jr. verständlich wird.

aber, so der Autor, die „Gesellschaftsstruktur größtenteils unangetastet“ blieb. Das totalitäre Prinzip dagegen, so die Meinung von Schlesinger,

„atomisiert die gesellschaftliche Struktur, indem es alle selbständigen Gruppen und auseinanderstrebenden Bindungen zu einer einzigen amorphen Masse zermahlt. Die Machtwirkung des totalitären Staates ist unbegrenzt. Diese Tatsache ist an sich schon eine Quelle seiner tiefgehenden psychologischen Werbekraft. Auf wirtschaftlicher Ebene sucht er auf die Zusammenhanglosigkeit und offensichtliche Unkontrollierbarkeit der industriellen Gesellschaft die Antwort zu geben. Auf der politischen und psychologischen Ebene wirbt er mit der Hoffnung, daß die nagenden Ängste zur Ruhe kommen werden; er bietet Institutionen, die den sadistischen und masochistischen Trieben ein Ventil öffnen. Als System gesellschaftlicher Organisation gibt er vor, dem Leben Sinn und Zweck zu verleihen. An Stelle der Einsamkeit und Wurzellosigkeit des Menschen in der freien Gesellschaft verspricht er die Sicherheit und Kameradschaft einer Kreuzfahrergemeinschaft, die von einem tiefen und anfeuernden Glauben getrieben wird.“

Und Arthur M. Schlesinger jr. schrieb wie folgt weiter:

„Der Mensch im Zeichen der Freiheit ist, nach Marschall Schukows vielsagender Wendung, ‚eine undisziplinierte, unausgerichtete Gegebenheit‘; im Zeichen des Totalitarismus wird, wie Konstantin Simonows glücklicher Ausdruck lautet, jede Person ‚eine Partikel des Sowjetsystems‘. ‚Sozialist sein heißt‘, wie Goebbels es ausdrückte, ‚das Ich dem Du zu unterwerfen; Sozialismus bedeutet, das Individuum der Allgemeinheit zu opfern.‘ (...)“¹⁸³⁰

Für Schlesinger waren es diese „entwaffnenden Gründe“ worauf die „Werbekraft des totalitären Prinzips“ beruhte und vertrat hierzu ausdrücklich den Standpunkt, dass die „Ideologie und Logik“ keineswegs die zentrale Rolle spielen würde. In diesem Zusammenhang versuchte er ausschließlich mit Reflexionen zur kommunistischen Parteidisziplin sowie einem persönlichen Zitat aus einer Veröffentlichung vom ehemaligen Mitglied der KPF, André Malraux, einen Beleg für seine These zu finden. So hieß es bei Schlesinger: „Früher waren unsere Leute diszipliniert, weil sie Kommunisten waren,“ bemerkte ein Held Malraux. „Jetzt werden zahllose Leute Kommunisten, weil die Partei sich für Disziplin einsetzt.“¹⁸³¹

Und vor dem Hintergrund von geschichtsphilosophischen Reflexionen im Allgemeinen – mit ausdrücklichem Blick auf das ‚Tausendjährige Reich‘ und auf die ‚Proletarische Revolution‘ – und der eigenartigen Anziehungskraft des Inhalts des kommunistischen „Glaubensbekenntnisses“ im Besonderen meinte Arthur M. Schlesinger jr., dass der ‚Angstmensch‘ der ‚charakteristische Bürger der freien Gesellschaft im 20.

¹⁸³⁰ Arthur M. Schlesinger jr., Politik im Zeitalter der Angst, in: Der Monat, Heft 16 (1950), 2. Jg., S. 346.

¹⁸³¹ Zitiert nach ebenda, S. 346 f.

Jahrhundert“ sei. Dass das totalitäre Prinzip letzten Endes triumphierte, war dem „Menschen ohne Angst“ zu verdanken: Dem „totalitären Menschen“. Hierzu führte der Autor aus:

„Der Totalitarismus unternimmt es, die tragischen Erkenntnisse zu liquidieren, die dem Menschen ein Gefühl für seine Beschränkung gegeben haben. Dafür hat er einen neuen Menschen gezüchtet, rücksichtslos, bestimmt, extravertiert, erhaben über Zweifel und Demut, fähig zu selbstherrlicher Sicherheit und in den höheren Rängen der Partei auch wirklich ‚unfehlbar‘. Der ‚totalitäre Mensch‘ ist Koestlers Kommissar – ‚der Menschentyp, der die Verbindung zum Unterbewußten völlig gelöst hat‘.¹⁸³² Er ist der Held André Malraux’, der Mensch, der Massenwillen und geschichtliche Bestimmung verkörpert und damit im Gegensatz zu einem Individualismus steht, der auf der Pflege persönlicher Unterschiede beruht.

Der totalitäre Mensch verleugnet, was seine eigenen Nerven und sein privates Gewissen ihm sagen, bis beides vor der Autorität der Partei und der Geschichte verkümmert ist. Er ist der Mensch, der von der absoluten Unfehlbarkeit der Partei, ihres Willens und Urteils überzeugt ist, der Agent, der keine bösen Ahnungen und keine Skrupel kennt, der Aktivist, der sein Leben ohne Zögern der Geschichte opfert. Wir kennen sie gut, die Gesichter dieser neuen Menschen, aus der Gestapo oder dem M.V.D., aus dem Politbüro oder der Versammlung der Vereinten Nationen: es sind schmallippige, kaltäugige, fühllose und verschlossene Menschen, wie aus rohem Holz geschnitzt, ohne Humor, ohne Ursprünglichkeit, ohne Nerven.“¹⁸³³

Nach weiteren Ausführungen insbesondere zum totalitären Menschen – als Gegentypus zum Menschen der freien Gesellschaft – und seiner Bereitschaft, der (totalitären) Partei angesichts seines Glaubens, sie hätte die Geheimnisse der Geschichte und der Natur soweit gemeistert, dass ihr die einzelnen Subjekte bedingungslos zu folgen hätten, meinte Schlesinger, dass dies zur Ausprägung einer rücksichtslosen Mentalität führte. Die rücksichtslose Mentalität ging für ihn soweit, dass der Parteisoldat wusste, „wen er schonen und wen er töten soll“. Hier unternahm Schlesinger anhand Arthur Koestlers Buch „Sonnenfinsternis“ den Versuch, zu zeigen, dass aus der Perspektive eines gläubigen Kommunisten Stalin tatsächlich als die Inkarnation des Parteiführers der KPdSU und als das Staatsoberhaupt der Sowjetunion erscheinen konnte. Und zwar aus zwei Gründen: Zum einen, weil Stalin möglicherweise tatsächlich den Geschichtsablaufs kannte und zum anderen, weil er demzufolge vielleicht tatsächlich der Vollstrecker des Geschichtsprozesses war. Der „Anziehungskraft des Totalitären“ für Arthur M. Schlesinger jr. lag die „Furcht vor Isolierung“ und die „Flucht vor der Angst“ zugrunde, und zwar umso mehr, wenn infolge einer wirtschaftlichen und moralischen Hoffnungslosigkeit, „Furcht und Angst in Wahnsinn in ein ‚absolutes, schwarzes Vakuum‘ “ umschlugen.¹⁸³⁴

¹⁸³² An dieser Stelle berief sich der Autor auf das Buch: Arthur Koestler, Der Yogi und der Kommissar; allerdings ohne Angaben zum Erscheinungsort und -jahr.

¹⁸³³ Arthur M. Schlesinger jr., Politik im Zeitalter der Angst, in: Der Monat, Heft 16 (1950), 2. Jg., S. 347.

¹⁸³⁴ Ebenda, S. 348.

Auf den letzten knapp vier Seiten des ersten Teils seines Beitrages „Politik im Zeitalter der Angst“ setzte sich Arthur M. Schlesinger jr. dann ausdrücklich mit dem Faschismus, dem Nationalsozialismus und dem Kommunismus im Allgemeinen sowie mit dem deutschen und dem sowjetischen Totalitarismus im Besonderen in vergleichender Perspektive auseinander. Die totalitären Regime des 20. Jahrhundert verstanden sich in den Augen des Autors als genuin antidemokratische Bewegungen und traten auf den „Plan“, um sämtliche Konzeptionen „wirtschaftlicher oder politischer Wahlfreiheit radikal herauszufordern.“ Für Schlesinger existierten zwischen Kommunismus und Faschismus zwar wichtige Unterschiede, die seiner Meinung nach bei der Auseinandersetzung mit den Regimen und für das historische Verstehen durchaus zentraler Bedeutung waren. Indes waren für ihn von einem bestimmten Zeitpunkt an die „Ähnlichkeiten unendlich viel stärker und bezeichnender.“ Denn, so führte Schlesinger aus:

„Die Ähnlichkeiten ergeben sich natürlich aus der Tatsache, daß beide Glaubensrichtungen als Antwort auf dieselben Enttäuschungen entstanden sind; sie tragen den Stempel derselben Mängel und Mißerfolge der freien Gesellschaft. Beide haben den ‚Angstmenschen‘ ersetzt durch den ‚totalitären Menschen‘. Beide nützen die Revolutionsmystik aus, indem sie sich auf den tief im Volke wurzelnden Widerwillen gegen legitim gewordene Ungleichheiten gründen. In beiden Systemen hat die Unterdrückung der politischen Opposition und der Geistesfreiheit der herrschenden Partei absolute Macht verliehen, und in beiden Systemen sorgt eine alles durchdringende und erbarmungslose Geheimpolizei dafür, daß die Macht absolute Macht bleibt. In beiden Systemen spielen sich die charakteristischen Machtkämpfe innerhalb der herrschenden Schicht ab; in beiden Systemen leben die Massen in einer tief, trance-ähnlichen politischen Apathie.“¹⁸³⁵

Nach seinen Ausführungen über die Ähnlichkeiten zwischen den Systemen des Kommunismus und Faschismus, brachte Schlesinger die „Wesensverwandtschaft“ sämtlicher Vertreter des „totalitären Prinzips“ zur Sprache. Seiner Ansicht nach bestand nämlich ebendiese Wesensverwandtschaft darin, dass sich die Exponenten des totalitären Prinzips in der unmittelbar zurückliegenden Geschichte gegen die „Gemäßigten zusammenstanden“ – wie zum Beispiel während der Weimarer Republik im Kontext des Berliner Verkehrstreik vor „Hitlers Machtergreifung“. Zudem entsprach es Schlesinger zufolge einfach einer historischen Tatsache, dass es einen „Übergang“ von der extremen Linken zur extremen Rechten und zurück gab, der seines Erachtens ebenfalls für die angesprochene Wesensverwandtschaft sprach. Kein Geringerer als Adolf Hitler sagte einmal, so Schlesinger, dass es

¹⁸³⁵ Ebenda, S. 349.

„mehr Verbindendes als Trennendes zwischen uns und dem Bolschewismus (gibt) (...) Vor allem die echte revolutionäre Gesinnung ... Ich habe diesem Umstand immer Rechnung getragen und Anweisung gegeben, daß man die ehemaligen Kommunisten sofort in die Partei aufnimmt. Aus den kleinbürgerlichen Sozialdemokraten und Gewerkschaftsbonzen wird nie ein Nationalsozialist, aus Kommunisten immer.“¹⁸³⁶

Die Kommunisten bekundeten Schlesinger zufolge nach dem Tod Hitlers ihr komplettes Einverständnis mit diesem Ausspruch, indem sie einen „besonderen Werbefeldzug unternahmen, um die kleinen Nazis in die kommunistisch beherrschte Sozialistische Einheitspartei der Sowjetischen Zone Deutschlands zu bringen.“ Zudem sah Schlesinger sowohl in der Verachtung des „Willensmenschen(en)“ gegenüber dem „Mann des Wortes“ als auch im antibürgerlichen Ressentiment des sogenannten Aktivisten eine weitere Verwandtschaft bei den Exponenten des totalitären Prinzips; zudem existierte auf einer „niedrigeren Ebene“ ein „verzehrender Neid“, eine radikale Ablehnung der „bestehende(n) Ordnung“ sowie eine „Neigung zur Gewalttat“ und eine „Lust am Gangstertum“. Gleichwohl erfuhren Schlesinger zufolge auch die „idealistischen Triebkräfte“ im deutschen und sowjetischen Totalitarismus durchaus vergleichbare Schicksale. Seiner Ansicht nach hatten nämlich der Nationalsozialismus und der Sowjetkommunismus „ursprünglich ein gut Teil ‚echten revolutionären Gefühls‘, aber beide landeten, wie es in allen Revolutionen der Fall ist, im Thermidor: die Spannung zwischen den Bedürfnissen der Revolution und den Bedürfnissen des neuen Regimes wurde unerträglich. Die Organisation vernichtet schließlich die Revolution, und wahrscheinlich vernichtet sie damit auch einige der führenden Revolutionäre.“¹⁸³⁷

Im Anschluss an diese Ausführungen thematisierte Arthur M. Schlesinger jr. die seines Erachtens entscheidenden Aspekte, die beim Nationalsozialismus zum „Putsch vom Juni 1934“ und beim Sowjetkommunismus zum Phänomen der Parteisäuberung führte. Vor dem Hintergrund seiner These, wonach die „Organisation“ letzten Endes die Revolution „vernichtet“, insistierte Schlesinger auf den „revolutionären Flügel“ um Gregor Strasser im Nationalsozialismus, in dem sich eine ‚antikapitalistischen Sehnsucht‘ mit dem Antisemitismus vermengte. Indes: Nach Meinung von Schlesinger siegte im innerparteilichen Machtkampf schlussendlich der „konservativere Hitler“ über den Strasser-Flügel und deren Programm, das eine „sozialistische Revolution und eine Verbindung mit den Sowjets vorsah.“ Die sozialrevolutionären Motive wurden quasi in der einzigen nationalsozialistischen

¹⁸³⁶ Ebenda, S. 349. Als Quelle für das Zitat diente dem Autor das Buch: Hermann Rauschning, Gespräche mit Hitler; indes ohne Angaben zum Erscheinungsjahr und -ort sowie ohne Seitenzahl.

¹⁸³⁷ Ebenda, S. 349 f.

Organisation mit einer „starken proletarischen Gefolgschaft“, der SA, gebündelt, die durch ihren Führer, Hauptmann Ernst Röhm, nach der staatlichen Machteroberung den in ihren Augen „legitimen“ Anteil und in diesem Kontext die ‚Zweite Revolution‘ forderte. Angesichts der sich herauskristallisierenden Gefahr für die „konservativen Kräfte“ zwang die „Armee“, so Schlesinger, Hitler zum Handeln, so dass dieser die Ermordung von Röhm und Strasser ins Werk setzte und zudem Goebbels, Erich Koch und einige andere „revolutionäre Weggenossen zur Unterwerfung“ zwang. Und in diesem Zusammenhang stellte Schlesinger fest:

„Ein paar Tage später sang ihnen Hitler die Elegie, die allen Opfern aller Thermidore gesungen wird – den ‚Revolutionären, welche die Revolution um der Revolution willen betreiben und sie als einen Dauerzustand betrachten möchten...‘“¹⁸³⁸

In diesem Zusammenhang traf Schlesinger, nach seinem Hinweis, dass der „Apostel“ der dauernden Revolution selbstverständlich Leo Trotzki war, die Feststellung, dass die sowjetischen „Säuberungsaktionen“, die für ihn in den „berühmten“ Moskauer Prozessen ihren „Höhepunkt“ fanden, zusammen mit „Hitlers Säuberung“ im Juni 1934 als „Schulfall“ dafür gelten könne, wie „die Organisation die Revolution zerstört, wie die Bürokratie sich gegen die Radikalen wendet.“¹⁸³⁹

Im Anschluss an seine totalitarismustheoretisch fundierten Ausführungen und seinen ausdrücklichen Vergleichen zwischen dem Nationalsozialismus (bzw. Faschismus) und dem Sowjetkommunismus stellte Arthur M. Schlesinger jr. sodann fest, dass ebenjene Herrschaftssysteme mithin aus einer „echt revolutionären Unzufriedenheit“ mit der existierenden Gesellschaft entsprangen. Gleichwohl waren seiner Meinung nach die „revolutionären Ansätze“ zum Scheitern verurteilt und wurden von der „neuen herrschenden Klasse“ bekämpft, genauer, „niedergetreten“, der sie „zur Macht“ verhalfen. Allerdings gab es für ihn auf die „bedeutsame Unterschiede“. Während der Faschismus in seinen Augen ein eindeutiger „Ausdruck des Nihilismus“ war, wahrte, so der Autor, der Kommunismus den Anschein, als stünde er „inmitten eines Systems greifbarer Werte“. Will heißen: Was der Faschismus an „Beweisgründen“ aufzuweisen hatte, gehörte für ihn ins „Reich des Somnambulismus“; die Argumentation stand im Zeichen von „Mythos, Psychose und Blut“. Der „Marxismus“ wiederum hatte Schlesinger zufolge dem Kommunismus ein „beachtliches

¹⁸³⁸ Ebenda, S. 350. Als Quelle für das Zitat diente dem Autor das Buch: [Hans] Bernd Gisevius, Bis zum bitteren Ende; indes ohne Angaben zum Erscheinungsjahr und -ort sowie ohne Seitenzahl.

¹⁸³⁹ Ebenda, S. 350.

geistiges Erbe mitgegeben, das mit Wertbegriffen aus dem Optimismus, Rationalismus und der historischen Einzelforschung des 20. Jahrhunderts angereichert“ war.¹⁸⁴⁰

Vor dem Hintergrund eines ausführlichen Exkurs zur geistesgeschichtlichen Entwicklung des Marxismus zu einer genuinen Ideologie, die sich in der politischen Herrschaftspraxis der Bolschewiki auch und vor allem nach der russischen Revolution primär durch den „totalitären Glauben“ auszeichnete, der für Schlesinger bereits frühzeitig auch als sozialpsychologischer Kitt der lange Zeit im Geheimen operierenden „festgefügte(n), disziplinierte(n) Elite“ fungierte, stellte der Autor fest, dass sich bei dieser Parteilite im Laufe der Zeit mehr und mehr eine „Verschwöreromanie“ ausbreitete, die zur „zweiten Natur des Kommunismus“ geworden sei.¹⁸⁴¹

Nach seinen vergleichenden Reflexionen und Urteilen zum Faschismus und dem Kommunismus, die sich allerdings in erster Linie auf den Marxismus und auf die Entwicklung der Bolschewiki zur führenden Partei des sowjetischen Staates bezogen, konstatierte Arthur M. Schlesinger jr. im vorletzten Absatz seines Beitrages, dass der Totalitarismus in Deutschland für ihn ein „Musterbeispiel für die Flucht vor der Freiheit“ war. Dementsprechend konnten sich im Nationalsozialismus seiner Meinung nach die in „sadistischer und masochistischer Richtung zielenden Triebe“ am „wildesten ausleben“. Und in diesem Zusammenhang stellte Schlesinger explizit fest:

„Der Totalitarismus in Russland dagegen ist etwas Umfassenderes und Verwickelteres. Insofern als der Stalinismus nur eine moderne Erscheinungsform der kollektivistischen Empfindungen ist, die ununterbrochen in der russischen Geschichte gewirkt haben, hat er gewissermaßen etwas Legitimes und Gesetzmäßiges. Es fehlen ihm nämlich die psychotischen und gewalttätigen Züge, die der Totalitarismus in einem Lande aufweist, das die Freiheit gekannt hat.“¹⁸⁴²

Gleichwohl gab es für den US-amerikanischen Historiker Arthur M. Schlesinger jr. noch weitere zentrale Unterschiede zwischen den beiden „Spielarten des totalitären Prinzips“, denn so der Autor:

„Der Faschismus ließ die Wirtschaftsstruktur des Privateigentums bestehen. Der Staat übernahm zwar das Recht zu fundamentalen wirtschaftlichen Entscheidungen; und führende politische Gestalten wie Göring schnitten sich riesige Lehnsgüter aus dem Wirtschaftskörper heraus. Aber es gab keine systematische Enteignung der besitzenden Klasse und daher keine Liquidierung der bis dahin herrschenden Bevölkerungsteile. Als Bewegung des kleinen

¹⁸⁴⁰ Ebenda, S. 350.

¹⁸⁴¹ Siehe im Einzelnen ebenda, S. 350 f. Als Quelle diente dem Autor die Schrift: W. I. Lenin, Was tun?; indes ohne Angaben zum Erscheinungsort und -jahr sowie ohne Seitenangabe.

¹⁸⁴² Ebenda, S. 351.

Mittelstand empfand der Nationalsozialismus gegenüber den großen Besitzhäufungen eher Neid als Mißbilligung; im Gegensatz zum Kommunismus als einer Bewegung der Arbeiterklasse hatte der Nationalsozialismus auch kein tieferes Verlangen nach Abschaffung des privaten Ausbeutertums.¹⁸⁴³

Dies musste dem Nationalsozialismus, schrieb Schlesinger zu Beginn des nächsten und letzten Absatzes seines Beitrages „Politik im Zeitalter der Angst“ weiter, „auf kurze Sicht stark und auf lange Sicht verwundbar machen.“ Denn, so führte er aus:

„Hitler verbündete sich mit den willfährigen Vertretern des Großkapitals, des Landadels, der Beamtschaft und der Armee und gewann auf diese Weise unmittelbaren Zugang zu einem unschätzbaren Reservoir von Fachkräften, während Lenin nur allzu oft improvisieren mußte, weil seine Generäle nicht kommandieren, seine Ingenieure nicht bauen und seine Diplomaten (...) nicht verhandeln konnten. Aber nachdem die Sowjetunion sich so eine Generation lang durchgebissen hatte, verfügte sie über Generäle, Ingenieure und Diplomaten, denen sie mehr oder weniger trauen konnte, deren Verrat schlimmstenfalls der eines Einzelnen, nicht der einer ganzen Klasse war.“

Und Arthur M. Schlesinger jr. schrieb bezogen auf das nationalsozialistische Herrschaftssystem mit dem Fokus auf das Thema „Verrat“ wie folgt weiter:

„Hitler dagegen fand sich, sobald das Schicksal sich gegen ihn wandte, von Männern umgeben, die ihn jederzeit verraten konnten, und die Männer aus der Armee, dem Auswärtigen Amt, der Beamtschaft benutzten dabei die Mittel und den Rückhalt, die ihre Klasse ihnen bot. In seinen letzten Tagen pflegte Hitler deshalb Vertrauten gegenüber gedankenvoll zu sagen, daß Lenin und Stalin recht daran getan hätten, die Oberschicht in Russland auszuliegen, und daß er einen Fehler begangen habe, indem er nicht ebenso handelte. Vielleicht wurde ihm bei einem solchen Rückblick klar, daß er 1934 eine falsche Wahl getroffen hatte.“

Vor dem Hintergrund seines historischen Urteils, wonach in diesem Kontext Hitler für seinen „Irrtum“ mit dem sogenannten Putschversuch vom 20. Juli bezahlen musste, und weiteren Ausführungen zum deutschkonservativen Widerstand gegen den „Führer“, kam Schlesinger auf die „Gruppe radikaler Aktivisten“ zu sprechen, die für ihn vom Grafen von Stauffenberg angeführt wurde. Nach seinem Dafürhalten lebte in dieser Gruppe die „alte Gregor-Strasser-Sehnsucht“ nach einem „wahrhaft revolutionären Nationalsozialismus“ auf dem „Boden eines Bündnisses mit der Sowjetunion“ auf „seltsame Weise“ wieder auf. Nach dem gescheiterten „Putschversuch“ tat Hitler in den Augen von Arthur M. Schlesinger jr. alles in seiner Macht stehende, um seinen „Fehler von 1934 wiedergutzumachen“ und schrieb zum Schluss des ersten Teils der beiden Auszüge aus seiner Studie „The Vital Center“:

„So machte die Liquidierung der alten herrschenden Eliten die Übergangsschwierigkeiten für die Russen gewiß größer, ihre jetzige Stellung jedoch viel sicherer. Das nationalsozialistische Deutschland verkörperte im besten Fall einen *unvollkommenen Totalitarismus* (Hervorh. J.

¹⁸⁴³ Ebenda, S. 352.

G.). Allzu viel Elemente des früheren Deutschlands lebten in verhältnismäßig guter Beschaffenheit weiter darin fort, als daß Staat und Gesellschaft wirklich zur Deckung gebracht werden konnten. Die Sowjetunion hingegen scheint eine Einheit von Staat und Gesellschaft zustande gebracht zu haben, die ihrer Anlage nach vollständig ist und deren Nahtstellen gegen Wind und Wetter abgedichtet sind. Auf großer Fahrt wird es sich wahrscheinlich erweisen, daß das Schiff der Sowjetunion erheblich seetüchtiger ist als das zusammengeflückte Fahrzeug der Nationalsozialisten.“¹⁸⁴⁴

In dem zweiten Teil seiner Veröffentlichung „Politik im Zeitalter der Angst“ (Heft 19) setzte sich der Autor des „Monat“ ausschließlich mit dem Totalitarismus sowjetischer Couleur auseinander, wobei seine Ausführungen explizit und implizit in totalitarismustheoretischer Perspektive geschrieben wurden und den Systemvergleich zwischen dem Nationalsozialismus und dem Sowjetkommunismus intendierte. Auf den ersten sechs Seiten beschrieb und analysierte Schlesinger ausdrücklich die gesellschaftliche und politische Entwicklung des sowjetischen Staates unmittelbar in den Jahren nach der Oktoberrevolution von 1917 unter der Führung von Lenin, die für ihn auf der ideologischen Grundlage des Marxismus erfolgte. Hierbei legte der Autor den Fokus seiner Ausführungen auf drei zentrale Gesichtspunkte:

1. Auf die Genesis der KPdSU als Staatspartei und auf ihre komplexe Rolle im Zusammenhang mit dem Phänomen des Terrors, der bei der blutigen Unterdrückung des Protestes der „revolutionären Matrosen“ von Kronstadt im März 1921 durch die unter dem Kommando von Trotzki stehenden sowjetischen Truppen für Schlesinger einen ersten negativen Höhepunkt erreichte.¹⁸⁴⁵

2. Unter der Überschrift „Bürokratischer Kollektivismus“ auf die totale Unterdrückung der sowjetischen Bevölkerung, genauer, der „amorphen Massen“ durch eine neue Herrscherklasse, die über die staatlichen Produktionsmittel verfügte, die ihre Herrschaft primär durch die totalitäre Geheimpolizei sicherte.¹⁸⁴⁶

3. Unter der Überschrift „Terror und Widerstand“ auf den militärischen und politischen Widerstand des „russischen Volk(es)“ gegen ein totalitäres Regime (Leninismus/Stalinismus) und hier speziell auf die sogenannte Befreiungsarmee des General Wlassow.¹⁸⁴⁷

Im Zusammenhang seiner Ausführungen zur grundsätzlichen Bedeutung des Widerstands und der oppositionellen Bewegung für das sowjetische Herrschaftssystem lieferte Schlesinger eine Definition für den Totalitarismus, die sich sowohl auf den „Rechts-“ als auch auf den „Linkstotalitarismus“ bezog. Hierzu führte er aus:

¹⁸⁴⁴ Ebenda, S. 352.

¹⁸⁴⁵ Siehe im Einzelnen Arthur M. Schlesinger jr., Politik im Zeitalter der Angst, in: Der Monat, Heft 19 (1950), 2, Jg., S. 68-70.

¹⁸⁴⁶ Siehe im Einzelnen ebenda, S. 70 f.

¹⁸⁴⁷ Siehe im Einzelnen ebenda, S. 71.

„Totalitarismus bedeutet, daß die gesamte soziale Energie, jede innere Bindung, jede Gemüts- und Glaubenskraft in einem einzigen Brennpunkt gesammelt wird; diese Konzentration macht es notwendig, den ganzen Organismus der Gesellschaft ständig in hoher Spannung zu halten. Totalitäre Staaten haben im allgemeinen diese Spannung aufrechterhalten, indem sie äußere oder innere Gefahren aufbauschen: einen aggressiven Staat von außen oder eine teuflische Verschwörung im Innern. Verschwinden die wirklichen äußeren Bedrohungen, so wird das Regime mehr und mehr dazu gezwungen, den notwendigen Grad von Spannung mit Hilfe inneren Terrors aufrechtzuerhalten, statt die Zügel seiner Herrschaft lockern zu können.“¹⁸⁴⁸

Nachdem Schlesinger in diesem Kontext auch auf die unterschiedlichen Voraussetzungen für den leninistischen und den stalinistischen Terror insistierte, kam er auf die Bedeutung der Konzentrationslager und auf die Rolle des Terrors zu sprechen und beleuchtete aus seiner Sicht das Wesen der totalitären Herrschaftsform. Hierzu führte Schlesinger aus:

„Hannah Arendt hat gezeigt, daß sich die Konzentrationslager sowohl in Russland wie in Deutschland nicht zu der Zeit vervielfältigten, als die Opposition gegen das Regime am wirksamsten war, sondern gerade nach ihrem Erlöschen. Je länger das totalitäre Regime besteht und je sicherer es vor inneren und äußeren Feinden ist, desto notwendiger wird offenbar der Terror, desto wilder werden die Ketzerverfolgungen, desto ungestümer setzt sich die Forderung nach einer totalen Glaubenseinheit durch.

Im Allgemeinen also wird der Totalitarismus im Laufe der Zeit eher stärker als schwächer werden, doch darf man an diesem Punkt nicht zu dogmatisch sein. Sowohl das Deutschland Hitlers wie Sowjetrußland standen in ihren späteren Entwicklungsphasen zweifellos unter dem Einfluß echter oder eingebildeter Furcht vor Angriffen von außen; ebenso könnte eine spürbare Hebung des Lebensstandards sehr wohl die Notwendigkeit des Zwanges und der Spannung einschränken und damit auch den Terror. Aber eine totalitäre Herrscherklasse ist gewissermaßen das Opfer der Dynamik ihres eigenen Systems. Sobald das Politbüro einmal eine Entscheidung getroffen hat, muß es an seiner eigenen Unfehlbarkeit festhalten. (...) Der Hauptfeind ist die Angst, sie darf im eigenen Lager nicht geduldet werden. So wird der totalitäre Mensch dazu getrieben, ständig seine Überzeugung zu erhärten, daß er absolut im Recht ist, und zwar nicht nur alle zu vernichten, die ihn unmittelbar herausfordern, sondern auch diejenigen, die durch ihr Tun Strömungen in der Gesellschaft entstehen lassen, die von dem allesverschlingenden Zentralstrudel hinwegführen.“¹⁸⁴⁹

Auf der Basis dieser grundsätzlichen Reflexionen zum Wesen des totalitären Herrschaftssystems setzte sich Schlesinger im Anschluss daran ausschließlich mit der zeitgenössischen Entwicklung des sowjetischen Staates auseinander. Unter der Überschrift „Der Verlust der kulturellen Freiheit“ beleuchtete er differenziert den „jüngste(n) sowjetische(n) Feldzug gegen die kulturelle Freiheit“ in den Jahren nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, der sich unter anderem durch den radikalen Angriff gegen den „verruchte(n) ‚Kosmopolitismus‘“ auszeichnete und der insbesondere mit den „Parteiintellektuellen“ wie Konstantin Simonow oder Alexander Fadejew sowie den

¹⁸⁴⁸ Ebenda, S. 71.

¹⁸⁴⁹ Ebenda, S. 72.

international bekannten „fellow-travellers“ um T. S. Eliot, Dos Passos, Sartre oder auch Malraux geführt wurde.¹⁸⁵⁰

Und im letzten Abschnitt seines Beitrages kam Arthur M. Schlesinger jr. unter der Überschrift „Die Konzentrationslager als Sinnbild“ im Zusammenhang seiner Aussage, dass das Konzentrationslager, „wie es Hannah Arendt glänzend dargelegt hat“, zum „Sinnbild“ des Totalitarismus im 20. Jahrhundert avancierte, auf den Konnex zwischen totalitärer Herrschaft, willkürlichen Verhaftungen von Menschen, der ökonomischen Bedeutung der Zwangsarbeit in den Konzentrationslagern und Terror zu sprechen.¹⁸⁵¹

Nachdem im August 1949 (Heft 11) der Mitherausgeber des „Monat“, Hellmut Jaesrich, in einem Rezensionssaufsatz auf das kurz zuvor in England und den Vereinigten Staaten erschienene Buch „1984“ von George Orwell ausführlich einging,¹⁸⁵² wurde kurz darauf der utopische Roman in fünf Teilen mit jeweils einführenden Worten der Redaktion vollständig abgedruckt.¹⁸⁵³ Nicht zuletzt angesichts der persönlichen Erfahrungen des Anhängers der politischen antifaschistischen Linken und Kämpfers in den republikanischen Reihen im Spanischen Bürgerkrieg sowie frühen Gegners des Nationalsozialismus und des Stalinismus,¹⁸⁵⁴ entwarf George Orwell in seiner „Antiutopie“ das Schreckbild einer totalitären Gesellschaft in der Zukunft. „Der Ausgangspunkt“, so die Zeitschriftenredaktion in den einführenden Worten des ersten Teils,

„seiner unerbittlichen Phantasie und seines blutigen Spottes ist seine Heimat – ein England, das auf der Bahn der Verstaatlichung und Bürokratisierung bedeutend weiter fortgeschritten ist, als es der englische Sozialismus von heute erwarten läßt, ein England, das durch die Preisgabe der persönlichen Freiheit, deren Hort es heute ist, seine eigenen Schwächen mit den Greueln von Faschismus und Stalinismus vereinigt. Orwell erreicht damit, seine Leser vor jeder erdenklichen Form des Totalitarismus abzuschrecken, obwohl er die Entwicklung zu dem teuflischen Staat des Jahres 1984 fast als etwas Unabwendbares darstellt.“¹⁸⁵⁵

¹⁸⁵⁰ Siehe im Einzelnen ebenda, S. 72-74.

¹⁸⁵¹ Siehe im Einzelnen ebenda, S. 75. Auf die konkreten Ausführungen von Arthur M. Schlesinger jr. gehe ich im Abschnitt IV.3.3. „Der Vergleich der nationalsozialistischen und stalinistischen Konzentrationslager“ ein.

¹⁸⁵² Hellmut Jaesrich, Fünfunddreißig Jahre weiter...Zu George Orwells neuem Roman „Neunzehnhundertvierundachtzig“, in: Der Monat, Heft 11 (1949), 1. Jg., S. 115-119; hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: „Nineteen Eighty-Four“, London 1949 (sowie New York 1949).

¹⁸⁵³ Siehe die Veröffentlichung der fünf Teile von: George Orwell, „1984“. Ein utopischer Roman, in: Der Monat, Heft 14 (1949), 2. Jg., S. 115-137 (Teil I); Heft 15 (1949), 2. Jg., S. 239-277 (Teil II); Heft 16 (1950), 2. Jg., S. 357-391 (Teil III); Heft 17 (1950), 2. Jg., S. 485-521 (Teil IV) sowie abschließend Heft 18 (1950), 2. Jg., S. 570-602 (Teil V).

¹⁸⁵⁴ Siehe hierzu im Einzelnen im Kapitel II.4. „Porträts einiger Exponenten des Monat“ die Ausführungen zu George Orwell im Abschnitt II.4.4.

¹⁸⁵⁵ Redaktionelles Vorwort in: Heft 14 (1949), 2. Jg., S. 115.

Während sich der enge Freund Orwells und Herausgeber der englischen sozialistischen Wochenschrift *Tribune*, T. R. Fyvel, in seinem Beitrag „Zum Tode George Orwells“ (Heft 19) mit dessen Reflexionen im Buch „1984“ hinsichtlich des Missbrauchs der Sprache im Rahmen des „Studiums des kommunistischen Jargons“ im Allgemeinen und im Nationalsozialismus im Speziellen auseinandersetzte,¹⁸⁵⁶ nahm Hellmut Jaesrich in seinem bereits genannten Rezensionssatz „Fünfunddreißig Jahre weiter...Zu George Orwells neuem Roman ‚Neunzehnhundertvierundachtzig‘“ im letzten Abschnitt einen ausdrücklich totalitarismustheoretischen Blick ein und schrieb unter anderem:

„In seinem Ozeanien hat Orwell mit der echten Leidenschaft des Satirikers die künftigen Schrecknisse aller uns heute bekannten Gesellschaftsformen vereinigt. Das Grundthema, vor allem die Antithese zwischen dem großen Bruder Stalin und Goldstein-Trotzki, ist genau wie in ‚*Animal Farm*‘ den sowjetischen Verhältnissen entnommen, viele wesentliche Züge sind dem Nationalsozialismus abgeschaut.“¹⁸⁵⁷

Ebenfalls im zweiten Jahrgang des Erscheinens des „Monat“ gingen Franz Borkenau und der ebenfalls aus Deutschland stammende Renegat Ernest J. Salter im Rahmen ihrer Rezensionen zweier Bücher zur Geschichte der Sowjetunion in vergleichender Perspektive auf das Phänomen der totalitären Herrschaftssysteme ein. Während Salter kurz auf das für ihn interessante Phänomen totalitärer Staaten und ihrer Ideologen hinwies, dass sie nämlich eine „offene und geheime Scheu vor der Psychologie haben, vor allem vor der Tiefenpsychologie“,¹⁸⁵⁸ versuchte Borkenau – in erster Linie mit Blick auf den Stalinismus – die überragende Bedeutung des Terrors sowohl für das „Stalin-Regime“ als auch für das „Hitler-Regime“ zu erklären bzw. zu interpretieren. Im Kontext seiner kritischen Anmerkungen anlässlich einer im Grunde genommen „uneingeschränkte(n) Verherrlichung von Stalins historischer Leistung“ von Isaac Deutscher in seiner 1949 in England erschienenen Stalin-Biographie¹⁸⁵⁹ schrieb Franz Borkenau – vor dem Hintergrund eines Vergleichs von Hitler und Stalin, einer Analogie zwischen dem jakobinischen Terror der französischen Revolution und dem „roten Terror“ im russischen Bürgerkrieg von 1918 bis 1920 und des stalinistischen Terrors, sowie des Versuchs Isaac Deutschers, den neuartigen

¹⁸⁵⁶ T. R. Fyvel, Zum Tode George Orwells, in: Der Monat, Heft 19(1950), 2. Jg., S. 84-87 (hier S. 85 f.)

¹⁸⁵⁷ Hellmut Jaesrich, Fünfunddreißig Jahre weiter...Zu George Orwells neuem Roman

„Neunzehnhundertvierundachtzig“, in: a.a.O., S. 118.

¹⁸⁵⁸ Ernest J. Salter, Der permanente Terror, in: Der Monat, Heft 16 (1950), 2. Jg., S. 435-439 (hier S. 438); hierbei handelte es sich um die Rezension der Bücher: Hans von Eckardt, Iwan der Schreckliche, Frankfurt a. M. (o. J.) sowie R. J. Wipper, Iwan Grosny, Moskau (o. J.).

¹⁸⁵⁹ Franz Borkenau, Stalin im Schafspelz. Zu einer neuen Biographie von Isaac Deutscher, in: Der Monat, Heft 14 (1949), 2. Jg., S. 203-210 (hier S. 204); hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: Isaac Deutscher, Stalin. A Political Biography, London 1949.

Charakter des Terrors als „permanente Institution“ unter Stalin gewissermaßen zu verwischen – , dass durch ebendiese „Verschiebung der Perspektive“ zweifelsohne die „allzu offenkundigen Parallelen zwischen Stalin und Hitler, zwischen dem Kommunismus Stalinscher Prägung und dem Nationalsozialismus“ verschwanden. Und weiter hieß es in diesem Zusammenhang nach ausdrücklichen Bemerkungen zu den Anfängen des stalinistischen Terrors Anfang der 1930er Jahre nach der Einführung des ersten Fünfjahresplanes in der Sowjetunion:

„Dann mußte die Terrorwelle mit dem Ende der akutesten Phase der Umwälzung, also etwa 1933, beendet sein, und das war auch von vielen Beobachtern erwartet worden. In Wahrheit fielen jedoch die scheußlichsten Phasen des Terrors in die Zeit nach diesen Vorgängen. Der Terror hat eben im heutigen sowjetischen System mit sozialen Umwälzungen überhaupt nichts mehr zu tun, er ist, ganz wie im Nationalsozialismus und aus ganz denselben Gründen, eine dauernde Institution, er ist das Regime selbst.“¹⁸⁶⁰

Und weiter hieß es bei Franz Borkenau an anderer Stelle seiner Rezension der Stalin-Biographie im Anschluss an weitere Ausführungen zur Bedeutung des permanenten Terrors als übergreifendes Gesetz des Stalinschen Regimes und einem expliziten Vergleich mit dem deutschen Terrorregime:

„Das innere Gesetz des stalinistischen, nicht weniger als das des nationalsozialistischen Terrors treibt (wenn auch in der Sowjetunion langsamer als in Deutschland) zum Konflikt mit der Welt und damit zu einer Totalkatastrophe nicht nur für das terroristische Regime, sondern auch für das von ihm geführte Land.“¹⁸⁶¹

Nach den Ausführungen von Franz Borkenau zur zentralen Rolle des Terrors für das stalinistische und nationalsozialistische Herrschaftssystem im Rahmen seiner Rezension der Stalin-Biographie von Isaac Deutscher kam Hans v[on] Rimscha in seinem Leserbrief (Heft 18) zum Borkenau-Beitrag auch auf die Gemeinsamkeiten des „braunen“ mit dem „roten“ Terror zu sprechen. Am Ende seines Artikels „Zweierlei Terror“ schrieb von Rimscha – vor dem Hintergrund seiner grundsätzlichen analytischen Reflexionen zu den historisch-politischen Gemeinsamkeiten des leninistischen und stalinistischen Terrors und seinen konkreten Ausführungen zum genuin politischen Terror Stalins, der sich seines Erachtens gegen „jeden Gegner“ richtete und deshalb auch so lange in Gang bleiben musste, als es „wirkliche oder vermeintliche“ Gegner gab:

„So wurde er logischerweise zu einer permanenten Institution, das heißt zu einem integrierenden Bestandteil des Herrschaftssystems. Ihm fielen denn auch, wie ein jeder weiß, in erster Linie nicht Klassenfeinde, sondern politisch feindliche oder auch nur oppositionelle

¹⁸⁶⁰ Ebenda, S. 205.

¹⁸⁶¹ Ebenda, S. 208.

Klassengenossen, sehr viele Arbeiter und noch mehr Bauern zum Opfer. Seinem Typus nach unterscheidet sich dieser Terror durch nichts vom Terror Hitlers und Himmlers.“¹⁸⁶²

In der nächsten Ausgabe des „Monat“, im April 1950 (Heft 19), wurde in zwei Leserbriefen in vergleichender Perspektive auf den totalitären Staat deutscher und sowjetischer Couleur eingegangen. Während Jorg Lampe in seinem Beitrag „Persönlichkeit und Masse“ auf einer abstrakten Ebene das erklärungsbedürftige Verhältnis des totalitären Führers und der Bevölkerung, genauer gesagt, die Begeisterung und die Zustimmung die ebendiesem Führer seitens der Individuen der diktatorischen Regime zuteil wurde, beleuchtete (ohne sich allerdings konkret auf den Nationalsozialismus und den Sowjetkommunismus zu beziehen),¹⁸⁶³ vertrat Ivan L. Rudnytsky in seinem Artikel „Anti-sowjetisch oder anti-russisch“ – der sich in erster Linie mit der Bevölkerungspolitik im „Vielvölkerstaat“ der kommunistischen Machthaber auseinandersetzte –, angesichts seines Hinweises, dass nicht alle Bewohner der Sowjetunion als ‚Russen‘ zu klassifizieren und zu beurteilen seien, die Ansicht, dass in den westlichen Staaten allzu häufig die Tatsache übersehen wurde, dass die UdSSR „kein Nationalstaat“ sei, und fügte hinzu, dass ebendies „ein wichtiger, immer wieder vergessener Unterschied zwischen dem sowjetischen und dem früheren nationalsozialistischen Totalitarismus!“ sei.¹⁸⁶⁴

Am Ende des zweiten Jahrgangs des „Monat“, also in Heft 24 (September 1950), begann die Zeitschrift mit dem Vorabdruck von insgesamt drei Kapiteln aus der erst im darauffolgenden Jahr in New York erschienenen Studie „The Origins of Totalitarianism“ von Hannah Arendt. Nach der Veröffentlichung „Der imperialistische Charakter. Eine psychologisch-soziologische Studie“¹⁸⁶⁵ folgten im dritten Jahrgang die Reflexionen zur „Totalitären Propaganda“ (Heft 33)¹⁸⁶⁶ und im vierten Jahrgang das bedeutende Kapitel „Die Geheimpolizei“ (Heft 46).¹⁸⁶⁷ Da bereits im Verlauf der vorliegenden Untersuchung sowohl

¹⁸⁶² Hans v[on] Rimscha, Zweierlei Terror, in: Der Monat, Heft 18 (1950), 2. Jg., S. 671 f. (hier S. 672). Der Beitrag bezog sich, wie angemerkt wurde, auf die Rezension von Franz Borkenau (Heft 14) zu der Stalin-Biographie von Isaac Deutscher und somit zuallererst auf den sowjetischen Kommunismus; siehe hierzu speziell den Abschnitt IV. 2.4. „Das stalinistische Herrschaftssystem und der ‚Große Terror‘ in den 1930er Jahren“, wo der Leserbrief von Hans von Rimscha fast komplett zitiert wird.

¹⁸⁶³ Siehe Jorg Lampe, Persönlichkeit und Masse, in: Der Monat, Heft 19 (1950), 2. Jg., S. 108-110.

¹⁸⁶⁴ Ivan L. Rudnytsky, Anti-sowjetisch oder anti-russisch, in: Der Monat, Heft 19 (1950), 2. Jg., S. 104-107 (hier S. 104).

¹⁸⁶⁵ Hannah Arendt, Der imperialistische Charakter. Eine psychologisch-soziologische Studie, in: Der Monat, Heft 24 (1950), 2. Jg., S. 509-522.

¹⁸⁶⁶ Dies., Totalitäre Propaganda. Ein Kapitel aus ‚Die Ursprünge des Totalitarismus‘, in: Der Monat, Heft 33 (1951), 3. Jg., S. 241-258.

¹⁸⁶⁷ Dies., Die Geheimpolizei. Ihre Rolle im totalitären Herrschaftsapparat, in: Der Monat, Heft 46, 4. Jg. (1952), S. 370-388.

auf zentrale Aussagen der beiden letztgenannten Kapitel eingegangen¹⁸⁶⁸ als auch der Inhalt des „Imperialismus-Kapitels“ aus der Studie „Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft“ (mit-)beleuchtet wurde,¹⁸⁶⁹ muss hier der Hinweis genügen, dass sie mit geringen Abweichungen vom „Monat“ komplett abgedruckt wurden,¹⁸⁷⁰ indes ohne den größten Teil des Fußnotenapparates,¹⁸⁷¹ und ohne dass in diesem Zusammenhang von der Redaktion – bis auf einige wenige Informationen zur Herausgabe der amerikanischen und zur geplanten deutschen Ausgabe sowie einem Hinweis zum sogenannten „Sonderdruck“¹⁸⁷² – irgendwelche einführenden Worte erfolgten.¹⁸⁷³

¹⁸⁶⁸ Siehe die entsprechenden Ausführungen im Einleitungskapitel „Die wechselvolle Geschichte des Totalitarismusbegriffs“ sowie IV.3.1. „Vorbemerkung und Fragestellung“ im vorliegenden Kapitel.

¹⁸⁶⁹ Bei dem Beitrag Der imperialistische Charakter. Eine psychologisch-soziologische Studie (Heft 24) handelte es sich um das Kapitel 7/III „Die imperialistische Legende und der imperialistische Charakter“ aus dem zweiten Teil über den „Imperialismus“ der späteren dt. Ausgabe „Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft“ (1955), in dem sich Hannah Arendt vor dem Hintergrund der Entstehung der sogenannten britischen imperialistischen (Gründungs-)Legende mit der imperialistischen Macht- und Expansionspolitik, der kolonialen rassistischen Verwaltungsbürokratie und -praxis Englands vor allem in Ägypten unter Lord Cromer und in Südafrika unter Cecil Rhodes sowie den damit verbundenen politischen Implikationen für die englische Nation in den Jahren von 1884 bis 1914 auseinandersetzt. Vgl. hierzu im Kapitel II.1. „Reflexionen von Hans Kohn und Hannah Arendt zu einer Archäologie totaler Herrschaft. Oder: Vom ‚glücklichen 19. Jahrhundert‘ zum ‚Jahrhundert des Nationalismus‘“ der vorliegenden Untersuchung, die entsprechenden Ausführungen im Kontext der grundsätzlichen Thematisierung

der Genese des aus dem Kolonialismus resultierenden kontinentalen und transatlantischen europäischen Imperialismus in der Zeitspanne von 1884 bis 1914 sowie der Arendt zufolge hiermit verbundenen sukzessiven Untergrabung der Stabilität der europäischen Nationalstaaten.

¹⁸⁷⁰ Zu den geringen Abweichungen zählten die beiden folgenden Aspekte: Einerseits fehlte in dem Beitrag „Der imperialistische Charakter. Eine psychologisch-soziologische Studie“ (Heft 24) der Hinweis auf die letztlich nicht ernsthaft gemeinte („utopische“) Idee eines Bürokraten des britischen Imperialismus für einen ‚Verwaltungsmassenmord‘, der dann für Hannah Arendt im deutschen Naziregime zum ersten Mal verwirklicht wurde, und der dann in dem Kapitel 7/III „Die imperialistische Legende und der imperialistische Charakter“ der späteren deutschen Ausgabe „Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft“ (1955) enthalten war; andererseits hieß es am Ende des Beitrages „Totalitäre Propaganda“ (Heft 33), auf S. 258, „dass vermutlich neunzig Prozent des deutschen Volkes irgendwann einmal überzeugte Anhänger oder Sympathisierende der Nazis gewesen waren.“ In dem gleichnamigen Kapitel der später dt. Ausgabe „Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft“ (1955) war „nur“ noch von vermutlich achtzig Prozent die Rede.

¹⁸⁷¹ Die Veröffentlichung „Der imperialistische Charakter. Eine psychologisch-soziologische Studie“ (Heft 24) erfolgte mit dem fast kompletten Fußnotenapparat, der in dem Kapitel 7/III „Die imperialistische Legende und der imperialistische Charakter“ der späteren dt. Ausgabe „Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft“ (1955) enthalten war. Die Veröffentlichung „Totalitäre Propaganda: Ein Kapitel aus ‚Die Ursprünge des Totalitarismus‘“ (Heft 33) erfolgte mit einigen wenigen und „Die Geheimpolizei. Ihre Rolle im totalitären Herrschaftsapparat“ (Heft 46) ohne Fußnoten.

¹⁸⁷² „Der Monat“ veröffentlichte nämlich die beiden in der Zeitschrift erschienenen Kapitel „Totalitäre Propaganda“ und „Die Geheimpolizei. Ihre Rolle im totalitären Herrschaftsapparat“ aus der Studie von Hannah Arendt vorab auch in Broschürenform als „Sonderdruck“. Einer redaktionellen Annonce nach, die in der August-Ausgabe 1952 (Heft 47, 4. Jg., S. 555) abgedruckt wurde, erschien der Sonderdruck vom „Monat“ unter folgendem Titel: Hannah Arendt, Der Totalitarismus. Gedanken über Geheimpolizei und Propaganda.

¹⁸⁷³ Abgesehen davon zählte es zu den bemerkenswerten Umständen, dass entgegen der gängigen Zeitschriftenpraxis, zu bedeutenden zeitgenössischen politischen, kulturellen oder auch wissenschaftlichen Themen unter den Autoren eine inhaltliche Diskussion in Gang zu bringen, bei der Vorabveröffentlichung der drei Kapitel von Hannah Arendt darauf verzichtet wurde, obwohl die Redaktion – in der Rubrik „Die Autoren des Monats“, in: Heft 33, S. 333 sowie im Rahmen der Veröffentlichung des Kapitels „Die Geheimpolizei. Die Rolle im totalitären Herrschaftsapparat“, in: Heft 46, S. 370, in den ausschließlich bibliographischen Hinweisen zur amerikanischen und englischen Buchausgabe und zu den beiden zuvor erschienenen Kapitel in Heft 24 („Der

Gleichwohl rückte die Totalitarismusstudie von Hannah Arendt in einem anderen Beitrag des „Monat“ ins Blickfeld. In dem Rezensionssatz anlässlich der Veröffentlichung der „Festschrift für Karl Jaspers“ ging der deutsche Philosoph Hans Kudzus auf den hier abgedruckten Aufsatz „Ideologie und Terror“ ein und schrieb vor dem Hintergrund seiner grundsätzlichen Beurteilung des Beitrages von Hannah Arendt, dass es sich um eine „glänzende Analyse“ handeln würde:

„Wenn Hannah Arendt den Terror als das eigentliche Wesen der totalitären Herrschaft bestimmt, so besagt dies noch so gut wie nichts, solange die Begriffe nicht mit den Bedeutungsgehalten gesättigt sind, die sich die Verfasserin in völlig eigenständigen Gedankenentwicklungen erarbeitet hat. Und wenn sie die Grunderfahrung menschlichen Zusammenseins, die in totalitärer Herrschaft politisch realisiert wird, in der Erfahrung der Verlassenheit findet, in der jeder von jedem, von der Welt und auch vom eigenen Selbst verlassen und auf nichts mehr Verlaß ist, so mag das manchen nicht sonderlich neu sein; es ist aber neu durch die Verbindung, in die es Hannah Arendt etwa zum zwangsläufig-zwingenden Deduzieren der immer extremistischen und radikalen Ideologien und zum Terror bringt. An solche Dinge denken wir, wenn wir meinen, daß die konzentrierte, in bestechende Begrifflichkeit gefaßte Arbeit zu den ganz seltenen Meisterleistungen soziologisch-politischer Gegenwartsanalyse gehört.“¹⁸⁷⁴

Nachdem im Verlauf des dritten Jahrganges die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und dem Kommunismus insbesondere in den Veröffentlichungen des englischen Philosophen und politischen Theoretikers Isaiah Berlin erfolgte, der in seinen beiden Aufsätzen „Der Einbruch des Irrationalen“ (Heft 28) und „Der Weg zum Konformismus“ (Heft 29) – jeweils mit dem Untertitel „Politische Ideen im 19. und 20. Jahrhundert“ – explizit und implizit die politisch-geistesgeschichtlichen Voraussetzungen für das Phänomen der (prä-)totalitären Bewegungen des 20. Jahrhundert untersuchte,¹⁸⁷⁵ rückte der Vergleich des deutschen und sowjetischen Gewaltregimes in einer Veröffentlichung von Melvin J. Lasky (Heft 36) ins Blickfeld. In seinem bereits herangezogenen Beitrag „Die

imperialistische Charakter“ und Heft 33 („Totalitäre Propaganda“) – auf die zentrale Bedeutung der Totalitarismusstudie hinwies. Ausschließlich in einem Leserbrief wurde auf den Beitrag „Die Geheimpolizei“ aus dem Heft 46 eingegangen, indes primär mit dem Blick auf den Stalinismus; siehe Walter Birkhahn, Zur Praxis des Polizeistaates, in: Der Monat, Heft 47 (1952), 4. Jg., S. 545.

¹⁸⁷⁴ Hans Kudzus, Von der Gefährdung des Menschen. Zur Festschrift für Karl Jaspers, in: Der Monat, Heft 56 (1953), 5. Jg., S. 188-191 (hier S. 190); hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: Offener Horizont. Festschrift für Karl Jaspers. München (o. J.).

Vgl. in diesem Zusammenhang auch die ausdrücklichen Ausführungen und Reflexionen zu dem Kapitel „Ideologie und Terror“ von Carl Linfert, Erschlaffte Liberalität, in: Der Monat, Heft 58 (1953), 5. Jg., S. 423-429 (hier S. 425 f.); auf S. 425 wurde Arendts Beitrag „Ideologie und Terror“ als eine „großartige Abhandlung“ apostrophiert.

¹⁸⁷⁵ Siehe Isaiah Berlin, Der Einbruch des Irrationalen. Politische Ideen im 19. und 20. Jahrhundert, in: Der Monat, Heft 28 (1951), 3. Jg., S. 339-348 (Teil I) sowie ders., Der Weg zum Konformismus. Politische Ideen im 19. und 20. Jahrhundert, in: Der Monat, Heft 29 (1951), 3. Jg., S. 461-469.

Moskauer Geständnisse. Gedanken über Ketzerei und Opposition im totalen Staat¹⁸⁷⁶ setzte sich Lasky bekanntlich primär mit dem stalinistischen Terror in den Jahren 1936-1938 auseinander. Gleichwohl verglich Lasky hierbei auch den Nationalsozialismus mit dem Stalinismus. Vor dem Hintergrund seines Versuches einer historisch-politischen Erklärung der großen *Tschistka* und einer Interpretation der „Geständnisse“ zahlreicher verhafteter Gefangenen des Stalinismus, die für ihn nicht zuletzt durch brutale Foltermethoden des NKWD erpresst wurden, verglich Lasky mit einem expliziten und impliziten Verweis auf Hannah Arendts Argumentationslogik den stalinistischen mit dem nationalsozialistischen Terror. Für ihn unterschied sich der Terror unter Stalin im Vergleich zur „improvisierten Mordlust Hitlers“ besonders dadurch, dass der NS-Terror von der Voraussetzung ausging, dass es „objektive Gegner“ gäbe und „sein sie auch (wie etwa im Falle der Juden oder der Zigeuner) noch so ‚unerwünscht‘.“ Und in diesem Kontext führte Melvin J. Lasky bei seinem Vergleich des nationalsozialistischen mit dem stalinistischen Herrschaftssystem folgendes aus:

„Ein vergleichendes Studium der Gewaltanwendung stellt viele Fallen und bietet viele Schwierigkeiten. Beobachter der braun- und der rotgefärbten Sozialordnung, des nationalsozialistischen und des sowjetischen Systems, haben sich allzu häufig von der trügerischen Oberfläche der Dinge täuschen lassen. Das Ergebnis sind zahllose Illustrationen beinahe jeder Form des logischen und methodologischen Irrtums. Besonders beliebte Irrtümer unter den Betrachtern der gegenwärtigen politischen Verhältnisse sind die falsche Gleichsetzung und die falsche Gegenüberstellung.

Für eine pseudo-einfache Auffassung sind Kommunismus und Nazismus strukturell und geistig das gleiche Phänomen. Dieser übereilige Monismus, häufig nur ein geistreicher Versuch, möglichst alles unter den Hut eines einzigen Prinzips oder einer einzigen Kategorie zu bringen, geht meiner Ansicht nach auf zwei Quellen zurück. Die erste ist die sentimentale Vorstellung, daß alles sowohl moralisch wie propagandistisch sich vereinfacht, sobald man Hitler und Stalin als ‚ganz dasselbe‘, als ‚gleich schlecht‘ betrachten kann. Die zweite besteht in dem chronischen Bedürfnis des Soziologen nach Gleichsetzung und Parallelen, weil Unterscheidungen die Dinge nur komplizierter machen und das wahre Wesen der Dinge nur zu trüben geeignet sind.

Der andere beliebte Irrtum beruht darauf, Nazi-Deutschland und Sowjetrußland als ein Gegensatzpaar aufzustellen, als zwei ‚grundlegend verschiedene‘ Formen der Regierung und der Ideologie. Die Wurzeln dieses Irrtums reichen zu den Überbleibseln einer liberalistisch-idealistischen Naivität zurück, die den Kommunismus immer als ein Kind der Aufklärung und des Rationalismus, den Faschismus als die düstere Hervorbringung des Nihilismus betrachtet hat.“

¹⁸⁷⁶ Melvin J. Lasky Die Moskauer Geständnisse. Gedanken über Ketzerei und Opposition im totalen Staat, in: Der Monat, Heft 36 (1951), 3. Jg., S. 648-654 (hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: F. Beck and W. Godin, Russian Purge and the Extraction of Confession, New York [o. J.]); siehe die ausführliche inhaltliche Zusammenfassung des Rezensionssatzes – der sich, wie gesehen, vor dem Hintergrund einer genuin totalitarismustheoretischen Perspektive primär mit dem stalinistischen Terror auseinandersetzte – im Kapitel IV.2.4. „Das stalinistische Herrschaftssystem und der ‚Große Terror‘ in den 1930er Jahren“.

Und weiter schrieb Lasky im nächsten Absatz abschließend:

„Die Vertreter der Hitler=Stalin Schule rufen in uns den unbestimmten Verdacht hervor, daß sie sich, falls die Bolschewisten sich auch nur eine Nuance weniger böse als die Nazis erweisen sollten, platterdings außerstande betrachten würden, den Kampf gegen den Kommunismus länger fortzusetzen. Die andere Auffassung, zu deren Anhängern z. B. Thomas Mann gehört, verkrampt sich verzweifelt in der Vorstellung des Gegensatzes: wenn diese Leute nicht länger an einem Unterschied zwischen den beiden Diktaturen glauben könnten, wären die Ärmsten ja gezwungen, zu einer konsequenten anti-totalitären Haltung überzugehen.“¹⁸⁷⁷

Nach diesen substantiellen Ausführungen am Ende des dritten Jahrganges des „Monat“ zum Nationalsozialismus und zum Stalinismus im Allgemeinen und den grundsätzlichen kritischen Reflexionen zu den sowohl wissenschaftlichen als auch politischen Problemen des genuinen Vergleichs der beiden totalitären Herrschaftssystemen im Besonderen, folgte – neben einem quasi totalitarismustheoretisch inspirierten Exkurs im Bereich der Architektur von Hermann Beenken¹⁸⁷⁸ – wiederum von Melvin J. Lasky nur zwei Zeitschriftenausgaben später ein weiterer. In seinem Rezensionssatz „Churchill und Stalin. Ein Streifzug durch Winston Churchills Kriegserinnerungen“, der im November 1951 (Heft 38) erschien, hieß es bei ihm mit Blick auf Ausführungen des englischen Premierministers im Winter 1940/41:

„Er (Churchill; J. G.) wusste, daß ‚Hitler und Stalin als Diktatoren vieles gemein hatten, daß ihre Regierungssysteme einander verwandt waren‘, aber er gab nicht viel auf die Lebensdauer des von Molotow und Ribbentrop ausgearbeiteten ‚Zehnjahres-Vertrages‘.“¹⁸⁷⁹

¹⁸⁷⁷ Ebenda, S. 652 f.

Auf die weiteren Ausführungen in seinem Beitrag zu den deutschen und sowjetischen Konzentrationslagern von Melvin J. Lasky gehe ich im kommenden Kapitel IV.3.3. „Der Vergleich der nationalsozialistischen und stalinistischen Konzentrationslager“ ein.

¹⁸⁷⁸ Hermann Beenken, Vom Experiment zum Prunkstück. Dreißig Jahre sowjetische Architektur, in: Der Monat, Heft 38 (1951), 4. Jg., S. 183-185, schrieb auf S. 185 im Zusammenhang seiner primär auf die Funktion der Architektur im sowjetischen Kommunismus bezogenen Ausführungen u. a.: „Nicht die Form, sondern die Gesinnung ist wichtig. Die Architektur soll wieder als ein Mittel, Ideologien und Illusionen zu stützen und die Massen zu beherrschen, verstanden werden. Sie hat eine *Kunst des schönen Scheines* (Hervorh. J. G.) zu sein, jedoch nicht nur das. Sie errichtet nicht nur überall die Kulturfassade, sondern formt auch die Menschen als Masse und zwingt sie ins Kollektiv. Der Nationalsozialismus hatte das nur unzureichend vermocht. Seiner Parole ‚Blut und Boden‘ entsprechend, hatte er Siedlungen mit Einzelhäusern, Einzelgärten und damit die ‚kleinbürgerliche Idylle‘ des Individualismus begünstigt. Die Masse hatte er nur zu den großen nationalen Festen, etwa in Anlagen wie denen des Nürnberger Parteitags, fassen und formen können. Der Bolschewismus geht folgerichtiger vor. Er formt bereits das Wohnen der Masse und sichert sich die Kontrolle. Er löst die Menschen vom Erdboden und begrenzt von vornherein die Spielräume möglichen Eigennutzes. Der Einzelne hat sich stets nur als mehr oder minder begünstigter Teil der Masse zu fühlen, und auch wo er wohnt, nur als Gast, nicht viel anders als in den großen Sportstadien, den Theatern, Kinos und Kulturpalästen, die man überall baut. Er ist nichts aus sich selber, sondern daseinsfähig nur als Teilchen und Funktionär des alles übergreifenden Apparats.“

¹⁸⁷⁹ Melvin J. Lasky, Churchill und Stalin. Ein Streifzug durch Winston Churchills Kriegserinnerungen, in: Der Monat, Heft 38 (1951), 4. Jg., S. 141-154 (hier S. 142); hierbei handelte es sich um die Rezension der englischen bzw. deutschen Ausgabe des mehrbändigen Memoirenwerkes von Winston Churchill.

An anderer Stelle zitierte Lasky eine längere Passage aus den autobiographischen Erinnerungen von Winston Churchill, die nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 stammte. Vor dem Hintergrund des bevorstehenden Übereinkommens mit Stalin über ein gemeinsames Bündnis gegen „Hitler-Deutschland“, verglich der überzeugte Antikommunist Churchill, der zum damaligen Zeitpunkt angesichts der deutschen Gefahr nur ein Ziel kannte, nämlich „Hitlers Vernichtung“, den Nationalsozialismus mit dem sowjetischen Kommunismus:

„Das Naziregime unterscheidet sich in nichts von den schlimmsten Seiten des Kommunismus. Es ist abgesehen von seiner Gier und seinem Rassenwahn nur skrupellos und bar jedes ethischen Prinzips. Es übertrifft alle Formen menschlicher Verworfenheit durch Rationalisierung der Grausamkeit und raubtierhafte Aggressionslust. Niemand ist ein unversöhnlicherer Gegner des Kommunismus gewesen als ich selbst seit fünfundzwanzig Jahren. Ich nehme nicht ein einziges Wort zurück, das ich zu dem Thema gesagt habe. Doch alles verblasst vor dem Schauspiel, das sich jetzt abwickelt. Die Vergangenheit mit ihren Verbrechen, ihren Torheiten und Tragödien versinkt. Ich sehe die russischen Soldaten an der Schwelle ihres Vaterlandes wachen und sehe sie die Felder schützen, die ihre Vorväter seit undenklichen Zeiten beackert haben. (...) Und ich sehe die Nazikriegsmaschine über sie alle in scheußlicher Wildheit hereinbrechen (...). Und ich sehe auch die stumpfen, gedrillten, willfährigen und brutalen Massen dieser hunnischen Soldateska wie ein Heuschreckenschwarm das Land überkriechen. (...) Hinter all diesem Blendwerk, hinter all diesem Sturm sehe ich die kleine Gruppe verbrecherischer Männer, die diese Überfälle und diese Sturzflut von Schreckenstaten planen und organisieren... Wir haben nur ein Ziel, eine einzige unwiderrufliche Aufgabe. Wir sind entschlossen Hitler und jede Spur des Naziregimes zu vertilgen. Davon wird uns nichts abbringen – nichts. Wir werden uns nie auf ein Gespräch mit ihm einlassen, nie mit ihm oder einem aus seiner Bande verhandeln. Wir werden ihn bekämpfen zu Land, wir werden ihn bekämpfen zur See (...) Wer, Mensch oder Staat, gegen den Nazismus kämpft, wird unseren Beistand haben. Wer, Mensch oder Staat, mit Hitler marschiert, ist unser Feind ... Das ist unsere Proklamation. Daraus folgt, dass wir Russland und dem russischen Volk jede mögliche Hilfe gewähren, die wir gewähren können.“¹⁸⁸⁰

Wiederum zwei Ausgaben später (Heft 40) setzte sich der englische Historiker G. F. Hudson mit den beiden „Großtotalitarismen“ auseinander. In seinem im Januar 1952 erschienenen Beitrag „Die Toten von Katyn. Zu den neuesten polnischen Geschichtsquellen“ thematisierte er in seinem Rezensionssatz die zu diesem Zeitpunkt für die internationale Öffentlichkeit einer Aufklärung und näheren Erklärung harrenden genauen historischen Umstände des Massenmordes von Katyn.¹⁸⁸¹ Trotz der veröffentlichten zeitgenössischen Untersuchungen

¹⁸⁸⁰ Ebenda, S. 143 f.

¹⁸⁸¹ G. F. Hudson, Die Toten von Katyn. Zu den neuesten polnischen Quellenschriften, in: Der Monat, Heft 40 (1952), 4. Jg., S. 403-407 (hierbei handelte es sich um eine Sammelrezension folgender Bücher: General Anders, Katyn, Paris (o. J.); Josef Czapski, Terre Inhumaine, Paris (o. J.); Joseph Mackiewicz, The Katyn Wood Murders, London (o. J.).

zum „Fall Katyn“ war zum damaligen Zeitpunkt nicht endgültig sicher, wer den Massenmord an tausenden polnischen Offizieren nach dem Überfall der deutschen Wehrmacht auf Polen im September 1939 begangen hatte, weil letzten Endes nicht geklärt werden konnte, zu welchem genauen Zeitpunkt die Morde durchgeführt wurden.¹⁸⁸² Gleichwohl sprachen – wie gezeigt¹⁸⁸³ – für G. F. Hudson in Anbetracht der zeitgenössischen Indizien sehr viel für die Tatsache, dass der sowjetische Geheimdienst NKWD als Täter in Frage kam, die 1939 im Zuge des Überfalls Polens durch deutsche Truppen neben den Massenmorden auch tausende von polnischen Offizieren (sowie Generäle und Soldaten) gefangen nahmen und in sogenannte gesonderte sowjetische Konzentrationslager deportierten.

Die quasi totalitarismustheoretische Komponente des „Falles Katyn“ lag unter anderem darin, dass angesichts des Hitler-Stalin-Paktes und der nationalsozialistischen Bekanntgabe im April 1943 durch den Propagandaminister Goebbels, dass man im Wald von Katyn (unweit von Smolensk) ein „Massengrab“ entdeckt habe, so Hudson in seinem Beitrag, sich fortan die deutsche und die sowjetische Regierung gegenseitig beschuldigten verantwortlich für das Verbrechen an den „polnischen Untertanen“ (G. F. Hudson) zu sein. D. h., in diesem Zusammenhang bezichtigten sich zwei totalitäre Herrschaftsregime sozusagen mit den gleichen Methoden, sprich: Propaganda und Lüge, gegenüber der internationalen Öffentlichkeit des Massenverbrechens.¹⁸⁸⁴

Im Mai des Jahres 1952 (Heft 44) veröffentlichte „Der Monat“ unter der Überschrift „Totalitäre Demokratie“ einen ins deutsche übersetzten Auszug aus der soeben in London erschienenen Untersuchung „The Origins of Totalitarian Democracy“ des israelischen Historikers Jacob L. Talmon;¹⁸⁸⁵ hierbei handelte es sich um das Eingangs- sowie Schlusskapitel. Die ideengeschichtlich ausgerichtete Totalitarismusstudie des Professors für neuere Geschichte an der Hebräischen Universität in Jerusalem und früheren Absolventen der Londoner School of Economics, wo er mit einer Arbeit über „The Doctrines of Poverty in the Middle Ages“ promovierte und wo nicht zuletzt Harold J. Lasky zu seinen „Lehrern“ zählte,¹⁸⁸⁶ avancierte bekanntlich zu einem Klassiker der Totalitarismustheorie.¹⁸⁸⁷

¹⁸⁸² Ebenda, S. 407.

¹⁸⁸³ Siehe die entsprechenden Ausführungen in Kapitel IV.2.8. „Von der Entstalinisierung in Polen und der ungarische Revolution 1956 bis zur Alleinherrschaft Chruschtschows“.

¹⁸⁸⁴ Zu dem Beitrag von G. F. Hudson vgl. auch den Leserbrief: Josef Mackiewicz, Nachtrag zu Katyn, in: Der Monat, Heft 42 (1952), 4. Jg., S. 667 f.

¹⁸⁸⁵ J[acob] L. Talmon, Totalitäre Demokratie, in: Der Monat, Heft 44 (1952), 4. Jg., S. 155-164.

¹⁸⁸⁶ Mitteilungen der Zeitschriftenredaktion in der Rubrik „Die Autoren des Monats“, in: ebenda, S. 219.

Da die herausragenden Aussagen bzw. Thesen der Talmonschen Studie mithin bereits als bekannt vorausgesetzt werden können, sollen im Folgenden die ausführlichen einleitenden Worte der Redaktion des „Monat“ zitiert werden. Hiermit soll ein Eindruck vermittelt werden, worin die redaktionelle Gruppe der Zeitschrift um den Chefredakteur Melvin J. Lasky die zentrale Bedeutung des Buches über die Ursprünge der „totalitären Demokratie“ sah. Hierzu hieß es mit ausdrücklichem Blick auf die sowjetische Besatzungszone in Ost-Deutschland:

„Ist nicht die Demokratie dort, wo es freie Wahlen, eine unbevormundete Presse und ungehinderte Meinungsfreiheit des Einzelnen gibt? Herrscht nicht jenseits der Markierung, im Bereiche einer von oben ernannten Volkskammer, eines SSD, einer sowjetisch gesteuerten Presse, genau das Gegenteil? Und doch ist der Anspruch auf Demokratie, auf die einzig wahre Demokratie, auf den weißen Schimmel ‚Volksdemokratie‘, vielleicht kein völlig willkürlicher Akt der Prahlerei, sondern eher der letzte, freilich groteske Ausdruck eines tragischen Verhängnisses. Denn schließlich pocht eine der grimmigsten Diktaturen hier nicht allein deshalb auf Demokratie, auf ‚Volksherrschaft‘, weil heute kein Regierungssystem mehr auf dieses Etikett verzichten darf, sondern weil der Begriff tatsächlich einmal ihren weltanschaulichen Ausgangspunkt gebildet hat. Aber wie ‚Fortschrittlichkeit‘ und ‚Humanität‘ ist die Parole in einem erkennbaren historischen Ablauf von einem erfüllten Wert zu einem hohlen Anspruch geworden.

J. L. Talmons Aufsatz zeigt den Degenerationsprozeß auf, der an dem einen der beiden, ursprünglich aus gleicher Wurzel entsprungenen Zweige des modernen Demokratie-Begriffes sich vollzogen hat, und sucht nachzuweisen, daß diese Entwicklung von dem Augenblick an vorgezeichnet war, da man sich die abstrakten Forderungen Rousseaus zu eigen machte. Eine Rettung sieht Talmon nur bei der anderen Form der Demokratie, die das Geschick der Gemeinschaft einem geordneten, doch frei experimentierenden Kräftespiel anvertraut.“¹⁸⁸⁸

Nachdem Franz Borkenau in seiner Studie „Vom Kreislauf der Eliten. Zum dreißigsten Todestage Vilfredo Paretos (19. August 1923)“ in Heft 59 *in nuce* auch auf die divergierenden Revolutionsmodelle und auf die unterschiedlichen Strategien der staatlichen Machteroberungen der Bolschewiki und der Nazis einging und in diesem Kontext insbesondere den „Großen Terror“ Mitte der 1930er Jahre unter Stalin thematisierte,¹⁸⁸⁹ erschien in der selben Ausgabe der Beitrag „Über den Juni-Aufstand“ von Ernest J. Salter. Im Zusammenhang seiner differenzierten Auseinandersetzung mit den Ereignissen des 16./17. Juni 1953 in Ostberlin und in der sowjetischen Besatzungszone verglich der Autor das Totalitarismusmodell nationalsozialistischer und stalinistischer Couleur. In Anbetracht seiner

¹⁸⁸⁷ Siehe die entsprechenden Ausführungen zur Studie im Einleitungskapitel „Die wechselvolle Geschichte des Totalitarismusbegriffs“ und im Kapitel IV. 3.1.1. Die Veröffentlichung der Totalitarismus-Studien Eric Voegelins 1938 und der 1950er Jahre sowie ihre analytischen Definitionsmerkmale.

¹⁸⁸⁸ Redaktionelles Vorwort zu J[acob] L. Talmon, Totalitäre Demokratie, in: Der Monat, Heft 44 (1952), 4. Jg., 155. Zu dem Beitrag von Talmon siehe auch den Leserbrief: Jay Blumler, Empirismus oder unfanatischer Idealismus, in: Der Monat, Heft 47 (1952), 4. Jg., S. 548-550.

¹⁸⁸⁹ Siehe Franz Borkenau, Vom Kreislauf der Eliten. Zum dreißigsten Todestage Vilfredo Paretos (19. August 1923), in: Der Monat, Heft 59 (1953), 5. Jg., S. 493-502 (hier S. 501).

einführenden Worte, demzufolge die „faschistische Barbarei“ die deutsche Arbeiterbewegung demoralisiert hatte und die Prinzipien der Rebellion in die „Geheimschränke der totalitären Bibliotheken verbannt“ hatten,¹⁸⁹⁰ hieß es im Hinblick auf die beiden totalitären Staaten, dass die Grundsätze der „sozialistischen Solidarität“ auch in den Jahren nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges nicht wieder belebt wurden, weil, so Salter, „die zweite große totalitäre Diktatur der modernen Geschichte“ in der „einen Hälfte Deutschlands als militärische Besatzungsmacht in Erscheinung“ trat. „Sie“, so der Autor weiter,

„liquidierte die faschistische Diktatur der Hitler und Goebbels mit Hilfe einer neuen Diktatur. Die Gestapo wurde vom NKWD abgelöst, über den Konzentrationslagern des Dritten Reiches gingen die Hakenkreuzfahnen nieder und stiegen die roten Fahnen auf: die Draperie wechselte, aber weiter bestand die schrankenlose Herrschaft einer kleinen Gruppe über Millionen von Arbeitern und Bürgern, deren Interessen, in einer zwölfjährigen Periode des Staatsterrors vergewaltigt, unberücksichtigt blieben. Die Solidarität der Arbeiter konnte nicht neu erstehen, da die Geheimpolizei jede soziale Gruppe zersetzte. Was der Perfektion der Gestapo noch ermangelte, wurde durch den SSD ergänzt, der die Erfahrungen aus dem Sowjet- und dem Hitler-Reich kombinieren konnte.“¹⁸⁹¹

Und an anderer Stelle seines Beitrages verglich Ernest J. Salter den „Hitler-Staat“ direkt mit dem Stalinismus. Vor dem Hintergrund seiner Reflexionen zu den revolutionären Bedingungen unter einer „totalen Polizeiherrschaft“ und der seiner Meinung nach in diesem Kontext unmöglichen „organisierte(n) Aufstandsbewegung“ – denn für ihn mussten „außerordentliche Ereignisse“ auftreten, damit im Laufe der Aktionen selbst der „Polizeiapparat paralytisiert und ohnmächtig“ gemacht werden könne – sowie mit Blick auf die Ereignisse in Ost-Deutschland und der weit verbreiteten Vorstellung, dass ein totalitäres Regime eine „Massenaktion“ unmöglich machen würde, hieß es bei ihm:

„Alle Theoretiker des Antistalinismus ließen sich bisher von dieser Abstraktion leiten, weil sie den Erfahrungen in der Sowjetunion, aber auch den Bedingungen des deutschen SS-Staates durchaus entsprochen hatte.“¹⁸⁹²

Nach Ernest J. Salters vergleichender Analyse der totalitären Herrschaftssystemen aus Deutschland und der Sowjetunion und seines grundsätzlichen politischen Urteils, wonach die

¹⁸⁹⁰ Ernest J. Salter, Über den Juni-Aufstand, in: Der Monat, Heft 59 (1953), 5. Jg., S. 545-548 (hier S. 545).

¹⁸⁹¹ Ebenda, S. 546.

¹⁸⁹² Ebenda, S. 547.

Vgl. auch in diesem Zusammenhang die beiden – durchaus in vergleichender Perspektive geschriebenen – ausführlichen Beiträge zur politischen und gesellschaftlichen Genese des „Juni-Aufstandes“: ohne Namen, Der Aufstand im Juni. Ein dokumentarischer Bericht (Teil I), in: Der Monat, Heft 60 (1953), 5. Jg., S. 595-624 sowie (Teil II), in: Heft 61 (1953), 5. Jg., S. 45-66 (mit jeweils längeren einführenden Worten der Zeitschriftenredaktion); indes: Der Vergleich des NS-Regimes mit dem sowjetischen Besatzungsregime in Ost-Deutschland beschränkte sich hierbei darauf, gemeinsame Wesenszüge der beiden Herrschaftsregime ausschließlich festzustellen und beide Regime quasi als Terrorsysteme zu charakterisieren.

sowjetisch beherrschte SED-Diktatur im Grunde genommen mit dem NS-Regime in ihrem Wesen identisch waren, weil beide Herrschaftsregime einen totalen Polizeistaat darstellten, dessen jeweilige Bevölkerung quasi von einer kleinen „verbrecherischen Clique“ beherrscht wurde, die ihre schrankenlose Macht mit den genuinen Herrschaftsinstrumenten der Geheimpolizei sowie der Konzentrationslager sicherten, war es in der nächsten Ausgabe des „Monat“ der französische Soziologe, Philosoph und politische Publizist Raymond Aron, der sich dem Vergleich des Nationalsozialismus und des Stalinismus sozusagen widmete.

In seinem Artikel „Glaube ohne Illusionen“, der im September-Heft des Jahres 1953 (Heft 60) erschien, vertrat Aron im Rahmen seiner grundsätzlichen Ausführungen speziell zur Rolle der Gewalt und der industriellen Technik im Jahrhundert der „modernen Barbarei“ einerseits – unter anderem mit einem Exkurs zu den sowjetischen und nationalsozialistischen Konzentrationslager¹⁸⁹³ – und andererseits angesichts der existentiellen Systemauseinandersetzung der westlichen Welt mit dem Kommunismus sowjetischer Provenienz, die These, dass die zeitgenössischen totalitären Systeme „nichts Neues“ wären. „Neu“ waren für Aron „nur ihre Methoden.“¹⁸⁹⁴

Im Verlauf der nächsten vier Jahrgänge des „Monat“ kam es zu keiner grundsätzlichen vergleichenden Auseinandersetzung mit den totalitären Herrschaftsregimen des Nationalsozialismus und des Sowjetkommunismus sowie zu keiner substantiellen Gegenüberstellung des Terrorphänomens. Wie in dem vorherigen Kapitel zur „Analyse des Sowjetkommunismus“ auch und vor allem gezeigt werden konnte, rückte nach dem Tod Stalins im März 1953 die Beschreibung und Analyse des nachstalinistischen Herrschaftssystems in den Brennpunkt des Interesses der internationalen Zeitschrift. Infolgedessen waren die Experten für das facettenreiche Phänomen des Totalitarismus wie Franz Borkenau, Hans Kohn oder auch Melvin J. Lasky in erster Linie mit den aktuellen gesellschaftlichen und politischen Veränderungen, sprich, dem Wandlungsprozess im sowjetkommunistischen System und den osteuropäischen Satellitenstaaten schlechthin beschäftigt. Ebendieser Wandlungsprozess harrte für die politisch und wissenschaftlich interessierten Zeitgenossen und besonders für die international renommierten Kommunismus-Experten des „Monat“ (Richard Löwenthal, Arthur Koestler, David Dallin, Boris

¹⁸⁹³ Siehe hierzu die Ausführungen in dem Kapitel IV.3.3. „Der Vergleich der nationalsozialistischen und stalinistischen Konzentrationslager“.

¹⁸⁹⁴ Raymond Aron, Glaube ohne Illusion, in: Der Monat, Heft 60 (1953), 5. Jg., S. 563-571 (hier S. 570); hierbei handelte es sich um das letzte Kapitel aus seinem in Deutschland erschienenen Buch mit dem Titel: Der permanente Krieg, Frankfurt (o. J.).

Nicolaevsky, Wanda Bronska-Pampuch, Ruth Fischer, Ernest Salter, Boris Meissner, George Fischer, Bertram D. Wolfe, Edward Crankshaw, Hugh Seton-Watson oder Ernst Halperin) einer differenzierten Erklärung und Interpretation, so dass dieser Personenkreis auch dieses Medium für ihre Veröffentlichungen nutzten.

Mit Blick auf dieses Kapitel der vorliegenden Arbeit („Das Phänomen des nationalsozialistischen und sowjetkommunistischen Totalitarismus und der Terror-Vergleich“) bildete der im Juni-Heft des Jahres 1957 (Heft 105) erschienene Beitrag „Die Hölle auf Erden. Despotie im zwanzigsten Jahrhundert“ von Richard Löwenthal sozusagen den Abschluss.¹⁸⁹⁵ Da es sich um die letzte Veröffentlichung im „Monat“ handelte, in der substantielle Reflexionen zu diesem Themenkomplex angestellt wurden, zumal aus einer explizit vergleichenden beschreibenden und analytischen Perspektive, sollen im Folgenden die Löwenthalschen Ausführungen knapp referiert und im Hinblick auf die entscheidenden Aussagen zitiert werden.

Eingedenk der zentralen Verbrechen aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, nämlich den „Gaskammern von Auschwitz“ und den „Protokollen der Moskauer Prozesse“, so Richard Löwenthal, war er im Gegensatz zu vielen (namentlich nicht genannten; J. G.) Zeithistorikern der Ansicht, dass, „was wir mangels eines kürzeren Namens Totalitarismus nennen“, zweifelsohne etwas neues und singuläres darstellte – im Vergleich zu den bis dahin bekannten quasi traditionellen Herrschaftsregime wie beispielsweise der (asiatischen) Despotie oder der Tyrannei (wie im alten Griechenland oder in den Zeiten der italienischen Renaissance). Für Löwenthal stand nämlich in diesem Zusammenhang fest:

„In Wirklichkeit aber weist der moderne Totalitarismus Züge auf, die allen Sklavenstaaten, Theokratien und revolutionären Tyrannen der Vergangenheiten fehlen. Er enthält wohl Elemente aus allen dreien, fügt sie aber in einen neuen Zusammenhang. Er ist nicht statisch, sondern gebietet über eine industrielle Volkswirtschaft mit schnell sich wandelnden Produktionsmethoden; seine Religion ist weltlich; die Tyrannis setzt die revolutionären Umwälzungen innerhalb der Gesellschaft fort. Einerseits ist totalitäre Diktatur gerade im Zeitalter der Massendemokratien entstanden; sie will ihre Untertanen nicht zu politischer Untätigkeit, sondern zu aktiver Unterstützung ihrer nie endenden Kampagnen zwingen. Andererseits geht sie darauf aus, *alle* Bezirke einer sehr vielfältigen und differenzierten Gesellschaftsordnung zu beherrschen, jeden Rest unabhängiger Kräfte, jeden Keim einer ideologischen Abweichung zu vernichten.“¹⁸⁹⁶

Vor dem Hintergrund einer kritischen Auseinandersetzung und Abgrenzung der beiden allgemeinen und grundlegenden Deutungen, demzufolge der Totalitarismus entweder als

¹⁸⁹⁵ Richard Löwenthal, Die Hölle auf Erden. Despotie im zwanzigsten Jahrhundert, in: Der Monat, Heft 105 (1957), 9. Jg., S. 3-8.

¹⁸⁹⁶ Ebenda, S. 3 f.

„Religionsersatz‘ zu verstehen sei, oder seinen Ursprung auf den Begriff der „revolutionären Demokratie“ zurückführen, dessen Glaube an die „Herrschaft ‚des Volkes‘ “ sowie der abstrakten Idee des *volonté générale* wurzelt,¹⁸⁹⁷ ging es Richard Löwenthal in seinem Aufsatz um eine genaue Analyse der spezifischen Bedingungen, unter denen sich die modernen Einparteienstaaten konstituieren konnten und in deren Folge sie ihre Ideen sozusagen Wirklichkeit werden ließen. Für den Autor lag der Schlüssel zum „Verständnis des Totalitarismus“ darin, dass die westliche Zivilisation in der ersten Jahrhunderthälfte mit sozialen Wandlungsprozessen von einer einzigartigen Schnelligkeit konfrontiert war. Löwenthal war es darum zu tun, „das Problem“ von einer anderen Seite zu beleuchten und das bedeutete für ihn: „statt nach dem Ursprung des totalitären Satanismus zu forschen, schlage ich vor, die Unzulänglichkeiten der freien Gesellschaftsformen in der heutigen Situation zu untersuchen.“¹⁸⁹⁸

Der ehemalige Anhänger der kommunistischen Bewegung wollte *expressis verbis* den komplexen politischen und gesellschaftlichen Entstehungsbedingungen nachgehen, die seines Erachtens dazu führten, dass in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg im Kontext von „katastrophenähnlichen soziale(n) Umwälzungen“ bei „Millionen von Menschen“ die Vorstellung grassierte, die „Freiheit aufzugeben“ und das „Heil in der Allmacht des Staates“ zu suchen. Richard Löwenthals Ansicht zufolge konnte das „geistige Desperadotum der echten totalitären Elemente“ historisch nur dort wirksam werden, wo es sich mit der „materiellen Not der Massen“ vereinigte. Dazu konnte es indes nur kommen, weil „die Gesellschaft“ die konkreten und dringlichsten Probleme nicht lösen konnte, die „ihr die unkontrollierten Wandlungsprozesse“ aufbürdeten. Das hieß mit Blick auf die „Machterringung“ der totalitären Bewegungen in Russland und Deutschland:

„Der Bolschewismus hätte trotz all seiner geistigen Vorgänger innerhalb der russischen Intelligenz im Jahre 1917 nicht die Macht erringen können, wenn seine Gegner willens und fähig gewesen wären, den Krieg sofort zu beenden und den Boden zu verteilen. Der Nationalsozialismus hätte trotz seiner Verwurzelung in der deutschen Geistesgeschichte 1933 nicht gesiegt, wenn die herrschenden Parteien der Weimarer Republik damals die Keynes'sche Vollbeschäftigungspolitik verwirklicht hätten.“

Und weiter schrieb Löwenthal in diesem Zusammenhang:

„Eine Analyse, die die entscheidende Bedeutung dieser fast banalen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Probleme für den Sieg oder die Vernichtung des Totalitarismus in den Vordergrund rückt, scheint weniger tiefgründig zu sein als eine, die um den

¹⁸⁹⁷ Siehe im Einzelnen ebenda, S. 4.

¹⁸⁹⁸ Ebenda, S. 5.

Glaubensverlust des Menschen und seine damit verbundene Rebellion gegen die menschliche Seinslage kreist.¹⁸⁹⁹

Für Richard Löwenthal entstanden also die totalitären Diktaturen des Sowjetkommunismus und des Nationalsozialismus auch und vor allem dadurch, dass sie angesichts des radikalen sozialen Umbruchs der jeweiligen traditionellen (Industrie-)Gesellschaften für Millionen von Menschen eine „Alternativlösung“ für die spezifischen Probleme des Landes verkörperten. Aus diesem Grund erklärte sich für ihn auch die „relative Dauerhaftigkeit“ des Totalitarismus, denn im Gegensatz zu den traditionellen freien Gesellschaften, die durch spontane und unzusammenhängende Änderungen gekennzeichnet waren, konnte er als eine „Maschinerie zentral geleiteter Änderungen“ aufgefasst werden. „Eben hierin“, so Löwenthal mit dem Blick auf die zentralen charakteristischen Merkmale der totalitären Diktaturen des 20. Jahrhunderts, „aber liegt die Stärke des Totalitarismus als eines stabilen Regierungssystems und auch die Rechtfertigung, die er für alle seine Schrecken liefert. Er löscht Freiheit und Sicherheit des Einzelnen aus, er leugnet die Ideen der Wahrheit und Gerechtigkeit, er versucht jede Spur einer unabhängigen Entwicklung zu beseitigen, nicht um nach Art des alten Despotismus den *status quo* zu aufrechtzuerhalten, sondern um das Risiko eines ‚anarchischen‘ und unvorhersehbaren Wechsels zu vermeiden. Er will die Gewissheit einer ‚geordneten‘ Entwicklung nach einem vorgefaßten Plan, dem das Wertesystem der totalitären Bewegung und deren Auffassung von Zukunft und Ziel der Gesellschaft zugrunde liegt. Der Staat muß allmächtig sein, denn er ist zum Demiurgos der Gesellschaft geworden; die Partei will ihre Herrschaft dadurch verewigen, daß sie in Form einer ‚ständigen Revolution von oben‘ (Hervorh. J. G.) die Entwicklung der Gesellschaft in künstliche Bahnen zwingt; ohne den Rückhalt der diktatorischen Macht würde nämlich die entstehende Struktur sofort zusammenbrechen.“¹⁹⁰⁰

IV. 3. 3. Der Vergleich der nationalsozialistischen und stalinistischen Konzentrationslager

Bekanntlich war es Hannah Arendt, die in ihrem Standardwerk der Totalitarismustheorie, der 1951 erschienenen Studie „The Origins of Totalitarianism“, die überragende Bedeutung des Systems der Konzentrationslager für die ihrer Ansicht nach genuin neuartige Herrschaftsform hervorhob, die sie mit dem Adjektiv totalitär klassifizierte. Insbesondere mit Blick auf den Nationalsozialismus und den Sowjetkommunismus wurde das System der Konzentrationslager für die Autorin und frühe Mitarbeiterin des „Monat“ zum Inbegriff der

¹⁸⁹⁹ Ebenda, S. 6.

¹⁹⁰⁰ Ebenda, S. 7.

totalitären Herrschaftsform. Vor diesem Hintergrund konnte es im Grunde genommen auch nicht verwundern, dass gleich in der ersten Ausgabe der internationalen Zeitschrift im Oktober 1948 in zwei Beiträgen zum aktuellen Totalitarismus kommunistischer Provenienz das Phänomen der Konzentrationslager beleuchtet und deren zentrale Bedeutung für das sowjetische Regime zur Sprache gebracht wurde.

In seinem Artikel „Sowjet-Russland ohne Propaganda. Berichte eines Auslands-Korrespondenten“ thematisierte der Chefkorrespondent der *New York Times*, Drew Middleton, im Rahmen seiner grundsätzlichen wirtschaftlichen Analyse des sowjetischen Staates, neben der politischen auch und vor allem die ökonomische Funktion des Lagersystems und der Zwangsarbeit ausdrücklich im Hinblick auf die Genesis und Entwicklung des sogenannten „Polizeistaates“ nach der russischen Revolution im Jahre 1917.¹⁹⁰¹ Und in seiner Rezension der Studien „Zwangsarbeit in Sowjet-Rußland“ und „Arbeiter oder Ausgebeutete? Das System der Arbeitslager in Sowjetrußland“ der beiden russischen Sozialdemokraten David Dallin und Boris Nikolajewsky der amerikanische Journalist Boris Shub – nachdem er zu Beginn unter anderem einen ausdrücklichen Hinweis auf das Buch „Der SS-Staat“ von Eugen Kogon machte – sowohl auf die politische als auch auf die ökonomische Rolle der sowjetischen Lager ein und fokussierte angesichts des empirischen Materials der beiden besprochenen Bücher den Konnex zwischen politischen Terror und der wirtschaftlichen Komponente der Zwangsarbeit für die NKWD-Konzentrationslager.¹⁹⁰²

In Anbetracht dieses Umstandes stellte es mithin keine Überraschung dar, dass kurz nach dem Erscheinen des Buches „Als Gefangene bei Stalin und Hitler“ von Margarete Buber-Neumann im Jahre 1949, Franz Borkenau in seiner in der sechsten Ausgabe des „Monat“ veröffentlichten Rezension – neben der herausragenden Bedeutung des persönlichen Erfahrungsberichtes für das „vergleichende Verständnis des politischen Terrors“ – vor allem auf die zentrale Bedeutung der Konzentrationslager im Nationalsozialismus und im Sowjetkommunismus im Allgemeinen insistierte und hierbei die Gefängnisse der beiden Systeme im Besonderen miteinander verglich. Beispielsweise vertrat Borkenau in seiner Rezension die Ansicht, dass das Buber-Neumannsche Buch in Bezug auf das „Verständnis der modernen Sklavenarbeit“ in Zukunft noch häufig zitiert würde. Und angesichts seines durch

¹⁹⁰¹ Drew Middleton, Sowjet-Russland ohne Propaganda. Bericht eines Auslands-Korrespondenten, in: Der Monat, Heft 1 (1948), 1. Jg., S. 27-43.

¹⁹⁰² Boris Shub, Lüge und Illusion, in: Der Monat, Heft 1 (1948), 1. Jg., S. 88-90; hierbei handelte es sich um eine Rezension der Bücher: David J. Dallin und Boris I. Nikolajewski, Zwangsarbeit in Sowjet-Rußland, Wien (o. J.) sowie dies., Arbeiter oder Ausgebeutete? Das System der Arbeitslager in Sowjetrußland, München (o. J.).

den Vergleich der beiden Terrorsysteme hervorgehobenen Unterschiedes, wonach es im „Stalin-Regime“ nicht darum gehen würde den einzelnen Menschen zu quälen, da für die Sowjets das Individuum nur „ein Nichts“ sein und sie infolgedessen ausschließlich zum Mittel der Folter greifen würden, um die sogenannten Geständnisse zu erpressen, behauptete Franz Borkenau, dass es zweifelsohne „rationale“ Gründe für dieses Verhalten im „wirtschaftlichen Sinn“ geben würde und mithin die „Vernichtung politischer Gegner“ nur eine untergeordnete Rolle spielte. Seiner Meinung nach waren die zum damaligen Zeitpunkt 13 Millionen zählenden russischen ‚politischen‘ Häftlinge Staatsklaven und im Unterschied zu früherer (ägyptischer und spartanischer) staatlicher Sklavenarbeit entstanden dem sowjetischen Staat vor allem „keine Kosten durch seine Sklaven“, weil Borkenau zufolge deren Kapitalwert „mit Null“ angesetzt werden konnte. Aus diesem Grund handelte es sich für ihn beim sowjetischen Wirtschaftssystem um ein „neues Wirtschaftssystem“. Vor dem Hintergrund seiner weiteren ausschließlich auf dieses neue Wirtschaftssystem der Sowjetunion bezogenen Ausführungen meinte der Autor, dass für die Exponenten des totalitären sowjetischen Regimes das „gedankenlose Zugrundegehenlassen der Menschen“ als „strikteste Rationalität“ erschien, ohne indes zu sehen, dass „diese Rechnung“ selbst „rein wirtschaftlich einen Haken hat“. Auf der Basis seiner bisherigen Ausführungen verglich Franz Borkenau sodann das System der Konzentrationslager des Nationalsozialismus mit dem des Stalinismus und schrieb in diesem Zusammenhang:

„In Deutschland wurde dieses System durch zweckfremde Überlegungen gestört. Hier ging es nämlich darum, den einzelnen sadistisch zu quälen, es ging überhaupt um ein anderes metaphysisches Argument. In Sowjetrußland sucht man an den Millionen Häftlingen zu beweisen, daß der Mensch ein Nichts sei. Die Nationalsozialisten hingegen wollten beweisen, daß sie selbst, d. h. das Böse, immer triumphierten, sie wollten vor allem ihre eigene moralische Überlegenheit über die Häftlinge beweisen. Die deutschen KZs schwankten daher zwischen der Folterhölle schlechthin und dem kasernenhaften Ordnungs-Inferno.“

Und mit Blick auf die Darstellung Margarete Buber-Neumanns über ihre Haft im deutschen Konzentrationslager Ravensbrück hieß es in der Rezension an dieser Stelle weiter:

„Ravensbrück gehört bis tief in die Kriegszeit zum zweiten Typus. Dort wurden die Menschen so lange mit ‚Ordnung‘ gequält, bis die Ordnung fast unvermittelt in den Massenmord umschlug. Beide Typen der deutschen KZs aber waren der Arbeitsleistung letzten Endes weniger günstig als die russische Form.“¹⁹⁰³

¹⁹⁰³ Franz Borkenau, Zwischen Rot und Braun, in: Der Monat, Heft 6 (1949), 1. Jg., S. 95-97 (hier S. 96 f.); hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: Margarete Buber-Neumann, Als Gefangene bei Stalin und Hitler, München-Zürich (o. J.).

Nach diesem ausdrücklichen Vergleich zur Rolle der Konzentrationslager für die totalitären Herrschaftssysteme des Nationalsozialismus und des Stalinismus – wobei der Fokus auf die wirtschaftliche Funktion speziell für den sowjetischen Staat gerichtet wurde – kam „Der Monat“ in der März-Ausgabe (Heft 18) des zweiten Jahrganges wieder auf das System der Konzentrationslager in den beiden Systemen zu Sprechen. Obwohl in der Veröffentlichung „Der NKWD-Staat“ von Günther Birkenfeld¹⁹⁰⁴ der eigentliche Schwerpunkt der ausdrücklich empirisch ausgerichteten Untersuchung – wie gezeigt¹⁹⁰⁵ – auf dem stalinistischen System der Konzentrationslager in der sowjetischen Besatzungszone im östlichen Teil Deutschlands lag, wurde hierbei an verschiedenen Stellen ein vergleichender Blick eingenommen. Neben dem Hinweis, dass beim sowjetischen Lagersystem nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges auf frühere nationalsozialistische Lager quasi zurückgegriffen wurde, wurde mehrmals in dem Betrag auch der Vergleich mit den Konzentrationslagern des NS-Systems gezogen, das von Birkenfeld ausdrücklich als „Hitlerdiktatur“ oder auch „SS-Staat“ apostrophiert wurde.¹⁹⁰⁶ Der substantiellste Vergleich wurde von Günther Birkenfeld in dem Abschnitt mit der Überschrift „Der Hunger“ gezogen, wo es nämlich bezogen auf die sowohl vom nationalsozialistischen als auch vom stalinistischen System benutzten Konzentrationslagern – vor allem den Lagern in Buchenwald, Sachsenhausen oder auch Neubrandenburg – hieß:

„Diejenigen Internierten, die sich aus eigenem Erlebnis einen Vergleich zwischen nationalsozialistischen und sowjetischen Konzentrationslagern erlauben dürfen, behaupten übereinstimmend, daß in den von der SS verwalteten Lagern nicht nur die Hygiene und die Ausstattung mit Wäsche und dergleichen besser gewesen sei, sondern daß auch die Verpflegung nahrhafter und abwechslungsreicher war. Ein Vergleich zwischen den von der NKWD gewährten Rationen und der Tabelle Eugen Kogons¹⁹⁰⁷ bestätigt diese Behauptung. (...) Außerdem wurden in den großen SS-Lagern späterhin Kantinen eingerichtet, wo die Häftlinge sich zusätzlich etwas kaufen konnten. Und der Strom der Lebensmittelpakete nahm von Jahr zu Jahr zu. In den deutschen Lagern der NKWD gab es keine Kantine und keinerlei Verbindung mit der Außenwelt, also auch keinen Paketempfang.“

Und weiter hieß es in diesem Zusammenhang in Anbetracht weiterer genauer Ausführungen zur konkreten katastrophalen Verpflegungssituation in den zeitgenössischen „NKWD-Lagern“ hinsichtlich des Vergleichs der angesprochenen Konzentrationslager der beiden totalitären Staaten bei Birkenfeld:

„Diese Hungerrationen dürfen uns, im Vergleich mit der vitaminreicheren Verpflegung und den Aushilfsmöglichkeiten in den KZ's der SS nicht zu dem Fehlschluß mancher Häftlinge verleiten, daß die Nazis humaner waren als die Sowjets. Die Grausamkeit der SS war von

¹⁹⁰⁴ Günther Birkenfeld, Der NKWD-Staat, in: Der Monat, Heft 18 (1950), 2. Jg., S. 628-643.

¹⁹⁰⁵ Siehe das Kapitel IV. 2. 5. Der Stalinismus nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges.

¹⁹⁰⁶ So der Autor an verschiedenen Stellen zu Beginn seines Beitrages, ebenda, S. 630.

¹⁹⁰⁷ Hier erfolgte ein Verweis auf: Eugen Kogon, Der SS-Staat (ohne Ort und Jahr), S. 84.

zynischer Offenheit und Öffentlichkeit, die Grausamkeit der NKWD von ebenso zynischer Verhülltheit und Verschwiegenheit. Der SS-Arzt machte an den Häftlingen seine unmenschlichen Experimente – der NKWD-Arzt besorgte schließlich Medikamente, jedoch so wenig, daß mit einem Herzstärkungsmittel nur fünf Patienten gerettet werden konnten, wo hundert gerettet werden mußten. (...) In den KZ's der SS rauchten die Schornsteine der Krematorien, wurden öffentlich schwerste Folterungen und Misshandlungen vorgenommen (Prügel auf dem ‚Bock‘, ‚Baumhängen‘, Strafstehen barfuß im Schnee usw.) und erfolgten täglich Erschießungen bei angeblichem Fluchtversuch. Im Gegensatz zu ihren bei der Untersuchungshaft angewandten Methoden hat die NKWD derartige Unmenschlichkeiten im Lager nicht zum System werden lassen, wenn auch genug rohe Übergriffe und Quälereien vorkamen und die Karzerstrafe – auch Bunker oder Iso (Isolator) genannt – fast überall mit körperlichen Misshandlungen verbunden war. (...) Immerhin erscheint es dem Außenstehenden, im Hinblick auf die Lager der SS, zunächst verständlich, wenn die sowjetischen Lager-Offiziere und NKWD-Leute ihre Methoden als human anpriesen, die der Nazis hingegen als ‚barbarisch‘ bezeichneten. Die deutschen Internierten aber durchschauten schon bald diese Schein-Humanität, in der – offiziell – niemand zum Tode verurteilt wurde und auch niemand zu Tode gequält werden sollte. Der bohrende, nagende, würgende Hunger, der furchtbarste aller Schmerzen, der auf keine Weise sich betäuben läßt, duldet keine Täuschung und diktierte einem Buchenwalder Worte wie diese: ‚Die Nazis haben es schnell und radikal gemacht. Der Russe macht es langsam, ganz langsam. Ab und zu gibt er uns etwas mehr zu essen, etwas mehr Hoffnung, um dann wieder um so stärker zuzudrücken.‘¹⁹⁰⁸

Nach diesem Vergleich der nationalsozialistischen Lager und der stalinistischen Lager in der sowjetischen Besatzungszone in Ost-Deutschland im März 1950 von Günther Birkenfeld kam die Zeitschrift – wie oben gesagt – auch und vor allem im Rahmen der zweiteiligen Veröffentlichung „Politik im Zeitalter der Angst“ von Arthur M. Schlesinger jr. auf die grundsätzliche Bedeutung der Lager für den Totalitarismus des 20. Jahrhunderts zu sprechen. Im zweiten Teil, in dem es ausschließlich um den sowjetischen Kommunismus ging, hob der amerikanische Historiker und Publizist – mit ausdrücklicher Würdigung von Hannah Arendt – unter der Überschrift „Die Konzentrationslager als Sinnbild“ die grundsätzliche Rolle des Lagersystems für die totalitären Herrschaftssysteme hervor. In seinen Augen zielte die „wesensmäßige totalitäre Dynamik“ des Totalitarismus auf die absolute Beherrschung, Entwürdigung und letzten Endes auf die „Auslöschung des Individuums“, die für ihn in nämlich in den Konzentrationslagern ihre schreckliche Vollendung fand. In diesem Zusammenhang führte Schlesinger aus:

„Die Lager sind nicht etwa ein sinnvoller Bestandteil eines Justiz- oder auch nur Arbeitssystems. Viele Gefangene wissen nicht, warum sie dort sind; ebensowenig wissen es ihre Kerkermeister; (...). Die Zwangsarbeit ist eher ein Bestandteil der Unterwerfung als ein produktiver wirtschaftlicher Beitrag. Das eigentliche Wesen des Systems liegt in der Willkür und Sinnlosigkeit der Verhaftungen und in der äußersten und wohlberechneten Widerwärtigkeit des Lebens (...). Das Individuum verliert sich, wie Malraux sagt, in der

¹⁹⁰⁸ Ebenda, S. 632 f.

„elenden Brüderschaft, die kein Gesicht, ja kaum eine wirkliche Stimme hat, weil alle Flüsterstimmen einander ähneln“. Die geisterhafte, schlotternde, anonyme Masse, die sich gehorsam in die Gaskammer schleppt, ist das Endprodukt des totalitären Staates. „Ein solcher Staatsbürgertypus“, schreibt Hannah Arendt, „läßt sich außerhalb der Lager nur unvollkommen züchten.“¹⁹⁰⁹

Und weiter hieß es an dieser Stelle in dem Beitrag von Arthur M. Schlesinger jr.:

„Das KZ verkörpert die Bürokratisierung des uneingeschränkten Terrors, es ist für die Elite die letzte Stufe in der Erlernung der Macht, für die Massen die letzte in der Erziehung zur Unterwerfung. Ohne das Lager würde das normale Leben wieder die Oberhand gewinnen, würde die totalitäre Mystik wieder zunichte werden. Das Lager ist der Kulminationspunkt von Herrschaft und Selbstaufgabe, von Sadismus und Masochismus, in ihm erreicht die Spannung, der das totalitäre System seine triumphierende Straffung verdankt, den höchsten Grad. Das Lager sorgt für die Massen. Die Elite ihrerseits hat die Vision einer großangelegten, wenn auch düsteren Macht vor Augen. Wir sollten uns nicht zu der Annahme verleiten lassen, daß es der erste und wichtige Wunsch der sowjetischen Herrscher sei, ihre eigene Position oder die ihrer Nation zu verbessern. Weit gefehlt – ihr Ziel ist, die Menschheit zu retten, die Angst aus der Welt zu treiben, und um dieser Aufgabe willen sind sie bereit, die furchtbare Last der Freiheit allein auf sich zu nehmen. Das Politbüro ist wahrscheinlich die einzige Stelle in der Sowjetunion, wo es eine freie Meinungsäußerung gibt. Es hat das Monopol der freien Entscheidung. Darum ist ihm auch im höchsten Grade die Angst eigen, die mit jeder Entscheidung verbunden ist. Die sowjetischen Führer suchen die Existenz der Angst zu leugnen, aber gerade die Angst treibt sie zu ihrem wilden, nie enden wollenden Kampf gegen die Freiheit. „Sehnsüchte und Leiden sind unser Los ... Der Schigaljowismus ist für die Sklaven.“¹⁹¹⁰

Nach den Ausführungen von Arthur M. Schlesinger jr. kam der „Monat“ auch im Kontext der ausführlichen Darstellung der „Kravchenko- und Rousset-Prozesse“ – die ihren Anfang nahm im Juni 1949 (Doppelheft 8/9) und bis Februar 1951 (Heft 29) reichte – explizit und implizit auf das Lagersystem der beiden totalitären Gewaltregime zu sprechen. Da an andere Stelle der vorliegenden Untersuchung auf die näheren zeitgenössischen Umstände und die grundsätzliche (politische und ideologische) Bedeutung der beiden Aufsehen erregenden getrennten, gleichwohl ineinanderverschachtelten Gerichtsprozesse der beiden Renegaten Victor A. Kravchenko und David Rousset in Paris der Nachkriegszeit bereits eingegangen wurde,¹⁹¹¹ geht es im Folgenden ausschließlich darum, die in mehreren Ausgaben des „Monat“ von verschiedenen Autoren –selbstverständlich in erster Linie auf das komplexe

¹⁹⁰⁹ Arthur M. Schlesinger jr., Politik im Zeitalter der Angst (Teil II), in: Der Monat, Heft 19 (1950), 2. Jg., S. 68-75 (hier S. 75); hierbei handelte es sich um Auszüge aus seinem Buch: The Vital Center. The Politics of Freedom, Boston 1949). An dieser Stelle berief sich der Verfasser auf den Aufsatz „Die Konzentrationslager“ von Hannah Arendt, in: Die Wandlung, 4. Heft, Jahrgang 1948.

¹⁹¹⁰ Ebenda, S. 75.

¹⁹¹¹ Siehe das Kapitel III. „Exkurs: Die frühe Totalitarismuskritik in Frankreich. Der Kravchenko- und Rousset-Prozess, die sowjetischen Lager und die französische Linke.“

Phänomen des sowjetischen Lagersystems bezogenen – veröffentlichten Beiträge ausdrücklich auf die gezogenen Vergleiche mit den nationalsozialistischen Lagern in einem „Block“ abzuklopfen.

Nach den einleitenden Ausführungen zum „Kravchenko-Prozess“ im Doppelheft 8/9 im Juli 1949¹⁹¹² kam der schweizer Historiker und Publizist Herbert Lüthy in seinem im Januar 1950 erschienenen sogenannten Brief aus Paris mit dem Titel „David Roussets >Je propose...<. Die Untersuchung der Verschlepptenlager durch Verschleppte“ ausdrücklich in vergleichender Perspektive auf die nationalsozialistischen und stalinistischen Konzentrationslager zu sprechen. Vor dem Hintergrund seiner Hervorhebung der Bedeutung der Zwangsarbeit der mindestens zehn Millionen Gefangenen im sowjetischen Lagersystem und der seines Erachtens in einem immer schneller werdenden Rhythmus sterbenden „Arbeitssklaven“, stellte Herbert Lüthy knapp fest, dass „diese Zwangsarbeitslager nicht, wie die deutschen Konzentrationslager, ein abscheulicher Auswuchs des Terrors und des totalen Krieges sind, sondern daß sie einen permanenten wirtschaftlichen Zweck erfüllen und ein wesentlicher, nicht wegzudenkender Teil des russischen Wirtschafts- und Sozialsystems sind (...).“¹⁹¹³

Selbstverständlich standen die Konzentrationslager des deutschen und des sowjetischen totalitären Herrschaftssystems auch auf dem im Juni 1950 in Berlin stattgefundenen, ausdrücklich antitotalitär ausgerichteten „Kongress für kulturelle Freiheit“¹⁹¹⁴ im Scheinwerfer der zahlreichen offiziellen Reden und Vorträge sowie der in diesem Rahmen angebotenen diversen Veranstaltungen. Zudem stand in diesem Zusammenhang auch der Vergleich der nationalsozialistischen und stalinistischen Konzentrationslager im Fokus des Interesses einiger Referenten der Berliner Kundgebung. Indes: Ebendieser Vergleich wurde im Grunde ausschließlich abstrakt gezogen, verblieb im Allgemeinen und thematisierte vor allem die konkreten Bedingungen der deutschen Lager nicht. Hierbei wurde auch und vor allem die Rolle des Terrors ausschließlich pauschal gegenübergestellt, oder die „SS-Lager“ dienten in Anbetracht der kompromisslosen Ablehnung der totalitären Diktaturen¹⁹¹⁵ quasi nur als Negativfolie für die Thematisierung der tatsächlichen Bedingungen des ‚univers

¹⁹¹² Alfred Kellner, Eine Diktatur auf der Anklagebank Alfred Kellner, Eine Diktatur auf der Anklagebank, in: Der Monat, Heft 8/9 (1949), 1. Jg., S. 153-156; hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: Le Procès Kravchenko contre les Lettres Françaises. Compte Rendu des Débats d'après la Sténographie. La Jeune Parque, Paris (o. J.).

¹⁹¹³ Herbert Lüthy, Brief aus Paris: David Roussets >>Je propose...<<. Die Untersuchung der Verschlepptenlager durch Verschleppte, in: Der Monat, Heft 16 (1950), 2. Jg., S. 352-355 (hier S. 353).

¹⁹¹⁴ Siehe hierzu die grundsätzlichen Ausführungen im Kapitel I.5. „Der ‚Kongress für kulturelle Freiheit‘ in Berlin“.

¹⁹¹⁵ So die Zeitschriftenredaktion in den einleitenden Worten im Doppelheft zu dem Berliner „Kongress für kulturelle Freiheit“ im Juni 1950, in: Der Monat, Heft 22/23 (1950), 2. Jg., S. 339 f. (hier S. 340).

concentrationnaire’, das wiederum als Synonym für das sowjetische Konzentrationslagersystem galt.¹⁹¹⁶

Nachdem also im ersten und zweiten Jahrgang der explizite oder implizite Vergleich der Konzentrationslager der beiden totalitären Gewaltregime durchaus im Mittelpunkt des Interesses des „Monat“ rückte, ging im dritten Jahrgang nur eine einzige Veröffentlichung mit einem vergleichenden Blick auf die deutschen und sowjetischen „Strafkolonien“ ein. In der letzten Ausgabe (Heft 36) fokussierte nämlich der eigentliche *spiritus rector* des Organs in seinem bereits angesprochenen Rezensionsaufsatz „Die Moskauer Geständnisse. Gedanken über Ketzerei und Opposition im totalen Staat“ im Rahmen seiner Reflexionen über den stalinistischen Terror im Allgemeinen und dem sogenannten vergleichenden Studium der Gewaltanwendung im Besonderen auch die Lagersysteme der beiden „totalen Polizeistaat(en)“ (Melvin J. Lasky). In Anbetracht von Ausführungen seitens F. Beck und W. Godin in ihrer Studie „Russian Purge and the Extraction of Confession“, wonach die grundsätzlichen Bedingungen in den sowjetischen Lagern im Vergleich zu denen des Nationalsozialismus qualitative Differenzen aufwiesen, weil die hier begangenen verschiedenen deutschen Massenverbrechen und die sogenannte völlig sinnlose Arbeit zum Zwecke ihrer Erniedrigung dem sowjetischen Regime völlig fern lagen, sowie der Ansicht der beiden Autoren, wonach die sowjetische Strenge ‚rational‘ und mithin ‚nicht irrational‘ war, verglich Lasky in diesem Zusammenhang die Lager der beiden Regime; die mit grundsätzlichen Betrachtungen zur Terrorpraxis korrespondierten, nicht aus dem Zusammenhang gerissen werden und im Folgenden nicht unterschlagen werden sollen:

¹⁹¹⁶ Siehe exemplarisch David Rousset, Lasst uns die Freiheit verwirklichen!, in: Der Monat, Heft 22/23 (1950), 2. Jg., S. 422-424 (der indes auch den Blick auf die zeitgenössischen Lager in Spanien und Griechenland warf). Das gilt auch für den Beitrag: Ernest J. Salter, Gefängnis der Völker, in: Der Monat, Heft 24 (1950), 2. Jg., S. 600-603; hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: Ellinor Lipper, Elf Jahre in sowjetischen Gefängnissen und Lagern, Zürich (o. J.). In der Rezension von Salter hieß es zu Beginn in den einleitenden Worten auf S. 600 mit ausdrücklichem Bezug auf die Buchveröffentlichungen über ihre Haft in den NS-Konzentrationslagern von Eugen Kogon, Benedikt Kautsky und David Rousset, dass es sich um Schilderungen über die „Todesfabriken des SS-Staates“ handeln würde und um einige „bedeutende Namen und Berichte von den Bruchstellen der Geschichte und des Lebens“; zudem hieß es weiter an dieser Stelle: „ohne diese Dokumente würden der europäischen Moral und dem Geist der Literatur jene provozierenden Verneinungen fehlen, deren immer wieder neue Überwindung zu den Höhepunkten des europäischen Geistes und der Politik gehört.“ Im Anschluß an diese einführenden Bemerkungen erfolgte dann die ausführliche Besprechung des Buches von Ellinor Lipper – u. a. mit einer detaillierten Analyse des stalinistischen Lagersystems. Vgl. zum Beispiel auch K. Brzoska, Brief aus Warschau: Sowjetpolen als Ausbeutungsobjekt, in: Der Monat, Heft 34 (1951), 3. Jg., S. 387-392, wo es in den einführenden Worten zur wirtschaftlichen Situation Polens unter kommunistischer Herrschaft in den Jahren nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges hieß, dass schätzungsweise „sechs Millionen polnischer und jüdischer Einwohner Polens“ auf den „Schlachtfeldern, in den polnischen Ghettos und Todeslagern, beim Transport oder in den deutschen und russischen Konzentrationslagern umgekommen“ sind.

„Das ist eine merkwürdige Verdrehung der Unterscheidung, die man bisher zwischen der wissenschaftlichen Unpersönlichkeit der Gaskammern und den altmodischen Härten der sibirischen Salzbergwerke und der Polarregion gemacht hat. Warum sollte man eigentlich die todbringende Brutalität der letzteren als ‚rational‘ betrachten und sie als die humanere Form vorziehen? Auch fragt es sich, ob man angesichts der Funde in Katyn, der polnischen Schicksale, die in ‚*The Dark Side of the Moon*‘ berichtet werden, oder angesichts des NKWD-Staats in Ostdeutschland wirklich sagen kann, daß irrationale Quälerei den Sowjets ‚völlig fern‘ gelegen habe.

Im Zusammenhang mit Felix Dserschinsky, dem Begründer der Tscheka, heißt es bei Beck und Godin sehr zutreffend: ‚Der Dienst an einer abstrakten Idee kann zu einem Maße an Grausamkeit führen, dessen die persönliche Empfindung ganz unfähig ist. Das ist die einzige Erklärung für gewisse Aspekte des sowjetischen Systems.‘ Jedenfalls ist es eine zutreffendere Erklärung für Dachau und Karaganda, Buchenwald und Kolyma als die eilig zusammengerafften Unterscheidungen, mit denen wir zuvor abgespeist worden sind. Die Kurve des totalitären Staates erreicht einen Punkt, wo weder rationale noch irrationale Motive noch irgendeine Bedeutung haben. Auch die Unterscheidungen zwischen Praxis und Theorie werden zu historischen Zufälligkeiten. Das Entscheidende ist die Blutsverwandtschaft zwischen der Gewalt und der abstrakten Idee.¹⁹¹⁷

Nach diesem Vergleich des nationalsozialistischen und des stalinistischen Terrors im Allgemeinen und der deutschen sowie der sowjetischen Lager unter Stalin im Speziellen von Melvin J. Lasky, kam der „Monat“ im Juli 1952 im Rahmen der Veröffentlichung „Die Geheimpolizei“ (Heft 46) von Hannah Arendt auf das System der Konzentrationslager der beiden Regime zu sprechen. Unter der Überschrift „Die wirtschaftliche Grundlage“ hieß es angesichts der Thematisierung der Methoden des „illegalen“ Finanzgebarens zur Schaffung der „finanziellen Basis“ für die sogenannte Unabhängigkeit der Geheimpolizei vor den „offiziellen Instanzen“ mit Blick auf die Lager:

„In Sowjetrußland hängt der riesige Apparat des NKWD ausschließlich von der Sklavenarbeit in den Konzentrationslagern ab, die in der Tat keinen über diese Finanzierung hinausgehenden Profit aufweisen kann und ihren ökonomischen Zweck damit zu erfüllen scheint, daß sie diejenigen erhält, die mit der Verhaftung und Bewachung der Sklavenarbeiter betraut sind. Himmler finanzierte seine SS-Truppen, die er vor 1933 als eine Parteipolizei organisiert hatte, nach der Machtergreifung mit dem Erlös konfiszierten Eigentums. Zwar kam er später zu halbwegs regulären finanziellen Vereinbarungen (...), aber ganz hat er auf Nebeneinnahmen durch altbewährte Erpressermethoden nie verzichtet (...). Für eine Ausbeutung der Arbeitskraft der Konzentrationslager-Insassen eignete sich das nationalsozialistische System offenbar nicht, Arbeit in den Lagern war ein wesentlicher Bestandteil der Folterung und durfte gerade darum nicht zweckhaft sein. Erst in den letzten

¹⁹¹⁷ Melvin J. Lasky Die Moskauer Geständnisse. Gedanken über Ketzerei und Opposition im totalen Staat, in: Der Monat, Heft 36 (1951), 3. Jg., S. 648-654 (hier S. 653); hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: F. Beck and W. Godin, *Russian Purge and the Extraction of Confession*, New York (o. J.). Siehe zu dem im Lasky-Beitrag angesprochenen Aspekt der sogenannten Rationalität bzw. Irrationalität der sowjetischen und deutschen Lager, indes speziell mit Blick auf das stalinistische Konzentrationslagersystem, auch den Leserbrief: L. M. K., Kolyma – rational oder irrational?, in: Der Monat, Heft 39 (1951), 4. Jg., S. 330 f.

Jahren des Krieges, als Himmler nicht mehr allein über die Verwendung des Menschenmaterials in den Lagern zu befinden hatte, änderte sich dies.¹⁹¹⁸

Nach den Ausführungen von Hannah Arendt zur unterschiedlichen Bedeutung der Konzentrationslager des deutschen und des sowjetischen Staates kam es noch in zwei Ausgaben des „Monat“ zu Reflexionen, die sich auf die Lager in den beiden Herrschaftsregimen bezogen. In dem einen – oben bereits berücksichtigten – Beitrag „Glaube ohne Illusionen“ im September 1953 (Heft 60) stellte Raymond Aron die Konzentrationslager des Nationalsozialismus und des Stalinismus implizit gegenüber. Im Rahmen seiner grundsätzlichen und kritischen Reflexionen zum Zusammenhang von Technik und Gewalt in der Menschheitsgeschichte, zumal in der unmittelbar zurückliegenden Vergangenheit, sowie im Kontext der Systemauseinandersetzung der westlichen Staaten mit dem expansiven sowjetischen Kommunismus in Europa, schrieb Aron hinsichtlich der Genese und Entwicklung des Systems der Konzentrationslager des sowjetischen Regimes:

„In Russland entwickelten sich die Zwangsarbeitslager in den Jahren zwischen 1920 und 1939. Im Jahre 1929, also gegen das (sic) Ende der *NEP*, der ‚neuen ökonomischen Politik‘, sollen sich ungefähr 660 000 Menschen in Konzentrationslagern befunden haben. Ursprünglich dienten sie dem Zweck, politisch unerwünschte Personen aus dem Wege zu schaffen. Niemand wird behaupten, daß die Verfolgung politischer Gegner eine Erfindung des Zeitalters der Maschinen sei. Als in der Sowjetunion die Fünfjahrespläne ins Werk gesetzt wurden, verband man die Jagd auf die Feinde der neuen Ordnung mit der Rekrutierung billiger Arbeitskräfte und mit dem Plan, Teile der Bevölkerung der Sowjetunion umzusiedeln.“

Und mit Blick auf die nationalsozialistischen Konzentrationslager und die deutschen Massenverbrechen an den europäischen Juden hieß es bei Raymond Aron in diesem Zusammenhang:

„Der Tod am laufenden Band wiederum, wie ihn die Nazis in den Gaskammern der Konzentrationslager übten, ist eine Erfindung unserer Tage. Hätte es keine Chemie gegeben, so hätten sie andere Mittel und Wege gefunden, die Juden auszurotten.“¹⁹¹⁹

Der andere Beitrag stammte von Joseph Scholmer und erschien im März-Heft 1954. Der zuerst von der Gestapo im Jahre 1944 verhaftete und später nach seiner zwischenzeitlichen Freilassung vom stalinistischen Regime wegen angeblicher Spionage zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilte Scholmer, der im Juli 1950 in das Lager Workuta transportiert

¹⁹¹⁸ Hannah Arendt, Die Geheimpolizei. Ihre Rolle im totalitären Herrschaftsapparat, in: Der Monat, Heft 46, 4. Jg. (1952), S. 370-388 (hier S. 379).

¹⁹¹⁹ Raymond Aron, Glaube ohne Illusion, in: Der Monat, Heft 60 (1953), 5. Jg., S. 563-571 (hier S. 567 f.); hierbei handelte es sich um das letzte Kapitel aus seinem in Deutschland erschienenen Buches mit dem Titel: Der permanente Krieg, Frankfurt (o. J.).

wurde, veröffentlichte den Artikel „Der Streik in Workuta“ kurz nach seiner Freilassung. Im Rahmen seiner ausführlichen Beschreibung und Analyse des System der stalinistischen Lager und insbesondere des knapp vierzehn Tage dauernden Streiks im „großen Lager jenseits des Polarkreises“¹⁹²⁰ im Sommer 1953, ging er vor dem Hintergrund seiner substantiellen Ausführungen zur Lagerhierarchie und den unter anderem auf „nationaler Basis“ organisierten Aktivitäten der Widerstandsgruppen in Workuta auch auf die NS-Lager ein. Joseph Scholmer schrieb nämlich in aller Kürze – angesichts der Tatsache, dass sich keine „Spitzel der Geheimpolizei“ in die unterschiedlichen Widerstandsgruppen im sowjetischen Lager einschleichen konnten, weil sich ebendiese durch die sowohl menschlich als auch politisch „zuverlässige Elite einer Nation des betreffenden Lagers“ zusammengeschlossen hatten:

„Die Gruppen sind Kader-Organisationen, zahlenmäßig mit Absicht schwach gehalten, um dem Lager-MGB möglichst wenig Anhaltspunkte und Ansatzmöglichkeiten zur Gegenarbeit zu bieten. Ihre Tätigkeit ist ungefähr der vergleichbar, die von den illegalen Gruppen in den deutschen Konzentrationslagern 1933–1945 geleistet worden ist: Bekämpfung des Spitzelsystems, wobei besonderes gefährliche Spitzel getötet werden, ohne dass es dem *MGB* gewöhnlich gelingt, die Täter ausfindig zu machen; (...).“¹⁹²¹

IV. 3. 4. Nationalsozialismus und Sowjetkommunismus als „politische Religion“

Bezog sich Eric Voegelin in seiner 1938 erschienenen Studie „Die Politischen Religionen“ noch auf die drei Massenbewegungen des italienischen Faschismus, den deutschen Nationalsozialismus und den Bolschewismus, ging der „Monat“ auf das Phänomen der säkularisierten Eschatologien primär im Hinblick auf den Nationalsozialismus und den Sowjetkommunismus ein.¹⁹²² Denn insbesondere für diese beiden Systeme waren in den

¹⁹²⁰ So die Redaktion in den einführenden Worten zu dem Beitrag: Joseph Scholmer, Der Streik in Workuta, in: Der Monat, Heft 66 (1954), 6. Jg., S. 563-584 (hier S. 563); bei der Veröffentlichung handelte es sich um einen teilweisen Vorabdruck seines Buches „Workuta“, das, so der Hinweis der Zeitschriftenredaktion auf S. 564, „in diesem Herbst im Verlag Weidenfeld & Nicolson, London, erscheinen wird.“

¹⁹²¹ Ebenda, S. 573.

¹⁹²² Vgl. exemplarisch unter diesem Aspekt die bereits im Kapitel IV. 3. 2. „Das Phänomen des nationalsozialistischen und sowjetkommunistischen Totalitarismus und der Terror-Vergleich“ referierten Beiträge: Wilhelm Röpke, Rußland und das Abendland, in: Der Monat, Heft 8/9 (1949), 1. Jg., S. 157; Arthur M. Schlesinger jr., Politik im Zeitalter der Angst, in: Der Monat, Heft 16 (1950), 2. Jg., S. 339-352 (Teil I) sowie (Teil II) Heft 19 (1950), 2. Jg., S. 68-75 (hierbei handelte es sich um Auszüge aus seinem Buch: The Vital Center. The Politics of Freedom, Boston 1949); Richard Löwenthal, Die Hölle auf Erden. Despotie im zwanzigsten Jahrhundert, in: Der Monat, Heft 105 (1957), 9. Jg., S. 3-8, der sich auf S. 4 von den Interpretationsansätzen Eric Voegelins und Jacob L. Talmon abgrenzte, ohne hierbei indes die Namen der beiden Totalitarismusforscher und Exponenten des Konzeptes „Politische Religion“ ausdrücklich zu nennen.

Augen einiger Autoren der Zeitschrift die quasi-religiösen Züge offensichtlich: Der heilsgeschichtliche Charakter des Marxismus-Leninismus, der neuheidnische Millenarismus des „tausendjährigen Reiches“, oder der messianische Führerkult im deutschen und sowjetischen Herrschaftssystem. Zudem war der Anspruch, die Komplexität der Welt auf einige wenige Faktoren zu reduzieren und sie in Freund-Feind-Verhältnisse aufzuspalten, sowie die chiliastischen Naherwartungen, in letzten Entscheidungsschlachten den Sieg für die eigene Sache zu erzielen und die Feinde zu töten, sowohl für die Geschichte des „Dritten Reiches“ als auch für den Sowjetkommunismus insbesondere unter Lenin und Stalin charakteristisch. Darüber hinaus erreichte neben dem quasi-religiösen Gehalt der Ideologien auch die politische Instrumentalisierung des Religiösen vor allem in diesen beiden modernen Massendiktaturen einen neuen Höhepunkt.

Bereits am Ende des ersten Jahrganges (Heft 12) des „Monat“ stellte der amerikanische Philosophieprofessor Walter T. Stace in seinem Beitrag „Von der Verlassenheit des Menschen“ grundsätzliche Reflexionen zu den politisch-religiösen, philosophischen und wissenschaftlichen Folgen des „Tod Gottes“ (Friedrich Nietzsche)¹⁹²³ an, die sich naheliegenderweise auf die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts bezogen. Sie stellten sozusagen eine grundlegende Einführung zum Thema „politische Religion“ dar. Ohne ausdrücklich auf den Nationalsozialismus und den Sowjetkommunismus einzugehen, sondierte Stace im Grunde genommen in diesem Zusammenhang das Terrain, denn er beleuchtete ausführlich den Zusammenbruch der „religiösen Weltansicht“ insbesondere seit den revolutionären Entdeckungen der modernen Naturwissenschaft eines Galilei oder eines Newton und mithin die langsame Konstituierung eines „neuen Weltbildes“ – demzufolge die Welt „ohne Zweck, Sinn und Bedeutung“ sei –, das seiner Auffassung nach der Religion den „Todesstoß“ versetzt hatte. Die nachlassende Bedeutung des religiösen Glaubens, genauer, der Zerstörung des Glaubens und der aus diesem Grund grassierenden Vorstellung einer „sinnlosen Welt“ sowie der Etablierung der „modernen Skepsis“, schufen seines Erachtens erst die Voraussetzungen für die geistige Krise des 20. Jahrhunderts. Ebendiese umfassende geistige Krise stellte für Stace einen in der Menschheitsgeschichte vollkommen neuartigen Vorgang dar und war – so können die anspruchsvollen Ausführungen des amerikanischen

¹⁹²³ Vgl. hierzu auch grundsätzlich Albert Camus, Nietzsche und der Nihilismus, in: Der Monat, Heft 39 (1951), 4. Jg., S. 227-236.

Philosophen interpretiert werden – die zentrale Bedingung für das Entstehen der modernen Massenbewegungen in Deutschland und der Sowjetunion.¹⁹²⁴

Während Walter T. Stace die totalitären Herrschaftssysteme aus Deutschland und der Sowjetunion nur implizit beleuchtete, ging François Bondy in seiner Besprechung des 1949 in Frankreich erschienenen Buches „Sociologie du communisme“ von Jules Monnerot explizit auf den Nationalsozialismus und den Sowjetkommunismus als einer politischen oder säkularen Religion ein. In seiner unter dem Titel „Der exproprierte Marxismus“ im Juni 1950 (Heft 21) veröffentlichten Rezension setzte sich Bondy in erster Linie mit den „Grundlagen des totalitären Kommunismus“, seinen Beziehungen zum „ursprünglichen Marxismus“, zur russischen Geschichte und den ideengeschichtlichen Aspekten für das sowjetische Ziel der Errichtung eines „Weltimperiums“ sowie seinen „quasi-religiösen Funktionen“ auseinander;¹⁹²⁵ zudem thematisierte er ausdrücklich den Marxismus als eine „Diesseits-Religion“ und beleuchtete hierbei nicht zuletzt vor dem Hintergrund der im Buch von Monnerot aufgestellten Behauptung, wonach der Kommunismus als sogenannter „Islam des 20. Jahrhunderts“ zu untersuchen sei – beispielsweise auch die Frage, warum zahlreiche (europäische) Intellektuelle im Kontext des aus der Zeit der französischen Aufklärung stammenden Fortschrittsglaubens auch und vor allem vom Mythos der (bolschewistischen) Revolution und vom sowjetischen Kommunismus unter Stalin fasziniert waren.¹⁹²⁶

Angesichts der vergleichenden Analyse des „Stalinschen“ und des „Hitlerschen-Regimes“ im letzten Teil der Untersuchung des französischen Soziologen kam François Bondy auf das hiermit verbundene Phänomen der politischen Religion zu sprechen. In diesem Zusammenhang führte der Rezensent nämlich in einem längeren Exkurs folgendes aus:

„Der nationalsozialistische Glaube war als soziologischer Determinismus – Vorbestimmung einer Rasse, eines Volkes – offener irrational als der Marxismus und konnte daher auch durch die brutale Macht der Tatsachen, den Sieg anderer Völker, tief erschüttert werden. Aber der

¹⁹²⁴ Siehe im Einzelnen W[alter] T. Stace, Von der Verlassenheit des Menschen, in: Der Monat, Heft 12 (1949), 1. Jg., S. 3-11.

¹⁹²⁵ François Bondy, Der exproprierte Marxismus, in: Der Monat, Heft 21 (1950), 2. Jg., S. 309-313 (Zitate S. 309); hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: Jules Monnerot, Sociologie du communisme, Paris [1949] (dt. Ausgabe: Soziologie des Kommunismus, Köln – Berlin 1952).

¹⁹²⁶ Siehe hierzu im Einzelnen ebenda, S. 309-312. Gleich zu Beginn der Rezension hieß es in dem einleitenden Absatz zu diesem Themenkomplex auf S. 309 mit Blick auf die führenden Köpfe der „Frankfurter Schule“: „In den heutigen Erscheinungsformen des Kommunismus als totalitärem Regime und in der Lehre des Marxismus selber steckt das tragische Problem vom Ende der Aufklärung und vom Paradox der Dialektik. Im vergangenen Jahr haben zwei ‚Edelmarxisten‘ von hohem geistigen Rang, Max Horkheimer und T. W. Adorno, eine Sammlung von Aufsätzen über ‚Aufklärung und Dialektik‘ (Querido Verlag, Amsterdam) veröffentlicht, in denen sie einen aufs höchste vergeistigten Marxismus – stets nur als ‚die kritische Philosophie‘ umschrieben – als unsichtbares Thermometer zur Krankheitsdiagnose der kapitalistischen Welt verwendeten, ohne sich offenbar zu fragen, ob nicht gerade das Schicksal des Marxismus selber der erste Prüfstein für Marxisten geworden sei und ob nicht am ehesten an seiner Verwirklichung die Fragenkomplexe der Aufklärung und der Dialektik neu und tiefer erkannt werden können und müssen.“

Glaube, daß gerade der kleinste gemeinsame Nenner, das, was einer mit Millionen anderer Menschen gemein hat, etwas Besonderes ist und ihn zu einem Auserwählten macht, ist in jedem Fall ein Religionsersatz, ein Heils-Surrogat, ganz gleich ob diese Auserwähltheit durch die Rasse, die Sprache oder die Klasse bestimmt wird. Nicht zufällig ist der nationale und der soziale Heilsgedanke aus der gleichen Krise im 19. Jahrhundert entsprungen, in der von einer Gruppe eine Erlösung gehofft wurde. Mitten im Zeitalter der Technik, der Industrie, der Organisation entsteht nunmehr der Führerglaube über dem nationalen und sozialen Messianismus als eine ‚Monarchie des Unbewußten‘. In Deutschland war im Gegensatz zu Russland die Technik, die Wissenschaft nicht neu und unbekannt genug, um einen ‚jugendlich-barbarischen Enthusiasmus‘ auszulösen. Der Drang nach einer schnellen Vereinfachung der Gesellschaft und einer gemeinsamen Sinngebung hatte nicht Zeit, sich in ein echtes ‚System‘ zu kleiden, sondern verwandte jedes irgendwie verfügbare Mythenmaterial, um es in seinem ‚Interpretationsdelirium‘ zu einem Weltbild und Aktionsferment zusammenzufügen.“

Und weiter hieß es bei Bondy an dieser Stelle angesichts der Auffassung von Jules Monnerot, wonach der russische ‚totalitäre Führer‘ als ‚Verkörperung eines Chaos‘ erschien, der deutsche wiederum als ‚Verkörperung eines Chaos und eines Zusammenbruches‘:

„Das sei aber kein Grund, die Konvergenzerscheinungen des modernen Totalitarismus zu verkennen, der unter den verschiedensten Parolen und Umständen beginnen könne, aber je älter desto typischer werde. Im totalitären Staat ist der Führer in einem religiösen Sinne ‚gewählt‘ oder auserwählt: (...). Die Tatsache, daß Stalin und Hitler wie Napoleon aus einer beinahe ‚fremden‘ Peripherie des Volkes hervorbrechen, das sie in die Hand nehmen und umformen, bedarf einer weiteren Erklärung. Der Führer scheint auch im totalitären Zeitalter der Masse nicht nur als ihre Verkörperung und als Mittel ihrer gleichzeitigen Enthemmung und Disziplinierung, also der Kanalisierung ihrer Energien zu entspringen, sondern auch sehr sichtbar ‚das Andere‘ zu sein, ein Mensch, der genügend von affektiven Beziehungen zu seinem Volk frei ist, um es ausschließlich als Material zu benützen. Lenin wie Stalin bewunderten das deutsche Organisationstalent, das dem russischen Volk mangelt, Hitler und Mussolini haben von ihren eigenen Völkern wegwerfend gesprochen. Die Diktatur der Mittel, zu der jede totalitäre Diktatur wird (...), setzt voraus, daß das Volk selber nur Mittel ist und nicht Zweck und Inhalt. Da freilich die Diktatoren selber nichts anderes als die Diktatur der Mittel verwirklichen, verlieren sie ihre eigene überlegene Souveränität und hören irgendwann auf, ‚Formende‘ zu sein.“¹⁹²⁷

Nach dieser vergleichenden Gegenüberstellung des deutschen „Führerstaates“ mit dem Leninismus bzw. Stalinismus, in dessen Mittelpunkt ohne Zweifel die Beleuchtung der herausragenden Rolle Hitlers und Stalins, die Thematisierung ihrer speziellen Funktion im Kontext der mentalen und psychologischen Disposition der jeweiligen Bevölkerung sowie ihrer auf den „Führer“ projizierten messianisch aufgeladenen Heilserwartungen stand, dominierte im „Monat“ in den nächsten Jahren eine allgemeine Annäherung an diesen (Forschung-)Ansatz zur Analyse des Phänomens des Totalitarismus deutscher und sowjetischer Provenienz. D. h., es wurde in diesem Zusammenhang kein konkreter Bezug zu

¹⁹²⁷ Ebenda, S. 312.

den beiden totalitären Staaten hergestellt. Beispielsweise hob Alfred von Martin im September 1950 (Heft 24) im Rahmen seiner Rezension der Untersuchung „Soziologische Theorie der Revolution“ von Carl Brinkmann auch und vor allem die grundsätzliche Bedeutung der Revolution nach der Zäsur der französischen Revolution des Jahres 1789 hervor. Denn angesichts der soziologischen und sozialpsychologischen Ausführungen Brinkmanns war auch in den Augen von Alfred von Martin die Revolution in der Moderne primär auf die zeitgenössische herrschende Religionslosigkeit zurückzuführen, mithin auf die sogenannte Gottlosigkeit. Ebendiese Gottlosigkeit bedeutete für ihn „Bindungslosigkeit“ und „Wurzellosigkeit“, und war als ein soziales Phänomen gleichbedeutend mit ‚Gemeinschaftslosigkeit‘. Indes: Die entscheidende Folge, die sich hieraus ergab, war nach Meinung von Alfred von Martin ein „Religionsersatz durch Glaubenssurrogate – wobei ein bestimmter Gegenstand der Vergötzung auch durch revolutionäre Gewalt, oktroyiert werden kann.“¹⁹²⁸

Eine ausdrückliche Gegenüberstellung der quasi-religiösen Züge des Nationalsozialismus und des Sowjetkommunismus erfolgte im „Monat“ erst wieder im Rahmen der von Arthur Koestler im Dezember-Heft 1953 (Heft 63) angestoßenen Debatte über „Politische Neurosen“. In seinem Aufsatz stellte Koestler angesichts des „Tod Gottes“ mit Blick auf den einzelnen Menschen des 20. Jahrhunderts und der Anfälligkeit der Massen für den Nationalsozialismus sowie des Sowjetkommunismus, zweitens, den unterschiedlichsten zeitgenössischen politischen Erfahrungen mit den totalitären Regimen im Allgemeinen und der Verdrängung des nationalsozialistischen Massenmordes an rund 6 Millionen Juden unter anderem in den „Gaskammern von Auschwitz“ (Arthur Koestler) sowie der Verdrängung ebendieser Verbrechen beim „Durchschnittsmenschen“ nach 1945 im Besonderen, drittens, vor allem angesichts des Kommunismus als „weltliche Religion“ und der in diesem Kontext bei vielen (Links-)Intellektuellen anzutreffenden Faszinationskraft der kommunistischen Idee

¹⁹²⁸ Alfred v[on] Martin, Revolution als Schicksal, in: Der Monat, Heft 24 (1950), 2. Jg., S. 594-597 (hier S. 595); hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: Carl Brinkmann, Soziologische Theorie der Revolution, Göttingen (o. J.).

Vgl. in diesem Zusammenhang beispielsweise auch: Bruno E. Werner, Wort und Schweigen, in: ebenda, S. 597-600 (hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: Max Picard, Die Welt des Schweigens, Erlenbach-Zürich [o. J.]); Hans Kudzus, Gestalt und Symbol, in: Der Monat, Heft 39 (1951), 4. Jg., S. 322-324 (hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: George Santayana, Die Christusede in den Evangelien, München [o. J.]); Jürgen Pechel, Jakobiner, Reaktionäre, Konservative, in: ebenda, S. 324-326 (hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: Peter Dürenmatt, Zerfall und Wiederaufbau der Politik, Bern [o. J.] sowie Joachim Günther, Im Hinblick auf den Gottmenschen, in: Der Monat, Heft 46 (1952), 4. Jg., S. 410-413 (hierbei handelte es sich um die Rezension folgender Bücher: Rudolf Kassner, Die Geburt Christi, Zürich-Erlenbach 1951, ders., Umgang der Jahre, Zürich-Erlenbach 1949 sowie ders., Das Neunzehnte Jahrhundert. Ausdruck und Größe, Zürich-Erlenbach 1947).

und -Partei, die These von der inneren Verwandtschaft subjektiver und kollektiver Seelenstörungen auf.¹⁹²⁹

Im ersten Teil der Antworten von fünf renommierten internationalen Wissenschaftlern und Intellektuellen auf den Koestler-Aufsatz vertrat beispielsweise der deutsche Historiker Michael Freund die Ansicht, dass die politischen Neurosen in der Tat eine wirkungsmächtige Realität in der Welt darstellen würden, und dass das „ideal-typische Bild der politischen Neurose“ der frühe Kommunismus und der Nationalsozialismus verkörperte. Zudem war für ihn mit Blick auf die Vorgeschichte des Nationalsozialismus von nicht geringer Bedeutung, dass die Zeit nach Ende des Ersten Weltkrieges „eine Zeit der politischen Neurose“ war und sich in der deutschen Bevölkerung die Neurosen Bahn schlugen. Für Michael Freund kamen nämlich die „Konvulsionen des Geistes und der Seele“ – mithin die individuellen und nationalen Leiden und Leidenschaften sowie die Erregungen und Aufgeregtheiten – in den „pazifistischen, den revolutionären und nationalistischen Verzückungen zum Ausdruck.“¹⁹³⁰

Im zweiten Antwortkomplex wiederum beleuchtete vor allem Hans Kohn den Aspekt der „politischen Religion“ und ging hierbei implizit auf die Geschichte des „Dritten Reiches“ und des Sowjetkommunismus ein. Für Kohn stand grundsätzlich fest, dass in den meisten Ländern „nationalistische Leidenschaften“ die Menschen zu Handlungen veranlassten, die „gegen ihre rational erkennbaren Interessen“ standen; einem Phänomen, das er bereits in früheren Jahrhunderten, dem „Zeitalter des Glaubens“, ausmachte, wo die Individuen von „religiösen Leidenschaften“ dazu getrieben wurden. Und angesichts der Koestlerschen Ausführungen war Hans Kohn letzten Endes der Auffassung, dass sowohl der Kommunismus als auch der Nationalismus „Ersatzreligionen“ darstellen würden, die sich indes nur in den Ländern einnisten konnten (wie in Deutschland und Russland), wo die „moderne westliche Zivilisation der individuellen Freiheit, der Toleranz, der beschränkten Regierungsgewalt nicht verbreitet oder nicht tief genug verwurzelt war.“ Kommunismus und Nationalismus waren in

¹⁹²⁹ Siehe Arthur Koestler, Politische Neurosen, in: Der Monat, Heft 63 (1953), 6. Jg., S. 227-236.

¹⁹³⁰ Michael Freund, in: Der Monat, Heft 65 (1954), 6. Jg., S. 464-469 (hier S. 468); hierbei handelte es sich um einen Beitrag im Rahmen der Zeitschriftenumfrage „Gibt es politische Neurosen? Eine Diskussion um Arthur Koestlers Aufsatz“, S. 464-485. Mit weiteren Beiträgen von: Leonard Woolf, Alexander Mitscherlich, Theodor W. Adorno sowie Jules Monnerot, der sich auf den S. 473-479 vor dem Hintergrund des Kapitels „Die Psychologie der säkularen Religion“ aus seiner bereits erwähnten Studie „Soziologie des Kommunismus“ mit dem sowjetkommunistischen Totalitarismus auseinandersetzte und insbesondere die (neurotische) Beziehung des sogenannten überzeugten kommunistischen Intellektuellen und -Berufsrevolutionär zur kommunistischen Idee und zur Kommunistischen Partei im Allgemeinen und zur Sowjetunion im Besonderen untersuchte, die ohne eine religiöse Bindung freilich nicht zu erklären war.

den Augen von Hans Kohn die neuen, gleichwohl so alten „messianistisch-solidaristischen, dogmatischen ‚Ersatzreligionen‘ “. ¹⁹³¹

Nachdem also der Nationalsozialismus und der Sowjetkommunismus einschließlich des Komplexes der beiden totalitären Ideologien im Rahmen der von Arthur Koestler in Gang gebrachten Zeitschriftenumfrage zu den „Politischen Neurosen“ explizit und implizit beschrieben und analysiert wurden, setzte sich im „Monat“ erst wieder Richard Löwenthal im Juni 1958 mit den quasi-religiösen Faktoren der beiden Totalitarismen auseinander. Es war der letzte Beitrag, der zu dem Thema „politische Religion“ erschien. In dem mit Blick auf den Nachstalinismus geschriebenen Aufsatz „Ideologie und Realpolitik. Glauben die Kreml-Machthaber an Dogmen?“¹⁹³² brachte der Autor einige „ideologische Züge“ zur Sprache, die seines Erachtens in „*allen* totalitären Regimen unseres Jahrhunderts gemeinsam“ anzutreffen waren.¹⁹³³ „Wir können sie“, hieß an dieser Stelle weiter, „als Elemente des Chiliasmus, der kollektiven Paranoia und der fiktiven Vertretung des Volkswillens bezeichnen.“ Denn, so führte Löwenthal aus:

„Jedes totalitäre Regime rechtfertigt seinen Machtanspruch und seine Verbrechen mit der Gewissheit, daß sein Endsieg das Tausendjährige Reich herbeiführen wird – mag dieses nun als Triumph des Kommunismus oder der Herrenrasse definiert werden – und daß dieser Endsieg nur erreicht werden kann durch erbarmungslosen Kampf gegen einen allgegenwärtigen, trotz der Vielheit seiner Verkleidungen immer gleichen Feind, sei es der ‚Monopolkapitalismus‘ oder das ‚Weltjudentum‘. Schließlich behauptet jede totalitäre Bewegung, den wahren Willen des Volkes, die *volonté générale*, zu vertreten, gleichgültig, ob sie im gegebenen Moment tatsächlich vom Volke unterstützt wird, und beansprucht das Recht, vom einzelnen und von der Gruppe jedes Opfer zum Wohl des Volkes und zur Vernichtung des teuflischen Feindes zu verlangen.“

Und Richard Löwenthal schrieb in diesem Zusammenhang wie folgt weiter:

¹⁹³¹ Hans Kohn, in: Der Monat, Heft 68 (1954), 6. Jg., S. 148-150 (hier S. 148 f.); hierbei handelte es sich um einen Beitrag im Rahmen der Zeitschriftenumfrage „Gibt es politische Neurosen? Teil II der Diskussion um Arthur Kostlers Aufsatz“, S. 140-151. Mit weiteren Beiträgen von: Richard H. S. Crossmann, Bertrand de Jouvenel sowie dem Schlusswort von Arthur Koestler.

¹⁹³² Richard Löwenthal, Ideologie und Realpolitik. Glauben die Kreml-Machthaber an Dogmen?, in: Der Monat, Heft 117 (1958), 10. Jg., S. 37-46.

Vgl. auch ders., Die Hölle auf Erden. Despotie im zwanzigsten Jahrhundert, in: Der Monat, Heft 105 (1957), 9. Jg., S. 3-8. Der Beitrag wurde bereits im Kapitel IV. 3. 2. „Das Phänomen des nationalsozialistischen und sowjetkommunistischen Totalitarismus‘ und der Terror-Vergleich“ ausführlich referiert wurde und in dem Löwenthal auch das Totalitarismusphänomen als „politische Religion“ explizit und implizit thematisierte.

¹⁹³³ Ders., Ideologie und Realpolitik. Glauben die Kreml-Machthaber an Dogmen?, in: Der Monat, Heft 117 (1958), 10. Jg., S. 38. An dieser Stelle unterschied Löwenthal generell zwischen den „nationalistisch-faschistischen“ bis zu den kommunistischen „Spielart(en)“ der totalitären Herrschaftsregime. Im Folgenden werden die Ausführungen von Richard Löwenthal indes mit Blick auf den Nationalsozialismus und den Sowjetkommunismus gelesen, zumal die Erklärungen und die Argumentationskette des Autors in erster Linie auf ebenjene Regime bezogen waren.

„Die kommunistische Variante dieser Ersatzreligion ist dabei der nationalsozialistischen in einem wesentlichen Punkte überlegen. Da ein Appell an den Rassenwahn sich naturgemäß nur an einen kleinen Teil der Menschheit richtet, hätte der Nationalsozialismus die Weltherrschaft nur durch eine Reihe von Kriegen, am besten Überraschungskriegen gegen isolierte Gegner, erlangen können. Der Kommunismus hingegen spricht die ganze Menschheit an; er kann daher in seine Botschaft die Lehre einbauen vom ‚unausweichlichen Sieg‘ des Sozialismus über einen imperialistischen Gegner, der an seinen eigenen inneren Widersprüchen zugrunde geht. Dieser grundlegende ideologische Unterschied (und nicht nur der psychologische Unterschied zwischen Hitler und den sowjetischen Machthabern) erklärt, warum die Sowjets überzeugt sind, die Geschichte stehe auf ihrer Seite, und warum sie nicht die Existenz ihres Regimes aufs Spiel zu setzen brauchen, um dessen Endsieg zu beschleunigen: sie glauben an die Gewalt, an Krieg und Revolution als Mittel ihrer Politik, aber sie glauben nicht an die Unvermeidbarkeit eines Weltkrieges.“¹⁹³⁴

Gleichwohl wies nach Auffassung von Richard Löwenthal auf der anderen Seite der Totalitarismus sowjetkommunistischer Couleur sowohl Schwächen als auch Widersprüche auf, die auf den Nationalsozialismus eben nicht zuträfen:

„Einmal hat das Tausendjährige Reich der Kommunisten wesentlich konkreter formulierte utopische Züge – die klassenlose Gesellschaft, das Ende der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, das Absterben des Staates, Züge, die sich als höchst unbequeme Vergleichsmaßstäbe erweisen, wenn die wirklichen Errungenschaften der kommunistischen Staaten daran gemessen werden.“

Darüber hinaus betrachtete es Löwenthal als ein Problem, dass die kommunistische Ideologie das sogenannte Führerprinzip verwarf und ‚demokratisch‘ erscheinen wollte, so dass aus diesem Grund sowohl die „Wirklichkeit der Parteidiktatur“ als auch die „zentralistische Disziplin“ schwerer zu rechtfertigen waren. Da aber, so der Autor, „blinder Glaube“ offiziell nicht gefordert werden durfte, musste diese Rechtfertigung in ‚rationaler‘ Form erfolgen.

„Eben dies ständige Bedürfnis“, so Löwenthal am Ende seiner vergleichenden Ausführungen zu den beiden totalitären Regimen,

„den Schein rationaler Argumentation aufrechtzuerhalten (...) bedingt die stärkere Ausarbeitung der Ideologie gegenüber dem ‚irrationalistischen‘ Totalitarismus der Rechten, und gibt ihrer immer neuen Auslegung solche Bedeutung für den Zusammenhalt des Parteiregimes. Auf Grund der Fiktion von Demokratie und Rationalität hängt die Moral der Parteikader davon ab, daß der Anschein ideologischer Konsequenz aufrechterhalten wird.“¹⁹³⁵

IV. 3. 5. Analytisches Resümee

¹⁹³⁴ Ebenda, S. 38.

¹⁹³⁵ Ebenda, S. 38 f.

I.

In dem hier zu Grunde liegenden Untersuchungszeitraum besaßen die eingangs angesprochenen totalitarismustheoretischen Studien für die Thematisierung, Beschreibung und Analyse der beiden totalitären Herrschaftssysteme des Nationalsozialismus und des Sowjetkommunismus in der Zeitschrift „Der Monat“ eine zentrale Bedeutung. Einerseits wurden drei Kapitel aus der 1951 in den Vereinigten Staaten erschienenen Studie „The Origins of Totalitarianism“ von Hannah Arendt sowie das Eingangs- und Schlusskapitel aus dem 1952 veröffentlichten Buch „The Origins of Totalitarian Democracy“ von Jacob L. Talmon abgedruckt. Andererseits spielten die entscheidenden analytischen Definitionsmerkmale bzw. Erklärungsansätze der einzelnen Totalitarismusstudien explizit oder implizit eine einflussreiche Rolle. Das gilt besonders für die analytischen Definitionsmerkmale von Hannah Arendt und für den von Eric Voegelin in seiner 1938 erschienenen Studie ins Leben gerufenen Forschungsansatz der „politischen Religionen“ aber auch für zentrale Kategorien aus der von Norman Cohn 1957 herausgegebenen Studie „The Pursuit of the Millennium“. Zudem kann der Einfluss einzelner Merkmale des von Carl Joachim Friedrich in seiner Untersuchung „Totalitäre Diktatur“ vorgelegten „Sechs-Punkte-Kataloges“ festgestellt werden; indes erfolgte in keinem Beitrag der Bezug auf sämtliche sechs analytischen Definitionsmerkmale und auf den interdependenten Wirkungszusammenhang, d. h. auf die Tatsache, dass die einzelnen Merkmale für Friedrich nur gemeinsam ein Regierungssystem als totalitäre Diktatur kennzeichneten. Keinen erkennbaren Einfluss hatte die 1956 erschienene Studie „The Permanent Purge. Politics in Soviet Totalitarianism“ von Zbigniew K. Brzezinski, in dem Autor vor dem Hintergrund des Anspruchs des Parteiregimes eine totale gesellschaftliche Revolution durchzuführen letztlich die „permanente Säuberung“ als zentrales Kriterium für das totalitäre System bestimmte.

Das Werk über die Ursprünge der „totalitären Demokratie“ von Jacob L. Talmon bezog sich mit Blick auf die vergleichende Analyse des Nationalsozialismus und des Sowjetkommunismus ausdrücklich ausschließlich auf den „linken“ Totalitarismus. Erstens kam in der Einleitung zu seiner Untersuchung, die der „Monat“ im Mai 1952 (Heft 44) abdruckte, explizit zum Ausdruck, dass Talmon den Begriff der totalitären Demokratie nur auf den „Totalitarismus der Linken“ bezog, weil er nämlich auf den „Totalitarismus der Rechten“ nicht angewandt werden konnte. Zweitens bezogen sich die einleitenden Worte der Zeitschriftenredaktion zu der Veröffentlichung von Talmon *expressis verbis* auf die sowjetische Besatzungszone in Ost-Deutschland und deshalb auf den Stalinismus.

Die Theorie der „politischen Religion“ von Eric Voegelin hatte, wie gesagt, in zahlreichen Beiträgen im „Monat“ einen starken Einfluss bei der Auseinandersetzung mit dem Totalitarismusphänomen. Im Grunde genommen fand sich der ideengeschichtliche Erklärungsansatz von Voegelin für das Auftauchen der modernen politischen Massenbewegungen in Deutschland und der Sowjetunion (sowie in Italien) von Beginn an in der Zeitschrift wieder, wonach diese als Ausdruck einer fundamentalen Krise der westlichen Zivilisation zu verstehen seien, die wiederum – vor dem Hintergrund der Französischen Revolution des Jahres 1789 und der Ideen der Aufklärung – aus der Säkularisierung des Geistes, d. h. der Trennung des „weltlichen Geistes“ von seinen religiösen Wurzeln, resultierte. In diesem Zusammenhang wurde sehr wohl beleuchtet, dass das nationalsozialistische und das sowjetkommunistische Herrschaftsregime einerseits als das Ergebnis einer *innerweltlichen Religion* aufzufassen waren, die das Kollektiv (die Menschheit, das Volk, die Klasse, die Rasse oder den Staat) als sogenannten Realismus erlebten, nämlich als „Abfall von Gott“, sprich, als Abfall von der „überweltlichen Religion“ des Christentum, so dass beispielsweise auch der Nationalismus als „Ersatzreligion“ (Hans Kohn) aufgefasst wurde. Andererseits wurde auch zur Sprache gebracht, dass die beiden Regime angesichts der „Verlassenheit des Menschen“ vorhandene religiöse Bedürfnisse der Individuen ausnutzten und im Kontext der staatlichen Politik gewissermaßen Kompensation boten. Genauer gesagt: Bei der Berücksichtigung der „Politischen Religion“ zur Erklärung des Totalitarismusphänomens rückten auf einer abstrakten Ebene sehr wohl die komplexen politisch-religiösen, philosophischen, wissenschaftlichen und gesellschaftsgeschichtlichen Voraussetzungen für die staatliche Machteroberung der nationalsozialistischen und sowjetkommunistischen Massenbewegungen in den Fokus des Interesses. In diesem Kontext wurden auch die mentalen und (sozial-)psychologischen Aspekte für die Anfälligkeit der einzelnen sogenannten verlassenen und ängstlichen Menschen in der modernen kapitalistischen Industriegesellschaft nach dem „Abfall“ von Gott angesprochen. Insofern wurde hierbei auch generell zur Sprache gebracht, dass es im Nationalsozialismus und im Sowjetkommunismus einen messianischen Führerkult bzw. -glauben gab, dass Hitler und Stalin (bzw. Lenin) als quasi gottähnliche Herrscher betrachtet wurden, in die die Massen ihre heilsgeschichtlichen Erlösungsvorstellungen hineinprojizierten.

Aber auch die entscheidenden Aussagen aus der mit Blick auf die politisch-religiösen Massenbewegungen des Mittelalters und der Reformationszeit geschriebenen Studie von Norman Cohn spielten durchaus eine Rolle bei der Beschreibung und Analyse des

Nationalsozialismus und des Sowjetkommunismus. Insbesondere anhand des mit dem Augenmerk auf den Nachstalinismus geschriebenen Beitrag „Ideologie und Realpolitik. Glauben die Kreml-Machthaber an Dogmen?“ (Heft 117) von Richard Löwenthal konnte aufgezeigt werden, dass beim ausdrücklichen Vergleich des nationalsozialistischen und (sowjet-)kommunistischen Herrschaftssystems die Kategorien und (Untersuchungs-)Ergebnisse von Cohn auftauchten; allerdings erfolgte hierbei kein ausdrücklicher Verweis. Löwenthal hob nämlich für beide totalitären Regime und ihre unterschiedlichen Ideologien explizit hervor, dass Erwartungen eines „letzten Kampfes“ und chiliastische Vorstellungen von einem Tausendjährigen Reich eine zentrale Rolle spielten, um eine „konfliktfreie Gesellschaft“ entstehen zu lassen. Wie Cohn stellte auch Löwenthal fest, dass zum Erreichen ebendieses Zieles, der Kampf respektive die Säuberung der Welt durch die Ausrottung der „immer gleichen Feinde“ (Richard Löwenthal), d. h. der „Repräsentanten der Verderbnis“ (Norman Cohn), ein entscheidendes (Handlungs-)Motiv darstellte. Auf der einen Seite waren es „die Juden“ bzw. das „Weltjudentum“, auf der anderen Seite die „Großen“ bzw. „die Bourgeoisie“, oder der „Monopolkapitalismus“, die für sämtliche gesellschaftlichen Missstände verantwortlich gemacht wurden. Somit tauchte beispielsweise die Figur des Teufels, die früher als Sündenbock für gesellschaftliche Missstände diente, in säkularisierter Form in den totalitären Ideologien des deutschen Nationalsozialismus und des sowjetischen Kommunismus wieder auf.

Während das Konzept der „Politischen Religion“ für den gesamten hier zu Grunde liegenden Untersuchungszeitraum bei der vergleichenden Beschreibung und Analyse des Nationalsozialismus und des Sowjetkommunismus herangezogen wurde – in diesem Zusammenhang wurden auch die ideengeschichtlichen und facettenreichen generellen gesellschaftsgeschichtlichen Voraussetzungen für die „Machtergreifung“ der Bolschewiki und der Nationalsozialisten thematisiert, ohne allerdings die politischen Bedingungen in den Blick zu nehmen – besaßen die analytischen Kategorien aus Hannah Arendts Totalitarismusstudie beim Vergleich der beiden totalitären Herrschaftssysteme ausschließlich für den Zeitraum bis zum Tod Stalins am 5. März 1953 eine zentrale Bedeutung. Genauer gesagt: Von Oktober 1948 bis zum Tod des sowjetischen Diktators, also bis zum Ende des Stalinismus, hatten sowohl die 1951 erschienene, zum Standardwerk der Totalitarismustheorie avancierte Untersuchung „The Origins of Totalitarianism“ von Hannah Arendt als auch ihre entscheidenden analytischen Definitionsmerkmale für die „neue Staatsform“ beim Vergleich

des Nationalsozialismus und des Stalinismus im „Monat“ einen herausragenden Stellenwert. Mit der Veröffentlichung des Beitrages „Der imperialistische Charakter. Eine psychologisch-soziologische Studie“ wurde zum einen auf einer allgemeinen Ebene indirekt ein Element der Vorgeschichte für das Entstehen der totalitären Regime ins Licht gerückt; wobei sich die Ausführungen ausschließlich auf den englischen Imperialismus bezogen und sich vor allem auf die sowjetische Geschichte sicherlich nur unter Abstraktion der tatsächlichen historischen Erscheinungsform übertragen ließen. Zum anderen enthielten die beiden anderen Auszüge aus ihrem Buch, d. h. die Kapitel „Totalitäre Propaganda“ und „Die Geheimpolizei“, substantielle Einsichten für die vergleichende Analyse des Nationalsozialismus und des Stalinismus.

Zudem beriefen sich in diesem Zeitraum, wie gezeigt werden konnte, nicht nur einige Autoren des „Monat“ ausdrücklich auf Hannah Arendt, sondern in zahlreichen veröffentlichten Beiträgen wurde auch das Erkenntnispotential ihrer Totalitarismusstudie be- und ausgenutzt, um die totalitären Regime aus Deutschland und der Sowjetunion zu beschreiben und zu analysieren sowie das spezifische Wesen und Prinzip des Totalitarismus zu bestimmen. Denn die analytischen Definitionsmerkmale für die neuartigen totalitären Herrschaftssysteme, die Hannah Arendt im Nationalsozialismus ab dem Jahre 1938 und im Stalinismus von 1930 bis 1953 historisch verwirklicht sah, wurden insbesondere in dem genannten Zeitraum von zahlreichen Autoren im „Monat“ verwendet, auch wenn sie sich nicht unbedingt ausdrücklich auf Hannah Arendt beriefen. Gleichwohl lässt sich der Einfluss der Totalitarismusstudie belegen, denn einerseits koinzidierte das von Hannah Arendt gezeichnete Bild der totalitären Herrschaft mit dem, welches im Grunde genommen *in toto* beim Vergleich des Nationalsozialismus mit dem Stalinismus im „Monat“ verwandt wurde, um das Wesen der beiden Regime zu charakterisieren, andererseits gebrauchten Autoren in ihren Beiträgen zumindest einzelne Kategorien der Arendtschen analytischen Definitionsmerkmale.

Vor dem Hintergrund der einzelnen analytischen Kategorien der neuartigen „totalen Organisation“, der „totalitären Propaganda“ sowie von „Ideologie“ und (permanenten) „Terror“, spielte nicht zuletzt die Arendtsche Erkenntnis in zahlreichen Beiträgen eine entscheidende Rolle, wonach vor allem die enge Affinität zwischen Ideologie und Terror den spezifischen totalitären Charakter des nationalsozialistischen und stalinistischen Herrschaftssystem bestimmte und die unter anderem auch die *differentia specifica* sowohl zu traditionellen als auch zeitgenössischen (prä-)faschistischen oder diktatorialen Herrschaftssystemen ausmachte. Denn in den beiden „Weltanschauungsregimen“ aus

Deutschland und der Sowjetunion nahmen die Akteure die ideologischen Aussagen für „bare Münze“ und machten ernst damit sie durch (permanenten) Terror quasi in Herrschaftswirklichkeit umzusetzen. Analog zu Arendt bedeutete dies für zahlreiche Autoren des „Monat“, dass die Ideologien der beiden Regime dazu dienten, die radikale Veränderung der Gesellschaft im Hinblick auf einen „Heilszustand“ anzustreben: In der kommunistischen Ideologie stand die Vorstellung von „absterbenden Klassen“ im Zentrum, in der nationalsozialistischen die von „parasitären Rassen“. Das totalitäre Moment der Verbindung von „Ideologie und Terror“ ergab sich für diesen Personenkreis daraus, dass der Feindstatus dieser Menschengruppen aus den ideologisch vorgegebenen „objektiven Merkmalen“ deduziert wurde, so dass die gewalttätige Ausschaltung der jeweiligen „Feindgruppen“ als notwendige geschichtliche Handlung aufgefasst wurde. Auf diesen Aspekt gingen beispielsweise zwei Autoren ausdrücklich ein, die hier exemplarisch genannt werden: Zum einen Hans Kudzus in seinen Ausführungen zu dem Arendtschen Kapitel „Ideologie und Terror“ in der Rezension der „Festschrift für Karl Jaspers“ (Heft 56); zum anderen der Chefredakteur Melvin J. Lasky, dessen gesamter Beitrag „Die Moskauer Geständnisse. Gedanken über Ketzerei und Opposition im totalen Staat“ (Heft 36) von der Arendtschen Argumentationslogik inspiriert war, und die sich auch in seiner vergleichenden Analyse der beiden Regime sowie der nationalsozialistischen und stalinistischen Konzentrationslager niederschlug.

Bei allen inhaltlichen Unterschieden bei der Thematisierung des facettenreichen Totalitarismusphänomens und beim Vergleich des Nationalsozialismus und des Stalinismus, kann letzten Endes festgestellt werden, dass im „Monat“ ein Bild des totalitären Systems gezeichnet wurde, in dem eine kleine (kriminelle) Führungsgruppe bzw. „kleine Verbrecherbande“ durch die spezifische Methode des Terrors, ausgeübt durch den Apparat der Geheimpolizei, ihre totale Herrschaft sicherte. Zudem wurde immer wieder festgestellt, dass die Exponenten der beiden totalitären Systeme ihre Herrschaft dadurch sicherten, dass sie es schafften, ihren Einfluss bis in die Privatsphäre des Menschen geltend zu machen. Nicht zuletzt vermittelt der Totalitarismusstudie und der historisch-politischen Erkenntnisse von Hannah Arendt kam immer wieder zum Ausdruck, dass sowohl der Nationalsozialismus als auch der Stalinismus allumfassende, alles verschlingende Herrschaftssysteme waren, in denen durch einen allgegenwärtigen Terror quasi die gesamte Gesellschaft atomisiert war, in denen die Angst allgegenwärtig war und es keinen noch so kleinen Freiraum geben sollte und in

denen zudem die politische Ideologie nicht in irgendeiner Weise präsent war; ebendiese lückenlose Herrschaftspräsenz war bekanntlich auch ein zentraler Gedanke in dem von George Orwell geschriebenen und im „Monat“ abgedruckten Buch „1984“.¹⁹³⁶

In diesem Zusammenhang wurde – wie gezeigt – nicht nur für Hannah Arendt das System der Konzentrationslager zum Inbegriff der neuartigen, totalitären Herrschaftsform, sprich, für den Nationalsozialismus und den Sowjetkommunismus stalinistischen Typs. Im Grunde genommen herrschte unter den Autoren des „Monat“ Konsens darüber, dass die Konzentrationslager des sowjetischen Staates und die Konzentrations- und Vernichtungslager des NS-Staates als – mit Hannah Arendt gesprochen – „Laboratorien“ für ihren genuinen Anspruch dienten, dass Menschen total beherrschbar waren. Daraus folgte auch die sozusagen analytische Erkenntnis, dass sowohl für das nationalsozialistische als auch für das stalinistische Herrschaftsregime, deren Wesen der (permanente) politische Terror war, das System der Konzentrationslager zentraler Bestandteil war, und dass sie ohne die Lager letzten Endes nicht existieren konnten.

Im Hinblick auf die Frage, welches Totalitarismusmodell der „Monat“ favorisierte, kann festgestellt werden, dass sich für den hier zu Grunde liegenden Untersuchungszeitraum die Einflüsse sowohl von Eric Voegelins Studie „Die politischen Religionen“ als auch der in den 1950er Jahren erschienen unterschiedlichen totalitarismustheoretischen Studien – mit Ausnahme der von Zbigniew K. Brzezinskis – aufzeigen lassen; wenn auch in unterschiedlichem Maße. Mit Blick auf den „Sechs-Punkte-Katalog“ von Carl J. Friedrich muss indes konzediert werden, dass nur einzelne Merkmale seines Totalitarismus-Modells von Bedeutung waren und infolgedessen nicht seine Auffassung eines inderdependenten Wirkungszusammenhanges der sechs analytischen Definitionsmerkmale. Zudem kann festgestellt werden, dass das Konzept der „politischen Religion“ (Eric Voegelin, Norman Cohn) für die vergleichende Analyse des Nationalsozialismus und des Stalinismus (und

¹⁹³⁶ Arthur [M.] Schlesinger jr., Chancen eines liberalen Kommunismus. Gedanken nach einer Reise durch Osteuropa, in: Der Monat, Heft 137 (1960), 12. Jg., S. 39-52, räumte in seinem Beitrag, der sich ausdrücklich mit dem Wandlungsprozess des sowjetischen Herrschaftssystems unter Chruschtschow auseinandersetzte, auf S. 52 ein, dass in einer Welt, die nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges von den „Schrecken der nazistischen Konzentrationslager“ erfuhr und „sich nun furchtgebannt dem Fanatismus des stalinistischen Kommunismus gegenübergestellt sah“, es nahe lag, den „Totalitarismus als allumfassenden, alles verschlingenden, unverfälschten Begriff der absoluten Macht anzusehen.“ Und weiter hieß es bei Schlesinger, dass George Orwell und Hannah Arendt ebendieser „Vorstellung in denkwürdiger Form Ausdruck verliehen“ hatten „und für einen Augenblick ließen wir uns alle von dem Gedanken bestechen, daß die Umwandlung einer gewöhnlichen Gesellschaft zu einer totalitären auch die Umwertung aller gewöhnlichen menschlichen Motive mit sich bringe.“

Nachstalinismus) im Grunde genommen durchgehend eine wichtige Rolle spielten, wie auch die Studie von Jakob L. Talmon.

Indes: Für den Zeitraum bis zum Tod Stalins besaß vor allem die Studie von Hannah Arendt im Allgemeinen und ihre analytischen Definitionsmerkmale im Besonderen eine überragende Bedeutung. Für den Zeitraum danach kann festgestellt werden, dass fortan Hannah Arendts Totalitarismustheorie im Rahmen der ausdrücklichen vergleichenden Analyse des Nationalsozialismus und des Nachstalinismus keine Rolle mehr spielte, zumal nur noch in einem einzigen Beitrag die substantielle Gegenüberstellung der beiden Systeme im Mittelpunkt stand: hierbei handelte es sich um die Veröffentlichung „Die Hölle auf Erden. Despotie im zwanzigsten Jahrhundert“ von Richard Löwenthal, die im Juni-Heft des Jahres 1957 (Heft 105) erschien; dasselbe galt für den Vergleich der deutschen und sowjetischen Konzentrationslager, der ebenfalls nur bis zum Tode Stalins vorgenommen wurde. Darüber hinaus wurden der deutsche und der sowjetische Totalitarismus – wie gesagt – ausschließlich im Bereich der „Politischen Religion“ ausdrücklich miteinander verglichen, und das in einem Beitrag von Richard Löwenthal, der sich indes in erster Linie mit dem Nachstalinismus auseinandersetzte: hierbei handelte es sich um den Beitrag „Ideologie und Realpolitik. Glauben die Kreml-Machthaber an Dogmen?“ von Juni 1958 (Heft 117).

II.

Im Hinblick auf die Frage, wie letzten Endes der ausdrückliche Vergleich des nationalsozialistischen mit dem sowjetkommunistischen Herrschaftssystem – insbesondere in der stalinistischen Phase – ausfiel, kann grundsätzlich festgestellt werden, dass vor dem Hintergrund des Einflusses der unterschiedlichen Totalitarismustheorien die historisch-politische und theoretische Gegenüberstellung der beiden Regime von Anbeginn im „Monat“ eine Rolle spielte. In diesem Zusammenhang wurden auch ganz allgemein die gesellschaftsgeschichtlichen Voraussetzungen für das Entstehen der beiden Massenbewegungen sowie der staatlichen Machteroberung durch die Bolschewiki und der Nazis thematisiert; die beispielsweise von Hans Kohn („Geschichte und Politik“, Heft 45) im Entstehen der nationalistischen und sozialistischen Massenbewegungen nach der 1848er-Revolution zu sehen waren. Gemeinhin wurde indes der Ausbruch des Ersten Weltkrieges als die entscheidende Zäsur angesehen und für Richard Löwenthal („Die Hölle auf Erden. Despotien im zwanzigsten Jahrhundert“, Heft 105) war die „materielle Not der Massen“, also die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Problemen der Menschen in Russland und

Deutschland infolge der rasanten industriellen Entwicklung insbesondere seit dem Ersten Weltkrieg die entscheidende Erklärung.

Ergänzend zu den durch die Totalitarismustheorien zu Tage geförderten Erkenntnisse und zu dem in diesem Zusammenhang gezeichneten Bild des Nationalsozialismus und des Stalinismus, kann – bei allen unterschiedlichen Perspektiven und Schwerpunkten – in Bezug auf den ausdrücklichen Vergleich der totalitären Staaten aus Deutschland und der Sowjetunion zusammenfassend festgestellt werden, dass bei der vergleichenden Analyse der beiden politischen Systeme in den Beiträgen der Autoren folgendes zum Ausdruck kam:

1. Dass die vergleichende Analyse des nationalsozialistische und des sowjetkommunistischen Herrschaftssystems speziell unter Stalin durch eine totalitarismustheoretische Brille geschärft war.
2. Dass es sich beim Nationalsozialismus und Stalinismus um neuartige, genuin antidemokratische Einparteienregime handelte, deren totalitärer Charakter sich nicht zuletzt aufgrund der von ihnen begangenen beispiellosen Massenverbrechen erklärte.
3. Dass die nationalsozialistischen und stalinistischen Herrschaftssysteme zwar nicht identisch waren, sich ihre genuine Verwandtschaft indes daraus ergab, dass das Wesen der beiden Regime politischer Terror war, der aus systemimmanenten Gründen einen permanenten Charakter besaß und zu einer „permanenten Institution“ (Franz Borkenau) figurierte. Anders gesagt: Für beide Regime galt, dass sich in ihnen die politische Gewalt vergrößerte, intensivierte und dynamisierte. In diesem Zusammenhang war auch der Konnex zwischen Ideologie und Terror entscheidend: Der Terror des Nationalsozialismus richtete sich aus der rassistisch-antisemitischen Weltanschauung gegen die (europäischen) Juden, der „rote Terror“ des sowjetischen Kommunismus, zumal unter Stalin, richtete sich aus der spezifischen Ideologie gegen sogenannte Konterrevolutionäre und den „Klassenfeind“.
4. Dass das „Hitler-Regime“ und das „Stalin-Regime“ aus systemimmanenten Gründen innere und äußere Feinde benötigten. Im Nationalsozialismus war es das „internationale Judentum“, im sowjetischen Kommunismus die „Bourgeoisie“ schlechthin. Ohne ebendiese Feindobsession konnten im Grunde genommen beide Systeme nicht existieren, da sie vor dem Hintergrund der Herrschaftssicherung in erster Linie dazu dienten, die gesamte Gesellschaft „unter Spannung“ (Arthur M. Schlesinger jr.) zu halten und sie nicht zur Ruhe kommen zu lassen.

5. Dass sowohl der nationalsozialistische als auch der sowjetkommunistische, genauer, der stalinistische Terror, insbesondere zu dem Zeitpunkt in Gang kam, als die gewalttätige Ausschaltung der tatsächlichen Opposition der Regime erfolgreich abgeschlossen war.
6. Dass die deutschen und sowjetischen Konzentrationslager fester Bestandteil der beiden totalitären Regime waren, oder anders gesagt, dass das System der Konzentrationslager zum Synonym für die Terrorregime avancierte. In diesem Zusammenhang wurde von Hannah Arendt angesprochen, dass sie neben der genuin politischen Bedeutung auch eine implizit ökonomische Funktion besaßen: Nämlich zur Finanzierung des „Himmler-Apparates“ und des NKWD.
7. Dass es sich beim Nationalsozialismus und beim Stalinismus um Regime handelte, in denen eine „kleine Gruppe verbrecherischer Männer“ (Winston Churchill) mit dem neu geschaffenen Instrument des Geheimpolizeiapparates ihre totale Herrschaft über die gesamte Gesellschaft sicherten.
8. Dass sich der totalitäre Charakter des deutschen und sowjetischen Herrschaftssystems auch dadurch erklärte, dass sie keine „Insel der Freiheit“ (Carl J. Friedrich) duldeten, und mithin organisierter politischer und militärischer Widerstand, wenn nicht unmöglich, so doch zumindest die Ausnahme darstellte und nicht vorhersehbar war.
9. Dass es zu den charakteristischen Eigenschaften der beiden Regime gehörte, dass sie grundsätzlich mit den neuartigen Herrschaftsmethoden der „Propaganda und Lüge“ operierten, wie es sich während des Zweiten Weltkrieges exemplarisch im „Fall Katyn“ gezeigt hatte.
10. Dass sich die Verwandtschaft der beiden Systeme auch aus der Tatsache ergab, dass sie in Anbetracht jeweils unterschiedlicher Ideologien die Weltherrschaft anstrebten.
11. Dass im Hitler-Stalin-Pakt die politische Zusammenarbeit des Nationalsozialismus und des Sowjetkommunismus im Verständnis der westlichen Demokratien seinen Höhepunkt erreichte. Ohne den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt, der über das zwischenstaatliche Nichtangriffsversprechen hinaus eine absolute Neutralität festlegte, sowie das „Geheime Zusatzprotokoll“, das zwischen den beiden imperialen Mächten die Vereinbarung enthielt, den polnischen Staat in jeweils festgelegte territoriale Bereiche untereinander aufzuteilen, wäre der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, nicht möglich gewesen. Der Hitler-Stalin-Pakt wurde nach dem Dafürhalten des „Monat“

zum Synonym für existentielle Gefährdungen, die den westlichen Demokratien durch den Totalitarismus schlechthin drohen.

12. Dass nach dem Zusammenbruch des „Dritten Reiches“ für die westlichen Demokratien eine erneute existentielle (Kriegs-)Gefahr existierte, weil der von Moskau beherrschte internationale Kommunismus qua Definition die Zerstörung der kapitalistischen Staaten auf ihre „Fahnen“ geschrieben hatte. Indes: Auch wenn es sich um expansive Systeme handelte, unterschied sich die nationalsozialistische und sowjetkommunistische Außenpolitik nicht zuletzt im Hinblick auf die verschiedenen diplomatischen Methoden: Hitler kannte nur die gewaltsame Methode, Stalin wiederum agierte taktisch und strategisch vorsichtiger und cleverer. Ein weiterer Unterschied wurde dem Umstand zugeschrieben, dass der Nationalsozialismus neben politisch-ideologischen Motiven den Krieg auch aus ökonomischen Gründen mit dem Ziel geführt hatte, „Lebensraum“ in Osteuropa zu gewinnen, um nicht zuletzt an dringend benötigte Rohstoffe zu gelangen.
13. Dass Planwirtschaft, zumal in staatskapitalistischer Form, letzten Endes mit Demokratie und einem parlamentarischen „Vielparteiensystem“ a priori nicht möglich war. Mit anderen Worten: Jedwede Abschaffung des Privateigentums und die Einführung einer starken Zentralisierung im wirtschaftlichen Bereich respektive des sogenannten demokratischen Kollektivismus, barg eine totalitäre Gefahr inne, weil damit auch die Tendenz zur politischen Zentralisierung verbunden war.
14. Dass die sozialpsychologischen bzw. mentalen Dispositionen der Anhänger der totalitären revolutionären Bewegungen im Grunde genommen identisch waren, so dass einzelne Akteure nicht zuletzt aufgrund ihres antibürgerlichen Ressentiments und des sozialrevolutionären Motivs ohne weiteres vom Nationalsozialismus zum Kommunismus wechseln konnten und vice versa.

III.

Im Hinblick auf die zentrale Fragen in diesem Teil der vorliegenden Untersuchung, inwiefern sich der „Monat“ bei der vergleichenden Analyse des nationalsozialistischen und des sowjetkommunistischen Herrschaftssystem im Fahrwasser der zeitgenössischen

politisch-wissenschaftlichen Sowjetforschung der 1950er Jahre befand und in diesem Kontext auch eine „normative Funktion“ (Martin Jänicke) besaß, kann zusammenfassend festgestellt werden:

1. Wie in der 1956 erschienenen totalitarismustheoretischen Studie „The Permanent Purge. Politics in Soviet Totalitarianism“ von Zbigniew K. Brzezinski erschien auch im „Monat“ der sowjetische Totalitarismus als das am weitesten fortgeschrittene totalitäre Herrschaftssystem und infolgedessen am Ende als der eigentliche Fall eines totalitären Herrschaftsmodells.
2. In Anbetracht der Grundannahme, dass die sowjetisch-kommunistische Parteidiktatur, insbesondere in der stalinistischen Phase, als eigentlicher Modellfall totalitärer Herrschaft aufzufassen war, verzichtete der „Monat“ bei der vergleichenden Analyse des Nationalsozialismus mit dem Sowjetkommunismus (bzw. Stalinismus/ Nachstalinismus) darauf, die zeitgenössischen Forschungsergebnisse zur Geschichte des „Dritten Reiches“ heranzuziehen. Insofern erfolgte der Vergleich des nationalsozialistischen mit dem sowjetkommunistischen Herrschaftssystem, speziell in Gestalt des Stalinismus, letzten Endes nicht auf der Grundlage und der Kenntnis der zeitgenössischen Forschungsliteratur zur Geschichte des Dritten Reiches.
3. Die normative Funktion bestand darin, dass es beim Vergleich des nationalsozialistischen und sowjetkommunistischen Herrschaftssystems insbesondere unter Stalin primär um ein politisches Urteil ging, dessen zentrales Ziel in den Jahren des Kalten Krieges die grundsätzliche Delegitimation des sowjetischen Kommunismus, der von Moskau dominierten osteuropäischen Satellitenstaaten sowie des SED-Regimes in Ost-Deutschland war.

Wie nämlich aufgrund der zahlreichen Veröffentlichungen gezeigt werden konnte, kam im „Monat“ immer wieder zum Ausdruck, dass schlussendlich aus der Sicht der westlichen Demokratien nicht das „Hitler-Regime“, sondern das sowjetische Regime insbesondere in der stalinistischen Phase der gefährlichere Gegner war und als eigentlicher Totalitarismus aufzufassen sei. Zur Begründung, dass für die westlichen Demokratien der sowjetische Kommunismus die größere Gefahr darstellte, führte beispielsweise Sidney Hook an, dass im Unterschied zum „Hitler-Regime“ der sowjetische Kommunismus in den demokratischen Staaten über eine „viel stärkere Fünfte Kolonne“ verfügte. Und Wilhelm Röpke begründete die unterschiedliche Gefahr mit Blick auf die „geistigen Grundlagen des Abendlandes“

damit, dass der Bolschewismus einen „universellen und rationalistischen Charakter“ besaß (und in diesem Kontext ebenfalls über eine „fünfte Kolonne“ verfügte) und dass hierzu wiederum der Nationalsozialismus nur über eine „wirre Theorie“ des „Herrenvolkes“ verfügte, die noch nicht einmal einen „Hottentotten“ überzeugen konnte.

Dieselbe tendenziöse Auffassung ließ sich auch in dem Beitrag über den „Juni-Aufstand“ 1953 (Heft 59) in Ostdeutschland von Ernest J. Salter feststellen, wo der Autor die Auffassung vertrat, dass sich letzten Endes das vom NKWD errichtete Herrschaftsregime im Vergleich zur „Perfektion der Gestapo“ als überlegen erwies, weil es in diesem Zusammenhang ausdrücklich die Erfahrungen aus der Sowjetunion mit dem „Hitler-Reich“ kombinieren konnte.

Auf der anderen Seite vertrat Arthur M. Schlesinger jr. in einem der zentralen Beiträge im „Monat“ („Politik im Zeitalter der Angst“, Heft 16 und 19) zum Totalitarismusphänomen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts im Allgemeinen und zur vergleichenden Beschreibung und Analyse der Geschichte des „Dritten Reiches“ und des Sowjetkommunismus im Besonderen die Auffassung, dass der Nationalsozialismus letzten Endes einen „*unvollkommenen Totalitarismus*“ verkörperte. Zur Begründung führte der US-amerikanische Historiker, Publizist und Regierungsberater bekanntlich an, dass der sowjetische Staat im Gegensatz zum „Hitler-Staat“ die Wirtschaftsstruktur des Privateigentums radikal verändert hatte, d. h. nach der Oktoberrevolution von 1917 die „besitzende Klasse“ systematisch enteignete und mithin die bis dahin „herrschenden Bevölkerungsteile“ liquidierte. Da der Nationalsozialismus im Gegensatz zum Sowjetkommunismus letzten Endes das Privateigentum der (staatskapitalistischen) Wirtschaft nicht antastete, führte dies dazu, dass in Deutschland eben nicht die sogenannte „Einheit von Staat und Gesellschaft“ verwirklicht wurde und mithin das NS-Regime insgesamt „verwundbarer“ war als das sowjetische Regime (sowohl unter Lenin als auch unter Stalin) – was für Schlesinger im „Putschversuch“ vom 20. Juli exemplarisch unter Beweis gestellt wurde.

Der Beitrag „Politik im Zeitalter der Angst“ von Arthur M. Schlesinger zählte zudem zu einem der wenigen Veröffentlichungen im Bereich der vergleichenden Beschreibung und Analyse der Geschichte des „Dritten Reiches“ und des sowjetischen Kommunismus, wo ausdrücklich die jeweilige Forschungsliteratur herangezogen wurde und die Genesis der staatlichen Machteroberung sowie -konsolidierung der beiden totalitären Bewegungen ins den Fokus gerückt wurde. Auch wenn in diesem Zusammenhang sicherlich ein facettenreiches

vergleichendes Bild der totalitären Herrschaftssysteme und vom Wesen des Totalitarismus gezeichnet wurde, gewann Schlesinger indes seine Ergebnisse primär am Material des Stalinismus, ohne sie mit den grundsätzlichen zeitgenössischen Forschungsergebnissen zur Geschichte des Nationalsozialismus zu prüfen.

Bei der vergleichenden Beschreibung und Analyse der deutschen und sowjetischen Konzentrationslager wurden die Ergebnisse ebenfalls primär am Material des Stalinismus gewonnen. Mit Ausnahme der kurzen Ausführungen von Hannah Arendt zur Rolle der Lager und der Sklavenarbeit für die Finanzierung des SS-Apparates und des NKWD, diente das nationalsozialistische System der „Konzentrations- und Vernichtungslager“ (Hannah Arendt) in erster Linie als Negativfolie für die stalinistischen Lager. Insofern wurden beim Vergleich der nationalsozialistischen und stalinistischen Lager auch die insbesondere seit dem Zusammenbruch des „Dritten Reiches“ zu Tage geförderten Erkenntnisse über das deutsche Lagersystem – beispielsweise durch die dreizehn Nürnberger Prozesse, einzelne Monographien im Allgemeinen und durch die Forschungsliteratur im Besonderen, oder auch dem Kapitel „Die Konzentrationslager“ aus Hannah Arendts Totalitarismusstudie – nicht explizit herangezogen. Folglich stand beim Vergleich der deutschen und sowjetischen Lager in erster Linie die politisch-ideologische Bedeutung, d. h. der Terror, im Mittelpunkt. Daraus folgte besonders, dass die ökonomische Funktion oder auf ökonomische Aspekte der Konzentrationslager ausschließlich mit Blick auf das stalinistische System thematisiert und hervorgehoben wurde, so dass die zeitgenössischen NS-Forschungsergebnisse speziell zu den deutschen Konzentrationslagern bei der vergleichenden Beschreibung und Analyse nicht berücksichtigt wurden. Letztlich besaß der Lagervergleich der beiden totalitären Regime eine normative Funktion, mit dem das grundsätzliche politische Ziel verfolgt wurde, den sowjetischen Kommunismus zu delegitimieren.

Im Grunde genommen wurden spezifische zeitgenössische NS-Forschungsergebnisse neben den beiden Beiträgen „Die Geheimpolizei“ und „Totalitäre Propaganda“ von Hannah Arendt¹⁹³⁷ ausschließlich noch in zwei Veröffentlichungen ausdrücklich beim vergleichenden Blick auf das Totalitarismusphänomen deutscher und sowjetischer Provenienz herangezogen, genutzt und zur Sprache gebracht: Zum einen im Kontext des „Röhm-Putsches“ im oben genannten Schlesinger-Beitrag, zum anderen in dem ausführlich wiedergegeben zweiteiligen

¹⁹³⁷ Dass allerdings bei der Veröffentlichung der beiden Beiträge im „Monat“ der umfangreiche Fußnotenapparat aus der Totalitarismusstudie von Hannah Arendt bis auf wenige Ausnahmen nicht mitabgedruckt wurde, wurde bereits oben erwähnt.

Beitrag zum Hitler-Stalin-Pakt von A. Rossi (Heft 11 und 12), um nämlich nicht zuletzt die politischen Ziele Hitlers im Zweiten Weltkrieg hervorzuheben. Gleichwohl zeigte sich vor allem in der ausführlichen Auseinandersetzung mit dem deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages und seinen historisch-politischen Implikationen, wie die zeitgenössischen Forschungsergebnisse zur Geschichte des „Dritten Reiches“ genutzt wurden – hierbei wurden sogar Dokumente des Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozesses als Quellenmaterial herangezogen –, um sie für eine politische Untersuchung zu gebrauchen. D. h., hier ging es durch einen sowohl einseitigen als auch instrumentellen Gebrauch der zeitgenössischen Forschungsergebnisse zur Geschichte des „Dritten Reiches“ und einzelner Nürnberger Dokumente, in der Hochphase des Kalten Krieges um ein primär politisches Urteil über den sowjetischen Staat unter Stalin und seiner aktiven Rolle beim Hitler-Stalin-Pakt. Auch die Untersuchung über den deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages besaß insbesondere eine normative Funktion, mit dem Ziel der Delegitimation des zeitgenössischen sowjetischen Kommunismus. Beispielsweise kam nämlich in der Veröffentlichung zum Ausdruck:

1. Dass Stalin der eigentliche handelnde Akteur und Nutznießer des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages war, und zwar durch die Tatsache, dass der „Kreml-Chef“ immer wieder neue Forderungen stellte und im Grunde die Hauptverantwortung für den sogenannten Vertragsbruch trug.
2. Dass Hitler sich grundsätzlich als treuer Vertragspartner erwies, der im Grunde genommen mit dem Vertrag ausschließlich die Absicht verfolgte, im Rahmen der „Neuordnung Europas“ den „Zweifronten-Krieg“ zu vermeiden, um ausschließlich sein zentrales Ziel zu erreichen, Polen zu überfallen, um damit den benötigten „Lebensraum im Osten“ zu gewinnen.
3. Dass erst die Stalinsche Außenpolitik und seine speziellen politischen Forderungen gegenüber Deutschland zur kriegerischen Auseinandersetzung zwischen Nazi-Deutschland und der Sowjetunion führte.
4. Dass Stalin durch seine unmittelbare Politik im Kontext der Aufteilung Polens zwischen dem deutschen und sowjetischen Staat für die nationalsozialistischen Massenverbrechen an den Millionen sogenannten jüdischen Einwohnern innerhalb des „Generalgouvernement Polens“ eine Mitverantwortung zu tragen hatte, weil er Hitler in Sachen der nationalsozialistischen „Polenpolitik“ zum „Handeln gezwungen“ hatte.

In diesem Zusammenhang war es zudem auffallend, dass die „kleine Studie“ von A. Rossi ausschließlich das historisch-politische und diplomatische Geschehen bis November 1940 untersuchte; nicht zuletzt im Rahmen der Thematisierung der unmittelbaren Folgen nach dem Überfall der Wehrmacht auf Polen. Mithin kamen die in der Folge des Zweiten Weltkrieges in Gang gekommen deutschen Massenverbrechen ausschließlich mit Blick auf das polnische Territorium zur Sprache. Nicht berücksichtigt wurden infolgedessen die NS-Massenverbrechen an der sowjetischen Bevölkerung und speziell an den sowjetischen Juden, die nach dem Überfall auf die Sowjetunion am 1. September 1941 vor allem von den „Einsatzgruppen“ begangen wurden und die beispielsweise durch die Nürnberger Prozessdokumente nicht nur bekannt waren, sondern auch bewiesen waren. Dass auch die Sowjetunion unter Stalin Opfer des vom nationalsozialistischen Herrschaftssystems ausgehenden Zweiten Weltkrieges war, spielte im Zusammenhang des Vergleichs der beiden totalitären Herrschaftssysteme nicht nur bei A. Rossi keine Rolle.

V. Exkurse:

V. 1. Die Auseinandersetzung mit der Geschichte des „Dritten Reiches“ in den 1960er Jahren im „Monat“ im Kontrast zur empirischen NS-Forschung in West-Deutschland

Das für die 1950er Jahre gezeichnete Bild des Nationalsozialismus erfuhr mit Blick auf die 1960er Jahre in dem Zeitschriftenorgan eine nicht unwesentliche Korrektur, ohne allerdings bei der Analyse des NS-Regimes eine grundsätzlich andere Sichtweise einzunehmen.

Während die antikommunistische Stoßrichtung nicht mehr die zentrale Bedeutung besaß, wurde auf der anderen Seite die Auseinandersetzung mit der Geschichte des „Dritten Reiches“ in diesem Jahrzehnt im „Monat“ facettenreicher. So wurde die „Endlösung der Judenfrage“ im Rahmen der Auseinandersetzung mit dem Jerusalemer Eichmann-¹⁹³⁸ und dem Frankfurter Auschwitz-Prozess¹⁹³⁹ sowie mit der Deportation und Ermordung der ungarischen Juden¹⁹⁴⁰ ausführlich beschrieben, wobei allerdings zumeist der Scheinwerfer nicht auf die tatsächlichen Massenverbrechen, auf das konkrete Tatgeschehen in den osteuropäischen Staaten gerichtet wurde¹⁹⁴¹ und nicht nur die NS-Vernichtungspolitik in der Sowjetunion, sondern in einem gewissen Sinn auch die Genesis und Entwicklung des Konzentrationslagersystems ausgeblendet wurde.¹⁹⁴² Gleichwohl rückten einzelne SS-Täter in

¹⁹³⁸ Siehe François Bondy, Karl Jaspers zum Eichmann-Prozeß. Ein Gespräch, in: Der Monat, Heft 152 (1961), 13. Jg., S. 15-19; Fritz René Allemann, Bücher über Eichmann. Der Prozeß warf seine Schatten voraus, in: ebenda, S. 54-56 (hierbei handelte es sich um eine Sammelrezension folgender Bücher: Robert Pendorf, Mörder und Ermordete. Eichmann und die Judenpolitik des Dritten Reiches, Hamburg [o. J.]; Albert Wucher, Eichmann gab es viele. Ein Dokumentarbericht über die Endlösung der Judenfrage, München [o. J.]; Robert W. M. Kempner, Eichmann und Komplizen, Zürich [o. J.]; Gerald Reitlinger, Die Endlösung. Hitlers Versuch der Ausrottung der Juden Europas, 3. Auflage, Berlin [o. J.]; Wolfgang Scheffler, Judenverfolgung im Dritten Reich 1933-1945, Berlin [o. J.]; Der Kastner-Bericht über Eichmanns Menschenhandel in Ungarn. Vorwort von Prof. Dr. Carlo Schmid, München [o. J.]; Simon Wiesenthal, Ich jagte Eichmann. Tatsachenbericht, Gütersloh [o. J.] sowie Moshe Pearlman, Die Festnahme des Adolf Eichmann, Frankfurt a. M. [o. J.]); François Bondy, „Ja, mein lieber guter Storfer...“. Eichmann wörtlich, in: Der Monat, Heft 153 (1961), 13. Jg., S. 58-61.

¹⁹³⁹ Siehe Horst Krüger, Im Labyrinth der Schuld, in: Der Monat, Heft 188 (1964), 16. Jg., S. 19-29.

¹⁹⁴⁰ Siehe Andreas Biss, Geschäft mit dem Henker. Die „Endlösung“ in Ungarn, in: Der Monat, Heft 143 (1960), 12. Jg., S. 57-67; vgl. hierzu auch ders., Rezsö Kasztner in Israel, in: Der Monat, Heft 144 (1960), 12. Jg., S. 88.

¹⁹⁴¹ Zu den Ausnahmen zählen insbesondere folgende, teilweise bereits aufgeführte Beiträge: Andreas Biss, Geschäft mit dem Henker. Die „Endlösung“ in Ungarn, in: Der Monat, Heft 143 (1960), 12. Jg., S. 57-67; ders., Rezsö Kasztner in Israel, in: Der Monat, Heft 144 (1960), 12. Jg., S. 88; Klaus Wagenbach, Die Großaktion. Zu einem faksimilierten Rechenschaftsbericht der SS, in: Der Monat, Heft 148 (1961), 13. Jg., S. 76-79 (hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: Der Strop-Report. Mit einem Vorwort von Andrzej Wirth, Neuwied 1960); François Bondy, „Ja, mein lieber guter Storfer...“. Eichmann wörtlich, in: Der Monat, Heft 153 (1961), 13. Jg., S. 58-61. Horst Krüger, Im Labyrinth der Schuld, in: Der Monat, Heft 188 (1964), 16. Jg., S. 19-29.

¹⁹⁴² Eine Ausnahme stellte der Beitrag Klaus Recht, Ein Mann begräbt die Nacht, in: Der Monat, Heft 171 (1962), 15. Jg., S. 82-85 (hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: Elie Wiesel, Die Nacht zu begraben, Elischa. Roman, München und Eßlingen 1962) dar, der ausdrücklich auf die deutschen Konzentrationslager einging.

den Fokus. Das heißt, nicht nur einzelne prominente deutsche Massenverbrecher aus dem SS-Apparat wie beispielsweise Adolf Eichmann, der bereits in den 1950er Jahren das „Böse“ schlechthin verkörperte, oder Otto Ohlendorf¹⁹⁴³ bekamen im „Monat“ seit Anfang der 1960er Jahre langsam schärfere Konturen und sozusagen ein Gesicht, sondern auch die „normalen“ Verwalter und Exekutoren der organisierten Verbrechen, die als „harmlose“ Bürger auf der Anklagebank saßen.¹⁹⁴⁴

Außerdem ging das Periodikum bei der Beschreibung der NS-Judenverfolgung und -vernichtung auch ausdrücklich auf die Rolle der katholischen Kirche und des Papst Pius XII in den dreißiger und vierziger Jahren ein und beleuchtete hierbei speziell die generelle Kirchenfeindschaft des NS-Regimes.¹⁹⁴⁵

Insgesamt betrachtet wurde zudem der Blick auf bestimmte Themen und Aspekte der Geschichte des „Dritten Reiches“ gerichtet, die in den 1950er Jahren keinen oder nur einen geringen Stellenwert besaßen: wie zum Beispiel die Vorgeschichte des NS-Staates (deutscher Antisemitismus Ende des 19. Jahrhunderts im Rahmen der „Treitschke-Kontroverse“,¹⁹⁴⁶ die konkreten Umstände der Auflösung und des Unterganges der Weimarer Republik¹⁹⁴⁷ sowie die politische Affinität des antidemokratischen Denkens bei der NS-Massenbewegung und der „Konservativen Revolution“ in der Schlussphase der ersten deutschen Demokratie¹⁹⁴⁸), die unmittelbare Phase der Machtkonsolidierung des „Führerstaates“ anlässlich der zeitgeschichtlichen Kontroverse über die Täterschaft im Reichstagsbrand,¹⁹⁴⁹ oder auch mit

¹⁹⁴³ Siehe hierzu besonders Hartmut Jäckel, Meldungen aus dem Reich. Die deutsche Heimatfront 1939-1945, in: Der Monat, Heft 212 (1966), 18. Jg., S. 48-57 (hier S. 51 f.).

¹⁹⁴⁴ Siehe Ulrich Renz, Porträt eines Pflichtbewußten, in: Der Monat, Heft 167 (1962), 14. Jg., S. 88-92 (hierbei handelte es sich um das Porträt des ehemaligen Mitarbeiters von Adolf Eichmann im RSHA, Otto Hunsche, der im Rahmen des Frankfurter Auschwitz-Prozess in einem gesonderten Verfahren angeklagt wurde; J. G.).

¹⁹⁴⁵ Siehe Walter Bussmann, Der Papst und die Diktatur, in: Der Monat, Heft 176 (1963), 15. Jg., S. 16-21 (der Beitrag setzte sich ausdrücklich mit Rolf Hochhuths (Theater-)Schauspiel „Der Stellvertreter“ auseinander, dass 1963 auch als Buch erschien).

¹⁹⁴⁶ Siehe Walter Boehlich, Der Berliner Antisemitismus-Streit, in: Der Monat, Heft 204 (1965), 17. Jg., S. 40-54.

¹⁹⁴⁷ Siehe Erwin Topf, Wer stürzte Brüning? Hintergründe einer Intervention, in: Der Monat, Heft 146 (1960), 13. Jg., S. 41-49; vgl. hierzu folgende Leserbriefe: Walter Görlitz, Wer stürzte Brüning?, in: Der Monat, Heft 147 (1960), 13. Jg., S. 92-94; Eberhard Wolff, Noch einmal: Brünings Sturz, in: Der Monat, Heft 148 (1961), 13. Jg., S. 93-95 sowie abschließend Erwin Topf, Noch einmal: Brünings Sturz, in: Der Monat, Heft 151 (1961), 13. Jg., S. 90 f.

¹⁹⁴⁸ Siehe besonders Kurt Sontheimer, Nationalismus und Konservative Revolution, in: Der Monat, Heft 168 (1962), 14. Jg., S. 22-32 (hierbei handelte es sich um den Vorabdruck des Kapitels „Nationalsozialismus und Konservative Revolution“ aus der bedeutenden Studie „Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik, München 1962); vgl. hierzu den Leserbrief: Ernst Niekisch, Kein Steigbügelhalter, in: Der Monat, Heft 171 (1962), 15. Jg., S. 108.

¹⁹⁴⁹ Siehe hierzu Heinrich Franenkel, Zu viel und zu wenig. Kritische Bemerkungen zu „Der Reichsbrand“ von F. Tobias, in: Der Monat, Heft 164 (1962), 14. Jg., S. 19-25 sowie „Noch einmal: Reichstagsbrand. Tobias gegen Franenkel und Franenkel gegen Tobias, in: Der Monat, Heft 166 (1962), 14. Jg., S. 84-95 (mit Beiträgen von Fritz Tobias, Heinrich Franenkel, Heinz Oskar Wuttig sowie Harry Schulze-Wilde); siehe auch die Leserbriefe unter

Blick auf die historischen Kontinuitäten zwischen der nationalsozialistischen Polenpolitik und wilhelminischen Annexions- und Aussiedlungsplänen gegenüber der jüdischen und polnischen Bevölkerung des östlichen Nachbarn im Kontext des Ersten Weltkrieges.¹⁹⁵⁰

Indes dominierte bei der Beschreibung und Analyse des NS-Herrschaftssystems wie in den Jahren, in denen Melvin J. Lasky als Herausgeber und Chefredakteur des „Monat“ fungierte, ein personenzentrierter Ansatz, der ebenfalls mit einer totalitarismustheoretischen Perspektive korrespondierte.¹⁹⁵¹ Im Zentrum des „Führerstaates“ stand weiterhin Hitler, so dass nicht zuletzt dessen stark vom Antisemitismus beeinflussten politischen Ideen, Ziele und Programme sowie seine überragende Bedeutung für die NSDAP, die NS-Bewegung und das NS-System hervorgehoben worden. insofern erschien die Geschichte des „Dritten Reiches“ als Hitlerismus.¹⁹⁵² Mit anderen Worten: Auch für die 1960er Jahre bestand für den „Monat“ die Auffassung, dass der Nationalsozialismus im Grunde genommen als Alleinherrschaft bzw. als „Ein-Mann-Unternehmen“ apostrophiert werden könne, weil Hitler letztlich alle wesentlichen Entscheidungen allein traf. Ebendieser hitlerzentrierte Ansatz bei der Interpretation der unmittelbar zurückliegenden deutschen Geschichte und der Analyse der NS-Diktatur, der sowohl für die 1960er als auch in zugespitzterer Form für die 1950er Jahre des „Monat“ dominierte, fand sozusagen seinen Abschluss und Höhepunkt in der

der Überschrift „Der Reichstagsbrand, in: Der Monat, Heft 169 (1962), 15. Jg., S. 86-90 (von Hellmut Krausnick vom Münchner „Institut für Zeitgeschichte“, Fritz Tobias u. a.).

¹⁹⁵⁰ Siehe besonders Imanuel Geiss, Der polnische Grenzstreifen. Wilhelminische Expansionspläne im Lichte heutiger Geschichtsforschung, in: Der Monat, Heft 171 (1962), 15. Jg., S. 57-62, der hier mit Blick auf die Geschichte des Dritten Reiches auch und vor allem die von Gerhard Ritter in seiner 1948 erschienen Studie „Europa und die deutsche Frage“ vertretene „Diskontinuitätsthese“ explizit in Frage stellte. Vgl. auch zur zeitgeschichtlichen „Fischer-Kontroverse“ Anfang der 1960er Jahre: Ludwig Dehio, Deutschlands Griff nach der Weltmacht? Zu Fritz Fischers Buch über den Ersten Weltkrieg, in: Der Monat, Heft 161 (1962), 14. Jg., S. 65-69 (hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: Fritz Fischer, Griff nach der Weltmacht – die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18, Düsseldorf 1961).

Zur Geschichte des deutsch-polnischen Verhältnisses und speziell zur Politik Hitlers gegenüber Polen nach Ausbruch des Zweiten Weltkriegs sowie zu den deutschen Massenverbrechen siehe auch: Imanuel Geiss, Analyse einer Vergangenheit, Zwei Jahrhunderte deutsche Polenpolitik, in: Der Monat, Heft 186 (1964), 16. Jg., S. 86-89 (hier S. 88 f.); hierbei handelte es sich um die Rezension der Bücher: Oskar Halecki, Geschichte Polens, Frankfurt a. M. 1963 sowie Martin Broszat, 200 Jahre deutsche Polenpolitik, München 1963.

¹⁹⁵¹ Siehe exemplarisch Fritz René Allemann, Ein Brevier der Diplomatie. Carl J. Burckhardts Danziger Mission, in: Der Monat, Heft 141 (1960), 12. Jg., S. 69-72 (hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: Carl J. Burckhardt, Meine Danziger Mission 1936-1939, München [o. J.]).

¹⁹⁵² Siehe besonders Hugh R. Trevor-Roper, Hitlers Testament. Die letzten Gespräche mit Bormann (Februar 1945), in: Der Monat, Heft 157 (1961), 14. Jg., S. 36-47; Jost Nolte, Analyse des Diktators, Neue Literatur über Hitler, in: Der Monat, Heft 213 (1966), 18. Jg., S. 73-77 (hierbei handelte es sich um die Rezension folgender Bücher: Gustav Bychowski, Diktatoren. Beiträge zu einer psychoanalytischen Persönlichkeits- und Geschichtsdeutung. Vorwort von Alexander Mitscherlich, München 1965 sowie Werner Maser, Frühgeschichte der NSDAP/Hitlers Weg bis 1924, Frankfurt a. M. 1965); Gert Kalow, Hitler, das gesamtdeutsche Trauma, in: Der Monat, Heft 221 (1967), 19. Jg., S. 5-14. vgl. auch Otto F. Best, Sünden der Kirchenväter, in: Der Monat, Heft 233 (1968), 20. Jg., S. 78-81 (hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: Friedrich Heer, Gottes erste Liebe, 2000 Jahre Judentum und Christentum. Genesis des österreichischen Katholiken Adolf Hitler, München und Eßlingen [o. J.]).

Veröffentlichung eines detaillierten Hitler-Porträts von dem deutschen Historiker und Publizisten Joachim Fest.¹⁹⁵³

Im Hinblick auf die Vernichtung des europäischen Judentums bedeutete dies nicht zuletzt, dass man auch für die 1960er Jahre unausgesprochen die Auffassung vertrat, die Walther Hofer bereits in seinem 1957 erschienenen auflagenstarken Buch „Der Nationalsozialismus. Dokumente 1933-1945“ zum Ausdruck brachte: demnach bestand einerseits eine Kontinuität zwischen der antisemitischen Ideologie der 1920er Jahre Hitlers und der „Endlösung der Judenfrage“. Andererseits war für den schweizer Historiker der im Verlauf des Zweiten Weltkrieges in Gang gekommene Prozess der Judenvernichtung eine unmittelbare Folge der antisemitischen Ideologie Hitlers, wie er sie in „Mein Kampf“ vorgetragen hatte. Seines Erachtens stellte die nationalsozialistische Judenverfolgung und -ausrottung als ein konsequentes „Programm“ dar. Denn, so Walther Hofer:

„Schon in der Theorie verband Hitler die Aufgabe einer Eroberung neuen Lebensraumes im Osten mit dem Gedanken einer physischen Ausrottung des europäischen Judentums, dessen Mutterboden ja gerade jene osteuropäischen Gebiete darstellten, die Hitler für Deutschland erobern wollte. Und so sprach er denn kurz vor der Entfesselung des Krieges nochmals öffentlich aus, was er schon in ‚Mein Kampf‘ prophezeit hatte, daß ein kommender Krieg nicht die Vernichtung Deutschlands, wohl aber die Vernichtung des Judentums in Europa bringen würde.“¹⁹⁵⁴

Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass in den 1950er Jahren die empirischen NS-Forschungsergebnisse bei der Auseinandersetzung mit der Geschichte des „Dritten Reiches“ – insbesondere mit Blick auf die „Machtergreifung“, die NS-Judenpolitik, die deutschen Massenverbrechen und den gesamten Prozess der Vernichtung des europäischen Judentums – im „Monat“ keine grundlegende Bedeutung besaßen, wurden unter der Ägide Melvin J. Laskys im Grunde genommen auch sämtliche Forschungserkenntnisse ausgeblendet, die den pluralistisch-polykratischen Charakter des NS-Regimes betonten. In diesem Zusammenhang zeichnete sich bekanntlich in der Hochphase des Kalten Krieges in Bezug auf die Auseinandersetzung mit der Geschichte des „Führerstaates“ eine spezifische Zeitschriftenpolitik ab. Diese schlug sich in der Auswahl der Autoren, der von diesem Kreis ausdrücklich zu behandelnden Themen sowie in der Rezension oder dem (teilweisen bzw. kompletten) Abdruck von Büchern, die häufig historisch-wissenschaftliche Ansprüche aufwiesen, nieder.

¹⁹⁵³ Joachim Fest, Hitler – Skizzen zu einem Porträt, in: Der Monat, Heft 240 (1968), 20. Jg., S. 23-38 (hierbei handelte es sich um das Vorwort zu dem Bildband: Jochen von Lang (Hg.), Adolf Hitler – Gesichter eines Diktators, Hamburg 1968.

¹⁹⁵⁴ Walther Hofer (Hg.), Der Nationalsozialismus. Dokumente 1933-1945, Frankfurt a. M. 1957, S. 268.

Trotz der aufgezeigten qualitativen Differenzen bei der Auseinandersetzung mit der Geschichte des Nationalsozialismus galt auch für die „zweite“ Phase des „Monat“, die von Mai 1960 (Heft 140) bis März 1971 (Heft 270) dauerte und mit den Namen der wechselnden Herausgeber und Redaktionsmitglieder Fritz René Allemann, Hellmut Jaesrich, Peter Härtling oder auch Klaus Harpprecht verbunden war: Vom NS-Herrschaftsregime wurde ein Bild gezeichnet, das durch einen monolithisch-totalitären Charakter gekennzeichnet und hierarchisch nach dem Führerprinzip durchorganisiert war.

Gleichwohl vermittelte auch und vor allem die von einer „neuen“, das heißt jüngeren Generation von Wissenschaftlern empirisch ausgerichtete NS-Forschung in den 1960er Jahren in West-Deutschland ein wesentlich differenzierteres Bild. Nachdem bereits seit Mitte der 1950er Jahre auch durch wichtige „kleinere Schriften“ die weniger ideologische Erforschung der konkreten Geschichte des „Dritten Reiches“ in Gang kam,¹⁹⁵⁵ erschien 1960 die grundlegende Studie „Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34“ von Karl Dietrich Bracher, Wolfgang Sauer und Gerhard Schulz,¹⁹⁵⁶ die für die künftige NS-Forschung in der Bundesrepublik einen zentralen Stellenwert besaß. Zwar dominierte hier ein totalitarismustheoretischer Blick und durchaus eine hitlerzentrierte Deutung des NS-Regimes. Indes betonten die Autoren ausdrücklich den komplizierten, nachgerade polykratischen Charakter des „Führerstaates“, der nämlich ihrer Auffassung nach aus diversen konkurrierenden Führungsgruppen mit je eigenen Machtbereichen bestand, die wiederum untereinander zu entsprechenden Zeitpunkten eine Bündnispolitik betrieben, um beispielsweise persönliche Rivalen auszuschalten und ihren persönlichen Machtbereich zu vergrößern.¹⁹⁵⁷ In Anbetracht dieser substantiellen, nicht genuin personenzentrierten Interpretation des „Dritten Reiches“, in der sowohl die Bedeutung

¹⁹⁵⁵ Vgl. vor allem Wolfgang Schäfer, NSDAP. Entwicklung und Struktur der Staatspartei des Dritten Reiches, Hannover/Frankfurt a. M. 1956; Ermenhild Neusüss-Henkel, Die SS, Hannover/Frankfurt a. M. 1956; Hans Buchheim, Das Dritte Reich. Grundlagen und politische Entwicklung, München 1958; Helga Grebing, Der Nationalsozialismus, München 1959; Hubert Schorn, Der Richter im Dritten Reich. Geschichte und Dokumente, Frankfurt a. M. 1959; Arno Klönne, Hitlerjugend. Die Jugend und ihre Organisation im Dritten Reich, Hannover/Frankfurt a. M. 1960; Dietrich Strothmann, Nationalsozialistische Literaturpolitik. Ein Beitrag zur Publizistik im Dritten Reich, Bonn 1960.

¹⁹⁵⁶ Bracher, Karl Dietrich/ Sauer, Wolfgang/ Schulz, Gerhard, Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34, Köln, Opladen 1960.

¹⁹⁵⁷ Bereits Mitte der 1950er Jahre schrieb Bracher hierzu, dass dieser „Antagonismus der Machtfunktionen“, einzig in der „omnipotenten Schlüsselstellung des Führers“ aufgehoben war. Die Schlüsselstellung von Hitler begründete sich nämlich seines Erachtens insbesondere „in dem unübersichtlichen Nebeneinander und Gegeneinander der Machtgruppen und persönlichen Bindungen“. Karl Dietrich Bracher, Stufen totalitärer Machtergreifung: Die Befestigung der nationalsozialistischen Herrschaft 1933/34, in: VfZ 4 (1956), S. 30-42 (hier S. 42).

von Hitler als auch die Herrschaftsfunktion des SS-Apparates unter Himmler in einem anderen Licht und abgeschwächt erschien, und quasi ein polykratischer Forschungsansatz favorisiert wurde, kann hier im Hinblick auf den „Monat“ festgestellt werden: die Studie, die im Übergang von der ersten Phase unter Lasky zur zweiten Phase in den 1960 Jahren erschien, wurde nicht nur nicht rezensiert, sondern auch die Untersuchungsergebnisse der drei deutschen Wissenschaftler hatten bei der Beschreibung und Analyse des NS-Regimes sowie der deutschen Massenverbrechen und der Vernichtung des europäischen Judentums im „Monat“ keine erkennbare Bedeutung.¹⁹⁵⁸

Dasselbe galt im Grunde genommen für die gesamte empirische NS-Forschung in Westdeutschland der 1960er Jahre,¹⁹⁵⁹ in der fortan einflussreiche jüngere Historiker in Bezug auf den NS-Staat einerseits sukzessive ausdrücklich die totalitarismustheoretischen Vorstellungen eines monolithisch-totalitären Herrschaftscharakters in Frage stellten und betonten, dass die „relative Stabilität“ des NS-Systems eben nicht ausschließlich auf „Terror, Propaganda und rücksichtslosem Machiavellismus“ beruhte.¹⁹⁶⁰ Andererseits setzte sich im Laufe der Jahre bei den Exponenten des polykratischen (bzw. strukturalistischen) Forschungsansatzes mit Blick auf Hitler immer mehr die Vorstellung eines „schwachen Diktators“ (Hans Mommsen) durch, die auch und vor allem bei der Beschreibung und Analyse der „Endlösung der Judenfrage“ einen wesentlichen Einfluss hatte, zu einem

¹⁹⁵⁸ Eine Ausnahme, die gleichwohl nur die Regel bestätigte, stellten Ausführungen von Fritz René Allemann im Zusammenhang seiner Sammelrezension anlässlich des Eichmann-Prozesses mit dem Titel: Bücher über Eichmann. Der Prozeß warf seine Schatten voraus, in: Der Monat, Heft 152 (1961), 13. Jg., S. 54-56 (siehe Fußnote 1939) dar, die einen polykratischen (Forschungs-)Ansatz sichtbar werden ließen. Mit Blick auf die „Endlösung der Judenfrage“ schrieb er auf S. 55 u. a. zu der 3. Auflage der erstmals 1956 erschienen deutschen Ausgabe von dem „großen Werk“, so Allemann, „Die Endlösung. Hitlers Versuch der Ausrottung der Juden Europas“ des englischen Historikers Gerald Reitlinger, dass in der Untersuchung sichtbar wurde, „welch weiter Kreis in der einen oder anderen Weise mit dem ‚geheimen‘ Vernichtungsprogramm zu tun hatte oder davon wissen mußte – im Auswärtigen Amt, im Innenministerium, in der Militärverwaltung der besetzten Gebiete – und wie wenig Anstrengung aus diesem Kreis ‚korrekter‘ Beamter unternommen wurden, um dem Programm entgegenzuwirken.“

¹⁹⁵⁹ Allerdings gab es zwei Ausnahmen: in beiden Fällen wurde jeweils Bezug genommen auf Veröffentlichungen des deutschen Historikers und Mitarbeiters des Münchener Institut für Zeitgeschichte, Martin Broszat. In dem Beitrag: Imanuel Geiss, Analyse einer Vergangenheit, Zwei Jahrhunderte deutsche Polenpolitik, in: Der Monat, Heft 186 (1964), 16. Jg., S. 86-89 (siehe Fußnote 24) würdigte der Rezensent ausdrücklich die Untersuchung von Martin Broszat, 200 Jahre deutsche Polenpolitik, München 1963 und ging hierbei insbesondere auf die NS-Herrschafts- und Terrorpolitik in Polen ein (S. 88 f.).

Bei dem anderen Beitrag handelte es sich um die Veröffentlichung: Jerzy Lukaszewski, Deutschland und Polen, in: Der Monat, Heft 179 (1963), 15. Jg., S. 82-88, in der sich der Autor auf S. 84 auf die Studie von Martin Broszat, Nationalsozialistische Polenpolitik 1939-45, Stuttgart 1961 bezog und die darin präsentierten wichtigsten historischen Fakten in Bezug auf die deutsche Besatzungspolitik in Polen als allgemein bekannt voraussetzte.

¹⁹⁶⁰ Hans Mommsen, Beamtentum im Dritten Reich. Mit ausgewählten Quellen zur nationalsozialistischen Beamtenpolitik, Stuttgart 1966, S. 19.

wirkungsmächtigen Paradigmenwechsel führte und in der 1969 erschienen Studie „Der Staat Hitlers“ von Martin Broszat seinen „krönenden“ Abschluss fand.

In diesem Zusammenhang besaß das von vier Mitarbeitern des Münchener Institutes für Zeitgeschichte anlässlich des Frankfurter Auschwitz-Prozesses erstellte Gutachten, das 1965 unter dem Titel „Anatomie des SS-Staates“ veröffentlicht wurde, eine große Bedeutung.¹⁹⁶¹ Hier setzten sich Helmut Krausnick mit der nationalsozialistischen Judenverfolgung und -vernichtung, Martin Broszat mit der Entwicklung des Konzentrationslagersystems, Hans-Adolf Jacobsen mit dem sogenannten Kommissarbefehl und den Massenverbrechen an sowjetischen Kriegsgefangenen sowie Hans Buchheim mit der SS als einem Herrschaftsinstrument auseinander. Ebendiese empirische Untersuchung stellte die Analyse des NS-Herrschaftssystems auf eine „neue Stufe“ und verkörperte im Grunde genommen in der westdeutschen NS-Forschung auch den ersten Versuch, die Massenverbrechen an den europäischen Juden substantiell zu untersuchen.

Bereits 1960 insistierte Martin Broszat in seiner kleinen Schrift „Der Nationalsozialismus. Weltanschauung, Programmatik und Wirklichkeit“ unter anderem darauf, dass es eine konsistente NS-Weltanschauung nicht gab und sie eher durch eine „prinzipielle logische Unbestimmtheit“ charakterisiert war und man eher von einem „Ideenbrei“ sprechen sollte.¹⁹⁶² Broszat verabschiedete sich auch und vor allem von der Vorstellung, dass Hitler an eine in „Mein Kampf“ artikulierte dogmatische völkisch-antisemitische Weltanschauung gebunden war. Seines Erachtens war Weltanschauung für Hitler im Großen und Ganzen nur „Phraseologie“ und bezog sich nicht primär auf ein „gedankliches, für wahr gehaltenes Konzept, sondern auf die Partei, die Organisation, ihre Aktivität und ihren und seinen Erfolg.“¹⁹⁶³

Nachdem sich der Münchner Historiker mithin bereits 1960 implizit gegen die beispielsweise von Walther Hofer favorisierte Interpretation aussprach, demzufolge Hitler nach einem feststehenden „Programm“ aus „Mein Kampf“ gehandelt habe, wandte er sich in der 1969 erschienenen Studie „Der Staat Hitlers“ explizit gegen ein hitlerzentriertes Bild des Nationalsozialismus sowie die totalitarismustheoretische Vorstellung eines „monolithischen

¹⁹⁶¹ Anatomie des SS-Staates, 2 Bde, Olten, Freiburg 1965.

¹⁹⁶² Martin Broszat, Der Nationalsozialismus. Weltanschauung, Programmatik und Wirklichkeit, Hannover 1960, S. 16.

¹⁹⁶³ Ebenda, S. 26.

Machtssystem, eines machiavellistisch durchrationalisierten Superstaates“.¹⁹⁶⁴ Demgegenüber ging er von einem improvisierten und uneinheitlichen respektive chaotischen Herrschaftssystem aus. Aus dem Dualismus aus Partei und Staat bzw. den „totalitären nationalsozialistischen Bewegungskraften“ und den „autoritären ordnungsstaatlichen Stabilisierungsfaktoren“ konnte sich demnach in den ersten Jahren nach der NS-Machteroberung vor dem Hintergrund der Hitlerschen Taktik des „Gewähren- und Experimentierens“ eine „Struktur der Macht- und Kompetenzverteilung“ herausbilden, die überhaupt erst die Konsolidierung des sogenannten Hitler-Staates ermöglicht hat. Ebendiese Struktur der Macht- und Kompetenzverteilung war allerdings

„nicht die Folge eines klaren Konzepts und einheitlichen Vorgehens, vielmehr zahlreicher z. T. ineinander übergreifender, aber nur selten koordinierter und häufig gegenläufiger Einzelprozesse, die sich aus der Partei-Revolution von unten, der Expansion der zentralen Staatsdiktatur von oben und der oft mehr oder weniger selbsttätigen Gleichschaltung und Anpassung im außerstaatlichen Raum des gesellschaftlichen und öffentlichen Lebens ergaben.“¹⁹⁶⁵

Die Auseinandersetzung zwischen Partei und Staat und zwischen den rivalisierenden Führungskräften und Institutionen des Regimes führte bis 1938 Brozats zufolge zu einer Teilung der Macht. Hitler fungierte quasi als ‚redlicher Makler‘ zwischen den verschiedenen Kräften des Regimes und hielt sich hinsichtlich der Innenpolitik auf die Darlegung „radikaler weltanschaulicher Ziele“ zurück und bewegte sich in der Außenpolitik eher in den Bahnen „traditioneller Zielsetzungen“.¹⁹⁶⁶ Hitler spielte sowohl zu diesem Zeitpunkt als auch bis zum Ende des „Dritten Reiches“ keineswegs die überragende Rolle, sondern seine Bedeutung ergab sich für Brozats aus dem Umstand, dass die Beteiligten vor dem Hintergrund der „negativen“ NS-Weltanschauung¹⁹⁶⁷ den „Führerwillen“ sozusagen deuteten und in dem sie dem charismatischen „Glauben an den Führer“ anhängen. Bis zu diesem Zeitpunkt richtete sich die NS-Terrorpolitik – im Kontext einer noch halbwegs geregelten staatlichen Machtpolitik – insbesondere gegen die nicht zur „Volksgemeinschaft“ zählenden politischen Gegner der Linken, gegen die Juden und andere „Staatsfeinde“ und besaßen gleichwohl noch nicht den Charakter eines systematischen Massenmordes.

¹⁹⁶⁴ Martin Broszat, Der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung, München 1995, 14. Auflage, S. 9.

¹⁹⁶⁵ Ebenda, S. 428.

¹⁹⁶⁶ Ebenda, S. 431.

¹⁹⁶⁷ Siehe hierzu vor allem S. 434 ff.

Das Ende der kollegialen Kabinettsitzungen Anfang des Jahres 1938¹⁹⁶⁸ führte dazu, dass eine bis dahin relativ stabil gebliebene Regierungsstruktur aufbrach und eine verstärkte Radikalisierung in Gang gesetzt. Fortan vergrößerte sich das institutionelle Chaos des Regimes und verschärfte den Konkurrenzkampf zwischen den zahlreichen Führungspersonen und -Machtgruppen, so dass naheliegenderweise auch die Hitlersche Herrschaftspolitik davon betroffen war. Denn, so schrieb Martin Broszat:

„Angesichts der Fülle widerstreitender Kräfte konnte der Führerwille, auch wenn er anderes im Sinne gehabt hätte, schließlich gar nicht mehr anders als jeweils nur unzusammenhängend und abrupt von Fall zu Fall Anstöße in diese oder jene Richtung geben, war aber außerstande, die sich daraus jeweils entwickelnden neuen Organisationen, Kompetenzen und Ambitionen zu übersehen und im Zaume zu halten. Die institutionellen und rechtlichen Folgen der jeweiligen Führerbefehle und -erlasse wurden immer unabsehbarer, gerieten mit späteren Führerbevollmächtigungen in Widerspruch und lagen selbst noch als politisch entleerte Organisationshüllen der Einheitlichkeit und Regelmäßigkeit der Machtausübung und Herrschaftsorganisation störend im Wege.“¹⁹⁶⁹

Angesichts der analytischen Erkenntnis, dass Hitler keineswegs der „Herr und Meister“ des Nationalsozialismus gewesen sei und mithin die Geschichte des Dritten Reiches nicht ausschließlich auf die Person Hitler zu reduzieren sei, bewertete Martin Broszat auch dessen aktive Rolle und direkte Hauptverantwortung bei der Vernichtung des europäischen Judentums geringer und kam zu einer „neuen“ Einschätzung. Seiner Auffassung nach konnte Hitler nämlich bereits zu diesem Zeitpunkt keineswegs mehr „über das Ob, Wann und Wie“ bestimmter Maßnahmen „souverän entscheiden“.¹⁹⁷⁰ Die Massenverbrechen an den Juden waren auch und vor allem das systemimmanente Resultat eines sich immer mehr radikalisierten „Bewegungs“-Regimes. Sie waren aus den strukturellen Bedingungen und aus den „negativen Zielrichtungen der Weltanschauungspolitik“ – in deren Fokus der Antisemitismus, der Antibolschewismus und der Gewinn von Lebensraum im „Osten“ stand – des NS-System zu verstehen. Wie die schrittweise gesetzliche Diskriminierung der Juden in den 30er Jahren, so war auch die „Endlösung des europäischen Judentums“ für Broszat nicht von vornherein geplant war, erfolgte nicht einheitlich und nicht systematisch.¹⁹⁷¹

¹⁹⁶⁸ Ebenda S. 433.

¹⁹⁶⁹ ebenda, S. 439.

¹⁹⁷⁰ Ebenda, S. 440.

¹⁹⁷¹ Ebenda, S. 437.

V. 2. Die Infragestellung der Totalitarismustheorie in der Wissenschaft im Gegensatz zur Totalitarismuskonzeption im „Monat“ in den 1960er Jahren

Auch durch die Ergebnisse der empirischen NS-Forschung verstärkten sich Anfang der 1960er Jahre in der Totalitarismusforschung die Vorbehalte gegenüber der Totalitarismustheorie.¹⁹⁷² Bekanntlich traten bereits in der empirisch ausgerichteten politik- und sozialwissenschaftlichen Forschung unmittelbar nach Stalins Tod infolge des einsetzenden Wandlungsprozesses des sowjetischen Herrschaftssystems Zweifel an der klassischen Totalitarismustheorie auf. Zentrale Definitionskriterien für die Analyse des Stalinismus passten nicht mehr für den Nachstalinismus, da nicht zuletzt der Terror als totalitarismustypisches Phänomen in der Ära Chruschtschows seine konstitutive Bedeutung verloren hatte. Im Mittelpunkt der Kritik stand der an einem statischen Modell ausgerichtete idealtypische Begriff der totalitären Herrschaft von Carl J. Friedrich, an dessen Ende durch methodologisch abgesicherte Untersuchungen die grundsätzliche Verabschiedung der Totalitarismustheorie durch Peter Christian Lutz stand.¹⁹⁷³

Diese sowohl theoretische als auch politische Aspekte umfassende Diskussion über die wissenschaftliche Anwendbarkeit des Totalitarismusbegriffs für die Analyse des Nachstalinismus einerseits und zur gemeinsamen Identifizierung des sowjetischen Kommunismus und des deutschen Nationalsozialismus andererseits spielte im „Monat“ explizit und implizit eine Rolle. Nachdem bereits nach Stalins Tod und nicht zuletzt nach dem XX. Parteitag der KPdSU sowie Chruschtschows Geheimrede im Februar 1956 bei der Analyse des Nachstalinismus unter den Autoren eine Auseinandersetzung über die Kernfrage geführt wurde, inwiefern das Herrschaftssystem noch als totalitär charakterisiert werden könne, kam Martin Jänicke 1966 vor dem Hintergrund des Wandlungsprozesses des sowjetischen Systems auf ein für ihn grundsätzliches Problem der Totalitarismustheorie von Carl J. Friedrich zu sprechen. Anlässlich der Rezension der von Friedrich allein überarbeitenden und revidierten Neufassung der amerikanischen Ausgabe seiner Totalitarismusstudie, war Jänicke der Auffassung – unter anderem aufgrund der Tatsache, dass es Friedrich nur durch eine „willkürliche“ Ausweitung des Terror-Begriffs möglich war, dieses entscheidende Totalitarismus-Kriterium beizubehalten –, dass es dem Autor „nicht nur

¹⁹⁷² Vgl. Gerhard Schulz, Der Begriff des Totalitarismus und der Nationalsozialismus, in: Soziale Welt 12 (1961), Heft 2, S. 112-128.

¹⁹⁷³ Siehe hierzu die entsprechenden Ausführungen im Einleitungskapitel „Die wechselvolle Geschichte des Totalitarismusbegriffs“.

um die Beschreibung des Totalitarismus-Phänomens, sondern auch um den Nachweis seiner aktuellen Bedrohlichkeit ging.¹⁹⁷⁴

Damit war im Selbstverständnis der westlichen liberal-demokratischen Staaten in den Jahren des Kalten Krieges insbesondere der sowjetische Kommunismus in seiner nachstalinistischen Phase gemeint und implizierte eine politisch-normative Funktion. Denn nachdem der deutsche Nationalsozialismus sowie der italienische Faschismus besiegt waren, erschien der Nachstalinismus als Prototyp der antidemokratischen Herrschaftsform.¹⁹⁷⁵ Insofern wurde die Totalitarismustheorie für politische Zwecke operationalisiert und diente aktuell einer antikommunistischen Funktion.¹⁹⁷⁶

¹⁹⁷⁴ Martin Jänicke, Revision einer Theorie, in: Der Monat, Heft 208 (1966), 18. Jg., S. 78-81 (hier S. 80); hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: Carl J. Friedrich/Zbigniew K. Brzezinski, *Totalitarian Dictatorship and Autocracy*, 2. Ed., revised by Carl J. Friedrich, Cambridge/Massachusetts 1965). Die ursprünglich 1956 veröffentlichte Untersuchung erschien, wie bereits gesagt, aufgrund von theoretischen Differenzen zwischen den beiden Autoren in seiner deutschen Ausgabe 1957 in der alleinigen Verantwortung von Friedrich.

¹⁹⁷⁵ Das im Laufe der 1950er Jahre in der Totalitarismusforschung auch besonders der chinesische Kommunismus unter Mao sowie nach der kubanischen Revolution 1959 auch das „Castro-Regime“ in den Mittelpunkt rückte sei an dieser Stelle nur erwähnt, spielt allerdings in der vorliegenden Untersuchung keine besondere Rolle.

¹⁹⁷⁶ Indes ist mit Blick auf die klassische Totalitarismustheorie von Carl J. Friedrich, die im Laufe der Jahre von dem deutsch-amerikanischen Politologen immer wieder in einer neuen Version präsentiert wurde, noch hinzuzufügen, dass es sich nach Auffassung von Hans J. Lietzmann um keine Demokratietheorie handelte.

Der Politikwissenschaftler rekonstruiert jüngst die ideengeschichtliche und politische Genese von Friedrichs Totalitarismustheorie und legt dar, dass sein Modell nicht der Gegenüberstellung von Demokratie und totalitärer Herrschaft, sondern vielmehr dem Gegensatzpaar von totalitärer und konstitutioneller Diktatur entspricht – und zwar wie es in der besonders von Carl Schmitt geprägten Verfassungsdiskussion der Weimarer Republik gang und gebe war. Wie viele andere deutsche Staatsrechtler ging es Friedrich am Ende der Weimarer Republik darum Argumente zur Rechtfertigung einer Ausweitung der exekutiven Machtbefugnisse zu finden, von der er sich die Kontinuitätssicherung der politischen Verhältnisse erhoffte. Um die Erosion der staatlichen Herrschaft durch demokratischen Pluralismus und Parlamentarismus aufzuhalten plädierte Friedrich für eine konstitutionelle Diktatur, die sich durch eine vorübergehende Aufhebung der Gewaltenteilung und Suspendierung einzelner Verfassungsbestandteile kennzeichnet, um die Gesamtverfassung zu erhalten oder wiederherzustellen. Zur Rettung der Gesamtverfassung sollen demnach Teile von ihr außer Kraft gesetzt, der Legitimität Vorrang gegenüber der Legalität eingeräumt und eine zeitweilige Diktatur etabliert werden. Dieser etatistische Grundzug zeigte sich nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in Friedrichs Rechtfertigungsversuch der amerikanischen Besatzungsmacht in Deutschland, der zum unmittelbaren Entstehungskontext der seiner Totalitarismustheorie gehörte. Denn das Konzept der „totalitären Diktatur“, so Lietzmann, verdankt seine Entstehung nicht, um besonders dessen „Gefährlichkeit oder Abnormalität“ zu kennzeichnen, sondern „einem Rechtfertigungsversuch der amerikanischen Besatzungspolitik als einer verfassungsmäßigen (konstitutionellen) Diktatur.“ Der Begriff diente dazu die sowjetische Besatzungsmacht anzuprangern und die US-amerikanische wiederum zu legitimieren. (Hans J. Lietzmann, Von der konstitutionellen zur totalitären Diktatur, in: Alfons Söllner/Ralf Walkenhaus/Karin Wieland (Hg.), *Totalitarismus. Eine Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts*, a.a.O., S. 174-192; hier S. 177).

Für den aktuellen theoretischen politikwissenschaftlichen Diskurs ist für Lietzmann ein wichtige Schlussfolgerung, dass es zukünftig nicht mehr möglich sein sollte, „unter Berufung auf die klassische Totalitarismustheorie naiv eine Alternative von ‚Totalitarismus‘ und ‚Demokratie‘ zu behaupten. Das Gegensatzpaar, das der klassischen Totalitarismustheorie entspricht, lautet vielmehr: ‚totalitäre‘ oder ‚konstitutionelle Diktatur‘. Von Demokratie ist bei alledem nur am Rande die Rede ... man kann nicht Antitotalitarismus und Demokratie umstandslos für dasselbe halten, wie es sich im kalten Krieg so schön einbürgerte und nach der deutschen Einheit bisweilen fortgesetzt wird. Die Disjunktion von Totalitarismus und Demokratie ist – gemessen an der Totalitarismustheorie – ein propagandistisch geprägter Wunschtraum und ohne theoretische Grundlage.“ (ebenda, S. 191).

In diesem Zusammenhang existierten Parallelen zum „Monat“ in den 1960er Jahren. Zwar wurden hier, wie gesagt, durch Martin Jänicke die gravierenden theoretischen Schwächen der Friedrichschen Totalitarismustheorie beim Vergleich des Nationalsozialismus mit dem aktuellen Sowjetkommunismus eingeräumt, indes am Konzept des Totalitarismus festgehalten: sowohl in der vergleichenden Perspektive auf die neuartigen totalitären Diktaturen in Deutschland und der Sowjetunion als auch bei der genuinen Analyse der poststalinistischen Ausprägung kommunistischer Herrschaft. Für diesen Ansatz standen in Anlehnung an die Totalitarismuskonzeption von Zbigniew K. Brzezinski und an seine früheren Arbeiten insbesondere die von Richard Löwenthal veröffentlichten Beiträge. In seinem Ende 1960 erschienenen einflussreichen Aufsatz „Totalitäre und demokratische Revolution“¹⁹⁷⁷ nahm Löwenthal in Anbetracht der nach Stalins Tod einsetzenden Entwicklungen innerhalb des sowjetkommunistischen Herrschaftssystems eine Begriffsbestimmung totalitärer Herrschaft vor, die den neuartigen Regimetypus an Hand der „Machtstruktur und Dynamik“ durch die unmittelbare Verbindung eines Konzepts des monopolistischen Parteiregimes mit einem Konzept der Revolution zu begründen versuchte.¹⁹⁷⁸

Im bewussten Gegensatz zu Hannah Arendts Totalitarismusstudie und zu der von Carl J. Friedrich und Zbigniew K. Brzezinski gemeinsam konzipierten statischen Strukturanalyse¹⁹⁷⁹ bemühte sich Löwenthal um eine dynamische Variante des Totalitarismusansatzes und erreichte die Subsumtion des Nationalsozialismus und des Sowjetkommunismus unter ein und denselben Totalitarismusbegriff dadurch, indem er ihn einem spezifischen Revolutionsbegriff zuordnete: nämlich der „Revolution neuen Typs“, das heißt der totalitären Revolution. Diese unterschied Löwenthal ausdrücklich von den bis dahin aus der Geschichte bekannten Revolutionen, speziell von den bürgerlich-demokratischen. Während die demokratischen Revolutionen eine begrenzte Zielsetzung hatten und nach der Etablierung des neuen politischen Systems zum Stillstand kamen, waren die totalitären Revolutionen für Löwenthal dadurch gekennzeichnet, dass sie nach der Machtergreifung permanent versuchten, „die Gesellschaft weiter im Sinne ihrer Ideologie zu transformieren.“¹⁹⁸⁰ Da für Löwenthal die Ideologie geradezu die revolutionäre Umwälzung

¹⁹⁷⁷ Richard Löwenthal, Totalitäre und demokratische Revolution, in: Der Monat, Heft 146 (1960), 13. Jg., S. 29-40.

¹⁹⁷⁸ Walter Schlangen, Die Totalitarismus-Theorie. Entwicklung und Probleme, a.a.O., S. 71.

¹⁹⁷⁹ Vgl. Carl J. Friedrich/Zbigniew K. Brzezinski, Totalitarian Dictatorship and Autocracy, Cambridge/Mass. 1956 (dt. Ausgabe: ders., Totalitäre Diktatur, unter Mitarbeit von Zbigniew K. Brzezinski, Stuttgart 1957).

¹⁹⁸⁰ Richard Löwenthal, Totalitäre und demokratische Revolution, in: a.a.O., S. 31.

erforderte und die Partei ihre Macht im Namen der Ideologie rechtfertigte, bedingten sich die „neue Institution der Einparteierrschaft und die neue Dynamik der sozialen Umwälzung, die gemäß einer vorgegebenen Ideologie von oben gelenkt“ wurde einander gegenseitig.¹⁹⁸¹

Charakteristisch sei für totalitäre Regime, dass sie „die Macht nicht nur mit revolutionären Mitteln“ eroberten, sondern sie durch „zielbewußtes Inganghalten eines Prozesses gelenkter gesellschaftlicher Umwälzung zu behaupten“ suchten – dass sie eine ‚permanente Revolution von oben‘ anstrebten.¹⁹⁸²

Die Definition des Totalitarismus Richard Löwenthals war also durch die unmittelbare Verknüpfung des strukturellen Aspekts der Einparteienherrschaft sowie durch den dynamischen Aspekt der „revolutionären Ideologie“ bestimmt, „weil in diesem Regime der revolutionäre Prozeß selbst zur Institution geworden“ war.¹⁹⁸³ Durch diese Klassifizierung gelang es Löwenthal die totalitären Herrschaftsregime des deutschen Nationalsozialismus und des sowjetischen (sowie chinesischen) Kommunismus von den diversen „revolutionären Diktaturen“ des 20. Jahrhunderts zu unterscheiden, die sich für ihn nämlich gerade nicht durch den Versuch auszeichneten, die „Selbstbewegung des revolutionären Prozess zu verewigen“ (Walter Schlangen).¹⁹⁸⁴

Indes entwickelte Richard Löwenthal seinen Begriff der totalitären Revolution anhand des kommunistischen Revolutionsbegriffs und belegte ihn ausschließlich am Verlauf der russischen Revolution.¹⁹⁸⁵ Eine Überprüfung seines dynamischen Totalitarismusbegriffs mit der „permanenten Revolution“ des Nationalsozialismus erfolgte nicht.¹⁹⁸⁶ Für Löwenthal stand fest, dass die russische Revolution, die für ihn ursprünglich starke Parallelen mit den demokratischen Revolutionen aufwies, spätestens seit der Einführung der Neuen Ökonomischen Politik im März 1921 die Tendenz zeigte die eigene Bewegung zu verewigen und insofern handelte es sich seines Erachtens um „die erste der totalitären Revolutionen unserer Zeit.“¹⁹⁸⁷ Während sich die totalitären Diktaturen für Hannah Arendt, Carl J. Friedrich oder auch Zbigniew K. Brzezinski durch Terror und politische Säuberungen auszeichneten, umging Löwenthals Konzeption die „Extreme des Grauens“, weil sie nämlich

¹⁹⁸¹ Ebenda, S. 32.

¹⁹⁸² Ebenda, S. 31.

¹⁹⁸³ Ebenda, S. 32.

¹⁹⁸⁴ Vgl. ebenda, S. 31.

¹⁹⁸⁵ Vgl. ebenda S. 33-38.

¹⁹⁸⁶ Vgl. besonders Sigmund Neumann, Permanent Revolution. The Total State in a World at War, New York/London 1942. Zu dem primär anhand des NS-Regimes konzipierten Totalitarismusmodell siehe die entsprechenden Ausführungen im Einleitungskapitel „Die wechselvolle Geschichte des Totalitarismusbegriffs“.

¹⁹⁸⁷ Richard Löwenthal, Totalitäre und demokratische Revolution, in: a.a.O., S. 35.

das mit der „Machtübernahme durch eine revolutionäre Partei errichtete diktatorische Herrschaftssystem insgesamt als ‚totalitär‘“ begriff.¹⁹⁸⁸

Daraus ergab sich sowohl eine Ausweitung des Geltungsbereiches als auch eine historisch präzisierende Eingrenzung der Totalitarismuskonzeption von Richard Löwenthal. Einerseits wurde bereits das institutionelle Grundgefüge der „monopolistischen Parteiregime“ als ‚totalitär‘ bezeichnet, wodurch es ihm möglich war den Anwendungsbereich des Begriffes totalitärer Herrschaft ausdrücklich auch auf den sowjetischen Kommunismus in seiner nachstalinistischen Phase anzuwenden; hiermit tat sich ein klarer Gegensatz zu Hannah Arendt auf, die 1966 in einem aktuellen Vorwort zum dritten Band ihrer Totalitarismusstudie mit Blick auf die sowjetische Entwicklung nach Stalins Tod feststellte, dass es „einen echten, wenn auch nie unzweideutigen, Abbau totaler Herrschaft“ gab und insofern die empirische Anwendung des von ihr entwickelten Totalitarismusansatzes auf den Nachstalinismus prinzipiell ablehnte.¹⁹⁸⁹

Andererseits wurden die konkreten Bedingungen mitformuliert, unter denen ein monopolistisches Parteiregime nicht länger als totalitär angesehen werden konnte. Wenn sich nämlich der „revolutionäre Charakter der herrschenden Partei im Einparteienregime verändert und das monopolistische Parteiregime seine revolutionäre Dynamik“ eingebüßt hatte.¹⁹⁹⁰ Obwohl es sich bei der „totalitären Parteiherrschaft“ Löwenthal zufolge um kein konservatives Phänomen handelte, stand für ihn gleichwohl fest, dass ihr Drang, die Revolution auf Dauer zu stellen, kein vorhersehbares Ende hatte: „Die Totalitären“ besaßen „kein Perpetuum mobile, das ihnen den Dauererfolg in der totalen Manipulation der Weltgeschichte sichert(e).“¹⁹⁹¹ Vielmehr wurden unvorhergesehene gesellschaftliche Entwicklungen als Nebenprodukt der „permanenten Revolution von oben“ freigesetzt, die ihrerseits der fortgesetzten Durchführung der totalitären Dynamik zuwiderliefen, so dass sich für Löwenthal die grundsätzliche Frage nach den Grenzen der Möglichkeit totaler gesellschaftlicher Planung und nach der Vergänglichkeit des totalitären politischen Systems stellte.¹⁹⁹²

Diese entscheidende Frage seiner Totalitarismuskonzeption aus dem Zusammenhang der Analyse des Sowjetkommunismus war freilich nur empirisch zu beantworten. Dasselbe galt ebenso für die sich aufdrängende Frage, inwiefern das Regime auf der zeitgenössischen

¹⁹⁸⁸ Walter Schlangen, Die Totalitarismus-Theorie. Entwicklung und Probleme, a.a.O., S. 72.

¹⁹⁸⁹ Hannah Arendt, Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, a.a.O., S. 475.

¹⁹⁹⁰ Walter Schlangen, Die Totalitarismus-Theorie. Entwicklung und Probleme, a.a.O., S. 73.

¹⁹⁹¹ Richard Löwenthal, Totalitäre und demokratische Revolution, in: a.a.O., S. 40.

¹⁹⁹² Vgl. ebenda S. 39 f.

Entwicklungsstufe der Veralltäglicung der totalitären Revolution „noch auf den Massenterror zurückgreifen könnte, um einer widerstrebenden Bevölkerung solche Umwälzungen aufzuzwingen“, so dass erst im konkreten historischen Einzelfall analytisch zu prüfen war, ob von einer postrevolutionären „totalitären Parteiherrschaft“ gesprochen werden konnte.¹⁹⁹³ Mit anderen Worten: Es war die Frage nach dem „Verhältnis von gesellschaftlichem Entwicklungsstand und totalitärer Bewegung“ der KPdSU verbundene Denkansatz,¹⁹⁹⁴ der es Löwenthal ermöglichte seine Totalitarismuskonzeption fortan historisch nicht nur im „Monat“ differenziert in erster Linie auf das nachstalinistische Herrschaftssystem anzuwenden.¹⁹⁹⁵

In seinem im Novemberheft des Jahres 1970 erschienenen Beitrag „Entwicklung kontra Utopie. Das kommunistische Dilemma“¹⁹⁹⁶ setzte sich Richard Löwenthal rückblickend mit der sowjetischen Entwicklung in den 1960er Jahren auseinander. Seiner Diagnose nach hatte sich in diesem Zeitraum die „Logik der Ökonomie“ gegenüber der „Logik der Ideologie“ durchgesetzt, was gleichbedeutend war mit dem Nachlassen der spezifischen revolutionären Dynamik und der Tatsache, dass sich die nicht geplanten immer wieder auftretenden Ansätze einer gesellschaftlichen Eigenentwicklung als stärker erwiesen, als die geplante „Revolution von oben“. Indem Löwenthal den „gesellschaftspolitischen Konflikt zwischen ideologischem Anspruch („Revolution von oben“) und gesellschaftlicher Wirklichkeit („Evolution von unten“) entwicklungs-theoretisch“ analysierte, vermochte er im Rahmen seiner Totalitarismuskonzeption in der Kontinuität des institutionellen Parteiregimes der KPdSU „gleichsam die Diskontinuität ihrer revolutionären Dynamik aufzufangen. Während sich der totalitäre Charakter der Sowjetunion über lange Phasen ihrer Entwicklung dadurch begründet hat(te), daß die KPdSU mit ihrem staatlichen Machtmonopol primär der ideologischen Utopie einer klassenlosen Gesellschaft nachstrebte, gleichwohl aber aus innen- und außenpolitischer Notwendigkeit tatsächlich einer modernen Industriegesellschaft

¹⁹⁹³ Ebenda, S. 40.

¹⁹⁹⁴ Marc-Pierre Möll, Gesellschaft und totalitäre Ordnung. Eine theoriegeschichtliche Auseinandersetzung, a.a.O., S. 160. Vgl. Walter Schlangen, Die Totalitarismus-Theorie. Entwicklung und Probleme, a.a.O., S. 73.

¹⁹⁹⁵ Vgl. besonders Richard Löwenthal, Nachtrag 1966 zu ders.: Totalitäre und demokratische Revolution, in: Bruno Seidel/Siegfried Jenkner, Wege der Totalitarismus-Forschung, a.a.O., S. 379-381; ders., The Model of the Totalitarian State, in: The Impact of the Russian Revolution 1917-1967. The Influence of Bolshevism on the World Outside Russia. Introduced by Arnold J. Toynbee, London/New York/Toronto 1967, S. 274-351; ders., 1917 and After. On the Model of Totalitarian State, in: Encounter 29 (1967) 4, S. 21-31; ders., „1917“: an Afterthought on Totalitarian Models, in: Encounter 29 (1967) 5, S. 60-64; ders., Von der gelenkten Revolution von oben zur spontanen Evolution von unten, in: ders./Boris Meissner (Hrsg.), Sowjetische Innenpolitik. Triebkräfte und Tendenzen, Stuttgart 1968, S. 114-129.

¹⁹⁹⁶ Ders., Entwicklung kontra Utopie. Das kommunistische Dilemma, in: Der Monat, Heft 266 (1970), 22. Jg., S. 60-84.

zustrebte, ist im Verlauf der historischen Entwicklung einer erfolgreichen Modernisierung die ideologisch bedingte revolutionäre Dynamik des sowjetischen Totalitarismus erlahmt“.¹⁹⁹⁷

Bei der Analyse dieses Entwicklungsproblems der Sowjetunion, das indes auch für andere kommunistische „Entwicklungsdiktaturen“ galt (z. B. China),¹⁹⁹⁸ ging Richard Löwenthal von drei Hypothesen aus:

„Erstens, daß im Verlauf des Entwicklungsprozesses die geplante Revolution von oben in wiederholten Konflikt mit ungeplanter Evolution von unten gerät, die in eine andere Richtung tendiert. Zweitens, daß mit zunehmendem Entwicklungserfolg die Kräfte der Evolution von unten stärker und die Kräfte der Revolution von oben schwächer werden, bis der Prozeß der wiederholten revolutionären Umwälzung seine Schwungkraft einbüßt und schließlich zum Stillstand kommt, weil die Kosten weiterer erzwungener Umwälzung für das Regime selbst – durch Einbuße an wirtschaftlicher Kraft und internationaler Macht – als untragbar empfunden werden. Drittens, daß der Verlust der revolutionären Dynamik, der die totalitären politischen Institutionen ihrer Legitimation beraubt, zu einem wichtigen Faktor für die Veränderung dieser Institutionen werden muß.“¹⁹⁹⁹

Alle drei Hypothesen hatten sich für Löwenthal im Falle der Sowjetunion bestätigt, weil der Verlauf der historischen Entwicklung des kommunistischen Parteiregimes zeigte, dass sich seine „Funktion und Wertmaßstäbe“ gewandelt hatten. Der Verlust der für totalitäre politische Systeme typischen revolutionären Dynamik hatte tatsächlich Veränderungen in der Herrschaftsstruktur zur Folge gehabt; das Parteienmonopol hatte sich wirklich von seinem „totalitären Status“ fortentwickelt.²⁰⁰⁰ Dieser Prozess hatte für Löwenthal nämlich zur Umkehr der „grundlegende(n) Beziehung zwischen dem monopolistischen Parteiregime und der „gesellschaftlichen Entwicklung“ geführt.²⁰⁰¹ Das politische System unterwarf jetzt nicht mehr mit seiner Befehlsgewalt eine „unterentwickelte Gesellschaft zugleich einer forcierten Entwicklung und einer Reihe von Revolutionen von oben“, sondern es musste „auf den Druck reagieren, der von einer zunehmend modernen Gesellschaft“ ausging.²⁰⁰² Ebendieser Wandel hatte zur Folge, dass „sowohl der Geist als auch die Methoden der Einparteierrschaft – das Selbstverständnis des Regimes und seine Regierungsweise – tiefgehend verändert worden“.²⁰⁰³

¹⁹⁹⁷ Marc-Pierre Möll, Gesellschaft und totalitäre Ordnung. Eine theoriegeschichtliche Auseinandersetzung, a.a.O., S. 160 f.

¹⁹⁹⁸ Vgl. ebenda, S. 74-78.

¹⁹⁹⁹ Ebenda, S. 78.

²⁰⁰⁰ Walter Schlangen, Die Totalitarismus-Theorie. Entwicklung und Probleme, a.a.O., S. 115.

²⁰⁰¹ Richard Löwenthal, Entwicklung kontra Utopie. Das kommunistische Dilemma, in: Der Monat, Heft 266 (1970), 22. Jg., S. 81.

²⁰⁰² Ebenda, S. 81.

²⁰⁰³ Ebenda, S. 84.

Dieses postrevolutionäre Parteiregime, schrieb Löwenthal, „*kann* nicht mehr seine revolutionäre Offensive gegen die Gesellschaft fortsetzen; es *will* sich nicht auf einen bloßen Ausdruck gesellschaftlichen Kräftekonstellation in einem bestimmten Zeitpunkt reduzieren lassen. So ist es weder totalitär noch demokratisch, sondern *autoritär*“.²⁰⁰⁴

Somit stellte Richard Löwenthal im Rahmen seiner Totalitarismuskonzeption und seines am Sowjetkommunismus gewonnenen dynamischen Totalitarismusbegriffs Anfang 1970 im „Monat“ fest, dass die zeitgenössische nachstalinistische „Monopolpartei-Herrschaft“ (Walter Schlangen) angemessen nur als autoritäre und nicht mehr als totalitäre Diktatur klassifiziert werden konnte; insofern kam es in diesem Zusammenhang zur Rückbildung von der Totalitarismus- zur Autoritarismuskonzeption.

Zusammenfassend betrachtet scheinen die Löwenthalsche Totalitarismuskonzeption und sein am Herrschaftsphänomen des Sowjetkommunismus gewonnener Totalitarismusbegriff der „totalitären Revolution im „Monat“ nicht nur wissenschaftlicher Motivation geschuldet gewesen zu sein. Den Anspruch, mit seinem dynamischen Totalitarismusbegriff die politischen Systeme des deutschen Nationalsozialismus und des sowjetischen Kommunismus (sowie des chinesischen Kommunismus) gleichzeitig theoretisch zu erfassen, konnte er ausschließlich anhand des „roten“ Totalitarismus empirisch belegen; anders gesagt: Die vergleichende Analyse der Verlaufsform der deutschen „Revolution“ mit der russischen Revolution erfolgte ohne eine empirische Prüfung beispielsweise des primär anhand des historischen Tatsachenmaterials des Nationalsozialismus entwickelten Begriffs der „permanenten Revolution“, die Sigmund Neumann in seiner 1942 erschienenen gleichnamigen Totalitarismusstudie vorlegte.

Richard Löwenthal wendete sich ausdrücklich gegen die Modelle (Hannah Arendt, Carl J. Friedrich/Zbigniew Brzezinski), die den Totalitarismus als ein politisches System definierten, dass seinem Wesen nach zu keinen inneren Wandlungen fähig sei.²⁰⁰⁵ Sein Aufsatz „Totalitäre und demokratische Revolution“ empfing zweifelsohne seinen „Sinn“ durch die nicht zuletzt durch die Entwicklungen in Ungarn und Polen 1956 genährte Hoffnung, dass die totalitäre Diktatur in der Sowjetunion erstens nicht die „Sackgasse der Weltgeschichte“ sei und zweitens die revolutionäre Dynamik des monopolistischen Parteiregimes zum Stillstand kommen könnte, so dass das Zeitalter des Totalitarismus bzw. der „totalitären Revolution“ endlich zu Ende geht.²⁰⁰⁶

²⁰⁰⁴ Ebenda, S. 84.

²⁰⁰⁵ Ebenda S. 78 (Fußnote 9).

²⁰⁰⁶ Vgl. Gerhard Schulz, Der Begriff des Totalitarismus, a.a.O., S. 449 f.

Gleichwohl hat es den Anschein, als ob es Richard Löwenthal mit seinem am Modell des sowjetischen Kommunismus entwickelten Begriffes der totalitären Herrschaft im „Monat“ nicht zuletzt um den Nachweis seiner zeitgenössischen Bedrohlichkeit für die westlichen Demokratien ging. Denn nachdem die klassischen Totalitarismustheorien den nach Stalins Tod einsetzenden Wandlungsprozess des sowjetischen Herrschaftssystems begrifflich nicht erklären konnten und nicht zuletzt aufgrund der konzeptionellen Schwächen in Frage gestellt wurden, gelang es Löwenthal den Totalitarismusbegriff nur aufrechtzuerhalten, indem er den Anwendungsbereich des Begriffes erweiterte und somit nicht mehr der (Massen-)Terror als unverzichtbares Merkmal einer totalitären Diktatur galt. Vor diesem Hintergrund wird hier die These vertreten, dass die Totalitarismuskonzeption und der -begriff von Löwenthal, nachdem der deutsche Nationalsozialismus nicht mehr existierte, in den Jahren des Kalten Krieges im „Monat“ in der Weise ausgeweitet wurde, dass sie realhistorisch in erster Linie mit der sowjetkommunistischen Herrschaft zur Deckung gebracht werden konnte. Dass er sich erst 1970 im „Monat“ vom Totalitarismusbegriff verabschiedete, um die Sowjetunion im Kontext des entschärften Ost-West-Konfliktes als autoritäres Regime zu charakterisieren,²⁰⁰⁷ obwohl bereits 1964 der Nachweis erfolgte, dass ein „bolschewistisches System unter den Bedingungen der Industriegesellschaft (...) eher zu einer autoritären als zu einer totalitären Verfassung“ tendierte,²⁰⁰⁸ hatte seinen Erklärungsgrund „offenbar allein in der politischen Funktion des Begriffes totalitärer Herrschaft“, wie es Martin Jänicke bereits auch und vor allem mit Blick auf Carl J. Friedrich feststellte.²⁰⁰⁹

²⁰⁰⁷ Hier sei daran erinnert, dass Ende der sechziger Jahre vom damaligen deutschen Bundeskanzler mit seiner Ostpolitik eine neue Phase der Entspannungspolitik gegenüber der Sowjetunion und den osteuropäischen Satellitenstaaten eingeleitet wurde, die durch die Unterzeichnung der Moskauer Verträge am 12. August 1970, einen vorläufigen Höhepunkt fand, in dem sich die Bundesrepublik und die UdSSR verpflichteten, auf gegenseitige Gewaltanwendung und auf Gebietsansprüche zu verzichten.

²⁰⁰⁸ Peter Christian Ludz, Entwurf einer soziologischen Theorie totalitär verfaßter Gesellschaft, in: Bruno Seidel/Siegfried Jenkner, Wege der Totalitarismus-Forschung, a.a.O., S. 532-559 (hier S. 549).

²⁰⁰⁹ Martin Jänicke, Totalitäre Herrschaft. Anatomie eines Begriffes, a.a.O., S. 243. Zur politischen Funktion der Totalitarismustheorie in der Zeiten des Kalten Krieges vgl. grundsätzlich Abbott Gleason, Totalitarianism. The Inner History of the Cold War, New York 1995.

VI. Zusammenfassung. Historisch-Politische Kontextualisierung und abschließende Bewertung.

I.

„Der Monat“ leistete zweifelsohne einen bedeutenden Beitrag bei der Demokratisierung und „Verwestlichung“ der bundesrepublikanischen Nachkriegsgesellschaft sowie in der facettenreichen kulturpolitischen und ideologischen Auseinandersetzung mit dem sowjetischen Kommunismus. Insofern erfüllte die 1948 im Auftrag des Militärgouverneurs der amerikanischen Besatzungszone in Deutschland, General Lucius D. Clay, von Melvin J. Lasky gegründete Zeitschrift ihre zentrale Funktion im Kontext der amerikanischen Deutschlandpolitik. Die durch den ausgebrochenen Kalten Krieg weltpolitisch zugespitzte Situation, die in der Berliner Blockade 1947/48 durch Stalin einen ersten Höhepunkt besaß, erforderte einen veränderten Charakter der amerikanischen Besatzungspolitik gegenüber dem zukünftigen Rechtsnachfolger des zusammengebrochenen „Dritten Reiches“. Denn angesichts des sowjetischen Bedrohungspotentials bestand im Rahmen der Politik der „Re-Orientierung“ das Ziel darin, Westdeutschland zu einem strategisch wichtigen Bündnispartner zu machen und dessen Bevölkerung dauerhaft und tief greifend für die „eigene Sache“ zu gewinnen, so dass mit Blick auf die Umerziehung der Deutschen ein flexiblerer Ansatz notwendig wurde. Hierbei griff man explizit die demokratischen Grundtendenzen der „Re-Education“ auf und passte sie den neuen politischen Bedingungen an. In diesem Zusammenhang avancierte „Der Monat“ zu einem ganz entscheidenden Instrument, um unter genuin antikommunistischen Vorzeichen die Werte der liberalen Demokratie amerikanischer (bzw. westlicher) Provenienz der westdeutschen Bevölkerung zu vermitteln. Mit knapp 25.000 Exemplaren war das Periodikum eines der auflagenstärksten Zeitschriftenorgane in den fünfziger Jahren und konnte der anvisierten Zielgruppe, in erster Linie Bildungsbürger, Intellektuelle, Akademiker und Studenten, aber auch Politiker, ein unverstelltes Bild westlicher, primär amerikanischer Hochkultur vermitteln und gleichzeitig auf hohem Niveau eine antikommunistische Diskussion zu führen.

Damit verbundenen war indes ein fundamentaler Wandel der amerikanischen Besatzungspolitik. Im Rahmen der grundsätzlichen politischen Konzeptionen der vier Alliierten stand diese nach dem militärischen Sieg über das nationalsozialistische Herrschaftssystem anfangs ausdrücklich im Zeichen einer harten Bestrafung der Deutschen

sowie einer umfassenden Demokratisierungspolitik, denn Deutschland wurde als „besiegter Feindstaat“ (Harry S. Truman) besetzt. Bereits im Verlauf des Zweiten Weltkrieges kamen in den staatlichen Regierungsstellen der Vereinigten Staaten Planungen in Gang, wie die tatsächliche Nachkriegspolitik in Deutschland aussehen sollte. Daran waren auch und vor allem deutsche Emigranten, Intellektuelle und Wissenschaftler um Franz L. Neumann im OSS-Apparat, der zentralen amerikanischen Nachrichten- und Geheimdienstbehörde, maßgeblich beteiligt. Vor dem Hintergrund der von 1942-1945 erstellten analytisch ausgerichteten (militär-)politischen Expertisen über das nationalsozialistische Herrschaftssystem und den insbesondere nach dem Überfall der Sowjetunion durch die Wehrmacht im Juni 1941 begangenen staatlichen Massenverbrechen setzten konkrete Überlegungen ein, wie die deutsche Gesellschaft grundlegend reformiert werden könne. Die weit gefassten Ziele dieser Reformpolitik fanden ihren Niederschlag in den vier großen „Ds“: Denazification, Demilitarization, Decartelization und Democratization.

Zunächst wurden allerdings aufgrund alliierter Übereinkunft die Hauptverantwortlichen für den Zweiten Weltkrieg und für die Kriegsverbrechen vom Nürnberger Militärtribunal angeklagt und verurteilt. Der Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess brachte die Entschlossenheit der vier Alliierten zum Ausdruck, unter anderem die unmittelbare Führungsspitze des „Hitlerregimes“ sowie der nationalsozialistischen Regierung und der Wehrmacht zu bestrafen. Die US-Regierung nutzte beispielsweise auch in den zwölf Nürnberger Nachfolgeprozesse gegen die Elite aus der Justiz, Wehrmacht, Diplomatie, Beamtenschaft, Ärzteschaft, Wirtschaft und Wissenschaft sowie gegen höhere SS-Führer, um insgesamt 177 weitere hochrangige Exponenten des nationalsozialistischen Systems anzuklagen. Darüber hinaus ging die amerikanische Militärregierung angesichts der von den Alliierten auf der Potsdamer Konferenz getroffenen Vereinbarungen im Kontext der Entnazifizierungspolitik besonders rigoros vor und war geprägt durch harte Bestrafungen und gesamtgesellschaftlich nachhaltige Sanktionen.

Insofern richtete sich die in der deutschen Öffentlichkeit weit verbreitete Skepsis und Kritik an der Entnazifizierung besonders gegen die US-Militärregierung, an der sich nicht nur die evangelische Kirche beteiligte, sondern auch die von prominenten Intellektuellen und Publizisten herausgegebenen Zeitschriften, wie beispielsweise „Der Ruf“, „Die Wandlung“ oder die „Frankfurter Hefte“. Damit verbunden war ein generelles Problem, das vor allem die amerikanische Besatzungspolitik in der ersten Phase, d. h. bis Ende 1947/Anfang 1948, im Ganzen betraf, in der die rigide Entnazifizierung mit umfassenden

Demokratisierungsmaßnahmen koinzidierte. Im Rahmen des anspruchsvollen und ambitionierten Programms der „Re-Education“ sollte der autoritären gesellschaftlichen und ideengeschichtlichen Tradition in Deutschland demokratische Werte entgegengesetzt werden. Mit Blick auf die Konstituierung einer grundsätzlichen demokratischen politischen Kultur in Deutschland wurde im Kontext der Umerziehungspolitik neben dem Bildungswesen und Rundfunk auch dem gesamten Medienbereich ein großer Stellenwert beigemessen. Hierbei spielten vor allem die (Tages- und Wochen-) Presse und die kultur-politischen Zeitschriften eine besondere Rolle, die auch die Auseinandersetzung mit der Geschichte des „Dritten Reiches“ in unterschiedlichem Maße ins Licht rückten. Insbesondere die große Anzahl allgemeiner politisch-kultureller Zeitschriften besaßen in der „Stunde Null“ neben der großen Auflagenstärke vor allem aufgrund ihrer konzeptionellen Anlage eine wichtige Funktion bei eben jener Konstituierung einer grundsätzlichen demokratischen politischen Kultur sowie eines demokratisch-parlamentarischen System im Nachkriegsdeutschland.

Die in den einflussreichen Zeitschriften „Die Wandlung“, „Der Ruf“ und „Frankfurter Hefte“ – die stellvertretend für viele andere standen – in unterschiedlicher Qualität zum Ausdruck gebrachte Skepsis und Kritik am Nürnberger Militärtribunal und an den Entnazifizierungsmaßnahmen brachte die amerikanische Besatzungsmacht sozusagen kulturpolitisch unter Zugzwang. Zudem stellte sich als ein zentrales Problem dar, dass sich in der deutschen Bevölkerung nach der anfänglichen breiten Zustimmung für den Hauptkriegsverbrecherprozess im Kontext mit den zwölf Nachfolgeprozessen und den Entnazifizierungsmaßnahmen immer mehr eine ablehnende Haltung breit machte, die keineswegs zufällig mit einer Ablehnung einer angeblichen deutschen „Kollektivschuld“ angesichts der nationalsozialistischen Verbrechen korrespondierte und in eine „Opfermentalität“ mündete. Damit verbunden war die Gefahr, dass die amerikanische Umerziehungspolitik scheitern könnte. Gleichzeitig musste die amerikanische Besatzungsmacht feststellen, dass insbesondere bei zahlreichen deutschen Künstlern, Schriftstellern und Intellektuellen die Kulturpolitik in der sowjetischen Besatzungspolitik ein nicht geringes Interesse fand. In diesen Kreisen war man sehr aufgeschlossen gegenüber der sowjetischen Kulturpolitik, weil hier die Forderung nach einer Auseinandersetzung mit der Geschichte des „Dritten Reiches“ häufig mit der Kritik am Kapitalismus – den sie für das Aufkommen des „Hitlerfaschismus“ mitverantwortlich machten – und der Hoffnung nach einem alternativen Wirtschaftssystem koinzidierte. Infolgedessen schien diesem Personenkreis die sowjetische Kulturpolitik mit dem anvisierten Konzept der „Stunde Null“

überaus attraktiv, weil hierdurch nicht zuletzt die Möglichkeit zu bestehen schien, die radikale Neugestaltung sowohl der gesellschaftlichen als auch der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland zu erreichen; was sich in vielen Fällen mit dem Wunsch nach einer sozialistischen Utopie verband. Zudem erwies es sich in der unmittelbaren Nachkriegszeit als ein entscheidender Vorteil, dass die SMAD-Kulturbürokratie das ideologisch-politische Modell des Sozialismus den deutschen Intellektuellen in einer Form präsentierte, das bemerkenswert liberale und pragmatische Züge aufwies, das sich also ohne den stalinistischen Hintergrund zeigte. Vor dem Hintergrund der nationalsozialistischen Vergangenheit gelang es den Sowjets erfolgreich einen antifaschistisch-„demokratischen“ Grundkonsens zu begründen, der einerseits Künstler und Intellektuelle aus dem bürgerlich-liberalen, sozialdemokratischen und auch dem katholischen Lager und andererseits einen nicht unerheblichen Teil der linksintellektuellen Emigranten sowie apolitische Künstler und Intellektuelle, die während der NS-Diktatur im „inneren Exil“ lebten, ansprach. Mittel dazu waren insbesondere die Forderung nach der Einheit der Arbeiterbewegung und der seit 1946 einsetzenden konsequenten Adaption des nationalen Gedankens. In diesem Zusammenhang gelang den Sowjets mit dem „Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands“ unter dem Präsidenten Johannes R. Becher ein entscheidender kulturpolitischer Schachzug, der sich am zonenübergreifenden Erfolg ablesen ließ und weit über den Intellektuellenkreis hinausging. Dass es sich beim Kulturbund um eine „fellow-traveller“-Bewegung handelte, die in der konzeptionellen Tradition Willi Münzenbergs stand, war freilich anfangs nur „Experten“ ersichtlich, so dass bei den „Altmeistern“ der kommunistischen Agitations- und Propagandamethoden um Arthur Koestler die Alarmglocken klingelten, weil sie die politischen Gefahren erkannten, zumal die sowjetische Besatzungsbehörden mit der kulturpolitischen Monatszeitschrift „Aufbau“ über ein weiteres einflussreiches Organ verfügten.

Infolgedessen existierten mehrere wichtige Gründe, die die amerikanische Militärregierung unter General Clay veranlassten den „Monat“ ins Leben zu rufen. Hierbei stand freilich die Gründung in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der allgemeinen Entwicklung der internationalen Beziehungen zwischen den beiden Großmächten. Der fundamentale Systemkonflikt wirkte sich auch und vor allem auf die Deutschlandfrage aus, spitzte sich in den Vorgängen des Jahres 1947 (Gründung der „Bizonie“ und somit Herausbildung eines westdeutschen Kernstaates, Verkündung der Truman-Doktrin und des Marshall-Planes, Kominform-Gründung im September und Verkündung der „Zwei-Lager-

Theorie“ durch Shdanow) zu und brach sich beim ersten gesamtdeutschen Schriftstellerkongress in Berlin im Oktober 1947 Bahn. Der hier zwischen der sowjetischen Delegation und Melvin J. Lasky ausgetragene Streit war nicht nur ein Symptom für den ausbrechenden Kalten Krieg, sondern besiegelte zudem symbolisch die Teilung der deutschen Intellektuellen entlang des Ost-West-Konfliktes.

Indes kam für führende Vertreter der US-amerikanischen Regierung der Ausbruch des Kalten Krieges keineswegs überraschend. Der politisch-ideologische Grundwiderspruch zwischen liberaler Demokratie und kommunistischer Sowjetdiktatur bestand seit der russischen Oktoberrevolution, die einen „Weltbürgerkrieg der Werte“ (Dan Diner) auslöste. Für einflussreiche amerikanische Politiker aus dem Außenministerium und dem diplomatischen Dienst stand fest – George F. Kennan stand hier stellvertretend –, dass der existenzielle Kampf zwischen dem freien Westen und dem totalitären Sowjetkommunismus systemimmanenten Bedingungen entsprach. Auch angesichts der konkret gemachten persönlichen Erfahrungen mit dem stalinistischen Terror in den 1930er Jahren machte sich dieser Personenkreis keine Illusion über die wahre Natur des sowjetischen Herrschaftssystems. Sie waren quasi der politischen Grundüberzeugung der „Riga-Fraktion“ verpflichtet, wonach der aus der russischen Revolution von 1917 entsprungene Sowjetstaat ein feindliches Wertesystem verkörperte, das den amerikanischen Ordnungsprinzipien in der Innen- und Außenpolitik diametral entgegengesetzt war. Die überzeugten politischen Antikommunisten fungierten bereits zeitweise als politische Berater in der Ära von Roosevelt sowie als russlandpolitische Experten im State Department, prägten indes vor allem die Nachkriegspolitik des neuen Präsidenten Harry S. Truman entscheidend mit. Ihrer Auffassung nach war der Kampf zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion als einzig verbliebene Supermächte nach dem gemeinsamen Sieg über den Nationalsozialismus nur eine Frage der Zeit und mit Blick auf die Anti-Hitler-Koalition operierte dieser Personenkreis in dem Bewusstsein, dass sie ausschließlich durch die im Laufe des Jahres 1941 entstandene tatsächliche Bedrohungssituation zusammengehalten wurde: Der gemeinsame Kampf gegen den Nationalsozialismus war *die* Klammer dieser unnatürlichen Interessengemeinschaft des Augenblicks. Zudem teilten sie die Überzeugung, dass die Vereinigten Staaten eine Vorreiterrolle zu spielen hätten im Kampf der westlichen Demokratien gegen die Sowjetunion und ihre Satellitenstaaten. Sie hingen der für die außenpolitische Strategie im Kalten Krieg maßgeblichen traditionellen Vorstellung an, wonach antidemokratische Mächte auf Dauer

eine Bedrohung der vitalen Interessen der Vereinigten Staaten darstellten. Ihr zentrales Thema war die Frage, wie die Übernahme Europas durch die Sowjetunion verhindert werden könne.

Nachdem sich die USA bereits auf der Grundlage von George F. Kennans Vorschlägen im Verlauf des Jahres 1946 an die *Containment*-Politik als außenpolitische Strategie zur Eindämmung der als aggressiv-expansionistisch beurteilten sowjetischen Politik orientierte, entwarf der anerkannte Russland-Fachmann nach seiner Ernennung zum Direktor des Politischen Planungsstabes im Außenministerium im Frühjahr 1947 einen ganz im Zeichen des antikommunistischen Grundkonsenses in der amerikanischen Führung stehenden Masterplan für den Kalten Krieg. Während mit der am 12. März 1947 verkündeten Truman-Doktrin die Entschlossenheit der USA zum Ausdruck gebracht werden sollte, den vom Kommunismus bedrohten Staaten Hilfe zu leisten, der Marshall-Plan gedacht war als ein Instrument die westeuropäischen Staaten vor dem Kommunismus zu bewahren und als ein weltweites Bollwerk zur Absicherung des amerikanischen Einflusses, fiel dem Geheimdienst CIA eine besondere Funktion zu.

Dabei war die Gründung der CIA am 18. September 1947 ein wichtiger Baustein in der Veränderung der Geheimnis- und Sicherheitsarchitektur der Vereinigten Staaten, die sich auch im neugeschaffenen Nationalen Sicherheitsrat ausdrückte. Indes war die Genesis und Entwicklung der CIA mit Problemen für das demokratische Verfassungssystem und die amerikanische Öffentlichkeit behaftet und betraf speziell Fragen fehlender oder unzureichender demokratischer Legitimation und Kontrolle des Geheimdienstes. Die von der CIA praktizierte Geheimhaltung bereitete sogar alsbald führenden Regierungspolitikern Sorgen. Gesetzliche Grundlage bildete das von Präsident Truman unterzeichnete Nationale Sicherheitsgesetz vom 26. Juli 1947. Demnach war der CIA als ein Geheimdienst im traditionellen Sinne geplant, deren vornehmliche Aufgabe im Sammeln, Auswerten und der Weitergabe von sicherheitsrelevanten Informationen bestand. Zudem sollte er den Nationalen Sicherheitsrat beraten sowie nicht genau festgelegte Aufgaben und Pflichten wahrnehmen, die nachrichtendienstliche Aktivitäten betreffen, welche die nationale Sicherheit berühren und von Zeit zu Zeit vom Nationalen Sicherheitsrat angeordnet werden. Eine Gesetzeslücke ermöglichte verdeckte Geheimoperationen in ausländischen Staaten und insofern wurde eine scharfe Trennung zwischen nachrichtendienstlichen und geheimdienstlichen Aktionsfeld nicht aufrechterhalten. Die Durchführung von verdeckten Operationen war nur mit direkter oder stillschweigender Genehmigung des Nationalen Sicherheitsrates möglich. Hierbei agierte der CIA nach dem Motto, wonach zur Abwehr der kommunistischen Gefahr der Zweck die Mittel

heilig und rechtsstaatliche Grundsätze außer Kraft gesetzt werden konnten. Es herrschte die Überzeugung vor, dass im Umgang mit einem gefährlichen Gegner, der sich an keinerlei (demokratische) Spielregeln hielt, auch die eigene Seite solche Regeln missachten dürfte.

Zwei auf der Basis von George F. Kennans politischen Vorstellungen vom Nationalen Sicherheitsrat erstellten Direktiven für geheime Operationen waren für den amerikanischen Geheimdienst im Bereich der politischen Kriegsführung richtungsweisend. In der ersten Direktive (NSC-4) vom 19. Dezember 1947 wurde der CIA-Direktor in einem streng geheimen Anhang (NSC-4A) angewiesen „verdeckte psychologische Aktivitäten“ zur Abwehr sowjetischer und sowjetische gesteuerter Aktivitäten durchzuführen. Da indes unklar blieb welche Verfahren zur Koordinierung bzw. Genehmigung solcher Aktivitäten befolgt werden sollten, wurde sie am 18. Juni 1948 durch eine neue, eindeutiger formulierte Direktive ersetzt (NSC-10/2), die es dem CIA erlaubte ein breites Spektrum von Geheimoperationen durchzuführen. Neben Propaganda, Wirtschaftskrieg, Präventivmaßnahmen einschließlich Sabotage, Gegensabotage, Zerstörung und Evakuierung, zählten hierzu subversives Vorgehen gegen feindliche Staaten einschließlich der Unterstützung von Widerstandsbewegung, Guerilla und Flüchtlingsbewegungen. Der CIA wurde dazu verpflichtet, sämtliche Geheimoperationen, von denen es bald hunderte gab, so durchzuführen, dass sich die Regierung zu jedem Zeitpunkt glaubhaft davon distanzieren könne. Zudem sah die Direktive NSC-10/2 die Einrichtung einer speziellen Abteilung für verdeckte Aktionen (covert actions) vor, die zwar in der CIA integriert wurde, jedoch politisch und personell dem Planungsstab des Außenministeriums unterstellt war und mithin unter der Kontrolle George F. Kennans stand. Diese „Eingreiftruppe“ (Tim Weiner) fungierte unter dem Namen *Office of Policy Coordination* (OPC) – ein Deckname, mit dem die Arbeit dieser Gruppe kaschiert werden sollte –, die am 1. September 1948 und dem Leiter Frank G. Wisner ihre Arbeit aufnahm.

Zur eigentlichen Geburtsstunde der verdeckten Operationen der CIA im Kalten Krieg wurden aber bereits die italienischen Parlamentswahlen im April 1948, die die Verantwortlichen als Erfolg ansehen konnten (die Christdemokraten gewannen mit ausreichendem Vorsprung und konnten eine Regierung ohne die Kommunistische Partei bilden). Aber: Abgesehen davon, dass dieser verdeckten CIA-Operation die demokratische Legitimation fehlte (sie wurde nicht vom Kongress abgesegnet) und schlichtweg illegal war (sie begann schon vor der offiziellen Genehmigung durch den Nationalen Sicherheitsrat und beinhaltete zum Beispiel auch die Ermordung von führenden kommunistischen Politikern und Gewerkschaftsfunktionären), kam hier eine CIA-Praxis zum Vorschein, die im Hinblick auf

die Finanzierung von verdeckten Operationen einen richtungsweisen Charakter besaß. Da der CIA zu diesem Zeitpunkt noch über keinen eigenen Etat verfügte, wurden Gelder aus dem für den Wiederaufbau Europas vorgesehenen Währungsstabilitätsfonds abgezweigt und an vom amerikanischen Geheimdienst gegründete Tarnorganisationen weitergeleitet. Eine der einflussreichen Tarnorganisation trug den Namen „Kongress für kulturelle Freiheit“ und war eine der erfolgreichsten und wirkungsmächtigsten von der CIA initiierten verdeckten Operationen.

Obwohl im April 1948 die politische Entwicklung in Italien zugunsten der Vereinigten Staaten entschieden worden war, war sich die amerikanische Regierung darüber im Klaren, dass der Hauptschauplatz im Kalten Krieg in Deutschland und speziell in Berlin lag, wo sich der amerikanische und sowjetische Geheimdienst mit allen Mitteln der Spionage und Gegenspionage bekämpften. Besonders der Beginn der sowjetischen Blockade West-Berlins im Juni 1948 setzte die Vereinigten Staaten massiv unter Druck und ließ nach Ansicht der CIA-Führung die Gefahr einer offenen militärischen Konfrontation konkret werden. Die Berlin-Blockade löste einen beispiellosen Ausbau der verdeckten Operationen der CIA aus, die mit Blick auf die gesamte „Ostarbeit“ des Geheimdienstapparates darauf ausgelegt wurden, das gegnerische System zu schwächen und das eigene zu stärken. Waren die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg noch verbündete im Kampf gegen den Nationalsozialismus, machte der US-Geheimdienst nun in der weltweiten Auseinandersetzung mit dem Kommunismus mit zahlreichen rechtsgerichteten Diktaturen sowie Personen und Gruppen aus dem faschistischen Lager gemeinsame Sache (so übernahm der CIA-Apparat zum Beispiel im Juli 1949 die Organisation Gehlen von der US-Armee, zu dessen Personal auch Dutzende prominenter Kriegsverbrecher zählte, und begann sie in einen westlichen Nachrichtendienst umzuwandeln; zudem unterstützte der amerikanische Geheimdienst die rechtsradikale Gruppe „Bund Deutscher Jugend“). Außerdem machten Umsturzversuche und Unterstützung von antikommunistischen „Rebellen“ hinter dem Eisernen Vorhang einen wichtigen Teil der verdeckten Operationen der CIA aus. In die gleiche Richtung zielte die sogenannte Psychologische Kriegsführung in den sowjetisch kontrollierten Staaten in Ostmitteleuropa, mit der beabsichtigt wurde, die kommunistischen Staaten von innen zu untergraben, zu destabilisieren und damit einen Regierungswechsel vorzubereiten. Demzufolge bildete der „Kongress für kulturelle Freiheit“ im Rahmen der verdeckten CIA-Operationen einen wichtigen Bestandteil eines Netzwerkes von Gruppen und Organisationen im Kalten Krieg, ein Geflecht höchst unterschiedlicher Agenturen mit ebenso

mannigfaltigen Aufgabenbereichen innerhalb des Gesamtzusammenhanges der Auseinandersetzung zwischen den liberaldemokratischen Staaten des Westens und der kommunistischen Welt. Hierbei verfolgten der „Kongress für kulturelle Freiheit“ und die mit ihm organisatorisch und personell eng verbundene Zeitschrift „Der Monat“ im Hinblick auf den deutschen Sprachraum- und Kulturraum ganz spezielle Ziele.

Insofern war die Gründung der kulturpolitischen Zeitschrift „Der Monat“ sowie der im Anschluss an den in West-Berlin veranstalteten „Kongress für kulturelle Freiheit“ (1950) ins Leben gerufenen, gleichnamigen liberal-antikommunistisch ausgerichteten Intellektuellenorganisation der weltpolitischen Situation geschuldet. Ihr Entstehungskontext bildeten primär der Kalte Krieg sowie die aus den Resultaten des Zweiten Weltkrieges notwendig gewordenen Versuche, das neu konstituierte, liberaldemokratische kapitalistisch organisierte Hegemonialsystem der Vereinigten Staaten im Rahmen des Systemkonfliktes mit der Sowjetunion zu stabilisieren. Beide Institutionen waren Instrumente der US-amerikanischen Außenpolitik, mit denen die Werte des Westens gegenüber der kommunistischen Herausforderung öffentlichkeitswirksam vertreten wurden. Während „Der Monat“ in erster Linie auf Deutschland ausgerichtet war, engagierte sich der „Kongress für kulturelle Freiheit“ in der politisch-ideologischen Auseinandersetzung mit dem Kommunismus stalinistischer Couleur weltweit. Während der „Kongress“ vornehmlich von finanziellen Mitteln der CIA abhing, die anfangs direkt und später unter strengster Geheimhaltung über die sogenannten „dummy foundations“ (zum Beispiel der Ford- oder der Rockefeller-Foundation) ausgezahlt wurden, war die Finanzierung der „Lasky-Zeitschrift“ weitaus komplizierter und ist mit Blick auf die Frage des Geldgebers in der neuesten Forschung umstritten. Unbestritten erhielt „Der Monat“ anfangs seine finanzielle Mittel von der US-amerikanischen Militärregierung, also von OMGUS und später von der HICOG. Ob der CIA möglicherweise bereits vor dem Juli 1958 das Zeitschriftenprojekt mit Geldern ausstattete, also bevor die Pariser Zentrale des „Kongress für kulturelle Freiheit“ als Geldgeber in Erscheinung trat, konnte in dieser Untersuchung nicht geklärt werden. Gleichwohl gibt es genügend Anhaltspunkte dafür, dass möglicherweise „Der Monat“ bereits von Beginn an durch CIA-Gelder (mit-)finanziert wurde, nämlich aus „Vertraulichen Fonds“ des Marshallplanes, oder ab Oktober 1954 durch die Ford-Foundation und mithin in Form von verdeckt gezahlten Geldern.

Allerdings war das Zeitschriftenprojekt innerhalb der US-amerikanischen Besatzungsbehörden zu Beginn nicht unumstritten. Nicht zu unrecht befürchteten Vertreter

der „OMGUS-Linken“, d. h. Befürworter einer harten Bestrafung der Deutschen, dass Clay und Lasky fortan gegenüber den Deutschen einen entspannteren politischen Kurs fahren würden, als es das bis dahin gültige Re-Education-Konzept vorsah. Ihrer Auffassung nach bestand die Gefahr, dass anstatt einer offensiven Umerziehung bei gleichzeitigem defensiven Antikommunismus ein offensiver Antikommunismus an die Stelle tritt, der nicht zuletzt die Maßnahmen der Re-Education-Politik gefährden könnte bzw. zu relativieren drohte. Nachdem allerdings spätestens mit dem Sieg Trumans bei den Präsidentschaftswahlen 1948 die amerikanische Politik unter dem Primat des Antikommunismus stand, konnten sich Clay und Lasky auch gegenüber den politischen Kontrahenten innerhalb der amerikanischen Besatzungsbehörden durchsetzen.²⁰¹⁰ Infolgedessen wurde angesichts des ausgebrochenen Kalten Krieges ein neuer Blick auf die Deutschen geworfen, so dass das zentrale politische Ziel darin bestand, den ehemaligen Kriegsgegner zum „Partner“ zu machen und West-Deutschland zum Bollwerk gegen den Sowjetkommunismus auf- und auszubauen. In diesem politischen Fahrwasser befand sich auch der Herausgeber und Chefredakteur des „Monat“, Melvin J. Lasky, der in diesem Zusammenhang, ohne die Auseinandersetzung mit der Geschichte des „Dritten Reiches“ und der nationalsozialistischen Vergangenheit abschwächen zu wollen, die Auffassung vertrat, dass die Gefahr durch den Stalinismus größer wäre, als die von einem „längst überwundenen Faschismus“ ausgehende Gefahr. Dies schlug sich in der beschriebenen besonderen antitotalitären Antikommunismuskonzeption nieder. Obwohl das facettenreiche Totalitarismusphänomen sowohl nationalsozialistischer als auch sowjetischer Couleur ausführlich ins Licht gerückt wurde, dominierte die antikommunistische Ausrichtung. Da allerdings „Der Monat“ nicht als ein ausschließlich negativ-abgrenzendes Propagandainstrument gedacht war, koinzidierte der grundsätzliche Antikommunismus mit der Fokussierung der westlichen Individual- und Freiheitsrechte, die freilich im Kontext der „Re-Orientierung“-Funktion der Zeitschrift standen.

Ähnlich wie die von der amerikanischen Militärregierung in München im Oktober 1945 herausgegebene „Neue Zeitung“, die zur bedeutendsten deutschsprachigen Tageszeitung der ersten Besatzungsjahre avancierte, leistete „Der Monat“ einen entscheidenden Beitrag bei der „Amerikanisierung“ bzw. „Verwestlichung“ der Deutschen. Nachdem in den Jahren des „Dritten Reiches“ das „Fenster zur kulturellen Welt“ verschlossen war, konnte das Zeitschriftenorgan durch die facettenreiche inhaltliche Ausrichtung tatsächlich den Lesern den

²⁰¹⁰ Als Rechtfertigung für diesen Übergang der US-amerikanischen Deutschlandpolitik lässt sich der Beitrag Melvin J. Lasky, Die kurze Geschichte des Morgenthau-Plans. Ein dokumentarischer Rückblick, in: Der Monat, Heft 10 (1949), 1. Jg., S. 7-17 lesen, der die Genesis des legendären sogenannten Morgenthau-Plans und vehemente Kontroverse zwischen Befürwortern und Gegnern innerhalb der US-Regierungsspitze beschreibt.

Eindruck vermitteln, endlich wieder an den intellektuellen Debatten des Westens teil zu haben. In der Zeitschrift veröffentlichten Autoren, die, nachdem sie insbesondere in der unmittelbaren Anfangsphase aus den Vereinigten Staaten kamen, zur „Creme de la Creme“ des westlich-demokratischen Lagers schlechthin zählten und zu den Themen Literatur, Theater, Film, Kunst, Philosophie, Politik, Soziologie, Geschichte und Nationalökonomie schrieben. Im Zentrum des proamerikanischen Denkens standen vor dem Hintergrund der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung von 1776 Reflexionen über die Bedeutung der individuellen Freiheitsrechte als herausragender Topos des liberal-demokratischen Systems.

Die Freiheitsthematik wurde zudem ausdrücklich mit dem hervorgehobenen und ausführlich behandelten Aspekt von der Funktion der kulturellen Freiheit für den liberalen Westen verbunden und besaß sowohl für den berühmten West-Berliner „Kongress für kulturelle Freiheit“ im Juni 1950 als auch für die im Anschluss an die „heißen Tage“ gegründete gleichnamige Institution, eine herausragende Bedeutung. Individuelle und kulturelle Freiheit waren im „Monat“ Grundkonstituenten nicht nur des amerikanischen Systems, sondern von westlicher Zivilisation überhaupt, als deren eigentlicher Modellfall gleichwohl die Vereinigten Staaten erschien. Da das Zeitschriftenorgan jedoch für die amerikanische Regierung auch die politische Funktion besaß, angesichts des Kalten Krieges Westdeutschland militärisch zu einem strategisch wichtigen Bündnispartner zu machen – die Gründung der Bundeswehr und die Wiederbewaffnungsproblematik waren Schwerpunktthemen – und mithin die Bedeutung der deutschen Westorientierung hervorzuheben, stand proamerikanisches und proeuropäisches Denken keineswegs im Widerspruch zueinander, sondern ergänzten sich. Deshalb koinzidierte die grundsätzliche Thematisierung der europäischen Einigung, d. h. der Aufbau eines politisch und ökonomisch neuen Europas, mit dem Ziel der transatlantischen Ausrichtung, in deren Mittelpunkt die Rolle Westdeutschlands stand.

II.

Dem politischen Selbstverständnis nach verstand sich „Der Monat“ als eine antitotalitäre Zeitschrift und fühlte sich den liberal-demokratischen Werten verpflichtet. Ex negativo bedeutete dies die Ablehnung und Gegnerschaft zu allen nichtdemokratischen Herrschaftsregimen wie unter anderem des deutschen Nationalsozialismus, des italienischen Faschismus, rechtsgerichteten Diktaturen in Spanien, Portugal oder auch in Mittel- und Südamerika sowie des sowjetkommunistischen Herrschaftssystem einschließlich seiner

Satellitenstaaten. Als totalitäre Herrschaftssysteme wurden der Nationalsozialismus und der Sowjetkommunismus – insbesondere in seiner stalinistischen Phase – apostrophiert. In Anbetracht der antitotalitären Grundposition folgte daraus, dass die Analyse und Beschreibung des nationalsozialistischen und des sowjetkommunistischen Herrschaftssystems, der Vergleich der beiden Regime und die zeitgenössischen Totalitarismustheorien zu Schwerpunktthemen avancierten.

Analog zu Eric Voegelins ideengeschichtlichen Erklärungsansatz wurden der Nationalsozialismus und der Sowjetkommunismus (sowie der italienische Faschismus) generell als Produkte des Säkularisierungsprozesses angesehen. Obwohl sich die einzelnen Autoren nicht ausdrücklich auf den deutschen Emigranten beriefen, besaß gleichwohl der 1938 in seinem gleichnamigen Buch entwickelte Begriff respektive das (Forschungs-)Paradigma „Politische Religion“ einen entscheidenden Einfluss bei der (vergleichenden) Analyse der modernen politischen Gewaltregime. Die Ideologien wurden als das Ergebnis einer innerweltlichen Religion aufgefasst, die das Kollektiv der Rasse, der Klasse, der Nation oder des Staates als sogenannten Realissimum erlebten, nämlich als „Abfall von Gott“, d. h. der Abkehr von der „überweltlichen Religion“ des Christentums.²⁰¹¹

In diesem Zusammenhang wurde das Konzept der „Politischen Religion“ unausgesprochen als grundsätzlicher analytischer Rahmen verwendet, um das Auftauchen der politischen Massenbewegung nach dem Ersten Weltkrieg in Deutschland und der Sowjetunion (sowie in Italien) zu erklären. Sie wurden als ein Ausdruck einer fundamentalen Krise der westlichen Zivilisation verstanden, die aus dem Verlust des (christlichen) religiösen Glaubens und der Abwendung von Gott resultierte. Dieser bereits im 18. Jahrhundert in Gang gekommene Prozess habe demnach im 19. und in verstärktem Maße im 20. Jahrhundert zu einer fortschreitenden Verweltlichung, zu Entseelung und Veräußerlichung, zu reinem Macht- und Erwerbsstreben sowie schließlich zu Atheismus und Nihilismus geführt, und das widerchristliche Totalitarismusphänomen erst möglich gemacht. Hierbei kam im „Monat“ zur Sprache, dass sowohl der Nationalsozialismus als auch der Sowjetkommunismus vorhandene religiöse Bedürfnisse der Individuen ausnutzten. Die mentalen und (sozial-)psychologischen Voraussetzungen für die Anfälligkeit der einzelnen sogenannten verlassenen und ängstlichen Menschen in der modernen (kapitalistischen) Industriegesellschaft für das Totalitarismusphänom lagen dem „Monat“ zufolge darin, dass in einer Welt ohne Gott eine existentielle geistige Leere entstanden ist. Hierbei wurde generell angesprochen, dass sowohl

²⁰¹¹ So wurde beispielsweise von Hans Kohn das Phänomen des Nationalismus ausdrücklich als ‚Ersatzreligion‘ aufgefasst, das sowohl für den Nationalsozialismus als auch für den Sowjetkommunismus charakteristisch war.

im Nationalsozialismus als auch im Sowjetkommunismus ein messianischer Führerkult bzw. -glauben existierte und das Hitler und Stalin (sowie Lenin) als quasi gottähnliche Herrscher betrachtet wurden, in die die Massen ihre heilgeschichtlichen Erlösungsvorstellungen hineinprojizierten.

Zudem fungierte implizit als weiterer Interpretationsrahmen beim Vergleich der beiden totalitären Bewegungen die sozialreligiöse Variante der Totalitarismustheorie des englischen Kulturhistorikers Norman Cohn. Entsprechend seiner Studie „The Pursuit of the Millennium“ (1957) bestand demnach eine wesentliche Gemeinsamkeit darin, dass die in den Ketzerbewegungen des Mittelalters anzutreffende revolutionäre Eschatologie im „Dritten Reich“ und dem (sowjetischen) Kommunismus fortlebten, und dass die eigene Partei die innerweltliche Heilserlösung verwirklichen werde.²⁰¹²

Das Paradigma der „Politischen Religion“ diente also im „Monat“ als grundsätzlicher Rahmen, um die totalitären Gewaltregime, die politischen Massenbewegungen und ihre Ideologien zu interpretieren. Insofern knüpfte die Zeitschrift an eine weit verbreitete zeitgenössische wissenschaftliche und publizistische Diktaturkritik an, die die Neuartigkeit der totalitären Diktaturen im Vergleich zu den aus der Geschichte bekannten despotischen, autokratischen oder tyrannischen Staatsform mit dem quasireligiösen Charakter begründeten. So betonte bereits Carlton J. H. Hayes auf der berühmt gewordenen wissenschaftlichen Konferenz im November 1939 in Philadelphia, die sich zum ersten Mal ausdrücklich auf die Totalitarismustheorie bezog, dass sowohl der Nationalsozialismus (bzw. Faschismus) als auch der Kommunismus aus dem „Verfall der traditionellen Religion und (der) Verdunkelung von religiösen Werten“ hervorgingen, aus der Sehnsucht der Massen, die entstandene religiöse Leere „mit irgendeinem neuen Glauben auszufüllen.“ In eben diesen neuen Diktaturen würden „wesenhaft religiöse Element(e)“ und „religiöse Gefühle“ angesprochen. „Als Hohepriester neuer und glühender Religionen“ appellierten die „Diktatoren von heute an die

²⁰¹² Gleichwohl spielten zentrale Gesichtspunkte aus Norman Cohns Totalitarismusinterpretation in erster Linie bei der Auseinandersetzung mit dem (sowjetischen) Kommunismus eine Rolle, ohne dass sich die Autoren des „Monat“ hier in irgendeiner Form auf die Untersuchungsergebnisse von Cohn zu beziehen brauchten. Denn obwohl Cohn beide totalitären Systeme in der Tradition der europäischen Ketzer- und Sektenbewegungen wurzeln ließ, lag es nahe, bestimmte von ihm herausgearbeitete Phänomene vornehmlich auf den Kommunismus zu beziehen, zumal von den Renegaten. Denn gerade sie hatten sozusagen aus erster Hand erfahren, wie sich die Tradition des apokalyptisch-messianischen Dualismus oder Chiliasmus in säkularisierter Form im Kommunismus wiederfanden: Zum Beispiel der an die christlichen Sekten im Mittelalter erinnernde permanente Kampf um die reine „Lehre“, niedergelegt „in (durchaus wechselnden) ‚Generallinien‘ im Kommunismus, von der der Gläubige abkommen konnte, wenn er sich dem Wechsel der Generallinie nicht schnell genug anpaßte.“ Imanuel Geiss, Die Totalitarismen unseres Jahrhunderts, in: Eckhard Jesse (Hg.), Totalitarismus im 20. Jahrhundert. Eine Bilanz der internationalen Forschung, a.a.O., S. 160-175 (hier S. 169).

Massen. Als Neubekehrte“, so Hayes, antworteten „die Massen enthusiastisch und fanatisch“ auf diesen Appell.²⁰¹³ Auch Raymond Aron benutzte bekanntlich im selben Jahr ausdrücklich den Begriff der „politischen Religion“, als er den unterschiedlichen politischen, soziologischen und ideengeschichtlichen Ursprüngen des Nationalsozialismus, des italienischen Faschismus und des sowjetischen Kommunismus nachging.²⁰¹⁴

Nicht zuletzt mit Blick auf den sowjetischen Kommunismus wurde im „Monat“ der Begriff „politische Religion“ angewandt. So wurde nicht nur die Theorie und Praxis des Marxismus respektive des Kommunismus als innerweltliche Religion verstanden und sogar als „Islam des 20. Jahrhunderts“ (Jules Monnerot) apostrophiert,²⁰¹⁵ sondern spielte bereits bei der Thematisierung der historisch-politischen und ideengeschichtlichen Ursprüngen des linken Totalitarismus in einigen Beiträgen eine Rolle. Zum eigentlichen Bezugspunkt wurde hierbei die jakobinische Tradition der Französischen Revolution, deren quasireligiöser Charakter angesprochen wurde. Man betrachtete sie man mehr oder weniger als Antizipation der sich nach der Oktoberrevolution von 1917 entwickelnden sowjetischen ‚Schreckensherrschaft‘ sowie, ganz generell, als Beispiel für die Idee und Praxis einer ‚Volksdemokratie‘ als „totalitärer Demokratie“.

In prononcierter Form wurde die Parallelität von Demokratie und Totalitarismus in dem Beitrag „Totalitäre Demokratie“ von Jacob L. Talmon untersucht. In der deutschen Übersetzung des Eingangs- und Schlusskapitels seiner 1952 in London erschienenen Studie „The Origins of Totalitarian Democracy“ sowie in den einleitenden Worten der Redaktion des „Monat“ kam mit Blick auf den linken Totalitarismus in seiner realhistorischen Gestalt des Stalinismus zum Ausdruck, dass durch die Gleichsetzung der Freiheit mit Tugend und Vernunft im Sinne von Rousseaus Vorstellung einer „*volonté générale*“ jene „totalitäre Demokratie“ theoretisch begründet wurde, die später von Robespierre in der jakobinischen Phase der Französischen Revolution sowie durch Babeufs Plan einer egalitären kommunistischen Gesellschaft zum ersten Mal in die Praxis umgesetzt wurde. Im Gegensatz

²⁰¹³ Carlton J. H. Hayes, The Novelty of Totalitarianism in the History of Western Civilisation, in: a.a.O.; hier nach der dt. Übersetzung in: Bruno Seidel/Siegfried Jenkner (Hg.), Wege der Totalitarismus-Forschung, a.a.O., S. 86-100 (hier S. 90 und 90 f.).

²⁰¹⁴ Raymond Aron, Das Zeitalter der Tyrannen (Mai 1939), in: Joachim Stark (Hg.), Raymond Aron: Über Deutschland und den Nationalsozialismus. Frühe politische Schriften 1930-1939, a.a.O., S. 186-208; siehe die entsprechenden Ausführungen im Einleitungskapitel „Die wechselvolle Geschichte des Totalitarismusbegriffs“.

²⁰¹⁵ Vgl. François Bondy, Der exproprierte Marxismus, in: Der Monat, Heft 21 (1950), 2. Jg., S. 309-313; hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: Jules Monnerot, Sociologie du communisme, Paris [1949] (dt. Ausgabe: Soziologie des Kommunismus, Köln – Berlin 1952).

zur liberalen Demokratie zeichnete sich – wie gesehen²⁰¹⁶ – für Talmon die totalitäre insbesondere durch den Mangel an empiristischem Pragmatismus aus, verzichtete auf das Prinzip „trial and error“, und ging von der Annahme aus, dass es *die* Wahrheit ausschließlich in der Politik gäbe und diese mithin alle menschlichen und gesellschaftlichen Bereiche beherrschte. Nach Talmon konnte in diesem Zusammenhang von einem „politischen Messianismus“ gesprochen werden, da der Vorstellung über die Rolle der Politik im menschlichen Dasein, der Traum einer „vorausbestimmten harmonischen und vollkommenen Ordnung“ korrespondierte, „auf welche die Menschen unwiderstehlich zustreben und bei der sie unweigerlich anlangen müssen.“²⁰¹⁷

Für Talmon besaßen Vorstellungen einer in der Geschichte angelegten vollkommenen, herrschaftsfreien Ordnung, in der alle gesellschaftlichen Widersprüche und Konflikte aufgelöst sind, und die Doktrin des Gemeinwillens alle Eigenschaften einer „weltlichen Religion“. Die totalitäre Demokratie als eine Diktatur war für ihn dadurch gekennzeichnet, dass sie sich auf die Begeisterung der Volksmassen stützt, wodurch sie sich von traditionellen Autokratien unterschied. Für Talmon war sie das Ergebnis der Verknüpfung der Idee des 18. Jahrhunderts von der „natürlichen Ordnung“ und der Rousseauschen Idee von der Selbstentfaltung und Selbstbestimmung des Volkes. Durch diese Synthese wurde der Rationalismus in eine neue Art von Religion verwandelt.²⁰¹⁸

Der Vergleich zwischen dem Nationalsozialismus und dem Sowjetkommunismus besaß für den in dieser Arbeit zu Grunde liegenden Untersuchungszeitraum (Oktober 1948 bis April 1960; Heft 1 bis 139) eine zentrale Bedeutung. Indes beschränkte sich hierbei die ausdrückliche vergleichende Analyse der beiden totalitären Herrschaftssysteme primär bis zum Tod Stalins am 5. März 1953, der für den „Monat“ grundsätzlich eine historische Zäsur darstellte. In diesem Zusammenhang besaß die 1951 in den Vereinigten Staaten erschienene Totalitarismusstudie „The Origins of Totalitarianism“ von Hannah Arendt einen herausragenden Stellenwert. Insbesondere durch die Arendtsche Untersuchung wurde das Wesen und das Prinzip des Totalitarismus charakterisiert, und zudem dienten ihre entscheidenden analytischen Definitionsmerkmale für das Bestimmen der neuen Staatsform zahlreichen Autoren, um die totalitären Regime aus Deutschland und der Sowjetunion vergleichend zu beschreiben und zu analysieren. Danach war es vor allem die enge Affinität

²⁰¹⁶ Siehe die entsprechenden Ausführungen im Einleitungskapitel „Die wechselvolle Geschichte des Totalitarismusbegriffs“.

²⁰¹⁷ J[acob] L. Talmon, Totalitäre Demokratie, in: Der Monat, Heft 44 (1952), 4. Jg., S. 155-164 (hier. S. 156).

²⁰¹⁸ Siehe ebenda, S. 157-164.

zwischen Ideologie und Terror die den spezifischen totalitären Charakter des nationalsozialistischen und des sowjetischen Herrschaftssystems in seiner realhistorischen Gestalt des Stalinismus bestimmte und die unter anderem die *differentia specifica* sowohl zu traditionellen als auch zeitgenössischen (prä-)faschistischen oder diktatorialen Herrschaftssystemen ausmachte.

Vor dem Hintergrund der wechselvollen Geschichte des Totalitarismusbegriffes seit den 1920er Jahren und besonders vermittelt wesentlicher Gesichtspunkte sowie analytischer Definitionsmerkmale aus Hannah Arendts Totalitarismusstudie war im „Monat“ beim Vergleich des Nationalsozialismus mit dem Stalinismus die wesentliche Erkenntnis, dass es sich in beiden Fällen um Einparteienregime handelte, in der eine kleine (kriminelle) Führungsgruppe, an deren Spitze freilich Hitler und Stalin standen, durch die spezifische Methode des Terrors ihre totale Herrschaft sicherte. Zu den entscheidenden Herrschaftsinstrumenten avancierten für die Autoren die Geheimdienstapparate der Gestapo und des NKWD. Vor diesem Hintergrund wurde beim vergleichenden Blick auf das „Dritte Reich“ und den Stalinismus deutlich, dass es sich um allumfassende, alles verschlingende Herrschaftssysteme handelte, in denen durch einen allgegenwärtigen Terror quasi die gesamte Gesellschaft atomisiert war, die Angst allgegenwärtig war und es keinen Freiraum geben sollte und in denen die politische Ideologie nicht in irgendeiner Weise präsent war. Gleichwohl war es nicht nur ebendieser lückenlose Herrschaftscharakter, der nach Auffassung der meisten Autoren den deutschen und sowjetischen Totalitarismus auszeichnete, sondern zudem der auf den „Geist und die Seele“ (Harald Hurwitz) der einzelnen Menschen abzielende totale Herrschaftsanspruch; diese theoretische Erkenntnis kam stellvertretend in der Veröffentlichung des abgedruckten Buches „1984“ von George Orwell zum Ausdruck.

Zum Inbegriff der totalitären Herrschaftssysteme des Nationalsozialismus und des Sowjetkommunismus stalinistischen Typs wurde für den überwiegenden Teil der Autoren des „Monat“ das System der Konzentrationslager. Nicht nur für Hannah Arendt zählte es zu den grundlegenden Ansichten, dass die deutschen und die sowjetischen Lager als Laboratorien für ihren genuinen Anspruch dienten, dass Menschen total beherrschbar waren. Analog zu dieser Erkenntnis vertrat quasi „Der Monat“ die generelle Auffassung, dass sowohl für das nationalsozialistische als auch für das stalinistische Herrschaftsregime, deren gemeinsames Wesen der (permanente) Terror war, das System der Konzentrationslager zentraler Bestandteil war, und dass sie ohne die Lager im Grunde genommen nicht existieren konnten.

Die beiden totalitären Einparteienregime verkörperten für den „Monat“ und „seine“ AutorInnen die Prototypen der antidemokratischen Herrschaftsmodelle, die sich qua Definition den existentiellen Kampf gegen die westlichen liberal-demokratischen Staaten zum Ziel gesetzt hatten. Hierbei wurden in einigen Beiträgen neben den ideengeschichtlichen auch die gesellschaftsgeschichtlichen und politischen Voraussetzungen für die staatliche Machteroberung der nationalsozialistischen und bolschewistischen Massenbewegung thematisiert. Vor dem Hintergrund der Französischen Revolution und der allgemeinen europäischen Entwicklung des 19. Jahrhunderts – mit dem Entstehen der nationalistischen und sozialistischen Massenbewegungen nach „der“ 1848er Revolution – wurde im Ausbruch des Ersten Weltkrieges die entscheidende historische Zäsur gesehen, weil er zur materiellen „Not der Massen“ (Richard Löwenthal) führte. Damit waren die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Probleme der Menschen in Deutschland und Russland infolge der rasanten industriellen Entwicklung nach dem Ersten Weltkrieg gemeint, die auf einer allgemeinen Ebene angesprochen wurden. Insofern erfolgte beim Vergleich der beiden totalitären Staaten keine Analyse der genauen, komplexen länderspezifischen Bedingungen die zur staatlichen Machteroberung der Nazis und der Bolschewiki führten.

Analog zur Entwicklung des Totalitarismusbegriffes nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges vollzog sich auch im „Monat“ in der veränderten politischen und militärischen Landschaft des Kalten Krieges ein entscheidender Perspektivenwechsel, weg von einem eher antifaschistischen und antinationalsozialistischen hin zu einem primär antikommunistisch ausgerichteten Totalitarismusverständnis. Bildete bis dahin der Nationalsozialismus bzw. der Faschismus das Modell, an dem die kommunistische Variante gemessen wurde, übernahm im „Monat“ die stalinistische Sowjetunion diese Rolle. Hierbei lag die Zeitschrift ganz auf der Linie von Arthur M. Schlesinger, der in seinem 1949 erschienenen und im „Monat“ abgedruckten Buch „The Vital Center. The Politics of Freedom“ den Nationalsozialismus im Gegensatz zur Sowjetunion als noch nicht voll ausgereiftes Muster totalitärer Herrschaft kennzeichnete. Auf diese Weise verblieb der stalinistische Bolschewismus als eigentlicher Modellfall des Totalitarismus. Insofern war der Vergleich des Nationalsozialismus und des Stalinismus im „Monat“ insgesamt betrachtet dadurch geprägt, dass er sich im Fahrwasser der zeitgenössischen politisch-wissenschaftlichen Sowjetforschung der 1950er Jahre befand und in diesem Zusammenhang eine normative Funktion besaß. Denn bei dem Vergleich des deutschen und des sowjetischen Totalitarismus ging es nämlich primär um ein politisches Urteil, dessen zentrales Ziel angesichts des Kalten Krieges die grundsätzliche Delegitimation

des sowjetischen Kommunismus war – einschließlich der von Moskau dominierten osteuropäischen Satellitenstaaten und der SED-Diktatur. Dies kam insbesondere in der Auffassung zum Ausdruck – ohne hierbei die zeitgenössischen Forschungsergebnisse zur Geschichte des „Dritten Reiches“ heranzuziehen –, die sowjetisch-kommunistische Parteidiktatur als den eigentlichen Typus totalitärer Herrschaft einzustufen, weil sie im Gegensatz zum Nationalsozialismus die Wirtschaftsstruktur des Privateigentums radikal verändert und mithin die „Einheit von Staat und Gesellschaft“ (Arthur M. Schlesinger) realisiert hatte.

Dass es bei der vergleichenden Analyse des Nationalsozialismus und des Sowjetkommunismus im „Monat“ primär um ein politisches Urteil ging, wurde auch und vor allem bei der ausführlichen Auseinandersetzung mit dem des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages deutlich. So wurde in dem zweiteiligen Beitrag zum Hitler-Stalin-Pakt von A. Rossi (Heft 11 und 12) unter anderem durch einen instrumentellen Gebrauch von einzelnen Nürnberger Prozessdokumente nicht nur Stalin als eigentlich handelnder Akteur und territorialer Nutznießer betrachtet, sondern im Grunde genommen auch als derjenige, der selber die Hauptverantwortung für den deutschen Überfall auf die Sowjetunion trug und zudem eine Mitverantwortung für die nationalsozialistischen Massenverbrechen an den Millionen jüdischer Menschen innerhalb des „Generalgouvernement Polens“ besaß. Ausgeblendet wurde von A. Rossi (als auch von anderen Autoren) vor allem, dass nach dem Überfall der Wehrmacht auf die Sowjetunion im September 1941 auch die sowjetische Bevölkerung und die sowjetischen Juden zu den Opfern der deutschen Massenverbrechen zählten.

Parallelen hierzu existierten auch beim Vergleich des nationalsozialistischen und des stalinistischen Terrors, der in der Regel abstrakt oder im Rahmen von allgemeinen philosophischen Reflexionen über den Konnex von Ideologie und Terror erfolgte. Die konkreten Massenverbrechen des deutschen Nationalsozialismus (und mithin auch die Vernichtung des europäischen Judentums) und des sowjetischen Totalitarismus wurden hierbei allerdings nicht ausdrücklich verglichen.

Dies kam auch bei der Gegenüberstellung der nationalsozialistischen und der stalinistischen Konzentrationslager zum Ausdruck, die fast ausschließlich im Rahmen von abstrakten Reflexionen erfolgte. Während allerdings das sowjetische Konzentrationslagersystem im „Monat“ ausführlich beschrieben und analysiert wurde und hierbei auch der konkrete Terror zur Sprache kam – unter anderem durch die Rezension von

Büchern ehemaliger Häftlinge der stalinistischen Lager oder im Rahmen der ausführlichen Berichterstattung über die sogenannten Kravchenko- und Rousset-Prozesse in Paris (siehe Kapitel III) –, war die Einbeziehung der deutschen Lager nicht nur bei der vergleichenden Analyse der beiden totalitären Diktaturen von untergeordneter Bedeutung; hier fungierten im Grunde genommen die Konzentrationslager des „SS-Staates“ ausschließlich als Negativfolie für die stalinistischen Lager. Wie in dem Kapitel IV. 1 „Analyse des Nationalsozialismus“ gezeigt werden konnte, veröffentlichte das Zeitschriftenmedium keinen Beitrag, der sich ausdrücklich mit dem deutschen System der „Konzentrations- und Vernichtungslager“ (Hannah Arendt) auseinandersetzte. Außerdem rückten bei der vergleichenden Beschreibung und Analyse der ökonomischen Bedeutung der Konzentrationslager für die beiden totalitären Herrschaftssysteme, mit Ausnahme der kurzen Ausführungen von Hannah Arendt zur Rolle der Lager und der ‚Sklavenarbeit‘ für die Finanzierung des SS-Apparates und des NKWD in der der Veröffentlichung „Die Geheimpolizei“ (Heft 46), diese nahezu ausnahmslos mit Blick auf den sowjetischen Staat in den Fokus.

Die Ergebnisse der qualitativen und quantitativen Analyse des Nationalsozialismus und des Sowjetkommunismus im Kapitel IV der vorliegenden Untersuchung brachten weitere Unterschiede bei der Auseinandersetzung mit den beiden totalitären Regimen zu Tage, die im Folgenden resümierend gegenübergestellt werden sollen.

Die quantitative Auswertung ergab, dass die ausdrückliche Thematisierung, Beschreibung und Analyse der Geschichte des „Dritten Reiches“ in 60 Beiträgen²⁰¹⁹ und des Sowjetkommunismus in knapp 250 Beiträgen erfolgte. Während die 60 Beiträge zur Geschichte des „Dritten Reiches“ von knapp 30 Personen veröffentlicht wurden und sich letztlich der englische Historiker Hugh R. Trevor-Roper (neun Beiträge) sowie der schweizer Historiker Walther Hofer (fünf Beiträge) als die eigentlichen NS-Experten herauskristallisierten, wurden die knapp 250 Beiträge zur Geschichte des sowjetischen (bzw. internationalen) Kommunismus von 122 Autoren verfasst. Die meisten Beiträge veröffentlichten die ehemaligen Kommunisten Ernest Salter (neun), Franz Borkenau (zehn) und Richard Löwenthal (siebzehn), der ehemalige Troztkist, Herausgeber und Chefredakteur der Zeitschrift, Melvin J. Lasky (elf), sowie der schweizer Historiker und Publizist Herbert Lüthy (achtzehn).

²⁰¹⁹ Zudem ging die Zeitschrift in knapp 50 Beiträgen „indirekt bzw. nebenbei“ und in 40 Beiträgen aus einer explizit totalitarismustheoretischen Perspektive (wie zum Beispiel in den Auszügen aus Hannah Arendts Totalitarismusstudie) auf die Geschichte des „Dritten Reiches“ ein.

Während sich unter den Autoren, die sich ausdrücklich mit der Geschichte des „Dritten Reiches“ auseinandersetzten, nur vereinzelt prominente deutsche und internationale NS-Forscher befanden (u. a. Trevor-Roper, Walther Hofer), veröffentlichten mit Blick auf den sowjetischen Kommunismus ein großer Teil der renommierten internationalen Vertreter der sogenannten Sowjetforschung der 1950er Jahre.

Substantielle Unterschiede ergab auch und vor allem die qualitative Analyse der Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus und des Sowjetkommunismus:

- Während vom nationalsozialistischen Herrschaftssystem im Gegensatz zum angloamerikanischen polykratischen Forschungsansatz (z. B. Hannah Arendt, Gerald Reitlinger, Franz Neumann) ein personenzentriertes, stark hitlerzentriertes Bild gezeichnet wurde (die Geschichte des „Dritten Reiches“ wurde fast ausschließlich unter die Kategorie Hitler subsumiert und durch ihn erklärt), das mit einer totalitarismustheoretischen Perspektive korrespondierte (gemeinhin wurden neben Goebbels und dem Herrschaftsinstrument der Propaganda insbesondere Himmler und der Terrorapparat der SS und der Gestapo in den Blick genommen), erfolgte die Analyse des sowjetischen Herrschaftssystems differenzierter. Vor dem Hintergrund, dass zwischen drei Herrschaftsphasen unterschieden werden musste, rückten insbesondere der Stalinismus und der Nachstalinismus ins Zentrum. Im Hinblick auf das stalinistische Herrschaftssystem galt folgende Unterscheidung: In den bis zum Tod Stalins im März 1953 veröffentlichten Beiträgen wurde als interpretatorischer (Forschungs-)Ansatz ein personen-, d. h. stalinzentriertes Modell favorisiert, das mit einer totalitarismustheoretischen Perspektive koinzidierte. Gleichwohl kam hierbei zum Ausdruck, dass Stalin nach dem Tod Lenins lange Jahre keineswegs der alleinige „Herr und Meister“ der KPdSU und nicht von Anfang an der Alleinverantwortliche und -herrscher des nachleninistischen Regimes war. Auch und vor allem für die späten 1920er und frühen 1930er Jahre wurde aufgrund von zum Teil fundamentalen Meinungsverschiedenheiten sowie Rivalitäts- und Richtungskämpfen in der sowjetischen Staatspartei und im Politbüro nicht von einem genuinen Stalinregime und einer monolithischen Herrschaftsstruktur ausgegangen. Und in den Veröffentlichungen nach Stalins Tod wiederum, wurde sowohl für den Stalinismus als auch für den Nachstalinismus ein polykratischer Interpretationsansatz

favorisiert, der seinen Ausdruck in der „Vier-Säulentheorie“ (Parteiapparat, Geheimpolizei, Armee und staatliche Wirtschaftsverwaltung) fand; insofern schlug sich hier unausgesprochen der zur Erforschung des NS-Staates bezogene Analyseansatz des „Behemoth“-Autors Franz Neumann nieder.

- Während die Auseinandersetzung mit dem nationalsozialistischen Terror in erster Linie abstrakt erfolgte, besaß demgegenüber die Auseinandersetzung mit dem konkreten stalinistischen Terror eine große Bedeutung.
- Während die Thematisierung, Beschreibung und Analyse der konkreten deutschen Massenverbrechen sowie der Vernichtung des europäischen Judentums eine untergeordnete Bedeutung besaß und neben Hitler nahezu ausschließlich mit dem anonymen SS-Apparat Himmlers sowie dem Namen Heydrich in Verbindung gebracht wurden, wurden die konkreten stalinistischen Massenverbrechen ausführlich zur Sprache gebracht und substantiell untersucht. Auch wenn für den „Monat“ zweifelsohne primär Stalin persönlich die Verantwortung trug und der stalinistische Terror durch den NKWD durchgeführt wurde, wurde gleichwohl hervorgehoben, dass nicht zuletzt der „Große Terror“ in den Jahre 1934-38 (der damals zum Synonym des stalinistischen Terrors wurde) nicht auf die totalitäre Machtstellung und den „pathologischen Verfolgungswahn“ des Kremlchefs sowie die genuine Verfolgungs- und Verhaftungspraxis des sowjetischen Geheimdienstapparat reduziert werden konnte. Denn angesichts der nach dem Kirow-Mord am 1. Dezember 1934 in Gang gekommenen Parteisäuberung und des politischen Terrors gegen die Bevölkerung entstand nämlich tatsächlich in der Sowjetunion ein gesellschaftliches Klima, in dem jeder Bürger verdächtigt und zum „Feind“ erklärt werden konnte und gewissermaßen der gesamte Alltag des Sowjetbürgers von einer „Feindobsession“ bzw. „Feindparanoia“ infiziert war, so dass schließlich die von Hannah Arendt in ihrer Totalitarismusstudie beschriebene und analysierte „Atomisierung“ entstand, d. h. jene „Massengesellschaft terrorisierter und isolierter Individuen“. Diese wiederum hatte die gegenseitige Denunziation der einzelnen Parteimitglieder der KPdSU (einschließlich der Politemigranten der Komintern, der KPD und weiterer Funktionäre einzelner KPs) und der Menschen untereinander (sogar bis in die eigene Familie) sowie bei den sowjetischen Sicherheitsorganen zur Folge. Hierdurch wurde der stalinistische Terror nicht nur weiter in Gang gehalten, also permanent, sondern radikalisierte

sich vermittels der selbstreferentiellen bürokratischen Verfolgungslogik der Sicherheitsorgane zusätzlich.

- Während der stalinistische Terror trotz kaum vorhandenen zuverlässigen und „elementaren Dokumenten und Statistiken“ (Hannah Arendt) ausführlich und substantiell untersucht und interpretiert wurde, und sowohl die konkreten Massenverbrechen als auch die tatsächlichen Terrormethoden in den Fokus rückten (beispielsweise anhand von Erfahrungsberichten ehemaliger Kommunisten, die die Gewalt- und Folterpraxis des NKWD-Apparates und seiner Funktionäre eingehend beschrieben), wurden die nationalsozialistischen Massenverbrechen und die Vernichtung des europäischen Judentums ausschließlich in vier Beiträgen konkret beschrieben und analysiert; diese vier Beiträge waren empirisch ausgerichtet. Neben den beiden Beiträgen von Herbert Lüthy, *Der Führer persönlich. Gedanken beim Lesen zweier Biographien* (Heft 62; November 1953) und Walter Laqueur, *Die Affäre Kastner* (Heft 84; September 1955) handelte sich um die beiden Veröffentlichungen von Friedrich Carl Westphal, *Noch einmal ‚Die verhinderten Hochverräter‘* (Heft 32; Mai 1951) und von Hannah Arendt, *Bei Hitler zu Tisch* (Heft 37; Oktober 1951). Die Beiträge von Westphal und Arendt blieben in diesem Zusammenhang die beiden einzigen Veröffentlichungen, die sich ausdrücklich auf schriftliche Dokumente der Nürnberger Prozesse bezogen und vor allem auch benannten.
- Während die allgemeine zeitgenössische Forschungsliteratur im Hinblick auf die Auseinandersetzung mit der Geschichte des „Dritten Reiches“ im „Monat“ nur partiell eine Rolle spielte, besaß demgegenüber die Sowjetforschung von Anbeginn einen herausragenden Stellenwert. Bei der Analyse des Nationalsozialismus hatten im Grunde genommen nur die Bücher eine erkennbare Bedeutung (in Form einer Buchrezension, eines Vorabdruckes etc.), die entweder mit der stark hitlerzentrierten- und totalitarismustheoretischen Perspektive korrespondierten, oder den deutschen national-konservativen Widerstand des 20. Juli, die sogenannte Memoirenliteratur sowie ganz allgemein den Zweiten Weltkrieg zum Gegenstand hatten. Demgegenüber wurden die bedeutendsten Bücher der Sowjetforschung im „Monat“ rezensiert, (teil-)abgedruckt oder beeinflussten erkennbar die Beschreibung und Analyse des Sowjetkommunismus.

- Während im „Monat“ bei der Beschreibung und Analyse des Nationalsozialismus insgesamt betrachtet die komplexe Vorgeschichte der staatlichen Machteroberung der „Hitlerbewegung“ keinen breiten Raum einnahm (verantwortlich gemacht wurde insbesondere der Versailler Vertrag und Reichspräsident Hindenburg), ging man auf die historisch-politischen, gesellschaftlichen und ideengeschichtlichen Bedingungen der bolschewistischen Machtergreifung ausdrücklich ein. Mit Blick auf die NS-Herrschaft bedeutete dies, dass die tatsächlichen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Voraussetzungen für den Aufstieg der (nationalistischen) NS-Massenbewegung Ende der zwanziger Jahre genauso wenig in den Mittelpunkt gerückt wurden, wie die tatsächlichen Bedingungen, die zum Untergang der Weimarer Republik führten und zur Machtübertragung auf Hitler durch rechtskonservative, bürgerlich-aristokratische Führungsgruppen.
- Während die Machteroberung und -konsolidierung des „Führerstaates“ im „Monat“ nicht näher beschrieben und analysiert wurde, besaß insbesondere die innenpolitische Entwicklung des bolschewistischen Regimes nach der Oktoberrevolution eine zentrale Bedeutung. Insofern wurde weder die innenpolitische noch die außenpolitische Entwicklung Deutschlands in den Jahren 1933 bis 1938 fokussiert, so dass sowohl die nationalsozialistische „Judenpolitik“ als auch der Terror gegen die KPD oder die SPD nicht in das Zentrum des Erkenntnisinteresses rückte.

Daraus folgt, dass es dem „Monat“ im Gegensatz zur Geschichte des Sowjetkommunismus um keine aufklärerische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus ging. Angesichts der Untersuchungsergebnisse wird hier mit Blick auf die eigentliche Bedeutung der Totalitarismusstudie der prominenten Autorin Hannah Arendt in dem Zeitschriftenorgan die These vertreten, dass sie eine doppelte Funktion besaß: Eine antikommunistische und im Zusammenhang des von der Zeitschrift favorisierten Bildes des Nationalsozialismus. Vor dem Hintergrund des Anspruches, zwei als totalitär definierte Herrschaftssysteme unter einen Begriff zu subsumieren und gleichzeitig abzulehnen, bezog sich das Arendtsche Totalitarismusparadigma im „Monat“ nach dem Untergang des NS-Regimes aktuell politisch im Grunde genommen in erster Linie auf die stalinistische Sowjetunion und ihre Satellitenstaaten. Ebendiese Tendenz wurde durch die Veröffentlichung der beiden Kapitel „Totalitäre Propaganda“ (Heft 33/Juni 1951) und „Die Geheimpolizei“ (Heft 46/Juli 1952)

dadurch bestärkt, dass in beiden Fällen der umfangreiche, sich primär auf die Geschichte des „Dritten Reiches“ bezogene Fußnotenapparat der Totalitarismusstudie Hannah Arendts nicht mit abgedruckt wurde.²⁰²⁰ Zudem wurden zentrale analytische Definitionsmerkmale Arendts zur Bestimmung einer totalitären Herrschaft benutzt, um das sowjetkommunistische Herrschaftssystem substantiell zu analysieren und nicht zuletzt den stalinistischen Terror in den dreißiger Jahren zu interpretieren. Andererseits lag mit Blick auf die Analyse des NS-Herrschaftssystems im „Monat“ auch und vor allem durch die Veröffentlichung der beiden Kapitel „Totalitäre Propaganda“ und „Die Geheimpolizei“ der Schwerpunkt auf den repressiven und massenkommunikativen Machtmitteln, der exzessiven Propaganda und ihrer chiliastischen Ideologie, der Einparteienherrschaft und dem Personenkult. Vom NS-Staat konnte auf diese Weise das Bild eines monolithisch-totalitären Machtapparates gezeichnet werden, der hierarchisch nach dem Führerprinzip durchorganisiert war, in dem ein gigantischer Lenkungsapparat existierte, der die Massen zugleich umfassend ideologisierte, mobilisierte und kontrollierte, der sie führte und verführte. Unter Ausblendung zentraler Untersuchungsteile und -ergebnisse (z. B. der antisemitischen und imperialistischen Vorgeschichte des NS-Staates,²⁰²¹ dem Aufstieg der NS-Massenbewegung in der Weimarer Republik oder der spezifischen Strukturlosigkeit des „Führerstaates“²⁰²²) wurde so ein simplifizierendes und dämonisierendes Bild des „Dritten Reiches“ gezeichnet. Gleichzeitig konnten die NS-Massenverbrechen im Allgemeinen und die Vernichtung des europäischen Judentums im Besonderen auf die kleine Führungsclique um Hitler sowie die

²⁰²⁰ Insofern passte der einzige veröffentlichte Leserbrief zu den beiden Beiträgen Hannah Arendts von Walter Birkhahn (Zur Praxis des Polizeistaates, in: Der Monat, Heft 47, August 1952, S. 545) in dieses Bild. Während Birkhahn zu Beginn der Auffassung war, dass Arendts Aufsatz „Die Geheimpolizei“ in Deutschland besondere Aufmerksamkeit verdiene, „wo man zweimal in einer Generation das Heranwachsen und die unheilvollen Wirkungen eines Polizeistaates beobachten konnte“, bezogen sich die weiteren Ausführungen in erster Linie auf die Terrorpraxis des Stalinismus sowie auf den Zusammenhang von kommunistischer Ideologie und Terror. Insgeheim folgte Walter Birkhahn also in diesem Zusammenhang der antikommunistischen Funktion des „Monat“: Einerseits konzidierte er, dass es sowohl einen deutschen als auch einen sowjetischen Totalitarismus gab, andererseits hatte er mit seine Ausführungen, weil der Nationalsozialismus besiegt war, den Sowjetkommunismus und das SED-Regime im Auge.

²⁰²¹ Die Ausführungen in der Veröffentlichung des Kapitels „Der imperialistische Charakter. Eine psychologisch-soziologische Studie“ in Heft 24 (September 1950) aus der Totalitarismusstudie von Hannah Arendt bezogen sich ausschließlich auf den englischen Imperialismus, genauer, auf den imperialistischen Charakter des Kolonialsystems Großbritanniens und waren auf die konkrete Vorgeschichte des Nationalsozialismus zweifelsohne nicht zu übertragen, zumal der Beitrag ohne einführende, erläuternde Worte der Zeitschriftenredaktion erschien.

²⁰²² Hannah Arendt beobachtete damals eine Hierarchielosigkeit als Strukturphänomen, ohne dass dies irgendeine analytisch-politische Bedeutung in der „Lasky-Zeitschrift“ hatte, wonach der deutsche „Führerstaat“ eben nicht durch die vielbeschworene, immer wieder angesprochene dämonische Willenskraft Hitlers charakterisiert war, sondern dadurch, dass die „typische Eskalation der Ziele und der Gewaltanwendung“ (Hans Mommsen) aus der inneren Notwendigkeit entsprang, eben die „Bewegungs“-Struktur auf jeden Fall aufrechtzuerhalten. Für Arendt stand fest, dass sich die Stellung des „Führers“ aus seiner „Funktion für die Bewegung“ ergab. Hannah Arendt, Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, a.a.O. S. 576.

Herrschaftsinstitutionen der SS und der Gestapo reduziert werden. Somit konnte nicht zuletzt die Mitverantwortung und Mitwirkung der diplomatischen, bürokratischen, militärischen, medizinischen und wirtschaftlichen Eliten in das verbrecherische System kaschiert werden.

In diesem Zusammenhang wurde durch die von der Zeitschriftenredaktion vertretenen Auffassung einer klaren Trennung von Regime, d. h. der unmittelbaren Führungsgruppe, und dem deutschen Volk bei der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus eine entscheidende Weiche gestellt. Denn diese Trennung stellte eine Komplexitätsreduktion dar, weil sie der deutschen Bevölkerung den Platz eines „verführten Volkes“ zuwies und somit auf eine Exkulpation der ehemaligen „Volksgemeinschaft“ hinauslief. Insofern war die Ausblendung bestimmter Themenschwerpunkte und Aspekte der zurückliegenden nationalsozialistischen Vergangenheit im „Monat“ keineswegs dem Zufall geschuldet – wie zum Beispiel der genauen historisch-politischen Beschreibung und Analyse die zum 30. Januar 1933 geführt hatte oder der innen- und außenpolitischen Entwicklung des „Führerstaates“.²⁰²³ Auch wenn unter anderem aufgrund der zeitgenössischen Forschungsergebnisse zur Geschichte des „Dritten Reiches“ die zentrale Bedeutung der autoritären Tradition der deutschen Staatsbürokratie und die stark ausgeprägten antidemokratischen Vorstellungen bei den politischen Parteien und der deutschen Eliten außer Zweifel stand, so entsprach es ebenfalls einer historischen Tatsache, dass die deutsche Bevölkerung in erheblichen Maße bereits in den Wahlen Ende der zwanziger Jahre und zu Beginn der dreißiger Jahre der „Hitler-Partei“ ihren Zuspruch aussprach. Zudem waren es neben den innenpolitischen auch die außenpolitischen „Erfolge“ des NS-Regimes, die in der deutschen Bevölkerung den Glauben an den „Führer“ verstärkte, der nach dem „Anschluss“ Österreichs im März 1938 und insbesondere nach dem Einmarsch der Wehrmacht in Paris im Juni 1940 seinen Höhepunkt erreichte.

Insofern existierten angesichts zentraler Erkenntnisse im Hinblick auf die Analyse des Nationalsozialismus im „Monat“ insgesamt betrachtet starke Parallelen zu dem Bild, das führende deutsche Historiker und Publizisten nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges von der Geschichte des „Dritten Reiches“ gezeichnet hatten. Abgesehen von der in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft weithin verbreiteten Vorstellung, die nationalsozialistischen Massenverbrechen auf die kleine kriminelle Führungsclique um Hitler sowie die Herrschaftsinstitutionen der SS und Gestapo zu reduzieren, war es insbesondere die

²⁰²³ So erklärt sich die vollkommene Ausblendung der NS-Außenpolitik von 1933-38 nach meinem Dafürhalten auch dadurch, dass die Redaktion des „Monat“ und ein größerer Teil der konservativen Autoren nichts dagegen einzuwenden hatten und insbesondere das „Sprengen“ der Fesseln des Versailler Vertrages im Grunde genommen begrüßten. Insofern lag hier eine bemerkenswerte Affinität im politischen Denken vor.

Auffassung, dass die „Hitler-Diktatur“ einen Einbruch in der deutschen (sowie der europäischen) Geschichte darstellte und im Grunde genommen als ein Betriebsunfall der Weltgeschichte zu betrachten sei, der sich in Deutschland ereignete, allerdings in jedem Land möglich gewesen wäre, die Gemeinsamkeiten aufwies. Bekanntlich versuchten der Nestor der deutschen Geschichtswissenschaft, Friedrich Meinecke, mit seinem einflussreichen Essay „Die deutsche Katastrophe“ (1946) und Gerhard Ritters Buch „Europa und die deutsche Frage. Betrachtungen über die geschichtliche Eigenart des deutschen Staatsdenkens“ (1948) den Nationalsozialismus aus einer negativen gesamteuropäischen Entwicklung heraus zu erklären, die mit der Französischen Revolution begann und die angeblich parallel zu der generell gesunden und positiven Entwicklung des deutschen Staates existiert hat. Das „Dritte Reich“ erschien hierbei als Katastrophe, die über Deutschland hereinbrach, als ein historischer Zufall (zumeist mit Hindenburg assoziiert) angesehen wurde und sich größtenteils auf den „Dämon“ Hitler zurückführen ließ, so dass auch hier die spezifische Vorgeschichte des NS-Regime keinen besonderen Stellenwert besaß. Vor diesem Hintergrund war es nicht verwunderlich, dass die Redaktion des „Monat“ den nicht zuletzt unter einigen führenden englischen Historikern verbreiteten Ansichten vehement entgegentrat, demzufolge der Nationalsozialismus in die Kontinuität der deutschen Geschichte zu rücken sei. Beabsichtigt war, die historischen Tiefenschichten des „Dritten Reiches“, die zweifelsohne auch in der spezifischen politischen Entwicklung Deutschlands nach der Revolution von 1848 lagen, nicht ausdrücklich zu beleuchten und vor allem die preußische Tradition von einer prinzipiellen Verdächtigung auszunehmen, dem Nationalsozialismus in irgendeiner Form den Boden mit vorbereitet zu haben.²⁰²⁴

Insofern nutzte die Zeitschriftenredaktion das auch und vor allem durch die lebensgeschichtlichen Erfahrungen entstandene, häufig eine existentielle Signatur aufweisende theoretische und historisch-analytische Wissen zu den Ursprüngen und zur Entwicklung des nationalsozialistischen Totalitarismusphänomens im Gegensatz zum sowjetischen von zahlreichen einflussreichen Mitarbeitern nicht aus. Prominente Autoren, wie zum Beispiel Hannah Arendt, Herbert Lüthy, Dwight Macdonald, Arthur Koestler, Richard Löwenthal, Franz Borkenau, Raymond Aron, Hans Kohn, François Bondy, Peter de Mendelssohn oder Margarete Buber-Neumann, wären, wie es ihre wissenschaftlichen,

²⁰²⁴ Siehe besonders Golo Mann, Geschichtsschreibung als Realpolitik. Über A. J. P. Taylor und die Tragödie Mitteleuropas, in: Der Monat, Heft 38 (1951), 4. Jg., S. 130-140 (hierbei handelte es sich um die Rezension der Bücher: A. J. P. Taylor, The Habsburg Monarchy, London 1948 sowie ders., The Course of German History, [London 1945]. Vgl. hierzu auch A. J. P. Taylor, Die Realität der Geschichte. Eine Antwort, in: Der Monat, Heft 43 (1952), 4. Jg., S. 40-44 sowie Golo Mann, Ein Schlußwort, in: ebenda, S. 44 f.

politischen oder publizistischen Veröffentlichungen zeigten, prädestiniert gewesen über die Geschichte des Nationalsozialismus in all seinen sowohl vielschichtigen als auch verbrecherischen Dimensionen aufzuklären.²⁰²⁵

III.

Vor dem Hintergrund der von der Redaktion des „Monat“ in den Jahren der Ägide Melvin J. Laskys vorgenommenen klaren Trennung vom NS-Regime, d. h. dem dämonisch-übermächtigen Hitler mitsamt seiner kriminellen Führungselite, und dem deutschen Volk, wurde im Hinblick auf die Auseinandersetzung mit der unmittelbar zurückliegenden deutschen Vergangenheit, wie gesehen, eine entscheidende Weiche gestellt: Durch diese Komplexitätsreduktion wurde der deutschen Bevölkerung der Platz eines „verführten Volkes“ zugewiesen, die in Anbetracht der begangenen NS-Massenverbrechen auf eine Exkulpation der ehemaligen „Volksgemeinschaft“ hinauslief. In diesem Zusammenhang vertrat Hannah Arendt eine entschieden entgegengesetzte Auffassung. So war sie 1975 angesichts der von Konrad Adenauer in den Nachkriegsjahren vertretenden Behauptung, dass die „Mehrheit des deutschen Volkes gegen Hitler gewesen sei“, rückblickend der Meinung:

„Das ist eine Lüge. Wenn man das prozentual ausdrücken will, dann kann man sagen, 10 Prozent waren immer hundertprozentig dafür, 10 Prozent waren immer hundertprozentig dagegen, die übrigen 80 Prozent haben ihre Meinung von Jahr zu Jahr geändert. Ohne diesen Rückhalt im Volk hätte Hitler natürlich niemals regieren können. Keiner von solchen Leuten wie Hitler kann allein regieren, so etwas gibt es nicht.“²⁰²⁶

Indes stand die hier zum Ausdruck kommende „Theorie totalitärer Komplizenschaft“ (Norbert Frei) bereits im Mittelpunkt des von Hannah Arendt in der vierten Ausgabe der Zeitschrift „Die Wandlung“ im Jahre 1946 veröffentlichten Aufsatzes über „Organisierte Schuld“ und lag später ihrer Interpretation des Nationalsozialismus als ein System „totaler Herrschaft“ insgesamt zu Grunde;²⁰²⁷ zudem schlug sie sich nieder in Arendts 1950 zunächst nur in der US-amerikanischen Zeitschrift „Commentary“ erschienenen „Deutschlandbericht“ über die Nachwirkungen des Naziregimes, wo sie unter anderem den Lebenslügen der

²⁰²⁵ Siehe hierzu insgesamt das Kapitel II. Das Totalitarismusphänomen im Fokus des „Monat“.

²⁰²⁶ Legitimität der Lüge in der Politik? Hannah Arendt in der Diskussion mit Sebastian Haffner, Bernard Vogel und Hans-Friedrich Hölters, in: Adelbert Reif (Hg.), Gespräche mit Hannah Arendt, a.a.O., S. 101-126 (hier S. 115).

²⁰²⁷ Vgl. Hannah Arendt, Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, a.a.O., S. 574 sowie dies., Totalitäre Propaganda. Ein Kapitel aus „Die Ursprünge des Totalitarismus“, in: Der Monat, Heft 33 (1951), 3. Jg., S. 241-258 (hier S. 258).

Adenauer-Deutschen nachspürte und angesichts der Wirklichkeit der NS-Verbrechen und der Todesfabriken auch und vor allem eine spezifische Realitätsflucht der Deutschen konstatierte, die mit der Flucht vor der Verantwortung korrespondierte, die ihnen das „Hitlerregime“ aufbürdete.²⁰²⁸ So stellte Arendt am Anfang des ursprünglich in der Schlussphase des Zweiten Weltkrieges verfassten Textes über „Organisierte Schuld“²⁰²⁹ fest, dass die von der NS-Führung selbst noch in der sich anbahnenden militärischen Niederlage behaupteten Geschlossenheit des deutschen Volkes keinesfalls als „bloße Propaganda“ missverstanden werden durfte und „alle Hoffnungen der Alliierten auf ideologisch nichtinfiizierte Teile des Volkes (...) Illusion seien.“ Während das Regime anfangs versuchte die Berichte über die Massenmorde möglichst geheim zu halten, wurden sie Hannah Arendt zufolge im Laufe des Krieges von den Nazis selbst auf dem Wege der „inszenierten Flüsterpropaganda“ in Umlauf gebracht und von ihnen am Ende „völlig offen als Liquidierungsmaßnahmen“ zugegeben, so dass auch „diejenigen ‚Volksgenossen‘, welche man aus organisatorischen Gründen nicht hat in die ‚Volksgemeinschaft‘ des Verbrechens aufnehmen können, wenigstens in die Rolle der Mitwisser und Komplizen gedrängt“ wurden. Die totale Mobilmachung endete „in der totalen Komplizität des deutschen Volkes“.²⁰³⁰

Hannah Arendts radikale Überlegungen zu dem vergangenheitspolitischen Thema der Kollektivschuld und -verantwortung des deutschen Volkes im Hinblick auf den gesellschaftlichen Umgang mit der Hypothek des NS-Regimes und „der in seinem Namen unter den Bedingungen organisierter Komplizenschaft begangener Verbrechen“ blieben,

²⁰²⁸ Siehe dies., *Besuch in Deutschland*, a.a.O. sowie die entsprechenden Ausführungen über Hannah Arendt im Kapitel II.4.8.

²⁰²⁹ In der redaktionellen Vorbemerkung der Zeitschrift erfolgte der Hinweis, dass es „wichtig zu wissen“ sei, dass der Aufsatz von Hannah Arendt „im November 1944 in Amerika verfasst und in englischer Übersetzung im Januar 1945 in der Zeitschrift ‚Jewish Frontier‘ veröffentlicht worden ist.“ Hannah Arendt, *Organisierte Schuld*, in: *Die Wandlung*, Heft 4 (1946), 1. Jg., S. 333-344 (hier S. 333).

²⁰³⁰ Ebenda, S. 334.

Bei aller berechtigten Kritik, die man an der Zeitschrift „Die Wandlung“ aus unterschiedlicher Sichtweise üben kann, muss gleichwohl beim Vergleich mit dem „Monat“ mit Blick auf die Auseinandersetzung mit der Geschichte des „Dritten Reiches“ zum einen und Hannah Arendts Untersuchung „Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft“ zum anderen ausdrücklich hervorgehoben werden: „Die Wandlung“ veröffentlichte einzelne Vorfassungen späterer Unterkapitel ihrer Totalitarismusstudie, wenn auch mit teilweise starken Abweichungen, die für Arendt von eminenter Bedeutung waren. Die Kapitel „Über den Imperialismus“ (später: „Das Bündnis zwischen Kapital und Mob“), „Es gibt nur ein einziges Menschenrecht“ (später: „Die Aporien der Menschenrechte“) und „Parteien und Bewegungen“ (später: „Partei und Bewegung“) für die Untersuchung der Vorgeschichte des Totalitarismusphänomens, das Kapitel „Die Konzentrationslager“ (später: „Die Konzentrationslager“), um das spezifische Wesen der totalen Herrschaft zu analysieren.

Zur Erinnerung: Diese Kapitel wurden aber damals von Hannah Arendt noch ausdrücklich zur genuinen Beschreibung und Analyse des NS-Herrschaftssystems geschrieben, ohne den Vergleich mit dem Stalinismus zu ziehen. D. h., abgesehen von der zu Grunde liegenden Interpretation Hannah Arendts wurde bei der genuinen Beschreibung und Analyse des NS-Herrschaftssystems und seiner Vorgeschichte in „Die Wandlung“ zentrale Aspekte und Themen ins Licht gerückt, die dann im „Monat“ – so meine These – nicht zufällig ausgeblendet wurden, oder nur im Hinblick auf die „Rot=Braun-Gleichung“ Bedeutung erlangten.

nachdem sich bereits Karl Jaspers aus einer deutlich nachsichtigeren Perspektive entwickeltes politisch-pragmatisches Modell über die Schuldfrage aus dem Winter 1945/46 als zu anspruchsvoll erwies,²⁰³¹ im Nachkriegsdeutschland praktisch unbeachtet und wurden auch im „Monat“ nicht aufgegriffen.²⁰³² Insofern existierten an diesem angesichts der individuellen bzw. gesamtgesellschaftlichen Verstrickung in das NS-Regime und den deutschen Massenverbrechen vergangenheitspolitisch überaus aufgeladenen Punkt Gemeinsamkeiten zwischen der besiegten „Volksgemeinschaft“ und dem „Monat“: Sie lagen in der rigorosen Abwehr aller nicht auf Hitler, der unmittelbaren NS-Führung sowie dem durch Himmler und Heydrich personifizierten SS-Apparat beschränkten Vorwürfe. Nachdem sich in den unmittelbaren Nachkriegsjahren vor dem Hintergrund einer angeblichen „Kollektivschuldthese“²⁰³³ bei der besiegten „Volksgemeinschaft“ die Überzeugung verfestigte, dass die Alliierten eine kollektive Bestrafung beabsichtigten und sich daraufhin in West-Deutschland die angesprochene breite Abwehrfront gegen die (dreizehn) Nürnberger Prozesse und die Entnazifizierungspolitik konstituierte, wurde dieser vergangenheitspolitische Komplex im „Monat“ systematisch ausgeblendet.

Dasselbe galt für zentrale Themen und Aspekte der politisch-justitiellen Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur und ihren Gewaltverbrechen, zumal dann, wenn sie mit Blick auf die bundesrepublikanische Nachkriegsgesellschaft der späten vierziger sowie der fünfziger Jahre politische Brisanz besaßen und sie sogar von Fall zu Fall die Maßnahmen der Westalliierten und nicht zuletzt der US-Militärregierung selbst zur „Denazification“ West-Deutschlands konterkarierten. Hierbei lagen keine ausdrücklichen Vorgaben der amerikanischen Besatzungsmacht unter General Clay und später in Gestalt des Hohen Kommissars McCloy vor. Die Tatsache, dass „Der Monat“ als offizielles Organ ungewöhnlich viel Freiheit besaß, resultierte gerade aus dem Umstand, dass der Herausgeber und Chefredakteur Melvin J. Lasky von Anbeginn gewisse Grenzen respektierte und insbesondere die ausdrückliche Auseinandersetzung mit bestimmten kontroversen Fragen der

²⁰³¹ Im Kapitel I. 4. 1. „Die Nürnberger Prozesse und die Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur“ zeigte ich, dass Karl Jaspers einen Unterschied machte zwischen einer moralischen Kollektivschuld, deren Instanz ausschließlich die individuelle Selbstprüfung sein müsse, und einer strafrechtlichen Kollektivschuld für die Beteiligung an den NS-Verbrechen, die er ausschließlich für eine „kleine Minderheit“ gelten lassen wollte. Indes stand für Jaspers außer Frage, dass jeder einzelne Deutsche eine „politische Haftung“ zu übernehmen habe, denn der „Verbrecherstaat“ fiel seines Erachtens dem „ganzen Volk zur Last“.

²⁰³² Insofern lag der „Monat“ im Trend der kulturpolitischen Zeitschriften in Westdeutschland, in denen die Diskussion über die „Schuldfrage“ Ende der 1940er Jahre im Übergang zur Gründung der Bundesrepublik abrupt endete. Zum Verlauf dieser Debatte vgl. Barbro Eberan, Die Debatte um die Schuldfrage 1945-1949, München 1983.

²⁰³³ Vgl. Norbert Frei, Von deutscher Erfindungskraft oder: Die Kollektivschuldthese in der Nachkriegszeit, in: Rechtshistorisches Journal 16 (1997), S. 621-634.

deutschen Innenpolitik und der amerikanischen Innen- und Außenpolitik vermied.²⁰³⁴ Nach der Ablösung von staatlichen Stellen und dem Übergang 1954 zur Ford-Foundation sowie 1958 zum „Kongress für kulturelle Freiheit“ erklärte sich die ungewöhnlich große Freiheit der Zeitschrift aus der Tatsache, dass Lasky sowohl die inhaltliche Gesamtkonzeption als auch die Grenzen selbst festlegen konnte.²⁰³⁵ Somit bedurfte es insgesamt betrachtet keiner direkten Einflussnahme seitens der staatlichen Stellen, zumal der CIA und der Abteilung für verdeckte Aktionen, oder der Pariser Zentrale des „Kongresses für kulturelle Freiheit“.

Während sich ein großer Teil der ehemaligen nationalsozialistischen „Täter- und Mitläufer-Gesellschaft“ angesichts der Zerstörungen des Landes und des materiellen Elends, der eigenen Kriegstoten, der Kriegsniederlage, von Gefangenschaft und der vielfach als ungerecht empfundenen umfassenden Entnazifizierung in den frühen Nachkriegsjahren in eine „Opfergemeinschaft“ verwandelte,²⁰³⁶ die nicht nur eine Gesamtverantwortung für den Zweiten Weltkrieg und die Folgen ablehnte, sondern sich mit der Gründung der Bundesrepublik (in den regelmäßig durchgeführten Umfragen zum NS-Themenkomplex) für eine Beendigung der NS-Prozesse und überhaupt gegen eine Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit aussprach, ging „Der Monat“ in erster Linie auf bestimmte Aspekte und Fälle der vergangenheitspolitischen Dimension der NS-Diktatur ein: Die Zeitschrift setzte sich primär mit der NS-Vergangenheit auseinander, wenn es sich um Themen, aktuelle Anlässe oder Skandale handelte, die für die junge, in ihrem (internationalen) Ansehen und in ihrer Glaubwürdigkeit noch nicht über alle Zweifel erhabene Bundesrepublik eine hohe symbolische, geschichts- und imagepolitische Bedeutung besaßen.²⁰³⁷

Hauptaugenmerk galt hierbei insbesondere dem grundsätzlichen Gedenken der von den Deutschen, oder wie es nicht selten hieß, im „deutschen Namen“ begangenen

²⁰³⁴ Vgl. Michael Hochgeschwender, Freiheit in der Offensive? Der Kongress für kulturelle Freiheit und die Deutschen, a.a.O., S. 162; Harold Hurwitz, Der heimliche Leser. Beiträge zur Soziologie des geistigen Widerstandes, a.a.O., S. 19.

²⁰³⁵ Mit Blick auf die Vereinigten Staaten folgte daraus, dass es wie gesehen fortan keineswegs um ein unkritisches „Amerikabild“ ging und sich mehrere Beiträge mit zwei zentralen innenpolitischen Problemen auseinandersetzten: dem „McCarthyismus-Phänomen“ und der „Negerfrage“.

²⁰³⁶ Als Opfer verstanden sich nicht zuletzt die sogenannten Schicksalsgruppen, die Kriegsheimkehrer und -versehrten, die Hinterbliebenen und Ausgebombten sowie die „Heimatvertriebenen und Entnazifizierungsgeschädigten“.

²⁰³⁷ Vor diesem Hintergrund kritisierte man immer wieder das bei vielen Intellektuellen grassierende Unbehagen bzw. die Verachtung gegen die junge Bundesrepublik, in der sie sich heimatlos fühlten und dies in dem politisch wirkungsmächtigen Schlüsselwort „Restauration“ zum Ausdruck brachten. Vgl. besonders die scharfsinnige Analyse in dem Beitrag: Fritz René Allemann, Restauration im Treibhaus. Gedanken über ein Buch und eine Epoche, in: Der Monat, Heft 67 (1954), 6. Jg., S. 81-85; hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: Wolfgang Koeppen, Das Treibhaus, Stuttgart 1953.

Massenverbrechen, speziell an den europäischen Juden, wobei die „eigenen“ Toten, zumal die im Zweiten Weltkrieg getöteten Wehrmachtssoldaten, keineswegs dem Vergessen anheim fielen. Neben dem Erinnern an den „Holocaust“, dessen Name erst Jahrzehnte später diesen Verbrechenskomplex bezeichnete, wurde der Singularitätscharakter der Vernichtung des europäischen Judentums hervorgehoben, der sich aus zwei Gründen ergab: Zum einen aus der industriell betriebenen Ermordung von fünf bis sechs Millionen Juden in den östlichen Vernichtungslagern, zum anderen aus der Tatsache, dass zum ersten Mal in der Menschheitsgeschichte ein Staat sich zum Ziel gesetzt hatte, alle Mitglieder einer nach religiösen und politischen Kriterien definierten Gruppe, unabhängig von Alter und Geschlecht, auszurotten. Hierbei wurden die historisch beispiellosen Verbrechen gemeinhin mit dem in Polen gelegenen größten Vernichtungslager „Auschwitz“ umschrieben, wobei Auschwitz seinerzeit nicht nur eine unbekannte Ortschaft im Osten blieb, mithin ein ortloser Erinnerungsort, sondern auch ein Verbrechensort, an denen leibhaftige Deutsche als Täter nur schwer vorstellbar waren.²⁰³⁸ Neben dem generellen Gedenken an den Holocaust wurde hierbei besonders an die Entrechtung, Verfolgung, Deportation und Ermordung einzelner Juden erinnert: Exemplarisch stand hier das jüdische Mädchen Anne Frank.²⁰³⁹

Daneben besaß die Erinnerung an die Verfolgung und/oder Ermordung von wichtigen Vertretern der Emigranten, der SPD und des national-konservativen Widerstandes gegen die „Hitler-Diktatur“ einen großen Stellenwert, wobei wiederum dem Gedenken an die Gruppe des 20. Juli als Verkörperung des „anderen Deutschland“ eine ganz besondere Ehre zuteil wurde. Ausgenommen von dem Opfergedenken waren hierbei indes insbesondere (deutsche) Kommunisten sowie die sowjetische und osteuropäische Bevölkerung.

In diesem Zusammenhang verfolgte „Der Monat“ das vorrangige Ziel, seiner Leserschaft unmissverständlich ins Bewusstsein zu rücken, dass die Bundesrepublik Deutschland, die sich als Rechtsnachfolger des von den Siegermächten aufgelösten Deutschen Reiches von 1871 verstand und zugleich den Anspruch erhob, mit seinem Vorgänger, der „Hitler-Diktatur“, definitiv zu brechen, die Erbschaft des Nationalsozialismus anzutreten

²⁰³⁸ Vgl. z. B. Theodor Heuss, Ein Mahnmal, in: Der Monat, Heft 52 (1953), 5. Jg., S. 355-358. So bedeutsam die Rede des ersten Bundespräsidenten beim feierlichen Staatsakt zur Einweihung eines Mahnmals für die Opfer des Konzentrationslagers Bergen-Belsen am 30. November 1952 für die künftige Auseinandersetzung mit der NS-Verfolgungspolitik und den NS-Verbrechen in der Bundesrepublik war, muss gleichwohl festgehalten werden, dass Heuss Auschwitz im Grunde genommen kein Begriff war, obwohl er den Begriff gebrauchte und dieser bereits seinerzeit als Synonym für die (abstrakte) Ausrottungspolitik galt.

²⁰³⁹ Das 1955 im Fischer-Verlag erschienene *Tagebuch* von Anne Frank avancierte zu einem Publikumserfolg in der Bundesrepublik. Außerdem sahen Millionen den amerikanischen Spielfilm und die Bühnenfassung. Vgl. Norbert Muhlen (schreibt aus Hamburg): Anne Franks Heimkehr, in: Der Monat, Heft 103 (1957), 9. Jg., S. 79-82.

habe, mit allen darin enthaltenen und anfangs gar nicht absehbaren Risiken und Verbindlichkeiten.²⁰⁴⁰ Mit Blick auf die westdeutsche Bevölkerung folgte daraus die eindeutige Aufforderung, sowohl individuell als auch kollektiv die politisch-moralische Verantwortung für die unmittelbar zurückliegende Geschichte und nicht zuletzt für den Holocaust zu übernehmen.²⁰⁴¹ Aus diesem Grund wurde Versuchen in der deutschen Öffentlichkeit, Publizistik oder Wissenschaft, die NS-Verbrechen an den europäischen Juden in Frage zu stellen oder zu relativieren radikal kritisiert und vehement entgegengetreten.²⁰⁴²

Angesichts des Holocaust sprach sich „Der Monat“ eindeutig für eine generelle Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts gegenüber den jüdischen Überlebenden und speziell dem Staat Israel aus, die man als sühnenden Akt der West-Deutschen betrachtete und als notwendige Voraussetzung für die Wiedereingliederung in die westliche Staatengemeinschaft, sowie für die ‚Aussöhnung‘ zwischen Juden und Deutschen und jeder Form des Antisemitismus abzuschwören und entschieden entgegenzutreten.²⁰⁴³

Im Grunde genommen stellte im Kontext der Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit die Einstellung der Deutschen zu den Juden sowohl für die US-amerikanischen Besatzungsbehörden als auch für den „Monat“ die „Feuerprobe der deutschen Demokratie“ (John McCloy) dar. Insofern besaß die kritische Auseinandersetzung mit dem Problem des facettenreichen Phänomen des Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland eine überragende Bedeutung, zumal dann, wenn daraus regelrechte politische Skandale wurden: Wie gesehen im „Fall Harlan“ unmittelbar nach Gründung der zweiten deutschen Republik, oder aufgrund des „alltäglichen“ Antisemitismus, der sich insbesondere in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre in zahlreichen öffentlichen Vorfällen Bahn brach und in dessen Zuge

²⁰⁴⁰ Darum trat der „Monat“ Versuchen in der deutschen Publizistik und Wissenschaft entschieden entgegen, die historisch-politische Verantwortung für die Geschichte des Nationalsozialismus und die deutsche Schuld für den Zweiten Weltkrieg Form in Frage zu stellen. Jeder Form des Entstehens einer neuen Dolchstoßlegende sollte die Grundlage entzogen werden. Vgl. hierzu mit Blick auf die Nachkriegsgesellschaft und speziell die westdeutsche Geschichtswissenschaft einflussreiche „Ranke Gesellschaft“ den brillanten Beitrag von Walther Hofer, Der missbrauchte Ranke. „Konservative Revolution“ in der deutschen Geschichtsschreibung, in: Der Monat, Heft 84 (1955), 7. Jg., S. 542-547 (hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: Jahrbuch der Ranke-Gesellschaft, Gibt es ein deutsches Geschichtsbild?, Frankfurt a. M. 1954).

Vgl. auch die einleitenden Worte der Redaktion zu: „Erwacht Deutschland schon wieder? Der neue deutsche Nationalismus und seine Gefahren, in: Der Monat, Heft 8/9 (1949), 1. Jg., S. 3-64 (hier S. 3 f.).

²⁰⁴¹ Siehe besonders Rudolf Hagelstange, Sühne und Ehre, in: Der Monat, Heft 42 (1952), 4. Jg., S. 584-589.

²⁰⁴² Neben bereits genannten Beiträgen siehe besonders die sehr beeindruckenden Ausführungen angesichts einer Buchveröffentlichung Peter Kleists von: Hellmut Lindemann, Zweimal Kleist, in: Der Monat, Heft 56 (1953), 5. Jg., S. 209-214 (hier S. 212); hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: Peter Kleist, Auch Du warst dabei, Heidelberg (o. J.).

²⁰⁴³ Einen herausragenden Stellenwert besaß in diesem Zusammenhang der Beitrag: Elliot Cohen, Deutsche und Juden. Eine Rede in Berlin, in: Der Monat, Heft 28 (1951), 3. Jg., S. 375-379 (hierbei handelte es sich um einen Vortrag, den der Autor bekanntlich auf einer Diskussionsveranstaltung im Rahmen des Berliner „Kongresses für kulturelle Freiheit“ hielt, den die „Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit“ in Kooperation mit dem Berliner Kongress-Büro veranstaltete).

angesichts teilweiser skandalöser Gerichtsurteile auch und vor allem die tiefe Verstrickung der deutschen Justiz in die NS-Diktatur debattiert wurde,²⁰⁴⁴ oder anlässlich der Schändung der erst wenige Monate zuvor im Beisein von Bundeskanzler Adenauer eingeweihten neuen Kölner Synagoge am Weihnachtsabend 1959, auf die die internationale und die deutsche Öffentlichkeit mit großer Bestürzung und Empörung reagierte²⁰⁴⁵

Dieser politische Skandal wurde außerdem zum Anlass genommen, sich mit der seinerzeit in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit kontrovers diskutierten Frage auseinanderzusetzen, inwiefern Personen, die einst dem NS-Regime die Gefolgschaft nicht verweigert hatten, jetzt gegen nationalistische, antisemitische und neo-nazistische Bestrebungen und Taten kämpfen dürften. Gleichwohl kam hierbei auch und vor allem zum Ausdruck, dass der „Monat“ hinsichtlich der Auseinandersetzung mit der persönlichen NS-Vergangenheit auf der Linie lag, die für die gesamten 1950er Jahre der Bundesrepublik bestimmend war: Die individuellen Vergangenheiten unter der NS-Diktatur wurden rigoros von der Gegenwart der zweiten deutschen Republik getrennt. Sie wurden entpolitisiert und galten als Teil einer privaten Gesinnung und Lebensgeschichte, die mit der Gegenwart der Bundesrepublik nichts zu tun hatte. Im Kern ging es beim Umgang mit der personellen Hinterlassenschaft des „Dritten Reiches“ darum, dass nicht zählte, was jemand in den zwölf Jahren des Nationalsozialismus getan hatte und wie er sich nun zu dieser Vergangenheit verhielt, sondern einzig und allein entscheidend war, was er für die neue Ordnung zu leisten imstande und bereit war und wofür er in seiner Berufsrolle und in der Öffentlichkeit einstand.²⁰⁴⁶

²⁰⁴⁴ Siehe hierzu im Einzelnen den hervorragenden Aufsatz: Klaus Harpprecht, Im Keller der Gefühle. Gibt es noch einen deutschen Antisemitismus, in: Der Monat, Heft 128 (1959), 11. Jg., S. 13-20. Überhaupt wurde in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre die Rolle der deutschen Justiz im Nationalsozialismus kritisch beleuchtet. Stellvertretend hierfür stand ex negativo der bereits erwähnte Beitrag: Walther Hofer, Der >völkische Rechtsstaat<. Zur nationalsozialistischen Rechtspolitik, in: Der Monat, Heft 125 (1959), 11. Jg., S. 46-58, der bekanntlich mit den Worten der Redaktion eingeleitet wurde, dass es keinen „geeigneteren Zeitpunkt für diesen Vorabdruck denken können als den gegenwärtigen, an dem die jüngsten Ereignisse innerhalb der deutschen Justiz in Erinnerung rufen, daß ein Teil der deutschen Richterschaft offenbar nicht unbeeinflusst durch die Jahre jenes ‚Rechtsstaates‘ hindurchgegangen ist.“ (ebenda, S. 46).

²⁰⁴⁵ Vgl. Karl Heinz Wocker Generation ohne Gesicht. Die Zwanzigjährigen im politischen Vakuum, in: Der Monat, Heft 139 (1960), 12. Jg., S. 5-13.

²⁰⁴⁶ Vgl. Fritz René Allemann, Zöllner und Pharisäer, in: Der Monat, Heft 138 (1960), 12. Jg., S. 86-88. Das „Problem politischer Ethik“ wurde von Allemann speziell mit Blick auf Karl Korn, dem Mitherausgeber der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, durchdekliniert. Da es sich bei dem Beitrag um eine kritische Auseinandersetzung mit ebendiesem Problem handelte, soll er ausführlich wiedergegeben werden (alle Zitate sind dem Text entnommen). Korn geriet damals in die Kritik, weil er sich in einer *Glosse* vom 28.12. mit der Frage beschäftigte, ob die „Untaten der Kölner Synagogenschänder ‚auf Hintermänner und moralische Übeltäter hinweist‘, und in diesem Zusammenhang ‚zu äußerster Wachsamkeit‘ gemahnt.“ Korn wurde von den mit der FAZ in einer „bitteren kommerziellen Fehde“ lebenden „Deutsche Zeitung“ und der „Wirtschaftszeitung“ zum „Vorwurf gemacht“, dass er „selber 1940 in einer Besprechung ausgerechnet des ‚Jud-Süß‘-Films in der Goebbels-Zeitung *Das Reich* eben diesem Antisemitismus gehuldigt habe, nach dessen ‚moralischen Urhebern‘

Daneben besaß die kritische Auseinandersetzung mit bestimmten politischen Skandalen, mit denen die bundesrepublikanische Nachkriegsgesellschaft immer wieder mit der NS-Vergangenheit konfrontiert wurde, im „Monat“ eine wichtige Funktion. Abgesehen vom „Fall Harlan“ sowie einem Beitrag zum spektakulären Remer-Prozess 1952, mit dem die Zeitschrift beabsichtigte den 20. Juli zu rehabilitieren und den nicht nur in der Bevölkerung, sondern auch in der Bundeswehr selbst umstrittenen, keineswegs populären Widerstand gegen

er heute suche. Da werde also, so hieß es weiter, das ‚seltsame Spiel‘ versucht, ‚Böcke zu Gärtnern umzuschulen‘. Und schließlich: ‚... wir können nicht glauben, daß die Deutschen dadurch in der Welt wieder glaubwürdig werden, daß sie die Dummköpfe mit dem Farbtopf ins Loch stecken und die moralischen Urheber in Dichter-Akademien, in die Filmbewertungsstelle berufen und zu Hüter der Moral küren‘.“

Die „Korn-Kontroverse“ stand als exemplarischer Fall, weil es Allemann damals so schien, als ob es unter den Deutschen so etwas wie Mode wurde, einander gerade dann ihre Vergangenheit vorzuwerfen, wenn es sich darum handelt, gegen eine Wiederkehr dieser Vergangenheit anzugehen. Indes lag für ihn häufig eine ‚Haltung‘ zugrunde, „die sich besonders kompromißlos gibt: wer einmal in die Irre gegangen ist, der möge in Zukunft schweigen und den Protest gegen den Ungeist, dem er einst selber verfallen war oder mit dem er mindestens Kompromisse geschlossen hat, denen überlassen, die immer unbeugsam geblieben sind.“ Und Allemann weiter: Ich kann mir nicht helfen: diese Meinung kommt mir als ausgemachtes Pharisäertum vor. Ganz gleich, warum Korn 1940 dem Antisemitismus als Publizist wenigstens den kleinen Finger gereicht hat – soll er nicht das Recht haben, heute der drohenden Pest zu wehren, weil er einst in einer schwachen Stunde der Infektion erlag? Er mag, als er seinerzeit die inkriminierten Sätze schrieb, geglaubt haben, taktisch geschickt zu handeln und ‚Mimikry‘ zu betreiben, um unter dieser Tarnung Dinge zu sagen, die er sonst nicht hätte sagen können; er ist vielleicht auch einfach schwach geworden, ein Opportunist mehr unter Millionen; ich will nicht einmal ausschließen, daß er, der sicher (nach unverdächtigen Zeugnissen) kein Nazi war, eben doch unbewußt das ein oder andere von der Ideologie aufgenommen und assimiliert hatte, in deren Dunstkreis er lebte. Aber selbst wenn er wirklich geglaubt hätte, was er damals schrieb, selbst wenn er in der Tat einer der intellektuellen Wortführer oder doch der intellektuellen Beschöniger der Hitlerei gewesen sein sollte, wie sein Redaktionskollege Sieburg, der im Ausland als ‚Evangelist des Dritten Reiches‘ auftrat – warum in aller Welt dürfte er da in einem Augenblick, da die braunen Ratten wieder aus ihren Löchern zu kriechen scheinen, nicht seine Stimme erheben, um vor dem Gift zu warnen, dessen Träger sie sind und dessen Wirkung er einst am eigenen Leibe und an der eigenen Seele verspürt hat?“

Allemann erinnerte die „Monat“-Leser in seinem Artikel daran, dass ein Großteil des deutschen Volkes, „zeitweise wohl eine Mehrheit“ (!), so der Autor, irgendwann und in irgendeiner Weise „auf den Leim gekrochen“ war. Für ihn konnte es sich weder darum handeln, das im Nachhinein „zu entschuldigen, noch darum, es einfach zu vergessen. Worauf es für Allemann zu diesem Zeitpunkt ankam, war allein folgendes: „zu verhindern, daß dergleichen noch einmal geschieht, und gegen alles zu kämpfen, was wieder in dieselbe Richtung drängt.“ Für Allemann stand fest: „wer vom Irrwahn angesteckt war, der hat nicht nur das Recht, sich heute zu Worte zu melden, sondern die Pflicht, dieses Wort der radikalen Absage an das auszusprechen, was er vor zwanzig Jahren geglaubt (oder wobei er mindestens mitgetan oder mitgemurmelt) hat.“

Indes war für Allemann das ‚Recht auf den politischen Irrtum‘ keinesfall ein „Passepartout, der alle Türen öffnet.“ Denn: „Wer als Nazi-Richter im frenetischen Bestreben, sich den Gewaltigen des Dritten Reiches gefällig zu zeigen, ein Über-Soll mit Fallbeil und Stran erfüllen zu müssen glaubte, hat sich sicher dafür disqualifiziert, weiter über kleine oder große Übeltäter zu Gericht zu sitzen. Vollstreckungsbeamte, Ideologen und Handlanger des Nazi-Regimes eignen sich auch dann, wenn sie keine strafrechtlich faßbaren Verbrechen begangen haben, schwerlich als Minister oder Staatssekretäre der jungen Demokratie (...). Wer Herrn Korn (...) das Recht zuspricht, dem Neo-Nazismus entgegenzutreten, braucht deswegen noch lange nicht die Legitimation des Herrn Oberländer anzuerkennen, ausgerechnet im Kabinett der Bundesrepublik zu sitzen (...). Hier allerdings wäre es angemessen, von ‚Takt‘ zu sprechen. Wo es aber darum geht, zu verhindern, daß der braune Spülicht in Deutschland wieder hochsteigt, da scheint es abwegig, dieses Wort zu gebrauchen: wenn Korn wirklich ein ‚moralischer Urheber‘ des Antisemitismus gewesen wäre, so würde es noch immer aller Achtung wert sein, wenn er diese Schuld damit sühnen wollte, daß er wenigstens jetzt der antisemitischen Seuche widersteht.“

den NS-Unrechtsstaat zu legitimieren,²⁰⁴⁷ berichtete man insbesondere ausführlich über die sich Ende Mai 1955 konstituierende breite außerparlamentarische Protestbewegung gegen die Ernennung des rechtsradikalen Verlegers Leonhard Schlüter (FDP) zum Kultusminister des Landes Niedersachsen.

Am 26. Mai war die christlich-konservative Regierung unter Ministerpräsident Heinrich Hellwege (Deutsche Partei) umgebildet worden. Schlüter war als vormaliger niedersächsischer Spitzenkandidat der neonazistischen Deutschen Reichspartei (DRP), nachdem diese in den niedersächsischen Landtag einzog, zur FDP übergetreten und von dieser für ein Ministeramt vorgeschlagen worden. Gegen seine Ernennung protestierten zunächst Rektor, Akademischer Senat und AStA der Universität Göttingen, indem sie ihre Ämter niederlegten. Unterstützt wurde der Protest auch von zahlreichen anderen Universitäten und Professoren des Landes sowie aus Deutschland emigrierten Professoren amerikanischer Universitäten, aber auch von Mitgliedern des internationalen „Komitees für Wissenschaft und Freiheit“, die eine Protestnote an den Ministerpräsidenten Hellwege sandten, die zuvor im „Figaro“ veröffentlicht wurde.²⁰⁴⁸ Auch eine umfangreiche Berichterstattung in der internationalen Presse verstärkte den Druck, so dass letztlich Hellwege seinen Minister nicht

²⁰⁴⁷ Siehe Rüdiger Proske, Brief aus Braunschweig: Prozeß um den 20. Juli. Die Braunschweiger Verhandlungen gegen Otto Ernst Remer, in: Der Monat, Heft 43 (1952), 4. Jg., S. 16-21.

²⁰⁴⁸ Zu den Unterzeichnern gehörten u. a. die Professoren Raymond Aron (Paris), Otto Hahn (Göttingen), Karl Jaspers (Basel), Sidney Hook (New York), Max von Laue (West-Berlin), Salvador de Madariaga (Oxford), Hellmut Plessner (Göttingen), Michael Polany (Manchester), Edward Shils (Chicago) und Bruno Snell (Hamburg). Die Protestnote zählte in diesem Zusammenhang nur zu einer von mehreren Aktivitäten, an der nicht zuletzt die Pariser Zentrale des „Kongresses für kulturelle Freiheit“ beteiligt war und die hierbei auf die bewährte Methode zugriff, „große Namen“ zum Einsatz zu bringen, d. h. in diesem Fall: „wichtige Repräsentanten des organisierten linken Antikommunismus“ (Michael Hochgeschwender). Bei dem internationalen Komitee für „Wissenschaft und Freiheit“ handelte es sich nämlich um eine Organisation, die ein unmittelbares Ergebnis des gleichnamigen Hamburger Kongresses (23. bis 26. Juli 1953) war, den der „Kongress für kulturelle Freiheit“ veranstaltete. Auf die näheren Umstände und die grundsätzliche Ausrichtung der Organisation, deren eigentliche Gründung im Juli 1954 war, kann hier nicht eingegangen werden. Nur so viel: Nach dem Tod Stalins und des einsetzenden Zerfalls der kommunistischen Weltfriedensbewegung hatte sich die Pariser Führung des „Kongresses für kulturelle Freiheit“ dazu entschlossen, von dem als verbraucht eingeschätzten radikalen Antikommunismus aus der Hochphase des Ost-West-Konfliktes abzurücken und stattdessen „differenziertere und detailbezogenere Formen der Informationsvermittlung“ zu bevorzugen. Fortan sollte neben den Verstößen kommunistischer Bewegungen auch die von nationalistischen, neonazistischen und franquistischen Gruppen sowie staatlicher Stellen gegen die akademische Freiheit und die Freiheit wissenschaftlichen Forschung in den Blick genommen werden und von Fall zu Fall öffentlichkeitswirksam dagegen vorgegangen werden. Auch wenn das „Komitee für Wissenschaft und Freiheit“ zweifelsohne eine von der Pariser „Kongress“-Zentrale mitgelentete „Filiale“ war, führte dies gleichwohl nicht dazu, dass diese sich in vollkommener inhaltlicher Abhängigkeit zur Zentrale befand. Nach bewährter Art gewährte die Pariser Zentrale des „Kongresses für kulturelle Freiheit“ auch im Fall des „Komitees für Wissenschaft und Freiheit“ eine gewisse Unabhängigkeit. In der Bundesrepublik, das als das bedeutendste Operationsfeld des Kongresses angesehen wurde, operierte das „Komitee für Wissenschaft und Freiheit“ überwiegend im Rahmen von „Reorientation“-Aufgaben. Bei dem „Fall Schlüter“, der freilich über den originären Bereich wissenschaftliche Freiheit hinausging, handelte es sich um eine der erfolgreichsten „Reorientation“-Aktionen des „Kongresses für kulturelle Freiheit“ überhaupt. Siehe im einzelnen Michael Hochgeschwender, Freiheit in der Offensive? Der Kongress für kulturelle Freiheit und die Deutschen, a.a.O., S. 438-444.

mehr halten konnte und Schlüter bereits nach wenigen Wochen am 9. Juni zurücktreten musste. Politische Brisanz gewann dieser Fall vor allem durch den Umstand, dass nach der Unterzeichnung der Pariser Verträge zehn Jahre nach Kriegsende die Besatzungszeit endete und durch das Inkrafttreten des Vertragswerkes am 5. Mai die Bundesrepublik die volle Souveränität wiedererlangte, die mit der Wiederbewaffnung und der Westintegration verknüpft war.²⁰⁴⁹ Darum wies der „Fall-Schlüter“, den der „Monat“-Mitherausgeber Hellmut Jaesrich in Absprache mit der Pariser Zentrale des „Kongresses für kulturelle Freiheit“ in einem ausgezeichneten Beitrag beschrieb und analysierte, auch internationale politische Implikationen auf und ging über die auf der Hand liegenden Frage einer möglichen Gefahr des Rechtsradikalismus in Niedersachsen hinaus.²⁰⁵⁰

Im Grunde genommen wurde dieser politische Skandal für den „Monat“ zu einem Lackmestest für die Stabilität der parlamentarischen Demokratie und der politischen Kultur in der Bundesrepublik, mit der man sich angesichts der NS-Vergangenheit in den kommenden Jahren fortlaufend beschäftigte.²⁰⁵¹ Indes: Es handelte sich hierbei um den ersten bis zu diesem Zeitpunkt erschienenen Beitrag, indem der „Monat“ anhand des konkreten „Falles Schlüter“ ausdrücklich und in substantieller Form auf die neonazistischen und rechtsradikalen Tendenzen in der Bundesrepublik einging sowie eindeutig dagegen Position bezog,²⁰⁵² ohne

²⁰⁴⁹ Ende Februar hatte der deutsche Bundestag der Annahme der Pariser Verträge zugestimmt. Gegen die Verträge und die Wiederbewaffnung hatte eine breite außerparlamentarische Bewegung protestiert. U. a. erinnerten zahlreiche Demonstrationen an das Erbe des Nationalsozialismus. Durch die Verabschiedung des „Deutschen Manifestes“ auf einer von der SPD und dem DGB organisierten Protestkundgebung in der Frankfurter Paulskirche im Januar 1955 wurde angezeigt, dass sich diese Bewegung insbesondere die Wiedervereinigung zum Ziel gesetzt hatte, also die Wiederherstellung der deutschen Einheit.

²⁰⁵⁰ Hellmut Jaesrich, Die Göttinger Dreitausend. Der Fall Schlüter, in: Der Monat, Heft 82 (1955), 7. Jg., S. 291-301.

²⁰⁵¹ Siehe z. B.: „Zwei Stimmen“, in: Der Monat, Heft 87 (1955), 8. Jg., S. 87 und die Leserbriefe „Antwort eines Heimkehrers“, in: Heft 88 (1956), 8. Jg., S. 91 f sowie „Zum Empfang der Heimkehrer“, in: Heft 89, S. 78, die sich kontrovers mit der Frage beschäftigten, inwiefern die Integration der aus der sowjetischen Gefangenschaft „Heimkehrenden“ in die bundesrepublikanische Gesellschaft eine Gefahr für die Demokratie darstellten, weil sich darunter auch ehemalige Nazis und für Verbrechen in deutschen Konzentrationslagern (mit-)verantwortliche SS-Funktionäre und NS-Ärzte befanden.

Vgl. auch unter diesem Aspekt den hervorragenden Beitrag: Matthias Walden, Es war so schön... Die Geschichte einer Fernsehsendung, in: Der Monat, Heft 138 (1960), 12. Jg., S. 23-31. Hier beschrieb der Autor ausführlich sowohl einen von ihm mitproduzierten und im Deutschen Fernsehen gesendeten Beitrag des Sender Freies Berlin (SFB) über das bis dahin tabuisierte Thema der militärischen Tradition und der -Traditionsverbände in der Bundesrepublik, als auch die Reaktionen in der deutschen Öffentlichkeit (Soldatenverbände etc.) darauf. Hier zeigte sich u. a. ein erschreckendes Maß an Intoleranz, mangelnder politischer Kultur, von Fall zu Fall eine Affinität zum Nationalsozialismus und zur NS-Ideologie, sowie auch eine grundsätzliche Abneigung sich mit der NS-Vergangenheit auseinanderzusetzen.

²⁰⁵² Eine Ausnahme stellte indes der Beitrag: Hannah Arendt, Bei Hitler zu Tisch, in: Der Monat, Heft 37 (1951), 4. Jg., S. 85-90 (hierbei handelt es sich um die Rezension des Buches: Henry Picker, Hitlers Tischgespräche. Geordnet, eingeleitet und veröffentlicht von Gerhard Ritter, Bonn 1951), dar, auf den ich bereits im Kapitel IV. 1. 8. „Die nationalsozialistischen Massenverbrechen und die ‚Endlösung der Judenfrage‘“ einging. In diesem Fall setzte sich der „Monat“ indirekt mit dem Neonazismus in der Bundesrepublik auseinander.

gleichzeitig auf das totalitäre Herrschaftsregime jenseits des „Eisernen Vorhanges“ zu verweisen.²⁰⁵³ Abgesehen von dem „Fall Harlan“, wo der „Monat“ gleichzeitig gegen den wieder aufkommenden Antisemitismus und Nazismus protestierte, wurde die Zeitschrift in

Wie gesehen, war der konkrete Anlass für die Arendt-Rezension seitens der Zeitschriftenredaktion nämlich die sogenannte „bedenkliche Jungfernpublikation“ (S. 84) des Münchener Institutes für Zeitgeschichte, das damals noch als das „Deutsche Institut für Geschichte der nationalsozialistischen Zeit“ firmierte. Hier betonte Hannah Arendt, dass das vom Münchener Institut herausgegebene Buch „Propaganda für Hitler“ machte, „eine Hilfe also für den *deutschen Neonazismus* (Hervor. J. G.), die Professor Ritter und das beauftragende Institut vermutlich geleistet haben, die aber Herrn Picker, auf dessen Niederschriften die Publikation wesentlich beruht, vielleicht nicht ganz so unvermutet kommt.“ (ebenda, S. 84).

Zu den genauen Gründen für die Auffassung Arendts siehe im Einzelnen besonders die einführenden Worte ihres Rezensionssatzes (ebenda, S. 84), der aufgrund der Beschreibung und Analyse des „Phänomens Hitler“ einerseits, den deutschen Massenverbrechen im Allgemeinen und dem nach dem Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941 in Gang kommenden Holocaust im Besonderen meiner Auffassung nach zu dem bedeutendsten Beitrag zur genuinen Untersuchung des „Führerstaates“ und seiner Vernichtungspraxis im „Monat“ zählte; zumal Arendt hierbei den Konnex von „Ideologie und Terror“ auf analytisch hohem Niveau fokussierte.

²⁰⁵³ Siehe z. B.: Melvin J. Lasky, Berliner Tagebuch: Le Rouge et le Brun, in: Der Monat, Heft 76 (1955), 7. Jg., S. 376-378, wo dieser sozusagen eine „Rot=Braun-Gleichung“ vornahm. Hier berichtete Lasky im Januar-Heft luzide von zwei Kundgebungen der neonazistischen „Deutschen Partei“ anlässlich der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus – die unmittelbar vor den Wahlen stattgefundene Kundgebung im ‚Sportpalast‘ wurde immerhin von 8.000 begeisterten Anhängern besucht –, um sie mit Wahlveranstaltungen der „äußerste(n) Linken in West-Berlin aus dem gleichen Anlass zu kontrastieren, die damals die SED nutzte, um einige prominente Redner zu schicken, darunter Johannes R. Becher (übrigens „der erste sowjetdeutsche ‚Minister‘, der Westberlin bisher einen halboffiziösen Besuch abgestattet hat.; S. 376). Bezeichnenderweise verwendete Lasky zur Kennzeichnung des nicht ausdrücklich genannten „Ministerium für Staatssicherheit“ (MfS) des SED-Regimes das Kürzel SSD (S. 377): Eine für die Bundesrepublik nicht untypische Vorgehensweise. Durch die Kombination von SS und SD sollte eine Nähe zum Apparat des NS-Staates suggeriert werden.

Vgl. auch „Erwacht Deutschland schon wieder? Der neue deutsche Nationalismus und seine Gefahren, in: Der Monat, Heft 8/9 (1949), 1. Jg., S. 3-64 (mit Beiträgen von Walter L. Dorn, Richard H. S. Crossmann, Raymond Aron, Dolf Sternberger, Paul Sering (d. i. Richard Löwenthal), Emmanuel Mounier, Manuel Gasser, A. J. P. Taylor, Peter de Mendelssohn, Wilhelm Röpke, Erik Reger, Eugen Kogon, Franz Borkenau u. a.). Hierbei handelte es sich um den Abdruck von Vorträgen, die auf dem vom „Monat“ veranstalteten Symposium gehalten wurden. In den einleitenden Worten wies die Redaktion darauf hin, dass es dem Symposium darum zu tun war – vor dem Hintergrund des fehlgeschlagenen Versuches von Hitler, das „Phantom einer Weltherrschaft“ zu verwirklichen sowie des Zusammenbruches des „Dritten Reiches“ –, der Frage nachzugehen, ob von „Deutschland noch ein dritter Weckruf und noch ein schlimmeres Erwachen (droht)?“ Denn, so hieß es auf S. 3 weiter: „Die Deutschen scheinen das einzige Volk auf der Erde, das sich veranlaßt fühlt, aus einem natürlichen Weltbürgertum sich von Zeit zu Zeit in einen militanten Nationalismus hineinzusteigern. Sollten sie nicht endlich begreifen, daß sie wach sind, wenn sie weltbürgerlich, und in tiefem Schlaf, wenn sie nationalistisch denken?“. In diesem Kontext betonte die Redaktion, dass sich viele Deutsche nach vier Jahren Besatzungs-Alltag zu den „Erniedrigten und Beleidigten“ zählten. Zudem wurde konzediert, dass „Demontagen, Produktionsbeschränkungen und Exportschwierigkeiten“ ein Übriges tun, „um ein Nationalgefühl hervorzurufen, dessen Wurzeln Lebensangst und Ressentiment sind.“ (das damals in der westdeutschen Öffentlichkeit nicht selten von rechtsradikalen oder neonazistischen Gruppen in unterschiedlichster Form zum Ausdruck gebracht wurde; J. G.) Indes bezog sich die Leitfrage und das -Thema des Symposiums sowohl auf West- als auf Ostdeutschland (siehe S. 4. f.).

Zu den einzelnen Beiträgen sei erwähnt, dass die Autoren das gestellte Thema fast ausschließlich entweder in Anbetracht des kurz zuvor ausgebrochenen Kalten Krieges erörterten – hier vor allem mit Blick auf eine künftige Realpolitik gegenüber West-Deutschland seitens der Vereinigten Staaten, Englands und Frankreichs –, oder auf die Gefahren des deutschen Nationalismus generell eingingen, so dass die konkreten westdeutschen Verhältnisse und mithin die Gefahren des Neonazismus nicht ausdrücklich zur Sprache kamen. Eine Ausnahme stellte der Beitrag von Erik Reger, dem Mit-Herausgeber des Berliner „Tagesspiegel“ dar, der zumindest daraufhin wies, dass es einen sogenannten „Neofaschismus“ gab, der im Ausland „Anlaß zur Besorgnis“ gab, und zudem einen Antisemitismus, der sich, so Reger, „bis zu offener Hetze gegen einen Ankläger von Nürnberg gesteigert“ (!) hatte. Erik Reger, Anfangs- oder Enderscheinung?, in: ebenda, S. 53-56 (hier S. 55 f.)

kaum einen anderen Fall so eindeutig und überzeugend seinem antitotalitären Selbstverständnis gerecht. Insofern existierten beim „Fall Schlüter“ auffallende Parallelen zum „Kongress für kulturelle Freiheit“.²⁰⁵⁴

*Die systematische Ausblendung der westdeutschen
„Vergangenheitsbewältigungspolitik“ (Ulrich Herbert) im „Monat“*

Abgesehen von der Tatsache, dass „Der Monat“ bei der Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit *grosso modo* auf der Linie des für die 1950er Jahre in der westdeutschen Publizistik und Wissenschaft insgesamt gezeichneten Bildes von der NS-Diktatur und seiner Gewaltverbrechen lag,²⁰⁵⁵ wurde in diesem Zusammenhang der politisch brisante Komplex der deutschen „Vergangenheitsbewältigungspolitik“ systematisch ausgeblendet.²⁰⁵⁶ Damit ist speziell die seit 1948 an Durchschlagskraft gewinnende und alsbald massenhaft unterstützte

²⁰⁵⁴ Michael Hochgeschwender kommt nämlich mit Blick auf die nach dem Rücktritt Schlüters und dem Jaesrich-Artikel im „Monat“ auslaufende Kampagne des „Kongresses für kulturelle Freiheit“ zu der Einschätzung, dass diese als ein Erfolg bewertet wurde, „auf den man mit einigem Recht Stolz war.“ Denn: Nie zuvor hatte der „Kongress für kulturelle Freiheit“ in Westdeutschland „derart klar gegen neonazistische Tendenzen Stellung bezogen, nie zuvor seinen Antitotalitarismus so deutlich zur Geltung gebracht.“ Michael Hochgeschwender, *Freiheit in der Offensive? Der Kongreß für kulturelle Freiheit und die Deutschen*, a.a.O., S. 444.

²⁰⁵⁵ Hinsichtlich der Analyse des „Führerstaates“ müssen indes zwei Ausnahmen gemacht werden. Denn neben der Beleuchtung der Rolle der Justiz als Terrorinstrument des NS-Regimes, der mit dem Hinweis korrespondierte, dass zahlreiche ehemalige NS-Richter ihre berufliche Karriere in der bundesrepublikanischen Justiz fortsetzen konnten (vgl. besonders Walther Hofer, *Der „völkische Rechtsstaat“*. Zur nationalsozialistischen Rechtspolitik, in: *Der Monat*, Heft 125 (1959), 11. Jg., S. 46-58 sowie die einleitenden Worte der Redaktion auf S. 46) setzte man sich in zwei hier bereits herangezogenen Beiträgen mit der Rolle des Auswärtigen Amtes im Nationalsozialismus auseinander. Peter de Mendelssohn, *Die verhinderten Hochverräter. Wege und Irrwege neuerer deutscher Memoirenliteratur*, in: *Der Monat*, Heft 29 (1951), 3. Jg., S. 495-509 ging in seinem Rezensionssatz, der sich kritisch mit dem militärisch-konservativen Widerstand des 20. Juli auseinandersetzte, besonders auf die Rolle von prominenten Funktionären des Auswärtigen Amtes (Ernst von Weizsäcker, Erich Korth) in der Widerstandsbewegung gegen Hitler und im NS-Staat ein (siehe hierzu die ausführliche Wiedergabe im Kapitel IV.1.7. „Die Memoirenliteratur und der deutsche Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Oder: das ‚Erinnerungsbuch Ernst von Weizsäckers‘“). Und in dem Leserbrief zu diesem Beitrag wurde die Rolle des Auswärtigen Amtes (insbesondere von Ernst von Weizsäckers) bei den NS-Massenverbrechen und speziell bei der Vernichtung des europäischen Judentums in den Mittelpunkt gerückt; Siehe Friedrich Carl Westphal, *Noch einmal ‚Die verhinderten Hochverräter‘*, in: *Der Monat*, Heft 32 (1951), 3. Jg., S. 216-218 sowie die entsprechenden Ausführungen im Kapitel IV. 1. 8. „Die nationalsozialistischen Massenmorde und die ‚Endlösung der Judenfrage‘“.

²⁰⁵⁶ Grundlegend für das folgende: Norbert Frei, *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*, a.a.O.; Ulrich Brochhagen, *Nach Nürnberg. Vergangenheitsbewältigung und Westintegration in der Ära Adenauer*, Hamburg 1994; Jörg Friedrich, *Die kalte Amnestie. NS-Täter in der Bundesrepublik*, Frankfurt a. M. 1984; Ulrich Herbert, *Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft, 1903-1989*, Bonn 1996, S. 434-444; Peter Reichel, *Vergangenheitsbewältigung. Die Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur von 1945 bis heute*, a.a.O., S. 107-124.

„Kampagnenpolitik“ gegen die „Siegerjustiz“²⁰⁵⁷ gemeint, die sich gegen Entnazifizierung und Kriegsverbrecher-Prozesse richtete, in den zwölf Nürnberger Nachfolgeverfahren ihren Hauptangriffspunkt fand und einherging mit einem markanten Einstellungswandel in der westdeutschen Bevölkerung gegenüber dem NS-Regime und der Verfolgung der NS-Täter. Hierbei koinzidierte die „Schlussstrich“-Mentalität angesichts der bevorstehenden Gründung der Bundesrepublik mit dem Blick nach vorne, der sich in der Idee eines „Neubeginns“ manifestierte, und der Hoffnung, die jüngste Vergangenheit am liebsten zu vergessen. Mit anderen Worten: Amnesie und Amnestieforderungen gingen Hand in Hand.

Nachdem es, wie gesehen, seit 1946 von deutscher Seite und hier vor allem von Seiten der Kirchen, der Publizistik sowie speziell von den kulturpolitischen Zeitschriften Ansätze gab, die nicht nur das Nürnberger Militärtribunal, sondern das alliierte Entnazifizierungsprogramm insgesamt in teilweise radikaler Form als schädlich kritisierten und seine schleunigste Beendigung forderten, spitzte sich die Lage seit der Berlin-Blockade 1948 zu. Denn durch die schrittweise Verschärfung des Kalten Krieges und der damit verbundenen Lockerung der alliierten Säuberungsmaßnahmen verbreitete sich die Kritik und verstärkte sich in Westdeutschland zu einer an Lautstärke und Einfluss beständig zunehmende Kampagne, die ihren Höhepunkt in den ersten vier Jahren der Bundesrepublik erreichte, von einer breiten gesellschaftlichen Zustimmung getragen wurde und besonders die amerikanische Militäradministration unter Druck setzte.

Somit bereitete die einflussreiche Opposition und die in Gang gesetzte Kampagne gegen die Denazifizierungspolitik der Westmächte sozusagen den Boden vor, auf dem dann Bundesregierung und Bundestag durch eine Reihe von amnestiepolitischen Entscheidungen einiges unternahm, die vielen mehr oder weniger belasteten Personen zu entlasten und in die westdeutsche Wiederaufbaugesellschaft zu integrieren.

Im Vordergrund stand die Liquidierung der Folgen der seit langem unpopulären Entnazifizierung. Schon im Herbst 1949 sprach Bundesjustizminister Thomas Dehler (FDP) gegenüber seinen Länderkollegen davon, dass in gewissen zwischen 1946 und 1948 geführten

²⁰⁵⁷ Hinter dem politischen Kampfbegriff „Siegerjustiz“ stand die Absicht, den Zweiten Weltkrieg und die von den Deutschen begangenen Massenverbrechen unter die Kategorie des „normalen Krieges“ zu subsumieren. Nicht die Kriegs- und Zivilisationsverbrechen, sondern ausschließlich der militärische Sieg der Alliierten über die Deutschen sei die eigentliche Grundlage für die Strafverfahren lautete der Hauptvorwurf. Daraus folgte auch die stereotype Kritik, dass Kriegsverbrechen nicht nur von den Deutschen begangen worden seien und folglich die NS-Prozesse durch nicht anders als die Willkür der Sieger begründet sei. Insofern sahen sich die Vereinigten Staaten nach dem Ausbruch des Korea-Krieges 1950 im Grunde genommen zwangsläufig den vornehmlich polemischen Vorwürfen ausgesetzt, speziell mit Blick auf den „Partisanenkampf“ Kriegsverbrechen begangen zu haben, die mit den deutschen Verbrechen vergleichbar wären.

NS-Verfahren zahlreiche Strafen nicht mehr gerechtfertigt erschienen, und zeigte damit an, welchen Kurs die Verantwortlichen einzuschlagen gedachten, zumal die große Mehrheit der im Bundestag und den Länderparlamenten vertretenen Parteien die Verfahrenseinstellung und Aufhebung aller Sanktionen für die Mitläufer und Minderbelasteten forderten. Kurz vor Weihnachten 1950 beschloss dann der Bundestag eine Vereinheitlichung und baldige Beendigung der Entnazifizierung, die in der Öffentlichkeit als „Befreiung vom Befreiungsgesetz“ begrüßt wurde.²⁰⁵⁸ Als eines der ersten gesetzgeberischen Maßnahmen der Bundesrepublik wurde im Dezember 1949 das Straffreiheitsgesetz verabschiedet, mit dem Vergehen vor dem 15. September 1949 amnestiert wurden, die mit Gefängnis bis zu sechs Monaten bestraft werden konnten und zumeist in den ‚verwirrten Zeitverhältnissen‘ (Konrad Adenauer) begangen worden waren. Immerhin kamen rund 800.000 Personen in den Genuss der ‚Weihnachtsamnestie‘. In den meisten Fällen ging es hierbei um Schwarzmarkt-Delikte, aber auch um vermutlich mehrere zehntausend Straftäter aus der NS-Zeit.²⁰⁵⁹ Zudem profitierten etwa 400.000 Personen von dem zweiten Straffreiheitsgesetz, das der Bundestag im Juli 1954 verabschiedete und mit dem insbesondere die ‚Taten während des Zusammenbruches‘ amnestiert wurden, also die sogenannten Endphasen-Delikte.²⁰⁶⁰ Beide Bundesamnestien versprachen außerdem den Untergetauchten Straffreiheit ohne Rücksicht auf die Höhe der zu erwartenden Strafe. Überraschenderweise nutzten allerdings von den geschätzten 80000 ‚Illegalen‘, die entsprechend der Gesetzesformulierung unter ‚Verschleierung des Personenstandes‘ lebten, nur eine kleine Minderheit aus unterschiedlichen Gründen die straffreie Wiedererlangung ihrer früheren Identität. Nicht zuletzt brachten sie den gesellschaftlich weit verbreiteten ‚Widerwillen‘ (Fritz Bauer) gegen eine gründliche und fortlaufende politisch-justitielle Bewältigung der Folgen des NS-Regimes zum Ausdruck.²⁰⁶¹

Gleichwohl rückten in der jungen Bundesrepublik zwei andere Folgeprobleme alliierter Vergangenheitsbewältigung in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses, auf die

²⁰⁵⁸ Demnach sollten ab Januar 1951 keine Nazis mehr in die Gruppen III-V (Minderbelastete, Mitläufer, Entlastete) eingestuft werden, sollten Berufs- und Freizügigkeitsbeschränkungen weitgehend, Vermögenssperren ganz aufgehoben und bei Arbeitslagerstrafen vom Begnadigungsrecht großzügig Gebrauch gemacht werden. Nur die Parteien der nationalen Rechten (FDP, DP und DRP) stimmten dagegen, die sogar die sogenannten Hauptbeschuldigten und Belasteten (Gruppe I und II) einbeziehen wollten.

²⁰⁵⁹ Unter den Amnestierten befanden sich auch z. B. solche Straftäter, die sich aktiv an den Pogromen im November 1938 beteiligt hatten.

²⁰⁶⁰ Damit waren die Vergehen gemeint, die zwischen dem 1. Oktober 1944 und dem 31. Juli 1945 begangen worden waren, ‚in der Annahme einer Amts-, Dienst- oder Rechtspflicht, insbesondere eines Befehls‘, und die mit einer Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren bedroht waren.“ Peter Reichel, Vergangenheitsbewältigung. Die Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur von 1945 bis heute, a.a.O., S. 109.

²⁰⁶¹ Ebenda, S. 109.

„Der Monat“ ebenfalls nicht einging. In beiden Fällen handelte es sich um Personengruppen, denen für den Bestand und die innere Entwicklung des bisherigen nationalsozialistischen und des neuen demokratischen politischen Systems eine besondere Bedeutung zukam. Neben der kontroversen beruflichen Reintegration und versorgungsrechtlichen Rehabilitierung der nach 1945 wegen NS-Belastung entlassenen rund 430 000 Beamten (selbst solche der Gestapo, insofern sie nachweisen konnten, dass sie zur Gestapo versetzt worden waren) und Berufssoldaten durch die Handhabung des Artikels 131 des Grundgesetzes,²⁰⁶² fand die größte Aufmerksamkeit und Anteilnahme die zwischen Regierung, Alliierten und deutscher Öffentlichkeit zäh und heftig umstrittene Frage der Begnadigung der durch die Militärgerichte verurteilten und in den alliierten Gefängnissen einsitzenden Kriegsverbrecher. Hierbei betrieb vor allem der Heidelberger ‚Juristenkreis‘, der sich im Frühjahr 1949 konstituiert hatte und im Kern aus den wichtigsten Verteidigern der Angeklagten in den Nürnberger Prozessen (wie Otto Kranzbühler, Hans Laternser und Hellmuth Becker, der Verteidiger von Ernst von Weizsäcker im Nürnberger Wilhelmstraßen-Prozess) sowie prominenten und angesehenen Kirchenführern bestand, in seiner Rolle als offizielles Gremium eine einflussreiche „Lobbypolitik“ und war imstande, teils mit, teils anstelle der neuen Bundesregierung bei den Hohen Kommissaren für eine generelle Überprüfung der Urteile in den Verfahren gegen NS-Täter sowie für Strafmilderung und Begnadigungen in Einzelfällen zu werben.²⁰⁶³

In diesem Zusammenhang hatte sich der politische Druck auf die Verantwortlichen auch durch die Urteilsverkündung in zwei NS-Prozessen noch verstärkt, die in der westdeutschen Öffentlichkeit von Anfang an umstritten waren: Im April 1949 ging der Wilhelmstraßenprozess gegen führende Politiker und Beamte des NS-Staates zu Ende, wobei insbesondere die Verurteilung des ehemaligen Staatssekretärs im Auswärtigen Amt, Ernst Freiherr von Weizsäcker, weithin abgelehnt wurde. Und im Dezember des gleichen Jahres wurde einer der prominentesten Heerführer Hitlers, Generalfeldmarschall Erich von Manstein durch ein britisches Militärgericht in Hamburg wegen Kriegsverbrechen, die unter seinem Oberbefehl an der Ostfront begangen worden waren (Tötung von Kommissaren und

²⁰⁶² Siehe hierzu ausführlich Norbert Frei, *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*, a.a.O., S. 69-100; vgl. auch Udo Wengst, *Beamtentum zwischen Reform und Tradition. Beamtengesetzgebung in der Gründungsphase der Bundesrepublik Deutschland 1948-1953*, Düsseldorf 1988; Curt Garner, *Der öffentliche Dienst in den 50er Jahren: Politische Weichenstellung und ihre sozialgeschichtlichen Folgen*, in: Axel Schildt/Arnold Sywottek (Hg.), *Modernisierung im Wiederaufbau: die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre*, a.a.O., S. 759-790; Hans Mommsen, *Die Kontinuität der Institution des Berufsbeamtentums und die Rekonstruktion der Demokratie in Westdeutschland*, in: Friedrich Gerhard Schwegmann (Hg.), *Die Wiederherstellung des Berufsbeamtentums nach 1945. Geburtsfehler oder Stützpfiler der Demokratisierung in Westdeutschland?* Düsseldorf 1986, S. 65-79.

²⁰⁶³ Zu dem Heidelberger ‚Juristenkreis‘ siehe Norbert Frei, *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*, a.a.O. S. 163 ff.

versprengten Rotarmisten sowie von Zivilisten im Zuge von Vergeltungsmaßnahmen), zu einer Haftstrafe von 18 Jahren verurteilt; hierbei hatte sich Winston Churchill als Führer der konservativen Opposition im englischen Unterhaus unter dem Eindruck der Berlin-Blockade und der sich abzeichnenden „Schicksalsgemeinschaft“ von Westdeutschen und Westalliierten vehement gegen den Prozess ausgesprochen.²⁰⁶⁴

Spätestens nach dem Ende der letzten NS-Prozesse bemühten sich die Hohen Kommissare als Nachfolger der Militärgouverneure um eine Neuorientierung in der Kriegsverbrecherfrage. Hierbei standen sie vor einem Dilemma: Einerseits wollten sie nicht nur keine Prozesse mehr, sondern auch die politisch und psychologisch nachteiligen Folgen des alliierten Entnazifizierungs-Programms vermeiden, zugleich sollte allerdings verhindert werden, dass dies als eine Zurücknahme der Nürnberger Urteile missverstanden würde. Andererseits sahen sich die Hohen Kommissare, speziell John McCloy, der Kampagne ausgesetzt, die auf eine Revision der gefällten Urteile gegen deutsche Kriegsverbrecher und letztlich auf deren Begnadigung abzielte, die nach der durch die „Weihnachtsamnestie“ ausgelösten gesteigerten Erwartungshaltung in der deutschen Öffentlichkeit sowie der bevorstehenden Wiederaufrüstung der Bundesrepublik immer massiver wurde. Je näher die deutsche Wiederbewaffnung rückte, desto mehr brach ein regelrechtes „Gnadenfieber“ (Robert W. Kempner) aus.

Insgesamt wurden von den westalliierten Militärgerichten in den Nachkriegsjahren rund 5000 Deutsche angeklagt. Gegen etwa 800 von ihnen ergingen Todesurteile, die aber nur in rund 500 Fällen auch vollstreckt wurden. Im Frühjahr 1950 waren noch etwa 3400 verurteilte Kriegsverbrecher in Haft, wobei die Zahl innerhalb von zwei Jahren auf rund 1300 zurückging. Im gleichen Zeitraum verringerte sich die Zahl der verurteilten Kriegsverbrecher, die in den Gefängnissen der USA, Großbritanniens und Frankreichs einsaßen, also in Landsberg, Werl und Wittlich, von knapp 1000 auf etwa 700 Personen.²⁰⁶⁵

In den Mittelpunkt der Kampagne gegen die „Siegerjustiz“ rückte das bayerische Landsberger Gefängnis. Selbstverständlich besaß der Ort als ehemalige Haftstätte Hitlers für alle Beteiligten eine hohe politische Symbolik. Entscheidender war allerdings die Tatsache, dass die Vereinigten Staaten, die bei den NS-Prozessen zweifelsohne die politisch-moralische

²⁰⁶⁴ Im Gegensatz hierzu wollte die Labour-Regierung unter Clement Attlee und Ernest Bevin sowie der frühere Nürnberger Chefankläger der Briten, Sir Hartley Shawcross, den Prozess gegen Manstein, der am 24. August 1949 begann. Auch der britische Militärgouverneur und spätere Hochkommissar Sir Brian Robertson begrüßte das Verfahren, plädierte allerdings aus politischen Überlegungen für eine geringe Strafe.

²⁰⁶⁵ Peter Reichel, Vergangenheitsbewältigung. Die Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur von 1945 bis heute, a.a.O., S. 117.

Führungsrolle bei der Bestrafung von Kriegs- und NS-Verbrechen übernommen hatten, hier neben hochrangigen Funktionären der berüchtigten Einsatzgruppen einen nennenswerten Teil der verurteilten militärischen, bürokratischen und wirtschaftlichen NS-Elite inhaftiert hatte.²⁰⁶⁶

Dass die Kriegsverbrecherfrage überhaupt für mehrere Jahre zu einem fundamentalen Problem der amerikanischen und der westdeutschen Innen- und Außenpolitik werden konnte, war gleichwohl nicht ausschließlich der veränderten weltpolitischen Lage und ihrer neuen machtpolitischen Konfliktstruktur, der Ost-West-Konfrontation geschuldet.²⁰⁶⁷ Neben der frühen Entscheidung für die Westintegration und die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik, die aus den ehemaligen Kriegsgegnern politische Bündnispartner machte, war dies auch durch die Beteiligung der Sowjetunion am Nürnberger Militärtribunal begründet, die in der deutschen, aber auch in der amerikanischen Öffentlichkeit frühzeitig einflussreiche Kritiker auf den Plan rief; indes weniger aus Sympathie mit den NS-Führern als aus der Ablehnung des juristischen Verfahrens. So war kein Geringerer als George F. Kennan der Auffassung, dass die Beteiligung von sowjetischen Richtern auf Seiten der Anklagevertretung „den einzigen Sinn verhöhn(t)en, den die Prozesse überhaupt haben konnten“, nämlich „Massenverbrechen jeder Art“ zu ächten.²⁰⁶⁸ Hinzu kamen verstärkt Vorwürfe, wonach die NS-Prozesse gegen elementare rechtsstaatliche Prinzipien verstießen. Neben dem *nulla poena sine lege*-Einwand, wonach niemand bestraft werden darf aufgrund von Rechtsnormen, die erst nach der Tat erlassen worden, bemängelten konservative Kreise in den Vereinigten Staaten vor allem das Fehlen einer Berufungs- und Revisionsinstanz. Die Urteile wurden

²⁰⁶⁶ Vgl. Norbert Frei, *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*, a.a.O., S. 144.

²⁰⁶⁷ Das folgende nach Frank M. Buscher, *The U. S. War Crimes Trial Programm in Germany, 1946-1955*, New York/Westport/London 1989; Thomas Alan Schwartz, *Die Atlantik-Brücke. John McCloy und das Nachkriegsdeutschland*, Frankfurt a. Main/Berlin 1992; ders., *Die Begnadigung deutscher Kriegsverbrecher. John J. McCloy und die Häftlinge von Landsberg*, in: *VfZ*, 38 (1990), S. 375-414; Peter Reichel, *Vergangenheitsbewältigung. Die Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur von 1945 bis heute*, a.a.O., S. 117-122; Norbert Frei, *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*, a.a.O., S. 133-306; Ulrich Brochhagen, *Nach Nürnberg. Vergangenheitsbewältigung und Westintegration in der Ära Adenauer*, a.a.O., S. 32-113.

²⁰⁶⁸ George F. Kennan, *Memoiren eines Diplomaten. Memoirs 1925-1950*, a.a.O., S. 265.

Auf die Tatsache, dass beim Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess die sowjetischen Verbrechen ausgeblendet wurden, etwa die Beteiligung am Angriff auf Polen oder die Erschießung polnischer Offiziere in Katyn, kam „Der Monat“ mehrmals zu sprechen. Sie mündeten in die Forderung eines „Moskauer ‚Nürnberger Prozesses‘“ (Wanda Bronska-Pampuch) und einer Anklage gegen Stalin sowie führende Funktionäre des stalinistischen Terrorsystems „wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und wegen verschwörerischer Vorbereitung eines Angriffskrieges“. Boris Shub, *Unser Freund Iwan*, in: *Der Monat*, Heft 30 (1951), 3. Jg., S. 583-595 (hier S. 595). Vgl. Josef Mackiewicz, *Nachtrag zu Katyn*, in: *Der Monat*, Heft 42 (1952), 4. Jg., S. 667 f. sowie „Wenn zwei das Gleiche tun“, in: *Der Monat*, Heft 98 (1956), 9. Jg., S. 51.

rechtskräftig, wenn sie der amerikanische Militärgouverneur, später der Hohe Kommissar, bestätigt hatte.

In den Vereinigten Staaten waren zwei NS-Prozesse von herausragender Bedeutung und ein Beweis dafür, welche politische Sprengkraft die Lösung der Kriegsverbrecherfrage besaß; zudem zeigten sie, dass sowohl Härte als auch Milde gegenüber deutschen Kriegsverbrechern anstößig sein konnten. Im Verfahren gegen die schwerer körperlicher Misshandlungen von Häftlingen angeklagte KZ-Aufseherin Ilse Koch, der „Hexe von Buchenwald“, rief die unverständliche Milde Empörung hervor. Nachdem sie in einem der amerikanischen Verfahren gegen das SS-Personal in den NS-Konzentrationslagern, den sogenannten Dachauer Prozessen, durch das Militärgericht zu lebenslanger Haft verurteilt wurde, verkürzte Clay die Strafe auf vier Jahre, was in Senat und Öffentlichkeit zu Protesten führte und eine Untersuchung nach sich zog und schließlich auch eine neue, lebenslange Verurteilung durch ein deutsches Gericht.²⁰⁶⁹ Andererseits war es im Malmedy-Prozess neben den Zweifeln an der Fairness und der Rechtmäßigkeit militärgerichtlicher Strafverfolgung die mutmaßliche Härte der Urteile seitens der Militärs die in Washington für große Aufregung sorgte und die Anordnung einer mehrmaligen Untersuchung zur Folge hatte. Das Verfahren verfolgte die amerikanische Öffentlichkeit von Anfang an mit besonderem Interesse, weil sie die SS-Massaker an amerikanischen Soldaten und belgischen Zivilisten während der deutschen Ardennenoffensive im Dezember 1944 in besonderer Weise abstieß und empörte.²⁰⁷⁰

Als der amerikanische Hohe Kommissar John McCloy im Juli 1949 nach Deutschland kam, um US-Militärgouverneur General Lucius D. Clay zu ersetzen, war er sich des politischen Drucks unter dem er stand sehr wohl bewusst: Der Kalte Krieg hatte die Kriegsverbrecherfrage sowohl in den Vereinigten Staaten als auch in der Bundesrepublik politisiert. Bis dahin hatten allein die Vereinigten Staaten rund 1900 Deutsche wegen Kriegsverbrechen verurteilt, davon mehr als 700 inhaftiert und 277 hingerichtet; 28 Todesurteile waren noch nicht vollstreckt.²⁰⁷¹ Indes beschränkte sich McCloy's Zuständigkeit bei den Urteilsprüfungen und Begnadigungen nur auf die rund 140 verurteilten Personen der

²⁰⁶⁹ Vgl. Arthur L. Smith, Die Hexe von Buchenwald, Köln 1983.

²⁰⁷⁰ Im Mittelpunkt dieses Verfahrens stand das Massaker, das die Angehörigen der 1. SS-Panzer-Division „Leibstandarte Adolf Hitler“ an einer Straßenkreuzung vor Malmedy an 72 bereits entwaffneten US-Soldaten angerichtet hatten. Alle 73 Angeklagten, unter denen sich die berühmten SS-Führer Sepp Dietrich und Joachim Peiper befanden, wurden im Juli 1946 für schuldig befunden, 43 von ihnen wurden zum Tode verurteilt, allerdings keines dieser Urteile jemals vollstreckt. Norbert Frei, Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, a.a.O., S. 142.

²⁰⁷¹ Thomas Alan Schwartz, Die Begnadigung deutscher Kriegsverbrecher. John J. McCloy und die Häftlinge von Landsberg, in: a.a.O., S. 378.

Nürnberger Nachfolgeprozesse, so dass sich für ihn mit Blick auf die Landsberger Häftlinge folgende Situation ergab: „Im Übergang von der bisherigen Bestrafungspolitik und im Spannungsfeld von Antikommunismus und Remilitarisierung, von hartnäckiger deutscher wie amerikanischer Kritik an den Nürnberger Prozessen und einer von ihm selbst beabsichtigten humanitären, rechtsstaatlichen und vergangenheitspolitisch gleichermaßen verantwortlichen Lösung war sein Handlungsspielraum in der Kriegsverbrecherfrage begrenzt.“²⁰⁷²

Nach der Freilassung von rund 60 Inhaftierten zum Jahreswechsel und der Einsetzung eines Prüfungsausschusses unter dem Vorsitz von David Peck im März 1950, der drei Monate später seine Arbeit aufnahm, erhoffte sich McCloy eine Abschwächung des politischen Drucks, der indes von deutscher Seite unverändert anhielt. So verabschiedete am 14. November 1950 der Bundestag eine von allen Parteien, mit Ausnahme der KPD, unterstützte Interpellation zugunsten der verurteilten Kriegsverbrecher und zwei Tage später setzte sich Adenauer bei einem Treffen mit den Hohen Kommissaren ziemlich massiv dafür ein, sämtliche Kriegsverbrecherprozesse so schnell wie möglich auszusetzen oder zu beenden, alle Todesurteile umzuwandeln und weit reichende Begnadigungen auszusprechen.²⁰⁷³ Und bei einer Demonstration am 7. Januar 1951 auf dem Marktplatz in Landsberg von annähernd 3000 Menschen sprachen sich nicht nur zwei Bundestagsabgeordnete der CSU und die Redner verschiedener lokaler Parteien gegen die anstehenden Hinrichtungen von Kriegsverbrechern im örtlichen amerikanischen Gefängnis aus, sondern erklärte der Bundestagsabgeordnete der Bayernpartei, Gebhard Seelos, unter starkem Beifall, im „Kampf für Gerechtigkeit, Frieden und Völkerversöhnung“ müsse sich das deutsche Volk genauso „gegen die von den Nationalsozialisten an fünf Millionen Juden begangenen Verbrechen“ wenden wie „gegen das unmenschliche Hinhalten der zum Tode Verurteilten Nazis.“²⁰⁷⁴ Als McCloy zudem noch mit dem Vorschlag eines Bundestagsabgeordneten konfrontiert wurde, die nationalsozialistischen Gewaltverbrechen ‚durch eine große Geste der Gnade‘ auszulöschen, erinnerte er die deutsche Öffentlichkeit unmissverständlich daran, dass es sich hierbei ‚um Verbrechen von historischer Dimension‘ handele und viele Deutschen

²⁰⁷² Peter Reichel, *Vergangenheitsbewältigung. Die Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur von 1945 bis heute*, a.a.O., S. 120.

²⁰⁷³ Vgl. Thomas Alan Schwartz, *Die Begnadigung deutscher Kriegsverbrecher. John J. McCloy und die Häftlinge von Landsberg*, in: a.a.O., S. 395.

²⁰⁷⁴ Siehe Norbert Frei, *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*, a.a.O., S. 210 f (Zitat S. 211). Vgl. Ulrich Brochhagen, *Nach Nürnberg. Vergangenheitsbewältigung und Westintegration in der Ära Adenauer*, a.a.O., S. 32.

anscheinend nicht wüssten „wie die Welt Deutschland und die Horrortaten der Nationalsozialisten wahrnehme.“²⁰⁷⁵

Vor dem Hintergrund all der Einwirkungsversuche tat sich McCloy, der in den Tagen der Entscheidung angesichts von Morddrohungen gegen ihn und seine Familie auch persönlich einer extremen Belastung ausgesetzt war, besonders mit der Prüfung der 15 Todesstrafen schwer, bei denen es sich allein in 13 Fällen um hochrangige SS-Führer der Einsatzgruppen handelte. Schließlich wandelte er von den Todesurteilen vier in lebenslängliche und sechs in Haftstrafen zwischen fünfundzwanzig und neun Jahren um und bestätigte nur die Todesstrafen für den Chef des SS-Wirtschafts- und Verwaltungshauptamtes, Oswald Pohl, sowie für die Einsatzgruppen- und -kommandoführer Paul Blobel, Werner Braune, Erich Naumann und Otto Ohlendorf, die im Juni 1951 vollstreckt wurden.²⁰⁷⁶ Zudem reduzierte McCloy in 52 von 54 Fällen die Haftstrafen, davon in 32 Fällen auf die bis dahin verbüßte Haftzeit, die die sofortige Freilassung dieser Gefangenen zur Folge hatte, so dass mehr als ein Drittel der Begnadigten Landsberg Anfang Februar 1951 verlassen konnten.²⁰⁷⁷

Selbstverständlich fielen die Reaktionen auf die politisch hochbrisante Entscheidung gespalten aus. Einem Teil ging die Milde im Umgang mit den Verurteilten viel zu weit, dem anderen nicht weit genug. Hochkontrovers waren insbesondere die Strafumwandlungen bzw. Strafmilderungen für einige Wehrmachtsoffiziere und die meisten Einsatzgruppenführer. Besonders bei den Oppositionsparteien in den westlichen Staaten stieß die Nachgiebigkeit gegenüber den NS-Kriegsverbrechern und ihren Bündnispartnern auf scharfe Ablehnung. Die größte Empörung löste indes die Freilassung von Alfred Krupp von Bohlen und Halbach aus, der gerade in England und Frankreich wie kein zweiter die verbrecherische deutsche Kriegsindustrie symbolisierte.²⁰⁷⁸ Und in den Vereinigten Staaten protestierte Telford Taylor, vehement gegen McCloy's Entscheidung. Der ehemalige Chefankläger in den Nürnberger Nachfolgeprozessen sprach von einem schweren Schlag sowohl gegen die Grundsätze des

²⁰⁷⁵ Thomas Alan Schwartz, Die Begnadigung deutscher Kriegsverbrecher. John J. McCloy und die Häftlinge von Landsberg, in: a.a.O., S. 399.

²⁰⁷⁶ Bei den 10 Begnadigungen von den in Nürnberg zum Tode Verurteilten handelte es sich in neun Fällen um Kommandoführer aus dem Einsatzgruppenprozess (Ernst Biberstein, Walter Blume, Walter Haensch, Waldemar Klingelhöfer, Adolf Ott, Martin Sandberger, Heinz Hermann Schubert, Willy Seibert und Eugen Steimle) sowie um den SS-Standartenführer Franz Eirenschmalz, gegen den im sogenannten Fall 4 (Prozess gegen Oswald Pohl und andere Angehörige des SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamtes) Anklage erging.

²⁰⁷⁷ Norbert Frei, Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, a.a.O., S. 219 f. Über die von McCloy entschiedenen Einzelfälle siehe ausführlich die Übersicht bei Thomas Alan Schwartz, Die Begnadigung deutscher Kriegsverbrecher. John J. McCloy und die Häftlinge von Landsberg, in: a. a. O, S. 406-414.

²⁰⁷⁸ Im Übrigen wurden aufgrund der Entscheidung von McCloy nicht nur die acht weiteren im Nürnberger Krupp-Prozess (Fall 10) verurteilten begnadigt und Anfang Februar 1951 freigelassen, sondern auch die Vermögensziehung aufgehoben.

Völkerrechts als auch der Prinzipien, „für die wir in den Krieg gegangen sind“²⁰⁷⁹ und brachte damit im Grunde genommen konzis zum Ausdruck, dass der amerikanische Kommissar damit die „Idee einer gerichtlichen Aburteilung der NS-Täter selbst schwer beschädigt, wenn nicht zerstört“ hatte.²⁰⁸⁰

Während die internationale Empörung allmählich abflaute, waren die Reaktionen in der Bundesrepublik auf McCloy's realpolitisch kalkulierte Entscheidung erwartungsgemäß von Beginn an grundlegend anderer Art.²⁰⁸¹ Unbehagen angesichts der großen Milde, wie sie der stellvertretende Ankläger im Wilhelmstrassen-Prozess Robert Kempner bekundete, hatte absoluten Seltenheitswert. So hielten rund drei Viertel der Bevölkerung HICOG-Umfragen zufolge die Urteilsrevisionen für nicht ausreichend und noch mehr fanden die sieben bestätigten Todesurteile für ungerechtfertigt. Die Presse wiederum, deren unmittelbare Reaktion nach Einschätzung der amerikanischen Hochkommission wider Erwarten zurückhaltend ausfiel, würdigte allgemein Sorgfalt und Ernsthaftigkeit der Entscheidung, schwamm allerdings fast ausnahmslos im Fahrwasser des grassierenden Nationalismus. Zum Ausdruck kam dies in der vor allem von der Sensationspresse initiierten neuen Kampagne gegen die verhängten Todesstrafen, an der sich neben „Der Welt“²⁰⁸² auch „Die Zeit“ beteiligte, als sie die Parole ausgab: „Es ist zu spät zum Töten!“²⁰⁸³

Während die meisten Bonner Politiker, die die Entscheidung kommentierten unter Berufung auf die im Grundgesetz abgeschaffte Todesstrafe die Todesurteile bedauerten, so

²⁰⁷⁹ Zitiert nach Thomas Alan Schwartz, Die Begnadigung deutscher Kriegsverbrecher. John J. McCloy und die Häftlinge von Landsberg, in: a.a.O., S. 403.

²⁰⁸⁰ Ulrich Herbert, Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft, 1903-1989, a.a.O., S. 441.

²⁰⁸¹ Das folgende vor allem nach Thomas Alan Schwartz, Die Begnadigung deutscher Kriegsverbrecher. John J. McCloy und die Häftlinge von Landsberg, in: a.a.O., S. 401; Norbert Frei, Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, a.a.O., S. 221 ff.; Ulrich Brochhagen, Nach Nürnberg. Vergangenheitsbewältigung und Westintegration in der Ära Adenauer, a.a.O., S. 47 ff.

²⁰⁸² So bemängelte in der Ausgabe vom 1. 1. 1951 der Weizsäcker-Verteidiger im Wilhelmstrassen-Prozess, Hellmut Becker, in seinem längeren Artikel mit der Überschrift „Recht, Macht und Gnade“, dass McCloy auch jetzt „noch keinen reinen Tisch gemacht habe“. Besonders die sieben Todesurteile seien inakzeptabel, da die Bundesrepublik die Todesstrafe abgeschafft habe und feststehe, dass „die zum Tode Verurteilten nicht aus persönlicher Gewinnsucht, sondern aus der nihilistischen Situation ihrer Zeit heraus gehandelt haben“. Zitiert nach Ulrich Herbert, Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft, 1903-1989, a.a.O., S. 630 (Fußnote 110).

²⁰⁸³ So lautete die Überschrift zu ihrem Landsberg-Kommentar vom 8. 2. 1951, S. 1, indem es zum Schluss hieß, dass es nun „auch zu spät (sei), die wirklich Schuldigen zu töten“. Zitiert nach Norbert Frei, Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, a.a.O., S. 222 (Fußnote 114), der an gleicher Stelle darauf hinweist, dass die Wochenzeitung erst wenige Wochen später in der Ausgabe vom 8.3. ihre Position korrigierte, als nämlich Marion Gräfin Dönhoff konzedierte, „die öffentliche Meinung sei der Auffassung, daß eigentlich außer Hitler mehr oder weniger alle unschuldig gewesen wären und alliierte Rechtsurteile überhaupt nicht verbindlich seien“. Verantwortlich dafür seien allerdings die Sieger, denn diese „schufen neues Recht und verkündeten die These von der Kollektivschuld aller Deutschen. So fanden sich denn plötzlich die Opfer der Naziherrschaft und die Gegner des Systems mit ihren Schergen zusammen auf derselben Bank wieder.“

beispielsweise die Sozialdemokraten Carlo Schmid und Erich Ollenhauer, verzichtete die Bundesregierung auf eine offizielle Stellungnahme. Die in der Regierungskoalition vorherrschende Einschätzung brachte bereits die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ am 2. 2. 1951 zum Ausdruck, die die Entscheidung akzeptierte, allerdings die „auffallende Zurückhaltung McCloy in der Frage der verurteilten Soldaten“ bemängelten.²⁰⁸⁴ Und die Grundlinien ihrer zukünftig maßgeblichen Politik nicht nur gegenüber McCloy nahmen gewissermaßen die Soldatenverbände vorweg, die in ihren angesichts der anstehenden Wiederbewaffnung einem deutschen Junktim gegenüber den Amerikanern (sowie Franzosen und Engländern) gleichkommenden Stellungnahmen unmissverständlich forderten: Amnestie für die in Landsberg, Werl und Wittlich als ‚Kriegsverbrecher‘ einsitzenden Wehrmachtsgeneräle und Ehrenerklärung für die deutschen Soldaten. Hierbei erpressten sie Adenauer regelrecht und erklärten, dass sie der geplanten Aufstellung einer gemeinsamen europäischen Streitkraft unter Beteiligung der Bundeswehr nicht zustimmen würden, solange sich noch ein in verurteilter Kriegsverbrecher in alliierter Haft befände.

Vor diesem Hintergrund und in Anbetracht der Tatsache, dass in der westdeutschen Bevölkerung vor allem die Freilassung der verurteilten Generäle gefordert wurde und die „soldatischen Kreise“ für alle Parteien (zumal der deutschnationalen und rechtsradikalen Kleinparteien) ein beachtliches Wählerreservoir darstellten, wandte sich der Bundeskanzler in einer Bundestagsitzung am 5. April 1951 „direkt an die früheren Wehrmachtsangehörigen und versprach ihnen, alles in seiner Macht stehende zu tun, ‚das Los der Gefangenen zu erleichtern und ihnen baldmöglichst die Freiheit wiederzuschaffen.‘ Er zeigte sich überzeugt, dass die Zahl der wirklich schuldigen hohen Offiziere so ‚außerordentlich gering‘ sei, dass damit ‚der Ehre der früheren deutschen Wehrmacht kein Abbruch geschieht‘.²⁰⁸⁵ Adenauer zufolge würden die ehemaligen Berufssoldaten zu Unrecht für den verlorenen Krieg verantwortlich gemacht; meistens hätten sie nichts anderes als ihre Pflicht erfüllt. „Das Kapitel der Kollektivschuld der früheren Berufssoldaten“, so der Bundeskanzler wörtlich, muss „ein für allemal beendet sein.“²⁰⁸⁶

Im Windschatten von Adenauers bereitwillig abgegebener Ehrenklärung für die frühere deutsche Wehrmacht erreichte die Kampagne zur Freilassung der noch in den

²⁰⁸⁴ Zitiert nach Norbert Frei, *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*, a.a.O., S. 222 (Fußnote 115).

²⁰⁸⁵ Peter Reichel, *Vergangenheitsbewältigung. Die Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur von 1945 bis heute*, a.a.O., S. 100.

²⁰⁸⁶ Zitiert nach Wolfgang Kraushaar, *Die Protest-Chronik 1949-1959. Eine illustrierte Geschichte von Bewegung, Widerstand und Utopie*, Band I-IV, a.a.O., hier: Band I: 1949-1952, S. 412.

alliierten Haftanstalten in Westdeutschland einsitzenden knapp 700 Kriegsverbrechern ihren Höhepunkt und führte schliesslich zu in der von der FDP im Frühjahr 1952 geforderten „Generalamnestie“. Die vom nordrhein westfälischen Landesverband koordinierte Kampagne setzte den Bundeskanzler angesichts der anstehenden Verhandlungen mit den drei Westalliierten über einen Generalvertrag, mit dem das Ende des Besatzungsregimes geregelt werden sollte, massiv unter Druck, zeitigte indes keinen Erfolg. Für diesen Personenkreis, der mittlerweile mit dem verharmlosenden Kunstbegriff „Kriegsverurteilte“ bezeichnet und von zahlreichen Politikern schon als „Opfer der alliierten Militärgerichte“ angesehen wurde, sah dann der Deutschlandvertrag, den der Bundestag im März 1953 ratifizierte, einen gemischten Ausschuss vor. Da sich das Inkrafttreten des Vertrages verzögerte, richteten die Alliierten im August 1953 „Interimistische Gemischte Parole- und Gnadenausschüsse“ ein, die sich aus Vertretern der Westmächte und der Bundesrepublik zusammensetzte. Auch um die nationalistische Rechte im Bundestagswahlkampf zu schwächen und Adenauer zu stärken wurden in diesen Monaten ein Großteil der noch inhaftierten ehemaligen Heerführer Hitlers freigelassen.²⁰⁸⁷

Darunter befand sich auch der zu 18 Jahren Haft verurteilte Generalfeldmarschall Erich von Manstein, der, nachdem er bereits aus gesundheitlichen Gründen eine Reihe von befristeten Haftverschonungen erhalten hatte, nach nur knapp dreieinhalb Jahren Haft im Mai 1953 entlassen wurde. Wie kein anderer der prominenten Wehrmachtsgeneräle, die unter anderem in den Nachkriegsjahren ihre für ein breites Publikum geschriebenen Memoiren veröffentlichten,²⁰⁸⁸ beeinflusste von Manstein das geschönte Bild der Wehrmacht in der Nachkriegszeit, ob als Mitautor der im November 1945 verfassten „Denkschrift der Generäle“ für den Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess²⁰⁸⁹ oder in seinen 1955 erschienenen Memoiren mit dem Titel „Verlorene Siege“ oder als Berater des Bonner Verteidigungsministeriums und des Bundestages in sicherheitspolitischen Fragen. Er hatte

²⁰⁸⁷ Ebenso wie die Franzosen und Briten entließen auch die Amerikaner schließlich 1958 die letzten inhaftierten Kriegsverbrecher. Unter den vier im Mai aus der Landsberger Haftanstalt freigelassenen Gefangenen befanden sich drei, die im Einsatzgruppen-Prozess zum Tode verurteilt, aber von McCloy begnadigt worden waren. Vor weiterer Strafverfolgung durch westdeutsche Behörden waren die ehemaligen SS-Oberführer Ernst Biberstein, Adolf Ott und Martin Sandberger durch das im „Überleitungsvertrag“ vereinbarte Verbot doppelter Anklageerhebung geschützt.

²⁰⁸⁸ Vgl. besonders Franz Halder, Hitler als Feldherr. Der ehemalige Chef des Generalstabes berichtet die Wahrheit, Tübingen 1949; Heinz Guderian, Erinnerungen eines Soldaten, Heidelberg 1950; Adolf Heusinger, Befehl im Widerstreit. Schicksalsstunden der deutschen Armee. 1923-1945, Tübingen 1950; Albert Kesselring, Soldat bis zum letzten Tag, Bonn 1953; Hans Friebner, Verratene Schlachten. Die Tragödie der deutschen Wehrmacht in Ungarn und Rumänien, Hamburg 1956; Walter Warlimont. Im Hauptquartier der deutschen Wehrmacht 1939-45, Frankfurt a. M. 1962.

²⁰⁸⁹ Die anderen vier Verfasser waren die früheren Wehrmachtsgeneräle Walther von Brauchitsch, Franz Halder, Walter Warlimont sowie Siegfried Westphal.

einen entscheidenden Anteil an der Verbreitung der Legende von der „sauberen Wehrmacht“, wonach einerseits die Wehrmacht den Zweiten Weltkrieg zwar verloren, aber einen „normalen“ Krieg geführt hatte und mithin nicht mit dem nationalsozialistischen Eroberungs-, Rassen- und Vernichtungskrieg identifiziert werden konnte, andererseits ihre Führung gegen die NSDAP und SS eingestellt gewesen sei und nicht nur alle wichtigen Entscheidungen Hitlers missbillig hätten, sondern als Opfer des übermächtigen Diktators betrachtete werden müssen.²⁰⁹⁰

Während also diese Geschichte der Bewältigung der politisch-justitiellen Bewältigung der Folgen des NS-Regimes und der hochpolitische Streit zwischen den Westalliierten, zumal den Amerikanern, und den Deutschen über die Beseitigung der Folgen der NS-Prozesse sowie die Kampagne zur Freilassung der Kriegsverbrecher aus den Anfangsjahren der Bundesrepublik im „Monat“ ausgeklammert wurde, trug die Zeitschrift allerdings zur Durchsetzung des geschönten Wehrmachtbildes in der Nachkriegszeit bei. Angesichts der Entscheidung der Vereinigten Staaten für die Westbindung und die Wiederaufrüstung des ehemaligen Kriegsgegners, zählte die Frage der Wiederbewaffnung der Bundeswehr zum politisch-ideologischen „Kernbestand“ (Michael Hochgeschwender) des „Monat“. Insofern war die Zeitschriftenredaktion darum bemüht die Wehrmacht als Institution zu rehabilitieren.²⁰⁹¹ Erstens, indem die militärische Opposition von Teilen der Wehrmachtsoffiziere und die Legitimation des militärisch-konservativen Widerstandes gegen den „Führerstaat“ hervorgehoben wurde; zweitens, indem ihre Verstrickung in die Kriegs- und Zivilisationsverbrechen und vor allem die Mitverantwortung der Wehrmachtsführung für die durch den sogenannten Kommissarbefehl von 1941 ausgelöste Ermordung politischer Kommissare der Roten Armee sowie für verbrecherische Maßnahmen gegenüber der Zivilbevölkerung in den von der Wehrmacht besetzten Gebieten verwischt wurde; drittens, indem man die Militärelite als Opfer des „dämonischen, besessenen Demagogen“ (Walter

²⁰⁹⁰ Vgl. Bernd Boll, Generalfeldmarschall Erich von Lewinski, gen. von Manstein, in: Gerd R. Ueberschär (Hg.), Hitlers militärische Elite, Bd. 2: Vom Kriegsbeginn bis zum Weltkriegsende, Darmstadt 1998, S. 143-152; Oliver von Wrochem, Die Auseinandersetzung mit Wehrverbrechen im Prozess gegen den Generalfeldmarschall Erich von Manstein 1949, in: ZfG 46 (1998), S. 329-353 sowie dessen jüngst erschienene Biographie: Erich von Manstein, Vernichtungskrieg und Geschichtspolitik, Paderborn 2006. Zum Bild und zur Legende der „sauberen“ Wehrmacht insbesondere in den unmittelbaren Nachkriegsjahren vgl. Wolfram Wette, Das Bild der Wehrmacht-Elite nach 1945, in: Gerd R. Ueberschär (Hg.), Hitlers militärische Elite, Bd. 2: Vom Kriegsbeginn bis zum Weltkriegsende, a.a.O., S. 293-308.

²⁰⁹¹ Neben den bereits genannten Beiträgen siehe besonders Walter Görlitz, Schuld oder Schicksal?, in: Der Monat, Heft 28 (1951), 3. Jg., S. 429-432; hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: Hans Laternser, Verteidigung deutscher Soldaten. Plädoyers vor alliierten Gerichten, Bonn [o. J.]. Auf den Beitrag ging ich bereits an anderer Stelle der vorliegenden Untersuchung ein. Siehe die entsprechenden Ausführungen im Kapitel IV.1.6 „Der Zweite Weltkrieg und der deutsche Widerstand“.

Görlitz) und Usurpators Hitler charakterisierte, der sie als militärischer Oberbefehlshaber im Zweiten Weltkrieg und speziell beim Überfall auf die Sowjetunion missbrauchte; viertens, indem die rechtliche Anklagekonstruktion des Nürnberger Militärtribunals, demzufolge die militärischen Oberbefehlshaber als einheitliche Gruppe „Generalstab und OKW“ anzusehen sei, als falsch betrachtet wurde, weil sie nicht „der Vorstellung von einer straffen Gliederung“²⁰⁹² entsprach und unausgesprochen eingeräumt wurde, dass sie zurecht nicht als „verbrecherische Organisation“ verurteilt worden war; fünftens, indem die juristische Konstruktion, die zur Verurteilung der Wehrmachtsgeneräle im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess sowie speziell in den amerikanischen und britischen Militärprozessen führte, in Frage gestellt wurde, weil nämlich die Wehrmachtsführung in der Folge des „Unternehmens Barbarossa“ mit einer neuen Form des Krieges konfrontiert war, dem Partisanenkrieg, für den aber einerseits das damals geltende internationale Kriegsvölkerrecht keine expliziten Rechtsnormen geschaffen hatte und für den andererseits letztlich neben Hitler auch Stalin die Verantwortung trug.

Eben dies zwang zu der „nüchterne(n) Beurteilung“, so der konservative deutsche Historiker Walter Görlitz im „Monat“, dass die Sowjetunion, „die in Nürnberg mit über das deutsche militärische Führerkorps zu Gericht saß, das Völkerrecht, um dessen Wahrung es ging, nur gelten ließ, wo es ihr paßte, daß sie im Grunde abendländischem Rechtsempfinden weltenfern stand. Dafür trug sie die moralische, ideologische und zum Teil auch tatsächliche Verantwortung für den Partisanenkrieg, dessen Bekämpfung die deutschen Militärbefehlshaber in Konflikt mit völkerrechtlichen Regeln brachte. Eines der Kennzeichen der alliierten Militärgerichtsverfahren ist im Grunde, daß die Vorgänge im sowjetischen oder sowjetisch beeinflussten Bereich nach Maßstäben beurteilt wurden, welche noch auf dem Grundsatz des klassischen Völkerrechts beruhten, daß der Krieg ein Kampf zwischen Staaten sei. Sicherlich ist das Recht unteilbar, dann ist aber auch die Anklage unteilbar.“²⁰⁹³

In diesem Zusammenhang erinnerte Görlitz in seiner Rezension des Buches von Hans Latenser, dem Verteidiger der Gruppe ‚Generalstab und OKW‘ im Hauptverfahren sowie der Generalfeldmarschälle Kesselring, List und Ritter von Leeb in den nachfolgenden Militärprozessen,²⁰⁹⁴ dass es den Vereinigten Staaten zweifelsohne mit den Nürnberger

²⁰⁹² Ebenda, S. 430.

²⁰⁹³ Ebenda, S. 431.

²⁰⁹⁴ Albert Kesselring wurde im Mai 1947 von einem britischen Militärgericht in Venedig wegen Repressalien und Geiselschießungen zum Tode verurteilt, die später in Haft umgewandelt wurde; er wurde 1952 wegen Krankheit begnadigt. Wilhelm List wurde im Februar 1948 im Nürnberger Prozess gegen die „Südost-Generale“ (Fall 7) vom amerikanischen Militärgericht wegen deutscher Vergeltungsaktionen bei der Bekämpfung von Partisanen auf dem Balkan zu einer lebenslänglichen Freiheitsstrafe verurteilt; er wurde nicht begnadigt, aber aus gesundheitlichen Gründen im Oktober 1952 entlassen. Wilhelm Ritter von Leeb wurde im Nürnberger OKW-

Prozessen auch um die Schaffung „neuer internationaler Rechtsnormen“ ging, aber dass sich die amerikanische Armee seit dem Sommer 1950 in Korea selbst im Kampf gegen eine sowjetisch beeinflusste Partisanen-Bewegung befand, die „eine verzweifelte Ähnlichkeit mit den Partisanengruppen“ besaß, mit denen sich „die deutschen Befehlshaber auseinanderzusetzen hatten. (...) Von solchen Dingen hatte sich die alte Haager Landkriegsordnung noch nichts träumen lassen.“

Während Laternser als Anwalt die Freilassung seiner drei Mandanten forderte, ging es Görlitz in seinem im Januar-Heft 1951, also in dem Monat, in dem der amerikanische Hohe Kommissar seine Entscheidung in den Landsberger Fällen traf, um etwas anderes. Ihm schwebte etwas vor,

„was möglicherweise in juristisch einwandfreier Form zu einer Revision all dieser umstrittenen Prozesse führen könnte: die Anpassung der internationalen Rechtsnormen an die veränderten Formen des Krieges. Wir benötigen ein neues internationales Recht. Richtig verstanden könnten auf diese Weise sowohl der Nürnberger Prozeß wie die ihm angehängten Generalsverfahren, ‚OKW-‘ und ‚Südostprozeß‘, die beide der Überprüfung bedürfen, zum Meilenstein des Fortschritts werden. Fraglos müssen Kriegsverbrechen bestraft werden, fraglos ist hierbei jedoch eine genaue Definition des Begriffes erforderlich. Die Echtheit und Tiefe des Rechtsbewußtseins bildet die Grundlage unserer abendländischen Begriffswelt.“²⁰⁹⁵

Während John McCloy's Entscheidung angesichts des Ausmaßes der Strafsenkung gegenüber den NS-Kriegsverbrechern im Grunde genommen die Idee einer gerichtlichen Aburteilung der NS-Täter selbst schwer beschädigte, wenn nicht zerstört hatte, und einen Prozess in Gang setzte, in dessen Verlauf alle noch verbliebenen Kriegsverbrecher freigelassen werden sollten, so dass sich schlussendlich die deutschen Forderungen erfüllten, ging „Der Monat“ noch einen Schritt weiter. In Anbetracht der im Zeichen des Kalten Krieges stehenden zweiten Phase der amerikanischen Deutschlandpolitik, die durch den Übergang von der bisherigen Bestrafungspolitik zu einer Politik der Westintegration und Wiederbewaffnung des einstigen Kriegsgegners gekennzeichnet war, und angesichts der deutschen Forderungen nach einer Amnestie für die in den westalliierten Kriegsverbrechergefängnissen einsitzenden Wehrmachtsgeneräle und einer „Wiederherstellung der Ehre der deutschen Soldaten“ sowie auf dem Hintergrund der erklärten Bemühungen der Zeitschrift, die Wehrmacht als Institution und ihre Führung zu rehabilitieren, bot die Redaktion Walter Görlitz ein Forum für seine Auffassung, wonach die Kriegsverbrecherprozesse auf einer mangelnden juristischen, historischen und moralischen Grundlage gestanden hätten. Während quasi zum gleichen

Prozess (Fall 12) im Oktober 1948 wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu einer Freiheitsstrafe von drei Jahren verurteilt, die zur Zeit der Verkündung des Urteils als verbüßt galten.

²⁰⁹⁵ Ebenda, S. 432.

Zeitpunkt nach einem von McCloy arrangierten Treffen in seiner Bad Homburger Villa zwischen dem als überzeugten Feind des deutschen Militarismus bekannten neuen Oberbefehlshaber der NATO in Europa, General Dwight D. Eisenhower, und den beiden ehemaligen Wehrmachtsgeneräle Hans Speidel und Adolf Heusinger, Eisenhower eine von Adenauers Militärberatern vorbereitete Ehrenklärung für den „deutschen Soldaten als solchen“ aus Gründen der amerikanischen Staatsräson abgab,²⁰⁹⁶ griff Görlitz bei seinem unverkennbaren Ziel der Reinwaschung der Wehrmacht und seiner Führung in das Arsenal jener deutschen, aber auch amerikanischen, Kritiker, die das Internationale Nürnberger Militärtribunal wegen der Beteiligung der Sowjetunion ablehnten. Bei seiner hiermit verbundenen Absicht die Legitimität der (west-)alliierten Kriegsverbrecherprozesse, zumal der Militärgerichtsverfahren, mit dem fadenscheinigen Argument in Frage zu stellen, dass wo kein internationales Kriegsvölkerrecht ist, auch kein Kriegsunrecht entstehen kann, scheute sich der deutsche Historiker mit Blick auf die unter der Beteiligung der Wehrmacht während des Zweiten Weltkrieges in Ost- und Südosteuropa im Kontext des Partisanenkrieges begangenen Kriegs- und Zivilisationsverbrechen nicht nur der Sowjetunion eine Mitverantwortung zuzuschreiben, sondern auch unmissverständlich darauf hinzuweisen, dass auch die amerikanische Armee im Korea-Krieg mit eben jenem Phänomen konfrontiert war, mit dem sich bereits die Wehrmachtsführung auseinandersetzen hatte.

Durch die in diesem Zusammenhang vertretene These einer sogenannten verzweifelten Ähnlichkeit hinsichtlich der Kriegsführung der amerikanischen und deutschen Befehlshaber im Kampf gegen eine „sowjetisch beeinflusste Partisanen-Bewegung“ (Walter Görlitz) wurde allerdings zum einen indirekt die Wehrmachtsverbrechen mit den von der amerikanischen Armee im Partisanenkrieg in Korea ineingesetzt – in beiden Fällen existierten angeblich keine kriegs- und völkerrechtlichen Bestimmungen –, und fand zum anderen unter der Hand im „Monat“ ein zentrales Element der von der breiten deutschen Front gegen die „Siegerjustiz“ geäußerten entschiedenen Kritik Platz; hinter dem politischen Kampfbegriff stand bekanntlich die Absicht den Zweiten Weltkrieg und die von den Deutschen begangenen Massenverbrechen unter die Kategorie des „normalen Krieges“ zu subsumieren. Nicht die Kriegs- und Zivilisationsverbrechen, sondern ausschließlich der militärische Erfolg der

²⁰⁹⁶ Das Treffen fand am 22. Januar 1951 statt und am folgenden Tag erklärte General Eisenhower auf dem Frankfurter Flughafen vor der Presse: „Ich für meinen Teil glaube nicht, daß der deutsche Soldat als solcher seine Ehre verloren hat. (...) Wie ich dem Kanzler und anderen deutschen Herren, mit denen ich gestern abend gesprochen habe, gesagt habe, bin ich zu der Überzeugung gekommen, daß ein wirklicher Unterschied zwischen deutschen Soldaten und Offizieren als solchen und Hitler und seiner kriminellen Gruppe besteht.“ Zitiert nach Norbert Frei, *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*, a.a.O., S. 218.

Alliierten über die Deutschen sei die eigentliche Grundlage für die Strafverfahren, lautete der Hauptvorwurf. Hieraus folgte dann die stereotype Kritik, dass Kriegsverbrechen nicht nur von den Deutschen begangen worden seien und mithin die NS-Prozesse durch nicht anderes als die Willkür der Sieger begründet sei.

Während sich bei der Auseinandersetzung mit dem nationalsozialistischen Totalitarismus und seinen vergangenheitspolitischen Dimensionen im „Monat“ zeigen ließ, dass sich die Imperative der US-amerikanischen Besatzungspolitik in Westdeutschland gewandelt hatten, kann angesichts der vorliegenden Untersuchungsergebnisse mit Blick auf den von der Zeitschriftenredaktion unter der Ägide Melvin J. Laskys formulierten antitotalitären Anspruchs resümierend festgestellt werden: Der von ihr propagierte Antitotalitarismus wurde hinsichtlich der (vergleichenden) Beschreibung und Analyse des nationalsozialistischen und sowjetkommunistischen Herrschaftssystems in erster Linie als Antikommunismus verstanden und folglich nicht eingehalten. Insofern besaß der herrschaftskritische Terminus zweifelsohne eine Schlagseite und hatte einen instrumentellen Charakter; hierbei existierten Parallelen zur angesprochenen Grundausrichtung des „Kongresses für kulturelle Freiheit“ bis Mitte der 1950er Jahre. Die beiden totalitären Herrschaftssysteme wurden einschließlich ihrer länderspezifischen Vorgeschichte sowohl was quantitative als auch qualitative Aspekte anbelangt mit unterschiedlichen Maßstäben untersucht. Andererseits wurden im Kontext der politisch-justitiellen Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Geschichte zentrale vergangenheitspolitische Themen und Dimensionen ausgeblendet und gegen die neonazistischen und rechtsradikalen Gefährdungen in der Bundesrepublik erst in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre deutlich Position bezogen.

Der Antitotalitarismus war im „Monat“ eine Kampfkategorie des Kalten Krieges, mit dem der (sowjetische) Kommunismus delegitimiert und die NS-Vergangenheit neutralisiert und relativiert werden sollte. Unter dem Anschein einer sich universell gebenden Herrschaftskritik wurde im Zeichen des Antikommunismus durch die Hervorhebung der persönlichen Rolle Hitlers und der engeren NS-Führungselite ein simplifizierendes und dämonisierendes Bild des NS-Staates gezeichnet, indem die Mitverantwortung und Mitwirkung der bürokratischen, diplomatischen, medizinischen, militärischen und wirtschaftlichen Eliten in das verbrecherische System kaschiert wurde, was ihre Rehabilitierung erleichterte. Der Vergleich zwischen dem Nationalsozialismus und dem Sowjetkommunismus in seiner historischen Gestalt des Stalinismus fragte im Sinne der

identifizierenden Totalitarismustheorie nicht nach Differenzen, sondern nach strukturellen Gemeinsamkeiten, und suchte sie ausschließlich in den Herrschaftssystemen. Hierbei wurde insbesondere Hannah Arendts Totalitarismusstudie für politisch-ideologische Zwecke instrumentalisiert.

IV.

Insofern stand der Antitotalitarismus des „Monat“ in einer engen Beziehung zu dem in der frühen Bundesrepublik von der Regierung und fast aller im Bundestag vertretenen Parteien immer wieder beschworenem antitotalitären Konsens. Denn dieser verknüpfte die Distanzierung des Nationalsozialismus angesichts des „drohenden Bolschewismus“ geschickt mit dem außen- und innenpolitischen Kampf gegen den (sowjetischen) Kommunismus.

Gleichwohl blieb der Nationalsozialismus für den westdeutschen Teilstaat ein historisches Bezugsereignis von überragender Bedeutung und war die Negativfolie für die Legitimierung des neuen politischen Systems.²⁰⁹⁷ Die Bundesrepublik hat sich von Anfang an zum Grundsatz der Gesamtnachfolge bekannt und trat die Erbschaft der NS-Diktatur an. Hierbei verstand sie sich als Rechtsnachfolger des von den Siegermächten aufgelösten Deutschen Reiches von 1871 und machte zugleich geltend mit seinem Vorgänger definitiv zu brechen. Die konstitutiven Organe und die bei der Beratung des Grundgesetzes maßgeblichen Personen und Parteien betrachteten insbesondere in den Strukturschwächen der Weimarer Republik die entscheidende Bedingung für den Aufstieg der NSDAP und die Machtübertragung auf Hitler. Zum Bezugsereignis für die zweite deutsche Republik wurde das Jahr 1930, also der Übergang von der parlamentarischen zur Präsidial-Demokratie Hindenburgs. Mit Blick auf das Ende von Weimar wurde die neue politische Herrschaftsordnung „weder plebiszitär noch präsidentiell, sondern parlamentarisch-repräsentativ“ zugeschnitten. Darin drückte sich ein „doppeltes Misstrauen“ aus: „Zum einen gegenüber den unter krisenhaften Bedingungen offenbar leicht manipulierbaren Volksmassen und zum anderen gegenüber unberechenbaren und unverantwortlichen Volkshelden und Volksführern. Der demokratische Souverän galt nicht viel, der gegen seine extremistischen Auswüchse zu schützende Parteienstaat umso mehr. Aus der hochpolitisierten, antagonistischen Weimarer Klassengesellschaft sollte eine sozial und

²⁰⁹⁷ Ich stütze mich für das folgende auf M. Rainer Lepsius, Das Erbe des Nationalsozialismus und die politische Kultur der Nachfolgestaaten des „Großdeutschen Reiches“, in: Ders., Demokratie in Deutschland. Soziologisch-historische Konstellationsanalysen. Ausgewählte Aufsätze, Göttingen 1993, S. 229-248 sowie Peter Reichel, Vergangenheitsbewältigung. Die Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur von 1945 bis heute, a.a.O., S. 126 f.

ökonomisch befriedete pluralistische Gesellschaft werden. Und an die Stelle der missglückten Versöhnung des monarchischen mit dem demokratischen Strukturprinzip – als Synthese von parlamentarischer Regierungsverantwortung und plebiszitärer Präsidentschaft – sollte eine parlamentarische Kanzlerdemokratie treten.²⁰⁹⁸

Die berühmte Formel „Bonn ist nicht Weimar“²⁰⁹⁹ war hierbei Mahnung und Zielvorgabe zugleich. Deshalb war die aus den Erfahrungen der späten Weimarer Jahre entstandene Bonner Demokratie nicht nur repräsentativ, sondern begriff sich zunächst defensiv. In den Mittelpunkt des politischen Interesses rückte die Abwehr tatsächlicher oder vermeintlicher Feinde der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Hierfür stellte das Grundgesetz eine „ganzes Arsenal an Stabilitäts- und Sicherungsinstrumenten“ bereit, die von der Fünfprozent-Klausel bis zu der Möglichkeit des Verbots verfassungswidriger Parteien durch das Bundesverfassungsgericht (Art. 21 Abs. 2) reichte. Davon machte die in den ersten Jahren nicht sehr selbstbewusste, unter gehörigem Bewährungsdruck stehende und mit der ständig drohenden Intervention des amerikanischen Hochkommissars lebende zweite deutsche Republik Anfang der 1950er Jahre mit dem Verbot der neonazistischen SRP gebrauch.

Für die Bundesrepublik war also der Nationalsozialismus ein historisches Bezugsereignis von konstitutiver Bedeutung und wurde als das totalitäre Gegenmodell zum westdeutschen Nachfolgestaat sozusagen „normativ *internalisiert*“.²¹⁰⁰ Indes geschah dies in einer für die unmittelbare Nachkriegszeit charakteristischen Art. Denn der Kalte Krieg und der sowjetische Kommunismus „nährten die Bedrohungsängste“ großer Teile der westdeutschen Bevölkerung und ihrer politischen Repräsentanten. Vor diesem Hintergrund erschien es konsequent, „keinen Wesensunterschied zwischen ‚brauner‘ und ‚roter‘ Diktatur zu machen, die kommunistische höher als die neonazistische Gefahr zu bewerten und gegen beide als extremistische Gefährdungen für die junge pluralistische Demokratie Front zu machen.“²¹⁰¹

Insofern wies der von der politischen Klasse beschworene Antitotalitarismus in den 1950er Jahren (siehe Kapitel I.4.5.) eine überaus problematische Dimension auf: Antifaschistisch war dieser vor allem der Vergangenheit gegenüber gemeint,

²⁰⁹⁸ Peter Reichel, *Vergangenheitsbewältigung. Die Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur von 1945 bis heute*, a.a.O., S. 126.

²⁰⁹⁹ Siehe Fritz René Allemann, *Bonn ist nicht Weimar*, Köln Berlin 1956 sowie ders. Brief aus Westdeutschland: *Bonn ist nicht Weimar*, in: *Der Monat*, Heft 76 (1955), 7. Jg., S. 333-341; vgl. ders., *Bonn ist nicht Weimar. Zehn Jahre danach*, in: *Der Monat*, Heft 200 (1965), 17. Jg., S. 7-17.

²¹⁰⁰ M. Rainer Lepsius, *Das Erbe des Nationalsozialismus und die politische Kultur der Nachfolgestaaten des „Großdeutschen Reiches“*, in: a.a.O., S. 233.

²¹⁰¹ Peter Reichel, *Vergangenheitsbewältigung. Die Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur von 1945 bis heute*, a.a.O., S. 127.

antikommunistisch aber vor allem der Gegenwart. Die Rechts-Links-Symmetrie wurde mit dem Verbot der SRP 1952 und dem der KPD 1956 scheinbar gewahrt, in Wirklichkeit jedoch hatte, was sich an der Strafverfolgung extremistischer Gruppierungen zeigte, der Antitotalitarismus eine Schlagseite, weil es sehr viel riskanter war eine als kommunistisch verdächtige Position einzunehmen als eine neonazistische. Denn nach dem Ausbruch des Korea-Krieges galt nicht mehr die Eindämmung der rechtsradikalen Gefahr als die vordringlichste Aufgabe, sondern der Bekämpfung der als akut empfundenen kommunistischen Bedrohung. Die Instrumente der „wehrhaften Demokratie“ richteten sich hauptsächlich gegen die Linke, wobei die auf dem rechten Auge blinde politische Justiz rücksichtslos gegen Personen vorging, die des Kommunismus verdächtigt wurden oder nicht bereit waren sich von ihrer kommunistischen Überzeugung zu distanzieren.

Dass die Bundesrepublik die Abkehr vom Nationalsozialismus im populären Antitotalitarismus tagespolitisch geschickt mit der Ablehnung des stalinistischen Kommunismus verknüpfte und ihn als innenpolitisches Instrument gebrauchte, mit dem man jegliche vermeintliche oder tatsächliche Opposition von links im Keime erstickte, wurde im „Monat“ ausgeblendet. Wie auch die Tatsache keine grundsätzliche Bedeutung erlangte, dass sich angesichts des Feindbildes des Kommunismus in den frühen Jahren der Bundesrepublik einer konstitutiven NS-Ideologie ermöglicht wurde, sich erneut in einer politischen Relegitimierung zu versuchen. Denn durch den Kalten Krieg konnte sich der Antikommunismus bzw. Antibolschewismus behaupten,²¹⁰² und die Westdeutschen konnten glauben, zumindest in dieser Hinsicht seit langem auf der richtigen Seite gestanden zu haben.²¹⁰³ Mit anderen Worten: „Im Zeichen des Anti-Totalitarismus konnten manche, die, zum Teil noch aus nationalsozialistischer Erziehung heraus, leidenschaftliche

²¹⁰² Nur in einem Beitrag setzte sich „Der Monat“ ausdrücklich von dem in den rechtsradikalen Kreisen der frühen Bundesrepublik grassierenden Antibolschewismus ab. Im August-Heft des Jahres 1951 distanzierte sich das Redaktionsmitglied Alfred Kellner überzeugend von der Zeitschrift „Nation Europa“ und seinem Herausgeber Arthur Ehrhardt, weil das hier in den ersten sechs Heften versammelte ‚Gedankengut‘ eine politische Tendenz zum Ausdruck brachte (von ehemaligen NS-„Barden“ wie Hans Grimm, Will Vesper, Heinrich Zillich, Gerhard Schumann und Bruno Brehm), die die bis dahin „raffinierteste“, weil im Grunde genommen „konsequenteste Fortsetzung des nationalsozialistischen Traumes von der ‚Neuen Europäischen Ordnung‘ darstellte. Vor dem Hintergrund der engen Affinität zur NS-Politik und NS-Ideologie stellte Kellner bezüglich des sogenannten Antibolschewismus von „Nation Europa“, wie der Rechtsradikalen insgesamt, fest, dass dieser mit dem Kampf der westlichen Demokratien speziell gegen den Stalinismus „nicht das geringste gemein hat und nicht etwa dem Streben nach Menschlichkeit und Gerechtigkeit“ entsprang, sondern nur dem Wunsch den „östlichen Totalitarismus“ durch eine „faschistische Diktatur“ zu ersetzen. Siehe ak (d. i. Alfred Kellner), Falschmünzer, in: Der Monat, Heft 35 (1951), 3. Jg., S. 539 f.

²¹⁰³ Vgl. in diesem Sinne die kurzen Ausführungen ebenfalls von dem deutschen Historiker in dem Beitrag: Alfred Kellner, Die ruhigen Deutschen, Völkerpsychologie mit Fragezeichen, in: Der Monat, Heft 126 (1959), 11. Jg., S. 72-75 (hier S. 74 f.); hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: Charles W. Thayer, Die unruhigen Deutschen, Bern-Stuttgart-Wien 1958.

Antikommunisten waren, sich während des ‚Kalten Krieges‘ schnell als vermeintlich gute Demokraten ‚bewähren‘ und bei den Westmächten anbieten.²¹⁰⁴

Während in der Auseinandersetzung mit dem Sowjetkommunismus im „Monat“ in den 1950er Jahren nicht zuletzt das hohe Niveau der Beiträge grundsätzliche qualitative Unterschiede und Differenzen zum „normalen“, plumpen Antikommunismus in der frühen Bundesrepublik aufwies und in keinem Beitrag eine Affinität zur NS-Ideologie festgestellt werden konnte, gebrauchte man allerdings in der unmittelbaren Anfangsphase den Begriff des „christlichen Abendlands“, also einen Topos, den bereits die NS-Propaganda zur Legitimation des Zweiten Weltkrieges benutzte und besonders nach der Kriegswende von Stalingrad einsetzte, um den deutschen Vernichtungskrieg zum europäischen bzw. abendländischen Abwehrkampf gegen den Bolschewismus um- und hochzustilisieren. Hierbei trug der primär antikommunistische Antitotalitarismus des „Monat“ überaus intolerante Züge.

Vor dem Hintergrund der Deutung des Totalitarismus als sozusagen logische Entwicklung der Säkularisierung war demnach zwar mit dem Nationalsozialismus eine totalitäre Macht verschwunden, die weitaus gefährlichere, der „gottlose Bolschewismus“, aber geblieben und bedrohte die Welt. Hierbei fungierte wechselweise der Abendland-Begriff und der Begriff „freie Welt“ um eine radikale Kampfbereitschaft gegen den östlichen Totalitarismus auszudrücken. Unter den meisten Autoren des „Monat“ galt es als ausgemacht, dass man nach einer kurzen weltgeschichtlichen Kampfpause vor dem alsbald zu erwartenden Endkampf zwischen den beiden als Siegern aus dem Weltkrieg hervorgegangenen Supermächten USA und Sowjetunion stehe. Und die Vertreter des militanten Antikommunismus sahen diesen Kampf anfangs im Blickfeld eines jahrhundertalten Konfliktes, bei dem sich die sogenannte westliche Freiheit und östliche Unfreiheit gegenüberstanden. Die neue Schlachtordnung hieß abendländische Freiheit gegen den Totalitarismus, die es überhaupt erst erlaubte, dass sich ein breites Spektrum von christlichen, liberalen und konservativen Denkern sowie demokratische Sozialisten und ehemalige Kommunisten in die antibolschewistische Phalanx des „Monat“ einreihen konnten. So entstand anfangs aus dem Abendland-Begriff und dem Antikommunismus eine politisch extrem aufgeladene Kategorie des Antitotalitarismus, der Züge eines „Kreuzzuges gegen den Kommunismus“ annahm.

²¹⁰⁴ Martin Broszat, Referat auf dem vom Institut für Zeitgeschichte am 24. November 1978 veranstalteten öffentlichen Kolloquium zu dem Thema „Totalitarismus und Faschismus. Eine wissenschaftliche und politische Begriffskontroverse“, in: Institut für Zeitgeschichte (Hg.), Totalitarismus und Faschismus. Eine wissenschaftliche und politische Begriffskontroverse, München 1980, S. 32-38 (hier S. 33).

Das redaktionelle Vorwort des mit dem Titel „Das Schicksal des Abendlandes“ überschriebenen ersten Heftes war hierbei richtungsweisend und mündete in die Frage: „Wird die westliche Zivilisation, die uns als Erbe der letzten zweieinhalb Jahrtausende überliefert worden ist, dem Ansturm ungeheuerlichen Ausmaßes gewachsen sein, der ihr ganz augenscheinlich heute droht?“²¹⁰⁵ Angesichts des heraufbeschworenen Dritten Weltkrieges führte die Propagierung der Verteidigung der „Freiheit“ unter der Führung der USA gegen den östlichen Totalitarismus dazu, dass im selben Heft Bertrand Russell und Franz Borkenau Überlegungen anstellten, inwiefern ein sofortiger Waffengang unternommen werden sollte, der durch die existentielle weltpolitische Situation seine Legitimation verliehen wurde.²¹⁰⁶

V.

Während also der Antitotalitarismus hinsichtlich der vergleichenden Analyse des Nationalsozialismus und des Sowjetkommunismus im „Monat“ nicht erfüllt und in Wirklichkeit vornehmlich als Antikommunismus verstanden wurde, der wiederum in der unmittelbaren Anfangsphase sogar eine Affinität zur NS-Ideologie besaß, in der Hochphase der Konfrontation mit dem Sowjetkommunismus intolerante Züge aufwies und letztlich eine Kampfkategorie im Kalten Krieg darstellte, wurde die Zeitschrift dem antitotalitären Anspruch und Selbstverständnis in einem anderen Themenfeld durchaus gerecht: Nämlich bei der Auseinandersetzung mit dem beunruhigenden und erklärungsbedürftigen Phänomen, dass zahlreiche Künstler, Wissenschaftler, Schriftsteller, Philosophen, Journalisten und

²¹⁰⁵ Der Monat, Heft 1 (1948), 1. Jg., S. 3.

²¹⁰⁶ Bertrand Russell, Der Weg zum Weltstaat, in: ebenda, S. 4-8; Franz Borkenau, Nach der Atombombe, in: ebenda, S. 9-16. Ausdrücklich verwendet wurde der Abendland-Begriff in der Konfrontation mit dem Sowjetkommunismus auch in dem Beitrag Barbara Ward, Ist der Krieg mit Russland unvermeidlich, in: Der Monat, Heft 2 (1948), 1. Jg., S. 3-7, die schrieb, dass die „Zivilisation des Abendlandes“ auf „gewaltige Glaubensakte“ gegründet wurde – auf den Glauben, dass die Menschen als „Kinder Gottes frei und gleichberechtigt geboren seien und das einzelne Menschenleben unendlichen Wert“ besäßen. Im Gegensatz hierzu machte sowjetische Kommunismus den einzelnen Menschen zu einer „Nummer in einem Polizeistaat“, die wie in einem „kollektiven Bienenstock“ ausschließlich „Zwangsarbeit“ leisten müssten. Mithin werde das Abendland, so Ward, durch den „Kommunismus angespornt, den „Glauben an Gott und den Glauben an den Menschen“ wiederherzustellen (S. 7).

Zur ideengeschichtlichen Einbettung des „Monat“ in die bundesrepublikanische Nachkriegsgesellschaft mit Blick auf die Säkularisierungsthese bzw. „Abfall von Gott-Theorie“ zur Erklärung des Totalitarismusphänomens und dem zeitgenössischen „antitotalitären“ Diskurs im Kontext von Antibolschewismus bzw. Antikommunismus im Zuge des Kalten Krieges sowie der Bedeutung des Begriffes „christliches Abendland“ vgl. Jost Hermand, Kultur im Wiederaufbau. Die Bundesrepublik Deutschland 1945-1965, a.a.O., S. 77-88, der hierbei, wie gesehen, ausdrücklich auf den „Monat“ eingeht (S. 86-88), sowie grundsätzlich Axel Schildt, Zwischen Abendland und Amerika. Studien zur westdeutschen Ideenlandschaft der 50er Jahre, München 1999 (besonders S. 21-82).

Publizisten, kurz: Intellektuelle, der Faszinationskraft des deutschen Nationalsozialismus einerseits und des Sowjetkommunismus andererseits erlagen und die beiden Herrschaftssysteme zumindest eine Zeit lang unterstützt hatten. Die Frage, wie es möglich war, dass der Totalitarismus und die als geschlossene Denksysteme aufgefassten totalitären Ideologien auf zahlreiche Intellektuelle eine geradezu „magische Anziehungskraft“ (Peter de Mendelssohn) ausüben konnten und ihnen zum Nationalsozialismus respektive zum Sowjetkommunismus, zumal in seiner stalinistischen Herrschaftsform, eine Menge „eingefallen“ (Hannah Arendt) war, avancierte zum eigentlichen Schlüsselthema des „Monat“; in erster Linie natürlich für den Herausgeber und Chefredakteur Melvin J. Lasky und den engeren Mitarbeiterkreis, aber im Grunde genommen auch für die meisten Autoren. Denn der „Verrat des Intellektuellen“ (Julien Benda) in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zählte zu den lebensgeschichtlichen Grunderfahrungen, dass nämlich Intellektuelle sich im Namen einer exklusiven und partikularen National-, Volks-, Rassen- oder Klassenidentität engagierten und ihre eigentliche Funktion nicht in der Verteidigung ewiger, universeller und interessefreier Werte wie Gerechtigkeit, Wahrheit und Vernunft sahen. Die Denkfigur des Intellektuellen als Priester von Diesseitsreligionen, als (Partei-)Ideologe säkularer Heilslehren prägte die Auseinandersetzung über die politische und intellektuelle Kollaboration mit dem Nationalsozialismus (bzw. dem italienischen Faschismus²¹⁰⁷) oder dem (sowjetischen) Kommunismus von prominenten „Fällen“,²¹⁰⁸ die für nicht wenige der Autoren des „Monat“ in Anbetracht der eigenen Vergangenheit immer auch explizit oder implizit eine selbstkritische war.²¹⁰⁹ Indes: Dass in diesem Zusammenhang die Rolle der Intellektuellen im „Jahrhundert des Totalitarismus“ (Karl Dietrich Bracher) und ihre Verführbarkeit hinsichtlich des deutschen „Führerstaates“ im Vergleich zum Stalinismus in einem geringeren Umfang ins

²¹⁰⁷ Vgl. besonders Edouard Roditi, Der Fall Ezra Pound oder die Grenzen der ästhetischen Wertschätzung, in: Der Monat, Heft 10 (1949), 1. Jg., S. 107-113.

²¹⁰⁸ Vgl. in diesem Zusammenhang exemplarisch zwei Beiträge: Den fulminanten Vortrag auf dem Berliner „Kongress für kulturelle Freiheit“ im Juni 1950 von Peter de Mendelssohn, Die Versuchung des Intellektuellen, in: Der Monat, Heft 22/23 (1950), 2. Jg., S. 384-386 (siehe Kapitel I. 5) sowie den auf hohem Niveau geschriebenen Rezensionsaufsatz von François Bondy, Rebellen als Musterschüler. Zu zwei neuen Essaybänden, in: Heft 58 (1953), 5. Jg., S. 407-411; hierbei handelte es sich um die Rezension der beiden Bücher: Peter de Mendelssohn, Der Geist in der Despotie. Versuche über die moralischen Möglichkeiten des Intellektuellen in der totalitären Gesellschaft, Berlin 1953 (der Band enthält Kapitel über Knut Hamsun, Jean Giono, Ernst Jünger und Gottfried Benn) sowie Czeslaw Milosz, Verführtes Denken. Mit einem Vorwort von Karl Jaspers, Köln-Berlin 1953. Vgl. auch Luigi Barzini, Curzio Malaparte. Ein Erinnerungsblatt, in: Der Monat, Heft 133 (1959), 12. Jg., S. 51-57, wo gezeigt wurde, wie Malaparte zuerst die Nähe zum italienischen Faschismus suchte, und in den Nachkriegsjahren die zur sogenannten „neuen Macht“ des Kommunismus, d. h. insbesondere zur KPI.

²¹⁰⁹ Die zahlreichen Beiträge zu diesem Thema wurden im Verlauf dieser Untersuchung an verschiedenen Abschnitten aufgeführt, so dass sie an dieser Stelle nicht genannt werden müssen.

Licht gerückt wurde, stellt angesichts der Untersuchungsergebnisse der vorliegenden Arbeit keine Überraschung dar.

Da auf dieses vielschichtige Thema aus Raumgründen nicht weiter eingegangen werden kann, soll hier nur festgehalten werden, dass der „Monat“ die politische und intellektuelle Verstrickung in den Nationalsozialismus bzw. in das NS-Herrschaftssystem insbesondere bei der Auseinandersetzung mit Ernst Jünger,²¹¹⁰ Gustav Gründgens,²¹¹¹ Wilhelm Furtwängler,²¹¹² Arno Breker,²¹¹³ Knut Hamsun²¹¹⁴ und dem Existentialismus des einflussreichsten deutschen Philosophen des 20. Jahrhunderts, Martin Heidegger,²¹¹⁵ thematisierte; zudem ging man auf die Rolle und Bedeutung des „Kronjuristen“ des „Dritten Reiches“, Carl Schmitt, für die Genese und Entwicklung des NS-Unrechtssystems ein.²¹¹⁶ Die „Vergangenheitsbewältigung“ namhafter Intellektueller einerseits²¹¹⁷ und die Kritik am Wiedereindringen von einstigen überzeugten Nationalsozialisten in den akademischen Lehrbetrieb andererseits, zumal wenn sie weiterhin die „Pseudowissenschaft des tausendjährigen Jahrzwölfts“ vertraten,²¹¹⁸ war auch im Grunde genommen die *conditio sine*

²¹¹⁰ Peter de Mendelssohn Gegenstrahlungen. Ein Tagebuch zu Ernst Jüngers Tagebuch, in: Der Monat, Heft 14 (1949), 2. Jg., S. 149-174. Vgl. auch Alfred Weber, Flucht in die Wildnis. Randbemerkungen zu Ernst Jüngers politische Schriften, in: Der Monat, Heft 29 (1951), 3. Jg., S. 542-545.

²¹¹¹ Friedrich Luft, Gustav Gründgens. Geschichte eines Aufstiegs in drei Phasen, in: Der Monat, Heft 116 (1958), 10. Jg., S.59-66.

²¹¹² H. H. Stuckenschmidt, Furtwängler – Ende einer Epoche. Zur ersten Wiederkehr des Todestages, in: Der Monat, Heft 86 (1955), 8. Jg., S.65-70.

²¹¹³ Alfred Kellner, Arno Breker. Porträt eines Bildhauers und Architekten, in: Der Monat, Heft 142 (1960), 12. Jg., S. 59-67.

²¹¹⁴ Peter de Mendelssohn, Knut Hamsun, Erleuchtung und Verblendung des Zerrissenen, in: Der Monat, Heft 55 (1953), 5. Jg., S. 50-70; hierbei handelte es sich um eine stark gekürzte Fassung des gleichnamigen Kapitels aus seinem Essayband „Der Geist in der Despotie. Versuche über die moralischen Möglichkeiten des Intellektuellen in der totalitären Gesellschaft“.

²¹¹⁵ Kurt Rossmann, Martin Heideggers Holzwege, in: Der Monat, Heft 21 (1950), 2. Jg., S. 236-245.

²¹¹⁶ Und zwar bereits referierten Beitrag Walther Hofer, Der >völkische Rechtsstaat<. Zur nationalsozialistischen Rechtspolitik, in: Der Monat, Heft 125 (1959), 11. Jg., S. 46-58 (siehe Kap. IV. 1. 9.). Zu einer frühen Nachkriegspublikation von Carl Schmitt vgl. Golo Mann, Carl Schmitt und die schlechte Juristerei, in: Der Monat, Heft 49 (1952), 5. Jg., S. 89-92 (hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: Carl Schmitt, Der Nomos der Erde im Völkerrecht des Jus Publicum Europaeum, Köln (o. J.).

²¹¹⁷ Vor diesem Hintergrund wurden zeitgenössische Veröffentlichungen von rechtsradikalen, rechts- oder nationalkonservativen Intellektuellen, die eine unverkennbare Affinität zur NS-Ideologie erkennen ließen, vehement kritisiert. Vgl. hierzu exemplarisch den Beitrag: Ernest J. Salter, Konservative Revolution?, in: Der Monat, Heft 21 (1950), 2. Jg., S. 313-317 (hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: Hermann Rauschning, Deutschland zwischen West und Ost, Berlin-Hamburg-Stuttgart [o.J.], wo dem sogenannten „fellow traveller“ (Francois Bondy) des Nationalsozialismus und Vertreter einer radikalen antisemitischen Politik, Rauschning, ausdrücklich zum Vorwurf gemacht wurde, dass es sich bei dem ehemaligen deutsch-nationalen und späteren nationalsozialistischen Danziger Senatspräsidenten, der sich bekanntlich u. a. durch die Bücher „Gespräche mit Hitler“ und „Revolution des Nihilismus“ in Deutschland einen Namen machte, um den „Vertreter eines idealen Nationalsozialismus“ handeln würde (S. 315).

²¹¹⁸ Vgl. besonders den brillanten Beitrag: Marianne Regensburger, Ein ideologisches Lexikon, in: Der Monat, Heft 98 (1956), 9. Jg., S. 65-68 (Zitat S. 68); hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: Karl Heinz Pfeffer, Handwörterbuch der Politik, Darmstadt [o. J.]. Neben der radikalen Kritik sowohl am an der rassistisch-antisemitischen NS-Ideologie anknüpfenden Wörterbuch als auch an der Rolle des deutschen Soziologen Pfeffer im Nationalsozialismus und im Nachkriegsdeutschland, war es für die Rezensentin abschließend erschreckend

qua non, um gegenüber der wichtigsten Zielgruppe des „Monat“, den deutschen Intellektuellen,²¹¹⁹ glaubwürdig zu erscheinen im Kampf für die politische, kulturelle und intellektuelle Freiheit und gegen die Unterdrückung von Intellektuellen in totalitären Systemen²¹²⁰ sowie in Bezug auf die Auseinandersetzung mit dem Phänomen der Anziehungskraft des Kommunismus im Allgemeinen und dem Stalinismus im Besonderen. Denn insbesondere in der frühen Phase der Bundesrepublik bestand die konkrete Gefahr, dass sich zahlreiche westdeutsche Intellektuelle ein zweites Mal auf ein totalitäres Herrschaftssystem einlassen und der Faszinationskraft des stalinistisch-bolschewistischen Modells erliegen würden, weil sich die Sowjetunion und das SED-Regime zur Legitimation der neuen politischen Ordnung des Antifaschismus-Mythos²¹²¹ bedienten und sich nicht ohne Erfolg als sogenannte wahre Friedensmacht inszenierten.²¹²² Darüber hinaus konnten in diesem Kontext explizit oder implizit die „intellektuellen Wurzeln“ des Nationalsozialismus und des (Sowjet-)Kommunismus in Frage gestellt werden, denn vom antitotalitären Standpunkt des „Monat“ erschien eine „umfassende Kritik der totalisierenden Staats- und Ganzheitsfixierung der hegelianischen Ontologie, Erkenntnislehre und Staatsphilosophie“ unentbehrlich.²¹²³ Hierbei ging es um die Herausbildung eines in der deutschen Vergangenheit nur in wenigen Fällen anzutreffenden antitotalitären Intellektuellen, d. h. kritischen, demokratischen Intellektuellen, zumal des politisch aktiven. Eben dieser verkörperte das Ideal, um unter dem Primat des Antikommunismus die „Re-Orientierung“-

und unbegreiflich, dass die beiden „renommierte(n) Wissenschaftler“ Arnold Gehlen und Helmut Schelsky, „eine Arbeit dieses Autors in das von ihnen herausgegebene Lehr- und Handbuch zur modernen Gesellschaftskunde aufnehmen konnten.“ (S. 68).

²¹¹⁹ Daneben zählte ja das Bildungsbürgertum, Schüler, Studenten, konfessionell nichtgebundene oder liberale Protestanten sowie Sozialdemokraten zur anvisierten Lesergruppe (siehe Kapitel I. 4. 3).

²¹²⁰ Neben den zahlreichen auf dem Berliner „Kongress für kulturelle Freiheit“ 1950 gehaltenen Vorträge und Redebeiträge (siehe Kapitel I. 5.) vgl. die sechsteilige Reihe „Die Intellektuellen in der Krise der Gegenwart“ mit folgenden Autoren: Jean-Paul Sartre, Man schreibt für seine Zeit, in: Heft 1 (1948), 1. Jg., S. 47-51; James T. Farrell, Was braucht die Literatur, in: Heft 4 (1949), 1. Jg., S. 66-71; Max Frisch, Kultur als Alibi, in: Heft 7 (1949), 1. Jg., S. 82-85; Rudolf Hagelstange, in: Heft 11 (1949), 1. Jg., S. 69-73; Theodor Plievier, Humanität und Staat, in: Heft 13 (1949), 2. Jg., S. 14-22 sowie Albert Camus, Der Künstler und die Freiheit, in: Heft 17 (1950), 2. Jg., S. 522-526.

²¹²¹ Vgl. hierzu besonders Antonia Grunenberg, Antifaschismus – ein deutscher Mythos, Reinbeck bei Hamburg 1993.

²¹²² Als Prototypen des quasi totalitären kommunistischen (Partei-)Intellektuellen galt mit Blick auf das SED-Regime neben Johannes R. Becher (Präsident des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands, von 1952 bis 1956 Leiter der Deutschen Akademie der Künste und ab 1954 erster Kulturminister der DDR) insbesondere Bertold Brecht, so dass beide zur Zielscheibe der Kritik wurden. Vgl. zu Becher besonders die beiden Beiträge zum sogenannten Thema „Der Fall Johannes R. Becher“ in Heft 29 (1951), 3. Jg.: Stefan Andres, An einen Staatssklaven-Bildner, S. 487-490 und Rudolf Hagelstange, Der Verrat aus Furcht, S. 491-494, außerdem John T. Becher schrieb einen Brief an seinen Vater, S. 488 f., sowie zu Brecht: Herbert Lüthy, Vom armen Bert Brecht, in: Heft 44 (1952), 4. Jg., S. 115-144.

²¹²³ Michael Hochgeschwender, Freiheit in der Offensive? Der Kongreß für kulturelle Freiheit und die Deutschen, a.a.O., S. 194.

Ziele des „Monat“ zu realisieren, nämlich die westlich-liberaldemokratischen Werte in die bundesrepublikanische Gesellschaft hineinzutragen und zu einem integralen Bestandteil der politischen Kultur und des Geisteslebens des westdeutschen Teilstaates zu machen.²¹²⁴

VI.

„Der Monat“ folgte also den US-amerikanischen Interessen sowohl in der unmittelbaren Frühphase des Kalten Krieges, die selbstverständlich angesichts eines drohenden Krieges mit der Sowjetunion unter einem besonderen Stern stand und letzten Endes bis Stalins Tod im März 1953 reichte, als auch über den gesamten Zeitraum in den 1950er Jahren, die in der vorliegenden Untersuchung im Fokus stehen. Angesichts der hier interessierenden qualitativen und quantitativen (vergleichenden) Analyse des Nationalsozialismus und des Sowjetkommunismus konnte diese Tatsache – wie gesehen – nicht nur beim Vergleich des nationalsozialistischen mit dem sowjetkommunistischen Herrschaftssystem, zumal in der stalinistischen Phase, sondern auch und vor allem in der Auseinandersetzung mit der Geschichte des „Dritten Reiches“ festgestellt werden. Gewissermaßen als Vorbild fungierte hierbei Willi Münzenbergs Zeitschriftenprojekt „Die Zukunft“, denn die Parallelen zum „Monat“ waren nicht nur aufgrund der (mit-)tonangebenden handelnden Akteure offensichtlich,²¹²⁵ sondern auch mit Blick auf die Finanzierung: In beiden Fällen stammten die finanziellen Geldgeber aus staatlichen Regierungsstellen, die sich angesichts der jeweils zeitgenössischen politisch existentiell aufgeladenen weltpolitischen Situation in die inhaltliche und politische Konzeption niederschlug.²¹²⁶ Zudem ging es auch und vor allem von Anbeginn vermittelt der altbewährten Agitprop-Methode sowohl bei der Auseinandersetzung mit dem Totalitarismusphänomen als auch mit der Geschichte des „Dritten Reiches“ um das Prinzip der indirekten, diskret gesteuerten Meinungsbildung

²¹²⁴ Erinnerung sei daran, dass angesichts der bei der Operation „Talk Back“ vorherrschenden Auffassung der Kalte Krieg auf der politischen Linken, also bei Sozialdemokraten, Gewerkschaften und Linksintellektuellen, entschieden wurde, die SPD im Fokus der politisch-konzeptionellen Ausrichtung des „Monat“ stand (siehe Kapitel I. 4. 3.). Insofern zählten sicherlich Intellektuelle aus dem links-liberalen Spektrum zur wichtigsten Zielgruppe.

²¹²⁵ Zur Erinnerung: Aus der Redaktionsleitung der „Zukunft“ stammten die für den „Monat“ überaus einflussreichen und bedeutenden Ex-Kommunisten Arthur Koestler und Richard Löwenthal, sowie Manès Sperber für den „Kongress für kulturelle Freiheit“.

²¹²⁶ Indes muss wie bereits zum Ausdruck kam mit Blick auf die Finanzierung der Zeitschrift „Die Zukunft“ (siehe Kap.3. 1.) einschränkend gesagt werden, dass diese bis zum heutigen Tage in der Forschungsliteratur umstritten ist. Gleichwohl spricht meines Erachtens vieles dafür, dass bei der Gründung und der Finanzierung das französische Außenministerium, namentlich die Pressestelle, entscheidend beteiligt war. Ich folge hier der Auffassung von Hans-Albert Walter, Deutsche Exilliteratur 1933-1950, Bd. 4: Exilpresse, S. 129-132.

(worauf ich weiter unten hinsichtlich des „Monat“ zurückkomme werde). Indes sah sich „Der Monat“, nachdem der NS-Staat besiegt war, im Gegensatz zur „Die Zukunft“²¹²⁷ nur noch mit einem existierenden totalitären Herrschaftssystem, dem Stalinismus, konfrontiert, mit dessen Terrorpolitik und seiner in den meisten Fällen einer religiösen Heilserwartung gleichkommenden vielschichtigen Anziehungskraft insbesondere die zahlreichen Ex-Kommunisten persönliche, in vielen Fällen traumatische Züge besitzende Erfahrungen gemacht hatten.²¹²⁸ Nicht zuletzt aus diesem Kreis der ehemaligen gemeinhin begeisterten Anhänger der kommunistischen Idee stammten im „Monat“ die Exponenten eines radikalen Antikommunismus. Als leidenschaftliche Kalte Krieger sah sich die Fraktion um Franz Borkenau, Arthur Koestler, James Burnham, Sidney Hook oder auch Ruth Fischer nach Ende des Zweiten Weltkrieges *mutatis mutandis* als *Cold War Liberal* im angelsächsischen, zumal US-amerikanischen Sinn, wobei gerade die Vertrautheit mit dem Innenleben der kommunistischen Parteien sowie der einstigen durch die Moskauer Komintern initiierten und durch den Pariser Münzenberg-Apparat auf vielfältige Weise orchestrierten Agitprop-Politik ihnen ihrem Selbstverständnis nach eine unverzichtbare Rolle im politischen und ideologischen Kampf zuschreibe. Insofern waren diese Ex-Kommunisten davon überzeugt, dass sie aufgrund ihrer Spezialkenntnisse und Erfahrungen als Experten im Kampf gegen die totalitäre Bedrohung des Sowjetkommunismus und der von Moskau dominierten kommunistischen Bewegung unentbehrlich wären. Analog zu ihrem früheren manichäischen Weltbild als Kommunisten (Hitler *oder* Stalin, Kapitalismus *oder* Sozialismus) fühlten sich die Ex-Kommunisten im Gegensatz zu den ehemaligen Kommunisten, die sich nach ihrem Austritt aus der Partei ins Privatleben zurückgezogen hatten, berufen und auserwählt, „den Kampf gegen den Kommunismus zu führen“ schrieb Hannah Arendt 1953 in ihrem Essay „Gestern waren sie noch Kommunisten“. Ebendieser Renegaten-Typus, der seine Kenntnisse fortan der anderen Seite anbot, sei dadurch zweifelsohne imstande „eine öffentliche Karriere, wenn auch unter anderen Vorzeichen, weiter verfolgen zu können“. Indes war der Anspruch, allein im Besitz der genauen Kenntnisse der (sowjetischen) kommunistischen Bewegung zu sein und die damit verbundene Forderung, als Schrittmacher und Lehrmeister in diesem Entscheidungskampf anerkannt zu werden, mit einem zentralen Problem verbunden. Als „umgekehrte Kommunisten“ hatten sie nicht nur das Vorzeichen ihres Alleinanspruches auf

²¹²⁷ Zur Erinnerung: Zum Zeitpunkt der Gründung des Zeitschriftenprojektes galt nach dem Münchener Abkommen im September 1938 als der Hauptgegner der außenpolitisch eine territoriale Expansionspolitik verfolgende Nationalsozialismus. Nach dem Hitler-Stalin-Pakt im August 1939 galt es den antifaschistisch-demokratischen Kampf gegen zwei totalitäre Feinde bzw. „Diktaturstaaten“ (Willi Münzenberg) zu führen.

²¹²⁸ Siehe Kapitel II.2. und II.2.1.

Wahrheit ausgetauscht, sondern auch ihr instrumentelles und reduktionistisches Politikverständnis in die demokratisch-liberale Gesellschaft hineingetragen. Der prinzipielle Vorwurf den Arendt an die Ex-Kommunisten richtete, wandte sich gegen das Rezept, „totalitäre Mittel zu gebrauchen, um totalitäre Gefahren zu bekämpfen.“ Für sie war es die „alte Geschichte“, wonach der Zweck die Mittel heiligt. „Wo gehobelt wird, da fallen Späne.“²¹²⁹

Dieses selbst totalitäre Elemente und Tendenzen innewohnende Politikverständnis schlug sich freilich auch in der Kritik des „braunen“ und „roten“ Totalitarismus im „Monat“ nieder, dessen aktuelle Spielart in Form des Bolschewismus es mit allen Mittel zu diskreditieren, zu delegitimieren und zu bekämpfen galt.²¹³⁰ Wie die gemäßigten, liberalen Antikommunisten aus dem Kreis der für die grundsätzliche inhaltliche und konzeptionelle Ausrichtung einerseits und die (vergleichende) Auseinandersetzung mit dem facettenreichen Phänomen des Totalitarismus andererseits überaus einflussreichen Renegaten im „Monat“ – genannt seien hier besonders Melvin J. Lasky, François Bondy, Ernest J. Salter, Richard Löwenthal, Dwight Macdonald, Ignazio Silone, David J. Dallin, Boris Nicolaevsky, Wanda Bronska-Pampuch (d. i. Alfred Burmeister) oder auch Ernst Reuter²¹³¹ – , waren sie in dem

²¹²⁹ Hannah Arendt, Gestern waren sie noch Kommunisten (1953), in: Freitag, Nr. 27, 28. Juni 1996, S. 1; vgl. auch Klaus Naumann, Hannah Arendt und die Ex-Kommunisten, in: Mittelweg 36, 2 (1993), 2., S. 30-40.

²¹³⁰ Während noch Franz Borkenau und Arthur Koestler im Rahmen ihres leidenschaftlichen Engagements für den „Monat“ und den „Kongress für kulturelle Freiheit“ im Kampf gegen den Sowjetkommunismus für eine radikale westliche Außenpolitik und einen präventiven Waffengang plädierten – beim Berliner Kongress sprachen sie sich wie auch James Burnham für ein militärisches Eingreifen der US-Armee in Korea aus –, ging vor allem Burnham noch einen Schritt weiter. Der mit Blick auf die US-amerikanische Außenpolitik im Kalten Krieg einflussreiche Renegat und CIA-Berater sprach sich angesichts des weltweit immer stärker werden Kommunismus für den Einsatz von Atombomben aus. Indes sei hier angemerkt, dass eine solche Position zumindest für den „Monat“ und den letztlich von der Redaktion vertretenen gemäßigten Antikommunismus inakzeptabel war und sich auch in den dort erschienenen Burnham-Beiträgen nicht wiederfand. Auf dem Berliner „Kongress für kulturelle Freiheit“ stellte jedoch der amerikanische Ex-Trotzkist in seinem Referat klar, dass er für den Besitz von Atombomben sei, solange sie sich in den Händen der USA, statt der Sowjetunion, befindet, weil sie der „einzige Schutz der Freiheit des westlichen Europas“ seien. James Burnham, Die Rhetorik des Friedens, in: Der Monat, Heft 22/23 (1950), 2. Jg., S. 448-455 (hier S. 452).

Die Bedeutung der „großen Drei“ Vertreter eines radikalen Antikommunisten ließ besonders nach dem Tod Stalins sowohl im „Monat“ als auch im „Kongress für kulturelle Freiheit“ immer mehr nach. Vgl. Michael Hochgeschwender, Freiheit in der Offensive? Der Kongress für kulturelle Freiheit und die Deutschen, a.a.O., S. 174. Danach spielte im Grunde genommen nur noch Franz Borkenau, zumindest für den „Monat“, eine herausragende Rolle, nämlich im Kontext der wichtigen theoretischen und politischen Diskussion um den Charakter des nachstalinistischen Herrschaftssystems (siehe Kap. IV. 2. 6.). Denn während Burnham keinen Beitrag mehr veröffentlichte, war Arthur Koestler wiederum hinsichtlich des (sowjetischen) Kommunismus nur noch im Rahmen der von ihm im Dezember-Heft 1953 (Heft 63) angestoßenen Debatte um „Politische Neurosen“ (siehe Kap. IV.3.4.) aktiv.

²¹³¹ Mit Blick auf Ernst Reuter sollen in diesem Zusammenhang noch zwei Seiten beleuchtet werden, die für mich aber zu ein und derselben Medaille gehörten. Einerseits scheute sich Berlins regierender Bürgermeister im Rahmen der Berliner Blockade auf einer Massenkundgebung der SPD bekanntlich nicht zwei zentrale historische Metaphern der unmittelbar zurückliegenden Geschichte in sehr charakteristischer Weise umzukehren, die auch für mich an die „Durchhalteparolen der NS-Zeit“ erinnerten, als Reuter suggerierte, dass sich der Kampf der Bevölkerung Berlins und West-Deutschlands sowie der Alliierten um Berlin hinsichtlich der Sowjetunion mit

Zeitschriftenorgan (mit-)verantwortlich für den sozusagen den Erfordernissen des Kalten Krieges entsprechenden, mit unterschiedlichen Maßstäben bewerteten Vergleich des nationalsozialistischen und des sowjetkommunistischen Herrschaftssystems, zumal des Stalinismus. Außerdem für das eindimensionale, reduktionistisch gezeichnete Bild des deutschen „Führerstaates und der primär abstrakten Auseinandersetzung mit seinen Gewaltverbrechen und der fast vollständigen Vernichtung des europäischen Judentums sowie der Ausblendung der konkreten politischen, sozialen und gesellschaftlichen Vorgeschichte. Insofern trugen sie die Mit-Verantwortung dafür, dass im „Monat“ das zeitgenössische gesicherte Forschungs- und Erkenntniswissen über die Geschichte des „Dritten Reiches“, das in nicht geringem Maße aus dem Kreis der Ex-Kommunisten sowie zahlreicher in dem Periodikum veröffentlichenden Autoren und dem US-amerikanischen Regierungsapparat selbst stammte, nicht zufällig nicht nur nicht zur tatsächlichen Aufklärung ebenjener zurückliegenden jüngsten deutschen Vergangenheit herangezogen und genutzt wurde, sondern man zudem zentrale vergangenheitspolitische Fälle und Dimensionen systematisch

dem Kampf ebendieses Landes um Stalingrad gleichsetzten ließ (siehe Kap. I. 3.) Dass der Ex-Kommunist hier sozusagen im Fahrwasser des „Rot=Braun-Vergleichs“ schwamm ist für die Hochphase des Kalten Krieges nur allzu typisch gewesen. Den deutschen Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion indes indirekt mit Stalins brutaler, menschenverachtender Blockadepolitik ineinzusetzen, ist meiner Meinung selbst im Nachhinein betrachtete illegitim und nicht zu rechtfertigen gewesen.

Andererseits beschreibt Michael Hochgeschwender in seiner Studie über den „Kongress für kulturelle Freiheit“, dass Ernst Reuter mit Blick auf NS-Vergangenheit und speziell dem deutschen Antisemitismus eher eine abwehrende Haltung einnahm, ohne indes „Anhänger der ‚Schlußstrich‘-Mentalität“ gewesen zu sein. Er zeigt dies anhand eines sozusagen vergangenheitspolitischen Vorfalls, der zum Auslöser eines ernsthaften Zerwürfnis‘ zwischen Reuter und Melvin J. Lasky wurde, das einzige „in ihrer mitunter sehr engen Zusammenarbeit.“ Genau genommen ging es um folgenden Konflikt: Reuter hatte Anfang 1951 – also wenige Monate nach dem Berliner „Kongreß für kulturelle freiheitreiheit“ und der Aufhebung der Berliner Blockade und dem Ende der Luftbrücke – Werner Krauss nach Westberlin eingeladen, wodurch dem Schauspieler, der als Darsteller des berüchtigten antisemitischen Hetzfilm „Jud Süß“ von Veit Harlan zu „einigem Ruhm gelangt war“, die Gelegenheit gegeben wurde nach dem Kriegsende in der Stadt zum ersten Mal wieder öffentlich aufzutreten. Im Verlauf von tumultartigen Protesten gegen diesen ersten Auftritt von Krauss, die sowohl vor als auch innerhalb des Theaters stattfanden, ging die Polizei mit enormer Härte gegen Studenten vor, die den letzten Endes vergeblichen Versuch unternommen hatten den Versammlungsort zu stürmen. Gleichwohl wurde die Vorstellung abgebrochen, wobei wiederum Lasky im Theater die Protestaktion gegenüber den „aufgebrachten Besuchern zu rechtfertigen suchte. Daraufhin wurde er beschimpft und niedergeschrien.“ Reuter wiederum, so Hochgeschwender, „weigerte sich, sich gegenüber den von der Polizei verletzten Studenten oder dem Leiter der Jüdischen Gemeinde Berlins, Heinz Galinski, zu entschuldigen, und beharrte darauf, daß die Einladung an Krauss vertretbar gewesen sei.“ Michael Hochgeschwender, Freiheit in der Offensive? Der Kongreß für kulturelle Freiheit und die Deutschen, a.a.O., S. 360 ff., wo er auch den näheren „re-orientation“-Hintergrund der alles andere als nur privaten Fehde zwischen Reuter und Lasky erläutert, denn dem Chefredakteur des „Monat“ ging es Ende 1950/Anfang 1951 dem allerorten umsichgreifenden Neonazismus und Antisemitismus, der sich nicht zuletzt im zeitgleichen politischen Skandal um Veit Harlan manifestierte und ohne Zweifel insbesondere für die jüdischen Opfer und Überlebenden des NS-Gewaltssystems einen erschütternden, traurigen Höhepunkt darstellte, entgegenzutreten. Dass in der „Anti-Harlan-Protestbewegung“ auch und vor allem der „Kongress für kulturelle Freiheit“ und „Der Monat“ involviert war, wurde bereits erwähnt (siehe bes. Kap. I. 4. mit den entsprechenden Hinweisen auf die hierbei in der „Lasky-Zeitschrift“ veröffentlichten Beiträge).

ausblendete.²¹³² Sowohl bei den radikalen als auch bei den liberalen antikommunistischen Ex-Kommunisten waren die gemachten totalitären Erfahrungen so prägender Natur, dass ihrer politischen Einschätzung und Wahrnehmung nach der Totalitarismus stalinistischer Couleur Ende der 1940er/Anfang der 1950er Jahre quasi zwangsläufig kurz vor der Machtergreifung in West-Deutschland und den Kernländern West-Europas stand. Insofern teilten sie diese – im Nachhinein angesichts der militärisch primär auf die Sicherung des eigenen Territoriums abzielenden Stalinschen Außenpolitik aber als unbegründet – erwiesene Sorge mit vielen Zeitgenossen. Indes waren sie sich der tatsächlich existierenden Gefahr gewahr, die durch die sowjetische Kulturpolitik mit ihren weltweiten Friedens- und Schriftstellerkongressen und diversen Zeitschriften und Zeitungen entstanden war, so dass es selbstverständlich ernsthafte Gründe gab für ihre Befürchtung, dass der „Westen“ die sogenannte Schlacht um die Intellektuellen verlieren könnte.

Wie lässt sich nun die Mitarbeit und das zum Teil leidenschaftliche Engagement der antikommunistischen, keineswegs a priori antitotalitären Renegaten für den „Monat“ im Kampf gegen den sowjetischen Totalitarismus mit all seinen politischen Implikationen, wie beispielsweise der hier besonders interessierenden Frage der intellektuellen Unabhängigkeit und Redlichkeit, erklären? Vermutlich war es besonders auf Seiten der deutschen Ex-Kommunisten ein schlechtes Gewissen und ein politisches Verantwortungsbewusstsein dafür, dass sie einerseits den Sieg des Nationalsozialismus nicht verhindert hatten und in Deutschland im Januar 1933 Hitler die Macht „ergreifen“ konnte und sie andererseits explizit oder implizit zum Untergang der Weimarer Republik beitrugen, indem sie nämlich als führende Parteifunktionäre bzw. -intellektuelle der KPD (z. B. Franz Borkenau, Arthur Koestler, Richard Löwenthal oder Ernst Reuter) einen aktiven Beitrag dazu leisteten, dass die

²¹³² Siehe meine Ausführungen über die systematische Ausblendung der westdeutschen

„Vergangenheitsbewältigungspolitik“ im Monat“ hier im Schlusskapitel.

Bei den Ex-Kommunisten machte allerdings Arthur Koestler, der Prototyp des antikommunistischen Intellektuellen, eine bemerkenswerte Ausnahme. In seinem Eröffnungsbeitrag über „Politische Neurosen“ thematisierte Koestler, nachdem er bereits frühzeitig in seinem im Januar 1944 im „New York Times Magazine“ erschienenen Artikel „Warum Greuelthaten nicht geglaubt werden“ auf die nationalsozialistische Judenvernichtung zu sprechen kam (siehe Kap. II. 4. 3.), bekanntermaßen die Verdrängung des deutschen Massenmordes an rund 6 Millionen Juden in den „Gaskammern von Auschwitz, Belsen und anderen Vernichtungslager“ beim sogenannten „Durchschnittsdeutsche(n). Angesichts der „Last der Schuld“ stellte Koestler ausdrücklich fest, dass „viele gutwillige und intelligente Deutsche“, wenn man in „ihrer Gegenwart auf Auschwitz und Belsen zu sprechen“ kam, mit „eisernem Schweigen und einem „gekränkten Gesichtsausdruck“ reagierten; denn: „über solche Dinge redet man einfach nicht, und damit Punktum.“ Arthur Koestler, Politische Neurosen, in: Der Monat, Heft 63 (1953), 6. Jg., S. 227-236 (hier S. 228 f.). Dass es in der Debatte über „Politische Neurosen“ insbesondere angesichts des Kommunismus als „weltliche Religion“ und der bei zahlreichen (Links-)Intellektuellen anzutreffenden Faszinationskraft der kommunistischen Idee und -Partei um die These von der inneren Verwandtschaft subjektiver und kollektiver Seelenstörungen ging, braucht hier nicht zu interessieren und wurde bereits gezeigt (siehe Kap. IV. 3. 4.).

erste deutsche Republik von Anbeginn auch von der antidemokratischen politischen Linken bekämpft wurde und mithin auch von dieser Seite keine Chance bekam sich zu stabilisieren; denn die „Katastrophe“ Hitler und das nationalsozialistische Regime waren selbstverständlich weder Zufall noch historische Notwendigkeit, sondern auch der fehlenden bzw. nur rudimentär vorhanden politischen Kultur in Deutschland geschuldet. Vor diesem Hintergrund sind die teilweise eine Schlüsselfunktion einnehmenden und eine überragende Bedeutung habende Rolle der genannten, einen militanten und liberalen antikommunistischen Flügel repräsentierenden Ex-Kommunisten im „Monat“ zu bewerten und zu verstehen – wobei dies selbstverständlich nicht auf die bisweilen europaweit meistgelesene Kulturzeitschrift reduziert werden kann, sondern zugleich auf die mit ebendiesem Periodikum assoziierten weltweit erscheinenden diversen anderen namhaften kulturpolitischen Zeitschriften (Encounter, Preuves, Tempo Presente etc.) und auch grundsätzlich auf die liberal-antikommunistische Intellektuellenorganisation „Kongress für kulturelle Freiheit“ bezogen werden muss –, die aber von den fünf unterschiedlich bekannten und einflussreichen Renegaten George Orwell, Karl August Wittfogel, Margarete Buber-Neumann, Alexander Weissberg-Cybulski und Georg K. Glaser streng unterschieden werden müssen.²¹³³

²¹³³ Unabhängig von der hier nicht zu klärenden Frage, was in den fünf Fällen die Redaktion des „Monat“ jeweils tatsächlich veranlasste, motivierte oder intendierte – mir kommt es ja um eine inhaltliche Auseinandersetzung an –, lässt sich folgendes sagen. Bei den drei letztgenannten ist die Sache eher eindeutig. Die drei ehemaligen Kommunisten nutzten den „Monat“ sozusagen aus persönlichen und/oder politischen Gründen als Publikationsort oder wurden von der Redaktion gebeten bzw. beauftragt ihre Arbeiten der Zeitschrift zu überlassen. Von Glaser und Weissberg-Cybulski erschienen wie gesehen jeweils (Teil-)Vorabdrucke ihrer autobiographischen Renegatenberichte. Siehe Georg K. Glaser, Geheimnis und Gewalt. Ein Bericht, Stuttgart/Hamburg 1953, in: Der Monat, Heft 37 (1951), 4. Jg., S. 3-37; Heft 38 (1951), 4. Jg., S. 155-182; Heft 39 (1951), 4. Jg., S. 270-302; Heft 40 (1952), 4. Jg., S. 372-402 [Fußnote 1236] sowie Alexander Weissberg-Cybulski. Das Grosse Verhör. Aus der Praxis des NKWD, in: Der Monat, Heft 35 (1951), 3. Jg., S. 490-502; wobei wiederum der Beitrag von Weissberg-Cybulski insbesondere bei der Beschreibung und Analyse des stalinistischen Terrors Mitte der 1930er Jahre, kurz: „Großer Terror“, im „Monat“ eine große Bedeutung besaß und nicht zuletzt auch in diesem Kontext Hannah Arendts Interpretation dieses Terrorphänomens in ihrer Totalitarismusstudie stark beeinflusste; mit den entsprechenden Auswirkungen hinsichtlich der „Analyse des Sowjetkommunismus“ im „Monat“ siehe besonders die beiden Kap. IV. 2. 4. und IV. 2. 9.

Bei Buber-Neumanns Beitrag: Aus dem Leben eines KPD-Funktionärs. Heinz Neumanns Schicksal in Deutschland, China und Sowjetrußland, in: Der Monat, Heft 103 (1957), 9. Jg., S. 44-66, handelte es sich um Auszüge einzelner Kapitel ihres Buches „Von Potsdam nach Moskau. Stationen eines Irrweges, Stuttgart 1957. Darüber hinaus veröffentlichte Buber-Neumann keinen weiteren Beitrag im „Monat“. Gleichwohl besaß die einer internationalen Öffentlichkeit bekannte Renegatin sowohl im „Monat“ als auch im „Kongress für kulturelle Freiheit“ eine überragende Bedeutung. Während aber die antitotalitäre Intellektuelle und Publizistin angesichts ihrer gemachten totalitären Erfahrung gerade in ihrem berühmten autobiographischen Renegatenbericht „Als Gefangene bei Stalin und Hitler“ die nationalsozialistische und sowjetkommunistische Diktatur gleichermaßen fokussierte und vor allem die für die beiden totalitären Herrschaftssysteme charakteristischen Konzentrationslager beschrieb und analysierte und hierbei den *konkreten* NS-Terror im Frauenkonzentrationslager Ravensbrück sowie die ihr ab Sommer 1942 bekannten bzw. miterlebten Ermordungen und Vergasungen von europäischen Juden nicht aussparte (siehe Kap. II. 2. 1.), wurde sie und ihr zum Klassiker avanciertes Buch im „Monat“ im Rahmen der durch den Kalten Krieg geschuldeten Totalitarismuskommunikation in erster Linie für antikommunistische Zwecke instrumentalisiert – beispielsweise mit Blick auf die frühe Totalitarismuskommunikation in Frankreich, die ineinanderverschachtelten sogenannten

Kravchenko- und Rousset-Prozesse, die sowjetischen Lager und die französische Linke sowie den Prozess Buber-Neumanns gegen den KPD-Funktionär Carlebach Anfang 1950 in Frankfurt am Main einerseits (siehe Kap. III), die vergleichende Analyse der totalitären Herrschaftssysteme des Nationalsozialismus und des Sowjetkommunismus andererseits (siehe Kap. IV. 3.).

Bei Karl August Wittfogel lag der Fall ja so, dass er, nach dem er in den Jahren des Zweiten Weltkrieges für die legendäre Forschungsabteilung „Research and Analysis“ innerhalb des OSS-Apparates arbeitete, nach dessen Auflösung im September 1945 in der Hochphase des Kalten Krieges vom State Departement als „China-Experte“ engagiert wurde (siehe hierzu Kap. I. 1. 5 und I. 1. 6 sowie speziell zu Wittfogel Fußnote 242). Vor diesem Hintergrund ist sein im „Monat“ auf hohem Niveau erschienener Aufsatz: Mao und die Generallinie. Der Einfluß des Leninismus-Stalinismus, in: Heft 41 (1952), 4. Jg., S. 498-507 einzuordnen, der einen substantiellen Versuch darstellte, eine wissenschaftliche Kriterien erfüllende Analyse des chinesischen kommunistischen Herrschaftssystems und -ideologie zu erstellen, wobei er u. a. auf einen von ihm in der Fachzeitschrift „Ostprobleme“ sowie den von Harold R. Isaacs im Februar 1949 im „Monat“ („Kreml und Kuomintang, Heft 5) veröffentlichten Aufsatz zurückgriff und im Fußnotenapparat benannte. Da durch die Mitarbeit von Wittfogel im US-amerikanischen Außenministerium einerseits und für den „Monat“ andererseits für mich nicht erkennbar dessen intellektuelle und wissenschaftliche Unabhängigkeit betroffen und in Frage gestellt wurde, ist meiner Auffassung nach nichts gegen dieses Engagement einzuwenden. Analog zum „Fall“ Herbert Marcuse, der ja zuerst im OSS-Apparat gegen das NS-Herrschaftssystem kämpfte und nach dessen Auflösung vom State Departement übernommen wurde, mündete dies bei Wittfogel bekanntlich sogar in den Klassiker der Totalitarismusforschung, sein 1957 erschienenes Buch „Oriental Despotism“, bei Marcuse in seinen Forschungsband „ Soviet Marxism. A Critical Analysis“ aus dem Jahre 1958.

Indes muss ich mit Blick auf Karl August Wittfogel noch einen Aspekt zu Sprache bringen, der gleichwohl meine Bewertung hinsichtlich des „Monat“ nicht beeinträchtigen darf, da meiner Auffassung nach sein Aufsatz an sich nicht in Frage gestellt werden kann, dem es nämlich um wissenschaftliche Erkenntnis und, wenn man so will, um politische Aufklärung des chinesischen Totalitarismus ging.

Um folgendes geht es: Vor dem Hintergrund des in den Vereinigten Staaten in Gang gekommenen antikommunistischen „Kreuzzuges“, der auch heute noch zumeist mit dem Namen des fanatischen „Jägers“ Joseph McCarthy assoziiert wird, wurde Wittfogel aufgrund verschiedener Fälle ‚kommunistischer Unterwanderung‘ staatlicher Institutionen vor einen Untersuchungsausschuss des Senats geladen, den „McCarran-Ausschuss“, wo der ehemalige Mitarbeiter des Frankfurter Institutes für Sozialforschung mit seiner Aussage vor dem Ausschuss für innere Sicherheit seinen ehemaligen Kollegen Julian Gumperz und den Historiker Moses I. Finley schwer belastete. – „Um den zu erwartenden Repressionen, so Wolfgang Kraushaar, „zu entgehen, verläßt Finley die Vereinigten Staaten und zieht nach Großbritannien, wo er seine wissenschaftliche Arbeit schließlich fortsetzen kann. – Wittfogel, der seine Aussage später bedauert, wird für viele seiner ehemaligen Kollegen zur persona non grata.“ Wolfgang Kraushaar, Die Protest-Chronik. 1949 bis 1952. Bd. I, S. 469.

Bei dem bekennenden unabhängigen Sozialisten George Orwell, der sicherlich zu den politisch einflussreichsten antitotalitären Intellektuellen Europas des 20. Jahrhunderts und zu einem der prominentesten Renegaten und Autoren des „Monat“ zählte (siehe Kap. II. 4. 4.) muss ich differenzierter argumentieren. Der Seismograph für totalitäre Gefahren und überzeugte Gegner jedweder antidemokratischer Herrschaftssysteme, verstand seinen (anti-)utopischen Roman „1984“ ja nicht nur als kritische Auseinandersetzung mit dem deutschen und sowjetischen Totalitarismus, sondern gleichzeitig als Warnung vor dem unter bestimmten Umständen in allen modernen Staaten triumphierenden totalen Überwachungsstaat, einschließlich seines Heimatlandes England und der angelsächsischen Welt. Angesichts seines frühen Todes im Januar 1950 veröffentlichte Orwell aber nur in den unmittelbaren Anfangsjahren im „Monat“. Hierbei besaßen insbesondere Orwells abgedruckte Bücher „Farm der Tiere“ und „1984“ eine überragende Bedeutung für die Beschreibung und Analyse des Totalitarismus, zumal in der sowjetischen Variante (siehe Kap. IV. 2. und besonders Kap. IV. 3.). Insofern passte sich der „Monat“ sozusagen den ‚Ideologen des Antikommunismus‘ nicht zuletzt in den Vereinigten Staaten, Englands und der Bundesrepublik Deutschland an, die vor allem „1984“ in der Auseinandersetzung mit dem „Großen Bruder“ Sowjetunion politisch und ideologisch instrumentalisierten, weil ihnen in der Hochphase des Kalten Krieges die Darstellung der totalitären Gesellschaft sehr gelegen kam. Trotz seiner im Spanischen Bürgerkrieg gemachten traumatischen Erfahrungen mit dem stalinistischen Terror, als Orwell, der im Gegensatz zu vielen linksradikalen Intellektuellen in Europa, zumal die späteren antikommunistischen Renegaten wie Arthur Koestler, Manès Sperber oder Ignazio Silone, zu keinem Zeitpunkt mit dem „Stalin-Regime“ sympathisierte, im Frühjahr 1937 als Anhänger der trotzkistischen POUM den angesprochenen „Bürgerkrieg im Bürgerkrieg“ erlebte und nur knapp mit dem Leben davonkam (siehe Kap. II. 3.): Meines Erachtens hätte Orwell den militanten Antikommunismus (trotz bestehender persönlicher Verbindung und theoretisch-politischer Gemeinsamkeiten zu den Ex-Kommunisten Borkenau, Burnham und insbesondere zu Koestler) als auch den liberalen Antikommunismus des „Monat“, wie er sich mit Blick auf die

1950er Jahre insgesamt betrachtet in die inhaltliche und konzeptionelle Ausrichtung bei der (vergleichenden) Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und dem Sowjetkommunismus tatsächlich niederschlug, nicht mitgemacht oder in irgendeiner Form unterstützt.

Ich denke, dass für Orwell, der als überzeugter Gegner des englischen Kolonialismus und Imperialismus sowie als unabhängiger Sozialist jede Form von sozialer und politischer Unterdrückung ablehnte, der politische und intellektuelle Preis, den er fast unweigerlich zu zahlen gehabt hätte, zu hoch gewesen wäre; das Gleiche gilt freilich auch in Bezug auf den „Kongress für kulturelle Freiheit“. Selbstredend hätte Orwell es begrüßt, dass auch durch den „Monat“ die Dissidenten hinter dem Eisernen Vorhang gewissermaßen „Munition“ geliefert bekamen für ihren Kampf gegen das totalitäre System in Moskau sowie speziell gegen das SED-Regime, und dass sie auch durch die Lektüre seiner Bücher nicht „geisteskrank“ (Hannes Stein) wurden und der Verzweiflung anheim fielen. Indes: Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass er zum einen nicht nur jeden Totalitarismus auf der Welt bekämpfte und bekämpft wissen wollte, damit er nicht „auf der Welt triumphieren könnte“ (George Orwell) und zum anderen entschieden gegen das Leugnen, Verharmlosen oder Relativieren von Massenverbrechen bzw. Massakern seit Anfang des 20. Jahrhunderts war, wie er es abwechselnd von „der“ politischen Linken und Rechten erlebte, hätte Orwell angesichts seines antitotalitären politischen und intellektuellen Selbstverständnisses mit Blick auf die in der vorliegenden Arbeit präsentierten Untersuchungsergebnisse und den angesprochenen historisch-politischen Implikationen (Stichwort: NS-„Vergangenheitsbewältigungspolitik“, Fortexistenz des Antibolschewismus bzw. Antikommunismus in der Bundesrepublik und massive Verfolgung von Kommunisten bzw. vermeintlichen Kommunisten als „Staatsfeinde“ etc.) sicherlich nicht die Augen verschlossen.

Vgl. hierzu auch den schönen Zeitungsartikel Hannes Stein, George Orwell zum 100. Geburtstag. Unterwegs auf der und zur schottischen Insel Jura, wo Orwell Motorrad fuhr, Gemüse zog, Torf stach und „Neunzehnhundertvierundachtzig“ schrieb, in: Die Welt vom 21. Juni 2003, wo er mit Blick auf die Jetztzeit zum spekulativen Urteil kommt, dass er seine Augen auch „nicht vor der Tatsache verschlossen (hätte), dass es heute einen islamischen Faschismus gibt, der einen Ausrottungskrieg gegen Juden, Liberale, Homosexuelle, säkulare Moslems führt. Natürlich wäre er kein flaggenschwenkender Anhänger von George W. Bush. Dass die gefangenen Terroristen ohne Anwälte in Käfigen auf Guantanamo Bay vegetieren, hätte ihm wahrscheinlich nicht gefallen. Nicht aus Sentimentalität, sondern weil so etwas das angelsächsische Rechtsverständnis verletzt. Dass der amerikanische Präsident den russischen Völkermörder Putin neuerdings als engen Freund bezeichnet, hätte er mit bitterem Lachen quittiert – als Zeichen der moralischen Hohlheit unserer Epoche.“

Abschließend möchte ich noch zu der letztlich unterschiedlich zu bewertenden Rolle von George Orwell und Karl August Wittfogel im Kampf gegen den Antikommunismus in der Hochphase des Kalten Krieges eingehen, der ja nicht nur das internationale Klima extrem polarisierte, sondern sich sowohl in den westlichen als auch östlichen Staaten in eigentümliche politische Systemneurosen manifestierte. Vor diesem Hintergrund waren beide Renegaten bereit in der Konfrontation mit dem Kommunismusphänomen auf unterschiedliche Art und Weise mit staatlichen Regierungsstellen zusammenzuarbeiten. Während Orwell kurz vor seinem Tod nur bereit war, der britischen Regierung die Namen von 38 Personen zu nennen, die er verdächtigte Kommunisten bzw. „fellow traveller“ zu sein und seinem Urteil nach als Mitarbeiter des „Information Research Department“ (einer Abteilung des Außenministeriums und zuständig für antikommunistische bzw. -sowjetische Propaganda) nicht in Frage kämen und diese Liste „einer schönen, brillanten, jungen Frau“ (Hannes Stein), nämlich Celia Kirwan überreichte (als Zwillingsschwester von Arthur Koestlers Frau war sie nicht nur keine Fremde, sondern vermutlich war Orwell sogar in sie verliebt und mithin sein Verstand aus allzu menschlichen Gründen beeinträchtigt oder gar benebelt), die für ebendiese Abteilung arbeitete und es insofern um die konkrete Abwehr einer keinesfalls eingebildeten politischen Gefahr ging – zumal Orwell nur bereits bekanntes preis gab und die Liste folglich nicht besonders sensationell war, viele Fragezeichen und vor allem alles andere als handfeste Anschuldigungen enthielt –, weist der „Fall“ Wittfogel weitere ernsthafte *qualitative Unterschiede* auf. Denn: Während gegen keinen der von Orwell genannten 38 tatsächlichen oder vermeintlichen Sympathisanten Anklage erhoben und niemand von ihnen seitens des Staates politische Freiheitsrechte entzogen oder im Grunde genommen faktisch ein Berufsverbot verhängt wurde, zeitigte Wittfogels Aussage(n) für die hierdurch Belasteten tatsächliche existentielle Folgen, deren trauriger Höhepunkt zweifelsohne der Selbstmord von Herbert Norman war. Der kanadische Botschafter in Ägypten stürzte sich nämlich, so Wolfgang Kraushaar, Anfang April 1957 in Kairo von der „im siebten Stock eines Hotels gelegenen Terrasse in den Tod. Aus einem Brief an seine Frau und an Freunde, den der Diplomat hinterlassen hat, geht hervor, daß er wegen der Erneuerung einer ursprünglich von dem Sinologen Karl August Wittfogel vor dem House Un-American Activities Committee (HUAC) in Washington erhobenen Beschuldigung, er habe Kommunisten in die Hände gearbeitet, in einen Zustand äußerster Verzweiflung gefallen sei und keinen Ausweg mehr für sich gesehen habe.“ Kraushaar weiter: „Der spektakuläre Selbstmord erregt international Aufsehen und führt in der amerikanischen Öffentlichkeit erneut zu einer scharfen Debatte über die rechtliche, politische und moralische Fragwürdigkeit der häufig aus ungeprüften Verdächtigungen,

Insofern gab es hier in zentralen Punkten eine enge Übereinstimmung im politischem Denken und Handeln zwischen den namentlich genannten Vertretern der einen militanten und liberalen antikommunistischen Flügel repräsentierenden Ex-Kommunisten des „Monat“ und des „Kongresses für kulturelle Freiheit“ sowie dessen Pariser Zentrale unter der Leitung von Michael Josselson einerseits und den für die Genesis der CIA und den vom US-Geheimdienst initiierten verdeckten Operationen maßgeblich verantwortlichen führenden Regierungspolitikern unter Präsident Truman und im Nationalen Sicherheitsrat andererseits. Dies zeigte sich schließlich auch in ihrer Haltung zur Rolle der CIA bei der Finanzierung von verdeckten Operationen und speziell des „Kongresses für kulturelle Freiheit“, die ja sogar in der unmittelbaren Anfangsphase unter ausdrücklicher Missachtung der US-amerikanischen Verfassung und von rechtsstaatlichen Grundsätzen geschah, und die nicht nur unmittelbar nach der Aufdeckung der CIA-Finanzierung des „Kongresses“ Mitte der 1960 Jahre von George F. Kennan, sondern selbst noch nach dem Ende des Kalten Krieges von wichtigen Akteuren wie Klaus Harpprecht und Walter Laqueur ohne den leisesten Hauch von Bedenken mit allen Mitteln verteidigt wurde.^{2134 2135}

Denunziationen und Intrigen bestehenden Anschuldigungen vor dem HUAC. (...) Max Lerner meint in einem Kommentar der >New York Post<, daß Menschen auch auf indirektem Wege, durch die Ruinierung ihres Namens und ihrer Karriere, getötet werden könnten. Wenn er Mitglied des Senatsausschusses wäre, dann würde ihn der Tod des kanadischen Botschafters bis an sein Lebensende plagen. (...)“ Wolfgang Kraushaar, Die Protest-Chronik. 1957-1959, Bd. III, S. 1611.

Auch wenn man natürlich die oben erwähnten auch und vor allem in den Vereinigten Staaten durch den Kalten Krieg geprägten manifestierten eigentümlichen politischen Systemneurosen in Rechnung stellen muss, die ihren Negativhöhepunkt im Phänomen des „McCarthyismus“ fand, insbesondere Linke und Linksliberale (u. a. prominente Wissenschaftler, Schriftsteller, Filmschauspieler und -regisseure) extrem einschüchterte und die innenpolitische Kritik im Land fast zum Verstummen brachte, ist meiner Meinung nach – die selbstverständlich aus der privilegierten Situation des Nachgeborenen gebildet wird, aber deshalb nicht falsch bzw. ungerecht sein muss – Wittfogels Verhalten zwar zu erklären und zu verstehen, gleichwohl nicht zu rechtfertigen. Zweifelsohne waren die Untersuchungen des HUAC in Washington, deren vorrangiges Ziel es war, die Mitgliedschaft, Beziehung und Kontakt zur Kommunistischen Partei nachzuweisen, außergewöhnliche Plattformen der politischen Denunziation, Einschüchterung, Erniedrigung und Selbstbezeichnung. Ebendiesem extremen Druck hielten aus sozusagen guten Gründen nur sehr wenige vor den Ausschuss geladenen Zeugen stand und waren nicht bereit Freunde und Kollegen zu bezichtigen, insofern sie trotz Strafandrohung auf ihrem Aussageverweigerungsrecht bestanden. Insofern besaß auch Karl August Wittfogel grundsätzlich die Möglichkeit, die Freiheit sich der antikommunistischen „Hexenjagd“, die mit einer inquisitorischen Situation verglichen werden kann, zu verweigern und nicht mitzumachen – die Folgen bestanden schließlich nicht „nur“ aus dem gemeinhin erlittenen Verlust des beruflichen Status‘ und Einkommens‘ oder der privaten Isolation, sondern reichten leider bis zum tragischen Tod von Herbert Norman.

²¹³⁴ George F. Kennan schrieb anlässlich der Aufdeckung der CIA-Finanzierung des „Kongresses“ Mitte der 1960er Jahre und der damals in Gang gekommenen Welle der Empörung in einem privaten Brief an Shepard Stone von der Ford-Stiftung: „Der Kongress ist eine wertvolle Einrichtung, die, wie mir scheint, in der westlichen Welt einen dauerhaften Platz haben sollte. Der Skandal um das CIA-Geld war völlig unberechtigt und sorgte für mehr Aufsehen, als die Affäre eigentlich verdient gehabt hätte. Ich hatte wegen dieser Gelder nie die geringsten Gewissensbisse. Das Land [die USA] hat kein Kultusministerium, und die CIA war verpflichtet, zu tun, was in ihren Kräften stand, um in die Bresche zu springen. Man sollte sie deswegen loben, anstatt sie zu kritisieren. Es ist unfair, dass sie wegen ihrer Versäumnisse so scharf verurteilt und dann getadelt werden soll, wenn sie einmal etwas Konstruktives und Vernünftiges macht. Und der Kongress selbst wäre in Not geraten, wenn er das Geld nicht angenommen hätte, das ihm in der besten Absicht ohne Hintergedanken oder Bedingungen zur Verfügung

Mit Blick auf den „Kongress für kulturelle Freiheit“ kommt Michael Hochgeschwender zu der Auffassung, dass es angesichts der vom CIA in die auf intellektuellen Netzwerken beruhenden Organisation „ingespeisten Finanzen“ eine gestaffelte Zugehörigkeit der einzelnen Mitglieder, also der Intellektuellen, gab. Seines Erachtens könnte man sogar fast von „gestaffelten Netzwerken“ sprechen. Demnach gab es erstens, einen „inneren Zirkel“, der „über alle Hintergründe informiert war“, zweitens, einen „weiteren Kreis jener“, die zwar „nicht unmittelbar eingeweiht waren, aber manches ahnten“ und drittens, die „großen Gruppen der Nichtwissenden“.²¹³⁶ Hier wird nun der Versuch unternommen, eben diese Kategorisierung angesichts der vorliegenden Untersuchungsergebnisse auf den „Monat“ zu beziehen, wobei kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben wird und die inhaltliche und politische Zuordnung sich nur auf die prominenten und für die in diesem Zusammenhang maßgeblichen Autoren beschränkt.

Zur ersten Gruppe der Intellektuellen, die einen sogenannten inneren Zirkel bildeten und über *alle* Hintergründe informiert waren, zählte folgender Personenkreis: Neben dem

gestellt wurde.“ Zitiert nach Walter Laqueur, *Mein 20. Jahrhundert. Stationen eines politischen Lebens*, Berlin 2009, S. 103.

²¹³⁵ So verteidigt Klaus Harpprecht in seiner Rezension der Studie „Sündenfall der Intellektuellen. Ein deutsch-französisches Streitgespräch von 1945 bis heute“ von Ulrike Ackermann die vom US-amerikanischen Kongress nichtlegitimierte „partielle Finanzierung des >Kongresses< und seiner Zeitschriften durch die CIA“ damit, dass niemand die „rationalen Erklärungen für die kulturellen Aktivitäten des Geheimdienstes zur Kenntnis nehmen“ wollte „(für die sonst keine andere amerikanische Regierungsinstitution unter der rigiden Kontrolle der Abgeordneten und Senatoren aufzukommen vermochte);“ zumal schließlich auch niemand danach fragte, „wer wohl für die sogenannten Kulturoffensiven der Sowjets und ihrer Satelliten bezahlte oder von wem manche Zeitschriften, die heute noch existieren, ihre Subsidien empfangen.“ Klaus Harpprecht, *Die geistige Résistance nach 1945*, in: *Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, Mai 2001, 48. Jg., S. 314-317 (hier S. 316). Und an anderer Stelle rechtfertigt er die CIA-Finanzierung mit folgenden Worten: „Die Zeitschrift ‚Der Monat‘ wurde aus unvernünftig *haushaltstechnischen* Gründen aus den Fonds der CIA subventioniert, weil die Abgeordneten kaum bereit gewesen wären, die Mittel für solchen Luxus zu genehmigen. (...) Wie gern hätte ich jedoch die CIA für die Autoren des ‚Monat‘ weißbluten lassen! Die Agentur, die sich anderswo in der Welt die schrecklichsten Idiotien leistete und die gewiß für manches Verbrechen verantwortlich ist, hat ihr Geld niemals für einen besseren Zweck ausgegeben.“ Zitiert nach Marko Martin, Orwell, Koestler und all die anderen. Melvin J. Lasky und ‚Der Monat‘“, a.a.O., S. 21 ff. Mit anderen Worten: Der Zweck heiligt selbst noch heute die, oder genauer gesagt, jedes Mittel. Dieses Denken ist für mich nicht a priori frei von prätotalitären Tendenzen.

Ganz in diesem Sinne argumentiert in seiner jüngst erschienenen Autobiographie der prominente Autor des „Monat“ und langjährige Mitarbeiter des „Kongresses für kulturelle Freiheit“ Walter Laqueur, der sich hierbei auch und vor allem die Sichtweise von George F. Kennan zu Eigen macht. Vgl. Walter Laqueur, *Mein 20. Jahrhundert. Stationen eines politischen Lebens*, a.a.O., S. 103 f. und 117 f. Außerdem vertritt er die Auffassung: „Die Gelder, die der Kongreß für kulturelle Freiheit erhielt, hätten nicht von der CIA kommen sollen, aber damals stand keine andere Quelle zur Verfügung. Die Operation musste hinter dem Rücken des US-Kongresses ablaufen. Eine Koalition aus demokratischen Populisten und republikanischen Isolationisten widersetzte sich im Kongress hartnäckig jeder Kulturpolitik, die einen, weil sie dies als kulturellen Imperialismus betrachteten, die anderen, weil sie dies für Verschwendung von Staatsgeldern hielten.“ (ebenda, S. 125 f.)

²¹³⁶ Michael Hochgeschwender, *Remigranten im Umfeld der Zeitschrift Der Monat und des Congress for Cultural Freedom (CCF)*, in: a.a.O., S. 185.

amerikanischen Hohen Kommissar John J. McCloy²¹³⁷ sowie dem Herausgeber und Chefredakteur Melvin J. Lasky, der nachweislich CIA-Mitarbeiter war, dem Mitherausgeber Hellmut Jaesrich und Alfred Kellner, Harald Hurwitz sowie dem „Ost-Agenten“ Erich Nohara²¹³⁸ aus dem Redaktionsteam²¹³⁹ und den beiden späteren (Mit-)Herausgebern Fritz René Allemann und Klaus Harpprecht, zählten hierzu neben dem späteren sozialdemokratischen Berliner Bürgermeister und Bundeskanzler Willy Brandt, die Ex-Kommunisten Arthur Koestler, Franz Borkenau, Richard Löwenthal, Manés Sperber, Ernst Reuter, Ernest J. Salter, Ruth Fischer, Wanda Bronska-Pampuch (d. i. Alfred Burmeister), François Bondy (Herausgeber der französischen „Monat“-Schwesterzeitschrift „Preuves“), Ignazio Silone und Nicola Chiaromonte (die beiden Herausgeber der italienischen Kongresszeitschrift „Tempo Presente“), James Burnham (der nachweislich als CIA-Berater fungierte), Sidney Hook und Dwight Macdonald. Zudem der Herausgeber der amerikanischen Kongresszeitschrift „Commentary“, Elliot E. Cohen, der wie die drei letztgenannten zu den einflussreichen Exponenten der „New York Intellectuals“ zählte. Von den US-amerikanischen Politikern und Diplomaten zählten zu dem „inneren Zirkel“ der langjährige Direktor des Politischen Planungsstabes, George F. Kennan, der amerikanische Historiker und politische Berater der US-amerikanischen Administration (u. a. im OSS-Apparat in Washington und nach Kriegsende in Paris für Averell Harriman, den Leiter der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa und mithin verantwortlich für die Marshallplan-Hilfe) Arthur M. Schlesinger jr. sowie Walter Lippmann. Darüber hinaus der einflussreiche englische Politiker von der Labour Party, Richard H. S. Crossmann, Joachim G. Leithäuser, Ludwig Marcuse, Norbert Mühlen, sowie die beiden Herausgeber der englischen Kongresszeitschrift „Encounter“, der Ex-Kommunist Stephen Spender und der Ex-Trotzkist Irving Kristol (von dem abschließend noch die Rede sein wird).²¹⁴⁰

²¹³⁷ Vgl. John J. McCloy, Deutschland und die Satelliten. Zur Diskussion der Oder-Neisse-Frage, in: Der Monat, Heft (1956), 8. Jg., S. 75 f. Dass dessen Vorgänger, der Militärgouverneur der amerikanischen Besatzungszone in Deutschland, Lucius D. Clay, ebenfalls zu ebendiesem inneren Zirkel gehörte, versteht sich wohl von selbst, allerdings erschien von ihm kein Beitrag im „Monat“.

²¹³⁸ Laut Melvin J. Lasky arbeitete Erich Nohara für den sowjetischen Geheimdienstapparat. Mitteilung an den Verfasser in einem Gespräch im November 2001 in Berlin.

²¹³⁹ Inwiefern die beiden Redaktionsmitarbeiter Hans R. Hentschel und Wolfgang Stiebler darunter subsumiert werden können, vermag ich nicht zu sagen. Dafür gibt es prima vista keinen Beleg. Es ist durchaus vorstellbar, dass sie nicht zu den „Eingeweihten“ zählten. Allerdings ist es auch für die vorliegende Untersuchung ohne Bedeutung, weil meines Wissens beide nicht im „Monat“ veröffentlichten, auch nicht unter Pseudonym, und insofern hier auch keine Rolle spielen.

²¹⁴⁰ Zu diesem Kreis der „Eingeweihten“ zählte auch Friedrich Torberg, der Chefredakteur der in Wien herausgegebenen Schwesterzeitschrift des „Monat“, „Forum“. Seine Bedeutung und die „seiner“ Zeitschrift steht mit Blick auf den „Kongress für kulturelle Freiheit“ im Allgemeinen und den unter der Ägide der Pariser Zentrale herausgegebenen Kongresszeitschriften im Besonderen außer Frage. Allerdings spielte Torberg, der im Übrigen einen radikalen Antikommunismus vertrat, in dieser Arbeit keine Rolle und insofern kann er von mir

Zur zweiten Gruppe, also jenen weiteren Kreis der Intellektuellen, die zwar nicht über *alle* Hintergründe unmittelbar eingeweiht waren, aber „manches ahnten“, nicht zuletzt aufgrund des individuellen politischen Urteilsvermögens oder weil sie als originärer Teil des „Lasky-Netzwerkes“ im „Monat“ veröffentlichten – ohne dass sich dies indes inhaltlich in den einzelnen Beiträgen niederschlug oder unmittelbar erkennbar war; die Autoren schrieben zu dem Themenkomplex Totalitarismusphänomen im Allgemeinen und (vergleichende) Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und dem Sowjetkommunismus im Speziellen, wozu sie sozusagen von der Redaktion gebeten oder den Auftrag bekamen, ohne dass dadurch ihre intellektuelle Unabhängigkeit und Freiheit sowie kulturpolitische oder wissenschaftliche Wahrheitsorientierung in Frage gestellt wurde, insofern hätte also der jeweilige Beitrag auch an anderer Stelle publiziert werden können²¹⁴¹ –, zählte folgender Personenkreis: Peter de Mendelssohn, Günther Birkenfeld, Raymond Aron, Hugh R. Trevor-Roper, Walter Görlitz, David Rousset, Louis Fischer, Georg Fischer, H. Stuart Hughes, Jules Monnerot, Leslie A. Fiedler, Richard H. Rovere, Bertrand de Jouvenel, Salvador de

nicht unter die erste Kategorie rubriziert werden. Dasselbe gilt auch für den deutschen Verleger Wolf Jobst Siedler, den französischen Ex-Kommunisten, Schriftsteller, Kunsttheoretiker und Politiker André Malraux, der zu einem der herausragendsten zeitgenössischen europäischen Intellektuellen zählte, sowie für den schweizer Schriftsteller und Philosophen Denis de Rougemont, die alle drei besonders im „Kongress für kulturelle Freiheit“ eine wichtige Rolle spielten und zudem im „Monat“ veröffentlichten. Außerdem war de Rougemont sogar zeitweise Präsident des Exekutivkomitees des Kongresses und laut Frances Stonor Saunders (Wer die Zeche zahlt ... Der CIA und die Kultur im Kalten Krieg, a.a.O., S. 94) wurde sein auch noch heute bestehendes „Centre Européen de la Culture“ in Genf „mit geheimer Unterstützung der CIA (von der ihm angeblich nicht bekannt war)“ gegründet, mit dem er die Ziele weiter verfolgte, die er zuvor bereits u. a. mit François Bondy zusammen in der Europäischen Föderalistischen Union anstrebte.

Für die zweite Phase des „Monat“, also die „Nach-Lasky-Periode“ in den 1960er Jahren, muss besonders Zbigniew K. Brzezinski genannt werden, der seinerzeit bereits vor John F. Kennedys Amtsantritt als US-Präsident als dessen Berater hinsichtlich der Ostpolitik fungierte. Während der letzten Jahre von Johnsons Amtszeit war er dann Mitglied des politischen Planungsrats des State Department und zog 1968 als außenpolitischer Chefberater von Hubert Humphrey in den Wahlkampf. Später wurde er unter anderem, nachdem er die „Nixon-Kissinger-Außenpolitik“ kritisiert hatte, im November 1976 Leiter des Nationalen Sicherheitsrates des neugewählten Präsidenten Jimmy Carter. Hierbei erwarb Brzezinski sich den Ruf eines „Falken“ innerhalb der US-amerikanischen Administration, der in Bezug auf die Politik gegenüber der Sowjetunion einen harten Kurs das Wort redete und die von Nixon und Ford in Gang gekommene Entspannungspolitik ablehnte. Vor dem Hintergrund seines politischen Antikommunismus sind sowohl seine im Verlauf dieser Untersuchung genannten Totalitarismusstudien zu sehen als auch seine in den 1960er Jahren im „Monat“ erschienenen Beiträge. Vgl. besonders seinen Beitrag im Rahmen der „Monat“-Umfrage angesichts des Wandlungsprozesses des sowjetischen Herrschaftssystems seit dem Tod Stalins unter Chruschtschow unter dem Titel: Was kommt nach Chruschtschow? Eine Umfrage, in: Der Monat, 174 (1963), 15. Jg., S. 15-28 (hier S. 17 ff); mit weiteren Beiträgen von Wolfgang Leonhard, Gert Ruge, Werner Phillip, William E. Griffith, Stephan G. Thomas, Ernest J. Salter, R. V. Burks. Die Umfrage wurde mit einem Aufsatz von Richard Löwenthal eingeleitet („Chruschtschows unfertiger Staatsstreich. Vom Preis der Permanenz der Parteiherrschaft, S. 7-14) und von Robert Conquest abgeschlossen („Die ‚Liberalisierung‘. Eine Bestandaufnahme“, S. 29-37). Zu Brzezinski vgl. auch: al., Nicht mehr monolithisch, in: Der Monat, Heft 172 (1963), 15. Jg., S. 80 (hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: Zbigniew K. Brzezinski, Der Sowjetblock/Einheit und Konflikt, Köln 1962).

²¹⁴¹ In vielen Fällen geschah dies auch tatsächlich. Wie gesehen, handelte es sich ja häufig um Beiträge, die zum Beispiel zuvor in anderen internationalen Zeitschriften erschienen und nicht zu den sogenannten Kongress-Zeitschriften zählten. Häufig handelte es hierbei um den (fast) kompletten Abdruck von Büchern oder um Auszüge aus Büchern der Autoren, die wissenschaftliche Publikationen darstellten.

Madariaga, Michael Freund, Friedrich Luft, Golo Mann, George Orwell, Margarete Buber-Neumann, Rudolf Hagelstange, Winfried Martini, Boris Meissner, Theodor Plivier, Richard H. Rovere, A. Rossi (d. i. Angela Tasca), Barbara Ward, John Hersey, Irving Howe, Karl A. Wittfogel, David J. Dallin, Boris Nicolaevsky, Milovan Djilas, Richard Wright, Czeslaw Milosz²¹⁴² sowie Walter Z. Laqueur.²¹⁴³

²¹⁴² Desweiteren zählten zu ebendieser Gruppe meines Erachtens neben der mit Peter de Mendelssohn verheirateten österreichischen Schriftstellerin, Essayistin und großen Journalistin Hilde Spiel, u. a. der bedeutende britische Sozialphilosoph, Politologe und Ideenhistoriker Isaiah Berlin, der übrigens Avancen seitens der operativen Führung des „Kongresses für kulturelle Freiheit“ im Vorfeld der Berliner Versammlung im Juni 1950 mit der Begründung ablehnte, die „öffentliche Unterstützung einer antikommunistischen Bewegung könne seine Verwandten in Osteuropa gefährden.“ Frances Stonor Saunders, *Wer die Zeche zahlt ... Der CIA und die Kultur im Kalten Krieg*, S. 93 f. (Berlin wurde 1909 in Riga geboren, siedelte 1919 nach England über und starb 1997 in Oxford; J. G.). Beide waren sozusagen für den Kongress aktiv und veröffentlichten auch im „Monat“, allerdings hatten sie in der vorliegenden Untersuchung keine Bedeutung.

²¹⁴³ Der 1921 in Breslau geborene und 1938 nach Palästina emigrierte renommierte Historiker Walter Laqueur wird von mir unter die zweite Kategorie rubriziert, obwohl er „offizieller Repräsentant des Kongresses in Israel“ war (Frances Stonor Saunders, ebenda, S. 202). Nachdem Laqueur im „Monat“ zuerst unter dem Pseudonym Mark Alexander schrieb (siehe Brief aus Jerusalem: *Die geteilte Stadt*, in: Heft 67, April 1954, 6. Jg., S. 33-39) veröffentlichte er bekanntlich den wichtigen Aufsatz „Die ‚Affäre Kastner‘. Wo liegt die Grenze zwischen Heldentum und Verrat?“, in: *Der Monat*, Heft 84 (1955), S. 553-563, der hinsichtlich der Analyse des Nationalsozialismus und speziell beim Thema „Die nationalsozialistischen Massenmorde und die ‚Endlösung der Judenfrage‘“ (Kap. IV. 1. 8) eine große Bedeutung besaß, weil Laqueur die Vernichtung des europäischen Judentums durch das NS-Regime untersuchte. D. h. er setzte hier sich mit dem Holocaust an den ungarischen Juden in der Schlussphase des Zweiten Weltkrieges substantiell auseinander und zählte zu einem der seltenen Beiträge im „Monat“, wo die deutschen Gewaltverbrechen und einige führende SS-Täter (wie zum Beispiel Adolf Eichmann) sowie vor allem ihre spezifischen Funktionen konkret zur Sprache kamen. Mithin wurde der Holocaust nicht mit den sowohl in der bundesrepublikanischen Nachkriegsgesellschaft als auch im „Monat“ ins Bild passenden „prominenten“, zumeist als Verbrecher apostrophierten Himmler oder Heydrich in Verbindung gebracht. Insofern besaß ebendieser Laqueur-Beitrag eine hohe beschreibende und analytische Qualität. Ob und welche Funktion er möglicherweise in den Augen der Zeitschriftenredaktion des „Monat“ in jenen Jahren spielte, ist mir nicht bekannt, muss also unbeantwortet bleiben.

Ob Laqueur seinerzeit zu dem sogenannten inneren Zirkel des „Kongresses für innere Freiheit“ bzw. des „Monat“ zählte und über *alle* Hintergründe, also auch über die CIA-Finanzierung, informiert war, muss hier offen gehalten werden. Dass er ab 1955 an die Kongresszeitschrift „Soviet Survey“ als monatlich erscheinendes Nachrichtenmagazin herausgab ist sicherlich ein starkes Indiz dafür, taugt aber nicht als sicherer Beleg, da schließlich bei Laqueur zum damaligen Zeitpunkt tatsächlich auch Unwissenheit, Uninformiertheit möglich war. Auch wenn Laqueur bereits damals mit Melvin J. Lasky befreundet war und insofern einiges dafür spricht, dass er von Anbeginn zu den „Eingeweihten“ zählte, folge ich in diesem Fall seinem persönlichen Urteil. Walter L. Laqueur schreibt nämlich dazu in seinem persönlichen Erinnerungsbuch: „Meine Mitarbeit im Kongress dauerte ungefähr zehn Jahre, aber ich war nie voll angestellt. An einigen Konferenzen habe ich teilgenommen, aber ich gehörte nicht zum inneren Kreis, und meine Kenntnisse zur Entscheidungsfindung habe ich ausschließlich aus zweiter Hand.“ Walter Laqueur, *Mein 20. Jahrhundert. Stationen eines politischen Lebens*, a.a.O., S. 107.

Unabhängig davon, muss Laqueur zumindest für die damalige Epoche nicht nur nach Auffassung vom eigentlichen „Chef“ des Kongresses für kulturelle Freiheit und CIA-Mitarbeiter Michael Josselson, als ‚einer der besten internationalen Experten für die Sowjetunion‘ betrachtet werden. „Unter seiner Leitung erstellte der *Soviet Survey* Analysen des intellektuellen, künstlerischen und politischen Lebens im Ostblock, die dem Leser einen Einblick boten, der ‚im Vergleich mit anderen westlichen Publikationen einzigartig‘ war. (...) Seltsamerweise fühlten sich“, schreibt Frances Stonor Saunders, „selbst einige kommunistische Zeitschriften dazu animiert, Material aus dem *Soviet Survey* für ihre Belange zu verwenden, so dass Josselson beunruhigt an Laqueur schrieb: ‚Wir wollen nicht, dass prosowjetische Publikation[en] ihre Propaganda zum Teil mit unserem Material krönen.‘“ Frances Stonor Saunders, ebenda, S. 202.

Ich möchte an dieser Stelle nur noch hinzufügen, dass das Josselson-Urteil von dem hohen Niveau der Kongresszeitschrift „Soviet Survey“ selbstverständlich, wie gesehen, analog auch auf den „Monat“ hinsichtlich der Auseinandersetzung mit dem facettenreichen Themenkomplex Sowjetkommunismus galt.

Zur dritten Gruppe, also der großen Gruppen der Nichtwissenden, zählte folgender Personenkreis: Hannah Arendt, Herbert Lüthy, Hans Kohn, Karl Jaspers, Waldemar Gurian, John Dewey, Alan Bullock, Walther Hofer, Thomas Mann, Hans Sahl, Herman Kesten, André Gide, Theodor W. Adorno, Wilhelm Röpke, Joseph A. Schumpeter, Bertrand Russell, Carl Linfert, Hans Schwab-Felisch, Alfred Weber, Marianne Regensburger, Kurt Rossmann, Dolf Sternberger, Eugen Kogon, Rüdiger Proske, Rudolf Augstein, Andreas Biss, Karl Dietrich Bracher, Herman Broch, Albert Camus, Norman Cohn, Edward Crankshaw, Ludwig Dehio, John Dewey, Theodor Eschenburg, Fritz Erler, Ferdinand Friedensburg, Otto Heinrich von der Gablentz, Georg K. Glaser, Wilhelm Grewe, Joachim Günther, Sebastian Haffner, Ernst Halperin, Friedrich A. Hayek, Theodor Heuss, G. F. Hudson, Martin Jänicke, Robert M. W. Kempner, Hans Kudzus, Eugen Lerch, Hans Joachim Lieber, Sabina Lietzmann, Karl Löwith, Erich Lüth, Alfred von Martin, Friedrich Meinecke, Clara Menck, Alfred Polgar, Gerhard Ritter, Herbert Ritvo, Kurt Rossmann, Peter Schmid, Joseph Scholmer, Hugh Seton-Watson, Walter T. Stace, John Strachey, Gustav Stern, Jacob L. Talmon, A. J. P. Taylor, Lionel Trilling, Matthias Walden, Alex Weissberg-Cybulski, Karl Heinz Wocker, Bertram D. Wolfe.

Das engagierte und ambitionierte doppelte Programm des "Monat", durch das Konzept der *reorientation* die intellektuelle Entwicklung Westdeutschlands entscheidend zu beeinflussen sowie seine ideell-kulturelle Integration in den Westen mitzugestalten, und gleichzeitig einen anspruchsvollen, konsequenten scharfen Antikommunismus zu verfolgen, drückte sich allerdings in der angesprochenen Zeitschriften- bzw. Redaktionspolitik aus. Durch die Auswahl der Themen und Autoren, die Festlegung der Berichterstattung und Kommentierung und durch die (systematische) Ausblendung von Themen mit einer bestimmten Brisanz wurden bereits im Vorfeld entscheidende Weichen gestellt. Dies zeigte sich besonders im Hinblick auf die Auseinandersetzung mit der Geschichte des „Dritten Reiches“ wie seiner vergangenheitspolitischen Dimensionen und stellte den immer wieder beschworenen und behaupteten Antitotalitarismus in Frage. Die Zeitschriften- bzw. Redaktionspolitik wurde in diesem Zusammenhang einerseits an der Tatsache deutlich, dass – so meine Grundthese – nicht zufällig unter anderem Bücher systematisch ausgewählt, d. h. abgedruckt (ganz oder in Auszügen) oder rezensiert wurden. Andererseits daran, dass die besprochenen Bücher entweder gezielt von Autoren des ‚inneren Zirkels‘ besprochen wurden, damit sie von vornherein auf der von der Redaktion anvisierten ‚Linie‘ lagen, oder von den Intellektuellen

der sogenannten zweiten Gruppe, deren jeweilige Ansichten und Positionen nicht nur bekannt waren, sondern zumeist explizit oder implizit mit denen der Redaktion korrespondierten. Hierbei waren natürlich Überschneidungen mit den Intellektuellen der großen dritten Gruppe möglich, wobei indes in diesen Fällen der jeweilige Rezensionbeitrag nicht im engeren Sinn planbar war und insofern direkte oder indirekte Eingriffe der Zeitschriftenredaktion nicht a priori ausgeschlossen war – mit Ausnahme bei den prominenten Autoren/innen. Auch wenn es keinerlei Anzeichen dafür gibt, dass es bei den herausragenden Intellektuellen vom Rang eines Raymond Aron,²¹⁴⁴ Herbert Lüthy²¹⁴⁵ oder Hannah Arendt,²¹⁴⁶ also bei Autoren/innen

²¹⁴⁴ Selbstverständlich war die Redaktion des „Monat“ oder auch die Pariser Zentrale des „Kongresses für kulturelle Freiheit“ auch aus heutiger Sicht nur gut beraten, den vielen herausragenden Intellektuellen nicht irgendwelche Direktiven zu erteilen. Zum einen waren sie einfach zu intelligent, zu professionell und möglicherweise bei vielen mit ihnen eng befreundeten Autoren auch zu loyal, zum anderen war ihnen freilich klar, dass auch nur der kleinste Versuch in dieser Richtung für sie, aber selbstverständlich auch für die zeitgenössischen Regierungen der Vereinigten Staaten in den 1950er und 1960er Jahren, mit einer politischen Katastrophe geendete hätte. Pars pro toto steht hier der spätere selbstkritische autobiographische Erfahrungsbericht von Raymond Aron, der hier (im Gegensatz zu Ulrike Ackermann in ihrer Studie „Sündenfall der Intellektuellen. Ein deutsch-französischer Streit von 1945 bis heute, S. 110 f.; siehe mein Hinweis in der Einleitung, S. 30) ungekürzt zitiert wird – auch weil dessen Einstellung und Position zur CIA in bemerkenswerter Form deutlich wird. Indes muss ich konzedieren, dass ich nicht alles von Raymond Aron, der vollkommen zu Recht besonders wegen seines brillanten, scharfsinnigen politischen Denkens zu einem der bedeutendsten europäischen antitotalitären Intellektuellen des 20. Jahrhunderts gezählt werden muss, für „bare Münze“ nehme.

„Heute erinnern mich diese Unternehmungen“, schreibt Aron, „an den >Kongreß für kulturelle Freiheit<“, dessen Rolle, Einfluß und schließlich skandalöses Ende (sic) ich nicht übergehen will. Wir nahmen an, der Kongreß würde durch amerikanische Stiftungen finanziert. In einer Untersuchung über den CIA erwähnte die >New York Times< (in der Ausgabe vom 27. April 1966; J. G.) den Kongreß als eine der Organisationen, die von dieser berüchtigten Agency (sic) finanziert würden, wobei die Stiftungen nur als Deckmantel dienten. Von diesem Moment an entfernte ich mich vom Kongreß, der mit Unterstützung der Ford Foundation unter einem anderen Namen noch einige Jahre weiterlebte. Für Denis de Rougemont, Manès Sperber, Pierre Emmanuel, mich und alle anderen, die in der einen oder anderen Weise im Rahmen des Kongresses mitarbeiteten, stellten sich zwei Fragen: Hätten wir es wissen oder zumindest ahnen können? Hätten wir, wenn uns die Herkunft der Gelder bekannt gewesen wäre, jede Art von Mitarbeit abgelehnt? Bezüglich der ersten Frage neige ich zu der Antwort, daß es uns wohl an Neugier gefehlt hat, denn es gab viele Anzeichen, die uns hätten stutzig machen können. Aber die Finanzierung durch die Stiftungen war plausibel, *und auf jeden Fall sagte und schrieb ich immer nur, was ich persönlich dachte, wenn ich an Colloquien teilnahm oder Artikel für die Zeitschrift >Preuves< verfaßte. Ich wurde nicht vom Kongreß bezahlt, dieser gab mir lediglich die Gelegenheit, Ideen zu verteidigen und zu erläutern, die damals Verteidiger nötig hatten* (kursiv von mir, J. G.). Bleibt die zweite Frage: Hätten wir die Finanzierung durch den CIA hingenommen, wenn wir davon gewußt hätten? Wahrscheinlich nicht, obwohl diese Weigerung letztendlich unvernünftig gewesen wäre. *Ich schrieb zahlreiche Artikel in >Preuves< und äußerte dort meine Meinung mit dem gleichen Freimut wie in jeder anderen Zeitschrift* (kursiv von mir, J. G.). Der ebenfalls vom Kongreß ins Leben gerufene >Encounter< ist in England bis heute die erste und beste Monatsschrift in englischer Sprache. Keine dieser Zeitschriften“, stellt Aron vollkommen zu Recht fest, „hätte sich entwickeln können, wenn sie als ein Instrument des Geheimdienstes der Vereinigten Staaten firmiert hätte. Der Kongreß konnte seine – tatsächlich erfüllte – Aufgabe nur durch Verschleierung oder, wenn man so will, mit *Hilfe der Lüge des Weglassens* (kursiv von mir, J. G.) erfüllen, eine Lüge, die weiterhin meine Erinnerungen an den Kongreß belastet, obwohl ich noch gern an die Colloquien von Rhodos, Rheinfelden und, etwas später, als er seinen Namen geändert hatte und kein Geld mehr vom CIA empfang, von Venedig zurückdenke. Mögen andere eine historische Bilanz des >Kongresses für Kulturelle Freiheit< ziehen, ich für mein Teil bereue meine Mitwirkung dort nicht, denn er übte einen nicht zu überschätzenden Einfluß auf die europäischen Intellektuellen aus. Mir ist vor allem die Erinnerung an das Zusammentreffen mit einigen bedeutenden Persönlichkeiten wie George F. Kennan und Robert Oppenheimer wertvoll. Im >Kongreß< haben wir“, so Aron weiter, „die amerikanische Außenpolitik oder Gesellschaft niemals

mit einem „großen“ Namen, seitens der Zeitschriftenredaktion um Melvin J. Lasky auch nur den Versuch eines wie auch immer gearteten Eingriffes gegeben hat und es schlechterdings auch nicht vorstellbar ist, dass ihnen irgendetwas bzw. -jemand die Feder hätte diktieren können, hat es ebendiese Versuche sehr wohl gegeben. Entgegen der immer wieder nicht zuletzt von den (mit-)verantwortlichen Mitarbeitern des „Monat“ selbst noch in der Gegenwart verbreiteten Legenden²¹⁴⁷ ist es neben einem bereits bekannten Fall²¹⁴⁸ zumindest ein weiteres Mal zu einem Eingriff gekommen: Bei dem seinerzeit noch eher unbekanntem

prinzipiell verteidigt, und wir schrieben in der Zeitschrift >Preuves< genauso wie in anderen Zeitschriften. Freilich hatten wir etwas Gemeinsames, nämlich die Ablehnung des Kommunismus. Aber unser pluralistischer Antikommunismus, der Sozialisten wie Konservative gleichermaßen umfaßte, unterschied sich wesensmäßig von dem Prosowjetismus jener Intellektuellenorganisationen, die dazu verurteilt waren, die Wahrheit zu verschleiern.“ Raymond Aron, Erkenntnis und Verantwortung. Lebenserinnerungen, a.a.O., S. 187 f.

²¹⁴⁵ Im Gespräch mit dem Verfasser im Juli 2001 in Basel teilte Herbert Lüthy mit, dass er sich an keine wie auch immer gearteten Eingriffe seitens der Zeitschriftenredaktion des „Monat“, wie auch der „Kongress“-Leitung und der „Preuves“-Redaktion, erinnern könne.

²¹⁴⁶ Bei meinen Recherchen im Hannah Arendt-Archiv an der Carl von Ossietzky Universität in Oldenburg konnte ich keinen Hinweis für irgendwelche Eingriffe finden. Im Briefwechsel zwischen Hannah Arendt und der Zeitschriftenredaktion ging es in erster Linie um formale Aspekte: Zum Beispiel im Zusammenhang mit der deutschen Übersetzung der im „Monat“ erschienenen Kapitel aus der amerikanischen Originalausgabe ihrer Totalitarismusstudie, oder um Frage, ob Aufsätze, die Hannah Arendt anderen Zeitschriften versprochen hatte, nicht doch möglicherweise im „Monat“ erscheinen könnten.

²¹⁴⁷ So behauptet Klaus Harrprecht, der immerhin Mitte der 1960er Jahre mit Hellmut Jaesrich und Peter Härtling gemeinsam den „Monat“ herausgab sowie redaktionell leitete, und nach seinen „Monat“-Aktivitäten u. a. als Chef der berühmten sogenannten Schreibstube von Willy Brandt fungierte, in seiner bereits erwähnten Rezension der Studie „Sündenfall der Intellektuellen. Ein deutsch-französisches Streitgespräch von 1945 bis heute“ von Ulrike Ackermann mit einer bemerkenswerten Chuzpe, dass sich angesichts der partiellen Finanzierung des „Kongresses für kulturelle Freiheit“ und seiner Zeitschriften durch die CIA niemand „um die Versicherung der Redakteure und Autoren (sic) (kümmerte), dass nicht der geringste Druck auf sie ausgeübt wurde (sic).“ Klaus Harrprecht, Die geistige Résistance nach 1945, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, Mai 2001, 48. Jg., S. 314-317 (hier S. 316).

Es ist es also schlicht unwahr, wenn Harrprecht weiterhin ebenjene Legende fortspinn, die nicht zuletzt mit dem „notorischen Lügner“ Melvin J. Lasky, der jahrelang jedweden Vorwurf einer CIA-(Mit)-Finanzierung vehement abstritt und die Öffentlichkeit regelrecht belog, bis er dann durch den besagten „New York Times“-Artikel vom 27. April 1967 gezwungen war die Wahrheit zu sagen, seinen Anfang nahm und der sowohl den Mythos der „völligen Freiheit“ als Chefredakteur und Herausgeber des „Monat“ als auch der unmittelbaren Mitarbeiter und Autoren schuf.

²¹⁴⁸ So konnte Michael Hochgeschwender für den „Monat“ aus den Quellen einen Eingriff belegen. Danach habe der Leiter der Pariser Zentrale des „Kongresses für kulturelle Freiheit“, Michael Josselson, im November 1961 dem Autor Boris Guldenberg, der Teile seines Buches „Latin America and the Cuban Revolution“ im „Monat“ veröffentlichen wollte, nahegelegt, Passagen umzuschreiben, in denen die Verstrickung von US-Außenminister John Foster Dulles und der United Fruit Company in die Militärintervention der USA 1954 in Guatemala sichtbar geworden wäre. Vgl. Michael Hochgeschwender, Freiheit in der Offensive? Der Kongreß für kulturelle Freiheit, a.a.O., S. 168f. Wie auch immer es sich dann genau zugetragen hat: der geplante Beitrag von Guldenberg erschien nicht im „Monat“.

Außerdem konnte er zwei weitere Eingriffe seitens Michael Josselsons belegen, wobei es sich in einem Fall um einen direkten Eingriff in die Redaktionspolitik des „Encounter“ ging. So blockierte er die Veröffentlichung eines amerikakritischen Artikels („America, America“) des früheren Mitherausgebers der Zeitschrift, Dwight Macdonal, mit der Begründung, dass der Beitrag möglicherweise die „Sponsoren des CCF verärgern könnte.“ (ebenda, S. 168). In dem anderen Fall kritisierte Josselson den österreichischen Herausgeber der Kongresszeitschrift „Forum“, Friedrich Torberg, und zwar wegen dessen zu militanten Antikommunismus. Vgl. ebenda, S. 493 f.

jungen Autor Martin Jänicke;²¹⁴⁹ zudem zeigen die Erfahrungen, die der jüdische Historiker Fritz Stern mit der Redaktion der amerikanischen Schwesterzeitschrift „Commentary“ machte, exemplarisch, mit welchen Methoden man bei den Kongresszeitschriften zumindest gegenüber jüngeren, international zum damaligen Zeitpunkt noch nicht unbedingt anerkannten Intellektuellen operierte, um einen Beitrag auf die gewünschte Linie zu bringen.²¹⁵⁰

²¹⁴⁹ So teilte mir der Berliner Sozial- und Politikwissenschaftler Martin Jänicke im November 1999 in einem Gespräch in Berlin mit, dass ein Mitarbeiter der Redaktion des „Monat“ den telefonischen Versuch unternahm, direkt Einfluss auf ihn zu nehmen und Druck auszuüben. Konkret ging es darum, dass Jänicke als damaliger Student der Soziologie an der Freien Universität Berlin in den Jahren des Nachstalinismus einen Beitrag zur SED-Diktatur in der Zeitschrift veröffentlichen sollte und er aufgefordert wurde, den Herrschaftsaspekt des Terrors mehr und deutlicher hervorzuheben, da dieser in seinen Ausführungen anscheinend gar nicht oder zu wenig herausgestellt wurde. Dazu war indes Martin Jänicke, der erst Jahre später mit seiner 1964 erschienenen Studie „Der dritte Weg. Die antistalinistische Opposition gegen Ulbricht seit 1953“ einem interessierten Publikum bekannt wurde, bis er sich dann mit seiner wichtigen kritischen Studie „Totalitäre Herrschaft. Anatomie eines politischen Begriffes“ (1971) einen Namen machte, nicht bereit. Um welchen Artikel es sich genau handelte, konnte Martin Jänicke nicht mehr sagen, zudem wäre es auch möglich, dass es um einen Beitrag in den 1960er Jahren ging und insofern nicht die „Lasky-Redaktion“ verantwortlich war.

²¹⁵⁰ Der heute selbstredend unbestritten als „großer Historiker“ (Norbert Frei) geltende, 1926 in Breslau geborene und am 30. September 1938, dem Tag des Münchener Abkommens, mit seiner jüdischen Familie nur wenige Wochen vor dem Novemberpogrom zur Flucht nach New York gezwungene, US-amerikanische Staatsbürger Fritz Stern, schildert dies nämlich in seinen jüngst erschienenen Lebenserinnerungen „Fünf Deutschland und ein Leben. Erinnerungen“. Er berichtet, wie er nach einem Aufenthalt im Sommer 1954 in West-Berlin (hier nahm er u. a. an einem Doktorandenseminar teil, das von Franz L. Neumann, Ernst Fraenkel und Otto Suhr an der Freien Universität gehalten wurde) eine „lehrreiche Erfahrung mit den antikommunistischen Praktiken“ der seinerzeit „angesehen liberalen Zeitschrift *Commentary*“ machte. Nachdem er dem damaligen Chefredakteur Bob Warshow, „einem bewundernswert, moralisch überzeugenden Menschen“, einen Bericht über seine „bewegten“ Erlebnisse in der geteilten Hauptstadt übergab, bat dieser ihn einige Monate später eine Rezension über Ernst von Salomons „tendenziösem und bombastischem Buch *Fragebogen*“ zu schreiben. Nachdem er dies tat, verstarb Warshow allerdings ganz plötzlich, „und der Text“, so Stern (der nun ausführlich zu Wort kommen soll, weil sein Erfahrungsbericht für sich steht, keines weiteren Kommentars von mir bedarf und indirekt ein bedenkliches Licht auf den „Monat“ wirft, wo es vermutlich in einzelnen Fällen nicht anders zu ging), „wurde mir von jemand anderem zurückgeschickt – in Druckfahnen und zu spät, um noch etwas ändern zu können. Meine Erörterungen über den Nationalsozialismus waren durch allerlei redaktionelle Eingriffe grundlos mit antikommunistischen Kommentaren angereichert worden. Als ich mich weigerte, den abgeänderten Text unter meinem Namen erscheinen zu lassen, wurde ich von Elliot Cohen, dem legendären Herausgeber von *Commentary*, am Telefon angebrüllt. Ich sei bloß ein Flüchtling, ich verhielte mich <unamerikanisch>, und wenn ich nur vernünftig sei, könne er im öffentlichen Leben etwas <aus mir machen>. Diese Einschüchterung, gepaart mit einer in Aussicht gestellten Belohnung, empfand ich als abstoßend, und ich beharrte auf meinem Standpunkt. Später hat er sich entschuldigt, aber der übellaunige Angriff vermittelte mir eine Ahnung davon, was vom illiberalen Antikommunismus zu erwarten war.“ Fritz Stern, *Fünf Deutschland und ein Leben. Erinnerungen*, München 2007, S. 275.

Zum „Kongress für kulturelle Freiheit“ wiederum ging Fritz Stern quasi zeitgleich auf kritische Distanz, nachdem er mit dem ‚liberalen‘ Antikommunismus der amerikanischen Sektion, dem *American Committee for Cultural Freedom*, im Mai 1954 ähnliche negative Erfahrungen machte und die er auch hinfort nicht aufgab. Nachdem nämlich Stern nach seinen Bemühungen für den Kongress, „unter Kollegen Spenden für die Bemühungen des Komitees (zu sammeln), <die Intellektuellen ... für einen verantwortungsbewußten und ernsten Kampf gegen den kommunistischen Totalitarismus> zu mobilisieren“, dann vom Vorsitzenden um Hilfe bei einem geplanten Buch „The Party Line“, „über die Versuche der Kommunisten in den Vereinigten Staaten, <die öffentliche Meinung zu manipulieren>“, gebeten wurde, wurde Stern die Projektskizze vorgelegt. Die begann, schreibt Stern, „mit der Behauptung, es sei notwendig, die Anfälligkeit <politisch unbedarfter Humanisten und Bürgerrechtler> zu untersuchen. Ich schrieb zurück, daß ich zwar das Potential einer solchen Untersuchung sähe, aber <ernste Zweifel> an der Projektskizze hätte, da man <ein unhistorisches und unwissenschaftliches Verfahren> vorschläge: Das, was erst noch zu untersuchen sei, werde als gegeben

Andererseits gibt es begründete Anhaltspunkte für die Vermutung, dass es für bestimmte Intellektuelle nicht möglich war in dem Zeitschriftorgan zu publizieren, obwohl sie geradezu prädestiniert gewesen wären angesichts der damals bekannten historisch-politischen Erkenntnisse, also der zeitgenössischen Forschungsergebnisse, einen Beitrag zur Aufklärung der Geschichte des „Dritten Reiches“ und seiner tief und weit in die bundesrepublikanische Nachkriegsgesellschaft reichenden vergangenheitspolitischen Implikationen zu leisten.²¹⁵¹ Nämlich wenn hierdurch das von der Redaktion des „Monat“ für die gesamten 1950er Jahre gezeichnete Bild des „Führerstaates“, das natürlich gleichermaßen in einem indes nicht genau zu bestimmenden Maß in die durch den nationalsozialistischen Vernichtungskrieg und den Holocaust mit einer historisch beispiellosen vergangenheitspolitischen Schuld bzw. Verantwortung belastete „Adenauer-Gesellschaft“ hineinwirkte, (mit-)konstituierte *und* entlastete, sowie dem vornehmlich durch die weltpolitische Konfrontation mit dem sowjetischen Totalitarismus für die US-amerikanische Deutschlandpolitik alles andere als uneingeschränkte Priorität geltenden Versuch seiner politisch-justitiellen Sanktionierung, in einem fundamentalen Widerspruch gestanden hätte, oder auch nur ansatzweise in Frage gestellt worden wäre. Und wenn es außerdem für die „Lasky-Redaktion“ nicht möglich gewesen wäre einen potentiellen Beitrag, entgegen der eigentlichen Absicht des Autors oder der Autorin, nicht in irgendeiner Form im Kalten Krieg antikommunistisch zu instrumentalisieren – wie zum Beispiel in den beiden sicherlich herausragendsten Fällen, der renommierten emigrierten Totalitarismusforscherin Hannah Arendt und dem in jenen Jahren zu einem der berühmtesten politischen Schriftstellern zählenden George Orwell, dessen Veröffentlichung des kompletten Buches „1984“ auch mit Blick auf die alles andere als spannungsfreie Auseinandersetzung zwischen den beiden früheren angelsächsischen „Anti-Hitler-Koalitionären“ aus den Vereinigten Staaten von Amerika und Großbritannien durch richtungsweisende einleitende Worte der Redaktion in diesem Sinne benutzt wurde (ich komme darauf im nächsten Abschnitt zurück). Pars pro toto steht in diesem Zusammenhang, der emigrierte deutsche „Behemoth“-Autor Franz Neumann, der im Zuge seiner OSS-Tätigkeit nicht nur eine überragende Bedeutung für das Nürnberger Militärtribunal und die unter der Ägide der Vereinigten Staaten durchgeführten sogenannten zwölf

vorausgesetzt. Meine detaillierte Kritik“, so Stern, „beendete ich mit dem Hinweis, wenn das Projekt, von dem ich noch nichts gehört hätte, tatsächlich (wie behauptet) <anhaltende Begeisterung bei den Mitgliedern [ausgelöst habe], ist es vielleicht besser, wenn ich das Komitee verlasse>. Statt einer Antwort auf meinen Brief erhielt ich eine Einladung zur nächsten Mitgliederversammlung. Auch darauf verzichtete ich.“ (Ebenda, S. 276).²¹⁵¹ Ob dies im einzelnen Fall dann seitens der Akteure mit einer fehlenden Bereitschaft koinzidierte im „Monat“ zu veröffentlichen, kann hier nicht beantwortet werden, ist auch für meine Argumentation nicht von Bedeutung und kann zudem nur durch zukünftige Forschungsarbeiten beantwortet werden.

Nachfolgeprozesse hatte, sondern frühzeitig die auch aus einer kapitalismuskritischen Perspektive begründete Auffassung nach nicht radikal genug angelegte US-amerikanische Entnazifizierungspolitik vehement kritisierte.²¹⁵² Ob hierbei jeweils die Entscheidungen von

²¹⁵² Siehe hierzu das Kapitel II. 5. Warum hat Franz Neumann nicht im „Monat“ geschrieben? Ein „Negativporträt“. Sicherlich stellte Franz Neumann aus den dargelegten Gründen einen herausragenden Fall dar. Gleichwohl hätte ich aber stattdessen meine These beispielsweise auch anderen in Deutschland bzw. Österreich geborenen, vom Nationalsozialismus ins Exil gezwungenen internationalen Intellektuellen exemplifizieren können, die ebenfalls zum Kreis der zeitgenössischen prominenten NS- und Totalitarismusforscher, Sozial- und Politikwissenschaftler oder Philosophen zählten: Neben früheren Freunden Kollegen und Mitarbeitern von Franz Neumann aus dem OSS-Apparat des State Department, die zum Kreis der überzeugten kapitalismuskritischen „Anti-Anti-Kommunisten“ zählten, wie zum Beispiel Herbert Marcuse, sei der bereits angesprochene emigrierte Politikwissenschaftler Ernst Fraenkel genannt, der mit seiner 1938 erstmalig erschienenen bedeutenden Studie „The Dual State. A Contribution to the Theorie of Dictatorship“ einen bis heute analytisch nur schwer zu überbietenden Klassiker der NS-Forschung veröffentlichte.

Fraenkel war wie sein Freund, Kollege und politischer Kampfgefährte aus den Weimarer Jahren, Franz Neumann, ebenfalls nach Kriegsende im US-amerikanischen Staat beschäftigt. Er arbeitete in den Jahren 1944-51 in der Verwaltung für auswärtige Wirtschaftsbeziehungen (Foreign Economic Administration), im State Department sowie im Heeresministerium (Department of the Army) und fungierte vor allem als Berater für sozial- und verfassungsrechtliche Fragen in der amerikanischen Militärregierung und der „Marshall-Plankommission“ in Korea. Zudem war er bekanntlich nach seiner Rückkehr als amerikanischer Staatsbürger in das Land, in das er wegen des Holocaust nicht wieder zurückkehren wollte, im Jahre 1951 nicht nur maßgeblich an der Gründung der Deutschen Hochschule für Politik in West-Berlin, dem späteren Otto-Suhr-Institut (OSI) der Freien Universität Berlin, beteiligt, wo er bis zu seiner Emeritierung 1967 unterrichtete, sondern zählte zu den „bedeutendsten Gründungsvätern der deutschen Politikwissenschaft“ (Kurt Sontheimer) in der jungen Bundesrepublik Deutschland. Meiner Ansicht nach war es eben nicht dem Zufall geschuldet, dass Fraenkel neben den bereits genannten Gründen nicht im „Monat“ veröffentlichte (siehe meine entsprechenden Ausführungen im Kap. IV. 1. 11), sondern aus grundsätzlichen (kultur-)politischen Gründen: einerseits plädierte der Autor des „Doppelstaates“ vor dem Hintergrund seiner funktionalistischen Interpretation des NS-Herrschaftssystems analog zu Franz Neumann hinsichtlich der Planungen für das Nachkriegsdeutschland für radikale Veränderungen der ökonomischen und politischen Strukturen und insofern stand er in einem Gegensatz zu den angesichts des Kalten Krieges veränderten Besatzungsdirektiven der US-amerikanischen Militärregierung in West-Deutschland und mithin der antikommunistischen und prowestlichen Funktion und Zielen des „Monat“; andererseits bestanden meiner Auffassung nach zwischen dem Theoretiker der pluralistischen Demokratie und dessen Version der repräsentativen Demokratie und dem politischen Selbstverständnis der Zeitschriftenredaktion des „Monat“ qualitative Differenzen. Vgl. dazu meine abschließenden Ausführungen im folgenden Abschnitt dieses Schlusskapitels.

Darüber hinaus hätte ich die für mich nach politisch-strategischen Gesichtspunkten vorgenommene gezielte Auslassung von bestimmten Personen auch anhand der mit Blick auf die *wechselvolle Geschichte des Totalitarismusbegriffs* überaus bedeutenden Intellektuellen Sigmund Neumann und Karl Popper ausführlicher durchdeklinieren können. Der vor dem Nationalsozialismus zur Emigration gezwungenen jüdische Sozial- und Politikwissenschaftler Sigmund Neumann veröffentlichte, wie gesehen, 1942 in den Vereinigten Staaten sein ambitioniertes theoretische Werk „Permanent Revolution. The Total State in a World at War“, das nicht nur in seinem amerikanischen Gastland in der Wissenschaft als bedeutende Studie und ex post zu recht als „Klassiker der vergleichenden Diktaturforschung“ (Alfons Söllner) apostrophiert wird. Sein damals nicht zuletzt für die zukünftige Totalitarismusforschung nicht wegzudenkender Begriff der „permanenten Revolution“ bezog sich zweifelsohne insbesondere am Ende der Untersuchung in dem Kapitel über den Zweiten Weltkrieg schwerpunktmäßig auf das NS-Regime. Gleichwohl zog Neumann im Gegensatz zu anderen einflussreichen Exponenten der zeitgenössischen Totalitarismusforschung, die – wie zum Beispiel Franz Borkenau mit seiner Studie „The Totalitarian Enemy“ – ihre Begriffsbestimmung und -verwendungsweise in starkem Maße von den politischen und militärischen Konstellationen abhängig machten, so dass es in den Jahren 1941-1945 inopportun erschien die Sowjetunion unter Totalitarismus verdacht zu stellen, neben den militärisch verbündeten totalitären Staaten Deutschland, Italien und Japan, auch die stalinistische Sowjetunion in die historische Erforschung der modernen Diktaturen des 20. Jahrhunderts ein. Indes waren im Gegensatz zu anderen Studien und Büchern sowohl die Untersuchungsergebnisse des Neumannschen Buches als auch der Autor selbst – so meine These – für die „Monat“-Redaktion in der Hochphase des Ost-West-Konfliktes eben nicht antikommunistisch instrumentalisierbar (siehe zu Siegmund Neumanns Totalitarismusstudie meine Ausführungen im

Einleitungskapitel „Die wechselvolle Geschichte des Totalitarismusbegriffs“ mit der entsprechenden Forschungsliteratur). Angemerkt sei nur noch, dass im „Monat“ der Name Sigmund Neumann erst in der „zweiten Phase“, der „Nach-Lasky-Ära“, auftauchte, nämlich in dem oben ausführlich referierten Aufsatz „Totalitäre und demokratische Revolution“ von Richard Löwenthal in Heft 146 im November 1960.

Auf den großen Philosophen und Theoretiker der offenen Gesellschaft, Karl Popper („The Open Society and Its Enemies“, 2 Bde, London 1945), berief sich die Redaktion des „Monat“ in der unmittelbaren Anfangsphase explizit, um das „eigene“ westliche System der ‚freien Welt‘ politisch-ideengeschichtlich zu begründen und andererseits den Kampf gegen den Sowjetkommunismus zu legitimieren sowie seine zur totalitären Herrschaftsideologie geronnene Theorie des Marxismus-Leninismus zu kritisieren. Da aber Popper im „Monat“ nicht veröffentlichte und auch im „Kongress für kulturelle Freiheit“ keine aktive Rolle spielte und ihm allenfalls eine indirekte Bedeutung, nämlich als „Ideengeber“, zugesprochen werden kann, vermute ich, dass die Redaktion um Lasky aus „guten“ Gründen Popper nicht als Autor gewann, zumal dieser auch höchstwahrscheinlich nicht bereit gewesen wäre in der alles andere als ideologiefreien Monatszeitschrift zu veröffentlichen: Nämlich aufgrund der Interpretation des Totalitarismusphänomens seitens der Redaktion auf dem politisch-ideengeschichtlichen Boden der „Gott-Abfall-Theorie“ und sie angesichts der zeitgenössischen Gegnerschaft gegenüber dem Kommunismus speziell sowjetischer Couleur zu einer regelrechten Feindideologie gerann, die entgegen dem Bekenntnis zur politischen Theorie des Liberalismus keinesfalls per se genuin antitotalitär war und nicht frei von antiliberalen und -demokratischen Tendenzen hinsichtlich der Begründung und Verteidigung der offenen Gesellschaft im Sinne der kritischen Philosophie der Politik von Karl Popper. Für Popper waren ja nicht nur sämtliche auf den Utopien des Rassismus, des Antisemitismus, des Nationalismus oder des Kommunismus/Sozialismus gegründeten Staatsmodelle immer in der Gefahr zur totalitären oder autoritären Diktatur bzw. Despotie abzugleiten, sondern alle geschlossenen Gesellschaftsmodelle, insofern auch die zum Dogma, zur Ideologie erstarrte christliche „Abfall von Gott“-Theorie des „Monat“ zur Verteidigung der Freiheit, der westlichen Demokratien und der sozialen Marktwirtschaft in Europa (bzw. des freien „Unternehmertums“ in den Vereinigten Staaten) zur Legitimierung des Antikommunismus.

Im Gegensatz hierzu vermag ich mit Blick auf den seinerzeit in München an der Sophie-Scholl-Universität lehrenden Eric Voegelin nicht genau zu sagen, warum der zumindest ideengeschichtlich bedeutende und einflussreiche „Politische-Religion-Theoretiker“ nicht zum „Aufgebot“ des „Monat“ zählte. Vermutlich war seine Kritik an den institutionellen, politischen, geistigen und sozialpsychologischen Zuständen in der Bundesrepublik mit Blick auf die unmittelbar zurückliegende Vergangenheit zu scharf. Vgl. hierzu Eric Voegelin, *Hitler und die Deutschen*, München 2006.

Bei Carl Joachim Friedrich, dem Verfasser der in der Hochphase des Kalten Krieges erschienenen Studie „Totalitäre Diktatur“ (während bei der 1956 in den Vereinigten Staaten veröffentlichten Ausgabe, wie eingangs gesagt, noch sein damaliger Mitarbeiter Zbigniew Brzezinski als Ko-Autor firmierte, kann Friedrich für die im Jahr darauf in Deutschland erschienene Fassung als alleiniger Autor betrachtet werden) wiederum ist der „Fall“ eindeutig, obwohl er ganz anders gelagert war. Wie gezeigt werden konnte (siehe Kap. V.2; Fußnote 1976) handelte es sich bei seiner klassischen Totalitarismustheorie um keine Demokratietheorie. Denn seine Modell entsprach nicht der Gegenüberstellung von Demokratie und totalitärer Herrschaft, sondern vielmehr dem Gegensatzpaar von totalitärer und konstitutioneller Diktatur – wie es in der besonders von Carl Schmitt geprägten Verfassungsdiskussion der Weimarer Republik üblich war. Sein Konzept der „totalitären Diktatur“ stellte ja einen Rechtfertigungsversuch der amerikanischen Besatzungspolitik als einer verfassungsmäßigen (konstitutionellen) Diktatur dar. Der Begriff diente dazu die sowjetische Besatzungsmacht anzuprangern und die US-amerikanische andererseits zu legitimieren. „Das unmittelbare Anliegen der dualistischen Gegenüberstellung der konstitutionellen und der totalitären Diktatur lag also“, so Hans J. Lietzmann, „in der Zerstreung letzter Zweifel darüber, daß die konstitutionelle Variante (und mit ihr die amerikanische Besatzungspolitik), wenn sie auch nicht demokratisch sei, sondern einer Diktatur gleichkomme, die Demokratie doch zu errichten trachte. Es ging Friedrich um die glaubwürdige Rechtfertigung und die politikwissenschaftliche Legitimation einer konstitutionellen Diktatur der amerikanischen Besatzungsmacht und damit zugleich in erheblichem Maß um eine Selbstrechtfertigung, da er die amerikanische Militärregierung mehrere Jahre als ‚Governmental Affairs Adviser‘, im Stab General Clays, in Fragen der Verfassungs- und Regierungsstrukturen, beraten hatte.“ (Hans J. Lietzmann, *Von der konstitutionellen zur totalitären Diktatur*, in: Alfons Söllner/Ralf Walkenhaus/Karin Wieland (Hg.), *Totalitarismus. Eine Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts*, a.a.O., S. 174-192; hier S. 178). Vor diesem Hintergrund wiederum ist für mich im Hinblick auf den „Monat“ klar, warum Friedrich nicht in dem Periodikum veröffentlichte, zumal nicht zu dem hier interessierenden Thema Kritik des Nationalsozialismus und des Sowjetkommunismus. Herausgeber und Chefredakteur Melvin J. Lasky sowie die Akteure des „inneren Zirkels“ und in den US-amerikanischen Regierungsstellen dürften um den politischen und ideologischen Sprengstoff der klassischen Totalitarismustheorie Carl Joachim Friedrichs und seiner Theorie der „totalitären Diktatur“ gewusst haben. Abgesehen davon war außerdem auffallend, dass in den 1950er Jahren in keinem Beitrag zum Totalitarismusphänomen oder zur (vergleichenden) Analyse der totalitären Herrschaftssysteme des

der US-Militärregierung (OMGUS) und später der Hohen Kommission (HICOG), vom Chefredakteur des „Monat“ (Melvin J. Lasky), vom Generalsekretär des „Kongresses für kulturelle Freiheit“ (Michael Josselson) in der Pariser Zentrale oder von dessen ehemaligen Vorgesetzten und früheren Leiter des „covert action“-Departments der CIA (Thomas Braden) getroffen wurden, oder ob die zentralen Weichen direkt in den Vereinigten Staaten gestellt wurden, vom Leiter des „Office of Policy Coordination“ und Verantwortlichen für die Durchführung der verdeckten Operationen in Friedenszeiten in der CIA (Frank Wisner) oder sogar höchstpersönlich vom Direktor des Politischen Planungsstabes in Washington (George F. Kennan bzw. dessen Nachfolger, Paul Nitze, der Ende 1949 das Amt übernahm) – wofür es ernstzunehmende Hinweise gibt²¹⁵³ – kann hier nicht endgültig beantwortet werden und muss durch zukünftige Forschungsarbeiten geklärt werden. Dasselbe gilt für die Frage, ob es angesichts der CIA-Finanzierung des „Kongresses für kulturelle Freiheit“ in diesem Zusammenhang hinsichtlich der Kritik des Nationalsozialismus und des Sowjetkommunismus tatsächlich irgendwelche CIA-Imperative zur Steuerung des Publikationsorgans gab.

Gleichwohl wird hier folgende These vertreten: Auch wenn es in Anbetracht des momentanen Forschungsstandes speziell zur Geschichte der CIA und der aktuellen Quellenlage nur schwer vorstellbar ist, dass es diese nicht gab – dafür hatte einerseits das angesichts der existentiellen weltpolitischen Herausforderung mit dem Sowjetkommunismus unter der Federführung der CIA ins Leben gerufene und mit der linksliberal-antikommunistisch ausgerichteten Intellektuellenorganisation „Kongress für kulturelle Freiheit“ unmittelbar verknüpfte, ambitionierte kulturpolitische Projekt eine zu herausragende Bedeutung für die US-amerikanische Regierung, andererseits war die inhaltliche Ausrichtung des „Monat“ zu eng gekoppelt mit den außenpolitischen Interessen der Vereinigten Staaten in der durch den Übergang von Antinazismus zum Antikommunismus geprägten zweiten Phase der US-amerikanischen Deutschlandpolitik in den Jahren des Kalten Krieges – :
Möglicherweise bedurfte es bei dem Zeitschriftenorgan nicht zwingend schriftlicher oder mündlicher Direktiven des US-amerikanischen Geheimdienstes und der für die Durchführung

Nationalsozialismus und des Sowjetkommunismus (siehe Kap. IV. und besonders IV. 3.) irgendein Verweis auf Friedrichs Sechs-Punkte-Katalog zur Addition von Merkmalen totalitärer Herrschaft erfolgte, obwohl es *das* Modell der identifizierenden Totalitarismustheorie verkörperte.

²¹⁵³ So antwortete François Bondy auf die Frage, ob der „Kongress für kulturelle Freiheit“ letzten Endes nicht mehr als eine „subtil gesteuerte CIA-Propaganda“ gewesen sei in der 3-SAT-Sendung „Kulturzeit“ vom 26. Juni 2000: „Ich gestehe, dass wir nicht neugierig genug waren. Wir hätten es wissen sollen, aber wir wussten es einige Jahre lang nicht. Und als wir es wussten, gab es eine ziemlich arge Verwirrung. Nachträglich wissen wir, wieviel für diesen Kongress vorgearbeitet worden war in Amerika, dass wir glaubten, Geschichte zu machen, während sie in Wirklichkeit woanders gemacht worden ist. Wir lebten also in einer gewissen Illusion ... Inzwischen waren wir eher fremdgeleitet ... Ich habe den Eindruck, dass die entscheidenden Weichenstellungen in Amerika getroffen wurden.“

der verdeckten Operationen verantwortlichen Abteilungen, die dem Politischen Planungsstabes im State Department unterstellt waren und in letzter Instanz vom jeweiligen Direktor kontrolliert wurden. Denn sowohl der Herausgeber und Chefredakteur des „Monat“, Melvin J. Lasky, als auch sein direkter Vorgesetzter, der Generalsekretär vom „Kongress für kulturelle Freiheit“, Michael Josselson, waren ja CIA-Mitarbeiter. Darüber hinaus handelte es sich bei den beiden Personen um Experten im Bereich der sogenannten Medien- und Informationspolitik, die außerdem umgeben waren von ehemaligen versierten Mitarbeitern aus dem Mützenberg-Apparat, so dass sie aus guten Gründen die auf vielfältige Weise orchestrierten kommunistischen Agitation- und Propagandamethoden nun unter umgekehrten Vorzeichen für die Interessen der Vereinigten Staaten und ihre immer wieder neu auszurichtende Deutschlandpolitik auch für die Steuerung des „Monat“ nutzbar machten. Andererseits respektierte ja Lasky von Anbeginn gewisse Grenzen und vermied es, dass der „Monat“ sich mit bestimmten kontroversen Fragen der deutschen Innenpolitik und der amerikanischen Innen- und Außenpolitik ausdrücklich auseinandersetzte. Insofern besaß er in der inhaltlichen Gesamtkonzeption ungewöhnlich viel Freiheit und diesen Handlungsspielraum nutzte er aus. Sobald Lasky allerdings ebenjene nicht genau zu bestimmende Grenze überschritten hätte und in der Zeitschrift irgendein Artikel erschienen wäre, der nicht vorher genehmigt worden wäre und nicht auf der jeweils aktuell erwünschten (kulturell-)politischen und ideologischen Linie der US-amerikanischen Regierung gelegen und insofern für Ärger in Washington gesorgt hätte, wäre Lasky – so meine These – von der CIA und speziell vom Berliner Büro des US-Geheimdienstes, oder auch von OMGUS und später HICOG, umgehend zurechtgewiesen worden.²¹⁵⁴

VII.

Neben der dargelegten deutschlandspezifischen ideengeschichtlichen und kulturpolitischen Konzeption und Funktion des „Monat“, in dessen Fokus angesichts der weltpolitischen Kalten

²¹⁵⁴ Exemplarisch dafür steht dieser Vorfall: So berichtet der Journalist, Buchautor und damalige US-Verbindungsoffizier in Berlin, George Bailey, in einem Interview mit Erich Schmidt-Eenboom davon, dass Lasky 1952 in dem Berliner Lokal Volle Pumpe eine „despektierliche Rede gegen die CIA gehalten“ hatte, sich anschließend, „nachdem anwesende US-Geheimdienstoffiziere ihn denunziert hatten, beim Stadtkommandanten verantworten (musste). Als geschickter Rhetoriker“, schreibt Schmidt-Eenboom, „stellte er die hintertragenden Schmähungen seines Geldgebers in andere Zusammenhänge und rettete sich so vor drohenden Schwierigkeiten mit der Agency.“ Erich Schmidt Eenboom, Geheimdienst, Politik und Medien. Meinungsmache UNDERCOVER, a.a.O., S. 356.

Kriegs-Totalität primär die Intellektuellen des westdeutschen wie des ostdeutschen Teilstaates standen, um die seitens der beiden verbliebenen Supermächte USA und Sowjetunion mit allen Mitteln gerungen und gekämpft wurde, so dass zu Recht von einer „Schlacht um die Intellektuellen“ (Klaus Harpprecht) gesprochen werden kann, war das einflussreiche Periodikum indes noch auf einem mit dem „großen“ Konflikt durch kommunizierende Kanäle unmittelbar verbundenen Terrain aktiv: In der für die politisch-finanziellen „Schattenmänner“ und Strategen aus dem Weißen Haus in Washington machtpolitisch alles andere als unbedeutenden Auseinandersetzung zwischen den drei westalliierten Staaten selbst um den westdeutschen Teilstaat und ehemaligen Feind, der seine zweite Chance bekam im „Westen anzukommen“ und seine Zukunft kulturell, ideologisch und politisch nicht auf einem neuerlichen abenteuerlichen „Sonderweg“ zu suchen. „Der Monat“ war nämlich für die Vereinigten Staaten mit Blick auf die junge Bundesrepublik auch ein Instrument gegenüber England und Frankreich, das sein *fundamentum in re* in divergierenden ideengeschichtlichen, politischen und gesellschaftlichen Grundfragen und -modellen besaß und durch den gemeinsam ausgetragenen Krieg gegen „Hitler-Deutschland“ nur auf Eis gelegt wurde. Dies spielte bereits im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess, den Nachkriegsplanungen und den Entnazifizierungsmaßnahmen eine nicht unbedeutende Rolle, brach sich aber besonders seit dem Ausbruch des Ost-West-Konfliktes Bahn. Hierbei mündete die traditionelle Rivalität angesichts eines vermeintlich drohenden Schreckbildes einer totalitären Gesellschaft²¹⁵⁵ nicht zuletzt in eine fundamentale Kritik am imperialistischen Charakter des Kolonialismus Großbritanniens²¹⁵⁶ und Frankreichs,²¹⁵⁷ die anlässlich der dramatischen Suez-Krise im Jahre 1956 ihren Höhepunkt fand, als die beiden alten Kolonialmächte durch ihr außenpolitisches

²¹⁵⁵ In diesem Zusammenhang scheute sich die Redaktion des „Monat“ sogar nicht für diesen Zweck George Orwells Parabel *1984* als antikommunistisches Propagandainstrument gegen den englischen Sozialismus zu Zeiten der Labour Regierung zu benutzen, indem sie England sozusagen auf direktem Weg in den Totalitarismus zusteuern sah. Wie gezeigt (siehe Kap. IV. 3. 2. Das Phänomen des nationalsozialistischen und des sowjetkommunistischen Totalitarismus und der Terror-Vergleich) brachte dies die Lasky-Redaktion in den einleitenden Worten zur Veröffentlichung des ersten Teils von *1984* entgegen der eigentlichen Intention des unabhängigen Sozialisten George Orwell zum Ausdruck, indem sie 1949 England als ein Land charakterisierte, das beim Prozess der „Verstaatlichung und Bürokratisierung“ so bedeutende Fortschritte gemacht hätte, wie es noch nicht einmal der zeitgenössische englische Sozialismus erwarten ließ und das durch die „Preisgabe der Persönlichen Freiheit“ seine „eigenen Schwächen mit den Greueln von Faschismus und Stalinismus“ vereinigte. *Der Monat*, Heft 14 (1949), 2. Jg., S. 115.

²¹⁵⁶ So besonders durch den Vorabdruck von Hannah Arendts Kapitel „Die imperialistische Legende und der imperialistische Charakter“ aus ihrer Totalitarismusstudie, das der „Monat“ im Heft 24 im Jahre 1950 veröffentlichte. Siehe hierzu u. a. die entsprechenden Hinweise im Kapitel IV. 3. 2. Das Phänomen des nationalsozialistischen und des sowjetkommunistischen Totalitarismus und der Terror-Vergleich.

²¹⁵⁷ Auch wenn dieses Thema hier nicht weiter ausgeführt werden kann: Der französische Kolonialismus wurde besonders scharf angegriffen. Nachdem die französische Kolonialpolitik insbesondere in Indochina von Anbeginn verurteilt wurde, erreichte sie ihren Höhenpunkt während des algerischen Befreiungskampfes. Vgl. exemplarisch den brillanten Aufsatz von Herbert Lüthy, Frankreichs Hauptstadt: Algier. Algerien desintegriert das Mutterland, in: *Der Monat*, Heft 118 (1958), 10. Jg., S. 22-35

Abenteurer einen nuklearen Konflikt zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion heraufbeschwören.²¹⁵⁸

Selbstverständlich hatte dies auch Konsequenzen für die inhaltliche Ausrichtung des „Monat“ und soll darum in aller Kürze vor dem Hintergrund der vorliegenden Untersuchungsergebnisse beschrieben und im Hinblick auf das prima vista nicht unmittelbar erkennbare, weil nicht explizit formulierte politische Selbstverständnis der Zeitschriftenredaktion ausgebreitet werden.

Angesichts der Interpretation, wonach für die Genesis der totalitären Regime im 20. Jahrhundert die Französische Revolution von weitreichender Bedeutung war, weil mit ihr das Zeitalter der Revolutionen begann und die eigentliche Schreckensgeschichte der Moderne ihren Anfang nahm, erschien – wie gesehen – nicht zuletzt die Jakobinerherrschaft und die Ideen von 1789 im „Monat“ als eigentlicher Gegenstand der Kritik. Hierbei galt Jean-Jacques Rousseau als eigentlicher „Erfinder“ der Ausformung der demokratischen Theorie als Theorie der „Volkssouveränität“ und wurde als Hauptverantwortlicher für den seitdem einsetzenden umfassenden Säkularisierungsprozess angesehen, der die geistige Krise der modernen Welt zur Folge hatte. Im „Monat“ schlug sich dies in der Auffassung eines elementaren Gegensatzes zwischen einem evolutionär-repräsentativen Konstitutionalismus und einem revolutionär-plebiszitären Demokratiemodell nieder, wobei man sich zur Abstützung der sozusagen offiziellen Zeitschriftenposition in Bezug auf Ersteres vor allem auf die politische Theorie John Lockes (1632-1704) stütze, die angesichts der beiden glorreichen angelsächsischen bürgerlichen Revolutionen (Großbritannien 1688, USA 1776) seine eindeutige und bedeutende Umsetzung in den Werken der *Federalists* sowie der US-

²¹⁵⁸ Da die Suez-Krise bekanntlich mit dem ungarischen Volksaufstand im Herbst 1956 koinzidierte, verfolgte die Weltöffentlichkeit sowohl die Entwicklung im Nahen Osten als auch in Osteuropa mit besonderem Interesse und größter Besorgnis, zumal die Doppelkrise Erinnerungen wachrief mit den großen Katastrophen von 1914, 1939 und dem Überfall der Wehrmacht auf die Sowjetunion 1941. Dies schlug sich selbstverständlich im „Monat“ nieder. Besonders die Dezember-Ausgabe 1956 (Heft 99, 9. Jg.), das mit dem aussagekräftigen Titel „Tage die die Welt erschütterten“ erschien, enthielt einige Beiträge, die der aufgeladenen weltpolitischen Situation Rechnung trugen und die Ereignisse genau beschrieben: z. B. Fritz René Allemann, Der Westen, Deutschland und die osteuropäische Revolution, S. 3-13; Ernst Halperin, Bei der ungarischen Jugend, S. 14-18; François Bondy, Ungarns Augenblick der Freiheit, S. 19-32; Herbert Lüthy, Der Splitter und der Balken, S. 77-84; M[elvin] J. L[asky], Tagebuch von der Grenze, S. 86-90.

Zur Suez-Krise: Nachdem Ende Oktober israelische Truppen überraschend ägyptische Stellungen auf der Sinai-Halbinsel angriffen, angeblich um einer Bedrohung von Seiten Ägyptens zuvorzukommen, und Großbritannien und Frankreich vergeblich ein Ultimatum an die beiden Konfliktparteien gerichtet hatten das Feuer einzustellen und sich vom Suezkanal zurückzuziehen, begannen Einheiten ihrer Luftwaffe mit der Bombardierung von Kairo und weiteren ägyptischen Städten. Obwohl sowohl die USA als auch die Sowjetunion auf einer Vollversammlung der Vereinten Nationen in New York die militärische Intervention verurteilten, brachten britische und französische Fallschirmjäger die Kanalzone unter ihre Kontrolle. Die Kampfhandlungen wurden erst eingestellt und die Truppen schrittweise abgezogen, nachdem der US-Präsident Eisenhower den britischen Premierminister Eden vor dem Ausbruch eines atomaren Konfliktes mit der Sowjetunion warnte und sich Eden mit seinem französischen Amtskollegen Guy Mollet verständigte.

amerikanischen Verfassung fand. Insofern verstanden die Herausgeber des „Monat“ und ein überwiegender Teil der prominenten und einflussreichen Autoren die Demokratie in erster Linie als eine Form der Herrschaftsbeschränkung, deren eigentlicher „Sinn“ in der Verhinderung jedweder Tyrannei, auch der sogenannten Tyrannei der Mehrheit lag. Gerade angesichts der Erfahrungen aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts favorisierte man die Einteilung der politischen Gewalt in Legislative, Exekutive und Judikative, die die Verbindung zwischen der Volksvertretung und dem Volk auf ein möglichst geringes Maß reduzierte.²¹⁵⁹

Der Verlauf der französischen Revolution hatte nämlich für die „Monat“-Kerngruppe um Lasky auf erschreckende Weise gezeigt, wohin Rousseaus Idee der „totalitären Demokratie“ (Jacob L. Talmon) im Sinne einer radikalen, egalitären Utopie führt und stellte ihnen unter Beweis, welche Gefahren jedwedem Versuch immanent waren abstrakte metaphysische Prinzipien unmittelbar auf die Gestaltung von Staat und Gesellschaft anzuwenden. Zum Vorschein kam hierbei nicht nur eine Kritik an der Französischen Revolution und der ihr zu Grunde liegenden kontinentalen Aufklärungsphilosophie, sondern eine radikale Verurteilung. Diese unerbittliche Gegnerschaft zur Französischen Revolution, die in einem Plädoyer für die Unvergleichbarkeit der Revolutionen von 1776 bzw. 1688 und 1789 mündete, folgte hierbei dem konterrevolutionären Projekt des 19. Jahrhunderts, das sich bereits mit Beginn der 1789-Revolution konstituierte, in Bezug auf die gesamteuropäische politische Ideengeschichte einen großen Einfluss besaß und nicht zuletzt mit den Namen von Edmund Burke verbunden war.²¹⁶⁰ Sein 1790 erschienenes Buch „Reflections on the Revolution in France“ markiert den Beginn der gegnerischen Schriften und beeinflusste unter anderem die großen französischen Konservativen wie Louis de Bonald, Joseph de Maistre, Antoine Rivarol, und später François Guizot und Alexis de Tocqueville, die im „Monat“ immer wieder als Kronzeugen genannt wurden um die politische und ideengeschichtliche Kritik an der 1789er Revolution zu begründen. Denn das einigende Band zwischen den Figuren bestand in einer gemeinsamen Grundposition: Demokratie als mittelfristige unausweichliche Entwicklung der Gesellschaft; Politik als Vorbeugung gegen eine (neuerliche) Revolution, die man nicht zuletzt als Verschwörung von wenigen Politikern und

²¹⁵⁹ Vgl. unter diesem Blickwinkel die im Kapitel IV. 3. aufgelisteten Beiträge (Fußnote 1773), in denen sich zahlreiche Autoren und Autorinnen angesichts der Erfahrungen mit den totalitären Herrschaftssystemen aus den unterschiedlichsten Gründen im „Monat“ mit „der“ Demokratietheorie und speziell der politischen Alltagswelt und -praxis bzw. rechtsstaatlichen Wirklichkeit in den westlichen liberalen Demokratien auseinandersetzten.

²¹⁶⁰ Vgl. hierzu besonders Golo Mann, Was ist konservativ? Zu dem neuen Buch von Russell Kirk, *The Conservative Mind*, in: *Der Monat*, Heft 62 (1953), 6. Jg., S. 183-188.

Intellektuellen interpretierte; Ablehnung der reinen („mechanischen“) Repräsentation des liberalen Parlamentarismus zugunsten einer Verfassung, die die Teilung und gegenseitige Kontrolle der Gewalten in einer gemischten Regierung („mixed government“) vorsah, mit der der Gefahr des Missbrauchs der Macht begegnet werden sollte;²¹⁶¹ eine antirousseauistische und gottesrechtliche Rechtsbegründung im Namen einer weitgehend nur noch gesellschaftlichen Notwendigkeit der Religion.

Das Postulat der Natürlichen Ordnung und der Doktrin des Gemeinwillens trugen nach Auffassung der Zeitschrift alle Eigenschaften einer modernen weltlichen Religion in sich und im Prinzip des Rousseauschen „totalen Volksstaates“ (Gerhard Ritter) sah man die entscheidende Voraussetzung der späteren totalitären Tyranis und Demagogie.

Durch die Französische Revolution erschien das französische Volk nicht nur in Gestalt der auseinandergebrochenen Teile der absolutistischen Ständegesellschaft, als dritter Stand, neben Adel und Klerus, sondern zum ersten Mal in der Geschichte drängte die überwiegende Mehrheit der Gesellschaft des Ancien régime, die Armen und Notleidenden (der „Pöbel“) in das Blickfeld der Öffentlichkeit und reklamierten das Volk und die Nation zu sein. In dieser Masse, die sich quasi wie ein einheitlicher Körper bewegte und handelte, als ob sie Rousseaus einheitlichen Willen besitzen würde, diagnostizierte man im „Monat“ ein zentrales Problem: Demnach repräsentierte diese atomisierte Masse ihre Einheit in einer identitären Vorstellung von Volk und Nation, die den nach dem Ende der absolutistischen Herrschaft leer gewordenen Ort der Macht gegenüber der Gesellschaft besetzten und die Souveränität für sich beanspruchte. Der souveräne Wille des Volkes legitimierte nicht nur die Machtausübung durch die konstituierten Gewalten, sondern war als oberster Gesetzgeber auch Quelle der Autorität des Rechts und der Gesetze. Insofern erschien der souveräne Wille der Nation als ein säkularisierter Nachfolger des souveränen Willens des absoluten Monarchen.

Angesichts der Grundüberzeugung des inneren Autorenzirkels des „Monat“, wonach die Erfahrungen des Totalitarismus lehrten, dass nach der Abwendung von Gott und dem Verlust des Glaubens durch die verzweifelten dechristianisierten Massen (der „Mob“) die Gefahr von Anarchie, Tyrannei oder „populär despotism“ ständig gegenwärtig war, also auch dem modernen demokratischen Staatswesen und seinen Repräsentanten jederzeit durch sie bzw. das Volk das Vertrauen entzogen werden konnte, weil eben nicht alle Menschen von

²¹⁶¹Vgl. hierzu besonders C. V. Wedgwood, Wie wächst die Macht? Über ein Buch von Bertrand de Jouvenel, in: Der Monat, Heft 10 (1949), 1. Jg., S. 96-98; hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: Bertrand de Jouvenel, Power. The Natural History of its Growth, London [o. J.].

Natur aus vernünftig waren und ihre Entscheidungen nicht per se der politischen Vernunft folgten, favorisierten einige der herausragenden Autoren des „Monat“ eine Elitenherrschaft.

Dies war auf den ersten Blick nicht immer erkennbar und wurde auch häufig nicht per se direkt vertreten, sondern ergab sich aus der hier dargelegten kritischen Analyse der Französischen Revolution und seinen angeblich mit notwendiger Konsequenz in den Totalitarismus mündeten politischen Implikationen, andererseits kam dies häufig implizit in verschiedenen Beiträgen zum Ausdruck; beispielsweise in der kritischen Auseinandersetzung mit dem politischen Theoretiker der „Eliten“ und Anhänger des italienischen Faschismus, Vilfredo Pareto,²¹⁶² oder mit dem großen konservativen Denker Alexis de Tocqueville,²¹⁶³ in dem eine ihre politischen Rechte einklagende entchristianisierte „Masse als Schreckgespenst“ (A. J. P. Taylor) für die Demokratie gesehen wurde und man gewissermaßen in einer Elitenherrschaft die Rettung insinuierte. Insofern kann durchaus von einem Subtext gesprochen werden, der in diesem Kontext vielen Texten unterlag, wobei hierbei zwischen der Zeitschriftenredaktion und einem Teil der oben namentlich genannten Autoren der ersten und zweiten Gruppe einerseits sowie einer nicht quantifizierbaren Zahl von Lesern, zumal aus konservativen Kreisen, andererseits eine stillschweigende Übereinkunft herrschte. Ohne es immer direkt anzusprechen wusste man was gemeint war, verstand also die tatsächlichen Standpunkte und die besonders von der Zeitschriftenredaktion intendierte politische Botschaft, nicht zuletzt deshalb, weil sich ebendieser Kreis der „Eingeweihten“ dem Elitedenken verpflichtet fühlte und, wenn man so will, eine Theorie demokratischer Elitenherrschaft vertrat.²¹⁶⁴ Keineswegs nur für die aus dem US-amerikanischen Regierungs- und Geheimdienstapparat und seinem näheren Umfeld stammenden Autoren um den Chefredakteur Lasky stand nämlich fest, dass auch in einer modernen Demokratie den Gebildeten bzw. den „Geistigen“ (Alfred Weber) und Wohlhabenden eine natürliche Führungsrolle zukam. Das Volk hatte sich in ihren Augen idealerweise der Führung einer *verantwortungsvollen* Elite freiwillig unterzuordnen, denn nur so erschien die staatliche

²¹⁶² Vgl. Franz Borkenau, Vom Kreislauf der Eliten. Zum dreißigsten Todestage Vilfredo Pareto (19. August 1923), in: Der Monat, Heft 59 (1953), 5. Jg., S. 493-502.

²¹⁶³ Vgl. Ludwig Bergsträsser, Alexis de Tocqueville. Kritiker und Verteidiger der Demokratie, in: Der Monat, Heft 18 (1950), 2. Jg., S. 608-620.

²¹⁶⁴ Vgl. exemplarisch Wilhelm Grewe, Parteienstaat – oder was sonst?, in: Der Monat, Heft 36 (1951), 3. Jg., S. 563-577.

In erfreulich direkter Form kam dies auch in dem Beitrag von Irving Kristol, Massenkultur und Demokratie, in: Der Monat, Heft 143 (1960), 12. Jg., S. 30-37 zum Ausdruck, der kurz nach dem Ausscheiden von Melvin J. Lasky als Herausgeber und Chefredakteur des „Monat“ erschien; hierbei handelte es sich um einen Vortrag von Kristol auf dem Berliner „Kongress für kulturelle Freiheit“ im Juni 1960, der Generalversammlung zum 10. Jahrestag der Gründung des Kongresses.

Ordnung durch Vernunft und Tugend und die Stabilität des parlamentarischen Demokratie sowie die Sicherung der Freiheit garantiert.²¹⁶⁵

Vor diesem Hintergrund kann abschließend auch das sich freilich nicht auf den ersten Blick erschließende eigentliche politische und intellektuelle Selbstverständnis des „Monat“ genauer bestimmt werden, aus dem sich auch die besondere Attraktivität erklären lässt, die dieses Organ für einen Großteil seiner Autoren, zumal aus dem inneren Zirkel, besaß. Angesichts der hier dargelegten Interpretation des Totalitarismus in Gestalt des deutschen Nationalsozialismus und des sowjetischen Kommunismus dürfte nämlich gerade auf die hier publizierenden internationalen und deutschen Intellektuellen, die größtenteils unter die Kategorie des verschiedene Strömungen umfassenden politischen Konservatismus subsumiert werden können²¹⁶⁶ und bei allen zum Vorschein gekommenen Unterschieden letztlich viele zeitgenössische Topoi konservativer Modernekritik in der Tradition des bedeutendsten Historikers des 19. Jahrhunderts, Jacob Burckhardt,²¹⁶⁷ wiedergaben,²¹⁶⁸ die Verfassung der

²¹⁶⁵ Vgl. exemplarisch Gerhard Ritter, Die Sicherung der Freiheit, in: Der Monat, Heft 89 (1956), 8. Jg., S. 84-88.

²¹⁶⁶ Vgl. hierzu auch die Diskussion in der Zeitschrift im Jahre 1962, in der es im Kern um eine Auseinandersetzung mit dem Begriff des Konservatismus und um das Selbstverständnis derjenigen ging, deren politischer Standort der verschiedene Richtungen umfassende und durch den Nationalsozialismus diskreditierten deutschen Konservatismus war: Armin Mohler, Konservativ 1962, in: Der Monat, Heft 163 (1962), 14. Jg., S. 23-29 und anschließend „Was ist heute eigentlich konservativ?“, in: Der Monat, Heft 165 (1962), 14. Jg., S. 48-63 (mit Beiträgen von Golo Mann, Hans-Joachim von Merckatz, Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing und Klaus Harpprecht) sowie Dietrich Schwarzkopf, in: Der Monat, Heft 164 (1962), 14. Jg., S. 45-50; „Was heißt heute konservativ“, in: Der Monat, Heft 166 (1962), 14. Jg., S. 27-36 (mit Beiträgen von Eugen Gerstenmaier, Hans Zehrer und Peter Dürrenmatt) sowie „Was ist eigentlich konservativ?“, in: Der Monat, Heft 168 (1962), 14. Jg., S. 86-94 (mit Beiträgen von Robert Hepp, H. A. Ludwig und Hans Birkhäuser).

Vgl. hierzu besonders die beiden aus kritischer Perspektive geschriebenen Leserbriefe zu der Diskussion von Dr. Kurt Lenk und Arnhelm Neusüss in: Der Monat, Heft 169 (1962), 15. Jg., S. 90-94 sowie Hermann Glaser, in: ebenda, S. 94 ff. So stellten Lenk/Neusüss fest, dass die Konservatismus-Diskussion auch einem ganz aktuellen politischen Bedürfnis geschuldet war: „es geht letztlich um die Schuldfrage an der Katastrophe des Dritten Reiches. Es geht um die Frage: ist der Faschismus Kehrseite oder Widerpart konservativen Denkens? Und in der Konsequenz: hat es zuviel oder zuwenig Aufklärung in Deutschland gegeben? Ihrer Auffassung nach musste vor dem Hintergrund der dem Konservatismus eigenen Ideologiebegriff und der daraus resultierenden Geschichtsauffassung „notwendigerweise den als Zersetzungsprozeß gedeuteten Ablauf der Geschichte – jedenfalls seit der Französischen Revolution – der rationalistischen Börsartigkeit lebensfeindlicher intellektueller in die Schuhe schieben. Dieser Optik erscheint die Aufklärung lediglich als gottesferner, gescheiterter Aufstand der von vornherein ohnmächtigen Vernunft gegen die ewig gültigen Seinsgesetze. Auf diese Weise kann dann der Faschismus bequem als Ausgeburt aufklärerischer Geisteshaltung interpretiert werden, als zwangsläufige Perversion menschlichen Autonomistrebens.“ Insofern sei der Konservatismus „Opfer des Nationalsozialismus“, so Lenk/Neusüss weiter mit besonderem Blick auf Mohler, Gerstenmaier und Zehrer. „Nicht als der Sieg des Irrationalismus, vom Konservatismus getragen und gefördert, sondern als letzter Aufschrei der entfesselten und entfesselnden Ratio sei der Nationalsozialismus zu verstehen.“ (S. 94).

²¹⁶⁷ Vgl. hierzu den wichtigen Aufsatz von Karl Löwith, Jacob Burckhardt. Der philosophische Verzicht auf Geschichtsphilosophie, in: Der Monat, Heft 48 (1952), 4. Jg., S. 606-613.

²¹⁶⁸ Zur zeitgenössischen Einordnung in die bundesrepublikanischen Nachkriegsjahre vgl. die beiden bedeutenden Studien: Helga Grebing, Konservative gegen die Demokratie. Konservative Kritik an der Demokratie in der Bundesrepublik nach 1945, Frankfurt am Main 1971 sowie Kurt Lenk, Deutscher Konservatismus, Frankfurt a. M./New York 1989, bes. S. 173-278.

Vereinigten Staaten eine besondere Attraktivität ausgestrahlt haben. Denn im Gegensatz zur französischen Revolution besaß nach ihrer Auffassung die amerikanische Revolution entscheidende Vorzüge: Sie war eben nicht ein Aufstand des Pöbels, sondern wurde von Menschen durchgeführt, die man als Aristokratie des neuen Staatswesens betrachtete; während erstere einen ungesunden Nationalismus entfesselte, begnügten sich letztere damit, einen gesunden Patriotismus zu pflegen. Schlussendlich wurde durch die amerikanische Revolution ein demokratisches Regime ins Leben gerufen wurde, das sich für den konservativen Autorenkreis des „Monat“ in eine „geschichtliche Kontinuität einfügte und nicht als gewaltsamer, auf dem Altar der zerstörerischen Vernunft dargebrachter Bruch mit der Vergangenheit“ (Jean Solchany) und dessen Vorzüge insbesondere in der Verwurzelung des christlichen Glaubens in der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung von 1776 und der amerikanischen Verfassung von 1788 gesehen wurde.²¹⁶⁹

Die enge Verbindung von Religion und Politik, die für die politische Kultur und Gesellschaft der USA von Anbeginn konstitutiv war, trieb allerdings im „Monat“ insbesondere bei jenen Autoren überaus gefährliche Blüten, die sich einem ausgeprägten Elitedenken verpflichtet fühlten. So schrieb kein Geringerer als der Herausgeber der englischen Schwesterzeitschrift „Encounter“, Irving Kristol, in seinem Beitrag „Religion und Psychoanalyse“, der in der Mai-Ausgabe des Jahres 1951 im „Monat“ erschien, dass sich nur einige wenige Menschen den „Wahrheiten der Vernunft“ beugen würden, weil im Gegensatz zur großen Masse „in ihnen die Vernunft Herr über die Triebe ist und nicht ihr Sklave.“ Falls Gott nicht existierte und die „Religion eine Illusion“ wäre, ohne welche „die Mehrzahl der Menschen nicht leben könnte“, dann würden sich für Kristol Psychoanalyse und Religion durch das einfache Mittel einer „doppelten Wahrheit“ miteinander versöhnen.

Man könne seines Erachtens die Menschen ruhig an die „Lügen der Religion“ glauben lassen, da sie nämlich nicht ohne sie auskommen, und „überlasse die Wahrheit einigen wenigen Weisen“. Dann sind die Menschen in „Weise und Toren“ aufgeteilt, in „Philosophen und gewöhnliche Sterbliche“, und der Atheismus wird zu einer „wohlgehüteten esoterischen Doktrin – „denn wenn die Illusionen der Religion“ in Misskredit gerieten „so wäre nicht abzusehen, welcher Wahn, welche unkontrollierte Seelenqual von den Menschen Besitz ergreifen würde. Es wäre dann die Pflicht der Weisen“, so Kristol, „die Religion öffentlich zu verteidigen und, falls erforderlich, sogar *Polizeigewalt zu ihrer Unterstützung anzurufen*

²¹⁶⁹ Vgl. exemplarisch die Ausführungen von Melvin J. Lasky, Demokratischer Humanismus, in: Der Monat, Heft 18 (1950), 2. Jg., S. 666-668; hierbei handelte es sich um die Rezension des Buches: L. Susan Strebbling, *Ideals and Illusions*, London [o. J.].

(Hervorhg. J. G.), während sie die Wahrheit für sich selbst und ihre auserwählten Schüler reservieren.²¹⁷⁰

Mit Blick auf die hier zum Ausdruck kommende Vorstellung, dass eine kleine Elite verpflichtet sei zur Abwendung einer Gefahr bzw. zur Erreichung eines Zieles, in diesem Fall die (christliche) Religion öffentlich zu verteidigen und ihre Unterstützung der Bevölkerung zu gewährleisten, ausdrücklich auf das Mittel der Polizeigewalt zugreifen dürfe, gab es in der jüngsten politischen Vergangenheit zweifelsohne eine frappierende Ähnlichkeit mit der US-amerikanischen Regierungspolitik unter George W. Bush jr.. Wenn man so will, wurde in der Zeitschrift „Der Monat“ auch durch Irving Kristol in den Jahren des Kalten Krieges Ansätze jenes Politikverständnisses sichtbar, das durch die enge Koppelung von Religion und Politik charakterisiert war und das nicht zuletzt nach dem Schock des 11. September 2001 im Kampf gegen den internationalen Terror die aggressive Außenpolitik der US-Administration bestimmte, die hierbei unter dem maßgeblichen Einfluss der sogenannten Neokonservativen stand. Ein zentraler Baustein in der Grundphilosophie der Neokonservativen besteht darin, dass die Vereinigten Staaten als einzig verbliebene Supermacht eine „göttliche Mission“ besitzt, einen dämonisierten Feind in der internationalen Welt mit der gesamten militärischen Stärke, mit imperialer Dominanz und der jederzeitigen Bereitschaft zum präventiven Krieg zu bekämpfen und zu beherrschen. Einer der wichtigsten Exponenten der „Neokons“ ist William Kristol, der Sohn von Irving Kristol. Der Freund und langjährige politische Kampfgefährte von Melvin J. Lasky wiederum, Irving Kristol, der bereits in den 1980er Jahren zum überzeugten Anhänger von Ronald Reagan wurde und alles andere als zufällig als das „Urgestein der ersten Generation, Autor, Mentor – *der* Instanz der neokonservativen Bewegung“²¹⁷¹ gilt, hatte vor allem maßgeblichen Einfluss auf die Regierungspolitik der US-Administration unter dem Präsidenten George Bush sen. Insofern schloss sich in diesem Zusammenhang sowohl personell als auch politisch-ideengeschichtlich ein Kreis aus den Jahren des Kalten Krieges, in dem „Der Monat“ ein einflussreiches Instrument der US-Regierungspolitik war, mit der erst durch die Wahl von Barack Obama zum Präsidenten der Vereinigten Staaten im Januar 2009 zu Ende gegangenen politischen Ära.²¹⁷²

²¹⁷⁰ Irving Kristol, Religion und Psychoanalyse, in: Der Monat, Heft 32 (1951), 3. Jg., S. 141-152 (hier S. 151).

²¹⁷¹ Hajo Funke, Gott Macht Amerika. Ideologie, Religion und Politik der US-amerikanischen Rechten, Berlin 2006, S. 60., der in seiner überzeugenden Untersuchung die Wurzeln des Verhältnisses von Politik und Religion in den USA analysiert und den Einfluss auf die aktuelle US-Außenpolitik freilegt.

²¹⁷² Ob wiederum der „Kongress für kulturelle Freiheit“ insgesamt als „Brutstätte des Neokonservatismus, des Schreckgespenstes des 21. Jahrhunderts“ bezeichnet werden kann, vermag ich nicht abschließend zu sagen. Für Walter Laqueur zumindest ist der Fall klar: „Auf keinen Fall“. Walter Laqueur, Mein 20. Jahrhundert. Stationen eines politischen Lebens, a.a.O., S. 124. Auf mich kann aber sein Urteil nicht zutreffen, ich hoffe es zumindest

nicht, wenn er an gleicher Stelle schreibt, dass unter „denkfaulen Kommentatoren und Moderatoren die Tendenz vor(herrscht), alle Kritiker der sowjetischen und kommunistischen Politik als Neokonservative zu verunglimpfen“.

Quellen- und Literaturverzeichnis

- Ackermann, Ulrike, Sündenfall der Intellektuellen. Ein deutsch-französischer Streit von 1945 bis heute. Mit einem Vorwort von François Bondy, Stuttgart 2000.
- Agee, Philip, Central Intelligence Agency: Massenmedien als Transportmittel für US-Interessen, in: Ekkehardt Jürgens/Eckart Spoo (Hg.), Unheimlich zu Diensten. Medienmißbrauch durch Geheimdienste, Göttingen 1986, S. 21-35.
- Alleman, Fritz René, Bonn ist nicht Weimar, Köln Berlin 1956.
- Andrew, Christopher, Oleg Gordiewsky, KGB. Die Geschichte seiner Auslandsoperationen von Lenin bis Gorbatschow, München 1990.
- Arendt, Hannah, Der Liebesbegriff bei Augustin. Versuch einer philosophischen Interpretation, Berlin 1929.
- Dies., Organisierte Schuld, in: Die Wandlung, 1 (1946), Heft 4, S. 333-344.
- Dies., Über den Imperialismus, in: Die Wandlung, Heft 8 (1946), 1. Jg., S. 650-666.
- Dies., Konzentrationslager, in: Die Wandlung, 3 (1948), Heft 4, S. 309-330.
- Dies., Parteien und Bewegungen, in: Die Wandlung, Heft 4 (1949), 4. Jg., S. 459-473.
- Dies., Rahel Varnhagen, The Life of a Jewess, London 1958 (dt. Ausgabe: Rahel Varnhagen, Lebensgeschichte einer deutschen Jüdin aus der Romantik, München 1959).
- Dies., The Human Condition, Chicago 1958 (dt. Ausgabe: Vita activa oder Vom tätigen Leben, Stuttgart 1960).
- Dies., Die ungarische Revolution und der totalitäre Imperialismus, München 1958.
- Dies., Between Past and Future. Six Exercises in Political Thought, New York 1961/erweiterte Auflage 1968 (dt. Ausgabe: Zwischen Vergangenheit und Zukunft: Übungen im politischen Denken I. Hrsg. von Ursula Ludz, München/Zürich 1994).
- Dies., On Revolution, New York 1963 (dt. Ausgabe: Über die Revolution, München 1963).
- Dies., Eichmann in Jerusalem: A Report on the Banality of Evil, New York 1963 (dt. Ausgabe: Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen, München 1964).
- Dies., Was bleibt? Es bleibt die Muttersprache. Ein Gespräch mit Günter Gaus, in: Adalbert Reif (Hg.), Gespräche mit Hannah Arendt, München 1976, S. 9-34.
- Dies., Legitimität der Lüge in der Politik? Hannah Arendt in der Diskussion mit Sebastian Haffner, Bernard Vogel und Hans-Friedrich Hölters, in: Adalbert Reif (Hg.), Gespräche mit Hannah Arendt, München 1976, S. 101-126.
- Dies., The Life of the Mind, 2 Bde., New York 1978 (dt. Ausgabe: Vom Leben des Geistes, Bd. 1: Das Denken, Bd. 2: Das Wollen, München 1979).

Dies., Walter Benjamin, in: dies., Menschen in finsternen Zeiten. Herausgegeben von Ursula Ludz, 2. Auflage, München 1989, S. S. 185-242 (amerik. Originalausgabe: Men in Dark Times, New York 1969).

Dies., Die Vollendete Sinnlosigkeit, in: dies., Nach Auschwitz. Essays & Kommentare 1. Herausgegeben von Eike Geisel und Klaus Bittermann. Aus dem Amerik. übersetzt von Eike Geisel, Berlin 1989, S. 7-30.

Dies., Die Krise des Zionismus. Essays & Kommentare 2. Herausgegeben von Eike Geisel und Klaus Bittermann. Aus dem Amerik. übersetzt von Eike Geisel. Mit einem Nachwort von Henryk M. Broder, Berlin 1989.

Dies., Frieden oder Waffenstillstand im Nahen Osten?, in: dies., Israel, Palästina und der Antisemitismus. Herausgegeben von Eike Geisel und Klaus Bittermann. Aus dem Amerik. von Eike Geisel, Berlin 1991, S. 39-75

Dies., Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, 3. Auflage, München 1993 (amerik. Originalausgabe: The Origins of Totalitarianism, New York 1951; dt. Erstausgabe: Frankfurt a. M. 1955).

Dies., Was ist Politik? Fragmente aus dem Nachlaß. Herausgegeben von Ursula Ludz. Vorwort von Kurt Sontheimer, München 1993.

Dies./Jaspers, Karl, Briefwechsel 1926-1969. Herausgegeben von Lotte Köhler und Hans Saner, 3. Auflage, München 1993.

Dies., Besuch in Deutschland. Aus dem Amerikanischen von Eike Geisel. Mit einem Vorwort von Henryk M. Broder und einem Porträt von Ingeborg Nordmann, Berlin 1993.

Dies., Gestern waren sie noch Kommunisten (1953), in: Freitag, Nr. 27, 28. Juni 1996.

Dies., Vor Antisemitismus ist man nur noch auf dem Monde sicher. Beiträge für die deutsch-jüdische Emigrantenzeitung „Aufbau“ 1941-1945. Herausgegeben von Marie Luise Knott, München 2000.

Dies., In der Gegenwart. Übungen im politischen Denken II., Herausgegeben von Ursula Ludz, München 2000.

Dies., Denktagebuch. 1950-1973. Herausgegeben von Ursula Ludz und Ingeborg Nordmann, in Zusammenarbeit mit dem Hannah-Arendt-Institut, Dresden, 2 Bde., München 2002.

Aron, Raymond, Deutschland, Juni 1932, in: Joachim Stark (Hg.), Raymond Aron: Über Deutschland und den Nationalsozialismus. Frühe politische Schriften 1930-1939, Opladen 1993, S. 100-110.

Ders., Die nationale Revolution in Deutschland (September 1933), in: Joachim Stark (Hg.), Raymond Aron: Über Deutschland und den Nationalsozialismus. Frühe politische Schriften 1930-1939, Opladen 1993, S. 141-154.

Ders., Eine anti-proletarische Revolution. Ideologie und Wirklichkeit des Nationalsozialismus (1935), in: Joachim Stark (Hg.), Raymond Aron: Über Deutschland und den Nationalsozialismus. Frühe politische Schriften 1930-1939, Opladen 1993, S. 167-185.

Das Zeitalter der Tyranneien (Mai 1939), in: Joachim Stark (Hg.), Über Deutschland und den Nationalsozialismus. Frühe politische Schriften 1930-1939, Opladen 1993, S. 186-208.

Ders., Demokratische Staaten und totalitäre Staaten (Juni 1939), in: Joachim Stark (Hg.), Über Deutschland und den Nationalsozialismus. Frühe politische Schriften 1930-1939, Opladen 1993, S. 209-241.

Ders., Das Wesen des Totalitarismus (Januar 1954), in: Joachim Stark (Hg.), Über Deutschland und den Nationalsozialismus. Frühe politische Schriften 1930-1939, Opladen 1993, S. 275-293.

Ders., Le Grand Schisme, Paris 1948.

Ders., Les Guerres en Chaine, Paris 1951 (dt. Ausgabe: Der Permanente Krieg, Frankfurt am Main 1953).

Ders., L'opium des intellectuels, Paris 1955 (dt. Ausgabe: Opium für Intellektuelle oder die Sucht nach Weltanschauung, Köln/Berlin 1957).

Ders., La tragédie algérienne, Paris 1957.

Ders., L'Algérie et la République, Paris 1958.

Ders., La société industrielle et la guerre, Paris 1958.

Ders., Paix et guerre entre les Nations, Paris 1961 (dt. Ausgabe: Frieden und Krieg. Eine Theorie der Staatenwelt, Frankfurt a. M. 1963).

Ders., Dix-huit leçons sur la société, Paris 1962 (dt. Ausgabe: Die industrielle Gesellschaft, Frankfurt a. M. 1964).

Ders., Essai sur les libertés, Paris 1965 (dt. Ausgabe: Über die Freiheiten. Essay, Stuttgart 1981).

Ders., Démocratie et totalitarisme, Paris 1965 (dt. Ausgabe: Demokratie und Totalitarismus, Hamburg 1970).

Ders., La Révolution introuvable. Réflexions sur la Révolution de Mai, Paris 1968.

Ders., Les Désillusions du progrès, Paris 1969 (dt. Ausgabe: Fortschritt ohne Ende. Über die Zukunft der Industriegesellschaft, München 1970).

- Ders., *Maxismes imaginaires. D'une famille à l'autre*, Paris 1970 (dt. Ausgabe: *Die heiligen Familien des Marxismus*, Hamburg 1970).
- Ders., *République impériale, les Etats-Unis dans le monde 1945-1972*, Paris 1973 (dt. Ausgabe: *Die imperiale Republik: die Vereinigten Staaten von Amerika und die übrige Welt seit 1945*, Stuttgart 1975).
- Ders., *Plaidoyer pour l' Europe décadente*, Paris 1977 (dt. Ausgabe: *Plädoyer für das dekadente Europa*).
- Ders., *Gibt es ein Nazi-Rätsel* (1979), in: Joachim Stark (Hg.), *Raymond Aron: Über Deutschland und den Nationalsozialismus. Frühe politische Schriften 1930-1939*, Opladen 1993, S. 294-320.
- Ders., *Der engagierte Beobachter, Gespräche mit Jean-Louis Missika und Dominique Wolton*, Stuttgart 1983.
- Ders., *Erkenntnis und Verantwortung. Lebenserinnerungen*, München 1985.
- A., R., „Gebt uns eine Chance!“, in: *Der Ruf*, Heft 23, 2 (1947), S. 7.
- Baberowski, Jörg, *Der Rote Terror. Die Geschichte des Stalinismus*, München 2003, S. 253-256.
- Ders. / Anselm Doering-Manteuffel (Hg.), *Ordnung durch Terror: Gewaltexzesse und Vernichtung im nationalsozialistischen und im stalinistischen Imperium*, Bonn 2007.
- Bachmann, Dieter, *Ein Bewohner des Zwischenlands. François Bondy, Lebensbild im 84. Jahr*, in: *Schweizer Zeitschrift DU*, Heft Nr. 10, Oktober 1998, S. 50-57.
- Backes, Uwe / Jesse, Eckhard (Hg.), *Totalitarismus und Totalitarismusforschung – Zur Renaissance einer lange tabuisierten Konzeption*, in: dies. (Hg.) *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, Bonn – Berlin 1992, S. 7-27.
- Dies., *Totalitarismus – Extremismus – Terrorismus. Ein Literaturführer und Wegweiser im Lichte deutscher Erfahrung*, 2. Aktualisierte und erweiterte Auflage; Opladen 1985.
- Badstübner, Rolf, *Die sowjetische Deutschlandpolitik im Licht neuer Quellen*, in: Wilfried Loth (Hg.), *Die deutsche Frage in der Nachkriegszeit*, Berlin 1994, S. 102-135.
- Bailey, George/ Kondraschow, Sergej A. / Murphy, David E., *Die unsichtbare Front. Der Krieg der Geheimdienste im geteilten Berlin*, Berlin 1997.
- Bald, Detlef, *Hiroshima, 6. August 1945. Die nukleare Bedrohung*, München 1999.
- Beckerath, Erwin von, *Wesen und Werden des fascistischen Staates*, Berlin 1927.
- Ders., *Fascismus und Bolschewismus*, in: *Volk und Reich der Deutschen*, Bd. 3, Berlin 1929.

Bendix, Reinhard, Herrschaft und Industriearbeit. Untersuchungen über Liberalismus und Autokratie in der Geschichte der Industrialisierung, Frankfurt a. M. 1960.

Benhabib, Seyla, Hannah Arendt. Die melancholische Denkerin der Moderne. Aus dem Amerik. von Karin Wördemann. Mit einem Nachwort von Otto Kallscheuer, Hamburg 1998.

Benz, Wolfgang, Potsdam 1945. Besatzungsherrschaft und Neuaufbau im Vier-Zonen-Deutschland, München 1986.

Ders., Die Gründung der Bundesrepublik. Von der Bizone zum souveränen Staat, 5. Überarbeitete und erweiterte Auflage, München 1999.

Berberova, Nina, Die Affäre Krawtschenko. Aus dem französischen von Bettina Klingler, Hildesheim 1991.

Berlin, Isaiah, Karl Marx. His Life and Environment, London 1939.

Bettelheim, Bruno, Individuelles und Massenverhalten, in: ders, Erziehung zum Überleben. Zur Psychologie der Extremsituation, Stuttgart 1980, S. 58-95 (amerik. Erstveröffentlichung: Individual and Mass Behaviour in Extreme Situations, in: Politics, Bd. 1, Nr. 7, August 1944, S. 199-209).

Betz, Albrecht, „Renegaten“ im Exil. Münzenberg, Sperber und Koestler im Paris der dreißiger Jahre, in: Tania Schlie/Simone Roche (Hg.), Willi Münzenberg (1889-1940). Ein deutscher Kommunist im Spannungsfeld zwischen Stalinismus und Antifaschismus, Frankfurt a. M. u. a. 1995, S. 161-172.

Beyme, Klaus von, Totalitarismus – zur Renaissance eines Begriffes nach dem Ende der kommunistischen Regime, in: Achim Siegel (Hg.), Totalitarismustheorien nach dem Ende des Kommunismus, Köln/Weimar 1998, S. 23-36.

Bloom, Alexander, Prodigal Sons, New York Intellectuals and their World, New York 1986.

Bödecker, Birgit, Amerikanische Zeitschriften in deutscher Sprache 1945-1952. Ein Beitrag zur Literatur und Publizistik im Nachkriegsdeutschland, Frankfurt a. M. 1993.

Boll, Bernd, Generalfeldmarschall Erich von Lewinski, gen. von Manstein, in: Gerd R. Ueberschär (Hg.), Hitlers militärische Elite, Bd. 2: Vom Kriegsbeginn bis zum Weltkriegsende, Darmstadt 1998, S. 143-152.

Bondy, François, Aus nächster Ferne. Berichte eines Literaten in Paris, München 1970.

Ders. (Hg.), So sehen sie Deutschland. Staatsmänner, Schriftsteller und Publizisten aus Ost und West nehmen Stellung, 2. Auflage, Stuttgart 1970.

Ders., Der Rest ist Schreiben. Schriftsteller als Aktivisten, Aufklärer und Rebellen, Wien 1972.

Ders./Manfred Abelein, Deutschland und Frankreich. Geschichte einer wechselvollen Beziehung, Düsseldorf/Wien 1973.

Ders., Der Nachkrieg muss kein Vorkrieg sein. Europäische Orientierungen, Zürich/Köln 1985.

Ders., Pfade der Neugier. Porträts, Zürich 1988.

Ders., Polen ist meine schönste Erinnerung an Paris. Ein Gespräch mit Anna Bikont, in: Schweizer Zeitschrift DU, Heft Nr. 10, Oktober 1998, S. 59-63.

Ders., Gespräch, in: 3Sat-Sendung „Kulturzeit“ vom 26. Juni 2000.

Borkenau, Franz, Zur Soziologie des Faschismus, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Tübingen 1933, Bd. 68, Heft 5, S. 513-547.

Ders., Der Übergang vom feudalen zum Bürgerlichen Weltbild. Studien zur Geschichte der Philosophie der Manufakturperiode, Paris 1934.

Ders., Pareto, London 1936.

Ders., Austria and After, London 1938.

Ders., Rezension von F. A. Voigt, Unto Caesar, in: The Sociological Review, 30 (1938), S. 421-424.

Ders., The Communist International, London 1938 (amerik. Ausgabe: World Communism. A History of the Communist International, New York 1938).

Ders., The New German Empire, Harmondsworth 1939.

Ders., The Totalitarian Enemy, London 1940.

Ders., Drei Abhandlungen zur deutschen Geschichte, Frankfurt a. M. 1947.

Ders., Die Revolution der Manager, in: Merkur, Heft 5, 3 (1949), S. 487-494.

Ders. Das Jahr 1917. Wirklichkeit und Legende der russischen Revolution (Sonderdruck zu Der Monat), Berlin 1952.

Ders., Zur Soziologie des Faschismus, in: Ernst Nolte (Hg.), Theorien über den Faschismus, Köln 1967, S. 156-181 (Erstveröffentlichung: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 1933, Bd. 68, Heft 5, S. 513-547).

Ders., Ende und Anfang. Von den Generationen der Hochkulturen und von der Entstehung des Abendlandes. Herausgegeben und eingeführt von Richard Löwenthal, Stuttgart 1984.

Ders., Kampfplatz Spanien. Politische und soziale Konflikte im Spanischen Bürgerkrieg, Stuttgart 1986 (engl. Originalausgabe: The Spanish Cockpit, London 1938).

Bosshart, David, Politische Intellektualität und totalitäre Erfahrung: Hauptströmungen der französischen Totalitarismuskritik, Berlin 1992.

- Bowker, Gordon, George Orwell, London 2003.
- Bracher, Karl Dietrich, Stufen totalitärer Machtergreifung: Die Befestigung der nationalsozialistischen Herrschaft 1933/34, in: VfZ 4 (1956), S. 30-42.
- Ders./Sauer, Wolfgang/Schulz, Gerhard, Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34, Köln, Opladen 1960.
- Ders., Der umstrittene Totalitarismus: Erfahrung und Aktualität, in: ders., Zeitgeschichtliche Kontroversen. Um Faschismus, Totalitarismus, Demokratie, München 1976, S. 33-61.
- Ders., Die totalitäre Erfahrung, München 1987.
- Brant, Stefan, Der Aufstand – Vorgeschichte, Geschichte und Deutung des 17. Juni 1953, Stuttgart 1954.
- Braun, Jürgen, Stiller Sieg eines Begriffes, in: Das Parlament vom 11./18. November 1994, 44. Jg., Nr. 45/46, S. 1.
- Bredow, Wilfried von, Die Vereinten Nationen, in: Hamburger Institut für Sozialforschung (Hg.), 200 Tage und 1 Jahrhundert: Gewalt und Destruktivität im Spiegel des Jahres 1945, Hamburg 1995, S. 167-183.
- Breunig, Werner, Berlin-Blockade, in: Wolfgang Benz (Hg.), Deutschland unter alliierter Besatzung: 1945-1949/55, Berlin 1999, S. 330-333.
- Brochhagen, Ulrich, Nach Nürnberg. Vergangenheitsbewältigung und Westintegration in der Ära Adenauer, Hamburg 1994.
- Broszat, Martin, Der Nationalsozialismus. Weltanschauung, Programmatik und Wirklichkeit, Hannover 1960.
- Ders., „Holocaust“ und die Geschichtswissenschaft, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 27 (1979), S. 285-298.
- Ders., Referat auf dem vom Institut für Zeitgeschichte am 24. November 1978 veranstalteten öffentlichen Kolloquium zu dem Thema „Totalitarismus und Faschismus. Eine wissenschaftliche und politische Begriffskontroverse“, in: Institut für Zeitgeschichte (Hg.), Totalitarismus und Faschismus. Eine wissenschaftliche und politische Begriffskontroverse, München 1980, S. 32-38.
- Ders., Der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung, 14. Auflage, München 1995.
- Brünneck, Alexander, Politische Justiz gegen Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland 1949-1969, Frankfurt a. M. 1978.

Brzezinski, Zbigniew K., *The Permanent Purge. Politics in Soviet Totalitarianism*, Cambridge/Mass. 1956.

Ders. / Huntington, Samuel P., *Political Power: USA/USSR*, London 1964 (dt. Ausgabe: *Politische Macht. USA/UdSSR*, Köln/Berlin 1966).

Buber Agassi, Judith, Margarete Buber-Neumann. Ein biographischer Essay, in: Janine Platten/dies. (Hg.), Margarete Buber-Neumann. *Plädoyer für Freiheit und Menschlichkeit. Vorträge aus 35 Jahren*, Berlin 2000, S. 10-30.

Buber-Neumann, Margarete, Milena, Kafkas Freundin, München 1963.

Dies., *Von Potsdam nach Moskau. Stationen eines Irrweges*, Köln-Lövenich 1981 (dt. Erstveröffentlichung: Stuttgart 1957).

Dies., *Als Gefangene bei Stalin und Hitler. Eine Welt im Dunkeln*, Herford 1985 (dt. Erstveröffentlichung: München 1949).

Dies., *Als Gefangene bei Stalin und Hitler* (undatierter Vortrag), in: Janine Platten/Judith Buber Agassi (Hg.), Margarete Buber-Neumann. *Plädoyer für Freiheit und Menschlichkeit. Vorträge aus 35 Jahren*, Berlin 2000, S. 110-116.

Dies., *Die politische Bedeutung des Krawtschenko-Prozesses*, in: Janine Platten/Judith Buber Agassi (Hg.), Margarete Buber-Neumann. *Plädoyer für Freiheit und Menschlichkeit. Vorträge aus 35 Jahren*, Berlin 2000, S. 174-178.

Dies., *Kommunismus und moralische Integrität* (offener Brief) in: Janine Platten/Judith Buber Agassi (Hg.), Margarete Buber-Neumann. *Plädoyer für Freiheit und Menschlichkeit. Vorträge aus 35 Jahren*, Berlin 2000, S. 178-181.

Buchheim, Hans, *Das Dritte Reich. Grundlagen und politische Entwicklung*, München 1958.

Ders., *Totalitäre Herrschaft. Wesen und Merkmale*, 2. Auflage, München 1962.

Ders./Martin Broszat/Hans-Adolf Jacobsen/Helmut Krausnick, *Anatomie des SS-Staates*, 2 Bde, Olten, Freiburg 1965.

Buchstein, Hubertus, *Politikwissenschaft und Demokratie. Wissenschaftskonzeption und Demokratietheorie sozialdemokratischer Nachkriegspolitologen in Berlin*, Baden-Baden 1992.

Buckard, Christian, Arthur Koestler. *Ein extremes Leben. 1905-1983*, München 2004.

Burnham, James, *The Struggle for the World*, New York 1947 (dt. Ausgabe: *Die Strategie des Kalten Krieges*, Stuttgart 1950).

Ders., *Das Regime der Manager*, Stuttgart 1948 (amerik. Erstausgabe: *The Managerial Revolution*, New York 1941).

Ders., Die Machiavellisten. Verteidiger der Freiheit, München 1949.

Ders., The Coming Defeat of Communism, New York 1950 (dt. Ausgabe: Die Strategie des kalten Krieges, Stuttgart 1950).

Buscher, Frank M., The U. S. War Crimes Trial Programm in Germany, 1946-1955, New York/Westport/London 1989.

Busse, Mark-Christian von, Faszination und Desillusionierung. Stalinismusbilder von sympathisierenden und abtrünnigen Intellektuellen, Pfaffenweiler 2000.

Campesino, El (d. i. Valentin Gonzales), Die grosse Illusion. Von Madrid nach Moskau, Köln 1951.

Carlton (Hg.), Richard K., Forced Labor in the „People’s Democracies“, New York 1955.

Carr, Edward Hallett, Karl Marx, A Study in Fanaticism, London 1935.

Scott-Smith, Giles, The Politics of Apolitical Culture Freedom, the CIA and Post-War American Hegemony, London/New York 2002.

Cesarani, David, Arthur Koestler: The Homeless Mind, London 1999.

Ciliga, Antè, The Russian Enigma, London 1940 (dt. Ausgabe: Im Land der verwirrenden Lüge. Zehn Jahre hinter dem Eisernen Vorhang, Köln 1953; frz. Originalausgabe: Au pays du grand mensonge, Paris 1938).

Clay, Lucius D., Entscheidung in Deutschland, Frankfurt a. M. 1950.

Cohn, Norman, The Pursuit of the Millennium, London 1957 (dt. Ausgabe: Das Ringen um das Tausendjährige Reich. Revolutionärer Messianismus im Mittelalter und sein Fortleben in den modernen totalitären Bewegungen, Bern 1961).

Coleman, Peter, The Liberal Conspiracy. The Congress for Cultural Freedom and the Struggle for the Mind of Postwar Europe, New York/London 1989.

Cooney, Terry A., The Rise of the New York Intellectual. Partisan Review and its Circle, 1934-1945, Madison 1986.

Courtois, Stéphane/Werth, Nicolas/Banné, Jean-Louis/Paczkowski, Andrezej/Bartosek, Karel/Margolin, Jean-Louis, Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror, München Zürich 1998.

Stéphane Courtois, Die Verbrechen des Kommunismus, in: ders. u. a., Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror, München Zürich, S. 11-43.

Corbin-Schuffels, Anne-Marie, Eine Revanche im Kalten Krieg?, in: Exilforschung. Internationales Jahrbuch 1997 (Band 15). Exil und Widerstand (Hg. im Auftrag der

Gesellschaft für Exilforschung von Claus-Dieter Krohn (u. a.) unter Mitarbeit von Gerhard Paul, München 1997, S. 255-268.

Crick, Bernhard, George Orwell. Ein Leben. Aus dem Englischen von Friedrich Polakovics unter Mitwirkung von Harald Raykowski, Frankfurt a. M. 1984.

Dallin, David und Nicolaevsky, Boris, Forced Labor in Soviet Russia, New Haven 1947 (dt. Ausgabe: Arbeiter oder Ausgebeutete. Das System der Arbeitslager in Sowjetrußland, hrsg. von „Die Neue Zeitung“, München 1948).

Davies, Joseph, Mission to Moscow, New York 1941.

Der kommende Weltkrieg. Aufgaben und Ziele des deutschen Sozialismus. Eine Diskussionsgrundlage, Paris 1939. (Verfasser der anonymen Schrift waren Paul Sering [d. i. Richard Löwenthal], Karl Frank, Joseph Buttinger und Josef Podlipnig).

Deutsch, Karl W., Risse im Monolith: Möglichkeiten und Arten der Desintegration in totalitären Systemen, in: Bruno Seidel/Siegfried Jenkner (Hg.), Wege der Totalitarismusforschung, Darmstadt 1968, S. 197-227.

Deutscher Bundestag (Hg.), Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), 9 Bde in 18 Teilbänden, Baden-Baden/Frankfurt a. M. 1995.

Die Tscheka. Russische Hilferufe an das Weltgewissen, Berlin 1922.

Diner, Dan, Das Jahrhundert verstehen. Eine universalhistorische Deutung, Frankfurt a. M. 2000.

Dierks, Walter, Nürnberg und die Geschichte, Heft 1, 1 (1946), S. 3-5.

Ders., Das Wort Sozialismus, in: Frankfurter Hefte, Heft 7, 1 (1946), S. 628-643.

Dorman, Joseph, Arguing the World. The New York Intellectuals in their Own Words, The Free Press, New York 2000.

Dokumente der Zeit. Grundlegende Rede vorgetragen im Namen der Vereinigten Staaten von Amerika von Robert H. Jackson – Hauptanklagevertreter der USA beim Internationalen Militärgerichtshof zu Nürnberg, Frankfurt a. M. 1946.

Draht, Martin, Totalitarismus in der Volksdemokratie, Einleitung in: Ernst Richert, Macht ohne Mandat. Der Staatsapparat in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Köln 1958, S. IX-XXXIV.

Dubiel, Helmut/Söllner, Alfons, Die Nationalsozialismusforschung des Instituts für Sozialforschung – ihre wissenschaftliche Stellung und ihre gegenwärtige Bedeutung, in: dies. (Hg.), Wirtschaft, Recht und Staat im Nationalsozialismus, Frankfurt a. M. 1984, S. 7-31.

Dülffer, Jost, Jalta, 4. Februar 1945. Der Zweite Weltkrieg und die Entstehung der bipolaren Welt, 2. Auflage, München 1999.

Dutschke, Rudi/ Wilke, Manfred (Hg.), Die Sowjetunion, Solschenizyn und die westliche Linke. Unter Mitarbeit von Reinhard Crusius, Reinbeck bei Hamburg 1975.

Eberan, Barbro, Die Debatte um die Schuldfrage 1945-1949, München 1983.

Ein Gott der keiner war. Arthur Koestler, Ignazio Silone, Richard Wright, André Gide, Louis Fischer, Stephen Spender schildern ihren Weg zum Kommunismus und ihre Abkehr. Mit einem Vorwort von Richard Crossmann und einem Nachwort von Franz Borkenau, Konstanz/ Zürich/Wien 1950 (engl. Originalausgabe: Richard H. S. Crossmann (Hg.), *The God that Failed*, London 1949).

Erd, Rainer (Hg.), Reform und Resignation. Gespräche über Franz L. Neumann, Frankfurt a. M. 1985.

Fitzpatrick, Sheila/Geyer Michael (Hg.), *Beyond Totalitarianism. Stalinism and Nazism Compared*, Cambridge 2009.

Fischer, Ruth, *Stalin and German Communism*, New York 1948 (dt. Ausgabe: *Stalin und der deutsche Kommunismus: Der Übergang zur Konterrevolution*, Frankfurt a. Main: Vlg. der Frankfurter Hefte [o. J.]).

Ford, Guy Stanton (Hg.), *Dictatorship in the Modern World*, Minneapolis/Minn 1935.

ForsthoFF, Ernst, *Der totale Staat*, Hamburg 1933.

Foschepoth, Josef (Hg.), *Kalter Krieg und Deutsche Frage. Deutschland im Widerstreit der Mächte 1945-1952*, Göttingen/Zürich 1985, S.11-31.

Fraenkel, Ernst, *Der Doppelstaat. Recht und Justiz im >>Dritten Reich<<*, Frankfurt a. M. 1974 (amerik. Originalausgabe: *The Dual State. A Contribution to the Theory of Dictatorship*, New York 1941).

Ders., Gedenkrede auf Franz L. Neumann, in: ders., *Reformismus und Pluralismus. Materialien zu einer ungeschriebenen politischen Autobiographie*. Zusammengestellt und hrsg. von Falk Esche und Frank Grube. Hamburg 1973, S. 168-179.

Frei, Norbert, *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*, München 1999.

Ders., Von deutscher Erfindungskraft oder: Die Kollektivschuldthese in der Nachkriegszeit, in: *Rechtshistorisches Journal* 16 (1997), S. 621-634.

Friedmann, Friedrich Georg, *Hannah Arendt – Eine deutsche Jüdin im Zeitalter des Totalitarismus*, München/Zürich 1985.

Friedrich, Jörg, Die kalte Amnestie. NS-Täter in der Bundesrepublik, Frankfurt a. M. 1984.

Frießner, Hans, Verratene Schlachten. Die Tragödie der deutschen Wehrmacht in Ungarn und Rumänien, Hamburg 1956.

Funke, Hajo, Gott Macht Amerika. Ideologie, Religion und Politik der US-amerikanischen Rechten, Berlin 2006.

Funke, Martin, Totalitarismus. Ein Studien-Reader zur Herrschaftsanalyse moderner Diktaturen, Düsseldorf 1978.

Furet, François, Das Ende der Illusion. Der Kommunismus im 20. Jahrhundert, München 1996.

Garner, Curt, Der öffentliche Dienst in den 50er Jahren: Politische Weichenstellung und ihre sozialgeschichtlichen Folgen, in: Axel Schildt/Arnold Sywottek (Hg.), Modernisierung im Wiederaufbau: die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre, Bonn 1993, S. 759-790.

Gehring, Hansjörg, Amerikanische Literaturpolitik in Deutschland 1945-1953. Ein Aspekt des Re-Education-Programms, Stuttgart 1976.

Geiss, Imanuel, Der Hysterikerstreit. Ein unpolemischer Essay, Bonn 1992.

Ders., Die Totalitarismen unseres Jahrhunderts, in: Eckhard Jesse (Hg.), Totalitarismus im 20. Jahrhundert. Eine Bilanz der internationalen Forschung, Bonn 1996, S. 160-175.

Gerhardt, Uta, Soziologie der Stunde Null. Zur Gesellschaftskonzeption des amerikanischen Besatzungsregimes 1944-1945/1946, Frankfurt a. M. 2005.

Gess, Brigitte, Liberales Denken und intellektuelles Engagement. Die Grundzüge der philosophisch-politischen Reflexionen Raymond Arons, München 1988.

Dies., Raymond Aron, in: Karl Graf Ballestrem/Henning Ottmann (Hg.), Politische Philosophie des 20. Jahrhundert, München 1990, S. 33-45.

Glaser, Georg K., Geheimnis und Gewalt. Ein Bericht, Stuttgart/Hamburg 1953.

Glaser, Hermann, Kulturgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, 3 Bde., München 1985 ff.

Gleason, Abbott, Totalitarianism. The Inner History of the Cold War, New York 1995.

Glucksmann, André, La cuisinière et le mangeur d'hommes, Paris 1974 (dt. Ausgabe: Köchin und Menschenfresser. Über die Beziehung zwischen Staat, Marxismus und Konzentrationslager, Berlin 1976).

Goebbels, Joseph, Signale der neuen Zeit, 3. Auflage, München 1937, S. 285 f.

Goldstein, Sandra, Intellektuelle Utopien. Arthur Koestler und der Zionismus, in: Jakob Hessing und Alfred Bodenheimer (Hg.), Jüdischer Almanach 1998/5758 des Leo Baeck

- Instituts. Hrsg. von Jakob Hessing und Alfred Bodenheimer, Frankfurt a. M. 1997, S. 158-169.
- Görtemaker, Manfred, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart, München 1999.
- Graml, Hermann, Strukturen und Motive alliierter Besatzungspolitik in Deutschland, in: Wolfgang Benz (Hg.), Deutschland unter alliierter Besatzung: 1945-1949/55, Berlin 1999, S. 21-32.
- Ders., Zwischen Jalta und Potsdam, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 24 (1976), S. 308-316.
- Grebing, Helga, Der Nationalsozialismus, München 1959.
- Dies., Konservative gegen die Demokratie. Konservative Kritik an der Demokratie in der Bundesrepublik nach 1945, Frankfurt a. M. 1971.
- Greiffenhagen, Martin/ Kühnl, Reinhard / Müller, Johann Baptist, Totalitarismus. Zur Problematik eines politischen Begriffs, München 1972.
- Greiner, Bernd, Die Morgenthau-Legende. Zur Geschichte eines umstrittenen Plans, Hamburg 1995.
- Ders., Remigranten über den Nürnberger Prozess, in: Claus-Dieter Krohn und Axel Schildt (Hg.), Zwischen den Stühlen? Remigranten und Remigration in der deutschen Medienöffentlichkeit der Nachkriegszeit, Hamburg 2002, S. 145-160.
- Grémion, Pierre, Intelligence de l' Anticommunisme. Le Congrès pour la liberté de la culture à Paris 1950-1975, Paris 1995.
- Gross, Babette, Willi Münzenberg. Eine politische Biographie mit einem Vorwort von Arthur Koestler, Stuttgart 1969.
- Grunenberg, Antonia, Antifaschismus – ein deutscher Mythos, Reinbeck bei Hamburg 1993.
- Dies., (Hg.), Totalitäre Herrschaft und republikanische Demokratie. Fünfzig Jahre *The Origins of Totalitarianism* von Hannah Arendt. Unter Mitarbeit von Stefan Ahrens und Bettina Koch, Frankfurt a. M. 2003.
- Guderian, Heinz, Erinnerungen eines Soldaten, Heidelberg 1950; Adolf Heusinger, Befehl im Widerstreit. Schicksalsstunden der deutschen Armee. 1923-1945, Tübingen 1950.
- Gurian, Waldemar, Fascismus und Bolschewismus, in: Das Heilige Feuer, 15 (1927/28).
- Ders., Der Bolschewismus. Einführung in Geschichte und Lehre, Freiburg i. Br. 1931.

Ders., Nationalsozialismus und Bolschewismus – ein Vergleich, in: Heinz Hürten (Bearb), Deutsche Briefe. Ein Blatt der katholischen Emigration, Bd. 1, Mainz 1969, S. 305 f. und S. 377-381.

Gurland, A[rkadij] R. L., Einleitung, in: Max G. Lange, Totalitäre Erziehung. Das Erziehungssystem der Sowjetzone Deutschlands, Frankfurt a. M. 1954, S. VIII-XXXVI.

Habe, Hans, Im Jahre Null, vom Autor revidierte und erweiterte Ausgabe, München 1977.

Halder, Franz, Hitler als Feldherr. Der ehemalige Chef des Generalstabes berichtet die Wahrheit, Tübingen 1949.

Hamilton, Iain, Koestler. A Biography, New York 1982.

Hankel, Gerd/Stuby, Gerhard (Hg.), Strafgerichte gegen Menschheitsverbrechen. Zum Völkerstrafrecht 50 Jahre nach den Nürnberger Prozessen, Hamburg 1995.

Harper, Samuel N., Civic Training in Soviet Russia, Chicago 1929.

Harpprecht, Klaus, Wir wollten Weltluft. Unzeitgemäße Anmerkungen über den CIA, den „Monat“ und den „Kongress für die Freiheit der Kultur“, in: Die Zeit vom 21. Juni 2000, S. 42.

Ders., Die geistige Résistance nach 1945, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, Mai/2001, 48. Jg., S. 314-317.

Hartmann, Anne/Eggeling, Wolfram, Sowjetische Präsenz im kulturellen Leben der SBZ und frühen DDR 1945-1953, Berlin 1998.

Hayes, Carlton J. H., Der Totalitarismus als etwas Neues in der Geschichte der westlichen Kultur, in: Bruno Seidel/Siegfried Jenkner (Hg.), Wege der Totalitarismus-Forschung, Darnstadt 1968, S. 86-100 (engl. Originalausgabe: The Novelty of Totalitarianism in the History of Western Civilisation, in: Symposium on the Totalitarian State. From the Standpoints of History, Political Science, Economics and Sociology, Nov. 17, 1939. Proceedings of the American Philosophical Society, Bd 82., 1940, Nr. 1, Philadelphia 1940, S. 91-102).

Henke, Klaus-Dietmar, Die Trennung vom Nationalsozialismus. Selbstzerstörung, politische Säuberung, „Entnazifizierung“, Strafverfolgung, in: Ders./Hans Woller (Hg.), Politische Säuberung in Europa. Die Abrechnung mit Faschismus und Kollaboration nach dem Zweiten Weltkrieg, München 1991, S. 21-83.

Herbert, Ulrich, Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft, 1903-1989, Bonn 1996.

- Ders./ Schildt, Axel, Kriegsende in Europa, in: dies. (Hg.), Kriegsende in Europa: vom Beginn des deutschen Machtzerfalls bis zur Stabilisierung der Nachkriegsordnung 1944-1948, Essen 1998, S. 7-34.
- Hermann, Jost, Kultur im Wiederaufbau. Die Bundesrepublik 1945-1965, Frankfurt a. M./Berlin 1989.
- Herz, Dietmar, Der Begriff der „politischen Religionen“ im Denken Eric Voegelins, in Hans Maier (Hg.), ‚Totalitarismus‘ und ‚politische Religionen‘. Konzepte des Diktaturvergleichs, Paderborn, München, Wien, Zürich 1996, S. 191-209.
- Heuer, Wolfgang, Hannah Arendt. Mit Selbstzeugnissen und Bilddokumenten, Reinbeck bei Hamburg 1987.
- Ders., Citizen. Persönliche Integrität und politisches Handeln. Eine Rekonstruktion des politischen Humanismus Hannah Arendts, Berlin 1992.
- Heusinger, Adolf, Befehl im Widerstreit. Schicksalsstunden der deutschen Armee. 1923-1945, Tübingen 1950.
- Hilberg, Raul/Söllner, Alfons, Das Schweigen zum Sprechen bringen. Ein Gespräch über Franz Neumann und die Entwicklung der Holocaust-Forschung, in: Dan Diner (Hg.), Zivilisationsbruch. Denken nach Auschwitz, Frankfurt a. M. 1988, S. 175-200.
- Hilferding, Rudolf, The Modern Totalitarian State, in: Modern Review, 1. Jg. (Oktober 1947), S. 597-605.
- „Historikerstreit“. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, 9. Auflage, München 1995.
- Hochgeschwender, Michael, Freiheit in der Offensive? Der Kongreß für kulturelle Freiheit und die Deutschen, München 1998.
- Ders., Remigranten im Umfeld der Zeitschrift *Der Monat* und des *Congress for Cultural Freedom* (CCF), in: Claus-Dieter Krohn und Axel Schildt (Hg.), Zwischen den Stühlen? Remigranten und Remigration in der deutschen Medienöffentlichkeit der Nachkriegszeit, Hamburg 2002, S. 180-206.
- Hofer, Walther (Hg.), Der Nationalsozialismus. Dokumente 1933-1945, Frankfurt a. M. 1957.
- Holländer, Katharina, An die Kinder. Ein Gespräch mit Lillian Bondy, in: Schweizer Zeitschrift DU, Heft Nr. 10, Oktober 1998, S. 72 f. und 94.
- Hook, Sidney, Out of Step. An unquiet Life in the 20th Century, New York 1987.
- Howald, Stefan, George Orwell, Reinbek bei Hamburg 1997.
- Huber, Ernst Rudolf, Die Totalität des völkischen Staates, in: Die Tat, 26, 1934, S. 30-42.

Hürten, Heinz, Waldemar Gurian und die Entfaltung des Totalitarismusbegriffs, in: Hans Maier (Hg.), ‚Totalitarismus‘ und ‚politische Religionen‘. Konzepte des Diktaturvergleichs, Paderborn, München, Wien, Zürich 1996, S. 59-70.

Ders., Modernitätskritik und Totalitarismustheorie im Frühwerk Waldemar Gurians, in: Alfons Söllner/Ralf Walkenhaus/Karin Wieland (Hg.), Totalitarismus - Eine Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts, Berlin 1997, S. 27-34.

Hurwitz, Harold, Der heimliche Leser. Beiträge zur Soziologie des geistigen Widerstandes, Köln/Berlin 1966.

Ders., Die Stunde Null der deutschen Presse. Die amerikanische Pressepolitik in Deutschland 1945-1949, Köln 1972.

Huttner, Markus, Totalitarismus und säkulare Religionen. Zur Frühgeschichte totalitarismuskritischer Begriffs- und Theoriebildung in Großbritannien, Bonn 1999.

Institut für Zeitgeschichte (Hg.), Totalitarismus und Faschismus. Eine wissenschaftliche und politische Begriffskontroverse, München 1980.

Intelmann, Peter, Chancen und Dilemma des politischen Reformismus, Baden-Baden 1996.

Isaacson, Walter/Thomas, Evan, The Wise Men. Six Friends and the World They Made. Acheson, Bohlen, Harriman, Kennan, Lovett, McCloy, New York u. a. 1986.

Jänicke, Martin, Der dritte Weg. Die antistalinistische Opposition gegen Ulbricht seit 1953, Köln 1964.

Ders., Totalitäre Herrschaft. Anatomie eines politischen Begriffes, West-Berlin 1971.

Jakowlew, B., Konzentrazionnye lageri SSSR. Hrsg. v. Institut zur Erforschung der Geschichte und Kultur der UdSSR, München 1955.

Jansen, Peter-Erwin u. a. (Hg.), Zwischen Hoffnung und Notwendigkeit. Texte zu Herbert Marcuse, Frankfurt a. M. 1999, S. 7-13.

Ders., (Hg.), Herbert Marcuse, Feinanalysen. Über die Deutschen, mit einer Einleitung von Detlev Claussen, Lüneburg 1998.

Jaraus, Konrad, Die Umkehr. Deutsche Wandlungen 1945-1995, Bonn 2004.

Jaspers, Karl, Die Schuldfrage, in: Ders., Lebensfragen der deutschen Politik, München 1963, S. 36-109.

Jenkner, Siegfried, Entwicklung und Stand der Totalitarismusforschung, in: Politik und Zeitgeschichte, B 31, 1984, S. 16-26.

Jesse, Eckhard, War die DDR totalitär?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40 / 7. Oktober 1994, S. 12-23.

- Ders. (Hg.), Totalitarismus im 20. Jahrhundert. Eine Bilanz der internationalen Forschung, Bonn 1996.
- Ders., Die Totalitarismusforschung und ihre Repräsentanten. Konzeptionen von Carl J. Friedrich, Hannah Arendt, Eric Voegelin, Ernst Nolte und Karl Dietrich Bracher, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 20, 1998, S. 3-18.
- Jessen, Ralph, DDR-Geschichte und Totalitarismustheorie, in: *Berliner Debatte INITIAL*, 6 (1995) 4/5, S. 17–24.
- Johnson, Lock K., Verdeckte Aktionen und die CIA: Amerikas geheime Außenpolitik, in: Wolfgang Krieger (Hg.), *Geheimdienste in der Weltgeschichte. Spionage und verdeckte Aktionen von der Antike bis zur Gegenwart*, München 2003, S. 260-274.
- Jones, William, *The Path from Weimar Communism to the Cold War*. Franz Borkenau and „The Totalitarian Enemy“, in: Alfons Söllner/Ralf Walkenhaus/Karin Wieland (Hg.), *Totalitarismus. Eine Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts*, Berlin 1997, S. 39-43.
- Kantorowicz, Alfred, *Spanisches Kriegstagebuch*, Köln 1966.
- Kapferer, Norbert, *Der Totalitarismusbegriff auf dem Prüfstand. Ideengeschichtliche, komparatistische und politische Aspekte eines umstrittenen Terminus*, herausg. vom Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung, 2. Unveränderte Auflage, Dresden 1995.
- Katz, Barry M., *Foreign Intelligence. Research and Analysis in the Office of Strategic Services 1942-1945*, London 1989.
- Kempner, Robert W., *Ankläger einer Epoche. Lebenserinnerungen*, Frankfurt a. M. 1983.
- Keßler, Mario, *Zwischen Kommunismus und Antikommunismus: Franz Borkenau (1900-1957)*, in: ders. (Hg.), *Deutsche Historiker im Exil (1933-1945): Ausgewählte Studien*, Berlin 2005, S. 169-196.
- Kennan, George F. (unter dem Pseudonym „X“), *The Sources of Soviet Conduct*, in: *Foreign Affairs*, 25. Jg. (1946/47), Juli 1947, S. 566 ff.
- Ders., *Memoiren eines Diplomaten*. Mit einem Vorwort von Klaus Mehnert, Stuttgart 1968.
- Kesselring, Albert, *Soldat bis zum letzten Tag*, Bonn 1953.
- Ketterle, Margit, *Literatur und Politik im Nachkriegsdeutschland der Zeitschrift „Der Monat“ 1948-1955 (unveröffentl. Magisterarbeit)*, München 1984.
- Klein, Peter, in: ders. (Hg.), *Die Einsatzgruppen in der besetzten Sowjetunion 1941/42. Die Tätigkeits- und Lageberichte des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD*, Berlin 1997, S.9-28.
- Klemperer, Victor, *LTI. Notizbuch eines Philologen*, Berlin 1947.

Kleßmann, Christoph, Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945-1955, 4. ergänzte Auflage, Bonn 1986.

Ders., Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955-1970, Bonn 1988.

Klönne, Arno, Hitlerjugend. Die Jugend und ihre Organisation im Dritten Reich, Hannover/Frankfurt a. M. 1960.

Klotz, Johannes (Hg.), Schlimmer als die Nazis? „Das Schwarzbuch des Kommunismus“, die neue Totalitarismusdebatte und der Geschichtsrevisionismus, Köln 1999.

Knappstein, Karl Heinrich, Die Stunde der Sozialreform, in: Frankfurter Hefte, Heft 3, 1 (1946), S. 1-3.

Ders., Die versäumte Revolution, in: Die Wandlung, 2 (1947), Heft 8, S. 663-677.

Koebner, Thomas, Arthur Koestlers Abkehr vom Stalinismus, in: Exilforschung. Ein Internationales Jahrbuch 1 (1983), S. 95-108.

Koestler, Arthur und Cynthia, Auf fremden Plätzen. Bericht über die gemeinsame Zeit. Hrsg., mit einem Vorwort und einem Epilog versehen von Harold Harris. Übersetzt von Liesl Nürenberger, Wien/ München/Zürich 1984.

Koestler, Arthur, Menschenopfer unerhört. Ein Schwarzbuch über Spanien, Paris 1937.

Ders., Spanish Testament, London 1937 (dt. Ausgabe: Ein spanisches Testament, Zürich 1938).

Ders., The Gladiators, London 1939 (dt. Ausgabe: Die Gladiatoren, Hamburg, Axel Springer Verlag 1948).

Ders., Scum of the Earth, London 1941.

Ders., Arrival and Departure, London 1943 (dt. Ausgabe: Ein Mann springt in die Tiefe, Zürich 1945).

Ders., Der Yogi und der Kommissar. Auseinandersetzungen, Eßlingen a. N. 1950 (engl. Originalausgabe: The Yogi and the Commissar, London 1945).

Ders., Warum Greuelthaten nicht geglaubt werden, in: ders., Der Yogi und der Kommissar. Auseinandersetzungen, Eßlingen a. N. 1950, S. 138-147.

Ders., Gottes Thron steht leer, Frankfurt 1951 (engl. Originalausgabe: The Age of Longing, London 1951).

Ders., Pfeil ins Blaue. Bericht eines Lebens 1905-1931, Wien/München/Basel 1953 (engl. Originalausgabe: Arrow in the Blue, London 1952).

Ders., Die Geheimschrift. Bericht eines Lebens, Wien/München/Basel 1955 (engl. Originalausgabe: The Invisible Writing, London 1954).

Ders., Reflections on Hanging, London 1956.

Ders., Sonnenfinsternis. Roman. Aus dem Englischen. Frankfurt/M.-Berlin-Wien 1979 (engl. Originalausgabe: Darkness at Noon, London 1940; dt. Erstausgabe: Stuttgart 1948).

Ders., Als Zeuge der Zeit. Das Abenteuer meines Lebens, Bern/München 1983.

Ders., Autobiographische Schriften. 2 Bde., Bd. 1: Frühe Empörung; Bd. 2: Abschaum der Erde. A. d. Engl. übertr. v. Franziska Becker und Eduard Thorsch (bzw. Heike Curtze), Berlin/München 1993.

Kogon, Eugen, Gericht und Gewissen, in: Frankfurter Hefte, Heft 1, 1 (1946), S. 25-37.

Ders., Das Recht auf politischen Irrtum, in: Frankfurter Hefte, Heft 7, 2 (1947), S. 641-655 (Zitat S. 646).

Ders., Der Weg zu einem Sozialismus der Freiheit in Deutschland, in: Frankfurter Hefte, Heft 9, 2 (1947), S. 877-896.

Kohn, Hans, Nationalismus. Über die Bedeutung des Nationalismus im Judentum und in der Gegenwart, Wien 1922.

Ders., Sinn und Schicksal der Revolution, Wien 1923.

Ders., Die politische Idee des Judentums, München 1924.

Ders., Eine Geschichte der arabischen nationalen Bewegung, Tel Aviv 1926.

Ders./Robert Weltsch, Zionistische Politik, Mährisch-Ostrau 1927.

Ders., Geschichte der nationalen Bewegung im Orient, Berlin 1928.

Ders./Hugo Bergmann, In Memory of Gustav Landauer, Tel Aviv 1929.

Ders., Über die Geschichte der zionistischen Idee, 2 Bde, Warschau 1929, 1930.

Ders., Martin Buber. Sein Werk und seine Zeit. Ein Versuch über Religion und Politik, Hellerau 1930.

Ders., Nationalismus und Imperialismus im Vorderen Orient, Frankfurt a. M. 1931.

Ders., Der Nationalismus in der Sowjetunion, Frankfurt a. M. 1932.

Ders., Communist and Fascist Dictatorship. A Comparative Study, in: Guy Stanton Ford (Hg.), Dictatorship in the Modern World, Minneapolis/Minn 1935, S. 141-160 (dt. Wiederabgedruckt in: Bruno Seidel/Siegfried Jenkner (Hg.), Wege der Totalitarismusforschung, Darmstadt 1968, S. 49-63).

Ders., Revolutions and Dictatorships. Essays in Contemporary, Cambridge/Mass. 1941.

Ders., The Totalitarian Philosophy of War, in: Symposium of the Totalitarian State. From the Standpoints of History, Economics and Sociology, Nov. 17, 1939. Proceedings of the American Philosophical Society, Band 82 (1940), Nr. 1, Philadelphia 1940, S. 57-72.

Ders., *Prophets and Peoples. Studies in Nineteenth-Century Nationalism*, New York 1946 (dt. Übersetzung: *Propheten ihrer Völker. Mill, Michelet, Treitschke, Dostojewski: Studien zur Geschichte des europäischen Nationalismus im 19. Jahrhundert*, Bern 1949).

Ders., *Die Idee des Nationalismus. Ursprung und Geschichte bis zur französischen Revolution*, Heidelberg 1950 (amerik. Originalausgabe: *The Idea of Nationalism. A Study in its Origins and Background*, New York 1944).

Ders., *Das Zwanzigste Jahrhundert. Eine Zwischenbilanz des Westens*, Zürich/Wien/Konstanz 1950 (amerik. Originalausgabe: *The Twentieth Century. A Mid-way Account of the Western World*, New York 1949).

Ders., *Pan-Slavism, Its History and Ideology*, University of Notre Dame Press 1953 (dt. Übersetzung: *Die Slawen und der Westen. Die Geschichte des Panlawismus*, Wien 1956).

Ders., *Nationalism. its Meaning and History*, Princeton 1955 (dt. Ausgabe: *Von Machiavelli zu Nehru. Zur Problemgeschichte des Nationalismus*, Freiburg im Breisgau 1964).

Ders., *Der schweizerische Nationalgedanke. Eine Studie zum Thema Nationalismus und Freiheit*, Zürich 1955.

Ders., *American Nationalism. An Interpretative Essay*, New York 1957.

Ders., *Is the liberal west in decline*, London 1957 (dt. Ausgabe: *Ist die freie Welt zum Untergang verurteilt?*, Köln 1959).

Ders., *The Mind of Germany*, New York 1960 (dt. Ausgabe: *Wege und Irrwege. Zur Geistesgeschichte des bürgerlichen Deutschland*, Düsseldorf 1962).

Ders., *The Age of Nationalism: The First Era of Global History*, New York 1962.

Ders., *Bürger vieler Welten. Ein Leben im Zeitalter der Weltrevolution*, Frauenfeld 1965.

Komuth, Horst, Manès Sperber, Arthur Koestler und George Orwell: *Der Totalitarismus als Geißel des 20. Jahrhunderts*, Würzburg 1987.

Krämer-Badoni, Rudolf, *Terror der Anständigen*, in: *Die Wandlung*, 2 (1947), Heft 5, S. 379-391.

Kraushaar, Wolfgang, *Sich aufs Eis wagen. Plädoyer für eine Auseinandersetzung mit der Totalitarismustheorie*, in: *Mittelweg* 36, 2 (1993) 2, S. 6-29.

Ders., *Die Protest-Chronik 1949-1959. Eine illustrierte Geschichte von Bewegung, Widerstand und Utopie*, 4 Bde., Hamburg 1996.

Ders., *Spuren eines Paradigmenwechsels. Von der Totalitarismus- zur Faschismustheorie*, in: ders., *Linke Geisterfahrer. Denkanstöße für eine antitotalitäre Linke. Mit einer Einleitung von Daniel Cohn-Bendit*, Frankfurt a. M. 2001, S. 109-130.

Ders., Sonnenuntergang. Das Verhältnis europäischer Intellektueller zum Kommunismus im Spiegel dreier Prozesse, in: ders., Linke Geisterfahrer. Denkanstöße für eine antitotalitäre Linke, Frankfurt a. M. 2001, S. 31-58.

Krausnick, Helmut/ Wilhelm, Hans-Heinrich, Die Truppe des Weltanschauungskrieges. Die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD 1938-1942, Stuttgart 1981.

Kravchenko, Victor A., Ich wählte die Freiheit. Das Private und politische Leben eines Sowjetbeamten. Aus dem Amerikanischen von Albert Heß, Hamburg o. J. (amerik. Originalveröffentlichung: I chose freedom, New York 1946).

W[alter] G. Krivitsky (d. i. Samuel Ginsberg), Ich war in Stalins Dienst!, Amsterdam 1940 (amerik. Originalausgabe: In Stalin`s Secret Service, New York 1939).

Kuby, Erich, Denazifizierung der Demokraten, in: Der Ruf, Heft 11, 2 (1947), S. 3.

Ders., Die Geburt der Schuld, in: Der Ruf, Heft 23, 2 (1947), S. 1.

Krummacher, F. A., (Hg), Die Kontroverse. Hannah Arendt, Eichmann und die Juden, München 1964.

Kühnhardt, Ludger, Leutenecker, Gerd, Rupps, Martin, Waltmann, Frank (Hg.), Die doppelte deutsche Diktaturerfahrung. Drittes Reich und DDR – ein historisch-politikwissenschaftlicher Vergleich, Frankfurt a. M. 1994.

Kuhn, Hermann, Bruch mit dem Kommunismus. Über autobiographische Schriften von Ex-Kommunisten im geteilten Deutschland, Münster 1990.

Kunkat, Cornelia, Sidney Hook. Intellektueller zwischen Marxismus und Pragmatismus, Frankfurt a. M./New York 2000.

Kyong-Kun, Kim, Die Neue Zeitung im Dienste der Reeducation für die Deutsche Bevölkerung 1945-1946, Phil. Diss. München 1974.

Lahrem, Stephan, „Freunde, die Freiheit hat die Offensive ergriffen!“. Die Berlin-Tagebücher von Arthur und Mamaine Koestler über den Kongreß für Kulturelle Freiheit, in: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat, Nr. 17 (2005), S. 57-78.

Lange, Bernd-Peter, George Orwell: „1984“, München 1982.

Lange-Enzmann, Birgit, Franz Borkenau als politischer Denker, Berlin 1996.

Langer, William L., In and Out of the Ivory Tower. The Autobiography of William L. Langer, New York 1977.

Laqueur, Walter, Mein 20. Jahrhundert. Stationen eines persönlichen Lebens, Berlin 2009.

Laurien, Ingrid, Politisch-kulturelle Zeitschriften in den Westzonen 1945-1949. Ein Beitrag zur politischen Kultur der Nachkriegszeit, Frankfurt a. M. 1991.

- Leibholz, Gerhard, Die Auflösung der liberalen Demokratie, in: Deutschland und das autoritäre Staatsbild, München/Leipzig 1933.
- Lenin, Wladimir Iljitsch, Ausgewählte Werke in drei Bänden, Berlin 1970.
- Lenk, Kurt, Deutscher Konservatismus, Frankfurt a. M./New York 1989.
- Leonhard, Wolfgang, Die Revolution entläßt ihre Kinder, Köln 1955.
- Ders., Kreml ohne Stalin, Köln 1959.
- Ders., Der Schock des Hitler-Stalin-Paktes. Erinnerungen aus der Sowjetunion, Westeuropa und USA, Freiburg im Breisgau 1986.
- Lepsius, M. Rainer, Das Erbe des Nationalsozialismus und die politische Kultur der Nachfolgestaaten des „Großdeutschen Reiches“, in: Ders., Demokratie in Deutschland. Soziologisch-historische Konstellationsanalysen. Ausgewählte Aufsätze, Göttingen 1993, S. 229-248.
- Lerner, Max, The Pattern of Dictatorship, in: Guy Stanton Ford (Hg.), Dictatorship in the Modern World, Minneapolis/Minn 1935, S. 3-25 (dt. Wiederabgedruckt in: Bruno Seidel/Siegfried Jenkner (Hg.), Wege der Totalitarismusforschung, Darmstadt 1968, S. 30-48).
- Lewytzkij, Borys, Vom Roten Terror zur Sozialistischen Gesetzlichkeit. Der Sowjetische Sicherheitsdienst, München 1961.
- Lietzmann, Hans J., Von der konstitutionellen zur totalitären Diktatur. Carl Joachim Friedrichs Totalitarismustheorie, in: Alfons Söllner/Ralf Walkenhaus/Karin Wieland (Hg.), Totalitarismus - Eine Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts, Berlin 1997, S. 174-192.
- Ders., Politikwissenschaft im „Zeitalter der Diktaturen“ – Die Entwicklung der Totalitarismustheorie Carl Joachim Friedrichs. Mit einem Vorwort von Klaus von Beyme, Opladen 1999.
- Lipper, Elinor, Elf Jahre in sowjetischen Gefängnissen und Lagern, Zürich 1950.
- Löw, Konrad (Hg.), Totalitarismus, Berlin 1988.
- Löwenthal, Richard (Pseudonym Paul Sering), Der Faschismus, in: Zeitschrift für Sozialismus, 1935, Heft 26/27, S. 767-787 und S. 839-856.
- Ders. (Pseudonym Paul Sering), Jenseits des Kapitalismus. Ein Beitrag zur sozialistischen Neuordnung, Lauf bei Nürnberg 1946.
- Ders./ Brandt, Willy, Ernst Reuter. Eine politische Biographie, München 1957.
- Ders., Chruschtschow und der Weltkommunismus, Stuttgart 1963.

Ders., Nachtrag 1966 zu ders.: Totalitäre und demokratische Revolution, in: Bruno Seidel/Siegfried Jenkner, Wege der Totalitarismus-Forschung, Darmstadt 1968, S. 379-381.

ders., The Model of the Totalitarian State, in: The Impact of the Russian Revolution 1917-1967. The Influence of Bolshevism on the World Outside Russia. Introduced by Arnold J. Toynbee, London/New York/Toronto 1967, S. 274-351.

ders., 1917 and After. On the Model of Totalitarian State, in: Encounter 29 (1967) 4, S. 21-31.

ders., "1917": an Afterthought on Totalitarian Models, in: Encounter 29 (1967) 5, S. 60-64.

ders., Von der gelenkten Revolution von oben zur spontanen Evolution von unten, in: ders./Boris Meissner (Hrsg.), Sowjetische Innenpolitik. Triebkräfte und Tendenzen, Stuttgart 1968, S. 114-129.

Ders., Der romantische Rückfall. Wege und Irrwege einer rückwärts gewendeten Revolution, 2. Auflage, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1971.

Ders., Prolog: Dauer und Verwandlung, in: ders./ Schwarz, Hans-Peter (Hg.), Die Zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland – eine Bilanz, 2. Auflage, Stuttgart-Degerloch 1974, S. 9-24.

Ders., Vom kalten Krieg zur Ostpolitik, in: ders./ Schwarz, Hans-Peter (Hg.), Die Zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland – eine Bilanz, 2. Auflage, Stuttgart-Degerloch 1974, S. 604-699.

Ders., Gesellschaftswandel und Kulturkrise. Zukunftsprobleme der westlichen Demokratien, Frankfurt a. M. 1979.

Ders., Die Widerstandsgruppe „Neu-Beginnen“. Beiträge zum Thema Widerstand 1933-1945. Bd. 20, Berlin 1982.

Loth, Wilfried, Die Teilung der Welt. Geschichte des Kalten Krieges 1941-1955, 6. Auflage, München 1987.

Lüthy, Herbert, Fünf Minuten vor zwölf. Feldzüge und Konferenzen von Stalingrad bis Teheran, St. Gallen 1944.

Ders., Bis zur Neige. Epilog des zweiten Weltkrieges 1944/45, St. Gallen 1945.

Ders., Frankreichs Uhren gehen anders, Zürich/Stuttgart/Wien 1954.

Ders., La banque protestante en France de la révocation de l' Edit de Nantes à la Révolution. 2 Bde.: Dispersion et regroupement (1685-1730), Bd. 1, Paris 1959; De la banque aux finances (1730-1794), Bd. 2, Paris 1961.

Ders., Adolf Hitler †, in: ders., Nach dem Untergang des Abendlandes. Zeitkritische Essays, Köln 1964, S. 17-24 (Erstveröffentlichung: Hitler und sein Reich, in: St. Galler Tagblatt vom 2. Mai 1945).

Ders., Die Verheerungen des Krieges“ in: ders., Nach dem Untergang des Abendlandes. Zeitkritische Essays, Köln 1964, S. 50-79 (Fragment aus: ders., Bis zur Neige. Epilog des zweiten Weltkrieges 1944/45, St. Gallen 1945).

Ders., Der Friede, der keiner war, in: ders., Nach dem Untergang des Abendlandes. Zeitkritische Essays, Köln 1964, S. 80-101 (Originaltitel „San Francisco“; Fragment, aus: ders., Bis zur Neige. Epilog des zweiten Weltkrieges 1944/45, St. Gallen 1945).

Ders., Fragmente zu einem Instrumentarium des geistigen Terrors, in: ders., Nach dem Untergang des Abendlandes. Zeitkritische Essays, Köln 1964, S. 25-49 (Erstveröffentlichung, in: Schweizer Annalen, Heft 7, September 1945).

ders., Die Schweiz als Antithese, Zürich 1969.

Ders., Tugend und Menschenrechte. Zur Topologie politischer Begriffssysteme, Zürich 1989.

Ders., Wo liegt Europa? Zehn Versuche zu den Umtrieben des Zeitgeistes, Zürich 1991.

Ders., Werkausgabe. Edition von Irene Riesen/Urs Bitterli, 7 Bde., Zürich 2002-2005.

Luks, Leonid, Geschichte Russlands und der Sowjetunion. Von Lenin bis Jelzin, Regensburg 2000.

Ludz, Peter Christian, Offene Fragen in der Totalitarismus-Forschung, in: Politische Vierteljahresschrift, 2. Jg., Heft 4 (1961), S. 319-348.

Ders., Entwurf einer soziologischen Theorie totalitär verfaßter Gesellschaft, in: Bruno Seidel/Siegfried Jenkner, Wege der Totalitarismus-Forschung, Darmstadt 1968, S. 532-559.

Ders., Parteilite im Wandel. Funktionsaufbau, Sozialstruktur und Ideologie der SED-Führung, Köln- 1968.

Maas, Lieselotte, Die Zeitungen des deutschen Exils in Europa von 1933 bis 1939 in Einzeldarstellungen, in: Eberhard Lämmert (Hg.), Handbuch der deutschen Exilpresse 1933-1945, Bd. 4., München/Wien 1990.

Macdonald, Dwight, The Responsibility of Peoples, in: Politics, Bd.2, Nr.3. New York, März 1945, S. 82-93.

Ders., Memoirs of a Revolutionist. Essays in Political Criticism, New York 1957.

Madariagas, Salvador de, Victors, beware, London 1946.

Maier, Hans (Hg.), ‚Totalitarismus‘ und ‚politische Religionen‘. Konzepte des Diktaturvergleichs, Paderborn, München, Wien, Zürich 1996.

ders./Michael Schäfer (Hg.), ‚Totalitarismus‘ und ‚politische Religionen‘. Konzepte des Diktaturvergleichs. Band II, Paderborn u. a. 1997.

Ders. (Hg.), Totalitarismus und Politische Religionen. Konzepte des Diktaturvergleichs. Band III: Deutungsgeschichte und Theorie, Paderborn u. a. 2003.

Mampel, Siegfried, Totalitäres Herrschaftssystem: Normativer Charakter – Definitionen – Konstante und variable Essenzialien – Instrumentarium, Berlin 2001.

Marcuse, Herbert, Der Kampf gegen den Liberalismus in der totalitären Staatsauffassung, in: Zeitschrift für Sozialforschung, Bd III, 1934, 2, S. 161-195.

Ders., Reason and Revolution. Hegel and the Rise of Social Theory, New York 1941 (dt. Ausgabe: Vernunft und Revolution. Hegel und die Entstehung der Gesellschaftstheorie, Neuwied/Berlin 1962).

Ders., Soviet Marxism. A Critical Analysis, New York 1958 (dt. Ausgabe: Die Gesellschaftslehre des Sowjetischen Marxismus, Neuwied/Berlin 1964).

Ders., Das Ende der Utopie. Vorträge und Diskussionen in Berlin 1967, Frankfurt 1980.

Marquardt-Bigman, Petra, Amerikanische Geheimdienstanalysen über Deutschland 1942-1949, München 1995.

Marshall, George C., Vorschläge Marshalls zur amerikanischen Hilfeleistung für die europäischen Länder. Text der Rede vom 5. Juni 1947 an der Harvard-Universität, in: Europa-Archiv, 2 (1947), S. 821.

Martin, Marko, Ein Fenster zur Welt. Die Zeitschrift „Der Monat“. Beiträge aus vier Jahrzehnten, Weinheim 2000.

Ders., „Eine Zeitschrift gegen das Vergessen“. Bundesrepublikanische Traditionen und Umbrüche im Spiegel der Kulturzeitschrift *Der Monat*, Frankfurt a. M. 2003.

Ders., Orwell, Koestler und all die anderen. Melvin J. Lasky und „Der Monat“, Asendorf 1999.

Matz, Elisabeth, Die Zeitungen der US-Armee für die deutsche Bevölkerung (1944-1946), Münster 1969.

Maurach, Reinhard, Das sowjetische Amnestiegesetz, Stuttgart 1953.

Mecklenburg, Jens/Wippermann, Wolfgang (Hg.), „Roter Holocaust“? Kritik des Schwarzbuchs des Kommunismus, Hamburg 1998.

Mehnert, Klaus, Der Sowjetmensch. Versuch eines Porträts nach dreizehn Reisen in die Sowjetunion 1929-1959, Stuttgart u. a. 1959.

Meinecke, Friedrich, Die deutsche Katastrophe, Wiesbaden 1946.

- Meinicke, Wolfgang, Zur Entnazifizierung in der sowjetischen Besatzungszone unter Berücksichtigung von Aspekten politischer und sozialer Veränderung 1945-1948, Diss. Berlin-Ost 1983.
- Melgunow, S. P., Der rote Terror in Rußland 1918-1923, Berlin 1924.
- Mendelssohn, Peter de, Die Nürnberger Dokumente. Studien zur deutschen Kriegspolitik 1937-45, Hamburg 1947.
- Ders., Der Geist in der Despotie. Versuche über die moralischen Möglichkeiten des Intellektuellen in der totalitären Gesellschaft, Mit einem Vorwort von Karl Jaspers, Berlin-Grunewald 1953.
- Ders., Zeitungsstadt Berlin, Menschen und Mächte in der Geschichte der deutschen Presse, Berlin 1959.
- Ders., Inselschicksal England. Schrittsteine der Geschichte, München 1965.
- Ders., Der Zauberer. Das Leben des deutschen Schriftstellers Thomas Mann, München 1975.
- Menden, Alexander, Sinistre Auslassungen. Wie britische Geheimdienste George Orwell bespitzelten, in: Süddeutsche Zeitung vom 5. 9. 2007.
- Meyers, Jeffrey, Orwell. Wintry Conscience of a Generation, New York 2000.
- Middendorf, Stefanie, „Verstoßenes Wissen“. Emigranten als Deutschlandexperten im „Office of Strategic Services“ und im amerikanischen Außenministerium 1943-1955, in: Neue Politische Literatur, Jg. 46 (2001), S. 23-52.
- Möll, Marc-Pierre, Gesellschaft und totalitäre Ordnung. Eine theoriegeschichtliche Auseinandersetzung, Baden-Baden 1998.
- Möller, Horst (Hg.), Der rote Holocaust und die Deutschen – Die Debatte um das „Schwarzbuch des Kommunismus“, München 1999.
- Mommsen, Hans, Beamtentum im Dritten Reich. Mit ausgewählten Quellen zur nationalsozialistischen Beamtenpolitik, Stuttgart 1966.
- Ders., Die Kontinuität der Institution des Berufsbeamtentums und die Rekonstruktion der Demokratie in Westdeutschland, in: Friedrich Gerhard Schwegmann (Hg.), Die Wiederherstellung des Berufsbeamtentums nach 1945. Geburtsfehler oder Stützpfiler der Demokratisierung in Westdeutschland? Düsseldorf 1986, S. 65-79.
- Monnerot, Jules, Soziologie des Kommunismus, Köln/Berlin 1952 (frz. Originalausgabe: Sociologie du Communisme, Paris 1949).
- Montaigne, Michel de, Essais. Auswahl und Übersetzung von Herbert Lüthy, Zürich 1953.

Mosberg, Helmuth, REducation. Umerziehung und Lizenzpresse im Nachkriegsdeutschland, München 1991.

Mühlen, Patrik zur, Säuberungen unter deutschen Spanienkämpfern, in: Exilforschung. Ein internationales Jahrbuch 1 (1983), S. 165-176.

Müller, Carl Wolfgang, Der Monat. Eine internationale Zeitschrift für Politik und geistiges Leben (unveröffentl. Manuskript), Freie Universität Berlin 1951.

Müller, Reinhard, Willi Münzenberg, in: Manfred Asendorf/Rolf von Bockel (Hg.), Demokratische Wege. Deutsche Lebensläufe aus fünf Jahrhunderten, Stuttgart/Weimar 1997, S. 439-441.

Ders., Menschenfalle Moskau. Exil und stalinistische Verfolgung, Hamburg 2001.

Ders., Herbert Wehner – Moskau 1937, Hamburg 2004.

Ders., Aus der Moskauer Kaderakte Arthur Koestlers – Zur Vorgeschichte der „Sonnenfinsternis“, in: Exil. Forschung, Erkenntnisse, Ergebnisse, 24. Jg. (2004), Heft 2, S. 44-60.

Naumann, Klaus, Hannah Arendt und die Ex-Kommunisten, in: Mittelweg 36, 2 (1993), 2., S. 30-40.

Negt, Oskar, Achtundsechzig. Politische Intellektuelle und die Macht, Göttingen 1995.

Neumann, Franz [L.], Ders., Angst und Politik (1954), in: ders., Demokratischer und autoritärer Staat. Beiträge zur Soziologie der Politik, Frankfurt a. M. 1967, S. 184-214.

Ders., Ökonomie und Politik im zwanzigsten Jahrhundert (1955), in: ders., Demokratischer und autoritärer Staat. Beiträge zur Soziologie der Politik, Frankfurt a. M. 1967, S. 171-183.

Ders., Intellektuelle und politische Freiheit (1955), in: ders., Demokratischer und autoritärer Staat. Beiträge zur Soziologie der Politik, Frankfurt a. M. 1967, S. 215-229.

Ders., Ökonomie und Politik im zwanzigsten Jahrhundert (1955), in: Demokratischer und autoritärer Staat. Beiträge zur Soziologie der Politik, Frankfurt a. M. 1967, S. 171-183.

Ders., Notizen zur Theorie der Diktatur (1957), in: ders., Demokratischer und autoritärer Staat. Beiträge zur Soziologie der Politik, Frankfurt a. M. 1967, S. 147-170.

Ders.: Der Niedergang der deutschen Demokratie (1933), in : ders., Wirtschaft, Staat, Demokratie. Aufsätze 1930-1954. Hrsg. von Alfons Söllner, Frankfurt a. M. 1978, S. 103-123.

Ders., Die Umerziehung der Deutschen und das Dilemma des Wiederaufbaus (1947), in: ders., Wirtschaft, Staat, Demokratie. Aufsätze 1930-1954. Hrsg. von Alfons Söllner, Frankfurt a. M. 1978, S. 290-308.

- Ders., Militärregierung und Wiederbelebung der Demokratie in Deutschland (1948), in: ders., Wirtschaft, Staat, Demokratie. Aufsätze 1930-1954. Hrsg. von Alfons Söllner, Frankfurt a. M. 1978, S. 309-326;
- Ders., Deutsche Demokratie (1950), in: ders., Wirtschaft, Staat, Demokratie Aufsätze 1930-1954. Hrsg. von Alfons Söllner, Frankfurt a. M. 1978, S. 327-372.
- Ders., Die Wissenschaft der Politik in der Demokratie (1950), in: ders., Wirtschaft, Staat, Demokratie Aufsätze 1930-1954. Hrsg. von Alfons Söllner, Frankfurt a. M. 1978, S. 373-392.
- Ders., Intellektuelle Emigration und Sozialwissenschaft (1952), in: ders., Wirtschaft, Staat, Demokratie. Aufsätze 1930-1954. Hrsg. von Alfons Söllner, Frankfurt a. M. 1978, S. 402-423.
- Ders., Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933–1944, hrsg. und mit einem Nachwort von Gert Schäfer, Frankfurt a. M. 1984 (amerik. Originalausgabe: New York 1942 bzw. 1944).
- Neumann, Heinz, Was ist Bolschewisierung?, Hamburg 1925.
- Neumann, Sigmund, Permanent Revolution. The Total State in a World at War, New York, London 1942.
- Neusüss-Henkel, Ermenhild, Die SS, Hannover/Frankfurt a. M. 1956.
- Nitti, Francesco, Bolschewismus, Fascismus und Demokratie, München 1926.
- Nolte, Ernst, Der Faschismus in seiner Epoche, München 1963.
- Ders., Theorien über den Faschismus, Köln 1967.
- Ders., Deutschland und der Kalte Krieg, Stuttgart 1985.
- Ders., Vergangenheit, die nicht vergehen will. Eine Rede, die geschrieben, aber nicht gehalten werden konnte, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 6. Juni 1986.
- Ders., Der europäische Bürgerkrieg 1917-1945. Nationalsozialismus und Bolschewismus, Frankfurt a. M. / West-Berlin 1987.
- Ders., Vergangenheit, die nicht vergehen will. Eine Rede, die geschrieben, aber nicht gehalten werden konnte, in: „Historikerstreit“. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München 1995, 9. Auflage, S. 39-47.
- Nolzen, Armin, Franz Leopold Neumanns „Behemoth“. Ein vergessener Klassiker der NS-Forschung, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 1 (2004), S. 150-153.
- Nordmann, Ingeborg, Hannah Arendt, Frankfurt a. M./New York 1994.

Ogorreck, Ralf /Rieß, Volker, Fall 9: Der Einsatzgruppenprozeß (gegen Otto Ohlendorf und andere), in: Gerd R. Ueberschär (Hg.), Der Nationalsozialismus vor Gericht. Die alliierten Prozesse gegen Kriegsverbrecher und Soldaten 1943–1952, Frankfurt a. M. 1999, S. 164-175.

Orlow, Alexander, Kremlgeheimnisse, Würzburg 1953 (amerik. Originalausgabe: The Secret History of Stalin's Crimes, New York 1953).

George Orwell, Down and Out in London and Paris, London 1933 (dt. Übersetzung: Erledigt in Paris und London, Zürich 1978).

Ders., Burmese Day, New York 1934 (dt. Übersetzung: Tage in Burma, Zürich 1982).

Ders., A Clergyman's Daughter, London 1935 (dt. Übersetzung: Eine Pfarrerstochter, Zürich 1983).

Ders., Keep the Aspidistra Flying, London 1936 (dt. Übersetzung Ausgabe: Die Wonnen der Aspidistra, Zürich 1983).

Ders., Homage to Catalonia, London 1938 (dt. Ausgabe: Mein Katalonien, München 1964).

Ders., Animal Farm, London 1945 (dt. Übersetzung: Farm der Tiere, Zürich 1946).

Ders., Nineteen Eighty-Four, London 1949 (dt. Übersetzung: 1984, Zürich 1950).

Ders., Warum ich schreibe, in: Im Innern des Wals. Erzählungen und Essays. Aus dem engl. von Felix Gasbarra, Zürich 1975, S. 7-17 (engl. Originalausgabe: Inside the Whale, London 1940).

Ders., Rezension von: Mein Kampf von Adolf Hitler, in: Das George Orwell Lesebuch. Essays, Reportagen, Betrachtungen. Herausgegeben und mit einem Nachwort von Fritz Senn. Aus dem engl. von Tina Richter, Zürich 1981, S. 240-243 (engl. Originalbeitrag in: New English Weekly vom 21. März 1940).

Ders., Die Diskriminierung Farbiger, in: Das George Orwell Lesebuch. Essays, Reportagen, Betrachtungen. Herausgegeben und mit einem Nachwort von Fritz Senn. Aus dem engl. von Tina Richter, Zürich 1981, S. 217-219 (engl. Originalbeitrag: „As I Please“ in: „Tribune“ vom 11. August 1944).

Ders., Antisemitismus in Großbritannien, in: Das George Orwell Lesebuch. Essays, Reportagen, Betrachtungen. Herausgegeben und mit einem Nachwort von Fritz Senn. Aus dem engl. von Tina Richter, Zürich 1981, S. 220-232 (engl. Originalbeitrag in: „Contemporary Jewish Record“ im April 1945).

Betrachtungen zur Judenfrage, in: Das George Orwell Lesebuch. Essays, Reportagen, Betrachtungen. Herausgegeben und mit einem Nachwort von Fritz Senn. Aus dem engl. von

Tina Richter, Zürich 1981, S. 233-235 (engl. Originalbeitrag in: „Observer“ vom 7. November 1948).

Paloczi-Horvath, George, Rebellion der Tatsachen. Die Zukunft Rußlands und des Westens, Frankfurt a. M. 1963.

Ders., Stalin, Zürich 1968.

Perels, Joachim, Franz L. Neumanns Beitrag zur Konzipierung der Nürnberger Prozesse, in: Matthias Iser/David Strecker (Hg.), Kritische Theorie der Politik. Franz Neumann – eine Bilanz, Baden-Baden 2002, S. 83-94.

Petersen, Jens, Die Geschichte des Totalitarismusbegriffs in Italien, in: Hans Maier (Hg.), ‚Totalitarismus‘ und ‚politische Religionen‘. Konzepte des Diktaturvergleichs, Paderborn, München, Wien, Zürich 1996, S. 15-35.

Pingel-Schliemann, Sandra, Zersetzen. Strategie einer Diktatur, Berlin 2002.

Popper, Karl, The Open Society and Its Enemies, 2 Bde, London 1945.

Pross, Harry, Literatur und Politik. Geschichte und Programme der politisch-literarischen Zeitschriften im deutschen Sprachgebiet seit 1870, Freiburg im Breisgau 1963.

Pross, Helge, Einleitung, in: Franz Neumann, Demokratischer und autoritärer Staat. Studien zur politischen Theorie. Hrsg. und mit einem Vorwort von Herbert Marcuse. Eingeleitet von Helge Pross, Frankfurt a. M. 1986, S. 9-27.

Prozeß, Der, gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof Nürnberg, 14. November 1945 – 1. Oktober 1946. 42. Bände, Nürnberg 1947-1949.

Radlmaier, Steffen (Hg.), Der Nürnberger Lernprozess. Von Kriegsverbrechern und Starreportern, Frankfurt a. M. 2001.

Rauch, Georg von, Geschichte des bolschewistischen Rußland, Frankfurt a. M./Hamburg 1963 (dt. Erstausgabe: Wiesbaden 1955).

Rauschning, Herman, Die Revolution des Nihilismus, Zürich 1938.

Ders., Gespräche mit Hitler, Zürich 1940.

[Red. Der Ruf], Irrealistische Säuberung. Zur Reform des Befreiungsgesetzes, in: Der Ruf, Heft 19, 2 (1947), S. 5 f.

Reich, Richard/Bondy, Béatrice (Hg.), Homme de Lettres. Freundesgabe für François Bondy, Zürich 1985.

Reichel, Peter, Bitte keine neue Totalitarismus-Debatte! Gegen die schrecklichen Vereinfacher, die uns die Rot-gleich-Braun-Linie der antikommunistischen fünfziger Jahre wieder aufzwingen wollen, in: Die Tageszeitung vom 4.3.1992, S. 11.

Ders., Zwischen Dämonisierung und Verharmlosung: Das NS-Bild und seine politische Funktion in den 50er Jahren. Eine Skizze, in: Axel Schildt/Arnold Sywottek (Hg.), Modernisierung im Wiederaufbau: die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre, Bonn 1993, S. 679-692.

Ders., Vergangenheitsbewältigung in Deutschland. Die Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur von 1945 bis heute, München 2001.

Reinhold, Ursula/Schlenstedt, Dieter/Tannenberger, Horst (Hg.): Erster Deutscher Schriftstellerkongreß, 4.-8. Oktober 1947. Protokoll und Dokumente, Berlin 1997.

Reitlinger, Gerald, Die Endlösung. Hitlers Versuch der Ausrottung der Juden 1939-1945, Berlin 1956 (engl. Originalausgabe: The Final Solution – The Attempt to Exterminate the Jews of Europe 1939-1945, London 1953).

Richert, Ernst, Die neue Gesellschaft in Ost und West, Analyse einer lautlosen Revolution, Gütersloh 1966.

Ritte, Jürgen, Ein Sündenfall. Ulrike Ackermanns Studie über die Intellektuellen, in: Neue Zürcher Zeitung vom 7. März 2001, S. 35.

Ritter, Gerhard, Europa und die deutsche Frage. Betrachtungen über die geschichtliche Eigenart des deutschen Staatsdenkens, München 1948.

Rosenberg, Alfred, Totaler Staat?, Leitartikel im Völkischen Beobachter vom 9.1.1934.

Rousset, David, L' univers concentrationnaire, Paris 1946.

Ders., Les Jours de Notre Mort, Paris 1947.

Rohrwasser, Michael, Der Stalinismus und die Renegaten. Die Literatur der Exkommunisten, Stuttgart 1991.

Ders., Richard Krebs: Der Kominternagent, in: ders., Der Stalinismus und die Renegaten. Die Literatur der Exkommunisten, Stuttgart 1991, S. 177-231.

Ders., [über Jan Valtins Buch „Tagebuch der Hölle“]; (unveröffentlichtes Vortragsmanuskript: Oktober 1993)

Ders., Was haben sie verraten, die Renegaten? Zwölf Thesen zur Faszination des Stalinismus, in: Werner von Bergen/Walter H. Pehle (Hg.), Denken im Zwiespalt. Über den Verrat von Intellektuellen im 20. Jahrhundert, Frankfurt 1996, S. 61-81

Ders., Totalitarismustheorie und Renegatenliteratur, in: Alfons Söllner/Ralf Walkenhaus/Karin Wieland (Hg.), Totalitarismus. Eine Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts, Berlin 1997, S. 105-116.

- Roloff, Ernst-August, Exkommunisten. Abtrünnige des Weltkommunismus. Ihr Leben und ihr Bruch mit der Partei in Selbstdarstellungen, Mainz 1969.
- Rothfels, Hans, Die deutsche Opposition gegen Hitler. Eine Würdigung, 2. Auflage, Krefeld 1951.
- Rougemont, Denis de, Journal aus Deutschland 1935-1936. Mit einem Nachwort von Jürg Altwegg. Aus dem Französischen von Tobias Scheffel, Wien 1998.
- Rousset, David, L' univers concentrationnaire, Paris 1946.
- Ders., *Les Jours de Notre Mort*, Paris 1947.
- Rühle, Otto, Brauner und roter Faschismus, in: ders., Schriften, Reinbek 1971, S. 7-71.
- Rupieper, Hermann-J., Amerikanische Besatzungspolitik, in: Wolfgang Benz (Hg.), Deutschland unter alliierter Besatzung: 1945 – 1949/55, Berlin 1999, S. 33-47.
- Sahl, Hans, Das Exil im Exil. Memoiren eines Moralisten II, Frankfurt a. M. 1990.
- Salter, Ernest J., Deutschland und der Sowjetkommunismus. Die Bewährung der Freiheit, München 1961.
- Saunders, Francis Stonor, Wer die Zeche zahlt ... Der CIA und die Kultur im Kalten Krieg. Aus dem Englischen von Markus P. Schupfner, Berlin 2001.
- Schäfer, Gert, Franz Neumanns Behemoth und die heutige Faschismuskonstruktion, in: Franz Neumann, Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933–1944, Frankfurt a. M. 1984, S. 663-776.
- Schäfer, Michael, Luigi Sturzo als Totalitarismustheoretiker, in: Hans Maier (Hg.), ‚Totalitarismus‘ und ‚politische Religionen‘. Konzepte des Diktaturvergleichs, Paderborn, München, Wien, Zürich 1996, S. 59-70.
- Schäfer, Wolfgang, NSDAP. Entwicklung und Struktur der Staatspartei des Dritten Reiches, Hannover/Frankfurt a. M. 1956.
- Schildt, Axel, Zwischen Abendland und Amerika. Studien zur westdeutschen Ideenlandschaft der 50er Jahre, München 1999.
- Ders., Kultur und geistiges Leben, in: Wolfgang Benz (Hg.), Deutschland unter alliierter Besatzung: 1945 – 1949/55, Berlin 1999, S. 134-140.
- Ders./ Siegfried, Detlef, Deutsche Kulturgeschichte. Die Bundesrepublik – 1945 bis zur Gegenwart, Bonn 2009.
- Schivelbusch, Wolfgang, Vor dem Vorhang. Das geistige Berlin 1945-1948, Frankfurt a. M. 1997.

Schlangen, Walter, Die Totalitarismus-Theorie. Entwicklung und Probleme, Stuttgart/Berlin/
/Köln/Mainz 1976.

Schlesinger, Arthur M., The Vital Center. The Politics of Freedom, Boston 1949.

Schmidt, Oliver, Jenseits der Ideologien. Vor zehn Jahren starb der Politologe Richard
Löwenthal, in: Tagesspiegel vom 9. August 2001.

Schmitt, Carl, Der Hüter der Verfassung, Tübingen 1931.

Ders., Die Wendung zum totalen Staat, in: Europäische Revue 7, 1931, S. 241-250
(wiederabgedruckt in: ders., Positionen und Begriffe im Kampf mit Weimar-Genf-Versailles
1923-1939, Hamburg 1940, S. 146-158).

Schmidt-Eenboom, Erich, Geheimdienst, Politik und Medien. Meinungsmache
UNDERCOVER, Berlin 2004.

Schoeller Wilfried F. (Hg.), Diese merkwürdige Zeit. Leben nach der Stunde Null. Ein
Textbuch aus der >>Neuen Zeitung<<, Frankfurt a. M. 2005.

Schorn, Hubert, Der Richter im Dritten Reich. Geschichte und Dokumente, Frankfurt a. M.
1959.

Schröder, Hans-Christoph, George Orwell. Eine intellektuelle Biographie, München 1988.

Schulz, Gerhard, Der Begriff des Totalitarismus und der Nationalsozialismus, in: Soziale
Welt 12 (1961), Heft 2, S. 112-128.

Schwab-Felisch, Hans, Einleitung, in: ders. (Hg.), Der Ruf. Eine deutsche
Nachkriegszeit. Mit einem Geleitwort von Hans Werner Richter, München 1962, S. 10-
18.

Ders., „Der Monat“ – Ein Zeitdokument, in: Merkur 25 (1971), S. 405-409.

Scott-Smith, Giles, The Politics of Apolitical Culture Freedom, the CIA and Post-War
American Hegemony, London/New York 2002.

Schwartz, Thomas Alan, Die Atlantik-Brücke. John McCloy und das Nachkriegsdeutschland,
Frankfurt a. Main/Berlin 1992.

ders., Die Begnadigung deutscher Kriegsverbrecher. John J. McCloy und die Häftlinge von
Landsberg, in: VfZ, 38 (1990), S. 375-414.

Schweigler, Gebhard, Institutionen, Entscheidungsprozesse und Instrumente der
Außenpolitik, in: Willi Paul Adams u.a. (Hg.), Länderbericht USA, Band II,
Außenpolitik/Gesellschaft/Kultur-Religion-Erziehung, 2. Aktualisierte und ergänzte Auflage,
Bonn 1992, S. 3-31.

Sering, Paul (siehe Richard Löwenthal).

- Serge, Victor, Erinnerungen eines Revolutionärs 1901-1941, Hamburg 1977 (frz. französische Originalausgabe: Mémoires d' un Révolutionnaire 1901-1941, Paris 1951).
- Seubert, Harald, Erinnerungen an den ‚Engagierten Beobachter‘ in veränderter Zeit. Über Raymond Aron als Theoretiker des Totalitarismus und der nuklearen Weltlage, in: Hans Maier/Michael Schäfer (Hg.), „Totalitarismus“ und „politische Religionen“. Konzepte des Diktaturvergleichs, Bd 2, Paderborn/München/Wien/Zürich 1997, S. 311-361.
- Siegel, Achim (Hg.), Totalitarismustheorien nach dem Ende des Kommunismus, Köln/Weimar 1998.
- Silone, Ignazio, Brief nach Moskau vom 30. August 1936, in: europäische ideen, Heft 9 (1975), S. 37-39 (zuerst in: Arbeiter-Zeitung, Basel, 24. September 1936).
- Ders., Der Fascismus. Seine Entstehung und seine Entwicklung, Zürich 1934.
- Ders., Die Schule der Diktaturen, Zürich 1938.
- Smith, Arthur L., Die Hexe von Buchenwald, Köln 1983.
- Smith, Bradley F., Der Jahrhundertprozeß. Die Motive der Richter von Nürnberg - Anatomie einer Urteilsfindung, Frankfurt a. M. 1977.
- Ders., The Shadow Warriors. OSS and the Origins of the CIA, New York 1983.
- Smith, Richard Harris, OSS. The Secret History of America's First Central Intelligence Agency, Berkley 1972.
- Söllner, Alfons, Franz L. Neumann – Skizzen zu einer intellektuellen und politischen Biographie, in: Franz L. Neumann. Wirtschaft, Staat, Demokratie. Aufsätze 1930-1954. Hrsg. von ders., Frankfurt a. M. 1978, S. 7-56.
- Ders., Geschichte und Herrschaft. Studien zur materialistischen Sozialwissenschaft 1929-1942, Frankfurt a. M. 1979.
- Ders., Neumann zur Einführung. Mit einem Beitrag von Theodor W. Adorno, Hannover 1982.
- Ders., (Hg.), Zur Archäologie der Demokratie in Deutschland, 2 Bde, Frankfurt a. M. 1986.
- Ders./ Walkenhaus, Ralf/ Wieland, Karin (Hg.), Totalitarismus - Eine Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts, Berlin 1997.
- Ders., Das Totalitarismuskonzept in der Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts, in: ders./ Walkenhaus, Ralf/Wieland, Karin (Hg.), Totalitarismus - Eine Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts, Berlin 1997, S. 10-21.
- Ders., Sigmund Neumanns „Permanent Revolution“. Ein vergessener Klassiker der vergleichenden Diktaturforschung, in: ders./Ralf Walkenhaus/Karin Wieland (Hg.), Totalitarismus. Eine Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts, Berlin 1997, S. 53-65.

Ders., Neumann als Archetypus – die Formierung des *political scholar* im 20. Jahrhundert, in: Matthias Iser/David Strecker (Hg.), *Kritische Theorie der Politik. Franz Neumann – eine Bilanz*, Baden-Baden 2002, S. 39-55.

Solschenizyn, Alexander, *L' Archipel du Goulag, 1918-1956. Essai d' investigation littéraire*, 3 Bde., Paris 1974-76 (dt. Ausgabe: *Der Archipel Gulag 1918-1956. Versuch einer künstlerischen Bewältigung*, Bde. 1-3, Bern/München 1974-1976).

Souvarine, Boris, *Stalin. Anmerkungen zur Geschichte des Bolschewismus*, München 1980 (amerik. Ausgabe: *Stalin. A Critical Survey of Bolshevism*, New York 1939; dt. Erstausgabe: *Stalin. Anmerkungen zur Geschichte des Bolschewismus*, Amsterdam 1940).

Spender, Stephen *Deutschland in Ruinen. Ein Bericht. Aus dem Englischen von Joachim Utz*, Frankfurt a. M. 1998.

Sperber, Manés, *Zur Analyse der Tyrannis*, Paris 1938.

Ders., *Bis man mir Scherben auf die Augen legt. All das Vergangene ...*, Wien 1977.

Spiel, Hilde, *Der Erzähler Peter de Mendelssohn*, in: *Peter de Mendelssohn, Die Kathedrale. Eine Sommernachtsmahr. Mit einem Nachwort von Hilde Spiel*, Berlin 1988, S. 237-264.

Dies., *Die hellen und die finsternen Zeiten. Erinnerungen 1911-1946*, München 1989.

Dies., *Welche Welt ist meine Welt? Erinnerungen 1946-1989*, Frankfurt a. M./Wien 1991.

Stammer, Otto, *Aspekte der Totalitarismusforschung*, in: *Soziale Welt*, 12. Jg., Heft 2 (1961), S. 97-128.

Stark, Joachim, *Das unvollendete Abenteuer. Geschichte, Gesellschaft und Politik im Werk Raymond Arons*, Würzburg 1986.

Ders. (Hrsg.), *Raymond Aron: Über Deutschland und den Nationalsozialismus. Frühe politische Schriften 1930-1939*, Opladen 1993.

Ders., *Raymond Aron und der Gestaltwandel des Totalitarismus*, in: Alfons Söllner/Ralf Walkenhaus/Karin Wieland (Hg.), *Totalitarismus. Eine Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts*, Berlin 1997, S. 195-207.

Stein, Hannes, *George Orwell zum 100. Geburtstag. Unterwegs auf der und zur schottischen Insel Jura, wo Orwell Motorrad fuhr, Gemüse zog, Torf stach und „Neunzehnhundertvierundachtzig“ schrieb*, in: *Die Welt vom 21. Juni 2003*.

Steinberg, Isaak, *Gewalt und Terror in der Revolution. Oktoberrevolution oder Bolschewismus*, Berlin 1931.

Steinberger, Petra, *Wo die Kommunisten nisten. Streit um das Gesamtwerk: War Orwell selbst der „große Bruder“?*, in: *Süddeutsche Zeitung vom 2. Juli 1998*.

- Stern, Fritz, Fünf Deutschland und ein Leben. Erinnerungen. Aus dem Englischen von Friedrich Griese, München 2007.
- Sternberg, Fritz, Der Faschismus an der Macht, Amsterdam 1935.
- Sternberger, Dolf/ Storz, Gerhard/ Süskind, Wilhelm E., Aus dem Wörterbuch des Unmenschen, Hamburg 1957.
- Stöver, Bernd, Die Befreiung vom Kommunismus. Amerikanische *Liberation Policy* im Kalten Krieg 1947-1991, Köln 2002.
- Ders., Der Kalte Krieg 1947-1991. Geschichte eines radikalen Zeitalters, München 2007.
- Stoll, Angelika, Die Totalitarismuskonzeption von C. J. Friedrich in Kritik und Gegenkritik, Diss. Bayreuth 1980.
- Strothmann, Dietrich, Nationalsozialistische Literaturpolitik. Ein Beitrag zur Publizistik im Dritten Reich, Bonn 1960.
- Sturzo, Luigi Italien und der Faschismus, Köln 1926.
- Symposium on the Totalitarian State. From the Standpoints of History, Political Science, Economics and Sociology, Nov. 17, 1939. Proceedings of the American Philosophical Society, Bd 82. (1940), Nr. 1, Philadelphia 1940.
- Talmon, Jacob L., Die Ursprünge der totalitären Demokratie, Köln 1961 (engl. Originalausgabe: The Origins of Totalitarian Democracy, London 1952).
- Ders., Politischer Messianismus. Die romantische Phase, Köln 1963 (engl. Originalausgabe: Political Messianism. The Romantic Phase, London 1960).
- Ders., The Myth of the Nation and the Vision of Revolution. The Origins of Totalitarian Polarisation in the Twentieth Century, London 1981.
- Tashjean, John E., Franz Borkenau. A Study of his social and political Ideas. Unveröffentl. Dissertation, Washington, Georgetown University 1962.
- Taylor, D. J., Orwell: The Life, London 2003.
- Taylor, Telford, Die Nürnberger Prozesse. Hintergründe, Analysen und Erkenntnisse aus heutiger Sicht, 3. Auflage, München 1996.
- Thomas, Gina, 1984 vor der Zeit, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 5. 9. 2007.
- Dies., Schweine sind doch auch nur Menschen. Inklusive des ersten Anschwärzbuches des Kommunismus: Jetzt ist das Werk George Orwells endlich komplett, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18. Juli 1998.
- Tichy, Frank, Das Ende des Encounter, in: Medien & Zeit, 6. Jg., Heft 3 (1991), S. 41-47.

- Tillich, Paul, *The Totalitarian State and the Claims of the Church*, in: *Social Research* 1 (1934), 4, S. 405-433.
- Traverso, Enzo, *Die Verantwortung der Intellektuellen: Dwight Macdonald und Jean-Paul Sartre*, in: ders., *Auschwitz denken. Die Intellektuellen und die Shoah*, Hamburg 2000, S. 281-329.
- Troy, Thomas F., *Wild Bill and Intrepid: Donovan, Stephenson, and the Origin of the CIA*, New Haven: Yale University Press 1996.
- Ueberschär, Gerd R., (Hg.), *Der Nationalsozialismus vor Gericht. Die alliierten Prozesse gegen Kriegsverbrecher und Soldaten 1943-1952*, Frankfurt a. M. 1999, Vorwort S. 9-12.
- Vaillant, Jérôme, *Der Ruf. Unabhängige Blätter der jungen Generation (1945-1949). Eine Zeitschrift zwischen Illusion und Anpassung. Mit einem Vorwort von Harold Hurwitz*, München/New York/Paris 1978.
- Valtin, Jan (d. i. Richard Krebs), *Out of the Night*, New York 1941 (Dt. Ausgabe: *Tagebuch der Hölle*, Köln 1957).
- Voegelin, Eric, *Die politischen Religionen*, herausgegeben und mit einem Nachwort versehen von Peter J. Opitz, München 1993.
- Ders., *Hitler und die Deutschen*. Hrsg. von Manfred Henningsen, München 2006.
- Vollnhals, Clemens (Hg.), *Entnazifizierung. Politische Säuberung und Rehabilitierung in den vier Besatzungszonen 1945-1949*, München 1991.
- Ders., *Evangelische Kirche und Entnazifizierung 1945-1949. Die Last der nationalsozialistischen Vergangenheit*, München 1989.
- Wald, Alan M., *The New York Intellectuals. The Rise and Decline of the Anti-Stalinist Left from the 1930s to the 1980s*, Chapel Hill/London 1987.
- Waldenfels, Ernst von, *Der Spion, der aus Deutschland kam. Das geheime Leben des Seemanns Richard Krebs*, Berlin 2002.
- Waldmüller, Monika, *Die Wandlung*, Marbach/Neckar 1988.
- Walter, Hans-Albert, *Deutsche Exilliteratur 1933-1950*, 4 Bde., Stuttgart 1978.
- Warlimont, Walter *Im Hauptquartier der deutschen Wehrmacht 1939-45*, Frankfurt a. M. 1962.
- Wehler, Hans-Ulrich, *Entsorgung der deutschen Vergangenheit? Ein polemischer Essay zum „Historikerstreit“*, München 1988.
- Weißberg-Cybulski, Alexander, *Im Verhör. Ein Überlebender der stalinistischen Säuberungen berichtet. Mit einem Vorwort von Arthur Koestler und einem biographischen Nachwort von*

Ella Lingens, Wien-Zürich 1993 (dt. Originalausgabe: Hexensabbat. Die Gedankenpolizei – Die große Tschistka, Verlag der Frankfurter Hefte, Frankfurt a. M. 1951).

Wehner, Herbert, Zeugnis, herausgegeben von Gerhard Jahn, Köln 1982.

Weiner, Tim, CIA. Die ganze Geschichte, 2. Auflage, Frankfurt a. M. 2008 (amerik. Originalausgabe 2007).

Wende-Hohenberger, Waltraud (Hg.), Der erste gesamtdeutsche Schriftstellerkongreß nach dem Zweiten Weltkrieg im Ostsektor Berlins vom 4. bis 8. Oktober 1947, Frankfurt a. M./Bern/New York/Paris 1988, Vorwort I-XXIX.

Welsh, Helga, „Antifaschistisch-demokratische Umwälzung“ und politische Säuberung in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, in: Klaus-Dietmar Henke/Hans Woller (Hg.), Politische Säuberung in Europa. Die Abrechnung mit Faschismus und Kollaboration nach dem Zweiten Weltkrieg, München 1991, S. 84-107.

Wengst, Udo, Beamtentum zwischen Reform und Tradition. Beamtengesetzgebung in der Gründungsphase der Bundesrepublik Deutschland 1948-1953, Düsseldorf 1988.

Wette, Wolfram, Das Bild der Wehrmächts-Elite nach 1945, in: Gerd R. Ueberschär (Hg.), Hitlers militärische Elite, Bd. 2: Vom Kriegsbeginn bis zum Weltkriegsende, Darmstadt 1998, S. 293-308.

Wettig, Gerhard, Von der Entmilitarisierung zur Aufrüstung in beiden Teilen Deutschlands 1945-1952, in: Bruno Thoss (Hg. im Auftr. des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes unter Mitarb. von Wolfgang Schmidt), Vom Kalten Krieg zur deutschen Einheit: Analysen und Zeitzeugenberichte zur deutschen Militärgeschichte 1945 bis 1995, München 1995, S. 3-36.

Ders., Berlin vor den Herausforderungen des Kalten Krieges 1945-1989, in: Werner Süß/Ralf Rytlewski (Hg.), Berlin. Die Hauptstadt. Vergangenheit und Zukunft einer europäischen Metropole, Bonn 1999, S. 157-186.

Wetzel, Jürgen, Berlin, in: Wolfgang Benz (Hg.), Deutschland unter alliierter Besatzung: 1945-1949/55, Berlin 1999, S. 385-390.

Wetzlaugk, Udo, Berliner Blockade und Luftbrücke 1948/49, Berlin 1998.

Wiggershaus, Rolf, Die Frankfurter Schule. Geschichte – Theoretische Entwicklung – Politische Bedeutung, 3. Auflage, München 1991.

Wippermann, Wolfgang, Totalitarismustheorien: die Entwicklung der Diskussion von den Anfängen bis heute, Darmstadt 1997.

Ders., Der nekrophile Antikommunismus der „aufgeklärten Linken“, in: Jens Mecklenburg/ders. (Hg.), „Roter Holocaust“? Kritik des Schwarzbuchs des Kommunismus, Hamburg 1998, S. 239-250.

Ders., Dämonisierung durch Vergleich: DDR und Drittes Reich, Berlin 2009.

Wilford, Hugh, The New York Intellectuals. From Vanguard to Institution, New York 1995.

Winkler, Heinrich August, Der lange Weg nach Westen, 2. Bde., München 2000.

Wittfogel, Karl August, Oriental Despotism. A Comparative Study of Total Power, New Haven/New York 1957 (dt. Ausgabe: Die Orientalische Despotie. Eine vergleichende Untersuchung totaler Macht, Köln 1962).

Wreszin, Michael, A Rebel in Defense of Tradition. The Life and Politics of Dwight Macdonald, New York 1994.

Wrochem, Oliver von, Erich von Manstein, Vernichtungskrieg und Geschichtspolitik, Paderborn 2006.

Ders., Die Auseinandersetzung mit Wehrverbrechen im Prozess gegen den Generalfeldmarschall Erich von Manstein 1949, in: ZfG 46 (1998), S. 329-353.

Yergin, Daniel, Der zerbrochene Frieden. Der Ursprung des Kalten Krieges und die Teilung Europas, Frankfurt a. M. 1979.

Young-Bruehl, Elisabeth, Hannah Arendt. Leben, Werk und Zeit. Aus dem amerikanischen von Hans Günther Holl, Frankfurt a. M. 1986.

Zeitzeugeninterviews

Melvin J. Lasky (Berlin)

Herbert Lüthy (Basel)

François Bondy (Zürich)

Martin Jänicke (Berlin)

Periodika

Der Monat (1948-1971)

Ost-Probleme (1949-1960)

Europa-Archiv 2 (1947)

Fernsehsendung

3Sat-Sendung „Kulturzeit vom 26. Juni 2000

Nachschlagewerke

Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933 (hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte München und von der Research Foundation for Jewish Immigration, Inc., New York. Gesamtleitung Werner Röder und Herbert A. Strauss). Band I Politik, Wirtschaft, Öffentliches Leben, München 1999.